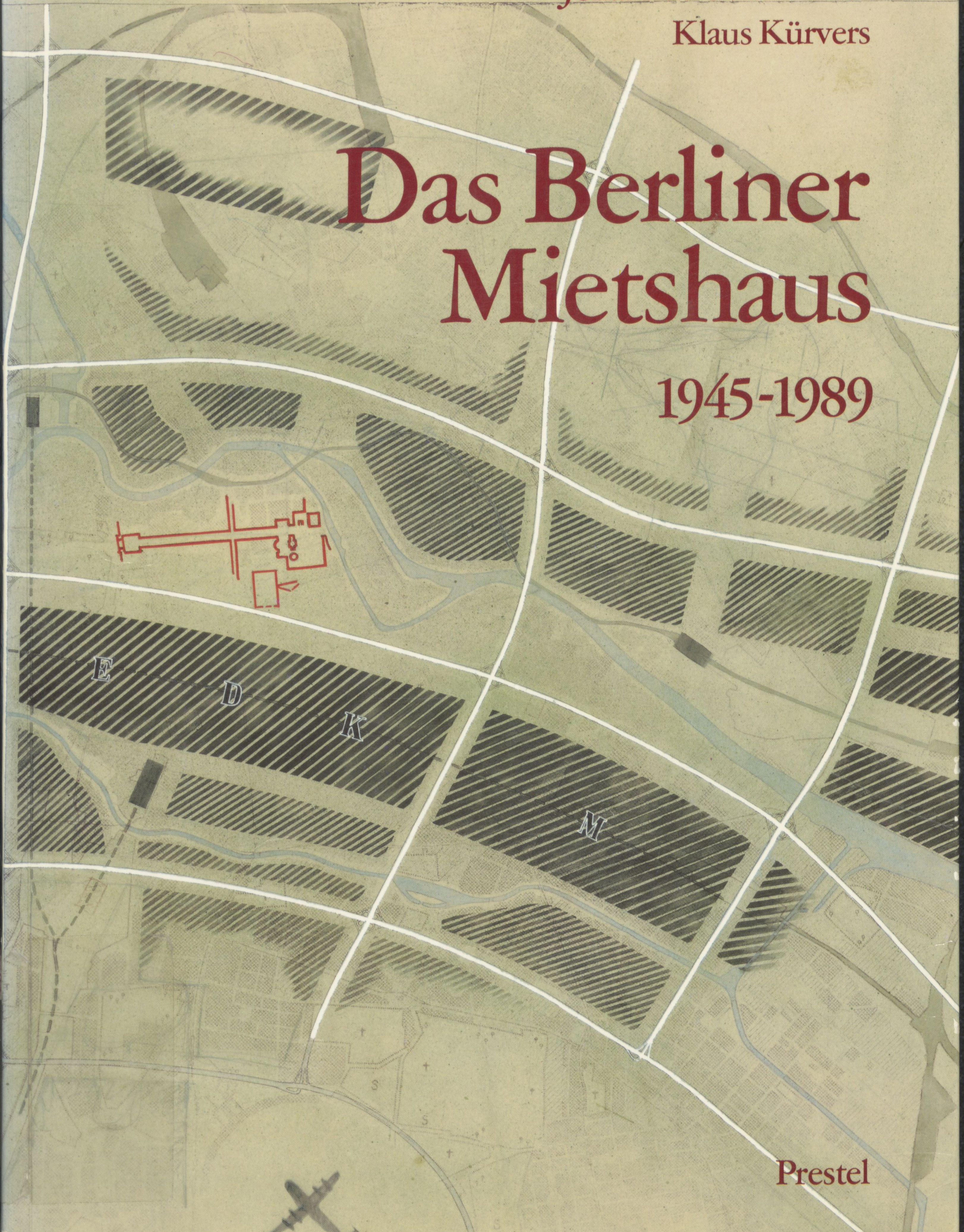
Johann Friedrich Geist
Klaus Kürvers

Das Berliner Mietshaus

1945-1989



Prestel

Johann Friedrich Geist Klaus Kürvers

Das Berliner Mietshaus 1945–1989

624 Seiten mit 820 zum Teil zweifarbigen Abbildungen im Text und zwei farbigen historischen Stadtumbauplänen

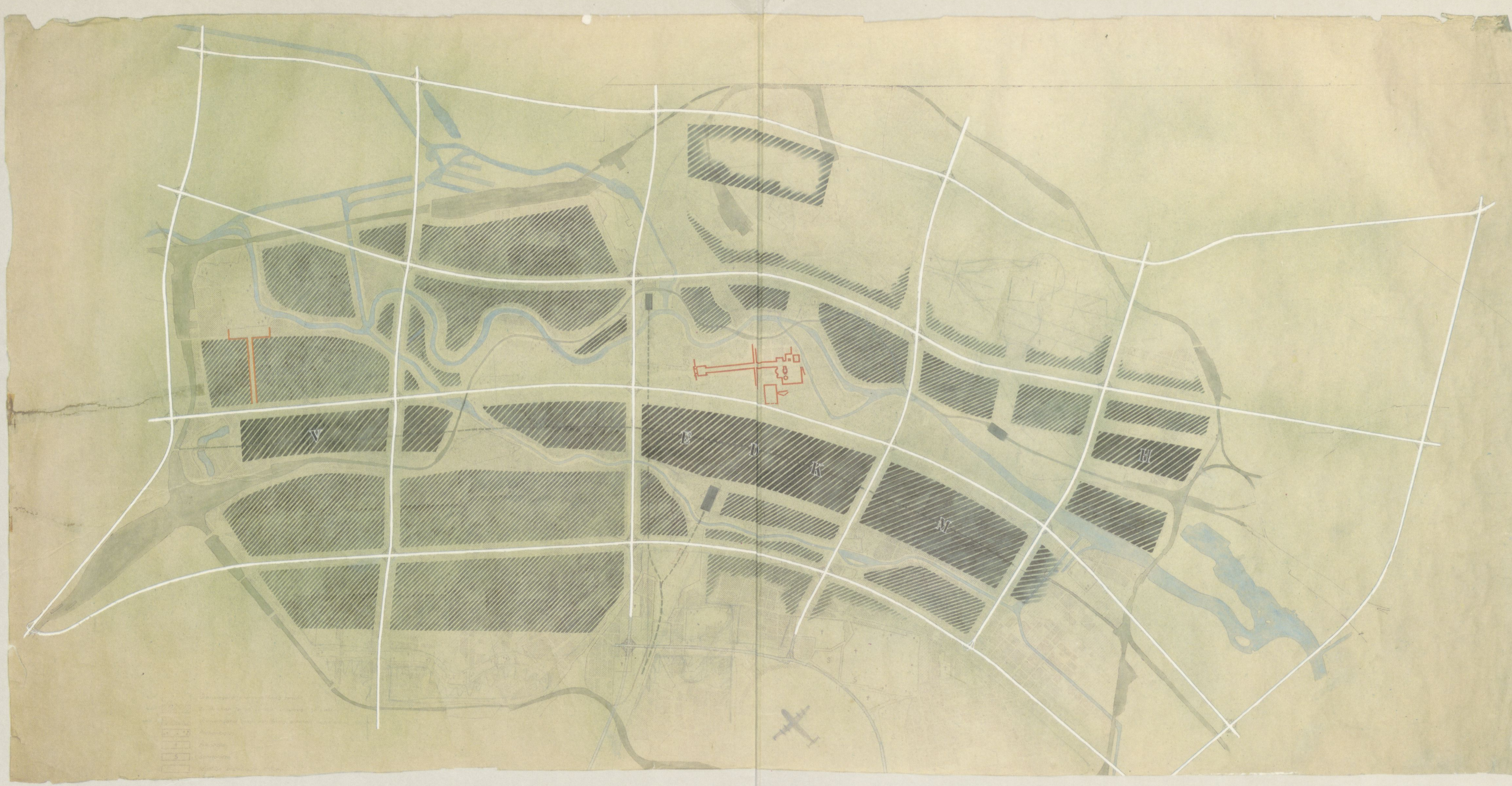
1980 erschien der **erste Band** des in drei Teilen geplanten Forschungsprojekts „Geschichte des Berliner Mietshauses", an dem seit 1978 im Forschungsschwerpunkt Theorie und Geschichte von Bau, Raum und Alltagskultur an der Hochschule der Künste in Berlin (West) gearbeitet wird. Er umfaßt den Zeitraum von 1740 bis 1862, dem Datum der Verabschiedung des Generalbebauungsplans für ein zukünftiges Berlin und behandelt den besonderen Fall der Familienhäuser vor dem Hamburger Tor, an deren Existenz und inneren Zuständen sich die Diskussion um die zukünftige Form des Berliner Mietshauses entzündet. Die Bau- und Sozialgeschichte wurde im wesentlichen aus aufgefundenen Aktenbeständen rekonstruiert.

Der **zweite Band,** der 1984 erschien, umfaßt den Zeitraum von 1862 bis 1945, behandelt also die Errichtung der großen Mietshausgebiete bis hin zu ihrer ersten Zerstörung durch die Bombenangriffe ab 1945. Auch der zweite Band stellt ein Beispiel in den Mittelpunkt, von dem aus die Bau- und Sozialgeschichte entwickelt wird: Meyer's Hof in der Ackerstraße im Bezirk Wedding, das größte Mietshaus mit über 1000 Bewohnern, 1874 gebaut als soziale Tat, denn es fehlten kleine und billige Wohnungen. Meyer's Hof wurde das Paradepferd der Elendsschilderungen in Bezug auf die „Mietskaserne" in Berlin; infolgedessen waren so viele literarische und fotografische Materialien zu finden und auch noch ehemalige Bewohner, daß daraus eine Art Haus-Biographie entstehen konnte. Mit der Bauordnung von 1925, die eine rückwärtige Bebauung verbietet, darf der sehr variantenreiche Bautyp des Berliner Mietshauses, das ja nie ein reines Wohnhaus war, nicht mehr gebaut werden. Sollte das Proletariat ursprünglich im Hinterhaus versteckt und unsichtbar gemacht werden, so wird diese Undurchschaubarkeit des Hauses der Ausgangspunkt für seine Abschaffung in der Form, für die Sanierung ganzer Gebiete, die sich als „Unruheherde" herausgestellt haben.

Der **dritte Band,** den wir hier vorlegen, behandelt den Zeitraum von 1945 bis 1989, also die Nachkriegszeit, obwohl gelegentlich die Herkunft von Ideen und Ängsten zurückverfolgt wird. Er beschäftigt sich mit der Planung eines NEUEN BERLIN auf den Trümmern des alten und entwickelt den Stoff in immer neuen Anläufen aus der Ausstellung „Berlin plant", 1946, die der erste Stadtbaurat nach dem Kriege, Hans Scharoun, mit dem Planungskollektiv im Magistrat veranstaltet und die im Stadtschloß, im wiederhergerichteten Weißen Saal, zu sehen ist. Berlin, dessen politische Existenz vom ersten Tag an in Frage gestellt ist, soll eine völlig neue Struktur und Gestalt bekommen, das Mietshaus, so weit es den Krieg überlebt hat, soll ersetzt werden durch Neubauten, die nicht mehr dem Prinzip der geschlossenen städtischen Bebauung folgen, sondern Haushaltsgrößen und hygienischen Gesichtspunkten folgen. Die Planung bleibt Utopie, weil das weitgehend erhalten gebliebene unterirdische Berlin sich im Straßensystem gegen das oberirdische durchsetzt und weil infolge der Teilung der Stadt in Berlin (West) und Berlin (DDR) getrennte eigene, auch konkurrierende Wege verfolgt werden.

In der Grundrißarbeit von Hans Scharoun für die Neue Wohnung spiegeln sich die auseinandertretenden Verhältnisse, er kann seine Vorstellungen von einer Wohnzelle weder in Berlin (DDR) noch in Berlin (West) verwirklichen.

Prestel-Verlag



Peter Friedrich

Strukturplan
für Berlin/Raum Ring, 1945/46,
Kollektivplan genannt.

Format 95 cm x 195 cm.
(Die endgültige Fassung ist auf S. 205 abgedruckt.)

Dem Plan liegt eine Lichtpause zugrunde, die die erste Schadenskarte, die Ende 1945 im Magistrat angefertigt worden ist, darstellt. Sie hat den Maßstab 1 : 10000 und ist auf S. 274 abgebildet. Sie verzeichnet für das Gebiet innerhalb des S-Bahn-Ringes, dem sogenannten „Hundekopf", in roter Kreuzschraffur die erhaltenen, in Schrägschraffur die teilzerstörten und ohne Schraffur die überwiegend zerstörten Gebiete – bezogen auf die Baublöcke, nicht auf das einzelne Haus.

Die Wasserstraßen sind blaßblau angelegt, die Eisenbahnflächen graubraun laviert und die beiden historischen Schwerpunkte Friedrichsforum – Unter den Linden – Brandenburger Tor – Gendarmenmarkt und Schloßstraße und Schloßvorplatz Charlottenburg sind in rot dick umrahmt. Der Flughafen Tempelhof ist durch ein überdimensionales Flugzeug gekennzeichnet.

In diese Gegebenheiten ist nun eine neue bandstädtische Struktur eingetragen, die in leichtem Bogen dem Urstromtal der Spree zwischen dem Teltow und dem Barnim folgt und die historische, radial auf die Spreefurt zulaufende Straßenstruktur ersetzt durch ein Raster von Autoschnellstraßen in weiß, das in seinem Verlauf nicht starr ist, sondern sich topographischen und historischen Gegebenheiten anpaßt. Das Netz besteht auf dem Plan aus vier parallelen Schnellstraßen in Ost-West-Richtung und 5 in Nord-Süd-Richtung, die wie Brücken das Spreetal kreuzen. Die Trassen haben niveaufreie Kleeblattkreuzungen, sind anbaufrei und eingebettet in breite Grünstreifen, angedeutet durch grün gespritzte Flächen.

Die durch das Verkehrsnetz entstehenden unterschiedlich geschnittenen Rechteckfelder sind unterschiedlich stark schwarz schraffiert. Die schmale Schraffur bedeutet Wohnfelder, die breite Arbeitsbänder mit Flächen für Verwaltung (V), Elektroindustrie (E), Druck (D), Konfektion (K) Maschinenbau (M) und Handel (H), in Anlehnung an die traditionelle Standortkonzentration. Das Hauptband liegt zwischen dem Landwehrkanal und der zentralen Ost-West-Schnellstraße. Im Norden, im Wedding, ist ein weiteres großes Arbeitsfeld angedeutet, die Standorte von Schwarzkopf und der AEG.

Auch die Eisenbahnführung ist im innerstädtischen Bereich verändert. Zum einen wird der Lehrter Bahnhof mit der Anhalter Bahn nach Süden verbunden durch den Tiergarten durch, so daß an der Kreuzung mit der Stadtbahn ein Zentralbahnhof entsteht, zum anderen wird das Arbeitsband durch eine Eisenbahnlinie erschlossen, die vom Görlitzer Bahnhof aus weiter nach Westen verläuft und beim Lietzensee auf die Ringbahn trifft.

Die vielen Bleistiftstriche deuten skizzenhaft weitere Festlegungen an, wie die Vergrößerung des Friedrichshain und die Umfahrung weiterer Wohnfelder innerhalb des Rings. Die Eintragungen zeigen, daß es sich um einen noch unvollendeten Entwurf handelt, der dem entspricht, der auf der im Vorwort wiedergegebenen Fotografie auf dem Tisch vor Scharoun liegt. Vergleicht man den Entwurf mit dem Plan, der auf der Ausstellung „Berlin plant" 1946 im Schloß gezeigt wird (Ziffer A III/6.1 auf Seite 205), so haben wir da die ausgearbeitete Fassung vor uns. Das historische Stadtzentrum ist eingetragen, ebenso der Friedrichshain (mit der breiten Schneise zum Ostbahnhof) und die restlichen Wohnflächen, die innerhalb des Rings noch fehlten. Die Schnellstraßen sind in ihrem Verlauf verändert und zum Teil anders angeschlossen. Der Plan ist außerdem beschriftet.

In dem Kollektivplan manifestiert sich der gesuchte radikale Neuanfang. Er ist keineswegs nur ein Objekt, das in die Geschichte gehört, sondern er läßt sich in den Flächennutzungsplänen beider Berlin wiederfinden, zum Teil nur oft verschoben. Nach wie vor sind in Berlin (West) die mittlere Nord-Süd-Schnellstraße, „Westtangente" genannt, sowie die mittlere Ost-West-Schnellstraße Bestandteil noch gültiger Flächennutzungspläne. Die behutsame Städteerneuerung, die auf diesen Flächen stattfindet, sollte darüber nicht hinwegtäuschen.

Die Ähnlichkeit dieses Plans, der die Stadt an die Eigenarten des neuen Massenverkehrsmittels Automobil anzupassen sucht, mit der Entwicklung im Ruhrgebiet nach dem Krieg ist unübersehbar.

TP 6290
AA 5636-3e

Johann Friedrich Geist Klaus Kürvers

Das Berliner Mietshaus

1945-1989

Johann Friedrich Geist   Klaus Kürvers

Das Berliner Mietshaus

1945-1989

Eine dokumentarische Geschichte
der Ausstellung „Berlin plant / Erster Bericht" 1946
und der Versuche,
auf den Trümmern der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches
ein NEUES BERLIN zu bauen,
aus dem dann zwei geworden sind

Prestel-Verlag

Das vorliegende Buch ist der dritte Teil der Geschichte des Berliner Mietshauses. Der erste Teil erschien Ende 1980 und umfaßte den Zeitraum von 1740-1862, der zweite Teil (1862-1945) erschien Ende 1984. Der vorliegende dritte Teil beschäftigt sich mit der Zeit von 1945 bis in die jüngste Gegenwart. Damit ist das Forschungsprojekt abgeschlossen.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Geist, Jonas:

Das Berliner Mietshaus / Johann Friedrich Geist ; Klaus Kürvers. – München : Prestel.

NE: Kürvers, Klaus:

Bd. 3. 1945-1989 : eine dokumentarische Geschichte der Ausstellung »Berlin plant/erster Bericht« 1946 und der Versuche, auf den Trümmern der Hauptstadt des grossdeutschen Reiches ein neues Berlin zu bauen, aus dem dann zwei geworden sind. – 1989

ISBN 3-7913-0719-3
ISBN 3-7913-0707-X (Leinen)

© Prestel-Verlag, München 1989
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages.
Reproduktion: Reprowerkstatt Rink, Berlin (West)
Druck und Bindung: Passavia Passau

UdK Berlin
Universität der Künste Berlin
Universitätsbibliothek
AA 5636 - 3e

Inhaltsverzeichnis

Innendeckel vorn: Rekonstruktion Berlin, Entwurf zum Kollektivplan für den Raum Ring 1946

Vorwort 6

1 **Die veränderte Stadt** 9

2 **Das Ende des ALTEN BERLIN** 46
2.1 Die Neugestaltung der Reichshauptstadt 47
2.2 Die mechanische Auflockerung der Stadt 74
2.2.1 Die Wohnungsaktionen 79
2.2.2 Die Schlacht um Berlin 89
2.2.3 Die kinderreiche, motorisierte, beherrschbare und luftsichere Stadt als nationalsozialistisches Planungsideal 108
2.2.4 Der Luftangriff auf die zivile Moral 122
2.3 Die Aufsplitterung der Stadt 126
2.3.1 Die unterschiedliche Erfahrung des Endes 132
2.3.2 Die Vierteilung der Stadt 171

3 **Der Plan für ein NEUES BERLIN** 180
3.1 Die Ausstellung „Berlin plant, erster Bericht“ 1946 181
3.2 Die Pläne zur Neuordnung der Stadt 1945–1949 222
3.2.1 Die Pläne von 1946 222
3.2.2 Der „Neue Plan“ 1947/48 250
3.2.3 Der „Generalaufbauplan“ 1949 258

4 **Der Aufbau des NEUEN BERLIN I**
Die Wohnzelle als Element der Neuen Stadt 272
4.1 Neubeginn in Friedrichshain 275
4.1.1 Die Idee der Wohnzellen im Kollektivplan 1946 284
4.1.2 Die Wohnzelle Friedrichshain 291
4.2 Die Hauptstadt, schöner denn je 308
4.2.1 Die neuen Grundsätze des Städtebaus 310
4.2.2 Die neue Mitte 321
4.2.3 Die neue deutsche Baukunst im Kampf gegen die Eierkisten 328
4.2.4 Das Hochhaus an der Weberwiese, zum Behagen der Bewohner und zum Wohlgefallen der Passanten 331
4.2.5 Die Stalinallee, die erste sozialistische Straße Berlins 337
4.3 Das Schaufenster der Freiheit 354
4.3.1 Die Ausstellung „Hauptstadt Berlin im Aufbau“ 355
4.3.2 Die Internationale Bauausstellung Berlin 360
4.4 Von der sozialistischen Straße zum sozialistischen Wohnkomplex 384
4.4.1 Der Wohnkomplex Friedrichshain 388
4.4.2 Der letzte gesamtdeutsche Wettbewerb 392
4.4.3 Der erste sozialistische Wohnkomplex Berlins an der Stalinallee 396
4.5 Die Westwanderung der Wohnzelle Friedrichshain 404
4.5.1 Der „Ring“ um Scharoun und sein Alternativplan zum Hansaviertel 405
4.5.2 Der Versuch, die Ring-Siedlung von 1930 weiterzubauen 407
4.5.3 Der Bebauungsplan für Charlottenburg-Nord 410

5 **Der Aufbau des NEUEN BERLIN II**
Die Neue Wohnung als Element der Wohnzelle 419
5.1 Der international angelegte Versuch, die Wohnungsfrage zu lösen (IKBW) 422
5.1.1 Die Fortführung der Arbeit des IKBW in der amerikanischen Besatzungszone 438
5.1.2 Die Weiterarbeit Scharouns nach der Ausstellung „Berlin plant“ 442
5.2 Das Institut für Bauwesen (IfB) 454
5.2.1 Die Haus- und Wohnungstypen für die Wohnzelle Friedrichshain 459
5.2.2 Die Diskussion über Typung und Normung 469
5.3 Zwei Wege zur Neuen Wohnung 488
5.3.1 Scharouns Grundrißarbeit unter den Bedingungen des sozialen Wohnungsbaus in der BRD und Berlin (West) 489
5.3.2 Die Grundrißarbeit für die Wohnungsbauprogramme der DDR 510

6 **Der Ersatz für das ALTE BERLIN** 530
6.1 Die Sanierung als sozialpolitische „Gesundungsmaßnahme“ 539
6.1.1 Spezialsanierung Bülowplatz 540
6.1.2 Die billige Lösung: Gesundung durch Lüftung 549
6.2 Wiederaufnahme der Sanierungspläne für den Wedding 556
6.2.1 Demonstration an der Ackerstraße 556
6.2.2 Die Kösliner Straße im Sanierungsprogramm für den Wedding 562
6.3 Die „Stadt von morgen“ im Wedding 568
6.3.1 Die Vorbereitung der Flächensanierung 579
6.3.2 Der Abriß von Meyer’s-Hof 587
6.4 Der Beginn des Widerstandes gegen die Kahlschlagsanierung 592

Schlußbetrachtung 599
Quellen 604
Register 617
Namen 617
Orte 620
Sachen 622

Innendeckel hinten: Der Generalbebauungsplan für die Reichshauptstadt, Stand 1942

Vorwort

Mit dem dritten Teil der Geschichte des Berliner Mietshauses, der den Zeitraum von der bedingungslosen Kapitulation bis zu dem Jahr umfaßt, in dem beide deutsche Staaten, die jeweils eine andere Tradition verkörpern, ihr vierzigjähriges Bestehen feiern, schließen wir das Forschungsprojekt ab.

Wir bedanken uns beim Präsidenten der Hochschule der Künste, Ulrich Roloff-Momin, und seiner Verwaltung sowie beim Fachbereich Architektur für die Arbeitsbedingungen, die das Entstehen dieses Projekts möglich machten. Wir bedanken uns auch beim Prestel-Verlag in München, der uns die Freiheit ließ, die drei Bände inhaltlich und formal selbst zu gestalten.

Der Umschlag signalisiert den Ausgangspunkt des dritten Teils. Er zeigt den Entwurf zum „Kollektivplan", der Grundlage wird für die Ausstellung „Berlin plant, erster Bericht", die vom Magistrat im August 1946 im wiederhergerichteten „Weißen Saal" des Schlosses gezeigt wird. In der Ausstellung, die der Stadtrat für Bau und Wohnungswesen, Hans Scharoun, mit dem Planungskollektiv gestaltet, geht es um die Planung für ein „Neues Berlin".

Auf dem einzigen Foto des Planungskollektivs wird Hans Scharoun in seinem Arbeitszimmer im Stadthaus von Peter Friedrich, auf dessen Ideen der Strukturplan wesentlich beruht, der Entwurf vorgestellt und darüber diskutiert.

Der „Kollektivplan" beschreibt, wie das alte Berlin mit seiner radialen Grundstruktur auf der Grundlage des Schadensplans in eine bandförmig organisierte Stadt umgebaut und auf das Auto als zukünftiges Massenverkehrsmittel orientiert werden soll.

Auch der dritte Teil der Geschichte des Berliner Mietshauses ist wie die ersten beiden eine Art Realienbuch geworden, bestehend aus sechs in sich geschlossenen Kapiteln, die diesmal jedoch nicht chronologisch aufeinanderfolgen, sondern unter immer neuen Gesichtspunkten zum Ausgangspunkt, der Ausstellung, zurückkehren, um zu verfolgen, was aus den Planungsideen für ein „Neues Berlin" wird.

Wurde im ersten Teil (1740–1862) darüber diskutiert, wie das Mietshaus aussehen soll, um die in die Stadt strömenden Menschenmassen unterzubringen und zugleich kontrollieren zu können, und wurde im zweiten Teil (1862–1945) vorgeführt, wie, wo und in welchen Formen gebaut wird, so geht es im dritten Teil eher darum zu beschreiben, wie unter politischen und sozialhygienischen Gesichtspunkten das Wohnhaus aussehen soll, das den Platz des unverdrossen als „Mietskaserne" verteufelten Mietshauses einnehmen soll, und wie das „wohlgefällige Durcheinander" des James Hobrecht ersetzt werden kann durch ein wohlgeordnetes Nebeneinander. Was dabei herauskommt, sind Fragmente. Das weit weniger zerstörte unterirdische Berlin setzt sich mit seinem Straßensystem gegen das oberirdische durch. Auch politisch wird die Stadt etwas ganz anderes als erwartet. Eben noch Hauptstadt des Großdeutschen Reiches, wird der 1920 erreichte Umfang in zwei Drittel und ein Drittel geteilt und den Machtbereichen zugeschlagen, die über dem noch gemeinsam Besiegten selbst aneinandergeraten sind. Unter diesen Bedingungen fällt es schwer, man selbst zu sein.

Besprechung des „Planungskollektivs". Von links nach rechts: Hans Scharoun (Leiter der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen); Selman Selmanagic (Dezernent für Erholung); Reinhold Lingner (Gartenarchitekt und Leiter des Hauptamtes für Grünplanung); Luise Seitz (Dezernentin für Wohnungsplanung); Peter Friedrich (Dezernent für Verkehrsplanung) und im Vordergrund Wils Ebert (Leiter des Hauptamtes für Planung II). Es fehlen Herbert Weinberger (zuständig für Kulturbauten und Krankenhausplanung) und Ludmilla Herzenstein (zuständig für die statistischen Grundlagen).

Mit Respekt vor der gegenseitigen Geschichte sind wir an die Arbeit gegangen, um den dialektischen Faden zu finden, der in den unbewältigten Stoff führt, in den auch Teile der eigenen Biographie eingebunden sind.

Zu unserer eigenen Überraschung ist nicht wieder ein exemplarisches Mietshaus in den Mittelpunkt des dritten Teils gerückt – wir liebäugelten lange mit der Kösliner Straße –, sondern die Arbeit eines Mannes, der auch die Ausstellung „Berlin plant, erster Bericht" zu verantworten hat: Hans Scharoun.

Die intensive Beschäftigung mit seiner Arbeit ist deswegen so wertvoll, weil er versucht hat, in beiden gesellschaftlichen Systemen seine Ideen von der „Neuen Stadt", der „Wohnzelle" und der „Neuen Wohnung" zu verwirklichen, dabei allerdings nur Fragmente hinterlassen hat. Aber gerade in den Anläufen und Brüchen dieser Stadt, in der sich verdoppelnden Wirklichkeit der beiden Städte liegt der Reichtum, den wir vorsichtig sichtbar machen wollen – immer noch eine Gratwanderung.

Es haben uns durch ihre Sammlungen und Dienste unterstützt:
Bundesarchiv Koblenz
Parlamentsarchiv, Bonn
Landesarchiv Berlin (West)
Statistisches Landesamt Berlin (West)
Landesbildstelle Berlin (West)
Freie Universität, Institut für Publizistik, Berlin (West)
Technische Universität, Bibliothek und Archiv, Berlin (West)
Senatsbibliothek, Berlin (West)
Bibliothek der HdK, Berlin (West)
Akademie der Künste, Sammlung Baukunst, Berlin (West)
Bauhausarchiv, Berlin (West)
Senator für Bau- und Wohnungswesen, Fotoarchiv Luftbildstelle, Berlin (West)
Bezirksamt Wedding, Abteilung Stadtplanung
Deutsche Bauakademie, Berlin (DDR)
Museum für die bedingungslose Kapitulation, Berlin (DDR)
Forschungsgruppe Zeitgeschichte Bauwesen, Berlin (DDR)
Alexandra-Stiftung, Berlin (West)
Kleinwohnungsbau GmbH, Berlin (West)
Archiv Gustav Seitz, Hamburg
Archiv Wolfgang Schäche, Berlin (West)
Archiv Werner Durth, Darmstadt
University of Keele, Air Photo Library, England

Ihnen möchten wir danken; ebenso bedanken wir uns für die Gespräche, für die zur Verfügung gestellten persönlichen Dokumente und die finanzielle Unterstützung:

Karin Albert-Hermann	Kurt Kürvers
Rainer Arndt	Elly Lehning
Ilse Balg	Egon Monk
Karl Böttcher	Walter Nicklitz †
Anneliese Geist	Günter Peters
Hubert Hoffmann	Joachim Pietrzenjuk
Peter-Fritz Hoffmeyer-Zlotnik	Sergius Ruegenberg
Herbert Klatt †	Herbert Schwarz
Hans Peter Krüger	Achim Wendschuh

Es haben zusammengearbeitet:

Helga Boden	Register
Ute Erb und Nickel Pampuch	Composersatz
Johann Friedrich Geist	Autor
Irene Gervais	Composersatz
Erika Hausmann	Recherchen 1985–87
Hans Ulrich Hirschfelder	Korrektur und Teillektorat
Klaus Kürvers	Autor
Dieter Rausch	Fotografien, Montagen, Umbruch
Hans Peter Rink	Repros
Karin Rottko	Repros

Die Materiallage zum dritten, abschließenden Teil ist so verwickelt (die Akten sind z.T. unauffindbar, noch nicht zugänglich oder nicht ans Landesarchiv abgegeben, wie im Falle des Senators für Bau- und Wohnungswesen), daß Lücken bleiben mußten und bestimmte Vorgänge nicht genau dargestellt werden konnten. Wir hoffen auf weitere Hinweise und historisches Material von unseren Lesern, besonders zum Umfeld der Ausstellung „Berlin plant 1946". Bei Dieter Rausch möchten wir uns besonders für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanken, bei Ute Erb und Hans Ulrich Hirschfelder dafür, daß sie das ganze Projekt hindurch für uns gearbeitet haben. Wir danken unseren Lebensgefährtinnen für die Geduld, die sie unserer gemeinsamen Arbeit entgegengebracht haben: Helga Boden und Viola Förster-von der Lühe.

Berlin (West), den 7.10.1989

Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers

Forschungsschwerpunkt für Theorie und Geschichte
von Bau, Raum und Alltagskultur, HdK, Fachbereich 2
Schöneberger Ufer 65
1000 Berlin (West) 30

1 Die veränderte Stadt

Im Frühjahr **1986** haben wir zusammen mit dem Fotografen Dieter Rausch begonnen, die beiden streng voneinander getrennten Städte Berlins auf der Suche nach bestimmten Orten zu durchstreifen. Die Zeiten für unsere Streifzüge richteten sich nach äußeren Gegebenheiten (Wetter, Sonnenstand, Jahreszeit), und unsere Ziele waren bestimmt durch 58 histo-
→B 1 rische Fotografien, die wir zwei Jahre zuvor im 2. Band der Geschichte
→II/342 des Berliner Mietshauses veröffentlicht hatten. Sie sind überwiegend in der
→II/346 Zeit zwischen **1905** und **1918** entstanden und als Postkarten gedruckt wor-
→II/358 den. Die Bilder hatten dazu gedient, die einzelnen Phasen des Wachstums
→II/366 der Stadt zwischen dem Bebauungsplan von **1862** und der neuen Bauord-
→II/374 nung von **1925** zu illustrieren, und waren so ausgewählt worden, daß sie ein Panorama ergaben und den Karten, die die Wachstumsphasen belegen sollten, zeitlich und räumlich zugeordnet waren.

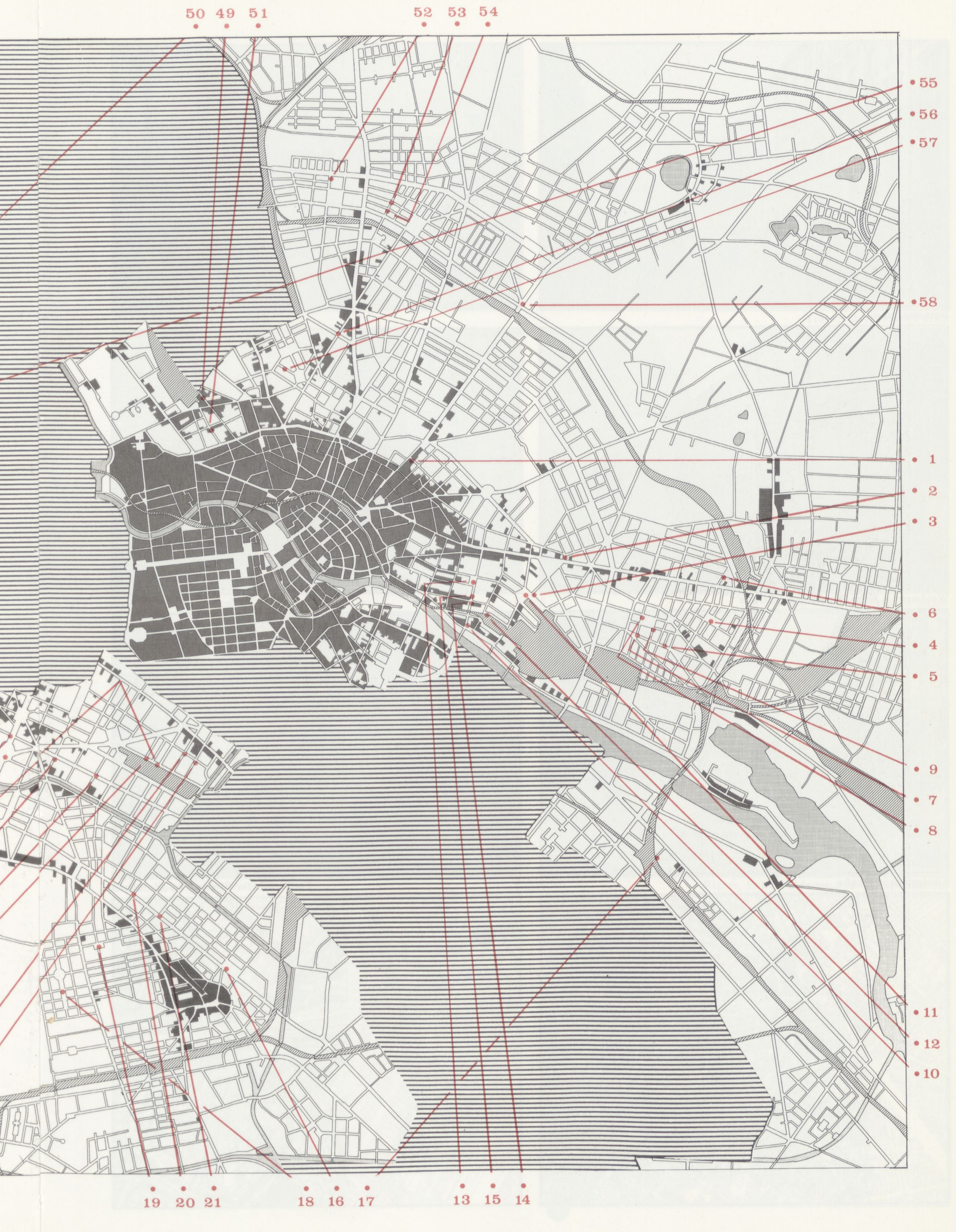
Daraus entstand die Idee, diese 58 Orte in der Stadt heute aufzusuchen und mit ihrem früheren Zustand zu vergleichen. So, dachten wir, ließe sich vielleicht ein möglichst durchschnittlicher Eindruck der Veränderungen konstruieren.

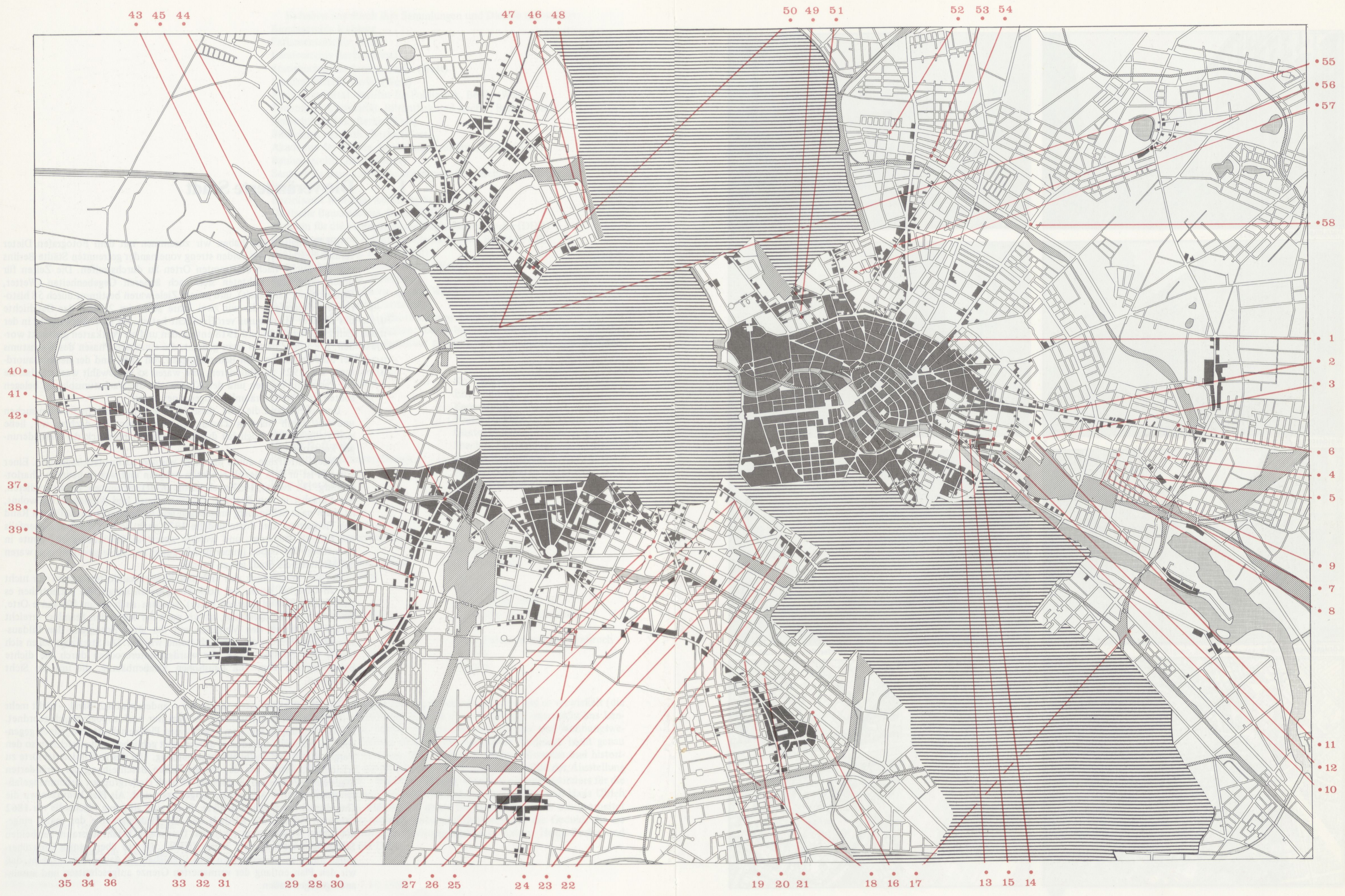
Unsere Streifzüge durch die Stadt wurden zu Entdeckungsreisen. Einer von uns ist in dem Bezirk Neukölln geboren und wohnt heute in Charlottenburg. Der zweite, **1957** nach Berlin (West) gekommen, um zu studieren, hat zunächst in den Bezirken Charlottenburg und Wilmersdorf gewohnt, ist dann nach Schöneberg umgezogen und wohnt heute am südlichen Rand des Tiergartens. Der dritte siedelte **1972** nach Berlin (West) um, ebenfalls um hier zu studieren, und wohnte zuerst in Schöneberg und heute in Kreuzberg. Wir haben immer in Altbauten zur Miete gewohnt und waren der Meinung, die Stadt gut zu kennen.

Bei der Suche nach den früheren Kamerastandorten kamen wir nicht nur an Orte, an denen wir noch nie gewesen waren (die aufzusuchen es auch keinen Grund gegeben hätte), sondern auch an uns bekannte Orte, die uns in dem Augenblick, als wir nach der Karte den Standort erreicht hatten und durch den Vergleich mit der alten Fotografie den Bildausschnitt bestimmten, eigentümlich fremd wurden. Die Streifzüge zogen sich bis in den Sommer **1988**. Sie wurden unterbrochen durch die dichte Belaubung der zum Teil haushohen Straßenbäume, die uns die Sicht verstellten.

→B 2 Die 58 Vergleichspaare haben wir – anders als im 2. Band – nicht mehr zeitlich nach ihrer Entstehung, sondern nur noch topographisch geordnet. Die Dreiergruppen mit dem zugehörigen Planausschnitt sind jedoch gegenüber der früheren Anordnung unverändert geblieben und erleichtern so den Vergleich mit der Wachstumsbeschreibung. Um das Auffinden der Orte zu erleichtern, stellen wir der fotografischen Beschreibung der veränderten Stadt einen Plan voran, in dem die 58 nach Dreiergruppen zusammengefaßten Standorte der Aufnahmen eingetragen sind. Als Plan benutzen wir die Grundkarte der Baualtersanalyse. In ihr sind als graue Fläche die vor **1862** bebauten Gebiete der Altstadt und der Siedlungskerne der später eingemeindeten Vorstädte zu erkennen. Den realen Erfahrungsraum der beiden Städte Berlin (West) und Berlin (DDR), die nur über wenige Grenzübergänge miteinander verbunden sind, versuchen wir dadurch zu erfassen, daß wir den Plan entlang der vermauerten Grenze aufgeschnitten und auseinandergezogen haben.

43 45 44
47 46 48
40
41
42
37
38
39
35 34 36
33 32 31
29 28 30
27 26 25
24 23 22


50 49 51
52 53 54
55
56
57
58
1
2
3
6
4
5
9
7
8
11
12
10
19 20 21
18 16 17
13 15 14


43 45 44
47 46 48
50 49 51
52 53 54
55
56
57
58
1
2
3
6
4
5
9
7
8
11
12
10
40
41
42
37
38
39
35 34 36
33 32 31
29 28 30
27 26 25
24 23 22
19 20 21
18 16 17
13 15 14

Barnimstraße

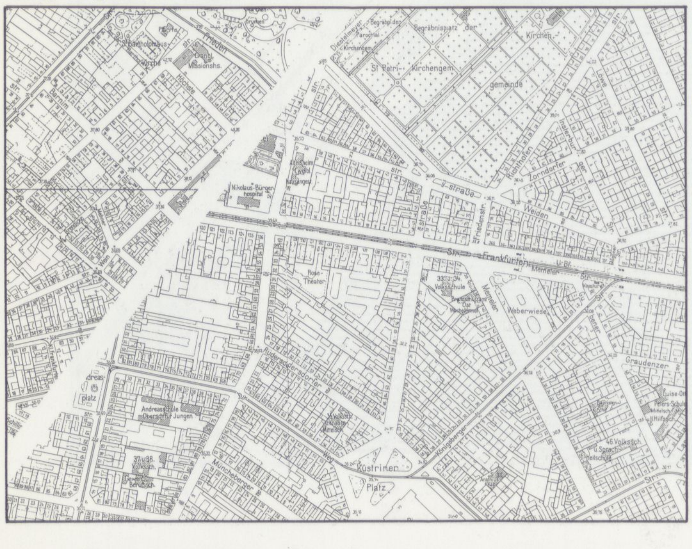
1 Barnimstraße/Friedrichshain

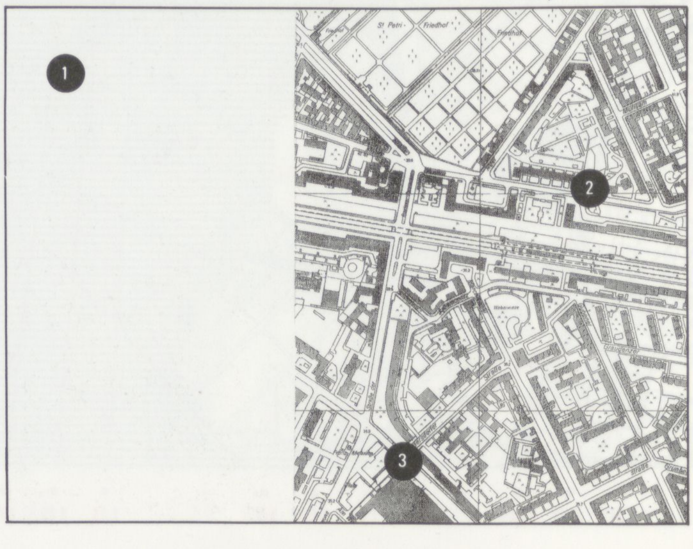
Weidenweg, Ecke Insterburger Straße

2 Weidenweg/Friedrichshain

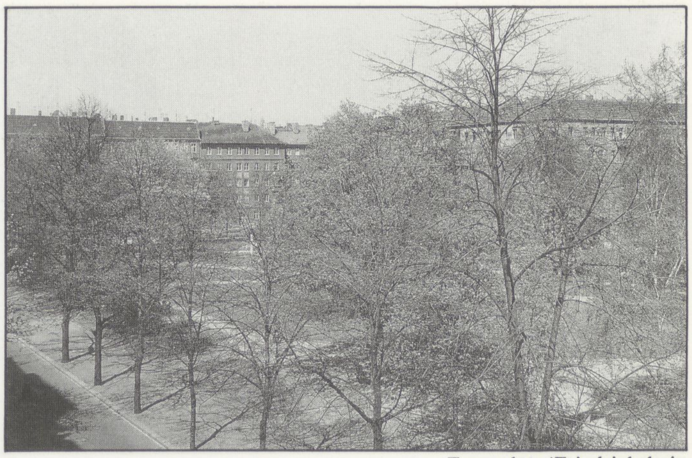
Königsberger Straße

3 Fredersdorfer Straße/Friedrichshain





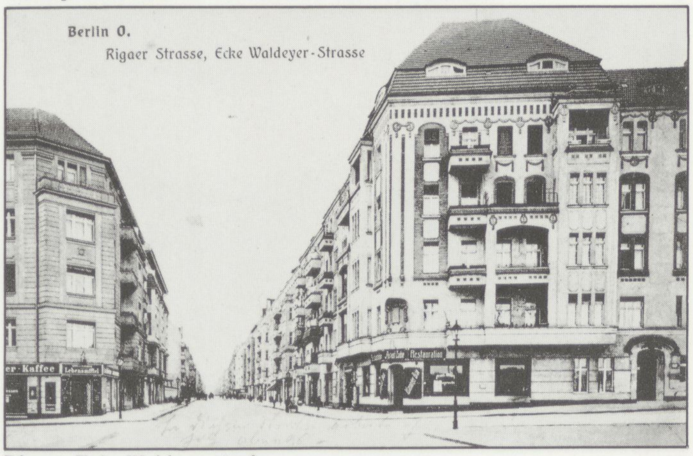
Traveplatz



4 Traveplatz/Friedrichshain

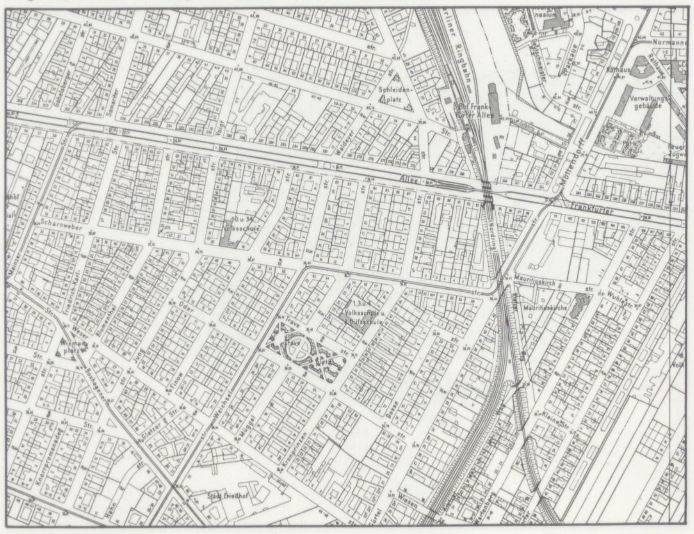
Knorrpromenade

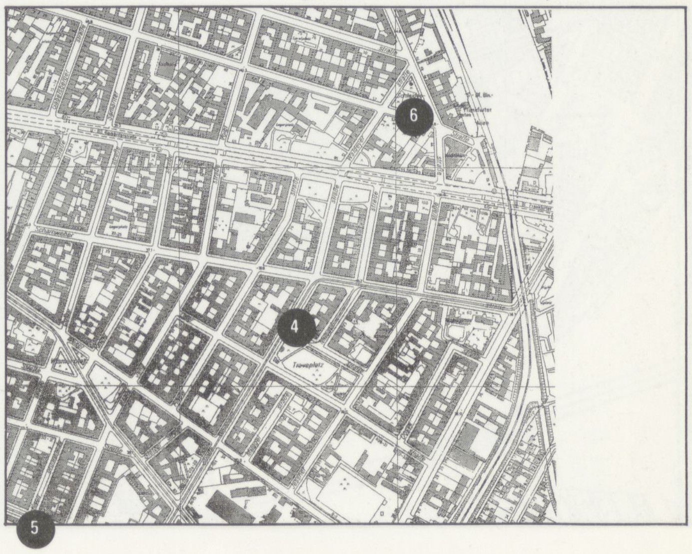
5 Knorrpromenade/Friedrichshain



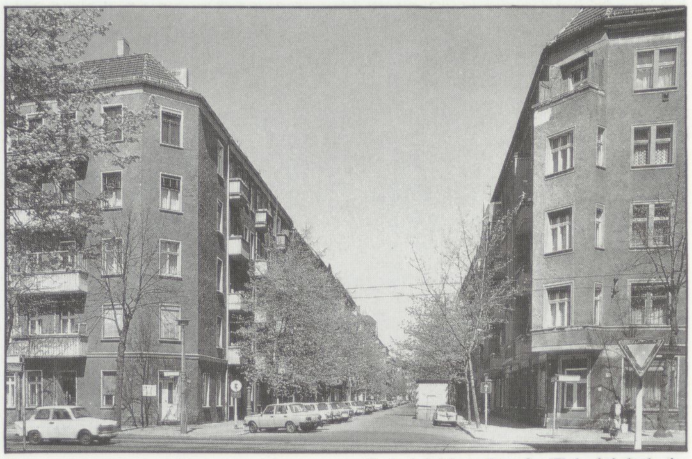
Rigaer, Ecke Waldeyerstraße

6 Rigaer, Ecke Waldeyerstraße/Friedrichshain





Gabriel-Max-Straße



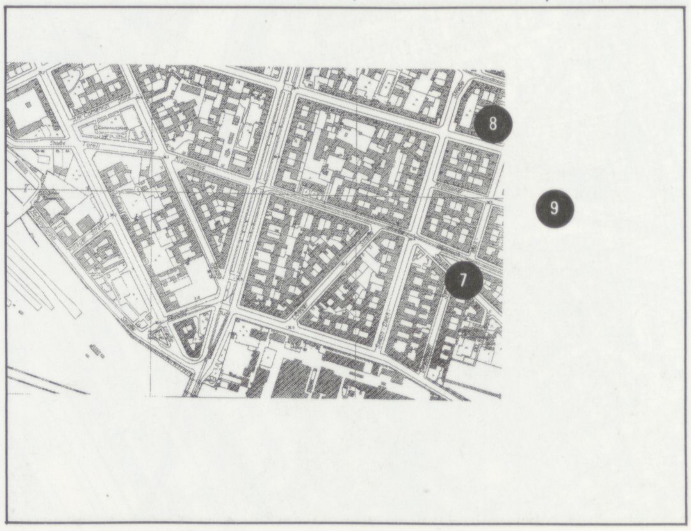
7 Gabriel-Max-Straße/Friedrichshain

Grünberger, Ecke Gabriel-Max-Straße

8 Grünberger, Ecke Gabriel-Max-Straße/Friedrichshain

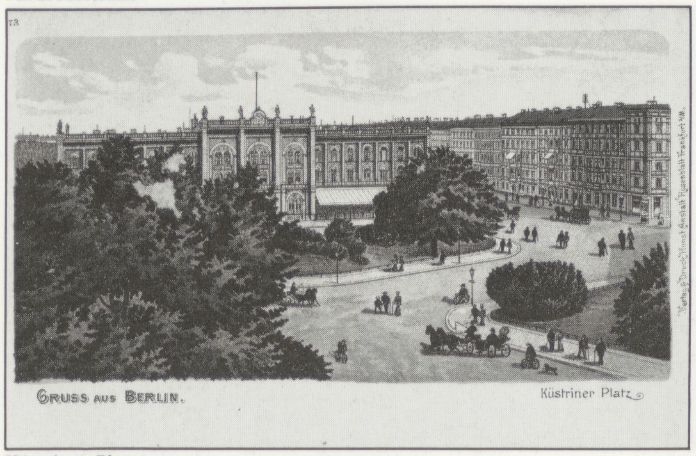
Krossener, Ecke Gärtnerstraße

9 Krossener, Ecke Gärtnerstraße/Friedrichshain



Andreasstraße

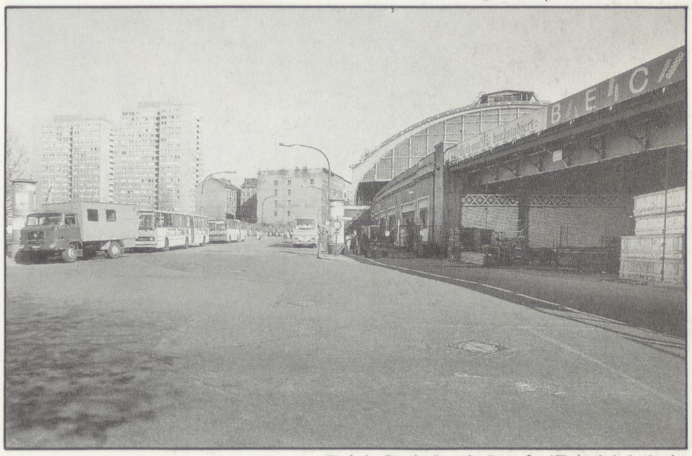
10 Andreasstraße/Friedrichshain



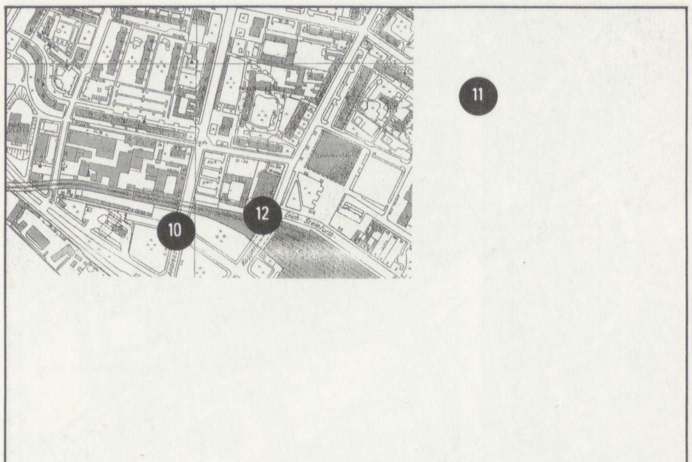
Küstriner Platz

11 Franz-Mehring-Platz/Friedrichshain

Madaistraße



12 Erich-Steinfurth-Straße/Friedrichshain



Andreasplatz

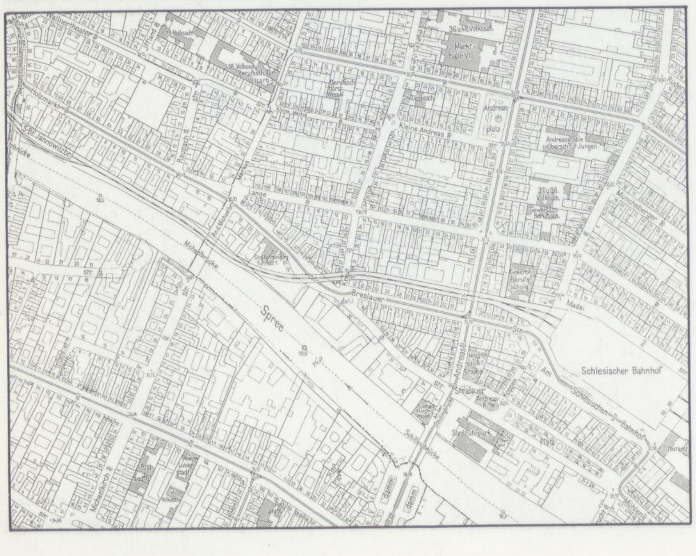
13 Andreasplatz/Friedrichshain

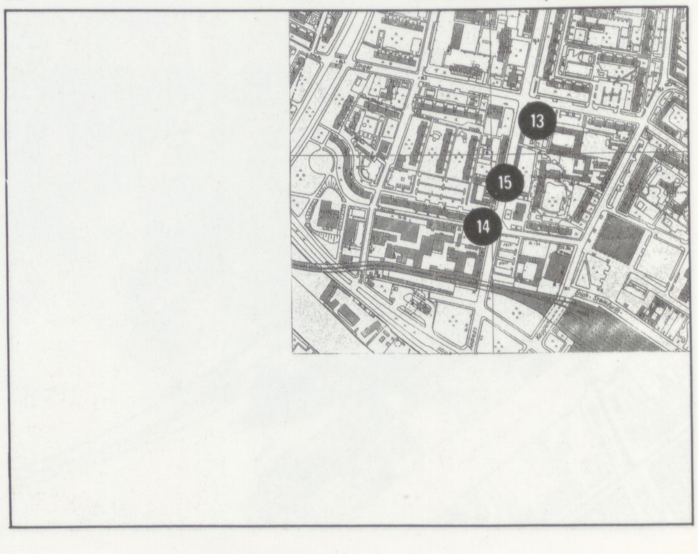
Lange, Ecke Andreasstraße

14 Lange, Ecke Andreasstraße/Friedrichshain

Andreasstraße

15 Andreasstraße/Friedrichshain





Hertzbergplatz

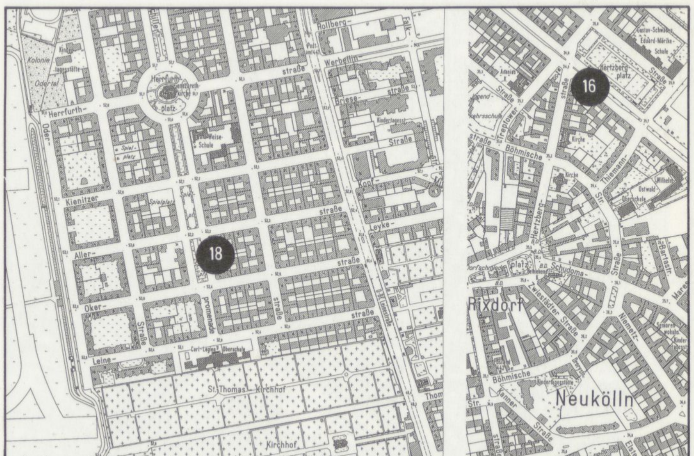
16 Hertzbergplatz/Neukölln

Moosdorfstraße

17 Moosdorfstraße/Treptow

Schillerpromenade

18 Schillerpromenade/Neukölln

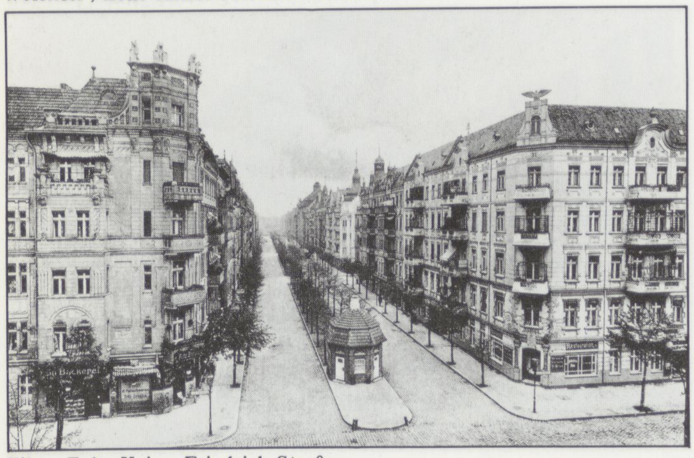


Boddinplatz

19 Boddinplatz/Neukölln

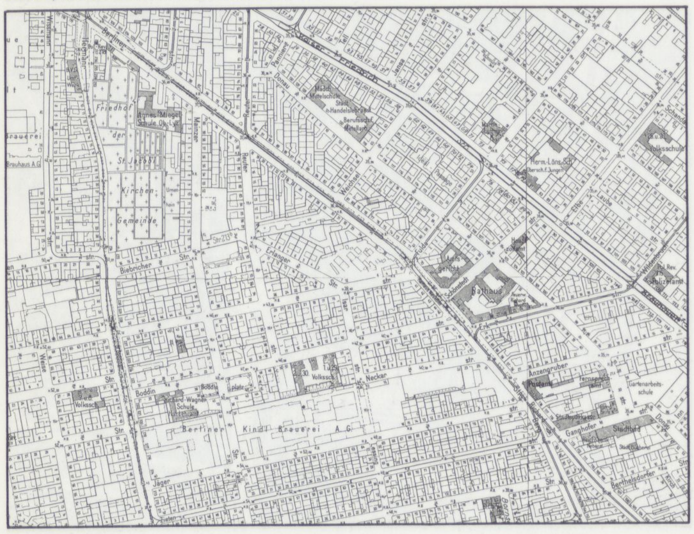
Weichsel-, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße

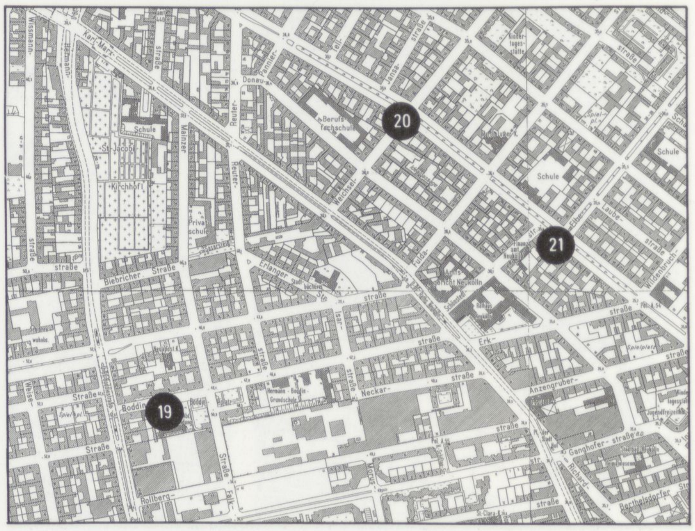
20 Weichselstraße, Ecke Sonnenallee/Neukölln

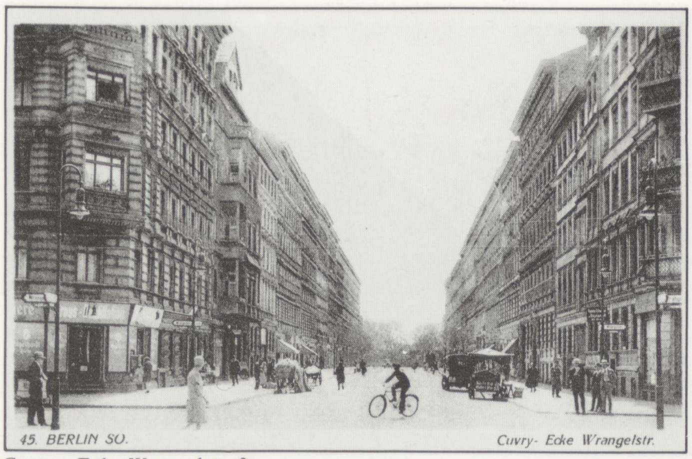


Elbe-, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße

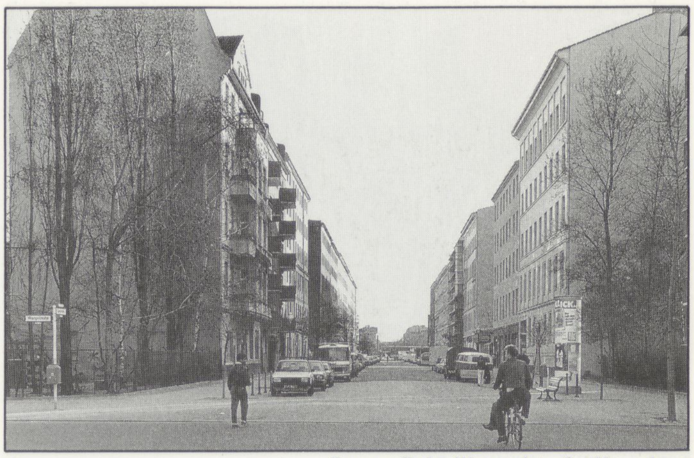
21 Elbestraße, Ecke Sonnenallee/Neukölln







Cuvry-, Ecke Wrangelstraße



22 Cuvry-, Ecke Wrangelstraße/Kreuzberg

Wrangel-, Ecke Falckensteinstraße

23 Wrangel-, Ecke Falckensteinstraße/Kreuzberg

Heimstraße

24 Heimstraße/Kreuzberg

Lübbener, Ecke Görlitzer Straße

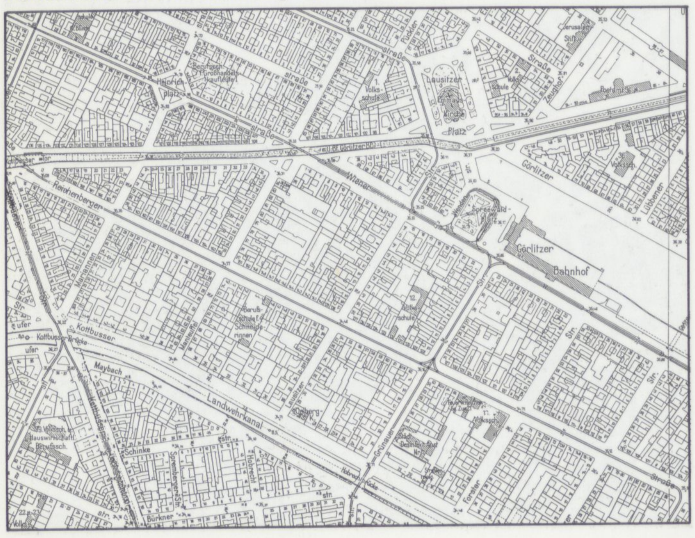
25 Lübbener, Ecke Görlitzer Straße/Kreuzberg

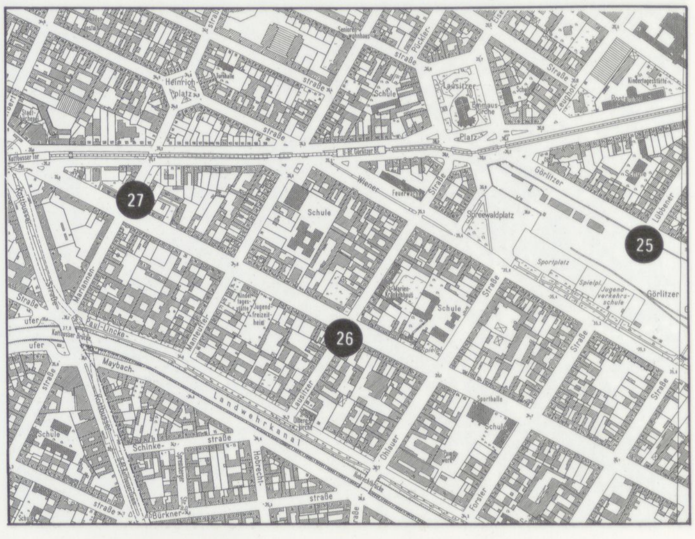
Lausitzer, Ecke Reichenberger Straße

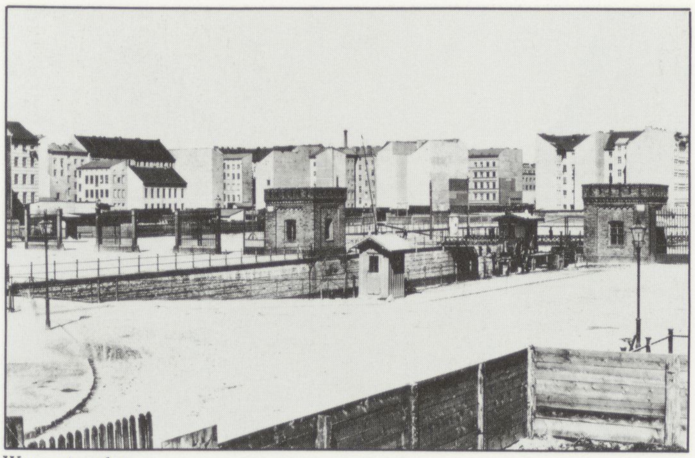
26 Lausitzer, Ecke Reichenberger Straße/Kreuzberg

Mariannen-, Ecke Reichenberger Straße

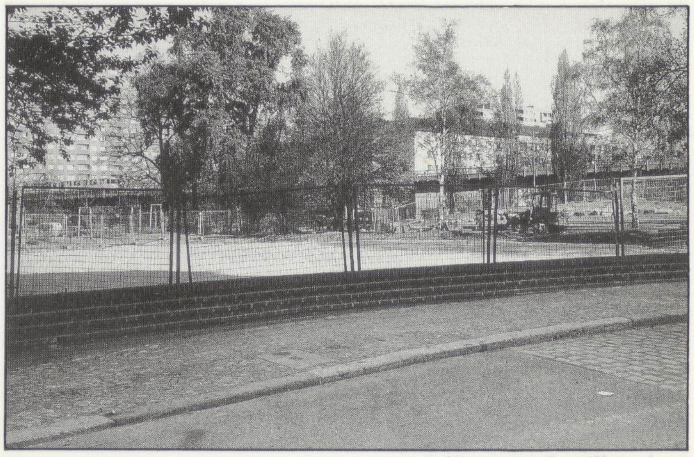
27 Mariannen-, Ecke Reichenberger Straße/Kreuzberg





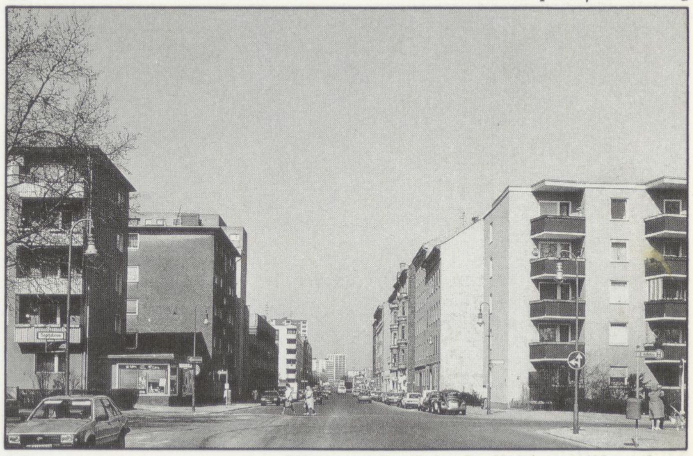


Wassertorplatz

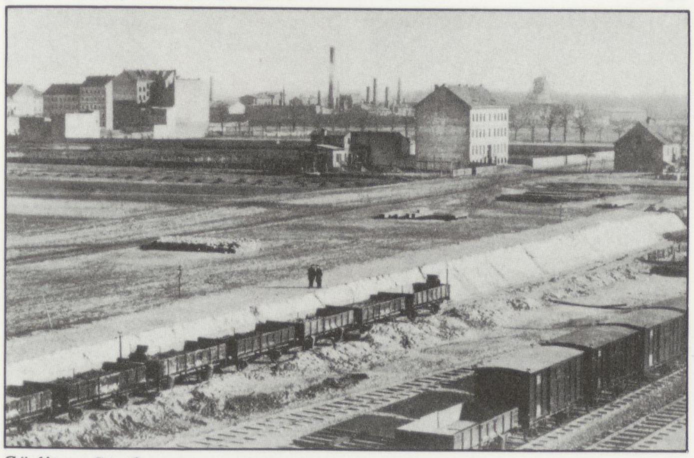


28 Wassertorplatz/Kreuzberg

Ritterstraße, Ecke Luisen-Ufer



29 Ritterstraße, Ecke Seglitzdamm/Kreuzberg



Görlitzer Straße

30 Görlitzer Straße/Kreuzberg

Goeben-, Ecke Kirchbachstraße

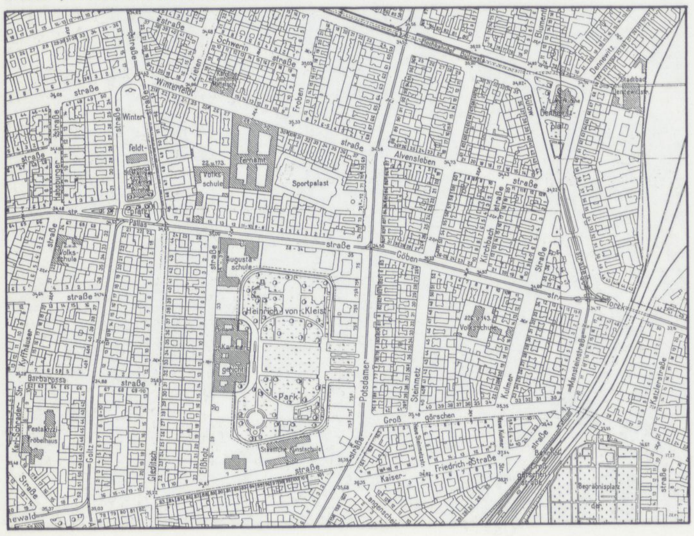
31 Goeben-, Ecke Kirchbachstraße/Schöneberg

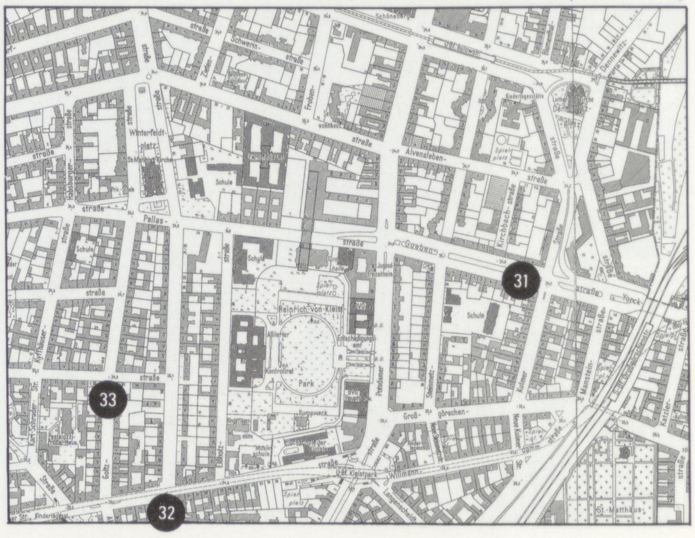
Gleditsch-, Ecke Grunewaldstraße

32 Gleditsch-, Ecke Grunewaldstraße/Schöneberg

Goltz-, Ecke Barbarossastraße

33 Goltz-, Ecke Barbarossastraße/Schöneberg

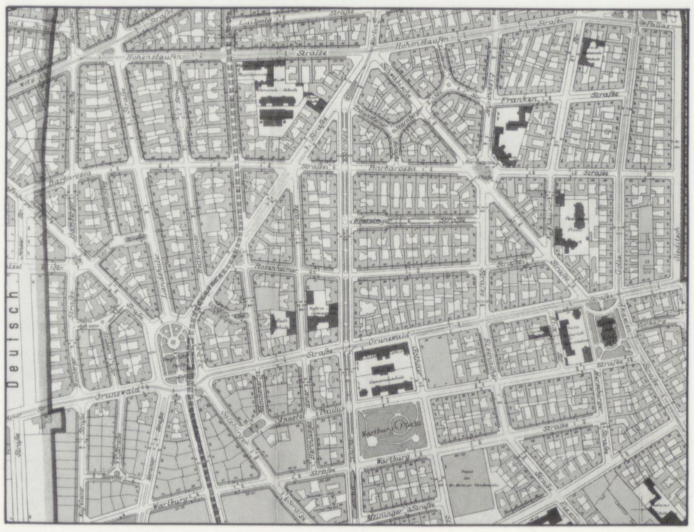


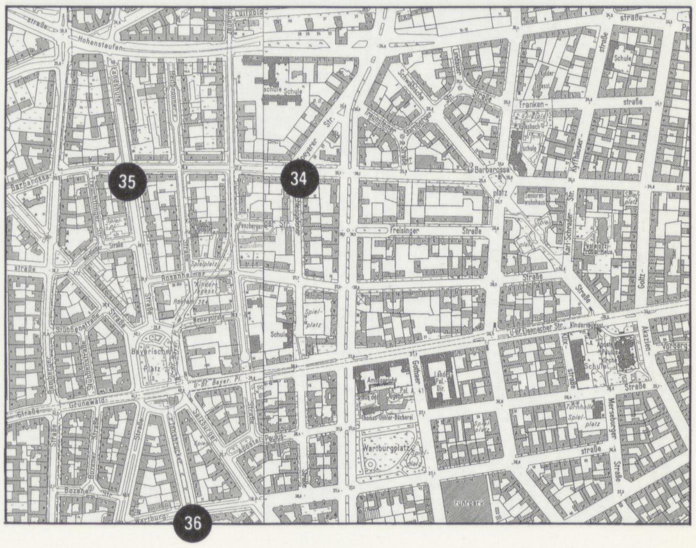


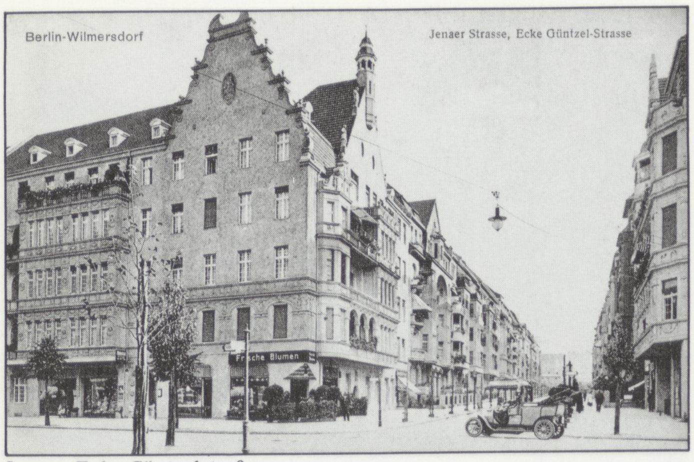
Speyerer Straße 34 Speyerer Straße/Schöneberg

Landshuter, Ecke Barbarossastraße 35 Landshuter, Ecke Barbarossastraße/Schöneberg

Innsbrucker, Ecke Wartburgstraße 36 Innsbrucker, Ecke Wartburgstraße/Schöneberg







Jenaer, Ecke Güntzelstraße

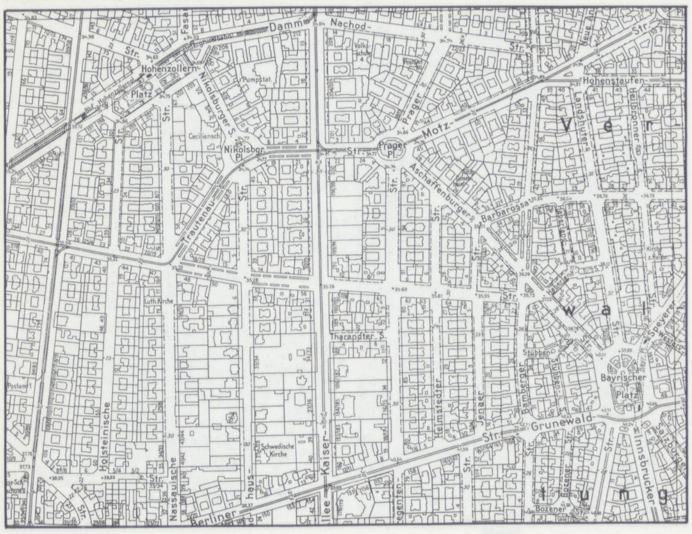
37 Jenaer, Ecke Güntzelstraße/Wilmersdorf

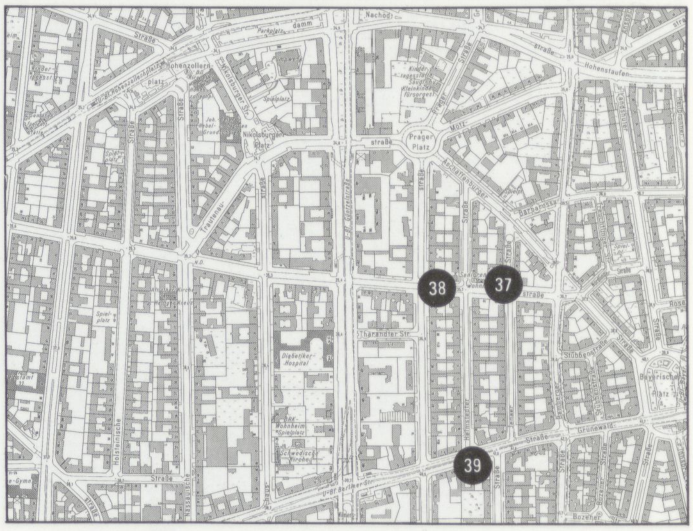
Güntzelstraße

38 Güntzelstraße/Wilmersdorf

Helmstedter, Ecke Berliner Straße

39 Helmstedter, Ecke Berliner Straße/Wilmersdorf





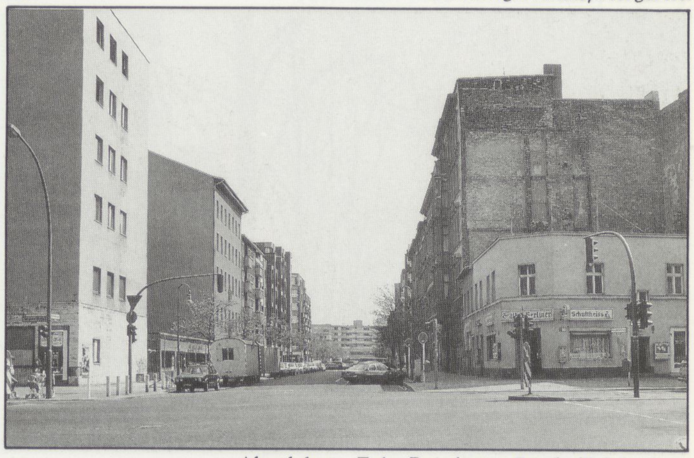
Steglitzer, Ecke Genthiner Straße

40 Pohl-, Ecke Genthiner Straße/Tiergarten

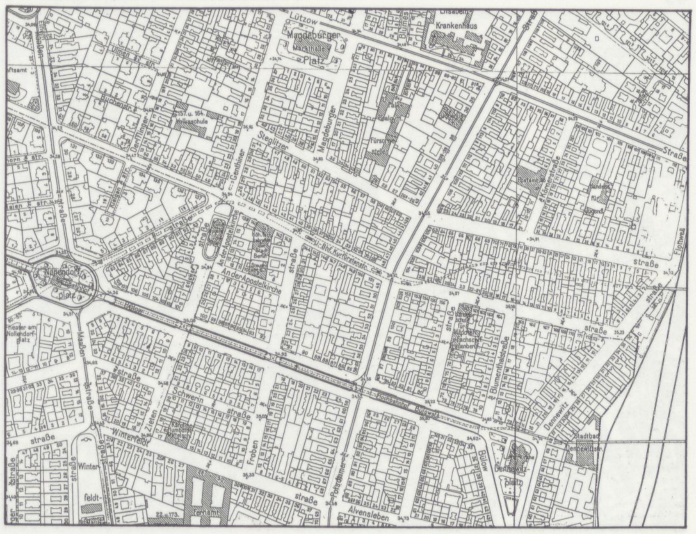
Derfflingerstraße

41 Derfflingerstraße/Tiergarten

Alvesleben-, Ecke Potsdamer Straße



42 Alvesleben-, Ecke Potsdamer Straße/Schöneberg



Stülerstraße

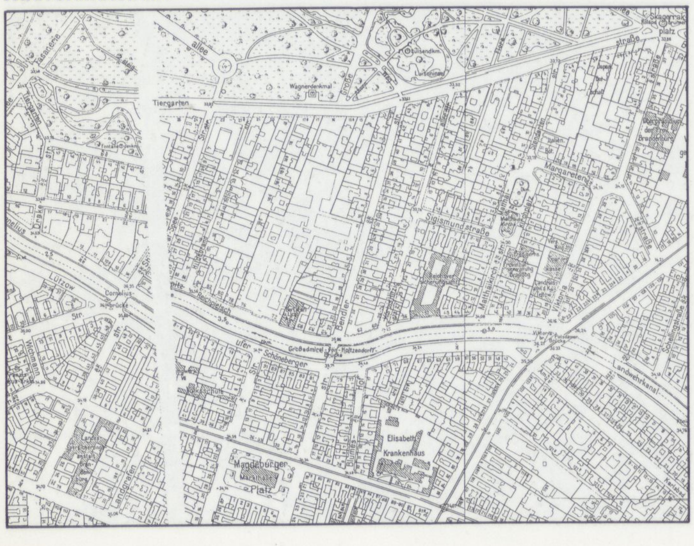
43 Thomas-Dehler-Straße/Tiergarten

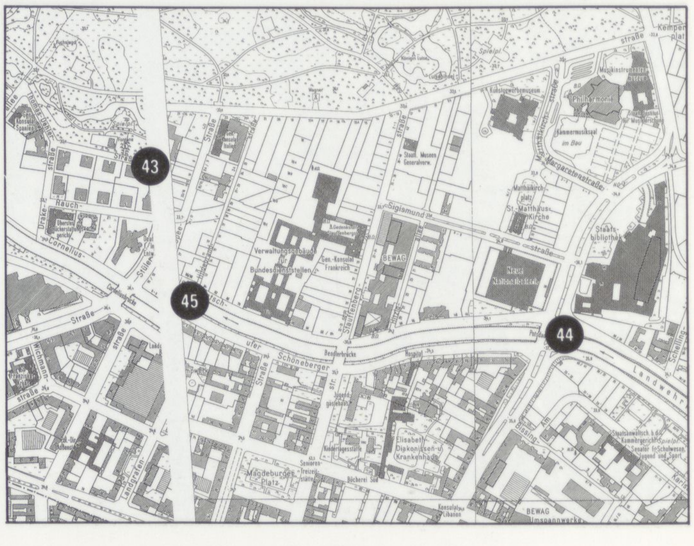
Victoriastraße

44 Potsdamer Straße/Tiergarten

Hildebrandtstraße

45 Hildebrandtstraße/Tiergarten





Ramler-, Ecke Graunstraße

46 Ramler-, Ecke Graunstraße/Wedding

Puttbusser, Ecke Lortzingstraße

47 Puttbusser, Ecke Lortzingstraße/Wedding

Lortzingstraße

48 Lortzingstraße/Wedding

Gartenstraße

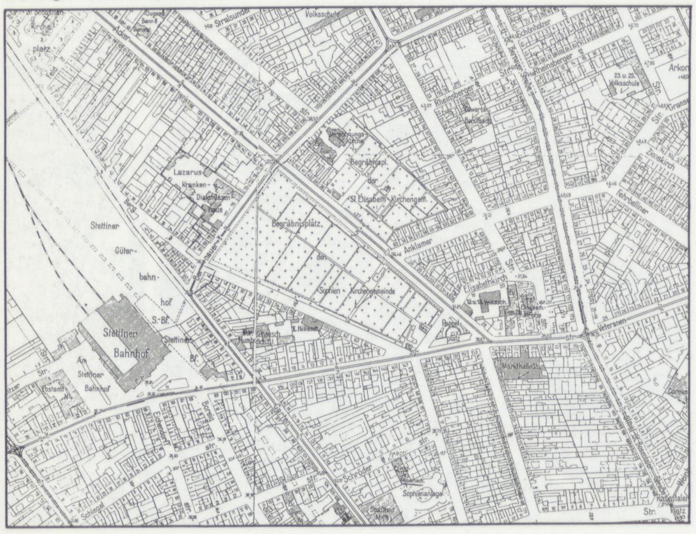
49 Gartenstraße/Mitte

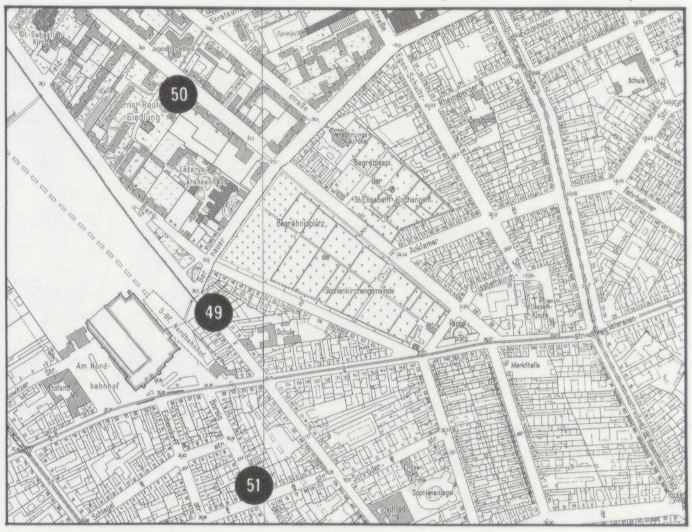
Ackerstraße

50 Ackerstraße/Wedding

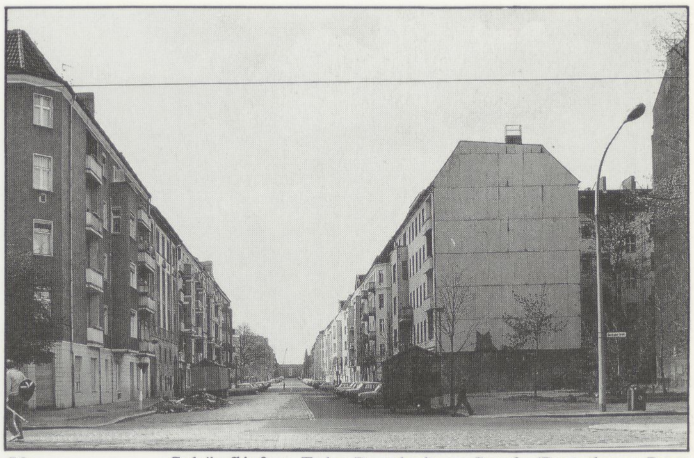
Borsig-, Ecke Tieckstraße

51 Borsig-, Ecke Tieckstraße/Mitte





Schönfließer, Ecke Bornholmer Straße

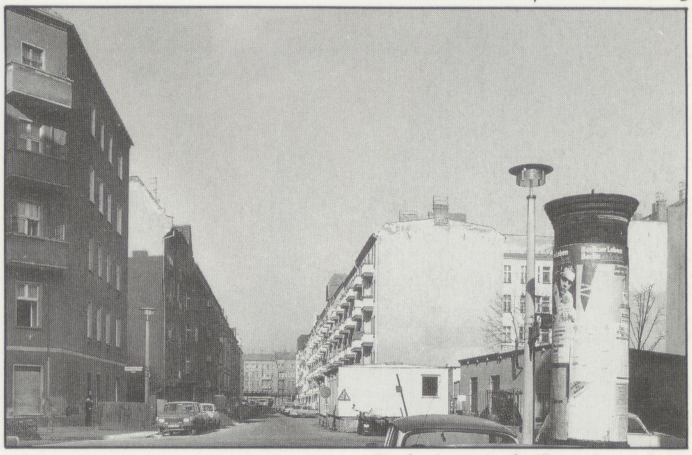


52 Schönfließer, Ecke Bornholmer Straße/Prenzlauer Berg

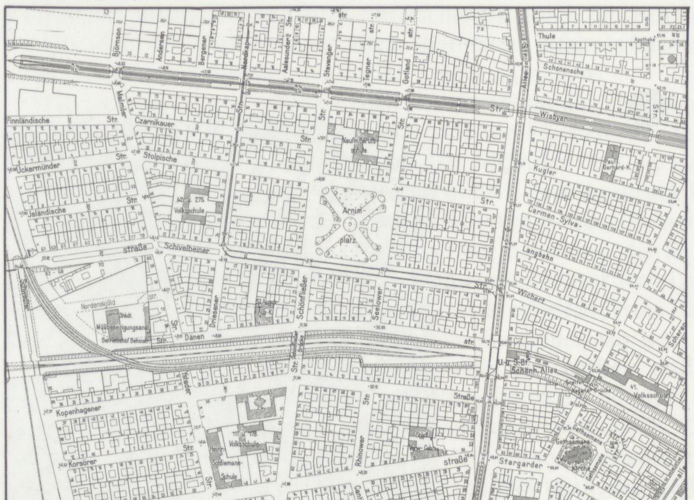
Carmen-Sylva-Straße

53 Erich-Weinert-Straße/Prenzlauer Berg

Rodenbergstraße



54 Rodenbergstraße/Prenzlauer Berg



Rügener, Ecke Brunnenstraße

55 Rügener, Ecke Brunnenstraße/Wedding

Oderberger Straße, Ecke Kastanienallee

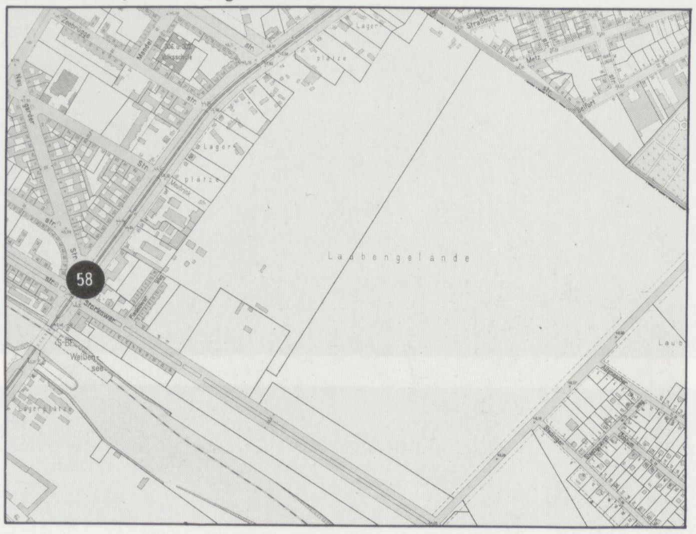
56 Oderberger Straße, Ecke Kastanienallee/Prenzlauer Berg

Zionskirchstraße

57 Zionskirchstraße/Mitte

Greifswalder, Ecke Naugarder Straße

58 Greifswalder, Ecke Naugarder Straße/Prenzlauer Berg



10 ausgesuchte Bildvergleiche

Die 58 Bildpaare, verstreut über die Mietshausquartiere der beiden Städte, machen das Ausmaß der baulich-räumlichen Veränderungen sichtbar. Sie haben unterscheidbare Ursachen. Sie sind durch die Bombardierungen und Kriegshandlungen, durch Wiederbebauung an gleicher oder verschobener Stelle und durch die Verwendung ähnlicher oder anderer Bauformen verursacht und auch unterschieden durch die Behandlung, die die Fassaden der Häuser, soweit diese überlebten, erfahren haben. Dabei ist auch erkennbar, in welcher der beiden Städte sie stehen.

Die Veränderungen erfassen auch den Straßenraum, der begrenzt wird durch die vertikalen Fassaden und horizontale Flächen, die den Verkehr aufzunehmen haben. Zwischen den beiden Bildserien liegt die massenhafte Verbreitung des Automobils, die auf den Bildern zum Ausdruck kommt.

Um die feinen Unterschiede zwischen Alt- und Neubau in heutigem und ursprünglichem Zustand sichtbar zu machen, haben wir die 58 Bildpaare nach uns ähnlich Erscheinendem um- und zusammensortiert. Die sich daraus ergebenden 10 Reihen reichen vom relativ unveränderten Zustand bis zum völligen Ersatz der alten Stadt durch eine neue. Aus den 10 Reihen haben wir jeweils ein Beispielpaar ausgewählt, vergrößert und untereinander gesetzt, um die Einzelheiten und Veränderungen deutlich erkennbar zu machen. Dabei spielte die Lage im Stadtraum keine Rolle. Die kurzen Kommentare zu den Bildpaaren sollen die Veränderungen andeuten. Würde man sich noch weiter mit den Einzelheiten beschäftigen, die die Bilder hergeben, so wäre natürlich noch sehr viel mehr zu entdecken.

1. Beispiel (56), ausgewählt aus der Reihe 5, 8, 16, 19, 53, 56: Oderberger Straße/Kastanienallee, Bezirk Prenzlauer Berg, Berlin (DDR)

Die Häuser sind alle erhalten. Die Fassaden sind beschädigt. Daß die Beseitigung der Stukkatur und ihr Ersatz durch glatten Putz keine Nachkriegserscheinung ist, belegt das ältere Foto des Bildpaares. Bei den Fenstern erkennt man erste Ansätze des Austauschs der alten, vierflügligen Kreuzfenster durch moderne zweiteilige Klappfenster. Die ursprünglich vor fast allen Fenstern angebrachten Jalousien, die zur Standardausstattung der Vorderhauswohnungen gehörten, fehlen heute. Die kleinen Geschäfte im Erdgeschoß und Souterrain sind weitgehend verschwunden, die Souterrains zum Teil – wahrscheinlich während der Luftschutzmaßnahmen – zugemauert. In der breiten Oderberger Straße, in der früher keine Bäume standen, sind Bäume gepflanzt worden, in der Kastanienallee wird versucht, in Kübeln die historische Bepflanzung wieder aufleben zu lassen, um dem Namen der Straße gerecht zu werden. Der Wagen am Straßenrand, der früher für die Obst- und Gemüseversorgung der Bevölkerung sorgte, ist einer Reihe parkender Autos gewichen. Nur die Litfaßsäule ist unverändert geblieben.

2. Beispiel (32), ausgewählt aus der Reihe 24, 32: Gleditschstraße, Bezirk Schöneberg, Berlin (West)

Im Vordergrund sieht man auf beiden Straßenseiten Häuser mit restaurierten Stuckfassaden, die nicht nur instandgesetzt, sondern zum Teil neu hergestellt wurden, wie die fehlenden Balkone zeigen. Auf der linken Seite erkennt man, daß die barock geschwungenen Balkongitter durch vereinfachte Stabgitter ersetzt wurden. Außerdem ist die Fassade mit Ausnahme der Stukkatur noch farbig angestrichen. Bei den Restaurierungen fällt auf, daß fast überall der dunkle Fensteranstrich durch weiße Anstriche erneuert ist, wodurch die Fenster optisch nach vorne springen, während sie früher zurücktraten. Auch hier fehlen die Jalousien. Die ehemalige Fassadenwand der Straße hat sich zu einem Ensemble aus einzelnen Häusern aufgelöst, die sich nicht mehr an die alte Straßenflucht halten und in der Gestaltung von den Nachbarhäusern abweichen. War früher die Fassadengestaltung des einzelnen Hauses nur ein Element der Gestaltung des öffentlichen Raumes, so wird sie heute auf das einzelne Haus zurückverwiesen, das sie repräsentiert.

3. Beispiel (7), ausgewählt aus der Reihe 7, 9, 21, 25, 33, 41, 51, 57: Gabriel-Max-Straße, Bezirk Lichtenberg, Berlin (DDR)

Das Bildpaar zeigt beispielhaft die Veränderung des Straßenbildes durch Abschlagen der Fassadenornamente und ihren Ersatz durch ungegliederten glatten Putz und Aufhellung der Fensterkreuze. Die Jalousien sind zum Teil durch neue ersetzt, die man hier als Mieter für Südwohnungen beantragen kann. Die Straßenbäume, die die Fassaden die meiste Zeit des Jahres verdecken, ersetzen den früheren Abwechslungsreichtum der Fassaden. Die für bestimmte Gegenden typischen Berliner Eckkneipen sind verschwunden und zum Teil in Wohnungen umgewandelt worden. Auch hier fällt die Menschenleere der Straßen auf und deren Auffüllung mit PKWs.

4. Beispiel (58), ausgewählt aus der Reihe 4, 37, 58: Greifswalder Straße, Bezirk Prenzlauer Berg, Berlin (DDR)

An diesem Paar lassen sich beispielhaft die Folgen der Entgiebelung studieren. In den meisten Fällen läßt sich diese Maßnahme zurückführen auf die nach den Kämpfen und Luftangriffen 1945 notwendig gewordenen Dacherneuerungen. Die zum Teil ausgebrannten Dachstühle mußten aus Mangel an Holz, Ziegeln, Arbeitskräften und Zeit vereinfacht wieder aufgebaut werden. Die Fassaden sind ebenfalls vereinfacht, die Häuser an der Greifswalder Str. gestrichen, da es sich um eine Protokollstrecke handelt. Die Straßenbahn ist in die als Promenade ausgebildete Mittelinsel verlegt. Läden und Kneipen haben sich an dieser Hauptausfallstraße erhalten.

5. Beispiel (42), ausgewählt aus der Reihe 6, 22, 42, 49, 52, 54: Potsdamer Straße, Ecke Alvenslebenstraße, Bezirk Schöneberg, Berlin (West)

Das Beispiel steht für die zahlreichen, immer noch vorhandenen Baulücken und Teilruinen. Die Ecken konnten wegen der neuen Bauordnung und der sich daraus ergebenden Belichtungsprobleme für die Wohnungen nicht wieder aufgebaut werden. Aus Luftschutzgründen mußten viele Baulücken frei bleiben. Wurde bis an die Ecke gebaut, wie es links zu sehen ist, so mußte der Grundstücksteil dahinter frei bleiben. Die Straße wirkt gegenüber ihrem früheren Zustand wie ein gerupftes Huhn. Die Straßenbahnschienen sind wie überall in Berlin (West) herausgerissen.

6. Beispiel (45), ausgewählt aus der Reihe 10, 45: Hildebrandstraße, Bezirk Tiergarten, Berlin (West)

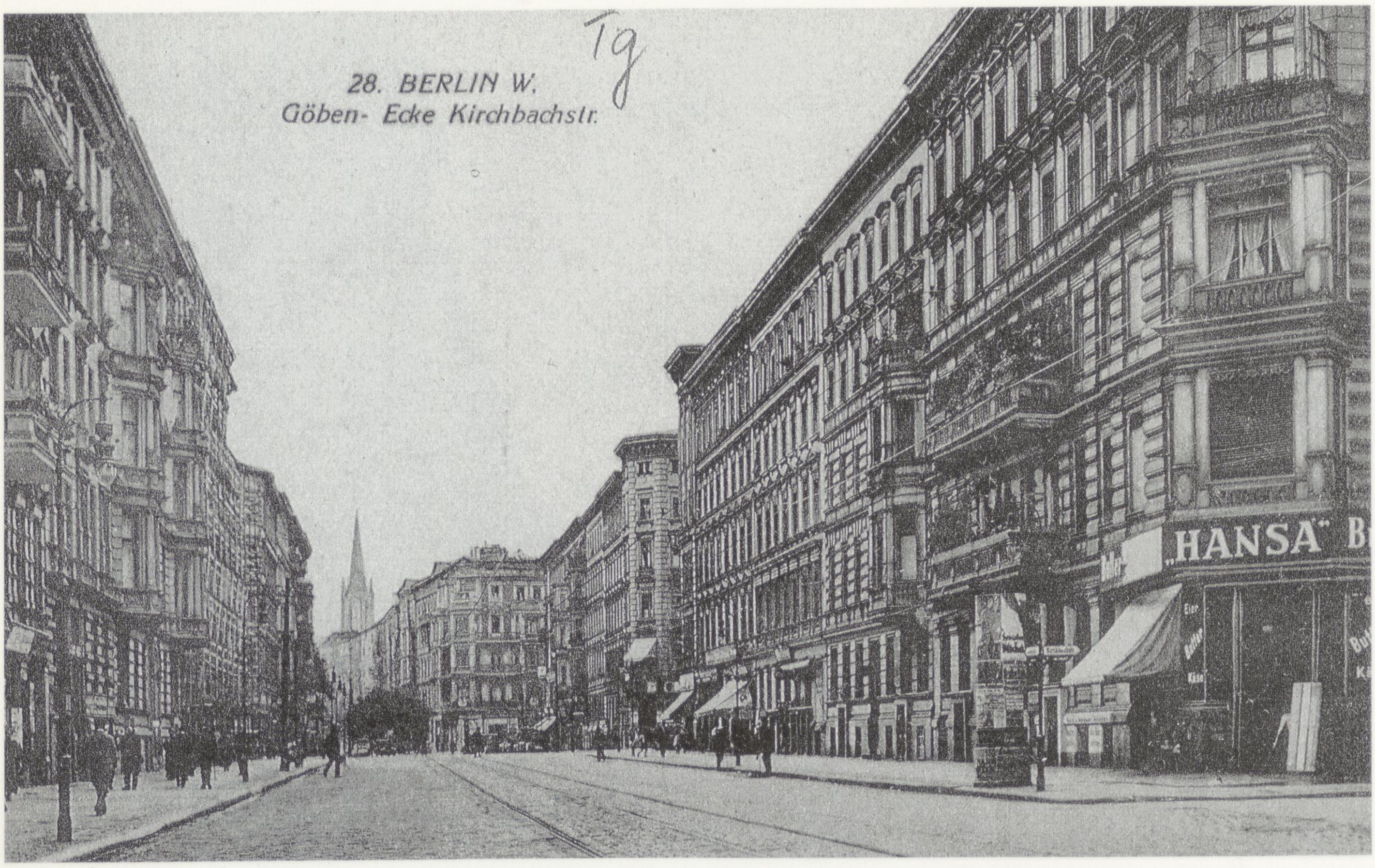
Das Bildpaar zeigt eine der immer seltener werdenden, heute noch brachliegenden Gegenden am südlichen Tiergartenrand, wo die frühere Bebauung fast vollständig zerstört und noch nicht durch eine neue ersetzt worden ist, weil die Grundstücke sich entweder in ausländischem Besitz befinden oder (wie hier) für einen besonderen städtebaulichen Zweck reserviert sind. Es ist ein städtebauliches Vakuum entstanden, das Abstellplätze, wilde Vegetation, in der Hunde ausgeführt werden, und Jugendliche, die Geländefahrten mit Motorrädern veranstalten, füllen. Auf der rechten Seite ist ein eingezäunter Trainingsplatz für den deutschen Gebrauchshund zu sehen. Der Kanalisationsdeckel ist der einzige einigermaßen zuverlässige Anhaltspunkt für den Standort.

7. Beispiel (46), ausgewählt aus der Reihe 23, 36, 38, 43, 46, 47: Ramlerstraße, Bezirk Wedding, Berlin (West)

Das Beispiel steht für eine Neubebauung auf dem alten Straßengrundriß, die die Dimensionen und den Formenkanon des Altbaus in bezug auf das Vorderhaus aufnimmt und eine geschlossene Randbebauung wiederherstellt. Die Verdichtung erfolgt nicht mehr wie früher in der Tiefe, sondern in der Höhe: Wo früher 5 Geschosse standen, werden bei gleicher Gebäudehöhe 7 untergebracht. Es scheint, als würden Lücken gefüllt und sich die Neubebauung der alten anpassen, um so „behutsam" den alten Straßenraum wiederherzustellen. Daß die Ramlerstraße bis auf ein Vorderhaus den Krieg unbeschadet überstanden hat und die als gut eingeschätzte Bausubstanz trotzdem abgerissen worden ist, sieht man nicht.

8. Beispiel (26), ausgewählt aus der Reihe 20, 26, 29, 39: Lausitzer, Ecke Reichenberger Straße, Bezirk Kreuzberg, Berlin (West)

Das Beispiel zeigt das ganze Unvermögen der 50er und 60er Jahre, mit Ecksituationen fertig zu werden. Die genormten Grundrisse ließen sich an der Ecke nicht anwenden. Die neugebaute Ecke bleibt entweder hohl oder unvollständig. Die Ecke selbst ist eine Ansammlung von Verlegenheitslösungen: Parkplätze, kleine umfriedete Grünanlagen, ein Baum und der Schornstein der Zentralheizung. Mischnutzung kann im sozialen Wohnungsbau nicht finanziert werden. Immerhin wird die Traufhöhe gewahrt. Die Fluchtlinie wird nur noch durch den Jägerzaun und die Hecke angedeutet.



9. Beispiel (31), ausgewählt aus der Reihe 1, 3, 12, 14, 31, 34, 39, 55: Goeben-, Ecke Kirchbachstraße, Bezirk Schöneberg, Berlin (West)

Das Beispiel zeigt, wie mit der alten Dimension des öffentlichen Raumes gebrochen wird. Der Straßenraum wurde auf das Doppelte verbreitert, die einheitliche Höhe von 22 m weit über-, aber auch unterschritten und die geschlossene Randbebauung aufgegeben. Straßen wurden überbaut. Entlang der für den Ost-West-Verkehr verbreiterten Hauptverkehrsstraße wurden wieder 1- und 2geschossige Gewerbeflächen mit eingebaut. Die Straße ist für den PKW dimensioniert, für den Fußgänger ist sie unpassierbar geworden. Es stehen sich zwei Bebauungsmodelle gegenüber.

10. Beispiel (44), ausgewählt aus der Reihe 13, 28, 40, 44: Victoriastraße (heute Potsdamer Straße), Bezirk Tiergarten, Berlin (West)

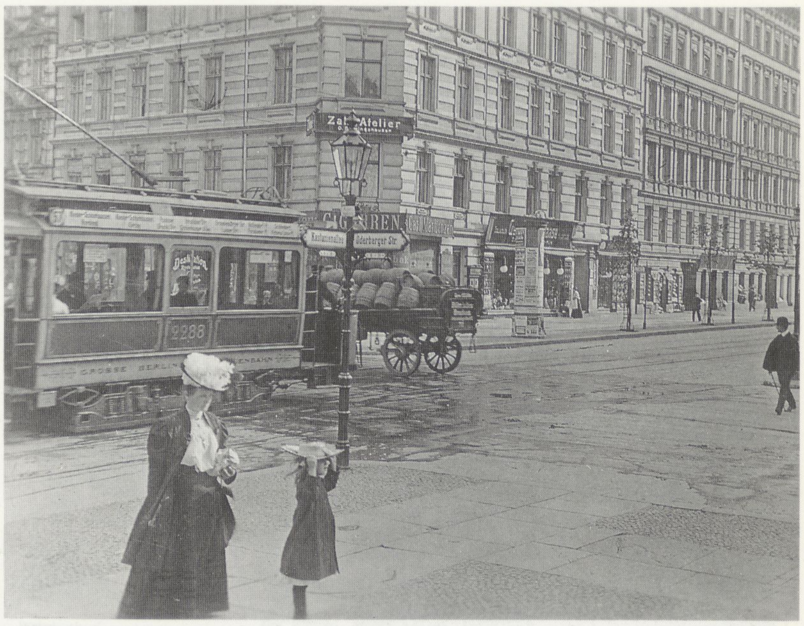
Von der Potsdamer Brücke aus kann man die Ergebnisse der Veränderung einer Gegend beobachten, wo die alte Stadt radikal durch eine neue ersetzt worden ist. Nichts, nicht einmal der Straßengrundriß oder ihr Verlauf, verbindet beide Bilder miteinander. Die Wohn- und Geschäftsbebauung ist restlos ersetzt durch die Bauten des „Kulturforums“.

Berlin. Ode
J. Haan
Drogen Farben
Drogen Farben
Gummi-Waren
Verbandstoffe
Kindernährmittel
Sanatogen
Lieferung für Krankenkassen

B 3

DROGERIE

B 4



Die beiden extremen Situationen

Sehen wir uns die beiden Beispiele 1 und 10 näher an, so zeigt sich, daß auch die am besten erhaltene Altbausubstanz im Detail Veränderungen aufweist, die ein Wiedererkennen schwermachen. Ein Vergleich des heutigen Zustandes des Eckladens Oderberger Straße/ →B 5 Kastanienallee mit dem Zustand um **1910** macht das deutlich: Es handelt sich noch um dieselbe Drogerie, die von derselben Familie geführt wird.

Wie in vielen noch erhaltenen Altbaugebieten findet man schnell Bewohner, die hier seit Generationen leben. Die Geschichte der Umgebung ist aufgehoben in ihren Erinnerungen und manchmal dokumentiert in ihren Fotoalben. Sie reichen oft zurück bis in die Entstehungszeit der Gegend. Der Blick aus dem Laden auf die gegenüberliegende Straßenseite der Kastanienallee in drei zeitlichen Zuständen (vor dem 1., vor dem 2. und nach dem 2. Weltkrieg) wird als Erinnerungsfoto am Ort bereitgehalten, und die Geschichte der Gegend kann von den älteren Bewohnern erzählt werden.

Um das andere Extrem in seiner radikalen Veränderung zu verstehen, muß man Karten, Zeitschriften und Bilddokumente heranziehen.

Es stellt sich heraus, daß hier nicht nur die Bombardierung Berlins, sondern auch die Abrisse für die Neugestaltung der Reichshauptstadt die Unkenntlichmachung der Gegend verursacht haben. →B 6 Wo heute die von Scharoun entworfene Staatsbibliothek steht, wurde am **14.6.1938** der Grundstein für das Haus des Fremdenverkehrs gelegt, das als erster Bau den „Runden Platz" nach Westen hin fassen sollte, und am Standort der Philharmonie war von Wilhelm Kreis die Soldatenhalle für noch gar nicht Gefallene entworfen worden. Der erste Bau an der geplanten Nord-Süd-Achse ist nicht fertig geworden. Er ist von Bomben getroffen und nach dem Krieg abgerissen worden. Das heutige Kulturforum auf dem durch Speer enteigneten Gelände steht also genau dort, wo die Planung für die Nord-Süd-Achse am weitesten vorangetrieben war: doppelt ausgelöschte ←S. 62 Geschichte. In den drei Lageplänen ist sie festgehalten.

Pläne und Fotos sind unterlegt mit einem ←B 7 Blick vom Turm der Matthäuskirche auf einen der „Polenmärkte" (hier am **28.5.1989**), die inzwischen auch schon ein Stück Berliner Geschichte sind. →B 8

Reichsminister Dr. Goebbels führt aus:

Mein Führer!

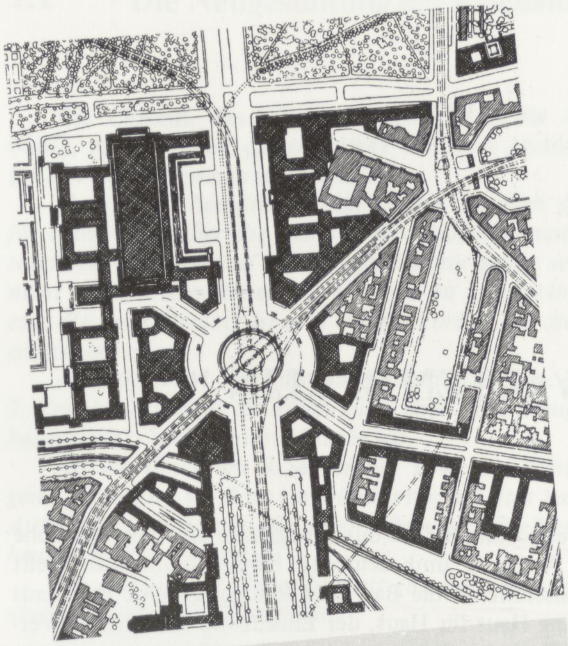
Meine Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Der 14. Juni 1938 ist ein Tag von historischer Bedeutung in der Baugeschichte der Reichshauptstadt. Heute setzt eine neue Phase in der durch Sie, mein Führer, vorgezeichneten architektonischen Entwicklung Berlins ein. Sie wollen den Grundstein legen zum „Haus des deutschen Fremdenverkehrs" und damit den Beginn des ersten großen Monumentalbaues in der einzigartigen baulichen Umwandlung der Reichshauptstadt proklamieren. Damit ist die weitere architektonische Entwicklung Berlins in ein ganz neues und entscheidendes Stadium getreten. Es beginnt für die Reichshauptstadt mit dem heutigen Tage der wichtigste Bauabschnitt in der durch den Nationalsozialismus bestimmten Bauperiode.

Seit vielen Jahren haben Sie, mein Führer, sich mit den Plänen zum Umbau von Berlin beschäftigt. Oft haben Sie in losen Skizzenblättern Projekte für dieses monumentale Werk entworfen. Oft sind diese Projekte in Einzelheiten geändert worden. Aber der Grundgedanke blieb. Unverändert ist bis heute Ihre Idee und Ihre Entschlossenheit, das Chaos Berlin neu zu gestalten, und aus diesem planlosen Häusermeer eine Stadt zu formen, die der Größe unseres Volkes, dem Rang unserer Nation und der geschichtlichen Bedeutung unserer Zeit würdig ist. Berlin soll, das ist Ihr fester Wille, die wirkliche Hauptstadt des Reiches werden, ein politisches und wirtschaftliches Kraftzentrum ohnegleichen, das auch in seiner Architektur die Größe unserer Zeit und die Monumentalität unserer geschichtlichen Entwicklung plastisch zum Ausdruck bringt.

1910

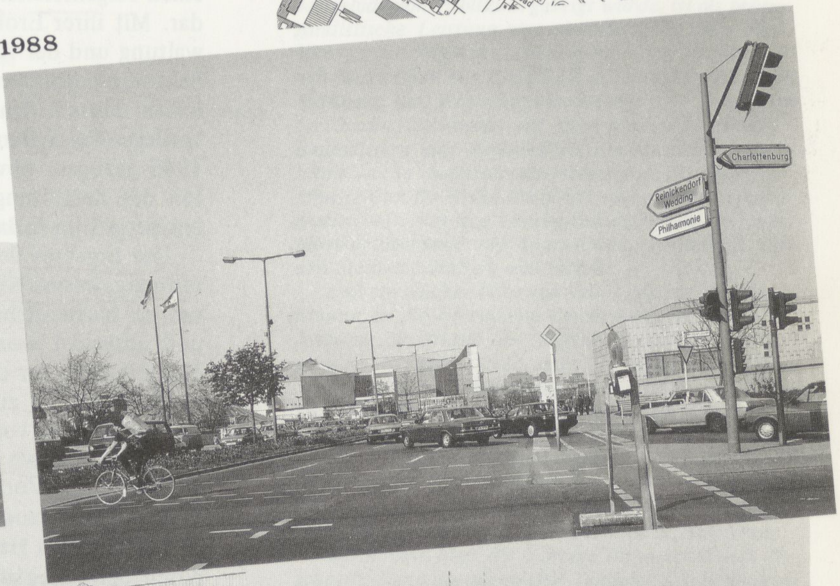
1945



Kemper platz
Bellevue
Philharmonie
Kammermusiksaal im Bau
Margaretenstraße
Staatsbibliothek
Potsdamer
Landwehrkanal
Bernburger
Voß

5

1988


Charlottenburg
Reinickendorf Wedding
Philharmonie

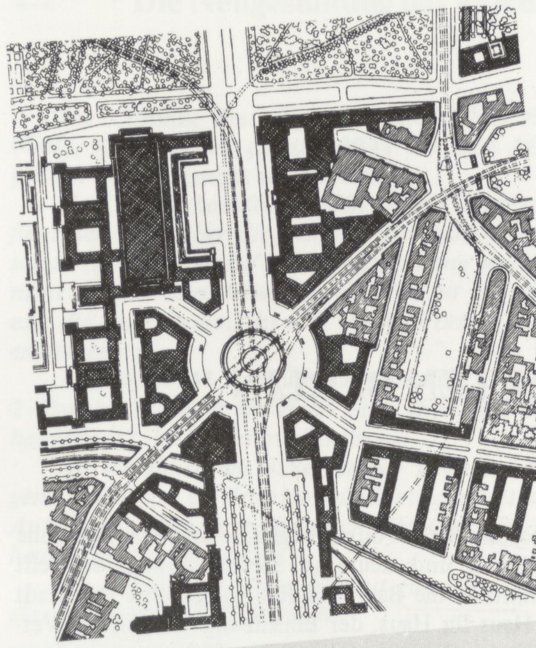
Reichsminister Dr. Goebbels führt aus:

Mein Führer!
Meine Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Der 14. Juni 1938 ist ein Tag von historischer Bedeutung in der Baugeschichte der Reichshauptstadt. Heute setzt eine neue Phase in der durch Sie, mein Führer, vorgezeichneten architektonischen Entwicklung Berlins ein. Sie wollen den Grundstein legen zum „Haus des deutschen Fremdenverkehrs" und damit den Beginn des ersten großen Monumentalbaues in der einzigartigen baulichen Umwandlung der Reichshauptstadt proklamieren. Damit ist die weitere architektonische Entwicklung Berlins in ein ganz neues und entscheidendes Stadium getreten. Es beginnt für die Reichshauptstadt mit dem heutigen Tage der wichtigste Bauabschnitt in der durch den Nationalsozialismus bestimmten Bauperiode.

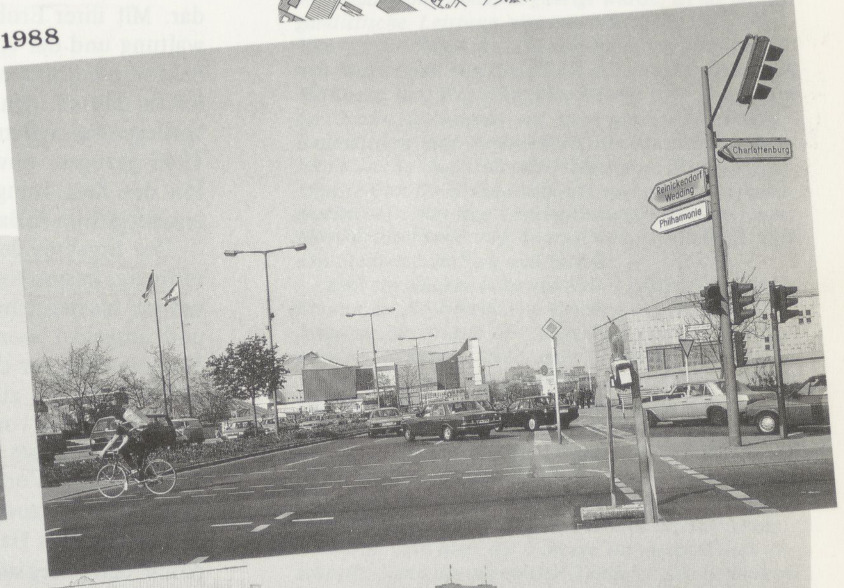
Seit vielen Jahren haben Sie, mein Führer, sich mit den Plänen zum Umbau von Berlin beschäftigt. Oft haben Sie in losen Skizzenblättern Projekte für dieses monumentale Werk entworfen. Oft sind diese Projekte in Einzelheiten geändert worden. Aber der Grundgedanke blieb. Unverändert ist bis heute Ihre Idee und Ihre Entschlossenheit, das Chaos Berlin neu zu gestalten, und aus diesem planlosen Häusermeer eine Stadt zu formen, die der Größe unseres Volkes, dem Rang unserer Nation und der geschichtlichen Bedeutung unserer Zeit würdig ist. Berlin soll, das ist Ihr fester Wille, die wirkliche Hauptstadt des Reiches werden, ein politisches und wirtschaftliches Kraftzentrum ohnegleichen, das auch in seiner Architektur die Größe unserer Zeit und die Monumentalität unserer geschichtlichen Entwicklung plastisch zum Ausdruck bringt.

1910



1945

1988



2 Das Ende des ALTEN BERLIN

Die umfangreiche Zerstörung Berlins durch englische und amerikanische Bomber, sowjetische Artillerie und deutsche Sprengkommandos stellt einen folgenreichen Einschnitt in die Bau- und Raumgeschichte der Stadt dar. Mit ihrer Eroberung Haus für Haus, der Einsetzung einer neuen Verwaltung und der Aufteilung der Stadt in vier von den Alliierten verwaltete Sektoren beginnt auch eine völlig neue politische Geschichte der Stadt. Wir haben deshalb den periodischen Schnitt zwischen dem 2. und dem hier vorliegenden 3. Band der Geschichte des Berliner Mietshauses mit dem Jahr **1945** gezogen, obwohl es Argumente dafür gibt, ihn anders zu datieren. Mit der Zerstörung des sozialen Gefüges der Stadt nach **1933** haben wir uns bereits im 2. Band beschäftigt.

Das Ergebnis des vorangegangenen 2. Weltkrieges ist nicht nur die Neuordnung, besser Neuaufteilung Berlins, sondern eine der ganzen Welt, von der wir bis heute betroffen sind. Der Krieg ist in Berlin geplant, vorbereitet und ausgelöst worden. Gleichzeitig und untrennbar mit den Plänen zur Vorbereitung der deutschen Eroberungskriege verbunden, wird die Umgestaltung Berlins zur künftigen Hauptstadt eines *Großdeutschen Reiches*, das mindestens vom Atlantik bis zum Ural reichen soll, geplant. Mit der Ausführung dieses Plans zur Umgestaltung, der den Abriß großer Teile der Stadt zur Voraussetzung hat, wird bereits vor dem Krieg begonnen. Seine Durchsetzung wird nicht, wie die folgende Untersuchung, die mehrere Ebenen der Handlung heranzieht und aufeinander bezieht, zeigen wird, durch den Krieg aufgehalten oder unterbrochen, sondern kann nur durch ihn ermöglicht werden.

Erst der Krieg löst die unüberwindlichen Probleme, die sich bei der Durchführung des Plans bis **1939** angesammelt haben, erst der Kriegszustand und der angestrebte „Endsieg" erleichtern die Maßnahmen zur Lösung der *Ersatzraum-*, *Arbeitskräfte-*, *Baustoff-* und *Finanzierungsfrage*. Die Durchführung des Plans zur *Neugestaltung der Reichshauptstadt* hat die Versklavung und Ausplünderung der zu erobernden Länder und die Vertreibung und Vernichtung von Teilen der eigenen Bevölkerung zur Voraussetzung.

Der Zustand, in dem sich Berlin **1945** befindet und den man sich sehr genau ansehen muß, ist die Ausgangssituation für die Nachkriegsgeschichte der Stadt, aus der dann zwei Städte werden. Dieser Zustand, der mehr ist als die sichtbare Zerstörung, stellt das Ergebnis der vorangegangenen Pläne dar. Um die Ausgangssituation zu erfassen, reicht es nicht, sie als einen geschichtlichen Augenblick, sondern den Prozeß zu beschreiben, der den Zustand der Stadt **1945** hervorgerufen hat. Er wird erst dadurch verständlich, daß diejenigen, die Maßnahmen ergreifen, und die, die von ihnen betroffen sind, durch authentische Zeugnisse in gleicher Weise vertreten sind, so daß die gesellschaftlichen Folgen nachvollziehbar werden. Indem wir diesen Versuch machen, werden wir von den eigenen Erfahrungen eingeholt. Die ersten Nachkriegsjahre und die Versuche, es anders zu machen mit den wenigen Kräften, die noch da sind, müssen vor falscher Heroisierung und Verkitschung bewahrt werden. Der genauere Blick wird zeigen, daß die Zerstörungen weitreichender sind als auf den Bildern zu sehen, daß aber zugleich die geplanten *Modernisierungen* der gesellschaftlichen Verhältnisse für die *Zeit nach dem Kriege* sich in ungeahnter Weise auszahlen werden, allerdings in den Westzonen noch stärker als in Berlin.

2.1 Die Neugestaltung der Reichshauptstadt

Die Chronik des „Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt" (GBI), Albert Speer, die seit **1941** von dem Architekten Rudolf Wolters geführt wird, vermerkt am **4.9.1941**:

Herr Speer beauftragte Oberbaurat Stephan damit, ein Manuskript für einen Film über die Planung der Reichshauptstadt zu entwerfen. Besonderer Wert soll auf die Beweisführung gelegt werden, wie notwendig nicht nur im künstlerischen, sondern im allgemeinen öffentlichen Interesse die neue Planung ist und welche Vorteile für die Allgemeinheit daraus entstehen. ←A 1

Am **16.9.1941** übergibt Hans Stephan seinem Vorgesetzten die 1. und 2. Drehbuchfassung für *einen Film über „Die Neugestaltung der Reichshauptstadt"*. Im Begleitbrief heißt es:

Als ich Ihnen am 3. September 1941 den Film „Die Stadt von Morgen" vorführte, an dem ich früher mitgearbeitet habe, gaben Sie mir den Auftrag, ein Manuskript für einen Film über „Die Neugestaltung der Reichshauptstadt" zu entwerfen. ←A 2

Ich erlaube mir, Ihnen hiermit einen ersten zusammengefaßten Manuskriptvorschlag zu überreichen. →L 1

Wir dokumentieren im folgenden die erste Fassung:

I. So sieht Berlin zur Zeit aus: ←A 3

Flugzeug fliegt über Berlin (aus schöner Stadt oder Gegend kommend als Kontrast?).

Fliegt über die endlosen Steinwüsten.

Bild kommt näher, man blickt in die Hinterhöfe hinunter, fliegt trostlose einförmige Mietskasernenstraßen ab.

Fliegt durch Qualm der Industrie und wieder über Steinwüsten.

In dem Steinmeer sieht man das Königliche Schloß, erstickt in den Gebäudemassen der Innenstadt.

II. Einst war Berlin eine schöne Hauptstadt:

Das Schloß wird größer.

Man sieht das Denkmal des Großen Kurfürsten. Das Schloß im Hintergrund wandelt sich in den damaligen Zustand.

Umfang des damaligen Berlin im Modell. Der Große Kurfürst legt die Linden an.

Szene zur Zeit Friedrich I. Schlüter baut das Königliche Schloß.

Modellbild von oben. So klein war damals Berlin.

Szene mit dem Alten Fritz. Berlin als Königl. Hauptstadt, beherrscht von den Großbauten des Staates.

III. Wie entwickelte sich hieraus die heutige Weltstadt?

Die allgemeinen Grundzüge der Industrialisierung (vgl. Film „Die Stadt von Morgen").

Vergleich Landstädte, Kleinstädte, Mittelstädte 1700, 1800, 1900.

Das Wachstum Berlins im Modell.

Die Eisenbahnen.

1871: Berlin wird Reichshauptstadt.

Weiteres völlig ungeordnetes Wachstum im Modell.

Die Kleinstädte und Gemeinden wachsen zusammen.

Die Spreeufer und Freiflächen werden zugebaut.

Die westlichen Schlenken werden mit Mietshäusern besetzt. (Bilder: Einsturz Fritschestraße, Charlottenburg.)

Die Gasanstalten mitten hinein. (Explosionsunglück Seller Straße.)

Der Opernplatz wird durch einen Bankbau verdorben. Der Dom verdirbt den Lustgarten.

1920: Groß-Berlin entsteht.

Die Hauptstadt des Zwischenreiches: Bilder von Wohnungsnot, Wohnungselend und Arbeitslosigkeit. Entwurzelung des Lebens und politische Anarchie.

Der Verkehr kommt nicht durch.

Rücksichtslose Spekulation wird fortgesetzt.

Das Ausmaß der Spekulation und der Bodenpreissteigerung – Rückwirkung auf die Mieten.

„Die Stadt von morgen" (1930)
Besprechung des Films (30 Minuten)
von Alexander Schwab

Der Film „Die Stadt von morgen", der in Berlin vor geladenem Publikum gezeigt wurde, ist als propagandistische Leistung eine verdienstliche Tat. Für Manuskript, Regie und Planung zeichnen verantwortlich Maximilian von Goldbeck, Städtischer Baurat in Nürnberg, und Regierungsbaumeister a.D. Erich Kotzer, Berlin, zusammen mit einer ganzen Reihe von Baumeistern und Architekten; die Herstellung des Films wurde materiell unterstützt vom Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, von der Reichsbahngesellschaft, von den Landesplanungsverbänden von Mitteldeutschland und Westsachsen, schließlich von den Städten Nürnberg und Hagen.

Daß ein solcher Film überhaupt geschaffen werden konnte, ist ein erfreuliches Zeichen von wachsendem Interesse für Fragen des Städtebaus und der Landesplanung. Erfreulich auch, daß – trotz der Unterstützung durch das Volkswohlfahrtsministerium – alle rein ästhetisch-formalen Gesichtspunkte fehlen und keine Rede ist von jener ängstlich-musealen Sorge um das „Stadtbild", die im Gesetzentwurf des Wohlfahrtsministers so unschöne Zensurblüten getrieben hat. Auch ist der Film technisch nicht übel gemacht und wohl geeignet, auch den Laien zu interessieren.

Damit sind aber die Vorzüge im wesentlichen erschöpft. Denn die allgemeine Tendenz, der Gedankenlosigkeit des systemlosen Städtebaus von gestern den bewußten Gestaltungswillen zum organischen Stadtgebilde gegenüberzustellen, kann heute doch wohl als selbstverständlich und eben darum kaum als besonderes Verdienst angesehen werden. Überraschend dagegen wirkt – und zwar in durchaus negativem Sinne – die Selbstverständlichkeit, mit der hier im positiven Teil einige mindestens sehr umstrittene Gedanken – wie: Trabantenstadtsystem, Schnellbahnsystem und Umgehungsstraße – als die Lösung schlechtweg hingestellt werden. Die heiklen Fragen, so z.B. Bauzonung, wirtschaftlicher und verwaltungsmäßiger Zusammenhang der Trabantenstädte mit der Hauptstadt, Tragfähigkeit des Schnellbahnsystems, individuelle Leistungsaufgabe der einzelnen Stadt usw. sind sämtlich umgangen. Das Modell, an dem die organische, planungsmäßig geschaffene Musterstadt gezeigt werden soll, läßt ohne weiteres erkennen, daß zwischen der als Arbeitsbasis gedachten Industrie und den Wohnvierteln keine richtige Proportion besteht: die Wohnfläche ist für dies ausgedehnte Industrieviertel entschieden bei weitem zu klein.

Und damit ist auch schon der entscheidende Mangel dieses Films angedeutet: er befaßt sich überhaupt nicht mit der Aufgabe, bei der die wirklichen großen Probleme erst beginnen: mit der Großstadt. Ja, es sieht fast so aus, als stände hinter diesem Film, unausgesprochen, eine gewisse Feindseligkeit gegen die Großstadt. Nun gewiß: die Großstadt ist das Problem; sie auflockern – das will jeder. Aber mit jener gewissen Art von landesplanerischer Idyllik, die dem unbequemen Ungeheuer einfach den Rücken dreht, ist es nicht getan.

Industrie zwischen den Wohnungen.

Bevölkerung sucht sich zu helfen in Kleingärten. Sie liegen auf irgendwelchen Baulücken und müssen nach kurzer Zeit geräumt werden.

Die Verkehrsunfälle.

Bevölkerungsdichte, Sterblichkeit.

Die Bauten des Staates lächerlich klein gegenüber den Bauten des Geschäftes (Warenhäuser, Industriebauten). Es konnte zu dem Ergebnis des Lindenwettbewerbs kommen.

Fahrt mit dem Auto von außen nach innen: verheerende Eindrücke, die Rieselfelder verpesten die Luft, ständige Kreuzungen, Aufenthalte und Gefahren – im Stadtinnern bleibt der Wagen hoffnungslos stecken.

IV. Das neue Berlin, die Hauptstadt des Großdeutschen Reiches, entsteht:

Der 30. Januar 1933: Einzug der SA durch das Brandenburger Tor. (Von Speer gestrichen, d.A.)

Aufbau und neues Bauen beginnt überall im Reich.

„Kein Volk lebt länger als die Dokumente seiner Kultur."

Führer bei der Grundsteinlegung zur Neugestaltung der Reichshauptstadt: Worte des Führers über die Reichshauptstadt und seinen genialen jungen Architekten Albert Speer.

Am 30. Januar 1937 ernennt der Führer Albert Speer zum Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt.

Die Machtbefugnisse des GBI.

Bodenpreis-Stop.

(Skizzen des Führers über das Achsenkreuz usw. vom Jahre 1926?) (Von Speer gestrichen, d.A.)

Das Achsenkreuz wird in den Stadtplan gezeichnet.

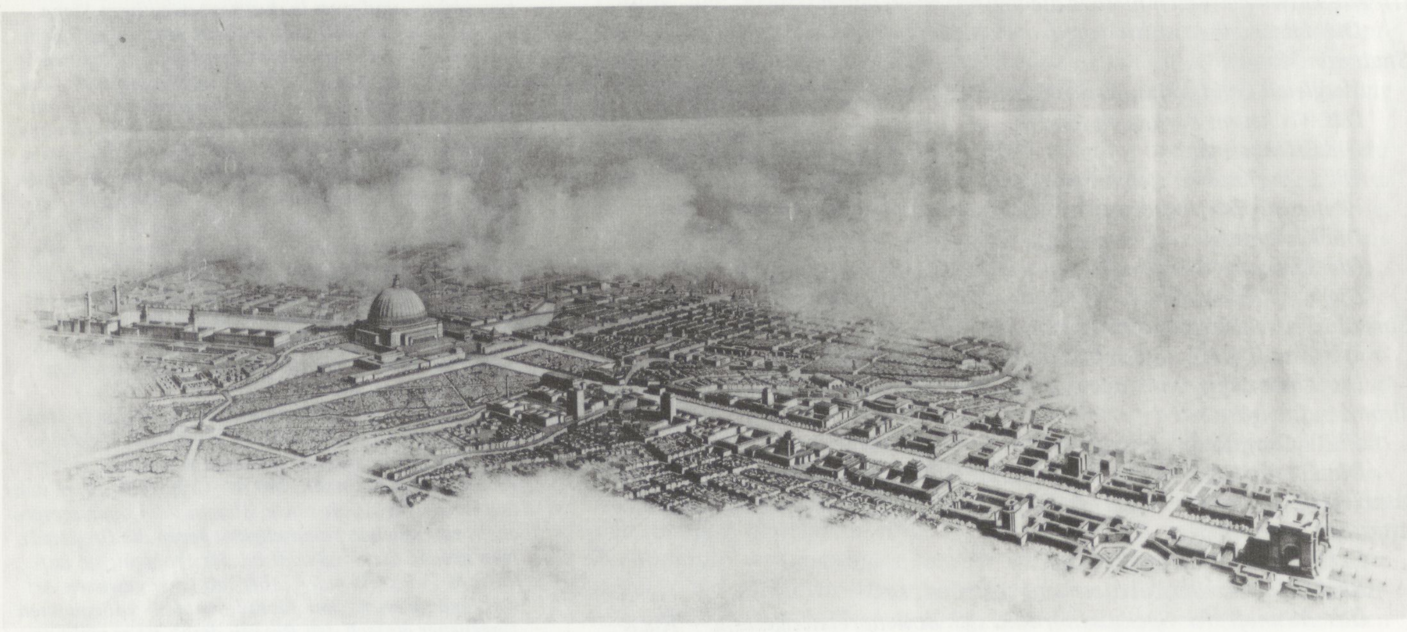
Die Große Straße liegt zum größten Teil auf Schienengelände, das frei wird; wo Abbrüche nötig werden, handelt es sich überwiegend um überalterte Gebäude mit ungesunder Wohnweise.

Eine Voraussetzung für die Neugestaltung ist die Veränderung der Reichsbahnanlagen: das bisherige Netz mit den vielen Bahnhöfen und Schienenflächen verwandelt sich in den neuen Zustand. Man sieht die großen Schienenflächen der Anhalter- und Potsdamer- und der Hamburg-Lehrter-Bahn für Bauzwecke frei werden.

Nacheinander werden auf diese Weise die einzelnen Etappen der Neugestaltung im Stadtinnern gezeigt:

Die Ringstraßen
die Freilegung der Spree
die Einweihung der Ost-West-Achse
wird gezeigt.

Die Großbauten springen im Modell nacheinander ein.



Planung für die Nord-Süd-Achse Berlins zwischen der „Großen Halle" und dem Triumphbogen. Stahlstich von Alexander Friedrich um 1940 ←B 1

An dieser Stelle wird gezeigt, daß kein überspanntes Bauvolumen entsteht. Viele dieser Bauten würden auch sonst entstanden sein. Man sieht sie verstreut im Stadtmodell; sie werden zusammengerafft und einheitlich an der großen Straße eingesetzt: die Tätigkeit des GBI!

Sonderabschnitt Reichskanzlei als erster fertiggestellter Großbau.

Die Große Halle wird im Modell eingesetzt: die neue Stadtkrone.

Das Modell mit der Stadtkrone wird im Maßstab allmählich kleiner und weiter – man erkennt, wie dieses Gebäude den weiten Raum von Berlin beherrscht.

Der Raum von Berlin wird sichtbar bis zum Autobahnring – dies ist das Ausdehnungsgebiet.

Man sieht aus dem Stadtzentrum die Ausfallstraßen bis dorthin eilen.

Weitere Ring- und Reichsbahnanlagen, Südkanal usw. springen ein.

Die Ausdehnung der Riesenstadt ist kein formloses Auseinanderfließen mehr, sondern erfolgt nach städtebaulichen Gesichtspunkten, die dem gesunden Leben entsprechen, im Zuge der Ausfallstraßen.

Die neuen Wohngebiete.

Ihrer Ausdehnung nach den Seiten hin wird Halt geboten (bildlich im Modell).

Weiträumige Grünflächen werden so für alle Zukunft erhalten.

Die Gewerbegebiete. Die Bemühungen des GBI um Mietensenkung und vernünftige Bauweise werden gezeigt.

Das Ausmaß des Wohnungsbauprogramms im Verhältnis zu den übrigen Bauten.

Das Leben in diesen Wohnungen und in den großen Freiflächen wird gezeigt. In vielen Bildern glücklicher Familien, spielender Kinder und gesunder Jugend.

Zum Schluß fährt man vom neuen Flughafen aus die NS-Achse nach Norden entlang.

Man endet auf dem Platz unmittelbar vor der Großen Halle.

Hier ereignet sich Aufmarsch des Volkes mit vielen Fahnen und Liedern der Nation. (. . .)

Der ersten Fassung folgen am **10.9.1941** die zweite und am **9.10.1941** die dritte, die dann Dr. Fanck, Regisseur der „Leni-Riefenstahl-Film"-Gesellschaft, vorgelegt werden, der damit beauftragt ist, alle Filmarbeiten für Speer zu realisieren.

Am **3.12.1941** vermerkt die Chronik, daß sich Speer von dem von ihm beauftragten Regisseur *Teile der neuen Farbaufnahmen für die Filme „Reichskanzlei" und „Neugestaltung" vorführen ließ. Der Film über die Neugestaltung soll noch vor dem Ende des Krieges fertiggestellt werden.* Wir konnten nicht herausfinden, ob der Film fertig wurde.

Grundlage des Films bildet die **1940** weitgehend abgeschlossene Planung zur Neugestaltung der Hauptstadt des „Großdeutschen Reiches", die von der Dienststelle des GBI durchgeführt und in einem riesigen Modell gestaltet worden ist. Von dem Modell sind nur noch Fotografien erhalten.

2.1.1. Der Plan des Generalbauinspektors

Die *Generalbauinspektion für die Reichshauptstadt Berlin* (GBI) wird am **30.1.1937** offiziell als staatliche Planungsbehörde für Berlin eingerichtet und löst die bis dahin formal bestehende städtische Planungshoheit ab. Die Vorgeschichte des GBI beginnt aber bereits im **März 1936**: Albert Speer entwirft als Privatarchitekt in seinem Büro im Auftrag Hitlers und unter strenger Geheimhaltung die Umgestaltungspläne für die künftige Welthauptstadt „Germania". Offiziell arbeitet er zur gleichen Zeit an der Ausgestaltung des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg. Am **9.9.1936** wird auf dem Parteitag der Vierjahresplan verkündet, durch den die gesamte Wirtschaft auf die Vorbereitung eines Eroberungskrieges ausgerichtet wird. Hitler ernennt Hermann Göring am **18.10.1936** zum „Beauftragten für den Vierjahresplan", und am **31.1.1937** erhält Albert Speer als *Sonderbevollmächtigter im Rahmen des Vierjahresplans* sämtliche Planungskompetenzen für die Reichshauptstadt. Damit ist Speer Hitler direkt unterstellt.

→B 2 Atelier Albert Speers auf dem Obersalzberg; dazu
→L 2 Rudolf Wolters 1943: „Im Atelier auf dem Obersalzberg, wo er – im Frieden – mit wenigen Helfern seinen großen künstlerischen Aufgaben lebt, ist er ganz zu Hause. Hier wird gearbeitet, nach Tagen und Nächten schwerer Arbeit aber auch dem Sport gelebt, gewandert und Ski gelaufen. – Ein Geheimnis des Erfolges und der Leistung dieses Mannes, der in wenigen Jahren an seinen Aufgaben zu einer der größten deutschen Persönlichkeiten wuchs, dürfte das sein, daß er stets sich selber, seiner Natur treu blieb. Hier gilt das Wort Sigmund Graffs: ‚Die Erfolgreichen haben eigentlich nichts zu tun, als sich ihre Natur zu bewahren.'"

Reichsgesetzblatt

Teil I

1937	Ausgegeben zu Berlin, den 30. Januar 1937	Nr. 13
Tag	Inhalt	Seite
30. 1. 37	Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt	103

Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt.

Vom 30. Januar 1937.

§ 1

(1) Zur planvollen Gestaltung des Stadtbildes der Reichshauptstadt Berlin wird ein Generalbauinspektor eingesetzt.

(2) Der Generalbauinspektor wird vom Führer und Reichskanzler ernannt. Er untersteht ihm unmittelbar und führt die Bezeichnung „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt".

§ 2

(1) Der Generalbauinspektor stellt einen neuen Gesamtbauplan für die Reichshauptstadt Berlin auf.

(2) Er hat dafür zu sorgen, daß alle das Stadtbild beeinflussenden Platzanlagen, Straßenzüge und Bauten nach einheitlichen Gesichtspunkten würdig durchgeführt werden. Der Generalbauinspektor ist befugt, die zur Erreichung dieses Zweckes nötigen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen.

§ 3

Zur Durchführung seiner Aufgaben stehen dem Generalbauinspektor die Behörden des Reichs, des Landes Preußen und der Reichshauptstadt zur Verfügung. Der Generalbauinspektor sorgt dafür, daß alle seinen Aufgabenbereich berührenden Entscheidungen künftig unter einheitlichen Gesichtspunkten ergehen. Er kann sich von allen Dienststellen des Reichs, des Landes Preußen und der Reichshauptstadt und von den Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände die erforderlichen Auskünfte über Bauvorhaben geben lassen. Bei Meinungsverschiedenheiten trifft der Generalbauinspektor die notwendigen Anordnungen.

§ 4

Alle von Staats- oder Parteistellen beabsichtigten Maßnahmen, die das Aufgabengebiet des Generalbauinspektors berühren, sind ihm vor ihrer Ausführung zur Kenntnis zu bringen und bedürfen seiner Zustimmung.

§ 5

Der Generalbauinspektor bezeichnet diejenigen Hoch- und Tiefbauten, Platzanlagen und Straßenzüge, deren Ausführung oder Änderung ohne seine Zustimmung nicht in Angriff genommen werden darf. Vor dieser Zustimmung darf über die für solche Bauvorhaben und Anlagen bestimmten Mittel nicht verfügt werden.

§ 6

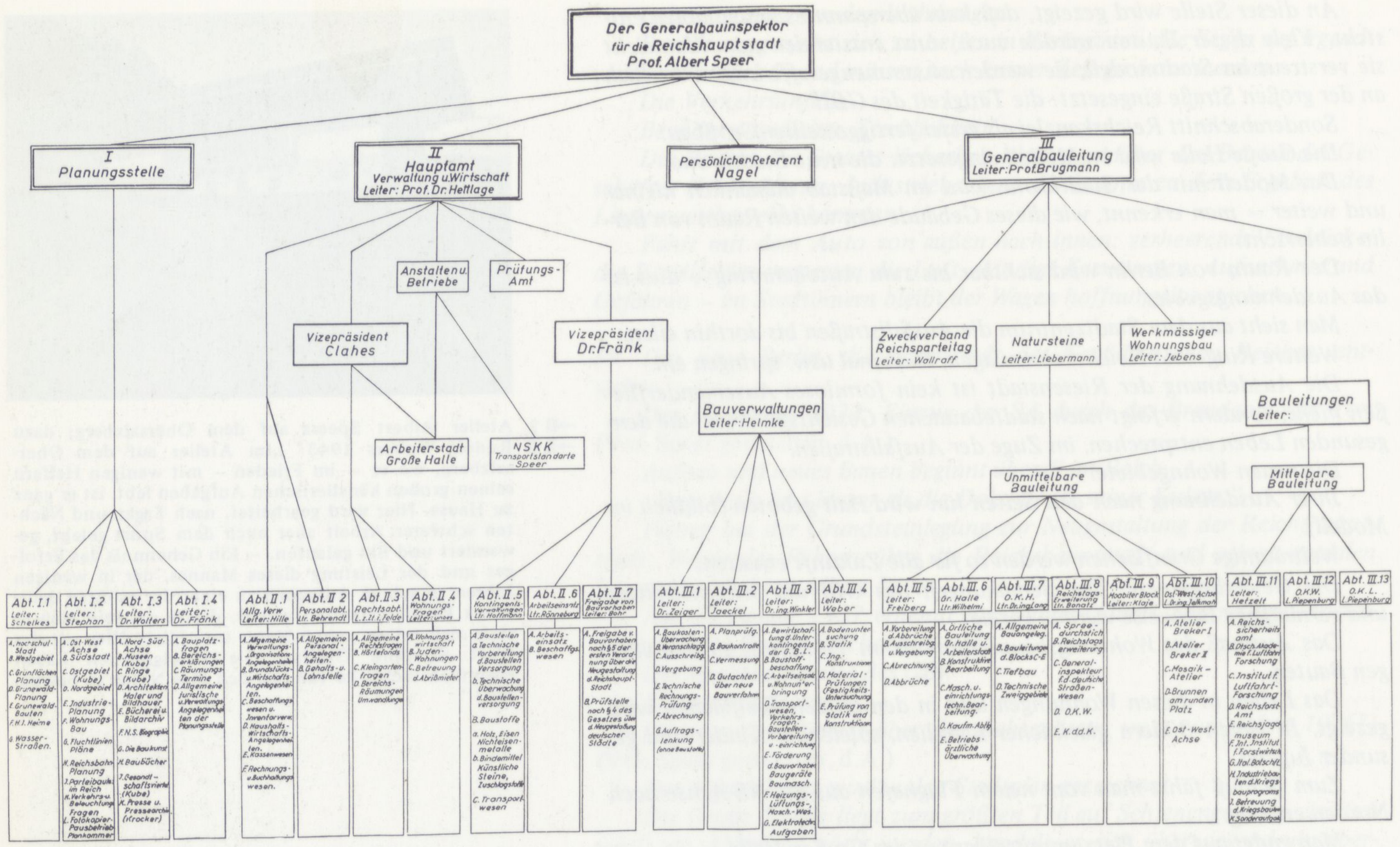
Den Erlaß besonderer Ausführungsvorschriften behalte ich mir vor.

Berlin, den 30. Januar 1937.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

→L 3 Reichsgesetzbl. 1937 I 27



Organisationsplan des GBI (15.12.1940). Nach Einrichtung der Durchführungsstelle (II/III) waren Ende 1938 insgesamt 180 Personen in der Dienststelle des GBI beschäftigt ←B 3

Die Generalbauinspektion gliedert sich in drei Hauptabteilungen: in die Planungsstelle, das Hauptamt für Verwaltung und Wirtschaft und in die Generalbauleitung. Die 4 Abteilungen der Entwurfsabteilung für die Stadtplanung sind unter der Gesamtleitung von Speer als *Planungsstelle* zusammengefaßt. Zum Leiter der Abteilung I.2 wird der Drehbuchautor Hans Stephan bestellt, die Abteilung I.3 untersteht dem Chronisten Rudolf Wolters.

Den Ausgangspunkt für die Planung zur Neugestaltung der Reichshauptstadt bildet die Überarbeitung der vom Stadtplanungsamt übernommenen Planung einer Nord-Süd-Achse, eines alten Projekts, das auf den Städtebauwettbewerb von **1909** zurückgeht. Speer arbeitet die Ideenskizzen von Hitler für ein riesiges Triumphtor ein. Er legt je einen Zentralbahnhof an das südliche und nördliche Ende der Achse und krönt sie und die Stadt mit der größten Halle der Welt. Die Nord-Süd-Achse soll vor allem auf stillzulegendem Reichsbahngelände verlaufen. Die Planung wird anschließend durch die Ausgestaltung einer westlich des Brandenburger Tors bereits weitgehend bestehenden Ost-West-Achse ergänzt. Die sich an der Achse zwischen Ringbahn und Autobahnring wie Bandstädte entlangziehenden Wohngebiete hat **1937** Hans Stephan gemeinsam mit Gerhard Petrick vom Stadtplanungsamt entworfen.

Am profiliertesten, den Gesamtplan zu erklären, ist Stephan, der ihn nicht nur mitverfaßt hat und mit Speer für die Wiederaufbauplanung und die Durchführung des Plans nach dem Krieg verantwortlich zeichnet, sondern den Plan auch auf zahlreichen Veranstaltungen vor geladenem Publikum vorgestellt hat. Bei der letzten dieser Veranstaltungen am **15.10. 1944** in Wriezen legt Stephan das Schwergewicht auf die Darstellung des Wohnungsbaus, der beim Wiederaufbau vorrangig vor den repräsentativen Bauten in Angriff genommen werden soll. Den Plan, den Stephan näher ausführt, haben wir im Innendeckel dieses Buches farbig abgedruckt. Es ist die letzte und genaueste Darstellung des nationalsozialistischen „Neuen Berlin".

Der Generalbebauungsplan für die Reichshauptstadt. Stand 1942. Der Plan zeigt u.a. die zukünftigen Wohngebiete, die z.T. als Bebauungspläne eingetragen sind ←B 4

Hans Stephan
Der Wohnungsbau im Generalbebauungsplan für die Reichshauptstadt ←A 5

(Lichtbildervortrag, gehalten im inneren Arbeitsstab für den Wiederaufbau zerstörter Städte in Wriezen am 15.10.1944)

Der Planungsraum

Mit dem Autobahnring ist auch der Gesamtraum der Planung ungefähr abgegrenzt, der selbstverständlich nicht von den aus ganz anderen Gründen oft recht zufällig entstandenen derzeitigen kommunalen Grenzen bestimmt werden kann. Das Hinübergreifen der Gesamtplanung in die Nachbarräume braucht weder hier noch in anderen Städten die Frage der Eingemeindung zu beschwören. Eine gesunde Gesamtplanung ist aber nur durch gemeinsame Betrachtung der Stadträume und ihrer engeren Umgebung möglich.

Die Planungsidee

Die gewaltige schöpferische Grundidee der neuen Stadtmitte bestimmt auch die Struktur des Gesamtbebauungsplanes. Sie und der Wille, auch in der übrigen Gesamtstruktur neben aller städtebaulichen Vollgültigkeit die nationale Repräsentation der Reichshauptstadt darzustellen, bestimmt seine Grundzüge und alle seine Einzelheiten.

Indem die Große Straße nach Süden und Norden und die alte Achsenstraße Unter den Linden nach Osten und Westen bis an den Ring der Reichsautobahn verlängert wird, entsteht das große Achsenkreuz als Grundgerüst der Gesamtplanung, das durch einige konzentrische Ringstraßen ergänzt wird.

Die Neue Ordnung (aus Achsen und Ringstraßen)

Es muß an dieser Stelle vorweg bemerkt werden – ein Hinweis, den ich mir bei keinem meiner Vorträge über die Neugestaltung der Reichshauptstadt verkneife –, daß auch die Wege und Lösungen, die für den Wohnungsbau für Berlin nach reiflicher Überlegung gefunden worden sind, wie die meisten übrigen Grundzüge der Neugestaltung Berlins kein billiges Rezept darstellen, das unbesehen auf beliebige andere Städte übertragen werden kann. Jede Stadt hat außer ihren andersartigen topografischen und entwicklungsgeschichtlichen Grundzügen ihre ganz besondere Struktur und auch ihre besonderen Zukunftsaufgaben. Sie sind bestimmend für die Art der Lösungen, deren es grundsätzlich immer mehrere gibt. Es ist das Neue und Großartige an unserer neugewonnenen städtebaulichen Sicht, daß die ganze Stadt als solche wieder als der untrennbare Gesamtorganismus, als das lebendige Wesen erfaßt wird, in dem jeder einzelne Teil nicht für sich selbst zu lösen ist, sondern unter dem Gesetz des Gesamten steht.

Die städtebauliche Neuordnung Berlins steht unter dem Gesetz der Aufgabe dieser Stadt als Hauptstadt des Großdeutschen Reiches. Zu allen übrigen städtebaulichen Erfordernissen, die für die Gesundung einer Riesenstadt auf verkehrlichem, auf hygienischem, auf bevölkerungspolitischem, auf ästhetischem Gebiet gelten, kommt hier als übergeordneter Gesichtspunkt, sozusagen als Leitmotiv, man könnte auch sagen als Schicksal, die Aufgabe hinzu, in jedem Stück dieses Stadtbildes dem

Ausschnitt aus dem Modell des Generalbebauungsplans ←B 5

deutschen Volke und der Welt den Mittelpunkt des Großdeutschen Reiches in höchster Repräsentation sichtbar zu machen.

Wenn wir uns immer dagegen gewehrt haben, daß z.B. das Schema eines breiten Achsenkreuzes als staatlich abgestempeltes Grundgerüst jeder Stadt des Dritten Reiches angesehen wird, wenn wir es ebenso abgelehnt haben, daß jede auch mittlere Stadt ihre vier konzentrischen Ringstraßen erhält, so können auch gewisse Grundzüge, die wir in der Ordnung unserer Wohngebiete erstreben, nicht ohne weiteres als gültige Norm betrachtet, sondern müssen vielmehr als spezielle Lösungen gewertet werden, welche aus der besonderen Aufgabe Berlin heraus gesucht und gefunden worden sind. Wenn es anderwärts z.B. richtig ist, die großen Verkehrsstraßen, die in die Stadt hineinführen, nicht zugleich als Hauptaufschließungsstraßen der neuen Wohngebiete zu benutzen, sondern sie möglichst weit anbaufrei in die Stadt zu führen, so ist es im Plan von Berlin richtig, es trotzdem zu tun, d.h. auch den Wohnungsbau in den Eintrittsgebieten in den Raum der Reichshauptstadt für eine großzügig-repräsentative Wirkung mit einzusetzen.

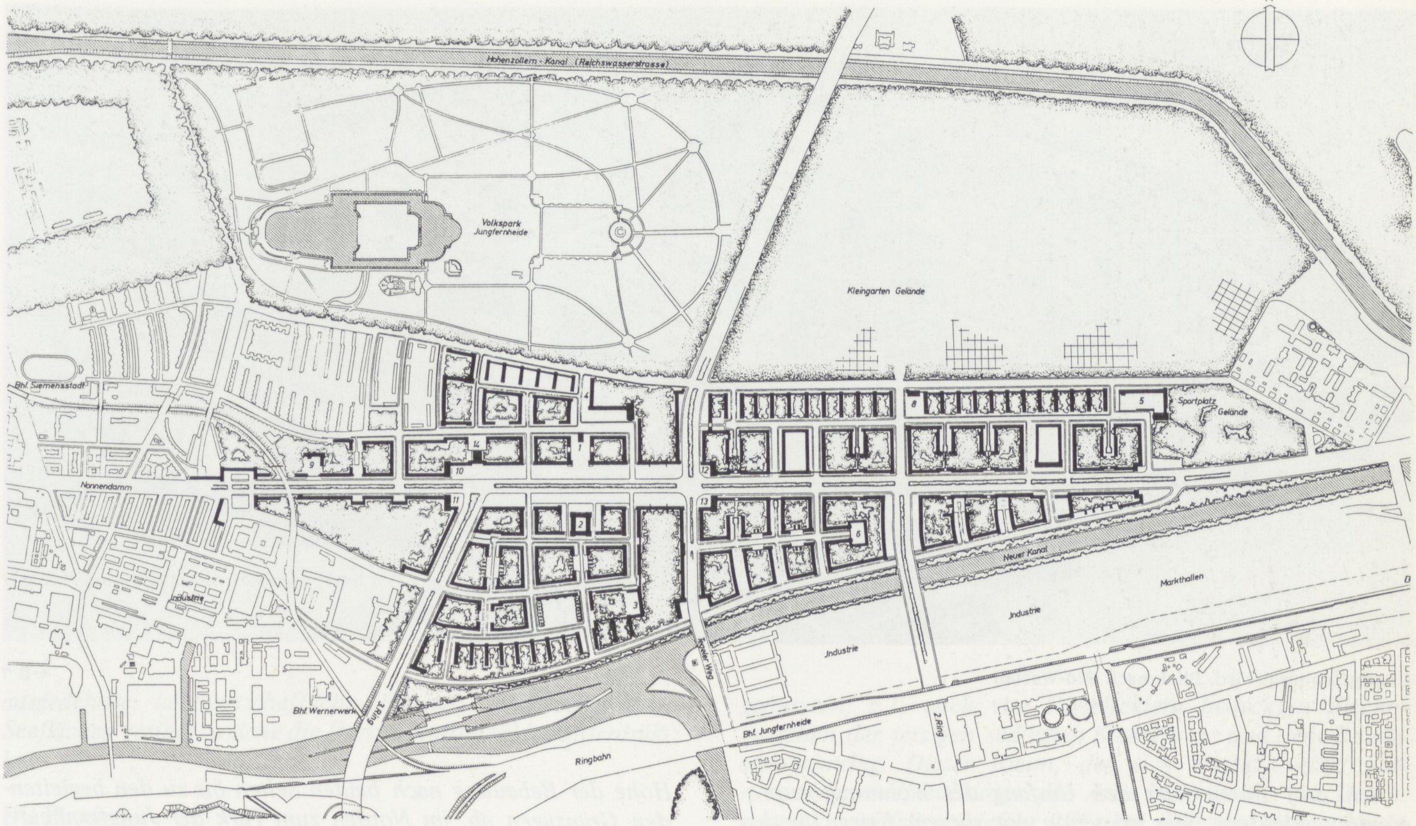
Es ist dies im Fall Berlin um so eher möglich, als Umfang und Größe der Aufgabe breite Abmessungen der Einfahrtsstraßen und besondere Maßnahmen erlauben, die sich bei anderen Verhältnissen verbieten. Aus dem gleichen Gesichtswinkel ist auch die Frage des Verhältnisses des vielgeschossigen Hochbaues zum niedrigen Geschoßbau zu betrachten, auf die ich später zu sprechen kommen werde.

Denn die zusammenfassende Konzeption dieser Großbauten, das Streben, mit ihrer Hilfe einer Riesenstadt eine neue städtebauliche Krone zu geben, der bewußte Wille, sie als politischen Moment anzusetzen, um den Mittelpunkt des Reiches sichtbar zu prägen, das ist das gewaltige Neue und doch letzten Endes nur verschüttete ewig Alte im Städtebau, das der Führer selbst für die Zukunft zum Programm erhoben hat und dessen Gestaltung er seinem Architekten Albert Speer übertragen hat, als er ihn zum Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt einsetzte. Und doch waren sich Führer und Generalbauinspektor und alle maßgeblich Beteiligten von Anfang an darüber klar, daß neben diesen strahlenden Aufgaben der Großarchitektur gleichzeitig, zum Teil sogar als Voraussetzung, ein ebenso großzügiger von Grund auf neu aufgefaßter Wohnungsneubau einhergehen muß. Sollte die Hauptstadt des Nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches neu geformt werden, so mußte auch im Baulichen die gleiche Synthese des Nationalen und des Sozialen gefunden werden, wie sie alle übrigen Äußerungen unserer Politik und unseres neuen völkischen Lebens bestimmt. Höchste nationale Repräsentation, gepaart mit der Erfüllung der sozialen Forderung eines vom Volke her aufgefaßten und für das Volk durchgeführten neuen Wohnungsbaues mußte das Ziel sein. (. . .)

Der Generalbebauungsplan (Stand 1940)

Von jetzt an aber bestimmen dieselben großen Grundgedanken, welche dem Bild der Reichshauptstadt in der Volkshalle und den übrigen Großbauten neue beherrschende Mittelpunkte und dem Verkehr durchgehende neue Bahnen schaffen, auch die Stadterweiterung. Die großen Achsenstraßen, die Hauptträger des Verkehrs und der städtebaulichen Repräsentation, sind auch die Hauptaufschließungen der neuen Wohnflächen. Beide, Monumentalbauten und Wohungsbauten, werden an ihnen zu gemeinsamer räumlicher Wirkung und gegenseitiger städtebaulicher Steigerung angesetzt.

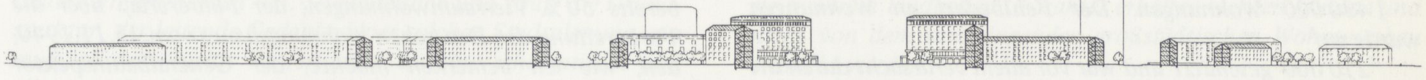
Anders als bisher wird sich der Wohnungsbau nach den Hauptachsenstraßen ausrichten, zu denen vor allem im südlichen Gebiet weitere Ausfallstraßen hinzutreten. Die außerordentliche Breite der Achsenstraßen – vor allem der Südachse – und die Auflockerung der Bauweise in der Flächenausnutzung, die freigemacht wird von den Unterschieden der bisherigen Bauklassen, erlaubt es, an den Achsen auch einen mehrgeschossigen Wohnungsbau in Verbindung mit Läden und Bürobauten ohne Nachteil anzusetzen. Diese Bauten werden in erster Linie für Großwohnungen in Betracht kommen, welche auch einen zusätzlichen Aufwand für Fahrstühle und dergl. tragen können. Seitwärts von der Achsenstraße wird die Höhe der Bebauung abnehmen, bis sie in etwa 400 bis 500 m Entfernung von den Achsen an breite Grünzüge grenzt, welche



BERLIN-CHARLOTTENBURG-NORD · LAGEPLAN, M. 1:15000 · ENTWURF: STÄDTISCHES HAUPTPLANUNGSAMT UNTER LEITUNG DES GENERALBAUINSPEKTORS FÜR DIE REICHSHAUPTSTADT

Öffentliche und Gemeinschaftsbauten (Beispiele): 1 Verwaltungsbau 2 Festhalle 3 Schule 4 HJ.-Heim 5 HJ.-Heim 6 Kindertagesstätten 7 Altersheim 8 Kirche 9 Feuerwehr 10 Kaffeehaus 11 Gaststätte 12 Postamt 13 Polizei 14 Lichtspielhaus

UNTEN: CHARLOTTENBURG-NORD, QUERSCHNITT DER GESAMTBEBAUUNG IN NORD-SÜD-RICHTUNG, M. 1:3000



Planung für die „Wohnstadt Charlottenburg-Nord" (1939)

←B 6

vom Stadtinnern bis in die freie Landschaft hinausführen. In ihnen liegen die Kleingartenanlagen und Sportplätze, die Schulen, HJ-Heime, Krankenhäuser usw.

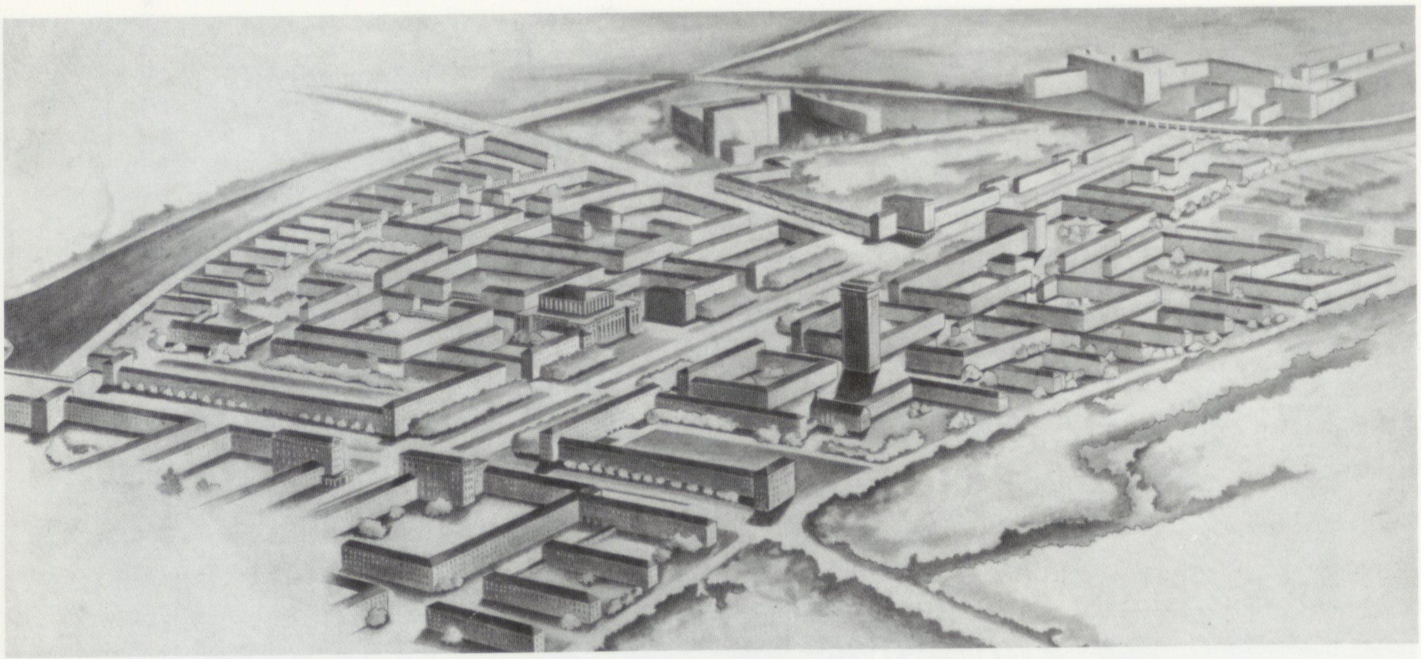
So wird mit dem wachsenden Bedarf stets sowohl die hohe wie die niedrige Bebauung gleichmäßig durchgeführt werden können. Es ist damit in jedem Ausbauzustand eine organische Entwicklung auch der Geschäftsstadt, eine gesicherte Verkehrsrentabilität und die Gestaltung eines würdigen Stadtbildes möglich. Die Anwendung dieses Bebauungsprinzips ergibt für den Generalbebauungsplan für Berlin eine radikale Grundstruktur, wie sie aus der schematischen Darstellung ersichtlich ist. Mit den gegebenen Verhältnissen in Übereinstimmung gebracht, ist dieses Prinzip im durchgearbeiteten Generalbebauungsplan nach dem Stand von 1940 erkennbar.

Die Wohngebiete

Die zungenförmig ausstrahlenden Baugebiete, von Grünflächen beiderseits bis zur freien Natur begleitet, enthalten die neuen Wohngebiete. Sie bieten Raum für etwa 650 000 Wohnungen, also ein Programm, das über das früher festgelegte Neubauprogramm hinausgreift. Denn ein Zukunftsplan muß so elastisch sein, daß er auch eine unvorhergesehene Entwicklung aufnehmen kann, ohne daß damit gesagt ist, daß diese Entwicklung tatsächlich eintreten soll.

Diese weiträumigen Gebiete werden teils in flachgeschossiger, d.h. in zwei- bis dreigeschossiger Bauweise und teils in höherer Bauweise bebaut werden. Die flachgeschossige Bauweise im Zusammenhang mit Hausgärten und in Ergänzung mit Dauerkleingärten wird vor allem in denjenigen Gebieten angewendet werden, welche den neugeplanten Gewerbegebieten als Wohngebiete für die Arbeitnehmer zugeordnet sind, die hochgeschossige Bauweise in den speziell städtischen Zonen, also vor allem in unmittelbarer Verbindung mit den Achsenstraßen. Für offene Einzelhaus- und Villenbebauung sind gleichfalls Flächen angesetzt, zum Teil in Verbindung mit einer Mindestgrößenfestlegung für die Grundstücke, vor allem in besonders bevorzugter landschaftlicher Lage, wie westlich der Havel. (. . .)

Eine noch weitergehende Auflockerung hieße den Rahmen eines Stadtorganismus endgültig sprengen und wird auch aus Luftschutz-Gründen nicht gefordert. Insbesondere muß eine Lösung des großstädtischen Wohnungsbedarfs etwa in Einzelhausbau in das Reich der Utopie verwiesen werden. Würde doch eine solche Lösung für Berlin eine Fläche beanspruchen, welche die Hälfte des Landes Baden oder Sachsen einnehmen würde. Immerhin verlangt schon die aufgelockerte städtische Bauweise von 60 Wohnungen je ha, wie sie in Charlottenburg-Nord angewendet ist, einschließlich des erforderlichen Groß-Grüns, der Gewerbeflächen und Verkehrsflächen insgesamt für das bisherige Wohnungsbauprogramm von Berlin eine Gesamtfläche von 890 000 qkm, welche dem gesamten bisherigen Flächeninhalt des kommenden Gebietes von Groß-Berlin entspricht.



Charlottenburg-Nord, Blick nach Süd-Westen ←B 7

Ich darf Ihnen kurz den Umfang des Wohnungsbauprogramms schildern, wie er schon vor diesem Kriege in den Absichten der Neugestaltungsplanung des Generalbauinspektors gelegen hat, und die Maßnahmen, die zu seiner Durchführung vorbereitet waren.

Berlin hatte vor diesem Kriege eine Einwohnerzahl von rund

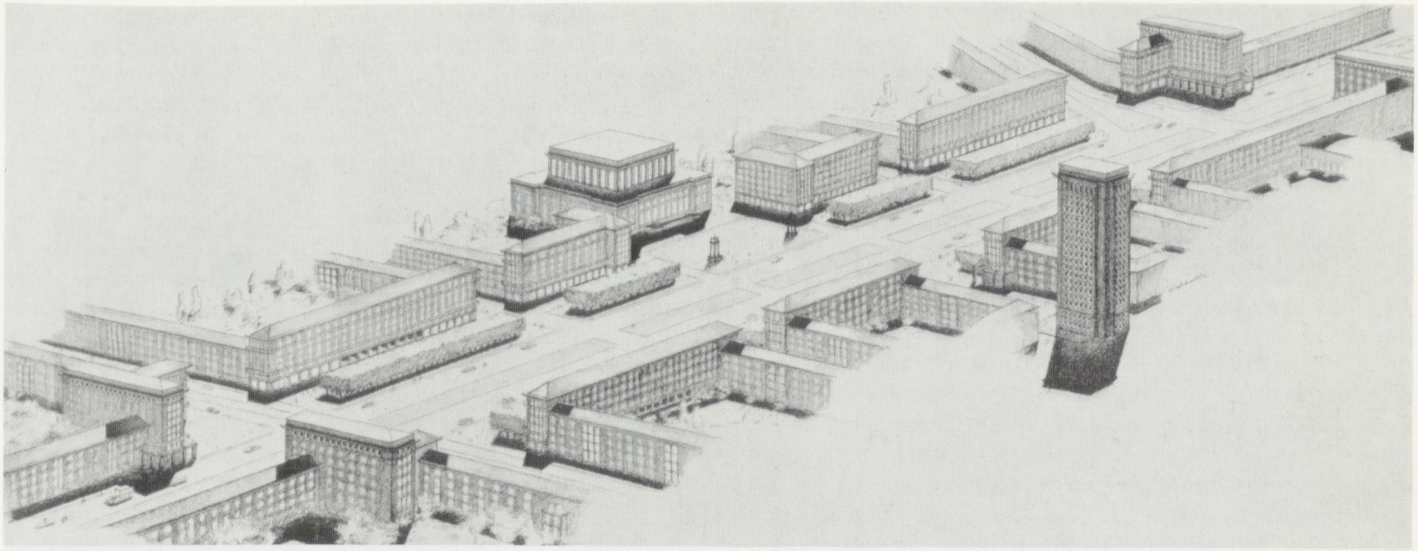
4 340 000 Menschen und einen Wohnungsbestand von rund

1 430 000 Wohnungen. Der Fehlbedarf an Wohnungen wurde auf

210 000 geschätzt und war vor allem verursacht durch die Rückschläge, welche der vorige Weltkrieg in der Berliner Wohnungswirtschaft bedeutet hat und der trotz der zeitweise recht erheblichen Wohnungsneubautätigkeit inzwischen nicht hat aufgeholt werden können. Dazu kam die Zunahme an Eheschließungen und Haushaltsgründungen, welche seit 1933 mit wachsendem Vertrauen zur Staatsführung und durch bewußte Förderungsmaßnahmen einsetzte, und der Zusatzbedarf, der sich aus der sich ständig bessernden Wirtschaftslage breiter Kreise der Bevölkerung ergab. Mit anzusetzen ist auch bis in die letzten Jahre vor dem Kriege ein gewisses Überwiegen des Zuzuges von außen gegenüber dem Fortzug, wenn dieses Zuzugsplus z.B. im Jahre 1938 auch nur rund 26 000 Menschen betragen hat. Und wenn wir in Berlin auch glücklicherweise die menschenunwürdigen Slumverhältnisse nicht kennen, wie wir sie in der Hauptstadt des gelobten Landes der Demokratie vorfinden, so kam doch von vornherein der Ersatzbedarf für zahlreiche solcher Wohnungen hinzu, die nach deutschen Maßstäben überaltert, überfüllt oder unwürdig waren, und der notwendige Ersatzraum für solche Wohnungen, welche in einigen Stadtteilen den Neugestaltungsmaßnahmen weichen sollten.

Die Grundzüge des neuen Wohnungsbaues

Ich möchte kurz bei dem Beispiel von Charlottenburg-Nord verweilen, um aufzuzeigen, welche Grundzüge des neuen Wohnungsbaues in dieser ersten Großanlage nach der Planung des Generalbauinspektors bereits aus der Zeit vor Beginn dieses Krieges vorliegen. Die Richtlinien, die dem gesamten Wohnungsbau von Berlin zugrunde liegen, sind klar erkennbar. Von einer baulich nach Höhe und Bedeutung betonten Mitte aus, hier in Form eines 800 m langen und 130 m breiten Platzes, flacht die Höhe der Bebauung nach beiden Seiten bis zu den begleitenden Grünzügen ab, im Norden zum Park der Jungfernheide, im Süden zum Grünzug entlang zum Schiffahrtskanal. An diesen Grünrändern liegen die Schulen, Altersheime, Krankenhäuser, HJ-Heime usw. Die Weiträumigkeit der Baublöcke mit ihren freien Innenparks von 120 x 150 m ist im Vergleich zu den engen Hinterhöfen der benachbarten Mietskasernenviertel im Luftbild deutlich zu erfassen. Die Gesamtanlage enthält bereits 50 % Vierraumwohnungen; der Führererlaß über die Vorbereitung des Deutschen Wohnungsbaues vom 15.11.1940, den, wie ich bemerken möchte, der Generalbauinspektor Speer beim Führer angeregt hat, hat später 80 % Vierraumwohnungen für derartige Anlagen gefordert. Damals war es bereits gelungen, die Durchschnittswohnungsgröße von 42 qm auf 55 qm zu erhöhen und trotzdem die Miete um rund 10 % zu senken. Dies wurde durch vielfältige finanzielle Erleichterungen erreicht, die der Generalbauinspektor in Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien und sonstigen Behörden erwirkt hatte, durch fertige Zurverfügungstellung der Grundstücke einschließlich des Straßenbaues durch die Stadt Berlin bei einem Verzinsungs- und Tilgungssatz von nur 1 %, durch Herabsetzung des Zinssatzes für die Hauszinssteuerhypotheken und Erhöhung des zulässigen Höchstsatzes der Hauszinssteuerhypotheken und der Reichsbürgschaften und die Gewährung von Reichsbürgschaften auch für größere Wohnungen sowie eine Ausweitung der Grundsteuerbeihilfe. Alle diese vielseitigen Vorarbeiten enthalten Erfahrungen, die auch für den kommenden ungleich umfangreicheren Wohnungsbau von Wert sein mögen. Die Bebauungsdichte von Charlottenburg-Nord entspricht mit den weiträumigen Randbebauungen einer Flächenausnutzung von etwa 3/10, d.h. dem Wert der jetzigen Bauklasse III der Berliner Bauordnung von 1929, welche in Gebieten dreigeschossiger Bauweise angewendet ist. Im Durchschnitt der Gesamtausdehnungsgebiete für Berlin rechnen wir mit einer Besiedlungsdichte von 150 Menschen je ha, in den betont städtischen Gebieten wie Charlottenburg-Nord, Südachsengebiet usw. mit 175 Menschen je ha. Es sei bemerkt, daß der Durchschnitt der inneren Stadtbezirke Berlins zurzeit bei 400 Menschen je ha liegt, darunter sind Quartiere mit 800 und mehr Menschen je ha, obwohl die Besiedlungsdichte des gesamten Raumes des Kommunalgebietes Groß-Berlin brutto bei 49 Menschen liegt, weil Berlin in den Außengebieten über



Das Zentrum von Charlottenburg-Nord mit Verwaltungshochhaus und Festhalle ←B 8

ausgedehnte landwirtschaftliche Flächen, Waldungen und Seeflächen verfügt, welche die Durchschnittszahl herunterdrükken.

Die Planer

Auch für die städtebauliche Einzelerschließung ist vom Generalbauinspektor von Anfang an das Verfahren der Heranziehung möglichst vieler verschiedenartiger freier Architekten und Städtebauer verfolgt worden, wie es auch bei der Planung der Großbauten durchgeführt wird und wie der Generalbauinspektor es auch für die Planung des Wiederaufbaues den Herren Gauleitern empfohlen hat. So einheitlich und straff die Grundstruktur, der leitende Gedanke einer solchen Stadtplanung sein muß, so wäre nichts verderblicher als eine schematische und einseitige Durchführung. Nur durch die ständige Befruchtung der Arbeit und gegenseitige Wechseleinwirkung kann die lebendige Vielfalt in das Stadtgebiet gebracht werden, welche den Erlebniswert auch der alten langsam gewachsenen Stadtgebilde ausmacht. Es ist hochinteressant, zu wie verschiedenartigen Lösungen oft die Durcharbeitung von Teilgebieten durch verschiedene Architekten führt, obwohl sie alle von den Grundlinien des Generalbebauungsplanes, seinen einheitlich geplanten Hauptstraßenzügen, Verkehrsnetzen, Grünabgrenzungen und baulichen Gesichtspunkten vorbestimmt sind. (Selbstverständlich unter der laufenden Kontrolle des GBI.)

Stephan führt zur Illustration Dias von Wohngebietsplanungen für Ahrensfelde (Jobst), Lindenberg (Bräuning), Gatow (Jansen) u.a. vor.

So zeigen die beiden Planungsgebiete Lindenberg (Planer Bräuning) und Ahrensfelde (Planer Jobst), durch einen breiten Grünzug getrennt, sich gewissermaßen als eigene Gebilde, jedes mit seinem betont eigenartigen Charakter, in dem sich auch im Gesamtrahmen der Weltstadt ein neues Heimatgefühl der Bewohner entwickeln kann. Obwohl auch in diesen Gebieten eine Rationalisierung des Baugerüstes zum Zwecke von Zeit-, Arbeitskraft- und Transportersparnis vorgesehen ist, wird durch die Gestaltung jede öde Schematisierung vermieden. Ein Ziel, das auch bei dem Wiederaufbau der deutschen Städte erreicht werden muß. (. . .)

Die „Südstadt“

Das Hauptfeld für den Wohnungsbau von Berlin liegt im Süden, in den weiten, jetzt überwiegend landwirtschaftlich genutzten, z.T. auch von Rieselfeldern bedeckten Flächen zwischen der jetzigen südlichen Stadtgrenze und dem Reichsautobahnring. Dieser Raum, der sich westlich etwa vom neuen Autobahnzubringer der Avus bis ostwärts zur Dahme erstreckt, umfaßt ungefähr 265 qkm. Die natürlichen Niederungen und die vorhandenen Wälder und Grünbestände geben die Grundlage für die ausgedehnten Freiflächen und die in ihrer Tendenz radikal ausstrahlenden Grünzüge, welche auch in diesem Südgebiet der Weltstadt Weiträumigkeit und Naturverbundenheit sichern werden. Die vorhandenen Dörfer und Güter werden in dieses Großgrün eingebettet werden, so daß sie in ihrem ländlichen Charakter erhalten werden können und nicht von dem umdrängenden großstädtischen Wohnungsbau erdrückt werden.

Ein provisorisch bereits durchgeführter neuer Außenring der Reichsbahn und ein geplanter neuer Südkanal bieten neben dem Verkehrsstraßengerüst die Voraussetzung für die Neuansiedlung und Entwicklung auch von Gewerben, die auf solche Anschlüsse angewiesen sind. Es sind in diesem südlichen Raume 4 zusammenhängende Gewerbegebiete vorgesehen. Ihre gleichmäßige Verteilung auf den neuen Planungsraum verkürzt die künftigen Arbeitswege und sichert eine gewisse Freizügigkeit der Arbeiterschaft. Industrien mit nachteiligen Einwirkungen auf die Umgebung sind dabei ausgeschlossen. Ein ausgedehntes System von Schnellbahnen der Reichsbahn und der Berliner Verkehrsgesellschaft ist vorbereitet, um das ganze Gebiet aufzuschließen. (. . .)

Innerhalb dieses Südraumes ist wiederum das umfangreichste Teilgebiet die sogenannte „Südstadt“, welche unmittelbar von der Südachse erschlossen wird. Die Südstadt erstreckt sich vom südlichen Stadtrand, etwa von Tempelhof aus, bis zur Südtangente des Reichsautobahnringes in einer Länge von etwa 20 km (. . .).

Das Gebiet wird durch Ausnutzung von natürlichen Beständen und Niederungen in drei große Unterabschnitte unterteilt, die jeder einen betonten Mittelpunkt in Form eines großen Platzes haben, so daß sich bei der Fahrt vom Süden in die Stadt eine Folge von räumlich wechselnden Eindrücken darbietet, welche die Vorstellung der Einfahrt in die Hauptstadt der Nation mit dem Eindruck neuzeitlichen gesunden Wohnens verbindet.

Das Gebiet umfaßt ohne die unterteilenden Großgrünflächen 8 zusammenhängende Baugebiete von zusammen 2 690 ha Fläche. In einigen von ihnen, die am Rande liegen, ist zum Teil großparzelliger Einzelhausbau vorgesehen. Die übrigen enthal-

ten mehrgeschossige offene oder geschlossene Blockbebauung nach dem Beispiel von Charlottenburg-Nord. Insgesamt enthält die Südstadt nach vorläufiger Berechnung etwa 55 000 Wohnungen mit 210 000 Bewohnern und zusätzlich etwa 100 000 Beschäftigten in den zahlreichen hier vorgesehenen Verwaltungs-, Behörden- und Geschäftsbauten, soweit sie nicht zugleich im Gebiet wohnhaft sind. Das sind alles in allem etwa 310 000 Menschen. Damit entspricht dieses einzige Teilgebiet des künftigen Berliner Wohnungsbaues einer Stadt in der Größenordnung von Stettin oder Posen. Das schematische Lichtbild zeigt Ihnen auch für die Südstadt die Abstaffelung der Bebauungshöhe nach den seitlich begrenzenden Grünzügen hin. Das Modellbild zeigt die starke Auflockerung und die Durchsetzung mit Großbauten, Stadien, einer Regattastrecke und vielfältigen anderen Sport- und Parkanlagen und die Ausrichtung auch dieses Hauptsektors des Wohnungsbaues auf die bauliche hervorgehobene neue Stadtmitte.

Die einzelnen Untergrund- und Schnellbahnlinien in diesem Gebiet sind mit Entfernungen von etwa 1200 bis 1500 m voneinander projektiert, da man mit Einzugsgebieten der Nahverkehrsbahnhöfe bis höchstens 800 m rechnen darf.

Auch die erforderliche Anzahl an öffentlichen Gebäuden ist in Zusammenarbeit mit dem Hauptplanungsamt der Stadt Berlin und den einzelnen in Frage kommenden Verwaltungen ermittelt worden. So sind u.a.

2 Rathäuser

3 Krankenhäuser oder statt dessen

1 Großkrankenhaus,

mehrere Heilanstalten, Fürsorgestellen, Untersuchungsämter, Badeanstalten, 6 Rettungsstellen, 2 große Altersheime, 41 Volksschulen, 12 Hauptschulen, 8 Oberschulen, 11 HJ-Heime, 20 Kindertagesstätten, 3 Büchereien, 14 Stadtbanknebenstellen usw. vorgesehen. Die Reichsfinanzverwaltung hat 3 Finanzämter angemeldet, der erste Kummer in diesem sonst so schönen Gebiet.

Wir stehen zur Zeit in der umfangreichen Arbeit, die Grundzüge und die Einzelheiten des Generalbebauungsplanes für die Reichshauptstadt den neuen Notwendigkeiten und Möglichkeiten anzupassen, welche durch die Luftkriegsschäden entstanden sind. Für viele Fragen, Auflockerung der Innenstadt, Erweiterung der Grünflächen auch im Stadtinnern, sind ganz neue Möglichkeiten geschaffen, manche Verkehrsführung kann besser geführt, mancher städtebauliche Schwerpunkt verschoben und manche Industrie endgültig verlagert werden. Alles in allem gelten die bisherigen Grundgedanken der Gesamtplanung. Die einzelnen Wohngebiete werden ausgesondert nach solchen Gebieten, welche dem endgültigen Wohnungsbau in seiner vollkommenen Form vorbehalten bleiben sollen, und solchen Gebieten, in denen zunächst ein vereinfachter Wohnungsbau durchgeführt werden kann, der vorübergehend technisch und architektonisch noch eingeschränkt oder räumlich stärker ausgenutzt erst nach einigen Jahren in die endgültige Wohnungsbauform übergeführt wird. Für den Behelfsheimbau sind alle späteren Dauerkleingartengebiete zur Verfügung gestellt, außerdem umfangreiche spätere Baugebiete, in denen unter Beachtung der zukünftigen Bebauung die Behelfsheime so gestellt werden, daß sie die zukünftigen Wohn- und Straßenbauten nicht behindern, d.h. also auch eine Zeitlang noch als Behelfs- oder Nebengebäude beibehalten werden können, wenn der endgültige Wohnungsbau anlaufen wird.

Wir arbeiten in dieser Hinsicht auf das engste und beste mit dem Sonderbeauftragten für das Deutsche Wohnungshilfswerk zusammen.

Ich rekapituliere:

Monumentaler Maßstab der Führungsbauten

Baukunst als politische Kunst

Gewaltigste Abmessungen der Hauptachse und modernste Methoden der Durchführung

Neuartige Methoden der Verkehrsbewältigung

Rücksichtsvolle Schonung auch der idyllischen Seiten des Lebens

aber rücksichtsloseste Baumethoden, wenn es erst losgeht.

Der Dank für den Vortrag gebührt nicht mir, sondern dem Leiter unseres Arbeitsstabes: Rudi!

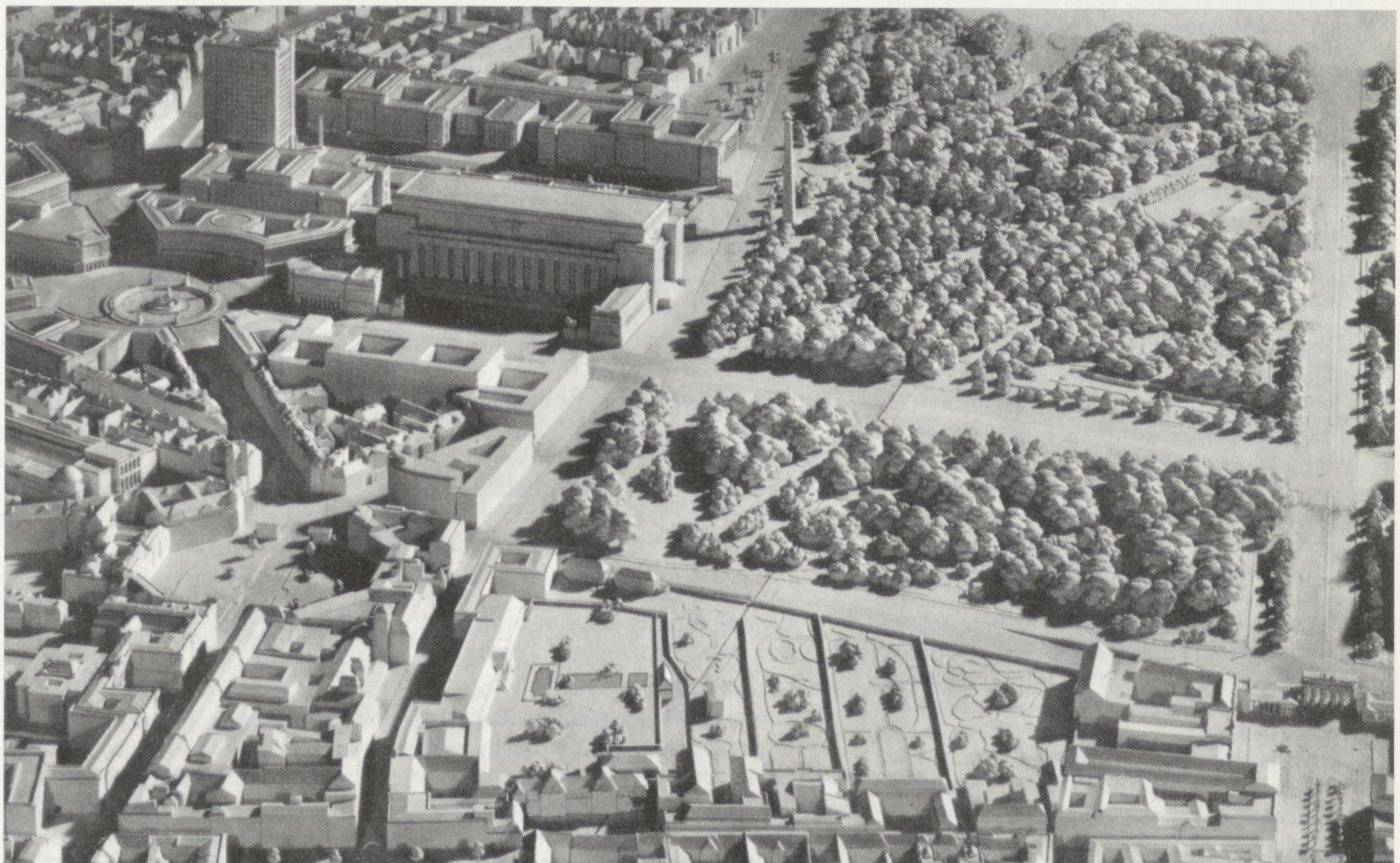
←B 9

2.1.2 Die Maßnahmen des Generalbauinspektors

Die Dienststelle des GBI wird am **30.1.1937** im ehemaligen „von Arnimschen Palais" am Pariser Platz 4 in unmittelbarer Nachbarschaft zur Zentrale der *Organisation Todt* (OT), von der der Bau der Autobahnen und des Westwalls geleitet wird, eingerichtet. Bisher war in dem Gebäude die Akademie der Künste untergebracht, die **1907** ihren ursprünglichen Standort an die neue Staatsbibliothek abtreten mußte. Die Akademie muß umziehen und nach Zwischenstationen Unter den Zelten 9 und in der Schadowstraße mit ihren wertvollen Sammlungen auf den Dachboden des ehemaligen „Kronprinzen-Palais" ausweichen, das während des Bombenangriffs am **18.3.1945** zerstört wird. Das „von Arnimsche Palais" am Pariser Platz ist für den GBI nicht nur wegen der zentralen Lage und der großen rückwärtigen Ausstellungssäle, die für den Modellbau benötigt werden, besonders geeignet, sondern vor allem deshalb, weil es durch die „Ministergärten" unauffällig von der Reichskanzlei zu erreichen ist.

Nach Ende der Frostperiode beginnen im **März 1937** nördlich der Voßstraße zwischen Hermann-Göring-Straße und Wilhelmplatz die Abrißarbeiten für das erste Bauprojekt des GBI, den Bau einer neuen Reichskanzlei. Daß ihr Bau bei gleichzeitig laufender Kriegsvorbereitung problematisch ist, darauf hat bereits zwei Jahre vorher die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung in ihrer die Luftschutzuntersuchungen der letzten Jahre zusammenfassenden Broschüre *Die Möglichkeiten städtebaulicher Maßnahmen zum Schutze der Wohnsiedlungen gegen Angriffe aus der Luft* hingewiesen:

Südseite des Pariser Platzes um 1930 ←B 10



Das Modell des GBI, Ausschnitt zwischen Pariser Platz und dem Runden Platz ←B 11

Die Möglichkeit städtebaulicher Maßnahmen zum Schutze von Wohnsiedlungen gegen Angriffe aus der Luft. →L 4 ←L 5

Auf Veranlassung der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung und der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen

bearbeitet von

Walter Lehweß,
Reg.-Bmstr. a. D.

unter Mitarbeit von

Fritz Winter,
Dipl.-Ing.

Kurz zusammengefaßt lauten die Forderungen des städtebaulichen Luftschutzes folgendermaßen:

A. Bei städtebaulichen Neuanlagen.
1. Freie, dem Wind ausgesetzte Lage.
2. Führung der Straßen in der Hauptwindrichtung.
3. Weiträumigkeit und aufgelockerte Bauweise.
   a) Straßenbreite = Summe der Haushöhen + freie Verkehrsbahn.
   b) Umgeben gefährdeter Anlagen mit Grünflächen.
   c) Reichlich Plätze mit Wasserflächen und Springbrunnen.
4. Keine Wohngebiete in unmittelbarer Nähe gefährdeter Betriebe.
5. Verteilung der Versorgungsanlagen.
6. Bevorzugung des Omnibus als innerstädtisches Verkehrsmittel, der Untergrundbahn als städtisches Schnellverkehrsmittel.
7. Reichliche Trinkbrunnen in der Stadt.

B. Bei bestehenden Ortschaften.
1. Förderung der Bestrebungen zur Auflockerung.
2. Hinauslegung größerer, gefährdeter Betriebe aus dichtbesiedelten Bezirken.
3. Berücksichtigung der Anforderungen des Luftschutzes bei allen Stadtsanierungen, Straßendurchbrüchen, Niederlegung von Elendsvierteln usw.
4. Festlegung von „Ausweichstellen" für die obersten Behörden und Befehlsstellen während bestehender Luftangriffsgefahr.
5. Keine Zentralbahnhöfe.
6. Notmaßnahmen für die Verkehrsanlagen.
7. Befassung der Landesplanung mit der Planung und Durchführung der Luftschutzmaßnahmen.
8. Baupolizeiliche Vorschriften für den Luftschutz, abgestuft nach dem Grade der Gefährdung.

All diese Forderungen müssen in das kommende Reichsstädtebaugesetz aufgenommen werden, um in Zukunft für die Notwendigkeit des Luftschutzes auf städtebaulichem Gebiet eine sichere Grundlage zu haben.

Die städtebaulichen Luftschutzmaßnahmen sind natürlich bei Neuanlagen am besten zu berücksichtigen und durchzuführen, viel schwerer naturgemäß bei der noch wichtigeren Umgestaltung der bestehenden Städte. Eine restlose Erfüllung der Forderungen erscheint fast unmöglich, da die aufzuwendenden Geldmittel ungeheuer groß werden. Als besonders günstigen Umstand kann man es bezeichnen, daß die Forderungen des allgemeinen Städtebaues mit denen des Luftschutzes in vielen Fällen gleichlaufen. Dies läßt hoffen, daß mit der kommenden Sanierung der Städte auch der Luftschutz zu seinem Recht kommt und daß wir dereinst in dieser Beziehung für kommende Kriege gewappnet sind.

Die Unterbringung der obersten Behörden in monumentalen, aus der Luft leicht erkennbaren Bauten birgt im Kriegsfalle eine besondere Gefahr für sie selbst und die umgebenden Stadtteile in sich. Das Beste wäre, man könnte den staatlichen Verwaltungsapparat vollständig aus jeder Stadt und noch so kleinen Ortschaft herausnehmen und ihn verstreut über das ganze Reich in der Landschaft verbergen. Ebenso widerspricht das Zusammenfassen der leitenden Behörden an einer Stelle, wie das in den Regierungsvierteln der Hauptstädte meist der Fall und zur leichteren Erledigung aller Geschäfte auch erwünscht ist, völlig den Forderungen des Luftschutzes.

Aber gegen die Verlegung der obersten Ämter bestehen doch auch große Bedenken. Aus städtebaulichen Gründen ist immer dafür gekämpft worden, die Baulichkeiten der Reichsbehörden zu monumentalen, beherrschenden Stadtbildern zusammenzufassen. (Vgl. die verschiedenen Vorschläge zur Gestaltung des Königsplatzes von Bruno Schmitz, Bruno Möhring, Genzmer, Kohtz, Häring und anderen.) Die Forderungen des Luftschutzes stehen hier den allgemeinen städtebaulichen Forderungen scharf gegenüber. Unser Gefühl sträubt sich dagegen, daß unsere Staatsmacht ganz auf monumentale bauliche Darstellung verzichten soll. Für die Wirkung auf die Seele des Volkes wird immer ein gewisses Maß von Zurschaustellung der Staatsmacht nötig sein, und dazu gehört eine wirkungsvolle Zusammenfassung und Gestaltung ihrer Baulichkeiten.

Aus diesem Zwiespalt der Forderungen findet man vielleicht einen Ausweg so, daß zwar für Friedenszeiten die Reichs- und Staatsbehörden in ihren bisherigen Bauten bleiben, auch bei Neubauten eine weitere Zusammenfassung und monumentale Steigerung anstreben – aber für Kriegszeiten doch bereits jetzt eine dezentralisierte und versteckte Unterbringung der führenden Reichsbehörden und hohen Befehlsstellen des Reichsheeres gesichert wird. Beim heutigen Stand der Nachrichtenübermittlung und des Verkehrs stehen einer solchen Anordnung keine unüberwindlichen Hindernisse mehr im Wege.

Es wird sich also darum handeln, Ausweichstellen oder gewissermaßen Gefechtsstände für die genannten Stellen auszusuchen, mit dem Nötigsten auszustatten und für die erforderlichen Verbindungen zu sorgen. Diese Ausweichstellen können am Orte selbst liegen, etwa unscheinbar in einem gewöhnlichen Miethausblock versteckt; sie können auch in größeren Parkanlagen und Wäldern liegen oder schließlich sogar fern von den Hauptstädten und jeglicher Ortschaft in abgelegenen waldigen, schluchtenreichen Gegenden. Das Letzte hat den Vorteil, daß die Notunterkünfte hier am schwersten aufgefunden werden und keine Menschen und Häuser der Umgebung bei einem etwaigen Angriff gefährdet werden. Die Bauten würden als niedrige Kuppeln ungleichmäßig im Walde verteilt, mit einer Humusschicht bedeckt und bepflanzt, überhaupt nicht von der waldigen Umgebung zu unterscheiden sein. Strengste Geheimhaltung ist hierbei natürlich wichtigste Voraussetzung.

Die von der Akademie für Städtebau vorgeschlagene, der Natur angepaßte Bauweise wird zum Beispiel beim Bau des Oberkommandos des Heeres (OKH) in den Wäldern bei Zossen südlich von Berlin angewandt. Speer zeigt beim Bau der Reichskanzlei, daß es mit genügend Stahl und Beton auch möglich ist, Friedens- und Kriegssitz des Führers an ein und derselben Stelle unterzubringen. Unter einer Stahlbetondeckenplatte läßt er für die *Wirkung auf die Seele des Volkes* (und die der ausländischen Diplomaten) einen 3geschossigen, aus Backstein gemauerten und mit Naturstein verkleideten Palast bauen, unter dem, in Beton gegossen, die Bunker für den Ernstfall liegen. Sie werden **1943** durch weitere Bunker unter dem Garten der Reichskanzlei ergänzt. Ihre Luftschutztauglichkeit wird sich im **April 1945** beweisen. →S. 140

Auf einer Fotografie von Willy Pragher, die die Baustelle der Reichskanzlei zeigt, kann man in der seitlichen Baugrube den gewaltigen Unterbau des Gebäudes gut erkennen.

Die Probleme, die durch die ersten Abrißmaßnahmen des GBI für die Stadt entstehen und die die gewaltige Planung ahnen lassen, beleuchtet ein Schreiben des Oberbürgermeisters Lippert an Speer vom **23.3.1937**:

→A 6 *Die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt haben sich in Berlin in den letzten Jahren immer mehr zugespitzt, so daß schon seit einiger Zeit von einer Wohnungsnot gesprochen werden muß.*

Der außerordentlich große Wohnungsfehlbedarf ist zu erklären einmal dadurch, daß infolge der Krise in den Jahren 1930 bis 1932 der Wohnungs-

Baustelle der Neuen Reichskanzlei an der Voßstraße ←B 12

bau nahezu zum Stillstand gekommen war, ferner daß damals ein fast ungehemmter Zuzug von außerhalb stattfand sowie durch die Tatsache, daß ein großer Prozentsatz der Bevölkerung in sanierungsbedürftigen Wohnungen und Lauben Unterkunft gefunden hat, deren Abbruch bzw. Ersatz schon längst hätte erfolgen müssen. Nach der Machtübernahme vermehrte sich dieser Bedarf durch die arbeits- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung (vermehrte Eheschließungen, vermehrte Geburten, Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß). Man kann daher die Gesamtzahl der z.Z. fehlenden Wohnungen wie folgt schätzen:

1. 30 000 Wohnungen infolge des angestauten Bedarfs,
2. 20 000 Wohnungen für Familien in abbruch- oder räumungsreifen Wohnungen,
3. 50 000 Wohnungen für Dauerlaubenbewohner.
100 000 Wohnungen insgesamt.

Außerdem muß noch mit einem jährlichen laufenden Bedarf infolge des natürlichen Abganges (Verwendung von Wohnraum für Büros, Fabrikbetriebe o.ä.), des jährlichen Geburtenüberschusses, der Gründung neuer Familien sowie infolge des seit einiger Zeit wieder erfolgenden Zuzuges nach Berlin gerechnet werden.

Hierbei sind für eine etwaige Auflockerung der Innenstadt bzw. Sanierung der Altstadtviertel keinerlei Zahlen enthalten. Ermittlungen über diesen Bedarf sind jedoch im Gange.

Dieser bereits jetzt bestehende Zustand wird sich noch ganz erheblich verschärfen durch die von Ihnen im Rahmen des Neuaufbaues Berlins geplanten großzügigen Maßnahmen, welche den Fortfall einer umfangreichen Zahl von Wohnungen im Gefolge haben. Eine Ersatzbeschaffung für diese ist, soll der Neuaufbau Berlins nicht verzögert und gefährdet werden, nicht zu umgehen.

Lippert hält die Durchführung eines Berliner Wohnungsbauprogramms für erforderlich, das die Herstellung von jährlich 30.000 Wohnungen vorsieht. Er bittet Speer, sich für die Sicherung der Finanzierung, der Zurverfügungstellung des nötigen Eisens und für die Räumung der als Bauland in Frage kommenden Kleingartengebiete einzusetzen. Ein zusätzliches Pro-

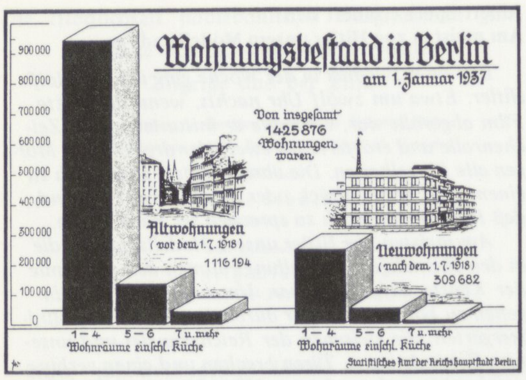
Albert Speer erinnert sich:
Am meisten zog Hitler unsere Modellstadt an

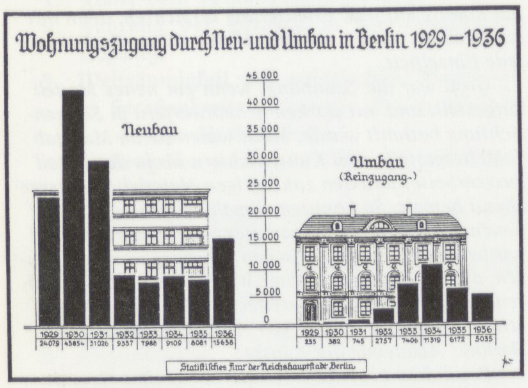
→L 6 *Ein- oder zweimal in der Woche ging ich zu Adolf Hitler. Etwa um zwölf Uhr nachts, wenn der letzte Film abgerollt war, verlangte er mitunter meine Zeichenrolle und erörterte bis zwei oder drei Uhr am Morgen alle Einzelheiten. Die übrigen Gäste zogen sich zu einem Glas Wein zurück oder gingen, wohl wissend, daß Hitler kaum noch zu sprechen sei, nach Hause.*

Am meisten zog Hitler unsere Modellstadt an, die in den ehemaligen Ausstellungsräumen der Akademie der Künste aufgestellt war. Um ungestört dorthin gehen zu können, hatte er durch die Mauern der Ministergärten, die zwischen der Reichskanzlei und unserem Gebäude lagen, Türen brechen und einen verbindenden Weg anlegen lassen. Mitunter lud er die kleine Tischgesellschaft in unser Atelier ein; mit Taschenlampen und Schlüsseln ausgerüstet, brachen wir auf. In leeren Sälen strahlten Scheinwerfer die Modelle an. Ich konnte auf jede Erläuterung verzichten, denn mit leuchtenden Augen erklärte Hitler seinen Begleitern jede Einzelheit.

Groß war die Spannung, wenn ein neues Modell aufgestellt und mit starken Scheinwerfern in Sonnenrichtung betrahlt wurde. Meist waren sie im Maßstab 1:50 hergestellt, von Kunsttischlern bis in das Detail ausgearbeitet und den zukünftigen Materialien entsprechend bemalt. So konnten allmählich ganze Teile der neuen großen Straße zusammengestellt werden, und wir bekamen einen plastischen Eindruck von den Bauten, die ein Jahrzehnt später Wirklichkeit werden sollten. Etwa dreißig Meter erstreckte sich diese Modellstraße durch die ehemaligen Ausstellungsräume der Berliner Akademie der Künste.

Besonders begeisterte Hitler ein großes Gesamtmodell, das die geplante Prachtstraße im Maßstab 1:1000 zeigte. Es war in Einzelteile zerlegbar, die auf Rolltischen herausgezogen werden konnten. An beliebigen Punkten trat Hitler so „in seine Straße“, um die spätere Wirkung zu prüfen: beispielsweise nahm er die Perspektive des Reisenden ein, der am Südbahnhof ankam, oder er betrachtete die Wirkung von der großen Halle aus oder vom mittleren Teil der Straße nach beiden Seiten. Er kniete dazu fast nieder, das Auge einige Millimeter über dem Niveau der Modellstraße, um den richtigen Eindruck zu gewinnen, und sprach dabei mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit; dies waren die wenigen Stunden, in denen er seine gewohnte Steifheit aufgab.





14. Wohnungsreingewinn 1936

Verwaltungsbezirk	Reingewinn bzw. Verlust (–) an Wohnungen mit 1–4 Wohnräumen (einschl. Küche)	5–6	7 u. mehr	zus.
1	2	3	4	5
1. Mitte	422	— 181	— 132	109
2. Tiergarten . .	751	— 34	— 264	453
3. Wedding . . .	306	— 13	— 9	284
4. Prenzlauer Berg	309	— 33	— 13	263
5. Horst Wessel .	134	— 12	— 22	100
6. Kreuzberg . .	929	— 120	— 130	679
7. Charlottenburg	1 043	152	— 263	932
8. Spandau . . .	1 297	158	56	1 511
9. Wilmersdorf .	1 333	313	— 233	1 413
10. Zehlendorf . .	590	254	278	1 122
11. Schöneberg . .	785	55	— 271	569
12. Steglitz . . .	570	312	77	959
13. Tempelhof . .	439	204	27	670
14. Neukölln . .	1 196	69	1	1 266
15. Treptow . . .	387	364	11	762
16. Köpenick . . .	1 088	130	25	1 243
17. Lichtenberg . .	1 390	364	32	1 786
18. Weißensee .	332	63	9	404
19. Pankow . . .	1 116	99	11	1 226
20. Reinickendorf .	3 512	434	107	4 053
1936	17 929	2 578	— 703	19 804
1935	13 016	1 740	— 1 313	13 443
1934	20 867	2 335	— 3 565	19 637
1933	15 552	2 446	— 2 818	15 180
1932	11 161	1 991	— 1 163	11 989

blem besteht darin, daß durch die Abrisse ein unmittelbarer Ersatzbedarf an Groß- und Mittelwohnungen entsteht und deshalb die bisher geltenden, auf den Kleinwohnungsbau zielenden Förderungsrichtlinien der öffentlichen Beihilfen (Reichsbürgschaften oder Hauszinssteuerdarlehen) so geändert werden müssen, daß auch der Bau von großen Wohnungen öffentlich finanziert werden kann. Speer beauftragt daraufhin am **26.7.1937** den
→A 7 Oberbürgermeister mit der Ausarbeitung eines *zusätzlichen Wohnungsbauprogramms* für die nächsten 5 Jahre. Am **5.10.1937** findet eine Besprechung der GBI (Speer und Stephan) mit den Vertretern der Stadt und der beiden möglichen Bauträger, dem Heimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der städtischen gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbau A.G. (GSW), statt. Die Stadt hat den Wohnungsbedarf mit 400.000
←B 13 angegeben; Speer hält, auf einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren gesehen, den Neubau von insgesamt 600.000 bis 700.000 Wohnungen für erforderlich. Die Stadt soll in Zukunft mit dem Heimstättenamt der DAF und der
→A 8 GBI zusammenarbeiten und einen *Generalbebauungsplan von Berlin für die fernere Zukunft mit rd. 650.000 neuen Wohnungen* ausarbeiten. Tragbare Mieten sollen durch staatliche Zuschüsse erreicht werden. Alle sonstigen Probleme, die der Durchführung eines *umfassenden 20-Jahresplans für die restlose Beseitigung der Wohnungsnot in Berlin* im Wege stehen, sollen dem *Führer* zur Lösung vorgetragen werden. Der Bebauungsplan soll ab sofort von Hans Stephan und Gerhard Petrick als den Vertretern des Stadtplanungsamtes vorbereitet und ein *kleines Stück davon* als detaillierte Sofortplanung auch der Wohnungstypen ausgearbeitet werden. Für den Bau der ersten neuen Wohngebiete werden zwei als Dauerkleingärten genutzte Gelände im Süden Schönebergs und im Norden Charlottenburgs vorgesehen. Für beide Gebiete waren bereits früher, z.T. schon vor dem 1. Weltkrieg, Wohngebiete geplant worden.

←B 14 Auf Grund der von Stephan und Petrick angefertigten Vorentwürfe
→A 9 bestätigt Speer am **26.11.1937**, daß er beabsichtige, *im Rahmen des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms für 1938 die Bebauung des Geländes in Charlottenburg-Nord mit etwa 4–5000 Wohnungen und eines Geländes im Zuge der Südachse mit 2–3000 Wohnungen* durch die Stadt Berlin in Angriff nehmen zu lassen. Die Wohnungen sollen als Sonderbauaktion unter dem Titel *Bauten nach den Führer-Plänen* gebaut werden und *hinsichtlich der Größe etwa ein Mittelding zwischen den jetzt vorzugsweise gebauten Kleinwohnungen und den für die Zukunft zu erstrebenden Mittelwohnungen darstellen.* Die Verfügung über die Grundstücke stellt für Speer kein Problem dar:

Für beide Gelände werde ich das Recht zur Umlegung und Enteignung durch Erklärung zum Bereich gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 in Verbindung mit § 2 der Verordnung über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin vom 5. November 1937 verleihen, sobald mir der Bebauungsplanentwurf vorliegt und dieser von mir genehmigt worden ist.

Die Form der Bebauung der beiden neuen Wohngebiete wird am **3.12. 1937** mit den Vertretern der Dienststelle „Ziviler Luftschutz" des Reichsluftfahrtministeriums, Ministerialrat Löffken und Herrn Otto, besprochen. Das vertrauliche Protokoll der Sitzung, das Petrick verfaßt, vermerkt dazu:

→A 10 *Prof. Speer erläuterte anhand der von uns gefertigten Pläne das künftig zu wählende Aufschließungssystem für Wohnungsbauten sowie seine eigene Planung an den Achsen, die Ringstraßensysteme usw. Min.Rat Löffken stellte fest, daß aus Gründen des Luftschutzes die Straßenbreite bei mehr als 2geschossigen Mietshäusern mindestens gleich der Summe der Höhen der beiderseitigen Bebauungen zuzüglich einer Verkehrsbreite von 7 bis 8 m sein müsse. Diese Regel soll sicherstellen, daß die Straßen auch beim Einsturz der Häuser durch Trümmer usw. nicht versperrt werden. Auf die Achsen, Ring- und Ausfallstraßen übertragen, würde das bedeuten, daß bei*
←B 15 *einer maximalen Bauhöhe von etwa 22 m auf beiden Straßenseiten eine Breite von 55 bis 60 m zur Sicherung der Luftschutzforderungen ausreichen würde.*

Weiterhin legt Min.Rat Löffken Wert darauf, daß Höfe, die in der geringsten Ausdehnung nicht wenigstens 80 m breit sind, nicht allseits umbaut werden. Um die Verdämmungswirkung von Sprengbomben herabzusetzen, empfiehlt er, auch bei größeren Höfen stets an einer Stelle eine Öffnung in der Bebauung zu lassen. Prof. Speer sagte zu, diesen Forderungen Rechnung zu tragen.

Es ist vorgesehen, am Rand des Schöneberger Südgeländes zunächst 2000 und in Charlottenburg-Nord als ersten Bauabschnitt 4000–5000 Wohnungen zu bauen. Auf Wunsch von Speer soll nicht nur das Stadtplanungsamt, sondern auch der Architekt und Oberbaurat Richard Ermisch *architektonische Vorschläge für die Gestaltung der Wohnzeilen machen.* ←A 11
Am **14.1.1938** genehmigt Speer die von Stephan und Petrick ausgearbeiteten Bebauungspläne für die beiden Neubaugebiete.

Das am **24.1.1938** von der Stadt vorgelegte Wohnungsbauprogramm sieht für das Jahr **1938** den Bau von 30.000 Wohnungen vor. Eine Hälfte soll von der Stadt selbst bzw. von der GSW, die andere Hälfte von gemeinnützigen und privaten Bauträgern gebaut werden.

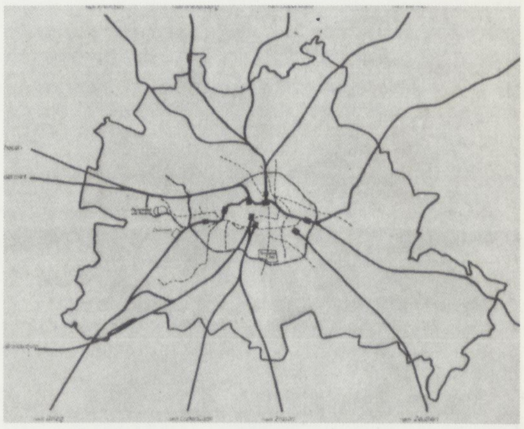
Die von Speer am **13.12.1937** gestellte Aufgabe war von der Stadt bisher nicht gelöst worden. Er hatte gefordert, *mit dem Arbeitsministerium* ←A 12 *nunmehr über die Ausräumung von Schwierigkeiten zu verhandeln, die dem großzügigen Bau von guten Wohnungen mit geringer Miete im Wege stehen. Es ist der Wunsch des Führers, daß eine großzügige Wohnungspolitik getrieben wird. Dabei dürfen nicht Wohnungen gebaut werden, die in 10–15 Jahren wieder als Elendswohnungen angesprochen werden müssen.*

Aus Hauszinssteuermitteln stehen nur 10 Mio. RM für den Berliner Wohnungsbau zur Verfügung. Woher der Rest der zur Verwirklichung notwendigen 29,5 Mio. RM kommen soll, wird monatelang ohne Ergebnis diskutiert.

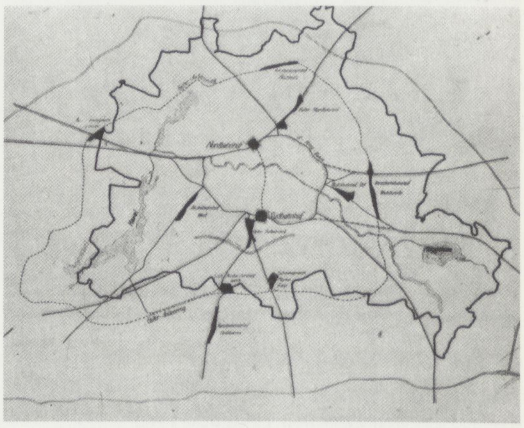
Ein zusätzliches Problem, das sich im **Dezember 1937** durch die Planung der Reichsbahn ergibt, die, um den Platz für die Nord-Süd-Achse frei zu machen, den Bau des Südbahnhofs vorbereiten muß, beschreibt der Verkehrsminister:

Nach dem Willen des Führers und Reichskanzlers sollen die im Zuge der ←A 13 *Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin zu errichtenden neuen Reichsbahnanlagen in bestimmten, verhältnismäßig kurzen Fristen fertiggestellt werden. Um diese Fristen einhalten zu können, muß mit den Bauarbeiten schleunigst begonnen werden. Die Durchführung der Bauarbeiten erfordert im größeren Umfange die Beseitigung von Wohngebäuden. So müssen allein in Tempelhof und am Südostteil der Ringbahn zwischen den Bahnhöfen Hermannstraße und Neukölln, wo die Bauarbeiten schon Mitte nächsten Jahres in Angriff genommen werden müssen, Häuser mit insgesamt etwa 2 700 Wohnungen – Kleinwohnungen und solchen mittlerer Größe – abgerissen werden. Der Abriß setzt aber voraus, daß den jetzigen Bewohnern geeigneter Ersatzraum zur Verfügung gestellt werden kann.*

In einer Besprechung, die hierüber am 20. d.M. zwischen Vertretern des Herrn Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt, der Stadt Berlin und der Deutschen Reichsbahn abgehalten worden ist, hat sich ergeben, daß ohne Neuschaffung von Ersatzwohnraum die anderweitige Unterbringung der Bewohner der abzureißenden Häuser nicht durchgeführt werden kann, da in Berlin z.Zt. etwa 120 000 Wohnungen fehlen. Es muß deshalb unverzüglich an den Bau von Ersatzwohnungen für die 2 700 zu beseitigenden Wohnungen herangegangen werden. Die Vertreter der Stadt Berlin, der diese Aufgabe zufallen würde, haben jedoch in der erwähnten Besprechung erklärt, daß die Stadt mit ihrem nächstjährigen Wohnungsbauprogramm von 15 000–25 000 Wohnungen, die als Kleinwohnungen nur zum Teil als Ersatz für die zu beseitigenden Wohnungen herangezogen werden könnten, sowohl finanziell wie technisch an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei. Die von ihnen aufgeworfene Frage, ob die Deutsche Reichsbahn die erforderlichen Ersatzwohnungen entweder selber bauen oder durch ihre Wohnungsbaugenossenschaften bauen lassen könne, mußte von meinen Vertretern verneint werden, da es nicht Aufgabe der Reichsbahn sein kann, Wohnhäuser für Betriebsfremde zu bauen und zu verwalten, und die Wohnungsbaugenossenschaften der Reichsbahn lediglich für die Beschaffung des nicht auf dem freien Wohnungsmarkt erhältlichen Wohnraums für Reichsbahnbedienstete bestimmt sind und ihr Apparat für weitere Aufgaben nicht ausreicht. Zudem muß die Reichsbahn im nächsten Jahr alles verfügbare Kapital für den Bau ihrer eigenen Anlagen und für den dafür erforderlichen Grunderwerb verwenden. Es herrschte deshalb in der erwähnten Besprechung Übereinstimmung darüber, daß mit größter Beschleunigung ein anderer Träger der erwähnten Wohnungsbauaufgabe gefunden und die Finanzierung auf andere Weise geregelt werden müsse.

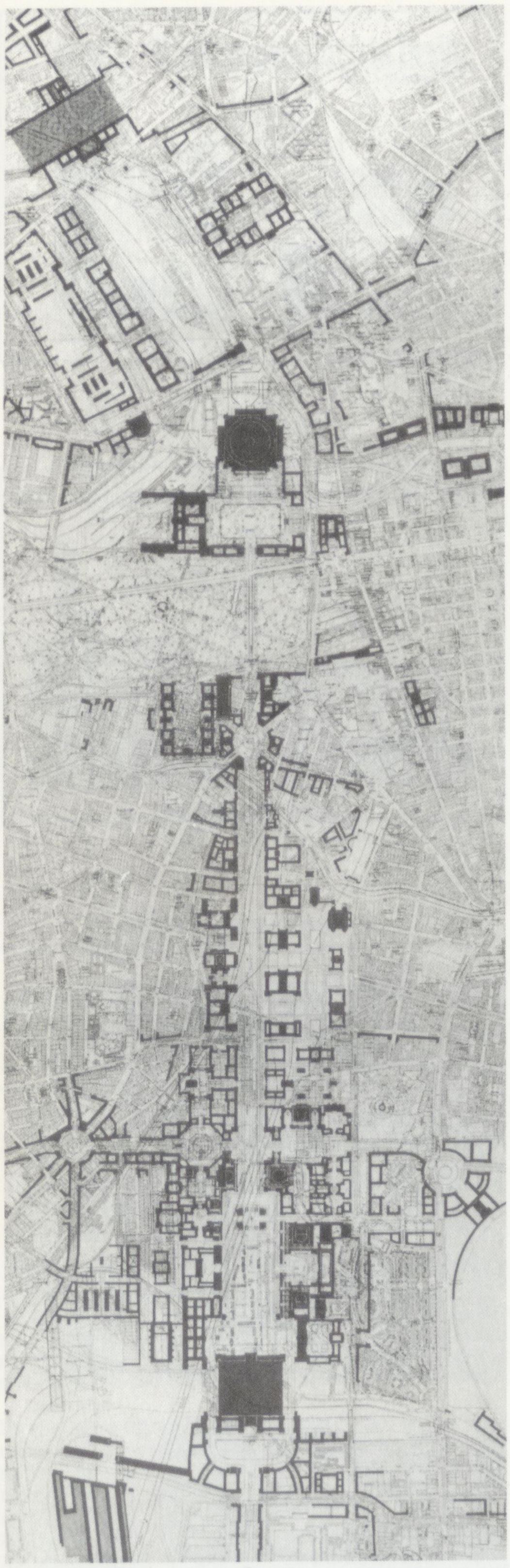


→B 16



→B 17

Die Planungen der Reichsbahn im Rahmen der Neugestaltung der Reichshauptstadt. Oben: Zustand 1937 mit den Bahnhöfen innerhalb des S-Bahnrings, dem „Hundekopf"; unten: die geplante Verlegung der Bahnhöfe und der Verlauf des geplanten Außenrings



Die Nord-Süd-Achse auf dem 1938 bestehenden Stadtgrundriß. Zwischen Nord- und Südbahnhof sollen neben den Monumentalbauten des Staates und der Partei, den Botschaftsgebäuden und Kultureinrichtungen (Philharmonie, Museen, Oper, Lichtspielhäuser, Haus des Bieres, Haus des Weines usw.) auch die Verwaltungsgebäude der großen Konzerne liegen. Fest eingeplant sind die Firmensitze der IG-Farben-Industrie, der Allianz-Versicherung, der Henkelwerke, der AEG, der Hermann-Göring-Werke und der Automobilindustrie. Der Plan ist nicht datiert; er stammt wahrscheinlich aus der Zeit zwischen 1940 und 1942

Speer entscheidet, daß die Ersatzwohnungen für die Reichsbahnabrisse von der Stadt zur Verfügung gestellt werden sollen. Aber schon am **17.1. 1938** verschärft sich das Problem für die Stadt durch neue Wünsche des *Führers*. Petrick hält diesbezüglich im Protokoll der Besprechung im Reichsverkehrsministerium fest:

→A 14 *Im Gegensatz zu früheren Forderungen, die bereits zu einer grundsätzlichen mündlichen Einigung zwischen der Stadt und der Reichsbahn geführt haben und im wesentlichen auf der Bereitstellung der bis zum 1.7. 1938 fertig werdenden Wohnungen der GSW basierten, stellte Prof. Speer in dieser Verhandlung zwei neue Forderungen auf:*

a) Der Führer wünscht, daß bei der Räumung von Wohnungen alle Härten vermieden werden und größte Rücksicht auf die obdachlos werdenden Mieter genommen wird. Dazu gehört in erster Linie, daß zwischen dem Zeitpunkt der Kündigung und dem der Räumung mindestens 6 Monate liegen, es sei denn, daß durch freiwillige Vereinbarung eine frühere Räumung ermöglicht wird. Zwangsmaßnahmen dazu sind ausgeschlossen.

b) Der Ersatzraum für abzureißende Wohnungen ist grundsätzlich und, soweit es irgend möglich ist, in unmittelbarer Nähe, mindestens aber im gleichen Stadtteil bereitzustellen, in dem die abzureißenden Wohnungen liegen.

Unter diesem Gesichtspunkt – so führte Prof. Speer aus – kann von dem Angebot der GSW, in anderen Stadtteilen als Tempelhof einen Ersatzraum bereitzustellen, nur insoweit Gebrauch gemacht werden, als die von der Räumung betroffenen Wohnungsinhaber sich freiwillig zur Übernahme einer solchen Wohnung bereit erklären. Da aber damit zu rechnen ist, daß ein erheblicher Teil der Mieter in der Gegend von Tempelhof bleiben will, ist der Neubau von Wohnungen in dieser Gegend unerläßlich.

Die Reichsbahn erklärte, daß der Beginn der Abrißarbeiten in Tempelhof äußerstenfalls bis zum 1. Oktober 1938 verschoben werden könne.

Durch diese neue Sachlage wurde der Vorschlag diskutabel, nicht nur auf bereits in Bau befindliche Wohnungen zurückzugreifen, sondern auch die erst im Frühjahr zu beginnenden Neubauten als Ersatzwohnraum heranzuziehen.

Als geeignetes Gelände wurde der Westrand des Schöneberger Südgeländes bezeichnet. Nach unseren Plänen können dort rund 2000 Wohnungen untergebracht werden. Prof. Speer vertrat die Auffassung, daß dieser Wohnungsbau eine rein städtische Angelegenheit sei, und bestätigte sie auf ausdrückliche Rückfrage. Er ging dabei von dem Gedanken aus, daß die Stadt sich ja sowieso bereit erklärt hatte, ihre im ganzen Berliner Stadtgebiet im Sommer fertig werdenden Wohnungen zur Verfügung zu stellen, und daß jetzt lediglich in dieses Bauprogramm noch die Bebauung des Schöneberger Südgeländes einbezogen würde. Er stellte auch anheim – falls durch diese Erweiterung des Bauprogramms die Leistungsfähigkeit der GSW überschritten würde –, an anderer Stelle in Berlin eine entsprechende Anzahl von Wohnungsbauten zurückzustellen.

Mit Rücksicht darauf, daß unter den abzureißenden Wohnungen sich auch etwa 1000 Wohnungen befinden, die größer sind als die nach den augenblicklichen Grundsätzen gebauten Arbeiterwohnstätten, sollen auf dem Schöneberger Südgelände ebenfalls größere Wohnungen errichtet werden. Prof. Speer sagte seine Unterstützung zu, falls uns Schwierigkeiten daraus erwachsen, daß die Richtlinien des Reichsarbeitsministers solche größeren Wohnungen nicht zulassen.

Das gesamte Finanzierungsproblem wurde beiseite gestellt.

←B 18 Als am **3.2.1938** von der Reichsbahn bekanntgegeben wird, daß allein in Tempelhof nicht, wie ursprünglich angegeben, 1000, sondern 2000 Wohnungen, davon 750 mit 3 und mehr Zimmern, abgerissen werden müssen und gleichzeitig der Abriß im Interessenbereich des GBI zwischen Landwehrkanal und Kemperplatz vorbereitet wird, wo vor allem große Wohnungen, Büros und Luxusgeschäfte vernichtet werden müssen, um den „Runden Platz" anlegen zu können, wird klar, daß das Problem der Beschaffung von Ersatzwohnungen größer ist als bisher angenommen. Eine Besprechung am **8.3.1938**, an der Vertreter der Stadt und des GBI teilnehmen, soll einen Überblick darüber verschaffen, wieviel Wohnungen tatsächlich abgerissen werden müssen:

→A 15 *Die Vertreter der Stadt Berlin legen eine Aufstellung über die Gesamtzahl der 1938 in den bisher festgesetzten Bereichen zu räumenden Wohnungen vor. Nach dieser Aufstellung sind 1938 im ganzen 13.000 Woh-*

Berliner Beob[achter]

Tägliches Beiblatt zum „Völkischen Beobachter"

1. Juni Baubeginn der Nord-Süd-Achse

Ein Spaziergang über das Gelände der neuen Straße

Das Kernstück der Neugestaltung Berlins wird die neue Nord-Süd-Achse sein, an der in Zukunft alle wichtigen Gebäude der Reichshauptstadt zu einer einzigartigen, gewaltigen Gesamtwirkung zusammengefaßt werden. Unter dem Begriff Nord-Süd-Achse dürfen wir nicht schlechthin die neue Straße allein verstehen. Unter solch einer Achse versteht man vielmehr einen künstlerisch gestalteten städtebaulichen Raum, dessen Wandungen durch die neuen Bauten gebildet werden.

Dieser Raum ist aufgelöst in vielgestaltige Einzelräume, die zB. durch große Plätze oder den Tiergarten gebildet werden. Als Blickpunkt wird die Achse im Süden vom Südbahnhof beherrscht, während man im Norden den großen neuen Versammlungsbau am Königsplatz schon von weither sehen wird.

Dann macht die Achse einen Knick und richtet sich senkrecht zur Invalidenstraße aus, die bekanntlich zu einem Teilstück der innersten Ringstraße wird. Die Verkehrsfahrbahnen springen vorher allerdings an der Kreuzung mit der Ost-West-Achse bis zum Brandenburger Tor nach Osten und wenden sich dann wieder nach Norden. Der von den Neubauten begrenzte Raum der Achse macht jedoch diesen Sprung nicht mit. Die Mittellinie der Achse liegt nämlich vom Versammlungsbau her nach Norden zu nicht mehr auf der Mitte der Fahrdämme, sondern fällt mit der Mittellinie der neuen großen Wasserfläche vor dem Versammlungsbau zusammen.

Auf beiden Seiten dieser Wasserfläche werden Monumentalbauten liegen, und zwar an der Ostseite ua. das große Gaugebäude, an der Westseite die Bauten des Polizeipräsidiums und der NSV. Die auf der Wasserfläche liegende Mittellinie der Achse stößt dann genau auf die Mitte des neuen Nordbahnhofes, während die Verkehrsfahrdämme der Achse, die zwischen Wasserfläche und Gaugebäude geführt werden, an der Ostseite des Nordbahnhofes vorbeilaufen. Von der Invalidenstraße her bildet über die Wasserfläche hinweg der Bau des Nordbahnhofes auch den Blickpunkt.

Wir wollen einmal das Gelände aufsuchen, durch das die neue Nord-Süd-Achse führen wird. Wenn wir auf dem Ringbahnsteig des Bahnhofes Papestraße stehen, sehen wir westlich des Ringbahnhofes Tempelhof, dessen Unterstellhallen für die S-Bahnzüge gerade noch sichtbar werden, ein ziemlich weiträumiges Gelände, das im wesentlichen mit Baracken und einigen niedrigen Lagerhäusern bestanden ist. In dieser Gegend wird der künftige Südbahnhof liegen. Von hier aus wird die Achse über das städtische Gelände des Hauptversorgungsamtes genau in Richtung auf die Kolonnenbrücke hin verlaufen. Wenn man bei der Weiterfahrt zum Bahnhof Yorckstraße aus dem Fenster sieht, ist man erstaunt über die Feststellung, daß die neue Siedlung Tempelhof so weit zurücktritt, daß westlich von ihr die Achse mit ihren Großbauten noch genügend Platz findet.

Vom Bahnhof Yorckstraße gehen wir die Bautzener Straße, über die genau die Achse führen wird, bis zur Monumentenbrücke zurück, die später auch verschwinden muß. Von hier aus können wir in der Ferne die Siegessäule erkennen. Sie bildet jetzt den Richtpunkt für unser weiteres Suchen nach dem Verlauf der Achse.

Zunächst wenden wir uns wieder der Yorckstraße zu, deren zahllose Brücken nicht mehr lange einen Verkehrsengpaß darstellen werden; überhaupt wird die Bedeutung dieser Straße zurückgehen, weil die Bülowstraße künftig geradeaus über das freiwerdende Eisenbahngelände hinweg bis zur Horn- und weiter Gneisenaustraße führen wird.

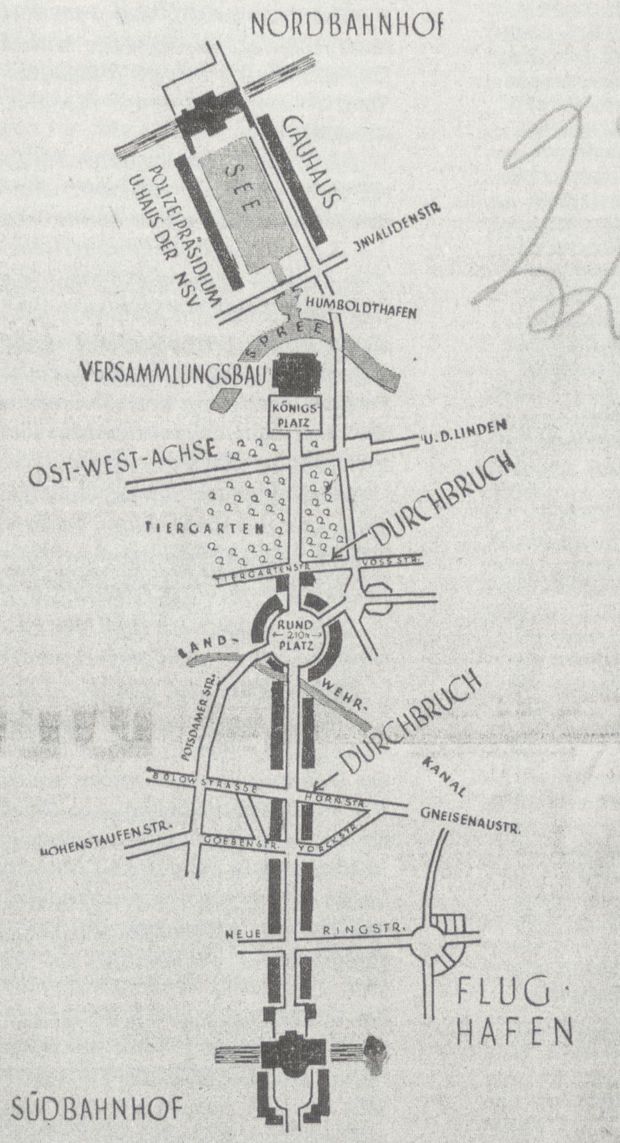
Wenn wir den Verlauf der Achse weiter verfolgen wollen, müssen wir einen Umweg über Dennewitz- und Flottwellstraße machen, weil die Eisenbahngleise sich für Erkundungsgänge wenig eignen. An der Ecke Flottwell- und Lützowstraße tritt die Achse wieder aus dem Reichsbahngelände heraus. Sie verläuft von hier gradlinig durch die Häuserblocks bis zum Landwehrkanal und läßt die gerade hier angehäuften Verkehrsgefahrenpunkte restlos verschwinden, vor allem die Einmündung der Flottwellstraße in das Admiral-von-Köster-Ufer unter der Wannseebahnbrücke.

Nun muß die Nord-Süd-Achse den Landwehrkanal überbrücken. Dabei wird ein Rest aus alter Berliner Zeit, die Klappbrücke in der Verlängerung der Linkstraße, sicher ebenfalls verschwinden. Der Straßendurchbruch geht weiter auf die Potsdamer Straße zu, die etwa in der Mitte zwischen Potsdamer Platz und Potsdamer Brücke gekreuzt wird. An dem Schnittpunkt wird ein großer Rundplatz von 210 Meter Durchmesser entstehen, an dem ua. das neue Haus des Deutschen Fremdenverkehrs und das neue Thüringenhaus entstehen werden. Am 1. Juni werden hier schon die Bauarbeiten beginnen, dh. dies wird aller Voraussicht nach die erste Stelle sein, an der die Berliner die Verwirklichung der neuen Achse beobachten können. Schon heute sieht man auf den Firmenschildern an den Hauseingängen sich den Vermerk häufen: „Verzogen nach . . .". Bald wird die Spitzhacke ihr Werk beginnen.

Vom Rundplatz aus geht der Durchbruch direkt auf den Roland auf dem Skagerrakplatz zu. Und damit ist die Siegesallee erreicht, die in die neue Achse aufgeht. An die Stelle des Häuserblocks zwischen Königsplatz und Spree wird der große Versammlungsbau treten, durch dessen Mitte die Mittellinie der Achse weiterläuft. Dann stehen wir vor dem Becken des Humboldthafens, das zu einem Vorbecken für die zu Anfang schon erwähnte große Wasserfläche umgestaltet werden dürfte, die sich nördlich der Invalidenstraße anschließt. Hier verschwinden nicht nur Kohlenlagerplätze und Lagerbauten, sondern auch der ganze Lehrter Fernbahnhof, dessen Züge künftig in den Nordbahnhof geleitet werden. Dann dehnt sich vor uns, wenn wir die Eisenbahnbrücke im Zuge der Invalidenstraße betreten, eine mit Gleisanlagen bedeckte Fläche aus, die als Untergrund eine 25 Meter tiefe Schlammulde hat. Diese Mulde war auch die Ursache dafür, daß hier die erwähnte Wasserfläche entstehen wird.

Jenseits der Abstellgleise des Lehrter Bahnhofes, an der Strecke des Nordringes zwischen den Bahnhöfen Putlitzstraße und Wedding, wird der neue Nordbahnhof liegen, in den nicht nur die Fernzüge des Lehrter, sondern auch des Stettiner Bahnhofes und der Stadtbahn eingeführt werden. Das unbebaute Gelände zwischen Lynarstraße und Bahndamm wird ein Teil dieses gewaltigen Bahnhofes werden. Damit sind wir am Ende des architektonisch bedeutsamen Teiles der neuen Nord-Süd-Achse angekommen, die sich nunmehr als leistungsfähige Spezialstraße für den Schnellverkehr nach Norden zu fortsetzt, um hier gleichzeitig große unbebaute Flächen in Reinickendorf der Erbauung zu erschließen und schließlich in den Autobahnring zu münden. Entsprechende Aufgaben hat die Verlängerung nach Süden, die vor allem bei Marienfelde eine lebhafte neue Bautätigkeit verursachen wird und dann bei Jünsdorf an den Autobahnring Anschluß findet. Von der Charlottenburger Chaussee bis zu diesem Punkt wird die Nord-Süd-Achse bereits 1945 vollständig fertiggestellt sein.

R. H.



Lageplan der Nord-Süd-Achse zwischen Nord- und Südbahnhof

Die Bebauung ist nur schematisch angedeutet. Außer den Plätzen am Nord- und Südbahnhof, dem Königsplatz und dem neuen Rundplatz an dem Schnittpunkt mit der Potsdamer Straße sind noch eine Reihe von weiteren Plätzen vorgesehen. Die Durchbrüche der Tiergartenstraße zur Voßstraße und der Bülowstraße zur Hornstraße sind bereits mit eingezeichnet. Zeichnung: Gröhn

Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Neugestaltung der Reichshauptstadt im Bereich der Nord-Süd-Achse im „Völkischen Beobachter" vom 6.2.1938 ←L 7

Franz Hessel
Erinnerung an den Abriß des alten Westens im Jahr 1938, geschrieben nach der Flucht aus Deutschland im französischen Exil

„Ich habe gerade noch die Victoriastraße und Umgebung als Ruine erlebt. Ach, Lothar, Sie können sich nicht vorstellen, wie pompejanisch die Trümmer an günstigen Tageszeiten aussahen. Die strenge und eifrige Mühe der Schinkel-Schüler, in der Gestaltung der Außen- und Innenwände sich antiker Form zu nähern, dies Klassizistische, für Wohnhäuser der neuen Zeit oft Unzureichende, beinahe Klassische der kleinen Säulen, der Friese, der Nischen für Statuen oder auch für Öfen, die Kassettierung der Decken – nun, Sie wissen von all dem viel mehr als ich, denn Ihre Sippen und Magen haben ja noch darin gewohnt, und Sie haben als Kind gespielt zwischen diesen Wänden, die nun klaffen und abbröckeln – diese Mühe, will ich sagen, um das edel Alte wird nun in der Ruine noch einmal wunderbar belohnt. Nun wurden auf ein paar Wochen im berstenden Verfall die Überbleibsel noch einmal wunderbar, geradezu antik. Ich bin, sooft es sich mit meinen paar Ausgängen vereinigen ließ, daran entlanggegangen. In diesen Tagen entstand dort und auch sonst an den Stellen, wo zerstört wurde, um den neuen, übergroßen Bauten und überbreiten Durchmarschstraßen und leeren Plätzen Raum zu schaffen, etwas, das Berlin früher eigentlich nie gehabt hat: sichtbare Vergangenheit. Die berühmten gigantischen Bauarbeiten stockten doch zuweilen, und da kann nicht so hastig wie früher in unserer unseligen Stadt, die sonst alles, was von gestern war, in gräßlicher Großreinemachwut gänzlich ausradierte, aufgeräumt werden. In der Bauhütte des Neuen lebt noch eine Zeitlang das Alte weiter, und dies Phänomen, das wir ja in unbefangener Art hier in Paris bei jedem Umbau erlebt haben, war für mich eine letzte Heimatwärme, eine letzte Zwiesprach' mit der Stadt . . ." ←L 8

„ – die Sie nun rausschmeißt, mein Lieber."

„Gewiß, aber das nun Verschwindende gibt sie mir mit."

Walter Toepert/Karl Wunn
Die Entstehung der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin mbH (GSW)

Die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin m.b.H. ist Nachfolgegesellschaft der am 2. April 1924 gegründeten Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m.b.H. Diese war als Organ der städtischen Wohnungspolitik gegründet, und ihre Aufgabe bestand zunächst in der Verteilung der aus dem Althausbesitz fließenden Hauszinssteuermittel. Außerdem wurde ihr die Vergabe weiterer Mittel übertragen, die von der ←L 9

nungen zu räumen. Darunter befinden sich etwa 1.200 1-Zimmerwohnungen und rd. 2.000 Wohnungen von 4 und mehr Zimmern. Es tritt also auch die Frage an die Beteiligten heran, eine größere Zahl von großen Wohnungen als Ersatz zu bauen.

Speer: spricht sich dahin aus, statt nur 205 3 1/2-Zimmerwohnungen als Ersatz für die zu räumende Zahl von Wohnungen solcher Größe zu bauen, sollen 1.500 3 1/2-Zimmerwohnungen gebaut werden; dann ist zu erwarten, daß von den 2.000 Inhabern großer Wohnungen ein Teil sich bei Gelegenheit des Umzuges kleiner setzt und mit den 3 1/2-Zimmerwohnungen vorliebnimmt. Ebenso spricht sich Herr Speer trotz der grundsätzlichen Ablehnung des Baues von 1-Zimmerwohnungen aus sozialen Gründen im Hinblick auf die Unmöglichkeit, die soziale Gestaltung der Wohnungsfrage im Augenblick zu lösen, dafür aus, daß auch 1.100–1.200 1-Zimmerwohnungen als Ersatz für die zu räumenden Wohnungen gleicher Größe gebaut werden sollen.

Pfeil: bittet, der Stadt Berlin möglichst frühzeitig von den Bereichen, die noch festgesetzt werden, Mitteilung zu machen, damit die Stadt im ganzen 9 Monate Zeit für die Räumung habe.

Speer: verspricht, daß vom 1. April 1938 ab jedesmal, wenn ein Bereich festgelegt sei, sofortige Mitteilung an die Stadt Berlin über den Umfang des künftig formell festzusetzenden Bereiches gegeben werde und der Stadt so eine Frist von 9 Monaten für die Räumung im ganzen gewährt werden könne.

Die Anfrage der Vertreter der Stadt, welche einzelne Stelle beim Generalbauinspektor die Auskunft über die von dem Bebauungsplan betroffenen Grundstücke geben könne, beantwortet Herr Speer dahin, daß vom 1.4. d.Js. ab die Durchführungsstelle derartige Anfragen beantwortet.

Dr. Müller: weist darauf hin, daß von den 3.000 Mietern, die zu Gunsten der Reichsbahn räumen müssen und die zum 1. Oktober 1938 gekündigt sind, ein Teil schon Anfang Juni in Neubauten an anderer Stelle untergebracht werden. Es würden also durchaus nicht alle diese Mieter im Schöneberger Südgelände untergebracht werden. Deshalb müsse der Erlaß des Reichsfinanzministeriums über die Gewährung von Mietbeihilfen spätestens im Mai heraus sein.

Speer: sagt zu, auf das Reichsfinanzministerium einzuwirken, daß der Erlaß über die Mietbeihilfen baldigst herauskomme.

Pfeil: äußert seine Besorgnis, daß die Zahl der zu räumenden Wohnungen in späteren Jahren noch größer werde als 1938 (13.000 Wohnungen).

Speer: erklärt, die Zahl der zu räumenden Wohnungen werde in den nächsten Jahren nicht größer, sondern kleiner werden als 1938.

Pfeil: erklärt, daß ihm durch diese Auskunft 2 Steine vom Herzen fielen. Wenn die Stadt nach dem Ergebnis der heutigen Besprechung viel mehr größere Wohnungen als bisher projektieren und sogar einen Teil großer Wohnungen bauen müsse, werde die Stadt einen neuen Antrag an das Reichsarbeitsministerium auf Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken für die großen Wohnungen stellen.

Weiter weist Pfeil darauf hin, daß auch der Bau von Bürogebäuden mit Läden im Erdgeschoß durchgeführt werden müsse. Die Stadt wolle dabei helfen. Nach eingehender Aussprache geht die allgemeine Ansicht dahin, daß die Not an Büroräumen nur eine vorübergehende sein werde, daß aber nach Vollendung der Neubauten der verschiedenen Ministerien und großen Privatkonzerne in der bisherigen Innenstadt ein Überfluß an Büroräumen eintreten wird. Deshalb sollen die jetzt zu schaffenden Ersatzbauten höchstens in Barackenbauten, nicht aber in großen festen Bürogebäuden bestehen.

Er weist weiter auf die Unmöglichkeit hin, für Ladengeschäfte in der Potsdamer Str. vollgültigen Ersatz zu schaffen, da eine gleichgünstige Lage nur an ganz wenigen Punkten der Stadt nachgewiesen werden könne und dort die Läden meistens besetzt seien.

Die für den Abriß bestimmten Gebäude liegen in den „Interessenbereichen" des GBI. Damit ist die Enteignung und Entschädigung der Hausbesitzer geregelt.

Am **13.4.1938** übermittelt Speer der NSDAP-Zentrale in München eine Darstellung der Wohnungssituation in Berlin als Antwort auf ihre beunruhigte Anfrage zur Wohnungsnot in Berlin, die, wie man gehört habe, bereits zum *Wohnungselend* geworden sei.

Wohnungsnot in Berlin – *Nach einem Bericht des Oberbürgermeisters von Berlin vom 23. März 1937 wurde die Zahl der damals in Berlin fehlenden Wohnungen auf insgesamt etwa 100 000 geschätzt. Diese Zahl ist seitdem zweifellos gestiegen und war vielleicht etwas zu gering geschätzt. Eine höhere Zahl von fehlenden Wohnungen als 150 000 ist aber keinesfalls für den jetzigen Zeitpunkt anzunehmen. Die von dem Gauinspektor von der Gauleitung Berlin der NDSAP angegebenen Zahlen sind also erheblich zu hoch geschätzt. Immerhin ist auch die Zahl der tatsächlich fehlenden Wohnungen so hoch, daß der Bau von Wohnungen mit aller Macht gefördert werden muß. Ich hatte daher der Stadt Berlin zunächst die Aufgabe gestellt, 1938 zu den 1937 erstellten 23 000 Wohnungen zusätzlich weitere 15 000 Wohnungen, also insgesamt 38 000 Wohnungen zu bauen. Die Vertreter der Stadt Berlin konnten aber nachweisen, daß mehr als 30 000 Wohnungen im Jahre 1938 wegen der Lage des Baumarktes nicht gebaut werden können. Die Gründe liegen in der außerordentlich starken Inanspruchnahme des Baumarktes durch die Wehrmacht, durch die Reichsautobahnen und durch die großen Öffentlichen Bauten. Für eine Forcierung des Wohnungsbaus fehlen im Augenblick sowohl die Baumaterialien als auch die Bauarbeiter. Ebenso sind die vorhandenen Baufirmen mit Aufträgen voll beschäftigt. Dieser Zustand wird so lange anhalten, bis bei einem der genannten Bauträger, sei es bei der Wehrmacht oder bei den Reichsautobahnen, ein gewisses Nachlassen der Bautätigkeit eintritt. Erst dann werden die Arbeitskräfte und Baumaterialien für eine stärkere Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung stehen. Erst dann wird auch das Reich in der Lage sein, die gewaltigen Mittel, die für eine Förderung des Wohnungsbaues unter allen Umständen von der Öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden müssen, aufzubringen.* ←A 16

Ich werde von mir aus, sobald ich eine Möglichkeit gegeben sehe, den Bau der in Berlin fehlenden Wohnungen mit aller Macht vorwärtstreiben.

Der Wohnungsbau durch die GSW verzögert sich nicht nur durch die Schwierigkeiten, die bei der Räumung des Kleingartengebietes Charlottenburg-Nord auftreten, wo erst nach den fristgerechten Kündigungsterminen im Frühjahr **1939** mit dem Bau begonnen werden kann, sondern vor allem durch den Mangel an Baumaterial. Die Finanzierungsinstitute lehnen allerdings die Wiederverwendung von Backsteinen der Abrißhäuser, wie sie die GSW beabsichtigt, ab.

Am **25.5.1938** verdeutlicht sich auf einer Krisensitzung des Stadtplanungsamts, der GSW und des GBI, daß die Bezugstermine für folgende, im Bau befindliche Projekte nicht eingehalten werden können:

350 Wohnungen Neue Krugallee ←A 17
750 in Weißensee
480 in der Greifswalder Straße
440 in der Berliner Straße in Reinickendorf
300 in Tempelhof
2000 im Schöneberger Südgelände.

Im ganzen handele es sich etwa um 4500 Wohnungen.

Als Grund werden Lieferschwierigkeiten bei Ziegeln und Holz angegeben, und es wird vermutet, daß Baumaterialien absichtlich von den Firmen zurückgehalten werden, um die *Befreiung von den Preisfestsetzungen durch den Preiskommissar* zu erreichen. Ein Ausweg ist nicht erkennbar. Zwei Tage später reicht die GSW bei der GBI eine genaue Aufstellung ihrer laufenden Projekte ein:

Unter Bezugnahme auf die am 25. d.M. geführte Verhandlung überreichen wir in der Anlage eine Zusammenstellung unserer Bauvorhaben unter Angabe der vorgesehenen und voraussichtlichen Fertigstellungstermine. ←A 18

Die nach dem derzeitigen Bauzustand sich ergebenden Termine sind unter der Voraussetzung angegeben worden, daß weitere Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung nicht eintreten.

Die in Klammern eingesetzten Wohnungszahlen beziehen sich auf die Wohnungen, die als Ersatz für Mieter aus den Abbruch-Gebieten in Anspruch genommen werden.

Über die Wohnungen aus dem Mai-Programm 1938, die nach dem 1.5. 1938 oder noch nicht begonnen worden sind, ist als Ersatz für Mieter aus den Abbruch-Gebieten bisher nicht verfügt worden.

Die als nicht begonnen angegebenen Bauvorhaben aus dem Mai-Programm 1938 haben zum Teil wegen des Fehlens von Technikern zur Durchführung der Planung, zum Teil wegen der Schwierigkeiten in der Steinbeschaffung nicht in Gang gesetzt werden können.

Stadt, vom Staate Preußen und vom Reich zur Verfügung gestellt wurden. Später übernahm die Wohnungsfürsorgegesellschaft noch die Trägerschaft für 1844 Siedlerstellen der vorstädtischen Kleinsiedlung. Sie wurde ferner Ausgeberin von Reichsheimstätten.

Bis zum Jahre 1933 hatte die Wohnungsfürsorgegesellschaft nicht selbst gebaut. Ihr Hausbesitz bestand bis dahin nur aus solchen Grundstücken, die zur Rettung der Hauszinssteuermittel bei Zwangsversteigerungen erworben wurden. Nach der neuen Gemeinnützigkeitsverordnung vom 14. Juli 1935 war die Gesellschaft gezwungen, neben der Verwaltung der öffentlichen Wohnungsbaumittel sich „satzungsmäßig und tatsächlich mit dem Bau von Kleinwohnungen im eigenen Namen zu befassen".

Diese Verpflichtung führte zu verschiedenen rechtlichen und praktischen Unzuträglichkeiten. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft mußte sich als Verwaltungsstelle der öffentlichen Hand für ihre eigenen Bauten die Hauszinssteuerhypotheken bewilligen; sie hatte somit die Rechtsstellung des Gläubigers und Schuldners zugleich. Auch hinsichtlich der zwangsersteigerten Grundstücke war sie für die Hauszinssteuerhypotheken Gläubiger und Schuldner in einer Person, obwohl sie diesen Grundbesitz nur treuhänderisch für den Wohnungsbaufonds aus Mitteln der Hauszinssteuerhypotheken verwaltete.

Deshalb wurden die Aufgaben öffentlich-rechtlicher Natur von der Wohnungsfürsorgegesellschaft abgetrennt und einer besonderen Gemeindeanstalt, der Wohnungsbau-Kreditanstalt, übertragen. Der Wohnungsfürsorgegesellschaft verblieben die weiteren Aufgaben,
die Verwaltung der erstellten und in der Zwangsversteigerung erworbenen Grundstücke (letztere für Rechnung der Stadt),
die Trägerschaft für die Stadtrandsiedlungen,
die Ausgabe von Reichsheimstätten.

Die geschilderten besonderen Verhältnisse bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft waren u.a. Anlaß für den Zusammenschluß aller städtischen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaften. Gleichzeitig sollte auf diesem Wege eine Sanierung der wirtschaftlich schwachen Gesellschaften erfolgen. Man glaubte ferner, die besonderen Aufgaben, die die Stadt Berlin im Rahmen der Neugestaltung Berlins, der Altstadt- und Laubensanierung, zu erfüllen hatte, schneller und zweckmäßiger durch eine zentralgeleitete Gesellschaft bewältigen zu können.

Zusammengeschlossen wurden:
1) die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m.b.H.,
2) die Gemeinnützige Baugesellschaft Adamstraße m.b.H.,
3) die Gemeinnützige Baugesellschaft Heerstraße m.b.H.,
4) die Heimstättensiedlung Wilmersdorf A.G.,
5) die Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin-Ost m.b.H.,
6) die Pankower Heimstättengesellschaft,
7) die „Primus" Gemeinnützige Heimstättengesellschaft m.b.H.,
8) die Tempelhoferfeld Heimstättengesellschaft m.b.H.,
9) die „Roland" Gemeinnützige Wohnungsbau- u. Verwaltungsges. m.b.H.

Die Gesellschaften zu 2)–9) wurden im Dezember 1936 von der Wohnungsfürsorgegesellschaft übernommen, die gleichzeitig in Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin m.b.H. umfirmierte.

Das ursprüngliche Gesellschaftskapital der Wohnungsfürsorgegesellschaft von RM 322.000,– wurde durch mehrfache Erhöhungen, für die das erforderliche Kapital seitens der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt wurde, allmählich auf den Stand von RM 37.000.000,– gebracht.

Der gesamte Wohnungsbestand betrug Ende 1938 rd. 37.100 Wohnungen (bei Kriegsende ca. 52.000). Die Verwaltung der 6.369 Wohnungen in Häusern, die die Gesellschaft im Auftrage der Stadt Berlin als Treuhänderin des Hauszinssteuervermögens in der Zwangsversteigerung zur Rettung von Hauszinssteuerhypotheken erworben hatte, ging im Laufe der Jahre auf die Stadt Berlin über.

Akten-Nr.	Bauvorhaben:	Wohnungs-Anzahl:	Vorgesehener Fertigstellungs-Termin:	Voraussichtl. Fertigstellungstermin nach d.derzeitig.Baustand	Wohnungsanzahl: ohne Verschiebung	mit Verschiebung	Bemerkungen:
101/37	Spandau, Pichelsdorfer-, Betcke- u.Weverstr.	184 (170)	1.6.38	1.6.38	184	-	
204/37	Charlbg., Spandauerstr. 21/22	102 (70)	1.6./1.7.38	1.6./1.7.38	102	-	
205/37	" Olbers- u.Tauroggenerstr., I.Abschn.	173 (164)	1.8./1.9.38	1.8./1.9.38	173	-	
207/37	Tempelhof, Oberland-, Privat-, Gottlieb Dunckelstr. II.Abschnitt	251 (185)	1.6./1.7.38	1.6./1.7.38	251	-	
208/37	Charlbg., Niebuhrstr. - Sportplatz	152 (152)	1.8.38	1.9.38	-	152	Steinbeschaffung
310/37	Wilmersdorf, Düsseldorferstr. 3	10 (-)	1.6.38	1.6.38	10	-	
401/37	Neukölln, Jupiterstr.	142 (135)	1.7.38	1.7.38	142	-	
406/37	Baumschulenweg, Neue Krugallee-Lakegrund	352 (352)	1.10.38	1.11.38 - 1.1.39	-	352	Stein- und Holzbeschaffung
407/37	Baumschulenweg, Eichbuschallee-Dammweg	494 (494)	1.10.38	1.11.38 - 1.1.39	216	278	Stein- und Holzbeschaffung
409/37	Neukölln, Sackführerdamm	336 (336)	1.10.38	15.10. - 1.12.38	-	336	Holzbeschaffung
504/37	Lichtenberg, Roeder-u.Thaerstr., I. Abschnitt	465 (465)	1.10.38	1.10.38	465	-	
506/37	Köpenick, Schinderfichtengelände, I. Abschnitt	529 (529)	1.10.38	1.11.38	-	529	Holzbeschaffung
507/37	Lichtenberg, Deutschmeisterstr.	216 (210)	1.6./1.7.38.	1.6./1.7.38.	216	-	
508/37	Lichtenberg, Ruschestrasse	322 (322)	1.10.38	1.10.38	322	-	
601/37	Weissensee, Tasso-Ecke Pistoriusstrasse	47 (44)	1.9.38	1.9.38	47	-	
602/37	Weissensee, Tassostr. 6/7	30 (29)	1.4.38	1.4.38	30	-	
603/37	Weissensee, Roelckestrasse	14 (-)	15.7.38	15.7.38	14	-	
607/37	Przl.Berg, Ostseestrasse	418 (400)	1.5.-1.9.38	1.5.-1.9.38	418	-	
610/37	Weissensee, Trierer-Ecke Falkenbergerstr.	39 (39)	1.8.38	15.8.38	-	39	
612/37	Weissensee, Charlottenburgerstrasse 4	16 (16)	1.8.38	1.8.38	16	-	
613/37	Weissensee, Gäblerstrasse	746 (746)	1.10.38	1.11.38 - 1.1.39	-	746	Stein- und Holzbeschaffung
615/37	Przl.Berg, Greifswalderstr.	486 (486)	1.11.38	1.4.39	-	486	Pfahlgründung, Steinbeschaf.
701/37	Reinickendorf, Ragazerstr.-Ecke Lindauerstr.	54 (52)	1.7.38	1.7.38	54	-	
702/37	Tegel, Hauptstr.Ecke Medebacherweg	36 (32)	1.7.38	1.7.38	36	-	
703/37	Tegel, Hatzfeld-Allee	118 (118)	1.9.38	1.9.38	118	-	
704/37	Wittenau, Roedern Allee - "Roter Adler"	40 (-) 93 (93)	1.5.38 1.10.38	1.5.38 1.10.38	40 93	- -	
707/37	Wedding, Afrikanischestr. - Nachtigalplatz, II.Abschn.	544 (544)	1.10.38	1.10. - 1.12.38	-	544	Stein- und Holzbeschaffung
709/37	Wittenau, Roedern Allee Bl.B	68 (63)	1.7.38	1.7./1.8.38	68	-	
710/37	" Techow-Promenade	537 (537)	1.10.38	1.10.38	537	-	
711/37	" Roedern-Allee Bl.A.	32	1.7.38	1.7.38	32	-	
803/37	Kreuzberg, Kottbusser Tor	55	1.10.38	1.10.38	55	-	
101/38	Spandau, Wörther-, Betcke- u. Götelstrasse	239	31.3.39	31.3.39	239	-	15.5.begonnen
102/38	Spandau, Jever-, Götel-, Pichelsdorferstrasse	467	31.3.39	31.3.39	467	-	15.5.begonnen.
205/37	Charlbg., Olbers-, Tauroggener- u. Verl.Sömmeringstrasse II. Abschnitt	242 (94)	1.11.38	1.11.38 - 1.4.39	94	148	
206/37	Zehlendorf, Siedlung Düppel	336 EH 64 W.	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen. Aus Maiprogramm 1938 gestrichen.
209/37	Reinickendorf, Berlinerstr. - Scharnweberstr.	442	1.11.38	1.1.39	-	442	Steinbeschaffung.
202/38	Przl.Berg, Kniprode-, Kurischestr. - IV. Abschnitt	624	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen.
203/38	Tempelhof, Gottlieb-Dunckel-, Holzmannstrasse	306	15.11.38	1.1.39	-	306	Steinbeschaffung.
205/38	Schöneberg, Südgelände Bl.VII - bis Bl.IX	900 (900)	1.10.38	1.1.39 - 1.4.39	-	900	Stein- u.Holzbeschaffung
301/38	Zehlendorf, Laehrscher Jagdweg - Teltower Damm - Am Rehwechsel	297	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen.
402/37	Neukölln, Oder-Aller-Steinmetz-Lichtenraderstr.	206 (206)	1.1.39	1.2.39	-	206	Steinbeschaffung
205/38	Schöneberg, Südgelände, Block I - VI	1470 (1470)	1.10.38	1.1.39 - 1.4.39	-	1470	Stein- u.Holzbeschaffung.
501/38	Oberschöneweide, Zeppelinstr.	478	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen.
504/38	Köpenick, Schinderfichtengelände II. Abschnitt	342	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen.
604/38	Przl.Berg, Storkowerstr.	372	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen.
616/37	Pankow, Niederschönh., Iderfenngraben (Volkswohnungen)	132 (132)	1.10.38	1.1.39	-	132	Stein- u.Holzbeschaffung.
617/37	Weissensee, Gasanstaltsgelände (Volkswohnungen)	76 (76)	1.8.38	1.8.38 - 1.9.38	-	76	Material.
618/37	Wittenau, Pannwitzstrasse, (Volkswohnungen)	64	1.11.38	1.1.39	-	64	Stein- u.Holzbeschaffung
606/38	Przl.Berg, Kurische u.Wehlauerstr. II. Abschnitt	318	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen (Planung u.Steine)
608/38	Pankow, Dusekestrasse,	150	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen. (Planung u.Steine)
611/38	Pankow, Bleicheroderstr.Paracelsus-, Achtermann-, Vesalius	206	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen. (Planung u.Steine)
613/38	Przl.Berg, Ostseestr. - Privatstr.	64	1.1.39	1.1.39	64	-	-----
621/38	Przl.Berg, Kurische- Wehlauerstr. III. Abschnitt	432	bis 31.3.39	---	-	-	Noch nicht begonnen. (Planung u. Steine)
705/37	Wittenau, Miraum-, Ernst- u. Borsigwalderstr.	88 EH 83 Whg	1.1.39	1.1.39	88 EH 83 Whg.	- -	Begonnen 15.5.38
701/38	Wedding, Nachtigalplatz, III. Abschnitt	494	bis 31.3.39	------	-	-	Noch nicht begonnen.
703/38	Wedding, Kolonie-Ecke Soldinerstrasse	68	bis 31.3.39	------	-	-	Noch nicht begonnen.
801/37	Przl.Berg, Goebbelsheimstätte Am Friedrichshain	147	1.1.39	1.1.39	147	-	Ist begonnen.
802/37	Mitte, Elisabethstr. (Nord)	89	bis 31.3.39	------	-	-	Noch nicht begonnen.
601/38	Przl.Berg, Carmen Sylva-, Gubitz-, Hosemannstrasse	320	bis 31.3.39	------	-	-	Noch nicht begonnen.
602/38	Przl.Berg, Zeebrügge- u.Hosemannstr.	56	bis 31.3.39	------	-	-	Noch nicht begonnen
		9572					

Berlin, den 27. Mai 1938.

Liste der GSW-Projekte 1938 ←A 19

Die Verschiebung der Fertigstellung der Neubauten verzögert auch die Abrißtermine. Es entsteht ein bürokratischer Kleinkrieg zwischen GBI, RAM, RLM (Reichsluftfahrtministerium) und dem Stadtplanungsamt. Das RLM ist daran beteiligt, weil für den „Runden Platz" vor dem Hauptgebäude des Flughafens Tempelhof ebenfalls umfangreiche Abrisse von Mietshäusern mit großen Wohnungen erforderlich sind. Auch steigen die Mieten für Wohn- und Gewerbeflächen durch die Verknappung, die sich Immobilienmakler zunutze machen.

Einen Ausweg scheint es erst zu geben, als Speer am **14.9.1938** in einer Besprechung in der GBI ganz anders geartete Lösungsmöglichkeiten zur Schaffung von Ersatzwohnungen erwägt. Zuerst berichtet er über ein bisher geheimgehaltenes Projekt, das er zusammen mit dem Architekten Ernst Neufert entwickelt hat:

Prof. Speer berichtete, daß die Vorarbeiten über die Mechanisierung so weit vorgeschritten seien, daß man im Frühjahr an die Errichtung der ersten Versuchsbauten gehen könne. Das Stadtplanungsamt wurde beauftragt, sogleich Typengrundrisse für 2 bis 3 1/2-Zimmer-Wohnungen zu entwickeln. Sie müssen auch den Himmelsrichtungen Rechnung tragen. Für Fenster und Türen ist die Verwendung von Stahl vorzusehen. ←A 20

Mit der Mechanisierung des Wohnungsbaus soll die Rationalisierung und Industrialisierung des Bauens, wie sie in den 20er Jahren versucht worden war, wiederaufgenommen werden. Ziel ist die Beschleunigung und damit Verbilligung des Bauens und die Suche nach Ersatzbaustoffen für Ziegel und Holz.

Von größerer Tragweite ist jedoch der Vorschlag Speers, Ersatz für die Großwohnungen, die abgerissen werden, zu finden:

Hinsichtlich des Baues von Mittel- und Großwohnungen entwickelte Prof. Speer einen Vorschlag, der darauf abzielt, die erforderlichen Großwohnungen durch zwangsweise Ausmietung von Juden frei zu machen. Es würde dann erforderlich sein, statt der 2500 Großwohnungen schätzungsweise 2700 Kleinwohnungen zu schaffen. (Die Zahl der erforderlichen Kleinwohnungen ist höher als die der gewonnenen Großwohnungen, weil damit gerechnet werden muß, daß verschiedene jüdische Haushaltungen in ihren Großwohnungen auch jüdische Familien als Untermieter aufgenommen haben.) Diese Kleinwohnungen würden am besten in einem geschlossenen Block der GSW den jüdischen Familien zur Verfügung gestellt werden. ←A 21

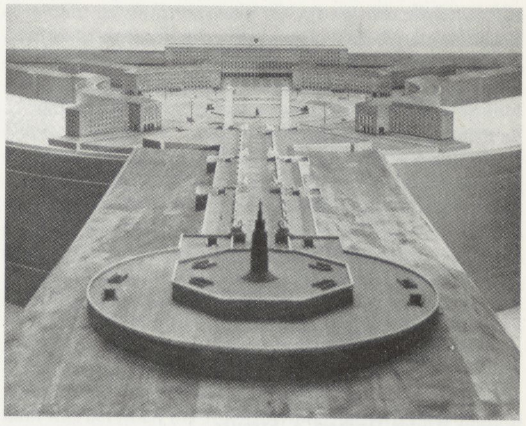
Die Überlegung des Generalbauinspektors ging davon aus, daß für die Errichtung von 2500 Großwohnungen ein Betrag von rd. 67,5 Mill. RM. mit einer vermutlich von den Abrißträgern aufzubringenden Spitzenfinanzierung von rd. 18 Mill. RM erforderlich sei. Die 2700 Kleinwohnungen erfordern nur einen Aufwand von 24,5 Mill. RM und bedürfen eines entsprechend geringeren Betrages für die Spitzenfinanzierung. Außerdem ist die Finanzierung der Kleinwohnungen bereits gesichert; mit ihrem Bau könnte im Frühjahr begonnen werden. Damit ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß ausgangs des Sommers 1939 die Großwohnungen verfügbar werden, sehr viel größer, als wenn erst im Frühjahr mit dem Bau von Großwohnungen begonnen würde. Als weitere begrüßenswerte Erleichterung ist anzusehen, daß die durch Freimachung gewonnenen Großwohnungen sowohl hinsichtlich der Raumgröße als auch hinsichtlich der Mieten den Erfordernissen einer Unterbringung von Abrißmietern sehr viel näher kommen.

Prof. Speer bat in diesem Zusammenhang um Feststellungen, wieviel Mittel- und Großwohnungen in Berlin von Juden besetzt sind.

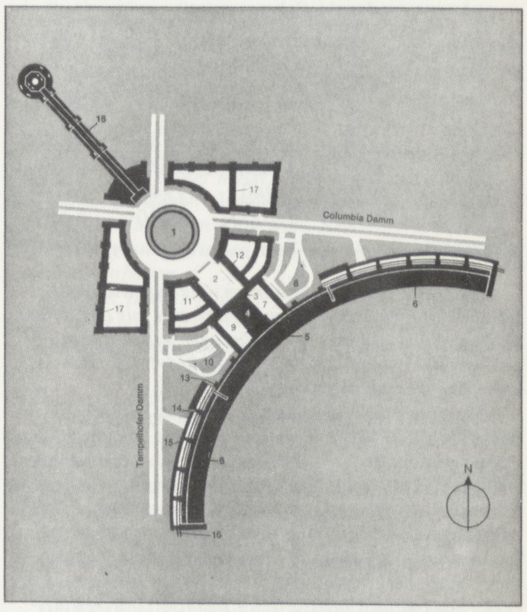
Dieser Vorschlag ist streng vertraulich zu behandeln, da Prof. Speer zunächst die Auffassung des Führers erkunden will. Danach würden die erforderlichen gesetzlichen Handhaben zu schaffen sein.

Die Voraussetzung zur Durchführung dieses Vorschlages ist die Erfassung der von Juden bewohnten Wohnungen, der Aufbau einer Kartei, die *Judenkartei* genannt wird und für die bereits am **19.8.1938** von der Abteilung IV der Planungsstelle des GBI Räume und ein weiterer Mitarbeiter beantragt worden sind. ←A 23

Im **November 1938** zeichnet sich klar ab, daß das Wohnungsbauprogramm 1938 gescheitert ist: *Infolge der bekannten Schwierigkeiten auf dem Baumarkt werden (statt der 30 000 geplanten) nur etwa 10 000 Wohnungen fertiggestellt.* Eine Auflistung des GBI vom **17.11.1938** gibt einen Überblick über die erforderlichen Ersatzwohnungen und die vorhandenen *Judenwohnungen*: ←A 24



→B 19 Modell der Platzgestaltung vor dem Flughafen Tempelhof, vom Kreuzbergdenkmal aus gesehen



1 Rondell
2 Vorhof
3 Eingangsgebäude
4 Abfertigungshalle
5 überdachter Flugsteig
6 Flugzeughallen
7 Frachthof (unter Niveau)
8 Zu- und Abfahrt des Frachthofes
9 Posthof (unter Niveau)
10 Zu- und Abfahrt des Posthofes
11 Hauptpostamt mit Arkadengang
12 Bürogebäude mit Arkadengang
13 Treppentürme zur Dachtribüne
14 Treppenbrücken zu den Treppentürmen
15 Garagen (im UG)
16 zweigleisiger Bahnanschluß (im UG)
17 Bürogebäude für Luftfahrt-Institutionen
18 Parkanlage mit Kreuzbergdenkmal

→B 20 Ernst Sagebiel: Plan für den Zentralflughafen Tempelhof

Die Gefährdung des Berliner Wohnungsbauprogramms für 1939

Neben den Lieferschwierigkeiten für Baumaterial, die die Durchführung des Wohnungsbauprogramms unmöglich gemacht haben, sind es vor allem Finanzierungsschwierigkeiten, die das geplante Wohnungsbauprogramm auch für 1939 gefährden. Die von Speer beantragten 44 Millionen RM zur Sicherung des Berliner Wohnungsbauprogramms werden vom Finanzminister abgelehnt. Am **25.11.1938** protestiert Speer beim Reichsfinanzminister, Graf Schwerin v. Krosik, gegen die Ablehnung:

→A 22 *Ich kann mich mit dieser Entscheidung nicht zufriedengeben, da sie praktisch die Unmöglichkeit der Durchführung der mir vom Führer gestellten Aufgaben bedeutet. – Um Ihnen ein Bild über die Wohnungsmangellage in der Stadt Berlin zu geben, muß ich Ihnen mitteilen, daß es heute in Berlin etwa 100–150.000 Familien gibt, die in Elendswohnungen und Wohnlauben untergebracht sind. Das Gesamtprogramm sieht einen Wohnungsbau von jährlich 30.000 Wohnungen vor. Es soll versucht werden, diese Zahl in einigen Jahren noch auf etwa 35.000 zu erhöhen.*

Da die Errichtung der Großbauten im Zuge der Neugestaltung Berlins nach dem Willen des Führers im Jahre 1950 abgeschlossen sein soll, besteht die Ab-

sicht und die dringende Notwendigkeit, bis zu diesem Zeitpunkt auch die Wohnungsfrage in der Reichshauptstadt endgültig zu lösen.

Speer beantragt erneut die Bereitstellung der 44 Millionen RM zur Sicherung des Berliner Wohnungsbauprogramms und fügt hinzu:

In den RM 44 Millionen sind nicht enthalten die für die Errichtung von Groß-Wohnungen benötigten Sondermittel in Höhe von RM 10 Millionen. (Vergl. den Antrag v. 14.10.38.) Ich bemerke jedoch hierzu, daß diese Frage mit größter Wahrscheinlichkeit ohne finanzielle Aufwendungen wird gelöst werden können, da sie eng zusammenhängt mit den in Kürze zu erwartenden Bestimmungen über die Verwendung der jüdischen Groß-Wohnungen.

Werner Röder/Herbert A. Strauss
Die Verfolgungsmaßnahmen zur Vertreibung der Juden aus Deutschland seit 1933

Für die Entwicklung der Auswanderung liegen nur Annäherungswerte vor. Die folgende Tabelle zeigt (in Tausend) die Schätzzahlen für die jüdische Emigration aus Deutschland unter dem Nationalsozialismus: ←L 10

1933	1934	1935	1936	1937
37 000	23 000	21 000	25 000	23 000
1938	**1939**	**1940**	**1941**	**1942–45**
40 000	78 000	15 000	8 000	8 500

Insgesamt 278 500

Die Verfolgungsmaßnahmen, die als wichtige – wenn auch nicht als einzige – Faktoren mit der numerischen Entwicklung der jüdischen Auswanderung zeitlich in Verbindung zu bringen sind, lassen sich in etwa fünf Phasen zusammenfassen. →A 25

Die erste Phase von Januar bis zum Sommer 1933 war durch den weite Teile des Reiches berührenden Terror gekennzeichnet. Die Gewalttaten der auch als Hilfspolizei eingesetzten Sturmabteilungen (SA) richteten sich allerdings in erster Linie gegen die politisch oder intellektuell exponierten Gegner des Nationalsozialismus. Die eigentlichen antijüdischen Maßnahmen dieser Zeit bestanden primär in der Gesetzgebung gegen sogenannte nichtarische Beamte, Universitätsangehörige, Rechtsanwälte und Richter sowie gegen Ärzte, denen zunächst die Zulassung zur Kassenpraxis entzogen wurde. Außerdem erließen Behörden, Kommunen und öffentliche Einrichtungen zahlreiche antijüdische Verordnungen, die über den reichsgesetzlichen Rahmen hinausgingen und z.B. Studenten von Prüfungen oder Rechtsanwälte von der Gerichtspraxis ausschlossen. Im gesamten Reich kam es zudem zu Massenentlassungen jüdischer Angestellter. (. . .) →A 26

Die zweite Phase der judenfeindlichen Maßnahmen dauerte vom Sommer 1933 bis zum Frühjahr 1935. Der offene Terror der ersten Monate wurde nun durch eine „schleichende Verfolgung" abgelöst, die auf spektakuläre Gesetzgebung und gewaltsame antisemitische Aktionen verzichtete. Diese Wendung stand im Zusammenhang mit dem Entschluß der Reichsregierung, die Wiederaufrüstung nicht Röhms „Volksheer", sondern der Berufsarmee zu übertragen und die dazu nötige militärische und industrielle Infrastruktur zu schaffen. Damit mußte auch der Erholung der Wirtschaft Priorität zugestanden werden. Ein weiterer Einfluß wurde seitens des Auswärtigen Amts geltend gemacht, dessen Auslandsvertretungen von negativen Wirkungen zu berichten wußten, die der Boykott der jüdischen Geschäfte vom 1. April 1933 vor allem in Westeuropa ausgelöst hatte. Auch durch die publizistischen Aktivitäten der politischen Emigration waren die Ereignisse in Deutschland inzwischen Gegenstand kritischer Aufmerksamkeit des Auslands geworden. (. . .) ←L 11 →L 10 →A 27 →A 28

Die dritte Phase vom Frühjahr 1935 bis zum September 1935 begann erneut mit Straßenterror, der im Juli 1935 in blutigen Krawallen in Berlin gipfelte. Er wurde auf Anordnung Hitlers beendet, als er unerwünschte Ausmaße und Wirkungen zu zeitigen schien. Am 12. September folgten dann die sogenannten Nürnberger Gesetze, die den Juden das Reichsbürgerrecht aberkannten, sie damit als zweitklassige „Staatsbürger"

Liste betr. E r s a t z - Wohnungen:

Abrisse entstehen:

1938 entstanden .... 7,000 Wohnungsabrisse,
1939-1950 entstehen .... 30,000 "
durch die Reichsbahn entstehen: 25,000 "
zus.: 62,000 Wohnungsabrisse,
=======
jedoch nur an der Südachse, ohne Nord- und Ost-Ache und ohne Ringe.

Bis zum 31.12.1939 entstehen an Abrissen 12,200 Wohnungen,
" " 31.12.1940 " weitere 10,800 " ,

Wohnungsbauprogramm 1938 sieht etwa .... 12,000 Wohnungen vor,
" 1939 " rund .... 30,000 " " .

Judenwohnungen:

vorhanden in Berlin insgesamt .....? 40,000 Wohnungen,
davon Gross-Wohnungen .... 25,000.

Daß die von der GBI zur Durchführung ihrer Pläne dringend benötigten und auf 40.000 geschätzten *Judenwohnungen* nicht im gewünschten Maß frei werden, liegt an der trotz aller Ausschaltungs- und Diskriminierungsmaßnahmen verhältnismäßig geringen Auswanderungsrate. Um die Auswanderung zu beschleunigen, werden in der Nacht zum **10.11.1938** von der SS und der Gestapo im ganzen Reich die Pogrome der *Reichskristallnacht* organisiert. Die meisten Synagogen gehen in Flammen auf, die jüdischen Geschäfte werden zerstört, 25.000 bis 30.000 jüdische Männer grundlos verhaftet und in Konzentrationslagern interniert. Die Pogrome lösen die gewünschte Massenflucht aus. Am **12.11.1938** wird die Schließung aller jüdischen Geschäfte angeordnet, und am **26.11.1938** informiert Hermann Göring Speer über die neuen „Rechte" des GBI:

In den Vorschriften über die Arisierung der Grundstücke und über die Entfernung der Juden aus Wohnungen, Läden, Speichern usw. arischer Vermieter ist für Berlin vorzusehen, daß dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt ein Vorkaufsrecht bzw. die Entscheidung über die erste Neuvermietung oder Neuverpachtung eingeräumt wird.

Durch Verordnung vom **8.2.1939** sind die frei werdenden *Judenwohnungen* den *Abrißmietern* vorbehalten.

Die Judenkartei

Am **24.1.1939** wird bei der Abteilung II der Durchführungsstelle des GBI das *Referat 4* eingerichtet, dessen Aufgabe die *Erfassung und Neubesetzung der durch Juden freigewordenen Räume* ist. Leiter der neuen Abteilung II/4, die zunächst in Räumen des Reichstags untergebracht wird, wird der Senator a.D. Paul Batzer. Anhand der monatlichen Verwaltungsberichte der GBI läßt sich seine Arbeit genau verfolgen.

Februar 1939: *Durch die Verordnung zur Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin und der Hauptstadt der Bewegung München vom 8.2. 1939 ist die Möglichkeit geschaffen, die bisher von Juden besetzten Räume im arischen Grundbesitz zu erfassen.*

Unsere Durchführungsanordnung vom gleichen Tage vereinfacht durch eine allgemeine Genehmigung das Verfahren. Die Verfahrensgrundsätze sind eingehend mit den städtischen Dienststellen besprochen und haben sich bisher im wesentlichen bewährt.

Die Menge der gemeldeten Wohnungen läßt hoffen, daß ein wesentlicher Teil der Abrißmieter – auch soweit die Räumungstermine noch spä-

ter liegen – untergebracht werden kann. Allerdings ist bisher noch keinerlei Überblick darüber möglich, in welchem Umfange die angebotenen Wohnungen von den Abrißmietern in Anspruch genommen worden sind. Immerhin werden auch jetzt schon teilweise Mietberechtigungsscheine an Abrißmieter ausgegeben, für die als Räumungstermin erst der 1.10.1939 festgesetzt ist.

Von der großen Zahl der freistehenden Läden wird nur der geringste Teil für Abrißmieter verwertbar sein. Überhaupt wird ein großer Teil der Läden für eine Neubesetzung durch Gewerbetreibende nicht in Betracht kommen. Hier soll in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer und dem Hauptplanungsamt unter Inanspruchnahme der üblichen Umbaukostenzuschüsse auf einen Umbau in Wohnungen gedrungen werden. Der Anfall der Meldungen für freistehende Büroräume ist erwartungsgemäß sehr gering. Tatsächlich ist im Augenblick die Büroraumnot erheblich größer als der Mangel an Wohnungen oder Läden. (. . .)

Bisheriger Anfall an Meldungen:

1.) Wohnungen: 560
2.) Laden- und Ausstellungsräume 221
3.) Industrieräume 12
4.) Büro- u. Großhandelsräume . . . . 77.

März 1939: *Bezüglich Vermittlung der freigewordenen Judenwohnungen an Abrißmieter wurde, um eine genaue und auch schnellere Kontrolle zu erhalten und einen Mißbrauch mit Mietberechtigungsscheinen zu vermeiden, der bisher festgelegte Arbeitsweg entsprechend geändert. Die Stadtverwaltung und die Reichsbahnbaudirektion wurden hiervon verständigt. Über die gemeldeten Wohnungen werden wöchentlich Wohnungslisten herausgegeben, die an die Abrißmieter ausgegeben werden. Nachstehend eine Übersicht über den bisherigen Wohnungsanfall:* ←A 29

Zeit vom 13.2.–23.3.39	*gemeldet*	*freigegeb.*	*vermietet*
a) Wohnungen	*1576*	*1157*	*189*
b) gewerbliche Räume:			
Laden- u. Ausst.Räume	*371*	*302*	*21*
Büro- u. Großhand.Räume	*106*	*59*	*32*
Industrieräume	*23*	*16*	*6*
	2076	*1534*	*248*

Zu a) Von den 189 vermieteten Wohnungen sind 53 an unmittelbare Abrißmieter, 100 an mittelbare und 36 an Mieter aus sozialen Gründen abgegeben worden.

Die Zahl der an unmittelbare Abrißmieter vermieteten Wohnungen ist äußerst gering, was hauptsächlich auf das ungesetzliche Verhalten der Hausbesitzer zurückzuführen ist, welche in der Regel die Vergebung der Wohnungen von der Übernahme der Instandsetzungskosten abhängig machen, worauf allerdings die Abrißmieter in der Regel auf Grund ihrer finanziellen Verhältnisse nicht eingehen können. Vorschläge zwecks Abhilfe der Mängel werden zurzeit geprüft und alsdann entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Aus dem Bericht für den Zeitraum 1.4.–30.6.1939: *Das Aufgabengebiet, d.h. die Erfassung der Abrißmieter und der freiwerdenden Judenwohnungen in arischem Besitz ist im Laufe des Monats Mai um die statistische Erfassung der noch in arischem Besitz befindlichen Judenwohnungen vermehrt worden.* ←A 30

Zum Publikums- und Schriftverkehr, sowie der Herstellung der Wohnungslisten und der Bearbeitung der Kartei für noch nicht gekündigte Judenwohnungen tritt ab 1.6.1939 der Außendienst hinzu, um bei Schwierigkeiten mit den Abrißmietern eingreifen zu können. Gleichzeitig ist es dadurch möglich, vielen Hauswirten, die das Gesetz umgehen wollen, auf die Finger zu sehen.

Es wird jetzt ein gedruckter Wohnungsnachweis herausgegeben. Diese Neuerung hat den Vorteil, daß wöchentlich ein gesamter Nachweis über alle freiwerdenden Wohnungen zur Verfügung steht und daß somit sämtliche Abrißmieter wöchentlich die freiwerdenden Wohnungen aller Bezirke mitgeteilt erhalten.

einstuften und die rassische Trennung von Juden und Nichtjuden gesetzlich verankerten. Die auf den Nürnberger Gesetzen beruhenden Verordnungen zum Reichsbürgergesetz entfernten alle noch verbliebenen „Nichtarier" oder mit Juden verheiratete Beamte, Universitätslehrer, Juristen usw. aus ihren Ämtern, schlossen die jüdischen Kunsthandlungen und engten die Tätigkeit der Juden in den freien Berufen weiter ein. Ungeachtet örtlicher Kampagnen gegen jüdische Geschäftsbetriebe wurde seitens des Regimes aber erneut versichert, daß die volkswirtschaftlich relevante Tätigkeit der Juden weiterhin von Diskriminierungen frei bleiben sollte.

Mit der vierten Phase von 1936 bis Herbst 1937 kehrte die nationalsozialistische Judenpolitik wieder zur „schleichenden Verfolgung" der zweiten Periode zurück. Zu den wirtschaftspolitischen Erwägungen kam hierbei noch die Rücksicht auf das internationale Ansehen des Reichs während der Olympischen Spiele von 1936. Ausschlußmaßnahmen gab es jetzt hauptsächlich bei Berufen mit halböffentlichem Charakter wie Buchprüfern, Steuer- und Devisenberatern, Apothekern, Tierärzten, Buchhändlern und Verlegern. (. . .)

Die fünfte Phase ab Herbst 1937 war von den diplomatischen und politischen Vorbereitungen für die militärische Expansion des Dritten Reichs bestimmt. Mit dem vollen Einsetzen der Kriegsproduktion bot sich der deutschen Industrie die Gelegenheit, durch Übernahme der bisher meist nicht unmittelbar beeinträchtigten jüdischen Großunternehmen in Industrie, Handel und Finanz an Kapazität, Rohstoff- und Devisenzuteilung zu gewinnen und bestehende Kartelle weiter auszubauen. (. . .)

Mit dem Herbst 1937 begann dementsprechend eine Flut gesetzgeberischer Maßnahmen, illegaler „Inschutzhaftnahmen" und anderer Formen des Drucks gegen jüdische Geschäftsleute. Mit staatlicher Hilfe und oft von physischem Zwang begleitet, wurde die Arisierung der größeren Unternehmen in Szene gesetzt. Am 1. April 1938 bestanden noch etwa 39 000 in der Mehrheit selbständige Unternehmen, etwa die Hälfte der für 1933 geschätzten Zahl von 80 000 Betrieben. Am 26. April 1938 mußten Juden, die mehr als 5 000 Reichsmark Vermögen hatten, ihr gesamtes Eigentum registrieren lassen, eine Maßnahme, die eindeutig ihre Enteignung vorbereiten sollte. (. . .)

Die von Goebbels und Hitler initiierte „Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938 fußte auf den durch Terror erzielten Emigrationserfolgen in Österreich. Die Zerstörung von jüdischen Gotteshäusern, die Zerschlagung des jüdischen Gemeinschaftslebens und die Verschleppung von etwa 30 000 Männern in die bisher vor allem den politischen Gegnern vorbehaltenen Konzentrationslager machte nunmehr unmißverständlich klar, daß die vieldeutig-taktische Polymorphie der nationalsozialistischen Judenpolitik auf die Zerstörung der jüdischen Existenzbasis in Deutschland abzielte. Zwei Monate später drohte Hitler in einer Reichstagsrede mit der physischen Vernichtung der Juden im Falle eines Krieges, also des bewaffneten Widerstands der ausländischen Mächte gegen seine Hegemonialpläne. (. . .)

Ihrer bereits seit langem eingeschränkten Lebensbasis beraubt, gab es für die jüdische Bevölkerung nur noch die Möglichkeit des sauve qui peut, einer Massenflucht in Länder, die bereit waren, Juden aus Deutschland, Österreich und der besetzten Tschechoslowakei aufzunehmen. Wer zu alt dazu war, keine Verbindungen in Einwanderungsländer hatte oder zu arm war, um sich Einwanderungsmöglichkeiten zu verschaffen, verzehrte sein gespartes Vermögen, war auf die Zuschüsse von jüdischen Wohlfahrtsstellen oder Verwandten angewiesen oder wurde zur allmählich einsetzenden Zwangsarbeit verpflichtet. Der Kriegsbeginn ließ nur noch eine beschränkte Auswanderung in das neutrale Ausland oder nach Übersee zu. (. . .)

Im Oktober 1941 machte ein Erlaß Heinrich Himmlers der jüdischen Auswanderung ein Ende. Trotzdem ist bis Kriegsende noch etwa 8 500 Juden die legale oder illegale Emigration gelungen. Etwa 135 000 deutsche Juden wurden nach dem Osten deportiert.

Verwaltungsbezirk: ....

Bereich: .... Räumungstermin: ....

1. Name: ....

2. Straße: .... Nr. .... Vorderh. Seitenfl. Quergeb. .... Etage Telefon: ....

3. Größe der gewünschten Wohnung: .... (Zimmerzahl)

4. Mietpreis: RM .... (monatlich)

5. In welchem Bezirk soll neue Wohnung liegen: ....

.... oder ....

(Vom Abrißmieter auszufüllen)

Deutlich schreiben!

....
(Unterschrift)

9.41.1916

Karteikarte der GBI (Referat II/4) zur Feststellung der Wohnungswünsche der Abrißmieter (1939) ←A 31

Götz Aly/Karl Heinz Roth
Volkszählen, Identifizieren, Aussondern

Unter Anleitung der Polizei, der Gesundheits- und Sozialverwaltung und des Statistischen Reichsamts entstand nach 1933 in wenigen Jahren ein bizarres und gleichzeitig hocheffizientes System verschiedener Karteien, Zählungen, Meldegesetze und Kennkarten. Es diente der restlosen Erfassung und Klassifizierung der Bevölkerung; für die als deutschblütig Klassifizierten galten die vier Kategorien: hochstehend bzw. hochwertig, durchschnittlich, tragbar und tiefstehend bzw. minderwertig (1940). (. . .) ←L 12

Die Erfassung und bürokratische Ausgrenzung der Juden begann in Deutschland mit der Volkszählung vom 16. Juni 1933. In dieser Zählung wurden – wie in früheren Zählungen auch – die Glaubensjuden ermittelt und nach der Staatszugehörigkeit gefragt. Daneben gab es eine Sonderzählung für Juden und eine für Ausländer, detaillierter als für den Rest der Bevölkerung. Für alle Personen, die sich zu einer jüdischen Religionsgemeinschaft bekannten, wurde „eine Abschrift der allgemeinen Zählkarte" angefertigt. „Außer sämtlichen für die Volks- und Berufszählung benötigten Angaben wurde auf die Judenzählkarte auch die Angabe des Geburtsortes, die für die übrige Bevölkerung nicht ausgewertet wurde, eingetragen."

Die Sonderzählung bezweckte „einen Überblick über die biologischen und sozialen Verhältnisse des Judentums im Deutschen Reich, soweit es nach der Frage der Religionszugehörigkeit erfaßt werden konnte".

„Die Durchführung einer entsprechenden Auszählung von Amts wegen" sei dringend notwendig geworden „im Hinblick auf die grundsätzliche Umgestaltung, die in der Stellung des Judentums zu seinem deutschen Wirtsvolk durch die nationalsozialistische Regierung herbeigeführt worden ist". Maßgebend für das Ausfüllen der in Spalte 9 der Haushaltungsliste erfragten Religionszugehörigkeit war nicht „die innere Überzeugung", sondern lediglich die „äußere (rechtliche) Zugehörigkeit". (. . .)

Die Volkszählung von 1933 erfaßte die jüdische Minderheit in allen Teilen des Deutschen Reiches nach verschiedenen Merkmalen. Das Statistische Reichsamt schlüsselte die Zahlen für die einzelnen Provinzen ebenso auf („Ein Zentrum befindet sich am unteren Main.") wie für einzelne Stadtbezirke: „Die stärkste Durchsetzung mit Juden weist der Berliner Stadtbezirk Wilmersdorf auf; die rund 26 000 Glaubensjuden stellen hier 13,54 v.H. der Bevölkerung". „Die Hauptmasse der Glaubensjuden wohnt in den Großstädten" – allein in Berlin ein Drittel der Gesamtzahl des Deutschen Reiches. (. . .)

Eine Ausdehnung der Auszählung „auf das im Deutschen Reich ansässige Judentum (der Rasse nach)" war noch nicht möglich, der Begriff „jüdische Abstammung" noch nicht in einer eindeutigen, für Statistiker verwendbaren Weise definiert. Das geschah am

Der Präsident
der Durchführungsstelle
für die
Neugestaltung der Reichshauptstadt
Abt. II/4

Berlin, den 1939

Merkblatt für den Abrißmieter

Gemäß Verordnung vom 8. 2. 1939 RGbl. Nr. 21 sind die freien bzw. freiwerdenden Judenwohnungen vorerst den Abrißmietern vorbehalten.

Der Abrißmieter, der durch die Maßnahmen zur Neugestaltung der Reichshauptstadt seine Wohnung räumen muß, erhält von der Durchführungsstelle

1. einen **Mietberechtigungsschein**
und 2. wöchentlich laufend **Wohnungslisten** zugesandt.

Der Mietberechtigte erhält diesen Wohnungsnachweis **jedoch nur für eine gewisse Zeit** und ist deshalb gehalten, sich möglichst **umgehend eine Wohnung zu mieten.** Nach der Ermietung einer Judenwohnung hat er darauf zu achten, daß sein Hauswirt die Anlage des Mietberechtigungsscheines **deutlich ausgefüllt,** sofort an den Präsidenten der Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt, Berlin NW 7, Pariser Platz 6, absendet.

Es ist vorgekommen, daß die Hausbesitzer von dem Abrißmieter die Instandsetzung der teilweise sehr verwohnten Judenwohnungen verlangen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Instandsetzungspflicht, welche entweder dem Vermieter oder dem jüdischen Vormieter obliegt, nicht auf den Abrißmieter übertragbar ist, d. h. die Wohnung ist in einem bewohnbaren Zustand zu übergeben.

Betreffs Mietpreis erwähne ich, daß ~~bei Wohnungen, die dem Mieterschutz unterliegen, nur die gesetzliche Miete, bei Wohnungen, die dem Mieterschutzgesetz nicht unterliegen~~, nur die Miete und Lasten, die der Vormieter getragen hat, anzusetzen sind. Eine Erhöhung derselben darf nur mit Genehmigung der Preisbildungsstelle für Mieten erfolgen. Hiervon entbindet nicht ein etwa gestellter Antrag um Mietpreiserhöhung bei der Preisbildungsstelle.

Sollten Hausbesitzer einem Abrißmieter die Wohnungsvermietung ohne triftige Gründe verweigern, bitte ich umgehend – unter Klarstellung des Sachverhaltes und Angabe evtl. Zeugen – um schriftliche Meldung.

Falls Sie eine Wohnung ohne Mietberechtigungsschein mieten, ist derselbe sofort an mich zurückzusenden. Er ist nicht übertragbar.

I. A.

→A 32 Merkblatt des GBI für die Abrißmieter (1939)

Die größten Schwierigkeiten werden uns wie bisher von den Hausbesitzern gemacht, die ihre Ursachen in den ständigen Versuchen, durch den neuen Mieter von den Renovierungskosten enthoben zu werden, finden. In allen diesen Fällen hilft nur der Außendienst, der sofort eingreift, und in hartnäckigen Fällen muß zur Anzeige geschritten werden. Es sind bisher 14 Anzeigen an die Kriminalpolizei zwecks weiterer Ermittlungen und evtl. Bestrafung weitergeleitet worden.

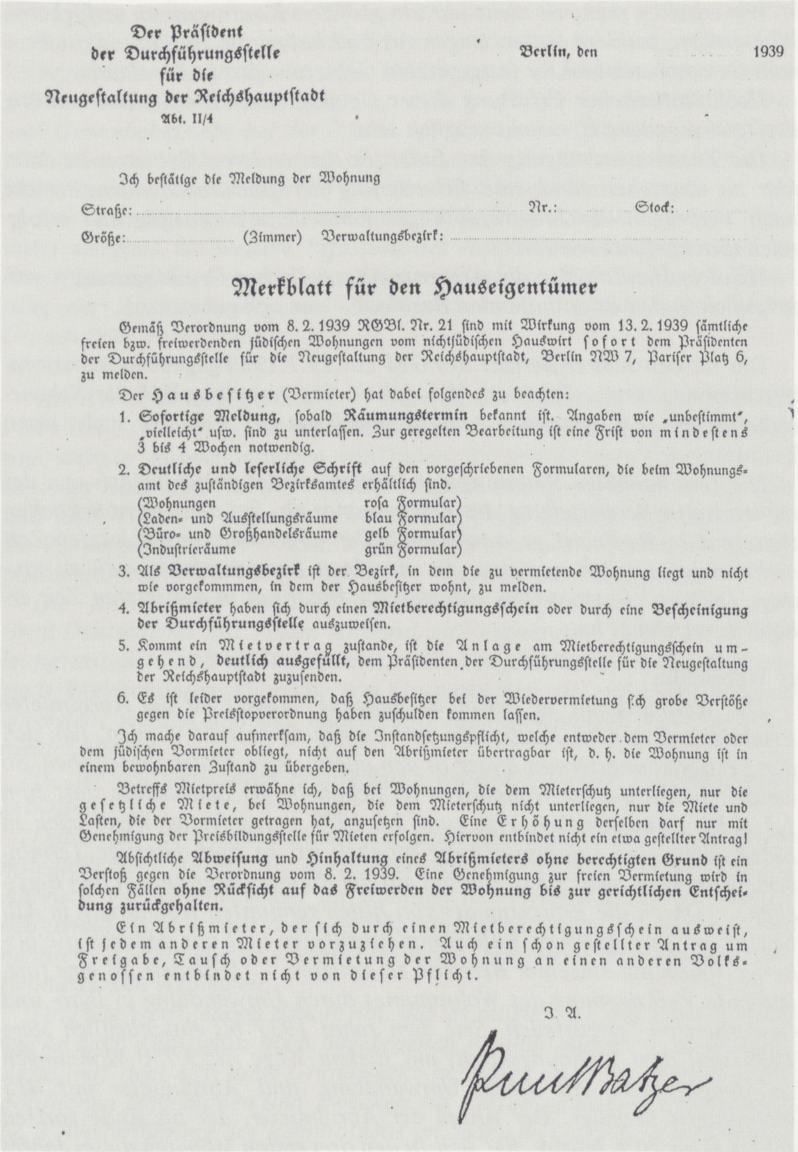
Mit der Gauleitung ist vereinbart, daß sämtliche für soziale Zwecke in Frage kommenden Wohnungen, die über unseren Bedarf hinaus vorhanden sind und terminmäßig freigegeben werden, vorher für 5 Tage der MSV zur Verfügung gestellt werden. Mit der Organisation dieser Arbeit im Gau Berlin ist Senator a.D. Batzer (Ref. II/4) beauftragt. Durch den Überschuß an Wohnungen von 4 Zimmern und aufwärts war es uns mehr als bisher möglich, den Anforderungen der staatlichen Dienststellen nach Wohnungen für versetzte Offiziere und Beamte entgegenzukommen.

Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung ist besser geworden. Außerdem sind durch die Übernahme der direkten Bearbeitung der Abrißmieter durch uns selbst viele Reibungen beseitigt. Daß diese Maßnahmen nicht nur richtig, sondern auch erfolgreich gewesen sind, beweist die zunehmende Anzahl der Vermietungen an Abrißmieter.

Übersicht:

Wohnungsanfall vom 13.2.–26.6.39	*3.462*
Abgang in der Zeit vom 13.2.–26.6.39	*3.030*
Noch zur Verfügung stehende Wohnungen	*432*

und zwar 3 1/2 Zimmer = 221 und 4 Zimmer = 211 Wohnung.


Der Präsident
der Durchführungsstelle
für die
Neugestaltung der Reichshauptstadt
Abt. II/4

Berlin, den 1939

Ich bestätige die Meldung der Wohnung

Straße: .... Nr.: .... Stock: ....

Größe: .... (Zimmer) Verwaltungsbezirk: ....

Merkblatt für den Hauseigentümer

Gemäß Verordnung vom 8. 2. 1939 RGBl. Nr. 21 sind mit Wirkung vom 13. 2. 1939 sämtliche freien bzw. freiwerdenden jüdischen Wohnungen vom nichtjüdischen Hauswirt sofort dem Präsidenten der Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt, Berlin NW 7, Pariser Platz 6, zu melden.

Der Hausbesitzer (Vermieter) hat dabei folgendes zu beachten:

1. **Sofortige Meldung,** sobald **Räumungstermin** bekannt ist. Angaben wie „unbestimmt", „vielleicht" usw. sind zu unterlassen. Zur geregelten Bearbeitung ist eine Frist von mindestens 3 bis 4 Wochen notwendig.
2. **Deutliche und leserliche Schrift** auf den vorgeschriebenen Formularen, die beim Wohnungsamt des zuständigen Bezirksamtes erhältlich sind.
   (Wohnungen rosa Formular)
   (Laden- und Ausstellungsräume blau Formular)
   (Büro- und Großhandelsräume gelb Formular)
   (Industrieräume grün Formular)
3. Als **Verwaltungsbezirk** ist der Bezirk, in dem die zu vermietende Wohnung liegt und nicht wie vorgekommen, in dem der Hausbesitzer wohnt, zu melden.
4. **Abrißmieter** haben sich durch einen **Mietberechtigungsschein** oder durch eine **Bescheinigung der Durchführungsstelle** auszuweisen.
5. Kommt ein Mietvertrag zustande, ist die Anlage am Mietberechtigungsschein umgehend, **deutlich ausgefüllt,** dem Präsidenten der Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt zuzusenden.
6. Es ist leider vorgekommen, daß Hausbesitzer bei der Wiedervermietung sich grobe Verstöße gegen die Preisstopverordnung haben zuschulden kommen lassen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Instandsetzungspflicht, welche entweder dem Vermieter oder dem jüdischen Vormieter obliegt, nicht auf den Abrißmieter übertragbar ist, d. h. die Wohnung ist in einem bewohnbaren Zustand zu übergeben.

Betreffs Mietpreis erwähne ich, daß bei Wohnungen, die dem Mieterschutz unterliegen, nur die gesetzliche Miete, bei Wohnungen, die dem Mieterschutz nicht unterliegen, nur die Miete und Lasten, die der Vormieter getragen hat, anzusetzen sind. Eine Erhöhung derselben darf nur mit Genehmigung der Preisbildungsstelle für Mieten erfolgen. Hiervon entbindet nicht ein etwa gestellter Antrag!

Absichtliche **Abweisung** und **Hinhaltung** eines **Abrißmieters ohne berechtigten Grund** ist ein Verstoß gegen die Verordnung vom 8. 2. 1939. Eine Genehmigung zur freien Vermietung wird in solchen Fällen **ohne Rücksicht auf das Freiwerden der Wohnung bis zur gerichtlichen Entscheidung zurückgehalten.**

Ein Abrißmieter, der sich durch einen Mietberechtigungsschein ausweist, ist jedem anderen Mieter vorzuziehen. Auch ein schon gestellter Antrag um Freigabe, Tausch oder Vermietung der Wohnung an einen anderen Volksgenossen entbindet nicht von dieser Pflicht.

I. A.

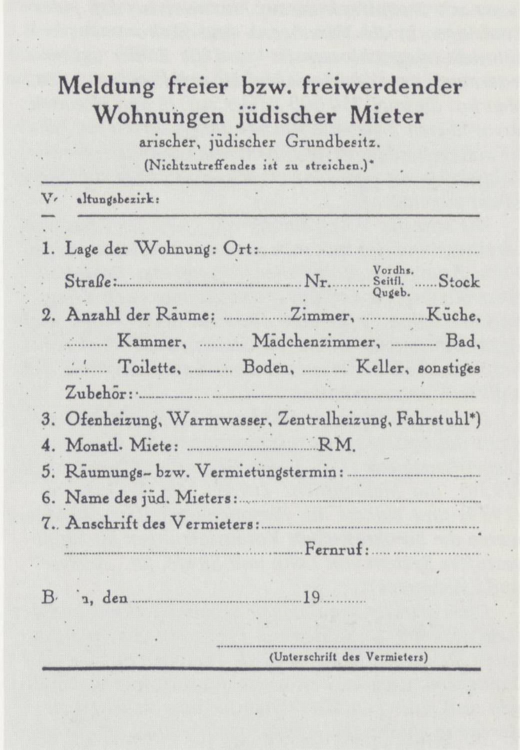
Merkblatt des GBI für die Hauseigentümer (1939)

Durch Ausstellung von Mietberechtigungs-
scheinen wurden *2.229*
Abrißmieter betreut.
Gemietet haben *677*
so daß noch *1.552*
unterzubringen sind.

Am **17.5.1939** findet die Volks-, Berufs- und Betriebszählung in Berlin statt, eine statistische Erhebung, die für Paul Batzer bisher ungeahnte Möglichkeiten zur Perfektionierung seiner Karteiarbeit eröffnet. Am **14.6. 1939** schlägt er vor:

Seit Bestehen der Abteilung II/4 sind bis heute rd. 3.000 Judenwohnungen terminmäßig bearbeitet worden. Durch die augenblicklich laufende statistische Erhebung der noch in arischem und jüdischem Besitz wohnenden Judenfamilien ist es in absehbarer Zeit möglich, genaue Unterlagen über den vorhandenen jüdischen Wohnraum zu erhalten.

Hierbei wirft sich die Frage auf, inwieweit über den vorhandenen Bestand an Judenwohnungen in arischem Besitz auch auf den jüdischen Grundbesitz zurückgegriffen werden muß. Bei der Betrachtung dieser Frage kommt vorläufig nur der jüdische Grundbesitz, der in den von Juden freizumachenden Bezirken liegt, in Frage. In diesen Bezirken muß – um eine allmähliche Entjudung zu erwirken – jede freiwerdende Judenwohnung nur von Ariern besetzt werden. Es ist zu überlegen, ob diese Wohnungen nicht gleich den Judenwohnungen im nichtjüdischen Besitz nicht auch von uns erfaßt und für Abrißmieter verwandt werden sollen.


Meldung freier bzw. freiwerdender Wohnungen jüdischer Mieter
arischer, jüdischer Grundbesitz.
(Nichtzutreffendes ist zu streichen.)*

V... altungsbezirk:

1. Lage der Wohnung: Ort: ....
   Straße: .... Nr. .... Vordhs. Seitfl. Qugeb. ...... Stock
2. Anzahl der Räume: .... Zimmer, ... Küche, ... Kammer, ... Mädchenzimmer, ... Bad, ... Toilette, ... Boden, ... Keller, sonstiges Zubehör: ....
3. Ofenheizung, Warmwasser, Zentralheizung, Fahrstuhl*)
4. Monatl. Miete: .... RM.
5. Räumungs- bzw. Vermietungstermin: ....
6. Name des jüd. Mieters: ....
7. Anschrift des Vermieters: ....
   .... Fernruf: ....

B... n, den .... 19 ....

....
(Unterschrift des Vermieters)

→A 33 Karteikarte der GBI (Referat II/4) zur Feststellung von „Judenwohnungen" als Ersatzwohnungen für Abrißmieter (1939)

14. November 1935 mit der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz:
„(1) Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt.
(2) Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling,
(a) der beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird,
←A 34 *(b) der beim Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet,*
(c) der aus einer Ehe mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146) geschlossen ist,
(d) der aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wird."

Die Verordnung normierte den „Voll-" und „Geltungsjuden". Sie erforderte sofort die „amtliche Sortierung" der „Halb-" und „Vierteljuden" zu einem klar benannten Zweck – zur „Beseitigung der Mischrasse". (. . .)

Aus dem Blickwinkel der Bevölkerungspolitiker und Rassentechniker des Dritten Reiches waren die
←A 35 *nach dem religiösen Bekenntnis ermittelten Zahlen von 1933 unbefriedigend. Sie unterschlugen den Anteil der „assimilierten Rassejuden", die wegen ihrer „Vermischungs- und Bastardisierungsneigung" als besonders gefährlich galten. (. . .)*

Das sollte 1939 bei der Volkszählung anders sein. Burgdörfer: „Wir werden nun im Altreich und in Österreich dem Ziel der vollständigen Erfassung des Judentums und der Judenmischlinge, wie ich hoffe, näherkommen, und zwar mit Hilfe der allgemeinen und umfassenden Abstammungserhebung". (. . .)

Die Volkszählung von 1939 wuchs sich zur „Eröffnungsbilanz des großdeutschen Reiches" aus. Polizei und Gendarmerie „hatten die Zählung nach Kräften zu unterstützen" und „in schwierigen, unübersichtlichen Wohngegenden als Zähler mitzuwirken". „Um etwaiges Mißtrauen in der Bevölkerung zu bekämpfen,

(war) mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß jedes Eindringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ausgeschlossen ist" und die Zähler „gegen jedermann zur Verschwiegenheit verpflichtet" seien. Man bot diesmal 750 000 Zähler auf, in den Monaten zuvor hatten Tausende von Schulungskursen für Zähler stattgefunden. Je nachdem wie „schwierig" ein Zählbezirk war, war fünf bis acht Zählern je ein Oberzähler zugeteilt. (. . .)

Wie sehr die Volkszählung von 1939 der Kriegsvorbereitung und der später beginnenden systematischen Vernichtung der Juden diente, zeigt das Protokoll einer Sitzung, zu der sich – unmittelbar nach Kriegsbeginn – am 6. September 1939 die Spitzen aller wichtigen Ministerien trafen. Im Statistischen Reichsamt besprachen sie die Prioritäten bei der Auswertung der Volkszählungsergebnisse:

Die Volkszählungen 1933 und 1939 waren längst nicht die einzigen Erfassungsaktionen des Regimes: Das Arbeitsbuch (1935), das Gesundheitsstammbuch (1936), die Meldepflicht (1938), die Volkskartei (1939) und zuletzt die Personenkennziffer (1944) waren die bürokratischen Voraussetzungen für ein abgestuftes System von Lohn und Strafe, für „Auslese" und „Ausmerze".

Die Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsführers SS hielten die Fertigung von Namenslisten für die Ausländer und die Personen mit fremder Volkstumszugehörigkeit sowie die Auszählung der Juden und jüdischen Mischlinge für ihre Arbeiten als durchaus vordringlich. Demgemäß wurde die Erledigung der vorbezeichneten Aufgaben als ein „Sofortprogramm" angesehen, dessen Fertigstellung das Statistische Reichsamt etwa für Ende November 1939 in Aussicht stellte. (. . .)

Die Grundlage dafür, daß das Reichsinnenministerium und die SS die „Fertigung von Namenslisten für die Ausländer und die Personen mit fremder Volkstumszugehörigkeit" – sprich: Juden – verlangen konnten, war die „Ergänzungskarte", die bei der Volkszählung von 1939 neben der Haushaltungsliste auszufüllen war.

Auf dieser gemeinsam von Sicherheitsdienst, Ordnungspolizei und Statistischem Reichsamt ausgearbeiteten Karte fragten die Behörden nach der „Abstammung" („Ist oder war einer der vier Großeltern Jude?") und gleichzeitig im Auftrag der Wehrmacht nach „Vor- und Ausbildung". Die Ergänzungskarte sollte in einem eigens beigelegten verschlossenen Umschlag abgegeben werden. Dieser Umschlag hatte zusammen mit der amtlich beteuerten Verschwiegenheit der Zähler den Zweck, die potentiellen Opfer in Gutgläubigkeit zu wiegen, um durch die scheinbare Anonymität „unbedingt zuverlässige Angaben zu erleichtern und sicherzustellen". Andererseits standen „natürlich auf falsche Angaben oder Verweigerung der Angaben erhebliche Strafen". Die Ergänzungskarte bezweckte von vornherein die Errichtung zweier Namenskarteien:

1. Der Sicherheitsdienst, der seit Jahren an einer Reichskartei der Juden und jüdischen Mischlinge mit mäßigem Erfolg laboriert hatte, konnte seine Kartei erst mit Hilfe des Statistischen Reichsamtes zur fast perfekten Lückenlosigkeit ausbauen. Und genau diese Lückenlosigkeit war für den späteren reibungslosen Ablauf der „Evakuierung" erforderlich. Jagd machte der Sicherheitsdienst im Verein mit dem Statistischen Reichsamt vor allem auf die sich nicht abhebenden Juden, die – so sagte man damals – „Assimilanten".

2. Die Wehrmacht hatte die Ergänzungskarte ebenfalls für eine namentliche Erfassung gefordert und genutzt. Sie wollte den „Menscheneinsatz" im Krieg optimieren und baute sich daher ein das gesamte Reich umfassendes, nach Berufen gegliedertes Personenregister auf.

(. . .) Mit dem Urmaterial der Volkszählung von 1939 wurde in Berlin-Dahlem die Volkstumskartei angelegt, eine Kartei aller Nichtarier im Deutschen Reich; sie enthielt Namen, Geburtstag, Geburts- und Wohnort, Beruf und Mischlingsgrad. (. . .)

Die Reiter, die der Volkskarteiführer auf seine Karten steckte, mußten viereckig sein – „hauptsächlich deshalb, . . . weil man auf dem viereckigen Kopf des Reiters mit andersfarbiger Tinte oder Tusche gut

Wir erhalten dadurch nicht nur ein größeres Kontingent an verfügbaren Wohnungen, sondern halten länger aus und haben die Entjudung dieser – vom Generalbauinspektor festgesetzten Gebiete – fest in der Hand.

Nach statistischer Erfassung dieser Gebiete durch die Stadtverwaltung dürfte eine genaue Übersicht möglich sein.

Die Zusammendrängung der Juden in den anderen Gebieten ist dann klar zu übersehen, und eine Erweiterung der freizumachenden Bezirke nach Verbrauch der Judenwohnungen kann dann planmäßig und erfolgreich durchgeführt werden.

Hand in Hand müßte die Arisierung des jüdischen Grundbesitzes – vornehmlich in den zu entjudenden Bezirken – vor sich gehen.

Die für den *Führer-Bericht* des *GBI* am **19.7.1939** gegebene Situationsbeschreibung zeigt, daß auch die Arbeit der Abteilung II/4 die *Schwierigkeiten bei der Räumung und Freimachung der Bereiche* nicht lösen konnte:

→A 36

Die terminmäßige Räumung der Bereiche hängt ausschließlich von der rechtzeitigen Bereitstellung des Ersatzraumes ab. Bei der augenblicklichen Raumnot in Berlin ist es, von Einzelfällen abgesehen, in der letzten Zeit nicht mehr möglich gewesen, die einzelnen Bereiche fristgemäß zu räumen. Dabei ist festzustellen, daß sich die Raumnot in der letzten Zeit erheblich verschärft hat.

a) **Wohnraum:**

Die Wohnungsnot in Berlin ist bekannt. Soweit für die Abrißmieter Ersatzwohnungen in Neubauten zur Verfügung gestellt werden, hat sich der Fertigstellungstermin dieser in den allermeisten Fällen verschoben. So werden beispielsweise Wohnungen im Schöneberger Südgelände statt zum 1.4.1939 voraussichtlich erst zum 1.8.1939 bezugsfertig. Wenn auch in Einzelfällen eine Umdisponierung möglich ist, so sind derartige Terminverschiebungen nicht ohne Einfluß auf die Räumungstermine in den Bereichen. – Durch die Erfassung der von Juden geräumten Wohnungen in Altbauten ist eine spürbare Entlastung eingetreten und nur dadurch die bisherige Räumung einzelner Bereiche zu erklären. – Trotzdem ist eine fortlaufende Verknappung des Wohnraumes durch Umwandlung in Büro- und Gewerberaum festzustellen. Seit dem Jahre 1937 bis einschließlich März 1939 sind dem Wohnungsmarkt auf diesem Wege rd. 3.750 Wohnungen verlorengegangen. An dieser Umwandlung sind Abrißmieter mit 415 Wohnungen beteiligt. Der Anteil der Abrißmieter, der bis Ende vorigen Jahres etwa 10 % betrug, hat sich in den drei ersten Monaten dieses Jahres auf 20–25 % erhöht. Für die letzten Monate liegen Unterlagen noch nicht vor. – Der für den allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehende Wohnraum ist schließlich dadurch geschmälert worden, daß insbesondere Militärbehörden Wohngrundstücke gekauft und entmietet haben, um Behördenbedienstete unterzubringen.

b) **Büro- und Geschäftsraum:**

Weit schwieriger als beim Wohnraum gestaltet sich die Räumung der Bereiche infolge der Büro- und Gewerberaumnot. Der Aufschwung der Wirtschaft in den letzten Jahren hat zu einer Ausdehnung der Betriebe und damit zu einem erhöhten Raumbedarf geführt, der zunächst befriedigt werden konnte. Durch die Vergrößerung des Reiches und die damit verbundene Erweiterung der Behördenaufgaben ist insbesondere bei diesen Stellen ein erheblicher Raumbedarf entstanden. Da Neubauten in den allerwenigsten Fällen durchgeführt wurden, konnte der Raum nur durch Ankauf von Grundstücken in der Berliner Innenstadt geschaffen werden. Hierdurch ist der Wirtschaft zur Verfügung stehender Raum erheblich gekürzt, wobei der Einbruch in die Wirtschaftsbezirke Groß-Berlins eine starke Gefährdung bedeutet. Der Büroraumbedarf ist gesteigert durch Maßnahmen der Neugestaltung, durch die gerade im Gebiet der Großen Halle und des Neubaues OKH Büroraummieter im großen Umfange betroffen werden. – Durch das vorhandene Angebot an Büroraum kann der Bedarf nicht befriedigt werden. Der vorhandene Bestand an Büro- und Geschäftsräumen ist zur Zeit restlos erschöpft, so daß es im Augenblick nicht einmal möglich ist, ein Rechtsanwaltsbüro mit 5 oder 6 Zimmern reibungslos unterzubringen. – Soweit Büroraum neu geschaffen wird, dient er im wesentlichen dazu, den Bedarf einzelner Stellen zu decken.

Hierbei sind die ganzen Schwierigkeiten bei der Durchführung von Neubauvorhaben zu berücksichtigen. Die Bürohausbauten, die der Allgemein-

heit zugute kommen sollen (Heilmann) können nur zum geringsten Teil helfen. Die einzige Ausweichmöglichkeit ist zurzeit der Rückgriff auf den Wohnraum, wodurch wieder eine Verknappung des Wohnraumes herbeigeführt wird. Bei dieser Lage ist es in vielen Fällen unvermeidlich, Büro- und Gewerbebetriebe bei der Räumung der Bereiche zwischenzeitlich unterzubringen, wodurch neben den Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten meist hohe Unkosten für den Bauträger entstehen.

Zur Beseitigung der bestehenden *Ersatzraum-Schwierigkeiten* wird unter anderem die *weitere Erfassung des Judenwohnraumes im Zuge der Durchführung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden durch Förderung der Auswanderung und Zuammenziehung der Juden in einzelne Grundstücke* vorgeschlagen.

Am **1.9.1939** beginnt mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen der 2. Weltkrieg. Mit der damit verbundenen Schließung der Grenzen sind weitere Auswanderungen von Juden, die seit der *Reichskristallnacht* über die *Reichszentrale für jüdische Auswanderung* vor allem in die USA und nach Palästina organisiert wurden, in Frage gestellt. Die Folgen für die Planungen des GBI werden am **4.9.1939** mit dem Vertreter des Hauptplanungsamtes in Wohnungsangelegenheiten, Dr. Pade, besprochen:

Die Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse (Kriegszustand Groß-Deutschland mit Polen, England und Frankreich) bringt es zwangsläufig mit sich, daß die im Rahmen der Neugestaltung der Reichshauptstadt beabsichtigten Abbrüche von Grundstücken mit sofortiger Wirkung eingestellt werden und daß andererseits Judenwohnungen nicht mehr gemeldet werden. ←A 37

In der obengenannten Besprechung wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Durch das Hauptplanungsamt der Stadt Berlin wird den Abrißmietern mitgeteilt, daß zufolge der derzeitigen außenpolitischen Verhältnisse ein Abbruch von Grundstücken im Rahmen der Neugestaltung der Reichshauptstadt nicht weiter durchgeführt wird. Demzufolge können die sogenannten Abrißmieter weiterhin in ihren bisherigen Wohnungen bzw. Grundstücken verbleiben.

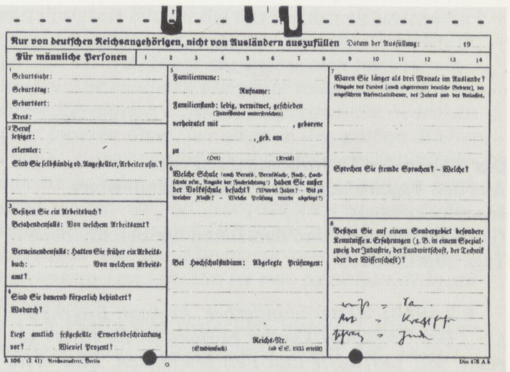
Dr. Pade weist jedoch darauf hin, daß es möglich ist, daß einige Grundstücke auch künftighin noch abgebrochen werden müssen, weil das betr. Areal, auf dem sich diese Grundstücke befinden, unter Umständen wehrpolitischen Maßnahmen und Zwecken zur Verfügung gestellt werden muß. (Z.B. Weiterführung des Bahnhofbaus im Süden im Gelände von Hermannstraße, Neukölln.) Deshalb ist es notwendig, vor Erlaß der vorgenannten Mitteilung festzustellen, welche Abbruchgrundstücke aus besonderen Gründen doch noch geräumt werden müssen.

Eine zwangsweise Heraussetzung der Juden aus ihren jetzigen Wohnungen ist nicht beabsichtigt. Zufolge der jetzigen außenpolitischen Verhältnisse müssen unter Umständen die Juden weiterhin in ihren jetzigen Wohnungen verbleiben, da sie aus Deutschland nicht auswandern können. Somit werden die Meldungen von freiwerdenden Judenwohnungen in Kürze zwangsläufig unterbleiben.

In den Fällen, in denen ein Abrißmieter bereits einen Mietvertrag mit einem Hauswirt über eine demnächst freiwerdende Judenwohnung abgeschlossen hat, ist es ausschließliche Angelegenheit der Vertragsparteien, für Erfüllung dieses Mietvertrages zu sorgen. Es obliegt also in solchen Fällen – wenn der Abrißmieter in die gemietete Judenwohnung einziehen will – dem Vermieter, von sich aus durch evtl. Inanspruchnahme des Gerichts, für die Heraussetzung des Juden zu sorgen.

Am **15.11.1939** wird die Ausführung aller nicht kriegswichtigen Neubauten verboten. Für den Wohnungsbau bedeutet das, daß nur noch Werkswohnungen für kriegswichtige Produktionsstätten, Kasernen und Internierungslager gebaut werden können. Weitergeführt wird jedoch die Planungs- und Forschungsarbeit für den *sozialen Wohnungsbau* nach dem Krieg, sowohl die Typenentwicklung für die *Volkswohnung* wie auch die Entwicklung des mechanisierten Wohnungsbaus. Die in Berlin schon für die Großbauten an der Nord-Süd-Achse zusammengezogenen *Fremdarbeiter* werden beim Luftschutzbau eingesetzt. Sie werden in der **1939** für sie gebauten *Arbeiterstadt Große Halle*, einer Mischung aus Internierungslager und Gartenstadt, die heute vom evangelischen Waldkrankenhaus Spandau genutzt wird, untergebracht. ←L 13

sichtbar noch besondere Unterscheidungsmerkmale, z.B. ein Kreuz, anbringen kann". Für Juden waren im Deutschen Reich schwarze Reiter vorgeschrieben, anzubringen über der Zahl 14 der Volkskarteikarte.


Nur von deutschen Reichsangehörigen, nicht von Ausländern auszufüllen — Datum der Ausfüllung: 19

Für männliche Personen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

1 Geburtsjahr: / Geburtstag: / Geburtsort: / Kreis:

2 Beruf jetziger: / erlernter: / Sind Sie selbständig od. Angestellter, Arbeiter usw.?

3 Besitzen Sie ein Arbeitsbuch? / Bejahendenfalls: Von welchem Arbeitsamt? / Verneinendenfalls: Hatten Sie früher ein Arbeitsbuch: Von welchem Arbeitsamt?

4 Sind Sie dauernd körperlich behindert? / Wodurch? / Liegt amtlich festgestellte Erwerbsbeschränkung vor? Wieviel Prozent?

5 Familienname: / Rufname: / Familienstand: ledig, verwitwet, geschieden (Zutreffendes unterstreichen) / verheiratet mit , geborene , geb. am zu (Ort) (Kreis)

6 Welche Schule (auch Berufs-, Berufsfach-, Fach-, Hochschule usw., Angabe der Fachrichtung!) haben Sie außer der Volksschule besucht? (Wieviel Jahre? – Bis zu welcher Klasse? – Welche Prüfung wurde abgelegt?) / Bei Hochschulstudium: Abgelegte Prüfungen: / (Studienfach) / Reichs-Nr. (ab SS. 1933 erteilt)

7 Waren Sie länger als drei Monate im Auslande? (Angabe des Landes [auch abgetrennte deutsche Gebiete], der ungefähren Aufenthaltsdauer, des Jahres und des Anlasses, / Sprechen Sie fremde Sprachen? – Welche?

8 Besitzen Sie auf einem Sondergebiet besondere Kenntnisse u. Erfahrungen (z. B. in einem Spezialzweig der Industrie, der Landwirtschaft, der Technik oder der Wissenschaft)?

A 106 (2 41) Reichsdruckerei, Berlin — Din 476 A 5

→B 21 Volkskarteikarte 1939

→B 22

Lina Rausch: 1.9.1939, Kriegsbeginn in Neukölln

→A 38 *Ja, frühmorgens, wir haben noch geschlafen, und wir haben uns gewundert, warum draußen so viele Pferde . . . wir waren's ja gewöhnt früher von der Brauerei, wenn die losgefahren waren, waren wir doch gewöhnt damals, kannst dich ja ooch dran erinnern – und dann guck ich raus, und da sind die Pferde, haben die die Pferde alle geholt von der Brauerei, da sind die Pferde eingezogen worden, zu zweien oder zu vieren, immer nur Pferde vom Rollberg, immer nach unten, wo der Sammelpunkt war, weiß ich nicht. Und denn sag ich zu eurem Vater: Mann, guck doch mal, was ist denn hier los? Und denn guck ich, da hatten wir so'n kleinen Briefträger, weeß nich, wie der hieß, so'n Schwarzer, und der hatte bloß so 'ne Mappe und nur Telegramme, so Zustellungsurkunden, äh, Einberufungsscheine, und der ist nur gerannt von Haus zu Haus, der ist regelrecht gerannt, der Briefträger, der ist nicht langsam gegangen. Und hatte nur so eine Mappe, und da waren nur Einberufungsscheine drin. Normale Post war nicht dabei. Das muß früh um sechs gewesen sein.*

(Aus einem Gespräch vom 26.3.1989)

2.2 Die mechanische Auflockerung der Stadt

→L 14 Die erste Bombe, die auf Berlin fällt, wird in der Nacht zum **8.6.1940** von Kapitän Daillières und seiner Besatzung abgeworfen, die 8 Stunden in einer Farman 2234 von Bordeaux nach Berlin durchgeflogen sind und Vergeltung üben wollen. Um 15.30 Uhr gestartet, erreichen sie kurz vor Mitternacht das völlig verdunkelte Berlin, über dem sie ohne bestimmtes ←L 15 Ziel 2 Tonnen Bomben abwerfen. Die für Langstreckenflüge gebaute Maschine trägt den Namen „Jules Verne". Es sind die ersten, aber auch einzigen französischen Bomben, die auf Berlin fallen werden.

Die erste systematische Bombardierung Berlins beginnt in der Nacht zum **26.8.1940** durch die Royal Air Force (RAF) als Antwort auf die Angriffe der Deutschen Luftwaffe auf London – eine bis zum **21.12.1940** dauernde Serie von Versuchen, vorherbestimmte Ziele genau zu treffen. Zu ihnen gehören die Gaswerke, Kraftwerke, der Flughafen Tempelhof, die Bahnhöfe und Industriebetriebe sowie die Henschelwerke, Siemens-Halske und das Regierungsviertel.

Berlin als Reichshauptstadt zeigt sich trotz der seit **1933** getroffenen Luftschutzmaßnahmen ziemlich unvorbereitet. Erst am **9.9.1940** erhält Speer den Auftrag, die architektonische Gestaltung der im Tiergarten, im Humboldthain, im Friedrichshain und auf dem Flughafen Tempelhof vorgesehenen Flaktürme zu übernehmen, eine Aufgabe, die er dem Architekten Friedrich Tamms überträgt. Einen Tag danach werden die Dienstgebäude Speers am Pariser Platz von Brandbomben der RAF getroffen. Der Angriff in der Nacht vom **10.** auf den **11.9.1940** gilt erstmalig dem Regierungsviertel. Er ist vom Propagandaministerium lange herbeigesehnt worden, um ihn zu einer moralischen Rechtfertigung der Bombardierung Londons aufbauschen zu können.

→A 39 **Bericht des Betriebsluftschutzleiters über den Einsatz der Hausfeuerwehr beim Fliegerangriff in der Nacht vom 10. zum 11. September im Dienstgebäude Pariser Platz 4**

Um 23.55 Uhr wurde Luftschutzalarm gegeben. Die Feuerschutzwache, bestehend aus den Gefolgschaftsmitgliedern Kussicke und Dahm, waren noch wach. Sie kleideten sich sofort ein und stellten die Löschgeräte bereit. Verstärkt wurde die Feuerschutzwache durch den Pförtner Kiszio, den Heizer Saul und deren Ehefrauen. Der Nachtpförtner Goschning übernahm im Luftschutzkeller den Fernsprechdienst.

Auf einem Kontrollgang gegen 24 Uhr während des Fliegeralarms bemerkte Kiszio einen Brand im Dachstuhl des Dienstgebäudes Hermann-Göring-Str. 25. Das zuständige Luftschutzrevier 1 wurde hiervon sofort verständigt. Bald darauf beobachteten Kiszio, Dahm und Kussicke, daß auf dem Pariser Platz 9 abgeworfene Brandbomben ausbrannten. Kiszio und Kussicke begaben sich sofort – also noch während des Fliegerangriffes und starken Flakbeschusses – auf das Dach des Dienstgebäudes Pariser Platz 4. Kiszio stellt fest, daß aus einer Öffnung Rauch aufstieg. Sofort wurde im darunter liegenden Geschoß festgestellt, daß eine Brandbombe in das Schlafzimmer der Dienstwohnung des Heizers Saul gefallen war und dort einen Brand verursacht hatte. Unverzüglich – trotz des weiter andauernden Fliegerangriffes und starken Flakfeuers – begann die Brandbekämpfung durch die Mitglieder des Feuerschutztrupps Dahm und Kussicke, die von dem Ehepaar Saul tatkräftig unterstützt wurden. Kiszio forschte nach etwaigen weiteren Brandherden; seine Ehefrau übernahm den Meldedienst zwischen dem Einsatztrupp und der Telefonzentrale. Da wegen der außerordentlich starken Rauchentwicklung nicht abzusehen war, ob die Hausfeuerwehr des Brandes allein Herr werden würde, wurde vorsorglich das Luftschutzrevier fernmündlich um Entsendung eines Löschzuges der Feuer-

Der Beginn des Terrorbombardements
Aus den Tagebüchern des Propagandaministers Joseph Goebbels
(Die Eintragungen sind den Daten der beschriebenen Tage zugeordnet.)

6.8.1940: *Wetter wunderbar. Es kann losgehen. (. . .) Der Großangriff gegen England ist für sofort geplant. Mit Luftwaffe und Ferngeschützen. Eine erste Kostprobe für London. Wir prüfen dabei, wie stark Englands Luftflotte noch ist oder sich fühlt. Sind die Verluste, die wir erleiden, normal, dann geht die Aktion weiter.*

7.8.1940: *Herrliches Wetter. Wenig Flugtätigkeit auf beiden Seiten. Erneutes Rätselraten: wann fängt es an? (. . .) Abends spät kommt noch Wodarg, um mir Vortrag über die Vorbereitungen der Luftwaffe zu halten. Man ist dort soweit. Freitag soll's losgehen. Zuerst ein paar ganz rasante Luftangriffe. Dazu großes Tarnungsmanöver mit Rundfunk und Geheimsendern.*

8.8.1940: *Wetter sehr gut. Der Führer kann jeden Augenblick den ersten Großeinsatz gegen England befehlen.*

9.8.1940: *Graues Nebelwetter. Nicht geeignet zum Großangriff. Der Führer ist nach Süden geflogen. Er verbringt dort die lästige Wartezeit.*

10.8.1940: *Bei uns herrliches Wetter. Aber über England. (. . .) Alles wartet darauf, bis der Führer den Befehl zum Angriff gibt.*

11.8.1940: *Sturm und Sonne. Immer noch kein Angriffswetter. Es ist zum Kotzen.*

12.8.1940: *Wetter großartig. Luftwaffe tritt erhöht in Tätigkeit. (. . .) Der Luftkrieg geht weiter. Aber der große Angriff ist das noch nicht. S.D.Bericht: leichte Verstimmung im Lande. Man wartet und wartet auf den Großangriff. Das Volk muß mehr zur Geduld erzogen werden. Der Führer wird den richtigen Augenblick schon herausfinden und dann auch entsprechend zuschlagen.*

13.8.1940: *Das Wetter ist nicht besonders gut für Luftangriffe. Trotzdem fliegt morgens eine Luftflotte los. 2000 Maschinen. Es werden nicht Streifen, sondern einzelne Ziele mit verheerendem Erfolg angegriffen. (. . .) Großangriff gegen England beginnt. 2000 Flugzeuge morgens unterwegs. Nachmittags um 17h nochmals Großattacke auf Südengland mit 4000 Maschinen. Schwere Bomben von 1000 kg. Das wird schon hinhauen. Wir wollen in Kürze bis Liverpool vordringen. London wird noch geschont. Leider ist das Wetter nicht besonders gut. Die Engländer werfen über unser Gebiet kleine Zündplättchen ab.*

14.8.1940: *Flugwetter besser. Der Angriff rollt weiter. In Berlin gab es in der Nacht Luftalarm. Aber die 8 englischen Flugzeuge haben Görlitz angegriffen. (. . .) Der ganze Tag vergeht in einer atemlosen Spannung. Unsere Luftwaffe arbeitet über England. Dort drüben wird man schwere Stunden durchmachen. (. . .) Der nun einsetzende uneingeschränkte Luftkrieg gegen England bringt gewisse Gefahren für unseren Westen mit. Wir müssen deshalb abends ab 10h Theater und Kinos schließen. Das absolute Tanzverbot wird wieder im ganzen Reich eingeführt. Es geht jetzt ums Ganze. Da gibt es kein Pardon mehr. Unser ganz großer Angriff ist wegen plötzlichen Nebels immer noch nicht gestartet worden. Das Wetter! Das Wetter!*

15.8.1940: *Regen. Nebel. Kein Wetter für Luftangriffe. Alles stockt.*

16.8.1940: *Gutes Wetter. Wenig Einflüge der Engländer nach Deutschland. Um so mehr Einflüge von uns nach England. (. . .) Es werden jetzt auch schwere Bomben geworfen. Und zwar in rauhen Mengen. Bei*

schutzpolizei ersucht. Dieser traf dann auch – allerdings erst kurz vor Beendigung der hauptsächlichen Löscharbeiten – ein. Die Feuerschutzpolizei erstickte den Brand vollständig, wobei die Hausfeuerwehr weiter durch Heranholen von Wasser Hilfe leistete.

Inzwischen entdeckten Kiszio, Dahm und Kussicke einen zweiten Brand im Sachbearbeiterzimmer der Registratur. Die anwesende Feuerschutzpolizei wurde sofort verständigt und unternahm hier – ebenfalls mit Unterstützung der Hausfeuerwehr – die Brandbekämpfung. Sie mußte mit Rauchhelmen arbeiten; der Brand wurde aber sehr schnell gelöscht.

Nach Beendigung der Löscharbeiten sprachen Offiziere der Feuerlöschpolizei sowie ein ebenfalls erschienener Hauptmann der Wehrmacht den Mitgliedern der Hausfeuerwehr für ihr schnelles und umsichtiges Eingreifen ihre Anerkennung aus.

Der Betriebsluftschutzleiter sowie der Verbindungsmann zum Hauptamt, Herr Eckhardt, wurden von den Ereignissen alsbald verständigt. Herr Eckhardt traf um 3.10 Uhr ein und gab den Vertretern der Polizei und der Gestapo Auskunft über die Vorgänge. Bis zum Dienstbeginn wurden an den Brandstellen auf Weisung des Betriebsluftschutzleiters Brandwachen zurückgelassen. Bei einem Kontrollgang auf dem Dach des Dienstgebäudes wurden 2 weitere Brandbomben entdeckt, die dort ausbrannten. Es sind also nach den bisherigen Feststellungen 4 Brandbomben auf das Dienstgebäude abgeworfen worden.

Der entstandene Schaden ist infolge des sofortigen und tatkräftigen Eingreifens der Hausfeuerwehr verhältnismäßig gering geblieben. In dem Schlafzimmer sind allerdings alle Möbel und sonstigen Einrichtungsgegenstände vernichtet oder schwer beschädigt worden. Das Mobiliar der Nachbarzimmer hat ebenfalls gelitten. Im Registraturraum sind ein Schreibtisch und ein Teppich verbrannt. Unbrauchbar geworden ist ein Karteikasten. Beschädigt sind eine Schreibmaschine, 2 Schreibtische und einige andere Gegenstände. Nennenswerter Schaden am Dienstgebäude ist nicht entstanden. Eine Oberlichtscheibe an der östlichen Hausdurchfahrt ist zertrümmert. Die betroffenen Räume und die Durchschlagstellen im Dach und in den Decken und Fußböden müssen selbstverständlich in Stand gesetzt werden.

Bericht über einen ausgebrochenen Brand im Hause des GBI, Pariser Platz 6a ←A 40

Es war gegen 23.55 Uhr, als die Sirenen ertönten, um bestimmungsgemäß in den Luftschutzkeller zu gehen. Anwesend waren alle vorgenannten Personen. Die nötigen Vorbereitungen auf Grund des Alarms, wie Öffnen der Haustore, Kontrolle im Haus, wurden von den genannten Männern getroffen. Im Luftschutzkeller, der unmittelbar nach Ertönen der Sirene aufgesucht wurde, hielten sich 8 erwachsene Personen und 4 Kinder auf.

Scharführer John und Herr Kotz hielten Wache im Hauseingang Hermann-Göring-Str. 24, im Haus Pariser Platz 6a standen Oberscharführer Seidel und Truppführer Hohlfeld. Nach Herannahen der feindlichen Flugzeuge wurden an verschiedenen Punkten Berlins die Flakgeschütze hörbar, so daß die Wache Pariser Platz 6a sich in den großen Luftschutzkeller zurückzog, während die Wache Hermann-Göring-Str. 24 im kleinen Luftschutzkeller Unterschlupf fand.

Es war ungefähr 24.35 Uhr, als wir im Luftschutzkeller die ersten Einschläge hörten, und zwar in ganz unmittelbarer Nähe unserer bewachten Grundstücke.

Die Wache Hermann-Göring-Str. 24 kam nach den Einschlägen sofort in den großen Luftschutzkeller herunter und gab Bericht, daß die Toreingangsscheibe sowie verschiedene Fensterscheiben durch Querschläge und Einschüsse zerschlagen wären.

Beim Übergang dieser Wache über den Hof wurden starker Rauch und aus dem Dach ausschlagende Flammen wahrgenommen, was uns im Luftschutzkeller verweilenden Männern Veranlassung gab, dieser Angelegenheit sofort nachzugehen.

Oberscharführer Seidel gab Herrn Kotz, Scharführer John und Truppführer Hohlfeld Anweisung, sich sofort nach dem Turmzimmer Pariser Platz 6a zu begeben, wo festgestellt wurde, daß eine Brandbombe auf dem Dachboden Feuer verursachte.

Oberscharführer Seidel und Oberscharführer Stiehler hatten sich inzwischen im Ausgang Hermann-Göring-Str. 24 von den Angaben der dortigen

uns greifen, die Engländer jetzt K.Z.s an. Das sollen sie nur tun. Was dort sitzt, ist doch nur Ausschuß. Die Justiz wird nie damit fertig. Der Führer will die eigentlichen kriminellen Elemente später einmal auf eine Insel deportieren. Dort sollen sie einen Staat der Gesetzlosigkeit bilden. Bei uns werden sie unschädlich gemacht. Gerade im Kriege darf man die Todesstrafe nicht wie im Weltkriege aussetzen, man muß sie verschärfen. Die asozialen Elemente sollen nicht für eine spätere Revolution konserviert werden. Sie bedrohen immer unseren Staat, vor allem in den großen Städten. Deshalb: ausrotten und für das Volk ein gesundes Gemeinschaftsleben schaffen. (. . .) Den ganzen Nachmittag warten wir auf Nachrichten von den Luftkämpfen. Um 18 h und 19 h je ein Angriff von 1000 Flugzeugen auf die Flugplätze und militärischen Anlagen von London. Das ist eine Sensation. Nun glühen die Drähte.

17.8.1940: *Sehr schlechtes Wetter. Luftoffensive praktisch nicht weiterzuführen. Auch der Angriff auf London nur halb durchgeführt. Trotzdem von einem ungeheuren Effekt vor allem moralisch und psychologisch.*

18.8.1940: *Wieder schlechtes Wetter. Es ist zum Kotzen! Trotzdem schwere Bombenangriffe hüben und drüben. (. . .) Mittags starten neue Angriffswellen. Massive Bombardements, von Reuter bagatellisiert, auf London und den englischen Süden und Südosten. Wir erleben wieder mal einen dramatischen Sonntagnachmittag. (. . .) Die Luftschlacht über London bringt uns Riesenerfolge.*

19.8.1940: *Das Wetter ist grauenhaft. Wieder eine schwere Stockung im Angriff auf England. Der Sonntagsangriff hat schwer gewirkt. In London versucht man mit großer Mühe, Haltung zu bewahren. Aber der Ernst des Krieges ist nun auch dem englischen Volk klargeworden.*

20.8.1940: *Ein Sauwetter. England im Nebel. Kaum Aktionen möglich.*

21.8.1940: *Schlechtes Wetter. Die Luftwaffe meint, das wird noch etwa 3 Tage so andauern.*

22.8.1940: *Das Wetter ist heute der wichtigste Faktor der Kriegsführung. Es regnet in Strömen. Keinerlei Lufttätigkeit.*

23.8.1940: *Schauderhaftes Wetter. Fast keine Lufttätigkeit.*

24.8.1940: *Kalt, nur Nebel und Regen.*

25.8.1940: *Unsere Bombenangriffe auf England haben wieder großen Eindruck gemacht. (. . .) Dazu furchtbare Verwüstungen im englischen Südosten. (. . .) Das Wetter klart mehr und mehr auf. Vielleicht wird es jetzt doch endgültig besser und gibt unserer Luftwaffe die so heißersehnte Gelegenheit zum Großangriff.*

26.8.1940: *Der 4stündige Luftalarm hat ganz Berlin in Aufruhr gebracht. Kolossale Wut auf die Engländer. Sie sind zwar entweder abgeschossen worden oder auf der Nordsee niedergegangen. Aber nun ist Berlin auch mitten im Kriegsgeschehen. Das ist gut so. (. . .) In Berlin nur 2 Brandbomben abgeworfen. Fast kein Schaden. Dafür aber 1500 Bomben auf England. Die psychologischen Folgen in England sind ganz erheblich. (. . .) OKW gibt eine schlechte Begründung für die militärischen Begräbnisse abgestürzter englischer Flieger: sie hätten keine zivilen Ziele angreifen wollen. Sehr gefährliche Argumentation. Ich lasse sie gleich kassieren.*

27.8.1940: *Die dauernden Luftalarme zehren etwas an den Nerven. (. . .) Die Londoner Presse pendelt zwischen Frechheit und Angst. Man sieht da noch keine klare Linie. Aber Gefangenenaussagen kann man entnehmen, daß unsere Bomben drüben doch verheerend wirken.*

28.8.1940: *Wetter wieder gut. Über England schlechter. Daher nur in der Nacht einige, aber sehr erfolgreiche Bombenangriffe. Die Wirkung in England ist mittlerweile ganz verheerend geworden, wie wir aus New York erfahren. (. . .) In der Reichshauptstadt laufen über angebliche Zerstörungen die tollsten Gerüchte herum. Ich lasse sie energisch dementieren und setze dagegen auch die Partei an. Man muß den Gerüchtemachern eins in die Schnauze geben. (. . .) Um 12.30 h Fliegeralarm: 12 Engländer über Berlin. Wer-*

fen Brand- u. Sprengbomben ab. 10 Tote und eine Reihe von Verletzten. Alle nicht im Luftschutzkeller. Die Organisation hat sehr gut geklappt. Alarm dauert bis 4 h nachts. Gleich danach lasse ich die Auslandspresse kreuz und quer durch Berlin fahren. Auch in unserer Presse größere Berichte darüber.

29.8.1940: *Wie grau diese Regentage sind! England hat Schwein mit dem Wetter. Wir hoffen alle, nicht mehr lange. Der Führer nach Berlin zurückgekehrt. Unwillig über den Erlaß Görings, daß man nicht unbedingt in den Luftschutzkeller brauche. Darum haben wir wohl 16 Tote zu beklagen.*

30.8.1940: *Am Morgen schlechtes Wetter. (...) London hatte auch in der vergangenen Nacht nichts zu lachen. Wir führen den Feldzug gegen den Schlaf. (...) Wir intensivieren den Luftschutz und alle Vorsichtsmaßnahmen. Es muß wieder alles auf Anordnung des Führers bei Fliegeralarm in den Keller. Und das ist auch gut so. Görings Erlaß wird in der Praxis aufgehoben. (...) Das Wetter ist besser geworden. Da kann's also losgehen. Gegen 1 h Luftalarm über Berlin. Ziemlich heftig. Eine Reihe von Bomben. Krankenhaus und Kirche getroffen. Kleiner industrieller Schaden. Berlins Bevölkerung benimmt sich fabelhaft. 3 Schwerverletzte.*

31.8.1940: *Berlin ist etwas müde. Das bleibt nicht aus. (...) Ich lasse in Berlin die Schulen später anfangen. Die Kinder haben sonst keinen Schlaf mehr. Und das wirkt sich schlecht aus. Die Berliner haben in der Nacht fabelhafte Disziplin gehalten. Dagegen ist in London starke Mißstimmung unter der Bevölkerung zu konstatieren. Man bemerkt leise Zeichen der Zersetzung. (...) Ewige Luftalarme über London. Schwerste Bombardierungen des ganzen Südens Englands.*

1.9.1940: *Ein Jahr Krieg. Welch eine Fülle von Ereignissen. Man glaubt, es sei ein Jahrzehnt gewesen. (...)*

2.9.1940: *Die Londoner Presse berichtet über die letzten Luftangriffe außerordentlich pessimistisch. (...) Unterdessen werden unsere Bombardements verstärkt. Es wird noch nicht das Letzte herausgeholt. Aber es langt anscheinend schon. Liverpool gleicht z.T. nur noch einem Trümmerhaufen. (...) Der Luftkrieg wird vielleicht Ende dieser Woche in sein schärfstes Stadium eintreten. Dann geht es auf London los. Auch Berlin wird dann härter zu leiden haben. In der Reichskanzlei sind schon die kostbaren Gemälde in Sicherheit gebracht worden. Alles sieht nach Krieg aus.*

3.9.1940: *Wetter wird besser. (...) England gibt noch kein Schwächezeichen. Donnerstag ist unsere Flak um Berlin fertig ausgebaut. Dann geht's auf London los. Frage: Wird England dann nachgeben? Ich wage keine Antwort. (...) Gegen Mitternacht bis 4 h Fliegeralarm. Nur Leuchtbomben werden abgeworfen. Kein Schaden angerichtet. Aber man sitzt eben 4 Stunden nachts auf.*

4.9.1940: *Blendendes Wetter. Die Flak um Berlin aufmarschiert. Es kann also beginnen. (...) Wieder neue Luftangriffe auf England. Der Führer legt sich im Augenblick noch Reserve auf. Wie lange noch? (...) Die Stimmung bei uns im Lande ist gut. Aber das Volk rechnet in weiten Kreisen mit einem vollen Sieg wohl in diesem Herbst. Ist es nicht der Fall, dann werden wir eine gewisse Enttäuschung zu überwinden haben. (...) 3 Stunden Luftalarm. Man gewöhnt sich schon daran. Wenn man nur etwas mehr Schlaf hätte.*

5.9.1940: *Das Wetter ist gut. Ein ... dreitägiges Unternehmen radikalster Art soll nun steigen. Stichwort: Loge. Die letzte Nacht brachte wieder eine Reihe von englischen Luftangriffen. Wir waren nicht ganz so tätig. Unser Schlag muß wie ein Blitz aus heiterem Himmel kommen. Der wird treffen. (...) Welch herrliches Wetter! Der Luftkrieg lockt. Nur noch eine kleine Weile! Mittags beim Führer. Luftangriffe auf unsere Gebiete wieder 15 Tote gefordert. Der Führer hat es satt und gibt nun London zur Bombardierung frei. In dieser Nacht soll es losgehen. Dann ist Schluß mit den Scheinangriffen, und London bekommt endlich, endlich die Härte des Krieges zu verspüren. Das ist auch nötig. Mit bloßem Luftalarm kann man einer Millionenstadt nichts anhaben. Geraubter Schlaf wirft ein Volk nicht nieder. Die Demoralisation folgt erst*

Wache überzeugt. Auf der Straße, unmittelbar am Gartenzaun des Grundstückes, hatte ein Querschläger in den Bürgersteig ein Loch gerissen, welches wir mit Erde auffüllten, um später vorübergehende Passanten nicht in Gefahr zu bringen. Außerdem schlossen wir vorübergehend das Gittertor wegen evtl. herabfallender Glassplitter.

Oberscharführer Seidel ließ sämtliche Männer der Luftschutzwachen zusammenkommen, die wie folgt eingeteilt wurden:

Herr Kotz, Scharführer John und Truppführer Hohlfeld übernahmen die Löschung des Feuers in der Dachkammer; alle anderen Genannten leisteten auf ihrem zugeteilten Posten in jeder Beziehung pflichtgemäße Hilfe, und zwar durch Zutragen von Einschlaggeräten und Tragen von Wasserschläuchen und Eimern.

Da die Rauchschwaden sich in den wenigen Minuten sehr stark entwickelt hatten, zogen alle Beteiligten die im Luftschutzkeller befindlichen Überanzüge an und bedienten sich auch der Gasmasken.

Oberscharführer Seidel hatte vom Hof aus den Flammendurchschlag beobachtet und sich sofort mit der Polizeiwache am Brandenburger Tor in Verbindung gesetzt, welche die Feuerwehr alarmierte, die in ca. 10 Minuten erschien.

Während dieser Zeit hatten sich Herr Kotz, Scharführer John, Oberscharführer Stiehler, Oberscharführer Knigge, Truppführer Hohlfeld, Obertruppführer Maecker und Herr Harnisch durch sachgemäße Einteilung zur Löschung der Feuersbrunst hervorragend eingesetzt. Der inzwischen eingetroffenen Feuerwehr hatte Oberscharführer Seidel über die Brandstätte kurz berichtet.

Vom Führer der Wehr wurde der Befehl gegeben:

Alle freiwilligen Helfer zurücktreten, die Feuerwehr übernimmt einsatzgemäß die weiteren Löscharbeiten.

Herr Kotz, der sich beim Führer der Wehr aufhielt und im Hause sowie auch oben im Turmzimmer in allen Einzelheiten Bescheid wußte, gab einem Feuerwehrmann zur Kenntnis, wo sich die Bodenluke befindet. Durch die starken Rauchschwaden mit dem durchschlagenden Feuer ging kein Feuerwehrmann dorthin, sondern Herr Kotz öffnete unter Einsatz seiner Person selbst die betreffende Luke, um den Rauchschwaden Abzug zu verschaffen. Danach kam Herr Kotz zu Oberscharführer Seidel und berichtete das Vorgefallene.

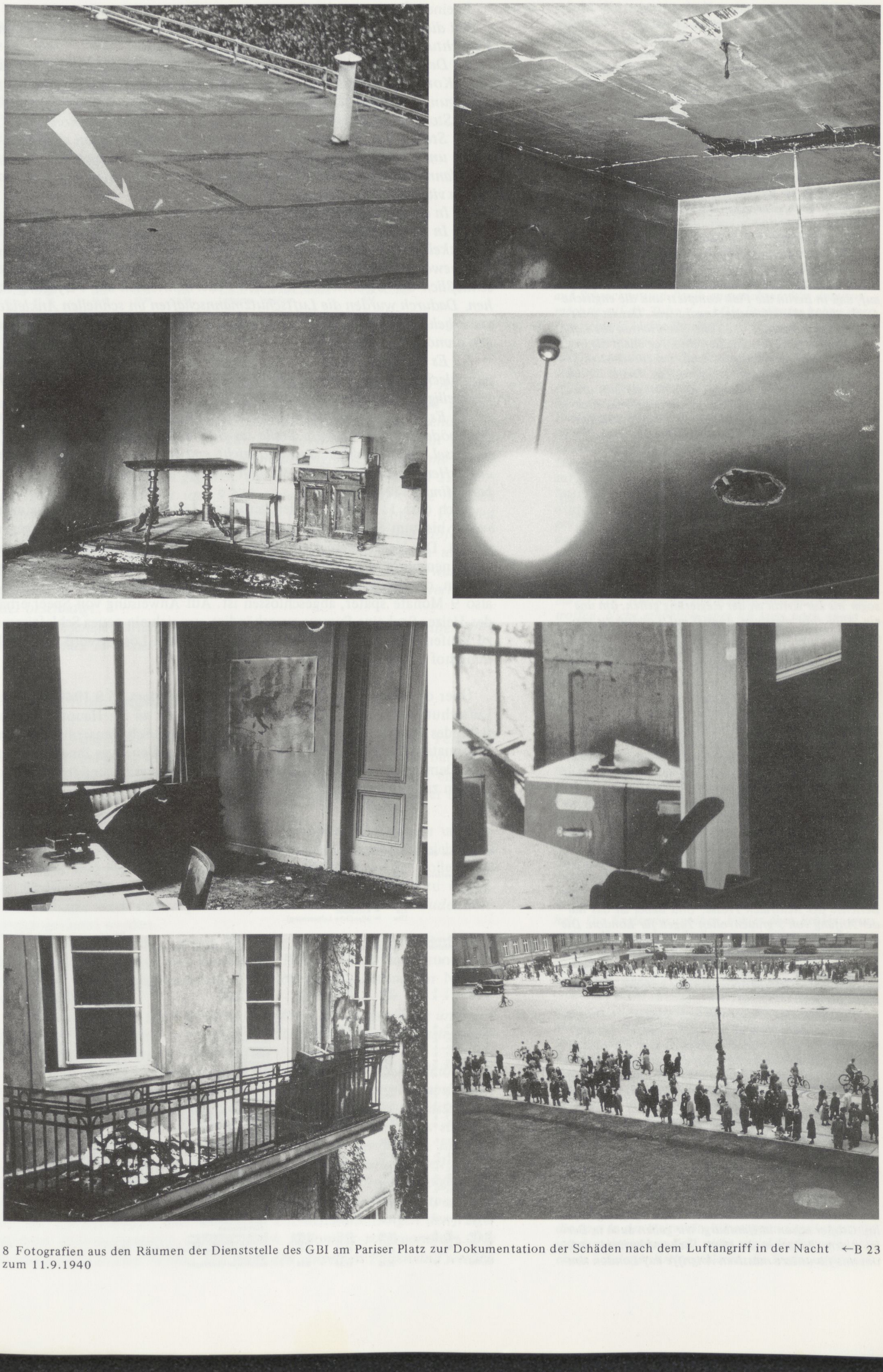
Die Feuerwehrmänner bearbeiteten mit ihren Hilfsgeräten das brennende Dach und löschten den Rest des ausgebrochenen Feuers. Der Leiter der Wehr, Oberscharführer Seidel und Herr Kotz betraten dann die Räume des Herrn Professor Neufert, wo festgestellt wurde, daß das Wasser durch die Decke lief und in den Zimmern die Zeichnungen beschädigte. Nachdem die Brandstelle nochmals überprüft wurde, übergab der Leiter der Feuerwehr dem Oberscharführer Seidel das Kommando zur weiteren Überwachung des Brandherdes. Die Feuerwehr hatte sich ca. 15 Minuten aufgehalten.

Oberscharführer Seidel teilte mit stündlicher Ablösung die Brandwachen ein. Glimmende Dachbalken und Bretter wurden losgerissen und das noch schwelende Feuer mit Wasser bekämpft. – Diese Wachen wurden um 8.30 Uhr vom Oberscharführer Seidel als aufgehoben und abgelöst erklärt, nachdem Herr Flügel und Herr Direktor Hille davon in Kenntnis gesetzt wurden. Die Bodenschlüssel zum Brandherd übergab Herr Kotz dem Hausmeister Schumann des GBI.

Weiterhin wurde festgestellt, daß ein Querschläger von der Straße aus durch das Fenster in einem Schrank im Zimmer des Herrn Behrendt eingeschlagen war.

Nach Löschung unseres Brandherdes – gegen 3 Uhr – gingen Truppführer Hohlfeld und Obertruppführer Maecker nach dem Gebäude Pariser Platz 4. Dort war ebenfalls durch Brandbomben ein Feuer ausgebrochen, was sich bis in die Wohnung der Familie Saul ausgebreitet hatte. Truppführer Hohlfeld berichtete Oberscharführer Seidel von dieser Angelegenheit, und derselbe ging mit Oberscharführer Knigge, Oberscharführer Stiehler und Herrn Kotz nach dem Pariser Platz 4.

Der Luftschutzfeuerwehrmann, Herr Kiszio, gab Meldung an Oberscharführer Seidel, daß der Brand inzwischen gelöscht sei. Um diese Zeit war Herr Professor Speer Pariser Platz 4 anwesend und hat sich von dem Geschehenen berichten lassen und überzeugt. Obertruppführer Maecker und Truppführer Hohlfeld erhielten von Herrn Professor Speer Befehl, für ihn einen PKW herbeizuholen.



8 Fotografien aus den Räumen der Dienststelle des GBI am Pariser Platz zur Dokumentation der Schäden nach dem Luftangriff in der Nacht zum 11.9.1940 ←B 23

der Verwüstung und dem Schrecken. Also los! Wir werden dann allerdings auch noch einiges zu verspüren bekommen. (. . .) 2 Stunden Luftalarm. An Schlaf gibt's immer weniger. Aber man merkt es kaum noch.

6.9.1940: *Gutes Wetter. In London vom frühen Morgen an Luftalarm über Luftalarm. (. . .) Der Luftkrieg kann nur bei Anwendung eines sehr erheblichen und massiven Terrors zu Erfolgen führen, die halten. (. . .) Großangriffe in der Nacht auf England, insbesondere auf London. Londoner über 8 Stunden im Keller. London, selbst sehr erfolgreich angegriffen. Jetzt auch kleinlaut von den Engländern zugegeben. Wir erwarten für den Abend einen größeren Angriff auf Berlin. Erfolgt er, dann machen wir ein Riesengeschrei, und dann soll es nun in rasanten Tag- und Nachtangriffen auf London losgehen. Das ist die einzige Methode, die hilft. Es wird wohl Samstag, Sonntag und die folgenden Tage der Fall sein. Hoffentlich hält das Wetter. Darauf warteten wir bisher und darauf, daß in Berlin die Flak komplett und die englische Jagdwaffe bedenklich angeknackt war. Das ist jetzt so ziemlich der Fall. (. . .) Tolle Nachrichten aus London. Es geht jetzt los. Die Berichte, vor allem die in Amerika, sind niederschmetternd. Lebenswichtige Betriebe, wie Gas, Wasser etc., getroffen. Dabei ist das nur ein Anfang. Wie erwartet kommen sie nun um Mitternacht nach Berlin. Ein nie dagewesenes Flakfeuer. Aber sie werfen Bomben ab. Einiger Schaden. Noch nicht ganz übersehbar. Wir kommen erst um 4 h nachts ins Bett. Am Morgen wie zerschlagen.*

7.9.1940: *Dieses herrliche Wetter. Es ist doch gekommen. Und hat alles, was wir wünschten, mitgebracht. Der Angriff auf Berlin war etwas schlimmer als die bisherigen, aber von keinem ernsten Belang. Dagegen muß es nach neutralen Berichten in London furchtbar hergehen und aussehen. In der vergangenen Nacht 62 000 kg Sprengstoff abgeworfen. (. . .) Der Angriff auf Berlin war nicht so stark, daß wir daraufhin einen Mordskrach schlagen könnten. Wir wollten sogar bis zur Kritik an der Regierung gehen, um uns ein Alibi zum massiven Angriff auf London zu verschaffen. Aber so weit ist es noch nicht. Vielleicht im Laufe der nächsten Nacht. (. . .) Schäden des letzten Luftangriffs in Berlin besichtigt. Nicht allzu toll. (. . .) Der OKW-Bericht stellt scharf den Angriff auf Berlin heraus. Das ist das große Signal nun. Der Führer gibt Befehl. Parole Loge. Das heißt massivster Angriff. Nun werden wir ja sehen, wie lange das die Nerven des englischen Volkes aushalten. Die Berichte aus London werden immer pessimistischer. (. . .) Ganz massiver Angriff auf London mit niederschmetternder Wirkung. Die ganze Stadt von einer einzigen Rauchwolke überdeckt. (. . .) Wir geben unser Bombardement offen als Vergeltungsaktion aus.*

8.9.1940: *Das beste Flugwetter, das man sich denken kann. Unsere Luftbombardements auf London gehen weiter. Z.T. müssen sie auf Dover abgelenkt werden, da London nur noch eine einzige Rauchfahne ist. Reuterberichte sehr gedrückt. Noch deprimierter die Berichte der neutralen Presse. Und dabei ist das nur der Anfang von 3 grauenvollen Tagen für London. Die angerichteten Schäden sind enorm. Reuter meldet 700 Tote. Die Angriffe auf das Reich waren gänzlich unbedeutend. Berlin blieb ganz verschont. (. . .) Wir warten lange auf den Luftangriff, der nicht kommt. Spät und müde ins Bett.*

9.9.1940: *Das Wetter hat sich wieder verschlechtert. Trotzdem haben in der Nacht wieder massive Luftangriffe auf London stattgefunden. Im ganzen wurden 230 000 kg Bombenlast abgeworfen. Dagegen im Verhältnis wenig Einflüge ins Reich. Bis Berlin sind die Engländer wegen des Wetters nicht vorgedrungen, obwohl sie wohl die Absicht dazu hatten. (. . .) Die Wirkung unserer Angriffe auf London ist katastrophal. Neutrale Berichterstatter in London entwerfen geradezu apokalyptische Bilder. Stockholm berichtet von grauenvollen Einzelheiten. Selbst die amerikanische Presse ist wie gelähmt. (. . .) In London war in der Nacht 9 1/2 Stunden Alarm. Dazu diese tollen Verwüstungen (. . .). Unbedeutender Luftangriff auf Berlin. Größer schon in Hamburg. Wir geben auch in Berlin Alarm. Bauschen die ganze Sache wahnsinnig auf, um uns für unsere massiven Angriffe auf London neu-*

→A 41

In einem dritten Bericht werden festgestellte Mängel aufgelistet:

Bei diesem Alarm und den damit notwendig gewordenen Arbeiten und Verrichtungen stellten sich folgende Mängel heraus:

1.) Der Schlauch der Einstellspritze erwies sich als viel zu kurz, so daß Herr Kotz einen weit längeren Schlauch aus seinem Privateigentum zur Verfügung stellen mußte, damit eine Wasserzufuhr zum Brandherd von der einen Stock tiefer gelegenen Wasserleitung hergestellt werden konnte.

2.) Stellte sich heraus, daß fast sämtliche Taschenlampen ausgebrannt waren und in dem Moment, als diese dringend und sofort benötigt wurden, ein Mann erst einmal sämtliche Lampen ausprobieren mußte. Dadurch gingen viele kostbare Minuten verloren.

3.) In der Sanitätsstelle fehlten Handtuch und Seife.

4.) In den Minuten, als die Bomben fielen, entstand unter den im Luftschutzkeller Anwesenden eine begreifliche Aufregung, und ein Teil der Hausbewohner drängte sich in die vorderen Luftschutzräume, die ausschließlich der Befehlsstelle und den Feuerwehrleuten zur Verfügung stehen. Dadurch wurden die Luftschutzmannschaften im schnellen Ankleiden stark behindert und jede ruhige Überlegung der vorzunehmenden Handlungen unmöglich gemacht.

5.) Es wurde im Luftschutzkeller stark geraucht und dadurch die Luft verschlechtert, ein Zustand, der sich bei stundenlangem Alarm als sehr nachteilig herausstellen könnte.

6.) Es wäre zu empfehlen, für die Schlüssel zu den Räumen und den Dachböden eine bestimmte Stelle im Befehlsraum vorzusehen, damit die Schlüssel sofort greifbar sind und nicht erst in einer der vielen Taschen eines Herrenanzuges gesucht werden müssen. Auch dadurch gehen kostbare Minuten verloren.

Nach dem **11.9.1940** werden genaueste Listen angefertigt, die beim Inventar bis zum Salzstreuer für 60 Pfg. alles verzeichnen, was kaputtgegangen ist. Der Versuch einer Entschädigung wird zum Versicherungsfall und löst einen bürokratischen Prozeß aus, in den Sachverständige eingeschaltet werden, die die Schäden besichtigen, ein Vorgang, der erst am **13.5.1941**, also 9 Monate später, abgeschlossen ist. Auf Anweisung von Speer erhält der Heizer Saul eine Summe ausgehändigt, um sich ein neues Schlafzimmer zu kaufen. Dieser Versuch einer unbürokratischen Lösung wird vom Rechnungshof auch noch beanstandet.

Über die Folgen der Luftangriffe werden seit dem **25.8.1940** durch die Luftschutzwarte genaue Berichte angefertigt und an die Hauptluftschutzstelle des Magistrats weitergeleitet. Sie dienen zur Schadensermittlung und Information für die Polizei und höhere Dienststellen. Aus ihnen hat Laurenz Demps eine genaue Liste aller Alarme und Angriffe und ihrer Auswirkungen zusammengestellt:

Ubersicht über die Luftalarme, öffentlichen Luftwarnungen und Kurzalarme von 1939 bis 1945

(Abkürzungsverzeichnis: RAF = Royal Air Force; Bezeichnung der britischen Luftstreitkräfte
USAAF = United States American Air Force; Bezeichnung der amerikanischen Luftstreitkräfte
SU = Symbol für die sowjetischen Luftstreitkräfte
Fla = Fliegeralarm
Kla = Kurzalarm
Ölw = öffentliche Luftwarnung)

Art und Nr. des Alarms	Datum des Alarms	Beginn des Alarms	Ende des Alarms	Dauer in Stunden u. Minuten	Schwerpunkt des Angriffs	Bemerkungen (u. a. auch Ziele anderer Teile des faschistischen Herrschaftsgebietes)
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
				1939		
1. Fla.	1. 9.	18.55	19.00	0.05	keine Schäden	2 polnische Flugzeuge
2. Fla.	9. 9.	03.35	04.20	0.45	keine Schäden	Berlin nicht überflogen
				1940		
3. Fla.	22. 6.	01.41	02.16	0.35	keine Schäden	RAF, Babelsberg
4. Fla.	14. 8.	01.34	02.22	0.48	keine Schäden	RAF, Flugblätter
5. Fla.	20. 8.	00.41	02.20	1.39	keine Schäden	RAF, 2 Flugzeuge, westl. Außenbezirke
6. Fla.	26. 8.	00.19	03.23	3.04	Wartenberg, Rosenthal	RAF, 29 Flugzeuge, Flugblätter
7. Fla.	27. 8.	00.41	01.32	0.51	Berlin nicht überflogen	RAF, 1 Flugzeug
8. Fla.	29. 8.	00.27	03.17	2.50	Kreuzberg	RAF
9. Fla.	31. 8.	01.39	03.15	1.36	Innenstadt, Alexandrinenstraße	RAF
10. Fla.	1. 9.	00.03	01.41	1.38	Charlottenburger Chaussee, Zoo, Marienfelde	RAF
11. Fla.	2. 9.	00.43	01.32	0.49	keine Schäden	RAF
12. Fla.	4. 9.	00.05	02.37	2.32	Bohnsdorf, Hermsdorf	RAF
13. Fla.	5. 9.	00.06	02.11	2.05	Streitstraße	RAF
14. Fla.	6. 9.	00.05	01.25	1.20	Berlin nicht überflogen	
15. Fla.	7. 9.	00.13	03.00	2.47	Innenstadt, Kriminalgericht	RAF, Flugblattabwurf
16. Fla.	10. 9.	01.44	02.26	0.42	Rosenthal, Wilhelmsruh, Friedrichstraße	RAF, Flugblattabwurf
17. Fla.	11. 9.	23.54	01.46	1.42	Pariser Platz, Reichstag, Unter den Linden	RAF, Flugblattabwurf
18. Fla.	12. 9.	00.42	02.17	1.35	Hinckeldeybrücke	RAF, Flugblattabwurf
19. Fla.	15. 9.	23.29	23.56	0.27	Berlin nicht überflogen	
20. Fla.	16. 9.	01.48	02.18	0.30	keine Schäden	
21. Fla.	22. 9.	23.54	02.15	2.21	Schmöckwitz	RAF, Potsdam
22. Fla.	23. 9.	23.21	03.10	3.49	Moabit, Tempelhof, Charlottenburg	RAF, 84 Flugzeuge
23. Fla.	24. 9.	23.49	02.38	2.49	Plötzensee, Prenzlauer Berg, Tiergarten	
24. Fla.	25. 9.	22.57	03.56	4.59	Mitte, Kreuzberg, Schöneberg, Weißensee	RAF
25. Fla.	29. 9.	00.42	02.26	1.44	Berlin nur überflogen Leuchtbomben	RAF
26. Fla.	29. 9.	02.48	03.17	0.29	Berlin nicht überflogen	
27. Fla.	30. 9.	00.47	02.36	1.49	Berlin nicht überflogen	
28. Fla.	30. 9.	23.18	04.28	5.10	Pankow, Wedding, Prenzlauer Berg, Kreuzberg	RAF
29. Fla.	1. 10.	22.48	01.02	2.14	Berlin nicht überflogen	

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
30. Fla.	3. 10.	02.33	03.44	1.11	Berlin nur überflogen	
31. Fla.	7. 10.	22.16	02.58	4.42	Moabit, Westhafen, Plötzensee, Charité	RAF
32. Fla.	12. 10.	22.19	00.37	2.18	Tiergarten, Pankow, Lichtenberg, Kreuzberg, Neukölln	RAF
33. Fla.	14. 10.	23.07	00.13	1.06	Berlin nicht überflogen	
34. Fla.	15. 10.	01.21	04.54	3.33	Mitte, Pankow, Wedding, Reinickendorf, Friedrichshain	RAF, 14 Flugzeuge
35. Fla.	15. 10.	22.33	00.20	1.47	Berlin nicht überflogen	
36. Fla.	21. 10.	00.13	02.45	2.32	Berlin nur überflogen	
37. Fla.	21. 10.	03.27	06.00	2.33	Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz	RAF
38. Fla.	24. 10.	02.43	05.52	3.09	Wilmersdorf, Reinickendorf, Köpenick, Treptow	RAF
39. Fla.	25. 10.	00.56	05.29	4.33	Neukölln, Zehlendorf	RAF
40. Fla.	26. 10.	22.38	23.08	1.15	Karow	RAF, Abwurf von Leuchtbomben
41. Fla.	27. 10.	03.44	05.17	1.33	Berlin nur überflogen	
42. Fla.	27. 10.	22.41	23.33	0.52	Berlin nur überflogen	
43. Fla.	1. 11.	21.09	01.00	3.51	Wedding, Pankow, Prenzlauer Berg, Lichtenberg, Köpenick, Treptow, Mitte	RAF
44. Fla.	2. 11.	03.05	04.51	1.46	Tiergarten, Weißensee, Lichtenberg, Köpenick, Neukölln, Schöneberg	RAF
45. Fla.	3. 11.	02.24	03.43	1.19	Berlin nicht überflogen	
46. Fla.	7. 11.	04.03	05.27	1.24	Berlin nicht überflogen	
47. Fla.	10. 11.	21.25	23.57	2.32	Berlin nur überflogen	Verletzte durch Flak
48. Fla.	13. 11.	20.37	22.32	1.55	Biesdorf, Mahlsdorf, Mitte, Kreuzberg, Steglitz	Verletzte durch Flak
49. Fla.	14. 11.	20.54	01.02	4.08	Tempelhof, Mitte, Kreuzberg	RAF, 12 Flugzeuge
50. Fla.	15. 11.	02.53	04.34	1.41	Mitte, Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Pankow, Wedding, Köpenick	RAF, 12 Flugzeuge
51. Fla.	19. 11.	21.56	00.50	2.54	Mitte, Tempelhof, Steglitz	RAF, Potsdam
52. Fla.	20. 11.	04.51	06.06	1.15	Wilmersdorf, Steglitz, Zehlendorf	
53. Fla.	23. 11.	21.06	22.17	1.11	Berlin nicht überflogen	
54. Fla.	26. 11.	21.37	22.38	1.01	Südteil der Stadt	RAF
55. Fla.	15. 12.	21.26	22.51	1.25	Berlin nur überflogen	RAF, 1 Flugzeug
56. Fla.	16. 12.	04.07	06.16	2.19	Spandau, Charlottenburg, Neukölln, Wilmersdorf	RAF, 45 Flugzeuge
57. Fla.	20. 12.	22.16	01.00	2.44	Reinickendorf	RAF, 23 Flugzeuge
58. Fla.	21. 12.	04.45	06.54	2.09	Zentrum um den Alexanderplatz	RAF, Potsdam
59. Fla.	21. 12.	06.58	07.28	0.30	Lustgarten, Wedding	RAF

Laurenz Demps: Übersicht über die Luftalarme, öffentlichen Luftwarnungen und Kurzalarme in Berlin für die Jahre 1939/1940 ←L 16

Bis Ende 1940 hatten die britischen Bombenfliegerkräfte 36 Angriffe gegen Berlin geflogen, bei denen 400,7 Tonnen Bomben und 25 693 Brandbomben abgeworfen wurden. (Auf London warf die faschistische Luftwaffe vom 7. September bis zum 13. November 1940 allein 13 651 Tonnen Sprengbomben, das über Vierunddreißigfache!) Insgesamt wurde für 120 Stunden Luftalarm gegeben. Bei diesen Angriffen waren 222 Berliner getötet, 428 verletzt und 9 273 obdachlos geworden. Die meisten Verluste entstanden durch Sprengbomben (77,5 % aller Toten). Von den 222 getöteten Personen waren 41 (18,5 %) auf Straßen und Höfen, 72 (32,5 %) in ihren Wohnungen, 54 (24,5 %) in Schutzräumen und 55 (24,5 %) im Einsatz umgekommen. 730 Wohnhäuser, 22 Verwaltungsgebäude, 47 Industrieanlagen und 22 Verkehrsanlagen wurden vernichtet oder beschädigt. ←L 17

Die britischen Luftangriffe auf Berlin setzten von Ende Dezember 1940 bis Mitte März 1941 aus.

2.2.1 Die Wohnungsaktionen

Die 9273 durch die Bombardierungen obdachlos gewordenen Personen müssen untergebracht werden, sei es in reparierten eigenen oder, bei Totalschaden, in Ersatzwohnungen. Am **28.1.1941** findet beim GBI eine Sitzung statt, bei der es um dieses Problem und gleichzeitig wieder um die Räumung der *Abrißwohnungen* geht.

Die Bombengeschädigten sollen in *Katastrophen-Wohnungen* untergebracht werden, die in den zum Abriß vorgesehenen Interessenbereichen des GBI liegen und von ihren bisherigen Mietern geräumt werden sollen. Um die Räumung der Abrißwohnungen für Katastrophenzwecke zu ermöglichen, müssen nach dem erprobten Muster von **1939** vorher *Judenwohnungen* geräumt werden.

Die Diskussion darüber führen Vertreter der GBI, der Stadt Berlin, des Hauptliegenschaftsamtes, des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, des Reichssicherheitshauptamtes, der Gauleitung der NSDAP und der Polizei:

Präsident Prof. Dr. Hettlage (GBI) eröffnete die Besprechung und teilt den Herren mit, daß auf Anordnung des Führers kurzfristig Katastrophen-Wohnungen bereitgestellt werden müssen. ←A 42

Vize-Präs. Clahes (GBI): Bis zum 1. März bzw. 1. April d.J. soll die Räumungsaktion für Katastrophenzwecke beendet sein. Es ist beabsichtigt, die durch Fliegerschäden Betroffenen blockweise zusammenzufassen, um die Verpflegung etc. leichter durchzuführen. Zu diesem Zweck sind die Räumungsbereiche: 4, 9, 14, 23 und 40 in Aussicht genommen. Er weist darauf hin, daß den Vermietern durch diese Aktion kein Nachteil entstehen darf. Die Entschädigung soll aus Mitteln der Bauträger erfolgen. Mit den Spediteuren ist bereits verhandelt worden, mit Malern und Tapezierern sind die Verhandlungen noch im Gange. Die Instandsetzungen der freigemachten Judenwohnungen werden durch Kolonnen vorgenommen. Die Instandsetzungskosten richten sich nach den einzelnen Fällen und werden

erliche Alibis zu verschaffen. Unterdessen wird die ganze Nacht hindurch London bombardiert. An die 350 000 kg Bomben gehen auf die Stadt herunter. Das wird schon hinhauen.

10.9.1940: *Wetter wieder etwas besser. Die Berichte aus London sind grauenvoll. (. . .) Ein Inferno von unvorstellbaren Ausmaßen. Die Stadt gleicht einer Hölle. Man kann schon leichte Anzeichen einer sinkenden Moral feststellen. Wie lange wird diese 8-Millionenstadt das noch aushalten? Man hat kein Beispiel, nach dem man das abschätzen könnte. Angriff auf Berlin wird groß aufgemacht. Umgekehrt wie bisher. Frage: ist London auf diese Weise in die Knie zu zwingen. Ich möchte annehmen ja. Aber wir müssen abwarten, und angreifen, angreifen! Wodarg erläutert mir an Karten die ganze Art des Angriffs. Großartig vorbereitet. Man hat seine helle Freude an diesem organisatorischen Meisterwerk. Wir stellen unseren Rundfunk neu ein. Sprachen- und Geheimdienst ganz auf Schrecken und Panik ausgerichtet. Wir drücken mächtig auf die Tube. (. . .) Die Engländer haben über Deutschland kleine Brandplättchen in rauhen Mengen abgeworfen. Wir machen gleich ein Mordsgeschrei darum, nachdem wir die ganze Sache 14 Tage zurückgehalten hatten. Die „Times" kommt uns sehr entgegen, indem sie schreibt, was heute London aushalte, habe das Ruhrgebiet seit Monaten aushalten müssen. Das kommt uns gerade recht. Damit spielt die „Times" uns das beste und brauchbarste Argument in die Hand. Es geht den ganzen Tag hoch her. Die Nachrichten aus London überstürzen sich geradezu. Wir verwerten sie auf das Beste. Ich dämme die Flut der allzu starken Nachrichten sogar ein wenig ab. Sonst glaubt das deutsche Volk, der Krieg sei morgen zu Ende. (. . .) Es geht auf den Nachtangriff auf London los. Aber das Wetter will sich nicht geneigt zeigen. Dagegen haben wir ab Mitternacht Luftalarm in Berlin. Die Engländer scheinen Prestigeerfolge zu suchen. Wir werden ihnen aber helfen. Angriff auf Regierungsviertel. Brandenburger Tor, Akademie der Künste und Reichstag getroffen. Nicht erheblich, aber ich lasse noch etwas nachhelfen. Durch Scheinbrandbomben. Wodarg läßt das gleich photographieren. Ein prachtvolles Propagandamittel. Sonst noch eine Reihe mittlerer Angriffe auf Berlin.*

11.9.1940: *Wetter wechselnd. Angriff auf London geht weiter. In der Nacht vorher 100 to abgeworfen. Buckinghampalast getroffen und schwer beschädigt. Wir machen den Angriff auf das Regierungsviertel groß auf und verschaffen uns damit ein Alibi für unseren folgenden massiven Angriff auf das Londoner Regierungsviertel. (. . .) Wir sind fein heraus, da wir jetzt freie Hand haben. Sonst weniger Einflüge ins Reich. Hauptangriffsziel ist und bleibt Berlin. Und für uns London. Daraus bestimmt sich vorläufig die militärische Lage. Ich gebe der Presse klare Angriffsparolen. Mehr zugeben, z.T. sogar aufbauschen. Wir müssen uns moralisch decken. (. . .) Beim Führer. Er will nun das Londoner Regierungsviertel, insbesondere das Unterhaus bombardieren lassen. Bei der nächsten Gelegenheit. Die Engländer machen Fehler über Fehler: uns anzugreifen an einer Stelle, wo sie selbst so außerordentlich verwundbar sind. Sie werden es büßen müssen. Der Führer hat eine richtige Wut. Wir gehen nun massiv heran. (. . .) Die Lage in London hat sich weiterhin leicht versteift. Aus Neutralien kommen nun doch schon vereinzelte Stimmen, die von sinkender Moral zu melden wissen. Man muß das Weitere abwarten. Wir fangen ja erst an. Der Angriff auf unser Regierungsviertel wird ganz groß aufgemacht. Auch in den Garten unseres Hauses in der Hermann-Göring-Straße sind Brandbomben geworfen worden. Allerdings ohne Schaden anzurichten.*

12.9.1940: *Flugwetter mittelmäßig. Angriff Berlin ohne Folgen. Dagegen wurden Bremen und Hamburg hart mitgenommen. 14 Tote. Wir machen das ganz groß auf. Tollste Nachtangriffe auf London. Reuter zum Schweigen gebracht. Amerika London gegenüber immer skeptischer. 200 to auf London abgeworfen. Große Teile der Stadt brennen. Inferno-Berichte über die Lage in der Weltstadt. Wir stoppen sogar etwas ab, um dem deutschen Volk nicht zuviel Hoffnung zu machen. Londoner Kreise erklären, die Stadt werde nun*

zum Höhlendasein zurückkehren. Abwarten! Reuter gibt nur hin und wieder das Wort „nothing" durch. Die Angriffe auf Deutschland bauschen wir auf, die auf England machen wir kleiner, als sie sind. Umgekehrte Methode. Dabei stellen wir immer die Kriegsschuld Englands an die Spitze.

von der GBI mit 1/2–2/3 getragen. Den Kartenstellen und Wirtschaftsämtern ist empfohlen, bei Anträgen von Gardinen etc. Erleichterung zu schaffen.

Die Stadt muß die Garantie übernehmen, daß die Katastrophen-Wohnungen nicht anderweitig besetzt werden.

Prof. Dr. Hettlage: Ist die SS in der Lage, 100 Wohnungen innerhalb 14 Tagen zu räumen? Insgesamt müssen bis zum 28.2. d.J. ca. 250 Judenwohnungen wiedervermietet und sodann geräumt werden. Die SS erhält für die Räumung der betreffenden Judenwohnungen eine Liste. Es werden nur Judenwohnungen geräumt, über die bereits Verträge abgeschlossen sind.

Die SS ist der Meinung, daß der ihr gestellte Termin ohne weiteres eingehalten werden kann.

Pg. Spangenberg (NSDAP): Nach seiner Feststellung sind ca. 15.000 Judenwohnungen incl. jüdischer Hausbesitzer erfaßt worden.

Vize-Präs. Clahes: Nach dem Material der Stadt Berlin hat die GBI die Zahl von 22.000 Judenwohnungen ermittelt.

Prof. Dr. Hettlage empfahl Herrn Schmidt (GBI), die Namen der Speditеurfirmen und die mit ihnen getroffenen Abkommen der SS mitzuteilen.

Pg. Spangenberg: Den Juden soll klargemacht werden, daß sie keine Entschädigungsansprüche geltend machen dürfen.

Prof. Dr. Hettlage erläutert den Wohnungsnachweis für die Abrißmieter, der nach Bezirken, Wohnungsgröße und Mietshöhe in der Wohnungszeitung gegliedert ist.

Herr Schmidt (GBI) bemerkt, daß Familien, deren Männer im Heeresdienst stehen, eine besondere Betreuung durch die Abtlg. IV erhalten.

Vize-Präs. Clahes teilt Herrn Ober-Mag.Rat Dr. Zunft mit, daß die Umzugskosten von der Stadt Berlin getragen werden sollen.

Ober-Mag.Rat Dr. Zunft (Hauptliegenschaftsamt) erwiderte, daß die reinen Umzugskosten kein Problem wären. Seiner Meinung nach hat der Bauträger den Mietsausfall zu ersetzen.

Prof. Dr. Hettlage ersucht die SS um laufende Mitteilung an uns, wann die Räumung der Judenwohnungen erfolgt ist, damit die Instandsetzungskolonnen sofort die Wiederherrichtung der freigemachten Wohnungen vornehmen können.

An Hand der allen Anwesenden vorliegenden Entwürfe an die Abrißmieter, an die Besitzer der Bereichsgrundstücke und an die Vermieter der Judenwohnungen wurde die Frage aufgeworfen, ob Änderungen im Text der Briefe erforderlich wären. Es wird empfohlen, den Entwurf für die Vermieter von Judenwohnungen etwas kürzer und klarer zu fassen.

Ebenfalls soll im 2. Entwurf an die Besitzer der Bereichgrundstücke als Schlußsatz bemerkt werden, daß jede anderweitige Verfügung über die freigemachten Wohnungen unterbleiben soll, andernfalls Nachteile bei Mietsentschädigungen entstehen können. Bezüglich der Vermieterverpflichtung bleiben die Bestimmungen im bisherigen Umfange bestehen. Es wird empfohlen, bei Schönheitsreparaturen nicht engherzig zu verfahren. Bei festgestellter Vernachlässigung von Wohnungen, die vom Hausbesitzer vielleicht 10–15 Jahre nicht mehr überholt wurden, wird der Vermieter zu den Renovierungskosten herangezogen. Es ist vorgesehen, daß für die umgesiedelten Mieter eine vorübergehende, zeitlich befristete Mietsbeihilfe gezahlt wird. Besonders hingewiesen wird, daß die 1.000 Katastrophen-Wohnungen nur als vorübergehende Unterkunft dienen sollen.

Stadtrat Pfeil teilt mit, daß für die seit Kriegsanfang leerstehenden Wohnungen die Stadt Berlin den bisherigen Mietsausfall tragen müßte.

Vize-Präs. Clahes schlägt vor, daß die Stadt Berlin bei den jetzt freiwerdenden Abrißhäusern die Ermietung dieser Grundstücke sofort vornimmt, bezüglich der Herrichtung der vorgesehenen Katastrophenhäuser sind ca. 14 Tage bis 3 Wochen veranschlagt.

Mag.Rat Dr. Pade möchte nur ganz geräumte Häuser ermieten.

Prof. Dr. Hettlage: Während der Übergangszeit ist diese Möglichkeit nicht vorhanden.

Vize-Präs. Clahes: Juden sollen nur noch in Judenhäusern untergebracht werden. Zu diesem Zweck erhält die SS von der Wohnungs-Abt. eine entsprechende Liste.

Die Mieter der für den Abriß vorgesehenen Wohnungen erhalten ein Schreiben des GBI, in dem das Räumungsverfahren erklärt wird.

Der Generalbauinspektor
für die Reichshauptstadt
Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft

Berlin-Charlottenburg 2, den ....
Berliner Straße 9 / Fernsprecher 39 00 16
Postscheckkonto Berlin 8055 / Reichsbank-Giro-Konto 1937

Geschäftszeichen Nr. ....
Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

Sprechstunden
nur Montag, Mittwoch, Freitag
von 9-14 Uhr

Betrifft: Räumung von Bereichsgrundstücken,
Grundstück:

Das Haus, das Sie bewohnen, liegt in einem „Bereich", der auf Grund der Vorschriften über die Neugestaltung der Reichshauptstadt durch mich erklärt worden ist. Die Gebäude auf dem Grundstück werden aus Anlaß der Neugestaltung der Reichshauptstadt abgerissen. Die Arbeiten an der Neugestaltung ruhen zurzeit. Dagegen ist es erforderlich, für kriegswichtige Zwecke, namentlich für die Unterbringung etwaiger Bombengeschädigter, Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Da die durch Bomben beschädigten Wohnungen, wie auch Sie beobachtet haben werden, von mir in der Regel verhältnismäßig kurzfristig wiederhergestellt werden, erfolgt die Unterbringung der Bombengeschädigten im allgemeinen nur auf Zeit. Sie werden zum größten Teil in ihre wiederhergestellten alten Wohnungen zurückkehren können. Dann werden also die Wohnungen in den Bereichen wieder frei; sie können nach dem Kriege abgerissen werden.

Zurzeit stehen mir für die Unterbringung von Abrißmietern aus künftigen Abrißgebieten durch das Freiwerden von Judenwohnungen in fast allen Gegenden Berlins Wohnungen zur Verfügung, die von mir vor dem Bezug durch Abrißmieter ohne Kosten für sie unter bevorzugtem Einsatz von Handwerkern gründlich instandgesetzt werden. Diese Wohnungen entsprechen in der Regel den bisherigen Raumbedürfnissen der Abrißmieter aus den Bereichen, die daran gewöhnt sind, in guter Verkehrslage in der Stadt zu wohnen. Etwa später neu erbaute Ersatzwohnungen werden zumeist nicht so verkehrsgünstig wie die Mehrzahl der Judenwohnungen liegen.

Aus diesem Grunde habe ich mich entschlossen, auch Ihre Wohnung schon jetzt zu räumen, um sie während des Krieges als Wohnungsreserve für kriegswichtige Zwecke zu verwenden. Ich bitte, für diese Maßnahme Verständnis zu haben, die auch in Ihrem Interesse erfolgt. Nach dem Kriege werden mir die Judenwohnungen nicht mehr zur Verfügung stehen, und Sie würden möglicherweise nicht so passend untergebracht werden können wie heute.

Ich bitte, zur rechtzeitigen Bereitstellung von Ersatzwohnungen beiliegende Postkarte dem Vordruck entsprechend genauestens auszufüllen und sie mir baldmöglichst zurückzusenden. Nach Eingang der Karte erhalten Sie alsbald einen Wohnungsnachweis über eine größere Anzahl der Ihrer jetzigen Wohnung entsprechenden Ersatzwohnungen sowie den Mietberechtigungsschein zur Ermietung einer Ersatzwohnung.

Hauswartwohnungen werden von diesen Maßnahmen nicht betroffen, weil die Häuser nicht ohne Hauswart bleiben können. Die Hauswarte senden die beiliegende Karte mit dem Vermerk „Hauswartwohnung" und Unterschrift an mich zurück.

Ich mache darauf aufmerksam, daß Sie, falls Sie nicht innerhalb der nächsten Zeit eine Ersatzwohnung anmieten, bei Eintritt eines größeren Bedarfs an Wohnungen für kriegswichtige Zwecke u.U. mit einer zwangsweisen Umsiedlung auf Grund des Reichsleistungsgesetzes rechnen müssen, ohne daß Ihnen dann die Auswahl der Ersatzwohnung freigestellt werden kann.

Ich bitte um Verständnis für meine Maßnahme, die nur aus kriegswichtigen Gründen erfolgt. Selbstverständlich ist ein Umzug im Kriege mit Unbequemlichkeiten verbunden. Ich werde Ihnen jedoch im Rahmen des Möglichen, insbesondere auch durch Bereitstellung des Spediteurs, behilflich sein. Die Ihnen entstehenden Umzugskosten werden von mir übernommen. Ihnen sonst entstehende Auslagen werden im Rahmen des Angemessenen vergütet. Hierüber erhalten Sie von mir später noch nähere Nachricht.

Im Auftrag:

Information der GBI an die „Abrißmieter" (1939) ←A 43

Die Räumungsaktion zur Bereitstellung von 1000 *Katastrophen-Wohnungen* beginnt im **Februar 1941** und betrifft die Bereiche 14, 23 und 100. Sie beginnt in Schöneberg am Westrand des Eisenbahngeländes, um das Gelände für die Nord-Süd-Trasse freizubekommen. Eine Liste vom **1.4. 1941** gibt eine Übersicht über das Ausmaß der abgerissenen und noch abzureißenden Wohnungen im Bereich der Achsen und für die Verlegung der Reichsbahn: →A 44

1. Südachse bis Südbahnhof	18.236
2. Südachse ab Südbahnhof (Südstadt)	7.759
3. Nordachse (Große Halle bis Nordbahnhof)	5.959
4. Nordachse (Nordbahnhof bis Ring)	3.484
5. Ostachse (Brandenburger Tor bis Ring)	6.333
6. Westachse (Brandenburger Tor bis Ring)	360
7. Reichsbahnabbrüche	10.013
Summe:	52.144

Innerhalb der Abrißbereiche liegt eine Reihe von Häusern, die sich in jüdischem Besitz befinden. Diese Häuser werden zu *Judenhäusern* erklärt. In ihnen werden jüdische Mieter aus *arischen Häusern* konzentriert.

Gemäß Speer-Anordnung sind auf Wunsch des Führers vorab 1000 Wohnungen für obdachlos gewordene Volksgenossen zur Verfügung zu stellen. In Auswirkung dieser Anordnung werden in den Neugestaltungs-Bereichen bestimmte Gebiete geräumt. Die Mieter dieser Wohnungen, die sogenannten „Abrißmieter", werden in Judenwohnungen untergebracht. Den Juden wird von der jüdischen Gemeinde die Unterkunft bei anderen Juden zugewiesen. ←A 45

Bis Ende Mai sind bereits 940 Wohnungen geräumt. Seit dem Sieg über Frankreich im **November 1940** wird allgemein mit dem *baldigen Ende des Krieges* gerechnet.

Beim GBI, dessen Bautrupps, die jetzt zur Hälfte aus Dienstverpflichteten aus den besetzten Gebieten (Holländer, Belgier, Franzosen, Tschechen usw.) zusammengestellt und mit der schnellen Reparatur von Bom bardierungsschäden beschäftigt sind, richtet man sich auf die Wiederaufnahme der großen Neubauarbeiten ein.

Erinnerung an den Luftangriff vom 16.12.1940

Wir sind in das Haus 1929/30 während der Weltwirtschaftskrise eingezogen, weil in der alten Wohnung die Miete zu hoch war. Und zwar war es ein Eckhaus in einer noch relativ guten und vornehmen Wohngegend, Charlottenbrunner Straße 44 Ecke Cunostraße, unweit der Hohenzollernbrücke hinter dem S-Bahnhof Hohenzollerndamm. Als Eckhaus hatte es einen kleinen – das ist nachher sehr wichtig – unregelmäßigen Hof. Er war fast quadratisch, mit einem Hofflügel. Die Wohnung ist nach der Inflation geteilt worden und besaß durch diese Teilung eine dunkle Diele und eine relativ kleine Küche. Alle anderen Räume waren hintereinander zur Straße gelegen mit einem Balkon. In der Nazizeit hat man dann – das ist jetzt wichtig – am Hohenzollerndamm, wo heute das Sportzentrum Lochowdamm ist, ein großes Gebäude, das Wehrkreiskommando, errichtet. Es war in der Luftlinie nicht weit von unserem Eckhaus entfernt. Ich weiß nicht, wie viele Alarme schon vorangegangen waren, aber es waren einige.

Jedenfalls kurz vor Weihnachten 1940, etwa 8 Tage vorher, gelang es meiner Mutter, eine Gans zu kaufen, das war damals nicht mehr so einfach, und sie wurde, da es schon ziemlich kalt war, auf den Balkon gehängt.

Am 16. Dezember war nachts wieder Alarm, mein Vater ist in den Keller gegangen. Ich war ein bißchen übermüdet und hatte keine Lust und bin mit meiner Mutter in der Wohnung geblieben. Wir saßen, um Splitterschutz zu haben, eben in dieser dunklen Diele, weil da keine Fenster waren. Und plötzlich gab es eine Reihe heftiger Explosionen ganz in unserer Nähe. Ich bekam unvermittelt große Angst, ergriff meine Mutter und lief mit ihr die Treppen herunter. Ich lief, immer meine Mutter hinter mir herziehend, über den Hof, denn der Luftschutzkeller war nicht im Haus Charlottenbrunner Straße 44, sondern im Eckhaus Cunostraße 48. Wir mußten also schräg über den Hof

und rannten die kurze Kellertreppe hinunter. Mein Vater hatte wohl schon gewartet, er machte dann die Tür auf. Es war eine eiserne Tür mit diesem typischen Verschluß, so eine Art Hebelverschluß. Hinter uns krachte es furchtbar. Mit Mühe und Not konnte die Tür geschlossen werden. Der Keller war voller Qualm und Staub. Es bestand bei uns kein Zweifel, daß die Bombe in das Haus gefallen war. Als Entwarnung gegeben wurde und wir herauskamen, ergab sich folgendes: Das Treppenhaus unseres Hauses, also Charlottenbrunner Straße 44, war zerstört, aber nur zum Teil, und zwar so, daß alle zum Hof liegenden Räume, Küche und Diele einschließlich des Korridors, wie abgeschnitten waren, einschließlich des Treppenhauses. Es gab ein oder zwei Tote, die Portiersfrau, die sich ebenfalls in ihrer Wohnung im Erdgeschoß aufgehalten und uns noch nachgesehen hatte, und dann noch irgend jemand, der sich zufälligerweise im Haus befand. Als wir wieder auf der Straße waren, wollten wir, ich weiß nicht warum, in Richtung Hohenzollerndamm gehen. Dabei fiel meine Mutter in einen Bombentrichter auf der Straße vor dem Nachbarhaus. Vermutlich war es eine ganze Bombenkette gewesen, die dem Wehrkreiskommando gegolten hat. Ich hatte eine Freundin, die wohnte am Hohenzollerndamm, und da haben wir die erste Nacht verbracht. Denn es war ja immerhin zwischen 12 und 2 Uhr nachts. Meine Mutter hatte nasse Kleider, und alle, auch die nicht direkt Betroffenen, befanden sich in größter Erregung. Die Scheiben der anderen Häuser waren durch den Luftdruck herausgefallen. Am nächsten Tag sind meine Eltern gleich zu den Ämtern gegangen, und es ergab sich folgendes: Wir wurden in das Wehrkreiskommando eingewiesen, und zwar in die Wohnung des dort amtierenden Generals. Er war zwar nicht da, aber seiner Frau paßte das nicht. Sie behandelte uns ganz schlecht. Ich blieb daher bei meiner Freundin wohnen. Mit den Vorderzimmern waren auch die gesamten Möbel erhalten geblieben. In einem relativ kurzen Zeitraum kam dann am nächsten Tag die technische Nothilfe, die über Feuerwehrleiter unsere gesamten, zum Teil sehr schweren Möbel herausholten. Sogar die Gans wurde geborgen, konnte aber nicht gegessen werden, da sie voller Glassplitter war. Es war in den erhaltenen Vorderräumen überhaupt nichts beschädigt bis auf eine Blumenvase aus schwarzem Glas, die durch das gefrorene Wasser zersprang. In der fensterlosen Diele gab es einen Hängeboden. Dort hatten wir Meißner Porzellan und alles, was man so früher in einer gutsituierten Familie hatte und nicht brauchte, säuberlich in Kisten verpackt. Gleich am nächsten Tag kamen Arbeitskräfte in den Hof und räumten den Schutt auf. Dabei fanden sie diese Kisten unversehrt an. Ihr Inhalt, u.a. Meißner Porzellan-Figuren, waren unbeschädigt geblieben. Wir haben sie dann nachher gegen Lucky Strikes an Amis verkauft. Ich habe damit z.T. mein Studium finanziert. Sie sehen also, daß die nicht beschädigt sein konnten, denn diese nahmen beschädigte Sachen nicht an. Am nächsten Tag, nach dem Bombenangriff – die Stelle war abgesperrt –, war ein großer Auflauf auf der anderen Straßenseite, ganz Berlin kam und sah sich also diese erste größere Bombardierung an. Noch eine Merkwürdigkeit: Über uns wohnten ein relativ bekannter Schriftsteller mit seiner Mutter, die auch nicht im Keller waren und nicht mehr herunterkonnten. Sie hatten sich zum Glück während des Angriffs in den unzerstörten Vorderräumen aufgehalten. Sie sind am frühen Morgen ebenfalls mit der technischen Nothilfe, es war immerhin der 3. Stock, über die Feuerwehrleiter runtergeholt worden.

Später zogen wir dann in eine Pension in der Motzstraße, die Inhaberin war eine Jugendfreundin meiner Mutter, dort haben wir bis zum Januar etwa gewohnt. Beim Wohnungsamt bekamen sie mehrere Wohnungen zugewiesen. Wir entschieden uns für eine Wohnung in der Uhlandstraße. Wer vorher dort gewohnt hat, weiß ich nicht. Es war eine schöne Vier-Zimmer-Wohnung, Altbau, um 1905 gebaut. Wir erhielten reichlich Bezugsscheine für Geschirr und Küchenmöbel. Ich erinnere mich sehr gut, während meine Eltern einkauften, mußte ich in der leeren Wohnung die Lieferungen annehmen und auch auspacken. Auch Bezugsscheine für Kleidung gab es. Meine Mutter hatte sich vorher

In der Nacht zum **13.3.1941** nimmt die RAF, die jetzt zu Flächenbombardements übergeht, ihre Angriffe auf Berlin wieder auf. Die Zerstörungen werden beim GBI gelassen aufgenommen. Am **26.4.1941** notiert Wolters:

→A 46 *In der Nacht vom 25. auf den 26. April wurden bei einem Fliegerangriff drei Gebäude im Abrißgebiet südlich des Runden Platzes getroffen. Der Engländer leistete damit wertvolle Vorarbeit für Zwecke der Neugestaltung. Die Baugruppe Piepenburg beseitigte innerhalb des folgenden Tages die Glasschäden in Höhe von 6000 qm Fensterglas und 1000 qm Spiegelglas. Auf sämtlichen Berliner Schadenstellen arbeiteten während dieser Zeit 4000 Mann. 110 Fahrzeuge der Transportstandarte Speer und 50 Privatfahrzeuge sind für die Schuttbeseitigung eingesetzt.*

Wie wirkungsvoll die Baugruppen des GBI arbeiten, erhellt eine Statistik von Wolters vom **3.8.1941**:

→A 47 *Auf den Berliner Schadenstellen hat der Baustab Speer zur Zeit noch etwa 3 323 Mann eingesetzt. Von den bisher gemeldeten 23 981 Gebäudeschäden wurden bereits 21 256 wieder beseitigt. Von 1 127 geräumten Wohnungen wurden 590 wieder bewohnbar. Weitere 122 Wohnungen sind in drei Wochen beziehbar, 363 in späterer Zeit. 52 Wohnungen sind nicht mehr wiederherzustellen. Von den 12 682 nicht geräumten beschädigten Wohnungen wurden inzwischen 9 835 wiederhergestellt, während weitere 1 494 in etwa drei Wochen fertiggestellt sind.*

Am **25.8.1941** notiert er:

→A 48 *Gemäß Speer-Anordnung wird eine weitere Aktion zur Räumung von rund 5000 Judenwohnungen gestartet. Der vorhandene Apparat wird entsprechend vergrößert, damit die Judenwohnungen trotz der allseits bestehenden Schwierigkeiten infolge der Kriegslage schnellstens instandgesetzt und mit Abrißmietern aus den vordringlich zu räumenden Bereichen belegt werden können. Durch diese Maßnahmen werden die Judenwohnungen ihrem vorbestimmten Zweck zugeführt und auf der anderen Seite weitere Leerwohnungen für Katastrophenzwecke bereitgestellt.*

Am **3.9.1941** erhält Hans Stephan von Speer den Auftrag für das Drehbuch zu dem zu Beginn des Kapitels beschriebenen Film, der zeigen soll, →S.47 welche *Vorteile für die Allgemeinheit* mit der *Neugestaltung der Reichshauptstadt* verbunden sind. Hildegard Henschel, ehemalige Sozialarbeiterin der Jüdischen Gemeinde Berlin, die in Theresienstadt interniert war, berichtet **1946** über die Durchführung der von Speer angeordneten *zweiten Wohnungsaktion*:

→L 18 *Am 5. September 1941 erschien im Reichsgesetzblatt die Verordnung über die äußere Kennzeichnung der Rassejuden. Für die Durchführung der Verordnung war eine Frist von 2 Wochen gegeben, d.h. daß ab 19. September 1941 jeder unter die bezeichneten Kategorien fallende Rassejude zum Tragen des Judensterns verpflichtet war.*

Ausgenommen von der Verpflichtung waren die jüdischen Ehepartner privilegierter Mischehen, d.h. solcher Mischehen, aus denen christlich getaufte und erzogene Kinder hervorgegangen waren, jüdische Ehefrauen arischer Männer, auch wenn keine christlichen Kinder vorhanden waren, aber nicht kinderlose jüdische Ehemänner arischer Frauen. Starb der arische Ehemann einer kinderlosen Frau oder wurde die Ehe geschieden, so mußte die jüdische Frau sofort den Judenstern anlegen.

Auf das Verdecken des Sterns, war es beabsichtigt oder zufällig, waren schwere Strafen angedroht, gewöhnlich wurden diese Vergehen letzten Endes mit der Verbringung in ein Konzentrationslager geahndet.

Der Judenstern löste unter den Betroffenen eine ungeheure Aufregung aus, man sah sofort, welche Erschwerungen des täglichen Lebens wirtschaftlicher und seelischer Art (Kinder vom 6. Lebensjahr an mußten den Stern auch tragen) damit verbunden waren, aber niemand ahnte die ganze Tragweite dieser neuen Quälerei, die die erste Vorbereitung der Nazis für die Massenevakuierung der Juden aus Deutschland war.

Juden, die die Staatsangehörigkeit der von Deutschland nicht besetzten Länder besaßen, waren von der Sternverordnung natürlich ausgenommen.

Am 19. September 1941 mußte der Stern zum erstenmal getragen werden, und wenige Tage später war Versöhnungstag.

Der Gottesdienst wurde in den uns verbliebenen Synagogen ungehindert abgehalten. In dem kleinen Tempel im Logenhaus Joachimstaler Str. 13 amtierte Dr. Leo Baeck als Rabbiner. Es war mitten in der Vormittagspredigt, als der Vorsitzende der Gemeinde zum Telephon gerufen wurde. Ein Anruf der Gestapo beorderte ihn nach der Burgstraße, wo er mit dem stell-

vertretenden Vorsitzenden Herrn Philipp Kozower und der Leiterin der Wohnungsabteilung der Jüdischen Gemeinde, Frl. Dr. Martha Mosse, zusammentraf.

Der für die Angelegenheiten der Jüdischen Gemeinde Berlin zuständige Gestapobeamte, Prüfer, eine vielumstrittene Persönlichkeit, die das Glück hatte, bei einem Luftangriff getötet zu werden, eröffnete den drei Vertretern der Gemeinde, daß die Teilevakuierung von Berlin zu beginnen habe.

(. . .)

Es wurde also angesagt, in welchen Häusern christlicher Besitzer den Juden die Wohnungen zu kündigen seien, und zwar sollte die Gemeinde den Mieter der Wohnung auffordern, die Wohnung aufzugeben. Die Gemeinde wurde beauftragt, neuen Wohnraum für die Betroffenen bereitzustellen, bzw. sie in anderen Wohnungen in jüdischen Häusern zuzusiedeln.

Ferner wurde angeordnet, daß der Tempel Levetzowstraße zu einem Sammellager für ca. 1000 Personen herzurichten sei, eine Frist für die Einrichtung wurde angegeben, aber niemals ein Termin für die Evakuierung genannt.

Die Wohnungsaktion wurde durchgeführt, jedem „Gekündigten" wurde neuer Wohnraum zugewiesen, und ehe die Umzüge stattfinden konnten, war der 15. Oktober 1941 herangekommen.

Beim frühen Anbruch der Dunkelheit erschienen in den Wohnungen der „Gekündigten" schlagartig zwei Beamte der Geheimen Staatspolizei und forderten die Familien auf, die nötigen Sachen zusammenzupacken und ihnen zu folgen. Natürlich waren in den Tagen vorher schon Gerüchte über eine bevorstehende Evakuierung nach dem Muster von Stettin, Schneidemühl und Baden umhergeschwirrt, aber man glaubte nicht an eine kurzfristige Verwirklichung. Um so überraschter war man, man widersetzte sich nicht, aber in vielen Fällen machte man durch das Einnehmen von Veronal allen Zweifeln ein Ende.

Während die Beamten unterwegs waren, hatte die Gemeinde von der Gestapo den Auftrag bekommen, das Sammellager Levetzowstraße für die sofortige Aufnahme von ca. 1000 Personen bereitzumachen, geeignetes Hilfspersonal zum Nacht- und Tagdienst hinzuschicken sowie für gute und ausreichende Verpflegung aller dieser Menschen zu sorgen. Eine vorzüglich organisierte, fieberhafte Tätigkeit begann. Lebensmittel, Medikamente, sanitäre Hilfsmittel, Wäsche, Kleider, Schuhe aus der Kleiderkammer, alles wurde nach der Levetzowstraße geschafft, und in wenigen Stunden arbeiteten getrennte Küchen für Erwachsene und für Kinder, arbeitete eine Abteilung des jüdischen Krankenhauses mit Ärzten und Schwestern als Unfallstation und Erste Hilfe, es gab ein abgesondertes Kinderzimmer für Kleinkinder unter der Leitung von Kinderschwestern und Kindergärtnerinnen, man richtete ein Matratzenlager für ältere und schwächliche Personen ein; junge und gesunde Menschen mußten die Zeit auf der Tempelbestuhlung der Empore verbringen; man organisierte einen Gepäckträgerdienst aus den Beamten und Angestellten der Gemeinde und der Reichsvereinigung, und in einer in der Nähe gelegenen Küche der Gemeinde wurden Proviantpakete für jede einzelne Person gepackt.

Besondere Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung von Eßgefäßen und Löffeln. Durch die enormen Anforderungen des Militärs waren Eßgefäße aus Emaille kaum noch aufzutreiben, nur die besonders guten Beziehungen des Einkäufers der Gemeinde zu verschiedenen Fabriken verschafften der Gemeinde laufend die vom Militär nicht abgenommenen, irgendwie fehlerhaften, feldgrauen Eßgefäße, durch die man in allen Lägern später die aus Berlin Evakuierten erkennen konnte.

Die Einlieferung der von den Gestapobeamten Abgeholten mit ihrem Gepäck begann bei strömendem Regen, hierbei war die Gemeinde ausgeschaltet, die Gestapo „schleußte", d.h. durchsuchte das Gepäck und nahm heraus, was ihr irgendwie begehrenswert erschien. Dies war ein Verfahren, das sich nachher bei der Einlieferung in die Läger wiederholte, eine Beschreibung dieser Vorgänge kann ich nicht geben, sie paßt auch nicht in den Rahmen dieses Berichtes. Glücklicherweise gelang es den Gemeindebeamten fast immer, wo wichtige Kleidungsstücke „geschleußt" waren, sie ungesehen von Gestapobeamten durch Vorräte aus der Kleiderkammer zu ersetzen. Was „geschleußt" wurde, war an den einzelnen Tagen verschieden, jeder Gestapobeamte hatte seine besondere Vorliebe und seine speziellen Bedürfnisse. Offenes Geheimnis war, daß, wenn der Kommissar Stubbs von der Burgstraße Dienst hatte, kein Mundwasser, kein Gesichtswasser und kein Kölnisch-Wasser zu retten war, was nur einen geringen

gerade bei einer Nachfolge der Deutschen Werkstätten eine Küche machen lassen. Wir haben als Ersatz auch noch eine relativ gute Küche bekommen, die ich selber noch sehr lange hatte. Ich will damit bloß sagen, die Qualität damals der gelieferten Waren war noch relativ gut, eigentlich noch friedensmäßig, wenn man das so sagen kann. Es war noch kein Kriegsersatz. Das kam dann erst später, als die Häuser in Massen zerstört wurden.

Zur Wohnungsbesichtigung muß ich noch ergänzen: Ich weiß nicht, ob es mehrere waren, ich erinnere mich nur noch an eine, und zwar, weil die uns eigentlich alle sehr nachdenklich machte, meine Eltern und mich. Und zwar wurde uns eine am Prager Platz zugewiesen. Es war eine Erdgeschoßwohnung im Gartenhaus, aber ein schönes Gartenhaus. Dabei stellte sich heraus, daß die Mieter noch dort wohnten. Und es war ein älteres Ehepaar, Juden, leicht zu erkennen an diesen typischen Spruchbändern mit den Thora-Sprüchen an der Wand unter der Decke. Und mein Vater konnte auf Grund seiner humanistischen Schulbildung Hebräisch lesen, das war damals noch üblich, und dadurch hatte der Inhaber der Wohnung schnell Kontakt gefunden und sagte: „Ach, sind Sie vielleicht auch Juden?" Und dann: „Wenn Sie hier einziehen, die Möbel können Sie behalten. Wir haben schon die Sachen alle zusammengepackt, wir werden demnächst verschickt." Bei dem Wort Verschickung hatten wir nicht richtig geschaltet, denn in der Zeit lief schon diese Kinderverschickung auf Grund der Bombenangriffe. Die Frau sagte, ja, ihre Tochter ist schon verschickt, sie sei so alt wie ich, dabei weinte sie schrecklich. Wir begriffen nicht warum, weil wir dachten, sie werden wie viele andre Familien auch in Gebiete ohne Luftangriffe umgesiedelt. Mein Vater schien mehr davon zu ahnen, jedenfalls sagte er dann: „Das Ganze ist mir unheimlich, wir ziehen in diese Wohnung nicht ein. Auf keinen Fall. Selbst wenn sie uns gefallen würde."

Das ist das Erlebnis, das ich eigentlich erst später richtig verstanden habe. Es zeigt also, daß man einiges vielleicht vermutete, aber nicht konkret wußte. Solche Sachen machten nachdenklich, aber es gab keine konkreten Anhaltspunkte.

(Gespräch vom 12.7.1988)

Die „Judenwohnungen" von innen gesehen – aus den Aufzeichnungen des Joel König

Joel König (d.i. Ezra Ben Gershôm) wurde **1922** als Sohn eines Rabbiners geboren. Im **Mai 1942** flieht er aus dem jüdischen Landwerk Steckelsdorf bei Stendal, wo die Ausbildung künftiger Siedler für Palästina stattfinden sollte. Er taucht in Berlin, genauer im Hansaviertel im Bezirk Tiergarten, zunächst bei Bekannten, dann in der Wohnung der Eltern und der beiden in der Rüstungsindustrie dienstverpflichteten Geschwister unter. Im **April 1943** gelingt ihm die Flucht über Wien und Budapest nach Jerusalem. Aus seinen Lebenserinnerungen zitieren wir Beschreibungen seines illegalen Aufenthalts in Berlin.

←S.364

Mai 1942/Ankunft in Berlin und Unterschlupf in der Levetzowstraße: *Vom Bahnhof ging ich durch wohlvertraute Straßen des Hansaviertels und steuerte geradewegs auf ein bestimmtes Haus in der Lessingstraße zu. Ich war gar nicht sicher, ob Dr. Breslauer, der Direktor des ehemaligen Jüdischen Gymnasiums, noch in Berlin war. Vielleicht war er schon deportiert. Mit meinem kleinen Handkoffer schlüpfte ich so unauffällig wie möglich in den Toreingang, horchte herum, stieg ein paar Stufen hinauf, hielt an, lauschte nochmals nach allen Seiten, stieg weiter und langte schnaufend vor seiner Wohnungstür an. Sein Namensschild war noch da; darüber klebte vorschriftsmäßig der Judenstern. Das Schloß war noch nicht von der Gestapo versiegelt. Ich klopfte. Da kamen von innen Schritte. Ich sah im Guckloch ein Auge. Gleich darauf öffnete sich die Tür. Dr. Breslauer selbst ließ mich ein.*

←L 19

Ich schilderte ihm kurz meine Lage und fragte ihn um Rat. „Sie bleiben einstweilen bei mir!" unterbrach er mich und schickte seinen zwölfjährigen Sohn zu meinem Vater, um ihn von meiner Ankunft zu verständigen.

Meine Vorsicht, nicht zu meinen Eltern zu gehen, war angebracht gewesen. Am nächsten Morgen erschienen im Haus meiner Eltern zwei Beamte. Vater mußte zu seinem „Erstaunen" und zu seiner „Bestürzung" hören, sein jüngster Sohn werde seit gestern vermißt. Er bat die beiden Beamten, ihn zu benachrichtigen, sobald man seinen Sohn finde. – Wie brachte mein Vater es nur fertig, so überzeugend seine Rolle zu spielen? Er hatte zu nichts weniger Talent als zum Lügen.

→A 49

Welch eine gnädige Fügung war es doch, daß mein Verschwinden niemand zur Last gelegt wurde, weder meinen Eltern noch meinen Chawerim aus dem Landwerk.

Zwei Tage und zwei Nächte blieb ich bei der kinderreichen Familie Dr. Breslauers. Inzwischen hatten meine Eltern ein anderes vorläufiges Obdach für mich gefunden, bei einer gewissen Frau Gold, einer älteren alleinstehenden Witwe, mit der meine Mutter befreundet war. Sie bewohnte in der Levetzowstraße, nur fünf Minuten von meinen Eltern entfernt, eine Mietswohnung im Hinterhaus zu ebener Erde.

→L 20

Frau Gold wies mir ein längliches, schmales Zimmer als Quartier an. Darin standen ein Sofa, ein rundes Tischchen, zwei Stühle und ein Bücherregal. Sie

Prozentsatz Alkohol enthielt, wurde sofort von ihm an Ort und Stelle ausgetrunken.

Die Verpflegung der Gestapobeamten während ihres Dienstes im Sammellager oblag der Gemeinde, es gab hierfür eine besondere kleine Küche, in der widerwillig, aber pflichttreu eine unvorstellbar korpulente Köchin vom Jüdischen Krankenhaus wirkte, die sich die Gestapobeamten selbst ausgesucht hatten. Mancher Wutausbruch, manche Mißhandlung ist verhindert worden, weil diese Köchin es verstanden hat, in kritischen Augenblikken die Bestien oft mit irgendeinem Imbiß abzulenken. In Theresienstadt sah ich diese tüchtige Frau, durch den Hunger schlank geworden, wieder, sie ist dann später in Auschwitz umgekommen.

Am 16. Oktober 1941 begann am Vormittag die sogenannte „Ausschleusung aus dem Sammellager" und die Verbringung der Transportteilnehmer nach dem Bahnhof Grunewald bei strömendem Regen. Die SS hatte ihre offenen Lastwagen vorfahren lassen, teils waren es Steh-trucks, diese Lastwagen durften aber nur Schwache und Kinder benutzen, alle anderen mußten in einem langen Zuge durch die Stadt laufen. Es regnete weiter in Strömen, die Verladung in alten, aber ordentlichen, sauberen Personenwagen nach einem von der Gemeinde ausgearbeiteten System ging ohne Gedränge und ohne Ungerechtigkeiten vor sich, als alle ihre Plätze eingenommen und ihr Gepäck bei sich hatten, wurde warmes Essen und heiße Getränke verteilt, auch die vorbereiteten Proviantpakete wurden hier jedem Teilnehmer ausgehändigt.

Eine auf dem Bahnhof stationierte Abteilung des Jüdischen Krankenhauses mit Ärzten und Schwestern arbeitete sehr segensreich, denn trotz aller Umsicht gab es doch Verletzungen, plötzliches Unwohlsein und ähnliches.

SS, zum Teil mit Reitpeitschen versehen, überwachte die Einwaggonierung, es sind bei diesem ersten Transport aber keine Prügelszenen vorgekommen. Wenn aber ein Gemeindebeamter mit einem Bekannten, der im Zuge saß, sprach, wurde er mit bösen Drohungen beschimpft.

Die Haltung der Opfer war bewundernswert, jeder wußte, daß es ein sich Auflehnen nicht gab, die einzige Auflehnung, die möglich war, war der Selbstmord. Mißlang der Selbstmord aber, so zog er später die beschleunigte Evakuierung nach sich.

An diesem 16. Oktober 1941, der den ersten Evakuierungstransport von Berliner Juden nach Lietzmannstadt sah, gelang es dem damals noch amtierenden Hilfsverein zum letzten Mal, einen Sammeltransport über Lissabon mit Auswanderern, die vorwiegend nach Südamerika gingen, auf den Weg zu bringen. Auch unter diesen Auswanderern waren „Gekündigte", ihr Visum und ihre Schiffskarte hatten sie in wirklich allerletztem Moment vor dem sicheren Verderben gerettet.

Dieser Transport vom 16. Oktober nach Lietzmannstadt war der Auftakt für vier weitere Transporte im selben Monat mit dem gleichen Ziel und unter den gleichen Bedingungen. Die Arbeit der Gemeinde im Sammellager hatte sich gut eingespielt, soweit es möglich war, erleichterte man das Schreckliche, das war der einzige Gedanke, der darüber hinwegbrachte, daß man sich überhaupt mit diesen Angelegenheiten befassen mußte.

Wolters berichtet in der GBI-Chronik kurz über das Ergebnis der *zweiten Wohnungsaktion:*

In der Zeit vom 18. Oktober bis 2. November wurden in Berlin rund 4500 Juden evakuiert. Dadurch wurden weitere 1000 Wohnungen für Bombengeschädigte frei und vom Generalbauinspektor zur Verfügung gestellt. Die Wohnungen wurden später wieder zur Unterbringung von Abrißmietern bereitgestellt.

Nach den Transporten ins Ghetto von Lodz (Lietzmannstadt) werden im **November 1941**, offenbar als Sonderaktion der Gestapo, noch weitere 3715 Personen *evakuiert*. Hildegard Henschel berichtet davon:

Im November 1941 wurden drei oder vier Transporte nach Riga und Minsk angekündigt, in Riga, so wurde gesagt, sollte ein Kibbuz nach palästinensischem Muster errichtet werden, man traf in der Gemeinde die ersten Vorbereitungen, aber, als man sah, daß es sich um einen Bluff handelte, stattete man den Transport nur zusätzlich mit Matratzen und Nähmaschinen aus und versorgte ihn im übrigen so wie die anderen. Nach Riga gingen drei Transporte, die im dortigen Ghetto einige Zeit gewesen sind, die Verbringung nach Stutthof bei Danzig hat kaum eines von diesen

Opfern überleben lassen. Ein zur selben Zeit nach Minsk abgefertigter Transport scheint sein Ziel nie erreicht zu haben, denn man hat nie wieder etwas über ihn gehört.

Im Dezember 1941 gab es keine Transporte, ein großer Teil der Gestapobeamten ging auf Urlaub, nicht ohne für Januar weitere Transporte anzukündigen.

Am **8.11.1941** wird der vorerst letzte Luftangriff ohne die erhoffte Wirkung auf Berlin geflogen. Bei dem Einsatz werden 10 % der eingesetzten Bomber abgeschossen, was neue strategische Überlegungen beim britischen Bomber Command auslöst. Die neue Strategie wird **1942** in den verheerenden Ergebnissen der Flächenbombardements auf Lübeck, Rostock und ←S. 91 Köln deutlich.

Die geringe Wirkung der RAF-Angriffe auf Berlin spiegelt sich auch in der Bilanz des GBI zum Jahresende:

Während des Jahres 1941 stieg die Zahl der Fliegerschäden (Grundstücke) ←A 50 *in Berlin auf 42 776 an. Hiervon wurden bis zum 31. Dezember 1941 fast 90 % wieder beseitigt. An den verbleibenden 4 801 Baustellen arbeiten gegen Ende des Jahres rund 6 500 Mann des Baustabes Speer. 1 977 Wohnungen mußten im Jahre 1941 geräumt werden. Hiervon wurden 1 369 Wohnungen wieder bewohnbar gemacht, 70 Wohnungen sind nicht mehr herzustellen, der Rest von 562 wird noch in Stand gesetzt werden.*

An Dachflächen wurden rund 400 000 m² neu oder umgedeckt. 420 000 m² Glasflächen wurden zerstört und kurzfristig vom Baustab Speer wieder eingesetzt.

Nach Einstellung der Bombardierungen planen Hitler und Speer, die Vorbereitungen für die Neugestaltung Berlins bereits vor Kriegsende wiederaufzunehmen. In einer Besprechung am **25.11.1941** mit Generalfeldmarschall Milch und Staatssekretär Körner teilt Speer *den Wunsch auf* ←A 51 *Bereitstellung von russischen Kriegsgefangenen zur Vorbereitung der Neugestaltungsmaßnahmen Berlins im „Kriegsprogramm Speer"* mit.

Am 29. November war Herr Speer mit Professor Breker und Professor ←A 52 *Kreis zum Essen beim Führer in der Reichskanzlei. Der Führer besichtigte nach dem Essen die im Modellsaal der Reichskanzlei aufgestellten Modelle des Reichsmarschallamtes mit den Modelldetails, Innen- und Außenmodelle des neuen Saales der Reichskanzlei und das neue Stadion-Modell 1:200.*

(. . .) Im Laufe des Gesprächs betonte der Führer Herrn Speer gegenüber, daß er noch während des Krieges mit dem Bauen beginnen werde und daß er sich nicht durch den Krieg abhalten lassen wolle, seine Baupläne zu verwirklichen.

Die Probleme, die vor dem Krieg die Durchführung der Baupläne unmöglich machten – fehlende Baustofflieferungen, Arbeitskräfte und Ersatzwohnungen – bereiten keine Schwierigkeiten mehr. Die Baustofflie- ←L 21 ferungen werden mit Hilfe der SS durch die Ziegeleien und Steinbrüche der Konzentrationslager Sachsenhausen, Oranienburg und Flossenbürg gesichert. Den Naturstein sollten besetzte oder verbündete Länder liefern. Zur Klärung der Arbeitskräftefrage fährt Speer am **4.12.1941** nach Prag, um dort mit dem Reichsprotektor Heydrich zusammenzutreffen. Wolters hält das Ergebnis der Verhandlung fest: *Er versprach Heydrich,* ←A 53 *ihm bei der Ausgestaltung Prags durch seinen Rat und durch teilweise Zurverfügungstellung seiner Berliner Architekten behilflich zu sein. Für Berlin erwirkte Herr Speer beim Reichsprotektor die Überweisung von 15 000 tschechischen Arbeitern. Weiterhin wurde zwischen Herrn Speer und dem Reichsprotektor vereinbart, daß das Protektorat für Zwecke der Berliner Aufgaben nach dem Kriege jährlich laufend 50 000 Tschechen der jüngeren Jahrgänge bereitstellen werde, und zwar mit einer längeren Arbeitsverpflichtung.*

Zur Klärung dieser Fragen war Dr. Fränk mehrfach in Prag beim Staatssekretär Frank. Die Tatsache, daß die Italiener nach Ablauf ihrer Verträge in Kürze nach Italien zurückkehren, ergibt einen Ausfall von etwa 4000 Bauarbeitern im Rahmen der Kriegsaufgaben des Generalbauinspektors in der Reichshauptstadt. Die französischen Kriegsgefangenen sind immer noch in der Landhilfe eingesetzt, russische Kriegsgefangene mit Rücksicht auf Sperrung der Lager wegen Krankheiten bzw. Transportschwierigkeiten noch nicht verfügbar, so daß der Versuch gemacht werden muß, tschechische Arbeitskräfte in größerem Rahmen nach Berlin zu überführen. Staatssekretär Frank glaubt, dem Generalbauinspektor helfen zu können, wenn

ermahnte mich sofort, mich ganz leise zu verhalten; das Zimmer sei nur durch eine dünne Mauer vom Treppenhaus getrennt. Die Gardinen dürfe ich nie zur Seite ziehen; für das Lüften werde sie schon sorgen.

(. . .)

Es war sehr eng in meinem Unterschlupf. Wenn ich durch die Maschen der Gardinen spähte, stieß ich mit dem Blick gegen Mauern und Hintergiebel. Lag ich auf dem Sofa, dann drängte sich mir der altmodische Messingkronleuchter vor die Augen. Zur Linken verbarg sich die Welt hinter einer Tapete, zur Rechten hinter einem Vorhang, der das Zimmer seiner ganzen Länge nach durchzog. Ich hob einmal den Vorhang; da stellte sich heraus, daß ich nur ein halbes Zimmer bewohnte. Die andere Hälfte war mit aufeinandergestapelten Möbeln vollgestopft.

So von Mauern und Vorhängen geschützt und eingeengt, vertiefte ich mich in die Bücher, die mein Vater mir gebracht hatte. Aber wenn im Treppenhaus Schritte vernehmbar wurden, spitzte ich die Ohren. Wer kam oder ging da? Ein „arischer" Hausbewohner oder einer der jüdischen? Frau Gold hatte mir gesagt, im Hause wohnten fast ebenso viele Juden wie „Arier". Oder waren es die Schritte eines Fremden? Des Briefträgers? Eines Gestapoagenten?

Obwohl ich mich ständig größter Ruhe befleißigte, ermahnte Frau Gold mich an manchen Tagen, mich in den nächsten Stunden besonders still zu verhalten. Die und die jüdische Familie rechne damit, heute nachmittag zur Deportation abgeholt zu werden. Die Gestapo könne jeden Augenblick eintreffen. Sie sagte das halblaut, doch in ruhigem Ton, huschte in die Küche hinaus und ließ mich wieder allein. Dann legte ich mein Buch zur Seite und versuchte mir vorzustellen, was wohl den jüdischen Mietern vom oberen Stockwerk bevorstand.

Frau Gold wußte nur soviel: Die zur Deportation Bestimmten wurden von Gestapoagenten zur Synagoge in der Levetzowstraße gebracht. Die Synagoge, ein mächtiges Gebäude mit griechischem Säulenportal, hatte den November 1938 rauchgeschwärzt überstanden. Nun hielten vor dem Säulenportal bewaffnete SS-Männer Wache. Die eingesperrten Juden mußten im Gotteshaus warten, bis tausend versammelt waren und der Sonderzug der Reichsbahn an der Laderampe bereitstand. Sie warteten manchmal zwei, drei Tage. Dann wurden sie zum Bahnhof gebracht und „verladen".

Aber wenn, mit der deutschen Amtssprache zu sprechen, die „Evakuierung" der Juden dem Arbeitseinsatz dienen sollte, weshalb wurden dann auch Greise und Kinder, Kriegskrüppel und Kranke mitgenommen? Warum ließen die Behörden die Beamten der jüdischen Gemeinde über das Ziel der Fahrt im dunkeln?

Die Levetzow-Synagoge lag an einer stark belebten Straßenkreuzung, gerade neben dem Postamt NW 87. Bei aller geschäftigen Eile konnte den Berlinern nicht entgehen, daß sich die Berliner Juden, jung und alt, in das Gotteshaus schleppten, beladen mit Rucksäcken und Handgepäck. Als ich mich später aus meinem Versteck herauswagte, sah ich mit eigenen Augen, daß sie es sahen.

Juni 1942/Umzug in die Wohnung der Eltern: *Vier Wochen nach meiner Einquartierung brachte mir die gute Frau Gold schonend bei, ich müsse ihre Wohnung noch am gleichen Tage verlassen. Mein Zimmer habe früher ein Untermieter namens Feigenblatt bewohnt. Ihm gehörten auch die Möbel hinter dem Vorhang. Als er deportiert werden sollte, habe er Gift genommen. Frau Gold zeigte mir nun eine behördliche Mitteilung, in der sie ersucht wurde, sich am 23. Juni nachmittags „zwecks Identifizierung der Feigenblattschen Möbel" in ihrer Wohnung aufzuhalten. Zur Erklärung fügte sie hinzu, das Eigentum von Juden werde bei Tod oder Deportation vom Staat eingezogen.*

Frau Gold beriet sich mit meinen Eltern. Sie beschlossen, daß ich bei meinen Eltern bleiben sollte, bis Feigenblatts Nachlaß abgeholt sei. Nur mit einer Aktentasche in der Hand ging ich sofort zu meinen Eltern. Das Bettzeug wollte mir Frau Gold nachbringen.

(...)
Schon während meines Urlaubs im April war mir aufgefallen, welche ungewöhnliche Bedeutung die Wohnungstür erlangt hatte. Sie diente als Bollwerk und Zugbrücke, das Guckloch als Wachtturm gegen die Verfolger, uniformierte und nicht uniformierte, von denen es in Deutschland wimmelte. Die Tür bestand aus einigen Quadratmetern Holz; sie war mit einem Eisenschloß und einem Patentzylinderschloß versehen. Die beiden Türflügel konnten mit einem schweren, etwa sechzig Zentimeter langen Eisenriegel aneinander gesichert werden, außerdem noch mit der Vorhängekette.

Jenseits dieser hölzernen Schutzwehr erstreckte sich weit und breit die feindliche Welt; sie reichte bis an den weißen Lack unserer Wohnungstür. Ein Unbekannter, der die Klingel drehte, konnte lange im weißen Lack sein verzerrtes Spiegelbild betrachten. Die Wohnung blieb totenstill; niemand machte ihm auf.

Nur Familienangehörigen und Freunden, die unser Klopfzeichen kannten, öffnete sich der Zugang zur Festung. Der Judenstern auf der Wohnungstür zeigte den Besuchern an, daß das Gebiet hinter der Tür nicht zur feindlichen Welt gehörte. Sobald sie eingelassen waren und die Tür hinter ihnen zufiel, durften sie frei sprechen, wenn natürlich auch leise. Derselbe Judenstern zeigte an, wie unsicher diese Festung war, trotz Schlössern und Riegeln.

Juli 1942/Die „Listen": *Sommer 1942. Die Welle der Judendeportationen stieg immer höher an. Wir, die einstweilen von der Welle noch nicht mitgerissen wurden, wußten nur, was alles sich abspielte, bevor die Juden an der Rampe in die Güterzüge verladen wurden. Wir wußten das mit vielen Einzelheiten.*

Wer zur „Umsiedlung" bestimmt war, erhielt einen großen Briefumschlag mit vielen Fragebogen, die er peinlich genau auszufüllen hatte – „die Listen", wie wir sie damals kurz nannten. In diese Formulare mußte er seine bewegliche und seine unbewegliche Habe eintragen.

Wer die „Listen" ins Haus bekam, mußte damit rechnen, zwei Wochen später abgeholt zu werden. Wenn die Gestapobeamten kamen, mußte er ihnen seine sämtlichen Schlüssel zusammen mit den „Listen" aushändigen. Dann versiegelten die Gestapomänner die Wohnungstür und führten den „Umsiedler" zur nächsten Sammelstelle ab. Als Sammelstellen dienten neben der Levetzow-Synagoge noch andere jüdische Gotteshäuser. Dort mußten die Juden warten, bis zwischen dreihundert und tausend zusammen waren, je nach Größe des vorgesehenen Transportes.

Das Eigentum der Juden, ihre Wohnungseinrichtung, ihre Bankkonten und ihr Grundbesitz waren schon längst durch eine Verordnung zum unveräußerlichen Staatseigentum erklärt worden. Die „Listen" sollten es den Amtsstellen erleichtern, das Hab und Gut zu sortieren und „geeigneter Verwertung" zuzuführen.

Auf Befehl der Gestapo war ein „Judenrat" ernannt worden, angeblich um die Interessen der jüdischen Bevölkerung wahrzunehmen und sie der Gestapo gegenüber zu vertreten. Der Sitz des Judenrats war im Nebengebäude der großen Synagoge in der Oranienburger Straße. Von dort aus wurden die jüdischen „Ordner" in alle Richtungen Berlins geschickt, um bei den „Umsiedlungen" und den Möbeltransporten behilflich zu sein.

Die Männer des Judenrats mußten selbst die Personen für die einzelnen „Umsiedlungsaktionen" auswählen. Offenbar glaubten sie, noch Schlimmeres verhüten zu können, wenn sie den Befehl der Gestapo ausführten.

Auch meine Eltern und viele andere waren davon überzeugt, daß der Judenrat half, wo er nur irgend konnte. Manchem, der die „Listen" bereits erhalten hatte, gelang es, durch Vermittlung des Judenrats der Deportation zu entgehen. Wer nachwies, daß er im Arbeitseinsatz für kriegswichtige Zwecke arbeitete, hatte Aussicht, weiter in Berlin bleiben zu dürfen.

August 1942/Die Deportation der Eltern: *12. August 1942. Wie an jedem Morgen zwang Mutter sich dazu,*

ihm die Gelegenheit gegeben wird, tschechische Arbeitskräfte auf dem Wege der Gastverpflichtung nach Berlin zu beordern. Er braucht hierzu aber eine Ermächtigung des Führers oder des Reichsmarschalls zur Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen.

Das dritte Problem, die Beschaffung von Ersatzwohnungen, um die Abrißbereiche freizubekommen, löst der GBI in bereits erprobter Weise mit Hilfe der Gestapo:

→A 54

Ende November wurde die dritte Großaktion der Entmietung von Judenwohnungen eingeleitet. Nach Verhandlungen mit den beteiligten Dienstbehörden stellte der Generalbauinspektor für die Unterbringung eventueller Bombengeschädigter weitere 3000 Judenwohnungen zur Verfügung.

Über die im **Januar 1942** beginnenden Deportationen schreibt Hildegard Henschel:

→L 22

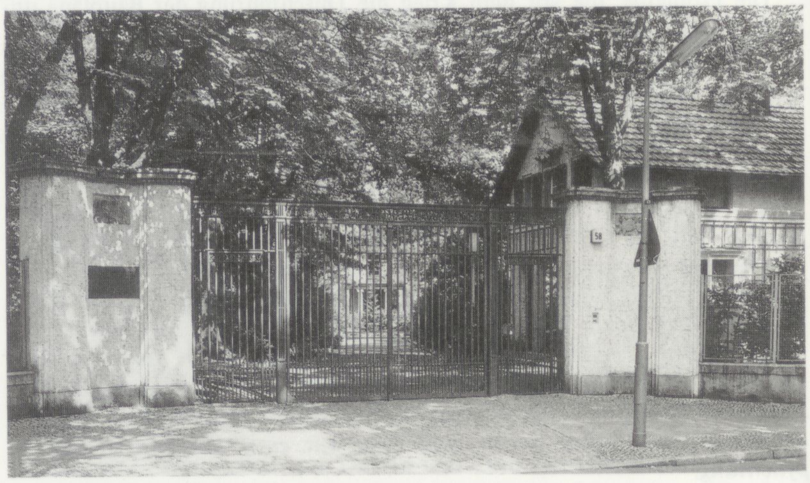
Anfang Januar 1942, als die Gerüchte von einer verstärkten Evakuierung durch Berlin gingen, mehrten sich die Selbstmorde, ihren Höhepunkt erreichten sie aber erst etwas später.

Der 13. Januar 1942, ein Sonntag, der sibirisch kalt war, sah den ersten Transport von 1000 Personen mit einem der Gemeinde unbekannten Ziel in Viehwagen, die vom Bahnhof Grunewald abgingen. Die Kälte war unerträglich, das Resultat langer Verhandlungen der Gemeinde mit der Gestapo war die Erlaubnis, die Viehwagen mit Matratzen, Eimern, Matten, Dekken, Karbidlampen usw. einigermaßen auszustatten, aber alle Mühe war vergebens, es blieb ein Massenmord, gegen den niemand einschreiten konnte.

Eisenbahnbeamte haben später erzählt, wie viele Menschen auf diesem Transport gestorben sind, die Zahl habe ich vergessen, sie ist auch nicht so wichtig wie die Tatsache selbst. Auch unter den Gemeindeangestellten, die Bahnhofsdienst hatten, gab es Opfer, zwei Familienväter starben wenige Tage nach dem Transport im Jüdischen Krankenhaus an den Folgen der Erfrierungen, die sie sich am 13. Januar zugezogen hatten.

Die Transporte gingen weiter, teils in Viehwagen, teils in Personenwagen, die Viehwagen überwogen aber, man vervollkommnete die technischen Hilfsmittel, man erhöhte das Hilfspersonal, man verbesserte nach Möglichkeit die Verpflegung auf dem Bahnhof und im Sammellager, aber den Charakter der herdenweisen Massenaustreibung konnte man den Vorgängen nicht nehmen, im Gegenteil, man rechnete mit einer Verschlimmerung der Verhältnisse.

Am **20.1.1942** findet im Gebäude der Interpol Am Großen Wannsee Nr. 56/58 die berüchtigte *Wannseekonferenz* statt, auf der die *Endlösung der Judenfrage* beschlossen wird.



→B 24 Villa am Wannsee 1989

Seit dem **26.3.1942** müssen jüdische Mieter auch ihre Wohnungen mit dem gelben Stern kennzeichnen. Die Vergabe dieser Wohnungen an Mieter aus den Abrißbereichen wird weiterhin von der Abteilung II/4 der GBI geregelt, die diese Wohnungen seit **1939** in Karteien erfaßt hat. Mit dem Ziel, systematisch einzelne Bezirke *judenfrei* zu machen, werden **1942** an die *Mieter aus Räumungsbereichen* gedruckte und nach Wohnungsgrößen sortierte Wohnungsnachweise ausgegeben, die neben der genauen Anschrift der Ersatzwohnung, ihrer Ausstattung, der Miethöhe und Adresse des Ver-

Wohnungsnachweis

für Mieter aus Räumungsbereichen

Amtliches Organ des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt

Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 9 (Eingang Salzufer)

Bezirk Tiergarten — 5, 6 u. Mehrzimmer-Wohnungen — Liste A.

Zur Beachtung
durch den Vermieter!

Bei Vorlage eines Mietberechtigungsscheines meiner Dienststelle ist ein Mietvertrag abzuschließen und als Vertragsbeginn anzugeben:

„sofort nach Räumung durch den jüdischen Mieter."

Der ausgefüllte Abschnitt des Mietberechtigungsscheines ist sodann unverzüglich meiner Dienststelle einzusenden. Nach Eingang des Abschnittes gilt die nach Absatz 2 der Verordnung vom 25.4.41 erforderliche Genehmigung zur erstmaligen Wiedervermietung als erteilt. Wer Judenwohnungen ohne meine Genehmigung vermietet, macht sich strafbar.

Der Generalbauinspektor
für die Reichshauptstadt.

Sprechstunden nur für Mietberechtigte und Vermieter: Mo., Mi. und Fr. von 9—14 Uhr.

Etwa bei der Besichtigung als bereits an Arier vermietet festgestellte Wohnungen bitte dem Generalbauinspektor auf anliegender Karte zu melden!

Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet.

←A 55

1)	5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 83,30	Lessingstr. 24/Qgb. I. r. (Wohn. Sara Kramer). Verw. Hildegard Splitt, W 8, Mauerstr. 2. Tel. 11 20 01.
2)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 85,—	Altonaer Str. 11/Qgb. II. r. (Wohn. Sara Jacob). Verw. Herm. Brack & Co., Wilmersdorf, Kaiser-Allee 189.
3)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 87,50	Lessingstr. 23/Qgb. I. lks. (Wohn. Plesina). Verw. Adele Wichmann, Grunewald, Königsallee 21. Tel. 97 19 93.
4)	5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 97,80	Ludendorffstr. 33/5/Vdhs. II. (Wohn. Isr. Hensel). Verw. Berl. Verkehrs-Betriebe, Köthener Str. 17. Tel. 19 55 51.
5)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 100,—	Turmstr. 76/Vdhs. III. r. (Wohnung Terlinski). Verw. Ewald Brunn, Friedenau, Südwestkorso 13. Tel. 86 45 44.
6)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 100,—	Klopstockstr. 19/Qgb. I. (Wohnung Sara Reichenbach). Verw. Martin Weidhaas, Chlbg., Schlüterstr. 57/59. Tel. 91 13 95.
7)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Klo., Ofenhzg.	RM 100,—	Lessingstr. 28/Vdh. II. lks. (Wohnung Sara Joel). Verw. Irma Bartsch, W 35, Kurfürstenstr. 148. Tel. 21 15 44.
8)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 110,—	Flensburger Str. 10/II. r. (Wohn. Sara Jaroczynski). Verw. Peter Karfeld, Chlbg. 9, Lyckallee 38. Tel. 99 33 37.
9)	5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 111,73	Paulstr. 32/Vdhs. I. r. (Wohnung Isr. Latz). Verw. Margarete Lentz, i. gl. Hause. Tel. 35 29 34.
10)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 112,50	Lützowstr. 86/Vdhs. II. lks. (Wohn. Isr. Weißbach). Verw. Dr. Scheuermann, SW 68, Friedrichstr. 208. Tel. 11 43 88.
11)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 114,70	Lübecker Str. 50/Vdhs. I. lks. (Wohn. Sara Lehmann). Verw. Robert Loenski, Spandau, Brüderstr. 28.
12)	5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 115,—	Kurfürstenstr. 34/Vdh. I. r. (Wohn. Isr. Schwenk). Verw. Rost, W 30, Martin-Luther-Str. 96. Tel. 26 50 28.
13)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 115,—	Kurfürstenstr. 42/Vdh. II. r. (Wohn. Isr. Brill). Verw. Leonard, Kurfürstendamm 90. Tel. 97 47 22.
14)	4½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 115,—	Lessingstr. 21/Vdhs. II. r. (Wohnung Isr. Bley). Verw. Helene Kander, i. gl. Hause. Tel. 39 81 80.
15)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 115,—	Calvinstr. 10/Vdhs. p. (Wohn. Sara Bernstein). Verw. Hans Hartmann, W 15, Pariser Str. 8. Tel. 92 02 19.
16)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 120,—	Paulstr. 23/Vdhs. I. r. (Wohnung Isr. Rosenthal). Verw. Otto Bachmann, NW 40, Flemingstr. 9. Tel. 35 13 60.
17)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 122,90	Ludendorffstr. 60/Qgb. II. lks. (Wohn. Sara Samelsohn). Verw. Arthur Franke, W 35, Am Karlsbad 16. Tel. 22 27 38.
19)	5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 123,—	Derfflingerstr. 3/Vdhs. p. r. (Wohn. Isr. Levy). Verw. Anna Schneider, i. gl. Hause.
20)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 125,—	Bochumer Str. 18/Vdh. I. lks. (Wohn. Sara Mendelsohn). Verw. Kurt Vierarm, Chlbg. 5, Witzlebenplatz 6. Tel. 30 11 37.
21)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 125,—	Tile-Wardenberg-Str. 29/Vdhs. p. r. (Wohn. Isr. Weltmann). Verw. Otto Pallaske, Chlbg., Berliner Str. 57. Tel. 34 72 11.
22)	5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 125,—	Elberfelder Str. 33/Vdhs. II. r. (Wohn. Tischler). Verw. Tischmann, W 35, Woyrschstr. 47. Tel. 22 21 27.
23)	4½ Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 125,—	Flotowstr. 3/Vdhs. Erdg. r. (Wohn. Isr. Landsberger). Verw. Wald. Richter, Tempelhof, Schulenburgring 126. T. 57 09 94.
24)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 125,—	Jagowstr. 4/III. (Wohn. Sara Frenk). Verw. R. Langner, W 30, Martin-Luther-Str. 87. Tel. 26 23 30.

aufzuräumen und zu kochen. Vater machte sich am Schreibtisch zu schaffen, erhob sich aber immer wieder, prüfte, ob die Wohnungstür richtig versperrt sei, und spähte durchs Guckloch. Ich las.

Vom Hof her hörte man Klaviergeklimper und Radiolärm und ab und zu die zwei Preßlufthämmer, mit denen man an einem zerbombten Haus in der Nachbarschaft arbeitete.

Mein Vater ging zwischen Zimmer und Korridor auf und ab. Da brachte er auf einmal aus dem Korridor einen großen Briefumschlag herein. Es sah aus, als zögere er, den Umschlag zu öffnen, wie wenn heute Schabbat wäre. Dann schlitzte er den Umschlag auf, zog die Papiere heraus, begann zu lesen und erblaßte. Die Schläfen in die Hände lehnend, starrte er auf die Papiere.

„Was für ein Brief ist das?" fragte Mutter erschrokken.

Nach einigem Zögern sagte Vater halblaut: „Das sind die Listen."

„Die Listen?" Mutter und ich eilten hinzu.

„Ja. – Aber darum brauchst du nicht gleich zu erschrecken. Wir haben noch zwei Wochen Zeit. Du wirst sehen: Bis dahin werden wir die Sache schon ins reine bringen. Der Judenrat wird schon etwas für mich tun. Schließlich habe ich doch für meine Gemeinde zu sorgen!"

Mutter erwiderte nichts. Sie sah Vater an; sie sah mich an.

„Morgen spreche ich mit meinem Bekannten im Judenrat", fügte Vater schnell hinzu, „gleich in aller Frühe! Nein, ich will sofort etwas unternehmen!"

Der Weg zum Judenrat war meilenweit, und Juden durften keine Verkehrsmittel benutzen. Vater nahm Rock und Hut, um sich bei Bekannten, die im Hansaviertel wohnten, erst Rat zu holen. Als er weg war, kamen Leon und Toni aus ihren Fabriken zurück.

Nach einer kurzen Stunde hörten wir Vater stürmisch die Treppe wieder heraufeilen. Er war leichenblaß. „Habt ihr so was gehört? Sie warten nicht mehr vierzehn Tage! Ich komme eben von Dr. Adler. Er hat auch heute die Listen bekommen und packt nun in aller Eile. Er weiß mit aller Bestimmtheit, sagt er, daß sie uns noch heute holen!"

Was dann folgte, werde ich mein Leben lang nicht vergessen. Es steht in allen Einzelheiten vor mir. Und doch kann ich diese letzte Stunde mit meinen Eltern mit Worten nicht beschreiben.

Vom Hof hörte man Klaviergeklimper, Radiolärm und die zwei Preßlufthämmer. Mutter überwand sich schließlich doch dazu, mich anzureden. „Schnell weg mit dir!" Sie zog mich auf den Korridor hinaus. „Das hätte noch gefehlt, daß die Gestapo dich hier erwischt! Sieh zu, daß du dich nach der Schweiz durchschlägst, und wenn's nicht klappt, dann bleibt dir immer noch der Schuster. Ich hab dir doch erzählt: Er hat mir heilig versprochen, dich nicht im Stich zu lassen, bis der Krieg vorbei ist. Leon und Toni arbeiten ja in der Rüstung. Dann haltet wenigstens ihr drei den Krieg durch!"

Damit drängte sie mich ohne Kuß und ohne Händedruck zur Tür hinaus.

In meinem Versteck bei Frau Gold warf ich mich im halbdunklen Zimmer aufs Sofa und starrte den über mir schwebenden altmodischen Messingkronleuchter an.

Am nächsten Tage erzählte mir Leon, wie es zugegangen war. Etwa eine halbe Stunde, nachdem ich die Wohnung verlassen hatte, waren Vater und Mutter im Begriff, doch noch schnell wegzulaufen und irgendwo ein Versteck zu suchen. Da klingelte es. Sie hielten sich regungslos. Doch Vater konnte vor Aufregung nicht mehr an sich halten. Er schlich sich über die knackende Diele zur Wohnungstür, hob den Deckel vom Guckloch und spähte hinaus.

Von draußen rief es: „Machen Sie doch auf! Ich weiß doch, daß Sie da sind!"

Vater öffnete.

Der junge Mann in Zivil war nicht unhöflich. Er ließ Vater und Mutter sogar noch genügend Zeit, ihre Sachen zusammenzupacken.

An der Wohnungstür hielt Vater nochmals an und legte Leon und Toni ans Herz, diese Wohnung unter

allen Umständen bis ans Kriegsende zu halten. Darauf gingen meine Eltern mit dem Mann die Treppe hinunter.

(...)

Im Dezember 1958, nachdem ich jahrelang vergebens versucht hatte, über das Schicksal meiner Eltern etwas Genaueres zu erfahren, erhielt ich einen amtlichen Bescheid aus Berlin. Absender war: Der Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen – OFP Aktenverwahrstelle, Berlin.

Zu meinem Entsetzen bestand die Mitteilung aus einem gedruckten Behördenformular, in dem nur die Personalien meiner Eltern mit der Schreibmaschine eingetragen waren – das „Nichtzutreffende" war durchgestrichen. Darin wurde bescheinigt, daß meine Eltern

„mit dem 18.Ost- Transport vom 15.8.1942
nach Riga deportiert worden/~~ist~~ — sind. Der weitere Verbleib ~~ist~~ — der Genannten ist leider nicht festzustellen."

September 1942/Der Möbelwagen, die Angst vor den Nachbarn, wie der Friseur die Zukunft sieht und wie die Ausgebombten beruhigt werden: *Nach den Informationen von Frau Gold hatte die Gestapo ihr Verfahren geändert. Immer mehr Juden hatten sich versteckt. Darum schickte sie neuerdings keine „Listen" mehr, sondern fuhr mit einem großen geschlossenen Möbelauto durch die Straßen Berlins, wie mit einem Hundefängerwagen, und packte Menschen mit dem Judenstern hinein, wo sie ihrer nur habhaft wurde. Die Juden müßten sich jetzt immer auf dem laufenden halten, wo der Möbelwagen gerade halte, damit sie den Schergen nicht in die Hände liefen. Frau Gold legte mir äußerste Vorsicht ans Herz. Bei diesen Razzien könnte ich auch ohne Judenstern leicht mitgefangen werden.*

Versteckte Juden sollten übrigens häufiger durch Hausnachbarn als durch Polizeistreifen entdeckt werden. Darum fürchtete ich das Treppenhaus mehr als die Straße. Ließ sich eine Besorgung in der Stadt nicht vermeiden, dann bedurfte es der Kunst plötzlicher Umstellung. Nichts an meinem Äußeren sollte verraten, daß ich ein Hungerleider war, einer, der hinter dicht verhängten Fenstern in Strümpfen umherschlich. Ich zog meine Lederstiefel an, warf einen prüfenden Blick in den Spiegel, spähte durch das Guckloch, lauschte nach allen Seiten, ob niemand durchs Treppenhaus kam, und war der richtige Augenblick gekommen, öffnete ich die Wohnungstür sehr behutsam und ließ das Patentschloß so leise wie möglich zurückschnappen. Dann hieß es mit normal schallendem Schritt in mäßiger Schnelligkeit die Treppe hinuntersteigen.

Aber wie sollte es sich ein Nachbar denn erklären, daß im ersten Stock nach der vollkommenen Stille plötzlich Schritte zu hören waren und daß bei meiner Rückkehr den aufsteigenden Schritten unvermittelt vollkommene Stille folgte? Auf der Straße bemühte ich mich, wie ein unbefangener Gymnasiast auszusehen. Meine zwanzig Jahre sah man mir ja nicht an.

Das Warten beim Friseur war jedesmal eine Nervenprobe. Auch wenn ich schon bedient wurde, fühlte ich im Rücken neugierige Augen und kreuzte im Spiegel Blicke mit verdächtig aussehenden Kunden in Zivil. Warteten sie auf ihren Haarschnitt oder auf mich? Warum schauten sie mich an? War etwas Auffälliges an mir?

Der Friseur, ein Mann von etwa fünfzig Jahren, fragte einmal, mit der Schere klappernd, nach meinem Wehrverhältnis. Ich stammelte etwas davon, daß ich Flakhelfer sei, und versuchte das Gespräch aufs Haarschneiden zu lenken. Aber der Mann wollte durchaus über weltwichtige Dinge sprechen. Ungefragt setzte er mir seine Vorstellung von der Zukunft auseinander:

„Ja, nach dem Krieg werden die uns bezahlen. Die Engländer, Amerikaner und Russen werden alles wieder ersetzen und aufbauen, was sie mit ihren Bombern zerstört haben. Sie werden das Material liefern und arbeiten, und wir werden auf sie aufpassen. Wir können nicht arbeiten, denn wir brauchen unsre Leute, um die ganzen Länder zu besetzen."

Zu diesen Erklärungen machte ich ein möglichst zufriedenes Gesicht. – Mein Haarschnitt war inzwischen fertig. „Heil Hitler!" grüßte ich, als ich den

25)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 130,—	Thomasiusstr. 18/Vdhs. II. r. (Wohn. Isr. Strauß). Verw. Werner Fink, N 58, Weißenburger Str. 34. Tel. 45 24 10.
26)	4½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 130,—	Lessingstr. 29/Vdhs. p. (Wohn. Landau). Verw. Erich Brennicke, NW 87, i. gl. Hause.
27)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 130,—	Bochumer Str. 18/Vdhs. II. lks. (Wohn. Sara Lipski). Verw. Kurt Vierarm, Chlbg. 5, Witzlebenplatz 6. Tel. 30 11 37.
28)	5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 135,—	Derfflingerstr. 3/Vdhs. I. (Wohnung Isr. Aschert). Verw. Anna Schneider, i. gl. Hause.
29)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 135,—	Siegmundshof 2/Vdhs. hp. r. (Wohn. Sara Finkelstein). Verw. Ernst Jastrzemski, Bernau b. Berlin, Horst-Wessel-Str. 27.
30)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 138,10	Altonaer Str. 19/Vdhs. II. lks. (Wohn. Ir. Isaaksohn). Verw. Raßmus, NW 87, Altonaer Str. 20.
31)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 140,—	Tile-Wardenberg-Str. 6/Vdhs. III. (Wohnung Isr. Lindemann). Verw. R. Langner, W 30, Martin-Luther-Str. 87. T. 26 23 30.
32)	4½ Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 140,—	Siegmundshof 7/Vdhs. II. (Wohn. Isr. Bergsteiner). Verw. P. Kuhl, NW 87, i. gl. Hause. Tel. 39 72 24.
33)	4½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 140,—	Keithstr. 21/Vdhs. hp. (Wohnung Pototzky). Verw. G. Sellge, NO 18, Landsberger Allee 11/13. Tel. 59 16 11.
34)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 140,—	Jagowstr. 4/Vdhs. II. (Wohn. Isr. Meyer). Verw. R. Langner, W 30, Martin-Luther-Str. 87. Tel. 26 23 30.
35)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 142,—	Dortmunder Str. 3/Vdhs. II. lks. (Wohn. Isr. Wallach). Verw. Ludwig Jäger, i. gl. Hause. Tel. 61 23 88.
36)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 150,—	Wikinger Ufer 1/Vdhs. III. lks. (Wohn. Isr. Pariser). Verw. Georg May, NW 21, Krefelder Str. 12. Tel. 39 12 59.
37)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Landgrafenstr. 20/Vdhs. I. r. (Wohn. Silbergleit). Verw. Leo Littmann, i. gl. Hause. Tel. 25 61 35.
38)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Klopstockstr. 4/Vdh. (Wohn. Isr. Rzeßewsky). Verw. Wolfgang Grätz, NO 33, Am Friedrichshain 9. Tel. 53 59 05.
39)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo. Ww., Ofenhzg.	RM 150,—	Kirchstr. 25/Vdh. II. lks. (Wohn. Isr. Unger). Verw. Jorgensen, Lichterfelde, Gardeschützenweg 68. Tel. 76 37 28.
40)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Holsteiner Ufer 21/Vdhs. I. r. (Wohnung Isr. Cerny). Verw. H. Goertz, i. gl. Hause. Tel. 39 60 02.
41)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 155,—	Stromstr. 68/Vdhs. IV. r. (Wohn. Isr. Weltlinger). Verw. Paul Wiesener, NW 21, i. gl. Hause. Tel. 39 40 50.
[illegible])	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 160,—	Kirchstr. 14/Vdhs. II. lks. (Wohn. Elsasser). Verw. Terrainges. Berlin, W 8, Unter den Linden 57.
43)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 160,—	Tile-Wardenberg-Str. 12/Vdhs. II. r. (Wohn. Israel Schneider). Verw. Carl Hüper, NW 87, i. gl. Hause. Tel. 39 46 03.
44)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 170,—	Klopstockstr. 21/Vdhs. I. r. (Wohn. Isr. Behnsch). Verw. Leopold Speich, i. gl. Hause. Tel. 39 60 89.
45)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 170,—	Wichmannstr. 1/Vdhs. II. (Wohn. Sara Grünbaum). Verw. J. W. Lange & Co., W 62, Lützowplatz 16. Tel. 25 04 88.
47)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 180,—	Klopstockstr. 20/Vdhs. II. r. (Wohn. Sara Wischner). Verw. Ernst Rätzel, SW 68, Neuenburger Str. 2a.
48)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 185,—	Bundesratufer 1/Vdhs. III. r. (Wohn. Isr. Wolff). Verw. Berl.-Grundst. GmbH., SO 36, Schlesische Str. 28. Tel. 68 25 64.
49)	5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 185,50	Kurfürstenstr. 3/Vdh. I. lks. (Wohn. Isr. Ehrlich). Verw. Erich Degen, W 35, Kurfürstenstr. 3. Tel. 22 12 12.
50)	5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 200,—	Bundesratufer 7/Vdhs. III. lks. (Wohnung Sara Moses). Verw. Grundbesitzverw. AG., SW 11, Saarlandstr. 12.
51)	5 Zi.	Kü., Kammer, Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 220,—	Lützow-Ufer 33/Vdhs. I. (Wohn. Isr. Lachmann). Verw. Otto Wolff, NW 7, Dorotheenstr. 11. Tel. 16 79 09.

6 Zimmerwohnungen

54)	5½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 125,—	Elberfelder Str. 32/Vdh. II. (Wohn. Isr. Kirschenbaum). Verw. Dr. Uhlig & Co., Treuhand GmbH., W 15, Fasanenstr. 61. Tel. 92 35 33.
55)	6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Fahrst.	RM 125,—	Cuxhavener Str. 13/Vdh. III. lks. (Wohn. Oppenheim). Verw. Wilhelm Pech, Chlbg., Bismarckstr. 56.
56)	6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 140,—	Altonaer Str. 11/Vdh. II. lks. (Wohn. Isr. Rosenthal). Verw. Hermann Brack, Wilmersdorf, Kaiserallee 189. Tel. 86 22 32.
57)	6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 140,—	Altonaer Str. 11/Vdh. Erdg. r. (Wohn. Isr. Badt). Verw. Hermann Brack & Co., Wilmersdorf, Kaiserallee 189. T. 86 22 32
58)	6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 140,—	Holsteiner Ufer 17/Vdh. III. lks. (Wohn. Isr. Lewinsohn). Verw. Carl Zellermann, Friedenau, Baumeisterstr. 6. Tel. 88 21 94.
59)	5½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 145,—	Thomasiusstr. 22/Vdh. I. lks. (Wohnung Sara Israelski). Verw. Berta Hawemann, NW 40, i. gl. Hause. Tel. 35 27 65.
60)	6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 170,—	Holsteiner Ufer 17/Vdh. II. lks. (Wohn. Isr. Klein). Verw. Carl Zellermann, Friedenau, Baumeisterstr. 6. Tel. 88 21 94.
61)	6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 175,—	Flotowstr. 11/Vdh. hp. lks. (Wohn. Isr. Langermann). Verw. Erich Roßmann, NW 87, Cuxhavener Str. 16. Tel. 39 36 70.
62)	6 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 175,—	Kluckstr. 35/Vdh. III. r. (Wohn. Mehring). Verw. Frieda Kamiß, W 50, Ansbacher Str. 41. Tel. 24 44 69.
63)	6 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 195,—	Jagowstr. 36/Vdh. I. lks. (Isr. Löwenthal). Verw. Julius Müller, Chlbg. 4, Leibnizstr. 27. Tel. 31 36 66.
64)	6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhzg.	RM 200,—	Wullenweberstr. 9/Vdh. III. r. (Wohn. Isr. Lewin). Verw. Valerie Rickert, W 15, Fasanenstr. 41. Tel. 92 43 63.
65)	5½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 215,—	Von-der-Heydt-Str. 8/Vdhs. I. lks. (Wohn. Isr. Dzialoszynski). Verw. Gertrud Kniestädt, SW 68, Alte Jacobstr. 20/22. Tel. 17 55 35.
66)	6 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 300,—	Keithstr. 3/Vdh. I. lks. (Wohnung Isr. Rosenthal). Verw. Ida Dietrich, W 62, Keithstr. 3.

7 Zimmerwohnungen

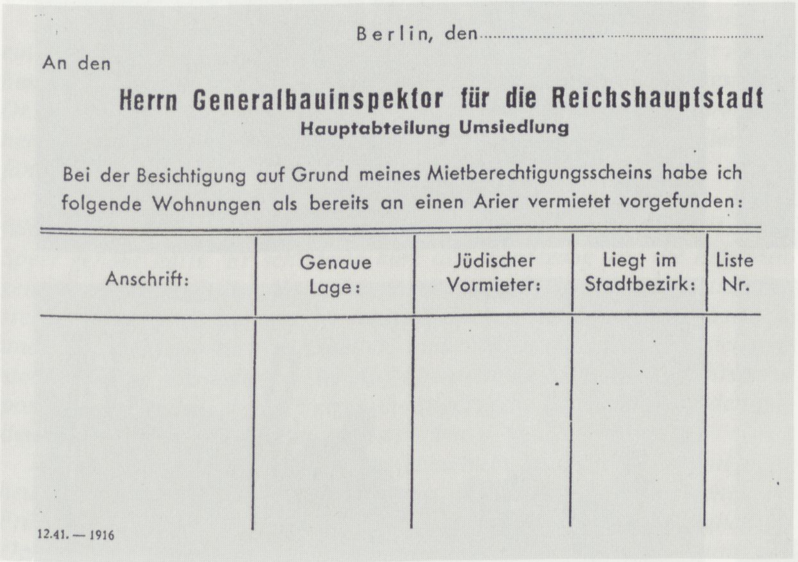
67)	6½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Derfflingerstr. 16/Vdh. III. (Wohnung Bloch). Verw. Treuhand AG. f. Grdbes. u. Ind., W 8, Leipziger Str. 30. Tel. 16 75 33.
68)	6½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Lützowstr. 67/Vdh. hp. lks. (Wohnung Jüd. Altersheime e. V.) Verw. Mertens, W 62, Wichmannstr. 25. Tel. 26 21 91.
69)	7 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ztlhzg.	RM 175,—	Lessingstr. 18/Vdh. hp. r. (Wohn. Hartstein). Verw. Ziebach, NW 87, Klopstockstr. 15. Tel. 39 72 16.
70)	7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 180,—	Levetzowstr. 12a/Vdh. II. r. (Wohn. Marcus). Verw. Krutzk Neukölln, Schwarzastr. 8. Tel. 60 15 80.
71)	7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 180,—	Levetzowstr. 12a/Vdh. III. r. (Wohnung Schragenheim). Verw. Krutzke, Neukölln, Schwarzastr. 8. Tel. 60 15 80.
72)	7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 250,—	Derfflingerstr. 17/Vdh. I. r. (Wohnung Jüd. Altersheim e. V.) Verw. Otto Nikolai, i. gl. Hause. Tel. 21 22 69.
73)	7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 285,—	Derfflingerstr. 5/Vdh. I. (Wohn. Leser). Verw. Schmidt-Werden, W 36, i. gl. Hause. Tel. 21 37 55.
74)	7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 285,—	Cuxhavener Str. 18/Vdh. I. r. (Wohn. Malmuth). Verw. Hahn, Chlbg., Niebuhrstr. 55. Tel. 31 14 70.

8 Zimmerwohnungen

75)	8 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhzg.	RM 310,—	Cuxhavener Str. 16/Vdhs. II. lks. (Wohn. Lipmann). Verw. Hahn, Chlbg., Niebuhrstr. 55. Tel. 31 14 70.

mieters auch die Namen der zu deportierenden Mieter enthalten. Die Abrißmieter können sich ihre Ersatzwohnung aussuchen.

Die Wohnungen dürfen nur an Mieter aus den Räumungsbereichen vergeben werden, die vom GBI einen *Mietberechtigungsschein* erhalten haben. Sollte die Wohnung schon von einem *Arier* gemietet sein, ist der Wohnungssuchende gehalten, dies dem GBI zu melden.



Berlin, den.....................................

An den

Herrn Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt
Hauptabteilung Umsiedlung

Bei der Besichtigung auf Grund meines Mietberechtigungsscheins habe ich folgende Wohnungen als bereits an einen Arier vermietet vorgefunden:

Anschrift:	Genaue Lage:	Jüdischer Vormieter:	Liegt im Stadtbezirk:	Liste Nr.

12.41. — 1916

←A 56

Am **11.7.1942** verläßt der erste Reichsbahnzug, der 210 Berliner Juden direkt nach Auschwitz bringt, die Stadt. Am **15.11.1942** gibt die Abteilung II/4 der GBI das Arbeitsgebiet *Vermietung von Judenwohnungen* an das Hauptplanungsamt der Stadt Berlin ab. ←A 57

2.2.2 Die Schlacht um Berlin

Trotz aller Vorbereitungen kann die GBI nicht mit den geplanten Neubauten beginnen. Der Grund dafür ist das Scheitern des am **22.6.1941** begonnenen *Blitzkrieges* gegen die Sowjetunion, der seit dem Herbst zunächst im Schlamm, dann im Schnee steckengeblieben ist. Dazu kommt, daß die Nachschubwege, Eisenbahnbrücken und Gleisanlagen zum Teil zerstört oder wegen der größeren Spurweite der sowjetischen Eisenbahn nicht sofort zu benutzen sind.

Am 19. Dezember wurden sämtliche Gruppenleiter des Baustabes Speer nach Berlin gerufen. Sie wurden vorsorglich über einen eventuell bevorstehenden neuen Einsatz unterrichtet. Der Baustab Speer hat zur Zeit im Luftwaffenrüstungsbau rund 55 000 Mann, beim Berliner Bauprogramm etwa 10 000 deutsche Arbeiter eingesetzt. Hierzu kommt die gleiche Anzahl an Ausländern und Gefangenen, so daß der Gesamtbestand des Baustabes 130 000 Mann beträgt. Die Lage der Wiederherstellung der Bombenschäden in Berlin war gegen Ende Dezember erheblich gebessert. Von insgesamt bisher 42 007 gemeldeten Schadensfällen sind bisher 36 262 beseitigt, d.h. 86 %. Auf den restlichen 5 745 Schadensstellen (bei denen übrigens kleinste Schäden mitgezählt sind) arbeiten zurzeit 7 613 Mann des Baustabes Speer. ←A 58

Nachdem anfänglich das Oberkommando der Wehrmacht an den Generalbauinspektor herangetreten war, um diesen zu bitten, mit seiner Organisation den Stellungs-, Unterkunfts- und Wegebau an der Ostfront zu übernehmen, stellte sich heraus, daß mit Rücksicht auf die Transportlage ein derartiger Einsatz gegenwärtig nicht möglich sei.

Nachdem Herr Speer jedoch von den außerordentlich schwierigen Verkehrsverhältnissen im Osten nähere Kenntnis erhalten hatte, bot er über Generalmajor Schmandi dem Führer 30 000 Bauarbeiter für die Zwecke des Wehrmachttransportchefs zur Behebung der Nachschubschwierigkeiten an.

Der Führer hat sodann auf Vorschlag von Herrn Speer den Einsatz des Baustabes Speer mit zunächst 30 000 Bauarbeitern einschließlich Bauleitungen mit Verfügung vom 27. Dezember befohlen und angeordnet, daß dieser Einsatz als Wehrmachtsgefolge dem Wehrmachtstransportchef zur Verfügung zu stellen sei.

Laden verließ. Es war das erste Mal, daß ich diese Worte in den Mund nahm. Ich war überrascht und befremdet, in welchem natürlichen Ton mir das gelang.

(. . .)

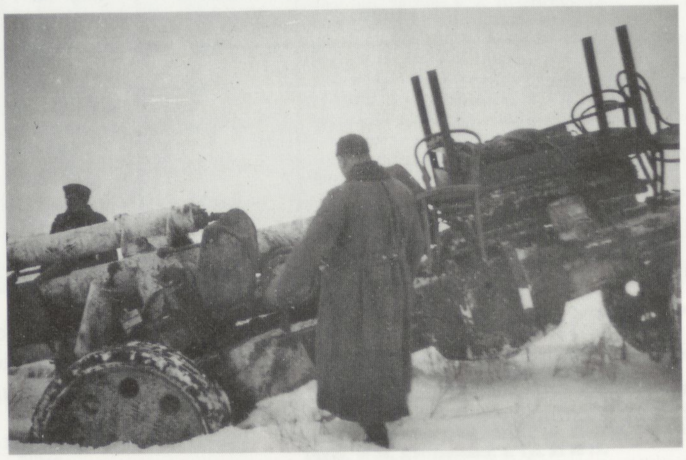
Die Fliegerangriffe häuften sich. Wenn Bomben fielen und die Luft von Flakgeschossen und Maschinengewehrfeuer zerrissen wurde, durften die Juden ein bißchen aufatmen. Niemand kam die Treppe herauf, um sie abzuholen. Im Treppenhaus hörten sie nur die „arischen“ Hausbewohner in den Keller eilen.

Von allen Luftangriffen, die im Herbst 1942 auf Berlin niedergingen, ist mir einer noch besonders lebhaft gegenwärtig. Wie immer waren wir in der Wohnung geblieben. In der näheren Umgebung hatte es schwere Einschläge gegeben. Nach der Entwarnung stürzten wir auf die Straße.

Der Himmel glüht rot und rauchig vom Widerschein brennender Häuser. Ein Häuserblock an der Ecke Altonaer Straße/Schleswiger Ufer stand in hellen Flammen. So nahe beim Schuster! Schnell hin zu ihm! Die Hansabrücke ist von Feuerwehrzügen verstopft, von Rettungswagen und einer Menschenmasse, die mit neugierigem Entsetzen dem Schauspiel folgt. Wir versuchen uns durch das Gedränge durchzuarbeiten. Vergeblich. Eine Kette von Luftschutzleuten, Polizisten und Ordnern hat den Zugang zum Schleswiger Ufer gegen die erregte Menge abgeriegelt. Da klagt einer, er habe sein Obdach verloren und all sein Hab und Gut. Dort jammert ein zweiter. Ob es zu einer Demonstration der Menge kommt?

Die Luftschutzleute lassen niemanden durch. Einer von ihnen spricht der Menge begütigend zu. Sein Gesicht wird von den Flammen rot beleuchtet. Ich stehe nur wenige Schritte von ihm entfernt und höre ihn rufen: „Nun regt euch nur nicht auf! Für alles ist gesorgt. Für euch stehen schon die Judenwohnungen bereit, mit kompletter Einrichtung. Und wenn sie nicht ausreichen, werden schnell neue frei gemacht!“

Diese Worte trafen mich wie ein Keulenschlag. Aus der Menschenmenge hörte ich kein Wort des Beifalls und keine Klage mehr.



K.K.: Zur Bildseite links: Die Fotografien entstanden von November 1941 bis Januar 1942 während des Angriffs der deutschen Wehrmacht ←B 25 auf die Sowjetunion im Gebiet zwischen Kursk und Woronesh. Sie zeigen die sich zu Beginn des Winters in Schlammfelder verwandelnden Rollbahnen; das Steckenbleiben einer Batterie auf ihrem Vormarsch in die Ukraine; den Versuch, die Geschütze mit Pferdeschlitten weiterzubewegen; eine eingeschneite Geschützstellung; eines der vielen durch Rohrkrepierer infolge des starken Frostes zerrissenen Geschützrohre und deutsche Soldaten, die bei minus 40° Celsius durch ihre gut gefütterten Wachmäntel vor dem Erfrieren bewahrt werden

(. . .) Professor Brugmann und Dr. Frank begaben sich am 27. Dezember ins Hauptquartier und erörterten mit dem Wehrmachtstransportchef und dem Oberbefehlshaber der Eisenbahntruppen die näheren Einzelheiten im Rahmen des Einsatzes. Als Aufgaben kamen in Frage: Die Umspurung von Eisenbahnstrecken, die Errichtung von Bw-Anlagen (Lok-Schuppen, Wasserstandsbauten, Entschlackungsgruben usw.) sowie Vergrößerung der Gleisanlagen auf Bahnhöfen zur Erhöhung der Kapazität dieser Bahnhöfe.

Am gleichen Tage trafen sich Herr Speer und Dr. Todt am Hintersee zu einer Aussprache, die zu dem Ergebnis führt, daß eine gebietliche Aufgabenteilung zwischen den beiden Organisationen das zweckmäßigste sei. Dr. Todt sagte Herrn Speer zu, die Erfahrungen, die die OT bei ihrem bisherigen Einsatz gesammelt habe, auch dem Baustab Speer im vollen Umfange zuteil werden zu lassen.

Am 28. Dezember fand eine Besprechung bei Dr. Todt statt. Dieser führte noch einmal das Ergebnis der Besprechung aus, die er mit Herrn Speer gehabt hatte. Er schilderte kurz den Werdegang und die Erfahrungen der OT hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Wehrmachtsdienststellen. Die OT, ebenso wie der Baustab Speer seien gewohnt, selbständig und eigenverantwortlich zu arbeiten, und müßten auf jeden Fall sichergestellt werden, daß lediglich die Aufgabenstellung beim Wehrmachtstransportchef liege, daß aber die eigenverantwortliche Bauausführung den beiden Organisationen überlassen bleiben müsse.

Die Frage der Sicherstellung des Nachschubs im Ostraum sei von ungeheurer Bedeutung für die Fortführung der deutschen Operationen im Frühjahr. Die gegenwärtige Lage habe gezeigt, daß die zurzeit täglich ins Operationsgebiet beorderten Eisenbahnzüge nicht ausreichen, um den Nachschub sicherzustellen, den die Truppe brauche.

Im **Januar 1942** beginnt die Verlegung des *Baustabes Speer/Ostbau* in die besetzten Gebiete der Sowjetunion. Da Todt am **8.2.1942** in Rastenburg, dem ostpreußischen Hauptquartier Hitlers, bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kommt, erledigen sich die Kompetenzstreitigkeiten zwischen ihm und Speer. Bei Wolters heißt es dazu:

Während der Anwesenheit von Herrn Speer im Führerhauptquartier startete Dr. Todt am Morgen des 8. Februar mit seinem Heinkel 111. Nur wenige 100 Meter vom Flugplatz entfernt stürzte die Maschine nach Aussetzen einer der Motoren ab. Hierbei fand Reichsminister Dr. Todt den Tod. ←A 59

Am 9. Februar ernannte der Führer Herrn Speer als Nachfolger Dr. Todts zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition, zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen und zum Generalinspektor für Wasser und Energie.

Am 10. Februar ernannte der Reichsmarschall Reichsminister Speer zum Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft. Zwei Tage später bestimmte der Führer den Minister zum Nachfolger in allen übrigen Ämtern, die Dr. Todt innehatte. Reichsminister Speer wurde damit Leiter des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik (NSBDT).

Speer gliedert seinen Bautrupp der *OT* (Organisation Todt) ein und führt sie unter diesem Namen weiter. Gleichzeitig zieht er sich von der Leitung der GBI zurück und ernennt am **2.3.1942** Schelkes, Stephan, Wolters und Fränk jeweils für ihre Aufgabenbereiche als seine Stellvertreter in der Planungsstelle.

Die Baumaßnahmen der Generalbauleitung des GBI beschränken sich während des Jahres **1942** in Berlin auf die Herstellung von Unterkünften für die russischen Zwangsarbeiter, die Reparatur der Bombardierungsschäden und – in der Angriffspause der RAF – auf die Durchführung eines Bunkerbauprogramms, mit dessen Vorbereitung Karl Bonatz, der Bruder ←S.247 des Stuttgarter Architekten Paul Bonatz, als Leiter der Abteilung III/8 Anfang **1941** wohl etwas zu eigenmächtig begonnen hatte, wie Wolters im **April 1941** feststellt:

Ende März wurde festgestellt, daß vom Oberbunkerbaurat Bonatz von der Generalbauleitung fleißig die Standorte für etwa 250 Luftschutzbunker bestimmt worden waren, ohne daß nach den Belangen der Neuplanung gefragt worden wäre. Davon wären 234 bereits in der Ausführung begriffen. Schelkes und Stephan führten, so gut es ging, eine nachträgliche Abstimmung herbei. Jedoch wird eine größere Anzahl von Bunkern nach dem Kriege beseitigt werden müssen, vor allem solche, die in zukünftigen Wasserflächen liegen. ←A 60

Im **April 1943** berichtet Wolters über den Stand der Arbeiten:

J.G.: Palmarum 42 in Lübeck (28.3.1942)

Man saß – zwei Familien – im Luftschutzkeller zwischen rohen Stempeln aus Kiefern, zwischen einer Blechtür mit runden Ecken und zwei großen Einreibern nach innen und einem in Beton gegossenen Fluchtweg nach außen und erinnerte sich an die einzige Luftmine, die ganz in der Nähe – glaubte man – einschlug und das Haus für Sekunden anzuheben schien.

Man sah „Palmarum 42" nach dem Brandbombenangriff die Stadt vom Dach der Vorstadtvilla aus brennen. Sie spiegelte sich noch in der Wakenitz davor. Als Rache für Coventry, hieß es. Für den Sonntag war mir eine Schokolade im Café Maret am Markt versprochen worden, doch ich weinte erst am Tag darauf, als wir – ich an der Hand der Eltern – in die Stadt gingen und die Wäsche abholen wollten. Der Giebel des Hauses, in dem die Wäscherei lag, war in die Straße gefallen.

Wir wurden nicht mehr durchgelassen, sahen aber zum Stadthügel hin das Kaufmannsviertel noch rauchen. Nur einige Giebel waren stehengeblieben, obwohl es doch gerade sie waren, die man austauschen konnte, wenn sie unmodern geworden waren.

Ich sah am nächsten Tag, wie die unlöschbaren Flammen die Türme des Doms hinaufzüngelten und das geschmolzene Kupfer der Dachhaut herunterleckte. In dem Moment, wo die Dachstühle aus Eiche ausgebrannt waren, kippten die Türme als Ganzes.

Das Bild hat sich unauslöschbar eingebrannt und steht für den Krieg, von dem man in dieser Stadt sonst verschont war. Oft lagen wir später auf der Wiese im Garten und sahen den summenden silbrigen Bomberpulks in für die Flak unerreichbarer Höhe nach, die nur ein Ziel haben konnten: Berlin.

LÜBECK

OKW-BERICHT VOM 29. MÄRZ 1942: *„Britische Bomber griffen in der letzten Nacht einige Orte im deutschen Küstengebiet an, vor allem die Stadt Lübeck. Die Zivilbevölkerung hatte einige Verluste."*

Dabei warf die Royal Air Force bei diesem Angriff auf Lübeck mehr als anderthalb Mal so viel Tonnen Bomben ab, als vor einem Jahr die Luftwaffe auf

COVENTRY

Das ist ausserdem 8 mal so viel, wie die Luftwaffe im ganzen Monat März dieses Jahres über England abwarf.

„Wenn die britische Luftwaffe 2 oder 3 oder 4 Tausend Kilo Bomben wirft, dann werfen wir in einer Nacht 150 000, 180 000, 230 000, 300 000, 400 000 und mehr Kilogramm." **Hitler, 4. September 1940.**

G 20

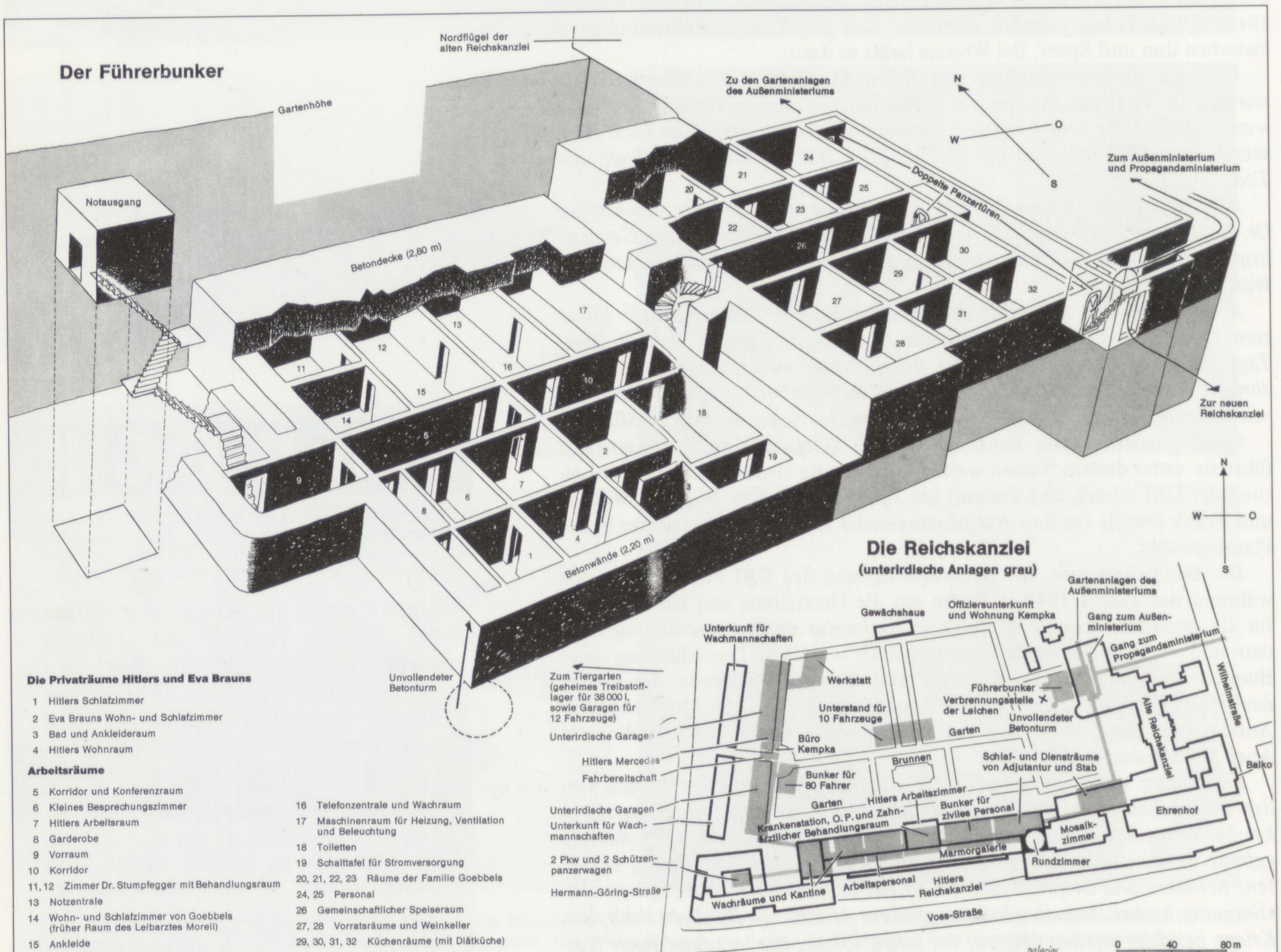
→A 61 Flugblatt der RAF, abgeworfen 1942 über Lübeck

→A 62 *Das von der Generalbauleitung des Generalbauinspektors durchzuführende Berliner Bunkerbauprogramm ergab Ende April folgendes Bild: Von insgesamt 391 begonnenen Bunkern für etwa 115 500 Personen waren 253 Bunker für 68 500 Personen fertiggestellt. Nahezu fertig waren weitere 4 Bunker für 4000 Personen, im Ausbau begriffen 12 Bunker für 13 600 Personen. Die Bauarbeiten am Bunker Reichskanzlei und den beiden Hotelbunkern Adlon und Kaiserhof gingen programmgemäß weiter.*

Analog zur unterirdischen Befehlszentrale des Oberkommandos des Heeres (OKH) in Zossen wird unter dem Garten der Reichskanzlei die zweite unterirdische, nicht repräsentative Reichskanzlei erweitert. Sie ist durch ein Gangsystem mit der bereits **1937** gebauten und unterbunkerten Reichskanzlei, aber auch mit den angrenzenden Ministerien an der Wilhelmstraße, verbunden.

Am **16.1.1943** setzen mit 200 britischen Bombern nach langer Pause die Luftangriffe auf Berlin wieder ein. Nach den großen Flächenbombardements Lübecks, Rostocks und Kölns planen die britischen Militärs eine *strategische Luftkriegsoffensive* mit dem Ziel, die *Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, insbesondere der Arbeiter*, zu erschüttern. →L 23

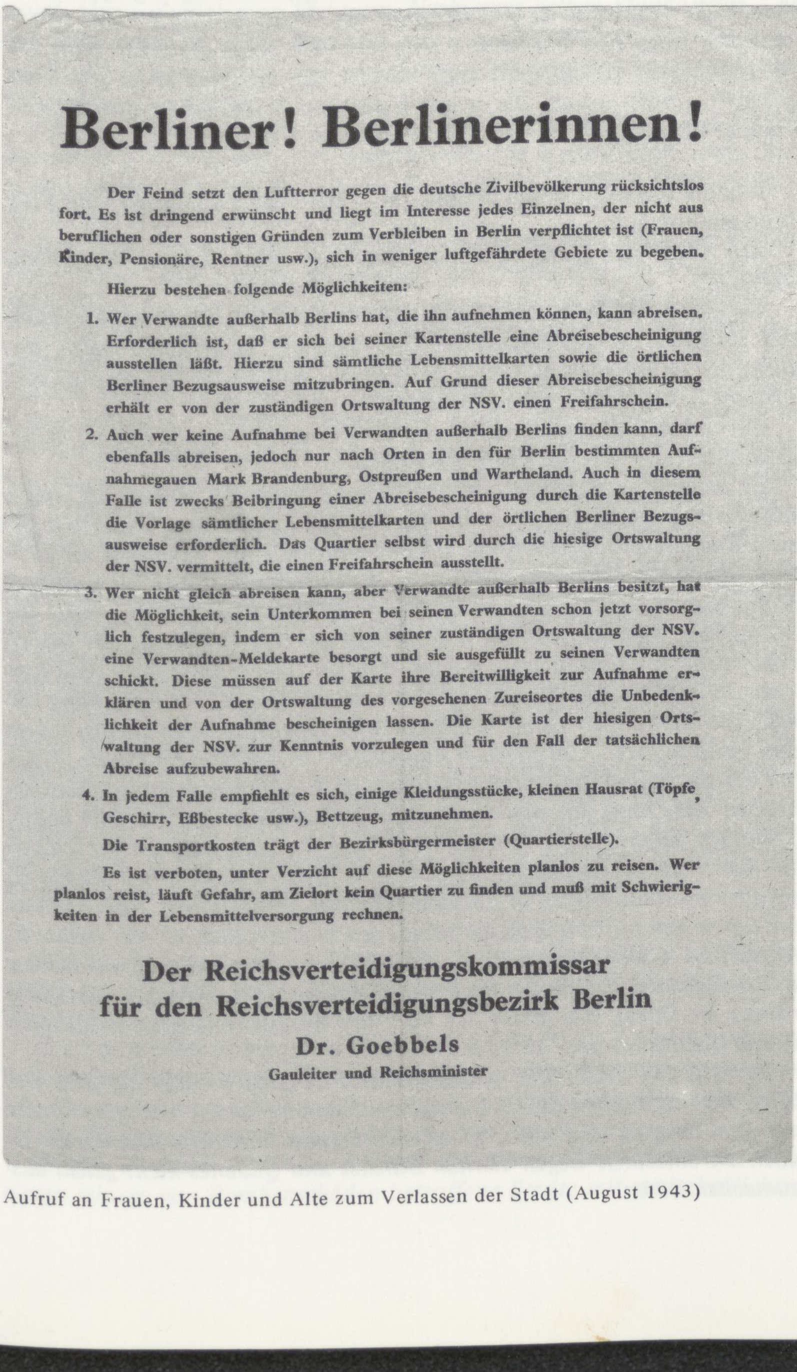
→L 24 *Die britischen Flugzeuge kamen immer nachts, das hatte vor allem taktische Gründe. Aber diese Angriffe gegen 22.00 Uhr und später brachten es mit sich, daß die Berliner Bevölkerung durch den Fliegeralarm wichtige Stunden des Nachtschlafes verlor. Die Angriffe begannen in der Regel dann, wenn sich die Masse der Berliner schlafen gelegt hatte. In der auf das Sirenengeheul folgenden Aufregung des Zusammensuchens der Sachen, der Flucht in den Luftschutzkeller und der Angst vor den fallenden Bomben liegt ein bestimmendes Moment der britischen Absicht, die Moral der Bevölkerung zu untergraben, sie zu zermürben und nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Die Einflugrichtungen der Bombenflugzeuge auf das faschi-*



Führerbunker unter der Reichskanzlei (1943) ←B 26

stische Deutschland wurden so gewählt, daß es oft den Anschein hatte, daß Berlin angeflogen wird. In der Stadt wurde Alarm gegeben, mehrmals drehte aber die Masse der Flugzeuge ab und suchte ein anderes Ziel heim. Ein Teil der Absicht war erreicht, die Berliner Bevölkerung war im Luftschutzkeller. Dieses zermürbende Element wurde von dem britischen Kommando ausgebaut.

Im März 1943 wurden die weiteren Angriffe auf Berlin abgebrochen und bis auf den Herbst verschoben. Es begann die „Schlacht um die Ruhr". Das Ruhrgebiet mußte vom 5. März bis zum 26. Juni 1943 26 Großangriffe über sich ergehen lassen. Ihnen folgten Angriffe auf Wilhelmshaven, Hamburg, Bremen und Kiel, München, Leipzig, Frankfurt/Main, Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) usw. Die Bombenflugzeuge tasteten sich langsam auf Berlin zu. Damit nun aber die Berliner Bevölkerung weiter dieser Zermürbung unterlag, setzte das britische Bomberkommando kleine, wendige zweimotorige Maschinen vom Typ „Mosquito" ein. Diese Maschinen richteten durch Abwurf nur relativ geringen Schaden an. Ihre Angriffe dienten dem Zweck, der Bevölkerung keine Ruhe zu gönnen. Sie galten als eine bewußt durchgeführte Taktik, welche mit geringen Kräften den Großteil der Stadtbewohner dazu zwang, aufwendige und umständliche Luftschutzmaßnahmen zu ergreifen. Das sollte die Widerstandskraft der Berliner Bevölkerung zermürben. In der Zeit vom 20./21. April 1943 bis zum 21. Oktober 1943 waren es immerhin 31 solcher Angriffe, und im Verein mit Alarmen wegen Aufklärungsflugzeugen und Scheinangriffen gönnten sie der Bevölkerung keine Ruhe und wurden zur regelrechten Plage. Insgesamt flogen die „Mosquitos" 3 900 Einsätze gegen Berlin, wobei sie 4 400 Tonnen Bomben abwarfen.



Berliner! Berlinerinnen!

Der Feind setzt den Luftterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung rücksichtslos fort. Es ist dringend erwünscht und liegt im Interesse jedes Einzelnen, der nicht aus beruflichen oder sonstigen Gründen zum Verbleiben in Berlin verpflichtet ist (Frauen, Kinder, Pensionäre, Rentner usw.), sich in weniger luftgefährdete Gebiete zu begeben.

Hierzu bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Wer Verwandte außerhalb Berlins hat, die ihn aufnehmen können, kann abreisen. Erforderlich ist, daß er sich bei seiner Kartenstelle eine Abreisebescheinigung ausstellen läßt. Hierzu sind sämtliche Lebensmittelkarten sowie die örtlichen Berliner Bezugsausweise mitzubringen. Auf Grund dieser Abreisebescheinigung erhält er von der zuständigen Ortswaltung der NSV. einen Freifahrschein.
2. Auch wer keine Aufnahme bei Verwandten außerhalb Berlins finden kann, darf ebenfalls abreisen, jedoch nur nach Orten in den für Berlin bestimmten Aufnahmegauen Mark Brandenburg, Ostpreußen und Wartheland. Auch in diesem Falle ist zwecks Beibringung einer Abreisebescheinigung durch die Kartenstelle die Vorlage sämtlicher Lebensmittelkarten und der örtlichen Berliner Bezugsausweise erforderlich. Das Quartier selbst wird durch die hiesige Ortswaltung der NSV. vermittelt, die einen Freifahrschein ausstellt.
3. Wer nicht gleich abreisen kann, aber Verwandte außerhalb Berlins besitzt, hat die Möglichkeit, sein Unterkommen bei seinen Verwandten schon jetzt vorsorglich festzulegen, indem er sich von seiner zuständigen Ortswaltung der NSV. eine Verwandten-Meldekarte besorgt und sie ausgefüllt zu seinen Verwandten schickt. Diese müssen auf der Karte ihre Bereitwilligkeit zur Aufnahme erklären und von der Ortswaltung des vorgesehenen Zureiseortes die Unbedenklichkeit der Aufnahme bescheinigen lassen. Die Karte ist der hiesigen Ortswaltung der NSV. zur Kenntnis vorzulegen und für den Fall der tatsächlichen Abreise aufzubewahren.
4. In jedem Falle empfiehlt es sich, einige Kleidungsstücke, kleinen Hausrat (Töpfe, Geschirr, Eßbestecke usw.), Bettzeug, mitzunehmen.

Die Transportkosten trägt der Bezirksbürgermeister (Quartierstelle).

Es ist verboten, unter Verzicht auf diese Möglichkeiten planlos zu reisen. Wer planlos reist, läuft Gefahr, am Zielort kein Quartier zu finden und muß mit Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung rechnen.

Der Reichsverteidigungskommissar für den Reichsverteidigungsbezirk Berlin

Dr. Goebbels

Gauleiter und Reichsminister

Aufruf an Frauen, Kinder und Alte zum Verlassen der Stadt (August 1943) ←A 63

Gleichzeitig wird in London die *Schlacht um Berlin* vorbereitet. Nach den mehrtägigen vernichtenden Flächenbombardements Hamburgs im **Juli/ August 1943**, die zu Flächenbränden und Feuerstürmen führen, in denen 42.000 Menschen umkommen, wird die Berliner Bevölkerung, soweit sie nicht für die kriegswichtige Produktion tätig ist, am **4.8.1943** zum Verlassen der Stadt aufgefordert. Bis zum **November 1943** werden etwa 600.000 Personen, vor allem Kinder und Alte, aus der Stadt evakuiert. Der Schul-
→L 25 betrieb in Berlin wird unterbrochen. *Die Schulen (werden) in die Mark Brandenburg, nach Ostpreußen und in Teile des okkupierten Polens verlegt*. Nach 3 Großangriffen im August beginnt die eigentliche *Schlacht um Berlin* in der Nacht zum **19.11.1943**. Dabei werden auf Berlin zum ersten Mal Flüssigkeitsbrandbomben abgeworfen, die im Gegensatz zu den bisherigen Brandbomben kaum zu löschen sind. Beim Aufschlag spritzt der Inhalt auseinander, bedeckt dabei große Flächen und beginnt bei Luftzutritt sofort zu brennen.

→L 26 *Mit diesem Angriff leitete das Bomber Command 16 schwere Luftangriffe gegen Berlin ein, deren Wucht sich vor allem im November von Mal zu Mal steigerte. Eine Katastrophe hamburgischen Ausmaßes drohte der faschistischen Hauptstadt bei den vorgesehenen Doppelschlägen des Bomber Command am 22./23. und 23./24. November 1943. Früher als gewöhnlich war der faschistischen Luftverteidigung am 22. November die Sammlung von fast 1000 Bombenflugzeugen über der Nordsee gemeldet worden. Ein kalter Nordostwind hatte in Berlin einen tiefen Temperatursturz verursacht. Als um 19.30 Uhr Luftalarm gegeben wurde, waren Kinos, Theater und Großgaststätten noch voll besetzt, weil niemand mit einem so frühen Alarm gerechnet hatte. Die auf 400 Flugzeuge geschätzte erste Welle bombardierte das Zentrum der Stadt. Um 21.12 Uhr wurde entwarnt. Um 22.09 Uhr näherte sich die zweite Welle der Stadt, ohne daß die zahlreichen Großbrände auch nur im entferntesten unter Kontrolle gebracht worden waren. Die zweite Welle fand ihr Zielgebiet damit hell erleuchtet vor.*

Wolters beobachtet den Angriff am Abend des **22.11.1943** vom Flakturm am Zoo aus:

→A 64
←L 27 *Am Abend des 22. November erfolgte der bisher schwerste Luftangriff auf Berlin.*

Gegen 19.30 Uhr wurde Alarm gegeben. Der Chronist, der auf Einladung des Erbauers der Flaktürme, Professor Tamms, Gelegenheit hatte, den Flakturm in Tätigkeit zu sehen, beobachtete den Beginn des Angriffs vom Umgang des Leitturms am Bahnhof Zoo.

Der Abend war stockfinster. Die Wolkendecke hing dicht und außergewöhnlich tief über der Stadt. Es regnete.

Es dauerte nicht lange, als erste Bombenwürfe im Westen die Stadtsilhouette blitzartig erleuchteten. Kurz darauf konnte man vom Turm aus zwei Kaskaden beobachten, die schätzungsweise einen Kilometer westlich und eineinhalb Kilometer südwestlich herunterkamen. Aus der niedrigen Wolkendecke tropfte es in rotem Licht auf die Stadt und beseitigte die Dunkelheit. Man sah jetzt auch die Rohre des Geschützturms, der jedoch noch nicht in Tätigkeit trat. Wenige Minuten später durchbrach eine Kaskade die Wolken über dem Zoogebiet und beleuchtete die Umgebung taghell. Die jetzt immer näher kommenden Bombeneinschläge trieben uns in den Turm zurück – im gleichen Augenblick, als der Minister (Speer, d.V.)*, der bis zu Beginn der ersten Einschläge im benachbarten Ministerium geblieben war, oben auf den Turm kam und sich auf den Umgang begab. Sekunden darauf mußte er jedoch im Turm Deckung nehmen, als schwerste Einschläge in nächster Nähe den Turm trotz seiner starken Wände erschütterten. Ihm folgten in Abständen schwer angeschlagene Flaksoldaten, die durch den Luftdruck an die Wände geschleudert und verletzt waren. Es folgte nun – schätzungsweise zwanzig Minuten lang – Schlag auf Schlag. In der Halle des Turms sah man von oben eine dicht gedrängte Menschenmenge im Dunst, der durch den von den Wänden fallenden Betonstaub immer dichter wurde.*

Etwa gegen 20.30 Uhr schien der gröbste Stoß vorüber zu sein. Der Chef, der inzwischen im Divisionsgefechtsstand gewesen war, ging wieder auf den Umgang und sah von hier aus ringsum zahlreiche Brände, die jedoch im einzelnen wegen starken Dunstes und Qualmes nicht genau auszumachen waren.

Hans-Georg von Studnitz:
Mittwoch, den 23. November 1943

Unbeschreibliche Stunden liegen hinter uns. Wir haben einen Weltuntergang überlebt. Auf der Rückreise von Puddiger in Pommern, wo wir bei Blumenthals ein geruhsames Wochenende verlebten, erreichen wir gegen 20 Uhr Stettin, als die Lichter verlöschen und jemand „Luftgefahr" ruft. Der Zug fährt aus der Bahnhofshalle und bleibt einige Kilometer weiter auf offener Strecke liegen. Durch die Nacht dringt Geschützfeuer. Im Süden zeichnet sich ein fahler Schein gegen den dunklen Himmel. Nach einstündiger Pause setzt sich der Zug wieder in Bewegung. Gegen 22 Uhr sind wir in Angermünde, um 23 Uhr in Eberswalde, wo es heißt, ein großer Angriff habe die Strecke beschädigt. Wir kommen nur langsam voran und finden uns gegen ein Uhr früh in Bernau, wo wir zum Verlassen des Zuges und zur Weiterfahrt mit der S-Bahn aufgefordert werden, weil der Stettiner Bahnhof in Berlin unbenutzbar geworden ist. Das Umsteigen bereitet Schwierigkeiten, da der S-Bahn-Zug die vielen Reisenden aus dem Fernzug nicht fassen kann. Obendrein sind wir außer dem Gepäck mit zwei Kreaturen belastet, die wir in Pommern erstanden haben, einem jungen Dackel für Gini und einem Vorweihnachtsbraten in Gestalt eines Truthahns. In Buch erblicken wir erste Zerstörungen. Um 2.15 Uhr ist auch die S-Bahn-Reise zu Ende. In Pankow-Schönhausen werden wir herausgeholt und wissen nicht, wie wir weiterkommen sollen. Die Luft ist von beißendem Qualm erfüllt. Wir geben uns der Illusion hin, daß der Angriff dem Osten der Stadt gegolten hat, und machen uns, so gut es geht, mit unseren Sachen zu Fuß auf, um über die Schönhauser Allee der Stadt näher zu kommen. Das Gepäck lassen wir in einem Notspital, in dem ständig Verletzte eingeliefert werden. Hund und Truthahn nehmen wir mit.

Den Versuch, den Alexanderplatz zu erreichen, geben wir nach einer Stunde auf. Die von Brandgeruch und ausströmendem Leuchtgas geschwängerte Luft wird so unerträglich, die Finsternis so undurchdring-

Inzwischen hatte Annemarie Wittenberg, die beim Ministerium im Stadtbahnbogen Deckung genommen hatte, angerufen und die Meldung vom Brand des Ministeriums durchgegeben. Fast gleichzeitig, gegen 21.30 Uhr, wurde entwarnt.

Herr Speer nahm sofort seinen Wagen, begleitet von Dr. Schieber, in Richtung Stadtbahn, saß jedoch nach kurzer Zeit fest, da umgestürzte Bäume den Weg versperrten und der Grund überall durch den Regen aufgeweicht war. Zeitzünder gehen ununterbrochen hoch. Im Wagen Tamms fuhr der Chef einen anderen Weg und gelangte, begleitet von Schieber, Tamms und Wolters, am Ministerium an, das an allen Ecken und Enden lichterloh brannte. Der Chef versuchte einzugreifen, den wenigen Männern Anweisungen zu geben – nicht Möbel, sondern Akten und Schreibmaschinen zu retten –, mußte jedoch bald darauf einsehen, daß hier alles vergeblich war. Der ganze Bau brannte mit immer stärker werdender Glut, vom Sturm immer mehr angefacht. Der Qualm machte die Arbeit unmöglich, das Wasser war ausgegangen.

Kurze Pause im Stadtbahnbogen bei Wittenberg und Cliever. Speer gibt das Ministerium auf, läßt Leute zusammenholen und aus dem achtstöckigen, benachbarten Heereswaffenamt, das eben zu brennen beginnt, herausholen, was zu retten ist. Er zeigt den kopflosen Männern in diesem Hause, was zu machen ist, indem er selbst im obersten Geschoß anfängt, Schreibmaschinen, Telefonapparate und Akten herunterzuholen. Wittenberg erscheint und teilt mit, daß die seit kurzer Zeit bezogene Wohnung des Chefs brenne – wovon Herr Speer keine Notiz nimmt. Tamms, Wolters und Wittenberg fahren in Richtung Wohnung. Panne, Reifenwechsel. Neben der Wohnung ein Volltreffer in die neue Schweizer Gesandtschaft. Die Wohnung wird geräumt. Die Nagelwache ist am Werk. Wenige Minuten darauf neuer Alarm. Zurück zum Flakturm. Nach einer halben Stunde etwa – es mag inzwischen 22.30 Uhr geworden sein – endgültige Entwarnung.

Die Nacht über ist der Chef weiter unterwegs, zusammen mit Dr. Schieber und General Waeger.

Der Chronist begibt sich zu Fuß durch das an allen Ecken und Enden brennende Tiergartenviertel zu seiner Dienststelle in die Viktoriastraße, wo es ihm gelingt, aus dem brennenden Hause bis zum Morgen das Wichtigste mit einigen Mitarbeitern zu bergen.

Am folgenden Morgen ist der Chef wieder im alten Hause am Pariser Platz, wo er seine engeren Mitarbeiter versammelt und die notwendigen Maßnahmen zur Wiederaufnahme und Fortsetzung der Arbeit einleitet.

Berlin ist erheblich in seinem Zentrum angeschlagen. Die westliche, südwestliche Innenstadt und das Tiergartenviertel sind schwer getroffen. Der Verkehr ist jedoch in wenigen Tagen wieder völlig in Gang. Trotz erheblichen Schadens – 400 000 Obdachlose, 3 500 Tote – wird der Schlag in überraschend kurzer Zeit überwunden. Das Ministerium ist in verschiedenen Ausweichen untergebracht. Da die Telefonverbindung noch nicht wieder funktioniert, findet von nun an regelmäßig um 12.00 Uhr eine Zusammenkunft der Amtschefs und der Amtsgruppenleiter beim Minister statt.

Die Vernichtung der gesamten Arbeitsakten veranlaßt den Minister zu folgender Formulierung in einem Erlaß vom 23. November: „. . . im übrigen glaube ich, daß hierdurch die sehr erheblichen Ansätze zu einer bürokratischen Behandlung von Problemen, die am besten verwaltungsmäßig ungebunden durchgeführt werden sollten, automatisch überwunden sind . . .“

Daß sich in Berlin im Gegensatz zu Hamburg oder Lübeck keine der gefürchteten Feuerwalzen erhebt, die dort *in den Holzhäusern genug Nahrung fand(en) und in den engen Gassen und Straßen der mittelalterlichen Städte einen solchen Sturm entfachen konnte(n), daß diese Gassen und Straßen wie Kamine wirkten*, liegt an den breiten Straßen, die nach allen Richtungen aus der Stadt herausführten und wie Schneisen im Feuer und an den überwiegend aus Stein gebauten Häusern wirkten. ←L 28

Angesichts der starken Zerstörungen, die die Luftangriffe seit **1942** verursachten, wird die Notwendigkeit einer planerischen Vorbereitung des Wiederaufbaus nach dem Krieg deutlich.

In einigen Städten begannen unter dem Eindruck der Schäden und drohender Baufälligkeit die Gauleiter, nach eigenem Ermessen historische Bauten abzureißen und auf ihre Weise Voraussetzungen zur Modernisierung der Städte im künftigen Wiederaufbau zu schaffen. ←L 29

Bereits im März 1943 hatte Speer die Zusage Hitlers erhalten, daß einige schwer von Bombenschäden betroffene Städte mit städtebaulichen

lich, der Regenschauer vor sich herjagende Sturm so stark, daß unsere Kräfte erlahmen. Dazu versperren umgestürzte Bäume und Leitungsmasten, zerrissene Hochspannungskabel, verkohlte Straßenbahnwagen, Trichter, Gesteinstrümmer und Glasscherben den Weg. Alle Augenblicke reißt der Wind von den Ruinen Fensterrahmen, Dachziegel und Regenrinnen auf die Straße. Um vier Uhr früh taucht ein Licht auf. Wir treten in ein Lokal, in dem sich Zeitungsfrauen zur Entgegennahme der Frühausgaben versammelt haben. Von ihnen erfahren wir, daß die Katastrophe sich nicht auf die östlichen Stadtteile beschränkt, sondern auch Zentrum und Westen schwer getroffen hat. Die Haltung der Austrägerinnen nötigt uns Bewunderung ab. Jede von ihnen ist ausgebombt oder hat in dieser Nacht irgendeinen schweren Schaden erlitten. Keine macht ein Aufheben davon. Alle finden sich zur gewohnten Stunde ein, ruhig, tapfer, gefaßt, um die Bevölkerung mit den Morgenzeitungen zu versorgen. Gegen fünf Uhr früh bringt uns eine Zeitungsfrau auf den Weg nach dem U-Bahnhof Rosenthaler Platz. Die Straßen dorthin säumen ausgeglühte Geschäftshäuser. Zwischen zuckenden Flammen, eingehüllt in Glut, Rauch und Funkenflug, erreichen wir den U-Bahnschacht mit Mühe. Auf den Bahnsteigen unter der Erde haben sich Hunderte von Ausgebombten mit dem Rest ihrer Habe niedergelassen. Mit Wunden, Verbänden und rußverschmierten Gesichtern hocken sie apathisch auf ihrem Bettzeug und anderem geretteten Hausrat. Der U-Bahn-Zug bringt uns bis zum Bahnhof Alexanderplatz, wo der Schienenverkehr zu Ende ist. Wir steigen empor in die brennende Hölle Berlins, der schaurige Morgen des 23. November bricht an.

Um den zerstörten S-Bahnhof Alexanderplatz brennen die großen Warenhäuser lichterloh. Weiter stadtwärts steht Schlüters herrliches Schloß, die einstige Residenz der Hohenzollern, inmitten eines Orkans von Rauch und Funken. Aus einem Flügel schlagen riesige Flammen. Wir überqueren die Spree und sehen das Bankenviertel brennen. Zeughaus, Universität, Hedwigskirche, Kommode und Nationalbibliothek sind bereits eingeäschert. Rauchwolken verdecken den Blick von den Linden in die Friedrich- und Wilhelmstraße. Auf dem Pariser Platz steht der Geschäftsbau der IG Farben in Flammen. Das gegenüberliegende „Adlon“ scheint unversehrt. Die französische Botschaft, das Palais Friedländer, das Schautenkasino, die von Schinkel erbauten, das Brandenburger Tor flankierenden Eckhäuser zeigen gegen den feurigen Hintergrund zum letzten Mal die feinen Profile ihrer Architektur.

Jenseits des Tores gleicht der Tiergarten einer Waldlandschaft aus dem ersten Weltkrieg. Zwischen Bataillonen gefällter Parkbäume ragen die Stümpfe ihrer Kronen beraubter Eichen und Buchen. Die Charlottenburger Chaussee bedecken zerrissene Tarnnetze, versackte Autos, ausgebrannte Lastzüge, zwischen denen eine Völkerwanderung von Obdachlosen verstört dem Großen Stern zustolpert, über dem sich, unangerührt von dem Schrecken der Nacht, die Siegessäule wie das Schwert des Jüngsten Gerichts erhebt. Rings um das gewaltige Denkmal blicken die Bronzebüsten Moltkes und der Paladine aus dem Siebziger Krieg auf den trüben Spiegel eines in der Nacht durch den Bruch des Hauptwasserrohres entstandenen künstlichen Sees.

Dann stehen wir in der Händelallee und vor unserer Wohnung. Auch dort ist der Park von Bomben zerpflügt, die Kaiser-Friedrich-Kirche durch einen Volltreffer zur Ruine geworden, die vierstöckigen Etagenhäuser eine Zeile erloschener Fassaden. Unser Haus Händelallee 12 hat den Angriff überstanden und ist erst durch den Brand der Nachbarbauten der Zerstörung anheimgefallen. Von 33 Häusern in der Straße haben nur 3 die Nacht überlebt. Das unsere steht als letztes in Flammen. Wir werfen einen Blick auf die Fenster der zweiten Etage, hinter denen es schauerlich leuchtet und züngelt. Einer sechsarmigen Fackel gleich schwebt der Empirekronleuchter in unserem Salon als letztes erkennbares Stück des Interieurs im Raume und stürzt dann durch die ausgebrannten Decken der unteren Stockwerke einer Sternschnuppe gleich in den Keller.

Im matten Licht des aufziehenden Tages entdek-

ken wir am Rand des Tiergartens etwas Wäsche und ein paar Kleider, die unsere Köchin Klara den tobenden Elementen hat entreißen können. Alles andere ist unwiederbringlich dahin, Lebensmittelvorräte, die wir Jahre hindurch aufgebaut haben, 300 Flaschen Wein, alle Möbel. Klara hat Übermenschliches geleistet. Niemand konnte ihr helfen zu bergen, weil alle zu sehr mit sich selbst beschäftigt waren. Der Ausfall von Strom und Wasser hat die Rettungsarbeiten über die Maßen erschwert. Bevor der Brand das Haus ergriff, hat der Luftdruck der in der Nachbarschaft detonierenden Sprengbomben ein Chaos angerichtet, Bilder von den Wänden gerissen, die Bibliothek umgestürzt, Spiegel und Lüster zerschmettert. Anwesend, hätten wir vieles retten können. So blieben uns die Stunden im schlecht abgestützten Luftschutzkeller erspart, in dem die Hausgenossen Gott anriefen, weil sie ihr Ende nahe glaubten. Der Überlebenden bemächtigte sich am anderen Morgen bacchantische Verwirrung. Vor den brennenden Ruinen umtanzen sie einander, umarmen sich und führen Szenen auf, die sich keine Phantasie vorzustellen vermag.

Was der erste Angriff übriggelassen hat, nimmt der zweite in der folgenden Nacht mit. Wer beide erlebt hat, hält ihn für den schlimmeren, weil noch mehr Sprengbomben geworfen wurden. Den Angreifern bietet die brennende Stadt ein weithin sichtbares Ziel. Als wir Berlin zwei Stunden vor dem neuen Alarm mit dem italienischen Botschafter Anfuso verlassen, sind die Straßen vom Schein der noch schwelenden Feuersbrünste taghell erleuchtet.

Zwischen den Bahnhöfen Charlottenburg und Alexanderplatz ist fast alles vernichtet. Nur in der Kant- und in der Rankestraße sowie am Kurfürstendamm ist der eine oder andere Häuserblock wie eine Insel im Ruinenmeer stehen geblieben. Um die Gedächtniskirche starren Ruinen, der Zoo ist verbrannt, das Aquarium und Eden-Hotel demoliert, der alte Westen von der Budapester Straße bis zur Potsdamer Brücke verschwunden, die Tiergartenstraße und der nördliche Rand des Tiergartens sind ausgelöscht. Im Zoo wurden die meisten wilden Tiere durch Sprengstücke, Feuer oder die novemberliche Witterung getötet. Phantastische Geschichten machen die Runde. Entlaufene Krokodile und Riesenschlangen sollen an den Böschungen des Landwehrkanals gesichtet worden sein. Ein entsprungener Tiger drang in die Ruinen des Café Josty ein, verschlang ein liegengebliebenes Stück Bienenstich – und verendete nach seinem Genuß. Ein Witzbold, der an diese Begebenheit Folgerungen über die Qualität des Jostyschen Kuchens schloß, wurde vom Pächter der Konditorei wegen Verleumdung verklagt. Das Gericht ordnete die Obduzierung der toten Bestie an, und zur Genugtuung des Konditors stellte man fest, daß in den Magen des Tigers gelangte Glassplitter seinen Tod verursacht hatten – so die Fama!

Von den Hotels stehen nur das „Esplanade" und das „Adlon" und ein Teil des „Kaiserhof". Fast alle Ministerien, fast alle Banken, die alte Reichskanzlei, das Palais Wilhelms I., das Charlottenburger Schloß, das Lützowplatzviertel liegen in Trümmern. Die Botschaften und Gesandtschaften wurden mit wenigen Ausnahmen eingeäschert. Die italienische und japanische Botschaft haben schwer gelitten. Im Palais Ribbentrop ist der Dachstuhl ausgebrannt, im Haus Wilhelmstraße Nr. 74 die oberen Etagen. Alle Ausweich- und Sammelpläne sind durch den Umfang der Katastrophe über den Haufen geworfen.

Tausende von Lastwagen verstopfen die Straßen, ein Heer von Soldaten, Gefangenen, Sträflingen löscht, fährt Möbel, bringt Leute weg. Die Bevölkerung hält sich fabelhaft.

Von unseren Freunden haben fast alle alles verloren, darunter Doernbergs, Lutis, Oyarzabals, Tino Soldati, Sieburg, Fries, Spretis, Achim Stein und Laroches. Nur einer ist – als Ausgleich für die Katastrophe in Kerzendorf – verschont geblieben: Freddy Horstmann. In seiner Wohnung am Steinplatz hatten der Dachstuhl und das oberste Stockwerk Feuer gefangen, das von Marine eingedämmt werden konnte, die ein benachbartes Büro von Dönitz schützten. Freddys Möbel waren schon auf der Straße, als sich der Lift im Haus löste

Planungen beginnen sollten. Speer hatte vorgeschlagen, „ein Stab von bei der Baugestaltung Berlins eingearbeiteten Mitarbeitern" solle „beim Aufbau" von Stadtbauplänen behilflich sein; Wolters und Stephan sollten die Planungen leiten. Hitler stimmte zu. Seine Vorstellungen vom Wiederaufbau richteten sich vor allem auf die „Wiederherstellung der alten Stadtkerne bei historischen Städten, gegebenenfalls – soweit möglich – unter Verbreiterung der Straßen".

Es wurde vereinbart, einen Erlaß vorzubereiten, der, wie in einem Protokoll des Gesprächs zwischen Speer und Hitler festgehalten wurde, folgenden Inhalt haben sollte: „In den durch Bombenschäden besonders stark betroffenen Städten müssen, im Zusammenhang mit den Wiederherstellungsarbeiten, schon jetzt Planungen durchgeführt werden, die den Einfluß auf eine spätere Gestaltung dieser Städte sicherstellen. Es sind daher noch während des Krieges in beschränktem Umfang städtebauliche Planungen in diesen Städten durchzuführen. Ich beauftrage hierzu den Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt,

1. *diejenigen Städte festzulegen, in denen derartige Planungen durchgeführt werden sollen,*
2. *durch geeignete Maßnahmen die Planung dieser Städte zu lenken und zu beeinflussen,*
3. *durch Bereitstellung von technischen Kräften aus anderen Städten diese Planungen zu unterstützen.*

Auf Initiative von Speer unterzeichnet Hitler am **11.10.1943** den *Erlaß des Führers über die Vorbereitung des Wiederaufbaus bombengeschädigter Städte*, der Speers Machtbefugnisse gegenüber den Gauleitern erheblich ausweitet. Wenige Tage nach der verheerenden Angriffsserie der RAF auf Berlin findet auf seine Veranlassung eine Arbeitssitzung statt, mit der die Verwirklichung des Führererlasses beginnt:

→A 65 *Am Nachmittag des 30. November hatte der Minister zu einer Arbeitssitzung über die Wiederaufbauplanung der zerstörten Städte in Anwesenheit von Liebel, Wolters, Fränk und Stephan eine Reihe von Behördenvertretern sowie die Architekten Elkart und Gutschow eingeladen. Er legte die Gründe dar, die zu diesem Erlaß des Führers mitten im Kriege geführt haben.*

Zunächst betonte er dabei, daß er sich selbst dieser Aufgabe nur ganz am Rande widmen könne, daß er jedoch aus der Zeit der großen Friedensplanungen einen erstklassigen Stab erfahrener Architekten habe, in deren Hände er die Bearbeitung dieser städtebaulichen Fragen zu legen beabsichtige. Diese Fachleute setze er nunmehr für diese Aufgabe ein und stelle sie den betroffenen Städten als Berater und Planer zur Verfügung.

Der Chef zeigte dann an dem Beispiel des Bauens der Gründerjahre, welche verheerenden städtebaulichen Folgen entstehen könnten, wenn nach beendetem Krieg das Reich den großen Bauaufgaben wiederum unvorbereitet gegenüberstände. Unter dem Druck der Notwendigkeiten würde sich dann der Wiederaufbau planlos vollziehen müssen. In das Alte werde wieder hineingewirtschaftet, und eine spätere Zukunft werde dann vor völlig verbauten Städten stehen und nicht begreifen, daß eine einzigartige Gelegenheit zum Wiederaufbau und gleichzeitigen Neuordnung unserer Städte versäumt sei.

Der Wiederaufbau der zerstörten Städte, vor allem der Wohnungsbau, werde an der Spitze aller Aufgaben sofort nach dem Kriege stehen. Arbeitskräfte stünden dann in großer Zahl zur Verfügung – nicht nur aus den Reihen der Wehrmacht bei der Demobilmachung der Truppen, sondern auch aus den Arbeitskräften des heutigen Rüstungsbaues, der OT und der Kriegsproduktion.

Eine vorausschauende Planung, die bekanntlich längere Zeit in Anspruch nehme, müsse daher schon jetzt beginnen. Dies sei mit an Zahl verschwindend geringen Kräften möglich.

Speer erklärt anschließend den Anwesenden die Grundsätze, die für eine Wiederaufbauplanung maßgeblich seien:

→A 66 *Die Wiederaufbaupläne sollen zunächst nicht darin bestehen, das Stadtzentrum in irgendwelchen hochkünstlerischen Ideen neu entstehen zu lassen, sondern der Wiederaufbauplan ist zunächst ein städtebaulicher Grundplan, d.h. er legt fest, was im einzelnen an Straßenzügen durch die zerstörten Stadtviertel durchgezogen werden soll, und weiter wie dieses Straßenbild sich draußen im Gelände weiter auswirkt. Es soll hier also in der Hauptsache dem sonst unumgänglich zur Tatsache gewordenen Zustand eines Er-*

stickens der Städte durch die Verkehrsnot entgegengetreten werden, wie er vor dem Kriege bestand und wie er nach dem Kriege zweifellos verstärkt kommen würde.

Es ist ganz klar, daß bei der Planung aufs sparsamste vorgegangen werden muß. Es ist nicht möglich, daß wir hier nach der Art der Stadtbau pläne vorgehen, die wir vor dem Kriege bereits von verschiedenen Städten bei uns vorliegen hatten und die grundsätzlich eine Ost-West-Achse und eine Nord-Süd-Achse hatten. Wir müssen in irgendeiner Form, soweit es geht, uns an die vorhandenen Straßenzüge halten und versuchen, diese Straßenzüge zu verbreitern. Wir dürfen auch nicht jedes Stadtviertel, das abgebrannt ist, als vollständig unbrauchbar abstreifen, sondern wir werden durch die von uns abzustellenden Beamten feststellen, inwieweit diese abgebrannten Stadtviertel wieder durch die Einziehung von neuen Dämmen oder vielleicht durch die Abtragung von einem halben Geschoß wieder neu aufgebaut werden können. Wir können auf diese Maßnahme auf keinen Fall verzichten, denn es ist menschenunmöglich, alles, was durch Brand oder durch andere Zerstörungen nicht mehr benutzbar ist, nach dem Kriege vollständig neu an anderer Stelle wiederaufzubauen. Ich denke gerade an die vielen Häuser, die einen wesentlichen Dachschaden haben, der nicht repariert werden kann, und die im Laufe der Zeit durch Frostschäden außerordentlich leiden werden, die aber immer noch ein gutes Gerippe abgeben, um in kurzer Zeit mit geringem Aufwand an Arbeitskräften und Material neue Wohnungen entstehen zu lassen. Es ist das auch deswegen notwendig, weil bei dem Wiederaufbau einer Stadt zweifellos das Transportproblem eines der wichtigsten Probleme ist, die wir haben werden. Wir haben bereits bei der Untersuchung der Neugestaltung von Berlin erlebt, daß das Bautempo nicht durch die Zahl der Arbeitskräfte oder durch Materialien, sondern lediglich durch die Transportmöglichkeiten gesteuert wird. Das wird auch bei dem Wiederaufbau einer Stadt wie z.B. Essen zweifellos wieder der Fall sein. Das Transportproblem kann nur dadurch gemeistert werden, daß man die Materialien, die in der Stadt noch vorhanden sind, wieder benutzt und dadurch wenig Transportraum braucht.

Es ist selbstverständlich, daß in diesen Stadtbauplänen eine Bereinigung der Innenhöfe durchgeführt werden muß. Hier gilt das, was ich eben gesagt habe, in keiner Weise.

Der Wiederaufbau einer Stadt wird sich zweifellos in drei Gruppen aufgliedern müssen. Die erste Gruppe ist der Wiederaufbau der durch Brand oder andere Zerstörungen oder durch Witterungseinflüsse beschädigten Häuser. Zur zweiten Gruppe gehört die Neuanlage von Siedlungen, so wie wir sie von vor dem Kriege kennen. Der dritte und mit der wesentlichste Punkt ist der vorübergehende Bau von Behelfswohnungen aller Art, die so gebaut werden können, daß sie uns während einiger Jahre über die schlimmste Zeit hinweghelfen. Alle drei Maßnahmen können zweifellos – je nach ihrer baulichen Größenordnung – neue, wieder zu beziehende Wohnungen ergeben. Ich glaube auch, daß hier eine Zahl von 1 1/2 Millionen nicht zu niedrig gegriffen ist.

Erst nach diesen Maßnahmen kommt – das muß hier festgestellt werden – die Wiederherrichtung der Stadtzentren, der Verwaltungszentren. Daher kommt auch in der Aufbauplanung die Ausweitung von Gebieten für den Neubau von Siedlungen vor dem vom Architekten beliebteren Aufbau eines neuen Stadtzentrums. Auch der Führer, der sehr gerne einen repräsentativen Stil sehen möchte, hat mir gegenüber eindeutig festgestellt, daß hier die Reihenfolge auch in der Planung so lauten muß.

Später faßt Speer seine hier dargelegten Grundsätze, die sich stark von seinen Vorkriegsplänen unterscheiden, zusammen: *Keine hochkünstlerischen Ideen mehr, sondern Sparsamkeit; eine großzügige Verkehrsplanung, die dem Ersticken der Städte durch Verkehrsnot entgegentreten sollte; industrielle Herstellung von Wohnungen, Altstadtsanierung und Geschäftshäuser in den Stadtzentren. Von monumentalen Großbauten war nicht mehr die Rede. Dazu war mir unterdes die Lust vergangen und Hitler, mit dem ich die Grundlinien dieser Planungskonzeption durchsprach, wohl auch.* ←L 30

Zur Frage, wie die Wiederaufbauplanung vorbereitet werden soll, erklärt Speer in der anschließenden Diskussion am **30.11.1943**:

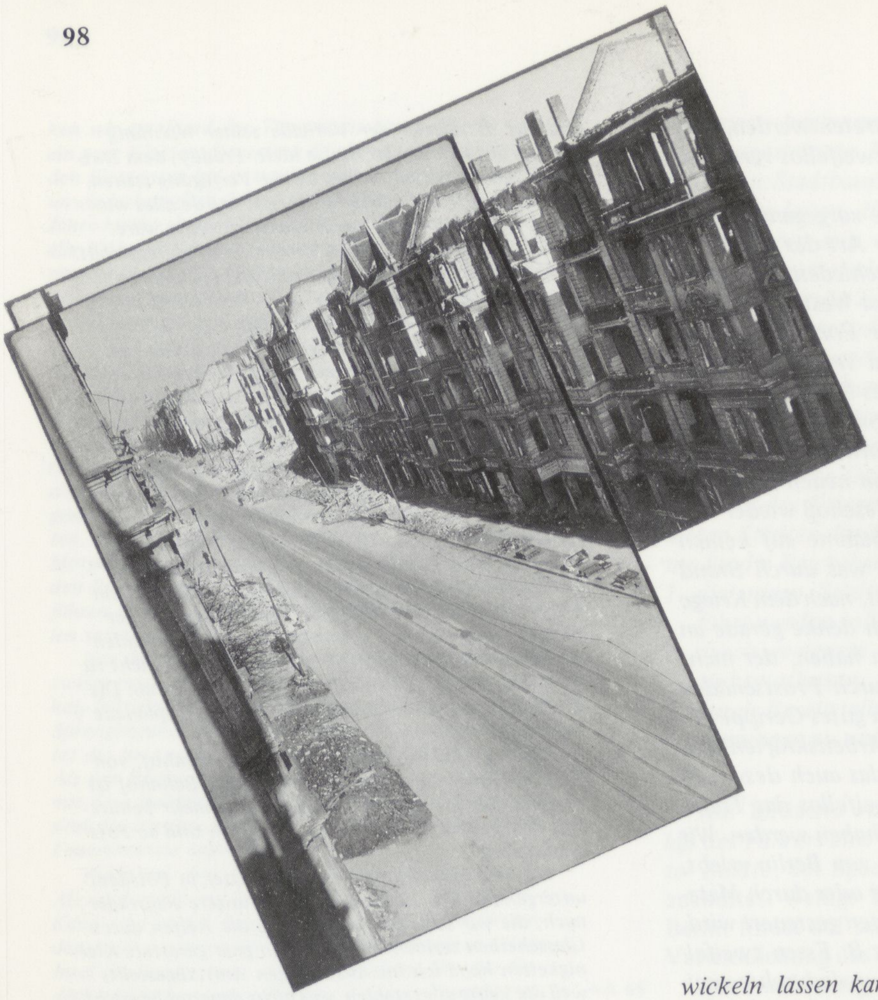
Wir haben vor, eine Zentrale zu errichten, in der alle Architekten, die wir abstellen können, vereint werden, und wahrscheinlich wird im Laufe der Zeit es sich so ergeben, daß Planungsbüros in den Städten da sind, weil ich der Meinung bin, daß man jede Stadt nicht für sich einzeln sich ent- ←A 67

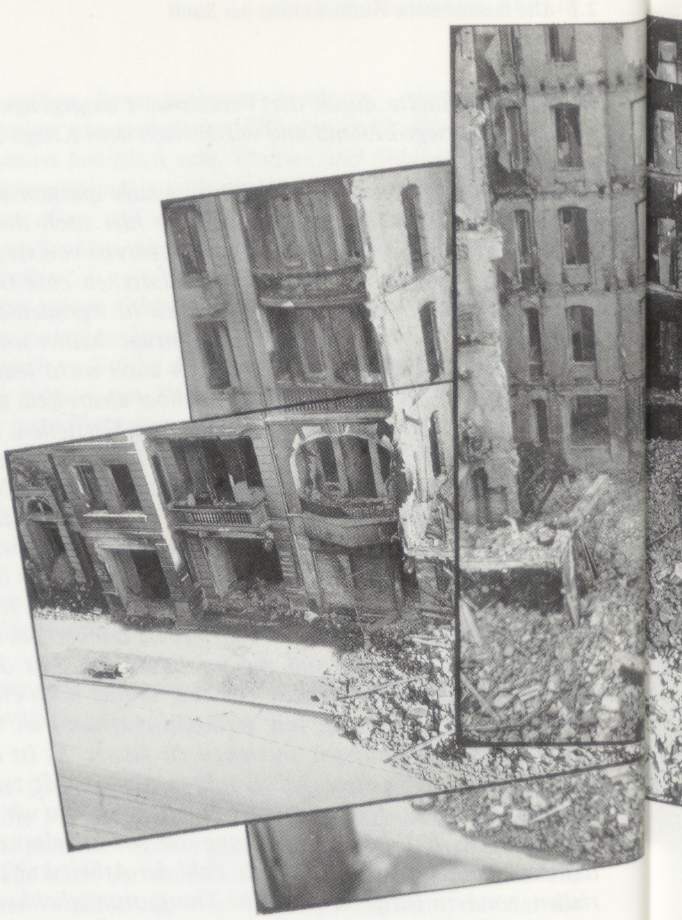
und auf die Decke der Vorhalle seiner Wohnung stürzte, die wunderbarerweise hielt. Freddy, dem Dutzende von Ausweichquartieren zur Verfügung stehen, gibt nicht auf. Am nächsten Morgen wurde alles wieder so eingeräumt, als wenn nichts gewesen wäre. Selbst die Teppiche wurden wieder auseinandergerollt. Während der ersten Angriffsnacht befand sich seine Familie in der Wohnung, da Lally Geburtstag hatte, in der zweiten hat der alte Herr allein ausgehalten, um sein Haus zu verteidigen. Freddy, der, schwer herzkrank, dies alles freiwillig durchsteht, wurde nie mehr bewundert als in diesen Tagen. Richard Kühlmanns Haus am Tiergarten und Eberhard Oppenheims Wohnung in der Graf-Spee-Straße sind nicht mehr. Paul Schmidt fiel beim Löschen des Auslandspresseklubs ein Balken auf den Kopf. Helmut Fries' Dienstboten sind verschüttet. Die Köchin eines unserer Freunde vermißt ihren Mann, der unter einem eingestürzten Haus begraben wurde. Nach 24 Stunden wurde er lebend geborgen. In seinem Rucksack fand man ein halbes Dutzend bei unserem Freund gestohlener Hemden und ihm auf „rätselhafte" Weise abhanden gekommenen Schmuck. Um seine Bedienerin nicht zu verlieren, sah unser Freund von einer Anzeige ab. Die Antiquare, mit Ausnahme von Grosse im „Esplanade", haben alles verloren.

Fernzüge fahren vom Schlesischen Bahnhof, von Potsdam und von Bernau. Der Stettiner Bahnhof ist zerstört, der Potsdamer Bahnhof nicht mehr benutzbar. Die S-Bahn verkehrt erst ab Pankow und ab Potsdamer Platz.

Wir sind zunächst bei meiner Mutter in Potsdam untergekommen. Heute holten wir unsere Fahrräder nach, die wir schieben mußten, da die Reifen durch Glasscheiben zerlöchert waren. Ein paar gerettete Kleinigkeiten habe ich im Auswärtigen Amt abgestellt, weil die Leute alles stehlen, was nicht dauernd bewacht wird.

Schlimmer als der Verlust der Sachen schmerzt es, kein Zuhause mehr zu haben, keinen Ort, wo man tun und lassen kann, was man will, und wo man die Leute sehen darf, die man gern hat. Die Aussichtslosigkeit, die persönliche Welt wiederherzustellen, wiegt am schwersten. Meine Directoire-Bibliothek, eine Regence-Kommode und der russische Empirelüster gehören zu den Dingen, die es nie wieder geben wird. Nur eine Woche vor der Katastrophe war ich so vermessen, mir eine Louis-Seize-Standuhr zu kaufen und aufzustellen. Aber so haben viele von uns, Freddy an der Spitze, gehandelt. Jetzt sind wir mit fliegenden Fahnen untergegangen, erfüllt von der Genugtuung, bis zuletzt so gelebt zu haben, wie wir es liebten, ohne Konzessionen an den barbarischen Geist der Zeit. Das ist nun aus. Jetzt wird man von anderen Leuten abhängen, wird man jahrelang nur als Gast oder „eingewiesen" leben müssen, zigeunern, nicht im Sinne eines freien Mannes, sondern als Obdachloser.





wickeln lassen kann, sondern daß verschiedene Städte dabei zusammengefaßt werden. Gerade die gemeinschaftliche (Arbeit) ist außerordentlich fruchtbar. Wir wollen das dadurch erreichen, daß wir irgendwo uns einquartieren und unseren Planungsstab für die ganze Sache aufbauen. Einem führenden Kopf werden wir zwei bis drei Städte zur Betreuung geben. Ich sehe darin keine Schwierigkeit, weil die Städte an uns herankommen werden, um uns um Rat anzugehen.

Die Entstehung und Arbeit des neu zu bildenden Planungsstabes, der später *Arbeitsstab Wiederaufbauplanung* genannt wird, haben inzwischen
→L 31 Werner Durth und Niels Gutschow dokumentiert, so daß wir uns hier auf eine Zusammenfassung und Ergänzungen beschränken können.

Am **18.12.1943** findet die erste Besprechung über die neue Dienststelle statt, an der neben Speer der Nürnberger Oberbürgermeister Willy Liebel, Rudolf Wolters und Speers Finanzberater Karl Maria Hettlage teilnehmen. Speers Vertreter in allen politischen Fragen wird Liebel, für die Verwaltung und Organisation der neuen Dienststelle soll Gerhard Fränk von der GBI zuständig sein, ihre Leitung soll Wolters übernehmen.

Am **15.1.1944** bespricht Speer mit Wolters, Fränk und Hans Stephan
←B 27 die notwendigen Vorarbeiten für den Arbeitsstab, der zunächst möglichst klein gehalten werden soll. Konstanty Gutschow, der von **1939–1942** für
→A 68 die Neugestaltung Hamburgs tätig war, *bekommt den Auftrag, Methodik und Normung für die Gesamtplanung zu bearbeiten.* Die Wiederaufbauplanung Berlins als Reichshauptstadt behält Speer sich selbst in seiner Eigenschaft als Generalbauinspektor vor und überträgt am **28.1.1944** die Bear-
←L 32 beitung außerhalb der Nord-Süd-Achse Stephan. Mit der Stadt Berlin wird
→A 69 nach Richtlinien Speers eine *schnelle und an den Zwecken der Wiederaufbauplanung ausgerichtete Methode der Schädenregistrierung* vereinbart. Darüber hinaus werden private Architekten wie Schaller, Kisch, Neufert, Neupert, Elsässer u.a. mit der Untersuchung von Berliner Einzelblöcken
→A 70 auf ihre Wiederaufbaufähigkeit beauftragt, *eine vorbereitende Arbeit, aus deren Ergebnissen grundlegende Gesichtspunkte für die Gesamtplanung gewonnen werden sollen.* Gutschow tritt zusammen mit Rudolf Hillebrecht, dem Chef seines Hamburger Büros, im **Januar 1944** eine Reise durch 24 schwer vom Luftkrieg betroffene Städte, darunter auch Berlin, an, um eine
→L 33 Schadensbilanz aufzustellen. Der von Hillebrecht verfaßte Bericht *Betrifft: Luftkrieg und Städtebau* wird am **15.12.1944** fertiggestellt. In nüchternen Zahlen werden darin für jede der 24 Städte die Auswirkungen, *Einwohnerschwund* und *Wohnungsschwund*, angegeben, kurz die *Luftkriegserfahrungen* notiert, für jede Stadt *besondere Beobachtungen bezüglich Bau und*

Der Zeichner Alfred Mahlau im Januar 1945

Alfred Mahlau: Über die verschollenen Zeichnungen Berlin 1944, geschrieben im September 1946 und als Privatdruck erschienen

Zum Thema! 1941 siedelte ich nach Berlin über, war man doch hier ein gut Stück freier, unbeobachteter. Dafür jedoch teilte ich völlig das Schicksal dieser Stadt: Ich verlor fast alles, nicht aber das Leben!

Im Frühjahr 1944 begann ich – plötzlich wie endlich durch einen der unzähligen Luftangriffe meiner Wohnung, meines Materials beraubt – mit der Darstellung der sich bereits in üppiger Fülle darbietenden Kriegsdokumente. Ein Bilderbuch von Berlin, das ich seit vielen Jahren immer schon zeichnen wollte, sollte nun in einer völlig anderen Tonart Wirklichkeit werden. Wie ich arbeitete? Meist tagelang an einem Blatt, im Quartformat und stets vor der Natur bis zur Fertigstellung. Ohne daß es ruchbar wurde (man war an solchen Aufzeichnungen aus vielen Gründen sehr interessiert), erhielt ich von einem „Getreuen" im Ministerium Speer einen günstigen Arbeitsausweis, der für mich überall in und um Berlin die Zeichenverbote aufhob und alle Hüter der Staatsordnung servil machte.

Versuch eines Bewohners der Motzstraße am 8.4.1944, vom Balkon der eigenen Wohnung aus den Zustand der Straße fotografisch festzuhalten. Die Häuser sind überwiegend durch Brand- und Sprengbomben zerstört. Der Blickwinkel beträgt fast 180°, links ist der Nollendorf-, rechts der Viktoria-Luise-Platz zu erkennen. Die beiden folgenden Bildseiten zeigen die Wohnung der Eltern am Kurfürstendamm und den Heimweg zum Viktoria-Luise-Platz am 9.4.1944

Städtebau festgehalten und Thesen für den Wiederaufbau und die Neugestaltung der Städte formuliert. →B 28

In der Nacht zum **25.3.1944** wird der vorerst letzte Großangriff der RAF auf Berlin geflogen und damit nach 16 Großangriffen und 17 kleineren die *Schlacht um Berlin* abgebrochen.

Am **3.11.1943** hatte A.T. Harris, der Oberbefehlshaber des britischen Bomber Command, geäußert: *Wir können Berlin von einem Ende bis zum anderen einäschern, wenn sich die U.S.A.A.F. dem anschließt. Es wird uns 400 bis 500 Flugzeuge kosten. Es wird Deutschland den Krieg kosten.* Er hatte daraufhin freie Hand für die *Schlacht um Berlin* bekommen. Die Vorhersage von Harris hatte sich bis zum **25.3.1944** nur in bezug auf die eigenen Verluste als richtig erwiesen. ←L 34

Bei den 9111 Einsätzen gegen Berlin wurden 492 britische Flugzeuge abgeschossen und 954 beschädigt, von denen 95 ebenfalls total ausfielen. ←L 35

Die Gesamtverluste der Berliner Bevölkerung betrugen in diesem Zeitraum 9963 Tote oder Vermißte. Von den 204428 Wohngebäuden, über die Berlin am 1. Januar 1941 verfügt hatte, waren in rund einem Jahr (von Anfang 1943 bis zum 31. März 1944) 34868 vernichtet oder schwer zerstört worden – etwa ein Sechstel des Gesamtbestands. Von 1484176 Wohnungen waren 208400 – etwa ein Siebentel – zerstört oder vernichtet. Am schwersten betroffen waren die Arbeiterbezirke Wedding, Tiergarten, Mitte, Schöneberg und Steglitz. Die geringsten Schäden hatten die Stadtbezirke Zehlendorf, Weißensee und Köpenick. Trotz der schweren Verwüstung Berlins war das Bomber Command insgesamt weit von seinem Ziel entfernt geblieben, Berlin in ein totales Trümmerfeld zu verwandeln. Dies war auch der Hauptgrund für die britische Führung, die auf die Dauer verlustreichen Großangriffe auf Berlin Ende März 1944 einzustellen. Seitdem wurde Berlin von britischer Seite nur noch mit schwachen „Mosquito"-Kräften angegriffen.

Die britische Führung mußte nämlich im März 1944 erkennen, daß die Meinung, durch die Vernichtung Berlins das faschistische Deutschland aus dem Krieg bomben zu können, eine völlige Fehlspekulation war.

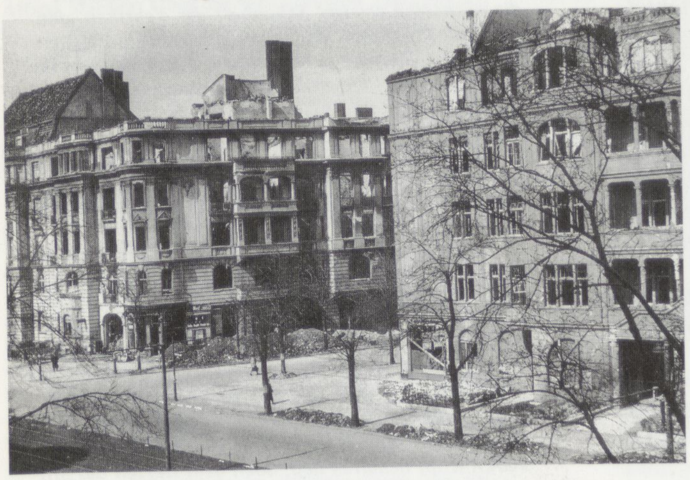
Am **4.3.1944** beginnt die 8. amerikanische Luftflotte mit ihren gezielten Tagesangriffen auf das Zentrum der Stadt.

Am 8. und **9.4.1944** versucht ein Bewohner Berlins, mit seinem Fotoapparat den Zustand der Stadt, wie er ihn nach seiner Rückkehr vor-

Das wenige Handwerkszeug, welches ich benötigte, konnte neu beschafft werden, „nur" die an Häufigkeit und Stärke stetig zunehmenden Luftangriffe verhinderten eine planmäßige Zeitausnutzung, dafür wiederum schufen sie täglich und nächtlich immer noch mehr neue Motive. Aus diesem Grunde legte ich mir eine Liste an von allem, was mir wichtig schien, dargestellt zu werden an denkwürdigen, typischen und zeitbedingten Berolinensien. Potsdam zählte ich dazu und den Spreewald, denn ich wollte die Vorstellung „Berlin" möglichst weit fassen und zugleich vermeiden, daß später die in Buchform geplante Veröffentlichung zwangsläufig nur eine, wenn auch abwechslungsreiche Häufung von Bildern der Zerstörung bietet. Meine Aufstellung zählte reichlich 100 Ansichten, nicht eingerechnet die besonderen Überraschungen.

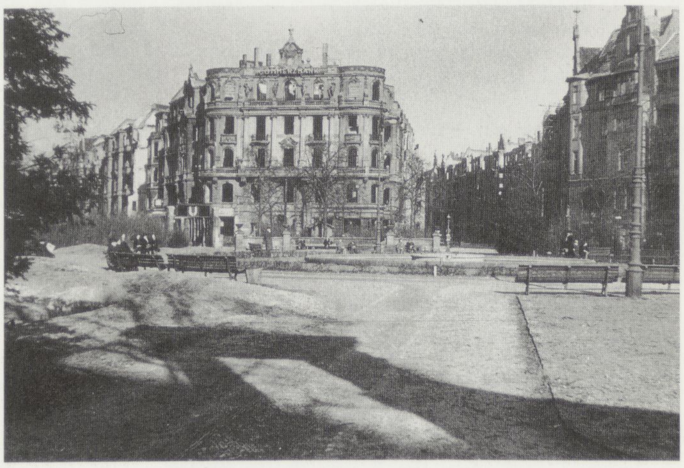
Liebte ich immer schon die unzähligen Grautöne von Berlin – das Sparsame und Strenge seiner Architekturen – das Cachez des alten Westens – das rücksichtslos Trist-Ernste des Nordens und Ostens – das Eindrucksvolle seiner Bahnhöfe und Gleisanlagen – die nüchterne gewisse Schönheit der Fabriken, der Vorstadt-Prospekte, der Schrebergärten und Kistendörfer, der Bauplätze, Schutthalden, der Bahndamm-Landschaften – die großspurigen oder biergemütlichen Etablissements am Stadtrand – die Seen und Kanäle mit ihren Häfen, Bootsschuppen und Anlegeplätzen – kurz, alles, was Berlin bedeutet, so kam jetzt mit der fortschreitenden Zerstörung eine erregende, so bisher nicht erlebte und immer noch sich ändernde Vielgestaltigkeit hinzu.

Und folgendes ist mir merkwürdig klar und wichtig geworden: Bei allem Mitleiden hatte ich hinwiederum einen so unermeßlich weiten Abstand zum Zeitgeschehen, daß ich ebenso zugleich auch Zuschauer war; oft kam ich mir vor wie ein Abgesandter eines anderen Jahrhunderts. Dieser Wechselwirkung schreibe ich die bestimmte Glückseligkeit zu, die mich nicht selten beim Zeichnen überkam, eine Objektivität, ein Ferngerücktsein, welches mich dem Geschehen gegenüber klaren Kopf behalten ließ, doch dem Herzen das Miterleben nicht verwehrte und den Augen nicht die Tränen. Es wäre von tausend Erlebnissen zu berichten, von denen manche bestimmt nicht unwichtig sind,



Die Wohnung Kurfürstendamm 160 am 9.4.1944

←B 29



Der Weg vom Kurfürstendamm zum Viktoria-Luise-Platz am 9.4.1944

←B 30

Alfred Mahlau (1944): Mietshäuser im Tiergartenviertel ←B 31

doch ist hier nicht Raum dafür. Aber einige der Motive, die ich darstellte, möchte ich, da sie nicht mehr sichtbar gemacht werden können, andeutend beschreiben.

Auf dem Dache des Zeughauses zeichnete ich den Blick auf Schloß und Rathausturm. Der Dachstuhl war völlig ausgebrannt, und unter mir buckelten sich die Gewölbe des Oberstockes; den Rand bildete die lange Reihung verrußter Trophäen und Rüstungen in Rückenansicht, zum Teil waren durch die Hitze des Brandes große Stücke des Sandsteins abgesprungen und hatten grelle helle Flecken in die schwarze Außenfläche gerissen. In nur einem Raum des sonst sehr ruinösen Museums für Meereskunde war die Zerstörung so gelinde, daß man sich noch die Wirkung von früher vorstellen konnte, und zwar die einer wohl ehrlichen, aber in verflucht falschen Tönen gesungenen Hymne auf die See, auf Schiffahrt und Fischerei. Dazu die Sinnlosigkeit des Durcheinanders von Schiffsmodellen, von Backsteinbrocken und Glassplittern, von Fischereigeräten, Neptunsgabeln, Netzen und hölzernen Fischnachbildungen, von Taucheranzügen, verstümmelten Wachsfiguren in Fischertracht, erzeugte sie in ihrer panoptikumhaften Stimmung eine Art von überwirklichem Schreckensbild. Bei meiner Liebe zum Meer! Hier wurde ich fast zum ersten Male seekrank; drei Tage saß ich inmitten dieses kleinen Sinnbildes katastrophenbedingter Verwahrlosung; überall klapperte es, mal fiel was um, mal was runter; der Zugwind jagte mit Lust durch die tür- und fensterlosen Räume, zerriß die gemalten Meereshintergründe in den Vitrinen, schüttelte und schaukelte die von Kalkmehl überstäubten Miniaturschiffe, die teilweise noch an feinen Drähten von der Decke herabhingen, bis dann endlich das eine oder andere runterknallte und unten aufsprang wie eine reife Schote.

Dann fand ich ein besonders charakteristisches Berlin-W-Haus, ausgebrannt, die Fassade weggesogen, der hohle Gipsprunk vom Tageslicht entlarvt. Stuckreste klebten an den Wänden, an den Ecken jeder Etage hatten sich die typischen Kachelöfen gehalten; je höher hinauf, je bescheidener wurden sie in Größe und Ausführung. Auf dem Schuttberg des Bürgersteiges lagen mehrere verrostete ausgebrannte Luxusautos, zum Teil mit den Rädern nach oben.

Ein Unternehmen schien für mich schier unmöglich, ausgeführt zu werden, ich bin alles andere wie schwindelfrei, das Motiv aber war gar nicht anders zu fassen: Ich mußte auf die tiefverschneite Dachplatt-

Alfred Mahlau (1944): Baublock am S-Bahnhof Wedding ←B 32

findet, zu erfassen. Er war **Ende 1943** mit seiner Frau und seiner Arbeitsstelle, dem kriegswichtigen Produktionsbetrieb Opta-Radio, nach Oberlungwitz bei Glauchau umgesetzt worden, um vor den Bombardierungen sicher zu sein. Er sucht Berlin auf, um die Rechte an seiner Wohnung zu sichern. Auf seinen Bildern, die er uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat (er selbst möchte anonym bleiben), hält er die im **November 1943** von einer Sprengbombe aufgerissene Wohnung der Eltern am Kurfürstendamm 160 fest, den Blick vom Balkon auf die Straße, den Weg von dort durch die von Ruinen gesäumten Straßen in Wilmersdorf und Schöneberg bis zum Viktoria-Luise-Platz und den aus Einzelaufnahmen zusammengesetzten Panoramablick vom Balkon der eigenen Wohnung im Bayerischen Viertel auf die Motzstraße. Die Bilder zeigen die gut organisierten Aufräumungsarbeiten. Die Straßen sind von Schutt geräumt, vor den Häusern liegt zum Teil aus den Ruinen gewonnenes Baumaterial (Balken, Dielenbretter und Steine) sorgfältig gestapelt für Reparaturarbeiten bereit. Die fast menschenleeren Straßen mit den hohlen ausgebrannten Fassaden machen einen gespenstischen, aber keinen chaotischen Eindruck. Die Bilder belegen, daß die schweren Bombardements der RAF selbst in den am stärksten getroffenen Gebieten die straffe Organisation des zivilen Lebens nicht erschüttern konnten. Es hat scheinbar noch alles seine Ordnung – daß sie durch den Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern hergestellt wird, sieht man nicht.

Zwei Tage, nachdem diese (offiziell verbotenen) Amateuraufnahmen entstanden sind, überfliegen am Morgen des **11.4.1944** zwei britische, mit speziell für Luftaufnahmen gebauten Plattenkameras ausgerüstete „Mosquitos" die südliche Innenstadt im Bereich zwischen Wilmersdorf und Neukölln. Im Gegensatz zu dem Berliner unten in der Stadt, der die Verluste dokumentieren wollte, ist es die Aufgabe dieser Fotografen, die Erfolge, also das Maß an Zerstörung festzustellen. Auch aus 1.250 m Höhe macht die Stadt einen geordneten Eindruck. Die Beschädigungen der Häuser erkennt man nur bei genauerer Betrachtung an den fehlenden Dächern, die Straßen sind auch in den stark zerstörten Gebieten frei und passierbar. Das Luftpanorama dokumentiert aber auch unabhängig von dem eigentlichen Zweck der Schadensfeststellung den Zustand der Stadt, wie er sich auf keiner offiziellen Kartierung findet: Zu erkennen sind die Neue Reichskanzlei in der Voßstraße, der Stand der Bauarbeiten der GBI an der Nord-Süd-Achse, Tiefbaumaßnahmen zwischen dem alten Standort der Siegessäule vor dem Reichstag und dem Kemperplatz, der „Runde Platz", der zum Teil freigelegt ist und an dem das Haus des Fremdenverkehrs liegt, erste Abrißarbeiten zwischen Lützow- und Steglitzer (heute Pohl-)Straße, nordöstlich vom Bahnhof Zoo der Flakbunker, aus dem Speer, →S.94 Tamms und Wolters am **22.11.1943** den Beginn der *Schlacht um Berlin* beobachtet hatten, und westlich davon das Gebäude des Rüstungsministeriums. Aber man erkennt auch, daß die Stadt insgesamt in ihrer Bausubstanz noch überwiegend erhalten ist. Das aus den im Originalmaßstab wiedergegebenen Fotoplatten zusammenmontierte Panorama ermöglicht eine Wanderung mit den Augen und ist zugleich ein Abschied von der Stadt des 19. Jahrhunderts, der *Haufenstadt*, über deren Vernichtung nicht nur die Offiziere im Bomber Command, sondern auch die Planer im Speerschen *Wiederaufbaustab* nachdenken.

Nach dem Erhalt der Berichte über Berlin kommt das Bomber Command →L 36 zu dem Schluß: *Fast 48 000 Tonnen sind über eine beträchtliche Zeitspanne hinweg über dem Ziel mit großer, aber nicht katastrophaler Wirkung verbraucht worden. Viele dieser Angriffe richteten sich jedoch auf spezifische Ziele in den Außenbezirken der Stadt, eine viel stärker konzentrierte Zerstörung hätte erreicht werden können, wenn, so ein Sichtbombardement möglich war, ein Punkt im Herzen des „Regierungsviertels" ausgewählt worden wäre.*

Die erhoffte Wirkung auf die Moral der Bevölkerung wird in London als →L 37 *sehr beträchtlich, aber vielleicht in gewisser Weise enttäuschend* einge- →L 38 schätzt. *Obwohl jedoch eine physische Zerstörung in kolossalem Umfange geschah, war der tatsächliche Verlust an Leben verhältnismäßig gering. Durch eine beträchtliche körperliche Widerstandskraft, durch effiziente Arbeit der Hilfsorganisationen und durch die überall vorhandene strenge Polizeiherrschaft ist ein vollständiger Zusammenbruch der Moral verhindert worden und an seine Stelle eine negative Haltung der Apathie, eines*

Luftaufnahmen der RAF vom 11.4.1944 aus 1.250 m Höhe vom südlichen Teil der Berliner Innenstadt

←B 33

Kurfürstendamm 160

PR·44IIF/36→
J/858. 541 Sqdn.
Motzstraße
Viktoria-Luise-Platz
Flakbunker am Zoo
Rüstungsministerium

Nollendorfplatz

Runder Platz
Haus des Fremdenverkehrs
Nord-Süd-Achse (Abrißgebiete)

Reichskanzlei
Pariser Platz

PR.44//F/36→
J/858. 541Sqon 11.APR.
Motzstraße
Viktoria-Luise-Platz
Flakbunker am Zoo
Rüstungsministerium
Nollendorfplatz
Runder Platz
Haus des Fremdenverkehrs
Nord-Süd-Achse (Abrißgebiete)
Reichskanzlei
Pariser Platz

Oranienplatz

Großangriffe des Bomber Command gegen Berlin (November 1943 bis März 1944)

Tag	Eingesetzte Flugzeuge	Angriffs-flugzeuge	Bombenlast (in t)	Flugzeug-verluste	Tote/ Vermißte	Verwundete	Obdachlose
1943							
18. 11.	444	402	1 594	9	147	409	6 024
22. 11.	764	670	2 465	26			
23. 11.	382	332	1 335	20	4 312	9 907	417 665
26. 11.	456	407	1 576	27			
2. 12.	458	401	1 686	40	99	151	4 068
16. 12.	492	450	1 815	23	688	968	26 982
24. 12.	379	338	1 288	15	217	326	6 980
29. 12.	712	656	2 315	20	312	589	12 320
1944							
2. 1.	421	386	1 401	28	55	175	1 531
3. 1.	383	311	1 116	27	134	204	5 638
20. 1.	769	697	2 401	34	310	568	12 055
27. 1.	530	481	1 761	32	459	426	13 811
29. 1.	680	596	1 954	46	737	860	53 453
30. 1.	540	489	1 961	33	1 215	908	67 811
15. 2.	891	806	2 643	40	442	512	53 629
24. 3.	810	726	2 493	72	237	155	23 710

←L 39

von einem Tag zum anderen Hineinlebens getreten, die den materiellen Verlust hinnimmt, vorausgesetzt die Existenz bleibt erhalten.

Als Grund wird vom Bomber Command angenommen, daß die Zivilbevölkerung bislang nicht unmittelbar Lebensgefahr gespürt habe:

Das Ziel der RAF-Angriffe war die Zerstörung von Industriegebieten. ←L 40 *Dabei zahlen sich Brandbomben viel besser aus als Sprengbomben, ein großer Anteil von Brandbomben wurde deshalb angewendet. Das Todesrisiko ist bei Brandangriffen verhältnismäßig klein, es sei denn in Ausnahmefällen wie in Hamburg, wo ein enormer Feuersturm entfesselt wurde. Bei der Mehrzahl unserer Angriffe waren die erreichten Konzentrationen nicht solche, um derartige Bedingungen hervorzurufen.*

Obgleich beträchtliche Mengen von Sprengbomben bei den RAF-Angriffen abgeworfen wurden, waren die erreichten Sprengbombenkonzentrationen niedrig (. . .); die Gefahr tödlicher Verletzungen für Einzelpersonen war extrem gering.

Ebenfalls im **April 1944** beginnt Hans Stephan mit der Anfertigung eines *Schadensplans* von Berlin. Am **19.8.1944**, vier Monate später, berichtet er den Kollegen im Arbeitsstab Wiederaufbauplanung in Wriezen über den Verlauf der Arbeit:

Es hat sich gezeigt, daß die Meldungen der Luftschutzstellen über die ←A 71 *Bombenschäden, die nach meinen Vereinbarungen unmittelbar nach jedem Angriff bei mir einlaufen und von mir in einer vorläufigen Liste und Übersichtskarte erfaßt werden, eine zuverlässige Grundlage für eine Planung nicht bieten. Sie geben zwar einen im Großen ungefähr zutreffenden Überblick über den Umfang der Gesamtschäden; wenn aber nach der Handhabung der Luftschutzstellen, die ja zunächst anderen Zwecken dient, ein Totalschaden dann vorliegt, wenn zur Zeit keine der in einem Hause befindlichen Wohnungen benutzbar ist, so ist das noch kein Totalschaden im baulichen Sinne. Ich führe deshalb neben diesem einstweiligen sofortigen Schadenserfassen eine Überprüfung durch und habe mich da, weil die Stadt Berlin mit anderen Aufgaben zugedeckt ist, auf eigene Beine gestellt. Eine Karteikarte, auf der der Schadensgrad entsprechend den Gutschowschen Prozentverhältnissen auf einfache Weise ermittelt wird, wird von eigens dazu gedrillten Männern an Ort und Stelle ausgefüllt. Nach kurzer Anlaufzeit haben wir es dazu gebracht, daß eine Kolonne von 2 Mann täglich etwa 20 Grundstücke erledigt. Mit den 6 Mann, die ich dafür leider zunächst nur habe, haben wir in der Zeit vom 15.4.44 bis heute 6548 Grundstücke auf ihren tatsächlichen Schadensgrad festgestellt. Diese Grundstücke umfassen rd. 98 000 Wohnungen. Leichtere Schäden, zu deren Beseitigung offensichtlich einfache Instandsetzungen erforderlich sind, werden dabei von vornherein übergangen. Diese von uns selbst festgestellten Schäden werden in einem besonderen endgültigen Schadensplan eingetragen. Auf diese Weise wird der Schadensgrad in den einzelnen Grundstücken und Baublöcken mit einem Genauigkeitsgrad festgestellt, der für alle weiteren Überlegungen eine ausreichende Grundlage bietet.*

Das von Gutschow entwickelte Verfahren, das Stephan aufnimmt, wird im **Juli 1944** als 15seitige DIN-A 4-Broschüre herausgegeben und vom Arbeitsstab Wiederaufbauplanung zerstörter Städte den Stadtverwaltungen als Richtlinien zur einheitlichen Schadenserfassung zur Verfügung gestellt. Die Broschüre enthält, auf bestem Papier gedruckt, die genaue Definition

form (der Dachaufbau war auch hier schon längst weggebrannt) mit einer Leiter steigen, die hart an der Kante zur tiefen Hofschlucht angesetzt wurde. Es war das sehr hohe Hintergebäude der Reichsanstalt für Film und Bild in der Kleiststraße. Hier aquarellierte ich, öfter von Schneestürmen und Tagesangriffen unterbrochen, wobei ich die verhaßte Leiter mehrmals am Tage benutzen mußte, den Blick über die leergebrannten Häuser mit ihrem Massenaufgebot von Schornsteinen, die wegen der weggebrannten Dächer lang geworden waren wie die Hälse von Skeletten. In der Luft hingen drohend vor dem dunklen Schneegrund Röhren, Kessel und Filterreste einer Temperier-Anlage. Und das Wichtigste: Zwischen dem geborstenen Kessel und dem oberen Abschluß der Ruinenkulisse ragte am Horizont die Siegessäule auf.

Blätter gerade solchen Inhalts damals zu zeichnen, man vergißt das heute leicht, war ein Wagnis; denn eine Streife, die nicht selten mich irgendwo aufstöberte, hätte, nebst ihrer vorgesetzten Behörde, kein Verständnis für das Dokumentarische solcher Bilder zu solcher Zeit (Januar 45) aufgebracht. Dann nützten auch die schönsten Ausweise nichts und alles wäre beschlagnahmt und verloren; schleppte ich doch überall hin, war ich unterwegs, meine ganzen Arbeiten mit herum, weil sie mir nirgendwo als bei mir selbst oder mit mir einigermaßen sicher schienen.

Mit schwer zu erhaltender Sondererlaubnis, die mir ein Freund meiner Arbeit auszustellen wagte, zeichnete ich um die gleiche Zeit den überdimensionalen Würfel eines der zwei Bunker am Zoo. Mit seinem eklen schwärzlich gelbgrünen Anstrich stand er düster im frischgefallenen Frostschnee, umgeben von der Garde ehemaliger prächtig gewachsener Riesenbäume des Tiergartens, die jetzt zu Argonnerwald-Stümpfen von den bissigen Minen heruntergeschlagen wurden. Das Ganze spiegelte sich verdunkelt im Grau des Kanals, auf dem angeschneite Eisschollen langsam und träge vorbeitrieben und da und dort das Spiegelbild mildernd abdeckten.

Mein letztes fertiges Bild stellte eine Ansammlung von etwa 10 Kohlenmeilern dar. Diese damals neu errichteten Meiler wurden von russischen Gefangenen bedient, sie verwandelten die frisch geschlagenen Grunewaldstämme zu Holzkohle für die vielen Holzgasautos. Diese runden Lehmöfen glichen riesigen plumpen Tonkrügen in vielerlei Gelb und Braun und Grau; im Gegensatz dazu stand das zierlich anmutende Stahlgerüst des nahen Funkturms. –

Ein Vorstadtbild wurde nicht mehr fertig, ich begann es an einem Volkssturm-Urlaubstag sofort nach einem schweren Tagesangriff. Hinten brannten, soweit sie noch Feuer hergaben, Teilgebäude der bereits sehr zerstörten Siemenswerke, im umgebenden Spreesumpfgelände lagen gewaltige Materialstapel von Holz, Eisen und großen Kabeltrommeln, im Mittelgrund ragten frisch herausgerissene Schienen mit ihren Schwellen wie hochgeworfene und erstarrte Strickleitern in die Luft, seitlich fortgeschleudert zischte eine Lokomotive ihr heißes Leben aus. Über das, was ich überall an Menschenverwüstung sah, schweige ich grundsätzlich; und so war der Vordergrund: Elende, aus armseligem Material selbstgezimmerte Wohnlauben waren vom Druck der Minen umgefallen, der Inhalt der Schränke, Hausgerät und noch manches Ungehörige hing wie böser Vogelschreck in den schütteren Obstbäumen ringsum.

Ein Wort über das Schicksal der ganzen Arbeit: Ende Januar 45 zeichnete ich gerade aus der Fensterhöhle eines hohen Baues die Sicht über die verschneiten Gleisanlagen beim U-Bahnhof Gleisdreieck:

Dünne Schienenlinien überzogen in Parallelen und Kreuzungen den weißen Grund; heile und ausgebrannte Waggons und Waggonreihen in dunklen schmutzigen, vorwiegend braunroten und olivgrünen Farben sowie frische lehmgelbe Minentrichter brachten außergewöhnliche Flecken und Bänder in dieses Linienfiligran; und völlig ausgebrannte Häuserzeilen leiteten über zu einem braunen rußigen Horizont . . . Ich war erfüllt von der „Schönheit" dieses Motivs, überlegte auf dem Heimweg bei hereinbrechender Dunkelheit, wie ich weiterarbeiten würde morgen und was dann dran käme. Ich beschloß als nächstes, einen der durch

2. SCHADENSGRUPPEN UND DEREN BEGRIFFSBESTIMMUNG

A. Totalschäden

a) 85—100% Schadensgrad — unbedingte Totalschäden; das sind Schäden an Baulichkeiten, die in ihrem Grundgefüge so zerstört sind, daß nur ein völliger Neubau in Betracht kommt.

b) 70—85% Schadensgrad — bedingte Totalschäden; das sind Schäden an Baulichkeiten, die in ihrem Grundgefüge so schwer beschädigt sind, daß heute noch nicht entschieden werden kann, ob ein Wiederaufbau unter weitgehender Verwendung des alten Gefüges (Keller, Außenmauern oder sonstiger tragender Teile) noch in Zukunft möglich ist.

Beide Gruppen von Baulichkeiten sind für Kriegsdauer ohne jeden Zweifel für den ursprünglichen Nutzungszweck unbrauchbar. Die Einordnungen der Feststellungsbehörden sind für die obige Klassifizierung ohne Belang und bleiben unberührt. Das Additionsergebnis beider Gruppen in der statistischen Ermittlung (nach Ziffer 4) ist nicht identisch mit dem Ergebnis der „Vierteljahrsstatistik der Bautätigkeit" des Statistischen Reichsamtes — Zu- und Abgang an Gebäuden und Wohnungen, Dauerverlust durch Kriegseinwirkungen.

B. Schwere Schäden

c) 50—70% Schadensgrad — das sind Schäden an Baulichkeiten, die zwar ebenfalls schwer beschädigt, in den wesentlichen Teilen ihres Grundgefüges jedoch soweit erhalten sind, daß das Gebäude möglicherweise mit Wiederinstandsetzungsmaßnahmen während oder nach dem Kriege wieder voll oder teilweise nutzbar gemacht und mit Sicherungsmaßnahmen (wie Notdächer, Mauerabdeckungen, Notanker, Absteifungen) die Substanz über den Krieg hinaus vor dem Zustand A gerettet werden kann.

Das Additionsergebnis der beiden Hauptgruppen A und B ist übereinstimmend mit den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes und der Befehlshaber der Ordnungspolizei, die ebenfalls bei schweren und totalen Schäden von einem Zerstörungsgrad von über 50% ausgehen.

d) Mit den Schadensbegriffen sind also 2 Schadenshauptgruppen gebildet, wobei die Gruppe der Totalschäden unterteilt ist nach Schäden, die unbedingt als Totalschäden zu bezeichnen sind und solchen, über deren Klassifizierung nach schweren oder unbedingten Totalschäden man sowohl ohne eingehendere Einzeluntersuchung als vor allem aber ohne Kenntnis des möglichen Zeitpunktes von Wiederaufbaumaßnahmen heute im Zweifel sein muß, so daß sie als „bedingte Totalschäden" angesprochen werden.

e) Mit den Anlagen Seiten 8, 9 und 10 werden bildmäßige Vorstellungen von den Schadensgruppen gegeben. Für die Klassifizierung der einzelnen Gebäude nach Schadensgruppen sind genauere Feststellungen nötig, für die nachstehende Schadensmerkmale herausgestellt werden.

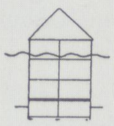
4

3. SCHADENSMERKMALE

a) Um die Einordnung in die Schadensgruppen zu erleichtern, werden auf Grund genauer Einzeluntersuchung in Hamburg vorläufige Schadensmerkmale herausgestellt. Diese können zunächst gemäß nachstehendem Beispiel als Faustformel dienen, wenn sie auch an bestimmten dreigeschossigen Wohngebäuden mit Steildach aus dem Baujahr 1938 ermittelt sind. Die Bauwerte stellen die Teilwerte der Substanz und nicht den Wiederaufbauwert dar.

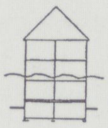
SCHADENSMERKMALE	BAUWERTE IN % EINZELN	BAUWERTE IN % GESAMT	SCHADENSGRUPPEN	
1. DACH	10	10	LEICHT	BIS 10 %
2. DECKEN	15	25	MITTEL	10—50 %
3. AUSBAU	25	50		
4. INNENWAND	15	65	SCHWER	50—70 %
5. TREPPE	5	70		
6. UMFASSUNG	13	83	BEDINGT TOTAL	70—85 %
7. KELLER	17	100	UNBEDINGT TOTAL	85 - 100 %

BEISPIELE GEMISCHTER SCHADENSWIRKUNG:



1. DACH	1/1 –10 %
2. DECKEN	1/3 – 5 %
3. AUSBAU	1/2 –12,5 %
4. INNENWAND	1/3 – 5 %
5. TREPPE	1/5 – 1 %
6. UMFASSUNG	1/3 – 4,5 %
	38,0 %

= MITTELSCHADEN



1. DACH	1/1 –10 %
2. DECKEN	2/3 –10 %
3. AUSBAU	4/5 –20 %
4. INNENWAND	2/3 –10 %
5. TREPPE	3/5 – 3 %
6. UMFASSUNG	2/3 – 8 %
	61 %

= SCHWERER SCHADEN

5

Auszug aus den Richtlinien I des Arbeitsstabs Wiederaufbau zerstörter Städte vom 15.7.1944 ←A 72

Minen-Luftdruck stark lädierten Schlütersäle im Schloß zu zeichnen, anschließend das verschneite, noch heile Potsdam (die ersten Potsdam-Ansichten waren bereits im Sommer entstanden), freute mich darauf trotz Frierei und Hungerei. Am gleichen Abend zu später Stunde überbrachte man mir den Befehl zum sofortigen Eintritt in ein Volkssturmbataillon. Was tun? Meine Zeichnungen schaffte man für mich am nächsten Tag gleich zum Verlag Gebr. Mann, der sie in seinem Safe unterbrachte. Die Volkssturm-Ausbildung, richtiger das Bauen von armseligen Panzersperren aus „Klamotten", ließ mir keinerlei Arbeitszeit mehr, und alle Versuche, diesem Zwang zu entrinnen, mißlangen gründlich mangels Begabung für so etwas. Inzwischen brannte das Schloß aus und Potsdam war in eine Trümmerstätte verwandelt. Am 20. April wurden wir in die Schlacht geworfen, als die Hauptkampflinie sich bereits über die östlichen Vororte Berlins zog. Meinem Vorsatz, keinen Schuß abzufeuern, konnte ich treu bleiben. Den Wahnsinn dieser Verteidigung erlebte ich bis in die letzten Konsequenzen und fiel in russische Kriegsgefangenschaft. – – –

Zurückgekehrt, war meine erste Frage: Sind die Berlin-Blätter herübergerettet? Bis heute ist diese Frage noch nicht beantwortet. 40 Zeichnungen waren fertig.

der Schadensgruppen, illustriert durch entsprechende Fotografien von Ruinen und bis zur Verwendung der Bleistiftstärken und Buntstiftsorten (Stabilo 8746/8745/8739/8744) festgelegte Plandarstellungen. Es sollen drei Kartenwerke verfaßt werden: Ausgehend von einer Kartierung im Maßstab 1:1000 wird zunächst eine *fortschreibende Schadenskarte* mit Bleistiftschraffuren angelegt. Darauf aufbauend soll eine *vorläufige Bestandskarte* mit Farbstiften verfertigt und nach Kriegsende eine *endgültige Bestandskarte* mit schwarzer Tusche gezeichnet werden. Die endgültige Karte stellt die erhaltenen Gebäude vollflächig schwarz dar, die Totalschäden weiß, dazwischen mit Kreuz- und Vertikalschraffur die schweren und bedingten Totalschäden. Bei Bedarf sollen auch farbige Karten gedruckt werden. Auf Grundlage der 1:1000-Darstellungen werden maßstabsverkleinerte Karten bis 1:25.000 hergestellt.

2.2.3 Die kinderreiche, motorisierte, beherrschbare und luftsichere Stadt als nationalsozialistisches Planungsideal

Während die Schadenskartierungen die Plangrundlage für den Wiederaufbau darstellen, wird an anderer Stelle, ebenfalls im Auftrag Speers, über die planerischen Konsequenzen aus dem Luftkrieg für den Wiederaufbau nachgedacht. Diese Aufgabe fällt zunächst der dem Rüstungsminister unterstellten Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, zu, →L 41 deren Präsident Reinhold Niemeyer innerhalb des *engeren Arbeitsstabes für die Wiederaufbauplanung* für die Raumordnung zuständig ist. Niemeyer übergibt die Bearbeitung der Aufgabe dem Leiter der Märkischen Landesgruppe der Akademie, Johannes Göderitz. Der wiederum beruft im **März und April 1944** zwei Arbeitstagungen ein, zu denen neben Vertretern der

Deutschen Akademie für Städtebau auch Vertreter des Reichswohnungskommissars (RWK), des Reichsluftfahrtministeriums (RLM), des Reichsarbeitsministeriums (RAM), der Reichsstelle für Raumordnung und *auf dem zu behandelnden Gebiet besonders erfahrene Fachleute und Architekten* geladen werden. Die Besprechungen finden in den Räumen der Akademie in der Knesebeckstr. 8/9 in Charlottenburg statt. ←A 73

Zum erstenmal trifft man sich am Freitag, dem **17.3.1944**, zum Thema *Künftige Gestaltung der Städte unter Berücksichtigung der Luftkriegserfahrungen*. Es werden zwei Vorträge gehalten. Den einen hält der Luftschutzexperte des RLM, Oberbaurat Karl Otto, den anderen Göderitz:

←A 74 *Otto wies darauf hin, daß bereits vor Ausbruch und zu Beginn dieses Krieges gemeinsame Richtlinien des Reichsarbeitsministers und des Reichsluftfahrtministers über städtebaulichen Luftschutz herausgegeben worden seien. Man müsse sich fragen, ob sich diese Richtlinien bewährt hätten oder nicht. Er glaube, diese Frage bejahen zu dürfen. Die Richtlinien enthielten 3 Forderungen:*

1) weiträumige Bebauung,

2) Trennung der Wohngebiete von kriegswichtigen Anlagen,

3) Auflockerung der Bebauung.

Über die Zweckmäßigkeit der unter 2) genannten Forderung seien in letzter Zeit Zweifel laut geworden, da bei den nächtlichen Terrorangriffen Wohngebiete ohne Rücksicht auf kriegswichtige Anlagen wahllos angegriffen worden seien. Nachdem aber der Feind immer mehr zu Tagesangriffen auf kriegswichtige Ziele übergehe, müsse man die Wichtigkeit einer weiträumigen Trennung dieser kriegswichtigen Anlagen von Wohngebieten doch wiederum sehr hoch einschätzen. (. . .)

Zu Punkt 3) vertrat Otto die Forderung, daß man beim Aufbau bombengeschädigter Städte den vorhandenen Straßenplan wegen dessen Engmaschigkeit nicht übernehmen, sondern radikal vom Straßenschema abgehen sollte. Man müsse so stark auflockern, daß, allgemein gesagt, Brand- und Sprengbomben eine möglichst geringe Wirkungsmöglichkeit erhielten. Die bisherigen Bestimmungen, die 60 Wohnungen je ha Nettobauland und ausnahmsweise bei großstädtischer Bebauung 80 Wohnungen je ha Nettobauland zuließen, müßten sehr verschärft werden.

Ein anderer Weg, um einen wirksamen Schutz der Gebäude gegen Brand und Zusammensturz zu erreichen, sei eine Änderung der bisherigen Gebäudekonstruktionen. (. . .) Das Ziel müsse u.a. die völlige Ausschaltung von Holz sein. Es müsse sogar daran gedacht werden, die Möbel aus unbrennbarem Ersatzstoff herzustellen. Ein erster Schritt auf diesem Wege sei die Verordnung des Reichsarbeitsministers über den Bau von Massivdecken anstelle von Holzbalkendecken zur Hebung der Feuersicherheit.

Eine besonders wichtige Rolle spiele die Aufrechterhaltung des Verkehrs in einer ausgebombten Stadt. Hier sei es wichtig, daß der Verkehr nicht in einigen Achsen zentralisiert werde, sondern weitmaschig durchfließen kann. So glaubt Otto, daß der Verkehr von Berlin längst lahmgelegt wäre, wenn Berlin nur 2 zusammenfassende Riesenbahnhöfe besitzen würde.

So gut sich im allgemeinen auch der Schutz der Bunker bewährt habe, so habe sich doch ergeben, daß eine völlige Bebunkerung der deutschen Städte aus Mangel an Material und Arbeitskräften undurchführbar sei. Das beste Mittel für den Schutz der Bevölkerung sei daher doch der Gas- und Splitterschutz gewährende Luftschutzkeller. Da es ihm wichtig dünke, die Hauptversorgungsleitungen den feindlichen Angriffen zu entziehen, habe er die Möglichkeit erwogen, diese Leitungen in einen Tunnel unter die Wohnhäuser zu legen. Vielleicht könne mit diesem Tunnel auch gleich der Luftschutzkeller für Menschen verbunden werden. (. . .) (Eine solche Verbindung würde nach Ansicht des Verfassers dieses Vermerks Gefahren für die Menschen mit sich bringen, daher müßte der Tunnel in 2 Teilen gebaut sein, von denen der kleinere Teil für die Leitungen und der größere für die Menschen bestimmt sein könnte. Es wäre eine dankbare Aufgabe für die Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V., wenn sie diese Frage näher untersuchen würde.)

II. Vortrag Göderitz

Göderitz erklärte einleitend, daß die Ausarbeitung von Richtlinien für Luftschutzmaßnahmen durch die Akademie auf Aufforderung des Reichsministers Speer hin erfolge, ferner, daß er nur eine Gedankenskizze über die künftigen Richtlinien geben wolle. Auf einer nächsten Arbeitstagung solle dann der Entwurf der Richtlinien weiter besprochen werden. Es sei möglich, daß die Richtlinien für den Luftschutz sich je nach der Weiterentwick-

Akademien im Dienst staatlicher Planungen

Es sind im wesentlichen vier Akademien, die den Planungen des nationalsozialistischen Staates zuarbeiten und auch von der GBI mit Forschungsarbeiten beauftragt werden:

- die Akademie für Bauwesen
- die Deutsche Akademie für Bauforschung
- die Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V.
- die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung.

Diese Akademien haben eine sehr unterschiedliche Geschichte, in ihnen sind frühere Forschungseinrichtungen aufgegangen, und nicht alle haben das Kriegsende überlebt. Wir verfolgen hier ihre Entwicklung nur bis **1945**.

1. Die Akademie für Bauwesen

Die *Akademie für Bauwesen*, die man nicht mit der **1799** gegründeten *Bauakademie* verwechseln darf, ist aus der *Technischen Baudeputation* hervorgegangen, die am **1.10.1880** in *Königliche Akademie des Bauwesens* umbenannt wurde. Sie war ein in allen bautechnischen und baukünstlerischen Fragen zuständiges beratendes Gremium des preußischen Staates, das nach dem 1. Weltkrieg, seit dem **1.4.1920** dem Preußischen Finanzministerium unterstellt, gelegentlich beratend herangezogen wurde. Speer war Mitglied dieser Akademie, deren Akten **1943** vernichtet wurden. Sie ist **1945** aufgelöst worden.

2. Die Deutsche Akademie für Bauforschung

Die *Deutsche Akademie für Bauforschung* unter ihrem Präsidenten Rudolf Stegemann ist aus dem **1920** gegründeten *Deutschen Ausschuß für wirtschaftliches Bauen* hervorgegangen, der sich in vielen Publikationen besonders um Ersatzbauweisen kümmerte, die den Einsatz von Holz, Naturstein und Ziegeln ersetzen und den Wohnungsbau verbilligen sollten; der Ausschuß war im Einvernehmen mit dem Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt ein freiwilliger Zusammenschluß ehrenamtlich tätiger Baufachleute, die Forschung auf bautechnischem Gebiet betreiben wollten.

1934 wird der Ausschuß in die *Deutsche Akademie für Bauforschung* umgewandelt und ihr Sitz **1937** von Dresden nach Berlin in das Haus Bayerischer Platz 6 verlegt. Ihr wird **1938** das *Franz-Seldte-Institut* in Magdeburg mit seinen ständigen Ausstellungen von Baustoffen angeschlossen.

In einem Schriftsatz *Die Deutsche Akademie für Bauforschung als Forschungsstelle des Reiches und der Partei 1920 bis 1942* beschreibt Stegemann die Arbeit der von ihm geleiteten Akademie und ihre Beziehungen zum RAM und zur GBI:

→A 75 *Die Arbeiten der Akademie selbst gingen zunächst betont vom Wohnungsbau aus und bezogen sich in erster Linie auf alle diesen Fragenkomplex betreffenden Probleme, und zwar sowohl der baustofflichen, bautechnischen, baukonstruktiven wie auch der wirtschaftlichen Seite; Normung, Typisierung und Finanzierung wurden ebenfalls behandelt. (. . .)*

Die Deutsche Akademie für Bauforschung hat, wie schon dargelegt, praktisch für sämtliche Reichsministerien und Reichsdienststellen gearbeitet, die irgendwie für sie rein arbeitsgebietsmäßig in Frage kamen. Wenn dabei eine gewisse Federführung seitens des Herrn Reichsarbeitsministers vorlag, der offiziell der Schirmherr der Akademie ist, so lag das in der historischen Entwicklung der Akademie begründet, die ja in ihrer ersten Arbeit sich im besonderen mit dem Wohnungsbau befaßt hatte, während auf der anderen Seite ein Bauminister in Deutschland im eigentlichen Sinne nicht bestand. Erst die letzten 2 Jahre haben durch die Zusammenfassung der verschiedenen Ämter, die heute in den Händen des Herrn Reichsministers Professor Speer liegen, Bedingungen ergeben, die ein Bauministerium vielleicht im Anschluß an den Krieg erwarten lassen. Zurzeit bestehen noch 3 Gruppen, die sich mit den gleichen oder ähnlichen Fragen befassen, nämlich einmal der Herr Reichsminister Professor Speer im Rahmen der ihm jetzt durch den Führer übertragenen Aufgaben, dann der Herr Reichs-

arbeitsminister Franz Seldte, in dessen Ministerium sich die Hauptabteilung IV c noch mit den Problemen der Baugesetze, der Bauordnung, der Städte-, Reichs- und Landesplanung und der Zulassung von Baustoffen und Baukonstruktionen befaßt. Endlich sind im Rahmen des Bereiches des Herrn Reichskommissars für den sozialen Wohnungsbau nicht nur Wohnungen an sich zu erstellen, sondern auch Bestimmungen über gewisse Probleme der Typisierung, Normung und der Baustoffzulassung zu erlassen.

Selbst wenn also noch ein Nebeneinander von 3 hohen Reichsstellen besteht, so dürfte doch kein Zweifel sein, daß in dem Gebiet des Herrn Reichsministers Professor Speer eine gewaltige Fülle von Bauaufgaben vereint ist, die es mit sich bringen werden, daß der Herr Reichsminister Professor Speer auch der Bauforschung in noch stärkerem Maße sein Augenmerk zuwenden muß, als es bisher wohl schon der Fall war.

Unter diesen Umständen erscheint dem Präsidenten der Akademie die Anregung berechtigt, doch die Frage im Bereich des Herrn Reichsministers Speer zu prüfen, ob Herr Professor Speer sich nicht entschließen will, die Deutsche Akademie für Bauforschung offiziell zu seiner Forschungsstelle für Fragen der Bautechnik und des Bauwesens zu machen, um so die Möglichkeit zu haben, ständig über diesen seit 22 Jahren bestehenden, gut eingespielten Apparat zu verfügen. Es wird dabei ja eigentlich nur auf eine äußere Betonung eines seit Jahren schon bestehenden Verhältnisses hinauslaufen und weiter darauf, daß nunmehr in einem engen Zusammenarbeiten mit den verschiedenen Abteilungen des Herrn Professors Speer und der dort tätigen Herren die Akademie in stärkerem Maße, als es schon der Fall war, zur Mitarbeit herangezogen würde.

Durch eine derartige Heranholung der Akademie würde gerade denjenigen Herren, die sich schon seit Jahren bei Herrn Reichsminister Professor Speer mit solchen Problemen befassen, z.B. Herr Professor Brugmann und Herr Professor Neufert, die Möglichkeit gegeben, ohne ihren eigenen Apparat irgendwie vergrößern zu müssen, der Akademie bestimmte Aufgaben zur Bearbeitung unter ihrer Aufsicht bzw. Mitwirkung zuzuführen.

Im *Institut für Bauforschung* in Hannover unter der Leitung von Wolfgang Triebel findet diese Akademie nach dem Krieg ihre Fortsetzung. Triebel schreibt auch die erste Geschichte der Bauforschung in Deutschland und der BRD. ←L 42

3. Die Akademie für Wohnungswesen e.V.

Die *Akademie für Wohnungswesen e.V.* erhält erst am **26.8.1941** den Status einer Akademie, ist aber besonders interessant für die Wohnungsforschung, die im 3. Reich intensiv betrieben wurde. Die Akademie hat ihren Vorläufer in dem am **25.5.1898** gegründeten *Verein für ein Reichswohnungsgesetz*, der sich etwa **1904** umbenennt in *Deutscher Verein für Wohnungsreform*. Dieser Verein veröffentlicht **1929** unter der Leitung von Bruno Schwan eine Untersuchung über Wohnungsnot und Wohnungselend in Deutschland und **1932** eine von Martin Mächler im Auftrag des City-Ausschusses durchgeführte Untersuchung über die Sanierung der Berliner Altstadt. Der Verein existiert in dieser Form bis Mitte der 30er Jahre, wird dann umbenannt in *Deutsche Gesellschaft für Wohnungswesen e.V.* und als Forschungsstelle für Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens dem Reichsarbeitsministerium (RAM) angegliedert. Nach der Verkündung des *Führererlasses für den sozialen Wohnungsbau nach dem Kriege* (**15.11.1940**) entsteht aus ihr am **26.8. 1941** die *Akademie für Wohnungswesen e.V.*, die als Untertitel die nähere Bezeichnung *Forschungsstelle des Reichskommissars für den sozialen Wohnungsbau zur Erzielung von Höchstleistungen im Wohnungs- und Siedlungswesen* erhält.

Die *Akademie für Wohnungswesen e.V.* beschäftigt **1942** 184 Mitarbeiter und ist in 3 Abteilungen untergliedert: die Abteilung A (Grundsätzliche Fragen der Wohnungs- und Siedlungspolitik), die Abteilung B (Typung und Normung) und die Abteilung C (Rationalisierung des Bauvorgangs). Die Abteilung A hat ihren Sitz in den alten Geschäftsräumen in der Kronen-

lung der Zerstörungsmittel, des Bombenflugzeuges oder des aktiven Luftschutzes verändert werden; es sei jedoch trotzdem notwendig, sich Rechenschaft darüber abzulegen, was zur Stunde nach der bisherigen Entwicklung des Luftkrieges an Luftschutzmaßnahmen für erforderlich gehalten werde.

Er wolle zunächst noch einmal die Wirkungen der heutigen Zerstörungsmittel betrachten. Es seien dies bekanntlich Spreng- und Brandbomben. Die Sprengbombe – namentlich die Luftmine – habe im Flachbaugebiet bei weiträumiger Bauweise eine außerordentlich verheerende Wirkung gezeigt, während die Sprengbombe in der dicht bebauten Großstadt zwar das einzelne Haus vernichtend trifft, aber in dem Bauschutt erstickt und keine übermäßigen Fernwirkungen besitzt.

Dagegen sei die Brandbombe, vor allen Dingen die Phosphor-Brandbombe, in dicht bebauten Großstadt-Vierteln von außerordentlich zerstörender Wirkung. Wie schon ORBR Otto erwähnt habe, könne man in Großstadtgebieten bei besonders dichter Bebauung von sogenannten „Feuersturmgebieten" sprechen. Hier genüge die Inbrandsetzung eines Gebäudes, um das ganze Stadtgebiet in Flammen aufgehen zu lassen. Der Sog der Flammen bei dem ungeheuren Sauerstoffbedarf sei so gewaltig, daß wahre Stürme entstehen, die das Feuer auf erstaunliche Entfernung übertragen.

Wenn man sich die städtebaulichen Luftschutzforderungen vor Augen halte, sehe man, daß sie unter Umständen städtebaulichen Gestaltungsgrundsätzen widersprechen. So laufen z.B. die Bestrebungen der städtebaulichen Planung, die Baugebiete klar zu begrenzen, mit festen Achsen zu durchsetzen, charakteristische Schwer- und Höhepunkte zu bilden, der Forderung des Luftschutzes nach möglichster Tarnung zuwider; aber auch der Wunsch, die Betriebe unterirdisch im Stollenbau den Luftangriffen zu entziehen, stehe im Gegensatz zu der Forderung, dem arbeitenden Menschen möglichst viel Licht, Luft, Sonne und Schönheit bei seiner Arbeit zu gewähren. Hier werde es darauf ankommen, Kompromisse zwischen Luftschutz-, Städtebau- und Gewerbeschutzforderungen zu finden.

Wenn man auch keinen unbedingt sicheren Schutz einer Stadt erreichen könne, so dürfe die Vernichtung aus der Luft für die Stadt nicht tödlich sein, sondern nur verwunden, also nicht die Zentralstellen treffen. Was muß geschehen und was vermieden werden, um dieses Ziel zu erreichen? Bei dieser Frage könne man stets unterscheiden

1) großräumliche Maßnahmen der Landesplanung,
2) städtebauliche Maßnahmen,
3) konstruktive Maßnahmen beim Hausbau,
4) Selbstschutzmaßnahmen.

Im einzelnen führte Göderitz folgende Luftschutzgrundsätze an:

a) Dezentralisation: Vermeidung von Riesenstädten und baulichen Ballungen, kein Amerikanismus, keine Riesenbetriebe. Für entsprechende Verteilung müsse die Auftragslenkung durch die Landesplanung und das Reich sorgen.

b) Vermaschung: Diese Vermaschung gelte nicht nur für die großen Verkehrswege, sondern auch für Gas, Elektrizität, Wasser. Als Beispiel für gute Verkehrsvermaschung erwähnte Göderitz Hannover, das sofort nach der Zerstörung den Verkehr wieder aufnehmen konnte. Wichtig sei die sogenannte Entflechtung des Verkehrs aus zusammengefaßten Verkehrsmittelpunkten.

c) Zellenbildung: Wichtig vom Luftschutz aus gesehen sei die Unterteilung des Stadtkörpers in lebensfähige Einzelzellen anstelle stark luftgefährdeter großstädtischer Mittelpunktbildung. Auch in der Zelle sei an Feuerschutzschneisen zu denken. Die Zellen mußten durch größere Landstreifen voneinander getrennt werden.

d) Auflockerung: In einer großen Auflockerung bestehe z.Zt. eben doch der größte Luftschutz. Dem Einwand, daß der Flachbau unwirtschaftlich sei, muß durch genaue Untersuchungen begegnet werden, die erweisen würden, daß eine solche Unwirtschaftlichkeit gar nicht vorhanden sei. Die Akademie sei damit beschäftigt zu untersuchen, wieweit z.B. unwirtschaftliche Aufwendungen beim Bau von Einfamilienreihenhäusern an Erschließungsmaßnahmen entstehen. (Die Untersuchung über die Frage, welche Aufwendungen an Erschließung der Flachbau, Einfamilienreihenhausbau, Doppelhausbau und Einzelbau erfordern, dürfte eine außerordentlich wichtige Aufgabe der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V. sein.)

e) Ausweichen: Beim künftigen Bau von Gebäuden jeder Art sei es erforderlich, an Ausweichmöglichkeiten zu denken. So könnten seines Erach-

tens auch die jetzt errichteten Behelfsheime als Ausweichunterkünfte für den späteren Hausbau dienen, wenn sie auf dem hinteren Teil der Parzellen angeordnet werden.

f) Selbstschutz: Hier denkt Göderitz vor allem an den Stollenbau.

III. In der Aussprache wurde namentlich von freischaffenden Architekten der Wunsch geäußert, das bisherige Bau- und Bodenrecht abzuändern, damit derartige Forderungen wie die vorgetragenen überhaupt verwirklicht werden können. Die von Göderitz ausgeführten Gedanken blieben unwidersprochen.

Am **24.4.1944** findet die zweite Arbeitstagung unter dem Thema *Neuplanung der durch Kriegseinwirkungen zerstörten Städte* statt.

Den Vortrag hielt Stadtbaurat Göderitz, der einleitend erklärte, daß er einen Gesamtüberblick über das Fragengebiet geben wolle, während eine Vertiefung in Einzelheiten in zwei späteren Sitzungen erfolgen solle. ←A 76

Das Gesamtfragengebiet unterschied er in
1) Grundsätzliche Vorfragen,
2) städtebaulich-planerische Maßnahmen,
3) rechtliche und wirtschaftliche Maßnahmen,
4) Übergang und Organisation.

Zu 1) betonte G., daß der Begriff „Wiederaufbau" die Maßnahme nicht richtig umschreibe. Es handle sich nicht um einen Wiederaufbau des einmal vorhanden Gewesenen, sondern um die Neugestaltung und die Neuordnung der deutschen Städte. (Über die Frage, ob Neugestaltung oder Neuordnung der bessere Begriff sei, entspann sich später eine Erörterung, die aber zu keiner völligen Klarstellung führte.) G. wies darauf hin, daß eine Umgestaltung der deutschen Städte sich schon vor den zerstörenden Kriegseinwirkungen als notwendig erwiesen habe. Er erinnerte an die Altstadtsanierung und die vom Führer angeordnete Neugestaltung der Gauhauptstädte und der Reichshauptstadt Berlin. Er erwähnte den Umbruch unserer Weltanschauung und der gesamten Wirtschaftsordnung, den Neuaufbau von Industriebezirken, und kam damit zu einem Bekenntnis, daß nur eine Neuordnung des gesamten Aufbaues, gesteuert von einer Reichsplanung, den Verhältnissen gerecht werden könne. – Interessante Vergleiche zu Aufbaumaßnahmen früherer Zeiten gab G. namentlich bezüglich der Stadt Magdeburg, wo oftmals eine völlige Neugestaltung des Stadtgrundrisses erwogen wurde, aber der Bestand an vorhandenen Straßen und Grundmauern den Aufbau doch wieder in die Bahn des einmal vorhanden Gewesenen zurückfallen ließ. Auch die Aufbaumaßnahmen in Ostpreußen und in Frankreich erwähnte G., wobei er die möglichst naturgetreue Wiederherstellung des alten Heimatbildes in Frankreich als warnendes Beispiel hervorhob.

Zu 2). Hier betonte G., daß jede Einzelplanung von der raumordnerischen deutschen Gesamtplanung des Reichs ausgehen müsse. Umfang und Größe einer Stadt müßten der Funktion dieser Stadt im engeren Landschaftsbereich, im Gesamtreich, ja in ganz Europa entsprechen. Nicht die Wirtschaft oder der Bürgermeister dürfte die Größe der Stadt bestimmen. Es sei daher nicht überall zulässig, eine Vergrößerung der Städte zu erstreben, vielmehr werde oft auch ihre Verkleinerung in Frage kommen.

In diesem Zusammenhang erwähnte G. auch die Notwendigkeit, wirtschaftlich zusammenhängende Gemeinden durch Eingemeindung zu größeren Stadtbezirken zusammenzuschließen.

Eine wichtige Vorarbeit für die eigentliche Planung sei die Bestandsaufnahme. Sie müsse vorhandenen Baubestand, den Umfang und den Grad der Zerstörung, die Bevölkerungsverhältnisse u.dergl. genau angeben, damit auf dieser Grundlage über die zu treffenden Aufbaumaßnahmen entschieden werden kann. Es sei notwendig, eine einheitliche Methode für derartige Bestandsaufnahmen zu ermitteln und auch für die Darstellung der Pläne einheitliche Planzeichen festzulegen.

G. erörterte weiter die Grundsätze für den Planungsentwurf. Hier werden Luftschutz, Hygiene und Verkehr besonders bestimmend sein. Gegenüber einer radikalen Neugestaltung gab G. jedoch auch zu erwägen, daß alles Bestehende einen hohen Wert besitze, den man im Sinne eines volkswirtschaftlichen Treuhänders schonend behandeln müsse. Auch in den zerstörten Städten seien seines Erachtens noch 40–60 v.H. des ehemaligen Bauwertes vorhanden, wenn man die Straßen, die Grundmauern und den noch stehen gebliebenen Teil des Mauerwerks als verwertbaren Baubestandsrest ansehe. Diesen vorhandenen Baubestand gänzlich zu beseitigen werde

straße 72, die Abteilung B in dem Eckhaus Friedrichstraße/Leipziger Straße, die Abteilung C am Spittelmarkt.

Die Zeitschrift *Der soziale Wohnungsbau in Deutschland*, die ab **1941** erscheint, wird ihr Sprachrohr.

Die *Akademie für Wohnungswesen e.V.* hat ein umfangreiches Forschungsprogramm zur Rationalisierung des Wohnungsbaus an Architekten und Ingenieure in Auftrag gegeben. Die Arbeiten sind vor Kriegsende weitgehend fertiggestellt, unter anderem der Plan zur Errichtung einer Mustersiedlung auf einem Gelände südlich von Bernau, das ab **1943** mit Behelfsheimen für Bombengeschädigte bebaut wird. Die *Akademie für Wohnungswesen e.V.* ist im **Mai 1945** aufgelöst worden. Der Verbleib des Materials ist bisher unbekannt.

4. Die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung

Die Bestrebungen, die Disziplin Städtebau zu verselbständigen, nehmen schon Ende des 19. Jh. konkrete Formen an. In Dresden und Berlin werden Lehrstühle eingerichtet, finden Seminare und Vortragsreihen statt. **1909** wird der *Öffentliche Wettbewerb zur Erlangung eines Grundplanes für die Bebauung von Groß-Berlin* ausgeschrieben, und **1910** organisiert Werner Hegemann die erste deutsche Städtebauausstellung, die in den Räumen der HdK in Berlin-Charlottenburg gezeigt wird.

Über die Gründung der *Freien Deutschen Akademie für Städtebau* heißt es:

→L 43 *Es ist das Verdienst von Professor Bruno Möhring, Berlin, die erste Anregung zur Gründung einer „Freien Deutschen Akademie für Städtebau" gegeben zu haben. Anfang des Jahres 1921 lud Möhring einen kleinen Kreis von deutschen Städtebauern zu einer Besprechung ein und machte den Vorschlag, eine „Freie Deutsche Akademie für Städtebau" zu gründen, die von hoher Warte aus die Probleme des Städtebaues beobachten und behandeln und zu ihnen Stellung nehmen sollte. Dieser Gedanke fand unter den Anwesenden (Cornelius Gurlitt-Dresden, Berg-Breslau, Brix-Berlin, Schmidt-Essen, Wolf-Hannover u.a.) ungeteilten und stärksten Beifall. Den aufgetauchten Bedenken, ob es überhaupt möglich sei, eine „Freie" Akademie zu bilden, begegnete Möhring durch den Hinweis, daß auch die Preußischen Akademien für Bauwesen und der Künste seinerzeit als Freie Akademien gegründet worden seien und daß sich diese Freien Akademien gerade damals durch besondere Leistungen ausgezeichnet hätten.*

Am **30.5.1922** wird die Akademie in Berlin gegründet, Cornelius Gurlitt ihr erster Präsident, Robert Schmidt, Direktor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, sein Stellvertreter. **1926** folgt Joseph Brix, **1929** Robert Schmidt als Präsident. **1934** übernimmt Reinhold Niemeyer die Leitung, und die Akademie wird in *Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung* umbenannt. Niemeyer setzt den ehemaligen Stadtbaurat von Magdeburg, Johannes Göderitz, als Geschäftsführer der Akademie ein, die nun auch regionale Arbeitsgruppen bildet.

1940 gibt sich die Akademie eine neue Satzung und bezeichnet es als ihre Aufgabe, *die Ordnung des deutschen Lebensraums zu untersuchen und wissenschaftlich zu fördern.* Ab **1942** leitet Niemeyer die Forschungs- und Planungsabteilung für den Ostraum. Die Akademie wird **1944** von Berlin nach Wriezen ausgelagert und besteht bis zum Kriegsende. **1946** wird sie auf Initiative von Fritz Schumacher und Reinhold Niemeyer als *Akademie für Städtebau und Landesplanung* in Düsseldorf wiederbegründet. Stephan Prager, der die Geschichte der Akademie aufschreibt und dabei über die Zeit zwischen **1934** und **1945** kaum ein Wort verliert, wird ihr erster Präsident. Einer seiner Nachfolger ist Friedrich Tamms (1964–68). →L 44 →S. 117

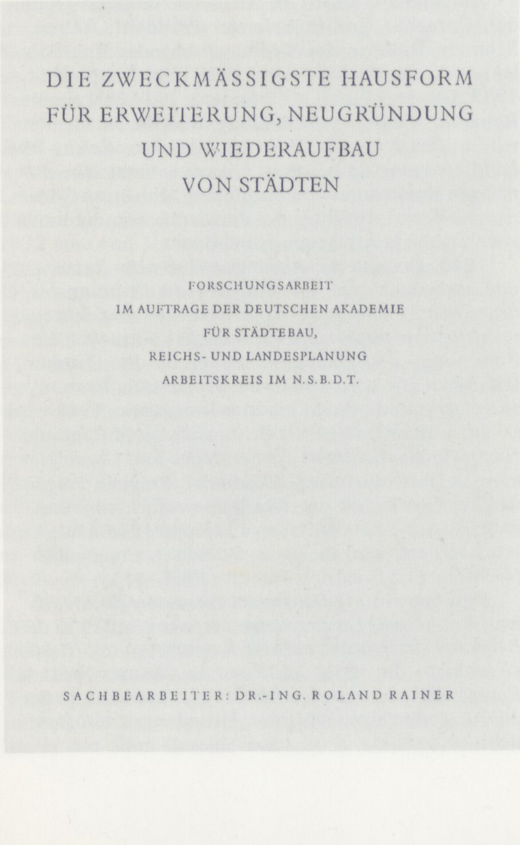
Sehr eng mit der *Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung* arbeitet seit **1936** die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG)* zusammen, die unter anderem die Monatsschrift *Raumforschung und Raumordnung* herausgibt, in der die Akademie regelmäßig ihre Mitteilungen veröffentlicht.

Die RAG für Raumforschung wurde am 16.12.1935 durch gemeinsamen Erlaß des damaligen Reichsministers und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und des Reichsministers und Leiters der Reichsstelle für Raumordnung geschaffen. In der Gründungssatzung erhielt sie die Aufgabe, die Raumforschung als wissenschaftliche Hilfe der Raumordnung durch Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Hochschuldisziplinen zusammenzufassen und durch planvollen Einsatz der Forschungsmittel zu fördern sowie für eine fachgemäße Ausbildung des Nachwuchses zu sorgen. (. . .)

Zur Durchführung der Raumforschung an den Hochschulen wurde seitens des Wissenschaftsministeriums die Bildung von Hochschularbeitsgemeinschaften angeordnet, um über die Fakultätsgrenzen hinweg die verschiedenen Fachdisziplinen zu gemeinsamen Arbeiten im Raum zusammenzuführen. (. . .)

Neben den Hochschularbeitsgemeinschaften zur Durchführung regionaler Forschungsaufgaben bestanden noch etwa zehn zentrale Forschungsausschüsse und -arbeitskreise, in denen in Teamarbeit aktuelle Probleme, wie z.B. Sanierung der Notstandsgebiete, Gesundung der Ballungsräume, Klärung dringender verkehrswirtschaftlicher, wasser- und energiewirtschaftlicher sowie kommunaler Fragen angegangen wurden.

Zu den Hauptaufgaben der RAG gehört die Planung zur Neuordnung des eroberten Ostraums. Obmann der RAG und Herausgeber der Zeitschrift ist Konrad Meyer, Mitglied der SS und nach dem Krieg Hochschulprofessor in Münster. Die RAG wird noch während des Krieges nach Göttingen ausgelagert und entsteht dort 1947 als *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* wieder.


DIE ZWECKMÄSSIGSTE HAUSFORM
FÜR ERWEITERUNG, NEUGRÜNDUNG
UND WIEDERAUFBAU
VON STÄDTEN

FORSCHUNGSARBEIT
IM AUFTRAGE DER DEUTSCHEN AKADEMIE
FÜR STÄDTEBAU,
REICHS- UND LANDESPLANUNG
ARBEITSKREIS IM N.S.B.D.T.

SACHBEARBEITER: DR.-ING. ROLAND RAINER

←L 45 *wohl auch wegen der damit verbundenen Transportfragen auf große Schwierigkeiten stoßen.*

Die Neugestaltung im Innern zerstörter Städte scheine ihm viel mit einer Stadtgesundung gemeinsam zu haben, denn es werde sich darum handeln, Verkehrsverhältnisse zu verbessern (vielleicht durch Straßenverbreiterung oder Straßendurchbrüche, Anordnung von Umgehungsstraßen, Fahrbahnverbreiterungen, wobei auch Laubengänge in Erwägung zu ziehen seien) und durch Auskernung des Blockinnern, Blockaufbrüche und -durchbrüche, Wohnwege, Abstockung (im Gegensatz zu der früher üblichen Aufstockung), Entschandelung und Verbesserung der früheren Wohnverhältnisse durch Grundrißneuordnung ein gesundes Wohnen zu ermöglichen.

Zur Stadtgliederung äußerte sich G. nur kurz dahin, daß ihm eine Aufteilung in Wohnzellen erforderlich erscheine.

Schließlich betonte G., daß auch die Denkmalpflege zu ihrem Recht kommen müsse, allerdings nicht in dem Sinne, daß alte zerstörte Denkmäler im ehemaligen Stil wieder aufgebaut werden sollten, daß aber alle Kulturwerte aus alter Zeit soweit wie möglich erhalten werden sollten. Dabei erwähnte G., daß auch ein Stadtgrundriß Denkmalwert besitzen könne. Alte kulturell wertvolle Stadtteile sollten in Verkehrsruhe als stille Inseln bestehen bleiben, während sich die Neugestaltung auf anderen Gebieten vollziehen sollte.

Zu 3). Als Rechtsgrundlage schlug G. die Aufstellung eines Neugestaltungsplanes vor. Dieser soll schrittweise verwirklicht werden. Die Gemeinde erhält durch Bereichserklärung besondere Rechte im jeweiligen Baugebiet. G. schlug weiter vor, die Eigentümer eines Bereichs während der Bauzeit zu einer Genossenschaft zusammenzuschließen, die später wieder aufgehoben werden kann, wenn der Aufbau und die neue Grundstückverteilung erfolgt sind. Seines Erachtens sollte das Interesse der jetzigen und künftigen Grundeigentümer am Aufbau wachgehalten werden. Andererseits sei es notwendig, die Baumaßnahmen in großen Zügen durchzuführen.

Bestehen gebliebenen Gebäudebestand, der nicht für die Dauer erhaltungswert erscheint, schlägt G. vor, nach einem bestimmten Zeitplan abzubrechen. Dieser Zeitplan müsse gleichzeitig eine erhöhte Abschreibung enthalten, so daß die Beseitigung derartigen Gebäudebestandes wirtschaftlich reibungslos vor sich gehe.

Weiter forderte G. ein neues Planungs- und Baurecht mit einer Bodenreform. Besonders wichtig sei die Herausgabe einer einheitlichen Bauordnung. Die jetzige baurechtliche Zersplitterung sei untragbar.

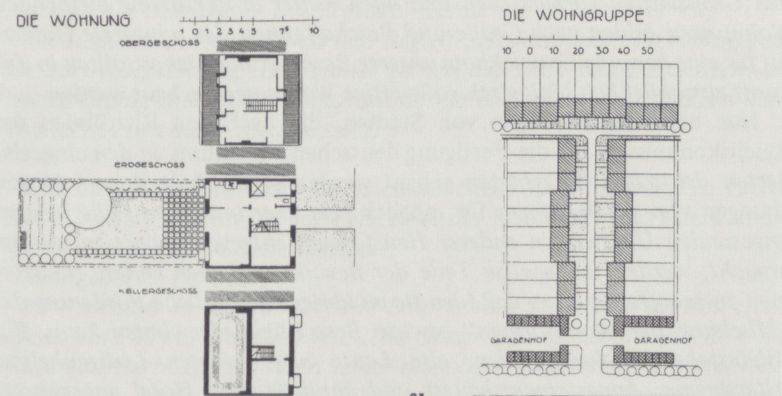
Zu 4). Bis zur Vollendung des Aufbaues befürchtet G. eine längere Zwischenzeit. Für diese Zwischenzeit sollten die Behelfsheime dienen. Es werde große Umzüge der Bevölkerung mit Sack und Pack, ja ganze Wanderungsbewegungen geben.

Zur Frage der Organisation und Bauwirtschaft wies G. darauf hin, daß die Bauwirtschaft des Festungsbaues einen gewaltigen Leistungsstand erreicht habe. Die Umsiedlung dieser Bauwirtschaft auf den Wohnungs- und Städtebau müsse rechtzeitig erwogen und vorbereitet werden. Dabei müßten besonders die sicherlich vorhandenen wirtschaftlichen Engpässe rechtzeitig untersucht werden. Neben der Materialfrage sei die der Arbeitskräfte von besonderer Wichtigkeit. Schon bei der Demobilmachung sei darauf hinzuwirken, daß die Baufachleute bevorzugt zur Entlassung kommen.

Bei der Bauausführung unterscheiden sich seines Erachtens besonders die ortsgebundene und industrialisierte Bauweise. Hier gebe es zwei Welten, zwei Stilarten, die man miteinander verbinden müsse.

Zur Organisation der Planung betonte G., daß das Schwergewicht bei den Gemeinden liegen müsse. Dem Reichsminister für Städtebau werde die Lenkung und Beratung obliegen.

Kurz nach der Tagung erscheinen als 40seitige Broschüre mit einem Vorwort von Niemeyer vom **April 1944** die Ergebnisse einer Untersuchung, die der Wiener Architekt Roland Rainer im Auftrag der Deutschen Aka-
→L 46 demie für Städtebau durchgeführt hat. Unter dem Titel *Die zweckmäßigste Hausform für Erweiterung, Neugründung und Wiederaufbau von Städten* empfiehlt Rainer ausschließlich das 2geschossige Einfamilienreihenhaus mit Garten als die *volksbiologisch* beste Hausform, die ohne die *wirtschaftlichen und städtebaulichen Schwächen des freistehenden Einfamilienhauses* Kinderreichtum verspricht. Die neuen Wohngebiete sollen im Bereich großer Städte nicht für eine zuwandernde Bevölkerung entstehen, sondern
→L 47 haben den Zweck, *die in den zu dicht besiedelten Altbaugebieten ansässi-*



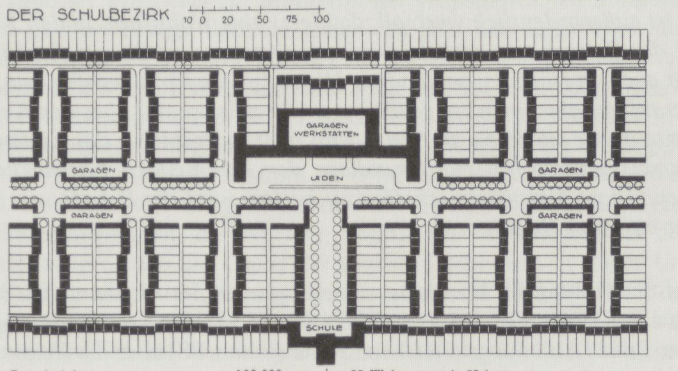
30.

75 qm Wohnfläche
56 qm bebaute Fläche
durchschnittl. 161 qm Wohn- und Küchengarten
„ 38 qm Vorgarten
„ 255 qm Grundstück

31.

30	Grundstücke	7 650 qm
	Garagenhof für 30 Wagen	1 150 qm
165	m Wohnweg	500 qm
	Fahrbahn und Grünstreifen	700 qm
	Gesamtfläche ein Hektar	

30 Wohnungen je Hektar
2250 qm Wohnfläche je Hektar
17 qm Wohnweg je Haus
38 qm Garagenhof je Haus
23 qm Fahrbahn und Grünstreifen je Haus



32.

rd. 400	Grundstücke	102 000 qm
„ 2000	m Wohnwege	6 000 qm
12	Garagenhöfe	14 000 qm
	Fahrstraßen und Parkplatz	9 000 qm
	Gemeinschaftsanlagen, Grünflächen usw.	14 000 qm
	Gesamtflächen 14, 5 Hektar	

28 Wohnungen je Hektar
2070 qm Wohnfläche je Hektar
4,1 % Wohnwege
17,2 % Verkehrsstraßen, Parkplätze und Garagenhöfe
9,1 % Gemeinschaftsanlagen, Grünstreifen usw.

Aufbauschema für eine Gemeinschaftssiedlung auf der Grundlage des eineinhalbgeschossigen Einfamilienreihenhauses unter Berücksichtigung des Kraftwagenverkehrs.

36

←B 35 Roland Rainer (1944): Wohnung, Wohngruppe und Schulbezirk

gen oder ansässig gewesenen Bewohner aufzunehmen. Sie dienen nicht dem Wachstum, sondern der Gesundung, d.h. der Auflockerung und Aussiedlung.

Neue Wohngebiete, in denen Teile der in den Großstädten ansässig gewesenen Bevölkerung eine neue, bessere Heimat finden sollen, werden daher nicht unmittelbar im Anschluß an das alte Baugebiet, sondern als möglichst selbständige „Trabanten" in seiner Nähe entstehen. Ihre wirtschaftliche und kulturelle Verbindung mit der Mutterstadt beruht dann in der Hauptsache auf dem Geschäfts- und Vergnügungsverkehr.

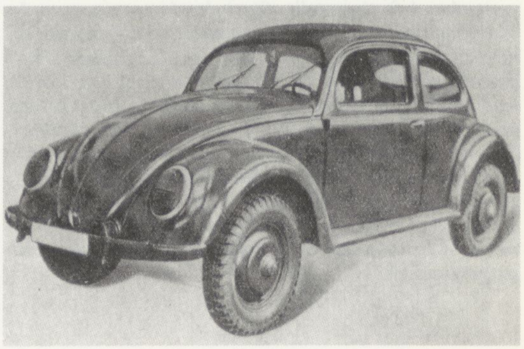
Die *Trabanten* – die der *inneren Kolonisation*, von der Victor Aimé Huber im 19. Jahrhundert geträumt hatte und die wir im 1. Band der Geschichte des Berliner Mietshauses ausführlich dargestellt haben, so ähnlich sind – können als selbständige Siedlungszellen existieren, weil die Familienväter mit dem Volkswagen zur Arbeit fahren können, dessen Massenproduktion von Robert Ley, bevor er sich als Reichswohnungskommissar der Volkswohnung und dem Volkskühlschrank zuwendet, vorbereitet worden ist. Das Schema des kinderproduzierenden Trabanten von Roland Rainer sieht für jedes der *biologisch vollwertigen* Häuser eine Garage vor.

Rainer läßt bei der Entscheidung für das Einfamilienreihenhaus keine Kompromisse zu:

Die wohnungspolitischen Anforderungen sind durch den gegenwärtig außerordentlich ungünstigen Bevölkerungsaufbau unserer Städte so eindeutig und zwingend bestimmt, daß kein Platz mehr für verschiedene Hausformen mit unterschiedlichen biologischen Eigenschaften, sondern nur für die

Adolf Hitler über die Entwicklung des Verkehrs
(Aus der Rede zum Richtfest der Neuen Reichskanzlei am 2.8.1938)

→L 48 *Wenn Sie jetzt durch Berlin durchfahren, werden Sie ja selber sehen, es wird so ziemlich überall aufgegraben und herumgebuddelt, aber glauben Sie, das erscheint nur demjenigen als vielleicht überflüssig, der nicht von heute auf morgen denken kann. Ich sehe die Entwicklung des Verkehrs vor mir und ich weiß, daß in 10 Jahren besonders der Kraftwagenverkehr ein ungeheurer sein wird, da haben die anderen gar keine Vorstellungen, wie gewaltig der sein wird. Und wenn wir jetzt diesem Verkehr nicht die Straßen bauen, wenn er einmal da ist, kann man sie nicht mehr bauen, denn es ist zu spät. Wenn jetzt eine Straße gesperrt wird auf 3 Monate, dann maulen die Leute, dann heißt es schon, schon wieder muß man umfahren, und sie schreien dann, daß man schneller zu Fuß kommt, als wenn man überhaupt mit einem Wagen fährt. Wie wird das erst werden, wenn der Kraftwagen ein Volksverkehrsmittel geworden ist. Wenn anstelle von zwei Millionen Kraftwagen in Deutschland vielleicht sieben, acht, neun Millionen verkehren werden, und ich baue ja für diese Zeit, nicht für das Jahr 1938 oder 39, nicht einmal für das Jahr 40, auch nicht für 50, sondern für das Jahr Zweitausend und Zweitausendzweihundert und Zweitausendvierhundert Jahre!*



→B 34 VW-Limousine Typ 82 E (1940–1945) mit dem hohen Fahrgestell des Kübelwagens

→L 49 **Roger Gloor**
Kurze Vorgeschichte des Volkswagens

Dr.-Ing. h.c. Ferdinand Porsche hatte 1930 in Stuttgart ein eigenes Konstruktionsbüro eröffnet, nachdem er sich als Konstrukteur u.a. bei Austro-Daimler und bei der Auto Union einen internationalen Namen gemacht hatte. Im Auftrag anderer Firmen entwarf er weiterhin Automobile und Motoren. Die Idee zu einem „Volkswagen" hatte ihn schon lange beschäftigt, und er besaß ein gehäuftes Maß an Erfahrung für die Entwicklung eines zukunftsgerichteten Kleinwagens. Ein in seinem Konstruktionsbüro entworfenes Kleinauto konnte er 1932 für Zündapp bis zum fahrbereiten Prototyp weiterentwickeln. Es hatte einen im Heck eingebauten Fünfzylinder-Sternmotor mit 26 PS Leistung, Zentralrahmen und Schwingachsen. Auch eine Ausführung mit Zweizylinder-Boxermotor war im Prüfungsstadium. 1932/33 entwickelte Porsche für NSU ein ähnliches Kleinwagenprojekt, diesmal mit Vierzylinder-Boxermotor, Luftkühlung und Torsionsfederung. Man muß diese Konstruktionen als die eigentlichen Volkswagen-Vorläufer betrachten, auch wenn die beiden Motorradfirmen nicht in der Lage waren, die für eine Serienproduktion nötigen Investitionen vorzunehmen.

←L 50 *Der eigentliche Anstoß zum Volkswagen kam 1934, als die Reichsregierung über den damaligen Reichsverband der Automobilindustrie (RDA) Porsche mit der Konstruktion eines weniger als 1000 Mark kostenden Großserienautos beauftragte. Ferdinand Porsche* ←L 51 *konnte seine Entwicklungen für NSU und Zündapp zum Ausgangspunkt nehmen. Es bedurfte jedoch harter Arbeit, um eine den Vorstellungen der Auftraggeber entsprechende Konstruktion zu vollenden. Der für 1935 vorgesehene Ablieferungstermin für die Pro-*

totypen mußte daher um ein Jahr verschoben werden. Im März 1936 konnte Porsche einer Kommission zwei Prototypen des Volkswagens vorstellen.

Der Aufbau dieser bereits käferförmigen Kleinwagen bestand aus einer Holz-Blech-Konstruktion. Bald wurde aber auch ein Exemplar mit Ganzstahlkarosserie der Typ 3 genannten Prototypserie gebaut. Die drei Wagen starteten im Oktober 1936 zu einer 50 000-km-Fahrt im Schwarzwald und auf der Autobahn. Trotz zahlreicher Mängel in Konstruktion und Fertigung gab Hitler den Befehl zur Bereitstellung einer Serie von 30 Stück des weiterentwickelten Typ 30. Sie wurde bei Mercedes-Benz gebaut. Ab Mai 1937 unterzog man auch sie gründlicher Fahrerprobungen, und schließlich nahm aus der Summe der Erfahrungen der Volkswagen 1938 seine endgültige Form an.

In diesem Jahr wurde auch der Bau des Volkswagenwerkes und einer eigens hierfür zu schaffenden Automobilarbeiterstadt, heute Wolfsburg, in die Wege geleitet. Grundsteinlegung des Volkswagenwerkes und offizielle Vorstellung des nun auf KdF-Wagen (= „Kraft durch Freude") umgetauften Projekts erfolgten am 26. Mai 1938. Hitler sah einen seiner Träume vor der Verwirklichung: allen deutschen Motorradfahrern ein Dach über dem Kopf zu geben. Hierzu hatten diese in einem gigantischen Sparsystem den KdF-Preis von 990 Mark vorauszubezahlen . . . Nach dem Krieg sollte es dann zum VW-Sparer-Prozeß kommen.

Bei Kriegsausbruch 1939 war das Volkswagenwerk weitgehend fertiggestellt. Statt der Limousinen- und Cabrioversion des KdF-Wagens mußte die Produktion nun aber auf Rüstungsgüter und den Kübelwagen umgestellt werden. Von diesem wurden zwischen 1940 und 1945 rund 55 000 Einheiten gebaut. Hinzu kamen etwa 15 000 von 1941 bis 1943 produzierte „kleine Schwimmwagen" sowie eine Anzahl Stabslimousinen. 1944 wurde das VW-Werk durch Luftangriff zu gut zwei Dritteln zerstört. Unter britischer Besetzung wurde 1945 in den jetzt „Wolfsburg Motor Works" benannten Fabrikanlagen die eigentliche VW-Produktion aufgenommen.

in dieser Hinsicht unbestritten günstigste Hausform bleibt. Die meisten in den Großstädten vorhandenen und noch weiter in Benutzung bleibenden Wohnungen bilden nach Größe und Beschaffenheit das schwerste Hindernis für eine gesunde Entwicklung unserer Bevölkerung. Daher sollten in Zukunft ausschließlich biologisch vollwertige Wohnungen gebaut werden.

Nur bei Neugründungen von Städten, die nach den Richtlinien des
→L 52 Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums *in den eingegliederten deutschen Ostgebieten* gebaut werden sollen, hält Rainer Abweichungen von der *Bestform* für möglich: *Da aber in diesem Falle keinem ungesunden Überwiegen anderer Hausformen entgegengewirkt zu werden braucht, werden für gewisse Teile der Bevölkerung auch andere Hausformen zu schaffen sein, so daß hier die im übrigen gefährliche Forderung der „Mischung der Wohnformen" gewisse Berechtigung gewinnen kann. Für Alleinstehende, Junggesellen, alte Leute usw. können Ledigenheime, Altersheime, Appartementshäuser und ähnliche dem Hotel angenäherte Hausformen nötig werden.*

Diese Einseitigkeit geht selbst dem Vertreter des Reichswohnungskommissars zu weit, bei dem an der genormten Volkswohnung für die 6köpfige *Vollfamilie* gearbeitet wird, die nach dem *Endsieg* die *Arisierung* der eroberten Gebiete sichern soll. Seine Stellungnahme zu der Arbeit Rainers faßt Ministerialrat Nicolaus zusammen:

→A 77 *Es ist außerordentlich wertvoll, daß jetzt eine Wohnform in den Vordergrund der Betrachtung gerückt wird, die durchaus nordisches Gepräge hat und ja auch in Norddeutschland zu Hause ist. Sie kann berufen sein, beim Wiederaufbau eine wichtige Rolle zu spielen. Es scheint aber den Kern der Gesamtaufgabe nicht zu treffen, wenn man bestrebt ist, das Einfamilienreihenhaus schlechthin zur Grundlage der kommenden Entwicklung zu machen. Diese Grundlage schaffen zu helfen, wird die Schrift von Dr. R. Rainer ein guter Beitrag sein.*

Auf der Sitzung der Märkischen Landesgruppe der Akademie für Städte-
→A 78 bau am **3.7.1944** teilt Göderitz nach den Vorträgen von Regierungsbaumeister Pries (Abteilungsleiter beim Reichsführer SS) über die *Neuordnung der deutschen Städte vom Standpunkt der Volkstumspolitik* und von Prof. Jobst über seine *Vorschläge im Wiederaufbauraum Stettin* mit, *daß im Anschluß an die Untersuchungen von Dr. Roland Rainer eine weitere Untersuchung in Arbeit genommen worden ist, die demnächst zum Abschluß kommen und dann bekanntgegeben werden soll.*

Die Untersuchung wird zunächst den Nachweis führen, daß bei Einhaltung der Wohndichte mit Zahlen, wie sie die Richtlinien des RAM für den baulichen Luftschutz im Städtebau vorschreiben, und bei einer gleichmäßigen Besiedlungsdichte über das ganze Stadtgebiet nicht mehr Fläche gebraucht würde als beim bisherigen Städtebau, wo neben sehr dicht bebauten Stadtgebietsteilen völlig unbebaute Teile liegen.

Die Untersuchung wird sich weiter mit den verschiedenen Bebauungsformen und mit den Hausformen befassen. Es wird behandelt die Frage des Stockwerkeigentums, der Wohnungsgröße, der Hausabstände, des Zeilen- und Reihenbaues, ferner der Gärten (Hausgärten, wohnungsnahe Gärten, wohnungsferne Gärten).

Sodann wird eingegangen auf die städtebauliche Einheit, wobei als Größenordnung die Zusammengehörigkeit der Wünsche zu einer Volksschule von 16 Klassen zugrunde gelegt werden sollen (5:100 WoE). Es werden behandelt die Flächen, Bedarfszahlen für Gemeinschaftsanlagen, Verkehrsraum, Zusatzflächen. Die Ausführungen werden noch anhand von Zeichnungen erläutert.

Die Stadtgliederung, über die sich Göderitz in seinen Vorträgen während der beiden Akademietagungen im März und April nur andeutungs-
→A 79 weise äußerte, indem er feststellte, *daß ihm eine Aufteilung in Wohnzellen erforderlich erscheine*, ist kein Bestandteil der beschriebenen Folgeuntersuchungen. Der Grund mag darin liegen, daß für dieses Problem bereits seit Jahren ein Konzept von Konstanty Gutschow vorlag, das im **Dezember 1940** zunächst für die Neugestaltung von Hamburg als Stadterweiterungskonzept aufgestellt und nach der Bombardierung Hamburgs im **Juli 1943** zum generellen Wiederaufbaukonzept der Stadt ausgeweitet worden war. Es eignete sich, zum allgemein verbindlichen Wiederaufbaukonzept für alle deutschen Städte nach dem gewonnenen Krieg erklärt zu werden. Gutschow ist als Mitglied der Akademie für Städtebau auch

Teilnehmer der Akademietagungen. Auf der zweiten am **24.4.44** beteiligt er sich an der Diskussion. Das Protokoll vermerkt:

Stadtbaurat Gutschow hielt den Begriff „Neuordnung" für richtiger als den der Neugestaltung. Er betonte ferner, daß auch seines Erachtens die Reichsplanung die Aufgabe und die Größe einer Stadt festzusetzen habe (und nicht etwa die Gemeinde selbst). ←A 80

Um diese „Neuordnung" an höchster Stelle in Erinnerung zu rufen, schickt Rudolf Hillebrecht am **11.5.1944** das Konzept seines Chefs an die NSDAP-Parteizentrale nach München:

Sehr geehrter Pg. Gölz, ←A 81
im Anschluß an unsere kürzliche Besprechung übersende ich Ihnen beiliegend eine kleine Studienarbeit „Die Ortsgruppe als Siedlungszelle". Sie wurde von Herrn Gutschow in seiner damaligen Eigenschaft als Architekt des Elbufers 1940 im Zusammenhang mit der Aufstellung eines Generalbebauungsplans für Hamburg ausgearbeitet.
Ich glaube, daß Sie diese kleine Schrift interessieren wird.

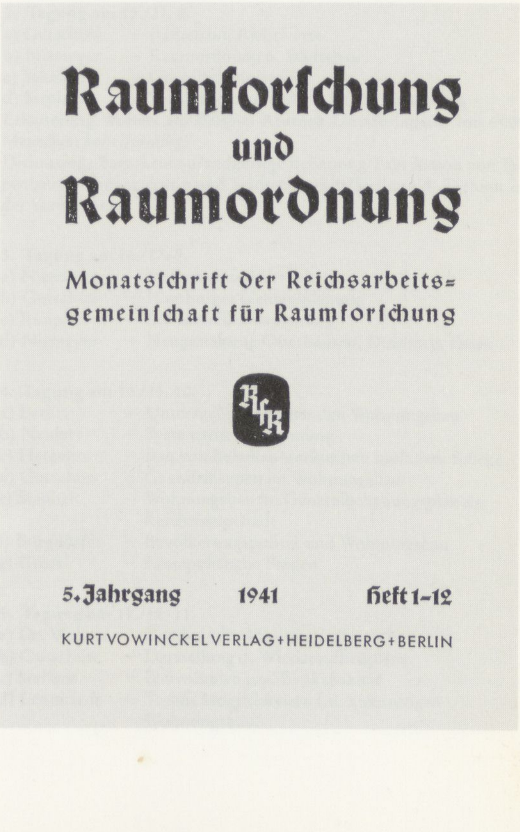
Gutschow, der **1939** von Hitler mit der Neugestaltung Hamburgs beauftragt worden war, hatte das Konzept *Die Ortsgruppe als Siedlungszelle* am ←L 53 **20.12.1940** als *Vorschlag zur Methodik der großstädtischen Stadterweiterung* in kleiner Auflage drucken lassen. Es geht auf einen Vorschlag des Bremer Architekten Friedrich Heuer zurück und verbindet die alten, bis auf Huber und Wichern zurückgehenden Kolonie-Ideen mit dem organisatorischen Gliederungsprinzip der NSDAP. ←I/433 Indem die Siedlungszellen nach der Zerstörung Hamburgs nicht mehr nur als außerhalb der Stadt gelegene Kolonien gedacht werden, sondern als Grundelemente zur Neuordnung der Städte, steht der Vorschlag Gutschows und Heuers auch in der Tradition der Städtebautheorien, die seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts sich damit beschäftigen, wie das *Chaos der großen Städte*, das in seiner Unübersichtlichkeit unbeherrschbar scheint, zu ordnen ist. Erst mit der Bombardierung der Städte wird eine Verwirklichung dieser Utopien möglich. Nach den Großangriffen auf Hamburg war die Stadt bereits dazu übergegangen, ihre unteren Verwaltungseinheiten nach dem Ortsgruppenschema der Partei neu zu ordnen, so daß beide sich räumlich deckten.

Ausgelöst durch die Eroberungen in Osteuropa und die beabsichtigte Neugründung von deutschen Verwaltungsstädten in den besetzten Gebieten sowie durch die Zerstörung der gehaßten *Haufenstädte* im eigenen Land veröffentlichte seit **1941** die Monatszeitschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, *Raumforschung und Raumordnung*, eine Zeitschrift, die gleichzeitig Organ der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, ist, eine Reihe von Aufsätzen, die sich mit der jetzt möglich gewordenen Neuordnung der Städte befaßten. Im **April 1941** erschien unter dem Titel *Die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse* ein Aufsatz von Carl Culemann, einem Mitarbeiter des Generalreferenten für Raumordnung in Westpreußen, über die Möglichkeiten, den nationalsozialistischen Staat nach dem gewonnenen Krieg auch als räumliches Gefüge zu gestalten. In seiner Parallelsetzung der räumlichen und organisatorischen Gliederung entsprach er dem von Gutschow und Heuer gemachten Vorschlag:

Die Gestaltung von Massen ←L 54

Die Gestaltung des Lebens im Raum ist Teil der allgemeinen Aufgabe, das Leben des Volkes zu gestalten, und läuft also parallel zu der Gestaltung des Volkes durch die politische Organisation. Die Gestaltung der Siedlungsmasse durch den Städtebau und die Gestaltung der Masse des Volkes durch die Partei sind gleichlaufende und verwandte Aufgaben. Und die beste Methode, nach der die Masse zu gestalten ist, ist notwendig die gleiche für die Zuordnung von Wohneinheiten in der städtischen Siedlung wie für die Zuordnung von Menschen in der politischen Organisation der Partei.

Sucht man also nach sinnvollen Grundlagen für die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse, so liegt es nahe, sich die Organisation der Partei näher anzusehen, denn in ihr ist die Aufgabe der Gestaltung von Massen gelöst, die im Städtebau nicht oder jedenfalls nicht eindeutig und verbindlich gelöst ist.



Die Organisation der Partei

Der Aufbau der Parteiorganisation ist bekannt. Ausgehend von der Familie, dem natürlichen Grundelement der Gesamtheit des Volkes, baut sich eine Stufenfolge von Bereichen auf: Hausgruppe, Block, Zelle, Ortsgruppe, Kreis, Gau. Jeder höhere Bereich setzt sich zusammen aus einer Anzahl nächstniederer, einer Anzahl, die in den Grenzen der Überschaubarkeit und Faßbarkeit bleibt. Oder vom Ganzen her gesehen: die Partei bewältigt die Gestaltung der Masse durch Aufgliederung in eine zahlenmäßig begrenzte Reihe unterer Einheiten, spaltet diese Einheiten wiederum auf in eine ähnliche Anzahl nächstniederer und so fort bis zur untersten und nicht mehr teilbaren Einheit, der Familie. Das Gefühl der Masse, das durch die zahlenmäßige Unbegrenztheit und Nichtfaßbarkeit entsteht, wird an seinem Ursprung zerstört.

Die Führungsarbeit der Partei erfaßt alle Volksgenossen und geht praktisch unmittelbar in der Siedlungsmasse vor sich, in der die Volksgenossen leben. Zweckmäßig für die Arbeit der Partei ist es also, wenn den Hoheitsbereichen, die der Bewältigung der Führungsarbeit dienen, Bereiche im städtischen Siedlungsraum gleichlaufen. Die Hoheitsbereiche der Partei sind für die Masse der siedelnden Menschen erstrangige Ordnungselemente. Die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse ist so lange nicht bewältigt, als die Hoheitsbereiche im Raum nicht klar ausgeprägt sind. Die Ausbildung der Hoheitsrechte als Bereiche in der städtischen Wohnungsbebauung ist also erstrangige Gestaltungsaufgabe, so wie die Funktion des Gemeinschaftslebens erstrangig ist unter allen denkbaren Funktionen des Lebens in der Stadt.

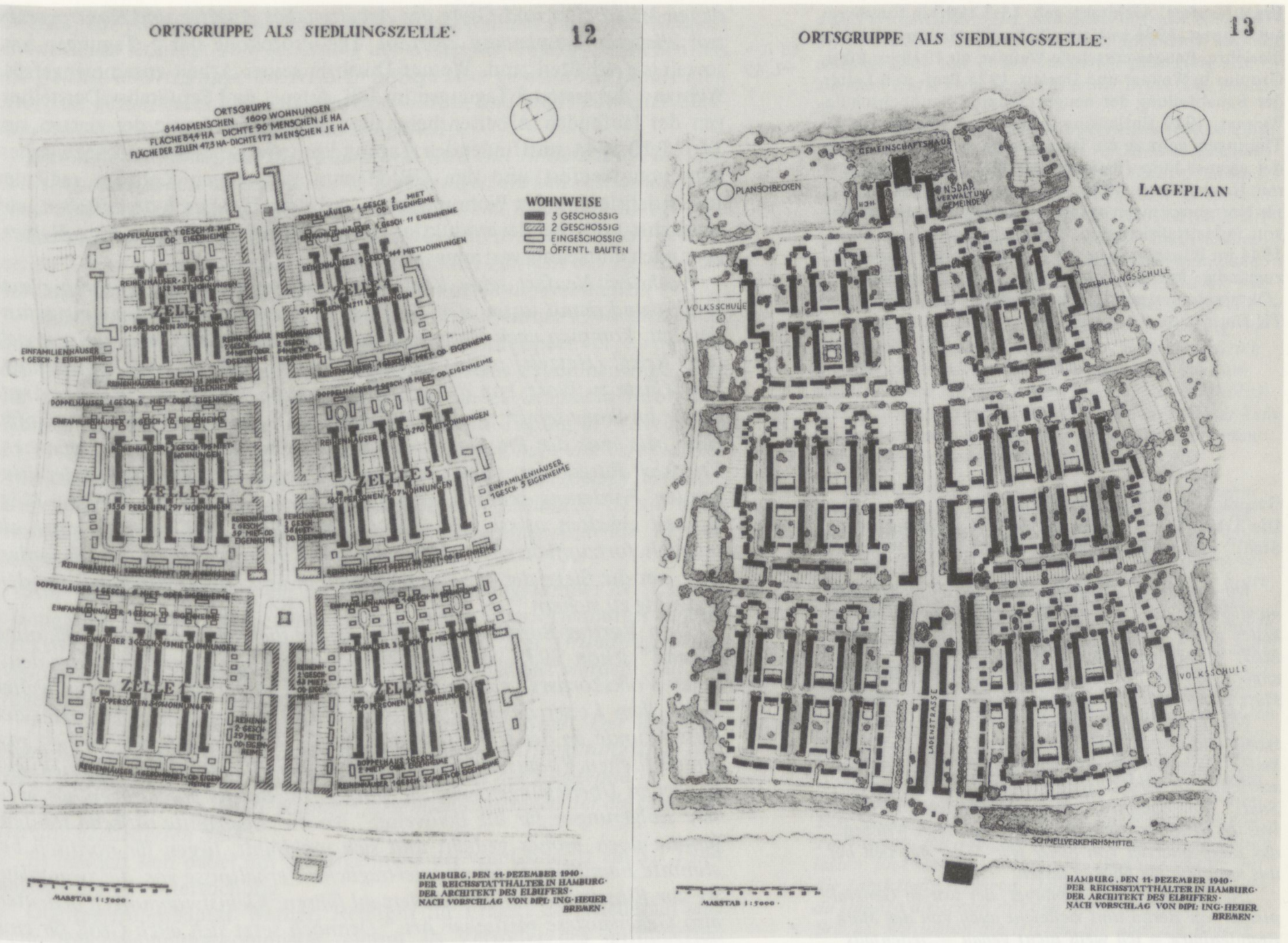
Nimmt man die Erfahrung und die Gegebenheit der Parteiorganisation als eine erste Grundlage für die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse, so ergibt sich eindeutig, daß der Masse nur durch Aufgliederung beizukommen ist. Es ergibt sich weiter, daß unterste Einheit und Bezugspunkt der Gliederung die W o h n s t ä t t e der Familie sein muß, denn die Wohnstätte ist das natürliche Grundelement der Siedlungsmasse, so wie die Familie das Grundelement der Masse des Volkes ist. Die Größe der Siedlungsbereiche wird also bestimmt durch die Anzahl der Wohnungen und im Zusammenhang damit durch die Anzahl der Familien oder Einwohner.

Für die Größenbemessung der Siedlungsbereiche gilt zunächst die Forderung, daß den Hoheitsbereichen der Partei klar ablesbare Einheiten im Siedlungsraum entsprechen sollten. Für die Größen der Parteibereiche sind folgende generelle Anhalte gegeben (Organisationsbuch der NDSAP, S. 88–130):

1. *Haushaltung (Familie und Hausgehilfen usw.)*
2. *Hausgruppe = 8–15 Haushaltungen*
3. *Block = 40–60 Haushaltungen (also rund 4 Hausgruppen)*
4. *Zelle = 4–8 Blocks (also min. = 160 Haushaltungen, max. = 480 Haushaltungen)*
5. *Ortsgruppe = max. 1500 Haushltg. (also min. = 3 Zellen; max. = 10 Zellen)*
6. *Kreis = „eine Anzahl" örtlicher Hoheitsbereiche (Ortsgruppen). (Die Parteikreise decken sich praktisch im allgemeinen mit den Kreisen der staatlichen Verwaltung = rund 50–60 000 E. = rund 10 000 Haushaltungen = rund 10 Ortsgruppen.)*

Diese Größenbestimmung ist generell und läßt weiten Spielraum für Variationen. Richtlinien der Partei müssen diesen Spielraum lassen, denn die gegebene Struktur des Siedlungsraumes erzwingt die Variationen.

Die *Ortsgruppe als Siedlungszelle*, die Gutschow und Heuer für rund 8.000 Menschen, die in 6 Zellen untergebracht sind, vorschlagen, ist groß genug, um mit Gemeinschaftshaus, HJ-Heim, gemeinsamem Verwaltungsgebäude für Partei und Gemeinde und einem Aufmarschplatz ausgestattet →L 55 zu werden. Diese *zugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen* bilden den „Kopf" der Siedlungszelle als von der Sonne beschienener nördlicher Abschluß der zentralen Straßenachse. Die 6 Nebenachsen, an denen kammartig die Wohnhäuser liegen, werden durch zwei Volksschulen, ein Fortbildungszentrum, Jungvolkheime und Kindergärten abgeschlossen. Die Wohnungen sind in verschiedenen Haustypen untergebracht. Die einzelnen Zellen bestehen aus 1-, 2- und 3geschossigen Reihenhäusern und einigen freistehenden Eigenheimen. In den 1- und 2geschossigen Reihenhäusern können sowohl Miet- wie Eigentumswohnungen vorgesehen werden. In diesem Punkt unterscheidet sich Gutschows Vorschlag stark von Roland Rainers im Auf-



Konstanty Gutschow (1940): Ortsgruppe als Siedlungszelle ←B 36

trag der Akademie vorgelegten. Werner Durth faßt die Erläuterungen Gutschows zu der von ihm beabsichtigten *sozialen Mischung* zusammen: ←L 56

Ganz im Sinne der durch die Propaganda der ‚Volksgemeinschaft' geleugneten Klassenschranken wird die planmäßige Anlegung neuer Siedlungseinheiten als Alternative zur bisherigen Stadtentwicklung einschließlich ihrer sozialen Segregation vorgestellt, durch die „ausgesprochene Plutokraten-Ortsgruppen auf der einen und Proletarier- oder Habenichtse-Ortsgruppen auf der anderen Seite ein und desselben Gemeinwesens, das wir Großstadt nennen", entstanden seien. →L 57

Solche sozialen Kontraste könnten nun durch eine verordnete Mischung unterschiedlicher Gruppen verwischt werden, für die schon durch die Bebauungstypen jeweils besondere Wohnverhältnisse zu bieten seien – eine Forderung, die nach 1945 noch über Jahrzehnte in Programmen zur ‚sozialen Mischung' aufrechterhalten und in entsprechende Bauformen umgesetzt wird: die Mietwohnung im Geschoßbau, Einfamilienhäuser im Einzel- und Reihenhausbau. Einschränkend wird der technokratische Eifer von Gutschow noch gebremst: „Selbstverständlich brauchen bei der kleinsten Zelle nicht immer die verschiedenen Wohnarten nach Maßgabe des Gesamtbevölkerungsquerschnitts berücksichtigt zu werden."

Trotz des Unterschieds zu der Arbeit von Rainer unterstützt Gutschow die Forschungsarbeit der Akademie für Städtebau, die in enger Zusammenarbeit mit dem von Speer gegründeten Wiederaufbaustab durchgeführt wird. Mit der von Göderitz beschriebenen Fortführung ist neben Roland Rainer auch der Bauhausschüler und Stadtplaner Hubert Hoffmann beauftragt worden. Der Wiederaufbaustab wird im **Sommer 1944** wegen der schweren Luftangriffe der U.S.A.A.F. von Berlin nach Wriezen, einem kleinen Ort 50 km östlich von Berlin, verlegt. In das dort errichtete Barakkenlager waren vorher schon vom Pariser Platz das OT- und Schriftleitungsbüro sowie der Personalchef aller Speer-Dienststellen umgezogen. In der relativ sicheren Lage finden seit **Juli 1944** auch Tagungen statt, *in* ←L 58

Niederschriften über die Tagungen in Wriezen 1944

1. Tagung
Keine Niederschrift

2. Tagung am 19./21. 8.
a) Gutschow – städtebaul. Richtwerte
b) Niemeyer – Raumordnung u. Städtebau
c) Schelkes – Grünflächenplanung
d) Stephan – Wohnungsbau, insbes. Wiederherstellung
Erläuterung Wolters am Beispiel Rostock Unterbringung von 6000 Menschen *behelfsmäßig*.
Diskussion: Barackenbau/endgültige Bebauung/Fabrikation von Typenbauten/Finanzierung und Städtebaurecht/Stellung d. Technik in der Verwaltung.

3. Tagung am 16./17. 9.
a) Niemeyer – Städtebau und Verkehr
b) Gutschow – Hamburger Generalplanung
c) Rimpl – Industrieflächenplanung
d) Niemeyer – Neugestaltung Oberhausen, Duisburg, Essen.

4. Tagung am 14./15. 10.
a) Berlitz – Untersuchungen über den Wohnungsbau
b) Neufert – Systematische Normung
c) Hetzelt – Bau von Behelfsunterkünften nach dem Kriege
d) Gutschow – Grundrißtypen im Wohnungsbau
e) Stephan – Wohnungsbau im Generalbebauungsplan der Reichshauptstadt
f) Burgdörfer – Bevölkerungspolitik und Wohnungsbau
g) Gross – Rassepolitische Fragen

5. Tagung am 11./12. 11.
a) Dr. Wolters – Ergebnis der Ministerrücksprache
b) Gutschow – Darstellung d. Wiederaufbaupläne
c) Steffens – Bauvolumen und Baukapazität
d) Leonhardt – Techn. Möglichkeiten f.d. zukünftigen Wohnungsbau.

Ernst Neufert, Architekt, geb. **15.3.1900** in Freyburg a.d.U., gest. **1986** in Vevey/Schweiz. Maurer- und Zimmerlehre, Baugewerkschule Weimar, ab **1919** im Büro Gropius in Weimar und Dessau, **1925** Prof. und Leiter der Bauabteilung der neugegründeten Bauhochschule Weimar, **1929** Entlassung durch die NS-Regierung in Thüringen, geht an die Itten-Schule in Berlin und gründet eigenes Büro (Bauentwurfslehre **1936** zusammen mit Hassenpflug). **1938** von Speer zum Beauftragten für Normungsfragen ernannt und mit der Entwicklung von industrialisierbaren Wohnungstypen beauftragt. **1944** im Wiederaufbaustab für den Bereich Normung zuständig. Publikationen u.a.: „Bauordnungslehre", „Oktametersystem", „Behelfsheime". **1945–65** an der TH Darmstadt.

Gespräch mit Hubert Hoffmann
Die Arbeit an der „Gegliederten und aufgelockerten Stadt" und die Flucht mit dem Material aus Wriezen ←S. 571

←A 82 *Wir sind 1945, als die Arbeit in Berlin nicht mehr möglich war, weil wir ständig nur noch im Luftschutzkeller saßen – die „Gegliederte und aufgelockerte Stadt" haben wir, Roland Rainer und ich, übrigens angefangen im Luftschutzkeller unterm Potsdamer Platz zu schreiben –, nach Wriezen verlagert worden.*

Wir saßen im Ministerium an der Ecke Wilhelmstraße und hatten einen kurzen Weg in den Luftschutzkeller. Da saßen wir also größtenteils des Tages und schrieben an der „Gegliederten und aufgelockerten Stadt". Und dann wurden wir nach Wriezen verlagert. Was ich heute erst erfahren habe, daß da in Wriezen das Hauptquartier von Speer war – der hat sich bei uns natürlich nie blicken lassen.

Die Leitung hatte Niemeyer, der war so Generalplaner von Berlin und vielleicht auch von der Mark Brandenburg – ich weiß nicht genau –, jedenfalls hatte er eine hohe Position und hatte ja in seinem Stab gleichzeitig auch die Akademie für Städtebau und den Wiederaufbaustab deutscher Städte. Da war Göderitz, der für Ordnung sorgte. Das war dort ein ziemlich wilder Haufen von Kommunisten, Juden, Halbjuden, Bauhäuslern – weil er genau wußte: Das sind Leute, mit denen er so etwas machen kann. Und da Hitler ja einen Größenwahn in bezug auf Städtebau hatte, hat das uns das Leben gerettet. Diese Organisation ist von ihm geschützt worden, und die Arbeit wurde von ihm mit Wohlwollen betrachtet – wir waren ja aus der Front herausgenommen und da hineingesetzt.

Das hat also dazu geführt, daß wir eine offizielle Arbeit gemacht haben und im Hintergrund natürlich so etwas gemacht haben wie – geheim – die Freitagsgruppe, wo dann überlegt wurde: Was machen wir, wenn das Ganze jetzt kaputtgeht, wenn das tausendjährige Reich vorbei ist? Das war für uns eine zweite, von der offiziellen Arbeit abgetrennte Sache. In Wriezen wurde unsere Arbeitsstelle in einem Kaufhaus untergebracht. Da waren verschiedene Abteilungen. Ich war z.B. gekoppelt mit einem Architekten aus Köln und beauftragt, für Essen die Akropolis auf den Schuttbergen von Essen zu entwickeln . . . Andere Abteilungen hatten andere Aufgaben. Wir sind eines Tages von Wriezen auch nach Essen gefahren, weil Niemeyer feststellen wollte, wie das da überhaupt aussieht. Wir kamen hin – und das Hotel, in dem wir wohnen sollten, war gerade in der Nacht vorher zerstört worden. Groteske Situation, die heute einem jungen Mann zu schildern, der das nicht miterlebt hat, kaum möglich ist – auch die Situation, daß, wer einen starken Willen hatte, in dieser Nazizeit aus dem System auszubrechen, immer eine Hintertür fand. Das haben die guten Deutschen nicht erkannt, leider Gottes. Sie sind viel zu gradlinig und ungeschickt, um so etwas zu nutzen.

Niemeyer hat mit uns diskutiert und kontrolliert, was da jetzt so zu machen war. Er war selber ein Mann, der keineswegs überzeugt war, er war eine zweischnei-

denen Mitarbeiter und Gäste des Arbeitsstabes Ansätze und Kontroversen zur Wiederaufbauplanung erörtern. Die Protokolle der 5 Tagungen hat, soweit sie erhalten sind, Werner Durth in seiner Arbeit zusammengefaßt. →L 59 Während die ersten 3 Tagungen im Juli, August und September Darstellungen der laufenden Arbeiten beinhalten, werden im Laufe der vierten, am **14./15.10.1944** stattfindenden Tagung kontroverse Standpunkte zwischen dem von Neufert und den GBI-Planern vertretenen Konzept radikaler Industrialisierung des Wohnungsbaus und dem *biologisch-organischen*, auf möglichst hohe Kinderproduktion ausgerichteten Konzept, wie es Rainer, aber auch Gutschow vertreten, sichtbar.

→L 60 *Nachdem Neufert seine Vorschläge zur systematischen Normung ausgeführt und damit unter ‚den Berlinern' weitgehende Anerkennung gefunden hat, kommen nach Vorträgen zum ‚Bau von Behelfsunterkünften nach dem Krieg' (Hetzelt) und ‚Grundrißtypen im Wohnungsbau' (Gutschow) zwei Gäste zu Wort, von denen sich Gutschow eine Stärkung seiner Argumente im Sinne seiner „biologisch-organischen Betrachtungsweise" erhofft. Hier hält nun der Präsident des Statistischen Landesamtes in München, Friedrich Burgdörfer, seine schon für Juni erbetene Rede, die mit der dringenden Forderung schließt, daß gerade die „Frontgeneration" die Möglichkeit erhalten müsse, sich „in ausreichendem Maße und so rasch als möglich fortzupflanzen". „Millionen von Kinderhänden" seien „erforderlich, um die Siege der Männer festzuhalten und den kommenden Frieden endgültig zu sichern".*

Dem Vortrag Burgdörfers, der in seinem dickleibigen Buch „Volk ohne Jugend" schon 1932 vor „Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers" gewarnt hatte, folgt als letzter Beitrag der von Walter Groß, dem Leiter des rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Professor der Rassenkunde an der Universität Berlin und Autor von Schriften zur „rassenpolitischen Voraussetzung zur Lösung der Judenfrage". Groß zieht aus ähnlichen Überlegungen, wie sie Burgdörfer bereits vorgetragen hat, weitere Folgerungen für die Bauweise: „Wo die sogenannte ostische Haufenfamilie noch immer gedeiht und sich wohlfühlt, liegen für nordisch bestimmte Familien oft schon unerträgliche Verhältnisse vor, die zwangsläufig zur Einschränkung der Kinderzahl führen. Kleinstwohnungen bedeuten also Gegenauslese rassischer Art." Dennoch setzt sich auch Groß für eine weitgehende Rationalisierung und Minimierung von Grundrißtypen ein: „Stärkste Entlastung der Hausfrau durch zweckmäßigste Anordnung der Wohnung, Vermeidung überflüssiger Treppen, Höchstmaß von Technisierung und Automatisierung ist auch bevölkerungspolitisch erforderlich, damit nicht die Frau und Mutter von der groben Hausarbeit absorbiert und damit dem Leben des Mannes und einem gewissen Lebensgenuß entfremdet wird." Groß' Vortrag mündet in einem Plädoyer gegen die Großstadt, sowie im Lob des Schrebergartens und der Gartenkolonie; und so lag denn schließlich die Forderung auf der Hand, „bei der Neuplanung grundsätzlich das Ein- oder Zweifamilienhaus als Reihenhaus mit anschließendem Gartenland eindeutig zu bevorzugen". Neufert betont demgegenüber in der anschließenden Diskussion die „Bedeutung der Zukunftsgläubigkeit" der Bevölkerung für die Entwicklung der Kinderzahl und setzt vielsagend hinzu: „Depressionszeiten führen zum Absinken der Kinderzahl."

Während so mit den Vorträgen von Burgdörfer und Groß eine *wissenschaftliche* Bestätigung der von Roland Rainer entdeckten *zweckmäßigsten Hausform* gegeben werden soll, bemüht sich Gutschow auf anderen Wegen um die Anerkennung seines Gliederungskonzeptes. Der Reichshauptstellenleiter der NSDAP, Pg. Gölz, dem Hillebrecht die Studienarbeit zur *Ortsgruppe als Siedlungszelle* am **11.5.1944** nach München geschickt hatte, reicht die Broschüre am **7.7.1944** innerhalb der Parteizentrale an Pg. Walkenhorst mit dem Zusatz weiter: →A 83 *Dieser Vorschlag ist nach meiner Auffassung bestechend, weil er eine günstige Führungs- und Verwaltungseinheit schaffen würde und auch eine dezentralisierte Versorgung sicherstellen könnte.* →A 84 Pg. Walkenhorst bestätigt diese Einschätzung am **19.7.1944**: *Die Ortsgruppe muß künftig Grundlage für unsere Siedlung sein, denn sie faßt die Volksgemeinschaft zusammen. Auch im Hinblick auf das kommende Gemeinschaftshaus ist eine solche Planung m.E. unbedingt notwendig.* Aber einschränkend betont er, *daß diese Angelegenheit keineswegs angesichts der gegenwärtigen Lage kriegswichtig ist. Man sollte sie daher zweckmäßigerweise vorläufig nicht weiterbearbeiten.* In einem Vermerk der Parteikanzlei vom **30.8.1944**, der außer dem Vorschlag Gutschows noch ein

zweites, auf Anweisung des Reichswohnungskommissars von Karl Neupert entworfenes Konzept zur *Gestaltung der Kreisstadt* vorliegt, das ebenfalls *die politische Ortsgruppe der NDSAP infolge ihrer gemeinschaftsbildenden Kraft als gestaltendes Element künftiger mittel- und großstädtischer Siedlung herausstellt*, wird abschließend festgestellt: ←A 85

Das Material ist äußerst interessant und wird mit Bildern und Planskizzen sehr anschaulich dargeboten. Die Darlegungen wirken restlos überzeugend und werden zweifellos für den Wiederaufbau nach dem Kriege ihre Bedeutung haben. Da an einen Wiederaufbau aber erst nach einem gewonnenen Kriege gedacht werden kann, darf ich den Hinweis des Pg. Walkenhorst auf die Kriegsunwichtigkeit solcher Planungen unterstreichen.

Unbeeindruckt davon bereitet Gutschow im **November 1944** zusammen mit Wolters, Niemeyer und Berlitz ein Gespräch mit Speer vor, zu dem sie die offengebliebenen Fragen des Wiederaufbaustabs zusammentragen und ein Konzept entwickeln. Über das Ergebnis dieses Gesprächs informiert Wolters die Teilnehmer der fünften und letzten Tagung in Wriezen am **11.11.1944**: *An erster Stelle der Antworten Speers habe die verbindliche Anerkennung der von Gutschow unter dem Titel „Ortsgruppe als Siedlungszelle" verbreiteten Stadtplanungskonzeption gestanden, da zur organisatorischen Gliederung der NSDAP auch eine entsprechende Verwaltungseinheit gehöre.* ←L 61

Am **14.12.1944** findet um 15.30 Uhr im Sitzungszimmer der Landesplanungsgemeinschaft Mark Brandenburg in der Charlottenburger Knesebeckstr. 8/9 eine Arbeitsgruppensitzung statt, in der *Grundfragen der Neuordnung der zerstörten deutschen Städte* behandelt werden. Auf der Tagesordnung stehen zwei Lichtbildervorträge:

1.) Stadtbaurat a.D. Göderitz: „Die Bestform der Stadt. Der Weg zum gesunden, leistungsfähigen Stadtorganismus durch Auflockerung und Gliederung". (Ergebnisse einer neuen Forschungsarbeit der Akademie.) ←A 86

2.) Dozent Dr.-Ing. habil. Rainer: „Erschließungsfragen der aufgelockerten und gegliederten Stadt".

Es handelt sich dabei um die Ergebnisse der von Göderitz am **3.7.1944** angekündigten Untersuchung.

Oberregierungsbaurat Werner, Referent für Fragen des Wiederaufbaus beim Reichswohnungskommissar, nimmt als Vertreter des verhinderten Karl Neupert an der Sitzung teil und verfaßt den Bericht über ihren Verlauf. Protokolldurchschläge werden an Neupert, Nicolaus und den Ministerial-Dirigenten Dr. Fischer-Dieskau vom RAM geschickt, der 5 Jahre später das Bundeswohnungsbauministerium in Bonn mitbegründen wird:

Es wurden zwei grundsätzliche Fragen zur Neuordnung der zerstörten deutschen Städte besprochen. ←A 87

1. Welche ist die beste Form der deutschen Stadt?

2. Wie kann man sie zweckmäßig und wirtschaftlich erschließen?

Zu 1: Stadtbaurat Göderitz hielt den Vortrag über die Frage „Welche ist die beste Form der deutschen Stadt?". Als solche bezeichnete er die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Bei der Gliederung geht Göderitz von der Stadtzelle aus. Diese umfaßt 1000–1500 Wohnungen, also etwa 4000–6000 Einwohner. 4 solcher Zellen bilden eine Stadtmittelzelle, 3 Mittelzellen, also mit 12000–18000 Wohneinheiten oder 48000–60000 Einwohnern eine Stadtgroßzelle. Die Stadtgroßzelle sieht Göderitz als lebensfähige Verwaltungseinheit im Großstadtkörper an. Die Stadtgroßzellen können wieder zu Stadtbezirken zusammengeschlossen werden.

Als zweckmäßige Auflockerung, die auch vom Luftschutz aus gefordert wird, erscheint Göderitz eine Wohndichte von 30–60 Wohnungen je ha Nettobauland. Bei einer Auflockerung bis zu 40 Wohnungen je ha Nettobauland läßt sich die Bebauung noch sehr gut in Form von 1- und 2geschossigen Reihenhäusern durchführen. Eine solche Bebauung, die ein individuelles Wohnen gestattet, sieht Göderitz als vorteilhafteste Bauart in der deutschen Stadt an.

Bei der von ihm vorgeschlagenen Auflockerung bestehe nicht die Gefahr, daß ein zu großer Flächenbedarf für die Wohngebiete auftrete. In fast allen Großstädten Deutschlands sei der Stadtkern zwar sehr stark überbaut mit einer Wohndichte bis zu 200 Wohnungen je ha, aber dafür seien die Außenbezirke und Vororte wiederum so weitläufig bebaut, daß sich die beiden Bebauungsdichten auf etwa 40 Wohnungen je ha Nettobauland ausglichen. Wenn man also diese Wohndichte beim Wiederaufbau deutscher Städte ansetze, vergrößere man die jetzigen bebauten Flächen unserer Großstädte nicht oder doch nicht wesentlich. Das gelte auch für Berlin und Hamburg.

dige Persönlichkeit. Der war sicher Pg, war ein alter Corps-Student mit fürchterlich viel Schmissen. Auf der anderen Seite war er der modernen Bewegung sehr zugetan. Hatte zwei Seelen in seiner Brust. Das gab es auch.

Ich entsinne mich, daß wir bei russischem Beschuß in einem Garten etwas oberhalb von diesem Kaufhaus spazierengegangen sind, der Roland Rainer, ich und noch ein Bauingenieur, der so ein bißchen Mitspracherecht bei der „Gegliederten und aufgelockerten Stadt" hatte bei Fragen der Kanalisation etc. Dann war es immer so, wenn Beschuß von den Russen kam, dann sind wir in Deckung gegangen, und dann sind wir wieder weiterspaziert. Dabei war auch dieser Mitarbeiter, der in Köln schon so etwas wie Mitbestimmung versucht hat – Eugen Blanck hieß er, nach dem Krieg Stadtbaurat von Frankfurt. Wir kamen ja aus ganz verschiedenen Lagern, er kam ganz von der Katholizität her, ich kam vom Bauhaus her, Roland Rainer kam wieder von einer anderen Ecke. Aber wir verstanden uns alle untereinander recht gut . . .

Dann kam der Moment, wo es immer kritischer wurde, die Russen immer näher rückten und der Beschuß schon unmittelbar durch die Straßen von Wriezen ging. Niemeyer, der Säufer war, verschwand in dem Lokal, das einen guten Weinkeller hatte; er hatte die Meinung, daß man, bevor die Russen kommen, noch die letzten Weine konsumieren sollte. Ich mußte ihn dann erst mal mit seinem Chauffeur aus dem Keller herausholen, habe ihm Begleitschutz gegeben, und wir haben ihn an der Hauskante entlanggeschleppt. Dann haben wir ihn ins Auto gesetzt und ihn abfahren lassen. Er hat mir dann noch zugebrüllt: „Sie sind verantwortlich, Sie schaffen das Material nach Bismark!"

Da saß ich mit dieser Aufgabe und drei Lastzügen voll Material. Da war alles drin. Es hat zwei oder drei Tage gedauert, die Fahrt immer unter Beschuß von Tieffliegern. Ich habe die Kolonne in den Wald fahren lassen, und wenn es vorbei war, sind wir wieder auf die Landstraße gefahren. Dann kamen wir an die Elbe, da standen die schon mit den Sprengladungen an der Brücke. Wir waren die letzten, die über die Brücke kamen nach Tangermünde. Durch Tangermünde sind wir noch gefahren und dann noch über die Brücke nach Stendal, auch die Brücke haben sie hinter uns gesprengt. 20–30 km weiter liegt Bismark. Alles war genau organisiert und klappte auch in der letzten Minute immer noch irgendwie. In einer Gastwirtschaft auf dem Hof wurden die Wagen abgestellt. Dann, am nächsten oder zweiten Tag, kam ein Bataillon Wlassow-Truppen durch. Mit denen habe ich verhandelt. Ich habe gesagt, um Gottes Willen, wenn jetzt der Angriff der Amerikaner kommt, werdet ihr hingemäht, laßt das bleiben, zieht euch zurück, laßt euch gefangennehmen. Ich habe dann noch einen Deutsch-Ukrainer aus der Truppe rausgezogen und in einen Zivilanzug gesteckt und mit einem Papier versehen, daß er Zeichner bei uns ist.

Dann kam der Angriff der Amerikaner mit Elitetruppen und Panzern, die durchrauschten. Noch vorher haben wir den Jungs die Panzerfäuste weggenommen und mit Ohrfeigen nach Hause geschickt, damit kein Unglück passierte, und die weiße Fahne setzen lassen. Und dann, als die durch waren, sind wir uns in die Arme gefallen.

Die Spitze, Niemeyer und Göderitz, die hatten sich wohlweislich alle nach Schleswig-Holstein abgesetzt, die haben mir diese Aufgabe überlassen. Bis Dänemark sind die in Sicherheit gegangen, so weit wie möglich aus der Schußlinie raus. Die haben auch kein Material mitgenommen, vielleicht einzelne persönliche Sachen . . .

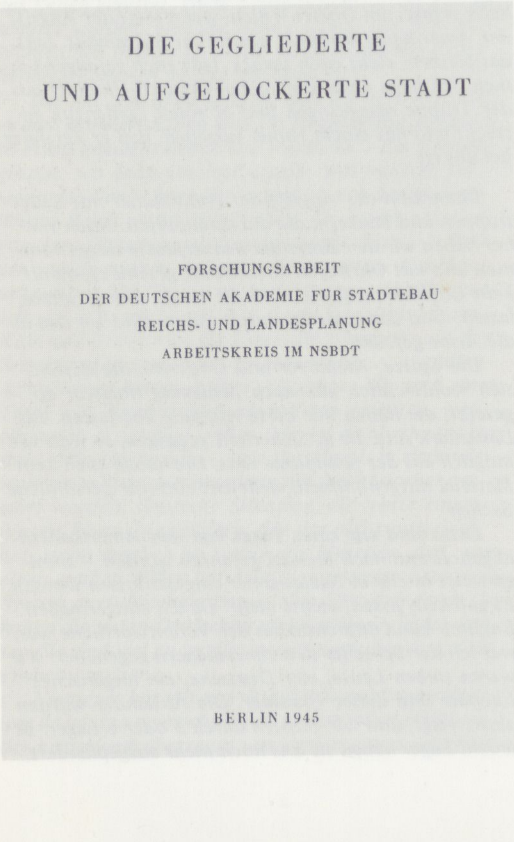
Dann sind wir eines Tages von den Amerikanern abgeholt und nach Stendal gefahren worden – sinnigerweise in einem Naziquartier eingeschlossen worden. Es gab kein Essen, nichts mehr. Da ich einigermaßen Englisch kann und ohnedies der Verantwortliche war, war ich der Sprecher den Amerikanern gegenüber. Wir waren sieben Leute, vier Deutsche, ein ungarisches Ehepaar und dieser Ukrainer. Die Ausländer wurden abgezweigt, und wir mußten durch 5 oder 6 Lager. In jedem Lager haben sie uns noch mehr ausgeplündert,

die Amerikaner. Nicht wahr: „Wie spät ist es? – Aah, Uhr!“. . .

Unterwegs mußte ich immer die Liste der Leute vorlesen, daß sie wieder zusammenkamen. Ich habe dabei ein bißchen langsam getan, gestottert – und da hab ich gelesen, daß im englischen Text stand: Werwolf-Offiziere, militärische Operationen im Rücken der Front. Das heißt, die hatten in dem Material – die hatten natürlich diese Lastwagen durchgestöbert – festgestellt, daß sämtliche Projekte für Überschwemmungen, also Deichdurchstiche und was man so alles erfindet, dabei waren. Und damit verbanden die: Ah, das sind . . . Das kam denen merkwürdig vor, das sind völlig gesunde Leute, daß die da solche Sachen machten, daß die nicht beim Militär waren . . . Die wußten ja nichts von dem Tick von Hitler. Naja, also – das war mir aufschlußreich, und ich dachte: jetzt aber vorsichtig sein. (. . .) Wir kamen dann nach Internment Camp/Recklinghausen. Das Material blieb in dem Hof. Ich weiß nicht, was damit geworden ist – daß es die Amerikaner mitgenommen haben, glaub ich nicht. Vielleicht haben sie diese Deichdurchstiche mitgenommen. Da ist nichts mehr von aufgetaucht.

Im Sommer **1945** arbeitet Hubert Hoffmann als Privatarchitekt im Auftrag des Stadtbaurats von Magdeburg an den Wiederaufbauplänen für die Stadt. Hoffmann beginnt die Arbeit unter der amerikanischen Besatzungsmacht und führt sie auch nach deren Rückzug aus der SBZ fort. Nach dem erfolglosen Versuch, etwas von dem in Bismark gebliebenen Material der Akademie zu retten, unternimmt er einen weiteren, um die Ergebnisse seiner Anfang **1945** abgebrochenen Arbeit zu sichern.

Ich ließ mir von den Russen einen Befehl ausstellen nach Burg bei Magdeburg. Denn da in dieser Druckerei lag „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“, und da hab ich gerade noch so 12 Exemplare retten können aus dem Scheißhaus – effektiv. Das war gedruckt, und die hatten das benutzt, und, naja, mit Befehl selbstverständlich, kriegte ich 12 Exemplare unterm Arm mit. Daß sie in Burg gedruckt worden sind, war Zufall. Irgendwie hatte der Wasmuth-Verlag entdeckt, daß diese Druckerei billig war. – Göderitz ist im Grunde genommen nur der Herausgeber gewesen. Göderitz hat mal 'ne Korrektur gemacht. Im Grunde genommen ist die Arbeit von Rainer und mir. (Gespräch vom 14.11.1987)



DIE GEGLIEDERTE
UND AUFGELOCKERTE STADT

FORSCHUNGSARBEIT
DER DEUTSCHEN AKADEMIE FÜR STÄDTEBAU
REICHS- UND LANDESPLANUNG
ARBEITSKREIS IM NSBDT

BERLIN 1945

Ein sehr umfangreicher Teil der bebauten Fläche werde außerdem für Gemeinschaftsanlagen, Industrie und Gewerbe in Anspruch genommen. Dieser Flächenbedarf sei konstant unabhängig von der Frage, welche Baudichte im eigentlichen Wohngebiet gewählt wird.

Anhand von Lichtbildern wies Göderitz dann nach, daß eine Steigerung der Geschoßzahl einen viel geringeren Flächengewinn erbringe, als man dies gefühlsmäßig erwartet; beim Übergang von der eingeschossigen zur zweigeschossigen Bauweise sei der Flächengewinn noch erheblich. Mit jedem neuen Geschoß werde der Unterschied geringer; vom 5. Geschoß ab werde der Unterschied so klein, daß er kaum noch zu berücksichtigen ist.

Zu 2: Über Erschließungsfragen in der aufgelockerten und gegliederten Stadt sprach Dozent Dr. Rainer. Er wies zunächst darauf hin, daß bisher für sehr stark und auch für sehr schwach bebaute Wohngebiete oftmals ein und dasselbe Erschließungssystem mit fast gleich breiten Straßen gewählt worden sei; während die Wohndichte in den stark bebauten Gebieten bisweilen das 10fache der schwach bebauten betrage, verhielten sich die Verkehrsflächen nur wie 1 zu 2. Es sei klar, daß der Verkehr in stark bebauten Gebieten aber ein Vielfaches des Verkehrs in schwach bebauten Wohngebieten betrage. In solchen Gebieten sollte man weitgehenden Gebrauch von unbefahrbaren Wohnwegen machen. Bei der mittelalterlichen Stadt habe man die Straßen je nach ihrer Bedeutung sehr unterschiedlich bemessen. Es gab zahllose nicht befahrbare Gäßchen und wenige gut befahrbare breite Markt- und Geschäftsstraßen. In Paris z.B. wickle sich der Autoverkehr erstaunlich gut ab, weil neben den breiten Boulevards und Avenuen zahlreiche schmale Gäßchen aus mittelalterlicher Zeit vorhanden seien, die einen bremsenden Querverkehr nicht zulassen.

Rainer sprach sodann über die Frage, wieweit man voraussichtlich mit dem Kraftwagen späterhin als Verkehrsmittel rechnen müsse. Dabei wies er darauf hin, daß auch in den amerikanischen Großstädten sich der Massenberufsverkehr im wesentlichen in öffentlichen Verkehrsmitteln vollziehe. Nur die Angehörigen der freien Berufe und leitende Persönlichkeiten benutzten auch im Beruf den Kraftwagen. Der Erholungsverkehr dagegen wird fast 100%ig vom Kraftwagen übernommen. Wollte man den Massenberufsverkehr in amerikanischen Großstädten durch Kraftwagen erfolgen lassen, so würde das eine Verminderung der Schnelligkeit des Kraftwagenverkehrs verursachen. Außerdem müßte dann mehr als die Hälfte aller Gebäude abgerissen werden, um Platz für parkende Autos zu schaffen. R. führte verschiedene Verkehrsfachleute an, die sich dafür aussprechen, daß die Garage besonders für minderbemittelte Leute sich nicht unmittelbar beim Wohnhaus befindet. Die Sammelgarage erhöht die Ruhe in den eigentlichen Wohngebieten, ermöglicht eine bessere Pflege und damit eine größere Lebensdauer der Kraftwagen und erbringt schließlich wesentlich niedrigere Einstellungskosten. Stellt man die Garagen vereint zu Sammelgaragen in geschickter Weise an die Verkehrsstraßen, so werden die Wohnstraßen verkehrlich stark entlastet, und man kann dann mit einfachen Wohnwegen auskommen, die billig sind und auf denen die Kinder sorglos spielen können. Vereinfache man so die Erschließung im aufgelockerten Wohngebiet, dann werden die Kosten für sie tragbar und man braucht den Vergleich mit den Erschließungskosten im stark bebauten Gebiet nicht mehr zu scheuen.

Die beiden Vorträge werden mit einem im **Januar 1945** verfaßten Vorwort von Reinhold Niemeyer als nicht im Buchhandel erhältliches Manuskript unter dem Titel *Die gegliederte und aufgelockerte Stadt – Forschungsarbeit der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, Arbeitskreis im NSBDT* in einer Druckerei in Burg bei Magdeburg gedruckt. Wie stark das Gliederungskonzept der *Ortsgruppe als Siedlungszelle* in diese Arbeit eingegangen ist, zeigt z.B. die Darlegung der *Organisationsgrundsätze* der organischen Gliederung:

→A 88 *Große Massen von Menschen werden „organisiert“, indem man sie in kleinere, übersehbare, einander über- und untergeordnete Einheiten, Gruppen usw. aufgliedert. Entscheidend für den Erfolg ist dabei die Übersichtlichkeit der Gliederung nach menschlichem Maßstab. Der Zuordnung gleicher Teile zueinander ist aus psychologischen Gründen eine verhältnismäßig enge Grenze gesetzt, weshalb Gruppen gleichwertiger Einheiten stets wieder unter sich zu einer höheren Einheit zusammengeschlossen werden müssen. So beruht z.B. die militärische Gliederung auf Dreier- und Vierer-*
←S.570 *einheiten: 3 Züge = 1 Kompanie, 3–4 Kompanien = 1 Bataillon, 3 Batail-*

Die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse

VON CARL CULEMANN

Gliederungsgrößen aus der Planungspraxis

Unterste Einheit im Siedlungsraum ist die Wohnstätte der Familie, im klarsten Falle also die Hauseinheit. Wieviel solcher Hauseinheiten zur untersten Siedlungseinheit zusammenzufassen sind und wieviel dieser kleinsten Einheiten zur nächsthöheren, das ist die entscheidende Frage, durch deren Beantwortung sich die Größenbemessung und die Stufenfolge der Bereiche vom kleinsten bis zum größten zwangläufig ergeben. Die Frage beantwortet sich durch folgende Überlegung: Wieviel Hauseinheiten können nebeneinander stehen, ohne daß Reibungen entstehen, die nicht mehr klar ablesbar sind und also schon das Gefühl der Masse hervorrufen? Im Sinne einer grundsätzlichen und gründlichen Klärung ist es gut, bei dieser Überlegung einen strengen Maßstab anzulegen.

Die Zusammenfügung von zwei Einheiten gibt keine übergeordnete neue, sondern fällt in ihre beiden Teile auseinander. Sie ist nur möglich, wenn die beiden Teile nach Wesen und Gewicht verschieden sind (zum Vergleich: Mann und Frau; in der Siedlung das Zweifamilienhaus, Wohnung des Hausbesitzers und Einliegerwohnung). Die Koppelung zweier gleichwertiger Einheiten in der Siedlungsgestaltung ist grundsätzlich falsch (als Beispiel: das sogenannte Doppelhaus. Die eine Haushälfte bekommt im Laufe der Zeit An- und Ausbauten, wird anders gestrichen als die zweite Hälfte usw. Der Fehler liegt in der Planung).

Drei oder vier Einheiten bilden eine Gruppe, die nicht mehr auseinander fällt. Sie ist zahlenmäßig klar ablesbar. Jede Einheit hat in ihr ihren festen Platz (die erste, die mittlere, die letzte; die erste, die zweite, die dritte, die letzte). Die Nachbarschaftsverhältnisse sind einfach und klar.

Die Auffaßbarkeit einer Reihung ist schon bei fünf Einheiten mangelhaft. Die Fünfer-Gruppe ist nicht mehr zahlenmäßig klar ablesbar, die Einheit beginnt ihren festen Platz zu verlieren. Bei größeren Zusammenfügungen schwimmt die Einheit in der Masse. Man muß untergliedern, um klare Verhältnisse zu schaffen. Die Aufgliederung in zwei Teile kommt nicht in Frage. Als nächsthöhere gestalterisch einwandfreie Siedlungseinheit ergibt sich also eine Gruppe von rund 9—12 Einheiten, die sich aus 3—4 kleineren Gruppen zu je 3—4 Hauseinheiten zusammensetzt.

Damit sind die beiden untersten Siedlungseinheiten in ihrer Größe bestimmt, und es liegt der Abstand zwischen den aufeinanderfolgenden Stufen fest, von dem im Sinne strenger Gestaltungsvorstellungen auszugehen ist (für die Zuordnung von Gruppen, größeren Siedlungen, Stadteinheiten usw. gilt natürlich das gleiche wie für die Zuordnung von Hauseinheiten). Je 3—4 Einheiten fügen sich zur nächsthöheren. Jede größere Einheit spaltet sich auf in 3—4 untere. Das ergibt folgende Stufenfolge:

(Einer einfachen Zahlenreihe zuliebe ist für jede zweite Einheit die Zehner-Stufe angenommen. Möglich wären 3 × 3 = 9 Einheiten und im Normalfall 3 × 4 = 12 Einheiten. Die Anzahl der Wohnungen in den Siedlungseinheiten kann also auch entsprechend höher sein, als sie hier eingesetzt wird.)

1. 1	Wohnung	6. 300—400	Wohnungen
2. 3—4	Wohnungen	7. rund 1000	„
3. rund 10	„	8. 3000—4000	„
4. 30—40	„	9. rund 10000	„
5. rund 100	„		

Der Aufbau der Wehrmacht

Die Größenbestimmung der Bereiche und die Aufeinanderfolge der Stufen ist eine Frage der zweckmäßigsten Zuordnung von Einheiten, der Zuordnung von Familien für die Partei, der Zuordnung von Wohnungen für den Städtebau, der Zuordnung von Männern für die Gliederungen der Partei oder für die Wehrmacht. In der Wehrmacht ist die Zuordnung der Einheiten der stärksten Belastung ausgesetzt. Sie zeigt ein außerordentlich klares und differenziertes System der Stufung und Durchgliederung:

I. 1. Mann		
2. Rotte, Trupp	=	3—4 Mann
II. 3. Gruppe	=	rund 10 Mann (8—13)
4. Zug	=	rund 3 Gruppen
III. 5. Kompanie	=	rund 3 Züge
6. Bataillon	=	3—4 Kompanien
IV. 7. Regiment	=	3—4 Bataillone.

Auch dem Aufbau der Wehrmacht liegt also eine durchgehende Drei-Vierer-Stufung zugrunde, wie sie für die Zuordnung von Siedlungseinheiten als zweckmäßig gefunden wurde. Diese Stufung erhält dadurch einen besonderen Charakter, daß jede zweite Stufe (römische Ziffern, im Zehner-Abstand) von besonderem Gewicht im Gesamtaufbau ist. Es ist also eine (ungefähre) Zehnerstufung mit zwischengefügten Drei-Vierer-Einheiten, die natürlich in der Wehrmacht auch Befehlsstellen, aber doch den eigentlichen Führungsbereichen deutlich zwischengeordnet sind.

Das Stufungssystem der Wehrmacht bestätigt und sichert die bisher aus der planerischen Anschauung abgeleiteten Gliederungsgrößen und führt zugleich über die bisher gewonnenen Grundlagen hinaus. Die Gesetze der Gestaltung sind ja schließlich die gleichen für alle Gebiete, in denen geordnet oder gestaltet wird. Man darf also verallgemeinern und für die Zuordnung von Einheiten bestimmte Grundsätze als gültig annehmen: 2 Einheiten bilden noch keine neue Gemeinschaft und über 4 nicht mehr, jedenfalls nicht mehr so gut. Aber 3 oder 4 Mann und ein Führer, das ist noch nichts Rechtes; 10 Mann und ein Führer ist aber gut, besser als 3 oder 4 und besser als 20 oder 30. D. h.: die richtige Größe eines Führungsbereiches oder auch eines deutlich auszubildenden Bereiches in der Siedlungsmasse liegt bei rund 10 Einheiten. Aber innerhalb einer Gruppe von 10 Einheiten sind je 3—4 immer stärker einander zugehörig, durch Tuchfühlung in der Mannschaft und durch Nachbarschaft in der Siedlung; und erst in der 3—4er-Einheit bekommt der einzelne seinen festen Platz, den er in der 10er-Einheit noch nicht hat.

Das in der planerischen Anschauung entwickelte und durch den Aufbau der Wehrmacht bestätigte System einer Gliederung und Stufung von Bereichen hat den Vorzug einer außerordentlichen Klarheit und Einfachheit. Je 3—4 Einheiten bilden eine übergeordnete neue. Den Zehnerabständen wird man innerhalb dieser Stufenfolge eine besondere Bedeutung beimessen. Das System gibt eine einwandfreie Möglichkeit der Gestaltung in allen Größenordnungen. Seine Brauchbarkeit für die Gestaltung der Siedlungsmasse muß im einzelnen untersucht werden.

Die Hoheitsbereiche der Partei in der gegliederten Siedlungsmasse

Zunächst ist zu überlegen, wie die Hoheitsbereiche der Partei einzuordnen sind.

Der Siedlungsgruppe von rund 10 Einheiten entspricht die Hausgruppe der Partei (8—15 Haush.), der Gruppe von 30—40 Wohnungen der Block. Der Einheit von rund 1000 Wohnungen entspricht die durchschnittliche Größe der Ortsgruppen (max. 1500 Haush.) und der Einheit von rund 10000 Wohnungen (= rund 50000 Einw.) die Größe normaler Kreise von Staat und Partei. Nimmt man für die Zelle die Zusammensetzung aus 4 Blocks an, so steht sie in der Größenordnung der Stufe 5 der Siedlungsbereiche; die Zusammensetzung aus 8 Blocks ergäbe die Stufe 6. Die Ortsgruppe setzt sich nach den Richtwerten der Partei aus mindestens 3 und höchstens 10 Zellen zusammen. Auch von hier aus gesehen kann also die Zelle den Stufen 5 oder 6 zugeordnet werden.

Die Zuordnung der Parteibereiche zu den Siedlungseinheiten des Gliederungsschemas ist also sehr gut möglich. Die Stufenfolge ist eng genug, um die aus der bisherigen Parteipraxis entwickelten Größen der Hoheitsbereiche zu fassen. Ortsgruppe und Kreis stehen in der Zehnerstufung, die nach den entwickelten Zuordnungssätzen besonders zu betonen wäre. Im Sinne einer durchgehenden Zuordnung von Hoheitsbereichen und Zehnerstufen läge es, wenn die Zelle im Regelfall der rund 100-Familien-Einheit entspricht. Sie besteht dann aus rund 4 Blocks, und rund 10 Zellen bilden eine Ortsgruppe. Die Parteizelle wäre dann etwas kleiner, als es bisher, jedenfalls in Städten, üblich ist. Auf dem Lande entspricht die Zelle meist der Dorfgemeinde, die ja im Normalfall nicht mehr als 100 Familien umfaßt.

Die öffentlichen und gewerblichen Einrichtungen

Es liegt eine Reihe von Erfahrungswerten darüber vor, wieviel Einwohner nötig sind, um bestimmte öffentliche und gewerbliche Einrichtungen zu tragen, bzw. welche Einrichtungen nötig sind für eine bestimmte Anzahl von Haushaltungen oder Einwohnern. Diese Werte unterscheiden sich, wie es in der Natur der Sache liegt, im einzelnen erheblich voneinander, und man kann von dieser Seite her kaum zu festen Vorstellungen über die zweckmäßige Größe von Siedlungseinheiten kommen. Aber es ergibt sich aus diesen Erfahrungswerten, daß die gefundene Stufung der Siedlungseinheiten auch für die Verteilung der öffentlichen und gewerblichen Einrichtungen durchaus zweckmäßig ist, und es ergibt sich eindeutig, daß die Zehnerstufung für die Gliederung der Siedlungsmasse nicht genügt.

So kann z. B. die Zelle mit rund 100 Familien nur einen kleineren Krug und einen Lebensmittelladen tragen. Eine ganze Reihe von Geschäften und Gewerben, die für die Haushaltsführung wichtig sind, ist erst möglich für eine Einheit von 3 oder 4 Zellen. Die wichtige Größe eines Schulbezirkes (achtklassige Volksschule) liegt bei 3—4 Zellen. Ein Arzt ist bei 4 Zellen möglich. Man kommt also von der Seite der öffentlichen und gewerblichen Einrichtungen ebenfalls zur Zusammenfassung von 3 bis 4 Zellen zu einer neuen Einheit, die vor allem eine Reihe von Geschäften und Gewerben aufnimmt und als wichtigsten Bau die Schule hat. Die Stadt in der Größe von rund 20000 Einwohnern (d. h. etwa 3000—4000 Familien) erscheint günstig, da sie schon so ziemlich alle Gewerbearten und auch die höheren Schulformen tragen kann (s. G. Feder u. a.). Das würde der Einschaltung der 3—4-Ortsgruppen-Stadt zwischen Ortsgruppe und Kreis entsprechen.

Gliederungsschema für städtische Siedlungseinheiten

Bildet man also die Siedlungseinheiten nach Größe und Stufenfolge so, wie es sich zunächst aus gestalterischen Zweckmäßigkeiten ergab, so bekommt man eine differenzierte Stufung, die für die Partei und für die Ansetzung öffentlicher und gewerblicher Einrichtungen durchaus brauchbar ist, eine Stufung wie im Aufbau der Wehrmacht, indem sich immer die höhere Einheit aus 3—4 unteren zusammensetzt. (S. Tabelle. Die Benennungen der Stufen mögen, soweit sie nicht an bekannte Größen des Siedlungsraumes oder der Parteibereiche anschließen, zunächst hingenommen werden.)

Aufbau und Gliederung von Siedlungseinheiten

Siedlungseinheit	Familien	Einwohner	Parteigliederung
I. 1. Wohnung	rd. 1	rd. 5	Hausstand Familie
2. Nachbarschaft 3—4 Wohnungen	3—4	15—20	
II. 3. Gruppe 10 Wohnungen 3 Nachbarschaften	rd. 10	rd. 50	Block
4. Teilzelle 3—4 Gruppen	30—40	150—200	
III. 5. Stadtzelle 10 Gruppen 3 Teilzellen	rd. 100	rd. 500	Zelle
6. Stadtbezirk 3—4 Stadtzellen	300—400	1500 bis 2000	
IV. 7. Ortsgruppe 10 Stadtzellen 3 Stadtbezirke	rd. 1000	rd. 5000	Ortsgruppe
8. Normalstadt 3—4 Ortsgruppen	3000 bis 4000	15000 bis 20000	
V. 9. Stadtkreis 10 Ortsgruppen 3 Normalstädte	rd. 10000	rd. 50000	Kreis

Zwischen Kreis und Ortsgruppe liegt die „Normalstadt" von rund 20000 Einwohnern, zwischen Ortsgruppe und Zelle der „Stadtbezirk". Führt man die Zwischenstufen auch bei den unteren Einheiten ein, so ergibt sich die Aufgliederung der Zelle in rund 3 „Teilzellen" und die der Gruppe in rund 3 „Nachbarschaften". Diese Zwischenstufen sind vielleicht nicht immer notwendig, aber doch brauchbar. So wird sich die Zelle meist aus verschiedenen Wohntypen zusammensetzen (Mietshaus; Eigenheim, freistehend und aneinandergebaut), die man jeweils zusammenfassen wird, so daß sich zwangläufig die Zelle in rund 3 Untereinheiten aufteilt. Und die Nachbarschaft ergibt sich etwa bei Mietwohnungen als der sog. „Vierspänner", in dem 4 Wohnungen eng beieinander sind. Andererseits wird man, wenn der Vorteil des Stufungssystems für die Gestaltung der Siedlung und als Prinzip der Organisation klar ist, über die Zehnergruppen hinaus immer besonderen Wert auf die Drei-Vierer-Einheiten legen, also etwa u. a. Mietshäuser nicht größer als für 4 Familien bauen.

Das Gliederungsschema ist zunächst nicht mehr als ein Vorstellungsgerippe für die praktische gestaltende Arbeit, aber immerhin eines mit sinnvollen Grundlagen, und es führt über bisherige schwankende Vorstellungen hinaus zu größerer Klarheit. Daß man der Masse durch Gliederung beikommen müsse, ist keine neue Einsicht, sondern so alt wie der Versuch, die Massengebilde der Städte des 19. Jahrhunderts zu überwinden. Aber im Laufe der letzten Jahrzehnte haben städtebauliche Arbeitsrichtungen eine ziemlich unbestrittene Gültigkeit erlangt, denen bei aller Mannigfaltigkeit in Einzelfragen der Charakter des „modellmäßigen Städtebaues" gemeinsam ist. Das heißt: neben dem Bemühen, dem Zweck und den technischen Bedingungen der Aufgabe ihr Recht zu geben, ist die eigentliche Gestaltungsarbeit Verwirklichung von Raum- und Körperformen, die allein oder jedenfalls so stark vom Optischen her bestimmt werden, daß das Modell zum Ausgangspunkt der Planungsarbeit und zum wichtigsten und erstrebten Mittel der Festlegung baulicher Absichten wird. „Städte bauen, vom künstlerischen Gesichtspunkt aus betrachtet, heißt mit dem Hausmaterial Raum gestalten"[1]. Die plastische Gliederung der Baumassen, die Gliederung der Straßen in „Räume" sind Ziel der gestaltenden Arbeit. Für uns können sie nicht Ziel sein. Sie sind Gestaltungsmittel, um die Zuordnung der Wohneinheiten und die Siedlungsbereiche im Raum sichtbar und damit wirksam zu machen. Oder programmatisch ausgedrückt: Städte bauen, vom „künstlerischen Gesichtspunkt" aus betrachtet, heißt: mit räumlichen Mitteln „Behausung" gestalten, Behausung für den Einzelnen und für die größeren Gemeinschaften von Block, Zelle usw. (Unter anderem allerdings, denn die Gestaltung der Wohnbebauung ist ja nur ein Teil der städtebaulichen Gesamtaufgabe.)

lone = 1 Regiment usw. Die politische Gliederung dagegen beruht auf größeren Gruppen: rd. 50 Familien = 1 Block, 5 Blöcke = 1 Zelle, 4–6 Zellen = 1 Ortsgruppe usw.

Wie die Masse der Menschen durch Gruppierung und Gliederung organisiert und übersichtlich gemacht wird, so kann auch der Stadtraum, die Masse der städtischen Baugebiete als das bauliche und räumliche Gefäß des menschlichen Lebens, nur durch Gliederung in überschaubare Einheiten organisch geordnet, d.h. „organisiert" werden.

→S. 571 Ein weiterer Textvergleich würde den oben im Auszug zitierten Aufsatz von Carl Culemann zur *Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse* als Vorlage erkennen lassen.

Die *gegliederte und aufgelockerte Stadt* stellt das raumplanerische Ergebnis des *Wiederaufbaustabs* Speers dar.

2.2.4 Der Gegenangriff auf die zivile Moral

Während sich in Berlin und Wriezen die Planer mit der totalen Neuordnung der *Haufenstädte* befassen, werden in London Pläne zu deren totalen Vernichtung aufgestellt.

Seit Mitte **Juni 1944** wird von deutscher Seite zur Bombardierung Großbritanniens, vor allem Londons, der neuentwickelte, unbemannte Flugkörper Fi 103, die sogenannte *V1*, eingesetzt, eine Waffe, die Panik unter der Bevölkerung auslöst, da ihre Geschwindigkeit so hoch ist, daß die Vorwarnzeiten zum Aufsuchen des Luftschutzkellers nicht mehr ausreichen.

Am **27.6.1944** erklärt der britische Innenminister Herbert Morrison, →L 63 *daß binnen zwei Wochen die V-Waffen-Angriffe 1600 Tote, 4600 Schwer- und 5000 Leichtverletzte gekostet hätten und über 200.000 Häuser mehr oder weniger schwer beschädigt seien*, und fügt hinzu, daß bei andauerndem Raketenbeschuß *ein ernsthafter Verfall der Moral der Zivilbevölkerung eintreten könne.* Als Antwort wird unter dem Decknamen *Operation* →L 64 *Thunderclap* seit **Juli 1944** ein Plan für einen *uneingeschränkten Angriff mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auf die deutsche zivile* →L 65 *Moral* ausgearbeitet. Er geht aus von einem *Angriff beispielloser Größe, der sich gegen das Nervenzentrum Deutschlands richtet, dessen Zerstörung schnell im ganzen Land bekannt wird. Die Verluste, die dieser Angriff verursacht, und die Erkenntnis, daß ähnliche Angriffe gegen jede deutsche Stadt durchgeführt werden können, wird die Zivilisten erkennen lassen, daß wahrscheinlich nicht nur ihr Eigentum zerstört werden wird, sondern auch ihr Leben unmittelbar bedroht ist.* Ziel der Operation ist die Verwü- →L 66 stung der Innenstadt von Berlin: *Es wird geschätzt, daß in dem angegebenen Gebiet von 2 1/2 Quadratmeilen sich nachts ungefähr 100 000 Menschen befinden. Diese Bevölkerung steigt während des Tages stark an. (. . .) Um die größte Wirkung zu erzielen, muß der Angriff daher bei Tageslicht durchgeführt werden.*

→L 67 Als Ergebnis der Operation wird geschätzt, *daß 3/4 der Bevölkerung im Risikogebiet in Verlust gehen wird. Wenn wir von einer Einwohnerschaft in diesem Gebiet von 300 000 bei Tag ausgehen, kann man vermuten, daß 220 000 Verluste verursacht werden. Es kann erwartet werden, daß 50 % von ihnen oder 110 000 umkommen werden.*

Es wird darauf hingewiesen, daß nur ein solcher Angriff, der so viele Tote verursacht, von denen ein großer Teil Schlüsselpersonen sein werden, eine niederschmetternde Wirkung auf die politische und zivile Moral in ganz Deutschland ausüben kann.

Weitere, am **17.7.1944** festgehaltene Überlegungen führen jedoch zu dem Schluß, daß ein *Angriff auf die deutsche zivile Moral* keinen Erfolg verspricht, wenn nicht der Zeitpunkt genau feststeht:

→L 68 *Es besteht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß der Zustand der deutschen zivilen Moral zur Zeit eher apathisch denn positiv gut oder schlecht ist. Der Durchschnittsbürger ist fast gänzlich mit Existenzproblemen beschäftigt und dem Verdienen des Lebensunterhalts von einem Tag zum anderen. Die strenge Herrschaft, die von der Gestapo über die deutsche Zivilbevölkerung ausgeübt wird, hat selbst angesichts langer und intensiver Bombardierungen wirksame Äußerungen des Protestes oder der Unzufriedenheit von Teilen der Öffentlichkeit, die den Hauptteil unserer Angriffe zu ertragen hat, verhindert. Es wird geschätzt, daß die Zivilbevöl-*

Karl Otto denkt über den Luftschutz von morgen nach

Während die ersten *fliegenden Bomben* in London Panik auslösen, stellen sie in Berlin den Luftschutzexperten Karl Otto, der die von Roland Rainer vorgeschlagene *zweckmäßigste Hausform* für die Nachkriegszeit begutachten muß und dabei über die Frage *Hochbau oder Flachbau vom Standpunkt der Luftkriegsführung und des Luftschutzes* nachdenkt, vor ganz neue Probleme. Kann Karl Otto gegen *Feuerstürme* noch das *nichtbrennbare Haus* aus Beton und Stahl empfehlen, so zwingt ihn die V1 am **10.10.1944** dazu, sich bereits den nächsten Krieg auszumalen:

Die Frage der höchstzulässigen Zahl an Geschossen für Hochbauten wird (. . .) u.a. auch danach bestimmt, inwieweit bei Luftangriffen in einer angemessenen Zeit der Luftschutzraum mit der gesamten Familie erreicht werden kann. Bei dieser Fragestellung ist naturgemäß davon ausgegangen, daß der Luftschutzraum nach den bisherigen üblichen Alarmierungsverfahren erst bei Fliegeralarm aufgesucht zu werden braucht. In einem kommenden Luftkrieg muß meiner Ansicht nach – ähnlich wie es bereits jetzt beim V1-Beschuß geschieht – davon ausgegangen werden, daß es einen Fliegeralarm im heutigen Sinne nicht mehr gibt. Durch weittragende, selbstfliegende Bomben, deren Geschwindigkeit sich bedeutend steigern kann, wird jede Alarmierung im augenblicklichen Sinne unmöglich. Das aus der Luft angegriffene Land befindet sich dann praktisch im Daueralarmzustand. Inwieweit ein derartiger Zustand sich auf das Leben eines Volkes auswirkt und damit auch auf seine Wohnform, kann z.Zt. noch nicht abgesehen werden. Ich möchte jedoch dieses Problem an dieser Stelle schon aufzeigen und zugleich anregen, daß auch von seiten der Abt. Siedlungsgestaltung dieser Frage vorausschauend Rechnung getragen wird. Hierüber wäre im einzelnen noch näher zu sprechen. ←A 89

kerung zur Zeit weder durch aktives Handeln gegen die Behörden noch mittels irgendeiner Form passiven Widerstandes imstande ist, ihre Lage zu verbessern. Man muß daran erinnern, daß nur wenige körperlich gesunde deutsche Männer im Alter von 17 bis 45 Jahren außerhalb der Streitkräfte und der Polizei in Deutschland sind.

Der derzeitige Zustand wird sich wahrscheinlich nicht ändern, bis es durch Ereignisse deutlich wird, daß die Autorität der Regierung stark geschwächt und daß Widerstand ohne die Gewißheit sofortiger Unterdrückung möglich ist. Diese Lage wird nicht entstehen, solange nicht die deutsche Armee eine Reihe unwiederbringlicher Niederlagen auf dem Schlachtfeld erlitten hat.

Angriffe, die auf Kosten von wichtigen Zielen speziell gegen die zivile Moral gerichtet sind, werden solange keine Erfolgsaussichten haben, bis das deutsche Oberkommando selbst davon überzeugt ist, daß die Niederlage unvermeidlich ist. In diesem Stadium wird unser wichtigstes Ziel darin bestehen, die Auffassungen der hohen deutschen politischen und militärischen Autoritäten zu beeinflussen, um ihnen eher organisierte Kapitulation als eine Verlängerung des Krieges vorzuschlagen.

Wie wichtig das Ziel ist, eine organisierte Kapitulation zu erzwingen, zeigt die Überarbeitung des Plans vom **1.8.1944**:

Wenn erst einmal der Ausgang des Krieges über jeden Zweifel erhaben ist, ist es von großer Bedeutung, daß das deutsche Oberkommando sich dafür entscheidet, daß Deutschland die Notwendigkeit einer organisierten Kapitulation akzeptieren muß. Andernfalls könnte der Krieg durch eine Guerillaphase fortgesetzt werden, die die Alliierten zur Übernahme der vollen Verantwortung für die gesamte Verwaltung Deutschlands zwingen könnte. Unser Ziel muß es sein, die Auffassungen der hohen deutschen politischen und militärischen Autoritäten in die gewünschte Richtung bis zu dem Punkt hinzulenken, wo das Oberkommando entweder die Notwendigkeit der Kapitulation akzeptieren muß oder durch ein anderes Oberkommando ersetzt wird, das dazu bereit ist. (. . .) Diese Autoritäten werden hauptsächlich von außenpolitischen Überlegungen, den Erfolgen der deutschen Streitkräfte und von den Bedingungen des Wirtschafts- und Verwaltungssystems, von denen sie abhängig sind, beeinflußt. In der Endkrise können auch gewisse moralische Faktoren auf sie einwirken. ←L 69

Da die Zivilbevölkerung aber unter strenger Kontrolle der Polizei, der SS und der Gestapo steht, was gerade die Tage nach dem Attentat auf Hitler am **20.7.1944** bestätigt haben, wird es für unwahrscheinlich gehalten, *daß Veränderungen innerhalb der zivilen Moral irgendeinen entscheidenden Einfluß solange auf das Oberkommando haben, bis seine Autorität bereits durch andere Ursachen stark geschwächt ist und der Unterdrükkungsapparat zusammenzubrechen beginnt. Die Gelegenheit für einen Angriff ausschließlich auf die zivile Moral wird solange nicht gegeben sein, bis man sogar allgemein in Deutschland glauben wird, daß das Naziregime zusammenbricht und daß die totale Niederlage unmittelbar bevorsteht. Diese Gelegenheit, eine Kapitulation zu erzwingen, besteht nur vorübergehend; wenn sie nicht ergriffen wird, können entweder die extremen Elemente bei der Zusammenfassung der Armee für die Fortsetzung des Widerstandes erfolgreich sein, oder der Zusammenbruch erfolgt so schnell, daß es keine Regierungskontrolle mehr gibt.* ←L 70

Für diesen Zeitpunkt wird ein genauer Angriffsplan auf das Zentrum von Berlin ausgearbeitet. Es werden dafür die *Prinzipien des ausschließlichen Moralbombardements* festgehalten, *die für die Erzielung der größten Wirkung auf die Moral der Zivilbevölkerung wichtig sind.* Die deutsche Bombardierung und Auslöschung der Innenstadt von Rotterdam am **14.5. 1940** dient dabei als Modellfall:

I. Der Angriff muß in einer solchen Dichte erfolgen, daß er ein fast 100%iges Todesrisiko für die Einzelperson in dem betroffenen Gebiet bedeutet. ←L 71

II. Während die Grunddichte, auf die in I bezug genommen wird, aufrechterhalten wird, müßte das Gesamtausmaß des Angriffs so beschaffen sein, daß er eine Wirkung hervorbringt, die zur nationalen Katastrophe führt.

III. Das gewählte Ziel sollte so beschaffen sein, daß es die größten Assoziationen sowohl traditionsmäßig wie persönlich für die gesamte Bevölkerung umfaßt. Überlegungen für ökonomische Zerstörung dürfen die Auswahl des Zieles nicht beeinflussen.

IV. Abhängig von III sollte das ausgewählte Gebiet die höchste Bevölkerungsdichte umfassen.

V. Angriffe dieser Art werden sicherlich die größte Wirkung haben, wenn die Bevölkerung davon überzeugt worden ist, daß ihre Regierung machtlos ist, eine Wiederholung zu verhindern.

VI. Ob solche Angriffe eine entscheidende Wirkung haben werden oder nicht, hängt von zwei Faktoren ab:
a. dem absoluten Ausmaß des Angriffs;
b. ob zum Zeitpunkt der Zustand der zivilen Moral so beschaffen ist, daß er ein Unglück von diesem Ausmaß, verbunden mit der unmittelbaren Drohung auf eine unendliche Zahl von Wiederholungen, aushält.

Das niederländische Volk war nicht imstande, solch eine Aussicht zu ertragen. Das Land wurde überfallen; es gab keine unmittelbare Aussicht auf Unterstützung von außen; es sah sich einer überwältigenden Luftwaffe gegenüber. Unter diesen Umständen führten die Deutschen einen schweren und hochkonzentrierten Angriff durch, der eine Quadratmeile von Rotterdam vollständig auslöschte. Der Feind hatte die genannten Prinzipien angewandt.

Am **15.8.1944** trägt der Director of Bomber Operations die Argumente, die für einen ausschließlich gegen die Moral der Bevölkerung gerichteten, koordinierten Tagesangriff der 8. U.S. Bomberflotte und einem darauffolgenden Nachtangriff der RAF in bislang nicht gekannter Stärke auf das →L 72 Zentrum Berlins östlich des Tiergartens sprechen, zusammen: *Es ist deshalb beabsichtigt, die vollständige Verwüstung der Innenstadt durch einen Sprengbombenangriff, der eine bislang unbekannte Konzentration im Größenmaßstab von 2000 Tonnen pro Quadratmeile erreicht, so daß jeder einzelne Teil des Gebietes auf die Bedingungen des Zentrums von Rotterdam reduziert werden würde, in den letzten Wochen des Krieges in die Waagschale zwischen weiterem Widerstand und sofortiger Kapitulation zu werfen.*

Besonders interessant sind die unmittelbar anschließenden *Erwägungen nur halbmilitärischen Charakters*, die für diesen Plan sprechen und auf die Situation nach dem Krieg verweisen:

→L 73 *Es wird darauf hingewiesen, daß eine spektakuläre und handgreifliche endgültige Lektion für das deutsche Volk über die Folgen einer weltweiten Aggression auch in der Nachkriegsperiode von dauerndem Wert sein würde. Außerdem würde die totale Verwüstung des Zentrums einer so ungeheuer großen Stadt wie Berlin vor aller Welt ein unwiderlegliches Zeugnis für die Macht einer modernen Bomberstreitmacht ablegen. Es wird daran erinnert, daß ein solcher Beweis es wesentlich erleichtern würde, die besetzten Gebiete weitgehend mittels der Luftstreitkräfte zu befrieden. Darüber hinaus würde es unsere russischen Verbündeten und die Neutralen von der Wirksamkeit anglo-amerikanischer Luftmacht überzeugen. Wenn alliierte Truppen in die Lage kämen, Berlin zu besetzen, oder es von neutralen Vertretern besucht wird, würde ihnen ein lange fortbestehendes Denkmal von den Wirkungen vorgeführt werden, die das strategische Bombardement in diesem Krieg hervorgerufen hat und jederzeit sich wiederholen könnte.*

→L 74 Die Durchführung des Plans wird, erweitert durch Ziele auf ausgewählte Hauptquartiere der SS und der Gestapo, von den britischen Stabschefs und General Eisenhower beschlossen, muß aber nach den zeitweiligen Erfolgen der deutschen Wehrmacht an der Westfront im September zunächst zurückgestellt werden.

→L 75 Am **12.8.1944** wird von den drei Alliierten das *Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin* unterzeichnet, in dem die Neugliederung Berlins beschlossen wird. Die Stadt soll gemeinsam von den Streitkräften der UdSSR, der USA und Großbritanniens besetzt und in drei Teile – einen nordöstlichen, einen nordwestlichen und einen südlichen – aufgeteilt werden. Wer die beiden letztgenannten Teile besetzen wird, bleibt noch offen, festgelegt wird nur, daß der nordöstliche Teil mit dem Stadtzentrum der sowjetische Sektor werden soll. ←L 76

Am **3.2.1945**, dem Tag, an dem Churchill, Roosevelt und Stalin in Jalta die Drei-Mächte-Konferenz über die Pläne zur gemeinsamen endgültigen Niederwerfung des faschistischen Deutschland, seiner Besetzung und Kontrolle beginnen, findet über Berlin der lang vorbereitete Großangriff der 8. amerikanischen Luftflotte statt und leitet eine Angriffsserie ein, die,

Die versuchte Einäscherung des Zentrums von Berlin am 3.2.1945

Am Vormittag des **3.2.1945**, zwischen 11.01 und 11.51 Uhr, wird von der 1. und 3. Luftdivision der USAAF mit 939 Flugzeugen der schwerste Luftangriff des 2. Weltkriegs auf Berlin geflogen. Es werden insgesamt 1854,5 t Spreng- und 225,8 t Brandbomben abgeworfen. Nur eine während des Angriffs aufkommende starke Bewölkung verhindert die Zielgenauigkeit der zweiten Angriffswelle und damit die beabsichtigte völlige Einäscherung des Stadtzentrums. Matthias Menzel beobachtet den Angriff vom Stadtrand aus und beschreibt ihn in seinem Tagebuch.

Wann eigentlich mag der Sättigungsgrad einer Katastrophe erreicht sein? Nach jedem Luftangriff, der an Dimensionen und Zerstörungswirkung von Mal zu Mal zunimmt, haben wir uns diese Frage vorgelegt. Heute vormittag haben wir eine neue Antwort bekommen. Ob sie die endgültige ist?

Ich habe weit draußen vor der Stadt in einem Garten gestanden und den systematischen Anmarsch der Bombergeschwader beobachtet. Es war ein lichter, von

wie der Historiker Olaf Groehler nachgewiesen hat, die Durchführung der *Operation Thunderclap* darstellt:

Der amerikanische Tagesluftangriff auf Berlin am 3. Februar 1945, der schwerste Angriff, den Berlin während des zweiten Weltkrieges erlebte – in dem Bombenhagel wurden 2893 Menschen getötet, 729 schwer- und 1205 leicht verletzt sowie fast 120 000 obdachlos gemacht –, leitete, auch von amerikanischer Seite aus, den Übergang zum offenen, terroristischen Flächenbombardement ein, ein taktisches Vorgehen, das die amerikanischen Bombergenerale bis zu diesem Zeitpunkt tunlichst vermieden hatten, obwohl sich bereits 1944 viele ihrer Angriffe der Taktik des britischen Flächenbombardements angenähert hatten. Wie der Operationsbericht der 8. US Air Force vom 24. Februar 1945 deutlich macht, entging die Hauptstadt des faschistischen Reiches dabei nur knapp einer weitaus katastrophaleren Wirkung. Berlin wurde am 3. Februar von der 1. und 3. Luftdivision angegriffen. Die erste Welle bombardierte die Stadt von 11.01 bis 11.18 Uhr, die zweite von 11.24 bis 11.51 Uhr. Aus den Trefferkarten der 8. US Air Force vom 3. Februar 1945 geht hervor, daß das bei wolkenlosem Himmel durchgeführte Bombardement der 1. Luftdivision zu einer bis dahin über Berlin nicht erreichten Konzentration des Bombenabwurfs im südöstlichen Stadtzentrum führte, während die 3. Luftdivision ihren Angriff bei zunehmender Bedeckung flog, was zur Folge hatte, daß die Bombenteppiche sich nahezu über das gesamte Stadtgebiet verteilten. Die Vorstellung, welche Verluste der Angriff verursacht hätte, wenn die zweite Welle wie geplant ihre Ziele im bereits bombardierten Gebiet gesucht hätte, kann zu der Annahme führen, daß die Zahl der Opfer sich dann den „Thunderclap"-Maßstäben angenähert hätte. Die hektischen Diskussionen über die neue Prioritätsliste, die Ende Januar/Anfang Februar zur Aufstellung einer völlig neuen Prioritätsliste führten, nachdem erst am 15. Januar 1945 eine neue Weisung für die strategischen Luftstreitkräfte herausgegeben worden war, wurden auch in den folgenden Wochen laufend fortgesetzt. Am 8. Februar 1945 erhielten schließlich die amerikanischen und britischen Fernfliegerkräfte die Weisung Nr. 207, in der Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Halle, Plauen, Potsdam, Erfurt und Magdeburg oben rangierten. Dies waren Ziele, die, wie wir aus dem Ablauf des britisch-amerikanischen Fernluftkrieges wissen, im Februar 1945 alle zu Hauptangriffszielen der RAF und der U.S.A.A.F.E. wurden, bis zur Einäscherung von Potsdam Mitte April. ←L 77

Grauenvoller Höhepunkt dieser Angriffsserie war die Einäscherung der Innenstadt Dresdens in der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945, die vom Bomber Command in der erklärten Absicht geführt wurde – wie es in Unterlagen ihrer Aufklärungsabteilung hieß –, „auf diese Weise den Russen zu zeigen, was das Bomber Command anrichten kann". Dresden widerfuhr das Schicksal, das Berlin zugedacht war.

Diese letzte Serie der schwersten Luftangriffe hat keinerlei strategische Funktion mehr. Die Angriffe sind weder eine Unterstützung der Operationen der Roten Armee, für die es notwendig wäre, gezielt die Nachschubwege der deutschen Wehrmacht von Westen her zu unterbrechen, noch sind sie kriegsentscheidend. Mit der Ausführung des Befehls Nr. 207 vom **8.2. 1945** schaffen die englische und amerikanische Luftwaffe die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen für die auf der Konferenz von Jalta festgelegte Sowjetische Besatzungszone (SBZ). Zugleich sollen sie – wie die einige Monate später über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben – eine Demonstration der Luftmacht gegenüber dem sowjetischen Bündnispartner sein.

Wie sich an dem Tag, an dem die Bombardierung der ostdeutschen Städte angeordnet wird, in Berlin das Ende des Krieges abzeichnet, beleuchtet ein Tagebucheintrag von Matthias Menzel vom **8.2.1945**:

Die Russen haben einen ersten Brückenkopf über die Oder gebildet. Zwischen der Oder und Berlin liegt keine Flußschranke mehr. Das deutsche Oberkommando, jetzt in Berlin stationiert, behauptet, nun könne die deutsche Strategie von nichts mehr überrascht werden. Man werde jetzt im Raume von Berlin die größte deutsche Streitmacht versammeln. (. . .) ←L 78

In Berlin gehen blutige Scherze um: „Wir werden den Russen bis an die Panke heranlocken, um ihn erst einmal an Berlin lecken zu lassen, aber dann . . ." oder: „Wat denn – natürlich siegen wir. Wenn die Russen bei Ostkreuz und die Amerikaner bei Westkreuz stehen, dann siegt Hitler immer noch bei Gleisdreieck."

leichten Wolkenschleiern überzogener Samstagmorgen, als es begann – und ein schwefelgelber Nachmittag, in dem die Sonne wie ein absonderliches Geschwür hing, als Schrecken und Lähmung zurückgeblieben waren. Aus dem Lautsprecher ermüdete sichtlich der Ansager, der von „Einflug Rot" zu „Einflug Blau", zu „Einflug Schwarz" und „Einflug Gelb" pausenlos wechseln mußte. Der ganze deutsche Himmel schien heute bepflanzt von den silbrigen Viermotorigen der Amerikaner. Nüchtern und sachlich registrierte der deutsche Ansager das Exerzierreglement des Feindes über Deutschland. Wir Betroffenen vergaßen Planquadrat und Luftlagekarte, als der erste silberne Schwarm, immer näher heranbrummend, hoch oben in der Sonne glitzerte. Hart über uns strich er hinweg, tiefer der Stadt zugewandt, unbeirrt, von niemandem und nichts behindert. Aus seiner Spitzenmaschine rieselte, ein prickelndes Spielzeug, ein Rauchzeichen zur Erde, und hart danach lag der ganze Schwarm in der Kurve, wandte und zog, die Kondensstreifen wie königliche Schleppen nach sich schleifend, nach Westen. Minuten dauerte es, bis dann das vielmalige trockene Poltern den Niedergang der ersten Bombenserie kündete.

Die Geschwader kamen und kamen. Wir zählten acht, neun, zehn, elf, zwölf – und immer noch wurde eine neue Gruppe gemeldet. Immer den gleichen Weg des Verderbens hielten sie ein, zerfurchten die wunde Stelle am Himmel mit ihren stets neuen Rauchsignalen. Tausend oder zwölfhundert Bomber mochten diesen Weg der Vernichtung gezogen sein. Der Himmel hatte sich in den zwei Stunden, die das Bombardement schon währte, mit Rauch und Dunst verfärbt. Der Weg der Maschinen ließ sich nicht mehr verfolgen. Nur das hellhörig gewordene Ohr nahm die anschwellende und abklingende Gefahr wahr. Von der Stadt her, von der großen Wendemarke, türmten sich dicke, klobige Wolken höher und höher zum Himmel hinauf, verdeckten die Sonne, verdüsterten das Licht.

Ein mühseliger Weg zur Stadt stand bevor. Menschen, die zufällig das gemeinsam eroberte Fahrzeug zusammentat, ergingen sich in Mutmaßungen. Alle hundert Meter weiter schien der Himmel giftiger, verquollener, kranker. Wie aus einem geduckten, unheilschweren Gewitter wälzten sich graue, gelbe, grünliche, blaue Wolkenberge auf uns zu. Die Innenstadt starb. So oft geschlagen, so oft verwundet – heute hatte sie den Todesstoß bekommen. Mit der Sachkenntnis der Erfahrenen stellten wir fest: Der innere Ring der Bahnen, der Lebensfaden der Stadt, lag heute in Fetzen gerissen. Was auch immer in den vergangenen Wochen an Flickwerk geschafft worden war, den todwunden Körper Berlins wieder zu pflastern: diesmal bluteten die Organe des Lebens.

Ich sah das Ullstein-Haus niederbrennen, sah es sich schütteln, bevor es endgültig, zu Tode getroffen von einer Ladung Panzerfäusten, die das Parteibüro gegenüber gehütet hatte, zur hohlen Ruine heruntерglimmte. Mich ging es ja ohnedies nichts mehr an, mich, den Ausgestoßenen. Die Augen brannten bald. Ein irrsinniger Durst dörrte die Kehle; denn die Innenstadt war ein Meer von Rauch und Qualm, vom Bahnhof Friedrichstraße bis zum Halleschen Tor, vom Spittelmarkt bis nach Schöneberg. Im Regierungsviertel turnten Tausende von Soldaten auf Geröll und geborstenen Palästen. Feuerwehren tobten durch die wenigen Straßen, die passierbar waren. Menschen, vom gelben Mehl des Mörtels und Mauerkalks überpudert, stolperten durch dampfende Trümmer.

Die Nervenzentrale des ganzen Reiches lag still. Von den telefonsicheren Bunkern, die irgendwo unter den verwüsteten Plätzen ihren Spuk weitertrieben, wurde aber „Leben" in die Welt gefunkt; denn am Abend war zu lesen, daß „bei einem neuen Terrorangriff auf die Reichshauptstadt das Verhalten der Bevölkerung vorbildlich war". Diese Bevölkerung bahnte sich eine Furt durch die Zerstörung und wanderte. Wanderte entlang auf der langen Ausfallstraße nach Westen: die Potsdamer Straße hinunter, über das Wrack der demolierten Brücke, durch den Bülowbogen, nach Schöneberg hinein, weiter, weiter, bis dann endlich ein Stück S-Bahn die verschmutzten, zerschlagenen und hungrigen Glieder aufnahm.

Ob nun der Sättigungsgrad erreicht ist?

2.3 Die Aufsplitterung der Stadt

Marschall Georgi Konstantinowitsch Shukow, Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front, erinnert sich:

Die Idee der Berliner Operation stand im Hauptquartier in ihren Grundzügen schon im November 1944 fest. Ihre Präzisierung erfolgte während der Weichsel-Oder-Operation, der Ostpreußischen und der Ostpommern-Operation.

Bei der Ausarbeitung des Planes für die Berliner Operation wurde auch das Vorgehen der alliierten Truppen berücksichtigt, die Ende März/Anfang April in breiter Front den Rhein erreicht hatten und ihn zu überwinden begannen, um die allgemeine Offensive auf die zentralen Gebiete Deutschlands vorzutragen.

Britische Kreise hegten noch immer die Hoffnung, Berlin zu erobern, bevor die Rote Armee dort einmarschierte, obwohl die Beschlüsse der Konferenz von Jalta die Grenzen für die sowjetische Besatzungszone weitab westlich von Berlin gezogen hatten und die sowjetischen Truppen schon an der Oder und Neiße, das heißt, 60 bis 100 Kilometer vor Berlin standen. (. . .)

Stalin wußte, daß die faschistische Führung aktiv auf ein Separatabkommen mit der britischen und der amerikanischen Regierung hinarbeitete. Angesichts der hoffnungslosen Lage der Truppen war zu erwarten, daß die Faschisten ihren Widerstand im Westen einstellen und die amerikanischen und britischen Truppen ungehindert nach Berlin ziehen lassen würden, damit die Stadt nicht der Roten Armee in die Hände fiele. (. . .)

Es war am 29. März. Ich hatte den Plan der 1. Belorussischen Front für die Berliner Operation in der Tasche. Er war im März vom Stab und vom Frontoberkommando präzisiert worden, wobei wir alle grundsätzlichen Fragen mit dem Generalstab und dem Hauptquartier vereinbart hatten. Das ermöglichte es uns, dem Oberkommando einen detaillierten Plan zu unterbreiten.

Spätabends rief mich Stalin in sein Arbeitszimmer im Kreml. Er war allein. Eben erst hatte er eine Beratung mit den Mitgliedern des Staatlichen Verteidigungskomitees beendet.

Stalin reichte mir schweigend die Hand und sagte dann, als ob er ein unterbrochenes Gespräch fortsetzte: „Die deutsche Front im Westen ist endgültig zusammengebrochen, offenbar wollen die Nazis nichts tun, um das Vorrücken der alliierten Truppen aufzuhalten. Sie verstärken jedoch ihre Gruppierungen in allen wichtigen Richtungen gegen uns. Da ist die Karte, Sie können sich die letzten Angaben über die deutschen Truppen ansehen."

Er rauchte seine Pfeife an und fuhr fort: „Ich denke, daß uns eine ernste Schlägerei bevorsteht . . ."

Dann wollte er wissen, wie ich den Gegner in der Berliner Richtung einschätze.

Ich holte die Aufklärungskarte der Front hervor und breitete sie vor dem Obersten Befehlshaber aus. Stalin sah sich die ganze operativ-strategische Gruppierung der Truppen des Gegners in der Berliner Richtung aufmerksam an.

Nach unseren Unterlagen verfügte er dort über 4 Armeen mit mindestens 90 Divisionen, darunter 14 Panzerdivisionen und motorisierte Divisionen, ferner 37 selbständige Regimenter und 98 selbständige Bataillone.

Später wurde festgestellt, daß in der Berliner Richtung mindestens eine Million Mann, 10 400 Geschütze und Granatwerfer, 1500 Panzer und Selbstfahrlafetten sowie 3300 Kampfflugzeuge zur Verfügung standen, in der Stadt selbst 200 000 Mann.

„Wann können unsere Truppen mit der Offensive auf Berlin beginnen?" fragte Stalin.

Ich meldete: „Die erste Belorussische Front kann in spätestens zwei Wochen angreifen. Die erste Ukrainische Front wird offenbar gleichfalls zu diesem Zeitpunkt einsatzbereit sein. Die zweite Belorussische Front wird nach allen vorliegenden Angaben noch längere Zeit, und zwar bis Mitte April, mit der endgültigen Zerschlagung des Gegners im Raum Danzig-Gdynia zu tun haben, kann also nicht zusammen mit der ersten Belorussischen und der ersten Ukrainischen Front von der Oder aus die Offensive beginnen."

Winston S. Churchill
Franklin D. Roosevelt
Josef W. Stalin
Aus der Erklärung von Jalta (11.2.1945)

→L 79
←L 80

Die folgende Feststellung über das Ergebnis der Krimkonferenz wird von dem Ministerpräsidenten Großbritanniens, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken getroffen:

1. Niederwerfung Deutschlands

Wir haben die militärischen Pläne der drei Alliierten Mächte für die endgültige Niederwerfung des gemeinsamen Feindes erwogen und festgesetzt. Die militärischen Stäbe der drei Alliierten Mächte haben während der ganzen Dauer der Konferenz täglich Zusammenkünfte abgehalten. Diese Zusammenkünfte waren von jedem Gesichtspunkt aus äußerst befriedigend und ergaben eine engere Koordinierung der militärischen Maßnahmen der drei Alliierten als je zuvor.

Ein voller Austausch von Informationen hat stattgefunden. Zeitliche Folge, Umfang und Koordinierung von neuen und noch kraftvolleren, gegen das Herz Deutschlands von Osten, Westen, Norden und Süden her von unseren Heeres- und Luft-Streitkräften zu führenden Schlägen sind in vollem Einvernehmen beschlossen und in allen Einzelheiten geplant worden.

Unsere zusammengefaßten militärischen Pläne werden erst anläßlich ihrer Ausführung laufend bekanntgegeben werden; wir glauben jedoch, daß die auf dieser Konferenz erreichte außerordentlich enge Zusammenarbeit zwischen den drei Stäben zu einer Verkürzung des Krieges führen wird. Zusammenkünfte der drei Stäbe werden auch in Zukunft stattfinden, wenn es die Notwendigkeit ergeben sollte.

Das nationalsozialistische Deutschland ist dem Untergang geweiht. Dem deutschen Volk wird seine Niederlage nur noch teurer zu stehen kommen, wenn es versucht, einen hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen.

2. Besetzung und Kontrolle

Wir sind über die gemeinsame Politik und Planlegung zur Durchführung der Bestimmungen der bedingungslosen Kapitulation übereingekommen, die wir gemeinsam dem nationalsozialistischen Deutschland auferlegen werden, nachdem der bewaffnete deutsche Widerstand endgültig gebrochen ist. Diese Bestimmungen werden erst bekanntgegeben werden, wenn die endgültige Niederwerfung Deutschlands vollzogen ist.

Gemäß dem in gegenseitigem Einvernehmen festgelegten Plan werden die Streitkräfte der drei Mächte je eine besondere Zone Deutschlands besetzen. Der Plan sieht eine koordinierte Verwaltung und Kontrolle durch eine Zentralkontrollkommission mit Sitz in Berlin vor, die aus den Oberbefehlshabern der drei Mächte besteht.

Es ist beschlossen worden, daß Frankreich von den drei Mächten aufgefordert werden soll, eine Besatzungszone zu übernehmen und als viertes Mitglied an der Kontrollkommission teilzunehmen, falls es dies wünschen sollte. Die Grenzen der französischen Zone werden von den vier beteiligten Regierungen durch ihre Vertreter bei der Europäischen Beratenden Kommission in gegenseitigem Einvernehmen festgelegt.

Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benutzt wer-

„Wir werden die Operation beginnen müssen, ohne auf Rokossowski zu warten. Es ist kein Unglück, wenn er ein paar Tage später beginnt."

Dann trat Stalin an seinen Schreibtisch, blätterte in den Papieren und zog einen Brief hervor.

„Da, lesen Sie."

Der Brief stammte von einem ausländischen Freund und berichtete von Geheimverhandlungen zwischen faschistischen Agenten und offiziellen Vertretern der westlichen Alliierten, aus denen ersichtlich war, daß die Nazis bereit waren, den Kampf gegen die Alliierten einzustellen, wenn diese einen Separatfrieden zu beliebigen Bedingungen eingehen würden.

In diesem Bericht hieß es weiter, die Alliierten hätten zwar diese Vorschläge zurückgewiesen, die Faschisten würden jedoch möglicherweise den Truppen der Westmächte den Weg nach Berlin öffnen.

„Na, was meinen Sie dazu?" wollte Stalin von mir wissen, sagte aber sofort, ohne meine Antwort abzuwarten: „Wahrscheinlich wird Roosevelt unsere Vereinbarung von Jalta nicht brechen, aber Churchill ist zu allem fähig."

Wie aus diesen Erinnerungen hervorgeht, gerät die Berliner Operation unter Zeitdruck. Stalins Vermutungen waren durchaus berechtigt, denn es bestand die Gefahr eines Separatfriedens im Westen mit dem Ziel, den Krieg gemeinsam gegen die Sowjetunion fortzusetzen.

Für die Verteidigung Berlins auf der östlichen Seite besteht seit dem **9.3.1945** ein *Grundsätzlicher Befehl für die Vorbereitungen der Verteidigung der Reichshauptstadt*, der als Auftrag formuliert: *Die Reichshauptstadt wird bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone verteidigt.* Der Verteidigungskampf wird in dem Befehl wie folgt näher ausgeführt:

←L 81

Mit den zur unmittelbaren Verteidigung der Reichshauptstadt zur Verfügung stehenden Kräften wird der Kampf um Berlin nicht in offener Feldschlacht ausgetragen, sondern im wesentlichen als Straßen- und Häuserkampf. Er muß mit
Fanatismus,
Fantasie,
mit allen Mitteln
der Täuschung,
der List,
und Hinterlist,
mit vorbereiteten
und aus der Not des Augenblicks geborenen
Aushilfen aller Art
auf
über und
unter der Erde
geführt werden.

Hierbei kommt es darauf an, die Vorteile des eigenen Landes und die voraussichtliche Scheu der meisten Russen vor dem ihnen fremden Häusermeer restlos auszunutzen. Die genauen Ortskenntnisse, die Nutzbarmachung der U-Bahn und des unterirdischen Kanalisationsnetzes, die vorhandenen Nachrichtenverbindungen, die vorzüglichen Kampf- und Tarnmöglichkeiten in den Häusern, der festungsmäßige Ausbau von Häuserblocks – insbesondere von Eisenbetonhäusern – zu Stützpunkten, machen den Verteidiger auch bei zahlenmäßiger und materieller Unterlegenheit gegenüber jedem Feinde unüberwindlich!

Der Feind, dem keine Minute Ruhe zu gönnen ist, muß sich in dem engmaschigen Netz der Widerstandsnester, Stützpunkte und Verteidigungsblocks verzehren und verbluten. Jedes verlorene Haus oder jeder verloren gegangene Stützpunkt sind sofort im Gegenstoß wiederzunehmen. Hierbei sind Stoßtrupps unter Ausnutzung der unterirdischen Gänge unbemerkt auch in den Rücken des Feindes zu führen, um ihn überraschend von rückwärts zu vernichten.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung Berlins ist jedoch, daß
jeder Häuserblock,
jedes Haus,
jedes Stockwerk,
jede Hecke,
jeder Granattrichter
bis zum äußersten verteidigt wird!

Es kommt garnicht darauf an, daß jeder Verteidiger der Reichshaupt-

den könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen sowie eine in gleichem Umfang erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; die Nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind.

Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.

3. Wiedergutmachung durch Deutschland

Wir haben die Frage des Schadens, den Deutschland in diesem Krieg den Vereinten Nationen zugefügt hat, erörtert und für Recht befunden, daß Deutschland in größtmöglichem Umfange verpflichtet wird, in gleicher Form Ersatz für den verursachten Schaden zu leisten. Eine Schadenersatz-Kommission wird eingesetzt werden. Diese Kommission wird angewiesen, die Frage des Umfangs und der Art und Weise der Wiedergutmachung des von Deutschland den alliierten Ländern zugefügten Schadens zu behandeln. Die Kommission wird in Moskau arbeiten.

Folke Bernadotte
Himmler sucht Kontakt mit Eisenhower

→L 82

Um drei Uhr in der Nacht wurde ich durch einen Telephonanruf des Gestapochefs von Flensburg geweckt. Er teilte mir mit, Brigadeführer Schellenberg müsse mich in einer sehr wichtigen Angelegenheit sprechen. Da ich zugesagt hatte, am nächsten Morgen ein anderes Lager in Jylland zu besuchen, das für die aus Deutschland fortgeschafften Skandinavier eingerichtet worden war, konnte ich erst später am Tag in Flensburg eintreffen. Dort kam ich dann erst um drei Uhr nachmittags mit Schellenberg zusammen.

Das war am 23. April.

Schellenberg ließ sogleich die Bombe platzen: „Mit Hitler ist es aus." Man rechnete damit, daß er höchstens noch ein paar Tage zu leben habe. Und doch hatte am selben Tag Dr. Goebbels verkündet, der Führer sei in Berlin eingetroffen, um die Verteidigung der Reichshauptstadt persönlich zu übernehmen.

Schellenberg erklärte mir die Lage:

„Himmler hat beschlossen, eine Begegnung mit General Eisenhower herbeizuführen, um ihm mitzuteilen, er sei bereit, die deutschen Streitkräfte an der Westfront kapitulieren zu lassen. Wären Sie geneigt, General Eisenhower eine solche Botschaft zu überbringen?"

Hierauf erwiderte ich:

„Es wäre klüger, wenn Himmler seine Wünsche an die schwedische Regierung richtete. Sie kann dann, wenn sie es für zweckmäßig erachtet, die Botschaft an die Vertreter der Westmächte weiterleiten. Ich selber bin unter keinen Umständen bereit, eine derartige Mitteilung an den Außenminister Günther zu richten, wenn Himmler zuvor nicht das Versprechen abgibt, daß auch die deutschen Streitkräfte in Norwegen und Dänemark kapitulieren. Übrigens zweifle ich sehr, ob die Alliierten eine Kapitulation nur an der Westfront annehmen werden. Und selbst wenn dies der Fall sein sollte, würde es eine persönliche Begegnung zwischen Himmler und Eisenhower nicht erforderlich machen. Es genügt, wenn Himmler dem deutschen Generalstab den Befehl zur Niederlegung der Waffen erteilt. Außer-

dem ist es, wie ich früher schon oft gesagt habe, ausgeschlossen, daß Himmler im künftigen Deutschland irgendeine Rolle spielen könnte. Es wäre nur denkbar, daß ihn die Alliierten bei der Durchführung der eigentlichen Kapitulation brauchen wollten."

Schellenberg erwiderte, er verstehe meinen Gesichtspunkt vollkommen. Er versprach mir, er werde seinem Chef davon Mitteilung machen, ehe wir uns wieder träfen. Wir setzten uns telephonisch mit Himmler in Verbindung und vereinbarten, daß wir uns im Laufe der nächsten Nacht in Lübeck treffen wollten, also in der Nacht vom 23. auf den 24. April.

Diese Nacht, mit ihrer unheimlichen Untergangsstimmung, werde ich zeitlebens nicht vergessen. Himmler langte in der Dienststelle der schwedischen Gesandtschaft in Lübeck gegen halb zwölf Uhr an. Im nächsten Augenblick begannen die Sirenen zu heulen. Ich fragte den Chef der Gestapo, ob er in den Schutzraum hinuntergehen wolle, machte ihn aber darauf aufmerksam, ich könne nicht dafür einstehen, daß wir dort allein wären; begreiflicherweise könnten wir anderen Personen, die im Hause wohnten, oder auch Passanten, nicht verwehren, im Keller Schutz zu suchen. Himmler zögerte einen Augenblick, dann entschloß er sich, hinunterzugehen. Mehrere Schweden und Deutsche befanden sich bereits im Schutzraum. Himmler unterhielt sich mit seinen Landsleuten, erkundigte sich nach ihrem Ergehen und versuchte sichtlich, die Stimmung im Volke zu erkunden. Es war ganz klar, daß ihn niemand erkannt hatte. Ich beobachtete ihn mehrmals während der Stunde, die wir im Schutzraum verbrachten. Er sah furchtbar ermüdet und nervös aus; augenscheinlich kämpfte er einen schweren Kampf, um äußerlich seine Ruhe zu bewahren.

Wieder heulten die Sirenen: der Fliegeralarm war vorbei. Wir verließen den Keller und begaben uns in ein Zimmer der Gesandtschaft, um die Fragen zu besprechen, die Himmler vorbringen wollte. Es war jetzt etwa halb ein Uhr nachts. Ein paar Kerzen flackerten mit matter Flamme auf dem Tisch, an dem wir saßen; das elektrische Licht funktionierte nicht.

„Hitler ist sehr wahrscheinlich schon tot", begann der Chef der Gestapo seinen Bericht über die Lage. Wenn es noch nicht so weit sei, dann werde er sicher im Laufe der nächsten Tage sterben. Der Führer hatte sich nach Berlin begeben, um gemeinsam mit der Bevölkerung seiner Reichshauptstadt den Tod zu erwarten. Berlin war eingekreist, sein Fall nur noch eine Frage von Tagen. Bei unseren drei früheren Begegnungen, fuhr Himmler fort, hätte ich ihm angedeutet, er solle mit dem Kriege Schluß machen. An und für sich habe er mir recht gegeben: Die Lage war ja hoffnungslos, der Krieg mußte aufhören, Deutschland mußte sich für besiegt erklären. Doch sei er bisher nicht imstande gewesen, den Treueid, den er seinem Führer geschworen hatte, zu brechen. Heute aber sei die Lage eine andere; Hitler sei möglicherweise schon tot. (. . .)

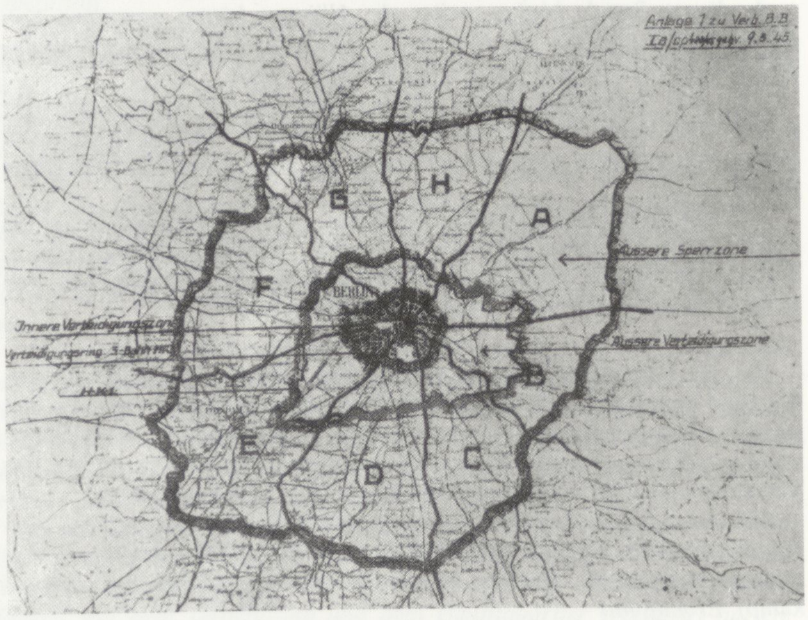
Himmler: „In der Lage, die nun entstanden ist, habe ich freie Hand. Um möglichst große Teile Deutschlands vor der russischen Invasion zu bewahren, bin ich bereit, an der Westfront zu kapitulieren, damit die Truppen der Westmächte so schnell wie möglich nach Osten vorrücken können. Dagegen bin ich nicht bereit, an der Ostfront zu kapitulieren. Ich bin immer ein geschworener Feind des Bolschewismus gewesen und werde es allzeit bleiben. Zu Beginn des Krieges habe ich verbissen gegen den deutsch-russischen Pakt gekämpft. Sind Sie bereit, eine Mitteilung dieser Art an den schwedischen Außenminister weiterzuleiten, damit er die Westmächte über meinen Vorschlag orientieren kann?"

Bernadotte: „Meines Erachtens ist es ganz unmöglich, eine Kapitulation an der Westfront durchzuführen und dann den Kampf an der Ostfront fortzusetzen. England und Amerika werden sich bestimmt auf keine Sonderabmachung mit Deutschland einlassen."

Himmler: „Ich begreife, wie unerhört schwierig das ist. Aber ich will auf alle Fälle einen Versuch machen, Millionen Deutsche vor einer russischen Besetzung zu retten."

Bernadotte: „Ich bin nur bereit, dem schwedischen Aussenminister Ihre Anfrage zu übermitteln, wenn Sie

stadt die Technik des Waffenhandwerks bis ins einzelne gut beherrscht, sondern vielmehr darauf,
daß
jeder Kämpfer
vom fanatischen Willen zum
KÄMPFEN-WOLLEN
beseelt und durchdrungen ist,
daß er weiß, daß die Welt mit angehaltenem Atem diesem Kampf zusieht und daß der Kampf um Berlin die Kriegsentscheidung bringen kann.



→B 37 Die Verteidigungszonen und -abschnitte Berlins am 9.3.1945

Der Verteidigungsplan gliedert Berlin und seine Umgebung in Zonen. Um das Zentrum herum sind drei ringförmige Verteidigungslinien gelegt: der S-Bahnring als innerer Verteidigungsring, die Stadtgrenze als Hauptkampflinie (HKL) und ein Sperring, der die weitere Umgebung Berlins umfaßt. Die drei Ringe schließen die äußere Sperrzone, die äußere und die innere Verteidigungszone ein. Ausgehend vom Alexanderplatz werden diese drei Ringzonen durch acht den Ausfallstraßen folgende Radialen in acht Sektoren, die Verteidigungsabschnitte A–H, unterteilt. Dazu kommt noch ein neunter, besonderer Verteidigungsabschnitt „Z" („Zitadelle"), der das Regierungszentrum in der Stadtmitte umfaßt.

Entlang der Verteidigungsringe und des Sperrings werden Panzersperren errichtet; werden diese durchbrochen, so ist innerhalb der Verteidi-
→L 83 gungszonen *um jede Straße, jeden Häuserblock, jede Ruine und jeden Meter Boden* zu kämpfen. Dabei sind die unterirdischen Gänge wie U-Bahn- und Kanalisationssysteme geschickt auszunutzen. Beim Rückzug aus den Sperr- und Verteidigungsabschnitten sollen Eisenbahn- und Straßenbrücken gesprengt werden. Während die die Angreifer schwächenden Verteidiger abschnittsweise ins Stadtzentrum zurückweichen, soll der *Volkskrieg im Rücken des Feindes* beginnen:

→L 84 *Hierzu sind in erster Linie Freiwillige einzusetzen, die von fanatischem Willen und Haß beseelt sind, den deutschen Heimatboden zur Hölle für den Bolschewisten werden zu lassen.*

Beim Kampf im Rücken des Feindes kommt es darauf an, mit allen Mitteln der Kriegslist und Verschlagenheit dem Feinde jeden nur erdenkbaren Schaden und Verlust zuzufügen. Unter Vermeidung des offenen Kampfes sind vor allem im Schutze der Nacht Überfälle aus dem Hinterhalt auf feindliche Versorgungs- und Nachschubtransporte, auf einzelne Melder und Kfz., Anschläge auf mangelhaft bewachte Lager, Brücken, Eisenbahnen und Gefechtsstände, und Sabotageakte an Nachrichtenverbindungen des Feindes durchzuführen.

Nirgends darf der Feind zur Ruhe kommen!

Als Schlupfwinkel dienen die zahlreichen Wälder in der nahen und weiteren Umgebung der Reichshauptstadt; sie bieten sich förmlich für einen Kleinkrieg im Rücken des Feindes an!

Dieser Kampf im Rücken des Feindes ist schwer. Er fordert vom einzelnen Kämpfer, der unter Umständen ganz auf sich allein gestellt ist, mehr Mut, Ausdauer und Entschlußkraft, als wenn er inmitten von Kameraden und unter fester Führung zum Angriff antritt. Wer tief hinter der feindlichen Front, auf einsamen Posten, die Heimat und das Reich durch rücksichtslosen Kampf ohne alle Hemmungen gegen den Feind verteidigt und ihm Schaden zufügt, wo es nur möglich ist, erfüllt höchste soldatische Pflicht.

Weiterhin werden genaue Anweisungen gegeben, wie mit Fremdarbeitern und Häftlingen, Urlaubern, Deserteuren, Plünderern usw. verfahren werden soll, um jedem Widerstand sofort begegnen zu können. Die *fliegenden Standgerichte* sprechen nur noch zwei Urteile aus, nämlich Freispruch oder Tod. *Bei allen Versprengten, die aufgegriffen werden, liegt* ←L 85 *der Verdacht auf Fahnenflucht nahe. Sie sind daher hart anzufassen und den Standgerichten zu übergeben.* Auch über das Freihalten der Verkehrswege für militärische Bewegungen werden genaue Anweisungen gegeben.

Der *Verteidigungsplan*, der in Wahrheit ein systematischer Zerstörungsplan für Berlin ist, wurde zwar erst lange nach der Kapitulation, 1965, veröffentlicht, war aber vor dem **2.5.1945**, dem Tag, an dem der Stadtkommandant von Berlin, Weidling, die Kapitulation für Berlin unterzeichnete, durchaus kein Geheimpapier. Der Plan sollte *geistiges Eigentum jedes* ←L 86 *eingeteilten Führers (einschließlich Volkssturm-Führer)* sein und die Alarmierung des *Verteidigungsbereiches Berlin* nicht nur über Funk, Telefon und Melder, sondern vor allem über den Rundfunk erfolgen. Während Reichsminister Goebbels die Bevölkerung auf diesem Wege zu unbedingtem Gehorsam den militärischen und zivilen Stellen gegenüber verpflichtet und den Werkschutz der Rüstungs- und Versorgungsbetriebe zu *rücksichtslosem Gebrauch aller Machtmittel* gegen *Provokateure oder aufsässige Ausländer* ermächtigt, genügt den *eingesetzten Führern* die Durchsage bestimmter Stichworte: *Clausewitz* alarmiert die Truppe bei *Feindannäherung*, *Kolberg* bedeutet, daß mit *Feindangriff zu rechnen* und *die volle Abwehrbereitschaft herzustellen* ist.

Für die Schlacht um Berlin, die das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) als Entscheidungsschlacht plant, werden im März und April neun Divisionen aus verschiedenen Kampfgebieten nach Berlin verlegt, 200 Volkssturmbataillone aufgestellt und speziell für den Straßenkampf ausgebildet sowie die Angehörigen der Hitlerjugend mit Panzerfäusten bewaffnet und den Panzerjägerabteilungen unterstellt. Im Verteidigungsabschnitt Z mit den Regierungsgebäuden, der Reichskanzlei, dem Sitz der Gestapo und dem Reichstagsgebäude werden Elitetruppen der Polizei und der SS nicht nur deutscher Nationalität zusammengezogen.

Auch die sowjetische Seite fertigt sich Karten und Modelle von Berlin an, um die Eroberung in allen Einzelheiten zu planen. Darüber berichtet Shukow in seinen Erinnerungen:

Während des ganzen Krieges war ich unmittelbarer Teilnehmer vieler ←L 87 *großer und wichtiger Offensiven, doch die bevorstehende Schlacht um Berlin war eine besondere, beispiellose Operation. Die Front mußte eine durchgehend gestaffelte Zone mächtiger Verteidigungslinien von der Oder bis zur stark befestigten Stadt durchbrechen. An den Zugängen von Berlin hatten wir eine große Gruppierung zu zerschlagen, damit wir die Hauptstadt des faschistischen Deutschlands nehmen konnten, um die sich der Gegner auf Leben und Tod schlagen würde.*

Als ich über die bevorstehende Operation nachdachte, kehrte ich in Gedanken wiederholt zu der großen Schlacht vor Moskau zurück, als die starken Stoßgruppierungen des Gegners sich im Vorgelände unserer Hauptstadt konzentrierten und unsere sich verteidigenden Truppen hart bedrängten. Ich kam immer wieder auf die einzelnen Episoden dieser Schlacht zurück und analysierte die Fehlschläge der kämpfenden Seiten. Wir wollten die Erfahrungen dieser komplizierten Schlacht in allen Einzelheiten beherzigen, um bei der bevorstehenden Operation keine Fehler zuzulassen. (. . .)

Während des bisherigen Krieges hatten wir noch keine so große und stark befestigte Stadt wie Berlin nehmen müssen. Diese Stadt erstreckte sich über fast 900 Quadratkilometer. Weitverzweigte unterirdische Anlagen boten dem Gegner große Möglichkeiten zum Manövrieren.

Unsere Aufklärungsflieger machten sechsmal Luftbilder von Berlin, vom ganzen Vorgelände und von den Verteidigungsstreifen. Nach diesen Luftbildern, Beutedokumenten und Verhören von Gefangenen wurden ausführ-

versprechen, daß auch Dänemark und Norwegen in die Kapitulation einbezogen werden."

Himmler antwortete, ohne sich zu bedenken, er sei dazu bereit und habe nichts dagegen einzuwenden, daß amerikanische, britische oder schwedische Truppen Dänemark und Norwegen besetzten, während die deutschen Truppen die Waffen streckten. Er machte nur einen einzigen Vorbehalt: Dänemark und Norwegen dürften nicht von russischen Truppen besetzt werden.

Ich fragte Himmler, was er zu tun gedenke, wenn sein Angebot zurückgewiesen werde.

„In diesem Fall", erwiderte er, „übernehme ich das Kommando eines Bataillons an der Ostfront und falle im Kampf."

Es ist allgemein bekannt, daß er diese Absicht nicht verwirklicht hat.

Nachdem ich nochmals darauf hingewiesen hatte, wie fraglich es sei, daß die Westmächte auf seinen Vorschlag eingingen, riet ich ihm dringend, an Außenminister Günther einen kurzen Brief zu schreiben, den ich dem Empfänger persönlich überreichen könnte, als einen sichtbaren Beweis dafür, daß Himmler die gewünschte Verbindung wirklich aufzunehmen trachte. Himmler erklärte sich mit meinem Verlangen sofort einverstanden. Er versicherte außerdem, er sei bereit, falls sich eine Begegnung zwischen Eisenhower und ihm arrangieren lasse, ungefähr folgende Erklärung abzugeben:

„Ich erkläre, daß die Westmächte die deutsche Wehrmacht besiegt haben. Ich bin bereit, an der Westfront bedingungslos zu kapitulieren. Ich bin ebenfalls bereit, die technische Durchführung einer Kapitulation der deutschen Streitkräfte in Dänemark und Norwegen zu diskutieren."

„Das war", sagte mir Himmler, „der bitterste Tag in meinem Leben."

Wir kamen überein, daß ich auf dem schnellsten Wege hach Schweden zurückkehren und Himmler durch Schellenbergs Vermittlung über das Ergebnis der Aktion auf dem laufenden halten sollte. (. . .)

Wir verließen das Gesandtschaftsgebäude gegen halb drei Uhr morgens. Himmler bestand darauf, selber am Steuer zu sitzen, um an die Ostfront zurückzufahren. Er kam nicht weit; schon beim Start raste er schnurstracks in den Stacheldrahtzaun hinein, der die Villa umgab. Wir hatten alle erdenkliche Mühe, den Wagen wieder flottzumachen. (. . .)

Am Morgen kehrte ich mit Schellenberg nach Flensburg zurück. Er berichtete, Himmler habe mit ihm noch seine eventuelle Begegnung mit Eisenhower durchbesprochen und dabei versucht, sich in den Verlauf dieser Begegnung hineinzuversetzen; er habe sich gefragt, ob er sich wohl vor dem Oberbefehlshaber der Alliierten verbeugen und ihm die Hand drücken sollte.

Am selben Vormittag reiste ich mit einem Ambulanz-Flugzeug nach Kopenhagen und von dort weiter nach Stockholm. Bei Kastrup erwartete mich der schwedische Gesandte Dardel. Ich berichtete ihm alles, was sich zugetragen hatte. Die Verbindung zwischen Stockholm und Schellenberg sollte nämlich über Schwedens Gesandten in Kopenhagen und weiter über Attaché Lewenhaupt gehen, den ich gebeten hatte, in Aabenraa zu verbleiben.

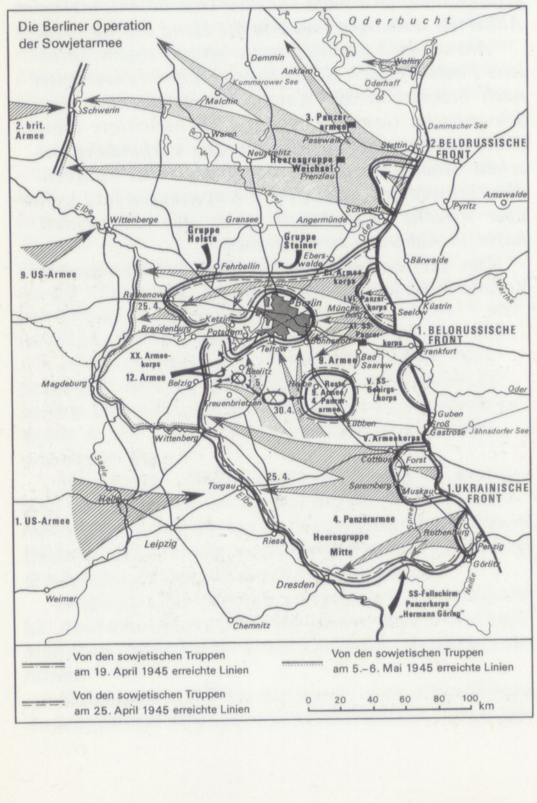
Das Treffen zwischen Himmler und Eisenhower konnte nicht mehr stattfinden.

Das Modell Berlins der Roten Armee vom März 1945, aufgehoben im „Museum für die bedingungslose Kapitulation" in Karlshorst ←B 38

liche Schemata, Geländepläne und Karten angefertigt, mit denen wir alle Kommandeure und Stäbe bis zu den Kompanien versorgten.

Pioniere fertigten ein genaues Modell der Stadt und der Vororte an, das bei der Entscheidung von Fragen benutzt wurde, die mit der Organisation der Offensive, dem Sturm Berlins und den Kämpfen in der Stadt zusammenhingen.

Vom 5. bis zum 7. April führten wir eine Beratung und ein Kriegsspiel anhand von Karten und des Modells der Stadt durch.

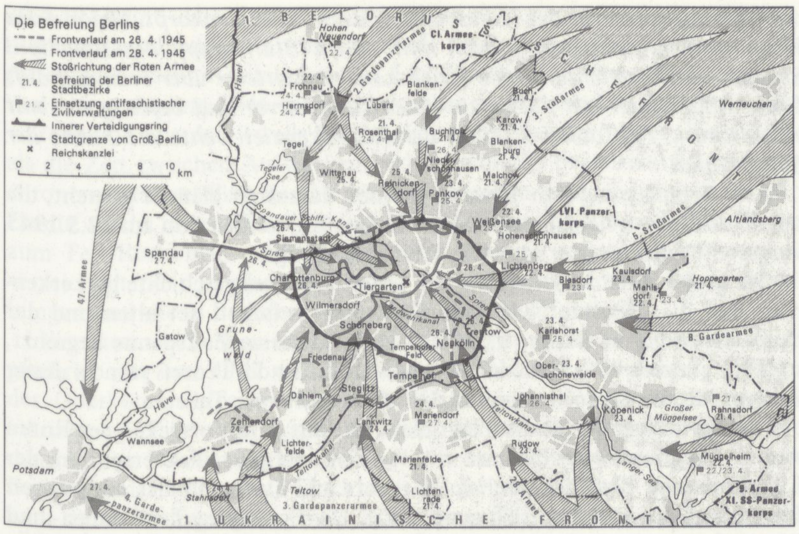


←B 39

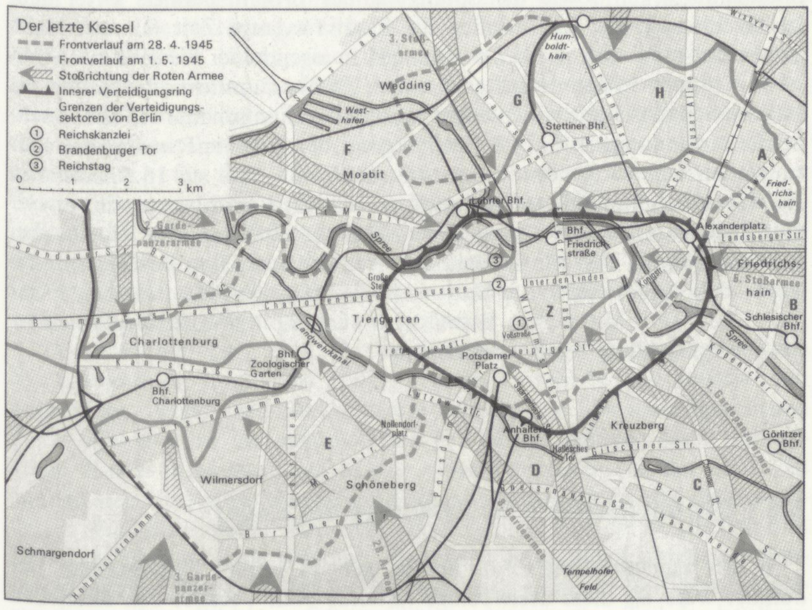
Am **20.4.1945** wird Berlin mit dem Stichwort *Clausewitz* in den Verteidigungszustand versetzt und damit die gesamte Vollzugsgewalt dem Stadtkommandanten, General Helmuth Weidling, übertragen. In der folgenden Nacht werden die letzten amerikanischen Bombenangriffe geflogen. Am **21.4.** stößt im Norden Berlins die 1. Belorussische Front in den Bezirken Lichtenberg, Niederschönhausen und Frohnau auf den äußeren Verteidigungsring und beginnt mit dem Artilleriebeschuß der Stadt. Am **22.4.** erobert die Rote Armee die ersten Berliner Stadtteile: Lichtenberg und Weißensee, am **23.4.** folgen Frohnau, Pankow und Köpenick, am **24.4.** Neukölln, Zehlendorf und Tempelhof, während in Hermsdorf bereits der erste Bezirksbürgermeister vom sowjetischen Kriegskommandanten eingesetzt wird. Am **25.4.** erhalten Karlshorst und am **26.4.** Zehlendorf ihre neuen Bezirksbürgermeister. Nachdem am **27.4.** in Schöneberg, Kreuzberg, Charlottenburg und Tempelhof der innere Verteidigungsring durchbrochen wird, ernennt am **28.4.** das Kommando der Roten Armee Generaloberst Nikolai Bersarin zum neuen Stadtkommandanten Berlins. Am **2.5.** unterzeichnet Helmuth Weidling die Kapitulationsurkunde für Berlin.

Über diese 13 Tage berichtet Georgi Konstantinowitsch Shukow:

Je weiter wir aber in die Stadt vordrangen, desto stärker setzte sich der Gegner zur Wehr. Die Erbitterung nahm auf beiden Seiten zu. Der Gegner besaß eine durchgehende Verteidigung und nutzte alle Vorteile, die ihm die Stadt gegenüber den Angreifern bot. Die vielstöckigen Gebäude mit ihren starken Mauern und besonders die Luftschutzkeller, Bunker und unterirdischen Gänge spielten eine große Rolle. Der Gegner konnte mit sei- →L 88



←B 40



←B 42

nen Truppen unter der Erde manövrieren, von einem Häuserviertel zum anderen gelangen und sogar in unserem Rücken auftauchen.

Die Spree mit ihren steilen, befestigten Ufern teilte Berlin und umschloß zusammen mit dem Landwehrkanal schützend einen Großteil der Innenstadt mit den Ministerien und anderen wichtigen Gebäuden. Manche Häuser wurden von einem ganzen Bataillon verteidigt.

Wir richteten alle unsere Anstrengungen darauf, dem Gegner die Möglichkeit zu nehmen, eine Verteidigung in neuen Stützpunkten aufzubauen. Unsere Gefechtsanordnungen kämpften gestaffelt. Tagsüber griff die erste Staffel an, nachts die zweite.

Der vorbereiteten und in allen Einzelheiten festgelegten Verteidigung Berlins stellten wir einen genau ausgearbeiteten Spezialplan für unsere Offensive entgegen.

Jede Armee, die Berlin stürmte, bekam vorher ihre Angriffsstreifen zugewiesen. Die Truppenteile und Einheiten hatten konkrete Straßen, Plätze und Objekte zu nehmen. Die Straßenkämpfe in der Stadt erschienen nur wie ein Chaos. Tatsächlich erfolgte unsere Offensive nach einem sorgfältig durchdachten System. Die wichtigsten Objekte der Stadt waren einem vernichtenden Feuer ausgesetzt.

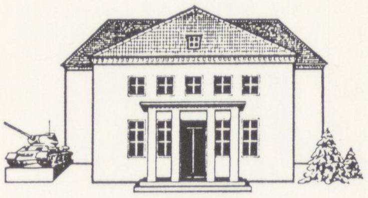
Die Hauptlast des Gefechts im Stadtkern übernahmen Sturmgruppen und -abteilungen, die aus allen Waffengattungen zusammengesetzt waren.

Das Ziel der Straßenkämpfe bestand darin, dem Gegner die Möglichkeit zu nehmen, seine Kräfte zu massieren. Wir wollten die Garnison in einzelne Herde aufspalten und vernichten. (...)

Der letzte Kampf um die Reichskanzlei, den die 301. und die 248. Schützendivision führten, war sehr schwer. An den Zugängen und innerhalb des Gebäudes gab es äußerst heftige Gefechte. Durch besondere Kühnheit trat

→B 41 Anna Wladimirowa Nikulina, eine der 800.000 Frauen, die als Freiwillige in der Roten Armee kämpften. Sie setzt am Mittag des 2.5.1945 eine rote Fahne auf das Dach der Reichskanzlei und beendet damit symbolisch den 2. Weltkrieg in Europa am selben Ort, von dem er knapp 6 Jahre zuvor ausgegangen ist. Ihre aufgeschriebenen Erinnerungen sind bisher noch nicht übersetzt worden

Министерство обороны СССР



Музей
ИСТОРИИ БЕЗОГОВОРОЧНОЙ
капитуляции
ФАШИСТКОЙ ГЕРМАНИИ
В ВОЙНЕ 1941-1945 г.г.

→B 43 Briefkopf des „Museums für die bedingungslose Kapitulation" in Berlin-Karlshorst

→B 44 Anna Wladimirowna Nikulina bei einem ihrer Besuche in Karlshorst

die Oberinstrukteurin der Politabteilung des 9. Schützenkorps, Major Anna Wladimirowna Nikulina, hervor. Mit einem Sturmtrupp des Bataillons Schapowalow erreichte sie die Reichskanzlei, kletterte über Trümmer aufs Dach, holte unter der Jacke ein rotes Tuch hervor und befestigte es mit →S.59 *einem Stück Telefonkabel. Über der Reichskanzlei wehte die Fahne der Sowjetunion!*

Auf Veranlassung von Bersarin werden daraufhin Männer gesucht, die bereit sind, einen neuen Magistrat zu bilden. Sie werden ihm am **12.5.1945** vorgestellt und von ihm am **14.5.** offiziell bestätigt.

Die grobe Zusammenstellung der Daten zur Stadtgeschichte läßt erkennen, daß die „Stunde Null", die Nahtstelle zwischen der alten und der neuen Ordnung in Berlin, nicht nur auf eine kurze Zeitspanne begrenzt, sondern ein sich über etwa drei Wochen hinziehender Prozeß war. In dieser Zeit zerfällt die Stadt in voneinander scharf getrennte Teile.

Die Zerteilung der Stadt hängt nicht nur mit dem Vorrücken der Roten Armee zusammen. Sie beginnt mit der Errichtung der Panzersperren, der Einschränkung des öffentlichen Verkehrs am **21.4.** und der endgültigen Einstellung des U-Bahnverkehrs am **26.4.** Die Sprengung der Straßen- und Eisenbahnbrücken sowie die Sprengung des U-Bahn-Tunnels unter dem Landwehrkanal am **2.5.** machen die Stadt für lange Zeit nur mit Mühe passierbar, ohne daß diese Zerstörungen in irgendeiner Weise die sowjetischen Truppen hätten aufhalten können. Zu der räumlichen Isolierung der einzelnen Stadtgebiete voneinander kommt der Zusammenbruch aller Nachrichtenverbindungen. Am **4.5.1945** beginnt der Berliner Rundfunk wieder zu senden, am **13.5.** fährt die erste Straßenbahn, und am **15.5.** erscheint die erste deutschsprachige Tageszeitung nach der Kapitulation, die von der sowjetischen Armee herausgegebene „Tägliche Rundschau". Sie gibt den 2. Befehl Nikolai Bersarins bekannt, der es der deutschen Bevölkerung erlaubt, sich wieder frei in der Stadt zu bewegen, jedoch nur zwischen 5 Uhr und 22.30 Uhr. Mit diesem Befehl wird auch die mit Kriegsbeginn eingeführte Verdunklung Berlins aufgehoben.

2.3.1 Die unterschiedliche Erfahrung des Endes

In der neueren Geschichte Berlins gibt es keinen Zeitabschnitt, der dunkler wäre als diese dreiwöchige „Stunde Null". Außer den offiziellen Wehrmachtsberichten und dem, was auf beiden Seiten bei den Generalstäben aufgezeichnet wurde, fehlen öffentliche Informationen. Nicht einmal die Wetterlage der einzelnen Tage läßt sich heute ohne weiteres rekonstruieren. Die wahrscheinlich einzigen schriftlichen Quellen, die die Wirklichkeit dieser nicht nur für die Geschichte Berlins einschneidenden und sie radikal verändernden Tage festhalten, sind Tagebücher, Briefe oder unmittelbar danach aufgezeichnete Erinnerungen, in denen im Schutz der Privatheit das Geschehen in der unmittelbar erfahrenen Umgebung notiert wurde. Fotografieren war verboten, und selbst das bloße Protokollieren konnte lebensgefährlich werden. Diese Dokumente bleiben zwar der Biografie und den besonderen Umständen des einzelnen verhaftet, doch sind sie auch allgemeine Zustandsbeschreibungen, so daß sich, stellt man einige der Aufzeichnungen nebeneinander, schemenhaft ein Bild abzeichnet, das über die einzelne Person hinausweist. Sie bestätigen sich zum Teil, doch läßt sich aus ihnen ablesen, daß die unterschiedlichen Erfahrungen, bei aller Ähnlichkeit, nicht nur mit der persönlichen Befindlichkeit der Schreibenden, mit ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Alter oder Geschlecht zusammenhängen, sondern auch von dem Ort abhängen, an dem sie sich befinden und ihre Notizen machen. Keines dieser Dokumente kann den Anspruch erheben, stellvertretend für die Situation der ganzen Stadt zu stehen, auch wenn sich aus allen dasselbe herauslesen läßt: So setzt sich aus ihnen die Beschreibung eines Kollektiverlebnisses zusammen, das sich für jede Einzelperson in einem tiefen Schnitt zwischen dem Alltag des Kriegsendes und dem des Aufbaus in der Nachkriegszeit ausdrückt. In Berlin ist dies vor allem eine Erfahrung von Frauen.

Wir haben aus den uns zugänglichen gedruckten und ungedruckten Aufzeichnungen fünf ausgewählt, die uns für eine Chronologie der beschriebenen drei Wochen geeignet erschienen. Wir zitieren auszugsweise und montieren die Texte zu einem gemeinsamen Tagebuch. Die Tage zwischen dem

20.4.1945 und dem **14.5.1945** werden so aus unterschiedlichen Perspektiven an verschiedenen Orten der Stadt beschrieben. Die hier zusammengestellten Ausschnitte stammen aus drei Tagebüchern, einer Briefsammlung und einem Anfang **1946** niedergeschriebenen Bericht. Die Beschreibungen wurden von uns den jeweils beschriebenen Tagen zugeordnet, die wir hier als die Zeit zwischen Aufwachen und Einschlafen begreifen, also nicht im chronometrischen Sinn der 24 Stunden zwischen 0.00 Uhr und 24.00 Uhr. Damit weicht unsere Textordnung bisweilen von der authentischen ab, wo zum Teil Rückblicke unter dem Datum, an dem sie geschrieben wurden, verzeichnet oder in einen laufenden Text eingestreut sind. Die Beschreibungen sind alle in Buchform oder Zeitungen veröffentlicht.

Eine unserer Quellen ist ein **Anfang 1946** in englischer Gefangenschaft ←L 89 geschriebener und **1947** veröffentlichter Bericht eines ehemaligen Offiziers des Oberkommandos des Heeres (OKH), dessen Dienststelle in den beschriebenen Tagen von Zossen im Süden Berlins nach Potsdam-Eiche und dann in den Bunker der Reichskanzlei in der Voßstraße verlegt wird. Sein Bericht endet mit seiner Flucht aus Berlin am **2.5.1945**. Dieser Bericht wird durch die Tagebücher bzw. Briefe eines Psychologen aus Zehlendorf; ←L 90 einer etwa 30jährigen, journalistisch erfahrenen und anonym gebliebenen ←L 91 Frau, deren Beschreibungen sich im südöstlichen Kreuzberg an der Hasenheide lokalisieren lassen; einer Journalistin, die in der Wundtstraße in ←L 92 Charlottenburg wohnt und die Verbindung zu ihren Bekannten in Friedenau und Dahlem aufrechterhält, sowie eines 16jährigen Hitlerjungen, der ←L 93 sich kämpfend und fliehend im Stadtzentrum bewegt, ergänzt. Dazu kommt noch für den **12.5.1945** die Aufzeichnung einer Frau, deren ←L 94 Beschreibung des Stadtzentrums die Berichte des Offiziers und des Hitlerjungen, die am **2.5.1945** enden, fortsetzt. Durch die Orts- und die Tagesangaben lassen sich die einzelnen Textauszüge in den hier verwiesenen Quellen leicht auffinden, so daß wir auf einen detaillierteren Quellenverweis der einzelnen Zitate verzichten können.

Die Beschreibungen sind für die einzelnen Tage nach einem auf die Stadt bezogenen räumlichen Prinzip von der Peripherie zum Zentrum hin angeordnet. Außer dem Stadtzentrum erfassen die hier wiedergegebenen Texte allerdings nur den südwestlichen Teil Berlins, den von der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Konew eingenommenen Teil der Stadt. Es handelt sich hierbei um überwiegend bürgerliche Stadtteile, und die geschilderten Erlebnisse lassen sich nicht ohne weiteres auf die nördlichen und östlichen Stadtteile wie Wedding, Prenzlauer Berg oder Lichtenberg übertragen. Vergleichbares Material stand uns jedoch nicht zur Verfügung. Andererseits machen die hier erfaßten Gebiete einen großen Teil des heutigen Berlin (West) aus.

Um ein Gesamtbild zu vermitteln, wären zusätzlich noch ähnliche Beschreibungen aus der Perspektive der kämpfenden Soldaten beider Seiten, der sich massenhaft in der Stadt befindenden Fremdarbeiter oder der sich in verschiedene Richtungen bewegenden Flüchtlinge erforderlich. Dennoch erfassen die fünf Berichte ein systematisches Spektrum. Sie stammen einerseits von zwei an den Kämpfen direkt Beteiligten, einem Mann in der Befehlszentrale, der den Überblick über das Kampfgeschehen herstellen soll, und einem Hitlerjungen, der um sein Überleben kämpft, andererseits von zwei Beobachtern, einem Mann und einer Frau, die auf Grund ihres Wohnortes Posten beziehen können: Für ihn ist der Krieg in Zehlendorf schon am **24.4.1945** beendet, sie wohnt in einem Teil der Stadt, der, obwohl er im inneren Verteidigungsring liegt, erst nach Unterzeichnung der Kapitulation von der Roten Armee besetzt wird, ohne daß er erkämpft werden mußte.

Zwischen diesen beiden Positionen der Akteure und Beobachter befindet sich die Frau aus Kreuzberg, die, in der inneren Verteidigungszone an der großen Grünfläche der Hasenheide wohnend, seit dem **27.4.1945** mit der vor ihrem Haus biwakierenden Armee konfrontiert ist. Sie ist Betroffene, Handelnde und Beobachtende zugleich. Indem sie in einem Berliner Mietshaus aushält, selbst also den Ort kaum verläßt, beobachtet sie am umfassendsten die täglichen Veränderungen. Ihre zwar gedruckten, aber nur schwer unauffindbaren Aufzeichnungen haben uns zu diesem Versuch einer Montage aus mehreren Aufzeichnungen veranlaßt.

20.4.1945 Freitag

OKH Zossen. *Am 20. April, Hitlers 56. Geburtstag, stoßen die Russen zwischen Guben und Forst nach Nordwesten vor und erreichen in den Abendstunden bereits den Spreewald. Das OKH schickt daraufhin seine letzte persönliche Kampfreserve, die in einer verstärkten, gut ausgerüsteten Schwadron von etwa 250 Mann besteht, dem Feind nach Luckau, 25 Kilometer südlich von Zossen, entgegen. Also 250 Mann gegen Hunderte von russischen Panzern und Flugzeugen. Um 6 Uhr früh des darauffolgenden Tages weckt mich ein Telephonanruf des Führers dieser Schwadron, Oberleutnant Kränkel. Er war selbst am Apparat: „Etwa 400 russische Panzer sind an uns vorbeigestoßen. Um 7 Uhr greife ich an." Das war für unser Hauptquartier und für Berlin der gefährlichste Stoß. Reserven gab es nicht mehr. Wenk stand an der Elbe im Kampf mit den Amerikanern. Um 9 Uhr wieder ein Anruf von Kränkel: „Eigener Angriff unter starken eigenen Verlusten gescheitert. Eigene Panzeraufklärung meldet weiteres Vordringen feindlicher Panzer nach Norden." Also auf Berlin und damit auch auf Zossen. Der Chef gibt diese Meldung sofort weiter an die Reichskanzlei. Jetzt muß endlich eine Entscheidung über die Verlegung des Hauptquartiers fallen. Aber Hitler zögert immer noch. Bald darauf erreicht uns die Nachricht, daß der Russe nördlich Berlin vorbeigestoßen ist und Oranienburg genommen hat. Diese Neuigkeiten verbreiten sich wie ein Lauffeuer. Ich kann den Hörer kaum noch aus der Hand legen, immer wird dieselbe Frage wiederholt: „Findet die Lage heute trotzdem noch statt?" Ich antworte immer dasselbe: „Lage wie gewöhnlich um 11 Uhr." Gegen den Befehl des Chefs lasse ich jedoch alles für einen überstürzten Abmarsch vorbereiten. Kurz vor Beginn der Besprechung geht es in meinem Zimmer zu wie in einem Bienenstock. Melder, Schreiber und Ordonnanzoffiziere kommen und gehen. Die Unterhaltung der Generale und Obersten ist so laut, daß ich mehrfach um Ruhe bitten muß, um am Telephon noch etwas verstehen zu können. Wenige Minuten vor 11 Uhr wird es im Zimmer auf einmal so still, daß man eine Stecknadel hätte fallen hören können. Da ist es schon wieder, dieser heisere, bellende Knall. Wer einmal draußen an der Front war, kennt dieses Geräusch nur zu gut. Wir sehen uns an, dann unterbricht einer die Stille: „Das sind die russischen Panzer bei Baruth. Zehn oder vielleicht auch zwölf Kilometer sind es noch, denke ich." Ein anderer meint: „In einer halben Stunde können sie wohl hier sein." General Krebs tritt aus seinem Zimmer: „Darf ich bitten, meine Herren." Die letzte Lagebesprechung im deutschen Hauptquartier hat begonnen. Ich werde herausgerufen. Da steht Kränkel, abgehetzt, verdreckt. Eine Handvoll Fahrzeuge und 20 Mann, das ist alles, was von einer Schwadron übriggeblieben ist. Baruth ist von den Russen genommen, dort stehen von uns nur noch zwei Flakgeschütze, einige 20 Soldaten und etliche Volkssturmmänner. Der Russe ist vorläufig stehengeblieben. Ob ich noch irgendwelche Befehle für ihn hätte, fragt er zum Schluß. „Ja", sage ich, „halten Sie sich und Ihre paar Leute und Fahrzeuge einsatzbereit." Dann gehe ich wieder in das Lagezimmer und berichte dem General. Er läßt sich sofort mit Hitler verbinden, um ihn noch einmal eindringlich zu bitten, das Hauptquartier verlegen zu dürfen. Hitler lehnt ab. Auf den Gesichtern der sich verabschiedenden Offiziere steht deutlich ein Gedanke zu lesen: Also russische Gefangenschaft.*

Zehlendorf/Lichterfelde. *Die Verkehrsstufe II ist übersprungen. Nur noch die wenigen Besitzer der roten Karten dürfen fahren. Für einen Monat im voraus sollen Fleisch, Fett, Graupen eingekauft werden. Berlin zerrt nervös an der Kette. Die Läden werden gestürmt. Um vier Uhr morgens, gleich nach dem Alarm, haben sich die ersten angestellt. Es ist eine laute, murrende Reihe geworden. Drohungen springen auf. Die Apathischsten werden glühend. Das ist anders als bisher. Das Drahtgeflecht der künstlichen Disziplin knackt. Zum ersten Male seit Ewigkeiten knistert ein eigener Wille. Nur, weil der angekündigte Einlagerungsspeck noch nicht da ist? Oder weil es Zeit ist, endlich Zeit ist?*

Der Galgen geht um. Draußen, in Lichterfelde, ist eine Frau an die Säule der Schule gebunden, die Flüchtlingslager ist. Sie soll heute abend hingerichtet werden. „Ich habe Flüchtlinge bestohlen" steht auf dem Plakat, das man ihr umgehängt hat.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Freitag ging noch das Telefon. Mein Berliner Rad war repariert; ich wollte seit dem Fahrverbot (. . .) zum erstenmal zu Manholts und hatte außerdem eine Verabredung mit einem jungen Mann vom A.A. (. . .), der seine Dienststelle neuerdings in Dahlem hatte. Der junge Mann wollte mir ein neu erschienenes Atlantisheft geben, in dem der Anfang meiner Reise durch USA steht, und ich wollte ihm zwei Kurierbriefe bringen, einen für Sibilla, von dem ich fürchte, daß er nie ankommt. Der junge Mann war aber von der Wilhelmstraße, in die man nurmehr mit Passierschein gelangte, nicht zurück, und während ich wartete, hieß es, sein Zimmer werde gerade mit SS besetzt, was ich nicht sehr gemütlich fand. So zog ich wieder nachhause.*

Hasenheide, Kreuzberg. *Ja, der Krieg rollt auf Berlin zu. Was gestern noch fernes Murren war, ist heute Dauergetrommel. Man atmet Geschützlärm ein. Das Ohr ertaubt, es hört nur noch die Abschüsse schwerster Kaliber. Eine Richtung ist längst nicht mehr auszumachen. Wir leben in einem Ring von Rohren, der sich stündlich verengt.*

Zwischendurch Stunden von unheimlicher Lautlosigkeit. Plötzlich fällt einem der Frühling ein. Durch die brandschwarzen Ruinen der Siedlung weht in Schwaden Fliederduft aus herrenlosen Gärten. Der Akazienstumpf vor dem Kino schäumt über von Grün. (. . .)

Wieder oben in der Dachwohnung. Das Zuhause ist sie nicht. Ich hab keins mehr. Wohl war auch die möblierte Stube, die mir weggebombt wurde, nicht mein. Immerhin hatte ich sie im Lauf von sechs Wohnjahren mit meiner Lebensluft erfüllt. Mit meinen Büchern und Bildern und den hundert Sachen, die man um sich häuft. Mein Seestern vom letzten Friedenssommer auf Norderney. Der Kelim, den Gerd mir aus Persien mitgebracht hatte. Die verbeulte Weckeruhr. Fotos, alte Briefe, die Zither, meine Münzen aus zwölf Ländern, die angefangene Strickerei – all die Andenken, Häute, Schalen, Ablagerungen, der warme Trödel gelebter Jahre.

Jetzt, wo alles weg ist und mir nur ein Handkoffer mit Kleiderkram bleibt, fühle ich mich nackt und leicht. Weil ich nichts mehr habe, gehört mir alles. Zum Beispiel diese fremde Dachwohnung. Das heißt, ganz fremd ist sie nicht. Wohnungsinhaber ist ein ehemaliger Kollege von mir. Ich war öfters hier zu Gast, als er noch nicht eingezogen war. Wir tätigten zeitgemäße Geschäfte miteinander: seine dänischen Fleischkonserven gegen meinen französischen Kognac; meine französische Seife gegen die Strümpfe, die er über Prag bekam. Ich konnte ihm noch eben meine Ausbombung mitteilen und bekam Erlaubnis, hier einzuziehen. Zuletzt hat er sich aus Wien gemeldet, wo er bei einer Zensurstelle der Wehrmacht saß. Wo er jetzt ist –? Jedenfalls sind Dachwohnungen wenig gefragt. Außerdem regnet es durch, da die Ziegel zum Teil zertöppert sind oder weggepustet.

Ich finde keine Ruhe hier oben, trabe immerfort durch die drei Räume. Systematisch habe ich alle Schränke und Schübe nach Brauchbarem abgesucht, das heißt nach Eßbarem, Trinkbarem, Brennbarem. Leider fast nichts gefunden. Da hat die Frau Weiers, die hier saubermachte, wohl vorgearbeitet. Jetzt gehört alles allen. Man ist nur noch lose mit den Dingen verbunden, unterscheidet nicht mehr klar zwischen eigenem und fremdem Besitz. (. . .)

Das Radio ist seit vier Tagen tot. Wieder mal merkt man, was für zweifelhafte Sachen uns die Technik beschert hat. Sie haben keinen Wert an sich, sind nur bedingt wertvoll, solange man sie irgendwo einstöpseln kann. Brot ist absolut. Kohle ist absolut. Und Gold ist Gold, in Rom oder Peru oder Breslau. Dagegen Radio, Gasherd, Zentralheizung, Kochplatte, die ganze große Bescherung der Neuzeit – sinnloser Ballast, wenn die Zentrale versagt. Wir sind zur Zeit auf dem Rückmarsch in vergangene Jahrhunderte. Höhlenbewohner.

Zwei Stunden später. Das Gas brennt mit sterbendem Flämmchen. Seit Stunden stehen die Kartoffeln darauf. Die armseligste Schnapskartoffel im Land, sie zerfällt zu Matsch und schmeckt nach Pappe. Eine davon hab ich halb roh geschluckt. Seit heute früh schon stopfe ich mich voll. Hab bei Bolle die hellblauen Milchmarken eingelöst, die Gerd mir zu Weihnachten geschickt hat. Es war höchste Zeit. Die Verkäuferin schöpfte schon aus schräg gehaltener Kanne und sagte, nun komme keine Milch mehr nach Berlin. Das heißt Kindertod. (. . .)

Freitag, schätzungsweise 19 Uhr. Hab schnell noch eine letzte Fahrt auf der Straßenbahn gemacht, Richtung Rathaus. Wummern und Rollen, pausenloses Gewitter der Geschütze. Kläglich schrie die Schaffnerin dagegen an. Ich fraß die Gesichter der Menschen ringsum. Es steht alles darin, was niemand ausspricht. Wir sind ein Volk von Stummen geworden. Bloß im vertrauten Keller sprechen die Menschen noch miteinander. Wann werde ich wieder mit der Bahn fahren? Ob überhaupt je? In dem Zeitungsblatt steht, daß ab morgen die Fahrausweise der Stufen I und II, mit denen sie uns die letzten paar Wochen gepiesackt haben, ungültig werden – daß bloß noch Inhaber der roten Karte von Stufe III die Verkehrsmittel benutzen dürfen. Also einer von vielleicht vierhundert, also keiner, also Schluß.

Kalter Abend, trockene Wasserhähne. Immer noch kochen meine Kartoffeln auf dem winzigen Gasflämmchen. Ich kramte so herum, füllte Erbsen, Graupen, Mehl und Kaffee-Ersatz in Tüten, die ich in einem Karton verstaute. Wieder ein Stück Kellergepäck mehr zu schleppen. Hab alles nochmals aufgeschnürt, als mir einfiel, daß ich das Salz vergessen hatte. Ohne Salz kann der Körper nicht bestehen, wenigstens nicht für lange Zeit. Und auf lange Kellerhaft müssen wir uns wohl einrichten.

Freitag, 23 Uhr, im Keller, bei Petroleumlicht, mein Schreibheft auf den Knien. – Gegen 22 Uhr fielen hintereinander drei oder vier Bomben. Gleichzeitig heulte die Sirene los. Es heißt, daß sie nun mit Handbetrieb geht. Kein Licht. Im Finstern treppab wie seit Dienstag. Man tappt und rutscht. Irgendwo schnarrt ein kleiner Handdynamo und wirft Schattenriesen auf die Wand des Treppenhauses. Der Wind bläst durch die zerbrochenen Scheiben und klappert mit den Verdunklungsrollos, die keiner mehr herabläßt – wozu auch?

Füße schurren, Koffer ecken an. Lutz Lehmann schreit „Mutti!" Der Weg führt über die Straße zum Seiteneingang, dann Stufen abwärts, durch einen Gang, über ein Hofquadrat mit Sternen darüber und dem Hornissengesumm der Flugzeuge. Nochmals Stufen abwärts, Schwellen, Gänge. Endlich, hinter einer zentnerschweren, mit zwei Hebeln verschließbaren, gummigeräderten Eisentür unser Keller. Amtlich Schutzraum geheißen. Von uns Höhle, Unterwelt, Angstkatakombe, Massengrab genannt.

Ein Wald von Stämmen, nur roh entrindet, stützt die Decke. Selbst in dieser eingesperrten Luft riechen sie harzig. Der alte Schmidt, Gardinenschmidt, quatscht allabendlich von statischen Berechnungen, nach denen der Balkenwald auch dann standhalten soll, wenn das Haus herunterkommt. Das heißt,

wenn die Trümmermassen in bestimmten Fallwinkeln und Gewichtsverhältnissen stürzen. Der Hauswirt, der das ja wissen müßte, kann uns nicht Rede stehen. Er hat sich nach Bad Ems abgesetzt und ist bereits Amerikaner.

Das Kellervolk hier im Haus ist jedenfalls überzeugt, daß seine Höhle eine der sichersten sei. Nichts Fremderes als ein fremder Keller. Ich gehöre nun seit fast drei Monaten dazu und fühle mich trotzdem noch fremd. Jeder Keller hat andere Tabus, andere Ticks. In meinem alten Keller hatten sie den Löschwassertick. Allerorten stieß man sich an Kannen, Eimern, Töpfen, Fässern, in denen eine trübe Brühe stand. Trotzdem ist das Haus wie eine Fackel heruntergebrannt. Die ganze Löschbrühe wäre so viel gewesen wie einmal hineingespuckt.

Frau Weiers hat mir erzählt, daß in ihrem Keller der Lungentick grassiert. Sobald die erste Bombe fällt, beugen sich alle vornüber und atmen ganz flach, wobei sie die Hände gegen den Leib pressen. Irgend jemand hat ihnen gesagt, das verhindere Lungenrisse. Hier in diesem Keller haben sie den Mauertick. Alle sitzen sie mit dem Rücken gegen die Außenmauer. Bloß unter der Luftklappe ist eine Lücke in der Reihe. Bummst es, so kommt der Tüchertick hinzu: Alle winden sich ein bereitgehaltenes Tuch um Mund und Nase und verknoten es am Hinterkopf. Das hab ich noch in keinem Keller gesehen. Ich weiß nicht, wogegen der Lappen helfen soll. Aber wenn es ihnen guttut –!

Sonst das übliche Kellervolk auf den üblichen Kellerstühlen, unter denen vom Küchenstuhl bis zum Brokatsessel alle Typen vertreten sind. Die Leute: groß- und kleinbürgerlich gemixt mit proletarischen Einsprengseln. (. . .)

Mitternacht. Kein Strom. Am Balken über mir blakt die Petroleumlampe. Draußen dickes Gebrumm, anschwellend. Der Tüchertick tritt in Tätigkeit. Ein jeder windet sich das bereitgehaltene Tuch um Nase und Mund. Ein gespenstischer Tücherharem, eine Galerie halbverhüllter Totenmasken. Nur die Augen leben. –

Bomben, die Mauern schwankten. Meine Finger zittern noch am Füller. Ich bin naß wie nach schwerer Arbeit. Früher aß ich im Keller dicke Butterbrote. Seit ich ausgebombt bin und in der gleichen Nacht beim Bergen Verschütteter half, laboriere ich an meiner Todesangst. Es sind immer die gleichen Symptome. Zuerst Schweiß in den Handflächen. Dann ein Schweißkranz ums Haar, Bohren im Rükkenmark, im Hals sticht es, der Gaumen dörrt aus, und das Herz klopft Synkopen. Die Augen stieren auf das Stuhlbein gegenüber und prägen sich seine gedrechselten Wulste und Knorpel ein. Jetzt beten können. Das Hirn krallt sich an Formeln, Satzfetzen: „Geh an der Welt vorüber, es ist nichts . . . Und keines fällt aus dieser Welt . . . Noli timere . . .“ Bis die Welle sich verzieht.

Wie auf Kommando brach fiebriges Schwatzen los. Alle lachten, überschrien einander, rissen Witze. Fräulein Behn trat mit dem Zeitungsblatt vor und las die Goebbelsrede zum Geburtstag des Führers (ein Datum, an das die meisten überhaupt nicht mehr gedacht hatten). Sie las mit ganz besonderer Betonung, mit einer neuen, spöttischen und bösen Stimme, die man hier unten noch nicht vernommen hat. (. . .)

Drei Uhr nachts, der Keller duselt so dahin. Mehrfach kam Vorentwarnung, doch gleich hinterher wieder neuer Alarm. Keine Bomben. Ich schreibe, es tut gut, lenkt mich ab. Und Gerd soll es lesen, falls er wiederkommt – falls er überhaupt noch – nein, ausgestrichen, man darf es nicht heraufbeschwören.

Das junge Mädchen, das wie ein junger Mann aussieht, hat sich an mich herangepirscht und gefragt, was ich schreibe. Ich: „Tagebuch.“ Sie blickt mir neugierig über die Schulter, ist enttäuscht ob meiner stenographischen Handschrift. Ich: „Es hat keinen Wert. Bloß so privates Gekritzel, damit ich was zu tun habe.“

Grimmstraße, Kreuzberg/Wilhelmplatz, Mitte. *Die Schlacht an der Oder hat begonnen. In der Stadt brodelt es. An den Brücken der S-Bahn wurden Sprengladungen befestigt, die Panzersperren werden geschlossen. Ob es in Berlin noch zum Kampf kommt? Ich bin heute mit dem Rad schnell mal nach Hause gefahren, um zu sehen, wie es Mutti und Guntram geht. Hier herrscht große Aufregung. Die Familien der oberen Stockwerke mußten wegen des beginnenden Artilleriefeuers in die tiefer gelegenen Wohnungen ziehen. Vor der Haustür klebt ein frisches Plakat: „Wehrpflichtige Männer zwischen fünfzehn und siebenzig Jahren, die ihre Truppe verlassen haben und in den Luftschutzkellern angetroffen werden, sind auf Befehl des Führers zu erschießen!“ Voller Angst sagt Mutti zu mir: „Es ist wohl besser, wenn du jetzt gehst, sonst erwischen sie dich noch hier!“ (. . .)*

Ich habe mich den Drohungen von Onkel Fritz gefügt, zuletzt hatten die meisten Menschen im Luftschutzkeller mir geraten, zur Batterie in den Kampf zu gehen. Denn die Russen haben den Stadtrand erreicht. Sie sind schon in Frohnau und Hermsdorf, wo unser Großvater wohnt, von dem wir es telefonisch erfuhren, noch bevor der Wehrmachtsbericht das meldete. So versuchte ich vormittags die Flakbatterie zu erreichen, doch bereits am Kottbusser Tor ließen mich die SS-Truppen nicht mehr durch. Der Friedrichshain soll bereits unter schwerem sowjetischen Beschuß liegen. Befehlsgemäß meldete ich mich dann bei der NSDAP-Ortsgruppe Urban in der Körtestraße. Hier erlebte ich widerwärtige Dinge. Die meisten Parteigenossen saßen oder lagen auf dem Rinnstein; sie waren betrunken. Der Ortsgruppenleiter hatte alkoholische Beuteware verteilt. Er, selbst noch ein ganz junger Mann, stand dann käsebleich vor den alten Kämpfern des Führers, die sich kaum erheben konnten und teilweise bekotzte Uniformen hatten. „Kameraden, die Stunde der Bewährung hat geschlagen! Ihr werdet an der Reichskanzlei eingesetzt und unseren geliebten Führer retten. Während ihr dort eure Pflicht leistet, werde ich mich hier um eure Frauen und Kinder kümmern!“ Sprach's, drehte sich nach dem „Sieg-Heil“ auf dem Absatz um und verschwand in dem gegenüberliegenden großen Fichtebunker. Ich schämte mich, zu solcher unsoldatischen Einheit zu gehören. Aber wir setzten uns schließlich in Marsch, um über Blücherstraße zum Halleschen Tor und dann in die Wilhelmstraße zu marschieren. Wenn diese müden Kerle Deutschland retten sollen, dann ist wohl alles verloren, dachte ich. Unterwegs in Richtung Reichskanzlei fiel mir ein, daß Adolf Hitler ja heute seinen Geburtstag feiert. Wenn er seine braune Garde nur selbst sehen könnte, die Freude würde ihm vergehen . . . Ich habe mein kleines Tagebuch aus dem Brotbeutel geholt, sitze in der warmen Frühlingssonne auf einem umgestürzten Baumstamm und schreibe über das Erlebte. (. . .)

Ein erlebnisreicher Tag geht zu Ende. Mit der Ortsgruppe Urban der NSDAP vom Stadtbezirk Kreuzberg liege ich in einem kleinen Bunker des Propagandaministeriums, der in die Dreifaltigkeitskirche am Wilhelmplatz hineingebaut wurde, und erwarte den Einsatz. Ich fühle mich unter diesen alten Parteigenossen nicht wohl und finde es ekelhaft, daß viele von ihnen betrunken sind. Mir ist klar, wenn ich sie hier wie in einer Kneipe sitzen sehe und ihr Geprahle höre, daß sie Angst vor der Schlacht haben. Wir sind nicht allein in dem Bunker. Hier sind auch noch Beamte des Propagandaministeriums, die der Minister zum Volkssturm befohlen hat, da Zeitungen kaum noch erscheinen. Minister Goebbels ist nicht hier, er ist im Führerbunker, zweihundert Meter von hier entfernt, im Garten der Reichskanzlei.

21.4.1945 Sonnabend

OKH, Zossen/Potsdam-Eiche. *Mit Beginn des morgigen Tages wird Deutschland in zwei Hälften geteilt sein. Wie so oft in diesem Krieg blieb der Russe aber dort stehen, wo wir es am wenigsten vermuteten, so auch dieses Mal. Wir haben Glück, denn ohne nennenswerte Gegenwehr zu finden, steht der russische Panzerkeil in Baruth, zehn Kilometer von unserem Hauptquartier, und rührt sich nicht. Endlich um 13 Uhr kommt Hitlers Befehl zur Verlegung des Hauptquartiers in die Luftwaffenkaserne nach Potsdam-Eiche. Gleichzeitig wird uns mitgeteilt, daß die Lagebesprechung in der Reichskanzlei heute schon um 14.30 Uhr stattfinden soll. Im Hauptquartier finden nun in größter Eile die Vorbereitungen zum Abmarsch statt. Die Leitungen werden abgebaut. Um 14 Uhr fahre ich mit meiner Kolonne durch das Hauptportal in Richtung Berlin. Der Chef ist mit dem Adjutanten schon vor einer Viertelstunde vorausgefahren.*

Auf der großen Landstraße ziehen Menschen, Hunderte, Tausende, viele mit Pferd und Wagen, andere mit Fahrrädern oder kleinen Leiterwagen, Schubkarren, Kinderwagen, und wieder andere, die meisten zu Fuß, alle nach Westen, irgendwohin, nur fort vor dem Russen. Die Panzersperren an den Ortsausgängen lassen nur noch eine enge Durchfahrt. Oben auf den massiven Barrikaden aus Holz und Stein klettern und spielen Kinder. Unbekümmert und ahnungslos, Papierhelme auf dem Kopf und Holzschwerter in der Hand, winken sie uns zu. Wir winden uns weiter durch den Pulk der Flüchtlinge in Richtung Potsdam. Ein entgegenkommender Motorradfahrer berichtet, das Zentrum Berlins liege bereits unter dem Artilleriefeuer der Russen. In der Dorotheenstraße habe es schon die ersten Toten gegeben. (. . .)

In der Reichskanzlei findet jetzt die letzte große Führerlage statt. Ich habe sie leider nicht miterlebt, mir aber nachher von Baron von Loringhoven darüber erzählen lassen. Hitler hatte zum letzten Male die Vertreter von Partei, Staat und Heer um sich versammelt. An diesem denkwürdigen Tag, am 21. April 1945, als die russischen Granaten schon in den Straßen Berlins krepierten, gab er sich zum ersten Male geschlagen. Er trat vor seine Mitarbeiter mit den Worten: „. . . Der Krieg ist verloren . . . ich erschieße mich.“ Bei dieser Zusammenkunft gab er auch bekannt, daß er in Berlin bleiben und nicht mit dem Hauptquartier nach Westen ausweichen werde. Generalfeldmarschall Kesselring erhielt den militärischen Oberbefehl und Vollmachten für die „Führung der Regierungsgeschäfte“ im südlichen Teil des Reichs, Großadmiral Dönitz wurde mit ähnlichen Vollmachten für den nördlichen Sektor ausgestattet. Goebbels, Bormann und Krebs sollten bei Hitler in der Reichskanzlei bleiben.

Bevor wir nach Potsdam hineinfahren, lasse ich noch einmal halten, um die lang auseinander gezogene Fahrzeugkolonne zu sammeln. Zwei deutsche Jäger fliegen über unsere Köpfe hinweg, den Kämpfen im Osten entgegen. Das Rumoren der Front klingt nur noch schwach an unser Ohr, wie das ferne Rollen eines Donners. In der Nähe des Bahnhofs passieren wir etwa zwanzig bis dreißig Blindgänger, die vom letzten Bombenangriff auf Potsdam liegengeblieben sind. An den Brücken vor dem alten Schloß gibt es ein unfreiwilliges Halt. Vor der Panzersperre zwischen beiden Brücken haben sich Hunderte von Fahrzeugen gestaut. Ich steige aus und versuche das Knäuel zu entwirren. Aufgeregte Männer mit Pferd und Wagen, fluchende Lastwagenfahrer, hilflos weinende Mütter,

ihre in Wolldecken gewickelten Kinder auf dem Arm, alles schreit sinnlos durcheinander. An den Brücken arbeiten unterdessen Pioniere, um Sprengmunition und Bombenblindgänger für die Sprengungen anzubringen. Endlich geht es weiter durch die Stadt. Das alte Palais des ersten Preußenkönigs ist völlig zerstört. Wir müssen durch Nebenstraßen fahren. Zusammengestürzte Häuser und Bombentrichter versperren den Weg. Das Glockenspiel der alten Potsdamer Garnisonkirche, wo Adolf Hitler sein Drittes Reich einweihte und vor dem Sarg Friedrichs des Großen einen feierlichen Schwur tat, liegt auf der Straße, geborsten zwischen Schutt und Asche. Die ausgebrannten hohen Fenster der Kirche starren uns an wie die Augenhöhlen eines furchtbaren Rächers. Am Rande der Stadt liegen Villen und Parks in friedlicher Stille, auch „Sanssouci" ist von feindlichen Bombern verschont geblieben. Dann sind wir vor der Kaserne in Eiche. Vorkommandos empfangen uns, Befehle schwirren durcheinander. Als Freytag gegen 8 Uhr abends abgespannt aus der Reichskanzlei zurückkommt, ist die dringendste Arbeit erledigt. Es ist ja doch alles nur provisorisch, lange werden wir auch hier nicht bleiben. Was aus uns beiden wird, nachdem der Chef zum Untergang in der Reichshauptstadt verurteilt worden ist, weiß er nicht.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Kein Strom, kein Telefon und als Zeitung mit Mühe ergattert nur ein „12 Uhr Blatt", aus dem ich ersah, daß wir alle kämpfen, und daß ich hingerichtet werde, wenn ich Gas verbrauche. Nachmittags kam Herr Mietusch (ein Stock unter mir), der seit Freitag aktiv beim Volkssturm war, und sagte, Goebbels habe nochmals eine Rede gehalten; heute abend ab 8 h sei Artilleriebeschuß; man müsse in den Keller gehen, Lebensmittel mitnehmen, da man vielleicht über Nacht bleiben müsse. Dasselbe sagte auch der Luftschutzwart, der Anordnungen treffen kann. Es war übrigens auch schon den ganzen Tag in der Ferne Artillerie zu hören gewesen. Ich sagte: Das ist doch Unsinn. Woher will der Goebbels wissen, wann die Russen schießen; außerdem geht es noch nicht gerade in die Wundtstraße; ich gehe erst in den Keller, wenn der erste Schuß in meine Wohnung gefallen ist. Aber die Leute glauben alles, folgen wie die Hammel und denken überhaupt nicht daran, sich die Möglichkeiten vernünftig zu überlegen. Der Keller war in dieser Nacht überfüllt. Ich war gemütlich in meinem Bett. Die übrige Wohnung war nicht verdunkelt, da doch kein Licht war; bei den hellen Nächten findet man sich ganz schön zurecht. Mein Bett war in den letzten Nächten wie ein kleiner Haushalt: Alles, was ich im Fall eines Angriffs schnell anziehen wollte, lag griffbereit, rechts auf einem Hocker das Radio, links Nachttisch mit Kerze und die Biographie von Peake-Pasha, die ich grad lese. In dieser Nacht gab es außerdem einen Alarm, den ich ignorierte, da ich mir ganz richtig errechnet hatte, daß die Engländer nimmer angreifen würden, wenn einmal die Russen das Stadtgebiet erreicht hätten – in dieser Nacht gab es fast eine Stunde lang Strom; ich hörte Wehrmachtsbericht und sonstige Nachrichten (ausländisch) und konnte mir wieder ein Bild der Lage machen.*

Hasenheide, Kreuzberg. *Neun Uhr früh, in der Dachwohnung. (Alle meine Zeitangaben sind über den Daumen gepeilt; soweit kein Blick auf Uhren möglich, lebe ich zeitlos.) Grauer Morgen, der Regen pladdert. Ich schreibe auf der Fensterbank, die mein Stehpult ist. Kurz nach drei kam die Entwarnung. Ich zog Kleid und Schuhe aus und fiel ins Bett, das ständig aufgeschlagen ist. Fünf Stunden Tiefschlaf. Das Gas streikt.*

Mittags. Unendlicher Regen. Bin zu Fuß in die Parkstraße marschiert und habe mir zu meinen „Papierbildchen" noch einen Packen hinzugeholt. Der Prokurist zahlte mir den letzten Monatslohn und erteilte mir „Urlaub". Der ganze Verlag hat sich in Luft aufgelöst. Und das Arbeitsamt hat ausgepustet, niemand macht dort mehr Jagd auf frei werdende Arbeitskräfte; insofern sind wir jetzt alle unsere eigenen Herrn.

Die Bürokratie erscheint mir als eine Schönwettersache. Jedenfalls lösen sich alle Ämter auf, sobald es Granatsplitter regnet. (Übrigens jetzt sehr ruhig. Beängstigende Stille.) Wir werden nicht mehr regiert. Und doch stellt sich von selbst immer wieder eine Art von Ordnung her, überall, in jedem Keller. Ich habe bei meiner Ausbombung erlebt, wie selbst die Verschütteten, die Verletzten, die Verstörten in guter Ordnung vom Schauplatz verschwanden. Auch hier im Hauskeller haben die ordnenden, anordnenden Geister Autorität. Es muß im Menschen drinstecken. Schon zur Steinzeit muß die Menschheit so funktioniert haben. Herdentiere, Instinkt der Arterhaltung. Bei den Tieren sollen es ja immer die männlichen sein, die Leitbullen und die Leithengste. In diesem Keller kann man eher von Leitstuten reden. Fräulein Behn ist so eine; auch die sehr ruhige Hamburgerin. Ich bin keine, war es auch in meinem alten Keller nicht, wo allerdings ein mächtig herumbrüllender Leitbulle das Feld beherrschte, ein Major a.D., der nicht Mann noch Weib neben sich aufkommen ließ. Mir war das erzwungene Beisammenhocken im Keller stets zuwider, hab mich immer abgesondert, mir einen Schlafwinkel gesucht. Aber wenn das Leittier ruft, folge ich willig.

Unterwegs bin ich neben der Straßenbahn hergelaufen. Einsteigen durfte ich nicht, da ich keinen Ausweis III habe. Dabei fuhr die Bahn fast leer, ich zählte acht Menschen im Wagen. Und Hunderte liefen im strömenden Regen nebenher, obwohl die Bahn, die ja doch fahren muß, sie gut und gern hätte mitnehmen können. Aber nein – siehe Ordnungsprinzip. Es steckt tief in uns drin, wir parieren.

Hab im Bäckerladen Brötchen gekauft. Noch sind die Borde scheinbar voll, man sieht keine Kaufangst. Ging hinterher zur Kartenstelle. Heute war mein Buchstabe für die Abstempelung der Kartoffelabschnitte 75 bis 77 dran. Es ging überraschend schnell, obwohl statt der sonst so vielen nur noch zwei Kartendamen Dienst taten. Sie schauten gar nicht hin, stempelten die Abschnitte mechanisch wie Maschinen. Wozu eigentlich diese Stempelei? Keiner weiß es, doch alle gehen hin, nehmen an, daß es schon irgendeinen Sinn hat. Laut Aushang sollen am 28. April die Buchstaben X bis Z den Schluß machen.

Durch den Regen zockelten Karren in Richtung der Stadt, mit pitschnassen Planen verhängt, darunter Soldaten. Ich sah zum ersten Mal dreckige, graubärtige Typen, die richtigen Frontschweine, alle alt. Vor den Karren Panjepferdchen, dunkel vor Nässe. Die Ladung der Karren: Heu. Sieht nicht mehr nach motorisiertem Blitzkrieg aus. (. . .)

Ich lag oben auf dem Bett, es wehte durch die zerbrochenen Scheiben, ich döste so vor mich hin, an den Füßen einen Ziegelstein, in Stunden auf winzigem Gasflämmchen heißgemacht. Gegen 20 Uhr klopfte Frau Lehmann: „Kommen Sie herunter, es gibt jetzt keinen Alarm mehr und keine Sirenen. Die anderen sind schon alle unten."

Halsbrecherischer Treppenabstieg. Ich blieb einmal mit dem Absatz an einer Stufenkante hängen. Todesschreck, konnte mich eben noch am Geländer fangen. Weiter, mit weichen Knien. Ich suchte und tastete lange und herzklopfend in dem stockfinsteren Gang herum, bis ich die Hebel der Kellertür fand.

Drinnen ein neues Bild. Wer eben kam, hat sich ein Bett aufgeschlagen. Überall Kissen, Deckbetten, Liegestühle. Mühsam würge ich mich zu meinem Sitzplatz durch. Das Radio ist tot, es gibt keine Funkzeichen vom Flughafen mehr. Matt blinzelt die Petroleumlampe. Etliche Bomben fallen, dann ist Ruhe. Siegismund erscheint, hält immer noch die Fahne hoch. Gardinenschmidt murmelt was von Bernau und Zossen, wo nun die Russen stehen sollen: Siegismund verkündet dagegen die nahe Wende. Wir hocken, die Stunden schleichen hin, Artillerie böllert, mal ferner, mal nah. „Gehen Sie nicht mehr in Ihren vierten Stock", ermahnt mich die Apothekerswitwe. Und sie bietet mir ein Nachtlager in ihrer Wohnung in der ersten Etage an. Wir klimmen aufwärts auf der hinteren Wendeltreppe. (Früher mal „Aufgang für Dienstboten und Lieferanten".) Die Treppe ist eine enge Spindel. Es knirscht von Glassplittern unter meinen Füßen, es pfeift durch die offenen Luken. Eine Couch nimmt mich auf, vorn in der Kammer gleich neben der Küche, gönnt mir zwei Stunden Schlaf unter einer fremd riechenden Wolldecke. Bis gegen Mitternacht Bomben nahebei fielen und wir wieder kellerwärts flüchteten. Elend lange Nachtstunden, bin zu müde, um jetzt hier unten weiterzuschreiben.

Mitte. *Mittags ist es geschehen. Ein Einschlag Unter den Linden war der Anfang. Ein Einschlag ohne Warnung, ohne Flieger, der Einschlag einer Granate! Die Artillerie schießt in die Innenstadt. Das muß also bedeuten, daß Stalins Truppen Berlin, mindestens seinen äußeren Rand, erreicht haben. Verstört jagte der klein gewordene Haufe um das Regierungszentrum durcheinander. Die Flucht unter die Erde, unter den Wilhelmplatz, vor den Granaten der russischen Rohre ist die letzte Flucht dieser Zeit.*

Wilhelmplatz, Mitte. *Es besteht kein Zweifel mehr, die Rote Armee beschießt von den Vororten Berlins aus das Stadtzentrum. Als mir die Luft in dem Bunker zu stickig wurde (die Mehrzahl der alten Parteigenossen der Ortsgruppe Urban schlief auf langen Holzbänken ihren Rausch aus), ging ich hinaus auf den Wilhelmplatz. Der sah schlimm aus! Wie oft habe ich als Berliner Junge hier früher gestanden und dem Führer zugejubelt. Oben auf dem bronzenen Denkmal vom „Alten Dessauer" zum Beispiel, über allen Köpfen von vielen Tausenden Menschen sitzend, schrie ich als Zwölfjähriger nach dem Sieg über Frankreich: „Führer befiehl, wir folgen!" Oder: „Wir wollen unseren Führer sehen . . ." Damals läuteten die Glocken aller Kirchen tagelang, weil Frankreich kapituliert hatte. Und jetzt herrscht auf dem alten Platz eine Kraterlandschaft. Rechts, das schöne kleine Palais, in dem Dr. Goebbels als Propagandaminister des Reiches seinen Dienstsitz hatte, ist von Bomben zerschlagen. Auch das Hotel Kaiserhof ist ausgebrannt, und die Reichskanzlei, der ältere Bau mit dem Führerbalkon, ist ganz schön zerfranst . . . Überall sehe ich viele schwerbewaffnete SS-Soldaten, die das Führerquartier bewachen. Eine lange Autokolonne vor den Ministerien in der Wilhelmstraße machte mich stutzig. Ich konnte sehen, daß die Wagen mit Möbeln und wertvollen Gütern der höchsten Männer des Dritten Reiches beladen wurden. Das Reichsluftfahrtministerium südlich des Wilhelmplatzes ist noch ganz unbeschädigt.*

22.4.1945 Sonntag

OKH Potsdam-Eiche. *In der Frühe (...) sickert auch schon durch, daß das Hauptquartier von hier nach Rheinsberg verlegt werden soll und von dort wahrscheinlich noch weiter in die Gegend von Lübeck. Ich wage es kaum zu hoffen. Vielleicht kann ich schon in wenigen Tagen Frau und Kind wiedersehen. Noch an demselben Tage erhalte ich von General Detlevsen den Befehl über die engere Verteidigung des OKH. Ich stelle eine Kampfgruppe zusammen, so gut es geht, kläre mit Panzerspähwagen auf und riegle die See-Engen bei Geltow, Werder und Marquard westlich und nördlich von Potsdam ab. Der Flüchtlingsstrom nimmt ununterbrochen zu, überall Bilder der Verzweiflung.*

Lichterfelde. *Bis zum Teltowkanal sollen die Soldaten Stalins sein. Am späten Nachmittag fahre ich noch mit dem Rad nach Lichterfelde. Es wird eine Fahrt längs der Front. Über den Weg jaulen die roten Jäger und knattern die MG-Salven. Die Straßen sind leergefegt von Passanten. Verwundete schleppen sich auf den Vorortstraßen dahin, den Kopf oder die Hand in Mull. An den Häusern entlang ziehen im Gefechtsabstand die Schützenketten der Soldaten: müde Gesichter, angespannte Mienen, die Maschinenpistole geschultert, schwer an den Handgranaten im Koppel tragend, mit dem Gang der Wanderer ohne Ziel und Hoffnung.*

Es sind beinahe sechs Jahre Krieg, und mehr als zwei Jahre Rückzüge und Niederlagen haben an ihren Körpern, mehr noch an ihren Seelen gezehrt. Nun schlurfen sie durch die Straßen Lichterfeldes zur Front, die tausend Schritte weiter vorn liegt. Morgen wird wahrscheinlich diese Straße schon im feindlichen Hinterland liegen.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Am Sonntag (...) war echtes Aprilwetter, Regenschauer und Sonne abwechselnd. Ich packte mein Mittagessen in einen Beutel und radelte gen Dahlem. Da am Roseneck gerade ein Platzregen kam, fuhr ich zuerst zu Frau Holsten, die sich in einem halb zertrümmerten Haus zwischen entzückenden Möbeln der Familie v. Marschall mit einer DNB-Kollegin sehr gemütlich eingerichtet hat und sich sogar für die Zeit der Belagerung im Keller eine Feuerstelle organisierte. (...)*

Da das Schießen immer näher kam, auch viel Tieffliegergeknatter, beschloß ich, noch die Frau Becker in Friedenau zu besuchen, die beim Schießen immer nervös wird. Es regnete nun ununterbrochen. Frau Becker verhalf mir zu einem Säckchen Lehm, das ich zu meinem Herdbau brauche. Als ich nach einer Fahrt über Hoppelpflaster unter einem Platzregen nach Hause kam, war das Säckchen fort. Sehr traurig.

An jenem Sonntag, an dem es übrigens noch ein letztes Mal DAZ und VB gab, war angekündigt worden, daß man unter Vorgriff auf die nächsten Zuteilungsperioden Lebensmittel bekomme. Vor allen Läden standen endlose Schlangen. Frau Mietusch kaufte netterweise für mich mit ein. Ich bekam statt dem versprochenen Reis Grütze, welches für mich der Inbegriff verabscheuenswerten Preußentums ist.

Hasenheide, Kreuzberg. *Am nächsten Morgen gegen 10 Uhr in der Dachwohnung. Bis gegen 4 Uhr hatten wir im Keller ausgeharrt. Allein klomm ich aufwärts unters Dach, wärmte mir eine Rübensuppe auf dem müden Gas, schälte Kartoffeln, kochte mein letztes Ei, d.h. ich aß es fast flüssig, und sprengte mir dann den letzten Rest Kölnisch Wasser auf den Leib. Komisch, wie viele Dinge man jetzt zum letztenmal tut, das heißt zum letztenmal bis auf weiteres, auf unbegrenzte, sicherlich lange Zeit. Woher sollte mir ein neues Ei kommen? Woher Parfüm? Also führe ich mir diese Genüsse sehr bewußt, sehr andächtig zu Gemüte. Nachher kroch ich angezogen ins Bett, schlief auf Stottern bei unruhigen Träumen. Nun muß ich los, einkaufen ...*

Wieder unterm Dach, 14 Uhr. Draußen Regengepladder, und keine Zeitung mehr. Trotzdem drängte sich das Volk pünktlich zu den aufgerufenen Zuteilungen, zu denen irgendwelche Zettel oder Extrablätter aufgefordert haben sollen. Wir haben jetzt eine Art Mundpost. Alles spricht sich herum. Wir bekommen Vorschüsse, wie es offiziell heißt, und zwar auf Fleisch, Wurst, Nährmittel, Zucker, Konserven und Kaffee-Ersatz. Ich faßte an einem Schlangenschwanz Posten, stand zwei Stunden im Regen und bekam schließlich 250 Gramm Grütze, 250 Gramm Haferflocken, 2 Pfund Zucker, 100 Gramm Kaffee-Ersatz und eine Büchse Kohlrabi. Noch fehlen Fleisch und Wurst und Bohnenkaffee. Beim Fleischer am Eckhaus Gewimmel, nach beiden Seiten endlose Schlange in Viererreihen, unter Güssen von Regen. Nee! In meiner Schlange knisterte es von Parolen: Köpenick sei bereits von den Unsrigen aufgegeben, Wünsdorf besetzt, die Russen stünden am Teltowkanal. „Davon" sprach übrigens wie auf Verabredung plötzlich keine einzige Frau mehr. (...)

Morgen will ich Brennesseln suchen und Kohle heranschaffen. Vom Hunger trennen uns die neuen kleinen Vorräte. Mir machen sie Sorgen wie dem Reichen sein Geld. Sie könnten verbombt, gestohlen, von Mäusen gefressen, vom Feind geraubt werden. Schließlich verstaute ich den ganzen Krempel in einem weiteren Kellerkarton. Trotzdem kann ich meinen gesamten irdischen Besitz noch bequem treppab und treppauf tragen. (...)

Draußen Regenschauer und Stürme. In der Haustür stehend sah ich vorüberziehenden Soldatenhaufen nach. Matt schleppten sie die Füße. Manche hinkten. Stumm, jeder für sich, so trotteten sie ohne Tritt dahin, stadtwärts. Die Gesichter stopplig und eingefallen, auf dem Rücken schweres Gepäck.

„Was ist los?" rufe ich hinüber. „Wo geht's hin?"

Keiner antwortet. Einer murrt Unverständliches. Einer spricht deutlich vor sich hin: „Führer befiehl – wir folgen dir in den Tod."

All diese Gestalten sind so armselig, so gar keine Männer mehr. Man kann sie nur bemitleiden. Man erhofft oder erwartet auch gar nichts mehr von ihnen. Schon jetzt wirken sie geschlagen und gefangen. An uns, die wir am Bordstein stehen, schauen sie stumpf und blicklos vorbei. Offenbar sind wir, wie Volk oder Zivilisten oder Berliner oder was wir sind, ihnen gleichgültig, ja lästig. Daß sie sich ihrer äußeren Herabgekommenheit schämen, glaub ich nicht. Die sind zu stumpf und müde dazu. Abgekämpft. Ich mag gar nicht mehr hinsehen.

An den Mauern schmierig zerlaufene Kalkbuchstaben, die anscheinend die Truppen zu irgendwelchen Sammelplätzen leiten sollen. Am Ahornbaum gegenüber hängen, mit Heftzwecken festgepinnt, zwei Anschläge. Kartonstücke, mit Rotstift und Blaustift säuberlich handbeschrieben und mit den Worten „Hitler" und „Goebbels" untermalt. Das eine Schild warnt vor Kapitulation und droht mit Erhängen und Erschießen. Das andere, „Forderungen an die Berliner" betitelt, warnt vor aufsässigen Ausländern und fordert alle Männer auf, zu kämpfen. Die Zettel fallen überhaupt nicht auf. Das Handgekritzel wirkt so kläglich und unernst, so geflüstert. (...)

Im Keller, 22 Uhr. Nach der Abendsuppe gönnte ich mir oben etwas Bettruhe, trabte dann abwärts. Schon war die Kellergemeinde vollzählig versammelt. Heute wenig Beschuß und, obwohl die Zeit dafür heran ist, bisher kein Luftangriff. Eine nervöse Heiterkeit bricht aus. Allerlei Geschichten kursieren. Frau W. ruft: „Lieber ein Russki auf'm Bauch als ein Ami auf'm Kopf." Ein Witz, der schlecht zu ihrem Trauerkrepp paßt. Fräulein Behn kräht durch den Keller: „Nu woll'n wir doch mal ehrlich sein – Jungfern sind wir wohl alle nicht mehr." Sie bekommt keine Antwort. Ich überlege, wer doch. Wahrscheinlich die jüngere Portierstochter, die erst sechzehn ist und seit dem Fehltritt ihrer älteren Schwester stark bewacht wurde. Und bestimmt, wenn ich mich auf Gesichter junger Mädchen verstehe, das achtzehnjährige S-tinchen, das drüben friedlich schlummert. Zweifelhaft erscheint mir die Sache bei dem jungen Mädchen, das wie ein junger Mann aussieht. Aber das ist wohl ein Sonderfall.

Eine Frau ist heute neu im Hauskeller, bisher ging sie stets die sechs Ecken weit zum öffentlichen Bunker, der für sicher gilt. Sie lebt allein in ihrer Wohnung, ob verwitwet, verlassen oder geschieden, weiß ich noch nicht. Über ihre linke Wange hinweg zieht sich ein eitriges Ekzem. Sie berichtet, erst flüsternd, dann laut, daß sie sich ihren Ehering am Gummi ihres Schlüpfers festgezurrt hat. „Wenn die erst da dran sind, ist mir auch der Ring egal." Allgemeines Gelächter. Immerhin dürften eitrige Ekzeme im Gesicht vor solchen Erlebnissen schützen. Auch was wert heute. (...)

Verblüffend ruhige Nacht, kaum Flak. Ein neuer Kellerbürger kreuzte auf, der Mann der ausgebombten Frau aus Adlershof, die hier bei ihrer Mutter unterkroch. Der Mann kam in Uniform und klammheimlich, trug eine Stunde später Räuberzivil. Wieso? Keiner spricht davon, keiner schenkt ihm Beachtung. Abgebrühter Frontsoldat, wirkt noch ziemlich kräftig, ist uns herzlich willkommen.

Desertion erscheint plötzlich als selbstverständlich, ja geradezu als erfreulich. (...)

Gegen Mitternacht fiel ich vor Müdigkeit fast von meinem Kellerstuhl (woher soll ich eine Liegestatt nehmen?) und torkelte die glasbestreute Wendeltreppe hinauf in den ersten Stock, wo ich auf der Couch bei der Apothekerswitwe schlief, bis gegen 6 Uhr. Ich hörte verwundert, daß zwischendurch eine Bombenserie gefallen sei. Hab sie glatt überschlafen.

Mitte. *Es ist mir gelungen, den Dreifaltigkeitskirchen-Bunker zu verlassen. Ein alter Hauptmann hatte für meinen Wunsch Verständnis, nicht mit den betrunkenen Parteigenossen kämpfen zu müssen. Er gab mir einen Marschbefehl, ohne den kann man es nicht riskieren, quer durch die Stadt zu laufen. So bin ich auf dem Wege zu meiner Flakbatterie, da gehöre ich schließlich hin, wenn ich zu Hause nicht bleiben darf ... Leutnant Keller, der in das Freiwilligenregiment Adolf Hitler eingereiht wurde, es untersteht dem SS-Brigadeführer Mohnke und schützt das Führerhauptquartier, riet mir dringend, mich zum Flakturm durchzuschlagen. Heute ganz früh zeigte er mir noch den Führerbunker von außen. Eine unerhörte Anlage, eine Festung mitten im Garten der Reichskanzlei. Hier, in zehn Meter Tiefe, kann der Führer vom Kampflärm nichts hören und sehen. Auf seinen Räumen liegt noch ein Betonwürfel von acht Metern Höhe. Unten arbeitet der Stab des Hauptquartiers, alles soll luxuriös eingerichtet sein. Mehrere Leibärzte sorgen für die Gesundheit, und riesige Lebensmittelvorräte und Alkoholbestände ermöglichen ein sorgenloses Durchhalten bis zum Endsieg. Sogar des Führers Schäferhündin Blondi und ihre vier Jungen haben einen Bunker ... Der Leutnant erfuhr das alles von einem Freund, dem Luftwaffenadjutanten des Führers. Ich soll das alles für mich behalten, diese Tatsachen sind streng geheim! Das verstehe ich gut. Denn wenn die Soldaten und Volkssturmmänner, die ihr Leben im Kampf einsetzen, erfahren, wie die Führung um ihr Leben besorgt ist, dann würden sie auch mehr ans Überleben denken!*

23.4.1945 Montag

Potsdam-Eiche. *Am 23. April morgens erhält der Baron Befehl, mit dem, was er für mehrere Tage benötigt, sofort in die Reichskanzlei zu kommen. Er weiß, was das bedeutet. Der Abschied von ihm fällt uns allen schwer.*

Ich eile wieder hinaus, meinen Aufgaben zu. Der Anblick der Landstraßen wird immer trostloser. Heute mischen sich bereits die ersten Soldaten unter die Flüchtlinge. Zuerst sind es nur einzelne, dann kleine Gruppen, und dann werden es viele. Einige haben noch Waffen und ein Ziel, die meisten aber sind abgestumpft, in haltloser Auflösung begriffen. Diese Menschen sind völlig apathisch. Man kennt sie am Gang, an der Kopfhaltung, am Blick. Der Strom der Verwundeten und notdürftig Verbundenen reißt nicht mehr ab.

Um 17 Uhr melde ich mich bei General Detlevsen. Er hat mich zu sich befohlen. Der große, nervöse Mann erhebt sich, als ich in sein Zimmer trete, und gibt mir die Hand. Dann verkündet er in kurzen, knappen Worten mein Todesurteil: „Vor einer halben Stunde rief General Krebs an. Sie sollen sofort in den Bunker der Reichskanzlei kommen, um Freytag zu unterstützen. Ihre Sachen sollen Sie mitbringen. Ich glaube, Sie wissen, was das für Sie bedeutet." Er sieht mich fest an, legt die Hand auf meine Schulter und fügt hinzu: „Wenn es soweit ist, wenn der Russe da ist, und der Augenblick kommt, wo der Gasschlauch in Tätigkeit tritt, dann gehen Sie rechtzeitig aus dem Bunker und sterben einen anständigen Soldatentod auf dem Wilhelmplatz." (. . .)

Langsam lasse ich mir das Notwendigste für den persönlichen Bedarf geben, verabschiede mich von allen und fahre los. Der Weg geht an Potsdam vorbei über Nedlitz, Krampnitz, Kladow bis zur Heerstraße. Der direkte Weg über Wannsee, Dahlem ist schon nicht mehr benutzbar, da die Russen die Straße überquert haben sollen. Die Straßen sind leerer geworden, das Rollen der Schlacht um Berlin ist fast ganz verstummt. Auf der breiten Ost-West-Achse begegnen wir kaum einem Menschen. Nur hier und da huscht ein Schatten von Keller zu Keller. Je weiter wir in das Zentrum vordringen, desto ausgestorbener scheint die Stadt.

Zehlendorf. *Sehr früh dringt ein aufgeregtes Straßengespräch zum Fenster herauf: Die Panzersperren sind geschlossen, die Bahn nach Berlin hinein fährt nicht mehr. Das ist ein Gefühl, das den Atem nimmt. Berlin ist ja keine Stadt; es ist eine Landschaft, ein Land.*

Wundtstraße, Charlottenburg. *Suche nach dem Lehmsäckchen, Brotkauf, Fleischkauf, Käsekauf – ergebnislos zurück. Statt Brot brachte ich Steine – ich finde, das klingt ganz biblisch. Es waren Backsteine zum Herdbau. Ferner entdeckte ich, daß zu bestimmten Stunden ein Wehrmachtsauto mit Lautsprecher an der Ecke beim Bahnhof Witzleben steht, wodurch man Wehrmachtsbericht und neueste Nachrichten hören kann. (. . .)*

Das Schießen kommt näher. Die Gerüchte mehren sich, sie gehen vom Abbruch der Beziehungen zwischen USA und Rußland bis zum Waffenstillstand zwischen den Amerikanern und uns, mit dem Beifügen, die frei werdenden Armeen aus dem Westen kämen zum Einsatz nach Berlin! Geglaubt wird alles. Die Tiefflieger mit Maschinengewehrgeknatter mehren sich auch. Manche Leute können wieder telefonieren. So rief mich eben Christa Rotzoll aus Wannsee an und sagte, heute früh habe es dort in der Nähe ein Panzergefecht gegeben. Die Frauen halten die Verbindung aufrecht. Die Männer sind krank – Amöbenruhr, verstauchter Knöchel usw. (darunter die meisten meiner Kollegen). Nach dem Mann, der mir imponiert, suche ich immer noch. Vielleicht ist er ein Wunschtraum.

In einer umkämpften Stadt zu leben scheint mir nicht heroisch zu sein. Man stopft Strümpfe und wüßte gern, was sich ereignet. Wenn in unserem Viertel gekämpft wird, denke ich vielleicht anders. Aus meinem Fenster sehe ich ein paar Rauchsäulen und frage mich, wo das sein mag, ob schon in Steglitz oder Friedenau.

Hasenheide, Kreuzberg. *Beim Bäcker gab es Brötchen, die letzten. Es waren auch meine letzten Brotmarken. Neue Lebensmittelkarten sind nicht in Sicht. Überhaupt kein Befehl mehr, keine Nachrichten, nichts. Es kümmert sich kein Schwein mehr um uns. Wir sind plötzlich Individuen, keine Volksgenossen mehr. Alle alten Bindungen zwischen Freunden und Kollegen sind tot, soweit Entfernungen zwischen ihnen liegen, die mehr als drei Häuser weit sind. Der Höhlenhaufen, die Familie, wie in Urzeiten. Der Horizont reicht hundert Schritt weit. (. . .)*

Von Kohlenbesorgung zurück, 13 Uhr. In Richtung Süden marschierte ich später auf die Front zu. Der S-Bahn-Tunnel ist schon gesperrt. Leute, die davorstanden, sagten, daß am anderen Ende ein Soldat aufgehängt sei, in Unterhosen, ein Schild „Verräter" um den Hals. Er hängt so tief, daß man ihn an den Beinen drehen kann. Das erzählt jemand, der es selbst gesehen und die Bengels weggejagt hat, die sich mit Drehen belustigten.

Wüst sieht die Berliner Straße aus, halb aufgerissen und von Barrikaden versperrt. Vor den Läden Schlangen. Stumpfe Gesichter im Flaklärm. Lastwagen rollten in Richtung Stadt. Verdreckte, erdbespritzte Gestalten mit leeren Mienen, in lumpigen Verbänden, trotteten dazwischen. Ein Troßzug von Heuwagen, auf den Böcken Graoköpfe. An der Barrikade hält Volkssturm Wacht in bunt zusammengestoppelten Uniformen. Man sieht dort blutjunge Kinder, Milchgesichter unter viel zu großen Stahlhelmen, hört mit Schrecken ihre hellen Stimmen. Die können höchstens fünfzehn sein, hängen so schmal und winzig in den schlotternden Uniformjacken.

Im Verlagshaus, nun von allen Angestellten verlassen, lagen die Keller noch voll Kohle. Die eingewiesene ausgebombte Frau im Kellergeschoß überschüttete mich mit Fragen, was nun werden solle. Es scheint, daß ihre Älteste, Mutter eines Achtwochenkindes, seit gestern keine Milch mehr hat. Plötzlich kann sie nicht mehr nähren, und das Kleine brüllt. Nun sorgen sich alle, wie sie, da es ja keine Kuhmilch mehr gibt, das Kind durchbringen sollen. Ich schlug der jungen Mutter vor, es mal mit Wildgemüse zu versuchen. Vielleicht schießt dann die Milch wieder bei ihr ein. Zusammen bückten wir uns im regenfeuchten Gras des Gartens und rissen, Taschentücher als Schutz in den Händen, die jungen Brennesseltriebe an der Mauer ab. Dazu Löwenzahn, soweit vorhanden. Kräuterduft und Erdgeruch, Primelsterne, rotblühender Dorn, Frühling. Aber die Flak bellt.

Ich faßte einen Rucksack Steinkohle, schleppte wohl einen halben Zentner ab. Trotzdem überholte ich auf dem Rückweg noch einen Trupp Soldaten. Sah zum ersten Mal in all diesen Tagen wieder Waffen: zwei Panzerfäuste, eine MP, Munitionskästen. Junge Kerle trugen die Geschoßgurte wie einen Barbarenschmuck. (. . .)

Zurück in die Kellerhöhle, Montag, 20 Uhr. Heute gegen Abend die ersten Artillerie-Einschläge an unserer Ecke. Fauchen, Zischen, Uiiij-Geheul. Feuer blitzte auf. Erschrockene Rufe im Hof. Ich, treppab gestolpert, hörte drunten, daß die Einschläge vorm Kino lagen. Der Feind schießt sich auf uns ein. Im übrigen geht die Sage, daß die Russen bloß kleine Dinger schmeißen. Langsam kommen uns Zweifel am letzten, so sehr gefürchteten amerikanischen Teppich – der müßte jetzt in Berlin schon Russen mit treffen.

Eine neue Parole geistert durch unseren Keller. Die Likörfabrikanten-Gattin weiß es aus ganz sicherer, ganz geheimer Quelle und kündet es mit hochwogendem Busen: Ami und Tommy hätten sich mit dem Iwan verzankt und gedächten sich nun mit uns zu verbünden, um ihn wieder aus dem Lande zu jagen. Hohngelächter und Dispute. Die Likörfabrikantin ist schwer gekränkt und verfällt vor Ärger in ihr angestammtes Sächsisch. Sie ist erst gestern aus ihrer (ziemlich kleinen) Likörfabrik hinter dem Moritzplatz, wo sie bisher mit ihrem Mann übernachtete, in die Wohnung und in unseren Keller zurückgekehrt, um hier die Stellung zu halten. Ihr Mann ist bei den Flaschen und Destillierkolben zurückgeblieben – und bei einer rothaarigen Elvira, wie jedermann im Keller weiß. (. . .)

Im übrigen geht die Anschaffe weiter. Kurz vor Ladenschluß erstand ich noch 150 Gramm Griesmehl. An der Ecke plötzlich Geschrei und aufgeregtes Gerenne: Bei Bolle wurde ein Lastwagen entladen, fässerweise trug man Butter ins Haus, ranzige Ware, die verteilt werden soll. Ein Pfund pro Nase, und zwar, das ist das Beängstigende, gratis! Man erhält dafür bloß einen Stempel auf die Karte. Ist es das erste Panikzeichen? Oder Vernunft jenseits der Akten? Im Nu entstand ein Knäuel vor der Ladentür, man schlug sich mit Regenschirmen und Fäusten. Ich drängelte ein paar Minuten mit, schnappte dabei was auf von Reserven, Verstärkungen und deutschen Panzern im Anmarsch von irgendwoher – eine Frau will vergangene Nacht über Detektorgerät etwas Derartiges gehört haben. Ich ließ dann die Butter Butter sein, mag mich nicht drum schlagen. Heute wenigstens noch nicht. Vielleicht muß ich's bald lernen.

Stille Nacht. Fernes Geballer. Das Kellervolk ist ganz kaputt heute. Man hört keinen Laut mehr, kein Wort. Nur Geschnarch und die fiependen Atemzüge der Kinder.

Mitte/Friedrichshain. *Die Stadt ist graugrün von Schwefel, jetzt schießen die Stalinorgeln der russischen Artillerie unentwegt, auch Tiefflieger greifen in die Schlacht ein. Nur mit Mühe kam ich bis zum Friedrichshain, die meisten Panzersperren sind geschlossen, ohne Marschbefehl läßt einen niemand mehr durch. In der Memhardstraße sah ich die ersten Toten, eine alte Frau mit ihrem Enkelkind. Sie hatte vor einem Milchgeschäft nach Brot angestanden, als eine Granate einschlug. Kein Mensch kümmerte sich um die Verblutende, jeder denkt nur noch an sich selbst. Zehn Meter von den Toten entfernt schlugen sich andere Berliner, um von einem angeschossenen Pferd ein Stück Fleisch abzuschneiden. Das arme Tier zuckte noch. (. . .)*

Im Flakturm meldete ich mich bei Oberleutnant Küttner, dem Batteriechef, zurück. Auf unserer Stube traf ich nur noch wenige meiner alten Kameraden an, Fred hielt mich für einen Idioten, weil ich noch hierherkam: „Du hättest dich eben einfach in einem Trümmerhaus verstecken sollen, das geht doch rapide zu Ende!"

Bunker der Reichskanzlei, Mitte. *Ohne irgendwelche Zwischenfälle gelangen wir zum Potsdamer Platz und biegen gleich darauf in die Voßstraße ein. Schwarz hebt sich die lange Front der neuen Reichskanzlei und der gegenüberliegenden Häuserruinen vom hellen Nachthimmel ab. (. . .)*

Kein Mensch ist zu sehen. Vor dem Parteieingang liegt der Schutthaufen einer eingestürzten Häuserfassade. Das dumpfe Bersten einer einschlagenden Granate dringt an mein Ohr. Ich lasse den kleinen Wagen auf dem Platz neben dem Wehrmachteingang vor der Hebebühne halten. Hier stehen schon mehrere Wagen. Der Posten, der gewöhnlich hier Wache hält, ist nicht zu sehen. Die Autohebebühne scheint auch nicht mehr zu funktionieren. Unwillkürlich zucke ich zusammen. Ein fauchendes Rauschen hat die gespensterhafte Stille zerrissen, gleich darauf das berstende Krachen einer schweren Granate. Der Einschlag muß schon in der Nähe des Potsdamer Platzes liegen. Über die Ruinen hinweg, in

Richtung des Abschusses, nimmt ein schwacher Feuerschein an Helligkeit zu. Wenige Minuten später folgt der nächste Einschlag diesmal etwas weiter entfernt. Endlich finde ich den ersten Posten. Die Wachen vor den Eingangstüren haben sich in die schützende Dunkelheit des Gebäudes zurückgezogen. Ein SS-Mann kommt auf mich zu und fragt nach meinem Wohin. Der wachhabende Unteroffizier läßt mich gleich darauf in das Innere des Bunkers unter der Reichskanzlei führen. Wir benützen einen Nebeneingang. Er ist nur schwach beleuchtet. An die Wände eines langen Ganges gelehnt, stehen Soldaten mit ihren Waffen. Einige rauchen, andere unterhalten sich, wieder andere sitzen in der Hocke mit vornübergesunkenem Kopf und schlafen. Das Geräusch der gedämpft sprechenden Menschen wird vom Surren der Ventilatoren übertönt. Schließlich gelangen wir zum sogenannten Gefechtsstand des Brigadeführers Mohnke. (. . .) Mohnke sprach laut und gestikulierend mit einigen SS-Offizieren. Die Luft in dem schmucklosen, kleinen Raum war trotz der Ventilatoren stickig und verbraucht. Nachdem Mohnke sich bei der Adjutantur über meinen Auftrag vergewissert hatte, werde ich von zwei SS-Männern weiter ins Innere des Bunkers begleitet. Das dumpfe Rollen der Artillerieeinschläge ist hier nur noch schwach zu hören. Da die ganze Bunkeranlage der Reichskanzlei noch nicht fertig ausgebaut ist, wirken alle Räume besonders nüchtern und abstoßend. Die kalten, grauen Betonwände strömen jenen feuchten, muffigen Geruch aus, der Neubauten eigen ist. Unser Weg führt durch ein Wirrwarr von Bunkerräumen, die alle miteinander durch Gänge oder dünnwandige Stahltüren verbunden sind. Über allem liegt wie ein Alpdruck der muffige Geruch, das ineinanderfließende Geräusch vieler sprechender Menschen und brummender Ventilatoren. Es werden alles in allem fünfzig bis sechzig Bunkerräume sein, die hier unter der Reichskanzlei liegen. Aus diesem Labyrinth gibt es sechs Ausgänge, davon drei unmittelbar ins Freie, die übrigen in das Erdgeschoß der Reichskanzlei. Mehrere der Räume sind bis unter die Decke mit Brot, Konserven und anderen Vorräten so vollgepfropft, daß es schwierig ist, durchzukommen. Überall bietet sich das gleiche Bild. Die Gänge und Bunker sind gefüllt mit Soldaten, von denen die meisten schlapp und teilnahmslos an den Wänden lehnen. Nur wenige stehen in Gruppen und unterhalten sich. Andere liegen und sitzen auf dem Boden und schlafen mit der Waffe im Arm. Es sind beinahe durchweg große, kräftige, junge SS-Männer. Sie vermitteln nicht den Eindruck, als ob sie noch von irgendwelcher Kampfeslust beseelt seien, sondern eher den einer passiven Ergebenheit in ihr Schicksal. Dieser Eindruck verstärkt sich in den folgenden Tagen bis hinauf zu den höchsten Führungsstellen.

Endlich sind wir am Ziel. Es ist wieder ein schmaler, muffiger Bunkerraum mit Schreibern, Zeichnern und Ordonnanzen. Krebs ist mit dem Baron zum Vortrag bei Hitler. (. . .) Meine Aufgabe hier im Bunker soll sein, die militärische Lage in und um Berlin und Potsdam stündlich aufzunehmen. Bernd, dies ist Freytags Vorname, bearbeitet das übrige Kriegsgebiet. Dann weiht er mich in die letzten militärischen Entwicklungen ein.

Die Russen sind nördlich von Berlin über Oranienburg an der Stadt vorbeigestoßen. In den östlichen und südlichen Vororten wird gekämpft. Im Süden sind seine Panzerspitzen bis vor Nauen, 30 Kilometer westlich von Berlin, vorgedrungen. Die Absicht, Berlin zangenartig zu umfassen, ist deutlich genug. Es gibt nur noch eine einzige freie Straße nach Nordwesten als letzten Verbindungsweg mit der Außenwelt. Man rechnet damit, daß die Einkesselung Berlins morgen, also am 24. April, vollkommen sein wird.

24.4.1945 Dienstag

Zehlendorf. *Um fünf Uhr morgens reißt eine ungeheure Kanonade den Schlaf in Fetzen. Die Wände rieseln, Fenster klirren, Pulverdampf kriecht ins Zimmer. Die Schlacht ist uns nun auf den Leib gerückt. Es braust, pfeift, kracht, schlägt ein. Häuser stürzen zusammen. Der frühe klare Morgen erstickt schnell in Rauch und Qualm. Ich spüre, daß nun die große Stunde gekommen ist. Das muß der Angriff über den Kanal gegen uns sein. Bald ist auch das Geknatter der Maschinengewehre nahe. Ich weiß nun, daß sie da sind.*

Gegen Mittag fuhr ich, um noch einen Rucksack voll Eßwaren zu holen. Die Artillerieschläge grollten weiter. Leergejagt waren die Straßen. Die beiden Vierlingsflaks von der großen Kreuzung waren abgezogen, nach hinten. Ein Trupp SS marschierte stadteinwärts, zurück. Ein Unteroffizier, blutüberspritzt, die rechte Hand in der Binde, humpelte an den Geschäften entlang, zurück.

Wie weit die Russen seien, fragte ich ihn. „Es ist alles vorbei", murmelte er und schlurfte weiter. Dann wurde es ganz leer, eisig leer wie auf dem sturmumstobenen Plateau eines Eisberges. (. . .)

Ich habe das Zurück zu Ormut nicht mehr geschafft. Ein Luftunwetter ohne Gnade erdrosselte jeden neuen Versuch. Die rote Luftwaffe trifft. Bomberwellen über Bomberwellen über uns, niedrig, sichtbar die klobigen Zweimotorigen, von flinken hoch und nieder kurvenden Jägern umschwirrt, von niemandem bedroht, von niemandem beschossen. Vor uns, um uns, neben uns Trichter, Trümmer, Schrecken. Keiner wehrt ihnen, keiner hindert sie. Sie sind schon die Herren, bevor sie da sind.

Eine Stunde später versuche ich es noch einmal, herüberzukommen. Die Straßen, die vorher menschenleer, aber noch fast intakt waren, brennen jetzt, sind übersät mit Kratern, Mauerstücken, Möbeln. Ich fahre, wieder allein, zwinge mich über Geröll, Splitter und Schutt – aber ich komme nicht weit. An der Ausfallstraße stehen sie, fünfzig Meter vor mir: die Panzer der Russen. (. . .) Nach einer Stunde im Keller, während derer draußen die Kugeln zirpen, ein vorsichtiger Erkundungsgang zum Gartentor. Es scheint die Stille des Sterbens über der Straße zu stehen. Ein Blick nach rechts: nichts, nichts, nur das Knistern des kleinen Hauses, das leidlos und ohne Zeugen niederbrennt. Ein vorsichtiger Blick nach links: das Blut stockt. Da kommen sie, fünfzig Meter wohl weitab, langsam, friedlich fast, drei, vier Mann hintereinander, dunkelblaue Stahlhelme auf dem Kopf, die Maschinenpistole vor dem Leib, mit schwerem, lastendem Schritt, als wollten sie der Erde, die sie jetzt betreten, mit der ersten Berührung ihr unverlierbares Siegel aufdrücken. Sie sind die Herren der Straße, selbst der kleinen, abgelegenen, stillen Vorortstraße.

Und wir? Wir harren danach im Keller, zusammengeduckt, zusammengerückt, wartend, das letzte Warten durchstehend. Stunden vergehen, schwere, bange Stunden, in denen kein Wort durch das enge Kellerloch tropft. Jeder kleinste Laut von draußen wird hineingesogen. Die Stimmen der Russen, die durch die Straße gehen, scheinen ungewöhnlich laut, drohend, polternd, fremd. Ob es nur die Reflexion der Gefühle ist, der Gefühle der Unterlegenen, Besiegten, Niedergeschlagenen?

Eine fremde Frau ist plötzlich da, die Stirne von Schweiß übergossen. Sie war durch die Gärten zu uns gehetzt: das Alleinsein hat sie nicht ertragen. Wir warten. Nun zünden wir schon die vierte Kerze an . . .

Wundtstraße, Charlottenburg. *Auf der Straße war es (. . .) sehr gesellig. Das Auto mit dem Lautsprecher kam viermal mit Heeresbericht und den so spärlichen Nachrichten; vorher versammelte sich das Volk auf dem Platz und bewegte sich auf und ab. Bis zum Beginn der Nachrichten gab es Marschmusik. Das ganze wirkte fast wie eine italienische Piazza gegen Abend; manche Menschen waren auch gelöst und vergnügt, viele aber verhärmt oder grimmig. Darüber flogen vereinzelte russische Flugzeuge. (. . .)*

(Gestern) mittag parkierte vor unserem Haus ein kleiner Troß Soldaten mit Feldküche; ich stellte mich dazu und redete; andere Leute kamen auch; eine Gruppe Flüchtlinge saß an der Wand der Hausruine; der Soldatenkoch machte einen wunderbaren Griesbrei; 120 Liter. Zuerst wurde nur der Gries gekocht und gerührt; dann kam viel viel Butter hinein, weil die Soldaten kein Brot mehr hatten und also ihre Butter mit dem Gries aßen; zum Schluß ein halber Eimer Marmelade – und den Rest Marmelade samt Eimer bekamen die Flüchtlinge. Als die Kompanie abgefüttert war, zauberten wir Zivilisten Schüsselchen und Töpfe hervor und bekamen auch noch alle von dem Brei. Ich ließ meinen kalt werden und habe nun für dreimal eine herrliche rosa Mehlspeise. (. . .)

(Gestern) abend lag zum erstenmal der Aribeschuß auf unserem Viertel. Ich trat gerade auf meinen Balkon, als ein Geschoß in die Ruine des Hauses gegenüber traf, nur an eine Ecke, wo ein paar Backsteine mehr herunter brachen. Das Gas blieb auch am Abend weg, und ein letzter angerührter Kuchen nach Phantasierezept blieb ungebacken, ging aber heute zum Bäcker. Ich stieg noch aufs Dach und versuchte abzuschätzen, in welchen Stadtteilen die verschiedenen Rauchsäulen und Brände liegen mochten. Das ist aber sehr schwer, wenn man keine Türme kennt, die die Gegend bezeichnen. Es kamen zischend einige Geschosse an mir vorbei, mit hellblauer Flamme, ähnlich wie eine Stichflamme (inzwischen ließ ich mir erklären, daß sie Leuchtspuren hinterließen zum Einschießen und daß dieser Gang aufs Dach recht gefährlich war). Dann ging ich ins Bett. Das übrige Haus war im Keller. Einmal wurde der Krach, das Sausen, Zischen, Knallen und dazwischen das erdbebenartige Wackeln des Hauses so stark, daß ich aufstand; gerade recht für ein schaurig-schönes und durchaus kitschiges Schauspiel: Ein roter Leuchtkugelregen über dem Lietzenseepark, der die Gegend magisch beleuchtete; darüber der Mond zwischen Wolken aufleuchtend; das Aufblitzen der Geschosse; in der Ferne die Rauchwolken; und an der Straßenecke vor dem Haus die Reste eines Fallschirms. Die Seide des Fallschirms hing heute früh in einem Baum. Alle hätten sie gerne gehabt, aber der Baum war hoch. Ein paar Buben haben sie dann doch geholt.

Hasenheide, Kreuzberg. *Keine Nachricht. Wir sind abgeschnitten. Etwas Gas, dafür Wasserleitung trocken. Vom Fenster aus sehe ich unten Menschenhaufen vor den Geschäften. Immer noch Geprügel wegen der ranzigen Gratisbutter. Heute gibt es allerdings nur noch ein Viertelpfund pro Karte. Ich zähle vier Schupos, die das Gewühl eben jetzt bändigen. Dazu Regen.*

Zur Zeit sitze ich im ersten Stock bei der Apothekerswitwe auf der Fensterbank. Soeben kam sie ganz aufgeregt hereingestürmt. In die Fleischschlange bei Hefter ist ein Volltreffer gefallen. Drei Tote, zehn Verletzte – aber die Schlange steht schon wieder. Die Witwe macht vor, wie die Umstehenden mit ihren Ärmeln Blutspritzer von den Fleischkarten gewischt haben. Sie meint dann: „Naja, nur drei Tote. Was ist das schon, wenn man an einen Luftangriff denkt." Ja, wir sind verwöhnt.

Trotzdem muß ich staunen. Mit etlichen Rindervierteln und Schweinsbacken vor Augen hält auch die wackligste Großmutter

stand. Da stehen sie wie die Mauern, sie, die früher bereits bei drei Jagdflugzeugen über Mitteldeutschland bunkerwärts flitzten. Höchstens stülpt sich so eine Frau einen Eimer oder einen Stahlhelm über den Kopf. Ganze Familien wechseln sich beim Anstehen ab, jeder hält es ein paar Stunden aus. Ich kann mich noch immer nicht für die Fleischschlange entschließen, sie ist mir noch zu lang. Überhaupt Fleisch – man muß es doch gleich wegfuttern, hat nur einmal was davon. Mir scheint, daß all diesen Leuten der Traum vorschwebt, noch einmal, ein einziges, letztes Mal gründlich sich satt zu essen, eine Henkersmahlzeit zu halten.

14 Uhr. Soeben kam ein Sonnenblick. Ganz gedankenlos trabte ich zum Hofbalkon und schmorte auf meinem Korbstuhl eine Weile in der Wärme – bis eine Serie flotter Koffer über mir wegsauste. Die Einschläge dröhnten ineinander. Ich hatte glattweg den Krieg vergessen. (. . .)

Wieder im Hauskeller, um 21 Uhr. Fiebrig erregtes Kellervolk heute, aufgekratzt, nervös. Die Hamburgerin erzählt mit s-pitzen S-Lauten, daß sie heute morgen eine telefonische Verbindung bekommen hat, und zwar mit Freunden in der Müllerstraße, Nordberlin. „Wir sind schon Russen“, hat die Freundin in den Apparat gerufen. „Soeben rollen unten die Panzer ein. Die Iwans lachen. Das Volk drängt sich am Straßenrand, es lacht und winkt, man hält die Kinder hoch . . .“ Der Rote Wedding, alte Kommunistengegend. Es könnte schon stimmen. Sogleich geht ein heftiger Disput über diese Neuigkeit los. Am Ende, so meinen einige, hat uns die Propaganda bloß dumm gemacht? Am Ende sind „die“ gar nicht so . . . Aber da redet das Flüchtlingsmädel aus Ostpreußen dazwischen, das sonst nie etwas sagt, schreit abgerissene Sätze in seinem Dialekt, findet die rechten Worte nicht, fuchtelt mit den Armen, kreischt: „Sie wer'n schon erleben . . .“ und schweigt wieder. Worauf auch der Keller wieder schweigt.

Die Likörfabrikantin reitet übrigens auf einer neuen Parole herum: Ribbentrop und v. Papen seien soeben nach Washington geflogen, um sich mit den Amerikanern persönlich auszusprechen. Sie bekommt gar keine Antwort.

Der Keller ist düster. Die Petroleumlampe blakt. Die Phosphorringe, die in Augenhöhe um die Balken herum gemalt sind, damit man im Dunkeln nicht dagegenrennt, geben einen grünen Schein. Wir haben Zuwachs gekriegt. Das Buchhändlerpaar hat seinen Kanarienvogel mit heruntergebracht. Mit einem Handtuch zugedeckt, hängt der Käfig drüben am Balken. Beschuß draußen, drinnen Stille. Alles döst oder schläft.

Gegen 1 Uhr nachts stieg ich aus dem Keller in den ersten Stock, haute mich wieder auf der Couch bei der Witwe hin. Plötzlich heftiger Bombenfall, die Flak tobt. Ich warte, bin so schlaftrunken, mir ist alles gleich. Die Fensterscheibe ist bereits entzwei, Wind mit Brandgeruch weht herein. Unter dem Bettzeug hab ich ein idiotisches Gefühl von Sicherheit, als seien die Dekken und Laken aus Eisen. Und dabei soll gerade Bettzeug so gefährlich sein. Dr. H. erzählte mir einmal, wie er eine im Bett getroffene Frau verarzten mußte, der die Federpartikel bis tief in ihre Wunden hinein gedrungen waren, so daß man sie kaum herausbekam. Aber es kommt der Augenblick, wo tödliche Müdigkeit über die Angst siegt. So schlafen wohl auch Frontsoldaten im Dreck.

Märchenbrunnen, Friedrichshain. *In der Nacht war es verteufelt kalt, während man es am Tag in dem neuen Fallschirmjäger-Kampfanzug vor Wärme kaum aushält. Wir Luftwaffenhelfer haben mit Hauptwachtmeister Möbius, unserem dicken Spieß, gestern die vorderste Linie unserer Panzerabwehrstellung in der Parkanlage Märchenbrunnen im Friedrichshain bezogen. Meine Panzerfaust zwischen Hänsel und Gretel und dem Froschkönig! Der runde Kopf des Spießes lugt zwischen den sieben Zwergen hervor, die Brunnen sind jedoch versiegt, keine Blume blüht in dem lehmigen Panzergraben, an dessen oberem Bord wir das Maschinengewehr in Stellung gebracht haben. Der Hauptwachtmeister, der gerne ißt und als Spieß auch noch keine Entbehrungen erlitt, hat viele Lebensmittel in die Stellung mitnehmen lassen, und da die Russen erst in Weißensee sind, konnte ich mich mit meinen Kameraden in aller Ruhe einmal richtig satt essen. Es gab sogar eine Stunde Pause im Artilleriebeschuß, nur von unserem Flakturm aus dröhnten die mächtigen 12,8-cm-Rohre dann und wann eine Salve: direkter Beschuß auf russische Panzeransammlungen in Weißensee . . . Abends brachte ein Melder aus der Greifswalder Straße den Befehl: „Höchste Alarmbereitschaft.“ Aber nichts geschah, nachts stellten die Russen sogar das Schießen ein, erst morgens donnerten sie wieder aus allen Rohren schlagartig los. Von unseren eigenen Flugzeugen war nichts zu hören und zu spüren. Die Luft war bald wieder graugrün und stickig. Ich denke an meine Mutter und den Bruder. Wie mag es denen in der Grimmstraße im Süden Berlins gehen?*

Bunker der Reichskanzlei, Mitte. *Gegen 5.30 Uhr morgens wurde ich etwas rauh durch fünf oder sechs Einschläge schwerer russischer Granaten aus dem Schlummer gerüttelt. Gegen 6 Uhr kamen die Einschläge wieder regelmäßig alle drei Minuten wie am Vortage. Ich war noch nicht fertig angezogen, als sich Günsche, der persönliche Adjutant Hitlers, meldete und über die neuesten Entwicklungen unterrichtet werden wollte. Etwas später rief ich die Generalstabsoffiziere der Abschnitte Berlins und Potsdams an. Von allen hörte ich dasselbe. Der Russe griff seit der Morgendämmerung nach kurzer Artillerievorbereitung überall an. Wenige Stunden später erreichte uns die Nachricht, daß die letzte freie Ausfallstraße nach Nordwesten nun auch von russischen Truppen abgeschnitten worden sei. Damit war Berlin vollständig eingeschlossen. Nur noch ein unterirdisches Telephonkabel verband uns mit der Außenwelt. Diese Verbindung blieb bis zum 26. April erhalten. – Bernd telephonierte mit dem Hauptquartier, das in den ersten Morgenstunden durch Ausweichen nach Rheinsberg der Umzingelung entgangen war. (. . .)*

Gegen Mittag erreichten uns Meldungen, daß der feindliche Druck von Süden auf die Stadt erheblich zugenommen habe. Knapp eine Stunde später erhalten wir Nachricht, daß der Flughafen Tempelhof unter stärkerem feindlichen Artilleriefeuer liege und praktisch nicht mehr benutzt werden könne. Damit fiel Tempelhof für die Stadt Berlin aus, und der Flugplatz Gatow mußte die gesamte Versorgung aus der Luft übernehmen. Aber schon gegen 17 Uhr meldet Gatow, daß auch der dortige Flugplatz beschossen werde.

Feindliche Infanterie war im Buschgelände nördlich Döberitz aufgetaucht. Drei feindliche T34 standen schon auf der Straße Berlin–Nauen, der größten Ausfallstraße nach Westen, und nahmen sie unter Feuer. Seit den Mittagsstunden wurde fieberhaft am Ausbau der Ost-West-Achse, auf beiden Seiten der Siegessäule, als Lande- und Startbahn für Flugzeuge gearbeitet. In den Abendstunden verstärkte sich das Artilleriefeuer auf Berlins Zentrum erheblich. Während der vorhergehenden Tage konnte man nur von einem Störungsfeuer sprechen, das wahrscheinlich von einer einzigen 17,5-Batterie herrührte, aber die jetzt in kurzen Abständen geschossenen Feuerüberfälle ließen darauf schließen, daß die Russen ihre Artillerie bereits in größerem Umfang nachgezogen hatten.

25.4.1945 Mittwoch

Zehlendorf. *Der Morgen kommt lange nicht. Als er da ist, steht der erste Soldat vor uns: ein blonder Junge von wohl siebzehn Jahren, im dicken Paletot, mit der ungefügen Pistole in der Hand, die Maschinenpistole über den Buckel gehängt. Er mustert die Uhren, mustert die Frauen, mustert die destillierten Wasserflaschen, die in der Ecke stehen. Ein erstes ungläubiges, fast verlegenes Lächeln huscht durch den Kellerraum, als er es nicht glauben will, daß die junge Malerin fünfunddreißig sei . . .*

Nun reißen die Besuche im Keller nicht mehr ab. Junge und Ältere gehen aus und ein, gerade Figuren und vierschrötige Gesellen, klare, vitale Gestalten und gesichtszerklüftete Mongolen. Sie kommen, wedeln mit der Pistole, fragen nach Waffen und Soldaten, suchen und gehen. Die Türen schließen wir nicht mehr. Die letzten Bomben dieses Krieges haben sie und die Fenster ohnedies aus den Angeln gehoben. Der Keller ist Schlaf-, Wohn- und Empfangsraum für die vielen, die so Berlin betreten. Es sind die Krieger der ersten Linie. Ich muß an die deutschen Soldaten denken, an ihre Sieges- und Beutezüge . . . Sind wir anders gewesen? Ist dies nicht nur eine andere Kategorie des Krieges der ersten Linie, geprägt von der rauhen Struktur des Ostens, gemeißelt von der weitläufigen Kraft der Steppe, gewachsen aus der Natur der größeren und weniger faßbaren Menschenmasse? Ein ungeheurer Zug der Schlachten prägt ihre Gesichter, ein Marsch von Tausenden von Kilometern, ein Marsch des Ingrimms, des Zorns, der Vergeltung.

Ununterbrochen lösen sie einander ab: die Rauhen, Grimmigen und die mit dem Lächeln der Kinder. Die Sieger gehen durch die offenen Türen. Das ist das Urrecht des Krieges. Abends springen die Gerüchte von Haus zu Haus, daß die Frau angelächelt und gesucht wird, die Frau, gleich in welcher Gestalt. Und sie, die Frauen, jagen verängstigt über die Treppen, hüllen sich den Kopf mit Tüchern, verbergen sich, schwärzen Gesicht und Augen, wollen nicht schön sein. Alles Fremde, alles Plötzliche, alles Gewaltsame schreckt die Frau, die seit Jahren ohne Liebe dahinlebt. Sie hungert nach der Stille. Jeder Sieg aber kommt mit Schalmeiengeschmetter. (. . .)

Wenn es dunkel ist, wittert der Fremde, der Böses und Todbringendes gewöhnt ist, natürlich die größere Gefahr. Das Stichwort vom „deutschen Werwolf“ hat die Hitlerführung ja noch als letzte Ausgeburt ihrer Phantasie gegen die Heranstürmenden geschleudert. In jedem Loch, in jeder Kammer müssen sie ihn erwarten; die deutsche List scheint ihnen ohne Grenzen, und selbst der wundeste Krüppel kann, wie sie meinen, noch ganze Kompanien in den Hinterhalt locken. Sie können noch nicht glauben, daß in den Häusern, an denen der Sieger vorbeizog, endlich der große Druck gewichen ist und jetzt nichts anderes als die kranke Ruhe des abklingenden Fiebers ist. Zwei waren da, die hatte der Wodka heißgeglüht. Der Triumph des Sieges befriedigte sich in der Drohung, die nicht nachließ. Sie hatten die vitale Respektlosigkeit der Krieger gegenüber dem, was dem Sieger nützt. Das Zittern um die armseligsten Werte des Lebens war eine lange Stunde um uns, und immer wieder peitschte der blanke Verdacht, wir verbürgen Waffen und Soldaten, durch den Keller.

Tief in der Nacht kamen zwei andere. Auch sie hatten getrunken. Doch sie achteten schon den Schlaf. Diese menschliche Geste kam aus mildem Kriegerherzen. Das Vertrauen, das unser Schlaf ausstrahlte, besänftigte sie offenbar zum gleichen Vertrauen. Als sie den kleinen Buben schlummern sahen, schlichen sie auf Zehenspitzen davon. Einer kam noch einmal zurück und legte aus der Hosentasche ein paar Bonbons neben den ruhig atmenden Kopf. Dann war er, leise und sorg-

lich die Tür ins Schloß drückend, verschwunden.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Da mit dem endgültig ausbleibenden Gas die Kochfrage für mich akut wurde, ging ich gestern mit Eimer und Schaufel an eine vorher ausgekundschaftete Stelle, wo in den letzten Tagen quer über die Witzlebenbrücke Barrikadenmauern gebaut worden waren, und holte mir aus einem gut verwahrten Sack einen halben Eimer Zement. Heute früh ging ich zu einer Stelle mit rostenden Eisentrümmern und löste mir in längerer Arbeit ein Stück Gitter, das ich zu einem Rost machen will. Das große Problem ist mir noch, wie ich die verschiedenen Eisenteile und Blechstücke auf die Größe reduziere, die ich für meinen Herdbau brauche.*

Von meinem Sonntagsbesuch bei Manholts brachte ich mir den Martin Salander mit und einen Band Goethe. Letzteren lese ich nun mit Behagen, Freude und Bewunderung. Das Buch beginnt mit dem 17.V.1778 in Neapel, und die folgenden Schilderungen Neapels und was er im einzelnen über die Tätigkeit des Volks schreibt, auch das Schauspiel eines Vesuvausbruchs vom Schloß aus, dazu die mit der Rückkehr nach Rom einsetzenden Gedanken über die eigene Entwicklung – das hat mir alles wieder zum Bewußtsein gebracht, was für ein ungewöhnlicher, zugleich dem Heutigen so naher und verwandter Mensch das war – dem Heutigen natürlich nicht im politischen Sinne, sondern dem, was wir fühlen und denken. Es ist gerade die rechte Lektüre für diese Zeit, in der ich – auf meinem Balkon sitzend – gewärtig sein muß, daß einmal aus einem der mich überfliegenden Flugzeuge eine Bombe auf mich herab kommen wird. Die Russen fliegen übrigens, selbst wenn sie in Formation sind, nicht so mathematisch genau wie die Amerikaner, sondern immer mit individuellen Kurven. Man hat weniger das Gefühl von unpersönlicher Maschine als von viel Lust und Laune. (. . .)

In der Nacht bin ich die einzige, die oben schläft. Die anderen finden mich verrückt. Ich sage: Die Chance, daß es gerade mich trifft, ist ebenso groß, wie daß ich das große Los ziehe, und auf die habe ich noch nie etwas gegeben. Das sage ich mir auch selbst, wenn es toll rauscht und prasselt und ich im Bett Angst bekomme. Als der Krach heute nacht den Höhepunkt erreicht hatte, stand ich wieder auf; vom Balkon war das übliche Feuerwerk zu sehen: rote und gelbe Leuchtkugeln; eine zog langsam über den Park und spiegelte sich im See. Klarer Himmel und fast Vollmond. Da ich auf der Straße die Silhouetten von Panzern sah, ging ich hinunter, stolperte am untersten Treppenabsatz über eine Gestalt; andere rückten auseinander, lauter übermüdete Soldaten, die nach dem Kampf da schliefen.

Hasenheide, Kreuzberg. *Ich stand um 7 Uhr auf, der Tag begann mit bebenden Mauern. Nun tobt die Schlacht auf uns zu. Kein Wasser mehr, kein Gas. Ich wartete eine halbwegs ruhige Minute ab und jagte die vier Treppen hoch in meine Dachwohnung. Wie ein Tier in seine umstellte Höhle, so schlich ich mich in die Zimmer, stets zu hastigem Rückzug bereit. Griff mir etwas Bettzeug und Waschkram und floh damit abwärts, in den ersten Stock, zur Witwe. Wir vertragen uns gut miteinander. Man lernt sich schnell kennen in solchen Tagen.*

Mit einem Eimer in jeder Hand wanderte ich durchs blühende Laubengelände zur Pumpe. Die Sonne strahlte so warm. Lange Pumpenschlange, jeder rührte den Schwengel für sich; er bewegt sich schwerfällig, mit Gequietsche. Zurück die Viertelstunde Weg mit überschwappenden Eimern. „Wir sind alle hübsch lastbare Eselinnen.“ (Von Nietzsche, glaub ich.) Bei Bolle immer noch Geschubse wegen der Gratisbutter. Bei Meyer endlose, dunkelfarbige Schlange, die ausschließlich aus Männern besteht; es wird dort Schnaps verkauft, pro Ausweis ein halber Liter, alle vorhandenen Sorten. (. . .)

Im Keller wiederum, gegen 18 Uhr. Konnte oben nicht länger ruhig liegen, bekam Angst, da Volltreffer nahebei und dicke Kalkbrocken auf meine Wolldecke gefallen sind. Hab hier unten gedusselt, bis die Henni vom Bäcker kam und meldete, daß ein Volltreffer in die Drogerie neben dem Kino gegangen sei. Der Inhaber war gleich tot. Ob durch Splitter, Luftdruck oder Herzschlag, war nicht sofort feststellbar. Henni sagt, er hat nicht geblutet. Aus dem Drei-Schwestern-Pudding der schwarzen Damen erhebt sich eine und fragt mit vornehm gespitztem Munde: „Ach bitte – wie ist der Mann kaputtgegangen?“ So reden wir jetzt, so sind wir sprachlich heruntergekommen. Das Wort Scheiße rutscht uns leicht von der Zunge. Man spricht es mit Befriedigung aus, als könnte man inneren Unrat damit ausstoßen. Man kommt der drohenden Erniedrigung auch sprachlich entgegen. (. . .)

Es begann damit, daß gegen 19 Uhr jemand in den Keller kam und meldete, daß drüben im Eckladen Puddingmehl ausgegeben werde. Ich – mit hin, mich angestellt. Plötzlich russische Bomben. Die Schlange blieb erst einmal stehen, wand sich nur in das benachbarte Trümmergrundstück hinein, als ob es unter den Mauerresten Deckung gäbe. In Richtung Berliner Straße sah man Rauch und Flammen. Dann neue Bombenserie, näher. Ich ließ das Puddingmehl fahren und hetzte über den Fahrdamm zum Keller zurück. Ein Mann schrie mir zu: „An der Wand lang!“ Geknatter, Trümmer spritzten. Endlich im Keller, wenn auch ohne Puddingmehl. Die Portiersfrau jammerte, weil ihre Tochter drüben geblieben war, hatte sich wohl nicht beim Beschuß über die Straße getraut.

Nach einer halben Stunde kam sie, ohne Puddingmehl. Hat, wie sie sagt, dolles Schwein gehabt. Hat sich noch in den Keller des Eckladens quetschen können, kurz bevor der Treffer vor dem Haus landete. Einer von denen, die nicht mehr in den Keller hineinkonnten, ein halbwüchsiger Junge, bekam einen Splitter in den Schädel. Die Erzählerin ist beim Hinausgehen über den Toten weggestiegen. Sie zeigt uns nun, wie es ihm weiß und rosa aus der Schläfe quoll. Morgen soll die Verteilung von Puddingmehl weitergehen. Es soll noch genug davon im Laden sein.

Gegen 21 Uhr ging die Kellergemeinde schlafen. Die Witwe hat nun auch für mich eine Art Bett eingerichtet, im Vorraum zwar, da drinnen zwischen den Stützbalken kein Platz mehr ist, doch weich und warm. Ich schlief ein, erwachte von Bomben. Etwas leckte an meiner herabhängenden Hand. Es war Foxel, der Terrier unseres nicht vorhandenen Hauswirts. Foxel, netter Kerl, hab keine Angst. Wir beide sind allein im Vorraum. Es fehlen hier die Stützen, dafür ist die Luft rein, und es stört uns kein Geschnarch und Gestöhne.

Bunker der Reichskanzlei, Mitte. *An diesem Tage traten auch die ersten Störungen in der Telefonverbindung mit der Außenwelt auf. Die Funkverbindung klappte noch nicht, so daß wir stundenlang ohne Nachrichten blieben. Der Artilleriekampf der Russen nahm beinahe stündlich zu. In den Nachmittagsstunden lagen die ersten Volltreffer schwerer russischer Granaten auf dem Gelände der Reichskanzlei. Eine Viertelstunde lang mußten die Ventilatoren abgestellt werden, weil sie an Stelle frischer Luft Schwefelgestank, Rauch und Kalkstaub in das Innere des Bunkers saugten. In den Nachmittagsstunden und frühen Abendstunden jagte eine Hiobsbotschaft die andere. Das OKH meldete den beinahe vollständigen Zusammenbruch der Ostfront südlich Stettin. (. . .) Gegen 18 Uhr sank bei vielen das Stimmungsbarometer auf den Nullpunkt, als bekannt wurde, daß die russischen Spitzen Tempelhof erreicht hatten. Am Teltowkanal, südlich Dahlem, waren Kämpfe im Gange. Fahrzeuge einer russischen Aufklärungsgruppe erschienen auf dem Flugplatz Gatow. Die 2000 Mann der benachbarten Luftkriegsschule Kladow verschanzten sich im Bereich der Schule. Damit war der Flugplatz Gatow endgültig ausgefallen. Hitler ordnete an, daß Berlin für die Nacht durch Versorgungsbomben aus der Luft versorgt werden solle. (. . .)*

Ich rief die Stabsoffiziere der einzelnen Abschnitte an und redete mit ihnen über die Moral der Truppe und andere wesentliche Dinge, die nicht in den Meldungen enthalten waren. Es war überall das gleiche Bild. Viele der alten Volkssturmmänner, durchweg mangelhaft bewaffnet, ausgebildet und ausgerüstet und von der Sinnlosigkeit des Kampfes in ihrer Stadt überzeugt, verließen schon bei schwächeren feindlichen Annäherungen ihre Stellungen und gingen zu ihren Frauen und Kindern in die Keller ihrer Häuser. Die meisten von ihnen waren dem Aufgebot ja ohnehin nur aus Angst vor den Maschinengewehren der SS gefolgt. Die Jüngsten jedoch, die 14-, 15- und 16jährigen, schlugen sich mit einer Passion und Todesverachtung, wie sie unsere Soldaten in den Feldzügen dieses Krieges bewiesen hatten. Die Truppe selbst kämpfte, soweit sie überhaupt noch vorhanden war, ebenfalls gut, hatte aber ungeheuer unter Munitionsmangel zu leiden. Das Schlimmste war, daß sich der Mangel an kampfkräftigen Soldaten von Stunde zu Stunde deutlicher bemerkbar machte. Hielt die Front dem feindlichen Angriff an irgendeiner Stelle stand, so marschierten die Russen an einem anderen nur schwach oder von Volkssturmeinheiten besetzten Abschnitt fast widerstandslos in den Rücken der noch kämpfenden Männer. Schwer zu schaffen machten in allen Abschnitten die Versorgung und die Brände in der Stadt. Da es kein Wasser zum Löschen gab, raste das Feuer ungehindert durch ganze Straßenzüge. Nur Ruinen, die nichts Brennbares mehr enthielten, geboten dem Feuer noch Halt.

26.4.1945 Donnerstag

Zehlendorf. *Am Nachmittag war ein junger Hauptmann erschienen, mit hellen Lederhandschuhen, munter blickenden Augen, einer Reitgerte zwischen den Fingern und dem breiten, gutmütigen Gesicht Rußlands. Vertrauen und Sicherheit strömten von ihm, selbst wenn er verschmitzt und skeptisch den Kopf wiegte, wenn er mir lachend suggerieren wollte, ich sei ein desertierter Offizier. Eine erste milde Frühlingssonne dehnt das Gespräch zur Unterhaltung über Rußland und Deutschland, die Welt und die Stunde, um schließlich ins Verbindendste einzumünden: in das, was uns an Frau und Kindern zugehört. Ich zeige ihm Fotos; er zieht die seinen aus der Tasche, läßt eine Flasche Rotwein holen. Es ist eine Atmosphäre da, die warm und herzlich ist. Ich war in Charkow. Dort hat ihm eine deutsche Bombe sein Töchterchen erschlagen. Er kam durch das Trümmerfeld von Steinau, wo ich die Meinen weiß. Ob dies alles sein mußte? Hier saß ein Mensch. Ein Mensch, von dem alle rauhen Gegnerschaften abgetaut sind. Wie er dem Jungen der Nachbarin durch die strubbligen Haare fährt, glaubt man, er wünsche, dieser ganze Krieg mit allen seinen düsteren Hintergründen verlöre sich schnell in der Bereitschaft der Menschen zueinander.*

Alle anderen Nachrichten, die der flüchtige Wind des Schreckens in das Häuschen weht, die schlimmen und die ärgerlichen, hat die Begegnung mit dem jungen Hauptmann aus Rostow überschattet. Ein Mensch begegnete uns. Wenn er nur viele seinesgleichen träfe und mit sich brächte.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Heute wäre an sich ein klarer Tag gewesen, wenn nicht*

durch die viele Rauchentwicklung immer wieder der Himmel sich bezöge.

Der Herdbau ist viel schwieriger, als ich annahm. Ich muß immer wieder Gänge in die Trümmer machen, um mir passende Steine oder Eisenteile zu suchen. Heute kam ich aber sehr vorwärts. Nun fehlt mir noch eine Tür zur Feuerstelle. Dann kann das Mauern beginnen. Inzwischen wärmt Frau Mietusch, die einen Kohleherd hat, mir mein Essen, wenn sie einmal aus dem Keller heraufkommt. Sie ist überhaupt rührend, kauft für mich mit ein in den jetzigen Schlange-Steh-Ausverkäufen. Ergebnis gestern anderthalb Pfund Fleisch (die mir auf meine Karten noch zustanden), heute ein Pfund Margarine, frei verkauft, wofür die Ladeninhaberin nachher denunziert und von der Polizei abgeholt wurde. Andere Leute, die den ganzen Tag nichts anderes tun, sammeln sich in dieser Zeit noch Schätze.

In allen Seitenstraßen, vor allem in den baumbestandenen, stehen Panzer, Kanonen, LKWs, Pferdewagen; daneben die Soldaten kochend, schlafend, mit den Mädchen poussierend, Tauschgeschäfte machend. Über den Krieg wird nicht geredet. Daß alle ihn satt haben, ist trotzdem klar. Gestern das erste Beispiel von Werwölfen in unserem Viertel: Ein Professor (Frau Mietusch kannte ihn) wollte in der Nacht seine Amtswalteruniform im Lietzensee ertränken, wurde dabei erwischt, und man schnitt ihm die Gurgel durch. Um die Stelle, wo die Blutlache war, 100 m von unserem Haus, wurde ein Kreis gezogen und hineingeschrieben: „Verräter". (. . .)

Heute habe ich, auf dem Balkon sitzend, Briefe geordnet und gelocht, darunter auch Ihre, die in Karten und 2 Telegrammen vom März enden. Wann werde ich den nächsten bekommen? Oder werde ich keine mehr bekommen? Das erscheint mir unerträglich. Bei jeder solchen zivilen Beschäftigung werde ich genau so schmutzig wie beim Herdbau. Denn durch die vielen Einschläge und Erschütterungen ist die Luft mit Staub und Mörtel erfüllt. Gestern hat es mir wieder eine Tür kaputt gehauen. Sie ist schon wieder repariert. – Daran, daß sich hier Weltgeschichte abspielt, denkt von uns, glaube ich, niemand. Das unmittelbar nächstliegende ist das, was die Gedanken in Anspruch nimmt, und vornean der Wunsch, daß unser Haus erhalten bleiben möge. Über das Nachher nachzudenken ist überhaupt keine Zeit und Neigung. Und da die Zeitungen mit den täglichen Vergewaltigungsgeschichten ausbleiben, hat auch dieses vorher so beliebte Thema seine Anziehungskraft verloren.

Hasenheide, Kreuzberg. *Frühstück im Keller. Jeder praktiziert, so gut er kann, eine Art von Familienleben. Auf Koffern, Kisten und Stühlen wird mit Hilfe von Papierservietten und Deckchen der trauliche Morgentisch bereitet. Den wärmenden Kaffeepuffs entsteigen Kannen mit Getränken, die auf Holzfeuern oder Spirituskochern bereitet worden sind. Man sieht Butterschalen, Zuckerdosen, Marmeladegläser, silberne Löffel. Es ist alles da. Die Witwe hat in ihrer Küche auf einem Feuer aus zerklopften Sektkisten Bohnenkaffee gezaubert, er tut gut. Ringsum kribblige Luft und Gezänk. Das Kellervolk geht einander auf die Nerven.*

Kurz vor 10 Uhr fiel dann der Koffer aufs Hausdach. Wüster Stoß, Geschrei. Schneebleich kam die Portiersfrau angetorkelt, klammerte sich an einen Balken. Von ihrer Mutter gestützt, folgte S-tinchen, die Achtzehnjährige. Zausig hing ihr das kalkgraue Haar ums junge Gesicht, Blut sickerte dazwischen. Es hat sie erwischt, als sie den Hof überquerte. Sogar das Mätzchen in seinem Bauer hat die allgemeine Erregung mitgespürt, es zickzackte hin und her und piepte schrill.

Eine Viertelstunde später erst merkte jemand, daß die Heizkörper ausliefen. Wir – hochgerannt. Das heißt, längst nicht alle. Die Postratsfrau zum Beispiel schwenkte ein Attest und schrie, ihr Mann sei herzkrank, dürfe nicht mit. Auch Gardinenschmidt drückte gleich seine fleckige Greisenpfote aufs Herz. Noch andere zögerten, bis Fräulein Behn leitstutenhaft brüllte: „Ihr Dussels quatscht, und oben schwimmen euch die Buden weg", und voranstürmte, ohne darauf zu achten, wer ihr folgte. Mit etwa fünfzehn anderen Figuren bin ich hinterdrein gelaufen.

Oben im dritten Stock ein See, und es rauscht und rauscht. Wir schufteten, Wasser rieselte von oben, wir wateten knöcheltief im Nassen, wringten die Teppiche aus, schöpften mit Müllschippen Wasser auf und leerten sie kurzerhand durch die Fenster auf die grellbesonnte, völlig verödet daliegende Straße. Die ganze Zeit hindurch Einschläge, etliche nah. Einmal ein Wirbel von Glassplittern und Kalkstücken, die in das Wasser platschten, doch niemand verletzten.

Feucht und recht aufgekratzt turnten wir dann wieder kellerwärts. (. . .)

Als es über Mittag draußen stiller wurde, trat ich ins Tor und ließ mir den feuchten Buckel von der Sonne bescheinen. Neben mir der Bäckermeister. Da rannte ein Mann an uns vorbei, er kam von der ehemaligen Schupokaserne her, wo zuletzt Luftwaffe lag, und schleppte eine blutige Rindslende im Arm. Im Vorbeilaufen rief er: „Machen Sie fix, drüben wird alles verteilt."

Wir – uns angeguckt und losgerannt, so wie wir waren, ohne Rucksack, ohne alles. Die Henni vom Bäcker, die ewig ihre Nase draußen hat, rannte hinterdrein. Sonne brennt, es ballert schon wieder sachte. Gebückt hasten wir an den Häusern entlang. An der Ecke auf dem Bordstein hocken grauhaarige Soldaten, wohl Volkssturm; sie sehen uns gar nicht an, haben die Köpfe auf ihre Knie gebeugt. Vor der Schupokaserne viele Menschen, mit Körben, Säcken, Taschen. Ich renne in den erstbesten Korridor; er ist dunkel, kühl und ganz leer, also wohl der falsche. Ich hetze zurück, hinter anderen her abwärts in den Keller der Kaserne, höre vor mir Tappen und Keuchen, und Rufe: „Hierher! Hier!" Hab mir draußen eine herumstehende kleine Kiste gegriffen, die schleife ich nun hinter mir her.

Ich stoße im Finstern Menschen an, bekomme Tritte gegen die Schienbeine. Bin auf einmal in einem Kellerraum, völlig dunkel, keuchende Menschen, Schmerzensschreie, ein Ringkampf in der Finsternis. Nein, hier wird nicht verteilt. Hier wird geplündert.

Eine Taschenlampe blitzt auf, ich erkenne Regale, Büchsen darauf und Flaschen, aber nur unten, die oberen Regale sind bereits abgeräumt. Ich bücke mich, werfe mich zu Boden und wühle im alleruntersten Fach Flaschen heraus, fünf, sechs Stück, stopfe sie in meine Kiste. Im Dunkeln bekomme ich eine Konservenbüchse zu fassen, da tritt mir einer auf die Finger, und eine Männerstimme schreit: „Das sind meine Sachen!"

Ich – mit meinen Sachen ab, zur Tür hinaus, in den Nebenraum. Ein matter Lichtschimmer fällt durch einen Riß im Gemäuer. Ich erkenne Brote, ganze Reihen, wieder nur im untersten Fach, greife mir welche, knie wieder am Boden und taste und wühle. Knie in Wein, man riecht ihn, greife in Glasscherben, stopfe alles Brot in meine Kiste, das ich fassen kann. Schleife meine Last, die ich nicht mehr zu heben vermag, hinter mir her durch die Tür, in den Gang hinaus, zum Ausgang hin, der wie eine grell erleuchtete Bühne am Ende des dunklen Gangschlauches winkt.

Draußen stoße ich auf den Bäcker. Auch er hat Brote erwischt und pfercht sie mit hinein in meine Kiste. Läuft dann wieder ins Haus, um noch mehr Sachen zu holen. Ich bin an meine Kiste gebunden, warte. Der Bäcker kehrt zurück, mit Konserven, Porzellantellern, groben Handtüchern und einem Knäuel verfitzter, hellblauer Strickwolle bepackt.

Auf einmal ist auch Antoine da, der kleine belgische Bäckergesell, und schleppt sich mit einem Rinderschenkel. Und Henni kommt und bringt Chartreuse in dickbauchigen Flaschen. Sie zürnt: „Alles gibt's da drinnen, alles. Kaffee, Schokolade, Schnaps. Die haben gelebt, die Brüder!" Und sie verschwindet wieder im Haus. Ich bewache meine Kiste. Ein Mann nähert sich, er hat aus seinem Jackett einen Sack gemacht und etliche Pullen Alkohol hineingeknotet. Verlangend blickt er meine Brote in der Kiste an: „Kann ich eins davon haben?" Ich: „Ja – gegen Schnaps." Wir tauschen ein Kommißbrot gegen eine Pulle Steinhäger, sind es beide zufrieden.

Wilde Szenen ringsum in der grellen Sonne, in die manchmal Einschläge prasseln, zwei davon nah. Männer zerschlagen Flaschenhälse an Mauerkanten, trinken in gierigen Schlukken. Antoine und ich packen nun links und rechts meine Kiste, nehmen den Heimweg unter die Füße.

Die Kiste ist voll und schwer. Sie faßt sich schlecht an, wir müssen oft absetzen. Ich bin so durstig und mache es, wie ich es soeben gesehen: klopfe einer Rotweinflasche am Bordstein den Hals ab (ich habe lauter Burgunder erwischt, französische Etiketts). Ich trank aus dem zackigen Scherbenhals und schnitt mir die Unterlippe entzwei, merkte aber nichts davon, bis Antoine darauf wies und mir mit seinem Taschentuch das Blut abwischte, wobei er sich wachsam mit den Beinen über die Kiste stellte. Das Blut war schon bis in meinen Halsausschnitt gelaufen.

Hinter uns kommt der Bäcker angeschnauft. Er trägt den bläulichen, mit Pferdemist beschmierten Rinderschenkel an sich gedrückt wie ein Baby. Die Sonne sticht, ich triefe von Schweiß. Ein paar nahe Einschläge. Dazu entfernter das Tacktacktack von Bordbeschuß und das Ballerballerballer der leichten Flak.

Vor der Haustür puhlten wir unseren Raub auseinander. Die blödsinnige blaue Wolle hatte sich überall dazwischengefitzt. Meine Beute: fünf Flaschen Burgunder, drei Flaschen mit eingemachtem Suppengrün, eine Pulle Steinhäger, vier Kommißbrote, sechs Päckchen Erbsmehl, die mir der Bäcker von den seinen großmütig überließ, und eine Konservenbüchse ohne Aufschrift mit Ichweißnichtwas. Ich schleppte alles in den ersten Stock hinauf zur Witwe.

Bin heiß, verschwitzt, gebe einem Dutzend Leuten meine Abenteuer zum besten und verschlinge dabei, mit dem Eßteller in der Linken am Küchenherd stehend, hastig ein paar Löffelvoll von dem Kartoffelbrei, den die Witwe auf einem aus Gemeinschaftsspenden beheizten Kochherd für mehrere Familien bereitet hat. Draußen jetzt wieder eine Serie von Bomben. Die anderen musterten mit großen Augen meine Beute, trauten sich aber nicht zu weiterer Plünderung in die Schupokaserne vor. Sie wird auch inzwischen längst leergeplündert sein.

Etliche Stunden später, gegen 18 Uhr, wieder im Keller. Ich konnte in der Zwischenzeit etwas schlafen, war ganz schön besoffen, nachdem ich mit der Witwe die angerissene Burgunderpulle geleert hatte. Erwachte taumelig, mit bitterem Mund, fand nicht sogleich Anschluß an die petroleumflackernde Unterwelt. Bis ich Leute hinausrennen sah und sie nach Säcken rufen hörte: „Los, drüben in den Baracken holen sie Kartoffeln 'raus!"

Ich – mit der Witwe hin. Der Feind machte gerade eine Pause, es war ziemlich ruhig. Daher wohl das plötzliche Gewimmel auf den über Mittag so verlassenen Straßen. Eben rollen zwei Frauen auf einem Kindersportwagen ein ganzes Faß vorbei, es riecht nach Sauerkraut. Junge Leute und ganz alte Leute rennen wie gejagt in Richtung der Baracken. Die Witwe und ich hatten uns mit allen erreichbaren Eimern ausgerüstet, zwei für jeden von uns. Auf dem Wege zertretene Kartoffeln und faule Möhren, denen man bloß zu folgen braucht. Vor den Steinstufen zum Eingang der Baracke liegt ein blutiger Flatschen. Ich schrecke zurück, aber die Witwe lacht: „Marmelade!" Und so ist es auch; in Fässern wird Marmelade herausgerollt.

Wir drängen uns durch den menschenwimmelnden Gang, stolpern glitschige Stufen abwärts, landen in stinkenden, faulenden Kartoffeln. Beim Schein schmaler Oberlichter wühlen wir mit Händen und Schuhen in dem Matsch herum, klauben uns Brauchbares heraus. Möhren und die lehmigen Kohlrüben lassen wir liegen, füllen die Eimer mit Kartoffeln. Wir stoßen auf einen Sack, schon halb gefüllt, fragen nicht, wem er gehört, zerren

ihn mit uns, treppauf, die Straßen entlang, nach Hause, aufwärts in den ersten Stock.

Um uns wieder Geknatter und Gedröhn, keiner schert sich drum, das Plünderfieber hat sie alle ergriffen. Wir rannten gleich ein zweites Mal, schleppten diesmal unsere Eimer mit Briketts gefüllt heimwärts. Um uns die Meute, sie rennt und rafft.

Nun hat auch die Plünderung der verlassenen Läden begonnen. Ein weißhaariger Mann, „Herr" paßte besser, schleppt eine Schublade voller Seifenpulverkartons daher. Auf der Schublade steht „Reis".

Hinauf in den ersten Stock. Wir hocken uns aufs Wohnzimmersofa. Unsere Arme sind lahm, die Beine zittern. (...)

Schließlich spazierten wir zu zweit los, um im Eckladen, dem einzigen, der noch funktioniert, nach dem Puddingmehl zu schauen, in das gestern die Bombe fiel. Tatsächlich sind noch Kunden da, und tatsächlich wird verkauft. Dies Puddingmehl hat einen aufgedruckten Pfennigpreis, ich glaube, 38 Pfennig. Der Verkäufer, der hier Inhaber ist und beim Laden wohnt, bestand darauf, jedem Käufer die ihm zukommenden Pfennige herauszugeben, fragte draußen und drinnen herum, wer Kleingeld bei sich habe und wechseln könne. Und das bei Beschuß! So was gibt es nur bei uns. Pfennigfuchsend fahren wir in die Grube. (...)

Als wir aus dem Laden traten, fuhr ein LKW vorbei; deutsche Truppen darauf, rote Spiegel, also Flak. Sie fuhren in Richtung Stadt, von uns weg aufs Zentrum zu. Saßen stumm da und stierten vor sich hin. Eine Frau rief ihnen nach: „Haut ihr ab?" Sie bekam keine Antwort. Wir sahen uns achselzuckend an. Die Frau meinte: „Sind auch bloß arme Schweine."

Immer wieder bemerke ich in diesen Tagen, daß sich mein Gefühl, das Gefühl aller Frauen den Männern gegenüber ändert. Sie tun uns leid, erscheinen uns so kümmerlich und kraftlos. Das schwächliche Geschlecht. Eine Art von Kollektiv-Enttäuschung bereitet sich unter der Oberfläche bei den Frauen vor. Die männerbeherrschte, den starken Mann verherrlichende Naziwelt wankt – und mit ihr der Mythos „Mann". In früheren Kriegen konnten die Männer darauf pochen, daß ihnen das Privileg des Tötens und Getötetwerdens fürs Vaterland zustand. Heute haben wir Frauen daran teil. Das formt uns um, macht uns krötig. Am Ende dieses Krieges steht neben vielen anderen Niederlagen auch die Niederlage der Männer als Geschlecht. (...)

Gegen Mitternacht meldete Fräulein Behn, daß der Feind bis an die Schrebergärten vorgedrungen sei und die deutsche Linie bereits vor uns liege.

Ich konnte lange nicht einschlafen, probierte in Gedanken mein Russisch aus, übte Redensarten, von denen ich annahm, daß ich sie nun verwenden könnte. Heute hab ich zum ersten Mal dem Kellervolk kurz gesagt, daß ich etwas Russisch kann; daß unter dem von mir in jungen Jahren abgegrasten Länderdutzend sich auch das europäische Rußland befand.

Mein Russisch ist simpel, ist reine Gebrauchssprache, unterwegs aufgepickt. Immerhin kann ich zählen, kann ein Datum benennen und die Buchstaben lesen. Es wird mir rasch wiederkehren, nun, da Übung winkt. Sprachen sind mir immer angeflogen. Russisch zählend schlief ich schließlich ein.

•

Mitte. *In der Panzerabwehrstellung am Märchenbrunnen wird der Spieß toben: Ich habe mich vorübergehend von dort abgesetzt, um nach meiner Mutter zu sehen. Ein Melder hatte erzählt, daß die Lebensmittelversorgung in der Stadt zusammengebrochen ist, es soll sogar keinen Strom und nicht mal mehr Wasser geben. Was nutzt dann das Gerede von der Kriegswende, von dem der Melder sprach, weil angeblich Reichsaußenminister von Ribbentrop mit dem amerikanischen Oberbefehlshaber Eisenhower über einen Waffenstillstand oder sogar ein Bündnis verhandele? Ich bin seit Tagen voller Angst um meine Mutter, so kam ich auf die Idee, meine Schultasche voller Lebensmittel zu nehmen, mich als „Melder" auszugeben und mich mal schnell zum Kreuzberg durchzuschlagen. In der Nähe des Schlosses kroch ich auf einer Röhre über die Spree. Französische und holländische Fremdarbeiter fliehend, ein Auffanglager suchend, fragten mich nach dem Weg in Richtung Wannsee. Da sie keine Ahnung von Berlins Straßen haben, nahm ich mich ihrer an. Doch schon an der Grünstraße – Ecke Petrikriche hielt mich eine SS-Streife für einen Deserteur. Sie brachten mich mit den Ausländern zum Spittelmarkt, wo der für diesen Abschnitt zuständige Kampfkommandant im Keller des Leineweberhauses seinen Gefechtsstand hat. Hier wurde es schlimm! Der SS-Sturmführer, noch jung, aber völlig betrunken, brüllte mich an: „Verräter, feiges Schwein, du wolltest fliehen!" Er verlas mir einen Befehl von Reichsverteidigungskommissar Dr. Goebbels, in dem es hieß: „Provokateure oder aufsässige Ausländer sind festzunehmen oder noch besser, unschädlich zu machen, Verräter und Deserteure sind niederzuschießen oder aufzuhängen ..." Der SS-Sturmführer verkündete das Todesurteil und goß sich ein großes Glas Kognak in den Hals. Ich war vor Schrecken fast ohne Besinnung, die Franzosen stammelten in ihrer Sprache, niemand verstand sie. Wir sollten nach oben abgeführt werden, drei SS-Soldaten übernahmen den Befehl, uns zu erschießen. Da rannte ich zurück zu dem betrunkenen Kampfkommandanten und heulte vor Aufregung und Angst laut los, ich schrie: „Ich bin kein Verräter, ich will ja nicht desertieren!" Der Kampfkommandant winkte den SS-Männern zu, zwei nahmen mich in die Mitte. Zusammen mit den Franzosen und Holländern ging es nach oben. In den Kolonnaden des Kaufhauses wurden die ausländischen Arbeiter erschossen. Der Sturmführer griff mir an den Kragen meines Kampfanzuges und zischte: „Hau ab! Die nächste Streife legt dich sowieso um ..." Ein Soldat, offenbar ein Melder, teilte ihm in diesem Moment mit, daß die Russen die Jannowitzbrücke, die nur einen Kilometer entfernt ist, überschritten hätten. Ich wandte mich schnell und rannte über den Spittelmarkt in Richtung Lindenstraße.*

Mein Durchbruchsversuch in die Grimmstraße ist gescheitert. Ich weiß nicht, ob ich noch in den Friedrichshain zurück kann, denn die Russen haben Berlins Verteidigungslinien zerrissen, wir kämpfen in zwei Kesseln. Es ist wie ein Wunder, daß ich dem Tod noch ein zweites Mal entrinnen konnte. Während ich in der Lindenstraße norwegische und dänische SS-Freiwillige traf, die kameradschaftlich zu mir waren, erlebte ich am Ende der Neuenburger Straße eine böse Überraschung. Plötzlich stand ich in einer langen Trümmerstraße vor braununiformierten Soldaten, die ich zunächst für deutsche Angehörige der Organisation Todt hielt, nur ihre Maschinenpistolen machten mich stutzig. Und dann sah ich mit Entsetzen drei sowjetische Stalin-Panzer. Ich rannte wie von Sinnen zurück, ohne Hoffnung zu entkommen. Doch plötzlich hörte ich hinter mir ihr lautes Lachen und drehte mich im Laufen um. Meiner prallen Schultasche riß in diesem Moment auch noch der Trägerriemen, ich hörte das Wort „Dawai", „schnell ..." Danach lachten die Vordersten über mich, lachten sie über die Schulmappe und die Hitlerjungen-Armbinde, über meinen zu langen Karabiner, jedenfalls schossen sie nicht, ließen mich fortrennen.

Bunker der Reichskanzlei, Mitte. *Gegen 8 Uhr des nächsten Tages, dem 26. April, liefen Meldungen über die glücklich erfolgte Luftversorgung ein. Im ersten Morgendämmern hatte eine Gruppe Me 109 mehrere hundert Versorgungsbomben über dem Kern der Stadt abgeworfen. Leider war nur etwa ein Fünftel in dem unübersehbaren Trümmerhaufen gefunden worden. Das bedeutete für die Versorgung der Truppen mit Munition im Verhältnis zum Verbrauch nicht einmal einen Tropfen auf einen heißen Stein. Vor allem fehlte es an Panzer- und Artilleriemunition. Die wenigen Panzer und Geschütze, die noch vorhanden waren, konnten wegen Munitionsmangel überhaupt nicht zum Einsatz kommen. Ein Funkspruch wurde ausgesandt. Transportmaschinen sollten auf Biegen oder Brechen auf der Ost-West-Achse landen, um Munition in die Stadt zu schaffen. Die Lampenmasten und störenden Bäume auf beiden Seiten der breiten Chaussee waren schon vor Tagen entfernt und so eine ausreichende Rollbahn geschaffen worden. Aber sie war voller Granattrichter, und dazu kam das ständige Artilleriefeuer. Schon um 9.32 Uhr erhielten wir die Bestätigung, daß zwei Ju 52 mit Panzermunition gestartet waren. Diese Meldung gab ich sofort an die in Frage kommenden Abschnitte durch, um Irrtümer zu verhindern. Die Charité erhielt Weisung, 50 Verwundete für den Abtransport in etwa zwei Stunden bereitzuhalten. Um 10.30 Uhr landeten die beiden Maschinen glatt in der Nähe der Siegessäule. Die Wirkung dieses Ereignisses auf uns alle war groß. Man war ja bescheiden geworden, es war doch wenigstens eine Verbindung zur Außenwelt. Um 11 Uhr waren beide Maschinen mit Schwerverwundeten beladen und startklar. Es ging alles in fieberhafter Eile, galt es doch, die Maschinen keine Sekunde länger als unbedingt notwendig dem Artilleriefeuer des Feindes auszusetzen. Der ersten Maschine gelang es auch glücklich zu starten. Die zweite streifte aber kurz nach dem Start mit der linken Tragfläche die stehengebliebene Vorderseite einer Häuserruine und stürzte ab. Wie ich nachher erfuhr, kamen dabei dank der noch nicht allzu großen Geschwindigkeit und Höhe nicht sämtliche Insassen ums Leben.*

Im Südwesten der Stadt war der Russe um 8 Uhr nach starkem Artilleriefeuer am Teltowkanal zwischen Dreilinden und Teltow zum Angriff angetreten. Unser Verteidigungssystem war wieder sehr schnell überrannt worden. Die Stadtteile Machnow, Zehlendorf, Schlachtensee und Dahlem waren bis zum Abend in Feindeshand. Die Absicht des Feindes, mit seinen motorisierten Verbänden in den Grunewald vorzustoßen, wurde erst an der Enge zwischen dem Schlachtensee und dem Krummen Lanke durchkreuzt, aber die hier kämpfende 18. und 20. Panzergrenadierdivision befand sich in einer verzweifelten Lage. Da die Meldungen aus den verschiedenen Stadtteilen immer unzuverlässiger und widersprechender wurden, gingen wir dazu über, uns aus erster Hand ein Bild von der Lage zu verschaffen. Das noch einigermaßen intakte Telephonnetz der Stadt Berlin wurde für diesen Zweck eingespannt. Wir riefen einfach die Nummern von Bekannten in den umkämpften Straßen und Stadtteilen an oder wählten aufs Geratewohl aus dem Telephonbuch geeignete Adressen und Nummern. Diese für die oberste deutsche Heerführung reichlich primitive Form der Rekognoszierung zeitigte auch tatsächlich den gewünschten Erfolg. „Sagen Sie, gnädige Frau, waren die Russen schon bei Ihnen?" „Ja", kam dann öfter, als uns lieb war, die verschüchterte Antwort, „vor einer halben Stunde waren zwei hier. Es waren Leute von etwa einem Dutzend Panzern, die an der Straßenkreuzung standen. Kämpfe haben hier nicht stattgefunden. Vor etwa 15 Minuten konnte ich von meinem Fenster aus beobachten, wie die Panzer in Richtung Zehlendorf weiterfuhren." Solche Auskünfte genügten mir vollauf. Sie ergaben zusammen ein ziemlich lückenloses Bild, wesentlich klarer als die Meldungen von der Truppe.

27.4.1945 Freitag

Zehlendorf. *Heute steht der erste Befehl an den Anschlagssäulen. Das erste Wort der neuen Ordnung, der Ordnung des Siegers, ist gesprochen. Das Huschen über die Gassen, das Springen von Haus zu Haus, das angstvolle Gedrücktsein in den Rahmen der eigenen Kellerunterkunft soll sein Ende haben. Die Menschen steigen aus den Bunkern und Kellerlöchern, treffen sich, sprechen, erzählen, immer dasselbe. Unerschöpflich die Begegnungen, unerschöpflich die Schicksale, unerschöpflich die Erlebnisse.*

Der Kampf ist aus dem engeren Rayon des Vorortes in die Stadt hineingerollt. Dort grollt die Schlacht weiter. Hier bleiben allein die Spuren. Sie sind wie alle Spuren einer Kampflandschaft: Zerfetzt, zerschlagen, zerfleischt, zerwühlt liegen Häuser, Wohnungen, Läden. Wie schlingerndes Gedärm hängt aus ihnen das, was übrigblieb. Die Menschen aber, erstaunlich viel Männer plötzlich wie nie in den Wochen vorher, sind zwischen ihnen: geduckt, verhärmt, scheu noch; aber sie kommen und lesen: lesen, lesen, lesen, was ihnen nun verordnet ist. Wie eine dicke Traube, die sich immer vergrößert, hängen sie an der Litfaßsäule, vorsichtig die einen nach dem Nachbarn äugend, bestimmter andere, ganz zurückhaltend im Hintergrund die meisten. Ein schweigendes Bild der noch irrenden Angst, bis einer ein hartes Wort gegen die Männer von gestern murmelt. Fast hat man den Eindruck, als möchten die andern um ihn ihn zur Vorsicht mahnen, so weichen sie erschreckt zurück. Der aber wird dadurch nur mehr gereizt. Er drängt sie, sich endlich zu äußern. Doch über ein Nicken, ein Jaja kommen nur wenige hinaus. Das ist alles noch so neu und eigentlich überhaupt noch nicht existent. Die Last von schweren zwölf Jahren läßt sich nicht vor der Anschlagstafel abschütteln. Die hat sich tiefer in den Menschen hineingefressen. Und außerdem, so meint wohl das Stirnrunzeln mancher, geht ja der Kampf noch immer weiter . . .

Man wird es schwer haben mit den Deutschen.

Bersarin heißt der Besatzungschef der Roten Armee. Seine Verordnungen tragen keinen ungewöhnlichen Charakter. Streng und bestimmt – aber durchaus entsprechend der Order jeder Besatzungsmacht. Das Recht auf Kirchgang, Sport, Kino und Theater ist das erste Recht, das sich schon jetzt aus den selbstverständlichen Pflichten des besetzten Gebietes erhebt.

Bekannte treffen sich. Sie sind noch alle verstört. Als ob sie sich nach einer Weltenwanderung wiedersähen, begrüßen sie das Ende dieser vier Tage. Unrasiert, unordentlich, ohne Krawatte, im Skidreß und Arbeitskittel, treiben die Männer durch die Straßen. Kein Hut, kein geputzter Schuh wagt sich ins Freie. Sie haben ihre überlebten Vorstellungen vom Osten, vom östlichen Milieu, von der östlichen Zivilisation. Besonders die Gepflegten haben den Bürger auf den Bügel gehängt. Eine Massenszene „Volk in Armut" spielt sich ab. Man sucht Schutz in der Niederung, flüchtet brüderlich zu Schmutz und Elend. In dem Ort der gebügelten Bürger leben nur noch Komparsen des Armeleuteviertels.

Neben dem Rathaus weht eine große rote Fahne: die Kommandantur. Um sie herum allein sind die Laute ehrlicher, die Stimmen unmittelbarer, die Schritte fester. Alle anderen schleichen. Die Deutschen schleichen.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Heut nacht, als ich gegen 2 h aufwachte, war es plötzlich so still, daß es ganz beängstigend war. So sehr sind wir schon an das dauernde Knallen gewöhnt. Ich ging auf meinen Balkon. Die Straßen unter mir waren leer. Am dunstigen Himmel stand der Vollmond, schon hoch, aber noch so rot, als ginge er eben auf. Gegen 6 h begann dann das Knallen ganz in der Nähe, wohl Geschützfeuer und dazwischen MG-Geknatter, aber nichts aus der Luft. Keine Flugzeuge. Ich schätzte nach Klang und Richtung, daß die MGs am Kaiserdamm seien. Es zog mich, die Sache zu besichtigen. Aber im Bett wars weich und warm, und so blieb ich noch liegen. Als ich dann aufstand, war heftiger Aribeschuß, und ich fand, es wäre peinlich, wenns einen gerade beim Waschen träfe. Vorne fand ich ein Fenster kaputt, einige Gegenstände umgestürzt, viel Mörtel. Glücklicherweise hatte ich schon in jedem Vorderzimmer ein Glasfenster ausgehängt und dafür einen Holzverschlag eingesetzt.*

Da es seit gestern kein Wasser mehr gibt, zog ich mit einem Eimer los; fand die Straße voller Glassplitter, Ziegelbrocken und abgebrochene Baumäste, fand den Bäcker geschlossen und ging dann mit meinem Eimer zum See in den Park. Leider ist das Wasser recht dreckig, grünlich, aber fürs Klo und die Blumen, eventuell auch zum Waschen geht es. Der Park war ganz leer, aber die Reste des gestrigen Soldatenlagers lagen verstreut umher – auch ein kleines Soldatengrab mit Holzkreuz und Fliederstrauß, gefallen am 25.4. (. . .)

Als ich mit meinem Eimer zurückkam und ihn im Hof abstellte, stürzte sich einer von 3 Soldaten darauf. Ich sagte: Nicht trinken! Er war kaum davon abzuhalten, wusch sich dann aber nur die Hände und das Gesicht, sagte, man habe sich seit acht Tagen nicht rasieren können. (. . .)

Ich machte also mein Frühstück und genoß es auf dem Balkon. Bevor ich ganz fertig war, kam schwerer und anhaltender Aribeschuß von den Russen. Ein Geschoß ging ins Rückgebäude, und bei mir waren die Hinterfenster kaputt, in Küche und Schlafzimmer alle und eins im Berliner Zimmer.

Hasenheide, Kreuzberg. *Ich schlief bis gegen 5 Uhr früh. Hörte dann im Vorraum jemand herumgeistern. Es war die Buchhändlerin, sie kam von draußen, faßte mich bei der Hand, flüsterte: „Sie sind da."*

„Wer? Die Russen?" Ich bekam kaum die Augen auf.

„Ja. Soeben sind sie bei Meyer (dem Spirituosenladen) durchs Fenster eingestiegen."

Ich zog mich fertig an, kämmte mich, während drinnen im Luftschutzraum die Frau ihre Neuigkeit kundtat. In ein paar Minuten war der ganze Keller auf den Beinen.

Ich tappte über die Hintertreppe aufwärts in den ersten Stock, wollte unsere paar Lebensmittel verstecken, soweit sie noch nicht versteckt sind. Ich horchte an der zersplitterten, nicht mehr verschließbaren Hintertür. Alles still, die Küche leer. In der Kniebeuge kroch ich zum Fenster hin. Die morgenhelle Straße lag unter Beschuß, man hörte das Klatschen und Pfeifen der Kugeln.

Um die Ecke biegt russische Vierlingsflak – vier eiserne Giraffen; drohende, turmhohe Hälse. Zwei Männer stapfen die Straße hinauf: breite Rücken, Lederjacken, hohe Lederstiefel. Autos rollen heran, halten am Bordstein. Geschütze rasseln im frühen Tagesschein durch die Straße. Das Pflaster dröhnt. Durch die zerbrochenen Scheiben weht Benzinduft in die Küche.

Ich ging wieder in den Keller zurück. Wir frühstückten wie unter einem Alpdruck. Trotzdem verzehrte ich zum Staunen der Witwe zahlreiche Brotschnitten. Mir kribbelte es im Magen. Es erinnerte mich an das Schulmädel-Gefühl vor einer Mathematik-Arbeit – Unbehagen und Unruhe, und der Wunsch, daß doch schon alles vorüber wäre.

Nachher stiegen wir zusammen aufwärts, die Witwe und ich. In ihrer Wohnung staubten wir ab, wischten, fegten und schrubbten mit unserem vorletzten Wasser. Der Teufel weiß, warum wir uns so plagten. Wahrscheinlich, um die Glieder zu rühren oder um wieder mal vor dem Künftigen ins handfeste Gegenwärtige zu fliehen.

Zwischendurch krochen wir immer wieder ans Fenster. Draußen fuhr ein endloser Troß auf. Pralle Stuten, Fohlen zwischen den Beinen. Eine Kuh, die dumpf nach dem Melker muhte. Schon schlagen sie in der Garage gegenüber ihre Feldküche auf. Zum ersten Mal erkennen wir Typen, Gesichter: pralle Breitschädel, kurzgeschoren, wohlgenährt, unbekümmert. Nirgendwo ein Zivilist. Noch sind die Russen auf den Straßen ganz unter sich. Doch unter allen Häusern flüstert es und bebt. Wer das jemals darstellen könnte, diese angstvoll verborgene Unterwelt der großen Stadt. Das verkrochene Leben in der Tiefe, aufgespalten in kleinste Zellen, die nichts mehr voneinander wissen.

Draußen Blauhimmel, wolkenloses Leuchten.

Über Mittag – die Hamburgerin und ich holten eben den zweiten Kessel voll Graupensuppe, die für das ganze Kellervolk in der Backstube beim Bäcker gekocht worden war – fand der erste Feind den Weg in unseren Keller. Ein Bauerntyp mit roten Backen, seine Augen zwinkerten, als er beim Schein der Petroleumlampe das Kellervolk musterte. Zögernd trat er ein, zwei Schritte auf uns zu.

Herzklopfen. Ängstliche halten ihm ihren gefüllten Suppenteller hin. Er schüttelt den Kopf und lächelt, immer noch stumm. Da sagte ich meine ersten russischen Worte, krächzte sie, da plötzlich heiser: „Schto wyi shelaitje?" (Was wünschen Sie?)

Der Mann fährt herum, starrt mich verblüfft an. Ich merke, daß ich ihm unheimlich bin. Es scheint ihm noch nicht passiert zu sein, daß eine „Stumme" ihn in seiner Sprache anredet. Denn „Njemze", soviel wie „die Stummen", nennt der Russe in seiner Alltagssprache die Deutschen. Vermutlich bereits seit den Zeiten der deutschen Hanse, vor 500 Jahren, als die stumm in Zeichensprache mit ihnen handelnden Kaufleute in Nowgorod und anderswo Tuche und Spitzen gegen Pelze und Wachs eintauschten.

Dieser Russe jedenfalls sagt nichts auf meine Frage; er schüttelt bloß den Kopf. Ich frage weiter, ob er vielleicht etwas zu essen haben will. Da grinst er ein wenig und sagt auf deutsch: „Schnaaps".

Schnaps? Allgemeines bedauerndes Kopfschütteln. Hier unten gibt es keinen Alkohol. Wer noch etwas hat, der hat es gut versteckt. Der Iwan trollt sich wieder, sucht sich den Rückweg durch das Labyrinth der Gänge und Höfe.

Auf unserer Straße munterer Soldatenbetrieb. Zusammen mit zwei, drei anderen Frauen wage ich mich vor, schaue dem Trubel zu. In unserem Torweg putzt ein junger Kerl ein Motorrad, eine fast neue deutsche Zündappmaschine. Er hält mir den Lappen hin, fordert mich mit Gesten auf, weiterzuputzen. Als ich ihm auf russisch sage, daß ich dazu keine Lust habe und sogar dazu lache, blickt er mich überrascht an und lacht dann zurück.

Auf dem Fahrweg radeln etliche Russen auf frisch geklauten Rädern. Sie bringen sich gegenseitig das Fahren bei, sitzen so steif auf dem Sattel wie die radfahrende Schimpansin Susi im Zoo, prallen gegen die Bäume und krähen vergnügt.

Ich spüre, wie einige Ängste von mir weichen. Denn schließlich sind ja auch diese Russen „bloß Männer", denen man auf irgendeine weibliche Art, mit Listen und Kniffen, beikommen könnte; die man hinhalten, ablenken, abwimmeln kann.

Überall auf den Bürgersteigen Pferde, sie misten und strahlen. Kräftiger Stallduft. Zwei Soldaten wollen von mir wissen, wo die nächste Pumpe sei – die Pferde seien durstig. Zusammen stapfen wir die Viertelstunde weit durch die Gärten. Freundlicher Ton, gutmütige Gesichter. Zum ersten Mal hörte ich die Fragen, die später immer wiederkehrten: „Haben Sie einen Mann?" Wenn man ja sagt, wird weitergefragt, wo er sei. Wenn nein, folgt die Frage, ob man nicht einen Russen „heiraten" wolle. Woran sich plumpes Geschäker schließt.

Anfangs duzten mich die beiden. Ich wies das zurück, sagte, daß ich meinerseits sie ja auch nicht duze. Wir gingen den öden grünen Weg entlang. Über uns flogen im Bogen die

Geschosse der Artillerie. Die deutsche Linie liegt zehn Minuten vor uns. Keine deutschen Flugzeuge mehr sichtbar, kaum hört man noch deutsche Flak. Kein Leitungswasser mehr, kein Strom, kein Gas, gar nichts. Bloß Iwans.

Zurück mit den Wassereimern. Die Pferde trinken. Froh sehen die beiden Troßmänner ihnen zu. Ich schlendere so herum, schwatze mit diesem und jenem Russen. Der Mittag geht vorüber, nun brennt die Sonne fast sommerlich heiß. Ich spüre ein fremdes, schwer faßliches Etwas in der Luft, bös und bedrohlich. Manche Kerls blicken so scheu an mir vorbei, tauschen Blicke. Einer, ein junger Mensch, klein und gelb, mit einer Alkoholfahne, verwickelt mich in ein Gespräch, will mich abseits in den Hof locken, weist auf zwei Uhren an seinem haarigen Unterarm, von denen er mir die eine schenken will, wenn ich mit ihm –

Ich weiche in den Kellergang zurück, drücke mich über den Innenhof, meine schon, ich hätte ihn abgeschüttelt, da steht er plötzlich neben mir und schlüpft mit in unseren Keller. Er taumelt von Balken zu Balken, leuchtet mit einer Stablampe die Kellergesichter ab, wohl vierzig an der Zahl, läßt den Lichtkegel zuckend auf Frauengesichtern verweilen.

Der Keller gefriert. All die Menschen sind wie erstarrt. Keiner rührt sich, keiner spricht. Man hört gepreßte Atemzüge. Nun macht der Lichtkegel bei der Achtzehnjährigen halt, bei Stinchen mit dem weißleuchtenden Kopfverband, die in einem Liegestuhl ruht. Drohend fragt der Russe auf deutsch, wobei er auf das Mädchen zeigt: „Wieviel Jahr?“

Keiner antwortet. Das Mädchen liegt wie aus Stein da. Nochmals brüllt der Russe, rauh und wütend: „Wieviel Jahr?“

Ich antworte hastig auf russisch: „Das ist eine Studentin, sie ist achtzehn.“ Ich will noch sagen, daß sie am Kopf verletzt ist, finde die Vokabel nicht und helfe mir mit dem internationalen Wort kaputt: „Kopf kaputt, von Bomben.“

Nun folgt ein Gespräch zwischen dem Mann und mir, ein hastiges Hin und Her von Frage und Antwort, das aufzuschreiben sinnlos wäre, weil es sinnlos war. Es handelte von Liebe, von wahrer Liebe, von heißer Liebe, daß er mich liebt, ob ich ihn liebe, ob wir uns lieben wollen. „Vielleicht“, sage ich und bewege mich schrittweise auf die Tür zu. Der Kerl geht mir auf den Leim. Das Kellervolk ringsum, immer noch schreckensstarr, begreift nicht im entferntesten, was hier vorgeht.

Ich schäkere mit flatternden Händen, bringe vor Herzklopfen kaum die paar Vokabeln heraus. Schaue dem Mann in die schwarzen Augen und wundere mich über seine gelben, gelbsüchtigen Augäpfel. Schon sind wir draußen im halbdunklen Gang, ich tripple rückwärts vor ihm her, er kennt sich in diesem Labyrinth nicht aus, folgt mir. Ich flüstere: „Dort hinüber. Dort sehr schön. Keine Leute.“ Noch drei Schritte, zwei Stufen – und wir stehen auf der Straße, mitten in der grellen Mittagssonne.

Ich renne sogleich zu meinen beiden Pferdepflegern, die gerade ihre Gäule striegeln. Ich zeige auf meinen Verfolger: „Das ist aber ein Schlimmer, hahaha!“ Der Bursche mißt mich mit einem Giftblick und verdrückt sich. Die Pferdestriegler lachen. Ich schwatze eine Weile mit ihnen und erhole mich dabei. Die Hände beruhigen sich wieder.

Während ich draußen palaverte, war unser Keller von etlichen Helden, die nicht weiter nach Frauen ausschauten, auf Uhren abgesammelt worden. Später sah ich manchen Iwan mit einer ganzen Uhrenkollektion an seinen beiden Unterarmen – mit fünf, sechs Stück, die er fortwährend verglich, aufzog, stellte – mit kindischer und diebischer Freude.

Unsere Ecke ist nun Biwak. Der Troß richtet sich in den Läden und Garagen ein. Die Pferde fressen Hafer und Heu, drollig nicken sie mit den Köpfen aus den zerschlagenen Schaufenstern. Es liegt eine Art Erleichterung in der Luft: Na schön, die Uhren sind futsch. „Woina kaput“, wie die Russen sagen; für uns ist der Krieg kaputt, aus. Der Sturm rauschte über uns weg, wir sind im Windschatten.

So dachten wir.

Gegen 18 Uhr ging es los. Einer kam in den Keller, Bullenkerl, stockbesoffen, fuchtelte mit seinem Revolver herum und nahm Kurs auf die Likörfabrikantin. Die oder keine. Er jagte sie mit dem Revolver quer durch den Keller, stieß sie vor sich her zur Tür. Sie wehrte sich, schlug um sich, heulte – als plötzlich der Revolver losging. Der Schuß haute zwischen die Balken, in die Mauer, ohne Schaden anzurichten. Darob Kellerpanik, alle springen auf, schreien . . Der Revolverheld, offenbar selbst erschrocken, schlug sich seitwärts in die Gänge.

Gegen 19 Uhr saß ich mit der Witwe oben in der Wohnung friedlich beim Abendbrei, als Portiers Jüngste mit Geschrei hereingestürzt kam: „Kommen Sie schnell runter, Sie müssen Russisch mit denen reden, es sind wieder welche hinter der Frau B. her.“ Also wieder die Likörfabrikantin. Sie ist weitaus die Dickste von uns allen, mit gewaltig ausladendem Busen. Man hört schon allgemein, daß sie die Dicken suchen. Dick gleich schön, da mehr Weib, mehr unterschieden vom Mannskörper. Bei primitiven Völkern sollen die Dicken ja als Sinnbild von Fülle und Fruchtbarkeit in Ehren stehen. Da können sie in unserem Land jetzt lange suchen. Gerade die früher so fülligen älteren Frauen sind meistens schrecklich zusammengeschrumpft. Die Likörfabrikantin freilich hat keine Not gelitten. Sie hat den ganzen Krieg hindurch was zum Tauschen gehabt. Nun muß sie ihr ungerechtes Fett bezahlen.

Als ich herunterkam, stand sie unten in der Haustür, wimmernd und zitternd. Sie ist aus dem Keller herausgerannt, konnte den Kerlen entwischen. Nun traut sie sich nicht in den Keller zurück, traut sich ebensowenig in ihre Wohnung vier Treppen hoch hinauf, da ab und zu von deutscher Seite Artilleriebeschuß. Sie hat auch Angst, daß die Kerle ihr nach oben folgen könnten. Sie krallt sich in meinen Unterarm, so fest, daß man ihre Nägelmale auf meiner Haut sieht, und fleht mich an, ich solle mit ihr zum „Kommandanten“ gehen, um eine Eskorte bitten, eine Art Schutz. Ich weiß nicht, was sie sich so vorstellt.

Ich spreche einen Vorüberkommenden mit Achselsternen an, versuche ihm die Angst der Frau zu erklären, wobei ich merke, daß mir die Vokabel „Angst“ fehlt. Aber er winkt ungeduldig ab: „Ach was, niemand tut Ihnen was, gehen Sie nach Hause.“ Die schluchzende Frau wankte schließlich treppauf. Hab sie seither nicht mehr gesehen, sie muß sich oben verkrochen haben. Ganz gut so. Sie wirkte zu stark als Lockvogel.

Kaum war ich wieder oben, da kam das Portiersmädel, das offenbar zur Botin abgerichtet ist, erneut heraufgerannt. Wieder Männer im Keller. Diesmal wollen sie die Bäckerin, die es ebenfalls fertiggebracht hat, etliches Körperfett über die Kriegsjahre hinweg zu retten.

Der Meister kommt mir im Gang entgegengewankt, ist weiß wie sein Mehl, streckt mir die Hände entgegen, stammelt: „Die sind bei meiner Frau . . .“ Seine Stimme bricht. Eine Sekunde lang hab ich das Gefühl, in einem Theaterstück mitzuspielen. Unmöglich kann ein bürgerlicher Bäckermeister sich so bewegen, solche Herztöne in seine Stimme legen, so nackt, so aufgerissen wirken, wie ich es bis jetzt nur an großen Schauspielern erlebte.

Im Keller. Die Petroleumlampe brennt nicht mehr, der Stoff ging wohl aus. Beim Flackerschein eines Kerzenflämmchens auf einem mit Talg gefüllten Pappdeckel, einem sogenannten Hindenburglicht, erkenne ich das Kalkgesicht der Bäckerin, den zuckenden Mund . . . Drei Russen stehen neben ihr. Mal zerrt der eine am Arm der im Liegestuhl daliegenden Frau, mal stößt der andere sie, die hoch will, wieder auf den Sitz zurück. Es ist, als sei sie eine Puppe, ein Ding.

Derweil unterhalten sich die drei Männer sehr schnell miteinander; offenbar streiten sie sich. Ich verstehe wenig, sie reden Slang. Was tun? „Kommissar“, stotterte der Bäcker. Kommissar, das bedeutet: irgendeinen, der etwas zu sagen hat. Ich – auf die Straße, die nun entspannt und abendfriedlich daliegt. Beschuß und Brandröte sind fern. Ich treffe ausgerechnet auf den Offizier, der soeben die Likörfabrikantin abgefertigt hat, spreche ihn in meinem höflichsten Russisch an, bitte um Hilfe. Er begreift und zieht ein saures Gesicht. Zögernd, unwillig folgt er mir schließlich.

Im Keller noch Schweigen und Starre. Es ist, als seien all diese Menschen, die Männer, Frauen und Kinder, versteinert. Von den dreien bei der Bäckerin hat sich einer inzwischen verzogen. Die beiden anderen stehen immer noch an ihrer Seite und streiten sich.

Der Offizier mischt sich in das Gespräch, ohne Befehlston, von gleich zu gleich. Ich verstehe mehrmals den Ausdruck „Ukas Stalina“ – Stalins Erlaß. Dieser Erlaß scheint davon zu handeln, daß „so was“ nicht vorkommen dürfte. Kommt aber natürlich doch vor, wie mir der Offizier nun achselzuckend zu verstehen gibt. Einer der beiden Ermahnten widerspricht. Sein Gesicht ist zornig verzerrt: „Was denn? Wie haben's denn die Deutschen mit unseren Frauen gemacht?“ Er schreit: „Meine Schwester haben sie . . .“ und so fort, ich verstehe nicht alle Worte, jedoch den Sinn.

Wieder redet der Offizier eine Weile ganz ruhig auf den Mann ein. Dabei entfernt er sich langsam in Richtung der Kellertür, hat die beiden auch schon draußen. Die Bäckerin fragt heiser: „Sind sie weg?“ Ich nicke, gehe aber vorsichtshalber noch mal hinaus in den dunklen Gang. Da haben sie mich. Die beiden haben hier gelauert.

Ich schreie, schreie . . . Hinter mir klappt dumpf die Kellertür zu.

Der eine zerrt mich an den Handgelenken weiter, den Gang hinauf. Nun zerrt auch der andere, wobei er mir seine Hand so an die Kehle legt, daß ich nicht mehr schreien kann, nicht mehr schreien will, in der Angst, erwürgt zu werden. Beide reißen sie an mir, schon liege ich am Boden. Aus der Jackentasche klirrt mir etwas heraus. Es müssen die Hausschlüssel sein, mein Schlüsselbund. Ich komme mit dem Kopf auf der untersten Stufe der Kellertreppe zu liegen, spüre im Rücken naßkühl die Fliesen. Oben am Türspalt, durch den etwas Licht fällt, hält der eine Mann Wache, während der andere an meinem Unterzeug reißt, sich gewaltsam den Weg sucht –

Ich taste mit der Linken am Boden herum, bis ich endlich den Schlüsselbund wiederfinde. Fest umklammere ich ihn mit den Fingern der Linken. Mit der Rechten wehre ich mich, es hilft nichts, den Strumpfhalter hat er einfach durchgerissen. Als ich taumelnd hochzukommen versuche, wirft sich der zweite über mich, zwingt mich mit Fäusten und Knien an den Boden zurück. Nun steht der andere Schmiere, er flüstert: „Schnell, schnell . . .“

Da höre ich laute russische Stimmen. Es wird hell. Die Tür ist geöffnet worden. Von außen kommen zwei, drei Russen herein, die dritte Gestalt ist eine Frau in Uniform. Und sie lachen. Der zweite Kerl, gestört, ist aufgesprungen. Beide gehen nun mit den drei anderen hinaus, lassen mich liegen.

Ich kroch an der Treppe hoch, raffte mein Zeug zusammen, schob mich an der Wand entlang zur Kellertür hin. Die war derweil von innen verriegelt worden. Ich: „Aufmachen! Aufmachen!“ Und, als nichts geschieht: „Aufmachen, ich bin allein, keiner mehr da!“

Endlich tun sich beide eiserne Hebel auf. Drinnen starrt mich das Kellervolk an. Jetzt erst merke ich, wie ich aussehe. Die Strümpfe hängen mir auf die Schuhe herunter, das Haar ist zerzaust, die Fetzen des Strumpfhalters habe ich noch in der Hand.

Ich schreie los: „Schweine ihr! Zweimal geschändet, und ihr macht die Tür zu und laßt mich liegen wie ein Stück Dreck!“ Und drehe mich um und will fort. Hinter mir erst Stille, dann bricht es los. Alle reden, schreien durcheinander, streiten sich, fuchteln herum. Schließlich ein Entschluß: „Wir gehen alle zusammen zum Kommandanten und bitten um Schutz für die Nacht.“

So zieht schließlich ein Häuflein Frauen, auch ein paar Männer dabei, in den dämm-

rigen Abend hinaus, in die laue Luft, die nach Brand riecht, zum Block gegenüber, wo der Kommandant hausen soll.

Stille draußen, die Geschütze schweigen. Im Torweg drüben lagern Gestalten am Boden, Russen. Einer richtet sich auf, als unsere Gruppe naht. Ein anderer murmelt: „Ach, bloß Deutsche", und dreht sich wieder um. Drinnen im Hof frage ich nach dem Kommandanten. Aus einer Männergruppe, die in der Tür zum Hinterhaus beisammensteht, löst sich eine Gestalt: „Ja, was wünschen Sie?" Ein großer Kerl mit weißen Zähnen, kaukasischer Typ.

Er lacht aber bloß über mein Gestammel und über das armselige Häuflein, das sich hier beschweren will. „Ach was, es hat Ihnen bestimmt nichts geschadet. Unsere Männer sind alle gesund." Er schlendert zu den anderen Offizieren zurück, wir hören sie halblaut lachen. Ich, zu unserem grauen Haufen: „Es hat keinen Sinn."

Ab – der Haufen zieht in den Keller zurück. Ich mag nicht, mag die Kellerfratzen nicht mehr sehen, steige in den ersten Stock hinauf, zusammen mit der Witwe, die um mich herum ist wie um eine Kranke, leise spricht, mich streichelt, mich beobachtet, daß es mir schon lästig ist. Ich will vergessen.

Ich zog mich im Badezimmer aus, zum ersten Mal seit Tagen, wusch mich, so gut es sich mit dem bißchen Wasser machen ließ, putzte mir die Zähne vor dem Spiegel. Da taucht, lautlos wie ein Geist, plötzlich ein Russe im Türrahmen auf, bleich und zierlich. Er fragt, und zwar auf deutsch, mit leiser Stimme: „Wo – bitte – Tür?" Er hat sich offenbar in die Wohnung verirrt. Ich, starr vor Staunen und im Nachthemd, weise ihm stumm den Weg zur Vordertür, die ins Treppenhaus geht. Darauf er, höflich: „Danke."

Ich hetze in die Küche. Ja, er ist durch die Hintertür eingedrungen. Der Besenschrank, mit dem die Witwe sie verstellt hatte, ist abgerückt. Eben kommt die Witwe die Hintertreppe hinauf aus dem Keller. Gemeinsam verrammeln wir aufs neue die Hintertür, aber diesmal gründlich. Wir bauen einen Stuhlturm davor und schieben zum Schluß noch das schwere Küchenbüffet heran. Das wird halten, so meint die Witwe. An der Vordertür legt sie wie immer den Riegel vor, schließt doppelt ab. Wir fühlen uns halbwegs gesichert.

Ein winziges Flämmchen flackert auf dem Talg des Hindenburglichts. Es wirft unsere Schatten groß an die Decke. Die Witwe hat mir das Lager im Wohnzimmer auf ihrem Liegebett gerichtet. Zum ersten Mal seit langer Zeit haben wir die Verdunklungsrollos nicht herabgelassen. Wozu auch? Es wird keine Luftangriffe mehr geben in dieser Nacht vom Freitag zum Samstag, nicht für uns, die wir schon russisch sind. Die Witwe hockt bei mir auf der Bettkante, sie zieht sich eben die Schuhe aus, da – Gepolter, Getöse.

Arme Hintertür, kümmerlich errichtetes Bollwerk. Schon kracht es, die Stühle poltern auf die Fliesen. Man hört Gescharr und Geschiebe und viele grobe Stimmen. Wir starren uns an. Durch einen Wandriß zwischen Küche und Wohnzimmer flackert Licht. Nun Schritte im Flur. Jemand stößt die Tür zu unserem Zimmer auf.

Einer, zwei, drei, vier Kerle. Alle schwer bewaffnet, das Automatengewehr an der Hüfte. Sie blicken uns zwei Frauen bloß kurz an, sagen kein Wort. Einer geht sogleich quer durchs Zimmer zum Schrank, reißt die beiden Schubladen auf, stöbert darin herum, schmeißt die Laden wieder zu, sagt wegwerfend irgendwas und stapft hinaus. Wir hören ihn im Zimmer nebenan stöbern, das früher der Untermieter der Witwe bewohnte, bis er zum Volkssturm mußte. Die drei anderen stehen so herum, tuscheln miteinander, mustern mich verstohlen. Die Witwe ist wieder in ihre Schuhe geschlüpft, sie flüstert mir zu, daß sie hinauflaufen wolle, bei den anderen Hilfe aus den Wohnungen holen . . . Weg ist sie. Keiner der Männer hindert sie.

Was soll ich tun? Mit einem Mal komme ich mir irrsinnig komisch vor, wie ich da in meinem bonbonrosa Nachthemd mit den Schleifen dran vor drei fremden Kerlen im Bett sitze. Ich halte das nicht mehr aus, muß etwas sagen, etwas tun. Und wieder frage ich auf russisch mein „Schto wyj shelaitje?"

Da fahren sie herum. Drei verblüffte Gesichter, gleich geht das Fragen los: „Woher kannst du Russisch?"

Ich sage mein Sprüchlein, erkläre, wie ich quer durch Rußland gereist bin, zeichnend und fotografierend, dann und dann. Nun setzen sich die drei Krieger in die Sessel, schieben ihre Gewehre zur Seite und strecken die Beine aus. Wir schwatzen hin und her, immer wieder horche ich zum Flur hin, warte darauf, daß die Witwe mit dem angekündigten Hilfstrupp von Nachbarn zurückkehrt. Man hört aber nichts.

Inzwischen schaut der vierte Bursche wieder herein und verzieht sich dann mit Soldat Nummer drei in unsere Küche. Ich höre sie dort mit Geschirr hantieren. Die beiden anderen schwatzen leise, ich soll offenbar nichts davon verstehen. Eigentümlich verhaltene Stimmung. Es liegt etwas in der Luft, ein Funke fliegt herum, fragt sich, wohin.

Die Witwe bleibt aus. Ich versuche wieder, mit den beiden in den Sesseln unter meiner Steppdecke her Konversation zu machen, doch es kommt nichts an. Schiefe Blicke. Sie rutschen so herum. Nun müßte es eigentlich losgehen, ich weiß es ja aus den Zeitungen, als es noch welche gab: zehnmal, zwanzigmal, was weiß ich. Ich habe Fieber. Mein Gesicht brennt.

Nun rufen die beiden nebenan in der Küche etwas herüber. Die in den Sesseln stehen umständlich auf, schlendern küchenwärts, dem Rufe folgend. Leise krieche ich aus dem Bett, horche in der Tür eine Weile zur Küche hin, wo anscheinend getrunken wird. Husche dann durch den stockdunklen Flur, schleiche auf nackten Füßen, greife mir im Vorbei meinen Mantel vom Haken und ziehe ihn übers Nachthemd.

Vorsichtig öffne ich die Vordertür. Sie ist nun, da die Witwe hinausgegangen ist, bloß eingeklinkt. Ich horche in das schweigsame, schwarze Treppenhaus. Nichts. Nirgends ein Laut oder ein Lichtschimmer. Wo mag die Witwe bloß hingegangen sein? Eben will ich treppauf steigen, da umfaßt mich von hinten im Dunkel einer, der lautlos hinterdrein schlich.

Riesenpratzen, Schnapsdunst. Mein Herz hüpft wie verrückt. Ich flüstere, ich flehe: „Nur einer, bitte, bitte, nur einer. Meinetwegen Sie. Aber schmeißen Sie die anderen raus."

Er verspricht es flüsternd und trägt mich wie ein Bündel auf beiden Armen durch den Korridor. Ich ahne nicht, welcher von den vieren es ist, wie er aussieht. Im dunklen, fast gänzlich scheibenlosen Vorderzimmer lädt er mich auf der kahlen, abgedeckten Bettstatt des früheren Untermieters ab. Ruft dann ein paar grobe Stummelsätze in Richtung Küche durch den Gang, klinkt die Tür hinter sich zu und legt sich im Dunkeln zu mir. Ich friere erbärmlich und bitte und bettle, mich doch nebenan ins aufgeschlagene Bett zurückzulassen. Er will nicht, scheint die Rückkehr der Witwe zu befürchten. Erst nach einer halben Stunde, als alles ruhig geblieben, ist er zum Umzug zu bewegen.

Das Automatengewehr klirrt nun am Bettpfosten; seine Mütze hat der Mann auf den Pfostenknauf gestülpt. Still für sich hat inzwischen das Talglicht weitergebrannt. Petka, so nennt sich der Soldat, hat einen Stiftskopf, blondes Borstenhaar wächst ihm dreieckig in die Stirn, es faßt sich an wie Sofaplüsch. Im übrigen ein Riese, breit wie ein Schrank, mit Holzfällerpratzen und weißen Zähnen. Ich bin so müde, so kaputt, weiß kaum noch, wo ich bin. Petka murkst herum, er ist aus Sibirien, naja. Sogar die Stiefel hat er jetzt ausgezogen. Mir ist taumelig, ich bin nur noch halb da, und diese Hälfte wehrt sich nicht mehr, sie fällt gegen den harten, nach Kernseife riechenden Leib. Endlich Ruhe, Dunkelheit, Schlaf. (. . .)

Früh um vier kräht der Hahn, den der Troß mit sich führt. Ich bin gleich hellwach, ziehe meinen Arm unter Petka hervor. Der zeigt lächelnd seine weißen Zähne. Steht flink auf, erklärt mir, daß er jetzt Wache habe, daß er jedoch bestimmt um sieben Uhr wiederkehren werde – ganz bestimmt! Und er zerquetscht mir zum Abschied beinah die Finger.

Ich kroch wieder unter die Decke und schlief von Viertelstunde zu Viertelstunde unruhigsten Schlaf, fuhr einmal hoch von dem Schrei „Hilfe!", da war es bloß der Hahn. Nun muht auch die Kuh. Ich wickle unseren Wekker aus dem Handtuch (d.h. der Wecker gehört der Witwe, aber ich tue ganz so, als ob ich mit zum Haushalt gehörte). Er liegt, der Vorsicht halber in ein Frottétuch gewickelt, ganz hinten in einem Fach des Schrankes. Wir schauen nur darauf, wenn wir allein und sicher sind, möchten ihn nicht an die Iwans verlieren.

Zwei Stunden hatte ich zu tun, die neuen Glasscherben und Mauerbrocken wegzuschaffen – man müßte aber dauernd kehren, denn nach jedem nahen Einschlag rieselt es von Decken und Wänden. Dann machte ich meinen Herd so weit, noch ungemauert, daß ich einen Risotto kochen konnte; dazu gab es Büchsenerbsen (gestern geöffnet) und eine alte gewärmte Suppe. Nach Tisch war längere Zeit Beschuß, und ich spielte „Wohltemperiertes Klavier". Dann ging ich wieder mit zwei Eimern zum See; grad als ich unten war, ging der Aribeschuß wieder an, diesmal in den Park. Das hätte gestern einen Sinn gehabt, als er voller Fahrzeuge und Soldaten war. Heut war er leer. (. . .)

Nachzutragen ist, daß am Freitagmittag eine Kompanie Pioniere vor unserem Haus lagerte. Solches freut uns an sich nicht; denn es zieht Beschuß auf uns (oder wir bilden es uns wenigstens ein). Es war aber wieder reges Leben und Geselligkeit. Ich sprach lange mit einem sehr netten Fahrer aus Kassel und dessen Kameraden, der aus Marburg war. Beide sehr bitter darüber, wie wir betrogen worden seien. Dafür habe man nun 6 Jahre gekämpft, daß hier die Russen seien und daß man nicht wisse, ob die Familie noch lebe, und wo sie sei. Sie schenkten Frau Mietusch und mir gegen Zigaretten zwei Büchsen Fleisch und sagten, sie hätten in Neukölln riesige Lebensmittellager in die Luft gesprengt. Das hört man gern. Der Fahrer sagte, sie wollten nach Westen durchbrechen, um nicht in die Hände der Russen zu fallen. Ihr Kommandeur sei gerade fortgefahren, um auszukundschaften, ob das gehe. Andere Pioniere um die Ecke in der Riehlstraße hätten die Brücken am Teltowkanal gesprengt. Da sie alle nicht aus Berlin waren, wußten sie nicht, wo sie überall gekämpft haben, konnten nur einzelne Straßen nennen, z.B. die Mecklenburgische und die Brandenburgische, woraus zu schließen war, daß in Schmargendorf schon alles vorbei war. Ein Rheinländer kam dazu, ein schwerlebiger Typ, der überzeugt war, daß die Russen (die Soldaten sagen immer Iwan) fürchterlich hausen würden. Wer sich das Schlimmste vorstelle, ahne immer noch nicht, wie schlimm es kommen werde. Alle Frauen zwischen 14 und 30 Jahren würden vergewaltigt. Ich erlaubte mir einige Zweifel. Er sagte, er habe den ganzen Krieg in Rußland mitgemacht. „Das sind ganz ‚unwillkürliche' Menschen (bedeutet wohl primitiv – das Wort gebrauchte er immer wieder). Sie haben gar kein Schamgefühl, schlafen zu vielen zusammen usw." Kurz darauf wurde aus einem geschlossenen Wagen gegenüber ein junges Mädchen in grauer Hose und braunem Pelzmantel heruntergehoben, sichtlich wohlig ermüdet von ihren Taten mit dem zurückgebliebenen Soldaten; und ich fand, so sehr viel Schamgefühl sei hier auch nicht aufgewendet.

Mitte. *Ich konnte neben dem brennenden Schloß die Spree noch an einem Notsteg überqueren. In der Kaiser-Wilhelm-Straße, vor der Marienkirche, deren Turm ebenfalls brannte, sah ich das große Denkmal Martin Luthers gerade in dem Moment, als eine Granate Luthers erhobene Hand abriß. An einer Wasserpumpe standen Menschen Schlange, trotz der Beschießung, die noch zugenommen hatte. Einige*

alte Frauen fielen über ein eben gefallenes Pferd her und zersäbelten es, dabei stießen sie ein junges Mädchen beiseite, das mich seltsam anlächelte und fragte, ob ich nicht etwas zu essen hätte. Sie sprach nicht gut deutsch und trug auch das viereckige Schild, mit den drei Buchstaben „OST" aufgenäht, was bedeutete, daß sie aus Rußland zur Arbeit nach Deutschland verschleppt worden war. Irgendwie erinnert sie mich an meine Potsdamer Freundin Marussja. Wenn ich der jetzt helfen könnte! Wir gingen in einen Hausflur, dort schüttete ich meine Schulmappe mit vielen Herrlichkeiten aus: Hartbrot, Ölsardinen, Wurst, Butter und Schmalz in Büchsen. Das Mädchen umarmte mich und weinte vor Freude. Kaum war ich aus dem Hausflur heraus und in Richtung Horst-Wessel-Platz weitergegangen, ertönte eine furchtbare Explosion, die mich an die Häuserwand warf. Alles vor mir war dunkel vor Rauch, ich floh in den nächsten Hauseingang. Nach einigen Minuten ging ich weiter. Das große Volksbühnentheater war in die Luft geflogen. In ihm waren enorme Mengen Munition gelagert, erzählte ein Volkssturmmann, der mir ein Flugblatt in die Hand drückte. In der Tornische am Friedhof Jostystraße setzte ich mich auf einen umgestürzten Gedenkstein und las das Blatt. Mit Erstaunen entdeckte ich, daß es sich um eine Kleinausgabe einer Zeitung handelte, die sich „Panzerbär" nannte. Als Wappen im Titel des Blattes ist der Berliner Bär abgebildet, der eine Panzerfaust trägt. (. . .)

Nochmals treffe ich auf eine SS-Streife, doch ich gebe mich seelenruhig als Melder aus, der zum Flakturm Friedrichshain unterwegs ist. Sie lassen mich daraufhin passieren, vermutlich weil ich in Richtung des stärksten Beschusses weitergehe. An der Schloßbrücke will ich die Spree überschreiten. Das alte Kaiserschloß brennt lichterloh, auch aus dem Dom, der schon zerstört aussieht, schlagen Flammen. Ein deutscher Panzerspähwagen flitzt die Straße Unter den Linden entlang und hält an der breiten Panzersperre vor der Schloßbrücke. Ein General steigt aus dem Wagen, zusammen mit einem Adjutanten spricht er mit der Besatzung der Panzersperre, übrigens alte Landser, mit denen ich mich gerade über die Lage in der Stadtmitte unterhielt. Der Adjutant sagte leise, daß der General der Kommandant von Berlin, General Weidling, ist, der im Auftrage des Führers den inneren Verteidigungsring kontrolliere.

Bunker der Reichskanzlei, Mitte. *Die Meldungen aus der Stadt werden immer erschütternder. Fast acht Tage hausen die Berliner Frauen, Kinder, Greise, Kranke, Verwundete, Soldaten nun schon ohne Unterbrechung in ihren Kellern im Innern der Stadt. Der Durst ist noch schlimmer als der Hunger. Seit Tagen gibt es kein Wasser. Dazu dauernde Brände und Rauch, der in die Keller dringt, und eine sengende Aprilsonne. Die Krankenhäuser, Lazarette und bombensicheren Bunker sind schon längst mit Verwundeten überfüllt. In den Schächten und Bahnhöfen der U-Bahn und S-Bahn liegen Hunderttausende verwundeter Soldaten und Zivilisten. (. . .)*

Abends bat der Kommandant von Berlin, Hitler vortragen zu dürfen. Bormann, Krebs und Burgdorf standen schweigend hinter Hitler, während Weidling ungefähr folgendes sagte: Die Armee Wenck ist, sowohl was die Menschen wie das Material betrifft, viel zu schwach, das neu erkämpfte Gebiet südlich von Potsdam zu halten, geschweige denn bis ins Zentrum von Berlin durchzubrechen. Im Augenblick sind die Besatzungskräfte der Stadt Berlin noch imstande, einen erfolgversprechenden Ausbruch nach Südwesten durchzuführen, um Anschluß an die Armee Wenck zu gewinnen. „Mein Führer", so fuhr Weidling fort, „ich verpflichte mich mit meiner Person dafür, daß Sie gesund und wohlbehalten aus Berlin herauskommen. Dadurch würde der Reichshauptstadt der vernichtende Endkampf erspart." Aber Hitler lehnte ab. Auch als Axmann am folgenden Tag denselben Vorschlag machte und das Leben jedes einzelnen Hitlerjungen für ein sicheres Geleit ihres Führers verpflichtete, weigerte sich dieser wiederum.

Nachdem sich im Bunker herumgesprochen hatte, daß von Wenk keine Hilfe mehr zu erwarten sei und daß Hitler den Ausbruch abgelehnt habe, verbreitete sich eine richtige Weltuntergangsstimmung. Jeder versuchte, seinen Jammer mit Alkohol zu betäuben. Die besten Weine, Liköre und Delikatessen wurden aus den großen Vorräten entnommen. Während die Verwundeten in den Kellern und U-Bahn-Schächten der Stadt nicht einmal den brennendsten Hunger und Durst stillen konnten und viele von ihnen nur wenige Meter von uns entfernt in den Untergrundbahnhöfen des Potsdamer Platzes lagen, floß hier der Wein in Strömen.

28.4.1945 Sonnabend

Zehlendorf. *Aus der Stadt tönt die Schlacht weiter. Hie und da jagen Hunderte von Granaten nach einem unglücklichen deutschen Flugzeug, das stadteinwärts fliegt. Eine Maschine – und hundert Rohre sind auf sie gerichtet. Die Erinnerung an das umgekehrte Verhältnis vorher ist frappierend.*

Wir wissen nichts mehr. Das Radio liegt still. Gerüchte schwirren unstet heran, keine Nachrichten mehr. (. . .)

Nebenan die beiden jungen russischen Offiziere, leger, ungeniert und breitgesichtig, scherzen, lachen, erzählen mit den Nachbarn. Sie haben wohl andere Vorstellungen vom Schönen und Anmutigen. Es verkehrt sich vieles in dieser Zeit. Und wer auf den anderen hinlauscht, wird eher verstehen als verurteilen.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Ich wachte nach einer ziemlich unruhigen Nacht zum üblichen Morgen-Aribeschuß um halbsechs Uhr auf, der, wie mir schien, recht sehr auf uns gezielt war, blieb also im verdunkelten Zimmer liegen – die Verdunkelung als Teilschutz gegen Splitter gedacht – und beschloß, im Ernstfall mit dem Kopf unter die Bettdecke zu gehen. Einige Male klapperten Ziegel und Balken über meinem Haupt, und es gab die schweren Erschütterungen, an die ich nun schon gewöhnt bin. In meinen Überlegungen, während dies vor sich ging, fand ich aber doch, daß Artillerie mir hauptsächlich gegen die Nerven gerichtet zu sein scheint. Gemessen am Schußaufwand scheinen mir die Menschen, die dabei umkommen, sehr gering, vor allem im Vergleich mit Terrorangriffen. Und der Zufall scheint mir eine sehr große Rolle zu spielen. Als ich aufstand und nach vorne kam, sah ich immerhin, was der Zufall und die Zerstörkraft bei mir angerichtet hatten: Ein Treffer war einen halben Meter über dem rechten Fenster meines Musikzimmers in die Mauer gegangen, hatte den größeren Teil des Dachs weggerissen, mein Zimmer voller Mauerwerk gestreut, alle verbliebenen vorderen Fenster kaputt; Scherben und Mörtel überall; der Balkon mit Mauerstücken bedeckt; die Scheibe über meinem Mistbeetkasten kaputt; Pflanzen kaputt; die Löcher in der Tür zum Berliner Zimmer wieder aufgerissen. Aber die viel geringere Kraft war doch auch sichtbar: Alle Vasen und Töpfe und Möbelstücke standen wie vorher; dagegen die Bombe vom 3.2., die ja nur ins Haus gegenüber ging, hatte als Luftdruckwirkung alles umgehauen und alle Türen gesprengt. Bis nachmittags habe ich Schutt geschaufelt und geputzt, zuletzt die Böden auf den Knien und Teppich gebürstet. Es ist merkwürdig, daß ich in all dem Dreck mehr denn je das Bedürfnis habe, es um mich herum hübsch und sauber zu haben. (. . .) Trotz der Putzerei frage ich mich, ob ich je wieder zu einer echten Sauberkeit kommen werde. Mit jedem neuen Einschlag in der Nähe kommt eine neue Wolke Mörtel und Staub herunter. Ohne Fenster ist auch alles offen. Und da es trotz Frühling erbärmlich kalt ist, habe ich überall die Holz- und Pappverschläge herein gemacht. Wenn alle zu sind, ist es natürlich finster. Fürs Arbeitszimmer holte ich mir aus der verlassenen Wohnung nebenan ein Glasfenster, das glücklicherweise paßt. Trotzdem hat es im Zimmer nur 9°. Als ich nachmittags mit meinem Eimer zum Lietzensee ziehen wollte, sagte jemand, es gebe auch Trinkwasser, weiter straßabwärts, wo eine Rotkreuzfahne hänge. Ich holte bei der Familie Sperling meinen zweiten Eimer. (. . .)*

Der Wasserhahn war in einem Hof, dahinter lag ein improvisiertes kleines Lazarett; in der Garage stand ein wiehernder Fuchs, im Hof ein kaputtes und ein ganzes Auto. Man mußte Schlange stehen. Ich hörte bei den dortigen Gesprächen, daß vorn um die Ecke am Kaiserdamm zwei russische Panzer stünden. (. . .)

Als wir heimkamen, wars schon fast dunkel, und ich richtete die Wohnung für den nächtlichen Beschuß. Außer dem Treffer bei mir ist ein Stück einer großen Granate im 1. Stock auf den Küchenbalkon gefallen, ferner ein Einschlag im Dach auf der Mietusch-Seite, drei Löcher in der Straße vor unserm Haus und viele Einschläge im Nachbarhaus.

Später im Bett. Inzwischen hab ich eine Orgie gefeiert: Waschen mit warmem Wasser bei Kerzenlicht. Kerzen sind natürlich auch äußerst rar. Ich hab mir welche gemacht, aber der Docht war nicht fest genug gedreht, und das Wachs tropft zu schnell weg. Also muß ich neue machen, wozu auch wieder der Herd notwendig ist. An diesem habe ich heute vormittag nach vielen Vorkonstruktionen gebaut. Es erwies sich leider, daß der gestohlene Wehrmachtszement nichts taugt. Und da die Türchen, die ich mit soviel Aufwand herbeischaffte, nur funktionieren können, wenn die Eisenstifte, auf denen sie sich drehen, festgemauert sind, ist haltbarer Zement absolut notwendig. Als ich in dem Stadium war, das wohl jeder handwerkende Laie kennt, daß alles anfängt schiefzugehen, aß ich zu Mittag. Dann saß ich noch ein wenig im kalten Wind auf dem Balkon und genoß die wenigen Minuten, als die Sonne zwischen den Wolken durchkam. Als ich später gerade wieder den Zement angerührt hatte, klopfte es; Herr Mietusch kam und sagte: „Jetzt brechen sie durch" (nämlich die Russen), was er von meinem Balkon aus sehen wollte. Ich mochte meinen Zement nicht hart werden lassen, glaubte auch nicht so recht an den historischen Augenblick, obwohl vor unserer Witzlebenbarrikade eine gewisse Bewegung war. Also baute ich weiter – und sie sind auch bis jetzt noch nicht durchgebrochen. Dafür geht das Feuerungstürchen, wenn es zart behandelt wird, während die Rohrtüre neu verankert werden muß.

Herr Mietusch hatte seinen Bruder in der Suarezstraße besucht. Dort brannten mehrere Häuser. Dann ging er in sein Stamm-Restaurant, Ecke Kaiserdamm. Dort waren die Russen schon gewesen, hatten versucht, den Weinschrank aufzubrechen mit Schüssen aufs Schloß, waren aber bald wieder abgezogen. Ich komme zum Schluß, daß nicht nur der Artilleriebeschuß, sondern der ganze Kampf eine sehr unübersichtliche Sache ist. (. . .)

Wir kümmern uns immer weniger um den Krieg, schauen nur, wenn es etwas Besonderes gibt, etwa der brennende Funkturm – nicht der Turm, aber das Aussichtshäuschen, was sicher ein glänzender Beobachtungsposten war – oder brennende Ausstellungshallen oder besonders große Brände in unserer Nähe. Nicht zu wissen, was in der übrigen Stadt vor sich geht, ist schlimm. Vorgestern ging ich noch einmal wegen Wehrmachtsbericht zu jener Parteistelle; es war nichts angeschlagen. Ein paar Soldaten sagten sarkastisch: „Die Partei ist getürmt. Wir haben eine Reihe von Amts-

walteruniformen zu vergeben." Die Soldaten hören offenbar nie den Wehrmachtsbericht. Sie wissen gar nichts.

Hasenheide, Kreuzberg. *Es war fünf, da konnte ich nicht mehr schlafen. Ich stand auf, klopfte das Bett glatt, schob Kästen und Stühle wieder vor die unverschließbare Hintertür mit ihrem zerborstenen Schloß, räumte die leere Flasche weg, die die Männer hinterlassen hatten, und kontrollierte unsere Burgunderflaschen hinten im Küchenschrank, in einem alten Eimer. Sie haben gottlob nichts davon gefunden.*

Durch die Fenster fällt graurötlicher Schein. Draußen ist immer noch Krieg. Gewummer und Stöße, doch ziemlich weit weg. Die Front rollt nun aufs Stadtzentrum zu.

Ich ziehe mich an, wasche mich notdürftig und horche vorsichtig in das morgenstille Treppenhaus. Nichts als Schweigen und Leere. Wenn ich bloß wüßte, wohin die Witwe sich verkrochen hat! Ich getraue mich nicht, irgendwo zu klopfen, will niemanden erschrekken.

Als ich wieder ins Treppenhaus horche, nahen sich Stimmen. Ich laufe aufwärts. Da kommen sie mir schon entgegen, Frauen, ein ganzer Trupp, voran die gottsjämmerlich schluchzende Witwe. Sie taumelt mir in die Arme, jammert: „Sei mir nicht bös!" (Seit gestern duzen wir uns.) Ringsum schluchzen etliche Frauen mit. Ich lache erst mal in all den Jammer hinein: „Was denn? Ich lebe ja, alles geht vorüber!"

Während wir ein Stockwerk höher steigen, zu den Buchhändlersleuten, flüstert mir die Witwe zu, sie habe zuerst vergeblich an mehrere Türen geklopft und um Asyl für sich und mich gebeten. Nirgends sei ihr aufgetan worden. Ja, bei den Postrats habe man ihr über die Türkette hinweg zugezischt: „Das Mädel? Nee, wir wollen uns die Kerle nicht auf den Hals locken!" Im Stockdunkeln hat dann einer die Witwe im Treppenhaus zu fassen bekommen, hat sie auf die Dielen geworfen . . . Ein Kind noch, so flüstert sie; bartlos, glatt und unerfahren – und sie lächelt dabei mit dickverheultem Gesicht. Ich weiß nicht genau, wie alt sie ist, sie würde es mir vielleicht nicht sagen. Sie muß zwischen vierzig und fünfzig sein, ihr Haar ist gefärbt. Denen ist Frau Frau, wenn sie sich im Finstern einen Leib greifen.

In der Wohnung des Buchhändler-Ehepaares sind an die fünfzehn Leute aus dem Haus untergekrochen, haben sich Bettzeug herangeschleppt, sich auf Sofas, auf dem Boden, überall, wo Platz ist, eingerichtet. Denn diese Wohnung hat an der Vorder- wie an der Hintertür Patentschlösser und in den Boden eingreifende Stoßstangen. Außerdem ist die Vordertür innen mit Metall beschlagen.

Wir sitzen um den fremden Küchentisch, alle hohläugig, grünbleich, übernächtigt. Alle flüstern, wir atmen gepreßt, trinken gierig den heißen Malzkaffee (gekocht auf einem Herdfeuer aus Naziliteratur, wie der Buchhändler uns verrät).

Immer wieder starren wir die verriegelte, verrammelte Hintertür an, hoffend, daß sie halten möge. Hungrig stopfe ich das fremde Brot. Da – Schritte auf der Hintertreppe, und die fremden Laute, die uns so grob und tierisch in den Ohren tönen. Erstarrung und Schweigen rings um den Tisch. Wir halten im Kauen inne, der Atem stockt uns allen. Hände krampfen sich gegen die Brust. Augen flackern irr. Wieder Stille draußen, die Schritte verhallen. Jemand flüstert: „Wenn das so weitergehen soll . . ."

Keine Antwort. Das Flüchtlingsmädel aus Königsberg, das auch hier unterkam, wirft sich schreiend über den Tisch: „Ich kann nicht mehr! Ich mache Schluß!" Sie hat es in der Nacht mehrfach aushalten müssen, unterm Dach, wohin sie vor einem ganzen Haufen Verfolger geflohen war. Das Haar hängt ihr wirr ums Gesicht, sie mag nicht essen noch trinken.

Wir sitzen, warten, horchen. Über uns orgelt nun Artillerie. Schüsse peitschen durch unsere Straße. Es ist gegen 7 Uhr, als ich mit der Witwe abwärts zu unserer Wohnung schleiche, vorsichtig ums Treppengeländer sichernd. Horchend verhalten wir vor der eigenen Tür, die ich angelehnt ließ, als sie sich plötzlich von innen auftut.

Eine Uniform. Schreck. Die Witwe umkrallt meinen Arm. Aufatmen – es ist bloß Petka.

Sprachlos lauscht die Witwe unserm Gespräch. Aber nach einer Minute stehe auch ich sprachlos da. Denn Petka strahlt mich an, seine kleinen Blauaugen glitzern, er schüttelt mir die Hände, versichert, daß ihm die Zeit nach mir lang geworden sei, daß er gleich nach der Wache schnellstens zurückgekehrt sei und die ganze Wohnung nach mir abgesucht habe, daß er froh sei, so froh, mich wiederzusehen. Und er drückt und quetscht dabei meine Finger mit seinen Holzfällerpratzen, daß ich sie ihm entziehen muß. Ich stehe wie ein Idiot vor diesen unzweifelhaften Symptomen, höre mir das Romeogestammel an, bis Petka endlich, endlich entschwindet – mit dem Versprechen, bald wiederzukommen, sehr bald, so schnell er eben kann.

Ich stehe offenen Mundes da. Die Witwe hat kein Wort verstanden, hat aber aus Petkas Gesicht gelesen, was mit ihm los ist. Sie schüttelt den Kopf: „Na, weißt du –". Wir sind beide ganz fassungslos.

Und nun sitze ich hier am Küchentisch, habe soeben den Füllhalter neu mit Tinte gefüllt und schreibe, schreibe, schreibe mir allen Wirrsinn aus Kopf und Herz. Was mag das werden? Was kommt da noch über uns? Mir ist so klebrig, ich mag gar nichts mehr anfassen, mag die eigene Haut nicht anrühren. Jetzt ein Bad oder doch richtige Seife und reichlich Wasser. Schluß, weg mit den Wunschträumen. (. . .)

Samstag nachmittag gegen 15 Uhr schlugen zwei mit Fäusten und Waffen gegen die Vordertür, brüllten rauh, traten gegen das Holz. Die Witwe öffnete. Sie zittert jedesmal um ihr Türschloß. Zwei Grauköpfe, taumelnd, betrunken. Sie stoßen ihre Automatengewehre in die letzte heile Flurscheibe. Klirrend fallen die Scherben in den Hof hinab. Dann reißen sie das Verdunkelungsrollo in Fetzen herunter, treten gegen die alte Standuhr.

Der eine greift nach mir, treibt mich in das vordere Zimmer, nachdem er die Witwe aus dem Weg gestoßen hat. Der andere baut sich an der Vordertür auf, hält die Witwe in Schach, stumm, mit dem Gewehr drohend, ohne sie zu berühren.

Der mich treibt, ist ein älterer Mensch mit grauen Bartstoppeln, er riecht nach Schnaps und Pferden. Klinkt sorgfältig hinter sich die Tür zu und schiebt, als er keinen Schlüssel im Schloß findet, den Ohrensessel gegen die Füllung. Er scheint die Beute gar nicht zu sehen. Um so erschreckender sein Stoß, der sie zum Lager treibt. Augen zu, die Zähne fest zusammengebissen. Kein Laut. Bloß als das Unterzeug krachend zerreißt, knirschen unwillkürlich die Zähne. Die letzten heilen Sachen.

Auf einmal Finger an meinem Mund, Gestank von Gaul und Tabak. Ich reiße die Augen auf. Geschickt klemmen die fremden Hände mir die Kiefer auseinander. Aug in Auge. Dann läßt der über mir aus seinem Mund bedächtig den angesammelten Speichel in meinen Mund fallen.

Erstarrung. Nicht Ekel, bloß Kälte. Das Rückgrat gefriert, eisige Schwindel kreisen um den Hinterkopf. Ich fühle mich gleiten und fallen, tief, durch die Kissen und die Dielen hindurch. In den Boden versinken – so ist das also.

Wieder Aug in Auge. Die fremden Lippen tun sich auf, gelbe Zähne, ein Vorderzahn halb abgebrochen. Die Mundwinkel heben sich, von den Augenschlitzen strahlen Fältchen aus. Der lächelt.

Er kramt, bevor er geht, etwas aus seiner Hosentasche, schmeißt es stumm auf den Nachttisch, rückt den Sessel beiseite, knallt hinter sich die Tür zu. Das Hinterlassene: eine verkrumpelte Schachtel mit etlichen Papyrossen darin. Mein Lohn.

Als ich aufstand, Schwindel, Brechreiz. Die Lumpen fielen mir auf die Füße. Ich torkelte durch den Flur, an der schluchzenden Witwe vorüber ins Bad. Erbrechen. Das grüne Gesicht im Spiegel, die Brocken im Becken. Ich hockte auf der Wannenkante, wagte nicht nachzuspülen, da immer wieder Würgen und das Wasser im Spüleimer so knapp.

Sagte dann laut: Verdammt! und faßte einen Entschluß.

Ganz klar: Hier muß ein Wolf her, der mir die Wölfe vom Leibe hält. Offizier, so hoch es geht, Kommandant, General, was ich kriegen kann. Wozu hab ich meinen Grips und mein bißchen Kenntnis der Feindsprache?

Sobald ich wieder gehen konnte, nahm ich einen Eimer und verzog mich hinunter auf die Straße. Schlenderte auf und ab, spähte in die Höfe, äugte umher, kehrte wieder ins Treppenhaus zurück, gab Obacht. Ich legte mir Sätze zurecht, mit denen ich einen Offizier ansprechen könnte; überlegte, ob ich nicht zu grün und elend aussähe, um zu gefallen. Fühlte mich körperlich wieder besser, nun, da ich etwas tat, plante und wollte, nicht mehr nur stumme Beute war.

Eine halbe Stunde lang nichts, d.h. keine Sterne. Ich kenne ihre Rangabzeichen und Ränge nicht, weiß nur, daß Offiziere Sterne an der Mütze haben und meistens Mäntel an. Ich sah aber bloß grünes Volk und Hundsgemeine. Wollte es schon für den Tag aufgeben, klopfte bereits an unsere Vordertür, da tat sich an der Wohnung gegenüber, die einem rechtzeitig geflüchteten Hausbewohner gehört, die Tür auf. Ein Besternter. Groß, schwarzlockig, die Mütze in den Nacken geschoben, selbstsicher, gut genährt. Wie er mich mit dem Eimer sieht, lacht er mich an, radebrecht: „Du – Frau?" Ich lache zurück, überschütte ihn mit meinem besten Russisch. Er ist entzückt, seine Sprache zu hören. Wir schwatzen, albern, kalbern, wobei ich herausbringe, daß er Oberleutnant ist. Schließlich verabreden wir uns für heute abend, 19 Uhr, in der Wohnung der Witwe. Bis dahin hat er dienstlich zu tun. Er heißt Anatol Soundso, ist Ukrainer.

„Werden Sie auch bestimmt kommen?"

Er, vorwurfsvoll: „Aber ganz bestimmt, und so schnell ich kann."

Zuerst tauchte gegen 17 Uhr ein anderer, schon fast Vergessener auf: Petka von der letzten Nacht, Petka mit dem Bürstenhaar und dem Romeogestammel. Er bringt zwei Kameraden mit, die er uns als Grischa und Jascha vorstellt. Schon sitzen sie alle drei um unseren runden Tisch herum, noch ein bißchen befangen, wie Jungens, die bei besseren Leuten eingeladen sind. Bloß Petka benimmt sich, als sei er hier zu Hause, führt mich den anderen mit ausgesprochenem Besitzerstolz vor. Die drei räkeln sich auf den Sesseln, fühlen sich wohl. Jascha stellt eine Flasche Wodka hin. Grischa kramt aus einem durchgefetteten Stück der „Prawda" (es ist die Titelseite, leider alte Nummer) Heringe und Brot heraus. Hausherrenhaft ruft Petka nach Gläsern. Er schenkt ein, schlägt mit der Faust auf den Tisch und kommandiert:

„Wypitj nadno, austrinken!"

Die Witwe und ich – und auch der erst vor einer halben Stunde urplötzlich aufgekreuzte Untermieter, Herr Pauli, entlassener Volkssturmmann – müssen uns mit an den Tisch setzen, müssen mit den Burschen trinken. Petka legt vor jeden von uns eine Scheibe dunklen, feuchten Brotes auf die Tischplatte, zerteilt dann kurzerhand auf dem polierten Mahagoni die Heringe und drückt uns mit dem Daumen Stücke davon aufs Brot, wobei er uns anstrahlt, als sei dies eine ganz besondere Gunst und Delikatesse.

Die Witwe erschrickt, rennt nach Tellern. Grischa ist ein Stiller mit einem dauerhaften Schmunzeln um den Mund, seine Stimme knarrt tief, er gibt acht, daß wir alle gleichmäßig vom Brot und den Heringen bekommen. Der kleine, kahlgeschorene Jascha lächelt und nickt nach allen Seiten. Die beiden stammen aus Charkow. Ich kam langsam mit ihnen ins Schwätzen, dolmetschte zwischen Herrn Pauli und den Russen. Wir trinken einander zu. Der Sibiriak Petka lärmt voll Behagen.

Ich horche immer wieder zur Tür hin und spähe auf die kleine Damenarmbanduhr an Jaschas Arm. Jeden Augenblick erwarte ich Anatol, den herbestellten Oberleutnant – mit Bangen, denn ich befürchte Streit. Petka ist

zwar baumstark und sauber gewaschen, aber ein Primitivling und Hundsgemeiner, kein Schutz. Von einem Oberleutnant dagegen verspreche ich mir eine Art von Tabu. Der Entschluß steht bei mir fest. Es wird mir schon etwas einfallen, wenn es soweit ist. Ich griene in mich hinein, komme mir vor wie eine auf der Bühne agierende Person. Was gehen mich die alle an! Bin noch nie so weit von mir selber weggewesen und mir so entfremdet. Alles Gefühl scheint tot. Einzig der Lebenstrieb lebt. Die sollen mich nicht zerstören.

Unterdessen hat Grischa sich als „Buchhalter" vorgestellt. Auch unser Herr Pauli, Industriekaufmann, bekennt sich als Buchhalter. Grischa und Herr Pauli haben beide flott getrunken. Sie fallen sich um den Hals, jauchzen: „Ich Buchhalter, du Buchhalter, wir Buchhalter!" Der erste deutschrussische Verbrüderungskuß klatscht auf Paulis Wange. Bald ist Pauli stockbetrunken, er ruft uns hingerissen zu: „Sind doch dolle Kerle, diese Russen, da steckt Saft und Kraft drin!"

Wieder leeren wir eine Gläserrunde auf die internationale Buchhalterei. Selbst die Witwe wird nun munter und vergißt vorübergehend, daß auf ihrer polierten Tischplatte Heringe zersägt werden. (Um die Teller kümmert sich keiner der Burschen.) Ich trinke sehr mit Maßen, tausche heimlich die Gläser aus, will meinen Verstand für nachher zusammenhalten. Wir sind von kranker Lustigkeit, vor allem wir beiden Frauen. Wir wollen vergessen, was vor drei Stunden geschah.

Draußen Dämmerung. Nun singen Jascha und Petka etwas Melancholisches, Grischa brummelt nur so mit. Herr Pauli ist in selig aufgelöster Laune. Es ist ein bißchen viel für ihn, nachdem er heute früh noch Todeskandidat beim Volkssturm war, bis die Mannen sich einsichtsvoll auflösten und sich mangels Waffen und Befehlen gegenseitig heimschickten. Plötzlich rülpst Pauli, fällt vornüber und speit auf den Teppich. Im Nu wird er von der Witwe und dem Mitbuchhalter Grischa ins Bad spediert. Die anderen schütteln den Kopf, äußern Teilnahme . . . Womit Herr Pauli sich für den Rest des Tages und, wie sich seither herausgestellt hat, auf unabsehbare Zeit ins Bett verkrümelt, in sein Untermieterzimmer nebenan. Eine lahme Ente. Es wird wohl so sein, daß sein Unterbewußtsein die Lähmung will. Seine Seele ist neuralgisch. Trotzdem wirkt er durch sein bloßes maskulines Vorhandensein bremsend. Die Witwe schwört auf ihn und seine kargen Aussprüche zur Weltlage und massiert ihm das Kreuz.

Abenddämmerung, fernes Geheul der Front. Wir zünden die Kerze an, die die Witwe aufgetrieben hat, pappen sie auf eine Untertasse. Dürftiger Lichtkreis über dem runden Tisch. Soldaten kommen und gehen, es wird lebhaft gegen Abend. Es hämmert gegen die Vordertür, es drängt sich hinten in der Küche. Wir sind furchtlos. Solange Petka, Grischa und Jascha bei uns am Tisch sitzen, kann uns nichts passieren.

Plötzlich steht Anatol im Zimmer, erfüllt die Stube mit seiner Mannsgegenwart. Hinter ihm drein trabt ein Soldat mit einem Kochgeschirr voll Schnaps und einem runden, dunklen Brot unterm Arm. Die Männer sind alle in bestem Futterzustand, drall und prall, in sauberen, praktisch-derben Uniformen, mit breiten Bewegungen, sehr selbstbewußt. Sie spukken ins Zimmer, werfen ihre langen Zigarettenmundstücke in die Gegend, wischen die Heringgräten vom Tisch auf den Teppich hinunter und fläzen sich breit in den Sesseln.

Anatol berichtet, daß die Front nunmehr am Landwehrkanal liegt, und ich muß an den öden, alten Singsang denken: „Es liegt eine Leiche im Landwehrkanal . . ." Viele Leichen werden nun darin liegen. Anatol behauptet, daß sich in den letzten Tagen 130 deutsche Generäle ergeben hätten. Er kramt aus einer Zellophantasche eine Karte von Berlin heraus, zeigt uns darauf den Frontverlauf. Es ist eine sehr genaue Karte, russisch beschriftet. Eigentümliches Gefühl, als ich nun, Anatols Wunsch willfahrend, ihm zeige, wo sich unser Haus befindet.

Also Samstag, 28. April 1945, Front am Landwehrkanal.

Gegen 20 Uhr zog Petka mit den Seinen ab. Irgend etwas Dienstliches rief die drei Burschen weg. Petka brummte was von Bald-Wiederkommen, aber so, daß der Oberleutnant es nicht hörte. Dabei quetschte er mir wieder die Finger und versuchte, mir in die Augen zu blicken.

Im übrigen merkwürdig geringe Wirkung der Offizierssterne auf die Mannschaften. Ich war enttäuscht. Keiner fühlte sich in seiner Gemütlichkeit durch Anatols Rang gestört. Anatol setzte sich auch ganz friedlich dazu und lachte und quatschte mit den anderen, panschte ihnen die Gläser voll und ließ sein Kochgeschirr kreisen. Mir wird etwas bange für mein Tabu. Die uns vertraute preußisch-militärische Rangordnung gilt hier offenbar nicht. Die Besternten entstammen keiner besonderen sozialen Schicht, stehen herkunftsmäßig und bildungsmäßig in keiner Weise über den Mannschaften. Sie haben keinen besonderen Ehrenkodex und schon gar keine andere Haltung gegenüber den Frauen. Die abendländischen Traditionen von Ritterlichkeit und Galanterie haben Rußland gar nicht gestreift. Es gab dort, soweit ich weiß, keine Turniere, keinen Minnesang, keine Troubadours, keine schleppentragenden Pagen. Woher soll es also kommen? Das sind alles Bauernjungs. Auch Anatol ist einer. Zwar reicht mein Russisch nicht aus, um aus Wortwahl und Sprechweise dem einzelnen Mann, wie ich es in anderen Sprachen wohl könnte, seinen Beruf oder seine Bildung auf den Kopf zuzusagen. Und über Literatur und Kunst hab ich noch mit fast keinem sprechen können. Doch spüre ich, daß diese Burschen bei aller Lautheit des Auftretens mir gegenüber innerlich unsicher sind, daß es einfache, unverwöhnte Männer sind, Kinder des Volkes.

Immerhin ist Anatol wenigstens ein vollsaftiges Zweizentner-Mannsbild. Vielleicht wirkt sein Gewicht, wenn die Leutnantssterne versagen. Mein Entschluß jedenfalls wankt nicht.

Anatol zieht wie ein Komet einen Schweif junger Leute hinter sich her, knabenhafte Soldaten, die allesamt inzwischen in der von den Puddingtanten verlassenen Wohnung Unterschlupf gefunden haben. Ein richtiges Kind ist darunter; ein kleines Gesicht, ein strenger, gesammelter Blick aus schwarzen Augen – Wanja, sechzehn Jahre alt. Die Witwe zieht mich beiseite und tuschelt, der könne es gewesen sein, diese Nacht auf dem Treppenabsatz – es sei so ein kleines, glattes Gesicht, so ein schmaler Körper gewesen. Wanja allerdings gibt kein Zeichen des Erkennens, kann es wohl auch nicht geben, da er die Frau, die er in tapsiger Knabenart nahm, nur gefühlt, nicht gesehen hat. Trotzdem ist mir so, als ob er wüßte, wer sie ist; denn ihre Stimme hat er ja gehört, die Witwe hat es mir erzählt, wie sie geweint und gebettelt hat. Jedenfalls folgt Wanja der Witwe wie ein Hündlein, trägt frische Gläser herzu und wäscht am Spültisch die gebrauchten.

Ich trank an diesem Abend viel, wollte viel trinken, betrunken werden, was mir auch gelang. Daher Erinnerungslücken. Den Anatol fand ich neben mir wieder, seine Waffen und Sachen rings um das Bett gebreitet . . . Die vielen Knöpfe und Taschen, und was er alles drin hat . . . Freundlich, zutunlich, kindlich . . . Aber Mai geboren, Stier, Stier . . . Ich glaubte eine fühllose Puppe zu sein, geschüttelt, herumgeschoben, ein Ding aus Holz . . . Plötzlich steht jemand im dunklen Zimmer, läßt eine Taschenlampe aufblitzen. Und Anatol schreit den mit der Lampe rauh an, droht mit Fäusten, und der andere verschwindet . . . Oder hab ich das geträumt?

Sehe beim Morgengrauen Anatol am Fenster stehen und hinausblicken, während es rot ins Zimmer flammt und gelb über die Tapete zuckt. Höre die Kartjuschas heulen, indes Anatol die Arme reckt und spricht: „Petuch paiot", der Hahn singt. Und wirklich hört man in einer Feuerpause den Hahn unten krähen.

Flakbunker, Friedrichshain. *Noch bevor ich die Batterie wieder erreichte, erlebte ich etwas Grausiges. Das Artilleriefeuer war so stark, daß ich nur langsam, von Haus zu Haus springend, zur Greifswalder Straße vorankam. Kurz vor dem Königstor sah ich von weitem etwas Merkwürdiges. Auf den Luftschutz-Deckungsgräben vor der Bartholomäuskirche standen fünf Männer, dabei hämmerten die Granatwerfer pausenlos. Eisen und Asphalt, Metall und Steine spritzten bei jedem Einschlag. Noch etwa hundert Meter entfernt, springend und dann Deckung nehmend, wieder springend, rief ich zu den Männern hinüber: „Geht doch in Deckung!" Doch sie rührten sich nicht. Beim Herankommen fuhr ich entsetzt zusammen. Die fünf waren tot, sie hingen an den Bäumen. Nur von weitem hatte es ausgesehen, als stünden sie auf den Dekkungsgräben. SS-Streifen hatten sie gehenkt, jeder trug eine Tafel um den Hals, auf der in großen Buchstaben stand: „Ich war zu feige, für Deutschland zu kämpfen. Ich habe den Führer und das Volk verraten. Darum muß ich ehrlos und in Schande sterben!" Mir wurde übel bei diesem Anblick.*

Im Flakturm herrschte Aufregung: „Mensch, Dieter, hast du die Armee Wenck gesehen? Sind die Amerikaner schon gelandet?" Ich habe wohl etwas dumm dreingeblickt, dann erklärten mir die Kameraden, warum sie fragten. Der Batteriechef Oberleutnant Küttner ist mit einem Ritterkreuz ausgezeichnet worden und brachte aus dem Führerhauptquartier die Grüße Adolf Hitlers für unsere Einheit mit. Der Führer sprach von der Armee Wenck, die schon bei Ferch einen Keil in die sowjetische Umklammerung geschlagen habe, und dann ging im Hauptquartier die „Flüsterparole" um, daß die Amerikaner Luftlandetruppen als Verbündete unserer Wehrmacht gegen die Russen einsetzen wollen. Erst einmal hörte ich von Fred und Karl-Heinz, daß auf höchsten Befehl die russischen Kriegsgefangenen erschossen wurden, die als Hilfskanoniere in der Batterie Dienst taten. Sie hörten schon von der Kniprodestraße die „Urrä"-Rufe der stürmenden Rotarmisten . . .

In den fünf Stockwerken des Flakturmes liegen überall Tote und Verwundete, ein widerwärtiger süßlicher Geruch durchzieht den Turm. Wir erhielten den Befehl, die neue Hauptkampflinie in der Höchste-Straße zu beziehen. Die zwei Flaktürme stehen jetzt wie Inseln im Meer, denn die Russen sind an diesen Festungen längst vorbeigestoßen. Der Feind kann also überraschend von jeder Seite angreifen, kein gutes Gefühl. Die Versorgung mit Verpflegung und Munition ist sehr schlecht geworden, wir liegen in den Hausfluren von alten Mietskasernen, in denen die Arbeiterfrauen uns lieber gehen sehen würden. Max-Dieter Gruban ist seit Tagen verschwunden, er ist vermutlich nach Caputh geflohen, wo sein Vater eine große Villa besitzt. Ob ich ihn wohl jemals wiedersehe?

Bunker der Reichskanzlei, Mitte. *Gegen 5.30 Uhr setzte das russische Artilleriefeuer wieder ein, heftiger als zuvor. Die Beschießung war in ein nicht mehr endendes Trommelfeuer ausgeartet, wie ich es während des ganzen Krieges nicht erlebt hatte. Die Ventilatoren mußten oft über eine Stunde lang abgestellt werden. Die obersten Betondecken wurden an verschiedenen Stellen durchschlagen, und wir konnten den Mörtel auf die untere Betonschicht regnen hören. Unter das Bersten der Granaten mengten sich die dumpfen schweren Detonationen der Fliegerbomben. Ein Orkan von Feuer und Eisen ging auf die Reichskanzlei und das Regierungsviertel nieder. Die Antenne unseres 100-Watt-Senders wurde zertrümmert, die Leitungen zu den verschiedenen Verteidigungsabschnitten in der Stadt zerstört. Immer wieder glaubten wir, das Feuer hätte seinen Höhepunkt erreicht, aber jedesmal mußten wir uns eines Besseren belehren lassen. Der Mangel an frischer Luft wurde unerträglich. Kopfschmerzen, Atemnot und Schweiß machten sich im Laufe des Tages immer stärker bemerkbar. Die Menschen im Bunker versanken in ein stumpfes Dahinbrüten. Im ersten Morgengrau-*

en griffen die Russen am Belle-Alliance-Platz an und stießen in die Wilhelmstraße vor. Nun trennten uns nur noch etwa 1000 Meter vom Feind. Auch die ausgesuchten Leute des Freikorps Adolf Hitler konnten diesem Ansturm nicht mehr standhalten.

Gegen Mittag gelang es einem unserer Melder, bis zum Kommandanten Berlins durchzudringen und lebend wieder zurückzukommen. Die Lage verschlechterte sich in den übrigen Stadtgebieten ebensosehr wie im Zentrum. Charlottenburg war fast ganz verloren. Der Russe stand schon auf der Ost-West-Achse am „Knie". Das Rückgrat der Verteidigung im inneren Stadtgebiet waren die Flaktürme im Humboldthain, Friedrichshain, Zoo und die Geschütze auf dem Shellhaus. Im Wirkungsbereich dieser Befestigungen konnten die Russen keine nennenswerten Erfolge erzielen. An anderen Stellen drangen sie dafür um so tiefer in das Stadtinnere ein.

29.4.1945 Sonntag

Zehlendorf. *Das ist der erste Sonntag dieser neuen Zeit. Beerwald ist auch durch die Stürme der Wandlung der korrekte, nach innen und außen Ausgeglichene geblieben. Von der Bügelfalte und dem steifen Kragen ist er zwar zu Knickerbockern und dem Sporthemd ohne Schlips übergegangen, aber auch sie trägt er mit Eleganz. Zu ihm ist die Turbulenz der Haussuchungen kaum vorgedrungen. An den beiden Alten vor allem, die den Krieg Bismarcks als Kinder erlebt, im ersten Weltkrieg ihr Haus drangegeben haben, ist der neue Sturm vorbeigerauscht, mit Kopfschütteln, mit ein paar Erzählungen, aber einer staubgeputzten Beletage, geregelten Mahlzeiten, sorgsam gepflegtem Garten, bürgerlich erhaltenem Dekor. Wenn der Abend naht, schließen sie die unbeschädigten Läden, lassen wie vorgestern und gestern die Jalousien herunter und meinen, damit die neue Welt fest von sich abschließen zu können: ein Stück sehr bescheidener Selbstwehr ohne den Funken eines Begreifens, was mit diesem Sturm zu uns gekommen ist. Wie ein Frevel scheint mir die blütenweiße Serviette, die vor mich gelegt wird. Und Beerwald läßt die alten Eltern gewähren. Sie wissen wohl nicht, daß fünf Meter von ihrem Haus entfernt im Rinnstein zwei unbestattete tote Soldaten liegen.*

Hasenheide, Kreuzberg. *Als Anatol weg war, stand ich sogleich auf, wusch mich im Bad mit dem kärglichen Wasserrest, schrubbte den Tisch ab, fegte Stummel, Heringsschwänze, Roßdreck auf, rollte den Teppich zusammen und beförderte ihn hinauf auf den Schrank. Schaute ins Nebenzimmer, wo sich die Witwe im Schutze ihres Untermieters eine Lagerstatt auf dem Sofa gerichtet hat, fand beide schnarchend. Es pfiff eiskalt durch die Pappdeckelfetzen vor den Fenstern. Ich fühlte mich erquickt und ausgeruht nach fünf Stunden brunnentiefen Schlafes. Etwas Haarweh; aber nicht mehr. Wieder eine Nacht überstanden.*

Ich rechnete mir aus, daß Sonntag war, der 29. April. Aber Sonntag ist so ein Zivilistenwort, zur Zeit sinnlos. Die Front hat keinen Sonntag.

Kaum hatten wir unseren Malzkaffee mit Butterschnitten vom Plünderbrot verzehrt, kamen auch schon wieder Anatols Mannen aufgekreuzt, für die wir eine Art von Restaurant sind – bloß, daß die Gäste ihr Futter mitbringen. Ein guter Typ diesmal dabei, der beste, den ich bisher unter ihnen fand: Andrej, Feldwebel, von Beruf Schullehrer. Schmaler Schädel, eisblauer Blick, leise und klug. Erstes politisches Gespräch. Das ist nicht so schwierig, wie man denken sollte, da all die politischen und wirtschaftlichen Vokabeln Fremdwörter sind, unseren entsprechenden Wörtern ganz ähnlich. Andrej ist orthodoxer Marxist. Er gibt nicht Hitler persönlich die Schuld am Kriege, sondern dem Kapitalismus, der die Hitlers hervorruft und Kriegsstoff häuft. Er ist der Meinung, daß die deutsche und russische Wirtschaft einander ergänzen, daß ein Deutschland, nach sozialistischen Grundsätzen aufgebaut, Rußlands natürlicher Partner sei. Mir tat dies Gespräch, ganz abgesehen von seinem Gegenstand, den ich nicht so beherrschte wie Andrej, sehr gut – einfach weil einer von ihnen mich als gleichwertige Gesprächspartnerin behandelte, mich nicht anrührte dabei, nicht mal mit den Augen, nicht das Weibstück in mir sah wie bisher alle anderen.

In unseren Zimmern war den ganzen Vormittag über Kommen und Gehen. Andrej saß auf dem Sofa und schrieb seinen Rapport. Solange er da ist, fühlen wir uns sicher. Er brachte eine russische Armeezeitung mit, ich entzifferte die vertrauten Namen der Berliner Stadtteile. Viel ist nicht mehr deutsch von unserer Stadt.

Sonst erfüllt uns stets und ständig das Gefühl des völligen Preisgegebenseins. Sind wir allein, so schreckt uns jeder Laut, jeder Tritt. Die Witwe und ich drängen uns um Herrn Paulis Bett, wie jetzt, da ich dies schreibe. Stundenlang hocken wir in dem finsteren, eiskalten Zimmer. Iwan hat uns tief unten. Zum Teil wörtlich; denn es gibt in unserem Block noch unentdeckte Hausgemeinschaften, Familien, die seit Freitag im Keller leben und nur frühmorgens ihre Wasserholer ausschikken. Die deutschen Männer, so scheint es mir, sind in diesen Tagen der allerletzte Dreck. Sie müssen sich noch schmutziger fühlen als wir besudelten Frauen. In der Pumpenschlange erzählte eine Frau, wie in ihrem Keller ein Nachbar ihr zugerufen habe, als die Iwans an ihr zerrten: „Nu gehn Sie doch schon mit, Sie gefährden uns ja alle!" Kleine Fußnote zum Untergang des Abendlandes. (. . .) Gegen 10 Uhr waren all unsere Stammgäste beisammen: Andrej, Petka, Grischa, Jascha, auch der kleine Wanja, der uns wieder das Geschirr in der Küche abwusch. Sie aßen, tranken und schwatzten. Einmal sagte Wanja zu mir, mit tiefernstem Kindergesicht: „Wir Menschen sind alle böse, alle. Auch ich bin schlecht, habe Böses getan."

Anatol erschien, schleppte einen Plattenspieler an, ich weiß nicht, woher. Zwei der Seinen folgten ihm mit den Platten. Und was lassen sie laufen, immer wieder, wohl ein dutzendmal, nachdem sie die meisten Platten kurz angespielt und verworfen haben, den Lohengrin und die Neunte, Brahms sowohl wie Smetana? Sie spielen eine Reklameplatte, wie man sie früher bei der Textilfirma C. & A. am Spittelmarkt zubekam, wenn man ein größeres Stück kaufte: „Gehen Sie zu C. & A., schöne Sachen gibt es da . . ." Und so weiter, im Foxtrott-Takt wird die ganze Konfektion durchgeträllert, und die Iwans trällern in bester Laune mit, es sagt ihnen zu.

Schon kreist wieder Schnaps um den Tisch. Anatol kriegt seinen Gierblick, den ich kenne, und drängt schließlich den ganzen Verein unter ziemlich durchsichtigen Vorwänden hinaus. Nicht einmal einen Schlüssel gibt es für diese Tür. Anatol rückt den Ohrensessel heran. Ich muß immer an das denken, was ich in der Frühe mit der Witwe am Herdfeuer besprochen habe, mache mich starr wie ein Stück Holz, konzentriere mich mit geschlossenen Augen auf das Nein.

Den Sessel rückt er wieder ab, als die Witwe mit der Suppenterrine Einlaß begehrt. Während die Witwe und ich am Tisch Platz nehmen und sogar Herr Pauli von nebenan aus seinem Zimmer gehumpelt kommt, vom Krankenbette auferstanden für eine Stunde, tipptopp rasiert und manikürt, im seidenen Schlafrock . . . Währenddes liegt Anatol quer über der Bettstatt, seine gestiefelten Beine baumeln vorn herab, seine schwarzen Locken sind wirr. Er schläft und schläft, sacht den Atem blasend.

Anatol schlief wie ein Kind drei Stunden lang, allein mit uns drei Feinden. Auch wenn er schläft, fühlen wir uns sicherer als allein, er ist unsere Mauer. Der Revolver steckt ihm im Hüftgurt, nun sägt er Bretter durch. Draußen derweil Krieg, das Zentrum raucht, Schüsse peitschen.

Die Witwe holt eine Flasche des Plünderburgunders, den ich in der Schupokaserne erobert habe, und schenkt uns ein, und zwar in Kaffeetassen, für den Fall, daß Russen hineinplatzen. Wir reden ganz leise miteinander, um Anatol nicht zu wecken. Es tut uns wohl, höflich und freundlich miteinander zu sein, wir genießen die stille Stunde, möchten uns gegenseitig Gutes erweisen. Die Seele erholt sich.

Gegen 16 Uhr erwachte Anatol und stürzte Hals über Kopf vondannen, irgendwelchen dienstlichen Obliegenheiten zu. Wenig später draußen an der Vordertür Gebummer. Zittern, mein Herz aus dem Takt. Gottlob bloß Andrej, der Schullehrer mit dem eisblauen Blick. Wir strahlen ihn an, die Witwe fällt ihm erleichtert um den Hals. Er lächelt zurück.

Gutes Gespräch mit ihm, diesmal nicht über Politik, sondern über Menschlichkeit. Andrej doziert, daß er „solche Sachen" ablehne, wobei er verlegen an mir vorbeischaut; daß er in der Frau den Kameraden sehe, nicht den Körper. Er ist ein Fanatiker, seine Augen sind weit weg, während er so spricht. Er ist der Unfehlbarkeit seines Dogmas gewiß.

Ich muß jetzt manches Mal darüber nachdenken, ob es ein Glück oder Unglück für mich ist, etwas Russisch zu können. Auf der einen Seite gibt es mir eine Sicherheit, die den anderen fehlt. Was ihnen grobe Tierlaute, unmenschliche Schreie sind, ist mir doch Menschensprache – die reichgegliederte, melodische Sprache eines Puschkin und Tolstoi. Zwar hab ich Angst, Angst, Angst (seit Anatol läßt sie ein wenig nach); aber ich spreche doch mit ihnen von Mensch zu Mensch, unterscheide die Übelsten von den Erträglichen, gliedere den Schwarm, mache mir ein Bild von ihnen. Zum ersten Male fühle ich auch meine Zeugenschaft. Es werden nur wenige in dieser Stadt sein, die mit ihnen reden können; die ihre Birken und Dörfer und die Bauern in Bastsandalen gesehen haben und die hastigen Neubauten, auf die sie so stolz sind – und die nun wie ich Dreck sind unter ihren Soldatenstiefeln. Dafür haben es die anderen, die kein Wort ihrer Sprache verstehen, leichter. Sie bleiben diesen Männern fremder, können tiefere Gräben legen und sich einreden, das da seien gar keine Menschen, bloß Wilde, bloß Vieh. Das kann ich nicht. Ich weiß, daß sie Menschen sind wie wir; freilich, so scheint es mir, auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe, als Volk jünger, noch näher ihren Ursprüngen als wir. So ähnlich haben sich wohl die Teutonen aufgeführt, als sie in Rom eindrangen und sich wohlduftende, künstlich gelockte, mani- und pedikürte besiegte Römerinnen griffen. Wobei das Besiegtsein unbedingt der Paprika auf dem Fleisch ist.

Es war etwa 18 Uhr, als es plötzlich Geschrei gab im Treppenhaus. Heftiger Dactylus gegen unsere Tür: „Die Keller sind geplündert worden!" Andrej, auf unserem Sofa sitzend, nickt dazu. Er wußte es schon seit Stunden, so sagt er, und er rät uns, gleich nach unseren Sachen zu sehen.

Unten das Chaos: zerschlagene Bretterwände, abgerissene Schlösser, die Koffer aufgeschlitzt und zertreten. Wir stolpern über fremden Kram, trampeln auf Wäsche herum, die noch sauber in den Plättbrüchen liegt. Mit einem Kerzenstumpf leuchten wir in unseren Winkel, greifen dies und das, Handtücher, eine Speckseite an der Strippe. Die Witwe jammert, ihr großer Koffer sei verschwunden, in den sie ihre besten Kleidungsstücke gelegt habe. Sie kippt irgendeinen fremden, aufgerissenen Koffer im Gang aus und macht sich

daran, die paar restlichen eigenen Habseligkeiten hineinzufüllen. Mit den Händen schaufelt sie verschüttetes Mehl vom Boden, stäubt es lose in den Koffer hinein, wie von Sinnen. Links und rechts wühlen bei Kerzengeflacker die Nachbarn. Man hört schrille Ausrufe und Gejammer. Bettfedern wirbeln durch die Luft, es riecht nach vergossenem Wein und Kot.

Aufwärts. Wir schleppen unseren Kram. Andrej ist die Plünderung sichtlich peinlich. Er tröstet uns, sagt, es sei vermutlich alles nur verschmissen und durcheinander geworfen, aber nicht verschwunden; denn die Einbrechenden hätten bestimmt bloß Alkohol gesucht. Wanja, das Kind, inzwischen auch wieder eingetroffen, verspricht der Witwe mit ernstem Blick in seinen schwarzen Augen, halb deutsch, halb russisch, daß er uns morgen früh bei Tagesschein hinuntergeleiten und uns zur Seite bleiben werde, bis alles gefunden sei, was uns gehöre.

Die Witwe weint, sie erinnert sich, immer wieder aufschluchzend, an einzelne Sachen aus ihrem Koffer; an das gute Kostüm, das Strickkleid, die festen Schuhe. Auch ich bin tief niedergeschlagen. Rechtlos sind wir, Beute, Dreck. Unsere Wut entlädt sich auf Adolf. Bange Fragen: Wo steht die Front? Wann wird Friede?

Während wir an Herrn Paulis Bett, in das er sich nach dem Mittagessen wieder zurückgezogen hatte, miteinander flüsterten, hielt Andrej nebenan mit den Seinen um den Mahagonitisch herum Kriegsrat. Plötzlich fliegen alle Fensterflügel auf, Pappstücke sausen durchs Zimmer, ein Knall, mich wirbelt es an die gegenüberliegende Wand. Ein Knirschen, eine Kalkwolke im Zimmer, draußen ein Mauersturz . . . Wie wir eine halbe Stunde später von Nachbarn erfuhren, war eine deutsche Granate aufs Nebenhaus gefallen, hatte etliche Russen verwundet und ein Pferd getötet. Am nächsten Morgen fanden wir es im Innenhof: Das Fleisch sauber abgetrennt, auf blutbeschmiertem Bettlaken liegend, daneben auf rotfeuchter Erde das fettige Geschling der Eingeweide.

Wie der Abend verlief, ist mir im Augenblick entfallen. Vermutlich Schnaps, Brot, Hering, Büchsenfleisch, Beischlaf, Anatol. Nun hab ich es doch wieder: eine ganze Runde von Russen, von uns bekannten und von neuen, um unseren Tisch herum. Immer wieder zogen sie ihre Uhren, verglichen ihre Zeit, die Moskauer Zeit, die sie mitgebracht haben und die der unsrigen um eine Stunde voraus ist. Einer hatte eine dicke, ehrsame Bauernzwiebel dabei, Marke Ostpreußen, mit ölgelbem, hochgewölbtem Zifferblatt. Warum sie bloß so hinter Uhren her sind? Es ist nicht deren Geldwert; denn nach Ringen, Ohrringen, Armbändern äugen sie längst nicht so, übersehen dergleichen, wenn sie wieder eine Uhr ergattern können. Wahrscheinlich liegt es daran, daß drüben in ihrem Land noch längst nicht jeder eine Uhr bekommen kann. Er muß schon was sein, was vorstellen, bevor er solche heißbegehrte Armbanduhr erwischt, das heißt sie vom Staate zugeteilt bekommt. Und nun wachsen die Uhren auf einmal wie Radieschen in ungeahnter Fülle für jeden, der sie pflücken will. Mit jeder neuen Uhr wird so ein Iwan einen Machtzuwachs verspüren. Mit jeder Uhr, die er drüben verschenken und vergeben kann, wächst sein persönliches Gewicht. So wird es sein. Denn sie wissen die Uhren nicht nach ihrem Geldwert zu unterscheiden. Sie bevorzugen Stücke mit Kinkerlitzchen, zum Beispiel mit Stoppuhr oder mit Drehzifferblatt unter einer Metallhülse. Auch ein buntes Bildchen auf dem Zifferblatt ist für sie Lockspeise.

Ich sah all die Hände der Männer auf unserem Tisch und verspürte jäh Ekel. Sie kamen mir so nackt vor – was klebt alles daran? Schnell Schnaps drauf getrunken, sie rufen „Wypitj nadno", sooft ich ansetze, und feiern jeden meiner Schlucke wie eine anerkennenswerte Tat. Diesmal außer Schnaps auch Rotwein, wohl Kellerbeute. Eine Kerze, auf eine Untertasse gepappt, gab Flackerschein und warf die slawischen Profile an die Wand.

Zum ersten Mal eine Runde von echten Diskutierern. Mindestens drei Hochbegabte darunter: einmal Andrej, der Schullehrer und Schachspieler mit seinem eisblauen Blick; beherrscht und leise sprechend wie immer. Dann ein Kaukasier, mit Nasenhaken und Funkelblick. („Ich bin kein Jude, ich bin ein Georgier", so führte er sich bei mir ein.) Er ist ungemein belesen, zitiert fließend in Vers und Prosa, ist sehr beredt und so flink wie ein Florettfechter. Die dritte Intelligenzbestie ist auch ein Neuer. Ein blutjunger Leutnant, heute abend erst durch einen Splitter verwundet, mit notdürftig verbundenem Schienbein, an einem deutschen Wanderstock humpelnd, der mit allerlei Wanderplaketten aus bekannten Orten im Harz verziert ist. Der Leutnant ist weißblond und blickt düster drein. Seine Redeweise ist hämisch. Einmal sagt er: „Ich als intelligenter Mensch –", worauf ihm der Kaukasier ins Wort fällt: „Hier sind noch einige intelligente Menschen – die Njemka zum Beispiel." (Das bin ich.)

Diskussion über den Kriegsursprung, den sie im Faschismus sehen, in seiner Struktur, die zu Eroberungen drängt. Kopfschüttelnd geben sie zu verstehen, daß nach ihrer Meinung Deutschland keineswegs einen Krieg nötig gehabt hätte – es sei doch ein reiches, wohlbestelltes, kultiviertes Land, auch jetzt noch, trotz der Zerstörungen. Eine Weile disputieren sie über den kümmerlichen Frühkapitalismus, dessen Erbe die russische Revolution antrat, und über den fortgeschrittenen, reichen, auch in der Fäulnis fortgeschrittenen Spätkapitalismus, den sie bei uns zu sehen glauben. Mit zögernden, plötzlich sehr vorsichtigen Argumenten betonen sie, daß ihr Land erst am Beginn einer großen Entwicklung stehe, daß es von seiner Zukunft her gesehen, beurteilt, verglichen werden müsse . . .

Einer weist auf die Möbel ringsum (Schietkram) und findet darin überlegene Kultur. Schließlich geraten sie auf das Thema „Degeneration" und streiten sich darüber, ob wir Deutschen degeneriert seien oder nicht. Sie genießen das Spiel; flottes Hin und Her der Argumente, Andrej lenkt das Gespräch mit ruhigem Zügelgriff.

Zwischendurch bösartige Ausfälle des Blonden, Verwundeten gegen mich persönlich. Spott und Hohn über Deutschlands Eroberungspläne, seine Niederlage. Die anderen gehen nicht auf diesen Ton ein, lenken schnell ab, verweisen ihm seine Rede, zeigen Siegertakt.

In das Palaver hinein platzte Anatol, müde vom Dienst, gähnend. Er hockte sich dazu, langweilte sich aber sehr. Da kann er nicht mit. Er ist vom Land. Er hat mir erzählt, daß er auf seinem Kolchos für die Milch verantwortlich war, also etwa Molkereileiter. Darauf ich: „Ach, wie interessant." Er: „Na, es geht, weißt du, immer Milch, bloß Milch . . ." Und er seufzte. Nach einer halben Stunde des Dabeisitzens zog er wieder ab, ließ die Diskutierer weiterreden.

Nebenan schlief Herr Pauli. Wieder hatte die Witwe sich in seiner Nähe ihr provisorisches Nachtlager gerichtet. Sonst ist die Lage jetzt klar: Hausrecht für einige Hausfreunde, wenn man das so nennen kann, sowie für die von Anatol eingeführten Leute seiner Truppe. Nachtrecht jedoch allein für den Häuptling Anatol. Ich bin im übrigen jetzt wirklich tabu, wenigstens für heute. Was morgen wird? Keiner weiß es. Anatol kreuzte gegen 12 Uhr nachts wieder auf; von selbst verzog sich daraufhin die Tafelrunde. Zuletzt humpelte der Weißblonde an seinem Wanderstock hinaus und maß mich zum stummen Abschied mit einem bösen Blick. (. . .)

Nun Erinnerungslücken. Trank wieder sehr viel, weiß keine Einzelheiten mehr. Finde mich erst wieder im Morgengrauen des Montags, beim Gespräch mit Anatol, das zu einem kleinen Mißverständnis führte. Ich, zu ihm: „Du bist ein Bär." (Das Wort ist mir vertraut, Medwjed, so hieß früher ein bekanntes russisches Speiselokal an der Tauentzienstraße.)

Darauf Anatol, in der Meinung, daß ich hier Wörter durcheinanderwerfe, sehr geduldig, wie zu einem Kinde sprechend: „Nein, das ist falsch. Ein Medwjed ist ein Tier. Ein braunes Tier im Wald, es ist groß und brummt. Ich aber bin ein Tschellawek, ein Mensch."

Bunker der Reichskanzlei, Mitte/Reichssportfeld, Charlottenburg. *Gegen 9 Uhr setzte der Artillerieorkan für kurze Zeit aus. Die Russen griffen in der Wilhelmstraße an, ihr Ziel war die Reichskanzlei und mit ihr der höchste Preis dieses Krieges, Adolf Hitler. Alles hielt den Atem an. War der Augenblick gekommen? Nach einer Stunde kam ein Melder, der berichtete, daß der Feind 500 Meter vor der Reichskanzlei zum Stehen gebracht worden sei.*

Bernd und ich stehen an unserem Schreibtisch über die Karten von Berlin gebeugt. Gestern abend haben wir den Entschluß gefaßt, nicht auf das Ende hier im Bunker zu warten. Wir haben einen Plan ausgeheckt, wie wir mit Zustimmung Hitlers versuchen wollen, auszubrechen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten; entweder kämpfend als Offiziere in den sicheren Tod zu gehen oder mit einem Auftrag für Wenck auszubrechen. (. . .)

Burgdorf händigt jedem von uns einen Passierschein für die deutschen Linien aus. Als wir wieder im Gang draußen stehen, schütteln wir uns überglücklich die Hände. Wir werden der Grabeskammer dieses modernen Pharao entrinnen, wir haben wieder eine Chance, wenn sie auch noch so gering ist. Die Uhr ist mittlerweile auf 12.45 Uhr vorgerückt. In fliegender Eile werden die Vorbereitungen getroffen, Dauerverpflegung eingepackt, Tarnjacken übergezogen, Stahlhelme aufgesetzt, Maschinenkarabiner umgehängt und die unentbehrlichen Karten eingepackt. Freytag trennt die roten Streifen von seiner Hose ab. Ein kurzes Händeschütteln und Abschiednehmen, dann geht es los. Es ist 13.30 Uhr am 29. April.

An die Mauerreste des kleinen Seitenhauses am Bunkerausgang geduckt, verharrten wir einige Minuten, um einen Granatwerferüberfall über uns ergehen zu lassen. Von irgendwo her pfiff eine Maschinengarbe über uns hinweg und grub sich in die Ruinen der Reichskanzlei ein. Vom Potsdamer Platz her zogen dicke Rauchschwaden mit Pulverdampf gemischt. Wir hasteten weiter an Granattrichtern, zerschossenen Wagen und Toten vorbei über die Hermann-Göring-Straße hinweg in den Tiergarten hinein. Hier war das Artilleriefeuer nicht ganz so heftig. Plötzlich sechs, acht, zehn russische Tiefflieger direkt im Anflug auf uns. Mit einem raschen Sprung waren wir in einem Häusereingang verschwunden. Draußen fielen Bomben und knatterten Bordkanonen. Hier im Hausflur saßen und lagen Menschen, aber was für Menschen! Verzweifelte Frauen, unwissende Kinder und mutlose Soldaten. Aus einer Ecke drang das Stöhnen Verwundeter. Wir rannten weiter. Neben einem Granattrichter lagen acht tote Zivilisten, einige bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Vorbei – weiter. Verwesungsgeruch, tote Pferde, zerschossene Fahrzeuge, brennende Häuser. Wir kletterten und stolperten vorwärts, immer weiter nach Westen. In einigen Vorgärten standen noch deutsche Geschütze, es waren wohl zehn oder fünfzehn. Seit Tagen schon waren sie stumm, ohne Munition.

So ging es vier Stunden, bis wir kurz vor 18 Uhr im Zoobunker eine halbe Stunde Ruhe fanden. Auch hier wieder das Schauspiel dicht gedrängter, verzweifelter Menschen. Bei völliger Dunkelheit erreichten wir den Adolf-Hitler-Platz. Die ersten russischen Panzer waren schon am Nachmittag hier gewesen. Auf dem Gefechtsstand eines Hitler-Jugend-Führers erhielten wir einen Hitlerjungen, der sich anbot, uns in einem Personenwagen zum Reichssportfeld zu fahren. Mit unglaublichem Schneid und in rasender Fahrt jagte der kleine Mann mit uns durch den westlichen Teil Charlottenburgs. Kaum eine halbe Stunde, nachdem wir abgefahren waren, hallten unsere Schritte schon im großen Rund des Stadions. Keine Menschenseele war zu sehen. Das fahle Mondlicht verlieh dem Riesenbau einen seltsamen Zauber.

30.4.1945 Montag

Pichelsdorfer Brücke, Charlottenburg. *Die Nacht verbrachten wir bei einer kleinen Kampfgruppe der Hitler-Jugend und marschierten im Morgengrauen vom Reichssportfeld weiter auf die Havelbrücken bei Pichelsdorf zu. Wir waren inzwischen durch einige Soldaten verstärkt worden, um im Notfall einen Kampf aufnehmen zu können. Oberst von Below, der die Reichskanzlei einige Stunden später verlassen hatte, war auch noch zu uns gestoßen.*

In den flachen Gräben vor der Pichelsdorfer Brücke, beiderseits der Heerstraße, lagen in kleineren oder größeren Abständen Hitlerjungen mit Panzerfäusten allein oder zu zweien. Die Morgendämmerung war bereits soweit vorgeschritten, daß sich die dunklen Umrisse schwerer russischer Panzer in der Nähe des Bahnhofs Heerstraße deutlich vom dunkleren Hintergrund abhoben. Sie standen mit Schußrichtung auf die Brücken. Zu dritt rannten wir mit äußerster Kraftanstrengung über die lange schmale Brücke und waren herzlich froh, als wir uns auf der anderen Seite im Schutz der Straßenböschung verschnaufen konnten. Nach einigen Stunden Suchen in dem kleinen Waldstück, das sich der Straße entlang zieht, fanden wir den Führer der sich dort verteidigenden Kampfgruppe in einem mit Holz abgestützten Erdbunker, der in dem ansteigenden Hang einer kleinen Senke gebaut war. Nachdem wir uns ausgewiesen hatten, erfuhren wir aus seinem Munde vom Schicksal seiner Leute: „Als vor etwa fünf Tagen die Kämpfe hier begannen", erzählte er, „waren es rund 5000 Jungen der Hitler-Jugend und einige Soldaten, die den verzweifelten Kampf gegen die erdrückende Übermacht aufnahmen. Die nur mit Gewehren und Panzerfäusten notdürftig ausgerüsteten Jungen hatten durch die Wirkung des verheerenden Artilleriefeuers furchtbare Verluste erlitten. Von den 5000 Jungen waren nur noch etwa 500 kampffähig. Keine Reserven, keine Ablösungen trafen ein, um den übermüdeten Jungen auch nur kurze Zeit Schlaf zu gönnen."

Zehlendorf. *Die Brotschlangen sind das charakteristische Bild der Straße. Heute soll es, wird es – vielleicht oder auch nicht – Brot geben. Das erste Brot. Ich muß an Charkow denken, an die brotgierige Stadt der fetten schwarzen ukrainischen Erde 1942 . . . Brot, Brot . . . Das ist der Urstoff der Menschheit. Wenn sie danach greift, alle Scham und Scheu vergißt, dann ist sie am Ende, dann ist sie am Anfang. Jetzt sind wir soweit.*

Eine Ordnung ist nicht zu erkennen. Stunden um Stunden stehen die Frauen vor dem Bäckerladen, Hunderte mit Kopftüchern, die sorglich das Gesicht verdecken; sie wissen nicht, wieviel es geben würde und ob überhaupt. Ich sehe Kinder vor dem Laden, die, wenn sie eine Krume heißen Brotes erboxt und erschrien haben, mit Tränen in den Augen in den dampfenden Teig beißen. Der Hunger klopft an die Türen. Die verschiedensten Parolen quirlen durch die Wartenden darüber, wer etwas bekommen soll. Schon jagt die Diffamierung der anderen durch die Straßen. Der Würger Hunger soll Henker werden. Eine Angst von heute jagt die Angst von gestern.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Gestern abend war ungewöhnlich starker und langer Aribeschuß. Heut vormittag ist die Schießerei mit einigen Ausnahmen in größerer Entfernung. Ich träume in diesen Nächten mehr als sonst in einem Jahr. Wenn ich jeden Tag 3- oder 4mal die Mörtel- und Staubschichten wegkehre, denke ich an Herrn Sisiphus. Und als ich gestern nachmittag eine Bachfuge spielte und überlegte, daß ich sie, auch wenn der Durchbruch an unserer Brücke erfolgen würde, zu Ende spielen würde, wunderte ich mich nicht mehr über den Archimedes und seine nicht zu störenden Kreise. Krieg und Belagerung ist etwas sehr Monotones bei aller Aufregung, vor allem, wenn das Ohr sich gegen die Knallerei, das Dröhnen der Flugzeuge und das Zischen der Granaten abgestumpft hat. Mit Goethe bin ich jetzt in Frascati und immer neu entzückt von der Natürlichkeit der Beschreibungen. Nur die Betrachtungen über die Kunst sind mir zuweilen weniger einleuchtend.*

Heute will ich eine Kochkiste machen, ferner Kerzen, und Wäsche waschen. Was ich anhabe, ist schwarz. Die Winterwäsche ist bei Frau Becker zum Waschen. Die Sommerwäsche in einem Koffer im Keller. (. . .) Die Kochkiste ist ein Meisterwerk geworden, im Gegensatz zum Herd, dessen Hauptfehler darin besteht, daß der Abstand zwischen Rost und Herdplatte zu groß ist, so daß das Feuer immer sehr stark brennen muß, damit es oben zum Kochen kommt. Was natürlich wieder eine Verschwendung von Brennmaterialien bedeutet. Durch diese Arbeit und das Waschen kam ich sehr spät zum Essen, Spülen, Tee. Ging (. . .) noch einmal zum Wasserholen an den See. Als ich zurückkam, sah ich einen Panzer an unserer Straßenecke stehen, ließ meine Eimer stehen und stellte mich dazu. Ein unrasierter rundgesichtiger Leutnant gab eben noch seine Befehle und ging ab. Die Panzerbesetzung von 5 Mann war schwarz, unrasiert, ungewaschen. Ich redete mit dem, der am intelligentesten aussah, ließ mir erzählen, wo er alles war: Frankreich (Arras), Afrika, Rußland (Sewastopol und Stalingrad), Aachener Front, Stettin. Von da an immer als letzter Panzer aus den bis zuletzt gehaltenen Stellungen raus. Nach Stettin eine längere Ruhepause in Eberswalde. Dann Müncheberg, Strausberg, Adlershof, Mahlsdorf, Grunewald, Charlottenburg. Seit drei Wochen nicht geschlafen. Ich: „Und im Panzer können Sie nicht liegen?" Er: „Im Panzer können wir nicht einmal richtig sitzen." Ich: „Habt Ihr einen Eimer?" – „Wir hatten einen, der ist kaputt geschossen." Ich: „Ich leihe Euch einen zum Wasserholen und Waschen." Er: „Wir waschen uns nimmer, bevor der Krieg zu Ende ist." Nach einer Weile fragte ich, ob ich mir den Panzer von innen besehen könne. Er: „Eigentlich ist es verboten. Aber wenn Sie hinaufkommen, können Sie." Ich kletterte also über die Ketten und stieg oben ein, und nachdem ich mich eine Weile umgesehen hatte, winkte ich ihn mir herauf zum Erklären. Das tat er dann ganz ausführlich, und es war sehr interessant: etwa das Fernrohr, in das man unten hineinsieht und damit um die Ecke oben über den Rand sieht, das eine Tabelle hat, wonach dem Richtschützen gesagt wird, wie er zielen muß. Und dann die Kurbel, mit der der Turm gedreht wird, die Bedienung der Granaten usw. Wir saßen ganz gemütlich nebeneinander, er auf dem Platz des Kommandanten. Ich sagte: „Hier sitzt Ihr Leutnant." Er sagte: „Nein, ich bin Kommandant." Bis vor ein paar Wochen war er, als Rang Unteroffizier, Richtschütze, und der Leutnant, den ich gesehen hatte und den er offenbar sehr gern mag, war Kommandant des Panzers. In Müncheberg hatte die Kompanie 10 Panzer. Jetzt war dieser der letzte.

Er sagte: „Heut nacht muß ich auf einen Nachtangriff fahren. Das ist wie Öl auf Wasser. Man sieht nichts. Man kann sich nicht bewegen." Ich sagte: „Ihr Leutnant weiß doch sicher auch, daß das ein Unsinn ist. Warum befiehlt er es dann?" Er sagte: „Der kann auch nicht, wie er will. Da ist mir mal was passiert, das war in . . ., mal nachsehen." Und dann holte er sein Tagebuch heraus, blätterte, fand die Stelle, machte mir eine Zeichnung von dem Stand der Russen, Fahrtrichtung, Deckung usw.; erzählte, wie er von einem Major angehalten wurde, einen unsinnigen Befehl erhielt, sich weigerte, ihn auszuführen (mit sachlicher Begründung), worauf der Major die Pistole zog und auf ihn schoß, er aber den Kopf schon eingezogen hatte und weiterfahren ließ. Und zurück zum Ausgangspunkt: Der Leutnant werde eben auch erschossen wegen Feigheit, wenn er vernunftsgemäß handle. – Dann sah er mich plötzlich an. „Wie lang dauert der Krieg noch?" Ich: „Vielleicht 8 Tage." Er: „Das ist zu lang." Ich: „In Berlin vielleicht nur noch 2 Tage, aber im übrigen Deutschland noch etwas länger." . . .

Hasenheide, Kreuzberg. *Morgenfrühe, grau und rosa. Kalt bläst es durch die Fensterhöhlen, Rauchgeschmack im Mund. Wieder Hahnenkrähen. Die frühe Stunde hab ich für mich allein. Ich wische, fege Zigarettenhülsen, Gräten und Brotkrümel auf, reibe die Schnapsringe von der Tischplatte. Dann sparsame Morgenwäsche im Bad, mit zwei Tassen voll Wasser. Zwischen fünf und sieben Uhr früh, wenn die Witwe und Herr Pauli noch schlafen, liegt meine glücklichste Stunde, soweit das Wort Glück jetzt angebracht ist. Es ist ein relatives Glück. Ich flicke und stopfe ein wenig und seife mein zweites Hemd ein. Um diese Zeit, das wissen wir, kommt uns kein Russe dazwischen.*

Ab acht Uhr wieder der übliche Betrieb durch die offene Hintertür. Allerlei fremdes Mannsvolk. Plötzlich sind zwei oder drei da, drücken sich um mich und die Witwe herum, suchen uns anzufassen, sind gierig wie die Füchse. Meistens kommt aber einer von den uns bereits Bekannten und hilft uns, die Fremden abzuwimmeln. Ich hörte, wie Grischa ihnen das Tabu steckte, wie er Anatols Namen nannte. Und ich bin ganz stolz darauf, daß es mir wirklich gelungen ist, mir einen der Wölfe zu zähmen, wohl den stärksten aus dem Rudel, damit er mir den Rest des Rudels fernhalte.

Gegen zehn Uhr stiegen wir zu den Buchhändlersleuten hinauf, hinter deren ausgezeichneten Sicherheitsschlössern immer noch ein Dutzend Hausbewohner Zuflucht sucht. Auf unseren Klopf-Dactylus ließ man uns hineinschlüpfen; es war ein Treffen der Hausbewohner angesetzt.

Gedränge von Männern und Frauen. Ich erkannte das Kellervolk gar nicht so schnell wieder. Manche sehen unglaublich verändert aus. Fast alle Frauen haben mit einem Mal graues oder weißgesträhntes Haar; ihnen fehlt die gewohnte Friseurfarbe. Auch die Gesichter wirken fremd und zerrüttet und alt.

Wir plazieren uns um den Tisch, in großer Hast, voll Angst, daß unsere „Versammlung" den Russen auffallen und von ihnen mißdeutet werden könnte. In schnellstem Tempo, so schnell ich sprechen kann, teile ich mit, was ich an Neuigkeiten aus russischen Zeitungen weiß und von den Russen, hauptsächlich von Andrej und Anatol, erzählt bekam: Kreis um Berlin geschlossen; alle Vororte besetzt, bloß Tiergarten und Moabit noch umkämpft; massenhaft Generäle gefangen; Hitler soll tot sein, doch Genaues weiß man nicht; Goebbels soll mit Familie Selbstmord begangen haben; Mussolini soll von Italienern erschossen worden sein; die Russen stehen an der Elbe, haben sich dort mit den Amerikanern getroffen und verbrüdert.

Gierig horchten alle, das alles war hier neu. Ich schaute mich um, fragte die Hamburgerin nach ihrer Tochter, nach Stinchen mit dem Kopfverband. Und ich bekomme mit s-spitzen S-Lauten die Antwort, daß die Achtzehnjährige auf den Hängeboden der Wohnung hinaufgezogen sei und dort oben unter der Küchendecke alle Nächte und den größten Teil der Tage verbringe. Von Hängeböden ahnen die Russen nichts. Solche komischen Kabusen kennen sie bei sich zu Hause nicht. Früher tat man die Koffer hinauf; noch früher sollen die Hausmädchen dort genächtigt haben. Jetzt vegetiert also Stinchen in dem engen, muffigen Gelaß, mit Bettzeug, Nachtgeschirr, Kölnisch Wasser. Und sooft Schritte hörbar werden oder sonstwie Lärm ertönt, zieht sie, so sagt die Mutter, schnell die Tür zu ihrem Gelaß zu. Jedenfalls ist Stinchen noch Jungfrau.

Wir tappten wieder abwärts. Längst ist unser Haus Soldatenhaus. Überall Geruch von Gäulen. Stücke von Pferdemist liegen herum, an den Soldatenstiefeln hereingeschleppt. Sie tun sich keinen Zwang an, die Sieger. Sie pis-

sen an die Wände, wo immer sie wollen. Urinlachen stehen auf den Treppenpodesten und unten im Hausflur. Es heißt, daß sie es in den verlassenen, ihnen preisgegebenen Wohnungen nicht anders machen.

In unserer Küche wartete schon, aufrecht wie eine Schildwache, das Kind Wanja, sein Automatengewehr in Bereitschaft. Mit hundetreuem Blick erbot er sich zum Kellergeleit. Wieder Abstieg in das Dunkel. Im Hinterflur lagen noch etliche Russen herum und pennten in den Tag hinein, auf richtigem Bettzeug, das sie sich irgendwo zusammengelesen haben. Im Winkel unter der Wendeltreppe lag uns einer im Weg, von dem eine Lache ausging. Brummend rückte er auf Wanjas Fußtritte hin beiseite. Wanja mit seinen sechzehn Jahren ist bereits Sergeant und hält auf seinen Rang. Andrej hat mir erzählt, daß er als junger Fremdarbeiter auf einem ostpreußischen Gut gearbeitet hat und sich den kämpfend vordringenden russischen Truppen anschloß, worauf er dank irgendwelcher besonderen Heldentaten rasch die Rangleiter hinaufklomm.

Im Hauskeller tasteten wir herum, suchten nach den Sachen der Witwe. Sachen, die ich nicht kenne, und die die Witwe gar nicht mehr so genau kennen wollte, denn sie nahm und griff sich, was immer ihr brauchbar erschien. Beim matten Licht aus den Oberlichtfenstern, unterstützt von Wanjas Stablampe, sammelten wir Kartoffeln und Zwiebeln und nahmen von einem Bord heilgebliebene Gläser mit Eingemachtem herunter.

Ein Kerl näherte sich, Schlitzaugen, machte schweinische Redensarten, mit deutschen Wörtern untermischt. Wanja darauf, an dem Kerl vorbei, in die Luft hinein: „Schon gut, genügt." Und der Schlitzäugige trollte sich.

Mittagessen. Noch haben wir alles reichlich. Im Vergleich zu den mageren Mahlzeiten meiner einsamen Wirtschaft oben in der Dachwohnung führe ich jetzt ein fettes Leben. Keine Brennesseln mehr, dafür Fleisch, Speck, Butter, Erbsen, Zwiebeln, Gemüsekonserven. Herr Pauli futtert auf seinem Schmerzenslager wie ein Scheunendrescher. Bloß bei dem Birnenkompott fing er an zu schimpfen und zog sich einen langen, scharfen Glassplitter aus den Zähnen. Auch ich holte mir einen scharfen Zacken aus dem Mund. Das Kompottglas gehörte zu unserer Keller-Ausbeute, war zerbrochen gewesen.

Immer noch Krieg draußen. Und unser neues Morgen- und Abendgebet: „Dies alles verdanken wir dem Führer". Ein Satz, der in den Friedensjahren tausendmal als Lob und Dank auf Plakate gemalt, in Reden ausgesprochen wurde. Nun schlägt er, unverändert im Wortlaut, in seinem Inhalt um, wird zu Hohn und Spott. Ich glaube, so was nennt man eine dialektische Umkehrung.

Stiller Nachmittag. Anatol war mit seinen Mannen unterwegs. Es heißt, sie besprechen eine Feier für den 1. Mai. Wir bangen uns vor diesem Feiertag. Alle Russen, so heißt es, bekommen dann Schnaps zugeteilt.

Kein Anatol. Statt seiner erschien spät abends gegen 21 Uhr ein kleiner Kerl, schon älter, pockennarbig, mit zerschlitzten Wangen. Herzklopfen. Solch ein wüstes Gesicht!

Doch erstaunlich gute, beflissene Manieren und überaus gewählte Redeweise. Der erste Soldat auch, der mich „Graschdanka" nennt, „Bürgerin" – die russische Anrede für fremde Frauen, die man nicht „Genossin" titulieren kann. Er stellte sich vor als der neue Adjutant von Anatol, von diesem beauftragt sei, ihn für das Abendbrot anzumelden und das Nötige dafür heranzubringen. Dies alles draußen vor der Vordertür, während ich noch die Kette vorgelegt hielt.

Ich ließ ihn ein, bot ihm einen Stuhl an. Er war offenbar begierig, sich in ein Gespräch mit mir einzulassen. Gewiß weiß er, wie wenig Vertrauen sein Gesicht einflößt, und ist deshalb doppelt bemüht, auf andere Art zu gefallen. Er berichtete, daß er im Kaukasus zu Hause sei, in einer Gegend, die auch Puschkin besucht und wo er manche Anregung für sein Werk gewonnen habe. Ich verstand nicht alles, er drückte sich gebildet aus, formte lange, umständliche Sätze. Immerhin konnte ich auf das Stichwort „Puschkin" hin einige Titel nennen, so den „Boris Godunow" und den „Postmeister". Ich erzählte ihm, daß dieser Postmeister vor ein paar Jahren in Deutschland verfilmt worden sei, was ihn sichtlich freute. Kurz, das reine Salongeplauder, sehr wunderlich. Ich kenne mich mit diesen Burschen nicht aus, bin immer aufs neue überrascht, womit sie uns überraschen.

Plötzlich in der Küche Lärm und Männerstimmen. Etwa Anatol? Der kleine Kaukasier meint, nein, geht aber sofort mit mir in die Küche, aus der soeben mit allen Zeichen des Schreckens die Witwe geflüchtet kommt, schreiend: „Vorsicht, der Petka!"

Petka? Herrgott, ja, den gibt es auch noch. Petka mit dem Bürstenhaar und den Holzfällerpratzen, die so bebten, als er sein peinliches Romeogestammel auf mich losließ.

Zu dritt dringen wir in die Küche vor. Dort steht auf der Anrichte ein kleines, versiegendes Hindenburglicht. Dazu das Geflacker einer sterbenden Taschenlampe, geschwungen von einem Russen, den ich noch nicht gesehen habe. Der andere freilich ist zweifellos Petka, ich höre es an seiner Stimme. Seit vorgestern (ja, es war wirklich erst vorgestern) ist seine Liebe zu mir in Haß gegen mich umgeschlagen. Petka, der verdrängte Sibiriak, kommt auf mich zu, da er mich sieht. Seine Borsten sind gesträubt (die Mütze ist werweißwo). Seine kleinen Augen glitzern. Er ist stockbesoffen.

In der Ecke am Fenster steht eine Nähmaschine. Petka reißt das ganze Ding an dem verschlossenen Deckel vom Boden hoch und schleudert es zu mir hinüber quer durch die Küche. Krachend knallt das Möbel auf die Fliesen. Ich ducke mich, rufe dem kleinen Kaukasier zu: „Hol Anatol!", drücke mich hinter den anderen, fremden Soldaten, der mit Petka herkam, flehe ihn um Hilfe gegen den Betrunkenen an. Petka schlägt nun mit nackten Fäusten nach mir, trifft aber infolge seiner Schlagseite hoffnungslos daneben. Unvermutet bläst er dann das kleine Notlicht auf der Anrichte aus. Nun versagt auch die Batterie der Taschenlampe völlig, wir sind im Dunkeln. Ich höre Petka keuchen, rieche die Fuselfahne. Angst habe ich eigentlich gar nicht, bin viel zu beschäftigt damit, Petka auszuweichen, ihm ein Bein zu stellen, und spüre auch um mich herum die Bundesgenossen. Endlich haben wir ihn alle miteinander zur Hintertür gelotst. Die Stablampe gibt wieder ein paar Lichtfetzen von sich. Wir drücken Petka die Wendeltreppe hinab, schon fällt er etliche Stufen hinunter. Im Stolpern ruft er mir zu, ich sei schlecht, ein Unflat – und den Mutterfluch.

Ein Uhr nachts, also schon Dienstag, 1. Mai. Ich hockte im Ohrensessel, war so hundemüde. Der kleine Adjutant war wieder gegangen, wollte nun wirklich Anatol mitbringen. Ich horchte, duselte . . . Längst waren die Witwe und Herr Pauli schlafen gegangen. Ich wagte es nicht, wartete . . .

Endlich Klopfen an der Vordertür. Wieder der Kleine. Diesmal ist er beladen mit Speck, Brot, Heringen, einem Kochgeschirr voll Schnaps. Stolpernd vor Schläfrigkeit suche ich in der Küche Teller und Gläser zusammen, richte den runden Tisch, wobei der Kleine hilft. Zierlich ringeln sich die Heringsfilets, sauber entgrätet. Ich gähne, der Kleine tröstet mich: „Gleich kommt Anatol."

Tatsächlich ist er zehn Minuten später da, zusammen mit dem düsterblonden Leutnant, der immer noch an seinem deutschen Wanderstab humpelt. Anatol zieht mich auf seine Knie, gähnt: „Ech, schlafen . . ."

Kaum sitzen wir zu viert beim Essen und Trinken, da klopft es wieder draußen. Einer von Anatols Mannen, der Anatol mitsamt seinem Adjutanten zum Kommandanten holen soll. Irgendwas scheint los zu sein in dieser Nacht; oder hängt alles mit der Maifeier zusammen? Anatol steht seufzend auf, entschwindet. Schnell beißt der Kleine nochmals kräftig in sein Speckbrot, läuft kauend hinterdrein.

Weg sind sie. Es bleibt der Düsterblonde. Unruhig stakt er an seinem Stock durchs Zimmer, setzt sich wieder hin, starrt mich an. Die Kerze flackert. Ich sacke beinahe vom Stuhl vor Schlaf. Mir sind alle Vokabeln aus dem Kopf gefallen.

Der Weißblonde stiert vor sich hin. Er sagt, er will hierbleiben. Ich will ihm die hintere Kammer zeigen. Nein, hier in diesem Zimmer will er bleiben. Ich lege ihm eine Decke auf das Sofa. Nein, er will ins Bett, so quängelt er, bockig, eintönig, wie ein übermüdetes Kind. Gut – soll er. Ich lege mich, angezogen, wie ich bin, aufs Sofa. Nein, ich soll zu ihm ins Bett kommen. Ich mag nicht. Da wird er mir auf dem Sofa lästig. Ich drohe mit Anatol. Der Düsterblonde lacht grob: „Der kommt die Nacht nicht mehr."

Ich stehe auf, will nach vorn in die Kammer gehen oder nebenan zur Witwe, irgendwohin. Da gibt er nach, ist es zufrieden, auf dem Sofa zu liegen, wickelt sich in die Decke. Nun lege ich mich angezogen auf das Bett, hab nur die Schuhe abgestreift.

Wenig später schrecke ich hoch, höre im Dunkel den Stock näher tappen. Wieder ist er da, will zu mir ins Bett. Ich bin trunken von Müdigkeit, wehre mich, lalle irgendwas, mag nicht. Er läßt nicht nach, zähes, trübes Drängen, freudlos. Ein paarmal wiederholt er mürrisch: „Ich bin ein junger Mensch." Er ist höchstens zwanzig.

Einmal stoße ich ihn beim Wehren an das verwundete Bein. Er stöhnt auf, beschimpft mich, schlägt mit stumpfer Faust nach mir. Dann beugt er sich aus dem Bett heraus, sucht am Boden herum. Erst nach einer Weile begreife ich, daß er nach seinem Stock sucht, den er vor dem Bett liegengelassen hat. Es ist ein knotiger Wanderstock. Wenn er mir im Dunkel damit eins über den Kopf zieht, ist es aus. Ich versuche, ihm die Hände festzuhalten, zerre ihn von der Bettkante weg. Wieder fängt er an zu drängen. Ich flüstere: „Das ist ja wie bei Hunden . . ." Ein Satz, der ihm ausnehmend gefällt, denn er wiederholt ihn mürrisch und ausdauernd: „Ja – gut so – wie bei Hunden – sehr gut – Hundeliebe – Hundeliebe –". Zwischendurch fallen wir beide für Minuten in erschöpften Schlaf, dann drängt und wühlt er wieder . . . Ich bin so wund, so kaputt, wehre mich im Halbschlaf dumpf weiter, er hat ganz kalte Lippen . . .

Gegen 5 Uhr, beim ersten Hahnenschrei, kam er mühsam hoch, krempelte sich das Hosenbein auf und hob den schmuddligen Mullverband von seiner gezackten Wunde. Ich, unwillkürlich davor zurückschreckend: „Kann man helfen?" Er schüttelt den Kopf, stiert mich eine Weile an – und spuckt dann unvermittelt vor mein Bett, spuckt Verachtung. Er ging. Ein Alpdruck wich. Ich schlief noch drei Stunden brunnentief.

Höchstestraße, Wedding. *Es kommt keine Ablösung mehr, wir sind hundemüde und haben nur noch einen Wunsch, endlich mal auszuschlafen, uns waschen zu können und satt essen zu dürfen. Drüben, an der anderen Straßenseite, haben wir gestern russische Soldaten gesehen, auf die wir das Feuer eröffnen mußten. Unser Fähnrich Siegfried war in der Nacht für kurze Zeit im Flakturm und hat für jeden etwas Hartbrot mitgebracht. Selten hat mir etwas so geschmeckt, obwohl ich Angst hatte, mir die Zähne auszubeißen. Siegfried brachte die Nachricht mit, daß der Führer die Spreeschächte der S-Bahn sprengen ließ, in denen Verwundetenzüge standen. Sie sind abgesoffen, die Soldaten und auch Zivilisten, die dort vor Bomben sicher zu sein hofften, ertrunken . . .!*

1.5.1945 Dienstag

Pichelsdorf/Düppel. *Am 1. Mai kurz nach Mitternacht stießen wir mit einem Paddelboot von der schmalen Landzunge der Insel zwischen den beiden Havelarmen bei Pichelsdorf ab. Unser Ziel war Wannsee, jenseits der russischen Linien. Dort sollte sich noch eine kleine deutsche Kampfgruppe befinden. Ich saß vorne im Boot, meinen Maschinenkarabiner schußbereit, hinter mir Oberstleutnant Weiß und dann Bernd, die beide paddelten. Anfangs wählten wir die Mitte der breiten Havel, flüchteten aber in das schützende Dunkel des westlichen Ufers, als vor uns in der Höhe des Kaiser-Wilhelm-Denkmals eine russische Bootsperre auftauchte. Die Nacht war sternenklar und kühl. Bei Kladow fuhren wir so dicht unter der Küste entlang, daß wir das Sprechen russischer Soldaten, das Surren von Motoren und andere klappernde Geräusche deutlich unterscheiden konnten. Gegen 2.45 Uhr passierten wir Schwanenwerder. Aus den hell erleuchteten Villen schallte Gelächter und Johlen an unser Ohr. Gleich hinter Schwanenwerder schlug uns eine kräftige Brise aus dem Großen Wannsee entgegen, die das tiefliegende Paddelboot mit Wasser vollzuschlagen drohte. Im ersten Zwielicht landeten wir bei den Resten der 20. Grenadierdivision auf der Halbinsel Wannsee. Ein kleiner Schrecken durchfuhr uns noch nachträglich, als wir bei der Landung die auf unser Boot gerichtete Panzerabwehrkanone sahen.*

Die hier kämpfende Gruppe hatte schon Vorbereitungen getroffen, in der Nacht vom 1. zum 2. Mai auszubrechen, um südlich von Potsdam Anschluß an die Überreste der Armee Wenk zu gewinnen. Wir wurden mit einem lauten Hallo von Major Meier, Zander und Lorenz begrüßt, die schon früher aus der Reichskanzlei dort eingetroffen waren und die Absicht hatten, mit ihren Booten in der Gegend von Gatow an Land zu gehen, um von dort aus den Marsch nach Westen anzutreten. Wir drei hingegen schlossen uns der Division an. Der Ausbruch war von vornherein zum Scheitern verurteilt. An der Panzersperre einer S-Bahn-Unterführung vor der Brücke über den Verbindungsarm zum Kleinen Wannsee wurde die Masse der deutschen Soldaten zusammengeschossen. Tote und Verwundete häuften sich zu Hunderten auf der halb zerstörten Brücke. Nur wenigen gelang es, am jenseitigen Ufer einen kleinen Brückenkopf zu bilden. Die Russen machten jedoch in derselben Nacht noch einen Gegenangriff, der in einem furchtbaren Gemetzel endete. Fast keiner entging ihnen. Weiß geriet hierbei in Gefangenschaft. Bernd und ich verbargen uns, als alles verloren war, in einem Tannendickicht.

Zehlendorf. *Am Nachmittag waren die Straßen menschenleer. Es gab so etwas wie eine Flüsterparole. Eigentlich hätten wir heute ein großes Sowjetfest erwartet, einen schwelgerischen Dithyrambus auf die siegreichen Geister des 1. Mai. Die Autos hatten mächtige rote Wimpel, wenig wählerisch aus Betten und Tuch geschnitten, es gab ein paar Transparente in russischer Sprache, ein paar Verwegene hatten sich die Fahrräder, auf denen sie, wie Kinder selig, das Fahren übten, mit einer Rosette garniert. Und auch einige Deutsche waren zu sehen mit dem blauen Sonntagsanzug der gehobenen Würde und einem Stück Rot im Knopfloch. Auch die Schamhaften, die Kompromißler zwischen gestern und morgen, hatten eine Lösung gefunden: Aus einem Villenfenster hing ein roter Teppich, zum Bürsten für die Deutschen, zur Feier für die Russen. Sie trauen noch nicht. Ein Bekenntnis auf Vorschuß, ein Gesinnungsexperiment mit Rückendekkung. (. . .)*

Abends hörte ich, daß irgendwo auf einem Platz eine erste gemeinsame Maikundgebung stattgefunden hat. Es sollen wenige gekommen sein. Die Menschen, selbst die Konjunktursüchtigen, hungern nicht nach Kundgebungen. Sie kennen sie. Sie haben das hinter sich, und sie wollen es hinter sich haben. Der 1. Mai: Sie haben keine Radioapparate mehr, um sich traktieren zu lassen. Es war der erbärmlichste Zug des Elends, den ich je gesehen habe: die teuren, vielröhrigen Luxusempfänger auf Handkarren, Schubkarren, Leiterwägelchen zur Kommandantur rollen zu sehen: eine Hingabe des Wohlstands, die den erschütternden Sturz der Gesicherten in die Abhängigkeit beredt repräsentiert. Die Apparate kamen aus den Villen der Wohlhabenden, aus den gepflegten Wohnungen der Begüterten. Mit ihnen schienen sie sich selber hinzugeben. Gewiß, in den von ihnen besetzten Ländern haben die Deutschen auch die Rundfunkapparate eingezogen. Doch das Hin und Her der Schicksale und der Vergeltungen erlischt: Dies ist das bewegte Ende der wohlgefälligen Bürgerlichkeit; denn der Krieg wendet sich nicht mehr zu einem neuen Anstieg. Er stirbt. Er stirbt in Deutschland, er stirbt in Berlin, er stirbt an den Deutschen.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Der Tag nach dem Gespräch mit dem Panzerjüngling war der 1. Mai. Den hatten sich die Russen wohl eigentlich für den Sieg in Berlin ausgedacht. In der Früh stand vor uns mehr Wehrmacht denn je, Panzer, LKWs und Motorräder und kaputte Räder. Ich kümmerte mich nicht darum, sondern putzte einige Stunden lang so gründlich wie möglich. Dann sägte und hackte ich Holz (aus Ruinenbrettern). Die Kocherei mit Rauch, Ruß und nachherigem Spülen ohne genügend Wasser war auch zeitraubend; das Rohr meines Herdes hatte die Tendenz, die vier Stock (vom Küchenbalkon) in den Hof herunterzufallen, war aber zum Schluß mit Draht festgebunden. Ich wischte sogar die Küche auf, aber als es trokken war, war es doch nicht sauber. Die Frau Becker hätte gelacht. Frau Mietusch brachte mir ein Tellerchen Erdbeerkompott, was sehr tröstlich war; sie bringt oft so was, eine Tasse Brühe oder ein Stück frischgebackenen Kuchen. Wir teilen im übrigen, was wir ergattern, und jeder berichtet, was er Neues erfahren hat, was immer viel Zeit in Anspruch nimmt. Er, Mietusch, mußte übrigens nach den ersten zwei Tagen nimmer zum Volkssturm; er schlief auch nach den ersten zwei Nächten im Keller wieder oben, erst vorneraus, wo ihn bei dem Einschlag ein kleiner Glassplitter traf, dann hintenheraus. Nachts hielten die Männer abwechselnd Brandwache. Denn das war ja unsere größte Sorge, daß unser Haus auch in Brand geschossen oder gesteckt würde.*

Als ich an dem Tag nach Tisch mit dem Mülleimer in den Hof ging, sah ich Frauen und Soldaten schwer beladen ankommen, fragte was und wo, hörte: an der neuen Kantstraße auf der andern Seite der Lietzenseebrücke; rannte mit meinem einen Wassereimer los, da ich bisher bei solchen Gelegenheiten immer zu spät gekommen war, traf noch Herrn Bölcke (1. Stock) schwer beladen mit Dextropur und stolperte eilig in einem Strom von Männern und Frauen dahin. Es handelte sich um ein Grossistenlager mit chemischen und pharmazeutischen Artikeln. Da die Russen in der Nähe durchgebrochen waren, war er geöffnet worden. Nun wurde geplündert. Das muß man erlebt haben. Die Leute stiegen zu Türen und Fenstern ein, rissen die Sachen von den Fächern, warfen zu Boden, was sie nicht wollten, trampelten sich gegenseitig nieder – „wie die Wilden", sagte ein Österreicher neben mir. Dextropur, was allein mich interessierte, war natürlich längst weg; ich ergriff noch ein paar Sachen: Formamint, Hustensaft, Papierrollen, ließ aber das meiste sein: Farbstoffe und Fotoartikel und Kosmetica. Auch die Seifensachen waren natürlich schon alle weg. So kam ich betrübt zurück und teilte, was ich hatte, mit Frau Mietusch.

Dann gingen wir zum See Wasser holen. Auf dem Weg trafen wir einen nicht endenden Zug von Flüchtlingen. Das ist ja in vielen Ländern schon beschrieben worden – ein immer gleich trauriger Anblick. Dann wollten wir Trinkwasser holen, aber der Hahn am Roten Kreuz lief nicht. Es hieß, auf der andern Seite des Kaiserdamms sei eine Pumpe. So weit waren wir noch nie gewesen. Es ging bis zum Ende des Parks, der dort in einer spitzen Ecke zuläuft. Dort saßen im Baumwerk versteckt unsere MG-Schützen und schossen über den Kaiserdamm. Von der andern Seite, vom Norden her, kamen nämlich die Russen, manchmal auch Schüsse. Unsere Leute winkten uns, wir könnten jetzt schnell hinüber gehen, so lange schossen sie nicht. Hier waren alle Häuser ausgebrannt und zerschossen. In der Verlängerung der Wundtstraße hingen viele weiße Fahnen in den Fenstern (nachträglich eingefügt: Sie war am Tag zuvor von den Russen besetzt gewesen). Den Kaiserdamm aufwärts, wo man sonst die Siegessäule in der Ferne sieht, war dicker gelber Qualm. (. . .)

Auf der Straße am Pumpbrunnen lagen die Gedärme eines großen Tiers. Wir waren ganz allein. Als wir rückwärts die Straße überquerten, fing eine Straßenecke weiter südlich das MG-Geknatter an. Es war eine gewisse Nervenprobe.

Vor unserm Haus trafen wir Frau Bölcke, deren alter Mann bis zur Lehniner Straße gegangen war und mitbrachte, die Russen gingen in die Wohnungen, gäben den Leuten 20 Minuten Zeit zum Einpacken und Abziehen und sagten, ihre eigenen Familien kämen aus Rußland nach. – (. . .) Im Hauseingang kam eine Frau und sagte, der Luftschutzwart, Herr Folkmar (. . .), bitte alle, in den Keller zu kommen. Da ich von ihm nichts halte, sagte ich, ich ginge nicht, und bat Frau Mietusch, mir zu berichten. Sie kam dann später ganz niedergeschlagen und erregt und erzählte, Folkmar habe gesagt, es gebe nun keine Weisungen mehr von oben (!), und wir müßten uns überlegen, ob wir türmen wollen. Er sei jedenfalls entschlossen zu gehen. Morgen früh um 8 h ziehe er ab. Die Aufregung, erhöht durch den Anblick des an uns vorbeiziehenden Flüchtlingsstroms, könnt Ihr Euch vorstellen. Ich sagte: Ich bleibe, bis ein Wehrmachtsangehöriger oder ein Russe mich packt und hinausbefördert oder bis es brennt; – das hatte ich schon seit Wochen beschlossen und mir ausgemalt, daß es nicht leicht sein werde, mich fortzuschleifen (nachträglich: Seitdem bin ich allerdings zur Überzeugung gekommen, daß die Russen mich kurzerhand die Treppe oder sogar zum Balkon herunter geworfen hätten). Frau Mietusch sagte, sie wollten auch bleiben. Dann kam Herr Mietusch, der immer angenehm ruhig ist, und sagte: „Auf alle Fälle bleiben, solange wir können." Dann kam noch ein Frl. Parey aus dem Hinterhaus, die seit 30 Jahren im Innenministerium angestellt ist. Die wollte auch bleiben.

Folkmar hatte noch gesagt, man solle vorbereitend Rucksäcke und Koffer packen. Da meine bisherige Packerei nur auf anglo-amerikanische Bomben eingestellt war, nicht auf etwaige weite Fußmärsche, beschloß ich umzupacken, da ich Koffer doch nicht hätte schleppen können. Ich stopfte etwas an Wäsche, Kleider usw. in meinen großen Wäschesack, den ich bei Brand aus dem Fenster werfen wollte; den Rucksack wollte ich erst im Keller mit Lebensmitteln vollpacken. Dann packte ich noch meine Ledermappe mit Wohltemperiertem Klavier, 1 Band Rilke, 1 Band Jünger, 1 Band Goethe, Briefpapier, Kouverts. Dies alles hoffte ich mit Hilfe meines Rads befördern zu können, wenn auch mühselig. Inzwischen war es dunkel. Ich ging noch einmal zu Mietuschs. Wir überlegten wohin, wenn wir doch fort müßten. Ich sagte, ich auf alle Fälle zuerst nach Dahlem, bei meinen Freunden könnten sie sicher auch unterkommen. Sie wollten dann weiter nach Lichterfelde. Diese Nacht schlief ich kaum, denn dauernd gingen mir alle Möglichkeiten im Kopf herum, was man tun könne, was man noch mitnehmen müsse, ob ich zu Fuß neben dem Rad unter Umständen bis Höfen

käme (da das Rad zwar repariert, aber nicht richtig heil war). Im Keller muß es auch gräßlich gewesen sein, da alle Frauen nur an die morgige Flucht dachten. – (. . .)

Abends waren die Straßen und Plätze bei uns ein wahres Heerlager – und wieder diese merkwürdige Stimmung: schäkernde Mädchen, erzählende Soldaten, Umarmungen im Gebüsch. – Ein Mädchen vom Hinterhaus, die im 6. Monat ist, unehelich, ergatterte sich sogar einen 22jährigen Bräutigam, der ihr schriftlich bestätigte, daß das zu erwartende Kind von ihm sei (. . .).

In der Nacht schoß es noch, und die Brände kamen immer näher. Und dann rumpelten die schweren Gefährte an unserm Haus vorbei durch die Witzlebenbarrikade. Ich stand nicht auf, es mir zu besehen. Am anderen Morgen erzählte Frau Mietusch, von Mitternacht bis nach 3h morgens sei ununterbrochen Wehrmacht an uns vorbei gerauscht, nach Westen heraus (. . .).

Hasenheide, Kreuzberg. *So angstvoll haben wir heute den Tag begonnen, saßen ab acht Uhr fix und fertig da und harrten böser Dinge. Doch es begann wie immer. Plötzlich war die Küche voll von Mannsbildern, bekannten und unbekannten. Einer kam in weißem Kittel daher, stellte sich als Bäcker vor und versprach mir flüsternd Mehl und Brot, viel Mehl und Brot, wenn ich mit ihm – (er sprach es nicht aus, was sie meistens „lieben" oder gar „heiraten" oder schlicht „schlafen" nennen, machte bloß schräge Augen).*

Rufe von der Straße her, die alle Kerle im Nu aus unserer Küche verschwinden ließen. Wenig später standen sie in zwei Reihen ausgerichtet unten unter dem Ahorn. Anatol spazierte vor ihnen auf und ab, jeder Zoll ein Oberleutnant, aber ein gemütlicher: Er hatte die Hände in den Taschen seiner Lederjacke vergraben und hielt eine Rede. Satzbrocken drangen zu mir herauf: „. . . Erster Mai . . . naher Sieg . . . lustig sein, doch den Ukas des Genossen Stalin im Sinn zu behalten . . ." et cetera. Er zwinkerte dabei seinen Leuten verschmitzt zu, und die Männer grinsten zurück. Andrej trat vor, stellte eine Frage und erhielt eine Antwort. Noch zwei, drei Männer hoben die Hand wie in der Schule, fragten etwas, sprachen freiweg. Ich sah nichts von Strammheit und Zackigkeit. Der Genosse Oberleutnant gibt sich als Genosse. Während der Zeremonie heulten drüben an der Schule die Kartjuschas weiter und zogen Feuerspuren über den schwefelgelben Himmel.

Mir war elend und wund, ich schlich wie eine lahme Ente. Die Witwe kramte ihren Arzneischrank vom Hängeboden herunter, wo sie ihn versteckt hat, und gab mir eine Blechdose mit einem Rest Vaseline.

Hab darüber nachdenken müssen, wie gut ich es bisher gehabt, daß mir in meinem Leben die Liebe niemals zur Last und immer zur Lust war. Bin nie gezwungen worden, hab mich niemals zwingen müssen. So wie es war, war es gut. Es ist nicht das Allzuviel, was mich jetzt so elend gemacht hat. Es ist der mißbrauchte, wider seinen Willen genommene Körper, der mit Schmerzen antwortet.

Ich hockte den halben Dienstag nachmittag an Herrn Paulis Bett und schrieb nach, was geschehen. Vorsichtshalber habe ich mir die letzten Seiten dieser Schreibkladde als deutschrussisches Wörterverzeichnis eingerichtet, das ich neugierig dazwischenplatzenden Russen jederzeit vorweisen kann. Tat es einmal bisher und erntete ein schulterklopfendes Lob.

Gegen Abend gab es eine Störung. Jemand trat und schlug gegen die Vordertür. Ich öffnete bei versperrter Kette, sah etwas Weißes und erkannte den Bäcker von Dienstag früh in seiner Kittelmontur. Er wollte herein. Ich wollte nicht, tat so, als sei Anatol drinnen. Da forderte er von mir ein anderes Mädel, irgendeins, eine Adresse, einen Hinweis, wo eines sei – er wolle dem Mädel Mehl dafür geben, viel Mehl, und auch mir Mehl für die Vermittlung. Ich weiß kein Mädel für ihn, will keins wissen. Da wurde er lästig, zwängte seinen Fuß in den Türspalt, riß an der Verschlußkette. Ich drückte ihn mühsam hinaus, knallte zu.

Ja, die Mädel sind allmählich verknappte Ware. Man kennt jetzt die Zeiten und Stunden, in denen die Männer auf die Weibsjagd gehen, sperrt die Mädel ein, steckt sie auf die Hängeböden, packt sie in den gut gesicherten Wohnungen zusammen. An der Pumpe wurde eine Flüsterparole weitergegeben: Im Luftschutzbunker hat eine Ärztin einen Raum als Seuchenlazarett eingerichtet, mit großen Schildern in Deutsch und Russisch, daß Typhuskranke in dem Raum untergebracht seien. Es sind aber lauter blutjunge Mädels aus den Häusern ringsum, denen die Ärztin mit ihrem Typhustrick die Jungfernschaft rettet.

Wenig später gab es wiederum Lärm. Diesmal hatten sich zwei, uns bis dato unbekannt, in die leerstehende Nebenwohnung Einlaß verschafft. In etwa zwei Metern Höhe ist die Trennwand zwischen den Wohnungen von einem der letzten Luftangriffe her eingerissen und klafft vier Fäuste breit. An diesen Spalt oben in der Mauer hatten die Kerle drüben sich offenbar einen Tisch herangerückt. Nun riefen sie durch den Riß hindurch, wir sollten ihnen sofort die Tür öffnen, sonst würden sie auf uns schießen. (Daß unsere Hintertür ohnehin offensteht, wußten sie wohl nicht.) Einer der Kerle leuchtete mit seiner Taschenlampe in unseren Flur hinein, während der zweite sein Automatengewehr in Anschlag brachte. Aber wir wissen schon, daß sie so rasch nicht schießen, vor allem dann nicht, wenn sie noch so nüchtern und zungenfix sind wie die beiden. Ich ging auf den albernen Ton ein, versuchte auf russisch komisch zu sein. Zwei bartlose Knäblein übrigens, ich redete ihnen gut zu und predigte sogar über den Ukas des großen Stalin. Schließlich entfernten sie sich von ihrem Schießstand, polterten noch eine Weile mit den Stiefeln gegen unsere Vordertür und verzogen sich am Ende. Wir atmeten auf. Immerhin ein beruhigendes Gefühl, daß ich notfalls eine Treppe höher laufen und jemand von Anatols Mannen zu Hilfe rufen kann. Wir sind Anatols privater Hirschpark. Das wissen jetzt die meisten.

Der Witwe wurde es dennoch so langsam unheimlich zumute, besonders als auch gegen Abend keiner von unseren Stammgästen auftauchte. Sie benutzte einen Augenblick der Ruhe im Treppenhaus und huschte aufwärts, Kontakt mit Hausbewohnern zu suchen. Kehrte nach zehn Minuten zurück: „Bitte komm mit zu der Frau Wendt, dort sind so nette Russen, es ist richtig gemütlich."

Frau Wendt, das ist die alleinstehende Fünfzigerin mit dem eitrigen Ekzem auf der Wange, dieselbe, die seinerzeit ihren Trauring am Schlüpfergummi festgezurrt hatte. Es stellt sich heraus, daß sie mit der übriggebliebenen Haushälterin unseres westwärts geflüchteten Hausbesitzers zusammengezogen ist – eine der Angst- und Notgemeinschaften, wie sie sich überall ringsum bilden. In der kleinen Küche war Mief und Tabaksqualm. Im Kerzenschein unterschied ich die beiden Frauen und drei Russen. Vor ihnen auf dem Tisch sah man eine ganze Menge Konserven, die meisten ohne Aufschriften, wohl deutsche Truppenverpflegung, Russenbeute. Die Witwe bekam gleich von einem der Russen eine Büchse in die Hand gedrückt.

Auf Wunsch der Frauen sprach ich kein Wort Russisch, markierte Lieschen Doof. Von den drei Russen kannte mich keiner. Einer, Serjoscha gerufen, rückte mir auf den Leib, legte mir den Arm um die Hüfte. Worauf ein anderer Russe eingriff und in sanftem Ton sagte: „Bruder, ich bitte dich, laß das sein." Und Serjoscha rückte ertappt von mir weg.

Ich staune. Der gesprochen hat, ist jung und von Gesicht schön. Er hat dunkle, regelmäßige Züge. Seine Augen leuchten. Seine Hände sind weiß und schmal. Nun sieht er mich ernst an und spricht in ungelenkem Deutsch: „Nicht chaben Angst."

Die Frau Wendt flüstert uns beiden zu, dieser Russe heiße Stepan, er habe bei einem deutschen Luftangriff auf Kiew die Frau und zwei Kinder verloren – er habe uns jedoch alles verziehen und sei überhaupt wie ein Heiliger.

Nun schiebt der dritte Russe, klein und pockennarbig, mir eine Büchse hin, die er mit seinem Taschenmesser geöffnet hat. Das Messer gibt er mir gleich dazu und bittet mich durch Gesten, zu essen. Es ist Fleisch in der Büchse. Ich spieße mir fette, große Brocken davon in den Mund, bin hungrig. Alle drei Russen schauen mir wohlgefällig zu. Die Frau Wendt macht den Küchenschrank auf und zeigt uns ganze Reihen von Konservenbüchsen, alle von den drei Burschen angeschleppt. Es ist wirklich gemütlich hier. Dabei sind die beiden Frauen eher abstoßend; Frau Wendt mit dem Ekzem; und die Ex-Haushälterin ist ein Mausgeschöpf, bebrillt und verkümmert. Da kann einem das Schänden vergehen. Der Himmel mag wissen, warum diese Männer gerade hier Fuß gefaßt haben und so fleißig anschleppen.

Ich könnte noch lange sitzen bleiben. Stepan strahlt ordentlich Schutz aus. Ich staune ihn an wie ein Bild, nenne ihn bei mir, in der Erinnerung an die „Brüder Karamasow", Aljoscha. Aber die Witwe wird unruhig, sie sorgt sich um den allein in seinem Bett zurückgebliebenen Herrn Pauli. Obwohl doch unsere Männer, und gar kranke, bettlägrige, bestimmt nichts von den Russen zu befürchten haben. Unvorstellbar, daß einer von diesen Burschen hüftschwenkend daherkäme und einem Mannsbild zusäuselte: „Mann, komm." Die sind hoffnungslos normal.

Serjoscha bringt uns mit der Kerze an die Tür, ist lammfromm und zahm unter Stepans Blick, riskiert erst im Türrahmen ein sachtes Kneifen in meinen Oberarm.

Wir traben abwärts, jeder mit einer Fleischbüchse in Händen. Aus unserer Wohnung schallt muntere Musik. Drinnen ist Hochbetrieb. Im Wohnzimmer hockt, durch die allzeit offene Hintertür eingedrungen, fast vollzählig der Haufen von Anatol. Sie haben irgendwo ein Schifferklavier aufgetrieben und spielen abwechselnd darauf. Jeder versucht's, keiner kann's richtig, und das Ergebnis ist danach. Aber sie lachen sehr dabei. Sie wollen feiern, heute ist erster Mai. Wo Anatol steckt, wissen sie nicht, sie sagen, er sei dienstlich unterwegs, er habe vieles zu beschicken.

Wir verziehen uns nach nebenan, an Herrn Paulis Bett – und finden dort Russenbesuch. Der düstere Leutnant an seinem plattengeschmückten Wanderstock und noch einer, den er anscheinend mitgebracht hat und den er uns auf ebenso gewandte wie beiläufige Art vorstellt: -tsch -tsch -tsch Soundso, Major. (Sie haben eine spezielle Art, ihre Vaters- und Familiennamen zu vernuscheln und zu vertuscheln, sind alle bemüht, ihre Identität zu verkleistern, geben nur ihre Allerweltsvornamen preis sowie die Ränge, die ihnen der Kenner ja ohnehin ansieht.)

Ich starre den Düsterblonden voll Abneigung an und wünsche ihn sonstwohin. Doch er gibt kein Zeichen des Erkennens, tut fremd und formell und ist tadellos höflich. Noch höflicher ist der von ihm mitgebrachte Major. Er springt bei unserem Eintritt auf, verbeugt sich wie in der Tanzstunde, wiederholt vor jedem von uns seinen Gruß. Ein großer, schlanker Typ, brünett, in sauberer Uniform, er schleppt das eine Bein eine Kleinigkeit nach. Nachträglich erst entdeckte ich noch einen dritten Neuling im Zimmer. Er saß reglos auf einem Stuhl am Fenster, trat erst auf Anruf des Majors blinzelnd zu uns in das Kerzenlicht. Ein Asiat mit dicken Kinderbacken und verquollenen Schlitzäuglein, uns vorgeführt als des Majors Bursche. Gleich nachher verzog er sich wieder in seinen Fensterwinkel, stellte den Kragen seines grauwollenen Mantels hoch gegen den von draußen hereinpustenden Wind.

Zu viert sitzen wir nun um Paulis Bett, die Witwe, ich, der Major und der Düsterblonde. Das Reden besorgt der Major. Ich muß auf seine Bitte zu Herrn Pauli und der Witwe hin, die er für ein Ehepaar hält, seine zahlreichen, gewählten Höflichkeitsfloskeln verdeutschen. Er und ich mustern einander verstohlen. Tastend wechseln wir die Worte. Ich werde nicht klug aus ihm, behalte ihn im Auge. Nun offeriert der Major Zigarren, die er lose in der Jackentasche trägt. Dankend nimmt Pauli zwei Stück davon entgegen, raucht die eine an, wobei er von dem Major Feuer nimmt.

Beide qualmen bedächtig. Der Major hält Pauli hin und wieder aufs höflichste den Aschenbecher hin. Plötzlich springt er auf, bittet, ihm doch sagen zu wollen, ob er vielleicht störe – dann werde er gleich diesen Raum verlassen, aber sofort! Und er tut so, als sei er bereits auf dem Sprung dazu. Nein, nein, wir wehren ab, er stört uns nicht. Worauf er wieder Platz nimmt, schweigend weiterqualmt. Der reine Knigge. Wieder ein völlig neues Muster aus der offenbar unerschöpflichen Mustersammlung, die uns die UdSSR da geschickt hat. Übrigens ist er nervös. Seine Hand, welche die Zigarre hält, zittert beträchtlich. Oder hat er Fieber? Denn er hat inzwischen berichtet, daß er am Knie verwundet sei und mit dem anderen, dem düsterblonden Leutnant, zusammen im Krankenhaus verbunden werde. (Im Krankenhaus sitzen sie also auch drin. Möchte wissen, wie man sie dort verstaut hat und wohin man die Unsrigen gepackt hat, die doch vorige Woche noch jedes Bett und jeden Raum füllten.)

Der Gesangverein nebenan hat sich inzwischen mitsamt dem Schifferklavier aus unserer Wohnung verzogen. Es wird still um uns. Ich schiele auf die Armbanduhr des Düsterblonden. Die Zeiger gehen schon auf elf zu. Wir sehen einander an, die Witwe, Herr Pauli und ich, wissen nicht, was wir aus diesen Gästen herauslesen sollen.

Nun gibt der Major dem Asiaten im Fensterwinkel einen Befehl. Und der zerrt aus einer seiner Manteltaschen etwas, das kaum herausgeht: eine veritable Flasche deutschen Markensekt! Er stellt sie in den Lichtkreis der Kerze auf das Tischchen an Paulis Bett. Schon läuft die Witwe nach Trinkgläsern. Wir stoßen an, trinken aus. Dabei geht zwischen dem Major und dem düsterblonden Leutnant ein halblautes Palaver hin und her, das ich offenbar nicht hören soll. Bis der Major sich unvermittelt an mich wendet und mich fragt, so streng wie in der Schule: „Was wissen Sie vom Faschismus?“

„Faschismus?“ wiederhole ich stotternd.

„Ja, bittesehr. Erklären Sie uns die Herkunft des Wortes. Nennen Sie das Ursprungsland dieser politischen Richtung.“

Ich überlege krampfhaft, stammle dann was von Italien, Mussolini, alten Römern, fascio gleich Rutenbündel, was ich anhand des plakettenbepflasterten Wanderstocks des Leutnants klarzumachen versuche . . . Und die ganze Zeit hindurch zittern mir Hände und Knie, weil ich plötzlich zu wissen glaube, was dieser Major vorstellt und was er von mir will: Er will mich politisch prüfen, will feststellen, wie mein Glaubensbekenntnis, meine Vergangenheit ist – um mich dann für irgendwelche russischen Belange einzuspannen, als Dolmetscherin oder Armeehelferin, was weiß ich – und ich sehe mich schon verschleppt und versklavt irgendwo auf den Straßen des Krieges . . . Oder sind es GPU-Leute, wollen sie mich als Spitzel verwenden? Hundert Entsetzensgedanken, ich fühle, wie meine Hände bleiern herabfallen, bringe die letzten Worte kaum noch heraus . . .

Ich muß wohl bleich geworden sein, denn die Witwe, die doch kein Wort von unserer Unterhaltung versteht, blickt mich ängstlich fragend an. Nun höre ich, wie der Major zu dem düsterblonden Leutnant sagt, und es klingt zufrieden: „Ja, sie hat ein gutes politisches Wissen.“ Und er hebt sein Glas und trinkt mir zu.

Ich atme auf, fange mein Herz im Halse ein. Offenbar ist das Examen bereits überstanden und hatte weiter keinen Sinn als den, meine Schulweisheit abzuklopfen. Ich trinke aus und erhalte den letzten Rest aus der Sektflasche eingeschenkt. Der Witwe fallen allmählich die Augen zu. Es wird Zeit, daß die Gäste sich empfehlen.

Plötzlich ein neuer Ton, ein offenes Angebot. Der düsterblonde Leutnant sagt in zwei Sätzen, um was es geht: „Hier ist der Major. Er läßt Sie fragen, Bürgerin, ob er Ihnen angenehm sei.“

Ich falle aus allen Wolken, stiere die beiden Männer dumm an. Der Major ist auf einmal sehr mit seiner Zigarre beschäftigt, sorgsam drückt er den Rest im Aschbecher aus. Er scheint gar nicht gehört zu haben, was in seinem Auftrag der Leutnant fragte. Den Asiaten kann ich im Dunkeln am Fenster nicht erkennen. Stumm hockt er noch da. Sekt hat er nicht abbekommen.

Schweigen. Die Witwe sieht mich mit achselzuckender Frage an.

Dann wieder der Leutnant, tonlos, gleichmütig: „Ist der Major Ihnen angenehm? Könnten Sie ihn lieben?“

Lieben? Verdammtes Wort, ich kann es nicht mehr hören, bin so erschrocken und ernüchtert, daß ich nicht weiß, was sagen, was tun. Immerhin gehört der düsterblonde Leutnant doch zu Anatols Kreis. Er kennt also das Tabu. Ist denn Anatol nicht mehr da? Ist dieser Major vielleicht sein Dienstnachfolger? Denkt er, daß er deshalb auch bei mir die Nachfolge antreten kann? Aber nein, der Major hat ja soeben erzählt, daß er derzeit im Krankenhaus wohnt, daß er dort sein Bett hat.

Ich stehe auf und sage: „Nein. Ich verstehe nicht.“

Der Leutnant humpelt an seinem Stock hinter mir her durch das Zimmer, während der Major immer noch scheinbar unbeteiligt an Paulis Bett sitzt und an den bang und ratlos schweigenden beiden Deutschen vorbeischaut.

Halblaut murmelte ich zu dem Leutnant hin: „Und Anatol? Was ist mit Anatol?“

„Was, Anatol?“ ruft der grob und laut. „Wieso Anatol? Der ist ja längst weit weg. Der ist zum Stab versetzt.“

Anatol weg? So ohne ein Wort? Ob das stimmt? Aber es klingt so sicher, so höhnisch überlegen.

Mir dreht sich der Kopf. Nun erhebt sich auch der Major, verabschiedet sich aufs zeremoniellste von der Witwe und von Pauli, ich höre seine wiederholten Dankesbezeugungen für die gewährte Gastfreundschaft. Pauli und die Witwe haben von der ganzen Kuppelei nicht das geringste begriffen. Ich wage auch nicht, in Gegenwart der Russen mit den beiden Deutschen Deutsch zu sprechen. Ich weiß schon, Russen mögen das nicht, vermuten dann gleich Komplott und Verrat.

Mit einer Verbeugung gegen uns alle zieht sich der Major zur Tür zurück. Vom Fenster her kommt der Asiat angewackelt. Ich leuchte allen dreien mit meiner Kerze hinaus. Sehr langsam stapft der Major durch den Flur, sein rechtes Bein leicht nachziehend, doch bemüht, das Hinken zu unterdrücken. Der Leutnant stößt mich mit dem Ellbogen an, fragt rüde: „Na? Überlegen Sie immer noch?“ Dann kurze Diskussion zwischen ihm und dem Major darüber, wo man übernachten solle, ob im Krankenhaus oder –? Und der Leutnant fragt mich, kalt, doch wieder höflich: „Könnten wir vielleicht hier untergebracht werden? Wir alle drei?“ Und er weist auf den Major und sich und den halb schlafend dastehenden Asiaten.

Alle drei? Bitte, warum nicht? So haben wir doch einen männlichen Schutz über Nacht, denke ich und führe die drei zu der Kammer hinten neben der Küche. Es steht eine breite Couch darin, mit etlichen Wolldecken darauf. Leutnant und Asiat drängen an mir vorbei in die Kammer. Schon reißt der Leutnant die Kammertür hinter sich zu, ich sehe nur noch, wie er eine Taschenlampe herumflickern läßt.

Ich stehe in der Küche, die Kerze in der Hand. Neben mir steht schweigend der Major. Höflich fragt er mich, wo das Bad sei. Ich weise ihm die Tür, lasse ihm die Kerze. Während ich hier wartend am Küchenfenster stehe und ins Dunkel hinausblicke, tut sich nochmals die Kammertür auf. Der Düsterblonde, schon in Hemdärmeln, zischelt mir zu: „Das mit uns – das von gestern – das braucht keiner zu wissen.“ Und er verschwindet wieder. Einen Moment überlege ich: „Wieso das mit uns?“ Dann fällt mir die letzte Nacht wieder ein, die Hundeliebe, das Spucken vor mein Bett. Ewig lang schien mir das zurückzuliegen, war verdrängt, fast vergessen. Alle Zeitbegriffe haben sich mir verwirrt. Ein Tag ist wie eine Woche, reißt einen Abgrund zwischen zwei Nächte.

Der Major ist wieder da, tritt mit mir in mein Zimmer. Nun werden Pauli und die Witwe nebenan ja endlich kapiert haben, was hier gespielt wurde. Ich höre durch die Wand ihre gedämpfte Rede. Aus einer seiner Taschen zieht der Major eine neue, große Kerze, er läßt etwas Wachs auf einen Aschbecher tropfen, klebt das Licht fest und stellt es auf das Tischchen zu seiten meines Bettes. Leise fragt er, und hat dabei die Mütze noch in der Hand: „Darf ich hierbleiben?“

Ich mache mit Händen und Schultern Zeichen der Hilflosigkeit.

Darauf er, mit gesenkten Augen: „Vergessen Sie den Oberleutnant. Er wird schon morgen weit weg sein. Ich habe es gehört.“

„Und Sie?“

„Ich? Oh, ich bleibe noch lange, sehr lange. Mindestens noch eine Woche, und vielleicht sogar länger.“ Er weist auf das Bein: „Es steckt ein Splitter darin. Ich werde ärztlich behandelt.“

Nun tut er mir doch leid, wie er da so herumsteht. Ich bitte ihn, Platz zu nehmen, sich zu setzen. Er, verlegen: „Sie werden müde sein. Es ist so spät. Wenn Sie sich niederlegen wollen –?“ Und er begibt sich zum Fenster hin, das aus Scherben und Pappe besteht und durch das man jetzt nichts, aber auch gar nichts mehr von der Front hört, und tut, als blicke er hinaus. Im Nu hab ich mich oberflächlich ausgezogen, mir einen alten Morgenrock der Witwe übergeworfen, mich unters Deckbett verkrochen.

Er nähert sich, schiebt sich einen Sessel ans Bett. Was will er? Wieder Konversation machen, den Knigge spielen, siehe Kapitel „Vergewaltigungen von feindlichen Demoisellen“? Nicht doch, er will sich bekannt machen, er kramt allerlei Papiere aus seinen Innentaschen, breitet sie vor mir auf der Steppdecke aus, rückt die Kerze näher heran, daß ich gut sehe. Dies ist der erste Russe, der sich derart mit allen Einzelheiten preisgibt. Ich weiß nun, wie er heißt, wann er geboren ist und wo, weiß sogar, wieviel er besitzt; denn es ist ein Sparkassenbuch der Stadt Leningrad unter den Papieren, auf dem über 4000 Rubel stehen. Dann sammelt er seinen Papierkram wieder ein. Er spricht ein gewähltes Russisch, was ich, wie immer, daraus erkenne, daß mir ganze Sätze unverständlich bleiben. Er scheint belesen, musikalisch, ist krampfhaft bemüht, sich auch jetzt noch gentlemanlike zu benehmen. Springt unvermittelt auf, fragt nervös: „Bin ich Ihnen unangenehm? Verabscheuen Sie mich? Sagen Sie es offen!“

„Nein, nein.“ Nein, keineswegs, du magst schon recht sein, so wie du bist. Nur kann ich mich nicht so schnell in die Lage finden. Ich habe das ekelhafte Gefühl des Von-Hand-zu-Hand-Gehens, fühle mich erniedrigt und beleidigt, zum Sexualobjekt degradiert. Dann wieder die Überlegung: „Und wenn es wahr wäre, daß Anatol entschwunden ist? Wenn mir dieses so mühsam errichtete Tabu, diese Mauer wieder genommen wäre? Wäre es nicht gut, ein neues, vielleicht länger währendes Tabu aufzurichten, eine neue Mauer um mich zu bauen?“

Nun hat der Major sein Koppel abgenommen, seine Jacke abgelegt, immer im Zeitlupentempo und mit Seitenblicken auf mich. Ich sitze, warte, fühle den Schweiß in meinen Handflächen, will und will ihm nicht weiterhelfen. Bis er plötzlich sagt: „Bitte, geben Sie mir Ihre Hand.“

Ich starre ihn an. Will er mich frei nach Knigge mit einem Handkuß beglücken? Oder ist er ein Handliniendeuter? Schon nimmt er meine Hand, drückt sie fest mit seinen beiden Händen und sagt, wobei ihm der Mund zittert und die Augen jämmerlich blicken: „Verzeihen Sie mir. Ich habe so lange keine Frau mehr gehabt.“

Das durfte nicht kommen. Schon liege ich mit meinem Gesicht auf seinen Knien und schluchze und heule und heule mir einmal den ganzen Jammer von der Seele. Ich spüre, wie er mein Haar streichelt. Dann Geräusch an der Tür, wir blicken beide hoch. Im Türspalt steht, ihre Kerze in der Hand, die Witwe und fragt angstvoll, was mir denn sei. Der Major und ich winken beide ab, sie sieht wohl auch, daß mir nichts Böses getan wird,

ich höre die Tür wieder zuklappen.

Hab ihm dann wenig später und im Dunkeln gesagt, wie elend und wund ich bin und daß er sanft sein soll. Er war sanft und wortlos zärtlich, gab bald Ruhe, ließ mich schlafen.

Das war mein Dienstag, erster Mai.

Höchstestraße, Wedding. *Noch immer ist die Armee Wenck nicht da. Drüben, auf der anderen Straßenseite, wurden heute weiße Fahnen aus den Fenstern gesteckt. Leutnant Henachoff befahl uns, mit dem Maschinengewehr in die Wohnung zu schießen. Nachmittags erblickten wir russische Soldaten an den Fenstern, es scheint uns, als sängen sie – sie feiern wohl ihren Sieg. Aber wir schießen. – In den Abendstunden geschieht etwas Unfaßbares: An der Barnimstraße haben verschiedene Häuser weiße Fahnen gezeigt. Da erscheinen plötzlich drei deutsche Jagdflugzeuge mit dem Balkenkreuz. Im Tiefflug setzen sie zum Angriff an und werfen Bomben auf die Berliner Häuser, nur weil deren Bewohner dem Krieg ein Ende bereiten wollen. Man hört deutsche Frauen und Kinder schreien, die von deutschen Bomben und Maschinengewehrgarben getroffen werden. – Übrigens sind in der letzten Nacht zwei unserer Offiziere getürmt. Daß die sogar Verräter sind!*

2.5.1945 Mittwoch

Forst Düppel. *Im Morgengrauen des 2. Mai zogen wir unsere Uniformen aus und vertauschten sie mit alten, abgerissenen Zivilkleidern. Bis zur nächsten Nacht gruben wir uns mit Händen und Füßen in den lockeren Waldboden ein und entgingen dadurch der Gefangenschaft. Die Russen suchten den ganzen Tag über das Waldgebiet ab, entdeckten uns aber nicht.*

Zehlendorf. *Einer steht auf der Straße und sagt, Berlin hätte kapituliert. Das kann wahr sein, kann Gerücht sein. Aber nicht nur, weil es unbestimmt wirkt, bleiben die Angesprochenen ohne Reaktion. Sie jubeln nicht. Sie atmen leichter. Es ist, als löste sich eine Kette, die das Blut in den Adern gestaut hat. Doch das Blut ist weit fort, erfroren oder verklumpt. Das kommt noch nicht zurück. Die Lippen bleiben bleich. Was soll werden?*

Die meisten, die wir treffen – und jeder spricht nun mit jedem –, ruhen nicht mehr in sich. Sie sind nichts mehr aus sich. Man soll ihnen die Hand reichen. Sie sind verteufelt unmündig. Sie sind vollkommen aus ihrem Erdreich gerutscht, schimpfen, grollen, murren und lächeln hilflos, bang und erbötig, wenn sie dem Russen begegnen.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Am Morgen standen noch ein paar Soldaten auf unserer Straße. Es fielen auch noch Schüsse. Aber wir dachten nun doch, der Krieg sei für uns wohl aus. Es wurde erzählt, Hitler sei gefallen, Dönitz habe das Kommando übernommen und lasse weiterkämpfen. Keitel sei in der Postdirektion gewesen, 4 Häuser entfernt von uns. Daher wohl auch die großen Heeresansammlungen.*

Bevor ich noch gefrühstückt hatte, rief Frau Mietusch: „Es gibt Haferflocken" – und ich raste mit meinem Eimer die Treppe hinunter, kam aber wie immer zu spät. Sich balgende und beschimpfende Frauen umlagerten ein Wehrmachtsauto. Frau Mietusch bekam noch den leeren Sack, aus dem sie immerhin noch ein Pfund herausholte und später mit mir teilte. Ich sah indessen an der Straßenecke eine Frau mit einem großen Stück Fleisch, fragte, woher das komme und bekam die Antwort, da vorne gebe es Pferdefleisch. Ich dachte, es werde verteilt, rannte hin und fand ein halbes, noch warmes Pferd auf dem Trottoir und drum herum Männer und Frauen mit Messern und Beilen, die sich Stücke lossäbelten. Ich zog also mein großes Taschenmesser, eroberte mir einen Platz und säbelte auch. Einfach wars nicht. Ich bekam ein Viertel Lunge und ein Stück von der Keule, woran noch das Pferdefell war, und zog blutbespritzt ab. Da wir im letzten Krieg vom Metzger auch Pferdefleisch bekommen hatten und es gut fanden, war ich hochbefriedigt, wollte mit Frau Mietusch teilen – die aber wandte sich schaudernd ab. Nun begann eine scheußliche Arbeit in der Küche. Alles war voll Blut, ein außergewöhnlich hellrotes, fast rosa Blut – und ich kann mir jetzt lebhaft vorstellen, wie schwer es einem Mörder fällt, die Blutspuren zu entfernen. Irgendwo bleibt doch ein Fleck. Ich erkannte bald, daß das Fleisch erst abhängen müsse, zog durch jedes Stück eine Schnur und hing beide auf. Das Fell war abgeschnitten. Von der Lunge trieb ich doch schon die Hälfte durch und machte mit Zwiebel, Thymian und einer Einbrenn eine sehr köstliche Lungenblutwurst, womit ich nun wieder einen Brotaufstrich habe. Während diese Metzelei noch im Gang war, rief Herr Mietusch, der erste russische Wagen fahre durch unsere Straße. Dies historische Ereignis mußte ich mir entgehen lassen, denn sonst hätte ich das Blut auch in die Vorderzimmer gebracht. Außerdem hatte ich Angst, ein Russe könne mich sehen und denken, ich hätte einen seiner Kameraden umgebracht.

Aber bald darauf mußte ich noch einmal Schlange stehen nach meinem letzten Viertelpfund Butter, und da standen die Russen schon um uns herum. In der Schlange hatten die meisten Leute weiße Binden um den Arm. Es wurde jetzt offen auf die Partei geschimpft, wozu ja nun kein Mut mehr gehörte.

Nachmittags gingen Frau Mietusch und ich wieder den weiten Weg zur Kaiserdammpumpe, wo inzwischen ein toter Russe lag, gerade in der Schußrichtung von den MGs in der Parkecke. Nun fuhren aber auch die lebenden Russen ein wenig prahlerisch umher, meist in deutschen Wagen, die sie gefunden hatten. Ich beschloß, ein Motorrad, das mit kaputten Hinterreifen auf der Straße lag, mitzunehmen, schob immer ein Stück das schwere Rad, dann hielt es Frau Mietusch, während ich die Wassereimer nachholte. Dann sah ich einen kleinen verlassenen Fiat, dem nur der Zündschlüssel fehlte, und schob den mit Frau Mietuschs Hilfe nach Hause. Leider mißlang es mir, eine Garage zu finden. Wir stellten ihn also fürs erste in den Hof. Das Rad tat ich in den Abstellkeller unterm Treppenhaus, wo auch meine Vorratsschränkchen und Schrankkoffer stehen, da ich keinen eignen Keller habe. Mittags war übrigens großes Geschrei gewesen: „In Mietuschs Keller ist eingebrochen" – alles war durcheinandergewühlt, auch meine beiden kleinen Koffer erbrochen, aber es fehlten nur seine beiden Anzüge. Lebensmittel, Frauenkleider waren geblieben. Erst hieß es: die Russen. Nun nimmt man an: deutsche Soldaten, die Zivil suchten.

Hasenheide, Kreuzberg. *Zum ersten Mal in diesen Männernächten schlief ich mich aus bis in den Tag hinein und fand auch dann den Major noch an meiner Seite. Offenbar hat er keinen Dienst, kann sich's einteilen. Wir schwätzten mancherlei, ganz freundschaftlich und vernünftig. Unvermittelt gestand er mir, daß er keineswegs ein Kommunist sei – er sei Berufsoffizier, auf der Militärakademie ausgebildet, und hasse die jugendlichen Spitzel aus dem Komsomol. Woraus ich entnahm, daß auch die höheren Offiziere Grund haben, sich vor parteilicher Überwachung zu fürchten. Ich staune, wie offen er zu mir spricht. Allerdings sind wir ohne Zeugen. Ebenso unvermittelt wollte er wissen, ob ich auch bestimmt gesund sei – „Sie verstehen – ich meine, du verstehst mich." (Er wirft Du und Sie noch durcheinander.) Worauf ich ihm wahrheitsgemäß erklärte, daß ich niemals mit dergleichen Leiden zu tun gehabt hätte, aber freilich nicht wüßte, ob mir nicht von seiten jener Russen, die mir Gewalt angetan, etwas Derartiges angehängt worden sei. Er schüttelt den Kopf, seufzt: „Ach, diese Hooligane!" (Hooligan, sprich „Chuligan", russisches, vielgebrauchtes Fremdwort zur Bezeichnung von Lumpen, Strolchen, Lümmeln.)*

Er stand auf, zog sich an, rief im Gang nach dem Asiaten. Der kam sogleich angewakkelt, noch auf Socken, seine Schuhe in der Hand. Der Leutnant blieb unsichtbar, hatte sich wohl schon empfohlen. Nebenan hörte ich die Witwe rumoren.

Draußen fröstelte der Maimorgen. Ketten klirren, Pferde wiehern, längst hat der Hahn gekräht. Doch keine Kartjuscha, kein Schuß, nichts. Mit schöner Stimme singt der Major, im Zimmer umherhumpelnd und sein Bein bewegend, allerlei Lieder, so das zauberhafte „Bleib, verweile doch, du Schöne mein". Hockt sich dann auf die Bettkante, spielt auf einer kleinen Mundharmonika, die er aus der Tasche zog, einen Marsch – so feurig, so geschickt, daß man staunen muß. Unterdes hilft der Asiat – er sagt auf meine Frage, daß er aus Usbekistan stammt – seinem Herrn sanft in die weichen Lederstiefel, bemüht, das kranke Bein zu schonen. Dabei himmelt er den musizierenden Major an und seufzt in fremdklingendem Russisch: „Ech, wie ist das so schön."

Später, als beide gegangen waren, hörte die Witwe im Treppenhaus, daß gegen vier Uhr die Kapitulaton von Berlin unterzeichnet worden sei – jemand hatte es mit dem Detektor gehört. „Frieden", so glaubten wir und freuten uns. Bis wir nachher erfuhren, daß in Nord und Süd der Krieg weitergeht.

Mittwoch, die Stunden schleichen hin. Immer wieder werde ich beim Schreiben unterbrochen. Doch nun stört sich schon keiner mehr an meinem Gekritzel. Allenfalls sagt mal einer: „So ist's recht. Lernt ihr nur fleißig Russisch."

Immerzu Russen, Schnaps, Küchenarbeit, Wasserschleppen. Irgendwo soll noch ein Holzbalken liegen, schnell hin, sonst schleppt ihn ein anderer ab. Zwei von Anatols Mannen kamen aus der verlassenen Wohnung gelaufen, die sie die letzten Tage innehatten – Matratzen und Deckbetten überm Arm. Wohin sie wohl ziehen mögen? Von Anatol selbst keine Spur. Offenbar hat der Leutnant nicht gelogen. Übrigens hat mir der Major beim Abschied versprochen, daß er gut für mich sorgen, mir zu essen bringen werde. Das soll mir recht sein. Es ärgert mich schon seit Tagen, daß ich von dem Butterklumpen, den Herr Pauli vom Volkssturm mitgebracht hat, mitzehren muß. Das ist jetzt ein anderes Leben als droben in meiner kahlgefressenen, hungrigen Dachwohnung. Zuerst die letzten deutschen Zuteilungen. Dann mein Geraubtes, die Plünderbeute aus der Schupo-Kaserne, die Kartoffeln aus der Baracke. Auch hatte die Witwe noch kleine Vorräte an Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Speck. Und was hat Anatol mitsamt seinem Haufen alles bei uns hinterlassen an Brot, Heringen, Speckkanten, Büchsenfleisch! (Nur vom Alkohol blieb nie was übrig.) Dazu die beiden Fleischbüchsen aus den weißen Händen von Stepan-Aljoscha! Davon läßt es sich leben. Eigentlich habe ich seit Jahren nicht so fett gegessen, war seit Monaten nicht mehr so satt nach den Mahlzeiten. Es kann ja nicht so bleiben. Einstweilen jedoch stopfe ich mich voll, fülle mich mit Kräften auf.

Draußen Kälte und verhangener Himmel. An der Pumpe stand ich heut lange im dünnen Regen. Ringsum in den zertrampelten Gärten brennen Feuerchen, ertönt Männergesang zum Schifferklavier. Vor mir steht eine Frau in Männerschuhen, einen Schal um den Kopf und um das halbe Gesicht gewickelt, mit dickverweinten Augen. Ringsum Stille, zum ersten Mal, seit ich nach Wasser anstehe. Die Kartjuschas schweigen. Noch schwelt der Himmel gelb. Die Nacht zum Mittwoch war voll Brand. Doch kein Schuß mehr in Berlin, Ruhe. (. . .)

Ich kam heim mit zwei Eimern voll Wasser. Drinnen in der Wohnung neuer Wirbel.

Zwei Soldaten, Fremde, rennen durch unsere Zimmer, suchen nach einer Nähmaschine. Ich führe unsere „Singer" in der Küche vor. Seit Petka, der bürstenköpfige Romeo, damit Fangball gespielt hat, sieht sie ziemlich verbogen aus. Wozu brauchen die beiden denn eine Nähmaschine?

Es stellt sich heraus, daß sie eine Sendung nach Rußland in leinene Hüllen eingenäht haben wollen. Was natürlich mit Hand zu bewerkstelligen wäre. Mit viel Beredsamkeit, deren Hauptfigur die Wiederholung war, überzeugte ich die Knaben davon, daß für ihre Wünsche die Technik noch nicht weit genug vorgeschritten, daß hier Großmutters schlichte Handarbeit am Platze sei.

Schließlich nicken sie mit ihren runden Köpfen, willigen ein. Als Lohn winkt ein ganzes Brot. Die Witwe überlegt und beschließt, den fürstlichen Auftrag der Buchhändlerin zuzuschanzen, die nähgewandt und brotbedürftig ist. Sie eilt, die Frau aus ihrer dreifach gesicherten Wohnung herauszuklopfen.

Nach einer Weile kommt sie wirklich herein, mißtrauisch, zögernd, doch sogleich gierig nach dem Brote schielend. Seit Tagen, so sagt sie, hat sie keinen Bissen Brot mehr gegessen. Sie lebt mit ihrem Mann von Graupen und Bohnen. Nun stellt sie sich ans Küchenfenster und stichelt sorgsam die weißen Leinenlappen um das Konvolut. Der Inhalt bleibt uns verborgen. Es faßt sich weich an, ich vermute, daß Kleidungsstücke darin sind.

Ich versuche mir vorzustellen, wie den Russen angesichts all des schutzlos und herrenlos herumliegenden Gutes zumute sein muß. In jedem Hause gibt es verlassene Wohnungen, die ihnen völlig preisgegeben sind. Jeder Keller mit allem darin verstauten Kram steht ihnen offen. Nichts in dieser Stadt, was ihnen, wenn sie wollen, nicht gehörte. Es ist einfach zu viel. Sie übersehen die Fülle nicht mehr, greifen lässig nach blinkenden Dingen, verlieren oder verschenken sie wieder, schleppen manches Stück ab, das sie nachher als zu lästig wieder von sich werfen. Zum ersten Mal seh ich hier Knaben, die solch ordentliches Postpaket aus ihrer Beute formten. Gewöhnlich sind sie ungeschickt im Verwerten, haben keine Ahnung von Qualität und Preis, schnappen sich das Erstbeste, das ihnen in die Augen sticht. Woher soll es auch kommen? Die haben ihr Leben lang Zugeteiltes auf ihrem Körper getragen, wissen nicht zu sichten und zu wählen, ahnen nicht, was gut und teuer ist. Wenn sie zum Beispiel Bettzeug klauen, so nur, um sich gleich draufzulegen. Ob Eiderdaunen oder Reißwolle, sie sehen keinen Unterschied. Und über jeder anderen Plünderbeute steht ihnen der Schnaps.

Die Buchhändlerin teilt uns, während sie an der Leinwand stichelt, von ihren Neuigkeiten aus. Ja, Stinchen, die Achtzehnjährige, wird von ihrer Mutter immer noch auf dem Hängeboden gehalten, bleibt neuerdings auch tagsüber dort, seit einmal mit den Wasserholern sich zwei Russen in die Wohnung gedrängt, mit Revolvern herumgefuchtelt und ein Loch in das Linoleum des Fußbodens geschossen haben. Sie sieht käsig aus, die Kleine. Kein Wunder: Dafür ist sie noch heil. Die Buchhändlerin weiß von neuen Hausbewohnern zu berichten, zwei jungen, Schwestern, die eine ist Kriegerwitwe, hat einen dreijährigen Jungen. Sie sind in eine der leerstehenden Wohnungen eingerückt und feiern drinnen mit Soldaten, mal am Tag, mal in der Nacht; es soll sehr lustig bei ihnen zugehen. Weiter erfahren wir, daß eine Frau im Hause gegenüber aus dem dritten Stock auf die Straße gesprungen ist, als Iwans hinter ihr her waren. Auf dem Rasenplatz vor dem Kino ist sie begraben worden. Es sollen noch mehr Menschen dort liegen. Ich weiß es nicht, mein Pumpenweg führt in anderer Richtung. Und sonst macht man ja jetzt draußen keine Wege.

Die beiden Russen kreuzten wieder auf, nahmen zufrieden den zugenähten Packen in Empfang, gaben der Frau das frische Brot. Ich unterhielt mich mit den beiden. Es stellte sich heraus, daß beide keine Russen im Sinne des Volkstums sind: Volksdeutscher aus dem Kubangebiet der eine, der andere ein Pole aus Lemberg. (. . .)

Den ganzen Nachmittag über war Ruhe; wir sahen keinen von unseren Bekannten mehr, weder Anatol noch Petka, Grischa, Wanja, Jascha oder den Schullehrer Andrej. Dafür erschien bei Anbruch der Dämmerung pünktlich der Major, mit seinem pummligen usbekischen Schatten und mit noch jemand – gottlob nicht der düsterblonde Leutnant an seinem Stock. Nein, ein kleines, rotbäckiges Bürschlein in blauem Matrosenanzug, achtzehn Jahre alt, Sowjetmarine. Es scheint, daß sie Berlin auch vom Wasser her erobert haben. Seen haben wir ja genug. Das Matröslein sieht aus wie ein Schuljunge und lächelt treuherzig über beide Backen, als er mich halblaut fragt, ob er mich um etwas bitten dürfe.

Bittesehr! Und ich winke ihn zum Fenster hin, durch das noch immer Brandgeruch hereinweht. Der Matrose ersucht mich dann höflich, ganz kindlich, ich möchte doch so gut sein und ihm ein Mädchen besorgen – aber ein sauberes und ordentliches müßte es sein, ein gutes und liebes – er würde ihm auch zu essen bringen.

Ich starre den Knaben an, habe Mühe, nicht mit Gelächter herauszuplatzen. Das ist denn doch die Höhe. Jetzt fordern sie von ihren besiegten Lustobjekten bereits Sauberkeit und Bravheit und einen edlen Charakter! Fehlt bloß noch ein polizeiliches Führungszeugnis, ehe man sich für sie hinlegen darf! Aber der Kleine blickt so hoffnungsfroh drein, hat die so zarte Haut eines guten Mutterkindes, daß ich ihm nicht böse sein kann. Ich schüttle also mit dem nötigen Bedauern mein Haupt, sage ihm, daß ich erst seit kurzer Zeit in diesem Hause wohne, kaum Leute kenne und ihm leider nicht sagen kann, wo ein gutes, braves Mädchen für ihn zu finden sei. Er nimmt es betrübt zur Kenntnis. Mir zuckt es in den Fingern, ihm hinter die Ohrlöffel zu fahren und nachzufühlen, ob er dort schon trocken ist. Aber ich weiß, daß auch der scheinbar sanfteste Russe jäh zum wilden Tier werden kann, wenn man ihn oder sein Selbstgefühl antastet. Bloß wissen möcht ich, warum ich mir immerfort Kuppelpelze verdienen soll. Wahrscheinlich, weil ich hier herum die einzige bin, die ihre Wünsche sprachlich versteht.

Mein Matrose verzog sich wieder, nachdem er mir dankend seine Kinderpfote gereicht hatte. Warum bloß diese Knäblein so emsig hinter Weiblichem her sind? Daheim würden sie damit wohl noch warten, obwohl sie früher heiraten als unsere Männer. Wahrscheinlich wollen gerade diese Soldatenknaben, wie ja auch der sechzehnjährige Wanja, der Treppenschänder, sich unter ihren älteren Kameraden als vollgültige Männer ausweisen.

Tja, mit dem wilden Drauflosschänden der ersten Tage ist es nichts mehr. Die Beute ist knapp geworden. Und auch andere Frauen sind, wie ich höre, inzwischen genau wie ich in festen Händen und Tabu. Über die beiden Sauf- und Jubelschwestern hat die Witwe inzwischen Genaueres vernommen; danach sind bei ihnen bloß Offiziere zugelassen, die es Nichtberechtigten oder gar Hundsgemeinen schwer verübeln, wenn sie Einbrüche in ihr Bettrevier machen. Allgemein versucht ein jeder, der nicht schon zum Abmarsch bereitsteht, etwas Festes, ihm Gehöriges zu finden, und ist bereit, dafür zu zahlen. Daß es bei uns mit dem Essen elend bestellt ist, haben sie begriffen. Und die Sprache von Brot und Speck und Heringen – ihren Hauptgaben – ist international verständlich.

Mir hat der Major alles mögliche mitgebracht, ich kann nicht klagen. Unter dem Mantel trug er einen Packen Kerzen. Dazu weitere Zigarren für Pauli. Der Usbek war schwer beladen, kramte nacheinander eine Büchse Milch, eine Büchse Fleisch und einen Kanten salzstarrenden Specks heraus; dann einen in Lappen gewickelten Butterkloß von mindestens drei Pfund, mit Wollhärchen verschmiert, die die Witwe gleich abklaubte, und, als wir dachten, es käme nichts mehr, noch einen Kissenbezug, in den viel Zucker gefüllt war, schätzungsweise fünf Pfund! Das sind fürstliche Morgengaben. Herr Pauli und die Witwe staunten.

Die Witwe lief, um die Gaben in ihrem Küchenschrank zu verstauen. Herr Pauli und der Major qualmten einander freundschaftlich an, und ich saß dabei und grübelte. Dies ist eine neue Sachlage. Es läßt sich keinesfalls behaupten, daß der Major mich vergewaltigt. Ich glaube, daß ein einziges kaltes Wort von mir genügt, und er geht und kommt nicht mehr. Also bin ich ihm freiwillig zu Diensten. Tue ich es aus Sympathie, aus Liebesbedürfnis? Da sei Gott vor. Einstweilen hängen mir sämtliche Mannsbilder mitsamt ihren männlichen Wünschen zum Hals heraus, kann mir überhaupt nicht vorstellen, daß ich mich noch einmal im Leben nach diesen Dingen sehnen könnte. Tue ich es für Speck, Butter, Zucker, Kerzen, Büchsenfleisch? Ein wenig bestimmt. Es hat mich bedrückt, an den Vorräten der Witwe mitzehren zu müssen. Ich freue mich, daß ich ihr nun, durch die Hände des Majors, auch etwas geben kann. Ich fühle mich freier so, esse mit besserem Gewissen. Andererseits mag ich den Major, mag ihn um so mehr als Menschen, je weniger er als Mann von mir will. Und viel wird er nicht wollen, das spüre ich. Sein Gesicht ist bleich. Die Kniewunde macht ihm zu schaffen. Wahrscheinlich sucht er menschliche, weibliche Ansprache mehr als das bloß Sexuelle. Und die gebe ich ihm gutwillig, ja gern. Denn unter den Mannsviechern der letzten Tage ist er doch der erträglichste Mann und Mensch. Ihn kann ich überdies lenken. Das würde ich mir bei Anatol nicht so ohne weiteres zutrauen, obwohl Anatol mir gegenüber die Gutmütigkeit selber war. Aber so gierig, so Bulle, so stark! Unwillkürlich würde er mir doch eine kleine Ohrfeige hauen, bei der ich ans Zähnespucken käme – einfach so, aus Überschuß an Kraft, aus Bärenhaftigkeit. Mit dem Major hingegen läßt sich reden. Womit ich die Frage aber noch nicht beantwortet habe, ob ich mich nun als Dirne bezeichnen muß, da ich ja praktisch von meinem Körper lebe und für seine Preisgabe Lebensmittel beziehe.

Gegen 22 Uhr verstaute der Major seinen Usbeken hinter der Küche in die Kammer. Wieder klirrt ein Koppel am Bettpfosten, baumelt der Revolver herab, krönt die Soldatenmütze den Pfostenknauf. Aber die Kerze brennt noch, und wir erzählen uns allerlei. Das heißt, der Major erzählt, er berichtet mir von seinen Familienverhältnissen und kramt aus seiner Brieftasche kleine Fotobildchen heraus. Zum Beispiel ein Bild von seiner Mutter, die zu weißem Haar wilde, schrägschwarze Augen hat. Sie stammt aus dem Süden des Landes, wo von jeher die Tataren saßen, und hat einen weißblonden Sibirier geheiratet. Äußerlich hat der Major viel von seiner Mutter. Sein Wesen wird mir nun aus dieser nord-südlichen Blutmischung verständlich: Seine Sprunghaftigkeit, der Wechsel von Hast und Schwere, von Feuer und Melancholie, seine lyrischen Aufschwünge und die plötzliche Mißlaune hinterher. Er war verheiratet, ist seit langem geschieden, war offenbar ein schwieriger Partner, wie er selber gesteht. Kinder hat er keine. Das ist etwas sehr Seltenes bei einem Russen. Ich merkte es daran, daß sie immer gleich fragten, ob ich Kinder hätte, und mir gegenüber kopfschüttelnd ihre Verwunderung darüber kundtaten, daß es bei uns so wenig Kinder gibt und so viele Frauen ohne Kind. Auch der Witwe wollen sie gar nicht glauben, daß sie keine Kinder hat.

Noch ein Foto zeigt mir der Major, das Porträt eines sehr gut aussehenden, streng gescheitelten Mädchens, Tochter eines polnischen Universitätsprofessors, bei dem der Major letzten Winter in Quartier lag.

Als der Major meine familiären Verhältnisse anbohrt, weiche ich aus, mag davon nicht sprechen. Er will dann wissen, welche Schulbildung ich genossen habe, vernimmt achtungsvoll, was ich ihm vom Gymnasium und den gelernten Fremdsprachen und meinen Reisen kreuz und quer durch Europa berichte. Er sagt anerkennend: „Du hast eine gute Qualifikation." Wundert sich dann unvermittelt, daß die deutschen Mädchen alle so schlank und fettlos seien – ob wir so wenig zu essen bekommen hätten? Er malt sich dann aus, wie es wäre, wenn er mich mitnähme nach Rußland, wenn ich seine Frau wäre,

seine Eltern kennenlernte . . . Er verspricht, mich dort mit Hühnchen und Sahne dickzufüttern, denn vor dem Krieg habe man bei ihm daheim recht gut gelebt . . . Ich lasse ihn spinnen. Fest steht, daß meine „Bildung" – die er freilich nach bescheidenem Russenmaßstab mißt – ihm Achtung einflößt, mich in seinen Augen begehrenswert macht. Gewiß ein Unterschied zu unseren deutschen Männern, für die nach meinen Erfahrungen Belesenheit keineswegs den Reiz einer Frau erhöht. Im Gegenteil, instinktiv hab ich mich stets ein bißchen dümmer und unwissender gestellt den Männern gegenüber oder hab doch hinterm Berge gehalten, bis ich sie näher kannte. Der deutsche Mann möchte stets der Klügere sein und sein kleines Frauchen belehren. Die Sowjetmänner wissen nichts von kleinen Frauchen fürs traute Heim. Bildung steht dort so hoch im Kurs, ist ein so rares, so gesuchtes, dringend benötigtes Gut, daß man sie von Staats wegen mit strahlendem Nimbus umgibt. Hinzu kommt, daß Wissen sich dort bezahlt macht, was auch der Major sagen will, als er mir nun darlegt, daß ich in seiner Heimat bestimmt „qualifizierte Arbeit" finden würde. Schönen Dank, du meinst es gut, aber damit bin ich ein für allemal bedient. Bei euch gibt es zu viel Abendkurse. Ich mag keine Abendkurse mehr. Ich mag Abende für mich.

Er sang wieder, leise, melodisch, ich höre es gern. Er ist redlich, reinlichen Wesens, aufgeschlossen. Aber fern und fremd und so unausgebacken. Wie sind wir Westler alt und überklug – und sind jetzt doch Schmutz unter ihren Stiefeln.

Ich weiß von der Nacht nur, daß ich tief und fest geschlafen und sogar freundlich geträumt habe; und daß ich am Morgen mit unendlichen Umschreibungen wie „Kino im Kopf", „Bilder vor geschlossenen Augen", „nicht richtige Sachen im Schlaf" das russische Wort für „Traum" aus dem Major herausfragte. Auch so eine Vokabel, die im Soldatenwörterbuch fehlt.

Schönhauser Allee/Prenzlauer Berg. *Im Morgengrauen wurden wir von einem Melder aus der Stellung geholt. Vor dem Flakturm, aus dem Landser und auch die Soldaten unserer Batterie strömten, war Paroleausgabe: „Treffpunkt Schönhauser Allee, Durchbruch nach Norden." (. . .)*

Aus den Trümmerstraßen brechen die Reste der deutschen Armee auf, anfangs in kleinen Gruppen, immer mehr anschwellend, schließlich als breite und unendlich lange Kolonne die Lothringer Straße entlangziehend, endlich den Senefelderplatz erreichend. Dabei herrscht eine seltsame Ruhe, kaum ein Soldat wagt zu flüstern, eine unheimliche Spannung liegt über diesem Marsch ins Ungewisse. Ich frage mich, wo stehen die Russen? Hat die Entsatzarmee Wenck denn Berlin bereits befreit? Und dann scheint es, als kenne niemand die Lage und die Absichten der Führung. Es wird jetzt schnell hell. Da, wo die Pappel-Allee die Schönhauser Allee kreuzt, scheint die Befehlsstelle zu sein, denn dort, direkt unter dem Hochbahnhof Danziger Straße, ordnet sich der Zug. Unterdrückte Befehle sind zu hören: „Zum Durchbruch nach Mühlenbeck-Prenzlau formiert euch!" Plötzlich entdecke ich den Mann, der die Befehle gibt. Es ist der Kommandant der Flaktürme Friedrichshain, Humboldthain und Zoologischer Garten, in einem Kübelwagen, neben ihm zu meiner Überraschung der junge Leutnant Keller, den ich vor zehn Tagen in der Wilhelmstraße zuletzt sah. (. . .)

Morgens gegen sechs Uhr versuchte die Armee durchzubrechen. Die Panzerketten deutscher Königstiger-Panzer rasselten, dahinter hatten wir uns in langer Kolonne formiert. Hinter uns marschierten SS-Offiziere mit hochgehaltener Maschinenpistole in unserem Rücken. Erstaunlich ist, daß noch kein Schuß ertönt, wollen die Russen uns schonen, oder ist für sie der Krieg schon zu Ende? Da, direkt am S-Bahnhof Schönhauser Allee, sehe ich, wie vor uns sowjetische Soldaten Panzerabwehrkanonen in Stellung bringen. Ein baumlanger Grenadier vom Regiment Großdeutschland (er trägt noch den Ärmelstreifen mit dem Namenszug) brüllt: „Es lebe der Führer, es lebe Großdeutschland!" Seine Worte gehen im Donnern russischer Geschütze unter, er wird getroffen, gurgelt, während er zusammenbricht, Unverständliches. Ein höllisches Konzert beginnt, nachdem die Russen die Panzer haben durchfahren lassen, Maschinengewehre, Pak-Kanonen, berstende Einschläge, dazu die Schreie der Verwundeten und Sterbenden. Ich stehe in einem Hauseingang, hinter mir liegt Karl-Heinz. Manfred und Peter helfen mir, ihn auf den S-Bahnhof hinunterzutragen, wo wir vor dem Geschützfeuer etwas sicherer sind. Helles Blut sprudelt ihm aus der Brust, er kommt nicht mehr zur Besinnung. Es ist erst ein paar Wochen her, da feierten wir im Friedrichshain seinen sechzehnten Geburtstag.

Oben, auf der Schönhauser Allee, fluten die Truppen zurück. Und die Russen schießen nicht mehr. Keiner will mehr kämpfen. Nur unser Durchbruch sollte verhindert werden. An der Stargarder Straße bilden SS-Offiziere zusammen mit braununiformierten Parteigenossen eine lose Kette, sie bedrohen die Zurückgehenden mit den Maschinenpistolen. „Vorwärts, Kameraden, keine Angst vor dem bolschewistischen Gesindel! Großadmiral Dönitz kommt uns entgegen!" stottert ein betrunkener Offizier mit der SS-Rune auf dem Kragenspiegel. Keiner muckt auf, als ein alter Obergefreiter den SS-Offizier mit einem Pistolenschuß niederstreckt. Mit Manfred und Peter gehe ich zurück bis zur Buchholzer Straße. Wir sind hundemüde und haben Hunger. Vom Milchladen an der Ecke schlagen wir mit den Karabinern einfach die Tür ein. Doch außer einem großen Marmeladeneimer finden wir nichts Eßbares. Wir essen seinen Inhalt ohne ein Stück Brot, die ekelhafte Süße spülen wir an einer Wasserleitung weg und sinken in einen tiefen Schlaf. Wie viele Stunden vergingen, weiß ich nicht. Ich werde von einem fremden Laut geweckt: „Dawai, dawai . . .!" Ein junger russischer Soldat, semmelblondes Haar unter dem schiefen Käppi, sammelt die Waffen ein, tritt mit dem Fuß in die laut scheppernden Stahlhelme, die zwischen den Mehl- und Grießregalen abgelegt sind. Mir ist flau im Magen, es würgt im Hals, vor den Augen flimmert es, einen Moment weiß ich nicht einmal, wo ich bin. Peter lächelt mich mit verzogenem Mund an, Manfred, der sich seit Monaten um seine Mutter sorgt, die in Königsberg eingeschlossen ist, flucht leise und wirft dem jungen Rotarmisten einen bösen Blick zu. Doch der Russe nimmt unsere Stimmungen kaum wahr, er lacht jetzt und sagt etwas prahlerisch: „Woyna kapuut, Hitler kapuut . . . Ihr gehen nach Hause zu Babuschka!"

3.5.1945 Donnerstag

Zehlendorf. *In der Nacht begann der große Zug der Kolonnen. Endlos der Lärm von Rädern, Raupengewinden, Pferdegetrappel. Heute in der Frühe sahen wir es: Sie gehen heraus, heraus aus Berlin, zum ersten Male zurück aus der Stadt. Das also scheint der Berliner Waffenstillstand zu sein. Die Russen sagen es. Die Deutschen hören es. Zu gern. Wir sind auf sie angewiesen. So und so.*

Wir bekommen Einquartierung. Erst sollen es nur ein paar Zimmer im Vorderhaus sein, dann wird das ganze Haus und das Gartenhäuschen dazu verlangt. Wir müssen gehen. Wohin? Sie lassen uns Zeit. Ein paar Stunden sind ein großes Geschenk. Wie lange sie wohl bleiben werden? Sie wissen es nicht. Zwei, drei Tage vielleicht, so meinen sie. Sie sind Soldaten, und vielleicht werden sie morgen in München gebraucht. Das ist ein Trost. Ein neuer Abschied ist notwendig – von dem bißchen Gebliebenen. Es schmerzt. Was nicht mit kann, schreibt man am sichersten ab. In den letzten zwei Jahren sind wir stückweise so proletarisiert worden, daß wir fast das Gefühl für den Grad der Armut verloren haben. Ob ich die richtige Auswahl getroffen habe, weiß ich nicht; in einer Stunde zu überdenken, was möglicherweise für Jahre Rüstzeug und Existenz sein soll, fordert Gedanken, die ganz auf das Wesentliche konzentriert sind. Auf das Wesentliche sind wir seit langem vorbereitet.

Nun bin ich ganz an Familie Lengen angeschlossen. Die Mitsorge für mich finden sie selbstverständlich. In das schwer angebombte Haus von Hartmann ziehen wir alle: vierzehn Personen, vom Säugling bis zur Greisin, sieben in einem Raum mit Koffern, Kohlen, Säcken, Gesprächen und Matratzen. Mir graut nicht einmal davor; denn Essen ist jetzt die einzige geistige Realität, um die wir uns zu bemühen haben. Das tut ein gemeinsamer Topf um so viel besser, als auch erst ein gemeinsamer Herd aus Ziegelbrocken im Garten aufzustellen ist. Ohnedies sind die Grenzen von Mein und Dein gefallen. Wer hat, muß geben; denn das Geheimnis liegt entblößt mitten unter uns.

Abends tragen Ordonnanzen in das Haus, aus dem wir mußten, roten Sekt. Gewiß feiern sie. Mein Gott, wie hätten deutsche Truppen und noch mehr deutsche politische Chargen einen solchen Sieg gefeiert. Offensichtlich ist ihnen das Epochale ihres Sieges nicht so bewußt, wie es die Deutschen schon an ihren kleinen Erfolgsstationen empfanden.

Wundtstraße, Charlottenburg/Friedenau/Dahlem/Wilmersdorf. *Als ich heute (. . .) am Aufstehen war, rumpelte es im Hof. Herein kamen russische Pferdewagen, etwa 20 Pferde, 30 Mann, 3 Gulaschkanonen, 3 weiß-schwarz gefleckte Kühe. Dies gefiel mir weniger, und ich kürzte meine Wäsche ab, um für alles gerüstet zu sein. Da auch meine Schränkchen mit meinen ganzen Lebensmitteln hinter einer halbkaputten Tür im Abstellkeller durchaus einladend vor Augen der Soldaten lagen, fürchtete ich, dies nun zu verlieren, machte eine Mülleimerexpedition nach hinten und füllte dann am Raufweg den Eimer mit Konserven. Da aber alles friedlich wirkte und da ich schon am Tag zuvor beschlossen hatte, nach Frau Becker und Manholts zu sehen, fuhr ich etwa um halb zehn los, mit etlicher Angst, denn am Tag zuvor hatten die Russen viele Räder geholt. Ich fuhr zuerst nach Friedenau, weil ich Frau Becker für die gefährdetere hielt. Da unsere Witzlebenbrücke noch verbarrikadiert war, mußte ich den inneren Weg über Kurfürstendamm, Bahnhof Halensee wählen: unbeschreibliche Szenen der Verwüstung, dazwischen die kaputtgeschossenen Panzer und Autos, Munitionskästen; dazwischen reitend, fahrend, gehend, singend, stehend die Russen. Dazwischen die bepackten, sich schleppenden Flüchtlinge. Dazwischen frei laufende Pferde. Dazwischen lange Schlangen mit Wassereimern vor den Pumpen. Manche riefen mich an: „Ist Ihnen Ihr Rad noch nicht abgenommen?" – „Nein, noch nicht", – ich betonte das „noch" mit Sorge und Aberglauben, sagte aber auch: Dem Mutigen gehört die Welt.*

Das hintere Ende von Frau Beckers Odenwaldstraße sah wüst aus. Wo sie wohnte, war alles intakt. Sie redete aufgeregt wie ein Wasserfall über die Gemeinheit, was die andern alles geholt haben, und sie kam zu spät; und die deutschen Männer sind alle feige; und Kartoffelflocken und Keks habe sie doch gekriegt; und noch nie habe sie etwas gegen die Juden gehabt, aber dieser Saujude am Güterwagen, der verhindern wollte, daß sie den Sirup bekommen, den . . . (. . .) Bei Frau Becker waren die Russen gar nicht. In andere Wohnungen kamen sie korrekt und anständig. In einer andern haben sie geplündert, aber eine Frau, die Russisch konnte, lief zum Kommissar, der ging mit ihr in die betreffende Wohnung, gab den Russen Backpfeifen und verjagte sie, sagte aber auch der Frau, sie könnten sich nicht wundern, die Deutschen

hätten es in Rußland nicht anders getrieben. Der Kommissar sei sehr anständig. – Mitten im Erzählen unterbrach sie sich, deutete in eine Querstraße: Dort seien die Frauen Schlange gestanden, als die Bombe herunterkam, 17 Frauen tot. Die Russen seien im übrigen schon abgezogen. Das Stabskommando sei in der Stubenrauchstraße. Morgen kämen die Amerikaner. Nun hätten alle Angst vor den Amerikanern.

(. . .) Ich fuhr gen Dahlem und wollte zuerst den jungen Mann vom A.A. (Alexander Werth) aufsuchen, um zu hören, was am Schwerin-Krosigk-Gerücht sei. Ich sah aber von weitem johlende Russen vor seiner Straße (Podbielsky-Allee – Ecke Im Dol) tanzen und bog schleunig in eine andere Straße ein. Hier in Dahlem schien mir schon im Durchfahren die Stimmung überhaupt viel unsachlicher und für die Deutschen ungemütlicher, und ich machte mehrere Umwege auf dem Weg zu Manholts, um einige besonders übermütige und bösartig aussehende Gesellen zu umgehen. Ein Glück, daß ich die Gegend so gut kenne. Fast hätte ich das Anwesen nicht erkannt; die Steinpfosten des Tors lagen in Trümmern, alles war fremd, da rief Bobs Stimme aus dem Garten „die Maicheret", und es kam mir eine alte Frau entgegen, mit blutunterlaufenen Augen und schwarzen Flecken im Gesicht und einem Loch im Schädel in der Stirn. Nach zwei Sekunden wußte ich: Das ist die Elsbeth. Die Vorderzähne sind ihr eingeschlagen. Es stehen nur noch ausgezackte Stümpfe wie bei einer uralten Bauernfrau. Sie sieht schrecklich aus. Das Haus ist völlig verwüstet, alles herausgerissen, das meiste geplündert, der Rest zertrampelt. Das geschah schon vor einer Woche. Seitdem räumen sie am Tag, aber jede Nacht kommen die Russen wieder. Der Garten lag voller Gegenstände – ich holte drei Spitzentaschentücher von einem Gebüsch, und trotz Räumen ist es noch so, daß man nirgends hintreten kann. Die Treppe in den ersten Stock kann man noch gar nicht betreten, eine Lawine zerhauener und zerrissener Gegenstände kommt herunter. Die Vitrine oben mit Elsbeths geliebten gesammelten Sächelchen ist zerschlagen. Auf meiner Bratsche sah ich einen zertrümmerten Empire-Spiegel. Meine zwei Koffer im Keller, einer mit Kleidern, einer mit Lebensmitteln, ganz ausgeraubt. Bob hat keinen Anzug, Elsbeth kein Kleid mehr. (. . .)

Die Fahrt von Manholts weg zwischen gröhlenden Soldaten durch war mir recht ungemütlich. Da ich in der Nähe vorbeikam, beschloß ich, auch noch Frau Holsten zu besuchen. Die kam mir nach lautem Rufen ihres Namens intakt aus ihrem Haus entgegen, und da bei ihnen alles in schönster Ordnung war, Blumen auf den Tischen und Gepflegtheit, dachte ich: Hier kanns nicht schlimm gewesen sein, obwohl sie gleich anfing: „Wir haben was durchgemacht!" Als sie aber dann zwei Stunden erzählt hatte, mußte ich zugeben, daß sie viel durchgemacht haben, nur es anders aufgenommen haben, wobei sich, glaub ich, auch die Gewohnheit im Umgang mit fremden Völkern, Türkei, Persien, bewährte. (. . .)

Dieses alles vernommen habend, war ich in rechter Sorge, wie ich nun zuhaus alles finden würde. Denn ich war ja etwa zwei Stunden nach Einzug unserer Russen fortgefahren, bevor sie sich noch wirklich „eingerichtet" hatten. Übrigens hat mir diese Fahrt wohl mein Rad gerettet. Fast alle Räder der Nachbarschaft wurden gestern weggeholt; und das von mir aufgelesene Motorrad haben die Russen aus dem Keller geholt, vergeblich zu reparieren versucht und mit einem anderen auseinandergenommenen liegengelassen. (. . .)

Ich kam nachhause, fand alles in Ordnung, erzählte meine Erlebnisse und verteilte das mir von Frau Holsten mitgegebene Pökelfleisch. Unsere Russen waren ausgesprochen „vom Land", meist bärtige Männer, alle vom Train. Ihre Einbruchsversuche waren dilettantisch, so auch beim Schloß meines Archivschränkchens in jenem Abstellkeller. Sie waren wie die Kinder in ihrer Freude über die neuen Uhren. Der eine schaute immer abwechselnd auf die Armbanduhr und zog eine Taschenuhr heraus und hielt sie ans Ohr; – wir hingegen, wir Uhrenlosen, schätzen nur noch, wieviel Uhr es ist. Sie sangen und tanzten und spielten Mundharmonika und Ziehharmonika (von Sperling geholt), und dann spielten sie auf einem gestohlenen deutschen Koffergrammophon uralte deutsche Platten. Die ganzen Szenen da unten im Hof erinnerten mich sehr an die Beschreibung der Kosaken in den ‚Erinnerungen eines alten Mannes', – was ich jetzt gern nachlesen würde. Aber das Buch ist in Würzburg mit verbrannt. Als Fazit kann man sagen: Vorläufig haben wir in unserem Haus unerhörtes Glück gehabt. Es kann natürlich noch anders kommen. Rings um uns war es schon anders, wenn auch nicht ganz so schlimm wie in Dahlem. Ich traf heute meinen Freund, den Elektriker, und half ihm, eine verbeulte Tonne Karbid abzutransportieren, eine Wehrmachtskostbarkeit, die andere als solche nicht erkannten, weil es wie Steine aussieht. Bei ihm, sechs Häuser von uns entfernt, waren die Russen die letzten beiden Nächte, holten alles aus seinem Laden, seine beiden Räder, die Matratzen von den Betten, alles übrige Bettzeug, alle Kleider. – Ein Teil unseres Glücks kommt wohl daher, daß wir in dem Stadtteil waren, wo bis zuletzt gekämpft wurde; wir waren wohl die letzte von der Wehrmacht besetzte Ecke Berlins. Dabei hatten wir, wenn die Granaten einschlugen und die Splitter flogen, immer gesagt: „Wenn nur der sinnlose Kampf aufhörte und endlich die Russen kämen." Einen andern Teil unseres Glücks verdanken wir dem vorangegangenen Leid durch die amerikanischen und englischen Bomben: Um uns herum viele Ruinen. Unsere eigene Fassade so ramponiert, daß das Haus unbewohnt und alles andere als einladend aussieht. Die Wohnungen über und unter Mietusch seit Monaten unbewohnt, ebenso unter mir, und „in den leeren Fensterhöhlen wohnt das Grauen". Bei Meyer, Kalisch, Bölcke, Sperling eingedrückte Pappen und kaputte Scheiben; die zweite Parterrewohnung unbewohnt und erst von den deutschen, dann von den russischen Soldaten versaut. Was das an Gestank bedeutet, muß man gerochen haben, um es zu glauben. Am anständigsten noch die Mietusch-Wohnung und meine. Ich ließ immerhin vorsorglich in drei von meinen vier Vorderfenstern die Bretterverschläge. Bei Mietusch sind viele ganze Scheiben, aber auch Pappe und kaputte. Unsern beiden Stockwerken sieht man eben an, daß jemand da ist und sorgt. Aber das übrige ist um so schlimmer, und die Russen scheinen immer nur ganze Häuser, nicht einzelne Wohnungen zu beschlagnahmen, – und zwar viele in unserer näheren Umgebung. Der Kommandant ist in oder hinter dem Postdirektorium, wo vorher angeblich der Keitel war. Ein Teil unseres Glücks kam auch daher, daß im Nebenhaus eine Jugoslawin war, die mit russischen Offizieren Verhältnisse hatte, wovon auf die unmittelbare Nachbarschaft Wohlwollen ausstrahlte.

Hasenheide, Kreuzberg. *Den Donnerstag über gab es wieder Trubel in unserer Wohnung. Unerwartet kreuzten drei Mann von Anatol auf, sie saßen um den Tisch herum, schwatzten, rauchten, spuckten in die Gegend, zermurksten das heisere Grammofon, das immer noch bei uns herumsteht, und ließen unersättlich die Reklameplatte der Kleiderfirma krächzen. Auf meine Frage nach Anatol – eine ängstlich gestellte Frage! – zuckten sie die Achseln, ließen jedoch seine Rückkehr als möglich durchblicken. Übrigens tauchte auch der Truppen-Bäcker in seinem weißen Kittel wieder auf und wiederholte seine stereotype Frage, ob ich, im Austausch gegen viel Mehl, nicht ein Mädel für ihn wüßte.*

Nein, ich weiß kein Mädel für den Bäcker. Die Sauf- und Jubelschwestern sind in festen Offiziershänden. Das achtzehnjährige Bürgerstöchterlein Stinchen ist auf dem Hängeboden gut versteckt. Von den beiden Portierstöchtern hab ich die letzten Tage nichts mehr gesehen und gehört, nehme an, sie krochen anderswo unter. Von den beiden Verkäuferinnen unten im Bäckerladen ist die eine auf und davon, soll sich in einem fremden Keller verkrochen haben. Die andere wird, wie die Witwe vernahm, in der Kammer versteckt gehalten. Man hat einen großen Schrank vor die Verbindungstür gerückt und das Fenster nach draußen mit der Rolljalousie verschlossen. Muß ganz hübsch düster sein für das Mädel. Bliebe theoretisch noch das junge Mädchen, das wie ein junger Mann aussieht, 24 Jahre alt und lesbisch. Wie wir hörten, entging sie bisher den Iwans. Sie läuft unentwegt im grauen Jackettanzug herum, mit Gurt und Schlips, einen Herrenhut tief ins Gesicht gedrückt. Das Haar hat sie ohnehin im Nacken kurzgeschnitten. So rutscht sie bei den Russen, die von solchen Grenzfällen nichts wissen, als Mann durch, holt sogar Wasser und steht zigarettenrauchend an der Pumpe.

Pauli reißt Witze über dies Mädel, wünscht ihr eine ordentliche Umschulung, behauptet, es sei geradezu ein gutes Werk, ihr Kerle zu schicken, den strammen Petka beispielsweise mit seinen Holzfällerpratzen. Überhaupt fangen wir langsam an, den Schändungsbetrieb humoristisch zu nehmen, galgenhumoristisch.

Wir haben oft genug Grund dazu. So hat an diesem Vormittag wahrhaftig auch die Frau mit der grindigen Wange, entgegen meiner Prophezeiung, dran glauben müssen. Zwei Kerle fingen sie, als sie treppauf zu Nachbarsleuten wollte, und zerrten sie in eine der verlassenen Wohnungen. Dort bekam sie es zweimal ab, oder vielmehr anderthalbmal, wie sie sich rätselhaft ausdrückte. Erzählte, daß einer der Kerls auf den Grind gedeutet und gefragt habe: „Syphilis?" Worauf das Schaf im ersten Schreck doch den Kopf schüttelte und Nein rief. Kurz danach kam sie bei uns hereingestolpert, brauchte Minuten, ehe sie sprechen konnte, wir labten sie mit einer Tasse voll Burgunder. Schließlich erholte sie sich wieder und griente: „Und darauf hat man nun sieben Jahre lang gewartet." (So lange lebt sie von ihrem Mann getrennt.) Berichtete dann von der Wohnung, in die man sie geschleppt hatte, schüttelte sich: „Wie das stinkt da drinnen! Überall haben sie was hingemacht." Trotzdem lernt die Grindige fleißig Russisch. Sie hat sich ein Wörterbüchlein besorgt und sich Vokabeln daraus abgeschrieben. Nun will sie von mir die richtige Aussprache wissen. Der Grind ist dicht vor mir, er ist mit Salbe eingeschmiert, sieht aus wie ein Stück verfaulter Blumenkohl. Aber ich habe meinen sonst so reizbaren Ekel in diesen Tagen ziemlich abgebaut.

Auch wir betrachten die verlassenen Wohnungen als vogelfrei, nehmen uns daraus, was wir brauchen, betreiben Mundraub. So hab ich mir aus der Wohnung nebenan (wo sie u.a. den Spülstein in der Küche als Abort benutzt haben) einen Armvoll Briketts geholt, einen Hammer und zwei Gläser mit eingemachten Kirschen. Wir leben gut und füttern auch die Drohne Pauli gut. Er hat ordentlich Speckbacken gekriegt auf seinem Schmerzenslager.

Mit einem Mal, gegen Abend, platzte Anatol in unsere Stube. Unerwartet, fast schon vergessen. Bei mir Schreck, und Herz im Hals. Aber Anatol lacht, umschlingt mich, weiß offenbar nichts von einem Major. Es scheint zu stimmen, daß er zum Stabe abkommandiert ist, denn er ist mit erstklassigen Nachrichten ausgerüstet. Er berichtet vom zerstörten Stadtzentrum Berlins, von der Sowjetfahne, die auf der Ruine des Reichstages flattert sowie auf dem Brandenburger Tor. Er war überall. Von Adolf kann er nichts sagen, bestätigt dafür den Selbstmord von Goebbels mit Frau und allen Kindern. Er macht sich an das Grammofon, unter seinen Fäusten zerfällt der Deckel sogleich in fünf Stücke. Ganz verdutzt steht Anatol da mit dem Brettersalat.

Wirre Bilder, Bildfetzen, es vermischt sich in meinem Hirn, kann's nicht mehr auseinanderhalten. Wieder Abend mit viel Wodka, wieder die Nacht. Ich horchte ängstlich nach draußen, zuckte bei jedem Laut und jedem Tritt zusammen. Ich fürchtete, der Major könnte dazwischenkommen; aber er kam nicht. Vielleicht hat ihm der düsterblonde

Leutnant, der ja auch Anatol und die Seinen kennt, dessen Rückkehr gesteckt. Anatol wiederum hatte etwas läuten hören von dem Major, wollte wissen, ob ich mit ihm . . . Ich winkte ab, sagte, wir hätten uns nur politisch unterhalten, womit er sich zufriedengab. Oder er tat doch so. Seinerseits beteuerte er mir, daß er außer mir in Berlin noch kein Mädel angerührt habe. Kramte dann Post heraus, die er aus der Heimat bekommen hat. Vierzehn Briefe, davon dreizehn mit weiblichem Absender. Sagte, verschämt lächelnd, doch ganz selbstverständlich: „Ja, alle lieben mich."

Da Anatol so unvorsichtig war, mir zu erzählen, daß er schon um drei Uhr nachts wieder aufbrechen müßte, zurück in sein neues Quartier im Stadtzentrum, und daß er wohl nicht mehr wiederkehren werde, versuchte ich, ihm möglichst viel Bettzeit zu rauben. Ich ließ mir seine Post einzeln durchklamüsern, fragte alles mögliche, ließ ihn erzählen, mir die Karte von Berlin erläutern, den Frontverlauf. Ich munterte auch die Seinen zum Trinken und Plattenspielen auf, hieß sie singen, was sie gerne taten, bis Anatol sie abwimmelte. Im Bett machte ich weitere Sperenzchen und sagte ihm schließlich, nachdem er einmal seinen Willen bekommen hatte, daß nun ein Punkt gemacht werden müßte; daß ich müde sei, kaputt, ruhebedürftig. Ich hielt ihm moralische Vorträge und suggerierte ihm, daß er doch bestimmt keiner von den „Hooliganen" sei, sondern ein rücksichtsvoller, kultivierter, zartfühlender Mann. Er schleckte die süße Speise, wenn auch sehr widerstrebend und mit Rückfällen ins Mann-Stierische, die ich abbremsen konnte. Geschlafen hab ich freilich auf die Art keine Minute. Immerhin wurde es endlich drei, und Anatol mußte davon. Freundlicher Abschied von dem warmen Vollblut; aber doch ein Aufatmen, ein Gliederstrecken. Ich hielt mich noch eine Zeitlang wach, weil ich das dumme Gefühl hatte, alle meine Taten seien von Kundschaftern ausgespäht, so daß am Ende der Major gleich nachrücken würde. Doch ist bis jetzt keiner gekommen. Draußen singt der Hahn. Nun will ich schlafen.

4.5.1945 Freitag

Zehlendorf. *Die Straße muß freigeschippt werden von den hohen Schutthaufen, die von den Bombenzerstörungen übrigblieben. Ich kenne sie nur als eine behagliche, baumüberdachte enge Straße, auf der nur selten ein Begegnen die Stille des Nachdenkens unterbrach. Heute hantiert auf ihr ein emsiger Bienenhaufen von Männern und Frauen mit Hacken, Schaufeln, Schubkarren. Am Abend ist die Straße rein. So schnell hat es die robusteste Aktion der Hitlerleute nie geschafft. Beginnt so die produktive Arbeit mit der Abräumung von Müll? Sie hat immer damit begonnen. Das Neue freilich ist, daß diesmal alle zu ihr stoßen: die Hohen und Niedrigen, Alten und Jungen, Frauen und Männer.*

An parkende Lastwagenkolonnen der Russen hängen sich Trauben von Kindern. Ausgestreckte magere Arme fingern gierig nach Brot, Brot. Ein Agrarstaat soll aus Deutschland werden, das haben die amerikanischen Theoretiker stets gefordert. Im Augenblick erscheint vielen Deutschen kein Ziel verlockender als dieses.

Hasenheide, Kreuzberg. *Gegen elf Uhr morgens erschien der Major, er hatte bereits vernommen, daß Anatol wieder in der Gegend, wollte wissen, ob ich mit ihm . . . Ich sagte, nein, er habe bloß hier mit seinen Leuten gefeiert und getrunken, mußte zeitig wieder ins Zentrum zurück. Er schluckte es. Mir war mies zumute. Am Ende werden sie doch noch zusammenknallen. Was soll ich tun? Ich bin bloß Beute, muß es den Jägern überlassen, was sie mit der Beute tun wollen und wem sie verbleibt. Doch hoffe ich sehr, daß Anatol nicht wiederkehrt.*

Diesmal brachte der Major allerlei Süßigkeiten mit, deutschen Luftwaffenproviant, Kraftfutter. Wir aßen zum Nachtisch davon, unter uns, denn der Major empfahl sich bald wieder. (. . .)

Zum Verdruß der Witwe futtern Herr Pauli und ich wie die Scheunendrescher. Wir streichen uns die Butter fingerdick, aasen mit dem Zucker, wollen fettgebratene Kartoffeln. Die Witwe aber zählt uns diese Kartoffeln in den Mund. Sie hat nicht ganz unrecht. Unser kleiner Vorrat schwindet dahin. Wohl steht noch ein Korb voll Kartoffeln im Hauskeller; doch wir können nicht heran. Die Hausbewohnerschaft hat in den stillen Stunden morgens zwischen fünf und sieben den Zugang zum Hauskeller verrammelt: mit einem Berg von Trümmersteinen, mit einer Barrikade aus Stühlen, Sprungfedermatratzen, Schränken und Balken. Alles ist mit Drähten und Stricken zusammengezurrt. Das zu entwirren dürfte Stunden dauern. Kein Plünderer hat die Geduld dazu, und das ist der Sinn der Sache. Erst „nachher" soll alles wieder von uns abgebaut werden – wobei natürlich kein Mensch weiß, wann dies „nachher" sein wird.

Verrückter Tag! Über Nachmittag tauchte plötzlich doch wieder Anatol auf, diesmal auf dem Soziussitz eines Motorrades. Er zeigte mir die unten wartende Maschine mit dem Fahrer. Also kann er nur kurz bleiben, wie tröstlich. Und diesmal, so behauptet er, sei es wirklich sein letzter Besuch – er werde mit dem Stab aus Berlin hinausverlegt. Wohin? Er sagt es nicht. In eine deutsche Stadt? Er zuckt die Achseln und grient. Mir ist es egal, ich hätte nur gern gewußt, ob er wirklich weit wegkommt. Die Witwe begrüßte ihn freundlich, doch gemäßigt. Sie sieht die Dinge vom Küchenschrank her und zieht den Major vor, der auf den Schrankborden einen ganz anderen Niederschlag hinterläßt.

Ich sitze neben Anatol auf der Bettkante und lasse ihn von „seinem" Motorrad erzählen, auf das er sehr stolz ist, als plötzlich die Tür aufgeht, an die doch bereits der übliche Sessel gerückt ist. Gestört und belästigt blickt Anatol auf. Es ist die Witwe, ganz rot im Gesicht, mit verwirrtem Haar. Hinter ihr drängt sich ein Russe herein, ich kenne ihn, entsinne mich: Es ist der hübsche Pole aus Lemberg, der mit dem Kopfschuß bei Stalingrad und dem besonderen Talent für Wutanfälle. Es scheint, daß er auf dem besten Wege ist, einen solchen Wutanfall zu kriegen. Er schreit gleich los, wobei er sich sowohl an mich wie auch an Anatol wendet, uns beide zu Schiedsrichtern anrufend: Er sei ein junger Mensch, sei im anderen recht sei, sei ihm billig, er habe eine ganze Zeitlang keine Frau gehabt, und der Gatte der Witwe (dafür hält er Herrn Pauli, der nebenan seinen Mittagsschlaf hält) brauche ja nichts davon zu merken und zu erfahren – es sei doch gleich getan! Und er reißt die Augen auf, ballt Fäuste, schüttelt sein Haar – offenbar völlig von seinem guten Recht auf die Witwe durchdrungen, deren Brocken von Schnitterpolnisch ihm wohl im Ohr und im Gemüt geblieben sind. Er probiert es nun sogar damit, wirft ihr polnische Worte hin – alles in größter Aufregung, während die Witwe sich die rinnenden Tränen wischt.

Anatol sieht mich an, sieht die Witwe an, will sichtlich nichts mit der Sache zu tun haben. Er meint, zu mir gewandt, das sei doch nicht so wichtig, ich solle der Witwe zureden, es sei ja schnell vorüber, sie möge sich keinen Ärger machen. Dann zu dem Polen, abwinkend: Man möge ihn gefälligst damit verschonen, er habe es eilig, müsse bald weiter . . . Und er macht Miene, den Sessel wieder an die Tür zu rücken. Hastig flüstere ich der Witwe ein paar Worte zu, erinnere sie an den Kopfschuß und den Wutkoller des Polen. Der Kerl ist imstande und spielt verrückt, wenn er seinen Willen nicht bekommt . . . Und Anatol wird bald weg sein, der wird dann nicht helfen können . . . Oder will die Witwe vielleicht Herrn Pauli wecken, auf daß er den Lemberger vergraule? Die Witwe winkt ab, nein, wozu? Und sie weint. Der Pole, schon wieder besänftigt, streichelt sie. Die beiden entschwinden.

Eine Viertelstunde später rattert unten das Motorrad davon. Anatol sitzt auf dem Sozius, blickt noch einmal zur Wohnung hinauf, sieht mich am Fenster und winkt lebhaft. Das Rad entschwindet rasch um die Ecke. (. . .)

Den ganzen Nachmittag hindurch sprach die Witwe nicht mit mir. Sie grollte. Erst gegen Abend lenkte sie wieder ein, erzählte . . . Demnach war der jugendliche Wutdeibel zahm und friedlich, ja von ermüdender Langweiligkeit, bevor er die Witwe freigab. Übrigens hat er ihr ein Kompliment hinterlassen, erst wollte sie nicht damit herausrücken, doch schließlich gab sie es uns preis: „Ukrainerfrau – so. Du – so." Wobei das erste „so" durch einen Kreis aus zwei Daumen und Zeigefingern illustriert wird, das zweite „so" durch ein Kreislein aus einem Daumen und einem Zeigefinger.

Noch einer kam und machte einen Abschiedsbesuch: Andrej, aus Anatols Haufen, der Schullehrer mit dem eisblauen Blick. Er saß noch eine Weile bei mir am Tisch, unterhielt mich mit Politik, hielt mit seiner leisen, beherrschten Stimme einen Vortrag, in dem es von Wörtern wie „sozialistitscheski, kapitalistitscheski, jekonomitscheski" und so weiter nur so wimmelte. Derweil saß ich friedlich da, stopfte mein einziges Handtuch und flickte den kaputtgeschändeten Strumpfbandgürtel. Eine Art Ordnung macht sich wieder bemerkbar.

Am Abend saßen wir, die Witwe, ich und die Gattin unseres Soldaten-Deserteurs, zu dritt beim Kerzenschein an Herrn Paulis Bett. Wir haben der Frau eine Kerze abgegeben, dafür hat sie uns eine Schachtel Streichhölzer überlassen. Pünktlich erschien der Major mit seinem pummligen Schatten. Auf seiner kleinen Mundharmonika – einer deutschen Hohner, Beute – spielte er wild und feurig auf. Ließ sich schließlich sogar von seinem Burschen aus seinen weichledernen Stiefeln heraushelfen und tanzte auf Socken einen Krakowiak, wiegte sich in den Hüften, anmutig und geschmeidig, und das weiß er auch. Tanzte dann mit der Witwe einen Tango, wozu wir anderen einen Schlager sangen – spielte wieder, diesmal aus „Rigoletto", aus dem „Troubadour" – es ist unglaublich, wieviel Musik er aus dem winzigen Maultrommelchen herausholt. Sein Usbek ließ die pechschwarzen Mongolenaugen keine Sekunde von ihm, sprach hin und wieder rühmende Worte aus, in kindlich unbeholfenem Russisch: „Oh, er ist gut. So wie ihn gibt es keinen mehr." Am Ende ließ er sich von dem Major überreden, uns ein usbekisches Lied vorzusingen, vorzunäseln, sehr wunderlich. Er versuchte nach unendlichem Zureden sogar einen Tanz auf dicken Beinen.

Unser Besuch, eine derbe Berlinerin, trank den Wein des Majors mit und nahm seine zeremoniellen Verbeugungen entgegen. Während er mit der Witwe tanzte, flüsterte sie mir zu: „Also, für den könnt' ich mich glatt vergessen!"

Der Major blieb. Schwierige Nacht. Von all der Tanzerei war sein Knie wieder geschwollen und schmerzte ihn heftig. Er stöhnte, sooft er sich bewegte. Ich wagte mich kaum zu rühren. Mich hat er ganz in Ruhe gelassen. Ich schlief tief.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Heute wollte ich gleich früh mit dem Schreiben fortfahren, aber es kam immer wieder etwas dazwischen. Es ist auch alles sehr zeitraubend – etwa die 4–6 Eimer Wasser täglich von ziemlich weit her anschleppen, und dann noch die vielen Treppen hinauf. Wie einfach war im Vergleich dazu das Wasserholen in Höfen! Die letzte Abhaltung war so um die Teezeit der*

Ruf, wir müßten schippen. Dies wußte man schon von anderen Stadtteilen, daß der Schutt und die Trümmer von den Straßen weggeräumt werden müssen, und jedes Haus ist für seinen Abschnitt verantwortlich. Dies sollte aber erst auf Befehl der zuständigen Kommandostelle erfolgen. Bei uns gab es noch keine offizielle Aufforderung. Jemand im Hinterhaus hatte aufgebracht, es müsse geschehen, und das ging von Mund zu Mund. Da keine Wagen zum Abtransport da waren, nur Eimer, Wannen, kaputte Kinderwagen, Mülleimer, war das unsinnig. Zuerst wurde ein Bombentrichter am Rand des Parks gefüllt. Der war schnell voll und die Schuttberge kaum kleiner. Dann wurde alles in die Ruine gegenüber geschleppt und geschüttet, wo aber noch Hohlräume mit guten Möbeln sind. Dies wurde bald vom Hauswart gegenüber verboten. Die Männer waren sich einig, daß das Weiterarbeiten unsinnig sei, Mietusch, Sperling und Folkmar, jeder separat; aber weder einzeln noch gemeinsam hatten sie den Mut, die Aktion zu beenden, obwohl inzwischen erkundet worden war, daß der neue Bürgermeister von Charlottenburg, mit Namen Kilian, angeblich Kommunist, verfügt habe, daß die Straßen, nicht aber die Bürgersteige frei gemacht werden müßten. Sperling sagte: „Einer schiebts auf den andern, keiner will etwas sagen." Ich sagte: „Ihr deutschen Männer, Ihr seid ein schönes Heldenpack." Er sagte: „Ja", und er mache jetzt Feierabend. (. . .)

Heut nach Tisch sind unsre Russen mit ihren Wagen, 21 Pferden und drei Kühen wieder abgezogen. Ich sauste sofort hinunter und sicherte mir das demontierte Motorrad – eine elende Schlepperei bis in den 4. Stock, bei der mir Herr Mietusch half. Dann holte ich eine Schaufel Pferdemist für die Pflanzen, die ja bei dem Granattreffer sehr gelitten hatten.

5.5.1945 Sonnabend

Zehlendorf. *Lengens wollten in unser Massenquartier ein Stück Stimmung bringen: mit Blümchen, Grün und einer Extrakerze. Der korrekte Bürger Lengen stiftet sogar die zwei für die Silberhochzeit des Sommers seit Monaten gehorteten Beaujolais. Wir, sie wollen vergessen. Ich lese aus meinem Osttagebuch bis in die tiefe Nacht. Die Parallelen bestürzen. Vielleicht mußte man sich dies in dieser Stunde des äußersten Zusammenbruchs vorlesen, um zu ermessen, was geworden ist. Die jungen Töchter des Hauses stößt wohl die Ähnlichkeit der Zusammenhänge erst voll in die Wirklichkeit unserer Tage. Am anderen wächst stets das Begreifen seiner selbst. Wer Wasser tragen muß, vor einer windigen Herdstelle sitzt, sein Lager abendlich erst neu sich suchen muß – der versteht das Schicksal tiefer, wenn er es im Spiegel der anderen sieht. Es ist Erschrecken, aber es ist zugleich auch Hilfe. Hilfe für die ersten Gedanken darüber, was werden und wachsen soll.*

Wundtstraße, Charlottenburg/Dahlem. *Ich muß schon sagen: Das nächtliche Warten auf Bomben oder Granaten finde ich viel weniger nervenaufreibend als das auf fremde Männer. Ich habe halt vor explodierendem Eisen viel weniger Angst als vor explodierenden Menschen. Zwei Nächte habe ich mit Schlafmitteln durchgeschlafen und daher nichts gehört und erst am Morgen erfahren, was passierte: Frau Hartmann im Hinterhaus viermal vergewaltigt; Frl. They, die ich gar nicht kenne, eine 200%ige Nazi, der es alle von Herzen gönnen, einmal; beim Elektriker jede Nacht eingebrochen, Matratzen, Betten, Wäsche, Anzüge geholt usw. Bei mir haben sie nachts auch geklopft, erzählte Frau Mietusch, aber bescheiden, und da ich in meinem Schlafzimmer am Ende eines schlauchartigen Ganges nichts höre, so wußte ich es nicht einmal. Heut nacht fand ich aber, ich müsse auch einmal wieder ohne Schlafmittel schlafen, und da hörte ich dann einen rechten Krawall: Klopfen, Rufen, Gegen-die-Tür-Schlagen; dann wieder Pause; Schritte auf den Treppen. Dann wieder Klopfen. Man hält den Atem an nach allem, was man erfahren hat. – Eine russische Kommandantur mit Anhang hat das ganze Quartier um den Südteil des Lietzenseeparks besetzt; die beiden Straßen links und rechts der Postdirektion sind für unsereinen gesperrt, wohl auch die hintere Querstraße. Die besseren Russen wohnen in den Häusern, die Soldaten mit einigen Pferden im Park (ohne Zelte). Die kommen dann zu den nächtlichen Besuchen. (. . .)*

Bei Manholts waren fünf Leute am Räumen. Im untersten Zimmer kann man schon wieder sitzen, die Treppen sind auch frei, aber nun sieht man erst das Ausmaß der sinnlosen Zerstörung, das kostbare Cello in Stücke geschlagen und in diesem Sinne weiter. Einiges findet sich wieder. Sie wohnen noch bei Dietrichs, Auf dem Grat. Jede Nacht wird noch bei ihnen eingebrochen. Die Stimmung war nun wieder ganz vergnüglich. Die blauen Flecken in Elsbeths Gesicht verblassen; die Zahnstümpfe und der entstellte Mund bleiben schrecklich. Sie wird nun aber daraufhin netter behandelt, ist überhaupt der Meinung, die meisten Russen seien gutmütig wie die Kinder. Vereinzelte eben Sadisten. Man erfährt auch allmählich mehr Einzelheiten. Es waren bei Manholts wie bei Holstens verschiedene Wellen, die über sie hinweggingen. Im Lazarett den Holstens gegenüber werden jede Nacht alle Schwestern vergewaltigt. Die Russen leuchten Bett für Bett die Verwundeten ab, ob sich eine dort versteckt hält. Die Ärzte sagen, es wird schlimme Geschlechtskrankheiten geben; unsre Soldaten haben die Gonorrhoe aus Frankreich mitgebracht und im Osten eingeschleppt; von dort kommt sie nun mit Syphilis hierher. Allgemein wird erzählt, die Russen seien sehr sauber, was durch den äußeren Anschein allerdings nicht bestätigt wird. Frau Holsten stellte auch fest, daß sie blütenweiße feste Wäsche haben, viel besser als je die deutschen Soldaten. Andre sagen, das sei geplünderte deutsche Wäsche. Es ist sehr komisch, worüber „man" jetzt spricht. Sogar die Elsbeth, die trotz ihres Mannes und ihrer beiden erwachsenen Söhne im Grund noch eine Unschuld war, hat einen Teil ihrer Zurückhaltung vorübergehend abgelegt. Und es gibt natürlich viel zu lachen.

Hasenheide, Kreuzberg. *Heute düsterer Maihimmel. Die Kälte will nicht weichen. Ich hocke auf dem Schemel vor unserem Herdfeuer, das kümmerlich von allerhand Naziliteratur gespeist wird. Wenn es alle Leute so machen – und sie machen es so –, wird „Mein Kampf" von Adolf noch einmal eine bibliophile Seltenheit werden.*

Hab soeben eine Pfanne voll Speckgrieben vertilgt, streiche mir die Butter fingerdick, während die Witwe finstere Prophezeiungen auf mich häuft. Ich höre nicht darauf. Was morgen sein wird, ist mir egal. Jetzt will ich so gut leben, wie ich irgend kann, sonst falle ich bei so viel Lebenswandel wie ein nasser Lappen zusammen. Das Gesicht schaut mir wieder rund aus dem Spiegel.

Zu dritt haben wir uns heute über die Zukunft unterhalten. Herr Pauli richtet sich im Geiste schon wieder am Schreibtisch in seinem Metallwerk ein, verkündet einen gewaltigen Wirtschaftsaufschwung mit Hilfe unserer Sieger. Die Witwe überlegt, ob sie nicht vielleicht als Kantinenköchin im gleichen Werk unterkommen könnte, da sie für ihre bescheidene Rente aus der Lebensversicherung ihres Seligen schwarzsieht und befürchtet, daß sie sich Arbeit suchen muß. Und ich? Immerhin hab ich allerlei gelernt; ich werde schon irgendwo unterkommen. Bange ist mir nicht.

Etwas Rührendes: Über Mittag kam Fräulein Behn, unsere resolute Leitstute aus dem Keller damals – jetzt haust sie bei der jungen Frau Lehmann, deren Mann im Osten vermißt ist, und hilft ihr bei den beiden Kindern. Weder die junge Frau noch Fräulein Behn sind bisher vergewaltigt worden, obwohl sie beide recht nett aussehen. Ihr Schutz und Schirm: die kleinen Kinder. Schon am ersten Russenabend haben sie gemerkt, was sie an den Kindern haben. Da waren zwei rüde Kerle in die Wohnung eingedrungen, hatten sich mit Gewehrstößen und Geschrei Einlaß verschafft, stießen das öffnende Fräulein Behn vor sich her, zimmerwärts – und stoppten vor dem Gitterbettchen, in dem beim Kerzenschein das Baby und der vierjährige Lutz beisammen schliefen. Einer sagte auf deutsch, ganz baff: „Kleine Kind –?" Beide starrten eine Zeitlang auf das Bettchen – und verzogen sich dann auf Zehenspitzen wieder aus der Wohnung.

Nun bittet Fräulein Behn, ich möchte doch für ein paar Minuten heraufkommen; man habe Russenbesuch, zwei, ein junger und ein älterer Mann, die schon einmal dagewesen seien und die heute Schokolade für die Kinder mitgebracht hätten. Man möchte sich gern mit ihnen unterhalten, bittet mich, den Dolmetscher zu spielen.

Schließlich sitzen wir einander gegenüber, die zwei Soldaten, Fräulein Behn, Frau Lehmann, an deren Knie sich der vierjährige Lutz festklammert, und ich. Vor uns in seinem Wagen sitzt das Baby. Ich übersetze, was der ältere Russe mich zu übersetzen bittet: „Welch hübsches kleines Mädchen! Eine wahre Schönheit." Und der Sprecher ringelt sich des Babys Kupferlöckchen um den Zeigefinger. Er bittet mich dann, den beiden Frauen zu übersetzen, daß auch er zwei Kinder habe, zwei Jungen, die bei der Großmutter auf dem Lande leben. Er kramt ein Foto aus seiner zerschlissenen Pappkarton-Brieftasche: zwei Borstenköpfchen vor bräunlich nachgedunkeltem Papier. Seit 1941 hat er sie nicht mehr gesehen. Von Urlaub wissen die wenigsten Russen was, das habe ich schon herausbekommen. Fast alle sind sie seit Kriegsbeginn, seit beinah vier Jahren also, von ihren Familien getrennt. Ich nehme an, weil ihr Land die ganze Zeit hindurch Kriegsschauplatz war und die Zivilisten hin und her geworfen wurden, so daß keiner recht wußte, wo seine Familie gerade steckte. Dazu die ungeheuren Entfernungen des Landes, die kümmerlichen Transportwege. Und vielleicht befürchteten die Machthaber auch, wenigstens in den ersten Jahren des deutschen Vormarsches, ihre Leute könnten dann desertieren oder überlaufen. Wie dem auch sei, einen Anspruch auf Urlaub wie die Unsrigen hatten diese Männer nie. Ich erkläre dies den beiden Frauen, und Frau Lehmann meint verständnisvoll: „Ja, das entschuldigt so manches."

Der zweite russische Gast ist ein junger Kerl, siebzehn Jahre alt, Partisan gewesen und dann mit der kämpfenden Truppe westwärts gezogen. Er sieht mich mit streng gerunzelter Stirn an und fordert mich auf, zu übersetzen, daß deutsche Militärs in seinem Heimatdorf Kinder erstochen hätten und Kinder bei den Füßen gefaßt, um ihre Schädel an der Mauer zu zertrümmern. Ehe ich das übersetze, frage ich: „Gehört? Oder selbst mit angesehen?" Er, streng, vor sich hin: „Zweimal selber gesehen." Ich übersetze.

„Glaub ich nicht", erwidert Frau Lehmann. „Unsere Soldaten? Mein Mann? Niemals!" Und Fräulein Behn fordert mich auf, den Russen zu fragen, ob die Betreffenden „Vogel hier" (am Arm) oder „Vogel da" (an der Mütze) hatten, das heißt, ob sie Wehrmacht waren oder SS. Der Russe begreift den Sinn der Frage sofort: Den Unterschied zu machen, haben sie wohl in den russischen Dörfern gelernt. Doch selbst wenn es, wie in diesem Fall und ähnlichen Fällen, SS-Leute waren: Jetzt werden unsere Sieger sie zum „Volk" rechnen und uns allen diese Rechnung vorhalten. Schon geht solches Gerede; ich hörte an der Pumpe mehrfach den Satz: „Unsere haben's wohl drüben nicht viel anders gemacht."

Schweigen. Wir starren alle vor uns hin. Ein Schatten steht im Raum. Das Baby weiß nichts davon. Es beißt in den fremden Zeigefinger, es kräht und quietscht. Mir steigt ein Klumpen in die Kehle. Das Kind kommt mir wie ein Wunder vor, rosa und weiß mit Kupferlöckchen blüht es in diesem wüsten, halb ausgeräumten Zimmer, zwischen uns verdreckten Menschen. Auf einmal weiß ich, warum es den Krieger zum Kindchen zieht. (. . .)

Wieder erschien gegen 20 Uhr der Major mit seinem Mongolen. Diesmal zog der aus seinen unergründlichen Burschentaschen zwei Steinbutts, nicht groß, doch frisch. Die Witwe panierte und buk die köstlichen Fische. Wir aßen zusammen davon, auch der Usbek bekam ein Stück in seine Fensterecke gereicht, die er wie ein treuer Hund stets sogleich besetzt. Eine leckere Sache!

Blieb der Major die Nacht? Sicherlich. Allein hätte ich es nicht gewagt, mich zu entkleiden, hätte mich nicht allein im Zimmer schlafen gelegt, das weiß ich. Obwohl jetzt die Hintertür verschlossen ist, obwohl draußen kein Krieg mehr tobt, bleibt ein starker Rest von Angst in uns allen. Angst vor irgendwelchen Betrunkenen, Wütigen. Gegen die beiden beschirmt uns der Major. Heute lahmte er. Sein Knie ist noch immer geschwollen. Die Witwe, die für so was sanfte Hände hat, machte ihm eine Kompresse, bevor er sich zu mir legte. Er hat mir verraten, mit welch drolligem Kosenamen ihn die Mutter rief, und hat sich meinen Vornamen, zärtlich verkleinert, ins Russische übersetzt. Also sind wir wohl Freunde. Trotzdem ermahne ich mich immer wieder, auf der Hut zu bleiben, möglichst wenig zu reden.

6.5.1945 Sonntag

Zehlendorf/Lichterfelde. *Der Sonntag bringt noch immer Regen und kühle, feuchte, unwirtliche Stunden. Ich wage einen Weg aus Zehlendorf heraus nach Lichterfelde. Überall das erwartete Bild. Häuser, Straßen, Gärten zerfetzten Brände und Schüsse. Kleider, Gerümpel, Hausrat, Wagenteile, Geschützreste, Tierkadaver: Die Parade des Endes ist schauerlich. Jeder Respekt vor Besitz und Wert ist erloschen. Die Geier kreisen. Da und dort wühlt schon ein Entschlossener im Zerstampften, Zertretenen, Verdorbenen. Durch verlassene Häuser treiben die Marder. So viele haben nichts mehr. Drum wird das wenige, was blieb, begehrenswert.*

An der Kreuzung der Finkensteinallee steht mit gelber und roter Signalflagge ein russisches Mädchen Posten. Die Kameraden scherzen über die Straße hinweg mit ihr. Sie hat weiße Handschuhe, graue Offiziersstiefel, einen blauen Rock, eine graue Feldbluse an und auf dem struppigen blonden Haar ein blaues, gefaltetes Barett. An der Leibstandartenkaserne von gestern sind noch nicht einmal die Embleme heruntergeschlagen. Aber ihre Hauptgebäude sind ausgebrannt. Im Park davor ein paar Dutzend, hundert, und mehr Grabhügel, jeder mit einem roten Tuchpfahl und Blumen über Blumen. So viel Blut hat Berlin noch gekostet. Die Blumengewinde scheinen die toten Rotgardisten zu erdrücken. Was die Russen tun, tun sie mit überschwenglicher Gründlichkeit. Im Osten haben wir immer nach den Gräbern ihrer Gefallenen gesucht. Der deutsche Vormarsch von damals fand nur karge Erdhaufen. So berichtigt sich wiederum eine Legende.

Am Teltowkanal ist die Welt zu Ende. Nicht nur an der Wiesenbaude, sondern links und rechts davon, so weit das Auge blicken kann, liegen die Brücken im Wasser. Warum? Warum? Dahinter ist offensichtlich kein Schuß gefallen. Aber der verteufelte Wahnsinn der Verteidigung gebot die Zerstörung um jeden Preis. Sie sprengten, gingen und waren doch verloren. Eine Ader der Stadt wurde an fünfzehn, zwanzig Stellen sinnlos durchschnitten. Mit welchem Ziele? Daß die Stadt verblute. Die russischen Panzer hatten Wolga, Don, Donez, Dnjepr, Weichsel und Oder überquert – und der Teltowkanal sollte ihre Barriere werden? Die hier stehen und nach einer Möglichkeit fahnden, das andere Ufer zu erreichen, sind nicht mehr stumpf. „Verbrecher, Verbrecher" – es ist das Wort an der Brücke, die mit durchrissenen Schienen, Bürgersteigen und dem Zeitungskiosk im trägen Wasser des Kanals hängt. Ein alpiner Strick, den eine erste wache Findigkeit ans steil abschießende Geländer knotete, hilft beim Abstieg und beim jähen Weg nach oben. Nur Schwindelfreie und Akrobaten erreichen das andere Ufer.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Ich bin mehrmals unterbrochen worden. Zuerst erfreulich durch Besuch der Frau Becker, die sagte, daß bei ihnen nach 10 Tagen Manierlichkeit das Plündern nun erst angehe. Sie kam zu Fuß. Ich konnte ihr zum Heimweg mein inzwischen repariertes Rad mitgeben, da ich inzwischen ein anderes, von den Russen gestohlenes organisiert hatte. Daß ich mein Rad noch habe, hab ich wohl nur dem Umstand zu verdanken, daß ich an jenem Donnerstag (3.5.) mutig damit losgefahren war. (. . .) Die meisten Russen können noch nicht radeln, und es gibt komische Fahrübungen auf den Straßen, wobei ein großer Teil der Räder ganz oder halb kaputtgeht.*

Hasenheide, Kreuzberg. *Am Morgen waren wir wieder allein, saßen an Herrn Paulis Bett, frühstückten gediegen und horchten nach draußen hin. Schließlich wagte sich die Witwe in das Treppenhaus, rannte aufwärts zur Buchhändlerswohnung, wo immer noch ein Dutzend Nachbarn beisammen haust. Sie kam zurück, bat mich: „Komm, gib mir den Rest Vaseline." Sie schluckt bereits, hat die Augen voll Tränen.*

Gestern nacht im Dunklen, so hat sie gehört, ist der Likörfabrikant zu seiner Frau zurückgekehrt, mitten durch die Front und die Truppen hindurch, ist zurückgekrochen, geschlichen, zusammen mit der rothaarigen Elvira, die mit ihm die Stellung in der Likörfabrik gehalten hat – wozu, weiß ich nicht. Ob sie gemeinsam die Likörflaschen verteidigen wollten? Es muß wohl ein Urtrieb im Menschen sein, daß er sich bei Bedrohung an seine Habe krallt.

Zusammen gingen die Witwe und ich zu ihnen hinauf. Die Wohnung liegt im vierten Stock. Es stellte sich heraus, daß die vollbusige Likörfabrikantin, der die Ehre erster russischer Nachstellungen im Keller zuteil wurde, seit damals, also seit – Augenblick mal – über einer Woche unbelästigt oben in ihrem vierten Stock gehaust hat. Sie hatte die Badewanne voll Wasser, hatte etliche Eßvorräte – sie ist ganz für sich geblieben. Das glaub ich. Tatsache ist nämlich (wir haben es ziemlich spät gemerkt), daß die Russen ungern Treppen steigen. Sie sind zumeist Bauernjungen und parterre, der Erde nahe, aufgewachsen; sind keine gelernten Treppenkletterer. Auch haben sie wohl das Gefühl, daß sie so hoch droben abgeschnitten sind, daß der Rückzug vier Treppen hinab eine Weile dauert. Kurz, sie haben sich kaum je so hoch gewagt.

Wir treten in die Wohnung, auf Zehenspitzen, als kämen wir zu Kranken. Die Rothaarige hockt auf einem Küchenstuhl, stiert vor sich hin. Ihre Füße stehen in einem Eimer voll Wasser. Sie badet ihre Zehen, die, wie der Fabrikant uns sagt, ganz durchgelaufen und blutig sind. Auch des Mannes Füße haben schlimm ausgesehen. Beide kamen auf Strümpfen quer durch die Front, durch Trümmerstraßen und Ruinen. Die Schuhe hatten ihnen die Russen ausgezogen.

Während die Rothaarige, die über dem Unterrock eine viel zu weite, wohl von der Hausfrau geliehene Bluse trägt, ächzend ihre Zehen bewegt, berichtet uns der Mann, daß die Fabrik zwei Tage lang im Kampfgebiet gelegen habe; daß sich anfangs deutsche, sodann russische Truppen an den restlichen Alkoholvorräten gütlich getan hätten. Russen hatten schließlich hinter einem Bretterverschlag beim Stöbern nach Schnaps die Elvira und den Chef aufgetrieben, dazu eine zweite Frau, eine Angestellte der Firma, die auch dort unten Schutz gesucht hatte. Und der Mann zuckt die Achseln, mag nicht weiterreden, geht aus der Küche hinaus.

„Angestanden haben sie", erklärt uns im Flüsterton die Likörfabrikantin, während die Rothaarige immer noch schweigt. „Einer hat auf den anderen gewartet. Sie sagt, es sind mindestens zwanzig gewesen, aber genau weiß sie es nicht. Sie hat beinah alles allein abgekriegt. Die andere Frau war nicht wohl."

Ich starre die Elvira an. Aus ihrem käsigen Gesicht hängt der verschwollene Mund wie eine blaue Pflaume. „Zeig es ihnen mal", sagt die Hausfrau. Wortlos öffnet die Rothaarige ihre Bluse, zeigt uns ihre zerbissenen, verfärbten Brüste. Kann's kaum hinschreiben, es würgt mich wieder.

Wir ließen ihr den Rest Vaseline da. Sagen kann man da nichts. Wir haben auch nichts zu ihr gesagt. Aber sie fing von selbst an zu reden, es war kaum zu verstehen, ihre Lippen waren so verschwollen. „Hab gebetet dabei", so etwa sagte sie, „immer gebetet: Lieber Gott, ich danke dir, daß ich besoffen bin." Denn ehe die Burschen sich zur Schlange formten, haben sie die Frau ordentlich vollgefüllt mit dem, was sie an Ort und Stelle fanden, haben ihr auch zwischendurch wieder zu trinken gegeben. Dies alles verdanken wir dem Führer.

Sonst war viel zu tun den Nachmittag über, viel zu wischen und zu waschen, die Zeit ging hin. Ich war ganz erstaunt, als plötzlich der Major im Zimmer stand, die Witwe hatte ihn eingelassen. Diesmal hat er ein nagelneues Kartenspiel mitgebracht, er breitet die Blätter vor Pauli auf dessen Deckbett aus. Die beiden haben offenbar ein Spiel gefunden, auf das sie sich beide verstehen. Ich kenne mich da nicht aus, hab mich in die Küche zur Witwe verkrümelt und schreibe schnell diese Zeilen. Der Major hat sogar „Spielgeld" mitgebracht, deutsche Dreimark- und Fünfmarkstücke, die seit endlosen Zeiten bei uns eingezogen sind. Wie mag er daran gekommen sein? Ich wage ihn nicht zu fragen. Zu trinken hat er uns heute nichts mitgebracht, entschuldigte sich dafür bei jedem einzelnen von uns. Macht nichts, heut ist er unser Gast, wir haben von dem Fabrikanten eine Flasche Likör geerbt. (. . .)

Die Nacht wieder ziemlich unruhig, der Major erwachte öfters und weckte mich durch sein Stöhnen. An sich soll das Knie auf dem Wege der Besserung sein. Nur wenn er sich daran stößt, tut es ihm weh. Trotzdem gab er mir wenig Ruhe. Übrigens berichtete er mir von den beiden Sauf- und Jubelschwestern, die in die verlassene PG-Wohnung eingerückt sind. Unter den Namen Anja und Lisa sind sie offenbar unter den russischen Offizieren sehr populär. Eine der Schwestern hab ich auf der Treppe gesehen: sehr hübsch, schwarz und weiß, groß und zart. Der Major berichtete achselzuckend und leicht geniert von dem munteren Treiben der beiden Frauen: Man habe ihn heute am hellichten Vormittag in die Wohnung gebeten, wo die Mädchen mit zwei Männern zu Bett gelegen und ihn lachend aufgefordert hätten, sich dazu zu legen – ein Angebot, das den gutbürgerlich denkenden Major noch beim Erzählen schockierte. Ein Anziehungspunkt für die Russen soll auch das sehr niedliche dreijährige Söhnchen der einen Schwester sein – der Major sagt, daß es schon drei Worte Russisch plappert und von den männlichen Besuchern nach Kräften verwöhnt wird.

7.5.1945 Montag

Zehlendorf. *Seit heute mittag um zwei Uhr soll Waffenstillstand sein. Das wäre ja der Schlußakkord. Wie anders haben wir uns das vorgestellt . . .*

Unser Waldpfad ist völlig verwandelt. Die Russen beherrschen den kleinen, winkligen Weg mit seinem moosigen Kopfsteinpflaster, seinen schwingenden Lindenbäumen, die eben zu neuem Leben ausholen. Auf einmal sind mir alle Deutschen des Weges bekannt, die ich bisher kaum vom flüchtigen Begegnen kannte.

Einquartierung: Was mag in unserem Häuschen, in unserem Keller vorgehen? Ich kenne nun schon den schwarzen, schmalen Koch, der immer etwas zwischen den Zähnen fletschert und kein Wort Deutsch kann. In Moskau serviert er in einem der bekanntesten Restaurants, und mit unterstreichenden Bewegungen, die den Kellnerfrack nachzeichnen, umreißt er, daß er dort lieber Koteletts briete, als hier in einer bratenduftenden Uniformbluse am fremden Herd seinen Offizieren die Genüsse des Sieges zu bereiten. Verschwenderisch geht er mit den Gütern der Erde um, hat sich einen breiten Teppich in die Küche gerollt, benutzt ihn als Aschbecher, Müllkasten, Taschentuch und Speiseablage. Doch was er aus Düften, Mixturen und Zutaten, die man wohl gewohnt sein muß, auf die kleinen Teller an Fleischereien, Salaten und Speisen zaubert, wie souverän er unsere kargen Vorräte nutzt, uns auch hie und da gönnerhaft einen Happen hinwirft, das ist die Kunst einer Küche, die das Ergebnis, nicht aber den Hergang schmeckt. Irgendwoher hat er einen Leierkasten organisiert, auf dem er abwechselnd „Stille Nacht" und „O Donna Clara" spielt.

Dann ist da der blonde, strahlende Junge, die Ordonnanz. Er kann noch weniger Deutsch als der Koch, der nichts kann. Aber er strahlt ständig aus allen Poren, wenn er mich sieht, will etwas tun, was gut sein soll und versöhnend. Was man ihm klarzumachen sucht, begreift er nicht und ist naiv, helläugig und ohne Hang zum Denken wie mancher blonde Bauer an den nördlichen Küsten.

Und vor allem der Posten: der Buchhalter aus Stalingrad. Woher er Deutsch kenne, frage ich ihn. In der Schule habe er es gelernt, auch Latein. Zu Griechisch habe ihm die Geduld gefehlt, gesteht er lachend. Er überrascht durch ein erstaunliches politisches Urteil: Bismarck sei ein Diplomat gewesen, sagt er, der gewußt habe, daß im deutsch-russischen Freundschaftsverhältnis auch das echte politische Gleichgewicht ruhe. Aber Hitler? Er sei ein sturer Ideologe, ein sturer Imperialist. Deshalb seien sie jetzt hier. Sie wollten nichts von Deutschland, aber Hitler habe Rußland überfallen; deshalb müsse der Hitlerismus jetzt mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Und dann hätten sie keinen sehnlicheren Wunsch als die Heimkehr.

Wie er dies alles aus Frage und Unterhaltung berichtet, macht er daraus keine Kathederanschauung. Er flammt nicht. Einfach berichtet er. Auch das, daß er schon alles gewesen sei: Straßenfeger, Direktor, Buchhalter. Und auf meine um Erklärung suchende Frage: So sei das in Rußland. Es gäbe keine beruflichen Deklassements. Ein Stück neues Rußland, unabsichtlich dargeboten am Gartentor meines, nun ihres Häuschens. In unserem Garten geht, wie ich hinsehe, eine russische Armeegehilfin und versucht die unreifen Stachelbeeren. Auf dem frischen Mohrrübenbeet kauert der Adjutant und flickt ein Fahrrad. Und den Zugang zur Wohnung verstopft ein wirrer Haufe von Sachen, Geschirr und Kehricht. Der Major ruft mir zu, ich würde alles vorfinden, wie wir es verlassen hätten.

Dieser Major ist offensichtlich deutschenscheu. Es wohnen andere in der Straße, die das Zusammensein mit den Deutschen suchen. Unser ist ein stämmiger, breiter, kugelköpfiger Bauerntyp, der sein Bild von Rußland sicher mit sich trug durch alle Etappen des großen Feldzuges. Ihm liegt nicht an der Begegnung. Gewiß, die Sprache trennt. So ist dieser. Doch andere sind anders. Es ist kein einheitlicher Stamm, das Korps der russischen Offiziere. Sie sind die Führer einer Revolutionsarmee, Männer von unten, wie ihre Soldaten, wie ihre Korporäle. Männer von Erfolgen und Siegen, Männer, die wissen, daß sie die bedeutendste Militärmacht der Geschichte überwunden haben. (. . .) Doch keiner zeigt Überheblichkeit. Der Respekt vor den Deutschen ist auch nicht gewichen, nachdem sie in ihren Wohnungen Quartier bezogen haben. Volksarmee sind sie, und Offiziere der siegreichen Armee müssen sie sein. Zwischen diesen beiden Ansprüchen scheinen sie noch den Ausgleich zu suchen.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Das erste am Morgen war ein Gang mit Frau Mietusch zur Kommandantur, wo ich meine Schreibmaschine anmelden und mich nach dem Abliefern des Radios erkundigen wollte (auf Grund russischer Befehle). (. . .) Die Schlange vor der Kommandantur war aber so lang, daß keine Aussicht war, anzukommen. (. . .)*

Dann holte ich mein Rad herunter – immer eine rechte Prozedur aus dem 4. Stock – und fuhr zum erstenmal in die Stadt, auch zum erstenmal in einem Kleid statt der schmutzstarrenden Hose, die ich seit Wochen anhatte. Je näher ich dem Zoo kam, desto wüster wurde es. Die Gedächtniskirche sieht von der Kantstraße her direkt komisch aus. Sie ist doch auf spitzturmig gedacht; aber durch die vielen Einschläge ist der Hauptturm ganz gerundet, die kleineren auch abgeflacht. Mein Ziel war die Jägerapotheke in der Kleiststraße, Besitzer eine Familie Krauss aus Würzburg, die ich erst kennenlernte, als wir Würzburger uns nach der Zerstörung Würzburgs zusammentaten, um die Nachrichten von dort zu sammeln und weiterzugeben – Leute, die ich sofort in mein Herz schloß. Es gab sie noch, aber auch in sehr dezimiertem Zustand. Ein russischer Sanitätswagen nach dem andern hatte die Apotheke geplündert und alles auf den Kopf gestellt. Das Haus nebenan war abgebrannt. Sie hatten 24 Stunden gelöscht. Die üblichen Vergewaltigungen – eine Nachbarin, die sich weigerte, wurde erschossen. In einem Geschäft gegenüber hatten die Russen 8000 Liter Wein gefunden, was natürlich zu einer entsprechenden Sauferei mit den bekannten Folgen Anlaß gab – aber für Deutsche war es die ganze Zeit vorher unmöglich gewesen, Wein zu bekommen. Frau Krauss war nicht vergewaltigt. Sie behauptet, an Frauen mit Brillen gingen die Russen nicht. Möchte wissen, ob das wahr ist. Es ist übrigens merkwürdig, daß man gar keine Russen mit Brillen sieht. (. . .)

Nach Tisch wollte ich mit meinen zwei Eimern Wasser holen gehen, war in dem untern Hauseingang, der in den 1. Hof führt, da kamen zwei junge russische Soldaten mit Rädern herein, gingen zielbewußt im Hof zur Tür der Hintertreppe, polterten mit den Rädern hinein und stiegen die Treppe hinauf. Ich rief Frau Mietusch vom Hof aus zu: „Aufpassen" und schlich die Vordertreppe hinauf, während die beiden hinten hinauf trapsten. Ich war kaum in meiner Wohnung und mit Verriegeln der Türen, Verstecken meines Rads (im Bett) beschäftigt, da kamen sie übers Dach schon die Vordertreppe herunter, klopften an der leeren Wohnung gegenüber und gingen weiter. Ich lief in mein Schlafzimmer, das auf den Hof geht. Keine Antwort auf das Rufen nach Frau Mietusch. Aber beobachtende Köpfe aus dem Hinterhaus meldeten, sie seien in der Mietusch-Wohnung. Ich beschloß also, wenn auch ungern, hinunterzugehen und Hilfestellung zu leisten. Inzwischen waren sie aber schon von Herrn Mietusch auf die Treppe komplimentiert worden. Es kam Herr Teikowsky aus dem 2. Hinterhaus, der ein wenig Russisch kann; dem erklärten sie, sie wollten junge Mädchen. Wenn er ihnen welche verschaffe, würden sie ihm Schnaps, Zigaretten und Brot geben. Sie waren ziemlich besoffen, machten aber doch einen Unterschied zwischen alt und jung, was schon ein Fortschritt ist. Dann hauten sie bei Frau Kalisch (1. Stock) die Haustür ein, obwohl Teikowsky ihnen gesagt hatte, daß Frau Kalisch über 80 ist. Schließlich verzogen sie sich ins zweite Hinterhaus. Dies war der Moment, auf den ich gewartet hatte. Ich sagte: „Jetzt müssen wir die Räder holen" – Herr Mietusch wünschte sich nämlich eins, und mein Versuch am Vortag, ihm eines zu bringen, war gescheitert, weil das in Aussicht genommene inzwischen weg war. Ich lief also wieder die Hintertreppe hinunter, die beiden Männer halfen. Erst kamen die Räder auf den Speicher, dann in die leere Wohnung mir gegenüber. Herrn Mietusch war etwas ängstlich zumute, aber es ging dann genau so, wie ich erwartet hatte: Als die beiden von ihren Taten zurückkamen, gingen sie zur Hintertreppe, schauten sich erstaunt nach ihren Rädern um und schoben dann wortlos ab. (. . .)

Dann kam der Gang zur Kaiserdammpumpe. Als ich mit meinen Eimern müd zurückkam und mich auf meinen Tee freute, kam aufgeregt Frau Bölcke und sagte, die Einzeichnung in die Lebensmittellisten müsse noch heute erfolgen. Also machten wir uns nochmals auf den Weg. Am Eingang des Wirtschaftsamts war tatsächlich eine Mitteilung: Heut müsse alles erledigt sein. Oben aber war furchtbares Gedränge, Geschimpfe, die Formulare ausgegangen, die registrierenden Frauen am Ende ihrer Kräfte, und immer neu versichernd, es habe noch die ganze Woche Zeit. Außer Beruf mußte man angeben, ob in der Partei gewesen; – nun plötzlich gehörte niemand mehr zur Partei.

Hasenheide, Kreuzberg. *Es ist so sonderbar, ohne Zeitung, ohne Kalender, ohne Uhrzeit und Ultimo zu leben. Die zeitlose Zeit, die wie Wasser dahinrinnt und deren Uhrzeiger für uns einzig die Männer in den fremden Uniformen sind.*

Manchmal erstaunt es mich selbst, mit welcher Ausdauer ich diese zeitlose Zeit fixiere. (. . .)

Der Montag brachte uns über Mittag Besuch. Nicht aus dem Haus und nicht von nebenan, sondern aus einem zwei Fußstunden entfernten Statteil im Westen, aus Wilmersdorf. Ein Mädchen namens Frieda, der Witwe vom Hörensagen bekannt. (. . .)

Die erste Frage der Witwe: „Haben sie euch auch –?"

Nein, Frieda kam heil durch, das heißt, nicht ganz heil, einer hat sie im Kellergang ein bißchen an die Wand gedrückt, mußte aber gleich weiter, Krieg führen, so daß er sich nicht zu Ende verlustieren konnte. Überhaupt sind die Truppen durch den Block, in dem die Mädels hausen, sozusagen im Galopp durchgebraust, kurz vor der Kapitulation, ohne sich irgendwo festzusetzen. Die werdende Mutter hat auf ihr Bäuchlein getippt und „Baby" gesagt – sie hat man gar nicht angerührt.

So berichtet die Kleine und sieht uns mit blanken, wie poliert wirkenden Augen an. Ich kenne diese Augen, hab allzuoft meine eigenen Augen so aus dem Spiegel schauen sehen, als ich von Brennesseln und Grütze lebte. Tatsächlich hakt es da bei den Mädeln, und deshalb hat Frieda die mühseligen Fußstunden auf sich genommen, die, wie sie sagt, durch völlig stumme, öde Straßen führten. Sie bittet für die angeheiratete Nichte der Witwe und ihren werdenden Bams um Nahrung. (. . .)

Die Witwe und ich suchen zusammen, was wir glauben, verschenken zu dürfen: etwas von der Majorsbutter und von seinem Zucker, eine Büchse Milch, ein Brot, ein Stück Speck. Frieda ist selig. Auch sie sieht jammervoll aus, hat Beine wie Stecken, die Knie treten knorrig hervor. Dabei ist sie ganz munter und fürchtet sich nicht vor den zwei Stunden Heimweg. Wir freuen uns über die Botin aus

dem fernen Stadtteil, lassen uns ausführlich schildern, welchen Weg sie genommen hat, was sie unterwegs sah. Wir streicheln sie und strahlen sie an, die kälbrige, halb verhungerte Achtzehnjährige, die, wie sie uns erzählt, einmal Gymnastiklehrerin werden wollte. Na, einstweilen dürfte für Gymnastik in unserem Lande kaum Bedarf sein. Wir sind froh um jede Bewegung, die wir nicht zu machen brauchen. Das heißt, die anderen, Hungernden, sind dessen froh. Mich trifft es vorläufig noch nicht, ich bin gut bei Kräften. Die Witwe berührt den neuralgischen Punkt, als sie der Frieda vorschlägt: „Wie ist das, Kindchen, könnten Sie sich nicht irgendeinen halbwegs netten Russen anlachen? Damit der euch ein bißchen Futter bringt?"

Frieda lächelt töricht und meint, es gebe bei ihnen im Block so gut wie keine Russen mehr, sonst . . . Und sie kramt die Geschenke zusammen, verstaut sie in der mitgebrachten Einkaufstasche.

Uns hat dieser Besuch sehr aufgemöbelt. Wir sind also doch nicht abgeschnitten von aller Welt, könnten eine Fußreise in andere Stadtteile zu Freunden und Bekannten riskieren. Seither planen wir immerzu und überlegen, ob wir es wagen sollen. Herr Pauli ist dagegen. Er sieht uns bereits für irgendwelche Zwangsarbeit aufgegriffen und einkassiert, möglicherweise in Richtung Sibirien. Wir pochen auf Frieda, die es ja auch geschafft hat, bohren weiter.

Weiter, dies schreibe ich am späten Nachmittag. Schon habe ich die erste große Reise hinter mir. Es kam ganz überraschend. Ich hockte auf der Fensterbank, obwohl man auf der Straße nur selten einen Menschen sieht außer Wasserholern und Russen. Da, ein Russe kommt herangeradelt, hält vor unserer Tür – der Major.

Ich – sogleich treppab gerannt. Ein blitzblankes, neues deutsches Herrenrad. Ich bitte und bettle: „Darf ich ein Stück fahren? Bloß fünf Minuten?" Der Major steht am Bordstein und wiegt das Haupt. Er weiß nicht recht, befürchtet, daß mir das Rad unterwegs gestohlen werden könnte. Schließlich bekam ich ihn herum.

Sonne. Im Handumdrehen wird es nun warm. Ich trete die Pedale, so schnell ich kann. Wind braust mir in den Ohren. Ich sause, weil es mich glücklich macht nach all der elenden Seßhaftigkeit – und auch, damit mich keiner festhält und mir das Rad klaut. Vorüber an schwarz verbrannten Ruinen. Hier liegt der Krieg einen Tag länger zurück als bei uns. Man sieht bereits Zivilisten, die den Bürgersteig fegen. Zwei Frauen ziehen und schieben einen völlig ausgeglühten Operationswagen, wohl aus Trümmern geholt. Oben darauf liegt eine Greisin unter einer Wolldecke, mit blutleerem Gesicht; doch sie lebt noch.

Je weiter ich südwärts fahre, desto mehr weicht der Krieg zurück. Hier sieht man bereits Deutsche in Gruppen beisammenstehen und schwatzen. An unserer Ecke wagen die Menschen das noch nicht. Sogar Kinder sieht man, hohlwangig und eigentümlich lautlos. In den Schrebergärten buddeln Frauen und Männer. Ganz vereinzelt nur bemerkt man Russen. Vor dem Tunnel ragt noch eine vom Volkssturm errichtete Barrikade. Ich steige ab, schiebe mein Rad durch den freien Spalt an der Seite. Hinter dem Tunnel, auf dem Rasenplatz vor dem S-Bahnhof, wölbt sich kniehoch ein Hügel, mit Grün besteckt, mit drei knalligrot angestrichenen, etwa hüfthohen Holzsäulen geschmückt. An jeder Säule ist eine Tafel befestigt, handbeschriebenes Papier unter Glas, von einem Papierstreifen eingefaßt. Ich lese auf den Tafeln drei russische Namen und dazu die Todesdaten, 26. und 27. April 1945. (. . .)

Los, zurück, im schnellsten Tempo. Ich raste die Straße hinauf, diesmal vorbei an endlosen Reihen Soldaten, die am Bordstein entlang hockten. Typische Infanterie, Frontschweine, müde, dreckig, verstaubt, mit Stoppelbärten auf den schmutzigen Gesichtern. Solche Russen sah ich noch gar nicht bisher. Es dämmerte mir, daß wir wohl Elitetruppen in den Häusern hatten, Artillerie, Nachrichtentruppen, gewaschene und gut rasierte Leute. Am niedrigsten stand noch der Troß und Train, roch nach Pferden, wirkte aber bei weitem nicht so erschöpft wie dieser Haufe. Die sind viel zu abgekämpft, als daß sie sich um mich oder mein Rad bekümmerten. Sie blickten kaum hoch, haben spürbar einen Gewaltmarsch hinter sich.

Schnell, schnell, da ist schon unsere Ecke. Um die gewesene Schupo-Kaserne herum wimmelt es von Autos. Sie fahren mit tiefem, sattem Gebrumm, es riecht nach richtigem Benzin. So rochen die deutschen Autos nicht.

Keuchend und stolz schleppe ich Rad und Brikettlast die Treppe hinauf. Diesmal kommt der Major mir entgegengerannt, ist ganz aufgeregt, wähnte das Rad bereits geklaut und mich werweißwo. Auch der Usbek ist inzwischen eingetrudelt. Die Witwe schickt ihn gleich mit zwei Eimern zur Pumpe, Wasser für uns zu holen. Er ist schon wie ein Stück Familie für uns, trottet gutmütig los.

Ich bin ganz sonnetrunken und beseligt von der schnellen Fahrt, fühle mich so froh, so beschwingt wie seit Wochen nicht. (. . .)

Zum Abend waren wir allein, Herr Pauli, die Witwe und ich. Rot ging die Sonne unter. Ein widerliches Bild, es erinnert mich an all die Brände, die ich in den letzten Jahren sah. Zusammen gingen die Witwe und ich zum kleinen Teich, um Schmutzwasser zu schöpfen. (Fürs Trinkwasser von der Pumpe muß man als Deutscher immer noch eine runde Stunde rechnen.)

Vor unserem Haus treffen wir unseren alten Gardinen-Schmidt, zusammen mit unserem Soldaten-Deserteur. Ich bin baff darüber, daß diese beiden sich auf die Straße wagen. (. . .) Die Tatsache, die Gardinen-Schmidt nun verkündet: „Alle Russen sind weg." Sie haben unser Haus geräumt, sind aus dem ganzen Block abgezogen – während wir das Schmutzwasser holten, sind sie auf Lastwagen abgerollt. Gardinen-Schmidt erzählt, daß sie sich ihre Lastwagen gut gepolstert hätten, mit Matratzenteilen und Sofakissen aus den verlassenen Wohnungen.

Weg! Alle weg! Wir können es kaum fassen, blicken unwillkürlich straßenaufwärts, als müßten von dorther Lastwagen mit neuen Truppen anrollen. Aber nichts, nur Stille, seltsame Stille. Keine Gäule mehr, kein Pferdewiehern, kein Hahn. Bloß Pferdemist, und den fegt Portiers Jüngste soeben aus dem Hausflur. Ich sehe mir die Sechzehnjährige an, die einzige bisher, von der ich weiß, daß sie ihre Jungfernschaft an Russen verlor. Sie hat dasselbe dumme, selbstzufriedene Gesicht wie immer. Ich versuche mir vorzustellen, wie es wäre, wenn mir dies Erleben zum ersten Mal auf solche Art zuteil geworden wäre. Ich muß den Gedanken abbremsen, so was ist nicht vorstellbar. Eines ist klar: Wäre an dem Mädel irgendwann in Friedenszeiten durch einen herumstreunenden Kerl die Notzucht verübt worden, wäre hinterher das übliche Friedensbrimborium von Anzeige, Protokoll, Vernehmung, ja von Verhaftung und Gegenüberstellung, Zeitungsbericht und Nachbarngetue gewesen – das Mädel hätte anders reagiert, hätte einen anderen Schock davongetragen. Hier aber handelt es sich um ein Kollektiv-Erlebnis, vorausgewußt, viele Male vorausbefürchtet – um etwas, das den Frauen links und rechts und nebenan zustieß, das gewissermaßen dazugehörte. Diese kollektive Massenform der Vergewaltigung wird auch kollektiv überwunden werden. Jede hilft jeder, indem sie darüber spricht, sich Luft macht, der anderen Gelegenheit gibt, sich Luft zu machen, das Erlittene auszuspeien. Was natürlich nicht ausschließt, daß feinere Organismen als diese abgebrühte Berliner Göre daran zerbrechen oder doch auf Lebenszeit einen Knacks davontragen.

Zum ersten Mal seit dem 27. April wurde am Abend die Haustür wieder verschlossen. Damit beginnt, falls nicht wieder neue Truppen ins Haus gelegt werden, ein neuer Lebensabschnitt für uns alle.

Dennoch rief es gegen 21 Uhr draußen nach mir. Mit seiner gequetschten Stimme wiederholte der Usbek viele Male meinen Namen (das heißt, die russifizierte Form des Namens, wie sie mir der Major verliehen hat). Als ich hinausschaute, schimpfte und drohte der Usbek zu mir hinauf und wies ganz empört auf die verschlossene Haustür. Tja, mein Dicker, das hilft dir gar nichts. Ich ließ ihn ein, der Major folgte ihm auf dem Fuße, er hinkte beträchtlich. Das Radeln ist ihm schlecht bekommen. Wieder machte die Witwe ihm Kompressen. Das Knie sah gefährlich aus, dick geschwollen, rot. Mir unbegreiflich, wie einer damit radeln, damit tanzen und treppensteigen kann. Es sind Roßnaturen, da können wir nicht mit.

Schlechte Nacht mit dem fiebernden Mann. Seine Hände waren heiß, die Augen trüb, er fand keinen rechten Schlaf, ließ auch mich nicht schlafen. Endlich graute der Morgen.

8.5.1945 Dienstag

Zehlendorf. *Endlich ein Sommertag mit Sonne und gleißendem Licht. Zwischen Babylärm und polternden Russengesprächen aus der Nachbarschaft kommt die Kunde in den Garten, der uns nicht gehört: Es ist in der Tat Waffenstillstand. Nirgendwo freilich regt sich ein Wunsch nach Festlichkeit. Müdigkeit und Resignation münden immer nur in den einen Wunsch, den Hunger zu stillen.*

Charlottenburg/Tiergarten. *Heut früh wollte ich den Vorstoß zur Schweizer Gesandtschaft versuchen. Vorher mein Mittagessen vorgekocht, da ich gestern wenig und schlecht gegessen hatte. Nach jedem Kochen auf meinem Herd bin ich schwarz von Ruß. Ich wasche mich also immer nachher. Das Robinson-Dasein ist ja überhaupt ungeheuer beschmutzend. Kuchenteig angerührt, denn wir bekommen kein Brot mehr. In den letzten zwei Wochen bekam ich zweimal 500 Gramm Brot. Ich denke an Herta und die 1 1/2 Zentner Brot, die sie getrocknet hat. Im übrigen habe ich, als ich vorgestern meine Vorräte vom Keller heraufbrachte, festgestellt, daß ich einen, zur Not fast zwei Monate durchhalten kann, vorausgesetzt, daß ich noch etwas Brot und Kartoffeln bekomme.*

Gegen 10 Uhr kam ich los. Jede solche Unternehmung ist ja ein Wagnis. Man paßt mit geschärften Sinnen auf, einerseits auf den Ausdruck in den Gesichtern der entgegenkommenden Russen, andrerseits auf Löcher, Drahtseile, Granaten usw. in der Straße. Mir entgegen kamen etwa 30 russische Panzer, fliedergeschmückt, mit Soldaten und Russenmädchen darauf. (Sie feierten, ohne daß ich das ahnte, die Tatsache der deutschen Kapitulation, während die offizielle Siegesfeier erst am 9. Mai stattfand.) Hinter dem Knie rief mir eine Frau aufgeregt zu, ich dürfe nicht die Ost-West-Achse fahren (die ich fuhr); vorne sei eine Kontrolle, die nehme einem die Räder ab. Ich bog also hinter der Stadtbahn in die Händelstraßen-Gegend ab, mußte aber immer wieder umkehren, weil kein Durchkommen war. Bäume über die Straßen, zerschossene Panzer, der Tiergarten ein aufgewühltes Schlachtfeld, kein Weg zu begehen. Ich kehrte also zum großen Stern zurück. Am Fuß der Siegessäule lagerten viele unordentliche Russen; am Straßenrand spielte ein Grammophon deutsche Tanzplatten aus dem Jahr 1930; an einer anderen Ecke des Platzes aßen und tranken Soldaten und lümmelten sich herum. Dann kam ich ans Schlieffenufer, mußte immer wieder absteigen und über Berge klet-

tern. Alle Häuser zu Klump geschlagen. Kaum Deutsche zu sehen, die in anderen Straßen meist zahlreich schleppend, ziehend, schaufelnd an der Arbeit sind. Dafür viele Russen. Nicht gemütlich. Ich bog in die Moltkestraße ein. An der Ecke, unmittelbar vor dem Haus der Schweizer Gesandtschaft, gings nicht mehr weiter, weil die Russen damit beschäftigt waren, mit einem Stahlseil an einem Trecker ein Gebäude vollends einzureißen. Ich dachte, die Gesandtschaft sei sicher auch hin, versuchte es aber mit einem Umweg von der anderen Seite noch einmal. Und siehe da: Vor einer Ruine flatterte die Schweizer Fahne. (...)

Wie oft mich auf meinen Fahrten Deutsche anrufen, mir werde mein Rad genommen, zähle ich nimmer auf. Bei russischen Gesten in dieser Richtung mache ich ein böses Gesicht und fahre schneller. Das böse Gesicht macht sich übrigens ganz ohne mein Dazutun. (. . .)

Als ich (gestern) in der Tiergartengegend durch die Stadt fuhr, dachte ich mir: Von diesem Mai 1945 wird man einmal erzählen wie vom Sacco di Roma. Natürlich war zum Unterschied von 1527 Berlin schon vorher halb kaputt, und wenn nicht der Irrsinn des Verteidigens gewesen wäre, wäre nicht noch so viel zum Schlachtfeld geworden. Aber erst an dem, was die Russen nun wegholen, ermessen wir, wie reich wir im Grund noch waren. Vorläufig kann man sich gar nicht vorstellen, wie auch nur äußerlich die Sachen wieder in Ordnung kommen sollen, vom Wiederaufbau der Häuser gar nicht zu reden.

Hasenheide, Kreuzberg. *Gegen neun Uhr morgens an der Vordertür der Hausdactylus, den wir nach wie vor benutzen, obwohl kein Russe mehr im Haus ist. Es war die Grindige, Frau Wendt, sie hat das Gerücht vernommen, daß Frieden sei. In Süd und Nord soll der letzte, ungeordnete deutsche Widerstand zerschlagen sein. Wir haben kapituliert.*

Die Witwe und ich atmen leichter. Gut, daß es so schnell ging. Herr Pauli flucht jetzt noch über den Volkssturm, die sinnlos Getöteten der letzten Stunde, die Alten und Müden, die hilflos Verbluteten, für die es nicht einmal einen Lappen gab, die Wunden zu verbinden. Zersplitterte Knochen, die aus Zivilhosen stachen; schneebleiche Bündel auf Tragen, aus denen es eintönig tropfte; die lauen, glitschigen Blutpfützen überall in den Gängen . . . Pauli hat bestimmt Schweres durchgemacht. Gerade deshalb halte ich seine Neuralgie, die ihn seit über einer Woche ans Bett fesselt, zur Hälfte für eine Seelenkrankheit, für eine Zuflucht und Retirade. Manche Männer im Haus haben solche Zuflucht. So der Buchhändler seine Parteizugehörigkeit, so der Deserteur seine Desertion, so etliche andere Figuren ihre Nazivergangenheit, für die sie Deportation oder sonst etwas befürchten und hinter der sie sich verschanzen, wenn es Wasser zu holen oder sonst eine Tat zu wagen gilt. Die Frauen tun auch ihr Bestes, das Mannsvolk zu verstecken und es vor dem bösen Feind zu schützen. Denn was können sie uns schon tun? Sie haben uns ja alles getan.

Am Nachmittag gutes Gespräch, ich will es möglichst wörtlich notieren, muß immer noch darüber nachdenken. Unvermutet tauchte der bucklige Doktor aus der Limonadenfirma wieder auf, ich hatte ihn beinahe vergessen, obwohl ich früher öfters einmal ein paar Worte mit ihm im Luftschutzkeller gewechselt habe. Er hat bis zuletzt in einem unentdeckten Nachbarkeller die Zeit überstanden. Dorthin hat kein Russe gefunden. Freilich bekam der Doktor dafür die brühwarmen Berichte genotzüchtigter Wasserholerinnen ab. Eine, sehr kurzsichtig, hat dabei ihre Brille eingebüßt und tappt nun völlig hilflos herum.

Es stellt sich heraus, daß der bucklige Doktor ein „Genosse" ist. Das heißt, er hat bis 1933 der Kommunistischen Partei angehört, hat sogar einmal drei Wochen mit einer Intourist-Gruppe die Sowjetunion bereist und versteht ein paar Worte Russisch. Tatsachen, die er mir im Keller ebenso wenig anvertraut hat wie ich ihm meine Reisen und Sprachkenntnisse. Derartige plumpe Vertraulichkeiten hat uns das Dritte Reich abgewöhnt. Trotzdem muß ich mich wundern. „Wieso sind Sie denn nicht vorgetreten und haben sich den Russen als ein Sympathisierender zu erkennen gegeben?"

Er sieht mich verlegen an. „Ich hätte es getan", meint er dann. „Wollte nur die ersten wilden Tage vorübergehen lassen." Und er fügt hinzu: „Ich werde mich die nächsten Tage auf dem Rathaus melden. Sobald es wieder Behörden gibt, werde ich mich zur Verfügung stellen."

(Was ich glaube, ihm aber nicht sage, ist, daß er sich wegen seines Buckels nicht vorgewagt hat. Bei so viel überschäumender Manneswut hätte er seinen Defekt, der ihn in den Augen dieser starken Barbaren zu einem Halbmann, einem kümmerlichen Etwas gemacht hätte, doppelt bitter empfunden.) Sein Kopf sitzt tief zwischen den Schultern, er bewegt sich nur mühsam. Doch seine Augen sind blank und klug, seine Rede ist flüssig.

„Sind Sie nun ernüchtert?" frage ich ihn. „Sind Sie von Ihren Genossen enttäuscht?"

„Kaum", meint er. Und: „Wir wollen das Geschehene nicht allzu klein und persönlich auffassen. Triebe und Instinkte haben sich ausgetobt. Auch Rachsucht war im Spiel; denn schließlich haben wir ihnen einiges angetan drüben in ihrem Land. Umkehr und Selbstbesinnung müssen folgen, bei uns wie auch bei den anderen. Eine Welt von gestern, das ist unser altes Abendland. Es gebärt nun eine neue Welt, die von morgen, und das geschieht unter Schmerzen. Das Slawentum tritt jung und unverbraucht ins Licht der Weltgeschichte. Die Länder Europas werden ihre Grenzen sprengen und zu größeren Räumen verwachsen. Wie Napoleon einst mit den Thrönchen und Ländchen aufräumte, so räumen jetzt die siegreichen Großmächte mit den Ländern und Nationen auf." (. . .)

Manchmal glaube ich, daß ich von jetzt an alles auf Erden aushalten könnte, soweit es mir von außen zustößt und nicht aus dem Hinterhalt des eigenen Herzens. Ich fühle mich so durchgeglüht und ausgebrannt, wüßte nicht, was mich heut und morgen noch groß erregen und bewegen könnte. Wenn weiter gelebt werden muß, geht es schließlich auch in Eiswüsten. Der Doktor und ich haben einander die Hände gedrückt, fühlten uns beide gestärkt.

Bei alldem umgibt mich hier in der Wohnung ängstlich gehütete Bürgerlichkeit. Die Witwe fühlt sich wieder als Herrin ihrer Räume. Sie wischt und bürstet darin herum, hat mir einen zahnlückigen Kamm in die Hand gedrückt, damit ich die Fransen der Teppiche auskämme. Sie hantiert in der Küche mit Sand und Soda; jammert um eine Meißner Figur, der bei den Plünderungen im Keller Hand und Nase abgeschlagen wurden; klagt um eine Krawattenperle ihres Seligen, deren Versteck sie glattweg vergessen hat. Manchmal sitzt sie ganz tiefsinnig da und spricht plötzlich aus ihren Gedanken heraus: „Vielleicht hab ich sie doch in meinen Nähkasten getan?" Und fängt an, Garnrollen und alte Knöpfe herumzuschmeißen, und findet ihre Perle doch nicht. Dabei sonst eine patente Frau und vor nichts bange. Sie zerklopft Kisten besser als ich, hat den Trick ihrem Lemberg-Polen abgeguckt, dem dank seiner Neigung zu Wutanfällen das Kistenzerklopfen wohl besonders gut gelang. (Übrigens weiß inzwischen schon das ganze Haus den Unterschied: „Ukrainerfrau – so. Du – so!")

Heute draußen Sonne. Wir schleppten endlos Wasser, haben Bettlaken gewaschen, mein Bett ist frisch bezogen. Es tat not, nach all den gestiefelten Gästen.

Unten beim Bäcker drängt sich viel Volk, das Lärmen und Schwatzen hallt durch unsere scheibenlosen Fenster. Dabei gibt es heute noch gar kein Brot, nur Nummern für das Brot von morgen oder übermorgen. Alles hängt von Mehl und Kohle ab, auf die der Bäcker wartet. Mit etlichen Restbriketts hat er bereits ein paar Brote fürs Haus gebacken. Ich bekam meinen guten Anteil. Der Bäcker vergaß mir nicht, daß ich für seine Bäckerin eingetreten bin, als damals die Kerle an ihr zerrten. Verkäuferin Erna aus dem Bäckerladen, dieselbe, die hinter der schrankverstellten Kammertür heil durchgekommen ist, brachte uns die Brote in die Wohnung. Für dies Brot hat das Haus auch was geleistet. Etliche Männer, von Fräulein Behn geführt, haben auf einem kleinen Karren Eimer mit Wasser für den Teig herangerollt. Und etliche Frauen haben, wie Frau Wendt sich grob ausdrückt, „Scheiße geschippt". Denn die Russen hatten eine im Laden stehende gepolsterte Bank zur Latrine ernannt, hatten einfach die Bank ein wenig von der Wand abgerückt und sich auf die Lehne gehockt . . . Die Brote sind also ehrlich verdient.

Jedenfalls ist die Aussicht auf Brot das erste Zeichen dafür, daß sich oben jemand um uns kümmert, daß für uns gesorgt werden soll. Ein zweites Zeichen klebt unten neben der Haustür: ein Blatt in vervielfältigter Maschinenschrift, ein Aufruf, unterzeichnet von einem Bezirksbürgermeister Dr. Soundso. Der Aufruf fordert zur Rückgabe allen aus Läden und Ämtern gestohlenen Gutes auf, Schreibmaschinen, Büromöbel, Ladenzubehör et cetera – vorerst straffrei. Erst bei späterer Entdeckung solchen Diebesgutes droht Strafe nach Kriegsrecht. Weiter heißt es, daß alle Waffen abgegeben werden müssen. Häusern, in denen Waffen gefunden werden, droht ebenfalls Kollektivstrafe. Und Häusern, in denen einem Russen etwas zustößt, droht der Tod. Ich kann es mir kaum denken, daß die Unsrigen irgendwo mit Waffen liegen und auf Russen lauern. Diese Art Männer ist mir jedenfalls in diesen Tagen nicht begegnet. Wir Deutschen sind kein Partisanenvolk. Wir brauchen Führung und Befehl. (. . .) Mit anderen Worten und ohne Spott: Die meisten Deutschen haben einen Horror vor der freihändigen Ungesetzlichkeit. Zudem haben unsere Männer jetzt Angst. Der Verstand sagt ihnen, daß sie besiegt sind, daß jedes Aufzucken und Aufmucken nur Leiden schafft und nichts bessert.

In unserem Haus sind die Männer jetzt eifrig hinter Waffen her. Wohnung für Wohnung gehen sie ab, ohne daß eine Frau sie begleitet. Überall fragen sie nach Gewehren, ergattern aber nur eine alte Knarre ohne Hahn. Zum ersten Mal seit langem hörte ich wieder deutsche Männer laut sprechen, sah sie sich energisch bewegen. Sie wirkten geradezu männlich – oder doch so wie das, was man früher mit dem Wort männlich zu bezeichnen pflegte. Jetzt müssen wir nach einem neuen, besseren Wort Ausschau halten, das auch bei schlechtem Wetter standhält. (. . .)

Immer gab es die Nacht nachzutragen. Nun ist nichts, aber auch gar nichts über diese Nacht auszusagen, als daß ich sie allein verbringen durfte. Zum ersten Mal allein zwischen meinen Laken seit dem 27. April. Kein Major, kein Usbek ließ sich blicken. Die Witwe war gleich wieder Daseins-ängstlich, sie unkte was von schwindender Butter, und daß es gut wäre, wenn der Major recht bald neue Vorräte brächte. Ich hab bloß gelacht. Der kommt wieder. Lag die Nacht wohlig ausgestreckt zwischen meinem frischgewaschenen Bettzeug, räkelte mich, schlief fest und erwachte sehr vergnügt.

9.5.1945 Mittwoch

Zehlendorf. *Frieden . . . Seit heute nacht ist Friedenszustand. Wir glaubten an Glocken, ersehnten Entdunkelung, erwarteten das Ende ewiger Entbehrungen, furchtbarster Opfer, quälenden Leids. So sehr viele die Dinge in die Katastrophe laufen sahen, so sehr haben sie an einen Frieden gedacht, den wir zu bestimmen hätten. Es war kein politisches Friedensbild, keine Repräsentationsspekulation, sondern eine bloße Entlastung des menschlichen Herzens, ein Ruhigwerden der Seele, ein Erlöschen des Hasses. Nun haben wir den, den die Russen uns geben.*

Sie haben Schnaps, Sekt, Wein, und sie trinken. Es ist so natürlich. Abends glüht der Himmel, und die Mainacht, von Flieder und Holunder durchduftet, ertrinkt stundenlang im taumelnden Lärm der Siegesböller, Friedenssalute, pfeifenden und Kapriolen schlagenden Leuchtraketen. Russen schießen Salut über der bisherigen Hauptstadt des Kontinents. Die Deutschen schauen zu oder haben die heilgebliebenen Rolläden heruntergelassen, weil sie diese Nacht des Sieges mehr noch als alle anderen, die vorangingen, fürchten. So zerplatzt mit den gleißenden Leuchtspuren auch manche letzte Illusion. Ein Feuerwerk ist der Friede, ein Feuerwerk für die, die es anzünden, und für die, über denen es abgebrannt wird.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Heut nun wieder zur Kartenstelle. Hunderte Menschen kamen uns entgegen. Es werden noch keine Karten ausgegeben, nur registriert. Andre Menschen haben gestern und vorgestern schon Karten gekriegt – bis sie ausgingen. Alles jammert nach Brot.*

Dann wollte ich sehen, wie die Bürgermeisterei funktioniert; sie war noch geschlossen. Dort muß ich die Genehmigung bekommen, nach Teupitz zu fahren.

Hasenheide, Kreuzberg. *Wusch mich mit dem warmen Wasser, das mir die Witwe spendierte, zog saubere Sachen an, pfiff mir eins.*

Von draußen rief man uns mit Kehrichtschaufeln auf die Straße. Wir schippten den Dreckhaufen an der Ecke weg, fuhren Trümmer und Pferdemist auf einem Schubkarren zum nahen Ruinengelände. Uralter Kalk und Schrott noch von den Luftangriffen her, frische Artillerie-Trümmer oben darauf, und Lappen und Büchsen und viele leere Flaschen. Ich fand zwei Bromsilber-Ansichtspostkarten, deutsches Fabrikat – und viele Daumenabdrücke auf den fotografierten nackten Umarmungen. Mir fällt ein, wie ich mal in einem Moskauer Büro deutsche und amerikanische Zeitschriften einige Minuten sich selbst überließ. Nahm sie dann wieder an mich und entdeckte erst beim späteren Lesen, daß da und dort ein Stück Seite hastig herausgerissen war – Reklamen für Damen-Unterwäsche, für Hüfthalter und Büstenhalter. Solche Inserate kennen die Russen nicht. Ihre Zeitschriften sind ohne jeden Sexappeal. Wahrscheinlich waren diese albernen Werbefotos, auf die wohl kein westlicher Mann mehr groß hinschaut, für russische Augen tollste Pornographie.

Sinn dafür haben sie, den hat jedes Mannsbild. Aber sie kriegen so was daheim nicht geboten. Vielleicht ein Fehler. Sie könnten dann doch mit dergleichen Idealfiguren ihre Phantasie bevölkern und würden am Ende nicht mehr auf jede Alte und Schieche losstürzen. Muß drüber nachdenken.

Als ich gegen zehn Uhr auf einen Schluck Malzkaffee in die Wohnung hinaufging, war der Major da, allein. Er wartete auf mich, kam, um Abschied zu nehmen. Da es seinem Knie schlechtgeht, hat er zwei Monate Erholungsurlaub zugeteilt bekommen, die er in einem Soldatenheim nahe seiner Heimatstadt Leningrad verbringen soll. Schon heute fährt er ab.

Er ist sehr ernst, fast streng, beherrscht sich eisern. Umständlich malt er sich meine Adresse auf einen Zettel, will mir schreiben, will mit mir in Verbindung bleiben. Das Foto, um das er bittet, kann ich ihm nicht geben, weil ich keins habe. Meine ganze fotografierte Vergangenheit, in einem Album und einem dicken Umschlag gesammelt, ist mit verbombt, ist verbrannt. Zu einem neuen Bildchen bin ich in den Wochen seither nicht gekommen. Lange schaut er mich an, als wollte er mich mit den Augen fotografieren. Küßt mich dann russisch auf beide Wangen und stapft, ohne sich nochmals umzublicken, hinkend hinaus. Mir ist ein wenig weh, ein wenig leer zumute. Ich sinne den Lederhandschuhen nach, die er heut zum ersten Mal vorführte. Er hielt sie elegant in der Linken. Einmal fielen sie ihm zu Boden, er hob sie hastig auf, doch sah ich, daß es zwei verschiedene Handschuhe waren – mit Nähten auf dem Handrücken der eine, der andere glatt. Er wurde verlegen, schaute weg. In der Sekunde mochte ich ihn sehr.

Wieder hinaus, auf die Straße, ich muß weiter schippen. Nachher wollen wir Holz suchen gehen, brauchen Feuerung für den Herd, die vielen Erbsensuppen verbrauchen was. Wobei mir einfällt, daß nun niemand mehr Essen, Kerzen und Zigaretten bringen wird. Ich muß es der Witwe schonend beibringen, wenn sie von der Pumpe zurückkommt. Pauli sag ich gar nichts. Ihm kann die Witwe selber den Tatbestand versetzen.

Beim Holzsuchen betrat ich zum ersten Mal seit zwei Wochen den Rasenplatz vorm Kino, auf dem man jetzt die Toten unseres Blocks begräbt. Zwischen Trümmerbrocken und Geschoßtrichtern drei Doppelgräber, drei Ehepaare, dreimal Selbstmord. Eine mümmelnde Alte, die auf einem Stein kauerte, erzählte mir mit bitterer Befriedigung, immerfort nickend, Näheres über die Toten: Im Grab ganz rechts liegt der Nazi-Ortsgruppenleiter mit seiner Frau (Revolver). Im Mittelgrab, auf dem etliche hineingesteckte Fliederzweige welken, ein Oberstleutnant mit Frau (Gift). Von dem Ehepaar im dritten Grab weiß die Alte nichts; dort hat jemand ein Holzscheit in den Sand gesteckt, auf dem mit Rotstift geschrieben steht „2 Müller". In einem der Einzelgräber liegt die Frau, die aus dem dritten Stock sprang, als Iwans sie wollten. Eine Art Kreuz steht darauf, aus zwei Stücken einer weißpolierten Türfüllung schief mit Draht zusammengefügt. Es zog mir die Kehle zu. (. . .)

Hab dem Bäcker 70 Pfennig für die zwei erhaltenen Brote gebracht, kam mir ganz sonderbar vor und hatte das Gefühl, daß ich ihm etwas völlig Wertloses in die Hand drückte, kann mich noch immer nicht entschließen, unser deutsches Geld weiter für richtiges Geld zu halten. Im Haus sammelte die Erna vom Bäcker alle Haushalts-Ausweise ein, notierte auf eine Liste Namen und Kopfzahl der verbliebenen Hausbewohner. Anscheinend sind neue Lebensmittelkarten in Sicht. Erna hatte sich fein gemacht, kam im geblümten Sommerkleid daher – ein ungewohnter Anblick, nachdem sich vierzehn Tage hindurch die Frauen nur wie die Toppsäue zurechtgemacht nach draußen getraut haben. Auch mir ist nach einem netten Kleid zumute. Man faßt es noch nicht, daß kein Russe mehr an unsere Türen klopft, keiner sich mehr auf Sofa und Sesseln räkelt. Ich habe die Stube gründlich aufgeräumt, fand unter dem Bett einen kleinen Sowjetstern aus rotem Glas und ein Präservativ in Papierhülle. Wer letzteres verlor, ahne ich nicht. Ich wußte gar nicht, daß sie überhaupt so was kennen. Jedenfalls war es ihnen nicht der Mühe wert, deutschen Frauen gegenüber davon Gebrauch zu machen.

Das Grammofon haben sie mitgenommen, auch die Reklameplatte der Textilfirma („. . . für die Dame, für das Kind, Jedermann bei uns was findt . . ."). Dafür blieben uns insgesamt 43 klassische Musikplatten, von Bach bis Pfitzner, und der halbe Lohengrin dabei. Auch der von Anatol zerbrochene Deckel ist zurückgeblieben, dankbar verfeuern wir ihn im Herd.

Nun ist schon Abend, Mittwoch, 9. Mai. Schreibend hocke ich auf der Fensterbank. Draußen Sommer, der Ahorn ist dunkelgrün, die Straße sauber gefegt, leer. Ich nutze den letzten Tagesschein, denn nun heißt es Kerzen sparen. Niemand wird uns neue bringen.

Vorbei ist es nun auch mit Schnaps, Zukker, Butter, Fleisch. Könnten wir nun erst an die Kartoffeln heran! Noch getraut sich keiner, die Barrikade vorm Hauskeller niederzulegen. Man weiß ja nicht, ob sie wiederkommen oder ob neue Truppen nachrücken. Die Witwe predigt und predigt, allerdings nicht von den Lilien auf dem Felde, deren Beispiel allein für uns paßte. Sie spinnt bange Zukunftsgedanken, sieht uns alle verhungern, wechselte einen Blick mit Herrn Pauli, als ich um einen zweiten Teller Erbsensuppe bat.

Flak knattert in mein Geschreibe hinein. Es heißt, sie üben für eine Siegesparade, zu der auch Amerikaner eintreffen sollen. Schon möglich. Sollen sie feiern, uns geht es nichts an. Wir haben kapituliert. Trotzdem spüre ich Lebenslust.

10.5.1945 Donnerstag

Zehlendorf. *Der Alltag beginnt. Mein Koch erzählt gestikulierend, Unter den Linden habe gestern die Parade der Roten Armee stattgefunden, vor Shukow, einem amerikanischen, englischen und französischen General.*

Wundtstraße, Charlottenburg. *(Vorgestern) mußten wir nach Lebensmittelkarten anstehen, ich mit Klappstühlchen und Buch. Die Schlange ging um zwei Straßenecken, schätzungsweise 1500 Menschen bis zu mir. Wir waren dort von 8 bis halb elf Uhr. Dann erfuhr man, daß einer vom Haus für alle übrigen gehen kann; wir sammelten die Karten der übrigen, gaben sie der zuvorderst Stehenden und gingen heim.*

Kreuzberg/Schöneberg. *Der Morgen ging hin mit Hausarbeit, Holzzerklopfen, Wasserholen. Die Witwe badete ihre Füße in Sodawasser und probierte Frisuren aus, bei denen sich möglichst viel Grauhaar verstecken läßt. Um drei Uhr nachmittags waren wir endlich startbereit. Unser erster Gang durch die eroberte Stadt.*

Arme Worte, ihr reicht nicht aus.

Wir stiegen über den Friedhof an der Hasenheide, mit den langen, gleichförmigen Gräberreihen im gelben Sand, vom letzten großen Luftangriff im März her. Sommersonne brannte. Der Park lag wüst. Die Unsrigen hatten seinerzeit noch die Bäume gefällt, um das Schußfeld freizulegen. Überall Laufgräben, darin verstreut Lumpen, Flaschen, Büchsen, Drähte, Munition. Auf einer Bank hockten zwei Russen mit einem Mädel. Selten bewegt sich draußen ein Russe allein. Zu zweit fühlen sie sich wohl sicherer. Weiter, durch einstmals dichtbevölkerte Arbeiterstraßen. Jetzt könnte man glauben, daß die Zehntausende, die hier lebten, ausgewandert oder tot seien; so stumm sind die Straßen, so verschlossen und verkrochen wirken die Häuser. Kein Lebenslaut von Mensch oder Tier, von Auto, Radio oder Straßenbahn. Nur lastende Stille, in der wir unsere Schritte hören. Wenn uns aus den Häusern jemand nachblickt, so tut er es verstohlen. Wir sehen kein Gesicht hinter den Fenstern.

Weiter, hier beginnt der Stadtteil Schöneberg. Gleich wird sich zeigen, ob wir weiter-

können, ob eine der Brücken heil blieb, die über die S-Bahn führen, zum Westen hin. Zum ersten Mal sehen wir an einigen Häusern rote Fahnen, vielmehr Fähnchen – offenbar aus ehemaligen Hakenkreuzfahnen herausgeschnitten; manchmal sieht man noch den dunkleren Kreis, von dem der weiße Stoff mit dem schwarzen Hakenkreuz darauf abgetrennt wurde. Die Fähnchen sind – wie könnte es in unserem Lande anders sein? – von Frauenhand sauber umsäumt.

Am Wege überall Hinterbleibsel der Truppen, ausgeweidete Autos, ausgebrannte Panzer, verbogene Lafetten. Hin und wieder ein Schild, ein Plakat in russischer Sprache, das den 1. Mai feiert, Stalin, den Sieg. Auch hier kaum Menschen. Manchmal huscht ein armseliges Geschöpf vorbei, ein Mann in Hemdsärmeln, eine ungekämmte Frau. Keiner beachtet uns groß. „Ja, die Brücke steht noch", antwortet auf unsere Frage eine barfüßige, verkommene Frau und hastet davon. Barfuß? In Berlin? Hab sowas nie zuvor bei einer Frau gesehen. Auf der Brücke noch eine Barrikade aus Trümmersteinen. Wir schlüpften durch den Spalt, mein Herz klopfte heftig dabei.

Grelle Sonne. Die Brücke leer. Wir verhielten, blickten auf den Bahndamm hinunter. Ein Gewirr von strohgelben Gleisen, dazwischen metertiefe Krater. Schienenstücke ragen hochgebogen in die Luft. Polster und Fetzen quellen aus zerbombten Schlafwagen und Speisewagen. Die Hitze brütet. Brandgeruch hängt über den Schienen. Rings Öde und Verlassenheit, kein Hauch von Leben. Das ist der Kadaver von Berlin.

Weiter nach Schöneberg hinein. Da und dort in der Tür eine Frau, ein Mädel: blicklos das Auge, die Züge schwammig und gedunsen. Ich kann von ihnen ablesen, daß der Krieg hier erst wenige Tage vorbei ist. Die haben sich noch nicht gefangen, sind noch so betäubt, wie wir es vor etlichen Tagen waren.

Wir traben die Potsdamer Straße hinunter, vorbei an schwarz ausgebrannten Ämtern, leeren Hochhäusern, Schutthaufen.

An einer Ecke rührendes Bild: Vor einem Schutthaufen, der sie weit überragte, zwei alte, klapprige Frauen, die etwas Dreck mit einer Kohlenschaufel abkratzten und in ein Kärrchen füllten. Wenn sie so weitermachen, brauchen sie Wochen für den Berg. Sie haben knorrige Hände, vielleicht schaffen sie es.

Der Kleistpark ist eine Wüste. Unter den Arkaden lagern Lumpen, Matratzen und herausgerissene Autopolster. Überall Kothaufen, von Fliegen umsummt. Mittendrin der halb fertige Hochbunker, wie ein Igel von Eisenstacheln umstanden. Vermutlich sollten wir darin im siebten Kriegsjahr Zuflucht vor Bomben suchen. An einem Balkenstapel davor zerren zwei Zivilisten, einer sägt handliche Stücke herunter. Alles gehört allen. Kläglich kratzt die Säge durch all die Stille. Unwillkürlich flüsterten die Witwe und ich miteinander, der Hals war uns trocken, die tote Stadt verschlug uns den Atem. Die Luft im Park war bloß Staub, alle Bäume schienen weiß überpudert, waren von Schüssen durchsiebt und schwer verwundet. Ein deutscher Schatten hastete vorbei, schleppte Bettzeug. Am Ausgang ein Russengrab, mit Draht umzäunt. Wieder grellrote Holzstelen darauf, und dazwischen eine flache Granitplatte, auf die mit Kalk gepinselt steht, daß hier Helden ruhen, fürs Vaterland gefallen. Geroi, so lautet das Wort, Heros, Held. Es klingt so preußisch. (. . .)

Weiter, ins Bayerische Viertel hinein, wir wollen noch nach meiner Freundin Gisela schauen. Unendliche Reihen von deutschen Personenautos blockieren die Straße, ausgeweidet fast alle. Drüben hat ein Friseur wieder aufgemacht; ein Zettel vermeldet, daß er Männerhaare schneidet und auch Frauenköpfe wäscht, wenn man ihm warmes Wasser mitbringt. Tatsächlich erspähen wir hinten im Halbdunkel einen Kunden und einen, der mit einer Schere in Händen drumherum sprang. Das erste Lebenszeichen im Stadtkadaver.

Treppauf zu Gisela. Ich klopfte und rief, mir war ganz zittrig vor Aufregung. Wieder Gesicht an Gesicht; und dabei haben wir uns früher höchstens die Hand gedrückt.

Gisela war nicht allein. Sie hat zwei junge Mädchen bei sich aufgenommen, die irgendein Bekannter ihr geschickt hat. Zwei geflüchtete Studentinnen aus Breslau. Stumm saßen sie in einem fast leeren, scheibenlosen, doch sauberen Zimmer. (. . .)

Zurück, den gleichen öden, langen, staubigen Weg. Nun wurde es der Witwe doch zuviel, ihre Füße brannten, wir mußten hin und wieder am Bordstein sitzend rasten. Ich schlich wie unter einer Zentnerlast, hatte das Gefühl, daß Berlin nie wieder hochkommen könne, daß wir Trümmerratten bleiben würden unser Leben lang. Zum ersten Mal beschlich mich der Gedanke, diese Stadt zu verlassen, mir anderswo Brot und Obdach zu suchen, wo es noch Luft und Landschaft gibt. (. . .)

Heimzu auf müden Füßen. Herr Pauli hatte sich in seinem Sessel ans Fenster postiert, hatte nach uns ausgespäht. Er wollte gar nicht glauben, daß uns auf den drei Wanderstunden nur die paar zufällig umherstreunenden Russen begegnet waren. Er hatte sich vorgestellt, daß es im Stadtkern von Truppen nur so wimmelte. Nachträglich wunderten wir uns selber darüber und überlegten, wo all die Sieger geblieben sein könnten. Tief atmeten wir die reine Luft an unserer Ecke, dachten mit Schaudern an die Schöneberger Staubwüstenei zurück.

Ich schlief nur schwer ein. Trübe Gedanken. Ein trauriger Tag.

11.5.1945 Freitag

Zehlendorf/Lichterfelde. *Sommer ist es plötzlich geworden. Ein neuer, zweiter Weg nach Lichterfelde. Das Jahr hat eine Jahreszeit übersprungen. Dieses Jahr kann sich alles leisten. Nachträglich explodierte Tellerminen haben auch noch den Torso der Brücke am Teltowkanal zertrümmert. Ein untätig auf dem Wasser gondelnder und singender Russe macht sich zum Fährmann, ohne daß es mehr als ein paar freundliche Worte kostet. Freilich, die gute Überfahrt war wohl mehr meiner Begleiterin als meiner Bitte zu danken.*

Drüben bescheint ein anderer Himmel die Welt. Keine Menschen, keine Soldaten, keine Wagen. Hin und wieder ein Mann oder eine Frau, die im Garten arbeiten, hacken, jäten. Ein verlorenes Idyll.

So ist es bei Ranio. Sie sind erfüllt von ihrem Garten, ihren Bohnen und Kartoffeln, fern von der Welt, fern von der Sorge, fern von der Pflicht. Ich bin über das Wasser gekommen. Ich bin ihr Zugang zur Welt. Sie haben eine Sensation: Sie haben zu essen, viel, reichlich, überreichlich. Ein Pferd lief durch die Gärten, auf ihre Wiese vor dem Haus. Wie sie es gefangen, geschlachtet, geteilt und zubereitet haben – das ist die aufregende Geschichte ihres Friedens. Das ist Beruf, Erfüllung, Problem und Erlebnis in einem. Wohl dem, dem ein Ereignis in die Tage des Wartens läuft. Es wird ein langer Abend der Erzählungen und Gespräche, ein Abend ohne Hunger, ein Abend voller neuer Pläne.

Charlottenburg. *Morgen in aller Frühe wollen Frau Becker und ich nach Teupitz radeln, davor habe ich etwas Angst, erstens vor der Strapaze – für sie 60, für mich 65 km in dieser schwülen Hitze –, dann die Angst vor dem, was wir dort finden werden; schließlich die Gefahr, daß jemand uns die Räder abnehmen will. Wir beide versuchten, Genehmigungen zu erlangen, weil auf dem ersten russischen Befehlsanschlag stand, man dürfe die Stadt nicht verlassen. Man darf aber nun fahren, allerdings auf eigene Gefahr (in bezug auf die Räder). Ich ging in dieser Sache an unsre neue Bürgermeisterei. Am Mittwoch waren es noch leere Zimmer im ehemaligen Militärgericht; am Donnerstag kamen schon Leute zum Arbeiten in Zimmern mit Tischen und Stühlen (dazwischen hatte die Bevölkerung zwangsgeputzt). Ich fragte einen ankommenden Herrn im Gang; er besah eine Liste, um zu sehen, wer für mich zuständig sei, sagte dann: „Genosse Peters; in Zimmer 203" und wiederholte dann auf meinen unwillkürlich erstaunten Blick: „Herr Peters, und fragen Sie dort nach Frl. Dr. Hendrick." Diese war ein freundliches sachliches älteres Fräulein, bei deren Anblick ich an Käthe Kollwitz dachte.*

Es ist erstaunlich, wie schnell alles in Gang kommt. Das Abtragen der Schutthaufen von den Straßen, von den Bürgern selbst besorgt, viele derselben auch in den Dienst größerer Räumungsarbeiten gezwungen; die Versorgungsbetriebe von den Angestellten und Arbeitern in Angriff genommen, die ja bei den Luftangriffen Übung im Reparieren bekamen. In Friedenau gibt es in manchen Straßen schon wieder Wasser und Licht; vier Straßenbahnen sollen auf Teilstrecken wieder gehen; wir hören auf unsrer Ringbahn nachts Dampflokomotiven pfeifen; in unserm Keller gab es schon zweimal stundenweise Wasser. In Friedenau bekommen die Leute übrigens Sonderrationen, weil Friedenau sich kampflos ergeben hat. Auch Zehlendorf hat sich selbst ergeben und wird besser behandelt. – Tat des Bürgermeisters, der sich nachher erschoß. Das ist ein Mann, der mir gefällt. Hier wäre solches nicht möglich gewesen, denn die Wehrmacht herrschte, nicht die Zivilbehörden.

Hasenheide, Kreuzberg. *Hausarbeit. Wir weichten Wäsche ein, schälten unsere letzten Kartoffeln vom Küchenvorrat. Fräulein Behn überbrachte uns die neuen Lebensmittelkarten. Sie sind auf Zeitungspapier in deutscher und russischer Sprache gedruckt. Es gibt ein Muster für Erwachsene und eines für Kinder unter 14 Jahren. Ich hab meine Karte neben mir liegen und notiere die Tagesration: 200 Gramm Brot, 400 Gramm Kartoffeln, 10 Gramm Zucker, 10 Gramm Salz, 2 Gramm Malzkaffee, 25 Gramm Fleisch. Kein Fett. Gibt man uns die Sachen wirklich, so ist es doch etwas. Ich bin starr darüber, daß überhaupt schon wieder so viel Ordnung in den Wirrwarr kommt.*

Als ich unten beim Gemüsehändler eine Schlange sah, stellte ich mich mit an, bekam Rote Rüben und Trockenkartoffeln auf unsere Karten. In der Schlange genau das gleiche Gerede wie an der Pumpe: Jeder rückt jetzt von Adolf ab, und keiner ist dabeigewesen. Jeder wurde verfolgt, und keiner hat denunziert.

12.5.1945 Sonnabend

Lichterfelde/Zehlendorf. *Am Morgen duftet früh der blaue und der weiße Flieder schon ins offene Fenster. Die Wohltat dieser Sphäre schmerzt fast. Das merkte ich dann unterwegs. Diesmal half ein irrendes Schlauchboot, auf dem ein paar Halbwüchsige hin und her paddelten, ans jenseitige Ufer. Der Tag wurde heiß; Menschen wandern am Kanal entlang, mit Bündeln, Rucksäcken, Tragen, müde schon am Morgen und mit zerquältem, hoffnungslosem Gesicht.*

Alle fragen, forschen, bitten um eine

Brücke. Ja, die Brücke ins neue Dasein ist die große Sorge. Ein Mann fällt um. Herzschlag. Die Frau schreit. Wir betten ihn in den Schatten einer Linde. Die Brennesseln werden ihn stechen, quält sich die Gefährtin, die es noch nicht glauben kann. Er ging ja eben noch neben ihr. Nun ist er bleich. Ein Pfarrer kommt im Pfarrock mit dem Kreuz über der Brust. Zwei Männer mit einer Bahre folgen ihm. Sie suchen einen andern Toten, den Unteroffizier, den wir gestern im Vorbeigehen eingegraben haben. Der Tod ist neben uns, ein Gefährte, fast ein Freund geworden. Wir müssen weiter. Der Tod bleibt am Wege zurück.

In der Drakestraße sind die roten Tore und Absperrungen verlassen. Die Division ist abgerückt. In Gruppen stehen die wiederkehrenden Bewohner vor den Häusern. Einquartierung ist immer für die, die sie betraf, ein Kummer gewesen.

Unter den Eichen zieht aus der Stadt heraus eine lange Kolonne von Panjewagen. Es sind Trosse. Die Männer darauf mit den zwirbligen Schnurrbärten und den gutmütig listigen Äuglein sind gemütlich. Auf den Säcken ihrer Last sitzen, ein erstes Mal, Deutsche, Frauen, Kinder und Männer, die ein Stück Weges erspart wissen wollen. Das sind die Russen, wie sie die Erinnerung des ersten Weltkrieges zurückgelassen hat: Männer mit mehr Herz als Willen, mit dem Gemüt der Guten, Treuen und Tapsigen, wie es die großen Geschöpfe der Natur hinter ihren verwegenen Tatzen und zottigen Fellen immer haben.

Charlottenburg. *Am Nachmittag sollte ich mit Mietuschs zu Lettré, dem berühmten Goldschmied, der in der Nähe ein selbstgebautes Haus hat. Ich wollte mit Rücksicht auf meinen großen Zeh mit dem Rad nachkommen; auf der Straße war der eine Reifen platt; ich dachte: Ventil und ging zum Elektriker. Er sagte: Loch – und da ihm am Tag zuvor zwei zu reparierende Räder von den Russen geholt worden waren, hinterließ ich ihm nur das Vorderrad und schleppte den Rest wieder nach Hause.*

Abends bis fast 10 h beim Elektriker. Er hatte Gummistücke, ich hatte Gummilösung (auf der Straße von einem von den Russen ausgeraubten Militärauto aufgelesen). Er aß zu Abend, ich arbeitete unter seiner Anleitung. Als das eine Loch zu war, sagte ich, man müsse sehen, ob nicht noch eins sei. Es gab aber kein Wasser. Und er behauptete fest, es sei nur das eine gewesen. Heimgekommen war das Rad wieder luftleer, inzwischen auch das Hinterrad. So verbrachte ich vormittags vier Stunden damit, die beiden Schläuche zu flikken und die Räder ab- und anzumontieren. Jetzt kann ich's. Hatte es früher als „höhere Tochter" nie gelernt.

Hasenheide, Kreuzberg. *Am Vormittag hat die ganze Hausgemeinschaft – man nennt das jetzt offiziell wieder so – gemeinsam im Hintergarten, den ich seinerzeit in meiner Phantasie schon als Friedhof eingerichtet hatte, eine Grube ausgehoben – aber nur für den Müll des Hauses, der sich zu Bergen um die Müllkästen herum türmte. Munterer Arbeitseifer, lustige Redensarten, alle fühlten sich erleichtert, freuten sich des nützlichen Tuns. Es ist so sonderbar, daß keiner mehr „ins Geschäft" gehen muß, daß jeder gewissermaßen Hausurlaub hat, daß die Ehepaare von früh bis spät zusammenstecken. (. . .)*

Abends ging ich noch Wasser holen. Unsere Pumpe ist ein tolles Möbel. Der Stamm abgebrochen, der Schwengel, mehrfach herausgebrochen, mit etlichen Metern Strippe und Draht kümmerlich festgezurrt. Dreie müssen immer den Aufbau stützen, während zwei pumpen. Das Kollektivwerk hat sich gut eingespielt, es wird kein Wort dabei geredet. Auf meinen beiden Eimern schwammen nachher Splitter und Späne, von der Pumpe abgespritzt. Wir mußten das Wasser durchseihen. Wieder wundre ich mich darüber, daß „die" zwar Barrikaden bauten, die zu nichts nütze sind, daß sie aber nicht im geringsten daran dachten, für die Belagerung ein paar ordentliche Wasserzapfstellen vorzubereiten. Die haben doch selber Städte belagert, müßten es also wissen. Aber vermutlich wäre jeder führende Mann, der von Pumpenbau gesprochen hätte, als Defaitist und Lumpenhund abgetan worden. (. . .)

Stiller Abend heute. Zum ersten Mal seit drei Wochen habe ich ein Buch aufgeschlagen, Joseph Conrad: „Schattenlinie". Ich fand aber nur schwer hinein, bin selber zu voll von Bildern.

Tiergarten/Mitte. *Frank faßt mich am Arm. „Ich glaube, wir haben denselben Weg." Sein altes Krankenhaus und mein ehemaliger Verlag liegen im gleichen Stadtviertel. Gemeinsam wandern wir stadteinwärts. Es ist ein heißer Tag. Ruinen und Staub. Staub und Ruinen. Die letzten sechs Kampftage haben Berlin schlimmer zugerichtet als zehn schwere Bombenangriffe. Nur vereinzelt trifft man auf ein heiles Haus. Hauptstraße, Koesterufer, Hafenplatz. Mit müden Gesichtern stochern die Menschen zwischen den Trümmern, zerren hier eine zerbeulte „Trophäe" ans Licht, dort einen verkohlten Balken. Berlin holzt die Ruinen ab, um seine spärlichen Mittagessen zu kochen. Zwischen Linkstraße und Margaretenstraße dehnt sich ein riesiges Wasserbecken. Bomben haben die unterirdischen Rohre zerrissen und das Häuserviertel in einen Weiher verwandelt. Benzinkanister schwimmen in ihm herum. Kriegsdreck und schmutzige Papiere. Dazwischen zwei Mädchen. In grasgrünen Badeanzügen. Ausgelassen plätschern sie durch das schmutzige Wasser. Lachen und planschen, als wären sie im Freibad Wannsee. Die Ruinen der Linkstraße blicken auf den fragwürdigen Teich, spiegeln sich schwankend in seiner schillernden Fläche. Die Mädchen lachen. Wie Vogelzwitschern klingt ihr Lachen durch die staubige Luft. Frank mißt sie mit liebevollem Blick. „Wer so sein kann", sagt er andächtig.*

Dort ist die Philharmonie. Oh, vielmehr nein! Da war sie. Wo ehedem Bruno Walter musizierte, liegt zwischen Schutt und Gemäuer ein toter Schimmel. Aufgedunsen der Leib, mit schwarzen, versteinerten Augen. Als grausiges Stilleben breitet er sich unter den zerbrochenen Arkaden, und seine steifen Beine starren anklagend in die Luft. Die Bernburger Straße ist ein einziger Steinhaufen. „Nicht dort herum", warnen uns zwei Männer. „Dort holt man euch zum Trümmerschippen." – „Verbindlichsten Dank!" Im Handumdrehen machen wir kehrt. Sollen die den Dreck wegräumen, die ihn verursacht haben. – Es gibt noch mehr solcher „Arbeitsfallen" in der Stadt. Wo man im Trümmergewirr der Geschäftsviertel nicht auf Hausbewohner zurückgreifen kann, zwingt man Passanten zur verkehrsnotwendigen Entrümpelung. Drei Stunden, fünf Stunden, zehn Stunden. Daheim sitzen die Angehörigen und ängstigen sich, daß ihre Lieben nicht wiederkehren. Aber die Methode ist erfolgreich. Keine freiwillige Werbung würde die Straßen in so kurzer Frist bahnfrei machen.

Auf Umwegen kommen wir zum Tiergarten. Oder zu dem, was von ihm übrigblieb. Bestürzt blicke ich auf die zerfetzten Bäume. Geknickt, zerborsten, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Arme Bäume! Was konntet ihr denn dafür? Mir würgt es in der Kehle. „Du", sage ich zu Frank. „Das ist noch schlimmer als Ruinen. Das ist . . . Autsch!" Ich stolpere über einen harten Gegenstand. Aus dem Gewirr der Äste, die kreuz und quer den Boden bedecken, bohrt sich etwas Schwärzliches. Ich bücke mich, die Zweige beiseite zu schieben. Vor mir liegt der Kopf eines erzenen Reiters. Halb in die Erde gewühlt, mit Dreispitz und Fridericus-Zopf. Eine Granate riß ihn vom Rumpf, hat ihn aus luftiger Denkmalhöhe hierher geschleudert. Zehn Meter weiter finden wir seinen zerlöcherten Rest. Ein schweifloses Pferd, einen kopflosen Mann. Gespenstisch reckt seine Rechte ein erzenes Jagdhorn. „Hali-Halo", scheint es durch die Bäume zu wehen. – Dicht neben dem Denkmal liegt ein kleiner Hügel. Hastig aufgeworfen, noch hastiger vollendet. Zwei Latten auf ihm. Mit Bindfaden zum Kreuz verschnürt. „Hier ruhen ein Hauptmann, ein Leutnant, zwei Unteroffiziere und sechs Grenadiere", steht mit Blaustift auf dem Querbalken. Regen hat die Schrift verwischt. Wie blaue Tränen rinnt es von den Buchstaben. Da ein Grab, dort wieder eines. Wo sie starben, scharrte man sie ein. Möge die Erde euch leicht sein, namenlose Tote! –

Auf der Charlottenburger Chaussee stinkt es nach Kadavern. Doch als wir näher hinschauen, sind es nur Pferdegerippe. Fleischfetzen um Fleischfetzen schnitten die Umwohner den toten Tieren von den Knochen, steckten sie in die Kochtöpfe und verschlangen sie gierig. Nur die Gedärme hängen noch faulend zwischen nackten Rippen.

Immer heißer glüht die Sonne. Immer mühsamer setzen wir einen Fuß vor den andern. Jetzt passieren wir das Brandenburger Tor. Auf dem Pariser Platz wimmelt es von Leuten. Sie tragen aus dem Hotel Adlon die Möbel heraus. Vergoldete Spiegel, Plüschsessel und Matratzen. „Trophäisten", lacht Frank verständnisvoll. „Die nehmen, was sie kriegen können." Kein Zweifel, sie nehmen es. Auf Karren und Leiterwagen, in Bündeln und Säcken schleppen sie davon, was die Bomben übrigließen. Wir biegen in die Wilhelmstraße ein. Ruinen und Staub. Staub und Ruinen. Wo irgendwo ein Keller stehenblieb, tummeln sich die Trophäisten, zappeln treppauf und treppab, gleich Maden auf einem Käse. Vor dem Auswärtigen Amt liegt im Schmutz ein Pastellbild. „Starnberger See" steht in Handschrift links unter dem Rand. Wo mag es gehangen haben? Wer warf es hierher? Ich hebe es auf. „Zur freundlichen Erinnerung an unsere nationalsozialistische Außenpolitik", sage ich zu Frank und stopfe es in meine Aktentasche.

Da steht die Reichskanzlei. Ein zerschundener Steinkoloß. Öde starren seine Fensterhöhlen auf den trümmerübersäten Wilhelmplatz. Nichts regt sich hinter den Mauern, die die Überreste Adolf Hitlers bergen. Vor der Auffahrt wacht ein russischer Soldat. Sein Gewehr über den Knien, sitzt er, behaglich zurückgelehnt, in einem grünseidenen Polstersessel. Mitten im sogenannten Ehrenhof, ein Urbild des Friedens. Der Anblick macht uns lächeln. So hatten sich die Nazis den Wachtposten ihres Führers und Reichskanzlers gewiß nicht vorgestellt. – Wenn es nur nicht so drückend wäre. Seit mehr als sechs Stunden pilgern wir durch die sengende Sonne. Das verbrannte Gemäuer spendet keinen Schatten. Fast glühender noch wirft es die Hitze zurück. Gottlob, eine Pumpe! Erleichtert greife ich nach dem eisernen Schwengel. „Nicht trinken", ruft ein Vorübergehender. Ich blicke ihn an. „Verseucht", sagt er. „Von den Leichen im S-Bahn-Schacht." „Im S-Bahn-Schacht?" Er nickt. „Die Nazis haben den Nord-Süd-Tunnel gesprengt. Er ist versoffen, mit allen, die drin waren." – Es ist nicht nur der S-Bahn-Schacht. Fast jede Berliner Brücke liegt zertrümmert im Wasser. Fast jeder Bahnübergang, jede halbwegs wichtige Unterführung wurde von den Sprengkommandos in letzter Minute in die Luft gejagt. Posthume Propaganda für nazistisches Organisationstalent. Wie soll, kalkulierte man listig, dem Sieger die Berliner Versorgung gelingen, wenn sämtliche Brücken im Wasser liegen. (. . .)

Am Spätnachmittag erreichen wir unsere ehemaligen Arbeitsstätten. Franks Krankenhaus steht noch. Mein Verlag ist „stark durchgepustet". Während draußen der eine dem anderen die Daumen drückt, knüpft drinnen jeder von uns seine ersten bürgerlichen Fäden. Als wir die Hauptstraße zurückwandern, sprechen wir nicht mehr von Trümmern und Nazis, sondern von ärztlichen Aufgaben und der Möglichkeit einer neuen Jugendzeitschrift.

13.5.1945 Sonntag

Zehlendorf. *Wieder in der Wohnung zurück. Obwohl ich weiß, wie abziehende Truppen einander ähneln, bin ich doch sehr betroffen. Freilich waren die Deutschen der Umgebung eher zurück als wir. Das erklärt vieles.*

Der Tag geht hin mit Säuberung und Sichten. In der Nähe wird ein ehemaliges Wehrmachtslager ausgeräumt. Erst tut es einer, dann die Nachbarn. Zunächst greifen sie zaghaft nur nach einer Tasse, einem Teller. Dann nimmt einer eine Matratze, der zweite eine Bettstelle dazu, der dritte einen Waschtisch, und eine Stunde später rollen auf kleinsten improvisierten Gefährten ganze Möbellager durch die Straßen. Wie viele brauchen es! Wie viele haben buchstäblich nichts mehr! Aber die anderen, die noch besitzen, reizt es gerade, zu dem, was sie noch haben, hinzuzufügen, was immer sich bietet. Die Marder sind am Werk.

Wundtstraße, Charlottenburg. *Es ist ein friedlicher Sonntagmorgen, kein Schießen, keine Reiter oder Fahrzeuge, kein Geschrei – ich sitze auf dem Balkon in einer schon sehr schwülen Sonne; vom Park kommen Flieder- und Heudüfte; die morgendliche Drecksarbeit hab ich hinter mir; in einer Stunde will ich nach Dahlem fahren. Hoffentlich klappt alles wie geplant. (. . .) Bei der Telefon- und Verkehrsmittellosigkeit ist das die einzige Möglichkeit, in Verbindung zu bleiben.*

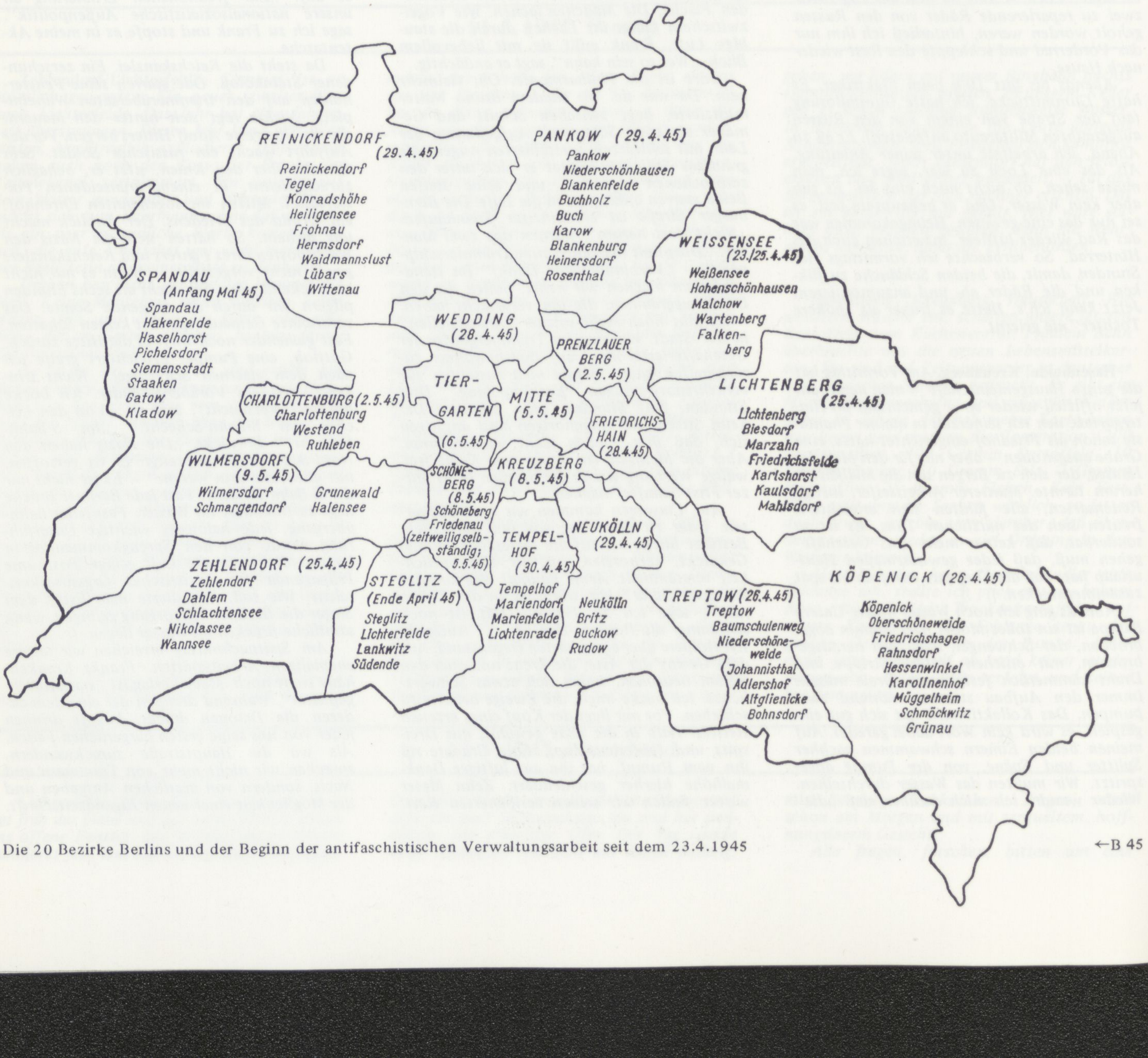
Hasenheide, Kreuzberg. *Strahlender Sommertag. Von früh an optimistische Geräusche: Klopfen, Schrubben, Gehämmer. Dabei schwebt über uns die Angst, daß wir unser Haus, unsere Wohnungen für Militär räumen müssen. An der Pumpe ging das Gerücht, daß Truppen in den Block gelegt werden sollten. Nichts gehört uns mehr in diesem Land, nur die Stunde. Und die haben wir genossen, als wir zu dritt um einen reinlich gedeckten Frühstückstisch saßen, Herr Pauli noch in seinem Morgenrock, aber schon halbwegs wohlauf.*

Über Berlin läuten die Glocken zum Sieg der Alliierten. Irgendwo steigt in dieser Stunde die berühmte Parade, die uns nichts angeht. Es verlautet, daß heute Festtag bei den Russen sei, daß die Mannschaften zur Feier des Sieges Wodka zugeteilt bekämen. An der Pumpe hieß es, Frauen sollten nach Möglichkeit die Häuser nicht verlassen. Wir wissen nicht recht, ob wir das glauben sollen. Die Witwe wiegt bedenklich den Kopf. Herr Pauli reibt sich schon wieder das Kreuz, meint, daß er sich legen müsse . . . Ich warte es ab.

Mittlerweile hatten wir das Thema Alkohol beim Wickel. Herr Pauli hat mal gehört, daß eine Anweisung an die kämpfende deutsche Truppe ergangen sei, Alkoholvorräte niemals zu vernichten, sondern sie dem nachsetzenden Feinde zu überlassen, da erfahrungsgemäß dieser durch Alkohol aufgehalten und in seiner weiteren Kampfkraft beeinträchtigt werde. Das ist so Männerschnack, von Männern für Männer ausgeheckt. Die sollten sich bloß mal zwei Minuten überlegen, daß Schnaps geil macht und den Trieb gewaltig steigert. Ich bin überzeugt, daß ohne den vielen Alkohol, den die Burschen überall bei uns fanden, nur halb so viele Schändungen vorgekommen wären. Casanovas sind diese Männer nicht. Sie müssen sich erst selber zu frechen Taten anstacheln, haben Hemmungen wegzuschwemmen. Das wissen sie oder ahnen es doch; sonst wären sie nicht so heftig hinter Trinkbarem her. Beim nächsten Krieg, der mitten unter Frauen und Kindern geführt wird (zu deren Schutz früher angeblich das Mannsvolk hinauszog), müßte vor Abzug der eigenen Truppen jeder verbliebene Tropfen an aufputschenden Getränken in den Rinnstein gegossen, Weinlager müßten gesprengt, Bierkeller hochgejagt werden. Oder meinetwegen sollen sie vorher für die eigenen Leute schnell noch eine lustige Nacht veranstalten. Bloß weg mit Alkohol, solange Frauen in Greifweite des Feindes sind.

Weiter, es ist Abend. Der vielgefürchtete Sonntag ist vorüber. Nichts ist passiert. Es war der friedlichste Sonntag seit dem 3. September 1939. Ich lag auf dem Sofa; draußen Sonne und Gezwitscher. Ich knabberte Kuchen, den die Witwe uns mit sündhaft viel Holz gebacken hat, und dachte über das Leben nach. (. . .)

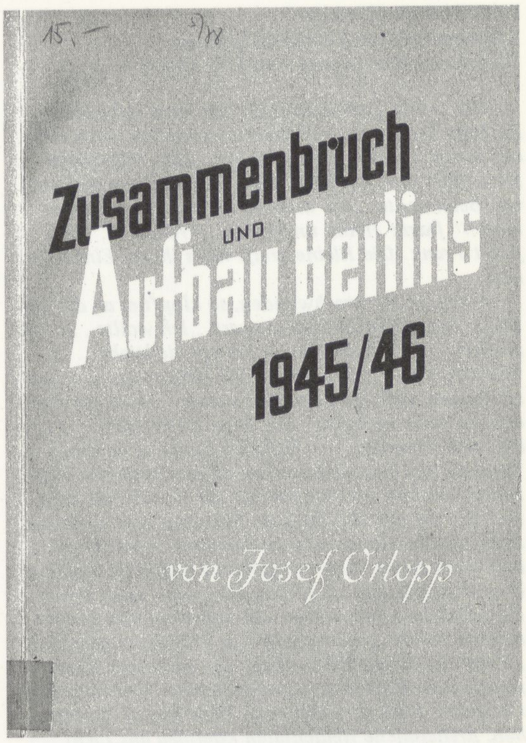
Motorlärm riß mich (. . .) aus dem ersten Schlaf. Draußen Rufe, Gehupe. Ich stolperte ans Fenster. Da stand unten wahrhaftig ein russischer Lastwagen voll Mehl. Kohle hat der Bäckermeister schon, also kann er backen, kann die Karten und Nummern beliefern. Ich hörte ihn jauchzen und sah, wie er dem russischen Fahrer um den Hals fiel. Der strahlte ebenfalls. Sie spielen gern den Weihnachtsmann.



Die 20 Bezirke Berlins und der Beginn der antifaschistischen Verwaltungsarbeit seit dem 23.4.1945

←B 45

2.3.2 Die Vierteilung der Stadt



Am **1.5.1945** trifft in Bruchmühle bei Berlin die erste Gruppe emigrierter deutscher Kommunisten aus Moskau ein. Sie wird geleitet von dem früheren Reichstagsabgeordneten und Bezirksvorsitzenden der KPD Berlin-Brandenburg, Walter Ulbricht, und setzt sich u.a. aus Karl Maron, Otto Winzer, Arthur Pieck, Richard Gyptner, Fritz Erpenbeck, Hans Mahle, Gustav Gundelach und Wolfgang Leonhard zusammen. Ulbricht fährt noch am gleichen Tag weiter nach Berlin, die anderen Mitglieder der *Gruppe Ulbricht* folgen am **2.5.1945**. Sie richten in der Prinzenallee 80 in Friedrichsfelde ein Arbeitszentrum ein und nehmen die Vorbereitungen zur Bildung einer neuen Verwaltung Berlins auf, die damit beginnen, in Berlin nach Personen zu suchen, die für eine leitende Tätigkeit in dem neuzubildenden Magistrat in Frage kommen. Einer der ersten, zu denen Kontakt hergestellt wird, ist Josef Orlopp:

Am Abend des 4. Mai 1945 erschien in meiner Wohnung, Berlin-Wedding, Prinz-Eugen-Straße 17, ein führendes Mitglied der Arbeiterbewegung und machte mir das Angebot, in den Magistrat der Stadt Berlin einzutreten. Seit Jahren in der Öffentlichkeit als sozialistischer Kommunalpolitiker bekannt und von den Nazis als unverbesserlicher Marxist zum Staatsfeind erklärt, war ich dennoch von dem Angebot überrascht. Die Unterredung beschäftigte sich insbesondere mit dem Wiederaufbau unserer Stadt und den daraus entstehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Von Trümmern umgeben, saßen wir ohne Licht in dunklen Räumen, denn in Berlin gab es keinen Verkehr mehr, kein Licht, kein Wasser, kein Telefon usw. ←L 95

Am nächsten Tag, dem 5. Mai 1945, kamen nachmittags einige russische Offiziere in meine Wohnung. Wahllos wurden aus den umliegenden Häusern etwa 50 Männer und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten in einen Raum zusammengeholt, um die Meinung der Bevölkerung festzustellen. Der den Vorsitz führende Offizier fragte die Anwesenden, ob sie glücklich seien, daß der Krieg ein Ende habe. Das wurde selbstverständlich mit einem freudigen Ja einstimmig beantwortet. Er erkundigte sich eingehend nach ihren Sorgen und Nöten. Daß alle Hunger hatten und um Lebensmittel baten, war selbstverständlich. Aber die ganze Mentalität unserer Bevölkerung kam in diesem kleinen Kreis klar zum Ausdruck. Der erste Diskussionsredner fragte, was aus unserer Währung würde. Der zweite verlangte Ersatz für sein Fahrrad, das bei den Kriegsereignissen abhanden gekommen war. Weitere Diskussionsredner traten ein für schnellste Versorgung mit Zigaretten und Alkohol. Andere wieder baten um baldige Zurückführung ihrer in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen. Nur ein älterer Metallarbeiter nahm politisch zu der Situation Stellung und betonte die Wichtigkeit, zu erkennen, daß schwere Jahre von Not und Elend vor uns stünden und daß wir nur durch unsere eigene Arbeit wieder in normale Verhältnisse kommen könnten. Eine Lebensmittelverkäuferin wies darauf hin, daß in Berlin so gut wie keine Lebensmittel mehr wären, da dieselben entweder durch die Kriegseinwirkungen vernichtet oder von der eigenen Bevölkerung geraubt seien. Erschwert werde die Situation durch die Zerstörung der Eisenbahn und die Unpassierbarkeit der durch die eingestürzten Brücken blockierten Kanäle und Flußläufe. Eine Hungersnot sei unabwendbar, wenn nicht schnellste Hilfe durch die russische Besatzungsmacht erfolge.

Der russische Offizier erklärte, daß die Besatzungsmacht ihren gesamten Wagenpark für die Heranschaffung von Lebensmitteln zur Verfügung stelle, um die Berliner vor dem Verhungern zu schützen. Die für die nächsten 8 Wochen notwendigen Lebensmittel seien ihrerseits schon bereitgestellt.

Zum Schluß fragte der den Vorsitz führende Offizier die Anwesenden, ob sie mit meiner Wahl zum Stadtrat für Handel und Handwerk einverstanden seien. Das wurde mit allseitiger Zustimmung von sämtlichen Teilnehmern dieser Versammlung beantwortet. So ging in Ermangelung anderer Möglichkeiten die erste demokratische Wahl eines Berliner Stadtrates über die Bühne inmitten von Trümmern und Ruinen.

Sollte Berlin nicht verhungern, dann mußte auf schnellstem Wege eine Zivilverwaltung geschaffen werden, die wieder Ordnung in das vorhandene Chaos zu bringen hatte. Nach dem Zusammenbruch gab es in unserer Drei-

Ruth Andreas-Friedrich
Lebensmittelkarten und Persilscheine
(Tagebuchaufzeichnung vom 17.5.1945)

←L 96

Die ersten Lebensmittelkarten sind ausgegeben. Richtige Karten mit richtigen Abschnitten. Brot steht auf ihnen, Fleisch, Fett und Tee. Salz, Nährmittel, Kartoffeln und Bohnenkaffee. Wir kommen uns vor wie Beschenkte. „Ob man darauf auch was kaufen kann?" fragte Heike ungläubig. „Probier's", empfiehlt Frank. Die Kleine greift nach ihrem Einkaufsnetz.

Kaum ist sie verschwunden, so klopft es an die Tür. Unser ehemaliger Luftschutzwart. „Ich wollte ...", er stottert, „... ich dachte, ob Sie mir vielleicht ...", wieder stottert er und sieht mich flehend an, „... bescheinigen, daß Sie kein Nazi waren", helfe ich ihm ein. Er nickt verlegen. „Ich habe Unterlagen ... es läßt sich beweisen ..." Beflissen kramt er in seinen Taschen. Mir liegt nicht viel an diesen Beweisen. Tagtäglich erleben wir das gleiche. Zu Dutzenden kommen sie, um sich ihr Nazitum fortattestieren zu lassen. Jeder benutzt einen anderen Vorwand. Jeder hat plötzlich einen Juden, dem er irgendwann einmal, irgendwo einmal mindestens zwei Kilo Brot oder zehn Pfund Kartoffeln gegeben haben will. Jeder hat den ausländischen Sender gehört. Jeder hat Verfolgten geholfen. „Unter Lebensgefahr", pflegt die Mehrzahl dieser posthumen Wohltäter stolz-bescheiden hinzuzufügen. Die ganze NSDAP scheint aus Frondeuren zu bestehen. Erstaunliche Heldentaten kommen ans Licht ... Daß jemand auf offener Straße mit einem Mischling gesprochen hätte, obgleich der Blockwalter daneben stand ... Herrn Y nicht denunziert habe, wenngleich er von ihm wußte ... immer dagegengewesen sei und schon längst nicht mehr glaubte ... je größer die Angst, desto dümmer die Ausrede. Aber auch die Harmlosen verlangen nach einem Schein, der ihre Harmlosigkeit legitimiert: „Herr X ist mir seit Jahren persönlich bekannt ..." und so weiter, und so weiter. Das Leumundszeugnis regiert die Stunde. Wer als Parteigenosse kein Leumundszeugnis vorweisen kann, wird zur Zwangsarbeit geholt. Schippkommando der Kulis von Berlin. In Scharen treten sie jeden Morgen an. Punkt sieben Uhr früh. Sie sitzen vor den ehemaligen Arbeitsämtern und warten auf Abruf: Fünfzehn Pg.s zum Schuttwegräumen. Acht Pg.s zum Leichenausgraben. Dreißig Pg.s zum Straßenkehren, zum Kloakensäubern, zum Steineklopfen. Sie klopfen Steine. Sie graben Leichen. Sie säubern Kloaken. Es ist kein leichtes Brot, das man sie essen läßt.

Wir schreiben Bescheinigungen und fertigen Leumundszeugnisse aus. Wo man es verantworten kann, soll man nicht rachsüchtig sein. Zwölf Jahre hatten wir Zeit zu wägen und zu werten. Nur zu genau wissen wir nun, wen wir zu leicht befanden.

Millionen-Stadt keinen Magistrat und keine Bezirksverwaltungen mehr, denn alle Inhaber der leitenden Stellen waren aktive Nazis gewesen. Als sich die sowjetischen Truppen Berlin näherten, verließen diese fluchtartig die Stadt, nachdem sie vorher alle Unterlagen und die gesamte Berliner Einwohnerkartei vernichtet hatten. Unter Mitnahme fast aller flüssigen Zahlungsmittel des Magistrats und der Sparkassen hatten diese germanischen Ehrenmänner das Weite gesucht.

Eine demokratische Neuwahl war unter den gegebenen Umständen selbstverständlich nicht möglich. Es mußte sofort gehandelt werden. Aufrechte Antifaschisten stellten sich zur Verfügung und wurden für die Leitung der Berliner Verwaltung von dem Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin in ihr Amt eingesetzt. Viele von ihnen waren keine ausgesprochenen Verwaltungsbeamten oder sogenannte Fachleute, sondern Männer aus dem Volke, die durch die Schule der Arbeiterbewegung gegangen waren. Sie arbeiteten Hand in Hand mit bürgerlichen Politikern und auch Parteilosen. Alle brachten den Glauben an eine bessere Zukunft mit und gingen an die Arbeit, unsere Stadt zu retten. Gern und willig folgten ihnen Hunderttausende aufrechte antifaschistische Arbeiter und Intellektuelle. Auch alle Beamten und Angestellten der Stadt Berlin, soweit sie keine aktiven Nazis waren, nahmen ihren Dienst wieder auf. Sie arbeiteten gemeinsam in treuer Kameradschaft, bauten auf und retteten, was es noch zu retten gab. Die geschlagene braune Meute und die Nutznießer des Nazisystems standen hämisch grinsend beiseite, überzeugt davon, daß es diesen Männern unmöglich gelingen könnte, in das Chaos wieder Ordnung zu bringen. Aber wir schafften es doch.

Am 6. Mai 1945 wurde der neue Magistrat dem Stadtkommandanten, Herrn Generaloberst Bersarin, vorgestellt.

Die Zusammenkunft fand in der Zentralkommandantur in Lichtenberg statt. Anwesend waren außer dem Militärkommandanten Generaloberst Bersarin und seinen Offizieren die Herren Dr. Werner, Pfarrer Buchholz, Geschke, Dr. Hermes, Jirak, Kehler, Kraft, Dr. Landwehr, Maron, Orlopp, Arthur Pieck, Prof. Dr. Sauerbruch, Schulze und Winzer.

Jedes der anwesenden Magistratsmitglieder entwickelte in kurzen Ausführungen für die ihm zugeteilte Abteilung sein Programm. Generaloberst Bersarin wünschte uns am Schluß dieser denkwürdigen Sitzung viel Glück zur Bewältigung unserer großen Aufgabe und appellierte an die gesamte Bevölkerung, mitzuhelfen bei dieser schweren Arbeit.

Auf der Hin- und Rückfahrt zu dieser Konferenz kam mir so recht die Größe der Katastrophe zum Bewußtsein. Verbrannte und zerstörte Straßenbahnwagen und Kraftfahrzeuge aller Art standen auf den Straßen herum. Die Straßenbahnfahrleitungen hingen in Stücken herab, ein Viertel der U-Bahnstrecken war ersoffen, und sämtliche Gas- und Elektrolampen für die Beleuchtung der Stadt (rd. 100 000) waren vernichtet. Von den 225 städtischen Brücken waren 140 zerstört und blockierten die Wasserstraßen Berlins.

Scharen von Flüchtlingen durchzogen unsere Stadt von Süd nach Nord, von Ost nach West und umgekehrt, die wenigen geretteten Habseligkeiten mit sich schleppend, müde und abgestumpft gegen äußere Eindrücke, ein Bild des Jammers und des Elends, nicht wissend, ob sie ihr Heim und ihre Angehörigen wiederfinden werden.

In jenen ersten Maitagen schien die letzte Stunde Berlins geschlagen zu haben. Hitler war es wirklich gelungen, bis „fünf Minuten nach zwölf" zu kämpfen und Berlin in einer hoffnungslos erscheinenden Lage zurückzulassen.

Das alte Berliner Rathaus in der Königstraße, im Volksmunde „das rote Haus" genannt, und das neue Berliner Stadthaus sind zerstört. Im ehemaligen Gebäude der städtischen Feuersozietät von Berlin in der Parochialstraße, das weniger gelitten hatte, sollte der neugebildete Magistrat die Amtsgeschäfte führen.

Über zerstörte Treppen, Korridore und Trümmer bahnte ich mir in den ersten Tagen meiner Tätigkeit den Weg zu meinem Dienstzimmer, in dem Tür und Scheiben fehlten und dessen Einrichtung aus einem alten Stuhl und einer großen leeren Kiste bestand. Büro- und Schreibmaterial wurde von Hause mitgebracht, Mobiliar und Bürotensilien zusammengesucht. Die ersten ratsuchenden Besucher fanden bereits in den ersten Tagen den Weg zum Stadthaus Parochialstraße. Nicht jedem konnte geholfen werden. Aber dennoch gingen sie nach einigen Trostworten beruhigt wieder fort,

weil sie sahen, daß wieder eine Körperschaft da war, die ernstlich versuchte, das Steuer in die Hand zu nehmen.

Vor dem Kriege beschäftigte die Stadt Berlin rund 101 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Davon waren in der Hauptverwaltung 12 000 Beschäftigte, in den Bezirksämtern 60 000. Die restlichen 29 000 Arbeitnehmer waren bei den wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt tätig. Nach den Maitagen 1945 mußten von der Stadt Berlin Reichs- und Staatsbehörden in großer Zahl übernommen werden, wie z.B. die Arbeitsämter, die Post, die Polizei, die Gerichte, das Oberfinanzpräsidium, die Reichsbank u.a. In den von der Stadt übernommenen Institutionen ehemaliger Reichs- und Staatsbehörden wurden rund 46 000 Angestellte beschäftigt. Die Stadt als größter Arbeitgeber hatte daher im zweiten Halbjahr 1946 insgesamt 156 000 Angestellte und Arbeiter.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß bis Ende Juli 1945 rund 26 000 ehemalige Mitglieder der Nazipartei und ihrer Gliederungen aus dem Dienst der Stadt Berlin entlassen wurden. Nur eine kleine Zahl von Fachleuten konnte, obwohl sie Pgs waren, erst später entlassen werden, nachdem es gelungen war, antifaschistische Fachleute zu finden oder heranzuschulen. Nach Erlaß des Entnazifizierungsgesetzes durch die alliierten Besatzungsbehörden im Februar 1946 brauchten in der Hauptverwaltung des Berliner Magistrats nur noch 22 Personen zur Entlassung kommen.

Die Entnazifizierung der Berliner Verwaltung sahen wir von vornherein nicht als eine formaljuristische, sondern als eine politische Aufgabe an. Es handelte sich nicht um eine Bestrafung, sondern um eine politische Säuberung. Ich glaube nicht, daß in irgendeinem anderen Gebiet Deutschlands die Entnazifizierung auch nur annähernd so umfassend durchgeführt worden ist wie in der Berliner Verwaltung.

Soweit die unter Hitler beschäftigten Angestellten und ehemaligen Beamten der Stadt Berlin keine Nazis waren, stellten sie sich nach dem Zusammenbruch sofort wieder der Stadt zur Verfügung. Trotz stundenlanger Anmarschwege, denn die Verkehrsmittel lagen still, nahmen sie gern und willig die Arbeit wieder auf. Sie wußten, daß sie wegen ihrer beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen im Verwaltungsdienst auch nach dem Zusammenbruch notwendig gebraucht wurden. Der neue Magistrat nahm sie mit Freuden in seinen Dienst, denn er hat niemals die Mitarbeit erfahrener Berufsbeamter abgelehnt, wenn es sich um Antifaschisten und Demokraten handelte. Der Wiederaufbau der Verwaltung war eine Angelegenheit der gesamten Bevölkerung, bei der jede Fachkraft dringend benötigt wurde und kein wirklicher Antifaschist aus nicht stichhaltigen Gründen ausgeschlossen sein durfte.

Am 13. Mai 1945 fuhren bereits wieder die ersten Autobusse, am nächsten Tage die ersten U-Bahn-Züge und am 20. Mai 1945 die ersten Straßenbahnen. Durch Befehl vom 15. Mai 1945 des Stadtkommandanten wurde die Bewegungsfreiheit der Berliner neu geregelt und der öffentliche Verkehr auf Straßen und Plätzen von 5 Uhr bis 22.30 Uhr freigegeben.

Als am 19. Mai 1945 der erste Stadtkommandant von Berlin, der leider so frühzeitig verstorbene Generaloberst Bersarin, die neu eingesetzte Berliner Stadtverwaltung der Öffentlichkeit vorstellte, da geschah dies in einem halbzerstörten Saal (dem jetzigen Stadtverordneten-Sitzungssaal) des Stadthauses in der Parochialstraße, dessen Wände geborsten waren, dessen Fenster und Fensterkreuze mit Transparenten und Wandbehängen verdeckt wurden und der nur über halbzerstörte Treppen erreicht werden konnte. Und doch war es damals der besterhaltene Saal der ganzen Innenstadt. (...)

In dieser Sitzung kamen zum ersten Male die in den Bezirken eingesetzten und amtierenden Bürgermeister und Bezirksräte mit dem Magistrat zusammen. Bis zu dieser Stunde hatte sich jeder Bezirk, so gut es ging, selbst geholfen, denn nicht nur die Kriegsmaschine Hitlers war völlig zerschlagen, sondern auch der Verwaltungsapparat war vollkommen zertrümmert. Hunger und Seuchen standen vor den Toren Berlins. Auf den umliegenden Feldern lagen die Saaten zerstampft und vernichtet. Auf allen Straßen irrten Flüchtlinge umher, ihnen allen mußte geholfen werden. Dabei standen der Magistrat und die eingesetzten Männer der Bezirke buchstäblich mit leeren Händen da. Wir mußten nicht nur die stündlich an uns herantretenden Aufgaben lösen, sondern gleichzeitig einen neuen Verwaltungsapparat schaffen. Man wußte vor lauter Arbeit manchmal wirklich nicht, wo zuerst anpacken und was zuerst tun.

Matthias Menzel
Die neue Zeitung
(Tagebuchaufzeichnung vom 24.5.1945)

→L 97

Eine neue, erste Zeitung ist erschienen. „Berliner Zeitung" heißt sie mit einem biederen Kopf. Für Berlin ist eine Stadtverwaltung eingesetzt mit Namen, die offensichtlich aus verschiedensten Parteilagern kommen. Der bekannteste von gestern ist Sauerbruch. Ist dies ein Ja zum Fachmann? Und die Ernennung des ehemaligen Zentrums-Ernährungsministers Dr. Hermes zum Ernährungsdezernenten ist eine Anerkennung des 20. Juli. In den Reden der Männer, die die Zeitung veröffentlicht, stehen viel guter Wille und mancher Plan.

Die neuen Verantwortlichen haben ein grauenvolles Erbe zu übernehmen. Ihre Zeitung ist ärmlich. Aber sie ist ja neu und muß erst einmal die Vokabeln der antifaschistischen Ideologie in die Menge werfen, die bislang nur das Gegenteil hörte. Jedoch man erfährt wieder etwas, und das ist nützlich: wie sie alle, die Rosenberg, Ley, Wagner, Kaltenbrunner, sogar Himmler, ihr Heil in der westlichen Zone suchten und mit komödiantischer Personaltarnung offenbar noch auf eine Chance, eine Gnade hofften. Der Untergang dieser Schicht ist das Erbärmlichste, was die Geschichte über Katastrophen dieser Art aufzeigt. Es ist kein Untergang der Goten, kein Tod als Ballade und Heldengesang, sondern eine kleine, philiströse Flucht in die eigene Winzigkeit. Diese Männer haben sich mit den fruchtbarsten deutschen und europäischen Geschichtsepochen identifizieren, sie übergipfeln wollen. Jedes Wort, jeder Satz aus ihrem Munde wirkt heute wie eine grausame Clownerie. Keiner starb an der Spitze einer Truppe, keiner im Gewühl der in den Tod Gejagten, keiner hatte den Mut, einmal das zu tun, was er von jedem seiner Untergebenen bedingungslos und täglich gefordert hatte. Das ganze willige Volk machten sie mit ihrem jammervollen Untergang zum jämmerlichen Objekt des Hohnes und der Verurteilung.

Konrad Wolf
Alle sind hier
(Aus einem Brief an die Eltern im Moskauer Exil vom 29.5.1945)

←L 98

Meine Lieben!

Ich weiß nicht, ob mein Brief Euch überhaupt unter der Adresse erreichen wird, die ich angebe, aber ich wüßte nicht, wohin ich sonst schreiben sollte. Gestern abend ist Jan Vogeler nach Moskau abgeflogen, er wird Euch Näheres über mein Leben und Tun berichten. Mit einem Wort: Ich bin in Berlin und arbeite als Korrespondent an der Ortszeitung „Berliner Zeitung". Alles ist sehr schnell und überraschend für mich gekommen. Man hat mich plötzlich zu Melnikow gerufen, und von dort hat man mich hierher versetzt, wo ich bis heute arbeite. Eigentlich, formal, läuft mein Dienstauftrag für hier bis zum 30.5., aber tatsächlich werde ich wohl bleiben, egal, ob ich es will oder nicht. Mit mir arbeiten hier der Euch nicht unbekannte Erpenbeck (mein unmittelbarer Vorgesetzter), Major Feldmann (den Pap sehr gut kennt und der ihn herzlichst grüßen läßt), Kirsanow und andere. Durch meine Arbeit komme ich mit Mahle, Winzer, Pieck und anderen zusammen. Mit einem Wort: alle sind hier. Es ist klar, daß es sehr viel zu tun gibt, weil die Arbeit immer intensiver wird. So ist das, nicht einmal nach dem Ende des Krieges konnte man sich ein wenig ausruhen. (. . .)

Ihr seht, meine Lieben, wie abrupt das Schicksal den Menschen aus einer Richtung in die andere wirft. Ich hatte doch bis jetzt (und auch jetzt noch) keine Ahnung von der Tätigkeit eines Korrespondenten, muß aber nun auf dem Motorrad durch die Straßen der Stadt sausen, um Material zu sammeln. Ich werde mich auf jeden Fall bemühen, mich nicht zu blamieren, obwohl es schwer ist.

So, meine Lieben, entschuldigt die verworrenen, unleserlichen und kurzen Zeilen, aber die Arbeit ruft.

Grüße an alle Bekannten. Ja, sagt Hilde Plivier, daß ich bei Berlin ihrem Bruder begegnet bin, er läßt herzlich grüßen. Er arbeitet in der Ortsverwaltung, es geht ihm nicht schlecht.

Ich küsse Euch fest
Euer Koni

Matthias Menzel
Die ehemalige Innenstadt
(Tagebuchaufzeichnung vom 26.5.1945)

←L 100

Mit dem Fahrrad, dem kostbaren Vehikel unserer Zeit, bin ich durch dieganze Innenstadt gefahren. Die neue Fahrt, die bis zum Alexanderplatz führt, verstärkt die Eindrücke der letzten Tage. Zehntausende schippen, wühlen in den Trümmern, werfen sich in langen Ketten von Staub und Schmutz Ziegel, Mauerstücke zu, in die Grüfte der Warenhäuser und Büropaläste hinein. Die Barrikaden, vor Wochen erst mit anderen Händen aufgetürmt, fallen. Berlin baut ab. Die Männer und die Frauen, die der Staub mehlig überkrustet, sind ohne Namen, ohne Rang und ohne Sinn. Auf kleinen Podesten stehen an den Straßenkreuzungen, die einst die Feuilletons der fremden Reporter rührten, die Rotarmistinnen, wedeln musikalisch und spielerisch fast mit gelben und roten Flaggen und regeln den Verkehr: die Frauen Rußlands regeln den Verkehr Berlins.

Am schwer lädierten Luftfahrtministerium steht, an die Verkehrsecke postiert, ein grünes Sofa. Dort sitzen, idyllisch fast, Soldaten der Ablösung. Das östliche Temperament steht über dem Tempo der ehemaligen Berliner Innenstadt. Daß ich die Friedrichstraße überquert habe, merke ich erst sehr viel später: so ist die Stadt entstellt. Das sind keine Narben, keine Wunden mehr. Sie hat das Gesicht verloren. So wie es war, kommt es nicht wieder. Das baut keiner wieder auf. Hier war das Herz. Nun blieb das totale Kraterfeld.

Am 20. Mai 1945 fand die erste offizielle Magistratssitzung nach dem Zusammenbruch statt. Außer dem Magistrat nahm Generaloberst Bersarin als Stadtkommandant von Berlin an dieser denkwürdigen Sitzung teil. Auf der Tagesordnung standen:
1. Arbeitsplan der nächsten Tage
2. Finanzen
3. Wohnungs- und Bauwesen
4. Wirtschaft
5. Kleinhandel
6. Verschiedenes.

Die neue Berliner Verwaltung nannte sich „Magistrat der Stadt Berlin", und ihr Amtssitz wurde Berlin, Stadthaus, Parochialstraße 1 bis 3. Die Stempel mit dem Berliner Wappen wurden in der alten Form beibehalten und erhielten die Inschrift „Magistrat der Stadt Berlin". Die Benennung und Besetzung der einzelnen Abteilungen wurden wie folgt geregelt:
Oberbürgermeister Dr. Werner
1. Stellvertreter Maron
2. Stellvertreter Dr. Hermes
3. Stellvertreter Schwenk
4. Stellvertreter Schulze

Abteilung für	
Personalfragen und Verwaltung	*Pieck*
Ernährung	*Dr. Hermes*
Gesundheitsdienst	*Prof. Dr. Sauerbruch*
städtische Betriebe	*Jirak*
Verkehr	*Kraft*
Wirtschaft	*Dr. Landwehr*
Handel und Handwerk	*Orlopp*
Sozialfürsorge	*Geschke*
Wohnungs- und Bauwesen	*Prof. Scharoun*
Finanz- und Steuerwesen	*Dr. Siebert*
Planungen	*Schwenk*
Arbeitseinsatz	*Jendretzki*
Volksbildung	*Winzer*
Beirat für kirchl. Angelegenheiten	*Buchholz*

Als in den ersten Juni-Tagen 1945 die politischen Parteien in Berlin wieder zugelassen wurden, schlossen sich vom Magistrat 6 Mitglieder der Kommunistischen Partei, 4 der Sozialdemokratischen Partei und 3 der Christlich-Demokratischen Union an. Weitere 5 blieben parteilos. Ähnlich war die politische Zusammensetzung der Bezirksverwaltungen.

In bezug auf den 3. Tagesordnungspunkt *Wohnungs- und Bauwesen* werden drei Beschlüsse gefaßt:

→L 99

1. *Die Mieten müssen laufend bezahlt werden. Mieten für Häuser, wo der Hausbesitzer geflohen ist, und für Häuser aktiver Nazis werden von den Bezirksämtern eingezogen. Für den Monat Mai werden keine Mietszahlungen erhoben.*
2. *Die Hauseigentümer müssen angehalten werden, mit der Ausführung der Reparaturarbeiten zu beginnen. Ebenso sollen die Hausbewohner mit dazu beitragen. Für größere Reparaturen, die seitens der Mieter selbst ausgeführt werden, hat der Hausbesitzer eine Entschädigung zu zahlen. Die Wohnungen müssen registriert werden. Das Bezirksamt ist berechtigt, die Wohnungen der Nazis den Opfern des Faschismus zur Verfügung zu stellen.*
3. *Alle Villen und Schlösser ehemaliger Nazihäuptlinge werden beschlagnahmt und nach Möglichkeit der Abteilung für Sozialfürsorge zur Verfügung gestellt. In der Frage der Naziwohnungen werden besondere Richtlinien herausgegeben.*

Am **1.6.1945** erscheint in der „Berliner Zeitung" der Befehl des Militärkommandanten der Stadt *Über die Anfertigung von Fahnen*, durch dessen Ausführung jedem Berliner die neue viergeteilte Ordnung bewußt werden soll. Diejenigen, die keine Zeitung lesen, erreicht der Befehl auf einem neuen Amtsweg über Magistrat, Bezirksbürgermeister, Kulturämter, Straßenobleute und schließlich die Hausobleute. Daß sich auf diesem Weg die Anzahl der Fahnen verdoppeln und ihre Größe auf die von Tortendekorationen schrumpfen konnten, beweist das Rundschreiben des Kulturamts Wedding an die Straßenobleute.

Zeitgesch. Sammlung
Sta.-Ort Nr. 2251

Der Bezirksbürgermeister
des Verwaltungsbezirks Wedding
Kulturamt

Berlin, den 31. Mai 1945.

Rundschreiben an die Strassenobleute.

Wir bitten, sofort allen Hausobleuten folgenden Befehl des Kommandanten der UdSSR im Verwaltungsbezirk Wedding bekanntzugeben:

Bis zum 1. Juni d.Js. hat jedes Haus unseres Bezirks
2 russische-,
2 amerikanische-,
2 englische-,
2 französische-
Fahnen im Ausmasse von 1,80 cm zu 0,85 cm herzustellen und bereitzuhalten. Muster für diese Fahnen sind ab heute, 18 Uhr, im Bezirksamt Wedding am Eingang des grossen Sitzungssaals zur Besichtigung angebracht.

Wir bitten, von Mitteilungen an uns, dass die Ausführung des Befehls aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, abzusehen, da uns diese Schwierigkeiten selbst bekannt sind und von uns auch dem Herrn Kommandanten bereits mitgeteilt wurden. Dessen ungeachtet bleibt der Befehl bestehen.

H e n s e l.

←A 90

Wie der Befehl Nr. 5 in anderen Stadtbezirken ausgeführt wird, ist in Tagebüchern Berliner Frauen beschrieben:

←L 102

Charlottenburg, Freitag, 1. Juni 1945:
„Weißt Du wieviel Sternlein stehen?
Denn Du mußt sie schleunigst nähen."
Ich habe aus einem alten Kopfkissenbezug 96 weiße Sterne ausgeschnitten. Mein Zeigefinger ist von der eiligen Arbeit taub. Gestern abend kam Befehl, daß jedes Haus in Berlin je eine Sowjet-, USA-, britische und französische Flagge anzufertigen hat. Größe: 1.80 mal 0.85 m. Stoffe sind zu liefern (ein Bürgermeister, der sagte, das könne er der Bevölkerung nicht zumuten, bekam die berühmte Pistole vorgesetzt). Wer nicht Fahnen nähte, mußte schippen. Eigentlich mußten das alle Frauen unter 50 Jahren, aber weil sich in unserem Haus zu wenig zum Nähen meldeten, kam ich noch mit in die Nähabteilung. (Schippen bedeutet entweder Aufräumungsarbeiten an den Ruinen oder Abmontieren von Maschinen zum Abtransport, oder das Abtragen von Barrikaden mit schweren Eisenträgern, eine böse Arbeit. Ich hab bisher viermal Ruinen geschippt, freiwillig, was aber vom Hausobmann kontrolliert wird; Alternative: Zwangsarbeit.) Dreizehn Streifen, 7 rote, 6 weiße, ein blauer Fleck und auf jeder Seite 48 Sterne in 6 Reihen zu acht, das war die Fahne, die wir machen mußten. Das Muster holten wir aus dem Konversationslexikon. Das Rot verdankten wir einer Frau, die zu sparsam war, ihre Hakenkreuzfahne zu verbrennen, weil sie Putzlumpen daraus machen wollte, das Weiß aus einem Damasttischtuch vom Hinterhaus, das Blau war das schwierigste. Die Sternchen schnitt ich nach einer Pappdeckelschablone nach einem Christbaumschmuck; und alles erzählte sich gegenseitig: „Heute, morgen, übermorgen kommen die Amerikaner."

Steglitz, Freitag, 1. Juni 1945: *Befehl zum Fahnennähen. Jedes Haus muß in den Farben der vier Siegerstaaten flaggen. Wir blättern im Lexikon. Wie viele Sterne hat doch gleich das amerikanische Banner? Sitzen Hammer und Sichel mehr in der Mitte oder am Rand? Wir waren niemals große Fahnenhisser. Wir sind es auch heute nicht. „Für was flaggen wir überhaupt?" fragt Dagmar und betrachtet teilnahmslos die zahlreichen Stofffetzen, die Heike für das internationale Nähgeschäft zusammengeschnorrt hat. „Keine Ahnung, es heißt, sie erwarteten Eisenhower. Und Schukow und Montgomery. Vielleicht ist es auch wegen der Siegesparade."* ←L 104

Kreuzberg, Sonnabend, 2. Juni: *Über Mittag lag ich auf dem Balkon der Dachwohnung in der Sonne. Dabei schaute ich gradenwegs in das Fenster gegenüber. Eine Frau trat dort die Nähmaschine und steppte rote und blaue* ←L 105

Befehl

des Militärkommandanten der Stadt Berlin

31. Mai 1945 Nr. 5 Berlin

Ueber die Anfertigung von Fahnen

An die Militärkommandanten, Stadt- und Bezirksbürgermeister

Ich befehle:

Die Anfertigung von Fahnen folgender Nationen: der Sowjetunion, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs.

Die Maße der Fahnen sind 80 × 180 cm.

2. Die Anfertigung muß bis 2. Juni 1945, 20 Uhr, durchgeführt sein.
3. Dieser Satz Fahnen muß für jedes öffentliche Gebäude, jeden Betrieb und jedes Haus Berlins angefertigt werden.
4. Die Fahnenhissung erfolgt in jedem einzelnen Fall nur auf meinen besonderen Befehl.
5. Die Ausführung des Befehls ist bis zum 2. Juni 1945, 22 Uhr, zu melden.

Der Militärkommandant der Stadt Berlin
Generaloberst B e r s a r i n

→L 101 Bersarins Befehl Nr. 5 in der „Berliner Zeitung" vom 1.6.1945

Markus Wolf
Erste Eindrücke von Berlin
(Aus einem Brief an die Eltern in Moskau vom 4.6.1945)

→L 103 *(Berliner Rundfunk, Charlottenburg – Masurenallee)*
Meine Lieben!
Also heute bin ich nun pünktlich in diesem Rundfunkpalast eingetroffen. Hier soll für die nächste Zeit meine „Arbeitsstätte" sein. Ich weiß gar nicht richtig, wie ich anfangen soll. Der Flug ging sehr gut vor sich. Zwischenlandung in Minsk. Nach der Oder ein kleiner Streifen verwüsteter Erde, aufgewühlte Befestigungsanlagen. Dann bis Berlin – schöne, saubere und vor allem unbeschädigte Dörfer und Städtchen inmitten von Wäldern und Seen; prachtvolle Autobahnen und so weiter. Die Vororte von Berlin sehen von oben auch so gut wie unbeschädigt aus. Doch dann ein Kreis über Berlin selbst! Man traut seinen eigenen Augen nicht. Von oben sieht das alles ganz unnatürlich aus. Ein Straßenzug nach dem anderen, ein Bezirk folgt dem anderen, völlig zerstört, nichts als leere Schachteln, und nur der Verkehr auf den gesäuberten Straßen läßt erkennen, daß das da unten wirklich Berlin und nicht eine von der Hand eines übertreibenden Dekorateurs aufgestellte Makette ist. Landung auf dem Flughafen Tempelhof.
Die einstmals grandiosen Bauten um das Flugfeld sind völlig ausgebrannt. Wir gehen in den „Wartesaal" – das heißt einfach in die Wohnung eines getürmten Nazis. Hier stehen noch die Häuser, die wahrscheinlich mittleren Beamten gehörten. Sie sind alle sehr einfach, aber sehr schön gebaut. In den Gärten reifen die Kirschen. Ich war überhaupt erstaunt über das viele Grün in Berlin. Die innere Stadt, wo es enge Straßen gab, existiert nicht mehr, und außen ist alles sehr schön und grün. Da man im Inneren ja doch nur einen Teil wiederaufbauen kann (wenn man das sieht, kann man es kaum glauben), wird das neue Berlin eine vollkommen „grüne Stadt" sein. Anders kann ich mir das gar nicht vorstellen, und Herr Stadtrat Schwenk (Abteilung „Planung") ist mit mir vollkommen einverstanden.

Ja, also weiter. Zuerst kam ich mir natürlich furchtbar komisch vor. Die Leute auf der Straße sprechen deutsch. Gleichzeitig viele Rotarmisten und Offiziere. Der erste Eindruck: viele Fahrräder, Kinderwagen und sehr viele wehrpflichtige junge Männer. In Tempelhof gingen die Leute ziemlich niedergeschlagen und arbeiteten unwillig. Ich habe leider keine Zeit, alles ausführlich zu beschreiben. Erst am Abend holte man uns mit einem Autobus ab. Wir begannen die Fahrt durch das tote Berlin. Wir sind also ziemlich durch alle Hauptstraßen gekreiselt. Der Schutt ist von der Fahrbahn selbst so ziemlich weggeräumt. Wir hielten vergeblich Ausblick nach einem wenigstens einigermaßen heil gebliebenen Gebäude. Vergeblich. Alles, buchstäblich alles ist zerstört, hoffnungslos zerstört. Es wäre bestimmt rentabler, eine neue Stadt aufzubauen, als hier allein den Schutt und die Trümmer wegzuräumen. Wir fuhren durch die Frankfurter Straße. Auf der Frankfurter Allee sieht man schon hier und da ein einigermaßen heil gebliebenes Haus. In Friedrichsfelde steht schon fast alles. Dort ziehen wir in ein Haus ein, das als Offiziershotel hergerichtet ist. Dort saßen wir bis heute früh und warteten, bis man uns abholt, gingen spazieren, sprachen mit den Leuten.

In diesen Tagen hätte man das vergessen können, was wir im Stadtinneren gesehen haben. Verhältnismäßig geringe Zerstörungen, schöne Straßen, schöne Häuser, die Geschäfte voll Brot und anderen Lebensmitteln, gutgekleidete müßige Menschen.

In diesen Tagen fahren die ersten Omnibusse und Straßenbahnen, auch nicht überfüllt. Große Strecken der U- und S-Bahnen sind bereits intakt. In den zahlreichen Wirtshäusern gibt es Bier, ab heute sogar 9 % – Preis 50 Pf. Am gestrigen Sonntag hätte man glauben können, es wäre niemals Krieg gewesen. Sportfeste, an allen Ecken Lokale, Kabaretts, Varietés mit bunten Programmen und Tanz.

Wir waren in Schöneweide und Karlshorst. Der Fußballplatz überfüllt. Hauptsächlich junge Männer in Galatracht. Am Abend waren wir im Varieté „Capitol" Conférencier Genschow. Außerdem trat seine Frau – René Stobrawa auf. Was sagt Ihr dazu? Leider konnte ich sie nicht sprechen. Es hätte auch keinen Sinn gehabt. Man hört von ihr nichts Gutes.

Nun, und jetzt bin ich im Funkhaus, das, wie durch ein Wunder, vollkommen unzerstört ist. Der Genosse Grünberg, dem ich diesen Brief mitgebe, wird Euch einiges über den Betrieb erzählen können. Wir sind hier 6 Mann Deutsche und 1 Major mit 600 Mann der „Alten" zusammen. (Das alles natürlich unter uns.) Das Ausmisten ist leider nur zu einem kleinen Teil möglich, da viele, ja die meisten gebraucht werden. Ich denke, mit der Zeit wird es schon werden. Unser Personalchef Mathias Klein (Dein Bekannter) sagte mir heute, daß ihn ein Bekannter von Dir aus Düsseldorf (Krumm oder so ähnlich) nach Dir gefragt hätte. Vielleicht sehe ich ihn.

Ich will schnell schließen, weil noch ein Kampf nach allen Gesetzen der Höflichkeit bevorsteht. (Die alten Herren von der Verwaltung üben noch ihre Macht aus.)

Ich will meine Eindrücke zusammenfassen:

Die Bevölkerung von Berlin, das heißt von den Bezirken in dem Funkhaus, wo ich sie bisher kennengelernt habe, hat, so komisch das auch klingen mag, überhaupt nicht begriffen, daß Deutschland ein besiegtes Land ist und daß sie alle Mitschuld für den Raubkrieg und die Verbrechen tragen. Die Großzügigkeit der Roten Armee wird, nachdem der erste Schrekken und die Angst in Tagen überwunden waren, als Selbstverständlichkeit hingenommen, und die Meckerei beginnt. Die Leute begreifen nicht, in welche Katastrophe Hitler Deutschland gestürzt hat, daß sie jetzt alle vor Hunger krepieren würden ohne Hilfe der Roten Armee. Sie verstehen nicht, was es bedeutet, daß hier und nur hier dem deutschen Volk die Möglichkeit eines Neuaufstieges gegeben wird. Wir sind der einzige deutsche Sender (zum großen Unbehagen von Reuter etc.), der jetzt auch westlich der Elbe am meisten gehört wird. Die Leute meckern, daß es oft grünen und keinen gerösteten Bohnenkaffee gibt. Sie meckern ja noch mehr (siehe SPD), daß Menschen abtransportiert werden. Und wie menschlich und uns nahe sind da-

Streifen aneinander. Schnitt dann aus einem weißen Lappen Kreise heraus, zackte die Ränder zu Sternen. Stars and Stripes. Das soll eine amerikanische Flagge werden. Auf der Treppe hat mich die Grindige schon gefragt, wieviel Sterne die amerikanische Flagge haben müßte. Ich wußte nicht genau, ob 48 oder 49, verwies die Grindige auf das Lexikon der Witwe. Eine mühselige Flagge für deutsche Handnäherinnen, mühselig schon in den Farben; noch mühseliger im Muster. Wie einfach dagegen die russische Flagge: man braucht nur von den alten Hakenkreuzfahnen, die sich in jedem unverbombten Haushalt finden, das weißschwarze Hakenkreuzmotiv abzutrennen; auf das Rot gilt es dann in Gelb Hammer und Sichel und Stern aufzunähen. Ich sah rührend krumme Hämmerlein und verbogene Sicheln. Am besten gelingt die Trikolore; denn auch die Franzosen sind Sieger: Einfach blau und weiß und rot, drei Streifen senkrecht aneinander gesteppt, und fertig. Für das Rot nehmen die meisten Näherinnen Inletts oder Nazifahnenreste. Lakenreste für Weiß finden sich leicht. Problem ist auch hier das Blau. Ich sah, wie man Kinderkleider und Tischdecken dafür zerschnitt. Die Witwe hat für Hammer, Sichel, Sowjetstern eine alte gelbe Bluse geopfert. Nach ihrem Lexikon ist auch der britische Union Jack zusammengefummelt worden; nur, daß er nicht flattert, sondern wie ein Brett von der Fahnenstange absteht – steif durch etliche Meter Wäschelitze, die auf den Untergrund aus blauem Schürzenstoff aufgesteppt sind, um die roten Diagonal- und Kreuzstreifen festzuhalten. Sowas ist auch nur in diesem Lande möglich. Ein Befehl erging – ich weiß nicht, woher –, daß mit den Fahnen der vier Sieger zu flaggen sei. Und siehe da, die deutsche Hausfrau zauberte aus dem Beinah-Nichts diese Fahnen. Wäre ich Andenkensammler aus Siegerland, so würde ich nachher herumgehen und diese wunderlichen Fetzen, so unterschiedlich in Farbe, Form und Stoff, als Kuriositäten einsammeln. Überall in unserer Straße kamen im Lauf des Nachmittags rührend schiefe, verschossene, puppenhafte Läppchen an den Häusern zum Vorschein.

Die Herstellung der Fahnen aller vier Alliierten für jedes Haus soll die Ankunft der Oberbefehlshaber der Besatzungsstreitkräfte auf dem Tempelhofer Flughafen vorbereiten. Eisenhower, Montgomery, de Lattre de Tassigny und Shukow treffen sich im Wendenschloß in Köpenick und unterzeichnen eine Deklaration entsprechend den früher getroffenen Vereinbarungen. Es werden die Besatzungszonen in Deutschland und die Errichtung eines aus den Oberbefehlshabern der vier Besatzungsarmeen gebildeten Kontrollrats als oberstes Regierungsorgan für Deutschland fest-
→L 106 gelegt. *Das Gebiet von Groß-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung dieses Gebietes wird eine interalliierte Behörde (russisch: Komendatura) errichtet, die aus vier von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten besteht.* Die Kommandantur untersteht der Oberaufsicht des Kontrollrats.

Die Fahnen werden jedoch umsonst genäht, denn die von Shukow geplante Demonstration alliierter Einigkeit findet nicht statt. Die Besetzung Berlins durch die westlichen Alliierten wird an die gleichzeitige Räumung der mitteldeutschen Gebiete durch die amerikanischen Truppen gebunden.

Georgi Konstantinowitsch Shukow erinnert sich an die Verhandlungsrunde des **5.6.1945**:

→L 107 *Am 5. Juni trafen Eisenhower, Montgomery und de Lattre de Tassigny in Berlin ein, um die Erklärung über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu unterzeichnen.*

Vor der Sitzung kam Eisenhower zu mir in den Stab, um mir den höchsten Kriegsorden der USA, den Orden der Ehrenlegion für Oberbefehlshaber, zu überreichen. Ich berichtete Stalin telefonisch darüber. Er sagte: „Wir müssen unsererseits Eisenhower und Montgomery mit dem Siegesorden sowie de Lattre de Tassigny mit dem Suworoworden erster Klasse auszeichnen."

„Darf ich ihnen Ihren Entschluß bekanntgeben?" fragte ich.

Stalin bejahte.

Bei der Unterzeichnung der Erklärung machte ich zum erstenmal die Bekanntschaft Feldmarschall Montgomerys.

In den Kriegsjahren hatte ich aufmerksam die Kampfhandlungen der britischen Truppen unter seinem Befehl verfolgt. 1940 war das britische

Expeditionskorps im Raum Dünkirchen von einer katastrophalen Niederlage heimgesucht worden. Später schlugen die britischen Truppen unter dem Oberbefehl Montgomerys das Afrikakorps von General Rommel bei El-Alamain. Bei der Landeoperation in der Normandie über den Ärmelkanal führte Montgomery mit Geschick die Truppen der Alliierten und ihre Offensive bis zur Seine.

Montgomery war übermittelgroß, sehr beweglich, soldatisch straff und machte den Eindruck eines lebhaften und denkenden Menschen. Er sprach mit mir über die Operationen im Raum El-Alamain und in Stalingrad. Seiner Meinung nach waren beide Operationen gleichwertig.

Ohne die Verdienste der britischen Truppen herabsetzen zu wollen, mußte ich ihm doch erklären, daß die Operation im Raum El-Alamain ein Unternehmen im Armeemaßstab war. In Stalingrad hingegen handelte eine Gruppe von Fronten, die eine Operation von großer strategischer Tragweite durchführte, wobei eine sehr große Gruppierung des Gegners zwischen Wolga und Don und später auch im Nordkaukasus zerschlagen wurde. Dieses Unternehmen war bekanntlich der Auftakt zum grundlegenden Umschwung im Krieg und hat den Grundstein zur Vertreibung des Gegners gelegt.

Nach Unterzeichnung der Erklärung sagte mir Montgomery: „Herr Marschall, wir haben beschlossen, in den nächsten Tagen unseren ‚Sektor' in Berlin zu beziehen, offenbar werden auch unsere Freunde, die Amerikaner und die Franzosen, ihre Sektoren gleichzeitig mit uns einnehmen wollen. In diesem Zusammenhang möchte ich mit Ihnen jetzt die Festlegung der Verbindungswege für unsere Besatzungstruppen in Berlin vereinbaren."

„Bevor wir die Frage der Verbindungswege, über die britische und amerikanische Truppenteile nach Berlin kommen sollen, entscheiden, müssen die Truppen der Alliierten in den Räumen in Deutschland stationiert werden, die durch die Beschlüsse der Krimkonferenz vereinbart worden sind", entgegnete ich. „Aus diesem Grund kann ich, solange die amerikanischen Truppen Thüringen und die britischen Truppen den Raum Wittenberge nicht verlassen haben, meine Zustimmung zum Einrücken der alliierten Besatzungstruppen und zur Unterbringung des Personals der Verwaltungsorgane des Kontrollrats nicht geben."

Montgomery wollte schon Einwände erheben, da fiel ihm Eisenhower rasch ins Wort.

„Monty, streite nicht. Marschall Shukow hat recht. Du mußt dich schnellstens aus Wittenberge und wir aus Thüringen davonscheren."

„Nun gut, wollen wir jetzt nicht streiten", gab Montgomery klein bei. „Lassen wir uns lieber zum Andenken an unsere erste Begegnung fotografieren. Ich habe dafür einen ausgezeichneten Fotografen mitgebracht . . ."

Endlich hatte der Fotograf seinen Filmvorrat „verschossen". Ich gab den Oberbefehlshabern der alliierten Truppen den Beschluß der Sowjetregierung bekannt, sie mit höchsten sowjetischen Kriegsorden auszuzeichnen. Auf meine Frage, wo und wann ihnen die Orden überreicht werden könnten, baten Eisenhower und Montgomery mich, am 10. Juni zu ihnen nach Frankfurt am Main zu kommen.

Sobald ich meine künftigen Kontrollratskollegen verabschiedet hatte, rief ich Stalin an und berichtete ihm von den Ansprüchen Montgomerys und der Haltung Eisenhowers.

Stalin lachte.

„Man muß Eisenhower mal nach Moskau einladen. Ich möchte mich mit ihm persönlich bekannt machen."

Am **29.6.1945** beschließen die Vertreter der „großen Drei", Shukow, Clay und Weeks, als Einmarschtermin der westlichen alliierten Truppen in Berlin den **1.–4.7.1945**. Gleichzeitig sollen vereinbarungsgemäß die mitteldeutschen Gebiete geräumt werden. Es werden als Verbindung zu den Besatzungszonen eine Eisenbahnstrecke, eine Fernverkehrsstraße und zwei Luftkorridore vereinbart.

Am Dienstag, den **3.7.1945**, notiert Ruth Andreas-Friedrich in Steglitz in ihrem Tagebuch:

Die Amerikaner sind da! Frank hat sie mit eigenen Augen gesehen. Zum mindesten einen von ihnen. In der Nähe der Schloßstraße. Es ist kaum anzunehmen, daß man es bei dem einen bewenden ließ. Also sind sie doch gekommen. Die Sieger aus dem Westen, auf die wir seit Anfang April gewartet hatten. Von Tag zu Tag mehr, von Nacht zu Nacht dringender. Schon lange ging das Gerücht in der Stadt. Seit sieben Tagen welken an den Later- ←L 108

gegen die Rotarmisten, die russischen und ukrainischen Mädels, die jetzt hier arbeiten. Ich könnte ganze Seiten darüber schreiben.

Und die deutsche Überheblichkeit. Da stehen beim Fußballspiel die feingekleideten jungen Herren und machen ihre dreckigen Bemerkungen. Oder die „unschuldigen" Deutschen zum Beispiel von unserem Hinterhof. Arbeiterfamilie. Schon große Diskussion, in welche Naziwohnung im Vorderhaus sie einziehen wollen. In Gesprächen mit Nachbarn stellt sich dann heraus, daß ihr Vater (jetzt in Gefangenschaft) 5 Kommunisten der Gestapo ausgeliefert hat und so weiter.

Selten hat man eine Freude. Ich sprach auf der Straße mit einer 76jährigen Arbeiterfrau. Ein solches Wissen und solches Verständnis für alle Fragen wie diese alte Frau hat wohl kaum ein Genosse hier. Sie erinnert sich an alle Etappen der Arbeiterbewegung, erinnert sich an Reden von Bebel, Liebknecht (den sie kannte), Zetkin, Arendsee und andere. Sie sagte: „Wäre Bebel noch am Leben gewesen, der hätte die Sozialisten und Sozialdemokraten mit den Köpfen zusammengestoßen, damit sie zusammengehen. Dann wäre Hitler nie zur Macht gekommen. Bebel war noch ein richtiger Arbeiterführer, nicht so wie Ebert und die anderen Stehkragenproletarier." Oder: „Bei uns sprach Trotzki. Der war nicht gut. Die Richtigen waren Lenin und Stalin."

Leider sind solche Frauen schon 76 Jahre alt. Trotzdem haben sich viele alte Genossen eingefunden, sehr viele.

Um ein gründliches Bild zu kriegen, muß man alles noch anschauen und abwägen. Ihr werdet es ja bald selber sehen.

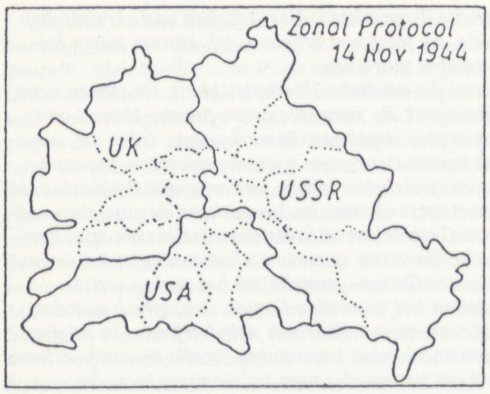
Ach, das Wichtigste habe ich vergessen: Ich habe gleich Koni getroffen. Schon am ersten Abend erfuhr ich, daß er in der „Berliner Zeitung" bei Kirsanow–Erpenbeck arbeitet. Am dritten Tag kam er dann an, auf einem Motorrad „Pony" als rasender Reporter. Die Begegnung war kurz und ein wenig „offiziell". Ich denke, sobald sich unsere Lage stabilisiert, werde ich ihn öfters sehen.

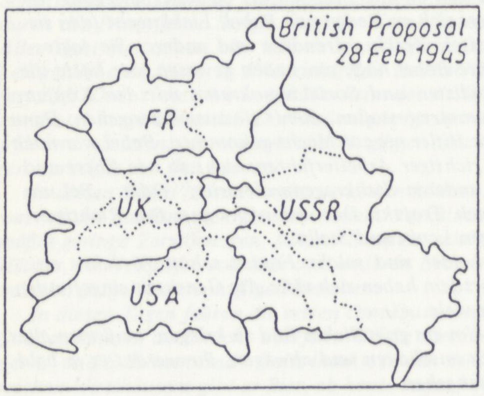
nen der westlichen Ausfallstraßen die Tannengirlanden und Begrüßungsarrangements. Bis wir aufhörten, es zu glauben, uns endgültig vornahmen, zum letztenmal auf dieses Märchen hereingefallen zu sein. Nun ist das Märchen Wirklichkeit. Über den Stadtplan gebückt grenzen wir Ortsteil um Ortsteil die Okkupationsbezirke ab. Russisch, französisch, englisch, amerikanisch. Vier Siegernationen – vier Besatzungsgrenzen. Merkwürdig, denke ich, daß die Weltversöhnung mit der Vierteilung von Berlin beginnt.

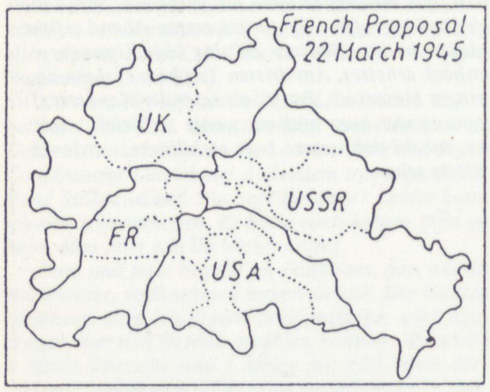
„Steglitz bleibt russisch", behauptet Dagmar und weiß es angeblich aus sicherster Quelle. Frank schüttelt den Kopf. „Steglitz wird amerikanisch. Sie nehmen den Süden im ganzen. Der Westen wird englisch. Rußland behält den Osten; den Wedding und alles, was nördlich liegt, bekommen die Franzosen." Kreuz und quer fährt sein Blaustift durch die Berliner Straßenzüge. „Und die Linden? Wer kriegt die Linden?" erkundigt sich Dagmar. Wir schauen uns an. Vor unserem geistigen Auge tauchen die Ruinenreste der ehemaligen Prachtstraße auf. Schutthaufen neben Schutthaufen. Ein Sinnbild der Öde. Wahrhaftig, mit diesem Staatsgebiet ist kein Staat mehr zu machen. Frank greift zum Radiergummi. „Also meinetwegen russisch", entscheidet er wohlwollend. Zwei Blaustiftstriche vom Schloß bis zum Reichstag – mit einer großzügigen Handbewegung sind die Linden russifiziert. – „Beten wir nur, daß sie einig bleiben", sagt Heike im Kassandraton. „Wenn sich die vier in die Haare kriegen . . ." „. . . kann der Berliner sein Testament machen", ergänzt Frank. Doch warum den Teufel an die Wand malen. Vorerst gibt es eine „UNO", gibt es Freundschaft in Frankfurt und herzliches Wohlwollen auf der ganzen Linie.

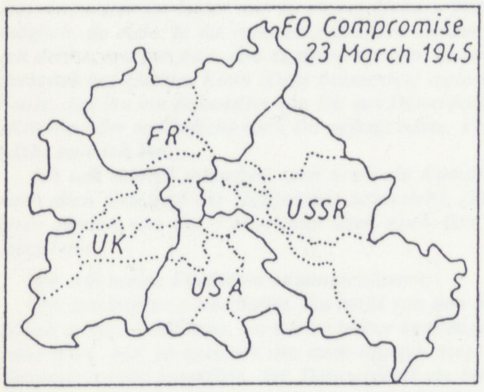
Ob man ein Visum braucht, wenn man von Steglitz nach Grunewald radelt? Einen Zonenausweis? Einen Passierschein? Ob sie Grenzbäume aufrichten? Ob man Zoll zahlen muß? Wir rätseln über hundert Fragen und wissen wieder mal nur eines – nämlich daß wir nichts wissen.

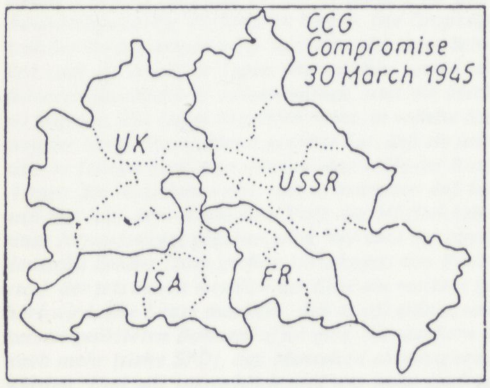
Zu diesem Zeitpunkt sind die Grenzen zwischen den Sektoren immer noch nicht festgelegt. Die endgültige Entscheidung erfolgt auf der ersten Sitzung des Alliierten Kontrollrats am **30.7.1945**. Die Besetzung Berlins wird abgeschlossen durch den Einmarsch der französischen Truppen am **12.8.1945**, die Reinickendorf und Wedding übernehmen.

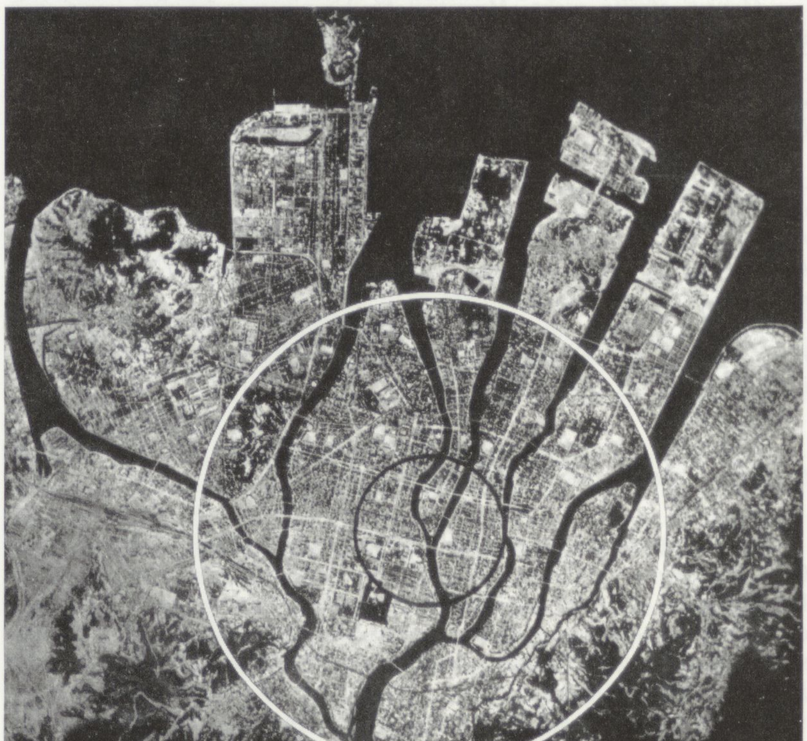










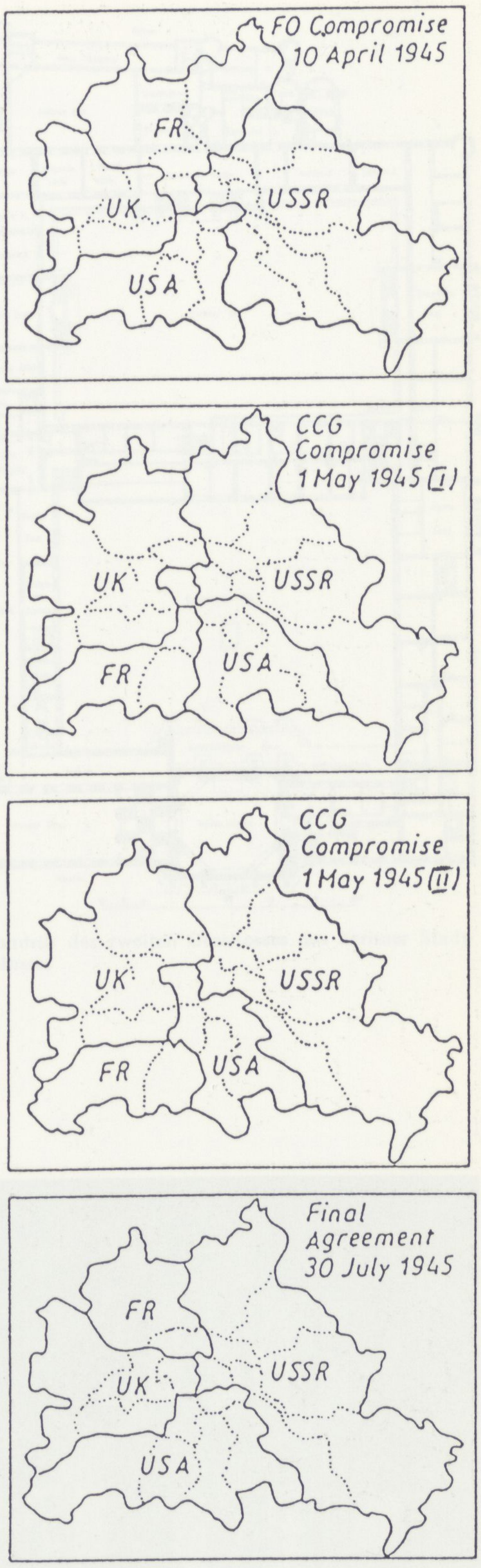


→B 46 Der Stadtgrundriß von Hiroshima und die Vernichtungsringe der ersten, am 6.8.1945 von der amerikanischen Luftwaffe abgeworfenen Atombombe. Wie auch zwei Tage später in Nagasaki ist das Ziel, die Wirkung der neuentwickelten Waffe zu erproben und zu demonstrieren. Ein einziger Abwurf reicht aus, eine ganze Stadt zu zerstören und auf Jahrzehnte hin unbewohnbar zu machen. Es waren vor allem Physiker, die nach 1933 aus Deutschland emigrieren mußten, die die neue Waffe in den USA entwickelt haben

→B 47

←B 48

Die drei 1945 gebauten sowjetischen Denkmäler vor dem Brandenburger Tor: oben das erste für die Konferenz von Jalta zeigt die „Großen Drei" (Churchill, Roosevelt und Stalin) im Gespräch; darunter das für die Potsdamer Konferenz zeigt die drei Alliierten als gleichartige Monumente nebeneinanderstehend, Stalin in der Mitte, rechts von ihm Truman, links Churchill; das dritte Ehrenmal erinnert an die 20.000 Soldaten der Roten Armee, die bei dem Kampf um Berlin den Tod fanden. Es wird am 11.11.1945 mit einer Parade von Truppenteilen der Alliierten eingeweiht



Teilungsvorschläge der Alliierten für Berlin

3 Der Plan für ein NEUES BERLIN

Die Zerstörung Berlins – oberirdisch zu 40 % und unterirdisch zu 10 % – bringt es mit sich, daß vom ersten Tag an im Magistrat an ein NEUES BERLIN gedacht wird. Der neue Plan für Berlin soll sowohl das „Chaos" der alten Stadt des 19. Jh. überwinden, als auch die hygienischen Prinzipien und sozialen Ideen des „Neuen Bauens", wie sie in den 20er Jahren entwickelt wurden, doch noch auf das Stadtinnere beziehen.

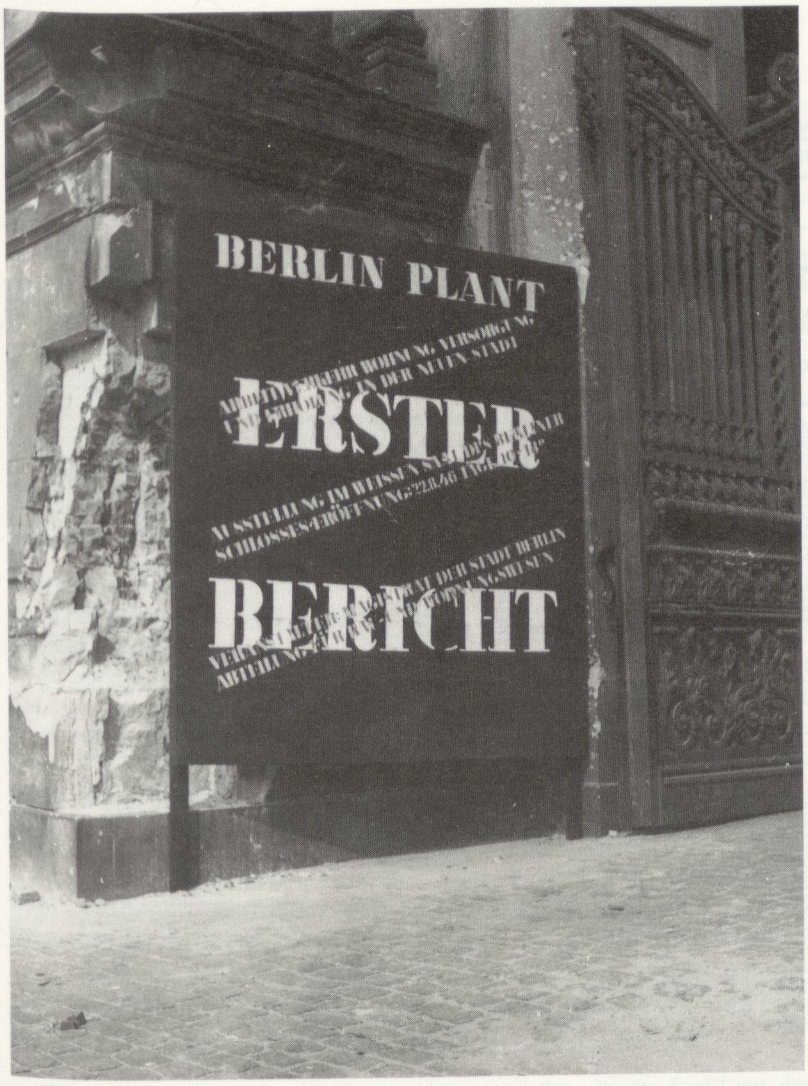
War der Generalbebauungsplan von **1862**, dessen Ausarbeitung wir im 1. Band dargestellt haben, ein reiner Erweiterungsplan der Residenzstadt, die sich zur Industriestadt entwickelte, so versucht der Plan für das Neue Berlin nach **1945**, die überwiegend noch bestehende Stadt umzubauen und neu zu gliedern. Der Generalbebauungsplan von **1862** verdankt seine Existenz der Angst, daß die Residenz unregelmäßig werden könnte; er regelt nur, wo nicht gebaut werden darf, und ist ein Verkehrsplan, der in seiner Regelmäßigkeit sofort durch die Streckenführung der Eisenbahn in Frage gestellt wird. Der Plan für das Neue Berlin bereitet die Stadt auf das private Automobil durch ein errechnetes autobahnähnliches Netz vor und sondert die Funktionen Wohnen, Arbeiten und Kultur auf eigenen Flächen nach den Prinzipien der „Charta von Athen". Was Eugène Haussmann im 19. Jh. beim Umbau von Paris hat abreißen lassen müssen, das haben in Berlin die Bomben bewirkt, nur natürlich nicht überall so, wie es die raumgreifende Planung braucht. Weitere Abrisse werden notwendig sein. →I/481

Es gilt, einen der spannendsten Momente in der unmittelbaren Nachkriegszeit nachzuvollziehen, nämlich, wie Scharoun als Stadtbaurat und die zum Planungskollektiv zusammengeschlossenen Architekten und Architektinnen des Stadtplanungsamtes versuchen, neben der Arbeit an der Beseitigung der Kriegsfolgen Zeit für eine grundsätzliche und umfassende Planungsarbeit für das Neue Berlin zu gewinnen – auch wenn gerade die zukünftigen Funktionen der Stadt noch ungeklärt sind.

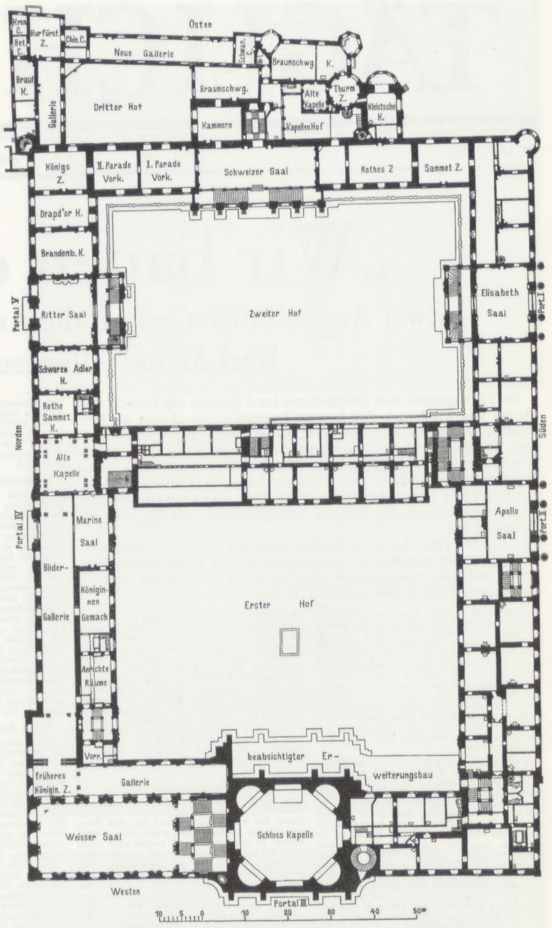
Das Arbeitsergebnis wird in der Ausstellung *Berlin plant/Erster Bericht* **1946** im Stadtschloß vorgestellt. Der geplante Katalog erscheint nicht, sondern nur ein kleines Heft, das durch die Ausstellung führt. Die Pläne, die in dieser Ausstellung gezeigt werden, scheinen uns so bedeutend, aber in ihrer Herkunft und in ihren Auswirkungen auch so vergessen, daß wir sie zum Hauptgegenstand des 3. Bandes gemacht haben und mit ihnen die Bau- und Raumgeschichte der Stadt nach dem 2. Weltkrieg beginnen lassen wollen.

Das 3. Kapitel hat daher zwei Abschnitte. Zuerst werden ein Rundgang durch die Ausstellung versucht, ein Ausstellungsverzeichnis zusammengestellt und die für unseren Zusammenhang wesentlichen Tafeln gezeigt und beschrieben. Im zweiten Abschnitt geht es darum, die Entstehung und Veränderung der Planung bis zu dem Augenblick zu verfolgen, als **1949** nach der Teilung der Stadt in zwei Währungs- und Verwaltungsgebiete zwei Planungsämter in Berlin (Ost) und Berlin (West) eingerichtet werden, die aber beide weiter für die ganze Stadt planen.

Die erste Plakatfassung vom Mai 1946 von Hans Leistikow ←B 1



Das Plakat der am 22.8.1946 eröffneten Ausstellung vor dem Eosanderportal des Berliner Stadtschlosses ←B 3

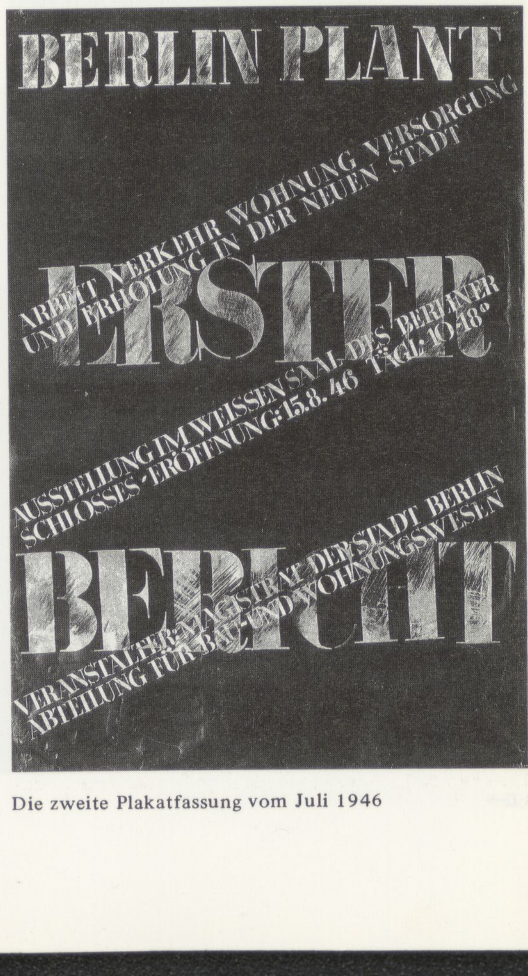


→B 2 Grundriß des zweiten Geschosses des Berliner Stadtschlosses

3.1 Die Ausstellung "Berlin plant/Erster Bericht" 1946

Am linken äußeren Pfeiler des Eosanderportals, dem repräsentativen Zugang des Berliner Schlosses in Form eines Triumphtores, lehnt eine übermannshohe Tafel, die Einladung zur Ausstellung *Berlin plant – Erster Bericht*. Auf schwarzem Grund ist mit einer Schablonenschrift, wie man sie zur Beschriftung von Kisten verwendet, eine Ausstellung angekündigt, die vom Magistrat der Stadt Berlin, Abteilung Bau- und Wohnungswesen, veranstaltet wird. Als Thema wird angegeben: *Arbeit, Verkehr, Wohnung, Versorgung und Erholung in der neuen Stadt*. Die Ausstellung findet in dem einzigen noch benutzbaren Teil des Schlosses statt, im „Weißen Saal", den man durch dieses Portal über eine doppelt gewendelte Treppe im zweiten Obergeschoß erreicht. Als Eröffnungstermin ist der **22.8.1946** genannt.

Der Entwurf zu diesem Plakat stammt von Hans Leistikow und ist nach einem Wettbewerb unter den vier für die Gestaltung der Ausstellung eingesetzten Grafikern ausgewählt worden. Dem am Portal aufgestellten Plakat gehen – soweit uns bekannt – zwei Fassungen voraus, die wir in der Randspalte dokumentieren. Sie belegen nicht nur die mehrfache Verschiebung des Eröffnungstermins vom **15. Juli** auf den **15. August** und schließlich auf den **22. August**, sondern auch, daß der ursprüngliche Anspruch, *Die Neue Stadt* vorzustellen, zurückgenommen wird zugunsten der bescheideneren Formulierung eines ersten Planungsberichtes. In der frühesten uns bekannten Plakatfassung ist als Veranstalter noch der Magistrat von Berlin genannt, später ist es nur noch seine von Hans Scharoun geleitete



→B 4 Die zweite Plakatfassung vom Juli 1946

TÄGLICHE RUNDSCHAU

Nr. 195 (392) Zeitung für die deutsche Bevölkerung Freitag, 23. August 1946

„Wir bauen das neue Berlin"

Zwei Ausstellungen zeigen die Arbeitskraft der Stadt und ihres Magistrats

Karl Marons überzeugender Rechenschaftsbericht

Im Sitzungssaal des Stadthauses fand gestern ein Festakt aus Anlaß der Eröffnung der beiden Ausstellungen „Berlin im Aufbau" (Unter den Linden 28) und „Berlin plant" (im Weißen Saal des Schlosses) statt. Oberbürgermeister Dr. Werner sprach Worte der Begrüßung, Professor Scharonn hielt einen interessanten Vortrag über sein Arbeitsgebiet, den Hochbau, und der Vertreter der Industriegewerkschaft Bau, Bernhard, wandte sich besonders an die Alliierte Kommandantur mit der Bitte um Baumaterial.

Karl Maron, der erste Stellvertreter des Oberbürgermeisters, richtete seine temperamentvolle Rede an die anwesenden Vertreter der Besatzungsmächte, der Behörden, der Presse und an die ganze Berliner Bevölkerung. Er führte u. a. aus:

„Was ist der Sinn der Ausstellung „Berlin im Aufbau"? Hinterhältige Zungen — wir kennen sie schon zur Genüge — werden natürlich hinter der Kulisse der demokratischen Meinungsfreiheit versuchen, durch allerlei bösartige Behauptungen und Andeutungen Mißtrauen zu säen. Sie können ja nichts anderes, als verneinen und herunterreißen, verleumden und verdächtigen. Ihr Verdienst ist es gewiß nicht, wenn Berlin sich schon wieder ein gutes Stück aus dem Abgrund emporgearbeitet hat, in den es durch Hitler geworfen wurde. Wir werden uns auch weiterhin nicht von ihnen zurückzerren lassen.

Es gibt kaum zwei Begriffe, die in der Gegenwart von diesen Kräften mehr mißbraucht werden, als die Worte „Demokratie" und „Aufbau". Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Ebenso, wie nicht alles demokratisch ist, was sich die Bezeichnung anmaßt und als Tarnung für ihre dunklen Zwecke benutzt, so ist auch nicht alles als wirklicher Aufbau zu bezeichnen, was mit dem Uebereinanderlegen von Mauersteinen und dem Ziehen von Wänden zu tun hat. Besonders, wenn es sich dabei um Objekte handelt, die mehr den egoistischen, gewinnsüchtigen Zielen einer geringen Minderheit des Volkes dienen, als dem Recht der schaffenden Menschen, der Mehrheit des Volkes, auf Wohnungen, Schulräume, Produktions-, Kultur- und Erholungsstätten.

Einfluß des Volkes

Demokratie bedeutet nicht unbedingte Freiheit für jeden, d. h. auch für die Feinde der Demokratie und des Volkes. Sie ist keine formale Angelegenheit und nicht allein eine Frage des Stimmzettels. Sie bedeutet in ihrem ursprünglichen Sinne und heute mehr denn je die Sicherstellung des Einflusses der Mehrheit des Volkes auf Gesetzgebung und Durchführung, auch wenn dabei die Interessen von kleinen Minderheiten unberücksichtigt und unbeachtet bleiben. Betrachtet man aus dieser Erkenntnis die zurückliegende Zeit seit dem Zusammenbruch Berlins, so mag wohl aus von uns nicht abhängigen Gründen der derzeitigen demokratischen Selbstverwaltung die ausdrückliche Legitimation einer vorangegangenen Wahl gefehlt haben; jedoch das eigentliche Merkmal einer Demokratie, der zunehmende Einfluß der Masse der Bevölkerung auf die Gestaltung unseres neugeborenen Lebens kann auch von dem böswilligen Kritiker nicht geleugnet werden.

Arbeiter hier — Kritiker dort

Es war die Masse der namenlosen, einfachen Menschen, die gemeinsam mit den Repräsentanten des werktätigen Volkes das vom Krieg verschüttete Berliner Leben wieder ausgegraben haben. Es kam damals und kommt auch heute nicht auf den geistreichsten und spitzfindigsten Leitartikel an, sondern auf die richtige, energische Handhabung von Spaten und Hacke, von Mauerkelle und Hammer. Die Initiative war entscheidend. Sie mußte sich mit dem Mut paaren, an dem Erbe Hitlers nicht zu verzweifeln. Niemand hat sich damals in ein gemachtes Bett gelegt. Jeder mußte, wo er auch zupackte, von vorn beginnen. Wenn immer von diesen ersten Tagen und Monaten, von diesem ersten Jahr des Wiederaufbaus die Rede sein wird, dann wird man stets in erster Linie und vor allem jener ungezählten Männer und Frauen gedenken müssen, die damals zupackten und arbeiteten, als andere nur kritisierten, nörgelten und vorsichtig abwarteten, um sich dann mit der fortschreitenden Normalisierung des Lebens wieder aus der Versenkung hervorzuwagen.

Die werktätige Bevölkerung hat diese ungeheure Leistung vollbracht, weil sie das Vertrauen hatte, daß das neuentstehende Berlin die Hauptstadt einer wirklichen Demokratie sein wird.

Bewährung der Schaffenden

In dieser Gewißheit steht die werktätige Bevölkerung Berlins an ihrem Arbeitsplatze. Im Interesse einer wirklichen Demokratie arbeiten und schuften sie, ohne mit ihrer Mangelware, der Arbeitskraft des Facharbeiters, so zu spekulieren, wie es mauch einer mit Rohstoffen und Fertigwaren tut. Die Arbeits- und Lohndisziplin der Werktätigen sei ein Beispiel für die Preisdisziplin der kommerziellen Welt! Wenn man die Frage nach der moralischen Bewährung während der letzten Monate stellt, so darf man feststellen, daß die arbeitende Bevölkerung die Last des Lohnstopps verständnisvoller zu tragen wußte, als mancher Händler oder Fabrikant die Bestimmungen des Preisstopps.

Die Arbeit des vergangenen Jahres muß ihre Würdigung finden, da sie uns aus der Zusammenstellung des schon Erreichten stärkste Zuversicht für die Erfüllung der kommenden Aufgaben gewinnen läßt. Das ist der Sinn der Ausstellung.

Neue Menschen in neuen Häusern

Wir stellen ihre Gedanken zur Diskussion der Oeffentlichkeit. Es wird nicht nur Rechenschaft über Vergangenes abgegeben — auch die Zukunft wird skizziert. Ein neues Berlin wollen wir bauen! Nicht nur aus den Elementen der Baukunst soll diese Stadt entstehen, ihr zukünftiges Gesicht soll durch die Lebensrechte der schaffenden Menschen bestimmt werden. Wir verstehen unter dem Begriff neues Berlin ferner die wahrhafte Demokratisierung des gesamten Berliner Lebens. In neuen Häusern sollen neue Menschen wohnen.

Ein neues Berlin zu schaffen, setzt voraus, daß der Begriff einer wahren Demokratie in Berlin bis zur letzten schöpferischen Konsequenz realisiert wird. Nur wenn es möglich ist, die Initiative aller Schaffenden planvoll auf ein gemeinsames Ziel zu konzentrieren, dann ist uns die Erreichung dieses Zieles sicher — das neue Berlin als Hauptstadt eines neuen demokratischen Deutschlands!"

*

Die Rede Marons wurde mit stärkster Anteilnahme angehört. Rezitationen und Musikvorträge eröffneten und beendeten den Festakt. Anschließend besichtigten die Ehrengäste die beiden Ausstellungen. (Bericht über die beiden Ausstellungen Seite 6.)

Amerikanisches Ultimatum — „verheerend"

Englische Kritik an der Note an Jugoslawien

Washington, 22. August (SNB). Die Regierung der Vereinigten Staaten übermittelte am Mittwochabend Jugoslawien eine Note, worin sie, wie Reuter meldet, innerhalb von 48 Stunden Genugtuung für den Abschuß von USA-Flugzeugen fordert. Die Vereinigten Staaten fordern ferner, daß ihren Vertretern erlaubt werde, mit den Insassen der beiden Flugzeuge in Verbindung zu treten.

„Falls innerhalb dieser Zeit diesen Forderungen nicht entsprochen wird", so heißt es in der Note weiter, „wird die Regierung der Vereinigten Staaten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anrufen und ihn ersuchen, unverzüglich zusammenzutreten, um eine geeignete Aktion zu ergreifen."

Acheson, der stellvertretende Außenminister, wich von den diplomatischen Gepflogenheiten ab, indem er den Text der Note, bevor der Geschäftsträger Zeit gehabt hätte, sie seiner Regierung zu übersenden, sofort Pressevertretern übergab.

London, 22. August (SNB). Der Sonderkorrespondent des „News Chronicle" berichtet aus Paris über die ultimative USA-Note an Jugoslawien. Die Wirkung dieser Note auf die Pariser Konferenz wird, so schreibt der Korrespondent, „verheerend" sein. Der Notenaustausch zwischen Belgrad—London—Washington habe nicht dazu beigetragen, die Schwierigkeiten zu mildern, denen sich die Stellvertreter der Großen Vier, die an dem Entwurf des Statuts von Triest gearbeitet haben, gegenübersehen. „In diese gespannte Lage", so schreibt der Sonderkorrespondent weiter, „kommt das Ultimatum wie ein Bombeneinschlag."

In seinem Leitartikel schreibt der „News Chronicle" zu diesem Thema: „Während die Delegierten der Nationen dort um den Tisch der Friedenskonferenz versammelt sind, überreicht eines der dort vertretenen Länder einem anderen Land ein mit 48 Stunden befristetes Ultimatum. Für ein solches paradoxes Verhalten gibt es in der Geschichte kein Beispiel. Die Regierung der Vereinigten Staaten mag finden, daß sie eine schwere Provokation erlitten hat. Sie hat jedes Recht, ihren Fall vor die Vereinten Nationen zu bringen. Aber ein solches Vorgehen durch ein kurzfristiges Ultimatum einzuleiten, heißt, altmodische Methoden in den neuen Mechanismus der internationalen Versöhnung hineinzubringen."

Byrnes bei Besprechungen über Jugoslawien

Paris, 22. August (SNB). Der USA-Staatssekretär Byrnes verließ am Donnerstag die Vollsitzung der Pariser Friedenskonferenz kurz nach deren Zusammentritt. Wie verlautet, nahm er in Begleitung des Sachverständigen des Staatsdepartements in osteuropäischen Angelegenheiten, Bohlen, an Besprechungen über die Ereignisse in Jugoslawien teil.

Belgrad, 22. August (UP). Der amerikanische Botschafter Patterson hat sich nach Bled zu Besprechungen mit Marschall Tito begeben. Er wird ihm dort eine Abschrift der amerikanischen Note übergeben.

Manuilskij widerlegt Tsaldaris

Pariser Konferenz behandelt weiter albanische Frage

Paris, 22. August (SNB). In der heutigen Vollsitzung der Pariser Konferenz machte sich der Delegierte Brasiliens, de Fontoura, zum Vertreter der italienischen Ansprüche, indem er erklärte, Italien müsse mit „Würde" leben können.

Der griechische Ministerpräsident Tsaldaris bezweifelte, daß Albanien der Sache der Alliierten Unterstützung erwiesen habe. General Hodscha habe Griechenland beschuldigt, 35 000 Albanier, die türkische Untertanen geworden sind, gegen griechische Untertanen aus der Türkei ausgetauscht zu haben. Dieser Bevölkerungsaustausch aber sei vom Völkerbund geregelt und durchgeführt worden.

Bevor-Bevin dem Delegierten der Ukraine daris-Rede sei mehr Haß gegen das demokratische Albanien als gegen das faschistische Italien gewesen. Er zitierte dann die französische Presse, um zu beweisen, daß Albanien ein Opfer der Aggression Italiens war. Als Italien Albanien angriff, habe der Völkerbund dabeigestanden, und der Engländer Chamberlain habe im Unterhaus erklärt, daß seine Regierung sich nicht dafür interessiere. Und in Athen habe Metaxas die Aera einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Italien begrüßt. Ein wenig später habe der griechische Botschafter gegenüber Ciano erklärt, Griechenland erkenne die Bedeutung Italiens im Mittelmeerraum an.

„Und jetzt, Herr Tsaldaris", sagte Manuilskii.

Ein Parteitag

Von N. Orlow

In diesen Tagen fand in Berlin-Charlottenburg der „Parteitag" der Berliner sozialdemokratischen Organisation statt. Die Ausführungen der Redner auf dieser Zusammenkunft und die von ihr angenommenen Beschlüsse stellen eine in den Verhältnissen des Besatzungsregimes in Deutschland ungewöhnliche Erscheinung dar. So sah sich der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall Sokolowskij, veranlaßt, im Kontrollrat die Fragen über die zersetzende Tätigkeit der sozialdemokratischen Funktionäre, die das normale Leben stört, anzuschneiden. Die Führer der Berliner Sozialdemokraten haben es sich zur Gewohnheit gemacht, systematisch mit antisowjetischen, verleumderischen Erfindungen aufzutreten, und auf ihrer letzten Zusammenkunft gingen sie so weit, daß sie den Weg einer offenen Sabotage und der Hintertreibung der Maßnahmen der Sowjetischen Militärverwaltung antraten. Es ist selbstverständlich, daß die Besatzungsmächte diesen entfesselten Demagogen nicht gestatten werden, ihre verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen, die bei bestimmten Bedingungen eine Bedrohung der Besatzungsbehörden mit sich bringen könnte. Deswegen werden die Besatzungsmächte im gegebenen Moment entsprechend der Lage handeln.

Das Okkupationsregime in Deutschland, das nach dem Zusammenbruch der terroristisch-faschistischen Diktatur durch die demokratischen Mächte ausgeübt wird, hat zum Hauptziel, den demokratischen Kräften zu helfen und sie beim Aufbau des demokratischen Deutschland zu fördern.

Was die sowjetische Besatzungszone betrifft, so kann man sagen, daß das, was hier die Okkupationsbehörden im Interesse der deutschen Bevölkerung an ernsthaften fortschrittlichen Reformen durchführen, beispiellos in der Geschichte dasteht. Die Bodenreform hat die Grundlagen des reaktionären Junkertums unterminiert. Die Uebergabe der Betriebe der Nazikriegsverbrecher in die Verwaltung des deutschen Volkes hat der Reaktion aus dem Lager der Industrie- und Finanzbourgeoisie einen harten Schlag versetzt. Es liegt nichts Außerordentliches darin, daß die reaktionären Elemente mit diesen Reformen unzufrieden sind und mit allen Mitteln versuchen, der wahren Demokratie entgegenzuarbeiten und den Aufbau der echten Volksdemokratie, der Demokratie, die nicht in Worten, sondern in der Tat zum Ausdruck kommt, zu vereiteln.

Heute in der „TÄGLICHEN RUNDSCHAU"

Warum wurde ich Mitglied der SED? (Seite 2)

Röpke, Peschel und der „Totalitarismus" (Seite 3)

Der persönliche Antrieb zur Arbeit in der Sowjetunion (Seite 4)

Initiative der Stadtverwaltungen (Seite 5)

Berlins Bilanz in Bildern (Seite 6)

Hans Leistikow, Grafiker, geb. **1892** in Elbing, gest. am **22.3.1962** in Frankfurt/M. Studium in Breslau, ab **1924** mit Ernst May nach Frankfurt/M. und dort bis **1930** Leiter des grafischen Büros der Stadt: Farbgebung der Siedlungen, Gestaltung der Zeitschrift „Das Neue Frankfurt". **1930–37** mit der Gruppe May in der UdSSR, danach bis Kriegsende selbständig in Berlin. **1946** gestaltet er die Ausstellungen „Berlin baut auf" und gewinnt den Plakatwettbewerb für „Berlin plant, erster Bericht". **1947** Büro in Frankfurt/M., **1948** berufen an die staatl. Werkakademie in Kassel als Leiter der Klasse für freie und angewandte Grafik.

Abteilung für Bau- und Wohnungswesen. In der Person von Hans Leistikow verkörpert sich, ebenso wie in den Personen vieler anderer, die an dieser Ausstellung mitgearbeitet haben, die Ideenübertragung aus den 20er Jahren, und zwar durch die in Berlin Gebliebenen, also jene, die weder emigrierten, noch sich vor der Roten Armee in den Westen abgesetzt haben. Leistikow hatte **1925–30** unter Ernst May in Frankfurt die grafische Gestaltung des Experiments *Das Neue Frankfurt* ausgeführt, bevor er mit May in die Sowjetunion ging.

Wir haben die Ausstellung *Berlin plant* rekonstruiert, deren Titel zwar oft zitiert wird, deren Inhalt bisher jedoch nahezu unbekannt war; unbekannter als vieles aus der Zeit der Weimarer Republik. Sie läßt sich im großen und ganzen zurückführen auf die Berliner Bauausstellung von **1931** sowie die Ausstellung, die der CIAM **1933** in Athen veranstaltet hat. Die Ausstellung zielt wieder auf ein *Neues Berlin* und versucht, von der alltäglichen Not der Stadt planenden Abstand zu gewinnen. Der Planungsbericht der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen bezieht sich auf sämtliche Funktionsbereiche der Stadt, von der wirtschaftlichen Großraumplanung bis zur neugeplanten Wohnung. Die Ausstellung erweist sich bei näherem Hinsehen nicht als eine bloße Addition verschiedener Entwürfe und Ideen, sondern als eine systematische Verknüpfung aller Sphären, die in einen umfassenden Strukturplan und ein Sofortprogramm münden. Wir heben diese Ausstellung wegen ihres umfassenden Anspruchs, der sowohl reale wie utopische Züge trägt, heraus, obwohl sie im Jahr **1946** nicht die einzige ist, die den geplanten Wiederaufbau Berlins zum Gegenstand hat. Bereits

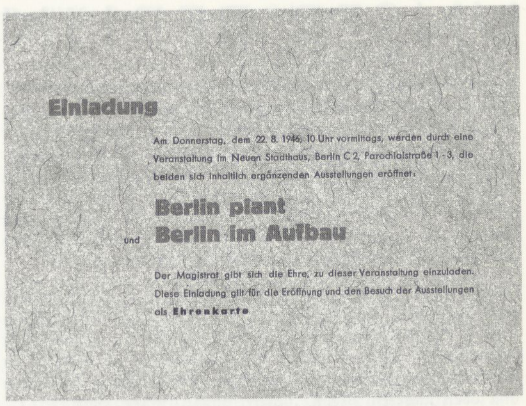
→S.420 am **23.1.1946** wird im Zeughaus eine Ausstellung unter dem Titel *Berlin baut auf* eröffnet, in der die 8 Bezirke des von der Sowjetunion kontrollierten Sektors ihre bisherige Aufbauarbeit darstellen.

Am **16.6.1946** wird im Zehlendorfer „Haus am Waldsee" eine Ausstellung des Hauptamts für Planung I, einer Außenstelle der Abteilung Bau- und Wohnungswesen in Zehlendorf, unter dem Titel *Planungen vom Wie-*

deraufbau Berlins eröffnet, auf der vor allem die Zehlendorfer Verkehrsplanung vorgestellt wird. ←S.238

Am **20.7.1946** wird in Dresden die Ausstellung *Neues Dresden* eröffnet, auf der unter anderem der Berliner Bezirk Friedrichshain, mit dem die Stadt Dresden einen Aufbauwettbewerb beschlossen hat, seine Planungen vorstellt.

Gleichzeitig mit der Ausstellung im „Weißen Saal" wird am **22.8.1946** in dem „Schweizer Haus" Friedrichstraße/Ecke Unter den Linden die Ausstellung *Berlin im Aufbau* eröffnet, die Aufbauleistungen der einzelnen Bezirke vorstellt. Die Reihe der Planungsausstellungen des Jahres **1946** wird am **16.12.1946** in Hermsdorf abgeschlossen, wo der Strukturplan des Architekten Georg Heyer für ein Neues Berlin, der sogenannte *Hermsdorfer Plan*, vorgestellt wird.



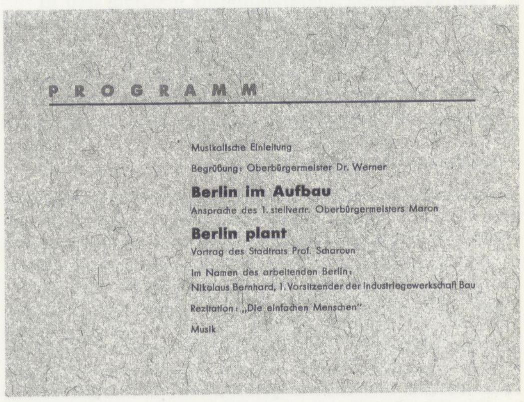
Einladung

Am Donnerstag, dem 22. 8. 1946, 10 Uhr vormittags, werden durch eine Veranstaltung im Neuen Stadthaus, Berlin C 2, Parochialstraße 1-3, die beiden sich inhaltlich ergänzenden Ausstellungen eröffnet:

Berlin plant

und **Berlin im Aufbau**

Der Magistrat gibt sich die Ehre, zu dieser Veranstaltung einzuladen. Diese Einladung gilt für die Eröffnung und den Besuch der Ausstellungen als **Ehrenkarte**



PROGRAMM

Musikalische Einleitung

Begrüßung: Oberbürgermeister Dr. Werner

Berlin im Aufbau

Ansprache des 1. stellvertr. Oberbürgermeisters Maron

Berlin plant

Vortrag des Stadtrats Prof. Scharoun

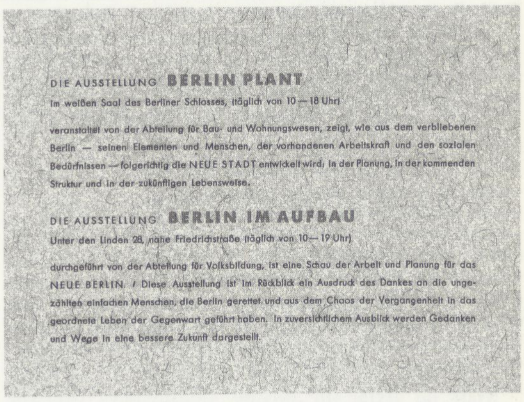
Im Namen des arbeitenden Berlin:
Nikolaus Bernhard, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau

Rezitation: „Die einfachen Menschen"

Musik

Indem wir die Ausstellung *Berlin plant* rekonstruieren, holen wir die ursprünglich geplante Dokumentation nach, die aus verschiedenen Gründen nie zustande gekommen ist. Die Ausstellung ist zwar systematisch durchfotografiert worden, aber zur Ausführung des Plans der Dokumentation ist es zum einen deshalb nicht gekommen, weil in den Arbeitsräumen des Stadthauses wegen fehlenden Heizmaterials und fehlender Fenster im strengen **Winter 1946/47** nur eingeschränkt gearbeitet werden konnte, zum anderen, weil sich die politischen Verhältnisse nach der Wahl vom **20.10. 1946** verschoben hatten. Hans Scharoun wird danach als Leiter der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen durch Karl Bonatz ersetzt.

Zur Ausstellung erscheint ein nur 20 Seiten umfassender Katalog im Format DIN-A 5, für den Karl Maron, der erste stellvertretende Oberbürgermeister, die Einleitung schreibt. Der Katalog, der keine Abbildungen enthält, führt durch die Abteilungen A bis E und erklärt innerhalb der Abteilungen mit knappen Sätzen die ausgestellten Tafeln. Daß die beschriebenen Ausstellungsstücke nicht in allen Fällen mit dem, was tatsächlich ausgestellt wurde, übereinstimmen, erklärt sich aus der Zeitdifferenz zwischen der Herstellung des Kataloges und der Ausstellungseröffnung. Auf der letzten Seite des Kataloges werden die Personen vorgestellt, die diese Ausstellung erarbeitet haben. Sie sind bis auf die Grafiker Angestellte des Magistrats.



DIE AUSSTELLUNG **BERLIN PLANT**

im weißen Saal des Berliner Schlosses, (täglich von 10—18 Uhr)

veranstaltet von der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen, zeigt, wie aus dem verbliebenen Berlin — seinen Elementen und Menschen, der vorhandenen Arbeitskraft und den sozialen Bedürfnissen — folgerichtig die NEUE STADT entwickelt wird; in der Planung, in der kommenden Struktur und in der zukünftigen Lebensweise.

DIE AUSSTELLUNG **BERLIN IM AUFBAU**

Unter den Linden 28, nahe Friedrichstraße (täglich von 10—19 Uhr)

durchgeführt von der Abteilung für Volksbildung, ist eine Schau der Arbeit und Planung für das NEUE BERLIN. / Diese Ausstellung ist im Rückblick ein Ausdruck des Dankes an die ungezählten einfachen Menschen, die Berlin gerettet und aus dem Chaos der Vergangenheit in das geordnete Leben der Gegenwart geführt haben. In zuversichtlichem Ausblick werden Gedanken und Wege in eine bessere Zukunft dargestellt.

Wir wissen nicht, wie das Treppenhaus und der „Weiße Saal" vor der Ausstellung ausgesehen haben, wir wissen nur, daß die Räume für die Ausstellung notdürftig hergerichtet, das heißt vor allem abgedichtet worden sind. Um den riesigen Raum benutzbar zu machen, wurde ein Bretterboden eingezogen, eine Decke aus Stoffbahnen abgehängt und Wände aus Lattengerüsten und Holzplatten aufgestellt. Die Lattengerüste bleiben gele- →A 1

Das Berliner Stadtschloß 1946 ←B 5

UNSER BERLIN

Es gibt Menschen, die sich überall, wohin sie auch das Leben wirbelt, schnell einleben, heimisch werden und sich nicht zurücksehnen nach ihrer bisherigen Heimat. Aber sie stellen nur eine kleine Minderheit dar. Die anderen, die übergroße Mehrheit, werden sich immer wieder dorthin zurückgezogen fühlen, wo sie geboren und aufgewachsen sind oder den größten Teil des Lebens verbrachten, mag es nun ein kleines Dorf oder eine große Stadt sein. Darin gleichen wir Menschen den Bäumen: man kann sie, ohne Schaden befürchten zu müssen, nur verpflanzen, wenn sie jung und noch nicht zu sehr verwurzelt sind.

Die Heimatliebe ist eines der stärksten Gefühle. Wir Berliner machen keine Ausnahme. Im Gegenteil. Wir hängen an unserer Stadt wie ein Kind an seinen Eltern, wir sind mit ihr verbunden wie ein Baum mit seinem Boden. Und wir hängen nicht nur an Berlin als Ganzem, als der brausenden, wirbelnden, vielfältigen Millionenstadt, wir lieben und loben „unseren" Bezirk, „unsere" Straße, „unser" Haus.

Das ist kein Lokalpatriotismus, kein engstirniger, sturer Konservatismus oder nur faules Beharrungsvermögen. Es gibt sogar ausgebombte Berliner, die unnötige Schwierigkeiten auf sich nehmen, um nicht den Wohnort zu wechseln. Man bot ihnen bessere Wohnmöglichkeiten in anderen Bezirken. Sie verzichteten darauf, sie blieben lieber in einem Keller oder einer halbzerstörten Wohnung in „ihrer" Straße. Ist das Sturheit oder Faulheit? Nein! Auch das ist ein Ausdruck der besonders ausgeprägten Heimatliebe der Berliner.

Ja, wir lieben unser Berlin mit der ganzen Kraft unseres Herzens. Und wenn es nun halb zerstört und zertrümmert ist, so lieben wir es umsomehr und werden uns destomehr anstrengen, es wieder in Ordnung zu bringen, aufzuräumen und aufzubauen. Diese Liebe brachte es zuwege, daß wir in nur einem Jahr des Wiederaufbaus mehr geschafft haben, als die größten Optimisten zu hoffen wagten. Wir hätten noch mehr geschafft, wenn der Rohstoff- und Materialmangel uns nicht Schranken gesetzt hätte. Aber auch diese Schwierigkeiten werden wir überwinden durch die Kraft und den Schwung unserer Heimatliebe. Berlin muß und wird wieder aufgebaut werden. Es wird noch schöner werden, als es schon war. Denn wir wollen auch stolz sein auf unsere Stadt, die neue Hauptstadt des neuen Deutschland. Berlin liegt im Herzen Mitteleuropas, Schnitt- und Kreuzungspunkt wichtiger Verkehrswege. Berlin strahlt auch heute noch oder schon wieder und in steigendem Maße gewaltige geistige und materielle Kräfte aus. Und wenn die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wieder völlig hergestellt sein wird, wird Berlin wieder der Mittelpunkt ganz Deutschlands in jeder Hinsicht sein.

„Unser" Berlin ist wie viele Großstädte nicht langsam und stetig gewachsen oder geplant, sondern Ende des vorigen und Anfang des jetzigen Jahrhunderts überraschend und sprunghaft geworden. Die alte politische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung konnte und wollte die Lebens- und Wohnungsbedingungen für die arbeitende Bevölkerung nicht befriedigend l ö s e n. Durch die beiden Kriege ist dieser unbefriedigende Zustand chaotisch geworden. Die Wohndichte wurde durch den Hitlerkrieg verdoppelt und in der Zerrissenheit noch eklatanter. Wohndichten von 1300 Einwohnern pro Hektar im Osten Berlins und von 12 Personen in einigen westlichen Bezirken sind ein unhaltbarer Zustand. — Berlin kann durch die ungeheure Zerstörung in vielem neu und vernünftig gestaltet werden. Die Werktätigen Berlins sollen sich in der neuen Stadt wohlfühlen. Genügend Licht, Luft, Sonne sollen für jeden ebenso vorhanden sein wie ausreichende Möglichkeiten der Erholung und Entspannung im Grünen, im Theater und Kino.

Über die Trümmer hinweg, über die augenblicklich noch im Vordergrund stehenden Reparaturen und Instandsetzungen führt der Weg in das neue Berlin, in die Stadt des werktätigen Volkes, das sich seine Heimat so schön wie möglich gestalten will, um sie dann noch mehr zu lieben.

Vorwort von Karl Maron im Katalog zur Ausstellung „Berlin plant" ←L 1

Karl Maron

Geboren am 27.4.1903 in Berlin, Vater Kutscher, wurde Schlosser, arbeitete in der Firma Siemens, trat 1926 in die KPD ein, arbeitete in der Parteipresse als Journalist. Emigrierte 1934 zuerst nach Dänemark, dann in die Sowjetunion. 1943–45 Stellvertretender Chefredakteur der Kriegsgefangenenzeitung „Freies Deutschland". Nach dem Kriegsende stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin.

Später Vorsitzender der SED-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, 1948–1949 Stadtrat für Wirtschaft, 1949–50 Leitender Redakteur des „Neuen Deutschland". 1950–1954 Generalinspektor der Volkspolizei, 1955–65 Innenminister der DDR. Danach Leiter des Instituts für Meinungsforschung.

gentlich frei, so daß man dahinter noch die Architektur des Saales erkennen kann. Der Raum ist der Länge nach durch eine etwa drei Meter hohe geschwungene Wand geteilt, die durch Biegung und Querwände stabilisiert ist. Sie ermöglicht einen Rundgang vom Treppenhaus durch den Saal zurück zum Treppenhaus, von dem aus seitlich weitere, zum Schloßhof gelegene, für die Ausstellung benutzte Räume erschlossen werden. Beleuchtet wird der Saal durch das einfallende natürliche Licht und zusätzlich durch bewegliche Scheinwerfer. Frei in den Raum gestellt sind Modelle, Bänke und Pflanztöpfe mit Efeu.

Da die Ausstellung für uns die Aufgabe hat, die Themen für die Nachkriegsentwicklung Berlins zu geben (die Planungen für die *Neue Stadt*, insbesondere für die Wohngebiete und die *Neue Wohnung*), werden wir bei der Rekonstruktion so vorgehen, daß zwar ein vollständiges Bestandsverzeichnis der Ausstellungstafeln wiedergegeben wird, bei der fotografischen Dokumentation jedoch die uns nur am Rande interessierenden Aspekte nicht abgebildet werden.

Die Rekonstruktion der Ausstellung *Berlin plant* kann sich auf die Fotografien stützen, die während und nach der Ausstellung gemacht wurden, auf die Vorplanungen, zu denen sich verschiedene Materialien in Nachlässen der beteiligten Architekten finden, auf den knappen Katalog, der zur Ausstellung erschienen ist, und auf verschiedene zu der Ausstellung erschienene Zeitungs- und Zeitschriftenartikel. Die Schwierigkeit der Rekonstruktion besteht zunächst darin, daß die fotografischen Quellen ungeordnet sind, sie mit anderen Fotos, die nicht zu dieser Ausstellung gehören, zusammenliegen und in keinem der Nachlässe komplett sind. So fehlen für die Abteilung D („Arbeiten der Bezirksplanämter") sämtliche fotografischen Belege. Eine zweite Schwierigkeit rührt daher, daß der Aufbau der

1946/15 · ZWEITER JAHRGANG · 20 Pf.

NEUE Berliner Illustrierte

„UNSER BERLIN KOMMT WIEDER!"

Das versicherte der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt Berlin, Karl Maron (links), nicht erst jetzt, nachdem die vorläufigen Baupläne von der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen — Leitung Prof. Scharoun (rechts) — praktisch in Angriff genommen worden sind; Karl Maron sprach das zuversichtliche „Unser Berlin kommt wieder!" gleich in den Tagen des Nazizusammenbruchs inmitten der chaotischen Zerstörung seiner geliebten Vaterstadt aus. Ihm, der bescheiden, ohne sich in die Öffentlichkeit zu drängen, unermüdlich seine schweren Pflichten erfüllt, haben die Berliner viel zu danken. (Zu unserem Bildbericht „Ein Jahr Berliner Magistrat") Aufnahme: Grossfeld

→B 6 Titelblatt der „Neuen Berliner Illustrierten" vom Mai 1946

Der „Weiße Saal" des Stadtschlosses vor der Zerstörung ←B 7

Ausstellung offenbar noch bis zum mehrfach verschobenen Eröffnungstermin am **22.8.46** verändert worden ist. So kommt es, daß der Katalog angibt, die Abteilung D befände sich im Treppenhaus und leite über zur Abteilung E, die sich im Untergeschoß befinde. Nach Aussagen von Karl Böttcher, der die Abteilung E bearbeitet hat, hat sich dieser Teil der Ausstellung jedoch auf derselben Ebene mit den anderen Ausstellungsabteilungen befunden. Der Grundriß des Schlosses und das Raumfoto der Abteilung E lassen nur die eine in dem rekonstruierten Plan verzeichnete Lage zu. Die Lage und der Inhalt der Abteilung D bleiben unklar. Durch verschiedene Quellen ist belegt, daß der Verkehrsplan des Planungsamts I, der *Zehlendorfer Plan*, auch in dieser Abteilung gezeigt worden ist. Da er auf keinem der Raumfotos zu erkennen ist, kann er nur in der Abteilung D ausgestellt gewesen sein.

Das rekonstruierte Bestandsverzeichnis der Ausstellungstafeln und der Modelle folgt der Abteilungsgliederung des Katalogs. Die einzelnen Tafeln werden innerhalb der Abteilungen der Laufrichtung des Betrachters folgend numeriert. Die Hängeordnung und der Inhalt der Tafeln wird aufgrund der Fotografien beschrieben.

Der für Ausstellungen wiederhergerichtete „Weiße Saal" in der Ruine des Schlosses ←B 8

Der Weiße Saal des Berliner Schlosses

König Friedrich Wilhelm IV. (**1840–58**) führt den Ausbau des Berliner Stadtschlosses zu Ende. Anstelle des noch von Eosander geplanten Turms läßt er nach eigenen Ideenskizzen von Stüler eine riesige Kuppel auf die Kapelle über dem als Triumphtor ausgeführten Portal III setzen. Mit der Einwölbung der Kapelle geht der Umbau der seitlichen Treppe einher, die sowohl zum Weißen Saal wie zur Kapelle führt.

Mit dem Abriß der Bürgerhäuser an der Schloßfreiheit und dem Bau des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I., der diesen Titel **1871** auf Bismarcks Veranlassung widerwillig angenommen hatte, erhält das Triumphtor ein pompöses Gegenüber, von dem heute noch die Grundplatte auszumachen ist. Die sogenannte „Löwengrube" wurde am **22.3.1897** eingeweiht.

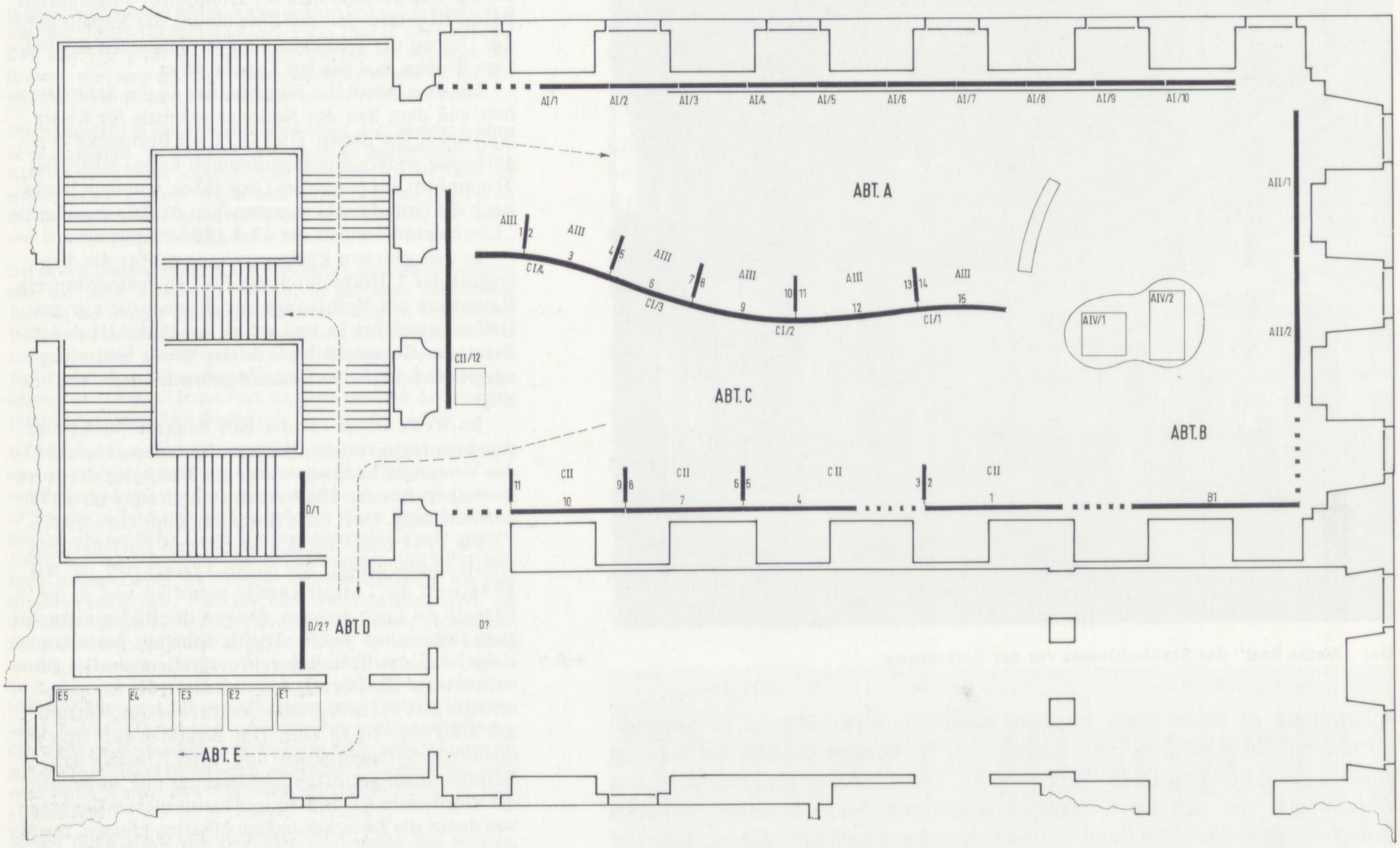
In den gleichen Zusammenhang gehört die Verengung des 2. Hofes durch das Einziehen einer inneren Raumzone zur Verbindung der Räume, die nur zur Hälfte ausgeführt ist und genau am Portal III endet. Bei dieser Gelegenheit wurde der Weiße Saal völlig umgebaut und in den Zustand gebracht, den das Foto zeigt.

Im Weißen Saal hat der Hof Bankette und Feste gegeben, tagte vor der Märzrevolution am **11.4.1847** der Vereinigte Landtag, wurde der Reichstag des Norddeutschen Bundes **1867** eröffnet und tagte ab **1871** der Reichstag. Dort hielt Bismarck seine Thronreden.

Bis **1944** blieb das Schloß bei den Luftangriffen relativ unbeschädigt. Bei einem Tagesangriff im **Mai 1944** wird die Lustgartenseite getroffen und in die Fassade ein Loch gerissen, das von der Bildergalerie bis zum Erdgeschoß reicht. Dieser Schaden hatte zur Folge, daß das Schloß durchfotografiert wurde. Die vollständige Zerstörung bis auf die Außenmauern erfolgte erst bei dem großen Angriff auf das Zentrum am **3.2.1945**, 10.39 Uhr. Das Schloß wurde von mehreren Sprengbomben und einer Unzahl von Brandbomben getroffen und brannte mit Ausnahme der Nordwestecke und einiger kleiner Raumfluchten, von denen die Zwischendecken erhalten blieben, restlos aus.

Scharoun versuchte als Stadtrat die Mittel für die Sicherung des Weißen Saales, in dem er gerettete Kunstwerke unterbringen wollte, zu bekommen, doch erst am **1.10.1945** konnte er mit den Arbeiten beginnen. Im **Mai 1946** läßt er dann den Saal für Ausstellungen ausbauen. Nach der Ausstellung *Berlin plant* finden noch weitere Ausstellungen statt wie *Wiedersehen mit Museumsgut*, organisiert von Justi, und *Moderne Französische Malerei*, die letzte im **März 1948**.

Ein rekonstruiertes Bestandsverzeichnis der Ausstellung „Berlin plant“



Rekonstruierter Hängeplan der Ausstellung „Berlin plant“ im Weißen Saal des Berliner Schlosses

Titelblatt des Ausstellungskatalogs B 9

BESTANDSVERZEICHNIS

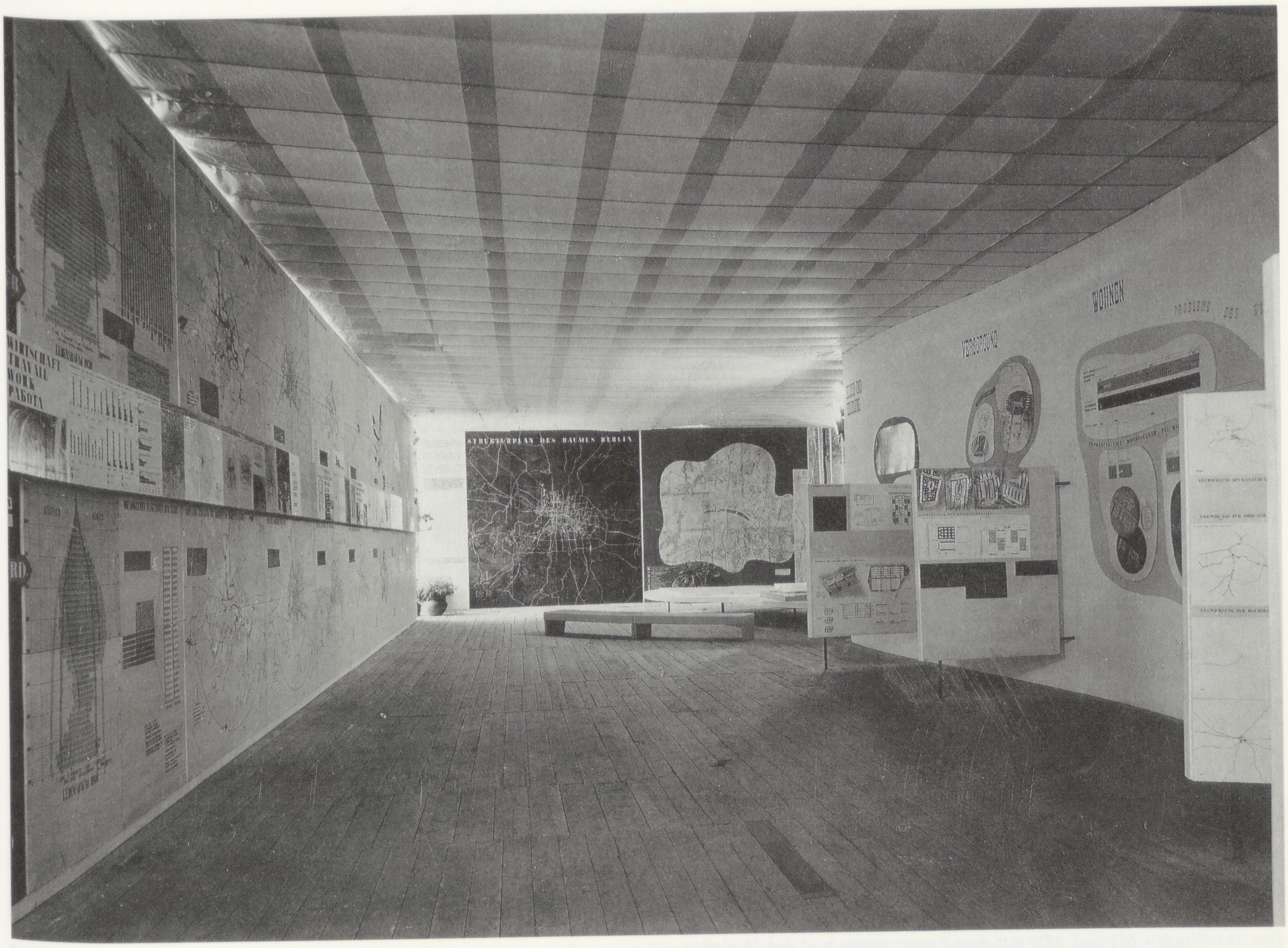
„Berlin plant“
Verzeichnis der Pläne, Grafiken, Bildstatistiken, Fotografien und Modelle

ABTEILUNG A:
DIE STÄDTEBAULICHEN ELEMENTE

AI – Fibelartige Darstellung „WAR/WIRD“
AII – Vorschlag für einen Raumstrukturplan
AIII – Allgemeine Ergänzungen
AIV – Modelle

AI/1
Der Lebenslauf Berlins

1.1 Zeitdiagramm: Die geschichtliche Entwicklung Berlins
1.2 Fotocollage: Die Entwicklung Berlins
1.3 Plastische Karte: Die Umgebung Berlins mit Zusatzkarten:
1.31 Temperatur und Windrose (Umgebung Berlins)
1.32 Windrose (Stadt Berlin)
1.33 Klimadiagramme
1.34 Bodenkarte



Blick vom Eingang der Ausstellung auf die Abteilung A (Die städtebaulichen Elemente). Links AI mit den „War/Wird-Tafeln“, an der Stirnwand AII mit dem Strukturplan, der alle Teilplanungen zusammenfaßt, davor die Modelle der Abteilung AIV. Rechts auf der geschwungenen Wand die Abteilung AIII mit den allgemeinen Ergänzungen

←B 10

AI/2
Städtebauliche Thesen zu Berlin

AI/3
Wirtschaft 1

3.1 WAR: Die bisherigen Funktionen der Stadt
3.11 Lebensbaum 1939
3.12 Struktur der Erwerbstätigen 1925
3.2 WIRD: Die möglichen Funktionen der Stadt
3.21 Lebensbaum 1946
3.22 Die gewünschte Struktur der Erwerbstätigen
3.3 Ergänzungen:
3.31 Entwicklung von Industrie, Handel, Verkehr und Verwaltung Berlins 1882–1939
3.32 Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsgruppen in Berlin von 1882–1939

AI/4
Wirtschaft 2

4.1 WAR: Jetzige Struktur der Arbeits- und Wohnstandorte
4.2 WIRD: Geplante Struktur der Arbeits- und Wohnstandorte
4.3 Ergänzungen: Vorschläge für Berlin/ Vorschläge im Ausland
4.31 Wettbewerb 1910
4.32 M. Mächler: Vorschlag für eine „Gliederung des Raumes Berlin“
4.33 Die „Achsen“ 1933
4.34 Vorschlag für London 1945 (M.A.R.S.-Plan)
4.35 Vorschlag für Magnitogorsk (Miljutin)
4.36 Vorschlag für Stalingrad
4.37 Vorschlag für Berlin 1946 (Kollektivplan)

AI/5
Verkehr

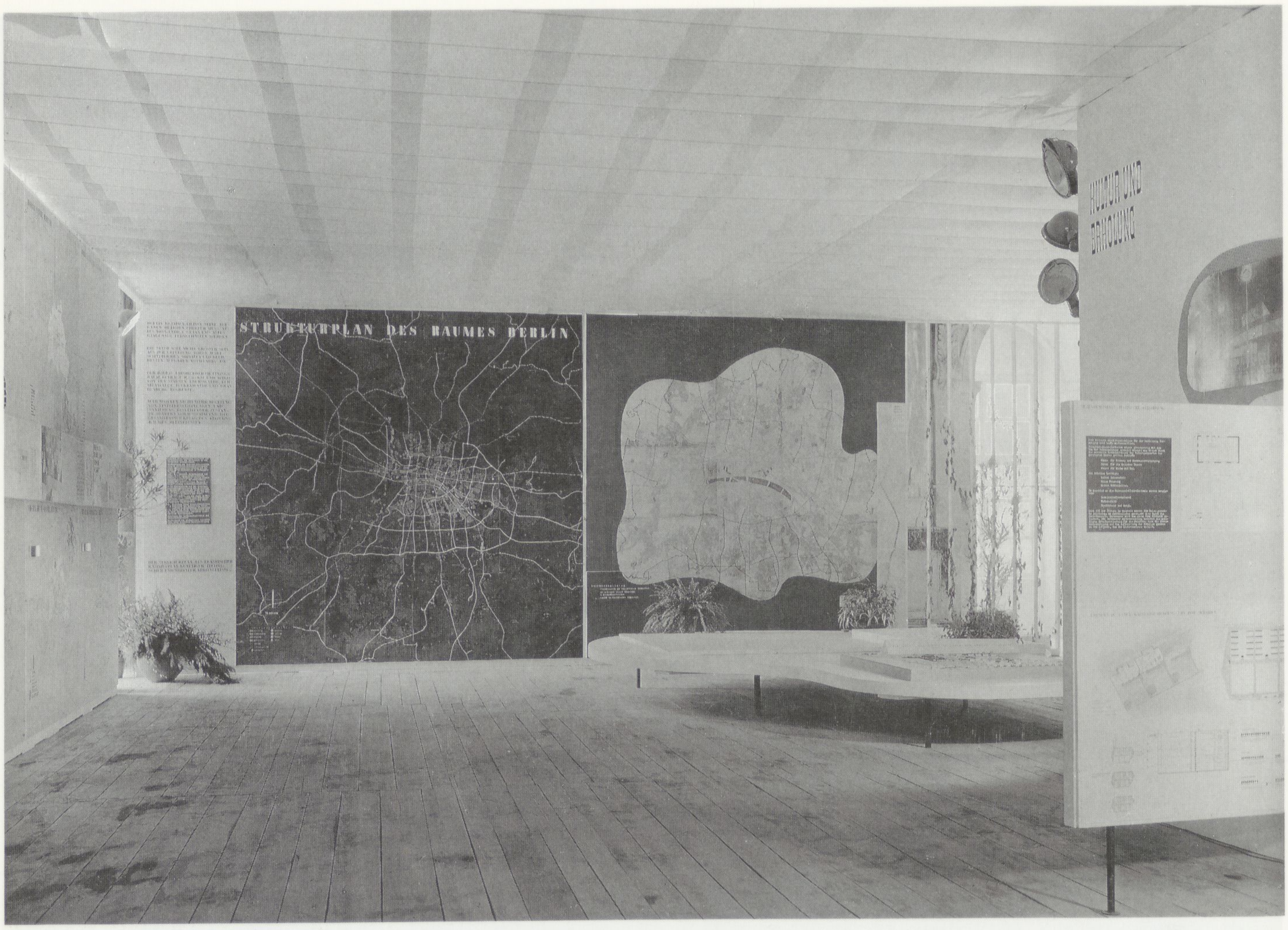
5.1 WAR: Jetzige Verkehrsstruktur
5.2 WIRD: Geplante Verkehrsstruktur
5.3 Ergänzungen:
5.31 Fotogegenüberstellung
5.32 Bildstatistik: Von den Arbeitnehmern der Siemenswerke wohnen . . .
5.33 Leistungsfähigkeit einer Fahrbahn in der Straßenkreuzung
5.34 Differenzierung der Verkehrswege
5.35 Wohnzelle

AI/6
Wohnung

6.1 WAR: Bisherige Verteilung der Bevölkerung
6.2 WIRD: Geplante Verteilung der Bevölkerung
6.3 Ergänzungen:
6.31 Fotogegenüberstellung
6.32 Verflechtung von Wohn- und Arbeitsstätten
6.33 Vom Bauzonenplan zum Bauleitplan
6.34 Vorschlag Dr. Faust 1825
6.35 Wohnzelle

AI/7
Versorgung 1 (Nahrung)

7.1 WAR: Bisherige Organisation der Nahrungsversorgung
7.2 WIRD: Vorschlag für die Nahrungsversorgung
7.3 Ergänzungen:
7.31 Fotogegenüberstellung
7.32 Lebensmittelverbrauch in Berlin in einer Woche
7.33 Bestehender Wohnstandort
7.34 Wohnzelle



Die Abteilungen AII und AIV mit dem Strukturplan und den Modellen ←B 11

AI/8
Versorgung 2 (Technische Versorgung)
8.1 WAR: Bisherige Abfallversorgung
8.2 WIRD: Vorschlag für Abfallverwertung
8.3 Ergänzungen:
8.31 Entstehung, Zusammensetzung, Aufbereitung und Verwertung des Berliner Mülls
8.32 Biologische Kompostierung
8.33 Mechanische Kompostierung
8.34 Gartenbauzelle (Vorschlag 1)
8.35 Gartenbauzelle (Vorschlag 2)

AI/9
Versorgung 3 (Sanitärversorgung)
9.1 WAR: Bisherige sanitäre Betreuung
9.2 WIRD: Vorschlag für die sanitäre Betreuung
9.3 Ergänzungen:
9.31 Foto
9.32 Stadt und sanitäre Betreuung
9.33 Wohnzelle

AI/10
Kultur/Erholung
10.1 WAR: Bisherige Kulturstandorte und Erholung
10.2 WIRD: Geplante Kulturstandorte und Erholung
10.3 Ergänzungen:
10.31 Zwei Fotos
10.32 Analyse der Schulen
10.33 Die Deutsche Einheitsschule
10.34 Stadt und Schule

AII/1
Strukturplan des Raumes Berlin (1:25.000)

AII/2
Arbeitsplan (zum Strukturplan) (1:25.000)

AIII/1
Wirtschaft 1
1.1 Erste Abwanderung der Textilindustrie aus dem Stadtgebiet im 18. Jahrhundert
1.2 Zweite Abwanderung der Textilindustrie im 19. Jahrhundert
1.3 Erste Abwanderung der Metallindustrie (bis 1880)
1.4 Zweite Abwanderung der Metallindustrie (nach 1880)
1.5 Tendenzen der Arbeitsstandorte vor der Neuplanung

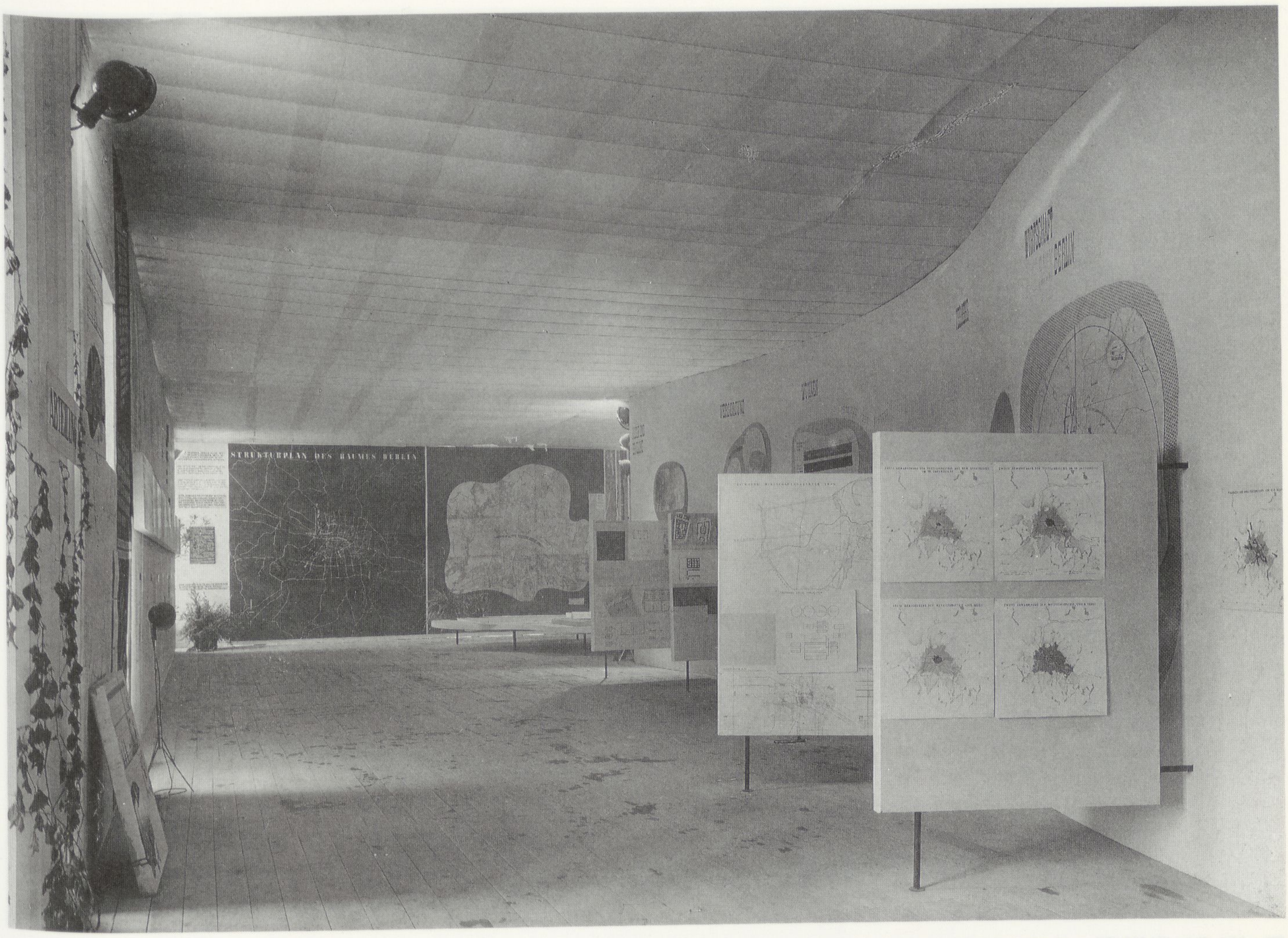
AIII/2
Wirtschaft 2
2.1 Entwicklung und Tendenzen der Arbeitsstandorte als Grundlage zukünftiger Planung
2.2 Anteil und Funktion der Erwerbstätigen im künftigen Berlin

AIII/3
Wirtschaft 3
3.1 Die Zonen des Wirtschaftsraums Berlin

AIII/4
Wirtschaft 4
4.1 Raum Ring: Wirtschaftsstruktur – 1939
4.2 Standort: Druck, Verlag, Film (Funktionsplan)
4.3 Berlin/Raum Ring: Schema der bisherigen Gliederung der Wohn- und Arbeitsstandorte
4.4 Berlin/Raum Ring: Schema der geplanten Gliederung der Wohn- und Arbeitsstandorte

---

BESTANDSVERZEICHNIS



Rechts die Abteilung AIII mit den allgemeinen Ergänzungen zu den städtebaulichen Funktionen Wirtschaft, Verkehr, Wohnung, Versorgung, Kultur und Erholung ←B 12

AIII/5
Verkehr 1

5.1 Einzelheiten wirtschaftlicher und technischer Art zum Problem des differenzierten Verkehrs. Tafel 1
5.11 Leistungsfähigkeit einer Fahrspur in verschiedenen Kreuzungen
5.12 Die Unfallgefährdung auf Autobahnen und Reichsstraßen
5.13 Eine Zweispurbahn als planfreie Kreuzung (Schnitt)
5.14 Planfreie Kreuzungen der Hauptverkehrsadern
5.2 Einzelheiten . . ., Tafel 2
5.21 Maximale Geschwindigkeiten in den Hauptverkehrszeiten an der Gedächtniskirche
5.22 Leistungsfähigkeit einer Fahrspur in verschiedenen Kreuzungen
5.23 Verkehrsunfälle an wichtigen Straßenkreuzungen und Plätzen 1.10.1927–30.9.1928
5.24 Opfer der Verkehrsunfälle in Berlin 1930–1937
5.25 Aus den laufenden Entschädigungen (Kranken-/Sterbegelder) eines Jahres können 16 planfreie Kreuzungen erbaut werden

AIII/6
Verkehr 2

6.1 Strukturplan im Raum Ring (dazu Modell AIV/2)
6.2 Einzelheiten zur Anlage des Autostraßennetzes (11 Einzeldarstellungen)

AIII/7
Verkehr 3

7.1 Entwicklung des Kanalnetzes im Raum Berlin (1620–1920, 4 Pläne)
7.2 Vorschläge für Nord-Süd-Verbindungen
7.21 Wettbewerb 1910, Vorschlag Brix-Genzmer
7.22 Reichsbahn Vorschlag 1945
7.3 Entwicklung der Reichsbahn im Raum Berlin (1838–1935, 6 Pläne)

AIII/8
Wohnen I

8.1 Umbau von Großwohnungen
8.11 Projekt Uhlandstr. 161
8.12 Projekt Hohenzollerndamm 91
Verfasserin: Lilly Reich
8.2 Leistungsfähige Grundrisse als Grundlage für vorfabrizierte Häuser
Entwürfe für Erdgeschoßhäuser:
8.21 Friedrich/1937
8.22 Hauptamt für Planung/1946
8.23 Hilberseimer/1929
8.24 Häring/1925
8.25 Schuster/o.D.
8.26 Hilberseimer/1923
8.27 Hilberseimer/1923
8.28 Häring/1925
Entwürfe für Etagenhäuser:
8.29 Hauptamt für Planung II/1946
8.210 Hilberseimer/1927
8.211 Hilberseimer/1927
8.212 Mies v. d. Rohe/1925

AIII/9
Wohnen 2

9.1 Erforderliche Wohnflächen bei mittlerem Lebensstandard
9.11 Haushaltsstatistik von Berlin
9.12 Wohnungen für Ledige und kinderlose Ehepaare
9.13 Wohnungen für Ehepaare mit 1–2 und 3–4 Kindern
9.2 Die neuen Prinzipien in einem zerstörten Stadtteil (Charlottenburg) (dazu Modell AIV/1)

AIII/10
Wohnen 3

10.1 Entwicklung der Bebauungsweisen
10.11 1875/Spekulative Bodenaufschließung
10.12 1910/Einfluß der Gartengestaltung
10.13 1920/Sozialhygienische Forderungen

Die Abteilung AIV. Eine vierköpfige Idealfamilie betrachtet das Modell der Neuen Stadt in Charlottenburg ←B 13

10.14 1930/Abkehr von der Straßenfassade
10.15 Bisherige Bebauung nach Bauzonen ohne Berücksichtigung der Besonnung und des Verkehrs
10.16 Bebauungsweise unter Berücksichtigung einer Mindestbesonnung und Gliederung der einzelnen Verkehrsarten
10.17 Erläuterungstext

AIII/11
Versorgung 1
Gliederung der Standorte für Einrichtungen des Gesundheitswesens und Schulen

AIII/12
Versorgung 2
12.1 Ortsverteiler
12.11 Ortsverteiler im alten Wohnstandort
12.12 Ortsverteiler im neuen Wohnstandort
12.13 (schematischer Ausschnitt aus dem Autostraßennetz des Strukturplans) Bildstatistiken:
12.14 Lebensmittelverbrauch einer Wohnzelle von 5000 Menschen pro Woche
12.15 Anzahl der Betriebe und Beschäftigten des Nahbedarfes einer Wohnzelle von 4–5000 Einwohnern
12.2 Bisherige Form des Ortsverteilers (3 Plandarstellungen)

AIII/13
Versorgung 3
13.1 Dezentralisierte technische Versorgung
13.11 Erläuterungstext
13.12 Versorgungsschema nach Angaben von Dipl.-Ing. Ferrari
13.13 Wohnzelle/Vorschlag für die dezentralisierte technische Versorgung
13.2 Vorschlag einer Gartenbausiedlung von Prof. Scharoun

AIII/14
Kultur und Erholung 1
14.1 Gliederung der Standorte für Erholung und Kultur
14.11 Anlagen für zentrale und besondere Aufgaben
14.12 Kulturstandorte in Berlin
14.13 Anlagen in den Zellen bis 200.000 Einwohnern
14.14 Anlagen in den Zellen bis 5000 Einwohnern
14.2 Kulturbauten
14.21 Wohnzelle/Erholungs- und Kulturanlagen
14.22 Typenbemessung: Lichtspiel-/Musik-/Theaterbauten
14.23 Neue Kulturbauten in bestehender Bebauung (4 Blätter)

AIII/15
Kultur und Erholung 2
15.1 Wohnungsnahe Kultur- und Erholungsstätten
15.11 Deutsche Einheitsschule/Grundschule. Grundrißschema
15.12 dass. Lage in der Wohnzelle
15.2 Kino (Entwurf Sergius Ruegenberg)
15.21 Außenansicht
15.22 Grundriß Variante 1
15.23 Grundriß Variante 2

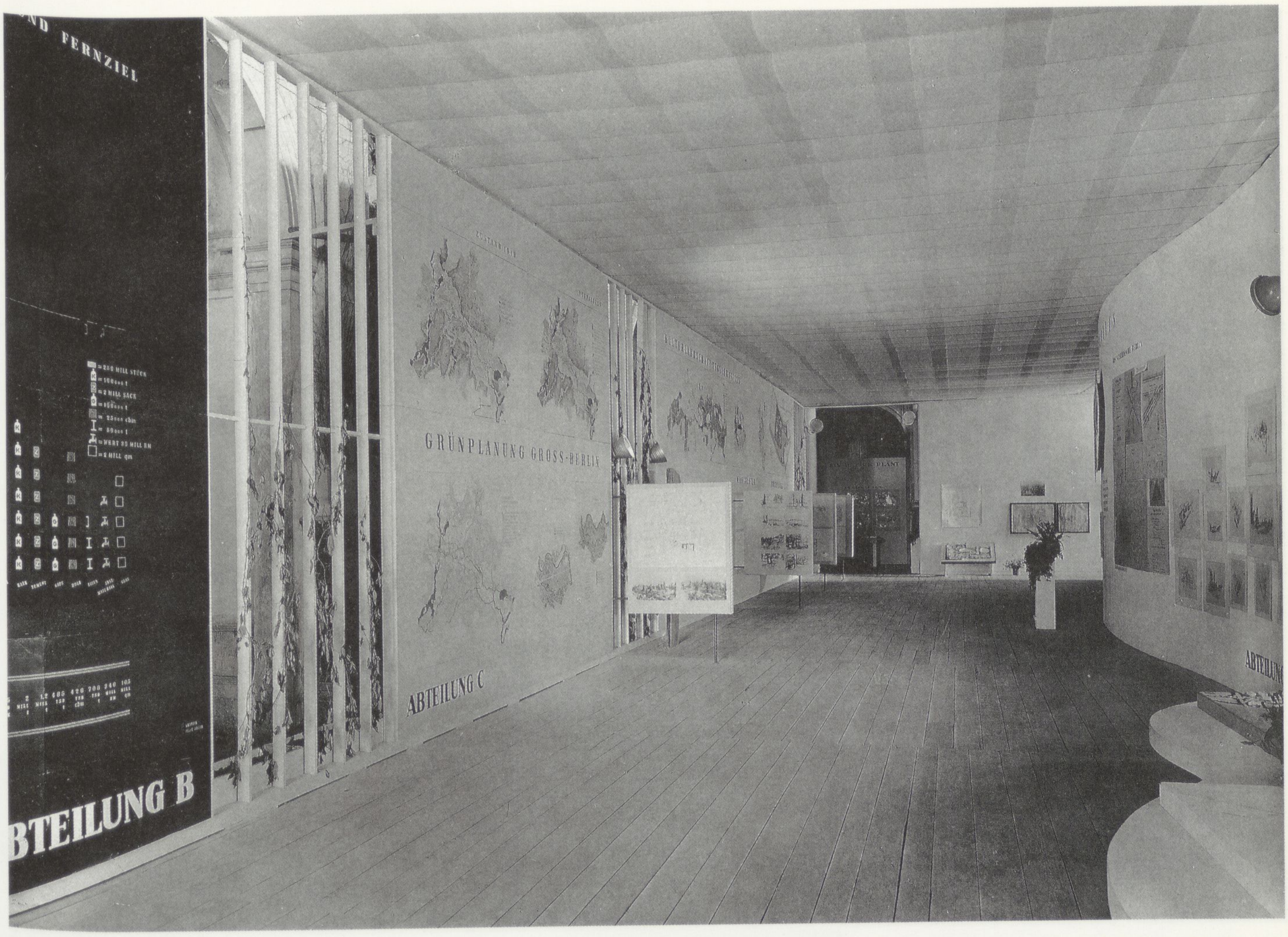
AIV/1
Die neuen Prinzipien in einem zerstörten Stadtteil (Modell Charlottenburg, vgl. Plan AIII/9.2)

AIV/2
Plastischer Strukturplan Raum Ring (1:10.000) (Modell zu Plan AIII/6.1)

ABTEILUNG B
LEISTUNGSPLAN

B1
Leistungsplan für den Wiederaufbau Berlins als Sofortprogramm und Fernziel

BESTANDSVERZEICHNIS



Blick von der Stirnwand des Weißen Saals in die Abteilung C (Probleme des Alltags). Rechts auf der Rückseite der geschwungenen Wand die Abteilung CI mit den Ergebnissen der Zusammenarbeit der Hauptplanungsämter mit den Bezirksplanungsämtern, links die Abteilung CII mit der Grünplanung für das Neue Berlin. Am Raumende erkennt man im Treppenhaus eine der Tafeln der Abteilung D mit der Überschrift „Ein Bezirk plant" ←B14

ABTEILUNG C
PROBLEME DES AUFBAUS
CI – Ergebnisse der Zusammenarbeit der Hauptämter für Planung I und II, der Bezirksplanungsämter und Bezirksarchitekten
CII – Arbeiten der Grünplanung

CI/1
Richard Ermisch: Skizzen zum Wiederaufbau des Stadtzentrums
1.1 Gendarmenmarkt (5 Skizzen)
1.2 Spreeufergestaltung (7 Skizzen)

CI/2
Ernst Randzio: Das unterirdische Berlin
2.1 U-Berlin 1946
2.2 Unterirdischer Bauraum
2.3 Hansaplatz Grundriß und Schnitt 1:250
2.4 Ecke Potsdamer/Linkstraße Grundriß und Schnitt 1:250
2.5 Bestandsplan des Lauenburger Viertels
2.6 Bestandsplan U-Berlin 1946
2.7 Gegenüberstellung oberirdisches–unterirdisches Berlin

CI/3
Johannes Bartschat: Strukturforschung zu bestehenden Wohnstandorten (in Schöneberg)
3.1 Heute: Block Kulmer/Großgörschen-/Manstein-/Goebenstraße
3.2 Morgen: Planung für denselben Block
3.3 Statistische Bestandsaufnahme (5 Tafeln)
3.4 Vorschläge für die künftige Umgestaltung (3 Tafeln)

CI/4
Edmund Collein/Hans Mucke: Strukturplanung (zu Friedrichshain)
4.1 Text: Der heutige Bezirk Friedrichshain . . .
4.2 Die grüne Feldmark
4.3 Das Produkt der Gründerjahre
4.4 Das Erbe der Hitlerzeit
4.5 Verkehrsplan und Flächennutzung des Bezirks Friedrichshain

CI/möglicherweise weitere Pläne
Im Katalog sind noch folgende Pläne aufgeführt, von denen jedoch nicht nachweisbar ist, daß sie ausgestellt worden sind:
– Baurecht und neue Stadt
– Grundlagen der Krankenhausplanung
– Vorschlag für die bauliche Ergänzung eines teilweise zerstörten Wohnblocks

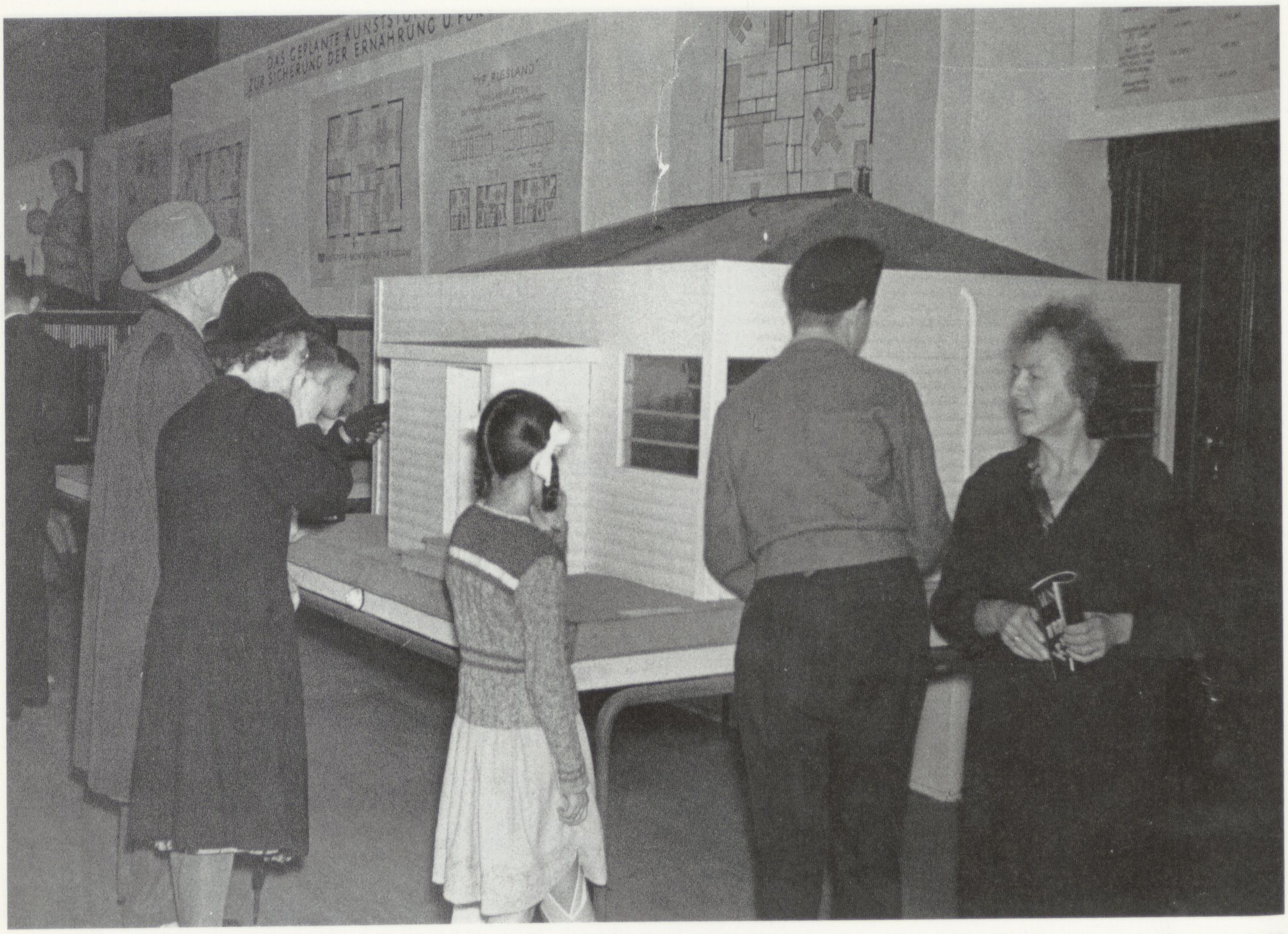
CII/1
Grünplanung Groß-Berlin 1
1.1 Zustand 1946
1.2 Neuplanung 1946
1.3 Topographie und Bodenbeschaffenheit, als Grundlage der neuen Grünplanung
1.4 Tiergartenplanung
1.41 Tiergarten Zustand 1946
1.42 Tiergarten Neuplanung

CII/2
Grünplanung Groß-Berlin 2
2.1 Beispiel eines Schau- und Sichtungsgartens für Pflanzenzüchtungen 1:1000 (Entwurf: Herta Hammerbacher Juli 1946)
2.2 Bellevue-Park (perspekt. Skizze)
2.3 Tiergartenplanung (perspekt. Skizze)

CII/3
Kulturlandschaft Tegeler Fließ 1
3.1 Übersichtsplan 1:4000

CII/4
Kulturlandschaft Tegeler Fließ 2
4.1 Übersicht der Neuplanung 1:2000
4.2 Lageplan Tegeler Fließ 1:20.000
4.3 Naturschutz
4.4 Kulturlandschaft Tegeler Fließ Entwurf 1:4000 (Studiengesellschaft für Kulturlandschaftsplanung e.V. zusammen mit Amt für Grünplanung)

CII/5
Kulturlandschaft Tegeler Fließ 3
5.1 Vier Skizzen zur Neugestaltung (A–D)
5.2 Vier Skizzen zum Zustand (E–H)



Die Abteilung E mit den vorfabrizierten Einfamilienhäusern aus Kunststoff. Im Vordergrund das amerikanische Modellhaus ←B 15

CII/6
Wohngärten 1

6.1 Siedlergärten am Tegeler Schießplatz 1:100 (Lingner 15.2.46)
6.2 dass., Haustyp 2 1:100 (Lingner Mai 1946)
6.3 dass., Haustyp 2/Pflanzplan 1:50 (Lingner Mai 1946)

CII/7
Wohngärten 2

7.1 Siedlungsgarten Tegeler Schießplatz, Haustyp 1/Pflanzplan (1:50)
7.2 dass., Vogelperspektive
7.3 6 Skizzen zu Siedlergärten am Tegeler Schießplatz
7.4 Kleinsiedlergärten Tegeler Schießplatz. Gesamtplan (1:1000)

CII/8
Wohngärten 3

8.1 Einfamilienhaus und Garten. Wohnung für 4 Personen (1:50)
8.2 Wohngarten für L-Haustyp (1:50)

CII/9
Friedhöfe 1

9.1.–9.8 Acht Skizzen zur Neugestaltung des Parkfriedhofs Schönholz

CII/10
Friedhöfe 2

10.1 Parkfriedhof Pankow-Schönholz (1:10.000)
10.2 Parkfriedhof Buckow-West (1:500)
10.3 Vier Skizzen zum Parkfriedhof Buckow-West
10.4 Wald- und Parkfriedhof Pankow-Schönholz (Lageplan)
10.5 Friedhof Buckow-West (Vogelperspektive)
10.6 Wald- und Parkfriedhof Pankow-Schönholz (Vogelperspektive)

CII/11
Friedhöfe 3

11.1 Die Gräber der Großen Sozialisten auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde. Neugestaltung der Grabstellen und des Vorplatzes (1:200) Blatt 1
11.2 Die Gräber der Großen Sozialisten Blatt 2. Skizzen zur Plastik, Schnitt (1:100)

CII/12
Bezirkssportgelände

12.1 Modell Bezirkssportgelände Prenzlauer Berg
12.2 dazugehöriger Plan

ABTEILUNG D
ARBEITEN DER BEZIRKSPLANUNGSÄMTER

D/1
Ein Bezirk plant

Verschiedene Pläne/Modelle des Bezirksamts Kreuzberg zum Exportblock Ritterstraße. Die ausgestellten Arbeiten sind unbekannt.

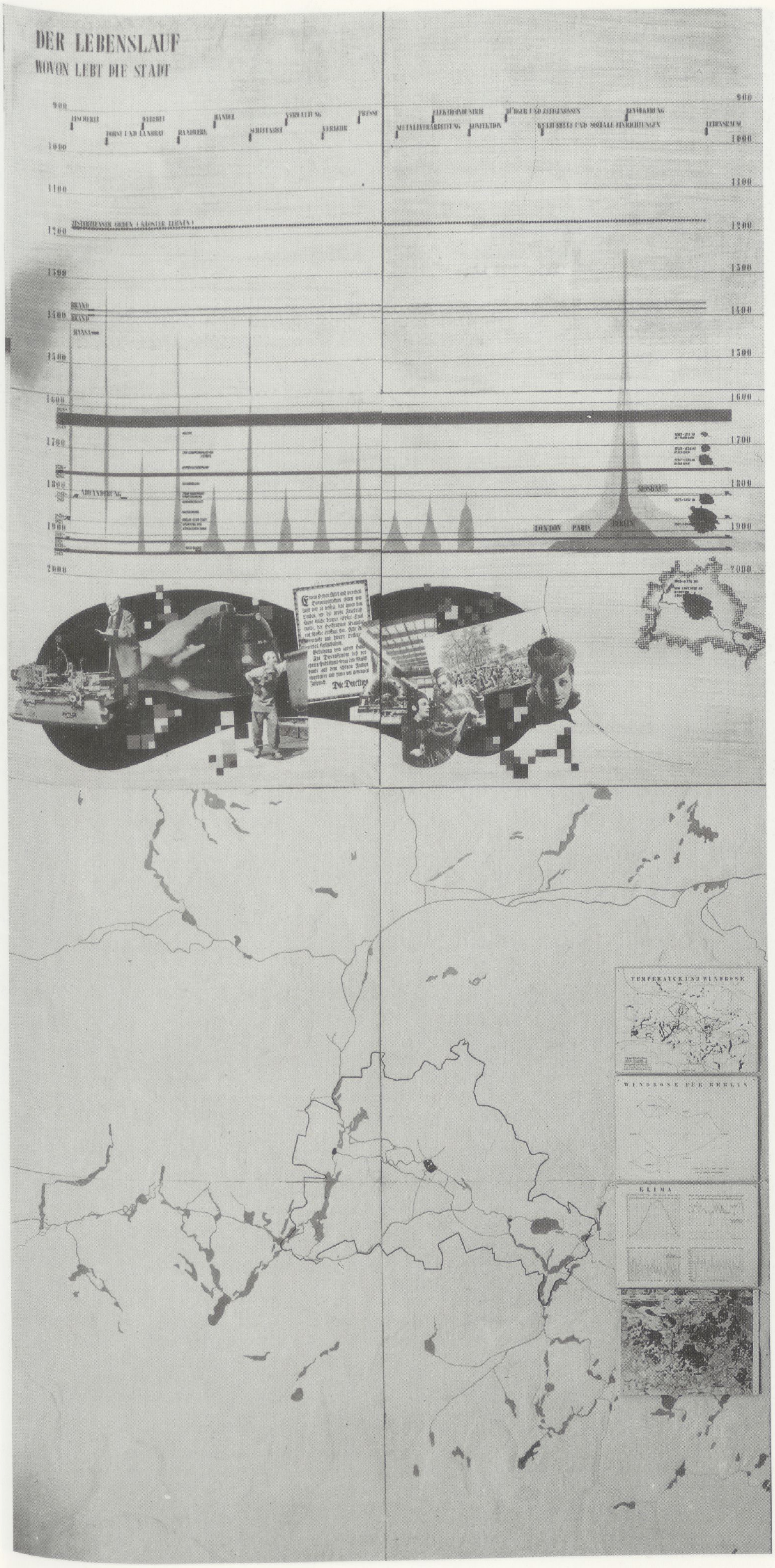
D/2
Der „Zehlendorfer Plan" (Willi Goergen/Walter Moest, 1:100.000)

Ob weitere Arbeiten des Hauptamts für Planung I ausgestellt waren, ist unbekannt.

ABTEILUNG E
ARBEITEN DER BAUWISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSSTELLE

E/1
Das vorfabrizierte Haus

1.1 Typ Amerika
1.2 Typ Rußland
1.3 Typ England
1.4 Typ Frankreich
1.5 Typ Deutschland



Aus dem Katalog: *Ein Diagramm „Der Lebenslauf Berlins" leitet die Darstellungsreihe ein und zeigt die Bevölkerung im Wandel der Tätigkeit: von vorwiegend Nahbedarf (Landwirtschaft, Fischerei) zum vorwiegend Fernbedarf (industrielle Produktion der neuen Zeit). Dem räumlichen Verständnis dient hierzu eine plastische Karte, durch klimatische und bodenkundliche Angaben ergänzt.*

1.1 Zeitdiagramm: In eine vertikale Zeitachse eingetragen ist die Entwicklung von Fischerei, Forst- und Landbau, Weberei, Handwerk, Handel, Schiffahrt, Verwaltung, Verkehr, Presse, Metallverarbeitung, Elektroindustrie, Konfektion, (Bürger und Zeitgenossen), (kulturelle und soziale Einrichtungen), Bevölkerung (im Vergleich dazu London/Paris/Moskau) und Lebensraum der Stadt Berlin (1681, 1709, 1757, 1825, 1881, 1915, Flächen- und Einwohnerangabe). Die Zeitachse reicht vom Jahr 900 bis zum Jahr 2000.

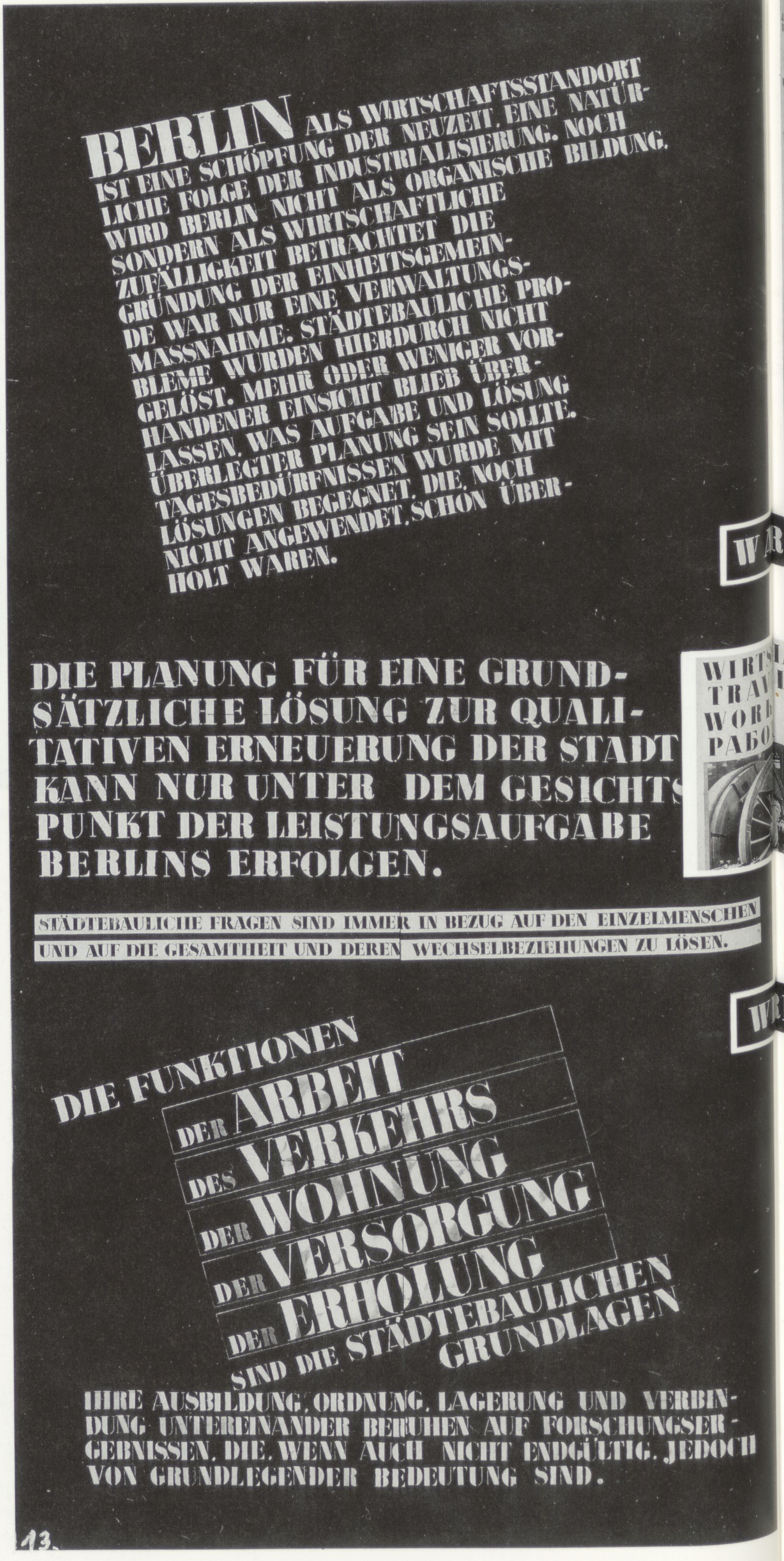
1.2 Bildcollage: Collage des Graphikers Walter Leistikow, der die gesamte Abteilung AI gestaltet hat: Drehbank – Menzel – Schnellzuglokomotive – Arbeiterin – Kranzlers Eröffnungsanzeige von 1825 – Turbine – Schauspieler – Siegesallee – Filmschauspielerin.

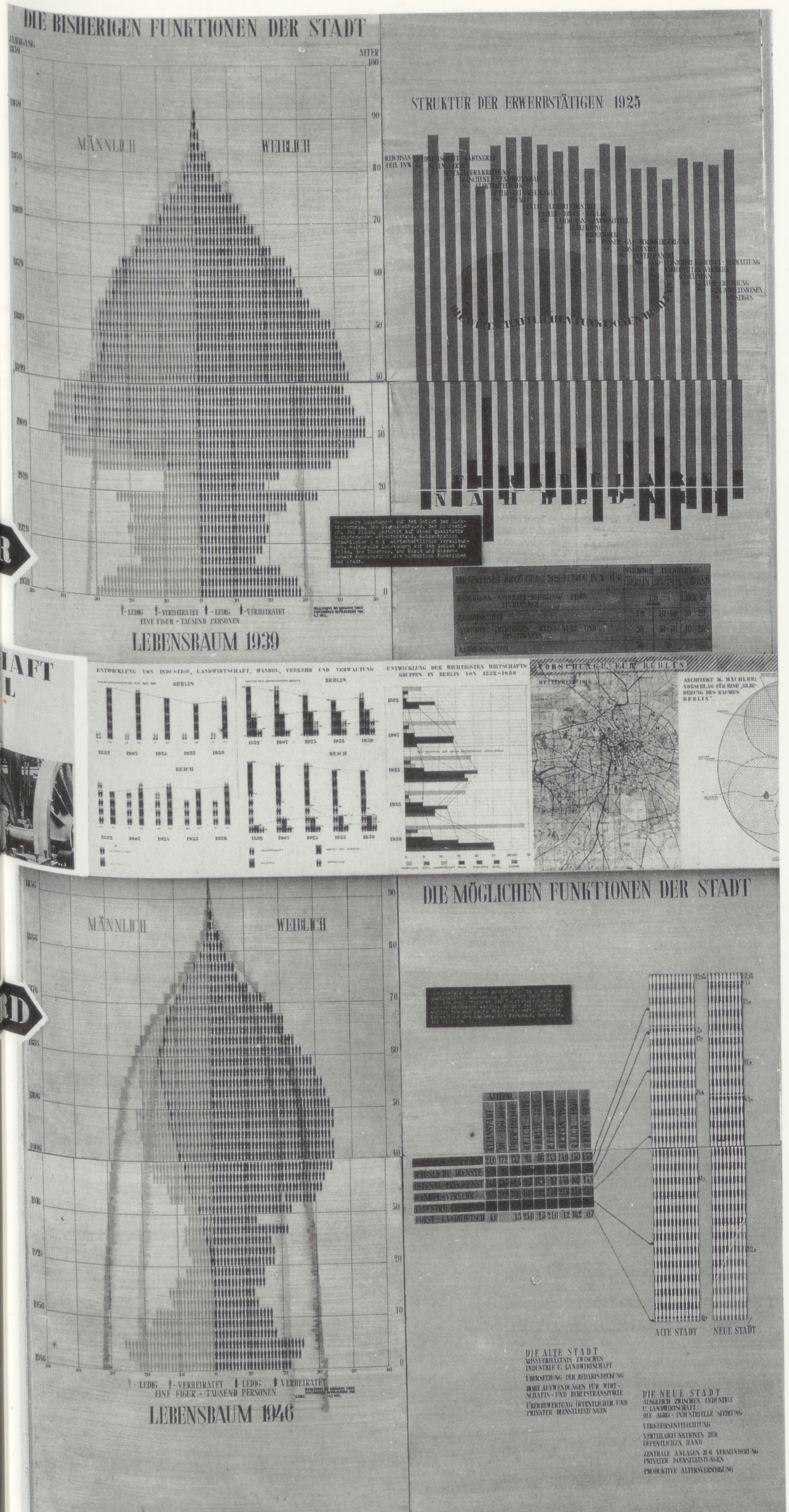
1.3 Plastische Karte: Die Karte zeigt die Stadtgrenze von Berlin, die Wasserflächen in der Umgebung und plastisch hervorgehoben die Höhenunterschiede. Auf der rechten Seite vier Zusatzkarten: Temperatur und Windrose für die Umgebung Berlins, Windrose für Berlin, die die vorherrschenden Windrichtungen angibt, Klimadiagramme und Bodenkarte.

B 16 – B 25

AI/1 DER LEBENSLAUF BERLINS

Aus dem Katalog: *Es folgt eine kurze Formulierung städtebaulicher Thesen als Überleitung zu den eigentlichen Karten der Fibel. In fibelartiger Darstellung werden die Grundlagen für Arbeit, Verkehr, Wohnen, Versorgen und Erholen in der Vergangenheit in einer „war“-Karte und Vorschläge für eine mögliche Lösung in einer „wird“-Karte in gleichem Maßstabe am Beispiel Berlin und seinem Einzugsraum gezeigt. Darstellungen der historischen, wirtschaftlichen und strukturellen Grundlagen ergänzen diese Karten.*





3.1 WAR: DIE BISHERIGEN FUNKTIONEN DER STADT

Dargestellt am Lebensbaum 1939 und der Berufsstruktur 1925. Der Lebensbaum zeigt die Bevölkerung Berlins (1 Figur = 1000 Personen) und unterscheidet sie farbig nach Geschlecht, Familienstand und Geburtsjahr. Unter den Figuren ist eine *Idealkurve bei Annahme einer stationären Bevölkerung von 4.2 Millionen* eingezeichnet.

Die Darstellung der Berufsstruktur 1925 zeigt den Anteil der Erwerbstätigen an den zentralen und besonderen Funktionen der Stadt im Nahbedarf (Handwerk, Verkehr usw.) und Fernbedarf (Industrie, Gewerbe) und ihren jeweiligen Anteil im Reich.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Besondere Leistungen auf dem Gebiet der Elektrotechnik, des Maschinenbaus, der Konfektion, des Films, gestützt auf einen qualitativ hochstehenden Arbeiterstand, Konzentration staatlicher u n d wirtschaftlicher Verwaltungen, kulturelle Leistungen auf dem Gebiet des Films, des Theaters, der Musik und Wissenschaft kennzeichnen die bisherigen Funktionen der Stadt.*

3.2 WIRD: DIE MÖGLICHEN FUNKTIONEN DER STADT

Dargestellt am Lebensbaum 1946 und einem Wunschbild der Berufsstruktur. Der Lebensbaum ist entsprechend dem von 1939 gestaltet, es sind jedoch zwei Idealkurven unterlegt, eine für 3 Millionen und eine für 4.2 Millionen Einwohner.

In dem Wunschbild der Erwerbsstruktur wird die *alte Stadt* und die *neue Stadt* gegenübergestellt und die gewünschte Verschiebung der Erwerbsstruktur nach den Erwerbszweigen anschaulich gemacht: Forst- und Landwirtschaft von 0,7 % auf 20 %, Industrie/Handwerk von 41,1 % auf 45 %, Handel und Verkehr von 24,8 % auf 17 %, öffentliche und private Dienste von 15,5 % auf 15 %, häusliche Dienste von 2,4 % auf 1 % und verschiedene Selbständige von 15,5 % auf 2 %.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Die Planung für eine grundsätzliche Lösung zur qualitativen Erneuerung der Stadt kann nur unter dem Gesichtspunkt der Leitungsaufgabe Berlins vorgenommen werden. Welche der Funktionen werden tragend sein: die Wirtschaft, zentrale Verwaltung des Landes, des Verkehrs, der Post, der Finanzen?*

3.3 ERGÄNZUNGEN

Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehr und Verwaltung. Im Vergleich zwischen Berlin und dem Reich zeigt die erste Tafel die Strukturveränderung der in der Landwirtschaft und der Industrie beschäftigten Personen im Zeitraum von 1882 bis 1939, die zweite Tafel den Anstieg der unproduktiven Berufe (Handel/Verkehr/Verwaltung) im gleichen Zeitraum und die dritte Tafel die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsgruppen in Berlin zwischen 1882 und 1939, und zwar für Verwaltung, Textil, Landwirtschaft, Druck, Konfektion, Metall und Elektroindustrie.

Daran schließt eine Reihe von Plänen an, die zur nächsten Tafel gehören und dort erklärt werden.

4.1 WAR: JETZIGE STRUKTUR DER ARBEITS- UND WOHNSTANDORTE

Dargestellt werden die Zonen der Leicht- und Mittelindustrie, der Schwerindustrie und vorhandene Arbeitsstandorte.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Die Standorte: Film, Presse, Konfektion, Feinmechanik und Optik u.s.f., die neben anderen Industrien durch die Verkehrslage Berlins und die Fühlungsvorteile zu den Zentralverwaltungen Grundlagen der wirtschaftlichen Funktionen Berlins darstellen, nehmen den nacheinander von dem Textilgewerbe und der Metallindustrie verlassenen Innenraum der Stadt ein. Hohe Grundrenten, Mietskasernen zur Unterbringung der wachsenden Bevölkerung, hohe Arbeitsplatzdichte ergeben eine Verfilzung, die durch eine Zonenbauordnung und der Entwicklung nachlaufenden Verkehrsnetze sanktioniert werden.*

Die abgewanderten Industrien folgen südöstlich und nordwestlich den Linien des Wassers und der Schiene in neue Standorte.

4.2 WIRD: GEPLANTE STRUKTUR DER ARBEITS- UND WOHNSTANDORTE

Dargestellt werden vorhandene Industrie, geplante Arbeitsstandorte, Nahbedarfsflächen (Lager, Gewerbe, leichte Industrie), Vorkommen von Steinen und Erden und Flächen des Intensivgartenbaus.

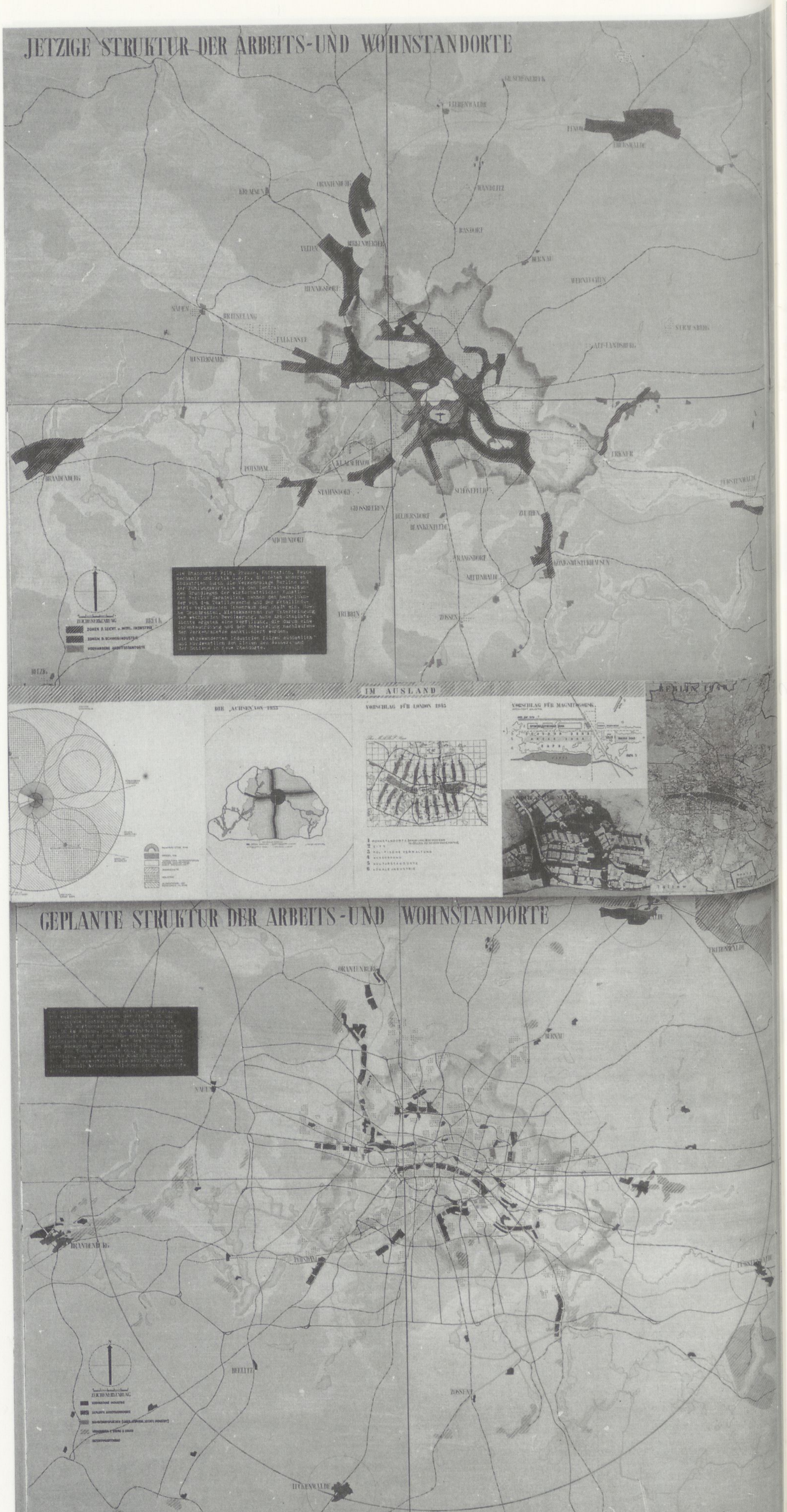
Erläuterung (weiß auf schwarz): *Zur Erfüllung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Stadt ist der Einzugsraum festzulegen. Er ist landwirtschaftlich und wirtschaftlich gegeben und beträgt ca. 50 km Radius. Nach den Erfordernissen der Wirtschaft sind hier Wohn- und Arbeitsstätten organisch einzugliedern mit dem landschaftlichen Rückgrat der Seen, Kanäle, Spree und Havel. Die Technik erlaubt uns, die Stadt aufzugliedern, ohne erreichten Komfort aufzugeben. Bei der zu erwartenden planmäßigen Produktion sind deshalb Menschenballungen nicht mehr notwendig.*

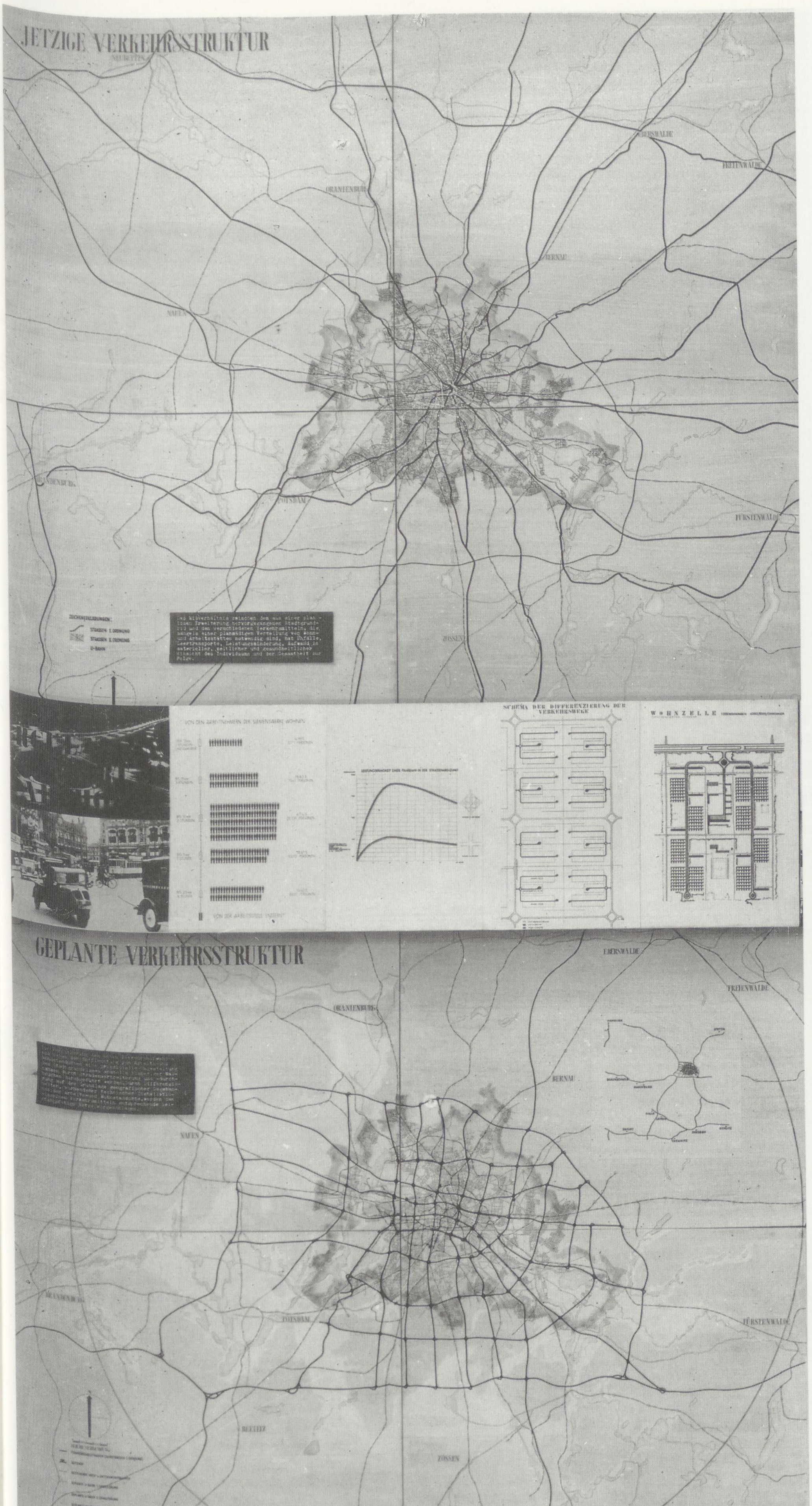
4.3 ERGÄNZUNGEN

7 *Vorschläge für Berlin,* die bereits unter der Tafel 1 beginnen.

Von links nach rechts:

1) Berlin Plan Wettbewerb 1910
2) Martin Mächler: Vorschlag für eine Gliederung des Raumes Berlin
3) Die „Achsen" von 1933
4) Vorschlag für London 1945 (M.A.R.S.-Plan)
5) Vorschlag für Magnitogorsk (Miljutin)
6) Vorschlag für Stalingrad
7) Berlin 1946 (Planungskollektiv)





5.1 WAR: JETZIGE VERKEHRS-STRUKTUR

Dargestellt werden Straßen zweiter und erster Ordnung sowie die U-Bahn.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Das Mißverhältnis zwischen dem aus einer planlosen Erweiterung hervorgegangenen Stadtgrundriß und den verschiedenen Verkehrsmitteln, die mangels einer planmäßigen Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten notwendig sind, hat Unfälle, Leertransporte, Leistungsminderung, Aufwand in materieller, zeitlicher und gesundheitlicher Hinsicht des Individuums und der Gemeinschaft zur Folge.*

5.2 WIRD: GEPLANTE VERKEHRS-STRUKTUR

Dargestellt werden Fernverkehrsstraßen und Straßen erster Ordnung, Autohöfe, geplante U-Bahn-Strecken in zwei Erweiterungsstufen und die geplante Nord-Süd-S-Bahn.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Zur Verringerung des hohen Verkehrsaufwandes muß neben der Entflechtung von Arbeits- und Wohnstandorten eine prinzipielle Umgestaltung des Stadtgrundrisses anstelle bisheriger Maßnahmen durch Straßenverbreiterungen und -durchbrüche durchgeführt werden. Durch Differenzierung auf der Grundlage geografischer Gegebenheiten, vorhandener technischer Installationen der Arbeits- und Wohnstandorte, werden den einzelnen Verkehrsmitteln entsprechende leistungsfähige Netze vorgeschlagen.*

5.3 ERGÄNZUNGEN

1) Fotogegenüberstellung einer niveaufreien Autobahnkreuzung (bei Nacht) und einer Kreuzung in der alten Berliner Innenstadt mit dem Durcheinander von Straßenbahn-, Auto-, Fahrrad- und Fußgängerverkehr
2) Aufschlüsselung der Arbeiter der Siemenswerke nach der Entfernung ihrer Wohnungen vom Arbeitsplatz
3) Leistungsfähigkeit einer Fahrbahn in einer niveaufreien im Vergleich zu einer niveaugleichen Kreuzung
4) Schema der Differenzierung der Verkehrswege
5) Wohnzelle 1000 Wohnungen für 4000 bis 5000 Einwohner. Differenzierter Verkehr

6.1 WAR: BISHERIGE VERTEILUNG DER BEVÖLKERUNG

Dargestellt werden die Lage der Wohnstätten (1 Punkt = 1000 Einwohner), Betriebsflächen der Reichsbahn, gemischte Industrie- und Wohngebiete, reine Industriegebiete und die Rieselfelder.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Aus der konzentrischen Stadtentwicklung wurde eine Bauzonenhöchstbebauung abgeleitet, die durch die Bodenspekulation in den Innenbezirken zu einer erbarmungslosen Dichte bis 1300 Menschen/ha führte und die Außenbezirke mit einer Dichte von 50 Menschen/ha schützte.*

Die Planlosigkeit in der Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten erfordert einen hohen Transportaufwand und hat große persönliche und gemeinschaftliche Aufwendungen in materieller, zeitlicher und gemeinschaftlicher Hinsicht zur Folge.

Ein Zusatzplan rechts unten zeigt im Schnitt Nord/Ost–Süd/West durch Berlin die Wohndichte (Personen/ha) von 1939 in: Weißensee, Prenzlauer Berg, Mitte, Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf und Neu-Babelsberg.

6.2 WIRD: GEPLANTE VERTEILUNG DER BEVÖLKERUNG

Dargestellt werden die geplanten Wohngebiete (1 Punkt = 1000 Einwohner) sowie die Lage der Arbeitsstandorte (schraffiert).

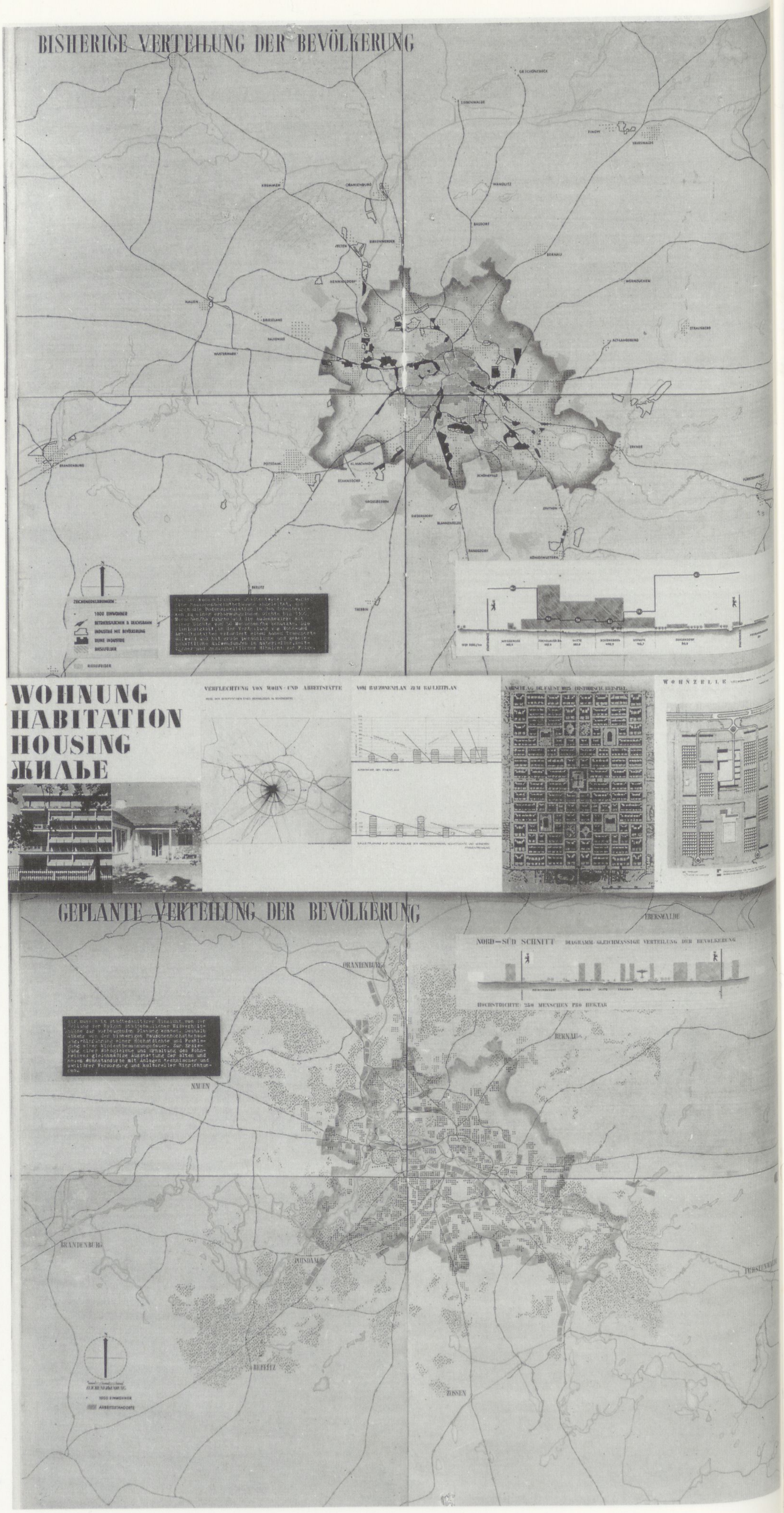
Erläuterung (weiß auf schwarz): *Wir müssen in städtesanitärer Hinsicht von der Heilung der Folgen städtebaulicher Mißverhältnisse zur vorbeugenden Planung kommen. Deshalb Abkehr von der bisherigen Bauzonenhöchstbebauung, Einführung einer Höchstdichte und Festlegung einer Mindestbesonnungsdauer. Zur Erzielung einer Wohngleiche und Erhaltung des Wohnreizes gleichmäßige Ausstattung der alten und neuen Wohnstandorte mit Anlagen technischer und sanitärer Versorgung und kultureller Einrichtungen.*

Ein Zusatzplan rechts oben zeigt im Nord-Süd-Schnitt durch Reinickendorf, Wedding, Mitte, Kreuzberg und Tempelhof die gewünschte gleichmäßige Verteilung der Bevölkerung mit einer Höchstdichte von 250 Menschen/ha.

6.3 ERGÄNZUNGEN

Links zwei Fotos eines Appartementhauses mit 4 Geschossen und eines eingeschossigen Einfamilienhauses. Rechts daneben vier Pläne:

1) *Verflechtung von Wohn- und Arbeitsstätten.* Wege der Berufsstationen eines Wohnblocks in Schöneberg
2) *Vom Bauzonenplan zum Bauleitplan.* Vergleich (Zeichnung oben) Auswirkung der Zonenplanung (in bezug auf die Besonnung)
   Bauleitplanung auf der Grundlage der Mindestbesonnung, Höchstdichte und Trennung der Verkehrsformen
3) *Vorschlag Dr. Faust 1825 historisches Beispiel.* Idealstadt La Chaux de Fond
4) *Wohnzelle.* 1000 Wohnungen, 4–5000 Einwohner, Maßstab 1:2000



7.1 WAR: BISHERIGE ORGANISATION DER NAHRUNGSVERSORGUNG

Dargestellt werden mit farbigen Nadeln Schlachthof, Markthallen, Getreidemühlen und Kühlhäuser.

Erläuterung (schwarz auf weiß): *Durch die explosive Stadtentwicklung ist die Eigenerzeugung bzw. Nahversorgung fast ausschließlich zu einer Fernversorgung geworden. Zwischen Erzeuger und Verbraucher hat sich zum Teil ein unproduktiver Apparat herausgebildet, der sich auf wenige zentrale Anlagen konzentriert. Folge: Verkehrsballungen, weite An- und Abtransporte, z.T. vergrößert durch einseitige Lagerung zu den Verbrauchsstätten. Hierdurch unnötiger Verkehrsaufwand und hohe Verderbsquote.*

7.2 WIRD: VORSCHLAG FÜR DIE NAHRUNGSVERSORGUNG

Dargestellt werden vorhandene und geplante Schlachthöfe, Markthallen und Mühlen, unterschieden nach zentralen und bezirklichen Aufgaben.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Das verlorengegangene Gleichgewicht zwischen Aufwand und Leistung muß wiederhergestellt werden, um den biologischen Wert der Nahrungsmittel möglichst uneingeschränkt dem Verbraucher zuzuleiten.*

Deshalb Aufgliederung des Raumes auf der Grundlage der Einzugsgebiete der Erzeugerräume und der Verkehrsmittel zur Lage der Verbraucher. Aufbereitung und Verteilung der Massennahrungsmittel in verteilten Anlagen entsprechend der Raumteilungen. Folge: kurze Wege und geringe Verderbsquote. Fernversorgung über zentrale Speziallager.

7.3 ERGÄNZUNGEN

Rechts neben den drei Fotos, wovon das rechte die Großbäckerei von Max Taut in Spandau zeigt, folgen drei Pläne:

1) *Der Lebensmittelverbrauch in Berlin in einer Woche*
2) *Bestehender Wohnstandort.* Die Versorgungseinrichtungen in einem entkernten Wohnblock in Schöneberg
3) *Wohnzelle.* Die Einrichtungen für die Nahbedarfsdeckung in einer Wohnzelle für 1000 Wohnungen mit 4–5000 Einwohnern

8.1 WAR: BISHERIGE ABFALL-VERWERTUNG

Dargestellt werden berieseltes und nicht berieseltes Land, die Banngrenze Berlins, Müllverladestellen, Transportwege (zu Schiene und Wasser), Druckrohrleitungen, Pumpwerke und Standrohre.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Hoher Verkehrs- und Lageraufwand der bisherigen Müllbeseitigung. Das jetzige System der Abwasserverwertung blockiert mit den hierzu notwendigen Rieselfeldern die Entwicklungsfreiheit der Stadt.*

8.2 WIRD: VORSCHLAG FÜR ABFALL-VERWERTUNG

Dargestellt werden der stufenweise Abbau der Rieselfeldanlagen, Müllverwertungen (örtliche Aufbereitung und Verwendung) und Müllverwendung in Verbindung mit Klärschlick.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Bezirkliche Müllaufbereitung zur Bodenverbesserung in den Wohnstandorten. In Verbindung mit dem stufenweisen Umbau der Rieselfelder, Verwendung des Klärschlicks zur Bodenverbesserung außerhalb des Stadtraumes.*

Die Erzeugung von Komposterde aus städtischen Abfällen und deren Vertrieb sollte wie die übrigen städtischen Versorgungen, Gas, Wasser usw. organisiert werden.

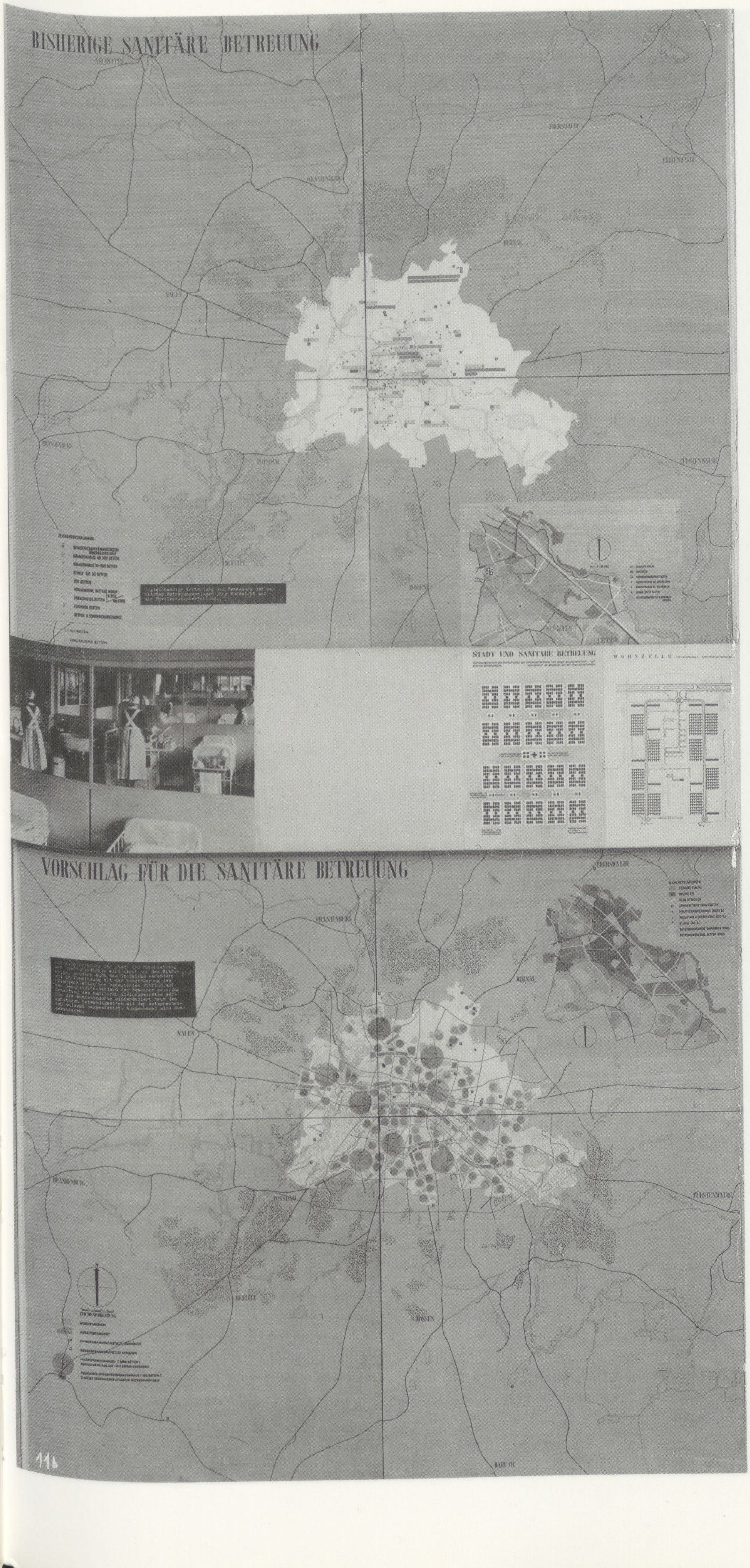
8.3 ERGÄNZUNGEN

Auf fünf Tafeln wird nebeneinander dargestellt:

1) Entstehung, Zusammensetzung, Aufbereitung und Verwertung des Berliner Mülls. Die Statistiken über dem Foto enthalten Angaben, die vielleicht im Vergleich zu heute interessant sind.
   1. *Entstehung*
      In Berlin fallen unter normalen Umständen pro Kopf der Bevölkerung täglich 1,2 l Müll an. Bei 3 Millionen Einwohnern täglich 3 600 000 l gleich 3600 cbm = 1800 t Müll
      Jährlich 365 x 3600 cbm = 1 314 000 cbm = 657 000 t Müll
   2. *Zusammensetzung*

Grobmüll	*25 %*
Feinmüll rd.	*40 %*
Schlacke und Kohle rd.	*8 %*
Küchenabfälle rd.	*4 %*
Sonstiges rd.	*23 %*

   3. *Aufbereitung und Verwertung*
      a. *Durch biologische Kompostierung innerhalb des Stadtgebietes Nutzung nach 3 Monaten*
      b. *Durch mechanische Kompostierung mittels der Dano-Anlage innerhalb des Stadtgebietes Nutzung nach 24 Stunden*
      c. *Durch Aufschüttung auf Halden und Abbau als Kompost nach eingetretener Verrottung Nutzung nach 3 Jahren.*
2) *Biologische Kompostierung.* Durch Umsetzen hat dieses Verfahren eine Laufzeit von 3 Monaten.
3) *Mechanische Kompostierung* nach dem System „Dano“ mit einer Laufzeit von 24 Stunden.
4) *Gartenbauzelle* im Maßstab 1:2500 mit 250 Wohnungen für 1000 Einwohner (erster Vorschlag)
5) 2. Vorschlag zu einer *Gartenbauzelle* ebenfalls im Maßstab 1:2500



9.1 WAR: BISHERIGE SANITÄRE BETREUUNG

Dargestellt werden überbezirkliche Sonderkrankenanstalten, Krankenhäuser ab 500 Betten, Krankenhäuser mit 50 bis 500 Betten, Kliniken bis 50 Betten. Neben diesen Standorten wird quantitativ mit Rechtecken die Bettenversorgung der Stadt dargestellt.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Ungleichmäßige Verteilung und Bemessung der sanitären Betreuungsanlagen ohne Rücksicht auf die Bevölkerungsverteilung.*

Ein Zusatzplan rechts unten zeigt die Standorte der vorhandenen Krankenanstalten im Bezirk Neukölln im Maßstab 1:25.000.

9.2 WIRD: VORSCHLAG FÜR DIE SANITÄRE BETREUUNG

Dargestellt werden Wohn- und Arbeitsstandorte, vorhandene und zu verlegende Sonderkrankenanstalten, Hauptkrankenhäuser (mit 1000 Betten) und ihre Betreuungskreise sowie Polikliniken mit Sofortkrankenhäusern (mit 100 Betten) und ihren Betreuungskreisen.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Die Aufgliederung der Stadt und Herabsetzung der Siedlungsdichte wird nicht nur das Mikroklima, sondern auch das Großklima verändern und in Verbindung mit der Vergrößerung des Pflanzenkleides von bedeutendem Einfluß auf den Gesundheitsstandard der Bewohner sein. Zur Erhaltung des sanitären Gleichgewichtes werden die Wohnstandorte differenziert nach den sanitären Notwendigkeiten mit den entsprechenden Anlagen ausgestattet. Ausgenommen sind Sonderanlagen.*

Der Zusatzplan rechts oben zeigt die geplante sanitäre Betreuung für den Bezirk Neukölln.

9.3 ERGÄNZUNGEN

1) Ein Foto aus einem Kinderkrankenhaus
2) *Stadt und sanitäre Betreuung.* Das Verteilungsschema der Einrichtungen des Gesundheitswesens für einen Wohnstandort mit 400.000 Einwohnern, gegliedert in Wohnzellen mit 5000 Einwohnern
3) *Wohnzelle* mit 1000 Wohnungen für 4–5000 Einwohner

10.1 WAR: BISHERIGE KULTURSTANDORTE UND ERHOLUNG

Dargestellt werden Museen, Zoo, Botanischer Garten, Pferdesport, Sportanlagen, Wassersport, Freibäder, Theater, Konzertsäle und Varietés.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Neben gewachsenen Standorten sind solche ohne Rücksicht auf Bevölkerungsverteilung entstanden. Die Bauten der Erziehung sind zum größten Teil überaltert. Ihr Standort und ihre Bemessung stehen in keinem Verhältnis zur Bevölkerung.*

10.2 WIRD: GEPLANTE KULTURSTANDORTE UND ERHOLUNG

Darstellung wie oben, jedoch ohne Theater, Konzertsäle und Varietés.

Erläuterung (weiß auf schwarz): *In Anlehnung an gewachsene Standorte: Verteilung der kulturellen und Erholungseinrichtungen und Differenzierung entsprechend ihren Aufgaben in zentrale, bezirkliche und örtliche Anlagen. Neue Mittelpunktsbildung in Anlehnung an die Verteilung der Bevölkerung zur Erhaltung des Gleichgewichtes und Wohnreizes der einzelnen Stadtzellen.*

10.3 ERGÄNZUNGEN

1) 2 Fotos, spielende Kinder und Humboldt-Universität
2) *Analyse der Schulen* mit drei statistischen Darstellungen:
   1. Anzahl der Schulen und Schüler in Berlin 1938, unterschieden nach Grund-, Mittel- und höheren Schulen sowie Berufs- und Hochschulen
   2. Die prozentuale Verteilung der Volks- und höheren Schüler in zwei Berliner Bezirken (Friedrichshain und Zehlendorf)
   3. Die Kosten für einen Schüler (1938), aufgegliedert nach den o.g. Schularten
3) *Die Deutsche Einheitsschule*, Gliederungsschema vom Kinderhort bis zur Universität
4) *Stadt und Schule*. Das Verteilungsschema der Schulen für einen Wohnstandort mit 2 x 200.000 Einwohnern, gegliedert in Gruppen von Wohnzellen mit 5000 Einwohnern

Tafel AII/1. Strukturplan des Raumes Berlin

←B 26

AII/1 STRUKTURPLAN DES RAUMES BERLIN (1:25.000)

Dargestellt werden Wohnstandorte (schraffiert von unten links), Arbeitsstandorte (schraffiert von oben rechts), Nahbedarf (weit schraffiert von unten links), Kulturstandorte (kreuzschraffiert), Gartenbau (weit punktiert), intensiver Gartenbau (eng punktiert), außerdem Standorte von Kulturstätten, Rennbahnen, Sportplätzen, Freibädern und Hotels.

Erläuterung (schwarz auf weiß): *Der Strukturplan als plastischer Rahmenplan künftiger technischer und sozialer Verhältnisse. Berlin bejahen heißt seine Aufgaben bejahen. Hierfür muß alles Notwendige getan und alles Hindernde ferngehalten werden.*

Die Stadt soll nicht größer sein, als zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgabe notwendig ist.

Der hierzu erforderliche Einzugsraum beträgt R = 50 km und wird von den Städten Eberswalde, Fürstenwalde, Luckenwalde und Brandenburg begrenzt. Wir wollen nicht mehr Regelung von Einzelerscheinungen und Sanierung bestehender Zustände, sondern vorausschauend die Gesamtentwicklung des Einzugsraumes beeinflussen.

(Die Tafel weiß auf schwarz ist nicht zu entziffern.)

Tafel AII/2. Arbeitsplan zum Strukturplan ←B 27

AII/2 ARBEITSPLAN (auf Grundlage des Zerstörungsplans)

Dargestellt werden im Zerstörungsplan: überwiegend oder vollständig zerstörte, zu gleichen Teilen zerstörte und wiederherstellbare sowie überwiegend oder vollständig erhaltene oder wiederherstellbare Flächen; im Entwurf: Reichsbahnflächen, Industrieflächen, Arbeitsstandorte (stark schraffiert von links unten), das Kulturzentrum (Unter den Linden mit Museumsinsel), alte Ortskerne, geplante Durchgangsstraßen und ihre mögliche Weiterführung außerhalb des S-Bahn-Ringes, Parkanlagen und Wald, Kleingartenkolonien, Sportplätze und Friedhöfe und sonstige unbebaute Flächen.

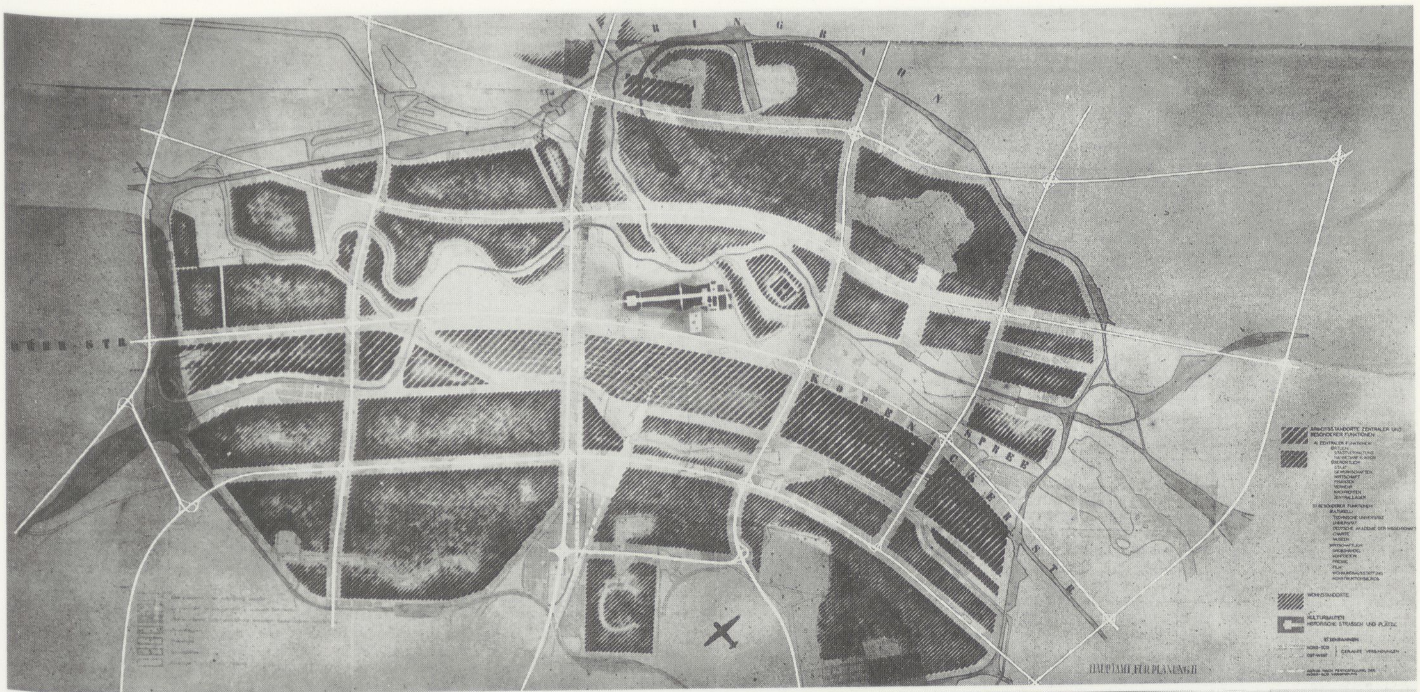
Erläuterung (schwarz auf weiß): *In der ersten Phase wird die mangelhafte Verbindung der Stadtteile untereinander mit vorhandenen Verkehrsstraßen vorgenommen. Z.B. Ost-West: Frankfurter Allee – Alt Moabit, Bismarckstraße – Köpenicker Landstraße, Nord-Süd: Moabit – Schöneberg, Prenzlauer Berg – Neukölln.*

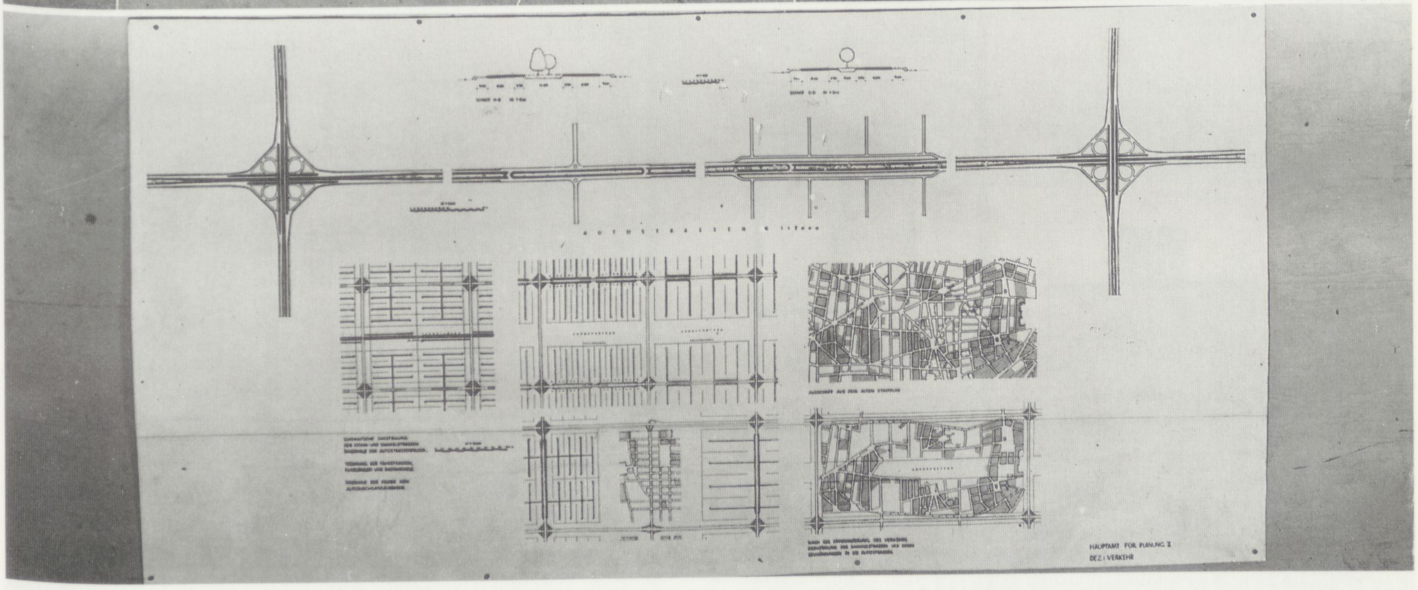
Desgleichen werden die Ausfallstraßen in den ersten zwei Phasen unverändert genutzt.

Entsprechend dem Bedürfnis werden dann im weiteren Verlauf diese Straßen nicht verbreitert, sondern durch neue Autostraßen zum Teil auf neuen Trassen ersetzt.

Der Arbeitsplan enthält die ersten Vorschläge zu der geplanten Führung. Die Linienführung wird in Zusammenarbeit mit den Bezirksplanungsämtern entworfen und festgelegt.

BODENPREISE BERLIN. Rechts neben dem Arbeitsplan zeigt ein Planstreifen einen Schnitt durch Berlin von Norden nach Süden. Entlang der Straßenführung Müller-, Chaussee-, Friedrichstraße, Mehringdamm und Tempelhofer Damm werden die Bodenpreise angegeben.





Tafel AIII/6. Allgemeine Ergänzungen zum Problem des Verkehrs

←B 28

AIII/6.1 STRUKTURPLAN IM RAUM RING (dazu Modell AIV/2)

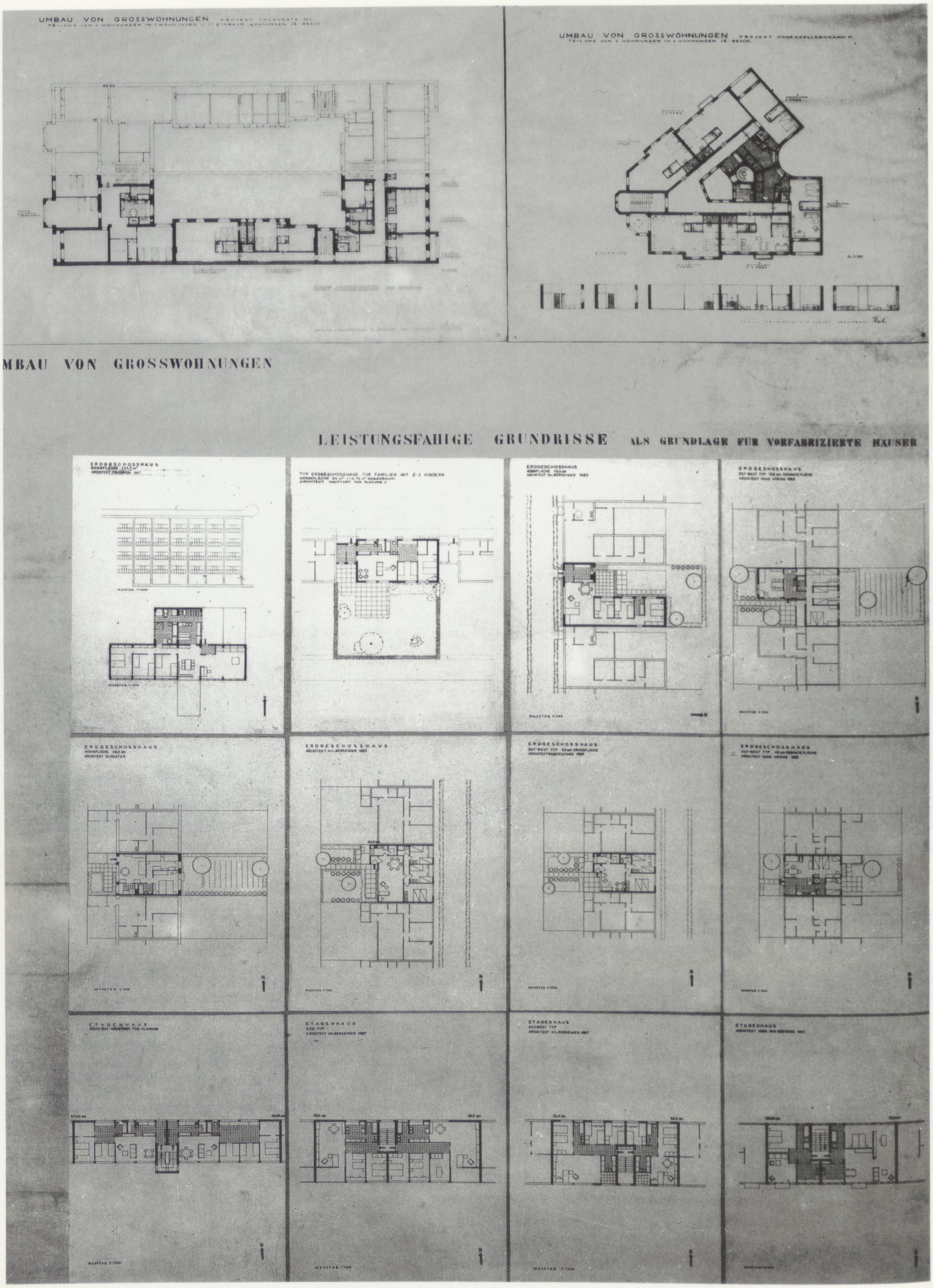
Der Plan ist auf der Grundlage des Schadensplans angelegt. Dargestellt sind:

1. weit schraffiert die Arbeitsstandorte zentraler und besonderer Funktionen, d.s.:
   – zentrale Funktionen örtlicher (Stadtverwaltung und Nahbedarf, Lager) und überörtlicher Art (Staat, Gewerkschaften, Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Nachrichten, Zentrallager),
   – besondere Funktionen kultureller (TU, Universität, Deutsche Akademie der Wissenschaften, Charité und Museen) und wirtschaftlicher Art (Großhandel, Konfektion, Presse, Film, Wohnungsausstattung und Konstruktionsbüros),
2. eng schraffiert die Wohnstandorte,
3. dunkelflächig Kulturbauten, historische Straßen und Plätze (Unter den Linden),
4. Eisenbahnflächen (geplante Nord-Süd-Verbindung).

AIII/6.2 EINZELHEITEN ZUR ANLAGE DES AUTOSTRASSENNETZES

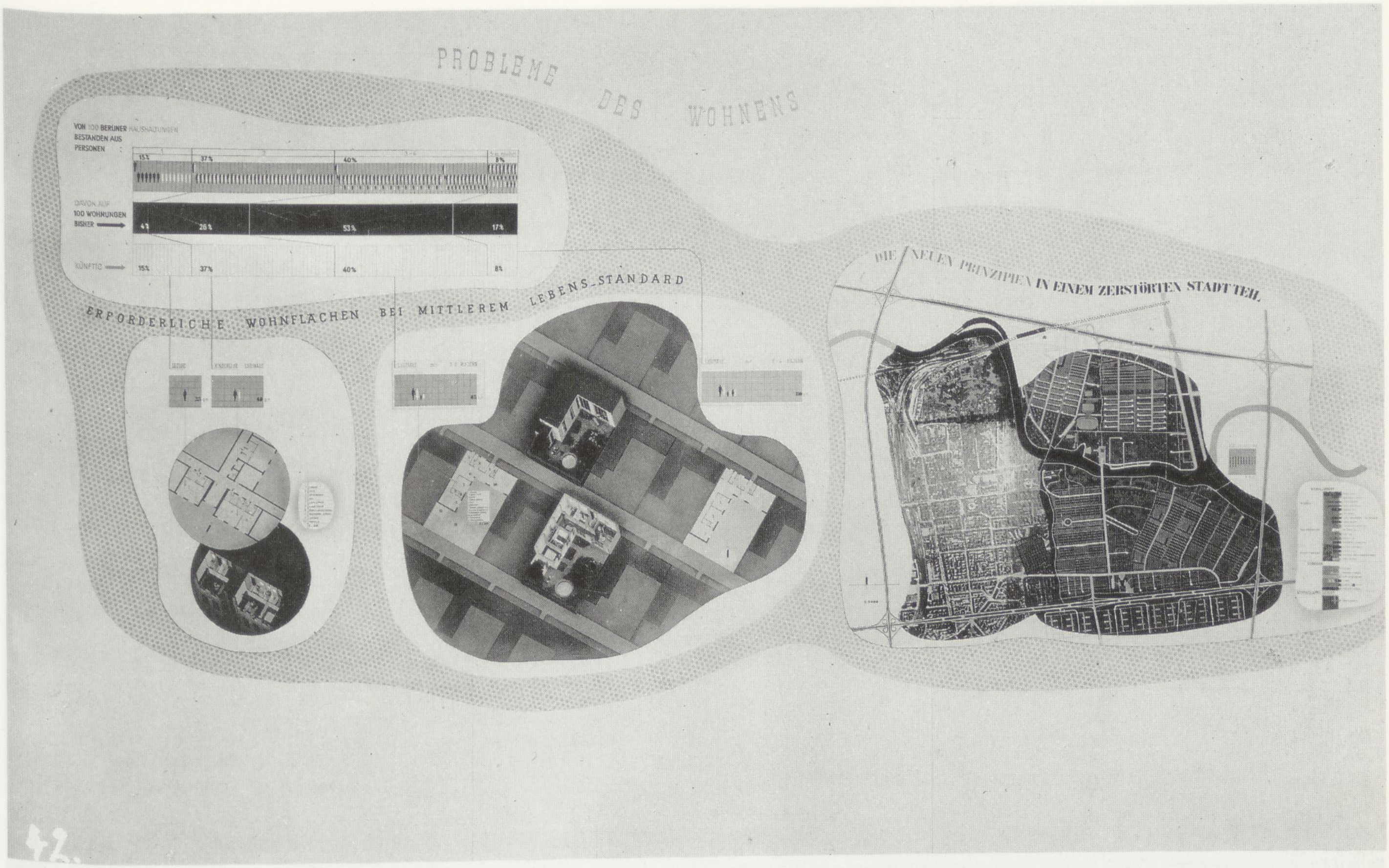
Im oberen Teil des Plans werden im Maßstab 1:2000 zwischen zwei niveaufreien Straßenkreuzungen zwei mögliche Einmündungen von „Sammelstraßen“ in die „Autostraßen“ dargestellt, darüber zwei Profilschnitte im Maßstab 1:200.

Darunter werden schematisch die Wohn-und Sammelstraßen innerhalb der Autostraßensammelfelder dargestellt. Innerhalb der Felder gibt es keinen Autodurchgangsverkehr, Fahrstraßen, Fußgänger- und Radwege haben getrennte Verläufe. An einem Ausschnitt aus dem Stadtplan (das Gebiet um den Bayerischen Platz in Schöneberg) wird gezeigt, wie das alte Straßennetz in die geplanten Felder zwischen dem übergeordneten Autostraßennetz überführt werden soll.



Tafel AIII/8. Allgemeine Ergänzungen zum Problem des Wohnens (1)

←B 29



Tafel AIII/9. Allgemeine Ergänzungen zum Problem des Wohnens (2) ←B 30

AIII/8.1 UMBAU VON GROSSWOHNUNGEN

1) Projekt Uhlandstraße 161: Teilung von 4 Wohnungen in 2 Wohnungen und 11 1-Raum-Wohnungen je Geschoß
2) Projekt Hohenzollerndamm 91: Teilung von 2 Wohnungen in 6 Wohnungen pro Geschoß
   Planerin für beide Projekte ist Lilly Reich.

AIII/8.2 LEISTUNGSFÄHIGE GRUNDRISSE ALS GRUNDLAGE FÜR VORFABRIZIERTE HÄUSER

Vorgestellt werden 12 Entwürfe, und zwar 8 Erdgeschoßhäuser und 4 Etagenhäuser jeweils im Maßstab 1:100. Es sind zum Teil historische Entwürfe, zum Teil Neuplanungen.

	Wohnfl. in qm	Betten
Erdgeschoßhäuser		
1) Friedrich 1937	113,50	6
2) Hauptamt f. Pl. II 1946	64,00	4
3) Hilberseimer 1929	70,00	6
4) Häring 1925	70,60	6
5) Schuster	48,00	4
6) Hilberseimer 1923	63,00	6
7) Hilberseimer 1923	50,00	4
8) Häring 1925	48,00	3–4
Etagenhäuser		
9) Hauptamt f. Pl. II 1946	67,00	4
	83,58	6
10) Hilberseimer 1927		
Südtyp	65,00	4
11) Hilberseimer 1927		
Ost-West-Typ	52,00	4
	76,00	6
12) Mies v.d. Rohe 1925	52,65	2
	76,50	2

AIII/9 PROBLEME DES WOHNENS

Die Tafel besteht aus vier Bildern, wovon die ersten drei unter dem Titel **ERFORDERLICHE WOHNFLÄCHEN BEI MITTLEREM LEBENSSTANDARD** zusammengefaßt sind.

1) Die erste Darstellung ist eine grafische Umsetzung der Haushaltsstatistik.

Von 100 Berliner Haushalten bestanden 15 % aus 1, 37 % aus 2, 40 % aus 3–4 und 8 % aus 5 und mehr Personen.

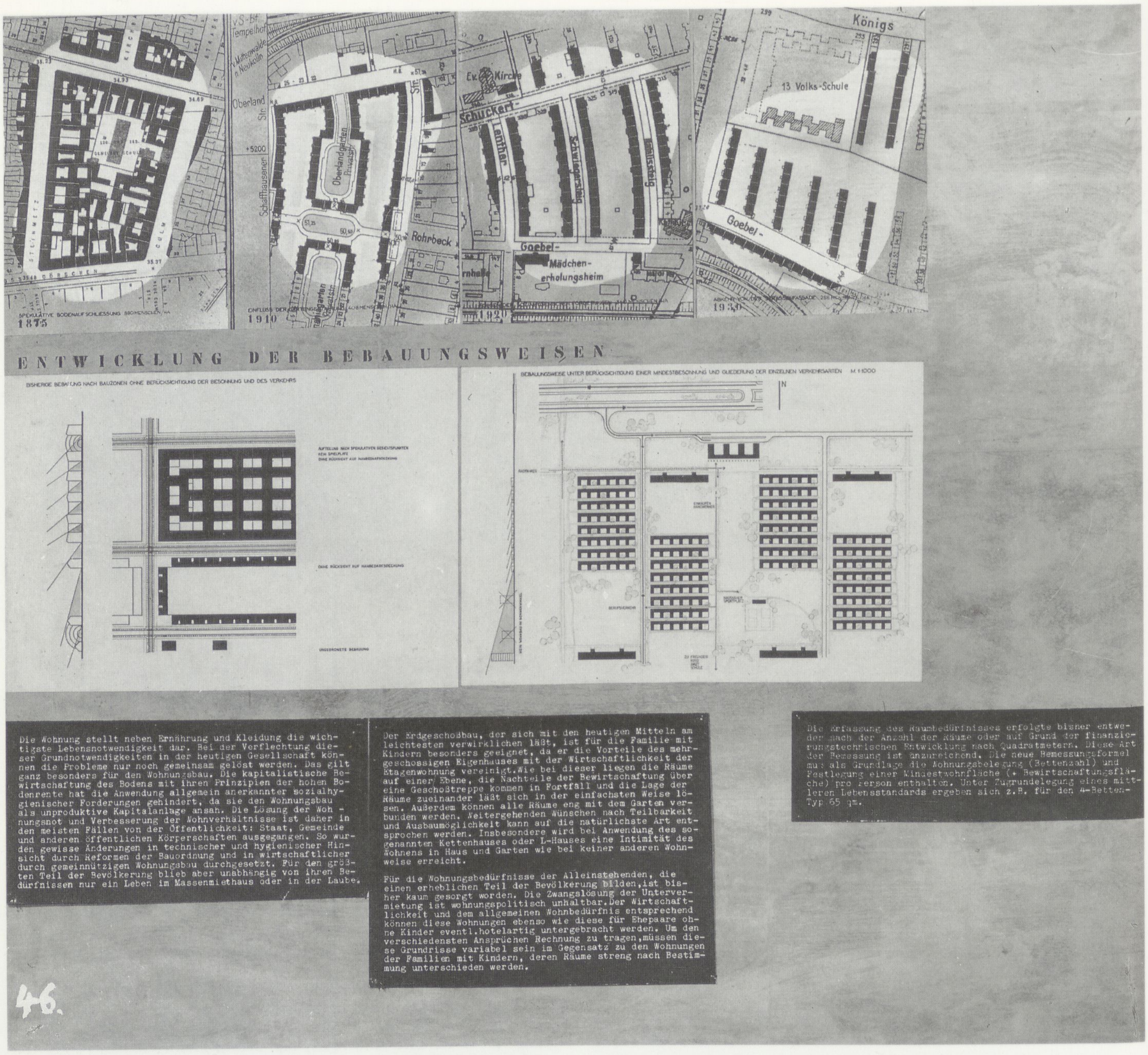
Der Balken darunter zeigt den Unterschied zwischen Zusammensetzung der Haushalte und Belegung der Wohnungen: von 100 Wohnungen waren bisher 4 % mit 1, 26 % mit 2, 53 % mit 3–4 und 17 % mit 5 und mehr Personen belegt.

Ohne daß dieser Unterschied problematisiert würde (z.B. Wohngemeinschaften), wird als zukünftiges Ziel aufgestellt, daß jeder Haushalt eine eigene Wohnung erhält.

Hieraus ergeben sich zwei Wohnformen, die in den darunter angeordneten Tafeln abgebildet sind:

2/3) Für die 15 % Ledigen (1-Personen-Haushalte) und die 37 % 2-Personen-Haushalte werden im Geschoßwohnungsbau zwei Wohnungstypen von 25 qm bzw. 40 qm vorgesehen. Für die 40 % 3–4-Personen-Haushalte (Ehepaare mit 1 und 2 Kindern) und 8 % 5- und Mehr-Personen-Haushalte (Ehepaare mit 3–4 Kindern) werden zwei eingeschossige Einfamilienhaustypen mit kleinen Gärten von 65 bzw. 80 qm vorgesehen. Die Entwürfe sind im Maßstab 1:50 als Grundriß und Isometrie dargestellt.

4) Rechts daneben findet sich eine Tafel mit dem Titel **DIE NEUEN PRINZIPIEN IN EINEM ZERSTÖRTEN STADTTEIL**, auf der die Prinzipien der Verkehrsplanung mit der Abstufung von Auto-, Sammel- und Wohnstraßen innerhalb des den Stadtteil Charlottenburg einschließenden Autostraßenfeldes gezeigt werden. Dieser Plan ist auch als Modell ausgestellt worden (AIV/1).



Tafel AIII/10. Allgemeine Ergänzungen zum Problem des Wohnens (3)

←B 31

AIII/10 ENTWICKLUNG DER BEBAUUNGSWEISEN

Die Tafel zeigt oben vier Planausschnitte zur Entwicklung der Bebauung städtischer Straßeninseln:

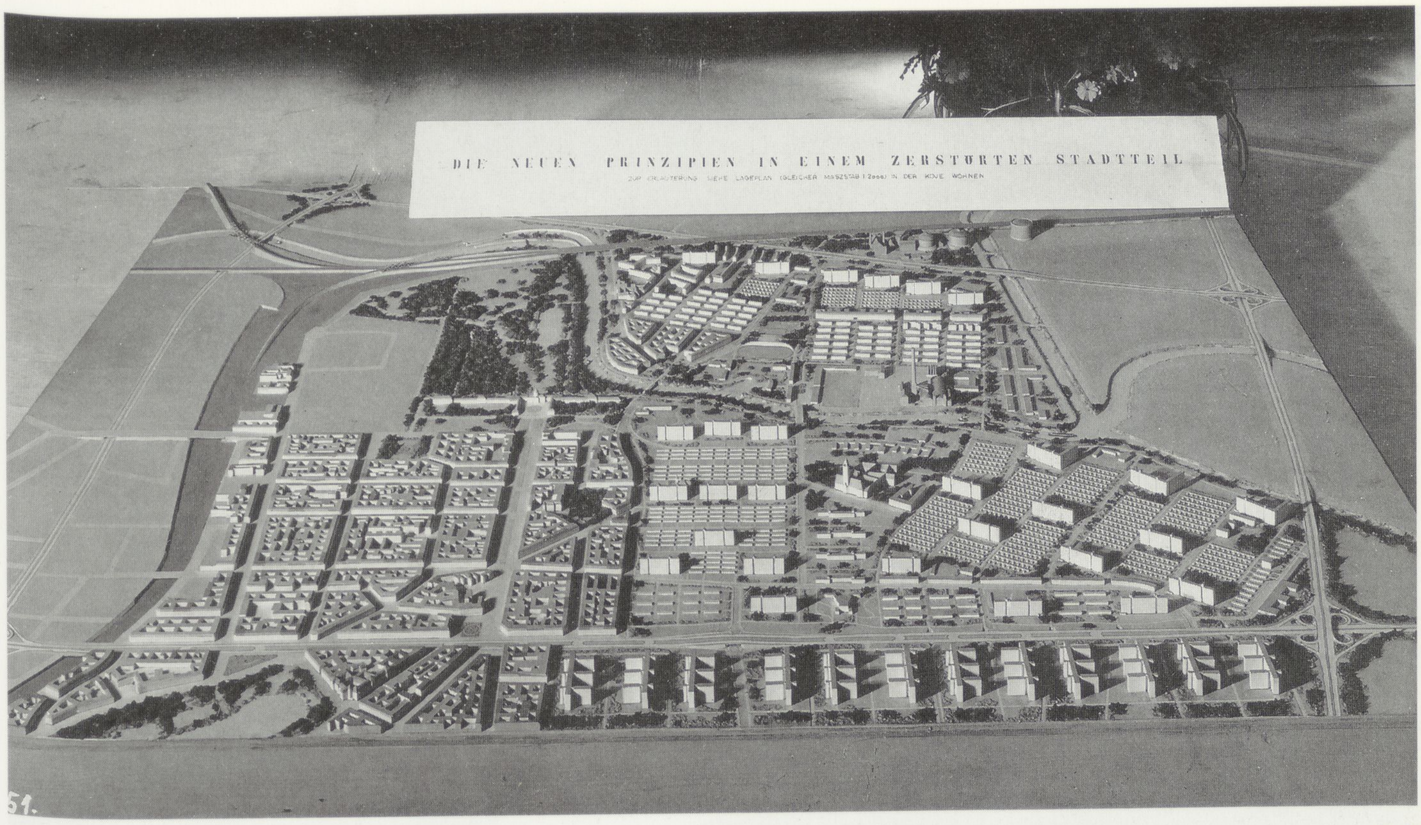
1) 1875 Spekulative Bodenaufschließung
   880 Menschen/ha
   (Schöneberg: Steinmetz-, Großgörschen-, Kulmer, Goebenstraße)
2) 1910 Einfluß der Gartengestaltung
   408 Menschen/ha
   (Oberlandgarten, Privatstr. in Tempelhof)
3) 1920 Sozialhygienische Forderungen
   360 Menschen/ha
   (Blöcke zwischen Schuckertdamm und Goebelstr. in Siemensstadt)
4) 1930 Abkehr von der Straßenfassade
   288 Menschen/ha
   (Zeilenbebauung an der Goebelstraße in Siemensstadt)

Darunter folgen zwei Tafeln:

5) Bisherige Bebauung nach Bauzonen ohne Berücksichtigung der Besonnung und des Verkehrs: Aufteilung nach spekulativen Gesichtspunkten. Kein Spielplatz ohne Rücksicht auf Nahbedarfsdeckung oder ungeordnete Bebauung
6) Bebauungsweise unter Berücksichtigung einer Mindestbesonnung und Gliederung der einzelnen Verkehrsarten Maßstab 1:1000 (Schema der Wohnzelle)

Erläuterung (weiß auf schwarz): *Die Wohnung stellt neben Ernährung und Kleidung die wichtigste Lebensnotwendigkeit dar. Bei der Verflechtung dieser Grundnotwendigkeiten in der heutigen Gesellschaft können die Probleme nur noch gemeinsam gelöst werden. Das gilt ganz besonders für den Wohnungsbau. Die kapitalistische Bewirtschaftung des Bodens mit ihren Prinzipien der hohen Bodenrente hat die Anwendung allgemein anerkannter sozialhygienischer Forderungen behindert, da sie den Wohnungsbau als unproduktive Kapitalanlage ansah. Die Lösung der Wohnungsnot und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ist daher in den meisten Fällen von der Öffentlichkeit, Staat, Gemeinde und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegangen. So wurden gewisse Änderungen in technischer und hygienischer Hinsicht durch Reformen der Bauordnung und in wirtschaftlicher durch gemeinnützigen Wohnungsbau durchgesetzt. Für den größten Teil der Bevölkerung blieb aber unabhängig von ihren Bedürfnissen nur ein Leben im Massenmietshaus oder in der Laube.*

Der Erdgeschoßbau, der sich mit den heutigen Mitteln am leichtesten verwirklichen läßt, ist für die Familie mit Kindern besonders geeignet, da er die Vorteile des mehrgeschossigen Eigenhauses mit der Wirtschaftlichkeit der Etagenwohnung vereinigt. Wie bei dieser liegen



AIV/1 Das Modell der Neuen Stadt in Charlottenburg

←B 32

die Räume auf einer Ebene, die Nachteile der Bewirtschaftung über eine Geschoßtreppe kommen in Fortfall, und die Lage der Räume zueinander läßt sich in der einfachsten Weise lösen.

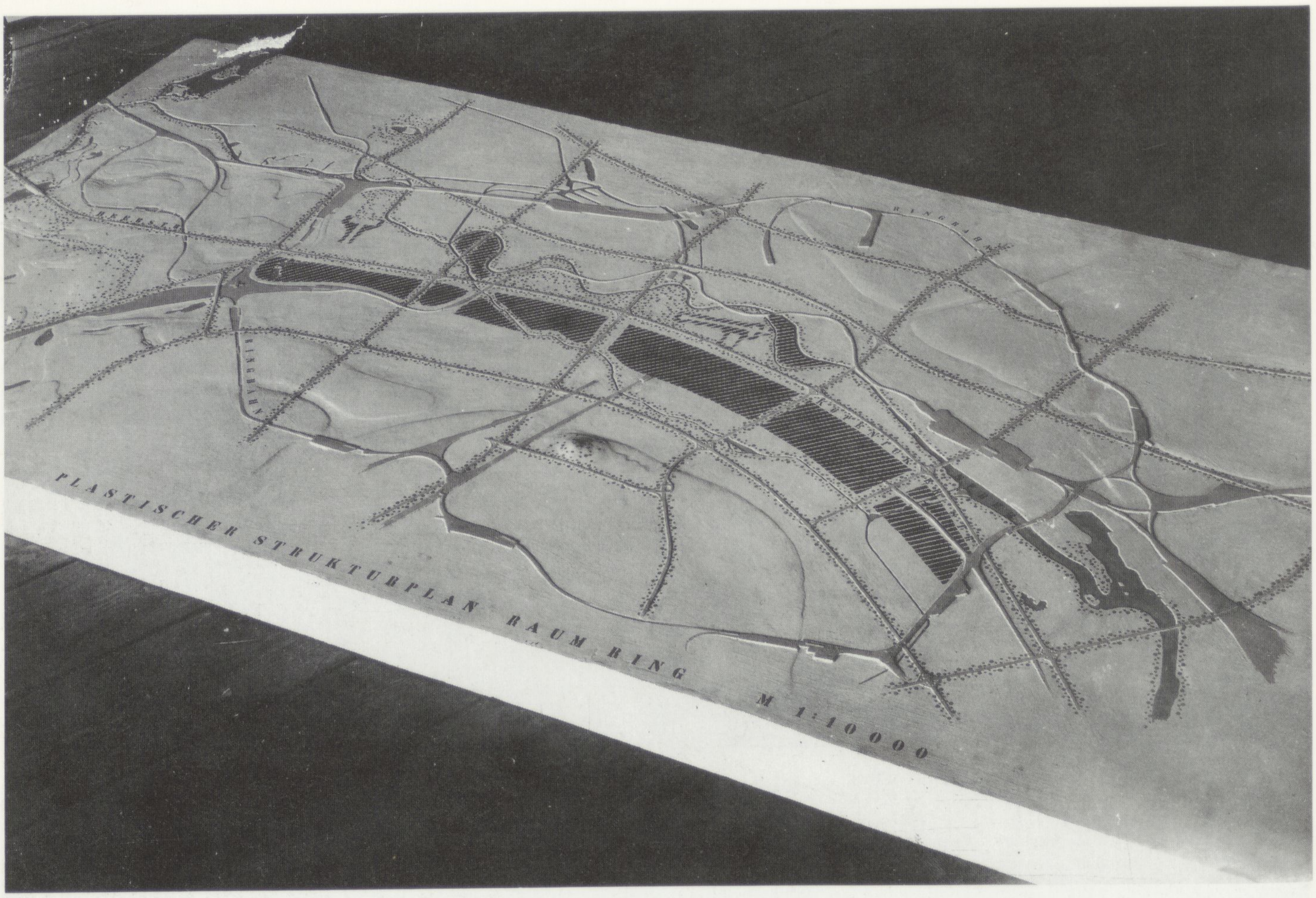
Außerdem können alle Räume eng mit dem Garten verbunden werden. Weitergehenden Wünschen nach Teilbarkeit und Ausbaumöglichkeit kann auf die natürlichste Art entsprochen werden. Insbesondere wird bei Anwendung des sogenannten Kettenhauses oder L-Hauses eine Intimität des Wohnens in Haus und Garten wie bei keiner anderen Wohnweise erreicht.

Für die Wohnbedürfnisse der Alleinstehenden, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung bilden, ist bisher kaum gesorgt worden. Die Zwangslösung der Untervermietung ist wohnpolitisch unhaltbar. Der Wirtschaftlichkeit und dem allgemeinen Wohnbedürfnis entsprechend können diese Wohnungen ebenso wie diese für Ehepaare ohne Kinder eventuell hotelartig untergebracht werden. Um den verschiedensten Ansprüchen Rechnung zu tragen, müssen diese Grundrisse variabel sein im Gegensatz zu den Wohnungen der Familien mit Kindern, deren Räume streng nach Bestimmung unterschieden werden.

Die Erfassung des Raumbedürfnisses erfolgte bisher entweder nach der Anzahl der Räume oder auf Grund der finanzierungstechnischen Entwicklung nach qm. Diese Art der Bemessung ist unzureichend. Die neue Bemessungsformel muß als Grundlage die Wohnungsbelegung (Bettenzahl) und Festlegung einer Mindestwohnfläche (plus Bewirtschaftungsfläche) pro Person enthalten. Unter Zugrundelegung eines mittleren Lebensstandards ergeben sich z.B. für den 4 Betten-Typ 65 qm.

AIV/1 DIE NEUEN PRINZIPIEN IN EINEM ZERSTÖRTEN STADTTEIL

Das Modell zeigt, wie nach den Vorstellungen des Planungskollektivs in der nordwestlichen „Masche“ des Schnellstraßennetzes innerhalb der Ringbahn der Bezirk Charlottenburg aufgebaut werden soll. Das Foto zeigt es von Süden her gesehen. Die Ost-West-Schnell-Straße im Vordergrund ist die Bismarckstraße – Teil der Verbindung von Heer- und Köpenicker Straße. Mit einer Überführung kreuzt sie die Wilmersdorfer Straße. Das südöstliche Kleeblatt als Kreuzung der Ost-West- und der Nord-Süd-Schnellstraße liegt auf dem „Knie“, dem heutigen Ernst-Reuter-Platz. Die alte Bebauung ist östlich der Kaiser-Friedrich-Straße bis auf wenige Gebäude wie das Charlottenburger Rathaus und das Kraftwerk nördlich der Spree verschwunden. Wer die Gegend heute kennt, muß nicht den **1945** verfaßten Schadensplan von Berlin heranziehen, um festzustellen, daß das hier vorgestellte Neubaugelände im Vergleich zu anderen Teilen der Stadt während des Krieges durchaus nicht besonders stark zerstört worden ist. Zur Durchsetzung der neuen Prinzipien müßte hier noch kräftig mit Abrissen nachgeholfen werden. Die neue Stadt, die die noch gar nicht so alte Stadt in Charlottenburg ersetzen soll, besteht im Prinzip aus 3 Haustypen: den 1geschossigen Flachbauteppichen, 2- oder 3geschossigen Reihenhäusern mit Nord-Süd-gerichteten Wohnungen und 10- oder mehrgeschossigen Hochhausscheiben, die überwiegend Nord-Süd-gerichtet sind, was darauf schließen läßt, daß es sich dabei um Galerie- oder Laubenganghäuser handelt. Die alten Straßen sind in der neuen Stadt weitgehend aufgehoben und in Grünschneisen oder schmale Wege verwandelt.



AIV/2 Der plastische Strukturplan Raum Ring 1:10.000

←B 33

AIV/2 PLASTISCHER STRUKTURPLAN RAUM RING 1:10.000

Das Modell zeigt das Urstromtal der Spree zwischen den Hochflächen des Teltow und des Barnim. Die dem Tal folgenden Schnellstraßen in Ost-West-Richtung als Verbindung der Heerstraße mit der Köpenicker Straße werden zum Rückgrat einer Bandstadt, an das sich innerhalb des von der Ringbahn gebildeten „Hundekopfes" südlich das Band der Arbeitsstätten, nördlich die Kultur- und Erholungszentren wie Museumsinsel, Unter den Linden, Tiergarten, Universitäten und Schloß Charlottenburg anlagern. Der Hundekopf wird durch 4 Ost-West- und 4 Nord-Süd-Autobahnen oder Schnellstraßen zerteilt, die anbaufrei in Grünzonen gebettet und kreuzungsfrei durch Kleeblätter verbunden sind.

ABTEILUNG B
LEISTUNGSPLAN FÜR DEN WIEDERAUFBAU BERLINS ALS SOFORTPROGRAMM UND FERNZIEL

Auf dieser großen von Felix Jacob gestalteten Grafik wird die Aufbauplanung berechnet.

Im Katalog wird dieser Plan so beschrieben: *Grundlagen der Arbeit sind: mittlerer Lebensstandard, eine Einwohnerzahl von drei Millionen und ihr Bedarf an Wohn- und Arbeitsraum. Ausgehend von dem Lebensbaum 1946 werden die menschlichen Möglichkeiten und wirtschaftlichen Notwendigkeiten dargestellt als*

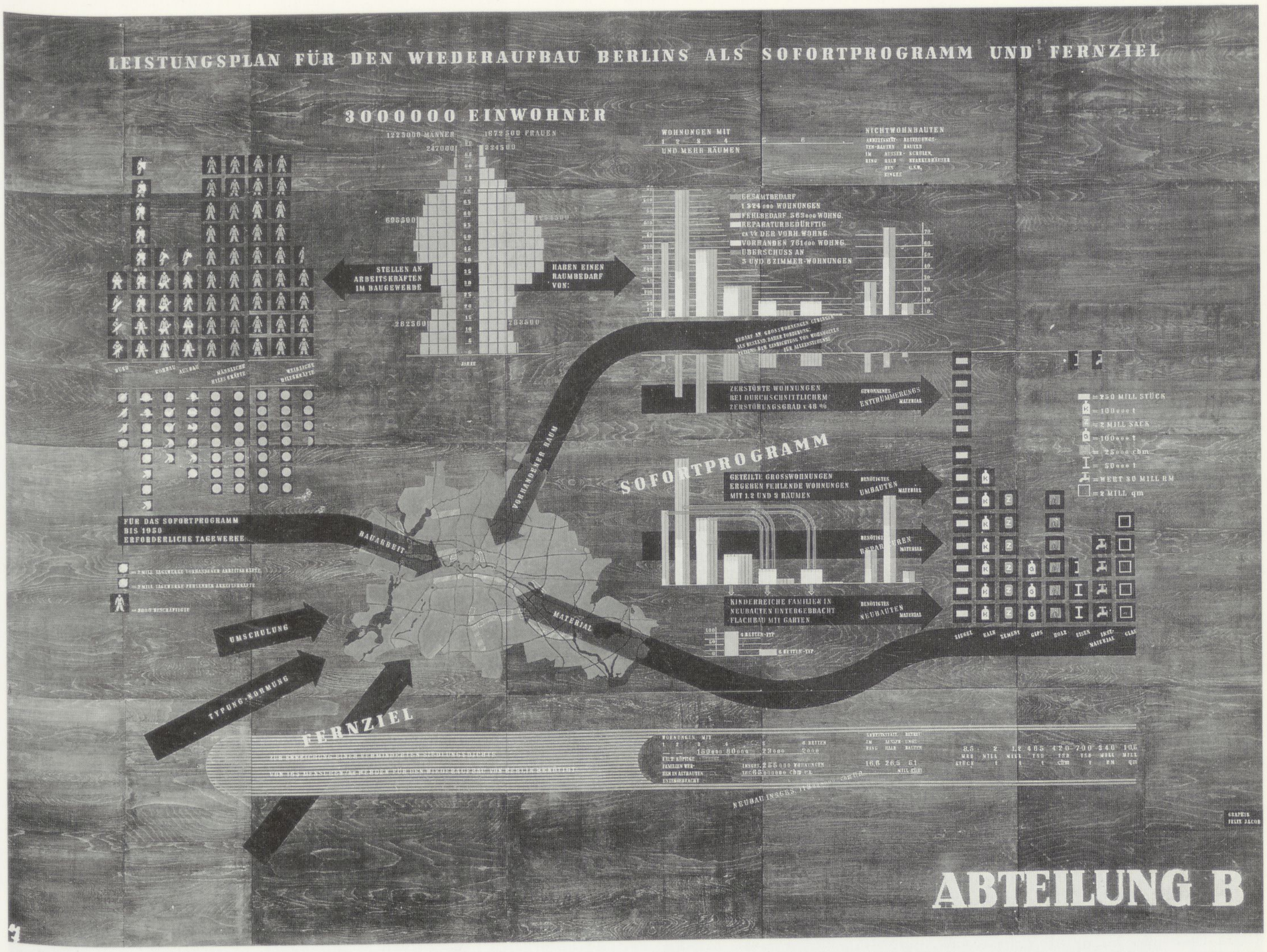
Nahziel:

Jedem eine heizbare Unterkunft.

Fernziel:

Aufbau von Wohnstätten auf der Grundlage einer Mindestbesonnung und einer Höchstdichte von 250 Menschen je ha. Aufbau der zugehörigen Arbeitsstätten.

Rechts vom Lebensbaum ist der Raumbedarf von 3 Mio. Einwohnern angegeben, und zwar einerseits von Wohnungen, unterschieden nach der Raumzahl (1–6 Räume), andererseits von Nichtwohnbauten, unterschieden nach Arbeitsstättenbauten innerhalb und außerhalb des Rings und Betreuungsbauten wie Schulen, Krankenhäuser usw. Diese horizontale Gliederung der Raumkategorien wird in einer Säulenstatistik quantifiziert an einer in 25.000er-Schritten unterteilten Skala. Die Breite der Säulen entspricht der Raumzahl, wobei jede Säule symmetrisch geteilt ist; die linke Hälfte gibt die Anzahl der vorhandenen Wohnungen an, insgesamt 761.000 Wohnungen, von denen ca. 1/6 reparaturbedürftig sind, und den Fehlbedarf, insgesamt 563.000 Wohnungen; die rechte Hälfte der Säulen gibt den Wohnungsbedarf an, der insgesamt 1.324.000 Wohnungen umfaßt. Für die 5- und 6-Zimmer-Wohnungen wird ein Überschuß von vorhandenen Wohnungen angege-



Abteilung B. Der Leistungsplan ←B 34

ben, da der Bedarf nur noch in wenigen Fällen bei kinderreichen Familien dem mittleren Lebensstandard entspricht.

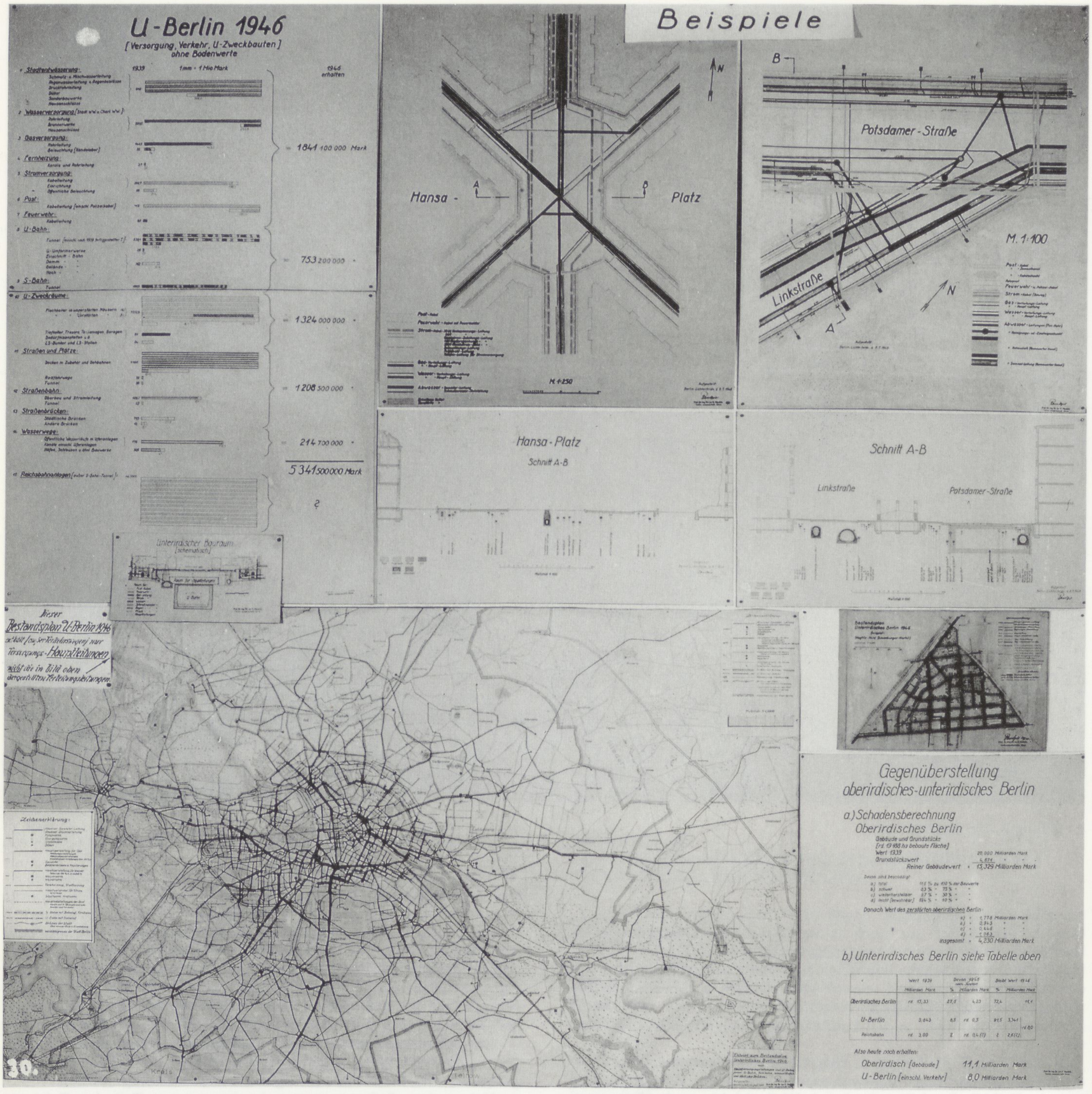
Für die Nichtwohnbauten folgt eine entsprechende Statistik mit einer Skala auf der Basis von 10.000er Einheiten. Von dieser Statistik ausgehend zeigt ein schwarzer Pfeil auf den neu gegliederten Stadtgrundriß und gibt in den Leistungsplan den „vorhandenen Raum“ ein.

Unter diesem Pfeil spiegelt sich die Statistik mit der Anzahl des zerstörten Wohn- und Nichtwohnraums bei einem Zerstörungsgrad von ca. 48 %. Der nach rechts zeigende Pfeil gibt das aus den Trümmern gewonnene Material in die „Materialbilanz“ ein: 1 Mrd. Ziegel, 25.000 t Eisen und Installationsmaterial im Werte von 15 Mill. RM. Darunter ist eine Bilanz des Baumaterials wiedergegeben, das für ein Sofortprogramm bis **1950** benötigt wird: 2 Mrd. Ziegel, 700.000 t Kalk, 12 Mill. Sack Zement, 300.000 t Gips, 150.000 cbm Holz, 125.000 t Eisen, für 12 Mill. RM Installationsmaterial und 10 Mill. qm Glas. Das Sofortprogramm beinhaltet Umbauten, Reparaturen und Neubauten. Der Umbau betrifft die Teilung von Großwohnungen, wodurch fehlende 1-, 2- und 3-Raum-Wohnungen gewonnen werden. Die Reparaturen beziehen sich auf 1/6 der vorhandenen beschädigten Wohnungen. Die Neubauten betreffen vor allem Flachbauten mit Garten für kinderreiche Familien, die bis jetzt in großen Wohnungen wohnen, die nach Freiwerden geteilt werden können. Zur Verwirklichung des Sofortprogramms müssen neben der Materialbeschaffung Maßnahmen getroffen werden, die Typung und Normung sowie die Umschulung zum Bauhandwerk umfassen. Die Arbeitskräfte, die dem Baugewerbe zur Verfügung stehen, sind links von dem erwähnten Lebensbaum dargestellt, horizontal gegliedert nach ihrer Qualifikation für Büro, Rohbau-Ausbau und Hilfsarbeiten, unterschieden nach männlich und weiblich, vertikal nach der Anzahl der vorhandenen Arbeitskräfte (1 Figur = 2000 Beschäftigte). Nach unten ist vertikal abgetragen eine Grafik der für das Sofortprogramm erforderlichen Tagewerke (1 Symbol = 2 Mill. Tagewerke).

Die Differenz zwischen dem Vorhandenen und dem für das Sofortprogramm benötigten Arbeitspotential, die in der Grafik farbig angelegt ist, muß durch Umschulungsmaßnahmen beseitigt werden.

Neben dem Sofortprogramm ist im unteren Teil der Tafel ein Fernziel formuliert, das in Zahlen kurz umrissen wird: *Zur Erreichung einer verminderten Siedlungsdichte von 165 Menschen/ha* (der Widerspruch zu den anderen Tafeln und dem Katalogtext, die von 250 Menschen/ha ausgehen, erklärt sich wahrscheinlich aus dem Zeitpunkt, zu dem die Tafel gestaltet wurde) *werden für den Wiederaufbau von Berlin benötigt: 150.000 Dreibett-Wohnungen, 80.000 Vierbett-Wohnungen, 23.000 Fünfbett-Wohnungen und 2000 Sechsbett-Wohnungen.* Das sind insgesamt 255.000 Wohnungen mit 65 Mill. cbm umbautem Raum. Ein- und zweiköpfige Haushalte werden in Altbauten untergebracht, deren Wohnungen vor allem zu Ein- und Zwei-Bett-Wohnungen umgebaut werden.

Zusammen mit den Arbeitsstätten und Betreuungsbauten ergibt sich zur Erreichung des Fernziels ein zusätzlicher Materialbedarf von 8,5 Mrd. Ziegeln, 2 Mill. t Kalk, 1,2 Mill. t Zement, 485.000 t Gips, 420.000 cbm Holz, 700.000 t Eisen, Installationsmaterial für 340 Mill. RM und 10,5 Mill. qm Glas.



Tafel CI/2. Das unterirdische Berlin (Ernst Randzio) ←B 35

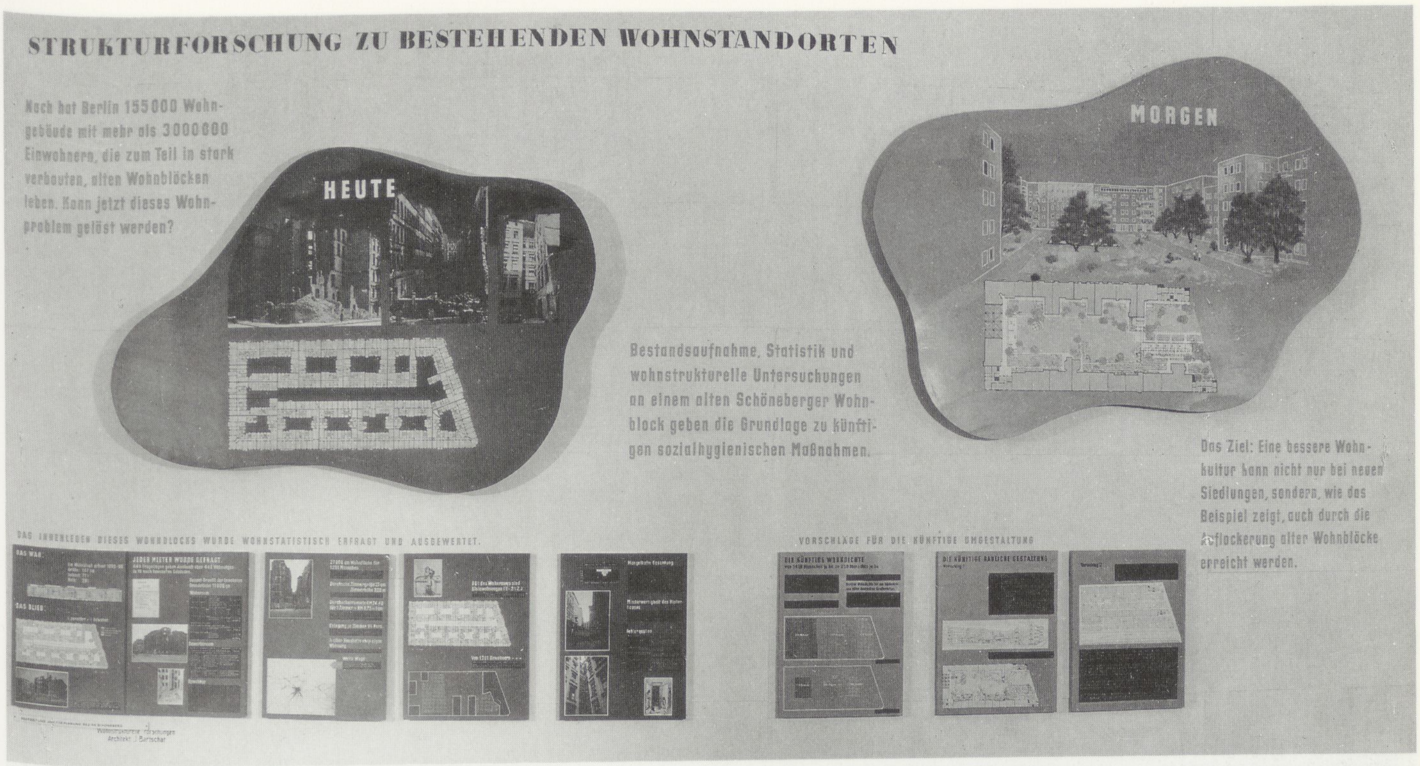
CI/2 DAS UNTERIRDISCHE BERLIN

Die Tafel besteht aus 9 Einzelplänen, bearbeitet von Ernst Randzio. Auf seine Initiative hin hat im **Oktober 1945** der Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen, Hans Scharoun, mit ihm zusammen den Hauptausschuß „Unterirdisches Bauen" eingerichtet. Seitdem bearbeitet Randzio im Auftrag von Scharoun die Bestandspläne der U-Anlagen für das Lauenburger Viertel in Steglitz, das Hansaviertel und Siegmundshof. Die Aufgabe lautete, *Friedensstand – Friedenswert, Schadensstand – Schadenswert, Gegenwartsstand – Gegenwartswert* zu ermitteln. Diese Pläne werden im **März 1946** vorgelegt. Danach erhält er den Auftrag, zwei weitere Gebiete auf gleiche Weise zu untersuchen, nämlich die Innenstadt zwischen Unter den Linden, Leipziger, Charlottenund Wilhelmstraße sowie die Frankfurter Allee östlich vom Alexanderplatz.

Darüber hinaus geht Randzio an die Vorbereitung eines Gesamtplans im Maßstab 1:25.000, ein Maßstab, von dem sich später herausstellt, daß er als Unterlage für weitere exakte Planung zu ungenau ist. In der Ausstellung erscheinen:

1) eine Wertberechnung der vorhandenen Versorgungs-, Verkehrs- und U-Zweckbauten (ohne Bodenwerte) von **1946**,
2) ein schematischer Schnitt durch den unterirdischen Bauraum,
3) die genaue Aufnahme (1:250) des Hansaplatzes, dazu ein Schnitt im selben Maßstab,
4) die Straßeneinmündung Potsdamer und Linkstraße (1:100) mit Schnitt,
5) der Bestandsplan des Lauenburger Viertels (1:4000),
6) der *Bestandsplan U-Berlin 1946 mit den Versorgungshauptleitungen* (1:25.000),
7) die *Gegenüberstellung oberirdisches – unterirdisches Berlin*. Das Ergebnis ist: Vom oberirdischen Berlin sind 72 % des Wertes von **1939** erhalten (11,1 Mrd. RM), vom unterirdischen Berlin 91,5 % (5,3 Mrd. RM ohne die Reichsbahnanlagen).

CI/2 DAS UNTERIRDISCHE BERLIN



Tafel CI/3. Strukturforschung zu bestehenden Wohnstandorten (Johannes Bartschat) ←B 36

CI/3 STRUKTURFORSCHUNG ZU BESTEHENDEN WOHNSTANDORTEN

Die Tafel besteht aus zehn Platten, die plastisch vorstehen. Die Erläuterungstexte sind direkt auf die geschwungene Wand aufgemalt. Die Tafeln sind von dem Schöneberger Architekten J. Bartschat bearbeitet und werden von ihm als *Wohnstrukturelle Forschungen* bezeichnet.

Bartschat untersucht den Block zwischen Kulmer, Großgörschen-, Manstein- und Goebenstraße, jenen Block, der bei den Erläuterungen der Abteilung AI auf den Tafeln 6 und 7 auftaucht und der zufällig auch der Block ist, in dem Ute Pleuger das Bild gemalt hat, das wir für den Umschlag des 2. Bandes verwendet haben.

Wir können den Inhalt der Tafeln nur in Überschriften wiedergeben, weil selbst auf der Fotovorlage, die uns zur Verfügung steht, nicht alles zu entziffern ist.

Zwei amöben- oder besser wolkenförmige Tafeln stellen das HEUTE dem MORGEN gegenüber. Der Mietshausblock wird entkernt und zur Südseite hin geöffnet. Es entsteht so ein gemeinsamer Hof für alle Häuser.

Die untere Reihe stellt auf fünf Tafeln die Ergebnisse der wohnstatistischen Erhebung in diesem Block vor. Auf drei weiteren Tafeln rechts davon werden Vorschläge für die künftige Umgestaltung gemacht.

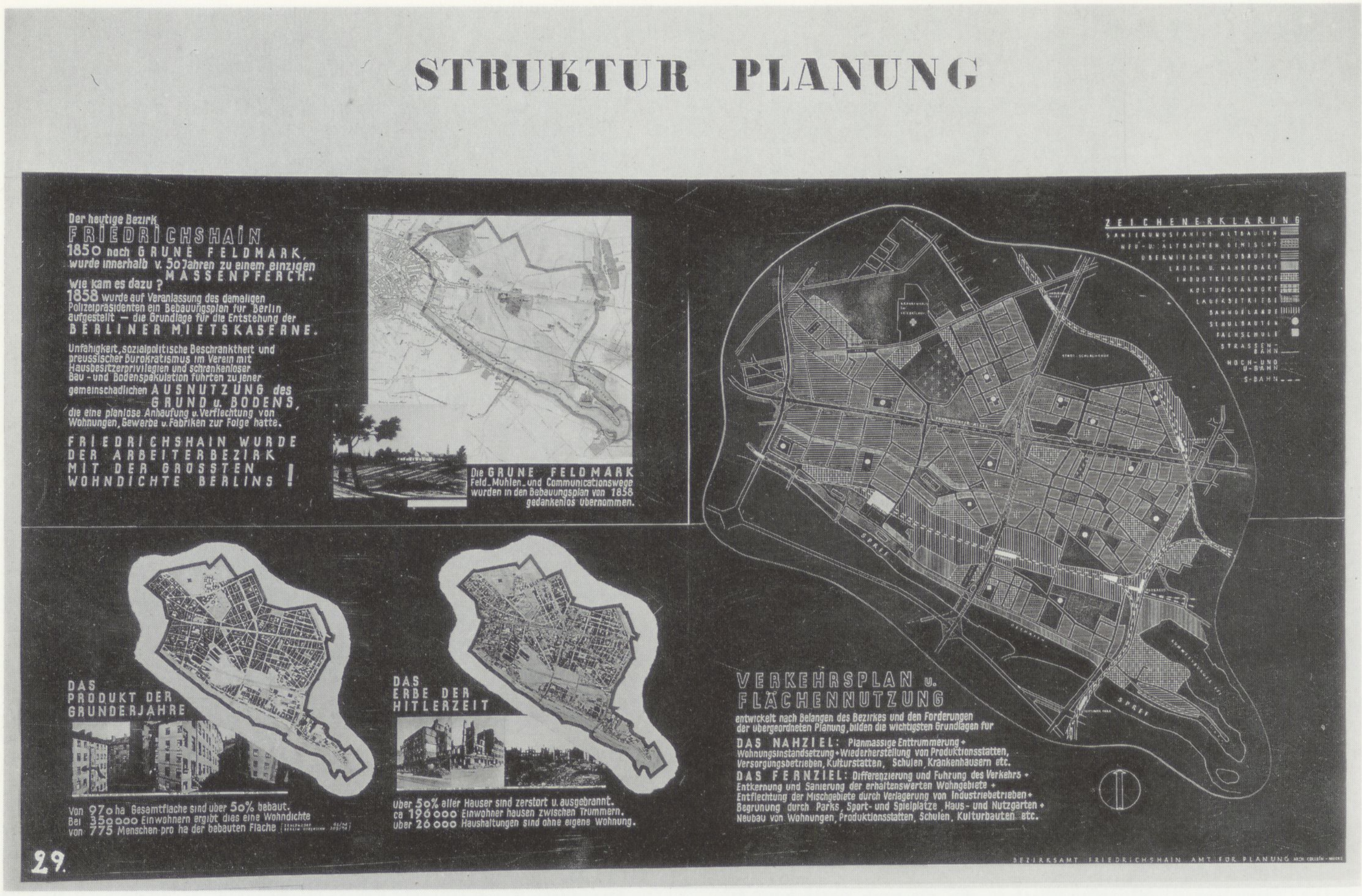
Die erste Tafel der Bestandsaufnahme zeigt den zwischen 1880–90 gebauten Mietshausblock als ganzen Grundriß und hebt farbig die zerstörten Gebäudeteile hervor. Die zweite Tafel verarbeitet die Ergebnisse der 449 Fragebögen, die Auskunft geben über 449 Wohnungen in den 19 noch bewohnten Gebäuden.

Die dritte Tafel faßt die Ergebnisse zusammen: 27.000 qm Wohnfläche für 1261 Menschen, durchschnittliche Zimmergröße 23 qm bei einer Höhe von 3,20 m, eine Durchschnittsmiete von 24,40 RM/Zimmer, das sind 75 Pfennig/qm, Belegung/Zimmer 1,5 Personen. Auf einer Karte von Berlin sind die Arbeitsplätze der Bewohner dieses Blocks wiedergegeben und so die Entfernungen belegt. Die vierte Tafel macht deutlich, daß 80 % des Wohnraums Kleinwohnungen von 1–2 1/2 Zimmern sind. Auf der fünften Tafel werden die Mängel der Altbebauung aufgezählt (*Mangelhafte Besonnung, Minderwertigkeit des Hinterhauses und Fehlerquellen*).

Die Vorschläge für die künftige Umgestaltung beginnen mit der Reduzierung der Wohndichte von 1418 auf 250 Menschen/ha, um dann zu zwei Vorschlägen für eine künftige Bebauung zu kommen. Der erste Vorschlag ist identisch mit dem oben abgebildeten Fall, der zweite sieht zwei Zeilen vor, die einmal von Vorderhäusern und einmal von Quergebäuden gebildet werden.

Die umfangreichen Erläuterungstexte sind leider nicht zu entziffern.

Als Ziel formuliert er: *Eine bessere Wohnkultur kann nicht nur bei neuen Siedlungen, sondern, wie das Beispiel zeigt, auch durch die Auflockerung alter Wohnblöcke erreicht werden.*

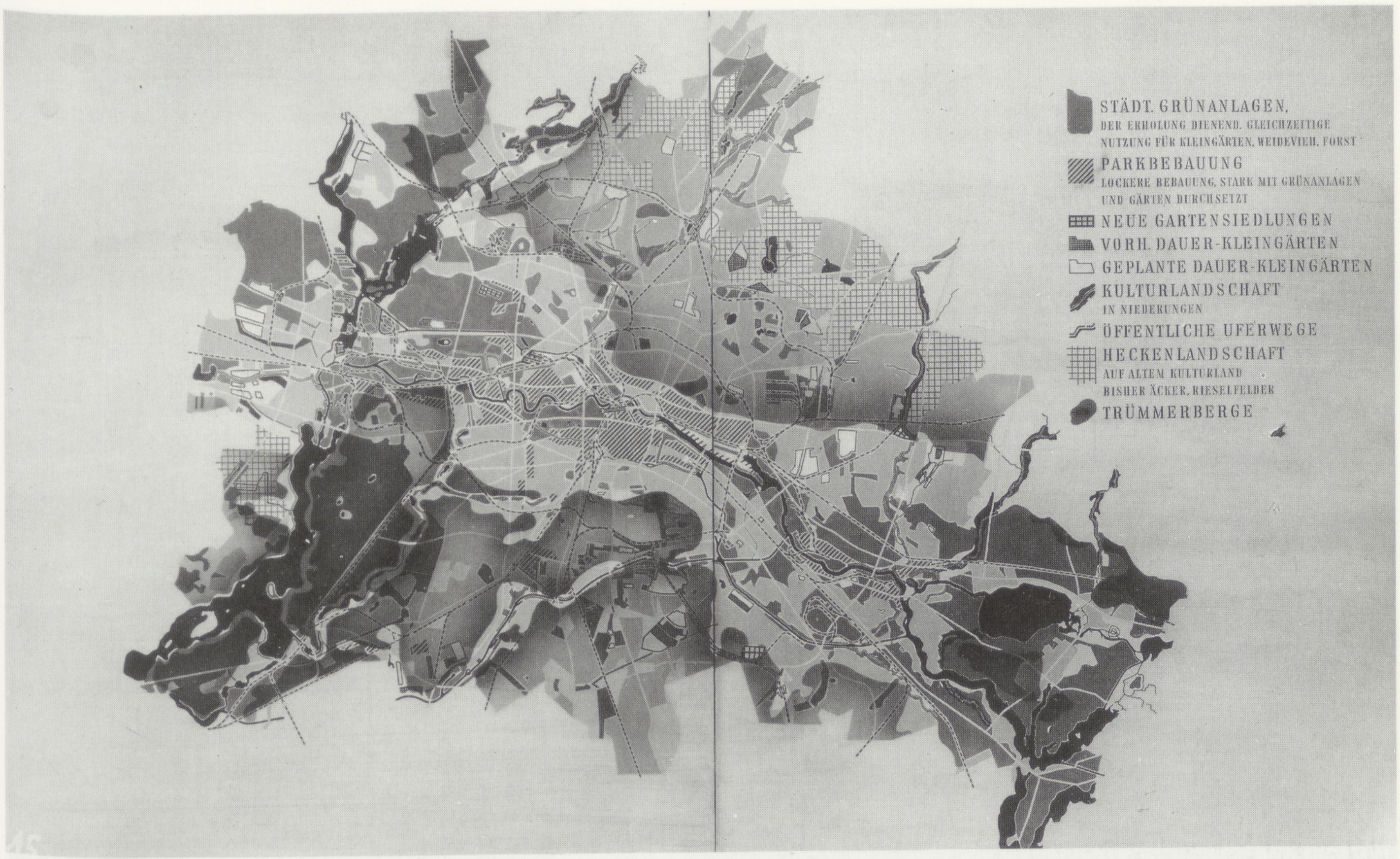


Tafel CI/4. Strukturplan für den Bezirk Friedrichshain (Edmund Collein/Hans Mucke) ←B 37

CI/4 STRUKTUR-PLANUNG

Das Bezirksamt Friedrichshain legt für den ganzen Bezirk eine Flächennutzungsplanung vor, die sich einpaßt in den Strukturplan für Groß-Berlin und zur Vorbereitung des Wiederaufbaus die Flächen zu ordnen und zu bestimmen versucht. Der Plan ist verfaßt von den Architekten Collein und Mucke. Auf der linken Seite der Tafel wird in drei Plänen, Texten und Fotos die Geschichte des Bezirks bis zur Kapitulation umrissen. Der wiedergegebene Zerstörungsplan erfaßt bereits den Zustand jedes einzelnen Hauses. Der Verkehrs- und Flächennutzungsplan unterscheidet folgende Flächen: sanierungsfähige Altbauten, Neu- und Altbauten gemischt, überwiegend Neubauten, Läden und Nahbedarf, Industriegelände, Kulturstandorte, Lagerbetriebe, Bahngelände, Standorte für Schulbauten und Fachschulen sowie die Streckenführungen der Straßen-, Hoch-, U- und S-Bahnen.

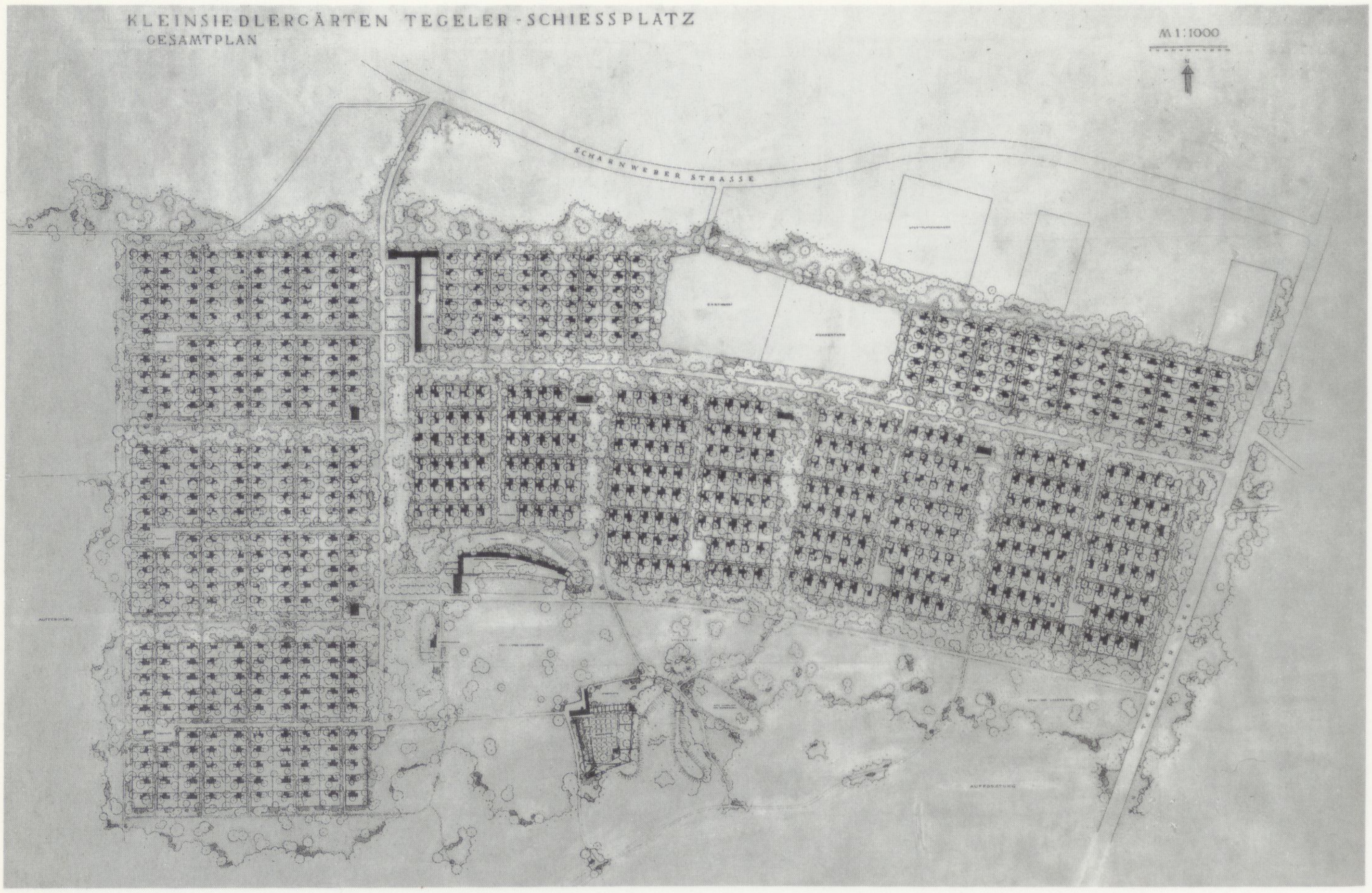
Interessant ist, wie sich das Autostraßensystem des Strukturplans in diesem Bezirk konkretisiert, der durch das Autostraßenkreuz Frankfurter Allee/Warschauer Straße und ihre gerade Fortführung nach Norden geviertelt wird. Die Autostraßen liegen in einem beidseitig mitlaufenden Grünbett, und die einmündenden Straßen sind weitgehend zu Sackgassen umgewandelt, so daß sich innerhalb der durch die Autostraßen gebildeten Rechteckfelder gesonderte Viertel oder „Wohnzellen" bilden. Die horizontal schraffierten Flächen bezeichnen das erste zusammenhängende Neubaugebiet im Bezirk Friedrichshain.



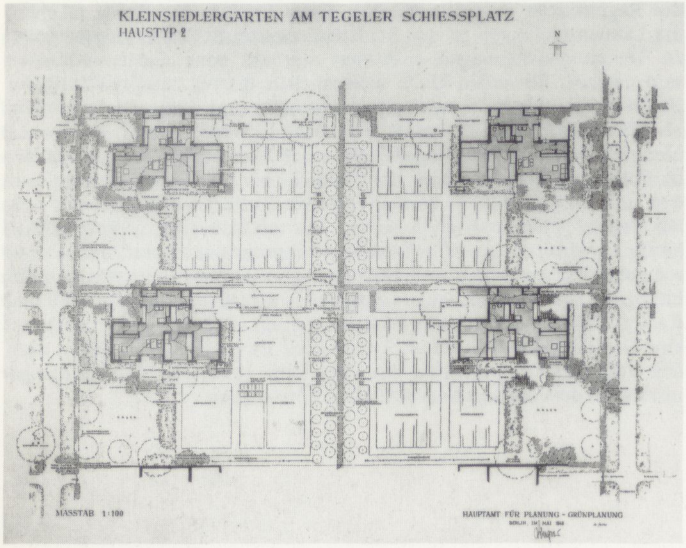
Tafel CII/1.2 Der „Groß-Grünplan für Berlin“ ←B 38

CII/1.2 DER „GROSS-GRÜNPLAN FÜR BERLIN“

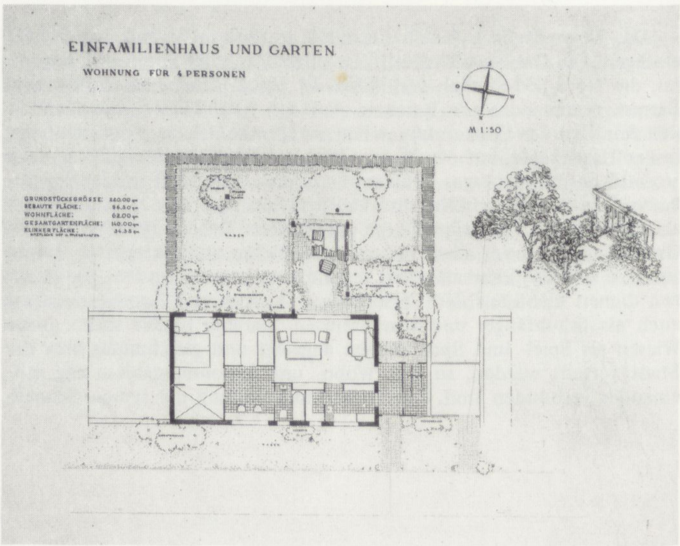
Das Neue Berlin soll sich organisch in die vorhandene Landschaft einfügen. Die Ost-West-Straßen folgen dem Band der Spree im Urstromtal, die Nord-Süd-Straßen verbinden die Hochflächen des Teltow und Barnim miteinander wie Brücken. Auf den Hochflächen, vor allem an den Rändern des Urstromtals, sollen am Humboldthain, Friedrichshain, in der Hasenheide, auf den Westendhöhen und dem Messegelände nach Vorbild des Kreuzberges Trümmerberge aus dem nicht wiederverwertbaren Schutt aufgeschüttet und bepflanzt werden. Das Neue Berlin ist als „grüne Stadt“ gedacht. Durch eine lockere Bebauung, die stark mit Grünanlagen und vor allem mit privaten Wohn- und Nutzgärten durchsetzt ist, soll die Beschaffenheit der Luft verbessert werden. Die Pflanzen dienen nicht nur der Versorgung mit Obst und Gemüse, sondern auch als Staubfänger und Windbremsen. Darüber hinaus sollen große Wiesen als Spiel- und Sportflächen angelegt und gleichmäßig über die Stadt verteilt werden, so daß Wohn- und Erholungsgebiete eng miteinander verbunden sind. Die Grünbänder entlang der neuen Schnellstraßen sollen Staub und Lärm schlucken und als Auffangflächen für das Regenwasser eine Kanalisation dieser Straßen überflüssig machen, die Laubensiedlungen an den Stadträndern, soweit ihre Lage günstig ist, zu Dauerwohnsiedlungen ausgebaut werden, neue Gartensiedlungen sind geplant. Sie sollen einen wesentlichen Beitrag zur Ernährung der Stadt liefern. Auch die umliegenden Gehölz- und Wiesenflächen sollen als Nutzflächen zur Lieferung von Bau- und Möbelholz, chemischen Grundstoffen und Nahrungsmitteln bearbeitet werden, wobei auf ein ökologisches Gleichgewicht unterschiedlicher Pflanzen geachtet werden und an bestimmten Stellen geplante Kulturlandschaften wie z.B. am Tegeler Fließ entstehen sollen. Die mit Abwasser gedüngte, stinkende Landschaft der Rieselfelder soll stufenweise ersetzt, das Abwasser zukünftig in Kläranlagen in Schlamm und Wasser getrennt und der biologisch aufbereitete Schlamm zusammen mit abgelagertem Müll und Kalk zu Dünger und Humus vererdet werden. Ziel der Grünplanung ist eine Stadtlandschaft nicht als ästhetischer Luxus, sondern als ein nach den neuesten Erkenntnissen der Forschung gestalteter Großstadtorganismus, in dem Nutzen und Schönheit eins werden.



Tafel CII/7 Wohngärten (2) ←B 39



Tafel CII/6 Wohngärten (1) ←B 40

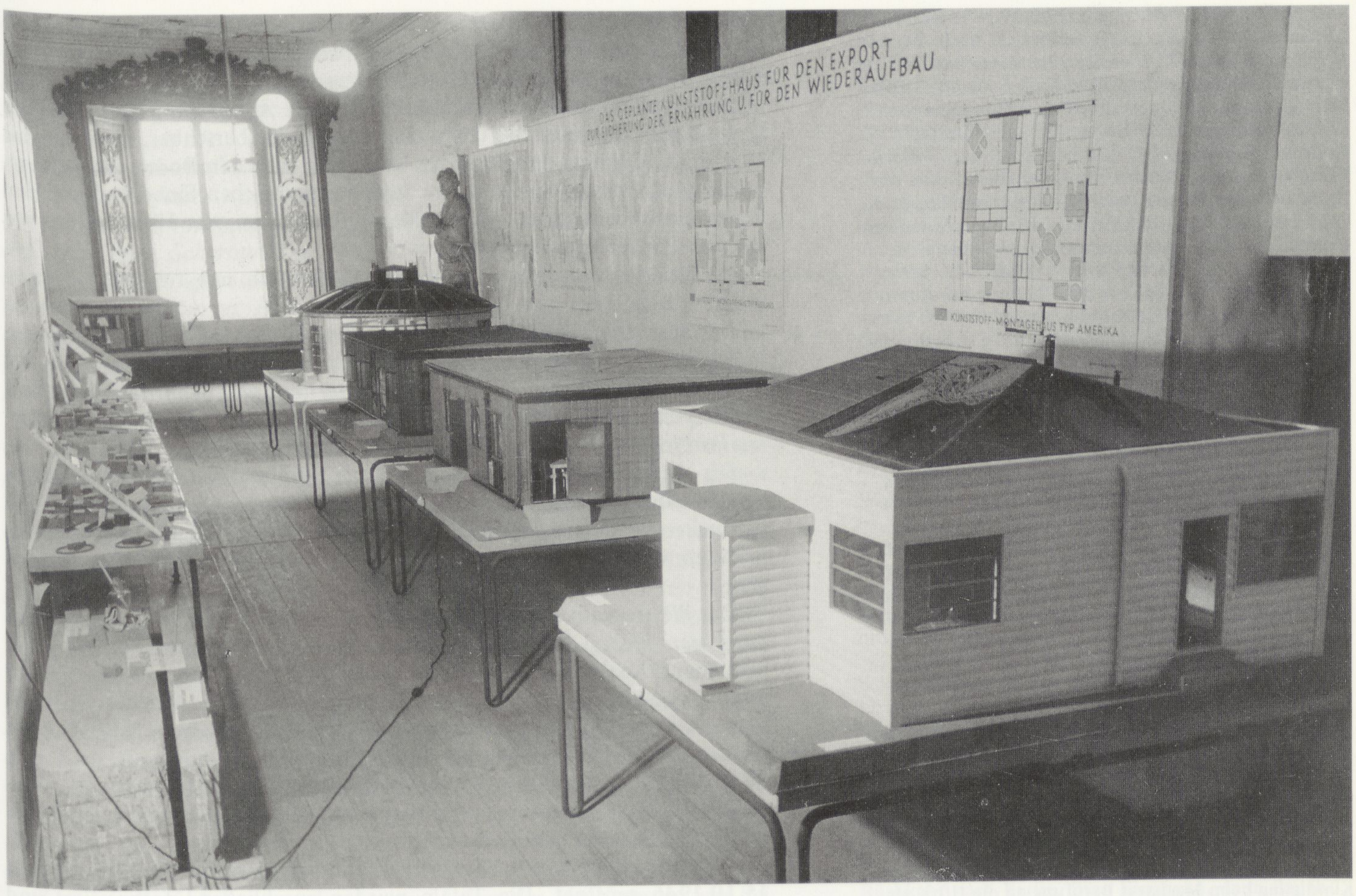


Tafel CII/8 Wohngärten (3) ←B 41

CII/6–8 WOHNGÄRTEN: Kleinsiedlergärten Tegeler Schießplatz im Maßstab 1:1000 (CII/7.4), im Maßstab 1:100 (CII/6) und Pläne für Einfamilienhäuser mit Wohngärten im Maßstab 1:5 (CII/8)

Die aus 3 Wandtafeln bestehende Abteilung zur Planung für die Wohngärten innerhalb des Groß-Grünplans ist überschrieben: *Der Garten des Kleinhauses ist erweiterte Wohnung, Quelle zusätzlicher Ernährung und Ort der Erholung. Seine Einrichtung ist abhängig von der Größe der Familie, dem Alter der Kinder und der Neigung derer, die ihn bewirtschaften.*

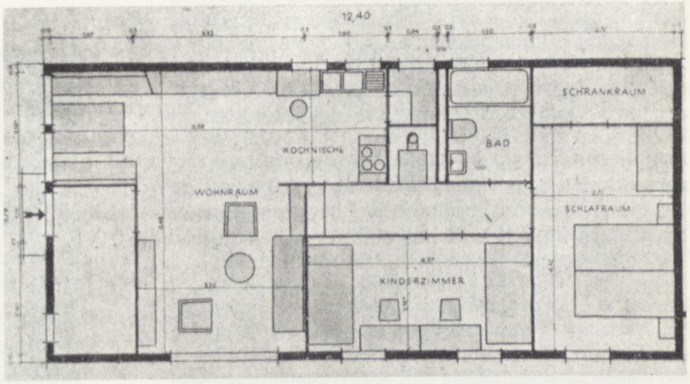
Vorgeführt wird eine der geplanten neuen Gartensiedlungen am Stadtrand, eine Wohnzelle mit 700 Siedlergärten am *Tegeler Schießplatz*. Die genaueren Pläne im Maßstab 1:100 (CII/6) zeigen das Gefüge der Gärten, zwei verschiedene Haustypen für jeweils eine vierköpfige Familie und mögliche Pflanzpläne für die Nutzgärten. Die Planung knüpft an die aktuelle Situation der ersten Nachkriegsjahre an, wo die Lauben in den Schrebergärten von ausgebombten Familien als Dauerwohnungen genutzt werden. Die neuen Gartensiedlungen sollen helfen, schnell und billig Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig die Nahrungsmittelversorgung der Stadt zu verbessern. Zwei weitere Pläne in diesem Zusammenhang (CII/8) zeigen zwei Typen von Einfamilienhäusern als Reihenhäuser mit kleinen Wohngärten, wie sie als verdichtete Teppichsiedlungen in den neu geplanten Teilen der zerstörten Innenstadt entstehen sollen, und Modelle.

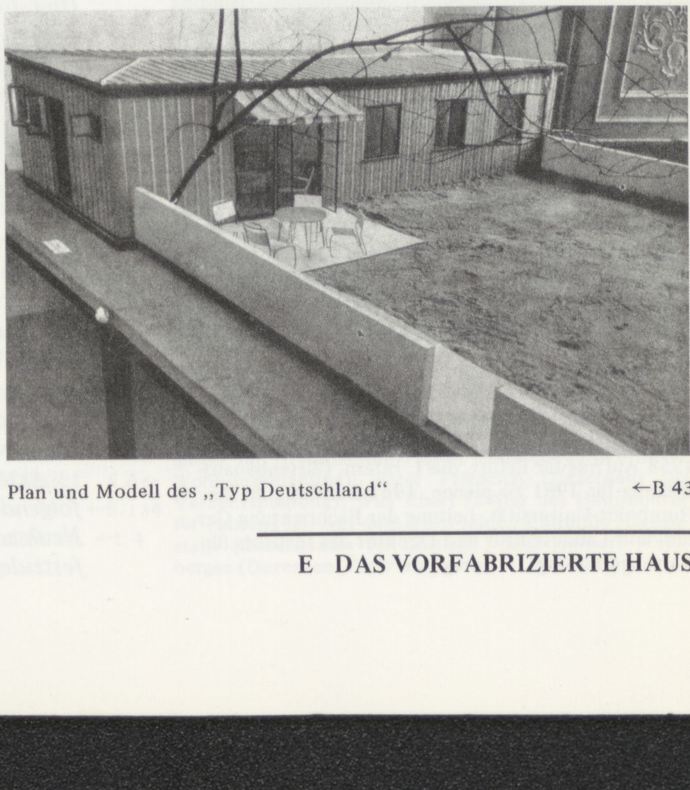


Die Abteilung E mit den Modellen und Plänen der Kunststoff-Montagehäuser. Vor dem Fenster der „Typ Deutschland", rechts vor der Stellwand die für den Export geplanten „Typen Frankreich, England, Rußland und Amerika" ←B 42

E1–5: DAS VORFABRIZIERTE HAUS

Die Abteilung E befaßt sich näher mit der Konstruktion und den Typen für die Einfamilienhäuser, die sowohl in den Gartensiedlungen am Stadtrand als auch in den verdichteten Flachbauteppichen der neuen Innenstadt gebaut werden und zugleich billig, schnell zu bauen und so haltbar und gut konstruiert sein sollen, daß sie mehr sind als nur Behelfsunterkünfte und als Dauerwohnungen genutzt werden können. Die Entwürfe sind in dem „Internationalen Komitee für Wohnungswesen" entstanden und stammen von Architekten und Militärangehörigen der vier Besatzungsmächte und von Hans Scharoun. Die Konstruktionen für die als Montagebauten aus Kunststoff geplanten Fertighäuser stammen von dem Architekten Karl Böttcher.





Plan und Modell des „Typ Deutschland" ←B 43

Karl Böttcher, Architekt, geb. **27.3.1904** in Berlin, lebt in Berlin (West). Baugewerkschule nach dem 1. Weltkrieg bis **1924**, danach in div. Büros und Teilnahme an Wettbewerben. **1926** Büro Schaudt, **1927** Büro Häring, Betreuung der Wohnungsbauten in Siemensstadt und im Wedding. Nach **1933** in div. Baufirmen als Bauleiter und Konstrukteur. **1943** Baumeisterprüfung. **23.5.1945–23.3.1946** Leiter des Hauptamts für Aufbau-Durchführung beim Magistrat, Organisation der Enttrümmerung und Beschaffung von Baumaterial. Danach bis zum **31.3.1946** Leiter der bauwiss. Forschungs- und Entwicklungsstelle beim Magistrat. Ab **1.11.1947** bis **1950** Leitung der Abteilung Baustoffe-Baukonstruktion am Inst. f. Bauwesen der A.d.W. **1946–49** Lehrauftrag an der TU Berlin und **1951–1958** an der Werkakademie in Kassel. Baukonstruktive Beratung für Häring, Lauterbach und Scharoun und eigene Bauten. Bearbeitung der baustofflichen Stichworte für den Großen Brockhaus.

Willy Karl (Wils) Ebert, Architekt, geb. **17.4.1909** in Dresden, gest. **24.6.1979** in Berlin (West). Studium am Bauhaus Dessau **1929–33**, Abschlußarbeit im Städtebau, Mitarbeit in Architekturbüros, vertritt Gropius auf dem CIAM-Kongreß in Athen **1933** und stellt dort die Arbeit über Berlin vor. Ab **1934** eigenes Büro, **1938** übernimmt er das Büro von Hilberseimer, der nach Amerika auswandert. **1941–45** Dienstverpflichtung als Bauingenieur für die Mineralölbauges. in Berlin, Planung für Hydrier- und Aluminiumwerke. **1.6.1945–26.9.1949** Leiter des Hauptamtes für Planung II beim Magistrat, daneben Hauptassistent am Institut für Städtebau der TU Berlin und Leiter der Forschungsgruppe Versorgung am Inst. f. Bauwesen der Akademie der Wiss. Am **1.10.1947** Berufung zum a.o. Prof. an für Städtebau der HfbK Berlin. **30.9.1949** Kündigung an der HfbK wegen bestehenden Dienstverhältnisses beim Magistrat in Berlin (Ost). Nach der Kündigung beim Magistrat Berufung an die HfbK als Prof. am **9.1. 1950**. Dort Lehre (Entwurf und Städtebau) bis **1974**.

Peter Friedrich, Architekt, geb. **28.6.1902** in Oroshâza (Ungarn), gest. **30.7.1987** in Berlin (West). Maurer- und Tischlerlehre, Studium in Budapest, Berlin und **1923–26** Meisterschüler bei Poelzig, danach Planungsarbeit bei der Firma Christoph & Unmack zus. mit Konrad Wachsmann. Ab **1931** eigenes Büro in Berlin, Siedlungspläne für Bauges. und theoretische Arbeiten zum Städtebau. In den 40er Jahren mathematisches Studium an der TH und Lehrtätigkeit an der von Hugo Häring geleiteten Schule „Kunst und Werk" in Berlin. **1944–45** Arbeit in der Akademie f. Wohnungswesen in Buch. Vom **21.6.1945** bis zum **31.3.1950** Hauptreferent für Verkehrsplanung im Hauptamt für Planung II des Magistrats. **1947** Leiter der Abteilung Verkehrsplanung am Institut für Bauwesen der Akademie der Wiss. Nach **1950** in Berlin (West) Forschungsaufträge und Arbeit an einer mathematisch hergeleiteten Gestaltungstheorie, die **1989** posthum erscheint.

Ludmilla Herzenstein, Architektin, geb. **6.4.1906**. Bis **1933** Studium an der TH Berlin bei Tessenow, Bauleitung bei Bruno Taut in der Siedlung Onkel-Toms-Hütte. Ab **Juni 1945** Dezernentin für Statistik im Hauptamt für Planung II des Magistrats. Leitung eines Entwurfskollektivs für die Wohnzelle Friedrichshain ab **1949**. Später Stadtarchitektin des Bezirks Weißensee.

Reinhold Lingner, Gartenarchitekt, geb. **1903**, gest. **1968**. Ab **Juni 1945** Leiter des Hauptamts für Grünplanung beim Magistrat. Ab **1949** Leiter der Abteilung Gartengestaltung im Inst. f. Bauwesen der A.d.W., eine Abteilung, die in der **1951** gegründeten Bauakademie fortgeführt wird. Bleibt auch nach der Auflösung des Planungskollektivs beim Magistrat Berlin (DDR). **1958** Auftrag für Erfurt, die 1. Intern. Gartenbauausstellung für **1961** zu planen. **1961** Berufung an die Humboldt-Universität, Leitung der Fachrichtung Garten- und Landeskultur und Direktor des Instituts für Gartengestaltung.

Die Abteilung E beschließt die Ausstellung. Der Gang durch die Ausstellung zeigt, daß sie einen umfassenden Ansatz verfolgt, von der großräumigen Strukturplanung des Wirtschaftsraumes, zu dem die Stadt gehört, bis hin zum Entwurf der Wohnzelle und der Ausstattung der einzelnen Wohnungen. Dabei ist das utopische Moment unübersehbar, denn es wird abgesehen von dem Problem der Verfügung über den Boden, von der genauen Funktionsbestimmung der Stadt im politischen Sinne und von den Produktionsbedingungen für die Massenfabrikation von Häusern, um nur ein paar Punkte herauszugreifen.

→S.443 Parallel zur Ausstellung wird ein **Wettbewerb** mit folgender Zielsetzung veranstaltet:

→L 2 *Der Magistrat der Stadt Berlin, Abteilung für Bau- und Wohnungswesen, bittet die Allgemeinheit – Laien und Fachmänner – Berliner und die, die an Berlin interessiert und an der Gestaltung der Stadt in antifaschistischem Geiste mitzuarbeiten gewillt sind, sich zu den in der Ausstellung dargelegten Problemen zu äußern.*

Die Aufgabe ist, aus den natürlichen Gegebenheiten, Resten vergangener Gesellschafts- und Wirtschaftsepochen, Werken der modernen Zeit und neuesten wissenschaftlichen städtebaulichen Erkenntnissen die Lebensbedingungen der Stadt vorteilhaft auszubauen und in ihrer Wirkung zu steigern.

Der Wettbewerb hat zwei Abteilungen: Die erste hat den Titel *Zur Planung der Stadt*, deren Problemstellungen der Funktionsgliederung der städtebaulichen Elemente (Arbeitsstätten, Verkehr, Wohnstätten, Versorgung, Erholung und Kultur) entsprechen; die zweite Abteilung betrifft *bautechnische Fragen* zur Konstruktion und Verwendung üblicher bzw. neuartiger Baustoffe sowie zur Haustechnik. Der Wettbewerb wird zum **20.8.1946** ausgeschrieben, Einsendeschluß ist der **15.10.1946**. Die Ausstellung der preisgekrönten Arbeiten findet erst ein Jahr später ebenfalls im Weißen Saal des Schlosses statt.

Die Ausstellung war nach zweimaliger Verlängerung vom **22.8.** bis zum **15.10.1946** geöffnet. Die Tafeln wurden anschließend fotografiert und sollten später zusammen mit den Vorträgen als Buch herausgebracht werden. Dieses Buch ist nie erschienen.

Wer hat die Ausstellung erarbeitet?

→L 3 Als Verfasser werden im Katalog auf der letzten Seite genannt: *Die grafische Gestaltung und Ausführung der Abteilung A besorgte Hans Leistikow, die Ergänzungen hierzu wurden durch Joost Schmidt betreut.*

Die Abteilungen B und C Grünplanung wurden grafisch von Felix Jacob, die Strukturuntersuchung von Hermann Seewald bearbeitet.

Die städtebauliche Gesamtbearbeitung der Abteilungen A bis C hatte die Arbeitsgemeinschaft
Architekt Ebert,
Architekt Friedrich,
Dipl.-Ing. Herzenstein,
Gartenarchitekt Lingner,
Professor Scharoun,
Dipl.-Ing. Seitz,
Architekt Selmanagic,
Dipl.-Ing. Weinberger,
unterstützt durch einen Kreis von Referenten aus Wirtschaft, Kunst und den jeweiligen Abteilungen des Magistrats.

Die Konstruktion für das vorfabrizierte Haus und die Zusammenstellung der in der Abt. E dargestellten Arbeiten besorgte Architekt Karl Böttcher. Die Entwürfe der Häuser stammen aus dem Internationalen Komitee für Bau- und Wohnungswesen. →S.422

Ergänzt werden muß diese Darstellung um die Abteilung D, die aber kurz vor Eröffnung der Ausstellung erst ihre endgültige Zusammenstellung erfahren hat. Die Autoren sind bei dem Gang durch die Abteilungen bzw. in der Auflistung der Tafeln genannt, soweit wir sie ermitteln konnten.

Zu der im Katalog zitierten „Arbeitsgemeinschaft" existieren zwei Vermerke vom **11.6.1946**, die die Autorenschaft festlegen:

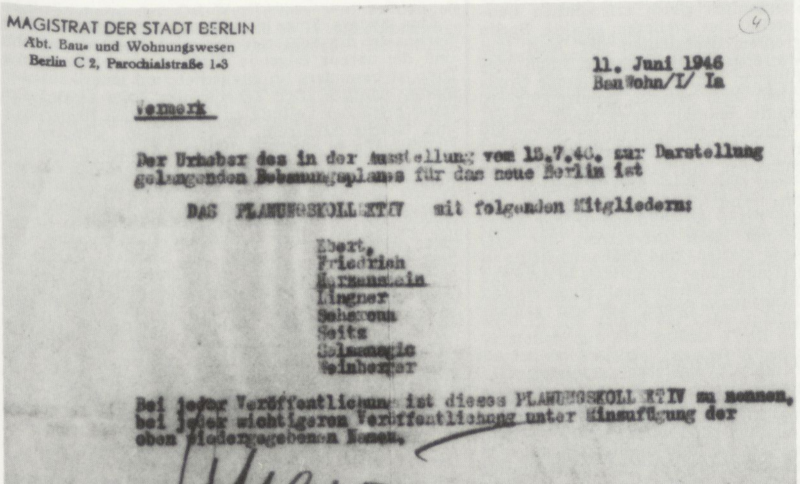
→A 2 *Aktennotiz vom 11.6.46: Die kommende Ausstellung und die darauf folgenden Veröffentlichungen der gemeinschaftlichen Arbeit über den Neubau Berlins machen es notwendig, die Urheberschaft nach außen hin festzulegen. Um Irrtümer in der Öffentlichkeit durch Mißverständnisse der*

Presse usw. zu vermeiden, waren die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft alfabetisch (Ebert, Friedrich, Prof. Scharoun, Seitz, Selmanagic, Weinberger) zu nennen. Diese Aufzählung aller Verfasser müßte bei jeder Veröffentlichung wie Aufsatz, Buch, gesprochenes Wort usw. erfolgen, unabhängig davon, ob die Verfasser selbst damit hervortreten oder das Material über die Gemeinschaftsarbeit jemandem zur Auswertung weitergeben.

Da die Verfasser nicht selbständige Architekten, sondern beim Magistrat dem Hauptplanungsamt eingeordnet sind, ist es selbstverständlich, daß Herr Prof. Scharoun und Herr Ebert als Leiter des Hauptamtes für Bau- und Wohnungswesen bzw. des Hauptamtes für Planungen II hervorgehoben werden können. Hierdurch erscheinen sie aber auch als die Träger des Planungsgedankens, womit der ursprüngliche Sinn des Kollektivs, da jeder als gleichmäßig an dem Plan beteiligt erscheinen sollte, verlorengegangen ist.

Diese Tatsache veranlaßt mich, auf eine Abmachung im Februar d.J., als die Arbeit des „Kollektivs" durch den noch nicht vorhandenen Strukturplan stagnierte, zurückzukommen: Ich machte s.Z. den Vorschlag, diesen Flächenaufteilungsplan zusammen mit dem Verkehrsplan zu machen unter der Bedingung, daß, falls derselbe in unseren Generalplan eingehen und zur Grundlage desselben dienen sollte, dieses besonders zu erwähnen sei. Frau Seitz und Herr Selmanagic waren hiermit sofort einverstanden. Herr Ebert bat um Bedenkzeit und teilte sein Einverständnis nach einigen Tagen mit. – Da die Anordnung der Arbeits- und Wohnflächen zusammen mit dem Verkehrsplan das Gesicht des Bebauungsplanes bestimmen, bestehe ich nunmehr auf die Einhaltung der Abmachung. Dementsprechend wäre bei Veröffentlichungen nach der Aufzählung der Verfassernamen besonders zu vermerken: „Entwurf auf Grund des Vorschlages von Friedrich" oder „Entwurf nach den Grundgedanken von Friedrich".

Diesen Hinweis auf meinen Anspruch halte ich für um so notwendiger, da bereits eine Berichterstatterin bei einem Gespräch über unsere Arbeit als Initiator des Planes weder unsere Arbeitsgemeinschaft im allgemeinen noch Herrn Prof. Scharoun als obersten Leiter des Hauptamtes, was bei einem Außenstehenden erklärlich gewesen wäre, betrachtete.



MAGISTRAT DER STADT BERLIN
Abt. Bau- und Wohnungswesen
Berlin C 2, Parochialstraße 1-3

(4)

11. Juni 1946
BauWohn/I/ Ia

Vermerk

Der Urheber des in der Ausstellung vom 15.7.46. zur Darstellung gelangenden Bebauungsplanes für das neue Berlin ist

DAS PLANUNGSKOLLEKTIV mit folgenden Mitgliedern:

Ebert,
Friedrich
Herzenstein
Lingner
Scharoun
Seitz
Selmanagic
Weinberger

Bei jeder Veröffentlichung ist dieses PLANUNGSKOLLEKTIV zu nennen, bei jeder wichtigeren Veröffentlichung unter Einsufügung der oben wiedergegebenen Namen.

Scharoun

←A 3

Im „Planungskollektiv" kommen Angestellte des Magistrats zusammen, die in ihre Arbeit jahre- und jahrzehntelange Vorarbeiten einbringen. →B 44

In der Unterschrift zu dem einzigen Foto, das sich von dem „Planungskollektiv" finden ließ, sind die Funktionen der einzelnen Beteiligten angeführt.

Die beste Darstellung der Ausstellung „Berlin plant" stammt von Margret Boveri, aus deren Tagebuch **1945** wir im Kapitel 2 zitiert haben. Ihr Artikel erscheint am **6.12.1946** in der „Wirtschaftszeitung". Auf die Kritik an der Ausstellung gehen wir im folgenden Kapitel ein. ←S.134 ←L 4

Hans Scharoun, Architekt, geb. **20.9.1893** in Bremen, gest. **25.11.1972** in Berlin (West). **1912–14** Studium an der TH Charlottenburg, bis **1918** Militärdienst im Bauberatungsamt für den Wiederaufbau Ostpreußens, danach eigenes Büro in Insterburg. **1925** Berufung an die Akademie in Breslau, seit **1926** Mitglied der Architektenvereinigung „Der Ring", Büro in Berlin mit Kruchen und Rading. Nach Entlassung in Breslau **1932** Übersiedlung nach Berlin. Lebt bis **1945** von kleineren Aufträgen. Vom **17.5.1945** bis **31.12.1946** Leiter der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen beim Magistrat von Berlin. Vom **19.10.1947** bis **31.12.1950** Direktor des neugegründeten Instituts für Bauwesen an der Akademie der Wissenschaften. **1946–1958** Professur an der TU Berlin für Städtebau. **1955–1968** Präsident der Akademie der Künste in Berlin (West), die er mitbegründet.

Luise Seitz, geb. Zauleck, geb. **14.8.1910**, gest. **11.10. 1988** in Hamburg. Studium von **1930–1936** an der TH Berlin, Diplom bei Tessenow, **1937** Heirat mit dem Bildhauer Gustav Seitz, Büro in Berlin. Vom **7.6.1945** bis zum **31.12.1946** Dezernentin für Wohnungsplanung im Hauptamt für Planung II beim Magistrat. **1947** Mitarbeit im Institut für Bauwesen der A.d.W. **1958** Umzug nach Hamburg mit ihrem Mann, der an die Kunsthochschule berufen wird. Nach seinem Tod **1969** ordnet sie seinen künstlerischen Nachlaß.

Selman Selmanagic, Architekt, geb. **15.4.1905** in Srebrenica (Österreich-Ungarn), gest. **1986** in Berlin (DDR). Tischlerausbildung, Gewerbeschule, Tischlerwerkstatt im Bauhaus Dessau, ab **1929** Studium der Architektur dort. Im Studentenkollektiv, das Hilberseimer betreut, lernt er Wils Ebert kennen. **1932** Diplom, danach im Büro Gropius mit den Plänen für CIAM **1933** über Berlin beschäftigt. **1933–39** als Architekt in div. Büros im vorderen Orient. **1939** Rückkehr nach Berlin, Büro Eiermann, dann Bauabteilung der UFA in Babelsberg. **Juni 1945** bis **1950** Dezernent für die Abteilung Kultur und Erholung im Hauptamt für Planung II beim Magistrat. **Herbst 1950** Berufung an die **1947** gegründete Hochschule für angewandte Kunst in Berlin-Weißensee, Übernahme des Faches Bau- und Raumgestaltung. Zu dieser Zeit ist Mart Stam dort Direktor. Nach seiner Emeritierung **1970** Rekonstruktion des Bauhauses Dessau zusammen mit Konrad Püschel zum 50. Jahrestag.

Herbert Weinberger, Architekt, geb. **12.2.1914** in Berlin. **1932–37** Studium TH Berlin, danach im Büro Eiermann. **1939–41** Militärdienst. Ab **Juni 1945** Dezernent der Abt. Versorgung im Hauptamt für Planung II beim Magistrat (Planung des Gesundheits- und Erziehungswesens). **1948–51** in der Abt. Siedlungswesen im Institut f. Bauwesen. Ab **1952** wiss. Sekretär in der Deutschen Bauakademie.

Eine Besprechung des Planungskollektivs. Von links nach rechts: Hans Scharoun (Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen); Selman Selmanagic (Dezernent für Erholung); Reinhold Lingner (Leiter des Hauptamtes für Grünplanung); Luise Seitz (Dezernentin für Wohnungsplanung); Peter Friedrich (Dezernent für Verkehrsplanung); Wils Ebert (Leiter des Hauptamtes für Planung II). Auf dem Foto fehlen Ludmilla Herzenstein (Dezernentin für Statistik) und Herbert Weinberger (Dezernent für Versorgung)

Freitag, 6. Dezember 1946 WIRTSCHAFTS ZEITUNG Nummer 31 / Seite 5

„BERLIN PLANT"

Werkbund- und Bauhaustradition auf Ruinenfeldern

Der Anmarsch vom Spittelmarkt her ist deprimierend: aufgeräumte tote Trümmerstraßen, reparierte Brücken, die keinem Verkehr mehr dienen, die ausgebrannten edlen Fassaden der Breiten Straße, und der Blick auf das Schloß von der Seite. Hier ist es weniger aufgeräumt; denn die Schloßtrümmer bestehen nicht aus zusammenklebenden Backsteinen, verkohlten Balken, verbogenen Eisenträgern, sondern aus schweren dunkelgrauen Steinblöcken, die wie Felsbrocken quer übereinander liegen und nur mit Maschinenarbeit gehoben werden könnten. Gegen Westen stehen unversehrt und gespenstisch ein paar grauschwarze Steinfiguren vor dem Himmel. Unversehrt ist auch das geräumige Treppenhaus des Vordereingangs. Ein paar ärmliche Efeupflanzen sollen wohl anzeigen, daß hier ein Ereignis gefeiert wurde. Sie erhöhen im Heraufgehen den Eindruck des Niederdrückenden.

Mit einem Schlag ist jedoch dieser Eindruck vergessen, wenn der Fuß den „Weißen Saal" im zweiten Stock betreten hat und der Blick über die karten- und aufrißbesetzten Wände und Quertafeln hinweg geht. Auch hier ist Ruinenerbe: Die Decke ist mit weißem Papier bespannt, darüber sind Löcher in der ursprünglichen Decke. Wenn es regnet, wird das Papier naß. Aber an Regen denken die Menschen nicht, die teils in Gruppen beieinanderstehen, teils noch einzeln etwas unsicher den Punkt suchen, an dem sie das Studium dieser Ausstellung beginnen wollen. Denn ein Studium ist nötig, angesichts der Uebersichten, Zahlenreihen, graphischen Darstellungen und der Armut an Modellen, die hier herrschen. Die Architekten, die „Berlin planten", haben es weder sich noch den Beschauern leicht gemacht. Wohl kann der Besucher einen Stock tiefer gleich Puppenstuben die Modellhäuser aus dem neuen Kunststoff „Igelit" betrachten, deren 17 Zentimeter dicke Außenwände mit der Isolierung „Iporka" die Isolierkraft einer Mauer von 1.10 Meter erreichen sollen. Er kann auf einen Knopf drücken und die reizvollen Inneneinrichtungen dieser möbelarmen Zukunftshäuser in elektrischer Beleuchtung erstrahlen lassen. Er darf das runde „Frankreich-Haus" sogar auf einer Drehbühne drehen und in die tortenschnittförmigen Zimmer durch die kleinen Fenster Einblick nehmen. Wohl sieht er hier Muster von wasserfreiem Gips, Baustoffe aus Asche, einen marmorähnlichen neuen Kunststein aus gepreßtem und poliertem Ruinenschutt, und er kann sich überlegen, ob er in seinem dereinstigen Kunststoffhaus einen einzigen Nagel wird einschlagen können. Aber merkwürdigerweise sind diese dem Griff und dem Auge faßbaren, teils spielerisch-anziehenden Ausstellungsobjekte weniger besucht als der strenge Weiße Saal oben, der so hohe Anforderungen an die Geduld und das Nachdenken der Beschauer stellt.

Der Lebensbaum der Stadt

Die Entwicklung Berlins ist in allen Phasen dargestellt: die ersten Industriegründungen in der Stadtmitte; die Verlagerung der wachsenden Industrien — Borsig, Siemens, Telefunken — an die Stadtränder; der Einfluß der Wasserstraßen; die Entwicklung der Textil- und Konfektionsindustrie; die Konzentrierung des Zeitungsgewerbes und Vergnügungswesens; die Entstehung der Mietskasernen und lichtlosen Hinterhöfe. Da ist der „Lebensbaum" der Stadt: die Jahresklassen horizontal untereinander, die Geschlechter rechts und links einer Senkrechten getrennt, die Verheirateten durch Farbe von den Ledigen geschieden — und hier wieder erschütternd die tiefen Einbuchtungen auf der Männerseite als Folge des Kriegs. Gegenüber dieser Bestandsaufnahme der Lebenden hängen die Aufstellungen über ihren Bedarf an Wohnraum, aufgeteilt nach Ledigen, kinderlosen Ehepaaren, Familien mit zwei, mit vier Kindern; daneben die Uebersicht über das heute Vorhandene, mit dem schreiendsten Mangel an Wohnungen für Ledige und zweiköpfige Familien und einem kleinen Ueberschuß an Großwohnungen (7 bis 14 Zimmer), die im gegenwärtigen Zustand unbenützbar sind. An einer querstehenden Wand die Pläne, etwa vom Bezirk Grunewald, wie solche Großwohnungen umgebaut werden sollen, mit verblüffend glücklicher Lösung des Problems „Berliner Zimmer", mit eingebauten Waschbecken und Wandschränken, mit zusätzlichen Toiletten und Frühstücksküchen, in manchen Fällen auch mit Räumen für eine Wirtschafterin, die den Bewohnern eines solchen „Ledigenhotels" die nötige Sauberkeit und ein Minimum an Früh- und Abendbrot besorgen würde.

„Berlin plant" gibt ein Dreifaches. Als Erstes die Grundlage für jede mögliche Planung durch die Feststellung dessen, was war, was ist, und den Versuch einer Abschätzung dessen, was sein wird (Bevölkerungsbewegung, industrielle Entwicklung, Lage als Handelszentrum zwischen Ost und West? — Lauter Fragen, die nicht von Berlin, nicht von den Deutschen, sondern von den politischen Entscheidungen über Deutschland abhängen). Das Zweite ist die Planung auf weite Sicht. Das Dritte, dem Zweiten untergeordnet, die Aufstellung eines Sofortprogramms, das bis zum Jahr 1950 die allerdringendsten Notstände zu überwinden hofft.

Damit sind bestimmte Lösungen für Fragen vorgeschlagen, die seit dem Winter öffentlich diskutiert werden — in der Presse, in den Bauplänen des Zehlendorfer Arbeitskollektivs unter Baurat Scheidling, im ersten Plan für die Neugestaltung des Zentrums des Bezirks Berlin-Mitte, sowie in den Vorträgen verschiedener Architekten. Die Grundfrage, die für alle Ruinenstädte die gleiche ist: Wiederaufbau des Alten oder radikaler Neubau? wurde mit dem üblichen Kompromiß beantwortet, daß das noch Verwendungsfähige geschont und wieder hergestellt werden soll, wobei allerdings ein stärkerer Akzent als bei mancher anderen deutschen Stadt auf der Neuplanung liegt. Dabei spielt der besondere Charakter Berlins eine Rolle, einer Stadt, die, neben einem kleinen Kern altehrwürdiger Bauten, überwiegend durch den Baueifer der „Gründerjahre" und des beginnenden 20. Jahrhunderts unschön gezeichnet war und die erst nach dem ersten verlorenen Krieg Ansätze einer sozial und architektonisch gleich erfreulichen Baugesinnung entwickelte. Des weiteren gehörte Berlin zu den sechs größten Großstädten der Welt und zählt heute, trotz strengster Zuzugssperre, schon wieder über drei Millionen Einwohner. Die große Großstadt aber untersteht ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit. Nachdem Großstädte einmal „gewachsen" waren, meist unförmig, unübersichtlich, mit einem Stückwerk aus nachträglich eingefügten Durchbrüchen, Untergrund- und Hochbahnen, mit Standortsverteilungen, die Arbeitswege von über einer Stunde erforderten, brachten die 20er und die 30er Jahre die erneuerungsfreudigen Pläne der Städtebauer, der Ring- und Radialstädte mit ihren Citykernen, der aufgelösten, der Zellen-, Garten- und Trabantenstädte — meist Ideal- und Traumpläne; denn außer in Amerika und Rußland waren die Städte überall schon zu fest gewachsen, um noch von Grund auf neu geplant werden zu können.

„Arme Londoner!"

Auch solche Wunschpläne sind im „Weißen Saal" aufgereiht: der mathematisch wirkende Idealplan von Martin Mächler aus kon- und exzentrischen Kreisen; der Hitler-Speer-Plan, der rein mechanisch mit dem Durchbruch eines Achsenkreuzes eine repräsentative Gliederung zu erzwingen suchte; daneben ein auflockernder Plan für London, in dem der City-Kern lang hingestreckt wie eine gebänderte Raupe in der Mitte liegt. Zwei Architekten und ein paar Laien stehen davor. „Da müßte wohl erst viel eingerissen werden?" fragte der private Architekt, und der Städtebaukollege sagte: „Das ist gar nicht auszudenken, wieviel da fallen müßte." — „Arme Londoner!" denkt der Zuhörer, der vor einer Stunde noch niedergeschlagen zur Ruine des Schinkelhauses hinübergeblickt hat, „haben wir es nicht viel besser in der Freizügigkeit, die unser riesiges Trümmerfeld uns gewährt?"

Aber wie groß ist denn diese Freizügigkeit? Der müde Stadtwanderer, der in der Sommerhitze lange schattenlose Wege zwischen rechteckigen Stößen aufgeschichteter Ruinensteine zurücklegt, sieht nur den Tod und die Zerstörung und vielleicht, mit Phantasie, auch die neue Welt, die hier erstehen könnte. Was er nicht sieht, sind die Besitzrechte, die zäh an diesen Trümmern kleben, Rechte von Privaten und Korporationen, Gemeinderechte, Staatsrechte, Reichsrechte, Hypothekenrechte, die heute tot scheinen, die laut und fordernd werden, sobald an Stelle des Tods neue Pläne treten. So ist also selbst bei fast „totaler" Zerstörung die Freizügigkeit im Neuplanen durch positive und negative Gegebenheiten begrenzt. Stark festgelegt wird die zukünftige Gestaltung Berlins durch den Einfluß der nahezu intakten unterirdischen Bauten: Wasser, Gas, Strom, Kanalisation, U-Bahn, Telephon. Damit dürfte eine allgemeine Verlegung oder Verbreiterung der Durchgangsstraßen, wie sie der Plan Berlin-Mitte vorschlug, schwer zu verwirklichen sein. Die Gefahr der negativen Festlegung liegt in den „wilden" Ruinenbauten, die heute überall ingang sind, weil die Obdachlosen versuchen, sich durch eigene Kraft in zerstörten Häusern einzunisten, wobei sie zur „Verewigung der Ruinen" beitragen. Prof. Max Taut (Architekturabteilung, Hochschule für bildende Künste, Wilmersdorf) hat gegen die Festsetzung von Erdgeschoßläden in hoffnungslosen Ruinen vorgeschlagen, provisorische Ladenkleinbauten in Vorgärten und an öffentlichen Plätzen entlang den früheren Geschäftsstraßen zu errichten. Das ergäbe eine Art belebender Meßbudenstraßen des 20. Jahrhunderts, hinter denen der Abriß und Neuaufbau ungehindert erfolgen könnte. Derartiges ließe sich in der Tauentzienstraße verwirklichen, die heute ausgehöhlt und tot daliegt zwischen dem schon wieder sehr lebendigen Kurfürstendamm und dem Umsteige-U-Bahnhof Wittenbergplatz! Ganz anders steht es mit dem Alexanderplatz, der mit seiner Umgebung so stark zerstört ist, daß immer wieder der Plan auftaucht hier eine umfassende Grünanlage zu machen. Da steht aber noch das große Warenhaus Tietz. Sein Wert wie seine Anziehungskraft wären dahin, befände es sich nicht mehr in einer volkreichen Konsumentennachbarschaft, sondern in der luftigen Einsamkeit eines großen Parks.

Neue Stadtkerne

Eine andere Folge des Krieges ist die Aufteilung Berlins in die Sektoren der vier Besatzungsmächte und die daraus folgende Bildung neuer Stadtkerne. Dies ist besonders im englischen und amerikanischen Sektor deutlich. Der Fehrbelliner Platz scheint sich unter britischer Leitung zu einem neuen Regierungs- und Geschäftszentrum zu entwickeln, während die Hauptstraße in Steglitz zu einer Kreuzung zwischen Broadway und Fifth Avenue wird, allerdings auf dem Boden der heutigen Berliner Waren- und Getränkearmut, aber stark aktiviert durch die Vergnügungsfreude des G. I. und den bereitwilligen Humor der Berlinerin. Dieser Entwicklung kommt zustatten, daß im Berliner Westen, in Steglitz, Friedenau, Lichterfelde, Zehlendorf, in Wilmersdorf und Charlottenburg ganze Straßenzüge großenteils noch intakt sind. Hier bilden sich also nicht neue Stadtkerne als Mittelpunkte neuer kleinerer Großstädte, sondern neue Zellen oder Stadtelemente in den früheren Wohn- und Gewerbevierteln, während Reste der großen Bauten im Zentrum (Luftfahrtministerium als Sitz der Zentralverwaltung; einige der großen Zeitungsbetriebe; einige der früheren Theater) genügend Erinnerung an den alten City-Charakter festhalten, um als Ansatzpunkte für das Neue wirken zu können. Damit wären wir bei der eigentlichen Planung der Architektengruppe, die unter Leitung von Professor Hans Scharoun die Ausstellung vorbereitet hat. Scharoun selbst ist den Berlinern, deren Erinnerung über die Hitlerzeit zurückgeht, bekannt als der Mann, der zusammen mit Walter Gropius Siemensstadt geplant und gebaut hat. Er hat also schon vor Jahren bewiesen, was er in der Praxis leisten kann. Sein Verdienst an der Ausstellung liegt dagegen vor allem auf der politischen Ebene. Er hat in Verhandlungen mit den regierenden Alliierten die Ausstellung möglich gemacht — eine große Tat, denn noch ist ja nicht einmal beschlossen, ob Berlin überhaupt wieder aufgebaut wird. Jeder, der den „Weißen Saal" besucht hat, wird aber überzeugt sein, daß hier ein schwerwiegendes Präjudiz für den Wiederaufbau geschaffen ist. Die Ausführung der Planungsarbeiten lag in den Händen „jüngerer" Architekten, die alle aus der alten Werkbund- oder Bauhaustradition stammen. Sie haben ihre Arbeit anonym geleistet. Es ist nicht zu erkennen, wo der Raumplaner vom Bevölkerungsstatistiker abgelöst wird und wie weit die

starke Betonung der Sozialhygiene von Wohlfahrtsspezialisten oder von Architekten ausgeht. Wie genau im Bedenken des fernen Ziels alle Einzelheiten berücksichtigt wurden, macht zum Beispiel die Abteilung Müllverwertung klar. Früher, so zeigt die Uebersicht des „Gewesenen", war ein Strich in weitem Umkreis um die Stadt gezogen. Innerhalb dessen kein Berliner Müll abgeladen werden durfte. Fünfzig Kilometer und mehr mußten die großen täglichen Lasten ins Land hinausgefahren werden. Das „Jetzt" liefert weder die Transportmittel noch den Brennstoff für solche Fahrten. Aus diesem Negativum soll das Positivum der Zukunft erwachsen: eine Müllaufbereitung, bei der nach dänischem System in vierundzwanzig Stunden, nach deutschem in drei Tagen Kompost entsteht, Kompost, der in den neuen Gärten, städtischen Domänen und halbländlichen Vororten, an Ort und Stelle also, verwertet werden soll.

Tiergarten wird Haustier-Garten

Zu den neuen landwirtschaftlichen Gebieten Berlins soll auch der Tiergarten gehören, der im Mai 1945 ein wüstes, nahezu undurchdringliches Schlachtfeld war, mit ausgebrannten Panzern, tiefen Granatlöchern und umgestürzten Baumriesen, der nach der Holzaktion des Winters 1945/46 in seiner baumlosen Kahlheit zu den traurigsten Anblicken Berlins gehört. Er hatte schon seit Jahren seine einstigen intimen Reize verloren; denn der rasende Autoverkehr auf der breit asphaltierten Ost-West-Achse hatte ihn erbarmungslos entzwei geschnitten. Im neu geplanten Berlin soll der Tiergarten durch Tieferlegen dieser Verkehrsader wieder zu einer Einheit zusammenwachsen. Und wenn er früher der Park der Herrschaftsviertel war, der Diplomaten, regierenden Beamten, führenden Finanz- und Industriegewaltigen, so soll er ein Park werden, in dem das Großstadtkind sieht, wie die Wolle für Strümpfe und Pullover auf dem Rücken gelockter Schafe wächst, und daß Kühe eine Flüssigkeit erzeugen, die seit anderthalb Jahren in Berlin fast unbekannt ist und bestenfalls aus weißem Pulver mit Wasser angerührt wird: Milch.

Dieser Haustier-Garten wird der Vorgarten der künftigen Berliner „City" sein, die sich im Urstromtal der Spree als langes Band hinzieht. Begriffe wie „Urstromtal" und „südliche Höhenzüge" weisen den langjährigen Bewohner Berlins darauf hin, daß es auch in dieser Stadt Höhenunterschiede gibt. Wenn er aus Bayern stammt, wird er sie vielleicht ebenso wie die Dahlemer Straßenbezeichnung „Auf dem Grat" belächeln. Doch kommen sie ihm zum erstenmal zu Bewußtsein; denn die alte Bauweise wirkte auch in dieser Beziehung nivellierend. Nun sollen also die Naturgegebenheiten wieder herausgearbeitet werden. Eine historische Gegebenheit, die ebenfalls endlich berücksichtigt wird, ist die Tatsache, daß die einstige Ost-West-Achse am Schloß abrupt aufhört und sich in einem Gewirr enger winkliger Straßen verliert. Der neue Plan sieht schon im Tiergarten eine leichte Südkrümmung der Ost-West-Achse vor, so daß sie — vom Kaiserdamm kommend — in die Köpenicker Straße als ihrem natürlichen Auslauf nach Osten münden würde.

Der „City" also, die sich schon heute überregional, ja übernational fühlt, weil sie zu den Berlinern, die aus allen Teilen Deutschlands stammen, auch die Angehörigen der vier Besatzungsmächte in den Theater- und Opernaufführungen als Gäste sieht, der City wird die Funktion des Vorführhauses und Treffpunkts zugeschrieben. Vorführhaus im Geschäftlichen wie im Aesthetischen: Zentrum des Exports, der Fertigwarenindustrie, der Konfektionswirtschaft, des Großhandels, der großen überbezirklichen Einkaufshäuser, aber gleichzeitig auch Ausstellungsraum, Ur- und Erstaufführungstheater, Filmzentrale, Mittelpunkt des Papiergroßhandels, der Druckereien und damit der Buchverlage, Zeitschriften und Zeitungen; Standort für die Verwaltungsgebäude von Stadt und Staat. Das Gewesene, das wenig noch Erhaltene übt bei diesen Plänen seinen Einfluß aus. Der Wille, es noch besser zu machen. weil von vornherein richtig angelegt, ist daneben stark fühlbar.

Jedem sein eigener Dung

Das, was sich dank Bombenkrieg, Niederlage, Verkehrsmittelarmut, Sektorenwirtschaft in den letzten anderthalb Jahren herausgebildet hat, daß die einzelnen Bezirke ihr Eigenleben führen, daß eine Fahrt [illegible], zum Buchhändler, zum [illegible]rungsamt in der „City" im Jahresplan des Berliners so selten geworden ist wie die Reise des Ansbacher Bürgers nach seiner Hauptstadt München, das soll unterstützt und ausgebaut werden. Der Stadtorganismus soll sich in Zukunft aus „Stadtelementen" oder Grundeinheiten zusammensetzen, die alle gleich selbständigen Zellen im kleinen für sich bestehen können und doch im Blutkreislauf und Nervensystem mit dem Ganzen unauflöslich verbunden bleiben. Jeder Bezirk düngt mit seinem eigenen Müll — das sahen wir schon oben. Aber jeder Bezirk hat auch seine eigenen Markthallen, Kühlanlagen, Krankenhäuser, Sportplätze, Schulen, Theater, Büchereien. Die Grundeinheit soll rund 5000 Menschen umfassen (Vorbild ist hier wohl Siemensstadt), mit Sanitätshaus, Kindergarten, Ladenblock, Grundschule und höherer Schule. Acht Einheiten bekommen ein Krankenhaus, sechzehn Einheiten ein Stadtbad.

Das wichtigste an dieser Dezentralisierungsidee ist wohl nicht, daß jeder Mensch seinen öffentlichen Anteil Gras, Baum, Blume neben den privat gezogenen Tomaten und Bohnen hat, daß Kinder und Erwachsene ein garantiertes Maß Sonnenstrahlen erhalten, sondern daß diese Neusiedlungen zugleich zu einem engeren Verhältnis zwischen Wohnung und Arbeitsstätte führen sollen, damit der Arbeitsplatz in wenigen Minuten ohne Verkehrsmittel erreicht werde. Das ist schon seit Jahren der Traum der Raumplaner, die stöhnend ihre verkehrsbelasteten Standortstatistiken aufstellten und sich dem „gewachsenen" Berlin gegenüber doch machtlos fühlten. Im zerstörten Berlin glauben sie freie Hand zu haben. Aber wird der Feinmechaniker, dessen Betrieb seit der Verlagerung stillsteht, der zur Zeit bei einem Dachdecker arbeitet, im Jahr 1948 oder 1950 der neu in Gang gesetzten Fabrik nach Reinickendorf oder Treptow nachziehen, und er seit über zwanzig Jahren in Friedenau lebt und ringsum wohl angesehen ist? Selbst wenn ihm die Vorteile des verkürzten Arbeitswegs und des Siedlergärtchens einleuchten sollten, wird doch seine Frau Widerstand leisten.

Die Planer sind sich bewußt, daß sie gegen solchen Konservativismus starke „Wohnreize" schaffen müssen. Auch die Frau des Feinmechanikers in Friedenau mit ihrer Anderthalb-Zimmer-Wohnung im lärmigen Hinterhaus würde sich wohl von einem Badezimmer verlocken lassen. Aber wie soll in unserer Armut, ohne Geld, ohne Baustoffe, ohne Installationsmaterial der Wohnreiz hervorgezaubert werden? — Was auf diesem Gebiet mit einfachen Mitteln versucht werden soll, wirkt allerdings fast wie Zauberei und ist doch nur ein Vortasten unter mannigfaltigen Möglichkeiten. Einstöckige Einfamilienwohnungen, meist in Form von L-Häusern, mit vorgelagertem Gärtchen; mehrstöckige Ledigenhäuser, immer so gelegen, daß der Sonnenwinkel über sie hinweg noch das Einstockhaus trifft, sind der Grundtypus, von dem diese Planungen ausgehen.

„Wo bleibt der Keller?"

Der Typ läßt sich vielfach abwandeln. Vor einer neuartig aufreizenden Abwandlung steht fast immer ein Kreis von Bewunderern und Verächtern. Die Aufrißzeichnung wirkt wie eine afrikanische Phantasielandschaft (Architekt Fehling). Im flachen Gelände eine Reihe aneinanderstoßender einstöckiger Häuschen mit flachen Tonnengewölben als Dächern, im Hintergrund ein hohes Ladenhaus, das wie ein Pfahlbau auf Pfeilern steht und den Fußgängern ungehinderten Durchgang erlaubt. Nicht nur ist das Dach der Häuschen rund, es steigt auch nach hinten an, wodurch an der Rückwand ein hohes Fenster ausgespart und eine atelierartige Wirkung erzielt wird. Die Frage, ob aus Mangel an Balken und Trägern nach alter Römerart nun Ziegelgewölbe als Dächer dienen müssen, wird von einem anwesenden Privatarchitekten bejaht. Ein behäbiger Mann, der fürs Hergebrachte und Praktische ist, erklärt mißbilligend: „Det is allens Tineff. Wo bleiben die Keller? Ohne Keller lebe ick nich." Ein vorübergehendes Mitglied des Planungsamts sagt traurig: „Auf Keller werden wir in den ersten Baujahren verzichten müssen." Das ist um so bedauerlicher, als der Berliner, der heute ebenso stark Gärtner wie Großstädter ist, die Möglichkeit haben sollte, die Früchte seines Sommerfleißes winterfest einzulagern. Vielleicht ließen sich vorläufig in den Stadtelementen, die „die Einheit des Lebens widerspiegeln" sollen, Gemeinschaftskeller mit abschließbaren Verschlägen einrichten.

Während die Keller fehlen, ist um so besser für eingebaute Schränke, gemütliche Wohnküchen-Ecken, vernünftige Installation gesorgt. Fast jeder Grundriß zeigt einen Abstellraum für Fahrräder, während an Garagen offenbar in den Grundeinheiten noch kaum gedacht wird. Zwar sollen die Straßen für Autos, Rad-[illegible] in Zukunft in einem rechtwinkligen (statt radialen) System getrennt geführt werden; aber daß der Private wieder sein eigenes Auto haben könnte, scheint dem Berliner Planungsamt vorläufig wenig einzuleuchten.

Bei alledem, bei den getrennten Verkehrswegen, den vielen teils romantisierenden Plänen für Grünanlagen, Spielplätze, Friedhöfe, besteht wohl eine Gefahr, die des „Zu-Schön"-Planens. Wer sich vorstellt, daß entlang der Spree, mitten in der Stadt, im Citykern also, nur noch Grünanlagen Platz haben sollen und terrassenförmige Restaurants, der wird unwillkürlich an die hohen baumlosen — und doch so schönen! — Häuserschächte New Yorks denken, an das Hafenviertel Londons oder auch an die von Lastkähnen, Kranen, kleinen und großen Brücken belebte Spree im einstigen Berlin, wo die Häuser, Fabriken, Lagerschuppen bis ans Wasser stießen und der Reiz dieser Landschaft aus der Verschiedenfarbigkeit des feuchten Steins, der Häufung des Städtischen entsprang. Eine Großstadt, die nur aus aneinandergereihten Gartenstädten besteht, kennen wir in Los Angeles, und manch einer mag sich schon gefragt haben, ob dieser Summierung von Villensiedlungen das Prädikat einer Stadt, einer Großstadt, überhaupt gebührt. Wohl mögen die Städtebau-Aestheten das „unglückselige Gleisdreieck als überflüssig" ansehen, wohl mag, wer den ersten Eindruck dieser unabsehbaren Ansammlung von Schienensträngen unter einer kalten Wintersonne als kostbare Erinnerung bewahrt, sich fragen, ob er nicht ebenfalls einer falschen Romantik, der Industrie- und Großstadtromantik verfallen ist. Aber bedeutet nicht das Verstecken der Technik, die ein so wesentlicher Bestandteil unseres Stadtlebens ist, auch ein Versteckspielen mit sich selbst?

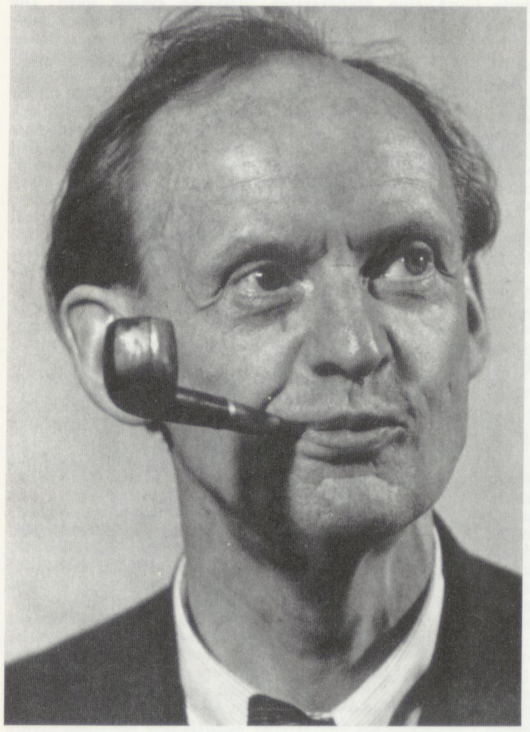
Planung mit und ohne Politik

Selbstverständlich ist Politik die Grundlage dieser ganzen Planung. Wird Berlin die Hauptstadt Deutschlands, der Sitz einer Zentralverwaltung, die alle vier Zonen umfaßt? Wird es Kreuzweg im Austausch von Waren und Ideen zwischen Ost und West? Oasenstadt, Stadt, die mit ihrem Hinterland verwurzelt ist, verewigte „Fünfte Zone"? Das sind Fragen der Außenpolitik, für die wir nur Objekte sind. Es gibt auch Meinungsverschiedenheiten der ideologischen Politik, die nicht weniger hart aufeinander stoßen. Da ist die schon erwähnte Frage des Enteignungsrechts, die im Neuaufbau Berlins eine ungeheure Rolle spielen wird. Die Sowjets stehen ihr selbstverständlich am positivsten, die Amerikaner am negativsten gegenüber, und wenn der „Telegraf", das Organ im britischen Sektor, sich für ein Enteignungsrecht ausspricht, so wird er sich gemäß der Labourpolitik etwas anderes vorstellen als die östliche Form der Enteignungen. Da ist ein Problem, das den Amerikanern bei jeder Lizenzerteilung, jeder Betriebszulassung neues Kopfzerbrechen bereitet: die Angst vor der Machtkonzentration. Und ein Mann, der den Wiederaufbau der Millionenstadt in der Hand hätte — mit allem, was dies an Auftragserteilungen in sich schließt — verkörpert in ihren Augen eine gefährliche Machtkonzentration.

Die genannten Fragen hängen nicht von deutschen Entscheidungen ab. Was aber auf der deutschen Ebene verhindert werden muß, ist, daß die Parteipolitik sich der Wiederaufbaupolitik bemächtigt.

Die Männer und Frauen, die unter und mit Scharoun arbeiten, gehören zu einer Gruppe, die im Geist zusammenhielt, auch als sie nach 1933 zerstreut worden war, die Gruppe der Werkbündler und Bauhäusler. Wer in Deutschland geblieben ist, weiß, daß es gar manche solche Gruppe gab, verbunden weniger durch politische Ideologie als durch gemeinsame Arbeit und sachliches Interesse. Denken wir nur an die einstigen Mitglieder so mancher verbotenen Zeitung, die, bei aller Divergenz der politischen Meinung, zusammenhielten wie Pech und Schwefel, deren Zusammenhalt sich heute, wo sie getrennt an den verschiedensten Punkten Deutschlands arbeiten, bewährt, weil er ein Stück unzerstörtes Gewebe bedeutet inmitten der Zerfaserung, der unser gesamtes Leben unterworfen ist. Das gleiche gilt von diesen Architekten. Ob Mies van der Rohe in Chikago oder Taut in Berlin, Gropius in Neu-England oder Tessenow in Pommern, diese Männer mögen im einzelnen über das Wie und Was ihres Bauens konträre Ansichten haben, aber sie erkennen ihre Zusammengehörigkeit in dem Geist, mit dem sie ihre Arbeit anpacken, und sie schöpfen daraus ihre Stärke. Gewiß, die Begründer des Werkbundes waren zu ihrer Zeit revolutionär — heute aber wirken sie fast wie Klassiker. Gewiß, die Angehörigen des Bauhauses waren so radikal, daß sie im Dritten Reich verstoßen oder in den Hintergrund gedrängt wurden. Gewiß gibt es in Deutschland noch eine Mehrzahl von Menschen, die sich vor dem Gedanken scheuen, zwischen ihrem Wohn- und Schlafzimmer keine Wand zu haben (eine Bauauffassung, die im übrigen mit Corbusier im „individualistischen" Frankreich aufkam). Aber soll daraus eine Frage der Innenpolitik gemacht werden?

In Berlin, jedenfalls, ist es bisher den verschiedenen Architektengruppen gelungen, ihre scharfen Kontroversen auf sachlicher Ebene auszutragen (Flachbau oder Mehrstockbau; Beibehaltung der Kopfbahnhöfe oder durchgehender Fernverkehr unter Anschluß an die auszubauenden S-Bahnhöfe). Die Planung der Scharoungruppe mag in Teilen oder im ganzen durch andere, vielleicht bessere Lösungen ersetzt werden, sie mag sich mit den wandelnden Verhältnissen ändern und den wirtschaftlichen Erfordernissen anpassen müssen, sie hat aber jedenfalls eines geleistet, sie hat die Bahn eröffnet, auf der die Diskussion, die Inangriffnahme der kurzfristigen Arbeiten und die Festlegung der langfristigen Ziele ihren Anfang nehmen kann. Es gibt wohl kaum einen Besucher des „Weißen Saales", der sich der suggestiven Wirkung dieser Leistung entziehen kann, suggestiv vielleicht weniger im Hinblick auf die einzelnen Vorschläge als auf das herzerhebende Bewußtsein, daß hier mit Ernst, Fleiß, Sachkenntnis und Zukunftsmut gearbeitet wurde. Mehr als ein Berliner und gar mancher auswärtige Besucher hat aus der Tatsache, daß diese Ausstellung, von Deutschen gearbeitet, von allen vier Alliierten genehmigt, möglich wurde, wieder neue Hoffnung geschöpft, und zwar nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland. —rl



Hans Scharoun 1945 ←B 45

Hans Scharoun
Berlin, April–Mai 1945

Während des ganzen Krieges war ich ohne Unterbrechung in Berlin und arbeitete ab 1943, wie viele freischaffende Architekten, in der Fliegerschadenbeseitigung. Mein Arbeitsgebiet lag im Bezirk Steglitz, aber ich wohne in Siemensstadt, und es war nicht immer leicht, nach den Fliegerangriffen zu meiner 'Arbeitsstätte zu kommen. Mehrere Fahrräder haben daran glauben müssen. Während der Verteidigung saß ich in Siemensstadt, immer wieder bekam ich die Aufforderung, mich unverzüglich dem Volkssturm zu stellen, noch am 22. April, als sich die Russen Siemensstadt schon näherten, sollte ich mich melden. Ich entzog mich diesen dauernden Zugriffen, auch weigerte ich mich, in letzter Minute Siemensstadt zu verlassen, wozu die Bevölkerung aufgefordert wurde. Als ich mich diesem letzten wahnsinnigen Befehl widersetzte, entschlossen sich auch die übrigen im Keller Versammelten, auszuhalten. Das war unser Glück. Am 23. April gegen Abend kamen die Russen. Gemeinsam machten wir uns daran, das Haus, das ziemlich gelitten hatte, wieder einigermaßen regendicht zu bekommen. Ich versuchte auch, nach Berlin hineinzukommen, doch war daran nicht zu denken. Erst am 8. Mai gelang es mir, nach Steglitz zu wandern und dort meine unterbrochene Arbeit wieder aufzunehmen. Einiges Material war noch gerettet und konnte an die Bevölkerung ausgegeben werden, auch die alten Mitarbeiter meldeten sich wieder. Die Arbeit begann. Dann aber wurde ich zu einer größeren Aufgabe gerufen, am 23. Mai 1945 übernahm ich die Leitung der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen im Magistrat der Stadt Berlin. ←A 4

Der Übertrag der Idee der Funktionellen Stadt

Nach den ersten drei Kongressen der CIAM (Congrès Internationaux d'Architecture Moderne), in La Sarraz **1928** (Gründung), in Frankfurt **1929** (Die Wohnung für das Existenzminimum) und in Brüssel **1930** (Rationelle Bebauung), sollte der vierte Kongreß unter dem Thema „Die funktionelle Stadt" stehen und **1933** in Moskau stattfinden.

Der Termin wurde verschoben und dann von seiten des CIAM abgesagt. Statt dessen findet der Kongreß an Bord des Schiffes Patris II statt. Die Teilnehmer besteigen am **29.7.1933** in Marseille das Schiff und legen am **1.8.1933** in Athen an. Am **3.8.** wird in der Technischen

3.2 Die Pläne zur Neuordnung der Stadt 1945 - 1949

Die oberirdische Zerstörung Berlins eröffnet für die mit der Stadtplanung Betrauten ganz neuartige Möglichkeiten. In den 20er und 30er Jahren ist es nicht gelungen, den Generalbebauungsplan von **1862** in seiner unzulänglichen Ausführung zu korrigieren und die Stadt den Anforderungen der Eisenbahn und den städtischen Schnellverkehrsmitteln sowie dem privaten Autoverkehr anzupassen. Dafür waren weder ein ausreichendes Planungsrecht vorhanden noch die nötigen Mittel für die Beseitigung der gebauten Hindernisse. So scheint nach der Zerstörung der Moment gekommen zu sein, die lange bestehenden Probleme zu lösen, die bei näherer Betrachtung im wesentlichen Verkehrsprobleme sind, auch wenn sie im Moment der Planung noch nicht wieder existieren, aber zu erwarten sind. Nach wie vor fehlen ausreichende Verbindungen zwischen den Stadtgebieten im Norden und Süden bzw. im Osten und Westen des Zentrums. Weder war der Durchbruch durch die Ministergärten hergestellt noch die Friedrichstraße parallel entlastet.

Die Neuordnung der Flächen, die Neubestimmung zentraler Orte innerhalb der Großstadt und die sinnvolle Verbindung zwischen Arbeitsplatz, Erholungsgebiet und Wohnort mußten zwangsläufig dazu führen, sich ein neues, nicht allein auf die Stadtmitte zuführendes Verkehrssystem auszudenken, in der Erwartung, daß *jede Familie ihr eigenes Auto haben wird*, wie es Scharoun prophezeite, was allerdings vielen **1946** noch utopisch erschien.

Außer Reparaturen hatten größere Baumaßnahmen keinen Sinn, solange nicht dieses Hauptverkehrssystem bestimmt und die Freihaltung der dafür benötigten Flächen rechtlich gesichert war. Mußte der Generalbebauungsplan von **1862** dafür sorgen, daß die Verkehrsflächen für das erwartete Wachstum der Stadt von der Bebauung freigehalten wurden, so mußte die Planung nach dem Krieg sich darum bemühen, daß Flächen, die bebaut waren, freigeräumt wurden. Die Planung stand also vor einer Situation, die stark an den Stadtumbau von Paris unter Haussmann erinnerte.

Wir verfolgen die Planung bis zum Zeitpunkt des Baubeginns und nur so lange, wie für alle vier Sektoren geplant wird, denn nach der ökonomischen und dann politischen Teilung der Stadt ging es sowohl dem Magistrat (Ost) als auch dem Senat (West) zunächst um die Entwicklung eigener Schwerpunkte, ehe der Alleinvertretungsanspruch sich in utopischer Weise wieder auf die Planung auswirkt.

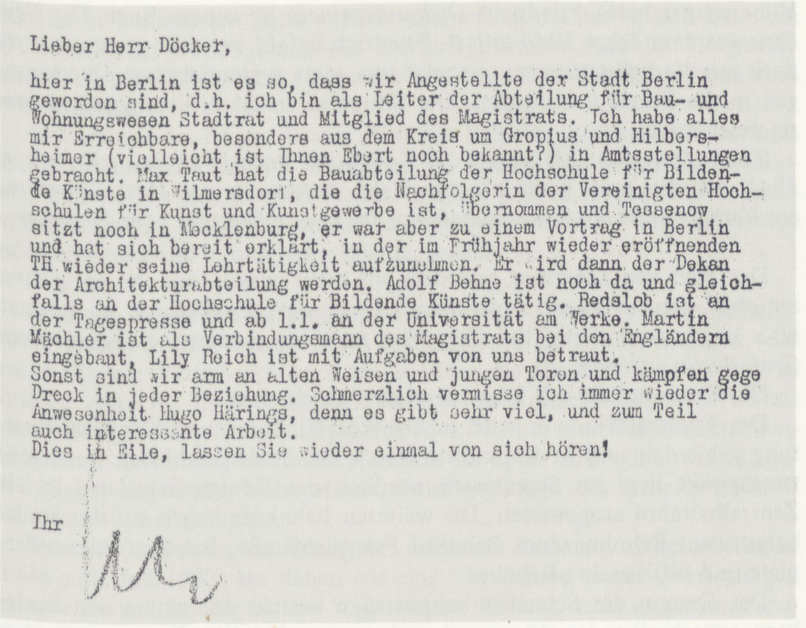
Die Planungsarbeiten in den ersten vier Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges werden in Form von Ausstellungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese haben die Form von Arbeitsberichten. Der erste Bericht ist die Ausstellung „Berlin plant", die am **22.8.1946** im Weißen Saal des Stadtschlosses eröffnet wird. Der zweite Bericht wird als „Arbeitsschau" ab dem **1.12.1947** im Bärensaal des Alten Stadthauses gezeigt. Der dritte Bericht wird in die „Bauleistungsschau 1948", die am **24.9.1948** in den wiedereröffneten Messehallen am Funkturm eröffnet wird, eingebettet. Hier wird das endgültige Ergebnis der Planungsarbeit unter Karl Bonatz vorgestellt, die den Zeitraum des 2. und 3. Berichts umfaßt.

Am **15.7.1949** wird im Neuen Stadthaus der noch auf Groß-Berlin bezogene „Aufbauplan 1949" des Planungskollektivs vorgestellt, der, hergestellt im Hauptamt für Planung II des Magistrats unter Friedrich Ebert, mit demselben Anspruch wie der „Bonatz-Plan" von **1948**, nämlich für Groß-Berlin zu gelten, auftritt. Der „Bonatz-Plan" wird Planungsgrundlage des Magistrats unter Ernst Reuter. **1949** ist so die Teilung der Stadt auch in der Planung vollzogen.

Um die Vergleichbarkeit des auf das Auto bezogenen Hauptverkehrssystems in seiner konkreten Streckenführung herzustellen, haben wir am Ende des Kapitels eine Umzeichnung aller vorgestellten Pläne vorgenommen.

3.2.1 Die Pläne von 1946

Der Baustadtrat Hans Scharoun beantwortet am **12.1.1946** eine Postkarte, die sein Kollege Richard Döcker aus Göppingen am **25.12.1945** an


Lieber Herr Döcker,

hier in Berlin ist es so, dass wir Angestellte der Stadt Berlin gewordon sind, d.h. ich bin als Leiter der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen Stadtrat und Mitglied des Magistrats. Ich habe alles mir Erreichbare, besonders aus dem Kreis um Gropius und Hilbersheimer (vielleicht ist Ihnen Ebert noch bekannt?) in Amtsstellungen gebracht. Max Taut hat die Bauabteilung der Hochschule für Bildende Künste in Wilmersdorf, die die Nachfolgerin der Vereinigten Hochschulen für Kunst und Kunstgewerbe ist, übernommen und Tessenow sitzt noch in Mecklenburg, er war aber zu einem Vortrag in Berlin und hat sich bereit erklärt, in der im Frühjahr wieder eröffnenden TH wieder seine Lehrtätigkeit aufzunehmen. Er wird dann der Dekan der Architekturabteilung werden. Adolf Behne ist noch da und gleichfalls an der Hochschule für Bildende Künste tätig. Redslob ist an der Tagespresse und ab 1.1. an der Universität am Werke. Martin Mächler ist als Verbindungsmann des Magistrats bei den Engländern eingebaut, Lily Reich ist mit Aufgaben von uns betraut.
Sonst sind wir arm an alten Weisen und jungen Toren und kämpfen gege Dreck in jeder Beziehung. Schmerzlich vermisse ich immer wieder die Anwesenheit Hugo Härings, denn es gibt sehr viel, und zum Teil auch interessante Arbeit.
Dies in Eile, lassen Sie wieder einmal von sich hören!

Ihr

Brief Scharouns an Richard Döcker vom 12.1.1946 ←A 5

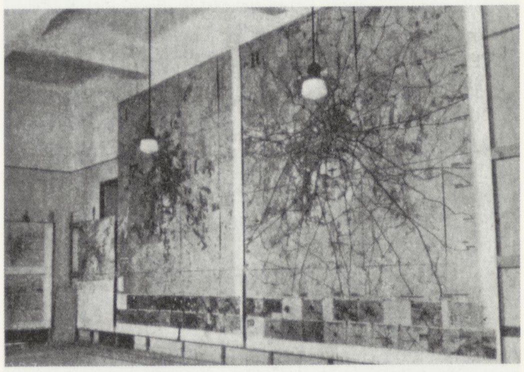
ihn schickt, der von Hugo Häring gehört hat, Scharoun habe in Berlin wieder zu tun.

Karl Böttcher erinnert sich daran, wie die Abteilung für Bau- und Wohnungswesen die Arbeit aufgenommen hat. Scharoun und Böttcher wohnen und arbeiten in Siemensstadt nur wenige Häuser voneinander entfernt:

In den ersten Maitagen 1945, etwa am 5. oder 6., die Kampfhandlungen waren beendet, eine Menschenschlange bewegte sich zur Straßenpumpe, um Wasser zu holen, kam Professor Scharoun auf mich zu und erzählte mir, ein Herr Maron hätte in seiner Abwesenheit einen Zettel hinterlassen mit dem Vermerk, er möchte sich im Gebäude der Feuersozietät in der Parochialstraße einfinden, um das Amt eines Stadtrats für Bau- und Wohnungswesen (Bau/Wo) zu übernehmen. Scharoun bedrängte mich, mitzumachen, um beim Wiederaufbau der arg zerstörten Stadt mitzuhelfen, er könne auf meine Mitarbeit nicht verzichten. Nach einigem Zögern, ich hatte noch eine verantwortliche Stelle im Baugeschäft, stimmte ich zu. Wir fuhren per Rad, darauf bedacht, keinen Russen zu begegnen, die uns die Räder weggenommen hätten, zur Parochialstraße, zum Neuen Rathaus, das Rote war stark zerstört. Wir begaben uns ins Haus und nach oben, wo ein Pappschild mit dem Namen Prof. Scharoun an einer Tür auf einen zugedachten Arbeitsraum hinwies. Scharoun sorgte dann dafür, daß ich zu seinem Beistand, als rechte Hand sozusagen, den Aufbau und die Leitung eines Hauptamtes übernehmen sollte. Die Vergütung wäre für jeden gleich, 300 RM/Monat, Scharoun meinte später, es wären 400,– DM gewesen. Zunächst war ein Arbeitsraum mit einem Tisch, mehreren Stühlen und ein Schrank vorhanden. Ein Wandtelephon mit Kurbel hatte nur Verbindung zum Oberbürgermeister Dr. Werner. Unsere Tätigkeiten nahmen wir, nach meiner Erinnerung, am 8. Mai, offiziell am 23. Mai 1945 auf. Als nächstes hatten wir uns mit dem ersten Stellvertreter des Stadtrats, Herrn Starck (ganz umgänglich), und dem zweiten Stellvertreter, dessen Name mir entfallen ist, bekannt zu machen. Letzterer war um die Bergung und Sicherstellung herrenlosen Gutes bemüht. Durch ihn bekam Scharoun ein PKW mit dem Fahrer Schulz und ich ein Fahrzeug mit Fahrer Fiebig. Beide Fahrzeuge hatten ihre Schwächen und ihr Gutes, die Fahrräder konnten jetzt zu Hause bleiben. ←A 6

Wils Ebert, der Walter Gropius auf dem CIAM-Kongreß **1933** in Athen mit einem Beitrag über Berlin vertreten und in Berlin Büro und Wohnung von Ludwig Hilberseimer nach dessen Berufung als Professor für Stadt- und Regionalplanung an das Illinois Institute of Technology in Chicago übernommen hatte, wird als Leiter des Planungsamtes eingesetzt. Noch im Mai kommt der Mathematiker und Architekt Peter Friedrich, der ebenfalls mit Hilberseimer Kontakt hatte, zu Scharoun, um seine Mitarbeit anzubieten.

Hochschule die Ausstellung „Die funktionelle Stadt" eröffnet, *deren Tafeln von der damit betrauten Kommission unter der Leitung von Emil Roth inzwischen montiert worden waren. Neben den Karten von Berlin, die bis unter die Decke der Halle reichten, hingen diejenigen von Städten wie Amsterdam oder Zürich, die nicht mehr als eine Tafel beanspruchten.* →L 5


→B 46

Gropius hatte die Berliner Tafeln in seinem Büro ausarbeiten lassen, Ebert, sein Mitarbeiter und Frau Harte hatten ihn, da er verhindert war, in Athen vertreten und die Pläne auf der Sitzung am **11.8.1933** vorgestellt. Der Bericht über den Kongreß in Athen erscheint in den griechischen „Annales Techniques" vom **Oktober/November**. Darin stellt Ebert die Arbeit vor, und es werden drei große Pläne wiedergegeben: →L 6

I Anwachsen der Bevölkerung,
II Verkehrswege,
III Hauptverkehrswege.

Auch eine weitere deutsche Stadt wird noch vorgestellt: Dessau, planbearbeitet von Hubert Hoffmann, Wilhelm Hess und Van der Linden. Diese Analyse fußte auf Ideen von Hilberseimer, der ab **1928** im Bauhaus Dessau Städtebau lehrte.

Die Rückfahrt findet vom **11.–13.8.1933** statt, die Kommissionen tagen auf dem Schiff. Die Ergebnisse werden in redaktioneller Arbeit Monate danach zusammengetragen und als *Feststellungen des 4. Internationalen Kongresses für Neues Bauen* in der Zeitschrift „Weiterbauen" in Zürich veröffentlicht. Die Ergebnisse aus den 33 Städten werden nach Amsterdam geschickt und von der holländischen CIAM-Gruppe auf vorbereitete Tafeln übertragen.

Die Ausstellung „Die funktionelle Stadt" wird vom **1.–23.6.1935** in Amsterdam gezeigt. Es handelt sich um 45 Tafeln. Mart Stam, der **1934** aus der Sowjetunion zurückgekehrt ist, übernimmt die weitere Bearbeitung zusammen mit Wilhelm Hess aus Dessau und legt auf der Delegiertenversammlung vom **9.–12.9.1936** in La Sarraz die Überarbeitung der Pläne von Berlin als erstes Beispiel vor. Es erweist sich als notwendig, weiteres Material zu beschaffen, was die politischen Umstände nicht zulassen. Das geplante Buch über die funktionelle Stadt erscheint nicht, wohl aber **1943** die französische Version der *Feststellungen*, die Le Corbusier als *Charta von Athen* herausgibt, während die *Gegliederte und aufgelockerte Stadt* als deutsche Version angesehen werden kann, die noch **1945** erscheint, aber nicht mehr ausgeliefert wird.

Für das Überwintern der Ideen der „Funktionellen Stadt" im nationalsozialistisch geführten Deutschland spielen jedoch nicht nur die Akademien und Stäbe um Speer eine Rolle, sondern auch private Diskussionszirkel wie die sogenannte *Freitagsgruppe* in Berlin, die sich Gedanken machen, wie das Ideengut des Modernen Bauens hinübergerettet werden kann in die Zeit nach dem Krieg. Hubert Hoffmann stellt es in einem Brief so dar:

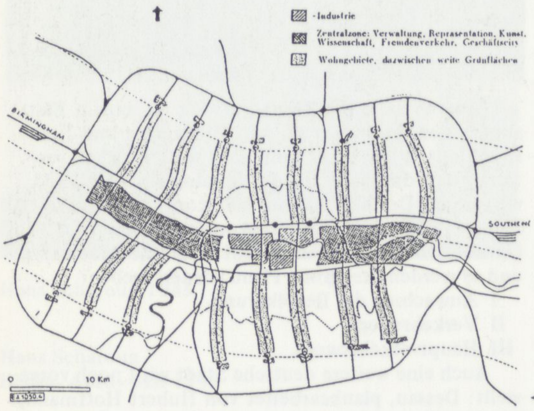
→A 7 *Eine direkte Zusammenarbeit von mir und Ebert gab es nie! Wir haben jedoch in der „Freitagsgruppe" (antifaschistische Organisation), zunächst unter Hilberseimer – später nach dessen Auswanderung bei mir – gemeinsam mit Ebert, Hassenpflug, Blank, Friedrich, Luckardt, Scharoun beraten: was zu verhindern, zu sabotieren wäre – wer zu schützen wäre und welche städtebaulichen Maßnahmen nach dem Sturz der Faschisten zu ergreifen wären. Auf diese Weise hatte Scharoun um 45 sofort ein arbeitsfähiges Kollektiv.*

Aus einem Gespräch mit Hubert Hoffmann am 14.11.1987 über Peter Friedrich:

Peter Friedrich hat den Plan des Planungskollektivs sehr stark beeinflußt. ←A 8

Ich bin ja mit Arthur Korn sehr befreundet gewesen in dem Kollektiv (für sozialistisches Bauen **1931**). *In diesem Kollektiv war Peter Friedrich auch, den habe ich überhaupt da kennengelernt. Und der „M.A.R.S.-Plan", der englische Plan (für London), der stammt nicht von Arthur Korn, der stammt von Peter Friedrich, ganz eindeutig.* →A 9

Peter Friedrich war ja ein Poelzig-Schüler, der sehr intellektuell war, sehr rationalistisch dachte. Er hatte sich auf den Verkehr geworfen und hat phantastische Verkehrsuntersuchungen gemacht, Broschüren geschrieben. Er war ein erstklassiger Verkehrsfachmann.



←S. 196

London-Plan der M.A.R.S.-Gruppe 1941 ←B 47

Hilberseimer hatte Friedrichs *Ordnungsprinzip* in seinem Buch *The New City* aus dem Jahre **1944** zitiert. Friedrich befaßt sich bisher rein theoretisch mit Verkehrssystemen, es reizt ihn, seine systematischen Überlegungen in die Praxis umzusetzen. Die Situation, in die er hineingerät, kennzeichnet Friedrich so:

Zu Anfang der Beratungen des Kollektivs, noch in engerem Kreis von 1945, standen zwei Konzepte zur Wahl: erstens das von Hans Scharoun, ein Verkehrsplan mit Ring-Radialnetz; das zweite Konzept vom Verfasser.

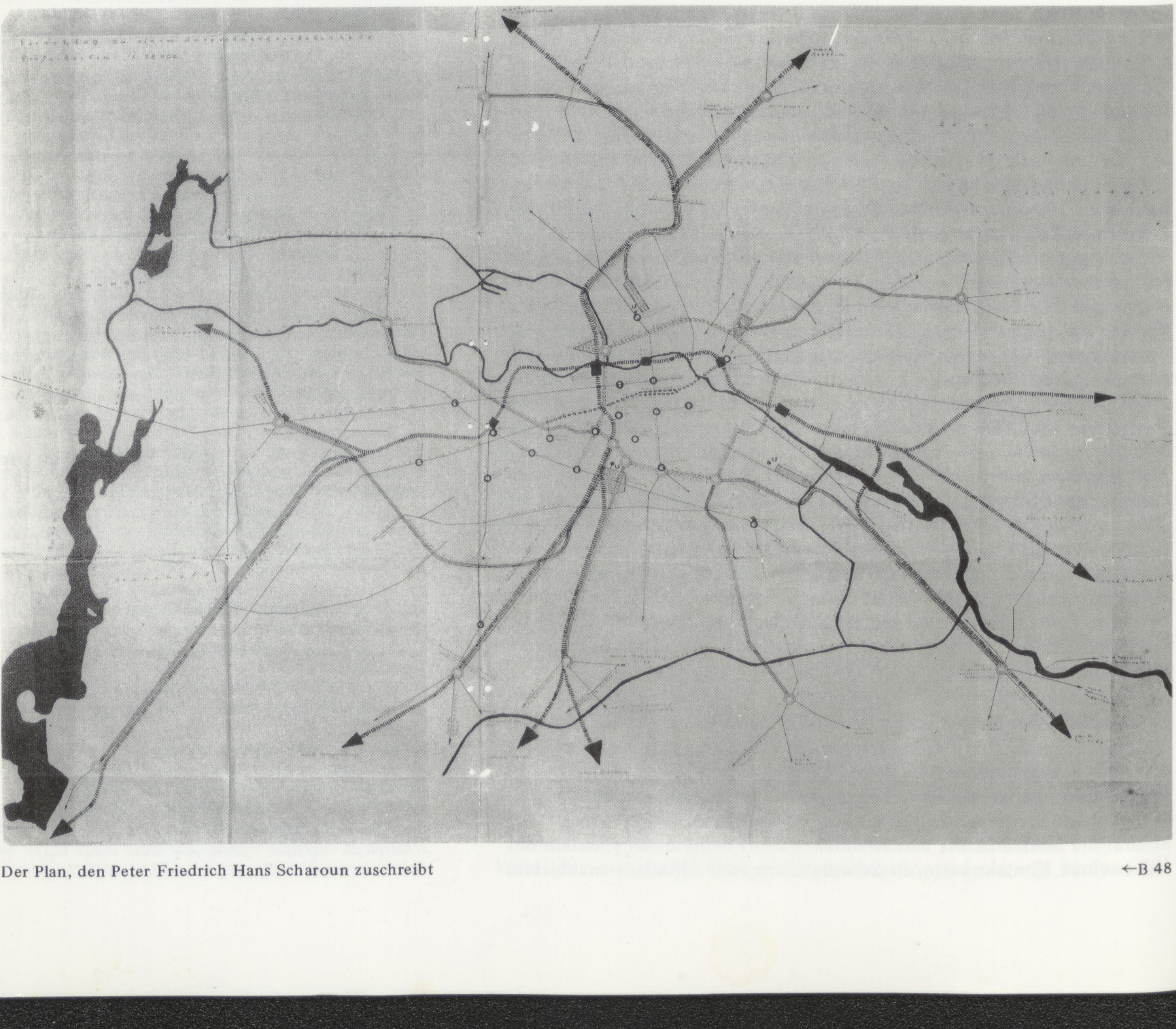
Der *Plan von Scharoun*, von dem wir nicht wissen, wer ihn entworfen hat, hat sich als Pause angefunden. Es ist eine Papierpause im Format 80 x 110 cm mit dem Titel *Vorschlag zu einem Autoschnellverkehrsnetz Groß-Berlin 1:25 000.*

Das Konzept läßt sich folgendermaßen beschreiben:

Der Eisenbahnverkehr wird in Ost-West-Richtung und Nord-Süd-Richtung gebündelt und in Kreuzform durch die Stadt geschleust. Der Kreuzungspunkt liegt im Spreebogen nördlich des Königsplatzes und ist als Zentralbahnhof ausgewiesen. Die weiteren Bahnhöfe liegen auf der Stadtbahntrasse: Bahnhof Zoo, Bahnhof Friedrichstraße, Bahnhof Alexanderplatz und Schlesischer Bahnhof.

Das System der Schnellverkehrsstraßen besteht aus einem den Stadtkern umschreibenden Ring und mehreren auf diesen Ring mündenden Radialen. Diese verlaufen zum Teil auf den Trassen der alten Ausfallstraßen, zum Teil entlang der Eisenbahnstrecken, und zum Teil benutzen sie den Landwehrkanal, der als mit Trümmern zugeschüttet gedacht ist. Radialen und Ring bilden im Süden und im Westen eindeutig Tangenten des Stadtzentrums. Gelände nahe dem Ring, wobei es sich zum Teil um stillgelegtes Bahnhofsgelände handelt, wird für große Autoparkplätze vorgesehen, um das Zentrum vom Verkehr zu entlasten.

Das Hauptstraßensystem verläuft fast ausschließlich auf den bestehenden Straßen, die breit genug sind, den Verkehr aufzunehmen. Hervorgeho-



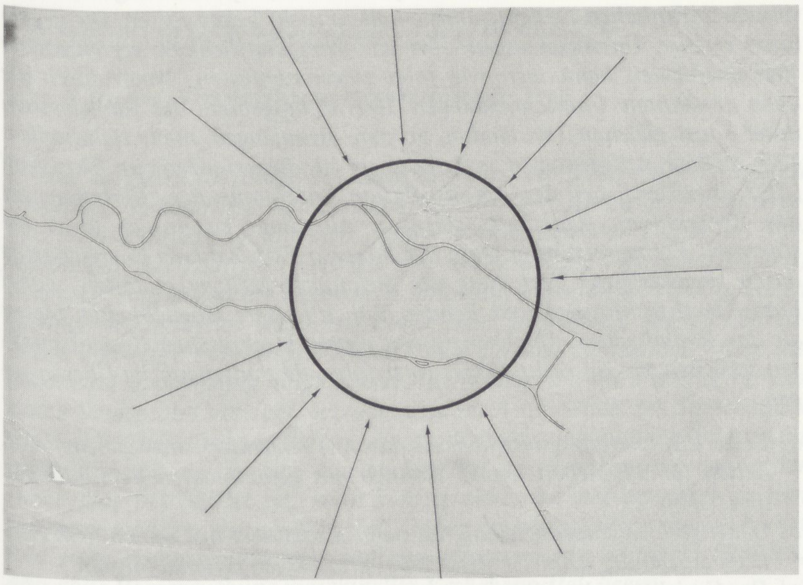
Der Plan, den Peter Friedrich Hans Scharoun zuschreibt ←B 48

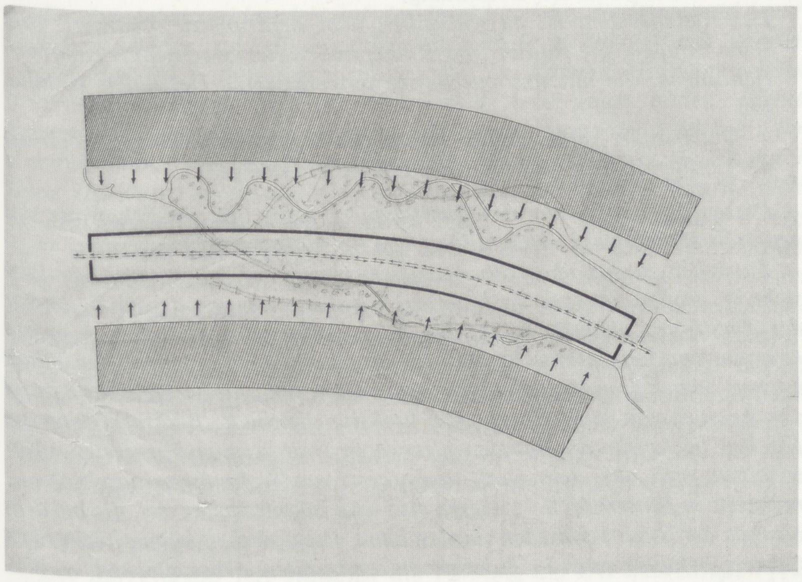
ben ist in punktierter Linie eine Durchquerung der Innenstadt bzw. ein Durchbruch in Verlängerung des Kurfürstendamms über die Tiergartenstraße, *Neuer Durchbruch Französische Straße* über die Königstraße zum Alexanderplatz.

Bemerkenswert ist an diesem Plan die Bedeutung, die den Plätzen als städtebaulichen Elementen zugedacht ist. Sie sind als Kreise hervorgehoben und treffen sich an zwei Stellen mit den großen Kreisen der Schnellverkehrsstraßen, bei denen unklar bleibt, ob sie zu ebener Erde als Kreisel oder kreuzungsfrei in mehreren Ebenen gedacht sind.

In einer der ersten Besprechungen mit Peter Friedrich erläutert Scharoun dieses Konzept. Dem hält Friedrich sein Konzept entgegen, das nicht nur ein Verkehrskonzept ist, sondern die Stadt funktional neu zu ordnen versucht. In zwei Skizzen stellt er die Konzepte gegenüber: Statt der bisherigen Ring-Radialen-Struktur entwickelt er eine Bandstruktur entlang dem Urstromtal der Spree. Nördlich der Spree und südlich vom Landwehrkanal liegen die Wohngebiete, zwischen ihnen das Arbeitsband mit den Hauptverkehrsträgern.

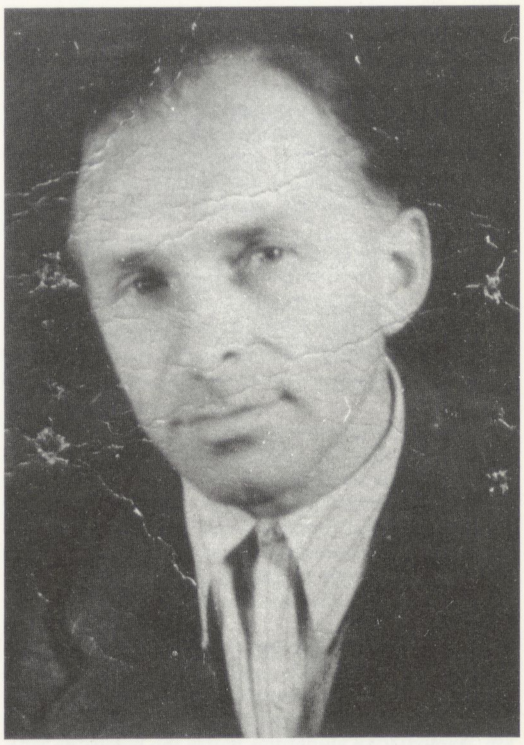
Friedrich erläutert sein Konzept in mehreren Aufsätzen zwischen **August 1946** und **Juli 1947**, aus denen wir eine Vorstellung seiner Überlegungen montieren wollen, die in den sogenannten Kollektivplan eingehen. Scharoun ist von diesen Überlegungen so überzeugt, daß er sein erstes Konzept verwirft und die Vorschläge von Friedrich zur Grundlage der Planung in seiner Abteilung macht.





Peter Friedrich (Mai 1945): Das Schema der Ring-Radial-Struktur (oben) und die von Friedrich vorgeschlagene Bandstruktur (unten)

←B 50



→B 49 Peter Friedrich (um 1950)

Peter Friedrich
Auszüge aus „Drei Phasen der Gestaltbildung, erschaut – abgeleitet – konkretisiert" (1989)

→L 7

Das Ordnungsprinzip für die Zueinanderordnung der Siedlungsbereiche: *Dieses Ordnungsprinzip ist abgeleitet aus der objektiven Realität der in einer Region vorkommenden wesentlichen Lagebeziehungen. Das sind die Beziehungen, die zwischen den Städten oder zwischen Wohn- und Produktionsstätten bestehen; und ebenso sind es die Beziehungen zwischen den Städten und der Zentralstadt mit dem Zentrum der Region.*

Das System besteht aus gelockert-parallelen Stadtketten oder -bändern (für Wohnen, Arbeiten und Erholen), zu deren Hauptrichtung die Zentralstadt mit dem Zentrum der Region quer angeordnet ist. Diese schematische Darstellung des Ordnungsbildes ist in topologischem Sinne aufzufassen; das heißt, alle Teilbereiche der Region können sich stetig verformen unter der Bedingung, daß das Zusammenhangsverhältnis der Glieder unverändert bleibt.

Das Ordnungsbild besteht in seinen Elementen aus Ketten oder Bändern, ohne als Region im ganzen eine Bandentwicklung, eine Bandstadt zu sein. Soziale Faktoren führen auf lineare Siedlungsbereiche, die durch technisch-ökonomische Bedingungen unterstützt werden; aber diese Bereiche sind nur Elemente einer Region, die selten allein aus einem beliebig langen Band bestehen wird, ohne in Widerspruch zu geraten mit den sozialen Forderungen, aus denen die Form der Teilbereiche gerade abgeleitet wurde.

Das Ordnungsbild einer Region wird entsprechend ihren internen Verflechtungen im großen und ganzen eine kompakte Flächenausweitung aufweisen. Dies braucht nicht zuzutreffen bei Siedlungsverdichtungen in Landesmaßstab, worin die Region nur ein Element des Verdichtungsgebietes ist.

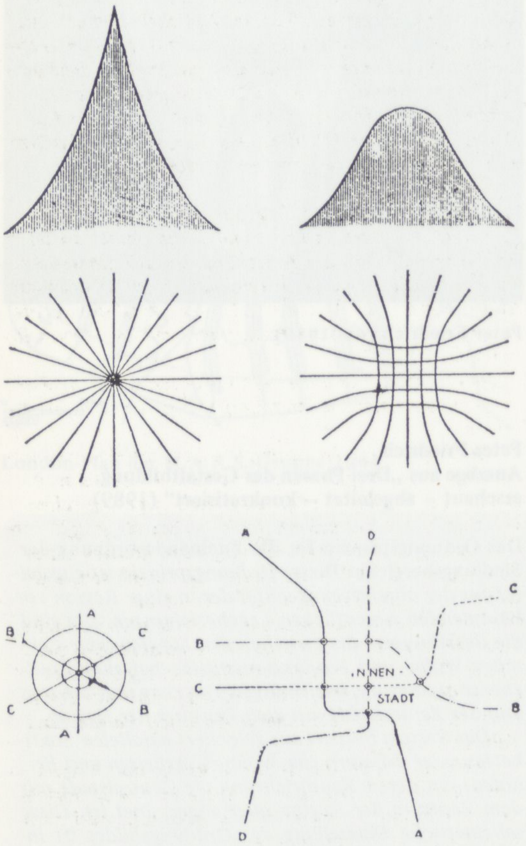
Bezeichnend für das Ordnungsbild ist, daß in ihm die Teilbereiche sich nicht überschneiden, nicht überlappen. Die einzelnen Teilbereiche können sich hier ausdehnen oder verkleinern, ohne die anderen Bereiche dadurch ungünstig zu beeinflussen, wie das bekanntlich bei einer sich kreisförmig ausdehnenden City der Fall ist gegenüber den Wohngebieten. Die überlappungsfreie Anordnung der Teilbereiche in Form von Stadtketten oder -bändern kommt auch den sozialökonomischen Forderungen entgegen, wonach z.B. die Einzugs-

gebiete der modernen großen Verkehrslinien innerhalb von Siedlungsverdichtungen parallel zu verlaufen haben.

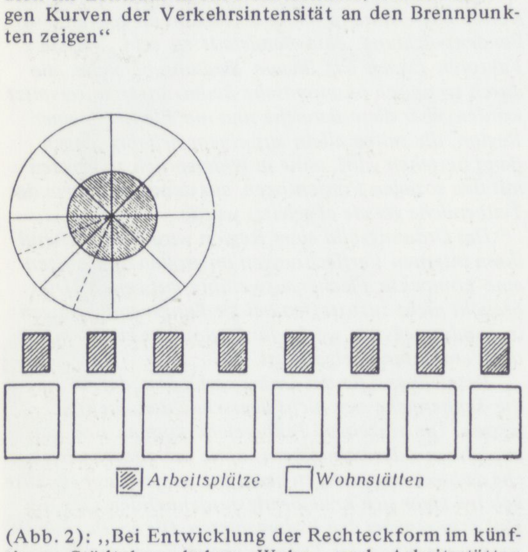
Auswirkungen des Ordnungsprinzips: *Das Ordnungsprinzip, bestehend aus einem Gefüge von zueinander geordneten vier Flächen in linear-symmetrischer Form und erstmals vorgestellt in Vorlesungen von Ludwig Hilberseimer am Bauhaus, wurde so breiteren Kreisen bekannt.*

Ebenso wurde auch das dieser Flächen-Zuordnung entsprechende Verkehrssystem korrekterweise von Hilberseimer in den USA mehrmals veröffentlicht.

Arthur Korn hatte mich s.Zt. auch um Unterlagen meines Ordnungsprinzips gebeten, die er in England →L 8



(Abb. 1): „Die starke Verkehrsballung, die im Radialnetz schon allein durch die geometrische Form bedingt ist, wird herabgesetzt durch die Überführung der Radien im Zentrum in ein Rechtecknetz, wie das die obigen Kurven der Verkehrsintensität an den Brennpunkten zeigen" ←B 51



(Abb. 2): „Bei Entwicklung der Rechteckform im künftigen Städtebau haben Wohn- und Arbeitsstätten bessere Erweiterungsmöglichkeiten als in der Radialform" ←B 52

Aus den Aufsätzen von Friedrich zitieren wir die Passagen, die zum Verstehen des *Kollektivplans* notwendig sind, und gliedern sie in der Reihenfolge:

1. Radial oder Rechtecksystem
2. Die Übertragung des Rechtecksystems auf die Lage Berlins
3. Die Ost-West-Straßenführung
4. Das Fahrstraßennetz

Dabei klammern wir die Gedanken aus, die das öffentliche Nahverkehrssystem betreffen, da sie nicht bestimmend für seinen Plan sind.

Radial- oder Rechtecksystem?

. . . *Gegen ein konsequentes Radialsystem sprechen zunächst zwei Gründe: Erstens die bekannte Verkehrsspitzenbildung im Zentrum, die durch Zusammenführung der Radien auf eine relativ kleine Fläche bewirkt wird. Diese Verkehrsspitze wird behoben durch Überführung der Radien in ein Rechtecknetz, also durch eine parallele Linienführung (Abb. 1). Zweitens ist es der Widerspruch zwischen dem schmaler werdenden Einflußgebiet der Radien und den parallel zur Verkehrslinie verlaufenden Einflußgebieten der städtischen öffentlichen Verkehrsmittel. Die Einflußgebietsgrenzen werden nämlich durch eine bestimmte Fußwegentfernung bis zur Haltestelle bestimmt, unabhängig von der näheren oder entfernteren Lage der Haltestellen vom Zentrum. Da nun im Radialnetz diese Einflußzonen sich überschneiden, bedeutet dies eine unrationelle Ausnutzung des Netzes. Aus diesen beiden Gründen ist die Leistungsfähigkeit des Rechtecknetzes im geschlossenen Siedlungsgebiet höher als die des Radialsystems. Welche dieser Netzformen nun die wirtschaftlichere ist, läßt sich allgemein von verkehrstechnischen Gesichtspunkten allein nicht beantworten. Die Ergebnisse eigener Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit verschiedener Verkehrsformen kann man wie folgt zusammenfassen. Wenn durch die oben erwähnten Überschneidungen der Einflußgebiete das Radialsystem unter sonst gleichen Umständen, größere Bahnlängen, mehr Haltestellen, also größere Anlagekosten erfordert, so ist die erforderliche Tkm-Zahl (Betriebskosten) bei der am häufigsten vorkommenden Verteilungsart des Verkehrs im Radialnetz geringer. Allerdings lassen sich unter bestimmten Voraussetzungen trotz der höheren Tkm-Zahl die Energiekosten durch zweckmäßige Verteilung der Zielpunkte geringer gestalten, wobei hierzu Rechteckformen und Bänder freilich bessere Möglichkeiten bieten als das Radialsystem. Unabhängig von verkehrstechnischen Gesichtspunkten sprechen für ein rechteckiges Netz folgende städtebauliche Überlegungen:*

a) Bessere Erweiterungsmöglichkeit durch Aneinanderreihen gleicher Einheiten für das Arbeiten und Wohnen mit gemeinsamen Verwaltungen usw. (Abb. 2).

b) Günstigere Geländeaufteilung als beim Radialnetz mit seinen dem Zentrum zu ständig schmaler werdenden dreieckigen Geländeformen.

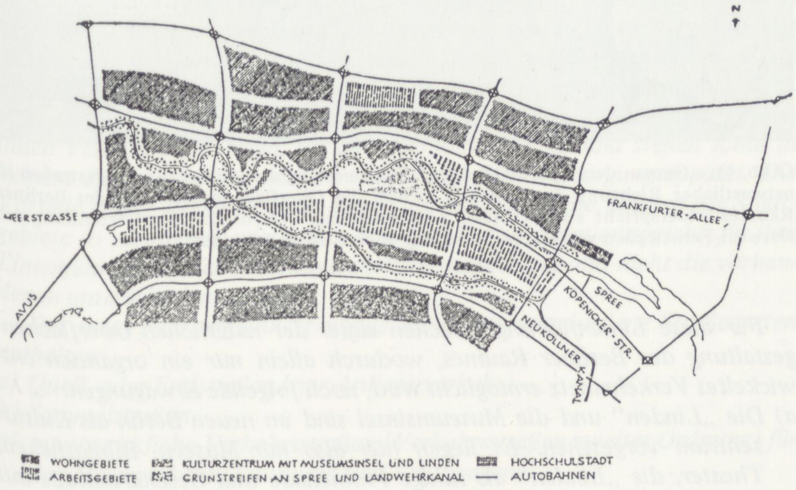
c) Der Gesichtspunkt der Besonnung:
Das Radialsystem ist ausschließlich dem Zentrum zu orientiert. Alle seine Straßen, die Radien und Ringe, haben stets wechselnde Himmelsrichtungen, die mit den zur Sonne ausgerichteten Gebäuden kollidieren.

Die parallel verlaufenden Linien des rechteckigen Netzes kommen der Sonnenorientierung der Gebäude besser entgegen.

Diesen Erkenntnissen des Städtebauers kann bei der Schaffung des neuen Straßennetzes in vollem Umfange Rechnung getragen werden.

Zunächst einiges über die Arbeitsstandorte der Innenstadt. Der Plan sieht im großen und ganzen dieselben Standorte vor, wie sie sich schon vor der Zerstörung herausbildeten. Die alten Bindungen und Beziehungen zueinander wurden untersucht und, soweit sie noch einen lebendigen Inhalt hatten, beibehalten, jedoch einer neuen Ordnung unterworfen (auf Grund der Analyse von Wills Ebert „Die funktionelle Stadt: Berlin"). Denn die Flächen für bestimmte Berufszweige waren zwar deutlich abgegrenzt, überschnitten sich aber sehr stark und waren von Wohnungen durchsetzt – meistens in Hinterhöfen –, wiesen also eine Inkonsequenz auf, die bei dem Neubau der Stadt vermieden werden kann. Die verkehrstechnisch günstigen Gebiete behalten auch in Zukunft die wichtigsten Arbeitsflächen, so bleiben in der alten City die Industrieverwaltung, die Banken, der Außenhandel, die Vervielfältigungs- und Bekleidungsindustrie, weiter im Westen bis

zum Zoo die Staatsverwaltung, die Gesandtschaften und noch weiter westlich, zwischen U-Bahnlinie Bismarckstraße und Stadtbahn, die Versicherungsanstalten, Verwaltungen der Post usw. bis zum Lietzensee. Nördlich dieses verhältnismäßig schmalen Arbeitsstreifens liegt zwischen Alexanderplatz und Spree die Stadtverwaltung, um die „Linden" und die Museumsinsel das Kulturzentrum Berlins und westlich an Stadtbahn und Spree die Hochschulstadt. Obwohl diese Anordnung im wesentlichen schon vorhanden war, erhielt sie doch ihre Gestalt – ein langgestreckter von Osten nach Westen sich hinziehender Arbeitsstreifen – durch den neuen Verkehrsplan (Abb. 3).



(Abb. 3) Der neue Verkehrsplan des Planungskollektivs 1946 ←B 53

Hier ist gleich die Frage des Berufsverkehrs und seiner Entflechtung zu erwähnen. Bekanntlich hat derselbe bedeutenden Anteil am Gesamtverkehr und erfordert somit einen großen Verkehrsapparat. Durch die Notwendigkeit des häufigen Wechsels des Arbeitsplatzes (Wirtschaftskrisen) einerseits, und durch die besseren Wohnbedingungen an den Stadtgrenzen (geringe Wohndichte) andererseits war man gezwungen, täglich zeitraubende und teure Fahrten zur Arbeitsstätte auf sich zu nehmen. Durch die annähernd gleichmäßig aufgelockerte Bebauung, die die Planung für das ganze Stadtgebiet vorsieht, werden aber auch innerhalb des Stadtraumes günstige Verhältnisse geschaffen, die das Wohnen weit außerhalb der Stadt nicht zum Zwang machen. Ein großer Teil der Bevölkerung, der in der Innenstadt beschäftigt ist, kann künftig nahe den Arbeitsstätten in den Gebieten wohnen, die nördlich und südlich parallel zu den Arbeitsgebieten und zwar in einer maximalen Fußwegentfernung von 20 bis 25 Minuten, also ohne Beanspruchung maschineller Verkehrsmittel, liegen.

Da das Arbeitsgebiet sich auf der Insel hinzieht, die Spree und Landwehrkanal bilden, und diese beiden Wasserläufe in Zukunft mit Grünfläche an den Ufern freigelegt werden sollen, so können diese eine schöne natürliche Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz bilden. Hierzu kommt noch als günstiger Umstand, daß an der Spree die Stadtbahn, am Landwehrkanal die Linien der U- und Hochbahn verlaufen, so daß durch diese Ost-West-Verkehrsteiler auch für die ihre Arbeitsstätte häufig wechselnden Werktätigen ein relativ kurzer maschineller Berufsverkehr ermöglicht wird. Das Schnellbahnnetz soll zuerst durch die neue Verbindungslinie Görlitzer–Anhalter Bahnhof erweitert werden, die ostwestlich in der Mitte des Arbeitsstreifens verläuft. Es seien nun einige verkehrstechnische Gesichtspunkte besprochen, wonach die Linien der in weiterer Zukunft notwendig werdenden Schnellbahnen und das neue Straßennetz Berlins ausgebildet werden sollen. Diese Gesichtspunkte erhalten dadurch Aktualität, daß Berlins Verkehrsnetz zwar eine radiale Tendenz, doch nur geringe Ansätze von Ringbildungen aufweist, und es entsteht die Frage, ob man durch Straßendurchbrüche ein Ringsystem für die Zukunft schaffen soll.

Die Ost-West-Straßenführung

Der Spreeverlauf legt zunächst die Führung der Ost-West-Straßen fest (Abb. 4). Diese verlaufen parallel zum Flußtal und bilden mit den rechtwinklig zu ihnen stehenden Nord-Süd-Straßen eine der Oberflächengestal-

im Rahmen einer Veröffentlichung über neue stadtplanerische Arbeiten herausbringen wollte, was ihm aber anscheinend nicht gelang.

Wohl gründete er eine Planungsgruppe, die M.A.R.S.-Gruppe, die während des Zweiten Weltkrieges für London einen neuen Plan entwarf, diesen jedoch in mißverstandenem Sinne meines Ordnungsprinzips. Mißverstanden insofern, als bei einer Weltstadt wie London eine so starke Auflockerung, wie sie der M.A.R.S.-Plan vorsah, die Grenzen der Optimalität in jeder Hinsicht überschritt. Jedenfalls hatte die Gruppe bei offiziellen Stellen kein Glück.

Zum Unterschied zu Hilberseimer hat Korn niemals darauf hingewiesen, daß das von ihm angewendete Ordnungsprinzip nicht von ihm stammt, so auch nicht nach der Ablehnung des M.A.R.S.-Planes, was man ihm hoch anrechnen kann.

Nach dem Krieg, 1945, wurde das Ordnungsprinzip zur Grundlage des „Berliner Kollektiv-Planes" mit einer diesem Verdichtungsraum entsprechenden Auflockerung und auch zugleich Geschlossenheit angewendet. Wenn auch hier von den Besatzungsmächten abgelehnt, wurde in dem nachfolgenden Plan von Karl Bonatz zwar nicht das Flächengefüge, so doch das ihm entsprechende Verkehrssystem berücksichtigt.

Zu den geographischen Gegebenheiten des Berliner Raumes: *In der ersten Phase wurde die Gestalt unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen der Teilbereiche des Verdichtungsraumes untereinander erfaßt, erschaut. Dies entsprach der ersten Forderung der Ökologie, die ja die Beziehungen der Organismen zueinander zum Inhalt hat.*

Wir können nun der zweiten Forderung nachgehen, diese Organisation zu ihrer Umgebung in Beziehung zu setzen.

Das auf Grund der optimalen Lagebeziehungen entstandene Ordnungsprinzip der ersten Phase sei nun unter dem Einfluß der geographischen/geologischen Gegebenheiten betrachtet. Die Oberflächengestalt, ihre Gliederung und die Art der Flußläufe können unter Umständen das durch die Lagebeziehungen schon gewonnene Siedlungsgefüge beeinträchtigen.

Die Mitbestimmungsweise der Geländeoberfläche läßt sich am Berliner Raum leicht veranschaulichen. Dieser Raum ist im wesentlichen gekennzeichnet durch das Urstromtal, das – in ost/westlicher Richtung verlaufend – die beiden Anhöhen Barnim und Teltow trennt.

Weiterhin wird der Berliner Raum durch zwei Quertäler des Urstromtales – diese in Nord/Südrichtung verlaufend – begrenzt, wie vom schematischen Bild der Flußtäler angedeutet.

Aus den (. . .) Bildern ist weiter zu ersehen, daß die natürlichen Gegebenheiten des Berliner Raumes das aus den Lagebeziehungen entstandene Ordnungsprinzip unterstützen. Diese Übereinstimmung – der Auswirkungen der Lagebeziehungen und der natürlichen Gegebenheiten – bildet auch für eine weitgehende Entwicklungsplanung des Berliner Raumes eine mögliche Voraussetzung, worauf aber hier nicht weiter eingegangen wird.

Einfluß sowohl der 1945 bestandenen wie der geltenden sozial-ökologischen Gliederung: *Die bei der Planerstellung vorhandenen und noch geltenden sozialökologischen Gegebenheiten konnten als Faktoren zugrunde gelegt werden. Von diesen sei als erster Faktor die Gliederung der Innenstadt besprochen, des Zentrums, neben dessen Ausdehnung die Flächen der Nebenzentren nur eine örtliche Bedeutung hatten; so wie die von Stadtgemeinden, ehe sie im vorigen oder diesem Jahrhundert von Berlin eingemeindet wurden.*

Nach dieser Behandlung des Zentrums folgt eine des ebenfalls für die Gesamtgliederung entscheidenden Faktors, der Industriestandorte; zunächst der schon damals vorhandenen und dann, kurz, der möglichen Standortverteilung von Arbeitsgebieten, für die der Berliner Raum eine günstige Entwicklungsgrundlage bot.

Die Entwicklung der Stadt Berlin um die Jahrhundertwende hatte – außer ihrer Bevölkerungszunahme – zwei bemerkenswerte Tendenzen: erstens eine Ab-

weichung von ihrer ursprünglichen Ausdehnungsweise; zweitens eine Spezialisierung und auch Verschiebung einzelner Aufgaben ihrer Teilbereiche.

Zur Ausdehnungsweise: Besonders charakteristisch war diese in der Innenstadt, im Zentrum, mit seinen übergeordneten Aufgaben. Ein Teil des Zentrums entwickelte sich nicht kreisförmig, wie das noch zu Beginn des Jahrhunderts als selbstverständlich angenommen wurde, sondern in ost/westlicher Richtung (. . .). Voraus ging diesem Prozeß die Entstehung eines neuen Wohngebietes südlich des Tiergartens, auch des Botschaftenviertels dort sowie der kulturellen Einrichtungen, Hochschulen usw.; alle diese Vorgänge zu der ost/westlichen Ausdehnung des Zentrums beitragend.

Zur Ausbildung besonderer Standorte: Diese, von Osten nach Westen sich entwickelnde Zentrumsfläche bezeugte schon allein damit eine ausdrückliche Gliederung der gesamten Innenstadt – neben den historisch herausgebildeten Standorten. Die Spree-Insel und deren unmittelbare Umgebung, zwischen Alexanderplatz und Brandenburger Tor, waren Sitze der Regierung, Volksvertretung, Stadtverwaltung sowie der Spitzeneinrichtungen von Kultur und Wirtschaft. Südlich davon, sich nach Westen ausbreitend, schlossen sich an die Standorte der Presse, des Films und Handels – mit den besonderen Einkaufs- und Vergnügungsstätten – bis hin zu den Messehallen, so zusammen ein Aktivitätenband bildend.

Die Stadtbahnlinie in Ost/Westrichtung trug seit Ende des vorigen Jahrhunderts zu dieser Entwicklung des Zentrums bei. Die Linien der Hoch- und Untergrundbahnen folgten, und sie unterstützten zugleich diese Ausdehnungsweise des Zentrums so, daß ihr Netzgeflecht mit der real schon bestehenden, länglichen Form der Zentrumsfläche übereinstimmte (. . .).

Der Widerspruch zwischen der Gliederung des Berliner Raumes und seinem Verkehrsnetz der Fuhrwerksepoche: *Das historisch herausgebildete Fahrstraßennetz – noch aus Zeiten der Fußgänger und der Fuhrwerke, aus verschiedenen Zeitaltern stammend – blieb ohne Beziehung zu der später entstandenen Gliederung der Stadtanlage, insbesondere zu ihrer Entwicklung seit der letzten Jahrhundertwende.*

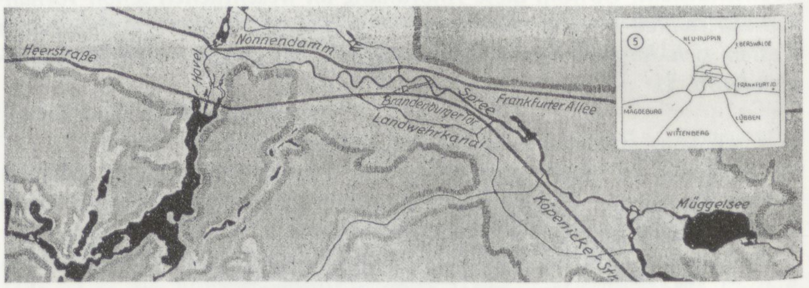
Dieses Netz der Straßen bestand aus einer Anzahl heterogener, nur locker verbundener Einzelnetze, Netzteilen mit erkennbaren Entstehungszeiträumen. Es heben sich einige Hauptverkehrsstraßen heraus, die zu den ehemaligen Stadttoren hinführen, vor allem auch zu dem Stadttor des Nordens, dem Alexanderplatz und zum Halleschen Tor im Süden.

Vor der Vergrößerung der Stadtfläche verbanden radiale Landstraßen entlegene Ortschaften über offene Felder, während ihnen später innerhalb des Stadtgebietes ganz andere Aufgaben zufielen, die sie hier nicht erfüllen konnten.

Der Plan von Berlin aus der Mitte der 30er Jahre weist Ansätze von Ringstraßen auf, ohne daß der Stadtgrundriß als konsequentes Ringsystem bezeichnet werden könnte. Ein solches Ringsystem wird der Grundriß erst in dem nicht verwirklichten Speer-Plan. Neben diesem Programm zur Bildung eines Radial-Ringsystems beschäftigte sich die städtische Planung damals noch mit einzelnen fehlenden Straßen, mit Verbindungen zwischen den Teilnetzen; so vor allem mit der Verbindung von Kurfürstendamm und Alexanderplatz.

Somit kann man zusammenfassend feststellen, daß die Netzgestalt der großräumigen Gliederung des Berliner Raumes widersprach, sowohl hinsichtlich der geographischen als auch der sozial-ökologischen Gliederung. Auch bei den Netzergänzungsbestrebungen wurde diese Gliederung ignoriert.

Die Grundidee zu einem Berlin-Plan: *Die Ergebnisse der beiden vorigen Phasen anzuwenden, ergab sich aus der Situation vor Kriegsende, aus dem stark zerstörten Zustand der Innenstadt von Berlin. Das hierdurch angeregte Vorhaben führte zunächst in den Jahren 1944/1945 auf eine Gestaltungs-Idee (. . .). Die seit der Jahrhundertwende ost/westliche Entwicklung des Zentralbereiches der historischen Stadtmitte ermöglichte die unmittelbare Anwendung und Konkretisierung des Ordnungsprinzips aus der ersten Phase dietung entsprechende Geländeaufteilung. Die südlich des Flusses verlaufende parallele Verkehrsstraße wird durch die Bismarckstraße, die Charlottenburger Chaussee und die vom Süden kommende Köpenicker Straße gebildet. Die Charlottenburger Chaussee wird also nicht über die „Linden" in die Frankfurter Allee geführt, sondern parallel zum Spreetal über die Stadtmitte in die Köpenicker Straße münden.*



→B 54 (Abb. 4): „Genau dem Spreetal folgend, laufen die beiden großen Verkehrsstraßen in ostwestlicher Richtung durch Berlin. Schon die Oberflächengestaltung des Berliner Raumes widerspricht einer radialen Linienführung." (Abb. 5): „Die Verbindung der Ostwest-Fernstraßen von Berlin mit den großen Autobahnlinien"

Für diese Linienführung sprechen außer der natürlichen Oberflächengestaltung des Berliner Raumes, wodurch allein nur ein organisch entwickeltes Verkehrsnetz ermöglicht wird, noch folgende Erwägungen:

a) Die „Linden" und die Museumsinsel sind im neuen Berlin als Kulturzentrum vorgesehen. Es liegen hier also nur Museen, Bibliotheken, Theater, die „Linden" als ruhige Promenade und Geschäftsstraße mit Kunst- und Antiquitäten-Handlungen, Reisebüros, Hotels usw. Durch dieses Gebiet eine Hauptverkehrsstraße zu führen, wäre widersinnig.

b) Das Brandenburger Tor mit seinen schmalen Durchlässen macht einen schnellen und sicheren Autodurchfahrtsverkehr unmöglich. Vom ersten Weltkriege bis heute sind daher verschiedene Vorschläge, wie z.B. die Entfernung oder die Umgehung des Brandenburger Tores, gemacht worden. Es ist sogar erwogen worden, das ganze Tor, so wie es ist, hochzuheben, damit sich der Verkehr darunter ungehindert entwickeln kann. Dadurch aber würde der Charakter des Pariser Platzes zerstört werden. Nach der von uns vorgesehenen Linienführung sollen deshalb sowohl die „Linden" als auch der Pariser Platz mit geringem Autoverkehr vor allem dem Fußgängerverkehr vorbehalten bleiben.

Einer der wichtigsten Gründe für die Überleitung der Charlottenburger Chaussee in die Köpenicker Straße liegt jedoch in der Auswirkung der Fern-Autobahnen (südliche Tangente des Berliner Autoringes). Wie aus Abb. 5 zu ersehen ist, geht die unmittelbare Verbindung nach Frankfurt/Oder über die Autobahnlinie Hannover–Frankfurt/Oder von Berlin aus durch die Köpenicker Straße und das Adlergestell. Die Frankfurter Allee andererseits findet eine natürliche Fortsetzung über die zerstörten Gebiete von Alt-Moabit – Nonnendamm – Spandau.

Soviel sei über die allgemeinen Gesichtspunkte der Verkehrsnetzgestaltung, soweit sie sich auf ihre Form beziehen, gesagt. Die Leistungsfähigkeit des Verkehrsapparates hängt jedoch nicht nur von der Form des Netzes, sondern auch von seiner technischen Durchbildung ab.

Das Fahrstraßennetz

→L 9 *Berlins Fahrstraßennetz besteht aus einzelnen voneinander getrennten Verkehrsnetzen. Sie sind untereinander sehr mangelhaft, vom Standpunkt des Kraftwagenverkehrs so gut wie gar nicht verbunden. Das Gesamtnetz ist keineswegs organisch gewachsen. Die meisten Stadtteile entstanden sprunghaft. Neben dem engen mittelalterlichen Städtchen um die Insel wurde im 17. Jahrhundert, streng geometrisch, die Friedrich-, Dorotheen- und Luisen-Stadt angelegt. Ende des vorigen Jahrhunderts entstanden, wieder in völlig anderem Charakter, die Stadtteile im Westen mit verspielten Formen, kleinen Sternbildungen usw.*

Die Mängel des Verkehrsnetzes zeigten sich schon bei der Einführung der Straßenbahnen in die Fahrstraßen. Völlig versagte aber das Netz nach dem Aufkommen des Kraftwagenverkehrs. Geringe Leistungsfähigkeit und Sicherheit und hochgradige Unwirtschaftlichkeit ließen tiefgehende Eingriffe in das Netz notwendig erscheinen. Das zeigen die Pläne der letzten

40 Jahre. Im Mittelpunkt steht stets die Verbindung der einzelnen Stadtteile durch Verkehrsstraßen. Die Durchbrüche der Ministergärten oder die Schaffung von Ringen durch große Durchbrüche und Straßenverbreiterungen bieten hierzu Beispiele.

Für die Durchführung dieser Verkehrsstraßen gibt es zwei verschiedene Wege. Der eine besteht in der bisher üblichen Art, bei der die Verkehrsstraße bebaut ist. Dies bedingt die Abhängigkeit der Straßenführung von den unterirdischen Energie- und Wasserleitungen, Kanalisationsrohren usw. Die Schaffung solcher Verkehrsstraßen bedeutet also einen starken Eingriff in den vorhandenen Versorgungsapparat. Der dadurch verursachte große Kostenaufwand für diese Straßen ist nicht der einzige Nachteil; die Mischung des Anliegerverkehrs (Anhalten und Abfahren an den Gebäuden) mit dem Durchgangsverkehr wirkt sich auf die Leistungsfähigkeit der Straße sehr ungünstig aus. Alle diese Nachteile werden durch die zweite Art von Verkehrsstraßen, die in dem Plan vorgesehen wurde, vermieden.

Diese zweite Art von Straßen sind reine Verkehrsstraßen, ohne daß an ihnen Verkehrsziele liegen; sie sind also nicht bebaut und stehen somit in keinem Zusammenhang mit dem unterirdischen Versorgungsapparat. Die Vorteile dieser Verkehrsstraße liegen auf der Hand. Sie können die Stadtgebiete so verbinden, wie es den heutigen Bedürfnissen entspricht; für ihre Linienführung ist der Kraftwagenverkehr maßgebend und nicht die vorhandenen unterirdischen Anlagen.

Das neue Fahrstraßennetz würde dann vier verschiedene Straßenarten enthalten:

a) Quell- oder Endstraßen (nur Anliegerverkehr)
b) Sammelstraßen
c) interbezirkliche Verkehrsstraßen (Verkehrsstraßen zweiter Ordnung) für den Mischverkehr (Fuhrwerk und Kraftwagen)
d) Verkehrsstraßen der Kraftwagen, ohne Bebauung (Verkehrsstraßen 1. Ordnung)

Alle Straßen werden durch die bestehenden gebildet, auch die Verkehrsstraßen erster Ordnung, nur in der zerstörten Innenstadt werden ihre Linien Straßendurchbrüche erfordern. Die ersten drei Straßenarten dienen sowohl dem Fuhrwerks- wie dem Kraftwagenverkehr. Alle Verkehrsziele liegen an diesen drei Straßenarten, so daß in dieser Hinsicht an dem bestehenden Netz nichts geändert wird. Eine Änderung erfahren nur die ersten beiden Straßenarten in ihren Aufgaben. Heute sind so gut wie alle Straßen, auch die ausgesprochenen Wohnstraßen, Durchgangsstraßen, der Möglichkeit nach also Verkehrsstraßen, was sich sowohl für den Durchgangs- wie Anliegerverkehr nachteilig auswirkt. Bekanntlich erzielt man hier eine wesentliche Besserung dadurch, daß man nicht alle Nebenstraßen in die Hauptstraßen einmünden läßt, sondern sie absperrt und den Verkehr nur über die Sammelstraßen in die Verkehrsstraßen leitet (Abb. 6–8). Die Quell- und Sammelstraßen bilden so ein Flußsystem, oder man könnte es eine Straßentraube (Bild 8 links) nennen, die frei vom Durchgangsverkehr ist. Steigerung der Verkehrssicherheit in den Nebenstraßen und höhere Leistungsfähigkeit der Verkehrsstraßen sind die günstigen Folgen dieser Trennung des Binnen- vom Durchgangsverkehr. Die Verkehrsstraßen 2. Ordnung sind in dem neuen Netz identisch mit den alten Verkehrs- und Ausfallstraßen, soweit diese nicht als Autostraßen Verkehrsstraßen 1. Ordnung werden. Voraussichtlich würden einige der heutigen Verkehrs- und Ausfallstraßen durch die leistungsfähigeren neuen Autostraßen entbehrlich und nur als örtliche Sammel- und Geschäftsstraßen in dem neuen Netz ihre Aufgaben erfüllen.

Die Verkehrsstraßen

Die Fahrdämme der Verkehrsstraße liegen in der Mitte eines Grünstreifens von 200 Metern Breite, der in der Regel als Nutzfläche (für Obstplantagen, Baumschulen usw.), als Parkfläche für Kraftwagen und für den zukünftigen Verkehr (Verbreiterung, neuartige Verkehrsmittel) als Reservefläche dient. Weitere Anlagen des ruhenden Verkehrs, z.B. im Zentrum, können eine Verbreiterung dieser Streifen erfordern.

Von besonderer Wichtigkeit ist noch die Höhenlage dieser Autostraßen. Man kann sie in zwei Ebenen legen, z.B. die Straßen einer Richtung zu ebener Erde, die Querstraßen in eine darüber liegende Ebene, oder aber alle in gleicher Ebene und nur mit Überbrückungen an ihren Kreuzungen versehen (planfreie Kreuzungen). Bis zu einer bestimmten Verkehrsstärke ist es wirtschaftlicher, alle Verkehrsstraßen in eine Ebene zu legen, was auch

ser Abhandlung, ohne also erst eine mathematische, hier topologische Bestimmung vornehmen zu müssen.

Im Schema sind die beidseitig des Zentrums unmittelbar anschließenden reinen Wohnbereiche durch Schraffur angedeutet. Die weniger zentral gelegenen, mit geringerem Zerstörungsgrad, wurden als weiterbestehende Wohngebiete hier nicht besonders behandelt.

Bei den Standorten der Groß-Industrie konnte man davon ausgehen, daß sie an den Wasserwegen verbleiben würden, unabhängig von ihrem Zerstörungsgrad, jedoch bedingt durch die günstige Materialzufuhr; also an der Spree in den Außenbezirken, an der Havel im Westen und an der Seenkette im Osten, von Straußberg bis Königs Wusterhausen.

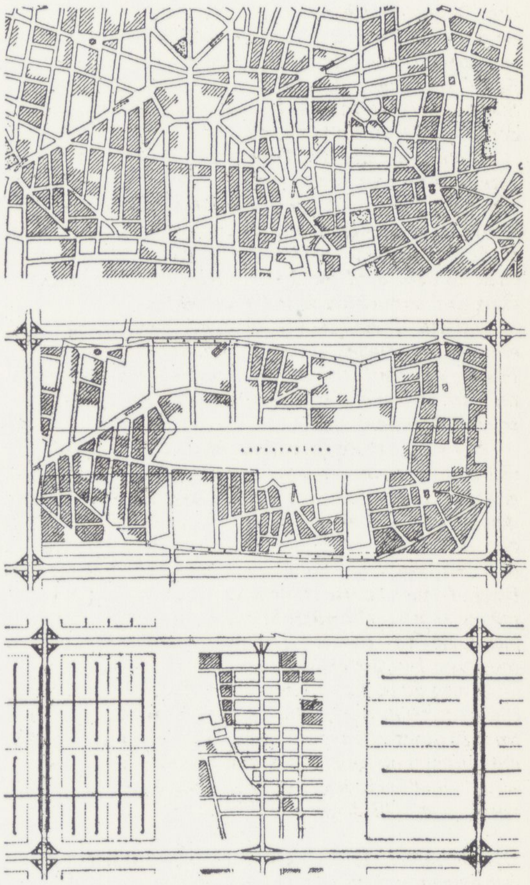
Ähnlich war die Situation bei den die Wohngebiete nicht störenden und nicht an Wasserwegen gebundenen Industriezweigen, die entlang den Eisenbahnlinien, vor allem der Ringbahn, ihre Standorte hatten und diese in Zukunft dort auch erweitern konnten.

Auf Grund dieser ersten Klärung der Raumgliederung konnte man an die Entwicklung eines neuen Wegenetzes herangehen. Die Dringlichkeit seiner Aufstellung war durch den Umstand bedingt, daß seine Durchführung vor der Neubebauung der Innenstadt zu erfolgen hatte.

Die Idee zu diesem neuen Netzplan beruhte auf der Berücksichtigung der Naturgegebenheiten und der sozial-ökologischen Bedingungen (. . .).

Das Schema zeigt die erste Raumgliederungs-Idee (Mai 1945) für den Berliner Zentrumsbereich. Die schematische Darstellung unterstreicht die charakteristische Ausdehnungsart des Berliner Zentrums, das

→S.205



→B 55

(Abb. 6–8): „Beispiele für die Umgestaltung des Fuhrwerkstraßennetzes in ein Netz der Kraftwagen. Trennung des Durchgangsverkehrs vom Anliegerverkehr. Nebenstraßen, bisher mit Durchgangsverkehr, werden Quellstraßen, deren Verkehr in die Sammelstraßen fließt. Die letzteren münden in größeren Abständen in die Verkehrsstraßen 2. Ordnung (Mischverkehr) oder in die 1. Ordnung, die planfreie Kreuzungen erhalten"

sich nicht kreisförmig entwickelte, sondern südlich des Einzugsbereiches der Straße „Unter den Linden" in westlicher wie auch in östlicher Richtung – ganz im Gegensatz zu allen vorherigen Idealplänen für die Stadt Berlin. Diese Ausdehnung des lebendigen, wirksamen Zentrumsabschnittes beließ den in der Zeichnung stark umrandeten Teil auch weiterhin als Wohngebiet.

Die reinen Wohngebiete dagegen – nördlich und südlich ausgebreitet und die stärksten Beziehungen zum Zentrum habend – sind im Schema schraffiert.

Diese Gliederung des Berliner Raumes entspricht, wie erkennbar, dem Ordnungsprinzip und steht damit in Einklang mit einer optimalen, auf Grund der Lagebeziehungen entstandenen Raumzueinanderordnung, die eine vielseitige, unterschiedliche Anwendbarkeit erlaubt.

Die (. . .) dargestellte Raumgliederungs-Idee – ein Vorschlag für den Wiederaufbau der Stadt Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg – wurde im Spätsommer 1945 einstimmig als Grundlage für den „Kollektivplan" angenommen.

in dem Plan vorgesehen ist. Die Kosten für das Tragewerk der Hochstraßen bleiben erspart, man nimmt dann die Fahrkosten in Kauf, die durch das Auf- und Abfahren der Kraftwagen an den überbrückten Kreuzungen entstehen. Von einer bestimmten Verkehrsstärke ab können die Kosten der Hochlegung der überführten Straßen wirtschaftlich berechtigen. Die planfreien Kreuzungen müssen im Plan so angeordnet werden, daß sie schon im voraus ein Teil der späteren Viadukte sind. Es sei aber betont, daß unabhängig davon, ob die Verkehrsstraßen in einer oder zwei Ebenen liegen, die Nebenstraßen nicht Durchgangsstraßen bleiben, wie sie heute sind, sondern Endstraßen, deren Verkehr in Sammelstraßen geführt wird, mit denen sie für sich abgeschlossene Straßentrauben bilden. Erst durch diese Verbesserung wird das alte Netz dem Kraftwagenverkehr angepaßt. Das gilt natürlich nur für die Fahrstraßen, nicht aber für die Fußgänger- und Radfahrwege, die an ihren Kreuzungen mit den Verkehrsstraßen (1. Ordnung) über- oder unterführt werden.

Durch die planfreien Kreuzungen und durch die Trennung des internen Verkehrs von dem durchgehenden wird ein Fahrstraßennetz entstehen, das ohne jede Regelung einen stets fließenden Verkehr erlaubt. Ein solches Netz zeichnet sich durch große Leistungsfähigkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit aus. Es setzt zwar überbrückte Kreuzungen voraus, aber die wirtschaftlichen Vorteile überwiegen diese Brückenbaukosten schon durch die Herabsetzung der Verkehrsunfallkosten. Allein für den Teil der Jahresaufwendungen, der durch falsche städtebauliche Anlagen verursacht wird, können jährlich 16–22 planfreie Kreuzungen erbaut werden.

Im Rahmen dieser Betrachtung soll nur diese eine Tatsache erwähnt werden. Die Wirtschaftlichkeit des Autostraßennetzes muß Gegenstand eines besonderen Aufsatzes über diese Seite des Verkehrsproblems bilden.

Während sich im Stadthaus die Arbeitsgruppe um Scharoun zusammenfindet, die sich später *Planungskollektiv* nennt, sich aus Magistratsangestellten zusammensetzt und erste Planungsüberlegungen auf Grundlage des Friedrichschen Straßenrasters, das sich in den vorhandenen Autobahnring um Berlin einhängt, entwickelt, erhält Scharoun **Anfang Juni 1945** einen Brief mit einem neunseitigen Papier unter der Überschrift *Wiederaufbau Berlins*. Verfasser ist der Stadtplaner Felix Unglaube, das Papier ist datiert vom **29.5.1945**. Durch diese Stellungnahme erfährt Scharoun von der Existenz einer Planungsabteilung im Bezirk Zehlendorf, die bereits seit dem **11.5.1945** an Plänen für den Wiederaufbau Berlins arbeitet.

Am **10.5.1945** wird in Zehlendorf Dr. Werner Wittgenstein vom Sowjetischen Bezirkskommandanten zum Bürgermeister ernannt. Er beauftragt den Oberbaurat Scheidling mit der Einrichtung eines Bauamtes:

→A 10 *Am 11. Mai 1945 – fast vor einem Jahr – beauftragte mich der kurz vorher auf sein Amt berufene Bürgermeister Dr. Wittgenstein neben dem Neuaufbau des Bauamtes, alle erreichbaren und geeigneten Kräfte zu sammeln und aufzubieten, um so schnell als möglich Pläne für den Wiederaufbau Berlins auszuarbeiten.*

Die Zustände in unserer Stadt damals sind Ihnen allen bekannt. Aus dem Chaos des Zusammenbruches erhob sich der Wille eines Mannes mit dem Bewußtsein, daß so schnell wie möglich alles Erdenkliche geschehen müßte, um wenigstens die Vorbereitungen für den Wiederaufbau zu betreiben und in eine spätere allgemeine Aktion einbauen zu können.

In Zehlendorf waren die Voraussetzungen hierzu eher gegeben als in anderen Bezirken, in denen sich die Kräfte erst allmählich sammeln und ausrichten konnten und dann mit dringendsten Tagesaufgaben noch schwerer belastet waren als dieser verhältnismäßig gut erhalten gebliebene Außenbezirk. In diesem Umstand sahen wir nicht nur eine Erleichterung, sondern auch eine Verpflichtung. Die Sammlung der Kräfte und der Beginn der Arbeit umfaßte nicht nur das Heranziehen von Fachleuten aus dem Bauwesen, sondern auch das Erfassen und Bergen wichtigster Unterlagen und wertvollen Gedankengutes in Literatur und Fachzeitschriften sowie von Planungen der Vergangenheit, von denen ein großer Teil buchstäblich vor der Vernichtung durch Feuer oder Plünderung gerettet wurde.

Neben der eigentlichen Wiederaufbauplanung wurde dafür gesorgt, daß die durch den Zusammenbruch unterbrochene Forschungsarbeit im Zusammenhang mit der Trümmerverwertung und -aufbereitung und an der Baugesetzgebung wieder aufgenommen werden konnte. In enger Verbindung mit dem ehemaligen Staatl. Materialprüfungsamt in Dahlem wurde

die Wiederaufnahme der Tätigkeit dieses Amtes gefördert. Durch Vorträge in Fachkreisen und regelmäßig abgehaltene Zusammenkünfte wurde die Öffentlichkeit mit den Ergebnissen dieser wissenschaftlichen Arbeiten wieder in Verbindung gebracht. . . .

Alle diese Bemühungen wurden angestellt, um nicht etwa neben einer zentral gelenkten Planung eigenmächtige Bestrebungen zu fördern und Vorrechte zu erwerben, die der zu erwartenden Hauptplanung womöglich entgegenstehen könnten, sondern in der festen Überzeugung, daß die bereits geleistete Vorarbeit in jedem Falle von Nutzen sein und dankbar aufgegriffen werden müßte.

Deswegen wurde versucht, so schnell als möglich, die Verbindung mit den zentralen Stellen des Magistrats, sobald dieser seine Arbeit aufgenommen hatte, herzustellen, ihm von unseren Bestrebungen Kenntnis zu geben und sie und sich ihm zur Verfügung zu stellen.

Am 30. Mai 1945, nachdem bekannt geworden war, daß der Magistrat sich konstituiert hatte und Prof. Scharoun mit dem Wiederaufbau beauftragt worden war, übergaben wir ihm einen Bericht über unsere bisherige Arbeit mit der Bitte, das vorläufige Ergebnis unserer Planung und unserer sonstigen Bemühungen für den Wiederaufbau vorlegen zu können. Da eine Aufforderung hierzu ausblieb, wurde das Ergebnis der Planung . . . dem Oberbürgermeister Dr. Werner vorgelegt, der dann seinerseits Prof. Scharoun zu diesem Vortrag hinzuzog. Beide Herren äußerten sich sehr befriedigt über die geleistete Arbeit, praktische Folgerungen ergaben sich indessen nicht.

Der Gedanke des Bürgermeisters Dr. Wittgenstein, die Planung und sonstigen schon geschilderten Arbeiten Zehlendorfs dem Wiederaufbau nutzbar zu machen, indem das gewonnene Material zur weiteren Ausarbeitung aufgegriffen oder die damit beschäftigten Kräfte wirksam eingeschaltet wurden, ist nicht aufgegriffen worden.

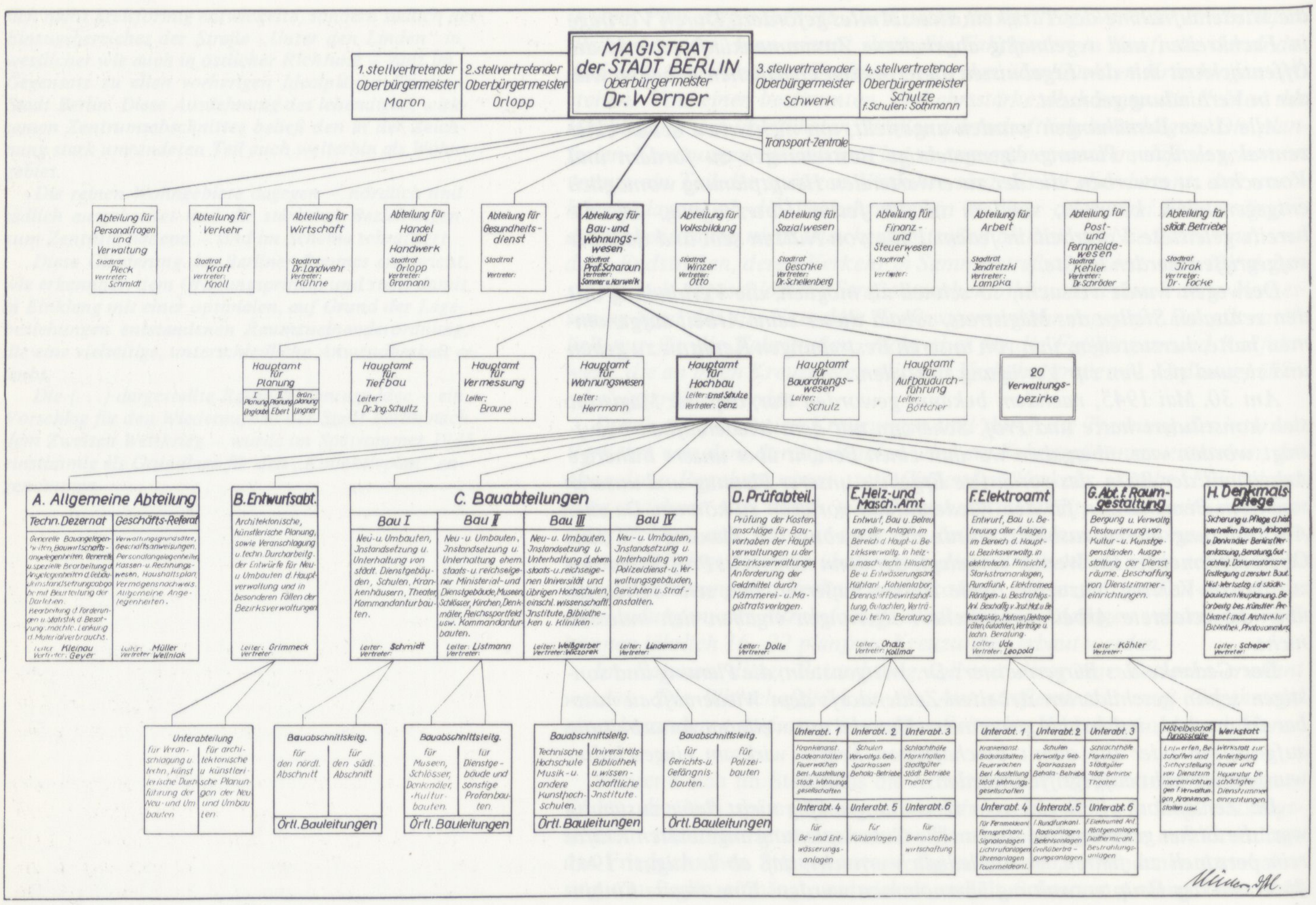
Da Zehlendorf als Bezirk rein verwaltungsmäßig nicht dafür zuständig war, die bisher gesammelten und an die Gesamtplanung angesetzten Kräfte rein personell zu führen, wurde lediglich erreicht, daß ab 1. August 1945 diese von der Hauptverwaltung übernommen wurden. Eine engere Einbindung der Planung selbst in die gleichen Bestrebungen des Hauptplanungsamtes entstand hierdurch nicht.

Die Zehlendorfer Planungsabteilung wird zur Abteilung I des Hauptamts für Planung und arbeitet an ihren bisherigen Plänen weiter. Als Leiter wird Felix Unglaube eingesetzt.

Die Planung für das Neue Berlin wird von beiden Planungsabteilungen unabhängig voneinander fortgeführt. Die beiden sich stark unterscheidenden Planungskonzeptionen sind im **April 1946** weitgehend abgeschlossen und werden in der Ausstellung *Berlin plant* gezeigt, wenn auch nicht gleichgewichtig, da der Zehlendorfer Plan nur ein Verkehrsplan ist.

Der *Vorschlag für die Neuordnung des Verkehrs beim Wiederaufbau Berlins* von Walter Moest, Willi Görgen und Joachim Hildenbrand war schon vor der Ausstellung im Weißen Saal zusammen mit den dazugehörigen Analysen seit dem **16.6.1946** im Haus am Waldsee in Zehlendorf ausgestellt worden. Parallel zu den oberirdischen Planungen arbeitet Ernst Randzio innerhalb des im **Oktober 1945** gebildeten *Hauptausschusses Unterirdisches Bauen* bei der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen an einem Plan der unteriridischen Bauanlagen. Im Gegensatz zu den oberirdischen Plänen handelt es sich dabei um einen Bestandsplan, da die Anlagen weitgehend unzerstört sind.

Im **Frühjahr 1946** werden die drei Planwerke vor dem Bauwirtschaftsausschuß der Abteilung für Planungen, die vom Oberbürgermeister Schwenk geleitet wird und sämtliche Planungen, nicht nur die baulichen, koordinieren soll, vorgestellt und diskutiert. Den Anfang macht am **4.4.1946** ←A 11
Hans Scharoun mit der Darstellung der Konzeption des Planungskollektivs, ihm folgen am **16.4.1946** der Vortrag von Oberbaurat Scheidling vom Be- ←A 12
zirksamt Zehlendorf über die *Vorschläge zur Verkehrsplanung im Rahmen des Aufbaus der Stadt Berlin* und am **16.5.1946** der Vortrag von Ernst ←A 13
Randzio über *Gegenwartsfragen des unterirdischen Bauraums*. Wir dokumentieren die wesentlichen Passagen der Vorträge aus den drei Sitzungsprotokollen, weil sie vor Fachleuten gehalten wurden und eine genauere Beschreibung der Planabsichten enthalten als spätere öffentliche Vorträge.



Das Organisationsschema des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46

←A 14

Magistrat der Stadt Berlin
Abteilung für Planungen
Referat VI B/Industrie u.Handwerk

Berlin NW 7, den 24. April 1946
Unter den Linden 36

P r o t o k o l l

über die 9. Sitzung des Bauwirtschaftsausschusses am Donnerstag, dem 4. April 1946, 9 Uhr 30, beim Magistrat der Stadt Berlin, Berlin C 2, Parochialstr.1/3, Zimmer 11o.

- -

<u>Anwesend</u>: Herr Bürgermeister Schwenk
" Dr. Katz
" Dipl.Kfm. Schnaufer
" Dipl.Kfm. Kanger — Abt. für Planungen
" Ing. Streu
" Dipl.Arch. Merz
" Pahlke
" Hohls
" Klatt
" Havemann
" Prof. Scharoun
" Karweik
" Starck — Abt.f.Bau-u.Wohnungswesen
" Dr. Müller
Pfankuch
" Ebert
" Friedrich — Hauptplanungsamt
" Weinberger
" Pahl
Frl. Dr. Strauch — Hauptamt f.Aufbaudurchführung
Herr Preß — Transportzentrale
" Mann — Abt.f.Arbeit
" Dipl.Kfm. Kielgast — Abt.f.Finanz-u.Steuerwesen
" Kuhn — Deutsche Zentralverwaltung der Industrie
" Reuter
" Wüst
" Dahnke — Verband f.d.Baugewerbe im FDGB
" Pisternick
" Rossignol
" Dipl.Ing.Baurat a.D. Kache — Verband d.techn.Angestellten und Werkmeister im FDGB
" Nemack
" Bürgermeister
" Dr.Wittgenstein — Bezirksamt Zehlendorf
" Oberbaurat Scheidling
" Görgen — Planungsamt Zehlendorf
" Bezirksrat Krause — Bezirksamt Friedrichshain
" Wittwer — Planungsamt Neukölln
" Dzyok — Gemeinnützige Siedlungs-u. Wohnungsbau-Ges.Berlin mbH.
" Prof.Dr.Ing. Hummel — Materialprüfungsamt
" Ministerialrat a.D.Wedler

<u>Vorsitz</u>: Herr Dipl.Kfm. Schnaufer.

<u>Tagesordnung</u>: Vortrag von Herrn Prof. S c h a r o u n über das Thema: "Grundlinien der Stadtplanung".

-2-

Hans Scharoun: Grundlinien der Stadtplanung

Auf die stürmische Entwicklung der Städte im 19. Jahrhundert waren die Architekten und die Verwaltungen der Städte gleich unvorbereitet. Das Wort „Städtebau" gab es nicht mehr – es tauchte in Veröffentlichungen erstmalig im Jahre 1890 wieder auf; inzwischen schuf die Technik Gewaltiges. Der Konstrukteur setzte seinen Ehrgeiz darein, den Maschinen steigend größere Leistungen abzugewinnen. Heute wissen wir, daß der Techniker, der Konstrukteur sich nicht nur um die Verbesserung der Maschine zu kümmern hat, sondern daß es darum geht, die Maschine planvoll einzusetzen, daß besonders die Techniker in der Front der Planwirtschaft stehen müssen. Und was für die Entwicklung der Maschinen und ihre Verwendung gilt, gilt auch für den Städtebau. Er muß sich aufbauen auf Lebensbau und Wirtschaftsbau, muß Funktionen regeln, und er muß die Form zur Darstellung bringen, die unserer Kultur entspricht.

Der Städtebau hatte also auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiete viel nachzuholen. Auf wissenschaftlichem Gebiete waren die Grundlagen der Stadt zu erforschen und eine Synthese zu finden, die die optimale Funktion des Stadtgefüges garantierte.

Viel schwieriger noch war es auf künstlerischem Gebiet – und besonders schwierig ist es, für Berlin die Kultur der der Stadt angehörenden Menschengruppe zum Ausdruck zu bringen.

Denn welches sind denn schon die wesentlichsten geistigen Züge des <u>deutschen</u> Menschen, der Romantik und Klassizität wechselt und nicht – wie z.B. der Franzose oder Engländer – über einige, klar hervortretende Hauptwesenszüge verfügt?

Zudem hat Berlin als deutsche Reichshauptstadt erst sehr spät die (gewachsene) Aufgabe Wiens übernommen und hat,

dieser späten Aufgabe folgend, eine turbulente, oft zum Chaotischen führende Entwicklung genommen.

Diese kurz dargelegten Voraussetzungen und die daran zu knüpfenden Zielsetzungen zu zeigen, bereitet mein Planungsamt Ausstellungsmaterial vor, das die Zusammenhänge erkennen lassen soll. Es wird uns mit Hilfe desselben möglich, folgerichtig die Probleme aufzuzeigen. Heute müssen Sie mir gestatten, einige Problempunkte herauszugreifen und sie zur Darstellung zu bringen. Ich bitte aber, sich folgender Grundsätze bewußt zu sein:

1.) Alle Einzelbetrachtungen behalten Sinn nur, wenn sie in bezug aufs ganze Problem betrachtet und gewertet werden.

2.) Die Folge dieser Betrachtungen ist keine Rangfolge, die irgendeine Frage höher bewerten will als eine andere,

3.) und besonders: die Lösung des Verkehrsproblems ist nicht Ausgang der Lösung des Stadtproblems, sondern nur eine (natürlich sehr wichtige) Begleiterscheinung.

Ich darf mit der Betrachtung der Straßen beginnen, deswegen, weil zwar die räumliche und flächenmäßige Aufgliederung zuerst überlegt werden mußte, dann aber die diese Flächen aufteilenden Straßen als „System" gefunden und festgelegt werden mußten und nunmehr nach einer ersten Fixierung des Straßensystems an die Ausfüllung der Räume gegangen wird.

4.) möchte ich ganz besonders betonen, daß diese Vorschläge lediglich die von meinem Planungsamt geschaffene Diskussionsunterlage bilden, die die Diskussion in der Öffentlichkeit auslösen soll.

„Die neue Stadt"

Strassen.

Das bisher angewandte Radial- und Ringstraßensystem ist überholt. Zu diesem Straßensystem gehört der Mittelpunkt – Markt und Kirche – der mittelalterlichen Stadt. Die weiträumigen und gleichgewichtigen Wirtschafts- und Wohnflächen der modernen Großstadt verlangen eine ausgeglichene Bedienung. Die Struktur der neuen Stadt verlangt ein neues System des Straßennetzes.

Ferner: Die Leistungsform der Straßen verlangt eine spezielle, differenzierte Behandlung der Geh- und Fahrbahnen, entsprechend den Leistungsmöglichkeiten der Benutzer. Der rationelle Einsatz der Fahrmittel, die höchstmögliche Ausnutzung des Wagenraumes durch schnellen Umlauf bei geringem Energieverbrauch, überhaupt die spezielle Entwicklung der Fahrzeuge, verlangt völlige Trennung der Geh- und Fahrbahnen, d.h. besondere Wege für Fußgänger, Radfahrer, Autos und Bahnen. (So ist z.B. die Leistungsfähigkeit der Autostraßen abhängig von der Art und der Zahl der Kreuzungen. Eine Straße mit 5 Fahrbahnen (Paris), aber Plankreuzungen hat eine geringere Leistungsfähigkeit als eine solche mit planfreien Kreuzungen und 2 Fahrbahnen (New York).

Das Bild der großen Überlandstraßen der Autobahnen zeigt weiter, daß diese tangential an Berlin vorüberführen. Sie führen nicht in den Autobahn-„Ring", mit dem wir auch eine Formbedeutung vom Anschaulichen her verbinden, sondern bilden ein Quadrat. Von diesem aus gedacht, kommen unsere Radialstraßen im Grunde nirgendwo her. Und sie gehen auch nirgendwo hin, – oder ist der Bahnhof Friedrichstraße ein ausreichendes Objekt als Ziel, oder wäre die Große Halle wichtig genug gewesen, um das Leistungsprinzip des Berliner Verkehrsnetzes auf sie auszurichten? – Wir brauchen auch keine Rennbahnen durch Berlin; wir brauchen – wie gesagt – ein Gefüge gleichgewichtiger Straßen, die das Leistungsgefüge gleichgewichtiger Wirtschafts- und Wohnstätten organisch miteinander verbindet.

Andererseits baut sich das Rechtecksystem der Straßen folgerichtig vom Haus über die Grundzelle und die Zellenbündelungen auf. Es ist nie siedlungsfeindlich mit spitzen Winkeln und stört nie den Aufbau einer gesunden Stadt mit grundsätzlich festgelegter Lage zur Sonne. Wie es sich ja auch sinnfällig in das Quadrat des Autobahnringes fügt, den es mit einigen Transversalen erreicht; andere Straßen bleiben nach Erfüllung ihrer Aufgaben liegen. Sie können fortgeführt werden, wenn die der Stadt gestellte Aufgabe es erfordern sollte.

Eine Fülle von Lösungsmöglichkeiten und Lösungsgegebenheiten aus dem Vorhandenen heraus behütet bei der Anwendung des Systems vor Starrheit und Langerweile. Wichtig ist die klare Darstellung der für die aufgeschlossenen Flächen zur Lösung gestellten Aufgaben, die, räumlich durch die Straße abgegrenzt (skandiert) nicht die Wirtschafts- und Wohnstätten in einem Straßen-Wirrwarr untergehen lassen.

Die Straßenbenutzer werden ständig wechselnde und aus der Aufgabe heraus eindrucksvolle Bilder zu sehen bekommen.

Und noch eins: Das Rechtecksystem gestattet die klare Eingliederung und damit Unterstützung der zur Zeit völlig verwischten landschaftlichen Gegebenheiten, in die Berlin gebettet ist. Es folgt dem Urstromtal mit Barnim und Teltow, mit Spree und Havel und fügt sich dem Urstromtal in Aufbau und Richtung lebendig ein.

Bei der gleich starken Auslastung des Stadtraumes wird auch nicht mehr passieren, daß im innern Bezirk je 3 qm Fahrbahnfläche auf den Bewohner entfielen, im Außenbezirk hingegen 26 qm, – ein Verhältnis, das umgekehrt richtiger gewesen wäre!

Und die Kosten? Selbstverständlich wird es die Aufgabe der Zusammenarbeit mit den Bezirken sein, wirtschaftlichste Straßenführungen in Grünflächen im einzelnen zu finden. (Auch die Ring- und Radialstraßen müßten – wollte man auf sie zurückgreifen – erheblich ergänzt und ausgebaut werden). Die erheblich geringere Gefahrenquelle bei klarer Scheidung der Straßenbenutzer bedeutet aber, daß trotz des Ausbaues der neuen Straßen erhebliche Ersparnisse gemacht werden können.

Im Jahre 1927 passierten nach Siercks 32.000 Unfälle mit rd. 15.000 Toten und Verletzten, die mit 1.2 Milliarden RM belasteten. Die Kosten der gesamten Straßendämme einschl. Brücken usw. betrugen aber nach Wagner derzeit eine halbe Milliarde.

Irrig wäre es, Flickwerk tun zu wollen und zu versuchen, mit der einen oder anderen Schnellstraße das Problem nicht systematisch, sondern zufällig und völlig unzureichend zu lösen. Ein Achsenkreuz oder diese und jene Verbindungsstraße hilft nicht. Das sind Lösungen, die auf Weltstadtromantik oder Repräsentationswahn zurückgehen und allenfalls noch verständlich waren, wenn sie aus einer Notlage erwuchsen, um ein lokales Übel – koste es, was es wolle – eben in lokal begrenztem Umfange zu beseitigen.

Unberührt vom Schnellstraßennetz bleiben überbezirkliche Kauf-, Vergnügungs- und Erholungsstraßen, mit gedrosselter Geschwindigkeit befahrbar, bestehen. Genannt seien: Kurfürstendamm, Leipziger Straße und Friedrichstraße, Unter den Linden und eine evtl. Verbindung dieser Straßen untereinander, und andere. Aber die Straßen liegen – wie gesagt – entsprechend ihrer Bedeutung für die Stadt und entsprechend der Aufgabe, die sie zu lösen haben, gewissermaßen in verschiedenen Ebenen.

Über die Straßen mußte umfangreicher gesprochen werden, da sie einerseits Rückgrat der Strukturpläne sind, andererseits sie im Gegensatz zu den die verschiedenen Straßensysteme benutzenden Verkehrsmitteln am wenigsten bei der sprungartigen Entwicklung der Stadt sich mit entwickelt haben.

Wasserwege.

Erforderlich sind: der Ausbau der Spree (besonders die Änderung der schiffahrtsbehindernden Brücken (Durchfahrts-

höhe – Durchfahrtsbreite) und die Entlastung der Spree durch leistungsfähige Umgehungsstraßen im notwendigsten Umfang. Der Kahn mit 270 to Tragfähigkeit (Finow-Maß-Kanal) kann nicht mehr Ausgang des Systems sein; der Breslauer Maß-Kahn (550 to) wird es für den Landwehrkanal werden, und die übrigen Wasserstraßen werden für den 1000 to Kahn – Mittellandkanal – auszubauen sein. Das bedeutet geringfügige Ausbauten an der Havel im Spandauer Gebiet, Durchführung des Charlottenburger Durchstichs und Umbau der Schleuse, Ausbau des Spandauer Schiffahrtskanals, um mit Eil- und Stückgüterverkehr sowohl den Ost- wie den Westhafen bedienen zu können, Ausbau der Spandauer Schleuse in Richtung Tegel für das Spandauer Wirtschaftsgebiet, geringfügige Ausbauten am Teltow-Kanal.

Das Ziel ist: der Anschluß der Berliner Verkehrsbrennpunkte an das Mittelland-Kanalsystem.

Zur Sicherung des Orts- und Durchgangsverkehrs ist in wasserwirtschaftlicher Beziehung die Sanierung des Berliner Wasserextrems erforderlich. Die niedrigste Wasserführung der Spree ist auf die Schadensgrenze von 15 cm in der Stunde abzustellen. Dieser Aufgabe hätte ein Staubecken unter Benutzung des Schwielochsees zu dienen.

Dadurch werden auch einwandfreie hygienische Verhältnisse erzielt: durch ausreichende Verdünnung und damit Unschädlichmachung der zufließenden Abwässer vermittels Frischwasser und Selbstreinigung.

Bahnen.

Fernbahnen: Der Fortfall der Nord-Süd-Strecke von Stettin über Küstrin nach Sachsen und Schlesien macht Berlin zum Durchgangspunkt der östlichsten Nord-Südlinie Deutschlands – (symbolhafte Bedeutung!). Betriebstechnische Gründe führten bei der Reichsbahn zum Entschluß (wenigstens zur Zeit) der Herstellung der Nord-Südverbindung zwischen Lehrter Bahnhof und Potsdamer Bahnhof. Ferner sollen im Einverständnis mit der Reichsbahn die zum Teil bereits begonnenen barrenbildenden Anlagen der Verschiebe-Bahnhöfe im Osten und Norden der Stadt zu Gunsten einer radialen Lösung abgeändert werden.

Der Güterverkehr ist nach Möglichkeit zu dezentralisieren unter Berücksichtigung der neuen Wirtschaftsstruktur und unter Berücksichtigung des neuen Straßensystems.

Der Nahverkehr sieht – besonders bei der U-Bahn – eine Reihe grundsätzlicher Änderungen vor, die indessen z.Zt. auf Ergänzungsarbeiten beschränkt bleiben müssen. Hierbei ist an die Verlängerung der Friedrichsfelder Strecke nach Karlshorst, an den Ausbau eines provisorischen Bahnhofs in der Nähe des Rathauses Tempelhof, desgleichen in der Nähe des Bahnhofs Hermannstraße gedacht. Grundsätzlich werden die Straßenbahnen, sofern im Stadtinnern vorhanden, vorläufig noch bestehen bleiben, aber nach Möglichkeit auf eigene Bahnkörper verwiesen; in den Außenbezirken werden Schnellstraßenbahnen die U-Bahnnetze ergänzen mit Umsteigemöglichkeit von Bahnsteigkante zu Bahnsteigkante.

Grundsätzlich wird vorgeschlagen, das Erweiterungsprogramm der U-Bahn auf das neue System der Straßen umzustellen.

Arbeit und Wohnen.

Die Krisenjahre 1928/1929 zeigten deutlich die ungeheuer starke Vorbelastung der Wirtschaft durch das Verkehrswesen, die gleichmäßig stark aus der Personen- und Güterbeförderung resultierte. Durch überlegte organische funktionelle Zusammenordnung ist diese Vorbelastung planmäßig herabzumindern. Dabei geht es in erster Linie um den Produktionskern, von dem Berlin als eine Riesenwerkstatt lebt, der risikofester zu machen ist.

Die Zueinanderordnung der Wohn- und Arbeitsräume muß für diesen Sektor so erfolgen, daß für den Berufsverkehr die verkehrslose Stadt geschaffen wird. Das bedingt, daß den zugeordneten Wohngebieten ein sehr hoher Wohnreiz gegeben wird, um der Flucht gerade der qualifizierten Arbeiter aus dem Stadtraum an die Peripherie entgegenzuwirken. Die durch das Straßensystem ausgewiesenen Einzelräume umfassen im Durchschnitt etwa 500 ha Gesamtfläche, von denen rd. 325 ha mit je 250 Menschen zu besiedeln sind. Insgesamt also umfassen die Räume eine Bevölkerung von je 80.000 Menschen. Sie lösen sich in Grundeinheiten für je 5.000 Menschen auf. Eine solche Grundeinheit, die etwa dem Kern der Siedlung Siemensstadt entspricht, ist so bemessen, daß sie vom Kind erlebt und erfüllt werden kann.

Die Grundeinheiten sind so zu gestalten und in sich abzurunden, daß sie die Einheit des Lebens widerspiegeln, „den Lebensbau". Sie haben neben den Geschoßwohnungen Einfamilienhäuser, auch für Gesundheitsgefährdete, Ledigenhäuser in Verbindung mit einem Gästehaus usw. zu enthalten. In sie hinein gehören der kulturelle und der soziale Mittelpunkt, (bezogen jeweils auf eine oder mehrere Grundeinheiten) Sanitätshaus, Kindergarten, Kinderheim und Kino, Theater, Büchereien, Forschungsstätten usw. – Gerade die Forschungsstätte, die dem Spiel- und Basteltrieb Richtung und Auswirkung gibt, erscheint mit Rücksicht auf den notwendigen Einsatz aller geistigen Bemühungen um den Wiederaufbau Deutschlands von erheblicher Bedeutung.

Acht Grundeinheiten wären mit einem Sofort-Krankenhaus und einer Poliklinik, 16 Grundeinheiten mit einem Stadtbad zu versehen (die der Gesamtstadt dienenden Krankenhäuser, die teils Spezialkrankenhäuser darstellen, werden nach mikroklimatisch günstigen Bedingungen plaziert.) Freizügig bleiben die Privatkrankenhäuser und – als Sonderfall – die Universitätskliniken.

Das Schulwesen bindet sich gleichfalls in die Grundeinheit mit der Grundschule in die Mehrzahl der Einheiten mit den Höheren Schulen ein. Alle diese Anlagen nutzen die innerhalb der Wohnräume gelegenen Grünflächen. Die Fachschulen sind u.E. den Standorten der jeweils zugehörigen Wirtschaftszweige anzugliedern.

So baut sich die neue Stadt als Leistungsform organisch aus den Notwendigkeiten auf.

Die Wohnflächen, die für die Standorte für Versicherungen, Banken, Verwaltungen auszuweisen sind, können entfernter liegen, da in Zeiten der Krisen ein etwa erforderlicher Abbau sowieso planmäßig vorgenommen werden muß.

Da, wo die Dinge sich neu gestalten lassen, sind Ideallösungen verhältnismäßig einfach durchführbar. Unsere ganze Kraft und Energie aber muß sich den Gebäuden zuwenden, die erhalten blieben, in denen die Berliner Bevölkerung ja heute lebt und ein großer Teil der Bevölkerung wird leben müssen. Um Unterlagen für wichtige Entscheidungen zu schaffen, sind Grundlagen-Forschungen / Strukturuntersuchungen / eingeleitet, die einen klaren Spiegel der Gegebenheiten vermitteln sollen.

Teil- oder Totalzerstörungen bieten die Möglichkeit, um Blöcke zu öffnen, zu durchlüften, um der Sonne Zutritt zu den Wohnungen zu geben. Was wir in den Altbaugebieten (bei einem Normalblock mit Vorder-, beiden Seiten- und Hintergebäuden) antreffen, ist, daß von 48 Wohnungen nur 8 Wohnungen Sonne bekommen und nur die Hälfte der Wohnungen durchlüftbar ist. Unterstützende gesetzliche Maßnahmen werden uns zur Hand gegeben werden, um die gröbsten Übel im Laufe der Zeit zu beseitigen.

Die Blöcke sind darauf zu untersuchen, ob sie heute noch vorwiegend dem Wohnen oder gewerblichen Zwecken dienen. Das deswegen, um Entflechtungen (ebenso wie Entkernungen) vornehmen zu können. Grundstücksgrenzen müssen fallen, um zusammenhängende Grünräume schaffen zu können, die

Der Kollektivplan von 1946 innerhalb des Autobahnrings ←B 56

durch die Baulücken erschlossen und miteinander verbunden werden müssen, um neben den Straßen Fuß- und Radfahrwege durch Grünes, Spielplätze usw. zu schaffen. Feststellungen über Zustand und Umfang der evtl. zu beseitigenden Gebäude wird uns die wirtschaftliche Berechtigung zur Änderung geben müssen. Das Ziel ist: ähnliche Lebensverhältnisse in diesen Altbaublöcken zu schaffen wie in Neubaublöcken, – d.h.: grundlegende Forderungen wie z.B. daß mindestens ein Raum jeder Wohnung in 8 Monaten des Jahres besonnt sein muß, durchzusetzen. Es kommt also im Augenblick nicht darauf an, das liebe altvertraute Straßenbild recht schnell wieder hinzuzaubern und deshalb Baulücken auszufüllen, die willkommener Anlaß und Ausgang für grundlegende Verbesserungen werden müssen. – Unser Bemühen muß darauf gerichtet sein, der Familie den Lebensraum zu geben, der ein Leben in der Familie und mit Freunden gestattet. Familie als Grundlage des Lebensbaues.

1/5 aller Familien und Einzelpersonen wohnen noch in Untermiete. – Das Problem der ledigen Frau verlangt eine Lösung, die soziale Gliederung und auch der durch die Stadt bedingte besondere Altersaufbau bedürfen der konstruktiven Lösung.

Auch die materielle Versorgung ist neu zu formulieren, z.B. würden die überbezirklichen Nachteile u.E. zu dezentralisieren sein.

Die Frage der Blockstation für Energieversorgung, gekoppelt mit der Beheizung und der zentralen Waschküche, ist zu prüfen usw.

Die City.

Besondere Aufmerksamkeit bedarf die Wiedererrichtung der City, die nicht nur Mittelpunkt Berlins ist und Berlin zur Stadteinheit macht, sondern darüber hinaus auch den zentralen Gedanken einer Einheit Deutschlands widerspiegeln muß. Und wie es nur eine Zentrale in Deutschland geben kann, kann es in dieser Zentrale nur eine City geben, eine ordnende, in den Weltwirtschaftsraum strahlende Spitze der deutschen Wirtschaftskraft. Hier hat der Städtebau einer ihm gesetzten, von ihm erkannten Aufgabe zu dienen. Dezentralisierung wäre Verzicht und Verfall. Nicht nur den Herren Bezirksbürgermeistern Berlins – für die es heute ein Leichtes ist, den einen oder anderen Teil der City in ihren Bereich anzusiedeln – muß dies klar sein, sondern auch allen Kollegen, die berufen und bereit sind, an der Planung Berlins mitzuarbeiten. Den spaltenden Kräften, die ein Übel der kulturellen Entwicklung des Abendlandes überhaupt darstellen, und die heute in den deutschen Ländern aus Bequemlichkeit, Kurzsichtigkeit oder Opportunität eine Rolle im Politischen spielen, muß die schöpferische Synthese gegenübergestellt werden, die – in diesem Zusammenhang – in der Berliner City, der deutschen City, ihren Ausdruck findet. Der großen und weitausstrahlenden Kraft, die der City innewohnen muß, wünschen wir die innerlich gesunde und äußerlich überzeugende Form zu geben. Sie muß Ausdruck einer natürlichen Wirtschaftsordnung und der denkbar möglichen deutschen Wirtschaftskraft werden.

Standortmäßig sind – wieder – in ihr das Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagswesen, der Papiergroßhandel usw.,

der Export – z.B. auf der Traditionsbasis des Exportblocks Ritterstraße –, die Konfektion und Bekleidungswirtschaft, das Versicherungswesen, die Großbank, der Großhandel, der Film usw. unterzubringen. Ebenso gehören in die City die großzügigen, überbezirklichen Einkaufshäuser, repräsentative Einkaufsstraßen, die Theater mit Weltgeltung, das Musikwesen, Museen und die Vertretungen der industriellen Unternehmungen Deutschlands. Daneben stehen die Verwaltungen der Stadt, des Staates und die Verwaltungen der großen deutschen Unternehmen wie Reichsbahn, Post usw. Spezielle Einrichtungen der Post und der Reichsbahn sind ihr dienend einzuordnen.

Die blockweise Zusammenfassung der Sparten ordnet sich in das Netz der Schnellverkehrsstraßen. Die Folge der Blöcke bildet zwischen den Grünzügen an der Spree und auf den südlichen Höhen das Rückgrat der Stadt. Dem muß sichtbar Ausdruck gegeben werden als Mittelpunkt und Kraftquell des neuen Berlins als Stadt der Arbeit. Die City hat die Aufgaben der Produktion und der Vermittlung, die Aufgaben des bestens organisierten Arbeitsplatzes und des möglichst reizvollen Schaufensters zu erfüllen. Des „Schaufensters" in breitestem Sinne. Ausstellungsraum, Vorführhäuser, offenen und intimen Charakters, Uraufführungstheater, Treffpunkt und Konferenzsaal usw. Daraus resultiert eine reiche Skala der Bauwerke vom Typenbau bis zum raffinierten Sondergebäude. Und in der Rhythmik der Formgebungen, in die Maßverschiedenheit der Baumassen, durchsetzt mit Erholungs- und repräsentativen Grünflächen, liegt der Reiz, den die neue City vermitteln wird.

Die Grundvoraussetzung für den Erfolg ist die Konzentration des Angebotes.

Grünplanungen.

Um der Stadt zusammenhängende Grünflächen zu geben, sind heute die Voraussetzungen vorhanden. Ausgang sind einmal die Waldgebiete im Nordwesten, Südwesten und Osten der Stadt, zum andern die bereits bei den Straßen erwähnte Herausarbeitung des Urstromtals durch breite Bepflanzungen, die der Spree und den Höhenrändern im Norden und Süden der Stadt folgen. Gewünschte Querverbindungen sind maßstäblich zu distanzieren. Die Panke soll – ein Sonderbeispiel – zum Auslaufpark in den Norden ausgestaltet werden.

Grundsatz bei all diesen Maßnahmen muß die Schaffung von Kulturlandschaften sein, die in gleichem Maße der Ernährung und der Erholung dienen. Als Sonderbeispiel sei der geplante Ausbau des Tegeler Fließes genannt. Naturschutzgebiete sind einzuflechten. Die Nutzung geschieht durch Gartenkulturen unter Verwendung der Gärtnersiedlungen. Die Gärtnersiedlungen geben die Möglichkeit, einen Teil der Bevölkerung, der vorläufig produktiv nicht eingesetzt werden kann, teilproduktiv durch landwirtschaftliche Arbeit einzubinden. Sie verbinden beruflich geführte Hauptgärtnereien mit Einzelparzellen, die vorläufig ebenfalls gemeinschaftlich bewirtschaftet werden. Die gemeinschaftliche Bewirtschaftung ist eine Notmaßnahme, langsame Wandlung, schließlich endgültige Auflösung in Einzelparzellen ist das Ziel, die Voraussetzung hierzu: die Möglichkeit, die Siedler wieder in der Wirtschaft zu beschäftigen. Die Lage der Gärtnersiedlungen zu den Produktionsstandorten, das heißt, die wachsende Entfernung zwischen beiden, bestimmen die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten.

Im Zusammenhang hiermit ein Wort über die Müllverwendung als Mittel der Bodenverbesserung: 1943 wurden 650.000 to Müll aus Berlin herausgeführt. Das bedeutet, daß es sich bei der Lösung in der Hauptsache um ein Transportproblem handelt, die Aufbereitung des Mülls also – sei es durch Lagern, sei es durch Spezialaufbereitungsanlagen – möglichst im Anschluß an die Anfallsgebiete zu lösen ist. In Verbindung mit Berieselung durch geklärte Abwässer. Anfänglich dient der Müll zur Bodenverbesserung, später – jährlich – zur Bodenauffrischung. Die Abwässerwirtschaft ist gleichfalls umzustellen, und es sind bei Verwendung bestehender Rieselfelder als Kulturgelände teils die Rieselfelder weiter nach außen zu verlegen, teils sind Klärwerke einzuschalten. Das Oberflächenwasser in den Siedlungen wird nicht kanalisiert werden dürfen.

Soziologie.

Ein weiteres Moment bei der Erarbeitung der Wirtschaftsstruktur und der Gestaltgabe Berlins bilden sozialpolitische Maßnahmen, um den Arbeitswillen und die Arbeitskraft zu wecken und zu erhalten. Auf solche Maßnahmen wurde schon im Abschnitt „Wohnen und Arbeiten" hingewiesen. Sie sind – baulich – vorzugsweise den einzelnen Wohngebieten einzufügen. Die Altersheime spielen dabei insofern eine wichtige Rolle, alle Vorgänge und Zustände, die sich aus der Tatsache des Zusammenlebens, d.h. aus der gesellschaftlichen Verbundenheit der Menschen ergeben, um übersehbaren Lebensraum geschlossen zur Darstellung, damit zur Auswirkung zu bringen. Auch die Einordnung kultureller Sachgebiete, z.B. das Einstreuen das Leben unmittelbar beeinflussender musealer Bezirke in die aufgegliederten Wohngebiete spielt hier eine Rolle. Desgleichen die Forschungsstätten, von denen bereits die Rede war. Alles von der Vorstellung getragen, daß die Umwelt, das Milieu, entscheidend die Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Gebilde beeinflußt, und daß die Güte dieser gesellschaftlichen Gebilde die Wirksamkeit der Produktionskraft Berlins unterstützt. Alle Erkenntnisse der Forscher über Karl Marx bis zu den Soziologen unserer Zeit müssen die Stadt gestalten helfen.

Die „Soziologie" hat mitzuwirken an der Aufgabe, die erstrebenswerte Bevölkerungs- und Berufsstruktur Berlins im Laufe der Jahre zu erzeugen, um Berlin auch von der Seite des Mencheneinsatzes nicht nur zum lebensfähigen, sondern darüber hinaus zum bestfunktionierenden Organismus zu machen.

Architektur, Typisierung, Normierung.

Wir wissen, daß auch die Gestaltung der Bauten, die Architektur von sozialpsychologischer Auswirkung ist. Der Nationalsozialismus bediente sich dieser Tatsache und verlangte z.B. bei der Lösung der Wohnbauten die repräsentative Formgebung, um die Bedeutungslosigkeit des Individuums, der einzelnen Familie gegenüber dem Primat der staatlichen Einheit zum Ausdruck zu bringen. Wir meinen, daß der Wohnung, der Hülle der Familie, auch in der Summierung der Eigenwert zu belassen sei, und daß die Häufung der Wohnungen von der Einzelwohnung her rhythmisch zu beeindrucken ist. Ähnliche Erwägungen setzen sowohl der Typisierung Grenzen, die bei der Vereinheitlichung der Enderzeugnisse durchaus verschiedenartige sachliche Erfordernisse und auch Geschmacksrichtungen zu beachten hat, als auch der Normierung. Die Vereinheitlichung der Einzelteile ist m.E. abzustimmen mit der Produktionskapazität. D.h. die natürliche Grenze wirtschaftlicher Gestaltung ist auch die Grenze der Produktionsauflage. Sonst würde das Leben mit den dem Leben eigenen Möglichkeiten zugunsten einer Bürokratisierung vergewaltigt. Die Normierung ist eben nicht als Ding an sich zu betrachten, als Zwang vom grünen Tisch her. Wir wollen nirgends das starre Dogma, sondern eine Rationalisierung, die die natürlichen Gegebenheiten des Lebens widerspiegelt.

Und noch ein Wort zur Architektur: Noch geistert Nazitum – das zeigen fast alle vorgelegten Entwürfe – durch die Schöpfungen der Architekten. Neben dem Repräsentativen ist es die Herausarbeitung rein optischer Eindrücke – so wie einst dynastische oder auch kirchliche Dokumentationen oder Ansprü-

che zur Schau gestellt wurden –, die die Bauwerke als Silhouette oder als plastische Gebilde nur mit dem Auge erleben lassen. Das ist der Weg, die historischen Bauten und Stätten wieder in eine erfreuliche Relation zu uns zu bringen. Anders da, wo wir von Grund auf Neues schaffen können. Da verlangen wir die volle Gegenwart. Da wollen wir nicht nur mit dem Auge bestaunen, abtasten, sondern mit dem Körper Besitz ergreifen. Die Plastik zeigt ähnliche Tendenzen. Auch sie gibt sich heute wieder – in einer neuen Unmittelbarkeit – den Blicken und der Hand zurück.

Wir kennen solche Werke von Gaul, Mataré, Marc, Moll, die dies aussagen. Die neuen Bauwerke aber können wir begehen, in der Bewegung erobern – es ist auch der Schritt vom Photo zum Film, der darin zum Ausdruck kommt. Aber nicht in dem rationellen Sinne sollen sie begehbar sein, so daß sie Straßen verbreitern und mit Hilfe von Terrassen höhere Ausnutzung durch Vervielfachung der Schaufensterflächen geben – selbstverständlich ist auch das möglich und oft und gern vorgeschlagen –, sie sollen vom Irrationalen her neue Möglichkeiten des Ertastens und Erlebens geben, sie eben unmittelbar in unsere Handlungen einbeziehen.

Grundsätzliches.

Das grundsätzliche Problem, das die Gemüter der Städtebauer seit langem bewegt, ist niedergelegt in Forderungen wie: Beschränkung der Großstadt, Atomisierung der Großstadt, ihre Auflösung in leistungsfähige Mittel- und Kleinstädte im Ausmaß zwischen 25.000 und 100.000 Einwohnern. Forderungen, die ihren Grund darin haben, daß das Großstadtproblem nicht lösbar sei, oder daß die Großstadt ein überholtes Gebilde sei, keine Kräfte hervorbringe, sondern nur Kräfte verschleiße. Aber die Großstadt ist nicht überholt, sie ist einer wahren Lösung noch gar nicht zugeführt. Lösungen von einzelnen Motiven her klingen an, wenn wir z.B. Prag als eine Stadtlandschaft erleben, Paris als einen Salon der Welt, New-York als Ausdruck der Macht, der Technik und des Geldes, und in Rom die Beständigkeit im ewigen Wandel wahrnehmen, oder auch London als eine Summe geistiger Tradition betrachten, die Vorbild für das britische Weltreich sind. Eines ist klar: kulturpolitisch haben – aus welchen Voraussetzungen auch immer – diese Städte ungeheuer stark in den Raum, den wir Welt nennen, ausgestrahlt. Und mit Hilfe dieser kulturpolitischen Ausstrahlungen macht- oder wirtschaftspolitische Aufgaben erfüllt. Diese polhafte Wechselwirkung Großraum – Großstadt wird man aus der Welt nicht fortdenken können und auch die Wirkung dieser Konzentrationspunkte aufeinander nicht ungestraft stören dürfen. Eine wirkliche Großmacht von Rang ist ohne große Stadt überhaupt nicht denkbar. Sprachen wir von einem Wohnreiz, der den einzelnen Wohngebieten gegeben werden muß, so dürfen wir von einem Stadtreiz sprechen, der den Großstädten anhaftet und der in dem großen Spiel des Nehmens und Gebens Spannung erzeugt. Neben dem in den übrigen Ausführungen vorwiegend zum Ausdruck gekommenen Rationellen tritt hier das Irrationelle. Erst aus beiden erwächst ein Ganzes, das das Abgleiten ins Mechanistische verhütet. Beides vereint – das wollen wir als Aufgabe sehen – wird in der Lösung „Die neue Stadt“ gefunden werden.

Die Großstadt, als von Menschen erzeugtes Gebilde, bekommt wie alle solche Gebilde Eigenleben und Herrschaft über den Menschen. Es ist nicht nur die Abschnürung der Muttererde durch Asphalt und Beton, die eine andere Beziehung des Menschen zur Natur erzeugt, es ist (z.B.) auch das Verwischen der Gezeiten, das die Großstadt brachte, das Verwischen des Gegensatzes zwischen Fruchtbarkeit und reger Tätigkeit im Sommer und des Ausholens und Kräfteholens im Winter, wie sie der Landbewohner erlebt und mitlebt. Ja, es ist das Verwischen von Tag und Nacht, zu dem sich die Großstadt, wie es noch in unser aller Gedenken steht, anschickte.

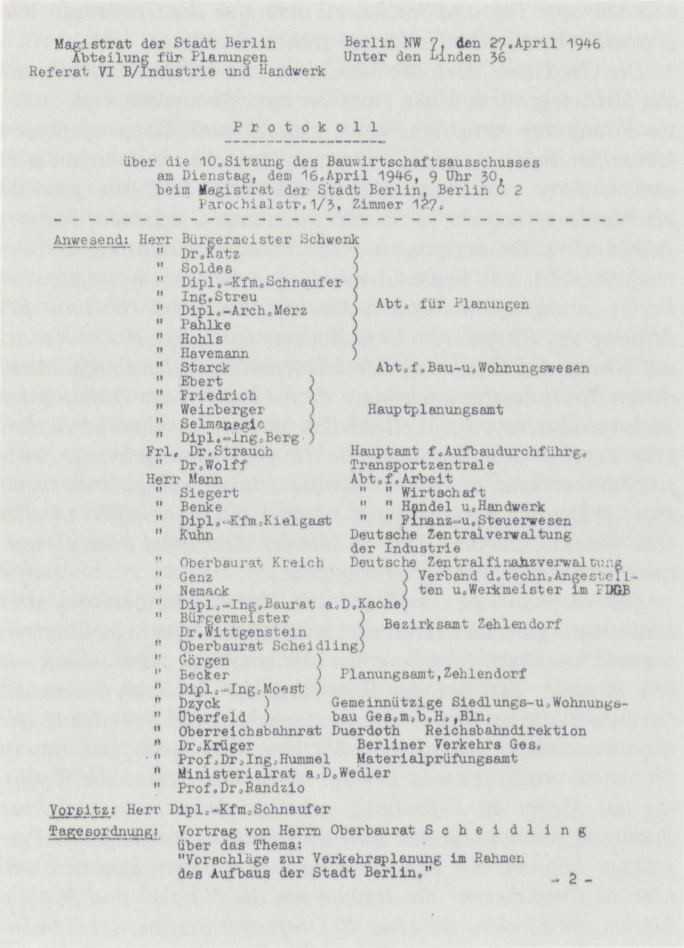
Die Großstadt trieb die Menschen unermüdlich an, in weitaus überwiegendem Maße zwar nur zur „Betriebsamkeit“, aber sie zwang ihr naturfeindliches Zeiten- und Tempomaß den Menschen auf; sie zog die aktivsten Menschen weither an sich und forderte von ihnen Unermüdlichkeit. In Berlin geschah die Wandlung von der kleinen Residenz zur Großstadt in einem Jahrhundert. Sie begann etwa 1830 nach Aufrichtung der Gewerbefreiheit, mit Beginn der Industrie. Seitdem wandelte sich Berlin sprunghaft mehrmals. Erreichte im Jahre 1880 mit Eröffnung des Ringes den 5 km-Radius, 1895 den 30 km-Radius auf Grund der Eröffnung der Vorortbahnen, der Radiallinien, denen die Industrie nachfolgte. Dann begann der Aufstieg der Elektroindustrie, die vornehmlich das letzte Gesicht Berlins prägte. Aber das Phänomen ist die Ballung ungeheurer wirtschaftlicher und politischer Kräfte, die gewaltige Industrien trotz fehlender Rohstoffbasis schufen. (Krisen ließen an diesem Gebilde, das mit 38 % in Handel, Transport und Verwaltung beschäftigt war, oft verzweifeln.)

Die mechanische Auflockerung durch Bombenkrieg und Endkampf gibt uns jetzt die Möglichkeit einer großzügigen organischen und funktionellen Erneuerung. Aber seien wir uns bewußt, daß bei der Schaffung der Struktur der neuen Großstadt die geistige Voraussetzung dieselbe Bedeutung wie die Anwendung technischer Mittel haben muß. Uns dessen immer zu entsinnen und bewußt zu bleiben, diene die Kenntnis des Maßes an Erfindung, geistiger Arbeit und seelischer Spannung, die wir aus den Kulturwerken der Vergangenheit gewinnen können. Als Bereicherung und Ansporn sind neu und klar zu formulieren: die Räume um die Nikolai- und Marienkirche, die Linden, die etwa 40 Dorfanger Berlins, der Gendarmenmarkt, die Schloßstraße in Charlottenburg, die Breitestr. in Spandau, aber auch der Kurfürstendamm, die Leipziger Straße usw., Räume und Baulichkeiten, die uns Heimat bedeuten und die die Identität Mensch – Gegenstand, Denken und Sein spiegeln. (Wir nennen diese Gruppen Kultur-Morphologie.) Wir müssen aus den natürlichen Gegebenheiten, aus den sozialen Bedingungen und aus den menschlichen Unterlagen die „Neue Stadt“ bauen. In ihren Elementen zunächst, denn wir wissen noch nicht, in welchem Ausmaße im einzelnen wir sie verwenden und einsetzen dürfen. Das hängt davon ab, was zu errichten uns gestattet sein wird. Bleiben wir die Verwaltungszentrale, können wir wieder der Wirtschaft die Führungsvorteile des Staates und der großen staatlichen Einrichtungen wie Eisenbahn und Post vermitteln, werden wir wieder die Finanzzentrale, und gelingt es uns, Berlin in den Produktionsprozeß Deutschlands im gewünschten Ausmaße wieder einzubinden? Das sind Fragen, die zunächst offen bleiben.

Herr Schnaufer dankt Herrn Prof. Scharoun für seinen interessanten Vortrag, der – abgesehen von den Ausführungen grundlegender Art – auch bereits detaillierte Einzelheiten über den Neuaufbau und die künftige Gestaltung Berlins gegeben hat, die Ausgangspunkt für die nachfolgende Diskussion sein können. Zuvor bittet er jedoch darum, zur Ergänzung des Vortrages die aushängenden Karten nach Möglichkeit näher zu erläutern.

Herr Prof. Scharoun bemerkt hierzu, daß die anwesenden Herren des Hauptplanungsamtes in der Lage seien, den Mitgliedern des BWA die gewünschten Erklärungen zu den Zeichnungen zu geben. Er selbst sei infolge dringender anderweitiger Inanspruchnahme leider verhindert, an den weiteren Beratungen teilzunehmen.

Herr Friedrich erläutert eingehend einige Karten und Skizzen.


Magistrat der Stadt Berlin
Abteilung für Planungen
Referat VI B/Industrie und Handwerk

Berlin NW 7, den 27.April 1946
Unter den Linden 36

Protokoll

über die 10.Sitzung des Bauwirtschaftsausschusses
am Dienstag, dem 16.April 1946, 9 Uhr 30,
beim Magistrat der Stadt Berlin, Berlin C 2
Parochialstr.1/3, Zimmer 127.

Anwesend: Herr Bürgermeister Schwenk
" Dr.Katz, " Soldes, " Dipl.-Kfm.Schnaufer, " Ing.Streu, " Dipl.-Arch.Merz, " Pahlke, " Hohls, " Havemann — Abt. für Planungen
" Starck — Abt.f.Bau-u.Wohnungswesen
" Ebert, " Friedrich, " Weinberger, " Selmanagic, " Dipl.-Ing.Berg — Hauptplanungsamt
Frl. Dr.Strauch — Hauptamt f.Aufbaudurchführg.
" Dr.Wolff — Transportzentrale
Herr Mann — Abt.f.Arbeit
" Siegert — " " Wirtschaft
" Benke — " " Handel u.Handwerk
" Dipl.-Kfm.Kielgast — " " Finanz-u.Steuerwesen
" Kuhn — Deutsche Zentralverwaltung der Industrie
" Oberbaurat Kreich — Deutsche Zentralfinanzverwaltung
" Genz, " Nemack, " Dipl.-Ing.Baurat a.D.Kache — Verband d.techn.Angestellten u.Werkmeister im FDGB
" Bürgermeister Dr.Wittgenstein, " Oberbaurat Scheidling — Bezirksamt Zehlendorf
" Görgen, " Becker, " Dipl.-Ing.Moest — Planungsamt,Zehlendorf
" Dzyck, " Überfeld — Gemeinnützige Siedlungs-u.Wohnungsbau Ges.m.b.H.,Bln.
" Oberreichsbahnrat Duerdoth — Reichsbahndirektion
" Dr.Krüger — Berliner Verkehrs Ges.
" Prof.Dr.Ing.Hummel — Materialprüfungsamt
" Ministerialrat a.D.Wedler
" Prof.Dr.Randzio

Vorsitz: Herr Dipl.-Kfm.Schnaufer

Tagesordnung: Vortrag von Herrn Oberbaurat S c h e i d l i n g
über das Thema:
"Vorschläge zur Verkehrsplanung im Rahmen des Aufbaus der Stadt Berlin."

- 2 -

Heinz Scheidling: Vorschläge zur Verkehrsplanung im Rahmen des Aufbaus von Berlin

Unsere Vorschläge beschränken sich im wesentlichen auf die Lösung des Verkehrs. Wir sehen in dieser Beschränkung eine Notwendigkeit, weil uns für eine Planung des Wiederaufbaues der Stadt Berlin die Voraussetzungen, wie sie nur ein exakter Schadensplan geben kann, seinerzeit fehlten und weil wir der Ansicht sind, daß die Lösung des Verkehrsproblems die erste Voraussetzung des Wiederaufbaus ist. Prof. Scharoun sprach in seinem Vortrag vor 14 Tagen davon, daß man nicht nur von einzelnen Problemen aus den Wiederaufbau anpacken könnte, wie z.B. dem Verkehr, der nur eine Begleiterscheinung sei, sondern daß man an diese Probleme umfassend herangehen müßte. Vielleicht ist es den Teilnehmern in Erinnerung, daß trotzdem auch Prof. Scharoun den Hauptteil seiner Ausführungen auf die Verkehrsfragen richtete und daß auch bei der anschließenden Diskussion fast jeder der Sprecher immer wieder auf dieses Thema zurückkam, wobei allerdings nur ein Teil des Verkehrs, nämlich der auf der Straße und die Straße selbst zu Worte kam. Wie viel weitgehender wäre das Verkehrsthema behandelt worden, wenn alle Verkehrseinrichtungen wie Fernbahnen, Schnellbahnen, Nahverkehrsmittel und die Wasserwege, abgesehen vom Flugverkehr, durchgesprochen worden wären. Wir wollen Prof. Scharoun hier nicht mißverstehen, um mit unserer Behauptung rechtzuhaben, daß der Verkehr keine Begleiterscheinung ist; gewiß muß der Städtebauer mehr sein als ein Verkehrsplaner. Wenn wir aber heute an die uns gestellten Aufgaben herangehen wollen, dann gibt es nichts Näherliegendes, als sich mit den Verkehrsfragen für Menschen und Güter, nicht zuletzt für die letzteren, zu beschäftigen. Wir werden diese Schwierigkeiten zuerst meistern müssen, ohne alles andere, was den Städtebauer bei seiner Arbeit angeht, zu vergessen. Wenn Prof. Scharoun davon ausgeht, daß er ein Zentrum der Arbeit gleich einem breiten Gürtel in die Stadt verlegen will, um dadurch zu erreichen, daß die arbeitende Bevölkerung aus den diesem Gürtel vorgelagerten Wohngebieten ihre Arbeitsplätze in längstens 1/2 Wegstunde erreichen kann, so ist dieses nichts anderes als ein Verkehrsproblem. Ob es allerdings mit dem gemachten Vorschlag zu lösen ist, das werden Ihnen unsere Ausführungen zu bedenken geben. Wir gehen davon aus, daß die Wahl des Arbeitsplatzes nicht von dem noch zumutbaren Fußweg des Arbeitenden abhängen darf, sondern daß moderne Verkehrsmittel in einem möglichst fein gegliederten Verkehrsnetz jedem Arbeitenden freie Wahl seines Arbeitsplatzes und seiner Wohnstätte ermöglichen müssen, aber andererseits, was noch wichtiger ist, daß dieses Verkehrsnetz dem Städtebauplaner völlig freie Hand läßt in der Bestimmung von Arbeitsstätten und Wohnflächen.

Es kommt für uns daher darauf an, zunächst zu untersuchen, inwieweit die vorhandenen Verkehrsmittel des wiedererstandenen Berlins ausreichen, wo sie dieses nicht tun und wo sie veränderungs- oder erweiterungsbedürftig sind in Verbindung mit der neuen Stadtplanung.

„In den Grenzen der Möglichkeit" hieß das Kennwort eines preisgekrönten Entwurfs aus dem Wettbewerb Groß-Berlin von 1910.

Wenn dieser Grundsatz schon in der reichen Zeit vor dem ersten Weltkriege seine Berechtigung hatte, so gilt er heute in höchstem Maße. Er fordert einerseits allergrößte Sparsamkeit und Beschränkung, er fordert aber auch andererseits die Möglichkeiten, die durch die Zerstörung Berlins sich aufgetan haben, so weitgehend wie möglich auszunützen.

Unsere Vorschläge umfassen folgende Verkehrsarten:
1.) Wasserstraßen,
2.) Fernbahnen,
3.) Stadtschnell- u. Schnellstraßenbahnen,
4.) Hauptverkehrsstraßen.

Trotz der Wichtigkeit der einzelnen Punkte und der Ausführlichkeit, in der sie dargestellt werden, beschränken wir uns hier auf die genauere Erläuterung des Verkehrsstraßennetzes:

1. Das System der Verkehrsstraßen
Straßen.

Auch hier beschränkt sich unsere Planung auf das Motto des Wettbewerbs von 1910, d.h. auf die Grenzen des Möglichen, allerdings unter Beachtung der Möglichkeiten, die uns das Schicksal durch die Zerstörung Berlins in den Schoß gelegt hat.

Die vorhandenen großen Ausfall- und Verbindungsstraßen werden möglichst im Zuge vorhandener Straßen geführt, andererseits wird ein großzügiges, neuartiges Kreuz von Stadtdurchquerungen unter Ausnutzung der Zerstörungen geplant.

Ausgehend von dem Gedanken, daß die vorhandenen städtischen Straßen schon wegen ihres Wertes, der in den vorhandenen Leitungen und ihren Verkehrsanlagen investiert ist, erhalten werden müssen, schien es nicht zweckmäßig, grundlegende Veränderungen an der Gestalt der Innenstadt vorzunehmen. Auch die Straßenwände, soweit sie noch völlig erhalten oder als Brandruinen noch verwendbar sind, bestärken unsere Absicht, möglichst nur dort zu verändern, wo es uns die Zerstörungen gestatten.

Was das System der Verkehrsstraßen angeht, so ergibt sich aus dem Vorhergesagten, daß grundlegende Änderungen des bestehenden Straßennetzes, das im wesentlichen aus Radial- und Ring-Straßen besteht, nicht vorgeschlagen wird. Ein Blick auf den Plan zeigt, daß dieses Radial- und Ringsystem nicht schematisch angewendet und keinem Dogma unterworfen ist. Es wurde Wert auf flüssig durchgehende Straßenzüge gelegt

Der Zehlendorfer Plan, wie er am 16.4.1946 vorgestellt wird. Die vier großen Punkte stellen die Hauptbahnhöfe entlang der gebündelten Fernbahnstrecken dar: Bahnhof Charlottenburg, Zoo, Friedrichstraße und Ostbahnhof ←B 57

und darauf, daß die Ringlinien oft Teile der Radialstraßen und umgekehrt diese Teile die Ringlinien benutzen. Wir sprechen deshalb auch ungern von Ringlinien und wählen den richtigeren Ausdruck: „Verteilungsgürtel“; diese Straßen haben ja die Aufgabe, neben der Verbindung der einzelnen Stadtteile die Verteilung des Verkehrs von den Ausfallstraßen auf die Stadtteile früher oder später zu bewirken und sie müssen nur deshalb ringartig geschlossen sein, damit die klare Übersicht für den fremden Fahrer gewahrt bleibt und die Verteilung reibungslos vor sich geht.

2. **Die Stadtdurchquerungen**

Die Forderung der Übersichtlichkeit und des leichteren Verständnisses des Straßennetzes für den ortsfremden Fahrer leitet über zur Besprechung des Kernstücks der Planung, zu den Stadtdurchquerungen. Auch hier wählen wir mit Absicht diesen Ausdruck und sprechen nicht von „Achsen“, denn wir wollen keine Repräsentationsstraßen, sondern flüssige Verkehrsverbindungen, die wahrscheinlich auch größere künstlerische Wirkungen ermöglichen werden als starre Achsen. Wir sind der Ansicht, daß die Durchquerungsstraße zwar die Innenstadt berühren, sie aber nicht durchschneiden soll. Die Lösung dieses Problems wurde versucht in der altbewährten Form des Straßenkreuzes gemäß den in der Plansignatur dargestellten „weißen Straßen“.

Die Ost-West-Durchquerung

Die Eisenbahnplanung schlägt die ausschließliche Führung des Fernpersonenverkehrs über die Stadtbahn vor. Es liegt nun nahe, die Führung der ostwestlichen Stadtdurchquerung parallel diesem großen Verkehrsband zu schaffen, das dann aus Eisenbahn, Straße und Wasserweg besteht. Dieses Band faßt den Ost-West-Verkehr durch Berlin flüssig zusammen und befreit andere Stadtteile von seinen Begleiterscheinungen und bietet die Möglichkeit wechselseitiger Ergänzung der drei Verkehrsmittel Eisenbahn, Straße und Wasserweg.

Außerdem hat es den großen Vorteil, daß der Reisende nicht durch häßliche Hinterhöfe in die Stadt einfährt, sondern einen würdigen Eindruck von ihr erhält. Weiter gibt diese Stadtdurchquerung die Möglichkeit, endlich die vielbeklagte Durchschneidung des Tiergartens durch eine Hauptverkehrsstraße zu beseitigen. Es wird nun möglich sein, bei der Wiederherstellung dieser zerstörten „Lunge“ Berlins einen wirklichen Garten zu schaffen, der vom Verkehr zwar berührt, aber nicht durchschnitten wird.

Die einstige Ost-West-Achse vom Bahnhof Tiergarten bis Brandenburger Tor wäre damit zwar in ihrer bisherigen Bedeutung hinfällig geworden, und es bleibt offen, welche Bedeutung sie bekommen soll. Angeregt wird, sie als Korso und Aufmarschbahn für repräsentative Veranstaltungen und Kundgebungen zu verwenden, besonders im Hinblick darauf, daß sich an der Stelle des ehemaligen Königsplatzes zwischen dem Reichstag und dem neuen Russischen Ehrenmal eine Versammlungsfläche ergibt, die gegenüber dem Lustgarten zweifellos großzügiger und für den An- und Abmarsch der Massen verkehrlich günstiger liegt als eine Konzentration im Bereich der Innenstadt.

Die Durchführung der Ost-West-Straße stößt im Zuge der Stadtbahn auf keine nennenswerten Schwierigkeiten, da sie durch vollständig zerstörtes Gebiet führt.

Die Straße erfaßt teils unmittelbar, teils durch direkte Verbindung vermittels „roter Straße" die großen Bahnhöfe des Eisenbahnbandes, sie erfaßt u.a. die Verkehrszentren, das Knie, die neue Markthalle und den Alexanderplatz und leitet über in die Reichsstraße nach Frankfurt/Oder und betont damit die in der Zukunft zweifellos hochbedeutende Neigung Berlins nach Osten hin, betont die Bedeutung Berlins als Umschlagplatz von Ost nach West.

Die Nord-Süd-Durchquerung

Die nordsüdliche „weiße Straße" geht im Süden aus von der wichtigen Reichsstraße 1 (Schloßstraße, Rheinstraße), und der später zu besprechende „äußere Verteilungsgürtel" ist so gelegt, daß auch von den zwei weiteren bedeutenden südlichen Ausfallstraßen von Dresden und Halle eine klare und der Richtung nach zügige Verbindung zur „weißen Straße" entsteht. Deshalb ist auch in Tempelhof eine neue Führung der erwähnten Ausfallstraße gesucht, die klar nach Westen zur weißen Straße hin weist. An geeigneter Stelle geht die weiße Straße auf den Bahnkörper der beseitigten Eisenbahn zum Potsdamer Bahnhof über, führt über den neugestalteten Potsdamer Platz am Brandenburger Tor vorbei und kreuzt in der Nähe des neuen Bahnhofs Friedrichstraße die ostwestliche „weiße Straße", sie berührt also wiederum die Innenstadt, ohne sie zu durchschneiden. Im Norden wird eine neue Führung über Gartenstraße zum nördlichen äußeren Verteilungs-Gürtel angestrebt. Hier wird bewußt ein Teil des Gürtels für die Ausfallstraße benützt, um dem Fahrer klar zu machen, daß die relativ weniger bedeutende Reichsstraße nach Neustrelitz nicht unbedingt die Fortsetzung der weißen Straße ist.

3. Die Geschäftsader

Die Verkehrsplanung der Berliner Innenstadt wäre unvollständig, wenn nicht die Verbindung des Westens zum Stadtkern vorgesehen wäre. Mit allen anderen Teilen der Stadt ist die Innenstadt gut verbunden, im Westen fehlt diese Verbindung, und zwar speziell die Verbindung vom Kurfürstendamm –Tauentzienstraße zur Leipziger Straße, die heute nur über alle möglichen Winkel und Ecken schließlich möglich ist. Nun bietet die fast restlose Zerstörung des Tiergartenviertels die ausgezeichnete Gelegenheit, die Budapester Straße fast geradlinig bis zum Leipziger Platz zu verlängern. Da nun die Leipziger Straße wohl kaum wird erweitert werden können, muß noch eine Parallele zu ihr gesucht werden, die sich zwanglos in der Prinz-Albrecht-Zimmerstraße findet und durch völlig zerstörtes Gelände bis zur Jannowitzbrücke geführt werden kann. Dieser Zug der „gelben Straße" wird sich als die große Geschäftsader Berlins entwickeln können. Ihr Mittelstück zwischen Budapester Straße und Leipziger Platz wird dabei von ganz besonderem Reiz sein, indem auf der einen Seite der Straße sich die Geschäftsbauten, auf der anderen der freie Tiergarten finden wird. Es liegt auf der Hand, daß sich hier mit leichtesten Mitteln eine Straße schaffen lassen wird, die etwas wie ein Wahrzeichen des neuen Berlin werden kann. Wir gehen soweit, vorzuschlagen, man möge mit dieser Straße geradezu den Wiederaufbau Berlins beginnen, wobei die geeignete Gestaltung der Grundrisse es ermöglichen wird, an der Straße zunächst Wohnbauten zu errichten, die späterhin nach Bedarf durch kleine Veränderungen zu Geschäftsbauten gemacht werden können. Eine Untersuchung der gelben Straße im einzelnen ergab, daß am Potsdamer Platz die Einmündungen der Potsdamer und Stresemannstraße verschwinden können, so daß eine einfache Kreuzung entsteht und eines der bösesten Verkehrsprobleme von Berlin klar gelöst wird.

4. Die City

Das ganze besprochene Kernstück des Verkehrsplanes ist im Maßstabe 1:4.000 untersucht und seine Durchführungsmöglichkeit erwiesen worden. Besonders durchgearbeitet wurde im großen Maßstabe das Kreuz der „weißen Straße" mit seinem Anschluß an den Bahnhof Friedrichstraße. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß sich diese Kreuzung durch einen großen Kreisverkehr lösen läßt. Betrachtet man weiter den Plan des Stadtkernes, so erweist es sich als besonderer Vorteil, daß in das Kreuz der historischen Straßen „Unter den Linden" und „Friedrichstraße", die „graue Straße", der Verkehr nicht mehr hineingezwängt wird. Diese Straßen können sich nun zu verhältnismäßig ruhigen Repräsentations- und Feierstraßen entwickeln; die Friedrichstraße kann weiter Geschäftsstraße bleiben. So dient unsere Planung, die grundsätzlich nur vom Verkehr ausging, auch der klaren funktionellen und baulichen Gestaltung des Stadtkerns.

5. Die Hauptverkehrsstraßen

Die roten Straßen:

Wir gingen aus von dem Autobahnring um Berlin und verfolgten die von jeder Auffahrt ausgehenden Straßen. Innerhalb der Stadtgrenze Berlins, wo die Bebauung in der Peripherierichtung zusammenzufließen beginnt, wird es nötig, die Möglichkeit einer Verteilung des Verkehrs zu schaffen, gleichzeitig, wie schon erwähnt, eine klare Verbindung der Außengebiete der Stadt untereinander zu bringen.

So entsteht der „äußere Verteilungsgürtel" mit einem Durchmesser von rd. 20 km, an den eine ganze Reihe wertvoller neuer Wohngebiete angeschlossen werden kann, ein zweiter „mittlerer" und ein „innerer" Verteilungsgürtel, der zum größten Teile schon vorhanden ist.

Die Ausfallstraßen im einzelnen zu besprechen, wird sich erübrigen; wir wiederholen, daß grundsätzlich alle Zubringer zu allen Ausfahrten des Autobahnringes als „rote Straßen" herausgehoben sind. Außer diesen Ausfallstraßen und den Verbindungsgürteln sind noch fünf wichtige Straßenzüge als „rote Straßen" erklärt:

1.) *Die Verbindung der Reichsstraße 2 und damit des großen geplanten Neusiedlungsgebietes Gatow-Kladow mit Spandau, wobei der Stadtkern von Spandau in Form einer dicht am Kern vorbeiführenden Sammeltangente durch den Askanierring umgangen ist.*
2.) *Die wichtige Diagonallinie vom Reichskanzlerplatz nach Spandau, wobei einer alten Planung folgend die Ruhlebener Straße schon südlich der Bahnlinie über die Havel geführt wird.*
3.) *Die vorhandene Verbindung Flugplatz Johannisthal, Oberschöneweide, Karlshorst, Frankfurter Allee bei Friedrichsfelde.*
4.) *Die Köpenicker Straße – Treptower Park – Köpenicker Landstraße bis zum äußeren Gürtel als südöstliche Fortsetzung der „gelben Straße".*
5.) *Die Berliner Straße in Tempelhof als hochwichtiger Anschluß des Zentralflughafens an den mittleren und inneren Verbindungsgürtel und damit an das Gesamtstraßennetz.*

Die Planung von Verkehrsstraßen zweiter Ordnung, die dieses Netz der roten Straßen ergänzt, ist in der Planung zwar ersichtlich, aber nicht mehr besonders hervorgehoben.

6. Verkehrsnetz und Grünplanung

Überblickt man noch einmal die Planung der Verkehrsstraßen, so zeigt sich folgendes Ergebnis der angestellten Untersuchung:

Es ist möglich, unter weitestgehender Schonung der noch vorhandenen Substanz ein Verkehrsnetz zu schaffen, das erstens allen verkehrstechnischen Anforderungen genügt, das zweitens durch seine einprägsame Klarheit ein leicht verständliches Gestaltbild der Stadt ergibt und überall die verschieden-

Der Zehlendorfer Plan (1:100.000), wie er in der Abteilung D der Ausstellung „Berlin plant“ ausgestellt wurde ←B 58

artigsten Gelegenheiten für städtebaukünstlerische Gestaltung bietet und das drittens eben wegen der geübten Schonung und Verwendung des Vorhandenen eine Durchführung in Teilstükken zuläßt, ohne daß lange Zeit der Eindruck eines unfertigen Torso entsteht, eine Gefahr, die stets bei zu großzügigen Lösungen nicht von der Hand zu weisen ist; viertens ist mit der vorliegenden Straßenplanung die Möglichkeit für ein klares Absetzen der Geschäftsstadt von der Wohnstadt gegeben.

Gerade die letzte Möglichkeit ist unterstützt durch die angedeutete Grünplanung. Wir sagen bewußt angedeutet, denn wir betonen, daß besonders in den Außengebieten infolge der noch nicht vorhandenen Schadenspläne eine genaue Planung nicht möglich war. Das Thema „Verkehrsplanung“ erfordert auch eine Auseinandersetzung mit dem Fußgängerverkehr. So sind wir nur dem bekannten städtebaulichen Grundsatz gefolgt, ein Netz von Grünstreifen zu schaffen und dem Fußgänger die Möglichkeit zu geben, auf staubfreiem ruhigem Wege von einem Stadtteil zum anderen zu gelangen, größere und kleinere Spaziergänge in der Nähe der Wohnstätten zu machen und so die Erholungs- und Sportflächen zu erreichen.

Wir deuten weiter mit der Darstellung der Grünflächen Vorschläge für Erweiterungen bzw. neue Wohngebiete an, und zwar im Nordosten eine Siedlungskette am äußeren Verteilungsgürtel von Mahlsdorf bis Buchholz, im Süden die Gebiete Glienicke, Buckow und Marienfelde, ebenfalls am äußeren Gürtel; endlich im Westen das Gebiet Gatow-Kladow an der Reichsstraße 2.

Auf einen Teil der Grünplanung machen wir besonders aufmerksam, es ist dies der Grüngürtel innerhalb des inneren Straßengürtels. Hier kommen wir auf Punkt 4 unseres Ergebnisses zurück. Innerhalb dieses Grüngürtels stellen wir uns die eigentliche Geschäfts- und Verwaltungsstadt, die erweiterte Innenstadt vor. Bis zu diesem Gürtel sind alle Grünverbindungen geführt.

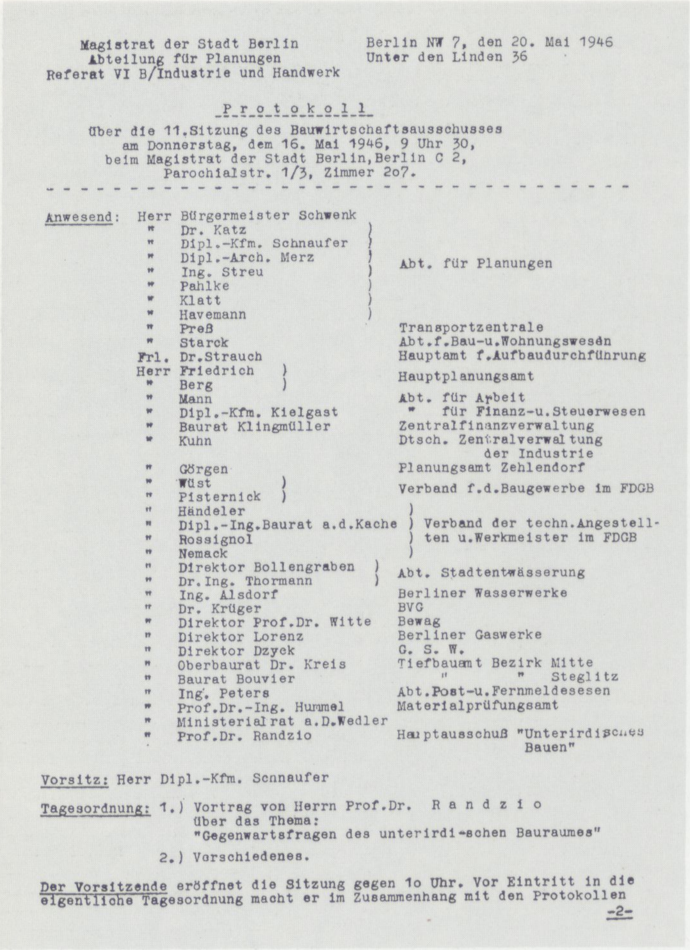
Wir fassen zusammen, daß alles, was wir geplant haben, einander so zugeordnet ist, daß keine Gewaltlösungen erforderlich sind, sondern daß zunächst unseren schwachen Kräften entsprechend schrittweise vorgegangen werden kann und so, wie ein Fernbahnhof nach dem anderen verschwindet, ein Straßenstück nach dem anderen aufgegeben und durch neue Teile ersetzt wird, ohne daß das Gefüge im Innersten erschüttert und das beginnende Leben durch Gewaltmaßnahmen zurückgedämmt wird, wachsen unsere Kräfte, so wächst unser Mut. Aber was wir auch tun und anfassen werden, wir müssen wissen, daß es einem festen Ziel – und wenn es in seinem Endzustand noch so fern liegen sollte – untergeordnet sein muß.

Ernst Randzio: Gegenwartsfragen des unterirdischen Bauraumes

Zweck meines heutigen Vortrages ist es, die Aufmerksamkeit auf das unterirdische Berlin zu lenken, und zwar im eigensten Sinne; nicht etwa im übertragenen Sinne als Bezeichnung für illegale Bestrebungen oder verbrecherische Ringvereine, sondern auf die unterirdischen Bauten bzw. den U-Bauraum.

Dazu gehören Anlagen für:

1.) Versorgung: Wasserleitung, Kanalisation, Gas, elektri-



Magistrat der Stadt Berlin
Abteilung für Planungen
Referat VI B/Industrie und Handwerk

Berlin NW 7, den 20. Mai 1946
Unter den Linden 36

P r o t o k o l l

über die 11.Sitzung des Bauwirtschaftsausschusses
am Donnerstag, dem 16. Mai 1946, 9 Uhr 30,
beim Magistrat der Stadt Berlin, Berlin C 2,
Parochialstr. 1/3, Zimmer 2o7.

- -

Anwesend:	
Herr Bürgermeister Schwenk	
" Dr. Katz	Abt. für Planungen
" Dipl.-Kfm. Schnaufer	
" Dipl.-Arch. Merz	
" Ing. Streu	
" Pahlke	
" Klatt	
" Havemann	
" Preß	Transportzentrale
" Starck	Abt.f.Bau-u.Wohnungswesen
Frl. Dr.Strauch	Hauptamt f.Aufbaudurchführung
Herr Friedrich	Hauptplanungsamt
" Berg	
" Mann	Abt. für Arbeit
" Dipl.-Kfm. Kielgast	" für Finanz-u.Steuerwesen
" Baurat Klingmüller	Zentralfinanzverwaltung
" Kuhn	Dtsch. Zentralverwaltung der Industrie
" Görgen	Planungsamt Zehlendorf
" Wüst	Verband f.d.Baugewerbe im FDGB
" Pisternick	
" Händeler	Verband der techn.Angestell-ten u.Werkmeister im FDGB
" Dipl.-Ing.Baurat a.d.Kache	
" Rossignol	
" Nemack	
" Direktor Bollengraben	Abt. Stadtentwässerung
" Dr.Ing. Thormann	
" Ing. Alsdorf	Berliner Wasserwerke
" Dr. Krüger	BVG
" Direktor Prof.Dr. Witte	Bewag
" Direktor Lorenz	Berliner Gaswerke
" Direktor Dzyck	G. S. W.
" Oberbaurat Dr. Kreis	Tiefbauamt Bezirk Mitte
" Baurat Bouvier	" " Steglitz
" Ing. Peters	Abt.Post-u.Fernmeldesesen
" Prof.Dr.-Ing. Hummel	Materialprüfungsamt
" Ministerialrat a.D.Wedler	
" Prof.Dr. Randzio	Hauptausschuß "Unterirdisches Bauen"

Vorsitz: Herr Dipl.-Kfm. Schnaufer

Tagesordnung: 1.) Vortrag von Herrn Prof.Dr. R a n d z i o
über das Thema:
"Gegenwartsfragen des unterirdi-schen Bauraumes"

2.) Verschiedenes.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung gegen 1o Uhr. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung macht er im Zusammenhang mit den Protokollen

-2-

schen Strom, Fernheizung und die dafür erforderlichen Rohrleitungen, Kabelleitungen, überdeckte Gräben und Stollen.

2. Verkehr: Eisenbahn, Post, Kraftwagen haben Einschnittbahnen, offene oder überdeckte – die überdeckten als „U-Bahnen" (Untergrundbahnen) bekannt –, und Tunnel für U-Bauten, d.h. nicht als überdeckte Einschnittbahnen hergestellt, sondern unterirdisch in Tunnelbauweise.

Ferner kommen in Frage: Unterführungen, U-Rampen, Tiefkeller als Abstellräume für unterirdische Garagen (Reichsbank) und allgemein, oder für die Zukunft, nicht jetzt nur für Berlin, unterirdische Anlagen auch für Flugverkehr, für Güterverkehr zwischen Bahnhöfen in Großstädten, für Müllabfuhr. Es sei hier nur an Chikago mit seinem derartigen unterirdischen Bahnnetz von mehr als 110 km Gesamtlänge erinnert.

3.) U-Zweckbauten: Dazu gehören zunächst alle Keller, und zwar die Flachkeller, in Häusern und Höfen, dann Tiefkeller für Tresore, Lagerräume, Garderoben, Garagen usw. Ferner für Bedürfnisanstalten und in der Zukunft oder in anderen Großstädten, namentlich auch des Auslandes, Warm- und Heilbäder, Operationsräume, Kraftzentralen, Telefonzentralen (Tresore: Bank von Frankreich).

U-Zweckbauten sind an sich auch schon die Wasserbrunnen und schräg oder senkrecht gebaute Schächte z.B. für Aufzüge, Zugänge, für Belüftung und für Behälter.

Alle vorgenannten Möglichkeiten unterirdischer Bauwerke können auf 10 Grundformen zurückgeführt werden:

1.) Kabelleitung
2.) Rohrleitung
3.) Überdecktes Grabenbauwerk
4.) Flachkeller
5.) Tiefkeller
6.) U-Behälter für Flüssigkeiten
7.) Einschnitte mit Böschungen oder Futtermauern (U-Rampen)
8.) U-Bahnen
9.) Wasserbrunnen und Schächte
10.) Stollen und Tunnel.

Dieses sind streng genommen die U-Bauten. Zu dem unterirdischen Berlin müssen jedoch als Ergänzung noch hinzugezogen werden die Straßendecken mit ihrem Zubehör, d.h. alle die Anlagen, die bisher nicht zu dem oberirdischen Berlin gezählt worden sind. Denn für Planung und Schadensfeststellung ist s.Zt. bekanntlich ein oberirdischer Schadensplan aufgestellt worden im Maßstab 1:4000. In diesem sind nur die Hochbauten verzeichnet, entweder als total zerstört (rot), als zerstört und nicht bewohnbar (blau), als wiederherstellbar (grün) und schließlich als leicht (gelb) oder gar nicht beschädigt. Wenn man demgegenüber alle Anlagen bis zu der Straßenoberkante mit in Betracht zieht, dann heißt das, daß auch die Straßendecken mit ihrem Inhalt dazu gehören, also auch der Oberbau der Straßenbahn mit Zubehör, d.h. auch die Oberleitungen und schließlich alles, was sonst auf der Straßendecke an Zubehör vorkommt wie: Oberflur-Hydranten, Beleuchtung, Anlagen der Stromversorgung, Straßenbenennungspfosten. Da zu den Straßendecken auch die Brücken gehören, so müssen diese auch mit einbezogen werden in die Betrachtung.

Unter „unterirdischem Bauraum" soll verstanden werden derjenige Raum, der durch das endgültige, fertige, bleibende unterirdische Bauwerk umfaßt und begrenzt wird. Man wird da zu unterscheiden haben zwischen „nutzbarem unterirdischem Bauraum" und „unterirdischem Bauwerk". Das U-Bauwerk ist also gleich umbauter unterirdischer Raum weniger nutzbarem Raum.

Der durch Pfahlrost, durch Einpressen von Zementmilch oder Chemikalien verfestigte Boden gehört als endgültiger Teil des fertigen Bauwerkes mit zum „Untergrund-Bauraum", der Raum, in welchem der Grundwasser-Spiegel während des Baues vorübergehend abgesenkt wird, dagegen nicht.

Im Hochbau ist der Begriff „Kubikmeter umbauten Raumes" Gradmesser geworden für Planung und Veranschlagung, für den Untergrund-Bau ist das vorläufig noch nicht der Fall, ist aber anzustreben. Dieses Ziel ist jedoch für den U-Raum ungleich viel schwieriger zu erreichen. Denn es kommt der vielseitige und schwer zu verallgemeinernde Umstand der Bodenart, des Baugrundes hinzu, nach welchem sich Bauweisen und danach Aufwand an Baustoffen und Energie richten.

Die Neu-Herstellung von U-Bauwerken wird umso schwieriger, je mehr andere U-Bauwerke schon vorhanden sind oder dazu kommen sollen. Die gegenseitige Behinderung spielt also dabei eine große Rolle – besonders in Großstädten.

Ebenso wie bei oberirdischen Bauten auch, ist maßgebend:

Was ist da?
– vordringlich?
– Bau ausschließendes Hindernis?
– Bau hindernd?
– Betrieb hindernd?
– Betrieb ausschließend?

Es ist von Fall zu Fall diese Rivalität zu prüfen. Besonders für die meist umfangreichen Bauten des Verkehrs, U-Bahnen, Stollen, Tunnel, U-Behälter, werden die Fragen dringlich: Was darf verdrängt werden, wie weit und wohin? Was kann und was muß erhalten bleiben? Welches ist die einfachste und am meisten befriedigende Lösung für alle daran interessierten Stellen?

Einige Zahlen sollen die Bedeutung des unterirdischen Bauraumes in Berlin beleuchten.

Das oberirdische bebaute Berlin hat einen Gesamtwert von rd. 20 Milliarden RM, ohne Bodenwert rd. 15 Milliarden.

Dieser Friedens-Gebäudewert vermindert sich durch Kriegsschäden (Total- und Teilzerstörungen) um rd. 4,2 Milliarden (= 27,6 %) auf rd. 11 Milliarden.

Demgegenüber steht das unterirdische Berlin mit einem Wert von rd. 4 Milliarden RM, wovon durch Kriegseinwirkun-

U–BERLIN 1946 (VERSORGUNG, VERKEHR, U–ZWECKRÄUME, OHNE BODENWERTE)
NACH PROF. DR. ING. DR. JUR. E. RANDZIO

		STAND 1938	WERT 1938		SCHADENS-STAND	SCHADENS-WERT	GEGENWARTS-STAND	GEGENWARTSWERT VORKRIEGSW.	GEGENWARTSWERT ZUSAMMEN	BEMERKUNGEN
			MILLIONEN RM			MILLIONEN RM		MILLIONEN RM		
	STADTENTWÄSSERUNG									
	SCHMUTZ- UND MISCHWASSERLEITUNG	3 800 km	310,0							
	REGENWASSERLEITUNG UND REGENAUSLÄSSE	1 900 km	380,0							
	DRUCKROHRLEITUNG	700 km	70,0		1,1 %	10,0 x	99 %	830,0		x Schäden grosstenteils behoben
	DÜKER	235 St.	20,0							
	SONDERBAUWERKE		60,0							
	HAUSANSCHLÜSSE	900 km	70,0		19,2 %	13,4		56,6		
2	WASSERVERSORGUNG (STÄDT. W.W. UND CHARL. W.W.)									
	ROHRLEITUNG	6 200 km	186,0		rd. 3400 Stellen		100 %	254,0		
	BRUNNENWERKE	20 St	68,0							
	HAUSANSCHLÜSSE	182 000 St	39,5		19,2 %	7,7		31,8		
3	GASVERSORGUNG			1930,4					1841,1	
	ROHRLEITUNG	7000 km	146,5		rd. 2 %	3,0	7 000 x	143,5		x 6540 km. in Betrieb
	ÖFFENTLICHE BELEUCHTUNG	88000 St.	22,0		36 %	8,0	56 000 xx	14,0		xx 3550 St. in Betrieb
4	FERNHEIZUNG									
	KANÄLE UND ROHRLEITUNG		3,7		5,4 %	0,2		3,5		
5	STROMVERSORGUNG									
	KABELLEITUNG UND EINRICHTUNG	26 150 km	202,7		6,1 %	12,4		190,3		
	ÖFFENTLICHE BELEUCHTUNG		28,5		25 %	7,1		21,4		
6	POST									
	KABELLEITUNG (EINSCHL. POLIZEIKABEL)	19.000 km	315,0		9 %	28,0		287,5		
7	FEUERWEHR									
	KABELLEITUNG		8,5				100 %	8,5		
8	U–BAHN									
	TUNNEL (EINSCHL. NACH 1939 FERTIGGESTELLTER)	63,5 km	539,1		3 %	?	97 %	538,4		
	U–UMFORMERWERKE	5 St	2,8		1 %	0,2	99 %	2,6		
	EINSCHNITT–BAHN	5 km	5,8		–	–	100 %	5,8		
	DAMM–BAHN	0,7 km	1,2	759,6	–	–	100 %	1,2	753,2	
	GELÄNDE–BAHN	0,8 km	0,9		–	–	100 %	0,9		
	HOCH–BAHN	10,36 km	28,3		14 %	4,0	86 %	24,3		
9	S–BAHN									
	TUNNEL	5,5 km	181,5		?			180,0		
10	U–ZWECKRÄUME									
	FLACHKELLER IN UNZERSTÖRTEN HÄUSERN		1 593,9		19,2 %	294,0	80,8 %	1112,0		
	FLACHKELLER IN ZERSTÖRTEN HÄUSERN		–					127,0		
	TIEFKELLER, TRESORE, TANKANLAGEN			1593,9					1 324,0	
	GARAGEN, BEDÜRFNISANSTALTEN U.Ä.		61,0					61,0		
	LS.–BUNKER UND LS.–STOLLEN		–				? x	24,0		x Zerstörung nicht bekannt geworden
11	STRASSEN UND PLÄTZE									
	DECKEN MIT ZUBEHÖR UND GEHBAHNEN	rd. 4 500 km	1101,0		8 %	88,0	92 % (?)	1013,0		
	RADFAHRWEGE	318 km	3,2		6 %	0,2		3,0		
	TUNNEL	5 St	5,5		–	–	100 %	5,0		
12	STRASSENBAHN									
	OBERBAU UND STROMLEITUNG		128,7	1324,4	5,6 %	7,2	86 %	121,5	1208,5	
	TUNNEL		2,5				100 %	2,5		
13	STRASSENBRÜCKEN									
	STÄDTISCHE	235 St	71,5		19,6 %	14,0	80,4 %	57,5 x		x davon 31,4 Millionen = 45% Brückenreste
	ANDERE (AUSSER REICHSBAHN)		12,0		50 %	6,0	50 %	6,0		
14	WASSERWEGE									
	ÖFFENTLICHE WASSERLÄUFE MIT UFERANLAGEN	567 km	170,0		1 %	2,0	99 %	168,0		
	KANÄLE EINSCHL. UFERMAUERN		6,0	226,5	5 %	0,3	90,7 %	5,7	214,7	
	HÄFEN, SCHLEUSEN UND ÄHNLICHE BAUWERKE		50,5		18 %	9,0	82 %	41,0		
			5 834,8		8,5 %	493,3	91,5 %		5 341,5	
15	REICHSBAHNANLAGEN (AUSSER S-BAHN-TUNNEL)		3 000,0							
			8 834,0							

	WERT 1939	WERT 1946	NOCH ZERSTÖRT
OBERIRDISCH (GEBÄUDE)	15,329 Milliarden	62,4 % = 11,1 Milliarden	27,6 % = 4,2 Milliarden
UNTERIRDISCH	5,843 "	91,2 % = 5,341 "	8,8 % = 0,5 "
REICHSBAHN	rd. 3,0 "	2,6 (?) "	13,0 % = 0,4 "
GESAMTWERT BERLIN (OHNE BODENWERT)	rd. 24,1 "	19,0 "	rd 5,1 "

Der Wert des „Unterirdischen Berlins" und sein Zerstörungsgrad ←A 15

gen nur etwa 1,2% zerstört sind. Die unter der Erde befindlichen Werte sind also fast vollkommen erhalten geblieben.

Diese materiellen Werte des unterirdischen Berlins, die doch wohl berücksichtigt werden müssen bei Planung und Schadensfeststellung, besagen aber durchaus nicht alles. Es wird bei der Planung zu überlegen sein, ob und wo diese unterirdischen Anlagen, wie sie aus den Plänen ersichtlich sind, berücksichtigt werden müssen oder wo sie etwa geopfert werden könnten. Es wird sich bei dieser Ermittlung nicht immer nur um die reine Wert-Gegenüberstellung handeln, sondern es wird zu berücksichtigen sein, wie weit eine etwaige Verlagerung der Versorgungs-Schwerpunkte sich auf die unterirdischen Anlagen auswirkt bezw. auf die Versorgung der durch das ganze System betroffenen Wohngegenden. Es wird zu berücksichtigen sein, ob und wo eine zusätzliche Zusammenballung unterirdischer Versorgung an die bestehenden Anlagen möglich ist, ohne daß das ganze System gestört wird. Denn diese Versorgungsanlagen sind ja vergleichbar mit den inneren Organen jedes Lebewesens, das eine Großstadt ebenso darstellt. Bei jedem Lebewesen sind diese inneren lebenswichtigen Organe geschützt, wie die U-Bauten der Großstadt, und jeder Eingriff in sie bedeutet eine Gefährdung für das Gesamte. Ein wesentlicher Eingriff in diese inneren Organe der Versorgung einer Großstadt ist gleichbedeutend mit der Gefährdung des gesamten Großstadtlebens. In Berlin ist ein solches Leben nur möglich und nach dem Zusammenbruch wieder ermöglicht worden dadurch, daß die gut geschützten unterirdischen Anlagen wieder verhältnismäßig rasch in Betrieb genommen werden konnten. Es sei nur erinnert an die U-Bahn, die als erstes Verkehrsmittel schon zu Ende des vergangenen Jahres fast voll in Betrieb war. Es sei nur erinnert an die Versorgung mit Wasser und die Entwässerung, denen dann bald Gas und Elektrizität folgten. Wäre diese Versorgung auf Grund des unterirdisch vorhandenen Systems nicht möglich gewesen, dann wäre Berlin ein Seuchenherd erster Ordnung geworden und wahrscheinlich ein Arbeiten, wie es jetzt möglich ist, ausgeschlossen gewesen. Ob diese Ausschuß-Sitzung hier ohne die vorhandenen und in Betrieb gesetzten unterirdischen Anlagen möglich gewesen wäre, erscheint mindestens fraglich. Wahrscheinlich wären wir entweder tot oder zwangsweise aus Berlin entfernt worden. Wenn die unterirdischen Anlagen für Planung und Wiederaufbau nicht genügend berücksichtigt werden, können im Gegensatz zum oberirdischen Bauen Fehler entstehen, die nie mehr wieder gut zu machen sind. Videant Consules!

Die Parole des Magistrats 1946

Die Kritik an der Ausstellung „Berlin plant"

Die Pläne, die seit der Einsetzung des neuen Magistrats im **Mai 1945** unter Leitung des Stadtbaurats Hans Scharoun für den Wiederaufbau Berlins gemacht worden sind, werden in der Ausstellung *Berlin plant* als Rechenschaftsbericht der Abteilung Bau- und Wohnungswesen der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine verbindliche Planung für ein Neues Berlin ist jedoch unmöglich, solange der zukünftige Status der Stadt und die Zukunft des in vier Zonen geteilten ehemaligen Deutschen Reichs von den Alliierten nicht abschließend verhandelt und beschlossen worden ist. Der Titel der Ausstellung muß deshalb kurz vor der Eröffnung von *Die Neue Stadt* →S. 180 in *Berlin plant/Erster Bericht* geändert werden. Trotz der fehlenden Planungshoheit wird die theoretische Vorbereitung des Wiederaufbaus in den beiden Abteilungen des Hauptamts für Planung von den vier Alliierten →S. 422 geduldet, zumal sie innerhalb des *Internationalen Komitees für Wohnungswesen* an der Planungsarbeit beteiligt und über den Stand der übrigen Arbeiten informiert sind. Die Ausstellung *Berlin plant* hat die Aufgabe, die verschiedenen Vorschläge zur Neugestaltung Berlins öffentlich zur Diskussion zu stellen und die bestehenden Probleme darzulegen, die zu bewältigen sind.

Das Presseecho auf die Ausstellung ist zunächst beschreibend. Die gehaltenen Reden werden wiedergegeben, Teile der Ausstellung allgemeinverständlich erklärt. Kritik wird erst im Vorfeld der für den **20.10.1946** angesetzten ersten Kommunalwahl im viergeteilten Berlin laut, die vom *Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins* ausgeht, dem Teil der am **10.6.1945** wiederzugelassenen SPD, der die Beschlüsse der eigenen Partei zur Wiedervereinigung mit der KPD zur SED nicht anerkannte und sich am **7.4.1946**, zwei Wochen vor dem ←B 59 Vereinigungsparteitag, in Zehlendorf unter dem Namen *Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins (SPD)* als Partei konstituiert hat. Neben der SED stellt sich auch die neue SPD am **20.10.1946** zur Wahl. Ihre Stellungnahme →L 10 zur *Bauausstellung des Magistrats* erscheint am **26.9.1946** in der Zeitung „Der Sozialdemokrat"

Nr. 68/1 - 26. 9. 1946 - Seite 3

Der Sozialdemokrat — DER STAAT BIST DU

Die Bauausstellung des Magistrats

Stellungnahme der SPD — Utopische Pläne stiften Verwirrung

In dem folgenden Artikel nimmt der Ausschuss Bau- und Wohnungswesen der Sozialdemokratischen Partei Gross-Berlins kritisch zu den Bauplänen des Berliner Magistrats Stellung.

Die Erwartung der Berliner Bevölkerung, dass die vom Magistrat der Stadt Berlin durchgeführte Ausstellung „Berlin plant" die Grundsätze festlegen würde, nach denen der Wiederaufbau der Reichshauptstadt in Angriff genommen werden kann, sind nicht erfüllt.

Es wird weder ein Plan gezeigt, noch werden Verordnungen bekanntgegeben, nach denen ein Sofortprogramm durchgeführt werden kann. Statt dessen tritt der Magistrat mit städtebaulichen Plänen an die Öffentlichkeit, die alle Grenzen des Möglichen überschreiten und völlig übersteigerte Ziele verfolgen. Wenn der Magistrat Entwürfe für die Neugestaltung der Reichshauptstadt anfertigt und in Form einer Ausstellung der Öffentlichkeit vorlegt, dann ist diese Planung gleichbedeutend mit einem festen Programm. Wenn dieses Programm Fehler enthält, wenn es die Grenzen des Möglichen überschreitet, wenn es in politischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht falsche Wege weist, dann muss die Behörde, die dafür verantwortlich zeichnet, die „Vertrauensfrage" stellen. Das geschieht, indem der Magistrat die öffentliche Kritik herausfordert. Mit Rücksicht auf die allgemeine politische Bedeutung dieser Ausstellung aber hält der Ausschuss Bau- und Wohnungswesen der SPD es für seine Pflicht, von diesem Ergebnis einer einjährigen Arbeit des Magistrats abzurücken.

Grundsätzlich muss die städtebauliche Planung für Berlin Rücksicht nehmen auf die politische und wirtschaftspolitische Enge, in der ganz Deutschland auf vorläufig noch unabsehbare Zeit leben muss.

Rücksicht ist auch zu nehmen auf die Tatsache, dass ein grosser Teil aller baulichen Anlagen — insbesondere der grösste Teil der Untergrundbauten — in Berlin noch vorhanden ist. Diese Anlagen und die in ihnen enthaltenen Werte müssen, soweit sie brauchbar sind, unter allen Umständen erhalten werden.

Alle Pläne, die mit den in absehbarer Zeit zur Verfügung stehenden Mitteln nicht durchführbar sind, müssen daher unterbleiben. Auch aus politischen Gründen. Utopische Pläne stiften stets Verwirrung und bleiben in der Durchführung ein Torso.

Der Ausschuss Bau- und Wohnungswesen der SPD ist der Auffassung, dass die dargestellten Pläne des Magistrats reale Möglichkeiten völlig unbeachtet lassen. Sie sind deshalb abzulehnen.

Auch die Grundgedanken dieser Planung sind verfehlt. Nämlich

a) das Netz von Autoschnellstrassen, mit dem der ganze Raum von Gross-Berlin schachbrettartig überzogen wird,
b) die Zerteilung der Stadt in selbständige Stadtkörper,
c) die willkürliche Neuordnung der Arbeits- und Wohngebiete.

Alle drei Planungsgedanken nehmen wenig Rücksicht auf die geologischen Grundlagen, auf die Entwicklung der Stadt, auf die vorhandenen Versorgungsleitungen und Verkehrsanlagen, auf die in den erhaltenen Gebäuden und Gebäuderesten sowie im Boden steckenden Werte und endlich auf die bevölkerungs- und wohnungspolitische Lage. Im Gegensatz zu der Bindung des Menschen an die Arbeitsstätten muss die Freizügigkeit als demokratischer Grundsatz im Städtebau erhalten bleiben. Auch in Einzelheiten weichen die Auffassungen des Ausschusses Bau- und Wohnungswesen der SPD, also von den Planungsideen des Magistrats weitestgehend ab.

Der Ausschuss Bau- und Wohnungswesen der SPD hofft, dass mit der endgültigen Lösung der politischen Zukunft Deutschlands auch die Aufgaben, die Berlin einmal zu erfüllen haben wird, geklärt werden, denn diese sind die Grundlagen jeder städtebaulichen Planung.

Am nächsten Tag nimmt der „Telegraf", Sprachrohr der neugegründeten SPD, diese Kritik auf und diffamiert die mit der Planung im Magistrat Betrauten als *die Auserwählten der SED*:

Dem Berliner kann selbst der Magistrat auf die Dauer, d.h. bis zum 20. Oktober 1946, nichts vormachen. Die Zeit ist zu kurz, um alles Versäumte, alles Vernachlässigte, alles Verdorbene und Verpatzte wieder so hinzukriegen, wie man gern möchte. ←L 11

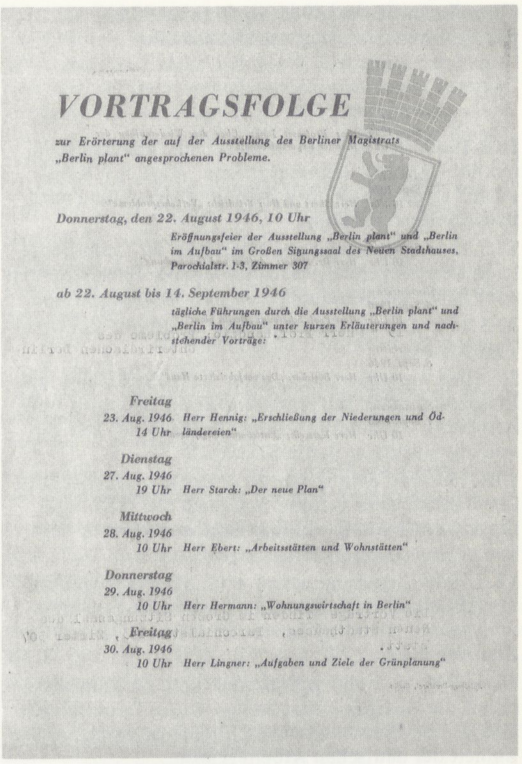
Auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens haben die Auserwählten der SED genau so wie in allen anderen Zweigen der praktischen Gemeindearbeit unbeirrbar und unbelehrbar nur politische Positionssicherungen im Auge gehabt und die Sache, der sie zu dienen verpflichtet waren, mehr und mehr absacken lassen.

Von Anfang an stand im Berliner Magistrat die Planung im Vordergrunde des neuen Aufbaues von Berlin. Bei dieser Planung ist es geblieben – 15 Monate lang. Viel Lärm um nichts kam hinzu. . . .

Der Artikel, in dem nichts Konkretes gesagt wird, schließt:

Wo bleibt bei all diesem Treiben der notleidende Berliner? Er wird nicht mehr lange hingehalten werden können. Der 20. Oktober ist für ihn Tag der Abrechnung. Dann wird er zum erstenmal wieder mit aller Deutlichkeit und einem bescheidenen Zettel in der Hand seine Stimme ausschlaggebend zur Geltung bringen.

Mit dieser Tatsache ist zu rechnen. Alle politischen Wahlmanöver werden sich ihr gegenüber als unwirksam erweisen. Auch das recht bezeichnende Schlagwort: „Wir schaffen es, wir kriegen es hin!“ wird richtig verstanden werden. Die SED-Männer des Berliner Magistrats haben es leider schon geschafft und es ganz gründlich „hin“-gekriegt, aber ohne uns und gegen uns.



VORTRAGSFOLGE

zur Erörterung der auf der Ausstellung des Berliner Magistrats „Berlin plant“ angesprochenen Probleme.

Donnerstag, den 22. August 1946, 10 Uhr
Eröffnungsfeier der Ausstellung „Berlin plant“ und „Berlin im Aufbau“ im Großen Sitzungssaal des Neuen Stadthauses, Parochialstr. 1-3, Zimmer 307

ab 22. August bis 14. September 1946
tägliche Führungen durch die Ausstellung „Berlin plant“ und „Berlin im Aufbau“ unter kurzen Erläuterungen und nachstehender Vorträge:

Freitag
23. Aug. 1946, 14 Uhr – Herr Hennig: „Erschließung der Niederungen und Ödländereien“

Dienstag
27. Aug. 1946, 19 Uhr – Herr Starck: „Der neue Plan“

Mittwoch
28. Aug. 1946, 10 Uhr – Herr Ebert: „Arbeitsstätten und Wohnstätten“

Donnerstag
29. Aug. 1946, 10 Uhr – Herr Hermann: „Wohnungswirtschaft in Berlin“

Freitag
30. Aug. 1946, 10 Uhr – Herr Lingner: „Aufgaben und Ziele der Grünplanung“

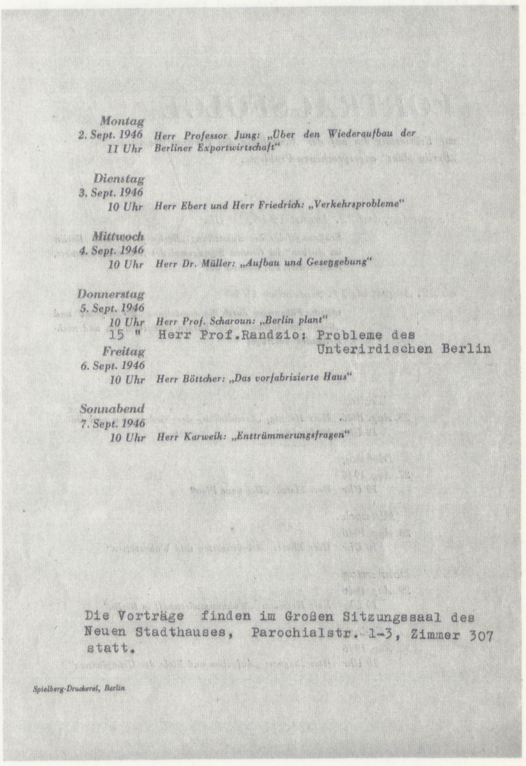
Im Scharoun-Nachlaß findet sich eine von ihm selbst geschriebene Stellungnahme zu diesem Artikel, dessen Verfasser ihm bekannt war:

Noch nie ist mit einer solchen Sachunkenntnis oder bewußter Sachverkennung eine Planungsarbeit beurteilt worden wie durch Herrn Dr. Runge. ←A 16

Eine sachliche Kritik ist erwünscht und von großem Wert. Um so bedauerlicher ist es aber, wenn die Beurteilung einer Sachkenntnis zu demagogischen Zwecken mißbraucht wird. Herrn Dr. R. ist genug Gelegenheit gegeben worden, die Arbeit des Magistrats in ihrer Entwicklung zu verfolgen, er hatte genug Möglichkeiten, diese Betrachtung mit geistigen Mitteln zu vertiefen, wenn er dazu in der Lage war, oder wenn er den ernsten Willen gehabt hätte, sich ernsthaft mit dem Programm auseinanderzusetzen. . . .

Wir haben durchaus noch nicht das neue Berlin gezeigt, sondern können und wollen im Augenblick nur die Möglichkeiten aufzeigen, aus denen die Neukonstruktion Berlins bestehen muß, soll sie funktionieren. Die wenigen Schlußfolgerungen, die R. aus der Auswirkung einiger dieser elementaren Änderungsvorschläge zieht, sind Mißverständnisse oder verzerrt. Er sagt: (hier ist die Stellungnahme von Ebert bezw. Friedrich einzufügen zu den einzelnen Problemen wie Verkehr, Standortfragen usw., siehe Artikel von R.)

Herrn R. ist weiterhin klarzumachen, daß die Schnellstraßen nicht Rennbahnen durch Berlin sind, sondern daß Berlin, als Stadtlandschaft gesehen, die Zusammenordnung von etwa 20 Großstädten darstellt. Ein Blick auf die Karte genügt, zu zeigen, daß die Reichsautobahnen auch nichts anderes tun und tun können, als die organische Verbindung zwischen Großstädten, zwischen Wirtschaftsgebieten zu sein. Nur diese Funktion eben haben die Schnellstraßen. Keineswegs haben sie auch in den übrigen Städten etwa die Aufgabe, die Berufsverkehrsfrage zu lösen. Es ist also etwas ganz anderes, eine möglichst vom Berufsverkehr freie Stadt, oder →A 17 *besser gesagt, freie Städte zu schaffen, was ja die Reichsautobahnen auch als Geschäft nicht besorgen, und etwas ganz anderes ist es, daß diese einzelnen in sich gegliederten Wohn- und Wirtschaftsorganisationen mit einander zweckmäßig in Bezug gebracht werden.*



Montag
2. Sept. 1946, 11 Uhr – Herr Professor Jung: „Über den Wiederaufbau der Berliner Exportwirtschaft“

Dienstag
3. Sept. 1946, 10 Uhr – Herr Ebert und Herr Friedrich: „Verkehrsprobleme“

Mittwoch
4. Sept. 1946, 10 Uhr – Herr Dr. Müller: „Aufbau und Gesetzgebung“

Donnerstag
5. Sept. 1946, 10 Uhr – Herr Prof. Scharoun: „Berlin plant“
15 " – Herr Prof.Randzio: Probleme des Unterirdischen Berlin

Freitag
6. Sept. 1946, 10 Uhr – Herr Böttcher: „Das vorfabrizierte Haus“

Sonnabend
7. Sept. 1946, 10 Uhr – Herr Karweik: „Enttrümmerungsfragen“

Die Vorträge finden im Großen Sitzungssaal des Neuen Stadthauses, Parochialstr. 1-3, Zimmer 307 statt.

Spielberg-Druckerei, Berlin

Wir hatten gewünscht und wünschen heute noch, daß alle Kräfte, die geistig berufen sind oder sich berufen fühlen, am Wiederaufbau Berlins mitarbeiten, sich dieser Aufgabe ehrlich zur Verfügung stellen. Wir wollen keinesfalls Mißtrauen und Spaltungen zwischen den Aufbauwilligen sehen, wie dies hinsichtlich des kleinen Arbeitskreises beim Magistrat Herr R. versucht. Wir glauben, daß das in der Lage, in der wir uns befinden, verbrecherisch ist und daß es politische Maßnahmen sind, die der Zeit nicht angemessen sind. Daß dem nicht so sein darf, sollte uns wirklich das Erlebnis der nahen Vergangenheit gezeigt haben.

Für Konjunkturpolitik dürfte der kranke Körper Berlins nicht das richtige Objekt sein.

Chronik, Teil 1. Mai 1945 bis Oktober 1946
Die Zeit des ersten Magistrats von Berlin

15.5.1945 Die von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) herausgegebene „Tägliche Rundschau" erscheint als erste Berliner Tageszeitung nach Beendigung des Krieges.

17.5.1945 Einsetzung des Magistrats für Groß-Berlin unter Oberbürgermeister Arthur Werner. Hans Scharoun wird Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen.

21.5.1945 Die „Berliner Zeitung" erscheint als zweite Tageszeitung.

5.6.1945 Unterzeichnung einer Deklaration über die Einsetzung einer Interalliierten Kommandantur und Besetzung Groß-Berlins durch Truppen der vier Besatzungsmächte in Berlin-Karlshorst

10.6.1945 Mit dem Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration werden innerhalb der SBZ und Berlins die Bildung antifaschistischer Parteien und freier Gewerkschaften zugelassen.

11.6.1945 Gründungsaufruf und Aktionsprogramm der KPD fordert die Bildung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien (KPD, SPD, Zentrum u.a.).

15.6.1945 In Berlin konstituiert sich der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Der Gründungsaufruf fordert organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

16.6.1945 Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP)

17.6.1945 Aufstellung eines Arbeitsprogramms für das von Wils Ebert geleitete Hauptamt für Planung zur *Rekonstruktion der Stadt Berlin*: Bestandsaufnahmen, Grundsätze, Nahaufgaben und Ziele für die Elemente der Stadt: Arbeiten, Wohnen, Verkehr, Versorgung, Erholung

19.6.1945 Zentralkomitee der KPD und Zentralausschuß der SPD bilden einen aus je 5 Vertretern bestehenden gemeinsamen Arbeitsausschuß.

26.6.1945 Gründungsaufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU)

4.7.1945 Amerikanische und britische Truppen rücken in Berlin ein.

11.7.1945 Die Interalliierte Militärkommandantur nimmt ihre Arbeit auf.

14.7.1945 KPD, SPD, CDU und LDP bilden den Antifaschistischen Block.

17.7.1945 Eröffnung der Konferenz von Potsdam (Ende: 3.8.1945)

1.8.1945 Das Planungsamt Zehlendorf wird von der Hauptverwaltung des Magistrats als Außenstelle des Hauptplanungsamtes übernommen.

6.8.1945 Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima

9.8.1945 Abwurf der zweiten Atombombe auf Nagasaki

12.8.1945 Französische Truppen besetzen den französischen Sektor in Reinickendorf und Wedding.

14.8.1945 Kapitulation Japans

30.8.1945 Konstituierung des Interalliierten Kontrollrats in Berlin

27.9.1945 Erscheinen des „Tagesspiegels"

28.9.1945 Erstes Treffen von russischen, französischen und deutschen Architekten in Scharouns Amtszimmer. Zu weiteren Treffen werden auch britische und amerikanische Architekten hinzugezogen. Sie konstituieren sich im Oktober als *Internationales Komitee für Bau- und Wohnungswesen* (IKBW).

9.11.1945 Die Alliierte Kommandantur befiehlt dem Magistrat die Registratur der vollständig und teilweise zerstörten Gebäude und Aufstellung eines Schadensplans.

21.12.1945 Die *Sechziger-Konferenz* von leitenden Funktionären der KPD und SPD beschließt, die Gründung einer Einheitspartei vorzubereiten.

22.3.1946 Erscheinen des „Telegrafs"

Ob diese Antwort veröffentlicht worden ist, konnten wir nicht ermitteln.

Scharoun hat auch eine Äußerung zu dem Artikel von Hermann Henselmann, dem Direktor der Staatlichen Hochschule für Baukunst und Bildende Künste Weimar, vom **21.10.48** archiviert, in der dieser Scharoun gegen die Angriffe verteidigt. Wir wissen nicht, wer der Adressat dieser Stellungnahme gewesen ist:

→A 18 *Aus der Presse entnehme ich die Stellungnahme der SPD zu den von Scharoun gezeigten Plänen. Leider habe ich nicht die Möglichkeit, wie ich hoffte, gleich nach den Wahlen nach Berlin zu kommen, und möchte Euch mit diesem Brief eine Stellungnahme abgeben, wie ich – allerdings ohne intime Kenntnis der Dinge – diesen Angriff politisch und fachlich gesehen beurteile.*

Ich mache mir einige Sorgen wegen der aus diesem Angriff unter Umständen sich ergebenden Konsequenzen.

Rein fachlich gesehen wäre zu sagen, daß die Planung einer Millionenstadt auch nach einem Jahr ununterbrochener Arbeit selbst unter normalen Umständen nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Hier aber kommt hinzu, daß während dieses einen Jahres die für die Planung notwendigen Grundlagen mühsam zusammengebracht werden mußten und die Zahlenunterlagen sich ständig veränderten. Scharoun's Arbeit, wie sie jetzt vorliegt, kann also lediglich als Entwurfsskizze gewertet werden, als eine Illustration der Richtung, in der sich die Gedankengänge des planenden Architekten bewegen.

Da jede Stadt, auch Berlin, Teil eines Ganzen ist und dieses Ganze eben Deutschland, im Falle der Hauptstadt Berlin noch nicht zu übersehen ist, hängt diese Aufgabe zunächst bis zu einem gewissen Grade noch in der Luft. Entsprechend der gesamten Entwicklung hätten in der Ausstellung vielleicht deutlicher Entwicklungsphasen herausgearbeitet werden müssen, die entsprechend der gesellschaftlichen Situation den Weg aus der durch die Dialektik der Entwicklung bestimmte gegenwärtige „handwerkliche" Periode bis zu einer Ordnung aufgezeigt hätten, die auf der Basis der industriellen Großproduktion ein Bild entwirft, das unseren politischen, ökonomischen und sozialen Vorstellungen entspricht. Es kann sein, daß hier einige Gelegenheiten verpaßt wurden. Ich möchte das nicht ohne weiteres beurteilen. Daß das jedoch die Schuld Scharouns ist, möchte ich bezweifeln, und so treffen die Argumente der SPD nicht eigentlich den Architekten, sondern lediglich die Methode der Darstellung der bisher entwickelten Pläne.

Dort, wo fachlich argumentiert wird, wo gesagt wird, daß die Planung zu utopisch sei, keine Rücksicht auf vorhandene Vermögenswerte nähme usw., werden Behauptungen aufgestellt ohne Beweise. Aber es scheint, daß hier eine spießbürgerliche Enge in der Betrachtung der Probleme aufkreuzt, die wir an gewissen alten Funktionären vor 1933 bereits kannten und die im letzten Grunde die Arbeiterschaft eine Revolution gekostet hat. Die Planung kann meines Erachtens nicht kühn genug sein, nicht zukunftsweisend, nicht revolutionär, nicht faszinierend genug, wenn – das ist allerdings die Voraussetzung – eine stabile Bewußtseinsebene vorliegt, von der diese Planung aus vorstößt. Alle Einwände, die darauf abzielen, doch um Gottes willen die „politische und wirtschaftspolitische (übrigens eine merkwürdige Trennung des Begriffs „politisch") Enge, in der ganz Deutschland auf vorläufig noch unabsehbare Zeit leben muß", zu beachten, würden den Planer lediglich veranlassen können, seinen Plan eben auch nur eng zu halten. Das kann niemals Aufgabe der Stadtplanung sein in unserem Sinn. Sie soll zukunftsweisend, wegweisend und zielsetzend wirken.

Scharoun teilt nun das Schicksal aller Architekten, die mit solchen Planungen beauftragt werden. Er wird gedrängt von unkundigen Laien, nun endlich seinen Plan zu zeigen, damit man mit dem Bau beginnen kann. Es ist fast unmöglich, dem Publikum zu erklären, dieser Plan wird zunächst, wie es in der Stellungnahme der SPD ganz richtig gesagt wird, ein Torso sein müssen.

Ich würde bitten, einmal zu erwägen, ob es nicht gelänge, Scharoun zu unterstützen.

Es kommt hinzu, daß mir bereits aus Architektenkreisen, die gut informiert sind, die Kandidaten für die Nachfolge zugeflüstert wurden, u.a. der Architekt Cramer, der Architekt Karweik und Runge. Ich möchte mit allem Nachdruck davor warnen, eine solche Nachfolge zu akzeptieren. Sie würde in kultureller Beziehung – und das ist natürlich auch haargenau in

politischer Beziehung – einen Rückschlag bedeuten. Es müßten dazu allerdings noch genauere Informationen gegeben werden.

Abschließend möchte ich mich ganz ausdrücklich hinter den Kollegen Scharoun stellen, der als Architekt eine gute und kluge Arbeit geleistet hat. Ich betone ausdrücklich, daß ich das feststelle, obgleich ich mit Scharoun in manchen grundsätzlichen Fragen nicht übereinstimme.

Die Wahl vom **20.10.1946** zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, zu der vier Parteien zugelassen sind und mit der die von der Alliierten Kommandantur genehmigte vorläufige Verfassung in Kraft tritt, stellt die politischen Posten im Magistrat zur Disposition. Aus der Wahl geht die SPD mit 48,7 % als stärkste Partei vor der CDU (22,2 %), der SED (19,8 %) und der LDP (9,3 %) hervor.

Bereits am **29.10.1946** wirft der „Abend" die Frage auf, ob Scharoun sich als Stadtrat wird halten können.

Der Abend

1. JAHR NR. 17 DIENSTAG 29. OKTOBER 1946

VON MONTAG ZU DIENSTAG

Bleibt Professor Scharoun?

Um den neuen Stadtbaurat von Berlin

Der Posten des Berliner Stadtbaurates wird im Zuge der Neuordnung des Magistrats zu besetzen sein. Die Zukunft Berlins wird entscheidend davon abhängen, ob dieser richtige Mann auf den richtigen Platz gesetzt wird.

Die Zahl der Bewerber ist groß. Zu denjenigen, die in Frage kommen, zählt Architekt K a r w e i k, bis vor kurzem Mitarbeiter und Stellvertreter von Professor Scharoun, dem gegenwärtigen Verwalter des Amtes. Ferner gehört zu diesem Kreis Architekt Carl C r a m e r, der in dem Wettbewerb um die Neugestaltung der Innenstadt Magdeburg einen Preis erhielt.

Auch Regierungsbaumeister Dr.-Ing. Ernst R u n g e ist als bauwirtschaftlicher Sachverständiger ein ernsthafter Reflektant.

An erster Stelle steht jedoch Dr.-Ing. S c h a l l e n b e r g e r, Leiter des Bau- und Wohnungsamtes des Bezirks Schöneberg-Friedenau. Er war bis zu seiner Entlassung am 1. April 1933 als Magistratsoberbaurat Leiter der Berliner Wohnungsfürsorge-Gesellschaft, der die Förderung, Finanzierung und Betreuung der vielen Tausende mit Hauszinssteuer-Hypotheken gebauten Geschoß- und Einfamilienhäuser in den Jahren nach 1925 oblag. Während der letzten 12 Jahre war er als freier Architekt tätig.

Andererseits werden auch Stimmen laut, die für das Verbleiben von Professor S c h a r o u n in seinem Amt eintreten, um den Neuaufbau Berlins nach seinen Plänen zu sichern. ler →L 12

Am **5.12.1946** wird in der 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der neue Magistrat gewählt. Die Abteilung Bau- und Wohnungswesen übernimmt Karl Bonatz, Bruder des bekannten Stuttgarter Architekten Paul Bonatz und bisher Baustadtrat im Bezirk Steglitz.

Von Karl Bonatz stammt die sachlichste Kritik, die zur Ausstellung *Berlin plant* veröffentlicht wird. Sie erscheint unter dem Titel *Meine Stellungnahme zu den Planungsarbeiten für Groß-Berlin, die ich bei meinem Amtsantritt vorfand* zuerst am **17.3.1947** in der „Neuen Bauwelt", kurz darauf auch gleichlautend im „Bauhelfer". Die hier abgedruckte Kritik stammt jedoch bereits vom **15.10.1946**, als sie als Referat in einer Sitzung der Bezirksräte für Bau- und Wohnungswesen vorgetragen worden ist. Wir zitieren hieraus seine Kritik an der Verkehrsplanung, die sich zunächst auf den Kollektivplan und dann auf den Zehlendorfer Plan bezieht. ←L 13

Untersuchen wir . . . den tatsächlichen Gehalt des Planes, und zwar zunächst von der Seite des Verkehrs. Hier stellt Prof. Scharoun das Radial- und Ringstraßensystem als überholt, ja als bei Berlin gar nicht existierend hin. Die Radialstraßen führten nirgends hin und kämen nirgends her. ←L 14

Schon dieser These muß man für Berlin, ja vielleicht für die meisten Städte, nachdrücklich widersprechen. Auch Berlin ist auf der Landkarte

7.4.1946 Ein von den Gegnern der Vereinigung mit der KPD innerhalb der SPD einberufener Parteitag des SPD-Landesverbandes beschließt Trennung der Fraktion vom Zentralausschuß, wählt einen neuen Bezirksvorstand und beantragt eine neue Anerkennung als Partei unter dem Namen *SPD* bei der Alliierten Kommandantur.

21./22.4.1946 Vereinigungsparteitag der SPD und KPD im Admiralspalast und Gründung der SED im Bereich der SBZ und Berlins

28.5.1946 Alliierter Kontrollrat weist die Alliierte Kommandantur an, die SPD und die SED in allen vier Sektoren Berlins anzuerkennen.

3.6.1946 Der „Sozialdemokrat" erscheint als Parteiorgan der Berliner SPD.

16.6.1946 Eröffnung der Ausstellung *Planungen vom Wiederaufbau Berlins* im Haus am Waldsee. Vorstellung des *Zehlendorfer Plans*

13.8.1946 Genehmigung der *Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin* durch die Alliierte Kommandantur

17.8.1946 Berliner Magistrat erläßt Wahlordnung.

20.8.1946 Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Ausstellung *Berlin plant*

22.8.1946 Eröffnung der Ausstellungen *Berlin plant, erster Bericht* und *Berlin im Aufbau*

20.10.1945 SED, SPD, LDP und CDU stellen sich zur Wahl des Berliner Stadtparlaments

Ergebnis der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin, 20. Oktober 1946

Zahl der Wahlberechtigten	2 307 122	
Abgegebene Stimmen	2 128 677	
Wahlbeteiligung		92,3 %
Gültige Stimmen	2 085 338 =	97,96 %
Ungültige Stimmen	43 339 =	2,04 %

Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Prozenten und Verteilung der Mandate in den Bezirksverordnetenversammlungen

	Verwaltungsbezirk	Liste 1: SPD		Liste 2: SED		Liste 3: CDU		Liste 4: LDP	
1	Mitte	47,7	20	28,5	11	17,6	7	6,2	2
2	Tiergarten	53,4	22	13,8	5	24,5	10	8,3	3
3	Wedding	53,1	24	23,4	11	17,6	8	5,9	2
4	Prenzlauer Berg	45,3	21	30,6	14	17,1	7	7,0	3
5	Friedrichshain	46,1	19	31,0	13	16,6	6	6,3	2
6	Kreuzberg	56,4	26	15,0	7	21,1	9	7,5	3
7	Charlottenburg	48,0	22	10,4	4	29,1	13	12,5	6
8	Spandau	56,4	23	11,0	4	22,4	9	10,2	4
9	Wilmersdorf	46,6	19	6,3	2	31,3	13	15,8	6
10	Zehlendorf	41,2	12	6,8	2	38,9	12	13,1	4
11	Schöneberg	49,6	20	9,9	4	28,2	11	12,3	5
12	Steglitz	44,8	18	7,2	3	32,1	13	15,9	6
13	Tempelhof	51,8	21	9,3	3	26,9	11	12,0	5
14	Neukölln	56,4	26	18,1	8	17,6	8	7,9	3
15	Treptow	40,7	17	31,1	12	19,3	8	8,9	3
16	Köpenick	38,0	15	29,2	12	22,8	9	10,0	4
17	Lichtenberg	43,3	17	28,9	12	20,2	8	7,6	3
18	Weißensee	40,9	13	30,9	9	20,5	6	7,7	2
19	Pankow	42,4	17	28,0	11	18,9	8	10,7	4
20	Reinickendorf	51,9	22	18,2	7	20,9	8	9,0	3
	Groß-Berlin	48,7		19,8		22,2		9,3	
	Sowjetischer Sektor	43,6		29,9		18,7		7,8	
	Westsektoren	51,76		14,76		23,6		9,66	
	Mandate in der Stadtverordnetenversammlung		63		26		29		12

QUELLE: Berlin in Zahlen 1947, S. 423 ff

Karl Bonatz, Architekt, geb. **1882**, gest. **24.9.1951** in Berlin (West). Architekturstudium, eigenes Büro, in den 20er Jahren 10 Jahre bei der städtischen Bauverwaltung in Berlin-Neukölln, Entlassung aus pol. Gründen. Beim GBI Leiter der Abt. III/8 und zuständig für den Bunkerbau. Nach Kriegsende Stadtbaurat in Steglitz, Nachfolger von Scharoun **1947** als Leiter der Abt. Bau- und Wohnungswesen. Ab **19.1.1949** Stadtbaudirektor in Berlin (West). **Anfang 1950** in den Ruhestand versetzt, Nachfolger Rolf Schwedler.

nur ein Punkt, auf den die Reichs- und Fernverkehrsstraßen in einem auffallend klaren, fast lückenlosen Sterngebilde hinführen. Der Autobahnring ist kein Quadrat, und in erster Linie zur Umfahrung Berlins, daneben aber zur Sammlung und Verteilung des Verkehrs bestimmt. Das gleiche gilt in noch höherem Maße von den inneren, mehr oder weniger z.T. aber schon sehr deutlich und großzügig angelegten Ringen.

Es ist nun bestimmt nicht richtig, eine solche unbestreitbare Tatsache einfach zu negieren und von einer über 80 Jahre alten Entwicklung des Stadtplanes Berlins auch das beseitigen zu wollen, was unstreitig brauchbar ist, im Gegensatz zu dem vielen, das tatsächlich beseitigt werden muß.

Eines ist selbstverständlich zutreffend: Die Radialstraßen dürfen nicht alle nach einem Punkt des Stadtinnern führen, und so ist zu untersuchen, ob sie, abgesehen von den durchgehenden Haupttransversalen, am innersten oder zweiten Ring abzufangen sind, und wie das zu geschehen hat. Das Radialsystem läßt sich ja auch im Stadtinnern noch in ein Rechtecksgitter umleiten, wie dies übrigens eine schematische Studie des Herrn Friedrich aus dem Arbeitsgremium bereits aufzeigt.

Man darf außerdem auch nicht sagen: Die von außen her kommenden Radialstraßen haben in Berlin kein Ziel mehr, wie es früher Marktplatz oder Kirche in kleineren Orten waren, denn hier haben sie im großen das Ziel des ganzen Stadtkernes, den sie alle an irgendeiner Stelle erreichen wollen, an dem das von weit außen schon angelegte Straßengitter aber zum größten Teil vorbei führen würde.

Man sollte also sagen: Richtig erschiene ein Gitter von nur 2–3 nordsüdlichen und ebenso vielen ostwestlichen Straßen oder sonst eine neugeordnete Verkehrsführung im Stadtkern, von da aus wäre aber an den alten Radialstraßen, deren wichtigste der Plan Berlin sowieso beibehält, festzuhalten und keinesfalls eine unzweckmäßige und Hunderte von Millionen verschlingende Ausdehnung des Gitters bis zum Autobahnring durchzuführen.

Wie steht es sodann mit der Führung der Hauptverkehrslinien im einzelnen, der prinzipiellen Gestaltung der neuen Straßen sowie ihrer Verbindung mit den dazwischen liegenden großen Stadtteilen? Hier muß festgestellt werden, daß die bisherigen Vorarbeiten ein abschließendes Urteil darüber gar nicht ermöglichen. Der allgemeine Plan ist noch so skizzenhaft und läßt so wenig erkennen, wo die neuen Straßen eigentlich liegen, daß man sich auch mit großer Mühe kein hinreichendes Bild über die Zweckmäßigkeit von deren Durchführung machen kann.

Es wäre nach meiner Meinung richtiger gewesen, das Gitternetz oder sonst eine neue Straßenführung über dem Stadtkern genauer auszuarbeiten, statt so ungeheuer weit ausgreifende Pläne zu machen, damit man erst einmal beurteilen kann, wie weit sich etwas Derartiges überhaupt durchführen läßt und ob es brauchbar ist, wenn es durchgeführt würde. In diesem Punkt muß man sich ganz auf Vermutungen beschränken, die vielleicht durch nähere Ausarbeitung widerlegt würden. Einstweilen ist aber folgendes zu sagen: Die geplante Vergrößerung des Tiergartens ist bestimmt schön und gut, daß man ihn aber dann ausgerechnet mit dem wichtigsten Straßenkreuz durchschneidet, statt ihn von jedem Verkehr völlig frei zu halten, ist nicht begreiflich. Unschön erscheint ferner die Abbiegung der Ost-West-Achse nach Südosten, die schräge Durchschneidung der sogenannten Ministergärten, die Tangierung des Gendarmenmarktes u.a.m. Die Anpassung an ein heute längst nicht mehr erkennbares Urstromtal ist dafür keine hinreichende Begründung. Etwas anderes wäre es, wenn man es mit einem Stadtbild von so ausgeprägter Gestaltung zu tun hätte, wie beispielsweise Dresden, Prag, Stuttgart, Heidelberg. Wenn aber schon weiterhin Verkehr durch den Tiergarten gehen soll, würde man besser die mit so vielen Kosten geschaffene alte Ost-West-Achse belassen. Auch scheint es nicht richtig, die Straße Unter den Linden am Brandenburger Tor sozusagen zur Sackgasse zu machen. Des weiteren dürfte ein Durchbruch nach Osten hinter dem Schloß kaum schwieriger sein als die vielen sonst erforderlichen Durchbrüche, und es wäre nur notwendig, den gesamten Lastenverkehr von dieser Zentralachse absolut fernzuhalten und auf Parallelstraßen abzuleiten.

Sodann stellt man bei dem bisher vorgeschlagenen Gitternetz einen willkürlichen Wechsel in der Benutzung alter Einfall- oder auch Ringstraßen fest, die doch, wie man sagt, nicht umbaufähig sind, ferner Benutzung von Nebenstraßen, parallele, senkrechte oder aber diagonale Durchschneidungen von Baublocks (alles, wie schon gesagt, nur andeutungsweise), wo-

nach man die Undurchführbarkeit eines solchen Systems schon im Stadtinnern befürchten muß. Brandgiebel, Hinterfronten und sonstige häßliche Bilder, wie man sie früher bei rücksichtslosen Eisenbahndurchbrüchen erzielte, würden sich ergeben, um so mehr, als die neuen Verkehrsstraßen ja nicht bebaut werden sollen.

Kurzum: Die folgerichtige Durchführung dieses Prinzips würde in der letzten Konsequenz das Niederreißen weiterer großer Teile der noch verbliebenen, oberirdischen Bauten nach sich ziehen, während unterirdische, fast noch intakt befindliche Einrichtungen ohnehin so vielfach ignoriert zu sein scheinen. Unübersehbare zusätzliche Kosten zum reinen Straßenbau müßten hiervon die Folge sein.

Zu den neuen Hauptverkehrsstraßen selbst ist zu sagen, daß zweifellos diese rein als Schnellverkehrsstraßen gebauten Strecken, kreuzungsfrei und ohne Einmündungen, schon mit je 2 Fahrbahnbreiten leistungsfähiger sind als sonst eine Straße mit 5 Fahrbahnen. Man darf aber doch hierüber die Hauptsache nicht vergessen und auch dabei nicht über das Ziel hinausschießen. Auch die Hauptverkehrsstraßen, die durch die Stadt führen, haben als erste Aufgabe die Erschließung der dazwischen liegenden Stadtteile und ihre Verbindung miteinander. Sie sind alles andere als Selbstzweck, und Prof. Scharoun sagt selbst: „Wir brauchen keine Rennbahn durch Berlin." Warum legt man dann ein ganzes Netz von solchen Rennstraßen durch die Stadt? Um eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 35–40 km zu erreichen, die im Stadtinnern unbedingt genügt, ist dies bestimmt nicht nötig.

Es ist also vor allem die mutmaßliche Verkehrsdichte der nächsten 2 Jahrzehnte zu ermitteln und danach der wirklich brauchbare Straßentyp für die Innenstadt festzulegen. Dabei ist zu berücksichtigen, wie stark doch Berlin auch im Zentrum aufgelockert werden soll und wie langsam es aus wirtschaftlichen und sonstigen Gründen wieder anwachsen kann und darf. Wahrscheinlich wird schon ein Straßentyp, der höchstens alle 500 m Kreuzungen aufweist, genügen, und es wäre noch zu überlegen, ob man das Zentrum Berlins vom sogenannten Durchgangsverkehr nicht völlig frei halten sollte.

Bei allem Studium der wenigen bisher vorliegenden Einzelheiten mußte ich feststellen, daß die hier vorgesehenen Hauptverkehrsstraßen die Stadt in fast völlig getrennten Sektionen durchschneiden und die vorhandenen Straßen zu 90% unterbrechen, daß es außerdem schwierig und zeitraubend ist, von den Verkehrsstraßen in die Sektionen zu gelangen.

Der Gewinn des schnellen Verkehrs auf der Hauptstraße geht auf diese Weise fast völlig verloren, oder es müssen derartig umfangreiche Nebenbauten, Parallelstraßen, Abzweigungen, Untertunnelungen und dergleichen vorgesehen werden, daß diese Bauwerke objektiv unerschwinglich sein dürften, von unserer Armut in den nächsten Jahrzehnten ganz abgesehen.

Es ist nebenbei auch nicht ersichtlich, ob die Schnellverkehrsstraßen gegeneinander in zwei verschiedenen Ebenen liegen und die anderen in einer dritten, so daß Riesenviadukte mit weiteren Komplikationen entstünden, oder ob nur die Kreuzungen immer angehoben bzw. abgesenkt werden sollen. Offen ist auch noch die Frage, in welcher Form die Schnellstraßen die hoch liegende Ringbahn überschreiten werden. Dies alles muß erst grundsätzlich geprüft werden, bevor überhaupt das Prinzip festgelegt werden kann. Die Bezirke sind aber darauf angewiesen, bald zu erfahren, nach welchem Prinzip zu arbeiten ist.

Soviel zunächst über Straßen. . . .

Außer dem zentralen Plan ist in der Ausstellung auch noch einmal der Plan der Außenstelle Zehlendorf gezeigt. Dieser Plan ist seinerzeit schon ausgiebig diskutiert worden. Es scheint mir aber trotzdem richtig, ihn in die heutige Betrachtung noch einmal einzubeziehen und ihn mit dem zentralen Plan in Vergleich zu setzen.

Fraglos bewegt sich der Zehlendorfer Plan in realeren Bahnen als der zentrale Plan, woraus allein sich aber noch kein vergleichendes Werturteil zu ergeben braucht. Es ist vielmehr von Vorteil, die Aufgabe von so entgegengesetzten Gesichtspunkten angefaßt zu sehen, und beiden Stellen gebührt das Verdienst, den Mut zum schweren, ersten Schritt gezeigt zu haben. Die Vorschläge nunmehr zu diskutieren oder zu variieren, ist hiernach schon bedeutend leichter.

Über das einheitliche Verkehrsband für die gesamten Fernbahnen im Zehlendorfer Plan habe ich mich schon vorher geäußert. Diesen Gedanken halte ich, wie gesagt, nicht für glücklich, wegen Überlastung der Ost-West-

Chronik, Teil 2. Oktober 1946 bis November 1948
Die Zeit des zweiten Magistrats von Groß-Berlin

20.10.1946 Berliner Wahl zur Stadt- und Bezirksverordnetenversammlung. Das Ergebnis in Prozent und Sitzen: SPD (48,7 %/63), SED (19,8 %/26), CDU (22,2 %/29), LDP (9,3 %/12)

1.11.1946 Die Bezeichnung *Magistrat von Berlin* wird durch *Magistrat von Groß-Berlin* ersetzt.

26.11.1946 Erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Otto Suhr (SPD) wird Stadtverordnetenvorsteher, Walther Schreiber (CDU) und Ottomar Geschke (SED) werden seine Stellvertreter.

29.11.1946 Der frühere Stadtrat für Verkehr und spätere Oberbürgermeister von Magdeburg, Ernst Reuter, kehrt aus dem Exil in der Türkei nach Berlin zurück.

5.12.1946 Stadtverordnetenversammlung wählt den neuen Magistrat. Otto Ostrowski (SPD) wird Oberbürgermeister, Ernst Reuter (SPD) Stadtrat für Verkehr und Versorgungsbetriebe, Karl Bonatz (SPD) Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen.

10.3.1947 Moskauer Konferenz

12.3.1947 Rede Trumans (Truman-Doktrin)

17.4.1947 Oberbürgermeister Ostrowski erklärt seinen Rücktritt, nachdem die SPD-Fraktion ihm das Vertrauen entzogen hat.

8.5.1947 Louise Schröder (SPD) übernimmt bis zur Neuwahl geschäftsführend das Amt des Oberbürgermeisters.

5.6.1947 Marshall-Plan verkündet.

14.6.1947 Errichtung der „Deutschen Wirtschaftskommission" in der SBZ

24.6.1947 Stadtverordnetenversammlung wählt Ernst Reuter (SPD) zum neuen Oberbürgermeister.

25.6.1947 Konstituierung des amerikanisch-britischen „Zweizonenwirtschaftsrats" in Frankfurt/M.

10.7.1947 Kontrollrat lehnt die Bestätigung Ernst Reuters als Oberbürgermeister ab. Die Bestätigung scheitert am Veto der sowjetischen Delegation, die auf die bis heute unklare politische Vergangenheit Reuters verweist. Louise Schröder bleibt als Vertreterin weiter im Amt.

5.10.1947 UdSSR lehnt Marshall-Plan ab.

16.10.1947 Deutsche Akademie der Wissenschaften beschließt Gründung des Instituts für Bauwesen (IfB) mit Hans Scharoun als Direktor.

1.11.1947 Ausschreibung des Wettbewerbs *Rund um den Zoo*

1.12.1947 Eröffnung der *Arbeitsschau des Hauptamtes für Planung* im Bärensaal des Alten Stadthauses. Vorstellung des *Neuen Plans A/B*

14.3.1948 USA-Senat nimmt Marshall-Plan an.

16.4.1948 Unterzeichnung des Marshall-Planes in Paris für 16 Nationen und westliche Besatzungszonen

21.4.1948 In der Fritz-Erler-Kaserne in Rothwesten bei Kassel treffen sich elf deutsche Währungsexperten mit Vertretern der drei westlichen Militärregierungen und arbeiten bis zum 8.6.1948 unter strenger Klausur die Pläne für eine Währungsreform aus.

22.4.1948 Stadtverordnetenversammlung verabschiedet die *Verfassung des Landes Berlin.*

20.5.1948 Auszug der sowjetischen Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat

16.6.1948 Auszug der sowjetischen Vertreter aus der Interalliierten Kommandantur

18.6.1948 Die Militärgouverneure der drei Westalliierten informieren den sowjetischen Oberbefehlshaber Sokolowski über die bevorstehende Währungsreform in ihren Besatzungszonen. Die drei westlichen Stadtkommandanten von Berlin erklären, daß die Währungsreform sich nicht auf Berlin erstreckt. In Berlin bleibe die Reichsmark als Währung bestehen und die Stadt weiterhin unter der Viermächtekontrolle der Kommandantur.

19.6.1948 Marschall Sokolowski erläßt mit Gesetzeskraft versehene Bestimmungen, wonach die in den westlichen Besatzungszonen herausgegebenen Geldscheine für den Umlauf in der SBZ und in Groß-Berlin,

Titelblatt des 1947 veröffentlichten Zehlendorfer Plans

das als wirtschaftlicher Bestandteil der SBZ bezeichnet wird, nicht zugelassen sind. Sokolowski erklärt, daß die Währungsreform der Westmächte eine Verletzung der Potsdamer Beschlüsse darstellt und sie *die Vollendung der Spaltung Deutschlands* bedeutet. Der gesamte Passagierverkehr zwischen den Westzonen und der SBZ wird eingestellt, die Autobahn nach Berlin wird gesperrt.

20.6.1948 Währungsreform in den Westzonen (ohne Berlin). Marschall Sokolowski drückt in einem Schreiben an die drei westlichen Militärgouverneure sein Erstaunen darüber aus, daß die Nichteinführung der neuen Währung in den westlichen Sektoren Berlins mit dem Viermächtestatus begründet wird. Das sei vielmehr selbstverständlich, da Groß-Berlin wirtschaftlich ein Bestandteil der SBZ sei.

21.6.1948 Die drei westlichen Militärgouverneure weisen Sokolowskis Behauptung zurück, daß Groß-Berlin wirtschaftlicher Bestandteil der SBZ sei. Die Deutsche Wirtschaftskommission gibt Vorschläge zu einer Währungsreform in der SBZ unter Einbeziehung von Groß-Berlin bekannt.

23.6.1948 SMA-Befehl 111 ordnet die Durchführung einer Währungsreform in der SBZ unter Einschluß von Groß-Berlin an. Die westlichen Stadtkommandanten erklären den sowjetischen Befehl in ihren Sektoren für ungültig, verordnen sofortige Schließung aller Geschäfte und Banken und kündigen die Einführung der in den westlichen Zonen geltenden Währung für die Westsektoren Berlins an. In der Nacht zum **24.6.** wird der Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Berlin–Helmstedt wegen *technischer Störungen* eingestellt. Demonstranten dringen während der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in den Plenarsaal des Neuen Stadthauses ein und fordern eine einheitliche Währung für Berlin.

24.6.1948 Einführung der West-Mark (DM/West) durch die westlichen Alliierten in den Westsektoren Berlins. Die im sowjetischen Sektor gültige Währung wird auch in den Westzonen anerkannt. Den Einwohnern der Westsektoren wird von westlicher Seite freigestellt, außer ihrer D-Mark-Quote auch Ost-Mark im sowjetischen Sektor abzuholen. Der Güterverkehr aus den Westzonen in die SBZ wird eingestellt. Die Auslieferung von Lebensmitteln aus der SBZ und dem sowjetischen Sektor in die Westsektoren Berlins wird mit Befehl 488 des sowjetischen Stadtkommandanten gesperrt. Ernst Reuter erklärt, daß der Währungskonflikt keine finanzpolitische Frage ist, sondern Ausdruck des

Richtung, großer technischer Komplikationen und völliger Entblößung der nördlichen und südlichen Stadtteile vom Personen-Fernverkehr.

Für das Netz der Hauptverkehrsstraßen hält die Außenstelle am System der Radial- und Querverbindungsstraßen fest, was mir grundsätzlich richtig erscheint. Die Art, wie hier der Tiergarten ganz ausgespart wird, ist sehr bemerkenswert, ebenso wie der Vorschlag direkter Verbindung des Kurfürstendamms mit der Leipziger Straße bzw. Krausenstraße. Weniger glücklich ist das große Achsenkreuz mit ovalem Platz beim Bahnhof Friedrichstraße. Auch zeigt die verlegte Ost-West-Achse in Anpassung an den Spreeverlauf etwas sehr starke Windungen.

Insofern bringt auch dieser Plan für den Stadtkern noch keine endgültige Lösung, die in mancher Hinsicht in einer Durchdringung der beiden Planvorschläge und der dabei vorgetragenen Prinzipien zu finden sein wird.

3.2.2 Der „Neue Plan" 1947/48

Am **5.12.1946** wählt die neue Stadtverordnetenversammlung den neuen Magistrat. Karl Bonatz wird Nachfolger Scharouns als Stadtbaurat. Unmittelbar danach erscheint am **9.12.1946** in der „Neuen Bauwelt" ein Artikel von Walter Moest, einem der Mitverfasser des Zehlendorfer Plans, mit dem Titel *Gedanken zur Planung der Verkehrsstraßen*, in dem er die Kritik an den beiden vorliegenden Konzepten zusammenfaßt und eine Synthese von Kollektivplan und Zehlendorfer Plan vorschlägt:

→L 15 *Dem Plan des Kollektivs ist vorgeworfen worden, er sei zu großzügig, zu kostspielig, nehme auf Vorhandenes (und auf die Notlage Deutschlands) zu wenig Rücksicht, der Raster sei zu engmaschig, und das Ganze sei utopisch. Entsprechend hat man gegen den Zehlendorfer Plan eingewendet, er sei zu ängstlich, klammere sich zu sehr an das Bestehende, nehme nicht genügend Rücksicht auf die Verkehrsentwicklung der Zukunft, und das Ganze sei rückständig.* Beide Pläne seien somit noch den bisherigen städtebaulichen Bemühungen verhaftet; der eine betreibe Neubau, der andere Sanierung. Für beides fehlen aber die Voraussetzungen. Berlin sei weitgehend zerstört, so daß für eine Sanierung die Substanz fehle, jedoch gehe die Zerstörung in den seltensten Fällen so weit, daß ein freier Platz für etwas durchgreifend Neues zur Verfügung stehe. Es gehe vielmehr um Wiederaufbau, der weder identisch sei mit Neubau noch mit Sanierung, sondern irgendwo zwischen diesen Aufgaben läge.

Die Synthese der beiden Pläne, die Moest vorschlägt, geht davon aus, daß für den Zehlendorfer Plan ein Netz von *Roten Straßen*, für den Kollektivplan eines von *Weißen Straßen* typisch sei.

→L 16 *Unter einer „Roten Straße" wollen wir eine angebaute Hauptverkehrsstraße verstehen, die im Gegensatz zu den jetzt vorhandenen Verkehrsstraßen nur alle 500–600 m eine Kreuzung für den Fahrverkehr aufweist, bei der diese Kreuzungen klar und übersichtlich ausgebildet sind und bei der getrennte Schnell- und Langsamfahrbahnen vorgesehen sind.*

Unter einer „Weißen Straße" (die Farben entsprechen den seinerzeit ausgestellten Plänen) wollen wir im Gegensatz dazu eine anbaufreie Autoschnellstraße verstehen, wobei wir die noch zu erörternde Frage dahingestellt sein lassen, ob hier planfreie Kreuzungen (Kleeblätter) notwendig sind oder ob man sich nicht mit den wesentlich billigeren, richtig ausgebildeten Plankreuzungen (Kreisverkehr) begnügen kann.

Ein richtig geplantes Netz von *Roten Straßen* bedeute eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Verkehrssituation, die Kosten und die benötigten Baustoffe hielten sich in einem Rahmen, der es erlaube, diesen Ausbau als *erreichbares Nahziel* zu formulieren. Da dieses *Rote Netz* einem stark anwachsenden Zukunftsverkehr jedoch kaum standhalten dürfte, wäre es notwendig, darüber hinaus ein *Weißes Netz* als *Fernziel* anzustreben, ein Schnellstraßennetz, das sich in das *Rote Netz* einfüge, ohne es zu ersetzen. Dieses *Weiße Netz* müsse gegenüber dem des Kollektivplans jedoch weitmaschiger und vor allem nicht auf den Trassen vorhandener Hauptverkehrsstraßen verlaufen, sondern vielmehr im *Hinterland, innerhalb der Baublöcke oder im Zuge unwichtiger Nebenstraßen* liegen. Denn was das vom Kollektiv geplante *Weiße Netz* so kostspielig mache, sei nicht so sehr seine eigentliche Herstellung, sondern vielmehr die Wertzerstörung, die der Abriß vorhandener Bauten für die Freilegung der Schutzstreifen erfordere. Vor allem sei bei der Realisierung des *Weißen Netzes* darauf zu achten, daß

die Planung *elastisch* bleibe und das Netz Stück für Stück durchgeführt werden könne, wobei jedes Stück bereits eine Verbesserung für den Gesamtverkehr bringe, die Linienführung der folgenden Stücke auch noch geändert und den möglicherweise neuen Bedingungen angepaßt werden könne.

Zu **Beginn des Jahres 1947** werden unter der Leitung von Karl Bonatz *Richtlinien zur Neuplanung Berlins* ausgearbeitet, die **Anfang April** veröffentlicht werden. Trotz des grundsätzlichen Problems, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl in Berlin als auch in Deutschland noch ungeklärt sind und damit die Voraussetzungen fehlen, von denen die Stadtplanung Berlins ausgehen kann, versucht Bonatz ein Programm aufzustellen, das die Grundzüge der Planung zumindest umreißt. Ein solches Programm ist notwendig, um die Maßnahmen der Instandsetzung und Enttrümmerung bestimmen zu können und um die Flächen zu sichern, die zur Durchführung der späteren Stadtplanung erforderlich sind. Die Richtlinien gehen von der Voraussetzung aus, daß Berlin Hauptstadt Deutschlands bleibt, mit einer Einwohnerzahl von etwa 3,5 Millionen, daß Wirtschaft und Industrie wieder in Gang gebracht werden und die Ernährung der Stadt mit Hilfe des gesamten Umlandes gesichert werden kann.

Bonatz geht von der vorgeschlagenen Verbindung des Zehlendorfer und des Kollektivplans aus:

←L 17

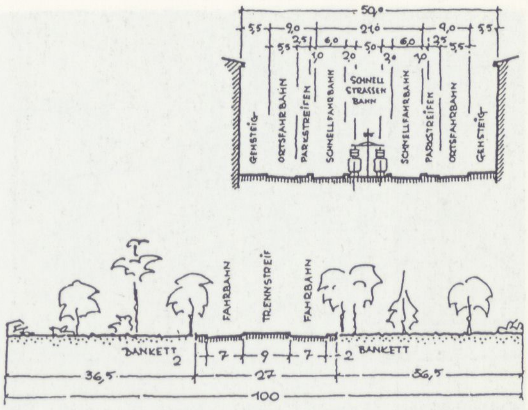
Hinsichtlich der Bearbeitung der Verkehrsfragen neige ich grundsätzlich der Methode der Zehlendorfer Planung zu, die sich damit begnügt, das nun mal vorhandene Verkehrsnetz zu reformieren und auszubauen. . . . Für gesund halte ich hingegen den Grundsatz des Kollektivs, die radial zum Stadtkern führenden Hauptverkehrslinien im Stadtinnern etwa in ein Rechteckgitter überzuleiten, ohne dabei dem unmotivierten Gedanken zu folgen, dieses Rechtecknetz nun bis zur Autobahn zu verlängern.

Ich möchte hiernach beim Planen etwa folgendermaßen vorgehen. Die ausgesprochenen Fern- und Schnellstraßen sind über den Autoring an Berlin vorbeizuführen oder – insoweit sie nach Berlin hineinzielen – vom Autobahnring an schon lediglich als Verkehrsstraßen zu betrachten, etwa bis zum ersten Ring in Berlin. Auch von diesen Straßen sollen indessen einige, vielleicht eine, höchstens zwei, in jeder Richtung den Kern Berlins berühren, aber nicht durchschneiden. Alle anderen Verkehrsstraßen im Innern des 1. Ringes brauchen nicht mehr kreuzungsfrei zu sein und können gleichzeitig als Geschäftsstraßen dienen mit der Möglichkeit zum Parken. Eine Differenzierung von Verkehrs- und Geschäftsstraßen im Innern von Berlin (durch Begleitstraßen) bleibt in einzelnen Fällen trotzdem vorbehalten. Vom 1. Ring im Stadtinnern an sind, wie schon angedeutet, die Radialstraßen möglichst in ein Rechtecksystem überzuführen, um Sternplätze zu vermeiden. Die maßgebende Richtung gibt dafür von Westen nach Osten die Ost-West-Achse, von Norden nach Süden die Friedrichstraße an. Während die Breite der Ost-West-Achse, auch der Linden, genügt, ist die Leipziger Straße zu verbreitern (evtl. durch beiderseitige Kolonnaden) oder auch durch südliche Parallelstraßen zu unterstützen. Eine Verbindung des Kurfürstendammes, etwa über die Tiergartenstraße, durch die Ministergärten und die Französische Straße ist zu studieren; sie wird auch gleichzeitig die Fortsetzung der Linden nach Osten über Alexanderplatz und in Richtung der Frankfurter Allee unterstützen. Diese Verbindung zu suchen, muß immer ein Ziel sein. Nördlich der Spree ist eine dritte Ost-West-Verbindung zu finden, von Spandau nach Küstrin oder Stettin, während im Süden die Leipziger Straße den Anschluß an die Köpenicker Straße suchen soll. Als Entlastung dafür kann noch gelten eine Linie Lützowstraße–Schöneberger Straße–Kochstraße–Oranienstraße.

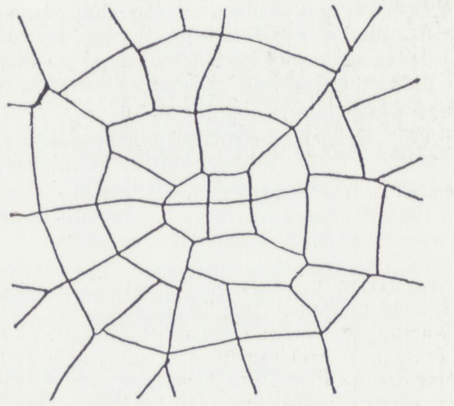
Von Süden nach Norden sind Hauptverbindungen im Zuge der Kaiserallee–Joachimstaler Straße–Klopstockstraße, Tempelhofer Straße–Friedrichstraße–Chausseestraße, (Bergstraße)–Neukölln–Kottbusser Damm–Neanderstraße (Jannowitzbrücke) in Richtung Eberswalde zu suchen.

Eine Verbindungsmöglichkeit Kurfürstendamm–Leipziger Straße ist außerdem zu prüfen, Vervollständigung der Querverbindungen ist anzustreben, – alles dies jedoch in Anlehnung an das alte Straßennetz. Die beigefügte schematische Skizze des Stadtinnern soll nur einen annähernden Begriff über die geplante Gestaltung des Verkehrsnetzes geben.

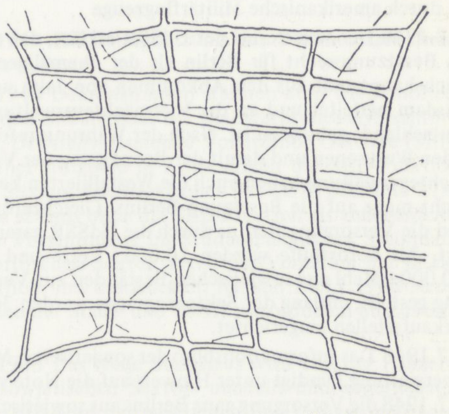
Im Auftrag von Karl Bonatz arbeitet Walter Moest auf der Grundlage der neuen Richtlinien eine erste Planstudie aus, die von einer klaren Abstufung der Hauptverkehrsstraßen ausgeht. Für den Fernautoverkehr sind



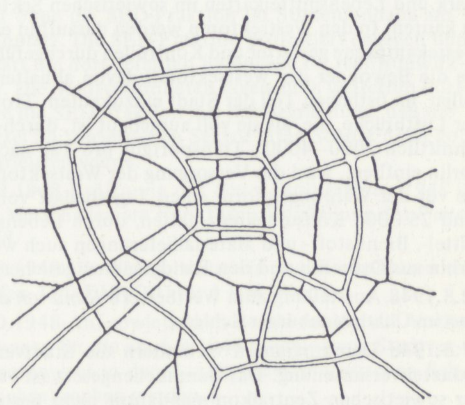
→B 60 Eine „Rote" Straße (oben) und eine „Weiße" Straße (unten)



Die Zehlendorfer Idee: ein reines „Rotes Netz"

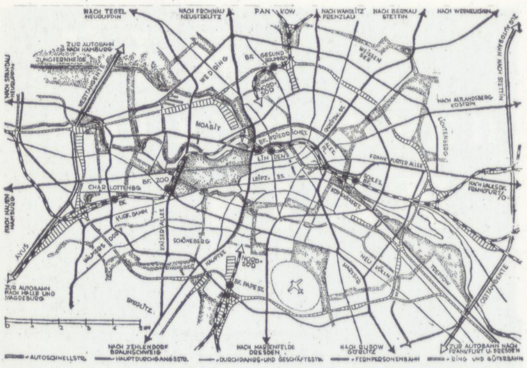


Die Idee des Kollektivs: ein reines „Weißes Netz"



Die Synthese (Der Plan zeigt keine bestimmte Stadt)

→B 61 Die von Walter Moest vorgeschlagene Synthese des Zehlendorfer Plans und des Kollektivplans



Walter Moest (Frühjahr 1947): Erste Planstudie für den neuen Berliner Verkehrsplan ←B 62

Kampfes zweier politischer und wirtschaftlicher Systeme, der in Berlin ausgetragen wird.

25.6.1948 Die drei westlichen Stadtkommandanten verbieten die Lieferung von Lebensmitteln aus ihren Sektoren in den sowjetischen Sektor. Erste amerikanische Militärflugzeuge mit Lebensmitteln treffen in Tempelhof ein.

26.6.1948 Beginn der organisierten Luftversorgung der Westsektoren Berlins über die Luftbrücke als *Operation Vittles* der amerikanischen Streitkräfte

28.6.1948 Die Royal Air Force beginnt sich an der Luftversorgung der Westsektoren zu beteiligen.

29.6.1948 Stadtverordnetenversammlung verabschiedet gegen die Stimmen der SED ein Bannmeilengesetz, das die Störung der Sitzungen durch Demonstranten verhindern soll.

1.7.1948 Der sowjetische Vertreter der Alliierten Kommandantur erklärt das Ende der Viermächteverwaltung für Berlin.

7.7.1948 Beginn der Kohleversorgung der Westsektoren durch amerikanische Militärflugzeuge →L 18

14.7.1948 Der Ministerrat der UdSSR erklärt, daß sich das Besatzungsrecht für Berlin als der ehemaligen Reichshauptstadt aus den Abkommen von Jalta und Potsdam herleitet und an die Viermächteverwaltung Deutschlands gebunden ist. Nach der Währungsreform in den Westzonen und damit der Beendigung der Viermächteverwaltung haben auch die Westalliierten kein Recht mehr auf die Besetzung Berlins. Gleichzeitig wird die Versorgung Berlins durch die UdSSR garantiert. Als Soforthilfe werden 10.000 t Fette und 100.000 t Mehl aus sowjetischen Beständen zur Verfügung gestellt, entlang der Sektorengrenze werden 3000 Verkaufsstellen eingerichtet.

20.7.1948 Das Informationsbüro der sowjetischen Militärverwaltung kündigt unter Hinweis auf die Note vom **14.7.1948** die Versorgung ganz Berlins aus sowjetischen Beständen an. Die Bewohner der Westzonen sollen die Möglichkeit haben, ihre Nahrungsmittel gegen Ostmark und Lebensmittelkarten im sowjetischen Sektor zu kaufen. In den Westsektoren werden daraufhin eine Pressekampagne gestartet und Kontrollen durchgeführt, die die Bewohner der Westsektoren davon abhalten sollen, im östlichen Teil der Stadt einzukaufen. Trotz der Luftbrücke, die, als sie voll ausgebaut ist, durchschnittlich 3000–4000 t Transportgut pro Tag nach Berlin einfliegt, wird die Versorgung der Westsektoren, die vor der Währungsreform einen Tagesbedarf von rund 25.000 t Konsumgütern hatten, durch Lebensmittel-, Brennstoff- und Materiallieferungen auch weiterhin aus Ostberlin und den Randgebieten gesichert.

12.8.1948 Ausstellung zum Wettbewerb *Rund um den Zoo* im Charlottenburger Schloß

27.8.1948 Demonstranten verhindern die Stadtverordnetenversammlung. Das Bannmeilengesetz ist von der sowjetischen Zentralkommandantur nicht bestätigt worden. Stadtverordnetenvorsteher Suhr (SPD) stellt fest, daß die ihm zustehende Polizeigewalt des Hauses nur eine Fiktion ist, da die Polizei seinen Anordnungen keine Folge leistet.

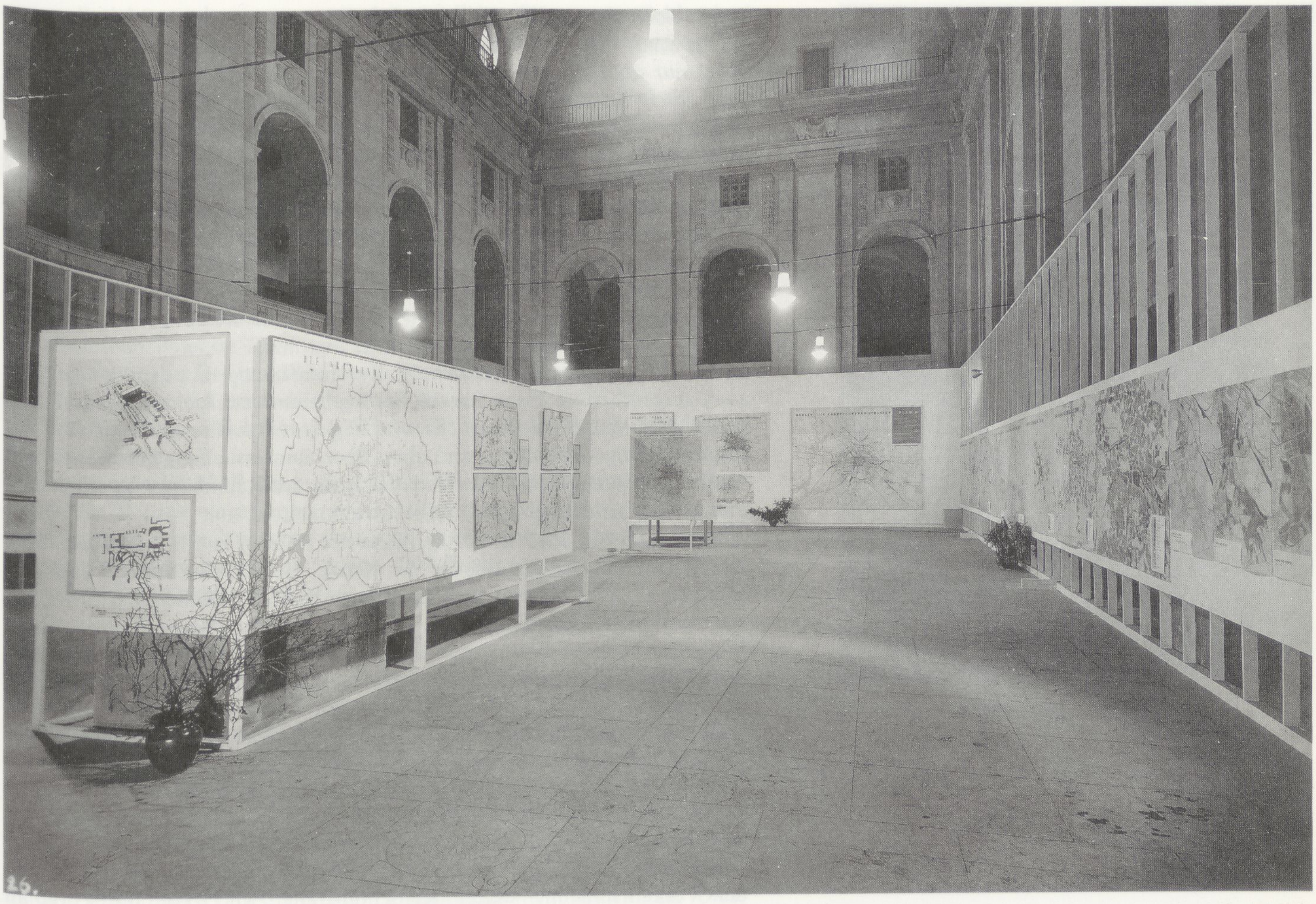
anbaufreie Schnellstraßen (S-Straßen) vorgesehen, die wegen der hohen Kosten für die Beseitigung der Bebauung nicht im Zuge vorhandener Bebauung ausgeführt werden. Hierfür ist es notwendig, eine Anzahl der übrigen Hauptverkehrsstraßen, die den vorhandenen Straßenzügen folgen, so zu gestalten, daß sie den Erfordernissen des Autoschnellverkehrs weitgehend entsprechen. Dafür wird der Typ der *Hauptdurchgangsstraße (H-Straßen)* mit vier Fahrbahnen entwickelt; dieser Typ entspricht den *Roten Straßen*. Alle übrigen Hauptverkehrsstraßen heißen *Durchgangsstraßen (D-Straßen)* und haben eine Breite von etwa 35 m. Die *S-Straßen* werden als Verbindungen der Autobahnen von Hamburg und Magdeburg, bzw. von Stettin und Frankfurt/Oder im Westen und im Osten als Tangenten bis fast an den S-Bahn-Ring herangeführt. Innerhalb des S-Bahn-Ringes plant Moest eine Rasterung der Innenstadt mit Hilfe von *H-Straßen*: drei Nord-Süd-Durchfahrten, deren mittlere auf dem Gelände des zu entfernenden Potsdamer Bahnhofs verläuft, dann nach Norden in die Friedrich-Ebert-Straße übergeht und als Tangente die City und die Friedrichstraße entlasten soll. In ost-westlicher Richtung sieht Moest eine einzige *H-Straße* vor, die, von Spandau kommend, in der City nördlich der S-Bahn verlaufend, in die Frankfurter Allee übergeht. In dieses *H-Netz* spannt sich dann weitgehend auf den bestehenden Trassen das Netz der *D-Straßen*, das an wenigen Stellen durch Durchbrüche zu vervollständigen ist. Die wichtigsten dieser Durchbrüche sollen in der City eine Ost-West-Verbindung zwischen Kurfürstendamm–Leipziger Straße und Köpenicker Straße als *interessante Geschäftsstraße* schaffen.

Dieser von Walter Moest im **April 1947** vorgelegte Plan ist lediglich eine Ideenskizze, an der weiter gearbeitet wird. Am **1.12.1947** wird im Bärensaal des alten Stadthauses eine *Arbeitsschau* der Abteilung Bau- und Wohnungswesen eröffnet, die man als *Berlin plant/Zweiter Bericht* bezeichnen könnte.

Als Kernstück der Ausstellung wird der *Neue Plan von Berlin* vorgestellt, und zwar wieder in zwei Varianten, ein *Plan A* und ein *Plan B*. Beide Pläne haben einen gemeinsamen Ring um das Stadtzentrum, der es gegen den Durchgangsverkehr abriegelt. Der Ring fängt die zahlreichen Radialstraßen, die auf den Stadtkern zulaufen, auf.

Für die Planung der Verkehrsstraßen außerhalb des innersten Ringes legen wir zwei Pläne A und B vor, die sich zunächst äußerlich dadurch unterscheiden, daß im Plan A die Straßen in einer Unterlage eingetragen sind, die die Bebauung zeigt, in Plan B in einer solchen, die die Beschädigung der Stadtteile erkennen läßt. Der Unterschied der Pläne liegt bei grundsätzlich gleicher Konzeption sonst nur in folgenden Einzelheiten: Beim Plan A ist der innerste Ring am Halleschen Tor etwas weiter südlich durchgeführt als beim Plan B. Der Plan A spaltet ferner die West-Ost-Achse

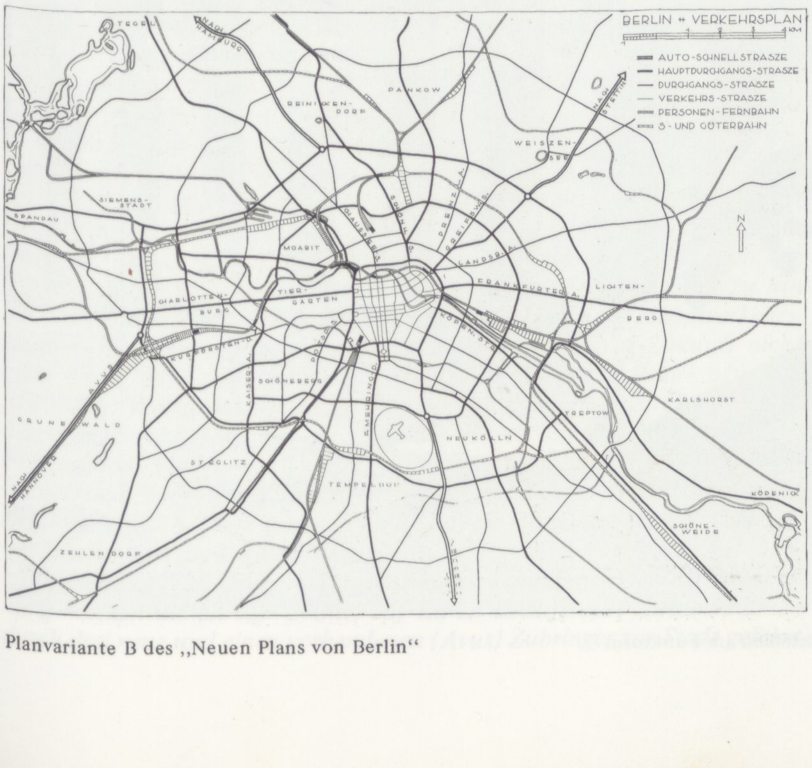
→B 63 Der im Dezember 1947 zur Diskussion vorgestellte „Neue Plan von Berlin", Planvariante A



Die „Arbeitsschau“ im Bärensaal des Alten Stadthauses ←B 64

an der Charlottenburger Brücke und führt die alte Richtung nur noch als D-Straße durch den Tiergarten, während sie im Plan B als H-Straße bis zum Brandenburger Tor belassen ist. Auch im letzteren Falle ist aber eine Verschmälerung des Profils auf je 3 Fahrbahnen statt je 5 Fahrbahnen auf jeder Seite vorgesehen (bei A auf höchstens je 2 Fahrbahnen).

Als Besonderheit zeigt der Plan A sodann die Anlage eines inneren Autobahn- oder Schnellstraßenringes in Gestalt und Führung des bisher dritten (jetzt vierten Ringes), bis zu dem, außer der schon vorhandenen



Planvariante B des „Neuen Plans von Berlin“ ←B 65

1.9.1948 Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates in Bonn

6.9.1948 Demonstranten stürmen zum wiederholten Mal den Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende Geschke (SED) eröffnet trotzdem in Anwesenheit der SED-Fraktion eine Sitzung. Die Fraktionen der CDU, SPD und LDP tagen abends ohne die SED-Fraktion als außerordentliche Versammlung im Studentenhaus am Steinplatz im britischen Sektor, rügen das Verhalten der SED-Fraktion und beschließen, für den **14.11.1948** Neuwahlen der Stadt- und Bezirksverordneten auszuschreiben.

7.9.1948 Das Neue Stadthaus wird von der Polizei des sowjetischen Sektors umstellt und abgeriegelt, den Offizieren der westlichen Besatzungszonen wird der Zugang verwehrt.

8.9.1948 Die Stadtverordnetenversammlung tagt erneut ohne die SED-Fraktion im Studentenhaus am Steinplatz. Die SED-Fraktion protestiert dagegen und erklärt die dort gefaßten Beschlüsse für rechtsunwirksam. Die Stadtverordneten tagen auch weiterhin dort ohne die SED-Fraktion mit der Begründung, daß die Polizei im sowjetischen Sektor ihren Schutz nicht gewährleisten würde.

24.9.1948 Eröffnung der *Bau-Leistungsschau 1948* in den Messehallen am Funkturm. Vorstellung des *Plans 1948*

30.9.1948 Die Wechselstuben in den Westsektoren verkaufen 3,90 DM (Ost) für 1 DM (West).

1.10.1948 Auf sowjetischen Befehl müssen die Vorbereitungen für die am **6.9.1948** beschlossene Stadtverordnetenwahl in den Bezirken des sowjetischen Sektors abgebrochen werden.

13.10.1948 Sowjetischer Befehl, sämtliche Gebäude und Ruinen der Reichskanzlei in der Voßstraße und am Wilhelmplatz abzureißen

9.11.1948 Die Polizei im sowjetischen Sektor richtet

zu den Westsektoren hin mehr als 70 Kontrollstellen *zum Schutze der Wirtschaft des sowjetischen Sektors und der sowjetischen Besatzungszone* ein.

23.11.1948 Der Stadtwahlleiter gibt die Kandidaten für die Wahl der Stadt- und Bezirksverordneten am **5.12.1948** bekannt, an der sich die SED nicht beteiligt.

Avus, noch 3 weitere, diagonale Schnellstraßen von der Autobahn näher an die Stadt herangeführt werden, während der Plan B diesen verbindenden Ring nur als D-Straße ausbildet, die diagonalen Schnellstraßen dafür z.T. aber auch bis zum nächstinneren Verteilungs- oder Auffangring an die Stadt heranzuführen sucht. Eine noch nähere Heranführung möglichst bis zum neuen innersten Ring verbietet wohl die in diesem Abschnitt zu weit vorgeschrittene Bebauung. Abweichungen zeigen beide Pläne endlich noch in Einzelheiten der Führung der H-Straßen, so besonders beim Zoo und der Gedächtniskirche, für deren Lage auch bereits Reformvorschläge gemacht sind, sodann in Tempelhof. Endlich führt der Plan B den äußersten Ring nicht so vollständig durch wie der Plan A und, wie schon gesagt, nur als D-, nicht wie dort als H-Straße.

In der Arbeitsschau werden im Zusammenhang mit dem *Neuen Plan* zwei ausgearbeitete Pläne für das Stadtzentrum von Richard Ermisch und von Walter Moest vorgestellt. Er wird begleitet von einer ganzen Reihe von Raumordnungsvorschlägen und einer Spezialuntersuchung über den Bezirk Neukölln, Pläne, die auf der rechten Seite des Raumblicks zu sehen sind und aus der Arbeitsgruppe um Ebert stammen.

Im Jahr **1948** wird an der Synthese der Pläne A und B gearbeitet. Diese Arbeit gerät in ein Kreuzfeuer der Kritik, die mit dem Besuch und Vortrag von Gropius beginnt, sich in offenen Briefen zwischen Martin Wagner aus Cambridge/USA, Dr. Runge und Bonatz in der „Neuen Bauwelt" fortsetzt und in einer Artikelserie ihre Parallele hat, die von Mitgliedern des Planungskollektivs und Planern aus dem Bezirk Friedrichshain wie Lingner, Weinberger, Mucke und Collein geschrieben wird und in der „Bauzeitung" erscheint, die von der Industriegewerkschaft Bau unter der Redaktion von Walter Pisternik herausgegeben wird.

Während der Briefwechsel eigentlich die Ratlosigkeit beleuchtet, welche Funktion Berlin denn hat oder haben könnte im Verhältnis zu früher, wird in der Artikelserie in der „Bauzeitung" an die Planungsprinzipien der Ausstellung *Berlin plant* von **1946** angeknüpft und das Rechtecknetz in der Verkehrsplanung weiter verfochten. Die zwei Wege, die schon im

Die „Bau-Leistungsschau 1948" (24.9.–10.10.1948) in den Messehallen am Funkturm ←B 66

ersten Bericht angelegt waren mit den parallelen Plänen aus Zehlendorf (West) und dem Kollektivplan (Ost), scheinen getrennt weiterverfolgt zu werden.

Das Ergebnis der Überarbeitung der Pläne A und B, der *Plan 48*, wird auf der *Bau-Leistungsschau Berlin 1948* in den wiedereröffneten Ausstellungshallen am Funkturm der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ausstellung beginnt am **24.9.1948** und läuft bis zum **10.10.1948**. Der Planungsbericht der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen ist nur ein kleiner Teil der Ausstellung, die im übrigen alles zeigt, was man *zum Ausflicken seines Hauses* braucht.

Der Zeitraum der Ausstellung liegt genau zwischen der Einführung der DM-West und der durch sie ausgelösten Sperrung der Transitstrecken durch die sowjetisch besetzte Zone und dem Auseinanderfallen der zivilen Verwaltung Berlins in Ost und West durch die Neuwahl vom **5.12.1948**, die in den Westsektoren der Stadt durchgeführt wird.

Diese Situation reflektiert das Geleitwort von Karl Bonatz im Katalog der Ausstellung.

Der *Plan Berlin 1948*, der auch als *Plan 48* oder *Bonatz-Plan* in die Plangeschichte Berlins eingegangen ist, wird auf der Ausstellung gezeigt, im Katalog beschrieben, zunächst aber nicht veröffentlicht. Die Planfassung, die wir vorstellen, stammt aus einer Veröffentlichung in der Zeitschrift ←L 19
„Die Neue Stadt" vom **Juni 1949**.

Erläuterung zum Plan Berlin 1948

Das Hauptamt für Stadtplanung zeigt einen Plan des neuen Stadtgefüges ←L 20
von Groß-Berlin.

Die wesentlichste Forderung des neuzeitlichen Städtebaues gilt der Gliederung und Differenzierung der Stadt. Die bisher so regellos und ineinanderverschwimmende Bebauung soll geordnet und nach ihren Aufgaben getrennt werden. So sind in dem Plan die Flächen für das Wohnen getrennt von den Flächen der Arbeitsstätten sowie von den Räumen für die besonderen Aufgaben der Stadt. Hierfür werden unterschieden Flächen der zentralen Funktionen (City-Standorte), Industrieflächen, bezirkliche Ortskerne und Sonderstandorte, wie Krankenhäuser, Regierungsstandorte, Hochschulen und ähnliches.

Als Hauptstandort dieser besonderen Aufgaben ist das Gebiet der alten City von Berlin vorgesehen, von der nach allen Richtungen Ausstrahlungen ausgehen, insbesondere die starke Ausstrahlung nach dem Westen (Gebiet rund um den Zoo). Die einseitige Bevorzugung des Westens soll indessen zurückgedrängt werden durch die Entwicklung starker Ausstrahlungen nach Osten (Gegend um den Friedrichshain), nach Süden (Gegend um den Hermannplatz) und nach Norden (Gegend um den Wedding).

Die Wohnflächen werden in einzelne Wohnzellen (Nachbarschaften) aufgegliedert. Jede Wohnzelle in der Größe von etwa 5000 Einwohnern gruppiert sich um eine Schule, um ein Sanitätshaus mit Kindergarten, um die Läden für den Nahbedarf und endlich um eine Kleinkirche. Sie kann also in gewissem Sinne ein Eigenleben führen. Es sind nur solche Arbeitsstätten in dieser Wohnzelle zu belassen, die dem unmittelbaren Nahbedarf dienen, während umgekehrt in den City-Standorten nur die unbedingt notwendigen Wohnungen für Wächter usw. vorkommen sollen.

Die Wohnzelle wird vom durchlaufenden Verkehr nicht durchschnitten, sondern nur berührt. Die Wege der Schwachen, der Kinder zur Schule und der Frau zum täglichen Einkauf sind dadurch von der Verkehrsgefahr befreit. Mehrere Zellen vereinigen sich zu größeren Einheiten verschiedener Ordnung, und es wird zum Teil der Grundsatz angewendet, daß nur der Verkehr in die Einheit hineingeführt wird, der in ihr unmittelbar zu tun hat. Aus dieser Gliederung ergibt sich, daß die bisherigen Hauptverkehrsstraßen, die meist auch die großen Kaufstraßen sind, in Zukunft nicht mehr dem großen durchgehenden Verkehr von Bezirk zu Bezirk offenstehen sollen. Vielmehr wird dieser Verkehr auf besonderen Straßen (Hauptdurchgangsstraßen) an den Grenzen der großen Einheiten durchgeführt. Insbesondere werden vier Tangenten an die Hauptcity gelegt, die so angeordnet sind, daß es dem Durchgangsverkehr von West nach Ost oder von Nord nach Süd bequem gemacht wird, die von ihrem Eigenverkehr belasteten Kaufstraßen der City zu vermeiden.

In weiterer Verfolgung der geschilderten Grundsätze der Verkehrsplanung werden die an vier Stellen auf Berlin zulaufenden Autobahnlinien durch drei neue und einen vorhandenen (Avus) Zubringer zur Stadt geführt →L 21

Titelblatt des Katalogs zur Ausstellung

Zum Geleit

Der Plan zur Veranstaltung dieser Bauleistungsschau wurde schon gefaßt, als in Berlin noch annähernd normale Verhältnisse herrschten. Es war dabei von vornherein nicht beabsichtigt, mit großen Bauten zu paradieren und für Erzeugnisse zu werben, die Absatz suchen, sondern vielmehr der breitesten Öffentlichkeit in Wirklichkeit, wie in Plänen Rechenschaft darüber abzulegen, wie wir uns trotz der zahllosen und ungeheuren Schwierigkeiten Schritt für Schritt aus der Zerstörung aller Werte und Produktionsmittel herauszuarbeiten suchen.

Aus diesem Grunde hat uns auch die hoffentlich nur vorübergehende Verschärfung der allgemeinen Lage und die hierdurch gesteigerte materielle und finanzielle Not nicht davon abhalten können, unsere Absicht durchzuführen, um gerade jetzt der Bevölkerung einen Ausblick in eine bessere Zukunft zu geben.

Wir haben uns zu dem Zweck nicht auf Planungen beschränkt, die in Weiterentwicklung der im Winter gezeigten Pläne für ein neues Berlin die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte zeigen. Wir versuchen vor allem auch einmal bildlich darzustellen, was immerhin auch in den letzten eineinhalb Jahren in Wirklichkeit auf dem Gebiet der Ausführung, insbesondere der Instandsetzung von Bauanlagen aller Art geleistet wurde.

Wir zeigen ferner und ganz besonders, wie wir in zäher Bemühung die Baustoffbeschaffung in den letzten zwei Jahren in Gang gebracht und außerdem die völlig zum Erliegen gekommene Baustoffproduktion wieder ins Leben gerufen haben. Die neuesten Methoden der Enttrümmerung werden in natura vorgeführt, ebenso wie die Prüfungsergebnisse neuer Baumethoden.

Bei alledem sind wir uns bewußt, daß unsere Arbeiten nur ein erster Anlauf sind, daß sich das Produktions- und Arbeitstempo noch ganz erheblich steigern müsse, wenn wir in dem riesigen Trümmerfeld wirklich sichtbare Erfolge erzielen wollen. Es liegen dazu aber auch Möglichkeiten in genügender Masse vor, wenn sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erst einmal geklärt haben. Ein Ansatz dazu sollte die Währungsreform sein und sie wird es bestimmt auch noch werden. Wenn anschließend Ernährung und Bekleidung der Arbeiter sich bessern, die Baustofferzeugung steigt, das Bauen in höherem Maße als bisher mechanisiert und rationalisiert wird, ist an erheblicher Beschleunigung des Baufortschrittes nicht zu zweifeln.

Wir bitten die Berliner Bevölkerung, von diesem Gesichtswinkel unsere Leistungsschau zu betrachten und aus ihrem und unserem ungebrochenen Leistungswillen einen froheren Ausblick in die Zukunft zu gewinnen.

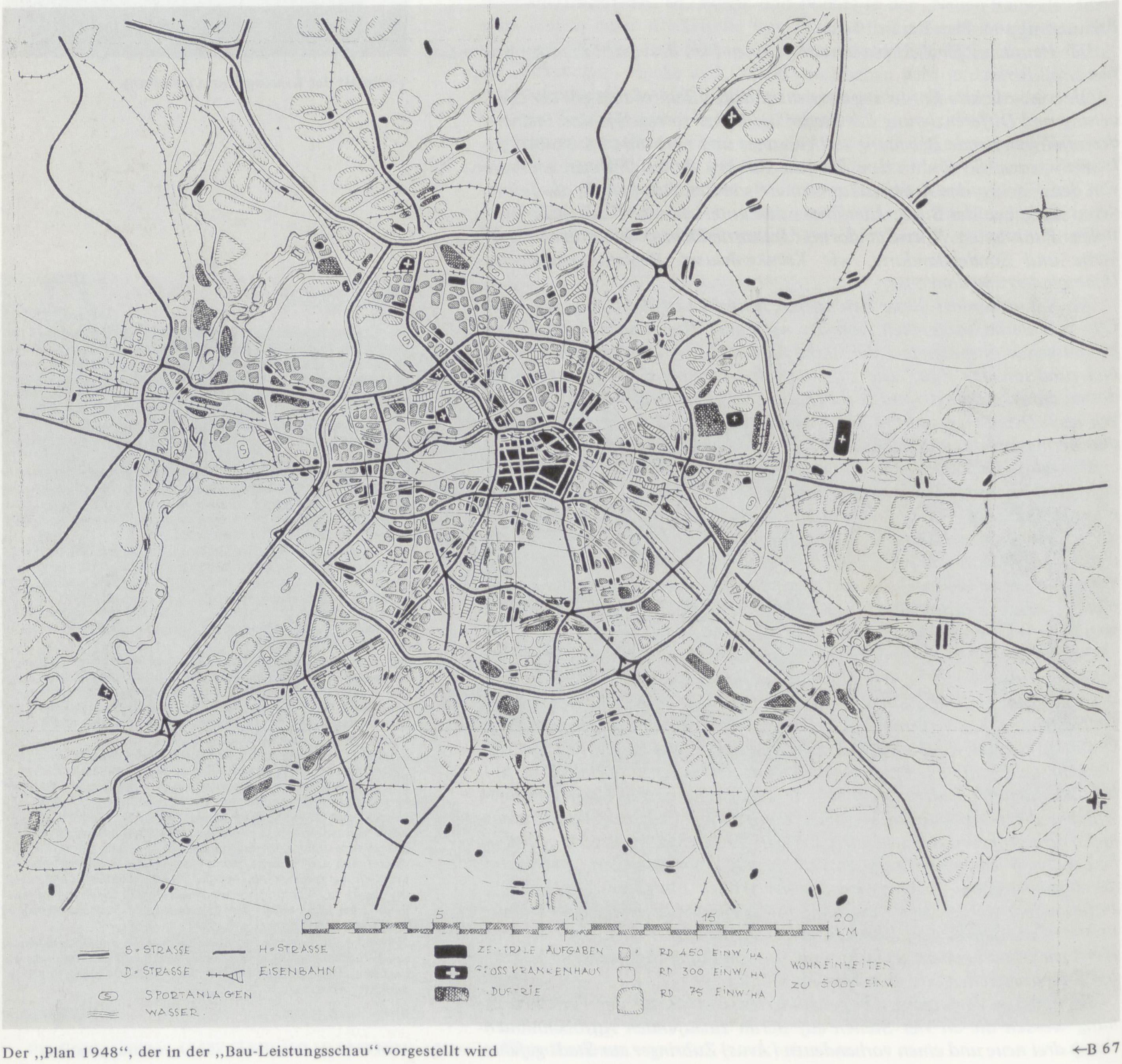
Berlin, den 13. 9. 1948 BONATZ, Stadtrat

Karl Bonatz: Geleitwort zum Ausstellungskatalog

und in einem Ring von etwa 16 km Durchmesser zusammengefaßt, so daß man auf jeder Ausfallstraße in höchstens 10–15 Minuten mit dem Kraftwagen die Autobahn erreichen kann.

Neben der Gliederung und Differenzierung besteht als zweite große Forderung des Städtebaues die Notwendigkeit der Auflockerung der Stadt. Der Quantität nach muß die viel zu dichte Wohnbebauung gelockert werden, wobei allerdings die Frage der wirtschaftlichen Möglichkeit nicht außer acht gelassen werden kann. Entscheidend ist zwar die Forderung nach genügender Besonnung. Andererseits darf die Auflösung der Stadt nicht so weit gehen, daß sich ihr Umfang und infolgedessen die Wege zur Arbeitsstätte zu sehr vergrößern. Als dichteste Bebauung wird der Ansatz von 400 Einwohnern je Hektar reine Grundstücksfläche (ohne Straßen) vorgeschlagen. Dies bedeutet eine Lockerung von einem Drittel der Dichte eines großen Teils der heutigen Berliner Wohngebiete. Außerdem sind Wohnzellen von mittlerer Dichte von etwa 250–300 Einwohnern je Hektar und solche mit 600 qm großen Gärten für jede Wohnung (75 Einwohner je Hektar) vorgesehen. Im Gesamtdurchschnitt wird nach diesem Plan die Wohndichte etwa 280 Einwohner je Hektar betragen.

Die Durchführung der Einteilung in Zellen wird nicht einfach sein, und man wird sich an vielen Stellen zunächst mit der Abgrenzung der Zellen beschränken müssen und wird nur durch Pläne darauf hinwirken, daß beim



Der „Plan 1948", der in der „Bau-Leistungsschau" vorgestellt wird ←B 67

Zeitpunkte der Abbruchreife der vorhandenen Bauten die neue Bebauung im Sinne der Gliederung durchgeführt wird.

Der Qualität nach soll durch die Auflockerung die qualvolle „Versteinerung" der Stadt beseitigt werden. Es sollen viel mehr Flächen als bisher unbefestigt bleiben, damit sie Raum bieten für die lebendige Pflanze und damit die Möglichkeit des natürlichen Kreislaufes des Wassers der Stadt wieder gegeben wird. Diese Durchgrünung, diese Stadtlandschaft, erscheint wichtiger als die Anlage umfangreicher und kostspieliger Parks, denn sie gibt der Bevölkerung die Möglichkeit, im Grünen zu leben, anstatt es nur gelegentlich aufzusuchen.

Diese Erläuterung stammt von Walter Moest, der seit Bestehen des Bauamtes Zehlendorf dort arbeitet.

In der Veröffentlichung von Bonatz wird auf die Verkehrsplanung noch genauer eingegangen:

Das wiederhergestellte Zentrum grenzt ein neuer, innerster Verkehrsring, oder besser eine Masche von vier Tangenten, in Gestalt von H-Straßen klar gegen ausgesprochenen Durchgangs- und Schnellverkehr ab. Dieser Ring oder diese Masche fängt die zahlreichen Radialstraßen aus allen Richtungen in Nähe des Stadtzentrums auf. Er soll zwar nicht überhöht liegen, aber doch nach außen eine Art Wall gegen glatten Durchgangsverkehr bilden, während sein innerer Rand gewissermaßen aufgefasert ist, um recht vielen Straßen des Stadtkerns den Anschluß zu ermöglichen. . . . ←L 22

Die wesentlichsten Transversalen werden als tangentiale Hauptverkehrsstraßen bis an den Stadtkern heran- und daran vorbeigeführt und umschließen ihn als innerste Masche des Fern-Verkehrsnetzes, womit auch gleichzeitig die Nachteile eines zu weit bis ins Stadtinnere geführten Radialsystems aufgehoben werden. Die Größe der Stadt bedingte, daß der Verkehr von allen Seiten hereingeleitet wird, nicht nur in einer oder zwei Tangenten, wie dies bei Großstädten geringeren Umfanges genügen würde. Bis zu einem inneren Autostraßenring mit Halbmesser von ca. 8 km sind die Fernstraßen auf alle Fälle als Schnellstraßen ausführbar, in Ergänzung des für unsere Pläne etwas zu weit gespannten, teilweise vorhandenen Autobahnringes, der einer 6-Millionenstadt dienen sollte, aber nun trotzdem für solchen Verkehr dienstbar bleiben kann, der die Stadt selbst nicht berühren will. Die großen Transversalen folgen von außen her alten Verkehrsführungen. Nach dem Stadtinneren, also bereits innerhalb des zweiten Schnellstraßenringes, werden sie so geführt, daß sie die alten Ortskerne umgehen. Querverbindungen sind entsprechend auszubauen. →B 68

Im Moment der politischen Teilung der Stadt in Ost und West hat Berlin einen Plan, *der die maßgebliche Grundlage zur Gestaltung des künftigen Stadtbildes abgeben soll. Er soll ein Rahmenplan sein, der die Richtlinien festlegt, innerhalb derer fortan weiterzuarbeiten ist.* ←L 23

Im Gegensatz zu den Plänen A und B enthält der *Plan 48* auch Angaben zur Flächennutzung und Bewohnerdichte. Er nähert sich nicht nur in der Straßenführung dem Kollektivplan von **1946** an, sondern bezieht auch die weiter unter Leitung von Wils Ebert betriebene Strukturforschung ein. Der Plan folgt in seiner Flächenstruktur den Prinzipien der Charta von Athen und der Theorie der *gegliederten und aufgelockerten Stadt*. ←S. 120

In einer der abschließenden Bemerkungen formuliert Bonatz seinen Mangel:

Daß neben all diesen planerischen Arbeiten auch die Weiterbearbeitung der Bau- und Bodengesetzgebung nicht ruht, will ich hier nur nebenbei erwähnen. Ihre Durchführung ist jedoch eine der wichtigsten Voraussetzungen für jegliche Realisierung unserer Arbeit. Mit ihr müssen wir auch den Schritt von der kapitalistischen zur sozialistischen Bodenpolitik tun. ←L 24

Wie deutlich **1948** die erste Phase der Planungsgeschichte durch die Ausstellung ihr Ende findet, dokumentiert die Danksagung von Bonatz an seine Mitarbeiter, die gleichzeitig sein Abschied von ihnen ist:

Ich kann meine Ausführungen nicht schließen, ohne meiner Kollegen und Mitarbeiter an diesem Werke zu gedenken, des Herrn Prof. Ebert mit seinem Kollektiv, Herrn Moest als Leiter der ehemaligen Außenstelle Zehlendorf, der Herren Unglaube, Ermisch, Dr. Schulz, Dipl.-Ing. Reichle, Herrn Lingner u.a.m. Es ist dies eine recht vielseitige Arbeitsgemeinschaft, deren Ziele und Anschauungen nicht immer leicht auf einen Nenner gebracht werden können. Aber ich glaube, daß gerade diese Vielseitigkeit der Arbeit zugute kommt, und jedenfalls ist es für mich selbst im höchsten Grade anregend, an solcher Gemeinschaftsarbeit teilnehmen zu dürfen und ihr die Ziele zu setzen, auf die wir hinstreben wollen. ←L 25

Die fünf Geldsorten des Jahres 1948. Von oben nach unten: Reichsbanknote, Alliierte Banknote, „Kuponmark" der sowjetischen Besatzungszone, Deutsche Mark der Deutschen Notenbank in der SBZ, Deutsche Mark der Bank Deutscher Länder aus den Westzonen mit „B"-Stempel und -Perforation

→B 69 Stadtbaurat Walter Nicklitz (Mitte vorn) und Stadtbaudirektor Karl Bonatz (rechts dahinter) beim Besuch der Bau-Leistungsschau 1948. Im Hintergrund der „Plan 1948"

Ergebnis der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen, 5. Dezember 1948

Zahl der Einwohner in den drei Westsektoren am 30. 9. 1948	2 073 377	
Zahl der Wahlberechtigten	1 586 461	
Abgegebene Stimmen insgesamt	1 369 492	
Wahlbeteiligung		86,3 %
Gültige Stimmen	1 331 270 =	97,2 %
Ungültige Stimmen	38 222 =	2,8 %

Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen nach Parteien und Bezirken in Prozenten und Verteilung der Mandate in den Bezirksverordnetenversammlungen[42]).

Verwaltungsbezirk	Liste 1 SPD		Liste 2 CDU		Liste 4 LDP[43])	
2 Tiergarten	67,7	(27)	19,5	(8)	12,8	(5)
3 Wedding	74,8	(34)	16,0	(7)	9,2	(4)
6 Kreuzberg	70,6	(32)	18,4	(8)	11,0	(5)
7 Charlottenburg	60,0	(27)	21,1	(10)	18,9	(8)
8 Spandau	66,4	(27)	17,9	(7)	15,7	(6)
9 Wilmersdorf	53,2	(22)	23,1	(9)	23,7	(9)
10 Zehlendorf	49,8	(15)	25,4	(8)	24,8	(7)
11 Schöneberg	60,4	(25)	21,1	(8)	18,5	(7)
12 Steglitz	53,1	(21)	22,6	(9)	24,3	(10)
13 Tempelhof	60,3	(24)	20,0	(8)	19,7	(8)
14 Neukölln	71,2	(33)	16,3	(7)	12,5	(5)
20 Reinickendorf	68,1	(28)	18,8	(7)	13,1	(5)
Durchschnitt insgesamt	64,5		19,4		16,1	
Zahl der Mandate in der Stadtverordnetenversammlung		76		26		17
davon 1946 im Ostsektor gewählt		16		5		–

QUELLEN: „Berlin in Zahlen 1950", S. 262 ff; „Berliner Statistik", Sonderh. 8, August 1949 ←L 26

Chronik, Teil 3. November 1948 bis Oktober 1949
Die Teilung der Regierung

29.11.1948 Der zweite stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ottomar Geschke (SED) ruft über den Berliner Rundfunk für den **30.11.1948** um 13 Uhr eine *außerordentliche Stadtverordnetenversammlung* im Admiralspalast ein.

30.11.1948 Ottomar Geschke eröffnet die *außerordentliche Stadtverordnetenversammlung* im Admiralspalast. Von ihren 1616 Teilnehmern haben die 23 Mitglieder der SED-Fraktion ein Mandat als Stadtverordnete, die Mehrheit setzt sich zusammen aus Vertretern des Demokratischen Blocks (213), der Betriebe (1151) sowie der Massenorganisationen FDGB, DFD, Kulturbund, FDJ und VVN (229). Die Versammlung erklärt den Magistrat von Groß-Berlin für abgesetzt und beschließt die Bildung eines *provisorischen demokratischen Magistrats.* Friedrich Ebert, Sohn des gleichnamigen ehemaligen Reichspräsidenten, wird zum Oberbürgermeister gewählt, Arnold Munter (SPD/Ost) wird Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen. Die drei westlichen Militärgouverneure protestieren beim sowjetischen Oberbefehlshaber gegen die *illegale Errichtung eines Ostsektoren-Magistrats.*

1.12.1948 Der neue Oberbürgermeister Friedrich Ebert erläßt ein Hausverbot für die Mitglieder des für abgesetzt erklärten Magistrats und läßt ihnen den Zutritt zum Neuen Stadthaus verweigern. Die drei Fraktionen des bisherigen Magistrats beschließen, den *politischen Notstand* auszurufen, fordern die gewählten Mitglieder der Bezirksämter und die Bezirksverordneten des sowjetischen Sektors auf, zurückzutreten. Die britische Militärregierung gibt einige von ihr benutzte Gebäude für Abteilungen des Magistrats, deren Büros bisher im sowjetischen Sektor lagen, frei.

2.12.1948 Die sowjetische Zentralkommandantur erkennt den neueingesetzten Magistrat als das einzig rechtmäßige Stadtverwaltungsorgan an.

5.12.1948 Durchführung der am **6.9.** beschlossenen Wahl zur Stadtverordnetenversammlung nur in den Westsektoren. Ergebnis in Prozent und Sitzen: SPD (64,5 %/76), CDU (19,4 %/26), LDP (16,1 %/17)

21.12.1948 Alliierte Kommandantur nimmt Arbeit auf Drei-Mächte-Basis wieder auf.

7.12.1948 Aufgrund eines Dringlichkeitsantrags der SPD wird Ernst Reuter zum Oberbürgermeister gewählt.

14.1.1949 Erste Sitzung der nur von den Westalliierten anerkannten Stadtverordnetenversammlung unter Ernst Reuter

3.2.3 Der „Generalaufbauplan" 1949

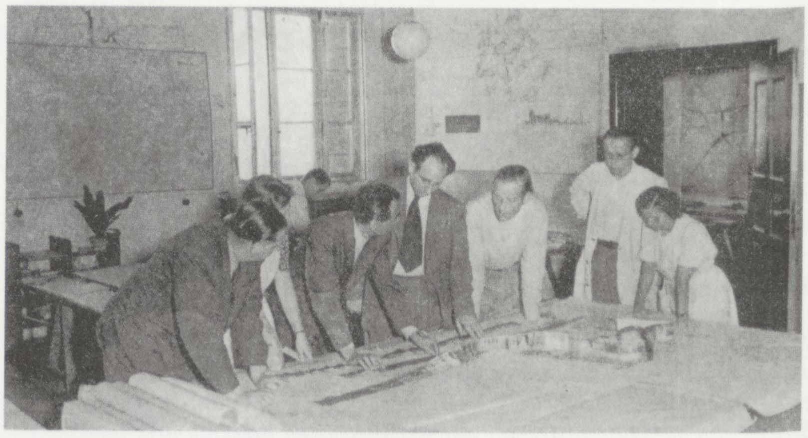
Am **5.12.1948** finden, allerdings nur in den drei Westsektoren, Neuwahlen statt. Der neue Magistrat wird nur von den drei Westalliierten anerkannt. Er tritt als zweite Stadtregierung neben den am **30.11.1948** von einer Versammlung im Admiralspalast gewählten, nur von der Sowjetischen Zentralkommandantur anerkannten Magistrat. Ab **1949** entwickeln sich zwei Verwaltungsformen, die eine in den drei Westsektoren, in denen die Währungsreform durchgeführt wird, die den wirtschaftlichen Anschluß an die neugegründete Bundesrepublik bedeutet, und die andere im sowjetischen Sektor. Beide Verwaltungen nennen sich „Magistrat von Groß-Berlin", die eine unter Ernst Reuter und die andere unter Friedrich Ebert. Erst durch die Verfassung vom **1.9.1950** wird der Magistrat in den Westsektoren in „Senat von Berlin" umbenannt, und der „Oberbürgermeister" wird zum „Regierenden Bürgermeister".

Entsprechend bildet sich in den Westsektoren eine eigene Bauverwaltung. Als Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen, die am Kaiserdamm 85 untergebracht ist, wird Walter Nicklitz bestellt, Leiter des Hauptamtes für Stadtplanung wird Felix Unglaube, und Karl Bonatz erhält die Stelle eines Stadtbaudirektors. Damit wird das Amt des Stadtbaurats in eine politische und eine fachliche Leitung geteilt.

Mit dem Ausscheiden von Karl Bonatz aus dem bisherigen Magistrat wird auch sein Posten des Stadtrats geteilt. Magistratsbaudirektor wird Heinrich Starck, und zum Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen wird Arnold Munter ernannt. Das Hauptamt für Planung II unter Wils Ebert arbeitet weiter, während sich das Hauptamt für Planung I, die ehemalige Zehlendorfer Außenstelle, auflöst, nachdem seine Angestellten Bonatz gefolgt sind.

Wils Ebert bleibt bis zum **26.9.1949** im Amt, ihm folgt Edmund Collein, der bisher, wie ursprünglich auch Heinrich Starck, im Bezirk Friedrichshain gearbeitet hat.

Aus diesen politischen und personellen Teilungen wird schon deutlich, daß sich die bisherigen Pläne zuordnen lassen: Der von Karl Bonatz und den Zehlendorfer Verkehrsplanern entworfene „Plan 1948" wird in der westlichen Verwaltung wiederaufgenommen, während das Planungskollektiv unter Ebert, das ebenfalls weitergearbeitet hat, jetzt in der Lage ist, eine neue Fassung seines Kollektivplans vorzustellen.



→B 70 Arbeitsbesprechung des Planungskollektivs 1949

Am **29.4.1949** gibt Oberbürgermeister Friedrich Ebert in einer öffentlichen Sitzung des „Demokratischen Blocks" einen Rechenschaftsbericht über die von seiner Verwaltung bisher geleistete Arbeit und kündigt an, daß bis zum Juni ein auf 10 Jahre berechneter Generalplan zum Wiederaufbau Berlins der Bevölkerung vorgelegt werden soll. Zur Förderung des Aufbaus will der Magistrat eine 100-Millionen-DM-Anleihe unter dem Motto „Wiederaufbau der Hauptstadt Deutschlands" aufnehmen und versuchen, sie im gesamten Land aufzulegen. Nachdem am **5.5.1949** der Magistrat (Ost) die Ausarbeitung dieses Generalplans beschlossen hat, stellt

das Hauptamt für Stadtplanung am **28.5.1949** ein Programm unter dem Titel „Neuplanung der Stadt Berlin" vor, das vom Planungskollektiv erarbeitet worden ist, zu dem zu diesem Zeitpunkt, im **Mai 1949**, folgende Personen gehören:

Heinrich Starck	Magistratsbaudirektor
Wils Ebert	Leiter des Hauptamts für Stadtplanung
Peter Friedrich	Verkehr
Selman Selmanagic	Schule, Kino, Theater, Sport etc.
Herbert Weinberger	Krankenhäuser und Sozialbauten
Kurt Hirche	Wohnungsbau
Reinhold Lingner	Grünplanung
Ludmilla Herzenstein	Bevölkerungsstatistik

Dem Programmteil ist eine Kurzfassung des Inhalts vorangestellt:

Neuplanung der Stadt Berlin
Zusammenfassung und Darstellung der Grundzüge

Einleitung: ←A 19

Kriegsbedingte Zerstörung nur äußerer Anlaß für die Neugestaltung Berlins. Tiefere Ursachen: Widerspruch zwischen Inhalt und veralteter Form, veränderte soziale Verhältnisse.

Hauptgesichtspunkt bei der Planung: im Mittelpunkt steht der werktätige Mensch.

I. Was ergibt sich bei einer kritischen Betrachtung des alten Berlin?
1. *Verkümmerung des Eigenlebens der einzelnen Stadtteile zugunsten einer zu starken Konzentration auf das Stadtinnere.*
2. *Chaotische Verteilung von Wohn- und Arbeitsgebieten.*
3. *Widersprüche zwischen der Gesamtanlage der Stadt und ihrem inneren Geschehen.*
4. *Ungleiche Wohndichte, Wohnungselend.*
5. *Verbauung der natürlichen Gegebenheiten, unzureichende Begrünung.*

II. Welche Ausgangspunkte lagen dem Plan zugrunde?
1. *Berlin als Hauptstadt Deutschlands.*
2. *Berlin als Arbeitsstadt.*
3. *Einwohnerzahl 3,5 Millionen.*
4. *Wirtschaftsplan als Voraussetzung.*

III. Wie soll das neue Berlin beschaffen sein?
1. *Dezentralisierung, gleichmäßige Siedlungsdichte, Schaffung von Stadt-Räumen mit eigenen Lebensmöglichkeiten (Kultur und Versorgung).*
2. *Bandbildung an den Flußläufen wird als Grundlage für die räumliche Ordnung angenommen, Parallelanordnung von Wohn- und Arbeitsgebieten.*
3. *Verkehrsnetz in Einklang mit Wirtschaftsband und Flußlauf.*
4. *Zusammenhängende Begrünung, bessere Anpassung an die natürlichen Gegebenheiten, Uferbegrünung.*
5. *Wohnzelle als kleinste Wohneinheit, gleichmäßige Wohndichte, verbesserte Wohnform.*

IV. In welcher Form soll der neue Plan verwirklicht werden?
Etappenweise Durchführung, Offenhalten der Möglichkeiten auf weite Sicht.

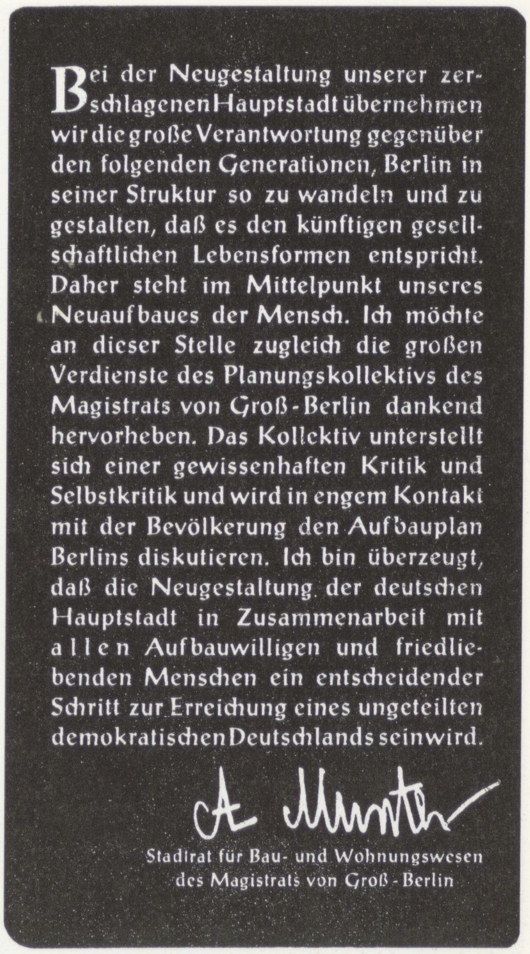
V. Welche Hindernisse stehen diesem Plan entgegen?
Fehlende Baugesetzgebung, zersplitterte Besitzverhältnisse.

VI. Zur Organisation des Hauptamtes für Stadtplanung.

Wir zitieren im folgenden nur die Aussagen zum neuen Berlin vollständig, die unter Punkt III zusammengefaßt sind:

1. Dezentralisierung.

Innerhalb der bisher besiedelten Gebiete wird eine Dezentralisation vorgenommen. An die Stelle der bisher üblichen bezirklichen Verwendung des Steueraufkommens tritt eine Verteilung auf alle Bezirke. Gegenüber der bisherigen starken Konzentrierung auf die City werden dadurch Räume mit eigenen Lebensmöglichkeiten geschaffen. Alle Stadtteile werden mit Kulturbauten, Gesundheitsbauten und solchen der technischen Versorgung gleichmäßig durchsetzt. So werden z.B. die Krankenhäuser, die bisher vorwiegend im Westen konzentriert waren, entsprechend der


Bei der Neugestaltung unserer zerschlagenen Hauptstadt übernehmen wir die große Verantwortung gegenüber den folgenden Generationen, Berlin in seiner Struktur so zu wandeln und zu gestalten, daß es den künftigen gesellschaftlichen Lebensformen entspricht. Daher steht im Mittelpunkt unseres Neuaufbaues der Mensch. Ich möchte an dieser Stelle zugleich die großen Verdienste des Planungskollektivs des Magistrats von Groß-Berlin dankend hervorheben. Das Kollektiv unterstellt sich einer gewissenhaften Kritik und Selbstkritik und wird in engem Kontakt mit der Bevölkerung den Aufbauplan Berlins diskutieren. Ich bin überzeugt, daß die Neugestaltung der deutschen Hauptstadt in Zusammenarbeit mit a l l e n Aufbauwilligen und friedliebenden Menschen ein entscheidender Schritt zur Erreichung eines ungeteilten demokratischen Deutschlands sein wird.

A. Munter

Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen
des Magistrats von Groß-Berlin

→L 27 Geleitwort von Arnold Munter zur Vorstellung des Generalaufbauplans im Oktober 1949

18.1.1949 Stadtverordnetenversammlung (West) wählt den neuen „Magistrat von Groß-Berlin" unter Ernst Reuter. Walter Nicklitz (SPD) wird Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen.

19.1.1949 Karl Bonatz wird als leitender Magistratsdirektor der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen beim Magistrat (West) mit der Amtsbezeichnung „Stadtbaudirektor" eingesetzt.

20.3.1949 DM (West) wird alleiniges Zahlungsmittel in den Westsektoren Berlins.

8.5.1949 Der Parlamentarische Rat in Bonn nimmt das Grundgesetz an. Schwarz-Rot-Gold wird Bundesflagge.

12.5.1949 Wiedereröffnung der Eisenbahn- und Autobahnverbindungen zwischen Berlin und den Westzonen.

28.5.1949 Exposé des Planungskollektivs: „Zusammenfassung und Darstellung der Grundzüge für die Neuplanung der Stadt Berlin" als Grundlage eines neuen Aufbauplans

15.7.1949 Vorstellung des „Generalaufbauplans" (Generalplan für den Wiederaufbau Berlins) durch Friedrich Ebert

14.8.1949 Wahlen zum ersten deutschen Bundestag in den Westzonen

12.9.1949 Theodor Heuss wird Präsident der Bundesregierung mit Sitz in Bonn.

26.9.1949 Wils Ebert scheidet aus dem Magistrat aus. Sein Nachfolger als Leiter des Planungskollektivs wird Edmund Collein.

7.10.1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

11.10.1949 Wilhelm Pieck wird Präsident der DDR mit Regierungssitz in Berlin.

Bevölkerungsverteilung vorgesehen. Statt der einen Zentralmarkthalle werden Großmarkthallen auf die Schwerpunkte der Verbraucherräume verteilt, z.B. in Rummelsburg, am Westhafen, in Spandau und am Teltowkanal.

Ebenso werden neue Kulturstandorte in den östlichen Bezirken entstehen, z.B. in Friedrichshain, zwischen Frankfurter Allee und Spree westlich vom Schlesischen Bahnhof.

Eine weitere Dezentralisation betrifft die Bevölkerungsverteilung. Die bisher stark unterschiedliche Besiedlungsdichte wird unter Zugrundelegung möglichst gleicher Besonnungsdauer für alle Wohnungen auf eine Dichte von 250–300 Menschen pro ha festgelegt.

2. Gliederung.

Als Ausgangspunkt hierfür wird die vorhandene Tendenz der Berliner Innenstadt und der Großindustrien genommen, sich parallel zu den Flußläufen bandförmig zu entwickeln.

Die Innenstadt vergrößerte sich nicht kreisförmig gleichmäßig nach allen Richtungen, sondern in einem verhältnismäßig schmalen Streifen vom alten Stadtkern aus nach Osten bis zum Schlesischen und Görlitzer Bahnhof, nach Westen besonders ausgeprägt in Richtung Zoo – Charlottenburg. Diese Zone enthält die Zentren der Wirtschaft, Verwaltung und des kulturellen Lebens, nicht nur für die Berliner, sondern auch für Berlin als Hauptstadt.

Ein zweites Band, und zwar der Großindustrie, entwickelte sich an der oberen Spree von Rummelsburg über Schöneweide bis Wildau; ein weiteres an der Havel bis Spandau. Diese im Keim vorhandene Entwicklungsrichtung wird in Zukunft bewußt gefördert. Die noch vorhandenen Lücken innerhalb der 3 Bänder sind für zukünftige Arbeitsstätten vorgesehen; die jetzt darin noch eingesprenkelten kleinen Wohngebiete sollen allmählich herausgenommen und neben diesen Arbeitsstreifen als Wohngebiete angelegt werden, und zwar so, daß sie z.B. nicht im Rauchschatten der Industrie liegen. Das gilt auch für kleinere Standorte, z.B. am Teltowkanal. Überhaupt wird grundsätzlich für die Zukunft angestrebt, zusammenhängenden großen Arbeitsgebieten möglichst parallel die Wohngebiete zuzuordnen und sie durch einen Grünstreifen voneinander zu trennen. Wohn- und Arbeitsstreifen sollen von mäßiger Tiefe sein. Damit wird erreicht, daß der Berufsverkehr im wesentlichen sich auf das Fahrrad oder Fußwege bis höchstens 1/2 Stunde einschränken läßt.

An die Stelle der chaotischen Verteilung der Wohn- und Arbeitsstätten und des daraus sich ergebenden Lösungsversuches durch die „Werksiedlung" beim Einzelwerk tritt also als Lösung für die räumliche Gliederung Berlins die Schaffung von größeren zusammenhängenden, einander zugeordneten Arbeits- und Wohngebieten.

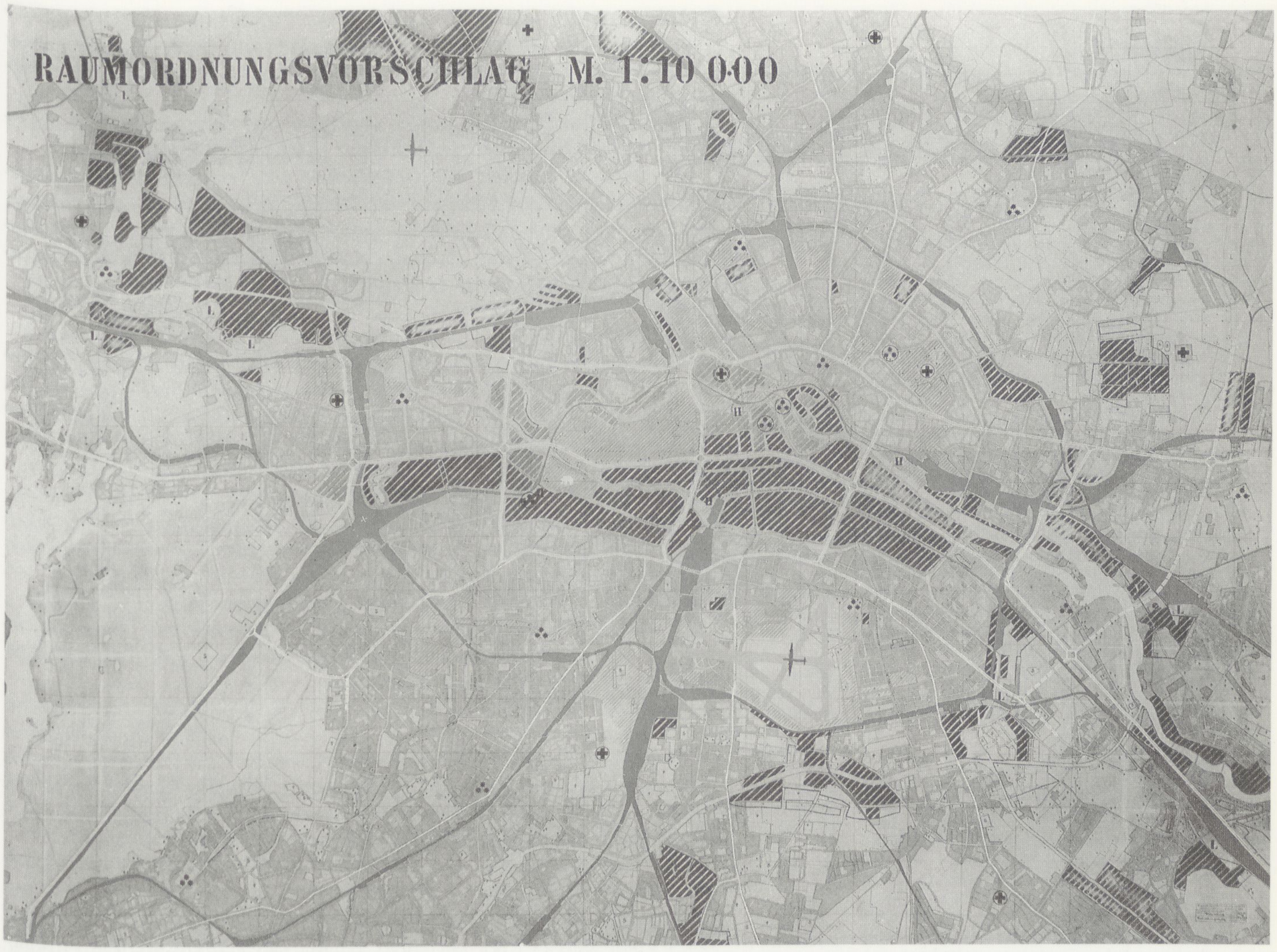
3. Verkehr.

Die beiden Hauptfehler des alten Straßennetzes lagen in der fehlenden Verbindung der einzelnen Netze untereinander und in dem starken Zusammenfließen der Ausfallstraßen in die enge Innenstadt. Das neue Netz löst diese Mängel folgendermaßen: Die einzelnen Netze werden durch durchgehende übergeordnete Verkehrsstraßen miteinander verbunden. Mit den hierzu quer verlaufenden Nord-Süd-Straßen bilden sie ein Netz, das den stark auf die Innenstadt konzentrierten Verkehr der Ausfallstraßen auf eine größere Fläche überträgt, wodurch die Ballung auf die kleine Fläche des alten Stadtkerns beseitigt wird. Diese Hauptverkehrsstraßen entstehen durch Verbreiterung vorhandener Straßenzüge, mit Ausnahme der Verbindung Kronenstraße–Engeldamm, wo ein Durchbruch durch ein Gebiet erfolgen wird, das völlig zerstört ist.

Das Gerüst dieses Verkehrsstraßennetzes folgt dem Spreetal, stimmt also überein mit der Schwerlinie der Berliner Innenstadt.

Das Verkehrsnetz wird an vier Stellen an das Autobahnnetz angeschlossen (Avus, Köpenicker Straße–Adlergestell, Stettiner und Hamburger Autobahn).

Das Schnellbahnnetz (U-Bahn und S-Bahn) soll zunächst durch die fehlenden Verbindungsstrecken ergänzt werden, z.B. Hochbahnhof Warschauer Straße nach Frankfurter Allee. Ferner ist die S-Bahnverbindung Görlitzer–Anhalter Bahnhof vorgesehen als Verlängerung der Grünauer Strecke in die Wannseebahn und erst in weiterer Zukunft auch die Weiterführung dieser Linie nach Westen entsprechend dem Verlauf des City-Bandes.



Der „Generalplan zum Wiederaufbau Berlins" des Planungskollektivs in einer ersten Fassung

←B 71

Für den Personenfernverkehr sieht der Plan in weiterer Zukunft die Linie nach Westen entsprechend dem Verlauf des City-Bandes.

Für den Personenfernverkehr sieht der Plan in weiterer Zukunft die Durchführung der noch fehlenden Nord-Süd-Linie vor, wodurch der Potsdamer, der Görlitzer, der Stettiner und der Lehrter Bahnhof als Kopfbahnhöfe wegfallen.

Das Gerüst des Gütertransportnetzes bleibt der – allerdings zu verbessernde – Güterring. Einige Güterbahnhöfe, wie in Moabit, Schlesischer Güterbahnhof, Lichterfelde-West und Spandau erhalten durch die geplante Dezentralisation der Zentralmarkthalle eine gesteigerte Bedeutung.

4. Grünplanung.

Der Aufbau der neuen Stadt erfordert eine bessere Anpassung an die natürlichen Gegebenheiten. Die Kulturfähigkeit des Bodens ist für seinen Wert ebenso entscheidend wie seine Eignung als Standort für Wohnung, Arbeit und Verkehr.

Moore und Niederungen werden daher von der Bebauung freigehalten und als Grünland und Gemüsebauflächen benutzt.

Die auf Talsanden aufzubauende City soll eine parklandschaftliche Durchgrünung erfahren.

Auf den fruchtbaren Mergelhochflächen sind Gärtnereien und Obstanlagen sowie in den Wohngebieten hier überwiegend Nutzgärten vorgesehen.

Fluß- und Seeufer werden möglichst weitgehend der Erholung suchenden Öffentlichkeit erschlossen durch Anlage von Grünzügen, Uferpromenaden, Wanderwegen und Strandbädern.

Privatbesitz an natürlichen Ufern soll enteignet werden.

Industrie- und Wirtschaftseinrichtungen an Flußufern werden möglichst an künstliche Wasserwege und neue Häfen verlegt.

Ziel der Planung ist ein zusammenhängendes Netz von Wander- und

Radfahrwegen im Grünen. Vom Treptower Park bis zum Charlottenburger Schloß und vom Urstromtal ausstrahlend durch die Täler und Rinnen der Panke, Wuhle, Erpe, Bäke und der Grunewaldseen bis in die freie Landschaft der Berliner Wälder.

Alle Abfallstoffe sollen restlos verwertet und veredelt werden, da sie für die Unterhaltung der Grünflächen als Dungstoff benötigt werden.

Die Wirtschaftlichkeit der Grünflächen wird erreicht durch überwiegende Nutzbarmachung der Flächen für die Erzeugung von Frisch-Obst, Frisch-Gemüse und Frisch-Milch. Gleichzeitig wird hierdurch die Forderung der Hygieniker nach einer ausreichenden Nahversorgung durch hochwertige Frischnahrungsmittel erfüllt.

5. Das Wohngebiet

wird aus der Wohnzelle oder „Nachbarschaft" (Mikro-Rayon) als der kleinsten Einheit gebildet. Ihre Größe beträgt rd. 5.000 Einwohner, da dies verwaltungstechnisch wie auch für die Anlage einer Schule die günstigste kleinste Einheit ist. Die Wohnzellen sind frei von Durchgangsverkehr, d.h. die Verkehrsstraßen liegen stets zwischen ihnen. Innerhalb der Zellen verkehren nur Fahrzeuge, deren Ziel oder Ausgangspunkt die Wohnzelle ist. Alle gemeinschaftlichen Einrichtungen, wie Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Bibliotheken, Nahbedarfsläden usw. werden abseits von der Verkehrsstraße im Innern der Wohnzelle liegen. Kinder und Hausfrauen werden also ihre Ziele auf begründeten Wegen gefahrlos zu Fuß erreichen, ohne Fahrdämme zu überqueren. Und die Verwirklichung dieser Forderung ist keineswegs nur bei neu angelegten Gebieten, sondern auch in erhaltenen ohne großen Aufwand möglich.

Alle bisherigen Straßen haben sowohl Anlieger- wie Durchgangsverkehr, sind also praktisch Verkehrsstraßen. In Zukunft werden sie ihren Aufgaben nach getrennt. Dementsprechend werden innerhalb der Wohnzelle Straßen abgeriegelt, mit dem Ziel, nur Anliegerverkehr aufzunehmen. Das so allmählich entstehende Straßennetz wird weniger voll befestigte Flächen aufweisen und leistungsfähiger und sicherer sein als bisher.

Die Stadtplanung geht von den Bedürfnissen der Bevölkerung aus. Die Altersgliederung bestimmt den Bedarf an Schulen, Kindergärten und Altersheimen; ihre Zusammensetzung auch nach Geschlecht und Familienstand den Wohnungsbedarf. Je nach der Art der Haushaltung werden verschiedene Wohnungsgrößen und -arten benötigt: größere Wohnungen für Familien mit Kindern möglichst im Flachbau mit Garten, kleinere Wohnungen für kinderlose ältere Menschen, Kleinstwohnungen für alleinstehende Personen (z.Zt. besonders großer Bedarf wegen starken Frauenüberschusses).

Dies sind die wichtigsten Punkte des Planes, und zwar nur solche, die sich als sichtbare Änderungen im Stadtgefüge auswirken.

Diese in 5 Punkten aufgelisteten Grundsätze zur „Neuplanung der Stadt Berlin" werden zusammen mit dem „Raumordnungsvorschlag" in drei Maßstäben, 1:50.000, 1:25.000 und 1:10.000, am **15.7.1949** vom Oberbürgermeister Ebert in einer Sitzung des Demokratischen Blocks der →L 28 Öffentlichkeit vorgestellt. In der Presse wird dieser Plan als *Generalplan für den Wiederaufbau der Reichshauptstadt* bezeichnet. Mit der Veröffentlichung des Plans soll eine öffentliche Diskussion über seine Ziele in Gang gesetzt werden. Der Plan hat zwar noch keine gesetzliche Grundlage und ist für Abänderungen noch offen, es wird aber bereits nach ihm verfahren, und zwar in Friedrichshain an der Frankfurter Allee westlich der Warschauer Straße, wo das Maß der Zerstörung sehr groß ist und die Enttrümmerungsarbeiten den Neubau der ersten Wohnzelle vorbereiten, so wie sie in den Raumordnungsvorschlägen entwickelt sind.

Der Generalaufbauplan soll in mehreren Phasen umgesetzt werden, und zwar sowohl auf das Autostraßennetz bezogen als auch auf den Bau der Wohnzellen, der durch Schwerpunktbildung bei der Enttrümmerung vorbereitet wird.

Dieser Plan unterscheidet sich sowohl vom **1946** ausgearbeiteten „Kollektivplan" als auch vom „Bonatz-Plan", wie er **1948** ausgestellt worden ist, und dokumentiert die Weiterarbeit seit **1946** im Hauptamt für Planung II auch während der Amtsführung von Bonatz **1947/48**. Einen Unterschied zum „Kollektivplan" bildet die Zurücknahme des Netzes auf ein Ost-West-Band, das mit drei Parallelen und sechs Nord-Süd-Verbindungen innerhalb des S-Bahn-Rings auskommt. Die geplanten Schnellstraßen liegen jetzt weitgehend auf vorhandenen Trassen.

Nr. 164 Berliner Zeitung

Berliner werden ein neues Berlin bauen

Oberbürgermeister Ebert stellt den Berliner Aufbauplan zur Diskussion

„Wir legen heute nur den Grundstein für das Werk, an dem noch Generationen zu bauen haben werden, bis die Folgen des Hitlerverbrechens überwunden sein werden", erklärte Oberbürgermeister Friedrich Ebert auf der Sitzung des Demokratischen Blocks Groß-Berlin am Freitag im Neuen Stadthaus, als er der Öffentlichkeit den Wiederaufbauplan für Groß-Berlin zur öffentlichen Diskussion übergab. „Niemand soll meinen, dieser Plan sei ein unerreichbares Ideal und andererseits soll niemand glauben, er könne von heute auf morgen verwirklicht werden", erklärte Ebert. Aber „er würde seine Erfüllung finden, denn wir leben — um mit Hölderlin zu sprechen — in einer Zeitperiode, in der alles auf bessere Tage hinarbeitet".

Ausgehend davon, daß die Wiederherstellung und Wiedergewinnung von Wohnraum unter den augenblicklichen Verhältnissen auch dann eine unumgängliche Notwendigkeit sei, wenn mit Sicherheit zu erwarten steht, daß einige der jetzt wieder hergestellten Häuser bei der Durchführung des Gesamtplanes in absehbarer Zeit wieder verschwinden müßten, erklärte der Oberbürgermeister, daß es eine falsche Politik wäre, wollte man nur das Vorhandene erhalten und alles andere denen überlassen, die nach uns kommen. Im übrigen sei die Zerstörung Berlins durch den Hitlerkrieg nur der äußere Anlaß für die Neuplanung gewesen.

Wie bereits berichtet, geht der Plan der Neugestaltung Berlins auf die Arbeiten eines Kollektivs von Städtebauern zurück, denen der Oberbürgermeister seinen Dank aussprach. Die Absichten, die dem Plan zugrunde liegen, faßte der Oberbürgermeister in fünf Thesen zusammen:

1. Dezentralisierung, gleichmäßige Siedlungsdichte und Schaffung von Stadträumen mit eigenen Lebensmöglichkeiten.
2. Bandbildung an den Flußläufen als Grundlage für die räumliche Ordnung, Parallelanordnung von Wohn- und Arbeitsgebieten.
3. Verkehrsnetz im Einklang mit Wirtschaftsband und Flußlauf.
4. Zusammenhängende Begrünung und bessere Anpassung an die natürlichen Gegebenheiten und an die Begrünung der Ufer.
5. Die Wohnzelle als kleinste Wohneinheit, gleichmäßige Wohndichte und verbesserte Wohnform.

Es sei für den Magistrat von Groß-Berlin ein ungeschriebenes Gesetz, alle seine Vorhaben mit den demokratischen Vertretungen des Volkes gründlichst vorzubereiten, um sie gemeinsam mit ihnen durchführen zu können. Auch die Neugestaltung unserer Stadt könne nicht vom grünen Tisch und nicht von den Städtebauern allein durchgeführt werden. Die endgültige Gestalt könne der Generalplan erst erhalten, wenn alle Teile der Bevölkerung, jede Organisation, ja jede Betriebsbelegschaft sich gründlich mit ihm beschäftigt und ihre Meinung gesagt hätten.

Es interessiere den Magistrat, zu wissen, was die Hausfrau zu dem Gedanken der Wohnzelle sage, in der sie alle Bedürfnisse des Tages bequem befriedigen kann und ihre Kinder gefahrlos die Schule aufsuchen können. Es interessiere, zu wissen, was der arbeitende Mensch zu dem Gedanken sage, parallel zueinander verlaufende, durch breite Waldstreifen voneinander getrennte Arbeits- und Wohngebiete zu schaffen. Das sei eine Lebensfrage für den Arbeiter, die ohne seine Mitwirkung nicht gelöst werden könne. Es wäre auch interessant, die Meinung der für die Versorgung der Stadt Verantwortlichen über den Gedanken zu hören, statt einer Zentralmarkthalle mehrere Großmarkthallen in den Verbraucherzentren zu errichten. Nicht unwichtig sei die Meinung der Verkehrsteilnehmer über die Entlastung der Innenstadt und die Verteilung des Verkehrs auf eine größere Fläche mit Anschluß an die Autobahnen an vier verschiedenen Stellen. Was sagen die Kulturpolitiker zu dem Plan, möglichst in jeder Wohnzelle ein Kulturzentrum zu schaffen?

Natürlich wird es Leute geben, sagte Ebert, Kleingläubige, die immer noch nicht wahrhaben wollen, daß auf das harte Heute ein leichteres Morgen unseres Volkes folgen wird, aber die große Mehrheit der Bevölkerung werde sich sehr lebhaft für die Neugestaltung Berlins interessieren. Kein Vorschlag, kein Gedanke, aus dem sich eine Verbesserung des Generalplanes ergeben könne, seien zu klein, als daß sie nicht geäußert werden sollten.

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es entwickelte sich eine rege Diskussion, an der sich namentlich Frauen beteiligten. Sie brachte manche Anregungen. Magistratsdirektor Starck beantwortete eine Reihe von Fragen. Anschließend stimmte die Versammlung dem Grundgedanken des Referats des Oberbürgermeisters und damit dem Plan zum Neuaufbau Berlins einmütig zu. Das Präsidium des demokratischen Blocks wurde beauftragt, den Plan in Form einer Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

☆

Es ist wohl zum ersten Male in der Geschichte der Fall, daß die Bevölkerung einer Stadt aufgefordert wurde, selbst Vorschläge und Pläne zum Neubau und zur Ausgestaltung ihres Gemeinwesens zu machen. Diese Praxis unterscheidet sich wohltuend von der früher geübten, bei der nur die kapitalkräftigen Kreise, die Unternehmer, die Bauherren und die Architekten sich allein von dem Grundsatz leiten ließen, was verdiene ich, und sich sagten, was interessiert mich das Schicksal der Bevölkerung und ihrer Enkel. Heute sind die Berliner aufgerufen, die Zukunft ihrer Stadt selbst in die Hand zu nehmen und das Gesicht ihrer Heimat nach ihrem Wunsch zu gestalten. Die gegebene Möglichkeit werden wir zum Anlaß nehmen, uns in nächster Zeit sehr gründlich mit dem Wiederaufbauplan für Berlin zu beschäftigen.

Bericht der „Berliner Zeitung" über die Vorstellung des Generalaufbauplans am 15.7.1949 ←L 29

Die Raumordnungsvorschläge im Maßstab 1:50.000 und 1:25.000, die Angaben sowohl zur Lage der Arbeits- und Wohnstätten als auch zu den Standorten öffentlicher Einrichtungen enthalten, sind bereits **Anfang 1948** abgeschlossen. Sie werden im **März 1948** von Ebert veröffentlicht und sind auch in den Bonatz-Plan eingearbeitet. ←L 30

Der am **15.7.1949** vorgestellte Aufbauplan ist einerseits die Verfeinerung dieser Raumordnungsvorschläge in Kombination mit der Verkehrsplanung von Peter Friedrich, andererseits ist er ein Rückgriff auf die Arbeit des Planungskollektivs, die noch während der Amtsperiode von Hans Scharoun nach der Ausstellung „Berlin plant" weitergeführt worden ist.

Der „Plan 1948" war bisher nur in der „Bau-Leistungsschau 1948" zu sehen, nicht aber veröffentlicht worden. Dies wird nun zwischen der Aufstellung der Grundzüge für die Neuplanung der Stadt Berlin am **28.5.1949** und ihrer öffentlichen Vorstellung am **15.7.1949** nachgeholt. In der Juni-Nummer der Zeitschrift „Die Neue Stadt" erscheint eine ausführliche Darstellung des „Plans Berlin 1948" von Karl Bonatz. Der Plan wird auch im **September 1949** auf der ursprünglich für **1948** geplanten „Deutschen Bauausstellung Nürnberg 1949" in der „Schau der Städte" ausgestellt und beansprucht Gültigkeit für Groß-Berlin. ←L 31

Der inzwischen vom Planungskollektiv des Magistrats verfaßte „Aufbauplan 1949" dagegen findet ein starkes Echo in der Berliner Presse aller Sektoren. In der „Berliner Zeitung" erscheint er in einer Umzeichnung mit einer Artikelserie, die seine Grundzüge bekanntmacht. Der Plan wird so zur Diskussion gestellt. Ziel des Magistrats ist es, die Bevölkerung an der Planung und Durchführung zu beteiligen.

Ab **Juli 1949** wird den Berliner Fachkreisen bewußt, daß zwei Gruppen an derselben Sache, dem Plan für Berlin, arbeiten und somit *der Riß durch Groß-Berlin* vertieft wird. Unter gleichem Titel beschreibt Adolf Reichle die Situation:

→L 32

Zwei Planungen

Die Veröffentlichung des bei der Ostberliner Stadtverwaltung ausgearbeiteten Aufbauplans müßte das Augenmerk aller Fachleute auf einen Zustand lenken, der bisher anscheinend nur von dem kleinen Kreise der Beteiligten als sinnwidrig und bedrückend empfunden wurde. Denn seltsamerweise ist seit der Spaltung der Berliner Bauverwaltung in der Fachpresse keine Stimme laut geworden, die Aufklärung über den Fortgang der Planung und Durchführung des Aufbaus von Groß-Berlin gefordert hätte. Bekanntlich lag zum Zeitpunkt des Auseinanderfallens der Bauverwaltung weder ein genehmigter Generalbebauungsplan noch ein abgeschlossenes Aufbaugesetz vor. Unter diesen Umständen mußte sich das Nebeneinanderarbeiten zweier Planungsämter verhängnisvoll auswirken.

Der Öffentlichkeit sind zwei Pläne bekannt, die beide den Anspruch erheben, Grundlage für den Neuaufbau zu sein: der Gesamtberliner Plan 1948 und der Ostberliner Plan 1949. Vor vier Jahren war es gut und fruchtbar, das Problem in konkurrierenden Planungen von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Heute jedoch, wo es gilt, mit der Verwirklichung zu beginnen, wo die Aufbaugebiete durch Abräumung vorbereitet werden und umfangreiche Instandsetzungen im Gange sind, heute müßte der Aufbauplan wenigstens in seinen Grundzügen festliegen, in Ost und West anerkannt sein und Gesetzeskraft haben.

Gleichheit und Unterschiede der Auffassungen

Die Einigung über eine ausführungsreife Stadtplanung müßte aber unschwer zu erzielen sein. Denn beide Pläne gründen sich auf die Erkenntnisse und Forderungen des neuzeitlichen Städtebaus: 1. Ordnung des Stadtgebiets und Aufgliederung gemäß den Einzelfunktionen nach Industrie- und Geschäftsgebieten, Wohnbezirken, Kultur- und Erholungsanlagen, alle sinnvoll einander zugeordnet und durch gärtnerisch genutzte Grünflächen getrennt – 2. starke Auflockerung der Bebauung – 3. Umgestaltung der Wohngebiete durch Bildung überschaubarer Einheiten (Wohnzellen) – 4. Neuordnung der Verkehrsverhältnisse, insbesondere durch Trennung der verschiedenen Verkehrsarten – 5. weitestgehende Schonung der vorhandenen Werte. Auch über die Planungsgrundlagen (Einflußgebiet, Einwohnerzahl, Fernverkehr, Kriegszerstörungen) und über die künftige Aufgabe Berlins als Hauptstadt Deutschlands, als Handels- und Verkehrsmittelpunkt und als Stätte der wichtigsten Veredlungsindustrien besteht völlig gleiche Auffassung. Die Pläne unterscheiden sich, abgesehen von Fragen der Verkehrsführung, im wesentlichen darin, daß der City und den Industriegebieten verschieden starke Bedeutung und formbildende Wirkung zuerkannt wird.

Gegenwärtige Möglichkeiten und Unmöglichkeiten

Die augenblickliche Lage der gespaltenen Berliner Stadtverwaltung läßt nur zwei Möglichkeiten der Weiterarbeit zu: 1. Die Planungsämter beschränken sich im wesentlichen auf theoretische Untersuchungen und auf die Bearbeitung von Teilproblemen. Mit dem praktischen Aufbau wird jedoch erst dann begonnen, wenn der normale Zustand wiederhergestellt ist und ein Aufbauplan für ganz Berlin Gesetzeskraft erhalten hat. – 2. Jede Seite beginnt, nachdem die nötigen Vorarbeiten geleistet worden sind, ihren Plan in ihrem Sektor in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese Vorarbeiten – Enttrümmerung und Abräumung – sind allerorts kräftig im Gange, natürlich ohne Rücksicht darauf, was jenseits der „Grenze" vor sich geht! So aber werden die einfachsten Grundsätze der Planung sowie die realen Belange Berlins und seiner Bewohner aufs gröbste mißachtet.

Die Vorschläge, die Reichle macht, laufen auf eine Planungsgemeinschaft hinaus, in der unabhängig von der Fortdauer der Spaltung der

Berliner Fachzeitschriften, in denen für die Jahre 1945–1949 die Planung für ein Neues Berlin und der Wiederaufbau zu verfolgen ist

Neue Bauwelt, Zeitschrift für das gesamte Bauwesen. Ullstein-Verlag, Jg. 1 1946 ff., erscheint ab Jg. 1952 wieder unter dem Namen „Bauwelt".

Demokratischer Aufbau, Monatszeitschrift für den Aufbau in Gemeinde und Provinz. Allg. Deutscher Verlag, Jg. 1 1946 (April), 1962 aufgegangen in der Zeitschrift „Sozialistische Demokratie".

Der Bauhelfer, Zeitschrift für das gesamte Bauwesen. Verlag und Redaktion: Berlin N 20, Osloer Str. 116 A, Jg. 1 1946 bis Jg. 5 1950, Erscheinen dann eingestellt.

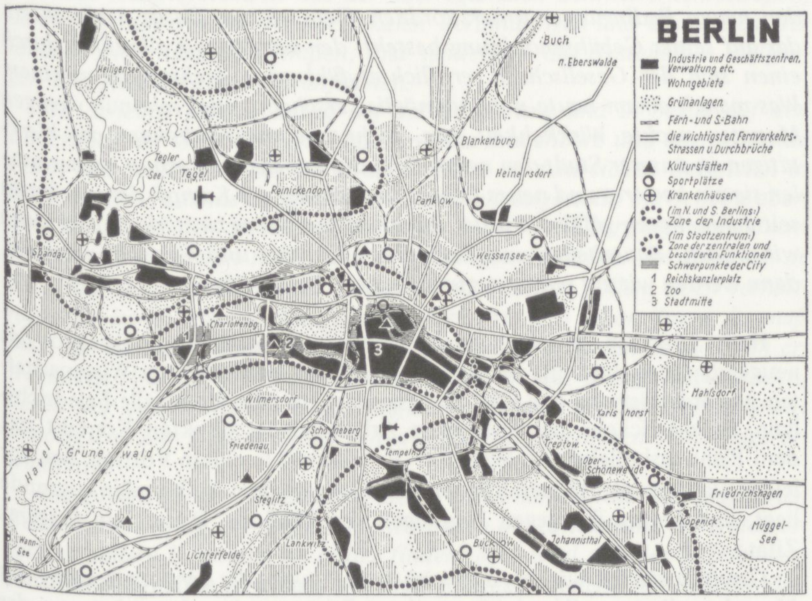
Neues Berlin, Halbmonatsschrift für Aufbau, Wirtschaft und Kultur. Das Neue Berlin Verlagsges., Hrsg. Wilhelm Havemann. Jg. 1 1947 (Juni–Oktober), danach Erscheinen eingestellt.

Bauplanung und Bautechnik, Wissenschaftliche Zeitschrift für das gesamte Bauingenieurwesen. Verlag Technik GmbH, Hrsg.: Kammer der Technik. Jg. 1 1947, ab April 1950 neue Folge unter dem Namen „Planen und Bauen" (bis 1960).

Stadtverwaltung ein für beide Teile der Stadt verbindlicher Generalbebauungsplan erarbeitet werden soll.

Am **23.9.1949** stellt der Magistratsbaudirektor Heinrich Starck den „Aufbauplan 1949" vor Baufachleuten in der „Kammer der Technik" vor. Dieser Vortrag wird unter der Überschrift „Berlin plant und baut" in der Baufachzeitschrift „Bauplanung und Bautechnik" im **November 1949** veröffentlicht. Hierin wird zum ersten Mal darauf hingewiesen – und das ist besonders bemerkenswert –, daß man nicht an den Erfahrungen des sowjetischen Städtebaus vorbeigehen kann, die nicht nur mit dem Umbau von Moskau seit **1931** gemacht worden sind:

Und wo sollten wir mehr über den Städtebau lernen als bei unseren sowjetischen Kollegen? Sie waren es, die in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, etwa von 1930 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, über 400 neue Städte schufen und eine ganze Reihe von alten Städten umbauten. Bei der Betrachtung dieser neu erbauten Städte und im Vergleich zu den wenigen Städten, die in Europa oder Amerika umgebaut wurden, kommt man zu dem Schluß, daß es keine Stadt im Westen gibt, in der man hätte sehen können, daß in der Hauptsache die Bedürfnisse der Hauptmasse ihrer Bewohner ausschlaggebend für den Umbau gewesen wären, und wenn wir die Dinge überschauen, dann stellen wir fest, daß zu allen Zeiten die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse das Gesicht der Städte bestimmt haben. ←L 33



Der Generalaufbauplan, wie er am 27.7.1949 in der „Berliner Zeitung" vorgestellt wird ←B 72

Nach der Darstellung der Grundzüge des Aufbauplans, die wir schon referiert haben, und der Vorführung der Pläne zum Bau der ersten Wohnzellen in Friedrichshain, die wir noch zitieren werden, schließt Starck mit einer Betrachtung darüber, wie die werktätige Bevölkerung an dem Plan interessiert und er in die Wirklichkeit der Stadt überführt werden soll:

Der der Öffentlichkeit unterbreitete Plan geht in seinen Grundzügen vom augenblicklichen Bestand aus. Wir rechnen mit den vorhandenen Bauwerken und mit den in unseren Straßen liegenden Leitungen und Untergrundbauten. Wir kennen die Werte und wissen, welche Zerstörung uns der Krieg brachte. Einem früheren Mobilien- und Immobilienvermögen von rd. 43 Milliarden RM steht nach dem Stand von 1946 ein solches von 24 bis 25 Milliarden RM gegenüber. Wir sind also arm geworden und können nicht willkürlich Gebäude abreißen. Wir werden also in unserer Planung Phasen unterscheiden müssen, Phasen, die sich nach dem Stand und der Entwicklung unserer Produktivkräfte und ökonomischen Möglichkeiten richten werden. In der nächsten Zeit werden wir noch manches Gebäude wiederherstellen, welches später einmal Neubauten weichen muß, und trotzdem muß sich jeder, der am Bau arbeitet, bewußt sein, daß wir eine neue Stadt schaffen wollen. So planmäßig wie wir in diesem Jahre durch die Einführung des Investitionsplanes anfingen, so planmäßig werden wir ←L 34

neue Stadt schaffen wollen. So planmäßig wie wir in diesem Jahre durch die Einführung des Investitionsplanes anfingen, so planmäßig werden wir

unsere Arbeiten fortsetzen. Die Einhaltung der Pläne, die Frage der Plandisziplin sind noch nicht jedem am Bau Schaffenden in Fleisch und Blut übergegangen. Diese Frage wird aber für unseren weiteren Aufbau bestimmend sein. Den Nimbus, den das Bauwesen bisher einnahm, werden wir dem Bauwesen nehmen und es überall als das kennzeichnen, was es wirklich ist: als Produktion von Häusern und Gebäuden, als Produktion einer neuen Stadt. Wenn wir es unter diesen Gesichtspunkten betrachten, dann hat das Bauwesen eine große wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Aufgabe.

Diese Erkenntnis muß auch bei unseren technischen und künstlerischen Kräften Fuß fassen. Das Bauen der Zukunft ist nicht das Bauen für irgendwelche Bauherren, sondern das Bauen für die Gesellschaft. Bei unseren Bauarbeitern setzt sich die Erkenntnis dieser Dinge mehr und mehr durch. Sie haben im letzten Jahre ihre Leistungen auf einen fast friedensmäßigen Stand gebracht und damit eine gesellschaftliche Tat vollbracht. Auf der anderen Seite konnten die Preise gesenkt werden. Es gelang uns, bei der Durchführung unseres Investitionsplanes 1949 die im Bauwesen beschäftigten Arbeitskräfte im Ostsektor unserer Stadt um fast 50 % zu erhöhen. Dieses Tempo unserer Arbeit, das sich schon überall bemerkbar macht, wird trotz aller Schwierigkeit sich progressiv steigern. Das nächste Jahr wird uns vor Aufgaben stellen, die um mindestens 50 % größer sind, als die in diesem Jahre waren. Bei uns wird es keine arbeitslosen Architekten und Techniker geben, vorausgesetzt, daß sie willig und willens sind, sich den neuen Bedingungen unterzuordnen. Den privaten freien Architekten, der auf seiner Gebührenordnung besteht, den werden wir allerdings durch einen sich der Gesellschaft verpflichtet fühlenden Architekten ersetzen. Was manch einem heute noch unmöglich erscheint, wird schon in wenigen Monaten nackte Wirklichkeit sein. Mehr und mehr erkennen die Werktätigen in unserer Stadt den neuen Sinn des Lebens, und schon immer wollen sie ein besseres und neues Leben; das beweist der Kampf, der von ihnen seit Jahrzehnten geführt wurde. Diesen Willen gilt es zu stärken, und wenn wir wollen, Bauarbeiter und Techniker, Künstler und Verwaltungsmann, dann werden wir ein schöneres und besseres Berlin schaffen.

Hans Scharoun, der nach seiner Tätigkeit als Stadtbaurat Direktor des neugegründeten Instituts für Bauwesen an der Akademie der Wissenschaften geworden ist und den Forschungsauftrag hat, die Wohnzelle Friedrichshain zu entwickeln, hat über diese Arbeit wieder direkten Kontakt mit dem Planungskollektiv im Magistrat. Er erläutert in einem Vortrag, den wir leider nicht genau datieren können, die Idee, die dem Aufbauplan zugrunde liegt, und grenzt ihn gegen Planungen vor **1945** ab. Daraus ein längeres Zitat:

→A 20 *Gewiß bedürfen wir, um alle wichtigen Punkte, die der Entwicklung des Menschen dienen sollen, in den rechten Bezug zu einander zu bringen, der Achse oder anderer Verbindungen. Das sind aber Verbindungen, die optisch erfaßt werden sollen, sie bedürfen nicht der verdoppelnden Unterbauung durch Verkehrslinien.*

Es sind Achsen, Bezugslinien, die den Geist, und nicht den Körper, in Bewegung bringen wollen. Die materiell orientierte Denkweise und andererseits die leicht entschuldbare Aktivität des Abendländers versimpelten und führten geradewegs zum Marschieren statt zur geistigen Bewegung. Das führte zur Entwicklung der Paradeplätze und unter Hitler schließlich zu den Parade-Achsen.

In diesem Sinne bedürfen wir der Achsen nicht mehr, wir müssen sie vielmehr mit Stumpf und Stil auch aus unserer Vorstellung ausrotten. Sie dürfen nie wieder Aufforderung zu einer festgelegten Handlung werden. Das Netz- und Flechtwerk des Verkehrs ist nach anderen, organhaften Gesichtspunkten zu gestalten. Man sollte sich, besonders heute im Beginn des Umdenkens, nicht schon wieder von Systematik leiten lassen, vom übergeordneten Abstrakten ausgehen. Man soll also nicht Begriffe wie „Rastersystem" oder „Ringsystem" als etwas Selbstverständliches ansprechen und gegeneinander ausspielen.

Es kommt darauf an, zu erkennen, daß der Verkehr nicht eine die Struktur bestimmende, das Leben gestaltende, sondern nur eine der strukturellen Gliederung der Wohn- und Arbeitsgebiete dienende Rolle zu spielen hat.

Diese Funktion ist ferner auf die Möglichkeiten der technischen oder menschlichen Gegebenheiten in unterschiedlicher Weise abzustimmen. Sie

sind nach den Bedürfnissen des Fußgängers, des Radfahrers, des schienengebundenen Lastverkehrsmittels, des Autos zu gliedern und in den an sie zu stellenden technischen Anforderungen auszugestalten.

Die Nutzung menschlicher oder technischer Möglichkeiten gewähren andererseits auch sehr verschiedenartige Erlebnismöglichkeiten, in der von ihnen aufgeschlossenen Stadtlandschaft. Wenn ich Sie an die Autobahnen erinnere, dann werden Sie verstehen, was ich mit diesem neuen Maßstab meine, der durch das technische Mittel ersetzt wurde. Die Schnellverkehrsstraßen im Stadtraum sind nichts anderes als eine Verdichtung des das ganze Land durchziehenden Netzes entsprechend der intensivierten Nuzung der durch die Stadt eingenommenen Fläche.

Die nach den Plänen FRIEDRICHS innerhalb des Planungs-Kollektivs entwickelte, das Rückgrat des Verkehrsnetzes bildende mittlere Ost-West-Schnellverkehrs-Straße wird durch entsprechend gelenkte Enttrümmerungsarbeiten als Schneise durch die Stadt bald kenntlich sein.

Der Lage der Stadt im Urstromtal zwischen Teltow und Barnim entsprechend, werden das gestaltgebende Moment in der Anlage der Schnellverkehrs-Straßen bilden. Sofern man also das neue Verkehrssystem eher als Raster-System als als Ringsystem bezeichnen will, so ist dies nur die Folge der strukturellen Gegebenheiten, die sich in der Gestalt der Straßen durchsetzten.

Es liegen also gewissermaßen mehrere Systeme von Straßen übereinander. Das Hauptsystem ist das der überregionalen Schnellverkehrsstraßen, dann folgt das System der überlokalen Verbindungen und das System der lokalen Aufschließungs-Straßen, und schließlich das System der Fußgänger- und Radfahrwege in Grünflächen.

Mir scheint, daß in bezug auf die Gliederung und in bezug auf den Linienfluß der Straßen-Verkehrslinien eine brauchbare und überzeugende Form sich andeutet. Sie ist ja auch schon an zahlreichen Beispielen in Städten des Auslands an ähnlichen Beispielen dargestellt. Mir scheint aber, daß die Frage der zweckmäßigen und sinnvollen Übergänge von einem System zum anderen noch besserer Lösungen bedürfen. Sie sind, da sie den Fluß des Verkehrs nicht hindern und bremsen sollen, noch verhältnismäßig kompliziert und aufwendig. Wenn sie also schon ihrem Ausmaß nach zu anderen Teilen des städtischen Verkehrsorganismus in einem erträglichen Verhältnis bleiben sollen, kaum in der Menge anzuwenden, deren wir zur subtilsten Bedienung der gesamten Bedürfnisse vielleicht benötigten. Zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe wären Vorschläge erwünscht.

Entsprechend der Verästelung der Verkehrslinien, die den gegebenen Bedürfnissen völlig angepaßt wird, wird auch die Erneuerung der Güterverteilung andere Lösungen als bisher finden. Man wird sich der differenzierten Umschlagplätze innerhalb des Stadtgefüges bedienen. Mir scheint, daß auch die Art und die Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel dieser Aufgliederung sinngemäß folgen sollten, etwa in dem Sinne, wie es das Schiff tut, indem es das natürliche Wachstum innerhalb der Flußsysteme berücksichtigt.

Die Verteilung der Güter in den ruhig zu haltenden Siedlungseinheiten sollte m.E. durch Elektrokarren oder ähnliche Kleinfahrzeuge erfolgen. Dem natürlichen Aufgliedern bis zum Einfamilienhaus und zum Wohnweg hin würde dies Rechnung tragen.

Das Netz der Eisenbahnen und Vorortbahnen könnte mit wenigen Änderungen den Straßensystemen viel natürlicher, als es heute der Fall ist, eingebunden werden. Wesentlich erscheint mir, Überlegungen anzustellen, um einmal zur Ermittlung des bestgelegenen Kreuzungspunktes besonders der Fernbahnen zu kommen, und damit im Zusammenhang die Wiederaufnahme der unmittelbaren Verbindung etwa vom heutigen Bahnhof Zoo zum Görlitzer Bahnhof zu erörtern, die ungefähr der Route folgt, die anfänglich für die Stadtbahn vorgesehen war.

Daß die S-Bahn im Jahre 1882 mit dem uns heute vertrauten Zuge über Alexanderplatz und Friedrichstraße eröffnet wurde, lag daran, daß der Boden infolge der Bodenspekulation, der für die geplante Trace notwendig war, zu teuer wurde und infolgedessen auf das frühere Festungsgelände zurückgegriffen wurde.

Die bestehende Linie der S-Bahn verbleibt bis auf die Beseitigung einiger störender Krümmungen und wäre etwa vom Bahnhof Bellevue in Richtung Westend-Jungfernheide zu führen, so daß die Stadt durch zwei gleichwertige parallele S-Bahnstrecken erschlossen wäre.

Ein weitergehender Vorschlag ist der, den Ring ebenfalls im Rastersystem aufgehen zu lassen, so daß ein System vorwiegend Nord-Süd- und Ost-West-gerichteter Linien analog der Schnellstraßen sich ergäbe.

Das System der Wasserstraßen fügt sich der Planungsstruktur ausreichend ein. Größere Änderungen mit Ausnahme einiger Erweiterungen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit – die besonders den Landwehrkanal betreffen – sind nicht erforderlich.

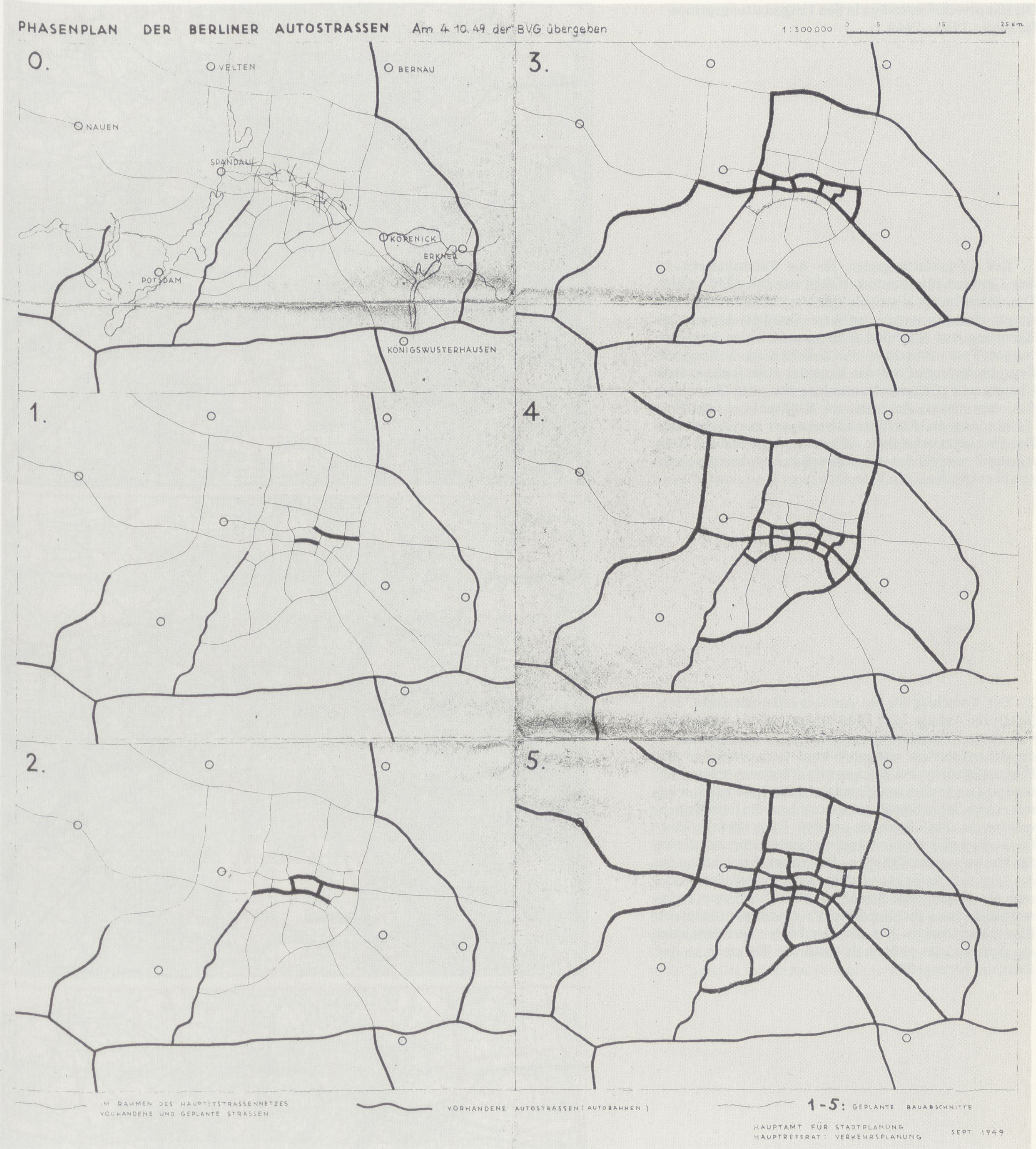
Wiederholt werden soll aber, daß sich die Struktur der Verkehrslinien willig und dienend der Struktur der Wohn- und Arbeitsstätten einzufügen hat, und die sich aus deren logischen Verteilung im Zusammenhang mit den landschaftlichen Gegebenheiten ergibt.

Der organischen Dezentralisation folgt und sie gestaltet die Auswesung ausreichender und zusammenhängender Grünflächen. Das Rückgrat bildet die dem Lauf der Spree folgende Auelandschaft, die die Wälder im Nordwesten und Südosten der Stadt verbindet. Die erforderlichen, maßstäblich zu gliedernden Produktionsstätten sind ihr eingegliedert. Die Gestaltung erfolgt im Sinne der Fortentwicklung der Kulturlandschaft. Ein besonders entwickeltes, die Möglichkeiten darstellendes Beispiel ihrer Gestaltung bildet der Plan LINGNERS, der das Tegeler Flies betrifft.

Den Schwerpunkt der Grünflächen bildet der bewußt dort zu gestaltende, heute zum Teil vom Tiergarten eingenommene Grünraum zwischen Bahnhof Zoo und Brandenburger Tor. Es ist die Stelle, an der sich das Wesen der Stadt offenbart. Die Funktionen der CITY Berlins treten hier in das Blickfeld. Es ist der Punkt, von dem aus die Stadt sich orientiert und an dem ihre Absichten sich dartun: Die Begegnung des heutigen Reisenden mit einer Weltstadt, die Entfaltung der Gestalt und der Funktionen der Stadt vollziehen sich für den ankommenden Reisenden nicht mehr von außen. Er spürt nur die allmähliche Verdichtung, Intensivierung der allgemeinen Kulturlandschaft und erlebt die Bestätigung der Stadt erst dann, wenn er den Bahnhof verläßt. Diesem Erlebnis der Stadt von innen her dient der als Innenplastik bezeichenbare repräsentative breite Raum im Kern der Stadt, deren plastische Außenwände durch die wechselnden flachen und turmartigen Bauten gebildet werden.

Die südliche Wand bilden der hier in die Erscheinung tretende Teil des wandartig entwickelten Wirtschaftszentrums. Im Norden begleiten die Spree, die zum „geistigen Band" zusammengefaßten Gebäude. Diese Konfrontierung des City-Bandes und des geistigen Bandes sollen gewissermaßen die Legislative und die Executive im Gestaltungsprozeß der Weltstadt Berlin dokumentieren. Im geistigen Band sind daher alle die Gebäude anzusiedeln, die der Forschung und der Entwicklung im Interesse der Aufgabe Berlins dienen. Es sind also Gebäude, die den Forschungsinstituten, kulturellen Institutionen usw. vorbehalten sind. Die vorhandenen Flankierungen bilden die Komplexe der Humboldt- und der Technischen Universität. Die in ihrem Denkmalswert des Stadtgrundrisses erhaltenen Teile der Altstadt und der Friedrichstadt werden dieser Aufgabe mit der Wendung zum Repräsentativen hin angeglichen. Die neue Führung der Hauptverkehrsstraßen gestattet die Beruhigung der Linden. Als eines der wichtigen repräsentativen Gebäude von großem Umfang und gewichtiger Bedeutung ist das an den Linden neu entstehende Kulturgebäude der UdSSR, Die wider erstehende, in sich begrenzte Selbständigkeit der Lindenachse mit regionaler Bedeutung bekommt wieder ihren natürlichen Gelenkpunkt im Stadtschloß und eine zusätzliche Achse vom Schloß nach dem Osten ähnlichen Ausmaßes wie die Linden. Hierzu sollte aber m.E. die Königstraße und nicht die Karl-Liebknecht-Straße benutzt werden.

Der am **15.7.1949** vorgestellte und in den folgenden Wochen diskutierte und leicht veränderte *Aufbauplan* des Planungskollektivs ist eine überarbeitete und den tatsächlichen Möglichkeiten angepaßte Fassung des Kollektivplans von **1946**. Im Gegensatz zu **1946** scheinen **1949** die Voraussetzungen für die Umsetzung des Plans in die Wirklichkeit gegeben zu sein. Mit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am **7.10. 1949** – eine Antwort auf die vorangegangene Konstituierung einer Bundesrepublik Deutschland (BRD) unter Ausschluß der sowjetisch besetzten Zone mit Regierungssitz in Bonn – wird Berlin in Hoffnung auf die Vereinigung der beiden Regierungen zur *Hauptstadt Deutschlands* erklärt. Nach dem **7.10.1949** sind, wenn auch nur in einem Teil Berlins, die Voraussetzungen vorhanden, die kommunale Verfügung über Grund und Boden gesetzlich zu regeln – eine Regelung, ohne die ein solcher Plan Utopie blei-

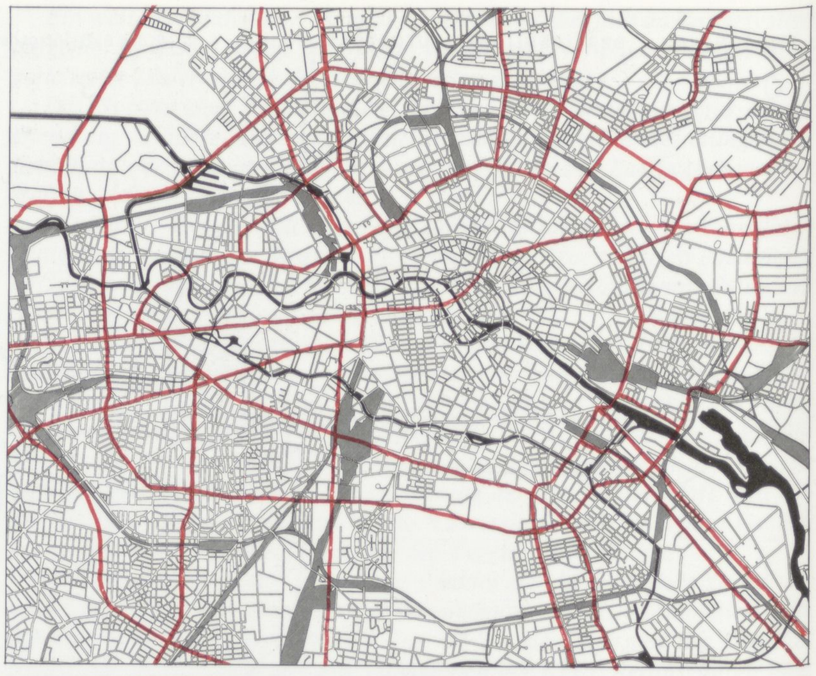


Peter Friedrich (1949): Phasenplan zur Durchführung des Generalaufbauplans ←B 73

ben muß – und die Finanzierung der Umgestaltung Berlins aus staatlichen Steuermitteln zu sichern.

Wie das Schnellstraßensystem, das dem *Aufbauplan 1949* zugrundeliegt, hergestellt werden soll, zeigt ein fünffach gestufter Phasenplan von Peter Friedrich, auf dem vermerkt ist, daß er am **4.10.1949** der BVG übergeben worden ist. Die erste Phase sieht zwei Schwerpunkte vor: den Durchbruch zur Herstellung der Verbindung von Heerstraße und Köpenicker Straße und den Ausbau der Frankfurter Allee. Daß die Umgestaltung Berlins mit dem Bau der *Wohnzelle Friedrichshain* an der Frankfurter Allee beginnt, ←S. 291 liegt nicht nur daran, daß der Citydurchbruch die Koordinierung mit den Planungsbehörden in den Westsektoren vorausgesetzt hätte. Die Pläne für den Aufbaubeginn in Friedrichshain gehen auf das Jahr **1945** zurück.

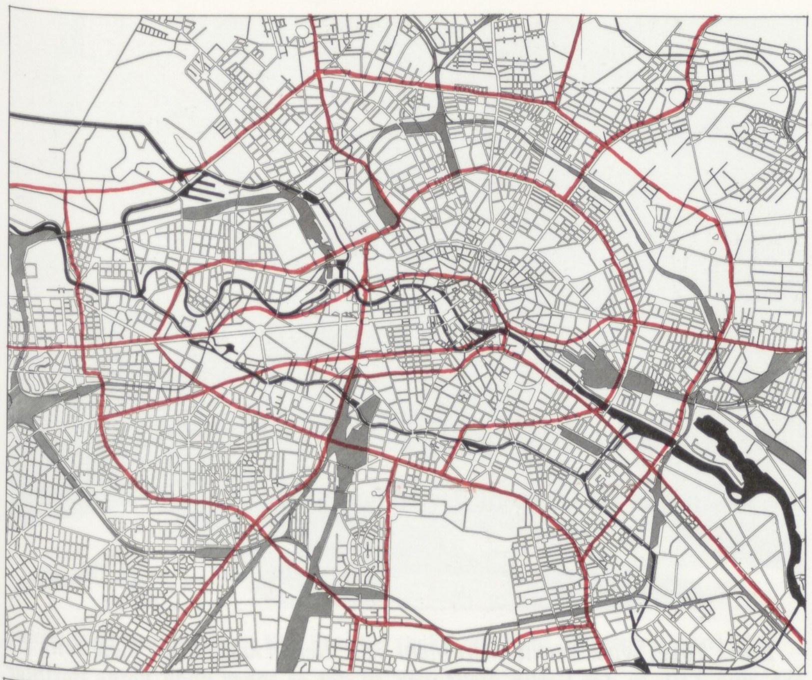
Die Hauptverkehrsstraßen in den Umgestaltungsplänen für Berlin 1945–1949



1. Der **Umgestaltungsplan für die Reichshauptstadt des Generalbauinspektors** (GBI) war bis **1945** gültig. Die wesentlichen Elemente des Verkehrskonzepts: die durch die Innenstadt geführte Ost-West-Achse und Kreuzung der Nord-Süd-Achse westlich des Brandenburger Tors; innerhalb des S-Bahnrings 2 Ringstraßen, die die radial auf das Zentrum zulaufenden alten Chausseen auffangen; Verbindung des alten Zentrums mit dem neuen Zentrum am Ku-Damm durch eine Verbindung des Kurfürstendamms mit der Voßstraße. Der Plan setzt erhebliche Abrisse der bestehenden Bausubstanz voraus, um die schnurgerade geführten Achsen herzustellen.

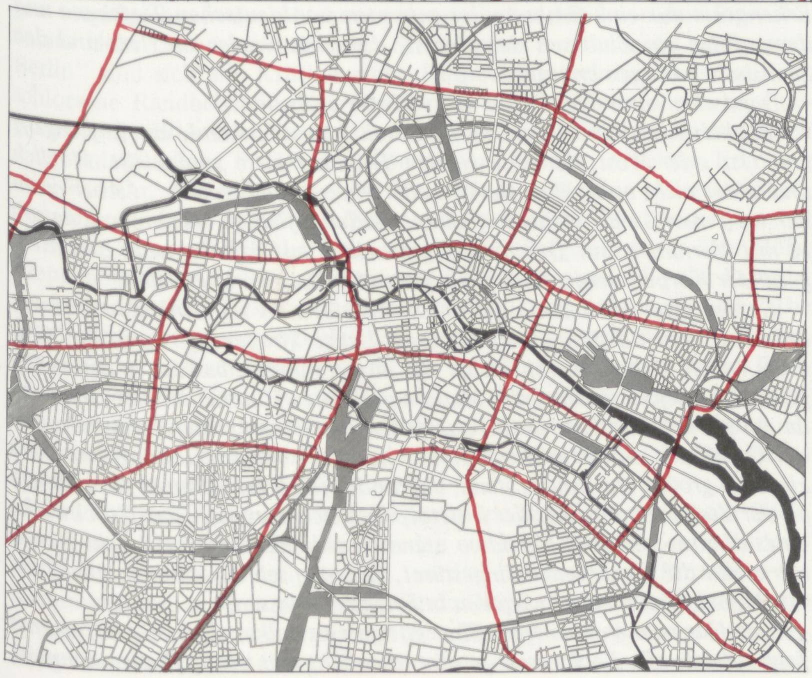
2. Der **Vorschlag für ein Autoschnellstraßennetz**, den Scharoun Anfang **Juni 1945** zugunsten des Vorschlags von Peter Friedrich verwirft, der auf der Idee basiert, die Schnellstraßen weitgehend auf oder parallel zu den Eisenbahnlinien und auf dem mit Trümmern zuzuschüttenden Landwehrkanal anzulegen. Die Innenstadt wird mit einem Schnellstraßenring umgeben, die Fernstraßen werden an fünf Punkten an den Ring herangeführt. Große Parkplätze sollen dort ein weitgehend autofreies Stadtzentrum ermöglichen. Hauptverkehrsrichtung ist die Verbindungslinie zwischen Bahnhof Jungfernheide und der Köpenicker Straße auf dem ehemaligen Landwehrkanal und die Nord-Süd-Verbindung entlang der Eisenbahnstrecken. Die eine der beiden Strecken wird als südliche, die andere als westliche Tangente an das Zentrum herangeführt.

3. Der **Kollektivplan von 1946** nach dem Vorschlag von Peter Friedrich. Wesentliches Merkmal ist die der Spree folgende Bandstruktur in Ost-West-Richtung. Zusammen mit den wie Brücken über das Spreetal gedachten Nord-Süd-Verbindungen ergibt sich ein leistungsfähiges Hauptverkehrsnetz, mit dem erreicht werden soll, daß die Gewerbe- und Siedlungsfelder innerhalb des Netzes vom Durchgangsverkehr freigehalten werden.



4. Der **Zehlendorfer Plan** von **1946** erscheint wie eine auf den Rahmen der Möglichkeiten zurückverwiesene Fassung des GBI-Plans. Das Achsenkreuz paßt sich den vorhandenen Straßen an, vermeidet eine Zerteilung des Tiergartens und größere Durchbrüche. Wie im Plan des GBI werden die beiden schon im Generalbebauungsplan von **1862** geplanten, aber nur zum Teil realisierten Ringe ergänzt, die die Radialstraßen auffangen und die Verbindung zwischen Kurfürstendamm und dem alten Stadtzentrum herstellen. Der zweite Ring bildet entsprechend dem S-Bahnring eine leicht nach Nordosten verschobene zweite Hundekopffigur.

5. Der **Plan 1948**, in der Literatur auch als *Bonatz-Plan* bezeichnet, ist das Ergebnis der 1 1/2jährigen Planungsarbeit nach Ablösung Scharouns als Baustadtrat, mit der eine Synthese von Kollektivplan und Zehlendorfer Plan versucht werden sollte. Ihm gehen die Pläne A und B als Arbeitspläne voraus. Wesentliche Merkmale sind die beiden Ringe um das Zentrum, von denen der innere etwas enger geführt wird als der in Scharouns Skizze von **1945**, während der äußere ungefähr den Verlauf des „Zehlendorfer Hundekopfs" beibehält. Der innere Cityring wird von 4 Tangenten gebildet, wobei die Nord- und die Südtangente im Gegensatz zu den Ost-West-Straßen des Kollektivplans nicht parallel zur Spree verlaufen.



6. Der **Generalaufbauplan** von **1949** ist eine Weiterbearbeitung des Kollektivplans von **1946** durch das Planungskollektiv. Die tragende Verbindung südlich der Spree zwischen Heer- und Köpenicker Straße hält im Gegensatz zur Fassung von **1946** den Tiergarten frei, im Zentrum verläuft der Durchbruch fast so, wie im Zehlendorfer Plan zur Verbindung der Köpenicker Straße mit dem Kurfürstendamm vorgeschlagen, ebenso die nördliche Ost-West-Strecke, die sich dem nördlichen Teil des von Bonatz **1948** geplanten Außenrings annähert, auch die Führung der vier Tangenten an die City ähnelt der des *Plans 1948*. Unverkennbar ist aber die am Lauf der Spree orientierte Bandstruktur.

4 Der Aufbau des NEUEN BERLIN I

Die Wohnzelle als Element der Neuen Stadt

Martin Mächler:
Vorschlag zur organisatorischen Neukonstruktion Berlins (1920) →L 1

Nach unserem Dafürhalten muß Groß-Berlin schätzungsweise eine Kreisfläche bedecken, die einen durchschnittlichen Radius von 50 km, vom Berliner Rathausturm aus gemessen, aufweisen kann. Das entspräche einem Flächeninhalt von rund 7800 qkm. ←L 2

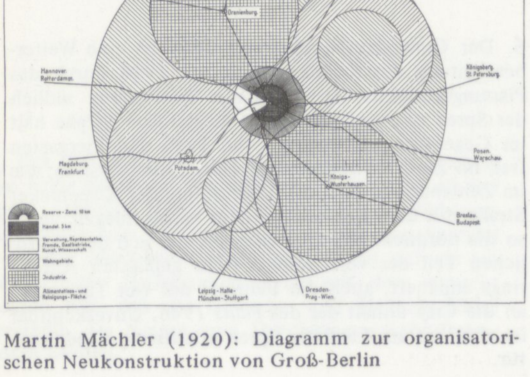
Die Massenteilung kann nach unserer Erkenntnis nur nach den differenzierten Erfordernissen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens erfolgen und zwar unter der ausdrücklichen Betonung der Sichtbarkeitsmerkmale, um eine weitere wirtschaftliche soziale Folgewirkung herbeizuführen. Diese Massenteilung, wie wir sie meinen, ist auf die natürliche Grundlage einerseits der Arbeitsteilung, andererseits der Einteilung unseres eigenen Lebensrhythmus gestellt. Die Arbeitsteilung weist auf eine vernunftgemäße Anlegung der einzelnen Konsumtions- und Produktionsgruppen hin, der Lebensrhythmus erfordert eine vernunftgemäße Anordnung der Arbeits-, Erholungs- und Wohnstätten.

Die organisatorische Neukonstruktion, die wir vorzunehmen haben, muß so gestaltet sein, daß um eine lebendige Keimzelle herum sich das gesamte Zellgewebe gruppiert, wie es einem natürlichen Wachstum entspricht. Die vitale Urzelle der Weltstadt ist der Handel. Deshalb weisen wir ihm eine Kreisfläche von 6 km Radius um den Berliner Rathausturm herum zu.

Um diese Kreisfläche schließt sich ein Kreisring mit einem Radius von 10 km als kommerzielle Reservezone, die der Weiterentwicklung des Stadtinnern dient und die notwendige Umgestaltung ermöglicht.

In die Handels- und Reservezone hinein schneidet von Westen her ein Kreissektor von 60°, dessen Grundlinie gleich dem Radius der Innenkreise ist und dessen

←S. 196



Martin Mächler (1920): Diagramm zur organisatorischen Neukonstruktion von Groß-Berlin ←B 1

Eines Tages wird Berlin nicht mehr sein. Berlin kann nicht ewig sein. Es gab eine Zeit, in der Berlin nicht war, in der es sogar noch keine Berliner gab. Es war eine herrliche Zeit. Auf dem Kurfürstendamm lebten Wolf und Hirsch und Fuchs unter den Bäumen, auf denen Adler und Falk horsteten, und in den Sümpfen schwammen Frosch und Plötz, Schlei und Hecht, Wels und Salm – und keins der vielen Tiere dachte an die Möglichkeit, daß nach ein paar hundert Jahren ihre Namen in Messingschilder graviert oder schwarz auf weiße Emaille an Steinkästen angeschlagen stehen würden, die dort an der gleichen Stelle, an der sie in Gottes freier Natur sich tummelten, gewachsen waren.

Diese schöne Zeit ging vorbei, und es folgte ihr die neuere, in der aus Steinbaukästen das Zerrbild Berlin entstand, das nicht ewig sein kann.

Eines Tages wird es untergehen!

Wir wollen diese Tatsache als sicher hinnehmen. Wie Berlin untergehen wird, das soll uns einerlei sein. Entweder werden wir mit ihm untergehen, wenn wir diesen Zeitpunkt erleben, und dann kann uns der Modus moriendi gleich sein. Er wird uns höchstens einige schmerzliche Augenblicke bereiten. Oder wir überleben ihn, und dann wird unsere Aufgabe nicht sein, zurückzuschauen, sondern voraus und wieder aufbauen.

Berlin wird untergehen, weil es dem märkischen Boden nicht mehr möglich sein wird, diesen Steinhaufen zu tragen, und er wird sich eines Tages umstülpen und Berlin abschütteln.

Aber das ist wissenschaftlich unwahrscheinlich. Geologisch sind in Berlin Erdbeben nicht zu erwarten. Denkbar ist nach dem Stand unserer Erkenntnis nur eine Senkung der gesamten norddeutschen Tiefebene und demzufolge ein Einbruch des Meeres, das dann wieder am Harz und den Sächsischen Bergen branden würde.

Dann aber kann man Berlin nicht wieder aufbauen.

Möglicher ist eine Vernichtung durch Menschenhand, ein Luftangriff von Ost oder West, der eine einzige Trümmerstätte zurückläßt. Möglich und leider nicht außer dem Bereich aller Wahrscheinlichkeit . . . Aber nachher wird man Berlin wieder aufbauen, wieder aufbauen müssen, und da soll es mit Vernunft, mit Geschmack geschehen, auf daß das neue Berlin ein gesunder Körper werde, in dem ein gesunder Geist wohnen kann.

Es war also geschehen: Berlin war zerstört. Es stand nichts mehr von der Stadt, was der Rede wert gewesen. Lange Straßenzüge lagen in Trümmern, noch längere waren nichts wie ausgebrannte Fassade, in der anklagend sich nackte, geschwärzte Mauern gegen den Himmel reckten, hier und da ein geborstener Kirchturm, aus dem eine Glocke schief heraushing wie ein Gebiß aus einem grinsenden Totenschädel. Wirres Gestänge war, wo einst ein großes Warenhaus stand, abgrundtiefe Löcher gähnten dazwischen, an der Stelle, an die eines der Lufttorpedos sich durch die fünf Stockwerke eines Hauses gebohrt. Irgendwo stand dazwischen unversehrt ein Stockwerk, nur die Vorderwand eingestürzt, und man sah die Zimmer, eingerichtet, Möbel, Betten, alles wie eben in Frieden verlassen.

Das Ganze menschenleer. Eine giftige Gaswolke, die dem Luftangriff folgte, hatte alle Lebewesen getötet, die nicht rechtzeitig fliehen konnten,

→L 3

Martin Mächler (Mitte) mit Karl Böttcher (links) und Hans Scharoun (rechts) 1946 ←B 2

als die gepanzerten Vögel anfingen, ihre Geschosse zu streuen. Sie hatten sich herabgesenkt und aus nächster Nähe die unbeschützten Eisenbahnzüge bombardiert, die die Stadt gerade verließen, die Schiffe auf den Wasserstraßen versenkt; wo sich ein stehendes Haus, ein Lebewesen zeigte, da schoß der fliegende Roboter heran und vernichtete es schonungslos.

Berlin war gewesen.

Nun wollen wir es wieder aufbauen, ein Phönix aus der Asche soll es erstehen, ein Wahrzeichen menschlichen Wertes, menschlichen Könnens, Fleißes, Geschmackes – aber nicht wie einst deutscher Macht, kein Zwinguri für die Welt, die ein solches in Berlin erblickte, selbst als Berlin schon längst nicht mehr Hauptstadt eines militärischen Deutschlands war.

Diese Sätze stammen aus einem Vortrag des Architekten und Stadtbautheoretikers Martin Mächler, den er am 26.9.1926 vor der Berliner Siedlungswissenschaftlichen Gesellschaft hielt.

In diesem Vortrag geht er von der damals kaum vorstellbaren Fiktion eines vollständig zerstörten Berlins aus, um dann zu formulieren, wie sich der Stadtplaner den Aufbau eines besseren Berlin vorstellt. Die Kritik an der „größten Mietskasernenstadt der Welt" setzte bereits ein, lange bevor ihr Bau durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen wurde. Sie wird von Politikern, Medizinern, Ökonomen, Bauunternehmern, Pädagogen, Theologen, Architekten, Stadtplanern, Polizisten, Militärs, Technikern und Künstlern aller politischen Richtungen mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen vorgebracht. In der Ablehnung des nach dem 1862 von dem Ingenieur James Hobrecht unterschriebenen Straßenplans entstandenen „steinernen Berlin" sind sich alle Kritiker einig. Dieses ist gekennzeichnet durch geschlossene Randbebauung der Baublöcke, ein auf Pferdefuhrwerke, Fußgänger und militärische Marschkolonnen ausgelegtes Straßennetz und durch eine stadträumliche Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten, Erholung und Verkehr. Die Ablehnung gilt in gleichem Maße der „Mietskaserne", diesem besonderen Typ des Hofhauses, der sich im 19. Jahrhundert speziell in Berlin herausgebildet hat: ein vorwiegend fünfgeschossiger über Höfe, Treppenhäuser und Flure erschlossener Gebäudetyp auf schmaler Parzelle, dessen vermietbare Geschoßflächen in ihrer Nutzung unbestimmt sind. Die Geschoßflächen können bei gleichem Gebäudetyp durch mehr oder weniger einfache Ausbaumaßnahmen für die verschiedensten Zwecke des Wohnens, der Produktion, des Handels oder der Versorgung hergerichtet werden. Mit der Entstehung dieses Bautyps, seiner und der Beschreibung der Stadt haben wir uns ausführlich in den beiden ersten Bänden der Geschichte des Berliner Mietshauses befaßt.

Den Kritikern gelten sowohl die Stadt wie der Haustyp je nach Blickwinkel und Interessenlage entweder den einen als undurchsichtig, unkontrollierbar, chaotisch, unhygienisch, entsittlichend und als Brutstätte des Kommunismus, anderen als Ausgeburt des Kapitalismus, und wieder anderen als die Verkörperung des kaiserlichen Deutschlands. Entsprechend vielfältig sind die Utopien des „Neuen Berlin", das an Stelle des bestehenden

Höhe in der Ostwestachse liegt. In diese Teile hinein sind von innen nach außen zu gruppieren: Verwaltung, Repräsentation, die Stätten zur Beherbergung der Fremden, Kunst-, Forschungs- und Bildungsinstitute.

Die große Außenringfläche, deren innere Begrenzung durch die eben genannte Reservezone und deren äußere Grenze durch einen 50-km-Radius gebildet wird, dient der Aufnahme und Gruppierung der Industrie, der Wohngelegenheiten, der Erholungsstätten, der Reinigungs- und Alimentierungsflächen sowie den Sammel- und Übungsplätzen, die für das Schutz- und Trutzsystem notwendig sind.

Auf dieser Gesamtfläche – innere Kreis- und äußere Ringfläche – soll der gewaltige Umbau durchgeführt werden, nach dem die weltstädtische Konzentration gebieterisch verlangt.

Ludwig Hilberseimer:
Dezentralisierte Großstadt (1932)

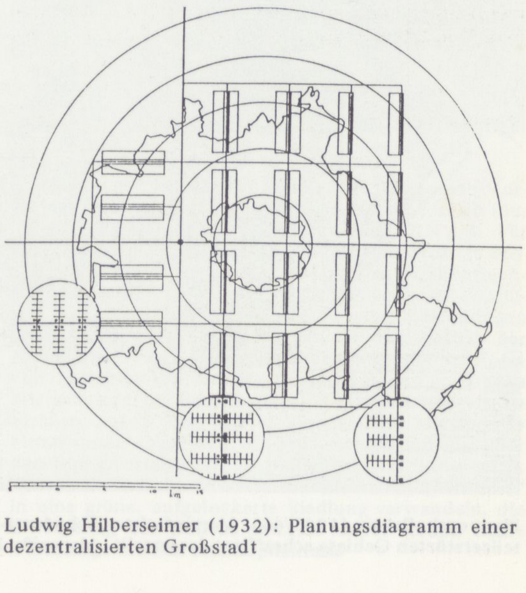
Im letzten Jahr des Bestehens des Bauhauses in Dessau 1932 entwickelt Hilberseimer einen radikalen Plan für Dessau, den er auf Berlin überträgt:

In dem Plan ist das Stadtband in Gemeinden aufgeteilt. Jede besteht aus vier Siedlungseinheiten. In den Parks zwischen den Einheiten sind die notwendigen Schulen untergebracht. In östlicher Richtung sind die Geschäfts- und Verwaltungsgebäude. Dann folgen die Verkehrswege, Eisenbahnen und Hauptverkehrsstraße, und dann das Industriegebiet. Die Hauptstraßen der Einheiten sind mit der örtlichen Verkehrsstraße verbunden, die parallel zur Hauptverkehrsstraße läuft und an jedem Ende der Gemeinde mit ihr verbunden ist. Das Industriegebiet liegt östlich von der Verkehrsstraße und im Abwind, um das Wohngebiet vor Luftverunreinigung zu schützen.

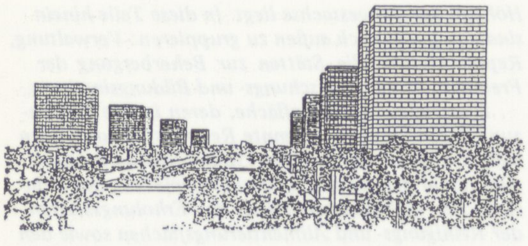
Ich besprach diesen Plan für Dessau mit Martin Mächler, dem Städtebauer, und Alexander Schwab, dem Soziologen. Sie waren der Meinung, daß er sich für eine kleine Stadt eigne, hielten jedoch die Anwendbarkeit seiner Prinzipien für eine Großstadt wie Berlin nicht für möglich, eine Stadt, für die Mächler eine diagrammatische Lösung vorschlug, die die mannigfachen Probleme einer Metropole zu berücksichtigen suchte.

Um Schwab und Mächler von der Möglichkeit des Plans für eine Großstadt zu überzeugen, machte ich verschiedene Planungsdiagramme, die auf allgemeine Weise die gestellten Probleme und die Möglichkeit ihrer Lösung beinhalteten.

Eines dieser Planungsdiagramme zeigt einen dem Gebiet einer Großstadt überlagerten schematischen Plan. Damit sollte dargestellt werden, wie eine große Metropole, die Hauptstadt eines Industriestaates, inmitten der offenen Landschaft liegen und von dieser Landschaft durchdrungen werden kann. Alle Nachteile der Großstadt sind vermieden und alle ihre Vorteile beibehalten. Das Diagramm ist linear in seiner



→B 3 Ludwig Hilberseimer (1932): Planungsdiagramm einer dezentralisierten Großstadt



Ludwig Hilberseimer (1932): Verwaltungs- und Geschäftsgebiet der dezentralisierten Großstadt ←B 4

Struktur. Es besteht aus Aggregaten, die verschiedenen Funktionen dienen. Sie basieren auf den Siedlungseinheiten, die sie zusammenfassen, wie die Details zeigen. Einige dieser Aggregate haben eine Bevölkerung von 250 000 Menschen, die Wohngebiete liegen auf beiden Seiten der Arbeitsgebiete. Bei anderen Aggregaten mit nur 125 000 Bewohnern sind die Wohngebiete nur auf einer Seite des Arbeitsgebiets angeordnet. In beiden Fällen sind die Wohn- und Arbeitsgebiete im Fußgängerverkehr untereinander zu erreichen. Die Bevölkerungsdichte ist 200 Personen pro Hektar.

Nach Westen zu liegen vier große Aggregate, die in ost-westlicher Richtung verlaufen. Zwei davon sind für Regierung und Verwaltung, die beiden übrigen für Handel und Bankwesen bestimmt.

Alle anderen Aggregate laufen nord-südlich. Die acht größeren dienen dem Handel und der Manufaktur. Die kleineren, mit Wohngebieten nur an einer Seite, enthalten die luftverunreinigenden Industrien.

Ein System von Bahnlinien und Verkehrsstraßen verbindet die einzelnen Aggregate miteinander, mit der Metropole selbst und mit den Fernverkehrslinien, die nord-südlich und ost-westlich laufen. Dieses Verkehrssystem schließt die dezentralisierte Großstadt zusammen.

erdacht wird. Die fiktive Voraussetzung zur Verwirklichung dieser Utopien wird mit Beginn des Luftkrieges Wirklichkeit. Die Aufgabe des Wiederaufbaus der zerstörten Städte nach dem **Mai 1945** trifft die Architekten und Stadtplaner nicht unvorbereitet. So steht in Berlin der oben erwähnte Stadtplaner Martin Mächler seit **1945** in engstem Arbeitskontakt mit Hans Scharoun.

Die Untersuchung der Verkehrs- und Strukturpläne für Berlin haben wir mit dem Aufbauplan von **1949** beendet, also mit dem Plan, auf dessen Grundlage der Bau des Neuen Berlin beginnt. Im folgenden Kapitel wollen wir versuchen nachzuzeichnen, welche Modelle für den Bau des Neuen Berlin in den zerstörten und freigeräumten Gebieten nach dem **Mai 1945** entwickelt und seit **1950** in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Dabei lassen wir zunächst die Vorgeschichte dieser Konzeptionen außer acht und versuchen herauszuarbeiten, wie sich der Bau und die Idee des Neuen Berlin bei der praktischen Bewältigung des Wiederaufbaus herausbildet. Die besondere Geschichte Berlins macht es dabei notwendig, für die Zeit nach **1949** die Entwicklung der beiden „Neuen Berlins" zu verfolgen und sich nicht einseitig zu beschränken. Beide Modelle einer großstädtischen Bebauung sind als Alternative entworfen und gebaut worden und nur in ihrer wechselseitigen Wirkung aufeinander zu begreifen. Die Untersuchung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem die grundsätzliche Theoriebildung abgeschlossen ist und die Grundentscheidungen darüber getroffen werden, wie und womit nach dem Wiederaufbau der zerstörten Stadtteile das im Krieg unzerstörte Berlin ersetzt werden soll – ein Prozeß, der in Berlin (West) in den 60er Jahren beginnt.

Es geht in diesem Kapitel um die Beantwortung der Frage, wie die gebaute Alternative zur funktionsgemischten und geballten Stadt des 19. Jahrhunderts am gleichen Ort aussehen kann. Unser Untersuchungsfeld ist in erster Linie der vor dem Ersten Weltkrieg dichtbebaute „Raum-Ring" Berlins, also der Raum innerhalb des S-Bahnrings.

Planungskollektiv (1945/46): Vereinfachter Schadensplan im Raum Ring als Planungsgrundlage. Die überwiegend erhaltenen Gebiete sind schwarz, die teilzerstörten Gebiete schraffiert dargestellt. Als weiße Flächen zeichnen sich die größtenteils zerstörten zukünftigen Wiederaufbaugebiete ab ←B 5

Unser Untersuchungsfeld deckt sich mit dem Ausgangsplan, der zur „Rekonstruktion Berlins“ **1945** im Amt für Stadtplanung gezeichnet wird. Der Plan verzeichnet als erste Bestandsaufnahme nach dem Krieg die unterschiedlich stark zerstörten Stadtgebiete. Mit den (im Plan weiß erscheinenden) am stärksten betroffenen Gebieten zeichnen sich gleichzeitig die ersten Schwerpunkte des Wiederaufbaus ab. Es sind dies vor allem die Gebiete um die Frankfurter Allee im Osten, der Nordwesten des Bezirks Kreuzberg, das Bayerische Viertel in Schöneberg, die Gegend rund um den Zoo, das Gebiet nördlich der Bismarckstraße in Charlottenburg und das Hansaviertel nordwestlich des Tiergartens.

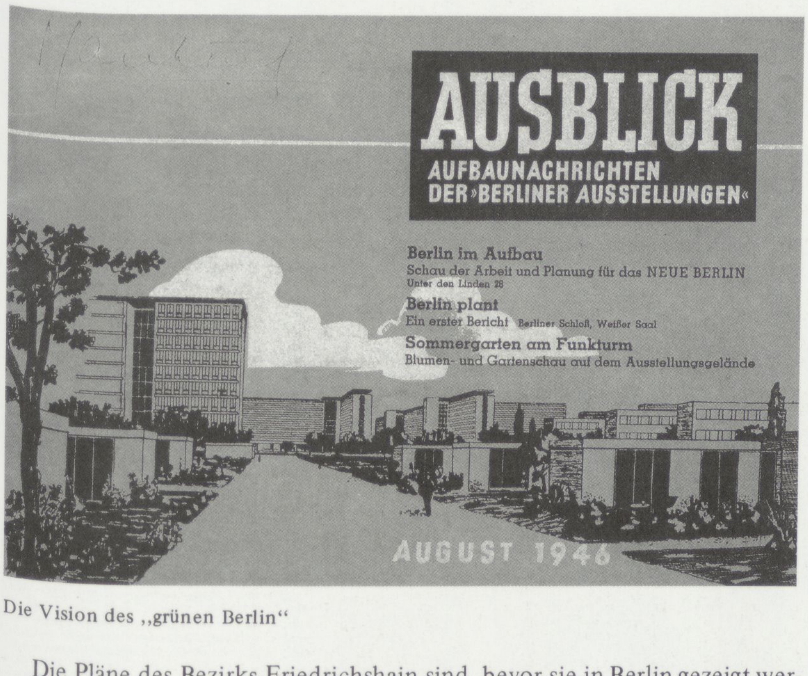
Bei einem solchen linearen Plan können neue Einheiten, wo immer notwendig, angefügt werden.

Die Starrheit dieses Plans ist offensichtlich. Dennoch ist er, trotz seiner Unzulänglichkeiten, durch die horizontale Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätte im Fußgängerverkehr dem ersten Plan für eine Metropole mit der vertikalen Beziehung von Wohn- und Arbeitsgebiet weit überlegen. Es war ein entschiedener Schritt vorwärts zu dem Ziel, das ich erreichen wollte, aber noch keine zufriedenstellende Lösung des Problems.

Dem Plan für Berlin folgen nach Hilberseimers Berufung an das Illinois Institute of Technology ab **1938** die Pläne für Chicago.

4.1 Neubeginn in Friedrichshain

In beiden Ausstellungen („Berlin im Aufbau“ und „Berlin plant“), die am **22.8.1946** eröffnet worden sind, ist der Bezirk Friedrichshain mit Planungen vertreten. In der Ausstellung „Berlin plant“ ist es die Tafel D/4 „Strukturplanung“, die Edmund Collein und Hans Mucke im Amt für Planung des Bezirks Friedrichshain entworfen haben. In der Ausstellung „Berlin im Aufbau“ (Unter den Linden 28) wird allem Anschein nach eine Planung für ein Wohngebiet in Friedrichshain vorgestellt, die eingepaßt ist in den Kollektivplan und davon ausgeht, daß alle restlichen noch erhaltenen Altbausubstanzen abgerissen werden. Das idealisierte Bild des „grünen Berlin“ zeigt eine uns heute fast selbstverständliche Stadtlandschaft mit Flachbauten im Vordergrund, Hochhaussilhouetten im Hintergrund und einem dreigeschossigen Schulbau dazwischen. Die Perspektive entspricht jedoch nicht dem in der Montage „Wie werden wir wohnen“ in der „Neuen ←S.276 Berliner Illustrierten“ vom **2.9.1946** neben ihr abgebildeten Plan. Dieser Plan für ein Wohngebiet stellt die Gegend zwischen der Koppenstraße im Osten und der Marsiliusstraße im Westen südlich der Frankfurter Allee dar. Geplant sind reine Zeilenbauten in Nord-Süd- bzw. Ost-West-Lage mit einer Ladenzone, so wie es der in der Ausstellung „Berlin plant“ gezeigte Bebau- ←S.214 ungsplan des Bezirks vorsah.

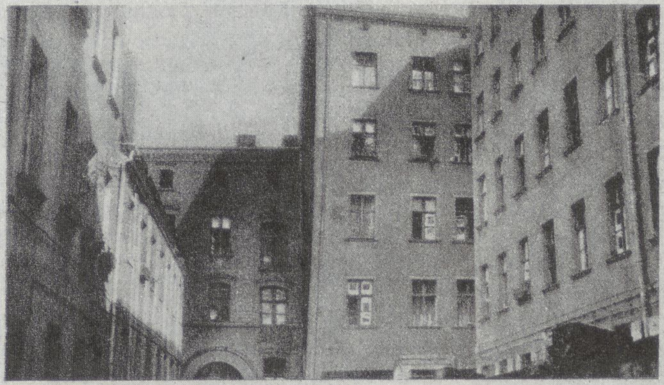


→B 6

Die Vision des „grünen Berlin“ ←B 7

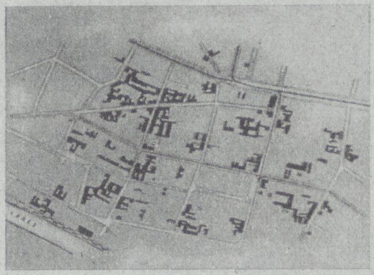
Die Pläne des Bezirks Friedrichshain sind, bevor sie in Berlin gezeigt werden, bereits in Dresden auf der am **20.7.1946** in der Stadthalle am Nordplatz eröffneten Ausstellung „Neues Dresden“ vorgestellt worden. Seit **Dezember 1945** gibt es zwischen dem Bezirk Friedrichshain und der Stadt Dresden einen Aufbauwettbewerb, den Heinrich Starck als Bürgermeister des Bezirks Friedrichshain nach dem Krieg angeregt hat, und zwar nicht im Sinne von Konkurrenz, sondern als Austausch von Erfahrungen zwischen zwei schwer zerstörten Orten. Im **April 1946** erscheint im „Demokrati-

Max Taut (1946): Berlin im Aufbau
Im Sommer 1946 veröffentlicht Max Taut seine Vorschläge zum Aufbau von Berlin als 20seitige, reich illustrierte Planungsbroschüre im Format DIN A 3. Für das Zentrum schlägt er als Baubeginn 2geschossige provisorische Geschäftsbauten entlang der Straßenfluchten vor, hinter denen sich nach und nach der endgültige Neubau vollziehen kann. Eine seiner Zeichnungen veranschaulicht dieses Vorgehen für den Aufbau der Frankfurter Allee. Die Wohnbebauung soll in Form von 1geschossigen Montagebauten vor den zerstörten Mietshäusern im Bereich der Vorgärten errichtet, die Straßen auf 5–6 m Breite verengt, die Mietshäuser hinter ihnen abgerissen, die Trümmer gleichmäßig über den Block verteilt und als Hausgärten begrünt werden. Taut will auf diese Weise die „Mietskasernenstadt“ in eine grüne, aufgelockerte Siedlung verwandeln, die Enteignung des Bodens setzt er dabei voraus. Seine Vorschläge bleiben Atelierphantasie



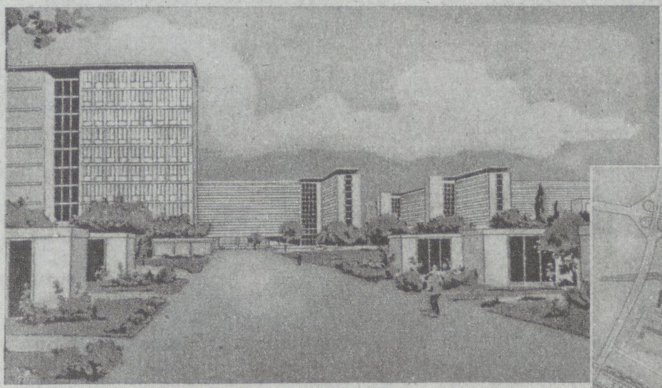
GESTERN

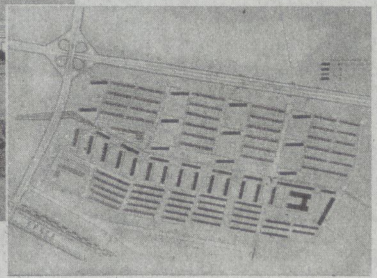
Die Entwicklung von Gewerbe und Industrie mitten in den Wohngebieten war der Willkür überlassen. Innerhalb der Ringbahn lebten zwei Drittel der Bevölkerung in engen Straßenschluchten, 45 Prozent davon in Hinterhöfen. Die Mietskaserne, von Bodenspekulanten erbaut, war arm an Sonne, brachte aber reiche Zinsen. Sie wird nicht wiederkommen.



HEUTE

Ganze Stadtteile sind zum Abbruch reif. Wie auf Inseln leben darin zuweilen noch 1000 Menschen auf 1 ha. Abräumen ist die Aufgabe des Augenblicks, die das unverwüstliche Berlin in die arbeitsamen Hände genommen hat. In zwölf Monaten wurden dabei 100 Mill. Mauersteine und anderes heute wertvolles Baumaterial aus den Trümmern gerettet





Als Stadtlandschaft im Grünen wird Berlin neu erstehen. Der Gesamtorganismus wird sich in Bezirke aufgliedern, die Arbeitsplatz und Wohnstätte bequemer zusammenfassen.

MORGEN

Wie werden wir

Interessante Einzelheiten der Planungsarbeit des Berliner Magistrats,

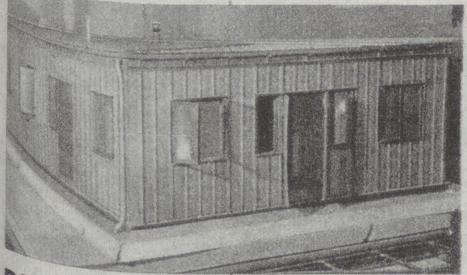
Die große Chance Berlins: Nach Zertrümmerung weiter Stadtgebiete soll an Stelle der Steinwüste vergangener Tage durch planvoll gegliederte Gestaltung die vorbildliche Weltstadt moderner sozialer Prägung erstehen

Stadtrat Prof. Scharoun, der Neuschöpfer unserer Stadt. Mit einem kleinen Kollektiv gleichgesinnter Fachleute arbeitete er die Pläne für die Neugestaltung Berlins aus, welche zur Zeit im Berliner Schloß ausgestellt sind. Sie formen ein völlig neues Gesicht der künftigen Hauptstadt, in der Menschen mit einem neuen gesellschaftlichen Bewußtsein, umgeben von Luft, Sonne und Gartengrün, leben werden

Das alte Berlin war das steinerne Abbild einer überwundenen Epoche. Für das neue Berlin stellt der Magistrat jetzt die ersten Planungen zur Diskussion. Nach ihnen wird sich unser zukünftiges Leben formen. Nicht allein aus Steinen, Holz und Zement, sondern nach den veränderten Notwendigkeiten unserer Zeit, im Geist fortschrittlicher demokratischer Menschenwürde soll die neue Hauptstadt erbaut werden. Wer das Riesenmaß an Schaffenskraft ermißt, welches allein in diesen Vorarbeiten steckt, muß erkennen, daß das letzte Jahr nicht nutzlos vertan wurde. — Alle Berliner sind aufgerufen zur Mitarbeit an diesem Gemeinschaftsauftrag. Nicht viele werden brauchbare Ideen oder Vorschläge entwickeln können. Jeder aber kann durch seine Wahlentscheidung dazu beitragen, daß dieses Werk in die Hände von Männern gelegt wird, welche schöpferische Kraft und arbeitsamen Willen verbinden mit klarer Erkenntnis der sozialen und kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes.

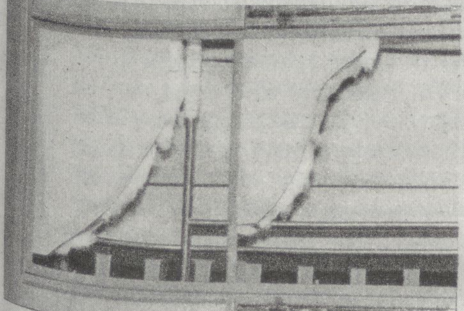
…wohnen?

ausgestellt im Weißen Saal des Schlosses

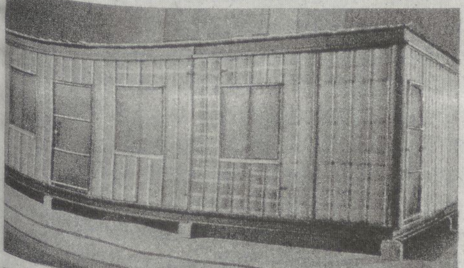


RUSSLAND

In Zusammenarbeit mit alliierten Offizieren wurde von der Forschungsstelle des Magistrats auch für jede Besatzungsmacht ein Haustyp entworfen

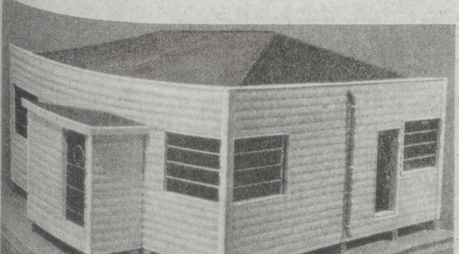


Igelit, der sensationelle Baustoff. Außen eine 1,5 mm starke Haut des neuen Kunststoffes, innen Leichtfaserplatten, dazwischen 5 cm Isolierschicht aus Iporka und die gesamte Wasser- und Lichtinstallation. Die nur 15 cm dicke Wand hat eine Isolierfähigkeit wie 110 cm starkes Mauerwerk.



ENGLAND

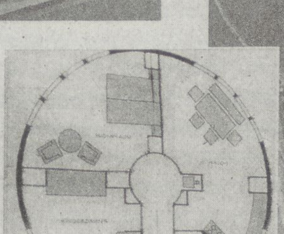
Die von Architekt Böttcher entwikkelten fünf Häusertypen sind jeweils den besonderen Wohngebräuchen der einzelnen Länder angepaßt.

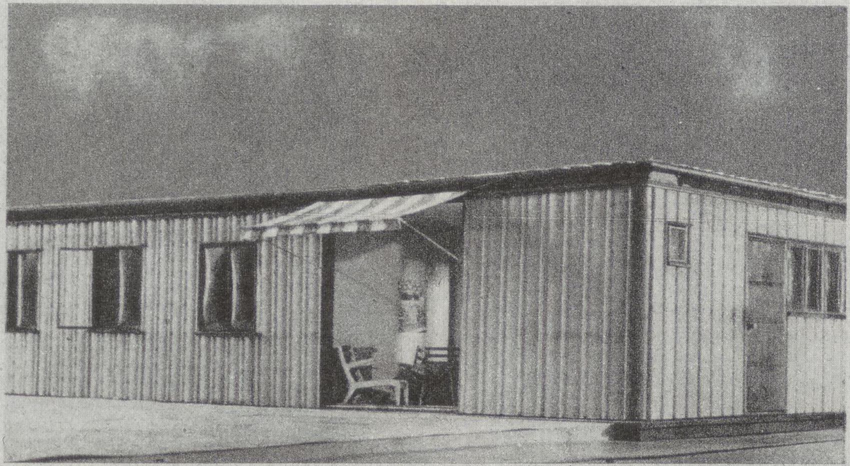


AMERIKA

Das Blockhausmodell zeigt sehr anschaulich, wie die in geeignete Formen gepreßte dünne Außenhaut die Wände formschön aufgliedert. Igelit liefert das Material für Wände und Dach, Fußboden, Fenster und Türen. Es wird aus Kalk, Kohle und Salzsäure hergestellt, die als Bodenschätze in Deutschland reichlich vorhanden sind. Wie für alle Aufbauarbeiten ist eine bedeutende Produktionssteigerung solcher Grundrohstoffe auch die Voraussetzung für die Herstellung dieses neuen Kunststoffes.

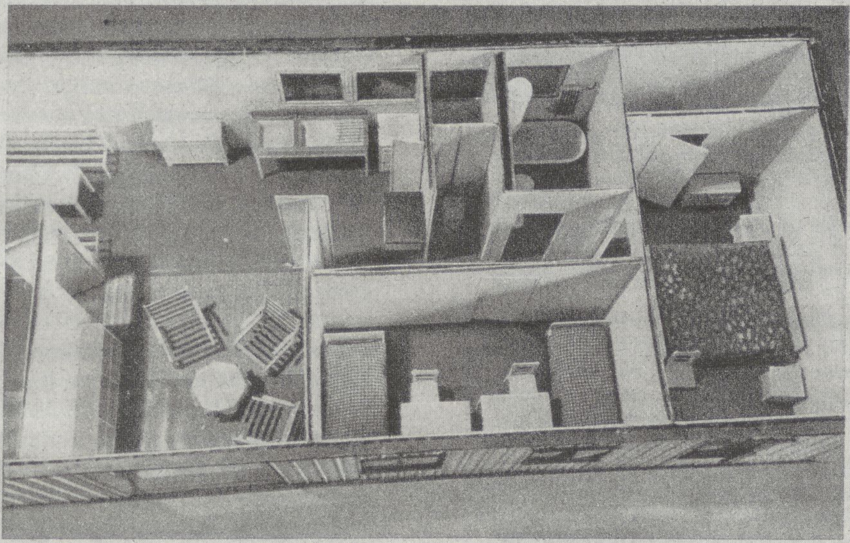
AUFNAHMEN: DONATH (1), GRONEFELD (9), GNILKE-ROITHER (4), ANNELIESE SCHULZ (1)



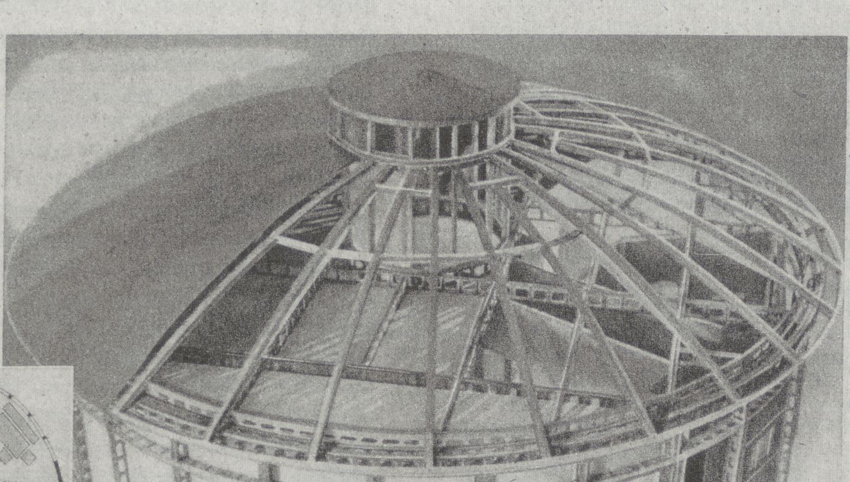


DEUTSCHLAND

Das fabrikmäßig hergestellte Kunststoffhaus soll nicht nur helfen, die drückende deutsche Wohnungsnot zu lindern, Berlin plant auch seine Herstellung für den Export, um mit dazu beizutragen, den Bedarf von 100 Millionen Wohnungen in der ganzen Welt zu decken.



Der Typ Deutschland enthält auf 65 qm eine Wohndiele mit anschließender Küche, Bad, Nebengelaß und je einen Schlafraum für Eltern und zwei Kinder. Das Haus wird aus etwa 16 fertigen Einzelteilen zusammengebaut und kann auch wieder zerlegt werden. Auf einem 3-Tonner-LKW läßt es sich dann zu einem neuen Standort transportieren.



FRANKREICH

Ein bisher ungewöhnlicher Grundriß. Das runde Haus weist viele überraschende Gestaltungsmöglichkeiten für die Innenräume auf. Es könnte z. B. auch drehbar aufgehängt werden, so daß man jede Zimmerfront nach Belieben in die Sonne rücken kann.

3

Bildreportage der „Neuen Berliner Illustrierten“ vom 2.9.1946

Wie werden wir wohnen?

Interessante Einzelheiten der Planungsarbeit des Berliner Magistrats, ausgestellt im Weißen Saal des Schlosses

Die große Chance Berlins: Nach Zertrümmerung weiter Stadtgebiete soll an Stelle der Steinwüste vergangener Tage durch planvoll gegliederte Gestaltung die vorbildliche Weltstadt moderner sozialer Prägung erstehen

GESTERN

Die Entwicklung von Gewerbe und Industrie mitten in den Wohngebieten war der Willkür überlassen. Innerhalb der Ringbahn lebten zwei Drittel der Bevölkerung in engen Straßenschluchten, 45 Prozent davon in Hinterhöfen. Die Mietskaserne, von Bodenspekulanten erbaut, war arm an Sonne, brachte aber reiche Zinsen. Sie wird nicht wiederkommen.

HEUTE

Ganze Stadtteile sind zum Abbruch reif. Wie auf Inseln leben darin zuweilen noch 1000 Menschen auf 1 ha. Abräumen ist die Aufgabe des Augenblicks, die das unverwüstliche Berlin in die arbeitsamen Hände genommen hat. In zwölf Monaten wurden dabei 100 Mill. Mauersteine und anderes heute wertvolles Baumaterial aus den Trümmern gerettet

MORGEN

Als Stadtlandschaft im Grünen wird Berlin neu erstehen. Der Gesamtorganismus wird sich in Bezirke aufgliedern, die Arbeitsplatz und Wohnstätte bequemer zusammenfassen.

Stadtrat Prof. Scharoun, der Neuschöpfer unserer Stadt. Mit einem kleinen Kollektiv gleichgesinnter Fachleute arbeitete er die Pläne für die Neugestaltung Berlins aus, welche zur Zeit im Berliner Schloß ausgestellt sind. Sie formen ein völlig neues Gesicht der künftigen Hauptstadt, in der Menschen mit einem neuen gesellschaftlichen Bewußtsein, umgeben von Luft, Sonne und Gartengrün, leben werden.

Das alte Berlin war das steinerne Abbild einer überwundenen Epoche. Für das neue Berlin stellt der Magistrat jetzt die ersten Planungen zur Diskussion. Nach ihnen wird sich unser zukünftiges Leben formen. Nicht allein aus Steinen, Holz und Zement, sondern nach den veränderten Notwendigkeiten unserer Zeit, im Geist fortschrittlicher demokratischer Menschenwürde soll die neue Hauptstadt erbaut werden. Wer das Riesenmaß an Schaffenskraft ermißt, welches allein in diesen Vorarbeiten steckt, muß erkennen, daß das letzte Jahr nicht nutzlos vertan wurde. — Alle Berliner sind aufgerufen zur Mitarbeit an diesem Gemeinschaftsauftrag. Nicht viele werden brauchbare Ideen oder Vorschläge entwickeln können. Jeder aber kann durch seine Wahlentscheidung dazu beitragen, daß dieses Werk in die Hände von Männern gelegt wird, welche schöpferische Kraft und arbeitsamen Willen verbinden mit klarer Erkenntnis der sozialen und kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes.

2

RUSSLAND

In Zusammenarbeit mit alliierten Offizieren wurde von der Forschungsstelle des Magistrats auch für jede Besatzungsmacht ein Haustyp entworfen

Igelit, der sensationelle Baustoff. Außen eine 1,5 mm starke Haut des neuen Kunststoffes, innen Leichtfaserplatten, dazwischen 5 cm Isolierschicht aus Iporka und die gesamte Wasser- und Lichtinstallation. Die nur 15 cm dicke Wand hat eine Isolierfähigkeit wie 110 cm starkes Mauerwerk.

ENGLAND

Die von Architekt Böttcher entwickelten fünf Häusertypen sind jeweils den besonderen Wohngebräuchen der einzelnen Länder angepaßt.

AMERIKA

Das Blockhausmodell zeigt sehr anschaulich, wie die in geeignete Formen gepreßte dünne Außenhaut die Wände formschön aufgliedert. Igelit liefert das Material für Wände und Dach, Fußboden, Fenster und Türen. Es wird aus Kalk, Kohle und Salzsäure hergestellt, die als Bodenschätze in Deutschland reichlich vorhanden sind. Wie für alle Aufbauarbeiten ist eine bedeutende Produktionssteigerung solcher Grundrohstoffe auch die Voraussetzung für die Herstellung dieses neuen Kunststoffes.

AUFNAHMEN: DONATH (1), GRONEFELD (9), GNILKE-ROITHER (4), ANNELIESE SCHULZ (1)

DEUTSCHLAND

Das fabrikmäßig hergestellte Kunststoffhaus soll nicht nur helfen, die drückende deutsche Wohnungsnot zu lindern, Berlin plant auch seine Herstellung für den Export, um mit dazu beizutragen, den Bedarf von 100 Millionen Wohnungen in der ganzen Welt zu decken.

Der Typ Deutschland enthält auf 65 qm eine Wohndiele mit anschließender Küche, Bad, Nebengelaß und je einen Schlafraum für Eltern und zwei Kinder. Das Haus wird aus etwa 16 fertigen Einzelteilen zusammengebaut und kann auch wieder zerlegt werden. Auf einem 3-Tonner-LKW läßt es sich dann zu einem neuen Standort transportieren.

FRANKREICH

Ein bisher ungewöhnlicher Grundriß. Das runde Haus weist viele überraschende Gestaltungsmöglichkeiten für die Innenräume auf. Es könnte z. B. auch drehbar aufgehängt werden, so daß man jede Zimmerfront nach Belieben in die Sonne rücken kann.

3

Bildreportage der „Neuen Berliner Illustrierten" vom 2.9.1946

←B 8

Mitte Dezember 1945 gab die „Tägliche Rundschau" Kenntnis von einem Aufbauwettbewerb, den der Berliner Bezirk Friedrichshain der Stadt Dresden vorgeschlagen hatte. Der Rat der Stadt Dresden nahm die Aufforderung an, und unverzüglich wurde auf beiden Seiten unter Einsatz aller Kräfte die Arbeit zur Erreichung der selbstgesteckten Ziele aufgenommen.

Bürgermeister Starck, Friedrichshain, berichtet über den Verlauf des Wettbewerbes:

Der Plan, eine Konkurrenz des Wiederaufbaues durchzuführen, war weder bei uns noch bei den Dresdnern allein von den Gedanken getragen, etwa nur die Kräfte zu messen und die Bevölkerung zu mobilisieren. Wir wollten darüber hinaus enge Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet anknüpfen und unterhalten, Erfahrungen austauschen und uns damit gegenseitig helfen, denn Dresden und Friedrichshain hatten nahezu gleichermaßen unter dem Kriege gelitten, sahen sich also nach Kriegsende im allgemeinen denselben Sorgen und Nöten gegenüber.

So stellten wir uns eine Reihe vordringlicher Aufgaben, die wir bis zum 31. Dezember 1945 erfüllen wollten, und es gelang uns Friedrichshainern, das Programm zum vorgesehenen Zeitpunkt fast restlos durchzuführen.

Zu Weihnachten konnten wir durch den Frauenausschuß darüber hinaus allein 20 000 Kinder mit je 400 g Süßigkeiten beschenken, die eine Spende des Herrn Generalleutnants Smirnow waren. Weiterhin hatten vier Firmen und Gastwirte sich an einer Speisung von 500 Kindern beteiligt. Im Rahmen unserer Schulspeisungsaktion werden überdies täglich 17 000 Kinder verpflegt. Hierfür sind 130 Frauen jeden Tag vier Stunden lang ehrenamtlich tätig. Die Verteilung des Essens kann jedoch nur in einer Küche erfolgen, so daß dort 112 Personen in Tag- und Nachtschicht arbeiten müssen.

Außerhalb des Wettbewerbes stellten wir uns ferner die Aufgabe, daß bis zum 31. Dezember 1945 jedes Haus des Bezirkes eine Beleuchtung erhält, um so die Straßen zu erhellen und dadurch die Sicherheit zu erhöhen. Diese Aktion ist als vollständig gelungen zu bezeichnen.

DAS PROGRAMM VON FRIEDRICHSHAIN	UND WAS DAVON ERFÜLLT WURDE
2 000 000 freiwillige Arbeitsstunden.	2 118 529 freiwillige Arbeitsstunden.
Je ein Kinder- und Jugendheim in jedem Stadtteil.	7 Kinder-, 7 Jugendheime, 3 Wärmehallen, 23 Nähstuben.
Versorgung von 30 000 Kindern mit Kleidung und Spielzeug.	13 640 Kinder wurden betreut.
300 000 RM für die Kinderaktion.	323 745 RM gesammelt.
Erhöhung der Krankenhausbettenzahl von 1200 auf 2500.	Die Bettenzahl wurde auf 2590 erhöht.
Eine Industrieausstellung.	Ausstellung mit etwa 200 Teilnehmern durchgeführt.
Versorgung des ganzen Bezirkes mit Licht, Gas und Wasser.	Fast jeder Haushalt hat Licht, Gas und Wasser erhalten.

Die Stadt Dresden machte sich indessen an ihre Aufgaben und blieb uns in dem Wettbewerb nichts schuldig.

schen Aufbau" ein Bericht von Bürgermeister Heinrich Starck über den Wettbewerb.

Heinrich Starck wird am **2.2.1946** durch Beschluß des Magistrats zum Stellvertreter von Hans Scharoun ernannt und löst den bisherigen Stellvertreter Friedrich Sommer ab. Diese Entscheidung steht im Zusammenhang mit der heftigen Kritik, mit der sowohl Magistratsmitglieder wie auch die Bürgermeister der Bezirke auf den Tätigkeitsbericht von Hans Scharoun vom **7.1.1946** über das Jahr **1945** reagieren. Seiner Abteilung wird vorge-
→L 4 worfen, *etwas zu sehr isoliert gearbeitet und im Rahmen des Magistrats*
←L 5 *einen kleinen Staat für sich gebildet* zu haben. Vor allem die Bezirke beklagen mangelnde Zusammenarbeit der Magistratsabteilung mit den Bezirks-
→L 6 bauabteilungen. Scharoun wird bescheinigt, daß er selbst zwar viel arbeite, aber sein großes Arbeitsgebiet nicht richtig zu organisieren verstehe.

Dieses Mißverhältnis spiegelt sich auch in einem Brief vom **23.7.1946**, den Heinrich Starck aus Dresden drei Tage nach der Eröffnung der Ausstellung „Neues Dresden" an Scharoun schreibt, den wir auszugsweise zitieren:

→A 1 *Der Rat von Dresden versteht es, seine Maßnahmen wirklich populär zu machen und die Bevölkerung von allem zu unterrichten. Die Verbindung zwischen dem Rat und der Bevölkerung ist ziemlich lebendig. Bei der Berichterstattung auf der Festsitzung vor Eröffnung der Ausstellung kam klar zum Ausdruck, daß sehr viel durch Städte geleistet werden kann, wenn die Bevölkerung zu freiwilliger Arbeit aufgerufen wird. (. . .)*

Über die Ausstellung selbst ist zu sagen, daß sie auf fachlichem Gebiet keine neuen Gedanken bringt. (. . .) Friedrichshain hat einige Pläne ausgestellt und ist das eigentlich der einzige Lichtblick in der Ausstellung, da sie doch wesentlich Neues bringen. Das Hauptplanungsamt Berlin hat den Plan des Tegeler Fließes zur Ausstellung geschafft, nur glaube ich, daß daraus kein Mensch etwas entnehmen kann, da erstens einmal der ursprüngliche Zustand als Vergleich nicht vorhanden ist und keine genügende Erklärung zu dem Plan. Der Plan ist gewissermaßen aus dem Zusammenhang herausgerissen. Ich glaube, daß es falsch ist, unserer Abteilung Planung immer wieder zu sagen, nichts auszustellen. Berlin müßte gerade der Provinz zeigen, daß es neue Gedanken und Anregungen hat, und somit helfend eingreifen. Wir als Berliner sollten jeden Anlaß wahrnehmen, um zu zeigen, daß wir auch in geistiger Beziehung die Hauptstadt Deutschlands sind. Wie man den Magistrat Berlin in der Provinz ansieht, das habe ich in Dresden wieder einmal festgestellt. Der Magistrat Berlin wird wie jede andere Stadtverwaltung von 10 oder 20 000 Einwohnern angesehen, aber nicht seiner Bedeutung gemäß. Wenn wir nicht verstehen, unseren politischen Einfluß als Magistrat in der Provinz zu stärken, tragen wir selbst Schuld daran, wenn Berlin nicht die Hauptstadt Deutschlands bleibt. Ich glaube, diese Frage ist sehr wichtig, und man sollte sie ein wenig stärker betonen. Ich finde es immerhin bemerkenswert, daß von der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen des Magistrats Berlin außer mir, der ich noch ein persönliches Interesse aus meiner früheren Zeit in Friedrichshain an Dresden habe, kein offizieller Vertreter anwesend war. Ich selbst habe ja auch nicht durch die Abteilung meine Karte bekommen, sondern durch meine Verbindungen.

Bei Übergabe der Brücke der Einheit in Dresden wurde eine Reihe von einfachen Pg's, die seit etwa 1 Jahr an der Brücke körperlich arbeiten, öffentlich denazifiziert. Ich denke, das ist eine Methode, die wir auch anwenden sollten: Entnazifizieren auf Grund der Bereitschaft, am Wiederaufbau zu arbeiten! Das hat eine bessere Bedeutung, als wenn wir halbrichterliche inquisitorische Vernehmungen vornehmen.

Im **Mai 1946** verfaßt Heinrich Starck einen Rückblick auf das erste
→A 2 Nachkriegsjahr und beschreibt die *Schwierigkeiten, die bisher noch nicht völlig gemeistert wurden.*

→A 3 **Vor einem Jahr.**

Erinnert Euch – Sirenengeheul, angstverzerrte Gesichter, schreiende Kinder, herunter in den Luftschutzkeller und schon fielen die ersten Bomben. Trotzdem es jedem vernünftig denkenden Menschen klar sein mußte, daß nichts mehr zu gewinnen war, übte eine vertierte Partei mit ihren Machtorganen, SS und Gestapo, weiter ein Schreckensregiment aus, um sich noch einige Wochen am Leben und an der Macht zu halten. Ein Haus nach dem anderen, ein Straßenzug nach dem anderen fielen in Trümmer.

Die Kämpfe in der Frankfurter Allee Ende April 1945 ←B 9

Tagelang lag der Qualm über den Straßen Berlins. U- und S-Bahn fuhren nur noch stückweise. Das Leben erstarb mehr und mehr. Wir warteten nur auf das nächste Sirenengeheul. Der unterirdische Widerstand wuchs zwar und trotzdem reichten die Kräfte nicht aus, dem Einhalt zu gebieten. Viele unserer Bevölkerung liebäugelten sogar mit einem eventuellen Siege. Wenn wir dann im Mai nach Beendigung der Kampfhandlungen vor den Trümmern unserer Straßen standen, konnten wir uns nicht völlig freisprechen von einer gewissen Mitschuld. 5 Tage ging der Kampf allein um den Alexanderplatz. Erinnert Ihr Euch noch, daß das wenige, das noch stehen geblieben war, noch in den letzten Stunden von deutschen Fliegern bombardiert wurde, und wie atmeten wir auf, als Berlin am 2. Mai 1945 kapitulierte.

Die Größe der Zerstörung.

Viele unserer Straßen, durch die der Kampf ging, lagen voll Schutt. Am Strausberger Platz lag der Schutt fast einen halben Meter hoch über die Breite der Straße. Die östliche Einmarschstraße der Stadt, die Frankfurter Allee, war nicht passierbar. Genausowenig passierbar waren die Straßen im Zeitungsviertel. Von den 226 städtischen Brücken im Weichbild der Stadt Berlin sind allein 128 noch in letzter Minute zerstört worden.

Von etwa 1 562 000 Wohnungen in Berlin standen nach Beendigung der Kampfhandlungen nur etwa noch 756 000 Wohnungen, von denen auch noch meistens die Fenster, Türen und Dächer beschädigt waren. Nur etwa 370 000 Wohnungen in Berlin waren für unsere normalen Begriffe bewohnbar. (...)

Erinnern wir uns immer wieder, kein Wasser, kein Gas, kein Licht in keiner Berliner Wohnung. Jeder von uns Berlinern stand damals an der Pumpe nach Wasser. Keine U- und S-Bahn, keine Straßenbahn und kein Autobus fuhren. In den U-Bahnschächten und in der Nord-Süd-Bahn stand das Wasser, an anderen Stellen war Feuer. Ein wirklich trostloses Bild. Und wie stand es mit unserer Ernährung? Jeder trachtete nur danach, etwas zu ergattern. Und in dieses Chaos sollte Ordnung gebracht und aufgeräumt werden, und sollte den Berlinern die Hoffnung gegeben werden auf doch noch wieder bessere Verhältnisse.

Und es ging. Viele namenlose Arbeiter, tausende, zehntausende waren die Ersten, die mit Schippe und Picke dem Schutt zu Leibe gingen. Ohne Aufforderung, ohne behördlichen Befehl und ohne Bezahlung gingen sie auf die Straßen, in ihre Betriebe und in die Verkehrsbetriebe der Stadt. Eine Heldentat der Arbeit ist es, daß bereits am 14. Mai 1945 die erste U-Bahnstrecke wieder befahrbar war. Vergessen wollen wir nicht die tatkräftige Unterstützung der Roten Armee, die noch während der Kampfhandlungen durch ihre Pioniertruppen die ersten Brückenschäden beseitigten. Barrikaden von Schutt, Trümmer und Balken, die den Einmarsch der Alliierten hindern sollten, wurden weggeräumt. Nicht genug kann dieses erste tatkräftige Eingreifen der Berliner Arbeiterschaft gewertet werden. (...)

Neue Wege wurden beschritten.

Die Organisationen des demokratischen Aufbaus halfen tatkräftig mit, und überall wo Not am Mann war, sprangen sie mit ein. Solche neuen Wege

DAS DRESDNER PROGRAMM	WIE WEIT WURDE ES VERWIRKLICHT?
2 000 000 freiwillige Arbeitsstunden.	2 057 000 freiwillige Arbeitsstunden.
Beseitigung aller in den freigegebenen Straßen noch offenen Bombentrichter.	Bis auf 30 Bombentrichter wurden alle geschlossen.
5 Tageskinderheime.	4 Tageskinderheime.
10 Jugendheime.	Statt der Jugendheime 7 weitere Schulen eingerichtet.
Beschenkung von 90 000 Kindern.	86 115 Kinder beschenkt.
1 000 000 RM durch die „Volkssolidarität".	1 103 280 RM gesammelt.
Erhöhung der Zahl der Speisegaststätten von 164 auf 236.	Zahl der Speisegaststätten auf 188 gesteigert.
Ein Seuchenkrankenhaus.	Das Seuchenkrankenhaus eingerichtet und belegt.
Ausbau der zerstörten oberen Stockwerke von drei Krankenhäusern zur Schaffung besserer Unterkünfte.	Ausbau durchgeführt, die in den Kellern untergebrachten. Kranken nach den Stockwerken überführt.

ZUSÄTZLICHE AUFGABEN	DIE DURCHFÜHRUNG
2000 leicht- und 200 mittelschwer beschädigte Wohnungen wiederherstellen.	4030 Wohnungen, davon etwa 200 mittelschwerbeschädigte instand gesetzt.
168 km Kanalisationsleitung reparieren.	470 km des Kanalisationsnetzes wiederhergestellt.
5 weitere Schulen in Betrieb nehmen.	12 Schulen wurden ihrer Bestimmung übergeben.
Zur Instandsetzung des Gußstahlwerkes Döhlen 1 000 000 Altziegel abputzen.	Gußstahlhütte Döhlen hat mit dem Guß bereits begonnen.
Erhöhung der Mittagsportionen aus Werkküchen um 46 000	Die Abgabe wurde um 46 950 Portionen erhöht.
Steigerung der Mittagsportionen in den Volksküchen von 6000 auf 12 000.	Es werden mehr als 12 000 Portionen ausgegeben.
Ausbau von zwei Gesundheitshäusern. Bau eines Ärztehauses.	Zwei Gesundheitshäuser ausgebaut, ein Ärztehaus fertiggestellt.
18 Stationen zur Seuchenbekämpfung für 2600 Personen täglich.	25 Stationen mit einer Tageskapazität von 6500 Personen.

Unser Wettbewerb wurde während seines Verlaufes, in dem auch gegenseitige Besuche stattfanden, von der Öffentlichkeit eifrig diskutiert. Presse und Publikum verfolgten mit großem Interesse den Fortschritt der Arbeiten auf beiden Seiten und sahen gespannt dem Ende der Konkurrenz entgegen, die als Kundgebung im Bezirk Friedrichshain ihren wirkungsvollen Abschluß fand und auf der beide Teilnehmer Bericht erstatteten. Bei dieser Gelegenheit gab der Vertreter der Stadt Dresden den Aufbauplan Dresdens für 1946 bekannt und forderte uns gleichzeitig auf, den Wettbewerb in großem Stil fortzusetzen.

Friedrichshain ist dazu bereit und hat sich entschlossen, als erster Bezirk Berlins den Wiederaufbau großzügig zu beginnen. So soll die Hauptverkehrsader, die Frankfurter Allee, auf einer Länge von eineinhalb Kilometern, wo nicht mehr die Hälfte der früheren Häuser steht, im Jahre 1946 neu aufgebaut werden. Daneben sind noch andere Projekte, wie Reparaturen an halbzerstörten Häusern und Wohnungen usw., geplant.

Zur Vorbereitung dieser Aktion hatten wir bereits zahlreiche Besprechungen mit dem Planungsamt, dem Bauamt, den Betriebsräten und der Fahrbereitschaft. Das Reichsbahn-Ausbesserungswerk beschloß, um die Transportschwierigkeiten zu überwinden, in freiwilliger Mehrarbeit einen Eisenbahnzug für den Bezirk

Friedrichshain herzustellen. Andere Betriebe wiederum übernahmen die Verpflichtung, dem Ausbesserungswerk dafür Sauerstoff und Karbid zu liefern. Die Bauunternehmen des Bezirks wurden für den Groß-Aufbauplan zusammengefaßt. Gleichzeitig baten wir Amtsstellen in der Provinz, uns Bauhandwerker zur Verfügung zu stellen. Und es sind bereits Bauhandwerker aus der Provinz eingetroffen. Schließlich wird uns auch der Lehrbauhof, der mehrere Bezirke zu betreuen hat, 200 Maurer abgeben.

Mit den Gewerkschaften, insbesondere mit dem Bauarbeiterverband, wurde alles besprochen, um eine Baustoff-Fabrik in Gang zu bringen. Zugleich machten wir einer Reihe von unversehrten Städten den Vorschlag, Materialpatenschaften für einzelne Häuser oder Teile des neuaufzubauenden Straßengebietes zu übernehmen, und zwar in der Form, daß sie sich bereiterklären, die nötigen Baustoffe zur Verfügung zu stellen.

Mit einigen holzverarbeitenden Firmen wurde vereinbart, ein Sägewerk in der Stadt Baruth zu errichten, um den dort durch die Kriegsereignisse zerstörten Wald für die Anfertigung von Brettern und Balken zu verwenden. Einige Betriebe der Eisenverarbeitung in unserem Bezirk werden wir für die Aufbauarbeit verpflichten und ihre Produktion entsprechend umstellen, damit wir das nötige Kleineisen und Beschlagmaterial erhalten.

In der Frankfurter Allee wollen wir erstmalig Methoden zur Herstellung von Steinen und Platten aus Schutt anwenden. Trotzdem sollen vorsorglich 5 000 000 Bausteine als Reserve abgeputzt werden. Die Enttrümmerung des Straßengebietes wird zu gleicher Zeit planmäßig durchgeführt. Die Frankfurter Allee soll eine einzige große Baustelle sein.

So haben wir uns nach der Beendigung unseres ersten Wettbewerbes im Wiederaufbau zum Ziel gesetzt, im Jahre 1946 mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften und im friedlichen Wettstreit weiterzuschaffen zum Nutzen und Wohle der Volksgemeinschaft.

Und am 23. Februar 1946 konnte die Berliner Tagespresse melden:

Der Direktor des Eisenbahn-Ausbesserungswerkes gab vor den Vertretern des Berliner Magistrats, des Bezirksamtes Friedrichshain, der Gewerkschaft und der antifaschistischen Parteien bekannt, daß draußen auf den Gleisen der Güterzug für Friedrichshain mit 30 Waggons unter Dampf stehe. Dieser Zug wurde von der Werksbelegschaft in freiwilliger Sonntagsarbeit gebaut. Dresden sandte zu diesem Anlaß Grüße seiner Eisenbahner, die ebenfalls durch freiwillige Arbeit einen eigenen Aufbauzug erstellen wollen. Nach dieser feierlichen Übergabe bestieg Bürgermeister Starck die Lokomotive, und der Zug begann seine erste Fahrt.

waren Arbeitssonntage, die in verschiedenen Bezirken von Berlin durchgeführt wurden, z.B. im Bezirk Mitte, Bezirk Friedrichshain und Bezirk Pankow.

Erwähnt muß werden der Bezirk Friedrichshain, der einen Wettbewerb mit der Stadt Dresden einging und sich verpflichtete, zur Beseitigung seiner Trümmer auf den Straßen 2 Millionen freiwillige Arbeitsstunden zusätzlich zu leisten. Die Bemühungen des Bezirks waren von vollem Erfolg gekrönt. Am 1.1.1946 konnte der Bezirk Friedrichshain 2 067 000 Stunden melden. Tausende von Dächern wurden durch die Maßnahmen der Arbeiter winterfest gemacht. In 4 Wochen im Oktober deckte allein ein Stadtteil des Bezirks Friedrichshain mit ca. 28 000 Einwohnern 167 Dächer ein. (. . .)

Tausende von Frauen, deren Männer im Kriege geblieben sind, oder sich noch in Gefangenschaft befinden, haben sich aktiv an all diesen Arbeiten beteiligt. Die Frau hat bewiesen, daß sie ihren Mann stehen kann. An dieser Stelle muß gesagt werden: Allgemeingut unserer Stadt muß es werden, daß die Frau entsprechend ihren Leistungen und ihrer Beteiligung am Aufbau an allen maßgeblichen Stellen und Arbeiten zu beteiligen ist. Die Frau wird in Zukunft vom Bau nicht mehr wegzudenken sein, ist doch durch den Krieg ein Mißverhältnis eingetreten, daß wir 63 % Frauen und nur 37 % Männer in Berlin haben.

Von der Jugend kann man wohl mit Recht sagen, daß sie im Mai den Problemen teilweise hilflos oder abwartend gegenüberstand. Eine wichtige Aufgabe des Aufbaus wird es bleiben die stärkere Heranziehung jugendlicher Kräfte. An vielen Stellen haben sie ebenfalls wie die Frauen tatkräftig zugefaßt und ihr Teil zum Gelingen der bisher durchgeführten Arbeiten beigetragen. (. . .)

Schwierigkeiten, die bisher noch nicht völlig gemeistert wurden.
1. Facharbeitermangel.

Nach den Erhebungen der Arbeitsämter stehen nur rund 4 000 Maurer und 2 000 Zimmerleute zur Verfügung.

Seit Monaten bemüht sich die Stadt durch die Einrichtung von Lehrbauhöfen, derer es im Augenblick 8 mit einer Kapazität von 2 000 Schülern gibt, den Facharbeitermangel zu beseitigen. Nach 6 Wochen gehen diese Schüler auf die Baustellen in die Obhut besonders ausgesuchter Firmen. In einem halben Jahr machen sie ihre erste Zwischenprüfung und nach 1 1/2 Jahren ihre Gesellenprüfung. Wenn man die absetzt, die später aus irgendwelchen Gründen doch wieder in andere Berufe unterschlupfen, so hofft die Stadt doch im Laufe des nächsten Jahres 12 000 neue Facharbeiter heranzuschulen.

Vor dem Kriege waren in Berlin 22 000 Maurer ansässig. Die Bauaufgaben sind größer geworden. Der Facharbeitermangel ist und bleibt ein Engpaß. Es wird Aufgabe der verantwortungsbewußten Bauunternehmer sein, zu prüfen, ob nicht ein anderer Weg noch gangbar ist. Wir können uns denken, daß man willigen ungelernten Arbeitern einige wenige spezialisierte Handgriffe beibringt und diese zusätzlich auf einem besonders spezialisierten Gebiet als Facharbeiter verwendet.

Eine andere Frage ist, inwieweit wieder wie früher Maurer und Zimmerleute aus der Provinz in Berlin arbeiten werden. Dieser Frage ist besondere Bedeutung beizumessen und muß alles versucht werden, über die Bürgermeister und Landräte die Provinz zur Hilfe Berlins, zum Ausgleich des Facharbeitermangels, zu mobilisieren.

Es gibt aber noch einen Weg, und den zeigt uns der Brief eines Arbeiters aus dem Bezirk Friedrichshain, der da schreibt:

. . . Da ich schon sehr oft vergeblich auf der Suche nach einer Wohnung war, bin ich zu dem Entschluß gekommen, mich an dem großen Bauvorkommen in der Frankfurter Allee zu beteiligen. Ich biete hiermit 30 meiner freien Sonntage zu je 8 Stunden zur Arbeit auf der Baustelle an. Da es mir um eine Wohnung zu tun ist, bitte ich mich dafür bei der Wohnungsverteilung in der Frankfurter Allee zu berücksichtigen. Ich bin bereit, bei einer schriftlichen Zusage Ihrerseits mein Versprechen ab Sonntag, den 3. März einzuhalten. . . .

Eine Frau aus dem gleichen Bezirk schreibt:

. . . Komme nun zu der bescheidenen Anfrage, ob sich Frauen an dem Aufbau in der Frankfurter Allee beteiligen können. Da mein Mann bei der Reichsbahn tätig ist, hat er leider sehr wenig Zeit, und so wollte ich mich für ihn verpflichten, durch freiwillige Sonntagsarbeit ein Anrecht

auf eine Wohnung zu erwerben. Ich will ein 3/4 Jahr jeden Sonntag arbeiten. . . .

Wir glauben, mit solcher Arbeitsbereitschaft werden wir, wenn das von uns gefördert und organisiert wird, den Facharbeitermangel zu einem großen Teil beheben.

2. Baumaterial.

Baumaterialien sind knapp. Die Zement- und Kalkwerke, Rüdersdorf, auf die wir größtenteils angewiesen sind, arbeiten noch nicht wieder voll. Von den 4 Fabriken kann nur eine produzieren. Maschinen wurden als Reparationsleistungen ausgebaut. Durch einen Befehl des Generalleutnants Smirnow müssen die Maschinenfabriken in Mitteldeutschland noch in diesem Jahr neue Maschinen für die Zementfabriken liefern.

Mitteldeutschland wird uns aushelfen müssen. Aber notwendig wird sein, daß wir sparsam mit allen Baustoffen, vor allem mit Zement, wirtschaften. Es ist nicht notwendig, daß beim Mauern der tragenden Außenwände Zement als Zuschlag verwandt wird. Zement muß den Decken und Dächern vorbehalten bleiben.

In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinweisen, daß der Baustoff Gips mehr in den Vordergrund treten muß. Zur Herstellung desselben werden nur halb soviel Kohlen gebraucht wie für Zement. Es bestehen auch gar keine Bedenken, ihn stärker als bisher zu verwenden.

Holz ist ein Baustoff, der durch den Raubbau in den letzten Jahren in unseren Wäldern ein Mangelstoff geworden ist. Techniker und Ingenieure haben sich bemüht, diesen Engpaß zu überwinden. Es liegen Vorschläge vor, aus Kunststoffen z.B. unter Verwendung von Zylit und Gips einen Stoff zu schaffen, der das Holz an vielen Stellen auf dem Bau ersetzen kann. Diese Erkenntnis heißt es fabrikmäßig auszuwerten. Das Jahr 1946 wird uns zwar auf allen diesen Gebieten erst als Anlaufjahr dienen, aber die Vorbereitungen müssen schnellstens getroffen werden, um in den nächsten Jahren bei den riesig anfallenden Bauaufgaben gerüstet zu sein.

Die Glasproduktion steigert sich. Auf Jahre hinaus werden wir uns jedoch mit einfacher Verglasung behelfen müssen. Die Versuche, in Berlin ebenfalls Glas herzustellen, stoßen immer wieder auf erneute Schwierigkeiten. Es fehlt Soda, die Kohle muß weit hergeschafft werden.

Wir rufen die Arbeiter auf, Berlin braucht Hilfe. Sprecht über unseren Mangel an Baustoffen und unsere Schwierigkeiten. Helft den Berliner Arbeitern! Organisiert freiwillige Arbeitssonntage! Beschließt in Euren Betrieben die Beteiligung am Wiederaufbau Berlins durch Steigerung der Produktion über die planmäßige Produktion Eures Betriebes hinaus. Die Dachsteinproduktion unter Verwendung von Zement muß möglichst eingeschränkt werden. Die Ziegeleien müssen dort helfen. Das Werk Havelberg muß wieder Tondachsteine herstellen.

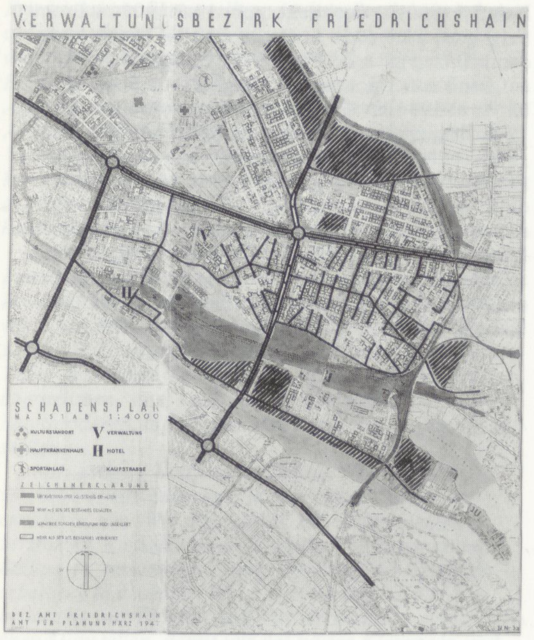
Es gibt viele Vorschläge, neue Sparkonstruktionen, Ingenieure und Techniker haben sich bemüht, unter Zusatz von anderen Stoffen, z.B. Schwefelsäure, Bauelemente herzustellen. Ihre Versuche werden von uns gefördert. Der Wiederaufbau muß zu einer Angelegenheit der ganzen Bevölkerung werden. Neben dem Maurer und Zimmermann auf der Baustelle muß mit den Problemen des Aufbaus der Forscher, Techniker und Chemiker ringen.

3. Transport.

Neben den aufgezeigten Schwierigkeiten wird das Transportproblem ebenfalls schwierig zu lösen sein. Viel rollendes Material ist durch den Hitlerkrieg vernichtet. In Berlin stehen uns nur etwa 12 % des früheren Autofuhrparks zur Verfügung. Hinzu kommt der Mangel an genügend Brennstoffen. Die Umstellung der Fahrzeuge auf Holzgeneratoren hat sich als ungenügend herausgestellt. In den ersten Monaten nach dem Umbruch haben uns die Besatzungsmächte wesentlich über die Transportnot hinweggeholfen. Die Brückentrümmer in den Flüssen und Kanälen sperren noch zu einem großen Teil die Wasserstraßen und somit den immerhin billigeren Transport mit Kähnen. Aber auch hier ist schon viel geleistet worden. Allein die Schuppanwerft in Stralau hat bis Februar über 100 Spreezillen repariert und wieder dem Verkehr zugeführt.

Langsam läuft ja auch die Produktion neuer Autos wieder an. In Berlin hat man die Produktion elektrischer Transportautos wieder aufgenommen. In diesem Jahr werden wir allerdings auf großen Anfall noch nicht rechnen können. Die Firma Daimler-Benz hat eine Neukonstruktion herausgebracht,

Heinrich Starck, Architekt, geb. 14.2.1908 in Bromberg, gest. 21.4.1955 in Berlin (DDR). Maurerlehre, dann Umzug nach Berlin. Ab 1927 Mitglied der KPD, aufgrund seiner politischen Tätigkeit von Sept. 1939 bis April 1944 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach 1945 Bürgermeister des Bezirks Friedrichshain. 2.2. 1946 Stellvertreter Scharouns im Amt des Stadtrats für Bau- und Wohnungswesen, 1948 Magistratsbaudirektor. 1950 Leitung der VVB Industrie-Entwurf, die neue Betriebe projektieren. Seit 1952 Mitglied des Direktoriums und Leiter der Hauptabteilung Bauwirtschaft der Deutschen Investitionsbank. Starck gehörte der Redaktion der Zeitschrift „Bauplanung und Bautechnik" an, die seit 1946 herausgegeben wird.



Planungsamt Friedrichshain (März 1947): Das geplante Straßennetz auf dem Schadensplan des Bezirks ←B 10

Friedrichshain als Schwerpunkt der Enttrümmerung

Unabhängig von der Ablösung Scharouns durch Bonatz als Stadtbaurat werden die Enttrümmerungsarbeiten und Aufbauvorbereitungen im Bezirk Friedrichshain nach den Plänen des Kollektivs im Hauptamt für Planung II fortgesetzt. Im **März 1947** stellt das Bezirksamt Friedrichshain einen Verkehrsplan auf, der zeigt, wie das alte Straßennetz in das vierfach abgestufte Straßennetz des Kollektivplans überführt werden soll. Im Zuge der Enttrümmerung wird so die Anlage der zukünftigen Wohnzellen vorbereitet. Im **Dezember 1947** stellt Peter Friedrich diese Arbeiten in der Zeitschrift „Bauplanung und Bautechnik" vor: *Es werden vier Straßenarten angenommen: Verkehrsstraßen für Kraftwagen, innerbezirkliche Verkehrsstraßen für den Mischverkehr (Kraftwagen und Fuhrwerk), Sammelstraßen und Quell- oder Endstraßen (nur Anliegerverkehr). Damit soll als Endziel ein stets fließender Verkehr ohne Notwendigkeit der Regelung erzielt werden. Obwohl die Verkehrsstraßen erster Ordnung in keiner Veröffentlichung als Schnellstraßen bezeichnet wurden – Schnellstraßen in dem Sinne, daß der einzelne auf ihnen besonders hohe Geschwindigkeiten erzielen kann, sind innerhalb besiedelter Gebiete überhaupt nicht angebracht –, werden sie allgemein Schnellstraßen genannt und geradezu als Rennbahnen dargestellt, in völliger Verkennung der Tatsache, daß es sich bei ihnen um sehr leistungsfähige und sichere Straßen handelt, die dem Gesamtverkehr einen ununterbrochenen Fluß, also eben die hohe Leistungsfähigkeit, zusichern, auf denen aber dem einzelnen Fahrer keineswegs hohe Geschwindigkeiten zugedacht werden. Das hängt mit folgendem zusammen: Je größer die Geschwindigkeit der Fahrzeuge ist, um so größer muß die Entfernung der Wagen voneinander sein, so daß die höchste Leistungsfähigkeit im allgemeinen zwischen 20 und 30 km/h Geschwindigkeit liegt.* ←L 7

Ein anderes Mißverständnis betrifft den etwa 100 m breiten freien Streifen entlang dieser Straßen erster Ordnung, wo sie durch zerstörtes bzw. unbebautes Gebiet gehen. Diese Fläche ist vor allem notwendig für Bauten des Verkehrs und Parkflächen, die bisher sich wahllos auf freien Flächen einnisteten, nicht aber den Bedürfnissen entsprechend. Das Ergebnis waren einerseits lange Fußwege zu Parkflächen und Garagen, während andererseits ursprünglich für Fußgänger bestimmte historische Plätze, wie in Berlin an der Oper, Gendarmenmarkt usw., mit Autos übersät wurden. In Zukunft werden diese Parkplätze vor allem zwischen

die, wenn sie serienmäßig anlaufen kann, uns evtl. über den Brennstoffmangel hinweghelfen wird. Diese Firma beabsichtigt, Autos mit Wasserdampfantrieb zu bauen.

Der Berliner Bezirk Friedrichshain hat sich anders geholfen. Die Arbeiter des Reichsbahn-Ausbesserungswerks in der Revaler Str. beschlossen, um der Transportnot zu steuern, einen Aufbauzug für den Bezirk zu erstellen. Über 900 Arbeiter beteiligten sich an dieser freiwilligen Arbeit und schufen in 16 Stunden einen Zug mit 30 Waggons und 734 to Ladefähigkeit. Dieses Beispiel sollte anregend wirken auch auf Arbeiter anderer Betriebe.

Hinzu kommt noch, daß die BVG. etwa 120 Güterwagen in Betrieb genommen hat.

An einer Stelle können wir aber alle mithelfen, der Transportnot zu begegnen. Die Parole muß sein:

Jeder Waggon, jedes Auto müssen schnellstens entladen und somit schnellstens dem Verkehr wieder zugänglich gemacht werden.

Arbeitsmoral.

Der Aufbau Berlins ist eine Angelegenheit aller Bewohner, insbesondere der arbeitenden Schichten. Jeder muß die Notwendigkeit der pünktlichen Einhaltung seiner Arbeitsstunden einsehen. Die Bauarbeiter müssen mit ihren Betriebsräten dafür sorgen und Garantien schaffen, daß dem Bummelantentum ein Ende gesetzt wird. Hier müssen die Gewerkschaften helfend eingreifen und durch die Betriebsräte und Baudelegierten auf den Baustellen die Arbeiter aufklären. Es gibt schlechte Beispiele, die wir in der nächsten Zeit schnellstens überwinden müssen. Im Monat Februar kam es oft vor, daß auf der Baustelle der Zentralverwaltung im ehemaligen Reichsluftfahrtministerium von rund 3 500 Arbeitern 1 300–1 400 Arbeiter an einem Tag fehlten. (. . .)

Neue Gesetze.

Will man die Stadt wieder neu planen und wirklich wieder aufbauen, so ist es notwendig, aufgrund der ungeheuren Verwüstungen einschneidende neue Gesetze auf dem Gebiete des Bauens durchzuführen.

Solche Gesetze waren die Gebäude-Instandsetzungs-Abgabe (GIA) der Stadt Berlin vom 2. Juli 1945, nach der 50 % der vereinnahmten Mieten abgeführt werden müssen, damit Mittel für den Wiederaufbau vorhanden sind. Aus diesen anfallenden Mitteln können auch private Hausbesitzer Gelder beantragen, um ihre Häuser wieder instandzusetzen. Das ist zwar ein einschneidendes Gesetz, aber wenn man die vielen Trümmer sieht, ein durchaus notwendiges. Es ist zu wünschen, daß dieses Gesetz nicht nur auf Berlin beschränkt bleibt, sondern ausgedehnt wird auch auf die Gemeinden und Städte, die unter den Kriegsereignissen nicht gelitten haben.

Eine andere Verordnung der Stadt Berlin sieht vor, daß Gebäude, die über 50 % zerstört sind, der Stadt Berlin verfallen und die Stadt Anrecht auf die Verwertung der noch verwendbaren Baustoffe hat. Das Verfügungsrecht über diese Grundstücke ist dem Privateigentümer entzogen, womit aber nicht seine Eigentumsrechte angetastet werden.

Auch auf baupolizeilichem Gebiet muß eine ganze Reihe von neuen Verordnungen durchgeführt werden, die schnellstens vorbereitet werden.

Außer den angeführten Verordnungen und Gesetzen beabsichtigt der Magistrat der Stadt Berlin, eine einschneidende Verordnung herauszugeben, um auf alle Fälle die Bodenspekulation zu verhindern, und zwar die Angleichung der Bodenrente in der Stadt Berlin an die Bodenrente der Provinz. Es ist ganz klar, daß das neue demokratische Leben in unserer Heimatstadt nicht zulassen kann, daß aufgrund der Not vieler einige sich bereichern.

Ein Wort zu den Bauunternehmern.

Der Magistrat der Stadt Berlin ist sich verantwortungsbewußt genug, daß er nicht zulassen wird, daß auch einzelne Unternehmer aufgrund der riesigen Bauvorhaben riesige Profite einstecken. An dieser Stelle muß allen Unternehmern gesagt werden, an die Kalkulation ist der schärfste Maßstab anzulegen. Der Magistrat wird Stichproben durchführen, die Bauämter sind angewiesen, genaueste Prüfungen vorzunehmen. Auf keinen Fall kann es angehen, daß an der Not des Volkes sich gewissenlose Spekulanten bereichern.

Ein Wort zu den Hausbesitzern.

Der Bezirk Friedrichshain, der als erster Bezirk die Initiative ergriff und mit einem konkreten Plan an die Öffentlichkeit trat, um den Neuaufbau der östlichen Frankfurter Allee durchzuführen, lud auch die Anlieger und Hausbesitzer der Frankfurter Allee zu einer Besprechung ein. Der Bezirksbürgermeister glaubte, daß die Hausbesitzer ein Interesse am Wiederaufbau haben müßten, er wurde aber schwer enttäuscht. Anstatt in der Not dem Volke zu helfen, stellten die Hausbesitzer ihre persönlichen Ansprüche in den Vordergrund. Sie verlangten erst Klärung ihrer Hypothekenschulden und ausschließlich Einsatz der Mittel aus der GIA. Ihre Auffassung ist, daß die Mieter die Nutznießer aus dem Aufbau sind, und in einem Exposé an das Bezirksamt „fordern sie als das Mindeste, was verlangt werden muß, daß die Mieter beschädigter oder teilbeschädigter Wohnungen die bisherige Miete weiterzahlen, um auf diese Weise zur Beseitigung der Schäden beizutragen. Es ist nicht einzusehen, warum diese Mieter die Möglichkeit haben sollen, die Notlage des Eigentümers zum Vermindern der Miete auszunutzen." Bei der Bebauung der Grundstücke verlangten sie in der Diskussion Errichtung 4-5geschossiger Bauten, und in ihrem Exposé versteigen sie sich sogar noch dazu, die Dachgeschosse ausbauen zu wollen. Sie glauben, auch darauf bestehen zu müssen, daß in diesem äußerst dicht besiedelten Arbeiterbezirk wieder Hinterhäuser und Quergebäude gebaut werden, damit sich ihr evtl. anzulegendes Geld ihren Ansprüchen gemäß verzinst. Beim Aufbau Berlins muß dafür Sorge getragen werden, daß derjenige, der mehr besitzt, auch mehr Anteil beim Wiederaufbau leistet, die Arbeiter aber die geringsten finanziellen Lasten zu tragen haben.

Neue Wege.

Damit ein richtiger Wettbewerb beim Bauen erreicht wird, wird der Magistrat genossenschaftliche Bauunternehmen, Bauhüttenbetriebe und ähnliche fördern und als Konkurrenz gegen die Privatunternehmer heranziehen. Es ist beabsichtigt, neben diesen Formen der Bauwirtschaft, kommunale Baubetriebe zu schaffen. Das Bauen muß die Sache der Stadt sein.

Die Stadt, die Baubetriebe, das Baunebengewerbe werden ohne die tatkräftige Unterstützung der anderen Industriezweige diesen gewaltigen Aufbau nicht durchführen können. Hier wird der Magistrat planend eingreifen. Industriebetriebe werden entsprechend den Erfordernissen angeregt und beauftragt werden, Industriebaubedarfserzeugnisse herzustellen. Es ist geplant, eine Nagelindustrie in Berlin zu erstellen. Unsere Baumaschinen kamen bisher aus anderen Teilen des Reiches. Im Bezirk Reinickendorf werden in Zukunft Betonmisch- und andere Baumaschinen hergestellt werden, damit auch Berlin über den notwendigen Baumaschinenpark verfügen kann. Es heißt immer wieder:

Soll Berlin neu erstehen, jeder – ob Arbeiter, Techniker oder Ingenieur – an seinen Platz. Packt zu!

Berlin kommt wieder!

Heinrich Starck umreißt in diesem Text auch kurz, wie er sich ein neues Berlin vorstellt:

←A 4

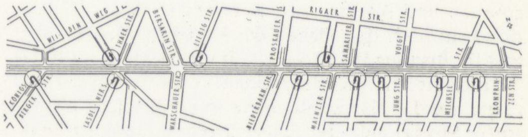
Berlin, die Stadt der Arbeiter und Werktätigen, muß auch diesen Schichten Erholung in Licht, Luft und Sonne gewähren. Bei der Neuplanung Berlins wird es also vor allen Dingen darauf ankommen, in den Innenbezirken und Arbeitervierteln die Wohnblocks aufzulockern. Die Großstadt Berlin soll in Zukunft in Bezirke (Teilstädte) aufgeteilt werden, die, ohne vom Ganzen losgelöst zu sein, in ihrer Mitte je ein Zentrum besitzen sollen, das man als den kulturellen Kern oder Mittelpunkt bezeichnen kann. Dort werden die Theater, Kinos und sonstige öffentliche Gebäude stehen, und um diesen Kern herum werden sich die Wohnungen und Betriebe lagern.

Neue kulturelle und soziale Einrichtungen müssen geschaffen werden. Vor allen Dingen sind neben den schon bestehenden sozialen Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Volksgaststätten usw. für ledige junge Frauen und junge Männer Wohnheime zu schaffen. Aufgrund des Frauenüberschusses wird es vielen nicht möglich sein, einen eigenen Hausstand zu gründen und eine Ehe einzugehen. Diesem wird und muß bei der Neuplanung Rechnung getragen werden.

Die Industrie wird nicht wie bisher zusammengeballt an einigen Stellen der Stadt liegen, sondern wird an und in die Wohngebiete hineingegliedert

den Verkehrsstraßen und den Verkehrszielen liegen. Es werden also nicht zusätzlich unbebaute Flächen angestrebt, sondern nur die bisher wahllos verstreuten sinnvoll zusammengefaßt. – Der Kraftwagenverkehr erzwingt einen neuen Straßentyp, indem das Leben sich von den für den Fußgänger gefahrvollen Hauptverkehrsadern abwendet in das Innengebiet zwischen den Verkehrsstraßen. Diese Tatsache kommt im neuzeitlichen Städtebau überall zum Ausdruck, sehr deutlich u.a. in den Vorschlägen zur Umgestaltung von bestehenden Städten von Y Mata, Sierks und Saarinen. Bei uns fand es seinen ersten Niederschlag in dem Gesetz vom 8. September 1936 über das Anbauverbot von Ausfallstraßen. Eine Betonung also der Einheit von Autostraßen und Gebäuden ist ein Mißverständnis, erklärlich als Überbleibsel des alten Straßenbegriffes.

Die neuen Straßen erfordern keinerlei Abriß von Gebäuden, da ihre Verwirklichung nur etappenweise, allmählich vorgenommen wird. Als Beispiel diene die Frankfurter Allee (Planungsämter Friedrichshain und Lichtenberg). (Die Skizze) *zeigt als erste Phase die Absperrung von einzelnen einmündenden Querstraßen, wodurch diese Ausfallstraße, die bisher alle Verkehrsarten (Kraftwagen, Straßenbahn, Fuhrwerk, Fahrrad) aufnahm, in eine reine Kraftwagenstraße übergeleitet wurde. Die Straßenbahn-Linie 13 wurde bereits verlegt, so daß die Frankfurter Allee heute nur noch Kraftwagen aufnimmt. Die zweite Phase wäre die Überführung der stark beanspruchten Kreuzungen, z.B. an der Warschauer Straße, in einen Kreisverkehr und in weiterer Zukunft, wenn die Leistungsfähigkeit des Kreisverkehrs überschritten ist, in eine planfreie Kreuzung. Diese allmähliche Überführung erfordert also keinerlei Abrisse, höchstens ein Bauverbot an wichtigen Straßenecken.*



→B 11 Planungsamt Friedrichshain (Ende 1947): Die im Zuge der Enttrümmerung angelegten Absperrungen einzelner in die Frankfurter Allee einmündenden Querstraßen

werden. Der bisherige Zustand, daß die Arbeiter stundenlang täglich die Verkehrsmittel benutzen mußten, um ihre Arbeitsstätte zu erreichen, muß überwunden werden.

Verkehrsprobleme sind zu berücksichtigen und müssen gelöst werden. Beim bisherigen Wachsen Berlins war es so, daß neue Straßenzüge, neu erschlossene Gebiete immer erst nach den Verkehrsmitteln rufen mußten. Die Verkehrsmittel wurden meist erst später eingebaut. Unser Verkehr bedarf einer Reorganisation. In den Hauptstraßen muß die Straßenbahn dem in Zukunft zunehmenden Autoverkehr weichen. Straßenverbreiterungen und Straßenumlegungen müssen vorgenommen werden. All das Angedeutete wird dort durchgeführt werden, wo die Zerstörung die Möglichkeit dafür offen läßt. Häuser, die wieder instandzusetzen sind, werden vorläufig nicht entfernt werden, um andere Maßnahmen durchzuführen.

Berlin wird aufgelockert werden, durchsetzt mit Grünflächen. Berlin wird aber bleiben die Stadt der Arbeiter, die Stadt der Werktätigen, die Hauptstadt Deutschlands.

Aufteilung der Stadt in „Teilstädte", Bau von Ledigenheimen, Neugliederung der Industrie- und Wohngebiete, Reorganisation des Verkehrssystems in Hinblick auf den Autoverkehr, Auflockerung und Durchgrünung der Stadt – damit vertritt Starck das Programm des Planungskollektivs, wie es im **August 1946** ausgestellt wird. Das, was Starck hier noch „Teilstädte" nennt, entspricht den „Wohnzellen", die vom Planungskollektiv als Grundeinheiten der neugegliederten Stadt verstanden werden.

4.1.1 Die Idee der Wohnzellen im Kollektivplan 1946

Im folgenden versuchen wir dem, was das Planungskollektiv unter einer „Wohnzelle" versteht, innerhalb seines eigenen Arbeitsprozesses nachzugehen.

Am **17.6.1945** stellt das Planungskollektiv einen Arbeitsplan unter dem Titel „Rekonstruktion der Stadt Berlin" auf, dessen Gliederung exakt mit der Gliederung der Abteilung A der Ausstellung „Berlin plant" übereinstimmt.

Auch der Arbeitsplan gliedert sich nach den Funktionen der Stadt in die Teilbereiche Arbeiten, Wohnen, Verkehr, Versorgung und Erholung. Unter „Wohnen" ist darin als Grundsatz formuliert:

→A 5 *Wohnung als die Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse des Einzelnen. Sozialeinrichtungen als Ergänzung der Befriedigung individueller Bedürfnisse. Grundlegende hygienische Forderung: Raumdurchsonnung, vollste Ausnutzung am kürzesten Tage. Berücksichtigung der Wirkung der biologisch wichtigen Strahlengruppen des Sonnenspektrums. Kann nur erreicht werden bei Südlage oder Diagonallage. Dabei ergibt sich bei Abkehr von den bisherigen Bauzonen Höchstbebauungs- und Bevölkerungsdichte, bei gleichzeitiger Freiheit in der Bebauungsart. Hoch- oder Flachbau. Am besten Mischbebauung, um allen Ansprüchen zu genügen. Organisation des Grundrisses nach hygienischen, wohntechnischen und sozialhygienischen Erfordernissen.*

Erschließung der Wohnflächen unter dem Gesichtspunkt möglichster Verkehrsfreiheit des Wohngebietes.

Grundstücksgröße abhängig vom Zweck. Bei Wohngarten durch Besonnung, bei Nutzgarten von dem zu erzielenden Ertrag.

Als Ziel für den Planungsbereich „Wohnen" wird genannt:

→A 6 *Auflockerung durch*

1.) Auskernung	*Block bleibt*
2.) Blocköffnung	*Block wird in Zeilen aufgelöst*
3.) Blockniederlegung	*Schachbrettartig oder*
4.) Blockniederlegung	*in Streifen*

Zu 3 und 4: Zur Aufnahme von Nutzgärten und zentralen Anlagen geeignet. Zu 4: kann außerdem als Verbindung zweier oder mehrerer Parks zu Grünzügen ausgebildet werden. In besonderen Fällen zur Aufnahme von Durchgangsverkehr bis zur räumlichen Trennung zweier Stadtgruppen.

Bebauungsschemen neuer Wohnviertel. Ausgangspunkt die Wohnung und deren Lage zur Sonne.

Der Begriff „Wohnzelle" taucht in diesem stichwortartig formulierten Arbeitsprogramm noch nicht auf. Es ist von „Wohngebiet", „Wohnviertel"

und „Stadtgruppen" die Rede, die möglichst verkehrsfrei zu halten sind und in denen die Gebäude entsprechend der Lage der Wohnungen zur Sonne ausgerichtet sein sollen. Die Größe dieser Siedlungseinheiten ist nicht festgelegt: *Größe und Anlage einer Stadtgruppe sind bedingt durch die gesellschaftlichen Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, modifiziert durch Verkehrslage, Standortbedingungen, Produktion etc.*, heißt es an anderer Stelle. ←A 7

Im ausführlichen Arbeitsprogramm vom **18.6.1945** wird der Begriff „Wohnzelle" dann definiert:

Zielaufgaben: ←A 8

A) Arbeit und Bevölkerung
Aufbau der Industrie- und Gewerbeproduktionszellen, deren Größen und Einbau des Bestehenden.
Landwirtschaftliche Produktionszellen groß- und kleinflächig, Bauern und Gärtner.

B) Wohnen
Grundrisse 1, 1,5, 2, 3, 4 und 6-geschossig. Ausbaubar, teilbar und Einlieger. Aufbau der Wohnzellen unter Berücksichtigung der Besonnung, des verschiedenen Bedarfes, des Verkehrsanschlusses, des Kleingewerbes etc.
Einfluß der Wohnflächen auf die Gartengröße, Anteil für Hof, Straßen, Vorgarten, Schutzstreifen etc. bei den verschiedenen Bebauungsweisen. Wohnungsgrößen 45, 56, 75 qm. Gartengrößen 100, 200 bis 300 qm. Wohndichte 40, 60 und 80 Wohnungen pro ha.

C) Verkehr
Untersuchung des Anteiles der verschiedenen Verkehrsgruppen in Wohn- und Arbeitszellen an Fläche und Kosten. Günstigste Aufschließung von Wohnzellen.

D) Versorgung
Lage der Bezirks- und Zentralverwaltungsstellen, Untersuchung über mögliche Dezentralisierung der Energieversorgung und deren Einfluß auf den Zellenaufbau.

E) Erholung und Kultur
Grünflächenplan in den verschiedenen Entwicklungsstufen, Aufbau der Hochschulzelle, technische Schulen eventl. im Anschluß an eine entsprechende Industriegruppe, ebenso medizinische Schulen an Krankenhäuser.

Dieses Programm geht von einer Gliederung der Stadt in eine Vielzahl von „Zellen" aus. Es gibt nicht nur „Wohnzellen", sondern auch „Industrie- und Gewerbezellen", „landwirtschaftliche Produktionszellen", „Arbeitszellen" und sogar eine „Hochschulzelle".

Im **August 1945** ist innerhalb des Planungskollektivs nicht nur entschieden, daß der „Zellenaufbau" das Gliederungsprinzip des neuen Berlin sein soll, sondern auch die Größe der „Wohnzellen" steht jetzt fest:

Um die im Trümmerfeld von Berlin verbliebenen Reste auf ihr Weiterbestehen prüfen und ordnen und die großen Entscheidungen über den notwendigen Neuaufbau Berlins unter Ausnutzung neuester Erkenntnisse für den Wiederaufbau treffen zu können, wird z.Zt. im Hauptplanungsamt Berlin die Rekonstruktion der Gesamt-Stadt vorbereitet. Als Grundelement ist eine Zelle mit einer unteren wirtschaftlichen Begrenzung von 4 000 Menschen angenommen. ←A 9

Wenn es gelingt, an den vorhandenen Verkehrsadern Arbeitsstätten für eine Bevölkerung von jeweils 4 000 Einwohnern oder einem Mehrfachen hiervon zu schaffen und in nächster Nähe derselben den Wohnbedarf dieser 4000 oder mehr Einwohner mit seinem Schul-, Kultur-, Handels- und Gesundheitswesen zu gruppieren, würde sich die Millionenstadt aus einer Vielheit solcher gesunden Wohnzellen (einzeln oder gruppiert) zusammensetzen und ein Idealfall einer Wohn- und Arbeitsstadt der Zukunft entstehen.

Dieses ist das Ziel.

Das bisherige Studium hat bereits ergeben, daß in dieser Richtung große Möglichkeiten bestehen.

Diese 4000-Personen-Zelle wird zur Grundlage der Gliederung des Gesundheitswesens und des Schulsystems. Dieses Gliederungsschema ist auf den Ausstellungstafeln der Abteilung A von „Berlin plant" zu sehen. ←S.208

DEUTSCHER STÄDTETAG
In der britischen Zone
(22a) Bad Godesberg, Rheinallee 69
Bauausschuß
(22a) Essen (Ruhr), Ruhrallee 55

Essen, den 12. Juni 1946

An die Mitgliedsstädte.

WIEDERAUFBAU-MITTEILUNGEN
Nr. 2

Bearbeitet durch den Verbandsdirektor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, Essen

Daß der Zellenaufbau einer Stadt keine Erfindung des Planungskollektivs ist, darauf weisen auch die am **12.6.1946** veröffentlichten „Wiederaufbau-Mitteilungen Nr. 2" des neugegründeten „Deutschen Städtetages in der britischen Zone" hin. Hierin wird auszugsweise ein Referat des Braunschweiger Stadtbaurats Johannes Göderitz, das er vor dem Planungsausschuß der Stadt Braunschweig gehalten hat, zitiert und somit den Mitgliedsstädten des Verbandes als Planungsgrundlage empfohlen.

←L 8

Johannes Göderitz:
Gliederung und Auflockerung im Wiederaufbauplan

Die kritische Überprüfung der auf unsere Zeit überkommenen Haus- und Stadtformen zeigt Fehlbildungen und Entartungserscheinungen, die mit den bisher üblichen bautechnischen und städtebaulichen Mitteln wohl verbessert, aber nicht behoben werden können. Ein Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges, der sich auf die Beseitigung der gröbsten Fehler beschränkte, würde die von neuem erstehende Stadt nicht von den Grundfehlern aus der Zeit ihrer unorganischen Wucherung befreien. Daher muß die nicht wiederkehrende Gelegenheit zu einer bis an die Wurzel gehenden Neuordnung des gesamten Städtewesens benutzt werden.

a) Auf die Notwendigkeit der Verbesserung des Verkehrsnetzes, der sinnvollen Anordnung von Wohn- und Arbeitsstätten und die Ausweisung ausreichender Grünflächen ist mit Recht schon oft hingewiesen worden. Viel zu wenig aber wird zur Gesundung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Städte, besonders der Großstädte, der Weg der Gliederung und Auflockerung beschritten.

Die meist ungestaltete Gebäudemasse unserer Großstädte muß in überschaubare, städtebauliche Einheiten aufgegliedert werden, die dem Erlebnisvermögen der Menschen angepaßt sind, in „Stadtzellen", die – wie die ihnen entsprechenden Kleinstädte – alle Voraussetzungen für Gesundheit, Wirtschaftlichkeit, gute Gestaltung und reibungslosen Verkehr bieten.

Eine Stadtzelle ist somit ein eigener Organismus, der im Verband mit anderen Zellen den Gesamtorganismus der Stadt bildet. Eine solche Zelle besteht aus Wohnhäusern mit allen dazugehörigen Folgeeinrichtungen, wie Läden, Handwerksbetrieben, Schulen, kulturellen Anlagen, Verwaltungsgebäuden und gegebenenfalls auch mittleren gewerblichen Betrieben. Die nachträgliche Aufgliederung ist ein wesentliches Mittel zur Gesundung der Groß- und Riesenstädte. Deren Gliederung in Zellen ist jedoch nicht zu verwechseln mit Zerlegung in einzelne Kleinstädte. Trotz eines bestimmten Eigenlebens der Zellen darf der besondere Charakter und der Gesamtorganismus der großen Stadt nicht aufgehoben werden.

b) Eine stark unterschiedliche Bauklasseneinteilung, die in bestimmten Stadtgebieten eine dichte und hohe Wohnbebauung entstehen läßt, in anderen dagegen eine für städtische Verhältnisse nachteilige Weiträumigkeit zur Folge hat, vernachlässigt das für alle Menschen gleiche Bedürfnis nach angemessenem Freiraum für ihre Wohnung. Es gilt daher, solche Besiedlungs- und Wohnungsdichten anzuwenden, die alle berechtigten Anforderungen, besonders in biologischer und wirtschaftlicher Hinsicht erfüllen und keine sonstigen städtebaulichen Nachteile bringen. Dies sind Dichten von 30 bis 60, in großstädtischen Altbaugebieten ausnahmsweise bis 80 Wohnungen je ha Nettowohnbaugebiet. Besondere Vorzüge ergeben sich für etwa 40 W/Ha. Es liegt an den krassen Gegensätzen zwi-

Ein am **21.2.1946** neuformuliertes Papier des Planungskollektivs mit dem Titel „Städtebauliche Grundlagen für die Konstruktion Berlins" (also nicht mehr „Rekonstruktion") schlägt als angestrebte Wohndichte 250 Menschen/ha vor und entwickelt genauere Angaben zur „Wohnzelle".

→A 10 *Durch die gewünschte Überschaubarkeit der Wohnstandorte mit dem Menschen als Maßstab ergibt sich eine Gliederung des Stadtraumes in Zellen und Zellengruppen entsprechend ihren Aufgaben. Als Ausgang für die Größe dienen Wünsche der Verwaltung, der Pädagogen. Danach besteht die kleinste Einheit aus etwa 4000 Einwohnern mit einer Quellfähigkeit ihrer Anlagen auf 5 000. Die Mittelzelle aus 16 000 bzw. 20 000, die Großzelle aus 65 000 bzw. 80 000. Die entsprechenden Variationen werden sich ergeben. Die bereits durch die Bomben erfolgte mechanische Auflockerung wird nun in eine organisch funktionelle umgewandelt werden. Seen, Senken, Parks und sonstige topographische Gegebenheiten der Urlandschaft, soweit vorhanden, sollen zur Unterteilung und Abrundung herangezogen werden, durch Freilegung von der Bebauung herausgearbeitet und als wichtige Teile des Stadtgrundrisses zu einem folgerichtigen Erholungssystem zusammengefaßt werden.*

Auf ein lokales Vorbild der Wohnzelle verweist Scharoun in seinem Vortrag am **5.9.1946**, den er im Rahmen der Ausstellung „Berlin plant" hält:

→L 9 *Die Wohngebiete sind in Grundeinheiten für je 4- bis 5000 Menschen aufgegliedert, das sind Grundzellen, die etwa dem Kern der Siedlung Siemensstadt entsprechen, und so bemessen, daß sie vom Kinde erlebt werden und dem Kinde eine Welt sein können. Sie spiegeln die Einheit des Lebens wider, den Lebensbau. Sie dienen dem Menschen von der Wiege bis zur Bahre, werden ihm wirkliche Heimat. Daher erhalten sie vorwiegend Einfamilienhäuser, daneben Geschoßwohnungen für kinderlose Ehepaare, Ledigen- und Altersheime. In ihr (am grünen Anger) der kulturelle und der soziale Mittelpunkt. Dazu gehört die Forschungsstätte, die den Spiel- und Bastelbetrieb fördern soll. Schul- und Krankenhauswesen bauen sich entsprechend den Wohneinheiten auf.*

→S.407 Die Siedlung Siemensstadt ist von der Architektenvereinigung „Der Ring", dem neben Scharoun auch Hugo Häring angehört, geplant worden; Hans Scharoun wohnt seit dem Bau selbst in dieser Siedlung.

Die Planung des Kollektivs geht aus von der Zerstörung Berlins, durch die die Stadt in einzelne Stadtkörper auseinandergefallen ist, Inseln, die mit fortschreitender Enttrümmerung immer deutlicher werden.

→L 10 *Was blieb, nachdem Bombenangriffe und Endkampf eine mechanische Auflockerung vollzogen, das Stadtbild aufrissen. Das, was blieb, gibt uns die Möglichkeit, eine „Stadtlandschaft" daraus zu gestalten. Die Stadtlandschaft ist für den Städtebauer ein Gestaltungsprinzip, um der Großsiedlungen Herr zu werden. Durch sie ist es möglich, Unüberschaubares, Maßstabloses in übersehbare und maßvolle Teile aufzugliedern und diese Teile so zueinander zu ordnen, wie Wald, Wiese, Berg und See in einer schönen Landschaft zusammenwirken. So also, daß das Maß dem Sinn und dem Wert der Teile entspricht und so, daß aus Natur und Gebäuden, aus Niedrigem und Hohem, Engem und Weitem eine lebendige Ordnung wird. Die Stadtlandschaft zeigt nicht die eine Silhouette der kleinen oder mittelalterlichen Stadt, wie wir sie von vielen Städten im Gedächtnis haben. Sondern von den Teilen der Stadtlandschaft hat jeder seine eigene, seinem Inhalt entsprechende Silhouette.*

Karl Bonatz kritisiert das städtebauliche Grundmuster der Wohnzellen →S.247 in seiner Betrachtung zum Amtsantritt, die wir schon früher zitiert haben:

→L 11 *Die Aufteilung der Großstädte in völlig selbständige Stadtteile oder Kleinstädte scheint, nebenbei bemerkt, eine weitgreifende Modeanschauung zu werden. Ich verweise dabei auf die Tagung in Bad Homburg am 25.9.1946. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob dies Prinzip bei Neugründungen oder dem organischen Heranwachsen einer Großstadt richtig ist, da eine einfache Zusammenfassung gleicher kleinstädtischer Elemente doch keinen rechten Sinn hat, unpraktisch ist und nur zu unwirtschaftlichen Aufwendungen führt, besonders dann, wenn man nicht einmal ein beherrschendes Zentrum bilden will. Da ist es doch folgerichtiger, die Großstadt ganz abzulehnen.*

Bestimmt unmöglich ist es aber, eine bestehende Großstadt nachträglich so schematisch aufzuteilen und zu ordnen. Zudem hat die Großstadt ihr eigenes Gesetz und ihre besondere Art, auf der ihre geheimnisvolle

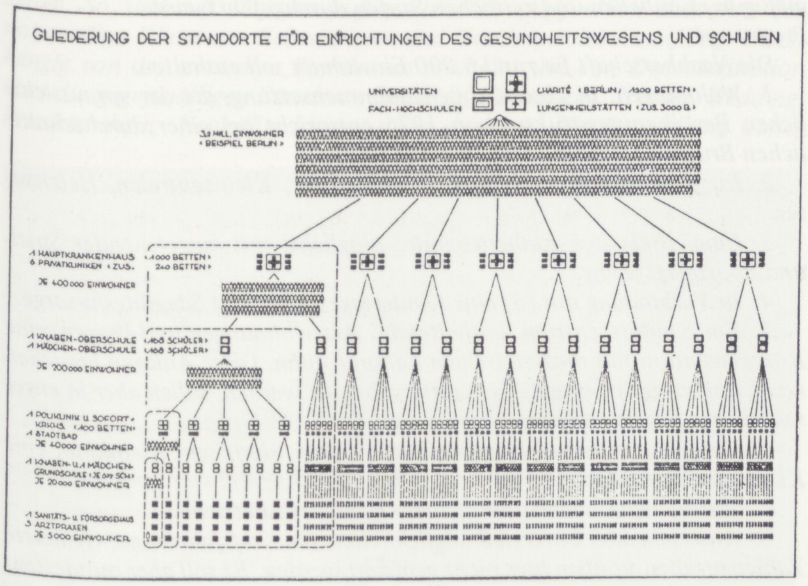
Anziehungskraft beruht; man würde sie jeder Originalität eigener Entwicklung berauben, wenn man sie solcher Gewaltkur unterwürfe.

Für Berlin wäre es nach meiner Meinung richtig, nur die alten Einzelgemeinden städtebaulich wieder mehr herauszuarbeiten und in sich zu ordnen, also nicht bis zum Element der Zelle von 4 bis 5000 oder aber auch der Zellengruppe von 20- bis 25 000 Einwohner durchgreifen zu wollen. Unbestreitbar ist sonst, daß der tägliche Transport von Millionen von Menschen z.T. quer durch das ganze Weichbild Berlins, der ungeheure Zeit- und Kraftverlust, der hieraus folgt, eingedämmt werden muß. Man fragt sich nur, wieweit das praktisch möglich sein wird, da beispielsweise der Westen kaum je alle Arbeiter aufnehmen kann, die dort benötigt werden, so wenig wie der Norden und Osten alle Angestellten und Beamten. Auch wird die Stadtmitte, wenn sie überhaupt wieder ersteht, wenig Wohnungen erhalten können, so daß die dort Beschäftigten doch von außen hereinfahren müssen.

Karl Bonatz kritisiert zwar die Arbeit des Planungskollektivs, gibt ihm aber trotzdem den Auftrag, die theoretische Arbeit zur Neugliederung der Stadt fortzusetzen. Dieser Auftrag führt zu drei veröffentlichten Ergebnissen: die Raumordnungsvorschläge, die Gliederung des Gesundheits- und Schulwesens und das Funktions- und Raumprogramm der Wohnzelle, das in Modelle übertragen wird.

Herbert Weinberger umreißt den Ausgangspunkt für die Größenbestimmung der Wohnzelle:

←L 12 *Ein wesentliches Element im demokratischen Aufbau ist die Reorganisation des Schulwesens, die Verwirklichung der Einheitsschule. Hieraus ergeben sich (. . .) für den Schulbau bestimmte städtebauliche Erfordernisse in bezug auf Gliederung, Größenordnung und Standortwahl. Für das Schulwesen war bisher eine ganz einseitige Förderung der höheren Schule kennzeichnend. Die Klassenbelegung war schwächer als in der Volksschule, andererseits standen mehr Nebenräume zur Verfügung. Ferner war der für jeden höheren Schüler verausgabte Betrag rund viermal so hoch wie der für einen Volksschüler. Eine solche Begünstigung des höheren Schulwesens ist nicht nur in erziehungspolitischer Hinsicht ungesund, sondern sie ist auch aus folgendem Grund wirtschaftlich untragbar: mindestens dreimal soviel höhere Schüler, als den Erfordernissen der Berufslenkung entspräche, drängten zu akademischen Berufen. – Die Verteilung der Schultypen ging parallel mit der unterschiedlichen sozialen Struktur der einzelnen Stadtteile.*



Planungskollektiv (1945/46): Schema des vertikalen Aufbaues der sanitären Versorgung und des Schulwesens, dazu Herbert Weinberger: „Die Größenordnung der einzelnen Anlagen entspricht dem Bedarf der Wohnzellen und Zellengruppen, in die der Stadtraum gegliedert wird. So erhält die Grundeinheit mit 5000 Einwohnern ein Sanitäts- und Fürsorgehaus mit Apotheke, außerdem 5 Arztpraxen. Je 4 dieser Grundeinheiten mit zusammen 20 000 Einwohnern erhalten 1 Knaben- und 1 Mädchen-Grundschule. Für zwei solcher Gruppen ist 1 Poliklinik mit ‚Sofort'-Krankenhaus und 1 Stadtbad vorgesehen. Eine Zellengruppe der nächsthöheren Größenordnung mit fünf mal 40 000 Einwohnern trägt 1 Knaben- und 1 Mädchen-Oberschule usf. bis zu Universitäten und Einrichtungen des Gesundheitswesens für die Gesamtstadt." ←B 13

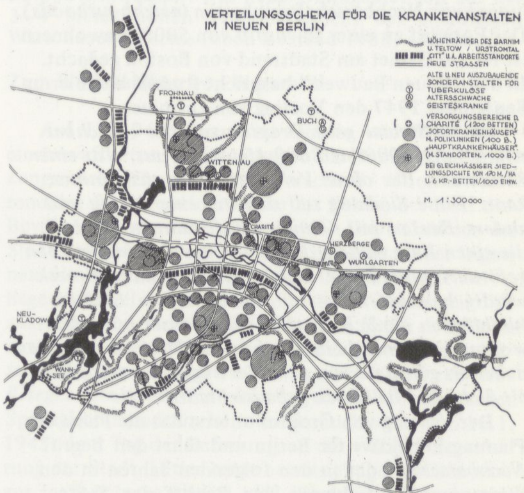
schen Enge und Weitläufigkeit sowie an der zersplitterten Bebauung der heutigen Großstädte, daß sie je Kopf der Einwohnerschaft ungefähr ebensoviel Raum verbrauchen, dabei aber ungesünder und im Betrieb unwirtschaftlicher sind als eine gleichmäßig aufgelokkerte, in ihrer Struktur geordnete Stadt.

c) Ein neuer Maßstab für die Gestaltung der Stadt ergibt sich bei der zellenhaften Gliederung: über den anheimelnden niedrigen zwei- bis dreistöckigen Wohnhäusern erheben sich die ebenfalls maßvollen Bauten des städtischen Gemeinwesens jeder Stadtzelle. Die größere Stadt hat dann noch ein zentrales Geschäftsviertel sowie den einzelnen Zellen übergeordnete, hervorragende Mittelpunkte des Gemeinschaftslebens, und an der bedeutendsten, auch landschaftlich bevorzugten Stelle wird sich die Stadtkrone durch absolute Größe hervorheben.

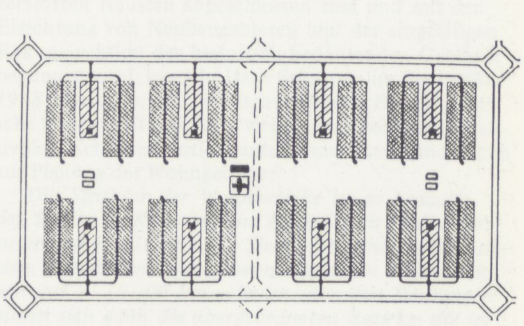
d) Bei der Gliederung sind weitgehend die natürlichen Gegebenheiten als Gestaltungselemente zu benutzen. Neben den öffentlichen Grünflächen und den Wasserläufen mit ihren Niederungsgebieten wird künftig das Nutzgrün in Form von Hausgärten, zusammengefaßten Zusatzgärten und Gärtnerhöfen im Stadtgebiet mit der Bebauung gleichwertig in Erscheinung treten und den Einwohnern die gesündeste und billigste Erholung bieten.

Eine solche Stadtform ist offenbar der Lebensauffassung unserer Zeit, die den biologischen Forderungen große Bedeutung zumißt, mehr gemäß, als die aus dem Geiste anderer Epochen gebildeten Stadtanlagen.

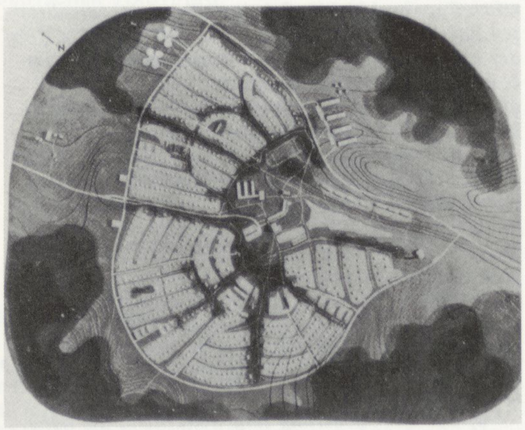
Diese Ziele können zwar nur in der Idee klar und rein herausgearbeitet werden. Aber wer ein ideales Ziel vor Augen hat, wird – auch wenn er sich anpassen und mit Unzulänglichem abfinden muß – eine bessere Lösung finden, als jemand, der ohne eine solche Zielsetzung an die Arbeit geht.



→B 12 Planungskollektiv (1946/47): Verteilungsschema für die Krankenanstalten im Neuen Berlin. Der zugrunde liegende Straßenplan zeigt eine nach der Ausstellung „Berlin plant" erarbeitete Fassung



→B 14 Planungskollektiv (1946): Bebauungsschema einer Zellengruppe mit acht mal 5000 Einwohnern. Ausgestattet mit 8 Sanitäts- und Fürsorgehäusern, je 1 in der Nahbedarfsfläche jeder Grundeinheit; ferner mit 2 Knaben- und 2 Mädchen-Grundschulen, 1 Poliklinik mit Sofort-Krankenhaus und Stadtbad



Walter Gropius/Ludwig Hilberseimer/Harvard-Studenten (1942): Nachbarschaft für 5000 Einwohner (A Program for City Reconstruction)

Walter Gropius stellt „Nachbarschaften" in Berlin vor

Im **August 1947** besucht der seit **1937** in den USA lebende Architekt Walter Gropius Berlin. Er hält mehrere Vorträge, so am **22.8.1947** im Titania-Palast in Steglitz, und stellt dabei u.a. ein städtebauliches Konzept (*A Program for City Reconstruction*) vor, das er **1941/42** zusammen mit Martin Wagner, dem ehemaligen Stadtbaurat von Berlin, an der Harvard-Universität in Cambridge/Mass. (USA) entwickelt und **1942** zusammen mit Studenten als Entwurf und Modell konkretisiert hat. Die beiden deutschen Architekten verbinden dabei ihre Erfahrungen und Ideen aus den 20er Jahren mit den amerikanischen Leitvorstellungen von Nachbarschaftseinheiten (*neighbourhoods*). Der Entwurf zu einer *township* von 5000 Einwohnern ist für ein Gebiet am Stadtrand von Boston gedacht. In der „Neuen Bauwelt" bespricht Rudolf Weilbier im **September 1947** den Vortrag von Gropius:

Im Städtebau geht Gropius von der „Nachbarschaft" der 5000 bis 8000 Menschen aus, also einer Kleinstadt, die ohne Verkehrsmittel auskommen kann. Diese Siedlung soll sich um eine Schule und andere Bauten mit Gemeinschaftsräumen gliedern, die einen Kern bilden, durch den das Zusammenleben gefördert wird. Diese Gedanken kommen uns merkwürdig bekannt vor – sie scheinen vom Ural bis Washington ähnlich zu sein. Hochhäuser mit Kleinwohnungen ermöglichen mehr Grünfläche und wurden daher als günstiger von dem Vortragenden empfohlen als dicht und halbhoch gebaute Stadtviertel.

Der Vortrag von Gropius unterstützt die Pläne des Planungskollektivs für Berlin und führt den Begriff *Nachbarschaft*, der in den folgenden Jahren in den Westzonen Deutschlands den Begriff der *Stadt-*, *Siedlungs-* oder *Wohnzelle* ersetzt, in den Sprachgebrauch deutscher Stadtplaner ein.

Die Einheitsschule stellt Volksschule und Berufsschule in den Mittelpunkt und beseitigt das Privileg der wirtschaftlich gehobenen Schichten für den Besuch der höheren Schule. Über gemeinsamen Unterbau erfolgt eine Aufspaltung der Schule nur im Sinne einer Differenzierung des Unterrichts und der Ausbildung allgemein.

Ebenso wie die Einrichtungen des Gesundheitswesens bauen sich die Schulen entsprechend den Wohneinheiten auf als wesentliche Bestandteile ihrer Lebens- und Kulturmittelpunkte. Die zukünftig gleichmäßigere Siedlungsdichte und soziale Struktur der Wohnstandorte haben einen überall ungefähr gleichen Kinderanteil an der Gesamtbevölkerung zur Folge und bedingen damit in allen Teilen der Stadt praktisch die gleichen Schulanlagen, besonders was das Verhältnis der Grundschul- zu den Oberschulteilen anbetrifft.

←B 15 Im gleichen Jahr werden alle Einzelergebnisse zu „Richtlinien für die Planung von Nachbarschaften" verarbeitet, mit denen **1948** die Voraussetzung dafür geschaffen ist, an den Entwurf einer konkreten Wohnzelle in Berlin heranzugehen.

Diese Richtlinien werden wir noch zitieren; an dieser Stelle soll die einleitende Zusammenfassung des Bauprogramms für die Wohnzelle genügen, die hier „Nachbarschaft" genannt wird – vielleicht als vorübergehender Reflex auf den Vortrag, den Gropius in Berlin gehalten hat, in dem er über seine amerikanischen Erfahrungen mit den „neighbourhoods" berichtet.

→A 11 **Richtlinien für die Planung von Nachbarschaften.**

Nachbarschaften sind die kleinsten städtebaulichen Elemente, aus denen sich der gegliederte Stadtkörper aufbauen soll. Ihr gestalterischer und wesensmäßiger Kern, die Schule, bestimmt auch ihre Größe. Die Grundstufe der 16klassigen Einheitsschule entspricht einer Einwohnerzahl von etwa 6000 Menschen.

Planungsannahme: 8 % der Einwohner 6–14 Jahre.

Eine Nachbarschaft soll im Hinblick auf die Befriedigung des materiellen, sanitären und kulturellen Nahbedarfs im allgemeinen annähernd autark sein, ohne damit das romantische Bild dörflicher Lebensgemeinschaft auf die durchaus verschieden gearteten großstädtischen Verhältnisse zu übertragen. Versuche, aus dem Begriff „Nachbarschaft" eine über das Maß praktischer Notwendigkeiten hinausgehende geistige und Gemeinschaftsbindung zu entwickeln, sollten nicht unternommen werden. ←L 13

Daneben gewinnt die Nachbarschaft höchste Bedeutung als technische Einheit des Wiederaufbaues, von dem zu fordern ist, daß er schwerpunktmäßig in räumlichen und zeitlichen Stufen durchgeführt wird.

Programm:

Die Nachbarschaft für rund 6.000 Einwohner soll enthalten:

1. Wohnungen, in einer Größenzusammensetzung, die der voraussichtlichen Bevölkerungsstruktur von 1975 entspricht bei einer durchschnittlichen Bruttowohnfläche von 20 qm je Person.

2. In Verbindung mit (1) ggf. Waschhäuser, Kleinzentralen, Heizhäuser.

3. Eine 16klassige Einheitsschule, möglichst mit ausreichender Spiel- und Sportplatzfläche.

4. In Verbindung mit (3) eine Kindertagesstätte und Säuglingsfürsorge.

5. Ein Sanitätszentrum, enthaltend 5 Arztwohnungen und Praxen, eine Röntgenstation mit medizinischem Laboratorium. Diese Anlagen brauchen nicht unbedingt in einem Haus untergebracht werden, sollen aber in enger räumlicher Beziehung zueinander stehen.

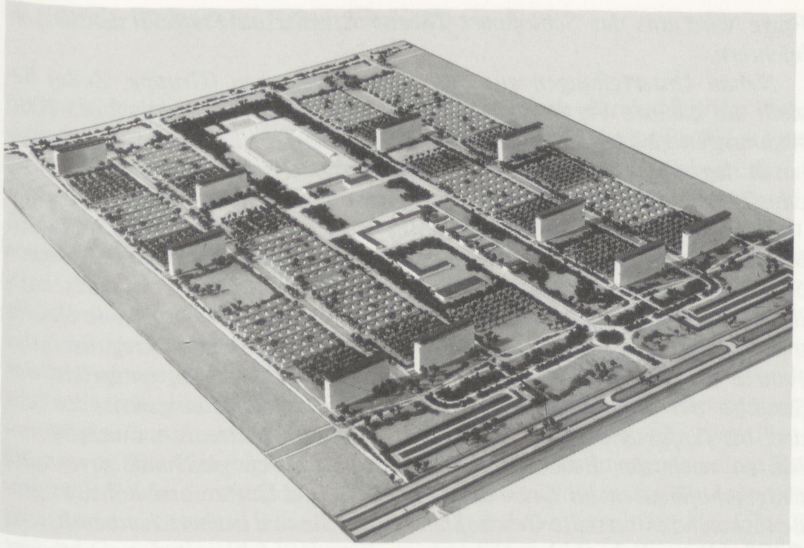
6. Wenn die örtlichen Gegebenheiten es erfordern: ein Kleinkino, eine Kirche (rd. 300 Plätze).

7. Ausreichend Läden und kleinere Handwerksbetriebe.

8. Ausreichende Unterstellmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge. Genauere Zahlenangaben können hier nicht gemacht werden. Es soll aber mindestens soviel Raum vorgesehen sein, daß jeder 15. Einwohner ein Kraftfahrzeug unweit seiner Wohnung unterstellen kann.

In diesen Richtlinien wird von einer Größe von 6000 Personen ausgegangen, eine Größe, die in späteren Bearbeitungen auf 4000–5000 zurückgenommen wird.

Im **März 1948** präsentiert Wils Ebert als Leiter dieser theoretischen Arbeit in einem Artikel in der „Neuen Bauwelt" über die schon behandelte



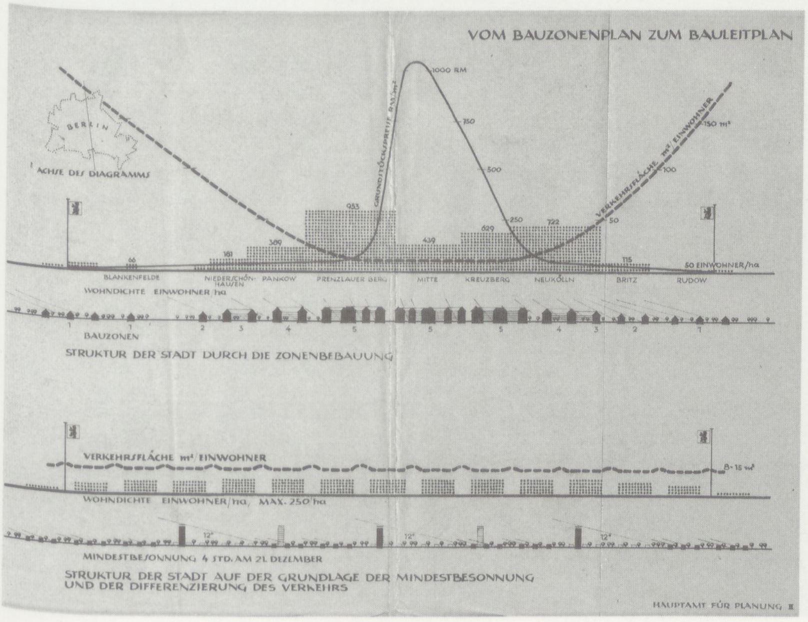
Planungskollektiv: Programm-Modell einer Stadtzelle mit 1000 Wohnungen = 4000 Einwohnern, max. 250 je ha ←B 16

Raumplanung zum ersten Mal auch ein „Programmodell einer Stadtzelle" als eine dreidimensionale Vorstellung für die „Dichtengleiche" der ganzen Stadt.

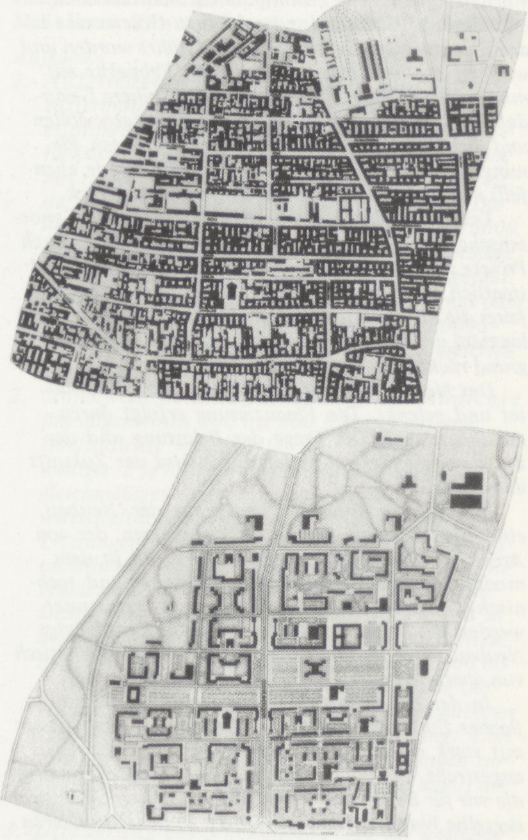
Als wir vor zwei Jahren das erste Mal für Berlin der räumlichen Gliederung die verschiedenen individuellen Lebensbedürfnisse und sozialen Aufgaben: der Versorgung, der kulturellen Einrichtungen, der sanitären Fürsorge, Wünsche der Verwaltung und der Pädagogen, örtliche Gegebenheiten aus Bestand und Lage mit dem Ziel der Dichtengleiche, Überschaubarkeit, Wohnruhe und Wohnreiz unterlegten, ahnten wir nicht, daß diese Gedanken, als Element von der englischen Gartenstadt formuliert, hier so rasch Anerkennung finden würden. ←L 14 →B 17

Die Verwendung des Begriffs Zelle will dabei nur als Maß verstanden sein. Auf die Ablehnung einer solchen Gliederung aus politischen Gründen dürfte der Hinweis auf seine Anwendung in USA, England (London), Polen (Warschau) genügen. In der Praxis werden eben doch „Lindenhof", „Bäkegrund", „Siemensstadt" und anderes das Maß ersetzen.

Auch hinsichtlich der Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen gehen Wunsch, Möglichkeit und Notwendigkeit noch sehr kraus durcheinander. So sind z.B. Theater außerordentlich empfindlich und ohne das notwendige Klima aus Schauspieler und Zuschauer lebensunfähig. Unabhängig von den zentralen Standorten erscheint uns eine Dezentralisation über die gegenwärtigen Standorte Spandau, Zehlendorf, Steglitz, Wedding, Friedrichshain, Neukölln hinaus nicht denkbar. Die Beurteilung dieser →L 15



Planungskollektiv (1946): Die alte und die neue Stadt im Vergleich ←B 18



Plan der ZOR für das Wohngebiet Muranów (1948) für 50.000 Einwohner. Das neue Wohngebiet soll auf der 3–4 Meter hohen Trümmerschicht des ehemaligen Warschauer Ghettos (oben Zustand 1938) entstehen

Zum Wiederaufbau von Warschau

Am **1.8.1944** begann im Ghetto von Warschau ein bewaffneter Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht. Etwa 150.000 Warschauer verloren während der 63 Tage seiner Dauer ihr Leben, der Rest der Bevölkerung wurde danach von den Deutschen aus der Stadt vertrieben. Noch während des Aufstandes begannen die Besatzungstruppen, den links der Weichsel liegenden Teil der Stadt systematisch zu sprengen und auszubrennen. Am **11.10.1944** erließ Hitler den Befehl zur *Neuen Polenpolitik*, der anordnete: *Warschau (ist) zu pazifizieren, d.h. Warschau (ist) noch während des Krieges dem Erdboden gleichzumachen.* Die deutschen Sprengkommandos arbeiteten daraufhin bis zum **16.1. 1945**, dem Tag der Befreiung, an der völligen Zerstörung der Stadt. Hitler hatte bereits einige Wochen zuvor im Reichstag erklärt, *daß Warschau nunmehr zu einem ausschließlich geographischen Punkt auf der Landkarte* geworden sei. Der Wiederaufbau Warschaus begann am **16.1.1945** mit der Vertreibung der Faschisten. →L 16

Als **1948** die Reparaturmaßnahmen von teilzerstörten Häusern abgeschlossen sind und mit der Errichtung von Neubaugebieten und der sorgfältigen Rekonstruktion der historisch bedeutenden Gebäude begonnen wird, besucht Hans Scharoun im **September 1948** Warschau. Der Wiederaufbauplan für die polnische Hauptstadt gleicht in vielem dem Berliner Kollektivplan. Scharoun notiert unter seinen Reiseeindrücken zur Planung der Wohngebiete:

→A 12 *Die Struktur der Wohnbezirke ist so gedacht, daß Blöcke zu Kolonien und Kolonien zu Siedlungen zusammengefaßt sind. Die Siedlungen sind die wichtigsten, gemeinsame Funktionen tragenden Organisationen mit 5–10 000 Einwohnern. Aus den Siedlungen bilden sich dann die übergeordneten Bezirke, die im Regelfall 50 000, aber auch mehr oder weniger Einwohner umfassen.*

Die Voraussetzung für jede vernünftige Gestaltung der Stadt, für eine vernünftige Strukturplanung, ist die Möglichkeit des freien Rückgriffs auf den Boden. Diese Frage ist generell und eindeutig in

Warschau gelöst. Das gesamte für die Stadtwirtschaft erforderliche Gelände ist durch einen Gesetzesakt in das Eigentum der Gemeinschaft überführt worden und wird an die betreffenden Stellen in Erbpacht auf mindestens 35 Jahre vergeben. Sofern frühere Geländebesitzer sich an der Aufbauarbeit beteiligen wollen und sich den Planungsabsichten der obersten Planungsbehörden fügen, erhalten sie ihr Gelände ebenfalls in Erbpacht gegen einen Symbol-Zins zurück.

Träger der Wohnungsbau-Absichten können Genossenschaften, Gemeinnützige Gesellschaften oder auch Private sein. Die ausführenden Baugesellschaften sind staatlich, genossenschaftlich oder privat, wobei anfangs die Privat-Initiative den Vorrang hatte, jetzt aber langsam die staatlichen Gesellschaften in den Vordergrund rücken.

Das Material wird zu ca. 90 % staatlich verwaltet und gelenkt. Die Finanzierung erfolgt durch die Staatskasse. Die Frage der Belastung und der Beteiligung anderer Kapitalsträger wird der Zukunft überlassen. (. . .)

Besonderem Interesse begegnete der Neubau einer Siedlung von etwa 1200 Wohnungen, der von Architekt Syrkus durchgeführt wird und in dem modernste Erfahrungen sozial-politischer und technisch-konstruktiver Art erprobt und angewendet werden. Es entstehen in dieser Siedlung großzügige Neubauten, die in funktioneller Hinsicht und ästhetisch von überzeugender Frische und Konsequenz sind. ←A 13

In den Wohnvierteln ist die gesunde Mischung flacher Einfamilienhäuser, Reihenhäuser, Hochhäuser mit stark organisierten Wohnungen usw. ebenfalls angestrebt, allerdings nicht in der konsequenten Form, die wir für Berlin verlangten, indem in allen Gegenden derselbe Wohnreiz erzeugt werden sollte. Die anderen natürlichen Gegebenheiten, das beschränktere Maß und andere Gründe zwangen in Warschau vielleicht nicht zu dieser letzten Konsequenz. Hier sind die der City näheren Gebiete mehr mit Klein-Wohnungen, mehr mit Wohnungen für weniger Kinderreiche ausgestattet, während die Bezirke mit einem höheren Prozentsatz an Wohnungen für Kinderreiche und mit größeren Gartenflächen in die weitere Umgebung hinaus verlagert wurden.

Frage wird uns das Schloßpark-Theater Steglitz als Prüffeld sichtbar erleichtern.

Neben Unterteilungen aus den Bebauungsweisen (Gruppe, Zeile) besteht die kleinste Versorgungs-, Energie- und Verwaltungseinheit aus 1000 Wohnungen gleich 4000 Einwohnern mit einer Quellfähigkeit ihrer zentralen Anlagen für 5000 Einwohner, die Mittelzelle das Vierfache = 16 000 oder 20 000, die Großzelle das Achtfache = 65 000 oder 80 000 Einwohner.

Der Bebauungsweise ist die sozialhygienische Forderung einer Mindestbesonnung bei einer Höchstsiedlungsdichte von 250 Menschen je Hektar = 60 Wohnungen je Hektar und eine Mindestsiedlungsdichte aus wirtschaftlichen Gründen von 60 Menschen je Hektar = 15 Wohnungen je Hektar und die Festlegung einer Mindestwohnfläche je Bewohner als regulierendes Prinzip zugrunde zu legen. Die Struktur der Wohnungen entspricht der Struktur der menschlichen Verbindungen. Diese Bebauungsweise löst die drei bis fünfgeschossige Randvermauerung des Stadtraumes durch Wohnbauten nach der Bauzonenhöchstbebauung durch gleichmäßig verteilte Erdgeschoßbauten im Grün der Wohnwege und Gärten und hohe, in großen Abständen verteilte Geschoßbauten ab. Sie sind in überschaubaren, vom Durchgangsverkehr freien Gebieten zusammengefaßt mit den mehr oder weniger sichtbaren Kreisen der Ergänzungen des Nahbedarfs: Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Kinos, Ärzte, ausgestattet. . . .

Gerade beim Umbau vorhandener Wohnstandorte hat Berlin günstigste Voraussetzungen. Für die Gestaltung dienen uns als Ausgangspunkt die geographischen Gegebenheiten und die geschichtlich gegliederten Stadtteile mit ihren etwa 1 bis 1,5 km Abstand haltenden Versorgungslinsen in der Innenzone und den etwa fünfzig Dorfkernen in der Außenzone. . . .

Eine solche Durchgliederung auf der Grundlage abgegrenzter Energieeinheiten hat großen Einfluß auf den Ausgleich des extrem dünn und extrem dicht besiedelten Stadtraumes und auf die Transporte zur Folge. Er bedeutet nicht Auflösung der Stadt, sondern ist ein echter Beitrag zur Dichtengleiche.

Die Stadt beginnt nicht mehr mit Lauben, um nach der Stadtmitte mit ihren hochverdichteten Zonen am anderen Ende wieder mit Lauben aufzuhören. Sie kann mit hohen Apartmenthäusern neben in Grün gebetteten Erdgeschoßhäusern in Zehlendorf wie in Grünau, in Spandau und Weißensee beginnen und enden.

Ausstellung der Planung für Friedrichshain und eine Wohnzelle um den Traveplatz ←B 19

4.1.2 Die Wohnzelle Friedrichshain

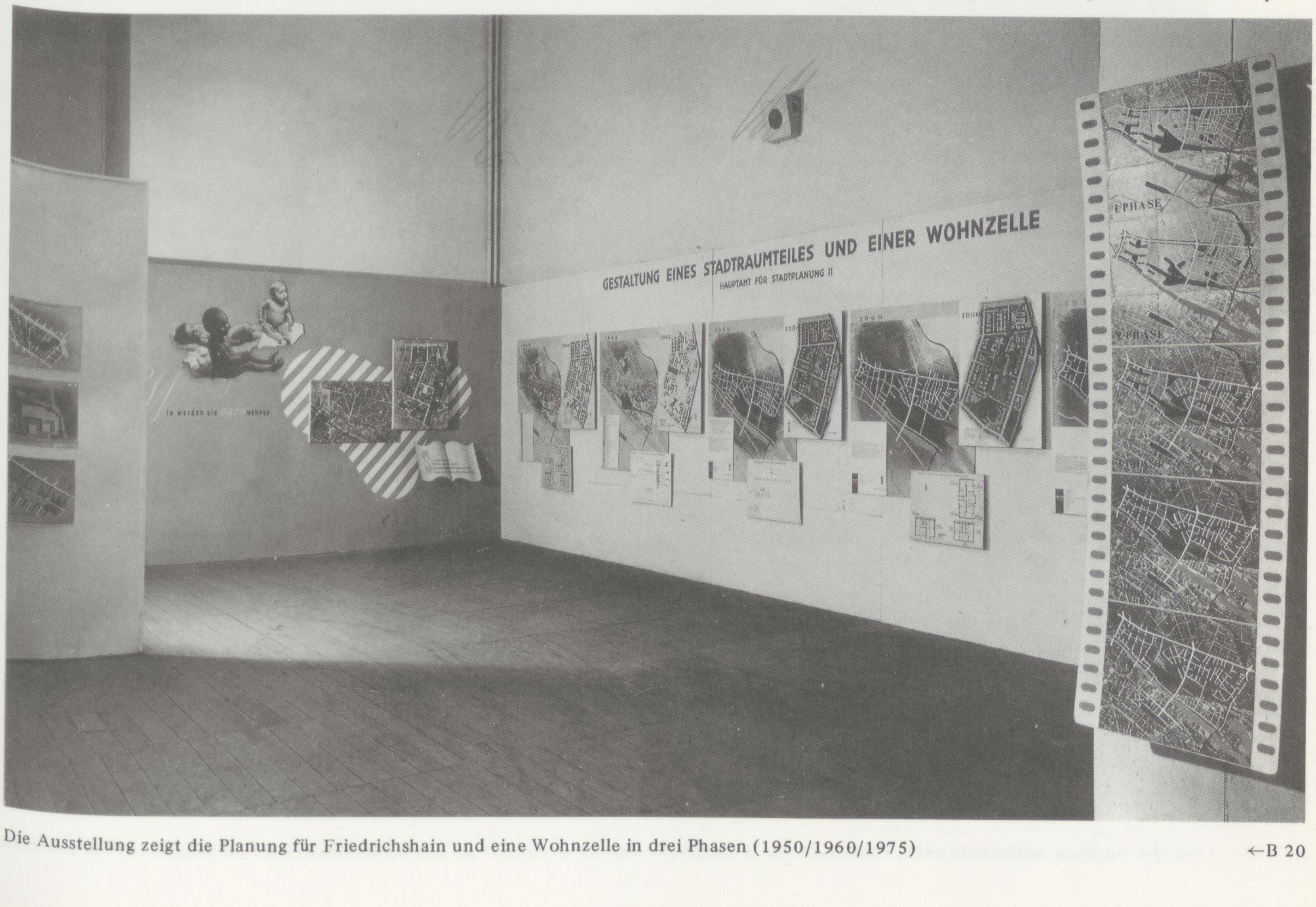
Nach der am **5.12.1948** nur in den Westsektoren durchgeführten Wahl und der Bildung eines zweiten Magistrats wird das Hauptamt für Planung II zur obersten Planungsinstanz des Magistrats im sowjetischen Sektor, deren Vorgesetzter der neuernannte Magistratsbaudirektor Heinrich Starck ist. ←S.281 Das Arbeitsprogramm, das sich das Hauptplanungsamt stellt, dient dazu, möglichst schnell zu Maßnahmen des praktischen Wiederaufbaus zu kommen: Ziel ist ein Raumordnungsplan, die Gliederung in Zelleneinheiten, die Senkung der Wohndichte auf 250–350 Personen/ha und die Abstufung des Verkehrsnetzes in Durchgangs-, Erschließungs- und Wohnstraßen sowie Wohnwege. Innerhalb der Zellen müssen die Standorte für soziale und kulturelle Einrichtungen nachgewiesen werden. Das Arbeitsprogramm zur *Maßnahme Raumordnungsplan* sieht die Erarbeitung von zwei Planfolgen vor. ←A 15 Die Planfolge A ist der vorläufige Raumordnungsplan eines Bezirks mit Bestandsermittlung und Gestaltungsvorschlägen für die Lage von Grünflächen, Schulen, Krankenhäusern, U-Bahnen usw. Die Planfolge B soll die Gestaltung einer Wohnzelle in drei Entwicklungsphasen (bis **1950**, **1960** und **1975**) zeigen. Als Bezirk, auf den sich die Planung bezieht, wird Friedrichshain ausgewählt, der Standort der ersten Wohnzelle soll an der Frankfurter Allee liegen, unmittelbar an den S-Bahnring angrenzend. Die Ergebnisse dieses Arbeitsprogramms, die Pläne zur *Gestaltung eines Stadtraumteiles und einer Wohnzelle*, werden der Öffentlichkeit in Form einer Ausstellung vorgestellt. Die Ausstellung ist durch Fotografien belegt, Ort und Zeit dieser Ausstellung können wir auf Grund des uns zur Verfügung stehenden Materials jedoch nicht genau bestimmen. Die ausgestellten Pläne werden im **Oktober 1949** in der Zeitschrift „Demokratischer Aufbau“ wiedergegeben, und eine genaue Beschreibung der Planung veröffentlicht Heinrich Starck unter dem Titel *Berlin plant und baut* im **November 1949** in der Zeitschrift „Bauplanung und Bautechnik“:

Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Stadtplanung ist (. . .) die Schaffung gesunder Wohnungen und eine bessere Bevölkerungsverteilung. Als Grundsatz muß eine völlig gleichmäßige Verteilung der Bevölkerung über das ganze Stadtgebiet aufgestellt werden. Dem Westen unserer Stadt muß man den Vorrang nehmen. Nicht mehr als 250 bis 300 Menschen sollen auf ←L 17

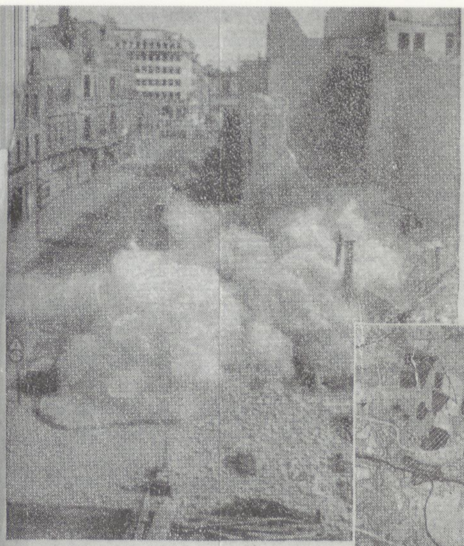
Hauptamt für Stadtplanung:
→A 14 **Maßnahme: Raumordnungsplan / Arbeitsprogramm**

Aufgabe:

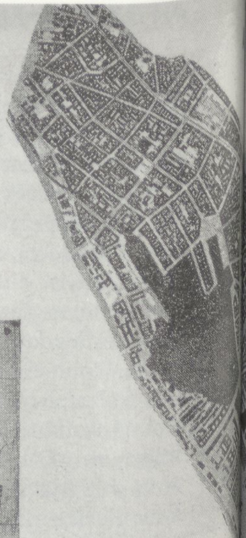
1. *Aufgliederung in überschaubare, auf Fußgängerentfernung abgestellte Zelleneinheiten mit den erforderlichen Nahbedarfseinrichtungen unter Berücksichtigung übergeordneter Lagebeziehungen mit rd. 4000 Einwohnern und eine Quellfähigkeit der zentralen Anlagen auf 5000 Einwohner. Die 4000-Zellen werden in einer Mittelzelle von 16000 bzw. 20000 Einwohnern als tragfähige Grundlage weiterer zentraler Einrichtungen zusammengefaßt. Weitere Zusammenfassungen organisatorischer oder räumlicher Art mit etwa 65000 bzw. 80000 Einwohnern sind von den örtlichen Gegebenheiten abhängig.*
2. *Stufenweise Senkung der bisherigen Wohndichte (im allgemeinen 500 bis 800 E je ha) auf eine Höchstdichte von 350 bis 300 bzw. 250 und weniger E je ha mit dem Ziel einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung. Zur wirtschaftlichen Anwendung (kurze Wege und Leistungen) zentraler, kultureller und versorgungstechnischer Anlagen ist andererseits eine bauliche Mindestdichte notwendig. Deshalb sollten die Dichten aufgelockerter Bauweise, vorwiegend in den Außenbezirken, 60 E/ha nicht unterschreiten. Ergänzung der hieraus folgenden zwischen 100 bis 250 qm großen Hausgärten durch hausnahe Gärten in zusammenhängenden Flächen unbebaubaren Landes und Zellentrennstreifen (Berieselung). Dies sind notwendige strukturelle Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der Wohngleiche und damit des gleichen Wohnreizes.*
3. *Gliederung des Verkehrsnetzes der bestehenden Straßen entsprechend den Aufgaben des Raumes und Trennung des Fahrverkehrs vom Fußgängerverkehr in*
   a) *Durchgangsstraßen und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit durch Reduzierung der Kreuzungen und Sperrungen von Querstraßen.*
   Bemessung: Im Mittel 3 Fahrspuren (2,50–3,00 m) in jeder Richtung, falls möglich, Trennung der Richtungen durch Mittelstreifen.



Die Ausstellung zeigt die Planung für Friedrichshain und eine Wohnzelle in drei Phasen (1950/1960/1975) ←B 20

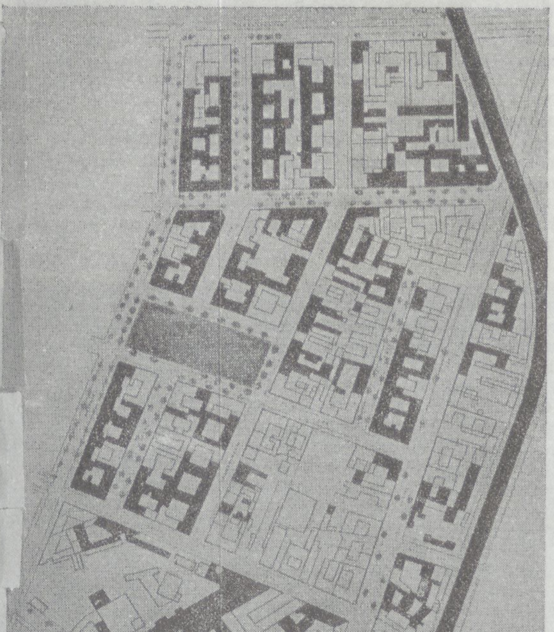


Rechts: **A:** Darstellung eines Teiles des Bezirks Friedrichshain zwischen Frankfurter Allee und Spree mit der alten dichten Bebauung vor den Kriegszerstörungen. Unübersichtliches Netz von Straßen für jede Verkehrsart ● **B:** Übersicht über den Südteil des Bezirks. Hervorgehoben ist das alte Straßennetz, wobei zahlreiche Seitenstraßen bereits von den Verkehrsstraßen abgeriegelt werden. Zwei Straßenzüge erhalten den Charakter von übergeordneten Straßen für den Durchgangsverkehr ● **C:** Übersicht über den Südteil des Bezirks nach der Aufgliederung in Wohnzellen mit je durchschnittlich 5000 Einwohnern und abgeschlossener Umwandlung des Verkehrsstraßennetzes. Die Mitte der Wohnzellen ist frei vom Durchgangsverkehr. Die Wohnstraßen für den reinen Anliegerverkehr münden in Sammelstraßen, die den Verkehr auf die Durchgangsstraßen leiten.



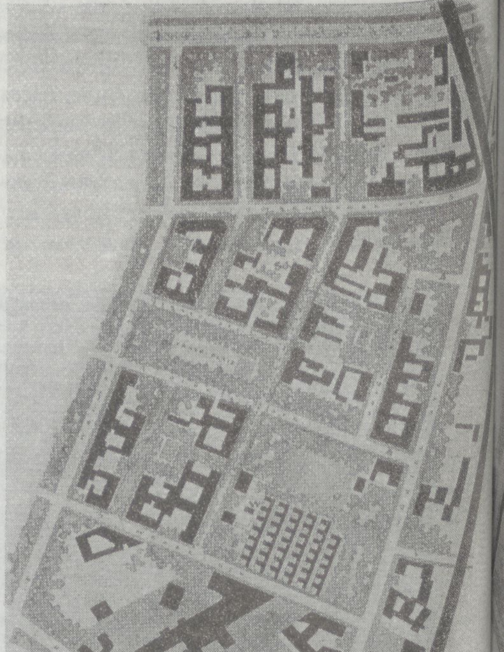
Die breite Schraffur innerhalb des Raumes der Ringbahn zeigt die von Osten nach Westen sich erstreckende Zone der zentralen Verwaltung und Arbeitsstätten (City). Dazu das Gerippe der übergeordneten Straßen für den Durchgangsverkehr, im wesentlichen ebenfalls von Osten nach Westen verlaufend, parallel zum Cityband und zum Lauf der Spree mit nord - süd verlaufenden Querverbindungen.

ZUM



◄ **1945:**

Ausschnitt aus dem Plan des Bezirks Friedrichshain von der Größe einer geplanten Wohnzelle mit 1500 Haushaltungen (5000 Einwohner). Schwarz: Die nach den Kriegszerstörungen erhaltene Bebauung.

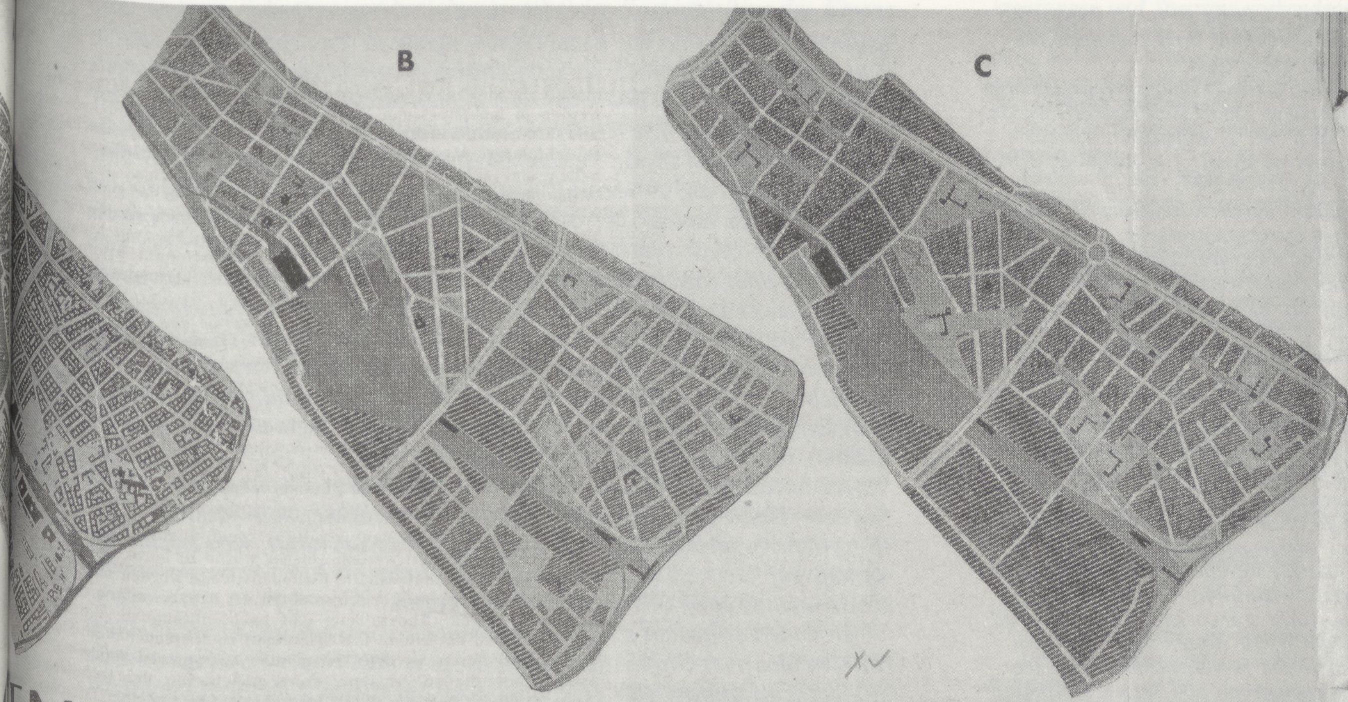


ERSTE PHASE: ►

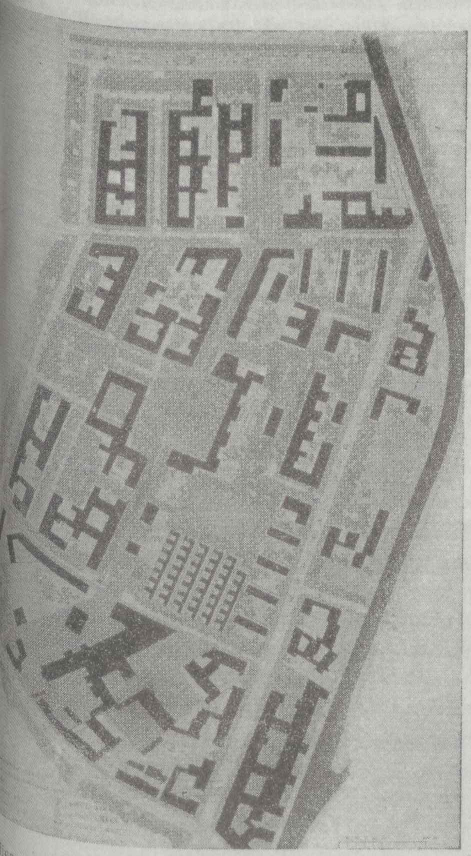
Die zerstörten Gebäude sind abgetragen, die freigewordenen Flächen begrünt. Der Neuaufbau von L-förmigen Wohnhäusern in Flachbauweise hat begonnen. Teile von Straßen innerhalb der Wohnzelle sind dem Verkehr entzogen, um den Durchgangsverkehr mitten durch die Wohnzelle unmöglich zu machen.

1. Berlin bleibt die Hauptstadt eines einheitlichen demokratischen Deutschlands und Regierungssitz.
2. Es ist eine Stadt der Arbeit mit beachtlicher Leicht- und Elektroindustrie. Sie ist zugleich Handelszentrum.
3. Die Stadt soll 3,5 Millionen Einwohner fassen, der Plan sieht jedoch Erweiterungsmöglichkeiten vor.
4. Der Aufbau Berlins wird nur dann erfolgreich vor sich gehen, wenn dem Vorhaben exakte Wirtschaftspläne und eine planwirtschaftliche Bautätigkeit zugrunde liegen.

Nachdem diese Basis festgelegt war, galt es, die Grundsätze, nach denen die neue Stadt entwickelt werden soll, zu erarbeiten. Entsprechend dem neuen Plan wird Berlin dezentralisiert, Kultur- und Gesundheitsbauten sowie die technische Versorgung werden über die ganze Stadt verteilt, teils werden die alten Ortskerne wieder ihre Bedeutung als Kultur- und Verwaltungsmittelpunkte erhalten, teils müssen neue geschaffen werden. Die Verteilung der Bevölkerung soll über ganz Berlin gleichmäßig erfolgen und im Durchschnitt 250 bis 300 Menschen je Hektar vorsehen. Die Stadt wird sich, ihrer natürlichen Lage entsprechend, dem Urstromtal der Spree und Havel folgend, bandförmig von Osten nach Westen entwickeln. Diese Entwicklung ist schon bis zu einem gewissen Grade sichtbar. Es gibt in Berlin drei Arbeitsstättenbänder, die aber oft noch unterbrochen sind, so z. B. von Wildau nach Rummelsburg, vom Schlesischen Bahnhof über das Zentrum — wenn man von der Lücke des Tiergartens absieht — bis Charlottenburg und ein drittes Band an der Havel in Spandau, das seine Verlängerung in Hennigsdorf und Oranienburg findet. Die Unterbrechungen



[G]ENERALBEBAUUNGSPLAN BERLINS



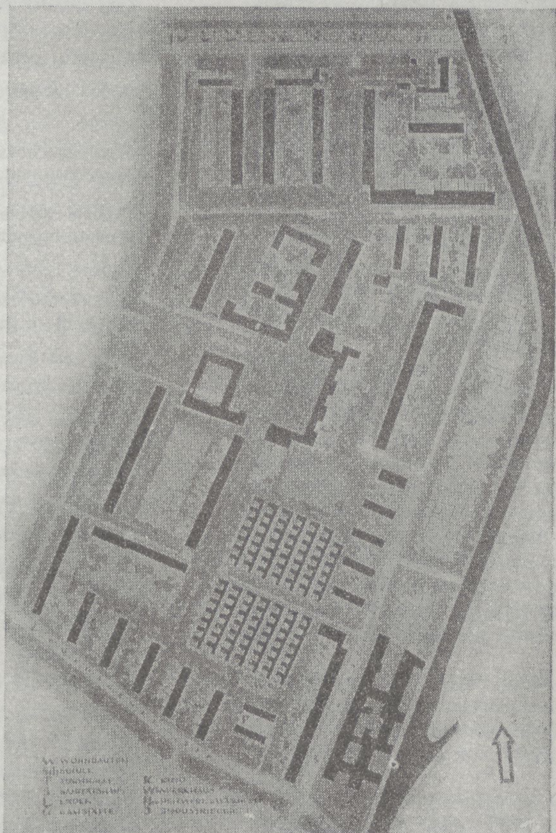
◂ ZWEITE PHASE:

Die Umwandlung des Straßennetzes ist abgeschlossen. Die Bereinigung der Alt- und Neubauten von Wohnlücken ist fortgesetzt worden. In der Mitte der Wohnzelle, zu Fuß erreichbar, ohne eine Fahrstraße überqueren zu müssen, liegen Schule, Sportplatz, Kino, Klubhaus, Bibliothek, Ladenbauten und andere zentrale Einrichtungen für die Wohnzelle.

Aufn.: Kolbe (10), Diedrich (1), PIA (1), Illus (1)
Zeichnung: Riegenring

DRITTE PHASE: ▸

Nur ein kleiner Teil der alten Bebauung bleibt erhalten. Überwiegend sind an die Stelle der alten Bebauung Neubauten errichtet: In Flachbauweise für Familien mit Kindern, in Mehrgeschoßbauten für Familien mit erwachsenen Kindern oder kinderlose Ehepaare, in Vielgeschoßbauten, bei entsprechend größerem Abstand untereinander, Kleinwohnungen für Alleinstehende.

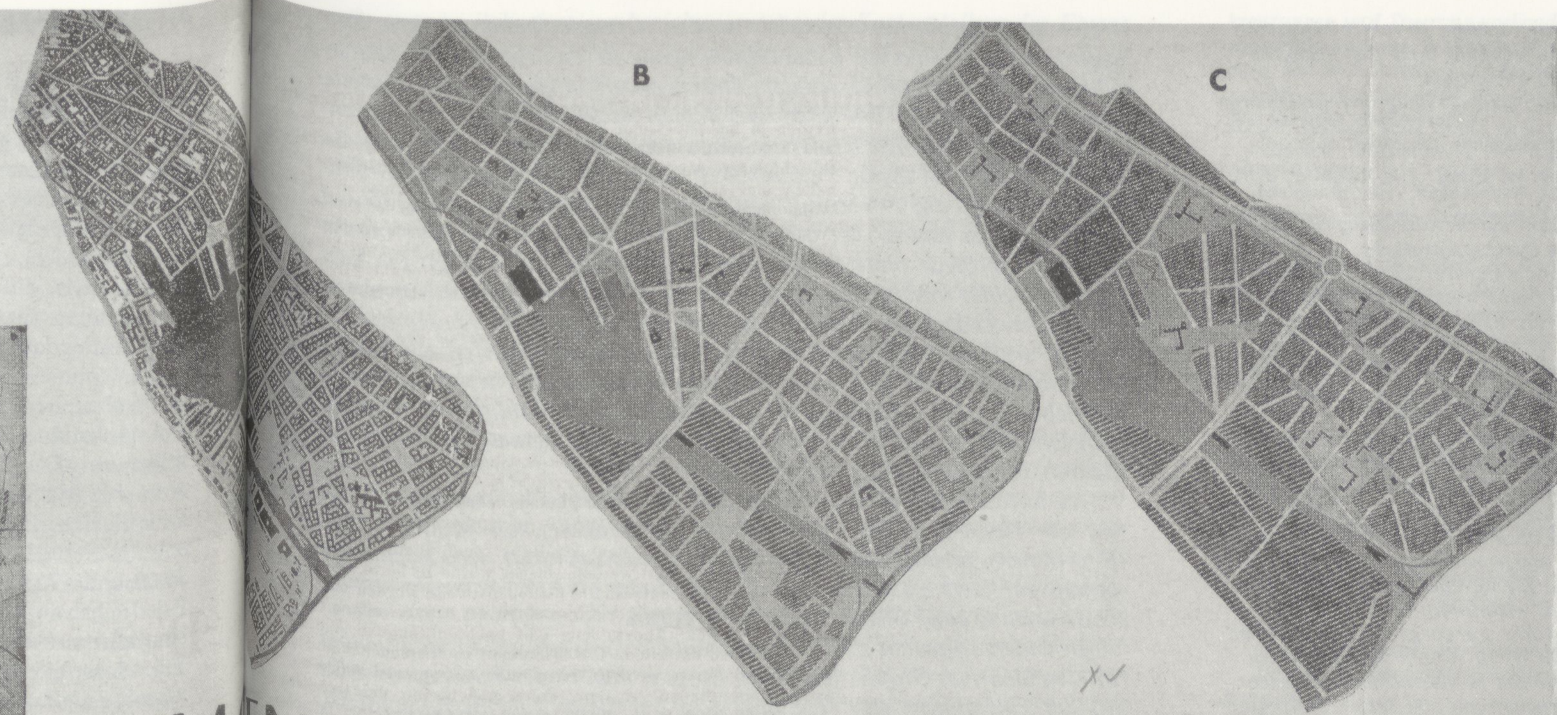


dieser Bänder sollen in Zukunft durch Schaffung neuer Arbeitsstätten geschlossen, die Wohngebiete parallel dazu angelegt, durch einen Grünstreifen voneinander getrennt und dem arbeitenden Menschen die Möglichkeit gegeben werden, in kurzer Zeit, in etwa halbstündigem Fußmarsch, seine Arbeitsstätte zu erreichen.
Der bisherige Verkehr weist drei Hauptfehler auf: 1. Fehlen von Verbindungen zwischen den einzelnen Straßennetzen, 2. Zusammenfließen aller Ausfallstraßen an einem Punkt in der Innenstadt, 3. Zusammenfallen des Nah- und Durchgangsverkehrs in fast allen Straßen. Um hier eine grundlegende Änderung zu schaffen, ist beabsichtigt, zwei städtische Schnellstraßen in ost-westlicher Richtung, teils auf vorhandenen Verkehrsstraßen und teils mittels neuer Durchbrüche anzulegen und diese beiden Schnellverkehrsstraßen durch Querstraßen

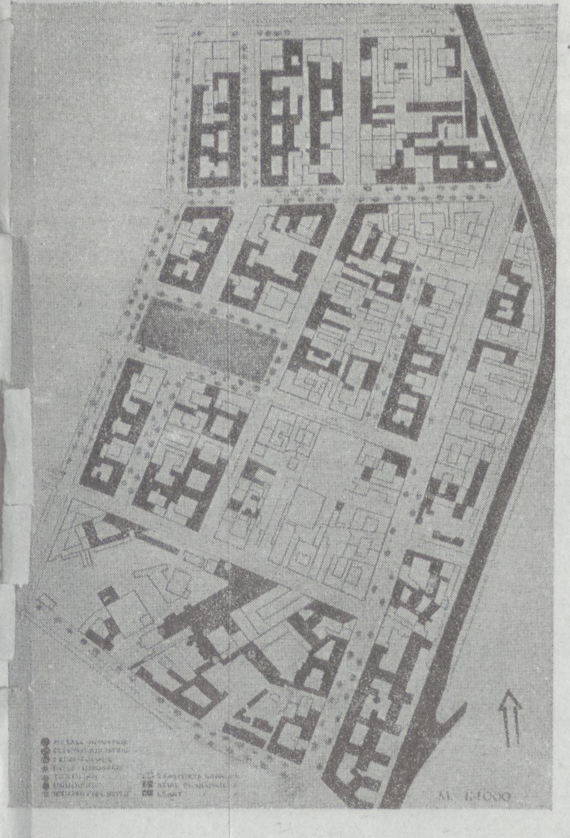
Darstellung der Bezirksplanung für Friedrichshain und die Wohnzelle um den Traveplatz in der Zeitschrift „Demokratischer Aufbau" ←B 21

Rechts: **A:** Darstellung eines Teiles des Bezirks Friedrichshain zwischen Frankfurter Allee und Spree mit der alten dichten Bebauung vor den Kriegszerstörungen. Unübersichtliches Netz von Straßen für jede Verkehrsart ● **B:** Übersicht über den Südteil des Bezirks. Hervorgehoben ist das alte Straßennetz, wobei zahlreiche Seitenstraßen bereits von den Verkehrsstraßen abgeriegelt werden. Zwei Straßenzüge erhalten den Charakter von übergeordneten Straßen für den Durchgangsverkehr ● **C:** Übersicht über den Südteil des Bezirks nach der Aufgliederung in Wohnzellen mit je durchschnittlich 5000 Einwohnern und abgeschlossener Umwandlung des Verkehrsstraßennetzes. Die Mitte der Wohnzellen ist frei vom Durchgangsverkehr. Die Wohnstraßen für den reinen Anliegerverkehr münden in Sammelstraßen, die den Verkehr auf die Durchgangsstraßen leiten.

Die breite Schraffur innerhalb des Raumes der Ringbahn zeigt die von Osten nach Westen sich erstreckende Zone der zentralen Verwaltung und Arbeitsstätten (City). Dazu das Gerippe der übergeordneten Straßen für den Durchgangsverkehr, im wesentlichen ebenfalls von Osten nach Westen verlaufend, parallel zum Cityband und zum Lauf der Spree mit nord-süd verlaufenden Querverbindungen.

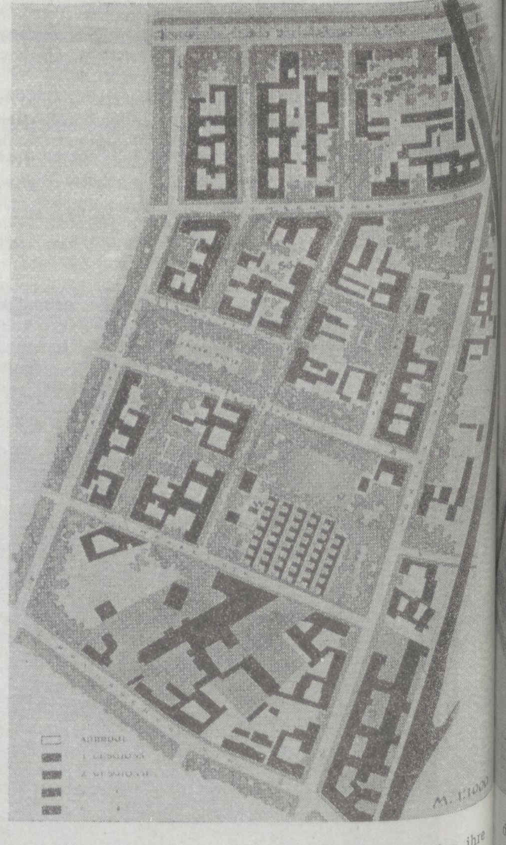


ZUM ENERALBEBAUUNGSPLAN BERLINS



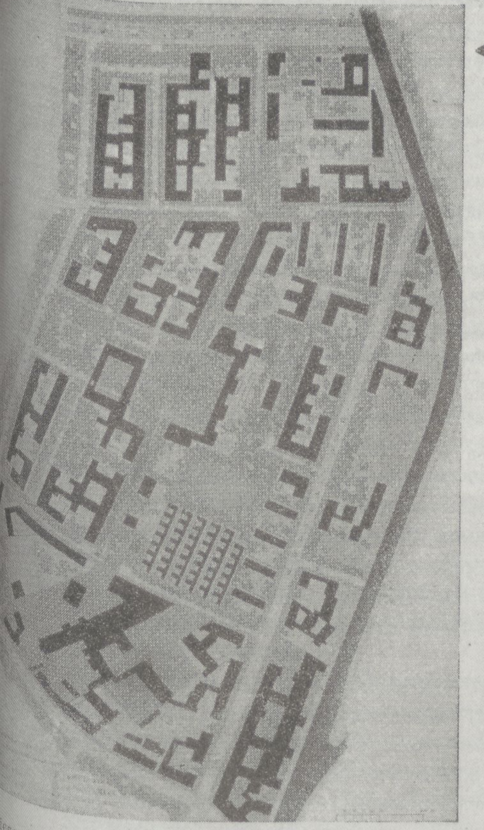
◄ 1945:

Ausschnitt aus dem Plan des Bezirks Friedrichshain von der Größe einer geplanten Wohnzelle mit 1500 Haushaltungen (5000 Einwohner). Schwarz: Die nach den Kriegszerstörungen erhaltene Bebauung.



ERSTE PHASE: ►

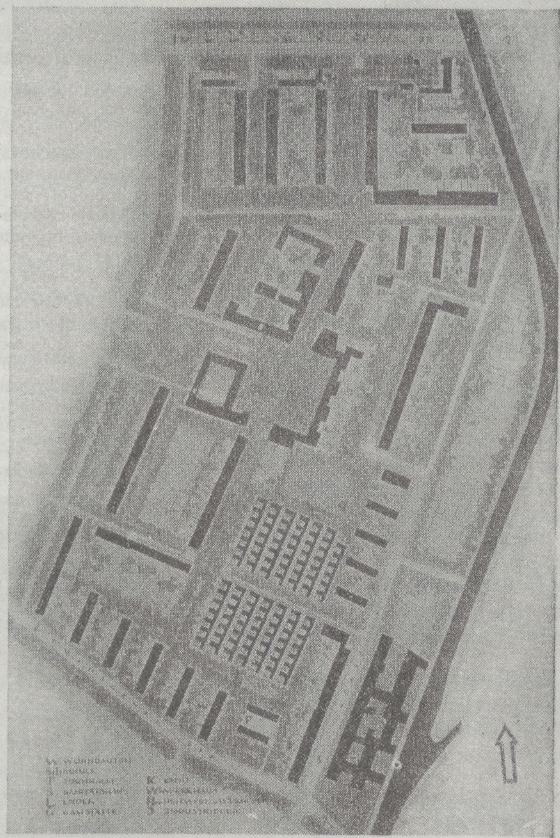
Die zerstörten Gebäude sind abgetragen, die freigewordenen Flächen begrünt. Der Neuaufbau von L-förmigen Wohnhäusern in Flachbauweise hat begonnen. Teile von Straßen innerhalb der Wohnzelle sind dem Verkehr entzogen, um den Durchgangsverkehr mitten durch die Wohnzelle unmöglich zu machen.



◄ ZWEITE PHASE:

Die Umwandlung des Straßennetzes ist abgeschlossen. Die Bereinigung der Alt- und Neubauten von Wohnlücken ist fortgesetzt worden. In der Mitte der Wohnzelle, zu Fuß erreichbar, ohne eine Fahrstraße überqueren zu müssen, liegen Schule, Sportplatz, Kino, Klubhaus, Bibliothek, Ladenbauten und andere zentrale Einrichtungen für die Wohnzelle.

Aufn.: Kolbe (10), Diedrich (1), PIA (1), Illus (1) Zeichnung: Riegenring



DRITTE PHASE: ►

Nur ein kleiner Teil der alten Bebauung bleibt erhalten. Überwiegend sind an die Stelle der alten Bebauung Neubauten errichtet: In Flachbauweise für Familien mit Kindern, in Mehrgeschoßbauten für Familien mit erwachsenen Kindern oder kinderlose Ehepaare, in Vielgeschoßbauten, bei entsprechend größerem Abstand untereinander, Kleinwohnungen für Alleinstehende.

1. Berlin bleibt die Hauptstadt eines einheitlichen demokratischen Deutschlands und Regierungssitz.
2. Es ist eine Stadt der Arbeit mit beachtlicher Leicht- und Elektroindustrie. Sie ist zugleich Handelszentrum.
3. Die Stadt soll 3,5 Millionen Einwohner fassen, der Plan sieht jedoch Erweiterungsmöglichkeiten vor.
4. Der Aufbau Berlins wird nur dann erfolgreich vor sich gehen, wenn dem Vorhaben exakte Wirtschaftspläne und eine planwirtschaftliche Bautätigkeit zugrunde liegen.

Nachdem diese Basis festgelegt war, galt es, die Grundsätze, nach denen die neue Stadt entwickelt werden soll, zu erarbeiten. Entsprechend dem neuen Plan wird Berlin dezentralisiert, Kultur- und Gesundheitsbauten sowie die technische Versorgung werden über die ganze Stadt verteilt, teils werden die alten Ortskerne wieder ihre Bedeutung als Kultur- und Verwaltungsmittelpunkte erhalten, teils müssen neue geschaffen werden. Die Verteilung der Bevölkerung soll über ganz Berlin gleichmäßig erfolgen und im Durchschnitt 250 bis 300 Menschen je Hektar vorsehen. Die Stadt wird sich, ihrer natürlichen Lage entsprechend, dem Urstromtal der Spree und Havel folgend, bandförmig von Osten nach Westen entwickeln. Diese Entwicklung ist schon bis zu einem gewissen Grade sichtbar. Es gibt in Berlin drei Arbeitsstättenbänder, die aber oft noch unterbrochen sind, so z. B. von Wildau nach Rummelsburg, vom Schlesischen Bahnhof über das Zentrum — wenn man von der Lücke des Tiergartens absieht — bis Charlottenburg und ein drittes Band an der Havel in Spandau, das seine Verlängerung in Hennigsdorf und Oranienburg findet. Die Unterbrechungen dieser Bänder sollen in Zukunft durch Schaffung neuer Arbeitsstätten geschlossen, die Wohngebiete parallel dazu angelegt, durch einen Grünstreifen voneinander getrennt und dem arbeitenden Menschen die Möglichkeit gegeben werden, in kurzer Zeit, in etwa halbstündigem Fußmarsch, seine Arbeitsstätte zu erreichen.

Der bisherige Verkehr weist drei Hauptfehler auf: 1. Fehlen von Verbindungen zwischen den einzelnen Straßennetzen, 2. Zusammenfließen aller Ausfallstraßen an einem Punkt in der Innenstadt, 3. Zusammenfallen des Nah- und Durchgangsverkehrs in fast allen Straßen. Um hier eine grundlegende Änderung zu schaffen, ist beabsichtigt, zwei städtische Schnellstraßen in ost-westlicher Richtung, teils auf vorhandenen Verkehrsstraßen und teils mittels neuer Durchbrüche anzulegen und diese beiden Schnellverkehrsstraßen durch Querstraßen

Darstellung der Bezirksplanung für Friedrichshain und die Wohnzelle um den Traveplatz in der Zeitschrift „Demokratischer Aufbau" ←B 21

b) Bezirkliche und örtliche Erschließungsstraßen und Einschränkung ihres Durchgangsverkehrs, evtl. als Endstraßen.
Bemessung: Endende Hauptorterschließungsstraßen nicht über 750 m Tiefe (Länge), Wenderaum für LKW mit 2 Anhängern, Radius = 9,4 m, Spuren im Mittel: 2 je Richtung, evtl. trennen.
c) Wohnstraßen durch Ausbildung als Endstraßen ohne Durchgangsverkehr.
Bemessung: Nicht über 250 m Tiefe (Länge), 3 Spuren insgesamt, Wenderaum Radius = 9,4 m.
d) Wohnwege als Verbindung von Fahrstraße zum Haus.
Bemessung: Nicht über 75–80 m Länge, Breite je nach Belastung max. 2,50 m bei 300 E/ha bis 1,75 m bei 50 E/ha.

4. In jeder Zellengliederung sind auf vorhandene räumliche und bauliche Gegebenheiten aufbauend die Standorte des Nahbedarfs leicht gefahrlos erreichbar vorzusehen. Sie enthalten: Läden und Handwerker für etwa 60 Einzelbetriebe allgemein im Zellenkern. Massennahrungsmittelvertrieb evtl. filialverteilt (das gilt auch bei genossenschaftlicher Wirtschaftsweise – Konsum).

Für die sanitäre Fürsorge soll jede Zelle ein Sanitätshaus mit 4–10 Ärzten und 10 Betten erhalten. Ihm folgen in verschiedenen Ebenen: Sofort-Krankenhäuser mit 100 Betten, Hauptkrankenhäuser mit 1000 Betten (Sonder- und Zentralanstalten, übergeordnete Planung).

Die notwendigen Schulen sind 2zügig mit 8 Klassen und ca. 30 Kindern = 480 bis 500 Gesamtzahl, entsprechend 10 % der Bevölkerung = 4000 bis 5000 Einwohner, vorzusehen. In Verbindung mit den Schulen, aber auch verteilt, sind Kindergärten und Kinderhorte anzulegen.

Weitere kulturelle Einrichtungen sind die Volksbibliothek, Ausstellungsräume, Jugend- und Erwachsenen-Klubhäuser und Kinos. Die Kinos sind möglichst ihrer Bedeutung entsprechend baulich freizulegen, Hauptausgänge von Durchgangsstraßen zu entfernen. Lage an Kreuzungen vermeiden bzw. korrigieren.

Sportanlagen: Bezirkssportplätze entsprechend der übergeordneten Planung, örtliche Sportplatzanlagen an vorhandene anschließen und evtl. ergänzende Neuplanungen.

Raumordnung: Fließe freilegen, Verbindung von Forst und Park zu Hauptgrünzügen entsprechend übergeordneter Planung. In dieses System sind die Zellenabgrenzungen und vorhandene oder herzustellende räumliche Verbindungen der Zellenkerne benachbarter Zellen mit zusammenhängenden Spazierwegen einzufügen. Vorschläge und Verfolgung von Möglichkeiten mit dem Grundstücksamt in raumpolitischer Hinsicht zur notwendigen Ergänzung für bauliche Anlagen oder Freiflächen, bestehender Anlagen wie auch Reservierung von Grund und Boden günstiger Lage für Neuanlagen.

Weitere Arbeitsunterlagen über Begriffsbestimmungen, Wohnungsstruktur, Wohnungsbedarfsverlauf, Schulen, Krankenhäuser, die evtl. zu einer Fibel zusammengefaßt werden können, folgen.

Der inhaltlichen Bestimmung folgt die Auflistung der Arbeitsschritte. **1949** sollen zwei Planfolgen erstellt werden: zunächst ein vorläufiger Raumordnungsplan eines Stadtbezirks, der sowohl Bestandsermittlung wie Gestaltung enthält, dann eine zweite Planfolge, die die Gestaltung einer Zelle als Modell in drei Phasen zeigen soll. Die zweite Planfolge wird detailliert beschrieben:

Als Grundlage dient der Raumordnungsplan. Zur zeitlichen Kennzeichnung der möglichen baulichen Entwicklung einer Zelle sind 3 Phasen angenommen. Sie geben zugleich Anhaltspunkte für den zeitlichen und räumlichen Verlauf der Enttrümmerung und Aufforstung. ←A 16

1. Phase 1950:
Steigerung der Leistungsfähigkeit der Straßen mit Durchgangsverkehr durch Reduzierung der Straßen-

1 Hektar Bodenfläche angesiedelt werden. Oftmals finden wir kein Entgegenkommen, wenn wir keine Genehmigung für den Aufbau von Hinterhäusern, die zerstört sind, erteilen, und trotzdem scheint das die wichtigste Frage unserer Stadt. Vor über zwei Jahren hatte ich einmal eine Zusammenkunft von etwa 130 Grundstücksbesitzern eines Straßenzuges im Osten unserer Stadt. Auf dieser Versammlung wurde von den Haus- und Grundstücksbesitzern die Forderung erhoben, möglichst viel auf wenig Grund und Boden zu bauen. Mit diesen Kräften werden wir keine hygienische Stadt, keine Stadt ohne Seuchen, ohne Wohnungselend bauen. Für kein anderes Gebiet unserer ganzen Stadtplanung als gerade für das Wohnen ist es so notwendig, den Neubau aus der privaten Hand herauszunehmen. Unsere neu zu schaffenden Wohngebiete in den zerstörten Stadtteilen werden im Rahmen unserer Investitionspläne durch die volkseigenen Betriebe für die städtischen bzw. volkseigenen Wohnungsgesellschaften aufgebaut. Mehr und mehr wird der private Wohnungsbau sich auf kleine Bauten, Einfamilienhäuser, erstrecken.

Als unterste, verwaltungsmäßige Einheit in unseren Wohngebieten sehen wir die Wohnzelle. Sie wird in der Größenordnung von 4000 bis 5000 Einwohnern gebaut. Diese Zahl wurde von uns gewählt, weil erfahrungsgemäß auf etwa 5000 Einwohner 500 Kinder (= 10 %) kommen, die die Unterhaltung einer Grundschule rechtfertigen.

In anderen Staaten spricht man ebenfalls von Wohnzellen, und sie sind in verschiedenen Größen festgelegt. So geht man in der Schweiz von etwa 10 000 Einwohnern aus. Man muß aber bei dieser Zahl berücksichtigen, daß die Städte in der Schweiz in den Tälern zwischen hohen Bergen liegen, räumlich also viel enger gebaut sein werden als unsere Stadt. In Warschau dagegen hat man die Wohnzelle mit 2000 Einwohnern festgelegt. Die Erklärung für diese Festlegung ist ziemlich einfach. Polen hat durch den Krieg Millionen seiner Einwohner eingebüßt. Es ist ein dünnbesiedeltes Land, und da Warschau fast völlig neu geplant und aufgebaut werden muß, plant man die Wohnzellen mit einer so niedrigen Einwohnerzahl, um sie später bei größerer Bevölkerungsdichte auffüllen zu können. In dieser Wohnzelle werden neben der Schule Gemeinschaftseinrichtungen, die für eine Einwohnerzahl von 5000 notwendig sind, mit errichtet. Solche Gemeinschaftseinrichtungen sind Kindergärten, Kino, Bibliothek, Spielplätze, Kultur- und Gesundheitshaus und die notwendigen Läden für den täglichen Bedarf. Wir können bei der Errichtung dieser Wohnzelle nur von den heutigen Bedürfnissen unserer Bevölkerung ausgehen; keiner von uns kennt die Bedürfnisse der Menschen in 20 oder mehr Jahren. Diese unsere Einstellung wird unterstrichen in einem sowjetischen Lehrbuch über den Städtebau, in dem es heißt:

„Die neue Lebensweise der sozialistischen Gesellschaft ist noch nicht ausgereift und deshalb auch nicht in jeder Hinsicht endgültig. Sie befindet sich vielmehr in einem Zustand des Aufbaues. Es ist möglich, daß nach einigen Jahrzehnten diese Lebensweise derartig neue Formen annimmt, die wir uns heute noch nicht vorstellen und die wir nicht voraussehen können. Jedenfalls aber hat sich die grundlegende Tendenz dieser neuen sozialistischen Lebensweise bereits klar und deutlich abgezeichnet, sie muß deshalb bei der Regelung der sozialistischen Bevölkerungsverteilung wesentlich berücksichtigt werden.“

Es muß also so viel Raum in der Wohnzelle vorhanden sein, um neue, notwendig gewordene Gemeinschaftseinrichtungen zusätzlich bauen zu können. Bei der Durcharbeitung der ersten Wohnzellen, wir werden im nächsten Jahr mit dem Bau der ersten anfangen, hat sich gezeigt, daß mancher Widerstand und manche Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Die Wohnzellen sollen grundsätzlich vom Durchgangsverkehr frei sein. Die Frauen und Kinder sollen gefahrlos zu Fuß ihre Besorgungen oder Gänge erledigen. Nur insoweit soll ein Verkehr in der Wohnzelle zulässig sein, als er als Ziel oder Ausgangspunkt die Wohnzelle hat.

Gemeinschaftseinrichtungen, wie Krankenhäuser, Altersheime, Museen, Theater, Sportstadien usw., werden erst tragbar auf der Grundlage mehrerer Zellen. So rechnet man zum Beispiel die unterste Grenze eines rentablen Krankenhauses bei 250 bis 300 Betten. Diese Bettenzahl ist aber erst möglich bei einer Zusammenfassung von etwa 16 Wohnzellen. Spezialkrankenhäuser werden sich dieser Einteilung nicht einfügen, sondern unabhängig von den Wohnzellen in gesunder Waldlage am Stadtrand errichtet. Verwaltungstechnisch wird die Errichtung der Wohnzelle auch bedeutende Erleichterungen für die Bevölkerung mit sich bringen. Würde man die Gren-

zen unserer Polizeireviere beziehungsweise der Kartenstellen, der Finanzämter und anderer Verwaltungseinrichtungen, auf einem Berliner Stadtplan einzeichnen, könnte man feststellen, daß die Grenzen all dieser unteren Verwaltungsdienststellen sich nur in den seltensten Fällen miteinander decken. Hat man aber in Zukunft die durch Verkehrsstraßen abgegrenzte Wohnzelle, so wird sie auch die unterste Einheit der gesamten Verwaltung.

Wir sprechen immer von demokratischer Verwaltung und tun im Grunde recht wenig auf diesem Gebiet. So muß auch in Zukunft das Wohngebiet die verwaltungsmäßige Einheit sein, die eine gewählte, unbesoldete Verwaltung aus den Reihen der großen Massenorganisationen trägt. Ein Gebiet von 5000 Einwohnern können wenige Menschen auch nach ihrer Arbeit überschauen und verwalten. Überhaupt gewährleistet die Wohnzelle bei ihren Bewohnern ein gewisses Heimatgefühl und läßt die Kinder ihre nähere Umgebung erleben.

Die Ausführung und Größe der Wohnungen werden sich nach Art der Haushaltung richten. Es sind weder nur niedrige Bauten oder nur Geschoßbauten oder nur Hochhäuser geplant, und eine Wohnzelle wird kein uniformiertes Gesicht haben, sondern alle Haus- und Wohnungsformen in sich vereinigen. Grundsätzlich sollen keine Wohnzellen für Arbeiter und andere für Intellektuelle geschaffen werden, sondern unsere Wohnzellen sollen dazu beitragen, die Verbindung zwischen Werktätigen und Intelligenz zu vervollkommnen. Wir werden also neben Reihenhäusern Einfamilienhäuser für Kulturschaffende und Geistesarbeiter errichten. Im übrigen ist daran gedacht, Familien mit Kindern in Eingeschoßbauten im L-Typ unterzubringen, mit einem 100 bis 200 m² großen Garten, der den Kindern als offenes Zimmer dienen soll. Besonderer Wert wird bei der Errichtung unserer Wohnzelle auf unseren Nachwuchs zu legen sein; er ist das kostbarste Gut eines Volkes und wurde in der alten Stadt vernachlässigt. Kinderlose Ehepaare werden in Mehrgeschoßbauten untergebracht, und für die vielen Ledigen ist an den Bau von Kleinstwohnungen mit den notwendigen Gemeinschaftseinrichtungen gedacht, wie gemeinschaftlicher Küche, Eßräumen, Lese- und Unterhaltungsräumen.

Oft wurde auch in der letzten Zeit die Befürchtung ausgesprochen, daß die Wohnzelle und die Festlegung solcher Prinzipien zu einer Uniformierung des Wohnens und unseres Bauens führen. Dem wird aber nicht so sein, sondern unseren Künstlern und Architekten wird in der neuen Stadt mehr als vorher die Möglichkeit gegeben, sich mannigfaltig künstlerisch und gestalterisch zu betätigen. Vollendete Lösungen wird man sicherlich selten fertigbringen, da die Vergangenheit das Zukünftige belasten wird. Während man im Westen, und das haben wir auch in Nürnberg wieder gehört, darüber streitet, ob man nicht zum Zwecke des Wohnungsbaues die Mieten erhöhen soll, streiten wir um die Methode, die Mieten zu senken, zumindest aber die Mieten dem Einkommen unserer werktätigen Menschen anzupassen. Entkleiden wir den Wohnungsbau seines privaten Charakters, wird der Staat beziehungsweise die Stadt zum Träger dieses Wohnungsbaues, dann wird dieses Problem in sehr naher Zukunft von uns zugunsten der Werktätigen gelöst werden. Die Mitteilung, daß die Stopppreise für Wohnungsmieten zum Jahresende in Westdeutschland aufgehoben werden sollen und Neubauwohnungen um 40 Prozent mit der Miete höher liegen werden, läßt uns unberührt.

Der Aufbau unserer Wohnzellen wird in Form von Schwerpunkten durchgeführt, und damit unterscheidet sich auch grundsätzlich der geplante Wohnungsbau vom privaten. Neben den in diesem Jahre bereits begonnenen sechs Schwerpunkten werden im nächsten Jahre neue Schwerpunkte durchgeführt, so die geplante Wohnzelle an der Frankfurter Allee zwischen Königsberger und Warschauer Straße. Da noch etwa 75 % aller Häuser sich in Privatbesitz befinden, werden wir in einigen Bezirken auch die blockweise Instandsetzung beziehungsweise Schließung von Baulücken an privaten Wohnhausblöcken als Schwerpunkt planmäßig durchführen.

Ausblick

Der der Öffentlichkeit unterbreitete Plan geht in seinen Grundzügen vom augenblicklichen Bestand aus. Wir rechnen mit den vorhandenen Bauwerken und mit den in unseren Straßen liegenden Leitungen und Untergrundbauten. Wir kennen die Werte und wissen, welche Zerstörung uns der Krieg brachte. Einem früheren Mobilien- und Immobilienvermögen von rd. 43 Milliarden RM steht nach dem Stand von 1946 ein solches von 24 bis 25 Milliarden RM gegenüber. Wir sind also arm geworden und können

kreuzungen und Sperrung vorhandener Querstraßen, Einschränkung des Bezirksdurchgangsverkehrs, Bildung von Wohnstraßen und Fußgängerwegen, insbesondere an den Zellenkernen, Anlagen für den ruhenden Verkehr (Parkplätze).

Instandsetzung der Wohnungen und bauliche Abrundungen,

raumpolitische Maßnahmen für örtliche und überörtliche zentrale Anlagen für Kultur und Versorgung,

Bauten, evtl. als Behelf, für Kultur und Versorgung (Poliklinik, Sanitätshaus, Schule, Kindertagesstätte, zentrale Energiestation, Lagerplätze),

Schutzpflanzungen und Beginn der planmäßigen Anpflanzung der Spielplätze, Zellkerne und sonstiger Freiflächen.

2. Phase 1960: nach 10 Jahren:

Ersatz der Kreuzungen mit Ampelregelung an den Durchgangsstraßen durch Kreiskreuzungen für Fließverkehr, Umwandlung untergeordneter Bezirksdurchgangsstraßen,

Anlagen für den ruhenden Verkehr (Kraftwagenhöfe),

Fortführung von U-Bahnlinien,

Herausnahme der Straßenbahn aus Durchgangsstraßen,

endgültiger Ausbau der Wohnendstraßen,

Umsiedlung beengter und störender Gewerbe und Industrien,

Zusammenfassung der Gewerbe in Gewerbehöfen (Nahbedarf), in Verbindung mit zentralen Energiestationen,

Rekonstruktion und Neubau von Wohnungen,

weiterer Ausbau von zentralen Anlagen der Versorgung und Kultur,

Fortsetzung der Anpflanzung der Spiel- und Sportplätze.

3. Phase 1975: nach 25 Jahren:

Weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit der Durchgangsstraßen durch Anlage von Ortsfahrbahnen und Verringerung des Bezirksdurchgangsverkehrs,

Fortführung von U-Bahnlinien, z.T. als Überpflasterbahn,

weitere Herausnahme der Straßenbahn aus Durchgangsstraßen,

Wohnungsneubau entsprechend den Wohnbedürfnissen,

Bau von örtlichen zentralen Kultur- und Versorgungsanlagen,

Häfenerweiterung, Markthallen,

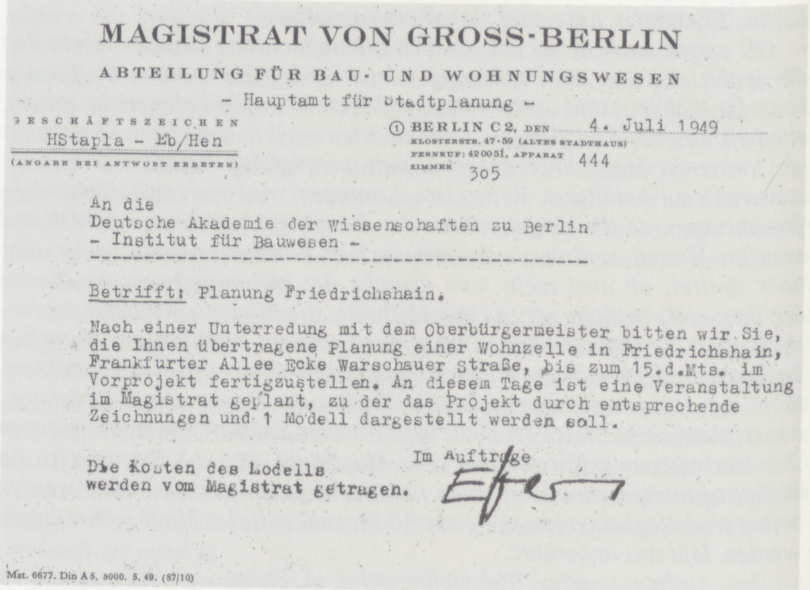
Abrundung der Anpflanzung.

nicht willkürlich Gebäude abreißen. Wir werden also in unserer Planung Phasen unterscheiden müssen, Phasen, die sich nach dem Stand und der Entwicklung unserer Produktivkräfte und ökonomischen Möglichkeiten richten werden. In der nächsten Zeit werden wir noch manches Gebäude wiederherstellen, welches später einmal Neubauten weichen muß, und trotzdem muß sich jeder, der am Bau arbeitet, bewußt sein, daß wir eine neue Stadt schaffen wollen. So planmäßig wie wir in diesem Jahre durch die Einführung des Investitionsplanes anfingen, so planmäßig werden wir unsere Arbeiten fortsetzen. Die Einhaltung der Pläne, die Frage der Plandisziplin sind noch nicht jedem am Bau Schaffenden in Fleisch und Blut übergegangen. Diese Frage wird aber für unseren weiteren Aufbau bestimmend sein. Den Nimbus, den das Bauwesen bisher einnahm, werden wir dem Bauwesen nehmen und es überall als das kennzeichnen, was es wirklich ist: als Produktion von Häusern und Gebäuden, als Produktion einer neuen Stadt.

Die Gestaltung der von Starck erwähnten *Wohnzelle an der Frankfurter Allee zwischen Königsberger und Warschauer Straße* ist Aufgabe des „Instituts für Bauwesen bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin". Hans Scharoun war **1947**, nach seiner Ablösung als Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen, damit beauftragt worden, eine die konkreten Bau-
→S.455
aufgaben begleitende Grundlagenforschung zu entwickeln, für diese die Fachleute auszusuchen und in der ehemaligen Artilleriekaserne in der Hannoverschen Straße Arbeitsräume einzurichten. Er wird Direktor des Instituts, das **1949** seine Arbeit aufnimmt. An ihn ergeht der Auftrag für die Wohnzelle Friedrichshain.

→S.259
Am **28.5.1949** hatte das Hauptamt für Stadtplanung die *Grundzüge der Neuplanung der Stadt Berlin* verfaßt, die am **15.7.1949** zusammen mit dem Aufbauplan in einer öffentlichen Veranstaltung des demokratischen Blocks vorgestellt werden. 11 Tage vor dieser Veranstaltung mahnt Wils Ebert beim Institut für Bauwesen die Planung an.

→S.459



MAGISTRAT VON GROSS-BERLIN

ABTEILUNG FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN

– Hauptamt für Stadtplanung –

GESCHÄFTSZEICHEN HStapla – Eb/Hen (ANGABE BEI ANTWORT ERBETEN)

① BERLIN C 2, DEN 4. Juli 1949
KLOSTERSTR. 47-59 (ALTES STADTHAUS)
FERNRUF: 420051, APPARAT 444
ZIMMER 305

An die
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin
– Institut für Bauwesen –

Betrifft: Planung Friedrichshain.

Nach einer Unterredung mit dem Oberbürgermeister bitten wir Sie, die Ihnen übertragene Planung einer Wohnzelle in Friedrichshain, Frankfurter Allee Ecke Warschauer Straße, bis zum 15.d.Mts. im Vorprojekt fertigzustellen. An diesem Tage ist eine Veranstaltung im Magistrat geplant, zu der das Projekt durch entsprechende Zeichnungen und 1 Modell dargestellt werden soll.

Im Auftrage

Die Kosten des Lodells werden vom Magistrat getragen.

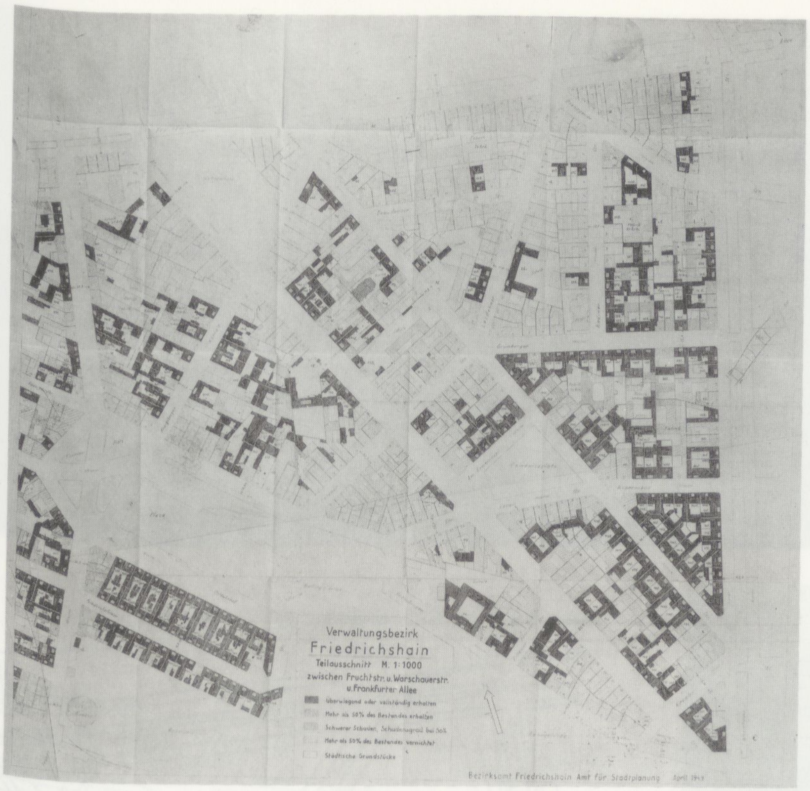
Mat. 6677. Din A 5. 5000. 5. 49. (87/10)

→A 17

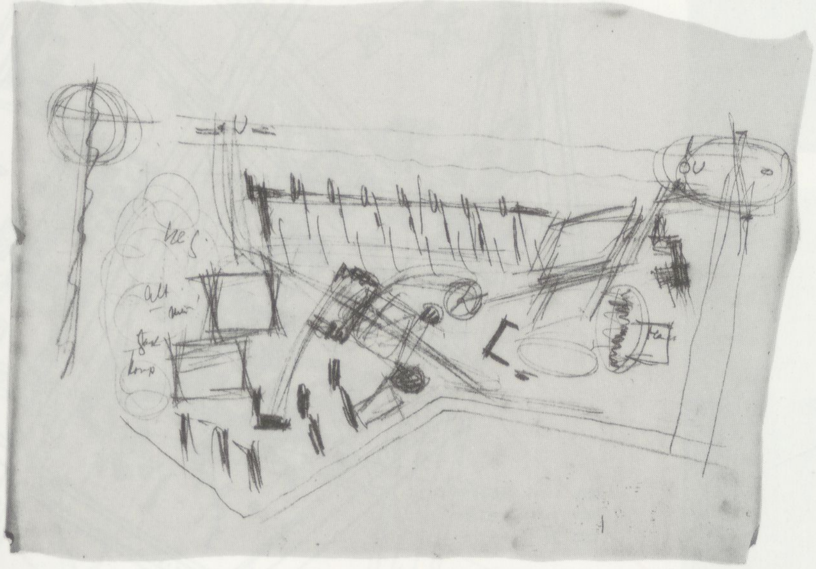
Es scheint unmöglich, daß das von Scharoun erwartete Modell zum **15.7.1949** vorgestellt werden konnte. Im Nachlaß Scharouns finden sich umfangreiche Skizzen und Vorentwürfe für die Wohnzelle Friedrichshain, die, soweit sie datiert sind, belegen, daß die Entwurfsarbeit des Instituts für Bauwesen erst nach dem genannten Termin begonnen hat. Der Bestandsplan für das Gebiet stammt vom **2.8.1949**, der Arbeitsplan mit ersten Überlegungen zu den Haustypen vom **29.8.1949** und die erste Skizze zum räumlichen Gefüge der Wohnzelle vom **1.10.1949**. In einem undatierten Text aus dieser Zeit beschreibt Scharoun die Planung:

→A 18
Größere Wohneinheiten in Mehrstockhäusern bedienen sich vorzugsweise der Baublöcke mit Nord-Süd-Achse, kleinere Wohneinheiten der Laubenganghäuser mit Ost-West-Achse.

Durch die Vermischung von Flach- und Hochhaustypen, von Mehrfamilien- und Einfamilienhäusern und durch die Differenzierung der Häuser gemäß ihrem Inhalt wird die Voraussetzung für die Verwirklichung meiner Forderung geschaffen, gleichen Wohnreiz über die gesamte Stadt auszu-



Planungsamt Friedrichshain (April 1949): Schadensplan im Maßstab 1:1000 ←B 22



Hans Scharoun (wahrscheinlich Sept. 1949): Erste Skizze für die Wohnzelle Friedrichshain ←B 23

Hans Scharoun (1.10.1949): Skizze für die Wohnzelle Friedrichshain ←B 24

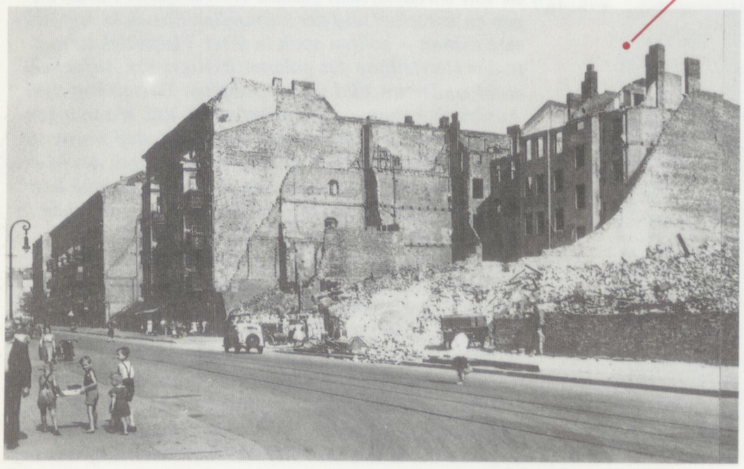
Hans Scharoun (7.11.1949): Zur Wohnzelle Friedrichshain

→A 19
←S.467

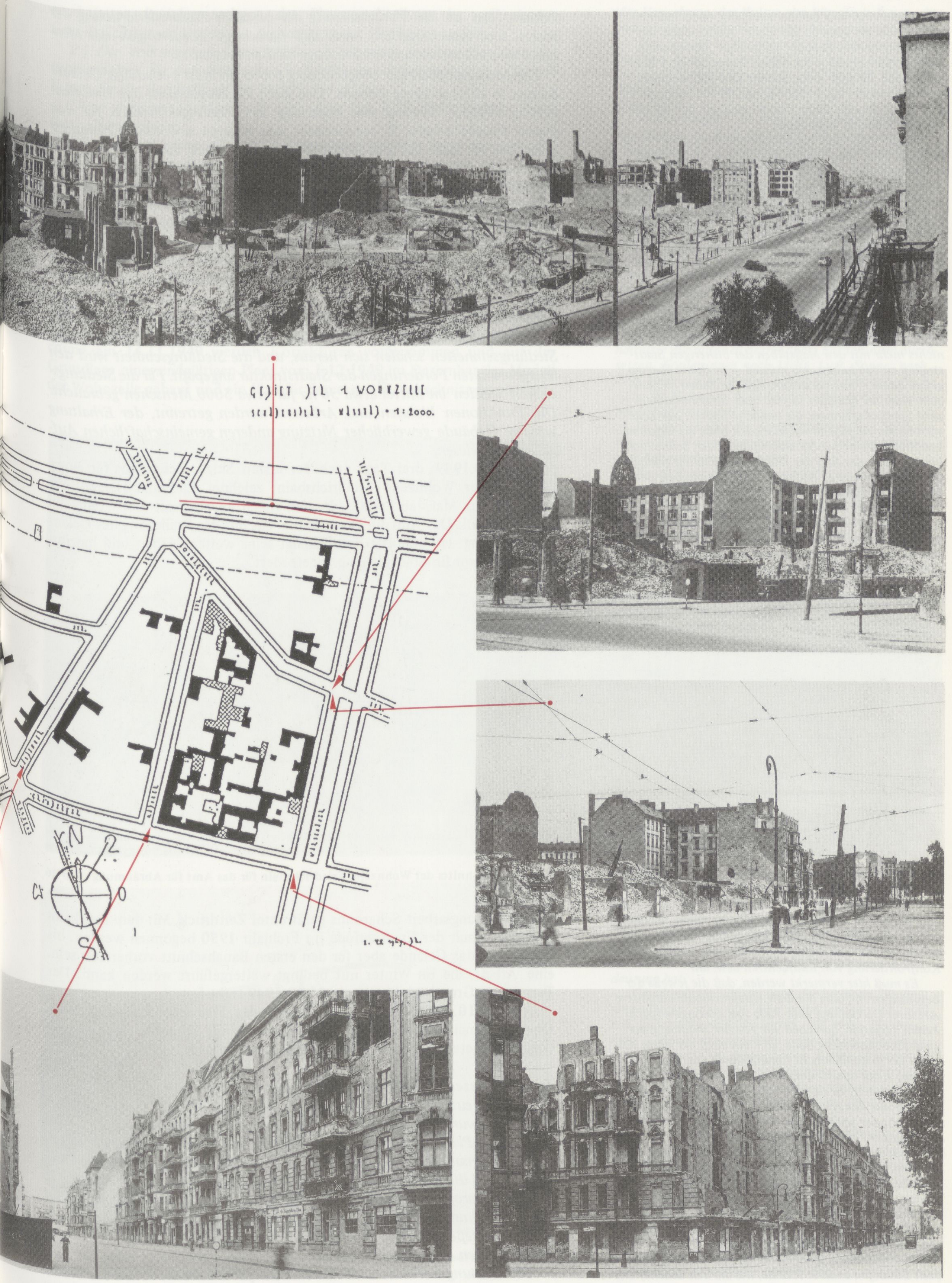
Die Aufgaben und Eigenschaften der Wohnzelle – sie soll wirtschaftlich gesund sein, sozialen Forderungen entsprechen und der kulturellen Entwicklung wirksam dienen – sollten auch in ihrer Vielfältigkeit und in der Darstellung des polaren Bezuges der Aufgaben aufeinander im Bild ihrer baulichen Gestaltung zum Ausdruck kommen. Es genügt nicht, daß Wohnungen addiert werden; „Wohnzelle" bedeutet, daß Forderungen hauptsächlich biologischer und geistiger Art in den Innen- und Außenräumen durch die Gestaltgabe konkretisiert werden, daß das Inhaltliche der Aufgaben in einem wirksamen Strukturgefüge geordnet wird.

Das Problem der Lösung dieser Forderungen ist in erster Linie eine Angelegenheit der schöpferischen Persönlichkeit. Der Inhalt indes, der der Formung bedarf, beruht auf den Forderungen der Gegenwart, auf den Forderungen der neuen Gesellschaft.

Es besteht also eine Tendenz dahin, die Kräfte, die wirksam werden sollen, zusammenzufassen und als ein Organhaftes erkennbar zu machen. Das führte im vorliegenden Entwurf zu einer anschaulichen Begrenzung

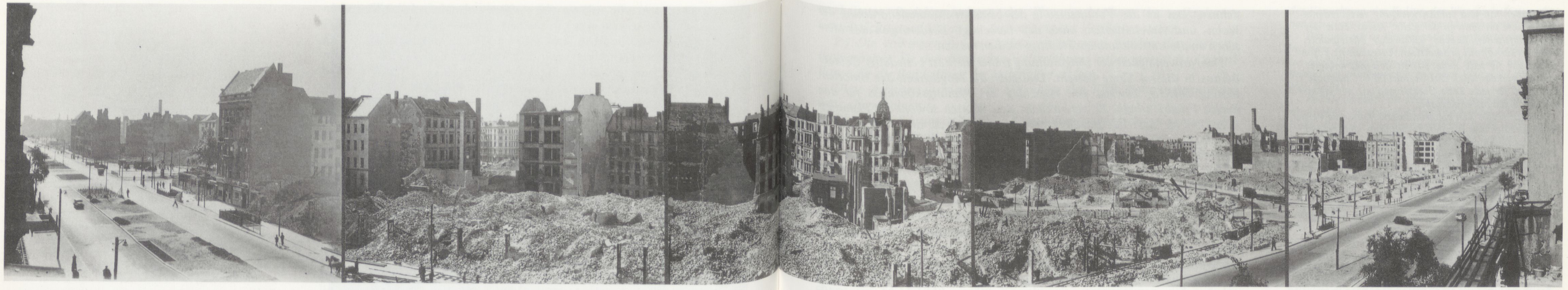


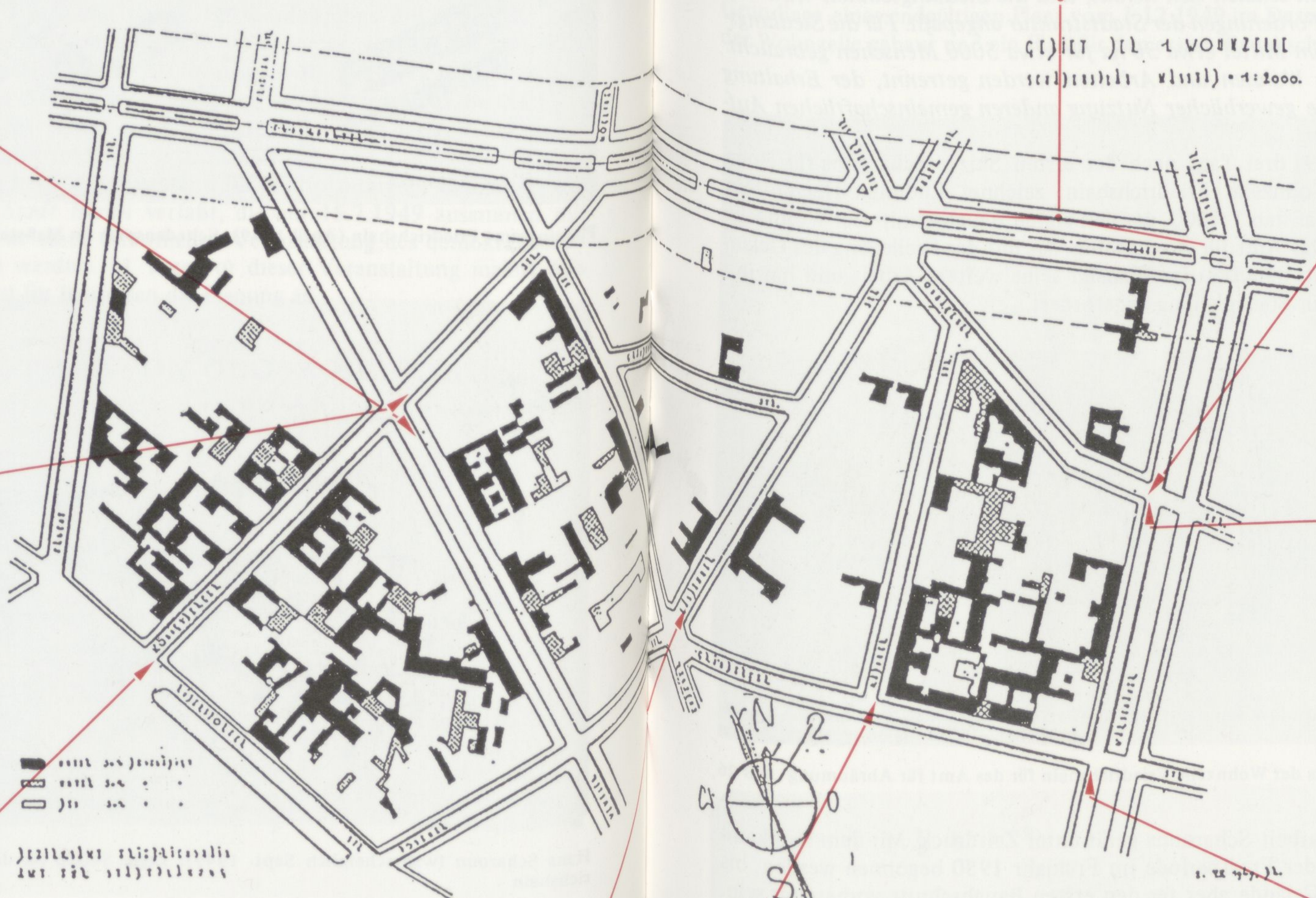
Planungsamt Friedrichshain (2.8.1949): Gebiet der 1. Wohnzelle

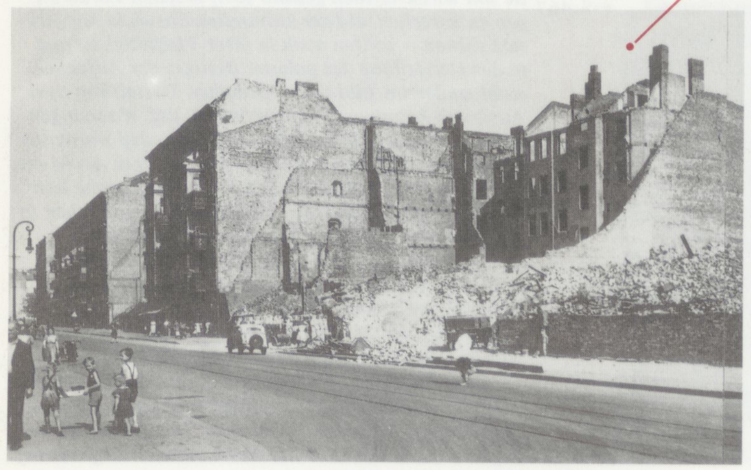


Fotografische Dokumentation des Planungsgebietes im August/September 1949

←B 25







Planungsamt Friedrichshain (2.8.1949): Gebiet der 1. Wohnzelle

Fotografische Dokumentation des Planungsgebietes im August/September 1949

←B 25

nach außen hin und zur Entwicklung verschiedener Wirkpunkte im Inneren der Zelle: Markt, Platz des gesellschaftlichen Lebens, kultureller Mittelpunkt, Handwerkerhof mit produktiven Aufgaben (je 1 Sonderaufgabe für jede Zelle, soweit sich dies anbietet oder entwickeln läßt). Das Gestaltbild ist „nesthaft", d.h. es ist für jede Zelle Geschlossenheit mit eigener geistiger Existenz angestrebt.

Daraus ergibt sich ein grundsätzlich anderes Verhalten gegenüber den Straßen 1. Ordnung, den Schnellverkehrsstraßen der Stadt. Die Zellen treten zu diesen Straßen in ein Verhältnis wie etwa ländliche Ortschaften zur Reichsautobahn. (Selbstverständlich wandelt sich das Verhältnis der Straße zur Zelle in den verschiedenen Teilen der Großstadt und entsprechend den verschiedenen Aufgaben dieser Teile in der Großstadt. Die geänderte Funktion z.B. in der City verlangt andere Lösungen.)

Aus dem Lageplan dürfte aber auch von der formalen Seite her erkenntlich werden, daß die geänderten Längen- und Querschnitts-Maßstäbe der neuen Schnellverkehrsstraßen und der sie begleitenden Grünzüge nichts mehr mit den Maßstäben der bisherigen Stadtstraßen zu tun haben. Wir müssen – in einem übertragenen Sinne – uns vorstellen, daß die Zellen an Strömen statt an Kanälen liegen. Aus Straßenräumen wird Landschaftsraum, die bauliche Einheit der Zelle wird an der sie zusammenfassenden Hülle als Organ erkenntlich. Wenn wir im Durchfahren der Schnellverkehrsstraßen das Bild der Wohnzellen-Einheit erleben, wird deren wichtige Aufgabe, Mittler zwischen dem Chaos der Weltstadt und der Verlorenheit des einzelnen Menschen zu sein, in uns lebendig werden.

Wird so die Selbständigkeit der Wohnzelle betont, so verlangt eine zweite Forderung die Verknüpfung mehrerer Wohnzellen innerhalb des Gradnetzes der Schnellverkehrsstraßen vermittels inhaltlich und formal geeigneter Verknüpfungspunkte. Hierzu bieten sich gemeinsame Verkehrsaufgaben oder auch das Zusammenfassen kultureller Einrichtungen oder auch die Konfrontierung von Kaufzentren usw. an.

Es muß hier vermerkt werden, daß die jeweils der besonderen Aufgabe der Zelle entsprechende besondere Art ihrer Darstellung eine Fülle von Lösungsmöglichkeiten gestattet. Sprachen wir von der Betonung der zusammenfassenden Hülle, so kann auch die Mitte z.B. dann der besonderen Betonung durch ein Hochhaus finden, wenn es sich um eine „Zelle der jungen Pioniere" handelt, als deren Dominante eine oder mehrere Bauten mit Junggesellenwohnungen Verwendung finden, statt der sonst für die Mitte wichtigen Flachbauten, die der Familienbildung dienen.

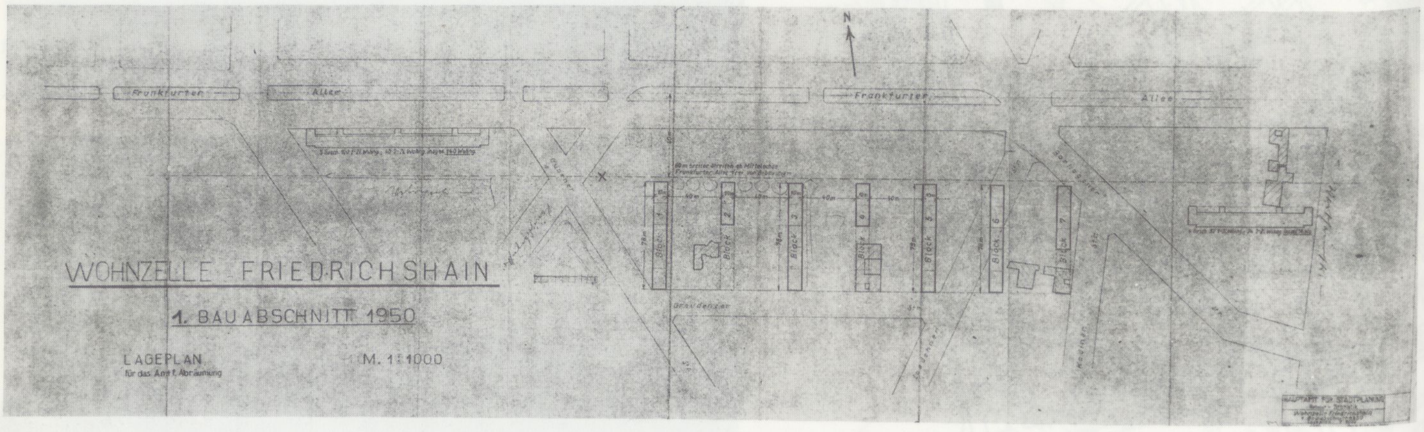
Diese Andeutung mag genügen, um zu zeigen, daß die rechte Wahl der Knüpf-Punkte, Art und Dichte der Bebauung, und daß vor allem das Wirken der schöpferischen Persönlichkeit und die Wandlung infolge materieller oder geistiger Entwicklung immer wieder andere Forderungen ergeben und Lösungen verursachen, so daß Monotonie nicht zu befürchten ist.

Zudem werden ja im Gesamtgefüge der Stadt vielfach Lösungen anderer Räume, wie die den Geschäften, dehnen. Das ist die Voraussetzung der besseren Zusammenordnung der Wohn- und Arbeitsstätten, ohne daß berechtige Forderungen des Menschen an die Umwelt unberücksichtigt bleiben müssen.

Die Notwendigkeit der Umgestaltung früher dichtest besiedelter Gebiete Berlins in diesem Sinne besteht. Daß auch die Möglichkeit der Umorientierung besteht, beweist ein Vorschlag des Planungskollektivs für den Bezirk Friedrichshain. Er verwirklicht den Wunsch sowohl des Planungskollektivs als auch des Baudirektors Heinrich Starck, die erste in Berlin bestehende geschlossene Siedlungseinheit in einer früher typischen Mietskasernengegend zu errichten. Die Vorbereitungen sind im vollen Gange.

Das in Aussicht genommene Gebiet ist zu einem Schwerpunktgebiet der Enttrümmerung erklärt. Der Aufbau der neuen Zelle kann selbstverständlich nur nach Phasenplänen unter Berücksichtigung der vorläufig zu belassenden, noch erhaltenen Gebäudeteile durchgeführt werden. Die Planung geht von der Untersuchung der bestehenden tiefbautechnischen Einrichtungen aus. Das gleichwertige Netz der Erschließungsstraßen wird nach den Bedürfnissen des überlokalen und lokalen Durchgangsverkehrs, der lokalen Erschließungsstraßen, der Radfahrwege, Fußgängerwege differenziert. Die Siedlungseinheiten schälen sich heraus, und die Siedlungseinheit wird den übergeordneten Forderungen der Stadtstruktur angepaßt. Für die Siedlungseinheit werden im Mittel etwa 30 ha für etwa 5000 Menschen gebraucht. Die Funktionen Wohnen und Arbeiten werden getrennt, der Erhaltung würdige Gebäude gewerblicher Nutzung anderen gemeinschaftlichen Aufgaben zugewiesen.

Am **4.10.1949**, drei Tage nach der ersten Skizze Scharouns für einen Lageplan der Wohnzelle Friedrichshain, zeichnet Ludmilla Herzenstein einen Plan im Maßstab 1:1000, der den ersten Bauabschnitt der Wohnzelle darstellen soll. Das Amt für Abräumung, das mit der Freilegung des Geländes beauftragt ist, benötigt den Plan für seine weitere Arbeit und hat ihn vom Hauptamt für Stadtplanung angefordert.



Hauptamt für Planung/Ref. Statistik (4.10.1949): Lageplan des ersten Bauabschnitts der Wohnzelle Friedrichshain für das Amt für Abräumung ←B 26

Die Planungsarbeit Scharouns gerät unter Zeitdruck. Mit dem Bau kann zwar erst nach der Frostperiode im Frühjahr **1950** begonnen werden, bis dahin muß das Gelände aber für den ersten Bauabschnitt vorbereitet sein, eine Arbeit, die im Winter nur bedingt weitergeführt werden kann. Der Termin der Grundsteinlegung am **21.12.1949** steht fest.

Am **28.10.1949** findet eine Sitzung des Planungsausschusses beim Oberbürgermeister statt, auf der beschlossen wird, Scharoun einen endgültigen Abgabetermin für die Vorprojektunterlagen zu setzen:

→A 20 *Betr.: Wohnzelle Frankfurter Allee (Stalin Allee).*

In der heutigen Sitzung des Planungsausschusses beim Herrn Oberbürgermeister wurden die folgenden Entscheidungen getroffen:

1.) Die Planungsabteilung der volkseigenen Grundstücksverwaltungen wird gemeinsam mit Prof. Scharoun im Auftrage der Abt. Bau- und Wohnungswesen die Projektierungsarbeiten durchführen.

Die Vorprojektunterlagen sollen bis zum 9. November fertiggestellt und in der Sitzung des Kleinen Sekretariats des Landesvorstandes am 11.11. und anschließend in der Sitzung des Planungsausschusses am 14.11. vorgelegt werden.

Das Planungskollektiv und das Institut für Bauwesen sollen die bisher

erarbeiteten Projektunterlagen der Planungsabteilung der volkseigenen Grundstücksverwaltungen zur Auswertung zur Verfügung stellen.

2.) Die volkseigenen Grundstücksverwaltungen werden die Vorbereitungsarbeiten für den Baubeginn weiterführen, insbesondere die Dispositionen für die Beschaffung der Materialien treffen.

Diese Arbeiten werden nach Gründung der VEB Wohnungsbau durch diese übernommen.

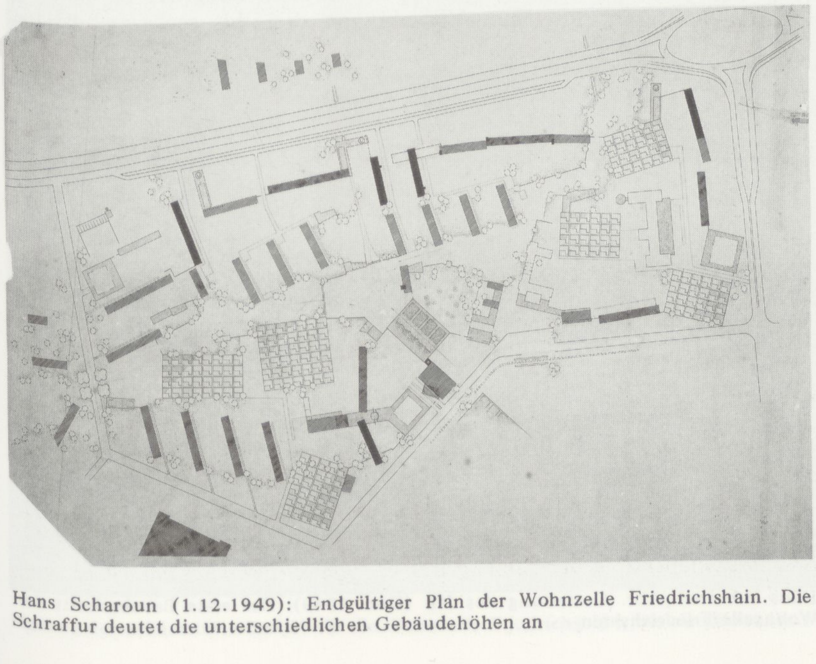
Die Bauausführung soll der VEB Wohnungsbau übertragen werden. Ggf. wird ein Teilabschnitt an einen zonalen Baubetrieb abgegeben.

3.) Die Vorbereitungsarbeiten für die Beschaffung der Baugrundstücke werden von den volkseigenen Grundstücksverwaltungen weitergeführt. Sie werden auch einen Vorschlag für ein Bodenbeschaffungsgesetz ausarbeiten.

Unterschrieben ist der Vermerk von Dr. Karl Brockschmidt, er wird durch Beschluß des Magistrats vom **3.11.1949** über die Errichtung der volkseigenen Grundstücksverwaltung „Heimstätte Berlin" deren Direktor.

Der von Scharoun geforderte Plan wird zusammen mit einer Beschreibung Scharouns vom **7.11.1949** termingerecht vorgelegt. Nach der Besprechung am **14.11.1949** werden Korrekturen vorgenommen und auf der Grundlage eines endgültigen Plans vom **1.12.1949** im Dezember das Modell der Wohnzelle gebaut und ein Plan für den ersten Bauabschnitt gezeichnet.

Hans Scharoun (wahrscheinlich 7.11.1949): Lageplan der Wohnzelle Friedrichshain im Maßstab 1:1000 auf dem Schadensplan ←B 27



Hans Scharoun (1.12.1949): Endgültiger Plan der Wohnzelle Friedrichshain. Die Schraffur deutet die unterschiedlichen Gebäudehöhen an ←B 28

der Verwaltung, der Kultur, der Wissenschaft usw. dienenden übergeordneten Räume Abwechslung bringen.

Das, was ich in Vorstehendem ausführte, deckt sich mit dem Begriff „Gestaltbild", das ich im Beginn dieser Ausführungen verwendete und das sich mit dem Begriff der anschaulich gemachten Idee wohl am ehesten deckt.

Das Gestaltbild, die Idee, ist von ganz besonderer Wichtigkeit, da sonst die Gefahr der mechanistischen Abhandlung der von übergeordneter Stelle erarbeiteten und ausgewiesenen Zellen besteht. Es werden dann die richtig disponierten und im Maß aufeinander abgestimmten Flächen mit Baublöcken oder Baustilen angefüllt, wobei vielleicht noch die von uns vor 1933 mühsam gegen Bürokratie und Wirtschaft durchgesetzten Erkenntnisse in einer schlechten und rückschrittlichen Weise Verwendung finden. Wir haben vor 1933 gegen Baupolizei-Bedenken, Bedenken der Feuerwehr, des Grundstücksbesitzers, der Hypothekenbanken, aber vor allem gegen den Widerstand der Wohnungsträger kämpfen müssen. Wir konnten damals unter dem Druck der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse nur rationell begründbare Forderungen durchsetzen, Forderungen nach Licht, Luft, Sonne, nach dem Anspruch des Mieters auf die grundsätzlich gleiche Güte der Wohnung, nach betriebstechnisch organisierten Grundrissen usw. usw.

Inzwischen sind die damals gesammelten Erfahrungen in der Welt weiter ausgebaut – in Deutschland aber kaum behauptet worden.

Heute unter ganz neuen Verhältnissen müssen und können wir über diese technisch-organisatorischen Forderungen und Verwirklichungen wohl hinausgehen und uns mit dem Rüstzeug der Erfahrungen nunmehr dem Menschen und seinen Forderungen bewußter zuwenden.

Menschenbildung, organhaftes Entwickeln jedes einzelnen Menschen in selbsttätigem und geführten Zusammenwirken – wie es die Schulreform, die neue Wirtschaftsform auch anstreben – hat in überragendem Maße bereits in der Wohnzelle und in der durch die Wohnzelle bezeichneten Gemeinschaft anzufangen.

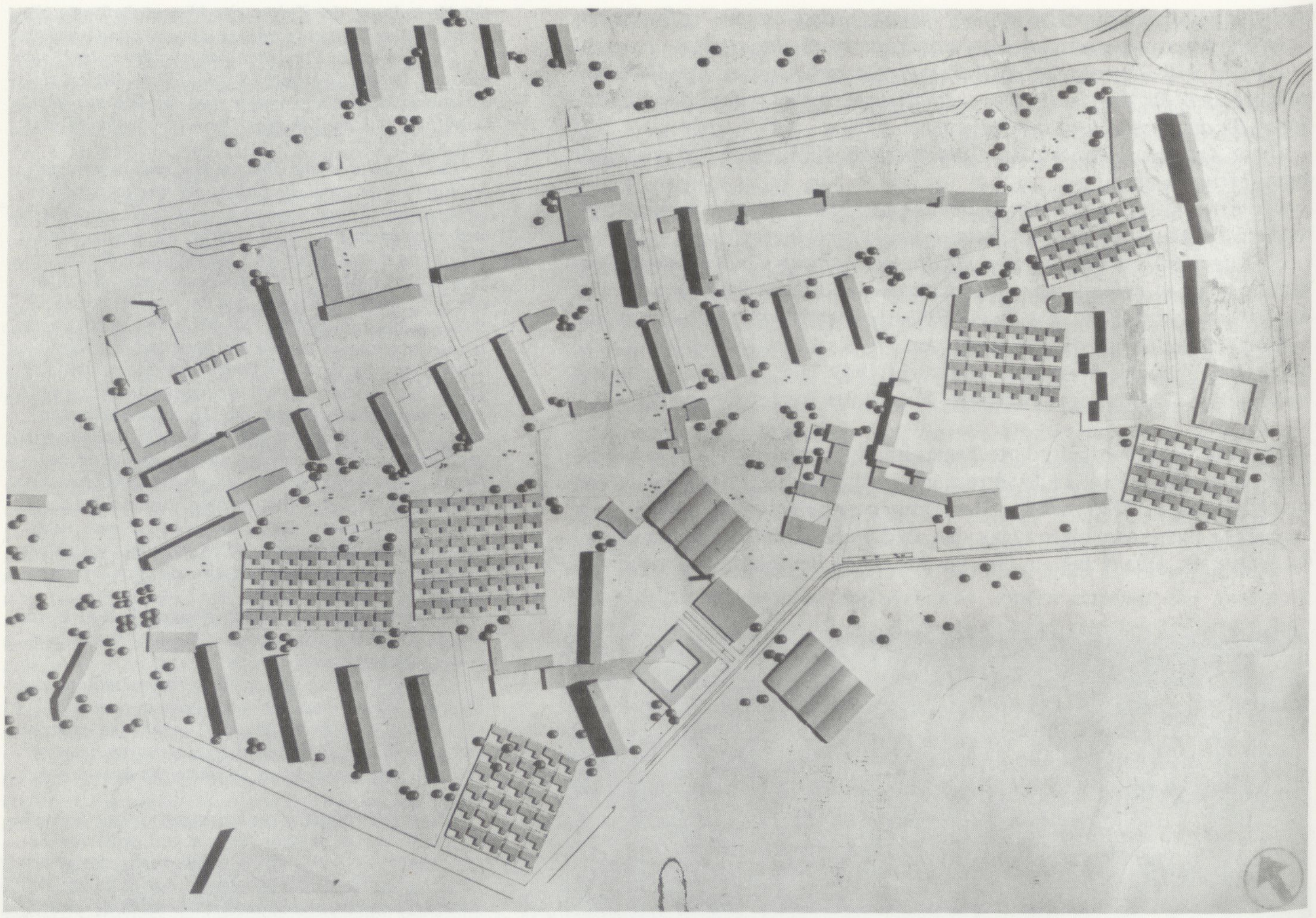
Warschaus Aufbaupläne z.B. zeigen, daß die Problemstellungen dort nicht unerkannt geblieben sind. So ist z.B. das Problem des Heimatgefühles so abgehandelt, daß die Folge der Gemeinschaftsräume für die Kinder in jeweils größer werdenden Außenräumen der Wohnzelle angesiedelt sind, so daß das Kind spielerisch und spielend in seinen Lebensraum hineinwächst, um ihn, wenn es ihn völlig erfahren hat, zu verlassen.

Die von der Großstadt geprägte Eigenart der Wohnzelle – also die Berliner Wohnzelle – sollte auch in der Verwendung technischer Mittel – Gemeinschaftseinrichtungen wie Fernheizung, zentraler Waschküche, Fahrstühlen usw. – sich ihren Ausdruck schaffen. Die Großstadt verlangt schon, daß Ein-, Zwei- und auch noch Drei-Bett-Wohnungen oder ein Teil von ihnen großzügig bewirtschaftet werden, ja – andeutungsweise – hotelmäßiger Betreuung sich erfreuen. Sie können sich dann auch des Hochhauses bedienen, das bei der Formgebung der Wohnzellen besondere Bedeutung hat.

Gewiß müssen wir uns nach der heutigen „technischen Decke" strecken. Aber vergessen wir nicht, daß z.B. Fahrstühle nicht bedeuten, daß jedes Treppenhaus – überkommener Form – mit einem solchen zu versehen war. Die organisierten Kleinwohnungen liegen zweckmäßig an Laubengängen oder Mittelgängen und bedürfen daher der konzentrierten Fahrstuhl-Anlagen – zunächst vielleicht auch nur für die Wohneinheiten vom 4. Geschoß an aufwärts.

Kann man das Hochhaus als übliches Baumittel in der Zelle der Großstadt ansprechen, so läßt sich die dem Wesen der Großstadt und der wirtschaftlichen Notwendigkeit entsprechende Intensivierung der Wohndichte organhaft verwirklichen.

Wenn das aber heute infolge des technischen Mangels abgelehnt wird, sollte das nicht zur Folge haben, daß aus Gründen der wünschenswerten Wohndichte eine zu dichte, zu mechanistisch wirkende Bebauungsform in Kauf genommen werden muß.



Hans Scharoun/Abt. Gestaltung des Instituts für Bauwesen (Dez. 1949): Modell der geplanten Wohnzelle Friedrichshain ←B 29

Hier ist der Platz, einiges über die wünschenswerte Wohndichte zu äußern:

Berlin umfaßt rund 88 000 ha. Setzen wir 1/3 für die großen Freiflächen, 1/3 für verkehrstechnische und wirtschaftliche Einrichtungen ein, 1/3 für die Wohngebiete (Wohnzellen), so stehen für diese rund 30 000 ha für rund 4 Millionen Einwohner zur Verfügung.

Das sind rund 130 Menschen je ha – wie gesagt, bezogen auf die Wohnzelle, die allerdings ihrerseits neben den reinen Bauflächen Flächen für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke und für Zwecke des Verkehrs innerhalb der Wohnzelle enthalten.

(Zum Vergleich: 1937 waren von der Stadtfläche rund 29 000 ha bebaut mit Straßen oder kleineren Parks im Stadtraum selbst versehen, Wald- und Wasserflächen waren etwa 22 000 ha groß.)

In einer sinnvoll geordneten auf- und abklingenden Folge könnte die Wohndichte je Zelle etwa zwischen 90–170 (also im Durchschnitt 130) Menschen je ha liegen. Gesagt sei, daß dies nur grundsätzliche Bedeutung hat, da Abweichungen nach oben oder unten notwendige und erwünschte Sonderfälle sind.

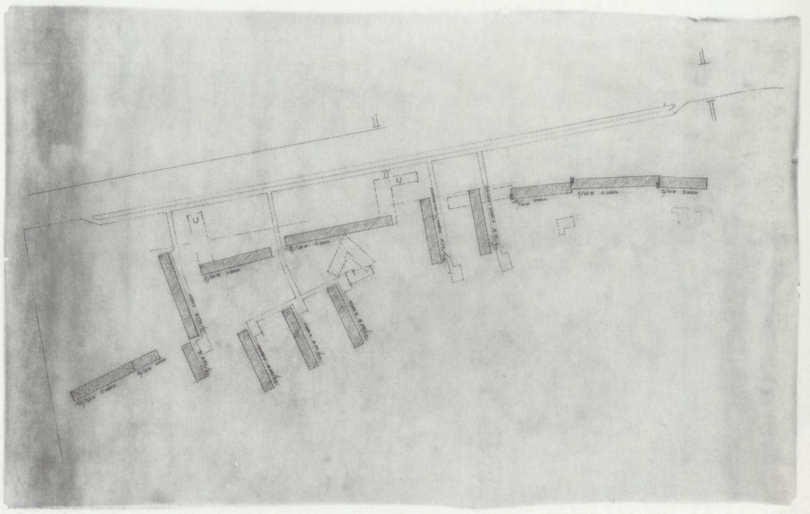
Wenn also für die Wohnzelle Friedrichshain – nach dem anliegenden Plan und unter Berücksichtigung technischer Schwierigkeiten, aber unter Beachtung des vorgestellten Gestaltbildes – 160 Menschen/ha vorgesehen sind, ist dies meines Erachtens die rechte mittlere Zahl unter Berücksichtigung der heute gegebenen Lösungsmöglichkeiten.

Die vorhergehenden wirtschaftlich und kulturell begründeten Darlegungen lassen vielleicht schon die enge Verknüpfung der Art der Lösung der Wohnungsgrundrisse mit der Art der Lösung des Lageplanes ahnen.

Auf die anschließenden Ausführungen Scharouns zur Gestaltung der Wohnungen werden wir später zurückkommen. ←S.510

Die Wohnzelle wird von Straßen erster, zweiter und dritter Ordnung begrenzt, die sie nach außen hin abschließen. Von diesen Straßen führen wenige kurze Stichstraßen in die Wohnzelle hinein. Die Autos der Bewohner werden in den drei quadratischen Garagenhöfen, die unmittelbar an den Straßen liegen, abgestellt. Innerhalb der die Wohnzelle umgrenzenden Straßen sind alle bisherigen Straßen beseitigt worden. Die Gebäude der Wohnzelle liegen eingestreut in ein parkähnliches Gelände, in dem nur Fußgänger und Fahrradfahrer Platz haben.

Alle bestehenden Gebäude bis auf die Schule und die ehemalige Fabrik, die als „Handwerkerhof" umgenutzt werden soll, sollen abgerissen werden. Die bis auf diese beiden zu erhaltenden Gebäude völlig neu zu bauende Wohnzelle besteht aus einer Vielzahl von drei- bis sechsgeschossigen



→B 30 Hans Scharoun/Abt. Gestaltung des IfB (Dez. 1949): Der erste Bauabschnitt der Wohnzelle Friedrichshain

Zeilenbauten, die sowohl in Nord-Süd- als auch in Ost-West-Richtung liegen. Die in dem Programm-Modell und auch in der Charlottenburger ←S.289 Planung von **1946** vorgesehene strenge Südausrichtung ist aufgegeben ←S.209 worden, ebenso die ausschließliche Beschränkung auf Hochhäuser und Flachbauten. In der Wohnzelle Friedrichshain sind zwei mal drei Gruppen von insgesamt 180 eingeschossigen, L-förmigen Gartenhäusern, deren Ausrichtung zwischen Südost und Südwest schwankt, vorgesehen. Zwei Plätze, ein Marktplatz und ein „Platz des gesellschaftlichen Lebens", bilden den Mittelpunkt der Zelle. An diesen unregelmäßig gestalteten Plätzen liegen Kulturzentrum, „Bazar", Restaurant, Ambulatorium und Kino. Die weithin sichtbaren Schornsteine markieren die Bauten für technische Anlagen, das zentrale Waschhaus und die Heizzentrale.

Das Gestaltbild der Zelle insgesamt ist „nesthaft". Die Bebauung ist weit abgerückt von der nördlich verlaufenden, als Schnellverkehrsstraße ausgebildeten Frankfurter Allee. An sie sind nur die Zugänge zur U-Bahn vorgerückt, unter ihr führen Fußgänger- und Radfahrertunnels hindurch.

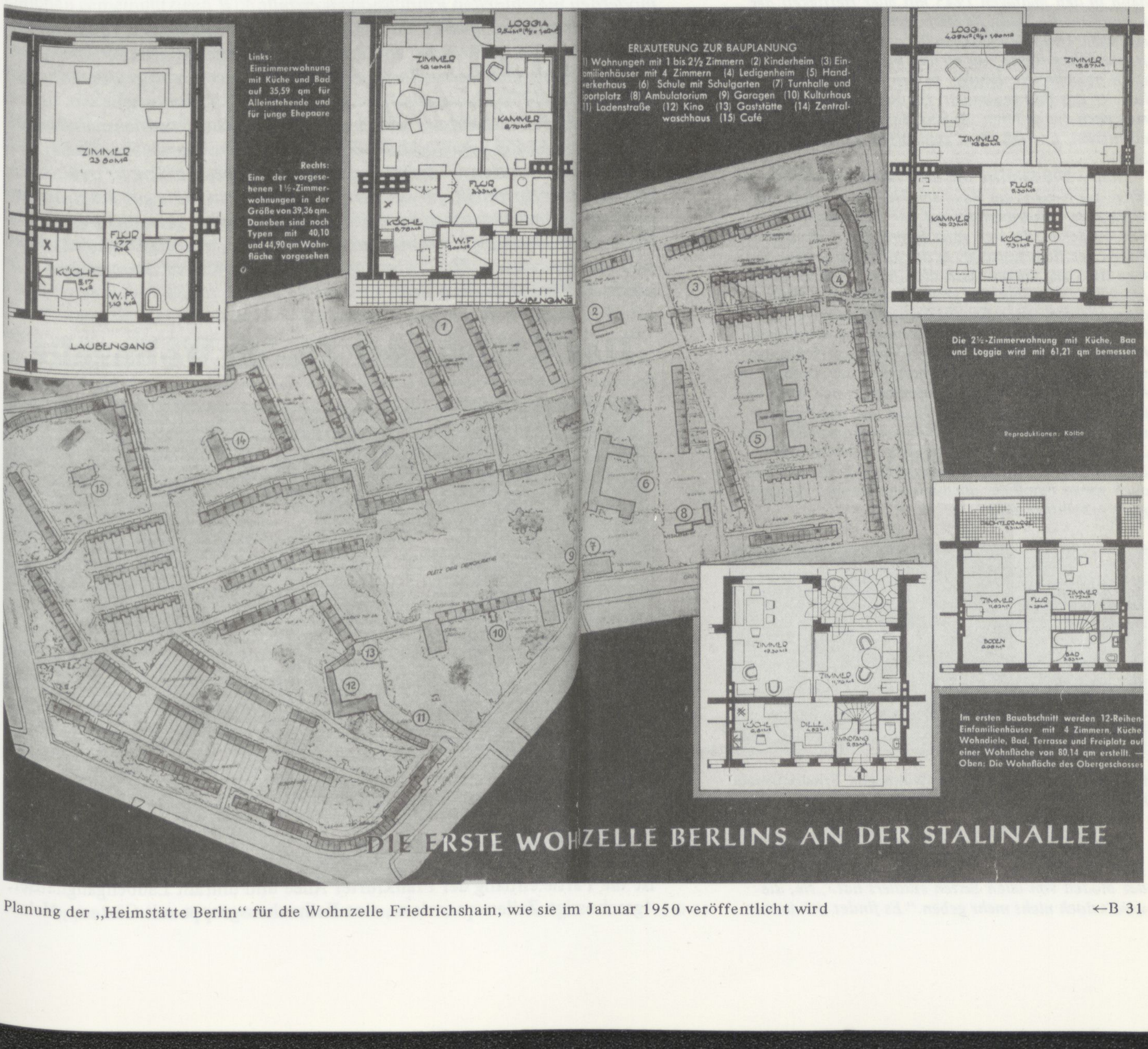
Wie am **28.10.1949** beschlossen, wird die Planung des Instituts für Bauwesen am **11.** und **14.11.1949** diskutiert und danach von der neugegründeten „Heimstätte Berlins" unter Leitung von Karl Brockschmidt zur Ausführung übernommen. Als im **Januar 1950** die Pläne für die *erste Wohnzelle Berlins an der Stalinallee* mit Beschreibungen von Brockschmidt im „Demokratischen Aufbau" veröffentlicht werden, zeigt sich, daß der Aufbau nach den Plänen der „Heimstätte Berlin" durchgeführt werden soll. Die Heimstätten-Pläne lassen die Planung Scharouns nur noch vage als Vorbild erkennen.

Den 70. Geburtstag Stalins am 21. Dezember 1949 hat die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik mit einer Kundgebung besonderer Art gefeiert, die im Zusammenhang mit den anderen großen Festver- ←L 18

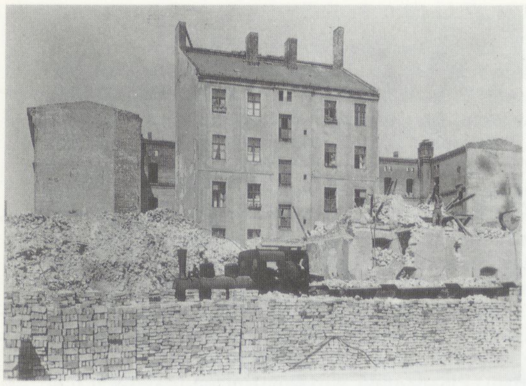
Die „Heimstätte Berlin"

Die volkseigene Grundstücksverwaltung „Heimstätte Berlin" wird durch Beschluß des Magistrats unter Friedrich Ebert am **3.11.1949** gegründet. In ihr werden die Grundstücksverwaltung der aufgelösten „Deutschen Treuhandverwaltung", die städtischen bzw. gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und der bisher von den Bezirksämtern verwaltete städtische Wohnhausbesitz im Bereich des sowjetischen Sektors von Berlin zusammengeschlossen. Ausgenommen sind nur die Reichsbahnsiedlungsgesellschaft und die Heimstättengesellschaft der BVG. Direktor der Heimstätte Berlin wird am **1.12.1949** Karl Brockschmidt, bisher Direktor der Gehag. Die Geschäftsführung des Unternehmens unterliegt der Aufsicht des Magistrats, der die Bau-, Finanz- und Wirtschaftspläne bestätigen muß. Die in der Heimstätte Berlin vereinigten Grundstücks- und Wohnungsunternehmen werden in der sowjetischen Zone aufgelöst, soweit sie jedoch Grund- und Hausbesitz in den westlichen Zonen haben, existieren die Gesellschaften in Berlin (West) weiter. Neben der Verwaltung der Grundstücke tritt die Heimstätte Berlin auch als Bauherrin auf und unterhält ein eigenes Planungsbüro. Zur Ausführung der Wohnungsbauten wird ein auf Berlin bezogener „VEB Wohnungsbau" gegründet. Die Baumaßnahmen der Heimstätte Berlin betreffen vor allem den Ausbau der Brandruinen und die Fertigstellung der vor dem Krieg begonnenen und nicht vollendeten Wohnbauten. Die ersten Neubauten der Heimstätte Berlin sind die Häuser des ersten Bauabschnitts der Wohnzelle Friedrichshain.

Die Entwurfsbüros der „Heimstätte Berlin" gehen später mit Magistratsbeschluß vom **28.8.1952** in den neugegründeten volkseigenen Betrieb „VEB Bauprojektierung Groß-Berlin" über.



Planung der „Heimstätte Berlin" für die Wohnzelle Friedrichshain, wie sie im Januar 1950 veröffentlicht wird ←B 31



Die Trümmerbahn im Gebiet der geplanten Wohnzelle Friedrichshain (ca. September 1949). Im Vordergrund die zur Wiederverwendung gestapelten, abgeputzten Ziegelsteine ←B 32

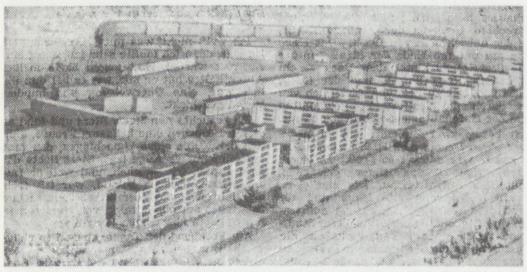
In der Planungsschau wird diskutiert

←L 19

Pfeifend und bimmelnd kreuzen die Trümmerbahnen alle paar Minuten die Stalinallee. Sie bringen den Schutt von der einzigen großen Baustelle, die die Gegend beiderseits dieser Straße seit Wochen ist, zum Friedrichshain. Rechts und links der Allee werden Ruinen eingerissen, Eisenträger herausgeholt, Ziegel abgeputzt und Loren vollgeschippt. Kilometerlang stehen die Mauersteinstapel, aus den Trümmern geborgen, die vor fünf Jahren noch Häuser waren.

Gerade in diesem Teil Berlins haben ja die englisch-amerikanischen Bomben besonders arg gewütet, tobte dann in den Maitagen 1945 mit aller Heftigkeit der Kampf um die Stadt. Es blieb nicht viel übrig von der einstigen Hauptgeschäftsstraße des Berliner Ostens. Ruine neben Ruine, nur ab und zu dazwischen einige noch bewohnbare Häuser. In den letzten Monaten hat sich das Bild gewandelt. Die Ruinen verschwinden, eine nach der anderen. Anfang Februar wird „Hertie" abgerissen. Es muß Platz geschaffen werden für das Neue.

Keine 200 Schritte von dem Alten entfernt die Anfänge des Neuen: das Haus der Planungsschau der Wohnzelle Friedrichshain auf der Weberwiese. Hier werden denen, die sich dafür interessieren, die Einzelheiten des Planes gezeigt. In der Mitte des großen Raumes steht auf einem Tisch die „fertige" Wohnzelle, Modell 1:500. Grün und grau gepinselt die Holzklötzchen, die den ersten Bauabschnitt darstellen; einfaches rohes Holz, der spätere Bauabschnitt. An den Wänden hängen die Grundrisse der verschiedenen Wohnungstypen, wie sie von den Zeichentischen der Architekten kommen. Davor stehen die Friedrichshainer, schauen, überlegen, diskutieren. Hausfrauen, mit der Einkaufstasche in der Hand, Arbeiter, die der Wohnzelle wegen 20 Minuten zu spät zum Abendbrot kommen werden, Spaziergänger, zufällig hineingeschneit, dazwischen auch ganze Familien, die zur gemeinsamen Besichtigung gekommen sind.



←B 33

Der erste Bauabschnitt der Wohnzelle Friedrichshain in der Planung der „Heimstätte Berlin"

„Wo ist denn nun eigentlich die Königsberger Straße?" fragt einer, der schon mehrere Minuten lang das Modell von allen Seiten studiert hat. „Na, die wird's doch nicht mehr geben." Es findet sich immer anstaltungen dieses Tages symbolhafte Bedeutung hatte: Der demokratische Magistrat von Groß-Berlin gab der Frankfurter Allee, der großen Verbindungsstraße zwischen dem Zentrum der deutschen Hauptstadt und dem Osten, den Namen Stalinallee. Er beschränkte sich jedoch nicht auf diese Umbenennung einer Straße, die als künftige Schnellverkehrsstraße für den Autoverkehr von und nach der Sowjetunion und den östlichen Volksrepubliken die wichtigste Straße im Verkehrssystem des neuen Generalbebauungsplans sein wird. Dieser feierliche Akt der Straßenneubenennung wurde verbunden mit der Grundsteinlegung für das erste Großprojekt des Wohnungsbaus in Deutschland nach dem Zusammenbruch. In Vertretung des Oberbürgermeisters Friedrich Ebert gab Bürgermeister Dr. Schwarz das Zeichen für den Beginn der Arbeiten zur Errichtung des ersten Bauabschnitts der ersten Wohnzelle „Friedrichshain".

Nach den Prinzipien des neuen Generalbebauungsplans für Groß-Berlin sollen die künftigen Wohngebiete der deutschen Hauptstadt aus Wohnzellen als Grundeinheiten mit jeweils rund 5000 Einwohnern und 1500 bis 2000 Haushalten bestehen. Die erste dieser Wohnzellen wird in dem Wiederaufbaugebiet im Verwaltungsbezirk Friedrichshain erstehen, das von der Stalinallee, der Warschauer Straße, Grünberger Straße, Posener Straße, dem Küstriner Platz und der Fruchtstraße umgrenzt wird. Auf einem Gelände von 18,4 ha, auf dem die totalbeschädigten Gebäude inzwischen bereits nahezu restlos abgeräumt sind, sollen insgesamt rund 1900 Wohnungen erstellt werden. Außer Wohnblöcken und zwischen ihnen eingebetteten Einfamilienhausgruppen sind ein Haus der Demokratie für die Parteien des Demokratischen Blocks, die FDJ und die übrigen demokratischen Organisationen, ein Ambulatorium, ein Kinderheim, Garagenhöfe, Gaststätten, Ladenstraßen vorgesehen. Bereits vorhanden sind eine Schule, ein Kino und ein großes Handwerkerhaus, die modernisiert und ausgebaut werden sollen. Für die Mieter wird ein großes Zentralwaschhaus mit allen modernen maschinellen Einrichtungen erstellt.

Der erste Bauabschnitt an einer parallel zur Stalinallee verlaufenden und von dieser durch einen breiten Grünstreifen getrennten Ortsverkehrsstraße, der als Großbaustelle nach Beendigung der Frostperiode während des Baujahrs 1950 durchgeführt wird, umfaßt 576 Wohnungen.

Der erste Bauabschnitt der ersten Wohnzelle „Friedrichshain" wird unter Verzicht auf Schüttbeton- oder andere neuere Bauweisen, die bei den späteren Abschnitten weitgehend angewandt werden sollen, in traditionellem Mauerwerk erstellt, für das bereits große Steinvorräte aus der Enttrümmerung des Wiederaufbaugebiets an der Stalinallee gewonnen sind. Die Bauten werden jedoch in holzsparender Bauweise mit massiven Zwischendecken nach neuen, hier erstmalig angewandten Konstruktionen und mit massiven Flachdächern erstellt.

→B 34 Der Plan für die Wohnzelle Friedrichshain, wie er am 8.1.1950 in der „Berliner Zeitung" veröffentlicht wird

In der Umzeichnung ist der erste Bauabschnitt schwarz eingetragen. Es ist die Partie entlang der Frankfurter Allee und umfaßt Laubenganghäuser, 4geschossige Zeilen quer dazu, eine Reihenhausgruppe mit Gärten, „Heim-

Herbert Klatt (1950): Ansicht der Wohnzelle Friedrichshain, von der Stalinallee aus gesehen ←B 35

stätten" genannt, und das Laubenganghaus „Typ Akademie". Der Gesamtplan nimmt die Grundstruktur der Wohnzelle, so wie sie von Scharoun entworfen worden ist, auf. Das Straßennetz ist beseitigt, und die noch bestehende Bebauung bis auf Schule und Fabrik sind verschwunden. Geändert hat sich die Zusammensetzung und Lage der Wohnhäuser. Die Einfamilienhausteppiche mit den kleinen Wohnhöfen sind zu „Heimstätten" mit Gemüsegärten geworden, und der „Platz der Demokratie" hat eine innere Symmetrie bekommen. Der Zugang von Süden führt durch das „Haus der Demokratie", das von zwei Sälen flankiert wird. Kino und Läden sind westlich davon ausgewiesen; Schule, Ambulatorium und Kindertagesstätte liegen östlich, ebenso die Garagen. Der Plan ist auf das Niveau des bisher üblichen gemeinnützigen Wohnungsbaus überführt worden. ←S.469

Nach der Frostperiode beginnen zu **Ostern 1950** die Bauarbeiten – nur werden sie nicht nach dem Plan ausgeführt. Tatsächlich gebaut werden zwei Laubenganghäuser, die an die Stalinallee herangerückt sind, und insgesamt 6 Zeilen quer dazu, die aber schräger angeordnet werden, als sie ursprünglich geplant waren. Eine dieser Zeilen wird nur zur Hälfte ausgeführt, weil an der Graudenzer Straße noch ein Mietshaus steht.

Wie die Verschiebungen der Gebäude zur heutigen Lage erfolgt sind, können wir bei der uns zur Verfügung stehenden Aktenlage nicht ermitteln. In der Literatur ist als Architekt der Laubenganghäuser das „Kollektiv Herzenstein" genannt, was darauf schließen läßt, daß **Ende 1949**, nach dem Weggang von Wils Ebert aus dem Hauptamt für Planung, das Planungskollektiv sich aufzulösen beginnt. Peter Friedrich verläßt es am **31.3.1950**. Die Planung für die Wohnzelle Friedrichshain entwickelt ein Entwurfskollektiv in der „Heimstätte Berlin" unter der Leitung von Ludmilla Herzenstein, die bis **1958** im Stadtplanungsamt des Magistrats arbeitet. ←L 20

Baustelle der Wohnzelle Friedrichshain (Graudenzer Straße) 1950 ←B 36

jemand, der denen etwas erklärt, die sich in den Plänen und Modellen nicht richtig zurechtfinden können. Doch wäre es angebracht, wenn die „Heimstätte Berlin", der Bauherr der Wohnzelle, ständig einen ihrer Architekten in die kleine Ausstellung schickte, damit den Besuchern auf ihre vielen Fragen sachverständige Antworten gegeben werden könnten.

Was sagen nun die Berliner zu dem, was ihnen auf der Weberwiese gezeigt wird? Zwei Stimmungen sind es, die immer wieder zum Durchbruch kommen: Freude und Pessimismus – oft beides zusammen bei demselben Besucher. „Das wird ja ganz prima", hört man. „Nicht so enge Höfe, und alle haben Sonne, und viel Grünanlagen." „Da werden wir ja hier direkt ein feines Viertel werden." Das sagen Menschen, die wahrscheinlich ihr ganzes Leben lang in Mietskasernen, in dunklen Hinterhöfen wohnten, mit hoffnungsvollen Gesichtern. Doch so manche sind weniger optimistisch. Sie glauben es noch nicht. „Das erleben wir nicht mehr", sagt ein vielleicht Dreißigjähriger.

Doch sie können optimistisch sein, auch die noch älteren. Der erste Bauabschnitt der Wohnzelle soll in diesem Jahr fertig werden. Das bedeutet: 576 Wohnungen. Natürlich, 576 Wohnungen sind ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man bedenkt, wie viele Menschen in dem zerbombten Berlin unter ganz unmenschlichen Verhältnissen hausen müssen, wie viele Menschen es gibt, denen es immer noch in die Wohnungen regnet, denen der Schutt jeden Tag auf den Kopf zu fallen droht, die eng zusammengedrängt in einer Stube kampieren.

Aber die Wohnzelle gibt uns allen neuen Mut: Es wird gebaut, es geht aufwärts mit unserem Berlin.

Häusermauern wachsen auf der Weberwiese ←L 21
(Reportage vom Juni 1950)

Als am 21. Dezember 1949 auf der Weberwiese der Grundstein gelegt wurde, waren viele noch ungläubig. Damals berichteten wir, daß die Häuser der ersten Wohnstadt Friedrichshain an der Stalinallee nach den vorliegenden Plänen noch Ende 1950 bezugsfertig sein würden. Die Berliner betrachteten die Pläne und Grundrisse, sahen den Trümmerfrauen zu, die den ganzen Winter über Schuttberge wegschafften, und so manch einer schüttelte mit dem Kopf. Hier sollten in 12 Monaten Häuserblocks mit Hunderten von modernen Wohnungen stehen? Inmitten dieser Trümmer?

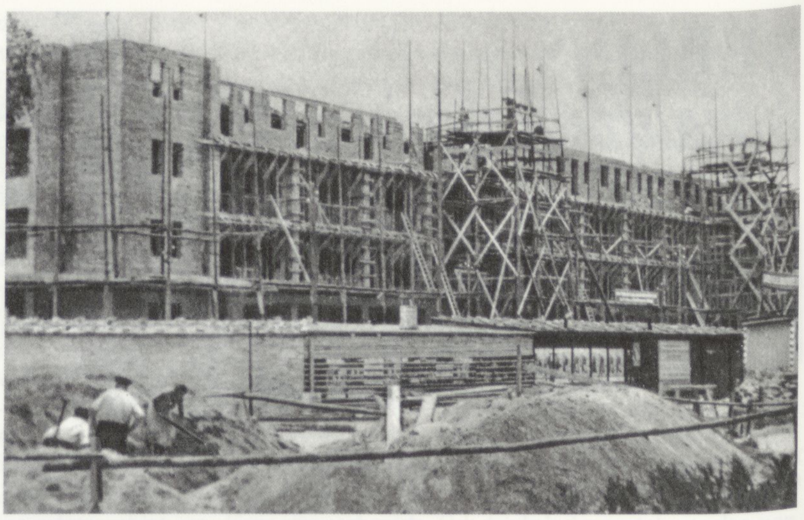
Noch vor 8 Wochen wurde an der Weberwiese „nachenttrümmert", wurden Fundamente längst abgeräumter Ruinen herausgeholt. Doch dann, kaum war der letzte Schutt fort und die Baugrube noch nicht fertig ausgehoben, wurde schon an dem Fundament des ersten Wohnblocks gemauert; vorn auf der Weberwiese, am U-Bahnhof Marchlewskistraße, parallel zur Stalinallee.

Heute zweifelt kaum noch jemand. In Gruppen stehen den ganzen Tag über Menschen am Rande der Weberwiese, diskutieren, schauen und staunen. Die Weberwiese und die umliegenden ehemaligen Trümmerfelder sind zu einem riesigen Bauplatz geworden. Man sieht sie förmlich aus der Erde wachsen, die Mauern des ersten Wohnblocks, der dicht an der Straße entsteht. Wer hier in der Nähe wohnt und täglich den U-Bahn-Eingang benutzt, merkt den Fortschritt am deutlichsten. Jeden Tag klettert der Bau ein Stück höher. Jetzt sind die Maurer beim Erdgeschoß angelangt, teilweise werden die Pfeiler zum ersten Stock gemauert. Alle 14 Tage werden sie eine Etage weiterkommen. Jeder kann sich also ausrechnen, wann da die fünf Stockwerke hochgemauert sein werden und das erste Richtfest gefeiert wird.

96 Einzimmer-Wohnungen und drei Läden im Rohbau werden in wenigen Monaten das Ergebnis der Arbeit an diesem einen Wohnblock sein. Diese Einzimmer-Wohnungen haben Bad und Küche wie alle Wohnungen, die hier entstehen; sie sind vom Typ „Berlin", dessen Raumverhältnisse wir seinerzeit mit den verschiedenen anderen Typen unseren Lesern ausführlich erläuterten. 96 Wohnungen – das bedeutet eigene Heime für 96 alleinstehende Werktätige oder kinderlose Ehepaare, für Menschen, die herauskommen aus der Enge irgendwelcher Untermietsstuben, heraus aus Hinterhof-Unterkünften in gesunde, luftige und sonnige Zimmer.

Bei den anderen Blocks der Wohnstadt Friedrichshain ist man noch nicht so weit wie bei Block 1, aber es geht jetzt Zug um Zug weiter. Am Block 2 (40 Wohnungen mit je 2 1/2 Zimmern) ist die Kellergeschoßdecke fertig. Nächste Woche wird mit dem Mauern der Etagen begonnen. Beim Block 6 (32 2 1/2-Zimmer-Wohnungen) wird noch das Kellergeschoß gemauert. Im Block 7, der 24 Zwei-Zimmer-Wohnungen enthält, wird die Kellerdecke eingebracht, und am Block 9 ist man dabei, die Betonfundamente fertigzustellen, auf denen 80 künftige Eineinhalbzimmer-Wohnungen vom Typ „Warschau" ruhen werden. Die übrigen Wohnblocks werden in allernächster Zeit in Angriff genommen, wenn die letzten Berechnungen abgeschlossen sind. Alle Bauten werden termingerecht bis zum Ablauf dieses Jahres fertiggestellt, versichert die Bauleitung. Bedingung ist nur, daß die Materialversorgung auch weiterhin klappt.

Es mangelte bisher und mangelt noch immer an maschineller Ausrüstung auf der Baustelle Weberwiese. Damit der Bau schneller vorangetrieben werden kann, wurden in den letzten Tagen drei „Hexen" und ein fahrbarer Leichtbaukran zur Verfügung gestellt. Hexen, das sind Fahrstühle, mit denen Steine, Mörtel und andere Materialien in die oberen Etagen gebracht werden. Die Träger brauchen dann nicht mehr mühsam Leitern und später Treppen hochzukraxeln. Zwischen Stapeln von Mauersteinen, Kies und Zementbergen liegen die Teile des nagelneuen, eben angekommenen Krans. Ein Mann von der Bauleitung telefoniert sich die Kehle heiser, um einen Kranführer zu bekommen, während Arbeiter schon mit der Montage beginnen.



→B 37 Baustelle eines der beiden Laubenganghäuser an der Stalinallee 1950

Rechtzeitig zum III. Parteitag der SED (**20.–24.7.1950**), auf dem das Programm für den kommenden Fünfjahresplan beraten werden soll, findet das Richtfest des ersten der beiden Laubenganghäuser statt:

→L 22 *Eine riesige Menschenmenge drängte sich am Mittwochnachmittag vor dem Bauplatz in der Stalinallee. Im vierten Stock des mit Fahnen und Transparenten geschmückten Blocks 1 standen in langer Reihe Jungen in blauen Hemden. Fanfarenstöße und Trommelwirbel leiteten das einmalige Ereignis ein: Richtfest der ersten Blocks in der Wohnstadt Friedrichshain.*

Stürmischer Jubel brach los, als Oberbürgermeister Ebert das Podium betrat und nach einleitenden Worten des Direktors der Heimstätte Berlin, Dr. Brockschmidt, das Wort ergriff. Er dankte den Bauarbeitern, besonders den Aktivisten der Großbaustelle Stalinallee und auch den vielen Berlinern, die dazu beigetragen haben, daß heute bereits das Richtfest gefeiert werden kann, für ihre nie erlahmende Einsatzbereitschaft und unüberwindliche Kraft. „Diese Menschen", sagte er, „die hier Wohnhäuser für unsere Werktätigen bauen, sind Kämpfer für den Frieden. Jeder Baustein, der hier vermauert wurde, ist ein Baustein für den Frieden. Mögen alle Menschen, die an der Errichtung des Baues mitgewirkt haben und die in diesen Wohnungen leben werden, das ungeteilte Glück des Friedens genießen. Dieses Werk muß uns erhalten bleiben, nie wieder darf es ein Krieg zerstören. Verteidigt es mit Euren Hirnen und Fäusten", rief er den Bauarbeitern zu.

Und dann war der große Augenblick gekommen: Mit einem Umtrunk wurden die neuen Wohnhäuser werktätiger Menschen eingeweiht, und mit dem Ruf: „Glück und Frieden der Wohnstadt Friedrichshain!" wurde unter dem Jubel der Anwesenden die riesige, mit vielen kleinen Lämpchen geschmückte Richtkrone aufgezogen. „Es gibt kein Hindernis, das die Kraft

der Arbeiterklasse nicht überwinden könnte", rief Ernst Hoffmann, der 2. Sekretär des Landesverbandes Groß-Berlin der SED, aus. „Das habt Ihr mit Eurer gewaltigen Leistung bewiesen. Wir sind stolz darauf, daß es unsere Genossen waren, die die neue Arbeitsmethode des Dreierverfahrens erstmalig in Deutschland anwandten, und wir sind stolz darauf, daß es unser Genosse Werner Pätzel war, der mit seiner Jugendbrigade den Anstoß zum Wettbewerb gab und entscheidend zum Gelingen der vorfristigen Fertigstellung des Baues beitrug. Wir werden in den kommenden Tagen darüber beraten und beschließen, wie wir das Leben der Werktätigen weiter verbessern können. Und ich bin überzeugt, daß Ihr alle Euren Teil dazu beitragt!"

Aus eigener Kraft sei dieses große Werk geschaffen worden, und auch aus eigener Kraft wird Berlin schöner denn je aufgebaut werden, sagte Adolf Deter, der Vorsitzende des FDGB Groß-Berlin zum Schluß. „Die Beschlüsse des III. Parteitages der SED werden Anlaß sein, uns mit noch größerer Tatkraft einzusetzen für ein besseres Leben unserer Werktätigen, für den Frieden!"

17 Meter wird er hoch sein, wenn er aufgestellt ist, und 900 kg kann er tragen. Daß Kran und Hexen so schnell beschafft wurden, ist der Initiative des Stadtrats für Wirtschaft, Bruno Baum, zu danken.

500 Menschen bauen jetzt an der Wohnstadt Friedrichshain, und es sollen 1000 werden. Zwei Kolonnen arbeiten bereits im Dreierverfahren, einer neuen Arbeitsweise, die das Bautempo erheblich beschleunigt. Der Verantwortliche für alle Bauten des volkseigenen Betriebes Wohnungsbau, Arnsberger, hat sein Büro in der Zentrale geräumt. Er ist in die Baubude auf der Weberwiese gezogen, in das Herz der wichtigsten Baustelle Berlins, des ersten Wohnungsbau-Großprojektes der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.

Zum zweijährigen Bestehen des Magistrats übergibt Oberbürgermeister Friedrich Ebert den ersten neuerbauten Wohnblock in der Stalinallee ←B 38

Das „Neue Deutschland" meldet am **19.8.1950**: *Innerhalb von 8 Monaten wurde der 1. Bauabschnitt der Wohnstadt Friedrichshain soweit fertiggestellt, daß Ende September 1950 die ersten 192 Wohnungen bezogen werden können. . . . Die restlichen 184 Wohnungen des ersten Baubschnitts sollen ebenfalls noch in diesem Jahr, während 200 Wohnungen in den ersten Monaten des nächsten Jahres fertiggestellt werden. Insgesamt wird die Wohnstadt Friedrichshain 1900 Familien neue Wohnungen geben.* ←L 23

Das Panorama zeigt, daß die Ausführung von der 1950 veröffentlichten Planung abweicht. Die Laubenganghäuser sind näher an die Stalinallee herangerückt, die Lage und Anzahl der schräggestellten Zeilen ist so verändert worden, daß die vorhandenen Altbauten nicht abgerissen werden mußten. Die Bezeichnung „Wohnzelle Friedrichshain" ist durch „Wohnstadt Stalinallee" ersetzt worden, es ist die Rede von einem „mächtigen Komplex"

ENTHALT

gehen die im Plan 1951 vorgesehenen Bauvorhaben Berlins, darunter Heime für 4728 Familien, ihrer pünktlichen Verwirklichung entgegen. So wuchs die Wohnstadt Stalinallee, von deren Mietern wir berichten, in den letzten Wochen und Monaten zu einem mächtigen Komplex: ein überzeugender Beweis der intensiven, dem Wohl der Berliner dienenden Bautätigkeit in der deutschen Hauptstadt

Der erste Bauabschnitt der Wohnzelle Friedrichshain im Sommer 1951 ←B 39

Kurt Liebknecht erinnert sich 1953 an das Verhältnis des Genossen Ulbricht zu den Architekten

Kurz vor dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hatte ich den Auftrag, Genossen Ulbricht einen Bericht über einige architektonische und städtebauliche Fragen zu geben. Mit welcher Klarheit sah er die Schwerpunkte in der Planung eines neuen Berlins und wie verstand er es, seine Vorschläge für den Aufbau des Zentrums und der zentralen Achse Berlins bis in alle Einzelheiten zu begründen! Wie kleinbürgerlich und arm waren die Arbeiten einer Gruppe von Städteplanern, die aus Berlin eine Gartenstadt mit ein- und zweigeschossigen Häuschen machen wollten, gegenüber diesen kühnen Ideen. Genosse Walter Ulbricht wandte sich auch scharf gegen die neuen Wohnbauten, die Lungenheilanstalten, wie er sie nannte, an der Stalinallee, die er als undeutsch und unkünstlerisch brandmarkte. Diese Unterredung beeindruckte mich durch die Gründlichkeit, mit der Genosse Walter Ulbricht an die Probleme heranging, und durch seine Kenntnis, insbesondere auch in fachlichen Fragen. Mir wurde bewußt, wie vielseitig Genosse Walter Ulbricht ist und wie wissenschaftlich er an die Fragen des Aufbaus unserer Heimat herangeht. Das Ergebnis der umfassenden Arbeit Walter Ulbrichts war das bedeutende Referat des Initiators des Fünfjahrplans auf dem III. Parteitag, das auch für uns Architekten durch wichtige Hinweise eine neue Epoche unseres Schaffens einleitete. . . .

←L 24
→L 25

Genosse Walter Ulbricht gab auch die grundlegenden Richtlinien für den Wiederaufbau Berlins, der Hauptstadt Deutschlands. Und seitdem scheut Genosse Walter Ulbricht weder Mühe noch Zeit, mit den Architekten zu diskutieren und ihnen bei der Entwicklung einer deutschen Architektur weiterzuhelfen, sie für das Studium unserer wertvollen nationalen Bautraditionen zu gewinnen, sie im Kampf gegen den Kosmopolitismus zu erziehen, im Kampf „gegen die amerikanischen Kästen und den hitlerschen Kasernenstil". So handelt ein marxistischer Politiker, der genau weiß, zu welchem Zeitpunkt der Kampf um Demokratie und Frieden mit aller Kraft auf die kulturelle Ebene ausgedehnt werden muß, um hier dem neuen Bewußtsein zum Durchbruch zu verhelfen. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Architektur der Städte und ihrer Bauten ein wichtiger Faktor in der Bewußtseinsbildung unserer Menschen ist, setzte sich Walter Ulbricht für eine ihrem Inhalt nach demokratische und ihrer Form nach nationale Baukunst ein. Genosse Walter Ulbricht führte seine Diskussion mit uns mit aller Schärfe und Parteilichkeit. Er duldet keine Kompromisse.

Die letzte Stellungnahme des Planungskollektivs

Kurz nach Erscheinen eines Artikels in der „Neuen Berliner Illustrierten" am **24.11.1950**, in dem die Diffamierung der Arbeit des Planungskollektivs ihren Höhepunkt fand, schreiben die SED-Genossen des ehemaligen Planungskollektivs einen Brief an Walter Ulbricht, in dem sie ihre Arbeit gegen ungerechtfertigte Angriffe verteidigen. Der Briefentwurf wird auch den früher ausgeschiedenen Kollektivmitgliedern, wie z.B. Luise Seitz, zur Diskussion und Korrektur übergeben. Das hier wiedergegebene Dokument ist der nichtkorrigierte, undatierte und nicht unterzeichnete Briefentwurf. Ob er tatsächlich abgeschickt wurde, ist nicht sicher, dennoch stellt dieser Text die einzige uns bekannte authentische und schriftlich niedergelegte Antwort auf die öffentlich vorgetragene Kritik am Kollektivplan dar.

Sehr verehrter Genosse Walter Ulbricht! ←A 101

Die Genossen, die von 1945 bis 1949 beim Magistrat von Groß-Berlin am Berliner Stadtplan gearbeitet haben („Planungs-Kollektiv"), halten es für notwendig, sich mit den folgenden Darlegungen an das Zentralkomitee zu wenden.

In der Beurteilung ihrer beim Magistrat geleisteten Planungsarbeit werden seit Anfang 1950 Mißverständnisse erkennbar und in der letzten Zeit Entstellungen, die auf politische Verleumdungen hinauslaufen. Schon die ersten Mißverständnisse wären nicht eingetreten, wenn ein engerer Kontakt zwischen den führenden

4.2 Die Hauptstadt, schöner denn je

Am **22.7.1950** begründet Walter Ulbricht, Stellvertretender Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik und Erster Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), auf dem III. Parteitag der SED in seiner Rede die im Rahmen des Fünfjahresplans geplanten Bauvorhaben: Die vorgetragenen Pläne sind verbunden mit einer Kritik an den bisherigen Bauausführungen im Rahmen des Wiederaufbaus in Berlin:

Der mächtige Aufschwung der Wirtschaft ist verbunden mit einer Anzahl großer Bauvorhaben. Der Gesamtumfang der großen Arbeiten im Volkswirtschaftsplan ist mit 26,89 Milliarden DM veranschlagt. Mit diesen Mitteln sollen neue Industriewerke und Kulturbauten wie Schulen usw. errichtet werden und der Aufbau der zerstörten Städte erfolgen.

Der Aufbau des neuen Hüttenwerkes am Ufer der Oder bedeutet den Ausbau einer ganzen Stadtanlage. Der Ausbau der Betriebe der Schwerindustrie erfordert den Bau weiterer Arbeiterwohnungen. In den Gebieten der Eisenerzgruben, des Kupferbergbaus, müssen neue Arbeitersiedlungen geschaffen werden. Der Bau der Werften für Hochseeschiffe erfordert die Konzentration einer großen Zahl Arbeitskräfte, für die Wohnmöglichkeiten geschaffen werden müssen.

Die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe ist daneben der Wiederaufbau der zerstörten Städte der Republik, in erster Linie der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, und der wichtigsten Industriezentren der Republik: Dresden, Magdeburg, Chemnitz, Dessau u.a. Der Umfang der Wiederherstellungs- und Bauarbeiten in den 53 Städten ist auf 4,16 Milliarden DM veranschlagt. Der Anteil der Nutzfläche pro Kopf der Bevölkerung, der Ende 1950 10,5 qm beträgt, soll bis Ende 1955 auf 13 qm gesteigert werden.

Bisher wurde oft nach den Plänen der einzelnen Stadtverwaltungen gebaut und nicht genügend die großen Erfahrungen der fortschrittlichen Städteplanung berücksichtigt. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte soll jetzt streng nach den Plänen durchgeführt werden, die vom Ministerium für Aufbau bestätigt sind.

Das Wichtigste ist, daß aus den Trümmern der von den amerikanischen Imperialisten zerstörten Städte solche Städte erstehen, die schöner sind denn je. Das gilt besonders für unsere Hauptstadt Berlin. Bei der Stadtplanung sollen unsere Fachleute ausgehen von der Sorge um den Menschen in bezug auf seine Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung. In der Weimarer Zeit wurden in vielen unserer Städte Gebäudekomplexe gebaut, die in ihrer architektonischen Gestaltung nicht den Wünschen der Bevölkerung entgegenkamen, die nicht der nationalen Eigenart entsprachen, sondern dem formalistischen Denken einer Anzahl Architekten, die die Primitivität gewisser Fabrikbauten auf die Wohnbauten übertrugen. Unter dem Hitlerfaschismus wurde dieser Kasernenstil noch weiter entwickelt. Einige Architekten, besonders in der Bauabteilung des Magistrats von Berlin, wollten die Hauptstadt Deutschlands verniedlichen durch den Bau von niedrigen Häusern und wollten Gebiete der Innenstadt nach den Richtlinien für Stadtrandsiedlungen bebauen. Der grundsätzliche Fehler dieser Architekten besteht darin, daß sie nicht an die Gliederung und Architektur Berlins anknüpfen, sondern in ihren kosmopolitischen Phantasien glauben, daß man in Berlin Häuser bauen solle, die ebensogut in die südafrikanische Landschaft passen.

Wir haben alle diese Pläne abgelehnt und ersuchen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Magistrat von Berlin, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, daß im Wettbewerb der Baufachleute und Architekten der Aufbau der Hauptstadt Deutschlands auf der Grundlage der geschichtlich entstandenen Struktur der Stadt erfolgt. Das Zentrum der Stadt soll sein charakteristisches Bild erhalten durch monumentale Gebäude und eine architektonische Komposition, die der Bedeutung der Hauptstadt Deutschlands gerecht wird.

Wäre es nicht zweckmäßig, im Zentrum der Stadt den Straßenzug von der Stalinallee bis zum Brandenburger Tor wiederaufzubauen, den Lustgarten und den Alexanderplatz als die beherrschenden Plätze des Stadtinnern zu architektonisch schönen Plätzen zu gestalten, durch den Arbeitsenthusiasmus der Berliner Bevölkerung die alten herrlichen Gebäude im Zentrum der Stadt wiederherzustellen und die neuen Gebäude an diesen

Plätzen und an der Hauptstraße architektonisch schön im Sinne des Volksempfindens zu gestalten? Wir wollen in Berlin keine amerikanischen Kästen und keinen hitlerschen Kasernenstil mehr sehen. Gleichzeitig ist es notwendig, die Arbeiterviertel bei den großen Industriebetrieben wieder, aber schöner als früher, aufzubauen. (Starker Beifall.) Wir sind überzeugt, daß es unseren Baumeistern gelingen wird, in Berlin und in den Großstädten der Republik in den monumentalen Bauten die Kraft und die Stärke des Aufbauwillens und der großen Zukunft Deutschlands zum Ausdruck zu bringen. (Starker Beifall.) Ein Volk, das solche gewaltigen Aufgaben wie den Fünfjahrplan in Angriff nimmt, wird auch Baumeister hervorbringen, die in der Gestaltung der Städte diese grandiosen Ideen zum Ausdruck bringen. Unser Beitrag zum Fortschritt auf dem Gebiete des Bauwesens soll gerade darin bestehen, daß sowohl unsere Stadtplanung als auch der Städtebau, der Industriebau, der Bau der neuen Kulturstätten, der Maschinenausleihstationen das Besondere unserer nationalen Kultur zum Ausdruck bringen. Das Zentrum unserer Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine müssen zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem der Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können. (Stürmischer Beifall.) . . .

Die in diesem Abschnitt der Rede angedeuteten Grundsätze für den Wiederaufbau Berlins und seines historischen Zentrums leiten eine Umorientierung ein. Bereits am **27.7.1950**, also 5 Tage später, verabschiedet der Ministerrat der DDR die „Grundsätze des Städtebaus", und am **23.8. 1950** werden in einer gemeinsamen Sitzung des Ministerrats mit dem Magistrat „Die Grundsätze für die Neugestaltung Berlins" verabschiedet, die eine Abkehr von den bisherigen Planungsprinzipien bedeuten.

Karl Brockschmidt, Leiter der Heimstätte, in der Scharouns Plan für die Wohnzelle Friedrichshain umgearbeitet worden ist und nach deren Plänen der erste Bauabschnitt ausgeführt wurde, beschreibt die Auswirkungen auf die bisherige und zukünftige Planung:

Mit den jetzt vorliegenden, der Initiative der politischen Führung zu dankenden Neugestaltungsplänen ist eine mehrjährige Stagnation der städtebaulichen Planung für Berlin überwunden worden. Ein tiefgreifender ideologischer Umwandlungsprozeß bei den bis dahin isoliert von den Hauptkräften unseres politischen Lebens und ohne Abstimmung mit der Wirtschaftsplanung arbeitenden Städtebauern kommt zum Abschluß. Die an anglo-amerikanischen Städtebau-Theorien orientierten Vorschläge des inzwischen aus der Berliner Magistratsarbeit ausgeschiedenen „Planungskollektivs Berlin" vom Jahre 1946, die 1949 wiederholt wurden, und die nicht in einem authentischen Plan für die Rekonstruktion Berlins konkretisiert waren, sind damit verabschiedet. Sie sahen die Auflösung der Großstadt in eine sogenannte Stadtlandschaft vor, die „Dezentralisierung der einseitig im Zentrum der Stadt liegenden kulturellen Einrichtungen", eine gleichmäßige Siedlungsdichte von 250 bis 300 Einwohnern je ha, die zur Aussiedlung von 600 000 Menschen aus dem Gebiet innerhalb der Ringbahn gezwungen hätte, die Aufgliederung der Stadt in Wohnzellen gleicher geringer Bevölkerungsdichte mit Einfamilienhäusern auch im zentralen Bezirk, die Umgestaltung Berlins zu einer Bandstadt mit paralleler Anordnung der Wohn- und Arbeitsgebiete. Ihr beherrschender Gesichtspunkt war die Bildung eines Verkehrsnetzes in Form eines Rechteck-Rasters mit Ost-West-Schnellverkehrsstraßen in Breiten von 120 bis 200 m, die das Bild der historisch gewordenen Stadt zerteilt hätten. ←L 26

An der Wohnstadt Stalinallee im Bezirk Friedrichshain, deren erster Großblock zur Friedenswahl am 15. Oktober bezugsfertig ist, wurde die Umstellung der städtebaulichen Planung auf neue Prinzipien zuerst sichtbar. Hier wurde der ursprüngliche Bebauungsplan geändert. Auf den vorgeschlagenen Bau von Einfamilienhäusern in geringer Verkehrsnähe zum Stadtzentrum wurde, nachdem er in einer breiten Diskussion der Berliner werktätigen Bevölkerung auf allgemeine Kritik stieß, verzichtet. Die Stalinallee als eine der politisch bedeutendsten Straßen Berlins wird nicht mehr als anbaufreie Schnellstraße für den Kraftverkehr, sondern als eine durch Wohnhochhäuser betonte Hauptstraße mit Randbebauung gestaltet.

Der jetzt bestätigten neuen städtebaulichen Planung Berlins, die mit den durch den Volkswirtschaftsplan gesicherten ersten Großbauten bald Realität wird, liegen Erfahrungen des Städtebaus in der Sowjetunion zugrunde. Ihre obersten Grundsätze sind der Neuaufbau Berlins als Hauptstadt Ge-

Genossen der Partei und den Genossen Architekten, um den wir uns sehr – aber vergeblich – bemüht haben (Gen. Ebert, Jendretzky, Grotewohl, Ulbricht), zustande gekommen und damit eine fördernde Kritik der Planungsarbeiten erfolgt wäre. Die Verleumdungen der letzten Zeit, die die gebotene Zusammenarbeit an den großen städtebaulichen Aufgaben des 5-Jahrplans bereits praktisch fast unmöglich machen, veranlassen uns heute zu dieser Richtigstellung.

Der grobe Perspektivplan für den Neuaufbau Berlins wurde durch den Oberbürgermeister, Gen. Friedrich Ebert, in seiner Rede am 15. Juli 1949 auf der öffentlichen Sitzung des Demokratischen Blockes Groß-Berlin mit anerkennenden Worten der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet und dabei das Exposé des Planungskollektivs (vom 28. Mai 49) in vollem Wortlaut wiedergegeben. – Generalmajor Kotikow hatte den Plan nach mehrstündiger Aussprache mit den Planern wohlwollend aufgenommen. – Gen. Dr. Liebknecht hat in einem Artikel in der Täglichen Rundschau am 14.9.49 ebenfalls positiv zu diesen Arbeiten Stellung genommen.

Zum 1. Jahrestag des Demokratischen Magistrats (30.11.49) hatte das Planungskollektiv die Aufgabe, das Exposé nach Abschluß der öffentlichen Diskussion, in der in der Hauptsache nur zu den praktischen Fragen des Wohnungsbaues Stellung genommen worden war, zu überarbeiten; mit dem Ziel, dem Exposé die endgültige Formulierung für seine Veröffentlichung zu geben.

In dieser Zeit traten Kompetenzschwierigkeiten zwischen dem Ministerium für Aufbau und dem Demokratischen Magistrat darüber zu Tage, an welcher Stelle die Planung Berlins weitergeführt werden sollte, die sich auch darin ausdrückten, daß die geforderte Überarbeitung des Exposés nicht zustande kam. (Gen. Friedrich Ebert hat dann in seiner Rede am 30.11.49 im Friedrichstadtpalast den vorliegenden Plan im Sinne des Exposés vom Mai 49 erläutert.)

Aus dieser Situation entwickelte sich ein Umschlagen in eine fachlich negative Beurteilung dieser Arbeiten seitens derselben verantwortlichen Funktionäre im Ministerium für Aufbau, die noch 10 Wochen zuvor sich positiv dazu geäußert hatten (Artikel von Gen. Dr. Liebknecht in der Täglichen Rundschau v. 14.9. 49).

Nach der geschilderten Entwicklung der Berliner Planung mußte die Erklärung des Genossen Walter Ulbricht in seinem Parteitag-Referat überraschen: „. . . wir haben alle diese Planungen abgelehnt . . .". Anfängliche Mißverständnisse rührten aus der mangelnden Bereitwilligkeit mittlerer Funktionäre her, sich gründlich zu informieren. Aber dann erfolgten in mündlichen Äußerungen und Presseartikeln böswillige fachliche Entstellungen und zuletzt politische Verleumdungen.

Wir müssen deshalb Wert darauf legen, im folgenden die wesentlichsten Entstellungen des Inhalts unserer Arbeit richtig zu stellen. Die Angriffe unterstellen folgende Absichten:

1.) Auflösung der Großstadt – in eine Stadtlandschaft; Dezentralisierung der kulturellen Einrichtungen; zu geringe Siedlungsdichte, mit Einfamilienhäusern auch im zentralen Bezirk;
2.) Umgestaltung Berlins zu einer Bandstadt;
3.) Schaffung zu breiter Straßen, die die Stadt zerteilen.

Alle diese böswilligen Entstellungen sind in einem Aufsatz von Gen. Dr. Brockschmidt im Oktoberheft 1950 des Demokratischen Aufbau enthalten.

Zu 1.): Der Kollektivplan sah weder in Plänen noch im Exposé eine Auflösung Berlins vor. Dagegen wird – auch in Einzelaufsätzen der Kollektivmitglieder – die Großstadt als Gegebenheit vorausgesetzt und nur die Notwendigkeit der Abstellung ihrer Mängel behandelt. Nirgendwo wird etwa die Auflösung als mögliche Lösung vorhandener Mängel erwähnt.

a) der Begriff der Stadtlandschaft wird sowohl in der Sowjetunion als auch in Deutschland angewandt, worunter aber nicht eine Stadt mit ländlichem Charakter verstanden wird, wie z.B. Gen. Dr. Brockschmidt unterstellt; vielmehr die Forderung, daß die Überbauung des offenen Bodens nicht das unumgängliche Maß

überschreitet und damit der geregelte Wasserhaushalt gestört und schließlich auch das Kleinklima beeinträchtigt wird. – Der bedeutende sowjetische Städtebauer David Arkin schreibt: „Die verschwindende Konzeption der ‚Architektur-Landschaft' wird wieder zu ihrem Recht kommen und als eine städtische Gegebenheit wiederkehren. Der Städtebau wird mit den besonderen natürlichen Gegebenheiten rechnen, den Konturen des Bodens, dem Vorhandensein von Flüssen, und Aufgabe der Architektur wird es nicht sein, die Natur zu verhüllen, sondern im Gegenteil ihre Schönheit zu betonen."

b) Zur Behauptung, der Kollektivplan sähe eine Auflösung des Zentrums von Berlin und eine Dezentralisierung der übergeordneten gesellschaftlichen Einrichtungen vor (Verwaltung, Kulturstätten usw.). Das Gegenteil davon ist wahr. Tatsächlich sind im Zentrum, wie aus den Plänen und aus dem Exposé klar hervorgeht, alle übergeordneten Einrichtungen vorgesehen; „nicht nur für die Berliner, sondern auch für Berlin als Hauptstadt". Darüber hinaus lag ein Vorschlag für die Gliederung des Zentrums vor in Standorte für Regierung, Parteien und Massenorganisationen, Zentralen der Wirtschaft und der Verwaltung, Presse, übergeordnete Kulturstätten usw. – Gestalterisch war das Zentrum dadurch betont, daß eine Bebauung mit Hochhäusern vorgesehen war (Arbeitsplatzdichte: 700 Menschen pro Hektar). Unsere Forderung einer gleichmäßigen Verteilung der gesellschaftlichen Einrichtungen auf die Wohngebiete betraf nur solche, die den örtlichen Bedürfnissen entsprechen. (Im übrigen bezog sie sich auf die bisher vorhandene Konzentration und bessere Anlage von Krankenhäusern und Schulen im Westen der Stadt.)

c) Der Kollektivplan sah eine Siedlungsdichte von 250–300 Menschen pro ha in den Wohngebieten vor. Dagegen war für das Zentrum, das keine Wohngebiete enthält, eine Arbeitsplatzdichte von 700 Menschen/ha vorgesehen. Die Behauptung also, daß im Zentrum überhaupt Wohngebiete, gar in Flachbauweise, geplant waren, ist eine böswillige Entstellung.

Eine Siedlungsdichte von 250–300 Menschen/ha für städtische Wohngebiete gilt in Deutschland für den praktischen Städtebau als Richtwert. Auch in Moskau liegt die Wohndichte zwischen 250 und 500 Menschen pro Hektar, bei vorhandener Bebauung!

Für die städtischen Wohngebiete mit einer Siedlungsdichte von 250–300 Menschen/ha hat der Kollektivplan eine Mischbebauung aus Hochhäusern und Häusern in Flachbauweise vorgeschlagen. Bei der Flachbauweise war an einen Haustyp gedacht, der denselben Formen des gesellschaftlichen Lebens entspricht wie das mehrgeschossige Wohnhaus: es handelt sich nicht um Eigenheime mit zu bewirtschaftendem Garten, sondern um eine Hausform, bei der der Wohnung nur ein kleiner offener Wohnplatz zugeordnet ist, und sie damit für Familien mit Kindern geeigneter macht, als es die Stockwerkswohnung ist (besonders im Hochhaus). Die Errichtung dieser Haustypen setzt ihre industrielle Herstellung voraus, sie wirken sich erst dann wirtschaftlich voll aus und wurden auch für eine entsprechende Zeit vorgeschlagen.

Zu 2.): Die Behauptung, daß der Kollektivplan die heutige kompakte Form des Stadtgrundrisses von Berlin in eine schmale langgestreckte Bandstadt umgestalten wollte, ist unzutreffend. Allerdings wurden die in Berlin vorhandenen Ansätze zu einer Längsentwicklung des Zentrums und zu einer bandförmigen Entwicklung der Arbeitsgebiete an Spree und Havel aufgegriffen und diese Tendenz im Sinne einer Trennung und parallelen Zueinanderordnung von größeren Arbeits- u. Wohngebieten konsequent durchgeführt. Diese Anordnung entspricht besser den hygienischen Forderungen (Rauchschatten usw.) und den Zweckmäßigkeiten des Berufsverkehrs. Die Führung der S-Bahn entspricht im wesentlichen dieser räumlichen Ordnung. Aus diesen Gründen wird eine solche Zueinanderordnung von Arbeits- u. Wohngebieten auch in anderen Stadtteilen angestrebt; in den meisten Fällen ebenfalls in Anlehnung an vorhandene Wasserläufe und andere Verkehrswege.

Zu 3.): Zu der Behauptung, die Verkehrsstraßen

samtdeutschlands, die Betonung ihres Großstadt-Charakters, unter Hervorhebung ihres Zentrums als Sitz der zentralen Verwaltungsorgane und Kulturstätten, und die bedeutende Rolle der Industrie als städtebildender Faktor neben dem Bau von Wohnungen, der gegenüber dem Bau von Verwaltungs- und Kulturgebäuden nicht vernachlässigt werden soll. Die Wohndichte wird vom zentralen Bezirk zu den Außenbezirken hin gestaffelt. Die vielgeschossige Bauweise, z.T. mit Hochhäusern, die die Silhouetten der Stadt bestimmen, wird das Baugeschehen Berlins in der Zukunft beherrschen. Die in der neuen demokratischen Ordnung entscheidenden zentralen Funktionen werden im allgemeinen auf den alten Stadtkern zwischen Brandenburger Tor und dem Raum Alexanderplatz, der Zimmerstraße und der Charité konzentriert, der durch Umgehungs-Ringstraßen vom Durchgangsverkehr freizuhalten ist.

Wie hat sich nun dieser *tiefgreifende ideologische Umwandlungsprozeß* vollzogen, und wie unterscheiden sich die neuen Pläne für Berlin von den bisherigen?

4.2.1 Die neuen Grundsätze des Städtebaus

Am **7.10.1949** wird als Konsequenz aus der von den Westalliierten mit der Währungsreform und Bildung einer Regierung für die drei Westzonen vollzogenen Teilung Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Die Regierung versteht sich als Provisorium, politisches Ziel bleibt es, auf ein einheitliches Deutschland mit der Hauptstadt Berlin hinzuarbeiten.

Sitz der Regierung der DDR wird Berlin, genauer der sowjetisch besetzte Sektor der Stadt mit dem alten Zentrum.

Mit der Regierungsbildung der DDR wird als eines der 14 Fachministerien das Ministerium für Aufbau unter Leitung von Lothar Bolz gegründet. Das Ministerium gliedert sich in 2 Hauptabteilungen: Abt. I für Landesplanung und Abt. II für allgemeines Bauwesen, Städtebau und Hochbau, außerdem ist dem Ministerium das „Institut für Städtebau und Hochbau" angegliedert, das den beiden Hauptabteilungen durch Entwurfs- und Forschungsarbeit beratend zur Seite steht. Die Hauptaufgabe dieses Instituts wird es zunächst sein, Richtlinien für die Generalbebauungspläne der Städte zu erarbeiten. Die Kompetenz und die Pläne des Ministeriums für Aufbau sind, was Berlin betrifft, zunächst noch unklar. In einem Interview der „National-Zeitung" mit Lothar Bolz am **31.12.1949** kommt dieser der erwarteten Frage zuvor:

→L 27 *Ich bitte Sie, in diesem Zusammenhang mir die Frage nach der Beteiligung des Aufbauministeriums am Wiederaufbau Berlins wenigstens vorläufig zu erlassen. Es ist in der Presse bereits bekanntgeworden, daß über diese für unsere gesamte Republik so wichtige Frage Verhandlungen schweben. Aber gerade, weil diese Verhandlungen doch das größte nationale Bauvorhaben unseres Volkes, den Wiederaufbau der Hauptstadt unserer Republik, zum Ziele haben, möchte ich die endgültigen Ergebnisse der Verhandlungen und die Beschlüsse der Regierung abwarten, bevor ich über Einzelheiten spreche. Eines ist sicher, daß die beteiligten Stellen in aufrichtiger Hingabe alle ihre Kräfte anspannen werden, um die ihnen von unserem ganzen Volk gestellte große nationale Aufgabe des Wiederaufbaues unserer Hauptstadt rasch, gründlich, zweckentsprechend und formschön zu lösen.*

Über diese Verhandlungen berichtet Kurt Liebknecht, Leiter des Instituts für Städtebau und Hochbau:

→L 28 *Während seines Aufenthalts in Moskau anläßlich des 70. Geburtstages des Genossen Stalin bat Walter Ulbricht den Präsidenten der Sowjetischen Architekturakademie um eine Besprechung über Städtebau und Architektur. Bereitwillig kam der Präsident, Genosse Mordwinow, dieser Bitte nach und gab Walter Ulbricht und dem Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, Gelegenheit zu einer außerordentlich fruchtbaren Aussprache mit Mitgliedern des Präsidiums der Akademie, hervorragenden Städtebauern, Architekten und Bauwissenschaftlern. Diese Aussprache war eine Lektion im wahrsten Sinne, eine Lektion über die Direktiven des Genossen Stalin über Städtebau und Architektur, wie sie bei der Umgestaltung der sowjetischen Hauptstadt und vieler anderer großer Städte der Sowjetunion zur Grundlage gedient hatten.*

Das besondere Interesse Walter Ulbrichts an der Architektur setzte schon früh ein, als der sozialistisch erzogene Arbeitersohn in seiner Vaterstadt Leipzig eine Fachschule für Möbel- und Bautischler besuchte, wo auch Fragen der Architektur behandelt wurden. Seine Wanderschaft als Tischlergeselle führte ihn durch Deutschland und in das Ausland, wo er schöne Städte und schöne Bauten kennen und vor allem das deutsche Baukulturerbe schätzen lernte.

Mit dieser „Lektion" beginnt eine Wende im Berliner Städtebau, die am **21.12.1949**, dem 70. Geburtstag Stalins, symbolisch eingeleitet wird mit der feierlichen Umbenennung der Frankfurter Allee in „Stalinallee".

Im **März 1950** gibt der Berliner Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen, Arnold Munter, die neuen „Leitsätze für die Planung Groß-Berlins" bekannt:

←L 29

Berlin, die Hauptstadt Deutschlands, ist der Sitz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Grundlage für die Planung und den Aufbau Berlins sind die neue demokratische Ordnung sowie die Wirtschaftspläne der Deutschen Demokratischen Republik und des Magistrats von Groß-Berlin. Im Mittelpunkt der Planung und des Aufbaues der Hauptstadt steht der werktätige Mensch. Seine Arbeits- und Wohnstätten sind so zu gestalten, daß sie ein Höchstmaß an Leistung, Gesundheit und Annehmlichkeiten gewährleisten.

Der Aufbau der Stadt berücksichtigt die natürlichen Gegebenheiten und die lebensfähigen Überlieferungen. Die zweckmäßige Lage der Arbeits- und Wohnstätten, der Kultur-, Sozial- und Versorgungsbauten sowie die richtige Verteilung der Grünflächen sind festzulegen. Die Innenstadt muß als Standort der zentralen Regierungs- und Wirtschaftsorgane sowie übergeordneter kultureller Bauten besonders hervorgehoben werden.

Das Straßensystem ist neu zu ordnen. Die Hauptverkehrsstraßen sind an den Autobahnring anzuschließen. Die in Einheiten gegliederten Wohngebiete sind vom Durchgangsverkehr frei zu halten. Für den Personenverkehr sind das Schnellbahnnetz auszubauen, die Straßenbahnen auf die Außenbezirke zu beschränken und in der Innenstadt durch schienenlose Verkehrsmittel zu ersetzen. Ein durchgehender Fernverkehr ist vorzusehen. Für den Güterverkehr ist der Güteraußenring zu verbessern und das Wasserstraßennetz einschließlich der Hafenanlagen auszubauen.

Eine neue Bau- und Bodenordnung hat die nach den aufgezeigten Leitsätzen zu treffende Planung und den Aufbau sicherzustellen. Für die Gestaltung Berlins sind die bereits erarbeiteten Planungsgrundlagen des Magistrats von Groß-Berlin sowie die fortschrittlichen städtebaulichen Erkenntnisse und Erfahrungen zu berücksichtigen. Diese Leitsätze sind dem Generalbebauungsplan zugrunde zu legen. Die Abteilung Bau- und Wohnungswesen wird beauftragt, für eine Koordinierung der Bauabsichten und der zu ihrer Durchführung notwendigen Maßnahmen Sorge zu tragen.

Gleichzeitig, zum **31.3.1950**, beendet der Hauptreferent für Verkehrsplanung, Peter Friedrich, sein Dienstverhältnis mit dem Magistrat. Die Stelle von Wils Ebert ist seit seinem Ausscheiden am **31.8.1949** unbesetzt. Für Friedrich wie für Ebert, die beide in den Westsektoren Berlins wohnen, gibt es viele Gründe, ihre Anstellung beim Magistrat aufzugeben, nicht nur Schwierigkeiten, die sie möglicherweise mit den neuen Entscheidungsträgern haben. Der West-Magistrat weigert sich, die Gehälter von Angestellten des Ost-Magistrats in Westmark umzutauschen, was dazu führt, daß eine Zeitlang die Gehälter zum Teil in Westmark ausgezahlt werden, bis dann der Ost-Magistrat von seinen Angestellten fordert, daß sie ihren Wohnsitz in den sowjetischen Sektor verlegen.

Edmund Collein wird neuer Leiter des Hauptamtes für Stadtplanung. Er war seit **1948** Leiter der beiden Hochbauämter des Magistrats. Zusammen mit Kurt Liebknecht, Walter Pisternik, Waldemar Alder und Kurt Leucht bereist er als Delegation des Ministeriums für Aufbau unter der Leitung von Lothar Bolz vom **14.4.** bis zum **27.5.1950** die Sowjetunion, um dort die Ergebnisse des Aufbaus zu studieren.

←L 31

Auf diese Reiseerfahrungen, die für Berlin nach Paris im 18. Jh., London im 19. Jh., New York in der 1. Hälfte des 20. Jh. nun auch Moskau einreiht in die städtebaulichen Vorbilder, gehen sowohl die „Grundsätze für die Neugestaltung Berlins", wie sie Walter Ulbricht am **22.7.1950** vorträgt, zurück wie auch die „Grundsätze des Städtebaus" und das „Aufbaugesetz", auf dessen Grundlage der „Aufbauplan für Berlin" entwickelt wird.

des Kollektivplans zerteilten durch ihre Breite die Stadt, ist folgendes zu sagen: Die vorgeschlagene Straßenführung zerschneidet nicht die historische Stadt. Sie führt den Verkehr an das Zentrum heran, wo auch das größte Verkehrsbedürfnis besteht. (Die Straßenführung folgt fast ausschließlich vorhandenen Straßenzügen.) Zur Frage der Zerteilung der Stadt durch Verkehrsstraßen ist folgendes zu sagen: Stadtteile werden nicht durch Verkehrsstraßen an sich zerschnitten, sondern durch den Verkehrs-Strom. Behält man den bisherigen Charakter der Verkehrsstraßen bei und bildet sie nicht entsprechend den Eigenheiten des Kraftverkehrs aus, so sind breite Fahrbahnen mit vielen Spuren notwendig (wie heute in der Straße Unter den Linden, Tauentzienstraße usw.), und gerade der breite Verkehrsstrom auf solchen breiten Fahrbahnen ist es, der die trennende Wirkung hat. Die modernen Verkehrsstraßen, die die Eigenheiten des Kraftverkehrs berücksichtigen, haben nur 2, höchstens 3 Fahrspuren in jeder Richtung, deren Überquerung – selbst ohne Regelung – für den Fußgänger leichter ist, deren trennende Wirkung also kleiner ist als die der heutigen breiten Fahrdämme. (. . .)

Als **leitende Mitarbeiter** an der **Neugestaltung Berlins** sucht die Abteilung Aufbau des Magistrats von Groß-Berlin:

1 Leiter des Hauptamts für Stadtplanung

1 Leiter des Hauptamts Bauwirtschaft
(Baustoffbewirtschaftung, Organisation der Bauwirtschaft)

1 Leiter des Amts für Abräumung
(Spezialist für Trümmerverwertung)

1 Leiter des Referats „Neue Bauweisen und Baustoffe"

1 Leiter des Amts für Grünplanung und -neuanlagen

Spezialisten für Industrie-, Wohnungs-, Gesundheits- u. Verwaltungsbauten

Schriftliche Bewerbungen von fortschrittlichen Fachkräften mit Lebenslauf, Bild und Zeugnisabschriften erbeten an:

Magistrat von Groß-Berlin
Hauptpersonalamt
Berlin C 2, Molkenmarkt 1—3

→L 30 Stellenangebote in der Zeitschrift „Planen und Bauen" im Juli 1950

→S.214 **Edmund Collein**, Architekt, geb. 1906 in Bad Kreuznach, lebt in Berlin (DDR). **1925** Studium TH Darmstadt, **1927** Wechsel zum Bauhaus Dessau, **1930** Diplom. Als Architekt in Büros in Wien, München und Berlin. **1940–45** Militärdienst (Baubataillon). **1945** Stellvertr. des Planungsamtsleiters von Friedrichshain, Hans Mucke, **1947** Referent für Bauten des Gesundheitswesens in der Abt. Bau- und Wohnungswesen des Magistrats. Nach der Teilung der Stadtverwaltung übernimmt er die Hochbauämter, nach dem Weggang von Wils Ebert das Stadtplanungsamt. **1950** Delegationsreise in die UdSSR. **1951** Vizepräsident der Deutschen Bauakademie, Redaktionsmitglied der von der Bauakademie ab **1952** herausgegebenen Zeitschrift „Deutschen Architektur". Collein hat maßgeblichen Anteil an dem produktiven Umgang mit dem Bauhauserbe, zu dem er schon **1952** aufforderte. **1952** Gründungsmitglied des BDA (DDR), **1966–75** dessen Präsident.

Die deutschen Textfassungen der Charta von Athen →L 32

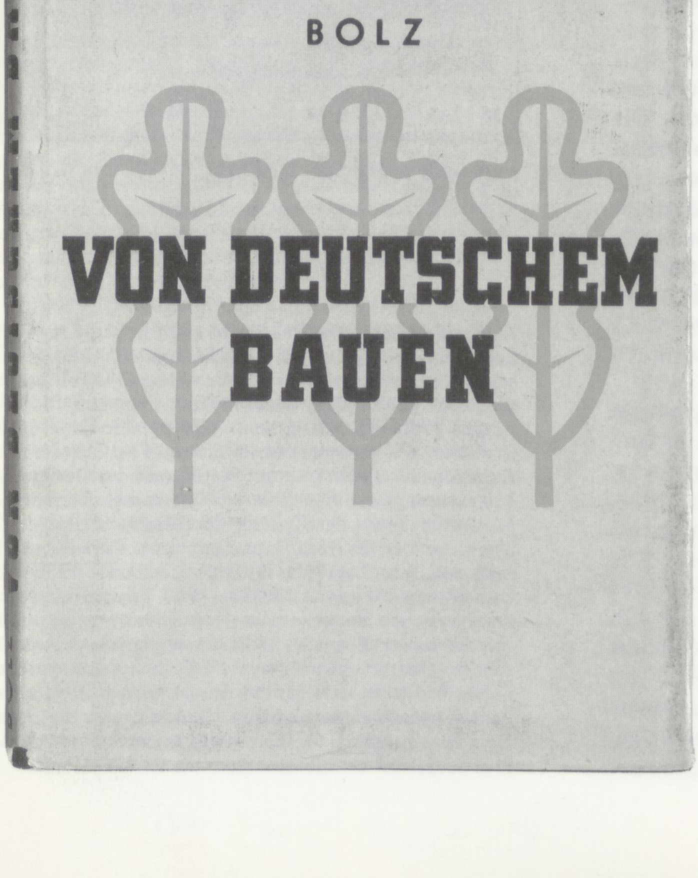
Die erste Fassung erscheint in Französisch in den „Annales Techniques" in Athen **1933**, ihr folgt die ←L 33 erste Fassung in Deutsch unter dem Titel *Feststellungen* in der Beilage zur „Schweizerischen Bauzeitung" ←L 34 **1934**, die ab **Sept. 1934** unter dem Titel „weiterbauen" erscheint. Die *Feststellungen* sind bebildert und nicht völlig identisch mit der französischen Fassung. **1943** läßt Le Corbusier *La Charte d'Athènes* in der „Collection Urbanisme" der CIAM neu erscheinen und ←L 35 von Jean Giraudoux mit einem Vorwort versehen. In dieser Fassung sind die *Feststellungen* untergliedert, durchnumeriert und kommentiert. Im 3. Heft der „Umschau" **1947** erscheint die Rückübersetzung der ←L 36 Fassung von **1943** ins Deutsche unter dem Titel *Stadt und Stadtgebiet, die urbanistischen Thesen der CIAM*; es sind 95 Punkte aufgeführt, die Kommentare jedoch weggelassen. Die Übersetzung geht auf Marcel Lods zurück, der in der französischen Zone als Planer arbeitet. Die Zeitschrift „BAU", die in Saar- ←L 37 brücken erscheint, zitiert diese Übersetzung in Auszügen unter der Überschrift *Thesen zum Städtebau* in ihrer ersten Ausgabe **1948**. In der Nr. 37 der „Neuen ←L 38 Bauwelt" des Jahrgangs **1949** erscheint wiederum, sprachlich verändert, die französische Fassung. In der Vorbemerkung der Redaktion wird sie als *1948/49 umgearbeitet* bezeichnet. In einer sich anschließenden Polemik zwischen Günter Kühne und Hubert Hoffmann ←L 39 (Heft 43/1949) verteidigt Hoffmann die Charta gegen den Versuch, an ihr *ein Etikett mit Hammer und Sichel anzubringen*. Das Planungskollektiv entwirft nach den Grundsätzen von **1933**.

1962 erscheint die *Charte d'Athènes* endlich über- ←L 40 setzt bei Rowohlt (als Band 141 der „enzyklopädie"), der französischen Ausgabe von **1957** folgend, mit den Kommentaren von Le Corbusier. **1984** erfolgt eine *kritische Neuausgabe* in den „Bauwelt-Fundamenten ←L 41 56". Die Texte von **1933/34** werden mit dem von →L 42 **1943** verglichen, die deutschen Fassungen zwischen **1947** und **1950** kommen jedoch darin nicht vor.

Die (. . .) Grundsätze des Städtebaues sind das Ergebnis der Reise einer Delegation des Ministeriums für Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik nach der Sowjetunion. Die Delegation studierte zwar während ihres Aufenthaltes in Moskau, Leningrad, Kiew und Stalingrad vom 14. April bis zum 27. Mai 1950 eine ganze Reihe von Fragen auch des architektonischen Schaffens, der Organisation des Bauwesens, der Verwendung neuer Baustoffe und Baumethoden; ihr erstes und wichtigstes Ziel war aber das Studium der Theorie und der Praxis des Städtebaues in der Sowjetunion. Die Erkenntnisse, die die Delegation im Laufe der Besichtigung und zahlreichen gründlichen Aussprachen im Ministerium für Städtebau der UdSSR und in der Akademie der Architektur gewann, wurden von ihr schriftlich zusammengefaßt. Sie erheben nicht etwa den Anspruch darauf, sich als Grundsätze des sowjetischen Städtebaues zu präsentieren; sie stellen vielmehr die Bemühung dar, die von deutschen Städtebauern aus den Erfahrungen des sowjetischen Städtebaues gewonnenen Erkenntnisse auf unsere deutschen Verhältnisse anzuwenden.

Die Grundsätze des Städtebaus gliedern sich in 16 Punkte und sind nicht nur die Grundlage, nach der in den nächsten Jahren in der DDR und im Ostteil Berlins Städtebau betrieben wird, sondern sie stellen auch ein Gegenprogramm zur „Charta von Athen" dar, auf deren Grundsätze die bisherigen Planungen für Berlin, sei es unter der Leitung von Scharoun, Bonatz oder Ebert, zurückgingen. Die Charta von Athen wurde **1933** in der ersten Fassung auf dem 4. Kongreß des **1928** in der Schweiz gegründeten CIAM beschlossen. Mit der Verabschiedung der „Grundsätze" tritt neben die Charta von Athen ein zweites Programm. Die Programme werden zur theoretischen Grundlage für die städtebaulichen Unternehmungen der beiden Teile Berlins, die zueinander in Konkurrenz treten und sich städtebaulich zu unterscheiden beginnen.

Da die „16 Grundsätze des Städtebaus", wie sie am **27.7.1950** beschlossen worden sind, im Westen nur schwer zugänglich sind, aber doch ein bedeutendes Dokument für die Entwicklung in Berlin darstellen, werden wir sie im folgenden zusammen mit den Erläuterungen von Lothar Bolz wiedergeben, zumal viele Überlegungen in den Grundsätzen heute wieder einen Stellenwert haben, der uns die Auswirkungen der in die Realität umgesetzten Charta von Athen verdeutlicht.



DIE SECHZEHN GRUNDSÄTZE DES STÄDTEBAUES

Erläuterungen zu den am 27. Juli 1950
von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
beschlossenen Grundsätzen

Die folgenden Grundsätze des Städtebaues sind das Ergebnis der Reise einer Delegation des Ministeriums für Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik nach der Sowjetunion.

Die Delegation studierte zwar während ihres Aufenthaltes in Moskau, Leningrad, Kiew und Stalingrad vom 14. April bis zum 27. Mai 1950 eine ganze Reihe von Fragen auch des architektonischen Schaffens, der Organisation des Bauwesens, der Verwendung neuer Baustoffe und Baumethoden. Ihr erstes und wichtigstes Ziel war aber das Studium der Theorie und der Praxis des Städtebaues in der Sowjetunion. Die Erkenntnisse, die die Delegation im Laufe der Besichtigungen und zahlreichen gründlichen Aussprachen im Ministerium für Städtebau der UdSSR und in der Akademie der Architektur gewann, wurden von ihr schriftlich zusammengefaßt. Sie erheben nicht etwa den Anspruch darauf, sich als Grundsätze des sowjetischen Städtebaues zu präsentieren; sie stellen vielmehr die Bemühung dar, die von deutschen Städtebauern aus den Erfahrungen des sowjetischen Städtebaues gewonnenen Erkenntnisse auf unsere deutschen Verhältnisse anzuwenden.

32

1.

Die Stadt als Siedlungsform ist nicht zufällig entstanden. Die Stadt ist die wirtschaftlichste und kulturreichste Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben der Menschen, was durch die Erfahrung von Jahrhunderten bewiesen ist.

Die Stadt ist in Struktur und architektonischer Gestaltung Ausdruck des politischen Lebens und des nationalen Bewußtseins des Volkes.

*

Der erste Grundsatz ist der Ausgangspunkt aller folgenden. Er enthält entscheidende Feststellungen, die aber gleichzeitig als entscheidende Forderungen verstanden werden müssen.

Die Feststellung, daß die Stadt als Siedlungsform nicht zufällig entstanden ist, enthält die Forderung, die Stadt als etwas historisch Gewordenes zu begreifen und vor willkürlicher Veränderung oder gar Auflösung zu schützen. Die innere Notwendigkeit, die Städte entstehen läßt, muß erst recht der planmäßigen Veränderung der Stadt durch den Städtebauer zugrunde liegen. Das Studium der inneren Notwendigkeit, die zur Entstehung und Veränderung der Stadt führt, bildet die Grundlage für das Schaffen des Städtebauers.

Die weitere Feststellung, daß die Stadt die wirtschaftlichste und kulturreichste Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben der Menschen ist, schließt die Feststellung in sich, daß nicht das Dorf die wirtschaftlichste und kulturreichste Siedlungsform darstellt und daß es sich beim Unterschied zwischen Stadt und Dorf nicht um einen einfachen Größenunterschied, sondern um einen Wesensunterschied handelt.

Gleichzeitig enthält aber auch die Feststellung des zweiten Satzes eine Forderung, ja sogar eine Reihe von Forderungen, als erste die Forderung der Wirtschaftlichkeit. Selbstverständlich ist das Wort „Wirtschaftlichkeit" nicht im Sinne der Profitwirtschaft zu verstehen. Es bedeutet vielmehr nichts anderes, als daß mit den zur gegebenen Zeit zur Verfügung stehenden Mitteln die größtmögliche Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung erreicht werden muß.

Aber gerade wenn man das Wort „Wirtschaftlichkeit" so versteht, muß man daraus eine Reihe von Schlußfolgerungen ziehen. Die erste lautet: Eine Stadt planen, heißt sparsam sein! Eine Stadt planen heißt eben, alle zur gegebenen Zeit zur Verfügung stehenden Mittel so zweckentsprechend wie nur möglich zu verwenden. Weiter bedeutet das, daß der Städtebauer sich zunächst um die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Stadtplanung bemühen muß. Er muß sich die einfache Frage vorlegen und beantworten: Wo kommen die Mittel her?

Welche Mittel stehen mir zur Verfügung? Dabei muß er nicht nur an die finanziellen Mittel denken, sondern ebenso an die Baustoffe und Baumaschinen und vor allem an die Arbeitskräfte.

Der Städtebauer muß also drittens zu einer klaren Antwort auf die Frage kommen: Was wird das kosten? Daß man hier zu eindeutigen Ergebnissen kommen kann, haben wir in der Sowjetunion festgestellt; denn auf unsere Frage, was denn eine Stadt in der Sowjetunion koste, erhielten wir ohne Zögern und Umschweife die Antwort: „10 000 bis 12 000 Rubel je Einwohner!"

Viertens folgt aus dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit die Notwendigkeit einer ständigen Kontrolle und die Unerläßlichkeit der Ausarbeitung von Kontrollmethoden. In der Sowjetunion hat man eine ganze Menge von Richtzahlen errechnet, um die Kontrolle so wirksam als möglich zu gestalten. Ich möchte hier nur ein einziges Beispiel anführen, das uns recht lehrreich erschien. Während wir das Verhältnis zwischen der Gesamtfläche einer Wohnung und ihrer reinen Wohnfläche beurteilen, benutzt man in der Sowjetunion — als eines von vielen Kennzeichen — für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit das Verhältnis zwischen der reinen Wohnfläche und dem gesamten umbauten Raum eines Gebäudes.

Auch die Feststellung, daß die Stadt die kulturreichste Siedlungsform ist, muß gleichzeitig als eine Forderung verstanden werden. Dabei ist von der Einheit der materiellen und der geistigen Kultur auszugehen und die Kultur als ein Begriff anzusehen, der beide — vom Müllschlucker bis zur Gemäldegalerie — in sich vereinigt. Selbstverständlich ist hier kein abstraktes Ideal verbindlich; vielmehr ist das Höchstmaß an Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse anzustreben, das zu der gegebenen Zeit mit den gegebenen Mitteln erreicht werden kann. Wenn weiter die Stadt als eine Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben des Menschen bezeichnet wird, so liegt auch in dieser Feststellung eine Forderung, und zwar vor allem eine politische. Es bedarf keiner Erläuterung dafür, daß das Gemeinschaftsleben das persönliche Leben nicht etwa ausschließt, sondern einschließt, ja erst die Voraussetzungen für die denkbar reichste Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse schafft. Mit der Betonung des Gemeinschaftslebens wird also nicht etwa die Familie (und ihre Wohnung) in ihrer außerordentlichen Bedeutung für den Städtebauer geleugnet; es wird nicht einmal bestritten, daß auch der alleinstehende Mann oder die alleinstehende Frau ihr Leben und ihre Wohnung in der Stadt finden müssen. Aber es wird doch bewußt betont, daß es größere Bedürfnisse zu befriedigen gilt als die persönlichen und die privaten, und daß — wie oben schon gesagt — die privaten Bedürfnisse sich nur

dann in vollem Reichtum befriedigen lassen, wenn darüber hinausgehende Bedürfnisse, nämlich die Bedürfnisse des Gemeinschaftslebens, zur Grundlage des Städtebaues gemacht werden.

Alles das ist durch die Erfahrungen von Jahrhunderten bewiesen. Diese Tatsachen sind also keineswegs neu. Neu aber ist ihre klare Erkenntnis. Neu ist die Verpflichtung, an diese Erfahrung der Jahrhunderte anzuknüpfen und das historisch Entstandene auf seinen Sinn, auf seine innere Notwendigkeit zu prüfen. Neu für viele ist die unzweideutige Forderung, nicht etwa die Suche nach Neuem, „Originellem" zum Ausgangspunkt künstlerischen Schaffens — und damit des Städtebaues — zu machen und so in den Gewohnheiten eines kapitalistischen Kunstbetriebes steckenzubleiben, sondern sich von dem Grundsatz leiten zu lassen, daß nur dort, wo neue innere Notwendigkeiten erkannt werden, das Ringen um neue Formen berechtigt wird und zu Ergebnissen von Dauer führt.

Im dritten Absatz wird die Tatsache festgestellt, daß die Stadt in Struktur wie architektonischer Gestaltung der Ausdruck des politischen Lebens und des nationalen Bewußtseins des Volkes ist. Des politischen Lebens — das heißt im Grunde nichts anderes als: der Machtverhältnisse. Man braucht nicht einmal das im Zeitalter des Absolutismus entstandene Leningrad mit den ersten unter der Sowjetmacht erbauten Städten Stalinsk oder Komsomolsk am Amur zu vergleichen. Wir brauchen nur unsere eigenen Städte anzuschauen, zum Beispiel unsere Hauptstadt Berlin, und wir werden in ihrer städtebaulichen Entwicklung ein Abbild unserer Geschichte und des Wechsels der Machtverhältnisse in unserem Vaterland erkennen.

Aber auch in diesem Satz steckt mehr als eine Feststellung. Die Betonung der Bedeutung, die das politische Leben und das nationale Bewußtsein des Volkes für Struktur und architektonische Gestaltung der Stadt haben, ist eine Kampfansage gegen Formalismus, Konstruktivismus und Kosmopolitismus. Sie enthält gleichzeitig die Forderung, der Politik im Städtebau eine Vorrangstellung einzuräumen; noch mehr, sie richtet politische Forderungen an den Städtebauer selbst und macht ihn zu einem Vertreter der politischen Forderungen seines Volkes, zu einem Staatsmann im höchsten Sinne des Wortes.

Daraus ergeben sich eine ganze Reihe von Fragen, die sich der Städtebauer beantworten muß, bevor er noch an die Planung einer Stadt geht. Er muß zu allererst genau prüfen, was vorhanden ist. Er muß die Stadt, deren Planung er sich zuwendet, als etwas historisch Gewordenes studieren. Er muß in ihr das national Charakteristische erfassen. Er muß die Widerspiegelung der politischen Machtverhältnisse in der Verteilung der Stadtbezirke zwischen Arm und Reich fest-

stellen; er muß beispielsweise den vorhandenen Wohnraum und dessen Verteilung auf die Bevölkerung rechnerisch erfassen. Er muß darüber nachdenken, wie er mit dem bereits Vorhandenen Neues schafft, und über Mittel und Wege nachsinnen, den vorhandenen Wohnraum einer Verteilung zuzuführen, die der sozialen Bedeutung der Bewohner entspricht; beispielshalber könnte die Möglichkeit erwogen werden, ob nicht durch erhöhte Mietsätze für einen über den Durchschnitt hinausgehenden Wohnraum auf der einen Seite und durch ermäßigte Mietsätze für Aktivisten, Wissenschaftler usw. auf der anderen Seite eine Verteilung des Wohnraumes angestrebt werden kann, die der gerade bei uns in Deutschland so großen Bedeutung der Wohnung als eines Ausdrucks der sozialen Einstufung in einem neuen Sinne gerecht wird. Er muß schließlich auch den vorhandenen gesellschaftlichen Raum (vom Verwaltungsgebäude über Schule und Krankenhaus bis zum Theater) in seinem Bestand aufnehmen und auf die Zweckmäßigkeit seiner Verteilung prüfen.

2.

Das Ziel des Städtebaus ist die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruches auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung.

Die Grundsätze und Methoden des Städtebaues fußen auf den natürlichen Gegebenheiten, auf den sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates, auf den höchsten Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Kunst, auf den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit und auf der Verwendung der fortschrittlichen Elemente des Kulturerbes des Volkes.

*

Im ersten Absatz wird die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruchs auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung als Ziel des Städtebaues festgelegt. Damit wird jede Einseitigkeit abgelehnt, sowohl das Spießerideal, das die Wohnung zum Abgott des Städtebauers macht, wie das überradikale Bestreben danach, alle Mittel und alle Aufmerksamkeit den Arbeitsstätten zuzuwenden und darüber die anderen Aufgaben des Städtebauers zu vergessen.

Gleichzeitig liegt in der hier verkündeten Harmonie auch die Forderung nach einer Abstimmung aller Bedürfnisse aufeinander, die von der nüchternen Erkenntnis ausgeht, daß eine ideale Befriedigung aller Bedürfnisse unmöglich ist. Es muß immer von unserer Zeit und den uns zur Verfügung stehenden Mitteln ausgegangen werden (wobei selbstverständlich auch die uns auf Grund unserer Wirtschaftsplanung sich erschließenden neuen Möglichkeiten mit einzurechnen sind.) Das

Wünschenswerte muß mit dem Möglichen in Einklang gebracht werden.

In Einklang gebracht werden müssen dabei auch die Forderungen des Einzelnen und die Forderungen des Ganzen. Mit den Forderungen des Einzelnen sind nicht nur Forderungen des einzelnen Einwohners gemeint, die natürlich nur im Rahmen des Ganzen befriedigt werden können, sondern auch Forderungen einzelner Behörden, Wirtschaftszweige usw.

Es ist beispielshalber ein Bestreben aller zentralen Versorgungsstellen, ihre Läger mitten in die Stadt zu legen und von dort aus die einzelnen Stadtbezirke zu beliefern. Das aber widerspricht den städtebaulichen Grundsätzen, und es muß erreicht werden, daß solche Versorgungsstellen ihre Läger in die Außenbezirke — vielleicht sogar an mehrere Stellen eines Außenringes — verlegen und die Stadt von außen nach innen beliefern.

Es war für die Delegation sehr lehrreich, in der Sowjetunion, also in einem Lande, in dem Staat und Bevölkerung einen außerordentlichen Anteil an der Entwicklung der Industrie nehmen, festzustellen, daß die Interessen des einzelnen Industriewerkes sehr entschieden mit denen der Stadt als eines Ganzen in Einklang gebracht werden. Daß industrielle Anlagen dem zentralen Bezirk der Stadt ferngehalten und, wenn sie sich bereits dort befinden, aus ihm entfernt werden, ist nicht verwunderlich; aber daß die Ansprüche der Industrie auf ein Reservegelände zur Ausdehnung von Werken nur dort anerkannt werden, wo diese Ausdehnung von der Regierung bereits eingeplant ist, ist von grundsätzlicher Bedeutung.

Bei solchen Erwägungen spielt nicht zuletzt die nüchterne Feststellung eine Rolle, daß der Boden selbst in einem Lande, wo — wie in der Sowjetunion — das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben ist, Geld kostet (Aufschließungskosten!).

Das führt uns zum zweiten Absatz über, der nach dem Ziel nun die Ausgangspunkte für die Methoden des Städtebaues festlegt. Daß dabei mit den natürlichen Gegebenheiten begonnen wird, ist begreiflich. Von nicht geringerer Wichtigkeit aber sind die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates, das heißt vor allem die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, die Eigentumsverhältnisse an den Betrieben, die die Baumaschinen und Baustoffe herstellen, und die Wirtschaftsplanung. Wenn wir also von den sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates als den Ausgangspunkten für die Methoden des Städtebaues sprechen, so bedeutet das im Grunde nichts anderes, als daß wir die Verfassung unserer Deutschen Demokratischen Republik zur Grundlage unseres deutschen Städtebaues er-

37

klären und damit noch in einem anderen Sinne den Städtebauer zum Staatsmann machen.

Der Städtebauer muß sich der höchsten Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Kunst bedienen. Er muß also auch hier eine Harmonie finden; er kann und darf weder ein reiner Wissenschaftler noch ein reiner Techniker noch ein „reiner" Künstler sein; er muß alle diese Elemente in seinem Werk vereinen und damit den Städtebau wieder aus einer Angelegenheit der Statistik und der Technik zu einem Werke wahrer Kunst machen. Der Städtebau soll wieder eine Kunst werden und der Städtebauer ein Künstler.

Von der Wirtschaftlichkeit ist bereits als von einem Wesensmerkmal der Stadt gesprochen worden; sie ist daher auch einer der Ausgangspunkte für die Methoden des Städtebaues.

Der letzte, wenn auch nicht der unwesentlichste Ausgangspunkt ist die Verwendung der fortschrittlichen Elemente aus dem Kulturerbe des Volkes. Hier wird an den großen Erfahrungen angeknüpft, die im Kulturerbe jedes Volkes aufgespeichert sind und die gründlich und unablässig studiert werden müssen, um das Fortschrittliche vom Rückschrittlichen zu sondern, sich zu eigen machen und weiterzuentwickeln.

Wer diesen oben erläuterten Grundsatz des Städtebaues bejaht, muß sich notwendig zu einer Schlußfolgerung verstehen: ein wirklicher Städtebau ist in kapitalistischen Ländern — und seien sie technisch noch so entwickelt — unmöglich. In kapitalistischen Ländern kann es keine harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruches auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung geben. Es kann dort keine vernünftige Abstimmung in der Befriedigung aller dieser Bedürfnisse und noch weniger eine vernünftige Abstimmung der Bedürfnisse des einzelnen oder eines einzelnen Wirtschaftszweiges mit den Bedürfnissen des Ganzen geben. Weder die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden noch die an den der Herstellung von Baustoffen und Baumaschinen dienenden Betrieben ermöglichen einen planvollen Städtebau, und die Wirtschaftsplanung als Grundlage des Städtebaues fehlt vollkommen. Von einer Harmonie in der Verwendung der höchsten Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Kunst kann nicht die Rede sein. Die Wirtschaftlichkeit im Sinne der höchstmöglichen Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung wird den Interessen der Profitwirtschaft zum Opfer gebracht. Und daß dort schließlich von einer Verwendung der fortschrittlichen Elemente des Kulturerbes nicht die Rede sein kann, ist jedem klar, der die Zerstörung des Kulturerbes und die Pflege nur der reaktionärsten Traditionen in den kapitalistischen Ländern beobachtet.

38

Das alles steht außer Zweifel, und so steht auch außer Zweifel, daß der Städtebau nicht dort zu studieren ist, wo es ihn nicht gibt und gar nicht geben kann, nämlich in Amerika und in England, sondern dort, wo die Voraussetzungen für ihn geschaffen sind, wo es ihn tatsächlich gibt, wo seit Jahrzehnten Städte wirklich geplant und wirklich gebaut werden, nämlich in der Sowjetunion. Nicht zuletzt sollten wir begreifen lernen, daß die Wirtschaftsplanung der Deutschen Demokratischen Republik dem deutschen Städtebauer Möglichkeiten erschließt, die der amerikanische oder engliche Städtebauer nicht besitzt.

3.

Städte „an sich" entstehen nicht und existieren nicht. Die Städte werden in bedeutendem Umfange von der Industrie für die Industrie gebaut. Das Wachstum der Stadt, die Einwohnerzahl und die Fläche werden von den städtebildenden Faktoren bestimmt, das heißt: von der Industrie, den Verwaltungsorganen und den Kulturstätten, soweit sie mehr als örtliche Bedeutung haben.

In der Hauptstadt tritt die Bedeutung der Industrie als städtebildender Faktor hinter der Bedeutung der Verwaltungsorgane und der Kulturstätten zurück.

Die Bestimmung und Bestätigung der städtebildenden Faktoren ist ausschließlich Angelegenheit der Regierung.

*

Städte entstehen nicht durch den Willen einer einzelnen Person ohne Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse; sie entstehen auch nicht auf dem Reißbrett. Entscheidend für ihre Entstehung ist die gesellschaftliche Tätigkeit zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft an Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern. Damit wird nicht die Notwendigkeit von Städten geleugnet, die vorwiegend dem Handel dienen, oder von Städten, die als Bäder- oder Kurorte den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Erholung und Heilung dienen. Aber es wird damit doch festgestellt, daß Städte nicht um eine Roulette herum oder als Rentierstädte emporwachsen und daß, wo sie trotzdem so errichtet werden, sie notwendig einen parasitären Charakter annehmen. Es wird hier weiter der Streit um die sogenannten Satellitenstädte entschieden. Grundsätzlich werden sie hier abgelehnt. Wo sie aber trotzdem, beispielshalber wegen der Bodengestaltung, notwendig werden sollten, müssen sie ihre Rechtfertigung in sich tragen und eine Industrie besitzen, die mit der Industrie der zentralen Stadt zu-

39

sammenhängt. (Wenn in dieser beispielshalber Kraftwagen hergestellt werden, so könnten in einer Satellitenstadt Karosserien erzeugt werden.)

In jedem Fall steht fest: über das Wachstum der Stadt, über ihre Einwohnerzahl und Fläche entscheiden nicht biologische Veränderungen — das heißt: die Zahl der Geburten und Sterbefälle —, entscheidet auch nicht die Zahl derer, die in die Stadt übersiedeln möchten, oder derer, die im Jahresdurchschnitt tatsächlich zuwandern; das Wachstum der Stadt wird vielmehr von der Wirtschaft, vor allem der Industrie, den Verwaltungsorganen und den Kulturstätten bestimmt, soweit sie mehr als örtliche Bedeutung haben.

Werden diese städtebildenden Faktoren nicht festgelegt, so nützen dem Städtebauer die schönsten Pläne nichts. Die Stadt wird sich ohne Rücksicht auf diese seine Pläne entwickeln. Wenn aber die Regierung auf Grund ihrer Wirtschaftsplanung die städtebildenden Faktoren bestimmt, so hat der Städtebauer eine feste Grundlage. Nach den Erfahrungen der Sowjetunion sind (in grobem Durchschnitt) 30 vH der Bevölkerung in den städtebildenden Industrie-, Verwaltungs- und Kulturstätten tätig, 20 vH in den örtlichen Einrichtungen (von Bäckerei bis Kindergarten), und 50 vH sind als Kinder, Alte oder Kranke nicht berufstätig. Selbstverständlich folgt daraus weiter, daß, wenn der Städtebauer auf Grund dieser Rechnung zu einer Bevölkerungszahl gelangt, die er für unzweckmäßig oder gar unzulässig hält, er sich für eine seinen Absichten entsprechende Festsetzung der städtebildenden Faktoren durch die Regierung einsetzen muß.

Denn sein Bauherr ist das Volk. Sein Auftraggeber ist die Vertretung des Volkes in Volkskammer und Regierung. Dieser ausschließlich steht die Bestimmung und Bestätigung der städtebildenden Faktoren zu. So wird der Städtebauer in einem dritten Sinne zu einem bevollmächtigten Vertreter des Staates, zu einem Staatsmann. Auf solcher Grundlage tut er den entscheidenden Schritt von der Willkür bloßen Städteplanens zur Freiheit wirklichen Städtebauens.

4.

Das Wachstum der Stadt muß dem Grundsatz der Zweckmäßigkeit untergeordnet werden und sich in bestimmten Grenzen halten.

Ein übermäßiges Wachstum der Stadt, ihrer Bevölkerung und ihrer Fläche führt zu schwer zu beseitigenden Verwicklungen in ihrer Struktur, zu Verwicklungen in der Organisation des Kulturlebens und der

40

täglichen Versorgung der Bevölkerung und zu betriebstechnischen Verwicklungen sowohl in der Tätigkeit als in der Weiterentwicklung der Industrie.

*

Die Erfahrung solcher Städte wie New York und London lehrt uns, daß bei Städten, die ins Gigantische wachsen, parasitäre Erscheinungen unvermeidlich werden. Sie existieren, und sie überbrücken die immer neu und immer schärfer auftretenden Verwicklungen in ihrer Struktur, nur auf Kosten der Bevölkerung des ganzen Landes. Es ist bekannt, welche Milliardenmittel New York aufwenden muß, um die Behandlung der Verkehrsfrage — und sie ist nur eine von vielen Fragen — der ständig wachsenden Verwicklung anzupassen.

Im übrigen muß besonders darauf hingewiesen werden, daß hier nicht nur von einem übermäßigen Wachstum der Bevölkerung, sondern auch von einem übermäßigen Wachstum der Fläche geredet wird. Gerade das übermäßige Wachstum der Fläche führt zu einer unsinnigen Verausgabung von Mitteln für die Aufschließung (Wasser, Kanalisation, Elektrizität, Gas, Telefon, Fernheizung, U-Bahn, S-Bahn usw.) und sprengt alle Versuche, sich in den Grenzen der Wirtschaftlichkeit zu halten.

Schließlich stellt uns dieser vierte Grundsatz noch eine besondere Aufgabe, nämlich die Grenzen der Zweckmäßigkeit zu errechnen und festzustellen, wann denn das Wachstum der Stadt übermäßig wird. Solche Berechnungen können für uns nur auf Grund unserer Gegebenheiten fruchtbar sein. Sie werden uns aber auch zweifellos zu neuen, sehr wichtigen Erkenntnissen führen.

5.

Der Städteplanung zugrunde gelegt werden müssen das Prinzip des Organischen und die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel.

*

Dieser Grundsatz verlangt die Berücksichtigung des historisch Entstandenen, wohlbemerkt die Berücksichtigung, nicht die blinde Verwendung oder Kopierung. Im Gegenteil, der Städtebauer muß sich auch die Beseitigung der Mängel in der historisch entstandenen Struktur der Stadt zum Ziele setzen. Dazu sind allerdings sehr gründliche Untersuchungen darüber notwendig, was als Mangel anzusehen

41

ist, was an Stelle des Mangelhaften gesetzt werden muß, mit welchen Mitteln, mit welchen Kosten und in welcher Zeit das geschehen kann. Auch hier spielt selbstverständlich die Wirtschaftlichkeit eine Rolle, und man hat uns in Moskau Gebäude gezeigt, die aus städtebaulichen Gründen zur Abtragung vorgemerkt sind, deren Abtragung aber aus wirtschaftlichen Gründen (insbesondere aus Gründen der Amortisierung) um einige Jahre verschoben ist.

An erster Stelle aber unter den Grundlagen der Stadtplanung steht das Prinzip des Organischen. Damit ist unmißverständlich gesagt, daß das Prinzip des Formalistischen abgelehnt wird. Aber es ist noch nicht klargestellt, was denn das Organische sei. In den nachfolgenden fünf Grundsätzen ist nun der Versuch unternommen, fünf Grundsätze des Organischen zu formulieren. Das bedeutet nicht, daß damit der Begriff des Organischen vollständig ausgeschöpft wäre. Im Gegenteil, diese Grundsätze bedürfen zweifellos noch ihrer Ergänzung. Aber sie wollen mindestens den Versuch machen, schon jetzt den Begriff des Organischen aus dem Nebelhaften herauszuführen und so klar zu umreißen, wie es uns auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen möglich ist.

6.

Das Zentrum bildet den bestimmenden Kern der Stadt.

Das Zentrum der Stadt ist der politische Mittelpunkt für das Leben seiner Bevölkerung.

Im Zentrum der Stadt liegen die wichtigsten politischen, administrativen und kulturellen Stätten. Auf den Plätzen im Stadtzentrum finden die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und die Volksfeiern an Festtagen statt.

Das Zentrum der Stadt wird mit den wichtigsten und monumentalsten Gebäuden bebaut, beherrscht die architektonische Komposition des Stadtplanes und bestimmt die architektonische Silhouette der Stadt.

*

Es ist kein Zufall, daß an der Spitze der Grundsätze, die den Begriff des Organischen klären sollen, der Grundsatz von der Bedeutung des Zentrums steht. Das Zentrum ist historisch, politisch und künstlerisch der bestimmende Kern der Stadt: historisch, weil vom Zentrum die Entstehung der Stadt ausgegangen ist; politisch, weil es der Mittelpunkt für das politische Leben ihrer Bevölkerung ist; künstlerisch, weil das Zentrum die Komposition der Stadt bestimmt und zusammenhält.

42

Das alles ist eine entschiedene Erklärung gegen die Auflösung der Stadt, denn das Zentrum hält sie zusammen; gegen eine öde Gleichmacherei und falsch verstandene „Demokratie", denn das Zentrum hebt sich als wichtigster Teil und bestimmender Kern aus dem Ganzen heraus; gegen den Formalismus, denn es wird hier nicht von einer inhaltslosen Formspielerei, sondern vom Inhalt, von der Idee ausgegangen; gegen den Konstruktivismus, denn es wird hier nicht nur die technisch-organisatorische Konstruktion, sondern vor allen Dingen die künstlerische Komposition als bestimmendes Element der Stadtplanung bejaht; gegen den Kosmopolitismus, denn das Zentrum erscheint in jeder Stadt als der historisch gewordene Schwerpunkt und in der Hauptstadt als das Sinnbild des nationalen Lebens.

Demzufolge ist das Zentrum weder ein Handelszentrum mit einer Menge zusammengedrängter Warenhäuser noch ein Vergnügungszentrum mit eleganten Restaurants, Varietés usw. noch ein Finanzzentrum mit Banken und Verwaltungsgebäuden der Konzerne, sondern es faßt die politischen, administrativen und kulturellen Stätten zusammen, die der Stadt ihren Inhalt geben und in denen sich die Idee der Stadt am monumentalsten verkörpert. In der Hauptstadt muß hier die Idee der Hauptstadt gestaltet werden.

Allerdings darf hier nicht das Zentrum mit dem zentralen Bezirk verwechselt werden. Der zentrale Bezirk einer Stadt ist größer als das Zentrum. Das Zentrum ist das Ziel der politischen Demonstrationen und Aufmärsche, es ist mit seinen Plätzen der Ort der Volksfeiern, und so ist auch das Maß für das Zentrum nicht der in einem modernen Kraftwagen die Stadt durcheilende Reisende, sondern der zu Fuß gehende Mensch, der politische Demonstrant und seine Marschgeschwindigkeit. Das Zentrum ist der Bezirk, der als ein städtebauliches und architektonisches Ganzes auf den politischen Demonstranten zu wirken vermag, den als ein solches Ganzes der politische Demonstrant zu erfassen vermag, das heißt, in einer Groß- und Hauptstadt ein Bezirk in einer Länge von ungefähr 2—2½ km. Dieses historisch gewordene und politisch zu bestimmende Zentrum verlagert sich im allgemeinen nicht, auch nicht bei einer Ausweitung des zentralen Bezirkes der Stadt und selbst nicht bei einer Änderung der politischen Machtverhältnisse. Eine Änderung der politischen Machtverhältnisse verändert nicht den Ort, sondern den Inhalt des Zentrums. Alles, was für die Großstadt (insbesondere für die Hauptstadt) als Ganzes gilt, gilt auch für jeden ihrer Bezirke. Auch die Teile der Stadt sind historisch geworden und politisch zu bestimmen, und jeder dieser Stadtteile hat sein eigenes kleineres, dem Gesamtzentrum untergeordnetes Bezirkszentrum, das den Plan des Stadtbezirks bestimmt und sich doch in die Komposition der gesamten Stadt einfügt.

43

7.

Bei Städten, die an einem Fluß liegen, ist eine der Hauptadern und die architektonische Achse der Fluß mit seinen Uferstraßen.

*

Die Auffassung, daß der Fluß, an dem eine Stadt liegt, der Hinterhof, der Schuttabladeplatz der Stadt sei, ist falsch.

Sie beruht letztlich auf mittelalterlichen Vorstellungen; sie geht nämlich auf eine Zeit zurück, in der der Feind gewöhnlich über den Fluß in die Stadt eindrang und die Stadt also dem Fluß den Rücken zukehrte. Heute sind solche Gesichtspunkte für uns längst nicht mehr maßgebend.

Ebensowenig maßgebend kann für uns das reine Profitstreben sein, den Fluß einzig und allein als billigen Transportweg zu betrachten und sei es auch auf Kosten der berechtigten Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung. Der Fluß ist kein Hinterhof und kein Schuttabladeplatz der Stadt; er ist eine ihrer Hauptmagistralen und die architektonische Achse.

Allerdings wird hier nicht zufällig betont, daß der Fluß mit seinen Uferstraßen als Ganzes zu sehen ist. Es ist nicht das Ziel des Städtebauers, den Fluß und seine Ufer in eine „ländliche Idylle in der Großstadt" zu verwandeln. Wenn der Fluß das Stadtbild entscheidend beeinflussen soll, so müssen nicht nur Grünanlagen, sondern auch Straßen und insbesondere Plätze auf ihn münden.

Der Fluß wird sich oft nicht in seiner ganzen Länge (innerhalb der Stadt) von Fabrik- oder Verkehrsanlagen freihalten lassen. Dann muß dies aber mindestens in dem repräsentativsten Teil der Stadt und an den schönsten Stellen des Flusses durchgesetzt werden.

8.

Der Verkehr hat der Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen. Er darf die Stadt nicht zerreißen und der Bevölkerung nicht hinderlich sein.

Der Durchgangsverkehr ist aus dem Zentrum und dem zentralen Bezirk zu entfernen und außerhalb seiner Grenzen oder in einem Außenring um die Stadt zu führen.

Anlagen für den Güterverkehr auf Eisenbahn und Wasserwegen sind gleichfalls dem zentralen Bezirk der Stadt fernzuhalten.

44

Die Bestimmung der Hauptverkehrsstraßen muß die Geschlossenheit und die Ruhe der Wohnbezirke berücksichtigen.

Bei der Bestimmung der Breite der Hauptverkehrsstraßen ist zu berücksichtigen, daß für den städtischen Verkehr nicht die Breite der Hauptverkehrsstraßen von entscheidender Bedeutung ist, sondern eine Lösung der Straßenkreuzungen, die den Anforderungen des Verkehrs gerecht wird.

*

Die Frage, wem die Straße in der Stadt dient, ob dem Schnellverkehr oder vorwiegend (natürlich nicht ausschließlich) dem Fußgänger, ist für uns durch das Deutschlandtreffen der Jugend endgültig entschieden. Ihre höchste Bedeutung erhält die Straße in der Stadt dann, wenn sie zum Schauplatz von Demonstrationen — diesem politischen Willensausdruck der Bevölkerung — wird.

Der Durchgangsverkehr hat im Zentrum und im zentralen Bezirk nichts zu suchen und ist außerhalb seiner Grenzen, am zweckmäßigsten in einem Außenring, um die Stadt zu führen. Die Führung von Autostraßen durch eine Stadt ordnet die Stadt den Interessen des Kraftwagenverkehrs unter, macht den Kraftwagenverkehr zum bestimmenden Faktor der Stadtplanung, beraubt die Stadtplanung ihres politischen, historischen und künstlerischen Gehalts und das alles überdies ohne jedes Ergebnis für den Kraftwagenverkehr. Denn der Verkehr wird nicht durch die Verbreiterung der Straße schneller, sondern nur durch eine kreuzungsfreie Führung der Straße, das heißt, durch Straßen, die an ihrer Kreuzung auf verschiedenem Niveau liegen. Andernfalls wird der Verkehr auch durch die breiteste Straße nicht beschleunigt, sondern durch die große Zahl der Verkehrsampeln verlangsamt.

9.

Das Antlitz der Stadt, ihre individuelle künstlerische Gestalt wird von Plätzen, Hauptstraßen und den beherrschenden Gebäuden im Zentrum der Stadt bestimmt (in den größten Städten von Hochhäusern). Die Plätze sind die strukturelle Grundlage der Planung der Stadt und ihrer architektonischen Gesamtkomposition.

*

Die Plätze, die politisch — wie auch in vielen Fällen historisch — ein besonderes Gewicht im Stadtbild haben, sind für die Struktur und die architektonische Gesamtkomposition der Stadt entscheidend. Selbst-

45

verständlich stehen sie in Beziehung zu den sie verbindenden Hauptstraßen und vor allen Dingen zu den beherrschenden Gebäuden im Zentrum, insbesondere zu den Hochhäusern in den Großstädten.

In Moskau zeigt nicht nur die Theorie, sondern die städtebauliche Praxis die künstlerische Überlegenheit einer Komposition, in der die Hochhäuser sich nicht in einem engen Stadtviertel zusammendrängen, vielmehr jedes einzelne Hochhaus an einem Platz steht und alle in ihrer Gesamtheit die Silhouette der Stadt bestimmen.

Im übrigen hat man uns in Moskau beiläufig auf die interessante Tatsache hingewiesen, daß in jeder Stadt die Bevölkerung bestimmte Plätze als ihre Lieblingsplätze bevorzugt und andere Plätze ganz offensichtlich weniger schätzt. Hier ist es eine Aufgabe der Städtebauer und Architekten, zu studieren, warum die einen Plätze bevorzugt werden, die anderen nicht, was einen Platz zum Lieblingsplatz der Bevölkerung macht, um auf Grund solchen Studiums eine Lage und Gestaltung der Plätze anzustreben, die sie von vornherein zu Lieblingsplätzen der Bevölkerung werden läßt.

Damit kommen wir zu einer grundsätzlichen Erkenntnis:

Zur Planung unserer Städte und zu ihrer architektonischen Gestaltung müssen vor allen Dingen die heimischen Städtebauer und Architekten herangezogen werden, solche Künstler, die seit Jahrzehnten in der Stadt wohnen oder gar in ihr geboren sind, Künstler, die ihre Stadt lieben und die Planung ihrer Stadt nicht als eine bürokratische Aufgabe, sondern als ein von tiefer Liebe zur Heimatstadt getragenes Kunstwerk betrachten.

10.

Die Wohngebiete bestehen aus Wohnbezirken, deren Kern die Bezirkszentren sind. In ihnen liegen alle für die Bevölkerung des Wohnbezirks notwendigen Kultur-, Versorgungs- und Sozialeinrichtungen von bezirklicher Bedeutung.

Das zweite Glied in der Struktur der Wohngebiete ist der Wohnkomplex, der von einer Gruppe von Häuservierteln gebildet wird, die von einem für mehrere Häuserviertel angelegten Garten, von Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen und den täglichen Bedürfnissen der Bevölkerung dienenden Versorgungsanlagen vereinigt werden. Der städtische Verkehr darf innerhalb dieser Wohnkomplexe nicht zugelassen werden, aber weder die Wohnkomplexe noch die Wohnbezirke dürfen in sich abgeschlossene isolierte Gebilde sein. Sie hängen in ihrer

46

Struktur und Planung von der Struktur und den Forderungen der Stadt als eines Ganzen ab.

Die Häuserviertel als drittes Glied haben dabei hauptsächlich die Bedeutung von Komplexen in Planung und Gestaltung.

*

Der Wohnbezirk als Stadtteil gliedert sich in Wohngebiete, die wieder eine Anzahl von Häuservierteln umfassen. Wohnbezirk, Wohnkomplex und die einzelne Wohnung sind organische Gebilde, während das Häuserviertel weniger ein organisches Gebilde, als vielmehr ein Komplex in Planung und Gestaltung ist.

Bei all dem fällt auf, daß die sowjetischen Städtebauer, die ja den Begriff der Wohnzelle geschaffen haben, auf diesen Begriff heute verzichten und ihn durch das Wort „Wohnkomplex" ersetzen. Das geschieht nicht zufällig, sondern in bewußtem Gegensatz zu den amerikanischen und englischen Städtebauern, die inzwischen den Begriff der Wohnzelle aus dem sowjetischen Städtebau übernommen, dabei aber bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet haben.

Die sowjetische Wohnzelle ist erstens ein Zwischenglied zwischen Häuserviertel und Wohnbezirk, das heißt, ein Komplex, der nicht nur verschiedene Häuserviertel umfaßt, sondern sich auch einem Wohnbezirk — und zwar einem historisch gewordenen Wohnbezirk — unterordnet.

Das bedeutet ferner, daß der sowjetische Wohnkomplex im Gegensatz zur amerikanischen Wohnzelle nicht eine sich gleichmäßig und eintönig wiederholende Einheit ist, sondern ein von den historischen und örtlichen Verhältnissen, insbesondere von seiner Entfernung zum Stadtzentrum, ja sogar zum Bezirkszentrum abhängiger und wandelbarer Komplex.

Drittens ist der Wohnkomplex nichts Ewiges und Unwandelbares wie die Wohnzelle. Ich möchte das an einem Beispiel klarmachen:

Die Wohnzelle von 5000 Einwohnern ist aus der Annahme errechnet worden, der zweckmäßigste Schultyp erfasse 500 Schüler und die Zahl der Schüler belaufe sich auf 10 v. H. der Bevölkerung. Dagegen warf man in Moskau ein, daß sich zwar auch in der Sowjetunion Schulen mit 500 Schülern als besonders zweckmäßig erwiesen hätten, daß dort aber 17 v. H. der Bevölkerung lernen und diese Zahl auch nicht für alle Ewigkeit gelte; wir jedenfalls sollten uns nicht ein für allemal auf eine Zahl von 10 v. H. festlegen, sondern vielmehr einsehen, daß dieser Prozentsatz mit der gesellschaftlichen Entwicklung steigen müsse.

47

11.

Bestimmend für gesunde und ruhige Lebensverhältnisse und für die Versorgung mit Licht und Luft sind nicht allein die Wohndichte und die Himmelsrichtung, sondern auch die Entwicklung des Verkehrs.

*

Nach den eben entwickelten fünf Grundsätzen des Organischen ist es notwendig, sich noch über eine Reihe von wichtigen Einzelfragen klarzuwerden. Dazu gehört vor allem die Frage der Wohndichte oder — besser gesagt — die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Luft. Diese Frage ist nämlich durchaus nicht einfach gleichbedeutend mit der Frage der Wohndichte. Selbstverständlich spielt die Wohndichte eine bedeutende Rolle, und sie kann nicht über eine gewisse obere Grenze hinaus gesteigert werden (die in Moskau bei 500 je ha liegt). Sie kann übrigens — wie der nächste Grundsatz festlegen wird — auch nicht unter eine gewisse untere Grenze gesenkt werden (die in Moskau bei 250 je ha liegt).

Ebenso wichtig für die Versorgung mit Licht und Luft ist die Himmelsrichtung der Wohnung, und wir haben in Moskau geradezu artistische Lösungen gesehen, in denen man selbst bei ungünstigster Lage des Gebäudes einer Verlegung von Wohnräumen nach Norden ausweicht. Aber wir haben uns auch davon überzeugt, daß diese Fragen nicht immer befriedigend zu lösen sind und daß sogar ihre befriedigende Lösung allein nicht entscheidet.

Von größter Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Luft ist die Lösung der Verkehrsfrage, und dort, wo Wohndichte und Himmelsrichtung mit der Wirtschaftlichkeit in Konflikt geraten, gibt der Verkehr den Ausschlag.

Wenn bei gleichen Mitteln durch eine Erhöhung der Wohndichte (selbstverständlich nicht über ein Höchstmaß hinaus) und dadurch, daß man da und dort auch einen Wohnraum mit Nordrichtung in Kauf nimmt, die Zahl der Einwohner vermehrt werden kann, die durch die Nachbarschaft zu U- und S-Bahn, Straßenbahn und Omnibus rasch ins Grüne hinausbefördert werden können, ist diese letzte Lösung vorzuziehen.

Entscheidend ist hier die soziale Bedeutung der Frage und ihrer Lösung. Es hat keinen Sinn, den Wohnungssuchenden auf die denkbar idealste Lösung des Wohnproblems in der Zukunft zu verweisen und ihm die sofortige Versorgung mit einer Wohnung, die sich den gegebenen Verhältnissen anpaßt, zu versagen. Das Volk ist der Bauherr, das Volk gibt die Mittel, und zwar nicht dazu, um Theorien

48

zu bekommen, sondern um Wohnungen zu erhalten. Das Volk weiß überdies sehr gut, daß die Entwicklung weiterschreitet, daß die Technik sich weiter vervollkommnet und daß wir morgen werden besser bauen können als heute. Allerdings läßt sich auch mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß aus der Entwicklung der Technik die Geschwindigkeit des Verkehrs, darunter auch des städtischen Verkehrs, bestimmt nicht den geringsten Nutzen ziehen wird.

12.

Die Stadt in einen Garten zu verwandeln, ist unmöglich. Selbstverständlich muß für ausreichende Begrünung gesorgt werden. Aber der Grundsatz ist nicht umzustoßen: in der Stadt lebt man städtischer; am Stadtrand oder außerhalb der Stadt lebt man ländlicher.

*

Daß für die ausreichende Begrünung einer Großstadt, und zwar sowohl durch Begrünung der Plätze und Straßen wie durch Parks, Gärten und Grünstreifen gesorgt werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit.

Das heißt aber nicht, daß die Stadt in einen Garten verwandelt werden kann. Sie kann es nicht, ohne auf ihren Charakter als Stadt zu verzichten; sie kann es nicht, ohne den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und des Kulturreichtums dem Streben nach Gartenland zum Opfer zu bringen. Ja, man kann sogar sagen, daß die Gartenstadt einen gewissen Verzicht auf die uns heute auch mit unseren Mitteln zugänglichen Güter der Kultur bedeutet, daß sie ebenso unwirtschaftlich wie unkultiviert ist. Mindestens müssen bei solchen Methoden des Städtebaues alle Vorzüge des Stadtlebens (wie zum Beispiel Theater- und Kinobesuch) vom Einwohner mit besonderen Aufwendungen (zum Beispiel für die Verkehrsmittel) bezahlt werden, wenn er nicht ganz auf sie zu verzichten gezwungen ist (und das bezieht sich ebenso auf den Müllschlucker wie auf den Besuch von Abendschulen). Schließlich kann man keine Gartenstadt bauen, ohne ihre Bevölkerung politisch zu demoralisieren. Nicht umsonst ist die Gartenstadt das Ideal amerikanischer und englischer Polizeipräsidenten; denn ihr Ziel ist, den arbeitenden Menschen in einen Karnickelzüchter und Blumenkohlbauer zu verwandeln und ihn jedenfalls nicht zum Teilnehmer politischer Demonstrationen werden zu lassen. Die englischen Städtebauer wollen außerdem noch den Glauben erwecken, die Verwandlung der Großstadt in eine Gartenstadt könne die fürchterlichen Folgen eines Krieges, vor allem eines Atombombenkrieges, mildern. Mit anderen Worten: der Krieg wird durch den

Städtebauer schmackhafter gemacht, anstatt daß er von der gesamten Bevölkerung der Stadt einschließlich der Städtebauer bekämpft und unmöglich gemacht wird.

Damit soll niemandem, der ein ländliches Leben liebt, die Verwirklichung seines Traumes unmöglich gemacht werden. Jeder, der den Blick in eine Gartenlandschaft dem Leben in einer Großstadt vorzieht, kann seinen Wunsch erfüllen, allerdings unter der Bedingung, daß er ihn am Stadtrand oder außerhalb der Stadt erfüllt, weil er die Unumstößlichkeit des Grundsatzes einsieht: In der Stadt lebt man städtischer; am Stadtrand oder außerhalb der Stadt lebt man ländlicher.

13.

Die vielgeschossige Bauweise ist wirtschaftlicher als die ein- oder zweigeschossige. Sie entspricht auch dem Charakter der Großstadt.

*

Dieser Grundsatz hängt mit den vorigen eng zusammen; denn die vielgeschossige Bauweise entspricht nicht nur dem Charakter der Großstadt, sondern auch dem Charakter des Großstädters. Die Großstadt wird erst durch eine vielgeschossige Bauweise zu einer Großstadt gestaltet. Das gilt um so mehr für die Hauptstadt, und es ist kein Zufall, daß in Moskau in diesem Jahr nur sechs- bis achtstöckige Wohnhäuser gebaut werden und Bauten von weniger als sechs Stock ausdrücklich verboten sind. Ab 1952 werden nur zehn- bis vierzehnstöckige Wohnhäuser gebaut, das heißt: Bauten von weniger als zehn Stock werden verboten sein. Natürlich bedeutet das nicht einfach: was jetzt gebaut wird, kann sechs Stock hoch sein; was in zwei Jahren gebaut wird, muß zehn Stock hoch sein. Das bedeutet vielmehr, daß die Bezirke genau festgelegt sind, in denen man sich mit einer geringeren Geschoßhöhe zufrieden gibt, und die, in denen man eine beträchtlichere Geschoßhöhe fordert. Die einen werden schon jetzt gebaut; die Bebauung der anderen wird erst ab 1952 in Angriff genommen.

Übrigens ist mit diesem Grundsatz auch die alte Streitfrage entschieden: kompakt oder dezentralisiert? Grundsätzlich ist damit die Entscheidung für die kompakte Bebauung gefallen. Allerdings lassen sich auch Ausnahmefälle vorstellen, in denen man sich auf Grund der natürlichen Gegebenheiten zu einer dezentralisierten Bebauung entschließen muß. Dann allerdings muß jeder Teil der dezentralisierten Stadt in sich kompakt bebaut werden.

14.

Die Stadtplanung ist die Grundlage der architektonischen Gestaltung. Die zentrale Frage der Stadtplanung und der architektonischen Gestaltung der Stadt ist die Schaffung eines individuellen einmaligen Antlitzes der Stadt. Die Architektur muß dem Inhalt nach demokratisch und der Form nach national sein. Die Architektur verwendet dabei die in den fortschrittlichen Traditionen der Vergangenheit verkörperte Erfahrung des Volkes.

*

Hier wird der innere unlösliche Zusammenhang zwischen Stadtplanung und architektonischer Gestaltung verankert. Beiden wird das gleiche Hauptziel gesetzt. In klarer Schlußfolgerung aus allen vorher formulierten Grundsätzen ergibt sich die Ablehnung einer Standardstadt und die Forderung nach einem individuellen Antlitz der Stadt. Mit dem Bekenntnis zu einem demokratischen Inhalt und zu einer nationalen Form der Architektur wird der Architekt wieder an den großen Ideengehalt seiner Kunst erinnert ebenso wie an seine Verpflichtung, die nationalen Traditionen seines Volkes zu studieren und sich als Hüter und Mehrer ihrer fortschrittlichen Elemente zu betrachten. Eine solche Auffassung ist die Voraussetzung für die Befreiung der Kunst und des Künstlers aus den Fesseln einer alten, ihrem Wesen nach kunstfeindlichen Gesellschaftsordnung, ist die Erschließung des Weges zu einer neuen, nach Inhalt und Form monumentalen Baukunst.

15.

Für die Stadtplanung wie für die architektonische Gestaltung gibt es kein abstraktes Schema. Entscheidend ist die Zusammenfassung der wesentlichsten Faktoren und Forderungen des Lebens.

*

Grundsätze sind notwendig, und um Grundsätze muß gerungen werden. Das Gegenteil solcher von uns angestrebten Grundsätze ist das abstrakte Schema, das starre und leblose Schema. Es wurde bereits versucht, den Gegensatz zwischen Grundsatz und Schema einmal am Beispiel der Wohnzelle und das zweitemal am Beispiel der Wohndichte klarzumachen. Ich möchte es noch an einem dritten und letzten Beispiel erläutern.

Als wir in Moskau die im Bau befindlichen Hochhäuser besichtigten, sagte eines der Delegationsmitglieder zu dem Stellvertretenden

Minister für Städtebau der UdSSR: „Ja, solche Bauten drücken zweifellos die Idee der Hauptstadt aus. Aber wir sind heute nicht in der Lage, so etwas zu bauen. Sollen wir deswegen auf das Bauen verzichten?" Die Antwort lautete: „Ihre Bevölkerung braucht Wohnungen, also müssen Sie bauen; Sie müssen bauen, auch wenn Sie nur einstöckige Häuser bauen können; die bauen Sie aber draußen! Und wenn Sie dreistöckige Häuser werden bauen können, dann bauen Sie dreistöckige, aber nicht an der Stalinallee!"

Die Ablehnung jedes Schemas ist die notwendige Folge aus der großen Beachtung, die das historisch Gewordene und innerhalb des historisch Gewordenen die fortschrittlichen künstlerischen Traditionen genießen. Wo die Eigenart jedes Volkes, ja sogar jeder Stadt im Schaffen des Städtebauers berücksichtigt wird, kann es ein abstraktes Schema nicht geben.

Das abstrakte Schema wird aber vor allen Dingen dadurch zunichte gemacht, daß auch der Städtebauer die gesellschaftliche Entwicklung studiert und erkennt, daß er seiner Arbeit die um ihn her in Natur und Gesellschaft vor sich gehenden Veränderungen zugrunde legt und vor allen Dingen den Menschen, der die Natur und die Gesellschaft verändert.

16.

Gleichzeitig mit der Arbeit am Stadtplan und in Übereinstimmung mit ihm sind für die Planung und Bebauung bestimmter Stadtteile sowie von Plätzen und Hauptstraßen mit den anliegenden Häuservierteln Entwürfe fertigzustellen, die in erster Linie durchgeführt werden können.

*

Die Planung erfordert selbstverständlich, daß sich der Planer über die Entwicklung in einem längeren Zeitraum wenigstens in großen Zügen Klarheit verschafft. Ein Zeitraum von zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren ist im Leben einer Stadt bestimmt nicht allzu groß, und für diesen Zeitraum sind Flächennutzungsplan und Generalbebauungsplan aufzustellen.

Um aber zum wirklichen Bauen zu gelangen, ist es notwendig, im Gleichtakt mit der Wirtschaftsplanung, das heißt also bei uns: für den ersten Fünfjahrplan und für jedes seiner Planjahre, einen schon ins einzelne gehenden Aufbauplan fertigzustellen und überdies in Teilbebauungsplänen bestimmte Stadtteile, einzelne Plätze und Straßen herauszugreifen, deren Bebauung sofort in Angriff genommen werden kann und muß.

Lothar Bolz, Dr. jur., geb. **3.9.1903** in Gleiwitz, Studium in München, Kiel, Breslau, **1929–33** Rechtsanwalt in Breslau, dann Emigration über Polen in die Sowjetunion. **1945** Mitbegründer der NDPD, Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission, **1949–53** Minister für Aufbau der DDR, **1953–65** Minister für auswärtige Angelegenheiten.

Kurt Liebknecht, Architekt, geb. **26.3.1906** in Frankfurt/M., lebt in Berlin (DDR). Studium TH Berlin bei Poelzig, **1929** Diplom, **1929–31** im Büro Poelzig u.a. mit der Innengestaltung des Hauses des Rundfunks betraut. **1931** nach einem Vortrag von Ernst May Reise in die UdSSR, um in Moskau bei Standartgorprojekt Arbeit zu finden. Mit Hebebrand Entwürfe von Krankenhäusern für Magnitogorsk und andere Städte, Beteiligung am Wettbewerb für den Sowjetpalast, **1937** russ. Staatsbürgerschaft, mit Kriegsbeginn **1941** Auslagerung der Architektur-Akademie, in der er arbeitet, nach Taschkent, **1943** Rückkehr nach Moskau. Dissertation über Gesundheitsbauten, Leiter der Abt. Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in der Akademie, **1945** Dissertation. **Dez. 1946 bis Febr. 1947** Aufenthalt in der Sowjetischen Besatzungszone, Besuch der Eltern in Potsdam, Vortrag im Kulturbund über den Wiederaufbau in der Sowjetunion. **1948** Rückkehr nach Berlin, wiss. Sekretär im neugegründeten Institut für Bauwesen der Akad. d. Wiss., Arbeitsgebiet Gesundheitseinrichtungen. Forschung über den Bau von Ambulatorien und Polikliniken. Nach der Gründung der DDR Direktor des Inst. f. Städtebau und Hochbau im Ministerium für Aufbau. **1950** Delegationsreise in die UdSSR, **1951–61** Präsident der Deutschen Bauakademie, die die bisherigen Forschungseinrichtungen zusammenfaßt. **1986** veröffentlichte er seine Autobiografie „Mein bewegtes Leben".

Die Grundsätze des Städtebaus werden die Grundlage für den Entwurf eines „Gesetzes über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands (Berlin)", kurz das „Aufbaugesetz" genannt. Ebenso sind sie Grundlage für den Entwurf der „Grundzüge für den Wiederaufbau und die Neugestaltung des Zentrums der Hauptstadt Berlin". Beide Entwürfe sind Gegenstand einer Beratung, an der der Ministerrat der DDR und der Magistrat von Berlin (DDR) teilnehmen, um die Entscheidung, die bei der Volkskammer liegt, vorzubereiten. Die gemeinsame Beratung findet am **23.8.1950** statt. Das Aufbaugesetz wird von Lothar Bolz vorgestellt, während Kurt Liebknecht die neue Stadtplanung präsentiert, die das „Stadtplanungskollektiv für Berlin", eine aus Vertretern des Ministeriums für Aufbau und des Magistrats zusammengesetzte Planergruppe, die später auch „Planungskommission Berlin" genannt wird, erarbeitet hat. Zur Verdeutlichung sind in der Sitzung das Modell und Pläne vom Zentrum und vom zentralen Bezirk aufgebaut.

→B 40 Beratung des Ministerrates der DDR und des Magistrats über die Pläne für den Neuaufbau Berlins am 23.8.1950. Ganz links Otto Grotewohl, rechts von ihm Friedrich Ebert

Der vorgestellte Plan für Groß-Berlin stellt eine weitere Abwandlung der bisherigen Pläne dar. Das Zentrum, dem jetzt das Hauptinteresse gilt, wird von zwei Nord-Süd- und zwei Ost-West-Tangenten eingefaßt. Wenn man den Plan mit früheren Zuständen vergleicht, könnte man sagen, die Ost-West-Tangenten stammen aus dem Aufbauplan **1949** (Planungskollektiv) →S.271 und die Nord-Süd-Tangenten aus dem Bonatz-Plan von **1948**.

Kurt Liebknecht erklärt die Planung für das Stadtzentrum und setzt sich zugleich ab von den bisherigen Vorstellungen des Planungskollektivs, die noch bis **1949** gültig waren.

→L 43 *An der Planung Berlins wird schon seit 1945 gearbeitet; es wurde nicht gewartet, sondern man stürzte sich in die Probleme. Dabei konnte nicht alles vollkommen gelöst werden; denn erstens waren die täglichen Aufgaben zu erfüllen und die zur Verfügung stehenden Kräfte gering an der Zahl, zweitens fehlten unter den damaligen Verhältnissen die Erfahrungen, insbesondere der Sowjetunion und der Volksdemokratien, drittens war ein Teil der Planer, die für die Stadtplanung Berlins tätig waren, befangen in der Vorstellungswelt amerikanisch-englischer Städteplaner, die nicht von den Interessen der gesamten Bevölkerung ausgingen und die in städtebaukünstlerischer Beziehung nicht das Gesamtbild der Stadt vor Augen hatten. Es sei auf einige formalistische Tendenzen bei der Planung Berlins 1945 hingewiesen, wie zum Beispiel die Überbetonung der Verkehrsfragen und die nicht stichhaltigen Voraussetzungen für die Planung der sogenannten Wohnzellen. Wir wissen heute, daß man bei der Planung der Wohnzellen im Westen und in Amerika davon ausgeht, die Menschen nach Möglichkeit zu isolieren, sie zu Kleingärtnern zu machen, da so weniger Gefahr besteht, daß sie sich in die Politik einmischen. Die Ergebnisse der Reise nach der Sowjetunion, die eine Delegation des Ministeriums für Aufbau unter der Leitung von Minister Dr. Bolz unternahm, haben gezeigt, wie einseitig die englischen und amerikanischen Städteplanungen sind und wie unvollkommen auch unsere bisherigen Konzeptionen waren.*

Der 1950 von der aus Vertretern des Ministeriums für Aufbau und des Magistrats gebildeten „Planungskommission Berlin" entworfene „Aufbauplan für die deutsche Hauptstadt". Das Zentrum ist schwarz dargestellt, der zentrale Bezirk schraffiert ←B 41

Die 16 Grundsätze für den Städtebau, die auf Grund der Erkenntnisse in der Sowjetunion aufgestellt werden konnten, sollen die Grundlage für den Städtebau in der Deutschen Demokratischen Republik und darüber hinaus in ganz Deutschland bilden. Es gilt nun, diese Grundsätze auf Berlin anzuwenden und die Planung der Hauptstadt Deutschlands zum Vorbild des Städtebaus zu machen.

Die Neuplanung wurde in zwei Arbeitsgebiete aufgeteilt: Erstens die Gesamtplanung Berlins, die nur durchgeführt werden kann bei Koordinierung aller daran interessierten Kräfte im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes. Es gilt, die Standorte festzulegen für die Industrie, den Handel, die Kultur und die Verwaltungsstätten; es müssen Parks und Grünanlagen gleichmäßig das Stadtbild durchdringen. Die Straßen und Plätze sowie der Verkehr müssen im Gesamtplan richtig eingeordnet werden. Bei der Lösung all dieser übergeordneten Aufgaben wird man sich von dem Gedanken leiten lassen, eine Stadt zu bauen, die die Bedürfnisse der Bevölkerung in harmonischer Weise befriedigt und die in städtebaukünstlerischer Beziehung dem Schönheitsempfinden der Bevölkerung Rechnung trägt. Vor allem gilt es, das Zentrum der Stadt zu gestalten, das der politische Mittelpunkt nicht nur Berlins, sondern der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Deutschlands ist. Hier werden Bauten der Regierung, des Magistrats, der Parteien und der Massenorganisationen sowie der Wirtschaft und Kultur stehen. Der architektonischen Gestaltung des Zentrums ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Hauptstraßenzug von der Stalinallee zum Brandenburger Tor ist die städtebaukünstlerische Achse des Zentrums. Diese Verbindung ist von besonderer Bedeutung. Sie ist nicht nur für den Durchgangsverkehr vorgesehen. Für diesen sind die Umleitungsstraßen um das Zentrum und um den Zentralen Bezirk zu benutzen. Auf dieser Straßenführung Stalinallee–Brandenburger Tor ist der Lastwagenverkehr zu beschränken. . . .

Als erster Bauabschnitt gelten die Arbeiten, die bis zum 1. Mai 1951 durchgeführt werden sollen. Es handelt sich um die Vergrößerung des Lustgartens, um die Errichtung der provisorischen Tribüne und das Herausnehmen der Straßenbahn aus der Königstraße.

Wir befinden uns heute noch in der Rohplanung, aber die neue Etappe der Arbeit hat bereits begonnen. Es muß nun jede einzelne Straße, jeder einzelne Platz und jedes einzelne Gebäude durchgearbeitet werden, um die Grundlage für den späteren Bebauungsplan zu schaffen.

Es darf kein Gebäude mehr im Zentrum, auch über das Zentrum hinaus in Berlin geplant und gebaut werden, das nicht in städtebaulicher und architektonischer Beziehung geprüft und von dem planenden Organ bestätigt worden ist. Die vor uns stehende Aufgabe ist verantwortungsvoll, denn es gilt, Berlin schöner denn je erstehen zu lassen.

Nr. 199 Berliner Zeitung Sonntag, 27. August 1950

Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin

1. Regierungsgebäude
2. FIAPP-Denkmal
3. Staatsoper
4. Berliner Rathaus
5. Altes Stadthaus
6. Neues Stadthaus
7. Marienkirche
8. Nikolaikirche
9. Petrikirche
10. Parochialkirche
11. Thälmannplatz
12. Platz der Akademie
13. Rosa-Luxemburg-Platz
14. Alexanderplatz
15. Stalinallee
16. Friedrichstraße
17. Hotelviertel
18. Zentrales Fernpostamt
19. Durchbruch
20. Lustgarten-Tribüne
21. Dom
22. Opernhaus
23. Universität
24. Bahnhof Friedrichstraße
25. Pariser Platz
26. Leipziger Platz
27. ehem. Zeughaus
28. Hedwigskirche

In dem großen Aufbauprogramm für die zerstörten und verwüsteten deutschen Städte, das im Fünfjahrplan vorgesehen ist, steht Berlin, die deutsche Hauptstadt, an erster Stelle. In seiner letzten Sitzung beschloß der Ministerrat ein Gesetz über den Aufbau der Städte in der Republik und Berlins, das der Volkskammer zur Verabschiedung vorgelegt wurde. Ministerpräsident Grotewohl hatte in der Kabinettssitzung betont, daß die Regierung für den planmäßigen Aufbau Berlins als der Hauptstadt Deutschlands sorgen werde und daß die Durchführung dieser Aufgabe eine Sache der gesamten deutschen Bevölkerung sei.

Die Grundgedanken für die künftige Gestaltung des Berliner Stadtzentrums als des politischen und künstlerischen Mittelpunktes ganz Deutschlands erläuterte auf der Regierungssitzung der Architekt Dr. Liebknecht vom Ministerium für Aufbau. Über dasselbe Thema sprach Dr. Liebknecht vor Mitarbeitern des Aufbauministeriums, denen er an Hand von Plänen und Modellen die künftige Gestaltung der Innenstadt erläuterte.

Nach neuesten städtebaulichen Erkenntnissen

Die Pläne wurden, wie Dr. Liebknecht feststellte, nach neuesten städtebaulichen Erkenntnissen erstellt. Vor uns steht die Aufgabe, aus dem Trümmerhaufen, der von dem früheren Berlin mit seinen sozialen Mißständen und städtebau-künstlerischen Mängeln vor allem im Zentrum übrig geblieben ist, ein schöneres neues Berlin zu planen und zu bauen. Die deutschen Städtebauer machen sich dabei die Ergebnisse der Reise nach der Sowjetunion zunutze, die eine Delegation des Aufbauministeriums unter Leitung des Ministers Dr. Bolz unternahm, um das Bauwesen im Lande des Sozialismus zu studieren.

Bei dem Neuaufbau der deutschen Hauptstadt gilt es, die 16 Grundsätze für den Städtebau, die von der Regierung beschlossen und die in der „Berliner Zeitung" kürzlich veröffentlicht wurden, auf Berlin anzuwenden. Die Planung der Hauptstadt Deutschlands soll zum Vorbild des Städtebaus in der Deutschen Demokratischen Republik und darüber hinaus für Gesamtdeutschland werden.

Dr. Liebknecht betonte in seinem Vortrag, daß der Aufbau Berlins als der Hauptstadt Deutschlands nicht etwa nur für den demokratischen Sektor, sondern selbstverständlich für ganz Berlin geplant wird. Er ging dann besonders auf die Planung des Zentrums der Stadt ein, in dem die Bauten der Regierung, des Magistrats, der Parteien und Massenorganisationen sowie der Wirtschaft und der Kultur stehen werden. Dieses Stadtzentrum wird etwa begrenzt vom Strausberger Platz im Osten, Lothringer und Elsässer Straße im Norden, Brandenburger Tor im Westen und Zimmerstraße im Süden. Diesem Zentrum wird in städtebau-künstlerischer Beziehung besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Um das Stadtzentrum herum liegt der Zentrale Bezirk. Der Zentrale Bezirk ist der Übergang vom Zentrum zu den äußeren Bezirken und besitzt auch übergeordnete Einrichtungen und Wohnviertel besonderer Art.

Die Neugestaltung des Stadtzentrums

Für die Gestaltung des Zentrums werden folgende Vorschläge gemacht:

Der Hauptstraßenzug, beginnend an der Stalinallee und bis zum Brandenburger Tor führend, ist für das Zentrum von besonderer architektonischer Bedeutung. Er ist nicht für den Durchgangsverkehr gedacht, sondern wird durch Umleitungsstraßen, die um das Zentrum und den Zentralen Bezirk herumführen, weitgehend entlastet.

Der Lustgarten

Der zentrale Punkt im Zuge Stalinallee—Brandenburger Tor ist der Lustgarten, der durch das Verschwinden der Schloßruine erheblich erweitert wird. Der Abriß wird bereits von Wissenschaftlern vorbereitet. Noch vorhandene künstlerisch wertvolle Teile des Gebäudes, wie der Schlüterhof und das Eosander-Portal, sollen erhalten bleiben, um sie eventuell an anderer Stelle wiederaufzubauen.

In seiner erweiterten Form wird der Lustgarten der ideale Platz für fließende und stehende Demonstrationen sein und 350 000 Menschen aufnehmen können. Wenn die Schloßruine verschwunden ist, wird der Lustgarten eine Größe von über 180×450 Meter haben. Das sind etwa 82 000 Quadratmeter.

Unter den Linden

Die Schloßbrücke, die den Lustgarten mit der Straße Unter den Linden verbindet, wird auf 50 bis 60 Meter verbreitert werden. Die Straße Unter den Linden bleibt in ihrer jetzigen Form bestehen. Die historischen Gebäude am östlichen Teil der Straße bis zur Charlottenstraße sind teilweise im Aufbau und werden in ihrer alten äußeren Gestalt wieder hergestellt: das frühere Zeughaus, Neue Wache, Universität, Bibliothek, Opernhaus, das evtl. als Konzertsaal ausgebaut wird, Hedwigskirche, ehem. Kronprinzenpalais usw.

Von der Charlottenstraße bis zur Wilhelmstraße werden Gebäude für die ausländischen Botschaften entstehen. Das Sowjetische Botschaftsgebäude ist kurz vor der Fertigstellung. Das Gesicht der Straße Unter den Linden, die eine besondere Rolle in dem neuen Berlin spielen wird, werden außerdem öffentliche Gebäude prägen, in deren Erdgeschossen repräsentative Ausstellungsräume für die volkseigene Industrie untergebracht werden. Auf dem Pariser Platz ist das Brandenburger Tor im Aufbau. Auch die Akademie der Künste wird hier wieder ihren Sitz bekommen.

Wilhelmstraße

Die Wilhelmstraße wird als Repräsentationsstraße vorwiegend Botschafts- und Regierungsgebäude erhalten. Auch sie soll wesentlich verbreitert werden, ebenso die Neue Wilhelm- und Luisenstraße nördlich der Straße Unter den Linden.

Thälmannplatz

Die vorgeschlagene Aufstellung des Thälmann-Denkmals auf der Seite des Tiergartens, etwa an der Stelle der ehemaligen Reichskanzlei, macht eine Umgestaltung des Thälmannplatzes notwendig. Der Platz wird im Süden im Zuge der Mohrenstraße durch eine neue Bebauung an der Stelle des abgerissenen Hotels „Kaiserhof" geschlossen werden. An der Ostseite des Thälmannplatzes muß die Front des Hauses des Nationalrates, des Gästehauses der Regierung und der dazwischenliegenden Baulücke neu gestaltet werden.

Friedrichstraße

Die Friedrichstraße als bedeutende Nord-Süd-Verbindung wird als Ladenstraße bestehen bleiben und abschnittsweise verbreitert. Auf der jetzt freigelegten Fläche vor dem Bahnhof Friedrichstraße sind als Abschluß eines großen Bahnhof-Vorplatzes ein Hotelkomplex und andere öffentliche Bauten vorgesehen. Die Französische Straße, die sehr wichtig wird, weil sie den Straßenzug der Königstraße fortsetzt, wird über die Mauerstraße hinaus bis zum Tiergarten verlängert, um den Verkehr der Straße Unter den Linden zu entlasten.

Alexanderplatz

Der S-Bahnhof Alexanderplatz bekommt einen Vorplatz. In der Achse der Königstraße ist ein Hochhaus geplant. Die Königstraße wird auf 30 bis 40 Meter verbreitert. Sie wird bis zum Rathaus Ladenstraße und vom schienengebundenen Verkehr völlig befreit.

Das für Berlin charakteristische Rathaus mit seinen Backsteinziegeln und dem quadratischen hohen Turm, eines der Wahrzeichen unserer Stadt, wird in seiner äußeren Gestalt wiederaufgebaut. Das Rathaus wird die Sitzungs- und Empfangsräume des Magistrats sowie die Räume des Oberbürgermeisters aufnehmen. Vor dem Rathaus wird ein neuer großer Platz geschaffen, der bis zur Liebknechtstraße reicht. Der neue Platz wird sein architektonisches Gesicht durch das Rathaus, den großen Baukomplex an der Ostseite des Lustgartens sowie die Marienkirche erhalten.

Stalinallee

Die Stalinallee wird über den Alexanderplatz und die Königstraße mit dem Lustgarten und der Straße Unter den Linden verbunden. Sie wird in einer Breite von 40 Meter direkt in den Alexanderplatz einmünden.

1951 wird der Mittelteil des jetzt in Bau befindlichen Bauabschnitts und der gegenüberliegende Baublock an der Stalinallee fertiggestellt werden können. Das Bauprogramm für den Straßenabschnitt von der Bersarinstraße bis zum Alexanderplatz wird vornehmlich als Randbebauung aufgestellt (Wohnbauten mit Läden, Restaurants, Kinos). Die Höhe der Häuser soll in der Regel nicht weniger als sieben Geschosse betragen.

Vorläufig nur Rohplanung

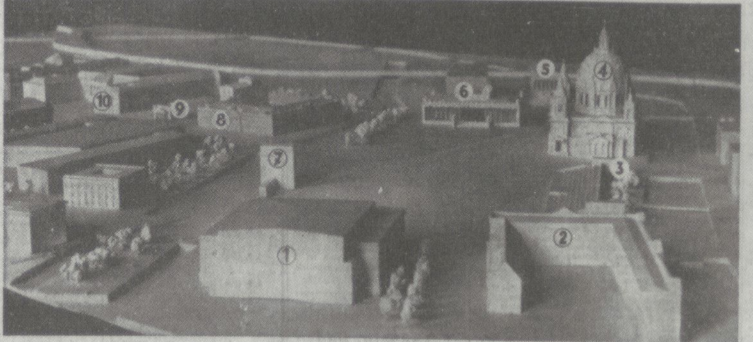
Bei diesen vorgeschlagenen Maßnahmen für die Gestaltung des Berliner Stadtzentrums handelt es sich vorläufig um eine Rohplanung. Viele Dinge sind noch nicht klar und voll ausgereift. Nach dieser Arbeit wird eine neue Etappe beginnen. Die verantwortlichen Architekten werden sich mit der Durcharbeitung jeder einzelnen Straße, jedes einzelnen Platzes und einzelner Gebäude befassen, um die Grundlage für die spätere Bebauung zu schaffen. Es darf kein Gebäude mehr in dem Zentrum Berlins und überhaupt in Berlin geplant und gebaut werden, das nicht in städtebaulicher und architektonischer Beziehung geprüft und bestätigt worden ist.

Der erste Bauabschnitt

Der erste Bauabschnitt des Planes zum Aufbau Berlins, die Neugestaltung des Lustgartens, soll bis zum 1. Mai 1951 beendet sein. Die nächste Mai-Demonstration wird auf dem erweiterten Lustgarten stattfinden! Der Lustgarten wird dann durch folgende Bauten umrahmt sein: im Norden Altes Museum, rechts davon der Dom; wo heute das Schloß steht, wird eine große Tribüne für über 3000 Zuschauer, vorläufig in Holzkonstruktion, endgültig in Naturstein, errichtet; im Süden schließt den Lustgarten der wieder aufzubauende Marstall und — gegenüber dem Alten Museum — die neue Deutsche Staatsoper ab, die auf der Westseite der heutigen Breite Straße gebaut werden soll. Gegenüber der Tribüne, an der Stelle, an der das National-Denkmal stand, das im Augenblick abgebaut wird, steht bis zum 1. Mai das FIAPP-Denkmal als Mahnmal für die ermordeten Antifaschisten aller Länder. Hinter der Tribüne, auf der anderen Seite des östlichen Spreearms, soll sich ein repräsentatives Gebäude, wahrscheinlich ein Hochhaus, erheben.

Grundstock einheitlicher Planung

Selbstverständlich ist der Neuaufbau einer so zerstörten Stadt wie Berlin nicht in fünf und auch nicht in zehn Jahren zu bewältigen. Aber der Grundstock zu einer einheitlichen Planung und dem Baubeginn ist gelegt. Erst jetzt können wir darangehen, großzügig aufzubauen, nachdem durch die Entwicklung unserer Industrie die Voraussetzungen hierfür geschaffen worden sind.



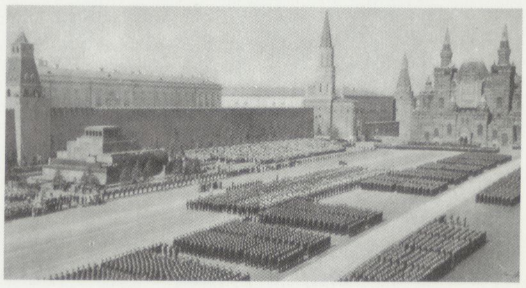
Der Lustgarten und die Straße Unter den Linden, wie sie das Modell des neuen Stadtzentrums zeigt. Auf dem Bild 1. der Bau der neuen Staatsoper, 2. Marstall, 3. Tribüne auf dem Lustgarten, 4. Dom, 5. Nationalgalerie, 6. Altes Museum, 7. FIAPP-Denkmal, 8. Zeughaus, 9. Neue Wache, 10. Universität

Vorstellung des Aufbauplans für das Zentrum in der „Berliner Zeitung" vom 27.8.1950

←B 42

4.2.2 Die neue Mitte

←S.311



→B 43 Die Parade auf dem Roten Platz in Moskau am 1.5.1950

Der Termin stand fest: Am **1. Mai 1951** sollte die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts des Aufbaus der deutschen Hauptstadt gefeiert werden. Wie eine 1.-Mai-Feier aussehen kann, das hatte die Delegation des Aufbauministeriums **1950** auf dem Roten Platz in Moskau erlebt, einem Platz, dessen Anlage und Gestaltung einen beeindruckenden Raum für Massenveranstaltungen bietet. Der traditionelle Aufmarschplatz in Berlin war das Tempelhofer Feld, auf dem später der Flughafen angelegt wurde, der seit **1945** unter Kontrolle der Amerikaner steht. Ideale Bedingungen hätte der Platz westlich vor dem Reichstag zur Anlage eines neuen Aufmarschplatzes geboten, der aber zum britischen Sektor Berlins gehört und somit entfällt. Im alten Zentrum Berlins stehen traditionell für Versammlungen die drei das Schloß umgebenden Plätze zur Verfügung: die Schloßfreiheit, der Schloßplatz und der Lustgarten, der größte dieser drei, der sich aber bereits am **1. Mai 1946** und zuletzt zu **Pfingsten 1950** während des „Deutschlandtreffens der Jugend“ als zu klein erwiesen hat. Eine Vergrößerung des Lustgartens ist jedoch nur möglich, wenn entweder die Ruine des Doms oder die des Schlosses beseitigt wird. Beide Bauwerke waren in gleicher Weise als Verkörperung der Allianz von Thron und Altar Symbole der imperialen deutschen Geschichte. Schwierigkeiten beim Abriß des Schlosses waren mit den Kunsthistorikern zu erwarten, bei dem des Doms aber mit dessen Eigentümer, dem britischen Königshaus.

Auf der gemeinsamen Sitzung des Magistrats und des Ministerrats am **23.8.1950**, bei der das „Aufbaugesetz“ und die Grundzüge für den Wiederaufbau und die Neugestaltung des historischen Zentrums von Berlin beraten werden, wird auch ein Beschluß gefaßt, der bestimmt, was mit dem

Luftaufnahme der RAF vom Zentrum Berlins am 8.2.1945 ←B 44

An der Spitze der Berliner Mai-Demonstration 1946: der Parteivorstand der SED und die Führung des FDGB ←B 45

Schloß geschehen soll. Die Schloßruine soll vollständig beseitigt werden, die noch zu rettenden, künstlerisch wertvollen Teile wie die Portale, vor allem aber der Schlüterhof, sollen später an anderer Stelle wieder aufgebaut und die erhaltenen wertvollen Details in Museen untergebracht werden. Mit der Dokumentation, der Abwicklung des Abbruchs und der Konservierung wird der Denkmalpfleger Gerhard Strauss beauftragt. Die am **23.8.1950** gefaßten Beschlüsse bedürfen jedoch, bevor sie in die Tat umgesetzt werden können, der Bestätigung durch die Volkskammer, deren nächste Plenarsitzung am **6.9.1950** stattfindet.

Am **26.8.1950** stellt das „Neue Deutschland" die Planung zum Lustgarten vor. In diesem Artikel wird nicht nur der Abrißbeschluß für das Schloß bekanntgegeben, sondern auch in einer beeindruckenden Klarheit
→L 44 die Begründung genannt: *Es soll uns nicht mehr an unrühmlich Vergangenes erinnern.*

Die Proteste und Gutachten, die die Veröffentlichung des Beschlusses auslöst und die die Erhaltungswürdigkeit des Schlosses belegen, sind bei
→L 45 Karl Rodemann, Helmut Räther und in den jüngsten Veröffentlichungen über das Schloß dokumentiert. Sie verdeutlichen, daß es keine bautechnischen oder kunsthistorischen Überlegungen waren, die Schloßruine zu beseitigen, sondern eine rein politische Entscheidung.

Ein bis heute unbekannter Versuch, den am **23.8.1950** gefaßten Beschluß noch vor der entscheidenden Sitzung der Volkskammer rückgängig zu machen, stammt von Hans Scharoun. Als Leiter des Instituts für Bauwesen und Mitglied der bei den vorangegangenen Entscheidungen bewußt übergangenen Akademie der Wissenschaften entwirft Scharoun ein Gegenmodell zum geplanten Lustgarten, ein Kompromiß, der den Aufmarschplatz mit der Erhaltung des Schlüterhofs verbindet. Über den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, mit dem sich Scharoun freundschaftlich verbunden fühlt, versucht er, auf die Entscheidung der Volkskammer Einfluß zu nehmen.

Mai-Feier 1950 auf dem Roten Platz in Moskau ←B 46

Mai-Feier 1946 in Berlin. Blick von der Schloßruine nach Westen ←B 47

Am **31.8.1950** schickt Scharoun seinen Entwurf mit dem Modell an Grotewohl:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! ←A 21

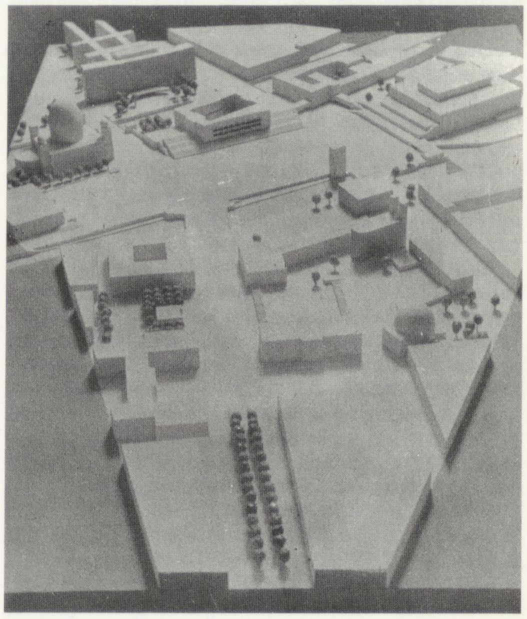
Ich darf Ihr Verständnis dafür voraussetzen, daß es nicht Architekten-Ehrgeiz, sondern vor allem das Verlangen nach etwas mehr Architekten-Phantasie und nach Beachtung der Maßstäbe sind, die zur Anfertigung der beigefügten Skizze führten.

Es ist versucht, traditionell Wichtiges zu erhalten und mit den wichtigsten Forderungen unserer Zeit zu verbinden. Hier ist fraglos eine Unterlassungssünde gutzumachen und dem Schloßbau oder der Stelle, die er in der Struktur der Stadt und in der Vorstellung der Welt einnimmt, wieder einen Inhalt, eine Seele zu geben.

Die Skizze ging davon aus, daß der Schlüterhof von einmaliger Bedeutung und bedeutender Kraft der Aussage ist, da durch ihn raum- und volksgebundene schöpferische Fähigkeit in solcher Weise auf zeitliche Forderungen antwortete, daß das Ergebnis Weltruhm erlangte.

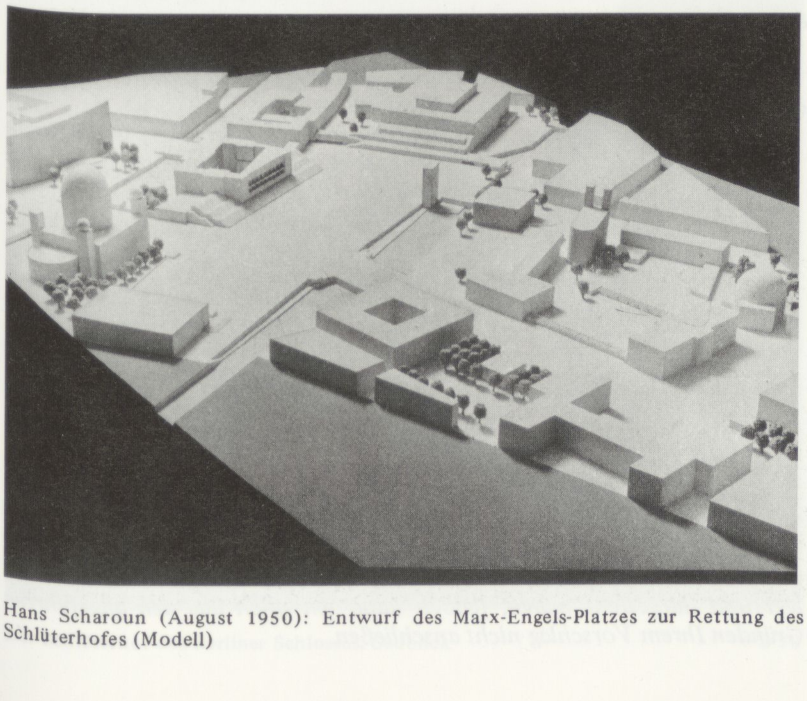
Der heutigen Forderung entsprechend kann der Schlüterhof repräsentativen Empfangsraum (im Zusammenhang mit Raumteilen im hinteren Schloßteil und unter den Tribünen) werden. Die loggienartig durchbrochene „neue Wand“ bildet die Mitte der Gesamtanlage und gibt ihr den Halt.

Die vorhandenen und neu zu schaffenden Bauteile sind in einen neuen Bezug zueinander zu bringen. Das gilt in der Hauptsache von den drei Bauwerken Schinkels und vom Zeughaus.



→B 48 Hans Scharoun (Aug. 1950): Modell des Marx-Engels-Platzes mit Tribünen und dem erhaltenen Schlüter-Hof.

Einige Notizen Scharouns belegen seine Planungsideen
→A 22 genauer: „Grundriß der Loggien in der ‚neuen Platzwand‘ für Gäste der Demonstrationen in Verbindung mit den kulturellen und repräsentativen Räumen, Werkstein/gebogene Rückwände: Goldmosaik, angestrahlt. – Schlüterhof Kern der repräsentativen und kulturellen Räume/Kraft und Würde ausstrahlend/ Gegenpol zur monumentalen Gestaltung der ‚neuen Platzwand‘.“ – Außerdem stellt Scharoun eine Kapazitätsberechnung für den verbleibenden Freiraum des Platzes vor den Tribünen auf: „30 Personen nebeneinander = 90.000 Pers./Stunde; 45 Personen nebeneinander = 135.000 Pers./Stunde . . . 210 Personen nebeneinander = 630.000 Pers./Stunde.“



Hans Scharoun (August 1950): Entwurf des Marx-Engels-Platzes zur Rettung des Schlüterhofes (Modell) ←B 49

Das Berliner Schloß zwischen Zerstörung und Abriß

Nachdem bereits im **Mai 1944** eine Sprengbombe auf der Lustgartenseite ein breites Loch in die Fassade des Schlosses gerissen hat, wird am **3.2.1945** während des stärksten Luftangriffs auf Berlin auch das Schloß von mehreren Spreng- und Brandbomben getroffen, so daß es weitgehend ausbrennt. Augenzeugen berichten, daß weitere Teile des Schlosses während des Artilleriebeschusses am **27.4.1945** niederbrennen. Drei ←S.146 Monate später, am **23.7.1945**, legt Hans Scharoun als Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen dem Magistrat einen Antrag vor, in dem er auf die Notwendigkeit hinweist, die beschädigten Schlösser vor dem völligen Verfall zu bewahren. Er stellt in der anschließenden Debatte fest, es ginge um die Erhaltung kulturhistorisch bedeutsamer, unersetzlicher Architektur, wenigstens sollten die Schlüterschen Figuren behelfsmäßig gesichert werden. Stadtrat Arthur Pieck widerspricht dem Antrag Scharouns: *Der Antrag ist zu allgemein gefaßt.* ←A 23 *Die Schlösser enthalten keineswegs nur Gegenstände von Wert, sondern auch viel Kunstkitsch. Niemand hat heute ein Interesse an Machwerken, die* →A 24 *nur Ausdruck des hohenzollernschen Imperialismus sind.* Scharoun zieht die Vorlage zurück und behält sich vor, Einzelanträge mit konkreten Unterlagen einzureichen. Am **20.8.1945** stellt Scharoun einen solchen Antrag auf Bewilligung von 71.200 RM zur Sicherung künstlerisch wertvoller Teile am Berliner Schloß, am →A 25 Schloß Charlottenburg, am Haus Kamecke (von Schlüter) und dem Jagdschloß Grunewald. Der Antrag wird mit 10:8 Stimmen abgelehnt, da Arbeitskräfte und Geldmittel vor allem für den Wohnungsbau eingesetzt werden müßten, um Wohnraum für den nahenden Winter zu schaffen.

Trotzdem beschließt der Magistrat am **1.10.1945** ←A 26 auf Antrag von Oberbürgermeister Werner, der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen 50.000 RM für die behelfsmäßige Ausbesserung der Marienkirche und weitere 45.000 RM für die Überdachung des Weißen Saals im Stadtschloß zur Verfügung zu stellen, um dort Kunstschätze unterzubringen.

Am **4.4.1946** stellt Scharoun den vom Planungskollektiv entworfenen Strukturplan für Berlin vor dem Bauwirtschaftsausschuß vor. In der anschließenden Diskussion, an der Scharoun nicht mehr teilnehmen kann, meldet sich sein Vertreter Heinrich Starck zu Wort:

Die Tatsache, daß Berlin nicht nur die Hauptstadt ←A 27 *Deutschlands bleiben, sondern auch eine Stadt der Kongresse werden wird, müßte bei der Neugestaltung Berlins ebenfalls berücksichtigt werden. Man sollte beispielsweise den Platz am Schloß zu einem Platz der Arbeiteraufmärsche umgestalten. Das Schloß war das* →A 28 *Symbol einer für uns nicht mehr tragbaren Zeit. Man sollte diese Dinge beseitigen.*

Ebenfalls am **4.4.1946** genehmigt die Alliierte Kommandantur die von der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen geplante Ausstellung, jedoch nicht in der ehemaligen Reichskanzlei, wie Scharoun vorgeschlagen hat (*Der Aufbau Berlins soll dort beginnen,* ←A 29 *wo die Zerstörung symbolhaft ihren Abschluß fand*), sondern, wie Scharoun daraufhin vorschlägt, im Weißen Saal des Schlosses. Die Höhe der Aufwendungen, die für die Herrichtung des Saals für die Ausstellung aus dem Etat der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen aufgebracht werden, wird von Stadtrat Winzer (SED) in der Magistratssitzung vom **13.5.1946** heftig kritisiert.

Auf der Magistratssitzung vom **29.5.1946** teilt Scharoun, der Aufforderung des Magistrats entsprechend, mit, *daß für den Ausbau des Weißen Saales* ←L 46 *im Berliner Schloß bisher 35 000 RM aufgewandt worden seien, zu denen noch weitere 20 000 RM hinzu kämen. Durch den Ausbau sollten kunsthistorische Werte gerettet und für Berlin ein repräsentativer Ausstellungsraum gewonnen werden. Bürgermeister Schwenk (SED) und Stadtrat Winzer (SED) kritisieren heftig die Höhe der aufgewandten Mittel, da die verbrauchten Baustoffe nach ihrer Auffassung für vordringlichere Aufgaben verwandt werden können. Auf Vorschlag Bürgermeister Marons soll der Ausbau so sparsam wie möglich zu Ende geführt werden.*

Die verbindenden Bauten sollten nicht so sehr „gereckte" Fassaden, sondern sowohl gestaffelte Baukörper als auch Terrassen bilden, auf denen sich lebendig einbezogene Menschengruppen effektvoll entwickeln lassen. Bei der Erhaltung von Teilen Alt-Berlins kann ein reiches Wechselspiel kleiner und großer Räume mit bestimmten Aufgaben entfaltet werden. Durch Einbeziehung des Raumes westlich der Spree wird durch den gegliederten Raum trotz des erforderlichen erheblichen Flächenbedarfes der Maßstab gehalten werden können, den große Platzflächen und die vorhandenen und neuen Gebäude brauchen, wenn sie nicht öde oder verloren wirken sollen.

Ihr ergebener
Scharoun

Vom **4.9.1950** stammt ein von Scharoun angefertigtes Gutachten „Über die Erhaltung der Architektur Schlüters im Kern des Berliner Schlosses". Es belegt, daß sowohl der Schlüterhof, die Portale I (Süd), IV und V (am Lustgarten), die Marmortreppe, der Elisabethsaal und die Treppenhäuser durchaus zu restaurieren sind, und stellt einen Kostenvergleich auf: Mindestens 21,6 Mill. DM würde der *Ausbau der kulturell-wertvollen Substanz zwecks Rekonstruktion an anderer Stelle* kosten, für die Erhaltung des Schlüterhofs am Ort wären demgegenüber für die Restaurierung der wertvollen Bausubstanz 3 bis 4 Mill. DM erforderlich. Scharoun fügt dieser Rechnung eine Erklärung hinzu:

Die notwendige Wiederherstellung und Ergänzung der sonstigen baulichen Substanz würde bei entsprechender Gestaltung den umbauten Raum neuen Zwecken dienstbar machen. Die entstehenden Kosten werden also der Erreichung dieses neuen Zieles zuzuordnen sein und nicht der Restaurierung.

Zu neuen kulturellen und repräsentativen Aufgaben bieten sich der „Schlüterhof" als festlich wirkender Freiraum und Innenräume in erheblicher Kapazität an. Die baukünstlerisch besonders wertvollen Gestaltgebungen Schlüters liegen in der nächsten Umgebung des „Schlüterhofes" und können dem für neue Aufgaben bestimmten, auszubauenden Raumgefüge, ihrer Bedeutung entsprechend, eingefügt werden.

Die neue festliche Wand im Rücken der Tribüne mit der Doppelreihe der Loggien für die Gäste der nationalen Demonstration steht völlig im Banne der neuen und erweiterten Aufgabe und gibt dem geschichtlich und kulturgeschichtlich wichtigen und erhaltungswerten Baukomplex das neue Gesicht.

Am **5.9.1950**, einen Tag vor der Sitzung der Volkskammer, antwortet Otto Grotewohl auf die Vorschläge Scharouns.

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich habe Ihre Zeichnungen und das danach hergestellte Modell sehr gründlich geprüft und bin nach reiflicher Überlegung zu folgendem Schluß gekommen:

Ihr Vorschlag ist interessant, aber er enthält nicht zwingend die Notwendigkeit, den durch die Regierung und den Magistrat gefaßten Beschluß auf Abriß der Schloßruine zu revidieren, denn

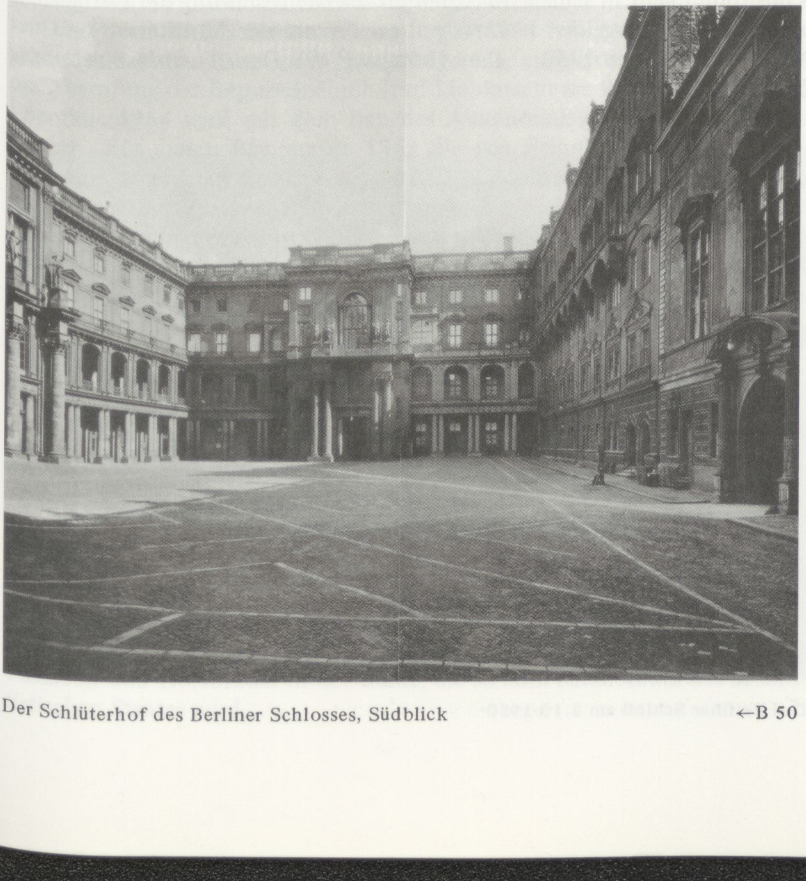
1. *der Schlüterhof, dessen Erhaltung zweifellos schön wäre, ist in Ihrem Vorschlag von einem Gebäude umschlossen, das irgendwo an einer anderen Stelle Berlins gleichfalls stehen könnte. Das Schloß, auf dessen Äußeres viele Kunstkenner Wert legen, bleibt auch bei Ihrem Vorschlage nicht bestehen.*
2. *Die Tribüne ist für die Demonstrierenden, die von den Linden kommen, nicht im Zentrum des Blickfeldes, und sie ist für die auf der Tribüne Stehenden nicht der richtige Standpunkt, von dem aus sie die anmarschierenden Demonstraten Unter den Linden sehen können.*
3. *Das östlich der Spree geplante große Gebäude, der architektonische Höhepunkt des künftigen Berlins, kann hinter dem Gebäuderest, den Sie auf dem Schloßplatz belassen, und der immerhin eine Höhe von ca. 30 m behält, nicht zur Geltung kommen.*
4. *Der vergrößerte Lustgarten, der nach den bisherigen Plänen auf der Spree-Insel liegt, wird durch Ihren Vorschlag eingeengt.*

Ich danke Ihnen für die Gründlichkeit, mit der Sie die Probleme überlegt und dargestellt haben, jedoch kann ich mich aus den angeführten Gründen Ihrem Vorschlag nicht anschließen.

Ich bitte Sie, meine Argumente zu überdenken; ich glaube, Sie werden ihnen zustimmen.
Mit bestem Gruß
Ihr O. Grotewohl

Scharoun überdenkt die Argumente, stimmt ihnen aber in seiner Antwort an Grotewohl nicht zu:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!
Ihr Schreiben vom 5.9. verschaffte mir eine schlaflose Nacht und dadurch die Gelegenheit, Ihre sehr wichtigen Argumente noch einmal zu überdenken.
Ich bin der Meinung, daß auch in Bezug auf das Schloß – in der Zeit seiner Entstehung – mit Recht die Ansicht entstehen konnte, daß es an einer anderen Stelle Berlins gleichfalls seinen Platz hätte finden können. Aber die Wahl des Platzes, die Großzügigkeit der Durchführung und die Ausdruckskraft des Bauwerkes bewirkten im Laufe der Jahrhunderte, daß für uns heute das Schloß nur in dieser einmaligen Form und an dem besonderen Ort vorstellbar ist.
Was nun Ihre Aufgabenstellung und unseren Plan anbelangt, so darf wohl die richtige Wahl des Ortes und die Großzügigkeit der Durchführung unterstellt werden – beileibe noch nicht die gleiche geistige Wirkkraft, die mit der Gestaltung zusammenhängt, und die nicht nur der menschlichen, sondern auch der zeitlichen Voraussetzung zur möglichen Reife bedarf. Selbstverständlich muß auch noch die Art der Verschmelzung der „neuen Wand“ mit dem erhaltenswerten Schloßteil dargestellt werden. Dabei bleiben die wichtigen Fassadenteile des Schlosses, auf die nicht nur der Kunstkenner Wert legen sollte, bestehen.
Die charakteristische Gestalt der Linden hängt natürlich mit der Bepflanzung der Linden zusammen. Die Bepflanzung beschränkt sich auf den straßenartigen Teil der Linden, dessen Ende und Beginn kontrapunktisch durch Plätze mit monumentalen Bauwerken betont werden. Vor diesen Plätzen hört also sinngemäß auch die Bepflanzung auf. Daher treten erst am Beginn des August-Bebel-Platzes die anmarschierenden Demonstranten und die auf der Tribüne Stehenden in einen optischen Bezug zueinander. An dieser Stelle kommt der wesentliche Teil der Tribüne in das Blickfeld der Anmarschierenden, um sich dann schnell und in ihrem ganzen Umfange den sich Nähernden zu entfalten.
Der östlich der Spree geplante architektonische Höhepunkt des künftigen Berlins sollte der Aufgabe und der Form nach mit dem repräsentativen Gebäudeteil um den Schlüterhof in engem Bezuge stehen. Der Schlüterhof



Der Schlüterhof des Berliner Schlosses, Südblick ←B 50

Vom **22.8.** bis zum **14.9.1946** wird im Weißen
→S.181 Saal die Ausstellung „Berlin plant“ gezeigt, ihr folgen weitere Ausstellungen, die letzte im **März 1948** zum hundertsten Gedenken an die Revolution von
→I/341 **1848**.

Nach der Ausstellung „Berlin plant“ arbeitet Wils Ebert als Leiter des Hauptamtes für Stadtplanung II gemeinsam mit Peter Friedrich an den Einzelheiten der Planung für das Kulturzentrum, das die Allee Unter den Linden und die Museumsinsel als verwalterische
←A 30 und räumliche Einheit zusammenfassen soll. Die Mu-
→A 31 seumsinsel ist dabei *in ihrer ganzen Ausdehnung als eine Art Freilicht-Museum gedacht*, das durch die beiden Spreearme eingerahmt ist. Auf der Grundlage dieser Planung wird im **April 1949** auf Veranlassung von Wils Ebert eine Liste der unter Denkmalschutz stehenden Bauwerke zusammengestellt. Die Liste nennt das Schloß *aufbau- und ausbauwürdig und -fähig, kulturell wertvoll* und fordert *Instandsetzung im Rahmen der Neuplanung unter Weglassung nur historisch wertvoller, doch zerstörter Teile*. Die Kosten der Wiederherstellung werden mit 11.900.000 DM beziffert. Ebert stellt, als er sich am **8.1.1952** in Berlin (West) schriftlich gegen Vorwürfe wehren muß, unter seiner Leitung sei der Abriß des Schlosses geplant worden – Vorwürfe, die seine Berufung an die Hochschule der Künste (HdK) verhindern sollen – fest: *Es*
→A 32 *gelang dem Arbeitskreis, Starcks Anschauungen zu wandeln, indem man ihn mit dem kunst- und kulturhistorischen Wert des Schlosses bekanntmachte*. In der Sitzung des Planungskollektivs vom **20.8.1949** wird beschlossen, eine Magistratsvorlage vorzubereiten, die den Ausbau der Schloßruine für übergeordnete und repräsentative Zwecke vorschlägt, und am **3.9.1949** beschließt das Planungskollektiv nach dem Bericht von
→A 33 Heinrich Starck: *Der Schlüterhof ist in seiner jetzigen Form zu erhalten, später auszubauen.*

Am **15.11.1949** findet eine öffentliche Sitzung des *Arbeitskreises für die Geschichte Berlins*, ein Arbeitskreis des *Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*, statt, auf der Magistratsdirektor Heinrich Starck auf Fragen nach der Zukunft des Stadtschlosses antwortet:
→L 47 *An einen Wiederaufbau des Schlosses ist, vor allen Dingen wegen fehlender Mittel, nicht zu denken. Es gibt außerdem eine Reihe von Personen und Institutionen, die einen Abriß des Vorderteils, d.h. des an das Eosanderportal anschließenden Teils befürworten. Wieweit diesen Plänen, die ein notwendiges Aufmarschforum fordern, nähergetreten wird, kann ich zur Stunde noch nicht sagen. Eines aber ist gewiß: der wertvollste Teil des Schlosses, der Schlüterhof, wird auf jeden Fall der Nachwelt erhalten.*
→S.308 In seiner Rede auf dem III. Parteitag der SED am **22.7.1950** beseitigt Walter Ulbricht die Unklarheiten,
→L 48 indem er feststellt: *Das Zentrum unserer Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine, müssen zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem der Kampfwille und der Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können.*

ist gewissermaßen vorgeschobener Posten des architektonischen Höhepunktes und gleichzeitig Knüpfpunkt in verschiedener Hinsicht.

Die Freilegung von Domen und Kathedralen bewies, wie wichtig vordergründige, maßstabbildende Objekte sind. Freilegungen führten zum Denkmalshaften und Maßstabslosen und damit zur Entfremdung zwischen Mensch und Bauwerk. Allerdings erfolgte die Freilegung auch aus dem Grunde, weil die maßstabbildenden, den Kirchen benachbarten Gebäude gewöhnlich nicht-heiligen Zwecken dienten. Der Bezug zwischen Schlüterbau und dem architektonischen Höhepunkt ist aber innerlich begründet und für das gesamte Strukturgefüge meines Erachtens sehr wichtig. Die Wichtigkeit, die ich dem Schlüterbau gern zugewiesen sehen möchte, wiegt die 30 m Höhe des Schlüterbaues gut und gerne auf.

Die Einengung des Lustgartens beeinträchtigt nicht den Leistungseffekt. Raum für „ruhende" Massen wird im Austausch westlich der Spree gewonnen. Die damit verknüpfte Gliederung des Raumes scheint mir ein weiteres wichtiges gestalterisches Moment, wenn man die gegebenen Maßstäbe der Linden und anderer benachbarter Raum- und Gebäude-Komplexe gebührend berücksichtigt.

Aber warum kämpfe ich für Schlüter, der uns ja letzten Endes doch alle überwältigt.

Mit den besten Grüßen
Ihr sehr ergebener
Scharoun

Das Schreiben Scharouns, datiert vom **6.9.1950**, muß, um noch eine Wirkung haben zu können, dem Ministerpräsidenten unmittelbar vor der Sitzung der Volkskammer zugestellt worden sein – jedoch ohne Erfolg. Die Volkskammer bestätigt die Beschlüsse vom **23.8.1950** und beschließt das →L 49 „Aufbaugesetz", dessen Ziel, wie Lothar Bolz erklärt, *die schöne deutsche Stadt* ist. Die Gutachten zur Erhaltung des Schlosses werden übergangen, →L 50 die Proteste gegen den Abriß als organisierte Aktion *der Herren Reuter und seiner Spießgesellen* abgetan. Zur Legitimation hatte noch am Vorabend die Landesleitung des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" eine Resolution verfaßt, die später als „Gutachten" bezeichnet wird. Der Kulturbund lehnt den Wiederaufbau des Schlosses →L 51 einstimmig ab, ebenso *die Erhaltung des Schlüterhofs und des Eosanderportals an ihrem alten Platz, selbst bei Einfügung dieser Schloßteile in einen neu zu errichtenden Tribünenbau oder ähnliches, (. . . .) wobei die Wiedererrichtung des Schlüterhofes und des Eosanderportals an anderer geeigneter Stelle selbstverständliche Voraussetzung bleiben muß.* Der Kulturbund geht in seinen *Wünschen für die Neugestaltung des Lustgartens als Aufmarschplatz der Werktätigen* weiter als der Ministerrat und der Magistrat am **23.8.1950**: *Die Abtragung des Doms wurde einstimmig befürwortet.*

→B 51 Das Berliner Schloß am 2.10.1950

Mai-Feier 1951 auf dem Marx-Engels-Platz nach Abriß des Schlosses ←B 52

Einen Tag nach der Bestätigung durch die Volkskammer, am **7.9.1950**, wird als erster Teil des Schlosses der stark zerstörte Apothekerflügel gesprengt. Am **15.9.** und **19.10.1950** werden die Ecken am Schloßplatz und der Schloßfreiheit gesprengt, am **4.11.1950** die Hauptfront des Schlüterhofs, und pünktlich zum Jahresende legt die fünfte und letzte Sprengung das Eosanderportal und die Schloßkapelle nieder. Am **27.2.1951** meldet die „Berliner Zeitung", daß die von 47 Steinmetzen unter großen Schwierigkeiten ausgebauten Teile des Schlosses auf einen Lagerplatz in Heinersdorf geschafft worden sind, wo die besonders empfindlichen Stücke überdacht gelagert werden. *Das geborgene Gut ermöglicht eine vollständige Rekonstruktion des gesamten Schlüterhofs.* ←L 52

Am **31.3.1951** sind die Abräumungsarbeiten beendet, und der Bau der von Hermann Henselmann entworfenen Tribüne ist begonnen. Der Abriß des Schlosses soll *dem Vernehmen nach 10 Millionen Mark gekostet haben*. Der erste Bauabschnitt der Neugestaltung des Zentrums wird pünktlich abgeschlossen, so daß am **1.5.1951** der neue Aufmarschplatz den Namen „Marx-Engels-Platz" erhält und auf ihm 1 Million Werktätige *Kampf- und Aufbauwillen* demonstrieren können. ←L 53

Das Portal IV des Schlosses wird in das **1964** fertiggestellte Staatsratsgebäude, das den Platz nach Süden begrenzt, eingebaut und soll dort an die Ausrufung der Republik durch Karl Liebknecht am **9.11.1918** erinnern. Ebenfalls **1964** wird mit dem Bau des Außenministeriums der DDR begonnen. Für diesen Bau mußte **1961** die von Schinkel entworfene Bauakademie abgerissen werden. Am **8.12.1951** hatte Walter Ulbricht noch ihren Wiederaufbau zur Unterbringung der Deutschen Bauakademie angekündigt. Mit dem inneren Ausbau der Ruine der Bauakademie war schon begonnen worden. Zusammen mit dem Zeughaus (seit **1949** restauriert und ab **1952** „Museum für Deutsche Geschichte") begrenzt der Bau des Außenministeriums den beabsichtigten Platz nach Westen. **1966** wird das wiederhergestellte „Alte Museum" von Schinkel, das den Platz nach Norden abschließt, wiedereröffnet. **1973** wird die Tribüne abgerissen, um dem Palast der Republik, der ziemlich genau die Fläche des ehemaligen Schlüterhofs einnimmt, Platz zu machen. Der Palast wird am **23.4.1976** eröffnet und begrenzt den Platz zusammen mit dem Dom, mit dessen Restaurierung **1975** begonnen wurde, nach Osten. ←II/96 ←L 54

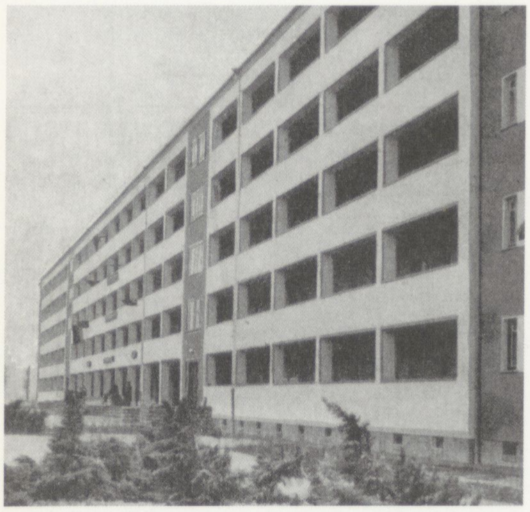
Die Beschäftigung mit dem Abriß der Schloßruine hat für uns zwei Gründe: zum einen die Würdigung der Ideen Scharouns, die im Westen der Stadt als sogenanntes „Kulturforum" nicht so recht lebendig werden wollen, und zum anderen, weil das Schloß ein entscheidender Bezugspunkt für die Entwicklung des Mietshauses im 19. Jh. ist. Es vervielfacht sich in Fassaden und Hofformen in der Stadt, die so zum Paraderaum des absolutistischen Staates wird.

Kurt Liebknecht erinnert sich 1986 an die Gründung der Bauakademie

←L 55 *Die Bauakademie stand bei ihrer Gründung vor einer doppelten Aufgabenstellung, die einen gewissen Widerspruch in sich barg. Er bestand darin, daß die Praxis eine sofortige Hilfe von der Akademie forderte, andererseits aber wissenschaftliche Grundlagen erarbeitet werden mußten, die erst den Vorlauf in der Bauplanung ermöglichen würden. Beides war wichtig.*

Die Bauakademie hatte anfangs 590 Mitarbeiter. Um eine möglichst enge Verbindung von Theorie und Praxis zu schaffen, bildeten wir als wichtigste Institutionen drei Meisterwerkstätten, die von Hermann Henselmann, Hanns Hopp und Richard Paulick geleitet wurden; weiterhin fünf Institute. Es waren dies das Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst (Hermann Henselmann), das Institut für Hoch- und Industriebau (Hanns Hopp), das Institut für Städtebau und Landesplanung (Kurt Leucht), das Institut für Technik und Wirtschaft im Bauwesen (Walter Pisternik) und das Institut für Innengestaltung (Friedrich Sujin).

Es ist manche Ähnlichkeit mit dem Aufbau der sowjetischen Architekturakademie zu erkennen, wie ich sie Mitte der vierziger Jahre kennengelernt hatte. Einen Unterschied bildeten die Meisterwerkstätten. Es sollte sich auch schon bald zeigen, daß diese Struktur nicht günstig war, so daß wir ein Jahr später den Aufbau der Akademie verändern mußten.



←B 53 „Die von der Baubetreuung Berlin erstellten Wohnhäuser in der Stalinallee in Berlin sind ein typisches Beispiel für den ‚Baukastenstil', wie er für unsere Werktätigen nicht mehr in Frage kommen darf." („Neues Deutschland", 13.2.1951)

←B 54 „Eines der vielen Wohnhäuser, die an den Hauptstraßen in Moskau in den letzten fünfzehn Jahren errichtet wurden und die nicht nur der Erfüllung ihres Zwecks dienen, sondern auch dem Schönheitsempfinden des Volkes Rechnung tragen." („Neues Deutschland, 13.2.1951)

4.2.3 Die neue deutsche Baukunst im Kampf gegen die Eierkisten

In ihrer 19. Plenarsitzung verabschiedet am **6.9.1950** die Volkskammer das „Aufbaugesetz". Dem Gesetz sind die „Grundsätze des Städtebaus", nach denen die Aufbau-Pläne der Städte entworfen werden sollen, beigegeben. Im Aufbaugesetz wird geregelt, wie städtebauliche Maßnahmen umzusetzen sind und wer die Entscheidungen trifft. Der Aufbau der Städte ist jetzt Teil des Volkswirtschaftsplans. Vordringlich ist der Aufbau Berlins als Hauptstadt Deutschlands, der nun Staatsangelegenheit wird. Das Ministerium für Aufbau wird beauftragt, ihn gemeinsam mit dem Magistrat zu planen und zu lenken. Instrumente dafür sind der Flächennutzungsplan, der Stadtbebauungsplan, der Aufbauplan und Teilbebauungspläne. Im § 12,
→L 56 Punkt 2 heißt es: *Zur Entwicklung des Städtebaus und der Architektur werden das Institut für Städtebau und Hochbau beim Ministerium für Aufbau und das Institut für Bauwesen bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zur „Deutschen Bauakademie" zusammengefaßt. Die Deutsche Bauakademie wird dem Minister für Aufbau unterstellt.* Im Ministerium für Aufbau werden Beiräte für Städtebau und Architektur gebildet. Der wichtigste Punkt für die Durchsetzung der Planung, die Verfügung über Grund und Boden, wird in § 14 geregelt. Die Regierung kann Städte, Kreise oder Gemeinden zu „Aufbaugebieten" erklären,
→L 57 womit *eine Inanspruchnahme von bebauten und unbebauten Grundstücken für den Aufbau und eine damit verbundene dauernde oder zeitweilige Beschränkung oder Entziehung des Eigentums und anderer Rechte erfolgen kann. Die Entschädigung erfolgt nach den zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen.*

Am **7.12.1950** wird die „Aufbauverordnung" zum Gesetz vom Magistrat verabschiedet und damit die Durchführung des „Aufbaugesetzes" geregelt. Die Stadtplanung für Berlin liegt jetzt offiziell in der Verantwortung der aus acht Mitgliedern bestehenden „Stadtplanungskommission", die sich aus Vertretern des Ministeriums für Aufbau und der Abteilung Aufbau beim Magistrat zusammensetzt.

Parallel dazu wird die „Deutsche Bauakademie" gegründet, die ihre Tätigkeit am **25.1.1951** aufnimmt. Ihr erster Präsident wird Kurt Liebknecht.

→L 58 *In der bildenden Kunst ist der entschiedene Bruch mit dem Formalismus noch nicht vollzogen, weil der Formalismus und dessen Wurzel, der Kosmopolitismus, nicht als volksfremde und volksfeindliche Strömung, als Waffe des Imperialismus erkannt wurde. Erst ganz bescheidene Anfänge des Realismus sind in der bildenden Kunst zu erkennen. Besonders stark herrschen in der Architektur die formalistischen Tendenzen vor, die an den wahren Bedürfnissen der Werktätigen vorbeigehen.*

Trotz dieser im **Juli 1950** während des III. Parteitages getroffenen Entschließung ist der *entschiedene Bruch* auch zum Jahresende noch nicht vollzogen.

Beim Bau der Wohnzelle Friedrichshain, dem wichtigsten Bauprojekt Berlins, sind lediglich die beiden Laubenganghäuser an die Bauflucht der
→L 59 Stalinallee gerückt, um sie *als eine durch Wohnhochhäuser betonte Hauptstraße mit Randbebauung* zu gestalten, und auf den Bau der Einfamilienhausteppiche ist verzichtet worden. Als zum Jahresbeginn **1951** das erste Laubenganghaus an der Stalinallee bezogen wird, erscheint ein Bild dieses Hauses auf der Titelseite der Januarausgabe der Zeitschrift „Planen und Bauen" und wird dort als Auftakt zum Fünfjahresplan hervorgehoben. Die Architektur ist dieselbe geblieben, es ist immer noch ein Haus, das
→L 60 *ebensogut in die südafrikanische Landschaft passen* würde.

Dasselbe Foto des Laubenganghauses erscheint am **13.2.1951** noch ein-
→L 61 mal im „Neuen Deutschland" mit der Unterschrift: *Die von der Baubetreuung Berlin erstellten Wohnhäuser in der Stalinallee sind ein typisches Beispiel für den „Baukastenstil", wie er für unsere Werktätigen nicht mehr in Frage kommen darf.*

Diesem Foto wird ein anderes gegenübergestellt, mit der Unterschrift:
→L 62 *Eines der vielen Wohnhäuser, die an den Hauptstraßen in Moskau in den letzten fünfzehn Jahren errichtet wurden und die nicht nur der Erfüllung ihres Zwecks dienen, sondern auch dem Schönheitsempfinden des Volkes Rechnung tragen.*

Beide Bilder sind Bestandteil eines Artikels, den der Präsident der Deutschen Bauakademie, Kurt Liebknecht, unter dem Titel „Im Kampf um eine neue deutsche Architektur" verfaßt hat. Das Redaktionskollegium des „Neuen Deutschland" hat Liebknecht um diesen Artikel gebeten, um so die Diskussion um die *Überwindung des Formalismus*, die seit Januar im Bereich der bildenden Kunst geführt wird, auf die Architektur zu übertragen. Es geht darum, den praktischen Weg zu finden, *der zu einer neuen großen nationalen Baukunst führt.*

Echte Kunst könne die Baukunst aber nur dann wieder werden, so das „Neue Deutschland", *wenn sie zum sinnlich greifbaren Ausdruck – in Stein, Beton, Stahl usw. – der großen weltbewegenden gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen wird, die heute den Gang der Geschichte bestimmen und die ihre höchste Verkörperung in der Weltfriedensfront, mit der Sowjetunion an der Spitze, gefunden haben.* Die Zielsetzung ist klar: *Es ist kaum zu bestreiten, daß ein Umschwung zum Beispiel auch in der deutschen Architektur erforderlich ist. Hier hat die langwährende Herrschaft der abgeschmackt formalistischen Richtung zum Überwiegen einer grauen, trockenen, formlosen, einförmigen und unwahrhaftigen Architektur geführt, so daß ausdruckslose, niederdrückende Häuserschachteln entstanden sind, die das Bild der deutschen Städte verunstalten.*

Welchen Weg sieht Liebknecht? Für ihn steht fest: *Funktionalismus, Konstruktivismus, die „neue Sachlichkeit" oder auch Bauhausstil genannt . . . hat nichts mit wirklicher Kunst zu tun. Diese Architektur war in den meisten Fällen ein schönes, technisches Produkt, nichts anderes als ein modernes Automobil oder Flugzeug.* Diesem *Baukastenstil* stellt er seinen Geschmack gegenüber: *Die letzte Architekturperiode in Deutschland, deren Bauwerke eine starke künstlerische Idee trugen und die zur gleichen Zeit ihren Zweck erfüllten, war der Klassizismus. Er erreichte bei uns wie in allen Ländern Europas eine hohe künstlerische Stufe. Das war kurz nach der Französischen Revolution, als das demokratische Bürgertum Front gegen den Absolutismus machte.* Am Klassizismus solle sich die neue deutsche Architektur orientieren und am Beispiel der sowjetischen Architektur, die *dem Schönheitsempfinden des Volkes Rechnung trägt.* Als Aufgaben der Bauakademie, um *den Kampf an der ideologischen Front der Architektur endgültig zum Durchbruch zu bringen*, umreißt Liebknecht:

1. Das Studium des Marxismus-Leninismus als Voraussetzung des Kampfes um eine neue Architektur.

2. Untersuchungen des großen Architekturerbes und in erster Linie der wertvollen nationalen Traditionen in der deutschen Architektur. Dabei müssen die besten Traditionen der Berliner Architektur besondere Berücksichtigung finden.

3. Das Studium der Entwicklung der Sowjetarchitektur durch Übersetzung der wichtigsten Veröffentlichungen auf diesem Gebiet.

4. Zusammenstellung einer Architekturgrammatik über die Lehre von der Harmonie der Proportionen und des Maßstabes zur Erhöhung der Meisterschaft der Architekten.

5. Herausgabe der klassischen Architekturwerke von Palladio, Alberti, Vignola, den großen Meistern der Renaissance, und Veröffentlichungen über Klassiker der deutschen Architektur.

6. Das Wettbewerbswesen muß unter den Architekten verstärkt werden, um so schneller die Entwicklung vorwärtszutreiben.

7. Noch in diesem Jahre sollte eine Konferenz über Fragen der Architektur abgehalten werden unter Teilnahme sowjetischer Architekten. Die Vorbereitungen für diese Konferenz sollten vom Ministerium für Aufbau und der Deutschen Bauakademie getroffen werden.

Eine öffentliche Diskussion kommt zustande, als am **14.3.1951** im „Neuen Deutschland" eine Antwort auf Liebknechts Artikel, die der Schriftsteller Ludwig Renn verfaßt hat, abgedruckt wird. Kurz zusammengefaßt, argumentiert Renn: Der Klassizismus in Deutschland sei eben kein *nationales Erbe*, wie von Liebknecht behauptet, sondern eine aus dem Mittelmeerraum importierte Repräsentationsarchitektur, deren überhohe Räume für ein warmes Klima berechnet seien. In Berlin seien alle großen Bauten des Klassizismus von den Hohenzollern und nicht von protestierenden Bürgern gebaut worden. Die Architekturtheorie Vignolas, deren Wiederveröffentlichung Liebknecht vorgeschlagen hat, sei, indem sie die antiken Formen oder das, was Vignola dafür ansah, als feste, für alle Zeiten und Völker gültige Norm einer schönen Baukunst aufstellte, eine

Kurt Liebknecht erinnert sich 1986 an das Jahr 1951:

→L 63 *Ich muß vorwegnehmen, daß die Bauakademie offiziell am 25. Januar 1951 zu arbeiten begann. Am 3. März wurde ich auf Vorschlag des Ministerrats zum Präsidenten der Deutschen Bauakademie ernannt. Während eines feierlichen Aktes am 2. April im Schloß Niederschönhausen überreichte mir Wilhelm Pieck dann die Ernennungsurkunde. Edmund Collein wurde Vizepräsident.* ←L 64

Während aller nun folgenden Aktivitäten traten die ordentlichen Mitglieder, die Institutsdirektoren, die Leiter der Meisterwerkstätten und natürlich auch der Präsident der Deutschen Bauakademie bereits in ihren Funktionen auf.

Die Deutsche Bauakademie sammelte ihre ersten Erfahrungen. Ich möchte aber auf diese Einrichtung erst später gründlicher eingehen, da ihre feierliche Eröffnung erst am 8. Dezember 1951 erfolgte. Zwischen dem „Aufbaugesetz" und der eigentlichen Eröffnung der Akademie lag also noch ein Zeitraum von einem reichlichen, recht ereignisreichen Jahr.

Vorerst beschäftigte uns Bauschaffende und die große bauinteressierte Öffentlichkeit zunehmend die Frage, wie denn nun unsere Städte und Wohnungen aussehen sollten, da die „überholten und rückständigen Prinzipien" des bisherigen Städtebaus nicht mehr galten. Dazu ist ein öffentlicher Briefwechsel zwischen dem Schriftsteller Ludwig Renn und mir im „Neuen Deutschland" interessant, der im Februar 1951 begann und einen Monat später fortgesetzt wurde.

Das Zentralorgan der SED hatte zu einer Diskussion über den Weg, der zu einer „neuen großen nationalen Baukunst" führen sollte, aufgerufen und mich um eine Stellungnahme und damit um den Diskussionsbeginn gebeten. In dem Beitrag wurde ich schon als Präsident der Deutschen Bauakademie vorgestellt, obwohl meine Ernennung, wie ich bereits schrieb, erst im März erfolgte.

Mein Beitrag war etwa eine ganze Zeitungsseite lang und erschien unter der Überschrift „Im Kampf um eine neue deutsche Architektur". Ich habe mich darin zu der aus dem Volke gewachsenen nationalen Kultur und Kunst, eben zu den mir aus der Sowjetunion bekannten nationalen Traditionen, bekannt und als letzte Architekturperiode in Deutschland, „deren Bauwerke eine starke künstlerische Idee trugen und die zur gleichen Zeit ihren Zweck erfüllten", den Klassizismus genannt.

Renn, der in Architekturfragen sehr informiert war und – was ich nicht wußte – eine kunsthistorische Vorbildung besaß, gab mir hinsichtlich der Wichtigkeit der nationalen Traditionen recht, lehnte aber den Klassizismus als nationales Erbe Deutschlands ab. Er stimmte meiner hohen Wertschätzung der Sowjetarchitektur im Prinzip zu, setzte sich aber zugleich sehr für bessere Informationen über die Geschichte des sowjetischen Bauwesens sowie über die Diskussionen der sowjetischen Architekten untereinander ein. Auseinander gingen unsere Meinungen hinsichtlich der Bewertung des Bauhauses. Ich hatte dessen Reinigungsfunktion gegen die „leeren und nichtssagenden Attrappen schlechten Geschmacks", wie sie das kapitalistische Bauen ab Mitte des 19. Jahrhunderts hervorgebracht hatte, anerkannt, aber eingeschränkt, daß die „neue Sachlichkeit" ebensowenig wie vorausgegangene Bauepochen etwas mit wirklicher Kunst zu tun hätte. „Diese Architektur war in den meisten Fällen ein schönes technisches Produkt, nichts anderes als ein modernes Automobil oder Flugzeug." Renn hingegen sah in der Zeit des Bauhauses die einzige Periode, in der „Deutschland einen eigenen Stil schuf".

Das „Neue Deutschland" antwortete mit einer redaktionellen Stellungnahme des Literaturwissenschaftlers Wilhelm Girnus, in der es vor allem um die Klärung solcher von uns beiden viel gebrauchten Begriffe wie Epigonentum, Formalismus und Realismus sowie Kosmopolitismus ging. Soll man das nationale Kulturerbe nachahmen oder kritisch verarbeiten? Gab es Kosmopolitismus bereits zur Zeit der Antike? Formalismus „aus Prinzip"? Hinsichtlich unserer zu subjektiven Meinung gegenüber dem Bauhaus wurden wir

beide kritisiert und erneut zu Stellungnahmen aufgefordert.

Die Auseinandersetzung wurde scharf, sehr direkt und mit vielen Frage- oder Ausrufezeichen geführt. Trotzdem fühlte sich niemand angegriffen. Wir waren der festen Überzeugung, daß es um die Sache ging, um die sich Streiten und Suchen lohnte. Wenn ich diese Zeitungsseiten heute durchlese, bedaure ich sehr, wieviel unsere Architektur an öffentlicher Diskussion und Auseinandersetzung eingebüßt hat. Zugleich merke ich aber auch, wie unzureichend unsere theoretischen Kenntnisse doch waren, wie oft die gute Absicht über wirkliches Wissen triumphierte.

Ich war der Meinung, und darin wurde ich auch von der Parteiführung unterstützt, daß das „moderne Bauen" nicht völlig dem Neuaufbau gerecht werden konnte, den die Flächenzerstörungen in solchen Städten wie Berlin, Dresden oder Rostock erforderten. Das Bauhaus, dessen unkonventionellen, kühnen Ideen ich als junger Mensch so angehangen hatte, mußte versagen, wenn es um den Bau ganzer Zentren, Ortsteile oder sogar Städte ging – diese Erfahrung war mir aus den ersten Jahren meines sowjetischen Exils noch gut in Erinnerung. Dazu kam, daß wir mit einigem Befremden verfolgten, wie schöne deutsche Städte im westlichen Teil des Landes durch hemmungsloses „modernes Bauen" ihr Gesicht verloren. Das schlechte Beispiel des Marktplatzes in Stuttgart, wo man nach den Kriegszerstörungen die einst so charakteristischen Steildächer willkürlich gegen Loggien mit Flachdach austauschte sowie die Proportionen des alten Platzes durch zu große Baumassen sprengte, wurde auch bei unseren Architekten viel diskutiert.

Es schien mir wichtig, daß die Städte ihr über Jahrzehnte und Jahrhunderte geprägtes, oft unverwechselbares Antlitz behielten – und dafür eigneten sich weder das „moderne Bauen" noch ein Nachahmen der sogenannten Weltarchitektur, der architektonischen Spielart des damals viel zitierten und auch schon kritisierten Kosmopolitismus. Inzwischen stimmen dieser Meinung auch Baufachleute kapitalistischer Länder zu. Auch dort erkennt man jetzt die Wichtigkeit eines eigenen, nationalen Baustils an.

Ich vertrat damals – wie heute auch noch – die Ansicht, daß das vom Bauhaus vertretene „moderne Bauen" keine vom Volke getragene Architekturrichtung war, sondern daß sich seine Anhänger hauptsächlich in der Intelligenz fanden – bekanntlich ein Merkmal vieler moderner Ideen. In den fünfziger Jahren wurde es zu einer regelrechten Modeerscheinung, das Bauhaus nachzuahmen. Allerdings blieb die künstlerische und ästhetische Qualität der meisten in westlichen Ländern errichteten Gebäude weit hinter den Bauten der zwanziger Jahre zurück. Das künstlerische Niveau verflachte, das zeigen Beispiele, wie ich sie leider auch in meiner Heimatstadt Frankfurt (Main) zur Kenntnis nehmen mußte. Die Stadt war in ihren schönsten Teilen zerstört, von 180 000 Wohnungen waren 133 000 vernichtet oder beschädigt. Was nach dem Krieg unter dem Stichwort „Wiederaufbau" getan wurde, bedeutete für Frankfurt in Wirklichkeit eine weitere, nun friedliche Zerstörung. Auf den Hauptstraßen und den Plätzen des Zentrums entstand eine ganze Reihe formalistischer Kästen. Jeder dieser Kästen führt sozusagen ein Dasein für sich – ohne Rücksicht auf die Umgebung oder das Stadtbild.

Beim Wiederaufbau unserer Städte spielte schließlich und nicht zuletzt auch eine Rolle, daß wir uns auf unsere noch sehr geringen Mittel besinnen mußten. Wir konnten zur damaligen Zeit noch gar nicht anders bauen als nach der traditionellen Methode „Ein Stein – ein Kalk". Aber diese Technik hätte für kühne Entwürfe nie ausgereicht, auch das wußte ich aus der Sowjetunion. So mußten wir uns nicht nur ideologisch von der Architektur der zwanziger und dreißiger Jahre, sondern, materiell-technisch begründet, auch von allzu modernen Konstruktionen distanzieren.

Trotzdem fanden die Gedanken des Bauhauses bei vielen anerkannten Architekten selbst um 1950 herum noch Anklang, auch z.B. bei Henselmann, Paulick und Hopp. Daß sie und manch anderer auf der Plattform des „modernen Bauens" an Gropius, Mies van der Rohe und Le Corbusier, an die Vertreter des „Rings" und an

→L 65 *wahrhaft kosmopolitische Angelegenheit . . . Vignolas Lehre ist die formalistische Grundtheorie der jüngst vergangenen Jahrhunderte.* Anzuknüpfen sei am Beispiel der Sowjetunion insoweit, als dort ähnliche Klimabedingungen wie in Berlin vorzufinden seien und die Notwendigkeit bestünde, den unterschiedlichsten Völkern entsprechende Architekturlösungen zu entwickeln. Darüber hinaus müsse man sich intensiv mit dem nationalen Erbe befassen. Eine *nachahmenswerte Architekturtradition* gäbe es an sich nicht, man könne sich allenfalls anregen lassen, um Neues zu gestalten, und anregen lassen könne man sich nur, wenn man sich auf eine gehörige Analyse →L 66 fast aller Stile einlasse. *Am anregendsten ist die Periode des Bauhauses. Wir können doch nicht diese vielleicht wichtigste Periode unsrer deutschen Architekturgeschichte, die einzige Periode, in der Deutschland einen eigenen Stil schuf, einfach totschweigen.* Die wichtigste Frage, vor der die neue Architektur stehe, sei: *Wollen wir schmucklos bauen? Verfallen wir nicht wieder in den Fehler der abstrakten und undifferenzierten Betrachtung, sondern fragen genauer: Soll das neue Wohnhaus geschmückt sein? Ja. Sollen wir daher sagen: Das neue Wohnhaus soll geschmückt gebaut werden? Nein. Denn zunächst sind wir so arm, daß wir Zeilenhäuser ohne Schmuck bauen müssen. Wenn man dem Architekten sagt: „Bau ansprechende Häuser!" und dann gibt man ihm nicht die nötigen Mittel, so ist das eine unrealistische – und sagen wir es offen: eine Auftragsstellung, bei der sich der Architekt nicht genügend ernst genommen fühlt.*

Wo aus besonderen Gründen mehr Mittel zur Verfügung stehen, soll man schmücken. Das heißt nicht, daß Ornamente angebracht werden müssen, die dem Klassizisten als einzige Methode der Schmückung zu erscheinen pflegen. Man kann auch schmücken: durch besondere Gestaltung des Baukörpers als Ganzes, durch eine Farbgebung im Ganzen oder in Teilen, durch sonstige Veränderungen der Oberfläche. Wenn man Ornamente oder schmückende Bauteile, z.B. reicher profilierte Umrahmungen, verwendet, sollte man mit Vorsicht verfahren, weil die alten Schmuckformen zum Teil für uns sinnlos geworden sind. Sie anzubringen, trotz der Erkenntnis, daß sie einer uns fremden, wenn nicht gar feindlichen Weltanschauung gedient haben, kann zum Formalismus führen.

Auf derselben Seite des „Neuen Deutschland" findet sich eine Antwort des Redaktionskollegiums auf die Stellungnahme von Ludwig Renn, verfaßt von Wilhelm Girnus, der noch einmal die bereits in seiner früheren Artikelserie mit dem Titel „Wo stehen die Feinde der deutschen Kunst?" vorgebrachten Argumente zur Unvereinbarkeit von Formalismus, der aus *der Wurzel des Kosmopolitismus* hervorgegangen sei, und Realismus, der auf dem gesunden Schönheitsempfinden des Volkes beruhe, wiederholt.

Girnus hebt die Bedeutung des Klassizismus, besonders das Werk Schinkels, als Anknüpfungspunkt für die neue deutsche Baukunst hervor, ein nationales Erbe, das man sich freilich kritisch aneignen müsse. Scharf wendet er sich gegen die von Ludwig Renn *mit besonderem Eifer* betriebene Verteidigung des *hundertprozentigen Kosmopolitismus des Bauhauses.*

→L 67 *Nazis und Bauhaus. Man darf sich nicht dadurch in Verwirrung bringen lassen, daß die Nazis die gesunde Abneigung des Volkes gegen diese amerikanischen Kulturbarbareien für ihre chauvinistischen Zwecke zur Entfachung einer Pogromhetze gegen die Kommunisten mißbrauchten, denen sie diese Entartungserscheinungen in die Schuhe schoben. Aber gerade einige „kommunistische" Intellektuelle erleichterten ihnen ihre Gemeinheiten, indem sie sich für diese öden Kästen als eine angeblich fortschrittliche und „kommunistische" Angelegenheit begeisterten. Für ein objektives Urteil über die Sache selbst ist dies jedoch belanglos.*

Bauhaus – Kosmopolitismus. Das zweite ist, daß der sogenannte Bauhaus-Stil ganz und gar nicht deutsch und national ist, wie Genosse Renn meint, sondern im Gegenteil ausgesprochen antinational und kosmopolitisch.

Zu einem seiner Hauptkennzeichen gehört seine absolute Feindseligkeit gegen alle nationalen Traditionen. Aus dem Eindringen moderner, industrieller Baumethoden wurde der falsche Schluß gezogen, daß die technisch-handwerklichen und künstlerischen Resultate der Vergangenheit keine Anknüpfungspunkte mehr für ihre Weiterentwicklung auf der Basis der Maschinentechnik böten. Aber es ist nicht zu leugnen, daß auch die Maschinentechnik selbst in sich die handwerklich-technischen Resultate früherer Epochen aufgehoben, das heißt zugleich auch aufbewahrt hat. Zwischen der modernen Bautechnik und der der Vergangenheit liegt also keine unüber-

brückbare Kluft. Wenn dem aber so ist, dann bieten auch die technischen und künstlerischen Resultate großer baumeisterlicher Leistungen der Vergangenheit die Möglichkeit, an ihnen anzuknüpfen, ihre positiven Errungenschaften in die Zukunft hinüberzunehmen und weiterzuentwickeln.

In die Bauleistungen der Vergangenheit ist außerdem der besondere Nationalcharakter eines jeden Volkes eingegangen, und der Nationalcharakter ist ein verhältnismäßig stabiler und äußerst wesentlicher Faktor, den man nicht vernachlässigen darf. Die Bauhaus-Leute und Funktionalisten aber knüpften nicht an die nationalen Traditionen an, sondern entwickelten ihre Bauweise im bewußten Gegensatz dazu. Sie erfanden in völlig idealistischer Weise einen kosmopolitischen Norm-Menschen, dessen Bedürfnisse physischer und ideeller Natur im wesentlichen überall gleich seien. Ihn legten sie ihren Konstruktionen als Muster zugrunde. Sie entwickelten ihre Bauweise nicht aus den nationalen Lebensgewohnheiten, Lebensbedürfnissen, Geschmackseigentümlichkeiten, die dem Nationalcharakter der verschiedenen Völker entsprechen, sondern bauten nach einer sich im Wesen überall gleichbleibenden Schablone. Daher haben ihre Bauten alle ein einförmiges Gesicht, gleich ob sie in Stuttgart (Weißenhof-Siedlung) oder Rotterdam (van Oud), Berlin oder Paris (Le Corbusier), den USA (Frank Lloyd Wright) oder Südafrika (May) stehen.

Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß diese Bewegung ihren Ausgangspunkt in den Vereinigten Staaten genommen hat. Es ist der amerikanische Architekt Frank Lloyd Wright, den die Funktionalisten selbst als den Stammvater ihrer Bauweise bezeichnen. Durch zahlreiche Veröffentlichungen haben sie überdies ihre besondere Vorliebe für die Vereinigten Staaten mehrfach dokumentiert (Mendelsohn, Gropius). Und sollte es wirklich nur ein Zufall sein, daß heute fast alle Vertreter dieser Richtung in den Vereinigten Staaten oder ihren Kolonien leben und sich dort angeblich äußerst wohlfühlen (Gropius, Mendelsohn usw.)? Der Bauhaus-Stil ist eben ein waschechtes Kind des amerikanischen Kosmopolitismus und seine Überwindung unerläßliche Voraussetzung für die Entwicklung einer neuen nationalen deutschen Baukunst. Es ist daher befremdlich, daß in der letzten Zeit in demokratischen Presseorganen, wie z.B. der „Berliner Zeitung“, Artikel erschienen sind, die für diesen kosmopolitischen Bauhaus-Stil eine Lanze zu brechen versuchen. Solche Entgleisungen sollten in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Das ist das, was wir ganz allgemein zu diesen Fragen sagen möchten.

Damit war das Urteil über den *Bauhaus-Stil* und auch das Schlußwort der kurzen Debatte gesprochen. Die aus drei Artikeln bestehende Diskussion wird zu den Weltfestspielen der Jugend im **August 1951**, in deren Rahmen ein Treffen junger Architekten aller Länder stattfindet, von der Bauakademie als Broschüre „Für einen fortschrittlichen Städtebau, für eine neue deutsche Architektur“ nochmals veröffentlicht. Den endgültigen Schlußstrich unter die Diskussion um die Überwindung des Formalismus setzt der Genosse Hans Lauter in seinem Referat auf der 5. Tagung des ZK der SED, die vom **15.** bis zum **17.3.1951** stattfindet.

Das wichtigste Merkmal des Formalismus besteht darin, unter dem Vorwand, etwas „vollkommen Neues“ zu entwickeln, den völligen Bruch mit dem klassischen Kulturerbe zu vollziehen. Das führt zur Entwurzelung der nationalen Kultur, zur Zerstörung des Nationalbewußtseins, fördert den Kosmopolitismus und bedeutet damit eine Unterstützung der Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus. ←L 68

Damit waren die Fronten geklärt. Am **29.3.1951** werden die Baustellen an der Stalinallee zu „Aufbaugebieten“ erklärt, am **25.4.1951** schreibt der Magistrat einen „Wettbewerb für die städtebauliche und architektonische Gestaltung der Stalinallee“ aus, für den bis zum **31.7.1951** Entwürfe einzureichen sind.

4.2.4 Das Hochhaus an der Weberwiese, zum Behagen der Bewohner und zum Wohlgefallen der Passanten

Mit der Umplanung des Heimstättenentwurfs für die Wohnzelle Friedrichshain waren zum Jahresbeginn die Architekten Hermann Henselmann und Richard Paulick von der Bauakademie beauftragt worden. Ihre ersten Pläne werden abgelehnt, da sie im „Bauhausstil“ entworfen sind. Am **25.7.**

die des „organischen Bauens“ anknüpfen wollten, erklärte sich teilweise sogar daraus, daß während des Faschismus alle diese Kunstrichtungen verboten, ihre Anhänger verjagt oder diffamiert waren. So verstand sicher mancher Architekt sein Bekenntnis zum Bauhaus auch als ein Stück Bewältigung der Vergangenheit.

Hermann Henselmann wurde 1949 von der Hochschule für Architektur in Weimar an das Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin berufen. Richard Paulick, 1949 aus dem Exil in Shanghai zurückgekehrt, wo er sehr erfolgreich tätig gewesen war, arbeitete bis zur Gründung der Bauakademie am gleichen Institut. Mit beiden hatte ich erst an der Bauakademie näher zu tun, obwohl ich Paulick vom Studium her kannte. Beide haben sich, wenn auch nach anfänglichen Bedenken, den nationalen Traditionen angeschlossen. Beispiele dafür sind ihre ersten Bauten in der DDR, die Deutsche Sporthalle (1951) von Paulick, die wir als Sieg über den Formalismus feierten, und das Hochhaus an der Weberwiese (1952), bei dessen Entwurf sich Henselmann an das im Krieg leider zerstörte Feilnerhaus, ein Wohnhaus von Schinkel, anlehnte. . . .

Wenn ich jene Zeit aus heutiger Sicht beurteile, muß ich noch einmal sagen, daß unsere ungenügenden Erfahrungen im theoretischen Bereich zu manchen Mißverständnissen führten. Wie viele Auslegungen gab es allein zu dem Begriff Formalismus! Als Formalist bezeichnet zu werden war so ziemlich das Schlimmste, was einem als Architekt passieren konnte, und wir veröffentlichten deshalb viele Reden und Beiträge „Wider den Formalismus in der Baukunst“. Da wir alle in jenen Jahren, da sich ein junger Staat erst behaupten mußte, auch nicht frei von dogmatischen Tendenzen waren, gab es bei allen auf das Bauen in der Zukunft gerichteten Ansichten nur ein Für oder ein Wider. Die Frage „Wer – wen?“ war noch lange nicht entschieden. Das zeigten die vielen Sabotageakte in der Wirtschaft, und die sich daraus ergebende notwendige Wachsamkeit führte zu manchem übertriebenen Mißtrauen gegenüber jeder anderslautenden Ansicht.

Leider haben wir, die wir das Bauhaus ablehnten, dabei auch die vielen guten Seiten der von dieser Schule vertretenen Lehre zeitweilig übersehen. Ab Mitte der siebziger Jahre, das ist bekannt, wurde das Bauhaus auch in der DDR weitaus gerechter und toleranter beurteilt. Man würdigt z.B. dessen Bemühen um eine harmonische Gestaltung der gesamten baulichen Umwelt bis hin zu Möbeln, Vasen, Lampen. Zumindest in dieser Hinsicht – aber auch das war uns vorübergehend im Eifer entgangen – ähnelte das Bauhaus den Bestrebungen von Karl Friedrich Schinkel, auf den wir uns nun zunehmend beriefen.

Wir begaben uns also auf die Suche nach den Traditionen unserer Städte und wurden in dieser Absicht von unseren sowjetischen Beratern unterstützt. In Berlin stießen wir auf den Klassizismus, der nach wie vor schöne, wenn auch oft zerstörte Bauten im Zentrum prägte.

Aus den Bedingungen für den am 25.4.1951 ausgeschriebenen Wettbewerb

Der Magistrat von Groß-Berlin schreibt einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die städtebauliche und architektonische Gestaltung der Stalinallee in Berlin aus. ←L 69

Zugelassen zum Wettbewerb sind alle Architekten der Deutschen Demokratischen Republik und Gesamtberlins. →L 70

Der Wettbewerb ist die erste große baukünstlerische Aufgabe mit dem Ziel, für den Neuaufbau Berlins an entscheidender Stelle die architektonische Lösung zu finden, die der Bedeutung der Hauptstadt Deutschlands entspricht.

Grundlage für den neuen Ausdruckswillen ist unsere neue Gesellschaftsordnung, die den Kampf um ein friedliebendes, demokratisches und einheitliches Deutschland zum Inhalt hat.

Der Fünfjahrplan gibt auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet die Voraussetzungen, mit dem großzügigen Neuaufbau Berlins zu beginnen.

Im kapitalistischen Berlin wurden die Arbeiterviertel mit ihren Mietskasernen im Osten der Stadt zum städtebaulichen Schandfleck der Hauptstadt Deutschlands. Die Neuplanung und der Neuaufbau sehen in erster Linie eine grundlegende Veränderung dieses Stadtteils vor.

In der Architektur der Wohnbauten sollen die besten Berliner Bautraditionen kritisch ausgewertet werden. Die neuerstellten Wohnbauten an der Stalinallee entsprechen nicht den gestellten Anforderungen. Ihre mechanische Aneinanderreihung von Wohnungstypen entbehrt jeglicher städtebaulichen Komposition und des architektonischen Ausdrucks. Bei den Entwürfen soll daher auf eine gute Gliederung der Baukörper und auf die Durchbildung der architektonischen Details besonderer Wert gelegt werden. (Balkone, Loggien, Erker, Gesimse, Hauseingänge, Fenster, Sockel usw.)

Die Aufgabe des Wettbewerbs ist:

Die städtebauliche Lösung des Straßenzuges Stalinallee zwischen Strausberger Platz und Bersarin-/Warschauer Straße einschließlich der Platzgestaltungen an den Kreuzungen. Andere Vorschläge für die Verkehrslösungen an den Kreuzungen stehen im Ermessen der Teilnehmer. Ausgangspunkt des Bebauungsvorschlages ist das geplante Profil unter Beibehaltung der bestehenden Fahrbahn und unterirdischen Anlagen und einer einseitigen Verbreiterung nach Norden mit einer durchschnittlichen Breite von 75 m zwischen den Baufluchten. Die Höhe der Bebauung soll im allgemeinen nicht unter acht Geschosse betragen. Es soll an eine gegliederte Randbebauung gedacht werden, wobei die Ost-West-Richtung der Straße zu betonen ist. Die eingetragenen Baufluchtlinien stellen also den Mindestabstand zwischen den Baufluchten dar. Neben den Neubauten ist auf den vorhandenen Altbaubestand so weit Rücksicht zu nehmen, daß eine Erstellung der Neubauten in Teilabschnitten möglich ist und die Stalinallee nach einem späteren Abriß der Altbauten durch Erstellung der restlichen Bauabschnitte eine endgültige Gestaltung findet.

Der Grünzug vom Friedrichshain über die in Zukunft aufzulassenden Friedhöfe im Gebiet zwischen Frieden- und Fruchtstraße soll später einmal an die Stalinallee angeschlossen werden.

Die in der Stalinallee zu errichtenden Gebäude sollen Wohnhochhäuser sein, in deren Erdgeschossen vorwiegend auf der Südseite der Stalinallee repräsentative Läden überörtlicher Bedeutung vorzusehen sind. In die Bebauung sind ferner einzubeziehen: 2 Kinos mit je 1000 bis 1200 Plätzen (wovon ein Kino mit Bühne auszustatten ist) und einige Gaststätten und Cafés, für deren Lage die Nordseite der Straße besonders geeignet erscheint. Zur Entlastung des Durchgangsverkehrs sind für den Ortsverkehr (Anlieferung zu den Läden, Versorgung der Wohnhochhäuser) Anliegerstraßen erforderlich.

Die Planung sieht in den angrenzenden Wohnbezirken eine Nettowohndichte von etwa 500 Einwohnern je Hektar vor, wobei längs der Stalinallee selbst eine höhere Wohndichte möglich ist.

1951, nachdem die für die Weltfestspiele zu errichtenden Großbauten fast fertiggestellt sind und die Frage, wie es mit den Wohnhäusern an der Stalinallee weitergehen soll, immer dringender wird, veranstaltet das Sekretariat der Landesleitung der SED Groß-Berlin eine Aussprache, an der Mitglieder des ZK und *einige fortschrittliche Architekten* teilnehmen. Rudolf Herrnstadt verfaßt den Bericht über diese Aussprache, der im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wird.

Die Aussprache entzündete sich an einem Modell (Weberwiese) des Architekten Professor Paulick – desselben Architekten, der soeben in der Festspielhalle an der Stalinallee einen schönen monumentalen, die hohen Ansprüche der Werktätigen Berlins befriedigenden Bau geschaffen hat. Das vorgestellte Modell der Weberwiese war nicht neu. An seinem Beispiel (und auch an anderen Beispielen) hatte schon vor Monaten das Politbüro der SED einer Reihe von Architekten, darunter den Professoren Henselmann und Paulick, die Rückschrittlichkeit des sogenannten Bauhausstils auseinandergesetzt, sowie die fortschrittlichen Prinzipien, die für den Bau der Hauptstadt des demokratischen Deutschland maßgeblich sein müssen. Nichtsdestoweniger wurde das Modell erneut zur Diskussion gestellt – die entsprechend lebhaft, prinzipiell und fruchtbar verlief.

Worum geht es?

Die Architekten Henselmann und Paulick usw. schlugen bisher als Wohnbauten für das neue Berlin jene Heimstättenhäuser vor, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten in allen kapitalistischen Ländern zu Tausenden und Zehntausenden gebaut wurden: Kästen mit horizontalen Fenstern, oben flach, unten ohne Sockel, Fassaden ungegliedert, als Augenauswischerei für den kleinen Mann versehen mit eintönigen Ketten von Loggien, Blumen (die er selbst kauft) und fallweise mit Farbanstrich, von dem niemand weiß, warum er im einen Falle braun, im anderen himmelblau ist. Alles an diesen Häusern ist billig: ein architektonischer Gedanke liegt ihnen nicht zugrunde, es sei denn allen derselbe; die Fassade läuft glatt wie ein Handtuch von oben nach unten und erspart dem Architekten jegliche Überlegung über eine ästhetisch schöne Gliederung sowie über die Gestaltung von Details (Fenster, Gesimse, Türen usw.); die Wände sind so dünn, daß sie gerade noch halten, die Haustüren so klein und niedrig, daß man gerade noch hindurchschlüpft. Die Häuser im Ganzen sind für kurze Lebensdauer gebaut, was auch jeder sieht und weiß. (Nicht umsonst waren während der vergangenen Jahrzehnte die Witzblätter voll von Karikaturen über die immer brüchiger werdenden Häuser, über den Nagel, der in der einen Wohnung hineingeschlagen wird und in der anderen herauskommt.)

Häuser solchen Stils sind die natürlichen Produkte der Profitgier und der Menschenverachtung des sterbenden Kapitalismus. Eben um des noch höheren Profites willen, auf den allein es den Heuschreckenschwärmen von privaten Unternehmern, „Heimstättengesellschaften“, „Siedlungsgesellschaften“ usw. ankam, wurden in den vergangenen Jahrzehnten die Wohnhäuser immer einförmiger, immer schmuckloser, immer brüchiger, immer mehr Attrappe. So liquidierte der Imperialismus im Maße, in dem er verfiel, auch die Wohnkultur der Menschen. Was sollte sie ihm auch? Für die Menschen, wie er sie braucht und abrichtet, bedarf es keiner Wohnungen. Für sie, die er ohnehin nur als Tote auf Urlaub betrachtet, genügen Heimstätten, an denen er verdient, als Vorstufe für die Grabstätten, an denen er weiter verdient. Das krasseste Beispiel für diese Bauweise ist der nebenstehende, jeglicher Individualität und Architektonik bare, nur aus Stahl und Glas bestehende Kasten in Chikago. Die amerikanische Presse teilt mit, daß bei seiner Konstruktion bereits die Möglichkeit eines Atombombenkrieges nach folgenden Gesichtspunkten einkalkuliert wurde: fällt die Bombe, so werden die Scheiben und die Menschen herausgepustet, die teure Stahlkonstruktion bleibt stehen; daher brauchen nur neue Scheiben eingesetzt und neue Mietzahler hineingeführt zu werden, der entstandene Schaden ist gering.

Nicht alle Imperialisten gehen in ihrer Verrottung bis zu solchen unfreiwilligen Geständnissen, im allgemeinen halten sie an der alten imperialistischen Weisheit fest: zu jedem Verbrechen gehört als Tarnung die einschlägige Philosophie. Die imperialistische Philosophie auf dem Gebiet der Architektur hört auf den schönen Namen „Funktionalismus“ und beginnt scheinheilig mit der These: man muß von der Funktion des Hauses ausgehen, von den Bedürfnissen des Menschen, der es bewohnt. So weit, so gut. Aber welches sind nach Auffassung der Imperialisten die Bedürfnisse des Menschen? Die Bedürfnisse des Menschen – erklären die imperialisti-

schen Bauphilosophen mit dem Ausdruck des Erstaunens – sind in allen fünf Erdteilen die gleichen, nämlich Essen, Trinken, Schlafen und das Klosett benutzen. Von diesem Ausgangspunkt aus kommen sie zu allen Schlüssen, die ihre Auftraggeber brauchen: gebaut wird „von innen nach außen", „von der Wohnzelle aus". Das heißt: die gesamte Gestaltung des Hauses ist nichts weiter als die funktionell unwichtige Einzäunung des Herdes, des Bettes und der Klosettbrille. Schönheit erübrigt sich. Würde erübrigt sich. Der Bau wird extrem billig, der Profit extrem hoch.

Man sieht unschwer, welchen Menschen die imperialistische Bauweise im Auge hat: die zusammengeschlagene knieweiche Kreatur, zu der der Imperialismus die Menschen machen will und in den kapitalistischen Ländern, vorneweg in den Vereinigten Staaten und in Westdeutschland, tatsächlich macht. Einen kosmopolitischen Normenmenschen will er züchten, dessen Lohn bestenfalls das Existenzminimum erreicht, der aller Bedürfnisse entwöhnt ist, mit Ausnahme der physischen, die ihm nicht abgewöhnt werden können und der genügend demoralisiert ist, um in der Badewanne den Inbegriff der Schönheit und im Recht auf Existenz bis zum Bombentod die Verwirklichung des Prinzips der persönlichen Freiheit zu erblicken.

Dieser Zielsetzung entspricht es, daß die imperialistischen Bauphilosophen den „Funktionalismus" heuchlerisch als eine erlesene Frucht des menschlichen Geistes darzustellen versuchen. Sagt man: das sind Eierkisten, so erwidern sie erstaunt: Sie irren, das ist der Ästhetik letzter Schluß. Sagt man: das ist armselig, so erwidern sie: Sie verstehen nicht den Reiz der Leere. Sagt man schließlich: das ist ein unverschämter Hohn auf die Menschheit, so erwidern sie: Herr, Sie werden ausfällig, Sie werden politisch.

Nun, wir lassen es uns nicht nehmen, politisch zu werden, und fahren daher fort.

Jetzt wird bei uns Schluß gemacht mit dem „Funktionalismus". Inzwischen ist nämlich etwas passiert. Der zweite Weltkrieg hat stattgefunden und für den Imperialismus mit dem Verlust einiger weiterer Territorien geendet. Zu ihnen gehören die Deutsche Demokratische Republik und der demokratische Teil von Berlin, die eine neue historische Position gewonnen haben. Hinter ihnen liegt die Zeit der Ausbeutung, des Verfalls, der Degeneration. Vor ihnen liegt die unabsehbare Zeit des Aufschwungs, „die Geschichte der Menschheit". Am Beginn dieser Zeit bauen wir die zerstörte Hauptstadt Deutschlands wieder auf. Die Häuser, die wir bauen, haben also eine Perspektive, die über Jahrhunderte reicht. Sie werden im einheitlichen, neuen, starken, demokratischen Deutschland stehen. In ihnen werden die kühnen Gedanken geboren werden, die auch in Deutschland den Sozialismus verwirklichen helfen. Es liegt also einiger Anlaß vor, den Stadtkern der Hauptstadt des neuen Deutschland so schön und monumental zu erbauen, daß er auch architektonisch der Größe der anbrechenden Zeit und der Größe des deutschen Volkes entspricht.

Nur dann wird er auch den wahren Bedürfnissen der befreiten Werktätigen entsprechen. Denn es ist nicht wahr, daß sich die Bedürfnisse der Menschen im Physischen erschöpfen. Wir sehen täglich, wie in den Menschen bei uns das Bedürfnis nach Kultur und Schönheit wächst. Wir sehen, wie sie die aufgezwungene Einförmigkeit abwerfen und in Tänzen, Liedern und Dichtungen die eigene Schöpferkraft entdecken und steigern, wie sie differenzieren lernen und die nationale Eigenart finden und entfalten. Sie wollen, daß auch die Wohnungen und Häuser, in denen sie einen großen Teil ihres Lebens verbringen, ein Abbild ihrer weiten Perspektive und ihrer eigenen Kraftentfaltung sind. Sie wollen daher künstlerisch gestaltete Häuser, die der Würde und Schönheit ihres Daseins entsprechen. Nach Auffassung der „Funktionalisten" ist eine Haustür ein „Durchlaß" für eine im Durchschnitt 1,75 m große Kreatur. Nach Auffassung der befreiten Werktätigen dagegen hat die Haustür, wie die Fassade, wie jedes Detail die Würde des freien Menschen widerzuspiegeln.

Die Wohnkultur unseres Volkes, die in der Geschichte schon einige Male ein hohes Niveau erreichte, wurde vom Imperialismus zerstört. In unserem Bemühen, sie – diesmal als Wohnkultur des ganzen Volkes – neu zu entfalten, müssen wir dort anknüpfen, wo sie in Deutschland ihre letzte hohe Blüte erreicht hat, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ohne nachzuahmen, unter Anwendung der neuesten technischen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der ständig wachsenden Ansprüche des Volkes, müssen unsere Architekten den neuen Baustil entwickeln. Dabei dürfen sie die Erfahrungen nicht außer acht lassen, die Generationen von Baumeistern in vergangenen Jahrhunderten gemacht haben. Vor allem müssen sie

Wohnungsgrößen:	*Vorwiegend 2- und 3-Zimmer-Wohnungen. Ein geringerer Prozentsatz 4-Zimmer-Wohnungen.*
Zweizimmerwohnungen:	*Wohnfläche max. 40 qm, Nutzfläche max. 67 qm.*
Dreizimmerwohnungen:	*Wohnfläche max. 50 qm, Nutzfläche max. 83 qm.*

Die Mindestgröße für Zimmer 12 qm.

Bertolt Brecht:
Notiz über eine neue Architektur

Unsere modernen Architekten begegnen bei den neuen großen Aufträgen dem kräftigen Widerstand des Proletariats, also der Klasse, welche die neuen großen Aufträge vergibt, wenn die Baupläne eingesehen werden. Dies ist besonders für diejenigen Architekten schwer verständlich, die politisch auf der Seite des Proletariats stehen. Sie hatten seinerzeit allerhand Widerstand vom Bürgertum erfahren und gehofft, nun beim Proletariat volles Verständnis zu finden. ←L 71

Wovon unsere Architekten Kenntnis nehmen müssen

1 Daß die neue führende Klasse in riesigem Umfang zu bauen bereit ist, also großartige Bauaufträge zu vergeben hat.
2 Daß sie aber auch bauen muß und daher den Architekten nicht allzuviel Zeit für die Umstellung lassen kann.
3 Daß eine Umstellung unbedingt nötig ist, weil das letzte Wort der bürgerlichen Architektur nicht das letzte Wort der proletarischen sein kann.
4 Daß die modernen bürgerlichen Bauten – auch wenn sie Widerstand bei einem Teil des Bürgertums fanden – die spätbürgerliche Ideologie zur Geltung brachten.
5 Daß die neue führende Klasse von den Architekten s c h ö n e s Bauen verlangt (und es ihnen erlaubt!).
6 Daß sie den Satz „Zweckdienlich ist immer schön" nicht anerkennt.
7 Daß sie in den Nützlichkeitsbauten der modernen bürgerlichen Architektur allzuviel entdeckt, was nur für die bürgerlichen Bauherrn nützlich war. (Unter den Zwecken der Bauten befand sich, und nicht an letzter Stelle, auch die „Rentabilität", das heißt der Profit.)
8 Daß die neue führende Klasse ihr Bauen nicht mit dem Bau von drei Millionen Einfamilienhäusern oder etwas komfortableren Mietskasernen beginnt, sondern mit dem Bau von Wohnpalästen. (So beginnt sie auch nicht mit dem forcierten Ausbau der Gebrauchsmittelindustrie, sondern dem der Schwerindustrie als der großen Grundlage.)
9 Daß Wohnpaläste für viele Bewohner ein ganz neuartiger Bautypus sind. Der neue Bauherr, der als Klasse baut, stellt damit unsern Architekten sehr verlockende Aufgaben, sofern neue Aufgaben sie verlocken.
10 Daß man die neuen Bauten des sozialistischen Rußland und des volksdemokratischen Polen nicht auf ihr spezifisch Russisches oder Polnisches hin als Vorbilder betrachten muß, sondern auf ihr sozialistisches, beziehungsweise volksdemokratisches Element hin.
11 Daß der Sozialismus dazu geführt hat, in Rußland das spezifisch Russische (und das Spezifische vieler nationalen Einheiten) und in Polen das Polnische herauszuarbeiten; daß der Sozialismus dazu führen wird, in Deutschland die deutsche Tradition der großartigsten Epochen zu benutzen.

Rudolf Herrnstadt, Jurist, geb. **18.3.1903** in Gleiwitz, gest. **28.8.1966** in Halle. Studium in Berlin, **1925–27** Lektor, **1928–36** Redakteur beim „Berliner Tageblatt" und Auslandskorrespondent in Prag, Warschau und Moskau. **1936–39** Korrespondent in Warschau, **1939–43** in Moskau bei der Kommunist. Internationale. **1943–45** Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland". **1945–49** Chefredakteur der „Berliner Zeitung", **1949** bis **Juli 1953** Chefredakteur des „Neuen Deutschland". Seit **1950** Mitglied des Zentralkomitees der SED. Ausschluß aus dem Politbüro **Juli 1953** wegen Fraktionsbildung, ab **1954** wissenschaftl. Mitarbeiter im Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg. Veröffentlicht **1965** „Entdeckung der Klassen".

sich der Tatsache bewußt sein, daß sie in Berlin bauen. Berlin besitzt eine große Bautradition, die durch die wilhelminische Epoche und später durch den Formalismus der Imperialisten verschüttet wurde. Sie hochzuholen und auf eine immer höhere Ebene zu heben, ist heute nicht nur eine unerläßliche Voraussetzung für die Erarbeitung des neuen Baustils, sondern zugleich eine politische Notwendigkeit. „Wir Deutschen bekommen wieder eine nationale Hauptstadt" – müssen die Deutschen in ganz Deutschland vom Aufbau in Berlin sagen. „Die Deutschen bekommen wieder eine nationale Hauptstadt" – muß der Feind aller Völker, der amerikanische Imperialismus, zähneknirschend heulen.

Das ist es, was wir wollen – und man sieht: Entweder – oder. Man kann nur für eines von beiden sein: für den Menschen als Kreatur oder für den Menschen als Herrn der Schöpfung, für den Krieg oder für den Frieden, für Washington oder – für Berlin . . . !

Diese und ähnliche Erwägungen wurden unseren Architekten vorgetragen. Wie nahmen sie sie auf? Machen wir unsere Architekten nicht schlecht und nehmen wir das Ende vorweg. Die Aussprache am 25. Juli endete wie folgt:

Die Vertreter des ZK: „Wir brauchen befriedigende Entwürfe in kurzer Frist, wann können wir sie haben?"

„In zwei Monaten."

„Zwei Monate sind zu lang."

„Wieviel Zeit geben Sie?"

„Acht Tage."

„Acht Tage, das ist unmöglich. Welches ist die äußerste Frist?"

„Acht Tage."

Stutzen. Einander ansehen, dann:

„Also gut, in acht Tagen werden die Skizzen fertig sein." (Mittwoch, am 1. August, laufen die acht Tage ab. „Neues Deutschland" wird über das Ergebnis berichten.)

Am nächsten Tage fand, in der gleichen Zusammensetzung, eine Besichtigung der A t e l i e r s in der Deutschen Bauakademie statt. Dort stellte sich zunächst heraus, daß Professor Paulick nicht acht Tage, sondern nur 24 Stunden gebraucht hatte, um eine Skizze zu entwerfen, die zwar noch Verbesserungen braucht, aber eindeutig auf der neuen gesunden Linie liegt. Es stellte sich ferner heraus, daß eine ganze Reihe von Architekten bereits mit beträchtlichem Erfolg an Entwürfen im neuen Geiste arbeitet. Und wieder ergab sich – im Atelier des Professor Paulick – eine bezeichnende Unterhaltung.

Die Mitglieder des ZK:

„Wie vereinbaren Sie diese fortschrittlichen Entwürfe, an denen Sie arbeiten, mit dem Eierkistenmodell, das Sie gestern vorlegten?"

Antwort: „Gar nicht . . ."

„Wenn wir nun gestern Ihren Eierkisten zugestimmt hätten – hätten Sie sie gebaut? Oder hätten Sie gegen Ihre eigenen Modelle protestiert?"

„Wenn die Partei beschlossen hätte, es soll gebaut werden – hätte ich gebaut."

„Verstehen Sie, daß Ihre Haltung inkonsequent ist?"

„Natürlich verstehe ich das. Aber verstehen Sie auch, daß man sich nur allmählich entwickelt, daß ich im Verlaufe des vergangenen Jahres viel gelernt habe, daß man nicht alle Eierschalen auf einmal abwirft."

„Da haben Sie recht."

Und recht haben die Architekten vor allem, wenn sie mit Nachdruck feststellen: es ist keineswegs so, daß die Schuld an der Verzögerung in der Fertigstellung der neuen fortschrittlichen architektonischen Entwürfe allein sie, die Architekten, trifft. Die Aussprachen vom 25. und 26. Juli zeigten eindeutig, daß von seiten unserer Partei mit den Architekten nicht ernsthaft genug gearbeitet worden war. Wie hätte sich sonst am Ende der zweiten Aussprache folgender Dialog entwickeln können:

Der Präsident der Bauakademie, Kurt Liebknecht, im Namen der anwesenden Architekten:

„Also können wir die in diesen Unterhaltungen festgelegte und in den heute gezeigten Entwürfen bereits beschrittene Linie als die richtige Linie ansehen, auf die allein wir uns orientieren?"

„Unbedingt." Darauf Liebknecht und die anwesenden Architekten: „Das hilft uns sehr viel weiter", „Jetzt können wir richtig arbeiten", „Jetzt wissen wir, woran wir sind."

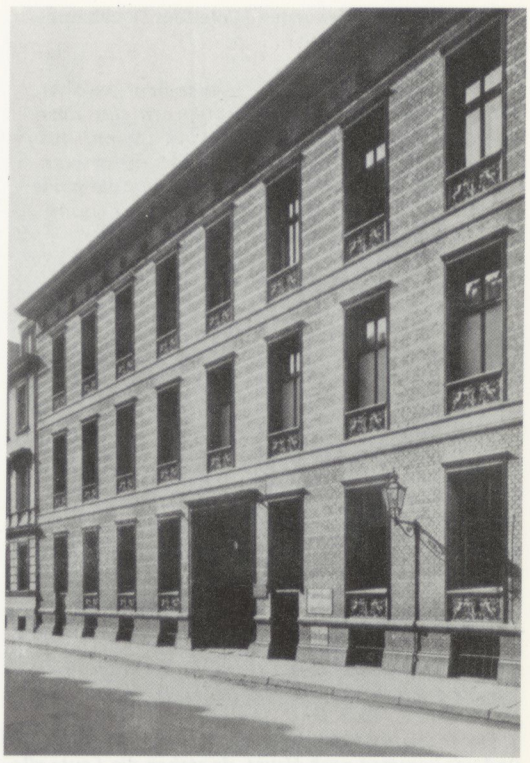
Warum erst jetzt?

Es folgt ein dritter Abschnitt, in dem Herrnstadt Henselmann angreift und ihm ausweichende Antworten und mangelnden politischen Stil vorwirft.

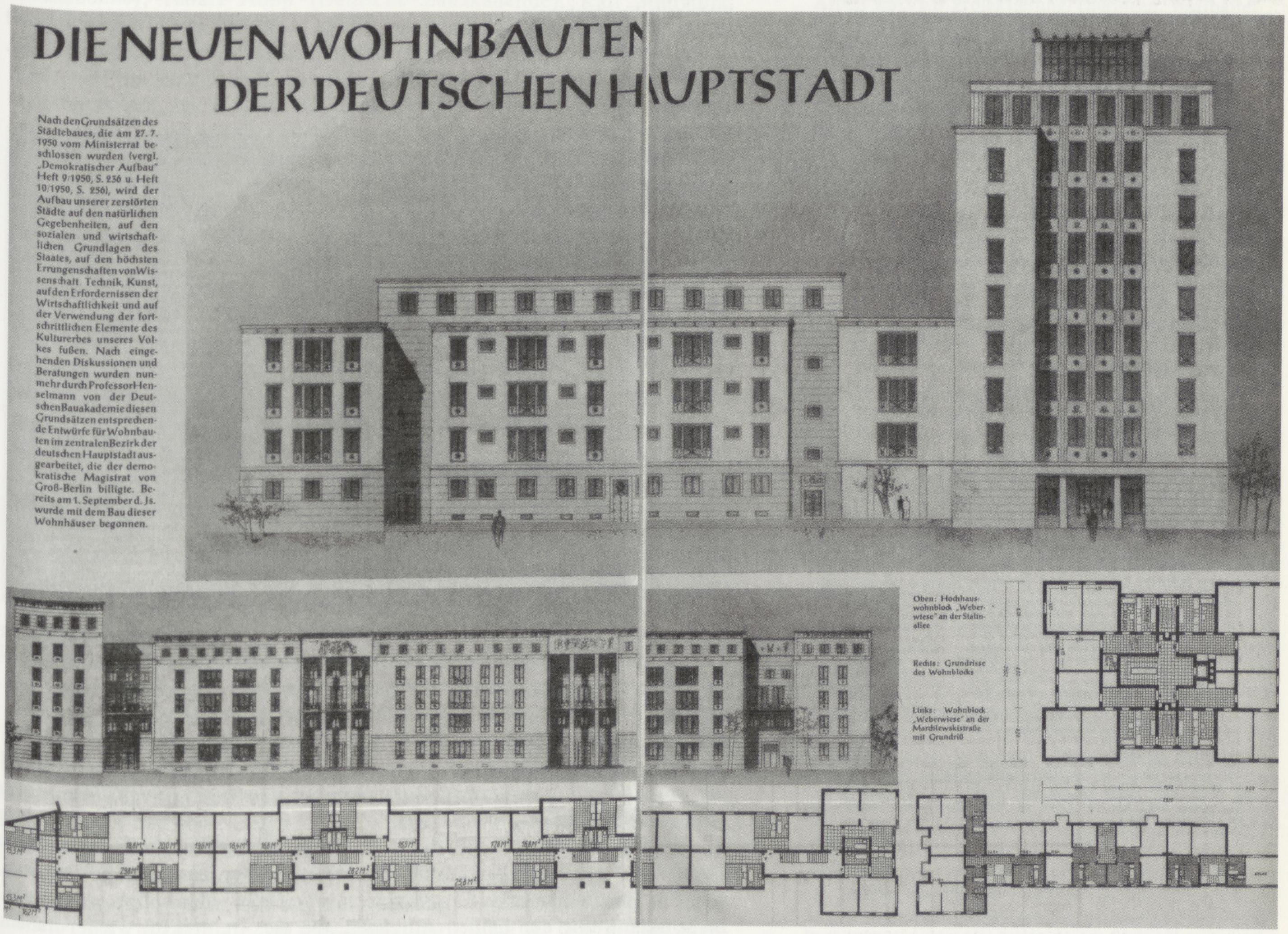
An die Geschehnisse der nächsten Tage erinnert sich Hermann Henselmann **1980**:

←A 34

Jedenfalls war das eine dramatische Wende, die sich in meiner eigenen Brust vollzog, wie ich überhaupt sagen möchte, um Kommunist zu sein, und ich bin, glaube ich, einer, das ist ein Begriff, der mich mit Stolz erfüllt, allerdings, aber ich brauche ja mit 75 Jahren nicht zu fürchten, daß ich damit unter das Berufsverbot bei euch komme, also daß man in einer revolutionären Periode, ganz gleich, in welcher man lebt, nicht nur eine ökonomische, eine politische und eine kulturelle Revolution durchlebt, sondern auch eine psychische. Ich mußte in mir einen völlig neuen Menschen gebären, um überhaupt in der Lage zu sein, diese Aufgabe zu schaffen, ich spürte wohl bei meinen Genossen, daß sie wollten, daß ich zu ihnen gehöre, sie wollten mich nicht abstoßen, trotz der scharfen Angriffe, die zum Beispiel auch im „Neuen Deutschland" gegen mich gerichtet waren, und als ich dann wütend, voller Wut im Bauch, diesen anderen Entwurf machte, denn ich hatte ja einen modernen Entwurf für die ganze Stalinallee gemacht, und nun für das Haus an der Weberwiese diesen Wettbewerb mitmachte, da sagte ich, na, wenn sie das wollen, dann können sie das auch haben; so eine Trotzhaltung, aber auch mit etwas Eitelkeit vielleicht durchsetzt, mindestens mit Selbstbewußtsein, da hab ich dann am nächsten Tag angerufen, mein Entwurf sei fertig, ich habe Jendretzky angerufen, das war damals der Erste Sekretär der Bezirksleitung, und dann Herrnstadt, den Chefredakteur des „Neuen Deutschland", der diesen unglaublichen Artikel gegen mich geschrieben hatte, die beiden gingen mit mir zusammen zu Ulbricht, und da waren Stoph und alle versammelt, und dann zeigte ich diesen Entwurf, die anderen waren inzwischen auch eingetroffen, und dann sagte Ulbricht: „Gut, dann baun wir ihn." Und da kamen Stoph und Jendretzki auf mich zu und umarmten mich und küßten



→B 55 Das 1829 von Schinkel entworfene und im Krieg zerstörte Feilnerhaus dient als Vorbild beim Fassadenentwurf des Hochhauses an der Weberwiese, v.a. die Verwendung von Baukeramik, die Proportionen und Einfassungen der Fenster, die vorspringenden Fassadenteile und das Abschlußgesims mit den Kreisornamenten



DIE NEUEN WOHNBAUTEN DER DEUTSCHEN HAUPTSTADT

Nach den Grundsätzen des Städtebaues, die am 27. 7. 1950 vom Ministerrat beschlossen wurden (vergl. „Demokratischer Aufbau" Heft 9/1950, S. 236 u. Heft 10/1950, S. 256), wird der Aufbau unserer zerstörten Städte auf den natürlichen Gegebenheiten, auf den sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates, auf den höchsten Errungenschaften von Wissenschaft, Technik, Kunst, auf den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit und auf der Verwendung der fortschrittlichen Elemente des Kulturerbes unseres Volkes fußen. Nach eingehenden Diskussionen und Beratungen wurden nunmehr durch Professor Henselmann von der Deutschen Bauakademie diesen Grundsätzen entsprechende Entwürfe für Wohnbauten im zentralen Bezirk der deutschen Hauptstadt ausgearbeitet, die der demokratische Magistrat von Groß-Berlin billigte. Bereits am 1. September d. Js. wurde mit dem Bau dieser Wohnhäuser begonnen.

Oben: Hochhauswohnblock „Weberwiese" an der Stalinallee

Rechts: Grundrisse des Wohnblocks

Links: Wohnblock „Weberwiese" an der Marchlewskistraße mit Grundriß

Hermann Henselmann (1950): Pläne für die Wohnbauten an der Weberwiese ←B 56

Herr Bratke, einer der ersten Mieter des Hochhauses, erinnert sich:

Ich habe am Bahnhof Prenzlauer Berg gewohnt, mit meinen Eltern zusammen hatten wir eine Eineinhalb-Zimmer-Wohnung. 1950 habe ich mit meiner Frau geheiratet, weil auch ein Kind unterwegs war, und da mußten wir notgedrungen in det halbe Zimmer von zehn Quadratmeter, also nicht ganz zehn Quadratmeter, mit unsere junge Familie da unser Quartier aufnehmen, da der Wohnungsraum also sehr begrenzt war. Auf Wohnungsamt gehen war so gut wie sinnlos, und da wurde hier dieses Haus gebaut, und ich hatte im Betrieb schon einen kleinen Namen gehabt, ich habe als Vorarbeiter gearbeitet in der Dreherei, und da legte der Oberbürgermeister Dr. Ebert fest, daß hier in dem Hochhaus nur verdiente Leute Wohnraum bekommen sollten, die schlechten Wohnraum haben, und daraufhin hat dann meine BGL (Betriebsgewerkschaftsleitung, d.V.) *mich angesprochen, ob ich Interesse hätte, 'ne Wohnung zu nehmen. Ich sage, na, Kinder, Mensch, ihr wißt ja, wie sauer ich wohne und naja, das geht in Ordnung. Hier haste 'n Stück Papier, schreib 'nen formlosen Antrag, und wie de wohnst und daß de Wohnraum brauchst. Hab ich ma hingesetzt, geschrieben, acht Tage später kommt, das war bald der 1. Mai 1952, da kam dann der BGL-Vorsitzende an und: Hermann, sagt er, es hat geklappt, du kriegst in dem neuen Baukomplex 'ne Wohnung. Und der 1. Mai kam ran, wir gingen 1. Mai feiern, und wie die Demonstration zu Ende war und wir kommen nach Hause, da stehen die Leute alle an die Wohnungstüre und: „Hallo, da kommt ihr ja", und gratulierten uns zu der Wohnung im Hochhaus. Ich sag': „Kinder, seid ihr verrückt?" – „Ja, du stehst in der Zeitung, du kriegst 'ne Wohnung in dem neuen Hochhaus an der Weberwiese." Und ich hatte im Laufe des Vormittags noch gar keine Zeit gehabt, in die Zeitung zu gucken. Tatsächlich stand in allen Tagespressen, „Berliner Zeitung" und „Neues Deutschland", stand es ganz groß drin, wer hier in diesem Hochhaus wohnt, waren alle namentlich aufgezogen, da war es nu eben passiert. (. . .)*

Und wie wir denn nu hier unten ankamen, war ein riesengroßer Menschenauflauf hier, weil sie alle gucken wollten, wie die Leute einzogen, und da gab's ein Riesengelächter, wie ich da mit meinem Handwagen ankam. Na, ich denke, lacht ihr mal, ich hab jedenfalls mein Gelumpe hier, und stellte den vor die Türe, und da ging das los: „Können wir tragen helfen?", denn die kamen sonst, ohne was in der Hand kamen die nicht ins Haus rein, die Leute, die draußen standen. Waren doch immer noch Aufpasser vorne, daß immer nur die rinkamen, die wirklich was drin zu suchen hatten im Haus, war ja alles neu. Und das hat gar nicht lange gedauert, das war beinahe wie so eine Kette, das ging immer so Treppe rauf und Treppe runter, und alles, was die Treppe raufging, hatte immer ein Stücke unter dem Arm.

– Ja, die waren ja nun neugierig.

Wie nu die Einzieherei selbst zu Ende war, kamen ja nun auch laufend Leute an, so ville Bekannte, wie da auf einmal aufkreuzten, die ich schon mein ganzes Leben lang nicht mehr gesehen hatte. „Können wir nicht mal raufkommen, können wir nicht mal die Wohnung sehen?" Und auch Fremde kamen. Aber wir sind dann auch angesprochen worden von Organisationen: „Habt ihr nicht mal Sonntag Zeit, können wir nicht mal mit einer größeren Gruppe kommen und mal das Haus besichtigen?" Aus der DDR und auch aus West-Berlin, da haben wir so manchen Sonntag so über 5000 Besucher hier durchs Haus geschickt. Ein Nachbarjunge hat den Fahrstuhlführer gemacht und ordnungsgemäß immer nur fünf rauf- und runtergefahren, und dadurch sind wir dahintergekommen, daß wir einen Sonntag 5000 Besucher hier durchgeschickt haben durchs Haus.

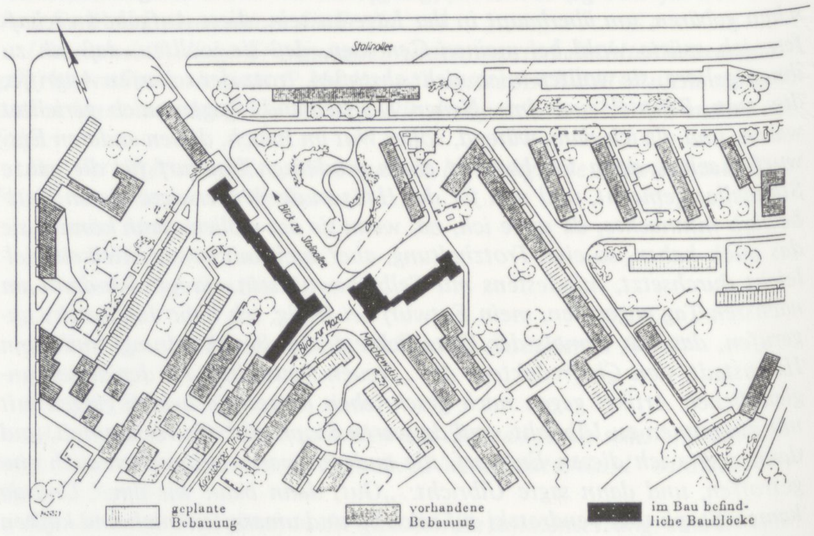
mich, so wie Breschnew geküßt wird, wenn er auf dem Flughafen in Schönefeld eintrifft, und freuten sich so ungeheuer, daß ich dort akzeptiert wurde, daß mich das innerlich sehr bewegt hat und berührt hat. Ich hab da was begriffen von dem, was man so Solidarität nennt.

←A 35

Edmund Collein bewertet den Entwurf für das Hochhaus an der Weberwiese so: *Dieser Entwurf zeigt erstmals den Versuch, bei der Gestaltung unserer neuen Wohnbauten an die Architektur historischer Berliner Wohngebäude anzuknüpfen. Typische Details des bekannten Feilner-Hauses von Schinkel wurden für die Fassade dieses ersten vielgeschossigen Wohnhauses im Berlin der Nachkriegszeit kritisch weiterentwickelt. Damit wurde ein neuer Weg für die Architektur unserer Wohnhäuser für die Werktätigen beschritten.*

→L 72

→S.12
→S.298



→B 57 Der Lageplan der Wohnbauten an der Weberwiese auf dem Gelände der ehemaligen Wohnzelle Friedrichshain

An der Weberwiese wird schon ausgeschachtet, bevor der Entwurf fertig ist. Mit dem Bau wird am **1.9.1951** begonnen, Richtfest ist am **19.1.1952**, und am **1.5.1952** werden die 33 Wohnungen mit je 65 qm und einer Miete von 90 Pfennigen pro qm den neuen Mietern übergeben. Es ziehen die Familien von 30 Arbeitern, einem Architekten, einem Lehrer und einem Volkspolizisten ein.

Der Architekt Rolf Göpfert, der im Kollektiv von Hermann Henselmann an dem Entwurf zur Weberwiese mitgearbeitet hat, erklärt den Symbolgehalt, den diese Bauten verkörpern sollten:

→L 73 *Diesen Gebäuden war von vornherein eine besondere Aufgabe zugewiesen: Die baukünstlerische Aussage sollte Aussage sein der Veränderung und des Neubaues unserer Gesellschaft, des Willens und der Herrschaft eines neuen Bauherrn, nämlich des werktätigen Menschen, der mit diesen Wohnbauten künftigen Wohlstand und die breiten Entwicklungsmöglichkeiten seiner demokratischen und auf den Frieden gerichteten Ordnung bereits andeutet.*

Einst manifestierten Kirche, Fürsten und Bürgertum ihre gesellschaftliche Trägerschaft im Bau, nunmehr bringt der werktätige Mensch die eigene in seinen Bauten zum Ausdruck. Das bedeutet, daß diese Bauten nicht allein der sachlichen Befriedigung eines Wohnbedürfnisses zu dienen haben, sondern daß sie darüber hinaus gesellschaftliches Dokument zu sein haben, für sich selbst und in der städtebaulichen Zueinanderordnung. Sie sollen ein Dokument neuer Inhalte aus politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Strukturwandel sein, so wie einst das gotische Münster, das bürgerstolze Rathaus der Renaissance, das barocke Schloß der Fürsten und auch noch die „Villa" des Kommerzienrats ihren jeweiligen geistigen Zeitinhalt dokumentierten.

Daß gerade dem Wohnhause die Aufgabe des Zeitdokuments zugewiesen wird, ist ein bedeutsames Kriterium der neuen gesellschaftlichen und humanitären Inhalte.

→L 74 *Dieses Haus wurde errichtet zum Behagen der Bewohner und Wohlgefallen der Passanten*, so lautete die erste Fassung der Inschrift von Bertolt Brecht, die über der Eingangstür angebracht werden sollte – durchaus im Einklang mit den beiden Aufgaben, die die Architektur wieder haben sollte.

4.2.5 Die Stalinallee, die erste sozialistische Straße Berlins

Das Hochhaus an der Weberwiese 1988

Am **31.7.1951** ist Einsendeschluß für den am **25.4.1951** ausgeschriebenen Wettbewerb zur Gestaltung der Stalinallee. Edmund Collein, einer der Preisrichter, die am **29.8.1951** tagen, faßt das Ergebnis zusammen:

Der vom Magistrat von Groß-Berlin ausgeschriebene große Wettbewerb für die Gestaltung der „Stalinallee" hat 43 Einsendungen gebracht, die in ihrer Qualität sehr unterschiedlich sind. Der übergroße Teil der Arbeiten bringt städtebauliche und architektonische Lösungen, die noch starke formalistische Tendenzen zeigen. Statt von einer großzügigen Gesamtkomposition auszugehen, verfallen die Verfasser in die Ausdruckslosigkeit des Zellenbaues und damit in den Charakter der Wohnsiedlungen der Weimarer Zeit. In diesen Arbeiten ist nichts zu spüren von der Anwendung guter Berliner Traditionen und ebensowenig von einem Verständnis für die wichtige städtebauliche Aufgabe der Stalinallee als eine der Hauptmagistralen Berlins. Die preisgekrönten Arbeiten haben im wesentlichen diesen Standpunkt überwunden, wenn sie auch noch keineswegs das Ergebnis brachten, das allen Anforderungen gerecht wird. Insbesondere ist eines der wesentlichsten Teilstücke der Stalinallee, der gegenwärtige Strausberger Platz, diese Eingangspforte in das Stadtzentrum, bisher ungelöst geblieben. Immerhin – in den preisgekrönten Entwürfen wurde der Beweis erbracht, daß durch eine gute städtebauliche Gliederung, eine ausgewogene Abwechslung in den Gebäudehöhen und durch eine Architektur, die nicht mehr von dem einzelnen Wohnungstyp beherrscht wird, sondern vom ganzen Gebäude ausgeht, eine Gestaltung der Straße gefunden wird, die dem Optimismus unserer neuen Gesellschaftsordnung Ausdruck verleiht. ←L 75 →B 58

Nach der langen Diskussion über den Unterschied zwischen „echter Baukunst" und „Eierkistenarchitektur" ist das Ergebnis bei 43 Einsendungen enttäuschend. Die fünf Preise, die vergeben werden, erhalten die Kollektive der Architekten Egon Hartmann (Erfurt), Richard Paulick (Deutsche Bauakademie), Hanns Hopp (Deutsche Bauakademie), Karl Souradny (Leipzig) und Kurt Leucht (Abteilung Städtebau im Ministerium für Aufbau).

Edmund Collein erklärt auf einer Pressekonferenz am 1.9.1951 die preisgekrönten Entwürfe des Wettbewerbs zur städtebaulichen Gestaltung der Stalinallee ←B 59

Am **1.9.1951** werden die Ergebnisse des Wettbewerbs auf einer Pressekonferenz im Berolinahaus vorgestellt. Am **5.9.1951** überreicht Oberbürgermeister Ebert die Preise. Keiner der fünf Entwürfe erscheint dem Preisgericht zur Ausführung geeignet: *Ich möchte hier abschließend im Namen aller Mitglieder des Preisgerichtes sagen, daß der vom Kollektiv Egon Hartmann erarbeitete und mit dem ersten Preis ausgestattete Entwurf noch keineswegs die Lösung, das von uns erstrebte endgültige Ergebnis ist. Sein Entwurf aber war von all den vorgelegten der reifste. Er brachte von allen Entwürfen die beste städtebauliche und architektonische Lösung. Der* ←L 76

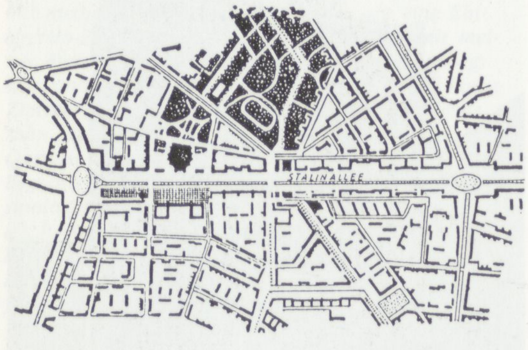
Egon Hartmann, Architekt, geb. **24.8.1919**. Nach dem Schulbesuch Militärdienst. **1942/43** Studium an der Hochschule der Bildenden Künste in Weimar. **1944–45** wieder Militärdienst, schwer verwundet. **1945–48** Fortsetzung des Studiums in Weimar, Diplom. **1948–50** selbständiger Architekt. **1951** städteplanerische Arbeit im VEB Projektierung/Thüringen. Bearbeitet den Abschnitt B der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee). Verläßt später die DDR.

Kurt Leucht, Architekt, geb. **8.6.1913** in Ellefeld/Vogtland, lebt in Dresden. **1928–32** Besuch der Staatl. Kunstschule in Dresden, **1933–42** erst angestellter, ab **1937** selbst. Architekt, **1942–45** Militärdienst, **1946–50** Leiter des Amtes für Stadtplanung in Dresden, **1950** Studienreise in die UdSSR, Leiter der Abteilung Städtebau im Ministerium für Aufbau, **1951** städtebauliche Planung der Stalinstadt (seit **1961** Eisenhüttenstadt), seit **1951** Mitglied der Deutschen Bauakademie, Direktor des Instituts für Städtebau. Projektierung des Abschnitts D der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee). Später Stadtarchitekt in Dresden.

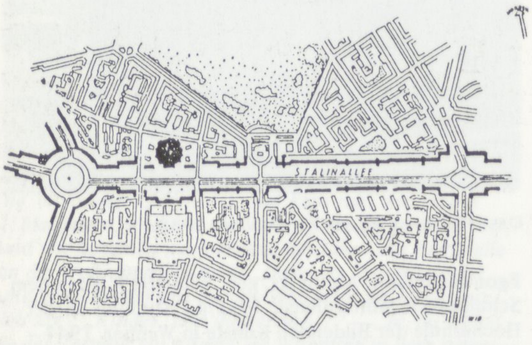
Richard Paulick, Architekt, geb. **7.11.1903** in Roßlau, gest. **1978** in Berlin (DDR). **1923–27** Studium TH Dresden und Berlin bei Dülfer und Poelzig. **1927** im Büro Gropius in Dessau. **1928** Übersiedlung nach Berlin, Mitarbeit beim Bau der Kantgarage. **1933** Emigration nach Shanghai, dort leitet er mit seinem Bruder erfolgreich das Büro für *modern homes*. **1949** Rückkehr nach Berlin (DDR). **1950** Abteilungsleiter am Inst. f. Bauwesen der Akad. der Wiss. **1951** Mitglied der Bauakademie, Direktor des Inst. f. Wohnbauten, Leiter der Meisterwerkstatt III, projektiert u.a. die Sporthalle und den Abschnitt C der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee). **1956–61** Chefarchitekt von Hoyerswerda, **1962–64** von Schwedt und Halle-Neustadt. Restaurierung und Wiederaufbau historischer Gebäude im Stadtzentrum von Berlin (DDR).

Karl Souradny, Architekt, geb. **27.9.1904** in Saaz (CSSR). Maurerlehre, **1920–24** Gewerbeschule in Pilsen, **1924–30** Studium TH Prag, **1930–34** Architekt, **1934–36** arbeitslos, **1936** Übersiedlung nach Leipzig, Arbeit als Bauleiter, **1942–43** Militärdienst, **1943–45** Bauingenieur. Nach **1945** im Hochbauamt in Leipzig, Bearbeitung großer Projekte wie Sportforum in Leipzig und Schwimmstadion in Berlin-Friedrichshain. Projektierung des Abschnitts F der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee).

Beiträge zum Wettbewerb zur Neugestaltung der Stalinallee (1951)

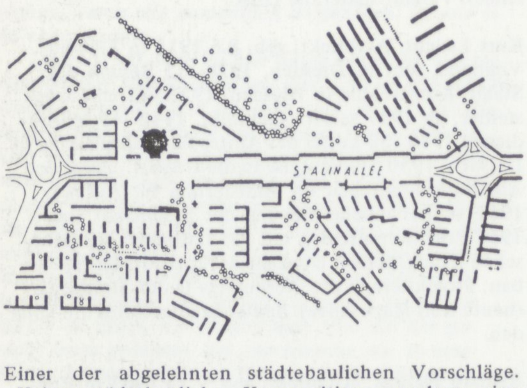


1. Preis – Kollektiv Hartmann, Erfurt. „Gute städtebauliche Gesamtlösung." ←B 60



→L 77

2. Preis – Kollektiv Paulick, Meisterwerkstatt der Deutschen Bauakademie. „Städtebauliche Gesamtlösung, Strausberger Platz mit betontem Eingang zum Zentrum." ←B 61



Einer der abgelehnten städtebaulichen Vorschläge. ,,Keine städtebauliche Komposition, sondern eine regellose Häufung von Zeilen, die an ein Legespiel mit Streichhölzern erinnert." ←B 62

Der Strukturplan, nach dem der Aufbau der Stalinallee 1952 beginnt, basiert auf einem Achsenkreuz und zwei Ringstraßen, die das Zentrum und den Zentralen Bezirk umschließen ←B 63

preisgekrönte Entwurf des Kollektivs Hartmann gibt also die Richtung an, in der wir sowohl auf städtebaulichen als auch auf architektonischen Gebieten weiterarbeiten müssen.

Die fünf Preisträger erklären sich bereit, gemeinsam aus den bisherigen Entwürfen einen Gesamtplan zu entwickeln. Zu den Preisträgern wird erneut Hermann Henselmann hinzugezogen, der zwar zu dem Wettbewerb noch einen *formalistischen Entwurf* eingereicht, sich aber durch den Entwurf zur Weberwiese wieder qualifiziert hatte.

Für die jetzt zu beginnende Arbeit der sechs Kollektive wird der 1,8 km lange Teil der Stalinallee zwischen den beiden Straßenringen, also zwischen Bersarinstraße und Strausberger Platz, in sechs Abschnitte unterteilt. Jeder dieser Abschnitte umfaßt zwei sich gegenüberliegende Baublöcke, die so, von einem Architektenkollektiv geplant, gestalterisch aufeinander bezogen werden können. Der Block A, der Strausberger Platz, wird von Hermann Henselmann, die Blöcke B bis F von den Kollektiven Hartmann, Paulick, Leucht, Hopp und Souradny bearbeitet, während die Gestaltung des östlichen Platzes an der Kreuzung Bersarinstraße zunächst noch zurückgestellt wird. Die nun begonnene Planung beschränkt sich vor allem auf die Gestaltung der Allee, im Gegensatz zu den Wettbewerbsentwürfen, die auch Aussagen zu den Wohngebieten nördlich und südlich der Stalinallee enthielten. Diese Beschränkung ist allein wegen des Zeitdrucks notwendig: Im **Januar 1952** soll bereits mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Einen guten Einblick in den Arbeitsprozeß, der zu den Plänen für die Stalinallee führt, gibt der Werkstattbericht von Hanns Hopp, der mit seinem Kollektiv die beiden Blöcke des Abschnitts E gestaltet.

Der im Sommer 1951 vom Magistrat Groß-Berlin ausgeschriebene Wettbewerb zur Bebauung eines Abschnittes der Stalinallee brachte für uns Architekten die erste Berührung mit einer neuen und ungewöhnlichen Aufgabe. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Baukunst standen wir Architekten vor der Aufgabe, Wohnstätten für die werktätigen Massen als große repräsentative Gebäude in einem monumentalen städtebaulichen Ensemble zu schaffen. In der Gestaltung dieses Ensembles sollen sich gesellschaftliche Ideen von umfassender Bedeutung verkörpern; denn diese Bauten werden ein unwiderlegbares Dokument unseres friedlichen nationalen Aufbauwillens sein. Der Name der Straße, an der dieses Werk entstehen wird, verpflichtet zu höchster Leistung. Die Klarstellung der grundlegenden Ideen und ihre Diskussion standen am Anfang des schöpferischen Prozesses. Der schwerste Teil der Arbeit blieb jedoch die Bewältigung der praktischen Aufgabenstellung, nämlich die Schaffung von etwa 2000 Zwei- und Dreizimmerwohnungen, die allen Anforderungen des alltäglichen Lebens genügen müssen und die zugleich durch Schönheit und Größe der architektonischen Gestaltung unseren gesellschaftlichen Ideen Ausdruck verleihen.

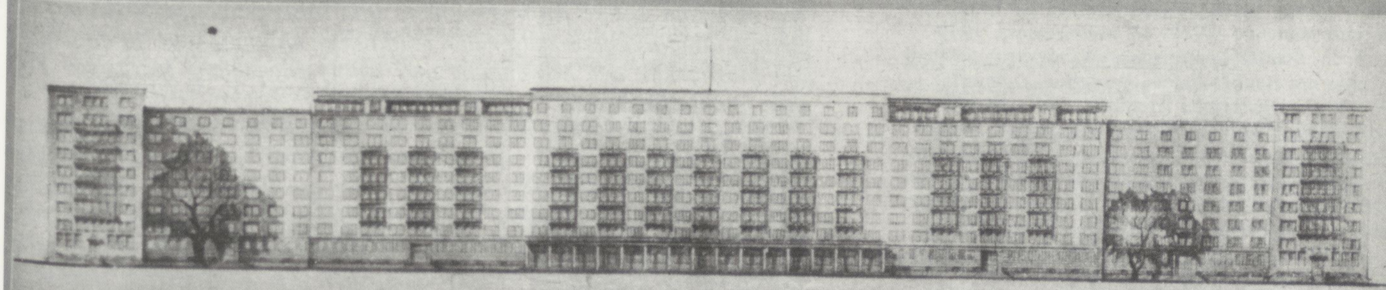
Die Analyse der im Wettbewerb gestellten Aufgabe ergab, daß sich unser Kollektiv zunächst mit der städtebaulichen Komposition der Stalinallee beschäftigte, um eine klare Vorstellung über die Verteilung und die Gliederung der einzelnen Baumassen, über ihre städtebaulichen Proportionen zu gewinnen. Die Straße mußte als Ganzes eine feste Monumentalität erhalten, wenn der Ideengehalt der Aufgabe sichtbar werden sollte. „Die Sorge um den Menschen" war hier mit baukünstlerischen Mitteln darzustellen.

In unserer Wettbewerbsarbeit fand die architektonische Gestaltung eines Blockes die uneingeschränkte Zustimmung des Preisgerichtes. Das Studium der nationalen Traditionen, soweit vergleichbare Aufgaben – natürlich in kleinerem Ausmaße – früher vorkamen, hatte uns die Erkenntnis gewinnen lassen, daß man nicht durch eine mechanische Aneinanderreihung gleicher Elemente zu einer lebendigen Gestaltung solcher Wohnblöcke kommen kann, sondern nur dadurch, daß man unter Wahrung einer dem Innern entsprechenden gleichmäßigen Struktur den ganzen Block als eine einheitliche Komposition behandelt.

Die Diskussion über unsern Entwurf innerhalb unseres Kollektivs und die Kritik, die an ihm geübt wurde, ließen uns erkennen, daß dennoch ein gewisser Schematismus übriggeblieben war, daß es uns noch nicht gelungen war, frühere Vorstellungen über den Wohnungsbau aus der Vergangenheit gänzlich zu überwinden.

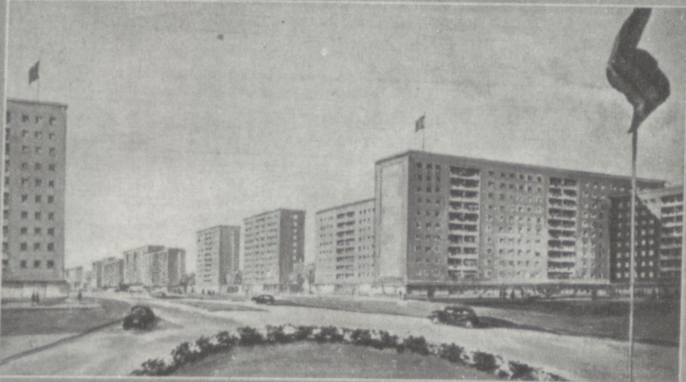
Die künstlerische Durchdringung reichte bei diesem ersten Entwurf noch nicht in eine genügende Tiefe, um diesen Schematismus ganz zu überwinden. Wir waren uns jedoch klar darüber, daß diese Überwindung nicht

Ein anderes Berlin, als das unter dem Bombenhagel in Schutt und Asche gesunkene, wird wiedererstehen. Die beste städtebauliche und architektonische Lösung im Wettbewerb für die Bauten in der Stalinallee brachte der preisgekrönte Entwurf des Kollektivs Egon Hartmann. Die gut gegliederten Fassaden an dieser großzügig durchgeführten Straßenflucht zeigen den Charakter des großstädtischen Wohnhauses. Gute deutsche Bautradition liegt diesem schönen Entwurf zugrunde. Die Wohnungsgrundrisse bestehen vornehmlich aus Zwei- bis Dreizimmerwohnungen. Ja, so wollen und werden wir wohnen, neue Menschen in neuen Häusern, die unseren Bedürfnissen, unserem Schönheitssinn und unserem Lebensgefühl in jeder Hinsicht gerecht werden



Repräsentativ und klar wirkt dieser vielgeschossige Häuserblock, der den dritten Preis erhielt. Entwurf: Kollektiv Prof. Hopp, Meisterwerkstatt der Deutschen Bauakademie. Unsere Umgebung gewinnt eine neue, würdige Form, die dem Leben im neuen demokratischen Deutschland angepaßt sein wird. „Zu schön für uns", sagten einige Arbeiter beim Anblick dieser Entwürfe. Zu schön? Warum soll, wer solche Häuser baut, nicht auch darin wohnen? Die Zeit, da einige wenige Privilegierte in Palästen lebten, während für den Arbeiter allenfalls schuhkartonähnliche Gebilde aus „Spucke und Asche" gut genug waren, ist für immer vorbei. Das Beste ist gerade gut genug für den schaffenden Menschen, dieser Grundsatz gilt auch für den Häuserbau in unserer Republik

So soll es nicht aussehen, unser Berlin. Die Straßenfront wird zur Nebensache durch die vor den der Straße abgekehrten Häusern errichtete „Mauer". Auch der Grundriß ist mangelhaft durchdacht. Dunkle Korridore führen zu den Wohnungsaufgängen



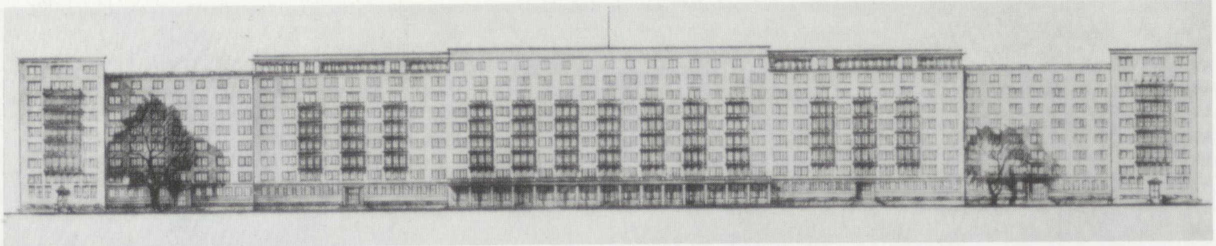
Kalt und kahl sehen diese langweilig angeordneten kastenförmigen, in den Wohnungsgrundrissen zwar einwandfreien Häuser aus. Der Stil zeigt überholte Formen der Weimarer Zeit, die das Stadtbild eintönig machen. Solche Wohnhäuser lehnen wir ab

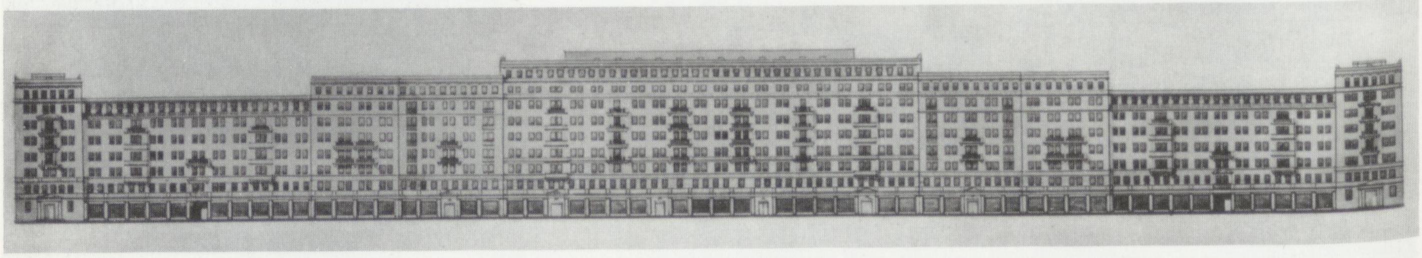
BERLINS NEUES GESICHT

„Arbeiterwohnungen" — dieser Gedanke rief bis vor kurzem die Vorstellung von „auf billig" lieblos zusammengeschusterten Neubaublocks oder von grauen, schmutzigen Mietskasernen mit vielen Hinterhöfen und verwahrlosten, resignierten Bewohnern hervor, wie sie Zille in „Mein Milljöh" so anklägerisch gezeichnet hat. — Heute bauen wir wieder Arbeiterwohnungen, aber — welch ein Unterschied! Breite Straßen mit gepflegten Grünanlagen, repräsentative Wohnblocks mit schön gegliederten Fronten, gut aufgeteilte Wohnungen mit allem Komfort — so werden die Werktätigen im neuen Berlin leben. Der Wettbewerb zur Erlangung von Bauvorschlägen für d:e Gestaltung der Stalinallee zeitigte eine Reihe schöner Ergebnisse, die ganz bewußt wegführen von dem „Neubaustil" vergangener Jahrzehnte, der nur dem Gewinn privater Siedlungsgesellschaften diente. Die geplanten Bauten an der Stalinallee stellen den Beginn einer neuen deutschen Wohnkultur dar, die des schaffenden Menschen in jeder Weise würdig ist.

In der Vogelschau fügen sich die Bauten auf diesem Entwurf (2. Preis. Kollektiv Prof. Paulick, Meisterwerkstatt der Deutschen Bauakademie) zu einem übersichtlichen, organischen Ganzen. Der Strausberger Platz liegt mit den Straßenführungen und den Gebäudeschwerpunkten so, daß in jeder Richtung Blickpunkte geschaffen sind *Aufnahmen: Horst E. Schulze*

Bericht der „NBI" über die Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge zur Gestaltung der Stalinallee im September 1951 ←B 64





Kollektiv Hopp (Meisterwerkstatt II der DBA) 1951: Wettbewerbsentwurf für einen Wohnblock an der Stalinallee (oben) und endgültige Fassadengestaltung des Wohnblocks E-Nord (unten)
←B 65

Hans Hopp, Architekt, geb. 9.2.1890 in Lübeck, gest. 1971 in Merlin (DDR). 1909–13 Studium in Karlsruhe und München, 1914–18 Militärdienst, 1919 Mitarb. im Stadterweiterungsamt Königsberg, 1920–26 Leiter des Baubüros der „Deutschen Ostmesse". 1927–40 freischaffender Architekt, 1940–45 Militärdienst. 1946–49 Direktor der Hochschule f. angew. Kunst, Burg Giebichenstein in Halle. 1950 Leiter der Abt. Hochbau im Institut für Städtebau und Hochbau im Ministerium für Aufbau. 1951 Mitglied der Bauakademie, Direktor des Inst. für Architektur von Bauten der Gesellschaft, Leiter der Meisterwerkstatt II. Projektierung des Abschnitts E der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee). 1951–57 Präsident des BDA der DDR.

Hermann Henselmann, Architekt, geb. 3.2.1905 in Roßla/Harz, lebt in Berlin (DDR). Tischlerlehre, 1923 Handwerkerschule in Berlin, 1927 Arbeit als Architekt in Kiel, 1929 bei Leo Nachtlicht in Berlin, ab 1931 selbständig, 1933 Ausschluß aus der Reichskammer der Bild. Künste. 1945 Kreisbaurat in Gotha, Direktor der Hochschule für Architektur in Weimar. 1949 Berufung an das Institut für Bauwesen der Akad. d. Wiss. in Berlin (DDR). 1951 Mitglied der Deutschen Bauakademie, Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Architektur, Leiter der Meisterwerkstatt I. 1953–59 Chefarchitekt von Berlin (DDR), 1964–66 Chefarchitekt der VEB Typenprojektierung. 1966–70 Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie. Maßgeblich an der Konzeption des neuen Stadtzentrums für Berlin (DDR) beteiligt.

Alexander Wassiljewitsch Wlassow, Architekt, geb. 1900, gest. 1962 in Moskau. Studium in Moskau, 1929–32 in der Architekturver. WOPRA, 1944–50 Chefarchitekt v. Kiew, 1950–55 Chefarch. v. Moskau, 1955–56 Präsident der Akademie der Architektur der UdSSR.

Sergej Jegorowitsch Tschernyschew, Architekt, geb. 1881, gest. 1963. Baut in Moskau 1926 das Institut für Marxismus-Leninismus.

durch äußerliche und willkürlich angebrachte Dekoration geschehen könne. Wir richteten unsere Aufmerksamkeit und unser Studium erneut auf die Lehren, die uns unsere nationalen Traditionen anboten, und wir erkannten die Möglichkeit der Anwendung und Weiterentwicklung klassischer Formen unserer Baukunst.

Wir erkannten immer deutlicher, daß wir uns sehr wohl dieser Formen bedienen können, wenn wir sie dazu benutzen, um die grundlegenden künstlerischen Proportionen unserer Gebäude, die wir aus der ideellen Erkenntnis unserer Aufgabe bereits abgeleitet hatten, organisch zu entwickeln. Dabei bemerkten wir, wie außerordentlich elastisch und variationsfähig die klassischen Einzelformen sind, und wir begriffen, warum sie so oft in der Geschichte der Baukunst am Anfang einer neuen Epoche wieder entdeckt und wieder angewandt wurden. Der Prozeß des Entwurfes wurde für uns keine Angelegenheit der Intuition und des zufälligen Einfalls, sondern eine mit wissenschaftlicher Konsequenz aufgebaute Entwicklungsarbeit. Wir stellten uns selbst die Forderung, daß der Architekt über jede dekorative Einzelheit, über jede Gestaltungsmaßnahme überhaupt sich selbst Rechenschaft ablegen müsse, warum diese Formen und warum sie gerade an dieser Stelle angewandt wurden. Das befähigte uns, die Einzelheiten, welche Überlieferung und Tradition uns gaben, in freier Kombination zu verarbeiten. Es ist nach unserer Überzeugung nicht Aufgabe der Baukunst, unbedingt und um jeden Preis etwas „Neues", noch nicht Dagewesenes, zu entwerfen, sondern eine lebendige und liebevolle Beziehung zu den alten Formen zu gewinnen, denn sie allein sprechen eine Kunstsprache, die dem ganzen Volke verständlich ist. Das schließt nicht aus, daß diese Formen im Rahmen der neuen Gesamtkomposition und der veränderten Verhältnisse ständig weiterentwickelt und gegebenenfalls auch verändert werden.

Die Pläne der sechs Kollektive werden während des vom 9.–11.12. 1951 in Berlin veranstalteten *Ersten Deutschen Architektenkongresses* vorgestellt. Zu diesem Kongreß ist auch eine Delegation aus der UdSSR angereist. Wlassow, der Chefarchitekt Moskaus, und Tschernyschew, Vizepräsident der Akademie für Architektur in Moskau und Sekretär des Bundes der Sowjetarchitekten, werden um *schonungslose Kritik* gebeten, die sie sehr genau formulieren und die auch die dekorativen Einzelheiten einbezieht. Allgemein stellt Tschernyschew fest:

→L 78 *Straßen und architektonische Ensembles können sehr verschiedenartige Wirkungen auf das Bewußtsein der Menschen ausüben. Es gibt Bauten und Straßen, die den Menschen Angst einflößen, die sie bedrücken, erdrücken und erschrecken. Beispielsweise die Kasernenarchitektur des italienischen Faschismus. Sie verkörpert die Aggression. Hier ist die Architektur ein Feind des Menschen.*

Aber hier bei Ihnen handelt es sich um die Straße, die den Namen Stalins trägt. Die Straße muß also die Idee der Menschlichkeit ausdrücken. Die Architektur muß Lebensfreude und hohe Gefühle erwecken. In ihr muß die Sorge für den Menschen zum Ausdruck kommen. Diese Architektur muß der Freund des Menschen sein!

Wie ihre Kritik aufgenommen wird, läßt sich gut an dem Bericht ablesen, den Hermann Henselmann über das Zustandekommen des Planes für den Strausberger Platz gibt:

Als dem Verfasser die Aufgabe gestellt wurde, den Strausberger Platz ←L 79 *zu gestalten als einen wichtigen Bestandteil der gesamten Stalinallee, kam es ihm also darauf an, mit diesem Entwurf durch architektonische Bilder, die unserem Volke vertraute Symbole ihres gesellschaftlichen Lebens sind, die Ideen des Sozialismus auszudrücken und gleichzeitig von der Einheitlichkeit der gesamten städtebaulichen, künstlerischen Konzeption auszugehen, von der die Stalinallee ein Teil ist. Das ist die Idee dieser Bauten: Die schöpferischen Kräfte des Menschen tragen den Sieg über Trümmer, Krieg und Elend davon. Diese Idee soll durch ein Pathos wirken, das den Glauben an die eigene Kraft stärkt und den Willen zum Handeln weckt. Bei den Überlegungen, welche architektonischen Bilder am deutlichsten diese Idee vermitteln könnten, schwebte dem Verfasser die Vorstellung von Türmen vor, die sich auf eine sehr bestimmte und kräftige Weise in den Platz einordnen sollten. Der Turm ist unserem Volke – wie kaum einem anderen – Ausdruck von Standhaftigkeit, Dauer und aufstrebender Kraft. Auch die Sprache des Volkes benutzt den Begriff des Turmes in seiner Sprache, um diese gleichen Inhalte auszudrücken. Besonders angeregt wurde der Verfasser durch eine Bemerkung der sowjetischen Architekten Tschernyschew und Wlassow, die von einer Besichtigung Quedlinburgs und Meißens sehr beeindruckt berichteten und darauf hinwiesen, wie sehr die Vertikale im Stadtbild, ausgedrückt durch die Türme des Doms, Bestandteil unserer nationalen Tradition ist.*

Dem Verfasser drängte sich jedoch noch ein weiteres Bild bei der Beschäftigung mit der Planungsaufgabe auf, und zwar das des Tores. Dieser Torgedanke entstammt der Beschäftigung mit der architektonischen Übersetzung der Idee des ganzen Bauwerkes und mit der städtebaulichen Gesamtkonzeption. Man betritt vom Strausberger Platz aus das Zentrum der Hauptstadt, so daß eine gewisse Steigerung des Gefühles beim Betrachten der Stadt an dieser Stelle durchaus notwendig ist. Weiterhin soll dem Betrachter der Bauwerke mit dem Durchschreiten einer Torsituation der Eindruck vermittelt werden, daß er das Zentrum einer Stadt betritt, die einer in Frieden und Freiheit lebenden sozialistischen Gesellschaft angehört. Das Tor als architektonisches Bild ist immer Symbol für den Beginn von etwas Neuem. Die Darstellung des Torgedankens ist ein wichtiger Bestandteil der Berliner Traditionen. Wir haben zahlreiche erhaltene Beispiele dafür, wie in der frühen Zeit der Städte das erstarkende Bürgertum sich durch Tore im Stadtbild architektonisch repräsentiert. Auch unser Berlin hatte solche Denkmäler, die sich mindestens in den Straßennamen noch im Gedächtnis bewahrt haben. Aber auch die spätere Zeit schuf Bauten von besonderer Eigenart, die dieses Bild des Tores zum Gegenstand ihrer Darstellung haben. Das „Brandenburger Tor" ist fast zum Symbol der ganzen Hauptstadt geworden. Aber auch Gilly und Schinkel beschäftigten

Hermann Henselmann (1951): Erster Vorentwurf zur Gestaltung des Strausberger Platzes ←B 67

→B 66 Sergej Tschernyschew (links), Kurt Liebknecht (Mitte) und Walter Ulbricht (rechts), der die Neugestaltung des Marx-Engels-Platzes erklärt

Kurt Liebknecht erinnert sich 1986 an die Kritik der Moskauer Kollegen

→L 80 *Ich berichtete schon, daß über die Entwürfe für die Stalinallee im September 1951 entschieden worden war. Nun wurden die Projekte der Preisträger in den Zeitungen vorgestellt und sowohl unter der Bevölkerung als auch in Architektenkreisen diskutiert. Im „Neuen Deutschland" äußerten sich auch zwei sowjetische Architekten, der Chefarchitekt Moskaus, Wlassow, und der Mitschöpfer der Moskauer Universität, Professor Tschernyschew.*

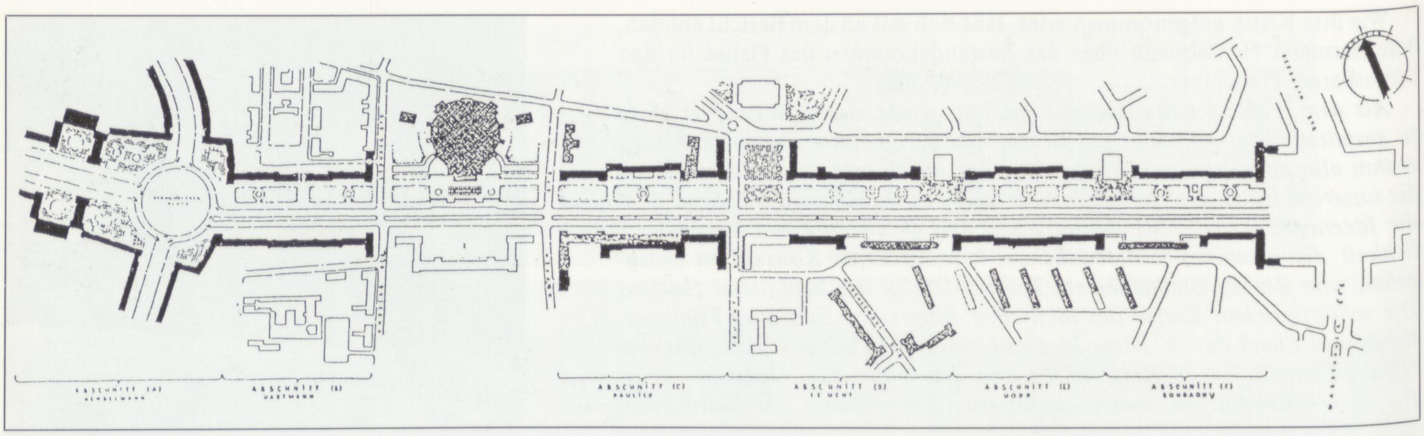
Professor Tschernyschew forderte, daß diese Straße die Idee der Menschlichkeit ausdrücken müsse. „Die Architektur muß Lebensfreude und hohe Gefühle erwecken. In ihr muß die Sorge für den Menschen zum Ausdruck kommen. Diese Architektur muß der Freund der Menschen sein."

Er kritisierte, daß in dem Entwurf die Kulturgebäude (Kino und Restaurant) noch nicht entworfen, sondern nur als leere Vierecke zu erkennen seien. Sie müßten unbedingt mit der Gesamtkomposition der Straße übereinstimmen und möglichst etwas zurückgesetzt entstehen. Auch sollten beide Straßenseiten in einer organischen Beziehung zueinander stehen. Der Abschluß des Strausberger Platzes nach dem Alexanderplatz zu sollte wie ein abschließendes Monument wirken, „wie ein gewichtiger Akkord in einem musikalischen Satz".

Auch Chefarchitekt Wlassow meinte, daß die Allee, je mehr sie sich dem Zentrum nähere, um so monumentaler werden müsse, „um so mehr Kraft muß sich in ihr konzentrieren". Er betonte die Bedeutung des Erdgeschosses und schloß sich Professor Tschernyschew an, der eine große Front von Schaufenstern anregte, „deren Beleuchtung am Abend die Schönheit des Gesamtbildes auch zu dieser Tageszeit sichert".

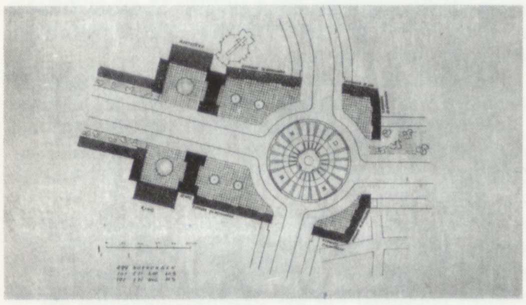
Beide gingen auf Details ein: Der Strausberger Platz solle durch eine Fontänenanlage oder Skulpturengruppe nach allen vier Straßenzugängen hin ein schönes Bild gewähren. Um ökonomisch zu bauen, sollten Häuser mit Lift mindestens acht Geschosse haben. Um die sehr unschöne Architektur der beiden Laubenganghäuser unsichtbar zu machen, könne man in der Linie der Straßenfront Reihen von 30- bis 40jährigen Bäumen pflanzen. Zum Schluß kam dieser Hinweis von Chefarchitekt Wlassow: „Das gute Gelingen des Gesamtwerkes hängt in entscheidendem Maße von der Pflege der Bauarbeiter-Kader ab. Sie müssen gut wohnen, und ihre kulturelle Förderung an Ort und Stelle muß gewährleistet sein."

Wenn man die heutige Karl-Marx-Allee entlanggeht, wird man mit Erstaunen feststellen, wie viele dieser Anregungen verwirklicht wurden: der Ringbrunnen mit der 18 Meter hohen Mittelfontäne auf dem Straus-

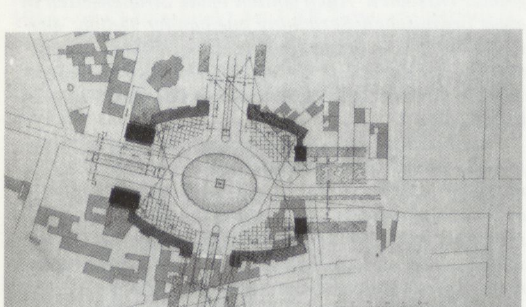


Lageplan der Stalinallee zwischen Strausberger Platz und Bersarinstraße, wie er am 23.12.1951 im „Neuen Deutschland" erscheint ←B 68

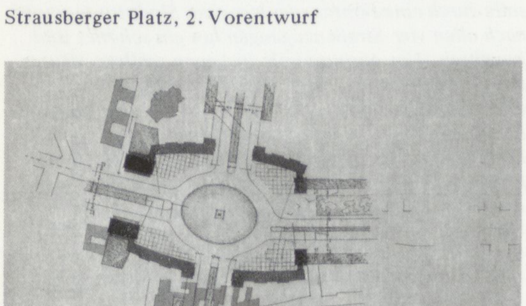
berger Platz aus der Werkstatt des Meisters Fritz Kühn nach Entwürfen von Heinz Graffunder, das von der Straße zurückgesetzte Kino „Kosmos" von Josef Kaiser, die durchgehende Schaufensterfront. Die von unseren sowjetischen Kollegen geforderte organische Beziehung beider Straßenseiten zueinander hatte uns bewogen, die erst nur einseitig geplanten Geschäfte nunmehr auf beiden Straßenseiten anzuordnen. Selbst die Pappeln vor den Laubenganghäusern sind gepflanzt und inzwischen groß geworden. Die Laubenganghäuser selbst stellen längst ein Architekturdenkmal dar, wenn sie sich auch nach wie vor recht auffällig von der sonst so einheitlich gestalteten Straße abheben.



Strausberger Platz, 1. Vorentwurf ←B 69



Strausberger Platz, 2. Vorentwurf ←B 70



Strausberger Platz, Ausführungsentwurf ←B 71

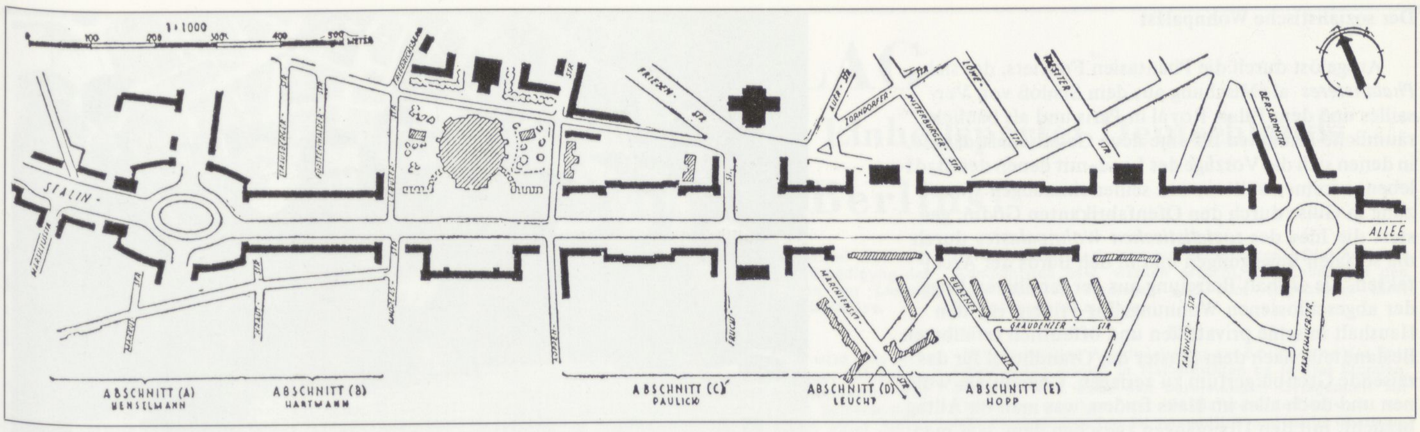
sich in ihren Entwürfen wiederholt mit diesem Thema. Ich erinnere an die Entwürfe für den Leipziger Platz von Gilly und für das Tor an der Langen Brücke von Schinkel. Gerade Schinkel wurde von diesem Bild sehr häufig angezogen. Die „Neue Wache" und das „Alte Museum" nehmen in der Eingangssituation ebenfalls das Bild eines sehr feierlichen Tores auf. Den Verfasser beschäftigte also diese Verschmelzung zwischen Turm und Tor als Ausgangsthema für seinen Entwurf, wobei speziell die Turmsituation Bestandteil der Gesamtplanung sein mußte. Diese Gesamtplanung sieht bekanntlich einen Kranz von Hochhäusern um das zentrale Gebäude auf dem Marx-Engels-Platz vor.

Nun sind Turm und Tor an sich einander widerstreitende Themen. Es liegt jedoch im Wesen der künstlerischen Darstellung, daß aus diesem Widerspruch sich die künstlerische Bewältigung des Stoffes ergibt.

In diesem Stadium der schöpferischen Tätigkeit setzten die ersten Skizzen ein, nachdem der Verfasser die Turm- und Torsituationen, soweit sie Bestandteil unserer nationalen Tradition sind, besonders eingehend studiert hatte, um sie nach diesem Studium einer neuen und höheren Synthese zuzuführen. In diesen ersten Skizzen machte der Verfasser den Versuch, durch die Gestaltung zweier turmartiger Hochhäuser, welche die Einführung der Stalinallee zum Alexanderplatz hin flankieren, und durch eine trapezförmige Anlage des gesamten Platzes den Beschauer gewissermaßen auf das Tor hinzuführen. Auf diese Weise sollte eine festliche und feierliche Einführung für das neue sozialistische Berlin geschaffen werden. Einige Modellskizzen verdeutlichten den Entwurfsgedanken.

Bereits in diesem Stadium machte der Verfasser die für den Aufbau der Hauptstadt Verantwortlichen mit seinen Gedanken bekannt und ebenso die breitere Öffentlichkeit durch anschauliche Darstellungen in der Presse. Außerdem bot sich durch die Gelegenheit des Besuches der sowjetischen Architekten in Berlin die Möglichkeit, die Kritik dieser in der Anwendung der Methode des sozialistischen Realismus viel erfahreneren Kollegen entgegenzunehmen. Diese Kritik hat eine höhere Qualität als die bisher übliche Verhaltungsweise gegenüber architektonischen Entwürfen, denn die Übereinstimmung in den Grundprinzipien gibt die Möglichkeit, die Logik des Entwurfes gemeinsam nachzuprüfen und im Gespräch zu vertiefen. Natürlich kommt das dem Künstler und seinem Entwurf unbedingt zugute. Im Laufe dieser kritischen Auseinandersetzung kamen wir alle zu der Überzeugung, daß die Herausarbeitung der Torsituation, wie sie im ersten Entwurf vorgeschlagen wurde, der Stalinallee einen Schlußpunkt gebe, der nicht beabsichtigt ist. Die Stalinallee soll bekanntlich am Alexanderplatz enden. Der Grundgedanke des Verfassers, Turm und Tor miteinander zu verschmelzen, wurde durchaus akzeptiert. Man wurde sich jedoch darüber einig, daß der Strausberger Platz zwar eine deutliche Zäsur im städtebaulichen Gesamtgepräge darstellen, aber doch die Weiterführung der Stalinallee deutlich erkennen lassen soll. Innerhalb unseres Planer-Kollektivs hatte inzwischen Prof. Paulick für die städtebauliche Lösung einen Vorschlag gemacht, der ein Oval vorsah mit davorliegenden Lauben, die auf zwei Hochhäuser zuliefen. Dieser Vorschlag wurde zum Beschluß erhoben und bildete die weitere Planungsgrundlage für den Verfasser.

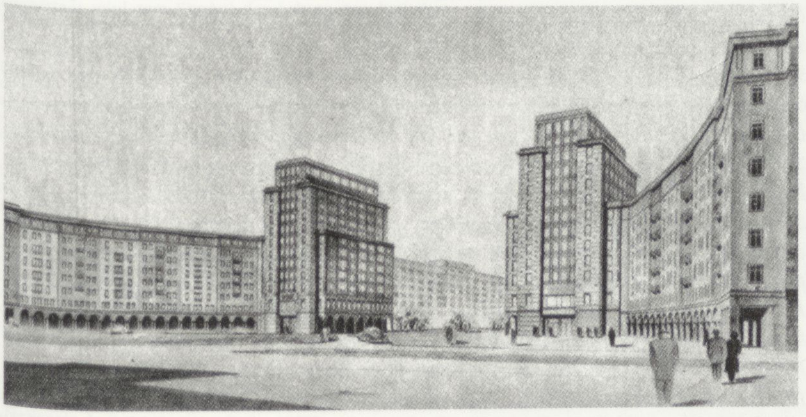
Der endgültige Entwurf geht von der Schwingung der Platzwände aus, die einmal von den Hochhäusern im Westen und ein andermal von zwei Turmhäusern im Osten aufgenommen werden. Diese Platzwände werden



Lageplan der Stalinallee nach der Diskussion mit den sowjetischen Architekten, wie er am 20.1.1952 in der „Berliner Zeitung" erscheint ←B 72

unterbrochen von einer um das gesamte Zentrum herumführenden Ringstraße. Diese Einführung der Ringstraße in den Platz wird durch eine leichte Erhöhung der Ecken sinnfällig gemacht.

Die beabsichtigte festlich heitere Note veranlaßte uns, die Arkaden nicht allzu stark vorspringen zu lassen und entsprechend massiv auszubilden. Es kam dem Verfasser darauf an, die Schwingung der Seitenwände nicht durch einen allzu starken Vorbau zu überschneiden und damit abzuschwächen. Infolgedessen wurden die Bögen den eigentlichen Platzwänden schwach vorgesetzt als eine das Oval begleitende Bewegung, als ein architektonisches Gestaltungselement, das dem Schaufenster, in welchem die Produktion der Werktätigen zur Schau gestellt wird, eine entsprechende festliche Umrahmung gibt. Diese Platzwände durchdringen gewissermaßen die Hochhäuser und bilden ihre Fortsetzung an ihren Seiten. Sie deuten auf diese Weise die Fortführung der Straße an, sie geben durch ihre Abmessung den nachfolgenden Gebäuden den Maßstab.



Hermann Henselmann (1952): Ausführungsentwurf zur Gestaltung des Strausberger Platzes ←B 73

Edmund Collein erklärt, wie mit dem Bau der Stalinallee die Überwindung der kapitalistischen Stadt eingeleitet werden soll:

←L 82 *Der Stadtbezirk Friedrichshain als typischer Arbeiterbezirk des Ostens ist ein Beispiel des kapitalistischen Städtebaues. Bei der Anlage dieser Mietskasernenviertel trat an die Stelle städtebaukünstlerischer Erwägungen die nackte Profitgier der Bodenspekulation. Die Erweiterung der Stadt geschah nicht organisch im Anschluß an das historisch entstandene Stadtzentrum, so daß die damalige Frankfurter Allee, die Hauptstraße dieses Bezirks, sich am Strausberger Platz totlief und keine ihrer Bedeutung entsprechende Fortsetzung zum Zentrum hin fand. Der aus dem absolutistischen Berlin stammende und nur als Fragment verwirklichte Plan, die Frankfurter Allee ähnlich der Straße Unter den Linden als repräsentative Verbindung der Residenz mit dem Schloß Friedrichsfelde auszubauen, wurde im kapitalistischen Berlin nicht weiter verfolgt. Dieses von angloamerikanischen Bombern grausam zerstörte Stadtgebiet fordert heute in seiner neuen städtebaulichen und architektonischen Gestaltung die Überwindung der Fehler und Mißstände der Vergangenheit. Es gilt also, einmal die Mietskasernenviertel als Ausdruck der kapitalistischen Zeit zu über-*

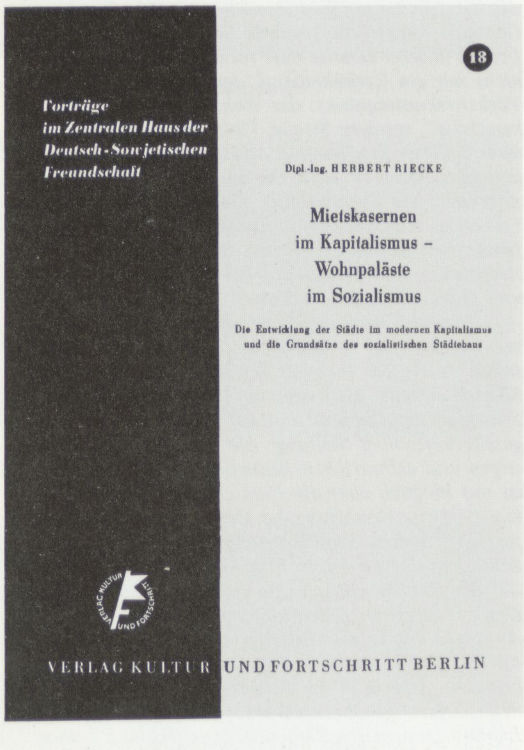
→L 81 **Edmund Collein:**
Zur Überwindung der kapitalistischen Stadt

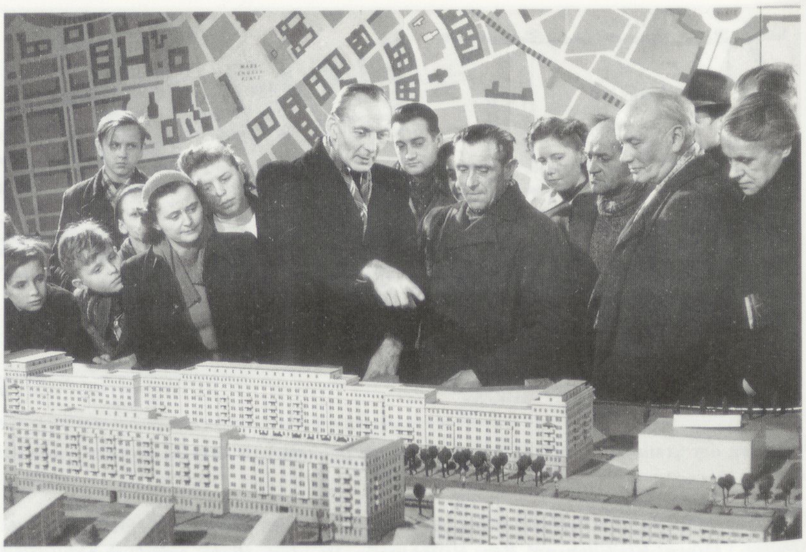
Die Überwindung der kapitalistischen Stadt tritt am deutlichsten in der künstlerischen Gestaltung der Gebäude in Erscheinung. In ihrer Fassadengestaltung sind die Bauten an der Stalinallee ein wichtiger Beitrag in unserem Kampf um eine realistische deutsche Architektur. Die städtebauliche Gesamtkomposition ebenso wie die Gliederung und Detaillierung der einzelnen Gebäude werden die gesunde Schönheit des neuen Lebens unserer Gesellschaft verkörpern. Die Straße ist nicht nur ein Verkehrsband, der Platz nicht nur ein Verkehrsknotenpunkt, das Wohnhaus keine „Wohnmaschine", sondern Straße, Platz und Gebäude sind in ihrer äußeren Erscheinung Ausdruck einer gesellschaftlich-künstlerischen Idee. Die sogenannte „Maschinen-Ästhetik" des Formalismus, die sich nur noch von Funktion, Konstruktion und Material leiten ließ, entfernte sich mit ihrer „neuen Sachlichkeit" in der Architektur immer mehr von der Idee eines Bauwerkes und leugnete damit die Kunst. Sie war und ist ein Ausdruck des verfaulenden Kapitalismus, der nicht mehr in der Lage ist, der Kunst einen humanistischen Inhalt zu bieten. Der von der Ausbeutung befreite Mensch erhebt Anspruch auf Befriedigung seines Schönheitsempfindens und auf Repräsentation seiner gesellschaftlichen Stellung. Die Befriedigung der geistigen und ästhetischen Bedürfnisse der Werktätigen ist nur möglich über die Darstellung, das heißt die künstlerische Gestaltung der Größe und Kraft unserer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung, der Freude und Schönheit des Lebens in Frieden und Wohlstand. Diese Art der Repräsentation, die auf einem durch eigene Kraft errungenen Reichtum des Volkes beruht und Ausdruck der Erfolge unserer volksverbundenen Kultur ist, wird in der gesamten Anlage zum Ausdruck bringen: „Hier wohnen die werktätigen Menschen, die in aufopferungsvoller und planvoller Arbeit das neue Leben in einem friedliebenden Deutschland bauen!" Die Architektur der Wohngebäude an der Stalinallee muß daher eine Sprache sprechen, die den Menschen unserer Stadt und unseres Landes verständlich ist, die auf dem Formenschatz der nationalen Tradition unserer Baukunst aufbaut.

Der sozialistische Wohnpalast

Ausgelöst durch die Phantasien Fouriers, der sich *Phalanstères* als Mischung aus dem Schloß von Versailles und dem Palais Royal in Paris und als baulich-räumliche Einheiten für eine neue Gesellschaft dachte, in denen sich die Vorzüge des Land- mit denen des Stadtlebens vereinen sollten, und seiner einmaligen Umsetzung in Guise durch den Ofenfabrikanten Godin, geistert die Idee des *sozialistischen Wohnpalastes* durch die sozialen Bewegungen und in den Büros der Architekten. Sie enthält Befreiung aus der familiären Enge der abgeschlossenen Wohnung. Ihr Prinzip ist, den Haushalt in seine privatesten und öffentlich erfüllbaren Bestandteile nach dem Muster des Grandhotel für das reisende Großbürgertum zu zerlegen. Gemeinsam wohnen und doch alles im Haus finden, was man im Alltag braucht, mit den Übergängen zwischen dem, was man gemeinsam nutzen könnte und was nicht. Ihre dezentrale Form ist die *Wohnzelle*, ihre zentrale der *Wohnpalast*, der um so interessanter wird, je kleiner die Haushalte werden, je mobiler der einzelne und je mehr alle, von gemeinsamen Ideen getragen, zu einer solidarischen Lebensweise befähigt werden. Die Idee nimmt im Zuge ihrer langen, rückzuverfolgenden Geschichte immer wieder neue Gestalt an wie in dem Siedlungsprojekt Freidorf in Basel, den Kommunehäusern in Moskau oder den Appartementhäusern in Berlin, die um **1930** für Alleinstehende geplant und auch noch gebaut worden sind. Teilideen sind in den großen Ensembles an der Stalinallee verwirklicht, die nach dem Muster der Grandhotels Sockel haben, in denen Läden, Restaurants und gesellschaftliche Einrichtungen untergebracht sind, und die auch die Dächer, soweit bei unseren Klimaverhältnissen sinnvoll, nutzbar machen. Aber sie stellen funktional immer noch ein Gegenbild dar zu jener Tendenz, jede Funktion in einen eigenen Hauskörper, auf eine eigene Parzelle zu bringen und auf die Sonne zu beziehen.

Insofern ist Herbert Riecke ungenau, wenn er seinen Vortrag, den er am **15.1.1954** im Zentralen Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in Berlin (DDR) gehalten hat, betitelt: *Mietskasernen im Kapitalismus – Wohnpaläste im Sozialismus*. Das wirkliche Gegensatzpaar hat er nicht erfaßt. Es erscheint auch in der Wirklichkeit beider Städte erst später.





→B 74 Szenenbild zum DEFA-Film „Die neue Wohnung" vom 26.11.1951: Edmund Collein erklärt den Aufbau der Stalinallee und den Unterschied zwischen „Eierkisten" und „Wohnpalästen". Rechts im Bild Hanns Hopp

winden, zum anderen durch eine großzügige städtebauliche Idee das Gesicht des Berliner Ostens neu zu formen. . . .

Die Wohndichte, die ehemals in diesem Gebiet bis zu 1200 Menschen pro Hektar betrug, wird in der Neuplanung 500 bis 600 Menschen pro Hektar nicht übersteigen. Die Öde der Korridorstraße mit der Starre ihrer „Baufluchtlinie" und „Hauptgesimshöhe" wird überwunden, indem bei einer Verbreiterung des Straßenraumes auf 75–80 m Breite das plastische Bild in Grundriß und Baumasse von baukünstlerischen Überlegungen bestimmt wird.

Hauptpunkte der Gesamtkomposition sind die Plätze an den wichtigen Kreuzungen mit den Ringstraßen: der Platz an der Bersarinstraße, als Eingang zum zentralen Bezirk, und der Strausberger Platz, dem östlichen ←L 83 *Tor zum Zentrum. In der Gestaltung dieser Plätze muß eine architektonische Steigerung zum Zentrum hin erreicht werden, die sich über den Alexanderplatz bis zum Höhepunkt des Marx-Engels-Platzes fortsetzen wird. Die Sportkampfhalle und das an der Kreuzung Fruchtstraße geplante Bezirkszentrum mit dem Gebäude der Bezirksverwaltung und einem großen Kulturhaus bestimmen die Lage weiterer städtebaulicher Akzente und gliedern, ihrer Bedeutung entsprechend, den gesamten Straßenzug. Die Anlage einer breiten Grünpromenade an der Nordseite der Stalinallee wird den repräsentativen Charakter der Straße unterstreichen. Zahlreiche Läden, Restaurants, Kaffees und Büros in den Erdgeschossen der Wohnbauten sowie die Errichtung des ersten Kinderkaufhauses in Berlin in einem der beiden Hochhäuser, die am Strausberger Platz die Einfahrt zum Zentrum flankieren, sind vorgesehen. Vor allem gilt es aber auch, in der Gestaltung der Wohnungen selbst die kapitalistische Stadt zu überwinden. Die Wohnhäuser mit 7 bis 9 Etagen zeigen den großen Wandel in der Qualität der Wohnungen für unsere Werktätigen. Ausgestattet mit allem Komfort, wie Fernheizung, Personenaufzug, Müllschlucker, Abstellräume für Fahrräder und Kinderwagen, gut eingerichtete Küchen und Bäder, Abstellkammern usw., sind diese Wohnungen eine Absage an das berüchtigte „Existenzminimum", wie es die Weimarer Zeit im Wohnungsbau für die Werktätigen praktizierte und wie es heute in Westdeutschland als „Schlichtwohnung" erneut propagiert wird. Das Gesamtbild der neuen Qualität der Wohnungen wird ergänzt durch die Gemeinschaftsanlagen der Wohnkomplexe, wie Schule, Kindergärten, Spiel- und Erholungsplätze im Grün der Freiflächen, zentrale Waschanlagen, Garagen usw.*

Während am **1.1.1952** die Bauarbeiten aufgenommen werden, wird noch an den Plänen gezeichnet und mit dem Bau eines großen Modells begonnen, das in der Sporthalle an der Stalinallee im Rahmen einer ständigen Bauausstellung aufgebaut wird. Das Modell wird später durch Einarbeitungen von Änderungen und Erweiterungen auf den jeweils neuesten →L 84 Planungsstand gebracht. Bis zum **20.12.1952** sollen in der Stalinallee *insgesamt 2139 Wohnungen und 105 Läden bezugsfertig sowie 85 Wohnungen und 4 Läden, darunter ein Kinderkaufhaus der HO im Rohbau errichtet* werden.

VORSCHLAG

des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Für den Aufbau Berlins!

Bürger Berlins!

Bürger der Deutschen Demokratischen Republik!

Bürger Westdeutschlands!

Nachdem der Fünfjahrplan beschlossen wurde, der von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Berlin mit so großem Schwung verwirklicht wird, lenkt das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Aufmerksamkeit aller Deutschen auf den Aufbau Berlins. Wir schlagen vor, die durch Kriegseinwirkungen zerstörte Hauptstadt Deutschlands innerhalb weniger Jahre neu aufzubauen, und zwar schöner und großzügiger, als sie bestand. Erforderlich ist dazu die Entfaltung einer nationalen Initiative. Andere Völker haben, unter ähnlichen Umständen, die Kraft zu einer solchen Initiative gefunden. Die Geschichte zeigt, daß auch das deutsche Volk imstande ist, große Leistungen im Namen der Nation zu vollbringen.

Die Ergebnisse einer nationalen Initiative zum schleunigen Neuaufbau Berlins werden — gerade unter den heutigen Umständen — außerordentlich sein: schon im Jahre 1952 werden in Berlin ganze Stadtteile von Wohn- und Hochhäusern entstehen, die den Menschen zeigen, wie die Hauptstadt des einheitlichen, demokratischen Deutschlands nach Beendigung ihres Wiederaufbaues aussehen wird. Schon im Jahre 1952 werden viele tausende Familien, die das noch gestern nicht erhoffen konnten, in geräumige moderne Wohnungen einziehen.

Ein Aufbaufieber wird die Menschen erfassen — denn die Notwendigkeit liegt klar zutage, die Durchführbarkeit auch, und das Ergebnis wird täglich vor den Augen wachsen. Zehntausende in Berlin, Hunderttausende außerhalb Berlins werden mit dem Namen der deutschen Hauptstadt auf den Lippen enttrümmern, mauern, schmelzen, gießen, fällen, forsten, transportieren usw.

In der gemeinsamen Arbeit für ein edles und nützliches Ziel werden sie nicht nur neue Maschinen erfinden und bessere Arbeitsmethoden schaffen, sie werden vor allem einander nahekommen. Die neuerstehende deutsche Hauptstadt wird zum Symbol des Lebens der deutschen Nation werden — in einer Zeit, in der die Deutschen wie nie zuvor um die Erhaltung ihres Vaterlandes bangen. Sie wird die Kraft zeigen, mit der die Deutschen für den Frieden, für die Einheit Deutschlands kämpfen. Die deutsche Hauptstadt, unser Berlin, bisher gespalten und angeblich ohnmächtig, wird in ganzer Größe hervortreten und eine aktive Rolle bei der Herstellung der Einheit und eines dauerhaften Friedens übernehmen.

Wäre das schön? Es wäre schön. Ist es möglich? Natürlich ist es möglich. Wenn das Volk s e i n e Sprache, die Sprache des Fortschritts zu reden beginnt, ist jede Kulturtat möglich.

Ausgehend von solchen Erwägungen, unterbreitet das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Verbindung mit der Landesleitung der SED Groß-Berlin nach gründlichen Beratungen mit Städtebauern, Architekten und Künstlern der Öffentlichkeit den folgenden Vorschlag zur Diskussion:

I.

Die friedliebenden Kräfte in Deutschland entschließen sich zur Durchführung des „Nationalen Aufbauprogramms Berlin". Der erste Abschnitt dieses Programms ist das „Nationale Aufbauprogramm Berlin 1952".

II.

Das „Nationale Aufbauprogramm Berlin 1952" beginnt am 1. Januar 1952 und endet am 31. Dezember 1952. Es besteht aus folgenden Teilen:

a) Mit Schwerpunkt Stalinallee wird ein Stadtteil von Wohnhäusern und Hochhäusern gebaut, der für die Architektur und Stadtplanung der neuentstehenden deutschen Hauptstadt vorbildlich ist.

b) Mit Schwerpunkt Stalinallee, aber auch an anderen Stellen des demokratischen Sektors wird eine umfassende Enttrümmerungsaktion in Gang gesetzt, welche für den Aufbau des neuen Stadtteils die Hauptrohstoffe (Schrott, Träger und Steine) liefert.

c) Alle vom demokratischen Magistrat von Berlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1952 beschlossenen Bauvorhaben in Berlin werden unvermindert durchgeführt und dem „Nationalen Aufbauprogramm Berlin" eingegliedert.

III.

Die große Aufgabe bei der Durchführung des „Nationalen Aufbauprogramms Berlin 1952" besteht darin, daß erhebliche finanzielle Mittel und Materialien ü b e r d e n P l a n h i n a u s aufgebracht werden müssen, denn die laut Plan im Jahre 1952 zu erzeugenden Mittel sind auch laut Plan verteilt und können nicht ohne Schädigung der Volkswirtschaft abgezogen werden. Eben zur Lösung dieser Aufgabe bedarf es der nationalen Initiative.

IV.

Zur Aufbringung der finanziellen Mittel wird eine Aufbaulotterie, an der alle deutschen Staatsbürger teilnehmen können, nach folgenden Grundsätzen vorgeschlagen: Wer 3 Prozent seines Monatseinkommens (bei Selbständigen 3 Prozent des Einkommens) für die Dauer eines Jahres (1. Januar bis 31. Dezember 1952) zeichnet, erhält die gesamte eingezahlte Summe plus 3 Prozent Zinsen in drei Jahresraten am 1. Juli 1956, 1. Juli 1957 und 1. Juli 1958 zurück.

Außerdem berechtigt die monatliche Einzahlung von 3 Prozent des Monatseinkommens — ohne Rücksicht auf die Höhe des eingezahlten Betrages — zum Empfang eines Loses. Das Los ist namentlich und nicht übertragbar.

Am 31. Dezember 1952 kommen als Gewinne zur Auslosung

1000 2- bis 3-Zimmer-Wohnungen in Berlin sowie Geldprämien nach einem aufzustellenden Schlüssel. An Stelle einer ausgelosten Wohnung kann eine Geldprämie in Empfang genommen werden.

Die Gewinner der 1000 Wohnungen erhalten, in der Annahme, daß sie das Geld für die Einrichtung der Wohnung brauchen, den gesamten eingezahlten Betrag am 2. Januar 1953 zurück.

V.

Zur Beschaffung der Materialien (Steine, Stahl, Zement, Holz, Glas, Keramik usw. usw.) wird eine ineinandergreifende Aktion unternommen, die aus folgenden Teilen besteht:

Die unter IIb genannte umfassende Aktion zur Enttrümmerung des demokratischen Sektors von Berlin. Je großzügiger, disziplinierter, enthusiastischer sich diese Aktion entfaltet, desto mehr Schrott, Träger und Steine werden gewonnen: Je mehr Schrott, Träger und Steine gewonnen werden, desto mehr Gebäude können entstehen.

Alle Betriebe Berlins und der Deutschen Demokratischen Republik helfen — durch Abschluß von Wettbewerben zur überplanmäßigen Erzeugung und Materialeinsparung — am Neuaufbau mit. Ihre Hilfe hat entscheidende Bedeutung, denn alle Betriebe sind mittelbar oder unmittelbar mit dem Materialbedarf des Neuaufbaus verbunden. Nur wenn der Schrott von den Berlinern überplanmäßig herausgeholt, von den Stahlwerkern überplanmäßig geschmolzen, von den Walzwerkern überplanmäßig gewalzt, von den Eisenbahnern überplanmäßig transportiert wird usw., stehen am Ende moderne Hochhäuser da. Und nur wenn die Bergarbeiter überplanmäßig fördern, können die Stahlwerker überplanmäßig feuern und die Eisenbahner überplanmäßig transportieren. Es gibt keinen Betrieb, der außerhalb dieses Kreislaufes stünde.

VI.

Die neuen Bauvorhaben werden von der Berliner Bauarbeiterschaft durchgeführt, die sich bei der Errichtung der Bauten für die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten so sehr bewährt hat. Ihre Hauptaufgabe besteht nunmehr in der Entfaltung des Wettbewerbes zur systematischen Senkung der Baukosten und der Verbrauchsnormen durch neue verbesserte Arbeitsmethoden. Bauaktivisten aus der Republik werden zur zeitweisen Teilnahme am Neuaufbau Berlins eingeladen. Im Maße der Notwendigkeit werden freiwillige Hilfskräfte aus der Bevölkerung zugezogen.

VII.

Zur Enttrümmerung des demokratischen Sektors wird die Berliner Bevölkerung aufgerufen. Das Gebiet wird in Enttrümmerungsobjekte aufgeteilt, für je ein Objekt wird eine Brigade zusammengestellt. Kern jeder Brigade ist die Spezialistengruppe, welche die Facharbeiten (schweißen, montieren, sprengen usw.) durchführt. Kein Objekt darf zur Enttrümmerung freigegeben werden, bevor nicht eine eigens zu schaffende Arbeitsvorbereitungskommission bestätigt, daß alle Voraussetzungen für ein produktives und gefahrloses Arbeiten vorliegen. (Geräte und Zusammensetzung der Brigaden, Organisation des Trümmerplatzes usw.)

VIII.

Die großen neuen Bauvorhaben und die Enttrümmerungsobjekte werden mit Radiolautsprecheranlagen und Scheinwerfern ausgerüstet. Die Rundfunksender werden ersucht, Spezialmusikprogramme für die Bau- und Enttrümmerungsarbeiter zu senden. Die Theater, Kinos usw. werden ersucht, Sondervorführungen für die Bau- und Enttrümmerungsarbeiter zu veranstalten. Die Autoren, Komponisten usw. werden ersucht, das Leben auf den Baustellen zu studieren und zum Gegenstand ihrer Schöpfungen zu machen.

IX.

Die freiwillige Arbeitsleistung am Bau oder an der Enttrümmerung erfolgt in Halbschichten zu je drei Stunden. Dadurch wird auch den Berufstätigen Gelegenheit zur Teilnahme gegeben. Wer 100 Halbschichten aufweist, erhält ein Los. Das Los ist namentlich und nicht übertragbar. Zur Auslosung an die Bau- und Trümmeraktivisten gelangen am 31. Dezember 1952 weitere tausend 2- bis 3-Zimmer-Wohnungen in Berlin sowie Geldprämien nach einem aufzustellenden Schlüssel. An Stelle einer ausgelosten Wohnung kann eine Geldprämie in Anspruch genommen werden. Niemand kann zwei Wohnungen gewinnen.

X.

Auf dem Gebiet Stalinallee wird eine ständige Bauausstellung errichtet. Sie zeigt:

a) Die geschichtliche Entwicklung des Bauwesens und der Architektur;

b) den jeweiligen Stand in der Entwicklung des Bauwesens und der Architektur in Deutschland (gezeigt am Beispiel des Neuaufbaus der Stadt Berlin im Jahre 1952).

Diese Ausstellung — mit ihrer Darstellung des neuen Menschen, der neuen Arbeitsmethoden, der neuen Baustoffe, der neuartigen Verwendung der Baustoffe, der neuen Maschinen usw. — wird zum Hebel für die Entfaltung einer systematischen und rationellen örtlichen Bautätigkeit in allen Städten und Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik unterstützen den Neuaufbau Berlins nicht nur deshalb, weil Berlin ihre Hauptstadt ist und weil der Neuaufbau Berlins die Einheit Deutschlands fördert, sondern vor allem auch deshalb, weil die in Berlin begonnene Initiative in der Republik fortgesetzt werden soll, sobald die nötigen Erfahrungen vorliegen.

XI.

Die Bürger Westdeutschlands, Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler, Unternehmer werden aufgefordert, Vorschläge für die Mitarbeit der westdeutschen Bevölkerung am „Nationalen Aufbauprogramm Berlin 1952" zu entwickeln. Die Architekten in Westdeutschland und Westberlin werden aufgefordert, ihre Vorschläge und Entwürfe für den Neuaufbau Berlins einzureichen.

XII.

Die im demokratischen Sektor von Berlin 1952 fertiggestellten Wohnungen werden in erster Linie den Aktivisten (Betriebsaktivisten, Bau- und Trümmeraktivisten usw.), den Werktätigen zur Verfügung gestellt. Eine eigens zu schaffende Kommission erstattet der Öffentlichkeit mit genauen Ziffern darüber Bericht, daß die Wohnungen tatsächlich in die Hände der Werktätigen gegeben wurden.

XIII.

Zur Leitung des „Nationalen Aufbauprogramms Berlin 1952" wird ein „Nationales Komitee für den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt" gebildet, dem Vertreter aller zustimmenden Parteien und Organisationen sowie Einzelpersönlichkeiten angehören können. Das „Nationale Komitee" gliedert zur operativen Führung einen Stab aus. Als erste Maßnahme wendet sich das „Nationale Komitee" an die Magistrate in Berlin und die Regierungen in Deutschland mit der Bitte um Unterstützung des „Nationalen Aufbauprogramms Berlin 1952"

XIV.

Insbesondere schlägt das „Nationale Komitee für den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt" der Bevölkerung in Westberlin und den westberliner Behörden vor, den Neuaufbau Berlins auch in Westberlin zu beginnen, durch Überprüfung der gesamten Stadtanlage, Festlegung der Hauptstraßenzüge sowie Errichtung von räumlich und architektonisch geschlossenen Stadtteilen von Wohnhäusern und Hochhäusern im Jahre 1952.

Bürger Berlins!
Bürger der Deutschen Demokratischen Republik!
Bürger Westdeutschlands!

Wir sind überzeugt, daß es genügend Deutsche gibt, die diesen Vorschlag begrüßen und aufgreifen. Wir zweifeln aber nicht daran, daß es einige Menschen in Deutschland geben wird, die auch diesen Vorschlag ablehnen und über ihn höhnen. Mögen sie es. Das aus der Erde wachsende neue Berlin wird mit der Unwiderleglichkeit, die Tatsachen innewohnt, die Wahrheit erweisen. Mit jedem neuen Stein, jeder neuen Wohnung wird um so klarer werden — wer für den Frieden ist, für die Einheit Deutschlands und für den Wohlstand des Volkes!

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Aufruf zum Nationalen Aufbauprogramm im „Neuen Deutschland" vom 25.11.1951

←L 85

Plakat des Nationalen Aufbaukomitees 1952 ←B 75

Das Nationale Aufbauprogramm

Am **25.11.1951** erscheint im „Neuen Deutschland" ein *Vorschlag des ZK der SED für den Aufbau Berlins*, also zur Methode, mit der die große Planung in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll. Dem Aufruf liegt die Idee zugrunde, die Stalinallee nicht nur von Fachleuten und Baufirmen bauen zu lassen, sondern die Bevölkerung heranzuziehen, die Baustellen als Ausbildungsstätten für Bauhandwerker zu benutzen, durch große Modelle das Interesse an dem Bau zu wecken und Verbesserungsvorschläge anzuregen und die, die sich besonders aktiv hervorgetan haben, durch die Vergabe einer Wohnung zu belohnen. Das Nationale Aufbauprogramm ist zugleich als Vorbild für die Westsektoren Berlins gedacht und soll unter Beteiligung der Bevölkerung aus der BRD und Berlin (West) durchgeführt werden.

Zur Leitung des Aufbauprogramms wird die Bildung eines „Nationalen Komitees für den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt" vorgeschlagen. Um die über den Plan hinaus erforderlichen finanziellen Mittel aufzubringen, wird eine „Aufbaulotterie" vorgeschlagen. Wer 3% seines Monatseinkommens für die Dauer des Jahres **1952** zeichnet, erhält diese Summe mit 3% Verzinsung in drei Jahresraten von **1956** bis **1958** zurück, bekommt ein Los und nimmt damit an der am **31.12.1952** stattfindenden Verlosung von 1000 2-3-Zimmer-Wohnungen teil. Weitere 1000 Wohnungen werden unter Enttrümmerungs- und Bauaktivisten verlost, also an die Personen, die mindestens 100 Halbschichten zu je 3 Stunden freiwilliger Arbeitsleistung vorweisen können.

Nachdem am **30.11.1951** ein vorbereitender Ausschuß gebildet worden war, konstituiert sich am **22.12.1951** das „Nationale Komitee für den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt". Ihm gehören je ein Vertreter der Regierung, der Parteien und Massenorganisationen, der Oberbürgermeister sowie 7 Berliner Bürger aus beiden Teilen der Stadt an. Den Vorsitz übernimmt Lothar Bolz, der Minister für Aufbau. Es wird ein Sonderbaustab gebildet mit den Abteilungen Verwaltung, Materialbeschaffung, Arbeitskräfteeinsatz, Transport, Maschinen, Finanzen und Propaganda. Nur so ist es zu verstehen, daß innerhalb von neun Monaten die Stalinallee enttrümmert und die ersten Gebäude im Rohbau hochgezogen werden können. Am **3.2.1952**, auf den Tag genau sieben Jahre nach dem schwersten Luftangriff auf Berlin, wird im Block E auf der Südseite der Stalinallee unmittelbar neben dem ersten Laubenganghaus der Grundstein gelegt. Am **27.9.1952**, 3 Tage vor dem gesetzten Termin, findet auf dem Strausberger Platz das Richtfest für alle 13 Wohnblöcke des ersten Abschnitts statt. Welche Resonanz der Aufruf gehabt hat, belegt die Zahl von 45.000 Personen, die am **2.1.1952** auf der Großbaustelle mit der Enttrümmerung beginnen. Die Aufbauarbeit wird begleitet von Plakataktionen, Wettbewerben, Meldungen über die Tagesleistungen, Einbeziehung von Schriftstellern, Malern und Musikern zur Darstellung der Arbeit in der Stalinallee und laufenden Reportagen über den Arbeitsfortschritt. In der großen Sporthalle wird eine ständige Bauausstellung eingerichtet, in der am Modell das Ziel der Arbeit studiert und diskutiert werden kann.

→L 86 In seiner Reportage *Die Straße der Zukunft* beschreibt Klaus Beuchler die Baustelle an der Stalinallee: *Auf allen Wegen pulvert der Staub, der den Rasen in der Mitte des Asphalts grau überpudert hat. Die Erde scheint hier vor den Toren der Metropole aufgebrochen zu sein. Soweit das Auge reicht – der Staketenzaun der Baugerüste. Unübersehbar reiht sich, zu halber Höhe emporgewachsen, Wohnblock an Wohnblock.*

„Stalinallee zwischen Strausberger Platz und Warschauer Straße gesperrt!" wehrt ein Schild die aus der Stadt kommende Autokette in die Nebengassen ab. Über der langen Allee wehen helle Rauchfahnen. Dort rangieren die Feldbahnen mit Ziegeln, Kalk und Sand. Wer etwas sehen will, muß laufen. Vier U-Bahnstationen, bis er zum Bahnhof Stalinallee kommt, vorbei an den Rohbaublöcken A-West bis F-Ost. Die übermannshohen Bauschilder zu beiden Seiten zeichnen die bekanntesten Firmen der DDR und Berlins. Von VEB Potsdam bis VEB Tiefbau ist alles an volkseigenen Betrieben vertreten, was Rang und Namen hat.

Seit 7 Uhr haben sämtliche Läden der hier und da noch wie einsame Pilze hockenden Althäuser die Türen aufgesperrt. Davor stehen die Arbeiter und genehmigen sich das erste Frühstück. Die muskulösen und braungebrannten Oberkörper entblößt, zum Schutz vor der Sonne verwitterte alte

Enttrümmerungsarbeiten an der Stalinallee Anfang 1952

←B 76

Hüte und graugebleichte Schirmmützen auf. In der Luft aber liegt ein ungeheures, auf- und abschwellendes, ohrenbetäubendes Dröhnen. Das ist das Arbeiten der Mörtelmaschinen, nicht Flugzeuggebrumm. (. . .)

Nun ist mit 75 Meter Straßenbreite die Stalinallee geboren, als östlicher Arm der von Ost nach West durch das Zentrum der Stadt führenden großen Achse und Repräsentant einer neuen Zeit und eines kühnen, der veränderten gesellschaftlichen Situation entsprechenden Baustils. Hier sollen architektonisch stilvolle, an Schinkel, Schlüter und Knobelsdorff anknüpfende Bauwerke von der vereinten, geballten Kraft der am Aufbau der deutschen Hauptstadt arbeitenden Volksmassen künden.

Mehr als 2000 Komfortwohnungen. Ein gewaltiges, kaum zu fassendes Programm. Von Tag zu Tag wird es deutliche Wirklichkeit. Da schieben sich von der Sporthalle bis zur Einmündung Fruchtstraße die Bauten Professor Paulicks in den Berliner Himmel. Dichtauf folgen die Häuser Professor Hopps, die Anlagen der Kollektive Leucht, Hartmann und Souradny. Alle fünf Architekten wurden im Wettbewerb um den besten Wohnhausvorschlag des Magistrats preisgekrönt. Ihre Pläne setzen in aufopferungsvoller Arbeit 3000 Bauhandwerker in die Tat um.

Am Block E-Süd, wo die Lehrlinge der Bauunion im Sonnenglast um die Wette mauern, zeichnet sich schon deutlich die Fassade der acht- bis neungeschossigen Häuser ab. Mit 280 Meter ist E-Süd neben den 200 Meter langen Gebäuden C-Nord und C-Süd der längste Block in dem 1850 Meter langen Abschnitt vom Strausberger Platz bis zur Kreuzung Bersarin/Warschauer Straße. Und der eindrucksvollste. Auf einer Länge von 200 Metern gibt es nur drei Portale.

Die künftigen Bewohner der Stalinallee treten in eine große, komfortable, lichte und weite Eingangshalle. An sie schließen sich Kinderhort, Poliklinik und Geschäfte an. In den Erdgeschossen aller Häuser gibt es keine Wohnungen mehr. Zu ihnen gelangt man mit Hilfe des geräumigen Fahrstuhls, der der Sammelpunkt für 27 bis 56 durch lange Flure verbundene Wohnungen in jedem Stockwerk ist. Er muß soviel Platz bieten, daß er in kürzester Zeit 400 Personen befördern kann.

Utopien, Pläne? So schnell gibt es auf keine Frage die Antwort, wie es hier geschieht. Während der Fuß den hitzeflimmernden Asphalt tritt, das Auge das Geschehen zu beiden Seiten der Straße verfolgt, registriert das Gehirn:

Hier noch ratternde, mit riesigen Bottichen, gleich mächtigen, gefräßigen Mäulern, tief in das ziegelgefüllte Erdreich greifende Bagger. Dort pfeifend jagende Förderbänder, die in pfeilgeschwindem Lauf den Sand in die Feldbahnloren tragen. Hier langhalsige, wie riesige Störche steifbeinig über die weiten Plätze stakende Kräne, die schwankend tonnenweise Mauersteine durch die Luft balancieren. Dort von Gerüsten umwachsene Rohbauten. Hier Dielenbretter und Türfüllungen abladende Lastautos, dort hobelnde und zimmernde Handwerkerbrigaden. Wie ein gewaltiges Fließband liegt die lange Allee, auf der wie in einer Werkhalle angefahren, aufgestellt und montiert, vom Ziegelstein bis zum dachgedeckten Haus akku-

Kurt Liebknecht erinnert sich 1986 an den Baubeginn an der Stalinallee

→L 87

Als mit dem Bau des Blocks E-Süd begonnen wurde, lagen gerade die endgültig bestätigten Vorprojekte vor, also Zeichnungen, die schnellstens zu baureifen Entwurfszeichnungen entwickelt werden mußten. Das Sonderbaubüro für die Stalinallee befand sich im Berolina-Haus auf dem Alexanderplatz. Dort stand auch der große Zeichentisch mit den immer wieder überarbeiteten Plänen. Wir versammelten uns meist am Donnerstag in diesem Raum, berieten mit den Chefarchitekten der sechs Bauabschnitte, mit Henselmann, Hopp, Paulick, Leucht, Hartmann und Souradny. Richard Paulick war die Koordinierung der gesamten Entwurfsarbeiten übertragen worden.

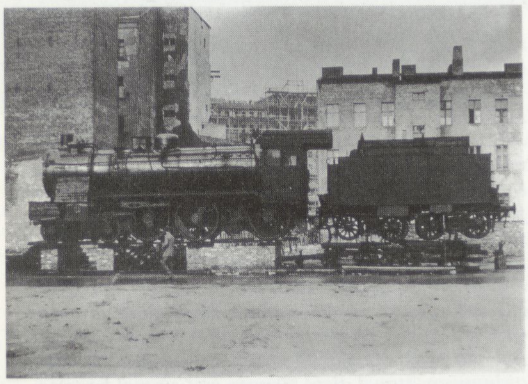
Jeder der Architekten war mit seinem Kollektiv für einen ganz bestimmten Bauabschnitt verantwortlich, die der Reihe nach entsprechend dem Alphabet bezeichnet waren. Es begann am Strausberger Platz mit Henselmanns Abschnitt A und endete vor der Kreuzung Bersarin-/Warschauer Straße mit Souradnys Abschnitt F. Dazwischen befand sich, außer Konkurrenz, die Sporthalle mit den Schlüterplastiken davor und dem Stalindenkmal auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Bei diesem Vorhaben und seiner schnellen Verwirklichung hatte sich Willi Mayer, damals Staatssekretär im Ministerium für Aufbau, Verdienste erworben.

Jeder der Architekten gestaltete schließlich seinen Abschnitt in Form zweier gegenüberliegender, jeweils durchgehender Gebäudekomplexe, zur Unterscheidung nach der Himmelsrichtung Nord oder Süd genannt. So ergaben sich Häuser, mehr als 200 Meter lang, mit vielfach gegliederten Fassaden und Gebäudeteilen in unterschiedlicher Höhe, so daß der Eindruck, nur ein Haus vor sich zu haben, etwas gemildert wurde. Die Blocks wiesen, wie beispielsweise E-Süd, mehr als 1000 Räume auf, erforderten unter anderem 9000 Quadratmeter Glas und zwölf Kilometer Gas- oder Wasserleitungen. Das waren für die damalige Zeit ungewohnte Größenordnungen, zumal diese Mengen erst einmal herangeschafft werden mußten. Und wer von den Beteiligten hatte schon Erfahrungen mit solchen Dimensionen?

→B 77

Demonstrative Aufbauschicht an der Stalinallee. Im Vordergrund von rechts nach links: Hermann Henselmann, Kurt Liebknecht und Gerhard Strauss

Der Trümmerberg um den gesprengten Flakbunker im Friedrichshain ←B 78



Eine D-Zug-Lokomotive ersetzt im Winter 1952/53 an der Stalinallee das noch nicht fertiggestellte Fernheizwerk ←B 79

rat, sauber und schnell gearbeitet wird. Aus der Straße der Zukunft wächst von Tag zu Tag die Straße der Gegenwart, holt die Ferne heran und rückt das Ziel näher – das neue Berlin.

Alle Wohnungen der Neubauten an der Stalinallee sollen von einem Fernheizwerk, das am Küstriner Platz gebaut wird, mit Wärme versorgt werden. Bis zur Fertigstellung des ersten Bauabschnitts dieses Werkes, die sich von **Oktober 1952** auf **Januar 1953** verzögert, übernimmt eine hinter dem Block C-Süd aufgebockte D-Zug-Lokomotive dessen Aufgaben.

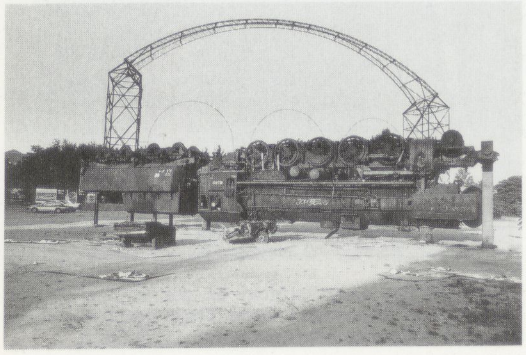
Am **21.12.1952** werden bei einem Festakt in der provisorisch hergerichteten Deutschen Staatsoper die Schlüssel der ersten 1148 Wohnungen den zukünftigen Mietern überreicht. Es handelt sich dabei um 677 Arbeiter, 322 Angestellte und 149 Angehörige der Intelligenz.

Am **7.1.1953** beziehen die ersten 70 Mieter ihre Wohnungen.

Etwa fünf Wochen vorher, am **29.11.1952**, war bereits der Grundstein für den Komplex 40, das erste Bauvorhaben des zweiten Jahres des nationalen Aufbauprogramms, gelegt worden, einem dreieckigen Baublock zwischen Neuem Weidenweg, Auer- und Löwestraße, geplant vom Kollektiv Leucht als eine Blockrandbebauung, die noch vorhandene Altbausubstanz, soweit es die Vorderhäuser betrifft, einbezieht.

Ostlok–Westlok (1952/1987)

35 Jahre nach der Installation an der Stalinallee wird auf dem Gelände des abgerissenen Anhalter Bahnhofs von dem Bildhauer Wolf Vostell als Beitrag zum „Mythos Berlin“ das langerwartete westliche Gegenstück aufgebaut. Ein Ost-West-Vergleich wird sich hier auf die unterschiedliche Bewertung von Nutzwert, von Schau- und Schrottwert konzentrieren können. Im Hintergrund Andreas Reidemeisters Bogen, ein ehemaliger Leuchtturm, der jetzt das ehemalige Südportal des Anhalter Bahnhofs markiert und zur Zeit noch kein östliches Gegenstück bekommen hat. Die Ostlok war Anlaß zu Beschwerden über den Rauch, die Westlok über das Verpulvern von Steuermitteln.



→B 80

Die Attraktion der Ausstellung „Mythos Berlin“ auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs im Sommer 1987 ←B 81

Wohnbauten an der Stalinallee im September 1952. Links der Block E-Süd, rechts daneben eines der beiden Laubenganghäuser, im Hintergrund ein Zeilenbau der Wohnzelle Friedrichshain, dahinter das Hochhaus an der Weberwiese. Im Vordergrund ist einer der Lautsprecher zu erkennen, mit denen die Baustelle musikalisch beschallt wird

Die Plakate der ersten 9 Monate des Aufbauprogramms ←B 82

Die Baustelle an der Stalinallee im September 1952 ←B 83

Das Jahr **1952** aber war nur der Auftakt. Für **1953** sind die Ziele weit gesteckt:

→L 88 *Die Aufgaben für das Jahr 1953 werden sich nicht auf die Stalinallee beschränken, sondern sich auch auf die rückwärtigen Gebiete der Stalinallee erstrecken. Wie Nationalpreisträger Prof. Hanns Hopp in der „Täglichen Rundschau" mitteilte, wird ein Stück der Stalinallee nach Osten zwischen dem zukünftigen Bersarinplatz und der Proskauer Straße bzw. Niederbarnimstraße in gleicher Weise wie bisher weitergebaut. Da die Stalinallee am Bersarinplatz in den zentralen Bezirk einmündet, wird der nach Osten gelegene Teil in seiner architektonischen Akzentuierung zurückhaltender und durchschnittlich um ein Geschoß niedriger gestaltet werden als der bisher bebaute Abschnitt.*

Allein der Abschnitt bis zur Proskauer Straße wird etwa 600 Wohnungen mit zwei bis drei Zimmern umfassen. Die Wohnungen sollen bei gleichen Baukosten etwas größer werden. Außerdem ist die Verbreiterung der Treppenhäuser vorgesehen. Die Wohnblocks werden ebenfalls mit Fahrstühlen und allem bereits im ersten Bauabschnitt der Stalinallee befindlichen Komfort ausgestattet werden. Die Erdgeschosse der neuen Häuser werden nicht soviel Läden erhalten wie die bisher gebauten. In ihnen sollen auch Wohnungen eingerichtet werden. Diese Wohnungen sollen durch vorgelegte Terrassen oder Grünstreifen vom Straßenverkehr distanziert werden.

Die übrigen Aufgaben des Jahres 1953 beziehen sich auf die hinter der Stalinallee gelegenen Gebiete, die so ausgewählt sind, daß, unter Einbeziehung noch erhaltungswürdiger Häuser, geschlossene architektonische Ensembles entstehen. Nordwärts des Blocks E-Nord wird ein ganzes Dreieck unter Einbeziehung einiger bestehender Häuser errichtet werden. Der Abschnitt liegt hinter dem zwischen D-Nord und E-Nord geplanten Kino, für das demnächst ein Wettbewerb ausgeschrieben wird. Die Hauszeile hinter dem Kino wird siebengeschossig geplant. Die im Innern des dreieckigen Blocks stehenbleibenden Althäuser sollen später abgebrochen werden. In diesem Innenraum werden eine Kindertagesstätte und ein zentrales Waschhaus errichtet. Die Kindertagesstätte soll noch im Jahre 1953 fertig sein. Ein weiterer Baukomplex wird hinter der Sporthalle entstehen. Auch hier ist eine siebengeschossige Bauweise gewählt. Weitere Baumöglichkeiten ergeben sich an dem Gelände südlich der Stalinallee, wo in der Wedekindstraße eine geschlossene Zeilenbebauung durchgeführt werden kann.

Architektenwettbewerbe sollen sich mit der städtebaulichen Gestaltung des Gebiets von der Stalinallee über den Ostbahnhof bis an die Spree befassen. An der Einmündung der Fruchtstraße in die Stalinallee soll das zukünftige Bezirksamt des Bezirks Friedrichshain stehen. Auch hierfür soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. An der Friedenstraße wird eine wahrscheinlich 24klassige Grundschule Gegenstand eines Wettbewerbs sein, ebenso ein allerdings erst später zu erbauendes repräsentatives Hotel Unter den Linden.

Zwei große städtebauliche Wettbewerbe werden wahrscheinlich für alle deutschen Architekten offen sein: für die Bebauung der Stalinallee zwischen dem Strausberger Platz und Alexanderplatz einschließlich der Gestaltung des Alexanderplatzes und für die Ausgestaltung der weiteren Ost-

Die „Aufbaukarte" eines 14jährigen Schülers. In ihr werden die „Selbstverpflichtungen" eingetragen und die geleisteten Aufbauschichten mit einem Stempel bestätigt. Für 12, 50, 100, 200 und 300 geleistete Halbschichten erhält man „Aufbaunadeln" als Auszeichnungen ←B 84

J.P. (Jg. 1939):
Über die Aufbauschichten

←A 36 *Erst ab 1953 in der Oberschule machten wir Aufbauschichten. (. . .) Da fing das so an, gesellschaftliche Tätigkeit, mehr oder weniger freiwilliger Zwang. Es wurde erwartet, daß du nachmittags oder abends eine dreistündige Aufbauschicht machst. Da bist du hingegangen, da waren so Baracken, hast deine Schippe bekommen und dann mit ner ganzen Truppe irgendwohin, und dann hat man dir gesagt, hier, das mußt du in die Loren schippen, die ganzen Steine nach rechts und die kaputten nach links. Die Mädchen haben die Steine abgeklopft und die Jungs den Schutt in die Loren geschippt. Die Steine wurden aufgestapelt. Du warst im Schulverband, aber es hat Spaß gemacht. Ich erinnere mich, wenn du Schutt schippst, dann ist das nicht nur Mörtel, sondern da waren dann auch Gegenstände drin, Kaffeekannen und so was, man konnte was finden, das war natürlich das Geile. Der*

West-Achse vom Alexanderplatz über den Marx-Engels-Platz bis zum Forum. Diese beiden Wettbewerbe schließen die schwierigsten städtebaulichen Probleme und Aufgaben ein und sind für den Aufbau Berlins von erstrangiger Bedeutung. Erst nach ihrer Klärung kann ein spezieller Wettbewerb über die Gestaltung des Marx-Engels-Platzes folgen, mit dem dann die Ost-West-Achse innerhalb des Zentrums ihren Abschluß finden wird. Die „Linden" werden in der Proportion der Straße und ihrer bisherigen Gebäude im alten Rahmen wieder erstehen.

Die Stalinallee soll in Richtung Osten verlängert und auf beiden Straßenseiten in die Tiefe weitergebaut werden. In Richtung Westen sollen die Neubauten den Alexanderplatz erreichen und die Neugestaltung des historischen Zentrums vorbereitet werden. Zwei Planfassungen, die eine von **1952**, die andere vom **April 1953**, werfen ein Licht auf den Versuch, ein Raum- und Bebauungsschema zu entwickeln. Grundlage bleiben aber nach wie vor der Aufbauplan von **1950** und die 16 Grundsätze des Städtebaus.

Danach werden durch die städtebildenden Faktoren die Aufgaben festgelegt, die eine Stadt innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zu erfüllen hat, ausgedrückt durch die Tätigkeit von überörtlicher Bedeutung innerhalb der Stadt, im Gegensatz zur Tätigkeit örtlichen Charakters, wie örtliche Verwaltung, Versorgung der Bevölkerung und Dienstleistungen aller Art einschließlich des örtlichen Verkehrs. Die städtebildenden Faktoren Berlins müssen vor allem sein: ←L 89

1. *Die zentralen politischen, kulturellen und administrativen Funktionen Berlins als Hauptstadt, wobei die Reihenfolge ihrer Bedeutung entspricht.*
2. *Eine arbeitsintensive, nicht rohstoffgebundene Fertigwarenindustrie, die nicht zweitrangig gegenüber den zentralen Funktionen, sondern diesen gleichwertig ist, weil ein entscheidender Industriearbeiteranteil an der Gesamtbevölkerung – etwa die Hälfte aller Berufstätigen – ein entscheidendes Kriterium einer sozialistischen Hauptstadt ist.*
3. *Die besondere Verkehrslage Berlins im mitteleuropäischen Raum. . . .*

Damit hat der Städteplaner zum ersten Male die Möglichkeit, mit bekannten, festgelegten Größen zu arbeiten.

Schutt wurde in Loren gekippt und zur Spree gefahren, auf die Kähne verladen und irgendwohin. Die Steine wurden extra immer so aufgestapelt, mal vier in die eine Richtung, mal vier in die andere, und damit die Dinger nicht auseinanderfielen, wurde oben noch so ein Häubchen draufgesetzt. Die Stapel wurden dann irgendwann mal abgeholt.

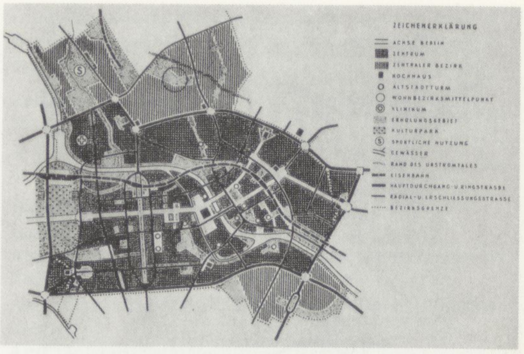
→B 85 Kollektiv Leucht (1952): Stalinallee Nord, Block 40. Der dreieckige Baublock zeigt, wie das städtebauliche Konzept abseits der Hauptverkehrsstraße fortgeführt werden soll. Es ist der erste Ansatz eines Wohnkomplexes und demonstratives Gegenstück zur gegenüberliegenden Wohnzelle Friedrichshain. Den alten Baufluchtlinien folgend ist eine Blockrandbebauung vorgesehen, die die erhaltenen Vorderhäuser der Altbausubstanz einbezieht und sich ihnen in Stockwerks- und Gebäudehöhe anpaßt. Die Blockinnenräume werden zu parkartigen Grünflächen gestaltet, die die Höfe ersetzen. Die Blöcke sind an mehreren Stellen geöffnet, so daß der öffentliche Fußgängerverkehr durch sie hindurchgeführt wird

Das dem jeweiligen Planungsstand angepaßte Modell der Stalinallee in der Deutschen Sporthalle ←B 86

Zentrum und Zentraler Bereich, Planstand 1952 ←B 87

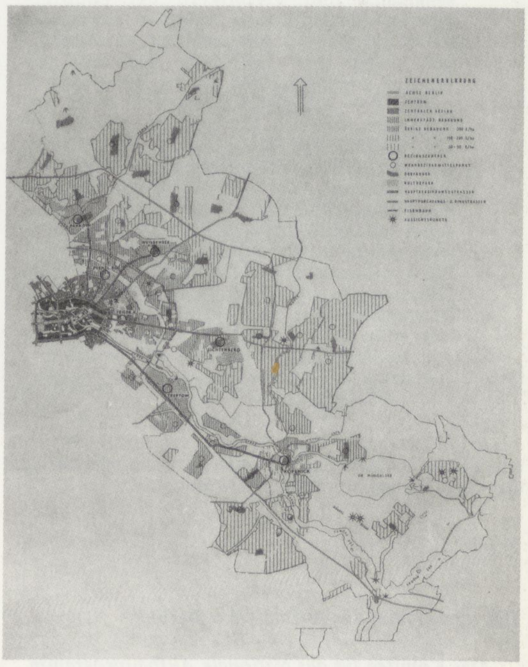
Vorschlag zum Wiederaufbau des Zentrums von Berlin vom 1.4.1953 ←B 88

Das Modell des Zentrums, das diese Planung darstellt, zeigt, zusammen mit dem der Stalinallee, die Konzeption, die darin besteht, beide Achsen, die von Osten und Westen auf das Stadtzentrum zulaufen, miteinander zu vermitteln, weil eine durchgehende Führung wegen der historischen Gegebenheiten nicht möglich ist. Die Vermittlung leisten zwei turmartige Gebäude. Das Modell, von Westen aus betrachtet, zeigt eine neue Stadt auf dem Straßengrundriß der alten. Die Blöcke sind mit gleichhoher Randbebauung geschlossen und beziehen erhaltene Gebäude mit ein. Im Zentrum ist als Gegenüber zum Alten Museum ein zentrales Gebäude plaziert, der Dom ist weggedacht, und der Lustgarten weitet sich so zum zentralen Versammlungsplatz. Das zentrale Gebäude erscheint wie das Rote Rathaus, nur doppelt so groß – aus dem Blickwinkel des Schöneberger Rathauses eine eher beunruhigende Aufbau-Perspektive.



→B 89 Meisterwerkstatt Städtebau beim Chefarchitekten von Groß-Berlin (1953/54): „Gesamtkonzeption für die städtebaukünstlerische Gestaltung des demokratischen Sektors von Groß-Berlin."

Vorschlag zum Wiederaufbau des Zentrums von Berlin vom 1.4.1953, Modell. Blick von Westen auf den Marx-Engels-Platz ←B 91



→B 90 Meisterwerkstatt Städtebau beim Chefarchitekten von Groß-Berlin (1953/54): Raumordnungsplan für den Stadtbezirk Mitte. Die „Achse Berlin" (Unter den Linden/Friedrichstraße) wird vom Durchgangsverkehr freigehalten. Das Zentrum wird von vier Tangenten eingeschlossen

4.3 Das Schaufenster der Freiheit

Am **19.1.1952** wird an der Weberwiese das Richtfest für das 9geschossige Wohnhochhaus gefeiert. Am selben Tag kündigt der „Telegraf" seinen Lesern den Bau eines noch höheren Hochhauses in Steglitz an, und die „Berliner Stimme" informiert darüber, daß im **Dezember 1951** der Senat von Berlin (West) das erste Wohnungsbaugesetz der Bundesrepublik, das dort bereits im **April 1951** verabschiedet worden war, übernommen hat. Dieses Gesetz begründet den „sozialen Wohnungsbau".

→L 90 *Den Bestimmungen des Ersten Wohnungsbaugesetzes unterliegen nur die Wohnungen, die durch Neubau bzw. Wiederaufbau zerstörter oder Wiederherstellung beschädigter Gebäude oder durch Ausbau oder Erweiterung bestehender Gebäude geschaffen werden. Das Gesetz unterscheidet:*

a) den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau,

b) den steuerbegünstigten Wohnungsbau,

c) den frei finanzierten Wohnungsbau.

Die Hauptunterschiede der vorgenannten Wohnungsbauarten liegen in der Art und im Umfang der Förderung, die sich naturgemäß auf die Höhe der Mieten auswirken.

Um den geschätzten Fehlbedarf von 100.000 Wohnungen in Berlin (West) zu decken, reicht die private Wohnungsbautätigkeit nicht aus. Es müssen die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften herangezogen werden, die durch Erleichterungen bei der Kapitalbeschaffung und Steuervergünstigungen motiviert werden sollen.

Der Wiederaufbau seit Aufhebung der Blockade im **Mai 1949** bestand in Berlin (West) bis **1952** aus der Wiederherstellung teilzerstörter Gebäude oder der Fertigstellung von vor **1945** begonnenen Wohnanlagen – Einzelprojekten, die über die ganze Stadt verstreut waren.

Etwas dem aufsehenerregenden Programm an der Stalinallee Vergleichbares gibt es in den Westsektoren bisher nicht. Die Neubauten sind weitgehend für die Unterbringung der Alliierten bestimmt. Für ein Neubauprogramm von Wohnungen fehlt das notwendige Kapital, das nur von außerhalb Berlins in die Stadt fließen kann.

Ebenfalls zum Richtfest an der Weberwiese schlägt das Nationale Aufbaukomitee dem Magistrat (Ost) und dem Senat (West) vor, →L 91 *den Neuaufbau der Hauptstadt und die Gestaltung des gesamten Stadtgebietes nach einheitlichen Gesichtspunkten zu beraten. (. . .) Der 3.2.1952 soll im Gedenken an die furchtbaren Opfer und schrecklichen Verwüstungen durch den anglo-amerikanischen Luftangriff zu einem Aufbautag für ganz Berlin erklärt werden.*

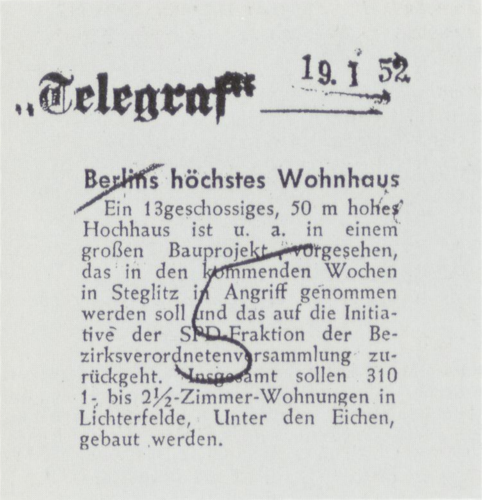
←L 92 Der Magistrat begrüßt diesen Vorschlag, der Senat antwortet nicht.

Die Architekten, die in Berlin (West) versuchen, in Anlehnung an das Nationale Aufbaukomitee für ein *Programm des Aufbaus Westberlins* zu werben, werden mit Parteiausschluß und Berufsverbot belegt. Ihr Programm darf nicht gedruckt werden.

Damit ist der Senat gezwungen, ein Wohnungsbauprogramm zu entwickeln, das jedem Vergleich mit dem der Stalinallee standhält – dies um so mehr, als der eigene, von Ernst Reuter, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin (West), am **28.8.1949** zur bevorstehenden Konstituierung des Bundestags und Bundesrats formulierte Anspruch hoch angesetzt ist:

→L 93 *„Berlin muß ein Schaufenster der Freiheit, aber auch ein Schaufenster des wirtschaftlichen Wohlstandes werden. Das ist die Funktion dieser Stadt hinter dem Eisernen Vorhang, den Bewohnern einer verarmten und immer weiter ausgeplünderten Zone zu zeigen, daß ein Leben in Freiheit sich auch wirtschaftlich lohnt." Der Sinn der Deutschen Bundesrepublik könne nur erfüllt werden, wenn alle politischen und wirtschaftlichen Energien auf den Osten konzentriert würden, wenn die große Aufgabe, den Osten zurückzugewinnen, erkannt werde. Hinter Berlin liege nicht nur die sowjetische Besatzungszone, sondern alle die Länder, die ihre Freiheit verloren haben und* ←L 94 *„die genauso wie wir, ihre Freiheit endlich gewinnen möchten". Jeder ausländische und deutsche Politiker, der dies außer acht lasse, habe die wirkliche Aufgabe der Zeit nicht verstanden.*

Noch drei Jahre später stellt sich die Frage, wie dieses „Schaufenster" gefüllt werden soll. Der Senat steht **1952** nicht nur unter Zugzwang, sondern auch unter Zeitdruck, denn zum **1. Mai** sind die Wohnungsübergaben ←L 95 an der Weberwiese geplant.



„Telegraf" 19.1.52

Berlins höchstes Wohnhaus

Ein 13geschossiges, 50 m hohes Hochhaus ist u. a. in einem großen Bauprojekt vorgesehen, das in den kommenden Wochen in Steglitz in Angriff genommen werden soll und das auf die Initiative der SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung zurückgeht. Insgesamt sollen 310 1- bis 2½-Zimmer-Wohnungen in Lichterfelde, Unter den Eichen, gebaut werden.

- 4. MRZ. 1952

„Berliner Zeitung"

Hochhaus mit 200 Metern Höhe

Prof. Henselmann sprach am Sonntag im Zementwerk Rüdersdorf vor 500 Aktivisten, Helden der Arbeit, Wissenschaftlern und Technikern der baustofferzeugenden Industrie über das Nationale Aufbauprogamm. Nach seinen Ausführungen wird das Hochhaus am Marx-Engels-Platz mit 200 m Höhe Mittelpunkt des kommenden Berlins sein. Am Alexanderplatz werden Häuser in 100 m Höhe, am Strausberger Platz in 50 m Höhe errichtet werden. Er betonte, daß unserem Zeitalter entsprechend der Hauptbaustoff Beton sein werde. Die Fassaden erhalten im Erdgeschoß Werksteinverkleidungen, in den oberen Stockwerken Keramikflächen. Die Werktätigen der VE-Zementindustrie haben sich verpflichtet, 20 000 t Zement über den Plan hinaus für Berlin zu liefern. 2,2 Millionen Ziegel werden die VE-Ziegeleibetriebe für Berlin anfertigen.

Die Zeitungen Anfang 1952 belegen den beginnenden Ost-West-Kampf um das höchste Hochhaus

Das „Programm des Aufbaus Westberlins"

Das *Komitee für das Nationale Aufbauprogramm* bilden u.a. Architekten aus beiden Teilen Berlins und beiden deutschen Staaten. Der stellvertretende Präsident ist der Hamburger Architekt Hermann Zeß, Mitglied der Architekten-Arbeitsgemeinschaft für den Bau der Grindel-Hochhäuser in Hamburg. Ebenfalls Mitglied des Komitees ist der in Zehlendorf wohnende Architekt Anton Gerber. Beide verfassen zusammen mit weiteren Kollegen aus Berlin (West) einen offenen Brief an das Aufbaukomitee, in dem die Pläne unterstützt werden. Er wird am **15.1.1951** in der „Berliner Zeitung" veröffentlicht. Die Folge ist, daß der Bund Deutscher Architekten (BDA) in Berlin (West) seinen Mitgliedern die Teilnahme an Wettbewerben zum Aufbauprogramm mit der Begründung untersagt: *Das östliche Aufbauprogramm für Berlin ist als politische Angelegenheit von der DDR aufgezogen worden.*

Anton Gerber wird aus der SPD ausgeschlossen, ihm und den anderen die Kündigung der bestehenden Verträge von seiten der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen angedroht. Das von Anton Gerber verfaßte *Programm des Aufbaus Westberlins* erhält *von den amerikanischen Behörden ein Druckverbot.*

Mit einem spektakulären Wohnungsbauprojekt kann in Berlin (West) jedoch noch nicht begonnen werden, da weder eine Durchführungsverordnung für das Wohnungsbaugesetz, die die Vergabe von Krediten regeln würde, verabschiedet noch die Finanzierung geklärt ist. Auch die Verfügung über Grund und Boden ist noch nicht geregelt.

4.3.1 Die Ausstellung „Hauptstadt Berlin im Aufbau"

Am **7.1.1952** erscheint in der „Neuen Bauwelt" folgende Nachricht:

Constructa-Wanderausstellung

Auf Veranlassung des Bundesministers für Wohnungsbau ist das wertvolle Material der Constructa-Bauausstellung zentral gesammelt, wiederhergerichtet und ergänzt worden, um in mehreren Städten ausgestellt zu werden. Es handelt sich um die Abteilung „Städtebau" mit 360 graphischen Großdarstellungen, ferner um die Abteilung „Ingenieurbau" mit 81 Tafeln, und die „Japan-Sonderausstellung" mit 103 Großdarstellungen. Das Material wird den Städten, die es der Öffentlichkeit vorführen wollen, jeweils für zwei bis drei Wochen gegen einen Unkostenbeitrag überlassen. Die Einnahmen fallen den Städten allein zu. Die Stahlgerüste für die Tafeln werden mitgeliefert, der Aufbau vom Beauftragten des Bundesministers kostenlos vorgenommen, so daß den Städten außer einem Leihbeitrag und dem Transport keine Kosten entstehen. Gegenwärtig wird ein Terminkalender aufgestellt. Städte, die diese Ausstellung zu zeigen wünschen, sollen dies umgehend beim Beauftragten des Bundesministeriums, Direktor Albert Wischek, Berlin-Schlachtensee, Schlickweg 10, anmelden.

←L 96

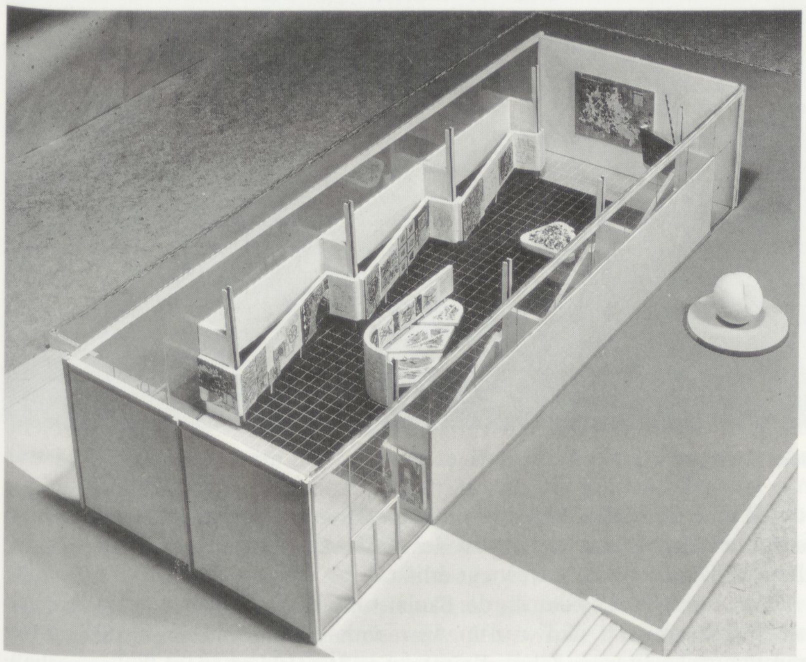
Die personelle Besetzung der Abteilung Bau- und Wohnungswesen des Magistrats von Berlin (West) im Juli 1950

Leitung:
Nicklitz (Stadtrat)
Schwedler (Leitender Magistrats-Direktor)
Lemmer (Magistrats-Bau-Direktor)

Hauptamt für Stadtplanung:
Leitung: Unglaube
Amt für Planungsentwurf: Fürlinger/Tockus/Moest/Kuhn/Hoffmann
Amt für Planungsdurchführung: Hölscher/Lüdeke/Klegin
Amt für Stadtraumgestaltung: Ermisch
Amt für Denkmalpflege: Scheper

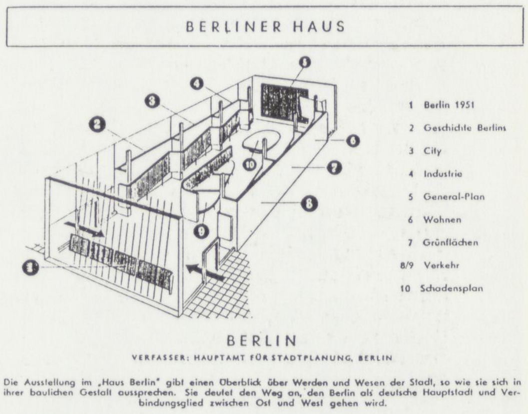
Als nach der Wahl vom **3.12.1950** (SPD 44,7 %, CDU 24,6 %, FDP 23 %) eine Große Koalition vereinbart wurde, wird Walter Nicklitz (SPD) am **18.1.1951** durch Karl Mahler (FDP) als Stadtrat und Leiter der Abteilung abgelöst.

Die neugewählte Stadtverwaltung von Berlin (West) nennt sich nach der seit **Oktober 1950** gültigen neuen Verfassung „Senat von Berlin". Rolf Schwedler wird ab **1.4.1951** „Senatsdirektor" und Ludwig Lemmer „Senatsbaudirektor".



Modell des Berliner Ausstellungspavillons auf der „Constructa" in Hannover. Die Gestaltung hat starke Ähnlichkeit mit der Ausstellung „Berlin plant" von 1946

←B 93

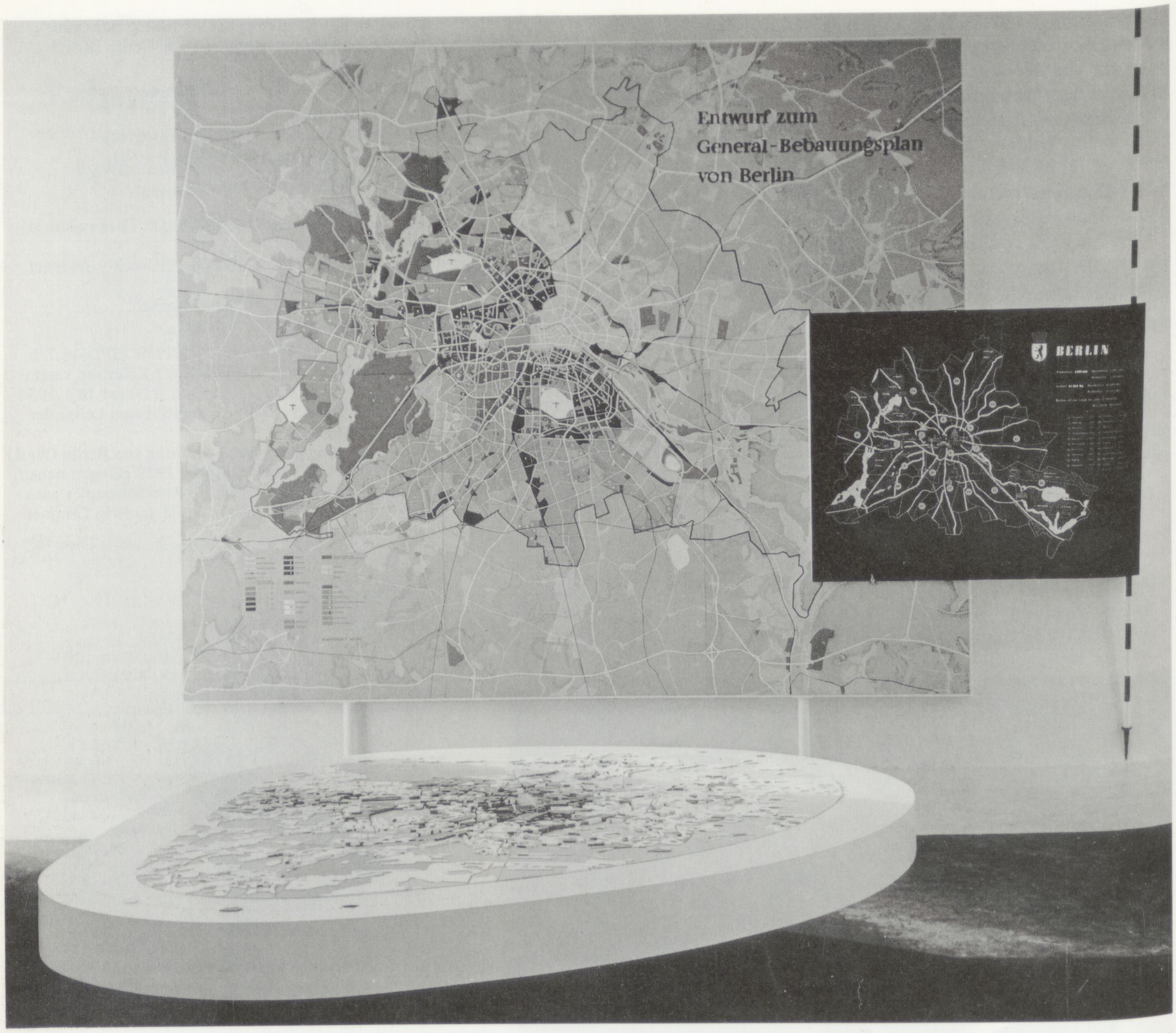


→B 92

Darstellung des „Berliner Hauses" im Ausstellungskatalog der „Constructa" (Hannover, 3.7.–12.8.1951)

Der Senat greift dieses Angebot auf. Am **12.2.** berichtet der „Berliner Anzeiger" unter der Überschrift *Kleine Constructa in Berlin* über eine *Städtebauausstellung*, die vom **26.4.–11.5.1952** auf dem Ausstellungsgelände am Funkturm stattfinden soll. In einer Notiz, die am **2.3.1952** in der „Neuen Zeitung" erscheint, wird sie zu einer Bauausstellung unter dem Motto *Hauptstadt Berlin im Aufbau*, die von der Senatsabteilung für Bau- und Wohnungswesen veranstaltet werden soll. Weiter heißt es: *Das in Hannover im Berlin-Pavillon gezeigte Material über die bauliche Entwicklung Berlins ist erheblich erweitert worden.* Das von der Abteilung Stadtplanung beim Senator für Bau- und Wohnungswesen erarbeitete Material aus dem Berlin-Pavillon war nicht Bestandteil der vorgesehenen Wanderausstellung des Bundesministeriums, aber bereits im **Oktober 1951** in einer Ausstellung *Berlin auf der Constructa* im Verwaltungsgebäude des Bezirksamts Wedding gezeigt worden.

Die Ausstellung wird am **26.4.1952** eröffnet, am Sonnabend vor dem **1. Mai**, der auf den darauffolgenden Donnerstag fällt – ein Datum, das



Der Generalbebauungsplan des Senats von Berlin (West) im „Berliner Haus" auf der Constructa in Hannover ←B 94

durch eine Rede des Bundespräsidenten Theodor Heuss vor dem Reichstag auf einer Gegenveranstaltung zu der 1.-Mai-Demonstration auf dem Marx-Engels-Platz besonderes Gewicht erhält.

Die Ausstellung findet wie die Bauleistungsschau **1948** in den Messehallen am Funkturm statt und wird in Anwesenheit des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, vom Staatssekretär im Wohnungsbauministerium der BRD, Hermann Wandersleb, eröffnet. Die Eröffnungsrede des Senators für Bau- und Wohnungswesen, Karl Mahler, wird im Katalog zitiert, auf dessen Umschlag die Ruine der Gedächtniskirche gegen den Neubau der Berliner Bank gestellt ist:

→L 97 *Städtebauliche Arbeiten gründen sich auf Erfahrungen der Vergangenheit. Sie beschäftigen sich aber mit Gegenwart und Zukunft. Daher ist eine städtebauliche Ausstellung unter dem Motto HAUPTSTADT BERLIN IM AUFBAU in erster Linie ein Bekenntnis zur Zukunft Berlins. Sie soll ein Bild geben von den Überlegungen und Absichten der Städteplanung. Diese darf sich von politischen und wirtschaftlichen Krisen nicht beeinflussen lassen. Wir müssen in Berlin städtebauliche Lösungen finden, die sich nur von dem Gedanken leiten lassen, als ob ein freies Hinterland vorhanden, als ob keine Spaltung da wäre, als ob Berlin in naher Zukunft wieder Hauptstadt Deutschlands und Weltstadt wäre. Unter diesen Gesichtspunkten ist das Berliner Ausstellungsmaterial zu verstehen, das in Verbindung mit einer allgemeinen Schau städtebaulicher Dinge zu sehen sein wird. Die letztere entstammt der im vorigen Jahr in Hannover veranstalteten „Constructa", die in verschiedenen deutschen Städten gezeigt werden soll. Sie*

Hermann Wandersleb, Jurist, geb. **22.8.1895** in Meiningen, gest. **19.5.1977** in Bonn. Studium in Halle, Heidelberg und Berlin, ab **1923** Regierungsass. im Preuß. Innenmin., **1927–33** Preuß. Landrat in Querfurt. Bis **1945** als Landrat *auf tägl. Widerruf* in Aachen. **1946–49** Chef der Landeskanzlei von Nordrhein-Westf., später Leiter des Bonner Büros mit der Aufgabe, Bonn zur Hauptstadt der BRD auszubauen. **1949–59** Staatssekretär im Bundeswohnungsbauministerium. **1959–63** Leiter der Ges. für Kernforschung in Karlsruhe.

Karl Mahler, geb. **25.1.1887** in Gera, gest. **2.6.1966**. Studium in Leipzig (Philosophie, Politik), Lehrer, Geschäftsführer bei der DVP, später beim BDA in Berlin, **1931** Verfasser des Buches „Teilung von großen Wohnungen". Bis **1945** Geschäftsführer der Dt. Handwerkszentrale (Treuhandges. aller wirtsch. Unternehmen des Handwerks, bes. Bauges.), **1945–49** vom Magistrat bestellter Liquidator derselben Ges., danach Geschäftsführer des Export Service Handwerk. **1951–55** Senator f. Bau- und Wohnungswesen in Berlin (West), F.D.P. Anschließend Geschäftsführer der Intern. Bauausst. Berlin GmbH.

beginnt ihre Wanderung durch den Bund in Berlin. Ein Teil des Berliner Materials wurde auch in Hannover im Berlin-Pavillon bereits ausgestellt und hat besonders lebhaftes Interesse und große Anerkennung gefunden. Es ist nun durch neue Pläne und Modelle erweitert worden. Dazu kommt eine Ausstellung über Ingenieurbau und eine Sonderschau „Japan", die auch in Hannover gezeigt worden sind.

Da die „Constructa" in Hannover von den Bewohnern des sowjetischen Sektors von Berlin und der Sowjetzone nicht besucht werden konnte, soll gerade diesen Bevölkerungskreisen ein Einblick in die städtebaulichen Arbeiten und Gedankengänge des Bundes und Westberlins vermittelt werden. Dadurch wird diesen Besuchern auch gleichzeitig ein Vergleich zwischen der westlichen Baukultur und derjenigen Baugestaltung möglich, die im sowjetischen Sektor Berlins abschreckt.

Die Ausstellung soll schließlich ein stärkeres Interesse für städtebauliche Entwicklungen, Planungen und Überlegungen bei den breiten Bevölkerungskreisen erwecken, die leider bisher noch viel zuwenig Verständnis für diese wichtigen Aufgaben besitzen.

Möge daher die Ausstellung dazu beitragen, dem unbeugsamen Willen der Berliner, ihre Stadt wieder zur Hauptstadt und zu einer Weltstadt aufzubauen, neuen Auftrieb geben.

Im Katalog sind die 7 Abteilungen der Ausstellung jeweils mit einer Bildseite vertreten:

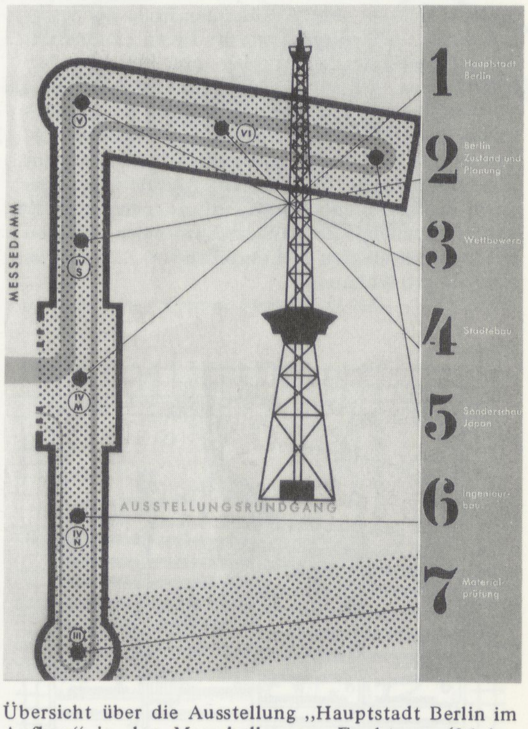
1 Hauptstadt Berlin
2 Berlin Zustand und Planung
3 Wettbewerbe
4 Städtebau
5 Sonderschau Japan
6 Ingenieurbau
7 Materialprüfung

Die Erweiterung der Constructa-Ausstellung wurde von Baurat Hubert Hoffmann, einem Mitglied der Entwurfsabteilung des Planungsamtes Berlin (West), besorgt. Im „Kurier" vom **26.4.1952** wird ein Rundgang durch die Ausstellung geschildert, der deutlich macht, daß vor allem Modelle zu den verschiedensten Themen von den Bezirken geliefert worden sind:

In verschiedenen Einzelthemen werden die städtebaulichen Planungen ←L 98 *Berlins, von denen die Wohnungs-, Verkehrs- und Grünplanung auch breitere Kreise interessieren dürfte, behandelt. Modelle zeigen, wie in Zukunft die Zoo-Gegend, der Schloßplatz in Steglitz und die Umgebung des Anhalter Bahnhofes aussehen werden. Auf einem Relief sieht man plastisch, wie sich der 117 Meter hohe Trümmerberg am Teufelssee über den Grunewald erhebt. Freundlich verspricht nach dem Plan die Grünflächenanlage der „Alte-Leute-Gärten" am Poststadion in Moabit zu werden. Daß der ostzonale Kohl so gut gedeiht, verdankt er, wie das Relief der Berliner Pumpstationen erkennen läßt, ausschließlich den Westberliner Abwässern. Recht imposant wirken so ganz in der Nähe die großen Modelle des Kraftwerks West und des Mariendorfer Gaswerkes. In der gleichen Halle lassen die älteste Gaslaterne und die modernste, sechs Meter hohe neunflammige Straßenlampe ihr Licht leuchten. Wie kostspielig die Anlage eines städtischen Freibades ist, beweist das naturgetreue Modell des Columbia-Freibades Neukölln. Das betonierte Becken ist umgeben von komplizierten unterirdischen Einrichtungen zur ständigen Umwälzung und Reinigung des Badewassers. Das steigende Grundwasser – das feuchte Berliner Problem – und wie man es zu lösen versucht, veranschaulicht die inzwischen hergestellte Verbindung sämtlicher sieben Grunewaldseen.*

Ein bunter Tupf im Grau der Diagramme und Skizzen, ein saftig grüner Rasenstreifen mit Plastiken Berliner Bildhauer erfreut in Halle V, in der sich auch eine Japan-Sonderschau befindet, das vom Schauen ermüdete Auge.

In der „Abteilung 4: Städtebau" stellt Hubert Hoffmann den Plan einer Stadtgroßzelle für die Gegend rund um die Gedächtniskirche vor, den er bereits **1948** zusammen mit dem Gartenarchitekten Walter Rossow entworfen hatte. Dieser Plan wird auch im Katalog nachgedruckt, obwohl er vier Jahre zurückliegt. Die Stadtgroßzelle umfaßt das Gebiet zwischen Charlottenburger Chaussee und Hohenzollerndamm und zwischen Wilmersdorfer und Potsdamer Straße, also genau das heutige westliche Stadtzentrum. Sie gliedert sich in 4 Stadtmittelzellen (A–D), die sich aus je-



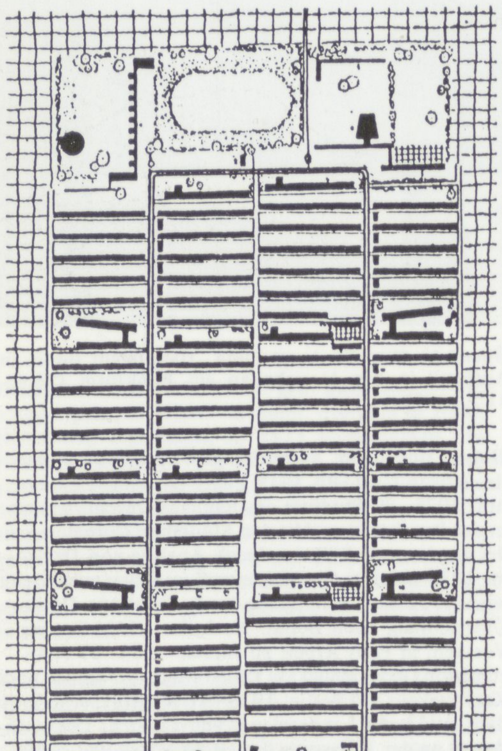
→B 95 Übersicht über die Ausstellung „Hauptstadt Berlin im Aufbau" in den Messehallen am Funkturm (26.4.–11.5.1952)

Hubert Hoffmann, Architekt, geb. **23.3.1904** in Berlin, lebt in Graz. Bis **1919** Lehre auf einem Bauernhof, **1926–29** Studium am Bauhaus Dessau, danach in der Bauabteilung. Mit den Studenten Cornelius van der Linden und Wilhelm Jacob Analyse von Dessau, die **1933** auf dem CIAM-Kongreß in Athen ausgestellt wird. **1932** nach Schließung des Bauhauses in Dessau Übersiedlung nach Berlin. Nach der CIAM-Tagung Versuch, in Paris Arbeit zu finden. **1934–37** Assistent von Georg Müller am Lehrstuhl für Städtebau und Kraftverkehr TU Berlin. **1938–41** Stadtplaner in Potsdam, **1943–44** Landesplaner von Litauen, **1944–45** Arbeit an der 1. Fassung der *Gegliederten und aufgelockerten Stadt* für die Akademie für Städtebau in Berlin, zus. mit Rainer und Göderitz. **1945** Stadtplaner zuerst in Magdeburg, dann in Dessau, Gründung der Planungsgemeinschaft Bauhaus. Der Versuch, das Bauhaus neu zu gründen, schlägt fehl. **1948** nach Berlin, selbständig, **1950–55** Stadtplaner im Hauptamt für Stadtplanung beim Senat von Berlin (West). **1959–75** Professur an der TH Graz.

Hubert Hoffmann (1946):
Die Stadtzelle und ihre Gliederung

Von Dessau aus beteiligt sich Hubert Hoffmann an dem zusammen mit der Ausstellung „Berlin plant" ausgeschriebenen Ideenwettbewerb und reicht das Gliederungsschema einer Stadtzelle als Beitrag ein. Der Beitrag wird **1947** in der „Neuen Bauwelt" veröffentlicht.

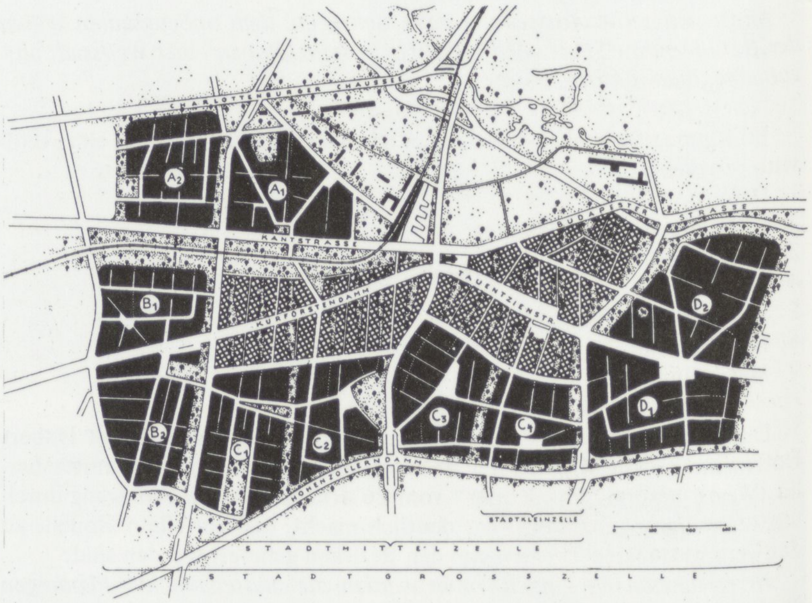
Hoffmanns Stadtzelle baut auf einer 16klassigen Schule auf und umfaßt rd. 1000 Wohnungen mit 4000 bis 5000 Einwohnern. Die Stadtzellen erhalten außer der Schule *alle wesentlichen gewerblichen, verwaltungsmäßigen oder kulturellen Anlagen, um die Zellen zu möglichst selbständigen Gliedern der Stadt zu machen, auch um das Leben der Einwohner zu erleichtern (Wege und Zeit zu sparen) und damit den Verkehr zu entlasten*. Jede Stadtzelle hat ein eigenes *Verkaufszentrum (Markt)* mit Konsum, Post, Ambulatorium, Polizeistation, Handwerksbetrieben und zwei weitere Verkaufsplätze mit Lebensmittelgeschäft, Milchladen und Schlachter. Drei bis vier Stadtzellen werden zusammengefaßt zu einer *Stadtmittelzelle* mit 12.000 bis 20.000 Einwohnern. Sie verfügt über einen großen Markt und ein Warenhaus, Zentralheizwerk mit zentraler Wäscherei und Warmbad, einen LKW-Fuhrpark, ein *Forschungshaus* und einen *Bauhof* im Anschluß an die Werkstätten der Handwerker. Während dieses ökonomische Zentrum an der Hauptverkehrsstraße liegt, befindet sich am entgegengesetzten Ende der Stadtmittelzelle, in Berührung mit der freien Landschaft, ein soziales Zentrum mit Ober- und Berufsschule, Sportflächen, Lehrgärten, Jugendheim, Kindergarten, Versammlungshalle und Gaststätte. Die Stadtmittelzellen werden von einer Hauptverkehrsstraße durch Sammelstraßen und Wohnwege erschlossen und sind reine Wohngebiete, die außer den Wohnhäusern, über deren Bauform nichts gesagt wird, Altersheime für 5 % und Ledigenheime für 10 % der Einwohner enthalten. Die Stadtmittelzellen sind umgeben von Zusatzgärten (100 qm pro Wohnung).



Hubert Hoffmann (1946): Schema einer Stadtzelle für 4000–5000 Einwohner ←B 97

weils 2 bzw. 4 Stadtkleinzellen zusammensetzen und ein zentrales Geschäftsgebiet entlang der Kurfürsten- und Tauentzienstraße einrahmen, und ist eingepaßt in ein Großberliner Verkehrskonzept, das eine Variante sowohl zum Kollektivplan von **1946** als auch dem Aufbauplan von **1949** darstellt. Der Plan von Hoffmann und Rossow überträgt nicht nur die Idee des Planungskollektivs, die Stadt in Wohnzellen zu gliedern, in die
←L 99 Planungsarbeit in Berlin (West), sondern hat auch einen eigenen theoreti-
→S.443 schen Vorlauf durch den von Hoffmann **1946** zu dem Wettbewerb „Berlin plant" eingereichten Beitrag.

Der Plan, der **1947** in der „Neuen Bauwelt" erscheint, trägt den Titel
→L 100 *Die Stadtzelle und ihre Gliederung* und stellt die Fortsetzung der Arbeit
→S.118 dar, die Hoffmann zusammen mit Johannes Göderitz und Roland Rainer
→S.111 in der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung bis
→S.570 zum Kriegsende betrieben hatte und die **1957** als Theorie der „gegliederten und aufgelockerten Stadt" veröffentlicht wird.



→B 96 Hubert Hoffmann/Walter Rossow (1948): Plan zur Gliederung einer Stadtgroßzelle als Beitrag zum Wettbewerb „Rund um den Zoo". Der Plan wird 1952 in der Ausstellung „Hauptstadt Berlin im Aufbau" gezeigt

Der **1952** ausgestellte Plan von Hoffmann und Rossow entspricht keineswegs dem aktuellen Stand der Planentwicklung für das Gebiet um die Gedächtniskirche, an der die Stadtplaner in Berlin (West) intensiv arbeiten, weil die Anlieger auf eine Entscheidung über den Verlauf der Baufluchtlinien drängen. Vorgesehene Zentrumsfunktionen überschneiden sich mit dem übergeordneten Verkehrskonzept – leider bis zum heutigen Tag. Die Ausschreibung des Wettbewerbs für das geplante westliche Geschäftszentrum *Rund um den Zoo* erfolgte bereits am **1.11.1947** durch den Magistrat von Großberlin und eine private Arbeitsgemeinschaft für den Wiederaufbau dieses Gebiets. Die 112 eingereichten Arbeiten wurden –
→L 101 verzögert durch die politische Entwicklung – erst am **12.8.1948** im Charlottenburger Schloß ausgestellt. Die Arbeit von Hoffmann und Rossow befand sich unter den Ankäufen.

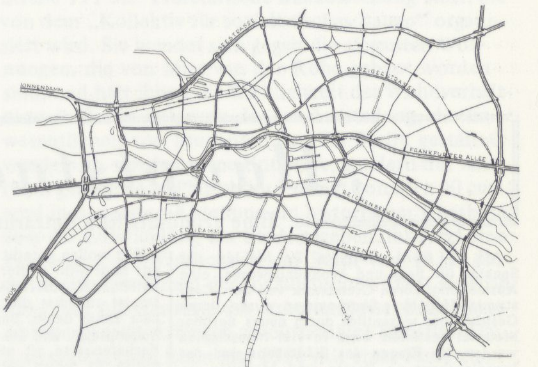
→L 102 *Das Gebiet „Rund um den Zoo" gehört zu den Schmerzenskindern der Berliner Stadtplanung. Der 1947 ausgeschriebene Wettbewerb ist im Sande verlaufen, inzwischen wurde von amtlicher Seite und auch privater Seite immer wieder geplant, geplant und – verworfen, die Kirchengemeinde bemühte sich um den Wiederaufbau ihrer Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, die Wirtschaft drängte auf Festlegung der Fluchtlinien, da sie gerade in diesem Gebiet, das augenblicklich die wertvollste Berliner Geschäftsgegend ist, größere Pläne verwirklichen wollte. Lange schien die Tauentzienstraße tot zu sein, bis dann plötzlich, den Stadtplanern und -vätern nicht gerade zur ungetrübten Freude, das Kaufhaus des Westens („KaDeWe") am Wittenbergplatz wieder seine Pforten und Etagen öffnete – und plötzlich schossen, besonders auf der Südseite der Straße, die Geschäfte wie Pilze*

empor, „der Tauentzien“, wie manche Berliner mit grammatischer Großzügigkeit sagten, „der Tauentzien kommt wieder“. Die Zeit drängte, eine abschließende Planung war nötig. Andererseits, und das war wohl eine der Hauptursachen des Versagens des 1948er Wettbewerbes, kann eine solche Teilplanung wie die am Zoo nicht vorgenommen werden, ohne daß man das Gefüge der Gesamtstadt betrachtet. Berlin hat keine „Altstadt“ in dem Sinne wie andere Städte. Berlin hat auch keine City als Kern einer radial sich ausbreitenden Stadt. Die Entwicklung Berlins ist bandförmig von Osten nach Westen verlaufen, ein neuer Stadtteil hat sich stets als Kristallisationspunkt neben den alten gelegt. Das Ergebnis ist daher auch ein Cityband, das sich heute vom Alexanderplatz im Osten über die Linden, die Französische und die Leipziger Straße, die Charlottenburger Chaussee, die Tiergarten- und Budapester Straße bis zum Kaiser- und zum Kurfürstendamm im Westen erstreckt. Einschneidende Veränderungen der „alten City“ müssen sich daher stark auf den westlichen Teil des City-Bandes auswirken. Die Zoogegend liegt nicht im luftleeren Raum.

Seitens der Verwaltung wurden in den letzten zwei Jahren zwei Pläne vorgelegt, die sich darin glichen, daß sie – im Gegensatz zu dem unter Stadtrat Bonatz erarbeiteten „Plan 48“ – die Ost-West-Tendenz der Berliner Stadtentwicklung aufgriffen und markant herausarbeiteten. Im übrigen gab es in der Führung der Nord- und der Südtangente in beiden Plänen einige Verschiedenheiten, die die beiden Skizzen (s. Randspalte, d.V.) *deutlich zeigen. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal für die hier betrachtete Zoogegend lag darin, daß der 1950 erarbeitete Plan die Verkehrsführung von der Kurfürsten- und der Budapester Straße nördlich der Kirche vorbeileitete und in die Kantstraße führte. Die Hardenbergstraße, die die Verbindung zwischen dem Platz an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und dem Platz am Knie herstellt, sollte abgeriegelt werden. Südlich der Kirche sollte der Boulevard Kurfürstendamm-Tauentzienstraße zügig ineinander übergehen. Die Verbindung zwischen dem Boulevard und der Verkehrsstraße sollte durch eine „Schnalle“ östlich der Kirche etwa an der Stelle des ehemaligen „Romanischen Cafés“ erfolgen. Der 1951 veröffentlichte Gegenvorschlag schloß dagegen die Stüdtangente über die Hardenbergstraße und den Platz am Knie an den Zug Bismarckstraße-Kaiserdamm an. Der neue, endgültige Plan der Verwaltung (Mai 1952) ist eine Synthese aus beiden Plänen.*

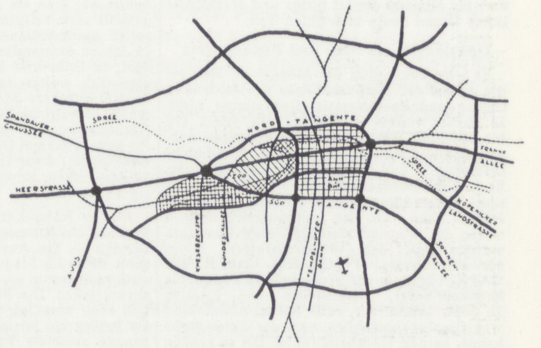
So sehr es zu begrüßen ist, daß „Rund um den Zoo“ klare Verhältnisse herrschen, ist andererseits doch mit Betrübnis festzustellen, daß von all den großzügigen Planungen der ersten Nachkriegsjahre (Zubringerstraßen hinter den Baublöcken, Flanierstraßen als Boulevard usw.) nichts, aber auch gar nichts übriggeblieben ist. Es wäre allzu bescheiden, wollte man mit dem wenigen Erreichten durchaus zufrieden sein.

→S.271 Die in Berlin (West) diskutierten Vorschläge zum Verkehrsplan

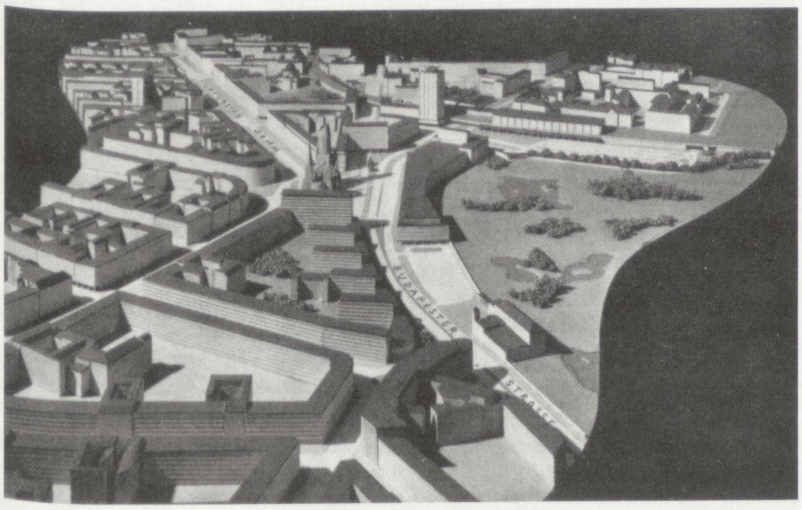


→B 98 Vorschlag von Hubert Hoffmann/Walter Rossow (1948)

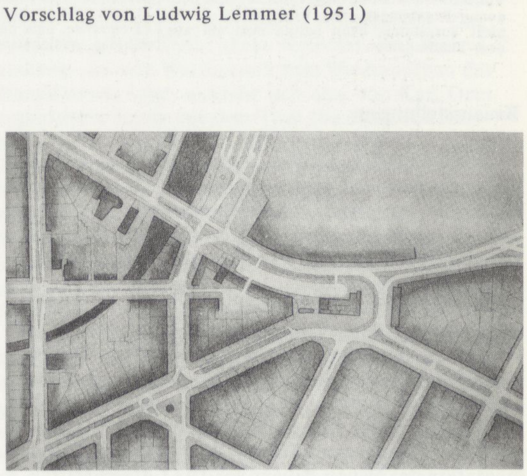
→B 99 Vorschlag von Friedrich Fürlinger (1950)



→B 100 Vorschlag von Ludwig Lemmer (1951)



Friedrich Fürlinger (1952): Planung für das Gebiet „Rund um den Zoo“, Modell ←B 101



→B 102 Der „Neue Plan der Bauverwaltung“ für das Gebiet „Rund um den Zoo“ (1952)

Diese Kritik an dem Planungsergebnis bis zum Jahr **1952** erscheint im **Juni** in der „Bauwelt“. Die Planer haben es, da sie keine Verfügung über Grund und Boden hatten, nicht vermocht, mehr als eine Nachzeichnung des Bestehenden zu liefern.

Der Umschlag zu dem Katalog der Ausstellung *Hauptstadt Berlin im Aufbau* zeigt, daß mit der Bebauung des freigegebenen Gebietes begonnen wird. Will Grohmann, Kunstkritiker und Professor an der HfBK, setzt die auf der Ausstellung gezeigte Planung in Beziehung zu dem Bild, das sich →L 103 ihm von Berlin (West) bietet:

„Hauptstadt Berlin im Aufbau"

Eine grundsätzliche Betrachtung zur Ausstellung am Funkturm / Von Prof. Will Grohmann

Am 26. April eröffnete Dr. Mahler, der Senator für Bau- und Wohnungswesen, eine Ausstellung, deren Grundstock von der „Constructa"-Hannover übernommen wurde, deren Gesicht aber wesentlich durch neues Berliner Material bestimmt wird. In vier Messehallen werden die Fragen des Städtebaus und des Ingenieurbaus an Karten und Modellen erörtert. Der Akzent liegt auf Berlin, und hier wiederum auf dem City- und Hauptstadt-Problem, dem Wohnungsbau und dem Verkehr. Nicht nur Bauinteressenten, auch Kommunalpolitiker, Verkehrsspezialisten u. a. können nützliche Anregungen finden. Eine Sonderschau Japan zeigt, wie das Inselreich mit den Schwierigkeiten des Wiederaufbaus fertig zu werden versucht.

Die Ausstellung sieht recht munter aus, Baurat Hubert Hoffmann hat sie gemacht, und wenn man bedenkt, daß ihm nur sehr geringe Mittel zur Verfügung standen, ist sie erstaunlich gut. Manches hat „Bauhaus"-Stil, Hoffmann ist Schüler von Gropius, man könnte denken, Berlin wäre im Bauen eine moderne Stadt. Das ist nun leider nicht; es wurde vorwiegend restauriert, Wohnblocks, Rathäuser, Schulen, die TU; was fertig dasteht, das Schiller-Theater z. B., ist ein Kompromiß, man nahm ihn hin, weil die Eröffnung des Hauses mit dem Auftakt der letzten Berliner Festwochen zusammenfiel. Größere Projekte wurden angekündigt; nach den Plänen in der Ausstellung zu urteilen, dürfte jetzt endlich der Zeitpunkt gekommen sein, wo man ernsthaft anfangen will.

Die Privatwirtschaft hat nicht besser gebaut als die öffentliche Hand. Wo sollte der Mut herkommen, wenn diese kein besseres Beispiel gibt? Weltstädtisch sieht selbst die neue City zwischen Wittenbergplatz und Halensee nicht aus, abends reißt die Lichtreklame die Geschäftsstraßen heraus. Es hilft uns nicht weiter, daß man im Ostsektor und in der Ostzone um vieles miserabler baut und der Bevölkerung Potemkinsche Dörfer vorzaubert. Wir können auf die Dauer nicht davon leben, daß wir uns mit Partnern vergleichen, die keine sind, man sollte lieber nach Vorbildern Umschau halten. Es gibt in Deutschland genug, und im Ausland gehört gutes und fortschrittliches Bauen heute zum guten Ton.

Unzulängliches Bau- und Bodengesetz

Es wird behauptet, der Mangel an Elan sei die Folge der Berliner Lage, des fehlenden Geldes und Baumaterials. Das stimmt nicht. In Berlin werden in diesem Jahr allein 170 bis 180 Mill. DM für den Wohnungsbau ausgegeben und weitere 66 Mill. DM für Schulen, Hochschulen und andere öffentliche Gebäude. Es ist nicht einzusehen, warum für dieses Geld nicht etwas hingestellt wird, was sich sehen lassen kann. In den vergangenen Jahren waren die Summen niedriger, aber immerhin wurden seit der Währungsreform allein für die Schulen 51 Mill. DM verbaut, aus GARIOA-Mitteln für Wohnungen 63 Mill., für Krankenhäuser, Altersheime und Schulen 22 Mill. Wenn wir auch keine Architekten wie Gropius und Mies van der Rohe mehr haben, keinen Stadtbaudirektor mit so großen Vollmachten wie Martin Wagner, es gibt noch genug Begabungen, und wenn sie in Berlin nicht ausreichen, dann berufe man sie aus dem Bundesgebiet.

Wir wollen gerecht sein und fragen, warum wir noch nicht weiter sind. Es gibt Schwierigkeiten, die sich schwer überwinden lassen. Da ist zunächst die Bodenfrage, an die der Laie kaum denkt. Berlin hat besonders hohe Bodenpreise, und die Stopp-Preise liegen sonderbarerweise oft noch höher als die Realpreise. Es fehlen gesetzliche Handhaben, um den Grund und Boden baureif zu machen, um z. B. Grundstücke zusammenzulegen, um Kleingärten auf vernünftige Weise abzulösen. Und auch die vielen Verwaltungsvorgänge, die das Bauen verteuern, müßten reduziert werden. Eine planmäßige Bebauung Berlins hängt weitgehend von vorbereitenden Maßnahmen solcher Art ab.

Das unzulängliche Bau- und Bodengesetz hemmt aber nicht nur den Wiederaufbau im einzelnen, sondern auch die städtebaulichen Maßnahmen. Nach 1945 hofften wir, daß man aus der Not eine Tugend machen und Großstädte wie Berlin nach Grundsätzen aufbauen würde, die das „steinerne Meer" in einen lebendigen Organismus verwandelten. Solange die Städte intakt waren, fand sich natürlich niemand, der bereit gewesen wäre, die städtebaulichen Erkenntnisse zu verwirklichen und große Summen für ein vernünftigeres und gesünderes Leben in der Großstadt auszugeben. Heute, wo ganze Stadtteile in Trümmern liegen, wäre man zu großzügigen Planungen und Sanierungen verpflichtet.

Stattdessen wurde restauriert, und in Berlin noch mehr als anderswo. Nicht nur die Stadt als Ganzes ist bisher geblieben, wie sie war, auch die einzelnen Bauten wurden vorwiegend so, wie sie waren. Man könnte glauben, Berlin wäre städtebaulich und architektonisch ein Paradies gewesen, das war es nun wirklich nicht. Man restaurierte und glaubte, damit Geld zu sparen. Fraglos kostet die Wiederherstellung zunächst etwas weniger, aber à la longue ist die Rechnung falsch. Erstens ist der Kubikmeter-Inhalt alter Gebäude größer als der der entsprechenden Neubauten, die alten Bauten haben einen nicht genützten Rauminhalt von dreißig bis fünfzig Prozent, die mitrestauriert und mitunterhalten wurden. Zweitens ist die Wirtschaftlichkeit und Lebensdauer restaurierter Bauten geringer als die von Neubauten, und schließlich ist Schönheit und Zeitgerechtigkeit auch ein Kapital, von dem die Menschen leben. Wenn ein Gebäude mit dem dritten Teil der Bausumme wieder in Ordnung zu bringen ist, ist es richtig, es zu tun, weil jede Summe, die man ausgibt, dreimal bedacht werden muß. Wenn aber die Wiederherstellungskosten denen des Neubaus sich nähern, ist Restaurieren ein Nonsens.

Aufwärtsbewegung durch Wettbewerbe

Bleiben wir zunächst bei dem Wohnungsbau. Seit 1949 sind 90 000—100 000 Wohnungen wiederhergestellt worden, also etwa 15 000 Wohnhäuser, die vernachlässigten und leicht beschädigten inbegriffen, Häuser mit kleinen Dachschäden, herausgebrochenen Fensterkreuzen usw. Dieses Jahr sollen 120—130 Mill. D-Mark für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und 10 000 neue Wohnungen erstellt, mit weiteren 50 Mill. 19 000 instandgesetzt, 23 000 durch Ausbau erhalten werden. Das wäre ungeheuer viel und würde so ziemlich den ganzen Bedarf decken. Stimmen die Zahlen? Sichere Angaben liegen bisher nur über das Baujahr 1949/50 vor. Und wie sehen die restaurierten Wohnungen aus? Soweit ich sie kenne, hat man sie „im alten Stil" wiederhergestellt statt zeitgemäß, was auch ginge. Wir sehen heute beinahe mit Neid auf die vor 25 Jahren entstandenen Siedlungen in Zehlendorf, in Britz und Siemensstadt, obwohl wir eigentlich weiter sein müßten. Unter dem Stadtbaudirektor Martin Wagner und Architekten wie Bruno Taut, Hans Scharoun, Hugo Häring wurde das damalige Berlin ein Vorbild für andere Städte. Der gegenwärtige Stadtbaudirektor hat zwar richtige Vorstellungen vom Wiederaufbau, scheint sich aber nicht durchsetzen zu können.

Als in Bonn kürzlich die Ergebnisse des Wohnbau-Wettbewerbs der ECA ausgestellt wurden — die Ausstellung geht durch fünfzehn deutsche Städte und kommt vielleicht auch nach Berlin —, sah man deutlich, wie wir zurückstehen. Die Berliner Architekten hatten sich zwar beteiligt, aber mit geringem Erfolg, sie hatten die letzten vier Jahre keine Erfahrungen sammeln können. Es handelte sich darum, für 37,5 Mill. Dollar aus Marshallplan-Mitteln 4000 Wohnungen in fünfzehn Städten zu errichten, nach den rationellsten Methoden, mit den geeignetsten Baustoffen und unter Anwendung aller Erfahrungen der letzten Zeit: organische Gliederung von Siedlung und Haus, bewegter Baukörper, Einbauschränke, elektrische Waschanlage usw. Die Wohnungen, die im Bau sind, entsprechen den Anforderungen, die wir zu stellen berechtigt sind, und sind trotzdem nicht teurer als die sogenannten Einfachstwohnungen! Man hat sich übrigens bei diesem Wettbewerb von den lokal verschiedenen, aber überall hemmenden Baupolizeivorschriften freimachen dürfen, ein großer Vorteil, denn sie sind zum Teil grotesk überaltert.

Rechnen mit langen Zeiträumen

Eine Besserung ist eingetreten durch den Beratungsausschuß für Wettbewerbe, der dafür sorgt, daß die meisten großen Bauvorhaben durch Konkurrenzen entschieden werden. Bis vor reichlich einem Jahr wurden nicht einmal die Etatsmittel, die dafür zur Verfügung standen, verwendet. Durch Wettbewerbe entschieden wurden die Rathausbauten in Kreuzberg und Neukölln, die Berliner Bank an der Hardenbergstraße, Schulen in Neukölln und Reinickendorf, ein Altersheim in Wedding, der Konzertsaal der Musikhochschule und einiges andere (ausgestellt in Halle 5). Außerdem die aus amerikanischen Stiftungsgeldern zu errichtende Zentralbibliothek am Halleschen Tor und das Bibliotheks- und Hörsaalgebäude der Freien Universität. Für öffentliche Bauten, ausschließlich Stiftungsbauten, stehen mehr als 60 Mill. zur Verfügung, die auch Kreditgelder sein dürften.

Eine Garantie für die bestmögliche Lösung ist auch der Wettbewerb nicht immer, alles hängt von der Zusammensetzung des Preisrichterkollegiums ab, und viele gute Architekten verzichten vor vornherein, wenn ihnen keine Gewähr für die richtige Beurteilung gegeben ist. So viel aber kann gesagt werden, daß durch die Ausschreibungen eine Aufwärtsbewegung in die Bauentwicklung gekommen ist, die noch bedeutsamer wäre, wenn sich die Juroren mutiger zu ungewöhnlichen Leistungen stellten.

Die Privatwirtschaft hat meist ihre eigenen Bauabteilungen, die genau wissen, was man von ihnen erwartet. Auf diese Weise entstehen zumeist Bauten recht farblosen Charakters. Aber es gibt Ausnahmen; das „Bayer-Haus" am Kurfürstendamm bauten freie Architekten sehr anständig, die Lebensversicherung am Rankeplatz wäre ohne das Leuchttürmchen auf dem Dach gar nicht übel, die Berliner Zentralbank dagegen wird keine Zierde werden. Mit dem Entwurf seines Warenhauses an der Schloßstraße, Steglitz, hatte Wertheim zunächst die Brüder Luckhardt beauftragt, aber es ist beim Entwurf geblieben. Der Verein der Philharmonie baut einen Konzertsaal und hat einen Wettbewerb ausgeschrieben, der leider eine bauliche Verbindung mit dem Joachimsthaler Gymnasium vorschreibt. Vielleicht gelingt es den Architekten, eine bessere Lösung durchzusetzen. Leider wird es aber gar nicht die „Philharmonie", sondern der Konzertsaal Wilmersdorf, in dem das Philharmonische Orchester bleibt, bis — ja, bis die richtige „Philharmonie", wahrscheinlich am Tiergarten, gebaut wird.

Wie aber steht es mit den städtebaulichen Planungen? Bisher ist so gut wie nichts geschehen. Man hat, was dem Städtebau einmal zugute kommt, 160 Mill. DM aus GARIOA-Mitteln für Enttrümmerung und Grünflächen ausgegeben, 47 Mill. für Straßen- und Brückenbau. Was geplant ist, sieht man in Halle 4 der Ausstellung. Man hat, wie das heute überall geschieht, besondere Schwerpunkte herausgearbeitet, hat Strukturpläne für Wirtschaft, Wohnen, Kultur, Verkehr usw. entworfen, man versucht nach den neuesten Erkenntnissen das Chaos zu bändigen und wird noch manchen Wettbewerb ausschreiben müssen, um im ganzen und im einzelnen zu guten Resultaten zu kommen. Das Zooviertel, das Hansaviertel, das Regierungsviertel am Reichstag stehen augenblicklich im Brennpunkt des Interesses, auch für den Reichskanzlerplatz ist ein Wettbewerb vorgesehen, aber wir werden noch viel Geduld haben müssen, bis einige von den städtebaulichen Gedanken verwirklicht werden und Berlin ein Gesicht bekommt. Wenn man hört, daß für die Wiederherstellung der öffentlichen Gebäude 15 Jahre lang etwa 60 Mill. DM verbaut werden müssen, hat man einen Maßstab für die Zeiträume, mit denen man rechnen muß. Die Durchführung der großen Planungen wird selbstverständlich noch viel länger dauern, aber wenn alles gut geht, werden unsere Enkel dann in einer Stadt wohnen, auf die der Name „Steinernes Berlin" nicht mehr zutrifft.

Es wird letzten Endes alles von den Persönlichkeiten abhängen, die den Aufbau leiten. Die einflußreichsten unter ihnen bauen nicht, sondern lenken und rechnen. Der Rechenstift muß sein, daran zweifeln wir nicht, aber das Genie auch. Ohne Phantasie entsteht nichts Gültiges, auch keine Hauptstadt, die mehr ist als Ordnung Des „Amtes" größter Ruhm wäre, an die Geister zu appellieren und sich auf das Amt zu beschränken.

Bauausstellungen

Die Geschichte der Bau- und Städtebauausstellungen in Deutschland ist von Cramer und Gutschow aufgearbeitet. Drei dieser Ausstellungen und eine Gegenausstellung sind hier kurz zu beleuchten, weil sie sich thematisch aufeinander beziehen und personell miteinander verbunden sind. ←L 104

Der **Deutschen Bauausstellung**, die am **11.5.1931** in den Berliner Messehallen eröffnet wird, gehen Wettbewerbe zu ihrer Gestaltung voraus. Die Pläne für die Ausstellung reichen bis in das Jahr **1926** zurück. Im Gegensatz zu Stuttgart **1927** und Breslau **1929** werden nur in einer Halle Wohnungen im Maßstab 1:1 aufgebaut, nicht aber ganze Häuser. Es ist die letzte Dokumentation des Neuen Bauens vor **1933**. Geschäftsführer ist Albert Wischek, der nach dem Krieg auch die *Constructa* und anfänglich die *Interbau* organisiert.

4.3.2 Die Internationale Bauausstellung Berlin

Wer die Idee zu der Internationalen Bauausstellung, kurz „Interbau →L 105 Berlin", zuerst hatte, ist umstritten. In der „Bauwelt" findet sich folgende Version, die allerdings nicht nachzuprüfen ist:

→L 106 *Als im Jahre 1951 der damalige Berliner Bausenator Dr. Karl Mahler in Begleitung seines Senatsbaudirektors Professor Ludwig Lemmer von Albert Wischek, dem Leiter der „Constructa" in Hannover, durch eben diese Ausstellung geführt wurde, tauchte bei den dreien der Gedanke auf: „So etwas müssen wir in Berlin auch haben!" Wie „So etwas" allerdings aussehen müsse, darüber mögen die Gedanken damals ebenso auseinander gegangen sein wie über das „Warum überhaupt?"*

Diese letzte Frage dürfte sich während des nächsten Jahres angesichts der ungeheuren Bauleistungen an der Stalinallee erübrigt haben. Daß *so etwas* nicht einfach die Wiederholung der „Constructa" in Berlin sein konnte, wie es im **Mai 1952** als eilige Notmaßnahme in den Messehallen am Funkturm versucht worden ist, darüber waren sich die Veranstalter im klaren. Nicht nur, daß die Ausstellung eine fragmentarische Wiederholung der Ausstellung in Hannover gewesen ist, schwerwiegender war der auf Berlin bezogene magere Inhalt, der in Widerspruch zu dem anspruchsvollen Titel „Hauptstadt Berlin im Aufbau" stand. Nachdem die Frage nach dem „Warum" durch das Nationale Aufbauprogramm entschieden und die nach dem „Wie" mit *eindrucksvoller als die Stalinallee* beantwortet war, geht es seit **1952** um das „Wann", „Wo" und „Wer". Der Titel steht von Anfang an als „Internationale Bauausstellung Berlin" fest. Mit ihm soll an die gleichnamige Ausstellung im Jahre **1931** angeknüpft werden, demselben Vorbild, das auch die Hannoversche Ausstellung hatte, ohne es im Titel zu dokumentieren. Die erste veröffentlichte Nachricht über das „Wann und Wo" dieser Ausstellung erscheint am **19.1.1953** in der „Bauwelt":

Die ursprünglich für 1953 geplante Internationale Bauausstellung wird ←L 107
im Frühjahr 1954 in Berlin stattfinden. Die Ausstellung wird nicht auf dem Messegelände am Funkturm sein, sondern in dem Gebiet Charlottenburg Nord zwischen dem Bahnhof Jungfernheide und Siemensstadt. Vor dem Kriege wurde schon einmal unter Speer eine Bebauung dieses Gebietes geplant („Wohnstadt Charlottenburg Nord"). Die Ausstellung hat ähnlich der „Constructa" in Hannover 1951 keine besonderen baukünstlerischen Absichten, sondern will im wesentlichen neue Bauarten und Baustoffe in ihrer Anwendung zeigen. Die Ausstellung soll etwa ein Vierteljahr dauern. Nach ihrem Abschluß werden auf diesem Gelände etwa 7000 neue Wohnungen zur Verfügung stehen.

Neben dem Plan einer „Internationalen Bauausstellung" wird für Berlin (West) noch ein zweites spektakuläres Projekt diskutiert: ein „Wettbewerb Bundeshauptstadt Berlin", der die Verlegung des Sitzes der Bundesregierung von Bonn nach Berlin vorbereiten soll.

Die im Bundesarchiv in Koblenz aufbewahrte Akte zu diesem Wett- ←A 37
bewerb gibt Aufschluß über die Zeit der Entstehung des Plans und seinen Begründer. Bereits im **Dezember 1951** war die Idee in einem Brief des Vorsitzenden des Arbeitskreises „Industrie und Handwerk Berlin" (IHD), Konrad Lindhorst, an Konrad Adenauer geäußert worden. Der Arbeitskreis ist ein Zusammenschluß von Unternehmen der Industrie, vor allem der Bauindustrie und des Bauhandwerks, zum Zweck der Gemeinschaftswerbung und Auftragsbeschaffung, sein Vorsitzender Lindhorst ist Leiter einer Stahlbaufirma in Berlin (West). Mit seinem Vorschlag zu einem „Wettbewerb Regierungsforum" wendet er sich am **29.12.1951**, ohne vorher Kontakt mit den Westberliner Politikern aufgenommen zu haben, direkt an den Bundeskanzler in Bonn und beschreibt seinen Vorschlag als *nationale Tat*, die er mit dem Satz begründet: *Der Ostregierung, die gerade* ←A 38
auf diesem Gebiet sehr intensiv tätig ist, muß die Initiative aus der Hand genommen werden. In einem Brief vom **17.1.1952** an das Bundeskanzleramt in Bonn wiederholt Lindhorst den Vorschlag eines „Gesamtdeutschen Ideenwettbewerbs für die Planung eines Regierungsforums" und ergänzt ihn um zwei weitere Initiativen: Am 3. Jahrestag der Blockade-Aufhebung, am **12.5.1952**, soll in Berlin (West) die erste Bundestagssitzung stattfinden und eine Regierungserklärung zur deutschen Wiedervereinigung abgegeben werden, die von deutschen und ausländischen Rundfunksendern übertragen werden soll. Außerdem schlägt Lindhorst *die Übersiedlung des* ←A 39
Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen nach Berlin mit dem zusätzlichen Wirkungsgrad eines sehr aktiven Propaganda-Ministeriums vor. In Bonn holt man daraufhin Erkundigungen über Lindhorst ein. Es stellt sich heraus, daß er bereits im **Frühjahr 1951** wegen eines geplanten Wettbewerbs für ein Regierungsforum am Reichstag mit dem Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, Kontakt aufgenommen hatte.

Nachdem sich schon im **Januar 1946** Hans Scharoun vergeblich für den Erhalt des Reichstagsgebäudes eingesetzt hatte, um es später als Parlamentsgebäude nutzen zu können, war Jakob Kaiser einer der ersten Politiker, der ←L 108
sich für den Wiederaufbau des Reichstags einsetzte. Bereits am **22.4.1949** ←L 109
sprach Kaiser vom Wiederaufbau des „Hauses der Deutschen".

Parallel zu dieser Leistungsschau des Deutschen Handwerks findet in Fabrikräumen in der Köpenicker Straße 111 die **Proletarische Bauausstellung** statt, die von dem „Kollektiv für sozialistisches Bauen" organisiert wird. Sie wendet sich gegen die eleganten Wohnungen, die von Mies van der Rohe gebaut worden sind, und hält ihnen die Wirklichkeit der Wohnverhältnisse in Berlin entgegen. In der Ausstellung, die im wesentlichen von Studenten der TH Berlin gestaltet worden ist, werden keine Entwürfe, sondern nur Analysen gezeigt. Auf Platten im Format von 60 x 90 cm wird in der ersten Abteilung ein historischer Überblick über die Entwicklung der Stadt gegeben, ihr folgt eine zweite mit der Wirklichkeit der Stadt von **1931**, die dritte gilt dem Wesen der sozialistischen Stadt als Wohnung und Arbeitsstätte der Arbeiterklasse. Eine vierte Abteilung zeigt Arbeiten revolutionärer Künstler. Die Ausstellung wird Ende **Mai 1931** mit einer Rede von Hermann Duncker eröffnet, es finden Vorträge und Führungen statt; sie muß gegen SA-Trupps aus der Umgebung verteidigt werden. Am **5.6.1931** hält Ernst May im Preußischen Herrenhaus auf Einladung der CIAM, die zur Deutschen Bauausstellung eine Tagung in Berlin abhalten, einen Vortrag über den Wohnungs- und Städtebau in der Sowjetunion, der viele zum Entschluß bringt, dort Arbeit zu suchen.

Zum Kollektiv gehören Arthur Korn, der später nach London emigriert, Benny Heumann, Gerhard Kosel, Walter Segal, Herbert Klatt u.a. Es löst sich im **Januar 1933** auf, doch die persönlichen Verbindungen wirken bis in die Zeit nach dem Krieg.

Die **Constructa** wird am **3.7.1951** in Hannover auf dem Messegelände eröffnet und dauert bis zum **12.8.1951**. Sie wird der Messe-AG von Albert Wischek vorgeschlagen. Im **Januar 1949** legt Stadtbaurat Rudolf Hillebrecht ein Konzept für die Ausstellung vor, das die Fachverbände und die Akademien mittragen sollen. Konstanty Gutschow wird im **November 1949** zum wissenschaftlichen Leiter bestellt, und im **Sommer 1950** werden die Bearbeiter für die geplanten Abteilungen benannt. Neben den von der Bauwirtschaft belegten Hallen sind jeweils in einer besonderen Halle Landesplanung, Städtebau und Ortsgestaltung, Bauplanung und das ABC des Bauens zu sehen. Die Sonderschau *Das kleine Haus* findet auf dem Freigelände statt, wo auch der von den Brüdern Luckardt gestaltete Berlin-Pavillon steht. Was sich um **1950** in der BRD in Theorie und Praxis formiert hat und wer sich nach der Gründung der beiden deutschen Staaten wieder zusammengefunden hat, darin geben Ausstellung und Katalog einen genauen Einblick. Hillebrecht und Hebebrand veranstalten zur Constructa ein Treffen zwischen Gropius und Bonatz und laden dazu 45 Architekten ein, von denen sie meinen, daß sie *etwas miteinander zu besprechen* hätten. Architekten aus der DDR sind dazu nicht eingeladen.

Die Idee zur **Interbau** in Berlin (West) läßt sich bis zur *Constructa* zurückverfolgen, sie nimmt aber auch auf die *Bauausstellung* von **1931** Bezug, denn sie soll **1956** (25 Jahre danach) veranstaltet und *international* organisiert werden, um auch die in den Westen emigrierten Architekten hinzuziehen. Die Ausstellung will Berlin allein vertreten. Der Bauausstellung, die dem Wettbewerb zum Wiederaufbau des Hansaviertels folgt, schließt sich eine von Karl Otto organisierte Schau mit dem Titel *Die Stadt von Morgen* an. Otto hat auf der *Constructa* bereits die Abteilung Städtebau und Ortsplanung bearbeitet. Auf ihr werden neben großformatigen Allgemeinheiten 10 Planungsbeispiele zur Gestaltung und Struktur einer Stadteinheit von 10.000 Einwohnern vorgestellt, die unter der wissenschaftlichen Leitung Erich Kühns von ausgewählten Architekten für die Ausstellung entworfen worden sind.

Auch die kritische Ausstellung *Diagnosen zum Bauen in Westberlin* **1968** in der TU Berlin und die *Internationale Bauausstellung (IBA)*, die für **1984** geplant war und **1987** stattgefunden hat, beziehen sich wieder auf die *Interbau*. Die *IBA* teilt sich jedoch bezeichnenderweise inhaltlich und personell in eine *IBA-Neu* (mit Joseph Paul Kleihues als Direktor) und in eine *IBA-Alt* (mit Hartwalter Hämer als Direktor) auf.

Hans Stephan, Architekt, geb. **2.1.1902** in Dramburg/ Pommern, gest. **28.11.1973** in Berlin (West). Studium TH Berlin, **1924** Diplom, Ass. von Jansen. **1928–37** zunächst Oberbaurat, dann Stadtbaudir. der Hochbauabt. des Magistrats. **1937–45** Hauptabteilungsleiter für Wohnungsbau beim Generalbauinsp. für die Neugestaltung Berlins. Ab **1944** im Arbeitsstab Wiederaufbauplanung. Seit **1931** Mitglied der NSDAP. Ab **1948** in der Magistrats- bzw. Senatsbauverw. von Berlin (West), **1953–56** Leiter der Abt. Landes- und Stadtplanung beim Sen. für Bau- und Wohnungswesen, wogegen Scharoun u.a. protestierten. **1956** Senatsbaudirektor, **1960** Rücktritt. Danach selbst. Architekt. Mitorganisator der Interbau.

„Der Ring" protestiert gegen die Berufung von Hans Stephan zum Leiter der Abteilung Stadtplanung des Senats

Am **5.2.1953** setzt Walter Rossow im Auftrag der Architektenvereinigung *Der Ring* ein an Senator Mahler adressiertes Protestschreiben gegen die beabsichtigte Berufung des bis **1945** in der Generalbauinspektion (GBI) für den Wohnungsbau der Reichshauptstadt zuständigen Architekten Hans Stephan auf. Mit diesem Schreiben tritt die **1923** gegründete und **1926** erweiterte Architektenvereinigung erstmalig seit **1933** wieder öffentlich in Erscheinung. Es gab bereits **1948**, ausgehend von Scharoun und ausgelöst durch die Wiederberufung von Professoren wie Paul Schmitthenner oder Gerhard Jobst auf ihre Lehrstühle, die sie **1945** verlassen mußten, Bestrebungen, die alte Vereinigung wieder zu aktivieren, die aber nicht zu einer formellen Neugründung geführt haben. Die Diskussion wurde **1948** zwischen Scharoun, Hugo Häring, Richard Döcker, Max Taut u.a. geführt. Bei späteren Einladungen werden **1955** außer den Genannten noch Ernst May, Wassili Luckhardt, Heinrich Lauterbach, Paul Baumgarten, Werner Hebebrand und Otto Ernst Schweizer und im Jahre **1957** Wils Ebert, Günter Gottwald, Will Grohmann, Hubert Hoffmann, Eduard Ludwig, Walter Rossow und Gerhard Siegmann einbezogen. Zu einer Wiedergründung des *Ring* kommt es aber nicht. Nach dem Tod von Hugo Häring **1958** enden die diesbezüglichen Bemühungen. Die Berliner Schlüsselpersonen des informellen Kreises sind Hans Scharoun und Max Taut.

DER RING – Berlin, den 5.2.1953
Sehr verehrter Herr Senator Dr. Mahler!

Wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie es uns ermöglicht haben, in der Unterredung am 15.1.53 im Hotel am Zoo unsere Gründe für die ablehnende Haltung in der „Angelegenheit Stephan" darzulegen.

Sie werden dabei bemerkt haben, daß alle Herren mit großem Ernst und Nachdruck ihren Standpunkt vertraten, daß also weder persönliche noch unsachliche Gründe eine Rolle spielen.

Wir möchten mit diesem Schreiben einige wesentliche Einzelheiten noch einmal zusammenfassen.

Es handelt sich hier nicht um einen Streit über Partei- oder Organisationszugehörigkeit vor 1945. Diese Dinge sind belanglos für jeden, der die Wirklichkeit in Deutschland damals erlebte. Es handelt sich vielmehr um eine geistige Einstellung. Das ist eine viel erstere Frage, denn wie konnte man solche Ämter innehaben, ohne sich dafür zu qualifizieren? Warum sonst waren viele deutsche Architekten genötigt, sich auf neutralere Arbeitsgebiete zu begeben, sich völlig zurückzuziehen oder gar auszuwandern? Auch dem uninteressierten Mitbürger ist inzwischen klar geworden, daß die damaligen Auswanderer in dieser Zeit dem baulichen Geschehen in der Welt ihren Stempel aufgedrückt haben. Das Bauen und der Städtebau sind eben Aufgaben von großer staatspolitischer Bedeutung. Unsere demokratischen Politiker haben dies nur erst in geringer Anzahl begriffen. Die Politiker des dritten Reiches wußten darum und handelten in ihrem Sinne danach. Und wir behaupten, daß die restaurativen Kräfte in Deutschland es nicht vergessen haben und folgerichtig handeln. Düsseldorf ist ein Beispiel dafür. Wir wünschen nicht, daß Berlin ein weiteres sein wird! Wir bezweifeln mit gutem Grund, daß jemand dem dritten Reiche als

→L 110 *Am 23.5.1950 wurde zwischen Berlin und Bonn vereinbart, daß das Reichstagsgebäude eine Bundesangelegenheit sei und insofern nicht der Verwaltung der Stadt Berlin unterliege.* Auf der Sitzung des Berlin-Ausschusses des Bundestages in Berlin am **28./29.3.1951** wiederholte Jakob
→L 111 Kaiser seine Forderung und kündigte an, *daß er alle Anstrengungen machen werde, damit vom Finanzminister die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt würden.* Am **16.5.1951** traf er sich im Berliner Bundeshaus mit Walter Rossow und anderen Berliner Architekten, um die Zukunft des Reichstags zu besprechen. Das Gebäude müsse *Kristallisationspunkt für den Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands* werden, erläuterte er dort. Zu diesem Zeitpunkt nahm Konrad Lindhorst, dessen Stahlbaufirma bereits in den 20er Jahren auf den Bau von Glasdächern und Kuppeln spezialisiert war, Kontakt mit Kaiser auf. Solange die notwendigen Gelder nicht zur Verfügung standen, wurde der Plan zurückgestellt.

Während seines Aufenthalts zur Maifeier **1952** in Berlin schlug Theodor Heuss erneut den Wiederaufbau des Reichstags und darüber hinaus
→L 112 den von Lindhorst angeregten Wettbewerb vor, *an dem sich sämtliche deutsche Architekten, auch die der Ostzone, beteiligen können.*

→S.47 Mit der Vorbereitung dieses Wettbewerbs wird Hans Stephan beauftragt, der sich für diese Aufgabe besonders eignet.

Am **2.3.1953** erscheint in der „Bauwelt" eine Nachricht zu diesem zweiten großen Plan:

→L 113 *In Reden und Versammlungen von Fachleuten ist schon öfter von einem der größten städtebaulichen Wettbewerbe der Nachkriegszeit gesprochen worden, der den Namen „Wettbewerb Bundeshauptstadt Berlin" trägt. Er soll einen Plan der Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands bringen mit den Bauten für alle Ministerien und sonstigen Verwaltungen, für Bundestag und Bundesrat. Ein neues Regierungsviertel mit neuen und bestehenden Baulichkeiten soll geschaffen werden. Die Beteiligung an dem Wettbewerb soll international sein. Hohe Preise werden einen Anreiz für die*
←A 40 *besten Architekten bieten. Die notwendigen Unterlagen für diesen Wettbewerb, die sehr ausführlich sein müssen, da z.B. allein für 35 000 Beamte und Angestellte Büroräume geschaffen werden müssen, werden bis Ende Mai fertiggestellt sein. Dann kann der Wettbewerb ausgeschrieben werden. – Mit diesem Vorhaben wird der Glaube beseitigt, daß eine andere Stadt an Stelle Berlins Hauptstadt werden soll. Es ist daran zu erinnern, was Staatssekretär Dr. Wandersleb im vorigen Jahr auf einer Pressekonferenz in Berlin aussprach, daß alles das, was in Bonn und Umgebung an Verwaltungsbauten und Wohnungen entstanden sei, nach einer Vereinigung*
←A 41 *Deutschlands jederzeit und vollständig von einem kulturellen Zentrum, einer Hochschule oder einem Forschungsinstitut übernommen und voll ausgenutzt werden könne. Es wird also nichts verbaut!*

Auf einer ebenfalls im **März 1953** in Berlin (West) stattfindenden Tagung des „Bundes Deutscher Architekten" (BDA) äußert sich Staatssekretär Wandersleb ausführlicher zum geplanten „Wettbewerb Bundeshauptstadt Berlin" und kündigt darüber hinaus noch ein drittes Projekt an:

→L 114 *Berlin sei die Bundeshauptstadt z.D. Sie dürfe nicht in provinzielle Maßstäbe versinken. Staatssekretär Wandersleb wiederholte, daß alle Bauten in Bonn einschließlich des in der Errichtung begriffenen Auswärtigen Amtes (Entwurf Professor Freese, Berlin) bei Abwanderung der Ämter jederzeit für kulturelle Zwecke verwendet werden könnten. Deshalb muß Berlin in Wettbewerben für die Zukunft vorsorgen, und daher wird auch der Wettbewerb „Bundeshauptstadt Berlin" zu einem nahen Zeitpunkt, den der Berliner Senat bestimmt, international ausgeschrieben werden, mit einem geschlossenen Regierungs- und Parlamentsviertel. Noch schneller wird ein Wettbewerb „Wiederaufbau Hansaviertel" verwirklicht werden, ein Wettbewerb für alle deutschen Architekten, der Musterbauten einer Art bringen soll, wie es vor 25 Jahren die Weißenhofsiedlung in Stuttgart war. Berlin braucht eine bauliche Anziehung, es ist eine Weltstadt gewesen und muß es wieder werden.*

Das dritte Projekt, der Wettbewerb „Wiederaufbau Hansaviertel", hat im Gegensatz zu den anderen beiden eine zunächst lokale Vorgeschichte.

→S.274 Das im Krieg schwer zerstörte Hansaviertel im Bezirk Tiergarten war neben dem Gebiet an der Frankfurter Allee im Friedrichshain das erste große Enttrümmerungsgebiet in Berlin. Anders als in Friedrichshain, wo die Ziegelsteine zur Wiederverwendung gesäubert wurden, stand im Hansa-

viertel zwischen der Altonaer und der Cuxhavener Straße eine riesige Maschine, eine Trümmerverwertungsanlage zur Produktion von Ziegelsplitt. ←S.470 Dadurch war das Hansaviertel früh für die Wiederbebauung vorbereitet. Bereits während der „Arbeitsschau" der Abteilung für Bau- und ←S.253 Wohnungswesen im **Dezember 1947** war ein Modell zur Umgestaltung des Tiergartens und seiner Randbereiche vorgestellt worden. Der Plan stammte von dem Gartenarchitekten Georg Pniower und sah für das Gebiet des Hansaviertels eine halbkreisförmige monumentale Bebauung vor. Das Gebiet war zunächst als Standort für die Hochschulstadt vorgesehen. Der Plan wurde nach der Teilung der Stadtverwaltung nicht weiterbearbeitet. Der südöstliche Teil des Plangebietes wurde, getragen von den Geschäftsinteressen der Kaufhausbesitzer, als Wettbewerb „Rund um den Zoo" weiterverfolgt, das Hansaviertel jedoch wurde vorsorglich mit einem Baustopp belegt. Die Planunsicherheit für dieses Gebiet entstand vor allem dadurch, daß der mehrfach veränderte Verlauf der nördlichen City-Tangente das Gebiet durchschnitt und damit die Bebauung von der Festlegung der Gesamtverkehrsplanung abhing, die im Fall der Nordtangente kaum ohne Koordinierung mit den Planern in Berlin (DDR) möglich war.

städtebaulicher Spitzenfunktionär dienen konnte und daß dieselbe Persönlichkeit heute im demokratischen Staat die gleiche Aufgabe lösen kann. Denn die ideellen Grundlagen der Städteplanung und auch der Planungsdurchführung sind, wie alle anderen politischen Äußerungen, in einem demokratischen Staatswesen denen des totalitären Staates diametral entgegengesetzt.

Ihnen, sehr verehrter Herr Senator, werden diese Gedanken ebenso selbstverständlich sein wie uns. Trotzdem müssen sie hier ausgesprochen werden, um nicht übersehen zu werden.

Herr Hans Stephan war vor 1945 vielfach im „ausgerichteten" Baugeschehen verzahnt. Er war

1. *Stadtbaudirektor in Berlin,*
2. *Hauptabteilungsleiter beim Generalinspektor für die Reichshauptstadt,*
3. *Sonderbeauftragter des Generalbauinspektors in Norwegen.*

Wes kleinen Geistes er als Architekt ist, zeigen anliegende 5 Fotos von zwei neueren Bauten, um deren Rückgabe wir bitten.

Georg Pniower (1947): Entwurf für die Neugestaltung des Tiergartens mit dem neuen Hansaviertel als Hochschulstadt (Modell) ←B 103

Gedrängt von den Grundeigentümern, die ihre Grundstücke wieder bebauen wollten, kündigte das Bezirksamt Tiergarten am **23.11.1951** einen Wettbewerb zum Wiederaufbau des Hansaviertels an.

Die Lage des Hansaviertels ist so bedeutend, daß seine Neubebauung keine Bezirksangelegenheit bleiben konnte. Nicht nur die übergeordnete Verkehrsplanung berührt dieses Gebiet, es liegt auch in direkter Nachbarschaft zur Technischen Universität, vor allem aber grenzt es direkt an den Tiergarten und den Standort eines möglichen Regierungsviertels westlich des Brandenburger Tors.

Dazu kommt, daß das Hansaviertel an der auf das Brandenburger Tor zulaufenden Ost-West-Achse liegt, der westlichen Entsprechung zur Stalinallee.

Der Wettbewerb wird nicht, wie am **23.11.1951** angekündigt, vom Bezirk Tiergarten, sondern erst am **13.6.1953** vom Senat ausgeschrieben.

Den Grund für die Verlagerung der Ausschreibung vom Bezirk zum Senat nannte uns Klaus Jacob Thiele: Nach dem Baubeginn an der Stalin- ←A 42

Wenn Städtebau wirklich nicht mehr wäre als eine verwaltungsmäßige Angelegenheit, selbst dann muß sich dieser Geist bei allen notwendigen Entscheidungen immer wieder durchsetzen.

Darin sehen wir eine Gefahr für unsere Stadt, und deshalb ist unser Protest so ernst gemeint.

Wir sind inzwischen in der Lage mitzuteilen, daß eine Anfrage an Baurat Eggeling, Hannover (Hillebrecht), ob er die Abteilung Stadtplanung übernehmen wolle, nicht negativ verlaufen würde.

An dem Auffinden weiterer Persönlichkeiten wollen wir gern mitwirken.

Die beiliegende Kopie mag von Ihnen beliebig verwendet werden, sei es, um Herrn Stephan über die Situation zu informieren. Wir sehen von uns aus keine Veranlassung, ihm zu schreiben.

Im Auftrage des „Ring" unterzeichnet und abgesandt:

Professor Walter Rossow
Mit ganz vorzüglicher Hochachtung

Der Senat von Berlin schreibt einen allgemeinen

Ideenwettbewerb
für den Wiederaufbau des Hansa-Viertels in Berlin

aus. — Der Wettbewerb soll nicht nur Vorschläge für die Form der neuen Bebauung des Hansa-Viertels bringen, sondern zur Klärung der damit verbundenen Grundstücksumlegung und -zusammenlegung beitragen.

Teilnahmeberechtigt sind alle freischaffenden beamteten und angestellten Architekten, Städtebauer und Studenten, die ihren Wohnsitz in Westberlin oder der Bundesrepublik haben.

Preise:

1. Preis .... 10 000 DM
2. Preis .... 6 000 DM
3. Preis .... 4 000 DM
4. Preis .... 2 000 DM
6 Ankäufe zu je 1500 = 9 000 DM

Fachpreisrichter:

Senator Dr. Mahler, Berlin
Baudirektor Prof. Lemmer, Berlin
Dezernent Moest, Berlin
Obermagistratsrat Böla-Lange, Berlin
Stadtrat a. D. Blanck, Köln
Ministerialrat Wambsganz, München
Frau Prof. Hammerbacher, Berlin
Prof. Scharoun, Berlin
Prof. March, Minden
Prof. Ebert, Berlin

Abgabetermin: 26. 9. 1953, mittags 12 Uhr, beim Bezirksamt Tiergarten, Berlin NW 21, Turmstraße 35, Zimmer 336.

Die Unterlagen können ab sofort bis 31. 7. 1953 gegen Einzahlung einer Schutzgebühr von 20,— DM ebenfalls beim Bezirksamt Tiergarten, Berlin NW 21, Turmstr. 35, Zimmer 336, abgeholt oder auf schriftliche Anforderung zugestellt werden. Einzahlungen sind zu leisten auf das Postscheckkonto Berlin-West 5620 unter dem Kennwort: „Wettbewerb Hansa-Viertel".

Die Auslosung entspricht den Grundsätzen für Wettbewerbe (GRW 1952) und wurde vom Beratungsausschuß für das Wettbewerbswesen beim Senator für Bau- und Wohnungswesen des Landes Berlin am 3. 6. 1953 anerkannt.

Berlin-Wilmersdorf, den 13. Juni 1953.

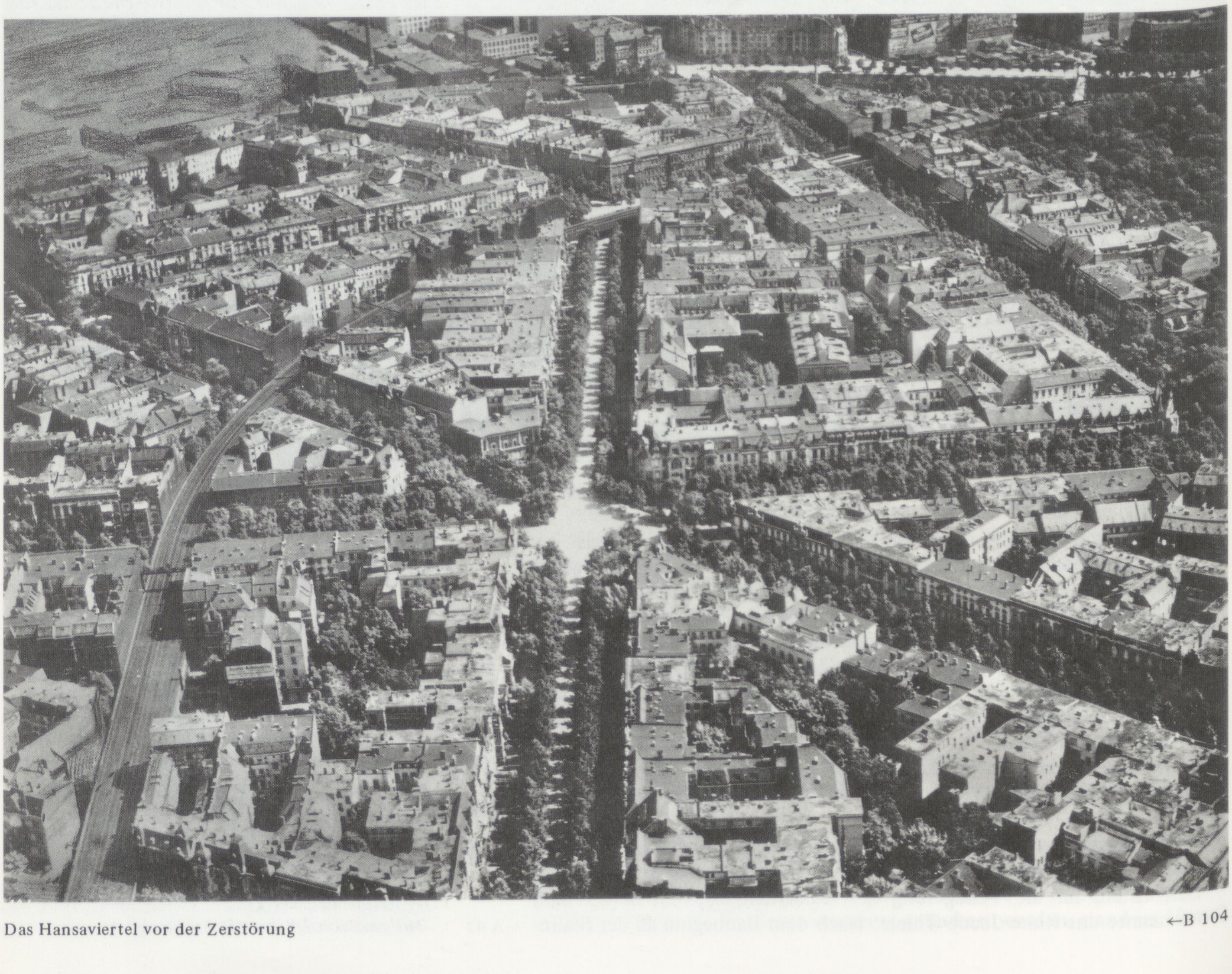
Der Senat von Berlin

allee hätten *die Amerikaner* Bausenator Mahler erklärt: *Wir brauchen in Westberlin auch so etwas.* Mahler habe daraufhin die Idee gehabt, *so etwas* an der Martin-Luther-Straße zu machen. Dietrich Schweer, ein Mitarbeiter Mahlers, habe Bedenken gegen diesen Standort geäußert und zwei alternative Standorte in Kreuzberg und Tiergarten untersucht. Die Entscheidung sei dann für das Hansaviertel im Bezirk Tiergarten gefallen. Die Antwort auf die Stalinallee sollte somit ursprünglich der Wiederaufbau des Hansaviertels, in dem Umfang des ausgeschriebenen Wettbewerbs, sein. Die Überlegungen für eine Internationale Bauausstellung waren zu diesem Zeitpunkt noch unabhängig davon.

Ausgeschrieben wird ein allgemeiner Ideenwettbewerb, der mögliche Formen einer Neubebauung von zerstörten innerstädtischen Wohngebieten klären und vor allem helfen soll, bodenordnende Maßnahmen zu finden, die bei Beibehaltung des Privateigentums an Grund und Boden und trotz fehlender gesetzlicher Regelungen zur Bereitstellung von Bauland in der Innenstadt eine von der alten Parzellenaufteilung unabhängige Neubebauung ermöglichen.

Im Ausschreibungstext werden die besonderen Gestaltungsaufgaben in bezug auf den Tiergarten formuliert:

→A 43
Der zunächst naheliegende Gedanke, das so schwer zerstörte Hansaviertel mindestens bis zur Stadtbahn als Grünfläche in den Tiergarten einzubeziehen, ist nicht nur wegen der damit verbundenen hohen Grunderwerbskosten schwer durchführbar, sondern erscheint auch städtebaulich falsch.
←L 115
Der Berliner Tiergarten ist nicht mehr wie vor dem Kriege eine dichtbewaldete Insel im Steinmeer der Stadt, nicht mehr ein zwar sehr wertvoller, aber doch auch stark trennender Fremdkörper, sondern ein verbindendes Element, eine landschaftlich gestaltete Freifläche, deren Rand die repräsentativen Bauten des Berlin von morgen aufnehmen wird. Um dieser einzigartigen städtebaulichen Gegebenheit gerecht zu werden, kommt es

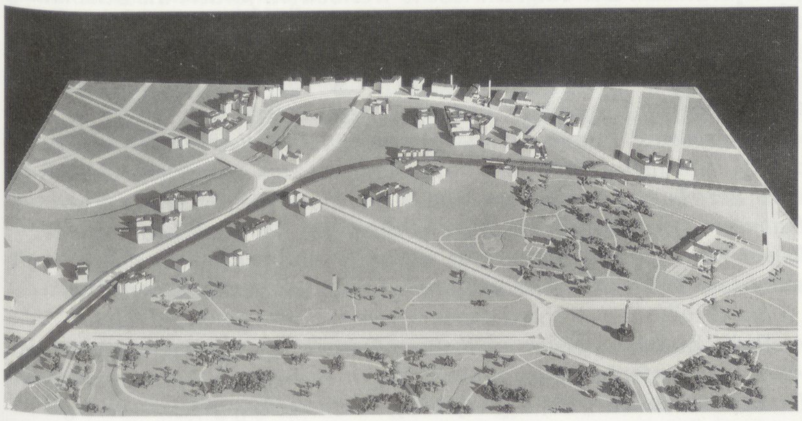


Das Hansaviertel vor der Zerstörung ←B 104

weniger darauf an, die Fläche des Tiergartens um jeden Preis zu vergrößern, als darauf, sie durch eine bauliche Fassung und Gestaltung an der richtigen Stelle zu steigern. Diese liegt im Bereich des Hansa-Viertels zweifellos südlich der Stadtbahn. Das Hansa-Viertel ist als bevorzugtes Wohngebiet wieder aufzubauen. – Bei dem hohen Zerstörungsgrad des Wettbewerbsgebietes kann die Neuplanung nicht von den Zufälligkeiten einer erhaltenen und in ihrem Wert oft fragwürdigen Bausubstanz abhängig gemacht werden. Abrisse werden nicht zu vermeiden sein.

Die *repräsentativen Bauten des Berlin von morgen* am Rande des Tiergartens, auf die sich das *bevorzugte Wohngebiet* Hansaviertel beziehen soll, sind Gegenstand des bereits erwähnten „Wettbewerbs Hauptstadt Berlin". Am **27.7.1953** meldet die „Bauwelt", daß alle zu diesem Wettbewerb notwendigen Unterlagen zusammengestellt seien und er *in Kürze* ausgeschrieben würde. Dies geschieht aber nicht, sondern die Ausschreibung wird in den folgenden Jahren mehrfach angekündigt, bis sie im **Juni 1957** endlich erfolgt. ←L 116

Gleichzeitig mit der Ausschreibung des Ideenwettbewerbs zur Neubebauung des Hansaviertels wird beim Senator für Bau- und Wohnungswesen an der Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung gearbeitet. Als am **3.8.1953** die entsprechende Vorlage verabschiedet wird, zeigt sich, daß der ursprünglich beabsichtigte Ort der Ausstellung sich verändert hat. Sie soll nun nicht mehr als Erweiterung von Siemensstadt, sondern im südlichen Teil des Hansaviertels stattfinden, also auf einem Teil des Geländes, für das vier Tage zuvor die letzten Wettbewerbsentwürfe eingereicht worden waren. Als Zeitpunkt sind die Monate **Juli bis September 1956** vorgesehen. →L 117



←B 105

←B 106

Lageplan Hansaviertel mit der 1953 gültigen Verkehrsplanung; Modell des Hansaviertels mit den im Krieg nicht zerstörten Häusern

Klopstockstraße 22

Das Haus Klopstockstraße 22 ist eines der wenigen Häuser des Hansaviertels, das die Luftangriffe vom **22./23.11.1943** überstanden hat. Am **21.1.1950** erschien in der „Berliner Zeitung" eine kurze Reportage, die sich mit der Geschichte dieses Hauses, in dem **1912** Lenin für mehrere Wochen eine illegale Unterkunft gefunden hatte, befaßte. Daraus ein Auszug:

(. . .) wenn man Näheres über Lenins Obdach wissen will, muß man nach Spandau fahren, wo noch der „alte Vogt" bei seiner Enkelin lebt, der ehedem jahrzehntelang in der „Turbine" gearbeitet hat. Er hat als junger Mensch in der Kirchstraße gewohnt und ist ein Intimus des Gastwirtes Trümper gewesen, in dessen Lokal vor dem ersten Weltkrieg die sozialdemokratischen Genossen dieses Moabiter Stadtbezirks verkehrt haben!

„Im Nebenzimmer von Trümper, in der Klopstockstraße 26, kamen wir an jedem Donnerstagabend zusammen, denn dort befand sich unsere ‚Zelle', wie man heutzutage zu sagen pflegt. Sie zählte entsprechend der gesellschaftlichen Struktur dieses Viertels mehr Geistes- als Handarbeiter zu ihren Angehörigen. Darunter waren auch die Brüder Karl, Theodor und Wilhelm Liebknecht, die bekanntlich alle drei Rechtsanwälte waren. Der erstere, dessen Wohnung sozusagen das Stabsquartier der in Berlin sich aufhaltenden Bolschewiki bildete, führte eines Tages auch den mit dem Frühzuge aus Paris eingetroffenen Lenin bei uns ein. ‚Uljanow', wie er damals genannt wurde, hatte die Absicht, an dem einige Wochen später in Stockholm stattfindenden Internationalen Sozialistenkongreß teilzunehmen. Vorher wollte er sich aber noch selbst ein Bild vom Leben und Treiben der sozialdemokratischen Organisation der Reichshauptstadt machen.

Da die preußische politische Polizei mit der zaristischen Ochrana Hand in Hand arbeitete, so hielt es Karl Liebknecht nicht für ratsam, Lenin in seiner ständig umspitzelten Wohnung zu beherbergen. Trümper, mit dem Karl darüber sprach, wußte Rat: ‚Ich gehe mal gleich zur Witwe des Maurermeisters Rauchfuß hinüber, die drüben in der Klopstockstraße 22 im zweiten Stock des Gartenhauses wohnt. Ihr Schwiegersohn, der Friseur Klagemann, der im Untergeschoß des Vorderhauses sein Geschäft betreibt, hat mir heute morgen mitgeteilt, daß ihr möblierter Herr ausgezogen ist, weil er nach Hamburg versetzt wurde. Ich werde mit der alten Dame ein paar passende Worte sprechen. Sie ist nicht neugierig. Wenn ich ihr sage, daß sie unsern Freund nicht anzumelden braucht, weil er nur ein paar Tage hierbleiben will, dann genügt ihr das vollkommen!'

Die Witwe Rauchfuß war eine patente Frau. Sie hielt dicht, und außerdem hatte sie Haare auf den Zähnen, wenn irgend jemand den Versuch machte, sie auszufragen. Lenin wohnte mehrere Wochen lang völlig ungeschoren bei ihr, und ich kann mich noch erinnern, daß er sich in jener Zeit, in der auch Rosa Luxemburg öfters zu unserer Zusammenkunft bei Trümper erschien, mehrfach ins ‚Rheingold' begab, in dessen einem Saal an jedem Freitag die sogenannte ‚Linke' unserer Partei diskutierte." (. . .)

Karl Mahler erläutert die Zielsetzung der Internationalen Bauausstellung:

→L 118 *Unvergessen ist Berlins letzte große Bauaustellung im Jahre 1931. Nunmehr soll nach 25 Jahren wiederum eine derartige große Veranstaltung im Jahre 1956 Rechenschaft über das Bauen der Gegenwart geben. Die Ausstellung wird internationalen Charakter tragen und lebendiges Baugeschehen, den Wiederaufbau eines zerstörten Gebietes im Stadtinnern zeigen. Die Vorarbeiten sind bereits eingeleitet, die maßgebenden deutschen Stellen, deutsche und internationale Organisationen begrüßen diesen Plan lebhaft. Zwischen Spree und Tiergarten soll das Hansaviertel im Herzen der wiederkommenden Weltstadt neu erstehen. Städtebau der Zukunft, wie wir uns ihn vorstellen, eine Nachbarschaft mit Wohngebäuden aller Art und sonstigen zu ihr gehörigen Baulichkeiten und Anlagen, Straßen- und andere Tiefbauten, Grünflächen- und Gartengestaltung sollen gezeigt werden.*

Ein Wettbewerb für die Bebauung dieses Stadtviertels ist bereits ausgeschrieben und hat in Westdeutschland und Berlin lebhaftestes Interesse gefunden. Sein Ergebnis wird die Grundlage für die städtebauliche Lösung der Aufgabe liefern. Deutsche und ausländische Architekten sollen dann in der Einzelgestaltung der Bauten wetteifern. Nichts Überflüssiges, nichts nur Ausstellungstechnisches, soll gebaut werden. Die Ausstellungsbauten werden als Stadtviertel weiterleben, nachdem die Ausstellung geschlossen sein wird. (. . .)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dem Wiederaufbau eines zerstörten Stadtviertels nicht unerhebliche Widerstände entgegentreten. Eine Anzahl Grundstücke sind in ausländischem Besitz, andere im Besitz verstreut wohnender Erbengemeinschaften, wieder andere sind mit Restitutionsansprüchen belastet. Durch die städtebaulich neue Aufteilung werden Umlegungen erforderlich. Der ausgeschriebene Wettbewerb fordert die Behandlung auch dieser Probleme. Ihre Lösung wird jetzt durch das inzwischen beschlossene Baulandbeschaffungsgesetz und die Novelle zum Wohnungsbaugesetz erleichtert. Aufbaugemeinschaften werden wie in westlichen Städten zur Überwindung dieser Schwierigkeiten beitragen.

Die großen Frei- und Grünflächen des Ausstellungsgeländes werden für die städtebauliche Gestaltung, insbesondere auch in gartenarchitektonischer Beziehung, reizvolle Anregungen bieten. So soll die Ausstellung keine Baumesse sein, sondern ein klares Bekenntnis der Architektur zur westlichen Welt. Sie soll zeigen, was wir unter modernem Städtebau und anständigem Wohnbau verstehen im Gegensatz zu dem falschen Prunk der ,,Stalinallee".

Diese Aufbauprobleme und eine einwandfreie Planung der gesamten Ausstellung erfordern zum guten Gelingen eine längere Vorbereitungszeit. Deshalb wurde das Jahr 1956 für die Veranstaltung gewählt. Ihre gleichzeitige politische Bedeutung wird sie dadurch nicht verlieren. Entweder ist, was wir nicht hoffen wollen, dann unsere Stadt noch gespalten. Dann wird die Ausstellung infolge ihrer unmittelbaren Nähe an der Sektorengrenze eine starke, nach dem Osten hin kräftig wirkende Bekundung des ungebrochenen Aufbauwillens Westberlins sein. Sollte jedoch Berlin wieder vereint und deutsche Hauptstadt sein, dann wird die Ausstellung der deutschen Metropole einen gewaltigen Auftrieb in ihrer Entwicklung zur Weltstadt ehemaliger Bedeutung zu geben vermögen.

Nachdem somit im **August 1953** das ,,Warum", das ,,Wo" und das ,,Wann" der Internationalen Bauausstellung geklärt scheinen, sind die nächsten Fragen ,,Was" und ,,Wer". Beide Fragen werden in einem ,,Exposé für Berlin" aufgeworfen, in dem sich der Schweizer Korrespondent des Züricher ,,Tagesanzeigers", Gody Suter, mit einer personifizierten Idee unterhält.

→L 119 Das Exposé erscheint in der ,,Neuen Zeitung" am **15.11.1953**. Zusammengefaßt beinhaltet es: Berlin soll zur Stadt der ,,internationalen Architektur" gemacht werden, Architektenkongresse sollen stattfinden und den besten Architekten Bauaufgaben gestellt werden, aus dem Kongreß soll sich eine ,,internationale Hochschule für Architektur" mit angeschlossener Musterschau und Materialprüfungseinrichtungen entwickeln, der Aufbau Berlins soll unter dem Motto stehen: *Ganz Berlin ein riesiges Bauhaus Dessau!*

Über diese Idee wird öffentlich diskutiert. Auch Hans Scharoun behandelt sie im Colloquium des Instituts für Städtebau der TU, das sich im WS 53/54 das Thema der Nachbarschaft gestellt hat.

Ein Exposé für Berlin

Gespräche mit einer Idee / Von Gody Suter

Der Verfasser dieses ebenso interessanten wie kühnen, wenn man ihn großzügig aufgriffe, vielleicht sogar praktikablen Planes ist Schweizer und lebt als Deutschlandkorrespondent des „Tages-anzeigers Zürich" seit einigen Jahren in Berlin. Wir würden es begrüßen, wenn diese Anregung eine lebhafte Diskussion auslösen und unter Umständen sogar ihre Verwirklichung finden könnte.

„Man müßte neue Attraktionen für Berlin schaffen", sagte mir die Idee, als ich ihr zum erstenmal begegnete. „Irgend etwas Einmaliges, Unverwechselbares. Gewiß, die Lage der Stadt ist einmalig und unverwechselbar. Aber genügt das? Lassen sich dadurch Leute in großer Zahl herbeilocken? Für private Reisen ist Berlin vielleicht etwas zu abgelegen, berufliche Reisen macht nur ein begrenzter Kreis von Leuten. Nein, man müßte etwas erfinden, was viele Leute auf der ganzen Welt geradezu zwingt, nach hier zu kommen, etwas, das es nirgendwo sonst gibt und das Anregung, Vergnügen, Bildung und sogar Geschäfte bringt."

Damit ließ mich die Idee zunächst einmal allein. Sie hatte — ich mußte ihr das zugestehen — zunächst einmal recht: Festwochen, Filmfestspiele, Industrieausstellungen, Messen usw. werden auch anderswo abgehalten. Es besteht kein zwingender Grund, für solche Veranstaltungen nach Berlin zu reisen. Etwas Einmaliges? Nicht einmal die Ruinen sind ein Monopol und schöne Gebäude, die man besichtigen könnte.

In diesem Augenblick kam die Idee zurück und erklärte: „Ich glaube, Sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen, Sie haben mich gewissermaßen bereits entdeckt. Es trennt uns nur noch ein kleiner Schritt. Ruinen ... Gebäude ... Bauen ... Wie wäre es, wenn man Berlin zur „Stadt der internationalen Architektur" machen würde? Wenn man die besten Architekten der Welt einladen würde, hier zu bauen? Es muß ja in dieser Beziehung hier so viel getan werden, und Platz ist, weiß der Himmel, doch genug vorhanden!"

Aber wie stellen Sie sich das vor? fragte ich. Wie soll das organisiert werden? Und vor allem: wer zahlt?

„Um die Finanzierung kann ich mich nicht auch noch kümmern", meinte die Idee. „Wenn ich wirklich gut bin, dann findet sich auch das nötige Geld. Das ist eine alte Erfahrung, die wir Ideen immer wieder machen. Vielleicht wird der Bund einspringen, vielleicht eine internationale Stiftung. Es braucht zuerst ja nur eine mutige finanzielle Initialzündung. Dann — Sie werden es sehen — entwickelt sich die Sache sozusagen fast von selbst."

Aber wie soll man anfangen? wollte ich wissen. Was müßte zuerst geschehen, wie soll sich „die Sache" entwickeln?

„Nehmen wir also einmal an, daß Geld vorhanden wäre", sagte die Idee. „Ich könnte mir denken, daß man dann einen internationalen Architektenkongreß zusammenruft, nach Berlin natürlich. Und mit Corbusier, Frank Loyd Wright, Mies van der Rohe, Gropius und so weiter. Auf dem Kongreß nun müßte eine Jury bestimmt und eine Aufgabe gestellt werden. Zum Beispiel: das moderne, zweckmäßige, billige Einfamilienhaus. Die Stadt Berlin stellt ein Gelände zur Verfügung, und es werden zehn oder auch zwanzig Architekten aus verschiedenen Ländern eingeladen, hier ein Einfamilienhaus zu errichten, dessen Kosten einen Höchstbetrag nicht überschreiten dürfen. Natürlich müßte man vorsehen, daß z. B. für Materialien, die in Deutschland nicht vorhanden sind, die Frachtkosten nicht berechnet werden. Wenn die zehn oder zwanzig Häuser fertig sind, werden sie mit Möbeln aus der Heimat der verschiedenen Architekten möbliert. Und dann findet die erste Ausstellung statt, auf der ein Jury-Preis, ein Publikumspreis und vielleicht auch ein Preis für Mobiliar vergeben werden."

Die Idee begann mir zu gefallen, und sie gefiel mir immer besser, je länger ich darüber nachdachte. Auch sie schien meine wachsende Zuneigung zu bemerken, denn sie fing plötzlich an, mich zu duzen.

„Aber das ist nur der Anfang", führte sie eifrig weiter aus. „Du mußt nicht denken, daß ich damit schon erschöpft wäre. Die Preisverteilung fände auf einem zweiten internationalen Architektenkongreß statt, und dieser müßte gleichzeitig eine neue Aufgabe stellen. Zum Beispiel: der Bau von Schulen. Oder Kindergärten. Oder Postämtern. Oder Geschäftshäusern. Es ist ja alles dringend zu gebrauchen in Berlin, und alles müßte früher oder später ja doch gemacht werden. Auch könnte man im zweiten Jahr schon mit kleineren, d. h. mit Nebenwettbewerben beginnen: Umbau von Läden. Oder Kinos. Oder Restaurants. Wichtig ist auch, daß dabei neue Baumethoden erprobt und neue Materialien verwendet werden."

„Und damit komme ich zu meinem zweiten Teil", fuhr sie fort. „Aus dem Architektenkongreß muß sich eine internationale Hochschule für Architekten entwickeln. Sozusagen unter dem Motto: ‚Ganz Berlin ein riesiges Bauhaus Dessau!' Und wie die jungen französischen Maler den ‚Prix de Rome' bekommen und dann — ich glaube für ein Jahr — ihre Studien auf Stipendium in Rom fortsetzen, müßte man in verschiedenen Ländern einen ‚Prix de Berlin' stiften und junge, begabte Architekten nach Berlin schicken. Angeschlossen an die Hochschule für Architektur wäre eine ständige internationale Musterschau für Baumaterialien, Baumaschinen, sanitäre Anlagen, Haushaltmaschinen, Geräte und Möbel. Angeschlossen wäre ferner eine internationale Materialprüfungsanstalt, die unter anderem ein Gütezeichen herausgeben würde und die in den Wettbewerbsbauten verwendeten Materialien und Geräte einer ständigen Prüfung unterzieht. Und daraus ergibt sich auch bereits mein nächster Teil: eine internationale Zeitschrift. Sie wäre das Organ des Architektenkongresses, sie würde die Wettbewerbs- und Prüfungsergebnisse veröffentlichen, den internationalen Erfahrungsaustausch pflegen, sie müßte durch Berichte aus allen Ländern das ergänzen, was in Berlin durch landschaftliche oder klimatische Begrenzungen nicht geschaffen werden könnte. Also: Kongreß, Wettbewerb, Ausstellung, Hochschule, Musterschau, Prüfungsanstalt, Gütezeichen, Zeitschrift und andere Publikationen ... Du mußt gestehen, daß ich einigermaßen umfassend bin."

Ich mußte gestehen, daß mich die Idee allmählich immer mehr begeisterte. Sie selbst verfiel, als sie meine Zustimmung spürte, in einige Schwärmerei: „Glaubst du nicht auch, daß ich Berlin einigermaßen nützlich sein könnte? So etwas wie mich gibt es auf der ganzen Welt noch nicht. Und du kannst dir vorstellen, wer alles meinetwegen nach Berlin gereist käme: die Architekten, die Studenten, die Baufirmen, die Möbelfabrikanten, die Baukommissionen der Regierungen und Parlamente, aber auch Privatleute, die sich ein Haus bauen wollen, Finanzmenschen, die ihr Geld in Bauten anlegen wollen. Ich lasse mich auch beliebig ausweiten: der Straßenbau könnte ebenso einbezogen werden wie der Bau von Fabriken, die Verkehrsprobleme ebenso behandelt wie die Probleme der Hygiene und Wohlfahrt bei der Arbeit, die Müllabfuhr ebenso wie die Gestaltung der Gärten. Sachlich sind mir keine Grenzen gesetzt. Und alles, was auf Grund von mir hervorgebracht wird, ist ja unmittelbar zu gebrauchen und ist sogar dringend nötig, und da es sowieso gebaut werden müßte, reduzieren sich die Kosten, die ich verursache, ganz beträchtlich. Ganz abgesehen davon, daß ich Arbeit schaffe und eine positive internationale Attraktion ...

Ich bin eigentlich ganz einfach", meinte die Idee. „Man muß mich nur haben."

Ich machte sie mit einigen Freunden bekannt und konnte zu meiner Freude feststellen, daß auch die Freunde sich für die Idee erwärmten.

„Du mußt mich aufschreiben", erklärte sie schließlich kategorisch. „Zum Beispiel unter dem Titel: ‚Ein Exposé für Berlin'."

Gemacht, sagte ich.

Jeder lebt für sich allein

Von Konrad Born

Jeder lebt für sich allein,
keiner für den andern;
müssen einsam aus der Nacht
in die Nächte wandern.

Jeder ist dem andern fremd
— bist dir selbst ein andrer! —
Sonne nur und Sterne sind
Mit- und Gegenwandrer.

Keiner bietet dir die Hand,
wie sich Hände kennen;
keiner sieht die Einsamkeit
vor Verlangen brennen.

Jeder geht für sich allein
— so ist es beschlossen! —
Bei der Ankunft finden wir
erst den Weggenossen.

Denn im Tode grüßen wir
lächelnd den Gefährten
und durchstreifen Hand in Hand
seine bleichen Gärten ...

Im Protokoll der ersten Sitzung am **26.11.53** wird das Exposé referiert und die Diskussion darüber zusammengefaßt:

Der Aufsatz Suters ist zur rechten Zeit erschienen und wird allgemein begrüßt. ←A 44

Es ist an der Zeit, daß die Planung Berlins öffentlich diskutiert wird.

Es gilt nicht „Attraktionen für Berlin" zu schaffen (Suter), sondern Berlin „attraktiv" zu machen, d.h. nicht schnell verblassende Sensationen (...), sondern so planen und bauen, daß Berlin anziehend wirkt für die ganze Welt als die „Stadt des neuen Bauens". (The „German style" muß wieder ein deutscher Stil werden.)

Berlin muß wieder Hauptstadt Deutschlands werden, wenn auch zunächst nur geistige Hauptstadt. Geistig und künstlerisch tätige Menschen müssen angeregt werden, nach Berlin zu kommen, um hier in einer großen Arbeitsgemeinschaft zu wirken. So ist das Motto „Ganz Berlin ein riesiges Bauhaus Dessau" zu verstehen.

Berlin muß wieder eine Stadt des Gespräches und der Begegnung werden. Hier soll am entschiedensten und vorbildlichsten an den Grundfragen des menschlichen Lebens gearbeitet werden. Darin würde die „Attraktivität" Berlins bestehen.

Der Senat von Berlin plant für 1956 eine internationale Bauausstellung im Hansaviertel. Es soll der Aufbau einer Nachbarschaft gezeigt werden.

Bei der Gestaltung dieser Ausstellung sollte nicht an eine Dokumentation internationaler Größe (Weißenhof Stuttgart) gedacht werden, vielmehr soll sie aufzeigen die deutschen und insbes. die Berliner Gestaltungskräfte und eine deutsche qualitative Leistung darstellen (nach der quantitativen des sozialen Wohnungsbaues), wenn auch zum Vergleich ausländische Architekten eingeladen werden sollten.

Die Ausstellung sollte nicht eine Addition einzelner Elemente (Weißenhof, Bauhaussiedlungen) sein, sondern aufgefaßt werden als eine integrierende Einheit – die „Nachbarschaft".

In dem diesen Feststellungen folgenden historischen Rückblick wird →S.407 auch auf die Ring-Siedlung in Siemensstadt verwiesen, die als Ansatz zu einer *Lebenszelle innerhalb einer Stadtgemeinde* definiert wird, aber unfertig geblieben ist. Dem Protokoll ist zu entnehmen, wie die Untersuchungen zur Wohnzelle Friedrichshain im Colloquium wieder zum Thema gemacht werden, das hinführt zu der Frage, „was" denn im Hansaviertel gebaut werden soll.

Das Preisgericht tritt am **15.12.1953** zusammen, um die 98 eingereichten Arbeiten zum Wiederaufbau des Hansaviertels zu beurteilen. Es setzt sich aus vier Senatsvertretern, einem Vertreter der Bundesregierung, einem freien Architekten aus der BRD und vier Professoren der TU bzw. der HdK aus Berlin (West) zusammen. Vier der Preisrichter waren schon **1946** an der Ausstellung „Berlin plant" beteiligt: Walter Moest, Herta Hammerbacher, Wils Ebert und Hans Scharoun. Ihr Amt als Fachpreisrichter schließt sie gleichzeitig von der Teilnahme am Wettbewerb aus. Zum Wettbewerb zugelassen sind ausschließlich Architekten, die in Berlin (West) oder in der BRD wohnen.

Scharoun sagt seine Teilnahme an der Jury ab, weil sein Assistent Sergius Ruegenberg sich mit einer Arbeit an dem Wettbewerb beteiligt und ihm den Entwurf gezeigt hat.

Den ersten Preis erhält die Arbeit der Planungsgemeinschaft Kreuer, Jobst und Schließer. Willy Kreuer und Gerhard Jobst sind Professoren für Entwurf und Stadtplanung an der TU. Das Preisgericht beurteilt ihren Entwurf so:

→L 120 *Es handelt sich bei dem Entwurf um eine besonders hervorragende Leistung, sowohl in den großen Beziehungen wie in den Einzelheiten. Der Entwurf verrät eine souveräne Hand. Der ganze Entwurf zeigt eine durchaus neuartige, große Komposition. Zum Tiergarten als auch zur Spree sind große räumliche Beziehungen hergestellt, die die Grünfläche des Tiergartens in das Wohngebiet hineinziehen und ihn auf diese Weise optisch vergrößern. Die einzelnen Baugruppen sind in einer schönen Ordnung durchaus unschematisch gestaltet und reizvoll differenziert. Verkehr und Erschließung sind sorgfältig behandelt. Soweit das vorhandene Netz nicht benutzt ist, sind zum großen Teil die Leitungen nicht überbaut. Auf dem schlechten Baugrund sind in richtiger Weise hohe Häuser errichtet. Die vorhandene Bausubstanz ist weitgehend erhalten und geschickt ergänzt. Die alten Fundamente können weitgehend verwendet werden. Die Bodenordnung ist möglich.*

Das Preisgericht empfiehlt dem Senat von Berlin angesichts der einstim→L 121 migen und besonders betonten Anerkennung durch den 1. Preis, *diesen Entwurf der weiteren Bearbeitung des Gesamtprojekts zugrunde zu legen und die Verfasser hierbei maßgebend zu beteiligen.*

Der hochgelobte Entwurf wird **1954** auf seine Tauglichkeit in bezug auf die Ziele einer Internationalen Bauausstellung untersucht, nämlich ein städtebauliches Gesicht Berlins zu entwerfen und somit auch einen richtungweisenden Charakter für den zukünftigen Städtebau zu liefern. Dazu gehört als Leitidee die Lösung der Bodenfrage, denn es verfügen über den Grund und Boden zum Zeitpunkt des Wettbewerbsergebnisses noch 340 Eigentümer, davon 162 über das Gelände südlich der S-Bahn.

Im 3. Januarheft der „Bauwelt" werden der Wettbewerb um das Berliner Hansaviertel kommentiert, die Preisträger vorgestellt und eine Darstellung von Gerhard Jobst abgedruckt, in der er unter dem Titel *Ordnung im Städtebau* seine Leitidee formuliert:

→L 122 *Die städtebauliche Ordnung kann in einer einfachen geometrischen Form gerader Linien und rechter Winkel liegen. Eine Ordnung dieser Art wird leicht begriffen und kann gedankenlos und rücksichtslos durchgeführt werden.*

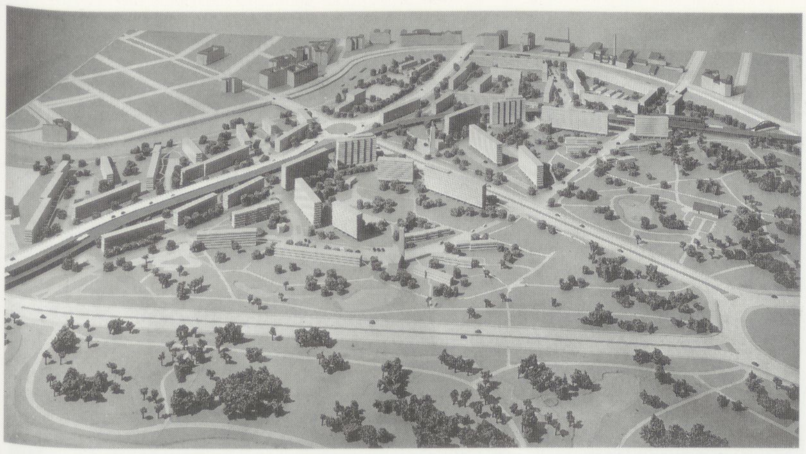
Die städtebauliche Ordnung kann dagegen auch in einer lebendigen Natürlichkeit liegen, in der es gerade und parallele Linien und rechte Winkel nicht zu geben braucht.

Die edelste Form der Ordnung, sagte einmal Edwin Redslob, entsteht aus der Freiheit. Nicht aus einer Freiheit frei von Bindungen, sondern aus einer Freiheit, frei zur Erfüllung von Pflichten; im Städtebau also aus der Freiheit, ihm allseitig gerecht zu werden, seiner technischen Seite, seiner wirtschaftlichen Seite, seiner behördlichen Seite und vor allem auch seiner menschlichen Seite, auch dem seelischen Wohlbefinden der Städter.

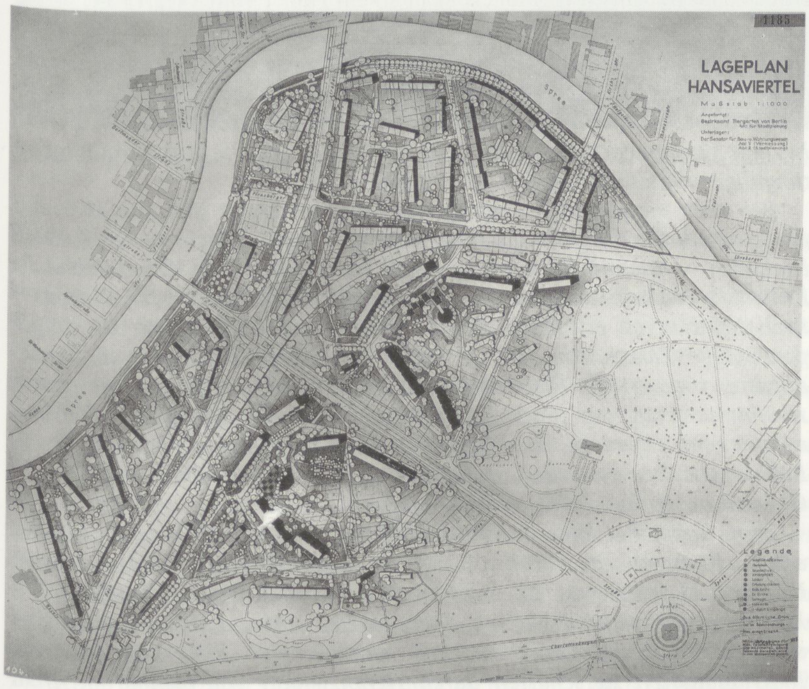
Diese Ordnung läßt sich nicht in eine architektonische Zwangsjacke stecken. In ihr dürfen Richtlinien, Vorschriften, Schemata und Normen

Gerhard Jobst, Dipl.-Ing., geb. **16.4.1888**, gest. **26.1. 1963** in Berlin (West). Studium an der TH Charlottenburg, **1921–28** Architekt in Batavia, **1928–39** Stadtbaurat in Kassel, **1939–1945** Prof. für Städtebau und Siedlungswesen an der TH Berlin. **21.11. 1948** Wiederberufung an die TU Berlin, nicht ohne Protest von seiten Scharouns. **1953** emeritiert. **1958** Ehrensenator der TU Berlin.

Willy Kreuer, Architekt, geb. **28.11.1912** in Köln, gest. **12.9.1984** in Berlin (West). Ausbildung als Grafiker. Geht **1937** nach Berlin zu Werner March, viele Wettbewerbe. **1952** Prof. f. Entwerfen an der TU Berlin und Direktor des Instituts für Wohnungswesen. Bauten in Berlin und Köln. **1976** emeritiert.



←B 107



←B 108

Kreuer/Jobst/Schließer (1953): Plan und Modell des Entwurfs für den Wiederaufbau des Hansaviertels (1. Preis des Wettbewerbs)

nicht gedankenlos übernommen werden. Die Ordnung muß im Geiste der Zeit nach den natürlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen entwickelt werden.

Der freie Mensch will nicht wie in einem Heerlager leben, nicht in Häusern wohnen, die wie Arbeiterbaracken hintereinander gereiht sind. In natürlicher Lage stehen die Häuser ähnlich zueinander wie Menschen, die sich unterhaltend zueinander wenden oder sich betrachtend um ein Standbild stellen. Nicht in Reih und Glied, sondern in einer besseren, gelockerten Ordnung.

Die gelockerte Lage befreit die Häuser aus den Fesseln der Masse, in die sie eine versteifte Geometrie verstrickt. Die menschlich und nicht mechanisch nach Formeln gefundene Lage macht zugleich die Häuser frei zu einer selbständigen Gestaltung im Aufbau, daß sie als persönliche Leistung erscheinen und nicht nur Massenware sind.

Der Senat, in dessen Hand das weitere Verfahren liegt, muß jetzt den großteiligen Entwurf und die ihm entgegenstehende Parzellenstruktur eines zwar zerstörten, nicht aber enteigneten Mietshausviertels mit gehobener Qualität in der Nachbarschaft des ehemaligen Regierungszentrums aufeinander beziehen. Er muß Personen suchen, die dazu fähig sind. Der Entwurf von Kreuer/Jobst/Schließer muß so angepaßt werden, daß er die Interessen der Grundbesitzer befriedigt, wie er auch, da es eine internationale Bauausstellung werden soll, berücksichtigen muß, daß möglichst viele Architekten beschäftigt werden können, denn mit ihnen will man schließlich repräsentieren. Zu beidem ist der Entwurf der ersten Preisträger kaum geeignet.

Das Jahr **1954**, in dem in Berlin (West) gewählt wird, vergeht mit der Anpassung des Entwurfs an die neuen Zielsetzungen. Dabei kommen viele

Willy Kreuer/Gerhard Jobst/Schließer: Erläuterungen zum Wettbewerbsbericht für die Bebauung des Hansaviertels

→A 45

Die Bebauung am Tiergarten hat dem Maßstab einer Weltstadt zu entsprechen. Weiter Blick aus den Wohnungen und weite Abstände zwischen den Häusern führen zu Wohngebäuden mit einer hohen Anzahl von Stockwerken. Bei der vorgesehenen Baudichte im Verhältnis 0,9 : Geschoßflächen und Grundstücksflächen ergeben sich bei etwa 10 Stockwerken Abstände, die erheblich über das hinausgehen, was bei den Grindelhäusern in Hamburg erreicht wurde. In freier Natürlichkeit sind die geplanten höheren Häuser um 2 Ausbuchtungen des Tiergartens gelegt und sollen sich durch diese Zwanglosigkeit in einem klar zum Ausdruck kommenden Gegensatz zu diktatorisch ausgerichteten Bauten stellen. Die weiten Grünflächen zwischen den Gebäuden erweitern wohl den Tiergarten als begrenzten Raum, sind aber in ihrer Anlage mehr für die Lust der Anwohner auszugestalten, während der Tiergarten der Stadtbevölkerung im allgemeinen dienen kann. So bleiben Flächen zwischen den Wohngebäuden den Anwohnern besonders vorbehalten. – Nicht zur Gartenpflege, sondern zu Spiel und Geselligkeit –. Anlage und Unterhaltung werden gemeinschaftlich übernommen. Eine Teilung der Flächen in Parzellen wäre unerwünscht. Dem erstrebten Zustand würde es am besten entsprechen, wenn auch im Grundbuch eine Unterscheidung gemacht werden könnte zwischen dem zum Haus unbedingt notwendigen Grund und Boden, der Einzeleigentum werden kann, und der gemeinschaftlich zu pflegenden Bodenfläche, an der ein jeder seinen entsprechenden Anteil grundbuchlich vermerkt bekommt.

Weder mit der Umlegung noch mit der Zusammenlegung allein kann dieses Ziel erreicht werden, aber durch eine Kombination beider Möglichkeiten würde die Ausführung am leichtesten vonstatten gehen. Den bestehenden Gesetzen entsprechend ist im Plan die Durchführung als Umlegung oder als Zusammenlegung vorgesehen. Bei der Zusammenlegung braucht dabei immer nur soviel Fläche vereinigt zu werden, wie für das jeweilige Bauwerk erforderlich ist. Es ist nicht möglich, auf Grundstücken der vorhandenen Größe Bauten von solchen Ausmaßen zu errichten, wie sie gerade am Tiergarten für erforderlich erscheinen. Wenigstens zwei Besitzer müssen zu einem gemeinschaftlichen Unternehmen zusammengeschlossen werden.

Personen ins Spiel, die schon aus früheren Bauausstellungen, wie der in Berlin 1931 oder der Constructa in Hannover 1951, Erfahrungen haben. →S. 496

So wird Albert Wischek, Direktor der Berliner Ausstellungs-GmbH und Organisator der erwähnten beiden Ausstellungen, auch mit der Organisation der Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung beauftragt. Auf seiten des Senats sind Senator Karl Mahler (FDP), Ludwig Lemmer, Walter Moest, Hans Stephan, Friedrich Fürlinger und Dietrich Schweer an ihrer Planung beteiligt.

Zunächst entwickelt Wischek im **Februar 1954** ein umfassendes Ausstellungskonzept für den westlichen Teil des Tiergartens unter Einbeziehung des Entwurfs Kreuer/Jobst/Schließer südlich des Stadtbahnbogens. Dazu wird ein Modell angefertigt.

In dem Modell der Ausstellung erscheint nur der südliche Teil des Entwurfs von Kreuer/Jobst/Schließer, dessen Eignung für die Absichten der Internationalen Bauausstellung von Dietrich Schweer aber in Frage gestellt wird. Seine Bedenken formuliert er in einem Papier vom **11.2.1954**:

→A 46 *Das Preisgericht für den Wettbewerb Hansaviertel hat seine Entscheidungen getroffen, ohne die Frage der Eignung der preisgekrönten Arbeiten für die Durchführung einer Ausstellung in Erwägung zu ziehen. Dies ist bewußt geschehen und mußte auch geschehen, da die Ausschreibungsbedingungen dieses spätere Ziel nicht erwähnt haben.*

←A 47 *Bei einer eingehenden Prüfung des Entwurfs ergibt sich nun aber, daß er eigentlich für die Durchführung einer – zudem in recht naher Zukunft liegenden – Ausstellung wenig geeignet ist. Wesentliches Kennzeichen des Entwurfs ist die Bildung von zwei begrünten Buchten, die den Tiergarten nach Nordwesten erweitern sollen. Sie werden gebildet durch 10- bis 12-geschossige Platzwände. Die Gebäude wirken hierbei nicht als Einzelobjekte, sondern als Raumabschlüsse. Dies wird zweifellos eine genaue Abstimmung in der Fassadengliederung und -gestaltung der Gebäude aufeinander erfordern. Die Bauten können nicht statuarisch sein, keine Individualitäten darstellen, sondern müssen sich als Platzwände in die Gesamtkonzeption des Entwurfs einfügen.*

Prof. Jobst hat dies durchaus erkannt und deshalb bereits bei einer ersten Besprechung gefordert, daß die Bearbeiter des städtebaulichen Planes auch in übergeordneten Fragen der Gestaltung des einzelnen Baukörpers gehört werden müßten. Dem widerspricht aber die wichtigste Zielsetzung des Ausstellungsvorhabens, nämlich eine Fülle von baulichen Individualitäten zu schaffen durch Heranziehung von namhaften Architekten des In- und Auslandes. Dem widerspricht auch die Absicht, einen Querschnitt durch alle baulichen Möglichkeiten und alle Bauformen der Gegenwart zu liefern. Wenn man bedenkt, daß höchstens die Hälfte der Bauten zu Beginn der Ausstellung errichtet sein wird, ergibt sich, daß die Zahl der Ausstellungsobjekte viel zu begrenzt ist, um an ihnen eine wirklich interessante und vielgestaltige Bauausstellung durchzuführen. Es fehlen ganz wesentliche Typen des modernen Wohnungsbaues, wie z.B. Punkthäuser, Gruppenhäuser, Winkeltypen u.dergl.

Die Reduzierung der Baumasse auf nur wenige Körper wird aber auch die Durchführung von seiten der Bodenordnung außerordentlich erschweren. Meines Erachtens kann hier kein Kollektiveigentum geschaffen werden. Eine Reprivatisierung des Eigentums an Grund und Boden nach erfolgter Bodenumlegung und nach beendetem Aufbau durch die zu gründenden Aufbauförderungsgemeinschaften wird nicht zu umgehen sein. Sie ergibt sich nicht nur aus den Forderungen der Grundeigentümer, sondern auch aus der allgemeinen politischen Konstellation und der Notwendigkeit, hier in West-Berlin nach grundsätzlich anderen Richtlinien zu verfahren, als sie etwa in Ost-Berlin – Stalinallee – angewendet werden. Das heißt aber, daß der Entwurf so beschaffen sein muß, daß er die Bildung von neuen Privatgrundstücken erlaubt, deren Anzahl etwa der der eingebrachten 160 Grundstücke gleichkommt. Dies ist nicht möglich, wenn über 50% der Wohnungen in Hochhäusern liegen. Über die Bildung von Etageneigentum sind hier zu wenig Erfahrungen gesammelt worden, als daß diese Lösung den Eigentümern als verlockendes Ziel erscheinen könnte.

Es kann sich demnach sehr wohl im Laufe der Arbeit der Aufbaugemeinschaften ergeben, daß auf der Grundlage des Kreuerschen Planes kein Weiterkommen möglich ist und daß nicht nur Änderungen im einzelnen erforderlich werden, sondern der Plan durch Vermehrung der Baukörper und Reduzierung der Geschoßzahlen grundsätzlich geändert werden muß.

Albert Wischek, geb. **1882** in Dresden. Ab **1909** tätig im Ausstellungswesen in Dresden, **1913** Mitglied der Geschäftsleitung d. Intern. Baufachausst. in Leipzig, geht **1927** nach Berlin und leitet die Sonderausstellungen *Die Ernährung*, *Gas und Wasser* und die *Dt. Bauausstellung 1931*. **1931** Direktor der gemeinnützigen *Ausstellungs-Messe und Fremdenverkehrs-GmbH*. **1951** Organisation der Constructa in Hannover und bis **1955** der Interbau in Berlin.

Albert Wischek (Febr. 1954):
Gedanken zur Internationalen Bau-Ausstellung Berlin 1956

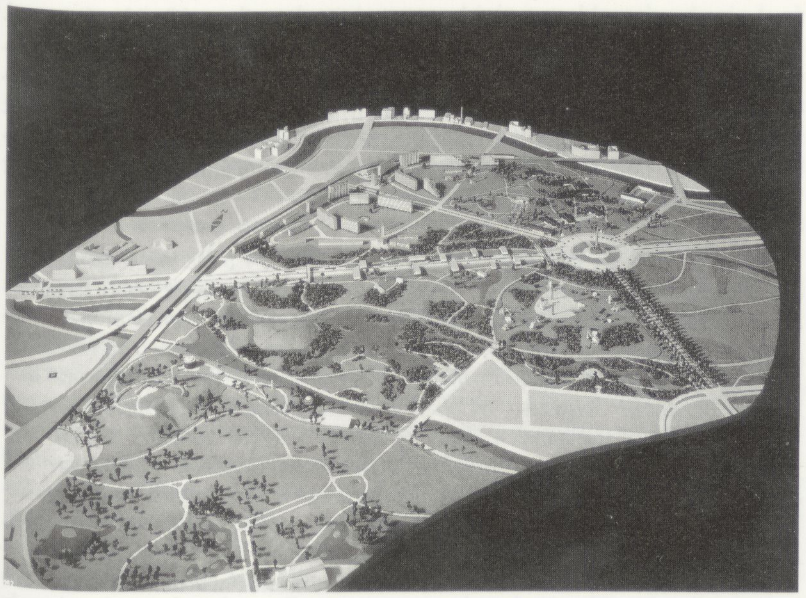
Es geht nicht darum, in dieser Ausstellung die einzelnen Gebiete des Bauwesens von der Raumplanung bis in die Einzelheiten bautechnischer Durchbildung und Ausstattung in der Vollständigkeit vorzuführen. Es geht vielmehr darum, noch vorhandene ungelöste oder noch unbefriedigend gelöste Probleme der Raumplanung und des Städtebaues, des Wohnungsbaues und der Gemeinschaftsanlagen anhand von charakteristischen Beispielen öffentlich zur Diskussion zu stellen, aktuelle Fragen der Konstruktionstechnik und des Ingenieurbaues zu erörtern und neue Impulse zu schaffen zu besserem und billigerem Bauen.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht der Wiederaufbau des stark zerstörten „Hansa-Viertels“: eine Stadt in der Wiedergeburt und Erneuerung.

I. Die „Neue Stadt“ als Bauplatz.

Zum ersten Mal wird damit eine Bauausstellung am Beispiel des lebendigen Bauvorganges entwickelt, eine Veranstaltung, die bleibende Werte schafft, und zwar rund 1500 Wohnungen südlich der S-Bahn, den U-Bahnhof „Hansa-Platz“, Verkehrs- und Wohnstraßen, Brücken und Versorgungs-Anlagen, Schulen, Kinderheime, Krankenhaus, Kirche usw. Nichts Überflüssiges, nichts nur Ausstellungstechnisches wird gebaut. Sie stellt eine umfassende Erforschung und Erprobung der modernen baulichen Möglichkeiten von der technischen Großbaustelle bis zur Wohnungseinrichtung dar und wird durch Hinzuziehung der besten deutschen und ausländischen Architekten einen umfassenden internationalen Erfahrungsaustausch herbeiführen.

Ausstellungstechnischer Grundsatz ist, alle Ausstellungsgegenstände in ihrer Nutzanwendung bis zum fertigen Bauwerk vorzuführen. Zu Beginn der Ausstellung wird etwa ein Drittel des Bauvorhabens im Fertigzustand sein, ein Drittel im Aufbau und ein Drittel in der Gründung. Auf diesem Bauplatz wird man alle Maschinen, Instrumente, Einrichtungen, Materialien zeigen können, die das Baugewerbe und die Bauindustrie als ein großindustrielles Gewerbe charakterisieren. Man wird dort das Großauto mit Selbstentlader sehen, das die Baumaterialien zum Bauplatz schafft und Aushubmaterial wieder mitnimmt. Man wird dort sehen, wie das Material in leistungsfähigsten Mischmaschinen gemischt wird, auf den Gießturm kommt und über die Gießrinne in die Schalung fließt. Man wird all' die verschiedenen Bauweisen kennenlernen, die heute bei Großbauvorhaben zur Anwendung gelangen. Spezial-Bauaufzüge und alle übrigen Baumaschinen und Baugeräte sieht man in der Anwendung. Man wird das maschinelle Nieten und Schweißen und alle elektrisch betriebenen Bau- und Handmaschinen in Anwendung finden. Das rein handwerkliche Bauen (Mauern, Zimmern usw.) wird in mustergültiger Weise, ebenso wie die neuesten Gerüste und Geräte vorgeführt werden. Die Maßnahmen zum Schutz des Menschen-



Albert Wischek (Febr. 1954): Modell für eine Internationale Bau-Ausstellung Berlin 1956 ←B 109

Dann wäre aber auch die Durchführung der eigentlichen Planungsidee des Entwurfes nicht mehr möglich.

Die Durchführbarkeit des Planes wird des weiteren dadurch erschwert, daß er den Abriß aller noch bestehenden Gebäude zur Voraussetzung hat. Gewiß kann es nicht Ziel der Neuplanung sein, alle jene zum Teil sehr minderwertigen Mietkasernen konservieren zu wollen. Man muß versuchen, so viel Grundstücke wie möglich zum Zwecke des Abrisses zu erwerben. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß es gelingen kann, alle 20 bebauten Grundstücke zu erwerben und die noch darauf stehenden Gebäude abzureißen. Da eine gesetzliche Grundlage hierfür fehlt und auch kaum zu schaffen sein wird, wäre dieses Unternehmen mindestens mit enormen Kosten verbunden, die das ganze Vorhaben auf das schwerste belasten würden. Gelingt es aber nicht, das Baugelände bei Ausstellungsbeginn von allen noch bestehenden Bauten zu reinigen, und unternimmt man es, den Entwurf Jobst-Kreuer nur in den Teilen zu verwirklichen, in denen er nicht mit bestehenden Bauten kollidiert, so wird sich auch für die Zukunft kaum die Aussicht einer Bereinigung und zusammenhängenden Gestaltung ergeben, und Berlin wird in einer seiner städtebaulich wichtigsten Lagen das häßliche Stückwerk einer begonnenen und nicht zu Ende geführten Bebauung erhalten. Es wäre besser, einen Plan zugrunde zu legen, der zwar nicht von der Erhaltung vorhandener Gebäude ausgeht, aber die Möglichkeit ihrer teilweisen Erhaltung immerhin einbezieht, um solche Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Die Verkehrserschließung des Geländes ist möglich – es bestehen sachlich keine Einwendungen der Abt. II und VII –, sie ist aber außerordentlich aufwendig. Ich glaube nicht, daß wir es uns leisten können, vorhandene Straßen beliebig abzuknicken und zu verschwenken. Straßenneubauten sollten nur dort stattfinden, wo sie für eine aus der Bebauung hervorgehende neue Form der Erschließung notwendig werden. Ob die Leitungen tatsächlich in den freibleibenden Trassen der alten Straßen unangetastet liegenbleiben können, scheint mir noch nicht erwiesen, da die Entwässerung der in ihrer Führung abgeänderten Straßendecken neu an das Entwässerungsnetz angeschlossen werden muß, und vor allem gewisse Leitungsverwaltungen größten Wert darauf legen, daß ihre Leitungen unter den Bürgersteigen liegen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Plan Jobst-Kreuer nur sehr geringe Aussichten hat, in der vorliegenden Form im Rahmen der Bauausstellung verwirklicht zu werden. Vielleicht wird eine grundsätzliche Umgestaltung des Planes nach Lage der Dinge erst dann möglich sein, wenn die Nachteile seiner Durchführung offen zutage liegen. Ich glaube, daß dies noch im Laufe dieses Sommers eintreten wird. Wir sollten aber heute schon versuchen, uns ein klares Bild von der Alternativlösung zu machen, die im Falle eines Versagens des Entwurfs Jobst-Kreuer sofort zur Verfügung stehen muß, wenn nicht der Plan der Ausstellung überhaupt infrage gestellt sein soll.

lebens werden eine besondere Darstellung erfahren. Die tiefbautechnischen Arbeiten, wie Pfahlgründungen verschiedener Systeme, Kräne, die ganze Wände heben und versetzen, wird man während der Arbeit studieren können. Man wird Teile im Rohbau und Teile im Ausbau sehen und die hierbei verwendeten Materialien in ihren Eigenschaften kennenlernen. Man wird Deckenbelastungen sehen, die dem Laien ein Bild von der Festigkeit der Baustoffe geben, schließlich fertige Wohnungen mit vorbildlicher Inneneinrichtung und Ausstattung. Auch die innere Organisation und den Betrieb eines mustergültigen Bauunternehmens, ein Baubüro, ein Bauplatzbüro, das Zeichenatelier eines Architekten und Ingenieurs, Mannschaftsräume usw. werden zu sehen sein. Die wirtschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe wird plastischer nicht vorgeführt werden können. Fantastische Konstruktionen, schräg eingespannt, weit ausladende Eisenbetonbalken usw. erziehen den Beschauer zum statischen Empfinden.

Diese Großbaustelle in Bewegung und Betrieb kann eine großartige Wirkung auf den Beschauer nicht verfehlen.

II. Das Experimentiergelände.

Während der Großbauplatz als eine Komplexdarstellung modernen technischen Bauens anzusehen ist, wird das Experimentiergelände den Sonderversuchen einzelner Firmen dienen. Es ist selbstverständlich, daß hier eine scharfe Auswahl durchgeführt werden muß.

III. Die Hallen-Ausstellung.

Auf den Freiflächen des Tiergartens werden unter weitestgehender Schonung der Vegetation einige provisorische Hallen errichtet, in denen die praktische Schau auf der Baustelle abgerundet wird. Auch das Schloß Bellevue wird bis dahin wiederhergestellt sein, so daß es besonders wertvolle Teile der Ausstellung aufnehmen kann.

In den Hallen werden insbesondere aktuelle Probleme der Raumplanung, vor allem der Wasser-, Energie- und Verkehrswirtschaft gezeigt, ferner Probleme des Städtebaues, besonders das City-Problem, das Freiflächenproblem und die Einordnung der Anlagen der Gemeinschaft, weiterhin die bisher gemachten Erfahrungen im Wohnungsbau, sowie eine Sonderschau des Landes Berlin.

Eine Halle „Die Frau" wird in einer aufgelockerten, künstlerischen Gesamtkomposition die interessantesten Komplexe des Wohnungswesens in ihrer Problematik und mit ihren Lösungsversuchen der Frau am Objekt anschaulich und ansprechend demonstrieren.

Eine weitere Halle ist der Unterbringung bautechnischer Neuerungen, die auf dem Bauplatz selbst nicht in die Erscheinung treten, gewidmet.

Der Gesamtumfang dieser Hallen braucht nicht übermäßig groß zu sein, er wird schätzungsweise 10.000 qm nicht übersteigen.

IV. Straße der Nationen.

Der im Ausstellungsgelände gelegene Teil der Ost-West-Achse in einer Länge von etwa 1000 m bei 60 m Breite wird als „Straße der Nationen" das Bauen der freien Welt anhand von Beispielen des Auslandes zeigen.

V. Gartengestaltung.

Die Gestaltung der Grünflächen zwischen den Baukörpern im Zusammenhang mit dem Tiergarten bietet eine einzigartige Aufgabe der Gartengestaltung. Der so einbezogene Tiergarten bietet Erholung und Entspannung neben einem neuzeitlichen Vergnügungspark, der nach einheitlichen architektonischen Gesichtspunkten gestaltet wird.

VI. Verkehrliche Erschließung des Geländes.

Zur Erschließung des Geländes für die Besucher ist der Einsatz von Verkehrsmitteln notwendig. Gedacht ist zunächst an eine Kleinbahn, die vom Haupteingang am Bahnhof Zoo aus durch das Tiergarten- und das Bauplatzgelände hindurchgeht und nach den angestellten Berechnungen etwa eine Länge von 5 bis 6 km Länge haben dürfte. Außerdem wäre es erwünscht, vom Bunkerberg bis zum Schloß Bellevue eine Hängebahn durchzuführen. Überlegungen hierfür sind im Gange.

Ludwig Lemmer, Architekt, geb. 9.8.1891 in Remscheid. Studium an div. Orten, 1914–18 Soldat, 1921–33 Stadtbaurat in Remscheid, danach selbst. Architekt, 1940–41 Baudirektor in Köln, 1941–45 Militärdienst, 1946–49 Architekt in Remscheid, 1950–56 Senatsbaudirektor in Berlin (West), danach wieder selbst. Architekt.

Edgar Wedepohl, Architekt, geb. 9.9.1894, gest. 7.3. 1983 in Berlin (West). 1912–14 Studium in Berlin und Karlsruhe, 1914–18 Militärdienst, 1920 Diplom, 1923 Regierungsbaumeister. 1921–27 Lehrtätigkeit Kunstgewerbeschule Krefeld. Eigenes Büro ab 1925 in Köln, ab 1928 in Berlin. 1929–31 bauwiss. Arbeiten und bauhistor. Forschungen. 1933–39 Planungen in und um Berlin, 1939–45 Militärdienst. Bis 1947 in Kriegsgefangenschaft, danach wieder eigenes Büro in Berlin. 1951 Bearbeitung der Abt. Bauplanung/Wohnung auf der Constructa in Hannover. 1951–61 Lehre an der HfbK, Lehrgebiet Baugeschichte. 1955 in den Planungsbeirat von Berlin (West) berufen.

Ein Vermerk Lemmers über die Diskussionen im Anschluß an eine Besprechung am 24.2.1954, die Organisation des Wiederaufbaus des Hansaviertels betreffend, beleuchtet die grundsätzliche Problematik, eine Bauausstellung auf einem Gelände zu planen, das dem Veranstalter gar nicht gehört. Der Vermerk ist die Dokumentation eines Streites zwischen Ludwig Lemmer und Dr. Friedrich Seifarth, der auf Vermittlung von Edgar Wedepohl die Bodenfrage bearbeiten soll:

→A 48 *Im Anschluß an die Besprechungen am 24.2.54 über die Organisation des Wiederaufbaues des Hansaviertels und die Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung 1956, die am Vormittage im Amtszimmer von Senatsrat Stephan im Beisein von Herrn Schweer und dem Unterzeichneten mit Dr. Seifarth sowie Professor Wedepohl, am Nachmittage mit den Herren Stephan, Schweer, Wischek und Hoffmann im Amtszimmer des Unterzeichneten stattfanden, kam es um 17.00 Uhr zu einer zusammenfassenden Aussprache im Amtszimmer des Herrn Senators in Anwesenheit des Herrn Senators, der Herren Senatsdirektor Schwedler, GenRef Senatsrat Förster, Senatsrat Stephan, Direktor Wischek, Direktor Dr. Seifarth, Architekt Böttcher sowie dem Unterzeichneten.*

Auf Wunsch von Herrn Senatsdirektor Schwedler wurde von einer Teilnahme der Herren Schweer und Hoffmann abgesehen.

Während die Unterredung mit Dr. Seifarth am Vormittag in voller gegenseitiger Übereinstimmung verlief, ergaben sich bei der Besprechung im Amtszimmer des Herrn Senators grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, namentlich hinsichtlich der Beteiligung von Architekten.

Vom Unterzeichneten war auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, den Wiederaufbau des Hansaviertels auf die Programmstellung einer Internationalen Bauausstellung abzustimmen; das würde aber voraussetzen, daß der Entwurf der Professoren Jobst und Kreuer eine grundlegende Überarbeitung mit dem Ziel einer wesentlich stärkeren Differenzierung und Aufgliederung erfährt. Da Dr. Seifarth seine Tätigkeit erst am 1.4.54 aufnimmt, wäre bei sofortiger Inangriffnahme eine Durchführung dieser Aufgabe bis zu diesem Termin ohne Zeitverlust denkbar. Außer einer stärkeren Differenzierung, die allein deshalb notwendig ist, um die Unterbringung aller Einrichtungen, die zu einer modernen Nachbarschaft nun einmal gehören, rechtzeitig sicher zu stellen, und die es außerdem erleichtert, die individuellen Konzeptionen der zu beteiligenden deutschen und ausländischen Architekten zur Geltung zu bringen, dürfe außerdem die Parzellierung und die Aufteilung der Baukörper eine spätere Reprivatisierung nicht erschweren oder in Frage stellen.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit dieser Überarbeitung wurde vom Unterzeichneten die Mitwirkung der Abteilung II für wünschenswert gehalten. Nachdem aber Einmütigkeit darüber bestand, daß nicht die Behörde, sondern ein Privatarchitekt – jedenfalls nach außen – für diese Überarbeitung allein verantwortlich zeichnen solle, ergab sich die Fragestellung, ob hierfür der als Oberbauleiter und Chefarchitekt vorgesehene Prof. Wedepohl oder die Träger des 1. Preises in Anspruch zu nehmen seien. Aus gewissen Äußerungen der Herren Jobst und Kreuer könne nach Meinung des Unterzeichneten der Schluß gezogen werden, daß diese die Übertragung eines größeren Bauobjektes einer Beteiligung an der weiteren städtebaulichen Planung gegenüber vorziehen. Den Anspruch der Professoren Jobst und Kreuer auf beides hielt der Unterzeichnete mit Rücksicht auf die noch unübersehbar große Zahl der notwendigerweise zu berücksichtigenden Architekten aus Berlin, dem Bundesgebiet und dem Ausland für nicht realisierbar und auch nicht für gerechtfertigt. Daher wurde vom Herrn Senator zunächst der Unterzeichnete beauftragt, die Herren Jobst und Kreuer um eine Stellungnahme zu bitten. Da jedoch Dr. Seifarth noch am gleichen Abend mit den Professoren Wedepohl, Jobst und Kreuer im Hotel am Zoo verabredet war, sollte bei dieser Gelegenheit eine Klärung durch Dr. Seifarth herbeigeführt werden.

Anschließend daran ergab sich eine längere Grundsatzdebatte über die Frage, ob es überhaupt möglich sei, den beteiligten Grundeigentümern einen Architekten vorzuschreiben. Der Unterzeichnete hielt das für unumgänglich notwendig, dem Ganzen trotz Hinzuziehung zahlreicher Architektenindividualitäten eine klare, einheitliche künstlerische Linie zu sichern. Dr. Seifarth war entgegengesetzter Meinung und bezeichnete ein solches Verlangen als Diktatur; einer solchen Diktatur könne er sich nicht beugen, weil für ihn die Erfüllung der Wünsche der Bauherrschaft

bezw. der künftigen Bewohner in erster Linie ausschlaggebend sei. Auch Senatsrat Förster war der Meinung, daß man den beteiligten Grundstückseigentümern und Bauherrn nicht versagen könne, ihre eigenen, ihnen genehmen Architekten heranzuziehen, und es ebenso unerläßlich sei, deren besondere Wünsche hinsichtlich der Bautypen und der baulichen Gestaltung zu berücksichtigen. Der Unterzeichnete war der Meinung, daß dann der Wiederaufbau des Hansaviertels nicht zum Gegenstand einer Internationalen Ausstellung gemacht werden könne. Ein Kompromiß der beiden entgegengesetzten Meinungen sei vielleicht möglich bei einer lokalen, allenfalls auf das Bundesgebiet begrenzten Ausstellung, nicht aber bei einem Ausstellungsunternehmen, das das Interesse der ganzen Welt auf sich lenken wolle.

Herr Senator Mahler neigte mehr zu der Seifarthschen Auffassung und bemerkte insbesondere, daß keine Experimente Platz greifen könnten und man ebensowenig den Bewohnern extrem moderne Bau- und Wohnformen zumuten solle. Hierzu bemerkte Dr. Seifarth, daß seiner Ansicht nach auch mit einer weitgehenden Erhaltung der im Planungs- bezw. Ausstellungsgebiet verbliebenen baulichen Substanz (mehr oder weniger verkommene Mietshäuser aus den 80er Jahren! d.U.) gerechnet werden müsse, nachdem der Unterzeichnete sich für möglichst radikale Beseitigung im Interesse des Ansehens der Ausstellung ausgesprochen hatte. Für eine Schau von Beispielen moderner Baukunst genügen nach Dr. Seifarths Meinung die geplanten Ausstellungshallen.

In der Nacht zum **25.2.1954** ergänzt Ludwig Lemmer seinen Bericht:

Im Anschluß an die Besprechung bei Herrn Senator Dr. Mahler am 24.2.54 hatte Herr Dr. Seifarth eine Verabredung mit den Architekten Wedepohl sowie Kreuer und Jobst. Er rief verabredungsgemäß gegen 23 Uhr an und teilte mir folgendes mit: ←A 49

Wedepohl lehne zuerst überhaupt ab, die Leitung der technischen Kommission zu übernehmen.

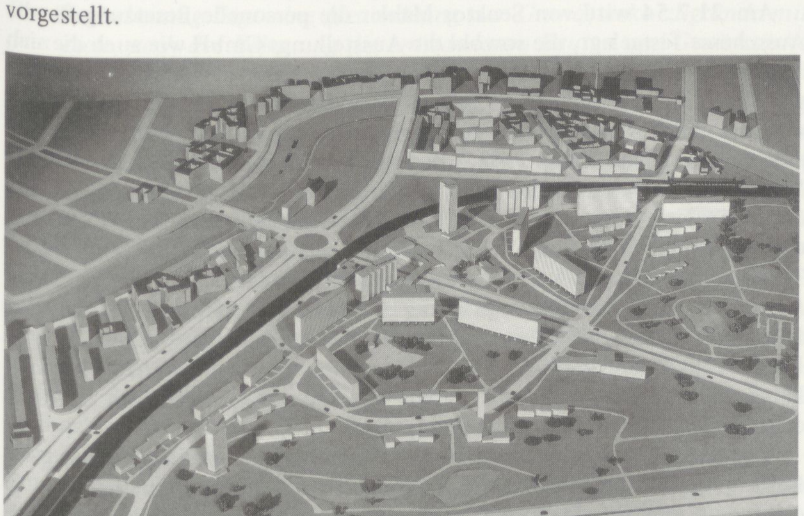
Kreuer ist uninteressiert an der Mitarbeit am Bebauungsplan, will aber unbedingt ein Einzelobjekt durchführen.

Jobst hingegen ist uninteressiert am Einzelobjekt und legt größten Wert darauf, die Umarbeitung des Bebauungsplanes selbst vorzunehmen. Er möchte Leiter der technischen Kommission werden.

Es sei Dr. Seifarth nach großen Schwierigkeiten gelungen, folgenden Kompromißvorschlag für die technische Kommission zu erreichen:

Wedepohl wird Leiter der technischen Kommission, in die auch Jobst (gewissermaßen als 2. Mann) eintritt. Jobst will jedoch den Bebauungsplan selbst umarbeiten, verspricht den Termin 1. April 1954 zu halten, wenn er die unbedingte Hilfe der Abteilung Vermessung bekommt. Eine enge Zusammenarbeit mit der Stadtplanung sei selbstverständlich.

Jobst macht sich wie vereinbart in enger Abstimmung mit Lemmer an die Überarbeitung des Bebauungsplans. Die dritte Fassung wird im Modell ausgearbeitet und zusammen mit einem Erläuterungsbericht vom **5.4.1954** vorgestellt. →A 50



Gerhard Jobst (5.4.1954): Bebauungsentwurf für den südlich der Stadtbahn liegenden Teil des Hansaviertels ←B 110

Gerhard Jobst (5.4.1954):
Erläuterungsbericht zum Bebauungsentwurf für den südlich der Stadtbahn liegenden Teil des Hansaviertels

Das Rückgrat des wiederaufzubauenden Stadtteils wird eine breite Promenade werden, die vom Bahnhof Tiergarten bis zum Bahnhof Bellevue führt und etwa in der Mitte den neuen U-Bahnhof der Strecke Zoo–Moabit berührt; der dort seinen Zugang haben wird, wo die Lessingstraße von der Stadtbahn überquert wird. Auf dieser Promenade wird sich der größte Teil des Fußgängerverkehrs des Stadtteils sammeln, und weil sie eine Fortsetzung zum Zoo über die Schleuseninsel und zum Tiergarten am Schloß Bellevue hat, werden auch Besucher aus anderen Stadtteilen und Gäste Berlins diesen Weg als Spazierweg gern benutzen, wenn er reizvoll angelegt wird.

Dieser Weg darf durch keinen Wagenverkehr gestört werden. Deshalb wird die Altonaer Straße mit weit geöffneter Brücke über ihn hinweggeführt. Die Fahrwegstrecken, die ihn begleiten, führen dagegen nicht über die Altonaer Straße hinweg, damit Durchfahrtsverkehr ferngehalten wird, sondern werden in die Durchfahrtsstraße zurückgeführt, die von der Klopstockstraße, Ecke Händelstraße in einem Bogen nach Osten in die Brückenallee eingeleitet wird.

Es kommt darauf an, dem Straßenzug, der das erwähnte Rückgrat bilden soll, besonderen Reiz und Inhalt zu verleihen. Er wird in eine Anzahl zusammenhängender Räume gegliedert, die nicht nur dem

Verkehr zu dienen haben, sondern auch zum Verweilen einladen sollen. Zwischen den Fahr- und Fußwegen sind geräumige Flächen vorgesehen für abzustellende Wagen, Ruhebänke, schmückende Plastiken und Blumenkübel, schattenspendende Baumgruppen, Kioske u.dgl. Der besonderen Verkehrslage wegen kann man erwarten, daß in den anliegenden Häusern vornehme Gaststätten und kleine Ausstellungen zum Besuch einladen, daß sich dort gern freie Berufe, Ärzte, Anwälte, beratende Ingenieure usw. niederlassen werden. Der Mittelpunkt dieses Straßenzuges wird ein Einkaufszentrum werden für Geschäfte des täglichen Bedarfs, für Apotheken u.dgl. Hier ist ein Bauplatz für ein Kino bestimmt und ein größeres Haus für freie Berufe angenommen. Der Platz wird 2–3 m tiefer als das übrige Gelände liegen und unter der Altonaer Straße nach Westen und unter der Stadtbahn nach Norden in die anschließenden Teile des Bezirks reichen. In feierlicher Zurückgezogenheit zu dem Zentrum liegt der für eine katholische Kirche vorgesehene Bauplatz, die hier im Blickpunkt des Hauptwegezuges liegen wird.

Die Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche soll auf dem alten Bauplatz wieder aufgebaut werden und mit Pfarr- und Gemeindehaus eine besondere Baugruppe bilden. In ihrer Nähe wird dort, wo früher Charlottenhof lag, wieder eine größere Gaststube am Tiergarten errichtet werden können, deren Terrassen auf die reizvolle Landschaft am Faulen See schauen. Weiter wird am Rand des Tiergartens nach dem Bahnhof Tiergarten zu ein Bauplatz für ein Haus der Jugend vorgeschlagen.

Mehr als 1300 Wohnungen sind in den geplanten Wohngebäuden unterzubringen in 1-, 2-, 3-, 4-, 5-, 7-, 10stöckigen und einzelnen noch höheren Bauwerken. Die größere Höhe, die durch die Entwicklung der Bautechnik auch für Wohnhäuser möglich geworden ist, bringt den Vorteil der größeren Abstände der Häuser voneinander. 150–200 m breite Grünflächen werden zwischen gegenüberliegenden Häusern liegen. Diese Grünflächen, die in erster Linie dem Wohlbefinden der Anlieger dienen, ziehen die Tiergartenlandschaft weit in das Wohngebiet hinein. Die Gebäude sind unabhängig von der Richtung der zu erschließenden Wege so gestellt, wie sie im einzelnen Fall am besten zu Sicht und Sonne stehen. Fast von allen Wohnungen ist ein Blick in den Tiergarten möglich. Von der Stadtbahn werden die Häuser mehr als 50 m entfernt stehen. Die Hauptwohnräume liegen von der Stadtbahn abgekehrt, so daß die Bewohner nicht von Lärm und Erschütterungen belästigt werden.

→A 51

Vermerk über die Besprechung vom 21.7.1954 bei Senator Mahler

←A 52

1) *Als ständige Einrichtung werden zwei technische Ausschüsse gebildet, die vom Senator berufen werden sollen.*

A. Technischer Ausschuß bei der AG Wiederaufbau Hansaviertel:

Mitglieder: SenDir. Schwedler (Vorsitz), Prof. Bickenbach, SenRat Böttcher (Vertreter ORB König), SenRat Jäckel, SenBauDir. Prof. Lemmer, Prof. Noth, Dipl. Ing. Otto, Prof. Rossow, Dr. Schoszberger, Min.Rt. Steinbiß, SenRat Stephan (Vertreter RBR Schweer), SenRat Tockuss.

Aufgabe dieses Ausschusses ist die ständige Beratung der AG in allen technischen Fragen. →A 53

B. Technischer Ausschuß bei der Ausstellungs-GmbH:

Reg.Dir. Dräger, Prof. Dübbers, Prof. Jobst, Prof. Lemmer, Prof. Noth, Dipl. Ing. Otto, SenRat Dr. Riedel, Prof. Rossow, SenRat Stephan (Vertr. RBR Schweer), Reg.Dir. Witte.

Der Vorsitzende soll von diesem Ausschuß selbst gewählt werden. Aufgabe dieses Aus-

Vergleicht man die Überarbeitung von Jobst mit dem ursprünglichen Wettbewerbsentwurf, so stellt man fest, daß die städtebaulichen Gesten etwa gleich geblieben sind. Nach wie vor bestimmen die beiden zum Tiergarten hin geöffneten Buchten die Gesamtkomposition. Die Zerschneidung des Gebietes durch die Altonaer Straße wird durch eine Fußgängerbrücke überwunden. Die Baukörper sind in dem überarbeiteten Entwurf stärker differenziert. Es finden sich Gebäudetypen vom eingeschossigen Reihenhaus bis hin zu Punkthochhäusern. Die Gebiete jenseits der Stadtbahn zeigen im Gegensatz zum Ausstellungsgelände jetzt eine vorsichtige Auffüllung der Altbausubstanz und die Freihaltung eines Gebietsteils an der Spree für den Neubau einer Schule.

Administrative Maßnahmen folgen: Am **14.6.1954** wird die Interbau GmbH gegründet. Sie hat die Aufgabe, die Ausstellung vorzubereiten und durchzuführen. Am **17.6.1954** wird von der Überarbeitung Jobsts vom **5.4.1954** ein Lageplan hergestellt, um jedem Bauwerk ein genau abgegrenztes Grundstück zur Verhandlung mit den Grundstückseigentümern zuzuordnen und auch, um diese Zuordnung zu einzelnen Architekten zu erleichtern. Anfang Juli zeichnet sich ab, wie die Architekten ausgewählt werden sollen. Der Beauftragte Wischek schreibt am **8.7.54** an Senator Mahler:

Nach eingehenden Überlegungen und Besprechungen halten wir die Schaffung eines Gestaltungsausschusses für die Bauausstellung für dringend notwendig. Dieser Gestaltungsausschuß sollte Inhalt und Geschehen auf dem Bauplatzteil und auch auf dem übrigen wissenschaftlichen Teil der Ausstellung bestimmen. Dazu gehört z.B. auch die Aufgabe, Vorschläge zu machen für die Auswahl der Architekten für das Hansa-Viertel.

Die Bildung eines solchen Gestaltungsausschusses erscheint deshalb besonders wichtig, weil das Gesicht und der geistige Inhalt der Bauausstellung Berlin 1956 von solch internationaler Bedeutung sein muß, daß die Verantwortung hierfür nur von einem Gremium anerkannter Persönlichkeiten getragen werden kann. Die Zusammensetzung des Gremiums muß daher nach unserer Auffassung so gewichtig sein, daß damit bereits für die beteiligten und anzusprechenden Länder ein Wertmaßstab für die Tendenzen der Internationalen Bauausstellung Berlin 1956 gegeben ist. Nach reiflichen Überlegungen und Erörterungen möchten wir daher vorschlagen, daß dieses Gremium sich aus folgenden Personen zusammensetzt:

Professor Gottwald, Berlin
Professor Hassenpflug, Hamburg
Professor Haupt, Karlsruhe
Professor Kühn, Aachen
Dipl.Ing. Otto, Hannover
Professor Rossow, Berlin
Professor Scharoun, Berlin
Professor Schoszberger, Berlin

Es erscheint uns selbstverständlich, daß in dieses Gremium die maßgeblichen Herren der Berliner Bauverwaltung hineingehören.

Am **21.7.54** wird von Senator Mahler die personelle Besetzung für die Ausschüsse festgelegt, die sowohl die Ausstellungs-GmbH wie auch die sich in Gründung befindende AG für den Wiederaufbau des Hansaviertels als ständige Einrichtung beraten sollen. Nach dieser Festlegung wird Kontakt mit den vorgesehenen freien Architekten aufgenommen, von denen sich jedoch eine ganze Reihe (wie z.B. Bartning, Scharoun, Hassenpflug) die Möglichkeit, einen Bauauftrag zu erhalten, nicht verstellen wollen. Zu der ersten Sitzung des Auswahlausschusses für die Architekten am **27.8.1954** erscheinen nur Otto, Rossow, Kühn und Bickenbach (TU) als Mitglied des Technischen Ausschusses, die flankiert werden von den *maßgeblichen Herren der Berliner Bauverwaltung* wie Mahler, Stephan, Riedel und Lemmer sowie als Nichtausschußmitglieder Schwedler, Klawonn und Rennert als Beauftragte für den Wiederaufbau des Hansaviertels. Lemmer kann teilnehmen, nachdem er sich „endgültig" entschlossen hat, die evangelische Kirche doch nicht zu bauen.

Der Ausschuß verabschiedet auf der Grundlage einer Umzeichnung des Bebauungsplans vom **5.4.1954** eine Liste von Berliner Architekten, je einen aus den Bundesländern und – nach Ländern ausgewählt – internationale Architekten, denen jeweils eines der 34 skizzierten Objekte angetragen werden soll. Dabei werden auch Architektengemeinschaften vorgeschlagen, um alle unterbringen zu können, da Objekte nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

In der Sitzung, die zur Auswahl der Architekten führt, legt Erich Kühn ein Exposé vor, in dem es um den *geistigen Gehalt der Gesamtaufgabe* geht:

Alle den Sinn des Abendlandes kennzeichnenden Bemühungen dienen dem Menschen. Um sein individuelles Sein bemüht sich die Psychologie, um seine Gesundheit die Hygiene, um sein gesellschaftliches Zusammenleben die Soziologie, um eine auf sein Maß bezogene Umwelt das Wohnungswesen, der Schulbau, der Städtebau usw. ←A 54

Es wird daher vorgeschlagen, die gesamte Bauausstellung unter das Leitmotiv

„Der Mensch"

zu stellen.

Am notwendigsten sind diese Bemühungen in der Großstadt. Daher wird als Thema vorgeschlagen

„Der Mensch in der Großstadt".

Wesentlich in der Stadt ist das Stadtgrün, dessen Art und dessen notwendiges Ausmaß neu sind (Verkehr, Hygiene usw. sind wichtig, aber nicht wesentlich). Allgemein sollte daher ein so weithin sichtbares Unternehmen wie die Berliner Bauausstellung sich mit dem Grün in der Stadt als eine Aufgabe hohen Ranges befassen. Im vorliegenden Falle schließt das Ausstellungsgelände unmittelbar an den Tiergarten an. Es wäre daher nicht zu verstehen, wenn diese einmalige Gelegenheit nicht genutzt würde. Daher wird als Ergänzung vorgeschlagen

„Der Mensch in der grünen Großstadt".

Diese menschliche grüne Großstadt ist aber noch nicht vorhanden. Wir müssen ihre Voraussetzungen und ihre Möglichkeiten überdenken, durchdiskutieren, erfühlen, vorbereiten. Diesem Zweck sollte auch die Ausstellung dienen. Daher eine weitere Erweiterung des Themas

„Der Mensch in der grünen Großstadt der Zukunft".

Herr Otto regt auch für die Planschau eine Abteilung „Die Stadt der Zukunft" an.

Um sich selbst die Grundstimmung deutlich zu machen, vor allem aber, um den Mitarbeitern einen Grundakkord anzugeben, der eine einheitliche Gestaltung ermöglicht, werden folgende Leitworte vorgeschlagen: leicht – heiter – wohnlich – festlich – farbig – strahlend – geborgen.

Dieses Leitmotiv wird in den Einladungsbrief an die Architekten übernommen, der nach einigen Überarbeitungen **Mitte September** an die Ausgewählten mit Bitte um Zustimmung zur Bearbeitung des vorgesehenen Objekts abgeschickt wird. Es werden 44 Architekten angeschrieben. Die Wohnbauten sollen im Rahmen der *Wirtschaftlichkeit des sozialen Wohnungsbaus* errichtet werden. Genauere Daten sind für einen späteren Zeitpunkt angekündigt. Als programmatische Ziele werden genannt: →L 123

Die Neuerbauung dieses Stadtteiles mit einer Gesamtfläche von rd. 25 ha soll in einem neuzeitlichen Geiste erfolgen, nicht als Wiederherstellung der zerstörten Formen, sondern als Ausdruck einer baulichen Gesinnung, die dem Denken und den Lebensformen der freien Völker entspricht. Der Neubebauung liegt eine Neuordnung der Grundstücke zugrunde mit dem Ziele, nach der Bebauung die entstandenen Bauten und Grundstücke wieder in Privatbesitz zurückzuführen. . . . ←A 55

Der geistige Inhalt dieser Neubebauung liegt darin, in den Gebäuden eine neuzeitliche und wegweisende bauliche und künstlerische Lösung für das Problem „Mensch und Großstadt" zu finden, und zwar für das Wohnen der Menschen in einem mit dem Grün stark verbundenen inneren Großstadtteil. Diese Lösung soll in grundrißlicher, technischer und gestalterischer Hinsicht vorbildlich sein. Durch die Mitarbeit nicht nur deutscher und Berliner, sondern auch ausländischer Architekten soll eine Gemeinsamkeit der kulturellen Ziele und Anschauungen zum Ausdruck kommen.

Auf der dritten und letzten Sitzung des Auswahlausschusses mit wieder anderer Besetzung wird bekanntgegeben, daß sich Otto Bartning als Präsident des BDA (West) nun doch für eine leitende Mitwirkung in der Internationalen Bauausstellung zur Verfügung stelle und auf jeden Bau innerhalb des Hansaviertels verzichte. Der Ausschuß beschließt, ihn zum Vorsitzenden des zu bildenden Koordinierenden Ausschusses zu machen, der den Auswahlausschuß ablöst. Die technischen Ausschüsse bleiben im wesentlichen gleich besetzt.

Der Koordinierende Ausschuß setzt sich jetzt wie folgt zusammen:

Prof. Dr. Bartning als Leiter, Dir. Otto als Stellvertreter, MinRat Steinbiß (Bundesminister für den Wohnungsbau), SenRat Stephan (SenVerw ←A 56

schusses ist die ständige Beratung der Ausstellungs-GmbH in allen technischen Fragen.

C. *Einige Mitglieder, die in beiden technischen Ausschüssen A und B gleichermaßen vertreten sind, bilden den* **Koordinierenden Gestaltungsausschuß.**

Dieser hat die Aufgabe, den Rhythmus der Ausstellung und ihr gestalterisches Niveau sowohl bezüglich der AG als auch bezüglich der Ausstellungs-GmbH zu koordinieren.

Es sind dies folgende Personen: SenBauDir. Prof. Lemmer, Prof. Noth, Dipl. Ing. Otto, Prof. Rossow.

2) *Die einmalige Aufgabe der Auswahl der Architekten für die Planung und künstlerische Oberleitung der Wohnungs- und Hochbauten soll ein* **Ausschuß für die Auswahl der zu beteiligenden Architekten** *übernehmen.*

Mitglieder: Prof. Bartning (Darmstadt), Prof. Hassenpflug (Hamburg), Prof. Kühn (Aachen), SenBauDir. Prof. Lemmer, Dipl. Ing. Otto, SenRat Dr. Riedel, Prof. Rossow, Prof. Scharoun, SenRat Stephan.

Der Ausschuß soll zusammentreten, wenn seitens der AG die Listen der Bauten und ihre Programme klargelegt sind. Mit dieser Arbeit ist die AG z.Zt. beschäftigt.

Mitglieder dieser Ausschüsse sollen selbst keine Aufträge der AG übernehmen.

Wulf Wewel/Jürgen Tomisch:
Die „Aktiengesellschaft für den Aufbau des Hansaviertels"

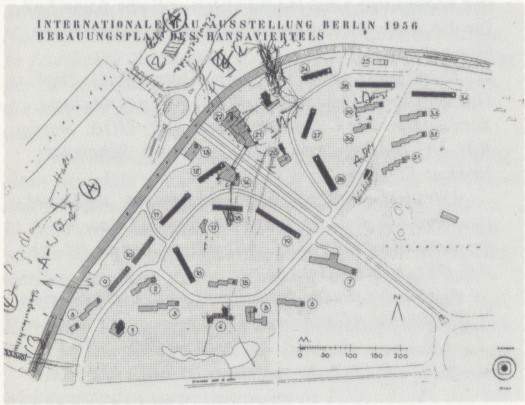
Am 2.12.1954 erfolgte dann die Gründung unter dem Namen „Aktiengesellschaft für den Aufbau des Hansaviertels". Bis zu diesem Zeitpunkt waren Seifarth und Klawonn als die „Beauftragten für den Aufbau des Hansaviertels" vom SenBauWohn beauftragt, die Gründungsvorbereitungen vorzubereiten und die erforderlichen Verhandlungen mit den Grundeigentümern zu führen. Als Gründungsgesellschaften sollte nicht die öffentliche Hand, sondern gemeinnützige Unternehmen und alte Grundeigentümer auftreten. Aber nicht nur gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften wurden bei der Auswahl als Gründer vorgesehen, sondern es sollten auch Bau- und Betreuungsfirmen beteiligt werden. Unter Bau- und Betreuungsfirmen verstand man solche Gesellschaften, wie das Gründungsmitglied – das „Sozialwerk für Wohnung und Hausrat, Gemeinnützige GmbH Baden-Baden", das seine Gemeinnützigkeit durch die „Schaffung von sozial tragbaren Möbeln bei guter und schöner Gestaltung" (Aufgabengebiet) aufrecht erhielt. Neben dieser „sozialen Aufgabe befaßte es sich im wesentlichen mit der Förderung des Eigentumsgedankens im Wohnungsbau" und der Gründung von Aufbaugemeinschaften. Das Sozialwerk war im Vorstand durch Rennert und im Aufsichtsrat durch Seifarth, die beide leitende Persönlichkeiten des Werkes waren, vertreten. Durch die guten Kontakte von Seifarth zum Bundesministerium für Wohnungsbau (CDU), das überall die Förderung des Eigentumsgedankens in erster Linie vertrat, nahm das Ministerium seinen Einfluß auf die durchzuführenden Bodenordnungsmaßnahmen wahr.

Die nach Aktienrecht zur Gründung einer AG erforderlichen fünf Gründer waren:

- *die Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus, gemeinnützige Aktiengesellschaft (DEGEWO), Berlin, 1.250.000 DM an Stammkapital,*
- *das Sozialwerk für Wohnung und Hausrat Gemeinnützige G.m.b.H. Baden-Baden, 998.000,– DM an Stammkapital,*

– die Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. Berlin/ Hamburg/Frankfurt/M. (Deutsch-Bau), 750.000 DM an Stammkapital,
– Rechtsanwalt und Notar Dr. Franz Köhler, Grundstücksbesitzer im Hansaviertel, 1.000 DM an Stammkapital,
– Pfarrer Dr. Schmidt-Clausing, ebenfalls Grundstücksbesitzer, 1.000,– DM an Stammkapital.

Die beiden letztgenannten Aktionäre sind das Überbleibsel der durch den Senat propagierten „Aufbauförderungsgemeinschaft“.



Übersichtsplan mit den 34 Objekten, die am 27.8. 1954 an die Architekten verteilt werden ←B 111

←A 57

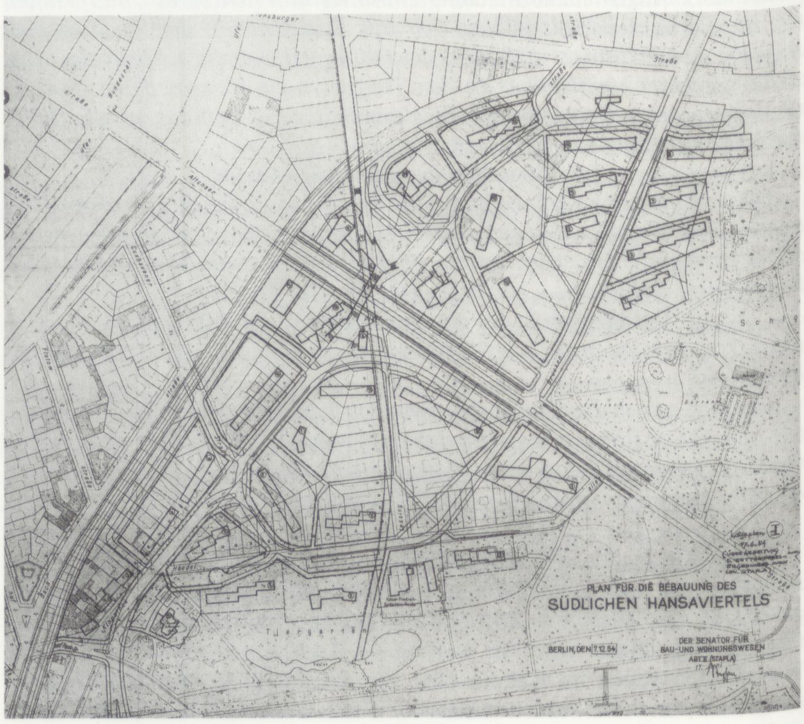
```
Betr.: Sitzung des Ausschusses zur Auswahl der Architekten
       für das Hansa-Viertel am 27.8.54, 15 Uhr, im Hause
       Fehrbelliner Platz 1, Saal 514
       Vorsitz Senator Dr. Mahler
       Teilnehmer als Ausschußmitglieder:
       Herren Prof. Bickenbach
              Prof. Kühn
              SenBauDir Prof. Lemmer (nur während d. Pkt. 2-5)
              Dipl.Ing. Otto
              SenRat Dr. Riedel
              Prof. Rossow
              SenRat Stephan
       ferner (Nichtausschußmitglieder):
       Herren SenDir Schwedler und die Beauftragten für
       das Hansa-Viertel Dir. Klawonn und Dr. Rennert

   6) Nach eingehender Beratung wurden die Objekte auf die
      Architekten wie folgt verteilt:

      Objekt 1:  17-geschossiges Appartement-Haus, in Erdgescho
                 Läden evtl. Gemeinschaftseinrichtungen, in
                 1.-16. Obergeschoß je Stockwerk 8 Appartements
                    (Berlin)            Müller-Rehm mit Siegmann

      Objekt 2:  drei 3-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut,
                 je Wohnhaus 6 Wohnungen mit je ca. 70 qm
                 Wohnfläche
                    (hessische Gruppe) Krahn / Mäckler und
                                       Giefer / Weber

      Objekt 3:  vier 2-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut,
                 je Wohnhaus 4 Wohnungen mit etwa 80 bis 120 qm
                 Wohnfläche
                    (dänische Gruppe)  Jacobsen / Kay Fisker

      Objekt 4:  Speiserestaurant und Café, 2-geschossig, etwa
                 300 Plätze
                    (Berlin)           Scharoun

      Objekt 5:  Evgl. Kirche mit Pfarr- und Gemeindehaus
                    (Westdeutschland)  Hornschuh

      Objekt 6:  drei 2-geschossige Wohnhäuser, zusammenge-
                 baut, wie Objekt 3
                    (Schweiz)          O.Senn (In Verbindung
                                       mit Henning -Berlin)

      Objekt 7:  Klinik mit 100 Betten
                    (Westdeutschland)  Bartning
                                       (Bauleitung Schwebes
                                        -Berlin, aber nicht
                                        vom Ausschuß zu
                                        nennen)

      Objekt 8:  vier 2-geschossige Wohnhäuser, davon 3
                 zusammengebaut
                    (Berlin)           Ludwig (die 3 zusam-
                                              menhängenden)
                    (Westdeutschland)  Lehmbrock (d.einzelne)

      Objekt 9:  vier 5-geschossige Wohnhäuser, zusammen-
                 gebaut, je Wohnhaus 10 Wohnungen mit je
                 ca. 60 qm Wohnfläche
                    (Frankreich)       Lopez

      Objekt 10: wie Objekt 9
                    (Berlin)           Gottwald

      Objekt 11: vier 12-geschossige Wohnhäuser, zusammen-
                 gebaut mit 1-, 2- und 3-Zimmerwohnungen
                    (USA)              Saarinen (ersatzwei-
                                       se Beluschi)
```

→B 112 →A 58 →A 59

BauWohn), Dr. Schoszberger (Vorsitzender des Berliner BDA), Prof. Dr. Bickenbach (Vorsitzender des AIV Berlin), Prof. Rossow (Vorsitzender des Deutschen Werkbundes, Berlin, und weiteres BDA-Mitglied), Prof. Dübbers (Leiter des Techn. Ausschusses bei der GmbH und ebenfalls weiteres BDA-Mitglied).

Der Ausschuß nimmt weiterhin zur Kenntnis, daß Herr Lemmer die evangelische Kirche nun doch baut und sich daher aus den Ausschüssen verabschiedet.

Von den eingeladenen Architekten haben bisher nur Saarinen, Mies van der Rohe und Niemeyer noch nicht geantwortet. Die Architekten, die zugesagt haben, werden zu einer Konferenz am **10./11.12.1954** nach Berlin (West) eingeladen (gleichzeitig findet die Tagung des Bundesvorstandes des BDA (West) statt), während der das Baugelände besichtigt werden und die Aufgabe „Wiederaufbau Hansaviertel“ vorgestellt werden sollen. Vorher wird am **2.12.1954** die „Aktiengesellschaft für den Aufbau des Hansaviertels“ gegründet.



Gerhard Jobst: Der Entwurf für das südliche Hansaviertel vom 5.4.1954 wird am 7.12. 1954 als Vorlage für die Architektenkonferenz verabschiedet

Die Mammutsitzung mit den eingeladenen Architekten nimmt einen unerwarteten Verlauf. Der Sitzung liegt die Lageplanfassung 1:1000 vom **5.4.1954** (gezeichnet am **17.6.1954**) zugrunde. Bartning übernimmt den Vorsitz, muß aber bereits mittags die Sitzung verlassen. Scharoun kann an ihr nicht teilnehmen. Einige der Architekten, so heißt es im Protokoll, halten eine Neuaufstellung des Plans von Grund auf für erforderlich. Über den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet Stephan in einem Brief an Bartning vom **15.12.54**:

Ich teile Ihnen dies mit, da Sie die Besprechung ja leider vorzeitig verlassen mußten. Doch danke ich Ihnen für Ihre einleitende vermittelnde Haltung, die eine wesentliche Voraussetzung zum Gelingen dieser schwierigen Verhandlungen gewesen ist.

Nach Ihrem Fortgang hat zunächst der Unterzeichnete den Architekten nochmals auseinandergesetzt, welche Annahmen des Entwurfs als Bindungen betrachtet werden müssen, die nicht mehr verändert werden können. Es betrifft dies vor allem das in langdauernden Verhandlungen festgelegte Straßennetz, die Berücksichtigung des geplanten U-Bahnbaues, Abstände von der S-Bahn, den Grundgedanken des preisgekrönten Entwurfs, nämlich die Einbeziehung des Großgrüns des Tiergartens in die städtebauliche Gestaltung, die Lage des südlichen Hochhauses u.a.m. Es gelang, nach längeren Debatten hierzu die Zustimmung der Teilnehmer zu erreichen. Sodann machten sich die Architekten, zunächst in zwei Gruppen (Gr. I südlich der Altonaer Straße, Gr. II nördlich der Altonaer Straße), und ab-

schließend gemeinsam mit Hilfe der Klötze am provisorischen Modell an die Arbeit. Der leitende Gesichtspunkt war, insonderheit vertreten durch die holländischen Architekten, an Stelle der bisher vorgesehenen vielfältigen Schrägstellung der Gebäude zueinander eine größere Straffheit unter grundsätzlicher Vorherrschaft des rechten Winkels zu erreichen. Dieses Leitmotiv wurde wie folgt herausgestellt: „Auch in der Freiheit der westlichen Welt keine Willkür, sondern Ordnung". Das Ergebnis ist nunmehr eine Fassung des Planes, welche alle vorgenannten Gesichtspunkte unangetastet läßt und im wesentlichen eine teilweise Änderung der Richtungen der einzelnen Gebäude auf den ihnen auch vorher zugedachten Grundstücksteilen, z.T. auch eine Änderung der Geschoßzahlen, brachte.

Auf diese neue Fassung einigten sich dann alle Anwesenden. Seitens der Teilnehmer aus dem Kreis der Senatsverwaltung Bau (der Unterzeichnete und ORBR Schweer) wurde zwar darauf hingewiesen, daß infolge des nunmehr sehr häufigen Auftretens der nach Ost/West gerichteten Bauten die Gefahr besteht, daß vor allem in den Gebäuden mit Kleinwohnungen sich zwangsläufig der Laubengangtyp sehr stark aufdrängt. Dieser Typ war am Anfang der Besprechung von Herrn Dir. Klawonn grundsätzlich als nicht erwünscht bezeichnet worden; jedoch glaubten die Architekten in ihren Grundrißlösungen diesen Typ umgehen zu können. Der Unterzeichnete hat die Architekten ausdrücklich gebeten, diesem Gesichtspunkt bei ihrer weiteren Arbeit eine sorgfältige Beachtung zu schenken.

Ich bin aber erfreut, Ihnen mitteilen zu können, daß zum Schluß der Besprechung die allgemeine Stimmung hervorragend und die Freude am gemeinsamen Werk sehr groß war. Vor allem die ausländischen Architekten haben zum Ausdruck gebracht, daß es für sie ein Erlebnis gewesen sei, in einem Kreise so verschiedenartiger Architekten zusammen mit der Behörde eine so fruchtbare Arbeit geleistet zu haben, und daß sie besonders davon beeindruckt seien, daß dies in Berlin geschehen ist.

Der weitere Fortgang soll nunmehr folgender sein:

Die am Sonnabend besprochene Fassung ist in dem anliegenden Plan niedergelegt. Die Architekten der Gruppe I (südlich der Altonaer Straße) werden zunächst weiterhin vertreten durch Herrn Architekt Luckhardt mit Herrn Arch. Siegmann, die Gruppe II (nördlich der Altonaer Straße) durch Herrn Prof. Schwippert mit Herrn Arch. Sobotka. Diesen 4 Herren geht zunächst der Plan zu, und nach deren Kenntnisnahme geht der Plan an sämtliche Architekten.

Jeder Architekt beschäftigt sich sodann mit seinem Vorentwurf auf der Grundlage der nunmehr vorliegenden Planfassung, wobei sich aus den Einzelüberlegungen noch kleinere Varianten ergeben können.

Die vorgenannten Herren geben bis zum 15. Januar an mich eine Mitteilung über das bis dahin Geklärte. Das Ziel soll sein, daß Anfang Februar 1955 eine neue Konferenz bereits auf Grund der Vorentwürfe einberufen werden kann.

Plan des südlichen Hansaviertels nach der Architektenkonferenz vom 11.12.1954 ←B 113

Objekt 12: sechs 12-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut, mit 2-Zimmerwohnungen, im Erdgeschoß von 2 Häusern Läden
(Berlin) Baumgarten
(Dieser soll v. Herrn Senator in mündlicher Besprechung gebeten werden, nach eigener Wahl einen Berliner Architekten hinzuzuziehen)

Objekt 13: 3-geschossiges Garagengebäude für 300 Wagen mit Pflege- und Tankdienst
(Westdeutschland) Schneider - Eßleben

Objekt 14: Bezirksbücherei
(Berlin) Düttmann

Objekt 15: drei 2-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut, wie Objekt 3
(Israel) Alexander Klein

Objekt 16: acht-geschossiges Wohnhaus, zusammengebaut, je Geschoß zehn 3-Zimmerwohnungen mit je ca. 70 qm Wohnfläche
(Benelux) van den Broek u. Bakema

Objekt 17: Kindergarten
(Westdeutschland) Wilhelm

Objekt 18: drei 12-geschossige Wohnhäuser auf Stützen, zusammengebaut, Erdgeschoß für Gemeinschaftsanlagen, 11 Wohngeschosse mit je 6 Wohnungen mit je ca. 60 qm Wohnfläche
(Schweden) Jaenecke u. Samuelson

Objekt 19: fünf 12-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut, auf Stützen, 11 Wohngeschosse mit je 10 Wohnungen mit je ca. 70 qm Wohnfläche
(Brasilien) Niemeyer (mit Gruppe)

Objekt 20: Kath. Kirche für 300 Seelen
(Berlin) Kreuer

Objekt 21: Gaststätte 2-geschossig mit Läden und Terrasse
und
Objekt 22: Kino mit ca. 500 Sitzplätzen, Ladenumbauten, 2geschossig
(Westdeutschland) Zinsser mit Plarre (Berlin)

Objekt 23: 23-geschossiges Hochhaus, im Erdgeschoß Läden (Postamt, Polizeirevier usw.) 10 Geschosse wohngewerblich für freie Berufe), 12 Wohngeschosse
(Italien) Albini mit Nervi
(Hierzu wird Prof. Rossow in Mailand klären, ob Albini der Erbauer des Mailänder Hochhauses ist. Dieser ist gemeint)

Objekt 24: sechs 12-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut, mit 2-Zimmerwohnungen wie Objekt 12
(Westdeutschland) Eiermann

Objekt 25: Tankstelle mit 30 Garagen, 1-geschossig
(Berlin) Taut

Objekt 26: 12-geschossiges Wohnhaus auf Stützen, ~~zusammengebaut~~, 11 Wohngeschosse mit je 10 Wohnungen mit je ca. 65 qm Wohnfläche
(USA) Mies van der Rohe

Objekt 27: drei 12-geschossige Wohnhäuser auf Stützen, zusammengebaut, 11 Wohngeschosse mit je 9 Wohnungen, davon sechs 2-Zimmer- und drei 1-Zimmerwohnungen.
(Finnland) Aalto

Objekt 28: vier 12-geschossige Wohnhäuser auf Stützen, zusammengebaut, je Geschoß acht 3-Zimmerwohnungen mit je ca. 65 qm Wohnfläche
(Westdeutchland) Schwippert mit Riphahn
(evtl. geteilt)

Objekt 29: drei 3-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut, je Geschoß sechs 3-Zimmerwohnungen mit je ca. 65 qm Wohnfläche
(Westdeutschland) Hassenpflug

Objekt 30: zwei 2-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut, Etagenwohnungen
(Berlin) Taut

Objekt 31: vier 1-geschossige Einfamilienhäuser, zusammengebaut
(Westdeutschland) Sepp Ruf

Objekt 32: vier 3-gesch-ossige Wohnhäuser, zusammengebaut, Etagenwohnungen
(Berlin) Sobotka u. Müller und Nissen (Westdeutschland)
(kann aufgeteilt werden)

Objekt 33: drei 3-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut, Etagenwohnungen
(England) Yorke

Objekt 34: fünf 8-geschossige Wohnhäuser, zusammengebaut, je Geschoß zehn 3-Zimmerwohnungen mit je ca. 60 qm Wohnfläche
(Westdeutsch-land) Pfau, Luckhardt, Hubert Hoffmann (Dreiergruppe)

<u>Die ausländischen Architekten</u> sollen gebeten werden, bereit zu sein, <u>einen deutschen</u> (möglichst Berliner) Architekten zu benennen, mit dem sie zusammenarbeiten wollen.

Die Architekten Rügenberg und v.Möllendorf sollen mit der Gestaltung des Bunkerberges und Vergnügungsviertels betreut werden.

Es soll eine <u>Reserveliste</u> der Architekten aufgestellt werden, in der <u>die Namen der</u> Aufstellung Ziff. 5 enthalten sind, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten. Es muß damit gerechnet werden, daß einige Absagen erfolgen. In diesem Falle soll auf die Reserveliste zurückgegriffen werden. An der Spitze der Reserveliste soll Hermkes stehen.

Otto Bartning, Architekt, geb. **12.4.1883** in Karlsruhe, gest. **20.2.1959** in Darmstadt. **1903** Weltumseglung als Schiffsjunge, **1904–08** Studium TH Karlsruhe und Berlin, ab **1908** eigenes Büro in Berlin. **1919** im Arbeitsrat für Kunst Ausarbeitung eines Unterrichtsplans für Handwerker, Künstler und Architekten. Mit Gropius Plan für ein Bauhaus, das er allein in Weimar eröffnet. **1926–30** Direktor der Staatl. Bauhochschule in Weimar nach dem Weggang des Bauhauses nach Dessau. **1930** auf Betreiben von Schulze-Naumburg entlassen, Übersiedlung nach Berlin, eigenes Büro, Mitglied der Architektenvereinigung „Der Ring". Nach dem 2. Weltkrieg eigenes Büro in Darmstadt, **1946** Vorsitzender des Deutschen Werkbundes, **1951** des BDA der BRD. Initiator der Darmstädter Gespräche. **1956** in den Planungsbeirat von Berlin (West) berufen, **1954–57** Arbeit in den Ausschüssen der Interbau.

Otto Bartning beschäftigt sich über die Weihnachtstage mit dem Plan. Am **27.12.1954** informiert er Stephan über das Ergebnis:

→A 60 *Sehr geehrter Herr Senatsrat, mit dem Lageplan „Ergebnis der Besprechung vom 11.12.54" habe ich mich eingehend beschäftigt. Ich habe dies auf eine kindliche Weise getan, indem ich den Lageplan aus dem Tuschkasten angemalt habe. Dabei ist mir Verschiedenes deutlich geworden:*

1) Die Stadtbahn als Körper (wie hoch?) darf nicht übersehen werden.

2) Beim Anlegen der Straßen in Gelb war mir nicht deutlich, welche Linien eigentlich als Straßen gelten und wie weit das Grün greifen darf.

3) Wenn man von der Altonaer Straße unter der Stadtbahn durch zur Siegessäule blickt, so ist dies bestimmt einer der wesentlichsten städtebaulich-räumlichen Eindrücke. Er wird völlig verwirrt durch die, wie mir scheint, etwas planlose Aufstellung von Garage und Kino. Dazu die Straßenüberbrückung, die ein zierlicher Reiz oder eine völlige Verwirrung sein kann.

4) Der mit den Baublöcken gewonnene rechte Winkel ist zweifellos ein großer Gewinn. Die Höhenordnung der Baublöcke ist mir nicht deutlich. Warum z.B. Niemeyer nur 8 Geschosse?

Ich habe heute lang und ausführlich mit Schwippert telefoniert, weil er der mir geographisch und sachlich Nächstliegende unter den Federführenden ist.

Wir glauben beide, daß die 40 Architekten umgehend benachrichtigt werden müssen, daß sie auf Grund des 11. Dezember 54 nur in Skizzen ihre Gedanken aufzeichnen und zum 15.1. spätestens an die Federführenden einsenden. Es wird sich dann eine Zusammenkunft ausschließlich der Federführenden mit dem eigentlichen Arbeitsausschuß der Leitenden Kommission ergeben, damit im kleinen, also aktionsfähigen Kreis der endgültige Lageplan fixiert und für die weiteren Arbeiten an die verschiedenen Architekten hinausgegeben wird.

Bartning weiß nicht, als er diesen Brief schreibt, daß sich noch am **20.12.1954** ein kleiner Kreis aus allen beteiligten Gruppen getroffen hat. Das Protokoll verzeichnet folgende Teilnehmer: Dübbers, Klawonn, Mattigk, Luckhardt, Rossow, Schoszberger, Schweer, Siegmann, Sobotka, Müller und Stephan.

→A 61 *Anlaß waren die Einwände, die Herr Dir. Klawonn gegen die vermehrte Anwendung Ost/West-gerichteter Baublöcke in dem Lageplan erhoben hatte, der in der Besprechung mit den in- und ausländischen Architekten am 11.12.1954 verabredet war. Schon in dieser Besprechung war von dem Unterzeichneten auf diese Schwierigkeit hingewiesen, jedoch hatten die Architekten erklärt, daß sie für Ost/West-gerichtete Zeilen durchaus nicht an Laubenganglösungen gebunden seien, gegen die sich das Bedenken des Herrn Dir. Klawonn vor allem gerichtet hatte.*

Heute wurde dennoch untersucht, inwieweit, ohne das Resultat vom 11.12.1954 erheblich abzuändern, der Wunsch von Herrn Dir. Klawonn erfüllt werden könnte. Dabei ergab sich die Möglichkeit einer Drehung einiger Baukörper in die umgekehrte, also die Nord/Süd-Richtung. Mit den im Plan dann noch verbleibenden Ost/West-gerichteten Bauten erklärte sich auch Herr Dir. Klawonn einverstanden. Die Fassung vom 11.12. mit den kleinen Abänderungen von heute gilt nunmehr als das Ergebnis der beiden Gruppenbesprechungen, das uns die Architekten Luckhardt/Siegmann bezw. Schwippert/Sobotka bis zum 15. Januar 1955 übergeben wollten. (Es ist also durch die heutige unmittelbare Besprechung Zeit gespart worden.)

Der Plan wird nunmehr nochmals an folgende Herren geschickt:

1) Prof. Dr. Bartning,

2) die Mitglieder des leitenden Ausschusses,

3) die Architekten Luckhardt, Siegmann, Schwippert und Sobotka.

Die letzten vier Herren setzen sich mit den Architekten ihrer Gruppe (nördlich bezw. südlich der Altonaer Str.) in Verbindung. Das Ziel soll sein, daß die Architekten Anfang Februar 1955 mindestens Grundrißvorschläge herreichen.

Nach Vorliegen dieser Vorschläge wird zu übersehen sein, ob bereits im Februar oder evtl. besser später eine neue Konferenz der Architekten berufen wird oder ob es genügt, was heute die überwiegende Ansicht war, dann mit einzelnen Architekten in Verbindung zu treten, deren Vorschlag dies erforderlich macht.

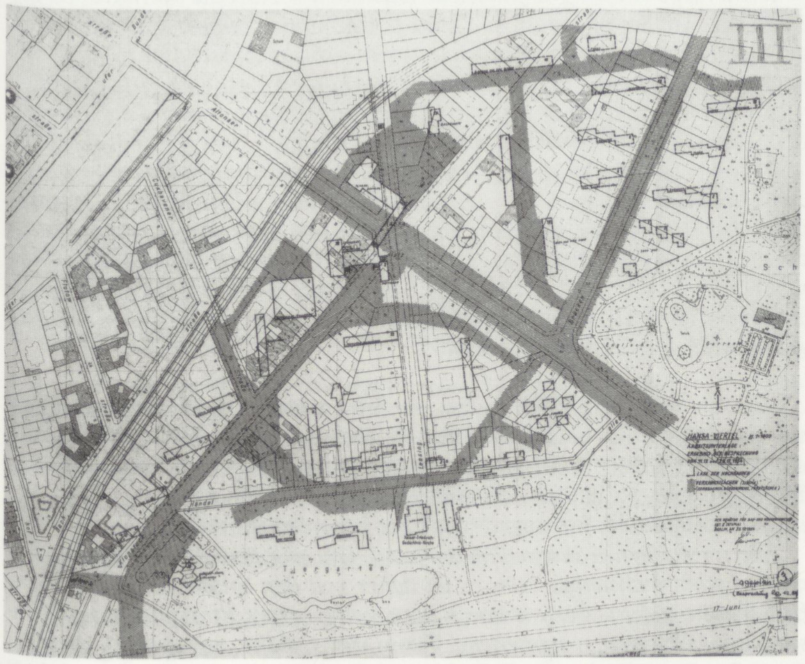
Den Plan vom **23.12.1954** erhält auch Bartning mit folgender Anmerkung zugeschickt:

Die Umstellung der Baukörper wird gewisse Veränderungen der Verkehrserschließung zur Folge haben, da ja das Straßen- und Wegenetz in einwandfreier Weise der Bebauung angepaßt werden muß. Es wurde daher in dem Plan vom 23.12.1954 darauf verzichtet, die Verkehrserschließung bereits in der genauen Begrenzung ihrer Flächen – Fahrbahnen, Parkplätze, Bürgersteige – zu zeigen, vielmehr sollte durch die offene Schraffur nur das mögliche Schema einer Verkehrsführung angedeutet werden. Ebensowenig soll die im Plan eingetragene Bebauung die Baukörper bereits nach ihren Abmessungen genau festlegen. Es kann daher der endgültige Plan erst dann aufgestellt werden, wenn die skizzenhaften Vorentwürfe für die Gebäude vorliegen. ←A 62

Besonders zu betonen ist noch einmal, daß es sich um skizzenhafte Vorentwürfe handelt, die wohl die Idee der baulichen Gestaltung, aber nicht ihre Einzelheiten fixieren. Diese Entwürfe müssen bis zum 1. Februar 1955 hier eingelaufen sein.

Im Anschreiben von Stephan an Bartning heißt es:

In der heutigen Besprechung, deren Niederschrift beigefügt ist, ist noch eine kleine Veränderung gegenüber der Fassung vom 11.12.1954 verabredet worden, welche an dem Prinzip des 11.12. nichts mehr ändert, aber die Bedenken des Herrn Dir. Klawonn ausgeräumt hat. Ich nehme an, daß auch Sie mit der Fassung einverstanden sind.



Plan des südlichen Hansaviertels nach der Besprechung vom 20.12.1954 ←B 114

Bartning, der gerade den *kindlich angetuschten Lageplan* nach Berlin geschickt hat, ist bestürzt über die vorgenommenen Änderungen:

Sehr geehrter Herr Senatsrat, unsere Sendungen haben sich gekreuzt. Ich sandte Ihnen gestern den angemalten Plan, auf dem mir deutlich geworden war, daß – bis auf geringe Änderungen – das Ganze immerhin ein verständliches Gesamtbild hatte. ←A 63

Heute erhalte ich nun mit Ihrem Schreiben vom 20.12.54 einen neuen Plan. Dieser Plan ergibt überhaupt kein Gesamtbild mehr, sondern, wie mir scheint, stehen nunmehr die Gebäude so im Gelände herum, wie wir es von früheren Anlagen kennen und doch eben nicht möchten. Außerdem scheint mir, als ob nun in diesem Plan ganz andere Straßenzüge ausgewiesen sind als in dem vorigen. Insbesondere fällt mir auf, daß die Lessingstraße bis zur Kirche durchgeführt ist und daß überhaupt ein neuer Stern-Platz entsteht, der aber durch die Straßenüberbrückungen sogar nicht einmal mehr diese Eigenschaft des Stern-Platzes trägt.

Wenn ich recht verstanden habe, so ist aus dem Gesamtkreis der Architekten am 11.12.54 eine Konzeption hervorgegangen, mit der grundsätz-

Willy Kreuer/Gerhard Jobst (5.1.1955): Stellungnahme zum Plan vom 23.12.1954

Aus der letzten Fassung des Bebauungsplanes für das Hansaviertel sehen wir, daß die Gedanken unseres Wettbewerbsentwurfs, die bisher die Grundlage für die weitere Bearbeitung gewesen sind, aufgegeben worden sind. Unser Plan ist auf Grund reicher praktischer Erfahrungen im kommunalen Bauwesen sehr sorgfältig überlegt und berücksichtigt viele Beziehungen, die im Planbild nicht ohne weiteres zu erkennen sind. Diese sind im Koordinierungsausschuß offenbar nicht erkannt worden, und man hat uns trotz früherer Zusagen an der Weiterberatung der städtebaulichen Grundlage nicht mehr beteiligt. So sind die räumlichen und gegenseitigen Zusammenhänge, auf die wir Wert gelegt haben, und andere Rücksichtnahmen verlorengegangen, man hat die einzelnen Baukörper von gegenseitigen Bindungen befreit. Den Architekten ist damit u.E. ein schlechter Dienst erwiesen. Wir erwarten, daß die zur Mitarbeit herangezogenen Architekten Glänzendes leisten werden. Aber Perlen und Edelsteine werden erst durch ihre Fassung zu einem Schmuckstück. Wir wollen den jetzigen Planzustand nicht kritisieren, den Sie wahrscheinlich selber auch nur für einen ungereiften Versuch zu einer neuen Lösung halten, und auch über unseren Entwurf brauchen wir nicht mehr zu sprechen, wenn er endgültig fallengelassen wird. Sollte man aber doch noch wieder auf ihn zurückkommen, sind wir bereit, weiter für ihn einzustehen.

lich alle Architekten sich so weit identifizierten, daß sie nunmehr ihre Einzelpläne mit echter Überzeugung aus dem Ganzen heraus skizzieren und zum 15.1.55 einsenden sollten.

←A 64 *Ich halte es für unmöglich, daß inzwischen sich ein Berliner Kreis zusammensetzt und diese Konzeption, ohne die Skizzen der einzelnen Architekten (insbesondere auch in bezug auf die Nord-Süd-Häuser!) abzuwarten, in dieser Weise auflöst oder, möchte ich fast sagen, aufweicht.*

Ich bin also sowohl mit dem Verfahren wie mit dieser Fassung nicht einverstanden, und sie kann keineswegs als endgültig gelten.

Ebensowenig einverstanden sind die beiden Verfasser des Ausgangsplans, Kreuer und Jobst, mit der Fassung vom **23.12.1954**.

Am **10.1.1955** macht Bartning Schweer vom Senat Bau-Wohnen genaue Vorschläge zum weiteren Verfahren:

→A 65 *Der Grundplan ist – insbesondere seit dem 20.12.54 – ein Haufen Eierschalen; Eierschalen von mehr und weniger guten Ideen. Ich glaube, wir sind darin einig, daß nun ein Grundplan von einer kleinsten Aktivgruppe neu gemacht werden muß; daß in diesem die Skizzen-Entwürfe der Architekten einprobiert und nötigenfalls neu geformt und als eigentliche präcise Einzelaufgabe an die Architekten gestellt werden muß. Weder Sie noch ich haben diesen Verlauf erwartet. Aber er ist unumgänglich, wenn das Hansa-Viertel überhaupt ein Ausstellungsobjekt werden soll, mit dem Berlin sich vor der Welt als Berlin beweist – statt seinen Namen zu verlieren. Für das erstere mit aller Kraft mich einzusetzen, bin ich nach wie vor grundsätzlich bereit.*

Ich schlage vor, daß unmittelbar nach dem 1.2.55 die Aktivgruppe auf 3–4 Tage in Berlin, quasi in Clausur, zusammenkommt. Da es sich um wirklich schaffende Arbeit handeln wird, sind die Ausschüsse zu groß. Die Ausschüsse können in gegebenen Etappen dieser Arbeit einberufen werden.

Für diese Sitzung soll eine Modellplatte 1:1000 vorbereitet werden, auf der plastisch die Stadtbahn mit den vorhandenen Unterführungen dargestellt wird. *Dieser Stadtbahnkörper ist wie eine Stadtmauer von der Stärke* →A 66 *der Chinesischen Mauer. . . . Klar eingezeichnet sollen werden die unbedingt zu erhaltenden Straßen. In schwächerer Darstellung die eventuell zu erhaltenden Straßen. Die Trasse der U-Bahn nur einpunktiert. Sonst nichts. Denn wir wollen durchaus von einem wirtschaftlich Gegebenen ausgehen.* Die bis dahin eingelaufenen Skizzenprojekte sollen, in Plastilin geschnitten, zur Verfügung stehen.

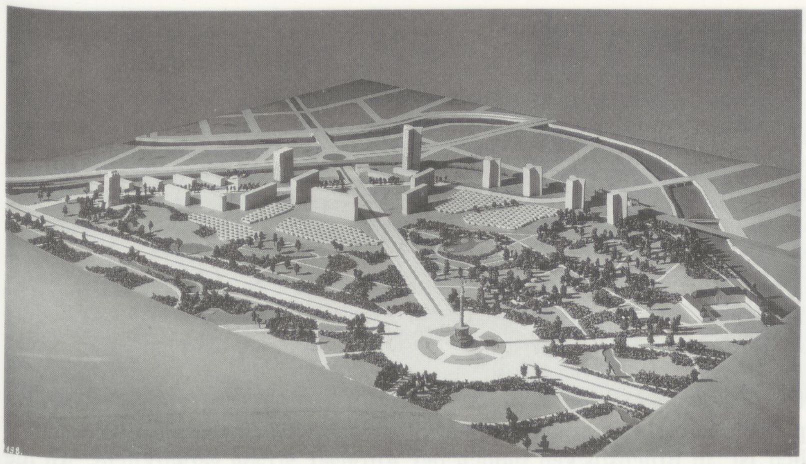
Am **11. und 12.2.1955** finden die Sitzungen des Leitenden Ausschusses mit den für die beiden Gebietsteile zuständigen Architekten statt, die die Aufgabe haben, den Lageplan endgültig festzulegen. Aus diesen beiden Sitzungen geht ein in Plan und Modell gefaßtes Ergebnis hervor.

Im Protokoll der Sitzungen wird zum Lageplan vermerkt:

→A 67 *Die vorgesehenen Baumaßnahmen auf dem südlichen Hansaplatzgelände müssen auch realisierbar sein; es ist daher von den tatsächlichen Gegebenheiten auszugehen. Dazu gehören u.a.: vorhandenes Straßennetz mit Versorgungs-Leitungen, vorgesehene Trasse der U-Bahn, wirtschaftl. Ausnutzung des Baugeländes für Wohnbauten. Berücksichtigung der Rentabilität bei der Festlegung der Geschoßzahlen und der Wohnungsgrößen, Möglichkeit der Reprivatisierung nach Beendigung des Wiederaufbaues, Stand der Ankaufsverhandlungen für die einzelnen Grundstücke unter Beachtung schwieriger Enteignungsfälle usw.*

Danach folgt eine Berechnung der zu bauenden Wohnungen:
Gesamtgelände: 256.000 qm
Nettowohnbauland: 140.000 qm
Bei GFZ 1.0 minus 25 % gleich 105.000 qm Wohnfläche
Schlüssel für die Wohnungsgrößen: 1/3 Großwohnungen (bis 120 qm), 1/3 Mittelwohnungen (60–70 qm), 1/3 Kleinwohnungen (unter 60 qm), daraus ergeben sich eine Durchschnittsgröße von 70 qm/Wg und somit 1.500 Wohnungen, die auf dem Gebiet unterzubringen sind.

→A 68 *Unter Berücksichtigung dieser Zahl und der in Hochhäusern, Flachbauten und in 4geschossigen Häusern untergebrachten Anteile davon, sowie der städtebaulichen Leitgedanken (sinnvolle Gruppierung um einen Mittelpunkt, Einbeziehung der Grünflächen) und der sonstigen örtlichen Gegebenheiten wurden in mehreren Vorbesprechungen alle bisher entwickelten Bebauungsvorschläge an Hand von Modellen und Plänen aufeinander abgestimmt. Als Ergebnis wurde vom LA der beigefügte Lage- und Aufbau-*



←B 115

←B 116

Plan und Modell des südlichen Hansaviertels nach der von Otto Bartning vorbereiteten Besprechung vom 10.–12.2.1955

plan anerkannt. Er ist bindende städtebauliche Grundlage für die Weiterbearbeitung der einzelnen Projekte, wobei die Einzelfestlegungen und die Abstimmung gegeneinander nach Lage und Baugröße erst nach Vorliegen der endgültigen Vorentwürfe erfolgen sollen.

Gegenüber der Planfassung vom **23.12.1954** hat sich eine Reihe von Änderungen ergeben:

1. Verlegung der die beiden Teilgebiete erschließenden Straße in die Trasse der alten Klopstockstraße, die vor der Stadtbahn im Norden hinüberschwingt in die Brückenallee. Dadurch entsteht die heutige Straßenkreuzung mit der Altonaer Straße;
2. Wegfall des Fußgängerüberwegs über die Altonaer Straße;
3. Bildung eines weiträumigen platzähnlichen Raumes um die Kreuzung durch Punkthochhäuser und 11-12geschossige Hochhausscheiben;
4. Ersatz der von Ost nach West ausgerichteten Scheiben im Norden vor der Stadtbahn durch eine Folge von 4 Punkthochhäusern;
5. Wiederherstellung der strengen Rechtwinkligkeit der Gebäude zueinander;
6. Ausweisung von Gebieten, die mit verdichtetem Flachbau bebaut werden sollen.

In diesem Plan wird einerseits auf frühere Pläne zurückgegriffen, wie im Falle der Reihe von Punkthochhäusern, bei denen der Wettbewerbsbeitrag von Kurfiss (3. Ankauf) als Vorbild diente, oder im Fall der Flachbauteppiche, die bereits in den Wettbewerbsbeiträgen von Ruegenberg/v. Möllendorf (3. Preis) und von Thiele/Wittig (5. Ankauf) erschienen, andererseits ←S.406 setzen sich die Einwände des Tiefbauamtes bei der Straßenführung durch. In der Freilegung der Blickachse zur Siegessäule und in der Anordnung von

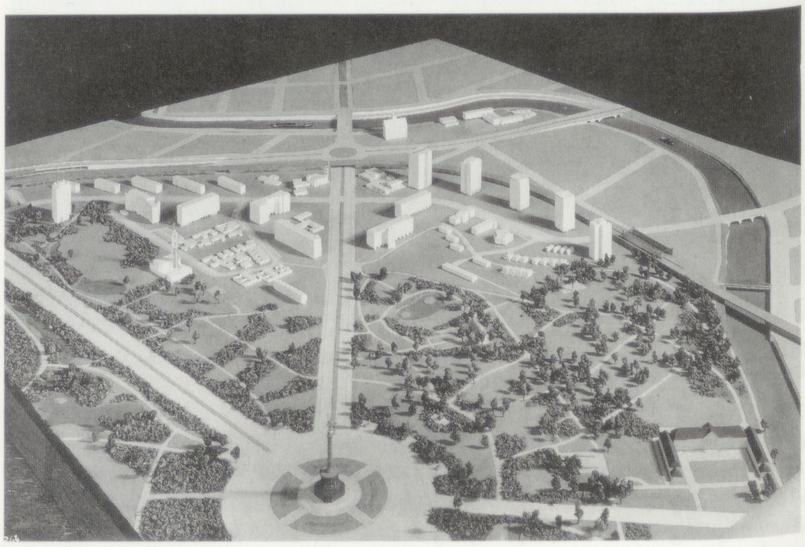
Hochhäusern im Verlauf der Stadtbahn finden sich die Vorschläge Bartnings wieder.

Auf der Grundlage dieses Lageplans wird das Planverfahren eingeleitet. Die Hochbebauung für die Ausstellung erhält Vorrang vor der Flachbebauung, die aufgeschoben wird.

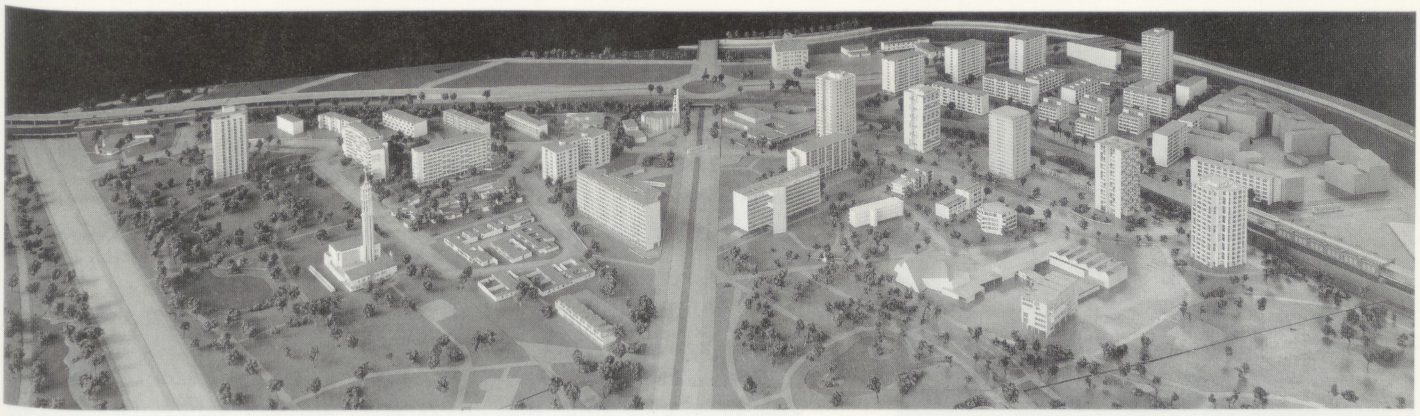
Um die Planung der einzelnen Objekte zu steuern und gegenseitig abzustimmen, wird eine Aktionsgruppe aus den Mitgliedern des Leitenden Ausschusses Rossow und Schoszberger und Oberbaurat Schweer vom Senat gebildet, die dem Senator unmittelbar untersteht.

Die Fotos der beiden weiteren Modelle zum Hansaviertel zeigen den vom Leitenden Ausschuß federführend verantworteten Umsetzungsprozeß. Haus für Haus wird in schöner umgrünter Isolierung so freigesetzt, daß es auch als architektonische Meisterleistung begutachtet werden kann. Die Baukörper bekommen vergleichbare Abmessungen. Die vorgesehene Teppichbebauung wird nur, weil sie nach Meinung der Hansa AG unwirtschaftlich ist, in Bruchstücken südlich der Altonaer Straße verwirklicht. An die Stelle der nördlich vorgesehenen Teppichbebauung tritt die von den USA mit Architektenbindung gestiftete „Akademie der Künste", die am **25.11. 1954** per Gesetz gegründet worden war. Dadurch hat das Hansaviertel nachträglich, wenn auch etwas peripher, einen kulturellen Mittelpunkt erhalten, der bis heute als Wirkungsstätte erhalten blieb. Scharoun, dessen Gaststätte als Objekt Nr. 4 nicht gebaut wurde und der somit architektonisch nicht vertreten ist, wird ihr erster Präsident.

Am **2.5.1955** beschließt der Senat die Verschiebung der Interbau auf den **Juli 1957**, da dem Leitenden Ausschuß bis zu diesem Datum keine abschließende Planung für ein Objekt vorliegt, aber man setzt alles daran,



→B 117 Modell des südlichen Hansaviertels (ca. Okt. 1955) mit der Gestaltung der Flachbauten vor der Planung der Akademie der Künste



Das letzte Modell des Hansaviertels ←B 118

ein Drittel der geplanten Bauten fertig und ein weiteres Drittel im Bau befindlich zu zeigen.

Am 5.8.1955 findet die Grundsteinlegung zum Objekt 1, dem 17geschossigen Appartementhaus an der Klopstockstraße, statt – symbolisch für das ganze Hansaviertel. Mit dem Bau wird jedoch erst ein Jahr später begonnen. Bei der Grundsteinlegung wird bekanntgegeben, daß sich Otto Bartning bereit erklärt habe, die Aufgabe eines „Generalbaumeisters" für Berlin (West) zu übernehmen.

→L 124

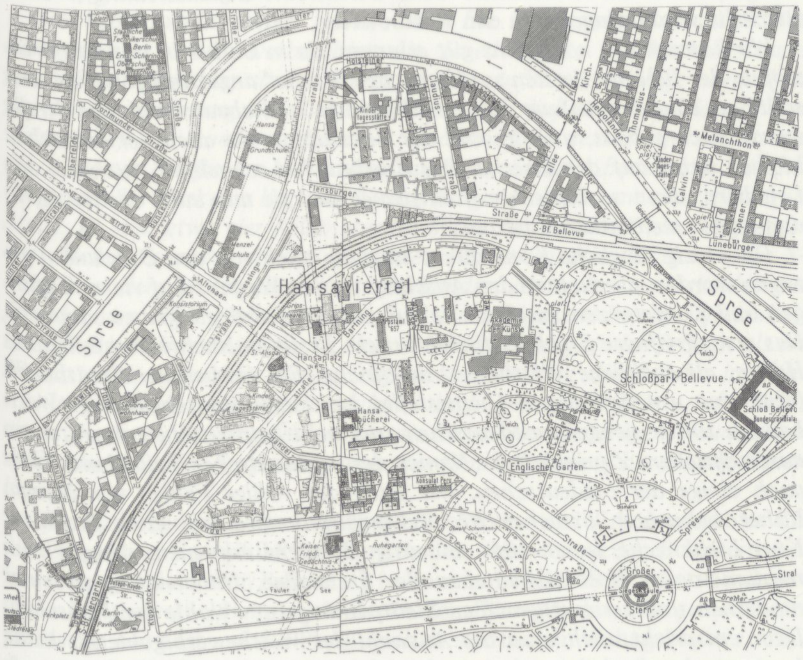
Bartning „Generalbaumeister" für Berlin

Grundsteinlegung zum ersten Gebäude des Hansaviertels

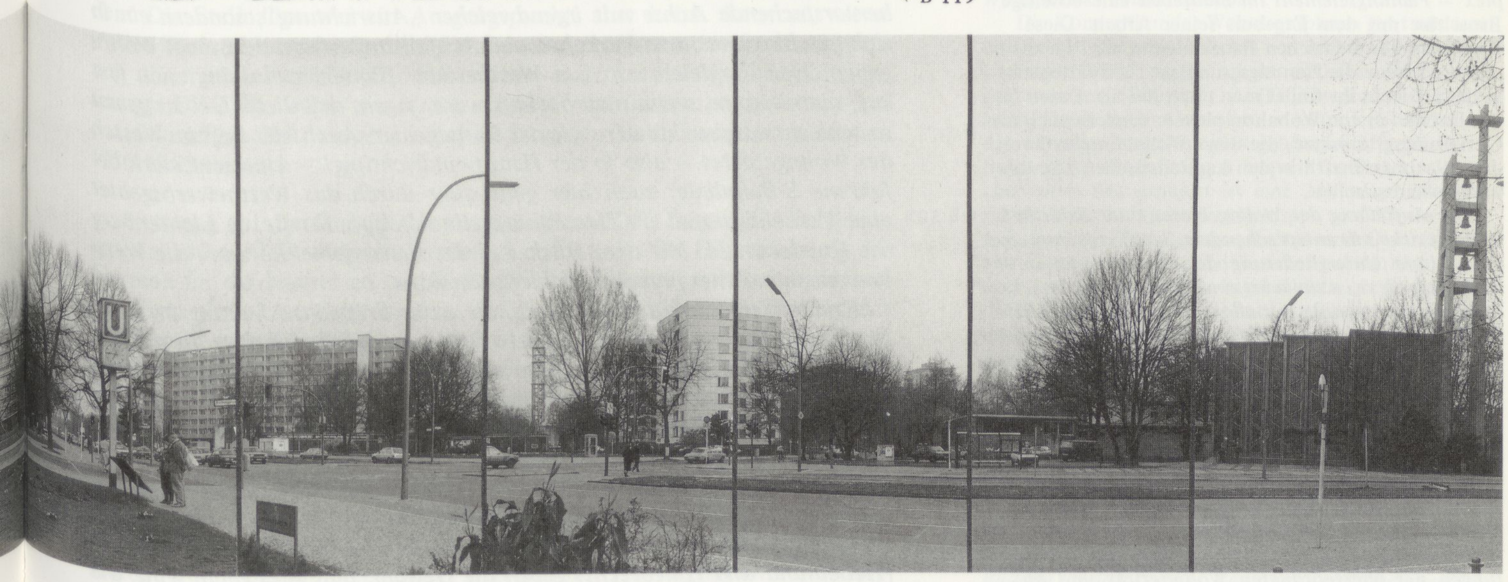
DT. Berlin. Bausenator Schwedler gab gestern bei der Grundsteinlegung zum ersten Gebäude des Hansaviertels bekannt, daß der Präsident des Bundes Deutscher Architekten, Professor Otto Bartning, sich bereit erklärt habe, die Aufgabe eines Beraters für die städtebauliche Neuordnung Berlins zu übernehmen. Bartning habe damit einem Wunsch des Regierenden Bürgermeisters Suhr entsprochen, der kürzlich vor dem Abgeordnetenhaus die Absicht geäußert hat, einen „Generalbaumeister" für Berlin zu ernennen. Bartning ist bereits Vorsitzender des Leitenden Ausschusses für den Wiederaufbau des Hansaviertels.

Der zweiundsiebzig Jahre alte deutsche Kirchenbauer hat an der damaligen Technischen Hochschule in Charlottenburg Architektur studiert und war von 1926 bis 1930 Direktor des Bauhauses in Weimar. In dieser Eigenschaft ist Bartning der Professortitel verliehen worden. Seine Bauwerke stehen in allen Teilen Europas. In den letzten Jahren ist er mehrmals als Berater der irakischen Regierung nach Bagdad gerufen worden. Seit etwa drei Jahren ist er Vorsitzender des Aufbauausschusses der Insel Helgoland.

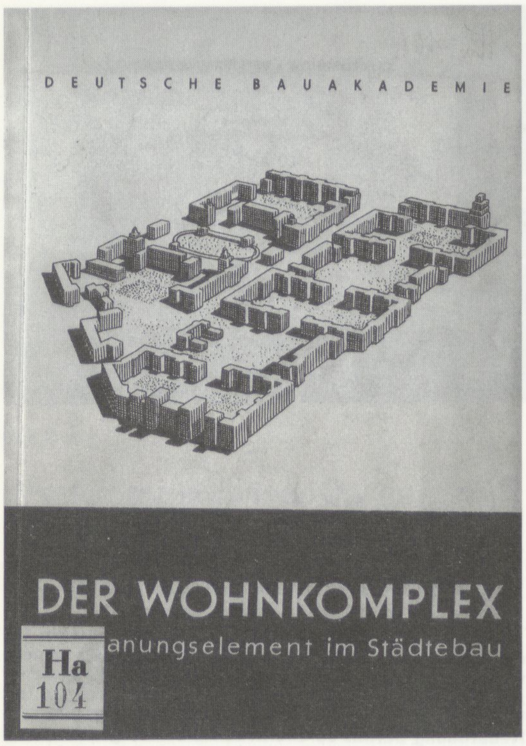
Bartning bezeichnete es als seine wichtigste Aufgabe, die verschiedenen Pläne für die Westberliner Innenstadt vom Ernst-Reuter-Platz bis zum geplanten Hilton-Hotel in der Budapester Straße zu koordinieren. Einzelne Bauwerke dürften nicht ohne Berücksichtigung der Gesamtplanung eines Stadtviertels errichtet werden. Mit der Neugestaltung des Ernst-Reuter-Platzes solle in Kürze begonnen werden, da die Bedenken von Frau Hanna Reuter gegen einige Entwürfe behoben worden seien. Seine weiteren Aufgaben beträfen vor allem den Aufbau der zerstörten Stadtviertel an den Sektorengrenzen.



←B 119



Das Hansaviertel vom Hansaplatz aus gesehen (Frühjahr 1989) ←B 120



←B 121

Der Wohnkomplex als Planungselement im Städtebau

→L 126

Seit dem 27.7.1950 bilden die „16 Grundsätze" die programmatische Grundlage des Städtebaus. Im 10. Grundsatz wird die Gliederung der *Wohngebiete* in *Wohnbezirke, Wohnkomplexe und Häuserviertel* gefordert, ohne daß zum damaligen Zeitpunkt bereits geklärt war, wie groß diese Einheiten sein, mit welchen öffentlichen Einrichtungen sie ausgestattet und wie sie gestaltet werden sollten. Das erste städtebauliche Großprojekt, der Aufbau der Stalinallee, erfordert die Klärung dieser Fragen zunächst noch nicht, da es sich um die Gestaltung einer Straße bzw. eines Bezirkszentrums handelt. Aber bereits bei der Projektierung der „ersten sozialistischen Stadt" (Stalin-, heute Eisenhüttenstadt) tauchen diese Probleme auf, die sich nach Fertigstellung der „ersten sozialistischen Straße" auch in Berlin stellen. Im Rahmen eines Forschungsprojektes innerhalb des Instituts für Städtebau der Deutschen Bauakademie greift Kurt Junghanns 1952/53 die 1947 von Hans Scharoun begonnene und mit der Auflösung des Instituts für Bauwesen 1951 abgebrochene Forschung zur „Wohnzelle" wieder auf und veröffentlicht 1954 unter dem Titel *Der Wohnkomplex – Planungselement im Städtebau* eine 60seitige Broschüre mit dem Ergebnis seiner Arbeit. Diese Broschüre der Deutschen Bauakademie wird für die nächsten Jahre die Planungsgrundlage für Städtebauer in der DDR. In ihr findet man nicht nur alle Daten für das Entwerfen von Wohnkomplexen, sondern auch die Gestaltungsgrundsätze, die den „Wohnkomplex" von der „Nachbarschaft" in den kapitalistischen Ländern unterscheiden sollen. ←S.312

Die Aufteilung des Wohngebietes einer Stadt in Wohnbezirke mit entsprechendem Bezirkszentrum und die weitere Untergliederung der Wohnbezirke in Wohnkomplexe ist zunächst ein Hilfsmittel der zweckmäßigen Ausstattung mit allen für die verschiedenen Bedürfnisse notwendigen öffentlichen Einrichtungen. Der Wohnkomplex ist in diesem System die kleinste Organisationseinheit der Planung. ←L 127

Dieser Charakter ist für seine Gliederung und städtebaukünstlerische Gestaltung entscheidend.

Er ist selbständig insofern, als die Einwohner in seinen Grenzen alles finden, was für den täglichen Ablauf des Lebens notwendig ist, aber er ist keine isolierte Insel. Ein Teil der Bedürfnisse, vor allem die kulturellen, finden ihre Befriedigung in den Einrichtungen des übergeordneten Wohnbezirks und im Stadtzentrum. Die Aufteilung eines Wohngebietes in

4.4 Von der sozialistischen Straße zum sozialistischen Wohnkomplex

Am 29.10.1956 erscheint in der „Bauwelt" folgende Ankündigung:

→L 125

Berlin: Der Rat des Stadtbezirkes Lichtenberg von Groß-Berlin (Ostsektor) hat unter einigen west- und ostdeutschen Architekten einen städtebaulichen Wettbewerb ausgeschrieben, um Bebauungspläne für ein Wohngebiet zu erhalten. Das Gelände wird von der Leninallee (Landsberger Allee), Landsberger Chaussee, dem Weißenseer Weg, der Möllendorffstraße, Scheffelstraße und dem Eisenbahngelände mit dem zwischen den Bahnhöfen „Leninallee" und „Stalinallee" liegenden Bahnhof „Zentralviehhof" umschlossen. Aufgefordert wurden die Architekten: Otto Gühlk, Hamburg; Dr. Ernst May, Hamburg; Dr. Hans-Bernhard Reichow, Hamburg; Sprotte und Neve, Hamburg; Professor Wils Ebert, Berlin-Charlottenburg; Alexander Hunecke, Berlin-Nikolassee; Wolf von Möllendorff, Berlin-Grunewald; Professor Funk, Dresden; Professor Kurt Leucht, Rangsdorf bei Berlin; Reuter, Halle; Bräuer, Dresden; Öhme, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz); Professor Selman Selmanagic, Berlin-Weißensee; Professor Hans Hopp, Berlin-Grünau; Professor Englberger, Weimar. Fachpreisrichter sind: Professor Werner Hebebrand, Hamburg; Professor Rudolf Hillebrecht, Hannover; Professor Edmund Collein, Berlin; Professor Hermann Henselmann, Berlin. Einreichfrist: 31. Januar 1957. –

Im selben Heft kommentiert Günter Kühne, ganz im Stil des Kalten Krieges, unter der Überschrift *Ganz Berlin eine Bauausstellung – auch Ostberlin wird dazugehören* den Wettbewerb:

Wir können uns noch ganz gut erinnern, da in Ostberlin mit Fanfarenstößen der Bau der „ersten sozialistischen Straße" angekündigt wurde. Das sollte so eine Art Anfang des sozialistischen Städtebaues sein. Die Straße wurde auch gebaut, und sowohl der Sozialismus als auch der Städtebau blieben dabei auf der Strecke. Das Ergebnis hat schockiert, auch bei den Urhebern, denn so schlechte Stadtplaner sind sie nun auch wieder nicht, daß sie das nicht erkannt hätten.

Die einzig mögliche Konsequenz ist dann auch von den Ostplanern gezogen worden, sie suchten den Anschluß an den Westen. Auf vielen Tagungen und Konferenzen tauchten sie auf, um neue Anregungen zu sammeln. Das erste greifbare Ergebnis finden unsere Leser im Nachrichtenteil dieses Heftes, als sachliche Wettbewerbsnachricht. Ein Ostberliner Stadtbezirk (also eine untergeordnete Dienststelle) hat einen städtebaulichen Wettbewerb unter sieben westdeutschen und acht ostdeutschen Architekten ausgeschrieben. Zumindest die Namen der westdeutschen Teilnehmer, aber auch einige der ostdeutschen, wie auch das völlige Fehlen von Namen bisher bekannter östlicher Architekturfunktionäre wie etwa Professor Kurt Liebknecht, lassen eine eindeutige Tendenz erkennen: Abkehr vom monumentalen Kolossalstädtebau der Stalinallee, Hinwendung zu einer modernen und vernunftgemäßen Stadtplanung zum Wohle der Menschen. Dem entspricht auch etwa die Auswahl des Wettbewerbsgebietes: keine hervorstechende Achse mit irgendwelcher „Ausrichtung", sondern ein in sich geschlossenes, von Verkehrs- und Ausfallstraßen umschlossenes Wohngebiet. Der Vergleich mit dem Westberliner Hansaviertel drängt sich fast auf; man könnte, wenn man boshaft wäre, sagen, daß dieses Gebiet genau so schlecht ausgewählt wäre wie das Hansagebiet. Auch hier liegt im Westen des Wohngebietes – also in der Hauptwindrichtung! – eine sehr stark befahrene S-Bahnlinie, auch hier geht quer durch das Wettbewerbsgebiet eine Verkehrsstraße: im Hansaviertel die Altonaer Straße, in Lichtenberg die Roederstraße. Mit dem Blick auf das Hansaviertel könnten die Wettbewerbsteilnehmer manchen Fehler vermeiden . . .

Erinnert sei hier an die Planung, die unter Scharouns Leitung im Institut für Bauwesen der damaligen Akademie der Wissenschaften für das Gebiet südlich der Frankfurter Allee aufgestellt wurde. Von dieser Planung wurden lediglich ein paar Laubenganghäuser verwirklicht, die den späteren Planern der Stalinallee so peinlich waren, daß man sie mit Pappelmasken abdeckte. Der Osten könnte heute viel weiter sein, hätte er die damals so glücklich begonnene Entwicklung fortgesetzt und nicht den befohlenen Rückfall in absolutistische Bausitten mitgemacht. Der neue Wettbewerb verspricht einen Anfang, auch die Namen der westdeutschen Preisrichter (Hebebrand und Hillebrecht) geben die Gewähr, daß alles getan wird, die tatsächliche organische Einheit Berlins zu wahren.

Am **17.12.1956** antwortet Hermann Henselmann dem „Bauwelt"-Redakteur:

Auf den sachlichen Teil Ihrer Kritik zum Wettbewerb in Lichtenberg möchte ich mit einigen Bemerkungen antworten: Das Territorium Berlins bietet nicht immer absolut ideale Verhältnisse für große Baukomplexe. Ich stimme mit Ihnen überein, daß also auch dieser Wettbewerb nicht durchweg ideale Bedingungen hat. Abgesehen davon besteht die Absicht des Auslobers nicht darin, eine Konkurrenzaufgabe zum Hansaviertel zu stellen. ←L 128

Wenn man jedoch Vergleiche über die Verschiedenartigkeit beider Aufgaben aufstellt, dann sollte man bedenken, daß bei diesem Baukomplex die Zusammensetzung der künftigen Bewohner von großer Bedeutung ist. Die Zuordnung des Standortes zu dem großen, nur wenige hundert Meter ostwärts gelegenen Industriegebiet verbürgt eine bestimmte Struktur der Einwohnerschaft (überwiegend Arbeiter) und macht damit die Aufgabe, besonders auf ihre gemeinschaftsbildenden Einrichtungen hin, nach meiner Überzeugung sehr bedeutungsvoll.

Ich bin überzeugt davon, daß die Entwürfe unserer Kollegen wichtige Hinweise und Anregungen für das Zusammenleben der Menschen in Berlin geben und – so hoffe ich – aus dem Kontakt der Städtebauer und Architekten aus beiden Teilen unserer Heimat vielleicht sogar ein Beispiel entsteht für das Zusammenleben der Menschen nicht nur in Berlin.

Dagegen ist die Aufgabe im Hansaviertel sehr viel exzeptioneller, was sich ja auch in der großen internationalen Beteiligung und der andersartigen Aufgabenstellung ausdrückt.

Sie haben vollkommen recht, wenn Sie bemängeln, daß durch das Lichtenberger Wettbewerbsgebiet die Roederstraße als Verkehrsstraße führt. Die Teilnehmer sind angeregt, gegebenenfalls Vorschläge zu machen für eine Veränderung der Straßenführung. Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß die Roederstraße nicht in dem Maße netzbildend wirkt wie die Altonaer Straße im Hansaviertel und nur örtliche Bedeutung hat. Im Großnetz des Verkehrs liegt der Lichtenberger Komplex an einer günstigen Stelle. Es sind etwa vier Kilometer bis in das Zentrum und nur einige hundert Meter bis zum ostwärts gelegenen Industriegebiet. Zwischen der S-Bahn und dem Wohngebiet liegt ein hundert Meter breiter Geländestreifen, der von allen Wohngebäuden und Nachfolgeeinrichtungen freizuhalten ist. Die Wohnhäuser liegen also weiter entfernt von der S-Bahn als im Hansaviertel, abgesehen davon, daß in Lichtenberg die S-Bahn im Einschnitt fährt, während im Hansaviertel die hochliegende Trasse der S-Bahn einen gewissen Störungsfaktor für die Bewohner derjenigen Häuser darstellt, die in einer Entfernung von nur fünfundzwanzig bis dreißig Meter liegen.

Der städtebauliche Ideenwettbewerb „Wohn- und Erholungsgebiet für die Umgebung Fennpfuhl" stellt nach dem städtebaulichen Scheitern der Interbau und dem vom Bundestag in Bonn am **26.10.1955** schon beschlossenen Wettbewerb „Hauptstadt Berlin" den Versuch dar, eine gemeinsame politische Antwort auf die Planung eines städtischen Wohngebietes zu finden. Die Stalinallee war ein Ausgangspunkt, aber keine Antwort, wie es in der Tiefe weitergehen sollte. Sie war eine repräsentative Straßenbebauung ohne städtebauliches Hinterland, und zudem war sie handwerklich gefertigt. Diese Bauweise war, trotz späterer Rationalisierungsversuche auf der Baustelle selbst, zu teuer und zu langsam. Das wurde spätestens am **17.6.1953** deutlich. ←S.392

In bezug auf die Stadtplanung von Berlin (DDR) hatten die Ereignisse um den **17.6.1953**, die sich an dem Konflikt um die Heraufsetzung der Normen für die Maurer an der Stalinallee entzündeten und vom Strausberger Platz ihren Ausgang nahmen, die Konsequenz, daß die Planung der Hauptstadt wieder vom Staat an die Stadt abgegeben wurde. Offiziell wurde am **24.7.1953** Hermann Henselmann zum „Chefarchitekten von Groß-Berlin" ernannt und löste damit Walter Ulbricht als oberste Instanz in Städtebaufragen der Hauptstadt der DDR ab. →L 129

Nachdem die Pläne für die Neugestaltung des Zentrums zunächst zugunsten des Wohnungsbaus zurückgestellt wurden, konzentriert sich die weitere Planung in Berlin (DDR) auf einen von der Stalinallee ausgehenden Aufbau von Wohngebieten. Erstes Ergebnis der Planungsarbeit beim Chefarchitekten ist Ende **1953** ein Bebauungsplan für Friedrichshain, den wir

Wohnkomplexe ist also nicht Selbstzweck und soll die Einwohnerschaft keineswegs aus dem Gesamtzusammenhang der Stadt herauslösen, ihnen kein neues, auf den Wohnkomplex als „Lebensraum" oder „Erlebniseinheit" beschränktes Interesse einsuggerieren wie die sogenannte Nachbarschaftseinheit in den verschiedenen Theorien der kapitalistischen Welt. Dort steht die Absicht im Vordergrund, dem Zerfall des gesellschaftlichen Bewußtseins und der gesellschaftlichen Vereinsamung des Menschen durch die Entwicklung eines engeren nachbarlichen Verhältnisses mit Hilfe kleiner abgeschlossener Hausgruppen entgegenzuwirken, die Atmosphäre der Kleinstadt in die Großstadt zu tragen und über den sich verschärfenden Existenzkampf hinwegzutäuschen. Eine wahrhaft demokratische Ordnung mit einem kraftvoll sich entwickelnden Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, mit einem sich immer reicher entfaltenden gesellschaftlichen und kulturellen Leben bedarf dieser Methoden nicht. Hier wird umgekehrt die Zusammenfassung aller Teile einer Stadt zu einer lebendigen Einheit und die Beziehung des einzelnen Bewohners zu seiner Stadt in ihrer Gesamtheit die entscheidende Gestaltungsidee.

Deshalb sind die begrenzenden Straßen und Plätze der Wohnkomplexe keine Trennungslinien, sondern die wichtigsten Verbindungselemente sowohl der Wohnkomplexe untereinander als auch der Wohnbezirke. Sie sind als künstlerisches Ensemble zu gestalten wie der Wohnkomplex selbst. Die Bedeutung der Straßen und Plätze als künstlerische Kompositionselemente des Städtebaues wird von der Aufteilung der Wohngebiete in Wohnkomplexe daher nicht eingeschränkt.

Der Wohnkomplex ist als die entscheidend neue Gestaltungseinheit aufzufassen, die es ermöglichen soll, einerseits die Wohngebiete aufzulockern und maximal zu durchgrünen, gut besonnte Wohnungen in ruhiger Lage zu schaffen, andererseits die öffentlichen Einrichtungen zweckmäßig zu verteilen und die Wege zu ihnen kurz zu halten; also gesundes Wohnen mit den besten Möglichkeiten zu aktiver Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu verbinden.

Die Planung eines Wohnkomplexes wird beeinflußt von der Planung der übergeordneten Einheit, dem Wohnbezirk. Der Wohnbezirk umfaßt mehrere Wohnkomplexe, in Großstädten optimal etwa fünf bis sechs. Er enthält eine Reihe von öffentlichen Bauten und Einrichtungen, die bei der damit erreichten Bevölkerungszahl zusätzlich notwendig werden, darunter solche von großer Ausdehnung wie Wohnbezirksparks, Sportanlagen und Kulturparks. Dafür sind gesonderte Flächen vorzusehen; ein Teil der Einrichtungen des Wohnbezirks jedoch verschmilzt mit denen der Wohnkomplexe. So sind die Läden der Stalinallee in Berlin nur zum Teil Einrichtungen der angrenzenden Wohnkomplexe; sie bilden mit anderen Einrichtungen gleichzeitig ein gestrecktes Zentrum des Wohnbezirks Friedrichshain.

Die Konzeption des Wohnkomplexes geht aus von einer städtischen Wohndichte von 300 bis 600 Ew/ha und einer Größe, die je nach den örtlichen Bedingungen zwischen 5000 und 10.000 Einwohnern liegen kann. Die Wohnblocks sollen so gruppiert werden, daß alle zum Wohnkomplex gehörigen öffentlichen Bauten und Einrichtungen bequem zu Fuß zu erreichen sind. Bezugspunkt ist eine 24klassige Grundschule, dazu kommen Kinderkrippe und Kindergarten. Auch die Versorgungs-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen unterscheiden sich unwesentlich von dem, was schon das Planungskollektiv als Bedarf für die Wohnzellen aufgestellt hat. Ausführlich behandelt die Broschüre der Deutschen Bauakademie die *städtebaukünstlerische Gestaltung* der Wohnkomplexe, d.h. die Bemessung und Gruppierung der Wohnblocks.

Eine Gruppierung allein nach günstigster Sonnenlage und mit nach der Besonnungsdauer ermittelten Hausabständen beschränkt den ideellen Gehalt einer Anlage willkürlich auf die hygienische Seite der Wohnkultur. Diese einseitige Betonung hat besonders in den zwanziger Jahren die Zeilenbauweise und schematische Bebauungspläne begünstigt, wodurch die Bildung eindrucksvoller Raumkompositionen verhindert worden ist.

→S.351

Die Zeilenbauweise hat sich damit nicht als entwicklungsfähiges Gruppierungsprinzip erwiesen. Selbst in den kapitalistischen Ländern gibt es daher Bestrebungen, über sie hinaus zu einem höheren Ideengehalt der Wohnanlagen zu kommen. Da solche Bemühungen jedoch nur im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse und daher ohne ein echtes gesellschaftliches und kulturelles Leben durchgeführt werden können, beschränken sie sich auf Versuche, durch die Bildung geschlossener kleiner Freiräume ein einfaches nachbarliches Verhältnis auszudrücken.

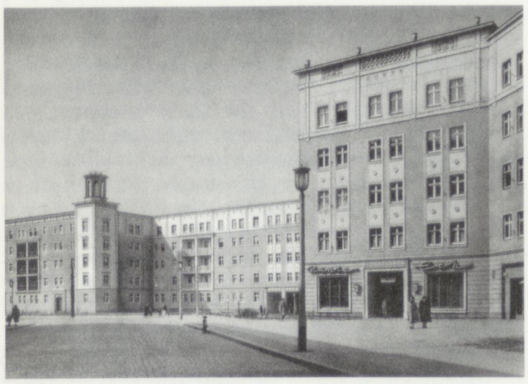
Ein wahrhaft demokratischer Städtebau kann bei solchen Lösungen nicht stehenbleiben. Die Idee der Stadt muß hier in dem ganzen Umfang, der ihr durch unsere neue Gesellschaftsordnung gegeben ist, zur Erscheinung kommen.

Die naheliegendste Arbeit der Gruppierung besteht in der Bildung von Wohnhöfen, die eine zentrale Grünfläche umschließen, die neben Sitzplätzen und Schmuckanlagen die Bauten für die Jugend, wie Kindergarten, Kinderkrippe, unter Umständen die Schule aufnimmt, während Läden und andere öffentliche Einrichtungen in der Regel an den Randstraßen konzentriert werden. (. . .)

Die architektonische Gestaltung der Wohnblocks und Wohnhöfe ist aus dem städtebaulichen Zusammenhang zu entwickeln. Im Sozialismus ist der ideelle Gehalt einer Straße, eines Platzes oder Wohnhofes umfassender, gesellschaftlich bedeutender als der eines einzelnen Gebäudes. Das kann nur zum Ausdruck kommen durch die Anpassung der Architektur der Straßen- und Platzwände an die Struktur des zu bildenden Raumes. In jedem Straßen- und Platzsystem gibt es betonte und unbetonte Punkte, vor allem solche Stellen, wo öffentliche Einrichtungen wie Läden, Gaststätten usw. konzentriert sind oder städtebauliche Dominanten eingefügt werden. Dort müssen auch die architektonischen Akzente liegen, während die Baublocks dazwischen neutral zu gestalten sind. Die Tendenz, jeden Wohnblock als ein Bauwerk für sich zu behandeln, z.B. durch schematische Betonung seiner Mitte, entspricht nicht dem Wesen der sozialisti-

→B 122 Das Modell der Stalinallee in der Deutschen Sporthalle im Februar 1954

nur im Ausschnitt kennen. Er beschäftigt sich mit der städtebaulichen Frage, wie hinter den Wohnpalästen der Stalinallee weitergebaut werden soll. Ihn ergänzend, wird das Modell der Stalinallee in der Sporthalle erweitert. Es zeigt den Abschluß der Stalinallee am Bersarinplatz mit den zwei von Henselmann entworfenen Turmaufbauten, die sowohl an den Gensdarmenmarkt erinnern wie auch an den Weiterbau der Stalinallee in Richtung Osten. Es zeigt auch den vom Kollektiv Leucht entworfenen, ersten umbauten Baublock nördlich der Stalinallee, dessen Grundsteinlegung am **29.11.1952** stattgefunden hatte. Er ist Ende **1953** fast fertiggestellt. Das Modell deutet nur an, was auf dem Plan genauer ausgearbeitet ist: Auf der Grundlage des alten Straßenplans sollen die Baublöcke unter Einbeziehung der erhaltenen Altbauten weitgehend geschlossen werden, so daß die in den Blöcken verbleibende rückwärtige Bebauung zunächst fortbesteht. Die Höhe der geplanten Bauten, wie sie das Modell zeigt, nimmt die der Altbauten auf und bleibt deutlich unter denen der Stalinallee. Es ist dies eher der Plan einer Stadtreparatur, der sich dadurch von allen bisherigen Aufbauplänen, die eine Infragestellung auch des Straßensystems beinhaltet hatten, absetzt. Ausschlaggebend dafür sind die Kosten des Tiefbaus, aber auch die Erschließungskosten und die Zeit, die es in Anspruch nimmt, ein schon ehemals bebautes Gebiet für eine neue Bebauungsform baureif zu machen.



Der Gebäudekomplex „Nante-Eck" mit der Überbauung der Gubener Straße (Arch. Rudolf Weise/Entwurfsbüro Hochbau I Groß-Berlin, Fertigstellung Dez. 1955) ←B 123

→II/116
→S.338

→B 124 Bebauungsplan Stalinallee (1953). Der Plan zeigt, wie die alten Baublöcke zu Wohnkomplexen umgebildet werden sollen. Die Führung der Straßen und ihre Dimensionierung wird dabei weitgehend beibehalten

Neubau Warschauer Str. 83–85 (Arch. Heinz Bärhold/Entwurfsbüro Hochbau I Groß-Berlin, Fertigstellung Januar 1956) ←B 125

Gleichzeitig mit der Erarbeitung des Bebauungsplans wird im Entwurfsbüro für Hochbau beim Chefarchitekten mit der Projektierung des süd-

lichen Abschlusses der ersten Wohnzelle Friedrichshain begonnen, wobei die Kosten pro Wohnung auf 28.000 DM begrenzt sind. Die Traufhöhe der Altbebauung wird eingehalten, die Erdgeschoßzone zum Teil für Läden und Gaststätten genutzt, die Altbauten werden an die Neubauten gestalterisch angeglichen, und die geschlossene Bebauung wird wiederhergestellt, hinter der begrünte Höfe durch öffentliche Durchgänge erreichbar sind. Mit dem Bau der ersten Abschnitte wird im **August 1953** begonnen, im **Dezember 1955** werden die ersten Wohnungen übergeben.

In dieser Zwischenphase des Wohnungsbaus werden die Kosteneinsparungen noch durch die Verwendung von Werknormen und Betonfertigteilen für Decken, Dächer, Treppen und Stürze erreicht, wodurch das äußere Erscheinungsbild der Bauten allerdings noch nicht verändert wird.

Thomas Topfstedt charakterisiert in seiner **1988** erschienenen Studie zum Städtebau in der DDR die **1953** einsetzende Diskussion um die Verbilligung und Beschleunigung des Wohnungsbaus, die als wesentlicher Hintergrund für alle kommenden städtebaulichen Planungen gesehen werden muß. Mit der Umorientierung auf eine industrialisierte Bauproduktion ist, wenn auch nach anfänglichem Zögern, eine grundlegende Kritik an der Architektur der Stalinallee verbunden. Auf der ersten Baukonferenz der DDR, die vom **3.–6.4.1955** in Verbindung mit einer Bauausstellung in der Sporthalle an der Stalinallee unter dem Motto *Besser, schneller und billiger* ←S. 518
bauen! die Ergebnisse der Moskauer Unions-Baukonferenz auswertet, kann Walter Ulbricht noch unwidersprochen erklären: *In einigen Zeitungen* ←L 130
wurde die Kritik der Moskauer Baukonferenz gegen den übertriebenen Schmuck ausgenutzt, um formalistische und konstruktivistische Auffassungen zu verbreiten. Die Kritik, die beispielsweise auf der Moskauer Baukonferenz an den Hochhäusern geübt worden ist, kann man nicht schematisch auf unsere Verhältnisse übertragen, denn bei uns gibt es in diesem Sinne gar keine Hochhäuser. Die Wohnbauten der Stalinallee vergleicht Ulbricht mit den *besten Berliner Bauten von Schlüter, Knobelsdorff, Schinkel oder Gilly . . . Das Ensemble der Stalinallee gibt in seiner Schönheit den großen Ideen der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung Ausdruck. Es versinnbildlicht das helle Leben unter den Bedingungen der Volksmacht.*

Für den Zeitraum des nächsten, **1956** beginnenden Fünfjahrplans stellt sich als entscheidende städtebauliche Aufgabe der Aufbau der zerstörten Stadtzentren. Die Grundlage dafür soll die *ökonomische Planung ganzer* ←L 131
Gebiete und die Ausarbeitung von Perspektivplänen sein. *In Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, wird die Stalinallee vom Strausberger Platz in Richtung auf das Zentrum ihre Fortsetzung erfahren. Der Alexanderplatz wird ein neues Gesicht erhalten, so daß der wichtigste Straßenzug unserer Hauptstadt die Stalinallee, von der Proskauer Straße im Osten über den Bersarinplatz, Strausberger Platz bis zum Alexanderplatz einschließlich des ersten Abschnittes des Innenringes zwischen Strausberger Platz und Leninplatz, sein wird.*

Zur Gestaltung der Neubaugebiete führt Ulbricht aus: *Was die Gestaltung der Ensembles in den Stadtteilen betrifft, so sind wir der Meinung,* →B 126
daß man die enge, geschlossene Bauweise der kapitalistischen Zeit mit ihren zusammenhängenden Häuserfronten nicht als Vorbild nehmen darf. Vom Standpunkt der Bedürfnisse der Bevölkerung ist es notwendig, ganze Häuserkomplexe zu planen und dabei die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, in dem man den Bau der Waschanlage, des Kindergartens, der Schule, des Kulturraumes oder Kulturgebäudes von vornherein einplant. Die Straßenfronten soll man etwas auflockern, so wie das in der Stalinallee versucht wurde. Es ist notwendig, freiere Formen der Gebäudekomplexe zu entwickeln.

Zwei Monate nach der Baukonferenz kommt es am **11.6.1955**, am zweiten Tag des zweiten Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten (BDA) der DDR, zum Eklat. Die „Berliner Zeitung" berichtet am **12.6.1955** unter der Überschrift *Die Architekturdiskussion kommt in Fluß* ←L 132
– Architektenkongreß kritisiert Fassadenarchitektur:

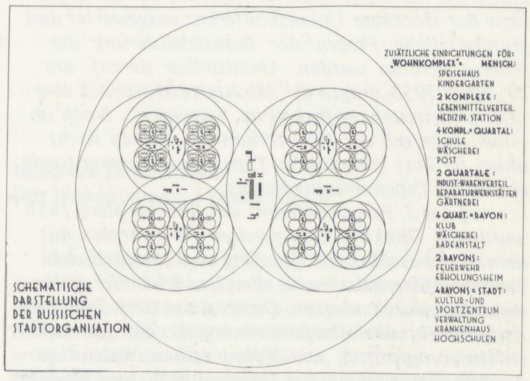
Prof. Hopp unterstrich in seinem Referat, daß die Industrialisierung des Bauens von den Architekten verlangt, in neuen Formen zu gestalten. Der erste Versuchsbau in der Plattenbauweise in Johannisthal wurde noch architektonisch wie ein Ziegelbau behandelt. Seine Gestaltung kann daher nicht befriedigen. Prof. Hopp forderte in diesem Zusammenhang, die Architekten müßten lernen, mit wenigen Architekturdetails große künstlerischen Stadtbaukunst. Die Planmäßigkeit als typisches Merkmal der sozialistischen Gesellschaftsordnung erfordert eine sinnfällige Widerspiegelung auch in der architektonischen Gestaltung.

So sind in einem bestimmten Straßenabschnitt die Straßenecken im allgemeinen die betonten Stellen, nicht die dazwischen liegende Straßenwand (. . .)

Die klare, gut proportionierte räumliche Gruppierung der Wohnblocks muß weiterhin eine Einheit mit den darin verteilten öffentlichen Einrichtungen und Bauten bilden. Diese Einrichtungen sind wichtige praktische Orientierungspunkte im Raumgefüge der Wohnkomplexe, und deshalb die gegebenen Mittel der Verkörperung einer bestimmten städtebaulichen Ordnung und der eindrucksvollen Widerspiegelung des Lebensablaufes in der Stadt. Deshalb ist die Verteilung dieser Einrichtungen so vorzunehmen, daß sie nicht nur zweckmäßig und bequem für die Bevölkerung liegen, sondern gleichzeitig die Möglichkeit zu angemessener städtebaukünstlerischer Betonung bieten, zur Erweiterung des Straßenraumes, zu Platzbildungen, zur Schaffung abwechslungsreicher Ensembles in Einklang mit dem gegebenen Straßensystem.

In dieser Einfügung der öffentlichen Einrichtungen und Bauten ist ein wesentliches Mittel gegeben, die Beziehung des Menschen zum Stadtganzen und zur Gesellschaft sinnfällig zu verkörpern.

Das Titelblatt der Broschüre zeigt einen Entwurf des sowjetischen Architekten W.S. Andrejew für einen Wohnkomplex in Moskau. Nicht nur die zahlreichen sowjetischen Planungsbeispiele, die abgebildet werden, belegen den starken sowjetischen Einfluß, sondern auch der Begriff *Wohnkomplex* stammt aus den deutschen Übersetzungen sowjetischer Planungstheorien. Eine Lichtpause, die wahrscheinlich Alexander Wlassow im **Dezember 1951** mit nach Berlin brachte, zeigt den schematischen Aufbau der sowjetischen Neubaustädte, die sich in Wohnkomplexe, Quartale und Rayons gliedern.



126 Schematische Darstellung der russischen Stadtorganisation. Die Stadt gliedert sich in Rayons, Quartale und Wohnkomplexe

Thomas Topfstedt:
Baupolitische Grundorientierungen im Städtebau der DDR

Die Mitte der 1950er Jahre stellt ohne jeden Zweifel eine wichtige Zäsur in der DDR-Baugeschichte dar Gerade deshalb aber muß betont werden, daß es sich bei diesem Einschnitt vor allem und zunächst um den Beginn einer tiefgreifenden Veränderung der technischen Basis des Bauens, um eine „große Wende im Bauwesen" handelte. Die übergreifenden gesellschaftlichen Zielsetzungen des sozialistischen Städtebaus, formuliert 1950 im „Aufbaugesetz" und in den auf dem III. Parteitag der SED fixierten Aufgabenstellungen zur erfolgreichen Realisierung des Fünfjahrplanes 1951–1955, bedurften dagegen keiner grundlegenden Korrektur. Auch das 1950 beschlossene Städtebauleitbild der „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus", das die bis 1955 reichende erste Entwicklungsetappe der sozialistischen Baugeschichte in der DDR entscheidend geprägt hat, behielt im Hinblick auf die dort ge-

troffenen städtebaupolitischen Grundaussagen nach wie vor seine Gültigkeit und wurde erst in den 1960er Jahren durch Dokumente mit städtebautheoretisch neuen Aspekten aktualisiert bzw. abgelöst.

Was sich als drängendes Problem darstellte, war die viel zu geringe Effizienz des Bauwesens. Der IV. Parteitag der SED (30. März–6. April 1954), auf dem eine Bilanz der bisher vollbrachten Bauleistungen gegeben wurde, zog die richtige Konsequenz und orientierte auf Einführung moderner Technologien. Kritisch wurde angemerkt, daß trotz mancher beachtlichen Ergebnisse beim planmäßigen Wiederaufbau einiger kriegszerstörter Stadtzentren die Planung und Realisierung der zentralen Bauvorhaben mit einem zukünftig nicht mehr vertretbaren zeitlichen und materiellen Aufwand vollbracht worden waren. Dies galt ebenfalls für die zu langen Bauzeiten und die viel zu hohen Baukosten im Wohnungsbau, deren hauptsächliche Ursachen in der handwerklich-traditionellen Basis der Bauproduktion lagen. Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten mußte ohne weiteren Verzug mit der Industrialisierung des Bauens sowie mit der Einführung neuer, rationeller Planungs- und Projektierungsmethoden begonnen werden. Die gleichen Probleme, nur wesentlich schärfer zugespitzt, standen im Mittelpunkt der im Dezember 1954 abgehaltenen Unionskonferenz der sowjetischen Bauschaffenden in Moskau. Für die weitere Entwicklung des Städtebaus und der Architektur sowohl in der DDR als auch in anderen sozialistischen Ländern kam dieser Konferenz gewissermaßen eine Signalfunktion zu, da sie den einzuschlagenden Weg der Industrialisierung klar vorzeichnete. Im Zusammenhang mit dieser Zielstellung wurde auf der Moskauer Tagung der Bruch mit der schon längst zum Dogma erstarrten Architekturkonzeption der klassischen und nationalen Bautraditionen demonstrativ vollzogen.

Unter der Losung „Besser, schneller und billiger bauen" fand vom 3. bis 6. April 1955 die erste Baukonferenz der DDR in Berlin statt, auf der die Ergebnisse der Moskauer Unionskonferenz ausgewertet und grundsätzliche Fragen der Industrialisierung des Bauens beraten wurden. Unmittelbar darauf, am 21. April 1955, folgte der Ministerratsbeschluß über „Die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen". Noch im selben Jahr gab das Ministerium für Aufbau Richtlinien für eine einheitliche Typenprojektierung sowie eine neue Typenordnung heraus.

Auf der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 wurde die Direktive zum zweiten Fünfjahrplan mit dem Ziel beschlossen, den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft durchzusetzen. Damit fielen dem Bauwesen Aufgaben in einer Größenordnung zu, die den Industrialisierungsprozeß im Wohnungsbau wesentlich beschleunigten. Ein erster Höhepunkt dieser Entwicklung war der 1957 begonnene Aufbau der Wohnstadt Hoyerswerda, da es hier erstmals gelang, das gesamte Wohnungsbauprogramm einer neuen Stadt mit industriellen Baumethoden und nach Typenprojekten zu realisieren. Andererseits führte die notwendige Konzentration der Baukapazitäten auf die Entwicklung industrieller Bauverfahren und deren vorzugsweise Anwendung auf bisher unerschlossenem Terrain zu einer zeitweiligen Verlangsamung des Aufbautempos in den kriegszerstörten Stadtzentren. Dessenungeachtet wurde an der Vollendung einiger zentraler Ensembles auf der Grundlage der 1952/53 bestätigten Konzeptionen weitergearbeitet, doch bedurfte es auch hier neuer und umfassender städtebaulicher Planungen, um den weiteren Aufbau der Stadtzentren wirtschaftlich effektiver fortsetzen zu können. Die grundlegende Orientierung, wie dieser Prozeß unter den Bedingungen des industriellen Bauens zu beschleunigen sei, gab der V. Parteitag der SED im Juni 1958 mit dem Beschluß, bis 1962 die letzten Kriegsspuren in den zentralen Bereichen der Aufbaustädte zu beseitigen und bis 1965 die Neugestaltung der Zentren in der Hauptstadt der DDR Berlin sowie in einigen Bezirksstädten im wesentlichen abzuschließen.

lerische Wirkungen zu erzielen. Die alten Meister der Baukunst haben dafür zahlreiche Beispiele gegeben. . . .

Zu einem echten Streitgespräch kam es, als der Berliner Cherfarchitekt, Prof. Henselmann, die These von Prof. Hopp, zunächst die Klassik erreichen und dann neue Formen suchen, kritisierte. Gerade jetzt, wo das Bauwesen vor neue Aufgaben gestellt ist, kommt es auf den echten Schöpferwillen jedes Architekten an, der sich auch in neuen Formen kundtun sollte. Prof. Henselmann wandte sich scharf gegen eine Überbewertung der ideellen Seite unserer Architektur auf Kosten der technischen, konstruktiven und wirtschaftlichen Faktoren. Das hat in vielen Fällen zu einer reinen Fassadenarchitektur und bei Vernachlässigung der technischen und konstruktiven Arbeit zur schlechten Qualität der Bauarbeit geführt.

Henselmann argumentiert, daß die formalistische Überbewertung der →L 133 ideellen Seite der Baukunst *uns . . . hart in die Nähe der Nazi-Architektur bringt*, und fordert von der Deutschen Bauakademie und dem BDA, *kräftig in den sauren Apfel der Selbstkritik hineinzubeißen und nicht nur daran zu lecken.*

Das Problem, das sich nach der Entscheidung für den industriellen Wohnungsbau stellt, besteht darin, die städtebauliche Gestaltung der Wohnkomplexe mit den neuen Fertigungsbedingungen in Übereinstimmung zu bringen.

→L 134 *Erst gegen Ende des Jahres 1955, als sich die Widersprüche zwischen Architekturtheorie und Baupraxis im Zusammenhang mit der unmittelbar bevorstehenden Industrialisierung extrem zuspitzten und, über die Fachkreise hinaus, die Öffentlichkeit einen stärkeren Anteil an der Architekturdiskussion nahm, wurde seitens der Deutschen Bauakademie die Notwendigkeit grundlegender Korrekturen auch in Fragen der baukünstlerischen Gestaltung eingestanden: „Wir haben in der Architekturtheorie den Fehler begangen, der Kunst in der Architektur das Primat zu geben, und haben dabei die Funktion des Bauwerks und seine zweckmäßige konstruktive, technische Durchbildung nur am Rande berücksichtigt. Wir haben somit die ideelle Seite, die künstlerische Seite in der Architektur überbetont."*

4.4.1 Der Wohnkomplex Friedrichshain

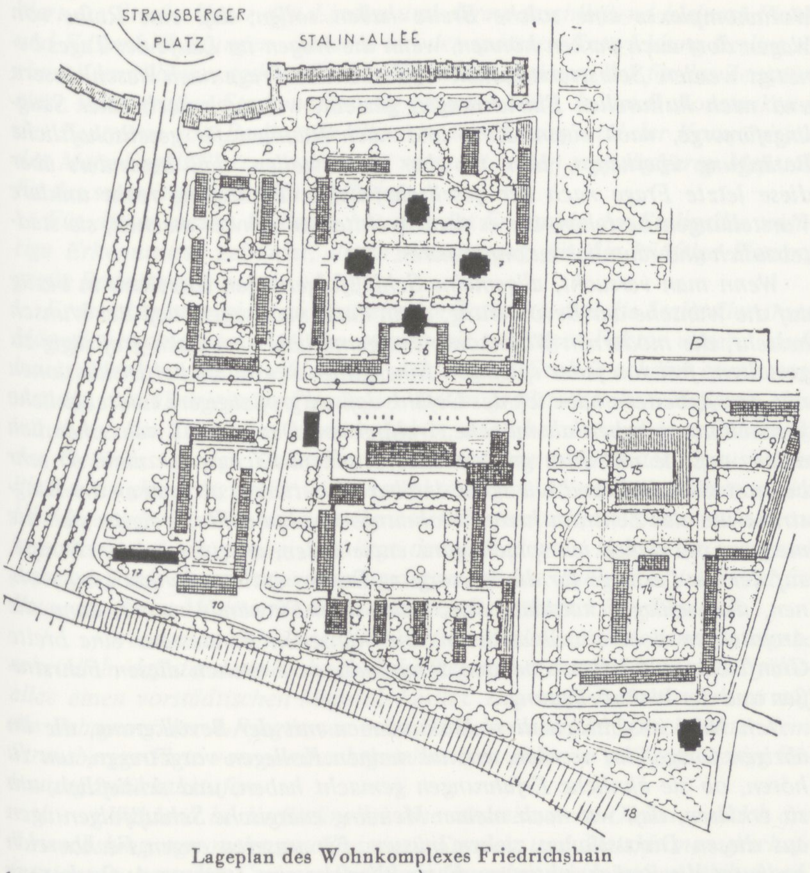
Vom **23.–29.3.1956** findet in Berlin die dritte Parteikonferenz der SED statt, während der die Aufgaben des gerade angelaufenen zweiten Fünfjahrplanes festgelegt werden. Im Vorfeld zu dieser Konferenz hat die →L 135 Bezirksdelegiertenkonferenz Groß-Berlins der SED beschlossen, *im Verlauf des zweiten Fünfjahrplans einen Wohnkomplex in industrieller Bauweise zwischen der Stalinallee und dem Ostbahnhof zu errichten. Der Chefarchitekt von Groß-Berlin, Prof. Henselmann, stellt einen Entwurf dieses Projektes zur Diskussion, der den Bau von 1600 Wohnungen für etwa 5000 Einwohner vorsieht. In diesem Jahr sollen bereits 400 Wohnungen in der Großblockbauweise rohbaufertig errichtet werden.*

Der Entwurf wird während der Konferenz in der Sporthalle ausgestellt.

Das Gebiet des „Wohnkomplexes Friedrichshain" liegt südöstlich des Strausberger Platzes zwischen Stalinallee und Ostbahnhof und stellt fast in →S. 291 direkter Nachbarschaft eine Neuformulierung der ersten Wohnzelle Friedrichshain dar.

Der Entwurf für den Wohnkomplex Friedrichshain wird gleichzeitig mit der Ausstellung im „Neuen Deutschland" vom **25.3.1956** vom Chefarchitekten vorgestellt und löst eine öffentlich geführte Diskussion aus, die Henselmann später seinen Fachkollegen gegenüber zusammenfaßt:

→L 136 *Es stellt sich heraus, daß an der Beantwortung der Frage „Wie wollen wir in Zukunft leben?" breite Kreise der Bevölkerung ein brennendes Interesse haben. Viele schreiben Briefe und bringen zusätzliche Vorschläge. Viele äußern ihre Zustimmung, wieder andere machen kritische Einwände. Die Arbeiter vom VEB Gaselan, einem in der Nähe befindlichen Großbetrieb, wollen zur Beratung hinzugezogen werden. Die Schüler der Oberschule, die dem Wohnkomplex benachbart ist, melden sich und möchten ein Forum mit den Architekten durchführen. Die Nationale Front schaltet sich ein, und selbstverständlich auch die Kollegen sind sehr interessiert*

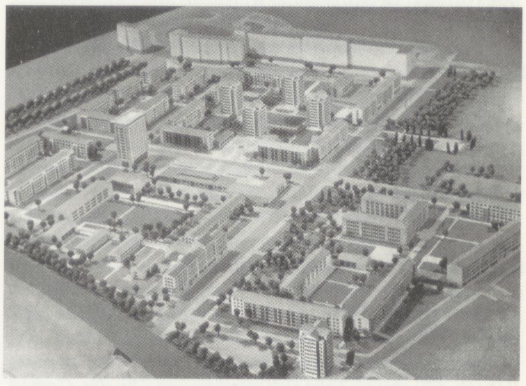


Lageplan des Wohnkomplexes Friedrichshain

1. Schule mit Aula und Turnhalle 2. Einkaufszentrum 3. Gaststätte 4. Kino 5. Ambulatorium, Bücherei 6. Handwerkerhof 7. achtgeschossige Wohnbauten 8. Junggesellenhaus 9. fünfgeschossige Wohnbauten 10. Garagenhaus 11. Kindergarten 12. Kinderkrippe 13. Jugendheim 14. Feierabendheim 15. Andreas-Oberschule 16. Waschhaus 17. achtgeschossiges Wohngebäude 18. S-Bahnlinie 19. Reserviert für einen Hotelbau – Zeichenerklärung: senkrecht und waagerecht liniert: Neubauten einfach liniert: Altbauten; P: Parkplatz

Hermann Henselmann (März 1956): Entwurf für den „Wohnkomplex Friedrichshain" ←B 129

→B 127 Luftaufnahme (15.6.1954): Die Stalinallee zwischen Strausberger Platz und der Deutschen Sporthalle, nördlich und südlich davon die für die zukünftigen Wohnkomplexe enttrümmerten Baublöcke



→B 128 Hermann Henselmann (März 1956): Modell für den „Wohnkomplex Friedrichshain" südöstlich des Strausberger Platzes

daran, das Gespräch über alle schwebenden Probleme weiterzubringen. Während die Architekten sich natürlicherweise über solche Fragen ereifern, ob man Punkthäuser bauen sollte oder nicht, während bereits die ersten Wurfmesser unter dem Schlachtruf „Formalismus – Konstruktivismus" in den Händen blitzen, beschäftigt sich die Bevölkerung mehr mit den grundsätzlichen städtebaulichen Fragen. Zunächst wird im allgemeinen die lockere Bebauung der Stadt begrüßt, wobei allerdings hier und da die Befürchtung geäußert wird, ob Berlin nicht zu groß werden würde, wenn man die ganze Stadt so locker aufbaut. Große Diskussionen löst die Erfüllung des Bedürfnisses nach einem bequemen Einkaufen aus. Man stimmt dem Gedanken, eine zentrale Einkaufsgelegenheit zu schaffen, zu, jedoch verbindet man damit gleichzeitig den Wunsch nach einigen kleinen Läden, besonders nach dem Bäcker und dem Milchgeschäft, die auch an den Rändern des Wohnkomplexes zu finden sein sollten. Andere wieder verlangen die Zustellung der Milch und der Brötchen ins Haus, wie es vor dem Krieg in Berlin üblich war. →L 137

Die konsequente Trennung der gesellschaftlichen Einrichtungen von den Wohngebieten, wie der Schule, des Kinos und des Kindergartens, wird mit Rücksicht auf den Lärm, der mit diesen Einrichtungen doch mehr oder weniger verbunden ist, begrüßt. Jedoch wird kritisiert, daß zu wenig Kinderspielplätze in dem zur Diskussion gestellten Entwurf enthalten sind. Es besteht der Wunsch, daß Mütter von ihrer Wohnung aus den Kinderspielplatz im Auge haben können. Deshalb wird ein zentraler Kinderspiel- und Tobeplatz nicht für ausreichend gehalten. Auch die versuchte Trennung der Verkehrseinrichtungen von den Wohnungen wird sehr unterstützt, ja, von den Vertretern der Arbeiterkontrolle des Bezirkes Friedrichshain geradezu gefordert. Man wünscht auf Grund der bisher gesammelten Erfahrungen nicht, daß sowohl der starke Autoverkehr als auch Garagenparkplätze in unmittelbarer Beziehung zu den Wohnungen liegen. Dagegen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Straßen innerhalb des

Hermann Henselmann:
Der Wohnkomplex Friedrichshain

Der ausgearbeitete Entwurf sieht die Unterbringung von 5000 Menschen in neuerbauten Wohnungen vor. Dabei ist es von großer politischer und kultureller Bedeutung, diese Bürger im Herzen Berlins so unterzubringen, daß sie sich wohlfühlen, in ihrem Heim glücklich sind, gleichzeitig aber auch am gesellschaftlichen Leben der Hauptstadt und des Staates teilhaben. Der Entwurf bemüht sich, die vielfältigen Belange des menschlichen Lebens, die Bedürfnisse der Arbeiter und aller übrigen Werktätigen, richtig zu erfassen und zu gestalten.

Es liegt in der Natur der industriellen Bauweise, daß sie uns zwingt, von unseren bisherigen Vorstellungen im Städtebau abzugehen. Die Industrialisierung des Bauwesens ist nicht ohne Typung denkbar. Und ebenso wie der Maschinenbau ist auch unsere Baustoffindustrie daran interessiert, die Anzahl der Typenserien möglichst gering zu halten. Für uns Bauleute bedeutet das, alle komplizierten Ein- und Anbauten möglichst zu vermeiden. Das ergibt sich schon aus der Notwendigkeit, den Kran und sonstige Hebezeuge den Bau möglichst leicht umspielen zu lassen. Deshalb ist bei diesem Entwurf auf die erdgeschossigen Einbauten von Läden und ebenso auf jede Ecklösung verzichtet worden. Die Wohnungsbauten sind miteinander durch Architekturelemente, wie Loggien und andere Architekturglieder, verbunden. Auf diese Weise entstehen weite, offene und durchlüftete Wohnviertel, die stark durchgrünt sind. Diese Methode des Städtebaues gibt uns die Möglichkeit, schöne Durchblicke zu schaffen, die Gebäudegruppen so anzuordnen, daß die Stadtlandschaft anmutig wirkt und zum Spazierengehen geradezu einlädt.

Eine weitere wichtige Überlegung, die den Entwurf bestimmt, ist diese: Der Übergang von den achtgeschossigen Wohnblocks der Stalinallee zu den fünfgeschossigen des neuen Wohnkomplexes muß im Wechsel von waagerechten und senkrechten Baukörpern harmonisch verlaufen. Die Bauten für gesellschaftliche Einrichtungen, die teilweise niedriger sind als die fünfgeschossigen Bauten, geben eine weitere Möglichkeit der Differenzierung. Es ist klar, daß beim Bauen in einer vorhandenen Stadt außerdem noch aus ökonomischen Gründen der Bestand der bisherigen Straßen und Bauten berücksichtigt werden muß, um keine unnötigen Kosten zu verursachen. Ein Teil der Entwurfsüberlegungen ist verursacht durch die Rücksichtnahme auf bestehende Bauten oder bestehende Straßen. Schließlich wurden gesellschaftliche Anlagen, wie die Schule, die Kinderkrippen, das Einkaufszentrum, das Kino und die Gaststätte, so gelegt, daß sie für sich einen Komplex bilden, um die Ruhe der Bewohner in den eigentlichen Wohnvierteln nicht zu stören. Von diesen Grundgedanken wurde der Entwurf gestaltet.

Inmitten der Wohnkomplexe bildet sich ein kleiner Platz etwa dort, wo der jetzige Andreasplatz ist. Hier liegt das Einkaufszentrum mit Läden zur Selbstbedienung. Unmittelbar an dieses Einkaufszentrum schließen sich Parkplätze an. Dabei muß daran gedacht werden, daß mehr und mehr das Moped die Rolle des Fahrrades übernimmt, daß aber auch der Lieferwagen wie der Personenwagen untergebracht werden müssen.

An diesem Platz stellen wir uns eine Gaststätte mit Sitzplätzen im Freien vor. Der Berliner soll dort alles das finden, was er an seinen kleinen Gaststätten liebt. Es wäre zu überlegen, ob hier nicht auch Räume zu finden sein sollten, wo man Hochzeiten feiern kann, wo man sogar einmal ein Zimmer mietet, um den Besuch für einige Tage unterzubringen. In der Gaststätte sollte man auch Zeitschriften finden, einen Fernsehapparat und was sonst die moderne Technik an Bequemlichkeiten bietet.

Gegenüber dem Einkaufszentrum befindet sich der Handwerkerhof. In diesem Entwurf ist ein richtiger „Hof" angenommen, vielleicht mit einem kleinen Brunnen davor. Hier haben die Schneider, der Schuster, der Elektriker ihre Werkstätten.

Einen besonderen Höhenakzent soll das Haus für Alleinstehende bilden. Es ist an Einzimmerwohnungen gedacht mit einem Restaurant im Erdgeschoß, wo im Abonnement gegessen werden kann. In einem solchen Gaststättentyp könnten auch berufstätige Ehepaare, die mittags das Essen in ihrem Betrieb einnehmen, zu Abend essen. Man könnte aber auch dort für die Bewohner – vielleicht ebenfalls im Abonnement – Essen vorbereiten, wie geschälte Kartoffeln, panierte Koteletts usw.

Im Anschluß an dieses Gebäude ist die Schule mit Aula und Turnhalle angeordnet. In der Aula könnten auch gesellschaftliche Veranstaltungen stattfinden, dort könnte ein Kulturensemble oder ein dramatischer Zirkel auftreten. Am Schulhof befinden sich auch die Kinderkrippe und der Kinderhort und vielleicht noch ein Jugendheim.

In der Andreasstraße im Anschluß an die Gaststätte und gegenüber der bestehenden Andreas-Oberschule liegt das Kino, natürlich nur ein kleines Kino für die Bedürfnisse des Wohnkomplexes. Hieran schließen sich solche Einrichtungen wie eine Leihbücherei, ein kleines Ambulatorium, der Friseursalon, kurz alles, was zur Pflege des Körpers und des Geistes notwendig ist. Neben der Andreas-Oberschule befindet sich ein Feierabendheim für unsere Alten. Die Andreasstraße wird von einem breiten Grünzug begleitet, der vom Friedrichshain kommt und seine Fortsetzung am Michaelkirchplatz findet und ein Bestandteil der gesamten städtebaulichen Grünkomposition ist, so daß also auch das Altersheim im Grünen liegt.

Natürlich müssen auch die Bedürfnisse des Verkehrs berücksichtigt werden. Nach den vorliegenden internationalen fachweltgültigen Berechnungen wird für die Zukunft mit einem motorisierten Fahrzeug auf neun Einwohner gerechnet. Das bedeutet, daß etwa 550 Autos ihre Unterstellungsmöglichkeiten finden müssen. Für sie sind zwei Garagenhäuser am Rande des Wohnkomplexes eine solche Breite haben sollen, daß eine Reihe von Wagen dort auch parken können, wenn die Wagen im Laufe des Tages benötigt werden. Selbstverständlich wird auch die Frage nach Waschhäusern und nach kulturellen Einrichtungen gestellt, wie auch nach einer Säuglingsfürsorge, nach einem Kino und nach Räumen für gesellschaftliche Betätigung überhaupt. Hier ist aber festzustellen, daß besonders über diese letzte Frage nach der gesellschaftlichen Betätigung recht unklare Vorstellungen bestehen, die es dem Architekten schwer machen, sie städtebaulich und räumlich zu organisieren.

Wenn man versucht, allgemeine Schlußfolgerungen zu ziehen in bezug auf die Wünsche der Bevölkerung, dann kann man sagen, daß der Wunsch besteht, die modernen Wohnkomplexe gemütlich, aber auch großzügig zu gestalten, frei von jeder spießigen Einengung. Besonders bei Diskussionen mit den Arbeitern habe ich das Gefühl, daß sie großzügigere städtebauliche Vorstellungen haben als manche Architekten. Das kommt wahrscheinlich daher, daß sie mit allzu großem theoretischem Fachgepäck nicht so sehr belastet sind. Während wir noch darüber diskutieren, ob man an der Ringstraße um das Zentrum herum Wohnungen bauen sollte, weigern sich die meisten, mit denen ich sprach, ganz entschieden, an einer solchen Straße, auf der die Lastzüge für die Versorgung Berlins entlang donnern, zu wohnen, und schlagen kaltblütig vor, wenn man Einwände macht, dann die Architekten dort einzuquartieren. Sie wünschen mindestens eine breite Grünfläche mit entsprechenden Baumkulissen zwischen diesen Fahrstraßen und der Wohnbebauung.

Ich habe absichtlich diese Diskussionen mit der Bevölkerung, die im übrigen fortgeführt werden, einmal meinen Kollegen vorgetragen, um zu hören, ob sie ähnliche Erfahrungen gemacht haben, und schließlich, um zu erklären, daß wir nach meiner Meinung energische Schlußfolgerungen aus diesen Diskussionen ziehen müssen. Für unseren engen Fachbereich bedeutet die Berücksichtigung dieser Wünsche eine stärkere Auflockerung der Bebauung, als wir das bisher in unseren Bebauungsplänen vorgesehen haben, eine entschiedenere Trennung des Wohnens von allen übrigen Funktionen (zum Beispiel kein Kino, keine Gaststätte mehr in unmittelbarer Beziehung mit Wohngebäuden) und vor allem die stärkere Trennung von Wohnen und Verkehr. Es wird notwendig sein, daß wir uns in der nächsten Zeit am Beispiel verschiedener städtebaulicher Konzeptionen darüber verständigen, welche neuen schöpferischen Möglichkeiten sich für den Städtebauer und Architekten öffnen, damit wir für unseren Teil dazu beitragen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen.

Im nächsten Heft der „Deutschen Architektur" nimmt der Präsident der Bauakademie, Kurt Liebknecht, zu dem Entwurf Henselmanns Stellung:

→L 138 *Der Entwurf von Genossen Professor Henselmann für den Wohnkomplex südlich des Strausberger Platzes ist ein anerkennenswerter Beitrag zum industriellen Bauen. Es scheint mir jedoch notwendig zu sein, in diesem Zusammenhang auf einige prinzipielle städtebauliche und architektonische Fragen einzugehen.*

Die Aussprache im Beirat für Bauwesen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik vom 24.5.1956, wie auch andere Aussprachen mit Genossen Professor Henselmann ergaben, daß die Aufgabe für diesen Entwurf in vielen Punkten noch unklar ist. So liegt z.B. bisher noch kein Bebauungsplan für das Gelände an der Stalinallee und insbesondere für die Umgebung des Strausberger Platzes vor. Es gibt nur einige vage Vorstellungen darüber, wie dieses Stadtviertel einmal aussehen soll. Das ist ein großer Mangel, da es außerordentlich schwierig ist, den Entwuf eines Wohnkomplexes außerhalb des städtebaulichen Zusammenhanges zu beurteilen, vor allem wenn er an einer wichtigen Stelle, wie an der Ringstraße und der Stalinallee in Berlin, liegt. In der grundlgenden Planung von Berlin, bei der die Hauptmagistralen der Hauptstadt festgelegt wurden, bilden die Stalinallee mit ihren Fortsetzungen nach Osten und nach Westen und der A-Ring, der das Zentrum von Berlin umgibt, bedeutende Faktoren im städtebaulichen Gerippe der Hauptstadt.

Berlin als Hauptstadt Deutschlands vermittelte niemals das großzügige städtebaukünstlerische Erlebnis wie andere große Hauptstädte in Europa, wie Paris oder Leningrad. Diese Städte zeichnen sich durch große Straßen und Plätze und durch hervorragende städtebaukünstlerische Ensembles im Zentrum aus. Berlin besaß eigentlich nur als städtebauliches Ensemble von

Wert die Straße Unter den Linden und daran anschließend kleinere Platz- und Ensemblebildungen, die aber bei der späteren Entwicklung Berlins zu einer Viermillionenstadt nicht den Maßstab aufwiesen, der für das Zentrum einer solch großen Stadt notwendig gewesen wäre. In der Rekonstruktion des Zentrums von Berlin, vor allem in der Planung und der Komposition des Marx-Engels-Platzes, wird nun versucht, einen großzügigeren Maßstab für das sozialistische Berlin zu finden.

Für diesen neuen Maßstab hat uns das Ensemble der Stalinallee wichtige Erkenntnisse gebracht, deren Auswertung für die künftige Planung große Bedeutung besitzt.

Es ist aber eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Stalinallee trotz Mängel verschiedener Art, im ganzen als wichtiger Faktor unseres Aufbaues Anerkennung gefunden hat. Aus diesem Grunde scheint es mir notwendig, bei allen neuen Planungen diesen großstädtischen Maßstab, den wir durch die Stalinallee erhalten haben, auch bei der weiteren Bebauung des Geländes an der Stalinallee – insbesondere südlich des Strausberger Platzes an der Ringstraße – zu berücksichtigen. Mir scheinen aber solche Überlegungen im Entwurf von Genossen Professor Henselmann zu kurz zu kommen, und ich glaube, das liegt daran, daß man sich nicht genügend prinzipiell mit dieser Frage auseinandergesetzt hat, auch nicht im Beirat für Bauwesen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik.

(. . .) Wenn man sich diesen Entwurf im Modell ansieht, dann ist augenscheinlich, daß der neue Wohnkomplex gegenüber der Bebauung der Stalinallee einen vorstädtischen Maßstab besitzt. Das trifft insbesondere zu auf die Bebauung des A-Ringes, wo es m.E. nicht richtig ist, gleich hinter dem Strausberger Platz von einer achtgeschossigen auf eine fünfgeschossige Bebauung zurückzustufen.

(. . .) Während in der Stalinallee eine städtebauliche Ordnung durch die Abwechslung von mehr geschlossenen Straßen und Platzräumen geschaffen wurde, versucht Genosse Professor Henselmann in seinem Wohnkomplex eine offene Bebauung mit einzelnen räumlich einander zugeordneten, in ihrer Höhe sehr unterschiedlichen Gebäuden. Die Anwendung dieser beiden Kompositionsprinzipien, so dicht aneinandergerückt, muß, wenn sie nicht aufeinander abgestimmt werden, zu einem künstlerischen Bruch in der Gesamtanlage dieses Stadtteils führen. (. . .)

Ich kann mich auch nicht einverstanden erklären mit der bis heute angedeuteten architektonischen Gestaltung der gezeigten Wohnbauten, besonders nicht mit solchen Wohnbauten, wie sie an der Ringstraße gezeigt werden, da diese nach meiner Ansicht keinen Schritt vorwärts, sondern eher einen Schritt zurück darstellen, wenn wir die Entwicklung auf der Stalinallee von den Laubenganghäusern zu den Bauten des Nationalen Aufbauprogrammes vor Augen haben.

Mein Vorschlag ist deshalb folgender:

1. *Bevor man mit dem Bau des Wohnkomplexes beginnt, muß ein Gesamtbebauungsplan dieses Teiles der Stadt vorliegen, um prinzipiell die Bebauung und die architektonisch städtebaukünstlerischen Aufgaben festzulegen. Dabei bin ich mir vollkommen klar darüber, daß wir eine Auflockerung der Wohnbebauung durchführen müssen, um die Wohnbedingungen zu verbessern.*
2. *Im Zusammenhang mit dieser Frage muß auch der finanzielle Aufwand für die Wohnbauten eines solchen Stadtteiles geklärt werden, beispielsweise, ob überhaupt fünfgeschossige Wohnbauten und wenn, ob ohne Lift und Müllabwurf, oder ob nicht an dieser Stelle eine höhere Bebauung mit dem notwendigen Komfort gewählt werden sollte, da es sich nicht um die Schließung von Baulücken, sondern um den Bau eines neuen Komplexes handelt.*
3. *Es ist der Vorschlag zu unterstützen, für diesen Wohnkomplex einen Wettbewerb zu veranstalten, aber erst wenn das Prinzip der Bebauung, das heißt die städtebauliche Aufgabe, festgelegt ist. Das ist deshalb erforderlich, weil dieser neue Wohnkomplex für die weitere Entwicklung des Städtebaues und unserer Architektur eine wichtige Etappe darstellt, die in ähnlicher Weise wie seinerzeit die Stalinallee Vorbild werden wird für eine neue Etappe unserer Entwicklung.*

In der Zeit nach der Konferenz der Bauschaffenden in Moskau und unserer Baukonferenz sind viele städtebauliche und baukünstlerische Fragen in Fluß gekommen.

Es gilt einen neuen Standpunkt zu erarbeiten, der unsere früheren Positionen, die in vielen Fällen den Städtebau und die Baukunst einseitig

komplexes angenommen, damit die Ruhe der Bewohner durch die an- und abfahrenden Wagen nicht gestört wird. Selbstverständlich müssen auch die Parkplätze in das gesamte architektonische Bild eingeordnet sein.

Die Organisation der einzelnen Wohnviertel sieht so aus, daß die Wohnungen zwischen der künftigen Ringstraße, die das Zentrum umgibt, und der Andreasstraße liegen. An der Ringstraße schwenken die Wohnungen gewissermaßen vom Verkehr weg. Der moderne Städtebau vertritt die Auffassung, daß an Straßen mit Massenverkehr Wohnhäuser nur dann stehen sollen, wenn sich eine Grünfläche dazwischen befindet.

Dieser Entwurf geht davon aus, die Eckbauten am Strausberger Platz in ihrer Höhe im Süden durch die Querstellung eines Gebäudes noch einmal aufzunehmen und daran die fünfstöckige Bebauung anzuschließen. Es würde sehr interessieren, was unsere Berliner zu einem solchen Vorschlag sagen. Im übrigen sind die Wohnviertel so angelegt, daß sich von überall her schöne Blickpunkte auf die Schule, auf den Zentralen Platz oder auf vier höhergeschossige Häuser in der Mitte des größten Wohnviertels ergeben. Dieser Teil des Entwurfs ist vielleicht der ungewohnteste und wird wahrscheinlich die meisten Diskussionen hervorrufen.

Wie bereits gesagt, geht diese Anordnung von dem Bestreben aus, den Übergang von der Stalinallee in der Gebäudehöhe harmonisch zu gestalten. Hier ist einmal versucht worden, durch eine symmetrische Anordnung vier solcher „Punkthäuser", wie sie der Fachmann nennt, eine bestimmte Gruppierung zu erreichen. Das Wesen eines solchen Punkthauses besteht darin, um ein zentrales Treppenhaus eine möglichst komprimierte Anordnung der Wohnungen zu erreichen. Dieser Haustyp ist zuerst in Schweden errichtet worden und erwirbt sich immer mehr Freunde in der ganzen Welt, weil er eine sparsame Anordnung der Wohnungen ermöglicht und gleichzeitig die Gefahr der Einförmigkeit, die sich aus der Typung von vier- oder fünfgeschossigen Häusern ergibt, abwendet. Inmitten dieser Wohnhöfe – zum Beispiel an diesen vier Punkthäusern – befinden sich nicht nur Grünanlagen, sondern auch Sportanlagen, wie Volleyball- oder Tennisplätze, Sprunggruben, vielleicht ein Planschbekken und ähnliches.

sahen, richtigstellt. Wir dürfen heute nicht in den Fehler verfallen, nachdem wir die baukünstlerische Seite des Bauens simplifiziert haben, nun die bautechnische Seite, die Frage der Industrialisierung zu simplifizieren.

4.4.2 Der letzte gesamtdeutsche Wettbewerb

Während in der „Deutschen Architektur" die Diskussion um den Wohnkomplex Friedrichshain geführt wird, hält sich Henselmann im **Juli 1956** in Hamburg zu einer Diskussion über aktuelle Probleme der Architektur auf. Um eine solche fachliche Diskussion zwischen Ost und West hatten sich die Architekten der DDR seit längerer Zeit bemüht. Gleichzeitig mit der Außenministerkonferenz der vier Alliierten in Berlin hatte am **3./4.2. 1954** eine „Gesamtberliner Konferenz" von Kulturschaffenden aus Ost- und Westberlin stattgefunden, die ein 13-Punkte-Programm zur Entwicklung des Kulturlebens in ganz Berlin verabschiedete. Dieses Programm, das den Vertretern der Viermächtekonferenz und den beiden Stadtregierungen
→L 139 Berlins zugestellt wurde, forderte im Punkt 11 die *gemeinsame Arbeit von Architekten und bildenden Künstlern an der Stadtplanung von ganz Berlin unter Wahrung der architektonischen Tradition und Erschaffung eines neuen harmonischen Gesamtgebildes mit neuen Stilelementen.* Damit wurde das mit dem Aufruf zum Aufbauprogramm vom **25.11.1951** verbundene Angebot zur Zusammenarbeit erneut bekräftigt. Am **4.5.1954** hatte die Deutsche Bauakademie eine *Programmerklärung zur Verteidigung der Einheit der deutschen Architektur* beschlossen:

→L 140 *Die Bauakademie und der Bund Deutscher Architekten erklärten sich im Interesse der Zusammenarbeit der Deutschen Architekten aus West und Ost bereit, an folgenden Maßnahmen mitzuwirken: 1. Austausch von Fachliteratur und Lehrfilmen, Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Städtebaus und der Bautechnik, gemeinsame Architekturausstellungen in Ost- und Westdeutschland. 2. Austausch von Delegationen von Architekten, Ingenieuren, Bauarbeitern und Handwerkern zur Mitarbeit an bedeutenden Bauvorhaben. 3. Zusammenarbeit der Fachverbände in Ost- und Westdeutschland und gemeinsame Vertretung auf internationalen Veranstaltungen. Weitere Punkte umfassen die Zusammenarbeit der deutschen Hoch- und Fachschulen in Fragen des Nachwuchses und den Austausch von Professoren.*

Diese Vorschläge wurden von der westlichen Seite ignoriert. Eine erste Reaktion war die Einladung Henselmanns nach Hamburg, auch wenn sie nicht von offizieller Seite erfolgte.

→L 141 *Auf Einladung des Künstlerclubs „Die Insel" in Hamburg sprach Prof. H. am 9. Juli 1956 vor einem geladenen Kreis von Wissenschaftlern und Künstlern, darunter die führenden Architekten Hamburgs, über die Probleme der Architektur der Gegenwart. Die Diskussion war sehr scharf und zugespitzt. Prof. H. machte daraufhin den Vorschlag, in einem gemeinsamen Wettbewerb für die Gestaltung eines Wohngebietes in der Hauptstadt, gewissermaßen auf schöpferische Weise, die geistigen Standorte des Städtebaus klären zu helfen. Nachdem er Oberbürgermeister Ebert mündlich unterrichtete, erhielt er dessen prinzipielle Zustimmung. Daraufhin wurde der Wettbewerb vorbereitet und der Teilnehmerkreis nach Abstimmung mit den zuständigen Fachgremien beschlossen. Der BDA der DDR stimmte zu und öffnete den Wettbewerb. Prof. H. wandte sich an die Stadtbaudirektoren von Hamburg und Hannover, an die Professoren Hebebrand und Hillebrecht, ebenso an Prof. Collein wegen der Übernahme des Preisrichteramtes. Sie stimmten zu. Jetzt schalteten sich die entspannungsfeindlichen Kreise in der BRD durch verschiedene Aktionen ein. Sie versuchten zunächst, die beiden beamteten Stadtbaudirektoren von Hamburg und Hannover unter Druck zu setzen, damit sie das Preisrichteramt wieder aufgaben. Der Senat in Westberlin faßte einen Beschluß, der die Aufforderung an die beiden westdeutschen Kollegen enthielt, das Preisrichteramt aufzugeben. Das führte zu einer Beschwerde dieser beiden Kollegen beim „deutschen Städtetag". Im Zusammenhang mit dem konterrevolutionären Putschversuch in Ungarn hat dann die Bonner Regierung noch einmal versucht, durch einen entsprechenden Druck auf den Präsidenten des BDA der DDR eine Sperre für den Wettbewerb zu erwirken. Die Bezirksverordneten-Versammlung in Lichtenberg und auch der Rat des Bezirks beschlossen die Durchführung des Wettbewerbs.*

Der Beschluß des Rats des Bezirks Lichtenberg wird am **12.9.1956** in der Presse bekanntgegeben. *Architekten aus Gesamtdeutschland geben* ←L 142 *Lichtenberg ein neues Gesicht. Sechs Architekten aus der Bundesrepublik und sechs Architekten aus der DDR beteiligen sich an einem Ideenwettbewerb zur Gestaltung eines Wohngebietes mit 4.400 Wohnungen in Berlin-Lichtenberg,* meldet die „Berliner Zeitung". Das 73,5 ha große Gelände um den Fennpfuhl soll in 4 Wohnkomplexe, die je 600 bis 1450 Wohnungen enthalten, gegliedert werden. Zum Bauprogramm gehören neben den Wohnungen die notwendigen öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Kinderkrippen, Schulen, Läden, Gaststätten, Feierabendheim, Bücherei, Apotheke, Ambulatorium und Poliklinik. Mit dem Bau soll voraussichtlich **1959** begonnen werden. Für die industrielle Herstellung der im zweiten Fünfjahrplan vorgesehenen 14.000 Wohnungen in Berlin (DDR) werden große, in der Nähe großer Produktionsstätten gelegene Flächen benötigt. Neben der „Umgebung Kottmeierstraße" in Berlin-Oberschöneweide, für die der Rat des Stadtbezirks Köpenick gleichzeitig einen auf die DDR beschränkten Ideenwettbewerb ausschreibt, und dem „Neander-" und „Heinrich-Heine-Viertel" im Bezirk Mitte, die beide aber erst nach den →B 130 grundsätzlichen Entscheidungen über die Gestaltung des Stadtzentrums beplant werden können, ist das Lichtenberger Gebiet um den Fennpfuhl das einzige, das diese Voraussetzungen bietet. Das paritätisch besetzte Preisgericht wird von Henselmann gezielt ausgesucht: Er selbst ist nicht nur „Chefarchitekt", sondern auch seit dem **16.5.1956** Vorsitzender des beim Magistrat gebildeten „Beirats für Architektur", Edmund Collein seit dem **17.3.1955** Vorsitzender des „Beirats für Bauwesen" beim Ministerrat der DDR und Werner Hebebrand nicht nur Oberbaudirektor von Hamburg, sondern er bildet auch zusammen mit seinen Kollegen Rudolf Hillebrecht aus Hannover und Herbert Jensen aus Kiel den **Ende 1955** beim Senat von Berlin (West) gebildeten „vorbereitenden Ausschuß für die Gesamtaufgabe ←A 69 Berlin".

Auch die Liste der um Mitarbeit gebetenen Architekten setzt sich streng paritätisch zusammen. Sie wird von ursprünglich 12 auf 16 Architekten erweitert, von denen jeweils 3 aus den beiden Teilen Berlins, 5 aus der DDR und 5 aus Hamburg kommen.

Die Veröffentlichung der Liste der eingeladenen Architekten in der „Bauwelt" vom **27.10.1956** war der Ausgangspunkt für dieses Kapitel. ←S.384

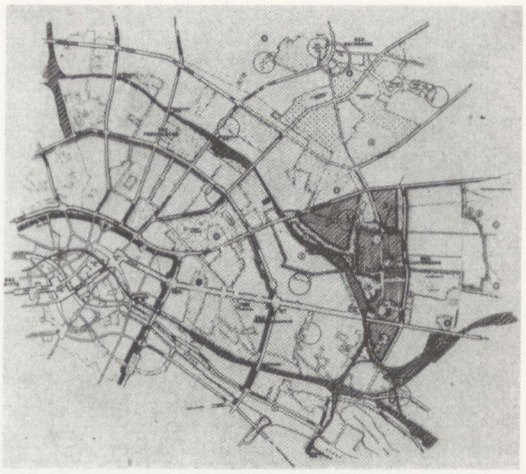
Da zwei der Hamburger Architekten (Sprotte und Neve) als Team arbeiten, wird nachträglich noch ein weiterer Architekt aus dem Westen eingeladen: der Senatsbaudirektor Ludwig Lemmer. Unter den Berlinern finden ←L 143 sich auch zwei Mitglieder des Planungskollektivs von **1945**: Selman Selmanagic und Wils Ebert, der eine als Vertreter der DDR, der andere als Vertreter des Westens.

Die Ausschreibungsbedingungen sehen für das Gebiet eine Wohndichte von 400 E/ha (Einwohner/Hektar) vor. Die Wohnungen sollen sich zu 35 % aus Drei- und Vierzimmer-, zu 55 % aus Zweizimmer- und zu 10 % aus Einzimmerwohnungen zusammensetzen und nach den Typenangaben für den industriellen Wohnungsbau in vorwiegend 4geschossiger Bebauung untergebracht sein. Jeder der 4 Wohnkomplexe soll ein eigenes Zentrum, das ganze Wohngebiet ein übergeordnetes Zentrum für das öffentliche Leben erhalten, zu denen genaue Angaben gemacht werden. Am **16.3.1957** treffen die Preisrichter ihre Entscheidung:

Kurz vor der Entscheidung des Wettbewerbs gab die Westpresse noch ←L 144 *einmal Störfeuer, indem zum Beispiel der „Tagesspiegel" Meldungen lancierte, wonach aus Mangel an befähigten Architekten in der DDR das Ziel verfolgt würde, mit Hilfe des Wettbewerbs den westdeutschen Städteplanern Einfluß auf die ostdeutsche Städteplanung einzuräumen. Die Arbeiten wurden alle termingemäß abgeliefert, obwohl der Hamburger Senat bürokratische Schwierigkeiten gemacht haben soll bei der Ausfüllung der notwendigen Transportpapiere für die Arbeiten der Architekten.*

Das Preisgericht, das sich aus vier anerkannten Städtebauern und drei Laienpreisrichtern zusammensetzte, legte programmatisch in einer Niederschrift die Beurteilungsgesichtspunkte für diesen Wettbewerb fest:

1. *Die Absage an die monotone Zeilenbauweise,*
2. *die Absage an die Unterwerfung des Städtebaus unter ein einziges formales oder sonstiges, noch so richtiges Prinzip auf Kosten aller anderen Funktionen,*
3. *die Notwendigkeit, die privaten und die gesellschaftlichen Funktionen*



Das Wettbewerbsgebiet „Umgebung Fennpfuhl" (1956)

Werner Hebebrand, Architekt, geb. 27.3.1889, gest. am 18.10.1966 in Hamburg. **1917** Abitur, Militärdienst und Gefangenschaft bis **1919**. Studium an der TH Darmstadt, **1922** Diplom, **1924** Große Staatsprüfung. **1925–29** Leiter des Hochbauamtes in Frankfurt/M. **1930** mit der Gruppe May in der UdSSR, bis **1938** dort Architekt. **1938** Rückkehr nach Deutschland, Architekt im Rimpl-Büro bei der Wohnungs-AG der Reichswerke Hermann Göring. **1943–45** selbständig, Entwürfe für Krankenhäuser. **1946–48** Stadtbaudirektor und Leiter des Stadtplanungsamtes in Frankfurt/M. **1950** Berufung auf den Lehrstuhl für Städtebau an der TH Hannover. **1952–1964** Oberbaudirektor in Hamburg. **1960–66** Präsident der Freien Akademie der Künste in Hamburg.

Rudolf Hillebrecht, Architekt, geb. **26.2.1910**, lebt in Hannover. **1928–31** Studium an der TH Berlin bei Tessenow und Jansen, Diplom **1933** in Hannover. **1933–34** im Büro Gropius. **1934–35** beim Reichsverband der Deutschen Luftfahrtindustrie in Travemünde. **1935–36** Flakabteilung in Hamburg-Osdorf, danach Ausbildung als Regierungsbauführer in Hannover. **1937** zweites Staatsexamen in Berlin. Ab **1937** Bürochef bei Gutschow in Hamburg. **1943–44** im Arbeitsstab Wiederaufbauplanung zerstörter Städte, **1944–45** Militärdienst, amerikanische Kriegsgefangenschaft. **1946–47** in der englischen Besatzungsbehörde mit Baufragen betraut. **1948–75** Stadtbaurat von Hannover mit zweimaliger Wiederwahl. Organisation des Wiederaufbaus, der Constructa **1951**. Seit **1951** Honorarprof. an der TH Hannover. **1957** Vortrag vor dem Deutschen Städtetag in Berlin über *Architektur und Städtebau in Ost und West*. Ab **1957** Mitglied des Planungsbeirats für Berlin (West).

Ernst May, Architekt, geb. **27.7.1886** in Frankfurt/M., gest. **11.9.1970** in Hamburg. **1908–10** Studium TH Darmstadt und München. **1910–12** bei Raymond Unwin in England. Ab **1914** selbständiger Architekt in Frankfurt/M. **1919** Techn. Leiter der Schlesischen Landgesellschaft in Breslau, **1921–24** Direktor der Siedlungsgesellschaft *Schlesisches Heim*. **1925–30** Leiter des Hochbau- und Siedlungsamtes in Frankfurt/M., Planung und Bau der Siedlungen am Stadtrand. Herausgabe der Zeitschrift „Das Neue Frankfurt". Geht **Sept. 1930** mit seinen Mitarbeitern in die UdSSR, um die neuen Städte zu planen. Kündigt seinen Vertrag **1934**, geht **1937** nach Tansania/Afrika und lebt dort bis **1952** als Farmer. **1954–56** Leiter des Planungsbüros der Neuen Heimat in Hamburg, ab **1957** selbst. Architekt und Stadtplaner.

Ernst May (1956/57): Lageplan des Wohngebiets Fennpfuhl (1. Preis des Wettbewerbs) ←B 131

in Übereinstimmung zu bringen und keinen Rückzug auf eine Spießer-Siedlung zuzulassen.

Unter diesen Gesichtspunkten wurden alle Arbeiten beurteilt. Was bei einem Wettbewerb selten vorkommt, war hier der Fall: Die Arbeit von Ernst May war überragend.

→B 132 Ernst May (1956/57): Entwurf für das Wohngebiet Fennpfuhl (Modell). Das Wohngebiet für 4400 gliedert sich in 4 Wohnkomplexe und weiter in Wohngruppen, die aus 1-, 3-, 5- und 10geschossigen Gebäuden bestehen

Hans Schmidt, Architekt, geb. **10.12.1893** in Basel, gest. **18.6.1972** in Bergell. **1913–17** Studium an der TH München, Zürich, danach in Basel. **1920–22** in Hilversum und Rotterdam, **1923** in Basel und Paris, seit **1924** selbständig. **1925** Bürogemeinschaft mit Paul Artaria. **1924–28** Mitherausgabe der Architekturzeitschrift „ABC" und Mitbegründer der CIAM. **1930** schließt er sich der Gruppe May an und geht als Architekt in die UdSSR. Ab **1937** wieder in Basel, **1947** Konsultant für die Planung von Warschau, **1955** Übersiedlung in die DDR, bis **1958** Hauptarchitekt des Instituts für Typung in Berlin, Berufung zum Direktor des Inst. für Theorie und Geschichte in der Bauakademie, ab **1963** Chefarchitekt des Inst. für Städtebau und Architektur, in das die Theorieabteilung eingegliedert wird. Geht **Ende 1969** zurück in die Schweiz.

Ernst May (Hamburg) erhält den ersten Preis, Otto Englberger (Weimar) den zweiten, Georg Funk (Dresden) den dritten. Dazu kommen drei Ankäufe der Arbeiten von Kurt Leucht (Berlin/DDR), von Herbert Sprotte und Peter Neve (Hamburg) und Hellmuth Bräuer (Dresden).

Die ausgezeichneten Arbeiten werden im **Juli 1957** in der Zeitschrift „Deutsche Architektur" als Grundlage für eine Aussprache, die im Oktober auf dem 3. Bundeskongreß des BDA stattfinden soll, veröffentlicht. Kollegen und Leser werden aufgefordert, Beiträge einzusenden, *damit eine möglichst vielseitige Diskussion über die Probleme des sozialistischen Städtebaues und seine Abgrenzung gegenüber dem Städtebau in den kapitalistischen Ländern gewährleistet ist.* →L 145

Unumstritten ist weder die Einladung westlicher Kollegen noch die Beurteilung des Wettbewerbsergebnisses „Fennpfuhl". In den Heften der „Deutschen Architektur" nach **Juli 1957** wird ausführlich darüber diskutiert. Zur gleichen Zeit laufen in Berlin (West) gemeinsam die Interbau und die Ausstellung „Die Stadt von Morgen", auf die wir noch eingehen werden. Der Wettbewerb „Hauptstadt Berlin" wird ausgeschrieben, der ausdrücklich alle Architekten aus der DDR ausschließt, aber ein Planungsgebiet umfaßt, das wiederum das Zentrum in Berlin (DDR) einschließt. Diese Gleichzeitigkeit spiegelt sich in den Diskussionsbeiträgen wider. →S.568

Hans Schmidt:
Architektonische Eindrücke einer Reise in die DDR (1955)

Dann fährt der Zug in die Halle des Bahnhofs Friedrichstraße, wo der Ankömmling durch die Liebenswürdigkeit eines Empfanges überrascht wird, die ihn für acht Tage nicht mehr verlassen soll. ←L 146

„Das steinerne Berlin" hat Werner Hegemann 1930 die Riesenstadt genannt, die ich in den nächsten Tagen auf Fahrten und Gängen kreuz und quer kennenlerne und langsam zu erfassen suche. Die Bombenangriffe des letzten Krieges haben mächtige Lücken in den Organismus der Stadt gerissen. Weite, säuberlich aufgeräumte Flächen dehnen sich zwischen der stehengebliebenen, als Ruine erhaltenen oder wiederhergestellten Bebauung. Es ist selbst mit dem Stadtplan in der Hand nicht leicht, sich zurechtzufinden. Aber man stellt einen überraschenden Eindruck fest. Der „Steinhaufen", durch den einst endlose, nur noch in den Namensschildern vermerkte Straßenschluchten führten, hat Luft und Raum bekommen. Die einzelnen Bauten wirken mit ungeahnter Plastik. Sollte es nicht möglich sein, einer Stadt, die wieder aufgebaut wird, diese Größe und Räumlichkeit, diese Tiefe und Weite des darüber geöffneten Himmels zu erhalten?

Die ersten Gänge führen mich ins Zentrum, wo die aus Abbildungen und Studien bekannten großen Bauten des historischen Berlins stehen. Neugepflanzte Bäumchen, nicht größer als die, welche auf den alten

Hans Schmidt, der Schweizer Architekt, der sich **1930** der Brigade May in der Sowjetunion angeschlossen hatte und Anfang **1956** zum Hauptarchitekten am Institut für Typung des Ministeriums für Aufbau berufen worden war, formuliert sehr genau die Einschätzung der Ergebnisse des Wettbewerbs:

→L 147 *Wie verhält sich das Ergebnis eines Wettbewerbes, dessen Arbeiten zu fast gleichen Teilen aus dem Westen und dem Osten kommen, der von einem ebenso paritätisch verteilten Preisgericht beurteilt wurde und mit dem Sieg eines westdeutschen Projektes geendet hat – wie verhält sich dieses Ergebnis zu unseren Diskussionen um eine sozialistische Architektur? Oder ging am Ende schon die Ausschreibung des Wettbewerbes und erst recht die Urteilsfällung von der Vorstellung aus, daß es – zum mindesten auf dem Gebiete des heutigen Städtebaues – die Frage nach einer sozialistischen oder einer kapitalistischen Architektur gar nicht gäbe, daß man sich hier sozusagen auf dem Boden einer sonst nicht existierenden ideologischen Koexistenz befinde?*

Es gibt ohne jeden Zweifel eine Entwicklung, die zum sozialistischen Städtebau führt. Dieser Städtebau wird nicht nur in seiner materiellen Basis, sondern auch in seinem künstlerischen Ausdruck, der eine sozialistische Auffassung der Gesellschaft widerspiegelt, etwas anderes, etwas Weiterentwickeltes als der kapitalistische Städtebau sein.

Wieweit kommt das im Lichtenberger Wettbewerb zum Ausdruck? Zunächst müssen wir feststellen, daß die den Architekten gestellte Aufgabe der einheitlichen Überbauung eines ganzen Stadtviertels bei kapitalistischem Grundbesitz zu den Ausnahmen gehört. In der Regel bilden private Parzellengrenzen und die in den Großstädten heute geforderten Grundstückspreise ein Hindernis, das mit dem sozialistischen Grundeigentum entfällt. Mit dem sozialistischen Grundbesitz ist aber erst die Basis geschaffen. Diese Basis allein führt noch nicht automatisch dazu, daß nun auch die Architekten bereitstehen, die aus einem neuen, sozialistischen Bewußtsein heraus etwas anderes auf diesem Gelände zu planen verstehen als das, was dem heutigen Stand des kapitalistischen Städtebaues entspricht. Das zeigt sich beim Lichtenberger Wettbewerb sehr deutlich.

Die den Architekten gestellte Aufgabe geht von einer sozialistischen Grundlage aus. Aber die Jury des Wettbewerbes und die eingeladenen Architekten gingen an die Arbeit, als ob es sich um das Gelände und die Bauaufgabe irgendeiner heutigen Großstadt handele. Die von den Architekten der Deutschen Demokratischen Republik eingereichten Arbeiten unterscheiden sich nicht wesentlich von den Auffassungen der Kollegen der Deutschen Bundesrepublik, ja sie bemühen sich meist sogar offensichtlich, es diesen gleichzutun, und schließlich: ein westdeutscher Architekt erhält den unbestrittenen ersten Preis. Das alles will nichts anderes besagen, als daß wir eben noch keinen sozialistischen Städtebau haben, oder genauer gesagt, daß der sozialistische Städtebau sich erst in der Entwicklung befindet und darum – abgesehen von der Krise, die er zur Zeit in seinen theoretischen und künstlerischen Auffassungen durchmacht – noch nicht ganz auf eigenen Füßen steht. „Man kann die Kunst nicht aus der Pistole schießen", hat schon Lunatscharski, zu Lenins Zeiten Volkskommissar für das Bildungswesen, gesagt.

Die Kunst, also auch die sozialistische Stadtbaukunst, muß sich entwickeln. Es ist nichts Verkehrtes, wenn diese Entwicklung nach dem imponierenden Versuch der Stalinallee auch ein Stück des Weges an Hand der Erfahrungen des westlichen Städtebaues zurücklegt. Verkehrt wäre dies nur, wenn wir dabei in den negativen Erscheinungen des westlichen Städtebaues stecken blieben. Das Projekt von Ernst May hat in dieser Lage den Vorzug, daß es unseren Architekten in seiner Sauberkeit und im Fehlen modischer Spielereien eine positive Linie zeigt. Damit steht nicht im Widerspruch, daß sein Projekt nicht über die dem kapitalistischen Städtebau gesteckten Grenzen hinausgeht. Es bewegt sich, ohne allerdings in ein willkürliches Chaos oder einen primitiven Schematismus zu verfallen, auf der bekannten Linie der „Auflösung", deren Sinn die individualistische Isolierung des Einzelnen und der Familie ist. Ernst May läßt die Frage nach der architektonischen Zusammenfassung als Ausdruck der sozialistischen Gesellschaft ungelöst. Das Bezirkszentrum ist ohne eine das Ganze organisierende Kraft wie zufällig eingefügt. Die Komplexzentren mit den Einkaufsläden für die Hausfrauen sind in auch funktionell unbefriedigender Weise irgendwo im Grünen versteckt. Der wichtige Straßenzug der Landsberger Chaussee wird durch die quergestellten Riegel der zehngeschossigen Scheibenhäuser räumlich zerschlagen.

Da, wo wir den nächsten Schritt zum sozialistischen Städtebau in künstlerischer, architektonischer Beziehung erwarten müßten, bleibt Ernst May – wie übrigens der ganze Lichtenberger Wettbewerb – an der Eingangsschwelle stehen.

Auf der 17. Plenartagung der Deutschen Bauakademie wird am **24./25.9. 1957** an den praktischen Beispielen von Hoyerswerda und dem „Fennpfuhl-Wettbewerb" der Stand und die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus in der DDR diskutiert. Der Wettbewerb „Fennpfuhl" wird von den meisten Diskussionsrednern als unbefriedigend eingeschätzt, weil keiner der Beiträge ausreichend berücksichtigt hätte, *dort einen sozialistischen Stadtteil zu errichten.* ←L 148 Am Entwurf von May wird die Berücksichtigung der Typisierung und vor allem die Wohngruppen als Ordnungsprinzip positiv bewertet, mangelhaft erscheint dagegen sowohl die Beziehung der Wohngruppen zur Stadt, also der Teile zum Ganzen, als auch, daß das gesellschaftliche Zentrum nicht die Bedeutung hat, die es in einem sozialistischen Stadtviertel haben sollte. Die Diskussion kommt zu dem Schluß, daß die vor 7 Jahren verabschiedeten 16 Grundsätze des Städtebaus zwar nach wie vor gültig seien, aber teilweise überarbeitet werden müßten. *Diese* ←L 149 *Überarbeitung müßte sich von den gebietsplanerischen Prinzipien bis zur Aufgabenstellung für die Wohnkomplexe erstrecken.*

Stichen zu sehen sind, bezeichnen die Straße „Unter den Linden". Eine eigentliche Landschaft in der Stadt ist hier in der Gegend des verschwundenen Königlichen Schlosses entstanden. Der weite Raum bringt die hier stehenden Bauten zu stärkster Wirkung – die Humboldt-Universität, die alte Wache, das Zeughaus, hinter dem die schwarze Ruine des Domes dräut, das Knobelsdorffsche Opernhaus, das von Architekt Prof. Paulick wiederaufgebaut und in durchaus überzeugender Form zu der den heutigen Erfordernissen entsprechenden Staatsoper erweitert wird, in der Ferne der Backsteinturm des Berliner Rathauses, dessen ausdrucksvolle Gestalt nicht ganz zum gewohnten Bild des charakterlos eklektizistischen 19. Jahrhunderts passen will. Muß Städtebau notwendigerweise und der zeitgemäßen Einheit zuliebe zur Unterdrückung charaktervoller, ihres historischen Anspruches wegen oft etwas unbequemer Bauten führen? Darf man im Städtebau gewissermaßen nur die „Einheit von Raum und Zeit" wie im klassischen Drama gelten lassen? Das Berliner Zentrum – von dem Hans Bernoulli im Kolleg über Städtebau uns Studenten sagte, das Spiel der verschiedensten Architekturen sei hier besonders glücklich gelöst – zeigt einleuchtend, unter welchen Bedingungen es möglich ist, daß selbst die verschiedensten Bauten zusammenwirken können. Das Entscheidende liegt in der räumlichen Freiheit und Größe, wie sie sich hier – inmitten der Ruinen und leeren Flächen – als zukünftige Möglichkeit ankündet. Hoffen wir, daß keine Wiederkehr der unsere Städte verwüstenden privaten Bodenwirtschaft den Berliner Städtebauern mehr das Konzept verderben kann!

Im Berliner Stadthaus zeigt mir Nationalpreisträger Prof. Henselmann, der Chefarchitekt von Groß-Berlin, die Zeichnungen und Modelle für den Ausbau des Zentrums, der den Bau eines Hochhauses an der Stelle des ehemaligen, durch anglo-amerikanische Fliegerbomben zerstörten Schlosses und die Durchführung der bisher sehr unvollkommenen West-Ost-Verbindung vorsieht. Damit wird die Stadt eine Größe und einen Maßstab erhalten, wie ihn das vergangene Berlin nicht gekannt hat.

Den entscheidenden Schritt in den Maßstab eines neuen Berlin bildet die im wichtigsten Abschnitt bereits ausgebaute, bewohnte und belebte Stalinallee. Man kann die überraschende Größe und lebensfreudige Munterkeit dieser neuen Hauptstraße nicht aus Bildern und Plänen ermessen. Erst die Wirklichkeit, die lichterfüllte Weite des Raumes, die freundliche Wärme der mit lichtgelber, unglasierter Keramik verkleideten Fassaden, das belebende Element der Ladenfronten, zeigt das eigentlich Neue, das hier in einem kühnen Anlauf geschaffen wurde. Seit wann haben die Architekten nicht mehr die Möglichkeit gehabt, eine ganze Straße zu bauen? Die großen Beispiele der Rue de Rivoli in Paris, der Ludwigstraße in München, der Regent Street in London liegen schon über hundert Jahre zurück. Es ist eine schlechte Entschuldigung, wenn die Städtebautheoretiker des Westens jetzt erklären, die Straße als architektonisches Element im bisherigen Sinne sei überholt, weil es gälte, die Städte aufzulockern, aufzulösen . . . Die Stalinallee, die zum ordnenden Element des bisher vernachlässigten Berliner Ostens geworden ist, beweist das Gegenteil.

Gewiß – die Berliner Kollegen wollen nicht nur Lob hören. Das Ganze, ein Straßenabschnitt von fast zwei Kilometer Länge, ist so gewaltig und – trotz des aufmunternden Vorbildes, das der kühne Städtebau der Sowjetunion gegeben hat – so gewagt, daß sich die Kollegen fragen, ob man es auch richtig gemacht habe. Die Stalinallee zeigt, daß es richtig war, den großen Schritt, den der neue sozialistische Bauherr von den Architekten erwartete, nach bestem Können zu tun. Die neue Straße zeigt, welche unerwarteten Möglichkeiten in einer solchen Aufgabe liegen und was sich daraus als Erfahrung für die weitere Arbeit ergeben mag – einer Arbeit, die wohl in der Richtung einer stärkeren Beachtung des entscheidenden Elementes der Tiefenentwicklung, der Perspektive, in der bewußteren Gliederung des ganzen Ablaufs, in der Kontrastierung der noch zu sehr für sich komponierten Wohnblöcke gehen müßte.

←S. 321 Das Wohngebiet Fennpfuhl wird zunächst nicht bebaut. Als Begründung werden offiziell die schlechten Ergebnisse der Baugrunduntersuchungen genannt.

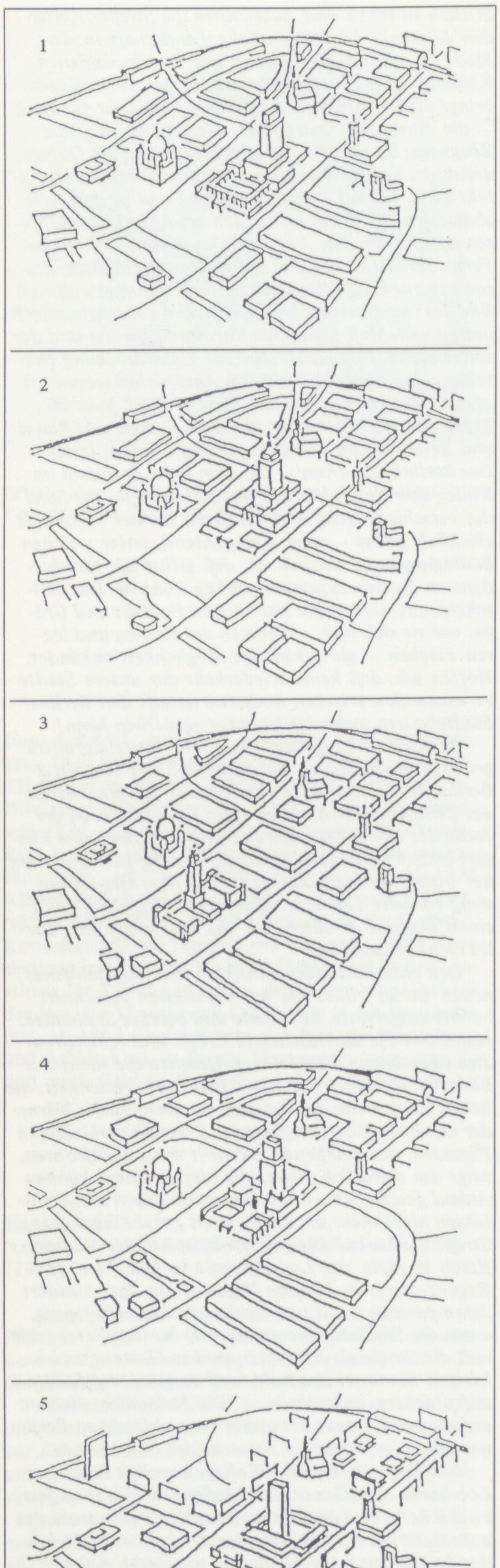
4.4.3 Der erste sozialistische Wohnkomplex Berlins an der Stalinallee

Am **19.10.1957** trifft das ZK der SED am Ende seiner 33. Tagung zwei zunächst noch voneinander unabhängige Beschlüsse, die aber für die weitere Geschichte des Wohnkomplexes entscheidend sind: Zum einen soll die Theorie des Wohnkomplexes überarbeitet und ergänzt werden, zum anderen wird beschlossen, nachdem die Bundesregierung in Bonn den provokanten Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ ausgeschrieben hat, unverzüglich mit den Vorbereitungen zur Umgestaltung des Berliner Zentrums zu beginnen.

Diese beiden Forderungen werden erst während ihrer Bearbeitung miteinander verknüpft und ergeben nicht nur die Theorie, sondern auch den Bau der ersten beiden „sozialistischen Wohnkomplexe“ in Berlin.

Zunächst stellt Gerhard Kosel, Architekt und Staatssekretär im Ministerium für Aufbau, im **April 1958** einen Vorschlag für die Umgestaltung des Zentrums zwischen Strausberger Platz und Brandenburger Tor vor, den die Kollektive der Architekten Hopp, Mertens und König entwickelt haben, um eine öffentliche Diskussion zur Vorbereitung eines Wettbewerbs auszulösen. Bisher fehlte ein verbindlicher Plan für das Zentrum. Bei dieser Umgestaltung geht es um eine politische und unübersehbare Antwort auf den „Hauptstadt“-Wettbewerb und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung.

→L 150 *Bei der Bebauung des Berliner Zentrums gilt es, der kapitalistischen Ausbeuterwelt des „Brückenkopfes West-Berlin“ die siegreichen Ideen des Sozialismus in einem groß angelegten Werk der Baukunst entgegenzustellen und im Mittelpunkt Berlins das Marx-Engels-Forum zu schaffen.*



Die „neue Mitte“ als Höhendominante
1 Zentrales Gebäude (Paulick/1950)
2 Zentrales Gebäude (Hopp/1951)
3 Zentrales Gebäude (Collein/1953)
4 Zentrales Gebäude (Kosel u.a./1957)
5 Zentrales Gebäude (Kröber/1959)

←B 133

→B 134 Das Zentrum Berlins zwischen Strausberger Platz und Brandenburger Tor, Zustand 1958

Die Architektur des Zentrums von Berlin soll alle Werktätigen mit Zuversicht, Mut und Begeisterung erfüllen, soll den Wankelmütigen aufrichten und den Feinden des Fortschritts ein Dorn im Auge sein.

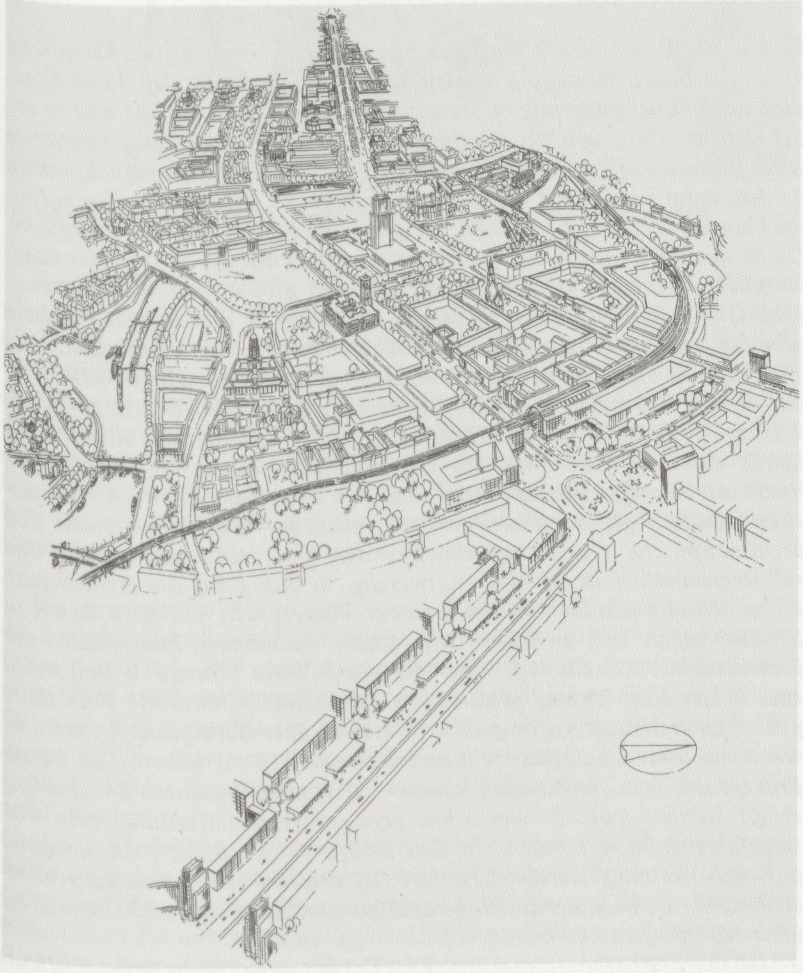
Hier wird schon vorweggenommen, was Jahre später tatsächlich gebaut wird.

Auf die Planungsgeschichte des Zentrums, die Bruno Flierl analysiert hat, gehen wir hier nicht näher ein, sondern befassen uns lediglich mit dem stark zerstörten östlichen Teil dieses Gebietes zwischen Strausberger und Alexanderplatz. In der gezeichneten Vogelperspektive, die den Vorschlag von Hopp, Mertens und König zeigt, ist dieses Gebiet noch ausgespart und zeigt lediglich den von Hochhausscheiben begleiteten Verlauf der verlängerten Stalinallee. ←L 151

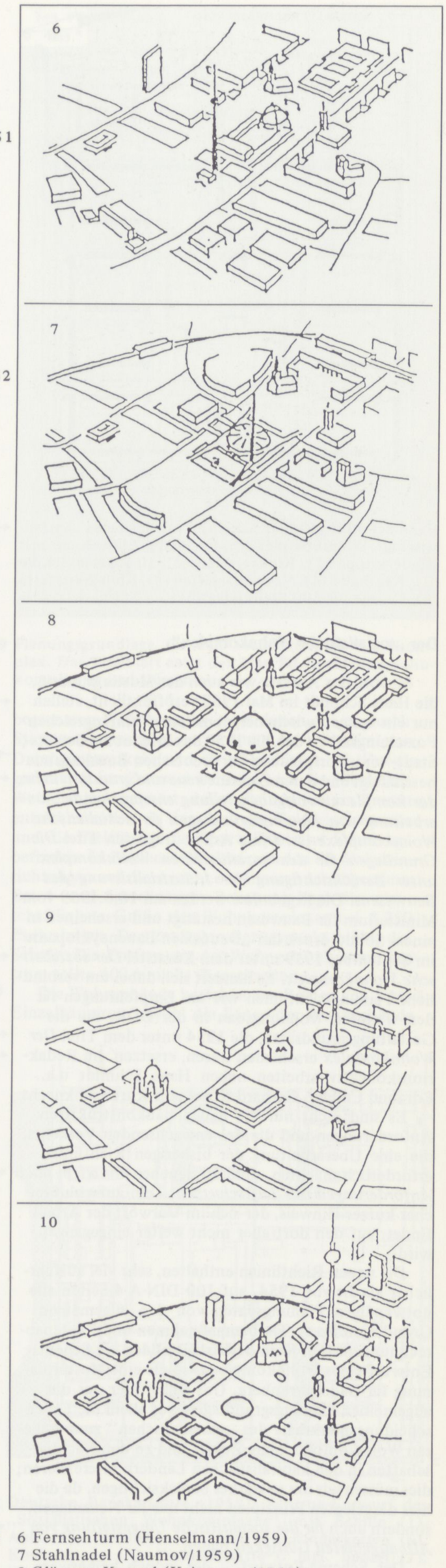
Hermann Henselmann entwirft daraufhin einen Plan für das Wohngebiet zwischen den beiden Plätzen und stellt seinen Entwurf im **August 1958** in der „Deutschen Architektur" vor:

Das vorliegende Projekt schafft gewissermaßen ein Modell dafür, wie diese Wohnbebauung im Zentrum gedacht ist. Jedem Fachmann ist natürlich klar, daß die Organisierung dieser Wohnbebauung in jedem einzelnen Falle auf sehr große Schwierigkeiten stößt, weil die Projektierung keineswegs auf „grünem Rasen" erfolgt. Der unterirdische Raum der Großstadt ist gerade an dieser Stelle außerordentlich kompliziert organisiert. Selbst wenn Straßen aufgehoben sind, muß den Leitungen möglichst aus dem Wege gegangen werden. Der Bestand – zerstört oder nicht – beeinflußt die Planung erheblich, und schließlich ist zu beachten, daß das Baugeschehen sich in einzelnen Phasen abspielt, die sowohl technologisch wie auch vom übrigen ökonomischen Aufwand her beherrscht sein wollen. Bei dem vorliegenden Projekt mußte darauf geachtet werden, daß in der ersten Bauphase nur eine vertretbare Anzahl von Wohnungen und Gewerbebetrieben abgerissen wird und trotzdem das Baugeschehen im Stadtbild möglichst geschlossen zur Wirkung kommt. Das ist auch vom Standpunkt der Baustellenorganisation her zu wünschen. ←L 152

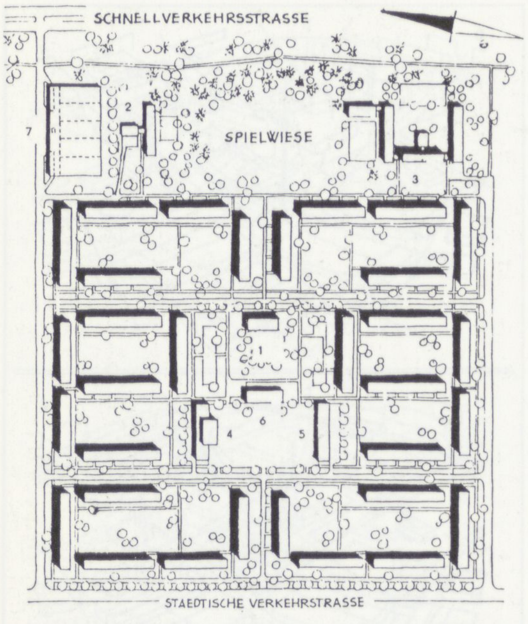
Aber wie erwähnt, wird das Projekt nicht nur von dem Standort beeinflußt, sondern auch vom Prozeß der Entwicklung des gesamten Baugesche-



Das Zentrum des Neuen Berlin, Planungsstand 1958 ←B 136



→B 135
6 Fernsehturm (Henselmann/1959)
7 Stahlnadel (Naumov/1959)
8 Gläserne Kuppel (Kaiser u.a./1960)
9 Fernsehturm/zentrales Gebäude (1964)
10 Fernsehturm/Palast der Republik (erbaut 1969/1976)



Hans Schmidt (1958): Schema-Entwurf eines „sozialistischen Wohnkomplexes" für 4500 Einwohner mit Kinderkrippe (1), Kindergarten (2), 20-Klassen-Schule (3), Kaufhalle (4), Verkaufsstätten (5), Klub-Gaststätte (6), Garage für 300 Stellplätze (7) ←B 137

Der „sozialistische Wohnkomplex"

Sowohl der Aufsatz wie auch der Mustergrundriß, die Hans Schmidt im **Mai 1958** veröffentlicht, stellen ←L 153 nur ein erstes Zwischenergebnis einer umfangreichen Forschungsarbeit dar, die **1958** das Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der Deutschen Bauakademie →B 138 beschäftigt und deren Ziel eine *neue und grundsätzliche,* ←L 154 *der komplexen Aufgabenstellung entsprechende Ausarbeitung von Planungsgrundlagen für sozialistische Wohnkomplexe* ist. Diese Arbeit trägt den Titel *Die Grundlagen für den sozialistischen Wohnkomplex unter Berücksichtigung der Industrialisierung des Bauwesens.* Die Ergebnisse werden am **16.6.1959** vom Ministerium für Bauwesen bestätigt und erscheinen in einem Sonderdruck der „Deutschen Bauenzyklopädie" im **September 1959** unter dem Kurztitel *Der sozialistische Wohnkomplex.* ←L 155 Es handelt sich dabei um verbindliche Planungsrichtlinien wie um Empfehlungen für den weiteren Wohnungsbau in der DDR, die die Gestaltungsgrundsätze, die **1954** unter dem Titel *Der* ←L 156 *Wohnkomplex* erschienen waren, ersetzen. ←S. 384 Im Redaktionskollektiv arbeiten neben Hans Schmidt u.a. Edmund Collein, Gerhard Kosel und Kurt Liebknecht.

Es sind nicht nur die neuen baukonstruktiven Anforderungen und die des anwachsenden Verkehrs, die eine Überarbeitung der bisherigen Richtlinien erforderlich machten, sondern daneben *vor allem noch* ←L 157 *Anforderungen des Luftschutzes* – ein aufschlußreicher kurzer Hinweis, der sich im Vorwort der Arbeit findet, auf den dort aber nicht weiter eingegangen wird.

Die neuen Richtlinien enthalten, sehr viel ausführlicher als die von **1954**, auf 100 DIN-A 4-Seiten alle notwendigen Planungsdaten von den allgemeinen Grundlagen bis zu Tiefbaumaßnahmen und Kostenabrechnungen. Den Kern der Arbeit bilden ein Schema-Entwurf eines Wohnkomplexes sowie eine Musterplanung für Bad Dürrenberg. Uns sollen hier nur die allgemeinen Planungsgrundlagen, vor allem die Unterscheidungsmerkmale des „sozialistischen" zum früheren Wohnkomplex ohne Zusatz und zu den Nachbarschaften in den kapitalistischen Ländern interessieren; dies müssen wir um so stärker berücksichtigen, da die hier dargelegten Prinzipien nicht nur für Neuanlagen, sondern auch *für die sozialistische Umgestaltung von* ←L 158 *Altbaugebieten Gültigkeit* haben.

Der Schema-Entwurf – der jedoch keineswegs schablonenhaft bei der konkreten Planung, die die örtlichen Besonderheiten einzubeziehen hat, übernommen werden soll – zeigt den von Verkehrsstraßen

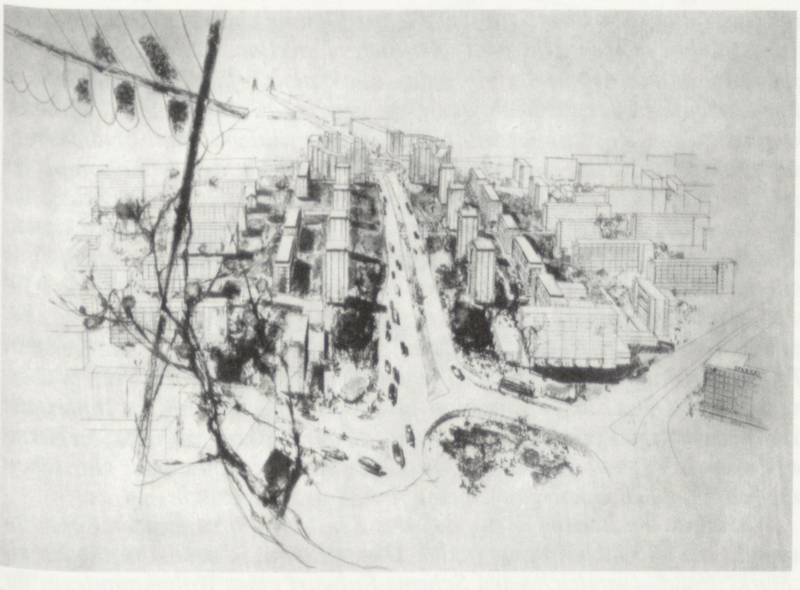
Hermann Henselmann (1957): Vorschlag für die Bebauung zwischen Strausberger Platz und Alexanderplatz

hens in der Deutschen Demokratischen Republik. Diese Entwicklung wird durch die Industrialisierung bestimmt. Ich bin überzeugt, daß dieser Komplex der Industrialisierung in seinem gesamten Zusammenhang und in seiner ganzen Tiefe von uns Fachleuten keineswegs vollständig übersehen wird. Wenn wir auf dem einmal beschrittenen Weg energisch vorankommen wollen, dann müssen wir einige der Widersprüche, die sich aus diesem Entwicklungsprozeß ergeben, lösen. Es gibt eine Fülle solcher Widersprüche. Da ist der Widerspruch zwischen dem traditionellen Bewußtsein des handwerklich produzierenden Menschen und den modernen Produktionsmitteln. Dieser Widerspruch spiegelt sich nicht nur in den Köpfen der Bauarbeiter wider, sondern auch bei den Architekten und Ingenieuren. Das Ziel ist, eine höhere Form der kooperativen Arbeit zu schaffen. Dazu ist notwendig, das einzelne städtebauliche Ensemble nicht für sich zu sehen, sondern „gebietsplanerisch" zu erfassen. Es ist wichtig, das einzelne Gebäude aus dem Zusammenhang des gesamten räumlichen Gebietes der Stadt zu begreifen. Es ist notwendig, den einzelnen Typ nicht schematisch, sondern im Zusammenspiel mit allen auf die städtebauliche und architektonische Gestaltung einwirkenden Faktoren anzuwenden, und selbstverständlich ist es auch notwendig, in bezug auf die architektonischen Mittel umzudenken. Ein weiterer Widerspruch, um auch diesen zu nennen, ergibt sich zwischen den ständig wachsenden Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft und der Produktion. Unsere Wohnformen sind in der Entwicklung genauso wie die Technik. Gewohnte Vorstellungen – auch die des Auftraggebers – müssen über Bord geworfen werden, wenn sie diese Bedürfniserfüllung im großen Stil behindern. Das ist ein Prozeß, der vom Architekten ebenso wie von der gesamten Bevölkerung erfaßt werden muß. Er wird ohne gegenseitige Beeinflussung nicht weitergeführt werden können. In den Köpfen vieler Bürger, die dringend auf eine Wohnung warten, bestehen tief eingewurzelte konservative Vorstellungen, die in Widerspruch geraten zu dem Anspruch, recht schnell zu einer Wohnung zu kommen. (...)

Bei der Erarbeitung dieses Projektes, das mit vielen Vertretern der Öffentlichkeit und Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung während

seines Entstehens beraten wurde, traten diese Widersprüche offen zutage. Dabei gingen wir aus von dem bisherigen Abschnitt der Stalinallee und dem, was sich unter dem Eindruck der weiteren Entwicklung sowohl der Bedürfnisse als auch des Bauwesens verändert hat.

Wir alle wünschten eine großzügige Lösung und eine Fortsetzung der Stalinallee als Straßenraum. Mit Rücksicht auf die zunehmende Verkehrsdichte wurden jedoch die längsgerichteten Gebäude der Straße – sie wurden um dieser Fortsetzung willen in der Richtung von Osten nach Westen aufgestellt – vom eigentlichen Verkehrsband der Straße abgerückt, nämlich ebenso weit, wie der erste Abschnitt der Stalinallee breit ist. In diesen sich ergebenden Freiraum wurden acht Punkthäuser hineingestellt, die in ihrer Reihung und auch in ihrer Durchbildung gewissermaßen einen festlichen Auftakt zum Alexanderplatz und Marx-Engels-Platz hin bilden. . . . Der Wunsch aller auf das Projekt Einwirkenden bestand darin, zwar auch intime Räume zu erhalten und die Fußgängerbereiche von dem Fahrverkehr energisch zu trennen, jedoch keineswegs den Eindruck einer kleinstädtisch-provinziellen Zurückgezogenheit links und rechts der Stalinallee zu schaffen. Die Überwindung des Vorn und Hinten im Wohnen der kapitalistischen Periode schließt auch die Überwindung des Oben und Unten, des Regierens und Regiertwerdens mit ein.



Hermann Henselmann (1957): Blick vom Alexander- zum Strausberger Platz ←B 140

Das Wohngebiet umfaßt 4600 Wohneinheiten für etwa 15.000 Einwohner gegenüber 40.000 Einwohnern, die vor der Zerstörung in dem Gebiet gelebt hatten. Das von Schnellverkehrsstraßen eingegrenzte Gebiet schließt überörtliche Einrichtungen am Alexanderplatz und an der Stalinallee ein. Das Hauptgewicht legt Henselmann bei seinem Entwurf offensichtlich auf die Gestaltung der Stalinallee. Die Wohnkomplexe liegen verdeckt hinter den 8 Punkthochhäusern und den den Straßenraum fassenden Laubenganghäusern als Aneinanderreihung von Wohnhausscheiben, in die ohne erkennbare weitere Untergliederung die gesellschaftlichen Einrichtungen eingestreut sind.

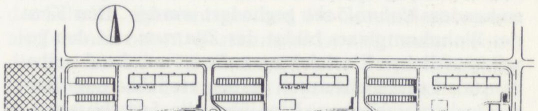
Die theoretische Bestimmung des „sozialistischen Wohnkomplexes“, die zunächst Hans Schmidt formuliert hat, ist inzwischen vorangekommen. Unter dem Titel „Der sozialistische Wohnkomplex als Architektur“ stellt er im **Juni 1958** das erste Ergebnis seiner Arbeit, einen Schema-Entwurf für einen Wohnkomplex für 4500 Einwohner und seine theoretische Bestimmung, vor. Die Darstellung wird durch historische Vergleiche und die Kritik laufender Bezirksplanungen in der DDR ergänzt, auf die wir hier nicht eingehen:

Man geht nicht zu weit, wenn man den Wohnkomplex als eine der zentralen Aufgaben der sozialistischen Architektur bezeichnet. Heute sind – fußend auf den Arbeiten der sowjetischen Städtebauer – die funktionellen Fragen auch bei uns schon weitgehend durchgearbeitet worden (vergleiche Dipl.-Ing. Kurt Junghanns, Der Wohnkomplex als Planungselement im Städtebau, Berlin 1954). Neu stellt sich die organisatorische und techno-

→B 139 Planungsgrundlage für den sozialistischen Wohnkomplex. Das Titelblatt zeigt den Plan für den Musterwohnkomplex in Bad Dürrenberg

begrenzten Wohnkomplex, von denen aus er durch Stichstraßen erschlossen wird und der selbst frei von Durchgangsverkehr und im wesentlichen ein Fußgängerbereich ist. Zu zwei Dritteln wird die Fläche als Wohnbauland genutzt, dessen Bauten um ein Zentrum entstehen sollen, in dem sich die Folgeeinrichtungen und die Freiflächen für Sport, Spiel und Erholung befinden. In Zahl und Struktur werden die Folgeeinrichtungen auf die Anzahl der Einwohner abgestimmt. Bei 4- und 5geschossiger Bebauung liegt die wirtschaftlichste Größe des Wohnkomplexes bei 4.750 Einwohnern. Den zentralen Bezugspunkt bildet die Schule. Die Entfernung der Wohngebäude vom Zentrum sollte 400 m nicht überschreiten.

Die Wohngebäude bestehen aus Reihen von 3 bis 5 Einzelhäusern. Sowohl die Länge der Wohngebäude



→B 141 ←L 159 Deutsche Bauakademie (1959): Schema-Entwurf des „Sozialistischen Wohnkomplexes“ mit Schule (1), Aula (2), Turnhalle (3), Hort (4), Kindergarten (5), Kinderkrippe (6), Einkaufsstätte f. tägl. Bedarf (7), Friseur (8), Annahmestelle (9), Spezialverkaufsstätte f. wöch. Bedarf (10), Klubgaststätte (11), Spielplatz (12), Großgarage (13), Kommunale Folgeeinrichtungen (14), Trafostation (15)

wie auch ihr Abstand voneinander bestimmen sich aus bautechnischen Gesichtspunkten, den Forderungen des Verkehrs, der Besonnung und Durchlüftung und, wie ausdrücklich erwähnt wird, nach den Grundsätzen des Luftschutzes. Für den mehrgeschossigen Wohnungsbau werden Hauslängen von 80 m bevorzugt.

Die architektonische Komposition des *sozialistischen Wohnkomplexes* soll *die funktionellen Auf-* ←L 160 *gaben, die technischen und technologischen Bedingungen und die baukünstlerischen Absichten* zu einer Einheit zusammenfassen. Für die Gebäudegruppierung und die Raumbildung wird mit einem Zitat von Walter Ulbricht gefordert, daß im Wohnkomplex *die Gebäude* ←L 161 *so zueinander in Beziehung gesetzt stehen sollen, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl und das gesellschaftliche Leben der Bevölkerung gefördert werden.* Die Voraussetzung der industriellen Bauweise macht es notwendig, daß die noch **1954** angestrebten Gestaltungsgrundsätze einer geschlossenen Bebauung mit betonten Eckgebäuden aufgegeben wird:

Die Raumbildung im Wohnkomplex kann nicht ←L 162 *mehr von der früheren geschlossenen Bebauung (allseitig umbaute Höfe, Ecklösungen usw.) mit den sich daraus ergebenden geschlossenen Straßen- und Platzräumen ausgehen. Die Anwendung typisierter Bauwerke, die zum einfachsten, allseitig freistehenden Baukörper führt, bedeutet den Übergang zum* **Prinzip der offenen Bebauung**. *Damit wird die räumliche Trennung von Straße und Blockinnerem aufgehoben und der durchgehende Raum geschaffen. Dies soll jedoch nicht dazu führen, daß der Raum aufgehoben wird. Es kann sich also nicht um die vom westlichen Städtebau propagierte „aufgelöste" Bebauung handeln, bei welcher durch schräggestellte, willkürlich versetzte, vom rechten Winkel ohne zwingenden Grund abweichende Hauskörper höchstens noch plastische Effekte, aber keine räumlichen Wirkungen mehr zustande kommen, und deren letzter Sinn es ist, die Isolierung der Bewohner, die Flucht aus der Gesellschaft zu demonstrieren. Die Anwendung der offenen Bebauung und das Prinzip des durchgehenden Raumes beim sozialistischen Wohnkomplex müssen zu einem diesen Tendenzen entgegengesetzten gesellschaftlichen Sinn führen. Baukünstlerisch, vom Standpunkt der städtebaulichen Komposition gesehen, bedeutet dies die Notwendigkeit, klar geordnete und erfaßbare räumliche Verhältnisse und Beziehungen zwischen den Teilen und dem Ganzen innerhalb der Wohnbebauung, zwischen der Wohnbebauung und dem Zentrum und zwischen dem Wohnkomplex und seiner Umgebung zu schaffen.*

Innerhalb des Wohnkomplexes soll die Wohnbebauung in *Häusergruppen* mit 3–6 der 80 m langen, frei stehenden *Wohnblöcke* gegliedert werden. Den Kern des Wohnkomplexes bildet das *Zentrum* mit den gesellschaftlichen Einrichtungen. Es ist nur durch seine zentrale Lage, nicht durch gesteigerte Höhe oder Baumasse hervorgehoben. Eine über die 5geschossigen Wohnhäuser hinausgehende Gebäudehöhe wird in den gewöhnlichen Wohnkomplexen, mit Ausnahme derer im Zentrum der Hauptstadt, nicht für erforderlich gehalten. *Grundsätzlich abzulehnen sind Punkthochhäu-* ←L 163 *ser als Bebauungstypen, da dies weder den technisch-ökonomischen noch den gesellschaftlichen Forderungen an die Bebauung sozialistischer Wohnkomplexe entspricht.*

Der sozialistische Wohnkomplex für 4–5000 Einwohner ist die kleinste Planungseinheit des sozialistischen Städtebaus. Er *ordnet sich harmonisch* ←L 164 *in das Gesamtgefüge der Stadt (in Großstädten untergliedert in Stadtbezirke) ein, deren Wohngebiet sich in Wohnbezirke und Wohnkomplexe gliedert.* Dabei ist der Wohnkomplex nicht nur eine bauliche, sondern auch eine gesellschaftliche Gliederungseinheit.

Der Wohnkomplex soll das gesellschaftliche Leben ←L 165 *und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung fördern. Die Gruppierung der Wohngebäude in sozialistischen Wohnkomplexen entspricht den Formen der territorialen Gliederung gesellschaftlicher Organisationen in den Wohngebieten, die für das politische, kulturelle und materielle Leben der sozialistischen Gesellschaft eine immer mehr zunehmende Rolle spielen.*

logische Ausführung des Wohnkomplexes als Aufgabe des komplexen Bauens. (. . .)

Der sozialistische Wohnkomplex ist also etwas Neues. Er ist selbst dann etwas Neues, wenn die Wohnungsgrundrisse, der Selbstbedienungsladen und der Ruheraum in der Kinderkrippe nicht anders aussehen als bei den Kapitalisten, oder wenn die Architekten die Häuser nicht schräg aufstellen dürfen, weil die Kranführung dies nicht erlaubt, oder durchweg viergeschossig gebaut wird, weil sich dies als die billigste Bauweise erwiesen hat.

Darin liegt nämlich nicht das Wesentliche. Das Wesentliche liegt darin, daß der Wohnkomplex als eine Einheit, ein Ganzes erdacht, gebaut und bewohnt werden soll. Diese Einheit ist aber mehr als nur eine Summe von Wohnblöcken und gesellschaftlichen Bauten. Es stellt sich die Aufgabe, die verschiedenen Bauten so zusammenzuordnen, daß sie eine räumliche Einheit bilden, bei der alle Teile in einem bewußten und vom Bewohner empfundenen Zusammenhang zueinander stehen.

Entscheidend sind für den Wohnkomplex – wenn er im Sinne unserer Forderung zur Architektur verstanden werden soll – seine funktionelle und räumliche Einheit. Wenn wir daran denken, daß ein Wohnkomplex im heutigen Begriff an Zahl der Einwohner und Flächenausdehnung einer früheren Stadt gleichkommt, so leuchtet ein, daß schon die einfachsten Formen des öffentlichen Lebens seiner Bewohner – der Einkauf, der Besuch der Gaststätte, der Abend im Klub – zur Bildung eines bescheidenen Zentrums führen müssen. Die gesellschaftliche Funktion, die früher der Dorfplatz, die antike Agora, der ehemalige Marktplatz erfüllt hatten und die in den Einkaufsstraßen der Wohnquartiere aus dem 19. Jahrhundert auf einen kommerziellen Rest zurückgedrängt wurde, wird damit zum organisierenden Faktor. Soll das bedeuten, daß das Zentrum des Wohnkomplexes eine zentrale Lage erhalten muß? Eigentlich müßte dies mit Rücksicht auf den Einkaufsweg der Hausfrau, der 200 bis 250 m nicht überschreiten sollte, so sein. Die Lage am Eingang zum Wohnkomplex, in Verbindung mit der Haltestelle des öffentlichen Verkehrsmittels, wie sie gewöhnlich für die „shopping-centres" im Siedlungsbau des Westens gefordert wird, hat demgegenüber den Nachteil der großen Entfernung für die entlegeneren Teile des Komplexes. Dabei sollte man allerdings das richtige Prinzip übernehmen, daß das Einkaufszentrum in kürzester Verbindung zur Haltestelle des öffentlichen Verkehrsmittels steht, da der Einkauf oft mit dem Heimweg von der Arbeit verbunden wird. Der Wohnkomplex muß also schon aus funktionellen Überlegungen eine Art Zentrum bekommen. (. . .)

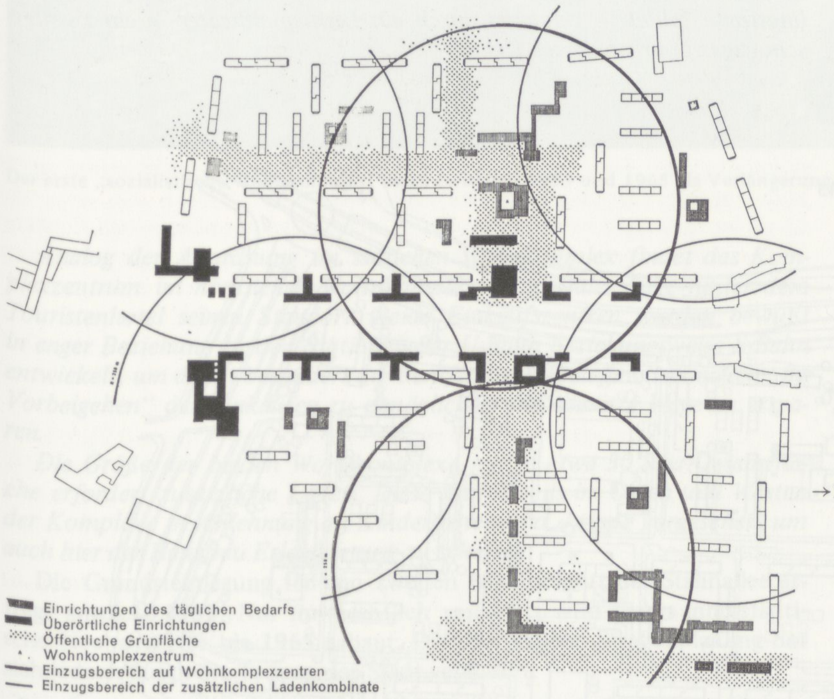
Wir sehen die Lösung darin, daß das Zentrum seinen eigenen Raum innerhalb des Wohnkomplexes bildet. Dieser Raum, je nach Umständen als „Marktstraße" (vergleiche den Schema-Entwurf eines Wohnkomplexes für 4500 Einwohner) aufgefaßt, dominiert im Wohnkomplex nicht mehr durch seine absolute Größe, was funktionell nicht berechtigt wäre, oder durch die Höhe der Bauten, sondern durch den eigenen Maßstab, der sich aus den gesellschaftlichen Bauten – den Läden und der Gaststätte – ergibt und der ihn auf natürliche Weise weit und bedeutsam erscheinen läßt. Dafür ist allerdings notwendig, daß diese Bauten in sich einen Komplex, eine architektonische Einheit bilden, sich in ihrer Architektur unterstützen und zugleich die Beziehung zu den Blöcken der Wohnhäuser aufnehmen. Ein solches Zusammenwirken, wie es besonders eindrücklich Weinbrenners Entwürfe für das Zentrum von Karlsruhe zeigen, ist allerdings nicht möglich auf dem Wege des malerisch-zufälligen Arrangierens von individuell für sich entworfenen gesellschaftlichen Bauten. Es wird sich aber bereits aus rein technischen Notwendigkeiten ergeben, sobald wir an die Aufgabe gehen, einen Wohnkomplex in einheitlicher industrieller Bauweise und Bautechnologie aufzubauen und dabei auch die gesellschaftlichen Bauten einzubeziehen.

Der Entwurf von Hermann Henselmann für das Wohngebiet zwischen Strausberger und Alexanderplatz berücksichtigt diese Zielsetzungen keineswegs. Er wird nicht nur wegen der Punkthochhäuser und der Laubenganghäuser an der Stalinallee abgelehnt.

Noch im **September 1958** werden neben Henselmann die Kollektive von Collein, Dutschke, Englberger, Funk, Hopp und Paulick zur Ausarbeitung neuer Vorschläge aufgefordert. Sie sollen nun 5400 Wohneinheiten für 16.200 Einwohner bei einer Wohndichte von 500 E/ha planen. In einer gemeinsamen Aussprache werden die Entwürfe auf ihre Qualität untersucht und ökonomisch verglichen. Als die wirtschaftlichsten Entwürfe stellen sich die von Dutschke und Collein heraus, die beide zusammen mit der

endgültigen Ausarbeitung beauftragt werden. Ihr gemeinsamer Bebauungsvorschlag, in dem die erhaltungswürdigen Altbauten berücksichtigt werden, enthält 5266 Wohnungseinheiten für 16.100 Menschen bei einer Wohndichte von 535 E/ha. Es sind 20% Einzimmer-, 32% Zweizimmer- und 48% Zweieinhalb- und Mehrzimmerwohnungen vorgesehen. Das Wohngebiet gliedert sich in zwei Wohnkomplexe nördlich und südlich der Stalinallee zu je 8000 Einwohnern. Jeder der beiden Wohnkomplexe soll eine Schule und zwei Kindergärten erhalten. Das vom Bezirk und Magistrat bestätigte Projekt wird im **Oktober 1959** vorgestellt. Es enthält auch Aussagen über das Verfahren zu seiner Herstellung und über die funktionale Struktur der Wohnkomplexe in diesem größten Neubaugebiet auf ehemaligem Altbaugelände in Berlin:

Ein besonderes Anliegen der Verfasser war, die Bebauung der Stalinallee in lebendige Beziehung zur Bebauung der beiderseits angrenzenden Wohngebiete zu setzen und damit zu verhindern, daß sich die zügige Randbebauung der Stalinallee als selbständige Schale von der Struktur des Gesamtgebietes löst. So entstand eine straffe Raumordnung, in der sich die Blocks an der Stalinallee gewissermaßen als Bestandteile der Wohnkomplexe einordnen. ←L 167



Kollektiv Collein (Deutsche Bauakademie)/Kollektiv Dutschke (VEB Hochbauprojektierung Berlin I) (1959): Öffentliche Grünflächen und gesellschaftliche Einrichtungen der Wohnkomplexe zwischen Strausberger und Alexanderplatz ←B 142

Für die Bebauung der Wohnkomplexe wurde entgegen den ursprünglichen Absichten eine Differenzierung in der Geschoßzahl vorgeschlagen, wobei sich fünf-, acht- und zehngeschossige Wohnbauten zu Wohngruppen zusammenfügen. Die Differenzierung in der Höhenentwicklung ermöglicht nicht nur eine dem Wohngebiet angemessene Gliederung des Gesamtaufbaus, sondern soll zugleich einen organischen Übergang sowohl zu den Gebieten am Rand des Zentrums mit vorherrschend fünfgeschossiger Bebauung als auch zum Zentrum selbst mit vorwiegend vielgeschossiger Bebauung sichern. Mit der Staffelung in den Höhenentwicklungen wird zugleich eine größere Beweglichkeit im städtebaulichen Plangefüge erreicht, die besonders bei der Rekonstruktion von Altbaugebieten von großem ökonomischen Nutzen sein kann und die Möglichkeit schafft, auf vorhandene Versorgungsleitungen detailliert einzugehen. Nicht zuletzt sollte man beachten, daß sich durch die gemischte Bebauung insofern ein Vorzug ergibt, als in bezug auf das typisierte Bauen eine Bereicherung des städtebaulichen Raumbildes erreicht wird und sich für den Massenaufbau eine größere Maßstäblichkeit ergibt. Der Anteil der fünfgeschossigen Bauten beträgt mit 780 Wohnungseinheiten etwa 17 Prozent der Gesamtzahl von 4674 Wohnungseinheiten.

Die vorgeschlagenen Wohngruppen sind als Elemente der städtebaulichen Gliederung zu werten, die in ihrer Addition die städtebauliche Ein-

Der Wohnkomplex ist nicht nur deshalb „sozialistisch", weil er der sozialistischen Gesellschaft eine räumliche Gliederung gibt, er stellt auch *eine Errungenschaft der sozialistischen Gesellschaftsordnung dar*, die die Verfasser wie folgt begründen:

→L 166
- *Die Nutznießer der Wohnungen und Einrichtungen für die materielle und kulturelle Versorgung und Betreuung in den sozialistischen Wohnkomplexen sind alle Werktätigen und nicht, wie in den neu erbauten Wohnvierteln oder Nachbarschaften kapitalistischer Länder, fast ausschließlich die Bourgeoisie und Angehörige des Kleinbürgertums.*
- *Im Sozialismus stellt der Bau von Wohnungen nicht ein Mittel zur Gewinnung und Sicherung kapitalistischer Profite dar, sondern dient bei wesentlich niedrigeren Mietsätzen als im Kapitalismus der Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung.*
- *Alle baulichen Anlagen sozialistischer Wohnkomplexe werden, ausgehend von den volkswirtschaftlichen Bedingungen, nach den Bedürfnissen der Bewohner geplant und gebaut.*
- *Für die Planung und den Bau sozialistischer Wohnkomplexe besteht die Möglichkeit, Grund und Boden zu nutzen, ohne daß, wie z.B. in Westdeutschland, kapitalistische Eigentumsschranken eine komplexe Bebauung verhindern oder zur Ausnahme machen.*

Die Prinzipien der städtebaulichen Planung von Wohngebieten werden seit Beginn der 60er Jahre innerhalb des Instituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in der Deutschen Bauakademie überarbeitet und weiterentwickelt. Es stellt sich heraus, daß die bisher angestrebte Einwohnerdichte pro Hektar unökonomisch ist, sowohl im Hinblick auf die Auslastung der gesellschaftlichen Einrichtungen, v.a. des Einkaufszentrums, als auch auf die Wegelängen. Die Tendenz geht schon bei den **1962** vorgestellten, sich noch in Bearbeitung befindlichen neuen Prinzipien dahin, bei der strukturellen Gliederung der Stadt einerseits die *Wohngruppe* als kleinste Einheit mit 1000 bis 3000 Einwohnern einzuführen, andererseits die *Wohnkomplexe*, die sich aus mehreren *Wohngruppen* zusammensetzen, zu vergrößern. Mehrere Wohnkomplexe bilden →L 168 den *Wohnbezirk* mit 20.000 bis 60.000 Einwohnern. Der Wohngruppe soll die *gesellschaftliche Organisationsform des Wirkungsbereiches der Nationalen Front und der Wirkungsbereich des Volksvertreters* entsprechen und bei einem Versorgungsradius von etwa 200 m Kindergarten, Kinderkrippe und Wohngruppentreff zugeordnet sein.

Der Wohnkomplex mit einem Versorgungsradius von etwa 500 m soll Einkaufshalle und die Bauten der Schulen, Sportanlagen und des Gesundheitswesens als Zentrum haben. Bestimmend ist nicht mehr allein die Kapazität der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, sondern die betriebswirtschaftliche Optimierung der Versorgungseinrichtungen, vor allem der Kaufhalle. Eine stärkere Verdichtung der Baumassen ist die Konsequenz. Die mit Luftschutzerfordernissen begründeten 80 m langen, 5geschossigen Wohnblöcke werden aufgegeben und ersetzt durch die in den 60er Jahren bautechnisch möglich gewordenen vielgeschossigen Wohnhausscheiben von nahezu beliebiger Länge, die auch geschlossene Ecken und Mäanderstrukturen erlauben. Sie ermöglichen eine Rückkehr zu homogeneren Raumeinheiten und zu deutlicherer Trennung von Wohnhöfen und Straßenraum. Die verdichtete Wohnbebauung wird ergänzt durch die zu Kompaktbauten zusammengefaßten Versorgungseinrichtungen im Zentrum der Wohnkomplexe.

Bei den in den 70er und 80er Jahren gebauten Wohnkomplexen entspricht die Einwohnerzahl z.T. der, wie sie in der Theorie Anfang der 60er Jahre für den Wohnbezirk angenommen wurde. Als Zwischenglied zwischen *Wohngruppe* und *Wohnkomplex* wird das *Wohngebiet* eingeführt. So gliedert sich z.B. der zwischen **1970** und **1980** für etwa 46.500 Einwoh- →L 169 ner gebaute *Wohnkomplex Fennpfuhl* in Lichtenberg, →S. 392 für den **1957** der letzte, folgenlose gesamtdeutsche Wettbewerb ausgeschrieben war, in 3 *Wohngebiete*, die ihrer Größe nach jeweils in den 60er Jahren projektierten „Wohnkomplexen" entsprechen.

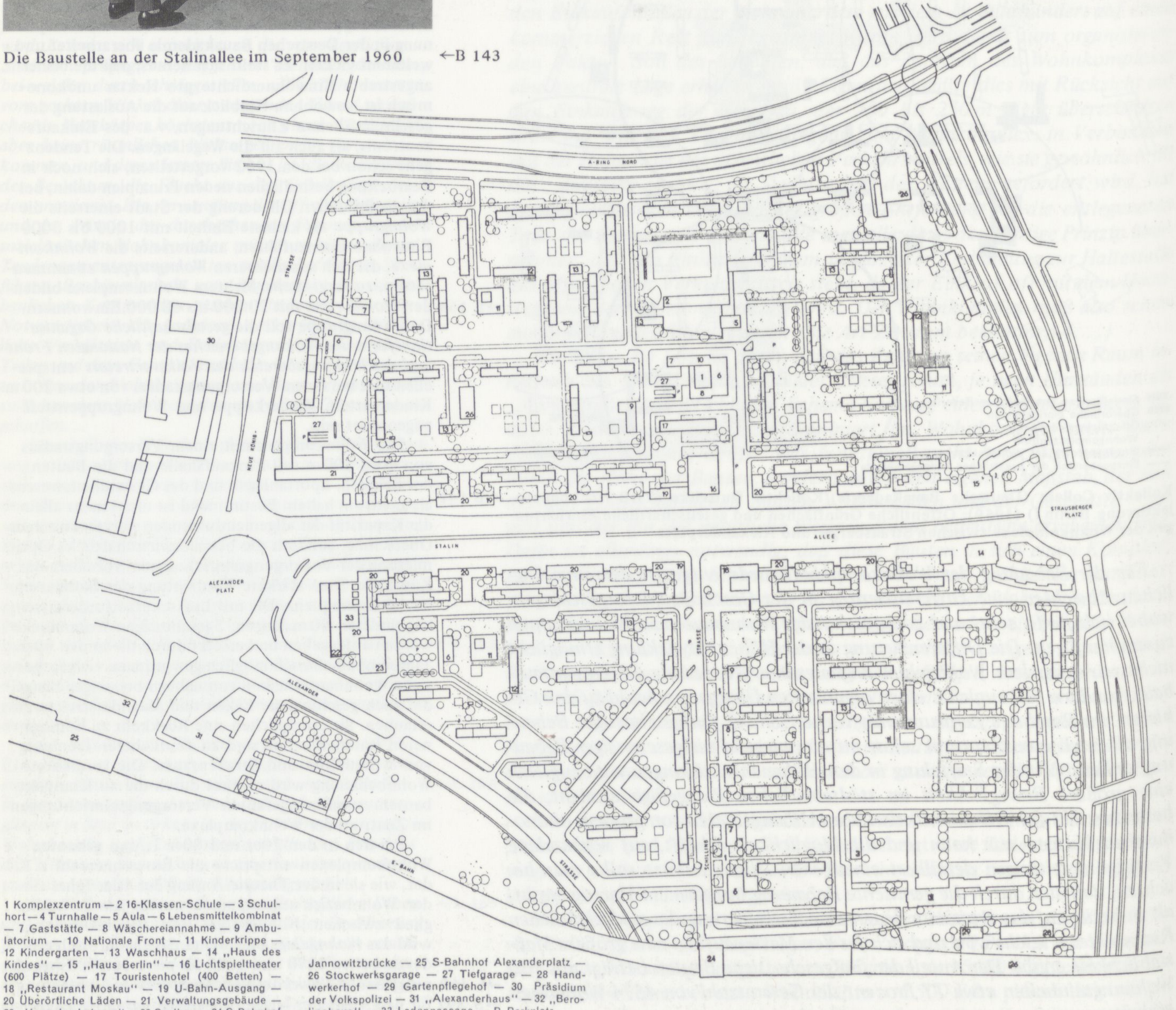
Die Baustelle an der Stalinallee im September 1960 ←B 143

heit des Wohnkomplexes ergeben. Diese Unterteilung der Komplexe soll eine intimere, für die Bewohner ablesbare Raumbildung ermöglichen und damit zur Förderung und Bereicherung des Gemeinschaftslebens beitragen. Jede Wohngruppe formiert sich um den ihr zugehörigen internen Grünraum mit Sport- und Spielplätzen, wobei jeder einzelne Raum auf das Gesamtensemble abgestimmt ist und Raumfolgen entstehen, die in klarer Beziehung zu den gesellschaftlichen Einrichtungen stehen. Einer solchen Wohngruppenbildung werden sowohl für die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft als auch für die Entwicklung der Persönlichkeit beachtliche Bildungskräfte beigemessen. Dem Charakter eines innerstädtischen Wohngebietes entsprechend, werden die Gruppen klar geordnet zusammengestellt – ein Gestaltungsprinzip, welches der vielgeschossigen Bebauung und dem industriellen Bauen entspricht.

Die Zentren der beiden Wohnkomplexe sind in Beziehung zu den öffentlichen Verkehrsmitteln S- und U-Bahn gesetzt.

[□] →L 170

Deshalb wurden am Bahnhofsvorplatz der S-Bahn an der Jannowitzbrücke ein Lebensmittel-Verkaufskombinat mit Fischverkaufsstelle, ein Industriewaren-Verkaufskombinat, eine Gaststätte und weiterhin . . . ein Aufklärungslokal der Nationalen Front, eine Schnellreinigung und ein Stadtambulatorium vorgesehen. Den nördlichen Raumabschluß der Schillingstraße bildet – verstärkt durch ein Lichtspieltheater – ein zwölfgeschossiges Touristenhotel. (. . .)



1 Komplexzentrum — 2 16-Klassen-Schule — 3 Schulhort — 4 Turnhalle — 5 Aula — 6 Lebensmittelkombinat — 7 Gaststätte — 8 Wäschereiannahme — 9 Ambulatorium — 10 Nationale Front — 11 Kinderkrippe — 12 Kindergarten — 13 Waschhaus — 14 „Haus des Kindes" — 15 „Haus Berlin" — 16 Lichtspieltheater (600 Plätze) — 17 Touristenhotel (400 Betten) — 18 „Restaurant Moskau" — 19 U-Bahn-Ausgang — 20 Überörtliche Läden — 21 Verwaltungsgebäude — 22 „Haus des Lehrers" — 23 Saalbau — 24 S-Bahnhof Jannowitzbrücke — 25 S-Bahnhof Alexanderplatz — 26 Stockwerksgarage — 27 Tiefgarage — 28 Handwerkerhof — 29 Gartenpflegehof — 30 Präsidium der Volkspolizei — 31 „Alexanderhaus" — 32 „Berolinahaus" — 33 Ladenpassage — P Parkplatz

Kollektiv Collein/Kollektiv Dutschke (1959): Planung der ersten beiden „sozialistischen Wohnkomplexe" zwischen Strausberger Platz und Alexanderplatz ←B 144

Der erste „sozialistische Wohnkomplex" wird zwischen 1959 und 1965 als Verlängerung der Stalinallee (Karl-Marx-Allee) gebaut ←B 145

Analog der Anordnung im südlichen Wohnkomplex findet das Komplexzentrum im nördlichen Wohnkomplex in zentraler Lage hinter dem Touristenhotel seinen Standort. Beide Einkaufszentren wurden bewußt in enger Beziehung zu den Stationen der U-Bahn beziehungsweise S-Bahn entwickelt, um damit besonders der berufstätigen Frau gewissermaßen „im Vorbeigehen" das Einkaufen zu ermöglichen und unnütze Wege zu ersparen.

Die Größe der beiden Wohnkomplexe mit je etwa 30,5 ha Gesamtfläche erfordert zusätzliche Läden. Diese sind jeweils im Osten und Westen der Komplexe in Anlehnung an Kindergarten und -krippe vorgesehen, um auch hier der Hausfrau Erleichterung zu schaffen.

Die Grundsteinlegung für den zweiten Bauabschnitt der Stalinallee erfolgt am **6.10.1959**. Nur unwesentlich verändert wird dieses innerstädtische Neubaugebiet **bis 1965** gebaut. Die überörtliche Straßenplanung hat sich jedoch durch die Teilung der Stadt verändert.

Blick vom Alexanderplatz auf den Fernsehturm 1989 ←B 146

4.5 Die Westwanderung der Wohnzelle Friedrichshain

Am **21.9.1955** notiert sich Hans Scharoun aus seiner Erinnerung den Verlauf des Planungsprozesses Hansaviertel-Interbau. Er beginnt mit der Ausschreibung des Wettbewerbs und endet bei der Beschreibung des von Bartning bestimmten Plans für den Wiederaufbau vom **12.2.1955**:

→A 70 *Betrifft: Hansa-Viertel*
als Produkt der Bürokratie und Demokratie.

Aktion des Bezirksamtes – Vorstellung einer Neuplanung aufgrund eines Austausches der Grundstücke möglichst ohne Änderung am wirtschaftlichen Bestand, was Volumen und Rangordnung der wirtschaftlichen Werte anbelangt.

Weg: Weitgehend vorbereitete und weitgehend bindende Untersuchung und Darlegung der wirtschaftlichen Forderungen.

Ergebnis: Entscheidung des Preisgerichtes vorwiegend nach baukünstlerischen Gesichtspunkten.

Die baukünstlerische Konzeption identifiziert Aufgabe und künstlerische Leistung. Das Wettbewerbs-Ergebnis zwingt zur Durchführung des Baugedankens durch einen oder wenige der an den Entwurf gebundenen künstlerischen Persönlichkeiten. Die Übernahme des Wettbewerbs-Ergebnisses als Grundlage der internationalen Bauausstellung zwingt zur Differenzierung der Konzeption – so, daß Objekte mit Persönlichkeiten europäischen Rufes identifiziert werden können.

Folge: Die Blöcke werden ohne Aufgabe der grundlegenden Konzeption zerhackt – ein Kompromiß, welcher die ursprüngliche Gestaltgebung verwässert und den Ansprüchen der Persönlichkeiten nicht genügend entgegenkommt.

Dies wird allgemein empfunden; der Eingriff Bakema's in der Architektenbesprechung im Dezember 1954 als Erlösung aus einem unhaltbaren Zustand akzeptiert.

Im Grunde ist dieser Vorschlag nur eine Identifizierung persönlicher Ansprüche mit neuen planerischen Gegebenheiten – allerdings auf dem Aspekt des in Rotterdam Geschaffenen.

Das Fehlen jeglicher strukturbedingter Idee geht u.a. aus den zum Architektentreffen herausgegebenen Unterlagen hervor. Einerseits wird ein Verzeichnis der gewünschten Aufgaben ausgeliefert. Es enthält die Bezeichnung der jeweiligen Objekte und eine vage Darstellung der darin zu bewältigenden Aufgabe. Man handelt zur Zeit nach einem gewissen Rezept – diesem liegt zuweilen eine Bettenanzahl, zuweilen die Raumzahl der gewünschten Wohnungen zugrunde – z.B. gewisse Prozentsätze von 1 1/2, 2, 2 1/2 oder 3 Zimmern. Diese Determinierung setzt die übliche geschlossene Bauweise in 2, 3, 4, 5 Geschossen voraus – als Rand- oder Zeilenbebauung. Diese rezepthafte Behandlung rührt also nicht an gesellschaftliche oder technische Probleme, sie ist lediglich der zur Zeit übliche Leitfaden.

Wenn also solche Anhaltspunkte Persönlichkeiten ausgehändigt werden, die Problemen aufgeschlossen sind, geben sie diesen die Veranlassung zur sinnvollen Entwicklung von Siedlungseinheiten im Flach- oder Hochbau oder im gegliederten Einzelobjekt.

Die zweite Unterlage, die aber gleichzeitig ausgehändigt wird, schreibt die lageplanmäßig festgelegte Lage und Größe des einzelnen Objektes vor, so daß die in Gang gesetzte Phantasie der angesprochenen Persönlichkeit keine Möglichkeit zur Realisierung eigener struktureller Ideen erhält.

Aus diesen beiden Unterlagen geht hervor, daß eine eindeutige tragende geistige Idee und Vorstellung nicht bestand. Vielmehr sind auf der einen Seite eine städtebauliche Konzeption, auf der anderen Seite die Auskunft eines Wohnungsträgers zur Grundlage der neuen Stadt geworden. –

Die Prozedur in kurzer Zeit und das Besondere dieses persönlichen Anspruches läßt die Gesamtaufgabe endgültig in 2 Teile zerfallen, aufgeschnitten durch die Magistrale der Altonaer Straße.

Der Ring bemächtigt sich aus Gründen des Gewissens der Aufgabe und stellt drei Forderungen:
1.) Eine Untersuchung struktureller Art,
2.) Frage des zentralen Mittelpunktes als „Herz“ der geplanten Anlage,

3.) die Auslegung des „Ortes", d.h. die Bedeutung der Spree in Verbindung mit der Planaufgabe im Gegensatz zur zufälligen Realität der Stadtbahn – Einbeziehung der geplanten Schule,
Überspringen der Stadtbahn durch ein über die Stadtbahn hinausgeschobenes Hochhaus,
provisorische Inanspruchnahme der für die Porzellan-Manufaktur geplanten neuen Fabrikhallen am Ufer der Spree.

Diese Konzeption des Ringes wird schriftlich und modellmäßig vorgetragen. Sie scheitert an wirtschaftlichen und organisatorischen Bedenken. Der Plan, der sodann zur neuen Grundlage wird, erhöht in unzureichendem Maße zwar das erdgebundene Wohnen, verzichtet aber auf eine brauchbare Ausbildung der „Mitte" und ordnet die Bauwerke unter weitgehender Innehaltung bereits verteilter Einzelobjekte nach reichlich äußerlichen Gesichtspunkten an. Die Folge ist z.B. die durch Parallelität nochmals unterstrichene Zufälligkeit der die Zusammenhänge zerschneidenden Stadtbahnführung.

Der Mangel einer tragenden Idee wirkt wie ein Vakuum – so ist es kein Zufall, daß wohl jeder der herangezogenen Persönlichkeiten in Einsicht dieses Mangels ihre Konzeption zum Ausgang der Gesamthaltung zu machen bestrebt ist.

Die uns durch „Werkraum" und durch die „Zeit" abgeforderten Anliegen sind nicht der Mittelpunkt der Bemühungen, denen Lösungsabsichten verschiedener Art und verschiedener Herkunft begegnen sollten.

Ein Grundübel in der Entwicklung ist und war, daß die politisch bestimmten Persönlichkeiten keine Vorstellung von den Problemen und den Trägern der Probleme hatten und aus Gründen solcher Unkenntnis sowohl als auch aus „demokratischen Prinzipien" zu Ausschüssen verschiedener Größe und verschiedener Art statt zu einer verantwortlichen Persönlichkeit oder einem kleinen verantwortlichen Gremium griffen. –

4.5.1 Der „Ring" um Scharoun und sein Alternativplan zum Hansaviertel

Wer gehört dem „Ring" an, der sich *aus Gründen des Gewissens* mit einer Alternative zu der am **11.12.1954** in zwei Teile zerfallenen Planung zum Ausstellungsgebiet Hansaviertel beschäftigt, und wie sieht diese Alternative aus? ←A 71 ←S.376

Ursprünglich war der Ring eine **1926** in Berlin gegründete Architektenvereinigung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, das „Neue Bauen" zu verbreiten. Diese Vereinigung hat sich aus den Zusammenschlüssen von Künstlern nach der Novemberrevolution **1918** und aus dem **1923/24** gebildeten „Zehnerring" entwickelt. Zu diesem gehörten Bruno und Max Taut, Walter Gropius, Hugo Häring, Hans Poelzig, Erich Mendelsohn, Ludwig Hilberseimer, Otto Bartning, W.C. Berendt und Mies van der Rohe. Als der „Zehnerring" **1926** zum „Ring" erweitert wurde, kamen u.a. auch Hans Scharoun und Hans und Wassily Luckardt dazu. Neben Ausstellungsprojekten war die Ring-Siedlung in Siemensstadt, die auf der Grundlage des Bebauungsplans von Martin Wagner und Hans Scharoun von Bartning, Scharoun, Gropius, Häring, Forbat und Henning gebaut wurde, das Ergebnis gemeinsamer Arbeit. Der „Ring" löste sich im großen und ganzen nach **1933** auf, Kontakte untereinander bestanden jedoch weiter. Es gab seit **1948** auf Initiative von Scharoun, Häring, May und Döcker mehrere Versuche, die alte Vereinigung wieder zu gründen und ein neues Programm zu entwikkeln. Sie nahmen jedoch keine feste Form an. ←S.440

Als Bartning die zentrale Stellung für die Planung der Interbau einnimmt, stellt sich in Berlin zwischen ihm und Scharoun die alte Verbindung wieder her, die an ihre Zusammenarbeit mit Martin Wagner in Siemensstadt erinnert. Nach dem entscheidenden Treffen am **11.12.1954**, auf dem die Planungsgrundlage für die Interbau von den Architekten in Frage gestellt wird und an dem Scharoun nicht teilnehmen konnte, schreibt dieser Bartning am **17.12.1954**:

Lieber Bartning, es tut mir leid, daß wir am Sonnabend nicht mehr ein wenig miteinander „kramen" konnten. Ich hätte Ihnen gern noch unseren Wunsch, Wils E b e r t in irgendeiner Weise beim Hansaviertel einzuschalten, übermittelt. Ich kenne Ebert, sein Wesen und seine Leistung ja schon seit ←A 72

1930 etwa, mehr noch aus der Nazizeit und besonders aus der gemeinsamen Arbeit an der Planung Berlins. Man macht ihm – glaube ich – hier in Berlin gern Schwierigkeiten. Seiner Stellung wegen Berlin gegenüber und seiner Stellung den ausländischen Kollegen gegenüber wäre eine Mitbeteiligung sehr wünschenswert.

Vielleicht ließe sich mit Max Taut etwas organisieren – Taut sollte doch wohl auf irgendeine Weise wieder eingeschaltet werden.

Da Ebert das Problem Einfamilienhaus im Flachbau (im Winkel- oder anderen Verbande) interessiert, könnten ja vielleicht Einfamilienhäuser von Taut und von Ebert als Gruppe zusammengefaßt werden. Das ist aber nur so eine Idee von mir.

An diesem Brief ist nicht nur interessant, daß sich Scharoun für seine Kollegen Ebert und Taut einsetzt, sondern auch, daß er das Problem des Einfamilienhauses im Flachbau wieder aufgreift und in die Diskussion um das Hansaviertel einbringt.

→S.289 Der verdichtete Flachbau war ein wesentliches Element der vom Planungskollektiv nach **1945** entworfenen Wohnzellen, so auch in der **1949** →S.464 geplanten Wohnzelle Friedrichshain. Das Modell für die Wohnzelle, das erst →L 171 **1958** von Klaus-Jakob Thiele in der „Bauwelt" veröffentlicht wurde, hing →S.302 in Scharouns Institut in der TU, das auch sein Büro war, auf dem Gang zwischen Sekretariat und Seminarraum. Dieses Modell veranlaßte **1953** den Studenten Thiele, für seine Diplomprüfung eine Siedlung mit verdichtetem ←A 73 Flachbau zu entwerfen und sich unmittelbar danach zusammen mit dem Studenten Wittig an dem Wettbewerb für das Hansaviertel zu beteiligen. Dieser Entwurf war neben dem von Sergius Ruegenberg, dem Hauptassistenten von Scharoun, damals der einzige, der verdichteten Flachbau für den innerstädtischen Wiederaufbau vorsah. Als in der Zeit zwischen dem **11.12.1954** und **12.2.1955** der Bebauungsplan für das Hansaviertel noch offen und das Planungsgebiet in einen südlichen und nördlichen Teil geteilt war, für die Luckardt und Schwippert als Gruppenarchitekten eingesetzt waren, geht Scharoun mit seinen Mitarbeitern im Institut für Städtebau daran, einen eigenen Vorschlag für das Hansaviertel im Modell zu entwikkeln. Das Modell wird in Holz geschnitten und auf einem Lageplan 1:1000 fotografiert. Der Entwurf geht sowohl auf den Wettbewerbsbeitrag von Thiele und Wittig zurück wie auch auf einen Plan, den Sergius Ruegenberg →L 172 im **Februar 1954** verfaßt hatte. Neben Jobst wurden auch die 3. Preisträger Ruegenberg und v. Möllendorf von Lemmer damit beauftragt, ihren Wettbewerbsbeitrag auf die Bedürfnisse der Bauausstellung umzuplanen, die nur südlich der Stadtbahn stattfinden und ein eigenes Zentrum bekommen sollte.

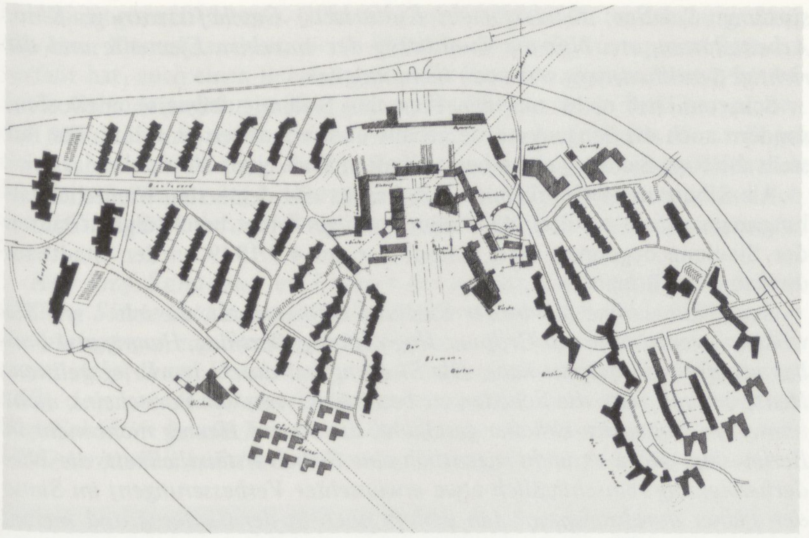
→L 173 Das Modell, das der „Ring um Scharoun" (wer auch immer dazugehört haben mag) Anfang **1955** zusammenstellt, nimmt Elemente aus beiden Entwürfen auf und verbindet sie mit dem letzten Planungsstand der Interbau.

Klaus-Jakob Thiele, der **1953** an der TU Berlin sein Diplom gemacht und sich zusammen mit Wittig an dem Wettbewerb für den Wiederaufbau des Hansaviertels beteiligt hat, war von **1957–1966** Redakteur bei der „Bauwelt" und hat zum ersten Mal das Modellfoto der Scharounschen Wohnzelle Friedrichshain veröffentlicht. In einem Gespräch am **19.1.1989** erinnert er sich an das Modell:

Das Modell hing bei Scharoun in der TU zwischen dem Sekretariat und dem Verbindungsgang zum Seminarraum in Augenhöhe, so daß jeder, der da war, jeder Student ständig dran vorbeilief. Ich habe das nur beobachtet, weil mich das interessierte, nachdem ich das auch selbst erst nicht wahrgenommen hatte, und ich habe dann mal dagesessen und mir die Leute angeguckt, die dran vorbeigingen. Es hat keiner hingeguckt, sie sind immer dran vorbeigelaufen, und keiner hat's gesehen. Insofern kann man nicht sagen, daß es nicht bekannt war, aber es hat niemand wahrgenommen. Als ich mir ein Thema für die Diplomarbeit wählen sollte, da habe ich gesagt, ich will eine Siedlung machen. Ich wollte mich auf das Modell beziehen und versuchen, einen direkten Bezug herzustellen.

Sergius Ruegenberg, geb. **1903** in Petersburg (jetzt Leningrad/UdSSR), lebt in Berlin (West). **1917** Übersiedlung nach Deutschland, **1921–22** Maurer und Baugewerbeschule in Berlin, **1922–24** Ausb. zum Hochbautechniker. **1924–25** bei Bruno Paul, Hochschule für freie u. angew. Kunst, Berlin. **1925–26** im Büro Mies van der Rohe, **1926–28** im Büro Karl Schneider, Hamburg, **1928–31** wieder bei Mies van der Rohe in Berlin (Barcelona Pavillon), **1931–34** selbst. Architekt, **1934–36** im Ausstellungs- und Messeamt, **1937–45** Projektierung von Flughäfen für die Luftwaffe. **1945–48** Arbeit für Scharoun im Magistrat und im Institut für Bauwesen, **1948–58** Assistent von Scharoun an der TU Berlin, dann eigenes Büro.

→B 147 Thiele/Wittig (1953): Entwurf für den Wiederaufbau des Hansaviertels (Wettbewerbsbeitrag, 5. Ankauf)

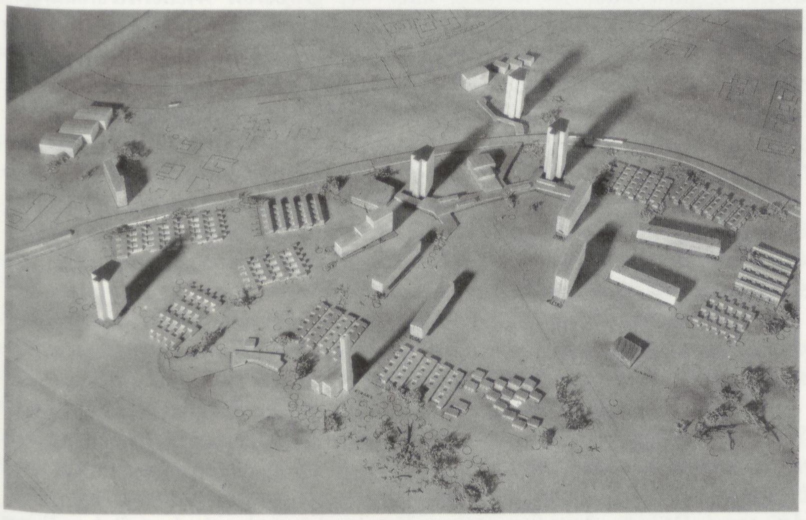


←B 149 Sergius Ruegenberg/Wolf von Möllendorf (Febr. 1954): Entwurf für das südliche Hansaviertel mit eigenem Zentrum

→S.275

→B 148 Das Hansaviertel 1989. Blick aus einer der kleinen Stichstraßen, die von der Händelallee abzweigen, nach Norden auf die Südseite des 10geschossigen Laubenganghauses der Architekten Fritz Jaenecke und Sten Samuelsen. Links im Bild sind die 1geschossigen Einfamilienhäuser des Frankfurter Architekten Johannes Krahn zu sehen, in denen sich die Idee der Flachbauteppiche andeutungsweise verkörpert hat. An dieser Stelle des Hansaviertels scheint die auf Friedrichshain bezogene Vision des „grünen Berlin" aus dem Jahre 1946 Wirklichkeit geworden zu sein. – Beim Fotografieren war es dem Hund, der aus einem der Flachbauten auf uns zuschoß, nur schwer begreiflich zu machen, daß es sich hier um einen öffentlichen Straßenraum handelt

Aus der Überarbeitung von Ruegenberg stammt die Idee des Zentrums und der Anbindung an Schule und Gewerbe über die Stadtbahn hinaus, aus der Arbeit von Thiele die der Flachbauteppiche, die wiederum auf die Wohnzelle Friedrichshain zurückgehen. Die Stellung der Gebäudescheiben nimmt den Planungsstand der Interbau vom **Dezember 1954** auf, während ←S.377 die Idee der Punkthochhäuser starke Ähnlichkeit mit einem Plan aufweist, ←S.408 den Scharoun **1951** für das Zentrum Siemensstadt in mehreren Stufen entwickelt hatte. Es ist nicht genau zu klären, über welche Wege das „Ring"-Modell in die Planungsentscheidungen eingeflossen ist, die Bartning vor der Sitzung des Leitenden Ausschusses am **11.2.1955** trifft. Ein Vergleich des ←S.381 „Ring"-Modells mit dem von Bartning bestimmten Plan läßt aber deutliche Bezüge zwischen beiden wie auch zur Planung für die Wohnzelle Friedrichshain erkennen.

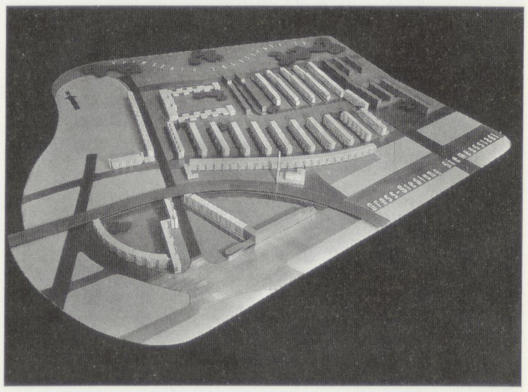


Modell des „Rings" um Scharoun für das südliche Hansaviertel (Jan./Febr. 1955) ←B 150

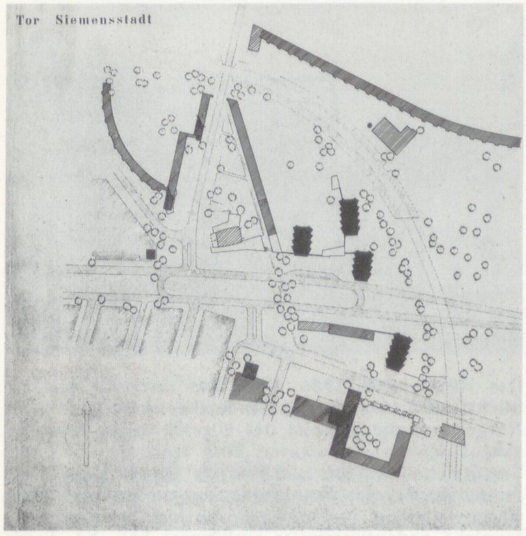
4.5.2 Der Versuch, die Ring-Siedlung von 1930 weiterzubauen

Die erwähnte Planung Scharouns für das Zentrum Siemensstadt aus dem Jahr **1951** sollte der Beginn für den Weiterbau der alten Ring-Siedlung sein, ein Projekt, an dem er starkes Interesse hatte und das er als Möglichkeit sah, nach dem Abbruch seiner Arbeit im Institut für Bauwesen die zwischen **1945** und **1950** betriebene Forschungsarbeit zur Wohnzelle doch noch in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die Ring-Siedlung von **1930** war in seinen Augen Fragment geblieben: *Die Weiterentwicklung der Wohnsiedlung Siemensst. zur „Nachbarschaft" wurde gehemmt durch finanzielle Erschwernisse in einer wirtschaftlichen Krisenzeit. Hier ist aber bereits der Ansatzpunkt da für die Entwicklung kleiner überschaubarer Lebenszellen innerhalb einer Stadtgemeinde: Wohn-* ←A 74



→B 151 Modell der Ringsiedlung in Siemensstadt 1930. Die städtebauliche Planung stammt von Hans Scharoun und Martin Wagner



Hans Scharoun (1950/51): Wohnblock „Tor Siemensstadt", Entwurf mit vier Punkthochhäusern

→A 75 ←B 152

Planungsamt Spandau (7.11.1951): Lageplan mit veränderter Straßenführung (Nonnendammallee/Siemensdamm)

→A 76 ←B 153 →A 77

Hans Scharoun (Nov. 1951): Anpassung des Entwurfs an die veränderte Straßenführung

←B 154 →S.53

siedlung, Schulen, Kindergarten, Kulturhaus, Geschäftszentrum, Kino, Arbeitsstätten, etc. Nur die Zuordnung der einzelnen Elemente und die richtige Strukturierung war noch nicht möglich.

Scharoun hat nicht nur den Plan der Siedlung teilweise entworfen, sondern auch die Eingangspartie gebaut und wohnt seitdem dort. Für ihn stellt die Ring-Siedlung einen beispielhaften Kern einer Wohnzelle dar.

Als Scharoun **1949** erkannte, daß bereits mit den ersten Wiederherstellungsmaßnahmen an den mehr oder weniger leicht beschädigten Bauten der Siedlung begonnen wird, schreibt er am **4.7.1949** an den Stadtbaudirektor Karl Bonatz:

Seit 1930 wohne ich in der Siedlung Siemensstadt, die ich – wie Sie wissen – gemeinsam mit Gropius, Hugo Häring, Bartning, Hennig und Forbat geplant und betreut habe. Die Siedlung hat durch den Krieg gelitten. Heute beginnt man die Schäden zu beseitigen, was, wie mir scheint, nicht immer im Sinne der Erbauer geschieht, die bis auf Hennig nicht mehr in Berlin sind. Wäre es nicht eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die Wiederherstellung (einschließlich etwa erwünschter Verbesserungen) im Sinne der Planer durchzuführen? Ich wohne noch in der Siedlung und meine, daß es eine Selbstverständlichkeit sein sollte, mich zur Vertretung der eigenen Interessen und auch der Interessen meiner Kollegen im betreuenden Sinne heranzuziehen. Ich meine auch, daß die Stadt an der sinnvollen Pflege der Siemensstädter Siedlung, die eine wichtige Aufgabe in der Entwicklung des Siedlungswesens überhaupt erfüllte, interessiert sein sollte. Deshalb bitte ich Sie, als den berufenen Vertreter der Stadt, die notwendigen Anregungen weiterzugeben. Ich darf noch sagen, daß dabei die Aufgabe mir wichtiger ist als das Honorar.

Bonatz schickt eine Abschrift dieses Briefes, zusammen mit einer Empfehlung, an den Verband Berliner Wohnungsunternehmen und verschiedene Einzelgesellschaften:

Ich muß dem darin eingenommenen Standpunkt durchaus beitreten und wurde auch von Architektenverbänden BDA und AIV schon mehrfach darum angegangen, die Wohnungsbaugesellschaften auf den Einsatz von Privatarchitekten hinzuweisen.

Selbstverständlich ist das nicht bei jeder kleineren Instandsetzungsarbeit möglich oder notwendig, aber bei größeren Wiederherstellungs- oder Überholungsarbeiten scheint es mir doch durchaus am Platze zu sein, den ursprünglichen Planverfasser so weit als irgend möglich wieder zuzuziehen. Wie Sie aus dem Schreiben von Prof. Scharoun noch entnehmen können, ist dabei die Honorarfrage nicht einmal so ausschlaggebend als das ideelle Interesse, das die Architekten an den von ihnen geplanten Gebäuden haben.

Seine Empfehlung bleibt ergebnislos. Die Instandsetzungsarbeiten der GSW gehen weiter, ohne daß Scharoun hinzugezogen wird. Am **14.3.1950** wendet er sich deshalb an den für die Denkmalpflege in Berlin (West) zuständigen Professor Hinnerk Scheper:

Inzwischen werden meiner Wohnung gegenüber zerstörte Teile der von mir 1929 entworfenen Baugruppen in einer gegenüber dem früheren Zustand geänderten Form wieder aufgebaut.

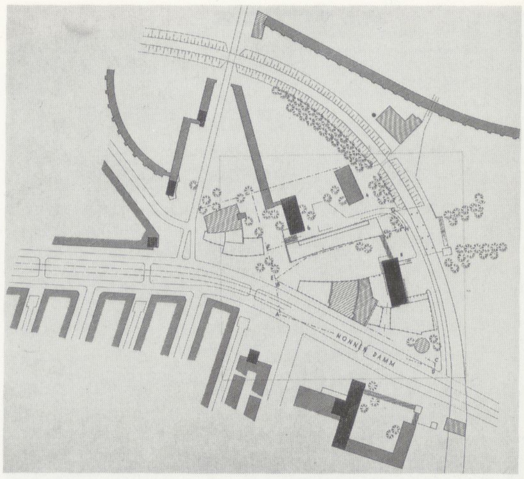
Ich glaube, daß den am Wiederaufbau Beteiligten die Bedeutung, die die Siedlung Siemensstadt im Ausland erlangte, nicht bekannt ist. Es verletzt mich, täglich mit ansehen zu müssen, wie – im geistigen Sinne – von Unberufenen die Gedanken verfälscht werden. Ich kann durchaus verstehen, daß neue Gründe für eine andere Verwendung eine andere Behandlung verlangen, glaube aber, es wäre ein Akt selbstverständlicher Pflichterfüllung gegenüber den Mitschöpfern der Siedlung, sie bei der Gestaltgebung heranzuziehen. Ich meine, daß Sie der Berufene sind, die nur technisch interessierten Kräfte über die Bedeutung der Siedlung – auch im Bewußtsein der Welt – aufzuklären und ggfs. für eine entsprechende Behandlung der Planungsarbeit höheren Ortes zu sorgen.

Die Siedlung ist jedoch nicht nur in ihrer äußeren Gestalt gefährdet, sondern auch durch die Stadtplanung. Dies betrifft vor allem die trichterförmige Eingangssituation der Ring-Siedlung.

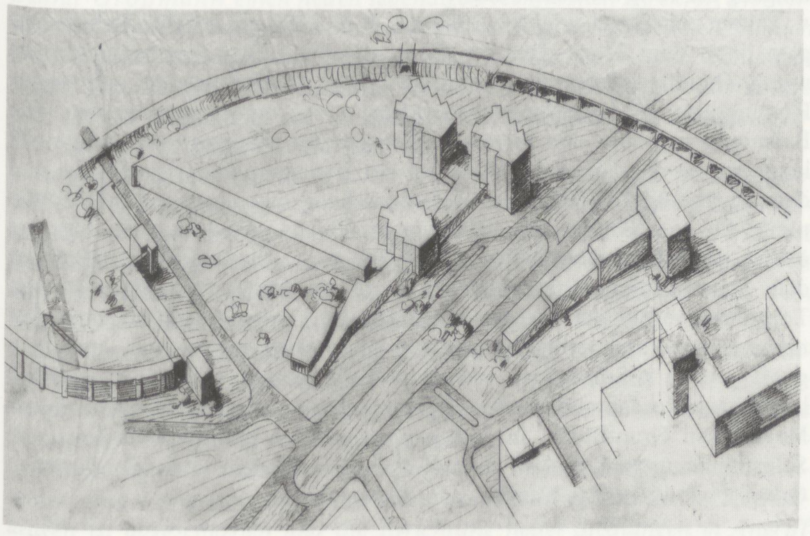
Die Durchführung der Planung für das dreieckige Grundstück zwischen S-Bahn, Jungfernheideweg und Siemensdamm scheiterte **1930** an den Schwierigkeiten beim Ankauf des Grundstücks. Der Plan für Charlottenburg-Nord, der **1938** aufgestellt wurde, sah hier eine völlige Abriegelung der Ring-Siedlung vor, die die Bauten von Scharoun zur unsichtbaren Hinter-

bebauung gemacht hätten. Offensichtlich hat Scharoun im Zusammenhang mit einer Planungsanalyse, die er **1950** für das Stadtplanungsamt Spandau verfaßt hat, auch einen Bebauungsplan für das seine eigenen Bauten betreffende Gelände angefertigt. Das geht zumindest aus einem Brief hervor, den das Bezirksamt Spandau am **5.11.1951** an den Architekten Horst Engel richtet, der im Auftrag des in London wohnenden Bankiers Heinrich Mendelssohn, eines der beiden privaten Grundbesitzer, in deren Hand sich das Gelände befindet, ein Bebauungsprojekt zur Genehmigung eingereicht hat:

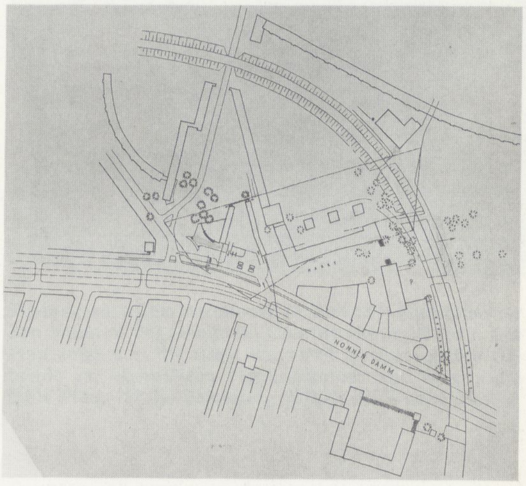
Herr Prof. Scharoun als Erbauer des anschließenden Teiles der Wohnsiedlung Siemensstadt hat stärkstes Interesse daran, an der Gestaltung des Haupteinganges zur Siedlung mitzuwirken. Er hatte bereits vor ungefähr einem Jahr einen Vorentwurf zur Bebauung des Gesamtgeländes aufgestellt, dem vom Hauptamt für Stadtplanung zugestimmt wurde. Ferner hat Prof. Scharoun bereits über den Abschluß der Wohnbebauung mit der GESIWO verhandelt und die Erweiterungsbauten planerisch durchgearbeitet. ←A 78



→B 155 Hans Scharoun/Horst Engel (15.9.1952): veränderter Entwurf „Zentrum Siemensstadt" mit Tankstelle statt Kino



Hans Scharoun (1950/51): Entwurf für den „Wohnblock Tor Siemensstadt" (Perspektive) ←B 156

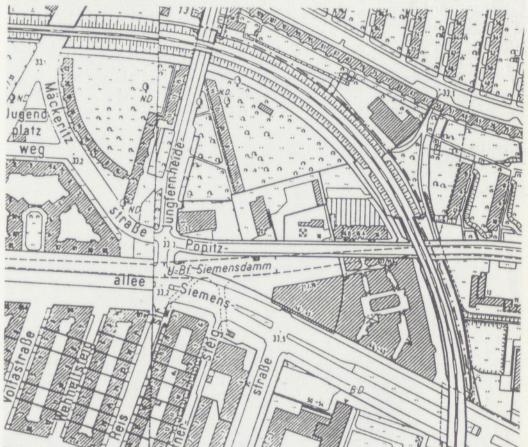


→B 157 Hans Scharoun/Horst Engel (11.9.1952): Entwurf für das „Zentrum Siemensstadt" im Auftrag von Heinrich Mendelssohn

Diese Planung findet sich undatiert mit dem Titel „Tor Siemensstadt" im Nachlaß Scharouns als Lageplan, einer isometrischen Vogelperspektive, einer farbig angelegten Ansicht und Grundrissen. Auf die Pläne zu den hier vorgesehenen Punkthochhäusern werden wir später noch eingehen. ←S.490

Im **November 1951** wird die Straßenführung des Siemensdamms bzw. der Nonnendammallee geändert. Sie soll gemäß der neuesten Berliner Verkehrsplanung nach der Einmündung des Jungfernheidewegs nach Südosten abknicken. Das Bezirksamt Spandau informiert den von Mendelssohn beauftragten Architekten darüber und teilt ihm mit, daß sich Scharoun bereit erklärt habe, auf Grund der neuen Situation seinen Vorschlag für das Gesamtgelände umzuändern. Engel wird empfohlen, *dessen neuen Vorschlag abzuwarten und anhand dieses Entwurfs die Bebauung des Mendelsohn'schen Grundstücks festzulegen.* ←A 79

Wir glauben, daß auf diese Weise am besten alle Interessen, die geschäftlichen sowohl wie die städtebaukünstlerischen, gewährt werden könnten.



→B 158

Der neue Lageplan mit der geänderten Straßenführung wird am **8.11. 1951** an Scharoun geschickt. Er plant seinen alten Entwurf, die neuen Gegebenheiten einbeziehend, um, informiert am **5.12.1951** die GSW von dieser Planung und empfiehlt ihr, sich um den Ankauf des Grundstücks der Meyerschen Erben zu bemühen und Kontakt mit Mendelssohn aufzunehmen, um so eine aufeinander abgestimmte Planung zu gewährleisten. *Ich nehme an*, schreibt Scharoun an die GSW, *daß Sie ein Interesse daran haben, über das Meyersche Grundstück verfügen zu können; denn die Bebauung dieses Geländes sollte meines Erachtens durch Sie durchgeführt werden, um so zu einer sinnvoll abschließenden Gestaltung des Siemensstädter Komplexes zu kommen. Dafür spricht wohl nicht nur die bessere Ausnutzung der technischen Anlagen, die in ihrer Größenabmessung auf die Einbeziehung des Restbauteiles geplant waren, sondern wohl besonders die hervorragende Stelle, die des Abschlusses noch bedarf.* Der neue Ent- ←A 80

→B 159 Das „Zentrum Siemensstadt" 1989

→A 81 wurf Scharouns sieht ein Kino und fünf Punkthäuser vor, was *die Realisierung verschiedenartiger Objekte und Absichten gestattet*, ein Gedanke, der später von Bartning bei der Interbau wiederaufgenommen wird. Scharouns Neuplanung mit der geänderten Straßenführung wird von Mendelssohn abgelehnt, da sein Grundstück, das seiner Meinung nach *die wichtigste Doppelecke, die die ganze Siemensstadt beherrscht*, durch die neue Verkehrsführung stark entwertet würde und sein Ziel sei, *auf demselben das Geschäftszentrum der Siemensstadt zu errichten.* Nach anfänglicher Weigerung beauftragt Mendelssohn am **12.3.1952** die „Arbeitsgemeinschaft Scharoun/Engel“ mit einer neuen Bebauungsplanung für *das neue Zentrum in Siemensstadt*. Gemeinsam legen die beiden Architekten am **11.9.1952** im Amt für Stadtplanung Spandau einen Bebauungsplan und ein Modell vor. Auf Verlangen der Esso-AG, die mit den Meyerschen Erben in Kaufverhandlungen steht, wird der Plan von Scharoun, entgegen seinen geäußerten Bedenken, umgearbeitet. Im Zusammenhang mit dem Kino, das die Form eines Tortenstücks erhält, soll nun eine Esso-Tankstelle den Eingang zur Ring-Siedlung bilden. →A 82 →A 83

Dieser von Engel und Scharoun am **15.9.1952** vorgestellte Bebauungsplan unter dem Titel „Zentrum Siemensstadt“ findet allgemeine Zustimmung. Damit ist Scharouns Arbeit an diesem Projekt beendet, von seiner Planungsidee ist heute allerdings kaum noch etwas zu erkennen. Die Bebauung liegt bei den Privateigentümern. Sie verzögert sich aber noch lange wegen der Schwierigkeiten bei der Umlegung der Grundstücke und dem Enteignungsverfahren im Zusammenhang mit der neuen Straßenplanung, die vor Beginn der Bebauung nochmals geändert wird. Um das östlich des S-Bahn-Bogens liegende Gebiet von „Charlottenburg-Nord“ an den Siemensdamm anzuschließen, wird die Mäckeritzstraße mit dem Topitzweg verbunden und so die Straßenführung von **1930** wiederaufgenommen. Dadurch fällt der geplante Marktplatz wieder fort, und man greift erneut auf den Plan vom **11.9.1952** zurück, verschiebt das Kino leicht nach Norden und die Tankstelle zwischen die beiden Häuser auf dem Meyerschen Grundstück. In dem geplanten Kino befindet sich heute ein Selbstbedienungsladen, in dem Gebäude auf dem Mendelssohnschen Grundstück das größte Kaufhaus der Siemensstadt.

4.5.3 Der Bebauungsplan für Charlottenburg-Nord

→S. 361 Ende **1952** war für die beabsichtigte Internationale Bauausstellung das Gelände von Charlottenburg-Nord vorgesehen, wo bis **1954** 7000 neue Wohnungen entstehen sollten. Erst im **Sommer 1953** wurde der Beschluß gefaßt, die Interbau mit dem laufenden Wettbewerb zum Wiederaufbau des Hansaviertels zu verknüpfen und sie im Zusammenhang mit dem geplanten Regierungsviertel an den Nordrand des Tiergartens zu verlegen. Seitdem waren Zeitpunkt und Art der Bebauung des Geländes von Charlottenburg-Nord ungewiß. Sicher war nur, daß auf diesem zur Bebauung schon vorbereiteten Gelände eines der größten Neubaugebiete in Berlin (West) entstehen würde. Auf diese Chance richtete sich das Hauptinteresse Scharouns wie auch das der GSW, der nicht nur die Ring-Siedlung, sondern auch große Teile von Charlottenburg-Nord gehörten.

Am **24.2.1954** wird bei der GSW ein Situationsplan angefertigt, der das Baugebiet zwischen Goebelstraße/Goebelplatz und Siemensdamm als leere Fläche zeigt. Solange jedoch kein amtlicher Bebauungsplan vorliegt, können bei der GSW nur Vorprojekte gemacht werden. Erst am **1.7.1955** wird im Stadtplanungsamt Charlottenburg der entsprechende Richtplan aufgestellt. Das Planungsbüro der GSW trägt in diesen Plan die auf dem Gelände südlich des Goebelplatzes geplanten Gebäude ein.

Hans Scharoun nimmt als Leiter des am **12.2.1955** offiziell eingerichteten „Instituts für Städtebau“ (IfS) innerhalb der Architekturfakultät der TU Kontakt mit dem Bezirksamt Charlottenburg auf. Am **8.7.1955** findet im Rathaus Charlottenburg eine Besprechung zwischen dem Stadtrat Friedrich und ihm statt, in der es unter anderem darum geht, in welchem Umfang das „Institut für Städtebau“ eine wissenschaftliche Beratung bei der Projektvorbereitung übernehmen könnte.

→A 84 *In solchem Sinne soll eine Unterhaltung über den Bebauungsplan Charlottenburg-Nord unter Hinzuziehung des Stadtplaners, Amtsleiter Kerfack, in Kürze erfolgen.*

Erste Planskizzen Scharouns auf dem Situationsplan der GSW für Charlottenburg-Nord ←B 160

Erinnert wurde in diesem Zusammenhange an den der GSW gemachten Vorschlag, grundsätzlich zu untersuchen, welche Maßnahmen beim Wiederaufbau zerstörter Wohngebiete oder Bauteile für die Ausbildung der Siedlungsteile im Sinne von Nachbarschaften getroffen werden können.

Am **19.8.1955**, zwei Wochen nach der symbolischen Grundsteinlegung zum Hansaviertel und der Bekanntgabe der neuen Aufgabe Otto Bartnings als „Generalbaumeister", d.h. als Berater Schwedlers bei der städtebaulichen Neuordnung Berlins, beglückwünscht ihn Scharoun zu seiner *neuen großen Berliner Aufgabe*. Hans Scharoun ist mit Bartning seit der Gründung des „Rings" und der gemeinsamen Arbeit am Bau der Ring-Siedlung in Siemensstadt freundschaftlich und kollegial verbunden. In seinem Glückwunschschreiben informiert Scharoun seinen einflußreichen Kollegen über die neueste Veränderung bei der GSW: ←S.383 ←A 85

Die Gesiwo, welche selbst einen großen Hausbesitz in Berlin hat, mit neuen Bauobjekten beginnt und zahlreiche andere Objekte betreut, hat in Baurat G r o ß m a n n einen neuen lebendigen technischen Direktor, Sie werden ihn schon kennengelernt haben. Herr Großmann wandte sich an mich wegen gutachterlicher und projektierender Mitarbeit – und vor allem wegen gegenseitiger Unterstützung bei der Durchsetzung gesunder Ideen. Der Ort der Begegnung der verschiedenen Beteiligten und zu Beteiligenden soll das Institut für Städtebau sein. ←A 86

Die erste *gutachterliche Mitarbeit*, um die Scharoun gebeten wird, betrifft die Überarbeitung der Pläne zu einem südlich des Goebelplatzes vorgesehenen 11geschossigen Hochhaus, die bereits seit Februar **1955** bei der GSW detailliert vorlagen. Im Hinblick auf die bevorstehenden weiteren städtebaulichen Aufgaben wendet sich Scharoun unmittelbar nach dem Besuch von Walter Großmann an den GSW-Direktor Toepert: ←S.503

Sehr verehrter Herr Direktor, gestatten Sie, daß ich auf mein altes Anliegen, welches eine Verbindung der Theorie mit der Praxis hatte, zurückkomme und aus Gründen der Kontinuität noch einmal eine Abschrift des Schreibens vom 5.12.51 in der Anlage beilege. ←A 87 →B 161

Die Aussprache mit Herrn Dir. Großmann ergab allerdings, daß inzwischen neue Voraussetzungen bestehen; der Wiederaufbau der alten Siedlungen ist abgeschlossen und die Errichtung neuer Siedlungen in Angriff genommen.

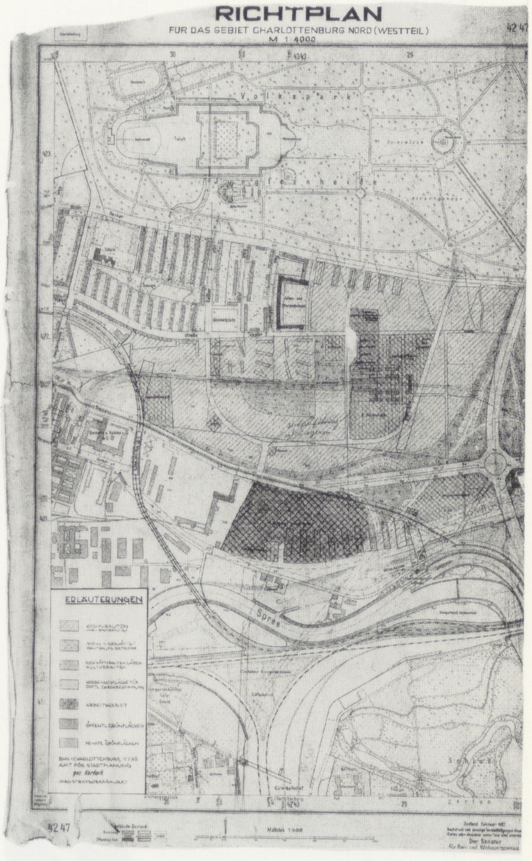
Wenn auch die strukturellen Forderungen an diese neuen Siedlungen ähnlich sind als die, welche an die alten Siedlungen gestellt werden sollten, so tritt eine Stellungnahme in städtebaulicher Hinsicht heute selbstverständlich in den Vordergrund.

Meine weitergehende Bitte ist heute die, daß das Institut für Städtebau an der Technischen Universität, Berlin-Charlbg., mit solchen Aufgaben sachlicher Art betraut wird. Das Institut für Städtebau wird sich nach seiner Wahl jeweils geeigneter Mitarbeiter und Gutachter bedienen.

Bei seinem nächsten Besuch im Büro von Scharoun berichtet Großmann von einem Gespräch, das er am **23.8.1955** mit Stadtrat Friedberg über die Planung Charlottenburg-Nord geführt hat. Es sei vereinbart worden, *daß die Grob-Planung von 2 Bauträgern der GSW und der GEWOBAG als Art Wettbewerb bis 1. November 1955 aufgestellt werden soll. Bis zum 1. März 1956 soll dann die Hauptplanung von dem besten Vorschlagbringer durchgeführt werden.* ←A 88

Inwieweit das Büro von Scharoun oder das IfS bei diesem Wettbewerb eingeschaltet werden sollen, ist zunächst noch unklar. Zwei Wochen später, am **7.9.1955**, berichtet Gerd Biermann, mit dem Scharoun eine Arbeitsgemeinschaft unterhält:

Inzwischen sind die GSW-Angelegenheiten ein erhebliches Stück weitergekommen. Gestern habe ich den Auftrag von Herrn Großmann erhalten, das Institut sofort für städtebauliche Untersuchungen für Charlottenburg-Nord einzusetzen. Die Mittel sind bewilligt worden. Die Unterlagen sind bereits Herrn Schinz ausgehändigt worden. Mit Herrn Schinz ist das Arbeitsprogramm festgelegt. Der Vorentwurf und die Arbeit des Institutes sind bis zum 1. Nov. 55 fertigzustellen. Die zweite Aufgabe, die Bebauung Siemensstadt, ist in Arbeit. Leider funktioniert Herr Parnacek nicht richtig, und von Herrn Zimmermann ist bedauerlicherweise nichts zu sehen. Neue brauchbare Leute sind einfach nicht aufzutreiben. Ich vermisse schmerzlich Ihre Skizzen über Dachgeschoß, Hochhaus und Ladenbauten. Sämtliche Unterlagen für die Bauten des Geländes Siemensstadt müssen bis zum ←A 89



Planungsamt Charlottenburg (1.7.1955): Richtplan für den Westteil des Gebietes „Charlottenburg-Nord". Der Plan zeigt u.a. die noch vor 1939 fertiggestellten Gebäude im ehemaligen Planungsgebiet und bereits die GSW-Pläne für die Bebauung südlich des Goebelplatzes

15. September 1955 bei der GSW vorliegen. Die fertigen Zeichnungen müssen am 1. Oktober 1955 eingereicht sein. Mir ist es zweifelhaft bei der jetzigen Organisation, die Termine einzuhalten. (...)

Die Menge der vorliegenden Arbeit und die Schwierigkeit der Büroorganisation machen Ihre Anwesenheit sofort erforderlich. Ich bitte Sie, Ihren Aufenthalt in Loccum auf das Minimum zu beschränken und sofort nach Berlin zu kommen.

Die Aufträge der GSW für das Büro und das Institut häufen sich, und die Termine drängen:

– Bis zum **15.9.1955** müssen die Pläne für das umgearbeitete Bauprojekt südlich des Goebelplatzes vorliegen;
– bis zum **1.11.1955** soll das IfS eine Strukturuntersuchung zum Wettbewerbsgebiet Charlottenburg-Nord vorlegen;
– ebenfalls bis zum **1.11.1955** soll Scharoun, auf dieser Strukturuntersuchung aufbauend, den Bebauungsplan der GSW für Charlottenburg-Nord entwerfen.

Zu diesen Aufträgen kommt im **September 1955** noch eine vierte Aufgabe, die die Verbindung zwischen der alten Ring-Siedlung, genauer der Bartning-Zeile und der gerade fertiggeplanten Goebelplatzbebauung, die der Auftakt für Charlottenburg-Nord sein wird, betrifft. Zwischen diesen beiden Siedlungsteilen geht es vor der Neubebauung noch um ein Stück
→S. 53 Vergangenheitsbewältigung.

Am **24.9.1955** informiert Scharoun seinen Kollegen Bartning:

→A 90 *Die ursprünglich durch das Architekten-Kollektiv durchgeführte Bebauung ist an einigen Stellen wegen grundstückstechnischer Bedingungen nicht abgeschlossen. Dazu gehört Ihr Block. Zur Vollendung kam es nicht mehr, da im 3. Reich andere Ideologien bestimmten.*

Was Siemensstadt anbelangt, war die Tendenz zunächst, die bestehende Siedlung abzuriegeln, „Charlottenburg-Nord" aufzubauen und dann „Siemensstadt" abzureißen und in Anlehnung an „Charlottenburg-Nord" umzugestalten.

Davon blieb eine 2-3geschossige Ruine am Kopfende Ihrer Zeile übrig – durch eine Baulücke von etwa 14 m von Ihrer Zeile getrennt und völlig andersartigen Charakters als Ihre und unsere Bauten.

Aus finanziellen Gründen sollte dieser Rest wieder aufgebaut werden. Der wirtschaftliche Gewinn steht in gar keinem Verhältnis zum menschlich-künstlerischen Verlust. Dies sieht auch die GSW – und hier besonders Herr Direktor Großmann – voll und ganz ein. Die Herren sind bereit, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Es geht darum, den Schwung Ihrer Zeile richtig ausklingen zu lassen und sodann mit einer leicht weichenden Geste auf das 12stöckige Wohnheim hinzuweisen. Diesen Gebäudetrakt möchte ich mir mit Rücksicht auf die entstehenden Neubauten als Laubenganghaus, also mit überleitender und weisender Gestaltgebung vorstellen.

Scharoun übergibt dem Generalbaumeister die notwendigen Pläne und bittet ihn, sich für den Abriß der Ruine einzusetzen. Am **4.10.1955** informiert Scharoun ihn über die weiteren Ereignisse:

→A 91 *Ich erreichte Sie leider nicht mehr vor Ihrer Abreise aus Berlin, um mich von Ihnen über den Ausgang Ihres Gespräches „im Falle Siemensstadt" informieren zu lassen. Inzwischen war Herr Direktor Großmann von der GSW beim Bausenator und erhielt von ihm die – zwar nicht völlig überzeugende – Auskunft, daß er nicht orientiert sei. Es wurden die Herren Fürlinger, Moest und Stephan herangezogen – Herr Stephan hatte dann die Unterlagen, die ich Ihnen gab, „bei den Akten". Nach der Auskunft des Herrn Großmann waren Moest und Fürlinger für die Nichtverwendung der Ruine, Herr Stephan unentschieden.*

Herr König – Baulenkung – war aus wirtschaftlichen Gründen für Verwendung der Ruine.

Der Bausenator machte daraufhin die endgültige Entscheidung von Ihrer Stellungnahme abhängig.

Für Herrn Großmann ist es ein grundsätzlicher Fall, inwieweit materielle Belange ideelle Belange steuern dürfen. Es wurden an Mehrkosten DM 100–150.000.– genannt, eine Summe, welche zu dem Umfange des in Charlottenburg-Nord Geplanten in keinem Verhältnis steht und welche vor allem meines Erachtens in keinem Verhältnis zu der ideellen Schädigung unserer mit Siemensstadt verbundenen Idee steht.

Die bereits begonnenen Bauarbeiten sind durch meinen Einspruch und

infolge der einsichtsvollen Haltung des Herrn Direktor Großmann eingestellt. Für Herrn Direktor Großmann ist es jetzt also auch eine Prestige-Frage, in richtiger Würdigung der materiellen und ideellen Faktoren entscheiden zu dürfen. Ich hatte ihm selbstverständlich auch noch einmal mit auf den Weg gegeben, daß Sie und Ihre Mitarbeit auf alle Fälle zu gewinnen seien, da es ja um die Vollendung Ihrer durch äußere Umstände beendeten Leistung geht.

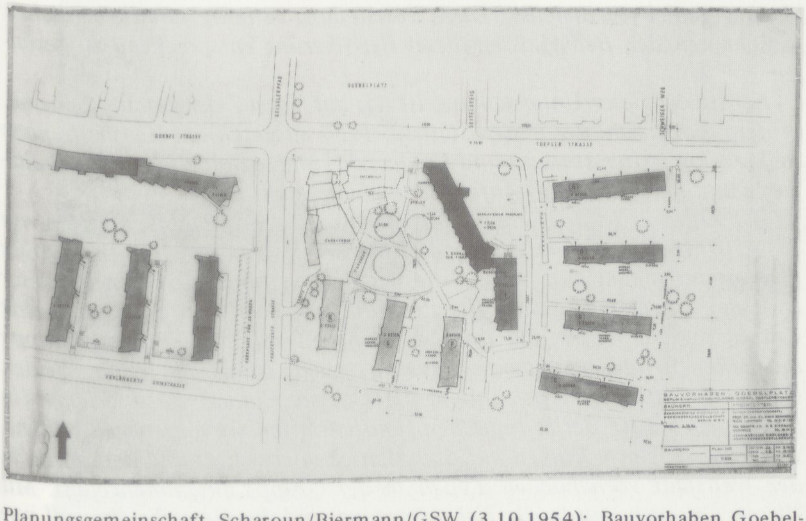
Ich wäre Ihnen daher sehr verbunden, wenn Sie – im Interesse der GSW und zur Abwehr bereits einsetzender Störversuche – gleich mit ein paar Zeilen an den Herrn Bausenator deutlich Stellung beziehen würden und wenn Sie eine Aussprache gelegentlich Ihrer nächsten Anwesenheit in Berlin in Aussicht stellten.

Über die *bereits einsetzenden Störversuche* äußert sich Scharoun genauer in einem Schreiben an seinen in Amerika lebenden Kollegen Walter Gropius, das vom selben Tag datiert:

Herr Großmann, der erst seit kurzem in Berlin tätig ist und mit den ←A 92 *Verhältnissen noch nicht genügend vertraut ist, hat bereitwillig und vertrauensvoll die Zusammenarbeit auch mit mir begonnen. Als dies geschah, war der Bausenator nicht in Berlin. Jetzt hat Herr Großmann aus Rücksprache mit dem Bausenator den Eindruck gewonnen, daß dieser mit meiner Bestellung als Architekt nicht sehr einverstanden ist. Dieser Umstand gefährdet bereits angebahnte Verhandlungen. (. . .) Wobei verständlich wäre, wenn Herr Großmann unnötigen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen möchte – der Bausenator ist auch Aufsichtsrats-Vorsitzender der GSW.*

Dank des Einsatzes von Bartning kann die Ruine abgerissen werden. An ihrer Stelle wird von Scharoun die Vermittlung zwischen Ring-Siedlung und der Baugruppe am Goebelplatz geplant: zunächst drei Häuser ←S.503 nach den alten Plänen von Otto Bartning, die die Zeile verlängern und sich nur bei genauem Hinsehen von den **1930** errichteten unterscheiden, und direkt anschließend ein 4geschossiges Laubenganghaus von Scharoun mit einem 3geschossigen Kopfbau, das den Blick auf das schräg gestellte 11geschossige Laubenganghaus am Goebelplatz öffnet.

→B 162 Goebelstraße 1989. Blick nach Westen auf die Ringsiedlung



Planungsgemeinschaft Scharoun/Biermann/GSW (3.10.1954): Bauvorhaben Goebelplatz ←B 163

→B 164 Goebelstraße 1989. Blick nach Osten auf das schräggestellte Hochhaus mit Kleinwohnungen, das z.Zt. als Altersheim genutzt wird

Während dieser Planungen und Auseinandersetzungen arbeiten im IfS Alfred Schinz, Klaus-Jakob Thiele und Manfred Manleitner an der Strukturuntersuchung und Scharoun im Büro an dem Bebauungsplan für Charlottenburg-Nord, der notwendigerweise von dem Ergebnis der Strukturuntersuchung abhängt. Die Abgabetermine für beide Arbeiten können noch um einen Monat, auf den **1.12.1955**, hinausgezögert werden.

Das zu beplanende Gelände von Charlottenburg-Nord war **1938** bereits zur Bebauung vorbereitet, d.h. die Straßen waren als 1 Meter hohe Dämme aufgeschüttet und die Kanalisation zum Teil fertig verlegt. Als Planungsgrundlage steht Scharoun lediglich der Richtplan zur Verfügung. In der Auftragsbestätigung für die Bebauungsplanung durch die GSW heißt es dazu:

Wir haben keine Bedenken, daß sie von der in den Unterlagen dargestellten Straßenführung abgehen, wenn Sie der Überzeugung sind, eine ←A 93

Alfred Schinz, Architekt, geb. **5.1.1919** in Berlin, lebt bei München, Mitarbeiter im IfB, **1950–56** an der TU Berlin und im Büro von Scharoun. Leiter des Planungsamts Wolfsburg, Verfasser des **1964** erschienenen Buches „Berlin, Stadtschicksal und Städtebau".

Strukturuntersuchung Charlottenburg-Nord, durchgeführt vom Institut für Städtebau an der TU (Thiele/Schinz/Manleitner) unter Leitung von Hans Scharoun. Inhalt der 8 Tafeln, die am **1.12.1955** dem Senat übergeben werden: ←A 94

Tafel 1: Das Landschaftsbild
Tafel 2: Besiedlungsstruktur, Arbeitsstruktur, kulturelle Wirkpunkte und Geschäftszentren, Wohnung und Erholung
Tafel 3: Verkehrserschließung
Tafel 4: Entwurf eines Verkehrsbandes (Bandstadt) zwischen Haselhorst und Plötzensee mit den 14 Siedlungsteilen von Charlottenburg-Nord
Tafel 5: Bevölkerungsentwicklung und Altersaufbau
Tafel 6: Berufsstruktur, Wohnbevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen in den Bezirken, Arbeitsstätten in den Bezirken, die Siemenspendler 1955
Tafel 7: Typologie der Haushalte auf der Basis der Zählung von 1950
Tafel 8: Nahversorgung und Gewerbe, Funktionsverteilungsplan für Charlottenburg-Nord

Aus den ergänzenden Erläuterungen zum Bebauungsplan-Vorschlag für „Siemensstadt" der Planungsgemeinschaft GSW/Prof. Scharoun (6.12.1955)

1. Lage und Bedeutung von Siemensstadt in Berlin/ Wesen des Planungsgebietes ←A 96

Betrachtet man Siemensstadt im Gesamtraum Berlins, so fällt seine zentrale Lage auf. Andererseits wird Siemensstadt als eine deutlich abzugrenzende und selbständige Einheit innerhalb der Großstadt Berlin anschaulich und offenbar, wenn man es abgesetzt von Charlottenburg, Tiergarten, Wedding, Spandau und Reinickendorf ansieht.

Die natürlichen Voraussetzungen und technischen Einrichtungen – Spree, Spandauer Schiffahrtskanal, Industrieanlagen usw. – geben diesem Bezirk einen individuellen Charakter und bilden die Voraussetzung für seine organische Erweiterung.

Das Planungsgebiet wird in seinen landschaftlichen Grundzügen von der Ost-West-Richtung des Spreetales bestimmt. Die bisherigen Erschließungsformen und Gliederungen der Flächennutzung laufen parallel zu dieser Hauptrichtung und bilden bereits heute schon zusammenhängende Streifen:

1. *der Arbeitsstätten (Industriegebiet),*
2. *der Wohnstätten (vorhandene Siedlungen),*
3. *der Erholungsgebiete (Jungfernheide und Spreetal).*

Diese Voraussetzungen bedingen den Bandstadt-Charakter des Planungsgebietes, in dessen Rahmen auch der Teil östlich des Hinckeldey-Dammes einzuschließen ist.

Die vorgeschlagene Erschließungsstraße bildet demgemäß eine Art Rückgrat des Stadtkörpers und gestattet in Verbindung mit der weiteren Strukturierung und der baulichen Gestaltung eine Folge von Räumen auszubilden, in denen das notwendige Erschließungsband eine zwar richtungweisende, gleichzeitig aber untergeordnete Rolle spielt.

Für den Fall „Siemensstadt" bedeutet das, daß der Avus-Zubringer in der 1. Systemstufe liegt, Siemens-Damm, Hinckeldey-Damm, Tegeler Weg und Goerdeler-Damm in der Stufe der Magistralen, die innere Erschließungsstraße des Planungsgebietes mit den dazugehörigen Verästelungen in der 4. Systemstufe.

Folgerichtig ist der Avus-Zubringer an das Netz der Magistralen autobahnmäßig angeschlossen. Er bedient das Gesamtnetz der Magistralen und dient nicht einem Zielpunktverkehr. Das Einhängen des Avus-Zubringers in den Siemens-Damm ist nicht nur sparsamer als seine unmittelbare Einführung in den Hinckeldeydamm, sondern gibt gleichzeitig mit dem zu entsprechender Leistungsfähigkeit erweiterten Verteiler am Kreuzungspunkt der Magistralen die Möglichkeit, auch die Innenflächen des Verteilers lebendig zu nutzen. Die örtliche Erschließungsstraße des Planungsgebietes ist kreuzungsfrei und mit bewußter gestalterischer Absicht an das Magistralnetz angeschlossen.

Der Anschluß des Ortserschließers an die Nonnendamm-Allee entspricht Vorstellungen, die unseres Wissens bessere und nach Möglichkeit sparsamere Lösung vorschlagen zu können. In diesem Zusammenhang bitten wir, besonders zu prüfen, wie weit die von den Behörden vorgeschlagene Berücksichtigung der vorhandenen Kanalstränge, zu deren Überdeckung rund 400 000 cbm Auffüllung erforderlich sein sollen, tatsächlich wirtschaftlich ist. Wir haben bei den Vorbesprechungen mit den Behörden dazu bereits unsere Zweifel geäußert, abgesehen davon, daß wir es für kaum vertretbar halten, die Erschließung und Bebauung eines ganzen Stadtteiles von zufällig vorhandenen Kanalführungen abhängig zu machen.

Darüber hinaus wird in dieser Auftragsbestätigung, die am **28.11.1955** erfolgt, bedauert, daß eine nochmalige Verschiebung des Abgabetermins vom **1.12.** auf den **31.12.1955** vom Senat nicht zugestanden wurde und daß es sich mittlerweile nicht mehr nur um zwei, sondern um drei Wettbewerbsteilnehmer handelt:

→A 95 *Es ist Ihnen weiter bekannt, daß es sich hier um eine Art internen Wettbewerbs handelt zwischen dem Stadtplanungsamt, bezw. dem Bezirksplanungsamt Charlottenburg, der Gewobag und uns, wobei sich der Senat ohne Benennung eines Preisrichterkollegiums die Entscheidung vorbehalten hat.*

Wir müssen daher im Rahmen unseres Auftrages Ihre Bereitschaft voraussetzen, den Entwurf bei den entsprechenden Stellen gemeinsam mit uns zu vertreten und aufgrund der Strukturenuntersuchungen Ihres Institutes zu begründen.

Das Ergebnis der Strukturuntersuchung des IfS wird in Form von acht Ausstellungstafeln am **1.12.1955** dem Senat übergeben. Am selben Tag überreicht Scharoun den im Zusammenhang mit dieser Untersuchung entworfenen Bebauungsplan. Die ergänzenden Erläuterungen dazu werden am **9.12.1955** nachgeliefert.

Am **10.12.1955** stellt Alfred Schinz die Forschungsarbeit im Hauptamt für Stadtplanung den beiden Vorprüfern Moest und Dill vor.

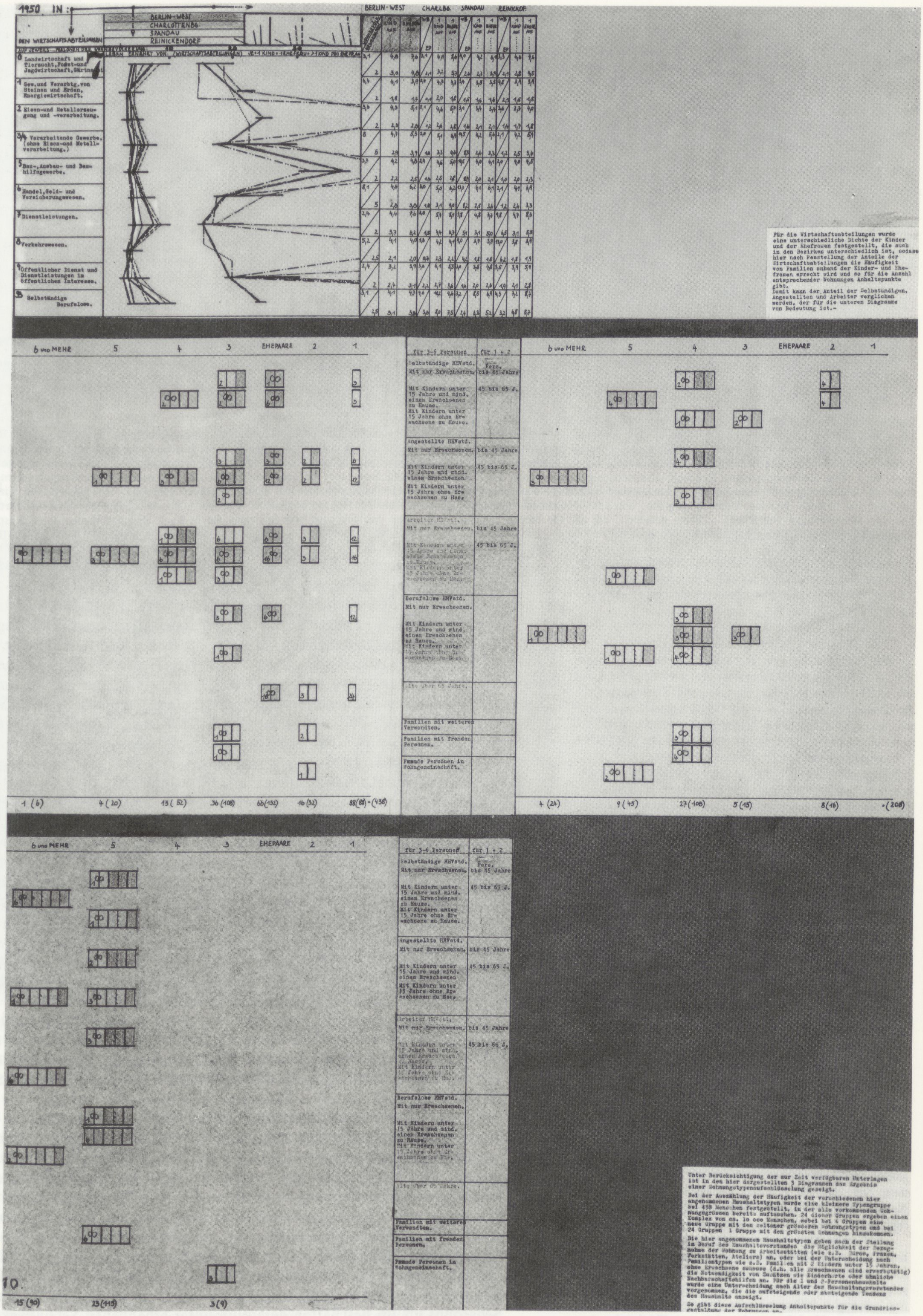
→A 97 *Schinz erklärte dann die auf den Tafeln dargestellten Untersuchungen. Die Aufgabe der Strukturuntersuchung war, die Möglichkeiten zu ergründen, die uns heute gegeben sind, die zu erwartende Bevölkerung für das Planungsgebiet festzustellen. Diese Feststellung ist nötig, um die baulichen Maßnahmen den Bedürfnissen dieser Bevölkerung entsprechend zu gestalten.*

Kernstück dieser Untersuchung ist das auf Tafel 7 dargestellte Schema, in dem die Anzahl der in der Statistik 1950 ausgezählten Haushalte nach biologischer (Altersstruktur und Kinderzahl) und soziologischer (Haushaltsgröße und Berufsstellung) Aufgliederung dargestellt ist.

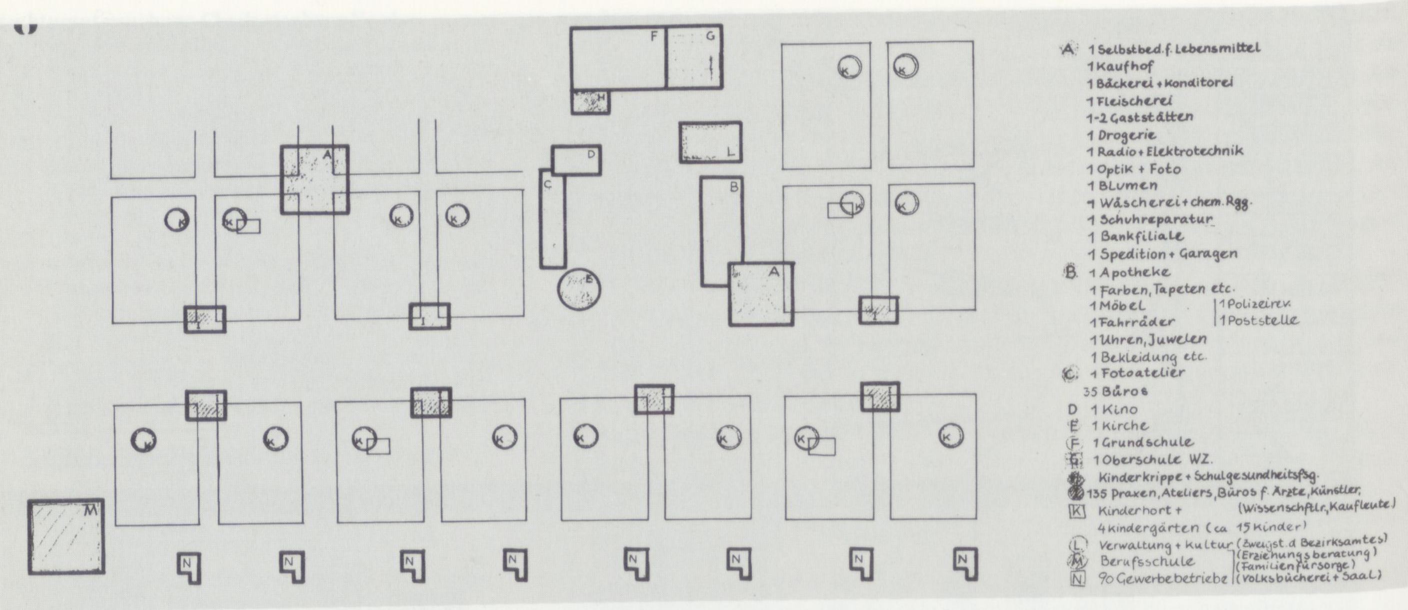
Das Ergebnis ist die Gruppierung der Haushaltstypen zu Einheiten von ca. 450 Menschen, d.h. bis zu 450 Menschen tritt jede Haushaltsgröße mindestens einmal auf, womit die wichtigsten Haushaltstypen in dieser Größenordnung erfaßt sind. Bis zu 2500 Menschen tritt dann noch eine Gruppe anderer Typen auf und bei 10 000 Menschen eine letzte Gruppe mit seltenen und besonderen Haushaltstypen. Um diese letzten beiden Gruppen von Sondertypen mit in die kleinste Einheit einzubeziehen (in ihnen sind die für Berlin typischen Haushaltsarten vorwiegend enthalten), wurde die kleinste Einheit auf 650 Menschen erweitert und damit alle in der Weltstadt vorhandenen Typen in der Gruppe zusammengefaßt. Mit diesen Gruppen wurde die Nahversorgung und das Gewerbe sinnvoll verbunden und die Planungsarbeit von ca. 10 000 Menschen mit ihren Nebenanlagen auf Tafel 8 schematisch dargestellt. →S.416

Zum Abschluß bestätigten Herr Moest und Herr Dill, daß sie diesen Sinn der Untersuchung verstanden hätten und ihn gegebenenfalls bei der Besprechung dem Bausenator mitteilen könnten.

Die städtebauliche Idee dabei ist die Zusammenfassung der vor dem Krieg gebauten Siedlungen zu einer Bandstadt, die sich von der Spree aus so sortieren soll, daß das Arbeitsband durch einen autobahnähnlichen Hauptverkehrsweg von dem Wohnband getrennt wird, das wiederum durch eine kompliziert, aber logisch geführte Erschließungsstraße, an der alle wesentlichen gesellschaftlichen Einrichtungen im Wechsel mit den Siedlungsteilen liegen, erschlossen wird. Die nördliche Begrenzung ist der Volkspark Jungfernheide, an dem ein Fußgänger- und Radfahrweg entlangführt, durch den in der Ost-West-Richtung der Plötzensee und die Havel verbunden sind.



Tafel 7 der „Untersuchung Charlottenburg-Nord" des IfS (1.12.1955) ←B 165



Tafel 8 der „Untersuchung Charlottenburg-Nord" des IfS, dazu Erläuterung:
„Nahversorgung und Gewerbe: Aufgrund der Arbeitsstättenzählung von 1950 wurden für die Nahversorgung und das nichtindustrielle Gewerbe Richtzahlen ermittelt, die in diesem Diagramm mit den Wohnungseinheiten gekoppelt dargestellt sind. Hierbei wurden aus verschiedenen Gründen je 3 Typengruppen (438 Menschen) zu 2 Einheiten (je 660 Menschen) zusammengefaßt, die in dem Entwurf für das Planungsgebiet zur Grundlage genommen sind. Die Größenordnung der Selbstbedienungsläden wurde nach einer Untersuchung des größten Berliner Unternehmens dieser Branche ermittelt und der Vorschlag für ähnliche flächenintensive Kaufhöfe auf dem Gebiete der Haushaltswaren und Kleintextilien gemacht. Übergeordnete Einrichtungen wie Schule, Kirche, Verwaltung etc. wurden in Anlehnung an die Richtzahlen des Senats angesetzt. Für die Unterbringung der Gewerbebetriebe wurden vermietbare Fabriken – Flats gewählt, die als für Berlin typisch angesehen werden und hier in neuer Form nach den modernen Gesichtspunkten der Siedlungsplanung angeordnet wurden."
←B 166

sens auch durch den Bezirk Spandau vertreten werden. Weitere Verkehrsbezüge für die Massenverkehrsmittel sind auf Tafel 3 der Struktur-Untersuchung dargestellt.

II. Verkehrsbezüge

Die Verkehrsbezüge sind einem Prinzip unterworfen, welches über den zu erschließenden Bezirk hinaus die Zusammenhänge mit dem ganzen Stadtgebiet zu berücksichtigen hat. Aus der Gesamtsituation bedarf der Verkehr einer gliedernden Ordnung, die sich in einer Funktionstrennung der Verkehrswege ausdrückt.

So wie durch die Bundes-Autobahnen eine bestimmte Rangordnung in die Verkehrsstruktur des gesamten Bundesgebietes gebracht worden ist, so ist innerhalb Berlins ein Straßensystem entsprechend den besonderen Funktionen und Aufgaben zu fordern und in der Entwicklung begriffen.

So wie bei den Autobahnen nachgeordnete in übergeordnete Netze eingehängt sind, wird auch am intensivierten Beispiel Berlin an Straßensysteme zu denken sein, die ihre jeweils selbständige Bedeutung haben und ineinander eingehängt sind.

Als übergeordneter Komplex können die Schnellstraßen angesprochen werden, welche die Verbindung mit den Autobahnen und dem Netz der Magistralen herbeiführen. Diese Schnellstraßen, die nur einzeln auftreten (z.B. Avus-Zubringer), haben sich in der Konstruktion der Einzelheiten dem Wesen der Autobahnen anzupassen und dieselbe Leistungsfähigkeit zu gewährleisten.

Als tragendes Netz für Berlin bildet sich offensichtlich immer mehr das Netz der Magistralen aus, welches die Wohn- und Wirtschaftsgebiete in gewissen Flächen aufgliedert, Flächen, die in den Größenordnungen von 10 bis 25 qkm je nach ihrer Aufgabe liegen.

Das Netz der Magistralen ist im übrigen über die ganze Stadt möglichst gleichwertig auszuwerfen mit dem Ziel, daß die gesamte Stadtfläche grundsätzlich gleichmäßig erschlossen wird, damit sich nicht einseitige Wohn- und Wirtschaftsreize entwickeln.

Auf einer dem Netz der Magistralen nachgeordneten Stufe sind Straßen bzw. Straßenräume besonderer kultureller und wirtschaftlicher Attraktivität abzusehen (z.B. Kurfürstendamm, Unter den Linden, Schloßstraße, Wilmersdorfer Straße), die von ihrem Wesen aus und nicht von bestimmten Flächenbezügen her ihre Eigenart erhalten.

Der Bebauungsplan als Umsetzung des Funktionsplans gestaltet das auf die Siemensstadt östlich folgende Gelände bis zum Tegeler Weg, der zum Autobahnzubringer nach Hamburg ausgebaut werden soll. Das Funktionsschema gibt die Siedlungsteile, die aus der Haushaltszusammensetzung der Bevölkerung errechnet wurden, und die ihnen zugeordneten Praxen und Ateliers bzw. Kinderhorte wieder. Je vier bzw. acht Siedlungseinheiten sind Kaufzentren zugeordnet und der Gesamtheit ein um ein Forum gebildetes Zentrum, das alles enthält, was zu einer Wohnzelle gehört: Schulen, Kino, Kirche, Verwaltung, Läden. Am südlichen Rand sind Gewerbeflächen für insgesamt 90 Betriebe und eine Gewerbeschule angeordnet.

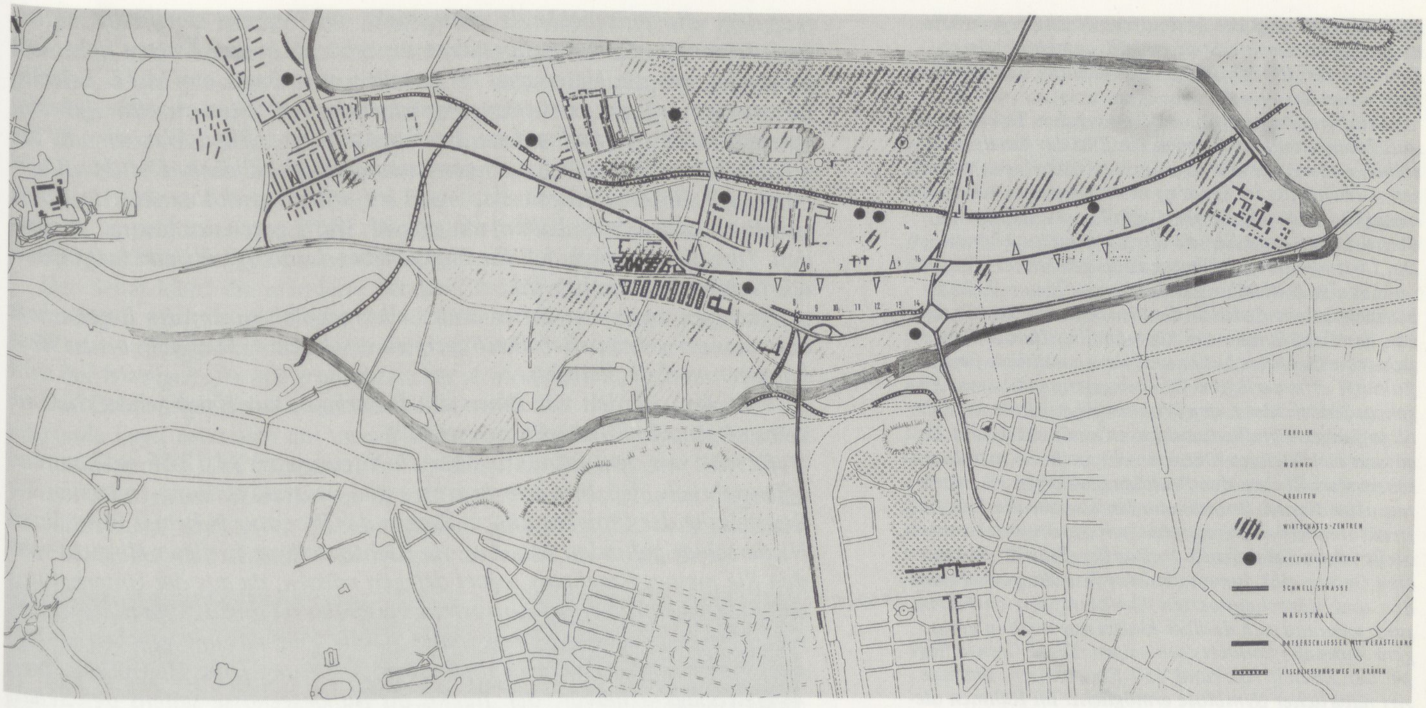
Die entworfene Bebauung erscheint als eine gestreute Mischung der unterschiedlichsten Hausformen vom Einfamilienhausteppich bis zum Wohnhochhaus mit dem Wohngehöft als Grundeinheit, in der alle Haushaltstypen zu finden sind. Die Platzanlage in der Mitte schließt mit der →S. 491 Schule ab, die in etwa den Konturen des Scharoun-Entwurfs für Darmstadt von **1951** folgt und sich rückwärtig auf die Jungfernheide bezieht.

Generell rückt die Bebauung von der Straße ab und versucht eigene Räume zu bilden. Im Mittelpunkt der Wohngehöfte liegen Grünflächen, die östlich und westlich von Hochhausscheiben, im Norden von zweigeschossigen Reihenhäusern und im Süden von quadratisch dargestellten Einfamilienhäusern begrenzt werden. Diese eingeschossigen Würfelhäuser finden sich auch als Atelierwohnungen auf den Dächern der Wohnhäuser. Getrennt werden die Wohngehöfte durch Parkplätze.

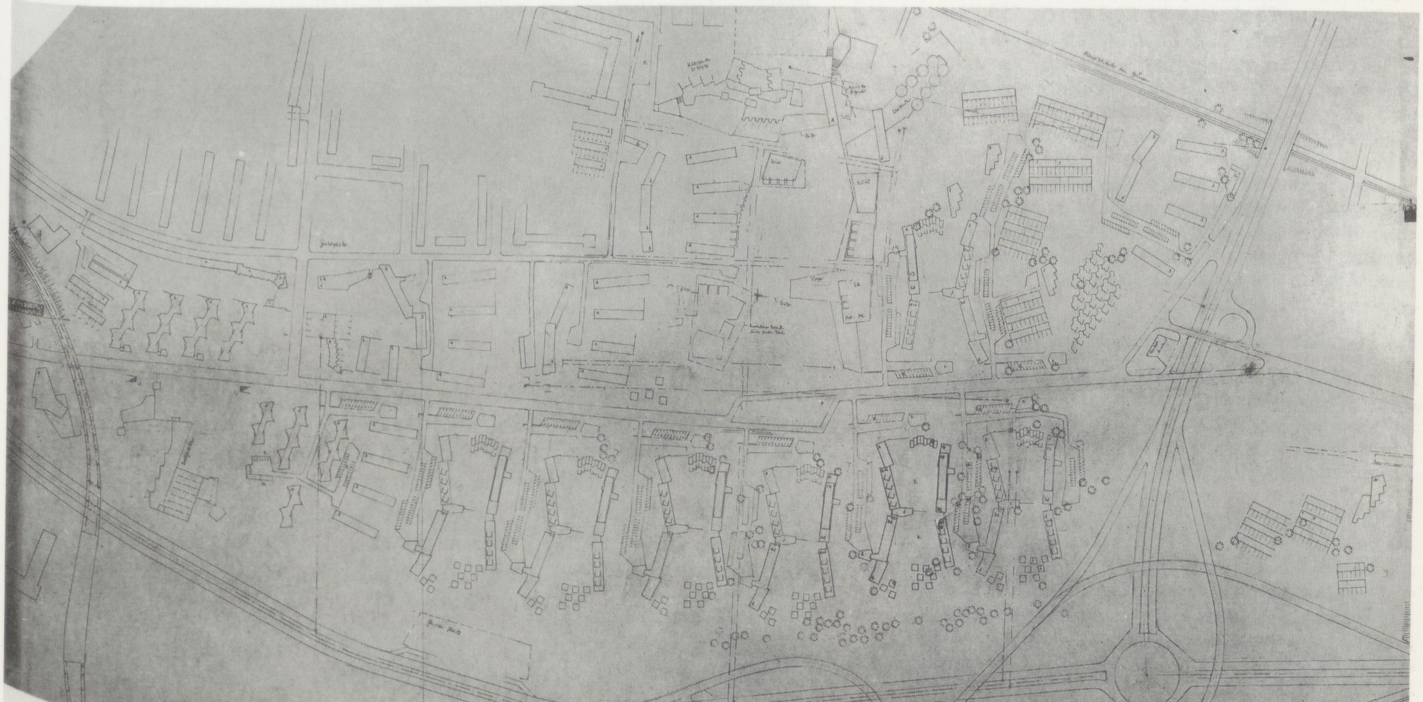
Die Bebauungsstruktur stellt eine Weiterentwicklung der am südlichen Goebelplatz versuchten Hofbildung dar. Die schief zueinander stehenden Hausteile erzeugen eine lebendige Raumwirkung und Raumzuordnung, die als eine Weiterentwicklung der Struktur der Wohnzelle Friedrichshain zu verstehen ist.

Je genauer man sich in diesen Plan hineinliest, desto deutlicher wird →S. 506 dieser Zusammenhang, den wir in einem späteren Kapitel im einzelnen verfolgen wollen.

Am **14.12.1955** werden die Projekte der GSW, der GEWOBAG und des Bezirksamts Charlottenburg beim Senator Schwedler in Anwesenheit des Planungsberaters Bartning miteinander verglichen. Es wird beschlossen, daß als Entscheidungsgrundlage zur endgültigen Beurteilung der drei vorliegenden Entwürfe eine Vergleichsberechnung der Kosten für den Tiefbau, speziell der Kanalisation, gemeinsam aufgestellt werden soll. Als Termin für die Entscheidung wird der **11.1.1956** festgelegt. Die Mitarbeiter Scharouns im IfS beschaffen daraufhin unter erheblichen Schwierigkeiten die zur Wirtschaftlichkeitsberechnung des GSW-Bebauungsplans notwen-



Tafel 4 der „Untersuchung Charlottenburg-Nord" des IfS. In 14 Siedlungsteilen sind 10.230 Betten untergebracht; in den meisten Siedlungsteilen (2–4/7/9–14) sind es 660, im Teil 6 800, in den Teilen 1 a/b 910 und in den Teilen 5/8 960 Betten ←B 167



Planungsgemeinschaft Scharoun/GSW (1.12.1955): Bebauungsplan-Vorschlag für „Siemensstadt" ←B 168

digen Unterlagen. Unabhängig davon wird von der Tiefbauabteilung des Senats, ohne Beteiligung Scharouns, eine Vergleichsberechnung für alle drei vorliegenden Bebauungspläne aufgestellt. Bei der Sitzung am **11.1. 1956** wird seiner Bitte, die von ihm für seinen Entwurf aufgestellte Berechnung vortragen zu dürfen, nicht entsprochen und aufgrund der Berechnungsergebnisse der Tiefbauabteilung die heute ausgeführte Straßenführung beschlossen, *mit der Begründung, ein Teil der Aufträge sei zum 1. April 1956 schon vergeben.* ←L 174

Am **12.1.1956** schreibt Scharoun an Bartning und teilt ihm das Ergebnis der Sitzung mit. Er übersendet ihm auch die Abschrift des Protokolls vom **14.12.1955** und die Unterlagen, die er nicht vortragen konnte.

Lieber Bartning, aus anliegender Protokollabschrift mögen Sie den „Fortgang" des am 14.12.1955 gemeinsam Initiierten entnehmen. Ein guter Wille besteht nicht oder kaum: dies zeigt das Protokoll der Sitzung vom 14.12., welches als endgültigen Termin den 15. Januar bezeichnet, ←A 98

Die vierte Stufe bilden die Erschließungsstraßen der einzelnen aufzugliedernden Flächen, die gleichzeitig auch die unmittelbare Verbindung zu den benachbarten Flächen herstellen. Im Verkehr mit den benachbarten Flächen ist also die Benutzung des Netzes der Magistralen nicht erforderlich.

III. Bevölkerungsstruktur/Zustand und Entwicklungsrichtung

Die Bedeutung des Planungsgebietes innerhalb der Wohn- und Arbeitsgebiete der Stadt und der Umfang des neuen Wohngebietes erforderten grundsätzlich Untersuchungen und Überlegungen. Ihr Ziel war, im Rahmen der heute zur Verfügung stehenden Erkenntnismöglichkeiten die Aufgabe nach der biologischen Familienstruktur und den soziologischen Gegebenheiten der einzelnen Familien sowohl als auch der sozialen Gemeinschaft zu klären. Dabei ist fraglos zu be-

rücksichtigen, daß die besonderen Nachkriegsverhältnisse Eigenarten im Strukturbild aufzeigen, deren Deutung für die zukünftige Entwicklung Schwierigkeiten bereitet.

Die Untersuchungen, welche auf den Tafeln 5, 6 und 7 dargestellt sind, geben ein Bild des heutigen Zustandes, soweit es die statistischen Unterlagen zulassen. Gleichzeitig ist der Weg zum derzeitigen Erscheinungsbild nach Möglichkeit erfaßt, um Schlüsse auf die zu erwartende Entwicklung ziehen zu können. Die Untersuchungen führten zu folgendem Ergebnis:

Aus der Darstellung des Altersaufbaues (Lebensbäume) spricht deutlich die Tendenz der Wandlung von der Großfamilie zur Kleinfamilie. Daraus ließe sich eine Liste der heute und voraussichtlich für die Zukunft erforderlichen Wohnungsgröße ableiten. Es genügt jedoch nicht, den Wohnungsbau allein nach der biologischen Familienstruktur zu analysieren und darauf auszurichten, es sind vielmehr auch die soziologischen Verhältnisse der Familienstrukturen zu beachten. Aus diesem Grunde wurden sowohl die Berufsstrukturen als auch die Haushaltsstrukturen untersucht (siehe Tafel 6 und 7). Das Ergebnis ist, daß es eine Grenze gibt, innerhalb derer fast alle vorkommenden und wünschenswerten Strukturtypen enthalten sind, während sich darüber hinaus nur noch in geringem Ausmaße Sondertypen zeigen. Diese Grenze liegt bei der Einheit von rund 450 Einwohnern, die eine Art natürlicher Symbiose ermöglicht. Im Rahmen dieser Einheit würden praktisch fast alle erforderlichen Wohnungsgrößen und Wohnungstypen im bestimmten Verhältnis zueinander auftreten.

Die innere Gliederung der Einheit von 450 Einw. ist aber zur Erfüllung der biologischen Aufgabe auch in der Großstadt nur geeignet, wenn nach den biologischen Voraussetzungen und Tendenzen geordnet wird. Diese ergeben sich aus der Betrachtung der Wandlung, dargestellt in den Lebensbäumen, und sind in der erforderlichen neuen Proportion erarbeitet.

Diese quantitative Einheit begegnet jedoch Bedenken, ob sie hinreichend der qualitativen Besonderheit einer Weltstadt-Bevölkerung Rechnung trägt. In ihr nämlich kommen den Sondertypen, die urbane Wesen sowohl kennzeichnen wie überhaupt erst ermöglichen, erhöhte Bedeutung zu.

IV. Einzelheiten zum Gestaltungsvorschlag

Das Stadtband ist durch Gruppierungen aufgegliedert, welche den wirtschaftlichen und kulturellen Zwecken auf regionaler und lokaler Stufe dienen. Hierin liegt ein Mittel zur Durchformung des Stadtbandes und zum Erzielen von Spannungen, die das Erleben fördern.

Das regionale Zentrum liegt zwischen dem alten Geschäftszentrum Siemensstadt und dem Bahnhof Wernerwerk in naher Verbindung mit dem zukünftigen Untergrundbahnhof. Hier ist auch ein neuer Ausgang des S-Bahnhofes vorgeschlagen. Dabei lag die Vorstellung zugrunde, daß die Ausbildung des Siemensdammes als Magistrale die Bedeutung der Geschäfte auf der Südseite des Siemensdammes einschränken wird zu Gunsten der Nordseite, wie sich dies bereits heute zeigt.

Ein weiteres Zentrum, besonders für das Planungsgebiet, ist etwa in der Mitte des Geländes dargestellt. Wenn auch hier an Läden zu denken ist, so scheint doch die besondere Bedeutung an dieser Stelle auf kulturellen Einrichtungen zu liegen.

Ein Standort für Läden wird schließlich auch am Goebelplatz anzunehmen sein, zumal durch den Geißlerpfad ein repräsentativer Zugang zum Park gegeben ist und gleichzeitig ein Bezug zu dem Raum, in dem die Berufsschule liegt.

Wesentlich erschien es, den Grund- und Oberschulen eindeutig den Bezug zu Grünflächen zu geben. Durch diesen Standort stehen sie in Verbindung mit dem Erschließungsweg „im Grünen", der in erster Linie Fußgängern, Radfahrern und Moped-Fahrern dient.

Es ist darauf hinzuweisen, daß Siemensstadt auch ein mit ergänzenden gewerblichen Impulsen versehenes Gebilde werden sollte. Daher ist vorgeschlagen, in verkehrstechnisch günstiger Lage sowohl in rein ge-

trotzdem die entscheidende Aussprache im Februar stattfinden sollte. Inzwischen ist (das immerhin haben wir erreicht) in den Ämtern fieberhaft gearbeitet, um die Unterlagen herzustellen, von denen am 14.12. behauptet wurde, daß sie existierten. Irgendwelche Anstalten zu einer gemeinsamen Erörterung sind seitens des Senats nicht erfolgt. Was wir uns beschafft haben, haben wir uns gewissermaßen erschlichen. Die damit verbundenen Unterhaltungen sind, wie ich erfuhr, anekdotenhaft in Form von Protokollen festgehalten, um ggfs. als Waffe gegen uns benutzt zu werden. Dies für den Fall, daß Ihnen gegenüber davon irgendwann und irgendwie Gebrauch gemacht wird.

Hingegen ist in bewährter Weise alles geschehen, um die Bereitschaft des mit uns gekoppelten Bauträgers zu erschüttern. Dies ging bis zu Drohungen und Entstellungen.

Trotzdem werden wir Ihnen die Unterlagen zur Hand geben, die eine vernunftgemäße Entscheidung gestatten.

Es wird aus dem Protokoll über die Sitzung vom 14.12.55 vollkommen offensichtlich, daß Ihre sehr korrekte und neutrale Haltung in Sachen der Beurteilung der Projekte und in Sachen der Prozedur in keiner Weise ihren Niederschlag gefunden hat. Auf die Richtigstellung in dieser Hinsicht werden Sie meines Erachtens sofort dringen müssen, da aus der Unterhaltung am 11.1. hervorging, daß unkorrekt verfahren sei und daß für diese unkorrekte Verfahrensweise hintergründig Sie die Veranlassung gegeben hätten. Dies ging besonders aus sehr eindeutigen Äußerungen des Herrn Steinkamp – Gewobag – hervor, der fraglos als Bundesgenosse seitens des Senats gesehen und eingeladen worden ist.

Das, was der Tenor unserer Unterhaltungen angelegentlich Ihres letzten berliner Aufenthaltes war, wird an dem Fall Charlottenburg-Nord akut:

Die Nichtbereitschaft der Bürokratie, sich auch nur in Diskussionen mit Freischaffenden einzulassen und die Herrschaft des Technischen (in diesem konkreten Falle des Tiefbaues) über das Kulturelle, in dessen Folge selbst Experimente wie Siemensstadt im Jahre 1929/30 heute unmöglich sind. Ganz besonders traurig aber ist die Art und das Verfahren, wie die einseitigen Absichten der Bürokratie durchgesetzt werden.

Bartning scheint, wie vorher schon bei der Planung des südlichen Hansaviertels, hier den Kompromiß durchzusetzen:

→L 175 *Dem Eingreifen Otto Bartnings (. . .) ist es zu danken, daß die GSW – nunmehr auf der Grundlage der andersartigen Straßenführung – an der Realisierung des gemeinsam mit Scharoun erarbeiteten Konzepts festhalten durfte.*

Das Gebiet wird aufgeteilt. Der der GSW zugesprochene Teil liegt westlich des Halemwegs, der östliche ist im wesentlichen das Planungsgebiet der GEWOBAG.

Bis zum **18.1.1956** stellt Scharoun für den 39,6 ha großen westlichen Teil einen neuen Bebauungsplan auf, der den Komplex Goebelplatz und vier Wohngehöfte für insgesamt 4600 Einwohner vorsieht. Er ändert darin

→B 169 Hans Scharoun (18.1.1956): Entwurf für den GSW-Teil von Charlottenburg-Nord

die am **11.1.1956** beschlossene Straßenführung leicht, indem er den Heilmannring nach Norden verschiebt, um so genügend Fläche für die Wohngehöfte in der errechneten Ausdehnung zu haben. Gleichzeitig bemüht er sich, alle Wohnformen, die vorher auf dem gesamten Gebiet verteilt waren, auf dem ihm verbleibenden Gelände zusammenzuziehen. So werden alle Wohngehöfte südlich als Flachbauten gestreut, nördlich Reihenhäuser und auf den Dächern der 4geschossigen Flügel jeweils vier pavillonartige Wohnungen angeordnet. Auch die Blockeinheit südlich des Goebelplatzes wird ergänzt und das Hochhaus auf 8 Geschosse heruntergenommen.

Der Senat lehnt die geänderte Straßenführung ab. Am Verlauf des Heilmannringes wird festgehalten, und Scharoun ist gezwungen, will er die GSW als Auftraggeber nicht verlieren, auf den so geteilten Flächen seine Idee der *Wohngehöfte mit großstädtischer Atmosphäre* zu retten. ←A 99

Der Bebauungsplan, der verabschiedet wird und den dortigen Bauten zugrunde liegt, setzt sich aus zwei Plänen zusammen: Den westlichen Teil baut zum großen Teil Scharoun, den östlichen im Auftrag der GEWOBAG Werner Weber. Die öffentlichen Einrichtungen werden einzeln vergeben. Es lohnt sich, den ersten Bebauungsplan Scharouns mit dem additiven Durcheinander, das schließlich herausgekommen ist, zu vergleichen.

←S.507

Der verabschiedete Bebauungsplan für Charlottenburg-Nord ←B 170

Am **17.2.1956** schickt Scharoun, nachdem alle Entscheidungen getroffen sind, Bartning den endgültig verabschiedeten Bebauungsplan (Plan I) zusammen mit seinem letzten Versuch vom **18.1.1956** (Plan II):

Lieber Bartning, Plan I ist das Ergebnis der politisch-taktischen Bemühungen des Bezirkes. Ich gebe Ihnen zu meiner Entlastung den Plan II, welcher gemäß der Einsicht und gemäß der Weisung Schwedlers an die Beteiligten gut hätte realisiert werden können. ←A 100

Ich bin bis zum Äußersten gegangen, es waren nur noch entweder Aufgeben oder Kompromiß möglich. Das Ergebnis tut mir besonders hinsichtlich Ihres und Schwedlers Einsatz leid.

Die Siedlung Charlottenburg-Nord wird im Zeitraum von **1956** bis **1961** gebaut. Sie ist, wenn man von Scharouns Beitrag zu dem unrealistischen und provokativen Hauptstadt-Berlin-Wettbewerb von **1958** absieht, der letzte städtebauliche Entwurf Scharouns. Das Scheitern der ursprünglichen Entwurfskonzeption bedeutet gleichzeitig das Ende des Versuchs, das Alte Berlin ohne großflächigen Abriß durch eine in Wohnzellen gegliederte Neue Stadt zu ersetzen. Zumindest in Berlin (West), wo die alte Stadt nicht nur über die nicht zerstörten Gebäude und die unterirdischen Bauanlagen die Neuplanung bestimmt, sondern auch über das Eigentumsrecht an Grund und Boden und die unterschiedlichen Bauträger die Planungsbedingungen gesetzt werden, erweist sich die Realisierung einer geschlossenen Wohngebietsplanung als unmöglich. In den 60er Jahren wird nach dem Städtebaugesetz in der Peripherie auf städtischem oder billig zu erwerbendem und meist unbebautem Gelände mit dem Bau von Trabantenstädten begonnen. In ihnen setzen sich die Konzeptionen zur Wohnzelle in großem Maßstab fort. Innerhalb des S-Bahnrings werden dagegen auf dem alten Straßen- und Parzellenplan die noch bestehenden Reste der alten Stadt durch Neubauten aufgefüllt oder die alte Mietshausbebauung ersetzt durch eine neue Blockrandbebauung.

werblichen Gebieten als auch in Nähe der Wohngebiete „Gewerbeflats“ einzufügen, für die typische Formen in Flach- und Hochbau zu entwickeln bleiben.

Die dort unterzubringenden Gewerbebetriebe sollen nicht nur der gewerblichen Nahversorgung dienen, sondern auch – und zwar in bedeutendem Ausmaße – die Aufgabe erfüllen, Zubringerbetriebe für die Siemensstädter Großbetriebe zu sein.

Die Bedeutung der Baugruppen und der einzelnen Bauwerke für die Gestaltgabe kann im übrigen nur anhand eines Modelles ergänzend geklärt werden.

Dies legt nahe, im Falle Berlin die Einheit von rund 450 auf rund 650 Einwohner zu erhöhen und gleichzeitig zwei solcher Einheiten mit rund 1300 Einw. als Träger bestimmter sozialer und kultureller Einrichtungen lebensfähig zu machen (Tafel 8).

In diesen Einheiten liegt ein wesentlicher Hinweis sowohl auf die Gestalt der einzelnen „Wohngehöfte“ als auch auf ihre nachbarlichen Bezüge. Ihre konsequente Durchbildung bedarf weiterer Klärungen. Zweifellos lassen sich überkommene Gestaltungsweisen in additiver Art verwenden, wie auch neu zu entwickelnde Gestaltungsweisen, die dem Wesen der Symbiose auch optisch Ausdruck geben.

→B 171 Die Karte von Berlin (1983) zeigt die Stadtgliederung im Norden Charlottenburgs. Nördlich der Eisenbahn und der Spree als Schiffahrtsweg liegen Industriegebiet, Stadtautobahn, das Wohngebiet Charlottenburg-Nord und der Erholungspark Jungfernheide. Die Flächen für Verkehr, Arbeiten, Wohnen und Erholung sind idealtypisch voneinander getrennt

Das Zeughaus, in dem am 23.1.1946 die Ausstellung „Berlin baut auf" eröffnet wird ←B 1

Im Januar 1946 wird im Zeughaus die Karte des zerstörten Berlins ausgestellt ←B 2

5 Der Aufbau des NEUEN BERLIN II

Die Neue Wohnung als Element der Wohnzelle

Um einen Überblick zu bekommen, wie viele Häuser und Wohnungen während des Krieges zerstört wurden, besichtigen im **Sommer 1945** Architekten im Auftrag der Tiefbauämter der einzelnen Verwaltungsbezirke Berlins die Stadt.

→L 1 *Systematisch wird der Bezirk auf seine Schadenstellen untersucht und zugleich der bauliche Wert eines jeden Gebäudes festgestellt. Auf dem mitgeführten Straßenplan wird jedes Haus mit einem Zeichen versehen, und die hier festgelegten Besichtigungsergebnisse werden auf dem Hauptamt registriert und geordnet.*

Auf dem großen Orientierungsplan kann man sich, durch eine Farbenskala verdeutlicht, über den Zustand der Häuser informieren. Die rot markierten werden niedergelegt, die blaue Farbe deutet auf Totalschaden, während Grün als ausbaufähig angesehen wird und die gelbe Farbe die noch benutzbaren Häuser anzeigt.

Anfang November liegen die ersten nach Schadensgrad, Bezirk und Sektor unterteilten Zählungen vor. Sie beziehen sich auf die Gebäude insgesamt. Umgesetzt in eine Graphik, wird die unterschiedliche Betroffenheit der Berliner Bezirke sichtbar.

→A 1

Verwaltungsbezirk	total zerstört	%	schwer beschäd	%	wiederherstellbar	%	leicht besch bewohnbar	%	unerkundet	%	insgesamt Gebäude
1. Tiergarten	2429	32,2	1673	22,2	1150	15,2	2291	30,4	./.	./.	7 543
2. Charlottenburg	1461	17,7	1400	16,9	411	5,0	4996	60,4	./.	./.	8 268
3. Spandau	888	5,1	766	4,4	484	2.8	14 932	86,5	196	1,2	17 266
4. Wilmersdorf	1085	16,9	902	14,0	1101	17,2	3336	51,9	./.	./.	6 424
Engl. Sekt. zus.	5863	14,8	4741	12,0	3146	8,0	25555	64,7	196	0,5	39 501
1. Wedding	1666	19,3	736	8,5	1055	12,3	5110	59,4	41	0,5	8 608
2. Reinickendorf	1453	6,2	583	2,5	1489	6,3	19730	84,0	223	1,0	23 478
Franz. Sekt. zus.	3119	9,7	1319	4,1	2544	7,9	24840	77,4	264	0,8	32 086
1. Mitte	3573	34,6	1758	17,0	1580	15,3	3392	32,9	18	0,2	10 321
2. Prenzl. Berg	689	10,4	460	7,0	725	10,9	4745	71,6	6	0,1	6 625
3. Friedrichshain	2179	27,0	1496	18,5	1046	12,9	3317	41,0	50	0,6	8 088
4. Treptow	581	4,4	466	3,6	431	3,3	11308	86,7	259	2,0	13 045
5. Köpenick	533	4,7	237	2,1	585	5,2	8395	74,3	1549	13,7	11 299
6. Lichtenberg	1832	8,2	318	1,4	1279	5,8	18792	84,4	46	0,2	22 267
7. Weißensee	719	7,4	39	0,4	577	5,9	8440	86,3	./.	./.	9 775
8. Pankow	407	2,9	292	2,1	619	4,4	12467	89,6	135	1,0	13 920
Russ. Sekt. zus.	10513	11,0	5066	5,3	6842	7,2	70856	74,3	2063	2,2	95 340
1. Kreuzberg	2346	26,0	1250	13,9	1364	15,1	3942	43,8	107	1,2	9 009
2. Zehlendorf	722	5,5	835	6,3	1553	11,8	10064	76,1	46	0,3	13 220
3. Schöneberg	729	8,8	1823	22,0	1319	16,0	4398	53,2	./.	./.	8 269
4. Steglitz	1984	11,5	3045	17,7	1707	9,9	10496	60,9	./.	./.	17 232
5. Tempelhof	1072	8,4	1274	9,9	2499	19,5	7961	62,2	./.	./.	12 806
6. Neukölln	1331	7,5	774	4,3	1874	10,5	13853	77,7	5	./.	17 837
Amerik. Sekt. zus.	8184	10,4	9001	11,5	10316	13,2	50 714	64,7	158	0,2	78 373
Englischer Sektor	5863	14,8	4741	12,0	3146	8,0	25555	64,7	196	0,5	39 501
Französischer "	3119	9,7	1319	4,1	2544	7,9	24840	77,4	264	0,8	32 086
Russischer "	10513	11,0	5066	5,3	6842	7,2	70856	74,3	2063	2,2	95 340
Amerikanischer "	8184	10,4	9001	11,5	10316	13,2	50714	64,7	158	0,2	78 373
Stadt Berlin	27679	11,3	20127	8,2	22848	9,3	171965	70,1	2681	1,1	245 300

Die letzten amtlichen Zahlen über den Bestand von Wohngebäuden in Berlin datieren vom **31.12.1944**. Sie besagen, daß von den am **1.1.1943** gezählten 224.927 Wohngebäuden 22.428 total, 20.291 schwer und 182.208 mittelleicht bzw. nicht beschädigt sind. Das Zahlenwerk vom **November 1945** geht dagegen nicht von den Wohngebäuden, sondern von Gebäuden insgesamt aus. Dadurch erklärt sich der Unterschied in der Gesamtzahl.

Als der Stadtbaurat Hans Scharoun im **Januar 1946** vom Interalliierten Roten Kreuz um Auskunft gebeten wird, wie viele Wohnungen in Berlin bewohnbar bzw. zerstört sind, muß er auf Grund der Gebäudezählungen eine Schätzung vornehmen:

22.1.46.

Anzahl der Gebäude vor dem Kriege: 224 927
Davon leicht beschädigt und unbeschädigt: 147 927
Rest 77 000

Davon mittel beschädigt: 20 000
" " schwer " 27 000
" " total " 30 000
77 000

Anzahl der Wohnungen vor dem Kriege: 1 562 000 →A 2
" " " nach dem Kriege: 756 000
Rest 806 000
Hiervon waren am 1.1.46. repariert: 30 000
Von den 806 000 Wohnungen sind

130 000 leicht beschädigt
170 000 mittel " " →L 2
240 000 schwer " "
266 000 total " "
806 000 ←A 3

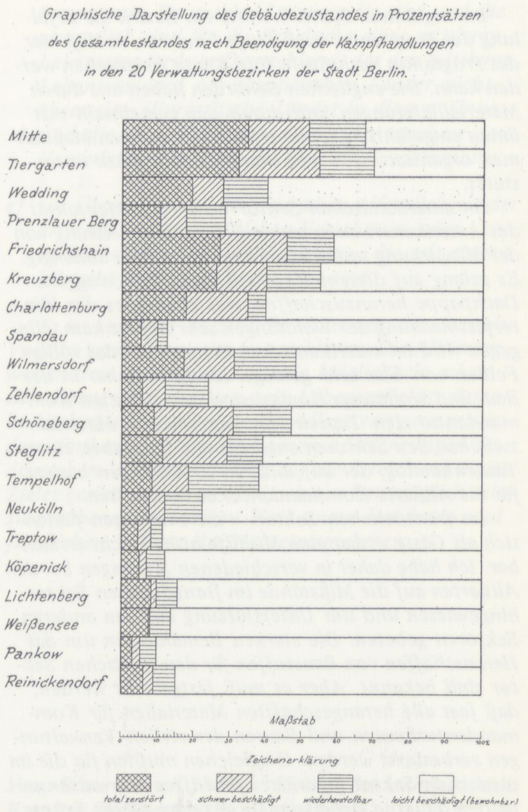
Die Differenz der von Scharoun angegebenen Zahlen zu denen vom **31.12.1944** erklärt sich durch die schweren Bombardierungen, den Artilleriebeschuß und die Brände in den letzten vier Kriegsmonaten.

Nach den Erfahrungen des Jahres **1945** versucht Karl Böttcher, Leiter des Hauptamts für Aufbau-Durchführung, Anfang **Januar 1946** zu berechnen, wie lange der Wiederaufbau Berlins dauern wird, wie viele Arbeitskräfte nötig sein werden und wieviel der Wiederaufbau voraussichtlich kosten wird. →A 4 Die Enttrümmerung würde nach seinen Berechnungen etwa 20 Jahre dauern, bei einem Kostenaufwand von 6 Mill. RM/Monat und einem dauernden Einsatz von etwa 30.000 Arbeitskräften.

Der Wiederaufbau, bei dem Böttcher von 648.000 neu herzustellenden Wohnungen zu je 10.000 RM und 523.000 instandzusetzenden Wohnungen zu je 1000 RM und einem Stundenlohn von 1,70 RM ausgeht, würde nach seinen Berechnungen 24 Jahre dauern, 60.000 Arbeitskräfte binden und 410 Millionen RM/Jahr kosten. **1970** wäre der Aufbau dann beendet.

Eine Aufbauzeit von 24 Jahren erscheint den politisch Verantwortlichen unvertretbar lang. Der Leistungsplan in der Ausstellung „Berlin plant" formuliert das politische Ziel als Sofortprogramm bis **1950**, *jedem eine heizbare Unterkunft* zu beschaffen. ←S.211 Da das mit den herkömmlichen Mitteln (Baumaterialien, Baumethoden, Standards, Normen) nicht zu schaffen ist, muß über Ersatzbaustoffe, Leichtkonstruktionen, industrialisierte Fertigung nachgedacht werden. Daß darüber nicht aus der Sicht des Baufachmanns alleine nachgedacht werden kann, sondern die Einbindung der Bauwirtschaft in die Gesamtwirtschaft geplant werden muß, machen die einleitenden Sätze von Karl Böttcher zu seinem Bericht an den Magistrat vom **Dezember 1945** deutlich:

Die Anforderungen an die Bauwirtschaft sind entsprechend dem langsamen Wiederaufbau der Wirtschaft ständig gestiegen, damit ist auch die ←A 5



Die Ergebnisse der Wohnungszählung vom 13.4.1946

Im Gegensatz zu der Schätzung, die Hans Scharoun am **22.1.1946** anstellt, belegt die Wohnungszählung vom **13.4.1946** eine Gesamtzahl von 1.061.846 benutzbaren Wohnungen, davon 42.084 in Lauben und Behelfsunterkünften. Von den im Mai **1939** gezählten 1.543.556 Normalwohnungen sind **1946** noch 1.019.762 oder 66% bewohnbar. Diese Ergebnisse werden jedoch erst viel später bekannt.

Hans Scharoun (23.12.1945):
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Stadtrats für Bau- und Wohnungswesen des Magistrats von Groß-Berlin von Mai–Dezember 1945

Die Tätigkeit der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen fand ihren sichtbarsten Ausdruck bei Durchführung der Bauaufgaben für die Besatzungsbehörden und für Gebäude öffentlichen Interesses.

An der Durchführung waren in erster Linie die Hochbauämter beteiligt. Für die Besatzungsbehörden sind bzw. werden zur Zeit hergerichtet: 580 Objekte, an denen augenblicklich 15 116 Arbeiter beschäftigt sind. Demgegenüber steht die Zahl von 1916 Bauten öffentlichen Charakters mit 16 692 Arbeitskräften. In der zweiten Gruppe eingeschlossen sind die Schulen, Hochschulen, Bibliotheken, Theater usw., desgl. ist darin die Seuchenbetten-Aktion, d.h. die Winterfestmachung der Krankenhäuser einbegriffen. (. . .)

Daß seit langem für alle Baumaßnahmen des zivilen Sektors Rangfolgelisten bestehen, darf ich in diesem Zusammenhang nochmals erwähnen. In dem militärischen Sektor konnten sie noch nicht verbindlich listenmäßig festgelegt werden, indessen bestehen vorgesehene Einzelberatungen, die eine gewisse Ordnung in die Bauvorhaben der überbezirklichen und örtlichen Kommandanturen bringen.

Im Wohnungssektor sind nach diesen Listen bisher 130 000 Wohnungen als winterfest gemacht von den Bezirken gemeldet. Damit sind 27% der Rangfolgestufe I im Wohnungssektor im Durchschnitt erfüllt. Die Durchführung konnte in den verschiedenen Sektoren nur unterschiedlich erfolgen.

Im englischen Sektor konnte ein Bezirk die Erfüllung des Programms nach Stufe I melden, so daß hier das Programm nach Stufe II in Kürze freigegeben werden kann. Die englischen Behörden haben uns durch Materiallieferungen und durch das gemeinsam mit ihnen eingeführte Lizenzverfahren in unseren Maßnahmen organisatorisch und materiell sehr stark unterstützt.

Im amerikanischen Sektor war – der Mentalität des Amerikaners entsprechend – die Hilfeleistung von der Mitwirkung tatkräftiger Einzelpersonen abhängig. Es gelang auf diesem Wege z.B. rund 100 Waggons Dachpappe heranzuschaffen, was ebenfalles der Winterfestmachung der Wohnungen sehr zugute kam. Hingegen wird im amerikanischen Sektor über das völlige Fehlen von Glas sehr geklagt. Ich habe daher in der Bau- und Wohnungs-Kommission der Alliierten Kommandantur den Tausch von bestimmtem Material zwischen den Sektoren angeregt und bin dabei, einen Tauschkatalog, der auf unseren Erfahrungen basiert, für die Alliierte Kommandantur auszuarbeiten.

Im französischen Sektor – die Franzosen fühlen sich als Gäste – war eine Mithilfe bisher nicht erreichbar. Ich habe daher in verschiedenen Sitzungen bei den Alliierten auf die Mißstände im französischen Sektor hingewiesen und um Unterstützung aus den anderen Sektoren gebeten. Die starken Bemühungen um das Heranschaffen von Baustoffen für den russischen Sektor sind bekannt. Aber es muß festgestellt werden, daß fast alle herangeschafften Materialien für Kommandanturbauten und Bauten der zivilen Verwaltungen verbraucht werden. Desgleichen mußten für die im russischen Sektor besonders gehäuften Verwaltungsbauten dauernd Arbeitskräfte aus dem zivilen Sektor abgezogen werden, so daß die Winterfestmachung der Wohnhäuser im Rückstand ist. Lähmend hinzu tritt der Dualismus zwischen Zentralkommandantur und Administration, da beide mit Ehrgeiz repräsentative Bauten zu errichten trachten.

Die Abgrenzungsbestrebungen zwischen den einzelnen Sektoren treten immer stärker hervor, trotz aller Bemühungen dagegen und persönlicher Hinweise in verschiedentlichen Aussprachen mit den einzelnen Kommandanturen und der Alliierten Kommandantur.

Unser Ziel war: freie Beweglichkeit der Arbeitskräfte nach Maßgabe der Bauaufgaben und auf Grund von Firmeneinsätzen. Zu diesem Zweck ist die ‚Vereinigung Berliner Baubetriebe' ins Leben gerufen, die die Zulassungswürdigkeit der Baufirmen prüft und sämtliche am Bau beteiligten Sparten betreut. Sie arbeitet als verlängerter Arm des Magistrats und bedient sich zur Durchführung ihrer Aufgaben der in den einzelnen Bezirksämtern eingegliederten Einsatzleiter. Sie wird bei allen erforderlichen Einsätzen über meine Einsatzstelle herangezogen.

Die Gefahr der Isolierung aber der einzelnen Sektoren spiegelt sich z.B. in dem für das nächste Frühjahr geplanten Programm des englischen Sektors. Die Durchführung der weiteren Gebäudeinstandsetzungen wird nach völlig verwaltungsmäßigen Grundsätzen organisiert, ohne eine erkennbare Rücksicht auf den organischen Aufbau der Gesamtstadt und ohne Rücksicht auf Arbeitsmöglichkeit überhaupt. Ich habe diese Fragen bei den Engländern zur Diskussion gestellt, ob sie sich den Aufbau Berlins als Verwaltungs- oder Gestaltungsaufgabe denken.

Auszug aus der Übereinkunft der Dreimächtekonferenz in Potsdam, die am 2.8.1945 unterzeichnet wurde:

Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten

Arbeitsmarktlage noch angespannter als vorher geworden. Auch die Materialdecke ist äußerst knapp, da fast ausschließlich auf die Bestände zurückgegriffen werden mußte. Neue Eingänge von Baustoffen sind fast gar nicht zu verzeichnen und sind auch auf längere Sicht nicht zu erwarten, da die geringen zur Verfügung stehenden Transportmittel zur Heranschaffung der Lebensmittel und zum Teil der Kohle eingesetzt sind. Durch diese Lage ergeben sich die Aufgaben, die sich auf die kurze Formel bringen lassen:

Aufbau der Bauwirtschaft – abhängig vom
Aufbau der Industrie und des Handwerks – abhängig vom
Aufbau des Transportwesens, somit erforderlich
Aufbau der gesamten Wirtschaft.

Während sich früher die Bauwirtschaft ausschließlich auf reine Aufgaben des Baues beschränken konnte, wurde es jetzt notwendig, sich mit Aufgaben zu befassen, die früher oder später neue Entwicklungen innerhalb der Wirtschaft zeitigen werden.

Um den Wiederaufbau zu beschleunigen, erscheint das Zusammenwirken einer zentralen Planung mit einer zur Zusammenarbeit bereiten privaten Wirtschaft als Ideal:

→A 6 *Es ist notwendig, die Gesamtentwicklung zu lenken und einheitlich auszurichten. Das darf aber nur geschehen unter voller Würdigung der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse in Verbindung mit den praktischen Erfordernissen. Hierzu sind nur die Stellen kompetent, die einen Überblick über das Ganze haben und für die praktische Durchführung verantwortlich sind. Es wird daher vermieden, daß die Entwicklung in zu eng begrenzten Bahnen verläuft. Die Praxis stellt also die Aufgaben, man muß sie sehen und dementsprechend die Kräfte einsetzen. Techniker, Wissenschaftler, Handwerker und Industrien müssen hierbei auf das engste zusammenarbeiten. Die Abteilung für Bau- und Wohnungswesen im Magistrat der Stadt Berlin, Hauptamt für Aufbau-Durchführung hat daher sofort Fachleute aus allen Gebieten herangeholt, die eine möglichst enge Fühlungnahme mit den vorerwähnten Stellen aufgenommen haben. Es konnten bereits eine ganze Menge Industriefirmen zur Mitarbeit gewonnen werden, die dankbar für die gegebenen Anregungen waren. Andererseits muß leider festgestellt werden, daß die größte Anzahl der Firmen sich ablehnend verhält, da sie die Probleme noch nicht erkannt haben und ihre Produktion in der bisher gewohnten Weise fortsetzen wollen, die eben nach der vorerwähnten Lage nicht möglich ist.*

Die vorerwähnten Verhältnisse sind bei anderen europäischen Staaten ähnlich. Auch sie müssen ihre Wirtschaft wiederaufbauen, zerstörte Gebäude neu errichten, beschädigte instand setzen. Es wäre daher im Interesse aller, durch gemeinsame Arbeit die Probleme zu bewältigen, um sich durch einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu informieren und die Entwicklung zu beschleunigen. Dadurch kann Deutschland durch seine Mitarbeit helfen, die Kriegsschäden in anderen Ländern schneller zu beseitigen.

In Europa müssen 80 bis 100 Millionen Wohnungen neu gebaut werden. In Amerika sind es 12–15 Millionen. Da Amerika ebenfalls bestrebt sein muß, die Wohnungsnot schnellstens zu beheben, wäre es durchaus wünschenswert, wenn auch von dieser Seite aus an dem Wiederaufbau-Problem mit gearbeitet wird.

Die Überlegungen, die seltsam modern erscheinen, bleiben nicht nur Theorie, sondern werden von praktischen Versuchen begleitet, die zur Gründung des „Internationalen Komitees für Bau- und Wohnungswesen" geführt haben.

←L 3 5.1 Der international angelegte Versuch, die Wohnungsfrage zu lösen (IKBW)

Am **1.8.1945** ist die Potsdamer Konferenz zu Ende gegangen. Am **12.8. 1945** rücken die Franzosen als letzte Besatzungsmacht in Reinickendorf und Wedding ein. In Berlin ist die erste Enttrümmerungsaktion angelaufen.

Am **27.8.1945** wendet sich aus dem Britischen Sektor Major H. H. Nuttall, der gerade zum „housing officer" ernannt worden ist, an den Leiter der Magistratsabteilung für Bau- und Wohnungswesen. Er möchte mit Hans Scharoun zusammentreffen, um mit ihm über folgende Themen zu sprechen: Schadensaufnahme, Frage der Baumaterialien, Arbeitskräfte, die bereits ausgeführten und die noch notwendigen Reparaturen und außerdem über die Möglichkeit, vorfabrizierte Häuser herzustellen. Die vorfabrizierten Häuser sind ein Thema, das sich durch den Barackenbau für Bombengeschädigte und für die militärische Logistik in den letzten Kriegsjahren bei allen vom Krieg betroffenen Nationen enorm entwickelt hat.

Nach der Kontaktaufnahme von seiten der Engländer kommt es am **28.9.1945** zu einer fachlich orientierten Sitzung mit Architekten aus den sowjetischen und französischen Militärverwaltungen und Mitgliedern des Magistrats. Das Treffen findet in den Amtsräumen des Magistrats statt. Die deutschen Teilnehmer sind: Scharoun, Mächler, Böttcher und Ebert. Von den Russen nehmen teil: Oberst Nikolsky (Professor an der Akademie für Architektur in Leningrad), Oberstleutnant Kartaschoff (Architekt), Hauptmann Slobodyanik (Bauingenieur) und Major Paramonoff (Abteilung Propaganda und Dokumentation). Von den Franzosen nimmt Capitaine Polin (Beauftragter für Wohnungsbau) teil. Es wird beschlossen, auch die noch fehlenden Vertreter der vier Mächte, die Engländer und Amerikaner, hinzuzuziehen.

Am **3.10.1945** findet die zweite Sitzung statt, zu der Engländer und Amerikaner zwar noch nicht erscheinen, sich aber für die nächste Sitzung ankündigen. Das Protokoll vermerkt folgende Diskussionspunkte:

1) Die Notwendigkeit, unverzüglich in Berlin eine Zentrale für Studien und ein Archiv für die englischen, amerikanischen, französischen, russischen und deutschen Architekten und Städtebauer zu schaffen. ←A 7

2) Studium der neuen Probleme, wie sie für die großen Städte, z.B. Moskau, Berlin, Paris, gestellt werden. →A 8

3) Studium der Architektur- und städtebaulichen Probleme, wie sie sich unter dem Gesichtswinkel der englischen, amerikanischen, französischen, russischen und deutschen Architekten und Städtebauer ergeben.

4) Studium der neuen Stadt.

5) Wohnung der Arbeiter, Erfindungen, neue Bauweisen, Rationalisierung, Baustoffe usw.

Am **11.10.1945** findet in der russischen Hauptkommandantur die nächste Architektenversammlung statt, zu der auch ein Vertreter der Amerikaner, Major Thomson, erscheint. Für Frankreich erscheint neben Polin noch ein zweiter Vertreter, Oberst Fayolle.

Es wird vereinbart, daß diese Treffen zu einer ständigen Einrichtung werden sollen mit offiziellen Vertretern der Länder, wechselndem Vorsitz und Tagungsort Magistrat. Das „Komitee", wie es im Protokoll schon genannt wird, soll sich eine Tagesordnung geben, die sich mit den Wohnungsproblemen im Zusammenhang mit den in den verschiedenen Ländern getroffenen Notmaßnahmen beschäftigt. *Um den praktischen Charakter dieser Versammlung zu verstärken, werden technische Fragen, fabrikmäßige Herstellung von Bauteilen, neue Baustoffe, Möblierung und Inneneinrichtung besprochen.* ←A 9

Da die russische Abordnung Berlin auf 10 Tage verlassen muß, wird die nächste Sitzung auf den nächsten Tag, den **12.10.1945**, angesetzt.

Zwischen der ersten offiziellen Sitzung am **12.10.1945** und dem **5.8.1946** finden insgesamt 34 Sitzungen des „Internationalen Komitees für Bau- und Wohnungswesen", wie sich die Architektenversammlung ab der 3. Sitzung nennen wird, statt. Sie tagt also bis unmittelbar vor der Eröffnung der Ausstellung „Berlin plant". Die Teilnahme ist unregelmäßig. ←S. 181 Es bildet sich aber sehr bald ein Kern von Beteiligten heraus, die gemeinsam arbeiten. Von den Deutschen sind es Scharoun, Böttcher, Mächler und Ebert; von den Russen Nikolsky, Paramonoff, später ersetzt durch das Ehepaar Schnittke; von den Engländern Newmann und Nuttall; von den Franzosen Polin und das Ehepaar Fayolle und von den Amerikanern Henry.

Die Versammlungen sollen regelmäßig donnerstags 10 Uhr im Raum 323 im Neuen Stadthaus stattfinden, dem Amtszimmer von Scharoun.

Wir referieren in Kurzfassung die 34 Sitzungen und zitieren aus den Protokollen, die uns vorliegen, nur da, wo wir es für nötig halten, soweit man in ihnen die Entstehung des Ausstellungsprojektes, die Planung der vorgefertigten Häuser aus Ersatzstoffen und die Wiederbegründung der wissenschaftlichen Bauforschung verfolgen kann. ←A 10

Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königsreiches und der Sowjetunion);
(. . .)
e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten, Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.
(. . .)
Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Hans Scharoun am 23.12.1945 über das Internationale Komitee für Bau- und Wohnungswesen

Zur funktionellen Seite des Stadtproblems ist zu sagen, daß ja bekannt ist, daß die Großstadt bevölkerungsmordend ist, daß die Belastung der Wirtschaft durch die Großstadt in bezug auf den Güter- und Personenverkehr etwa 30 % stärker ist als an anderen Orten, und daß die Belastung durch die Durchführung des Straßenbaus sehr schwer ist. Verbesserungen ergeben sich aus der bevorzugt zu verwendenden Form des Flachbaues mit – wenn auch geringen – Gartenanteilen. Bei einer wünschenswerten, durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 250 Menschen auf den ha, die der bisherigen Nutzung etwa in Bauklasse 3 entspricht, lassen sich auf demselben Raum, wie die von uns aufgestellten Untersuchungen zeigen, Flachbauten mit Gartenanteilen herstellen, das bedeutet Aufhebung der Zonenpläne.

Die wichtigste Seite ist aber die strukturelle und und soziologische. Zur letzteren erhebt sich die einfache Frage: Was bedeutet die Nominierung des mittleren Lebensstandards für die Gestaltung der Stadt in bezug auf Wirtschaft und Wohnungen?

Um auf diese Frage eine konkrete Antwort zu geben, habe ich seit September ein internationales Komité aus bei den Besatzungstruppen befindlichen Fachleuten aller Nationen zusammengebracht, das jeden Donnerstag in meinem Dienstraum auf gleichberechtigter Grundlage diskutiert. Es kam mir darauf an, vom Technischen – d.h. von der städtebaulichen Seite her – eine Plattform für eine internationale Aussprache zu finden, und es kam mir besonders darauf an, Berlin wieder als Großstadt unter den übrigen Großstädten angesprochen zu wissen.

Das Programm, das vom Komité angenommen wurde, steht zu diesen Formulierungen.

Die Aufgabengebiete umreißen:

Die neue Wohnung und Die neue Stadt. Als Grundaufgabe für die neue Wohnung wurde von uns die Vorlage eines industriemäßig herstellbaren Hauses verlangt, das – den Schätzungen des Komités nach – in der Welt in etwa 100 Millionen Exemplaren gebraucht wird. Als uns zustehender Lebensstandard wurde eine Gebäudefläche von 65 qm ermittelt und dargestellt mit normalen Schlafgelegenheiten für 4 Personen und zusätzlichen Schlafgelegenheiten bis zu 6 Personen. Als besonderes Merkmal dieses Hauses wurde der Einbau eines Aggregates verlangt, das – wie der Motor in einem Auto – die technischen Vorgänge wie Heizung, Warmwasserbereitung, Kühlung und Kühlschrank (oder

Teile) speist. Die Entwicklung dieses Aggregates wurde einem Arbeitskreis, dem Mitarbeiter meiner Ämter und der Wirtschaft angehören, als Forschungsaufgabe überwiesen.

Von englischer Seite wurde als Betrachtungsgrundlage die englische Gartenstadtbewegung und die Maßnahmen zum Wiederaufbau Englands vorgelegt, von französischer Seite zum Ausdruck gebracht, daß ein Verfall Deutschlands den Untergang Frankreichs und damit Europas bedeuten würde. Die amerikanische Auffassung baut sich auf vorwiegend technischen Errungenschaften, und die russische auf Verwertbarkeit unserer Vorschläge für die russischen Verhältnisse auf.

Das Interesse, das die Arbeit dieses Komités in weiteren Kreisen der Besatzungsmächte fand, hat mir die Förderung meiner Wünsche an amtlichen Stellen in zahlreichen Fällen erleichtert. Genehmigungsanträge, um die Zusammenarbeit im Komité offiziell zu gestalten, liegen in den verschiedenen Hauptstädten vor. Sobald die Entscheidungen da sein werden, werden sich unseren theoretischen Bemühungen praktische anschließen, die das Interesse und – hoffentlich – die Mithilfe der Alliierten steigern helfen. (. . .)

Der Begriff „Die neue Stadt", für den wir jahrzehntelang vorgearbeitet haben, wird sich jeder möglichen Entwicklung der Wirtschaft anpassen können. Er muß aber auch eingesetzt werden, um Berlin die ihm gebührende Stellung unter den Weltstädten zurückzuerobern. Denn, da die gleichen Probleme, die uns bedrängen, auch Städte wie London, Paris und Moskau angehen, muß die ablehnende Haltung der Alliierten gegenüber dem Wiederaufbau Berlins durch die interessierte Mitarbeit aus Fachkreisen der Besatzungsmächte paralysiert werden. Die Neugierde ist geweckt, sie muß und kann dahin gelenkt werden, das Problem „Die neue Stadt" am Exempel Berlin zu studieren.

DIE 34 SITZUNGEN DES "INTERNATIONALEN KOMITEEs FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN"

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
	Tag	12	18	25	1	8	14	22	29	6	13	3	10	17	24	31	7	14	21	28	7	14	21	28	4	11	18	25	16	23	13	20	4	1	5
	Monat	10	10	10	11	11	11	11	11	12	12	1	1	1	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	6	6	7	8	8
	Jahr	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46
	Sitzung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
D	Scharoun	x	x	x	x	x	x	x	V	x		x	x	x	x	x	x	x	x	x		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
	Ebert	x	x		x	x	x	x	x	x	x	x	x			x	x	x	x	x	x	x	x	x			x	x							
	Böttcher	x	x		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
	Mächler				x	x	x	x	x	x	V	x	x	x		x	x		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x		x	x	x	x	x
	Friedrich				x	x	x	x	x	x	x				x						x	x													
	Selmanagic					x	x				x				x		x	x		x	x	x		x											
	Seitz										x																								
	Leuchs																		x	x							x	x	x	x	x	x			
	Wenzl																		x	x	x	x	x	x	x		x	x							
	Korth																					x	x	x	x										
	Genz																									x									
USA	Henry	x	x	V	V				x				x	x	x	x	x		x	x		V	V	x			x	V			x				x
GB	Newman	x	x	x		x					x								x		x	x	x		x	x		x	V	x	x		x	x	x
	Wood						x	x																											
	Jones							x																											
	Nuttall							x	x	x		V	V	V	V	V								V	V	x		x		V					
	Rees													x		x		x				x													
	Newton																		x	x															
	Dix																		x				x	x		x		x				x			
	Buxton																							x											
F	Polin	x	V	x	x	x		x	x	x	x				x	x	V	V	V	V	x				x										
	Favolle				x				x	x				x	x	x		x		x	x	x			x	x	x	x	x	x	x	V	V	x	x
	Ritzler						x					x																							
	Gauthier							x																											
	Thommes									x																									
	Mme. Fayolle										x					x						x	x	x	x	x	x	x		x	x	x	x	x	x
	Sagalow											x											x	x					x		x				
SU	Kormer	x																																	
	Baratoff	x	x																																
	Paramonoff	x	x	x														x																	
	Kartaschoff	V																x																	
	Nikolsky		x	x	x		V																												
	Schnittke												x	x	x		x	x	x		V		x			x									
	Frau Schnittke												x	x	x		x	x	x		x		x												
	Frau Balakschina																	x	x																
	Neumark																									x									x
	Teilnehmer	10	9	6	9	8	9	9	9	9	9	7	8	9	10	10	9	12	14	11	11	13	13	13	11	11	9	12	7	7	9	7	6	6	8

Anm.: x = Anwesenheit; V = Vorsitz. Die Arbeitsgruppe nennt sich bis zur 3.Sitzung "Architekten-Versammlung im Magistratsgebäude Zimmer 323", von der 3. bis zur 23.Sitzung "Internationales Komitée für Bau- und Wohnungswesen" und seit der 24.Sitzung "Studienkomitée für Bau- und Wohnungswesen"

Die 34 Sitzungen des „Internationalen Komitees für Bau- und Wohnungswesen"

←A 11

1. Sitzung 12.10.1945

Vortrag von Scharoun: *Wohnungsbau in Deutschland zwischen zwei Kriegen.* Auf der nächsten Sitzung soll über Normung und Typisierung im Wohnungsbau gesprochen werden, um die Massenherstellung zu beschleunigen.

2. Sitzung 18.10.1945

Vortrag von Scharoun über *Normung und Typisierung im Wohnungsbau,* in dem er die Unterschiede zwischen beiden Begriffen herausarbeitet. Vortrag von Polin über den Zusammenhang von Normung und Wohnungsproblem. Nach Vorschlag von Polin wird beschlossen, zur Bearbeitung der Wohnungsfrage ein *Internationales Architekten-Komitee* zu gründen.

Zusammenfassung des Vortrags von Polin aus dem Protokoll:

Die Normung und das Wohnungsproblem

Die vom Kriege verwüsteten Länder stehen denselben zu lösenden Aufgaben in verschiedener Weise gegenüber.

Mehrere Dutzend Millionen Wohnungen müssen wieder gebaut oder instand gesetzt werden.

Über hundert Millionen Männer, Frauen und Kinder warten auf das Heim, das ihnen wieder ein menschliches Leben gestattet.

Für Europa allein werden 20 Millionen Bauarbeiter benötigt. Die Frage der Finanzierung ist überall gleich ernst. Was die Baustoffe anbetrifft, so erreichen die für den Wiederaufbau benötigten Mengen astronomische Zahlen. Eine riesige Aufgabe steht den arbeitenden Menschen bevor, den Arbeitern, Konstrukteuren, Architekten: den Völkern die dringend benötigte Wohnung zu geben, ohne die der Frieden nicht gewährleistet ist.

Die Menschen, die die Atombombe erfunden haben, werden diesmal in einer wunderbaren improvisatorischen Erleuchtung neue technische Wege erfinden, um eins der wichtigsten Probleme der heutigen Zeit zu lösen – das Wohnungsproblem.

In allen Ländern hat die Arbeit schon begonnen. Die Revolution im Bauwesen ist im Gange. Nichts wird sie mehr aufhalten können.

Ist es aber nicht Wahnsinn, wieder hinter geschlossenen Mauern mit den Versuchen anzufangen, die soviel Zeit, Arbeitskraft und Geld kosten und doch, der Phantasie einzelner Menschen entspringend, nur örtlichen Bedürfnissen dienen?

Das Wohnungsproblem ist ein technisches Problem, dessen Lösung mit den Fragen der Arbeitskräfte, der Baustoffe und der Finanzierung engstens verbunden ist. Es ist unsere Pflicht, von Anfang an gegen schädliche Einflüsse anzukämpfen, jede Einmischung spekulativer Art, die es Privatorganisationen ermöglichen würde, sich eine Vorzugsstellung zu sichern, auszuschalten, ohne jedoch die Tätigkeit der Baufachleute selbst einzuschränken.

Der Krieg hat die Möglichkeiten der Industrie im Dienste des Heeres gezeigt. Jetzt muß uns der Frieden die Möglichkeiten der Industrie in der Fabrikation und im Bau von Wohnungen zeigen. So kommen wir auf natürliche Art zum wissenschaftlichen, vernunftmäßigen logisch aufgebauten Studium der Wohnung von morgen, das übrigens keinesfalls die geistige, soziale und menschliche Seite der Frage ausschließt. Um die entscheidende Bedeutung der wissenschaftlichen Lösung der Aufgabe zu illustrieren, ohne die es unmöglich ist, die Wohnungen in den verschiedenen Ländern wieder aufzubauen, glauben wir, daß die Kücheneinrichtung, die sanitären Anlagen, die Beschläge und endlich die Möblierung als Elemente einer Aufgabe betrachtet werden können, die ohne geringste Verzögerung ausgeführt werden muß.

Die Präfabrikation, der Bau der Wohnungen und die Innenausstattung, die allein die erforderlichen Bequemlichkeiten sichern soll, bilden ein einheitliches Ganzes.

So vorgehend, gelangen wir zu der Behauptung, daß das Provisorische den Interessen der Allgemeinheit widerspricht

und lediglich eine Quelle von Komplikationen sozialer, materieller und finanzieller Art bildet, die den Wiederaufbau in gefährlicher Weise aufhalten würden.

Eine Normung der Innenausstattung der Wohnung ins Auge fassend, schlagen wir vor, eine Kommission zum Studium folgender Probleme zu ernennen:

a) Festsetzung des Mindestbedarfs an sanitären Einrichtungen, Küchenausstattung, Beschlägen und Möbeln.

Dieser Mindestbedarf würde für Stadt- und Landwohnungen festgelegt werden und könnte bei den allgemeinen Lösungen, dem Klima entsprechend, leicht differieren.

b) Baustoffe und Präfabrikation.

Die Wahl der Baustoffe wird primäre Bedeutung haben, das Programm der Präfabrikation wird Gegenstand eines Gesamtplanes sein, der sich mit der Einteilung der Arbeit nach den einzelnen Erfordernissen befassen wird.

c) Wissenschaftliche Arbeitsmethode, Maschinen, Werkzeug, Normung.

Die Arbeitsmethoden werden wissenschaftlich sein, das Arbeitsgerät wird nach den modernsten Erfahrungen zusammengestellt werden. Die Einführung von Normen wird es allen Konstrukteuren erlauben, die Präfabrikation allen schnellstens zur Verfügung zu stellen.

d) Bautechnik, Festigkeit, Haltbarkeit, Bequemlichkeit und Schönheit.

Die Ausführung der einzelnen Elemente der Innenausstattung muß ausgezeichnet sein. Architekten, Ingenieure und Arbeiter werden ihre Anstrengungen vereinen, um Musterbeispiele zu erforschen und herzustellen, die dann von den Architekten aller Nationen übernommen werden.

e) Leichte Montage.

Der Mangel an Facharbeitern und die auf allen Gebieten gebotene Sparsamkeit dürfen sich nicht beim Einbau der Innenausstattungsgegenstände hemmend auswirken.

f) Mietskosten.

Die Mietskosten für die Innenausstattung werden bis zum strengsten Mindestmaß gesenkt werden, was durch die Zusammenarbeit bei fabrikmäßiger Herstellung und Einbau möglich wird.

g) Präfabrikationswerke, Versuchslaboratorien, Belegmaterial.

Fabriken, Laboratorien und Belegmaterial werden allen Nationen zur Verfügung stehen, ihre Einteilung und ihre Produktion werden Gegenstand internationaler Konventionen sein.

h) Internationale Wettbewerbe.

Es werden internationale Wettbewerbe unter allen Architekten und Technikern stattfinden, um die Arbeit der zentralen Forschungsorganisationen zu erleichtern.

Die sofortige Ausführung dieses Programms ist möglich. Es gestattet dem deutschen Volke, mit den anderen Völkern am Wiederaufbau teilzunehmen. Wir haben hier die riesengroße uns bevorstehende Aufgabe nur gestreift. Das (Internationale Architekten-Komitee, das) soeben in Berlin gegründet wurde, muß zu diesem fruchtbaren Werkzeug werden, das dazu beitragen wird, das weltumfassende Werk des Wiederaufbaues und des Friedens unter den Menschen zu beleben, zu organisieren und zu orientieren.

3. Sitzung 25.10.1945

Diskussion über ein Programm für Fertighäuser (Gesamtwohnfläche, Standards, Raumanzahl, Material und Finanzierungsplan).

Suche nach einem einheitlichen Standard für verschiedene Völker. Scharoun schlägt einen 2geschossigen Sechsbettentyp und einen Vierbettentyp vor. Es soll aber nur einen Einheitstyp für eine mittlere Familie geben. In der Diskussion kommen dann die Besonderheiten nach Gegenden und Klimaten zu Tage.

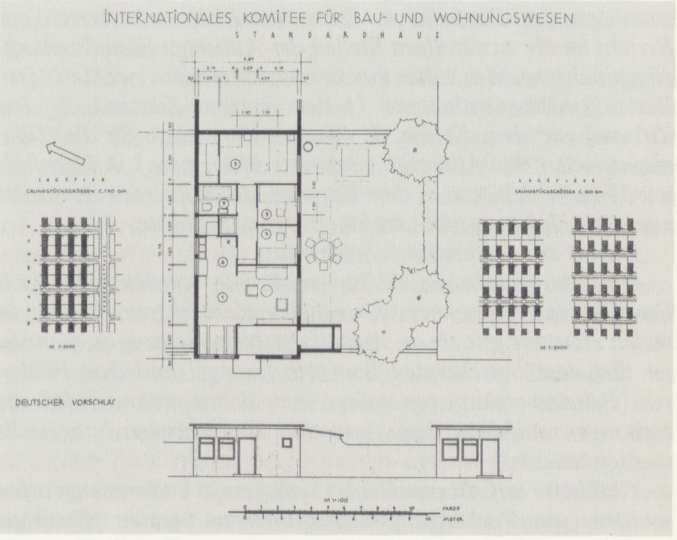
Beschlüsse:

1. 4 Personen je Familie,
2. Einstöckiges Haus als Einheitstyp,
3. Internationaler Standard 65 qm je Wohnung,
4. Einzelheizung, Brennstoff nach geographischen Vorkommen,
5. Einbau des Kühlschrankes nach Wunsch.

Scharoun schlägt Versuchsfeld für Probehäuser vor, der Magistrat soll 200.000 RM zur Verfügung stellen, und die Regierungen sollen die Standards unterschreiben. Die Delegierten sollen Grundrisse mitbringen für die nächste Sitzung.

4. Sitzung 1.11.1945

Scharoun legt als einziger Grundrißtypen vor. Die Ausstattung der Küchen wird diskutiert. Für die kombinierte Heiz-, Kühl- und Warmwasserversorgungsanlage sollen Fachleute herangezogen werden. Die Delegierten sollen Fachzeitschriften aus ihren Ländern einbringen. Mächler fragt den russischen Delegierten, ob eine Einladung zu dem am **10.12.1945** in Moskau stattfindenden Architektenkongreß möglich wäre.



5. Sitzung 8.11.1945

Die Vertreter der UdSSR und der USA sind wegen der Feiern zur Oktoberrevolution verhindert. Zuerst wird auf Initiative von Polin über die mangelhaften hygienischen Verhältnisse bei der Berliner Bevölkerung diskutiert, dann über Heizung und sanitäre Anlagen für das Standardhaus. Es referiert der Ingenieur Caemmerer.

Aus dem Protokoll:

Capitaine Polin führte aus:

Für die Einwohner von Berlin besteht Seuchengefahr. Die Ernährung ist unzureichend, die Sauberhaltung wegen Mangel an Seife und Brennstoff zur Warmwasserbereitung sehr schwierig, die Wohnverhältnisse äußerst ungesund, da die Instandsetzung der Wohnungen nach Erreichen eines bestimmten Grades, der sich auf das Allernotwendigste beschränkt, wegen Baustoffmangel aufhört.

Beispielsweise haben die bei Aufräumungsarbeiten draußen auf der Straße beschäftigten Frauen abends, wenn sie nach Hause kommen, oft nicht die Möglichkeit, sich zu wärmen, zu waschen und ein warmes Mittagessen zu bereiten. Wäre es nicht möglich, für diese Frauen eine kollektive Waschgelegenheit mit Desinfektion zu schaffen, einen gemeinsamen Raum in einer der Wohnungen, in dem sie sich abends wärmen und ein warmes Essen erhalten können?

Noch schlimmer ist es mit den aus der Gefangenschaft heimkehrenden Soldaten, die unterernährt, mangelhaft bekleidet, schmutzig und mit Ungeziefer behaftet auf den Stadtbahn-

höfen ankommen und dort keine Auffangbaracken vorfinden, in denen sie sich säubern, desinfizieren, saubere Kleidung und Essen erhalten könnten. So werden Ungeziefer und Seuchen ins Volk geschleppt, das seinerseits schon durch die Entbehrungen sehr geschwächt ist.

Die Summe der einzelnen Faktoren, mangelhafte Ernährung, Kälte, seelische und nervöse Erschütterungen, unhygienische Wohnverhältnisse, würden zu einem neuen, z.Zt. unbekannten Faktor führen, der sich erst im Frühjahr zeigen wird.

Abwenden kann man diese Gefahr nicht, man kann jedoch das Übel mildern und zwar zunächst dadurch, daß man von zuständigen Stellen aus – von Baufachleuten und Ärzten – die Alliierten Behörden auf den Notzustand und dessen gefährliche Folgen aufmerksam macht. Abgesehen von den Überlegungen rein menschlicher Art liegt es im Interesse der Besatzungsbehörde, die Seuchengefahr abzuwenden bzw. zu mindern, da die Seuchen auch auf die Besatzungstruppen übergreifen können.

Die amtlichen deutschen Stellen müssen jetzt zu weitgehenden Selbsthilfe-Maßnahmen greifen, um die Gefahren des Winters abzuschwächen. Darüber hinaus müßte von Sachverständigen des Baufachs in Zusammenarbeit mit Ärzten ein Bericht an die zuständigen Stellen der Alliierten (Bauabteilung) eingereicht werden, die ihn dann weiterleiten werden. Der Bericht müßte enthalten: 1) den jetzigen Zustand, 2) den Zustand vor dem Kriege, 3) positive Vorschläge für die Hilfsmaßnahmen der Alliierten (Baumaterialien usw.). Andernfalls würde man sich später den Vorwurf der Alliierten Behörden zuziehen, daß man nicht rechtzeitig gewarnt hätte.

Darauf antwortete Prof. Scharoun:

Die unhygienischen Wohnverhältnisse würden sich nach Eintritt des Frostes noch wesentlich verschlechtern, da dann in vielen Häusern mit einem Ausfall der Wasserleitung zu rechnen ist. Bei dem bestehenden Brennstoffmangel und dem Fehlen von Fensterverglasungen müsse man damit rechnen, daß die Leitungen einfrieren bzw., um dies zu verhindern, abgestellt werden müssen.

Fachleute auf diesem Gebiet sind bereits zusammengerufen worden, um Vorbeugungsmaßnahmen zu beraten (Hauptgesundheitsamt, Bewässerung, Entwässerung, Kanalisation). Es gäbe verschiedene Möglichkeiten, um die Gefahren des Einfrierens zu mildern:

1) In den Mietshäusern könnte das Wasser vom Keller aufwärts abgestellt werden.

2) Es könnte eine Verfügung erlassen werden, daß die Mieter ihre Leitungen mit Lappen oder Stroh – falls solches zu beschaffen ist – einpacken müssen.

3) Das Wasser könnte in den Häusern, wo in den meisten Wohnungen wenigstens 1 Raum – die Küche – noch geheizt wird, nur über Nacht jeden Abend abgestellt werden. Die Leitungen müßten jedesmal danach entleert werden.

4) Die Kanalisation kann abgestellt werden und in einer Erdgeschoß-Wohnung ein Klosett für das ganze Haus zur Verfügung gestellt werden, diese Wohnung würde dann mit gemeinsamen Kräften aller Mieter vor dem Einfrieren besonders geschützt werden. In den anderen Wohnungen würden dann aber sehr ungesunde Verhältnisse entstehen.

5) Um den Gefrierpunkt herabzusetzen, könnte man in den Toiletten Chemikalien verwenden. Am ehesten zu beschaffen wäre vielleicht Viehsalz (Natriumchlorid). Benötigt würden an Frosttagen 200 gr. je Haushalt, das wären für die Gesamtbevölkerung von Berlin 240 t täglich (bei Annahme v. 1.200.000 Haushaltungen). Man könnte die Alliierten Behörden bitten, diese Menge zur Verfügung zu stellen und den Antransport zu sichern.

Prof. Scharoun wies darauf hin, daß auch vor dem Kriege in vielen alten Häusern Berlins (in manchen Häusern befindet sich noch die Toilette im Treppenhaus) die Gefahr des Einfrierens bestand, diese würden jetzt mit Sicherheit einfrieren, wahrscheinlich auch ein großer Teil von denen, die früher frostsicher waren.

Das Herabsinken der Gefrierkurve für die Berliner Wohnungen erläuterte Prof. Scharoun an Hand einer graphischen Darstellung.

Capitaine Polin betonte nochmals, daß es sich um sofortige Notmaßnahmen handeln muß. Die neuen Standardhäuser sind noch nicht da, die Zeit vergehe aber, und es müssen Zwischenlösungen getroffen werden, davon wäre am wichtigsten 1) das Dach, 2) die sanitären Anlagen. Von deutscher Seite müsse aber mit weitgehender Selbsthilfe gerechnet werden. Warnungs- und Propagandaplakate, die in großer Zahl angebracht werden müssen, sollen die Bevölkerung aufklären und ihr Verhaltensmaßregeln beibringen.

6. Sitzung 14.11.1945

Vortrag von Scharoun über Frostschutzmaßnahmen für Wasserrohre in den Berliner Wohnungen. Böttcher spricht über die Versorgung des Standardhauses mit Heizung, Kühlanlage und Warmwasserbereitung. Scharoun stellt zwei neue Standardhaustypen (Typ 3 a, 3 b), ein eingebautes und ein freistehendes, vor, beide in L-Form, *um bei kleinen Grundstücken eine gegen Nachbarsicht geschützte Ecke zu erhalten.*

7. Sitzung 22.11.1945

Die deutsche Seite befragt die englische nach ihren Erfahrungen mit der Gartenstadt und beim Wiederaufbau der zerstörten Städte. Aus dieser Diskussion entwickelt sich die Frage nach der Größe und dem Zukunftsbild Stadt. Die deutsche Seite wird gefragt, ob man beabsichtigt, Berlin in der früheren Form wieder aufzubauen. Das wird von Scharoun und Mächler verneint. Danach führt Scharoun neue Entwürfe vor, die Haustypen 4a–c, und dann einen Lageplan für eine Gärtnersiedlung mit einem einzigen Haustyp. Es ist das Konzept einer Wohnzelle auf der Grundlage des Fertighauses.

Aus dem Protokoll:

Kleingärtnereien-Lageplan mit Hausgrundriß

Diese zuerst für die allernächste Zukunft gebaute Anlage kann je nach Bewährung später geändert werden oder unverändert bestehenbleiben. Eine Großgärtnerei bedient 60 Kleingärtnereien, dieselben haben die Möglichkeit, sich auszudehnen.

Der gezeigte Lageplan stellt 1 Einheit dar mit Kindergarten und Läden. Mehrere solche Einheiten haben eine gemeinsame Gruppe von Gemeinschaftsbauten: Schulen, Sportplätze, Filmtheater usw.

Commandant Gauthier, Frankreich, fragte, ob für die Gärtnereisiedlung nur 1 Haustyp vorgesehen ist. Nach einer bejahenden Antwort äußerte er Bedenken.

Soziale Probleme: Gleichheit der Heime zerschlägt die Individualität, die einzelnen Menschen suchen sich wieder zu sammeln, und das kann zu einem neuen Nazismus führen.

Vorschlag: Vorläufige Evakuierung der Berliner Bevölkerung, um die Stadt wieder aufzubauen.

8. Sitzung 29.11.1945

Scharoun, und damit erstmalig ein deutscher Vertreter, führt den Vorsitz. Fortsetzung der Diskussion über die Größe der Großstadt, die sich gegen Ende auf Berlin bezieht und zur Frage der Bodenordnung überwechselt. Es geht um die Kontrolle der Grundstückspreise, die Ausschaltung der Spekulation und um die Frage der Privatinitiative der Grundstücksbesitzer. In bezug auf das Standardhaus wird die Baustofffrage diskutiert. Holz, Betonfertigteile, Metall und Kunststoff kommen in Frage. Der Chemiker Kahn vom Hauptamt für Aufbau-Durchführung spricht über die Herstellung der Kunstharzstoffe aus Kohle und Kalk (Herstellung nur bei IG-Farben in Mannheim-Ludwigshafen oder Bitterfeld).

Aus dem Protokoll zur Bodenfrage:

Mr. Henry: Unsere Interessen sind sachlicher Art. Frage: Im Zentrum von Berlin ist das Geschäftsviertel ausgebombt, wahrscheinlich war es früher der wertvollste Grund und Boden, denn das Grundstück ist soviel wert, wie es verdient. Wird Berlin und werden die früheren Besitzer dieser Grundstücke versuchen, dieses Gebiet wieder erwerbsfähig zu machen?

Prof. Scharoun: Ja, zweifellos.

Mr. Henry: Die Privatbesitzer werden gegen Ihre städtebaulichen Pläne protestieren.

Prof. Scharoun: Der einzelne Mensch bedarf der Hilfe der Stadt als eines Wesens, es kommt nicht nur auf die Tüchtigkeit eines Menschen an.

Mr. Henry: Die Zerstörungen in Berlin bieten jetzt eine gute Gelegenheit für die Stadtplanung – auf dem Papier. Aber die Besitzer werden damit nicht einverstanden sein. Was werden Sie dann tun? Das ist das Grundproblem.

Prof. Scharoun: Die Interessen der Gemeinschaft können hier gegen die Interessen des einzelnen sein.

Major Nuttall: Ist es Ihnen bekannt, daß die Grundstücke, deren Gelände vernichtet sind, Eigentum der Stadt Berlin werden und die Besitzer nach dem Wert von 1939 entschädigt werden? Dies hat man in England eingeführt.

Prof. Scharoun: Dieser Beschluß ist uns nicht zugegangen, es ist möglich, daß eine solche Anordnung von den Alliierten Behörden besprochen worden ist.

Major Nuttall: In London sind die Ruinen Eigentum der Allgemeinheit. Dasselbe Gesetz würde sich in Berlin sehr weitgehend auswirken.

Der Wert eines Geschäftsunternehmens hängt ab von 1) eigenen Bemühungen und 2) der Umgebung. So kann zum Beispiel ein Laden durch eine neue Autobuslinie benachteiligt werden, da die Fußgänger nicht an dem Laden vorbeikommen.

Mr. Henry: Es wäre besser, vor der Stadtplanung Privateigentum festzulegen und Wünsche der Besitzer mit Planung zu koordinieren.

Prof. Scharoun zeigt an einer Skizze den Aufbau des Wertes eines Grundstückes.

Der Grundstückspreis setzt sich aus 3 Teilen zusammen. 1. Kaufpreis, 2. Umgebung, Allgemeinheit (diesen Wert schafft die Allgemeinheit, infolgedessen gehört er ihr auch), 3. Besitzer, Geschäft, Tüchtigkeit.

Ein Teil wird an die Stadt abgeführt, Grenze zwischen 2 und 3 verschiebbar. Die einzige Schwierigkeit ist folgende: Früher wurde der Teil 2 durch Nachfragen festgestellt, jetzt muß taxiert werden. Wir versuchen ein Gesetz herauszubringen, wir wollen uns nicht gegen das Wesen der Stadt versündigen, wenn es uns gelingt, eine Regelung herbeizuführen, ohne daß Starrheit eintritt, wäre es eine erste Lösung.

Wir wollen die Grundstückspreise in der ganzen Stadt einheitlich festlegen. Wir können jetzt die City als kräftiges Instrument für den einzelnen bauen. Wir wollen dem einzelnen, der diese Dinge nutzt, helfen.

Entflechtung der Wohn- und Geschäftsteile, Verkehrsentflechtung, z.B. Zeitungsgebiet günstig zu Post und Verkehr, Banken zu Verwaltungsviertel und Kaufstraßen.

Mr. Henry: Und wenn die Geschäftsleute nicht wollen?

Prof. Scharoun: Sie werden wollen, da man (d.h. die Wirtschaft) ihnen die größte Kraft in die Hand geben wird.

Major Nuttall: Dies hängt von der Politik der Alliierten Behörden und der Stadtverwaltung ab.

Prof. Scharoun: Für Berlin hängt es von 1) den Alliierten Behörden und 2) von der Mitarbeit der Wirtschaft ab.

Mr. Henry: Es ist fraglich, ob die Stadtplanung so durchgeführt werden kann, daß die Rechte des einzelnen gewahrt werden.

Prof. Scharoun: Durch Studium der Geschichte der Stadt sieht man die Tendenzen der Stadt, Ideallösungen sind durch Barrieren unmöglich gemacht worden, Versuch, sie zu beseitigen. Wichtig ist zu ergründen: Wohin wollte die Stadt? Stadt = Summe der Kräfte, die die Wirtschaft darin geschaffen hat.

Mr. Henry: Wäre ein ähnliches Ruinengesetz wie in London für Berlin gut?

Prof. Scharoun: Wir waren 1939 reich, wir sind jetzt arm. Wir könnten nur 1/4 des Wertes von 1939 zahlen – vielleicht.

Mr. Henry: Dadurch wird die Privatinitiative vernichtet.

Cap. Polin: Der Krieg brachte solche Umwertungen mit sich, daß die Allgemeinheit jetzt einspringen muß. Private Möglichkeiten bestehen nur auf dem Papier.

Aus dem Protokoll zur Frage des Baustoffes für die Standardhäuser:

Prof. Scharoun: 4 Materialarten kämen in Frage: 1. Holz, 2. Betonfertigteile, 3. Metall (Ruhrgebiet), 4. Kunststoffe.

Mr. Henry: Die Baustoffe müßten hier vorhanden sein, nicht importiert werden.

Prof. Scharoun: Die Kunstharze werden aus Kohle und Kalk hergestellt, beides ist hier vorhanden.

Mr. Henry stellte das Vorhandensein von Kohle (Ruhrgebiet) in Frage.

Herr Böttcher zeigte Proben von Kunstharzgegenständen: Rohre, Isolierstoff usw.

Mr. Henry stellte Fragen: Ob es möglich ist, Kunststoff in genügenden Mengen herzustellen? Wie viele Fabriken bestehen zur Zeit? Sind diese Kunststoffe für den Hausbau geeignet? Ist es möglich, ganze Platten daraus herzustellen? Ein ganzes Haus? Inneneinrichtungsgegenstände (z.B. Badewannen)? Wie ist die Wetterbeständigkeit – Regen, Frost, Sonne? Können neue Bauweisen daraus entwickelt werden?

Prof. Scharoun berichtete: Die meisten dieser Kunstharzprodukte wurden bis jetzt hauptsächlich in der Industrie und sehr wenig im Bauwesen verwendet.

Versuche, diese Baustoffe weitgehend im Bauwesen zu verwenden, konnten des Krieges wegen nicht durchgeführt werden. In einem Falle ist ein kleines Wohnhaus von dem Chemiker Prof. Nietzsche für seinen eigenen Gebrauch gebaut worden, um die Verwendbarkeit auszuprobieren. Ob das Haus nach dem Kriege erhalten geblieben ist, ist noch nicht bekannt. Falls ja, könnte es besichtigt werden, auch könnte Prof. Nietzsche gebeten werden, in einer Sitzung des Int. Komitees zu sprechen. Bei diesem Haus wurden jedoch keine neuen Konstruktionen, sondern nur neue Baustoffe angewendet.

Was die Entwicklung neuer Bauweisen anbetrifft, so ist das gewiß möglich, nur müßte diese Frage zusammenhängend besprochen werden. Ein technischer Beirat ist gebildet worden, der an der Verbesserung der Kunststoffe – vor allem was Frost- und Hitzebeständigkeit anbetrifft – arbeitet und von den Architekten Äußerungen hören will.

Herr Böttcher berichtete: Die Kunststoffe sind nagelbar und zersägbar, ihre Steifigkeit kann durch Formgebung (z.B. Wulste, Krümmung) erhöht werden, ganz frostbeständig sind sie z.Zt. noch nicht, sie werden bei Frost spröde, es wird aber an der Verbesserung gearbeitet. Genauso ist es mit der Hitzebeständigkeit – noch nicht ganz gelöst. (Verwendbarkeit für Badewanne?) Bei Regenwetter hatte sich der Kunststoff gut bewährt. Im Bauwesen sind vor 8 Jahren Rohre für die Wasserleitung aus Kunstharz hergestellt worden.

Mr. Henry: Kommt der Kunststoff dieser Art als einziges Material für das Standardhaus in Frage?

Prof. Scharoun: Nein, wir wollen alle vier – Holz, Betonfertigteile, Metall, Kunststoffe – vorschlagen.

9. Sitzung 6.12.1945

Es wird wieder über die Baustofffrage und die Heizung und Kühlung des Standardhauses gesprochen. Ein Ingenieur der Siemenswerke berichtet über das System der Wärmepumpen in bezug auf das Standardhaus und im Vergleich zu den Betriebs-

kosten anderer Heizungsarten. Danach berichtet Prof. Nietzsche, der Leiter der Abteilung Kunststoffe im Materialprüfungsamt, über die Verwendung von Kunststoff im Wohnungsbau. Er berichtet von einem Kunststoffhaus, in dem er selbst wohnt. In der anschließenden Diskussion wird die leichte Elementierung und Transportmöglichkeit betont.

Aus dem Protokoll:

Das Privathaus von Prof. Nietzsche wurde als Versuchsbau (2,5 x 3,0 m) ausschließlich aus Kunststoff, ohne Verwendung von Metall, Stein und Holz gebaut. Die tragenden Elemente bestehen aus Hartpapier, Papierschichten mit Kunstharz als Bindemittel dazwischen (gehärtetes Phenol). Das Hartpapier ist in Form von Vierkantrohren für Säulen und Balken verwendet, Außenmaß 25 x 50 mm, Dicke 2 mm. Aus diesen Profilen werden auch Rahmen für Wände (3 x 4 m) hergestellt – 4 Säulen je Wand. Verbindung an Winkeln aus Hartpapier, geleimt mit Kunstharz (Spezialk.-Resorcin als Phenol verwendet). Der Leim wird an Ort und Stelle hergestellt, da er in 1 Stunde erhärtet (Resorcin, Formaldehyd, Methylalkohol).

Vorteil des Materials – fabrikmäßige Herstellung der Bauelemente.

Verkleidung mit Hartfaserplatten, die mit 5–8 % Kunstharz imprägniert sind. Durch Behandlung mit Kunstharz wird es möglich, die Platten auch als Dachdeckungsmaterial zu verwenden. Die nicht imprägnierten Platten nehmen etwas Wasser auf. Dachkonstruktion an T-Profilen aus demselben Material. Geklebt, vorher genietet (einzige Verwendung von Metall). Fenster: Astrahan (Poliphenylchlorid).

Das Haus ist ohne Fundament hergestellt, Mipolan als Fußboden.

Während der 16 Monate des Bestehens dieses Versuchshauses stellte Prof. Nietzsche fest = Wärmeverlust des Materials etwas günstiger als bei Holz; Wetterbeständigkeit gut, bei Erschütterungen hat sich das Haus gut bewährt, Federung stark.

In Schottland ist 1941 ein Haus aus Kunstharzstoffen gebaut worden. In U.S.A. wurden Möbel daraus hergestellt.

Zur Zeit ist die Herstellung der Kunstharze in Deutschland nicht möglich, da die gesamte Hartpapierindustrie (Hartfaserplatten) ruht, da Fabrikationsanlagen nicht mehr vorhanden (Firmen A.E.G., Siemens, Spremberg).

10. Sitzung 13.12.1945

Die Frage nach dem Baustoff wird wieder aufgenommen. Newman berichtet von den Versuchshäusern aus Aluminium, die nach dem Krieg in Flugzeugfabriken hergestellt werden. Dann wird die Frage diskutiert, ob man die Trümmer zum Neubau verwenden kann. Das geplante Standardhaus wird jetzt „Europahaus" genannt. Der wirtschaftliche Einsatz der Wärmepumpe wird weiter diskutiert.

Aus dem Protokoll:

Captain Newman fragte die franz. Vertreter, welche Erfahrungen sie bei der Verwendung von Ruinenmaterial haben.

Capitaine Polin antwortete, daß das Ruinenmaterial in Frankreich wie in Deutschland gesammelt wurde, die Verwertung desselben ist jedoch noch nicht ausgearbeitet.

Captain Newman stellte dieselbe Frage an die Vertreter des Magistrats von Berlin.

Herr Böttcher antwortete, daß die Trümmerverwertung hauptsächlich für Instandsetzungen in Frage käme, da sie für Neubauten zu unwirtschaftlich sei. Zur Herstellung von neuen Baustoffen aus Trümmern wären Maschinen erforderlich, die Kohle brauchten (direkt oder durch elektr. Strom), die nicht vorhanden sei. Herr Böttcher stellte die Gegenfrage: Welche Erfahrungen und Absichten bestehen in London auf diesem Gebiet?

Captain Newman antwortete, daß er nur über die Gegend berichten könne, wo er wohne: Alles Brauchbare wäre aus den Ruinen gesammelt worden, der Schutt zum Auffüllen von Marschland verwendet worden. Fabriken zur Trümmerverwertung kenne er in England nicht. Die Ziegelsteine werden nur mit der Hand abgeputzt und für Instandsetzungen verwendet.

Fast alle Vertreter, insbesondere Cap. Polin und Herr Böttcher erklärten sich dafür, daß für Neubauten von Wohnungen auch hauptsächlich neues Baumaterial verwendet werden müßte, da die Umarbeitung des Ruinenmaterials zu kostspielig sei, ferner, daß oft Instandsetzungen unwirtschaftlicher seien als Abriß und Neubau.

V.l.n.r.: Karl Böttcher, Cecil Newman, Martin Mächler, Hans Scharoun 1946 ←B 3

11. Sitzung 3.1.1946

Zu Beginn stellt Scharoun die Grundrißvariante 2 c vor, und Nuttall stellt einen *in seiner Abteilung ausgearbeiteten Vorschlag für ein Wohnhaus mit zentraler Heizquelle* vor. Danach wird die Baustofffrage wieder aufgenommen. Böttcher stellt den Entwurf eines Kunststoffhauses mit Stützensystem aus Stahlbeton vor. Die Rohstoffe dafür liegen in der sowjetisch besetzten Zone. Für den Beton soll Ziegelsplitt herangezogen werden. Dann wird die Haus-Lebensdauer diskutiert.

Scharoun entwickelt die Idee, 5 Häuser in den verschiedenen Materialien und Formen als Versuchshäuser zu bauen, mit denen das System der Gärtnersiedlungen erprobt werden soll. Es wird berichtet, *daß Scharoun einen öffentlichen Wettbewerb unter der Zivilbevölkerung vorgeschlagen habe, um aus der Bevölkerung neue Ideen für den Wiederaufbau zu erhalten.*

Aus dem Protokoll:

Prof. Scharoun: Wettbewerbe haben dann Sinn, wenn wir ganz bestimmte Fragen stellen können.

Es soll eine Gärtnersiedlung mit Gärtnerhäusern versuchsweise errichtet werden (Unterlagen in der 7. Sitzung vom 22.11.45 gezeigt). Wir sind jetzt gezwungen, zur Besserung der Ernährungslage den Gartenbau stark zu erweitern. Es werden Betriebsgemeinschaften von 60 Kleingärtnern unter Führung einer Großgärtnerei zu einer Einheit zusammengefaßt. Es gibt verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten von der individuellen Betriebsführung bis zur genossenschaftlichen Zusammenarbeit der einzelnen Gärtnereien.

Nach Überwindung der Notzeit besteht die Möglichkeit, zwischen den Gärtnereien Grenzen zu ziehen und auch das Land für eine dichtere Bebauung auszunutzen.

Das wird die Frage für den Wettbewerb sein.

Major Nuttalls Stellungnahme: Die Sache verdient, unterstützt zu werden.

Prof. Scharoun: Innerhalb des Versuches mit den 5 Häusern wollen wir die Gärtnereien ausprobieren.

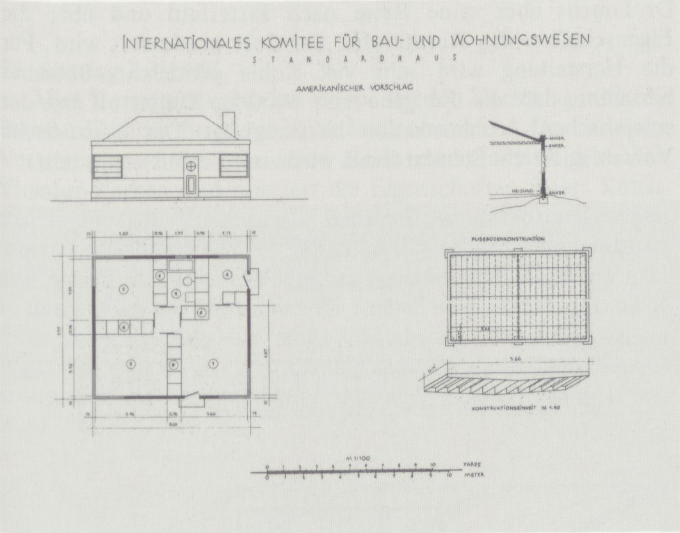
Major Nuttall bat Prof. Scharoun, die Einzelheiten des Wettbewerbs bis zur nächsten Sitzung auszuarbeiten.

12. Sitzung 10.1.1946

Es wird das Kunststoffhaus diskutiert, die Größe und Montagefähigkeit der Bauteile. Scharoun berichtet, daß sie an einem Einheitsmaß für alle Bauteile auf der Basis von 1,10 m arbeiten. Es wird das Standardhaus Typ 2 c mit eingetragenem Grundmaß von 1,10 m und aus fabrikmäßig hergestellten Einzelteilen gezeigt. Danach wird über die Anzahl der Haustypen und die Baukosten diskutiert. Alle Vertreter sollen einen Haustyp mit 65 qm und einem Grundmaß von 1,10 m für die Bauelemente entwerfen. In Aussicht genommen sind 6 Typen: der von Scharoun vorgelegte Standardhaustyp, der Haustyp der Kleingärtnersiedlung und je ein Entwurf der vier Alliierten.

13. Sitzung 17.1.1946

Wiederaufnahme des Themas Wettbewerb, erweitert erstmals um die Idee einer Ausstellung, die im **April 1946** stattfinden soll. Danach stellt Scharoun ein Kettenhaus vor, das die gleiche Bewohnerdichte wie in Berlin durchschnittlich erreicht, 250 E/ha. Auch die Amerikaner und Briten stellen einen Entwurf vor. Die französischen und russischen Vertreter haben noch keinen Vorschlag gemacht. Böttcher soll nach einem billigeren Kunststoff suchen.



Aus dem Protokoll:

Prof. Scharoun führte aus, daß der Wettbewerb nicht die Gesamtplanung von Berlin behandeln würde, sondern Einzelaufgaben wie z.B. die Gärtnersiedlung. Bei der Gärtnersiedlung würde man neben den baulichen Fragen auch soziale und wirtschaftliche Fragen zu lösen suchen. 400 bis 500 Häuser mit Führungsbetrieben würden während der Notzeit von 10–20 Jahren nicht nur für sich, sondern auch für die Allgemeinheit produzieren. Typen für diese Gärtnersiedlung und auch Mietshäuser (Stockwerkhäuser) sollen zur Diskussion gestellt werden.

Der Vorsitzende machte den Vorschlag, den Wettbewerb in drei Teilen auszuschreiben: 1. Wiederaufbau von Berlin, 2. Entwürfe für einzelne Häuser und städtebauliche Lösungen, 3. Wiederentwicklung des öffentlichen und sozialen Lebens.

Dem Teilnehmerkreis nach wäre der Wettbewerb zu teilen: 1. für Schulkinder bis zu 16 Jahren, 2. für Studenten, 3. übriges Publikum. Diese Idee wurde zur Debatte gestellt.

Der Vorsitzende setzte noch hinzu, daß aus dem Publikum möglichst naive unbeeinflußte Vorschläge kommen sollten.

Prof. Scharoun berichtete, daß bereits viele Vorschläge aus dem Publikum eingegangen wären, die meistens unbrauchbar seien. Man müsse die zu stellenden Aufgaben umreißen und dem Wettbewerb bestimmte Unterlagen geben.

Wir wollen im April eine Ausstellung schaffen, die dem Publikum zeigen soll, welche Probleme für den Wiederaufbau offenstehen. Wir wollen keine Vorwegnahme des späteren Zustandes zeigen, die Ausstellung soll gewissermaßen ein Sprungbrett sein. Nachdem das Publikum die Ausstellung gesehen hat, kann es Vorschläge machen.

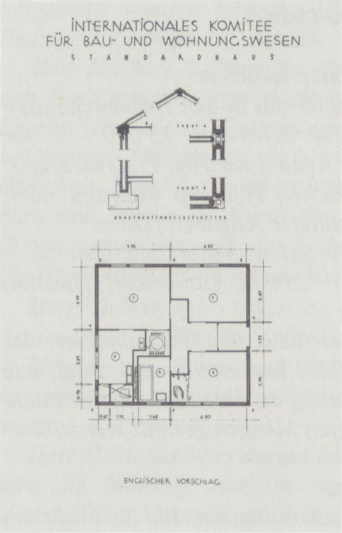
Wir sind dabei, das Material dafür zusammenzustellen, Pläne, Modelle und evtl. graphische Darstellungen. Es wird vom Block, der Wohnung, dem Menschen ausgegangen.

Der Vorsitzende richtete an die Vertreter die Frage, ob sie es für richtig hielten, die Ausstellung zu unterstützen und die Ausstellung vor dem Wettbewerb entstehen zu lassen.

Alle Vertreter äußerten sich für eine solche Ausstellung.

14. Sitzung 24.1.1946

Scharoun berichtet, daß die Ausstellung für **Anfang Mai** im Zeughaus oder im Weißen Saal des Stadtschlosses stattfinden soll, und macht erste Angaben über ihren Inhalt. Es wird beraten, ob Scharoun ein Komitee zur Seite gestellt werden soll, in dem Verbände und Bezirke mitwirken könnten. Danach wird über die Finanzierung des Standardhauses diskutiert. Es wird beschlossen, beim Magistrat für diesen Zweck 200.000 RM zu beantragen, ein Vorschlag, den Scharoun schon in einer der früheren Sitzungen gemacht hat. Zum



Schluß zeigt der russische Vertreter Schnittke Vorschläge, wie aus 10 genormten Bauteilen unterschiedliche Häuser zusammengesetzt werden können.

Aus dem Protokoll über die Ausstellung:

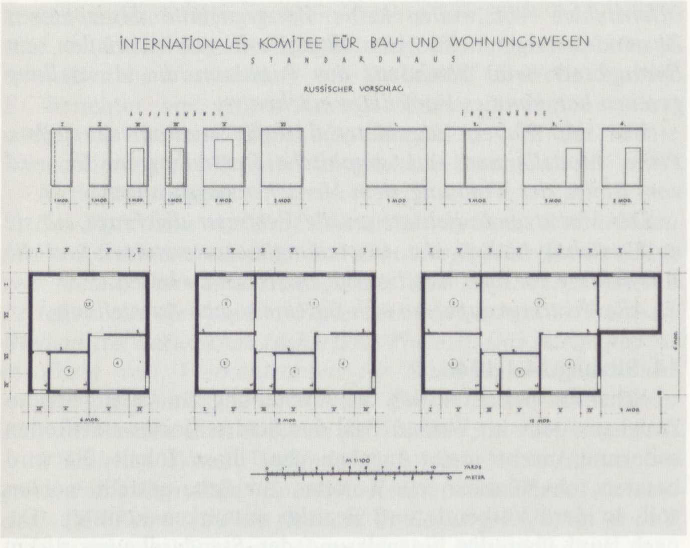
Prof. Scharoun berichtete, daß die Ausstellung für April bzw. Anfang Mai vorgesehen sei, voraussichtlich im Zeughaus oder besser im Schloß. Besonders geeignet ist der Weiße Saal im oberen Stockwerk, da er gute Beleuchtung hat und, da er hoch liegt, einen guten Ausblick über die Stadt hinweg bietet. Das Dach ist zu 3/4 noch erhalten, ebenso der größere Teil des Fußbodens. Die Genehmigung für das Holz, das für die Instandsetzung des Daches benötigt wird, liegt schon vor, wir hoffen, es instand setzen zu können.

Hauptmann Polin berichtete, daß in der Wiederaufbau-Ausstellung in Paris wenig über städtebauliche Probleme gezeigt wurde, dies müßte man in der Berliner Ausstellung tun. Die städtebaulichen Probleme sollten eingehend behandelt werden.

Prof. Scharoun führte aus, daß er das gerade anstrebe, vom Hause ausgehend soll das Verhältnis des Hauses zur Allgemeinheit dargestellt werden.

Hauptmann Polin schlug vor, in jeder Sitzung 1/2 Stunde den städtebaulichen Problemen zu widmen.

Prof. Scharoun erzählte weiter über die geplante Ausstellung: Darstellbar wäre 1) der alte Zustand von Berlin und 2) ein Idealzustand, wie wir ihn herstellen möchten, wenn sich



alles nach Wunsch verwirklichen ließe. Was aber dagegen nicht ohne weiteres darstellbar sei, oder jedenfalls vorläufig ein Fragezeichen bilde, ist 3) die Frage, was man tatsächlich jetzt aus Berlin machen kann. Dazu ist noch sehr vieles ungeklärt (z.B. das, was erhalten bleiben soll usw.).

Aus dem Protokoll über das Standardhaus:

Herr Böttcher gab die Kosten für das in den vorhergehenden Sitzungen gezeigte Haus von Prof. Scharoun: 13 000,– M. für ein einzelnes Haus, bei größerer Anzahl wird der Preis niedriger. Die Kosten für den amerikanischen Haustyp konnten noch nicht errechnet werden, da detaillierte Angaben fehlen.

Herr Böttcher gab die benötigten Materialmengen an = 3 400 kg Kunststoff je Haus + 210 kg Isolierstoff (Iporka, Bestand: Kohle und Stickstoff).

Zur Beschaffung des Materials bzw. der Halbfabrikate, das in der russischen Zone (Bitterfeld) hergestellt wird, muß, wie Oberlt. Schnittke angab, ein Antrag an die russische Kommandantur zur Freigabe der benötigten Mengen gestellt werden.

15. Sitzung 31.1.1946

Scharoun hat den Antrag auf Finanzierung im Magistrat gestellt. Er berichtet, daß der Magistrat Teilsummen in Höhe von 75.000 RM zu bewilligen beabsichtigt. Der amerikanische Vertreter Henry macht den Vorschlag, nur Modelle zu bauen. Scharoun will beides. Als Ort für die Ausstellung kommt auch die Reichskanzlei ins Gespräch.

Die Haustypen werden nochmals durchgesprochen, der französische Vorschlag fehlt noch. Es wird die Form des Daches diskutiert: Flachdach oder Steildach. Es wird zuerst beschlossen, für das wandelbare Haus das Flachdach und für das rechteckige Haus mit festgelegter Form ein Steildach vorzusehen, um auch die Lieferung für andere Länder interessant zu machen.

Danach wird der Kunststoff als Baumaterial diskutiert und beschlossen, die 5 Versuchshäuser in Kunststoff herzustellen. Jeder Vertreter soll seinen Entwurf überarbeiten und *in eine für das jeweilige Land besonders passende Form bringen.*

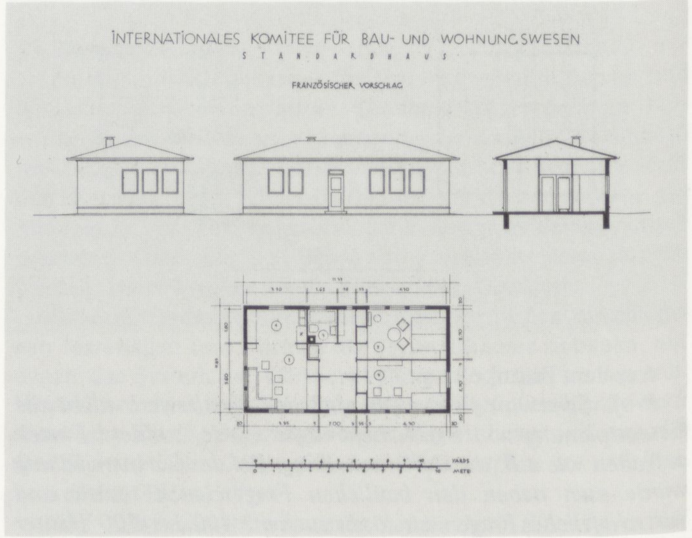
Scharoun überreicht den Vertretern ein Exposé der Ausstellung.

16. Sitzung 7.2.1946

Der Magistrat hat eine erste Teilsumme von 75.000 RM bewilligt. Als Baugelände für die Versuchshäuser kommen drei Standorte in Frage: Gelände nördlich der TH, Witzleben und Siemensstadt. Der Deutsche Werkbund soll die Möbel ausarbeiten für die Versuchshäuser. Dann werden Fragen zur Produktion der Häuser diskutiert, woher die Maschinen kommen sollen und ob die Produktionseinschränkungen der Alliierten teilweise aufgehoben werden können. Die Alliierten zeigen ihr Interesse an der Produktion infolge der Obdachlosigkeit in ihren Ländern. Strittig sind die Eigenschaften des Kunststoffmaterials. Martin Wagner will Berlin besuchen, und Mies van der Rohe will man einladen. Mächler berichtet, daß die Akademie für Landesplanung und Städtebau neu gegründet worden ist.

17. Sitzung 14.2.1946

Scharoun berichtet über das Material Preßholz, für das sich in Neustrelitz und Görlitz Werke befinden, die früher für den Flugzeugbau gearbeitet haben. Es soll ein Vortrag darüber vorbereitet werden. Der russische Vertreter Schnittke berichtet von seinen Besuchen in der sowjetischen Besatzungszone, wo er zwei Firmen besucht hat, die Bausteine bzw. Platten aus Holzmaterial mit Braunkohlenasche als Bindemittel herstellen. Dr. Leuchs vom Hauptamt für Aufbau-Durchführung, der gerade von den Leunawerken in Merseburg kommt, berichtet von einem Gipsaschenbinder aus Gips und Braunkohlenfilterasche. Es wird diskutiert, ob man mit dem Ascheanfall des Kraftwerks Klingenberg ein Bindemittel herstellen kann, um die Bauproduktion nach Berlin verlagern zu können. Nach der Diskussion über die Verwendung von Aschen berichtet Dr. Leuchs über seine Reise nach Bitterfeld und über die Eigenschaften des Kunststoffs, der dort produziert wird. Für die Herstellung wird sehr viel Kohle gebraucht. Böttcher berichtet, daß die Freigabe von 4000 kg Kunststoff bei der sowjetischen Administration beantragt ist. Der französische Vorschlag für ein Standardhaus wird zum Schluß vorgestellt.



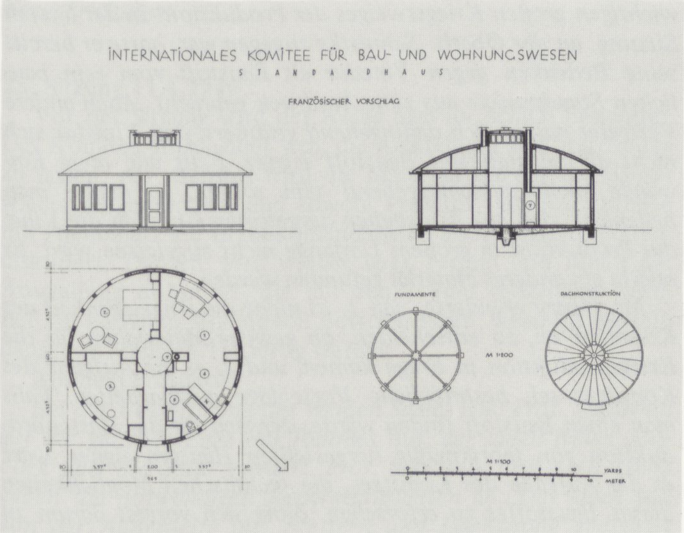
18. Sitzung 21.2.1946

Vortrag von Dr. Wenzl über *Holzabfälle als Rohstoffgrundlage für die Erzeugung von plattenförmigen Werkstoffen ohne Rahmen*. Die Pressen, die dafür benötigt werden, fallen unter das alliierte Verbot. Danach wird über die Kompetenzen des Internationalen Komitees gesprochen und festgestellt, daß es ein Studienkomitee ist, das die jeweiligen Regierungen in Fragen des fabrikmäßigen Wohnungsbaus beraten soll. Als Ausstellungsort wird die Reichskanzlei erwogen.

19. Sitzung 28.2.1946

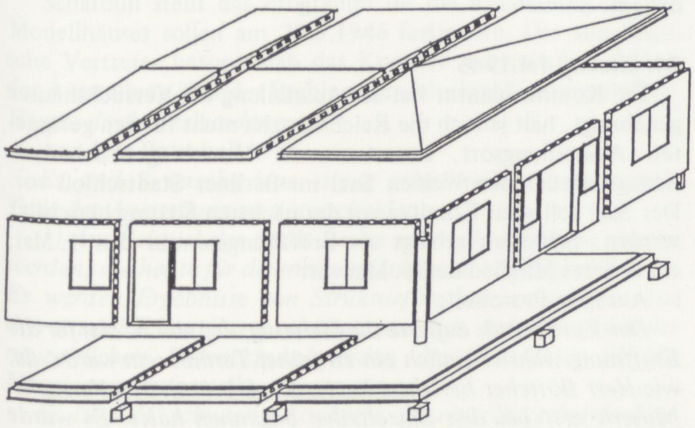
Die amerikanische Kommandantur wünscht positive Ergebnisse zu sehen, die Vorbesprechungen seien *weit genug gegangen.* Sie will fördern und helfen. Sie fragt Scharoun, was er an Pressen und Material für die Produktion braucht und wie schnell die Modellhäuser hergestellt werden können. Zur Ausstellung erklärt Scharoun, daß damit eine Arbeitstagung verbunden sein soll. Dann stellt Böttcher Details zum Kunststoffhaus vor, die er entwickelt hat. Danach wird das Rund-

haus der Franzosen vorgestellt. Selmanagic vom Planungskollektiv berichtet, daß Gropius bereit sei, dem Komitee Material über den amerikanischen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.



20. Sitzung 7.3.1946

Allen Vertretern wird eine Mappe mit den Vorschlägen für die Standard-Häuser im gleichen Maßstab überreicht. Der russische Vertreter berichtet über seine Reise nach Bitterfeld zu den Vinedur-Werken und referiert die Eigenschaften dieses Kunststoffs. Er hält Vinedur als Baustoff für unrationell wegen seiner Unbeständigkeit bei hohen und niedrigen Temperaturen und wegen der hohen Produktionskosten. Außerdem erinnert er daran, daß die Werke der IG Farben sequestiert, d.h. nicht mehr deutsche Betriebe sind. Die anschließende Diskussion zeigt, daß sich noch keine Lösung abzeichnet, die eine Serienproduktion der Häuser unter den gegebenen Umständen erlaubt.



Karl Böttcher: Das Kunststoff-Montagehaus. Konstruktionsprinzip der Häuser Typ England, Rußland und Deutschland ←B 4

Aus dem Protokoll:

Der Vorsitzende erklärte, daß er die Frage des Vinedurs als Baustoff für nicht aktuell halte.

Hauptmann Polin entgegnete, daß man bei anderen Materialien auf dieselben Schwierigkeiten stoßen würde, man müßte aber trotzdem alle Möglichkeiten ausnutzen.

Herr Böttcher sprach sich ebenfalls für den Vinedur-Kunststoff aus, er würde die Möglichkeit geben, mit dem Hausbau anzufangen. Die Kältebrüchigkeit könnte noch beseitigt werden.

Dr. Wenzl unterstützte die Meinung des Vorsitzenden, indem er betonte, daß für die Verwendung des Vinedurs im Bauwesen gewisse Grenzen gezogen werden müßten: Für großflächige Bauelemente wäre er nicht geeignet.

Hauptmann Polin trat für die Verwendung verschiedener Materialien ein, da man nach einer gewissen Versuchszeit dadurch Erfahrungen sammeln könnte.

Herr Friedrich erklärte, daß man die Aufgaben trennen müßte: Die Kunststofffrage sei noch nicht gelöst, es werden vielleicht noch 10 Jahre vergehen, bis das Vinedur so weit vervollkommnet ist, daß es für den Wohnungsbau geeignet sein wird. Die Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet könnten fortgesetzt werden, inzwischen müßte man sich aber auch anderen Baustoffen zuwenden.

Hauptmann Polin erinnerte daran, daß während des Krieges Forschungsarbeiten in 3–4 Monaten zu Neueinführungen geführt haben, weil sie mit großer Intensität betrieben wurden. Es müßte doch möglich sein, jetzt für Friedenszwecke die notwendigen Forschungsarbeiten schnellstens durchzuführen.

Der Vorsitzende sprach von Zement, man brauche dafür weniger Kohle und Elektrizität als für die Herstellung des Vinedurs.

Herr Friedrich machte darauf aufmerksam, daß aus diesem Material Zucker, Kleidung und Inneneinrichtungsgegenstände hergestellt werden könnten, Zement dagegen könne nur für Bauzwecke verwendet werden.

Herr Mächler äußerte die Meinung, daß man die angefangenen Forschungen jetzt doch weiterbetreiben solle, nach den Ergebnissen dieser Forschungen könnte man sich dann für bestimmte Materialien entscheiden. Es liegen Berichte aus München, Frankfurt und anderen Städten vor, dort beschäftigt man sich immer noch mit den Fragen der Schuttverwendung (Trümmerverwertung), das bedeutet, daß es dringend notwendig ist, wenigstens hier neue Wege zu suchen.

Herr Selmanagic erklärte, daß man mit dem Bau von Zementmontagehäusern sofort anfangen könnte.

Hauptmann Polin wies darauf hin, daß Häuser für den Export gebaut werden sollen, d.h. daß die Massen leicht sein müssen.

Herr Böttcher wies darauf hin, daß bei Zementmontagehäusern die Montage nur für den Rohbau möglich sei, beim Vinedurhaus dagegen könnte die gesamte Installation in der Werkstatt eingebaut werden.

Hauptmann Polin fragte den englischen Vertreter Hauptmann Newman nach seiner Meinung.

Hauptmann Newman erklärte: Man müsse erst Versuche in 3 Dimensionen durchführen, d.h. Modellhäuser bauen, auch wenn es nicht gleich die besten Lösungen sind, danach würde man Hilfe für weitere Forschungen erhalten.

Hauptmann Polin fragte den Vorsitzenden, was er in der gegebenen Lage vorschlage.

Der Vorsitzende antwortete, daß nach dem, was die nähere Untersuchung der Vinedur-Frage ergeben hat, er augenblicklich noch keinen fertigen Vorschlag bringen könnte, da die Situation schwierig sei. Über Braunkohlenasche habe er bereits früher gesprochen, es wären dann noch die Möglichkeiten des Preßholzes zu untersuchen.

Über die Frage des Zementmontagehauses erboten sich Herr Friedrich und Herr Selmanagic, zur nächsten Sitzung einen schriftlichen Vorschlag auszuarbeiten.

Dr. Wenzl erklärte, daß hier 2 verschiedene Probleme zu behandeln wären: 1) das leichte Montagehaus für den Export und 2) das standortgebundene Haus aus Trümmerschutt und das Montagehaus aus Betonfertigteilen oder Zementersatz-Bauelementen.

Hauptmann Polin erklärte: Wenn wir die neuen Gebiete erforschen wollen, gehen wir aus dem Rahmen unseres ursprünglichen Programms hinaus. Unser Programm war: sofortige Maßnahmen für den Häuserbau, Schaffung einer Industrie in

Deutschland, Beschaffung von Friedensarbeit für die Arbeitslosen.

21. Sitzung 14.3.1946

Der französische Vertreter Polin ist nach Paris zurückberufen worden und bedauert sein Ausscheiden aus dem Komitee. Der amerikanische Vertreter berichtet über seine Reise nach Stuttgart in die amerikanische Besatzungszone. Scharoun informiert über das Institut für Wirtschaftsforschung, das vom Magistrat unterhalten wird. Es geht um die Forschung für die Bauwirtschaft. Es wird erwogen, wegen der Baustoffbeschaffung Zonenkomitees einzurichten. Scharoun schlägt vor, zusätzlich ein deutsches Komitee für Baustofffragen einzurichten.

Aus dem Protokoll:

Der in Stuttgart für die ganze amerikanische Besatzungszone Deutschlands gebildete Landesrat hat einen Ausschuß für Baufragen gebildet. Mr. Henry hat an der 2. Sitzung dieses Komitees teilgenommen und ihm vorgeschlagen, sich mit dem fabrikmäßig hergestellten Haus zu beschäftigen. Das Komitee soll die diesbezüglichen aus der Öffentlichkeit kommenden Vorschläge der ganzen amerikanischen Zone zusammenfassen, prüfen und auswerten, so daß durch Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit eingehendes Material über diese Frage gesammelt werden kann.

Es wäre gut, wenn in den anderen Besatzungszonen ähnliche Komitees gebildet werden, die miteinander in Verbindung treten. Das Berliner Komitee würde dann mit den 4 Zonen-Komitees koordinieren. Mr. Henry hat das Stuttgarter Komitee gebeten, in den nächsten 3 Monaten Feststellungen über 1) Publikum, 2) Fabrikationsmöglichkeiten und 3) Baustoffe (natürliche und künstliche) zu machen. Bezüglich der Baustofffrage hatte der Landesrat ursprünglich Bedenken, da er befürchtete, daß dies mit dem Mindest-Aufbau-Programm kollidieren würde. Mr. Henry teilte aber mit, daß von den alten für das Mindest-Aufbau-Programm in Frage kommenden Baustoffen für das fabrikmäßig hergestellte Haus nur das Holz von Interesse sei, und zwar in Form des Preßholzes (gewachsenes Preßholz, nicht Platten aus Sägespänen). Dem Komitee falle jetzt die wichtige verantwortungsvolle Aufgabe zu, neue Baustoffe zu finden.

22. Sitzung 21.3.1946

Scharoun berichtet, daß Böttcher in der letzten Magistratssitzung von der Leitung des Amtes für Aufbau-Durchführung entbunden wurde und daß dadurch die Arbeit an den Versuchshäusern ins Stocken geraten ist. Das Komitee ist bereit, sich für die Fortführung seiner Forschungsarbeit im Komitee einzusetzen. Danach wird Vinedur als Baustoff diskutiert und von dem russischen Vertreter Schnittke grundsätzlich in Frage gestellt. Zur nächsten Sitzung sollen die Details für die Häuser vorliegen.

Aus dem Protokoll:

Herr Böttcher teilte mit, daß er eine schriftliche Nachricht aus Bitterfeld erhalten habe: Das Werk I.G. Farben Bitterfeld wird ausgebaut. Er habe bereits Material für zwei bis drei Versuchshäuser, jedoch fehle noch das durchsichtige Vinedur für die Fenster. Das durchsichtige Vinedur könnte zur Not durch Glas ersetzt werden, das hätte aber den Nachteil, daß man dann Rahmen bauen müßte, während die Fenster aus Vinedur rahmenlos eingesetzt werden.

Oberlt. Schnittke nahm Stellung zur Vinedur-Frage: Die Tatsache, daß Deutschland das Kriegspotential genommen werden muß, ist klar. Vinedur wurde in den Jahren 1942/43 entwickelt, d.h. während des Krieges. Dieser Krieg ist kein Gaskrieg geworden, aber alle kriegführenden Mächte hatten sich auf einen Gaskrieg vorbereitet, auch Deutschland. Das wichtigste Ausgangsprodukt für alle Giftgase ist Chlor. Bei der Entwicklung der Industrie ist der Chlorabfall sehr groß, solange es nicht zum Gaskrieg kam, war das Chlor totes Kapital. Deshalb hat die I.G. Farben den Auftrag erhalten, diese Unmenge von Chlor auszuwerten. Das Ergebnis war Vinedur. Was würde es bedeuten, wenn Deutschland Vinedur in großen Mengen produzieren soll? Die Erhaltung eines wichtigen großen Kriegszweiges der Produktion! In der letzten Sitzung, an der Oberlt. Schnittke zugegen war, hatte er bereits seine Bedenken gegen Vinedur als Baustoff vom rein baulichen Standpunkte aus zum Ausdruck gebracht. Auch andere Vertreter hatten sich dahingehend geäußert, daß Vinedur sich nicht als selbständiger Baustoff eignet. Falls alle diese Einwände nicht ausschlaggebend sein sollten, so müßte man bedenken, daß aus den soeben dargelegten Gründen die Vinedur-Produktion in großem Umfange nicht zugelassen wird. Es müßte ein anderes Material gefunden werden.

Mr. Henry erwiderte, daß 1. es nicht die Angelegenheit des Komitees sei, zu entscheiden, ob gewisse Materialien für die Kriegsproduktion in Frage kämen, und 2. es die Aufgabe des Komitees sei, bestmögliche Vorschläge auszuarbeiten. Falls man einen Baustoff finden würde, der sich für die Massenproduktion von fabrikmäßig hergestellten Häusern eignet, wäre es die Aufgabe des Komitees, die technischen Möglichkeiten dieses Baustoffes zu erforschen, ohne sich vorerst darum zu kümmern, ob das Material im Augenblick in größeren Mengen vorhanden ist. Ähnliche Aufgaben hat Mr. Henry bereits dem Bauausschuß des Länderrates in Stuttgart auferlegt, wie er in der vorigen Sitzung berichtet hatte. Dieses Komitee aber müßte der Zeit um 50 Jahre vorangehen, d.h. Möglichkeiten erforschen, die vielleicht nicht sofort in die Praxis umgesetzt werden könnten. Z.B. könnte man vielleicht Vinedur als Rohstoff aus Rußland nach Deutschland bringen, in Deutschland verarbeiten und dann die fertigen transportablen Häuser nach Rußland exportieren.

Oberlt. Schnittke nahm Abstand davon, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

23. Sitzung 28.3.1946

Böttcher führt die Detailzeichnungen für die Häuser vor. Das Material ist da, die Bauarbeiten werden 3 1/2 Wochen dauern.

24. Sitzung 4.4.1946

Die Kommandantur hat die Ausstellung der Versuchshäuser genehmigt, hält jedoch die Reichskanzlei nicht für den geeigneten Ausstellungsort, erwartet neue Vorschläge. Scharoun schlägt wieder den Weißen Saal im Berliner Stadtschloß vor. Der Saal soll vom Komitee vor der nächsten Sitzung besichtigt werden. Scharoun schlägt als Eröffnungstermin den 1. Mai, ein anderes Mitglied den 6. Mai vor.

Aus dem Protokoll:

Der Vorsitzende äußerte die Meinung, daß der 6. Mai für die Eröffnung wahrscheinlich ein zu früher Termin sein würde, da, wie Herr Böttcher berichtet hatte, die Arbeit an den Versuchshäusern erst bei den Einzelteilen begonnen hätte. Es wurde beschlossen, daß die Vertreter jeder Nation einen Baufachmann zu Herrn Böttcher schicken würden, um Detailfragen ihrer Entwürfe gemeinsam durchzuarbeiten. Inzwischen könnten die Arbeiten an den Einzelteilen weitergehen.

Ferner wurde Prof. Scharoun gebeten, zur nächsten Sitzung eine Beschreibung der geplanten Ausstellung vorzubereiten sowie anzugeben, welche Arbeiten noch durchgeführt werden müßten und wieviel Zeit sie beanspruchen würden. Man hätte die Absicht, namhafte Baufachleute aus London und Paris zur Eröffnung einzuladen – sie würden evtl. bei der Eröffnung sprechen –, und möchte die Regierungen vorher über die Ausstellung informieren.

Oberst Fayolle äußerte den Wunsch, daß in der nächsten Sitzung möglichst in Anwesenheit von Vertretern aller Natio-

nen endgültige Beschlüsse über den Eröffnungstermin, die Dauer, den Ort und die Form der Ausstellung gefaßt werden. Es wurde beschlossen, dieses den fehlenden Vertretern Mr. Henry und Oberleutnant Schnittke schriftlich zu übermitteln und sie auch über die Besichtigung des Weißen Saales zu benachrichtigen.

25. Sitzung 11.4.1946

Vor der Sitzung wird der Weiße Saal im Schloß besichtigt. Das Komitee entscheidet sich, die Ausstellung dort stattfinden zu lassen. Als nächstes wird die Materialfrage für die Häuser wieder aufgenommen und sowohl Preßstoff aus Holzabfällen mit Phenolharz auf Braunkohlenbasis als auch Holzfaserplatten diskutiert. Danach wird wieder über Termin und Inhalt der Ausstellung diskutiert, die auf den 1. Juni verschoben wird. Bei der nächsten Sitzung soll Böttcher sagen, wann die Modellhäuser im Maßstab 1:5 fertig werden.

Aus dem Protokoll:

Bei der Besichtigung des Weißen Saales wies Prof. Scharoun auf die günstige Lage des Raumes hin, der einen freien Ausblick über die Stadt gewährt. Prof. Scharoun und Arch. Genz gaben die notwendigen Reparaturarbeiten an: Das Dach soll von der Außenseite mit Brettern und Dachpappe gedichtet werden, der Fußboden ist herzustellen, die Fenster sind zu verglasen. An der nordöstlichen Ecke des Saales werden die locker sitzenden Teile der Wanddekoration abgenommen, um die Sturzgefahr zu beseitigen (die Konstruktion ist auch an dieser Stelle standsicher), sonst wird der Saal in dem jetzigen Zustande belassen. Arch. Genz hat die Oberaufsicht der Instandsetzungsarbeiten vor 3 Tagen übernommen, seitdem werden die Arbeiten in einem beschleunigten Tempo durchgeführt. Das Material ist vorhanden, die Fertigstellung soll zum 1. Mai d.Js. erfolgen.

Anschließend wurden weitere Räume im I. Obergeschoß des Schlosses besichtigt (ehemalige Gasträume), die eventl. als Ergänzung zur Ausstellung hinzugenommen werden könnten.

26. Sitzung 18.4.1946

Scharoun stellt das Programm für die Ausstellung vor, die Modellhäuser sollen am **20.5.1946** fertig sein. Der amerikanische Vertreter betont, daß das Komitee nur mit dem 2. Teil der Ausstellung über das Problem der fabrikmäßig hergestellten Häuser *direkt verbunden* sei.

Aus dem Protokoll:

Es sind 2 verschiedene streng voneinander zu trennende Teile der Ausstellung zu unterscheiden:

1) Am Beispiel der Stadt Berlin sollen die Probleme gezeigt werden, die heute für die meisten Großstädte Gültigkeit haben. Es werden Ergebnisse von Strukturforschungen gezeigt: Aus den tatsächlichen Gegebenheiten und den Erfordernissen der neuzeitlichen Entwicklung werden die Grundsätze für die Neuplanung aufgestellt.

Es ist z.Zt. schwierig, konkrete, ins einzelne gehende Vorschläge für die Neuplanung von Berlin auszuarbeiten, da die wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Weiterleben der Stadt jetzt nicht bekannt sind. Berlin war wirtschaftlich mit den übrigen Teilen Deutschlands eng verbunden und wird ohne diese Verbindung auch kaum existieren können. Solange keine zentrale Regierung vorhanden ist, ist es schwierig, die wirtschaftlichen Möglichkeiten einheitlich zu klären. Um eine Klärung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Weiterleben der Stadt Berlin zu erreichen, müßten die Kapazitäten der Rohstoffquellen, die früher an Berlin geliefert haben, und die Produktionskapazitäten der einzelnen Werke aller Zonen festgestellt werden. (Als Beispiel zeigte Prof. Scharoun einen Plan der Belieferung Berlins mit Zement aus dem Jahre 1936.) Danach könnte erst ein Wirtschaftsplan für ganz Deutschland aufgestellt werden, aus dem sich dann die Funktionen der Stadt Berlin innerhalb dieses Gefüges ergeben.

Was aber jetzt schon getan werden kann, ist die Vorarbeit, die die Grundsätze der Neuplanung zeigt, dazu ist eine Reihe interessanter Ausführungen in Arbeit.

2) Den zweiten Teil der Ausstellung bildet das Problem der fabrikmäßig hergestellten Häuser. Die Modellhäuser sollen zum 20. Mai d.J. fertiggestellt werden.

27. Sitzung 25.4.1946

Die Alliierte Kommandantur hat das Schloß als Ausstellungsort genehmigt. Bei der übernächsten Sitzung sollen Betriebe besichtigt werden, die die Modellhäuser herstellen. Scharoun wird aufgefordert, klarzustellen, daß die Ausstellung keine internationale, sondern eine Ausstellung der Stadt Berlin ist, die durch ihn organisiert wird. Scharoun wird ersucht, für alle Arbeiten genaue Termine zu nennen. Dann wird über die Gründung eines Komitees für Baufragen in Berlin diskutiert. Man ist der Meinung, daß eine Forschungseinrichtung gebraucht wird. Böttcher beklagt den fehlenden Kontakt zu den Komitees in der amerikanischen und britischen Zone.

Aus dem Protokoll:

Der Vorsitzende gab an, daß Herr Böttcher jederzeit 1. an den Vorsitzenden des Stuttgarter Komitees (Emil Kübler, zu erreichen durch Mr. Baker, building materials, Mil.Gov.) schreiben und 2. hinfahren könne.

Oberst Nuttall nannte den Vorsitzenden des britischen Zonenkomitees, Dr. Rappaport, zu erreichen durch Mr. Joel, housing branch, Control Commission, Bad Oeynhausen.

Die Paßangelegenheiten werden im Allied Authority Building von Mr. Richardson, Elßholzstraße 14, erledigt.

28. Sitzung 16.5.1946

2 Sitzungstermine sind ausgefallen. Sämtliche Ausführungszeichnungen für die Modellhäuser hängen an den Wänden. Böttcher zeigt das Modell einer Hauswand. Für die Modelle werden jetzt die Bauelemente hergestellt. Der Weiße Saal ist am **1.6.1946** fertig. Die Modellhäuser werden am **30.6. 1946** fertig sein. Zum selben Termin sollen auch die Zeichnungen für die „Neue Stadt“ fertiggestellt werden, falls genug Zeichenpapier vorhanden sein wird. Als Eröffnungstermin wird der **14.7.1946** vorgeschlagen. Scharoun führt den Plan der Ausstellung vor, „Vorfabrizierte Häuser“ und „Die neue Stadt“ werden getrennt untergebracht.

29. Sitzung 23.5.1946

Plansätze der Häuser und das Ausstellungsprogramm werden den anwesenden Vertretern übergeben. Scharoun bittet um Hilfe bei der Beschaffung von Zeichenpapier. Der Weiße Saal ist so gut wie fertig. Als Eröffnungstermin wird der **15.7.1946** festgelegt. Für die Ausstellungswände werden 5 t Hartfaserplatten aus dem Erzgebirge benötigt, das Komitee soll sich für die Beschaffung einsetzen.

30. Sitzung 13.6.1946

Die Sitzungen am **30.5.** (Himmelfahrt) und **6.6.** (Invasionstag) sind ausgefallen. Scharoun führt auf Wunsch des amerikanischen Vertreters Henry die Neuplanung Berlins anhand mehrerer Pläne vor. Über die Ziele wird diskutiert. Die Arbeiten an den Modellhäusern gehen voran, und Henry berichtet, daß man in Stuttgart mit der Herstellung von vorfabrizierten Häusern auf einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Gelände begonnen hat. 36 Typen sollen als Versuchshäuser gebaut werden.

Aus dem Protokoll:

Neuplanung von Berlin.

Mr. Henry äußerte den Wunsch, noch vor der Ausstellung einen Plan für den Aufbau von Berlin zu sehen.

Prof. Scharoun erläuterte die Neuplanung anhand von mehreren Plänen:

Plan für den Raum Ring

Innerhalb der Ringbahn hatten wir eine Anhäufung der Bevölkerung – 2,3 Millionen Einwohner – und der Arbeitsstandorte (einen „Berg"). Die Neuplanung erstrebt eine gleichmäßige Verteilung der Bevölkerung („flache" Verteilung). Es wird ein Netz von Schnellverkehrsstraßen geschaffen mit einer Maschenweite von etwa 3 km auf 1,5 km. In diesem Netz entwickelt sich die neue City. Sie soll in einer angenommenen Endphase etwa 400.000 Arbeitsplätze fassen (Verwaltung, Export, Bankwesen, Versicherungswesen, Konfektion, Druck, Film usw.).

Mr. Henry äußerte Bedenken über die Höhe der Zahl 400.000 angesichts der Tatsache, daß Berlin jetzt nicht mehr das Zentrum eines großen Landes ist wie früher.

Prof. Scharoun stützte diese Zahl mit der Behauptung, daß sie dem für die obengenannten Berufsgruppen benötigten Arbeitseinsatz entspricht.

Zu den 400.000 Arbeitsplätzen (= Erwerbstätige) gehören insgesamt 1,1 Millionen Einwohner. Das wäre die Einwohnerzahl der neuen City.

Mr. Henry brachte zum Ausdruck, daß seiner Meinung nach Stadtplanung in erster Linie eine Dezentralisation des Verkehrs bedeutet.

Prof. Scharoun berichtete weiter: Das Band der neuen City entspricht dem Tal der Spree, das nach Möglichkeit als grünes Band von der Bebauung freigehalten wird, ebenfalls der Lage des Urstromtales. Damit entspricht es auch der geologischen Struktur des Geländes, es ist zwischen dem Höhenrücken Teltow und Barnim eingebettet.

Die einzelnen Gebiete werden vom Durchgangsverkehr ferngehalten.

Mr. Henry stellte die Frage, ob man sich bei der Anordnung der Verkehrsstraßen nach dem Schadensplan gerichtet habe.

Prof. Scharoun deutete darauf hin, daß dieser Plan über einem Schadensplan gezeichnet ist. Die Schnellverkehrsstraßen liegen meistens auf unbebautem Gelände.

Mme. Fayolle stellte die Frage, ob es nicht besser wäre, auf die alte Stadt zu verzichten und die neue Stadt an anderer Stelle aufzubauen.

Prof. Scharoun entgegnete, daß die Stadt noch viele unzerstörte Gebiete hat, die sich in die Neuplanung einbeziehen lassen.

Mr. Henry fragte, wieweit der neue Plan das vorher Existierende ändert.

Prof. Scharoun antwortete, daß gerade daran gearbeitet wird, dieses festzustellen.

Die Industriestandorte werden nach einem ähnlichen System wie die City angelegt, d.h. enge Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstandorten.

31. Sitzung 20.6.1946

Zuerst wird gefragt, ob die Vertreter der UdSSR und der USA noch an einer Weiterarbeit des Komitees interessiert sind. Scharoun schlägt dem Komitee ein Programm für die Weiterarbeit vor. Es soll sich mit dem Standard-Haus beschäftigt, mit Stuttgart und den Komitees in den anderen Zonen Verbindung aufgenommen und sich mit dem Städtebau befaßt werden: *historisch, technisch* und *geistig*. Böttcher berichtet, daß er nach Stuttgart fahren will, um dort Kontakte zu den Fabriken herzustellen.

Aus dem Protokoll:

Der Vorsitzende (Oberst Fayolle): Seit einigen Sitzungen sind wir nicht vollzählig. Es müßte jetzt festgestellt werden, was die weitere Tätigkeit des Komitees sein soll. Ich habe die Absicht, zusammen mit Major Dix mit unseren amerikanischen und russischen Kollegen Verbindung aufzunehmen, um die weitere Teilnahme an den Sitzungen und das Programm für die weitere Tätigkeit des Komitees zu besprechen.

Über das, was Scharoun über die Weiterarbeit des Komitees vorträgt, erscheint im Protokoll folgende Zusammenfassung:

a) Standard-Haus

Wir hatten bis jetzt grundsätzlich eine Aufgabe bearbeitet: das vorfabrizierte Kunststoffhaus. Wir haben jetzt einen neuen Ausgangspunkt, wir wollen unseren Blick nach außen richten und das, was außerhalb von Berlin geschehen ist, in unsere Betrachtungen einbeziehen. Durch Mr. Henry wollen wir die Verbindung mit Stuttgart aufnehmen, dann auch die Verbindung mit dem französischen und dem englischen Zonenkomitee. Wir wollen Untersuchungen darüber durchführen, wieweit die Bindung einzelner Elemente hemmend oder fördernd ist. Ferner wollen wir Feststellungen über die wirtschaftlichen und wohntechnischen Bedingungen machen. Das soll die zukünftige Spezialaufgabe des Forschungsinstituts von Herrn Böttcher sein.

Außerdem wollen wir uns mit der Untersuchung des Preßholzes und der Faserplatten beschäftigen, ferner mit der Frage des Heizaggregates, sowie des Betonhauses. Die Forschungsarbeiten, die in letzter Zeit dezentralisiert waren, sollen jetzt wieder zentralisiert werden.

Das wäre eine Seite unserer Tätigkeit. Als zweites käme hinzu:

b) Städtebau.

Wir wollen uns mit städtebaulichen Fragen beschäftigen, und zwar nach den Gesichtspunkten:

1. historisch
2. technisch
3. geistig.

Zu 2. wollen wir die Erfahrungen der Enttrümmerung auch von außerhalb verwenden, auch aus England und Frankreich. Wir haben Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch durch einen Herren aus London, der während der Kriegszeit die Instandsetzungsarbeiten leitete, vor kurzem hier bei uns gewesen ist und bald wiederkommen wollte.

Zu 3. wollen wir auf die geistigen Grundlagen eingehen.

32. Sitzung 4.7.1946

Die *Stellung des Komitees* wird diskutiert. Die russische Seite hat gefordert, daß in der Kommandantur die Stellung geklärt werden müsse. Bisher sei es nur ein Treffen von Privatarchitekten. Scharoun faßt die Geschichte der Arbeit im Komitee zusammen. Danach wird über das Programm für die weitere Arbeit des Komitees anhand des von Scharoun vorgelegten Papiers diskutiert. Dann werden die Schwierigkeiten besprochen, die darin bestehen, Material für den Aufbau der Ausstellung zu beschaffen.

Aus dem Protokoll über die Arbeit im Komitee:

Prof. Scharoun berichtete, daß das Komitee aus rein menschlichen Bedingungen heraus gebildet wurde. Von deutscher Seite bestand der Wunsch, die Verbindung mit der Erfahrung des Auslandes wiederherzustellen, nicht nur, um für das Land selbst einen Nutzen daraus zu ziehen, sondern auch, um auf Grund der Auswertung dieser Erfahrungen nach außen zu wirken. Bei den französischen Vertretern fiel dieser Gedanke auf besonders fruchtbaren Boden, da sie der Auffassung waren, daß der Aufbau im Bauwesen gleichzeitig den allgemeinen Aufbau Europas bedeutet. Außer den russ. Vertretern der Hauptkommandantur waren noch Vertreter einer fachtechnischen in Pankow stationierten russischen Organisation anwesend, die ebenfalls großes Interesse zeigten.

Inzwischen hat sich die Arbeit des Komitees als fruchtbare Arbeit erwiesen, aus fruchtbaren Ausgangspunkten ausgehend. Dank Mr. Henry hat sich die Arbeit nach der technischen Seite entwickelt, da er der Auffassung war, daß die Überwindung

der Schwierigkeiten eine Überwindung der technischen Schwierigkeiten bedeute.

Trotzdem die russ. Vertreter in der letzten Zeit bei den Sitzungen nicht anwesend waren, besteht doch von seiten der russ. Fachleute Interesse für unsere Probleme. Wir könnten mit Herrn Böttcher in Karlshorst und in der Hauptkommandantur darüber sprechen. Wir können die Berichte über die bisherigen Sitzungen vorlegen.

Es ist im Augenblick vielleicht gar nicht so wichtig, daß wir unbedingt als offizielles Komitee anerkannt werden. Unsere geistige Arbeit braucht eine gewisse Freiheit, die sie auch jetzt hat.

Der Vorsitzende (Fayolle) erklärte, daß er lediglich deshalb dafür gewesen sei, einen Bericht über das Komitee an die Alliierte Kommandantur zu machen, um gewissermaßen nichts zu verstecken. Wir wollen technische Arbeiten leisten. Wir hoffen, die Hilfe aller Fachleute zu haben, ganz gleich welcher Nationalität sie sind. Wir bitten Hauptmann Newman, unser Sprecher bei Oberst Nuttall zu sein und ihm darzulegen, daß wir nicht unbedingt ein offizielles Komitee sein wollen. Wir können klar angeben, was wir tun und was wir sind. Alle, die Interesse für unsere Arbeit haben, können zu uns kommen und werden uns willkommen sein.

Prof. Scharoun unterstützte diese Ansicht als richtigen menschlichen Ausgangspunkt.

Aus dem Protokoll Scharouns Vorschläge für die Weiterarbeit des Komitees:

1. Zunächst muß das Gewebe gebildet werden, das Stoffgebiet und die Ausgangspunkte der Betrachtung geklärt werden.

2. Die neuen Fragestellungen, die sich daraus entwickeln.

a) Das vorfabrizierte Haus, Materialfragen. Die Referenten werden überall genannt, ihre früheren Mitarbeiter werden auch weiter mit ihnen arbeiten.

Wohntechnische Fragen der Wohnung und Siedlung. Untersuchung der Leistungsfähigkeit eines Hauses innerhalb des Bebauungsplans. Daraus werden sich neue Fragen entwickeln.

b) Aufnahme einer besseren Verbindung mit den Stellen, die dieselben Probleme anderwärts behandeln. Es sind 13 Typen aus Stuttgart vorhanden. Wir wollen versuchen, ein Beurteilungsschema zu entwickeln, nach dem sich die Leistungsfähigkeit feststellen läßt, anhand dieses Schemas sollen die wertvollen Seiten sofort ins Auge fallen, damit sie dann entwikkelt werden können. Wichtig ist auch die Frage, ob geschultes oder ungeschultes Personal benötigt wird. Referenten: Arch. Böttcher und Pla. II.

Ferner werden die Fragen des Heizaggregates behandelt, des Schalls, der Wärmeisolierung, ferner wirtschaftliche Fragen, Durch-Heizbarkeit der Häuser bei Tag und Nacht, die Kosten für die Anlage der Heizung und die Betriebskosten. (. . .)

Prof. Scharoun sprach ferner über

c) den Vergleich der Siedlungsplanung Moskau, Paris, London, Berlin, eine Frage, die ihn persönlich besonders interessiere. Material darüber sei aus dem Westen leichter zu beschaffen als aus dem Osten. Prof. Scharoun zeigte ein Buch über die Stadtplanung von Leningrad. Von anderer Seite bestehe die Möglichkeit, Zeitungsausschnitte über das Bauen in der Sowjetunion zu erhalten. Interessant wäre die Planung von Moskau.

Wer beschafft Material über Planungen?

d) Kunststoffe. Es ist bereits eine Zusammenstellung von Baustoffen durch Herrn Böttcher geschaffen worden, die die Grundlage zu einem Katalog bilden soll, aus dem man die Leistungsfähigkeit des Materials ersehen kann. Dieser Katalog wird dann laufend ergänzt. Er ist nach dem Dezimalsystem (Numerierung mit mehrstelligen Zahlen) eingerichtet.

Dieses Werk müßte international werden können. Es müßte zweierlei umfassen: das Ausgangsmaterial und was daraus geschaffen werden wird.

e) Schaffung einer internationalen Fachzeitschrift in vier Sprachen.

Prof. Scharoun fragte, ob die Vertreter mit diesem Programmentwurf einverstanden seien, und erhielt ihre Zustimmung.

Aus dem Protokoll über die Ausstellung:

Prof. Scharoun teilte mit, daß das englische, amerikanische und russische Modellhaus termingemäß zum 15. Juli fertiggestellt werden, wahrscheinlich wird auch das französische Haus, bei dem noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sind, auch fertig werden. Das deutsche Haus dagegen ist jetzt erst angefangen worden und kann erst zu einem späteren Termin fertiggestellt werden. Die Arbeiten für die Ausstellung „Die neue Stadt" waren auch ins Stocken gekommen, da das Sperrholzwerk, das die Platten für die Ausstellung liefern sollte, auf 14 Tage ausgesetzt hatte. Das Hauptamt für Planung II hatte dauernd mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie Mangel und zeitweise vollständiges Fehlen von Zeichenpapier. Wir haben uns alle Mühe gegeben, den gesetzten Ausstellungstermin einzuhalten, unsere Arbeit wurde aber durch diese Materialschwierigkeiten kolossal verzögert. Wir rechnen damit, in den ersten Augusttagen mit den Arbeiten fertig zu sein.

33. Sitzung 1.8.1946

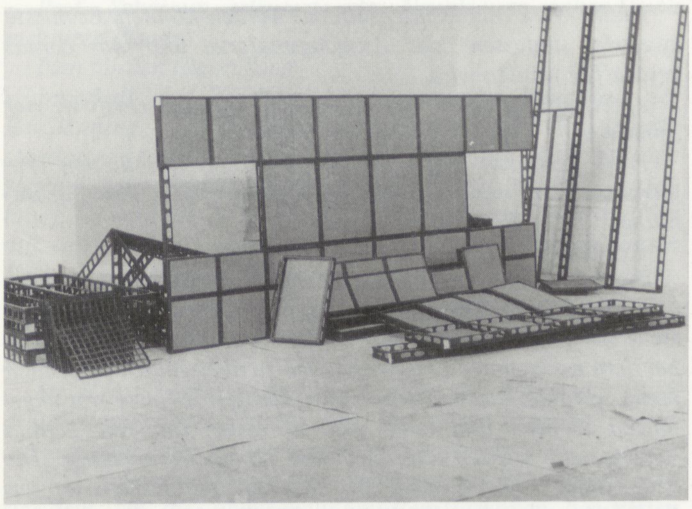
Scharoun berichtet, daß die Modellhäuser besichtigt werden können und die Ausstellung am **15.8.1946** eröffnet werden soll. Die nicht anwesenden Vertreter der UdSSR und USA sollen benachrichtigt werden. Der Bericht über das Studienkomitee ist bei der Alliierten Kommandantur eingereicht worden. Am **5.8.1946** besichtigen Vertreter aller Alliierten zusammen mit Scharoun, Mächler und Böttcher die Modelle im Schloß.

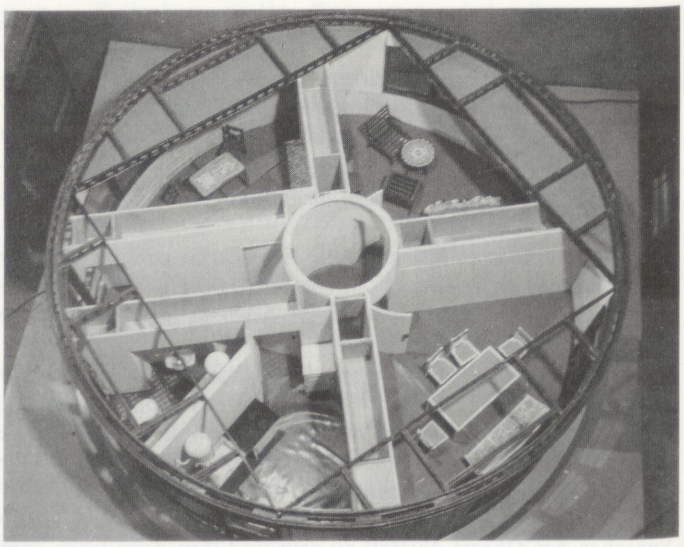
34. Sitzung 15.8.1946

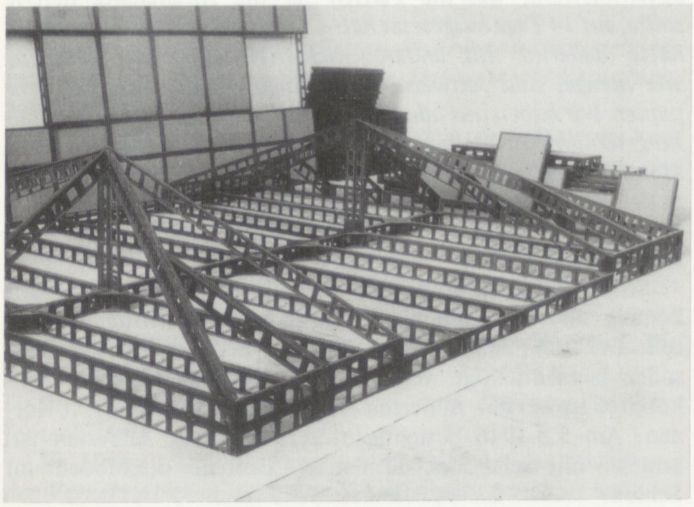
Letzte Sitzung des Komitees. Als Eröffnungstermin der Ausstellung ist nun der **22.8.1946** festgelegt. Scharoun berichtet über die Schwierigkeiten, die Planung in die Wirklichkeit umzusetzen. Danach werden noch Einzelheiten der Eröffnung besprochen, auch, wer zur Eröffnung eingeladen werden soll. Auf die Frage von Oberst Fayolle, inwiefern die vorhandenen Stadtteile in der Neuplanung berücksichtigt werden, erklärt Scharoun:

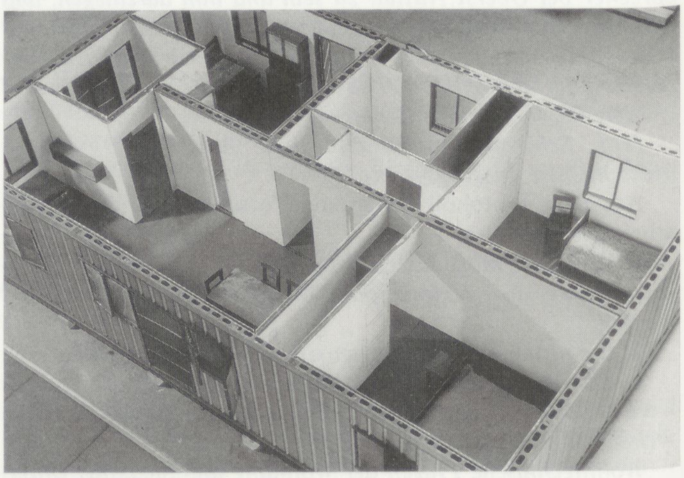
Dort, wo der alte Plan sich in die Neuplanung eingliedern läßt, wird er verwendet. Die Instandsetzungsarbeiten werden nach Möglichkeit in den für die Zukunft verwendbaren, d.h. in die Neuplanung einfügbaren Gebieten ausgeführt. Dabei ist ein ständiger Kampf mit den Privatunternehmungen zu führen, die an für die Planung unerwünschten Stellen ihre früheren Betriebe instand setzen wollen.

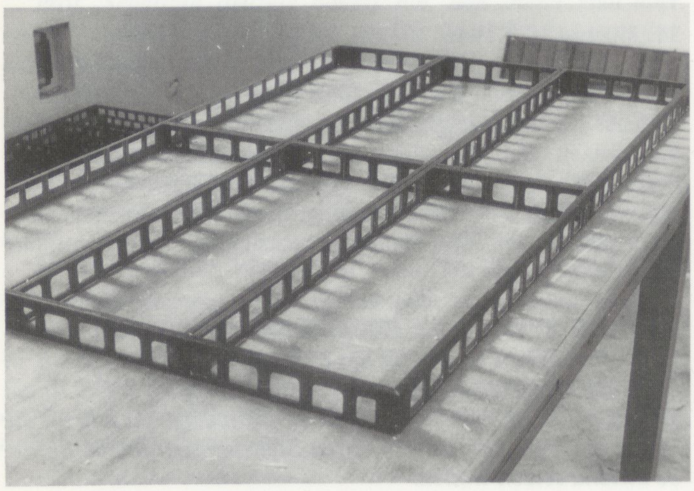
Wir arbeiten hierbei mit den Bezirken, die z.T. auch eigene Planungen vornehmen. Diese müssen dann auf die Gesamtplanung abgestimmt werden. Wir wollen die gewachsene Stadtlandschaft in eine organische Stadtlandschaft überführen. Die Grundsätze, nach denen wir arbeiten, werden jetzt in der Ausstellung gezeigt, die einen gewissen Abschluß unserer Vorarbeiten bedeuten soll. Das ist der erste Bericht. Danach soll ein Wettbewerb unter dem Publikum ausgeschrieben werden, in dem es zu unseren Grundsätzen Stellung nehmen soll. Das Ergebnis dieses Wettbewerbs soll der zweite Bericht sein, der die Grundlage für umfassendere Ausschreibungen bilden soll. Mit der Überschrift „Erster Bericht" wollen wir unterstreichen, daß es keine abgeschlossene Arbeit ist, sondern ein Teil einer fortlaufenden Reihe.

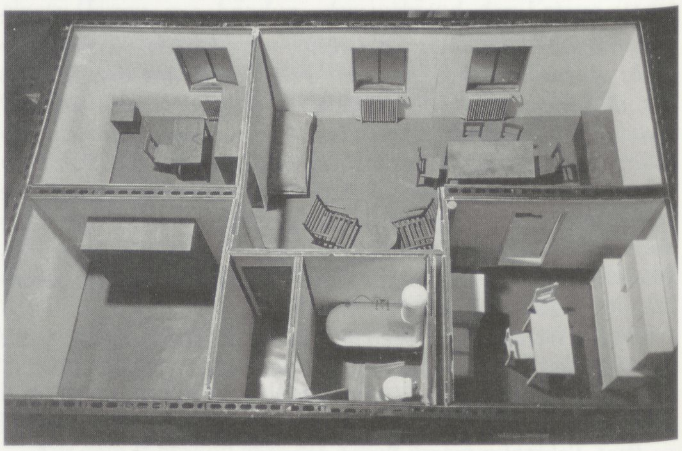


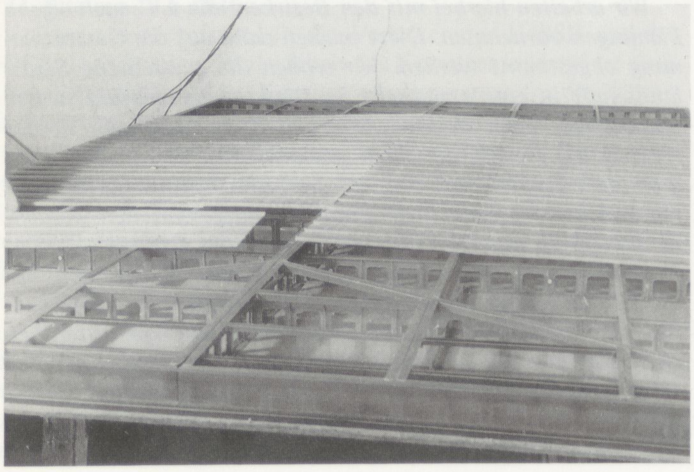


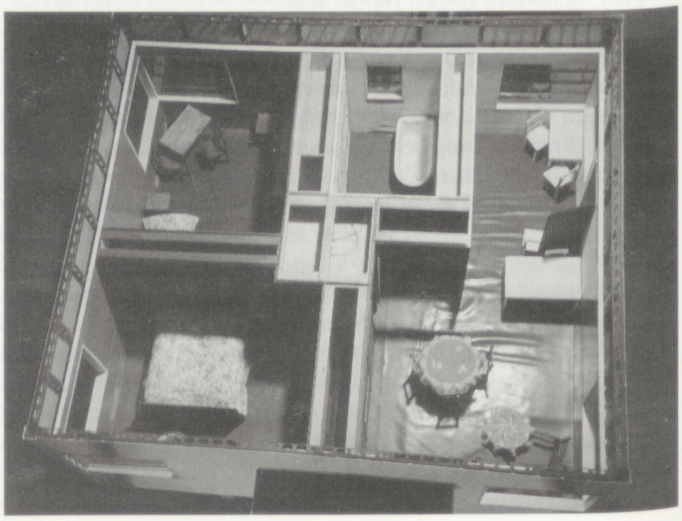


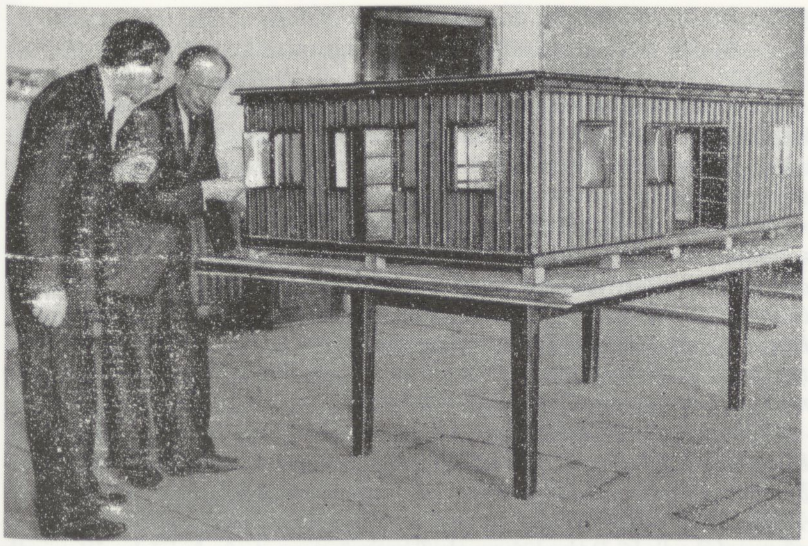












Karl Böttcher (links) und Hans Scharoun (rechts) vor dem ersten fertiggestellten Modellhaus. ←B 5
Bildseite links: Die Konstruktionsteile im Maßstab 1:5 zur Montage der Wände und Dächer und die Modellhäuser der Alliierten, v.o.n.u.: das französische, das englische, das russische und das amerikanische Modell ←B 6

Am **22.8.1946**, eine Woche später, wird die Ausstellung eröffnet. Die fünf Kunststoffhäuser werden, obwohl schon klar ist, daß die mitteldeutschen Chemiewerke nicht liefern und nach anderen Materialien gesucht werden muß, ausgestellt, wie in Kapitel 3 beschrieben. Die Weiterarbeit nach der Ausstellung wird auf vielfältige, aber auch eindeutige Weise unterbunden, wie, das läßt sich aus Erinnerungen von Henselmann und Scharoun erahnen. ←S.181 ←S.217

Henselmann: *Während Scharoun den Stadtbauratposten hatte, fertigte er schon mal den ersten Gesamtplan für Berlin an, der wurde ausgestellt und frei diskutiert, abgelehnt und befürwortet, je nachdem – „Tanz der Wagen und Gesänge". Doch mitten in dieser Phase produktiver Diskussion erschienen eines Tages zwei amerikanische Offiziere bei Scharoun und erklärten: „Dieses Berlin wird es niemals geben." Da war Scharoun ziemlich entsetzt und hat dann noch den Stadtrat Jendretzki hinzugeholt, und die Amerikaner erklärten: „Dieser Plan setzt sich über allen erklärten privaten Grundbesitz hinweg, und das werden wir niemals zulassen. Ein Antasten des Privatbesitzes wird es in den westlichen Besatzungszonen nicht geben."* ←L 4

→B 7

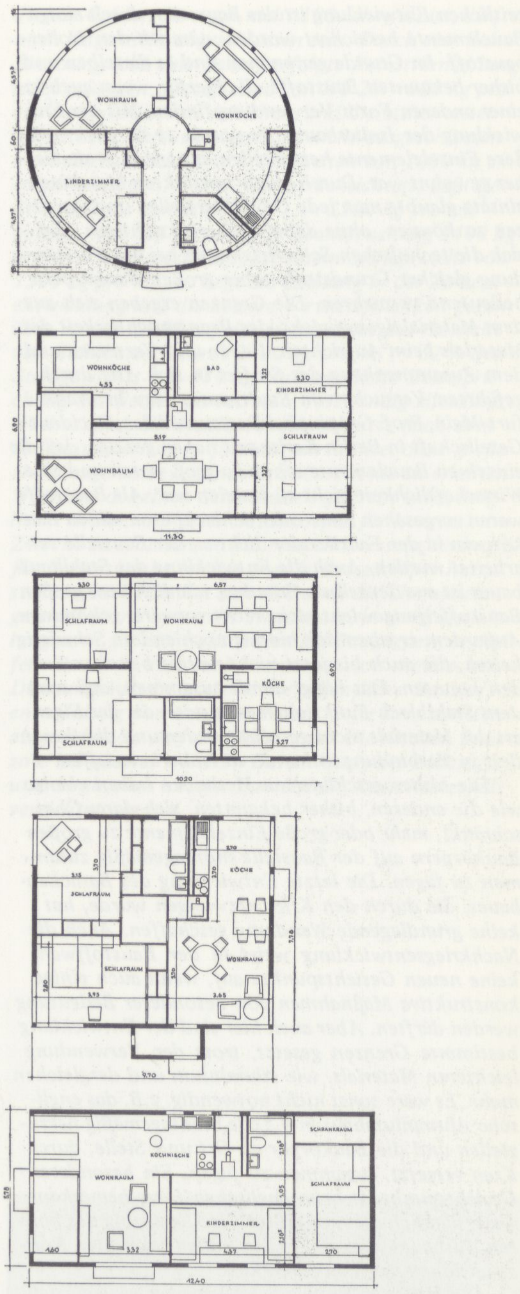
Scharoun: *Die Berliner Situation war damals die, daß die Planung Berlins, die Wiederherstellung Berlins als Hauptstadt von den Alliierten grundsätzlich verboten war. Unsere Ausstellung lief daher unter dem Motto „Neuer Städtebau dargestellt am Beispiel Berlins". Das gelang, weil ich die mir vorgesetzten Fachspezialisten aller vier Besatzungsmächte zur freiwilligen Mitarbeit in einem „Komitee", das jeden Donnerstag tagte, gewinnen konnte. Nach 36 Veranstaltungen dieses Komitees wurde mir aber die weitere Tätigkeit in diesem Zusammenhang höchsten Ortes verboten.* ←L 5

→A 12

Mit den Verboten und den Ergebnissen der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom **20.10.1946** endet der erste Versuch Scharouns, für die erkennbaren städtebaulichen Probleme, die nicht nur Berlin betreffen, planerische und bautechnische Antwort zu finden. ←S.247

Scharoun sucht sich nach dem Verlust des Postens als Stadtbaurat und dem Verbot des Internationalen Komitees neue Möglichkeiten, seine Planungen fortzusetzen.

Böttcher nimmt mit Hilfe von Mr. Henry den Kontakt mit Stuttgart auf, während Scharoun zusammen mit Mächler und Böttcher seine Position an der Technischen Hochschule auszubauen versucht, um dort das Arbeitsprogramm, das er für das Komitee vorgeschlagen hat, weiterverfolgen zu können. Parallel dazu bemüht sich Scharoun um die Gründung eines Instituts für Bauwesen an der Akademie der Wissenschaften, um die Forschung auf eine gesicherte Basis zu stellen. ←S.442 ←S.454



Die Grundrisse der fünf ausgestellten Kunststoffhäuser (M 1:300), v.o.n.u.: das französische, das englische, das russische, das amerikanische und das deutsche Haus

Karl Böttcher (7.7.1946):
Überlegungen zur Vorfabrikation von Häusern

Die Idee des vorfabrizierten Hauses ist nicht erst heute entstanden. Das ganze Bauen beschränkt sich schon seit alters her auf das Zusammensetzen einzelner Baukörper zu einheitlichen Konstruktionen. Je kleiner hierbei die Elemente waren, desto eher kam man dazu, diese einzelnen Elemente wegen ihrer besseren Verarbeitbarkeit in gleichen Abmessungen herzustellen, also zu normen. Die Größe der Einzelelemente richtete sich nach dem stofflichen Aufbau, den Eigenschaften, der Art der Verwendung, der Funktion und dem Gewicht des Materials, sowie der zur Verfügung stehenden Transportmittel und Hebezeuge. In der Wahl der Baustoffe hat sich während der ganzen Entwicklung bis auf den heutigen Tag nicht viel geändert, wohl haben sich Verfeinerungen in der Anwendungstechnik herausgebildet. Gewisse Abwandlungen sind zu bemerken durch die Verwendung von gewalzten Stahlprofilen, des Betons und Kombinationen zwischen den beiden, dem Stahlbeton. In der neu-

zeitlichen Entwicklung ist das Bauwesen durch einige Bauelemente bereichert worden, nämlich den Isolierbaustoff. Im Grunde genommen sind es dieselben und bisher bekannten Baustoffe, die hierfür, wenn auch in einer anderen Form Verwendung finden. Mit der Entwicklung der Isolierbaustoffe wurde es möglich, größere Einzelelemente herzustellen, als wie man sie bisher gewohnt war. Durch einen verstärkten Maschineneinsatz glaubte man jede Größe herstellen und versetzen zu können, ohne dabei zu berücksichtigen, daß sich die technischen Schwierigkeiten bei der Verwendung gleicher Grundstoffe, aber großen Baukörpern bedeutend vermehren. Die Grenzen ergeben sich aus dem Materialeigengewicht, der Beanspruchbarkeit des Materials beim Aufrichten, Heben und Versetzen und dem Zusammenhang des Stoffes in sich. Die durchgeführten Versuche von Stadtbaurat May in Frankfurt/Main, Prof. Gropius bei Dessau und der ,Occident' Gesellschaft in Berlin-Karlshorst haben gezeigt, daß die einzelnen Bauelemente schon zu groß waren und eine Wirtschaftlichkeit nicht zu erzielen war. Als Baustoffe waren vorgesehen Bims- oder Schlackbeton, die zu Baukörpern in der Fabrik oder dicht an der Baustelle verarbeitet wurden. Auch die Entwicklung des Stahlhausbaues ist aus denselben Gründen, nämlich dem großen Baustoffeigengewicht nicht recht vorwärts gekommen. Außerdem ergaben sich hierbei noch andere Schwierigkeiten, die auch bis jetzt nicht restlos behoben werden konnten. Das hängt damit zusammen, daß man dem Stahlblech Funktionen zumutete, die der Eigenart des Materials nicht gerecht wurden und dies besonders in Verbindung mit anderen Isolierbaustoffen.

Die bisher geschilderten Methoden haben ebenso wie die anderen, bisher bekannten, sich darauf beschränkt, mehr oder große Einzelelemente zu großen Baukörpern auf der Baustelle montagemäßig zusammen zu fügen. Die letzte Entwicklung des Barackenbaues, die durch den Krieg erzwungen wurde, hat keine grundlegende Wandlung geschaffen. Auch die Nachkriegsentwicklung weist in der Baustoffwahl keine neuen Gesichtspunkte auf, wenn auch einige konstruktive Maßnahmen von besonderer Bedeutung werden dürften. Aber auch hier sind der Entwicklung bestimmte Grenzen gesetzt, trotz der Verwendung leichteren Materials, wie Aluminium und dergleichen mehr. Es wäre sonst nicht notwendig, z.B. das englische Aluminiumhaus in 4 Teile montagemäßig herzustellen und die Baukörper an Ort und Stelle, durch Kran versetzt, zusammen zu fügen. Ein besonderer Gesichtspunkt ist beim englischen Haus bemerkenswert, nämlich die montagemäßige Fertigung des inneren Ausbaues, dies ist bei den bisher bekannten Konstruktionen nicht zu bemerken.

Die bisherige Entwicklung hat aber gezeigt, daß eine Weiterentwicklung zu einem fabrikmäßig hergestellten Haus nur möglich ist, wenn die Gewichte der Baumaterialien bedeutend herabgesetzt werden, und dies wird bei den bisher üblichen Baustoffen nicht zu erreichen sein. Daran wird auch eine großartige Entwicklung unserer Baumaschinen-Industrie nichts ändern. Eine Übersetzung des Flugzeugbaues auf den Hausbau, mit dem mancher in Gedanken spielt, ist wegen der unterschiedlichen Funktionen beider Baukörper nicht möglich, trotzdem sollte uns der Flugzeugbau genug Anregungen geben, um unsere Konstruktionen für unsere Baukörper leichter und trotzdem stabil zu gestalten.

Vom Baugewerbe fast unbemerkt, hat sich ein anderer Industriezweig entwickelt, der auf fast allen Gebieten der Wirtschaft, mit Ausnahme der Bauwirtschaft, die davon unberührt blieb, revolutionierend gewirkt hat. Gemeint ist hier die chemische Industrie. Im wesentlichen wurde der stoffliche Aufbau der Baustoffe geklärt und durch die Einschaltung des Brennprozesses, künstliche Bausteine mit veränderten Eigenschaften und der gebrannte Kalk als Bindemittel, für unsere Bausteine geschaffen. Diese Leistungen einer längst vergangenen Zeit sind von ungeheurem Einfluß auf die Entwicklung des Bauwesens gewesen. Ein weiterer wesentlicher Fortschritt wurde erzielt, als es gelang, durch Zusätze von Tonerde und Kieselsäure in Form von Sand ein hydraulisches Bindemittel, ,,Zement" genannt, herzustellen. Die Entwicklung auf

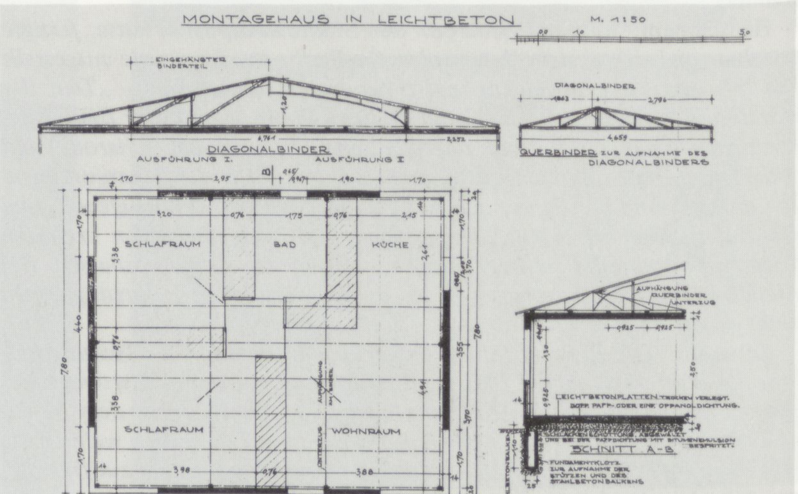
5.1.1 Die Fortführung der Arbeit des IKBW in der amerikanischen Besatzungszone

Karl Böttcher, der Konstrukteur der Fertighäuser des Internationalen Komitees für Bau- und Wohnungswesen, veröffentlicht seit der Ausstellung ,,Berlin plant" eine Reihe von Aufsätzen, die die Überlegungen zum exportfähigen Fertighaus aus Kunststoff bekannt werden lassen.

Er erinnert sich an die praktische Weiterarbeit nach der Ausstellung:

→A 13 *Beim Internationalen Komitee im Magistrat vertrat Mr. Robert Henry die Vorstellungen der amerikanischen Militärregierung ,,Omgus". Er war Chief of the Building Section Industry Branch und war an industriellen Baufertigungsmethoden sehr interessiert, wie auch am Kunstharz-Montagehaus, wofür er einen Beitrag ,,Typ Amerika" lieferte. Er verpflichtete mich als Consultant (Berater) ab 7.9.1946 für seine Dienststelle. (. . .)*

Von Mr. Henry erhielt ich Mitte September 46 den Auftrag, ein Leichtbeton-Montagehaus zu entwickeln. Die Hausgröße sollte 8,90 x 7,80 m betragen. Innen Schrankwände zur Raumtrennung. Mittelflur mit vier Türen zu den jeweiligen Räumen, als Montageeinheit. Die Baukonstruktionen (. . .): 10 Rohrstützen als Traggerüst zur Aufnahme der Diagonal-Dachbinder, an die Doppel-T-Blech-Deckenträger angehängt sind, zum Einschub der Leichtbetondeckenplatten. Stützenfüße aufgestellt auf vorgefertigte Fundamentklötze. Der diese verbindende Ringbalken hat eine Heizkanalaussparung für eine Rohrringleitung der Pumpenheizung. Wand-, Decken- und Fußbodenplatten sind in Leichtbeton (. . .), insgesamt 14 cm stark. Die Außenflächen erhalten einen Faserstoff-Kunstharzauftrag, wasserdampfdurchlässig, zum Schutz des dampfgehärteten Betons. Fugendichtung mit Kunstharzkleber. Unter den FB-Platten 20 cm Schlackenschüttung, abgewalzt, und stoßgeklebte Pappdichtung oder Oppanolfolie. Die Eckfenster sind als Montageeinheiten ausgebildet und haben hinterlüftete Brüstungshaut, Wärmedämmschicht, Heizkörper und Fenster mit Verglasung, Rollfliegengitter, Sommerjalousie in Aluminium. Zwischen Küche und Bad befindet sich die Installationseinheit. (. . .)



→B 8 Robert Henry/Karl Böttcher (1946): Das amerikanische Modellhaus des IKBW als Leichtbetonkonstruktion

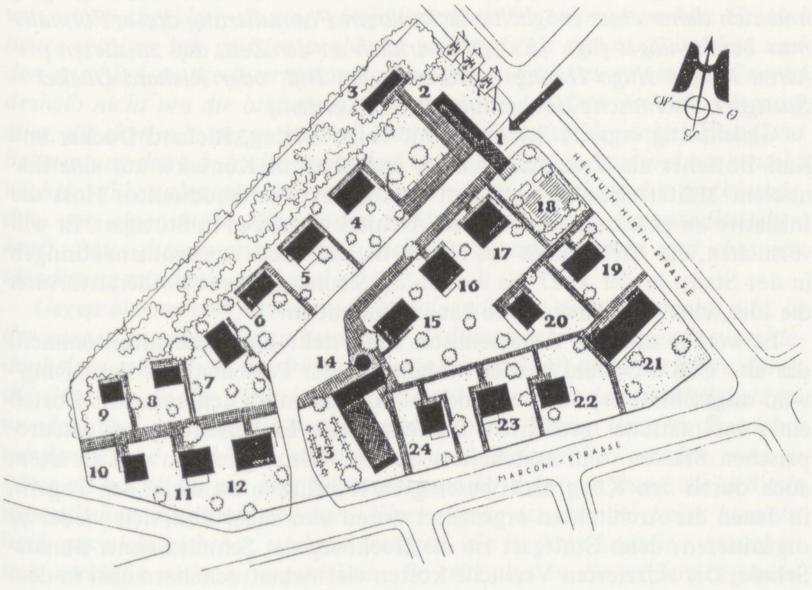
Zu Besprechungen mußte ich gelegentlich in die amerikanische Besatzungszone. Die erste Reise war ein Flug nach Frankfurt in einer Militär-Transportmaschine mit Wellblechaufbau und seitlichen Blechbänken mit vertieften Sitzflächen, an die von unten her der kalte Flugwind strich. Man fühlte das Gesäß nicht mehr, bibberte aber am ganzen Körper. Vor dem Flug mußte, ob Mann oder Frau, ein Geschirr angelegt werden, an das ein Fallschirm angehakt werden konnte, aber wie, wurde uns nicht gezeigt. Ich weiß es nicht mehr, habe dann auch nicht mehr gezählt, durch wie viele Luftlöcher wir runter und rauf flogen. (. . .)

Professor Hotz vom Wirtschaftsministerium in Stuttgart kam zu ,,Omgus", um die Zustimmung für seinen Plan zur Errichtung einer zentralen

Bauforschungsstelle in der amerikanischen Zone zu erhalten. Bei einer Besprechung in Stuttgart, an der auch ich teilnahm, lehnte der Vertreter Bayerns, Ing. Mengeringhausen, für sein Land jede Zusammenarbeit ab. Eine Forschungsstelle braucht Geld und die Genehmigung des Ministeriums, sie muß eingeplant sein. „Omgus" und der Wirtschaftsminister verhielten sich dazu sehr reserviert. Bei einer Besprechung in Stuttgart, an der Mr. Henry, Mr. Bloch und ich teilnahmen, fragte Prof. Hotz, als das Gespräch auf die Zustimmung zu dem Forschungsprojekt kam: „Ist das ein Befehl?" „Ja", antwortete ich, die Sprachbarriere überspringend und ohne dazu berechtigt zu sein. Auch Mr. Henry und Mr. Bloch konnten, wie sie mir zuvor sagten, keine Befehle erteilen. Mit dem von mir erteilten Befehl ging Prof. Hotz zu seinem Minister, die „Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen" wurde gegründet. (. . .)

Bereits im Internationalen Komitee hatte Mr. Henry das große Interesse der amerikanischen Regierung an industriell gefertigten Montagehäusern, besonders am Kunststoff-Montagehaus, bekundet. Gleichzeitig bedrängte er die Württ.-Badische Regierung in Stuttgart, den Arbeitsausschuß Fertighäuser mit dieser Aufgabe zu betrauen und die Ergebnisse auf einer Ausstellung sichtbar zu machen. Gedacht wurde hierbei an den Export der Fertighäuser. Meine Aufgabe war es, den Arbeitsausschuß hierbei beratend zu unterstützen.

In Stuttgart-Zuffenhausen wird das verwirklicht, was in Berlin nicht möglich, aber geplant war, eine Fertighaus-Versuchssiedlung. Über die Anfänge des Stuttgarter Unternehmens hatte Robert Henry in der 21. Sitzung des IKBW, nach seiner Reise nach Stuttgart, am **14.3.1946** berichtet. Er hatte dort an der zweiten Sitzung eines vom Landesrat gebildeten *Ausschuß für Baufragen* teilgenommen und vorgeschlagen, *sich mit dem fabrikmäßig hergestellten Haus zu beschäftigen*. Am **13.6.1946** teilte Henry während der 30. Sitzung des IKBW mit, *daß in Stuttgart die Herstellung von vorfabrizierten Häusern begonnen habe. Es werden 36 Typen als Versuchshäuser auf einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Gelände errichtet.* ←S.432 ←A 14



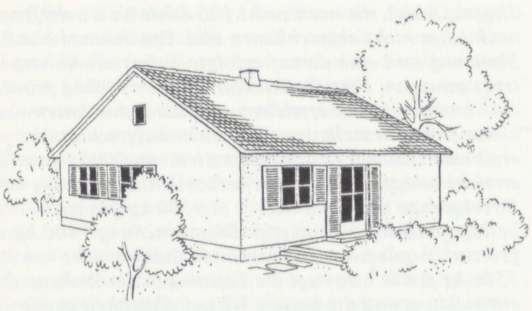
Lageplan der Versuchssiedlung für vorfabrizierte Häuser in Stuttgart-Zuffenhausen (1947) ←B 9

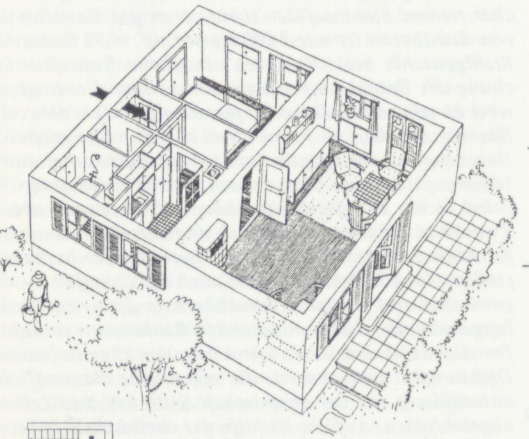
Die Versuchssiedlung ist der 3. Teil einer Industrieausstellung, die unter dem Motto *Export schafft Brot* steht, Veranstalter ist das Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg.

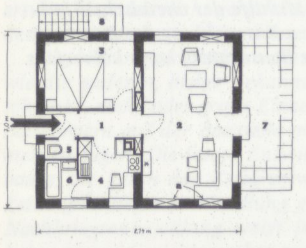
Mit der Versuchssiedlung in Stuttgart-Zuffenhausen beginnt eine für die BRD folgenreiche Entwicklung. Sie ist der Prototyp der Eigenheimlandschaften nach amerikanischem Vorbild mit individuellem Zuschnitt jedes einzelnen Hauses, gefertigt auf industrieller Basis analog zum Auto. In Stuttgart sind die besten Voraussetzungen für einen solchen Anfang gegeben. Die Verkehrsstruktur ist nahezu unversehrt, die Rohstofflage mit reichen Holzvorkommen gut, um Stuttgart herum sind viele große Bauunternehmen konzentriert, die ihre konstruktiven Erfahrungen mit der

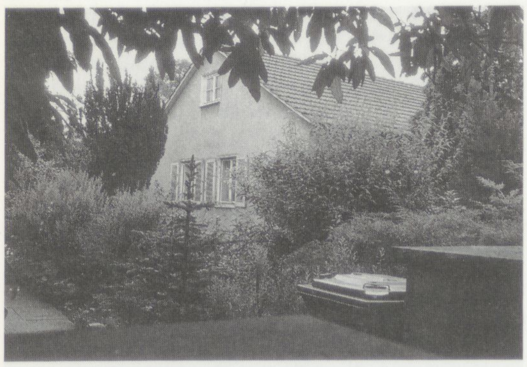
diesem Gebiet, die noch nicht 100 Jahre alt ist, dürfte noch lange nicht abgeschlossen sein. Durch eine hohe Sinterung und eine darauf erfolgte Feinstvermahlung ist es gelungen, Festigkeiten von Wb 28 = 600 kg pro cm^2 und darüber zu erreichen, und die bisher unternommenen Versuche lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, sobald Druckfestigkeiten von 1000 kg cm^3 erreicht werden. Wenn man berücksichtigt, daß die Streckgrenze von Stahl St. . . . . . 3500 kg pro cm^2 beträgt, und daß als zulässige Beanspruchung 1400 kg pro cm^2 zugelassen sind, bei einem Stahlgewicht von 7500 kg pro m^3, so liegt die Leistung in der Zemententwicklung und die bessere Wirtschaftlichkeit gegenüber reinem Stahl auf der Hand, denn das Gewicht von Stahlbeton ist mit 2400 kg pro m^3 = 32 % des Stahlgewichts bei 330 kg cm^2 mögliche Beanspruchung des Betons zu rechnen. Notwendig allerdings wird es sein, die Stahlbetonquerschnitte nach dem Spannungsverlauf zu formen, um leichte, ohne große Hebezeuge zu bewegende Stahlbetonteile zu erhalten. Wenn auf der einen Seite danach gestrebt wird, möglichst dichte und feste Betonkörper für konstruktive Zwecke zu erhalten, so hat man andererseits versucht, für Isolierzwecke leichte poröse Betonkörper herzustellen. Auch hier hat sich also auch die Chemie eingeschaltet und uns recht brauchbare, in der Entwicklung noch gar nicht abzusehenden Baukörpern verholfen. Damit ist aber auch, wenn man von chemischen Dichtungsmitteln absieht, die eigentliche Baustoffentwicklung von der chemischen Seite her, zur Zeit abgeschlossen. Auf die Mithilfe der chemischen Industrie bei unserer weiteren Entwicklung der Baustoffe und damit auch unserer Bautechnik, kann keinesfalls verzichtet werden.

→B 10 „Das Fertighaus", Katalog zur Abteilung 3 der Industrie-Ausstellung „Export schafft Brot" in Stuttgart 1947









Gustav Epple/Paul Klaus (1947): Das Versuchshaus 24 in Stuttgart-Zuffenhausen. Das Haus besteht aus großen kastenförmigen Bauteilen (System Holzbau) mit einem Grundmaß von 25 cm. Hauptbaustoffe sind Holzfaserplatten und Holz. Die Innenräume werden zum Teil durch 60 cm starke Schrankwände und 6,5 cm starke Trennwände gebildet. Die Außenwände sind 35 cm stark, mit tiefen Fensterleibungen, eingebauten Regalen und Schränken. Ihre Wärmehaltigkeit entspricht einer 60 cm starken Ziegelmauer. Oben die Darstellung aus dem Katalog (1947), unten das Haus im Jahre 1989

Herstellung von Baracken und Behelfsheimen während des Krieges einbringen, und hier ist die Tradition der Identität von Haus und Haushalt tief verwurzelt.

Das Vorwort zum Katalog der Ausstellung schreibt Robert Henry. Er zieht den Vergleich zum industriell gefertigten Automobil. Im Gegensatz zu den Vorschlägen der deutschen Teilnehmer im IKBW, die einen verdichteten Flachbau für den Wiederaufbau vorschlagen, stehen hier die eingeschossigen Einfamilienhäuser isoliert voneinander. Statt Kunststoff werden Faserplatten auf Holz und Zementbasis, Gas- und Schaumbetone als Baustoffe verwendet.

Im Zusammenhang mit der Fertighaus-Ausstellung findet im **Sommer 1947** in Stuttgart ein *Internationaler Kongreß für Ingenieurerziehung* statt, auf den sich Scharoun in einem Schreiben an Mrs. Hartshone bezieht, weil er die Architekten dort nicht richtig vertreten sieht:

→A 15 *Sehr geehrte gnädige Frau!*

Die Einbeziehung der Architekten in den „Internationalen Kongreß für Ingenieurerziehung" erfolgt nur in ganz geringem Maße, was die herangezogenen Personen anbetrifft, in teilweise unerfreulichem Maße. Wortführer der Gruppe Architektur ist Herr Neufert. →S.118 *Herr Neufert war zwar kein Parteigenosse, aber er war, da er organisationstechnisch begabt ist, ein Nutznießer der nationalsozialistischen Machtpolitik. Er setzte diese diktatorisch für eine Gestaltung der Architektur nach seinem Kopfe ein. Er war in diesem Sinne für uns ein bewährter Nationalsozialist, zwar nicht äußerlich, aber innerlich als ein solcher abgestempelt. Der Berliner Kreis junger Architekten versteht nicht, daß er im Westen weiter emsig und im alten Rahmen tätig sein darf. Die Norm, um die er sich besonders kümmert, ist ein besonders gefährliches Werkzeug, wenn sie nicht vom Leben her bestimmt wird, sondern vom Dogma. (Neuferts Bauten zeigen auch eine gewisse Qualität, wenn es sich um organisierte Fabrikbauten, aber keine Qualität, wenn es sich um Wohnungsbau, Bau für den Menschen, handelt.) Die neue Tätigkeit Neuferts im Westen scheint uns nur deswegen möglich, weil auch sonst dort Akademismus hervorragend herrscht, der dem Problem der Norm zugunsten der formalen Seite der Norm aus dem Wege ging und sich daher einer möglichst lückenlosen Formulierung dieses Formalismus bereitwilligst fügt. (Es wäre wirklich an der Zeit, daß zu diesen prekären Fragen Hugo Häring – Biberach am Riß, oder Richard Döcker – Stuttgart, Technische Hochschule, gehört werden.)*

Gleichzeitig ergreift Scharoun mit Hugo Häring, Richard Döcker und Karl Böttcher als Verbindungsmann und über die Kontakte zur amerikanischen Militärregierung und zum Stuttgarter Stadtbaudirektor Hoss die Initiative zu einem internationalen Architektentreffen in Stuttgart. Er will versuchen, die Architekten des Neuen Bauens wieder zusammenzubringen in der Stadt, in der **1927** die Weißenhof-Siedlung gebaut worden ist. Auch die Idee, eine neue Siedlung zu bauen, kommt auf.

Es werden mühsam Adressenlisten hergestellt, Kontakte aufgenommen, das alte CIAM-Umfeld wieder mobilisiert, der Personenkreis des „Ring" wird angeschrieben, doch es scheitert zum einen an den enormen Kosten eines international gedachten Treffens unter Einbeziehung der osteuropäischen Staaten, und es scheitert an der Währungsreform und an alten, auch durch den Krieg nicht beseitigten Konflikten zwischen den Lagern, in denen die Architekten organisiert waren und dabei sind, sich wieder zu organisieren, denn Stuttgart ist die Hochburg der Schmitthenner-Bonatz-Schule. Die skizzierten Versuche kosten viel Arbeit, scheitern aber in dem sich formierenden und Deutschland teilenden Ost-West-Konflikt, der mit der Währungsreform seinen spektakulären Anfang nimmt.

Sehr realistisch schätzt der Freund und Kollege Scharouns, Hugo Häring, die Möglichkeit eines Wiederzusammenschlusses der Architekten des Neuen Bauens ein. Sein Brief an Scharoun stammt vom **24.9.1948**, ←B 11 einem Datum, zu dem der geplante Kongreß bereits abgesagt bzw. auf unbestimmt vertagt worden war.

→A 16 *Aus verschiedenen gründen ist eine zusammenfassung der architekten des neuen bauens erwünscht. Das dritte reich hat durch seinen kampf gegen die neue baugesinnung erreicht, daß alles, was früher von ihr geschaffen worden war, nicht nur in berufskreisen, sondern auch in den breiten kreisen der öffentlichkeit vollkommen unbekannt ist. Die jugend weiß überhaupt nichts mehr von der gedankenwelt, aus der heraus die bewegungen des werkbunds und des rings entstanden sind. Alle veröffentlichungen*

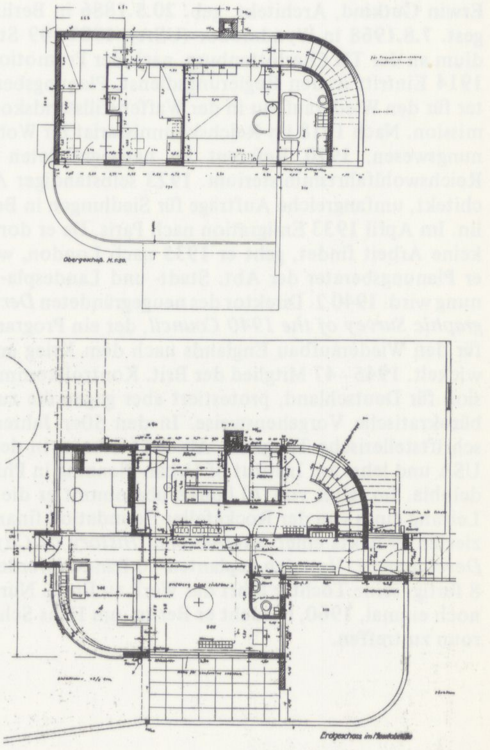
aus dieser zeit sind verschwunden. Die bewegung steht sozusagen wieder vor einem anfang, dem heute größere widerstände entgegenstehen als zu beginn des jahrhunderts, da die kulturideen des dritten reichs eine tiefe feindschaft gegen alle geistigen bewegungen gezüchtet haben. Unser ganzer süden steht geschlossen gegen das neue bauen, und das heißt, daß die nat.soz. baugesinnung hier ausschließlich das feld behauptet. Die situation fordert eine zusammenfassung und verständigung der architekten des n.b., um in die öffentlichkeit wirken zu können und in den fragen der erziehung des nachwuchses zur geltung zu kommen. Außerdem ist aus menschlichen gründen eine fühlungnahme im interesse unserer arbeit selbst erwünscht. Von einer ausländischen kollegenschaft wird eine vertretung der kreise des n.b. erwartet, durch die unsere verbindungen mit dem ausland wieder in gang kommen können. In fragen der veröffentlichung unserer probleme muß ein organ geschaffen werden. Indessen stehen einem zusammenschluß erhebliche innere und äußere schwierigkeiten entgegen. Man hat die wiederaufrichtung des alten rings angeregt. Dies wäre m.e. ein großer mißgriff: der neue zusammenschluß hat ganz andere aufgaben, als der alte ring hatte. Die einzige beziehung besteht darin, daß es weiterhin um einen kampf um das n.b. geht. Aber die situation dieses kampfes ist heute eine andere als vor 20 jahren, und überdies hebt sich ein neues ziel heraus. Nun sind scharoun, döcker und ich in wiederholten besprechungen und schriftlichem austausch unserer meinungen über diesen fall übereingekommen, zu einer besprechung über das fällige thema einen kleineren kreis von kollegen einzuladen, und diese einladung möchte von den acht alten mitgliedern des rings ausgehen, die noch in deutschland verblieben sind. (. . .)

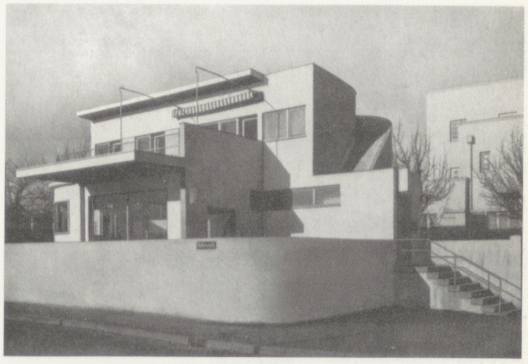
Wir zählen z.zt. noch acht mitglieder, die das dritte reich überlebt haben: bartning, döcker, haesler, lauterbach, scharoun, max taut, tessenow und häring. (. . .)

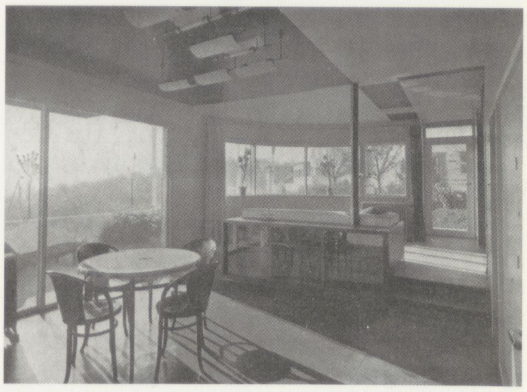
Die schwierigkeiten für die bildung einer neuen gruppe liegen m.e. besonders in folgenden erwägungen:

Die in frage kommenden architekten (im allgemeinen die nächste generation) stehen zwar auf dem boden des n.b., aber sie sind sozusagen nur erben der bewegung, an der die ringmitglieder beteiligt waren, sie sind keine kämpfer um ihre probleme. Diese bewegung hat sich aber inzwischen wesentlich abgeklärt, sie zeigt einige linien mit festen programmen. Es wird heute weniger um geistige probleme gekämpft als darum, zu wirken und den anschluß an die internationale bewegung wieder zu gewinnen. Es geht deshalb nicht um die bildung einer avant-garde, sondern um eine erfassung aller, die dem n.b. zugeneigt sind. Das ist im interesse der entwicklung und behauptung des n.b. in die breite und im kampf um aufbau und nachwuchs wichtig, führt aber zu einer organisation vom charakter des werkbunds, d.h. von einer mehr allgemeinen tendenz und einer propagandistischen kraft. (Aus diesem grunde liegt auch ein zusammengehen und eine verständigung mit dem werkbund nahe.)

Gegen eine solche fassung spricht folgendes: in den kreisen des n.b., in der ganzen internationalen bewegung sind doch sehr tief liegende verschiedenheiten erkennbar, die früher keine rolle spielten, die aber heute durch die situation, in der die geistige krise steht, von besonderer wichtigkeit geworden sind und die zu auseinandersetzungen führen müssen. Zunächst werden solche probleme nur von wenigen aufgegriffen werden, und so käme als wichtiger nur eine fühlungnahme derjenigen in frage, die sich mit wesentlichen aufgaben abgeben. Eine gruppe ist aber in dieser hinsicht noch gar nicht sichtbar, und die wenigen, die in frage kommen, brauchen sich vorläufig nicht zu organisieren. So tritt also an die größere organisation die forderung heran, daß sie die möglichkeit der bildung von besonderen gruppen offen läßt. Der ring entwickelte sich s.zt. aus dem werkbund, und eine solche entwicklung ist auch wiederum denkbar. Da dies aber immer zu inneren spaltungen führt, muß der zusammenschluß von anfang an darauf bedacht nehmen, d.h. einen ganz losen zusammenhang herstellen, wie es der werkbund war, der nicht durch prinzipien die aktionen der einzelnen hindert. Der ring hatte seine eigentliche aktionsbasis immer im werkbund.







→B 12 Hans Scharoun (1927): Das 2geschossige Einfamilienhaus für die Weißenhof-Siedlung in Stuttgart

Erwin Gutkind, Architekt, geb. **20.5.1886** in Berlin, gest. **7.8.1968** in Wyndmooor (USA). **1907–09** Studium an der TH Charlottenburg, nach der Promotion **1914** Eintritt in den Regierungsdienst, Planungsberater für den Wiederaufbau in der Waffenstillstandskommission. Nach **1918** im Reichskommissariat für Wohnungswesen, **1920** Referent im neugegründeten Reichswohlfahrtsministerium. **1923** selbständiger Architekt, umfangreiche Aufträge für Siedlungen in Berlin. Im April **1933** Emigration nach Paris. Da er dort keine Arbeit findet, geht er **1935** nach London, wo er Planungsberater der Abt. Stadt- und Landesplanung wird. **1940** 2. Direktor des neugegründeten *Demographic Survey of the 1940 Council*, der ein Programm für den Wiederaufbau Englands nach dem Krieg entwickelt. **1945–47** Mitglied der Brit. Kontrollkommission für Deutschland, protestiert aber gegen die zu bürokratische Vorgehensweise. In den 50er Jahren schriftstellerische Tätigkeit. Ab **1956** lebt er in den USA und lehrt am Institut of Urban Planning in Philadelphia. Im Alter von 70 Jahren übernimmt er die Leitung eines von der Rockefeller Foundation finanzierten Projekts einer *International History of City Development*. Von den geplanten 10 Bänden werden 8 fertig, seine Tochter führt das Werk zu Ende. Nur noch einmal, **1960**, besucht er Berlin, um Hans Scharoun zu treffen.

5.1.2 Die Weiterarbeit Scharouns nach der Ausstellung „Berlin plant"

Am **7.8.1947** informiert Scharoun seinen nach England emigrierten Kollegen Gutkind über die Situation seiner Arbeit in Berlin:

→A 17 *Lieber Gutkind!*

Es tut mir außerordentlich leid, daß unser gemeinsamer Wunsch und unsere Bemühungen so wenig brauchbaren Erfolg zeitigten. Das hat aber verschiedene Gründe, erstens war die Ausstellung „Berlin plant" ein erster Bericht, der eine erste Stufe in der Entwicklung eines Planes Berlin darstellen und als solcher sich mit den grundlegenden Elementen – allerdings am besonderen Beispiel Berlins angewendet – auseinandersetzen sollte. Zu weiteren Stufen kam es nicht, da mit der Darstellung des ersten Berichts mein Schicksal und das der weiteren Planung eigentlich bereits besiegelt war. Die Auswertung dieses ersten Berichts in einer Veröffentlichung hätte nur theoretischen Wert gehabt, worin allerdings auch eine Auswirkung auf die weitere Planung gelegen hätte, sie ist aber einschneidend behindert worden durch die Unmöglichkeit, im nicht geheizten Büro des Planungsamtes zu arbeiten. Diese aufgezwungene Phase dauerte bis in den Mai hinein, alle Hoffnung auf Wiederingangkommen der Heizung wurde immer wieder enttäuscht. Inzwischen wurden auch an diesen theoretischen Grundlagen Entwicklungen und Verbesserungen vorgenommen, die ebenfalls die Arbeit in die Länge zogen.

Ich hoffte, mit Hilfe des Institutes für Städtebau und des Institutes für Bauwesen der deutschen Akademie für Wissenschaften an den Planungen weiter wirken zu können, aber auch das Institut für Städtebau war durch die natürlichen und menschlichen Widrigkeiten in der Entwicklung sehr gehemmt, und das Institut für Bauwesen kommt jetzt erst langsam zum Anlaufen.

Wenn wir uns auch dessen klar waren, daß bestimmte Aussagen über den Plan Berlins erst nach Überwindung von Schwierigkeiten übergeordneter Art getätigt werden können, so hätte m.E. von verschiedenen Punkten her einiges Grundsätzliches über Inhalt und Formgabe geäußert werden können, und das wird auch in absehbarer Zeit erfolgen.

(. . .) Ich glaube, wir müssen im Augenblick Geduld haben, denn die Welt und wir brauchen Zeit.

Nach Verbot des Komitees und der Beendigung von Böttchers und Scharouns Arbeit im Magistrat versuchen Scharoun, Böttcher und Mächler, in der Technischen Universität (TU) im britischen Sektor eine neue institutionelle Basis für ihre Vorhaben zu finden.

→A 18 Bereits am **20.8.1945** war Scharoun angeboten worden, eine Lehrtätigkeit an der gerade neugegründeten TU zu übernehmen. Der Lehrstuhl für Raumordnung, den bis zu seinem Tod im **März 1945** Gottfried Feder innegehabt hatte, war frei geworden. Es war noch im **März 1945** geplant gewesen, diesen Lehrstuhl als Lehrstuhl für Städtebau mit drei Professoren neu zu besetzen. Er sollte sich in Strukturuntersuchung, Wiederaufbau und Raumordnung gliedern, für die Besetzung waren Gutschow, Rimpl und Wolters aus dem Wiederaufbaustab von Speer vorgesehen.

Scharoun möchte sich jedoch nicht aus seiner Magistratstätigkeit lösen, um einen Lehrstuhl zu übernehmen, ist aber bereit, einen Lehrauftrag oder eine Seminarleitung zu übernehmen. Auf jeden Fall sollen nach seiner Meinung die Studenten Aufgaben bearbeiten, die beim praktischen Wiederaufbau der Stadt verwendet werden können. Es soll ein enger Kontakt zwischen Planung, Forschung und Ausbildung hergestellt werden.

Auf seinen Vorschlag hin wird die Abteilung für *sozialwirtschaftliche Strukturforschungen* mit Dr. Alfred Striemer besetzt. Innerhalb der von Alfred Striemer geleiteten Abteilung des „Instituts für Städtebau" übernimmt Scharoun seit dem **15.3.1946** einen Lehrauftrag für „Stadt-Land-Strukturforschung". Im **Oktober 1946** übernimmt Scharoun einen zusätzlichen Lehrauftrag „Städtebau und Siedlungswesen" an dem von Georg Pniower geleiteten *Institut für Landschafts- und Gartengestaltung*, einer Außenstelle der Humboldt-Universität in Dahlem. Ebenfalls im **Oktober 1946** stellt Scharoun zusammen mit Alfred Striemer und Martin Mächler, der seit dem **7.5.1946** eine Honorarprofessur zu Sonderfragen des Städtebaus innehat, ein Arbeitsprogramm für das zu erweiternde *Institut für Städtebau* an der TU auf. Neben der bestehenden Abteilung Striemers

unter der Bezeichnung *Stadt-Land* soll eine zweite Abteilung unter der Bezeichnung *Das Neue Berlin* eingerichtet werden. Beide Institutsteile sollen Forschung und Planung betreiben.

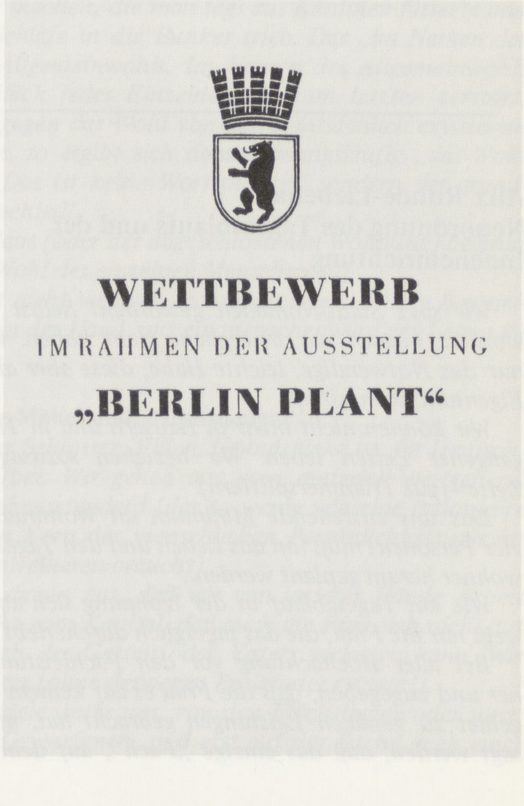
Am **2.11.1946** formuliert Karl Böttcher, der seit dem Sommersemester **1946** einen Lehrauftrag zur Entwicklung neuer Baustoffe hat, das Programm für einen *Arbeitskreis TU*, in dem Martin Mächler für Raumordnung und Städteplanung mit Schwerpunkt auf den Fragen des Verkehrs und der Industrie zuständig ist, Scharoun für Einzelfragen der Stadtplanung wie Siedlung und Wohnung und Böttcher für konstruktive Fragen. Zum **1.4.1947** wird Scharoun als Ordinarius für Städtebau an die TU berufen. Seitdem versucht er, diese Position auszubauen. Er hat Arbeitsräume zur Verfügung, kann Assistenten einstellen, verfügt jedoch über keine besonderen finanziellen Mittel, um eine Forschung aufbauen zu können.

Um eine Forschung auf eine finanziell und institutionell gesicherte Basis zu stellen, bereitet Scharoun seit **Januar 1947** zusammen mit Hermann Henselmann, dem Direktor der Hochschule für Architektur in Weimar, die Gründung eines Instituts für Bauwesen (IfB) an der Akademie der Wissenschaften vor; wir werden später noch genauer darauf eingehen. Zwei ←S.454 Jahre vergehen, bis die ersten Abteilungen des IfB arbeitsfähig sind. Während dieser Zeit nutzt Scharoun seine Stellung an der TU, um die im Planungskollektiv begonnene theoretische Arbeit fortzusetzen. Das Problem, um das es Scharoun geht, ist die Verbindung zwischen Wohnung und Wohnzelle, zwischen Individuum und Gesellschaft und die Möglichkeiten einer das Ganze erfassenden Gestaltung vom Kleinen zum Großen. Sein Ziel ist, Wege zu finden, um die rein funktionalistische Addition von Wohnungen und Folgeeinrichtungen zur Wohnzelle zu überwinden, von der Addition zur Integration der Teile zu kommen. Der Ausgangspunkt ist für Scharoun dabei nicht formal-ästhetisch, sondern sozial-harmonisierend. Es ist die Suche nach Gestaltungsprinzipien für die Räume einer neuen demokratischen Gesellschaft, die Scharoun ohne eine Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse nur abstrakt fassen kann. Scharoun ist davon überzeugt, daß von der Neugestaltung der Architektur eine erziehende Wirkung auf eine sich demokratisierende Gesellschaft ausgehen kann.

Die Ausstellung „Berlin plant", die am **22.8.1946** eröffnet wird, ist nicht nur, wie der Titel sagt, ein erster Bericht, sondern sie dient darüber hinaus dazu, die Probleme, die sich beim Wiederaufbau Berlins ergeben, darzustellen. Im Zusammenhang mit der Ausstellung wird ein Wettbewerb ausgeschrieben, der die Bevölkerung auffordert, bei der Lösung dieser Probleme mitzuarbeiten.

Der Magistrat der Stadt Berlin, Abteilung für Bau- und Wohnungswesen, bittet die Allgemeinheit – Laien und Fachmänner –, Berliner und die, die an Berlin interessiert und an der Gestaltung der Stadt in antifaschistischem Geiste mitzuarbeiten gewillt sind, sich zu den in der Ausstellung dargelegten Problemen zu äußern. ←A 19

Die Aufgabe ist, aus den natürlichen Gegebenheiten, Resten vergangener Gesellschafts- und Wirtschaftsepochen, Werken der modernen Zeit und neuesten wissenschaftlichen städtebaulichen Erkenntnissen die Lebensbedingungen der Stadt vorteilhaft auszubauen und in ihrer Wirkung zu steigern.



Der Wettbewerb teilt sich in zwei Problemkreise, in 1. Die Planung der Stadt und in 2. Bautechnische Fragen. Es werden konkrete Fragen gestellt. In der Abteilung 1 gliedern sich die Probleme, nach denen gefragt wird, nach den fünf Elementen der Stadtplanung, wie sie in Abteilung 1 der Aus- ←S.187 stellung dargestellt sind: Arbeitsstätten, Verkehr, Wohnstätten, Versorgung und Erholung/Kultur. Die Bautechnischen Fragen betreffen drei Problemgruppen: Konstruktionen unter Verwendung üblicher Baustoffe, Konstruktionen unter Verwendung neuartiger Baustoffe und Haustechnik. Die preisgekrönten Einsendungen sollen in einer Ausstellung *Berlin plant, zweiter Bericht* der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Abschließend heißt es in der Ausschreibung:

Die Auswahl der Wettbewerbsanregungen kann auf Grund der persön- lichen Erfahrungen der Wettbwerbsteilnehmer erweitert werden. ←A 20

Wir möchten von Ihnen zu den vorstehenden und ähnlichen Anregungen Vorschläge, die aus dem Erleben stammen. Geben Sie uns daher Anregungen, die aus Ihren Erfahrungen mit den Sie umgebenden Dingen kommen. Es ist gleich, ob diese Anregungen durch Wort oder Bild gegeben werden, da es bei der Darstellung nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt

Das Problem der Wohnstätten, wie es im Wettbewerb zur Ausstellung „Berlin plant“ als Aufgabe gestellt wird

Aus wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten und hauswirtschaftlichen, hygienischen, konstruktiven Forderungen erwächst der Grundriß, aus wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und hygienischen Forderungen entwickelt sich die Siedlung. Das Haus wird heute durch die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse: Frauenüberschuß, Kriegshinterbliebene, Fehlen der jüngeren Jahrgänge, kinderlose Eltern, stark beeinflußt. Mehr als 65 qm z.B. für einen 4-Betten-Typ (Eltern und 2 Kinder) in Erdgeschoßbauweise wird der mögliche Lebensstandard nicht erlauben.

Probleme:

1. Wie muß ein solches Haus aussehen? Wie erfüllt es die Forderungen und Wünsche seiner Bewohner bei Gästen, für geistige Arbeit, beim Spiel usw.?

2. Welche Leistungen müssen durch zentrale Anlagen übernommen werden? Waschhaus, Kinderhort, Kindergarten, Spielplatz, Bedarfsdeckung.

3. Da wir vom Durchgangsverkehr freie Siedlungen haben möchten, ist die Anordnung der Häuser so zu wählen, daß ein überschneidungsloser Verkehr der verschiedenen Bewegungen: Autos, Radfahrer, Fußgänger möglich ist. Beachten Sie, daß eine gesunde, allen zugute kommende Stadtwirtschaft je Haus- und Gartengrundstück nur etwa 200 qm im Durchschnitt zur Verfügung stellen darf.

Die natürliche Lösung der Bedürfnisse der Familie mit Kindern dürfte durch Erdgeschoßhäuser erfolgen. Für das Problem der Lösung der Wohnungsfrage für Alleinstehende und der Familien ohne Kinder werden im allgemeinen Geschoßbauten vorzuziehen sein.

Die Möglichkeiten der Anwendung sozialhygienischer Forderungen auf die alten Wohngebäude sind weitere Probleme, die der Darstellung bedürfen und für die besondere Vorschläge aus dem eigenen Erleben erwartet werden.

4. Ein weiteres Problem ist, wenn auch nicht in allen Bezirken, die Großwohnung. Auch hier können unabhängig von festen Programmen neue Nutzungsvorschläge gemacht werden.

ankommt. Es kann sich bei diesen Vorschlägen nicht um die Gesamtgestaltung Berlins handeln. Eine solche zu planen, fehlt uns die Ermächtigung, und es fehlt uns da im Augenblick noch die Grenz- und Zielsetzung für ein ←A 21 *neues Berlin. Wir wissen noch nicht, welche Aufgaben Berlin zugewiesen werden. Wir können uns nur mit den Elementen, aus denen sich einmal die Stadt – wie groß auch immer – zusammensetzen wird, befassen und sie verbessern. Wir müssen uns also darauf beschränken, uns zu überlegen, mit welchen Gegenständen wir gewissermaßen unser Haus Berlin einrichten wollen.*

Abgabetermin für die Arbeiten ist der **15.10.1946**.

Genau ein Jahr später, am **20.10.1947**, unterschreibt Karl Bonatz, der Nachfolger von Hans Scharoun, den Schlußbericht über die Arbeit des Preisgerichts. Das Preisgericht trat zwischen dem **1.7.1947** und dem →A 22 **1.8.1947** sechsmal zusammen. *Bereits beim ersten Rundgange,* so heißt es im Protokoll, *war der allgemeine Eindruck, daß wenig brauchbare Arbeiten eingereicht wurden und das Ergebnis des Wettbewerbs in keiner Weise den Erwartungen entspricht.*

Für die Gruppe Planung werden Scharoun, Ebert, Lingner und Friedrich zur Beurteilung gewählt. Die preisgekrönten Arbeiten unter den etwa 300 Einsendungen werden vom **22.10.** bis zum **4.11.1947** im Weißen Saal des Schlosses ausgestellt.

Zwei der preisgekrönten Arbeiten hat sich Scharoun abschreiben las- →A 23 sen, da sie ihn besonders interessierten. Die eine Arbeit befaßt sich mit stadtplanerischen Konzeptionen und enthält Überlegungen zur Mischung von Wohnungsgrößen und Wohnungstypen, die andere befaßt sich mit den zukünftigen Wohnstätten. In Hinblick auf Scharouns spätere Entwurfs- →A 24 arbeit scheint die Arbeit Nr. 212 von Alix Rohde-Liebenau mit dem Titel „Neuordnung des Tagesablaufs und der Inneneinrichtung“ ihn am meisten beschäftigt zu haben. Das Preisgericht beurteilt diese Arbeit folgendermaßen:

→A 25 *Eine ausgezeichnete Arbeit, die von einer sehr wichtigen, einer sehr lebendigen Seite an das Problem des Wohnens heranführt. Die Wohnung soll ja das Instrument werden, jeden Menschen aus seinem Kern sich entwickeln zu lassen. Diesem Problem wird in bezug auf jedes Individuum – Mann, Frau, Kind – nachgegangen, das menschenwürdige Dasein ganz konkret vom Bedürfnis des Individuums gesehen und gefordert. Die Wohnform auch in den belastenden und entlastenden Momenten aus den Winkeln unserer Zeitgebundenheit und Raumgebundenheit betrachtet, dabei das die Gruppen Bindende nicht übersehen und das Biologische nicht vernachlässigt. Der Inhalt der Arbeit ist erlebt und von geistigen und praktischen Ideen getragen, er enthält Anregungen, die bald zur Grundlage ernster Untersuchungen gemacht werden sollten. Er stellt die kreative Eigenschaft der Wohnung, wie sie nur von einer Frau erlebt und ermittelt werden kann, dar.*

Alix Rohde-Liebenau: Neuordnung des Tagesablaufs und der Inneneinrichtung

Wir sind Stadt-Nomaden geworden! Selbst beweglich geworden, müssen wir bewegliche Habe haben. Wenig Sachen, nur das Notwendige, leichte Habe; diese aber als persönliches Eigentum unantastbar.

Wir können nicht mehr in Häusern und in Traditionen vergangener Zeiten leben. Wir beziehen sozusagen „steinerne Zelte“ (aus Trümmersplittern).

Das uns zustehende Minimum an Wohnraum (65 qm für vier Personen) muß um das Leben und den Tagesablauf der Bewohner herum geplant werden.

Wie ein Tagesablauf in der Wohnung sich abzuspielen hat, weiß nur die Frau, die das tagtäglich durcherlebt.

Bei aller Hochachtung vor den Fachleistungen der Männer und zugegeben, daß die Frau es auf keinem einzigen Fachgebiet zu genialen Leistungen gebracht hat, muß einmal gesagt werden, daß das einzige „Fach“, auf dem die Frau den ←A 26 *Mann übertrifft, eben das Leben ist, der tägliche Ablauf des Lebens. Und um dies Leben herum muß geplant und gebaut werden.*

Der rationierte Wohnraum, ob Flachhaus oder Hochhaus, für den Arbeiter oder den Direktor, die Waschfrau oder die Schauspielerin, braucht den Menschen genau so wenig zu nivellieren, wie eine bis ins letzte gleiche Markenernährung etwa die Individualität der Menschen beeinträchtigt! Vorausgesetzt natürlich, daß der Mensch für sein persönliches Leben sich in seinen vier Wänden abschließen kann, daß der Staat sich nicht wie im Nationalsozialismus in alles einmengen darf und daß das bißchen erworbene, persönliche Habe unantastbar ist, nicht beschlagnahmt, geplündert oder sonst enteignet werden darf! Solange man dessen nicht sicher ist, ist Kultur überhaupt nicht möglich. Über das Wohl jedes einzelnen führt der Weg zum Wohl des Volkes. Um innerhalb der neuen Armut trotzdem jedem Einzelnen (jedem Einzelnen wohlgemerkt, nicht „dem Volk“, der „Allgemeinheit“!) ein menschenwürdiges, persönliches Leben zu ermöglichen, sind folgende Bedingungen zu beachten:

I.) Jeder Raum ist Wohnraum für 24 Stunden.

Also keine Trennung in Nachträume (Schlafzimmer) und Tag-Räume (Eß-, Wohn-, Herren- und sonstige Zimmer).

Damit ist die neue Wohnung schon doppelt so groß wie die alte. Statt der Aufteilung in Tagzimmer und Nachtzimmer ist es praktischer, den einzelnen Familienmitgliedern einen Wohn- und Schlafraum zu geben, der selbstverständlich zugleich auch von den anderen mitbewohnt wird, aber doch jedem Erwachsenen auch die Möglichkeit, sich zurückzuziehen, gibt.

Die „Normal-Familie", Vater, Mutter und zwei Kinder, für die auch auf der Bau-Ausstellung die meisten Häuser geplant waren, von der man ausging, ist heute selten geworden. Ja, selbst in normalen Zeiten war eine solche „Normal-Familie" nur ein Zeitabschnitt in einem viel längeren Leben (bevor die Kinder kamen und nachher, wenn sie erwachsen sind). Jetzt aber, wo so viele Frauen Witwen sind oder überhaupt nicht heiraten können, wo „Restfamilien" aller möglichen Kombinationen zusammengeblieben sind, wo die Not fast alle erwachsenen und halberwachsenen Mitglieder zum Broterwerb zwingt, die verschonungsbedürftiger geworden sind (magere Menschen sind immer sensibler als Dicke; wo ein Dicker die Ruhe weg hat, geht ein Magerer schon hoch!), ist eine andere Zimmereinteilung erwünscht. Auch Ehepaaren, gerade infolge meist beiderseitiger beruflicher Belastung (und vielfach – auch das muß einmal gesagt werden – schwer überbrückbaren Auseinanderlebens durch Krieg, Evakuierung usw.), wären getrennte Schlafzimmer eine große Erleichterung. Wer gern zusammenbleibt, wer gern und der inneren Struktur zufolge an der alten Einteilung festhält – dem sei es unbenommen.

Gerade darauf kommt es an, daß jeder seine vier Wände nach den eigenen Bedürfnissen aufteilt, nicht nach einem übernommenen Schema, wo „man" einen Musiksalon hatte oder sich in engen Hinterzimmern zusammendrängte, um einen „Empfangsraum" zu haben, auch wenn man so gut wie keinen Verkehr hatte; oder im „Herrenzimmer" ein riesiger Schreibtisch stehen mußte, obgleich der „Herr des Hauses" viel lieber einen richtigen Basteltisch gehabt hätte, weil er höchstens seine Steuererklärung schrieb und die ebensogut im Büro oder im Laden verfassen konnte, oder ein Schreibschrank völlig genügt hätte; oder wo der nie gespielte Flügel so viel Platz fraß, wie das älteste Kind für ein eigenes Zimmerchen benötigt hätte . . .

Gott sei Dank wird es das Eßzimmer, das Wohnzimmer, das Zweibett-Schlafzimmer, wie früher hinter den Spiegelscheiben der Möbelhandlungen, fertig standardisiert, nicht mehr geben!

Sondern lauter Einzelzimmer, für die besonderen und unwiederholbaren Bedürfnisse des Einzelnen zugeschnitten.

Dann wären Kisten-Würfel in „Din-Format", aus denen man sich Schübe, Sitze, Bänke, Schränke baut durch Über- und Nebeneinanderstellen, eine viel bessere Lösung.

Wer mag, mache aus seinem Raum ein chemisches Labor oder eine Schreinerwerkstatt statt eines Besuchs-Empfangszimmers, wenn „Repräsentation" weder seinen Pflichten noch seinen Neigungen entspricht. Niemand braucht sich Bücherschränke hinzustellen, der lieber praktisch arbeitet. Wer es bequem haben möchte, schlafe in einem guten Bett. Bei wem die ästhetischen Forderungen stärker sind, der mache aus seinem Ein-Raum einen Wohnraum.

Man muß Sein und Funktionieren trennen. Das Leben und die nur vorbereitenden Verrichtungen. Wir wollen doch nicht leben, um zu arbeiten oder zu essen, sondern arbeiten und essen, um leben zu können.

Die Verrichtungen dürfen sich nicht vordrängen. Wir brauchen keine Küche wie auf einem Hof, wo man Schweine schlachtet, Kerzen zog und Schafwolle spann. Genau so wenig brauchen wir ein Schlafzimmer mit hochgetürmten Federbetten. Mit der Waschkommode und deren Steingutungeheuer verschwindet auch der spezifische Schlafzimmercharakter des Einraums. Die Verrichtungen sind aus dem Schlafzimmer ins Badezimmer verlegt. Man muß sie auf das Mindestmaß beschränken. Technik ist Verlegung der Verrichtungen in die unsichtbare Dimension.

Schlafen ist keine Verrichtung, sondern ein Lebenszustand. Man sage nicht, es sei unhygienisch, in einem Raum zu essen, wo geschlafen wird. (Die unappetitlichen Verrichtungen sind ja ins Badezimmer verlegt.) Gesetzt den Fall, daß es sich um saubere und vor allem natürlich gesunde Menschen handelt, so ist Schlafen so wenig wie Dasein überhaupt, eine den Raum verbrauchende Tätigkeit. Niemand braucht beim Schlafen zu schwitzen (erstens müssen die Federbetten wegfallen, zweitens sollen die Menschen weniger trinken, dann schwitzen sie auch nicht). Der schlafende Mensch muß natürlich atmen, der nicht-schlafende aber auch. Morgens braucht also nur gelüftet werden, und wenn im selben Raum gegessen wird, darf da aus ästhetischen Gründen natürlich kein Bett sein, sondern die Couch, Liege oder wie man es nennen will. Das Bettzeug wird sogar gründlicher durchgelüftet, wenn es täglich abgedeckt und weggeräumt wird, als beim ständigen Bett.

Eine Couch ist nicht schwerer zu beschaffen als ein Bett. Wie man aus Betten Couchs umbaut, ist oft in den verschiedensten Variationen gezeigt worden. Sonst genügt auch ein Rahmen mit Sprungfedern aus einem Bett oder, wenn überhaupt nichts da ist, ein Rahmen mit Leinen- oder Gurtenbespannung.

Man seh doch das alte Gerümpel als Rohstoff an, dessen Teile sich beliebig verwerten lassen. Wenn überhaupt je, so ist jetzt die Gelegenheit gegeben, auch den nicht Ausgebombten ihr Leben zu entrümpeln und damit praktisch sehr fühlbar zu erleichtern.

Eingebaute Schränke oder begehbare Schrankkammern oder Fächernischen vorausgesetzt, ebenso wie Licht und Wasser-Installationen, kann der Mensch heute alles, was er wirklich braucht, so konzentriert besitzen, daß jeder im Stande wäre, diese Standard-Habe selbst zu tragen. Früher fragte man sich, was man noch brauchen könnte, heute: womit man auskommen kann. Besser wenige, aber eigene, so vollkommen als möglich Gebrauchsgegenstände. Mit dieser seiner individuellen Habe baut der neue Mensch sich seine eigene unwiederholbare Welt!

Der Nationalsozialismus wollte aus dem ganzen Volk Rüstungsarbeiter machen, die man tags aus Kantinen fütterte und nachts zum Schlafe in die Bunker trieb. Das „im Namen des Volkes" des Allgemeinwohls. Im Namen des Allgemeinwohls wurde das Glück jedes Einzelnen bis zum letzten zerstört. Baut man hingegen das Wohl von lauter tatsächlich existierenden Einzelnen, so ergibt sich daraus zwangsläufig „das Wohl des Volkes". Das ist keine Wortspielerei, sondern der grundlegende Unterschied!

Mit dem Haus (oder der abgeschlossenen Wohnung) beginnt und hört das Wohl des einzelnen Menschen auf.

Wohnen ist nicht weniger wichtig als essen. Unsere Baumeister haben es in der Hand, uns ein menschenwürdiges Leben zu verschaffen.

II.) Eingebaute Möbel und „Nomadengut".

Die Zeit der Schlösser, Villen, Grundstücke ist, für Deutschland z.m., vorbei. Wir gehen aus vom materiell weitgehend nivellierten Lebensstandard (der so wenig wie eine rationierte Ernährung den Kern der menschlichen Persönlichkeit nur im geringsten zu nivellieren braucht).

Wir gehen davon aus, daß wir von unserer Hände Arbeit leben und nicht vom Kapital, daß auch die Frau sich nicht auf den Gelderwerb des Gatten oder Vaters verlassen kann. Wir sind alle Arbeiter (ohne deswegen Proletarier zu sein!).

Unendlich viele unter uns, von den Flüchtlingen oder sonst aus der Bahn Geworfenen, sind erst auf der Suche nach einer

Existenz. Heute arbeitet einer vielleicht an der Ruhr, morgen hat er eine Chance nach Tiflis, der Balte aus Posen nach Kanada; der Verwaltungsbeamte wird Klempner, und die Hausfrau leitet allein das Geschäft des gefallenen Mannes. Wir müssen uns umstellen, schnell, leicht beweglich, sicher sein.

Wir dürfen nicht „fluktuieren", so oft durcheinander geworfen, enteignet, vertrieben, ausgeplündert werden, sowie man anfängt, wieder Wurzeln zu schlagen und sich Eigentum zu erarbeiten, „anzuleben" (wie das auf russisch heißt: Poschitki, Angelebtes). Dies Angelebte aber muß heiliges, unantastbares Eigentum sein! Wie es sich bei den Bergleuten zeigte, daß die schwerste Arbeit gern geleistet wird, wenn dafür der Feierabend menschenwürdig ist, wie die Produktion statistisch bewiesen mit der Verbesserung der Lebensbedingungen steigt, so wollen wir, wenn wir auch schon Nomaden sein müssen, keine chaotische, formlose, besitz- und damit kulturlose Masse werden! Arbeiter – gut! Nicht Bettler!

Wenn schon Nomade, dann müssen wir unser Schneckenhaus auf dem Rücken tragen, d.h. unser persönliches Eigentum, mit dem wir unser Leben unwiederholbar, persönlich, eigen, schön machen, mit uns führen können. – Wir beziehen unsere „steinernen Zelte" und machen es uns darin heimisch mit unseren Dingen. (Im Nationalsozialismus wurde das Ausgebombt-Werden geradezu begrüßt, denn möblierte Wohnung war gleich möblierte Wohnung, denn der Mensch war ja entpersönlicht!)

Wie gesagt, kann man seine ganze notwendige Habe in so konzentrierter Form besitzen, daß man sie zu tragen im Stande wäre.

Voraussetzung dafür ist, daß es keine sperrigen Gegenstände wie Schränke, Federbetten, großer Eßtisch, Küchenbord usw. geben darf.

Die steinernen Zelte müssen genau so, wie sie mit Licht, Gas, Wasser, Entwässerung versorgt sind, auch eingebaute Schränke haben. Schon dadurch ist der Raum im Zimmer unverstellt, ist Raum.

Das Ruhebett, die Liege ist mit schönem Stoff bezogen, in der Farbe auf den Ton des Zimmers abgestimmt. –

Wenn man sich seinen Sarg nach Maß machen läßt, warum nicht auch sein Bett? Man braucht keine Couch von einer Breite, daß man auch quer darüber schlafen könnte. Eine erwachsene Frau von zierlichem Wuchs (sie wächst bestimmt nicht mehr nach) braucht kein Bett von 2 m Länge. Aber bitte – wir Mütter wollen für unsere Kinder durchaus nicht Kasernen- oder Luftschutzbetten übereinander gebaut sehen. Damit verschone man uns, die sind mit den furchtbarsten Eindrücken, aber nicht mit Zu-Hause-Gefühl verknüpft. Gestern sah ich auf der Müllerstr. im Wedding Wandklappbetten für 65 Mk. Oder man nehme den einfachen Rahmen mit Gurten, darauf eine Auflegematratze (wie man sie in bourgeoiser Zeit auf dem Liegestuhl im Garten hatte): Das Bett ist fertig und kann tags abgedeckt gegen die Wand gelehnt werden. (Bettchen für die Kleinkinder, am besten fahrbar, bleiben als Bettchen stehen, da das Kleinkind es Dreiviertel der Zeit braucht.)

Wo nimmt man den Platz für das Bettzeug der tagsüber aufgeräumten Couch her? Erstens sollen die häuslichen Federbetten, die so viel Platz rauben, wegfallen.

Ich komme aus einem Lande, wo man die Federbetten nicht kannte und unter Decken schlief. Ich muß beim Anblick dieser weißen (oder auch weniger weißen) Gebirge immer an Wilhelm Busch denken.

Unter einem Federbett wird sogar die Liebe und der Tod lächerlich.

Man kommt mit guten Decken aus, denn die Räume werden niedriger sein, und die ganze Wärme geht nicht an die Zimmerdecke. (Wenn man in den alten Wohnungen mal auf einem Schrank was zu tun hat, will man gar nicht wieder herunter, so schön warm ist es da.) Die Decke – eine wollene oder eine Steppdecke (es kann eine Flickendecke sein wie aus den Seidenkleidern der Großmutter) – ist so hübsch gearbeitet und paßt in der Farbe so gut zum Zimmer, daß man sie zusammengelegt auf der Liege auch tagsüber läßt. Auch am Tage, wenn man liest, näht, ist man für eine Decke auf den Knien dankbar.

Das Kopfkissen kann auch tagsüber auf der Liege bleiben; es bekommt ein „Tageskleidchen" aus nettem Waschstoff oder aus Seide mit dem gestickten Monogramm und ist zugleich Sofakissen (und dafür werden diese Mikrobenzüchtungen von immer, aber auch immer staubigen Sofakissen verschwinden, man kann sie zur Matratze verarbeiten). Das Nachtgewand gehört sowieso nicht unters Kopfkissen, sondern auf einen Bügel wie die anderen Kleider auch (resp. das Pyjama).

Bleiben also praktisch nur die Bettlaken. Die wird man doch wohl noch irgendwo unterbringen können?

An Sitzmöbeln kann man statt teuerer Sessel und Stühle einfach Schemel bauen (ein nettes Kissen darauf) oder Bänke oder noch besser Truhen. (Auch „die Liege" kann eine Truhe sein.) Die Truhe, die Lade ist überhaupt der Anfang, das A und O aller Möbel und sollte raumsparend viel mehr benutzt werden, man kommt an die Truhe genau so bequem oder unbequem heran wie an eine Kommode auch.

Am Anfang war die Lade . . .

Da wir ja die Liege, die Couch, als gepolstertes, bequemes Sitzmöbel haben, können und sollten wir auf die gepolsterten Sessel verzichten.

Diese Polstersessel – die soviel Material verschlingen, wie man zur Polsterung einer Tobsüchtigen-Zelle braucht – sind überhaupt vom ästhetischen Standpunkt Ungeheuer, Elefanten, Formlosigkeiten aus Werg und Watte!

Nun zum Tisch. Das Nachttischchen – nein, ich möchte über seine Nebenverwendung früher nicht sprechen! – ist zumeist schon durch ein anständiges Tischchen ohne verdächtiges Schrankfach ersetzt gewesen. Neben seinem Schlafplatz braucht man eines mit mehreren Fächern (aber bitte offen, damit niemand auf schlechte Gedanken kommt) für Lampe, Buch, Kosmetik, Nähzeug, Rauchzeug und allerlei, was man zur Hand haben will, wie die Kinder ihren Schlaf-Teddy.

Ein kleines Regal oder eine Nische in der Wand ist sehr angenehm. Darin sind wir alle Kinder, daß wir einige der liebsten Dinge zur Nacht da haben wollen. Und ist man krank oder mal tagsüber faul (auch das mit Recht; und man sollte nicht erst warten, bis man mit einem Zusammenbruch ins Krankenhaus kommt, sondern sich beizeiten ausruhen; ein Wochenende im Bett ist nicht lasterhaft, sondern mitunter erspart es Wochen Kranksein), so muß man Platz zum Abstellen haben und – da niemand da ist, der uns bedient – kann sich, ehe man sich hinlegt, alles zurechtstellen. Wer sich zu Hause nicht wohler fühlt als im Sanatorium, ist dumm und ungeschickt!

Der große Eßtisch, der ein ganzes Zimmer blockierte, ist auch nur ein Vorurteil des Haben-Müssens. Warum nicht „die Tafel, die man aufhebt"? Eine Platte, die, wenn sie nicht gebraucht, gegen die Wand gelehnt wird, und wenn alle Familienmitglieder zum Essen da sind oder Gäste kommen, auf einen soliden kleinen Tisch oder Böcke aufgesetzt wird, ersetzt den Eßtisch, der zu den sperrigen Möbeln gehört, für die im neuen Haus so wenig Platz ist wie für den Flügel (es sei denn der Flügel wirklicher Musiker, für die er ebenso zum Gewerbe gehört wie der Webstuhl oder die Hobelbank für die Handwerker, für die der Platz da zu sein hat).

Das gemeinsame Mittagessen ist zumeist auch ein Idyll aus der Biedermeierzeit. Alltags wenigstens ist nicht die Essenszeit, sondern Schul- und Arbeitsschluß ausschlaggebend. Trotzdem soll man bemüht sein, möglichst die Mahlzeiten, wenigstens eine am Tage, gemeinsam einzunehmen. Man wird es auch schon der Arbeitsersparnis halber tun. Mahlzeiten für die Nachzügler, die Frühaufsteher, kann man ebensogut in

einem beliebigen Zimmer servieren, wo es sich gerade am besten macht.

Bücher können überall auf Regalen längs der Wände, unter Fenstern angebracht werden und sind dann Wand, ohne den Raum zu zersplittern.

Aller Kleinkram aber – außer ästhetisch wertvollen Gegenständen – hat zu verschwinden in Kästen, Schübe, Schränke. Dann ist Aufräumen schnell getan.

Dann kommt die ästhetische Formgebung des Raumes: Es braucht nicht Barock, Empire zu sein, was dem Raum den Stil gibt; er kann, er soll modern sein, aber trotzdem zu einer Einheit zusammengehalten.

Farbe ist wie Licht ein fast immaterieller, fast ein geistiger Wert und von ausschlaggebender Wirkung! Mit der Farbe schließt man den Raum – und wenn er noch so behelfsmäßig zusammengesetzt, noch so sehr auf Laien-Handfertigkeit beruht – zu einer Einheit zusammen. Warum müssen die Fußböden immer Ocker sein? Warum nicht jeder andere zur Wand passende Ton? Gesetzt den Fall, daß man Holzfußböden haben wird, vielleicht werden es Fliesen aus gepreßten Trümmern sein?

Warum müssen die Wände durchaus beige oder weißlich sein? Man kann auch da jeden Ton wählen: taubengrau, türkis, altrosa, veilchenfarben. Vorhänge (auch die können aus dem billigsten Nessel oder umgefärbten alten Zeug enorme Wirkung haben), Couch, Stuhlkissen, Decken etc. passen sich der Grundfarbe an oder kontrastieren sie. Man muß seine eigene Farbe finden und sich immer wieder darauf bei der Anschaffung aller Gegenstände beziehen. Das gibt so etwas wie eine Weltanschauung des Gegenständlichen, eine Geschlossenheit des Persönlichen, eine bestimmte Stimmung, Haltung und etwas bewußt Gewähltes und Gepflegtes im ganzen Sein . . .

Und bitte ein bißchen mehr Phantasie bei der Beleuchtung. Müssen es überall dieselben langweiligen Laden-Schirme sein? Kann man als Lampenfuß nicht jede Vase, Flasche, alten Leuchter, eigene Holzschnitzerei, unbegrenzt alles nehmen?

Gerade Nomadengut muß ausgewählt schön sein, kostbar durch seine Eigenheit, materialecht, gepflegt und im Gebrauch sich veredelnd. Perserbrücken sind wertvoll, weil sie Nomadengut sind. Auch wir werden unsere steinernen Zelte mit der Zeit mit edlem Gut füllen. Jedes Gebrauchsstück muß zugleich ein Wertgegenstand sein. – Wie in Italien der Kupferkessel, von Generation zu Generation vererbt, täglich gebraucht und zum Sonntag blank geputzt, daß er wie Gold glänzt.

III.) Die Verrichtungen dürfen sich nicht in den Vordergrund drängen, und die Funktionsräume müssen sich auf das Mindestmaß beschränken.

Wir sagen nicht Badezimmer, sondern Waschraum. Die lange Badewanne – das wäre ja schon der Raum für ein fünftes Bett (65 qm, vier Personen!). Sicher ist eine Badewanne angenehm. Aber sie ist Luxus. Die Dusche, also die „hochgestellte Badewanne" tut es, was Sauberkeit angeht, genauso. Der Duschplatz, gegen die Wand gekachelt, nimmt nicht Raum weg wie die Badewanne, sondern ist Raum. Zugleich ist er eine praktische Fußwaschstelle, denn in der Trümmerstadt sollten alle, vor allem die Kinder nie mit ungewaschenen Füßen ins saubere Bett. Zuviel Staub umwirbelt uns den Tag über.

Der Waschtisch muß breit, bequem und nicht zu hoch für kaltes und heißes Wasser eingerichtet sein; denn einmal wird es doch wieder genug Gas oder Strom geben?

Der Flur – der Raum, auf den alle Türen münden, daneben darf es keinen Korridor im Hause geben. Zugleich Eingang, Kleiderablage und ästhetisch der erste Eindruck vom Hause, der den Ausschlag gibt. Der Spiegel sei groß, man verbiete Kindern nicht, in den Spiegel zu sehen, sondern halte sie dazu an; im Spiegel korrigieren sie selber Haltung, Gang, lernen auf Sauberkeit und Ordnung achten.

Und nun die Küche: Es gibt Menschen, die sich gern mit Essensfragen befassen. Es gibt die Berlinerin wie bei Fontane, der nicht wohl ist, wenn nicht den ganzen Tag etwas auf dem Herde brodelt. Diesen Menschen sei ihre Wohnküche von Herzen gegönnt. Nur behaupte man nicht, daß eine solche Küche eine Lebensnotwendigkeit sei! Das ist ein Hobby, eine Liebhaberei, wie Flöte spielen. Zum Kochen braucht man viel weniger Raum und Gegenstände, als die Hausfrauen wahrhaben wollen. Genauso, wie man viel weniger Akten und Formulare braucht, als die Männer wahrhaben wollen – das sind Spielereien, getarnt als Arbeit.

Für Menschen, für die Essen nicht der Inhalt und Höhepunkt des Tages ist, genügt eine Kochnische vollkommen.

Oder die „fahrbare Küche". Ein solider Fahrtisch (was man früher Teewagen, Servierboy nannte, es kann auch ein auf den heute so beliebten „Volkswagen" aufmontiertes Gestell sein) mit Linoleumplatte; darauf die elektrische Kochplatte, Tauchsieder, Kocher.

Jede Hausfrau gewöhne sich daran, so sauber, exakt zu kochen, wie man etwa im Labor arbeitet. Nichts darf überkochen, anbrennen, auslaufen; dann hat man auch keine Arbeit extra und keinen Ärger. Wenn die Hausfrau kocht, geht es ohne Küchengerüche. Als die Mägde noch kochten, ging es nicht ohne Nebelschwaden, die sich als Feuchtigkeit an die Mauer schlugen, Gerüchen, Vorkochen, Nährwertverlust. –

Die fahrbare Küche kann die Frau neben den Schreibtisch rollen, neben ihre Näharbeit, ja sie kann damit in den Garten oder auf den Terrassenplatz ziehen. Warum nicht? Warum die schönsten Sonnenstunden in der Küche (nach Norden) vertrauern? Sie kann die Kinder um sich haben. Die langweiligste Küchenarbeit ist in der Sonne eine Freude, in der Sonne macht jede Arbeit Freude.

Die Hausfrau kann auch den Abwaschtisch „fahrbar" in den Garten stellen, an die Gartenschlauchleitung anschließen. Dann hat man bei der Gemüseputzerei den Schmutz erst gar nicht im Hause, und die Abfälle können gleich auf den Komposthaufen.

Daß man auch das Bad in den Garten z.m. für die Kinder verlegen kann, nur nebenbei, ein kleines Kachelbassin, so groß wie ein Vogelbauer.

Dann kann man die Kinder gleichfalls gleich im Garten säubern, ohne daß sie erst Sand und Schmutz durch die Zimmer tragen.

Aber im Winter, fragen die Männer, kann man doch nicht draußen kochen? Bis November kann man das an manchen Tagen noch gut. Aber vor allem hat man im Winter ja nicht soviel unsaubere Arbeit mit dem Gemüse (bis auf die Kartoffeln); denn die Möhren und Beeten sind schön sauber in der Sandkiste. Ein Weckglas aufmachen ist auch etwas anderes als Spargel oder Pilze putzen.

Wo kein Flachhaus mit Garten ist, sondern ein Hochhaus, könnte man auf einem Balkon mit Steinfußboden gleichfalls seine Küchenarbeit erledigen.

Hierzu in Klammern bemerkt: Warum nicht auch dem Großstadtkind lieber eine Sandkiste auf dem Balkon zum Spielen hinstellen, als es nach unten auf die Straße in den Schutt und Schmutz lassen? Der Berliner denkt: Ein Kind muß buddeln, sonst wird es nicht groß. Wären meine Kinder noch klein, ich würde sie lieber an der Leine führen (!!), als sie in dem makabren Schutt und Dreck der Totenstadt spielen lassen!

Doch kehren wir zu der glücklichen Zukunft zurück, die uns Häuser mit Gärten verspricht.

Ich verstehe nicht, warum die Hausfrau bisher, auch wenn sie einen Garten, eine Terrasse, einen Balkon hatte, so selten mit häuslichen Arbeiten, die sich doch ebensogut im Garten ausführen lassen, draußen anzutreffen war; weil „man" so etwas nicht tat?

Zur Küche wäre noch zu bemerken, daß wir in unserer neuen Kochnische oder dem fahrbaren Kochtischchen auch die ganze Kücheneinrichtung unterbringen können. Bisher standen die Küchen so voll von „praktischen" Dingen, daß man Übersicht, Zeit, Ordnung, darüber verlor! Man braucht aber praktisch nur: 3 oder 4 Kessel, eine Pfanne. Dazu an Geräten in der Hauptsache ein scharfes Messer, Holzbrett, allenfalls noch Trichter, Sieb, Durchschlag, Reibe; schon den Wolf kann man entbehren.

Daneben kann es im Block, in der Siedlung das „Wirtschaftshaus" geben mit gut eingerichteter Waschküche (zum Selberwaschen oder Waschenlassen) je nach beruflicher Beanspruchung der Frau – eine Backküche, eine Nähmaschinenstube, vielleicht auch ein Schreibmaschinenverleih, eine Reparatur-Werkstatt mit Leih-Werkzeug.

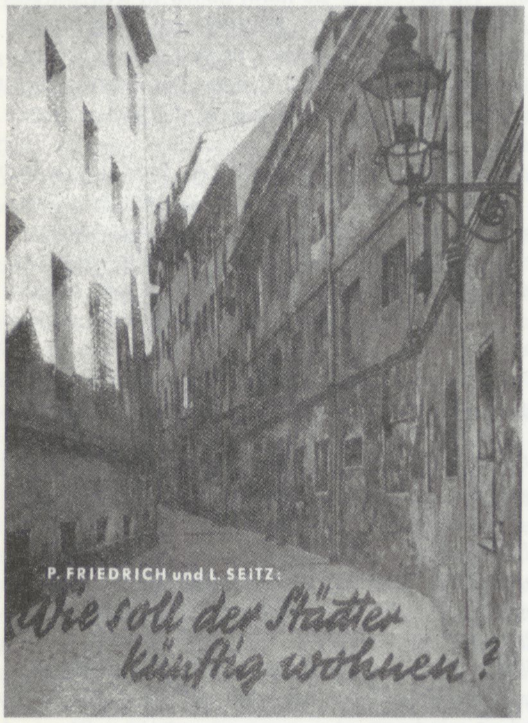
Der Kinderhort ist zwar notwendig für besondere Fälle, doch übersehe man nicht, wie schnell Mütter, die ihre Kinder der staatlichen Fürsorge überlassen, ihren Instinkt verlieren, und wir wollen doch zur Familie, zum organischen Leben, fort vom totalen Staat!

Darum ist auch die an sich erwünschte Trennung von Arbeits- und Wohnstätten immer noch ein ungelöstes Problem: Wieviel Frauen müssen heute selbst für ihre Kinder das Brot verdienen. Sie könnten neben dem Handwerk, dem Geschäft, der Heimarbeit, ihre Kinder immer im Auge behalten, wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Arbeitsstätte an die Wohnstätte anschließend zu haben.

Zum Rundhaus – warum soll man nicht das Rund-, das Dreieck-, das Hufeisenhaus und sonstige Formen durchprobieren? – Es müssen dann aber auch eigens für den Zweck gebaute Möbel, sowohl aus praktischen als aus ästhetischen Gründen darin stehen. Jedoch waren die Puppenmöbel schlimm (wohl eine Konzession an das Publikum) in dem guten Igelith-Hause (das Haus aus Watte und Pappe im Regenmantel). Schade, denn durch die kitschigen Möbel verlor man den Impuls zur Formung des Neuen.

Dafür waren die Häuser mit der gewölbten Decke unendlich reizvoll. Das gab die Vision einer neuen, sozialen Stadt, mit Grün und Sonnenterrassen, wo jede Arbeiterfrau noch die täglichen Verrichtungen nicht als Fron, sondern als Freude erlebt!

Daß diese Sicht einer Frau auf die Form des städtischen Wohnens Scharoun beschäftigt hat, zeigt die Korrespondenz, in der von gegenseitigen Einladungen die Rede ist. Scharoun lädt sie auch ein zu Diskussionsabenden im Berliner Rundfunk, die, moderiert von Peter Huchel, unter dem ←B 13 Titel *Die Stadt – eine gute Wohnung?* im Frühjahr und Sommer **1948** stattfinden. Zu den drei Diskussionsabenden entwickelt Scharoun ein durchgehendes Konzept zu Wohnung, Zelle und Stadt mit jeweils historischen Herleitungen, die zeigen, daß er über seine Hochschullehrertätigkeit an der Technischen Universität mit systematischer Arbeit begonnen hat.



Im **Mai 1946** erscheint im „Demokratischen Aufbau" ein Aufsatz von Luise Seitz und Peter Friedrich, beide Mitglieder des Planungskollektivs, mit dem Titel *Wie soll der Städter künftig wohnen?*. Sie entwickeln in dem Artikel genaue Vorstellungen von den Wohnhäusern, aus denen sich die Wohnzellen zusammensetzen. Es handelt sich einerseits um ebenerdige Einfamilienhäuser mit kleinen Wohnhöfen, andererseits um 8-12stöckige Hochhäuser mit Kleinwohnungen für Erwachsene ohne Kinder, die über Laubengänge oder Galerien erschlossen sind.

In den letzten Jahren haben sich auch hier in Deutschland die Galeriehäuser für kleine Wohnungen durchgesetzt, wobei die Wohnräume nach Süden und die Galerien mit den Nebenräumen nach Norden liegen. Eine zweite Möglichkeit besteht darin, die Wohnungen beiderseits eines Mittelflurs anzuordnen,

Die Wohnung als Grundeinheit der Wohnzelle

Um den Ausgangspunkt für Scharouns theoretische Arbeit in den Jahren **1947/48** zu bestimmen, betrachten wir nochmals die Ausstellung „Berlin plant". Die Aussagen über die Gestaltung der „neuen Wohnung" fin-
→S.217 den sich zum einen in der Abteilung mit den fünf Fertighäusern, zum ande-
→S.206 ren auf der Tafel A III/8, auf der *leistungsfähige Grundrisse als Grundlage für vorfabrizierte Häuser* gezeigt werden. Es sind 8 Grundrisse für Erdgeschoßhäuser und 4 für Etagenhäuser, die überwiegend aus der Zeit zwischen **1923** und **1929** stammen und von Schuster, Häring, Mies van der Rohe und Hilberseimer entworfen sind. Die im Hauptamt für Planung II entworfene Ideal-Wohnzelle, bei der die früheren Planungen von Hilberseimer deutlich Pate gestanden haben, zeigt die Gruppierung der Erdgeschoß- und Etagenhäuser sowie der Gebäude mit den gesellschaftlichen Funktio-
→S.289 nen. Statt des Modells der Ideal-Zelle, die in der Ausstellung nur als schematische Zeichnung auftaucht, wird die Anwendung des Idealplans am
→S.209 Beispiel Charlottenburg im Modell gezeigt. Beide Modelle lassen die Beschränkung der Wohngebäude auf zwei Haustypen erkennen, die eingeschossigen Winkelhäuser, aus denen die Flachbauteppiche gebildet sind, und die vielgeschossigen Scheibenhäuser. Peter Friedrich und Luise Seitz
→L 6 haben **1946** beide Haustypen in ihrem Aufsatz „Wie soll der Städter künftig wohnen?" beschrieben. Die Flachbauten sind für Familienhaushalte, die kleinen Wohnungen in den vielgeschossigen Laubenganghäusern für Alleinstehende und kinderlose Haushalte vorgesehen. Die Gebäude sind, biologischen Gesichtspunkten folgend, strikt nach Süden ausgerichtet. Das soziale Moment äußert sich nur in der gleichen Qualität der Wohnungen.

←L 7 Nachdem Scharoun durch die Wahl vom **Oktober 1946** seinen Posten als Stadtbaurat verloren hat und an Neubau noch nicht zu denken ist, setzt für ihn eine Phase ein, in der er die kollektiv entwickelten Konzepte zu überdenken beginnt. Er versucht zurückzufinden zu dem, was er bis **1945** gebaut hat, und versucht, die Gedanken, die er in skizzenhafter Form und in Gesprächskreisen während des Krieges entwickelt hat, einzuarbei-

ten. Die Lehr- und Forschungstätigkeit seit **1947** in der TU, Vorträge und Rundfunkdiskussionen bieten dazu den äußeren Anlaß.

Unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit aller Bedingungen erscheint ihm die Konzeption für die Wohnzelle so, wie es das Planungskollektiv entwickelt hat, zunehmend als fragwürdig. Scharoun sieht sowohl die Gefahr der schematischen Gleichheit wie die der Isolation des einzelnen in dem nur rational durchdachten System, das nicht an den unterschiedlichen und vielfältigen Bedürfnissen der Bewohner ansetzt, die miteinander verflochten werden müssen, um auf einer höheren Ebene wieder eine Einheit zu bilden.

In einem Referat, das Scharoun am **17.2.1947** in dem ersten Seminar des Komitees für Stadtplanung und Architektur des OMGUS Standing Committee on Community Relations an der Amerikanischen Universität in Dahlem hält, umreißt er den Zusammenhang von Gesellschaftsbau und Stadtgestaltung.

Jede neue Gemeinschaft wird sowohl durch den Wandel der Welt als auch durch den Wandel des Menschen selbst bestimmt. Zur Wandlung des Menschen muß innerhalb der Stadtgemeinschaft jedem die Möglichkeit offen sein, sich höherzuentwickeln in einer Form, die der reichhaltigen Zahl und der Vielfalt der Wesen, die in der Stadt sind, entspricht. Die gradweise Höherentwicklung geschehe aus dem Kern jedes Einzelwesens, nicht im Sinne einer einebnenden Verflachung. Jeder Mensch bedarf des anderen, und wir bedürfen des Mittels der persönlichen Beziehung von Mensch zu Mensch. Im Mittelpunkt der Beziehung steht das Werk, die geistige Arbeit und die Arbeit der Hand. Das setzt die Entwicklungsfreiheit jeden menschlichen Wesens voraus aus demselben Grunde, wie auch der Sozialismus gegen die Entwürdigung des Menschen als eines wirtschaftlichen Zweckmittels sich wendet. ←A 27

In dem Sinne ist auch die Stadtformung ein Mittel für ein höheres menschliches Dasein, für eine wahre Humanität.

Wenn wir „menschenwürdige" Behausungen verlangen, so geht es tatsächlich um die Entwicklung der Menschenwürde, soll nicht Vermassung der Menschen, Entpersönlichung einsetzen, gegen die sich der Sozialismus mit Recht wendet und die letzten Endes Flucht des Menschen vor sich selbst, in die Zerstreuung, bedeutet.

Die hinter uns liegenden Jahre haben genügend gezeigt, wohin es führt, nur nach dem Nutzwert des Menschen zu fragen, nur diesen Nutzwert zu entwickeln. Unsere Bemühungen müssen darauf bedacht sein, dem Menschen zur Entwicklung seines eigenen Wertes zu verhelfen.

Der Gedankengang wird in mehreren Manuskripten, deren Anlaß wir nicht kennen, weiterentwickelt:

Ausgang ist der Mensch mit seinen Wohn- und Lebensbedürfnissen und mit den Forderungen, die er an das gesellschaftliche Zusammenleben stellt. Da gibt es in gewissen Kreisen oder z.B. auf dem Lande noch Formen, Gewohnheiten und Sitten, die teils erstarrt mehr von formalem Ausdruck sind, teils noch in einem fortentwickelten Sinne funktionieren. ←A 28

In der Großstadt gab es solche gemeinschaftsbildenden und gemeinschaftsstärkenden und aus der Gemeinschaft wirksamen Bindungen nur sporadisch. Ich erinnere an die Welt der Künstler, über die Achseln als Bohemiens angesehen, oder an Sekten auf religiösem Gebiete. Für die Masse bestanden weder die Voraussetzung, noch die Formen für dieses gemeinsame Wirken. Es sei denn, daß sie in kultureller oder politischer Hinsicht unter den verschiedenen Regimes verschiedenartig organisiert und dem Leben aufgedrückt wurden.

Alle unsere Maßnahmen haben also, wenn es uns ernst ist um die Entwicklung des Menschen und seiner Kultur, sich um diese Probleme zu bemühen.

Es bieten sich als einfache, ewige Begriffe die Familie, die Freundschaft, die Arbeit (besser das Werk) als Ausgang an.

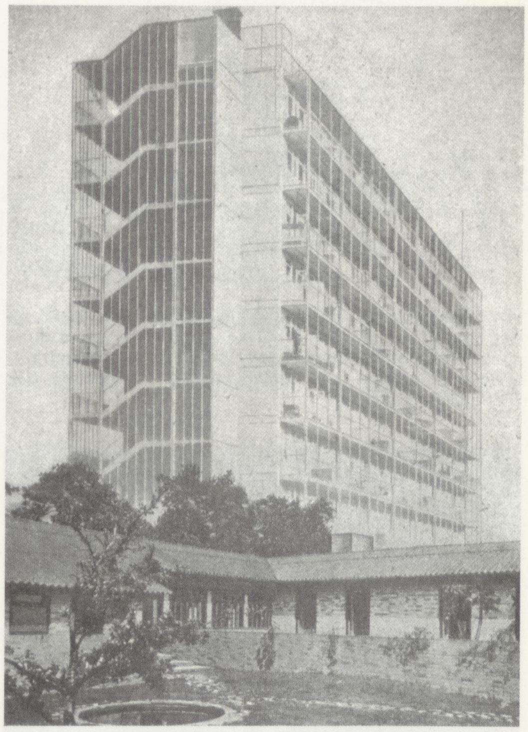
Der Kern des Problems liegt in der Wohnung. Der Gegensatz in den Generationen wird im Kreise der Familie eher dann überwunden, wenn die Familie den Kreisen der Freundschaft polar gegenübergestellt wird. Mann, Frau, Kind sollen auch in der kleinsten Wohnung die Möglichkeit haben, jederzeit Freundschaft zu pflegen, ohne daß sich die Kreise – des Mannes, der Frau, des Kindes – stören. Selbsttätigkeit und Bindung können nur miteinander bestehen, wenn sie beide sich auswirken und auf eine sehr natürliche Weise aufeinander einwirken können.

jedoch erfüllt diese Anordnung die Forderung nach einer guten Besonnung nicht. Die Höhe dieser Häuser wird von der jeweiligen Konstruktion abhängen. Die günstigste Höhe ist etwa die von 8 bis 12 Stockwerken, bei denen eine volle Ausnutzung des Fahrstuhls gewährleistet ist. Untergeschoß sowie Dachgarten stehen für Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung. Für die Berufstätigen, die nur wenig Zeit zum Wirtschaften haben, könnten größtmögliche Erleichterungen, wo immer die Technik sie bietet, zum Beispiel durch gut ausgerüstete Kochnischen, Fahrstühle usw., geschaffen werden.

Sowohl für die erdgeschossigen Gebäude wie für die Galeriehochhäuser und die wenigen Zweispänner soll nach dem neuen in Vorbereitung befindlichen Städtebaugesetz die gleiche Bevölkerungsdichte vorgeschrieben werden. Statt der willkürlichen Herabzonung nach der Stadtperipherie zu, soll für das neue Städtebaugesetz die Besonnung die Grundlage für die Geländeaufschließung sein. Da für alle Bauformen die gleiche Siedlungsdichte erreicht wird, besteht die Möglichkeit, eine Mischbebauung von Erdgeschoßbauten und Hochhäusern vorzunehmen, wodurch sich unter anderen Vorzügen eine größere räumliche Freiheit ergibt.

Der Anblick der kleinen erdgeschossigen Einfamilienhäuser, deren Höhe kaum die eines Apfelbaumes erreicht, und andererseits der Hochhäuser ergeben neue städtebauliche Raumwirkungen, die sich von denen der drei- bis fünfgeschossigen mehr oder weniger gleichhohen Häusergruppen des bisherigen Städtebaues grundlegend unterscheiden. Diese Tatsache bildet neue Möglichkeiten und ganz neue Aufgaben für den zukünftigen Städtebauer. Eine formal befriedigende Lösung zu finden, ist allerdings insofern mit Schwierigkeiten verknüpft, als sich unsere städtebaulichen Vorstellungen mit den seit Jahrhunderten herauskristallisierten Platzformen und Straßenräumen aus gleichmäßigen Gebäudehöhen verbinden.

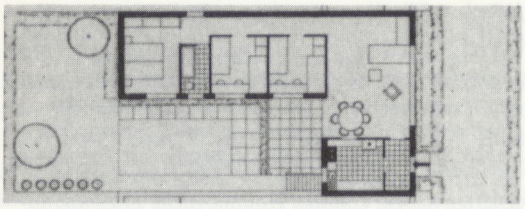
Die modernen Anforderungen werden jedenfalls durch die oben beschriebenen Einfamilienhäuser im Flachbau einerseits sowie durch das Galeriehaus mit kleinen Wohnungen als Mehrgeschoßbau andererseits erfüllt. Die Zweispännerwohnung eignet sich lediglich als größere Wohnung für Familien aus Erwachsenen, wofür der Bedarf aber relativ gering ist.



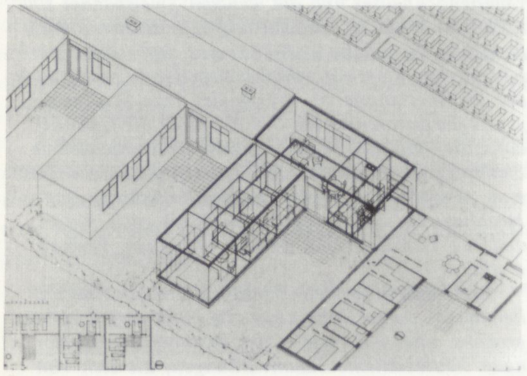
→B 14 Galeriehochhaus und Flachbau. Die Fotomontage des Planungskollektivs aus dem Jahre 1946 setzt sich zusammen aus dem Wohnhochhaus „Bergpolder" in Rotterdam (van Tijn/van der Vlugt/Brinkmann 1933/34) und dem Haus Vollberg in Berlin-Grunewald (Egon Eiermann 1938/39)

Wie Scharoun die Wohnung versteht, was sie räumlich bedeutet, entwickelt er in einem Vorlesungsmanuskript:

→A 29 *In der Wohnung sollte der Keim zu einer organischen Bildung der Gemeinschaft gelegt werden. Wenn wir dieses nicht richtig erkennen und anpacken, wird das andere Ergebnis immer wieder von oben herab organisierte Gemeinschaft sein, wie wir es mit seinen destruktiven Folgen unter Hitler erlebten. Das „Wohnzimmer" will also als „Raum der Mitte" mehr sein als ein Bastelraum, aber etwas anderes auch als die gute Stube. Der Raum soll der gemeinschaftlichen Förderung unseres gemeinsamen Werks dienen. Er soll dem technischen und sittlichen Fortschritt des Menschen dienen und die kontinuierliche Entwicklung und gegenseitige Durchdringung derjenigen Forderungen ermöglichen, die das technische Zeitalter an uns stellt. In ihm sollen Gespräche um die Werkbank, um den Zeichentisch, um den Schreibtisch geführt werden, an denen „das Werk" die Freunde zusammenführt.*

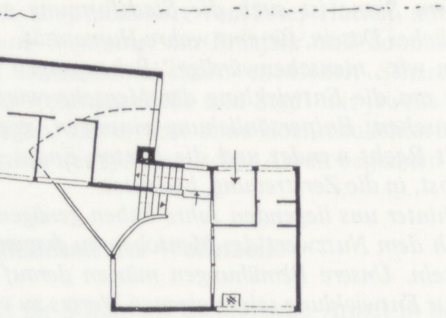


Ludwig Hilberseimer (1929): Erdgeschoßhaus. Der Plan wird auf der Ausstellung „Berlin plant" ausgestellt ←B 15 ←S.206

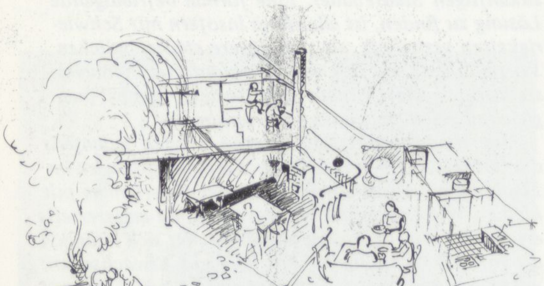


Das Erdgeschoßhaus von Ludwig Hilberseimer (1929) wird zu Ketten zusammengeschlossen und kann dadurch, daß der Seitenflügel schrittweise angebaut werden kann, mit dem Haushalt wachsen ←B 16

Auf dieser gedanklichen Grundlage entwirft Scharoun einen Grundriß →S.463 für ein Einfamilienhaus, das einen derartigen *Raum der Mitte* hat und gleichzeitig Rückzugsmöglichkeiten für den einzelnen. Man versteht den Entwurf am besten, wenn man ihn dem Winkeltyp von Hilberseimer gegenüberstellt, der auf der Ausstellung „Berlin plant" gezeigt wurde und den Flachbauteppichen zugrunde lag.



→B 17 Hans Scharoun (1947): Einfamilienhaus auf 3 Ebenen als Reihenhaus mit Garten (Ansicht und Grundriß M 1:300), erste Entwurfsfassung



Hans Scharoun (1947): Skizzen zur inneren Nutzung des Einfamilienhauses. Trotz der offenen Verbindungen zwischen den räumlichen Bereichen stören sich die unterschiedlichen und gleichzeitigen Tätigkeiten der Bewohner nicht ←B 18

Das Haus wird gegenüber dem Hilberseimer-Grundriß auf drei Niveaus gebracht, die Treppe dient als Gelenkt zwischen Küche/Eßplatz auf der Eingangsebene, dem „Raum der Mitte", fünf Stufen tiefer und mit dem zum Teil überdachten und eingesenkten Gartenhof verbunden, und dem Schlaf- und Arbeitstrakt, 10 Stufen über dem Eßplatz. Küche und Eßplatz sind durch eine Glaswand getrennt. Den Eßplatz trennt eine geschwungene Balustrade vom „Raum der Mitte". Die Handskizze macht deutlich, was wo gleichzeitig stattfinden kann, ohne daß es sich stört, aber auch ohne voneinander isoliert zu sein. Die Außenansicht macht deutlich, daß das Haus als Membrane zwischen zwei Seiten verstanden wird und den Durchblick von Haus zu Haus erlaubt. Die Höfe sind offen.

Die Idee der Mitte hat offensichtlich bei Scharoun historische Wurzeln in den Gesprächen mit Chen Kuan Lee und anderen über die chinesische Architekturentwicklung, die er schon Anfang der 40er Jahre geführt hatte. Scharoun sucht im Rahmen der Vorlesungen aber auch einen europäischen Begründungszusammenhang aufzuzeigen, in dem sich seine eigenen Wohnerfahrungen spiegeln, die er als Heranwachsender in Bremen machte.

→A 30 *Die Wohnstatt zeigte im Beginn die Gruppierung der Hausfunktionen um den religiös begründeten Mittelpunkt – die Feuerstelle, als Ausdruck gesicherten Lebens gegen die real empfundene, elementare Kräfte personifizierende Geisterwelt.*

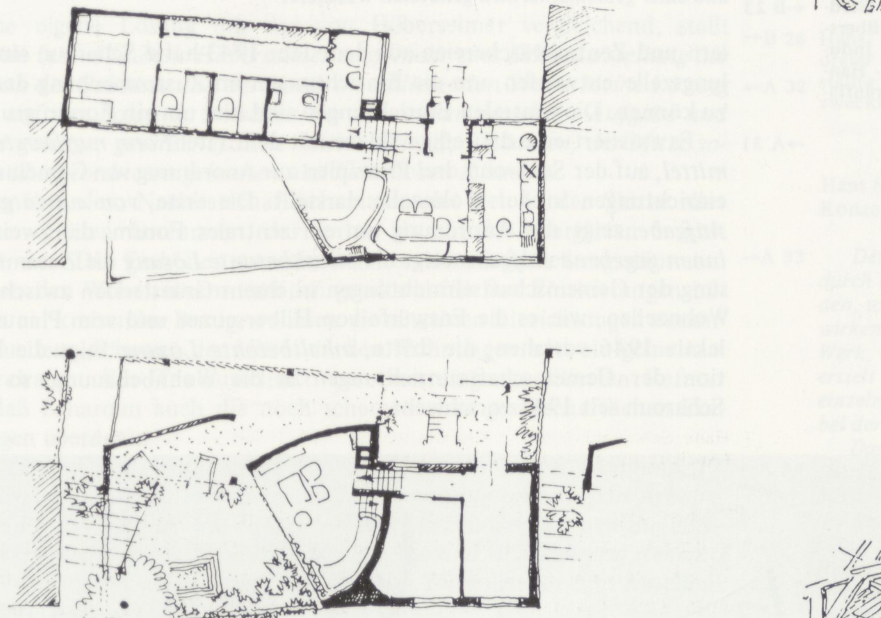
Mit der Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik verlor endgültig die Wohnstatt ihren spirituellen Gehalt, ihre Sinngebung, und wurde zum Träger zahlreicher Einzelbedürfnisse. Mit dem gezeigten Vorschlag ist versucht, die Wohnstatt zu einem bindenden und ausstrahlenden Gelenkpunkt innerhalb der Siedlung zu machen, mittels des „Rau-

Der „Raum der Mitte" im Haus Baensch (Berlin-Spandau), das Scharoun 1935 entworfen hat ←B 19

mes der Mitte". In ihm sind das Klavier oder die Hobelbank, der Zeichentisch oder die Diskutierecke der Mittelpunkt, er ist die Keimzelle tätig wirksamer Freundschaft, aufgrund der sich jedes Individuum dank der ihm eigenen kreatürlichen und geistigen Möglichkeiten – ohne Gleichmacherei – heraufentwickeln kann. Die Privatheit des Menschen steht im Vordergrund, die aber keine Vereinsamung werden darf, sondern zur Bindung zur Gesellschaft über kleinere und größere, organisch zusammenwirkende Gruppen führt. Der gesunde, geistdurchwirkte Organismus tritt an die Stelle der Massenwohnung.

Diesem Organismus zwischen dem Kern der Wohnstatt und der Stadt als Gesamtheit die geeigneten und wirksamen Zwischenglieder zu geben ist die schwierigste Aufgabe für den heutigen Städtebauer.

Das einmal entwickelte Grundmuster des Hauses mit einer Mitte wird verfeinert und zu Reihen und Flächen zusammengesetzt. Die Verfeinerung bedeutet einerseits eine Minimierung der Flächen, andererseits die Einarbeitung seiner in den Privathäusern der 30er Jahre entwickelten Raumstrukturen im Inneren, die in der geschwungenen Polsterbank ihren Ausdruck wiederfinden. Die Einzelheiten des Entwurfs erinnern an die Häuser Mattern (**1934**) in Potsdam, Dr. Baensch in Spandau und Moll im Grunewald ←L 8 (**1937**) sowie Möller in Altruppin bei Brandenburg. Außerdem ist eine Keller-Garten-Beziehung durch das Anheben des Einganges hergestellt. Die Wohnung verfügt jetzt über 4 oder 6 Betten und hat im Schlaftrakt eine eingebaute Schrankwand. Jedes Kind hat einen eigenen Fensterarbeitsplatz.



Hans Scharoun (1947): Einfamilienhaus (M 1:300), zweite Entwurfsfassung mit Sitzbank im „Raum der Mitte" ←B 20

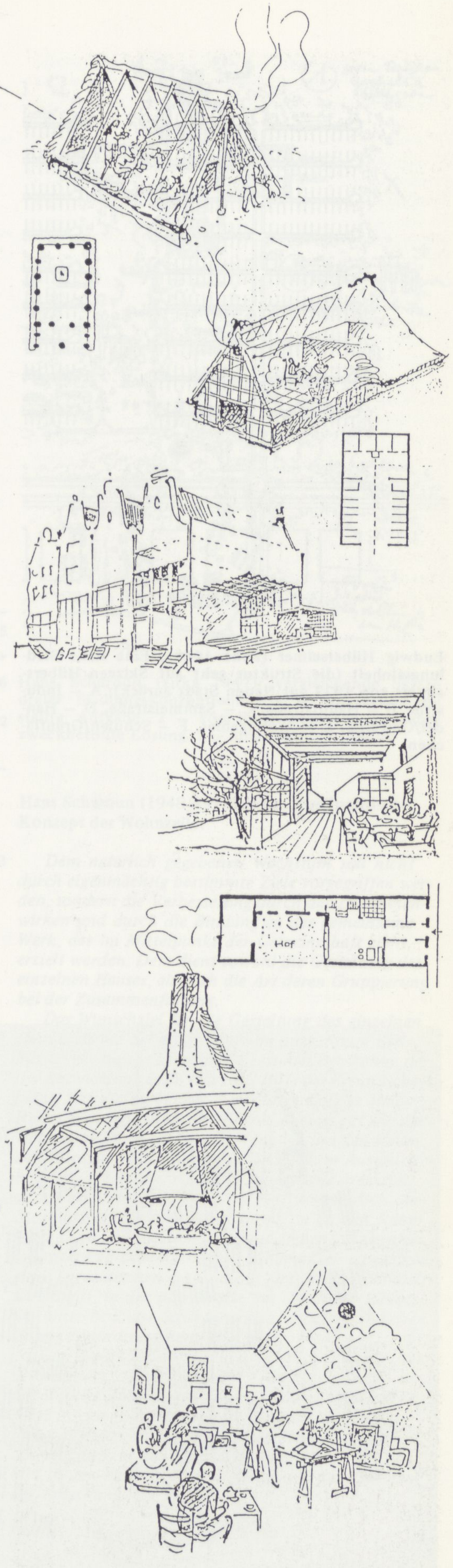
Wie sich die Häuser zu Hausreihen, die Hausreihen zu einer Wohngruppe zusammensetzen, zu der eine Wäscherei und ein mehrgeschossiges Haus mit Wohnungen für Ledige gehören, macht ein Plan-Ausschnitt deutlich.

In der Skizze sind unterschiedliche Eintragungen gemacht, einmal sind die Häuser schraffiert, dann das Wegeraster eingezeichnet und mit schwarzen Punkten die „Räume der Mitte" als kleinste Gliederungseinheit.

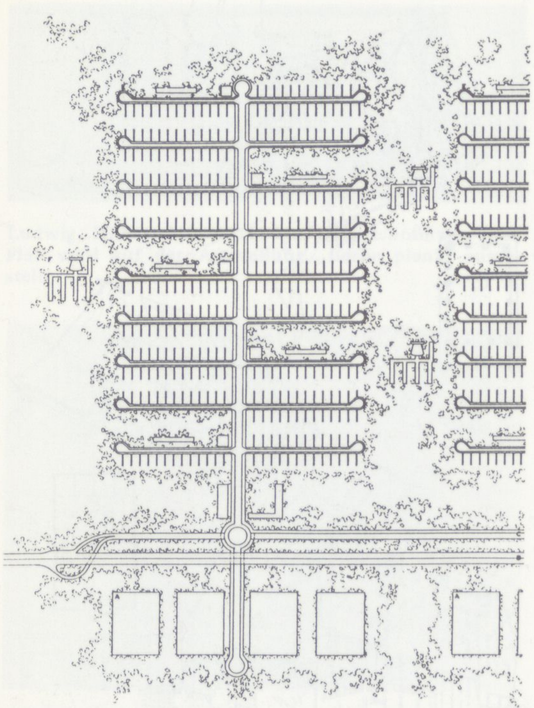
8 derartiger Wohngruppen ergeben, ergänzt durch öffentliche Einrichtungen, eine Nachbarschaft, die nach Art eines Baumes erschlossen und an eine Autobahn angehängt ist. Der erst Ast in Beziehung zur Busstation nimmt Läden, Kino, Verwaltung, Kraftzentrale und Gewerbeflächen auf. Der Stamm endet im geistigen Zentrum, dazu gehören Schule, Kindergarten und Turnhalle.

Das System von Wohnzellen oder Nachbarschaften, aufgereiht an einer Autobahn, stellt eine dynamisierte Abwandlung der **1944** von Hilberseimer publizierten Entwürfe für die neue Stadt dar, ein System, das bereits **1932** für Dessau entwickelt wurde.

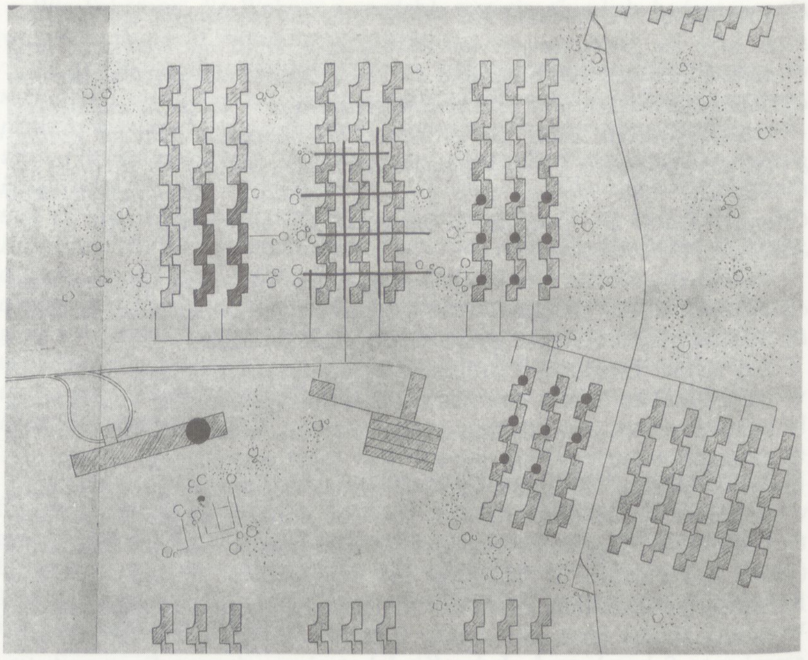
Im Zusammenhang mit einem Forschungsauftrag der Akademie für ←S.110 Wohnungswesen zur Entwicklung von Gemeinschaftseinrichtungen in Kel-



→B 21 Hans Scharoun: Überlegungen zur historischen Entwicklungslinie des „Raums der Mitte" in Nordeuropa: die Feuerstelle im prähistorischen Haus (Ausgrabung Buch), die Diele im Niedersachsenhaus, im holländischen Handelshaus und im nordwestdeutschen Stadthaus, der „living-room" im englischen Landhaus und die Atelierwohnung



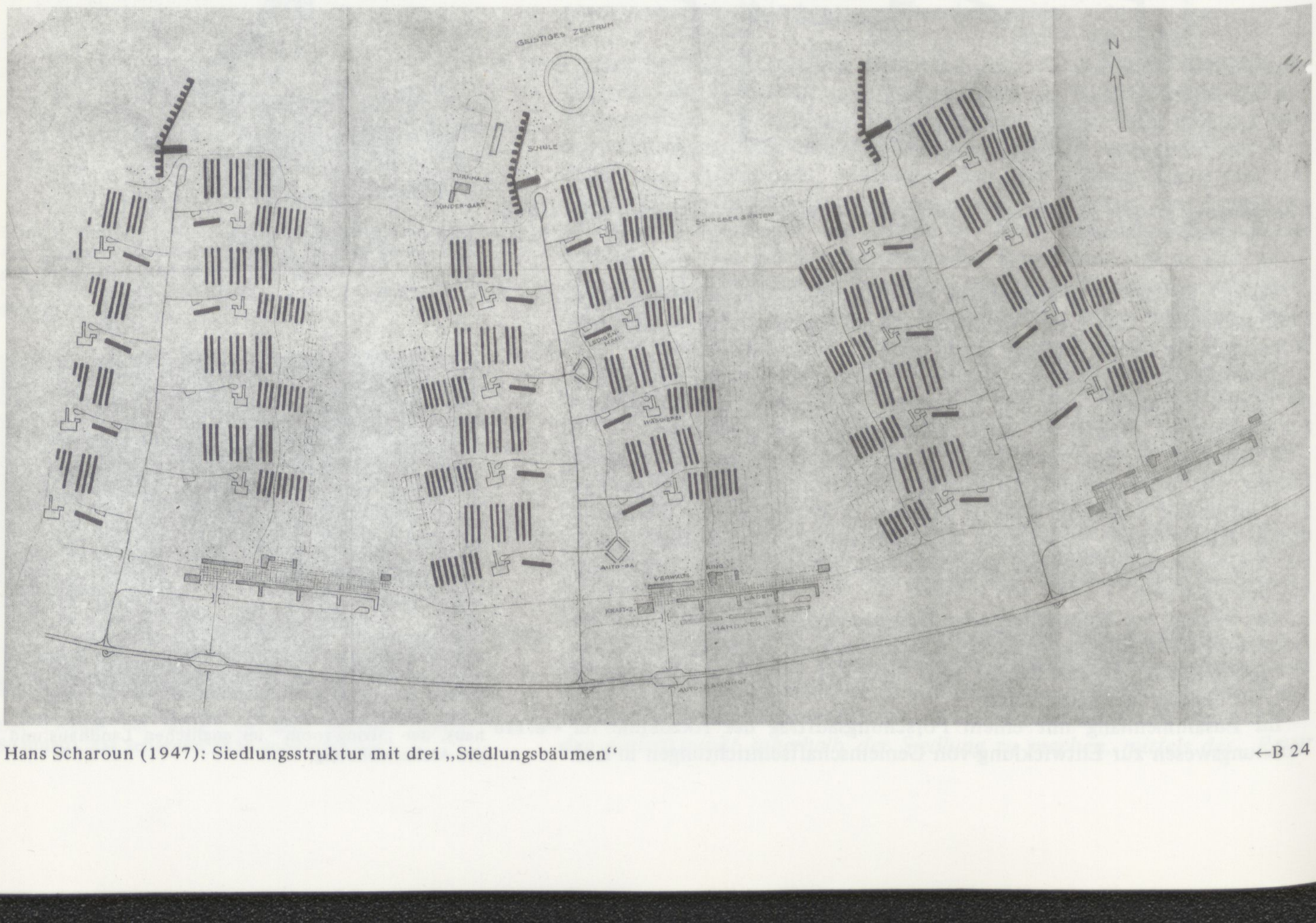
Ludwig Hilberseimer (zirka 1940): Eine neue Siedlungseinheit (die Struktur geht auf Skizzen Hilberseimers von 1927 zur Neuen Stadt zurück); A – Industrie, B – Hauptstraße, C – Sammelstraße, D – Handel/Gewerbe, E – Wohngebiet, F – Schulen/Grünflächen



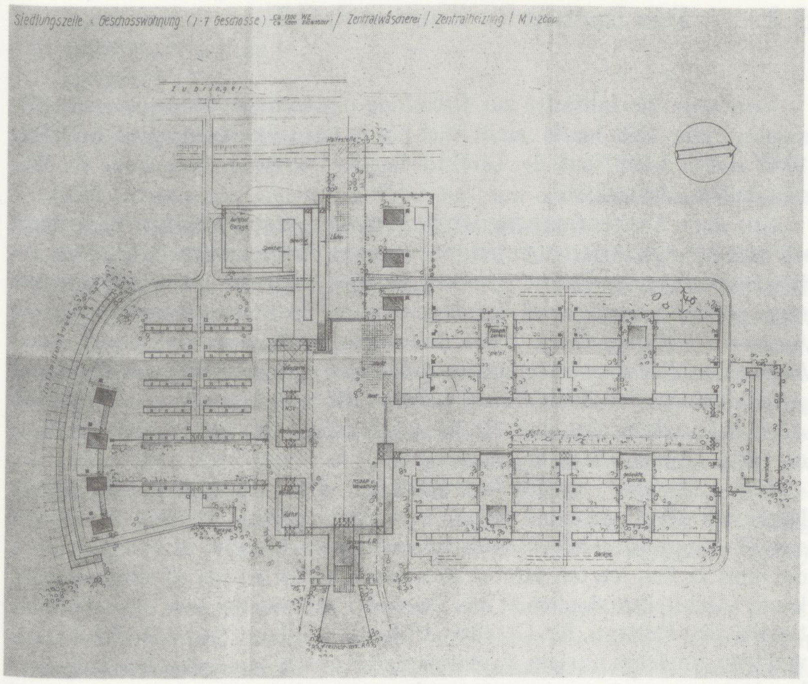
→B 22 Hans Scharoun (1947): Wohngruppe, gebildet aus dem zu Reihen zusammengeschlossenen Einfamilienhaustyp, einem „Ledigenhaus" als vielgeschossigem Galeriehaus und einer gemeinschaftlich genutzten Wäscherei ←B 23

lern und Zentralwäschereien aus dem Jahr **1943** hatte Scharoun eine Siedlungszelle entworfen, um die Einrichtungen im Zusammenhang darstellen zu können. Die zentralen Einrichtungen sind hier um ein Forum gruppiert.

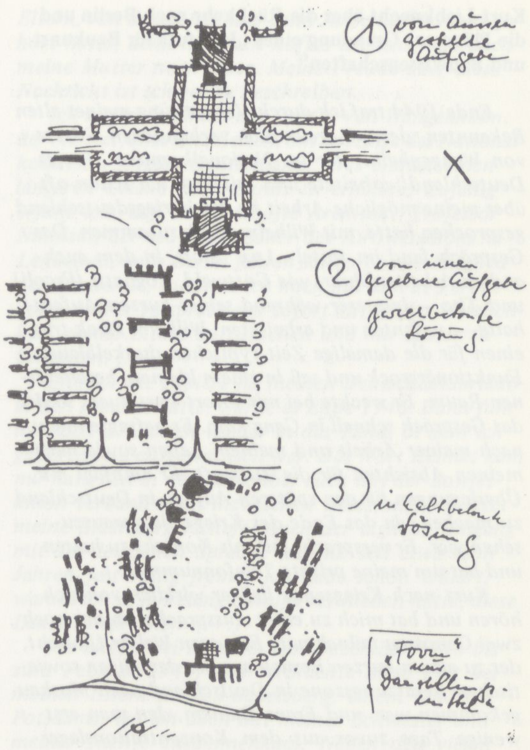
→A 31 Es existiert eine dreiteilige Skizze mit dem Titel *Form nur Darstellungsmittel*, auf der Scharoun drei Prinzipien zur Anordnung von Gemeinschaftseinrichtungen in der Wohnzelle darstellt. Die erste, *von außen gestellte Aufgabe* zeigt die Anordnung um ein zentrales Forum, die zweite, *von innen gegebene Aufgabe* zeigt als *zweckbetonte Lösung* die Zusammenfassung der Gemeinschaftseinrichtungen in einem Grünstreifen zwischen den Wohnzeilen, wie es die Entwürfe von Hilberseimer und vom Planungskollektiv **1946** vorsahen, die dritte, *inhaltbetonte Lösung* zeigt die Integration der Gemeinschaftseinrichtungen in die Wohnbebauung, so wie es Scharoun seit **1947** vorschwebt.



Hans Scharoun (1947): Siedlungsstruktur mit drei „Siedlungsbäumen" ←B 24



Hans Scharoun (1943): Siedlungszelle mit Zentralwäscherei und Zentralheizung ←B 25



Hans Scharoun (zirka 1947): vergleichende Skizze dreier Siedlungskonzeptionen; 1 – von außen gestellte Aufgabe, 2 – von innen gegebene Aufgabe/ zweckbetonte Lösung, 3 – inhaltbetonte Lösung

→B 26 Seine eigene Lösung mit der von Hilberseimer vergleichend, stellt Scharoun fest: *Die Zelle Hilberseimer zeigt mehr eine Selbstdarstellung der Funktion der Gebäude und der Natur im addierenden Sinne. Meine Lösung beruht auf der Polarität zwischen der von außen gestellten Aufgabe und den die geistige, gesellschaftliche Mitte bildenden Räumen, der Mitte sowohl in übergeordneten gebauten und natürlichen Räumen.* ←A 32

Gegenüber dem Nachbarschaftsschema rundet sich in der Skizze alles um einen grünen Innenraum, der vorher als mit Schrebergärten besetzt gedacht war. Die Einheiten trennen sich von den Erschließungsstämmen. →A 33 Zwischen den Wohnhäusern und den gesellschaftlichen Einrichtungen bildet sich ein kreisender Bezug, wachsen die einzelnen Einrichtungen zusammen. Zu den ,,Räumen der Mitte" in den Wohnungen tritt ein gemeinsamer Freiraum. Ein Textausschnitt aus dem eingangs zitierten Referat zeigt, daß Scharoun auch die noch schematischen gesellschaftlichen Einrichtungen überdenkt:

Der ,,Raum der Freundschaft" ist die Mitte der neuen Wohnung. Er erhält seinen Bezug zu den Häusern der Forschung und zu den Arbeitsstätten in einem Sinne, wie in den Schulen neben den Klassen die überbauenden, verbindenden Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise stehen. ←A 34

Was er unter *Haus der Forschung* versteht, formuliert er zum Abschluß seines Referats:

Neben dem ,,Raum der Mitte" in jedem Heim könnte als Mittler zur Besserung und zur Koordinierung das ,,Haus des Forschens" als kultureller Mittelpunkt der Nachbarschaft eine bedeutende Rolle spielen, indem sich in ihm die Beschäftigung vom Spielerischen her mit fundiertem Wissen begegnet, indem in ihm Erkenntnisse gefunden und Anschauungen vertieft werden können, die der Gemeinschaftsbildung – als einer freien Tat – dienlich sind. Sie können aber auch als Forschungsstätten das Geheimnis der Wissenschaft und der Technik überwinden und das Spezialistentum brechen helfen, um so die Technik in den Dienst der Menschheit statt in den Dienst der Macht zu stellen. ←A 35

Die Nähe zu der Idee der Volkshäuser und Arbeiterklubs vor und zu den Kulturhäusern nach dem 2. Weltkrieg ist unübersehbar.

Mit der Planungsidee vom ,,Raum der Mitte" zur Zelle oder Nachbarschaft verfolgt Scharoun einen den bisherigen Gliederungskonzepten der Stadt entgegengesetzten Weg. Wurde bisher von oben zergliedert im Sinne von zerkleinert, versucht Scharoun eine Organisation der Stadt, die von der gesellschaftlichen Zelle, der Familie, ausgeht, für die optimale Entwicklungsmöglichkeiten für jedes einzelne Individuum nach innen und nach außen gesucht werden. Für die, die nicht in einer Familie leben, sind Ledigenheime vorgesehen. In der Ungenauigkeit in bezug auf die reale Zusammensetzung der Haushalte nach dem 2. Weltkrieg liegt die Problematik seines ersten Entwurfs für die Zelle.

Hans Scharoun (1948/49) über das sozialpolitische Konzept der Wohnzelle:

Dem natürlich gegebenen Wachstum soll nicht durch eigenmächtig bestimmte Ziele vorgegriffen werden, sondern die Verbesserung durch das Zusammenwirken und durch die Bindung an das gemeinsame Werk, das im Mittelpunkt der Gemeinschaft steht, erzielt werden. Dem dient sowohl die Gestaltung des einzelnen Hauses, als auch die Art deren Gruppierung bei der Zusammenfassung.

Das Wunschziel für die Gestaltung des einzelnen Hauses ist die Schaffung des von uns ,,Raum der Mitte" genannten Elements. Es ist dies der Raum, der der Entwicklung des Werkes mit Hilfe der Freundschaft dient. Der Raum, in dem – wie mein Kollege Müller-Rehm es ausdrückte – das Klavier ebenso gut wie die Hobelbank Platz haben soll. Wenn ich ihn den Raum der Mitte nannte, so wollte ich damit zum Ausdruck bringen, daß er mehr als eine zusätzliche Werkstatt oder Bastelraum ist. Von ihm geht ursprünglich die Strukturplanung aus, indem sie die in diesem Raum lebendigen und der Gemeinschaft dienenden Gemeinschaftskräfte sichtbar macht. Schematisch ist dies in einer theoretischen Abhandlung der Siedlungseinheit dargestellt, in der punktweise das durch die Räume der Mitte bedingte Strukturgefüge in ihrer räumlichen Zusammenordnung kenntlich wird.

Der Raum der Mitte gibt so ebenbildlich die Individuierung, Gliederung und Gemeinschaft der in der Einheit Zusammengefaßten wieder. Die Gruppe steht in einem anschaulichen Verband zu den ähnlichen übergeordneten oder parallelen Aufgaben und deren Raum, in den Arbeitsstätten, in den Schulen und in den kulturellen Mittelpunkten, den Häusern der Forschung.

Kurt Liebknecht über die Rückkehr nach Berlin und die Pläne zur Gründung eines „Instituts für Baukunst und Bauwissenschaften"

Ende 1944 traf ich durch Vermittlung meines alten Bekannten, des mir freundlich verbundenen Gustav von Wangenheim, der im Nationalkomitee „Freies Deutschland" arbeitete und mit dem ich schon oft über meine mögliche Arbeit im Nachkriegsdeutschland gesprochen hatte, mit Wilhelm Pieck zusammen. Das Gespräch fand im Hotel „Lux" statt, in dem auch andere Arbeiterführer, wie Gottwald, Togliatti (Ercoli) und Tito – letzterer während seiner kurzen Aufenthalte –, wohnten und arbeiteten. Wilhelm Pieck trug einen für die damalige Zeit typischen dunkelblauen Funktionärsrock und saß in einem kleinen, bescheidenen Raum. Er weckte bei mir sofort Vertrauen, so daß das Gespräch schnell in Gang kam. Er befragte mich nach meiner Arbeit und meinem Leben sowie nach meinen Absichten für die Zukunft. Er empfahl mir, Überlegungen für den späteren Aufbau in Deutschland zu machen, da das Ende des Krieges ja vorauszusehen war. Er versprach, mit mir Kontakt zu halten, und bat um meine private Telefonnummer. (. . .)

Kurz nach Kriegsende ließ er wirklich von sich hören und bat mich zu einer Aussprache, an der noch zwei Genossen teilnahmen. Es waren Walter Ulbricht, der zu einem kurzen Besuch aus der damaligen sowjetischen Besatzungszone in Deutschland nach Moskau gekommen war, und Franz Dahlem, den man erst wenige Tage zuvor aus dem Konzentrationslager Dachau befreit hatte. Unsere Besprechung diente weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in Deutschland, insbesondere in der sowjetischen Zone und in Berlin. Walter Ulbricht stellte vor allem den Wiederaufbau dieser Stadt in den Mittelpunkt und gab eine Einschätzung der Zerstörungen, wobei er an mich einige Fragen stellte und meine Rückkehr zur Unterstützung des beginnenden Aufbaus als sehr dringlich betrachtete. (. . .)

Ich sollte so bald als möglich zu einer in Berlin schon arbeitenden Architektengruppe stoßen. Aber die Verteidigung meiner Dissertation war auf den 13. Juni 1945 festgelegt worden. So mußte ich mich noch einmal mit Wilhelm Pieck verständigen. Sein persönlicher Referent, Paul Wandel, organisierte ein erneutes Treffen im Marx-Engels-Lenin-Institut am Sowjetplatz gegenüber dem Rathaus. Auch diese Begegnung fand in den ersten Wochen des Monats Mai statt, in den turbulenten Tagen nach Kriegsende.

Ich teilte Wilhelm Pieck mein Problem mit, und er sagte, ohne lange zu überlegen: „Die Dissertation verteidigst du! In Deutschland wirst du jetzt keine Zeit dazu haben, und wir brauchen qualifizierte Fachleute. Danach kannst du in die Heimat zurückfahren, um beim Aufbau mitzuwirken." (. . .)

Am Freitag, dem 13. Juni verteidigte ich erfolgreich meine Dissertation vor dem Wissenschaftlichen Rat der Akademie, dem Alabjan, Wesnin, Kolli, Stschussew, Ginsburg und andere ordentliche und korrespondierende Mitglieder angehörten. Wie bei jeder Verteidigung waren Konsultanten und Spezialisten hinzugezogen. Anschließend erschien auch meine Doktorarbeit, wie allgemein üblich, als Broschüre im Moskauer Akademieverlag.

Danach meldete ich mich sofort beim Leiter der Gruppe Deutscher Kommunisten, die noch in Moskau weilten – es war der große proletarische Dichter Erich Weinert. Wilhelm Pieck war inzwischen auch nach Berlin gefahren.

Doch meine Übersiedlung verzögerte sich. Ich hatte aber noch so viel an der Akademie zu tun – einige der Arbeiten nannte ich schon –, daß die Wartezeit nicht so schwer zu überbrücken war.

Kurz nach Kriegsende bekam ich eine Ausgabe der „Täglichen Rundschau", die von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland herausgegeben wurde, in die Hände. In einem Beitrag über den Wiederaufbau und das kulturelle Leben wurde mitgeteilt, daß in Potsdam das Präsidium des Kulturbundes gegründet worden war. Ich las die Namen der Mitglieder Otto Nagel, Bernhard Kellermann und Otto Liebknecht. Das war das erste Zeichen von meinen

5.2 Das Institut für Bauwesen (IfB)

←L 9 Von wem die Initiative zur Gründung des Instituts für Bauwesen (IfB) ausging, läßt sich heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen. Im **März 1947** stellte Josef Naas, der Direktor bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften, dazu fest:

→A 36 *Aus dem Kreise deutscher Architekten und der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie ist an den Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften direkt und über den Direktor bei der Akademie die Anfrage gerichtet worden, ob die Akademie die Möglichkeiten bieten könne, Aufgaben auf dem Gebiete des Bauwesens im Rahmen der Akademie zu bearbeiten. Der Präsident hat im Sinne der Umgestaltung der Akademie grundsätzlich seine Zustimmung gegeben, die endgültige Behandlung in der Akademie jedoch von dem konkreten Aussehen des Planes über ein Institut für das Bauwesen abhängig gemacht.*

Die Gespräche zu der beabsichtigten Institutsgründung finden seit **Dezember 1946** statt und stehen in Zusammenhang mit dem Besuch des seit 17 Jahren in der Sowjetunion lebenden Architekten Kurt Liebknecht, der dort in den letzten Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Moskauer Architekturakademie die Gruppe Gesundheits- und Sozialeinrichtungen des Instituts für Gesellschaftsbauten leitete. Seine Rückkehr, obwohl sie zunächst nur ein zweimonatiger Urlaub sein sollte, war lange vorbereitet.

→L 10 Der Anfang Januar im Elternhaus Kurt Liebknechts entworfene *Vorschlag zur Bildung einer Institution für Baukunst und Bauwissenschaft im Rahmen der Deutschen Akademie der Wissenschaften*, der die von Henselmann, Liebknecht und Stoph unterschriebenen Grundsatzgedanken enthält, wird zusammen mit einem Statutenentwurf an den Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften weitergeleitet. Der wiederum bittet daraufhin Hans Scharoun, Max Taut und Hermann Henselmann um genaue Vorschläge zu den Aufgaben des zu gründenden Instituts, zu seinem Aufbau und den in Frage kommenden Personen.

Hans Scharoun, der seine Vorschläge am **8.1.1947** an die Akademie schickt, sieht eine dreifache Aufgabe für die *Akademie/Sektion Bauwesen:*

→A 37 *I. Allgemeine Tätigkeit:*

Die Arbeit an der neuen Gestalt des Bauwerks, der Siedlung, der Landschaft auf sozialer, bautechnischer, baukünstlerischer und kultureller Grundlage mit den Mitteln der Forschung und der Anschauung zu betreiben. Die Anwendung allgemeiner Grundsätze im gesamten Bauwesen, besonders aber im öffentlichen Bauwesen, zu beraten, wissenschaftliche und künstlerische Studien von allgemeinem Interesse zu fördern.

II. Besondere Tätigkeit:

Die Akademie, Sektion Bauwesen, ist anzuhören in Fragen des öffentlichen Bauwesens und hat alle wesentlichen Gestaltungsaufgaben, die durch städtische oder staatliche Gemeinschaften zur Durchführung kommen sollen, zu begutachten.

III. Weitere Ausbildung des Baufaches:

Die Akademie, Sektion Bauwesen, hat insbesondere Einfluß auf die Ausbildung des Nachwuchses zu nehmen und ist bei der Organisation der Architektenschaft gutachtlich zu hören.

Bei der Nachwuchsausbildung handelt es sich einmal um die Einflußnahme auf bestehende oder neu zu bildende Lehranstalten in Aufbau und Handhabung. Dann aber darum, durch Bildung von Meisterateliers, deren Zahl auf höchstens 10 zu begrenzen wäre, unmittelbar auf die Erziehung durch Entwicklung der Persönlichkeit über den Rahmen der Lehranstalten hinaus Einfluß zu nehmen. Jedoch soll auch für die Inhaber der Meisterateliers die Ausübung einer Lehrtätigkeit in den Lehranstalten möglich bleiben.

Henselmann schlägt eine Aufgliederung des Instituts in 12 Abteilungen vor:

→A 38
1) Siedlungswesen
2) Wohnungswesen
3) Arbeitsstätten
4) Öffentliche Bauten
5) Verkehr
6) Versorgung und Hygiene
7) Baustoffe und Konstruktionen

8) Landschaft
9) Baudenkmalspflege
10) Baukunst
11) Normung und Typisierung
12) Erziehung des Nachwuchses

Auch Henselmann macht wie Scharoun, mit dem er sich vorher besprochen hat, Personalvorschläge für die Abteilungsleiter:

Mit dem Kollegen Scharoun wurde besprochen, daß die personelle Besetzung dem ganzen Institut nach außen hin den Stempel aufdrücken wird. Es wäre deshalb darauf zu achten, daß aus dieser Besetzung erkennbar wird, daß es sich nicht um ein Berliner Institut im engeren Sinne handelt und auch da nicht etwa um einen Personenkreis, der miteinander befreundet ist. Ich bin der Meinung, daß diese Konstruktion so großzügig und so weit wie möglich gefaßt werden sollte, damit der gesamtdeutsche Rahmen erkennbar wird. Herr Prof. Scharoun pflichtet dieser Auffassung völlig bei und glaubt, die sofortige Arbeitsfähigkeit des Instituts und die eben angeführten Grundsätze dadurch zu sichern, daß er vorschlägt, diese Besetzung provisorisch oder kommissarisch vorzunehmen und ausdrücklich darauf hinzuweisen.

Neben Architekten aus dem Umkreis des Planungskollektivs wie Ebert, Friedrich, Böttcher, Mächler, Lingner und Scharoun schlägt Henselmann auch *große Namen* vor wie Hilberseimer, Niemeyer, Gropius, Luckhardt, Mies van der Rohe, Hertlein, Martin Wagner u.a.

Kurt Liebknecht erhält den Auftrag, sich nach einem Gebäude umzusehen:

Dann erhielt ich den Auftrag, ein entsprechendes Gebäude außerhalb des schon zu stark belasteten Berlins zu suchen. Ich fuhr nach Potsdam, wo uns der damalige Ministerpräsident Brandenburgs, Steinhoff, sowohl das teilzerstörte Reichsarchiv als auch das riesige Dachgeschoß des Neuen Palais anbot. Bei letzterem Objekt kam mir natürlich die Meisterwerkstatt meines Lehrers Hans Poelzig in den Sinn, die er gegenüber in einem Gebäude der Communs eingerichtet hatte und wo er mich in den zwanziger Jahren zu meinem Antrittsbesuch empfangen hatte. ←L 11

Steinhoff bietet der Akademie dann noch das Schloß in Babelsberg an.

Eine Besichtigung mit Professor Scharoun und Architekt Krause ergab jedoch, daß diese Bauten, die nur der Repräsentation und Machtdarstellung dienten, als Arbeitsstätten ohne weiteres nicht verwendbar sind und ein dementsprechender Umbau und die Bewirtschaftung zu kostspielig werden wird. ←A 39

Für Scharoun mag dabei auch die Entfernung zu seinem neuen Arbeitsplatz in der TU Charlottenburg eine Rolle gespielt haben.

Bis auf weiteres finden die Vorbesprechungen zur Institutsgründung in Räumen der TU in der Jebensstr. 1 statt, die Suche nach einem geeigneten Gebäude geht weiter.

Am **8.5.1947** faßt die Akademie der Wissenschaften den Beschluß, der die Errichtung eines Instituts für Bauwesen grundsätzlich billigt. Scharoun werden die weiteren Vorbereitungsarbeiten zur Gründung übertragen, wozu unter anderem gehört: die Vorlage eines Arbeitsplans, Vorschläge über den organisatorischen Aufbau, über Mitarbeiter und Gebäudeangelegenheiten. Die notwendigen Mittel werden bereitgestellt.

Nachdem die Verhandlungen und Vorgespräche mit den zukünftigen Institutsleitern gelaufen sind, legt Scharoun am **9.9.1947** einen Organisations- und Arbeitsplan für das Institut für Bauwesen vor, dessen 11 Abteilungen wie folgt besetzt werden sollen: ←L 12

1	Siedlungswesen	Martin Mächler
2	Wohnungswesen	Max Taut/Theo Effenberger
3	Arbeitsstätten	Hermann Henselmann
4	Verkehr	Peter Friedrich
5	Versorgung	Wils Ebert
6	Baustoffe/Baukonstruktionen	Karl Böttcher
7	Landschaft	Reinhold Lingner
8	Baudenkmalspflege	Hinnerk Scheper
9	Gestaltung	Hans Scharoun
10	Erziehung	Hugo Häring
11	Normung/Typisierung	Wilhelm Wagenfeld

Eltern, von denen ich über zehn Jahre nichts mehr gehört hatte, denn natürlich hoffte ich sehr, daß auch meine Mutter noch lebte. Meine Freude über diese Nachricht ist schwer zu beschreiben.

Ich unterhielt mich mit Gustav von Wangenheim, der mir riet, alles einzuleiten, um mit Hilfe des Nationalkomitees „Freies Deutschland" erst einmal einen längeren Urlaub nach Berlin zu erhalten. Zufällig erfuhr ich, daß der namhafte Architekt, Professor Nikolski, der spätere Erbauer des Kirowstadions in Leningrad, nach Berlin fahren sollte. Er war Mitglied der Akademie, so setzte ich mich mit ihm in Verbindung, und er versprach mir sofort mit großer Herzlichkeit, meine Eltern aufzusuchen und mir später zu berichten. (. . .)

Ehe ich alle Papiere für meinen Deutschlandurlaub in den Händen hatte, wurde es Ende 1946. Dann fuhr ich nach 17 Jahren wieder in das Land, in dem ich geboren und aufgewachsen war. Das Wort Heimat kam mir natürlich in den Sinn, aber auch mit der Sowjetunion verband mich inzwischen vieles, nicht zuletzt meine Staatsbürgerschaft. Auch der tägliche Umgang mit der deutschen Sprache war mir seit etwa zehn Jahren fast völlig fremd. Ich habe schon erklärt, warum ich es jahrelang bewußt vermieden hatte, diese Laute zu sprechen. (. . .)

Ich blieb zwei Monate, von Dezember 1946 bis zum Februar 1947, und verbrachte diese Zeit bei meinen Eltern in Neu-Babelsberg, einem Stadtteil Potsdams, wo ich auch mit meiner Schwester und meiner Nichte zusammenkam. Neben den vielen privaten Wiedersehensfreuden gab es für mich eine intensive politische Tätigkeit. Nach einem Treffen mit Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Willi Stoph bereiteten wir einige Pläne für meinen endgültigen Aufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vor, zu denen, vor allem nach dem Kennenlernen des zerschlagenen Berlins, die vordringlichsten Bauarbeiten sowie die Gründung einer Bauakademie als Institution für die theoretischen Grundlagen und den praktischen Aufbau von Städten, Dörfern und der Industrie gehörten.

Ende Dezember, genau am Weihnachtsabend, erhielt ich einen Brief von Willi Stoph, der in der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie der SBZ eine leitende Stellung innehatte. Darin nahm er Bezug auf eine Unterredung mit seinen Mitarbeitern Kogut, Hans Duntz und Dirk van Rickelen und bat mich, ihn Anfang Januar noch einmal aufzusuchen, um wichtige Fragen des Bauwesens in diesem Teil Deutschlands zu besprechen. Auch schlug er eine Zusammenkunft mit Professor Henselmann, Direktor der Staatlichen Hochschule für Baukunst und bildende Künste Weimar, vor.

Weiterhin regte er als Leiter der Fachgruppe „Bauwesen" in der Kammer der Technik an, daß ich Ende Januar über das Bauen in der Sowjetunion reden solle, was in der Berliner Architektenschaft großen Anklang finden würde.

Die Besprechungen und Begegnungen fanden statt, wobei ich auch Alfred Krause und Hans Mucke kennenlernte.

Am 29. Januar 1947 hielt ich im Kulturbund den Vortrag „Der Architekt beim Wiederaufbau in der Sowjetunion", der von Willi Stoph eingeleitet wurde. Ich berichtete hauptsächlich über die Arbeit und die Organisation der Architekturakademie der Sowjetunion sowie über meine persönliche Verantwortung als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Gesellschaftsbauten, speziell für den Bereich der Gesundheitsbauten.

In allen Aussprachen und Diskussionen ging es immer wieder darum, wie man unter den damaligen schwierigen Bedingungen den Wiederaufbau, die Reparatur und die Instandsetzung, natürlich auch den Neubau, insbesondere von Wohnungen, organisieren und durchführen könne. Die Zerstörungen in Stadt und Land stellten alle vor fast unlösbare Aufgaben, zumal die Bau- und Baustoffproduktion auch erst wieder in Gang gebracht werden mußte.

Ich denke an eine Zusammenkunft in meinem Elternhaus zurück, bei der erneut die Fragen der Bauakademie erörtert wurden und an der Willi Stoph,

Hermann Henselmann, Hans Scharoun und Herbert Weinberger teilnahmen. Hermann Henselmann hatte sogar für die Fahrt von Weimar nach Babelsberg vom damaligen Innenminister Thüringens, Werner Eggerath, einen speziellen Wagen mit Polizeischutz zur Verfügung gestellt bekommen, was für seine Sicherheit möglicherweise notwendig war, was aber in Babelsberg einiges Aufsehen hervorrief.

Wir unterhielten uns über die geplante Bauakademie, dabei dachten wir natürlich unter den damaligen Bedingungen an die Schaffung einer gesamtdeutschen Einrichtung. Hermann Henselmann besitzt noch ein Dokument, das damals in meinem Elternhaus vorbereitet wurde und vorerst die Bildung eines Instituts für Baukunst und Bauwissenschaft im Rahmen der Deutschen Akademie der Wissenschaften vorsah.

Hermann Henselmann:
Das erste Dokument zur Gründung einer „Institution für Baukunst und Bauwissenschaft"

Vor mir liegt ein Dokument aus meinem Archiv, das bereits im Januar 1947 ausgearbeitet und bestätigt wurde. Es ist aufgestellt und unterzeichnet von Professor Henselmann, Dipl.-Ing. Kurt Liebknecht und Willi Stoph – als dem zuständigen Beauftragten der deutschen Wirtschaftskommission. Ich bewerte dieses Dokument als die Geburtsurkunde der späteren Deutschen Bauakademie und als einen Teil unserer ernsthaften Bemühungen, die Einheit Deutschlands zu bewahren, auch in seinem Antlitz, das unseren Herzen als Heimatbild eingeprägt ist. Das Dokument gliedert sich in den Vorschlag, der die Grundsatzgedanken enthält, und in das Statut, das im wesentlichen dem einer Akademie folgt.

Das ist der Wortlaut des Vorschlages:

„Bildung einer Institution für Baukunst und Bauwissenschaft im Rahmen der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

Der Krieg hat auf allen Gebieten der Wirtschaft und vor allem auf den Gebieten des Bauwesens zu einem in der deutschen Geschichte noch nie dagewesenen Zusammenbruch geführt. Hunderte von Städten, Tausende von Dörfern und unzählige Fabriken wurden zerstört und große Kulturwerte vernichtet. Es besteht jetzt die Möglichkeit, die riesigen Fehler, die eine frühere spontane und unorganisierte Bauepoche angerichtet hat, wieder gutzumachen und Generalbebauungspläne für Stadt und Land aufzustellen, die, von den Forderungen der heutigen Zeit und den heutigen Menschen ausgehend, zu einem Ausdruck der demokratischen Erneuerung werden müssen. Gilt es doch, der Wohnungsnot, vor allem derjenigen der Umsiedler, Herr zu werden und die neuen Reformen, Boden- und Schulreform, im Bauen zu realisieren, um dadurch praktisch an ihrer Durchführung mitzuhelfen und diese zu gewährleisten. Für den Aufbau bedarf es einer starken Bauwirtschaft, die planmäßig neu geschaffen werden muß. Dabei wird es drei Entwicklungsstufen geben:

die erste Stufe, bei der handwerkliche und primitive Baumethoden mit Hilfe örtlicher Baustoffe angewendet werden;

die zweite Stufe, bei der die Baustoffe einer wiederhergestellten Bauindustrie ausgenutzt werden können, und

die dritte Stufe, die einen Übergang zu einer auf den neuesten Forschungsergebnissen fußenden Baustoff- und Bauindustrie bedeutet.

Typisierung, Standardisierung und Normung, als Voraussetzung für die Industrialisierung, müssen in weitestem Maße im Bauwesen zur Anwendung gebracht werden.

Denkmalschutz und Denkmalpflege werden zu einem wichtigen Faktor, da viele der besten, durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Architekturwerte vor weiterem Verfall geschützt oder restauriert werden müssen.

Über die Organisation heißt es:

→L 13 *1. Die vorgenannten Abteilungen bearbeiten die Aufgaben selbständig, nachdem diese durch das Kuratorium genehmigt oder ihnen überwiesen sind. Im Interesse dieser Selbständigkeit erhalten die Abteilungen eigene kleinste Verwaltungen für wissenschaftliche Zwecke mit einer eigenen kleinen Handbibliothek usw. Die Abteilungen bestehen aus den Gruppen „Lenkung" und „Aufgaben-Entwicklung". Der Gruppe „Lenkung" gehören außer der Verwaltung der Abteilungsleiter und sein wissenschaftlicher Sekretär an. Deshalb behält die Gruppe „Lenkung" im Etat eine verhältnismäßig feste Umfangsbegrenzung. Die Gruppe „Aufgaben-Entwicklung" wird naturgemäß aufgabenmäßig, und daher auch etatmäßig, Schwankungen unterworfen sein. Die Etataufstellungen für die einzelnen Abteilungen wurden durch die vorgesehenen Abteilungsleiter vorgenommen. Zum besseren Verständnis der Etats muß daher bemerkt werden, daß die Herren teils von übersehbaren Einzelaufgaben ausgegangen sind, teils von langfristigen, übergeordneten Aufgabenstellungen, für die sie dann die Kosten eingesetzt haben, die für deren Erarbeitung innerhalb eines Etatjahres anfallen werden.*

2. Kern des Institutes ist das Kuratorium. Es lenkt die wissenschaftliche Arbeit des Gesamtinstitutes. In ihm sind

a) die Leiter der Abteilung

←L 14 *b) hinzugewählte Mitglieder, möglichst auswärtige*

c) Mitglieder aus dem Kreis der Akademie der Wissenschaften

vertreten. Das Kuratorium hat die Auswahl der Entwicklungsaufgaben vorzunehmen und sie nach Bedarf an die Abteilungen zur unmittelbaren Bearbeitung oder an Außenstehende zur weiteren Behandlung als Forschungsaufgaben zu verteilen.

3. Neben dem Kuratorium steht der Leiter des Institutes (Direktor), dem die allgemeine Verwaltung und die Bauabteilung unterstellt werden. Er sorgt für die kontinuierliche Führung der Geschäfte und Inganghaltung der wissenschaftlichen Arbeit. Dem Direktor steht der wissenschaftliche Sekretär zur Seite.

4. Voraussetzung für eine fruchtbare Arbeit des Institutes ist die Heranziehung und Beschäftigung bester auf dem Fachgebiete arbeitender Kräfte Berlins, Gesamtdeutschlands und auch aus dem Kreis der Emigrierten. Bei der Bezeichnung der genannten Mitarbeiter wurde zwar von dem Qualitätsgedanken ausgegangen, es wurde aber auch darauf Rücksicht genommen, auf die Mitarbeiter sofort zurückgreifen zu können, um mit der Arbeit unverzüglich anzufangen. Es muß damit gerechnet werden, daß in späterer Zeit die eine oder andere für unsere Arbeit außerordentlich wichtige Kraft gewonnen werden kann, und daß diese Kräfte in bestehende Positionen einzuweisen sind oder, falls dies der richtige Weg ist – von der Person und von der Sache her gesehen –, für sie neue Abteilungen eingerichtet werden.

Am **16.10.1947** beschließt die Vollversammlung der Akademie der Wissenschaften die Gründung des IfB. Zum **1.11.1947** wird Scharoun der neue Direktor des Instituts. Mit den vorgesehenen Abteilungsleitern werden die ersten Verträge abgeschlossen. Nur Hugo Häring ist nicht bereit, von Biberach nach Berlin zu kommen, weil er mit dem vorgelegten Programm nicht →L 15 einverstanden ist. Scharoun, der ihn als Theoretiker und Berater braucht, gelingt es nicht, ihn umzustimmen.

Auch die Stelle des wissenschaftlichen Sekretärs bleibt zunächst offen. Am **16.4.1948** schreibt in dieser Sache Scharoun an Schnittke, den russi- →S.424 schen Vertreter im ehemaligen Internationalen Komitee für Bauwesen, der jetzt bei der „Täglichen Rundschau" in Dresden arbeitet.

→A 40 *Lieber Herr Schnittke!*

Darf ich nach langer Zeit des Schweigens Ihnen sagen, daß wir oft der Zeiten lebendiger Unterhaltung gedachten und den Wunsch äußerten, Sie einmal wieder zu sprechen. Anlässe dazu könnten diese sein:

Das Institut für Bauwesen als Institut der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin beschäftigt sich unter meiner Leitung mit Grundlagen-Forschungen und – soweit dies die Tagesereignisse verlangen – mit aktuellen Fragen auf dem Gebiete des Bauwesens. Der Konstruktion nach ist das Institut ein wenig anders, glaube ich, als die Akademie des Bauwesens in Moskau. Um so mehr interessiert es alle beteiligten Herren, über die Entwicklung der Akademie und des Bauens überhaupt in Rußland unterrichtet zu werden. Wir haben den Wunsch, Herrn Liebknecht, der zur

Zeit an der Moskauer Akademie mitarbeitet, bei uns als wissenschaftlichen Sekretär zu beschäftigen. Dieser Wunsch war bisher nicht erfüllbar.

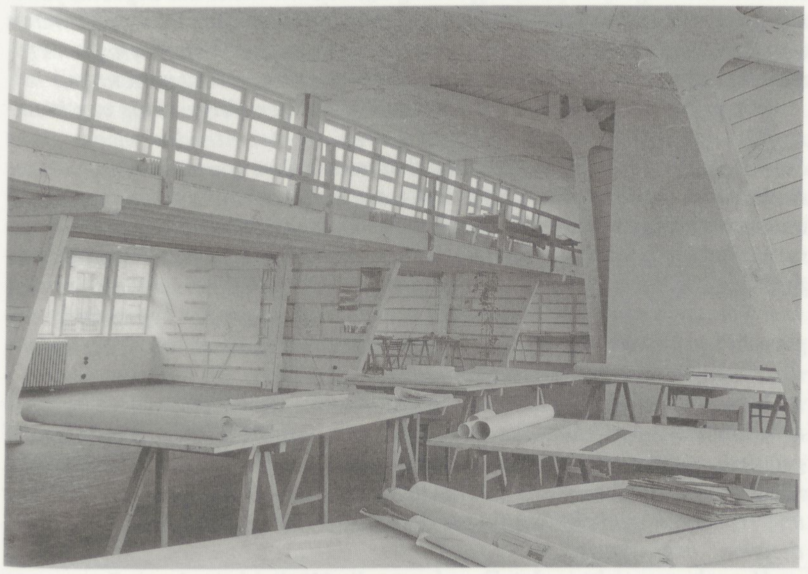
Nun haben mit mir alle beteiligten Herren – Mächler, Taut, Effenberger, Henselmann, Scheper, Wagenfeld, Lingner, Häring, Friedrich, Ebert, Böttcher – Sie werden verschiedene von ihnen noch kennen – den Wunsch an Sie, daß Sie einmal an einer unserer Abteilungsleitersitzungen teilnehmen. Die Sitzungen finden jeden Mittwoch, nachmittags 15.00 Uhr vorläufig noch in der Jebensstraße 1 (Techn. Univ.) statt, da uns eigene Räume noch nicht zur Verfügung stehen.

Wir sind uns darüber klar, daß wir, wenn wir auch dringenden Fragen der Öffentlichkeit antworten müßten, dennoch eigentlich erst viel Grundsätzliches erarbeiten, viele Fragen umdenken müssen, so daß wir an einer allzu starken Publizität im Augenblick noch nicht interessiert sind, wenn auch die Existenz des Instituts sich schon genügend herumgesprochen hat, so daß wir hin und wieder Echo in der Öffentlichkeit haben. Also scheint ein Hinweis in der Öffentlichkeit auf das Institut vielleicht noch nicht erwünscht. Soweit zum „Institut für Bauwesen".

Kurt Liebknecht wird erst **Ende 1948** von seinen Aufgaben an der Architektur-Akademie in Moskau entbunden und übernimmt die Stelle des Sekretärs:

Ich wurde, wie schon bei meinem ersten Aufenthalt vor einem Jahr beschlossen, zum Wissenschaftlichen Sekretär des neugegründeten Instituts für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften berufen. Leiter unseres Instituts war, ebenfalls wie festgelegt, der bekannte Architekt Professor Hans Scharoun, der damalige erste Stadtbaurat von Berlin. ←L 16

Das Institut für Bauwesen war in einer ausbaufähigen früheren Kaserne in der Hannoverschen Straße untergebracht. Als ich zum Wissenschaftlichen Sekretär berufen wurde, waren die Wiederherstellung und der Ausbau des Gebäudes nach den Vorstellungen von Hans Scharoun noch in vollem Gange. So wurde unter anderem eine obere Etage aufgesetzt.



→B 27

Das Atelier der Abteilung Gestaltung des Instituts für Bauwesen. Das 1949 ausgebaute Dachgeschoß des Hauses Hannoversche Straße 30 ist Scharouns erster Neubau nach dem Krieg ←B 28

1949 kann nach dem Einzug in die neuen Räume in der Hannoverschen Straße 30 auch die geregelte Arbeit des Instituts aufgenommen werden. Mit dem Jahr **1949** setzt aber auch der 2-Jahres-Plan für die sowjetisch besetzte Zone ein, der am **29./30. Juni 1948** vom Parteivorstand der SED beraten wurde und die Alternative zum Marshall-Plan der USA in den Westzonen bildet. Seit dem **1.1.1949** werden die konkreten Aufgaben des ersten Planjahrs beraten, die am **30.3.1949** von der Deutschen Wirtschaftskommission als Volkswirtschaftsplan für das Jahr **1949** verabschiedet werden. Wie sehr die Arbeit des Instituts durch den Übergang zu einem planwirtschaftlichen Instrumentarium betroffen ist, spiegelt das Protokoll der Abteilungsleitersitzung vom **23.2.1949**, an der Scharoun, Friedrich, Lingner, Böttcher, Ebert, Scheper, Wagenfeld, Henselmann, Liebknecht, Meyer, Weinberger, Duntz und Jentsch teilnehmen, Effenberger und Mäch- →I/351 ←S.513

Für die Gestaltung neuer Städte und Dörfer und deren Gebäude müssen neue Ausdrucksformen und Wege gefunden werden, die eine hochwertige Architektur für die Zukunft gewährleisten.

Wir stehen jetzt am Anfang eines Aufbaues, der größtes Wissen und Können um alle Probleme des gesamten Bauwesens erfordert. Die neue Bauepoche mit allen vorstehend angeführten Aufgaben verlangt die Zusammenfassung aller schöpferischen Kräfte und muß sich auf eine zentrale und in ihrem Aufbau vollkommen neuartige Institution stützen können, die vom baukünstlerischen wie auch vom bauwissenschaftlichen Standpunkte aus zu allen Fragen Stellung nimmt und sowohl theoretisch als auch praktisch für alle Gebiete des Bauwesens (Städtebau, Wohnungsbau, Baustoffe und andere) richtunggebend wird.

Die bei dem Zusammenbruch bestandenen Institutionen der Bauwirtschaft sind größtenteils nicht mehr vorhanden und wären infolge ihrer Zersplitterung und ihrer Aufgabenstellung, die einer überwundenen Zeitepoche angehören, nicht mehr in der Lage, die neuen Probleme der Bauwirtschaft zu lösen.

Um einer solchen Institution allgemeine Anerkennung zu verschaffen, müssen die besten Baukünstler in ganz Deutschland gewonnen und zur aktiven Mitarbeit herangezogen werden.

Eine Institution für Baukunst und Bauwissenschaft wird auch auf die Lehrpläne der Bauhoch- und -fachschulen einen Einfluß haben müssen, um diese zu koordinieren und um einen Nachwuchs heranzubilden, der dem Aufbau gerecht wird.

Durch ihren Arbeitsbereich wird die Institution für Baukunst und Bauwissenschaft unmittelbar mit den zentralen Verwaltungen der Wirtschaft, des Bauwesens, der Umsiedlung und der Volksbildung in Verbindung treten müssen, die zusammen mit den Länder-Regierungen ihre Auftraggeber darstellen.

Zunächst wird die Institution aus organisatorischen Gründen der Akademie der Wissenschaften angegliedert, um dann später bei einer weiteren Entwicklung und einem weiteren Ausbau vollkommen selbständig zu werden.

Berlin, im Januar 1947"

Das Haus Hannoversche Straße 30, umgebaut zur Ständigen Vertretung der BRD. Der Dachausbau ist noch erkennbar

Das Haus Hannoversche Straße 30

Das Gebäude gehört zu dem Komplex der Garde-Artillerie-Kaserne vor dem Oranienburger Tor, der schon in Band 1 der Geschichte des Berliner Mietshauses eine wenig rühmliche Erwähnung findet, weil **1848** von dort der erste Kanonenschuß auf die März-Revolutionäre abgegeben wird.

Wenn wir auch die Baugeschichte nicht kennen, so ist doch die Nutzungsgeschichte ziemlich einmalig. Auf dem Katasterplan **1940** ist schon die isolierte Bauform eingetragen und als *Polizeischule Berlin Mitte* ausgewiesen. Dieses Gebäude suchen Scharoun und Weinberger **1947** aus, um das „Institut für Bauwesen" unterzubringen. Das Dach dieses mit 5 Voll-

geschossen versehenen Hauses wird von Scharoun und Ruegenberg zu einem Ateliergeschoß ausgebaut. Es ist somit nicht nur der erste Neubau Scharouns nach dem Krieg, sondern auch das Muster für die Ateliers, die die Wohngehöfte in Charlottenburg-Nord krönen. In eines dieser Ateliers zieht Scharoun aus seiner Wohnung in der alten Ring-Siedlung um und läßt es durch einen Durchbruch mit einer darunterliegenden Wohnung kombinieren. Später übernimmt die „Deutsche Bauakademie" das Gebäude und bringt die Meisterateliers von Hopp, Henselmann und Paulick darin unter. Nach den Verträgen zwischen der BRD und der DDR im Jahre 1971 wird das Gebäude umgebaut und hermetisch gesichert, um seitdem die „Ständige Vertretung der BRD" zu beherbergen.

Hinnerk Scheper, geb. 6.9.1897 in Welften bei Osnabrück, gest. 5.2.1957 in Berlin (West). Besuch der Kunstgewerbeschulen in Düsseldorf und Bremen. 1919–22 Studium am Bauhaus Weimar, Meisterprüfung. 1925–33 Meister am Bauhaus, Leiter der Werkstatt für Wandmalerei, 1929–30 nach Moskau berufen als Leiter der neugegründeten Beratungsstelle für farbliche Baugestaltung. 1933–45 freie Tätigkeit, denkmalpflegerische Aufgaben. 1945 Konservator von Berlin, ab 1949 Leiter des Amtes für Denkmalpflege in Berlin (West), 1953 Landeskonservator, 1952–57 Lehrauftrag für Denkmalpflege an der TU Berlin.

Wilhelm Wagenfeld, Formgestalter, geb. 15.4.1900 in Bremen, lebt in Stuttgart. 1916–19 Kunstgewerbeschule in Bremen, 1919–22 Stipendium für die Staatl. Zeichenakademie in Hanau, 1923 Bauhaus Weimar, Metallwerkstatt, Gesellenprüfung, 1926 Assistent der Metallwerkstatt der Staatl. Bauhochschule in Weimar, 1929 Leiter, 1930 Auflösung der Schule. Ab 1927 Zusammenarbeit mit der Industrie, ab 1931 mit dem Jenaer Glaswerk Schott & Gen. 1931–35 Prof. an der Staatl. Kunsthochschule in Berlin. 1935 Übernahme der künstl. Leitung der Vereinigten Lausitzer Glaswerke in Weißwasser/Oberlausitz. 1942–45 Militärdienst, russische Kriegsgefangenschaft. 1946 Beteiligung an dem Versuch, die Dresdner Werkakademie neu zu gründen. Übersiedlung nach Berlin. 1947–49 Prof. für industrielle Formgebung an der HfbK und Leiter der Abt. Typisierung und Normung im Inst. f. Bauwesen der Akademie der Wiss. 1949–50 Referent für industrielle Formgebung im Württembergischen Landesgewerbeamt in Stuttgart. 1954–78 Werkstatt Wagenfeld, Versuchs- und Entwicklungswerkstatt für Industriemodelle in Stuttgart.

ler sind entschuldigt. Es geht um die planmäßige Strukturierung der Institutsarbeit und um Fragebögen, die die Arbeit kontrollierbar machen sollen. Unter Tagesordnungspunkt 5 wird zusammengefaßt:

→A 41 *Der periodisch wiederkehrende Meldezwang der im IfB betriebenen Arbeiten erfordert die Fortführung und Abschließung der Arbeiten an Formularen, die kontinuierlich bearbeitet werden und dann jederzeit über den Stand der Arbeiten Auskunft zu geben vermögen. Dr. Liebknecht hat das durch Ebert angeregte Formular ausgearbeitet und legt dies vor. In den anschließenden Diskussionen betont Henselmann die Notwendigkeit des Austausches der Resultate der Arbeiten in den einzelnen Abteilungen, damit jede Abteilung jederzeit über die Gesamtarbeit unterrichtet sei. Liebknecht betont noch einmal, daß der Sinn der Fragebogen nicht nur in der Meldepflicht zu sehen sei, sondern daß sie Organe zur Steuerung der Arbeiten der einzelnen Abteilungen darstellten und den Abteilungsleitern in jedem Augenblick die Möglichkeit der Orientierung gäben.*

Henselmann betont die Verantwortung, die wir der Öffentlichkeit gegenüber hinsichtlich der Mittel hätten, die diese uns für unsere Arbeit zur Verfügung stellt.

Wagenfeld gibt dem Bedenken Ausdruck, daß die Arbeit nach einem fest vorliegenden Plan die Beweglichkeit behindere, die ein Ergebnis der gerade heute jeden Tag geänderten Situation sei. Er begründet dieses Bedenken aus der Erfahrung, die ihm seine Zusammenarbeit mit der Industrie vermittle. Das Ziel z.B., das für ihn darin besteht, die Glasindustrie auf Qualitätserzeugung umzustellen, verlange Geschmeidigkeit und würde durch Erstarrung gefährdet werden. Die Erstarrungen aber können dann eintreten, wenn statt des lebendigen Willens der äußerliche Zwang durch Festhalten an einem Organisationsplan träte.

Henselmann bezeichnet die Aufgaben, die dem IfB anvertraut sind, als Forschungsaufgaben. Es müßte aber die Forschung als geistige Aufgabe von der Operative getrennt werden. Unsere Erfahrungen auf dem Gebiet des Operativen müssen wir in unsere forscherische Arbeit einfließen lassen. Er erkennt die Wagenfeldsche Auffassung an, daß wir nicht das Ergebnis fixieren könnten, sondern nur das Ziel, aber die Mittel aus der Wirtschaft wären bereitgestellt, um Ergebnisse zu gewinnen, die in den wirtschaftlichen Produktionsstätten nicht oder nur unvollkommen erzielt werden können.

Wagenfeld bezeichnet es als Notwendigkeit, der Vergeudung von Werkstoffen entgegenzuwirken und dem Leben der Arbeitenden wieder einen Sinn zu geben. Die Produktion der Industrie müsse eine vollkommen neue Bedeutung erhalten. Sie dürfe nicht als Handelsartikel gesehen werden, sondern als Gegenstand von einer gesellschaftlichen Bedeutung.

Henselmann weist darauf hin, daß in der Öffentlichkeit die von Wagenfeld angestrebten Bemühungen noch teilweise falsch verstanden werden, weil man annimmt, daß Wagenfeld vorwiegend gegen die Typisierung eingestellt sei, die als Begriff aus dem abendländischen Raum nicht mehr fortzudenken wäre.

Wagenfeld sieht den klaren Weg zur Typung darin, daß alles Unorganische im schöpferischen Prozeß abgestreift und die klare, technisch und geistig bestimmte Lösung angestrebt wird.

Ebert warnt, indem er sich auf die geforderten Zeitangaben bezieht, vor überstürzten Terminfestsetzungen, damit das Ganze nicht auf einen „Stundenplan" hinauslaufe.

Henselmann sieht in den Fragebogen die Möglichkeit, durch Zusammenschau und Übersicht zur Entwicklung von Prinzipien zu kommen, nach denen Industrieaufgaben beurteilt werden können, aufgrund deren wir Einfluß ausüben können.

Liebknecht hält die Einbindung der Termine für notwendig, da sie die Voraussetzung für die Aufteilung in Etappen bilden. Die Entwicklung der Grundlagenarbeit sollte sich aber der Etappen bedienen.

Böttcher regt unter Bezug auf die Tätigkeit in seiner Abteilung an, nur die allgemeinen technischen Probleme im Fragebogen aufzunehmen, die aber in seiner Abteilung besonders im Vordergrund stehende Gutachtertätigkeit durch besondere Listen zu erfassen. –

Liebknecht berichtet über eine Sitzung, die im Wirtschaftsausschuß des Volksrates stattfand und die Aufgaben der technischen Intelligenz im Rahmen des 2-Jahres-Planes betraf unter Nennung besonderer Aufgaben wie in Berlin die Gestaltung des Raumes Unter den Linden und der Frankfurter Allee.

Die Gestaltung der Frankfurter Allee wird unter Leitung von Wils Ebert im Hauptamt für Planung, das am **28.5.1949** ein „Programm für die Neugestaltung Berlins" verfaßt, vorbereitet. Das IfB erhält vom Hauptamt für Planung den Auftrag, einen Entwurf für die erste Wohnzelle auszuarbeiten, die an der Frankfurter Allee im Bezirk Friedrichshain gebaut werden soll. Die Bearbeitung des Auftrags übernimmt Scharoun mit seiner Abteilung Gestaltung. ←S.259

5.2.1 Die Haus- und Wohnungstypen für die Wohnzelle Friedrichshain

Den Beginn der Arbeit Scharouns für die Wohnzelle Friedrichshain können wir nicht genau bestimmen. Am **4.7.1949** bittet Wils Ebert nach einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister Scharoun darum, die ihm übertragene Planung im Vorprojekt bis zum **15.7.1949** fertigzustellen, wo sie als Zeichnung und Modell öffentlich vorgestellt werden soll. Es ist unwahrscheinlich, daß dieser Termin eingehalten werden kann. Die Arbeiten im IfB verzögern sich, möglicherweise, weil die Arbeitsräume noch nicht ganz fertiggestellt sind, möglicherweise aber auch, weil Scharoun zu dieser Zeit noch mit anderen Arbeiten wie den Wettbewerben zur Liederhalle Stuttgart, dem Opernhaus Leipzig und dem Entwurf zum Zellstoffwerk Magdeburg in Rothensee beschäftigt ist. ←S.296

Am **2.8.1949** wird im Maßstab 1:2000 das *Plangebiet der 1. Wohnzelle* mit den noch bestehenden Altbauten gezeichnet. Am **29.8.1949** wird für die Abteilung Gestaltung ein Arbeitsplan aufgestellt, der belegt, daß zu diesem Zeitpunkt die Wohnungstypen für Friedrichshain im Vorentwurf stehen. Sie sollen danach im Maßstab 1:100 und 1:50 durchgearbeitet werden. Erst auf der Grundlage der Wohnungstypen wird die Planung der Zelle in Angriff genommen.

Grundlage für die Entwicklung der Wohnungstypen sind die *Richtlinien für die Planung von Nachbarschaften* des Hauptamts für Stadtplanung. Sie legen die voraussichtliche Entwicklung des Wohnungsbedarfs für Berlin für die Entwicklungsphasen bis **1960** und darüber hinaus bis **1975** fest, bei der Annahme einer jährlichen Zuwanderung von 1,3 % der Bevölkerung. ←A 43

Die programmatischen Daten basieren auf einer statistischen Untersuchung, die **1947** unter Leitung von Wils Ebert von Ludmilla Herzenstein als Referentin für Statistik im Hauptamt für Stadtplanung begonnen und dann in der Abteilung Versorgung des Instituts für Bauwesen ausgearbeitet wurde. Sie wird im **Mai 1948** in der „Neuen Bauwelt" veröffentlicht. Wils Ebert schreibt im Vorwort:

Die vorliegende Arbeit ist nun ein Ausschnitt aus einer umfassenden Grundlagenarbeit der Abteilung Versorgung des Instituts für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Sie wurde 1946 vom Hauptamt für Stadtplanung II bei der Abteilung Bau- und Wohnungswesen anläßlich der Ausstellung „Berlin plant" als Grundlage der sozialen und wirtschaftspolitischen Faktoren des Aufbaues begonnen und auf Wunsch von Stadtrat Bonatz mit Hinblick auf die Wohnungspolitik fortgesetzt. ←L 17

Hauptamt für Stadtplanung:
Die voraussichtliche Zusammensetzung der Haushalte in Prozent als Grundlage der Planung von Nachbarschaften

→A 42 *Zusammensetzung der Haushaltungen in v.H.*

Personen		*1947*[1]	*1960*	*1975*
Zu 1	*Person*	*35,4*	*19,7*	*16,0*[2]
" 2	*Personen*	*34,4*	*20,3*	*24,0*
" 3–4	*Personen*	*26,0*	*44,1*	*52,0*
" 5 + mehr	*Personen*	*4,2*	*5,9*	*8,0*
		100,0	*100,0*	*100,0*

1 *Die hohe Zahl der kleinen Haushalte 1947 ist Folge der abnormen wirtschaftlichen und soziologischen Lage. Die allmähliche Gesundung der Bevölkerungsstruktur (unterstützt durch Zuwanderungen) bringt ein Ansteigen des Bedarfs an größeren Wohnungen.*

2 *Die 16 % Einzelhaushaltungen enthalten:*
12 % Wohnungen und Appartements
4 % Zimmer in Altersheimen

Als Richtzahlen für die neuen Wohnungsgrößen können gelten:
Durchschnittliche Brutto-Wohnfläche je Person (Gesamtfläche einschl. Wände und Treppenhaus) *20,0 m²*
Durchschnittliche Netto-Wohnfläche je Person (Gesamtfläche ausschl. Wände und Treppenhaus) *15,0 m²*
Es ergeben sich als Anhalt für Netto-Wohnflächen bei verschiedener Belegungsstärke

Wohnungen für		*1*	*Person*	*24 m²*
"	*"*	*2*	*Personen*	*35 m²*
"	*"*	*3–4*	*Personen*	*50 m²*
"	*"*	*5 + mehr*	*Personen*	*68 m²*

Ludmilla Herzenstein: Bevölkerungsentwicklung als Grundlage der städtebaulichen Planung ←L 18

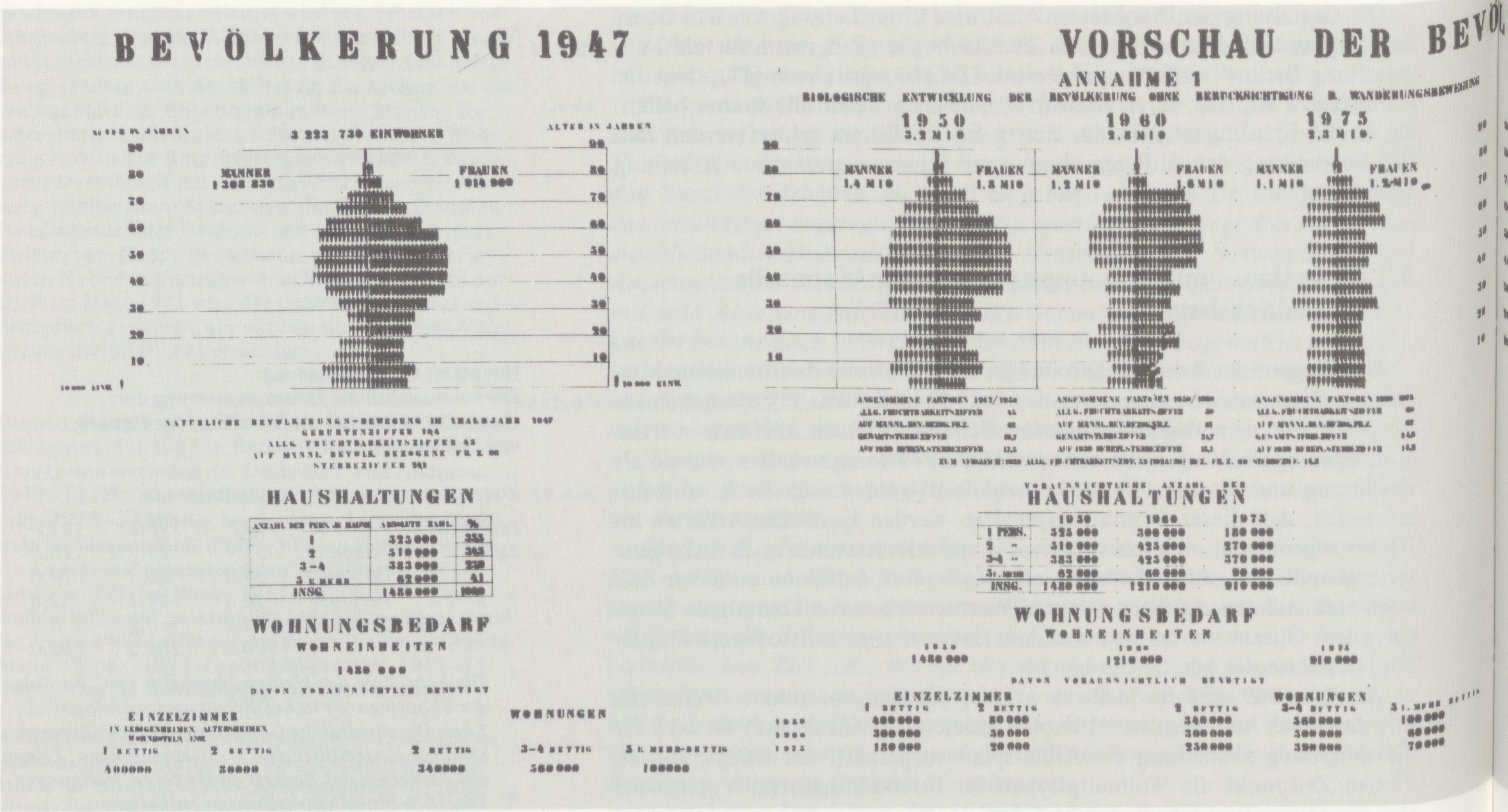
Die Einwohnerzahl Berlins ist bis zum letzten Kriege fast ständig gewachsen. Nach der stürmischen Vermehrung in der Zeit von 1860 an wuchs Berlin von 1920 bis 1940 nach der Vereinigung zu Groß-Berlin noch weiter um rund eine halbe Million, d.h. um etwa ein Achtel. Das war nicht die Folge einer natürlichen Bevölkerungszunahme – diese Zeit zeigt einen Sterbeüberschuß –, sondern geschah durch Zuwanderung. Die Zuwanderung ist bei Großstädten eine natürliche Erscheinung. In Berlin betrug sie von 1920 bis 1940 durchschnittlich 0,65 vH der Bevölkerung jährlich, 1924 bis 1929 durchschnittlich 1,8 vH mit einer Spitze von 2,4 vH im Jahre 1925. Diese Tendenz ist trotz Zuzugsperre auch nach dem Kriege zu beobachten.

Für Tendenzprüfungen der nachstehenden Arbeit kann auch in Zukunft eine in der Stärke von der Zeit abhängige Zuwanderung angenommen werden.

Für die Vorschau wurden zwei Annahmen gemacht:

Annahme 1: Biologische Entwicklung. Diese Annahme ist nicht als konkreter Fall, sondern als Grundlage für die Konstruktion des Endergebnisses aufzufassen.

Annahme 2: Dieselbe biologische Entwicklung wie in Annahme 1., d.h. Entwicklung mit denselben Geburten- und Sterbeziffern, zuzüglich eines jährlichen Zuwanderungsüberschusses von 1,3 vH der Bevölkerung.



Lebensbäume

Der Lebensbaum 1947, von dem die Vorausberechnung ausging, zeigt zweierlei Merkmale:

1. die gewaltsamen Eingriffe des Krieges in Form der Asymmetrie (Frauenüberschuß) und des Fehlens der mittleren männlichen Jahrgänge,

2. eine oben breite, unten schmale Form – auch wenn man sich die männliche Hälfte der Frauenseite entsprechend ergänzt vorstellt –, entstanden durch hohen Geburtenüberschuß in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg und den darauf folgenden Geburtenrückgang – das Bild der Überalterung. Der breite, obere Teil hält noch die Einwohnerzahl auf einer bestimmten Höhe, doch fehlt der genügende Nachwuchs, was früh oder spät zu einer Verminderung der Einwohnerzahl führen muß.

Das Charakteristische an der Entwicklung nach Annahme 1 ist das Schrumpfen der Einwohnerzahl einerseits und die Normalisierung der Form des Lebensbaumes andererseits: das Nichtnormale der heutigen Zeit, die gewaltsamen Einschnitte des Krieges, aber auch die durch Schwankungen der Geburtenziffern entstandene Überalterung in Form des oberen Kernes, sind nach oben „ausgewachsen". Der geschrumpfte Lebensbaum nähert sich der stationären Form, wenn er auch noch Unregelmäßigkeiten aufweist, die sich periodisch wiederholen.

Da die normale Zuwanderung, wie sie in Berlin, außer in den Krisenzeiten, ständig vorhanden war, von den jüngeren und mittleren Jahrgängen getragen wird, füllen sich die Lebensbäume der Annahme 2 in ihrem mittleren Teil auf. (. . .)

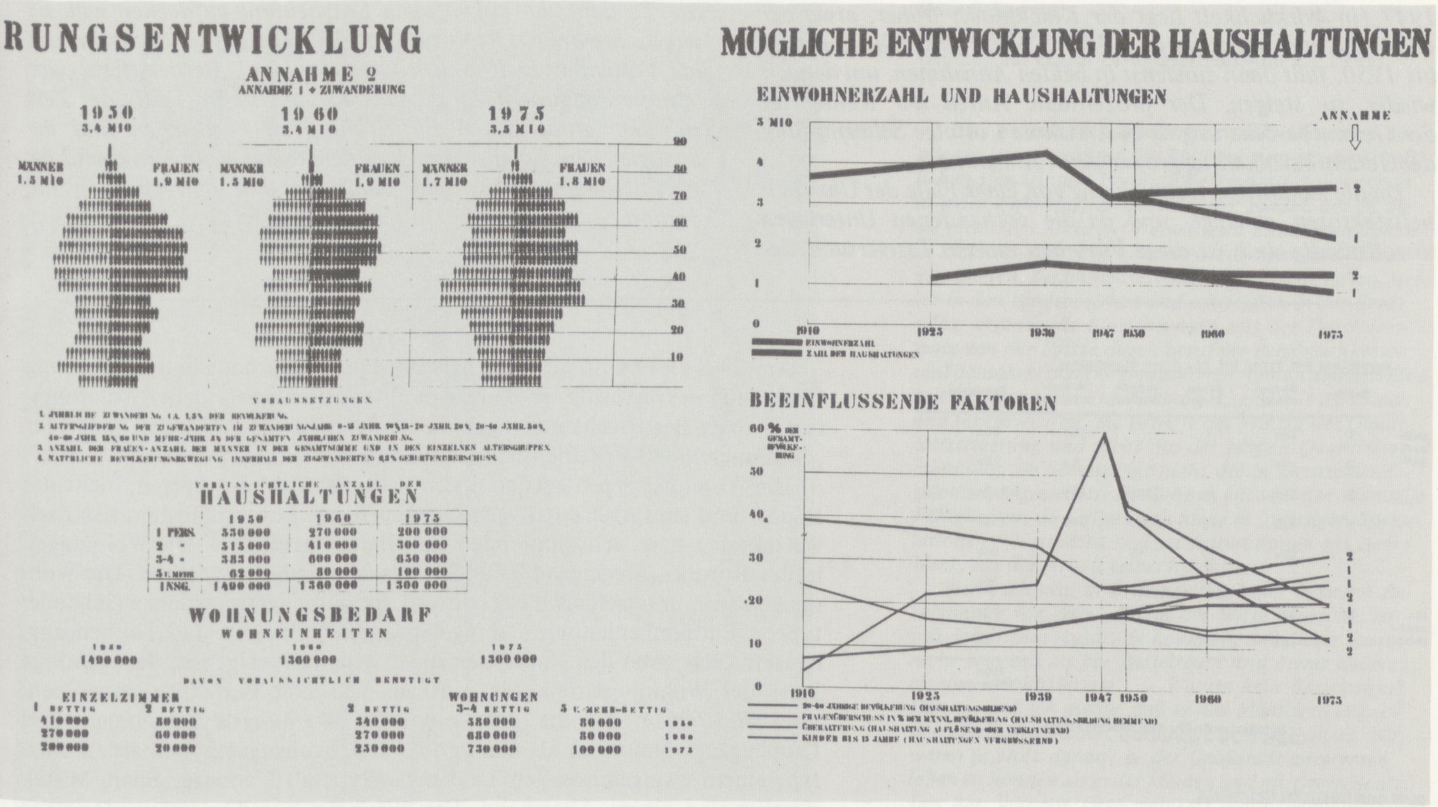
Wohnungsbedarf

Besonders wichtig ist die Kenntnis der zukünftigen Bevölkerungsstruktur für die Wohnungsplanung. Noch am Anfang unseres Jahrhunderts richtete sich der Wohnungsanspruch einer Familie in der Hauptsache nicht nach der Personenzahl, sondern nach der sozialen Stellung und der finanziellen Lage, die Lebensform entschied den Wohnbedarf. Nach weitgehendem Ausgleich der sozialen Unterschiede bemessen wir heute den Wohnungsbedarf, von einer einheitlichen Lebensform ausgehend, nach der Größe der Haushalte und wählen die Wohnart nach der Zusammensetzung der Haushaltung (mit oder ohne Kinder, wachsende, konstant bleibende, schrumpfende Haushaltung).

Wir verlangen für eine Normalfamilie, ein Elternpaar mit zwei bis drei Kindern, ein Elternschlafzimmer, je ein kleines Zimmer für Kinder verschiedenen Geschlechts und möglichst noch einen gemeinsamen Aufenthaltsraum. Die Wohnung hat heute in Erweiterung ihres ursprünglichen Zweckes, gegen Kälte, Unwetter usw. zu schützen, noch die Aufgabe, eine gewisse Abgeschiedenheit (privacy) gegen Nachbarn und Umgebung herzustellen. Diese Forderung ist besonders für den Städter aufrechtzuerhalten, dessen Umgebung ihn mit Lärm, Staub und anderen Auswirkungen der Menschenanhäufung bis in seine Wohnung verfolgt, zumal da er auch in stärkerem Maße geistiger Beschäftigung nachgeht, die Ruhe und Isolierung verlangt. Aber auch innerhalb der Wohnung selbst ist dem einzelnen Familienmitglied möglichst diese Ruhe zu sichern.

Setzen wir die selbstverständliche Forderung voraus, daß jede Haushaltung eine eigene Wohnung haben soll, so führt die Frage nach dem zukünftigen Wohnungsbedarf Berlins zur Frage: Wieviel Haushaltungen werden wir in Zukunft haben, wie wird ihre Größenverteilung und ihre Zusammensetzung sein, kurz zur Frage nach der Struktur der Haushaltungen. Unter Haushaltung verstehen wir jede Personengemeinschaft oder Einzelperson, die eine eigene Hauswirtschaft führt. Die Gesamtzahl der Haushaltungen setzt sich aus Einzel-, Familien- und Anstaltshaushaltungen zusammen. Auch den Einzelhaushaltungen, d.h. alleinstehenden Personen soll die Möglichkeit selbständiger Wohneinheiten in Ledigenheimen, Wohnhotels, Altersheimen gegeben werden, wodurch das Untermieterunwesen beseitigt wird.

Nimmt man die zukünftige Bevölkerung, wie sie in den Lebensbäumen der Vorschau erscheint, also nach Alter und Geschlecht gegliedert, als bekannt an, so weiß man immer noch nicht, wie sie sich in Haushaltungen zusammensetzt oder aufspaltet.



Ludmilla Herzenstein (1947/48): Statistische Berechnung des Berliner Wohnungsbedarfs bis 1975 ←B 29

Die allgemeine Tendenz in der Entwicklung der Haushaltungen war ein Sinken der Haushaltungsziffer (durchschnittliche Personenzahl je Haushalt). Der normale Weg zur Bildung einer neuen Haushaltung führt über die Eheschließung herangewachsener junger Menschen, hängt also von der Besetzung der jungen Jahrgänge ab. Vorher haben diese jungen Menschen entweder einen Platz in einer Familienhaushaltung gehabt oder beanspruchten als selbständige Person ein Einzelzimmer (Ledigenheim, Studentenheim o.dgl.). Das junge Ehepaar kann sich in der ersten Zeit vielleicht auch noch mit einer Appartementwohnung begnügen, sobald aber Kinder da sind, ist eine normale Wohnung, möglichst mit Garten oder „grüner Stube" erwünscht. Sind die Kinder aufgewachsen und treten als selbständige Haushaltsbildner auf, und sind die Eltern alt geworden, so werden sie sich vielleicht gern in eine Kleinwohnung zurückziehen oder in ein Altersheim, das allerdings einen hinreichenden Wohnreiz ausüben muß.

Bei einer solchen normalen Abwicklung könnte der Wohnungsbedarf, wenn man die zukünftige Bevölkerungsstruktur kennt, vorausgesehen und vorausberechnet werden. Berlin hat aber augenblicklich eine sehr unnormale Haushaltungsstruktur mit einem hohen Anteil an Restfamilien und Einzelhaushaltungen, der z.T. noch auf die Folgen des ersten Weltkrieges zurückzuführen ist. Das wird sich auch auf die Dauer der Vorschau – also bis 1975 – auswirken.

Abgesehen von dem heutigen unnormalen Stand war schon in den letzten Jahrzehnten eine Anzahl „latenter Haushaltungsbildner" vorhanden, die durch wirtschaftliche Lage, Wohnungsnot und andere Zeiterscheinungen an der Gründung eines eigenen Haushalts gehindert wurden. Ihre Zahl wuchs in Krisenzeiten an. Nach Überwindung der Krisenzeiten wurden nachträglich Haushaltungen gegründet, die innerhalb des normalen Nachwuchses nicht statistisch erfaßt, d.h. vorausgesehen werden konnten.

Doch auch die normale Bildung von Haushaltungen unterliegt nicht nur Naturgesetzen, sie wird auch von wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen beeinflußt. Als stark hemmender Faktor hat sich die Wohnungsnot erwiesen. Wäre die Wohnungsnot nicht vorhanden, so würde das die Bildung von Haushaltungen begünstigen, so daß zwischen Haushaltungen und Wohnungsbedarf ein rückbezügliches Verhältnis entsteht. Zahl, Art und Größe der zukünftigen Haushaltungen werden auch z.T. durch Gemeinschaftseinrichtungen beeinflußt werden (Kindertagesstätten, Werkkantinen, Wäschereien u.a.). Je weniger Gemeinschaftseinrichtungen vorhanden sind, um so komplizierter wird der Haushalt, um so mehr weibliche Arbeitskräfte bindet er, um so größer wird der Raumbedarf. Das Vorhandensein guter und nicht zu teurer Wohnhotels, Ledigenheime und Altersheime würde auch die Struktur der Haushaltungen mitbestimmen und die Anzahl der Anstaltshaushaltungen vergrößern. Nicht zuletzt kann auch die Lebensauffassung der Frau, ihre geistige Gewecktheit oder Indolenz bei der Wahl der Wohnungsart mitbestimmend wirken.

Da wir nicht wissen, wie die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die geistigen Tendenzen in Zukunft sein werden, ist die Entwicklung der Haushaltungen noch schwieriger zu schätzen als die der Bevölkerung. Wir wollen deshalb hier zunächst nur auf die biologischen Faktoren hinweisen, die die Struktur der Haushaltungen beeinflussen.

1. Der Anteil des Haushaltungen bildenden Teiles der Bevölkerung (20- bis 40jährige) fällt ständig von 1910 bis 1947, besonders stark im letzten Abschnitt. Nach Annahme 1 fällt er weiter, wenn auch in geringerem Maße, um dann wieder zu steigen. Nach Annahme 2 steigt er ständig.

2. Der Frauenüberschuß – ein der Bildung von Haushaltungen entgegenwirkender Faktor – zeigt die stärksten Unregelmäßigkeiten. Er steigt steil zwischen 1910 und 1925 (erster Weltkrieg), steigt langsam weiter bis 1939, bildet dann eine hohe Spitze nach dem zweiten Weltkriege, fällt nach angenommener Rückkehr der Kriegsgefangenen steil ab, um dann allmählich weiter in beiden Annahmen zu fallen.

3. Die Überalterung (Haushaltungen verkleinernd oder auflösend) steigt ständig seit 1910, in Annahme 1 stärker als in Annahme 2.

4. Der Anteil der Kinder bis unter 15 Jahren, der von 1910 an abnimmt (Haushaltungen vergrößernder Faktor), steigt bis

1947 (in Wirklichkeit liegt der Knickpunkt früher, etwa bei 1934, das hier nicht dargestellt ist), bleibt ungefähr konstant bis 1950, fällt dann zunächst in beiden Annahmen, um danach wieder zu steigen. Der prozentuale Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung ist in Annahme 1 infolge Schrumpfung der Gesamtbevölkerung größer als in Annahme 2.

Da die zukünftige Entwicklung von einer Fülle der Unsicherheitsfaktoren abhängt, und da die vorhandenen Unterlagen unvollständig sind, ist diese Vorschau nur ein Tastversuch, der die Tendenz der zukünftigen Entwicklung aufdecken will. Es wurde hierbei ein Konstruktionsschema aufgestellt, in das man als Varianten auch andere Geburten- und Sterbeziffern oder Wanderungsquoten einsetzen kann, um sie im Laufe der Zeit mit der tatsächlichen Entwicklung zu vergleichen und ihr anzugleichen. Solche Vorschau kann dann richtungweisend für eine Rahmenplanung sein, damit sie ihre Beweglichkeit nie verliert.

Verteilung der Typen bei rd. 4.5oo Einwohnern:

	Betten	Gesamt-wohng.	davon Einfa.	Erdgebunden	Laubengang	Bewohner
Aufsteigend	1	18o			18o	18o
	2	9o			9o	18o
	3	39o	6o	12o	21o	117o
	4	42o	1o5	21o	1o5	168o
	5	12o	75	45		6oo
	6	6o	6o			36o
Absteigend	2	18o		9o	9o	36o
	1	6o			6o	6o
						459o

Aktenvermerk für das Entwurfsbüro

Siedlungseinheit Friedrichshain

Wohnungsarten – Sinn und Art der Plandarstellung –

Typ	Betten	Bewirtschaftung	Heizart	Bad	Zeichnungen 1/5o	Zeichnungen 1/1oo
Einfa.	4	Individuell			1 Typ (2 Bilder)	Keller Schnitt
"	6	"			1 Typ (2 Bilder)	Keller Schnitt
"	Doppelhaus	"			1 Typ (2 Bilder)	Keller Schnitt
Silo		1/2 Individuell			1 Typ	Keller Schnitt
"		"			1 Typ	Keller Schnitt
Laubengang	1	1/2 Organisiert			1 Typ	Keller Schnitt
"(Schrägtyp)	2	"			1 Typ	Keller Schnitt
	3	"			1 Typ	Keller Schnitt
Laubengang	1	1/2 Organisiert			1 Typ	Keller Schnitt
"(Parallel Typ)	2	"			1 Typ	Keller Schnitt
"	3	"			1 Typ	Keller Schnitt
Laubengang – 2 gesch. Typ u. Variante	4	1/4 individuell			1 Typ	Geschoss
		"			1 Variante (3 Bilder)	Keller Schnitt
Mittelgang-Typ	3	organisiert			1 Typ 3 Bilder	Geschoss Keller Schnitt
Altersh.		"				

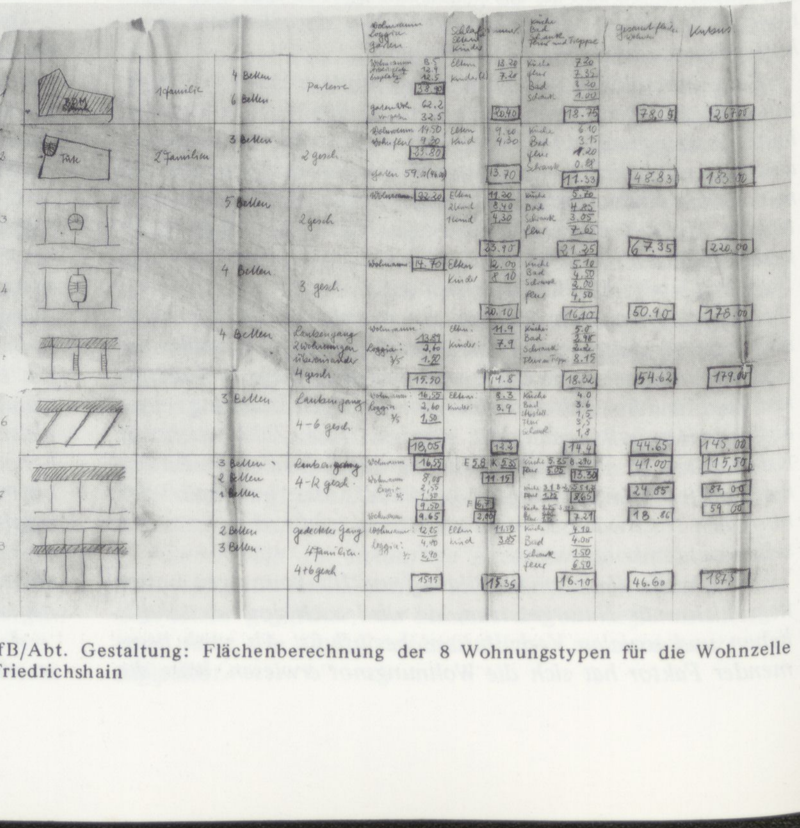
Aufstellung der Wohnungstypen und der Anzahl der Bewohner für den Entwurf der „Siedlungseinheit Friedrichshain". Aktenvermerk vom 29.8.1949 ←A 44

Am **29.8.1949** wird von der Arbeitsgruppe Scharouns in der Abteilung Gestaltung des Instituts für Bauwesen eine Aufschlüsselung der Wohnungstypen nach Bettenzahl und nach Gebäudetypen für 5070 Bewohner der „Siedlungseinheit Friedrichshain" zusammengestellt.

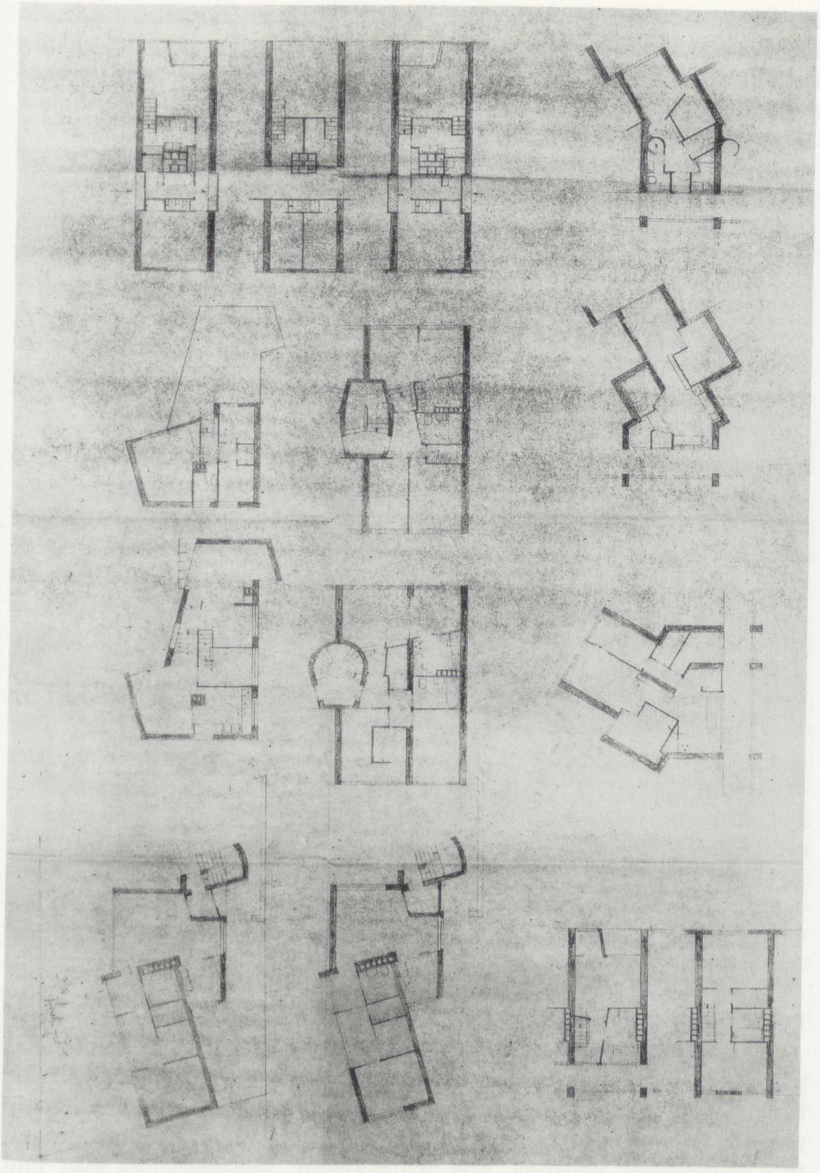
Die Wohnungstypen sortieren sich nach der Zahl der Betten, nicht der Räume und sind nach *aufsteigend* und *absteigend* unterschieden, also nach wachsenden bzw. schrumpfenden Haushalten gesondert. Die Wohnungen in der Rubrik „Absteigend" sind für alte Menschen vorgesehen. Die Wohnungen sind unterschieden nach ihrer Lage in drei verschiedenen Gebäudetypen: Einfamilienhäusern, „erdgebundenen" Häusern und Laubenganghäusern. Was unter den Haustypen zu verstehen ist, zeigt eine dazugehörige Liste der Wohnungsarten. Sie geht aus von drei Einfamilienhaustypen, zwei *Silo-Typen*, die die *erdgebundenen Wohnungen* aufnehmen, drei Laubengangwohnungen als *Schrägtyp*, drei Laubengangtypen als *Paralleltyp*, einem zweigeschossigen Laubengangtyp mit Variante, einem Mittelgangtyp und einem Altersheim. Die Wohnungen sind unterschieden nach ihrer Bewirtschaftung, die sich abstuft vom individuell bewirtschafteten Einfamilienhaus zum organisiert bewirtschafteten Altersheim.

Im Zusammenhang mit den Überlegungen zu den Wohnungstypen wird ein Funktionsprogramm für die gesellschaftlichen Einrichtungen der Wohnzelle aufgestellt und auf die Bedürfnisstruktur der unterschiedlichen Lebensalter bezogen. Die Funktionen der gesellschaftlichen Einrichtungen ergänzen die der Wohnungen, so daß die Bewohner in ihren verschiedenen Lebensabschnitten zwischen Jugend und Alter in der Wohnzelle alles vorfinden, was sie für die alltäglichen Lebensumstände benötigen. Die Befriedigung der Lebensbedürfnisse pendelt dabei zwischen individueller Isolation und gesellschaftlicher Kollektivität. Der Fächer der Wohnungstypen versucht die verschiedenen Bedürfnisse zu gestalten.

Der Typenkatalog der Wohnungen für die Wohnzelle Friedrichshain ist ein Gegenkonzept gegen die Konzeptionen der „wandelbaren Wohnung" oder des „wachsenden Hauses", die die Anpassung des gebauten Raums an die sich im Laufe des Lebens ändernden Bedürfnisse der Bewohner zum



→A 45 IfB/Abt. Gestaltung: Flächenberechnung der 8 Wohnungstypen für die Wohnzelle Friedrichshain



Hans Scharoun (1949): 9 Wohnungstypen für die Wohnzelle Friedrichshain. Oben links: die 3 Ebenen der 1 1/2geschossigen Wohnungen Typ 8 „Gedeckter Gang"; darunter links: die 2 Ebenen des Einfamilienhauses Typ 1 „R.D.M./Schuh"; rechts daneben: Typ 4 „Silo (3/4)", darunter Typ 3 „Silo (5)"; ganz rechts von oben nach unten: 3 Laubengangtypen für 1–3 Betten, die die Typen 6 und 7 in der weiteren Bearbeitung ersetzt haben; unten rechts: die 2 Ebenen des Typs 5 „Laubengang zweigeschossig"; unten links: die 2 Ebenen des Zweifamilienhauses „Tüte" (Typ 2) ←B 30

Ziel haben. In der Wohnzelle Friedrichshain sind die unterschiedlich gestalteten Wohnungen fixiert und wird die Mobilität des Bewohners vorausgesetzt. Daß die Bewohner dabei ihre Bedürfnisse kennen, das wünschen, was sie brauchen und es sich auch leisten können, ist dabei unausgesprochene Bedingung.

Die Entwurfsarbeit zu den Wohnungsgrundrissen geht aus von 8 Grundtypen, die in 1- bis 12geschossigen Gebäuden untergebracht werden sollen. Auf einer Tabelle sind diese Typen mit den Flächenangaben zu den einzelnen Raumteilen und der Kubatur zusammengefaßt. Dieser Tabelle folgend, stellen wir im Maßstab 1:300 die dazugehörigen Grundrisse zusammen und versuchen, sie zu erklären.

Typ 1. Einfamilienhaus „R.D.M./Schuh" (4/6 Betten)

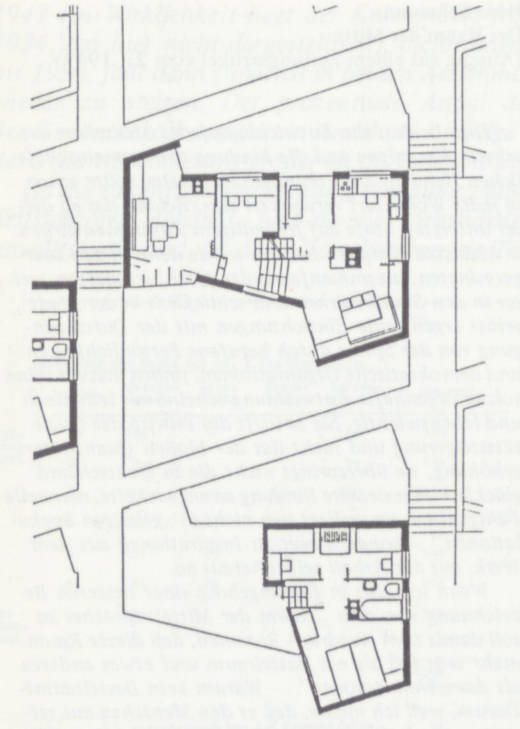
Der „Schuh" ist eine Weiterentwicklung des 1947 entworfenen Einfamilienhauses mit dem *Raum der Mitte* (R.D.M.). Er ist für die Flachbauteppiche gedacht und bietet mit 78,05 qm Wohnfläche Platz für 4 bis 6 Personen. Die erhöhte Zahl der Schlafplätze kann durch Aufstellung von Doppelbetten in den Schlafkojen der Kinder erfolgen. Ähnlich wie bei dem früher entwickelten Einfamilienhaus liegen die unterschiedlichen Funktionsbereiche auf verschiedenen Ebenen. Ein überdachter Eingangsbereich, ←S.450

Hans Scharoun:
Der Raum der Mitte
(Auszug aus einem Zeitungsartikel vom 2.1.1949)

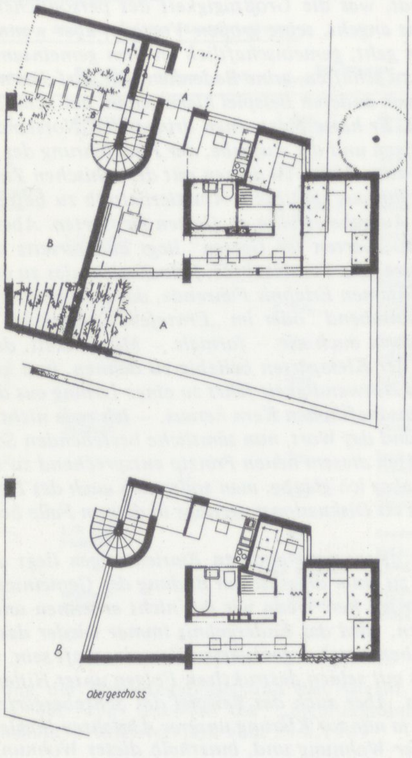
→L 19 *Dies beides, die Entwicklung jedes Menschen aus seinem Vermögen und die Bindung zum gemeinschaftlichen Handeln aus Freundschaft heraus, sollte schon in jeder Wohnstatt verwurzelt sein. Beides, das an dieser untersten Stufe auf freiwilligem Zusammenwirken in kleinsten Gruppen beruht, würde dann in den übergeordneten, zusammenfassenden Nachbarschaften, weiter in den Stadtbezirken und schließlich in der Stadt selbst ergänzende Einrichtungen mit der Durchdringung von der Spitze durch berufene Persönlichkeiten und demokratische Organisationen, finden müssen. Eine solche organhafte Entwicklung scheint mir lebensnah und lebenswichtig. Sie betrifft das Prinzip der Qualitätssteigerung und nicht das der bloßen Quantitätserhöhung, sie überspringt nicht die in Deutschland glücklich angesiedelte Bindung an entwickelte, manuelle Fähigkeiten, sie verliert sich nicht in „geistigen Spekulationen" – sondern regt zu Inspirationen aus dem Werk, aus der Arbeit selbst heraus an.*

Wenn ich also in Ermangelung einer besseren Bezeichnung von dem „Raum der Mitte" spreche, so soll damit zum Ausdruck kommen, daß dieser Raum mehr sein soll als ein Bastelraum und etwas anderes als das „Wohnzimmer". – Warum kein Bastelraum? Darum, weil ich meine, daß er den Menschen aus seiner gesellschaftlichen Bindung löst, ihn isoliert. Wir waren ja stolz darauf, in der Großstadt anonymer leben zu können als in der kleinen und mittleren Stadt. Das hat, was die Großzügigkeit des persönlichen Lebens angeht, seine großen Vorteile, aber wenn es darum geht, gemeinschaftlich an dem gemeinsamen Werk zu schaffen, seine Bedenken. Ich darf dies noch an einem anderen Beispiel klarmachen: am Schrebergarten. Er hatte einst einen dringenden Notstand zu beseitigen und die Aufgabe, der Rückführung des Menschen zum Boden zu dienen mit der ethischen Zielsetzung, ihn aus sinnlosem Amüsierbetrieb zu befreien. Diese Aufgabe erfüllte er, Garten für Garten. Aber in diesem „Garten für Garten" liegt andererseits das Additive, das Vereinzelnde, jedoch nicht das zu einem gemeinsamen Erlebnis Führende, das sich höchstens im „Vereinsabend" oder im „Erntefest" ausdrückt. Es liegt darin auch die – formale – Möglichkeit, das Band der Kleingärten beliebig zu dehnen, und keine innere Notwendigkeit führt zu einer Lösung aus dem gemeinschaftlichen Kern heraus. – Ich rede nicht dem Umstand das Wort, nun sämtliche bestehenden Schrebergärten diesem neuen Prinzip entsprechend zu wandeln, aber ich glaube, man sollte sich auch des Experiments als Diskussionsunterlage in diesem Falle bedienen.

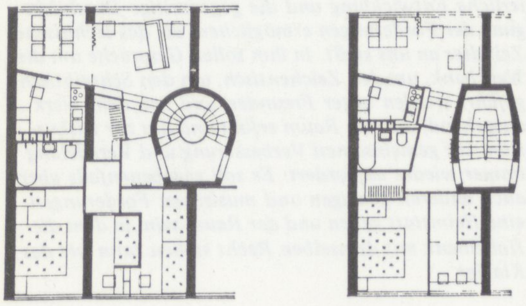
In diesen und anderen Einrichtungen liegt der Keim zu einer organischen Bildung der Gemeinschaft von unten her. Wenn wir ihn nicht erkennen und pflegen, wird das Endergebnis immer wieder das der von oben herab organisierten Gemeinschaft sein, wie wir es mit seinen destruktiven Folgen unter Hitler erlebten. Aber auch das Beispiel des Schrebergartens sollte ja nur zur Klärung unserer Absichten hinsichtlich der Wohnung und, innerhalb dieser Wohnung, des mittleren, des zentralen Raumes, dienen. Er soll als „Raum der Mitte" dem technischen und sittlichen Fortschritt des Menschen dienen. Er soll die kontinuierliche Entwicklung und die gegenseitige Durchdringung der Forderungen ermöglichen, die das technische Zeitalter an uns stellt. In ihm sollen Gespräche um die Werkbank, um den Zeichentisch, um den Schreibtisch geführt werden unter Freunden und von dem Werk ausgehend, das den Raum erfüllt und das zur Diskussion, zur gemeinsamen Verbesserung und Veredelung immer wieder auffordert. Er soll gegebenenfalls aber auch anderen geistigen und musischen Forderungen eine Heimstatt geben und der Raum sein, in dem die Hobelbank mit demselben Recht stehen kann wie das Klavier.



Typ 1: Einfamilienhaus „R.D.M./Schuh" (M 1:300) ←B 31

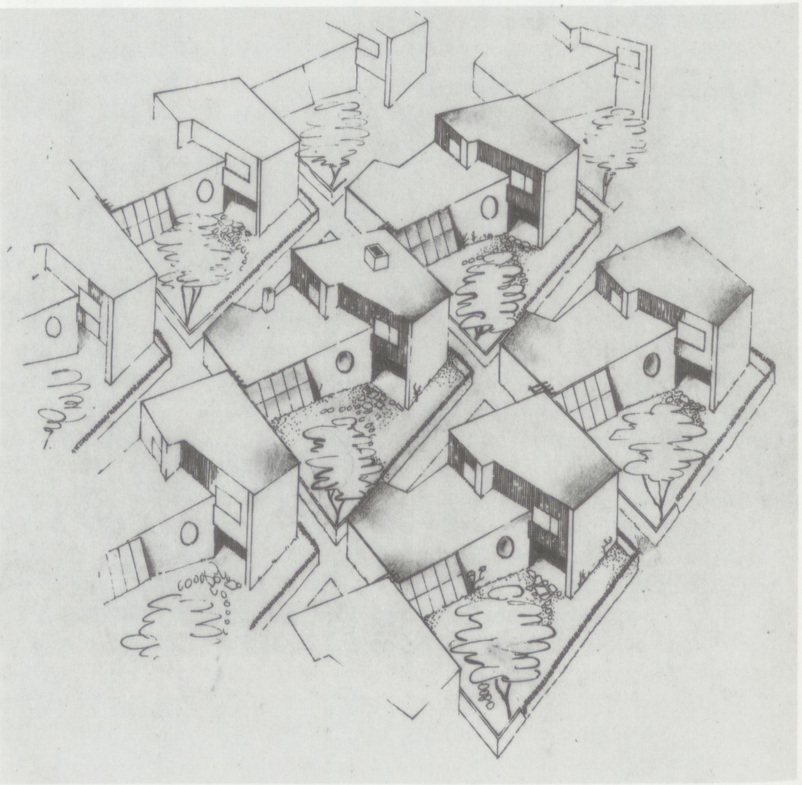


Typ 2: Zweifamilienhaus „Tüte" (M 1:300) ←B 33



Typ 3: „Silo (5 Betten)" (links) und Typ 4: „Silo (3–4 Betten)" (M 1:300) ←B 34

die Küche und der Eßplatz liegen auf der unteren Ebene, darüber die Schlafräume. Auf der Zwischenebene liegen Arbeitsplätze und der „Raum der Mitte", durch ein großes Glasfenster mit dem kleinen Garten verbunden.



→B 32 Einfamilienhaus „Schuh" im rautenförmigen Siedlungsverbund (M 1:300)

Typ 2. Zweifamilienhaus „Tüte" (3 Betten)

Ein Wohnungsgrundriß für zweigeschossige alleinstehende Häuser mit getrennten Eingängen, Höfen und Gärten. Auch diese Häuser sind für die Flachbauteppiche gedacht. Anders als beim „Schuh" liegen die Wohnungen auf nur einer Ebene und sind mit 48,83 qm Wohnfläche für 3 Bewohner vorgesehen. Schlafteil mit Schrankraum, innenliegendes Bad und Arbeitsplätze sind vom Wohnteil mit der Küche räumlich getrennt. Belichtung des Badezimmers erfolgt über die Küche, einen gesonderten Eßplatz gibt es nicht.

Typ 3. Zweispänner „Silo" (5 Betten)

Der mit 67,35 qm Wohnfläche für 5 Personen gedachte Zweispänner ist als 2geschossiges Reihenhaus mit innenliegendem Treppenhaus gedacht. Seine Wirtschaftlichkeit liegt in der großen Gebäudetiefe, die durch innenliegendes Bad, Küche und Schrankraum erreicht wird. Küche und Bad haben einen gemeinsamen Installationsblock. Die Fassaden können durch das statische Querwandsystem voll verglast werden, was die Belichtungsprobleme der tiefen Wohnung löst. Die Küche ist durch eine Schiebetür und eine Glaswand vom Eßplatz und dieser durch einen Vorhang vom „Raum der Mitte" getrennt. Durch den Schrankraum können die Schlafzimmer auf eine minimale Fläche gebracht werden.

Typ 4. Zweispänner „Silo" (4 Betten)

Der mit 50,9 qm Wohnfläche für 3 Personen gedachte Grundriß für 3geschossige Reihenhäuser ist ähnlich aufgebaut wie der größere Typ 3.

Typ 5. Laubengang zweigeschossig (4 Betten)

Der mit 54,62 qm Wohnfläche für 4 Personen vorgesehene Wohnungstyp liegt auf zwei Ebenen. Es sollen zwei der doppelgeschossigen Wohnungen übereinanderliegen, so daß sich 4geschossige Reihenhäuser mit einem Arkadengang im Erd- und einem Laubengang im 2. Obergeschoß ergeben. Die statische Konstruktion ähnelt mit den tragenden Querwänden der der Silo-Typen. Küche und Bad liegen hier mit gemeinsamem Installationsblock übereinander. Der Schlafteil liegt wie in den Einfamilienhäusern

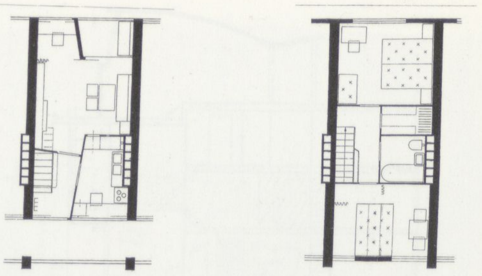
oben, der Schrankraum entlastet auch hier die Schlafräume von platzraubenden Schränken. Durch leichte Veränderungen im Obergeschoß können aus zwei nebeneinanderliegenden 4-Bett-Wohnungen eine 2- und eine 6-Bett-Wohnung gemacht werden.

Typ 6. Laubengang „Schrägtyp" (3 Betten)
Mit 44,65 qm Wohnfläche soll der „Schrägtyp" in 4- bis 6geschossigen Laubenganghäusern gebaut werden. Küche, Eßplatz, Wohnteil und Freisitz, als offener Balkon oder verglaster Wintergarten möglich, ergeben eine interessante, zweiseitig belichtete Raumfolge. Davon trennen sich ab die Schlafräume mit ruhigen Arbeitsplätzen, Bad und Schrankraum sowie der Windfang mit der Garderobe.

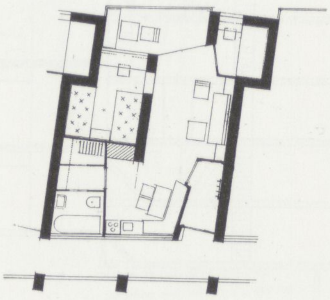
Typ 7. Laubengang „Paralleltyp" (1, 2, 3 Betten)
Im Vergleich zum „Schrägtyp" ist das Schlafzimmer beim „Paralleltyp" unterteilt in eine Schlafkoje, die wie ein Alkoven nur noch die beiden Betten enthält, davor liegt, vom Wohnteil nur durch einen Vorhang abgetrennt, der Arbeitsplatz. Die Schlafkoje ist schräg gestellt, durchbricht die Querwand und bildet mit dem innenliegenden Badezimmer, das hier näher am Schlafzimmer und damit günstiger liegt als beim „Schrägtyp", eine Raumverengung, die Küche und Eßplatz vom „Raum der Mitte" trennt.

Der Entwurf des „Paralleltyps" für 2 Betten wird überarbeitet und mit dem vorher entwickelten „Schrägtyp" synthetisch verbunden. Das Ergebnis ist ein Schrägtyp für 2 Betten, von dem danach eine Variante für 1 und eine für 3 Betten abgeleitet werden. Die ursprünglich entworfenen Typen 6 und 7 werden so zu drei „Schrägtypen".

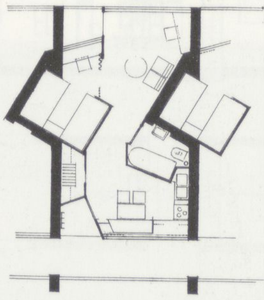
Durch den Schrägschnitt der Wohnungen für die Laubenganghäuser versucht Scharoun einen Nachteil zu beheben, den die Laubenganghäuser in städtebaulicher Hinsicht bisher hatten. Konnten die langen Hausscheiben wegen der Belichtung der Wohnungen bisher nur in Nord-Süd-Richtung, oder geringfügig davon abweichend, gestellt werden, so können die Gebäude mit den Schrägwohnungen auch in Ost-West-Richtung stehen. Der



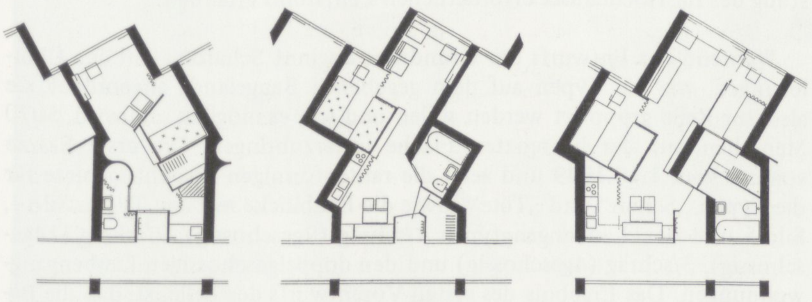
→B 35 Typ 5: Laubengang zweigeschossig (M 1:300)



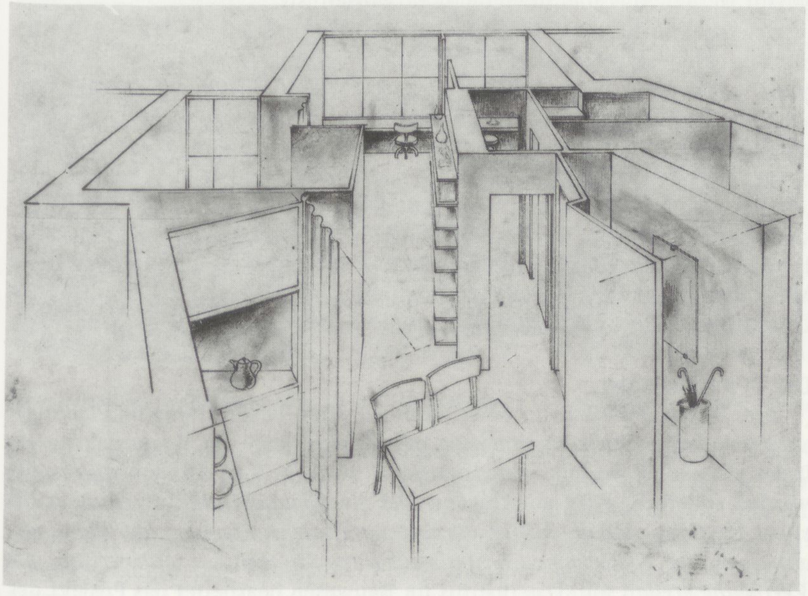
→B 36 Typ 6: Laubengang „Schrägtyp" (M 1:300) (wird nicht weiter bearbeitet)



→B 37 Typ 7: Laubengang „Paralleltyp" (M 1:300) (wird nicht weiter bearbeitet)

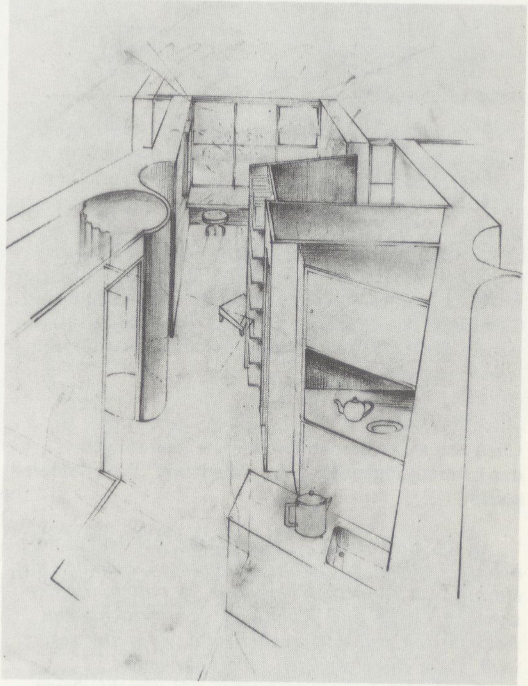


Die 3 neuen „Schrägtypen" als Synthese der Typen 6/7 (M 1:300) ←B 38

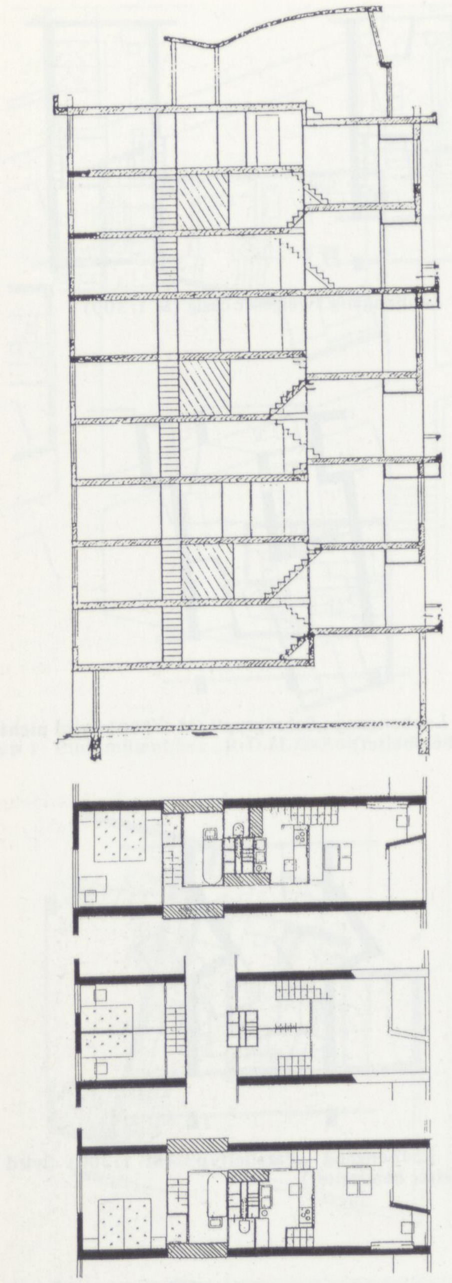


→B 39

Der Innenraum des „Schrägtyps" mit 3 Betten



←B 40 Der Innenraum des „Schrägtyps" mit einem Bett



Typ 8: Innengangtyp „Gedeckter Gang“ (Schnitt/ Grundrisse) (M 1:300)

Schrägschnitt der Wohnungen zielt damit auf eine städtebauliche Flexibilität. Die drei „Schrägtypen“ sollen in vielgeschossigen Außenganghäusern gebaut werden, sind aber auf Grund der kompliziert gewinkelten Querwände nicht miteinander kombinierbar. Sie enthalten außer dem Bad und dem Schrankraum keine abgeschlossenen Räume mehr. Die Funktionsflächen der Wohnungen gehen, durch Vorhänge oder Schiebetüren voneinander bei Bedarf abtrennbar, fließend ineinander über. Die Möblierung ist weitgehend durch Einbaumöbel ersetzt, so daß ein Hotelcharakter entsteht. Um sich einen Eindruck von dem ungewohnten Raumgefüge zu verschaffen, fertigen die Planer um Scharoun perspektivische Zeichnungen an, die die eingebauten Arbeitsplatten, Schränke, Küchen und Regale erkennen lassen.

Typ 8. Innengang „Gedeckter Gang“ (3 Betten)

Der Entwurf ist möglicherweise inspiriert durch die von **1947–52** in Marseille gebaute Unité d'habitation von Le Corbusier, den Prototyp für das **1957** im Rahmen der Interbau am Reichssportfeld in Berlin (West) gebaute „Corbusierhaus“. Er knüpft aber auch an das Wohnheim an, das
→L 20 Scharoun **1929** in Breslau gebaut hat. Das statische System ist wieder das mit tragenden Querwänden. Der Entwurf zielt auf eine möglichst große Gebäudetiefe. Der Schnitt macht die komplizierte Lage der Wohnungen deutlich.

Von einem Mittelgang aus werden 2 Wohnungen auf demselben Feld entwickelt, die so angeordnet sind, daß die Schlafteile in drei Geschossen verteilt sind, die Wohnteile in zwei Geschossen. Dadurch läßt sich die Raumhöhe deutlich differenzieren. Die Wohnteile sind 3,10 m, die Schlafteile 2,20 m hoch. Auf der einen Seite des Mittelgangs liegt der Installationsblock, an ihm alle Bäder und Küchen. Auf der anderen Seite liegen die einläufigen Innentreppen, die die Schlafzimmer erreichbar machen. Der Schnitt zeigt auch, daß das Dach für Atelierwohnungen, das Erdgeschoß für gemeinschaftliche Einrichtungen oder Läden genutzt werden soll. Der Typ 8 erscheint wie eine Weiterentwicklung von Typ 5, wobei die nur in jedem dritten Stockwerk liegenden Innengänge eine ökonomische Auslastung des für Hochhäuser erforderlichen Fahrstuhls erlauben.

Während des Entwurfs der Grundrisse beginnt Scharoun mit den Überlegungen, wie die Typen auf dem gegebenen Baugelände angeordnet, sie also zur Zelle gruppiert werden sollen und wie es möglich sein wird, 5070 Menschen auf der begrenzten Fläche unterzubringen. Die erste Skizze stammt vom **1.10.1949** und zeigt die rautenförmigen Flachbaugebiete für die Typen „Schuh“ und „Tüte“ sowie die Baublöcke mit den Typen Silo 4, Silo 5 und den Laubengangtypen 1/schräg (9geschossig), 2/schräg (14geschossig), 3/schräg (4geschossig) und den doppelgeschossigen Laubengangwohnungen. Das Ergebnis des ersten Vorentwurfs der Zelle ist, daß die Be-
←B 41 bauung weiter verdichtet werden muß, um die vorgesehene Anzahl der Wohnungen unterzubringen. Im Westteil der Wohnzelle soll ein Altersheim gebaut werden, das aber noch nicht entworfen ist.

Eine spätere Fassung des Entwurfs zeigt die endgültige Form der Wohnzelle mit den eingetragenen Grundrissen. Das ursprünglich für das Altersheim vorgesehene Gelände ist jetzt auch für Wohnbebauung genutzt. Ein
→S.302 Vergleich mit dem Modell der Wohnzelle, das wir bereits früher im Zusammenhang mit der Stadtplanung gezeigt haben, ergibt, daß die Flachbaugebiete im Modell statt der komplizierten Grundrisse von „Schuh“ und „Tüte“ wieder den schon in der Ausstellung „Berlin plant“ gezeigten Winkeltyp aufweisen. Ob die Vereinfachung und die Zurücknahme der langen Entwicklung der Flachbautypen durch Scharoun technische Gründe des Modellbaus hat oder ob die massenhafte Herstellung der komplizierten Grundrisse bautechnische Probleme stellten, können wir nicht sagen.

Der Typ Akademie

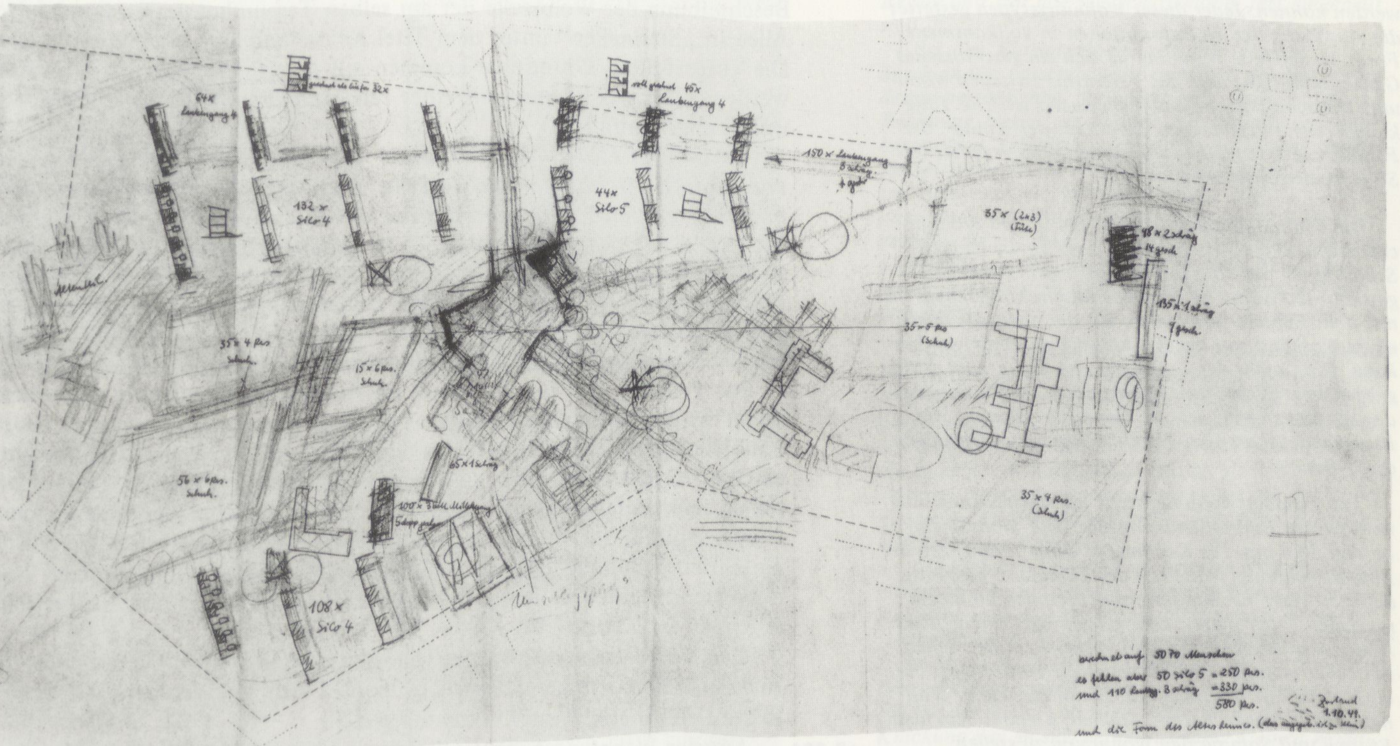
→S.300 Am **28.10.1949** wird in einer schon zitierten Besprechung im Planungs-
←A 46 ausschuß beim Oberbürgermeister beschlossen, daß die Vorprojektunterlagen für die Wohnzelle Friedrichshain bis zum **9.11.1949** fertiggestellt
→A 47 werden sollen. Es wird entschieden, daß *das Planungskollektiv und das Institut für Bauwesen die bisher erarbeiteten Projektunterlagen der Planungsabteilung der volkseigenen Grundstücksverwaltungen zur Auswertung zur Verfügung stellen* soll. Das Institut für Bauwesen bearbeitet das Projekt der Wohnzelle Friedrichshain als Forschungsaufgabe. Das Ergebnis soll zur Be-

Chen Kuen Lee, Architekt, geb. **23.5.15** in Shanghai (China), lebt in Taichung (Taiwan). **1935–36** Studium an der TH Berlin bei Poelzig. Diplom bei Prof. Caesar. **1939–43** Architekt im Büro Scharoun und Zusammenarbeit mit Häring und Boerschmann (Chines. Städtebau). **1943–47** in Husum, **1947–53** Zusammenarbeit mit Scharoun am IfB und an der TU Berlin. Ab **1953** eigenes Büro erst in Berlin, dann in Stuttgart, Gestaltung von China-Restaurants, Bau von Privathäusern in Stuttgart und sozialer Wohnungsbau (Märkisches Viertel in Berlin).

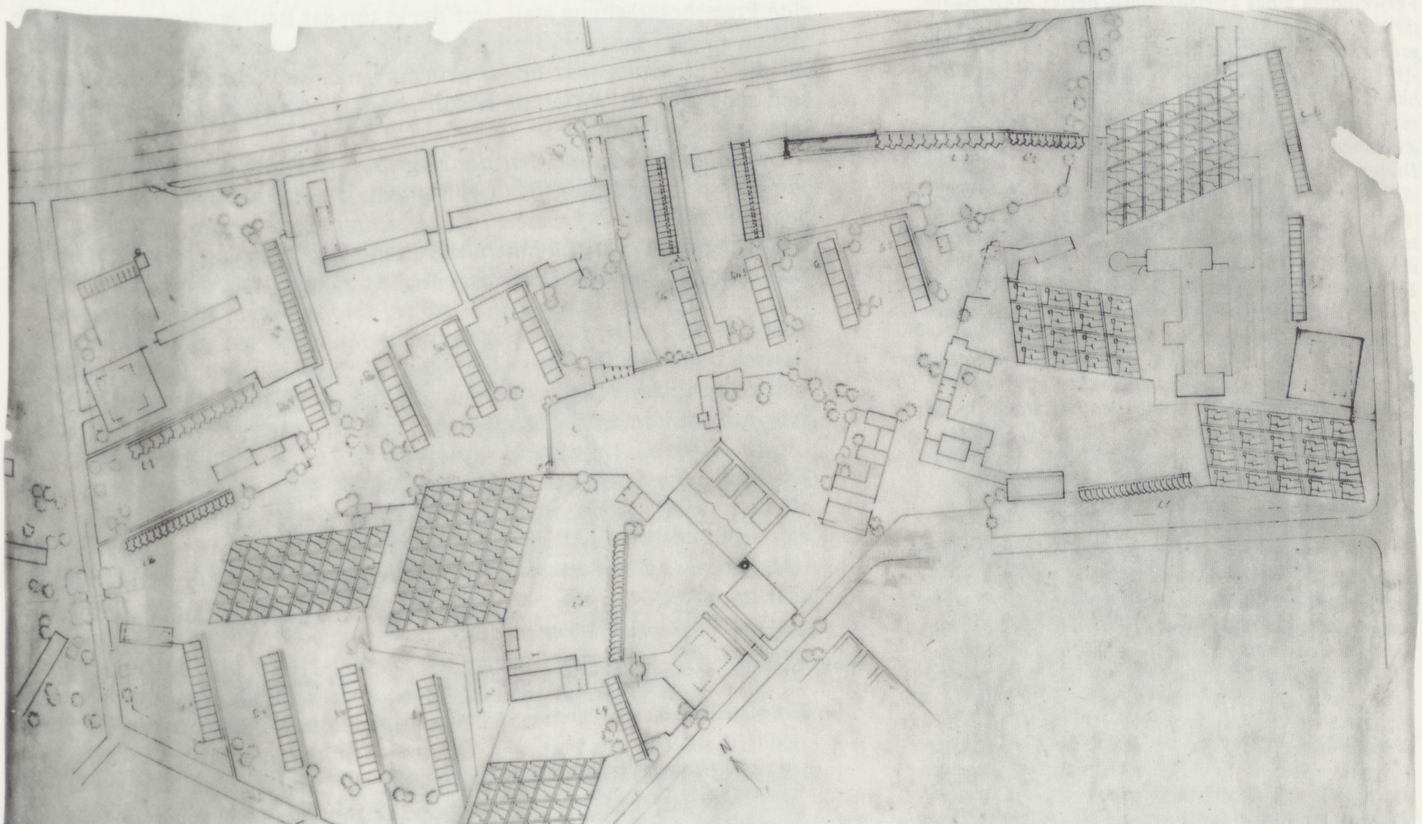
Chen Kuen Lee beschreibt, wie die Wohnungen des Laubenganghauses „Typ Akademie“ funktionieren sollen

Es soll ein Projekt gezeigt werden, bei dem es möglich ist, Ledigen, kinderlosen Ehepaaren, Familien mit ein bis zwei Kindern Wohnungen zu bieten, die hinsichtlich Größe und Wohnwert den menschlichen Bedürfnissen ganz entsprechen und, wie weiter gezeigt wird, sogar einen gewissen Luxus aufweisen.

Durch das Ineinandergreifen der verschiedenen Räume bei den im folgenden zu beschreibenden



Hans Scharoun (1.10.1949): Der erste Versuch, die Gebäude mit den 9 Wohnungstypen für 5070 Menschen auf dem Gelände der Wohnzelle Friedrichshain zu verteilen, mißlingt: Es fehlen noch 50 Silo-5-Wohnungen, 110 Laubengangwohnungen „Schräg 3" sowie das Altersheim. Die Wohnungstypen werden in den Gebäuden nicht gemischt, Wohnungs- und Haustypen sind identisch ←B 42



Hans Scharoun (Ende November 1949): Die Wohnzelle Friedrichshain mit den 9 Wohnhaustypen ←B 43

ratung herangezogen werden. Die eigentliche Bauplanung für die Wohnzelle, deren erster Bauabschnitt **1950** gebaut werden soll, liegt bei der Planungsabteilung der Heimstätte Berlin. Dort wird parallel zum Institut schon seit **September 1949** an Grundrissen gearbeitet. Die weitere Planungsgeschichte der Wohnzelle Friedrichshain haben wir im Kapitel 4 ←S. 303 dargestellt. Die Grundsteinlegung findet am **21.12.1949**, an Stalins 70. Geburtstag, statt. Am selben Tag erscheint in der „Berliner Zeitung" eine

Wohnungen verbietet sich der Begriff Ein-Zwei-Drei-Zimmer-Wohnungen. Es sei lieber gestattet, den Terminus Ein-Zwei-Drei-Bett-Wohnung anzuwenden.

Diese Wohnungen können nicht mehr als Ware behandelt werden, die durch Vermieter nach Belieben zerstückelt werden können, sondern sie stellen den unveränderlichen Lebens-Arbeits-Erholungs-Raum der Familie dar, in dem persönliche Neigungen in gleicher Weise wie Familienleben und Freundschaft gepflegt

werden können. Jeder dieser Wohnungstypen gestattet die Ausübung der Wohnfunktionen in vollkommener Form, so daß jede Wohnung für sich ein geschlossenes Ganzes bildet, bei dem das Verhältnis zwischen Wohn- und Wirtschaftsfläche denkbar günstig ist. Die Tätigkeitsbereiche des Mannes, der Frau, der Kinder, der Familien sind so günstig zugeordnet, daß gegenseitige Störung ausgeschaltet ist.

Die **Einbettwohnung** *enthält bei 25 qm Wohnfläche einen Wohn-Arbeits-Raum und einen kleinen Schlafraum, der durch Vorhang vom Wohnraum getrennt ist. Weiter ist eine Kochnische vorgesehen, die mit dem Eßplatz kombiniert ist, der ebenfalls durch einen Vorhang von der Kochnische abgeteilt werden kann. Die Gefahr der Unordnung im Wohnraum durch gebrauchtes Eßgeschirr (die besonders bei alleinstehenden Menschen groß ist) ist hierdurch gebannt. Ein Brausebad, Abort und Waschbecken vervollständigen die Wohnung.*

Die **Zweibettwohnung** *stellt im wesentlichen eine verbreiterte Einbettwohnung dar. Die Wohnfläche beträgt 36,4 qm. Die Kochnische ähnelt derjenigen der Einbettwohnung, jedoch ist der Eßplatz so geräumig, daß sich Platz für mindestens 4 Personen an einem normalen Tisch bietet. Ein vollständiges Wannenbad, Abort und Waschbecken sind vorgesehen. Der Schlafraum bietet außer den Betten noch Fensterplatz für einen Nähplatz der Hausfrau. Die Mieter dieser Wohnung haben neben Betten, Stühlen, Kleinmöbeln noch Eßtisch und Sofa für den Wohnraum zu stellen.*

Die **Dreibettwohnung** *enthält eine Wohnfläche von 48,9 qm. Bei dieser Wohnung ist zusätzlich ein Kinderzimmer vorgesehen, das Raum für 1 Kind und bei Verwendung eines zweistöckigen Bettes noch Raum für ein zweites Kind bietet. Am Fenster ist über die ganze Breite ein Arbeitstisch eingebaut, so daß genug Arbeitsplatz für zwei Kinder vorhanden ist. Ein Vorhang trennt Schlafplatz und Arbeitsplatz. Kinderzimmer, Bad und Schrankraum sind durch einen kleinen Zwischenflur von den anderen Räumen zu erreichen. Dieser Zwischenflur erfüllt einerseits seine Funktion als Geruchsschleuse bei Abortbenutzung, andererseits ist das Kinderzimmer ohne Durchquerung des Wohnraums, von dem es durch eine Schiebetür direkt erreicht werden kann, zugänglich. Der größeren Bewohnerzahl entsprechend, erhält dieser Wohnungstyp eine Kleinküche mit vollständig eingebauter Ausstattung. Der daneben liegende Eßplatz bietet Raum für 5 Personen. Wohn- und Schlafraum gleichen im wesentlichen den entsprechenden Räumen der Zweibettwohnung. Nur erhält der Wohnraum an der Längsseite ein Blumenfenster. Ein vollständiges Wannenbad ist auch hier vorgesehen. Für diese Wohnung haben die Mieter Betten, Sitz, Kleinmöbel, Sofa ergänzend aus eigenem Besitz zu stellen.*

Für alle drei Wohnungstypen ist ein Abstellraum mit besonderer Abteilung für Speisen vorgesehen. Eine geräumige Schrankkammer bietet Raum für Kleidung und Wäsche für den jeweiligen Bedarf. Darüber ein Hängeboden zum Abstellen von Koffern und dergl.

Alle Wohnungen erhalten ein eingebautes Wandregal, das gemäß weiter unten folgender Beschreibung im gewissen Ausmaß verändert werden bzw. ausgebaut werden kann. Die Arbeitstische unter dem Fenster bestehen aus einer in die Wand eingelassenen starken Holzplatte mit darunterhängenden Schubfächern. Der Eßtisch der Einbettwohnung ist als einfacher Klapptisch, der Eßtisch der Zweibettwohnung hingegen ist als faltbarer Klapptisch ausgebildet. Die Vorhänge zwischen Kochnische und Eßplatz bestehen aus abwaschbarem Kunststoff und gehören zum Bestand der Wohnung.

Sämtliche Vorhänge laufen in Rollschienen, die zur Vermeidung unschöner Profile in die Decke eingeputzt sind. An den Wänden der Schlafräume sind Holzplatten befestigt, um zu vermeiden, daß die Betten direkt der Wand anliegen. Diese Platten können zu Reinigungszwecken leicht ausgewechselt werden.

Allgemein gilt für die Möblierung, daß alle raumbildenden Wohnmöbel wie Arbeitstische, Schränke,

Beschreibung der Wohnzelle der am selben Tag umbenannten Frankfurter Allee in „Stalinallee" unter dem Titel *Keine Wohnung mehr ohne Sonne.* Die vorgestellten Grundrisse kommen aus der Heimstätte. Als Ausnahme werden allein *21 Wohnungen eines revolutionären Typs ohne Zwischenwände angekündigt.*

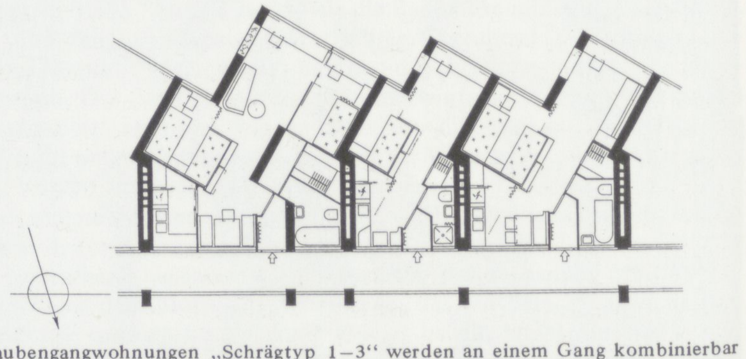
→L 21 *Als „reines Experiment" wird der Typ „Akademie" bezeichnet, eine von einigen Architekten propagierte Wohnung ohne Innen-Trennwände mit einer großen Fläche, von der nur das Bad abgeteilt ist. Das Eßzimmer hat eine Kochnische, und Wohn- und Schlaffläche sind nur durch einen Vorhang getrennt. Es gibt Leute, die diesen Typ warm begrüßen, während sich andere schon jetzt vor den im Schlafzimmer zu erwartenden Kochgerüchen entsetzen. Nun, die Berliner sollen selbst entscheiden. 21 „wandlose" Wohnungen werden jedenfalls gebaut, zum „Ausprobieren".*

Das Projekt, das von Scharoun im Auftrag der Heimstätte weiterbearbeitet wird und als solches in den Plandarstellungen auch erscheint, ist der →S. 304 Laubengangtyp „Akademie", für den Scharoun und seine Arbeitsgruppe einen Grundriß entwickeln, in den die „Schrägtypen" mit 1, 2 und 3 Betten so ineinander gearbeitet sind, daß man sie beliebig kombinieren kann. Ausgangspunkt für die Entwicklung der kombinierbaren Schrägtypen ist die 3-Bett-Wohnung, die die einfachsten Querwände hat. In den Wohnungstrennwänden sind Installationsblöcke für Küchen und Bäder vorgesehen.

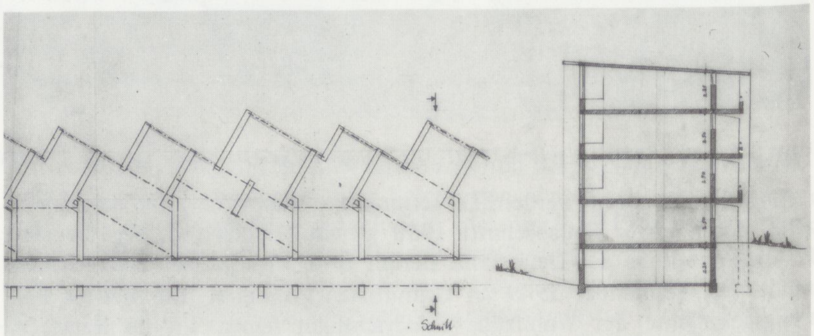
Der Vorschlag wird von der Heimstätte dahingehend überarbeitet, daß nur der 2-Bett-Typ gereiht wird. In dieser Form wird der Typ „Akademie" in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

→S. 304 Auf der Weberwiese steht seit **Januar 1950** ein kleiner Ausstellungsbau, in dem die Pläne für die Wohnzelle Friedrichshain öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Das Echo der Bevölkerung auf den Typ Akademie scheint negativ gewesen zu sein. Am **3.2.1950** findet im alten Stadthaus eine Pressebesprechung statt, auf der es um das Berliner Wohnungsbauprogramm für das Jahr **1950** geht. Aufgabe Nr. 1 wird der erste Bauabschnitt für die jetzt *Wohnstadt Friedrichshain* genannte Wohnzelle. Mit dem Bau soll, sobald es die Witterung erlaubt, begonnen werden. Der Plan ist inzwischen geändert worden:

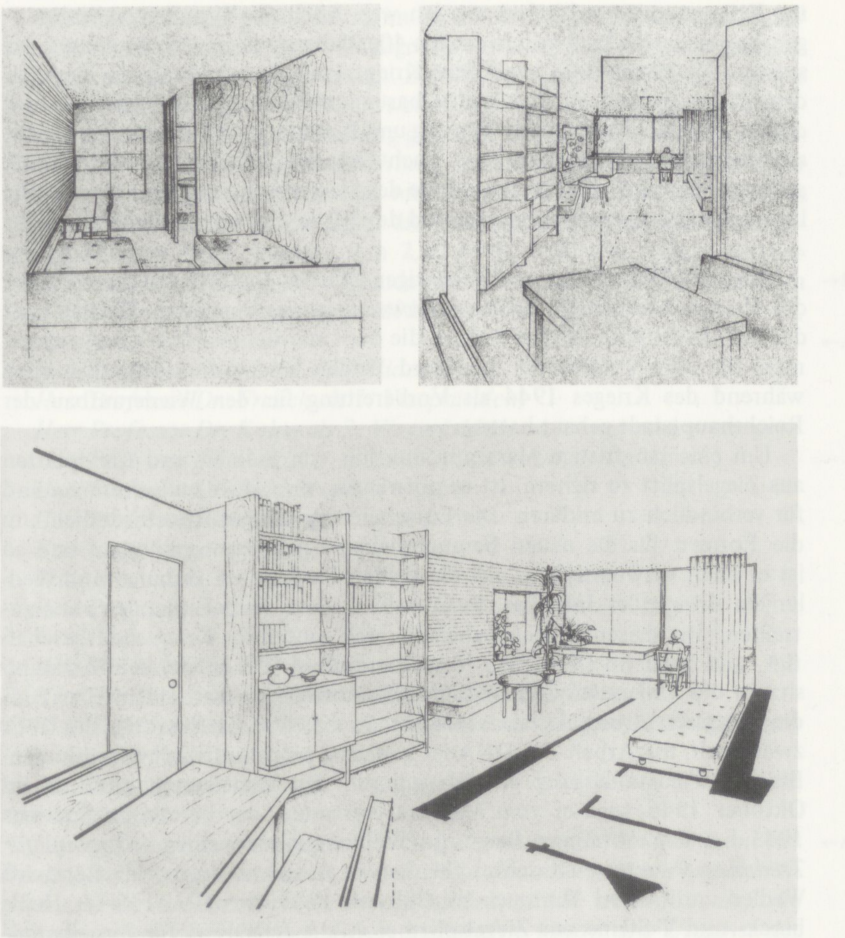
→L 22 *Wie mitgeteilt wurde, hat der Magistrat, nachdem die Bevölkerung sich fast einmütig gegen den Bau des Einraum-Wohnungstyps „Akademie" ausgesprochen hatte, auf diesen Typ verzichtet. Statt dessen werden die gleiche Anzahl, nämlich 21 Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen gebaut. Auch der Bau der 12 Einfamilienhäuser ist vorläufig zurückgestellt worden.*



→B 44 Die Laubengangwohnungen „Schrägtyp 1–3" werden an einem Gang kombinierbar zu einem neuen „Sägetyp" zusammengeschlossen. Es ist der erste Haustyp für Friedrichshain, in dem verschiedene Wohnungstypen in einem Gebäude gemischt werden



→B 45 Der „Sägetyp" mit kombinierbaren 1-/2-/3-Bett-Wohnungen (4.1.1950)



Innenräume der Wohnungen im „Sägetyp“ ←B 46

5.2.2 Die Diskussion über Typung und Normung

Die Wohnungen für die Wohnzelle Friedrichshain werden von der Heimstätte Berlin projektiert und gebaut. Neben traditionellen Zweispännern sind auch zwei Laubenganghäuser geplant, „Warschau“ und „Berlin“, die, verglichen mit den von Scharoun entworfenen Grundrissen, konventionell erscheinen, für Berlin aber doch in dieser Dimension eine Neuheit darstellen, wenn man von wenigen in den 20er Jahren an der Peripherie gebauten Laubenganghäusern absieht. Der Bau der Wohnzelle Friedrichshain ist ein Sonderbauprogramm zum Aufbau Berlins als Hauptstadt. Der Massenwohnungsbau in der DDR wird anders aussehen müssen und wird im **April 1950** eingeleitet mit den ersten 5 Wohnungstypen, die das Ministerium für Aufbau herausgibt. Sie sind im Institut für Städtebau und Hochbau, das dem Ministerium angegliedert ist, von Hanns Hopp entworfen worden. Damit dürfen **1950** in der DDR Wohnungen, die aus Investitionsmitteln finanziert werden, nur nach diesen 5 Mustern gebaut werden. Auf die Entwicklung, die mit der Herausgabe der ersten Typenreihe von Wohnungen in der DDR beginnt, werden wir später genauer eingehen.

Die für verbindlich erklärten Typenwohnungen, deren Grundrisse aus den frühen 20er Jahren stammen könnten und sich aus den Stellflächen der üblichen Möbel herleiten, lösen im IfB eine Diskussion über Sinn und Notwendigkeit von Typung und Normung aus. Es ist eine Diskussion, die sehr kontrovers geführt wird und bei der sich in den unterschiedlichen Positionen vor allem von Scharoun und Henselmann die schließliche Auflösung des IfB zum Jahresende bereits ankündigt. Das Problem von Typung und Normung stellt sich aber nicht erst nach der Herausgabe der Typenreihe 50, sondern hat einen längeren Vorlauf.

Die Notwendigkeit zur Festlegung von Normen für die Maße von Baustoffen stellt sich unmittelbar nach dem Krieg, als die industrielle Verwertung von Ziegelsplitt beginnt und die Frage auftritt, ob das alte Ziegelmaß zu Grunde gelegt werden soll oder ein anderes, wie z.B. das Oktametersystem, das Ernst Neufert vor **1945** entwickelt hatte und dessen Verabschiedung durch den Deutschen Normenausschuß (DNA) durch die letz-

Regale und fast alle Wirtschaftsmöbel fest eingebaut sind.

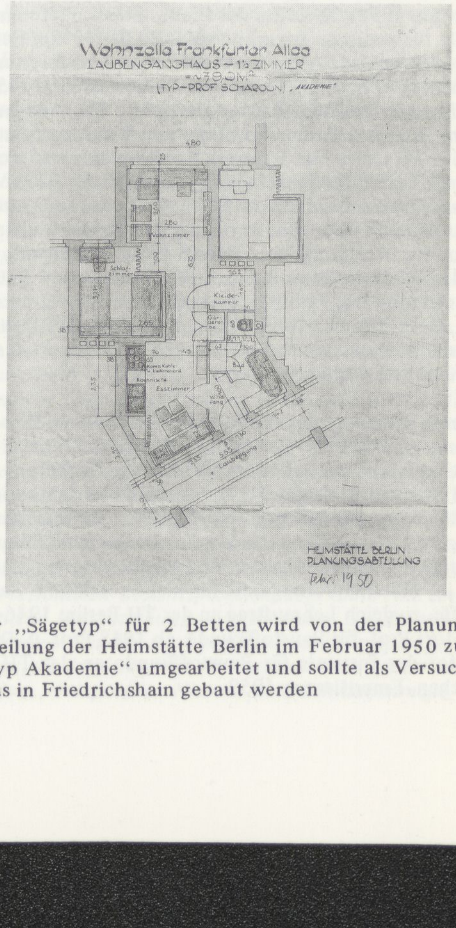
Bei den Einbaumöbeln sind nun gewisse Teile durch andere passende Teile ersetzbar, die den besonderen persönlichen Anforderungen und Wünschen Rechnung tragen derart, daß z.B. Schubladen mit besonderen Teilungen versehen sind, Schrankeinsätze für bestimmtere Verwendungszwecke gegen Regalbretter ausgewechselt werden können, Aktenständer unter dem Arbeitstisch Platz finden können, Blumengestelle, die auf einer Seite des Arbeitstisches passend aufgestellt werden können. Alle diese Teile sind, soweit erforderlich, mit einfachem Handgriff zu befestigen.

Struktur: *Diese zu einem Block zusammengefaßten Wohnungen sind durch Laubengänge zugänglich, die ihrerseits durch zwei den Enden anliegende Treppenhäuser erreichbar sind. Die Laubengänge stellen über das Straßenniveau gehobene Bürgersteige dar, denen die einzelnen Wohnungen gleichsam als Reihenhäuser anliegen. Zugleich ermöglicht diese Art der Aufschließung eine Aneinanderreihung in jeder Hinsicht völlig gleichwertiger Wohnungen.*

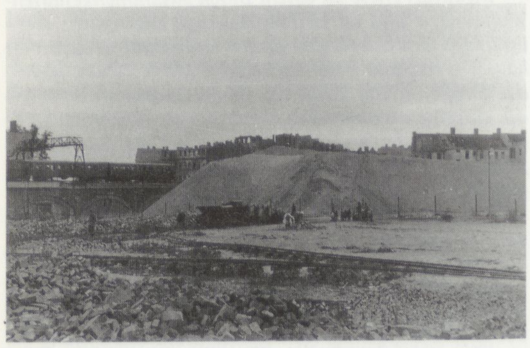
Die Einheitlichkeit der wichtigsten Konstruktionselemente erlaubt, daß die einzelnen Wohnungstypen zwanglos in beliebiger Folge miteinander gemischt werden können. Die Knickung der Wohnung vermittelt beste Ausnutzung der Besonnung, da die Fensterwände bei erfahrungsgemäß günstigster Himmelsrichtung (O-SW) der Sonne voll zugewendet sind. Auch läßt die Knickung den an sich verhältnismäßig kleinen Wohnraum als weiträumig erleben und läßt eine Mehrräumigkeit erreichen, die bei gut proportionierten Räumen weitgehende Gliederung der einzelnen Wohnfunktionen zuläßt.

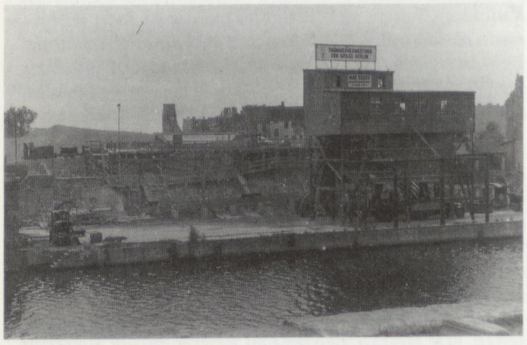
Technik: *Durch die Scheibenbauweise bietet sich die Möglichkeit an, das Gebäude auszuführen, ohne daß die bauliche Struktur notwendig verändert werden muß. Hierbei ist bei der Wahl der Baustoffe weitgehend Freiheit gegeben. Überdies wird durch die Knickung der einzelnen Scheiben eine größere statische Festigkeit erzielt.*

Warmwasserheizung ist für alle Wohnungen vorgesehen. Die Heizkörper sind an heiztechnisch günstigen Stellen, wo auch die Wohnfunktion keine Einbuße erleidet, montiert. Die technischen Leitungsstränge sind zum sogenannten Installationsbaum zusammengefaßt und in einer vorgesehenen Aussparung des Mauerwerks verlegt.



→B 47 Der „Sägetyp“ für 2 Betten wird von der Planungsabteilung der Heimstätte Berlin im Februar 1950 zum „Typ Akademie“ umgearbeitet und sollte als Versuchshaus in Friedrichshain gebaut werden





Die Trümmerverwertungsanlage am Schleswiger Ufer im Hansaviertel

Bernhard Wedler, Dipl.-Ing., geb. **23.3.1895** in Wesseling bei Köln, gest. **15.8.1975** in Berlin (West). **1920** Diplom TH Berlin, **1923** Preußische Staatsprüfung für Wasser- und Straßenbau, **1923–24** in der Preuß. Wasserbauverwaltung, danach im Reichsverkehrsministerium. **1934–38** Leiter der Preuß. Staatl. Prüfungsstelle für statische Berechnungen. **1938–45** Referent für Bauingenieurfragen im Preuß. Finanzministerium und ab **1941** auch im Reichsarbeitsministerium. **1945–50** Hauptreferent für Bauforschung und Baunormung beim Magistrat Berlin, Abt. Bau- und Wohnungswesen. **1950–56** Leiter des Referats Bauforschung, Baunormung, Techn. Baubest. beim Bundesminister für Wohnungsbau in Berlin (West). **1956–60** Leiter der Unterabt. Bautechnik u. Bauforschung im Bundesministerium für Wohnungsbau, Bonn. **1960** Ruhestand. **1949–65** Honorarprof. für Baustoffkunde und Baunormung an der Fakultät f. Architektur der TU Berlin. **1941–53** und **1959–67** im Präsidium des Deutschen Normenausschusses. Mitglied zahlreicher Ausschüsse und Beiräte.

Alfred Hummel, Architekt, geb. **7.9.1891** in Heilbronn, gest. **8.4.1973** in Aachen. Studium TH Stuttgart und Karlsruhe. Leiter des Instituts für Beton- und Stahlbeton an der TH Karlsruhe, **1923** Promotion. **1928–35** Leiter der neu eingerichteten Betonabteilung im Laboratorium des Vereins Deutscher Zementfabriken in Berlin-Karlshorst, danach Abteilungsleiter im Materialprüfungsamt für nichtmetallische Baustoffe, zugleich Lehrauftrag an der TH Berlin. **1946–48** dort Prof. für Baustoffkunde, ab **1948** Prof. u. Direktor des Instituts für Baustoffkunde an der TH Aachen. Emeritierung **1959**.

ten Kriegsmonate verhindert worden war. Auch die Typung von Wohnungen hat einen Vorlauf in den frühen 40er Jahren mit der Vorbereitung des sozialen Wohnungsbaus nach dem Kriege, eine Entwicklung, an die nach dem Krieg jedoch nicht unmittelbar angeknüpft werden konnte oder durfte. Wie die Themen der Typung und Normung nach dem Krieg wieder aufgenommen werden, um dann nach Gründung der BRD und der DDR auf unterschiedliche Weise Grundlage des Massenwohnungsbaus zu werden, läßt sich in der Arbeit Scharouns und des IfB sehr gut nachzeichnen.

Am **2.8.1945** nimmt am Schleswiger Ufer im Hansaviertel die während des Krieges beschädigte Trümmerverwertungsmaschine ihren Betrieb wieder auf. Es ist eine private Anlage, die der Unternehmer Max Groß zusammen mit den Professoren Bernhard Wedler und Alfred Hummel noch während des Krieges **1944** als Vorbereitung für den Wiederaufbau der Reichshauptstadt gebaut hatte.

Um eine langfristige Massenproduktion von Steinen und Wandplatten aus Ziegelsplitt zu sichern, ist es notwendig, ihre Maße zu bestimmen und für verbindlich zu erklären. Die Entscheidung darüber ist erforderlich, um die Formen für die neuen Baumaterialien herstellen zu können, und so ist es nicht verwunderlich, daß die beiden Professoren Hummel und Wedler ein dringendes Interesse daran haben, diese Entscheidungen voranzutreiben. Mit diesen Fragen haben sie sich schon vor Kriegsende beschäftigt, und zwar im Deutschen Normenausschuß (DNA), der seinen Hauptsitz in der Uhlandstr. 175 in Berlin-Charlottenburg hat, einem Haus, das die Kriegszerstörungen überdauert hat. So existiert der Hauptsitz des DNA zwar noch, die Arbeit des DNA ist zunächst jedoch offiziell unterbunden. Bis zur Wiederzulassung des DNA durch den Alliierten Kontrollrat im **Oktober 1946** wird er vom Magistrat vertreten, der bereits im **Sommer 1945** bei der Abteilung Bau- und Wohnungswesen einen *Ausschuß für Trümmerverwertung* einrichtet. In diesem Ausschuß erarbeiten Bernhard Wedler und Alfred Hummel im **Oktober 1945** die DIN 4155 für Hohlblock- und T-Steine aus Ziegelsplittbeton, die DIN 4161 für Ziegelbeton-
→L 23
steine und die DIN 4162 für Wandbauplatten aus Ziegelsplitt. Im **November 1945** folgt die DIN 1144 für Leichtbauplattennägel. Sie werden vom Magistrat, der den DNA vertritt, für verbindlich erklärt und sind ab **1.1. 1947** in allen vier Besatzungszonen anzuwenden.
←B 48

→L 24
Nachdem im **Oktober 1946** der DNA vom Alliierten Kontrollrat für alle Besatzungszonen wieder zugelassen worden war, richtet er neben seiner Berliner Geschäftsstelle zunächst eine weitere in Krefeld-Uerdingen ein, um mit den Fachkreisen der westlichen Zonen besser zusammenarbeiten zu können.

Die Baunormenarbeit wird kurz danach in einer ersten Sitzung unter der Leitung von Wedler in Berlin am **3.1.1947** wieder aufgenommen. An dieser Sitzung nehmen Vertreter des DNA, der Berliner Verwaltung und Dr. Weißwange vom Zentralamt für Wirtschaft der britischen Zone teil. Es wird eine Tagung zum Thema *Normung im Hochbauwesen* vorbereitet, die am **16.4.1947** in Minden stattfindet und an der 57 Personen aus allen Zonen teilnehmen, alles Fachleute, die als Befürworter der Normung bekannt sind. Wedler berichtet u.a. über die Normung im Bauwesen, Neufert über die Maßordnung im Hochbau, um die wichtigsten uns berührenden Themen herauszugreifen. Es wird beschlossen, die Normenarbeit wieder
→L 25
aufzunehmen mit dem Ziel, die *Einheitlichkeit aller Normen für Gesamt-Deutschland sicherzustellen.* Es werden Arbeitsausschüsse gebildet, und auf der Tagung der für das Gesamtpräsidium des DNA vorgeschlagenen Mitglieder am **13.6.1947** in Düsseldorf wird über deren Ergebnisse berichtet. Wedler schlägt dort vor, die Arbeit in einem zu gründenden *Fachnormenausschuß Bauwesen (FNBau)* zusammenzufassen. Der Fachausschuß wird vereint mit dem ehemaligen *Ausschuß für Stahlbeton* und konstituiert sich am **3./4.6.1948** in Wiesbaden. Die Arbeitsausschüsse, deren Gliederung zum ersten Mal auf der Deutschen Bautagung im **März 1948** auf der Leipziger Messe gezeigt wird, behandeln Hochbaunormung, einheitliche Technische Baubestimmungen, Bindemittel für Mörtel und Beton, Straßenbrücken, Beton- und Stahlbetonbau, Baustoffe, Straßen und Haustechnik. Zu den Aufgaben des ersten Ausschusses gehören Maßordnung, Stahlbetonfertigteile, Fenster, Türen, Treppen, Stellflächen für Möbel und Inneneinrichtung, Baubeschläge, Holzbalken für Wohnungen und Fundamente. Die Arbeitsgruppe Grundnormen wird **1949** eingerichtet.

Während es für die Maßordnung im Hochbau (DIN 4172) auf der Grundlage des von Neufert, dem „Maßgebenden", entwickelten Oktametersystems bereits **1944** einen ersten Entwurf gab, dem **1947** eine zweite Fassung folgte, die dann **1950** *nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen* in eine dritte endgültige Fassung gebracht wurde, war das Thema *Stellflächen für Möbel und Inneneinrichtung* neu und interessiert uns hier vor allem, weil damit zum ersten Mal nicht nur technisch, sondern räumlich eingegriffen wird, die Normung in die Dimension und Proportion der gesellschaftlichen Zelle eingreift. Am **2.12.1948**, 9.00 Uhr, tagt in der Geschäftsstelle des DNA in der Uhlandstraße zum ersten Mal das Präsidium des DNA. Die Mitglieder waren schriftlich gewählt worden.

←A 48

Anwesend:
Herr Professor Dr. Siebel als Präsident
Herr Professor Dr. Franck als 1. Vizepräsident
Herr Professor Dr. Koloc als 2. Vizepräsident
Herr Professor Dr. Garbotz
Herr Professor Dr. Heidebroek
Herr Professor Henselmann
Herr Regierungsrat Israel
Frau Dr. Lüders
Herr Professor Rachel
Herr Professor Dr. Saß
Herr Ministerialrat a.D. Wedler
Herr Dr. Zinzen als Direktor des Präsidial-Sekretariates
Herr Dannien vom DNA (in Abwesenheit des Geschäftsführers, Herrn Dr. Frank).

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit der Schilderung der Anreiseschwierigkeiten:

←A 49

Ich eröffne die konstituierende Sitzung des neugewählten Präsidiums des Deutschen Normenausschusses und begrüße die anwesenden Präsidialmitglieder sowie die Herren der Geschäftsführung. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß nach Berlin einberufen wurde. Die Ungunst der Verkehrsverhältnisse, die bürokratischen Schwierigkeiten und die schlechte Witterung der letzten Tage haben jedoch leider verhindert, daß außer mir selbst Präsidialmitglieder aus dem Westen Deutschlands hier eingetroffen sind. Ich selbst konnte meine Teilnahme nur dadurch ermöglichen, daß ich meine Herreise bereits am vorigen Freitag antrat. Die übrigen Teilnehmer aus Westdeutschland hatten ihre Reise für die letzten Tage vorgesehen, an welchen der auftretende Nebel den Flug nach Berlin unmöglich machte. Die Folge ist, daß heute nur 12 von 30 Präsidialmitgliedern anwesend sind.

Im Hinblick darauf, daß die westdeutschen Präsidialmitglieder durch höhere Gewalt am Kommen verhindert sind, schlage ich vor, daß wir die vorliegende Tagesordnung durchberaten, daß aber unsere Beschlüsse erst dann bindende Kraft erhalten, wenn die Zustimmung der Teilnehmer an einer entsprechenden Parallelsitzung, die ich nach Frankfurt a/M. einberufen werde, vorliegt. Sollte es dabei bezüglich einiger Punkte der Tagesordnung nicht zu einem gleichartigen Beschluß mit der heutigen Sitzung kommen, so würde dieser Punkt als unerledigt gelten und der nächsten Vollversammlung des Präsidiums nochmals zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Unter Punkt 16 der Tagesordnung *Neue Aufgaben des DNA* vermerkt das Protokoll:

←A 50

Herr Professor Dr. Franck weist mit Nachdruck darauf hin, wie wichtig es ist, daß für den riesigen Bedarf an Hausrat, Möbeln usw. für ausgebombte und Flüchtlings-Familien vom DNA aus etwas unternommen wird, damit dieses Problem möglichst rationell und vernünftig gelöst wird. Von Herrn Wedler wird betont, daß es außerordentlich wichtig ist für den Wohnungsbau, die Grundflächenmaße der genormten Möbel zu erkennen, damit man die Räume entsprechend dimensionieren kann. Herr Professor Henselmann betont die Wichtigkeit klarer Unterlagen für die Architekten, damit diese bei ihren Entwürfen keine Fehler machen. (. . .) Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die interessierten Kreise zu einem Ausschuß zusammenzubringen, der sich im Rahmen des DNA mit dem Bau und der Einrichtung von Wohnungen befassen soll, wobei folgende Punkte zu behandeln sind: 1) Baumasse, 2) Möbel, 3) Hausrat, 4) Textilien.

Vom Präsidium stehen Frau Dr. Lüders, Herr Min.Rat Wedler und Herr Professor Henselmann zur Verfügung, die sich bemühen werden, die maßgebenden Persönlichkeiten aus den interessierten Kreisen für die-

DIN-Normen bis 1947

Am **18.5.1917** wird der „Normalisierungsausschuß für den allgemeinen Maschinenbau" gegründet, der sich unter den Bedingungen der Kriegsproduktion schnell zum „Normenausschuß der deutschen Industrie" (NDI) ausweitet. Bereits am **16.5.1918** wird im NDI der „Ausschuß für Bauwesen" eingerichtet, der Maß-, Güte-, Prüf- und Ausführungsnormen erarbeiten soll. Die ersten Normblätter betreffen Fenster, Türen und Holzbalkendecken für Kleinhäuser, die nach dem 1. Weltkrieg in Massen hergestellt werden sollten. →L 26 *Als Erfolg der Arbeiten konnte angesehen werden, daß nach dem Kriegsende die deutschen Werke in Spandau in Umstellung auf den Friedensbedarf die Massenfabrikation von Fenstern und Türen nach vorläufigen Normen aufnahmen. Da die Bautätigkeit in Deutschland jedoch nicht in Gang kam, fanden die Erzeugnisse im Inland keinen Absatz. Sie wurden nach Dänemark und Holland exportiert.* Nach dem 1. Weltkrieg entstehen in allen Ländern Deutschlands Baunormenausschüsse, die sich bald zur „Reichshochbaunormung" (RHN) zusammenschließen. **1920** erscheint das erste Heft der Zeitschrift „Die Baunormung" als Anlage zum „Bauingenieur". Zahlreiche schon bestehende Ausschüsse von Industrieverbänden beantragen die Aufnahme in die Normenausschüsse. **1926** umfaßt das Arbeitsgebiet nicht mehr nur die Industrie, sondern auch Handel, Banken, Handwerk und die Landwirtschaft. Dem trägt ab **1926** der Ausschuß Rechnung und firmiert seitdem als „Deutscher Normenausschuß" (DNA). **1927** sind bereits 300 Baunormen verabschiedet, weitere 60 bestehen als Entwurf. Am **13.5.1931**, während der Deutschen Bauausstellung und der Weltwirtschaftskrise, findet in Berlin im Preußischen Herrenhaus die „Reichsbaunormentagung" statt, um auf die Verbilligungsmöglichkeiten durch Baunormen öffentlich aufmerksam zu machen. Die Tagung macht bewußt, daß es nicht mit der Verabschiedung der Normen getan ist, sondern diese auch in der Praxis durchgesetzt werden müssen, was dadurch geschieht, daß ihre Einhaltung an die Vergabe von staatlichen Mitteln über die einzelnen Ministerien gebunden wird. **1932** werden die Normen amtlicherseits in ganz Deutschland für verbindlich erklärt. Der Erlaß vom **15.11.1940** zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaus nach dem Krieg nimmt die Ziele der Normung auf:

→L 27

Eine Verbilligung der Herstellungskosten der Wohnung muß mit allen Mitteln erreicht werden, ohne daß dadurch die architektonische Gestaltung beeinträchtigt wird. Es sind daher für die Wohnungsgrößen Grundrisse zu entwickeln und vorläufig für die Dauer von 5 Jahren für verbindlich zu erklären. Darüber hinaus sind die Geschoßhöhen, die Wanddicken und die Konstruktionen für Dächer, Decken und Treppenhäuser einheitlich festzulegen.

Die eingebauten Teile der Versorgungseinrichtungen sowie die Fenster und Türen sind weitestgehend zu normen. Die Arbeiten an der Baustelle sind zu mechanisieren mit dem Ziel, die Handarbeit soweit wie möglich auszuschalten.

Es sind Methoden zu suchen und in größeren Versuchen praktisch zu entwickeln, die in absehbarer Zeit zu einer wesentlichen Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeiten am Bau führen.

Die Vorarbeiten dafür werden von der „Deutschen Akademie für Wohnungswesen", der „Forschungsstelle des Reichswohnungskommissars" und durch den DNA geleistet, und um die Arbeiten zu beschleunigen, werden **1940** die „Deutschen Einheitsblätter" für solche Fälle eingeführt, bei denen *volkswirtschaftliche Belange schnelle Entscheidungen fordern.* Seit den 30er Jahren wurden die ersten DIN-Normen überarbeitet und der Versuch gemacht, gemeinsame Maßsysteme für die Produkte zu entwickeln. Ernst Neufert schreibt dazu in seiner **1943** erschienenen „Bauordnungslehre":

→L 28

Die (alten) technischen Normen entstanden nach rein rationellen Gesichtspunkten, aber ohne eine einheitliche Maßbeziehung untereinander. Die Ziegelabmessungen wurden nach preußischen Zollmaßen festgelegt, die Stahlträgertabelle entstand nach Zentimetermaßen, Holzprofile, Nieten- und Schraubenmaße

wurden von England übernommen und nach englischen Zoll bemessen.

Die Maschinenindustrie und sonstige Gebiete der Technik gingen dann später in schnell steigendem Umfang dazu über, die Maße der genormten Teile zu vereinheitlichen und sie so in zweckmäßige Beziehungen zu bringen. Den Normzahlen erschloß sich ein weites Anwendungsgebiet. „In der Baunormung fanden diese Gesichtspunkte keinen Eingang. Man bemühte sich zwar in den Fachausschüssen um eine sinnvolle Stufung der Bauteilabmessungen – aber jeder Ausschuß ging dabei, losgelöst vom Ganzen, nach eigenen Gesichtspunkten vor. Der Zusammenhang fehlte. Jede Bauteilnorm spricht so ihre eigene Sprache. Es ist somit praktisch unmöglich, daß ein Architekt die gesamten genormten Abmessungen der Bauteile, die er bei der Planung berücksichtigen muß, wie seine Muttersprache im Kopf hat. Er muß vielmehr die gesamten Normblätter ständig zur Hand haben, um daraus die genormten Abmessungen zu entnehmen. Es ist daher notwendig, der Normung der Bauteile eine einheitliche Systematik zu Grunde zu legen, welche die Erfassung der Normen vereinfacht, das Merken der Abmessungen erleichtert und die Paßfähigkeit der verschiedenen Bauteile gewährleistet. Das heißt: die Normung muß sich vorteilhaft schon bei der Planung auswirken."

Wie im 1., so wird auch im 2. Weltkrieg die Normarbeit durch die Bedingungen der Kriegsproduktion vorangetrieben und **1944** durch Erlaß die „Kommission für Normung und Typung" gegründet, die am **24.6.1944** für die Dauer des Krieges die Befugnis übernimmt, Normen für verbindlich zu erklären. Noch im selben Jahr wird die erste Fassung eines Entwurfs DIN 4172 „Maßordnung im Hochbau" veröffentlicht, die aber erst **1947** verabschiedet wird.

Ende **1946** erhält der DNA durch einen Beschluß des Alliierten Kontrollrats vom **31.12.1946** die Erlaubnis, die Arbeit in allen vier Besatzungszonen wiederaufzunehmen. Die Initiative zur Wiederaufnahme der Norm-Arbeit geht in Berlin von den Bedingungen der Trümmerverwertung aus (Ziegelsplittbeton, Hohlblocksteine, Leichtbetonsteine, Wandbauplatten, Zementdachstein), verlagert sich aber bald nach Minden, weil Berlin seine Rolle als zentraler Standort verloren hat. **1947** wird der „Fachnormenausschuß Bauwesen", dem der „Deutsche Ausschuß für Stahlbeton" angeschlossen wird, gegründet. Bernhard Wedler ist einer der Hauptinitiatoren seiner Reorganisation.

Marie-Elisabeth Lüders, Politikerin, geb. **25.6.1878** in Berlin, gest. **23.3.1966** in Berlin (West). Studium an der Universität Berlin, **1912–14** Wohnungspflegerin in Charlottenburg, **1914–18** in der Fürsorge tätig und Leiterin des Frauenreferats im Kriegsministerium in Berlin. **1919–32** Mitglied des Reichstags für die DDP. Ab **1937** Arbeits- und Publikationsverbot. **1948–50** Stadtverordnete in Berlin (West), **1949–51** Leiterin der Abt. Sozialwesen im Magistrat/Senat und **1953–61** Mitglied des Bundestages (FDP) und Alterspräsidentin. Publikationen zu Frauenarbeit und Rationalisierung im Haushalt, Mitinitiatorin der RFG **1927**.

sen Ausschuß zu gewinnen. Dabei darf auch die „Jedermann-Organisation" im Westen Deutschlands nicht vergessen werden.

Zu den „interessierten Kreisen", mit denen der Geschäftsführer, Dr. Frank, Kontakt aufnimmt, gehört auch das IfB. Als Leiter des Instituts antwortet ihm Scharoun am **13.12.1948**:

→A 51 *Mit großem Interesse nahmen die Herren in der Abteilungsleitersitzung des Instituts für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin von dem Inhalt Ihres Schreibens Kenntnis. Wir erlauben uns, Ihnen folgendes vorzuschlagen:*

Die Ausschüsse sind in ihrer Arbeitsmethode und in ihrer Auswirkung aufeinander angewiesen und abgestellt. Wir möchten daher einen Kreis von Mitarbeitern bilden, der untereinander – und gewissermaßen parallel – die ihre Ausschüsse bewegenden Fragen abhandelt. Dieser Kreis soll gemäß Beschluß der Abteilungsleitersitzung vom 8.12.48 aus den Herren Professoren Ebert, Effenberger, Wagenfeld und Scharoun bestehen, die dem Institut für Bauwesen angehören, und den Herren Architekten Hirche und Ludwig, die sich mit den Aufgaben bekanntlich langjährig beschäftigen und die zu unserem Kreise hinzugezogen werden sollen.

Je nach Art des Ausschusses und der jeweiligen Problem-Stellung sollen dann Beauftragte unseres sechsköpfigen Arbeitskreises (im allgemeinen je zwei) zu den Veranstaltungen der Ausschüsse geschickt werden.

Am **15.12.1948** verschickt Herr Dannien vom DNA die Einladungen zur →A 52 ersten Sitzung des Ausschusses, dessen Aufgabe es sein soll, *die Wiederherstellung und den Neubau von Wohnungen (. . .) in die Wege zu leiten.* Außer an die drei Präsidiumsmitglieder Lüders, Wedler und Henselmann geht die Einladung noch an Prof. Leowald, Baumeister Hahn, Prof. Dübbers und Herrn Gerlach von der Gagfah.

Hermann Henselmann reicht seine Einladung an das IfB weiter, das ja eine eigene Abteilung für Typung und Normung hat, und protestiert beim DNA:

→A 53 *Sehr geehrter Herr Dannien,*

sowohl Ihr Brief vom 13.12.48, der erst am 30.12.48 bei mir eintraf, als auch das Protokoll der Präsidialsitzung sind mir eine unfreundliche Überraschung.

In der Präsidialsitzung wurde besprochen, und zwar wurde des längeren darüber diskutiert, daß Herr Min.Rat Wedler und auch ich einen Kreis von Fachleuten benennen, der zu der in Ihrem Schreiben für den 25.1.49 angeregten Sitzung erscheinen soll. Dagegen benennen Sie bereits in Ihrem Schreiben Kollegen, ohne bei mir Rückfrage gehalten zu haben. Infolgedessen muß ich es ablehnen, an dieser Sitzung teilzunehmen. Um sie aber nun nicht ganz auffliegen zu lassen, wäre ich bereit, an ihr teilzunehmen unter der Bedingung, daß folgende Personen hinzugezogen werden: die Professoren Scharoun und Hassenpflug und Baumeister Krause von der Deutschen Wirtschaftskommission.

Es erscheinen auf der Sitzung am **25.1.1949**:

→A 54
1. *Böttcher, Institut für Bauwesen, Hannoversche Str. 30*
2. *Effenberger, Institut für Bauwesen, Hannoversche Str. 30*
3. *Gampe, Deutscher Normenausschuß, Bln W 15, Uhlandstr. 175*
4. *Gerlach, Gagfah, Bln-Wilmersdorf, Ruhrstr. 2*
5. *Hahn, Fachgemeinschaft Bau, Spandau, Kerstenweg 3*
6. *Lingner, Fr., Meisterschule für Innenarchitekten, Berlin-Köpenick, Mahlsdorfer Str. 47*
7. *Dr. Lüders, Berlin-Grunewald, Hornisgrund 25, Präsidialmitgl.*
8. *Wedler, Min.Rat a.D., Magistrat von Groß-Berlin, Baugesetzgebung, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 84*

Das Protokoll vermerkt zusammenfassend:

Es wurde für wichtig erachtet, die Wiederherstellung und den Neubau von Wohnungen nach Gesichtspunkten in die Wege zu leiten, die die Zweckmäßigkeit in den Vordergrund stellen. Unerläßlich hierfür wurde in dieser Sitzung angesehen, daß die Abmessungen der Gebrauchsmöbel normenmäßig erfaßt werden, um hierauf aufbauend Längen, Breiten und Höhen der Zimmer abzuleiten, wobei der im Werden befindlichen Maßordnung im Bauwesen weitestgehende Beachtung zu schenken ist.

Im Wortlaut wird nur das Referat von Marie-Elisabeth Lüders, die schon in den 20er Jahren die „Reichsforschungsgesellschaft für wirtschaftliches Bauen" (RFG) mitbegründet hatte, dem Protokoll beigegeben, aus dem wir im folgenden zitieren:

Es erübrigt sich, auf die Notwendigkeit der Normung in der Hauswirtschaft einzugehen, die jetzt „haustechnische Normung" genannt wird, ein Wort, das die Dinge nicht ganz erfaßt. Es handelt sich um zwei Gebiete, einmal die bautechnische, dann die haushalttechnische Seite. Die bautechnische Seite umfaßt alles, was mit Planung, Aufführung, innenbaulicher Ausstattung, Einbau von Anlagen usw. zusammenhängt, die haushalttechnische Seite alles, was mit der Führung des Haushalts, der täglichen Versorgung der in einer Wohngemeinschaft zusammengefaßten Personen, zusammenhängt.

Das haushalttechnische Gebiet umfaßt die nicht fest eingebauten Apparate, Geräte und Ausstattungsstücke, ferner die zahllosen Gegenstände des täglichen Gebrauchs und laufenden Verbrauchs, die mit der Gestaltung, der Aufführung und der Ausführung des Baus nicht direkt verbunden sind. Hierzu gehören alle Küchen- und Wirtschaftsgeräte, alle sonstigen Ausstattungsgegenstände, wie Möbel, Geschirr, Textilien usw.

Beide Gebiete überschneiden sich häufig wie z.B. Wandmaße und Möbelmaße.

Soweit es sich um größere Ausstattungsstücke für die Führung und Versorgung des Haushalts handelt, z.B. um große Möbelstücke, und soweit es sich um Apparate und Geräte handelt, deren Benutzung von eingebauten Anlagen abhängig ist, z.B. von Steckdosen usw., müssen die Baumaße und die Möbelstücke aufeinander abgestimmt werden, und es muß vom Architekten auch darauf Rücksicht genommen werden, daß z.B. Türen und Fenster nicht ineinanderschlagen, wie mehrfach erlebt. Es muß außerdem mit Rücksicht auf die Haushaltsführung die Anlage, die Führung und der Standort der Versorgungsquellen der Benutzung gemäß sein, also z.B. der Versorgungsquelle für Licht, für Heizung usw. Neben der Abstimmung der äußeren Maße der Ausstattungsgegenstände auf die Wandmaße muß bei den Ausstattungsstücken selber die innere Einteilung und äußere Abmessung, die Höhe, Breite und Tiefe von Borden usw. in Einklang gebracht sein mit denjenigen hauswirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen oder deren Zubehörteilen, die in diesen Möbeln untergebracht werden sollen. Z.B. Kleiderschrank und Kleiderbügel; Tische, Schranktiefen, Abstand der Böden zum Geschirreinstellen. Es muß auch Rücksicht genommen werden auf Einklang zwischen Bettenmaßen, Matratzen und Bettwäsche, was meines Wissens früher im Normenausschuß schon weitgehend durchgesetzt worden ist für die Normung der Krankenhausgeräte und -möbel. Es muß Rücksicht genommen werden auf die Übereinstimmung der inneren und äußeren Ausmaße z.B. von Bratöfen mit Pfannen, Backblechen, Backformen usw., nicht zu schmal, zu tief oder zu niedrig, um solche Gegenstände in normaler Größe hineinzubringen. Dadurch wird es notwendig, daß eine weitgehende Normung der gesamten hauswirtschaftlichen Geräte und ihrer Zubehörteile vorgenommen wird, damit nicht wieder Böden oder Keller Friedhöfe von nur noch halb gebrauchsfähigen Haushaltgegenständen sind, weil man keine Ersatzteile bekommt, weil jede Firma den Ehrgeiz darin sieht, von den Konkurrenten abweichende Gegenstände anzubieten, unter dem Motto: „Nur bei mir erhältlich", und so den Einkauf erschwert. Nur auf dem Wege der Normung kann der Überfluß des Angebots nach Art und Form erschwert werden. Dieses Ziel kann erreicht werden durch die Normung der Produktion auf dem gesamten haushaltstechnischen Gebiet. Dieses ist bereits früher im DNA in dem gut funktionierenden hauswirtschaftlichen Ausschuß mit gutem Erfolg durchgeführt worden, auf den verschiedensten Gebieten. Mit der segensreichen Hitlerregierung ist auch diese Arbeit damals so gut wie ganz zum Stillstand gekommen.

Wir haben heute allen Anlaß, diese Arbeiten beschleunigt und mit Nachdruck wieder aufzunehmen und den Sinn und das Verständnis für diese Arbeit nicht nur bei den Produzenten wieder zu beleben, sondern, was mindestens so wichtig ist, bei den für den Verbrauch und Gebrauch solcher Gegenstände maßgeblichen Hausfrauen, von denen man leider sagen muß, daß sie häufig mindestens ein nicht ganz zureichendes Verständnis für die Zusammenhänge und Notwendigkeiten haben, sondern sich immer noch in ihrer vermeintlichen Individualität bedroht fühlen.

Über den Geschmack läßt sich nicht streiten. Meinetwegen soll die Hausfrau auf eine schöne, weil zweck-, form- und materialgemäße Kaffeemühle verzichten und sie sich mit Blumen und Landschaften bemalen. Der Produzent aber soll auf die verschiedenen Geschmacksrichtungen keine Rücksicht nehmen, und die Frauen müssen dahin geführt werden, daß sie zu unterscheiden vermögen zwischen dem, was „scheen" ist und was

←A 55

Reichsforschungsstelle für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e.V. (RFG), 1927–31

Im Sommer **1927** werden auf Betreiben von Abgeordneten des Deutschen Reichstages unter Führung von Marie-Elisabeth Lüders für Forschungen im Bau- und Wohnungswesen und zur Förderung von Erfindungen und Versuchsbauten 10 Mill. RM bewilligt, die zur Gründung der RFG mit Sitz in Berlin und ihrer Arbeit dienen, wobei der schon bestehende „Deutsche Ausschuß für wirtschaftliches Bauen" übergangen wird. Das Reichsarbeitsministerium (RAM) verwaltet die Gelder und hat somit auf die personelle Zusammensetzung, die Satzung und Arbeitsvorhaben einen entscheidenden Einfluß: Es kann gegen alle Beschlüsse Einspruch erheben. Die RFG erhält einen Verwaltungsrat, einen Vorstand und Arbeitsausschüsse, für die etwa 25 Personen hauptberuflich eingestellt werden. Sie gibt eigene „Mitteilungen" heraus und daneben Sonderhefte über Tagungen und Versuchssiedlungen. In zwei Jahren verdoppelt sich die Zahl der Ausschüsse von anfänglich 14 auf 28. Sie werden **1929** durch eine Satzungsänderung zu vier Forschungsgruppen zusammengefaßt:

1. Bauplanung, Geländeerschließung, ländliches Bauwesen;
2. Baustoffe, Bauweisen, Bauausstattung einschl. Heizung und Lüftung;
3. Baubetrieb, einschl. Baumaschinen und Leistungsforschung;
4. wirtsch. und gesetzl. Fragen des Bau- und Wohnungswesens.

Hans Kammler, Richard Rasch, Wolfgang Triebel und Günther Wellershaus werden als Abteilungsleiter eingesetzt, die „Mitteilungen" in „Mitteilungsblatt" umbenannt, das jetzt nur noch Arbeitsergebnisse in zusammengefaßter Form wiedergibt, und in vier Versuchssiedlungen in Dessau-Thörten, Frankfurt-Praunheim, Stuttgart-Weißenhof und München-Arnulfstraße Experimente gefördert und wissenschaftlich untersucht. Daneben betreibt die RFG eigene Forschungssiedlungen, deren Pläne sie selbst bestimmen kann, wie in Hamburg an der Jarrestraße und der Alsterkrugchaussee oder in Berlin-Spandau die Versuchssiedlung Haselhorst. Außerdem gibt es ein Grundrißlabor, und Kleinstwohnungen, Küchen, Bäder, Installationen und Baugeräte sowie Methoden der Rationalisierung werden auf der Baustelle untersucht.

Das RAM entzieht jedoch am **31.3.1931** der RFG die Gelder aus dem 10-Millionen-Fonds, die sich, da sie sich keine anderen Einnahmequellen erschlossen hat, daraufhin auflöst. Das restliche Geld des Fonds fließt nicht in den Reichshaushalt zurück, sondern wird in eine „Stiftung zur Förderung von Bauforschungen" eingebracht. Der Grund für die Einstellung der breitangelegten Verwissenschaftlichung des Bauens muß darin gesehen werden, daß alle Rationalisierungsmaßnahmen eben keinen Einfluß auf die Baupreise hatten und das Ziel, den Wohnungsbau entscheidend zu verbilligen, somit nicht erreicht wurde.

Die Mitbegründerin der RFG hat im Vorfeld der Deutschen Bauausstellung Berlin **1931** eine Denkschrift *über den Ausbau der Reichsforschungsgesellschaft zu einem Reichsinstitut für Bauforschung und ihre Mitarbeit an der Dauer-Bauausstellung Groß-Berlin 1930–40* verfaßt, in der es heißt: *Die Aufgabe, die der RFG gestellt ist, kann in einer der Gesamtwirtschaft wirklich dienlichen Weise nur gelöst werden, wenn die RFG zu einer Dauereinrichtung und zu einem Reichsforschungsinstitut für die gesamte Bauwirtschaft ausgebaut wird, das nach dem Muster der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Forschungsaufgaben auf jedem Einzelgebiet der auf dem Gebiet besten und wichtigsten Persönlichkeit zur selbständigen und eigenverantwortlichen Bearbeitung überträgt.* →A 56

Marie-Elisabeth Lüders bemüht sich auch nach dem 2. Weltkrieg wieder darum, eine vergleichbare Einrichtung durchzusetzen. Für die BRD ist es aber vor allem das „Institut für Bauforschung" in Hannover, das verwandte Aufgaben übernimmt. Sein Geschäftsführer Wolfgang Triebel hatte davor zunächst in der RFG und dann bis **1945** in der Akademie für Bauwesen gearbeitet.

„schön" ist. „Schön" ist ein Hausgerät immer dann, wenn Material und Form dem Zweck entsprechen, und noch schöner und beliebter wird es werden, wenn es auch preiswert ist. Auch darauf wird die Normung einen Einfluß haben.

Warum wir diese Arbeiten wieder aufnehmen, näher zu begründen, ist überflüssig. Man kann es in zwei Worten zusammenfassen:

Wir haben in der Nationalökonomie immer sehr viel von „Waren"ökonomie geredet. Warenökonomie zu treiben war allen eine selbstverständliche Sache. Von „Menschen"ökonomie war nie die Rede. Dieser Gedanke ist erst sehr viel später aufgetaucht. Bei der Normung treffen Waren- und Menschenökonomie in glücklicher Weise zusammen.

Warenökonomie: Ersparnis an Geld, Zeit, Arbeit, Verpackung, Transport usw.

Menschenökonomie: Ersparnis an menschlichen Werten, die man von seiten der Hausfrau und durch die Hausfrau der Familie und Allgemeinheit weitgehend nutzbar machen könnte.

Die Hausfrau ist immer noch wie nach der alten Preußischen Gesindeordnung „zu ungemessenen Diensten" engagiert. Die deutsche Hausfrau ist nach wie vor und in dieser schweren Zeit doppelt und dreifach belastet: Es wird ein nicht zu verantwortender Raubbau nicht nur an ihrer Körperkraft, sondern an ihren seelischen und ihren geistigen Kräften geübt. Und diesem Raubbau an körperlicher, geistiger und seelischer Kraft der Hausfrau und der Mutter muß unter allen Umständen versucht werden, zu steuern. Es ist nicht angängig, daß es als ganz selbstverständlich empfunden wird, daß im außerhäuslichen wirtschaftlichen Produktionsprozeß der Mensch und Maschine geschont werden, daß aber im hauswirtschaftlichen Prozeß völlig überflüssige Mehrbelastung für die Hausfrau dadurch entsteht, weil sie täglich das Vergnügen hat, sich mit der „Tücke des Objekts" herumzuschlagen. Hersteller, Verteiler und Konsument vom Architekten bis zur Hausfrau haben aber den gleichen Vorteil durch Zusammenarbeit, wie sie seinerzeit im Hauswirtschaftsausschuß des DNA vorhanden gewesen ist. Es ist selbstverständlich, daß bestimmte Produktionsanlagen und -methoden notwendig sind und nicht sofort abzuändern sind, aber auch nicht für alle Zeit bestehen bleiben müssen.

Nötig ist, daß endlich von innen nach außen gebaut wird, d.h. von der Küche und dem Kinderzimmer zur Fassade und nicht umgekehrt.

Nötig ist zu begreifen, daß der Hausbau und die innere hauswirtschaftliche Ausstattung, die Einrichtung und der Bestand an Haushaltsgeräten untrennbar miteinander zusammenhängen und daß alles an den täglichen Lebensbedürfnissen zu messen ist, und zwar an den Lebensbedürfnissen nicht irgendeines marktschreierischen Produzenten oder eines Architekten, der Stilfanatiker ist, sondern an den Lebensbedürfnissen von ganz gewöhnlichen Menschen.

→S.444 Nach dem Text von Alix Rohde-Liebenau ist die energische Aussage von Marie-Elisabeth Lüders die zweite einer Frau zur neuen Wohnung, die zugleich die Fortsetzung des Gedankengutes aus den Reformdiskussionen der 20er Jahre belegt.

Im Protokoll ist vermerkt, daß Herr Gerlach und der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Hausmöbel im DNA, Architekt Lingner, gebeten werden, die Stellflächen für Möbel zu ermitteln.

Hans Gerlach, der durch seine Tätigkeit bei der Gagfah über weit zurückreichende Erfahrung verfügt und sich im Ausschuß auch für die Normung der Haustiefen eingesetzt hat, stellt das Ergebnis seiner Untersuchung im **August 1949** zur Diskussion. →L 29

Bewährte Grundrisse verbinden sich mit geerbten oder ersteigerten Möbeln. Die Möbel zu beschaffen ist Sache des Mieters. Der Einbau von Möbeln, der in den 20er Jahren in Wohnanlagen wie z.B. Frankfurt-Westhausen soweit vorangetrieben war, daß man so gut wie ohne Möbel einziehen konnte, ist hier wieder aufgegeben. So in sich logisch die Argumentation ist, so fällt das Ergebnis jedoch weit noch hinter das zurück, was das Berliner Mietshaus mit seinem eingebauten Speiseschrank unter dem Küchenfenster, der Speisekammer, Hängeböden und den – wenn auch selteneren – Flurnischenschränken in der Regel zu bieten hat. Das Interesse der Möbelindustrie, sich das Programm nicht schmälern zu lassen, und das Desinteresse der Bauindustrie an dem kostenaufwendigen Einbau von Möbeln treffen sich schon hier.

Hans Gerlach, Dipl.-Ing., Regierungsbaumeister, geb. 9.8.1888 in Insterburg. Studium TH München und Berlin, 1914 Dipl.-Ing., 1914–18 Militärdienst, 1921 Regierungsbaumeister, danach Prokurist, später Geschäftsführer der Mitteldeutschen Heimstätte in Magdeburg, ab 1927 Direktor der Gagfah in Berlin. Vizepräsident der Deutschen Akademie für Bauforschung bis 1945, ab 1947 korrespondierendes Mitglied des Instituts für Bauforschung in Hannover.

Wolfgang Triebel, Architekt, geb. 30.9.1900 in Zetsch, lebt in Hannover. Nach dem Studium Bauleiter bei der Niedersächsischen Heimstätte, 1925–27 Zweigstellenleiter. 1927 Promotion und Abteilungsleiter der RFG. 1931–38 Stadtbaurat in Stendal, 1938 Gründungsdirektor des Franz-Seldte-Instituts der Deutschen Akademie für Bauforschung in Magdeburg. 1946 gründet er die Nachfolgeeinrichtung, das Institut für Bauforschung in Hannover. Honorarprof. an der TH Hannover. Veröffentlicht 1983 eine „Geschichte der Bauforschung in Deutschland".

HEFT 33
15. AUGUST 1949
4. JAHRGANG
BERLIN

neue bauwelt

Verlag des Druckhauses Tempelhof, vorm. Deutscher Verlag, Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 105-106 · Die Neue Bauwelt erscheint wöchentlich einmal
Lizenz B 224 · Abonnementspreis Monat 3,60 DM, Vierteljahr 10,80 DM, zuzügl. Postgebühr (Einzelheft 1,00 DM und Porto) · Anzeigenpreise: 1,00 DM viergespaltene Millimeterhöhe; „Markt des Baubedarfs": dreigespaltene Millimeterhöhe 1,50 DM, Stellengesuche 1,00 DM · Postscheckkonten des Deutschen Verlages Berlin bei den Postscheckämtern: Berlin West Nr. 123 · Frankfurt/Main Nr. 23 300 · München Nr. 5686 · Bankverbindungen: Deutscher Verlag Berlin, Konto-Nr. 4-72076, Bezirksbank Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 149-150, und Diskontobank Bremen · Nachdruck nach Vereinbarung · Telegrammadresse: Bauwelt Berlin · Telefon: Sammel-Nummer 75 02 31 · Chefredakteur: Rudolf Weilbier, Berlin-Tempelhof · Druck: Druckhaus Tempelhof, Berlin · Westdeutsche Redaktion: Wiesbaden, Schwalbacher Straße 48

Möbelstellflächen und Mindestraumgrößen

Von Hans GERLACH, Berlin

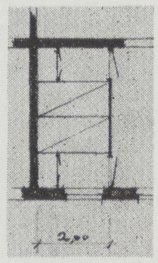
Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Verbilligungsmöglichkeiten genutzt werden müssen, um zu erträglichen Baukosten und Mieten für Neubauwohnungen zu kommen. Die Geländeerschließung, die Grundrißlösung, die Größe und Höhe der Räume, die Baukonstruktion und die Ausstattung der Wohnungen müssen gründlich durchdacht und daraufhin untersucht werden, ob auch wirklich die wirtschaftlichste Lösung gefunden ist.

Es ist hierüber sehr viel gestritten und geschrieben worden. Viele gute Anregungen wurden gegeben, oft hat man aber auch über das Ziel hinausgeschossen, besonders im Hinblick auf die Raumgrößen, denn schließlich muß eine Wohnung ihrem eigentlichen Zweck entsprechen und genügend Raum für Menschen und Möbel bieten.

Ich möchte mich hier darauf beschränken, die Mindestgrößen von Wohnräumen zu untersuchen. Es sind in letzter Zeit Wohnungstypen veröffentlicht worden, die m. E. die untere Grenze des Möglichen unterschreiten und Raumgrößen vorschlagen, die die Unterbringung der nötigsten Möbel nicht mehr gestatten. Die Planer dieser neuen Typen führen dabei als Grund an, daß sehr viele Wohnungssuchende keine Möbel mehr besitzen und daß man deshalb die Wohnung bedenkenlos verkleinern könnte und mit eingebauten Möbeln ausstatten müßte. Das sogenannte Moltke-Schlafzimmer — getrennt marschieren, vereint schlafen — mit eingebauten Betten, die die ganze Raumtiefe einnehmen, so daß zwei Zugänge nötig werden (vgl. Bild rechts oben), taucht immer wieder auf. Der etwa 1 m breite Raum beiderseits des Doppelbettes erfordert dann den Einbau je eines Schrankes am Ende des Bettes, der auch bei bescheidenen Verhältnissen zur Unterbringung der Kleider und Wäsche nicht ausreicht. Solche Lösungen sind für Dauerwohnungen abzulehnen. In Wochenendhäusern (z. B. der „Kleine Christoph") sind sie am Platz, vielleicht auch noch in Eigenheimen. Der Einwand, die Mieter hätten keine Möbel, ist nicht stichhaltig. Eine massive Dauerwohnung hat eine lange Lebensdauer und darf deshalb nicht nur auf eine zeitlich vorübergehende Notlage Rücksicht nehmen. Der Mieter von morgen hat sicherlich wieder eigene Möbel, die er den eingebauten Schränken vorziehen wird. Denn die Erfahrung hat leider gezeigt, daß eingebaute Möbel nicht immer saubergehalten und gepflegt werden.

Es kommt aber noch hinzu, daß Einbaumöbel teuer sind. Der Bauherr, der heute nicht weiß, wo er das Geld für den primitivsten Wohnungsbau hernehmen soll, muß die Sorge für die Beschaffung der Möbel den Mietern überlassen. Er muß aber dafür sorgen, daß in der Wohnung, die er baut, die notwendigsten Möbel aufgestellt werden können, und zwar so, daß sie bequem zu öffnen und zu benutzen sind und die erforderlichen Durchgänge freibleiben, damit die Hausfrau die Wohnung ohne akrobatisches Training säubern kann. So hängen also Raumgrößen und Möbelstellflächen eng zusammen und bestimmen einander gegenseitig.

Welches von beiden hat nun den Vorrang? Sicherlich wäre es sehr wünschenswert, wenn man solche Möbel herstellte, deren Maße auf die Not der Zeit Rücksicht nehmen und das unbedingt Erforderliche nicht überschreiten. Darf man aber fordern, daß der Wohnungsneubau von diesen neuen, kleineren Möbelmaßen bei der Bemessung der Raumgrößen ausgehen soll? Man darf wohl nicht außer acht lassen, daß die überwiegende Mehrzahl der Wohnungsuchenden Möbel besitzt und daß es sich dabei nur selten um kleinere, neuzeitliche Möbel handelt, denn diese sollen ja erst geschaffen werden. Man darf auch nicht vergessen, daß es heute möglich ist, auf Versteigerungen ganze Zimmereinrichtungen für einen Bruchteil der Kosten zu erwerben, die die Anschaffung etwa eines neuen Schrankes erfordert. Dazu sind diese alten Möbel sehr oft dauerhafter und aus besserem Holz gearbeitet als die neuen. Man kann also wohl nicht gut verlangen, daß der Neubaumieter sich von seinen alten Möbeln trennt und sich neue anschafft, damit er in der Wohnung Platz hat, ganz abgesehen davon, daß ihm heute die Geldmittel zu Neuanschaffungen häufig fehlen.



Das „Moltke"-Schlafzimmer

Daher darf man m. E. nicht fordern, daß bei der Bemessung neuer Wohnräume von den neu festzulegenden Mindestgrößen für Möbel auszugehen ist. Ich halte es vielmehr für notwendig, die alten Abmessungen der Möbel zugrunde zu legen und zu verlangen, daß die Größe der Räume eine Aufstellung dieser Möbel zuläßt. Ich möchte dabei betonen, daß ich keineswegs eine Normung von Möbeln ablehne, im Gegenteil, ich halte sie, zum mindesten, was die Kastenmöbel angeht, für wünschenswert, ja für notwendig. Aber die Mindestgrößen, die sich bei den alten Möbelmaßen für Neubauwohnräume ergeben, sind schon so klein, daß eine weitere Beschränkung mir bedenklich erscheint.

Ferner sind nicht nur die Stellflächen für die Möbel wichtig, man muß auch festlegen, welche Möbelstücke zur Mindestausstattung der einzelnen Räume gehören. Ein Kinderzimmer, in dem außer den zwei Betten ein Tisch und ein Schrank nicht

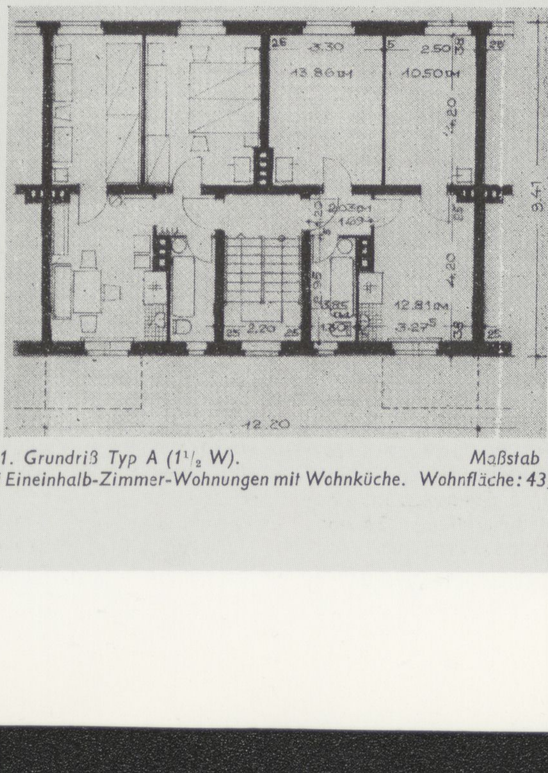


Bild 1. Grundriß Typ A (1½ W). Maßstab 1:200
Zwei Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen mit Wohnküche. Wohnfläche: 43,05 m²

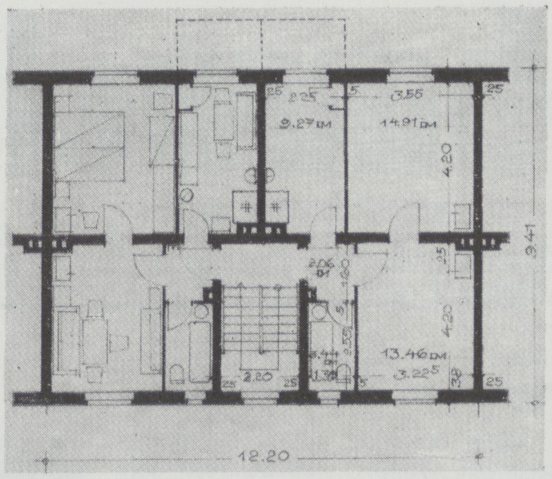


Bild 2. Grundriß Typ B (2 K). Maßstab 1:200
2-Zimmer-Wohnung mit Kochküche. Wohnfläche: 43,14 m²

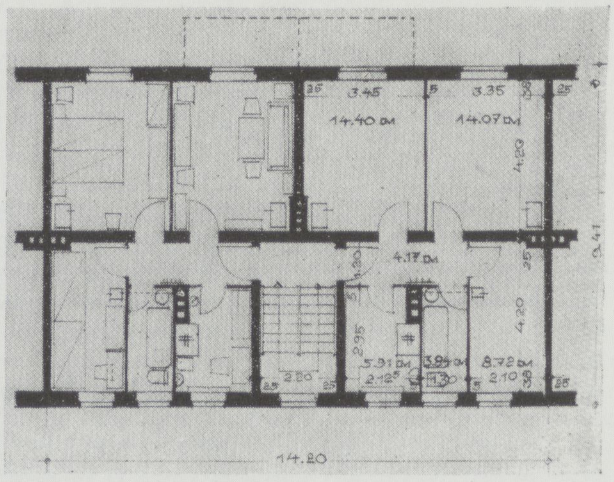


Bild 3. Grundriß Typ C (2½ K). Maßstab 1:200
2½-Zimmer-Wohnung mit Kochküche. Wohnfläche: 51,11 m²

mehr Platz finden, kann seinen Zweck nicht erfüllen und sollte daher nicht gebaut werden.

Der Deutsche Normenausschuß beschäftigt sich seit einiger Zeit mit der Normung der Möbel. Er hat als ersten Schritt die folgenden Höchstmaße für die Stellflächen wichtiger Möbelstücke für die einzelnen Räume einer Wohnung vorgeschlagen. Die Absicht ist, dem planenden Architekten damit eine Grundlage zu geben, nach der er die Räume so bemessen kann, daß sie dem allgemeinen Bedürfnis genügen.

Wohnzimmer:

Tisch	80 × 120 cm, rund 110 cm, 78 cm hoch
Schreibtisch	80 × 150 cm, 78 cm hoch
Stuhl	45 × 50 cm
Sessel	75 × 90 cm
Liege oder Sofa	90 × 200 cm
Klavier	60 × 140 cm
Nähmaschine	45 × 85 cm
Geschirr- oder Bücherschrank	40 × 200 cm
Ofen	60 × 93 cm

Schlafzimmer:

Bett	100 × 200 cm
Bett für Jugendliche	85 × 200 cm
Nachttisch	35 × 35 cm
Schrank	60 × 180 cm
Schuhschrank	30 × 120 cm
Kommode oder Waschtisch	50 × 100 cm
Kindertisch	55 × 110 cm
Stuhl	45 × 50 cm

Küche:

Tisch	55 × 110 cm
Tisch für Wohnküchen	80 × 120 cm
Geschirr- und Geräteschrank	50 × 150 cm
Speiseschrank (in Tischhöhe unter dem Fenster)	50 × 100 cm
Besenschrank	50 × 50 cm
Stuhl	45 × 50 cm
Sitzbank	50 × 160 cm
Kohlenkasten	40 × 50 cm
Mülleimer	⌀ 35 cm
Spültisch	40 × 75 cm
rundes Ausgußbecken	26 × 43 cm
Herd	70 × 90 cm

Wohlgemerkt handelt es sich hierbei um Höchstmaße, die etwa den Abmessungen alter Möbel, wie sie bisher in Kleinwohnungen zu finden waren, entsprechen. Gelingt es durch eine Normung, die Möbelgrößen auf ein geringeres Maß zu bringen, so wird der Raumgewinn, der dadurch erreicht wird, daß größere Möbel durch kleinere ersetzt werden, sehr erwünscht sein, denn jeder Raumzuwachs für eine Kleinwohnung ist segensreich, und die Hausfrau wird ihn dankbar begrüßen, weil er ihre Hausarbeit erleichtert.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, daß das Ausmaß der Baukostensenkung, das durch ein Zusammendrücken des umbauten Raumes erreicht wird, vom Laien sehr häufig überschätzt wird. Der Kubikmeterpreis für den umbauten Raum wird höher, je näher die Wände zusammenrücken, und die fixen Kosten, die Fenster, Türen, Installation und Ausstattung einer Wohnung erfordern, bleiben die gleichen, sie sind nur auf einen kleineren Kubus umzulegen und verteuern weiterhin den Einheitspreis.

Im folgenden soll nun untersucht werden, welche Mindestgrößen für die einzelnen Räume einer Kleinwohnung sich ergeben, wenn man lediglich von den Abmessungen der Möbel, die in der vorstehenden Liste aufgeführt sind, ausgeht und sich dabei auf das unbedingt erforderliche Mobiliar beschränkt.

Ich betone dabei, daß ich die Auffassung vertrete, man müsse zur Erhaltung unserer Wohnkultur danach streben, die Wohnungen so groß zu bauen, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse irgend gestatten. Wir bauen unsere Häuser nicht nur für die gegenwärtige Generation und dürfen nicht vergessen, daß unsere Kinder und Kindeskinder in diesen Wohnungen heranwachsen werden. Die im folgenden gezeigten Typen und Raumgrößen erreichen nach meiner Ansicht die unterste mögliche Grenze. Sie darf nicht mehr unterschritten werden.

In dem mehrgeschossigen Kleinwohnungsbau hat sich ein typisches Schema des Grundrisses entwickelt. Eine durchgehende balkentragende Mittelwand schafft zwei hintereinanderliegende Raumfolgen, die durch die Treppenhaus- und Wohnungstrennwände eine gute Aussteifung erhalten. Das Treppenhaus bestimmt die eine Raumtiefe, die dadurch von der Stockwerkshöhe beeinflußt wird. Die andere Raumtiefe wird zweckmäßig so bemessen, daß zwei Betten hintereinander Platz finden (Bilder 1, 2, 3).

Die hier dargestellten Typen haben in jedem Stockwerk zwei abgeschlossene Wohnungen, die vom gleichen Podest zu erreichen sind. Typ A zeigt die 1½-Zimmer-Wohnung mit Wohnküche (1½ W), Typ B die 2-Zimmer-Wohnung mit Kochküche (2 K). Beide Typen haben die gleiche bebaute Fläche. Typ C ist eine 2½-Zimmer-Wohnung mit Kochküche (2½ K).

Auf die Wiedergabe eines sogenannten Dreispännertyps, bei dem drei Wohnungen an einem Podest liegen, wurde verzichtet, weil dieser Typ keine neuen Raumgrößen aufweist.

Die Abmessungen des Treppenhauses werden durch die baupolizeilichen Vorschriften und durch die Geschoßhöhe bestimmt. Bisher war eine lichte Geschoßhöhe von etwa 3 m üblich. Ich glaube, daß man dieses Ausmaß ohne allzu große Bedenken auf 2,50 m im Lichten verringern kann, um die Baukosten zu senken. Voraussetzung ist allerdings, daß dabei nach gesunden städtebaulichen Grundsätzen geplant wurde,

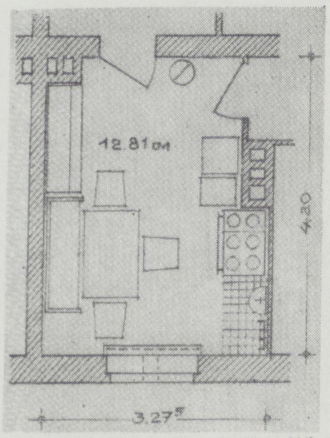


Bild 9. Wohnküche, Typ A (1¹/₁ W).
Untergebrachte Möbel: Tisch 80/120, Geschirr- und Geräteschrank 50/150, Besenschrank 50/50, Sitzbank 50/160, 3 Stühle je 45/50, Herd 70/90, Kohlenkasten 40/50, Mülleimer ⌀ 35, Ausguß 26/43 cm

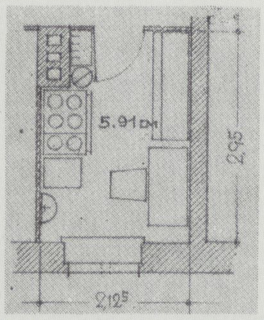


Bild 11. Kochküche, Typ C (2¹/₂ K).
Untergebrachte Möbel: Tisch 55/110, Geschirr- und Geräteschrank 50/150, Besenhalter 20/50, Stuhl 45/50, Herd 70/90, Kohlenkasten 40/50, Mülleimer ⌀ 35, Ausgußbecken 26/43 cm

Zu Bild 10. Untergebrachte Möbel: Tisch 55/110, Geschirr- und Geräteschrank 50/150, Besenschrank 50/50, Sitzbank 50/160, Stühle je 45/50, Herd 70/90, Kohlenkasten 40/50, Mülleimer ⌀ 35, Ausgußbecken 26/43 cm

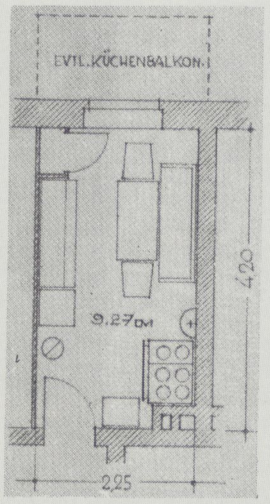


Bild 10. Eßküche, Typ B (2 K)

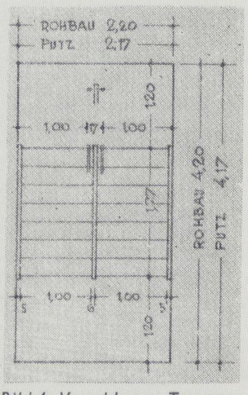


Bild 4. Vorschlag zu Treppenhaus-Mindestabmessungen

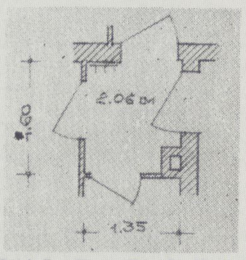


Bild 5. Flur, Typ B (2 K)

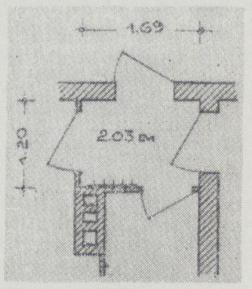


Bild 6. Flur, Typ A (1¹/₂ W)

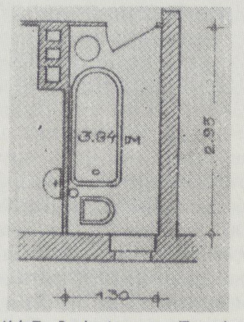


Bild 7. Badezimmer, Typ A (1¹/₂ W) und Typ C (2¹/₂ K)

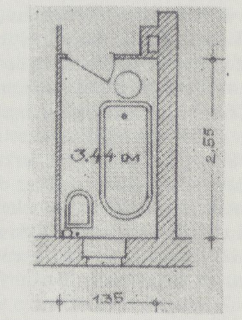


Bild 8. Badezimmer, Typ B (2 K)

die Wohnungen also ausreichend Luft und Sonne erhalten. Diese Voraussetzung kann aber wohl bei Neubauplanungen heute allgemein gemacht werden.

Bei einer Geschoßhöhe von 2,80 m, gemessen von Oberkante Fußboden bis Oberkante Fußboden, sind für jeden Treppenlauf 8 Steigungen von 17,5 cm erforderlich. Die Podestbreite soll mit je 1,20 m angenommen werden. Die erforderliche Treppenhauslänge beträgt dann 4,20 m. Die Treppenhausbreite wird bei übereinandergestellten Lichtwangen mit 6 cm Dicke, Wandwangen mit 5 cm Dicke und einer Stufenlänge von 1,00 m ein Maß von 2,20 m als das Mindeste fordern (Bild 4).

Die Raumtiefe von 4,20 m entspricht ebenfalls der Forderung, zwei Normalbetten hintereinander aufstellen zu können. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß Putz, Scheuerleisten und Ungenauigkeiten der Ausführung einen gewissen Spielraum erfordern. Eine Verringerung der Bettlänge unter das alte Maß von 2,00 m scheint mir bedenklich zu sein. Denn ich habe den Eindruck gewonnen, daß heute die Kinder im allgemeinen größer geworden sind als die Eltern.

Es ergeben sich also zwei gleiche Raumtiefen von der Mittelwand zu den Außenwänden, die die Größe und Abmessung der einzelnen Räume zur Wohnung wesentlich bestimmen. Die gleiche Raumtiefe für den Abstand der Mittelwand von den beiden Außenwänden ist ein sehr wichtiges Ergebnis. Die Verminderung der Stockwerkshöhe von 3,00 m auf 2,50 m im Lichten würde also gestatten, mit nur einer Raumtiefe von 4,20 m im Kleinwohnungsbau auszukommen. Damit würde die Normung für Balken und Deckenkonstruktion ein gutes Stück vorankommen.

Der Flur ist im Interesse des Raumgewinnes für die Wohn- und Schlafräume auf ein Mindestmaß beschränkt. Seine Größe wird durch die Breite des Bades oder die des Bades und der Küche bestimmt. Der Flur muß aber mindestens so groß sein, daß genügend Platz zum Aufhängen der Überkleider vorhanden ist. Die noch in manchen Orten bestehenden Bestimmungen, daß die Zähler für Gas und Strom innerhalb der Wohnungen untergebracht werden müssen, sollten aufgehoben werden. Die Aufstellung der Zähler im Treppenhaus oder Vorkeller hat sich durchaus bewährt.

In den Bildern 5 und 6 sind die kleinsten Flure dargestellt, die den bescheidensten Ansprüchen genügen dürften. Die Abmessungen sind $160 \times 135 = 2{,}06$ m² und $169 \times 120 = 2{,}03$ m².

Die Abmessungen der Bäder — ich vertrete die Auffassung, daß eine Neubauwohnung ein eigenes Wannenbad haben sollte — ergeben sich aus der Anordnung der Ausstattung. Die Länge des Raumes ergibt sich aus der Länge des Bades zu den angrenzenden Räumen. Eine Länge von 2,95 m gestattet die Aufstellung von Ofen, Wanne und Abort hintereinander. Es genügt hier eine Breite von 1,30 m. Steht diese Länge nicht zur Verfügung, muß das Abortbecken neben der Wanne aufgestellt werden, was eine Mindestbreite von 1,35 m erfordert (Bilder 7 und 8). Daraus ergeben sich Mindestabmessungen von 3,44 und 3,84 m².

Die Wohnküche (Bild 9) mit einer Breite von 3,275 m und einer Tiefe von 4,20 m gestattet die Aufstellung der erforderlichen Möbel. Während im Westen Deutschlands die Wohnküche bei Kleinwohnungen das übliche ist, entspricht sie im Osten nicht dem Wunsch und der Gewohnheit der Bevölkerung. Ihr Vorteil liegt darin, daß Wohnfläche für Schlafräume gewonnen wird, ihr Nachteil darin, daß Wohnen und Kochen in einem Raum vor sich geht, was besonders bedenklich ist, wenn etwa ein Familienmitglied in der Wohnküche schlafen muß.

Die Abmessungen von 3,275 m $\times$ 4,20 m ergeben eine Gesamtfläche von 12,81 m².

Für die Eßküche (Bild 10) genügt eine Breite von 2,25 m. Bei der gegebenen Tiefe von 4,20 m ergibt sich also eine Grundfläche von 9,27 m². Das Bild zeigt, daß die daneben genannten Möbel bequem untergebracht werden können.

Die Kochküche (Bild 11) dient nur zum Kochen, ihre Abmessungen von 2,125 m $\times$ 2,95 m = 5,91 m² gestatten gerade noch das Aufstellen des Küchenschrankes und des Küchentisches. Die Besen sollen an einem Besenhalter, der hinter der Tür angebracht ist, aufgehängt werden, was allerdings nicht schön ist. Auf eine Speisekammer wurde verzichtet und ein belüfteter Schrank unter dem Fenster als genügend angesehen. Bei dieser Lösung wird besser über dem Fenster-Speiseschrank eine eingebaute Tischplatte angebracht, so daß der Küchentisch entbehrlich wird und ein weiterer Küchen- oder Besenschrank aufgestellt werden

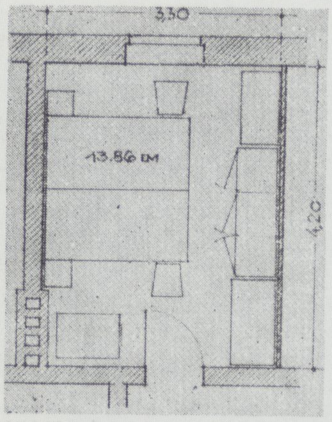


Bild 12. Schlafzimmer für die Eltern Typ A ($1^1/_2$ W)
Untergebrachte Möbel:
Betten 100/200, Nachtschränke je 35/35, Schrank 60/180, Kinderbett 60/120, Kommode 50/100, Stühle je 45/50, Ofen 60/93 cm

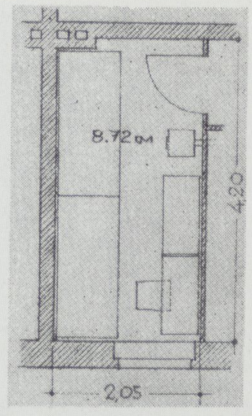


Bild 13. Kinderschlafzimmer (Kammer), Typ C ($2^1/_2$ K)
Untergebrachte Möbel: Betten 85/200, Tisch 55/110, Stuhl 45/50, Schrank oder Kommode 50/100, Transportabler Ofen 35/35 cm

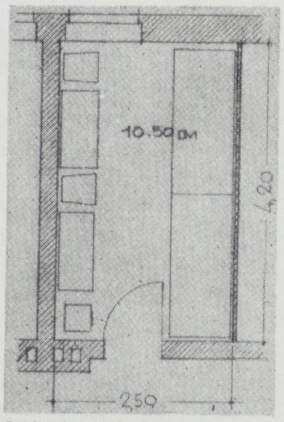


Bild 14. Kinderschlafzimmer (Kammer), Typ A ($1^1/_2$ W)
Untergebrachte Möbel:
Betten 85/200, Tisch 55/110, Stühle je 45/50, Schrank oder Kommode 50/100, Transport. Ofen 35/35 cm

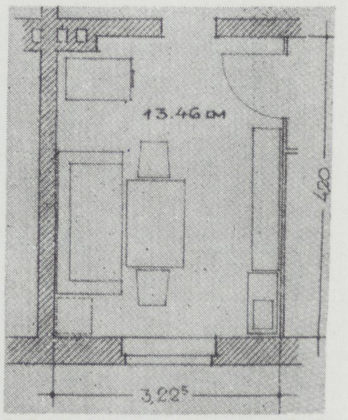


Bild 15. Kleinstes Wohnzimmer, Typ B (2 K) mit ausreichender Möblierung
Untergebrachte Möbel:
Tisch 80/120, Stühle je 45/50, Sofa 90/200, Geschirr- oder Bücherschrank 40/200, Nähmaschine 45/35, Ofen 60/93 cm

kann. Da bei diesem Typ C der 2½-Zimmer-Wohnung mit Kochküche neben zwei Schlafräumen noch ein Wohn- und Eßraum vorhanden ist, wird die Abmessung der Küche mit rund 6,00 m² Grundfläche noch erträglich sein.

Das Elternschlafzimmer (Bild 12) für den Typ A, 1½ Zimmer mit Wohnküche, zeigt die kleinsten Abmessungen. Die Breite von 3,30 m genügt gerade, um den Kleiderschrank gegenüber den Ehebetten aufstellen zu können. Bei einer Bettlänge von 2,00 m bleibt zwischen Bett und Wand ein Abstand von 1,30 m. Die Tiefe des Kleiderschrankes muß mit 0,60 m angenommen werden, die Türbreite ebenfalls mit 0,60 m. Der Raum genügt also, um die Schranktür öffnen zu können. Dieses Maß darf aber nicht unterschritten werden, wenn die Benutzbarkeit nicht leiden soll. Immerhin gestatten diese Mindestabmessungen noch die Aufstellung eines Kinderbettes und einer Kommode. Die Grundfläche beträgt 4,30 m × 3,30 m = 13,86 m².

Das Kinderschlafzimmer (Kammer) nach Bild 13 zeigt die geringsten Abmessungen im Typ C 2½ Zimmer mit Kochküche. Bei einer Breite von 2,10 m und einer Tiefe von 4,20 m hat es eine Gesamtfläche von 8,72 m². Es bietet Raum für zwei Betten, einen Kleiderschrank oder eine Kommode, Tisch und Stuhl. Auch hier handelt es sich um Mindestabmessungen, die eine Verkleinerung nicht mehr vertragen.

Das Kinderschlafzimmer (Kammer) nach Bild 14 hat bei gleicher Tiefe von 4,20 m eine Breite von 2,50 m und danach eine Gesamtfläche von 10,50 m². Es ist einwandfrei zu möblieren.

Bei dem kleinsten Wohnzimmer im Typ B (2 Zimmer und Kochküche) mit einer Breite von 3,225 m und einer Tiefe von 4,20 m, also einer Gesamtfläche von 13,46 m², genügt der Hinweis auf Bild 15, das erkennen läßt, daß eine bescheidene, aber ausreichende Möblierung möglich ist. Das größere Wohnzimmer im Typ C (2½ Zimmer mit Kochküche) ist nicht dargestellt, weil hier bereits Normalmaße erreicht sind.

Bei den behandelten Wohnungsgrundrissen sind sämtliche Wohnräume mit einem Ofen ausgestattet. Wird eine Sammelheizung gewählt, so wird dadurch Platz für die Aufstellung weiterer Möbel gewonnen, was nur zu begrüßen ist.

Ich möchte noch einmal wiederholen, daß der Zweck dieser Untersuchung darin zu sehen ist, in einem in langjähriger Erfahrung erprobten Grundrißschema, das mir auch in konstruktiver Hinsicht als das wirtschaftlichste erscheint, die Mindestabmessungen der einzelnen Räume festzustellen, die es gestatten, die unbedingt erforderlichen Möbel aufzustellen. Dabei gibt es Grenzen, die nicht unterschritten werden dürfen, auch wenn die Not der Zeit noch so groß ist. Wir bauen nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft.

Theo Effenberger, Architekt, geb. **21.8.1882** in Breslau, gest. **6.3.1968** in Berlin (West). Baugewerkschule, ab **1902** Studium TH Darmstadt. Arbeit in div. Büros, **1907** Wechsel ins Stadtbauamt Breslau, das Gustav Oelsner leitet, ab **1910** selbständiger Architekt. **1915–18** Militärdienst, in der Kriegsgräberfürsorge tätig. **1919** Mitbegründung der Siedlungsges. Breslau, umfangreiche Tätigkeit als Architekt. **1933** Berufung zum Aufbau einer „schlesischen Architekturschule" als neue Fakultät der TH Breslau, jedoch Arbeitsverbot. **1934** Prof. an der Staatl. Hochschule f. Kunsterziehung in Berlin mit Fünfjahresvertrag, der einmal verlängert wird. Ab **1938** Gutachter für Niemeyer u. Göderitz in der Landesplanungsgemeinschaft Brandenburg. **1939–41** Militärdienst als Technischer Kriegsverwaltungsrat bei der Wehrkreisverw. in Berlin. Ab Sommer **1944** Stellv. Leiter der HfK. Erhält **1945** den Auftrag, HfK und Hochschule für freie und angewandte Kunst zur HfbK zusammenzufassen. Mitbegründer des Inst. f. Bauwesen, **1949** Prof. für Architektur an der HfbK in Berlin (West).

Am **14.7.1949** übernimmt Theo Effenberger mit der von ihm geleiteten Abteilung Wohnungsbau des IfB von der Deutschen Wirtschaftskommission einen „Forschungsauftrag Wohnungsbau", mit dem das Wohnungsbauprogramm der DDR vorbereitet und Typen für Wohnungen mit maximal
→S. 510 52 qm Wohnfläche für 10.000,– DM entworfen werden sollen. Kurz dar-
→S. 462 auf beginnt Scharoun mit seiner Abteilung Gestaltung die Entwurfsarbeit für die Wohnzelle Friedrichshain. Beide Arbeiten stellen ein Alternativprogramm dar zu der Arbeit von Gerlach und des DNA.

Die ausgearbeiteten Vorschläge und die in Typengrundrisse eingearbeiteten Möbelstellflächen von Gerlach führen zu einem Protest der Mitglieder des Instituts für Bauwesen in Berlin an den Fachnormenausschuß Bauwesen. Der Protest ist unterzeichnet von Karl Böttcher und Theo Effenberger und bezieht sich auf die in Arbeit befindliche Maßordnung im Hochbau (DIN 4172) und auf die Möbelstellflächen (DIN 18011); ihm liegt ein Text von Böttcher bei, der die Überlegungen umreißt, die im Institut **Mitte 1949** angestellt werden.

Karl Böttcher: Betrifft Normung

→A 57 *Jede Normung setzt eine abgeschlossene Entwicklung und eine Reife des zu normenden Gegenstandes voraus. Das ganze Normungswesen hat sich in sehr langer Zeit bis auf den heutigen Stand herausgebildet, ist also von unten her gewachsen, und alles das, was sich nicht bewährte, wurde durch Neues und Besseres ersetzt. Jede Entwicklung ist die Fortsetzung*

einer vorausgegangenen, und die Arbeit, die wir in der heutigen Zeit leisten, wird in Zukunft eine weitere Wandlung und Fortentwicklung erfahren. Jede Normung, die das Ergebnis einer seitherigen Entwicklungsreihe ist, die die Lebensnotwendigkeiten des Menschen, die derzeitigen Erkenntnisse, den heutigen Stand der Technik und die zur Verfügung stehenden Mittel berücksichtigt, wird fruchtbare Ergebnisse zeigen und sich in das Gesamtschaffen gut einordnen. Ja, darüber hinaus wird vieles, was vorher unübersichtlich und wenig verständlich war, geordneter und klarer.

Eine Normung kann sich nur auf solche Teile erstrecken, die in ihrer Funktion und in ihrer Gestalt keine Änderung mehr erfahren, wie es z.B. bei Schrauben, Beschlagteilen, Mauerziegeln, Dachsteinen usw. der Fall ist. Hierbei ist es gleichgültig, ob es sich um Einzelteile oder um zusammengesetzte Teile handelt. Im Wohnungsbau und Industriebau kann man aber unmöglich von einer abgeschlossenen Entwicklung sprechen. Der Hinweis auf die nach dem ersten Weltkrieg entwickelten Grundrißtypen, die man bei allen Betrachtungen jetzt zugrundelegt, geht von unrichtigen Voraussetzungen aus. Man sprach früher von der Herstellung von Wohnmaschinen, und auch jetzt gehen gewisse Bestrebungen in dieser Richtung, ohne daß diese Bemühungen von irgendwelchen Erfolgen gekrönt wären. Das gleiche müssen wir bei verschiedenen Normenvorschriften, z.B. Fenster, Türen, Kochherde usw. feststellen. Hier hat sich eine Normung bisher nicht durchsetzen können, erstens ein Zeichen dafür, daß die erwartete Verbilligung nicht eingetreten ist, und zweitens, daß man mit den von vornherein festgelegten Größen nichts anfangen kann. Die eben genannten Erzeugnisse lassen sich in einen Bauorganismus nicht einfügen, während andere ebenfalls genormte Gegenstände, die Teile einer Maschine oder eines mechanischen Aggregates sind, sich leicht einfügen lassen.

Wir haben also zu unterscheiden zwischen Dingen, die mechanischen Gesetzen unterworfen sind, und Vorgängen, die organischer Natur sind und damit eine ständige Wandlung und Fortentwicklung erfahren.

In Wohn- und Arbeitsräumen lebt und schafft der Mensch. Die ihn umgebende Umwelt beeinflußt sein Tun und Denken. Zu der Umwelt gehört der Wohn- und Arbeitsraum, und die Gestalt beider wird hauptsächlich beeinflußt von den Empfindungen und Lebensbedürfnissen der Bewohner. Die technischen Mittel und die bisher gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse sind nur Hilfsmittel menschlicher Gestaltungsarbeit.

Wenn in der Vergangenheit, bedingt durch die technische Entwicklung und auf Grund einseitiger Beschäftigung, sich eine einseitig orientierte Grundanschauung entwickelte, so hat diese durch den Zusammenbruch von 1945 jede Grundlage verloren, weil das vordem das Leben bestimmende rationalistische, mechanische Prinzip versagt hat. Wohl wird es eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklung geben, aber unter anderen Gesichtspunkten, die erst erarbeitet werden müssen. Um zu dieser geistigen Neuorientierung zu kommen, ist es notwendig, die Menschen einzeln anzusprechen und die Freude an der Arbeit dadurch zu wecken, daß wir von ihnen eigenes Denken und eine größere Verantwortung verlangen. Mit Befehlen, Vorschriften, Weisungen usw. kann kein neuer Aufbau durchgeführt werden, und die Gefahr bei der Normung besteht darin, daß die Menschen, die die Vorschriften anzuwenden haben, dieses mechanisch tun, ohne zum eigenen Denken angeregt zu werden.

Die hohen Leistungen im Maschinenbau, einschl. Flugzeuge dienen vielfach als Vorbild, und man ist bestrebt, ebensolche Leistungen im Bauwesen durch eine weitgehende Mechanisierung zu erreichen. Dieser Wunsch wird solange nicht in Erfüllung gehen, wie wir den Massivbau im üblichen Sinne betreiben. Erst wenn es möglich ist, künstlich wesentlich leichtere Baustoffe mit den gleichen Qualitäten der gebrannten Erzeugnisse zu entsprechend billigeren Preisen herzustellen, wird man daran gehen können, das ganze Problem des Bauens anders zu sehen. Z.Zt. verfügen wir nicht über solche Baustoffe, und wir müssen uns in der Hauptsache damit begnügen, die bisher bekannten Bauweisen zur Ausführung zu bringen. Diese Bauweisen haben sich seit Jahrhunderten und noch länger entwickelt, und sie sind, wie die Praxis nach 1918 und heute zeigt, nicht so leicht zu verdrängen. Eine Baukostensenkung der bisherigen Bauweisen ist durch die Festlegung von Messungen für die Bau-Einzelteile wie für die Gesamtbauten nicht zu erreichen. Die Praxis hat gezeigt, daß die Einheitspreise für bestimmte Leistungen und vergleichbaren Objekte bei Verwendung genormter Bauelemente mit entsprechenden Abmessungen stets die gleichen waren wie bei denen, wo keine Rücksicht auf Normenmaße genommen

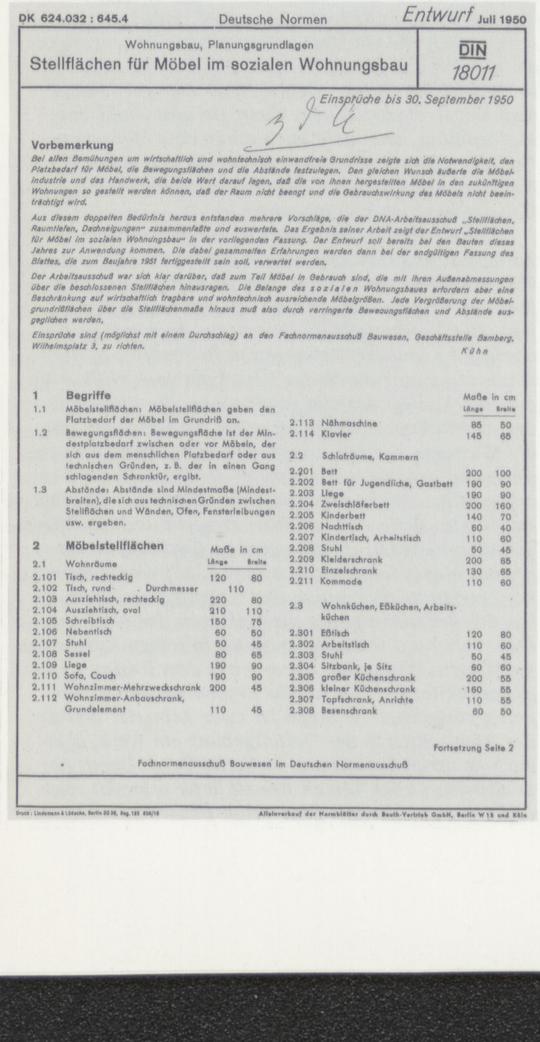
Hugo Häring (Juni 1948):
Bemerkungen zum Normungsbegehren

→L 30 *Über die Notwendigkeit einer Maßordnung für den Hochbau besteht kein Zweifel. Der Verfasser dieser Ausführungen gehörte jener Gruppe von Architekten an, die bereits nach dem ersten Weltkrieg die Einführung rationeller Methoden der Bauherstellung forderten, um den damaligen Wohnungsmangel bewältigen zu können. Zugleich aber zogen wir der Normung auch eine Grenze: sie sollte nicht in die Gestaltprobleme selbst eingreifen, sondern sich allein auf die Elemente und die Bauherstellung beschränken. Zwar übt das Element immer auch einen Gestaltzwang auf das Bauwerk aus, so wird es unendlich schwer, diese Grenze zu ziehen, an der die Macht der Normung aufzuhören hat und den gestaltschaffenden Kräften kein Zwang mehr auferlegt werden darf. Vor mehr als 300 Jahren hat Japan nach einer großen Brandkatastrophe eine Normung im Bauwesen durchgeführt, um den entstandenen Wohnungsmangel zu beseitigen. Man weist mit Recht auf dieses große Beispiel hin, weil es der japanischen Baukultur nicht geschadet hat. Doch bestanden und bestehen noch in Japan Voraussetzungen, die nicht mit den europäischen zu vergleichen sind. Die Gestalt des japanischen Hauses lag längst fest.*

Seit nahezu zweitausend Jahren arbeitete der Japaner an seiner Vervollkommnung. Seine Elemente waren also normungsreif. Wir Europäer laborieren seit einem Jahrtausend an unseren Wohnformen herum, und es besteht keinerlei Aussicht, daß diese Versuche Aussicht haben, zu einem festen Ergebnis zu führen. Trotz der abgeklärten Form des japanischen Wohnhauses und trotz des Umstandes, daß es bautechnisch nur mit wenigen Baustoffen zu rechnen hat, ließ die japanische Normung mehrere Grundmaße zu und kam überdies zu mehr als dreitausend genormten Einzelheiten, die eine große Vielfalt in der Ausgestaltung ermöglichen. Es ist übrigens bemerkenswert, daß heute, wo in Japan unter dem Einfluß des abendländischen Wohnens auch an der Gestalt des japanischen Wohnhauses gerüttelt wird, auch die alte Normung nicht mehr ausreicht. Das Haus, das in Europa entstehen kann, wird aber niemals den einheitlichen Charakter haben, den das japanische Haus, das sich in einer geschlossenen Kulturwelt entwickelte, besitzt. Unser Haus ist mit tausend Problemen belastet, und unsere Ideen über die Gestalt unseres Wohnens werden noch Jahrhunderte in Bewegung sein. So ist unser Haus noch nicht eigentlich normungsreif, und wenn genormt wird, ehe ein Ding ausgewachsen ist, so stirbt es ab. Kommt also heute die Normung bei uns zum Zug, so besteht die Gefahr, daß sie über das notwendige Maß selbst hinausschießt, denn sie gibt wohl eine Maßordnung, aber nicht auch schon eine Maßsetzung. Und die geheime suggestive Macht der Norm hat die Neigung, sich ins Unermeßliche auszudehnen und alles Geistige unter sich zu begraben.

Einige Anwälte der Normung glauben eine gewisse Zurückhaltung der Architekten der Normung gegenüber verspüren zu können. Das ist nicht ganz falsch, aber die Gründe, die sie dafür angeben, gehen ganz fehl. Die Normungsleute halten die Architekten für eigensinnig und ihr Verlangen nach Freiheit in der Maßbestimmung durch das Verlangen nach Willkür begründet. So liegt das nun gewiß nicht: die Einwände der Architekten richten sich gegen die Gefahren, die die Normung mit sich bringt, und diese Befürchtungen sind wohl begründet. Das spüren die Pioniere der Normung selbst. Nicht ohne tieferen Grund hat Neufert solche Einwände zu zerstreuen versucht und viel Mühe darauf verwendet, in allen großen Baukulturen eine gewisse Maßordnung nachzuweisen. Mit seinen Bemühungen hat er aber genau das Gegenteil erreicht: er hat die Bedenken gegen die Gefahren der Normung nicht zerstreut, sondern verstärkt. In seinen Entwürfen für Massenwohnungen, die er unter dem Regime Speer ausgearbeitet hat, hat er die Ergebnisse seiner Normung vorgeführt. In ihnen ist zwar keinerlei Willkür des Architekten in der Gestaltgebung am Werk, aber auch keinerlei Gestalt und keinerlei Geist. Damit hat er allerdings noch keinen Beweis dafür erbracht, daß nicht ein anderer mit genormten Bauteilen vielleicht

doch auch geistvolle oder wenigstens geistreiche Bauten machen kann – Frank Lloyd Wright beispielsweise unter anderen –, aber er hat ein Beispiel dafür gegeben, was unter der Anweisung der Normung geschehen wird, wenn sie allein vom technischen Verstand gehandhabt wird. Angesichts seiner Beispiele bekommen wir eine Vorahnung von dem, was uns unter dem Regime der Normung droht (wovon wir ja in einem anderen Sektor schon was erlebt haben). Die Normung verhilft den gestaltschwachen und den technischen Geistern in den Sattel, doch werden sie dadurch nicht eben gestaltstark, sondern nur anspruchsvoll. Der Gestaltschaffende ist der Normung keineswegs abhold: er schafft sie sogar selbst. Doch ist diese seine Normung bereits ein Geschöpf seiner Gestaltidee – das gilt auch für die Normen der großen Baukulturen –, sie ist ein Teil des schöpferischen Prozesses. Sie ist das nicht mehr, wenn sie zum Ausgang der Gestalt genommen wird. Diese Sachlage ist entscheidend. Sie zwingt ein andermal, daß die Gestalt vor der Norm da sein muß.



DK 624.032 : 645.4 Deutsche Normen Entwurf Juli 1950

Wohnungsbau, Planungsgrundlagen

Stellflächen für Möbel im sozialen Wohnungsbau

DIN 18011

Einsprüche bis 30. September 1950

Vorbemerkung

Bei allen Bemühungen um wirtschaftlich und wohntechnisch einwandfreie Grundrisse zeigte sich die Notwendigkeit, den Platzbedarf für Möbel, die Bewegungsflächen und die Abstände festzulegen. Den gleichen Wunsch äußerte die Möbelindustrie und das Handwerk, die beide Wert darauf legen, daß die von ihnen hergestellten Möbel in den zukünftigen Wohnungen so gestellt werden können, daß der Raum nicht beengt und die Gebrauchswirkung des Möbels nicht beeinträchtigt wird.

Aus diesem doppelten Bedürfnis heraus entstanden mehrere Vorschläge, die der DNA-Arbeitsausschuß „Stellflächen, Raumtiefen, Dachneigungen" zusammenfaßte und auswertete. Das Ergebnis seiner Arbeit zeigt der Entwurf „Stellflächen für Möbel im sozialen Wohnungsbau" in der vorliegenden Fassung. Der Entwurf soll bereits bei den Bauten dieses Jahres zur Anwendung kommen. Die dabei gesammelten Erfahrungen werden dann bei der endgültigen Fassung des Blattes, die zum Baujahre 1951 fertiggestellt sein soll, verwertet werden.

Der Arbeitsausschuß war sich klar darüber, daß zum Teil Möbel in Gebrauch sind, die mit ihren Außenabmessungen über die beschlossenen Stellflächen hinausragen. Die Belange des sozialen Wohnungsbaues erfordern aber eine Beschränkung auf wirtschaftlich tragbare und wohntechnisch ausreichende Möbelgrößen. Jede Vergrößerung der Möbelgrundrißflächen über die Stellflächenmaße hinaus muß also durch verringerte Bewegungsflächen und Abstände ausgeglichen werden.

Einsprüche sind (möglichst mit einem Durchschlag) an den Fachnormenausschuß Bauwesen, Geschäftsstelle Bamberg, Wilhelmsplatz 3, zu richten.

Kühn

1 Begriffe

1.1 Möbelstellflächen: Möbelstellflächen geben den Platzbedarf der Möbel im Grundriß an.

1.2 Bewegungsflächen: Bewegungsfläche ist der Mindestplatzbedarf zwischen oder vor Möbeln, der sich aus dem menschlichen Platzbedarf oder aus technischen Gründen, z. B. der in einen Gang schlagenden Schranktür, ergibt.

1.3 Abstände: Abstände sind Mindestmaße (Mindestbreiten), die sich aus technischen Gründen zwischen Stellflächen und Wänden, Öfen, Fensterleibungen usw. ergeben.

2 Möbelstellflächen

		Maße in cm Länge	Breite
2.1	Wohnräume		
2.101	Tisch, rechteckig	120	80
2.102	Tisch, rund . Durchmesser	110	
2.103	Ausziehtisch, rechteckig	220	80
2.104	Ausziehtisch, oval	210	110
2.105	Schreibtisch	150	75
2.106	Nebentisch	60	50
2.107	Stuhl	50	45
2.108	Sessel	80	65
2.109	Liege	190	90
2.110	Sofa, Couch	190	90
2.111	Wohnzimmer-Mehrzweckschrank	200	45
2.112	Wohnzimmer-Anbauschrank, Grundelement	110	45
2.113	Nähmaschine	85	50
2.114	Klavier	145	65
2.2	Schlafräume, Kammern		
2.201	Bett	200	100
2.202	Bett für Jugendliche, Gastbett	190	90
2.203	Liege	190	90
2.204	Zweischläferbett	200	160
2.205	Kinderbett	140	70
2.206	Nachttisch	60	40
2.207	Kindertisch, Arbeitstisch	110	60
2.208	Stuhl	50	45
2.209	Kleiderschrank	200	65
2.210	Einzelschrank	130	65
2.211	Kommode	110	60
2.3	Wohnküchen, Eßküchen, Arbeitsküchen		
2.301	Eßtisch	120	80
2.302	Arbeitstisch	110	60
2.303	Stuhl	50	45
2.304	Sitzbank, je Sitz	60	60
2.305	großer Küchenschrank	200	55
2.306	kleiner Küchenschrank	160	55
2.307	Topfschrank, Anrichte	110	55
2.308	Besenschrank	60	50

Fortsetzung Seite 2

Fachnormenausschuß Bauwesen im Deutschen Normenausschuß

Druck: Lindemann & Lüdecke, Berlin SO 36, Reg. 185 850/10 Alleinverkauf der Normblätter durch Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin W 15 und Köln

←A 58

wurde. So war es z.B. gleichgültig, ob die Breite des Mauerpfeilers 95 cm oder 103 cm betrug. Für die Deckenträger mußte für die Lieferung und für das Verlegen nach Gewicht bezahlt werden; für Massivdecken wurde ein Quadratmeterpreis bezahlt, der sich aus der Konstruktion und der Herstellung ergab. Diese Beispiele ließen sich noch weiter und beliebig fortsetzen.

Die Ersparnisse, die durch eine Normung bei den bisherigen Bauweisen erzielt werden können, sind also äußerst zweifelhaft, und Nachweise über Baukostensenkungen durch Normung sind für das Baugewerbe noch nicht erbracht worden. Ohne Zweifel lassen sich Kostensenkungen durch eine Massenproduktion erzielen, aber nur bei größerem maschinellen Einsatz oder Einsparung menschlicher Arbeitskraft. Wo sind aber die Maschinen, die den Maurer oder Zimmermann usw. ersetzen? Und auch das würde nicht von so ausschlaggebender Bedeutung sein, weil der Innenausbau eines Gebäudes den größeren Kostenaufwand verursacht.

Bei den Baustoffen sind die Verlustquoten dieselben, gleichgültig, ob man mit genormten oder ungenormten Bauelementen arbeitet. Es wird dann gesagt, daß die Normung zur Vereinfachung führt und eine Lagerhaltung genormter Bauelemente ermöglicht. Mauerziegel, Decken- und Dachsteine, Träger usw. sind in den Abmessungen genormt. Ihre Abmessungen haben sich aus der Praxis ergeben. Die Einzelabmessungen der Baustoffe sind untereinander abgestimmt, sonst hätten sich schon längst Schwierigkeiten ergeben, die dazu geführt hätten, einzelne Abmessungen zu ändern. Die Festlegung von Abmessungen für Größen aus einzelnen genormten Elementen hergestellten Bauwerksteilen bringt keine Kostenersparnis, wenn die bisher bekannten Baustoffe verwendet werden, im Gegenteil, man wird mit Verteuerungen dadurch rechnen müssen, daß Normenmaße stets größere Abmessungen ergeben, als es das Bedürfnis erfordert. In den seltensten Fällen werden beide Maße übereinstimmen, und darunter kann man nicht gehen, weil damit Einengungen verbunden sind.

Das, was hier über die Festlegung von Abmessungen für die Räume gesagt ist, gilt gleichermaßen auch für die Möbel und Inneneinrichtungen. Jedes Möbel hat eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen, und es ist durchaus nicht gleichgültig, ob z.B. ein Küchenschrank einer bestimmten Größe für einen Zweifamilien- oder Sechsfamilienhaushalt ausreichen soll. Für die Wohnzimmereinrichtung gilt das gleiche, und ob die Schlafräume Schränke, Tische und Stühle enthalten müssen oder ob dafür besondere Schrankräume und Arbeitsnischen anzuordnen sind, darüber muß noch die weitere Entwicklung abgewartet werden. Gegen die Normung der Stockwerks- und Rüstungshöhen ist einzuwenden, daß hierfür erstens vorerst kein Bedürfnis danach zu erkennen ist und 2. daß bei auf das Knappste bemessenen Räumen eine niedrige Raumhöhe optisch sich günstiger auswirkt als eine hohe. Dieses Moment ist für das Wohlbefinden des Menschen im Raum von außerordentlicher Bedeutung. Unsere Wohnungen dürften auch nicht so knapp bemessen sein, daß man sich in den Räumen gerade noch bewegen kann. Sie sollen dem Bewohner die Möglichkeit geben, den Raum nach eigenem Empfinden zu gestalten.

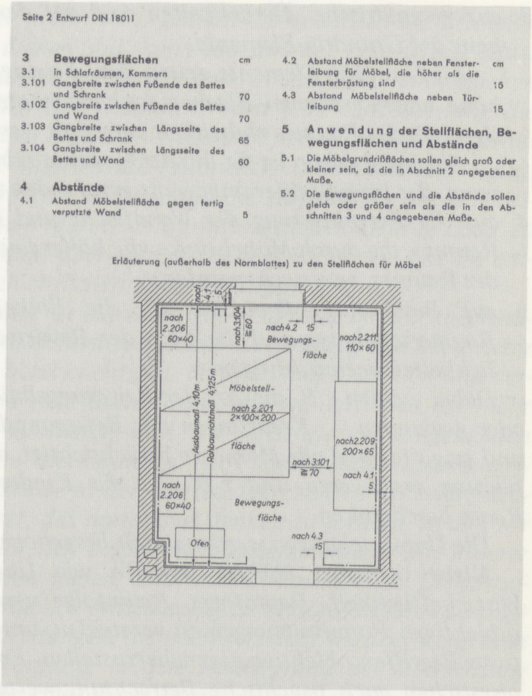
Der Vorschlag für die Möbelstellflächen nimmt hierauf überhaupt keine Rücksicht, und er negiert sogar die neuzeitliche Entwicklung im Möbelbau.

Raum- und Gebäudetiefen sowie Balkenlängen zu normen, dafür ist heute und auch in naher Zukunft, soweit sich die Lage überblicken läßt, kein Bedürfnis vorhanden.

Auch für die Treppen trifft das gleiche zu, sofern sie an Ort und Stelle hergestellt werden. Bei Montagetreppen würde die Forderung nach einer Normung gerechtfertigt sein, wenn nicht die Industrie, wie verschiedene Beispiele zeigen, es bereits verstanden hätte, Schalungsformen zu entwikkeln, die Variationen in den Abmessungen gestatten, ohne daß damit Kostenverteuerungen verbunden sind. Der Vorschlag für die haustechnische Planung wird begrüßt, jedoch ist eine weitere Durcharbeitung des vorliegenden Materials noch notwendig, da man sich auf das Notwendigste beschränken sollte.

Gegen die Festlegung von Vorschriften für den umbauten Raum ist nichts einzuwenden.

Der Normungsgedanke ist grundsätzlich zu bejahen, jedoch wird nur dann eine erfolgversprechende Weiterentwicklung dieses Gebietes erwartet, wenn sich die Normung auf Einzelbauelemente beschränkt und wenn ein möglichst großer Kreis von Menschen, die von der Normung berührt werden, angesprochen wird, so daß sie in die Lage versetzt werden, ihre


Seite 2 Entwurf DIN 18011

		cm
3	**Bewegungsflächen**	
3.1	In Schlafräumen, Kammern	
3.101	Gangbreite zwischen Fußende des Bettes und Schrank	70
3.102	Gangbreite zwischen Fußende des Bettes und Wand	70
3.103	Gangbreite zwischen Längsseite des Bettes und Schrank	65
3.104	Gangbreite zwischen Längsseite des Bettes und Wand	60
4	**Abstände**	
4.1	Abstand Möbelstellfläche gegen fertig verputzte Wand	5
4.2	Abstand Möbelstellfläche neben Fensterleibung für Möbel, die höher als die Fensterbrüstung sind	15
4.3	Abstand Möbelstellfläche neben Türleibung	15

5 Anwendung der Stellflächen, Bewegungsflächen und Abstände

5.1 Die Möbelgrundrißflächen sollen gleich groß oder kleiner sein, als die in Abschnitt 2 angegebenen Maße.

5.2 Die Bewegungsflächen und die Abstände sollen gleich oder größer sein als die in den Abschnitten 3 und 4 angegebenen Maße.

Erläuterung (außerhalb des Normblattes) zu den Stellflächen für Möbel

→A 59

Gedanken und Wünsche sowie ihre Erfahrungen zum Ausdruck zu bringen, und damit an der weiteren Entwicklung und dem Neuaufbau aktiv teilnehmen können.

Im Jahr **1949** verlagert sich die Arbeit des DNA von Berlin nach Bamberg. Hier tagt der DNA-Arbeitsausschuß „Stellflächen, Raumtiefen, Dachneigungen" als Unterausschuß des Fachnormenausschusses Bauwesen und legt im **Februar 1950** einen noch in Maschinenschrift verfaßten, im **Juli 1950** gedruckten Entwurf der *DIN 18011 Wohnungsbau, Planungsgrundlagen/Stellflächen für Möbel im sozialen Wohnungsbau* vor.

Der Blick von oben auf das Elternschlafzimmer mit deutscher Mittelritze und den viel zu breiten Betten läßt nicht nur die Nachgeborenen unter uns leise erschauern.

Die Diskussion über Typung und Normung im IfB 1950

Im Frühjahr **1950**, sicher auch mit ausgelöst durch die Veröffentlichung des Entwurfs zur DIN 18011, der seit Februar zur Diskussion gestellt war, findet im IfB unter den Abteilungsleitern eine theoretische Diskussion statt, die es wert ist, dokumentiert zu werden. Einmal enthält sie grundsätzliche Aussagen zur Typung und Normung im Wohnungsbau, zum anderen werden in dieser Diskussion Gegensätze sichtbar, die später zur Auflösung des IfB führen werden. Das IfB in der Hannoverschen Str. 30 liegt zu diesem Zeitpunkt in der Einflußsphäre der DDR.

Wir wissen nicht, in welcher Weise diskutiert worden ist. Uns liegen nur eine Reihe von Texten vor, die wir in der Reihenfolge dokumentieren, wie sie zeitlich aufeinander folgen.

1. **Hans Scharoun**: Normung und Typisierung im Bauwesen, besonders im sozialen Wohnungsbau **16.5.1950**
2. **Karl Böttcher**: Zur Normungsfrage **24.5.1950**
3. **Otto Block**: Zum Thema Normung und Typisierung **31.5.1950**
4. **Hermann Tausch**: Zum Problem der Normung und Typisierung **1.6.1950**
5. **Hermann Henselmann**: Bemerkungen zum Thema Normung und Typisierung im Bauwesen, soweit es von Professor Scharoun abgehandelt wurde **6.7.1950**

Hans Scharoun: ←A 60
Normung und Typisierung im Bauwesen, besonders im sozialen Wohnungsbau (16.5.1950) – Auszug –

Unser Denken und Handeln war von ältesten Ursprüngen an mit Planen verknüpft.

Das Maß der Harmonie zwischen Planen und Ausführen, Denken und Handeln, war abhängig von dem Bestehen eines Ordnungsprinzips, dem das Tun gehorchte, von der Übersichtlichkeit der Aufgaben, die die gesunde Gliederung für die Aufgabenerfüllung einschloß, und war abhängig davon, daß die großen Zusammenhänge überschaubar blieben – einschließlich des Kosmischen.

So hatte das Mittelalter Zeiten hoher Harmonie.

Anders wurde es, als im Zuge der Entwicklung der Technik und auf dem Aspekt der autonomen Denkweise Kräfte, die mit dem menschlichen Maß nichts mehr zu tun haben, zwecks ihrer Beherrschung des Einsatzes rationeller und organisatorischer Maßnahmen erforderten, um die Kontrolle über diese außermenschlichen und übermenschlichen Kräfte nicht zu verlieren. Das ging noch an, solange diese kontrollierenden Maßnahmen sich auf Maschinenkräfte, Produktionsziffern usw., auf Produktion und Wirtschaft, bezogen.

Es ist aber kein Wunder, daß die Möglichkeiten, die sich dem menschlichen Hirn boten, auch zunächst auf die Arbeitskräfte, den Menschen als Zahl und schließlich, indem sie zu einer Art sittlichen Prinzips wurden, auf die menschliche Führung überhaupt bezogen wurden.

Ging schon so der Zusammenhang mit organischen oder auch den geheimen Kräften in den Fragen, die den Menschen direkt angehen, verloren, so geschah dies erst recht auf dem Gebiete der Normung, die ausschließlich vom Technischen her gesehen wurde. Auch heute wird noch von Fragen des Möbelmaßes, der Balkenlänge, der Stufenzahl usw. ausgegangen, also von Fragen äußerlicher, technisch-bedingter Art.

Dabei hat Alexander Klein bereits im Jahre 1927 den Versuch einer rationellen Behandlung von Grundriß-Fragen mit Hilfe von wissenschaftlichen Methoden unternommen und bekanntgegeben. Er bediente sich bereits der „Zwischengliederung", indem er den Wohnungsgrundriß, also den Typ betrachtete, den er einer möglichen objektiven Beurteilung zuzuführen suchte. Es ging ihm vornehmlich um die Kleinwohnung, deren Wohnwert er betrachtete, indem er sich möglichst unabhängig von einer gefühlsmäßigen Einstellung machte. Er entwickelte ein „graphisches Verfahren" zur Wertung von „Klein-Wohnungs-Grundrissen".

Die Betrachtungen, die, an anderem gemessen, heute noch durchaus zeitgemäß sind, bezogen sich

1. *auf die Anordnung der Verkehrswege und den Verlauf der Ganglinie. Damit sollte die Bewirtschaftungs-Möglichkeit und die Einfachheit der Wohnungsnutzung – in bezug auf rein physikalischen Kraftaufwand gekennzeichnet werden.*
   Es ergab sich daraus ferner die Betrachtung des Flächenverlustes durch Verkehrsstreifen, also duch das, was freizuhalten ist;
2. *auf die Konzentration der Bewegungsfläche, die nach Aufstellung der unerläßlichen Möbel (Betten usw.) übrigbleibt.*
   Davon sind Behaglichkeit, Geräumigkeit und die Aufstellungsmöglichkeit weiterer Möbel abhängig;

3. auf geometrische Ähnlichkeiten und auf den Zusammenhang der Grundriß-Elemente.

Als Grundriß-Elemente gelten ihm diejenigen, in Augenhöhe angenommenen Flächen und Flächenteile, die beim Betreten des Raumes einheitlich aufgefaßt werden können.

Abhängig davon ist für ihn der Gesamteindruck der Wohnung, der bewußt oder unbewußt empfunden wird;

4. auf die Zersplitterung der Wandfläche und Beengung des Raumes, die durch Möbelstücke, die höher sind als die Hälfte des Raumes, verursacht werden;

5. auf Beschattungs-Dreiecke, die die Einheitlichkeit der Raumerscheinung und die Güte der Bewirtschaftungsmöglichkeiten beeinträchtigen.

Dabei werden z.B. die Art der Bewegungslinien – ob grade oder gewunden –, Kreuzungen der Bewegungslinie gemessen und gewertet und alle Momente berücksichtigt, die die Lebensführung erschweren und z.B. den für Kinder notwendigen Raum beschränken.

Die Untersuchungen werden durch Fragebogen unterbaut.

Klein versucht, übliche Begriffe wie Übersichtlichkeit, Wirtschaftlichkeit, Raumform, Raumfolge usw. wegen ihrer subjektiven Voraussetzungen zu vermeiden, um diesen subjektiven Begriffen objektive gegenüberzustellen. Er spricht neben physischen auch psychische Betrachtungswerte an. Wie weit deren Objektivität „zeitbedingt" ist oder einer allgemeinen Auffassung unterliegt, ist eine andere Frage.

Um zu „exakten" Methoden zu gelangen, bedarf es gerade hinsichtlich dieser Wertbegriffe der verantwortungsvollen Klärung.

Da diese psychischen – seelischen – Werte nicht nur die Behaglichkeit, sondern auch in Verbindung mit dem „Heimatgefühl" die biologische Aufgabe der Wohnung ansprechen, also für die Wirksamkeit der Wohnung sehr wichtig sind, kann auf ihre Wertung nicht verzichtet werden. Deswegen darf an dieser Stelle zu diesem Punkte bereits etwas ausgesagt werden.

Wenn Klein von geometrischen Ähnlichkeiten und Zusammenhängen der Grundriß-Elemente, unter denen der überschaubare Wandteil ersteht, spricht, so setzt er damit einen Wertungs-Maßstab, der mittels autonomen menschlichen Denkens erfahren und erkannt oder aufgrund seelisch-schöpferisch gebundener Kräfte erlebt sein kann.

Solche Projizierung bildmäßiger Harmonien auf Wandteile oder Wände im Sinne des geometrischen Prinzips wird – neben anderen – bei der Betrachtung der Werke Corbusiers zum Erlebnis.

Dem dem mittelmeerischen Raum verbundenen Künstler ist Begrenzung und Ausgewogenheit innerhalb der Begrenzung – als ein ästhetisches Prinzip – selbstverständliche Aufgabenerfüllung im Sinne des Handelns unter dem Prinzip des Geometrischen.

Auf einem ähnlichen Gedankengange beruhende Norm-Forderungen stellte Corbusier auf dem Kongreß in Sarrat auf. Das führte – folgerichtig und in einer polhaften Auswirkung – zur Darstellung von Forderungen, die aus nordischem Raumempfinden an die Norm zu stellen sind, und damit zu einer Sichtbarmachung des Umstandes, daß von der seelisch-schöpferischen Seite her Fragen, die die Gestalt angehen, in den verschiedenen „Werkräumen" des Abendlandes verschieden beantwortbar sind.

Die die Ausbildung der Fenster betreffenden Normforderungen Lurcats gehen von denselben – eigenständigen – Voraussetzungen und Vorstellungen aus wie die Forderungen Corbusiers.

Beschäftigen wir uns also mit dieser Seite der Forderungen ernsthaft und in einem polhaften Sinne, so kann diese Betrachtung zur Klärung der Situation beitragen.

Bekanntlich werden alle überall wirksamen und notwendigen polhaften Bezüge und Betrachtungen fruchtbar, wenn mit ihnen der Begriff der „Steigerung" verknüpft ist. So also ist nicht eine Entzweiung, sondern in bezug auf den jeweiligen Fortschritt eine gegenseitige Klärung und gegenseitige Unterstützung zu erwarten.

Zur Feststellung der wirksamen – seelisch-schöpferischen – Kräfte, wie sie dem nordischen Raum eigen sind, können die Betrachtungen der Gestaltbilder und der Planungsstrukturen der Städte und Baulichkeiten des nordischen Raumes herangezogen werden, die anstelle des geometrischen Prinzips das nordische, das organhafte, strukturierende Prinzip enthalten.

Auch die Struktur der Gesellschaft folgt in der Art des Zusammenwirkens diesen Gesetzen, so daß – wendet man diese Erkenntnis auf die Betrachtung und Bemessung des Wohnwertes an – dies der Ausgangspunkt für den Wert eines typischen, organhaft-strukturierenden Grundrisses sein kann.

Die Bewertung des „Gesamteindruckes" der Wohnung, der bewußt oder unbewußt empfunden wird, geschähe dann wesentlich anders, als dies von Klein vorgeschlagen wird.

Auch die „Behaglichkeit", die wohnwertmäßig erfaßt werden soll, entspringt als Zustand der Forderung einer bestimmten – sagen wir einmal bürgerlich gesättigten – Situation, in der sie einen „Kaufwert" besitzt und der 1927 mit einer größeren Berechtigung in der Liste der Beurteilungspunkte enthalten ist, als dies heute der Fall sein kann. Die Berücksichtigung der neuen gesellschaftlichen Struktur erfordert auch eine andere Struktur – begrifflicher und realer Art – des Wohnens und der Wohnung. Erkenntnisse und Notwendigkeiten waren verständlicherweise 1927 andere als heute.

Die Versuche, vom Begrifflichen her zu einem übergeordneten Standpunkt zu gelangen, zu einem Ordnungsprinzip auf der Grundlage der Geometrie, scheinen mir aus den vorstehenden Gründen im „nordischen Raume" nicht zu dem Ergebnis zu führen, das die großen Zusammenhänge hinreichend berücksichtigt und nicht nur auf dem Technischen basiert.

Aus demselben Grunde darf ich daher auf die Erörterung des Kampfes zwischen dem Oktameter-System und dem Dezimeter-System verzichten, da die Entscheidung zu Gunsten des einen oder anderen eine sekundäre Angelegenheit wäre, nachdem das Primäre getan wäre, nämlich der Typ dem uns angemessenen Ordnungsprinzip entspräche.

In diesem Zusammenhange darf auch noch zu dem Versuch, eine Maßordnung aus den Maßen des menschlichen Körpers – unter dem Motto: Der Mensch, das Maß aller Dinge – abzuleiten, gesagt werden:

Auch die Betrachtung und Darstellung der menschlichen Erscheinung und des menschlichen Körpers geschehen seit der Renaissance in einem formal-begrifflichen Sinne. Die vorhergehenden mittelalterlichen deutschen Darstellungen des Menschen weisen die Typik wesensgebundener Körper aus.

Diese Darstellung wich – und das ist auch ein Wunschbild der Renaissance – einer Ideal-Vorstellung, einem Ideal-Kanon, der seitdem auch für die Bestimmung des den Menschen dienenden Gerätes sein Unwesen treibt.

Trotz der engeren Verbundenheit mit diesem Prinzip wehrt sich zumindest gegen die gebräuchliche Auslegung des Kanons auch die Vernunft des Franzosen. Corbusier z.B. propagiert ein der heutigen Realität mehr entsprechendes Schema.

Mittag, der sich mit Normungsfragen breit auseinandersetzte, ließ an zahlreichen Personen Messungen vornehmen und kam zu dem Ergebnis, daß die unterstellten Maße, die auch Norm und Gewohnheitsmaße des Gerätes geworden sind, der überwiegenden Mehrzahl der Menschen nicht entspricht.

Daher wäre es unsinnig, mit diesen Maßen und den daraus entwickelten geometrischen Reihen Systeme für das Bauwesen aufzustellen.

Aber völlig unmöglich erscheint mir ein Normbegehren, auf Grund dessen die heute zufällig im Gebrauch befindlichen Möbel an den Wänden aufgereiht werden, um daraus die

erforderliche Stellfläche = Wandfläche zu ermitteln, aus dieser wiederum die Raumtiefe, aus der Raumtiefe Balkenlängen usw. usw.

Karl Böttcher: ←A 61
Zur Normungsfrage (24.5.1950)

Bei jeder Arbeit ist zu unterscheiden nach dem rein technischen, dem funktionellen und dem geistigen Inhalt des Werkes.

Betrachten wir zunächst die technische Seite. Hierbei ist zu unterscheiden nach dem Werkstoff, der Konstruktion, der Fertigung – entweder durch Hand oder durch die Maschine – und der Art des Zusammenwirkens beim Einbau oder im eingebauten Zustand, wenn es sich um Einzelelemente handelt, die erst im Zusammenwirken mit anderen ein Ganzes ergeben. Jeder der genannten Faktoren hat seine eigenen Wesensmerkmale, die bei jedem Gegenstand berücksichtigt werden müssen. Aber auch in ihrer Gesamtheit sind sie nicht als selbständige Größen anzusehen, sondern haben als Ganzes vorausbestimmte Funktionen zu erfüllen, d.h. die Gegenstände müssen bestimmte Gebrauchseigenschaften haben.

Damit kommen wir zum 2. Punkt, nämlich der Frage der Funktion eines Gegenstandes. Ein Gegenstand wird nur dann seine Aufgabe voll erfüllen können, wenn er menschlichen Bedürfnissen dient und sein Verhalten nicht im Widerspruch zur Umwelt steht. Jeder Gegenstand kann nur ganz bestimmte Funktionen erfüllen. Erst im Zusammenwirken aller den Menschen umgebenden Gegenstände kann von einer funktionellen Gesamtleistung gesprochen werden, die als biologischer Faktor anzusehen ist. Während jedoch alle vorhergenannten Größen bestimmten Naturgesetzen unterliegen und – sofern sie dem Erkenntnisvermögen des Menschen zugängig sind – rechnungsmäßig erfaßt und in ihren Werten berücksichtigt werden können, sind allein schon biologische Vorgänge, wie die Erfahrung zeigt, für den Menschen maßlich nicht faßbar. Der Zusammenklang des aus einer Fülle von Einzelerscheinungen verschiedener Größen und Wirksamkeit bestehenden Ganzen wird stets das Ergebnis ungeheuer stark beeinflussen oder anders gesagt, die Kombinationsmöglichkeiten sind so vielfältig, daß mit vorausbestimmten Ergebnissen nicht gerechnet werden kann, besonders auch darum, weil jede Einzelheit jeweils genau festgelegt werden müßte. Das Letzte ist praktisch unmöglich, weil die Zeit als verändernder Faktor in alle biologischen Vorgänge eingreift. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Einstellung des Betrachters zum Gegenstand jeweils eine andere ist, also der Entwicklung unterliegt und überdies die Standpunkte jedes Betrachters verschieden sind. Zu allgemein-gültigen Aussagen wird man daher nur im übergeordneten Sinne kommen können und hier auch nur, wenn es sich um Menschen handelt, die einer gleichen Beschäftigung nachgehen, in einem gemeinsamen Landschaftsraum leben oder in einer größeren Gemeinschaft in wechselseitiger Abhängigkeit voneinander leben und wirken. Damit kommen wir zum 3. Punkt des Themas, nämlich dem Inhalt unseres Schaffens und Gestaltens.

Die großräumigen Einflüsse, gleichgültig, ob sie nur naturgegeben oder vom Menschen entwickelt und gestaltet sind, ergeben im Zusammenwirken ein Zeitbild, das mit der stetigen Wandlung der Einflüsse eine ständig veränderte Gestaltform annimmt. Diese Gestaltform als Ergebnis geistiger Leistungen in Abhängigkeit von der jeweiligen Entwicklung kommt in jedem vom Menschen gestalteten Werk zum Ausdruck, und erst wenn das Technische als Mittel, das Funktionelle als Bedürfnis und die Zeit als gestaltendes Element in voller Harmonie beim gestalteten Objekt, ob bewußt oder unbewußt, ihren Niederschlag finden, wird man von einem organischen Zusammenwirken sprechen können.

Die menschliche Aufgabe ist vornehmlich eine geistige, und jede Tätigkeit, wenn sie organisch der gesamten Menschheitsentwicklung dienen soll, kann nur aus der Zeit heraus gelöst und gestaltet werden. Erst wenn wir zu einer einheitlichen Auffassung der Zeit kommen, wird jede Einzelleistung die andere zu einem organischen Ganzen führen. Ein gemeinsames Weltbild, das zugleich die rationellste Gesamtleistung ergibt, kann nur erarbeitet werden, und die Aufgabe für uns in heutiger Zeit besteht darin, den größtmöglichen Beitrag dazu zu leisten. Das kann aber nur geschehen, wenn wir uns im entwicklungsgeschichtlichen Sinne betätigen.

Die Normung ist ein wichtiges Teilgebiet unserer mechanischen Welt und dementsprechend als Einflußgröße bei unserer Handlung zu berücksichtigen. Normen heißt: ordnen und vereinfachen, und jede Betrachtung, die wir anstellen, ist mehr oder weniger normativ, weil wir sonst die uns umgebenden Dinge nicht übersehen können. Die Fülle der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in den letzten Jahrzehnten hat zwangsläufig dazu geführt, das normative Denken zu fördern, so daß wir mehr und mehr den organischen Zusammenhang mit unserer Umwelt verloren haben. Die daraus resultierende Disharmonie der menschlichen Anschauung zu seiner Zeit führt zwangsläufig zu Fehlleistungen, die noch verstärkt werden, wenn man bewußt die Normung in den Vordergrund der Betrachtung und Überlegung stellt. Eine Normung muß also trotz aller vereinfachenden Maßnahmen als integrierender Bestandteil zu einer organischen Gesamtleistung führen und muß von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden. Das normative Element ist nur bedingt als Entwicklungsfaktor anzusehen, ist also von sekundärer Bedeutung gegenüber einer geistigen Leistung, die im entwicklungsgeschichtlichen Sinne liegt.

Otto Block: ←A 62
Zum Thema Normung und Typisierung (31.5.1950)

Prof. Scharoun weist in seinem Exposé sowohl auf die Notwendigkeit der Normung und Typisierung hin als auch auf die Gefahren bei einseitiger Behandlung des Normungsbegehrens.

Die Begriffe Normung und Typisierung bedürfen einer grundsätzlichen Klärung. Die Gefahren der Normung und Typisierung sind dann zu verzeichnen, wenn diese einseitig vom Technischen ausgehen und nicht als Maß das menschliche Maß, und zwar vom Wesen des Menschen her, mit einbeziehen.

Wir stehen an einem Zeitpunkt, wo sich Zivilisation und Kultur bedenklich voneinander getrennt haben – wenn wir unter Zivilisation Erfindung zum Zweck der Erleichterung des menschlichen Lebens, unter Kultur den ethischen Ausdruck und das Gesicht der jeweiligen Epoche verstehen. Es handelt sich darum, einen Weg zu finden, diese Kluft durch eine fruchtbare Synthese zu überbrücken.

Die panische Angst vor der Normung ist zurückzuführen auf ihre technische Einseitigkeit, ohne das Individuum zu berücksichtigen. Dieses schöpferische einzelne Individuum, ob es sich nun Künstler, Gestalter oder ganz einfach „Mensch" nennt, hat deshalb berechtigterweise von dieser Massierung Abstand gesucht. Mit dieser Isolierung genießt es zwar ein Maß an Freiheit, das es gleichzeitig der Zersplitterung, dem Auflösungsprozeß ausliefert; aber auf diese Weise wird die Zivilisation der fruchtbaren kulturellen Elemente beraubt und die Kultur durch die Zivilisation an der konkreten Realisierung gehindert.

Das Aufgabengebiet der Architektur liegt genau in der Mitte zwischen den zivilisatorischen und kulturellen Werten. Architektur bedarf sowohl des technischen Fortschritts, der neuesten Erfindungen, als auch des ethischen und geistigen Ausdrucks. In der Architektur laufen unmittelbar die materiellen technischen wie auch ästhetischen und geistigen Bedürfnisse des Menschen zusammen. Architektur trägt das Gesicht der

jeweiligen Gesellschaftsordnung und dient sowohl der Gemeinschaft wie auch dem einzelnen Individuum als Gebrauchsgegenstand. Einseitig nur von der Technik bestimmt, können sich Geist und Kultur nicht entfalten und sind ihrerseits zu Formalismus oder l'art pour l'art verurteilt. Es ist deshalb hier nicht unangebracht, auf den unnützen Streit, ob Architektur Kunst ist, hinzuweisen.

Es ist an der Zeit, daß Künstler ihre Aufgabe und ihre Erkenntnisse in den Dienst der Zivilisation stellen, um von der ethischen und geistigen Seite her die Technik zu befruchten, ohne daß dabei Kunst und Künstler an Wert einbüßen. Von dieser Erkenntnis aus allein kann an eine fruchtbare Normung und Typisierung gedacht werden.

So wie sich das Individuum zur Gemeinschaft verhalten sollte, sollte sich der Typ zur Norm verhalten. So wie die Gemeinschaft aus einzelnen Individuen besteht, so muß auch der Bestandteil, der Typ, welcher aus Zweckmäßigkeitsgründen der Norm bedarf, dem einzelnen Individuum Mensch gerecht werden. Bei der Entwicklung vom zweckmäßigen Wohnbedarf zur Wohnlichkeit muß auf dem Wege über Normung und Typisierung immer an das Wesen und die Empfindung des Menschen gedacht werden. Unter keinen Umständen darf der Mensch in seinem Bedürfnis, diese Gebrauchsgüter individuell anzuordnen, eingeengt werden.

Es ist infolgedessen zu untersuchen, wo und inwieweit sich die zivilisatorischen und kulturellen Bedürfnisse des fortschrittlichen Menschen treffen und entwickeln lassen. Es hat nur einen Sinn, die fortschrittlichsten Ergebnisse zu normen und zu typisieren, denn die Norm soll nicht der Durchschnitt, sondern die Spitze in der Entwicklung aller Dinge sein.

Demzufolge habe ich Anfang März dieses Jahres die Formulierung der Aufgaben für die Abteilung Normung und Typisierung im Rahmen des Instituts f. Bauwesen folgendermaßen zusammengefaßt:

Ordnung menschlicher Bedürfnisse nach Raum, Zeit und Aufwand, mit dem Ziel, Normung und Typisierung nützlich und sinnreich anzuwenden und zu verhindern, daß sie einengend statt ausweitend wirken.

Bewußte Entwicklung des natürlichen Formgefühls zur Gestaltung technisch einwandfreier, industrieller und gewerblicher Erzeugnisse, in Gemeinschaft mit den Abteilungen des Instituts f. Bauwesen, den Herstellern und freischaffenden Kräften.

Hermann Tausch: Zum Problem der Normung und Typisierung (1.6.1950)

←A 63

Wie bei allen Fragen, die das Institut angehen, wird auch bei der zur Diskussion stehenden Aufgabe „Normung und Typisierung" das Gestaltproblem in den Vordergrund unserer Tätigkeit gestellt.

Ich wünschte, wir unterhielten uns hier mehr vom Bauen in seiner umfassendsten Bedeutung; vom Bauen, das den Vorgang des Gestaltens in sich schließen sollte.

Wir Bauenden sollten das Bauwerk wieder als ein organhaftes Gebilde betrachten, das wie ein Teil Natur, wie eine Blume, bestimmte Funktionen zu erfüllen hat, dabei an stoffliche Bedingungen gebunden und den Einflüssen der Umwelt unterworfen ist. (Selbst ihre Schönheit ist Funktion.)

Der Begriff des organischen Bauens setzt sich zusammen aus einer Reihe gleichwichtiger Teilgebiete, die heute in Folge ihrer verschiedenen Entwicklungsstufen keinen Zusammenhang haben, z.T. so spezialisiert sind, daß sie im einzelnen für den Bauenden unüberschaubar wurden. Diesem Dilemma entspringt die Krise unseres Bauschaffens.

Heute haben wir erkannt, daß das Bauen nur im Zusammenspiel aller am Bau wirksamen Kräfte, in der Koordinierung aller Faktoren, funktioneller, technischer und ökonomischer Art, erneuert werden kann, um später, wenn sich die Harmonien einer zukünftigen Welt aufzeigen, als Basis einer neuen Baukultur zu dienen.

Um die notwendige Synthese zwischen den verschiedenen Teilgebieten des Bauens zu erreichen, bedarf es eines Ordnungsprinzips, das in der Normung und Typisierung gefunden werden könnte. Damit käme der Aufgabe der Normung und Typisierung, die technische und wirtschaftliche Gründe zum Ausgang hatte, eine für das gesamte Bauwesen entscheidende Bedeutung zu.

Unsere noch mögliche Mitwirkung an der Normung und Typisierung wird darauf auszurichten sein, daß die derzeitigen Maßnahmen in Erkenntnis unserer heutigen geistigen Situation im Rahmen des uns danach Möglichen bleiben und alles vermeiden, was der gestalterischen Entfaltung hindernd im Wege stehen könnte.

Das bedeutet: Nicht nur Beschränkung auf Festlegung von Einzelheiten, sondern auch Beschränkung des Zeitraums der Gültigkeit. Schaffen wir uns praktisch den Baukasten, mit dem im stufenweisen Fortschreiten die optimalen Typen zu erarbeiten – besser: zu erleben – sind, die eine biologische und geistige Entwicklung des Menschen ermöglichen.

Bei unseren Maßnahmen auf dem Gebiet der Normung und Typisierung müssen wir uns darüber im klaren sein, daß der Technik im zukünftigen Bauen eine Bedeutung zukommt, die sich mit der vergangener Epochen nicht vergleichen läßt. Diese Tatsache wird zu einem Charakteristikum der kommenden Maschinenkulturen werden. Sie wird, in Verbindung mit neuen Aufgabenstellungen und einer umgewandelten Struktur der Gesellschaft, die Gestalt des Bauwerkes entscheidend verändern.

Wir sollten also die Bedeutung der Technik nicht unterschätzen, aber auch nicht als Endziel unseres Strebens, sondern als ein notwendiges Mittel zum Leben, als Hilfsmittel zur Steigerung der Leistung und als eine Voraussetzung des Optimums, betrachten.

Das ergibt für das Heute. diese Aufgabe als eine des praktischen Lebens anzufassen und diese im Sinne des Optimums und Ökonomiegesetzes durchzubilden, als erste Voraussetzung zum Bau einer wahren Zivilisation, welche erst die Plattform bilden kann für die Bildung einer neuen Kultur, von der wir noch sehr weit entfernt sind – weiter denn je.

Man sollte bei allem die Bedeutung der Normung und Typisierung auch nicht überschätzen und bedenken, daß alles auf der Welt nur besteht, wenn es sich natürlich entwickelt, organisch dem Ganzen einfügt und sich in Harmonie mit der Umwelt befindet. Widerspricht es dem, dann wird es ausgetilgt, wie unsere alte, entartete Welt.

Zur Normung und Typisierung des Wohnungsbaues im besonderen.

Für den Wohnungsbau werden alle Normungsmaßnahmen vom Typ her zu entwickeln sein, vom Wohnungstyp, der immer ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse war. Es werden daher vermutlich einige Schwierigkeiten bei den gegensätzlichen Verhältnissen des Normungsausschusses zu überwinden sein. Für die Entwicklung und Erprobung der Typen sollte eine gewisse Reifezeit gefordert werden.

Die Normung einzelner Räume nach Möbeln und Nutzungsmaßen ohne ideellen Inhalt führt nicht zu dem zu erstrebenden Ziel, dagegen dürften allgemein keine Bedenken gegen eine Typisierung reiner Funktionsräume, wie Küche und Bad, bestehen. Allerdings sollten diese im Zusammenhang mit den Wohnungstypen entwickelt werden.

Bei der Bildung der Wohnungstypen dürfte dem Kleinschen Verfahren lediglich eine Bedeutung für die Wertung und Kontrolle zukommen. Typenbildende Eigenschaften besitzt es nicht. Man wird diese Methode hinsichtlich der Erfassung der

Wirtschaftlichkeit sowie der Ermittlung eines Nutzungseffektes für den Mieter ergänzen können. Dagegen liegt eine Gesamtbewertung, unter Einbezug der gestalterischen Eigenschaften, nicht im Bereich des Möglichen. Schönheitsbegriffe sind relativ. Die Gestalt eines Bauwerkes liegt außerhalb jeder quantitativen Erfassung.

Hermann Henselmann: ←A 64
Bemerkungen zum Thema Normung und Typisierung im Bauwesen, soweit es von Professor Scharoun abgehandelt wurde (6.7.1950)

Die Diskussion um die Aufgaben der Normung ergibt sich aus der Aufgabenstellung, die dem Institut für Bauwesen obliegt in einer Abteilung, die sich der Aufgaben der Normung und Typisierung unterziehen will, jedoch bisher nicht leistungsfähig wurde. Professor Scharoun möchte den Begriff der Normung tiefer aufgefaßt sehen, wünscht ihn nicht nur von der technisch-administrativen Seite betrachtet zu sehen, um die Normungsbemühungen auf eine höhere Stufe zu heben. Allerdings ist dabei festzustellen, daß in dieser Richtung bisher vom Institut auch nichts geleistet wurde außer diesen ersten interessanten Betrachtungen und außer einigen gelegentlichen Bemerkungen. Die Folge ist, daß laufend Normen produziert werden und noch mehr Normen begehrt werden, die anscheinend mit dem, was der Institutsleitung vorschwebt, nichts zu tun haben. Es ist vielleicht eine Frage des Temperamentes, aber bestimmt eine Frage der sozialen, künstlerischen und staatsbürgerlichen Verantwortung, ob man einen solchen Zustand hinzunehmen bereit ist. Ich vertrete die Auffassung, daß wir aus unserer Verantwortung heraus auf diesem wichtigen Gebiet etwas unternehmen müssen. Vielleicht sollte aber an den Beginn der Diskussion gestellt werden eine Unterhaltung über grundsätzlich abweichende Auffassungen.

Die von Scharoun entwickelten Gedanken gehören durchweg der Vorstellungswelt des bürgerlichen Idealismus an, wie er sich etwa in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auszuprägen begann. Das Grundmotiv der Philosophie dieser Zeit ist Zerstörung der Vernunft. Das Vertrauen auf den Geist, auf die Vernunft, auf die Kategorie der Kausalität, der Glaube an den Fortschritt und an die Einheit der Menschheit wird zersetzt. Es entwickeln sich Anschauungen, die mit Agnostizismus, Relativismus und Mystizismus bezeichnet werden. Der Relativismus Georg Simmels geht davon aus, daß es verschiedene Auffassungsweisen der Welt mit eigenen Gesetzen gibt, die sich monadenhaft voneinander abschließen. Nach meiner Auffassung sind die verschiedenen Verhaltensweisen Formen des Kampfes, in dem sich das Leben mit den Objektivationen auseinandersetzt. Es besteht eine dauernde tragische Spannung zwischen der Seele des Individuums und der objektiven Kultur, zwischen Innenleben und Ökonomie. Hier ist also bereits ein Gegensatz formiert, der sich in den späteren Anschauungen immer mehr auszuprägen beginnt und der auch bei Scharoun auftaucht, der Gegensatz nämlich zwischen der technisch-organisatorischen Welt und den eigentlich wirkenden „organischen geheimen Kräften".

Nach Scharoun sind durch die Einführung der Vernunft in den europäischen Kulturbereich die echten Zusammenhänge verlorengegangen, besonders soweit es den nordischen Erlebnisraum betrifft. Ich muß Scharoun darauf aufmerksam machen, daß in solchen Vorstellungen Elemente enthalten sind, die wesentlich dazu beitrugen, eine geistige Atmosphäre zu schaffen, in der die Wirkung eines Hitler, Goebbels oder Rosenberg möglich war. Der Hausphilosoph Wilhelms II., Chamberlain, betont, daß der Philosoph sich klar darüber sein müsse, daß sein Denken einen mystischen Charakter hat. Deshalb bewundert er die „hohe philosophische Bewußtheit" der indischen Denker. Nach seiner Vorstellung ginge bei den Griechen diese verloren. Er stellt der verstandesmäßigen Erkenntnis die Erkenntnis durch Intuition gegenüber und verbindet diese wüste Willkürlichkeit mit einem rohen Empirismus der Tierzüchtung, den er mit einer Scheinwissenschaftlichkeit dekoriert. Die erkenntnistheoretische Frage ist: Bei welcher Erkenntnisform ist das Kriterium der Wahrheit. Verstand oder Intuition. Der Gegensatz dieser beiden Möglichkeiten in der Erkenntnistheorie hat eine gesellschaftliche Bedeutung. Verstandesmäßige Erkenntnis steht grundsätzlich jedem normalen Menschen offen, die Intuition aber ist nur einer begnadeten Sorte von Menschen vorbehalten. Es ist interessant zu beobachten, wie im 19. Jahrhundert der Kampf um diese beiden Ausgangspositionen der Erkenntnistheorie geht. Eine demokratische und eine aristokratische Erkenntnislehre stehen sich gegenüber. Hegel und Schelling stehen gegen Schopenhauer und Dilthey. Der bürgerliche Skeptizismus, der die Ordnungsmöglichkeit dieser Welt in Frage stellt, der die Realisierung gesellschaftlicher Ideale verneint, stellt die Erkennbarkeit dieser Welt überhaupt in Frage und setzt an deren Stelle Mythen. Die gesellschaftliche Bedingtheit dieser Denkvorstellungen, die sich aus der Unfähigkeit zur Realisierung der Forderungen der französischen Revolution nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ergibt, liegt auf der Hand und bedürfte einer weit gespannten Diskussion. Dieser Skepsis gegenüber den Kräften der Vernunft entspringt die Behauptung, daß die technisch-wirtschaftlichen Kräfte gewissermaßen das eigentliche Leben überwuchern, daß die Organisation hülsenhaft das Leben überstülpe und einenge, daß die geheimen Ideen prinzipiell nicht im verstandesmäßigen Zusammenhang stehen, die es intuitiv zu erfassen gelte. Diesen ganzen Vorstellungen gesellt sich die Auffassung zwangsläufig hinzu, daß es eine fortschreitende Entwicklung nicht gibt, daß eine Typik aufgesucht werden müsse, die sich einer Urform nähert, wobei dieser schöne Irrtum Goethes – wie mir scheint – noch einmal gründlich mißverstanden wird. Ich bin nicht der Meinung, daß solche Überlegungen Ausgangspunkt für unsere Untersuchungen im Institut darstellen sollten oder auch nur darstellen können. Ich halte sie im Prinzip sogar für entwicklungsfeindlich, weil sie viele Argumente in sich bergen, die unserer abendländischen Tradition nicht entsprechen und sich decken mit Argumenten, wie sie von den Gegnern des Sozialismus gebraucht werden. Die geschichtliche Wahrheit der Niederlage der Perser, die sittliche Kraft des Heldentums Leonidas' und Themistokles' beruht darin, daß vor 2500 Jahren die asiatischen Dämonen überwunden wurden durch die Menschengötter Griechenlands, durch das Bild einer geistigen Welt, das die Dunkelheit durch Klarheit, den Mythos durch Bewußtsein überwindet.

Wenn Scharoun die Aufspaltung unseres Lebens in Einzelheiten feststellt und die auseinandergerissenen Gegensätze erkennt, so folge ich ihm durchaus. Ich glaube nur nicht, daß diese Gegensätzlichkeiten durch die Vernunft an sich entstanden sind, sondern eine unmittelbare Folge einer gesellschaftlichen Produktion, der industriellen Fertigungsweise und ihrer kapitalistischen Aneignung sind. Die Überwindung dieser Gegensätzlichkeiten kann meines Erachtens nach nicht dadurch erfolgen, daß man den Schritt zurück ins Mittelalter tut, zum „organischen" Denken hin, indem man vielleicht versuchen wollte, verlorengegangene Wahrheiten wieder zu entdekken, oder daß man durch irgendwelche geistigen Aktionen die verlorenen Zusammenhänge wieder in die Hand bekommt. Ich glaube, daß es darauf ankommt, konsequent nach vorn zu schreiten, unsere Arbeit ihres Ausbeutungs- und Warencharakters zu entkleiden und die Welt jener Dunkelheiten und Geheimnisse zu entblößen, in der die letzten Kriege und Katastrophen geboren wurden.

Ich bin tief überzeugt davon, daß durch diesen gesellschaftlichen Befreiungsakt neue Werte gewonnen werden von äußer-

ster geistiger Differenziertheit, sofern wir es nur verstehen, unsere Ideen real zu machen und die Realitäten zur Grundlage unserer Ideen.

Entkleiden wir zunächst den Normierungs- und Typisierungsprozeß seines Warencharakters. Im Gegensatz zu der Vergangenheit braucht nichts anderes unsere Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu beherrschen als das Bedürfnis der Menschen und die Einsicht in die Notwendigkeit. Ich bin fest überzeugt davon, daß Scharoun recht hat, wenn er Unterschiede in den Raum- und Maßvorstellungen etwa zwischen Frankreich und Deutschland feststellt; ebenso bestehen sie zweifellos zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Hier liegt eine ganz wichtige und wesentliche Aufgabe, diesen Unterschied möglichst genau zu umreißen. Man kleidet sich ja auch in diesen Ländern verschieden. Ich bin überzeugt, daß übrigens auch die Maschine, wenngleich ihr Charakter wesentlich anders ist als der eines Bauwerkes, nationale Eigenschaften aufweisen würde, falls ihre Entwicklung in wirklicher Freiheit vor sich ginge. Ich erinnere an Flugzeugtypen verschiedenster Prägung. Hier fände also das Institut zweifellos einen wichtigen Forschungsansatz, der sich übrigens nicht nur auf die Normen bezieht. Noch wichtiger ist diese Arbeit bei der Entwicklung der Typen. Diese Typik ist – wie Scharoun ganz richtig feststellt – national bedingt, aber – und das stellt er auch fest – vor allem auch wirtschaftlich. Eine für sich wirkende „Kraft des Technischen" existiert in meiner Vorstellungswelt nicht. Das ist eine jener Mythenbildungen, mit denen ich zwischen 1933 und 1945 in meinem Kopfe aufgeräumt habe, weil ich von einem tiefen Abscheu und Entsetzen erfüllt wurde, was ein Teil von mir selbst – und das waren immerhin die Nazis – im Banne dieser Mythen zustandebringt. Mir scheint es notwendig bei der Begründung von Typen – und das ist meines Erachtens die eigentliche Institutsarbeit – nach dem bewegenden Agens zu suchen und von da aus alle jene Differenziertheiten zu bewahren im Scharounschen Sinne, die diese Typik vor Mechanismen behüten. Es unterliegt nun aber auch keinem Zweifel, daß dieses bewegende Agens große gesellschaftliche Bewegungen sind, die drei große Kulturkreise, nämlich den ostasiatischen, den byzantinischen, den lateinischen, in Mitleidenschaft ziehen. Es gibt keine Typenbildung, seien es Gebäude für Schulen oder für Wohnungen, Bauerngehöfte oder Möbel, auf die nicht diese Bewegung einwirkt und die nicht wiederum etwas in dieser Bewegung bewirken könnte. Diese Bewegung zielt auf Freiheit ab. In dem Maße, wie es diese Typen ebenfalls tun, wenn sie typisch sind, wirken sie weiter.

Es gehört also meines Erachtens dazu, daß die Wohnungstypen zum Beispiel den Begriff der Wirtschaftlichkeit seines Profitcharakters entkleiden und an seine Stelle einen anderen Leistungseffekt setzen. Und es kommt weiterhin darauf an, die technischen wie die künstlerischen, die körperlichen wie die geistigen Bedürfnisse miteinander in Einklang zu bringen. Wir im Institut können meines Erachtens nach ruhig kühn sein, Forderungen aufstellen und die Wegemarken immer einen Schritt der marschierenden Menschheit voraussetzen. Nicht aber soweit voraus, daß diese Menschheit diese Wegemarken nicht zu erkennen vermag. Dadurch würde unsere Arbeit ihren humanistischen Sinn verlieren. Und nun meine ich, Einsicht in die Notwendigkeiten ist die andere Seite. Ich glaube auch, daß am Ende der Normierung Geräte stehen, die dem Bauen einen äußerst fließenden, beweglichen und individuellen Charakter geben werden. Aber an diesem Ende wird eine Gesellschaft stehen müssen, die dem Nihilismus der Form Bindungen auferlegt, deren Charakter in der Freiwilligkeit bestehen wird.

Unsere Gegenwart wird von einer eigentümlichen Dialektik bestimmt. Kommunismus bedeutet Freiheit – um sie zu erringen, unterwerfe ich mich bestimmten Bindungen, übernehme ich Verpflichtungen. Kommunismus bedeutet Muße – um sie zu erringen, entwickle ich äußerste Produktivität. Die Typisierung und Normierung kann sich dieser Dialektik nicht entziehen. Durch äußerste Begrenzungen zur äußersten Weite. Ich meine, wir sollen ruhig Balken, Treppenstufen, Möbel normieren wie Fenster, immer Herren des Augenblicks, die Bedürfnisse des Volkes blitzschnell erkennen und handeln. Wir werden auf diese Weise zu Freunden und Helfern und Vertrauten unseres Volkes, zu „Ingenieuren der Seele", wie es Stalin einmal nannte. Wir werden auf diese Weise schneller in die Lage versetzt werden, die Normen von 1950 umzustoßen und freiere und differenziertere Werte schaffen im Jahre 1952. Wenn wir diese Norm nicht schaffen, wird man sie schlecht, aber recht erzeugen und uns das Vertrauen entziehen. Ich bemerke mit Sorge, wie meine Freunde, die sich moderne Architekten nennen, wie ein Kaninchen auf die Schlange, „hypnotisiert" auf die „Verwaltung" und ihre Anordnungen blicken, auf die „Säulen" in Moskau oder was man sonst will. Die deutsche Baukunst ist in dem Maße leistungsfähig, wie ihre Baukünstler leistungsfähig sind, wie sie helfen und ordnen. Mein Ratschlag ist, sofort damit zu beginnen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, alles zu tun, um so schnell wie möglich Wohnungen zu erzeugen, Produktionsstätten und was man sonst noch benötigt. Und nicht Ideen zu verwalten, deren Prinzip darin besteht, den Organisationen, als den Trägern der bewegenden und sittlichen Ideen der Gegenwart, ein abwartendes Mißtrauen entgegenzusetzen. Denn die Kraft der Friedfertigen und ihre Stärke beruhen in ihrer Organisation.

Alexander Klein, Architekt, geb. **17.6.1879** in Odessa, gest. **15.11.1961** in Israel. Studium bis **1904** in Petersburg, anschließend dort selbständiger Architekt, geht **1921** nach Berlin, arbeitet praktisch (Wohnhäuser, Großsiedlung Bad Dürrenberg) und theoretisch (RFG, Südtyp). **1933** Emigration nach Haifa, bis **1956** Prof. für Städtebau an der dortigen TH. Ein Projekt für die Interbau in Berlin (West) kommt nicht zustande. Begründet wiss. Untersuchung von Grundrissen mit Hilfe grafischer Methoden und entwickelt für die RFG Mustergrundrisse für Kleinstwohnungen.

Scharoun als Direktor des IfB beruft sich besonders auf die Bewertungsverfahren von Grundrissen, wie sie Alexander Klein im Rahmen der „Reichsforschungsgesellschaft für wirtschaftliches Bauen" (RFG) entwikkelt hat. Karl Böttcher sagt klar, was möglich ist und mit Normung versucht werden sollte.

Otto Block vertritt Wilhelm Wagenfeld, der Ende **1949** nach Stuttgart gegangen ist, als Leiter der Abteilung Normung-Typisierung des IfB. Seine Gedanken sind beherrscht durch die Suche nach einer Synthese zwischen Zivilisation und Kultur, um die panische Angst vor der Normung, die er auf die technische Einseitigkeit in ihrer Anwendung zurückführt, aufzuheben.

Hermann Tausch leitet zusammen mit Hans Duntz die Abteilung Wohnungswesen nach dem Ausscheiden Effenbergers aus Gesundheitsgründen gegen Ende **1949**. Auch er sieht jede Normung nur für eine begrenzte Zeit möglich und in der Typung das Spiegelbild der sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Hermann Henselmann bezieht sich direkt auf das Exposé von Scharoun, bezieht einen gesellschaftspolitisch eindeutigen Standpunkt und setzt sich

mit Scharoun philosophisch auseinander. Er hält ihm den bürgerlich-idealistischen Ausgangspunkt seines Denkens vor und wirft ihm die Ergebnislosigkeit der Institutsarbeit vor. Er geht im einzelnen die Vorstellungen Scharouns zur Typung und Normung durch, um auf die aktuellen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus zu kommen.

Die Diskussion wird intern geführt und hat keinen Einfluß auf die Verabschiedung der DIN 18011, die **1951** erfolgt und Ende **1951** zur „Pflichtnorm" für alle mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnbauten erklärt wird. Sie gilt für die BRD und Berlin (West). Die DDR folgt später mit der TGL 95 52.

Die Auflösung des Instituts für Bauwesen

Die Weiterarbeit Scharouns und seiner Abteilung Gestaltung am Institut für Bauwesen ist anhand von Arbeitsberichten für das Jahr **1950** noch zu verfolgen. Es wird versucht, am Beispiel der Planung für die Wohnzelle Friedrichshain Grundrisse für Schule, Handwerkerhof, Läden, Kino, Garagen, Kinderhorte und Krippen und technische Versorgungseinrichtungen zu entwickeln. Arbeitsergebnisse in bezug auf die genannten Themen sind jedoch nicht mehr auffindbar.

Ab Sommer **1950** nach der Moskau-Reise einer Delegation unter Leitung von Kurt Liebknecht beginnt die Diskussion um die Gründung einer ,,Akademie für Bauwesen", in der die Institute, die nebeneinander arbeiten, zusammengefaßt werden sollen. Die Arbeit im Institut für Bauwesen endet für Scharoun im **Dezember 1950** mit der Auflösung des Instituts und seiner Kündigung. Die Übernahme einer Meisterwerkstatt in der geplanten Bauakademie schlägt er aus. Die Gründe dafür sind vielfältig. Stellen wir gegenüber, was an dem Institut öffentlich kritisiert wird und was die privaten Gründe für Scharoun sind, das Institut zu verlassen und zu versuchen, in der TU Berlin die Forschung wieder aufzunehmen. ←S.311

Die Kritik findet sich in einem Artikel, der überschrieben ist mit *Einige kritische Bemerkungen zur Lage im Bauwesen* und verfaßt ist von Kurt Liebknecht, daraus der Absatz über die Forschungsinstitute:

Es ist selbstverständlich, daß für das Entwerfen und das Bauen Forschungsarbeit geleistet werden muß. Diese Forschungsarbeit sollte das Institut für Bauwesen bei der Akademie der Wissenschaften durchführen. Trotz fast dreijähriger Arbeit hat das Institut diese Aufgaben nicht erfüllt. Das lag, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an den Männern, die in dem Institut tätig waren, und zum anderen an uns, die wir für das Bauen verantwortlich sind und die es nicht verstanden, dem Institut die konkreten Aufgaben zu stellen und für ihre Durchführung zu sorgen. Da keine grundlegenden Forschungsergebnisse auf den Gebieten des Städtebaues, der Normung und Typisierung vorliegen, müssen wir jetzt mit allem Nachdruck an die Lösung dieser Aufgaben gehen. Die ersten Schritte sind hierzu gemacht. ←L 31

Aber auch das Institut für Städtebau und Hochbau beim Ministerium für Aufbau ist bisher noch nicht zu der Entfaltung gekommen, wie wir es von einem solchen zentralen Institut, das für die bedeutendsten Bauaufgaben der Deutschen Demokratischen Republik eingesetzt ist, erwarten können. Bei den Mitarbeitern der beiden Institute muß die ideologische Arbeit verstärkt und die fachliche Qualität verbessert werden.

Scharoun, eingeschaltet in die Diskussion um den Status und die Aufgaben der geplanten Bauakademie, sieht als Problem die Selbstverwaltung der Akademie ohne staatlichen Einfluß und sieht für sich persönlich das Problem, wie er die Arbeitsgruppe, mit der er bisher geforscht und entworfen hat, zusammenhalten kann, denn Voraussetzung für die Arbeit in der Bauakademie wird der Wohnsitz in Berlin (Ost) bzw. der DDR.

Der Kontinuität der Arbeit wegen ist dabei weitgehend auf Kräfte zurückzugreifen, die schon im IfB mitarbeiteten. Es wäre mir schon mit Rücksicht auf mein Alter unerträglich, noch einmal mit neuen Kräften und unter Einschaltung jahrelanger Anlaufzeit einen neuen Arbeitsabschnitt zu beginnen. ←A 66

Am **25.1.1951** wird nach der Zusammenlegung des Instituts für Städtebau und Hochbau mit dem IfB die „Deutsche Bauakademie" gegründet. Kurt Liebknecht wird ihr Präsident, Edmund Collein Vizepräsident, Hermann Henselmann, Hanns Hopp und Richard Paulick übernehmen die Leitung jeweils einer Meisterwerkstatt.

den 29.Dezember 195o

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident !

Die Jahreswende und die damit immer wieder fällige Lebens-Inventur sind Anlass, dafür zu danken, dass ich - auf dem Wege ewigen Bemühens, sich selbst zu finden - Ihnen begegnen durfte.

All unser Tun und so auch mein Wirken im Institut für Bauwesen beruht ja schliesslich darauf, das Selbst auch im Anderen zu finden, da wir nie "Einer", sondern immer "Mehrere" sind.

Eine Weiterentwicklung des Instituts für Bauwesen aus dieser Idee heraus ist, das musste ich erkennen, im Augenblick und unter der neuen Führung nicht möglich. Ich glaube, dass es darum besser ist, ein wenig zur Seite zu treten, der Anderen und meinetwegen. Das soll nicht bedeuten, dass ich nicht auch ferner den Willen hätte, mitzuarbeiten für unser, für das ganze Berlin. Vielleicht gelingt es noch, dafür den Ort oder die Konstruktion zu finden, die es gestatten, aufgrund der eigenen geistigen Existenz zu handeln, entschieden zwar, aber ohne "Entscheidung", im Augenblick eher mit Bescheidung.

Mit um so mehr Freude denke ich an das Jahr gemeinsamen Arbeitens zurück und an die Gelassenheit und Bestimmtheit, mit der Sie uns arbeiten liessen. Ich hoffe, dass ich Ihnen auch ferner freundschaftlich verbunden bleibe und in freundschaftlicher Verbundenheit für Sie tätig sein darf.

Darf ich Ihnen und Ihrer sehr verehrten Frau Gemahlin noch einmal für das Vergangene danken und für die Zukunft alles Gute wünschen.
Mit herzlichen Grüssen bin ich
Ihr sehr ergebener

→A 65 Hans Scharoun: Brief an Otto Grotewohl

den 29.Dezember 1950

Lieber Dr. Naas !

Ich darf die Jahreswende benutzen, Ihnen für das Vertrauen und die Hilfe, die Sie mir entgegenbrachten, herzlichen Dank zu sagen.

Ich weiss, dass die lockenden Dimensionen der Tiefe und Weite, die wir unserem Institut geben wollten, Ihnen bisweilen etwas unheimlich vorkamen. Sie wollten den bestimmteren Bezug zum Begrifflichen und Organisatorischen, während wir das selbst-verantwortliche Zusammenwirken echter Persönlichkeiten und - bei weit gesteckten Aspekten - den Themen von einer geistigen Mitte zu Leibe gehen wollten, getragen vom Subjekt-Objekt-Bezug unserer Zeit.

Die neuen Träger der Deutschen Bauakademie haben ihre eigenen Ideen. Sie werden verstehen, dass ich es aus beiderseitigem Interesse für besser halte, wenn ich - wenn auch für eine Weile - am Rande bleibe, so gern ich für unsere Heimat Berlin auch ferner tätig wäre, vorausgesetzt, dass es meiner geistigen Existenz gemäss geschehen könnte.

Darf ich hoffen, dass wir in Freundschaft verbunden bleiben.

Ich wünsche Ihnen die recht baldige Wiederherstellung Ihrer Gesundheit und Ihnen und Ihrer lieben Frau alles Gute für das neue Jahr.
Ihr ergebener

→A 67 Hans Scharoun: Brief an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften

5.3 Zwei Wege zur Neuen Wohnung

Die Teilung des von den Alliierten besetzten Gebietes des ehemaligen Deutschen Reiches nach der Währungsreform und den Staatsgründungen in 2 unterschiedlich große Teile hat auch zur Folge, daß spätestens seit **1951**, nach Gründung der Deutschen Bauakademie, zwei unterschiedliche Wege des Massenwohnungsbaus beschritten werden. Es sind zwei Wege, die zwar zeitlich parallel, aber räumlich getrennt und weitgehend unabhängig voneinander verlaufen, da ihre Ausgangsbedingungen so unterschiedlich sind wie die Zielsetzungen und die speziellen Probleme, die sich ihnen stellen. An keinem anderen Ort erscheinen ihre verschiedenen Ausprägungen räumlich so nahe wie in Berlin. Indem man die Entwicklung des Wohnungsbaus in beiden Teilen Berlins gegenüberstellt, kann man jedoch nicht von der unterschiedlichen Funktion der beiden Stadthälften absehen und ihre Entwicklung nicht von der der beiden deutschen Staaten trennen. In Ostberlin als Hauptstadt der DDR findet die Theoriearbeit zum Wohnungsbau der DDR statt. Dort werden auch die Erprobungstypen gebaut, die später im ganzen Land massenhaft produziert werden. In Westberlin, das politisch und wirtschaftlich von der BRD abhängig wird, werden die in Bonn beschlossenen gesetzlichen Rahmenbedingungen übernommen und allenfalls durch Sondermittel finanzierte Demonstrativbauvorhaben durchgeführt, die an Traditionen der 20er und 30er Jahre anzuknüpfen versuchen.

Wenn man die unterschiedliche Entwicklung in Ost und West auf einen Nenner bringen will, so könnte man sagen, daß für den Wohnungsbau in der BRD und Berlin (West) die Normung der bestimmende Faktor wird, für den der DDR die Typung. Es ist klar, daß der Spielraum für den Architekten als Entwerfer innerhalb der von Normen gesetzten Grenzen größer ist, andererseits mehr Möglichkeiten zur Industrialisierung des Bauens durch die Typung bestehen.

Wir versuchen die Grundrißentwicklung auf beiden Wegen getrennt voneinander, für sich und nacheinander darzustellen. Wollte man die Entwicklung des Wohnungsbaues in den beiden Staaten miteinander vergleichen, so würden Faktoren wichtig wie Lebenshaltungskosten, Mietpreisgestaltung, Baukosten, Verfügung über Grund und Boden, Vergabe der Wohnungen, Belegungsdauer, Haushaltsgrößen und überwiegende Hausformen. Es wäre eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erforderlich, die wir, so interessant sie ist, hier nicht leisten können. Uns interessiert, welche Grundrißmodelle, Erschließungen und Hausformen sich durchsetzen und wodurch der Mietwohnungsbau des 19. Jahrhunderts ersetzt wird, der bis heute Träger ausgesprochen städtischer Gebiete in beiden Berlins ist.

Wir wollen, ausgehend von der Darstellung der Planungsarbeit der ersten Nachkriegsjahre, zu beschreiben versuchen, wie die entwickelten Konzepte unter den unterschiedlichen Bedingungen seit Beginn der 50er Jahre weiterverfolgt werden. Es geht uns dabei um großstädtische Konzepte des Wohnungsbaus. Deshalb klammern wir den stadtperipheren Einfamilienhausbau und die Siedlungskonzepte aus unserer Betrachtung aus. Wie schon bei der Darstellung der Stadtplanung interessiert uns in erster Linie der Wohnungsbau, wie er in Berlin innerhalb des S-Bahnrings oder unmittelbar an ihn anschließend, hergestellt wird. Die neuen Wohnungen sind an der Qualität des alten Mietshausbaus zu messen: Können die Neubauten eine vergleichbare soziale Mischung ermöglichen und die neuen Wohnungen sich – ebenso wie die alten – an die sich ändernden Bedürfnisse anpassen? Gelingt es, einen die städtischen Qualitäten des Altbaus ersetzenden neuen Wohnungsbau zu schaffen?

In der Darstellung des „Westwegs" verfolgen wir die Weiterarbeit Scharouns unter den gesetzlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen der BRD, während wir beim „Ostweg" die Entwicklung der Typenprogramme betrachten. Wir verfolgen beide Entwicklungen skizzenhaft nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Der Weg Scharouns ist bestimmt von dem Versuch, Mischungen von Wohnungen als Grundlage von gesellschaftlichen Mischungen zu bauen. Der am weitesten entwickelte Versuch ist der Plan und Bau der Wohngehöfte in Charlottenburg-Nord. Die Entwicklung der Typenserien in der DDR verfolgen wir bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Baukastensystem des WBS 70 entwickelt worden ist, das Grundlage des Massenwohnungsbaus der 70er und 80er Jahre wird.

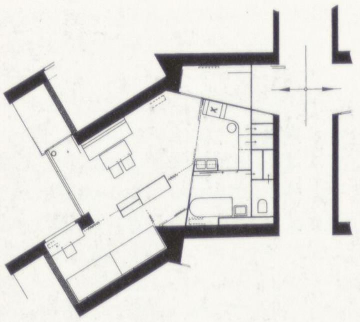
5.3.1 Scharouns Grundrißarbeit unter den Bedingungen des sozialen Wohnungsbaus in Berlin (West) und der BRD

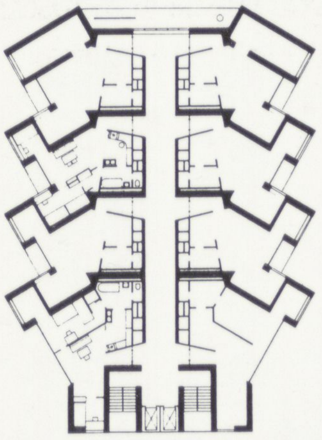
Der soziale Wohnungsbau, der den größten Teil des Wohnungsbaus ausmacht, vollzieht sich in den Grenzen der DIN-Normen, Bauordnungen und Förderungsrichtlinien. Dabei werden die in den DIN-Normen vorgegebenen Mindestforderungen durch Finanzierungsrichtlinien gleichzeitig zu Maximalforderungen. Weniger, als die DIN-Norm verlangt, darf nicht geplant werden. Erweiterungen werden nicht finanziert. Abstandsflächen, Ausnutzung und Lage der Gebäude werden in den Bauordnungen fixiert. In diesen Grenzen bewegt sich die Arbeit der Architekten. Die Vorfertigung im Bauwesen kommt in bezug auf den Rohbau nicht weit über die Produktion von Hohlblocksteinen aus Ziegelsplitt und leichten Wandplatten aus Gips hinaus. Es wird noch bis in die 70er Jahre hinein vorwiegend nach der traditionellen Methode „ein Stein, ein Kalk" gemauert. In den 60er Jahren kommt, vor allem im Zuge des Aufbaus der Satellitenstädte am Stadtrand, das Gußverfahren mit Ortbeton dazu. Das Bauen mit größeren vorgefertigten Elementen für den Rohbau bleibt die Ausnahme und bringt wegen der kleinen Stückzahlen gegenüber anderen Baumethoden kaum wirtschaftliche Vorteile. Die Vorfertigung beschränkt sich im Wohnungsbau auf den Ausbau, die Herstellung von Fenstern und Türen und auf Installationselemente. Weiter entwickelt ist sie im Bereich des Industriebaus, am weitesten jedoch bei der Herstellung von Eigenheimen, die heute von zahlreichen Firmen in verschiedensten Formen vom nachempfundenen Bauernhaus bis zum bauhäuslerischen Bungalow als Baukästen katalogmäßig angeboten werden. Die Eigenheimentwicklung ist jedoch aus Platzmangel kein Berliner Thema.

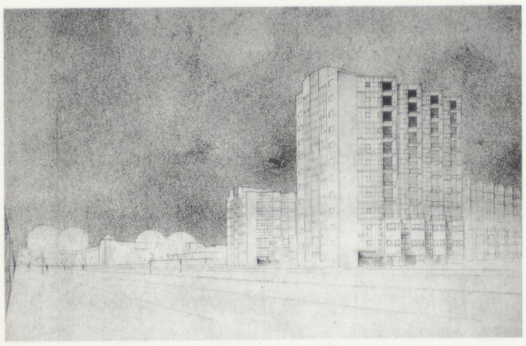
Der Massenwohnungsbau vollzieht sich dagegen auf der Basis traditioneller Baumethoden. Dies hängt nicht zuletzt mit wirtschafts- und sozialpolitischen Funktionen des Bauwesens in der kapitalistischen oder freien Marktwirtschaft zusammen, in der es zur Konjunktursteuerung und – mit ihrem Bedarf an nicht spezialisierten Arbeitskräften – als Auffangbecken für Arbeitslose aus anderen Industriebereichen dient. Über staatliche Investitionen kann dieser Bereich gesteuert werden. In Berlin (West), wo die großen Industriebetriebe nur mit hohen Subventionen dazu bewogen werden können, nicht abzuwandern, ist die Funktion der Bauwirtschaft zur Arbeitsbeschaffung besonders wichtig. Verstärkt wird sie noch durch den hohen Bevölkerungsanteil von Flüchtlingen und Aussiedlern. An einer Industrialisierung des Massenwohnungsbaus besteht kein staatliches Interesse, für die Privatwirtschaft wäre sie bei den hohen Investitionskosten zu krisenanfällig und zu wenig profitträchtig.

Da der soziale Wohnungsbau in der BRD und Berlin (West) nur über Finanzierung und Normung zentral gesteuert wird, die Planung und Produktion aber in der Hand gemeinnütziger oder privater Bauträger liegen, wird jedes Bauvorhaben einzeln geplant. Es gibt viel Arbeit für Architekten. Zu ihrer Unterstützung, Anregung und Fortbildung erscheinen nicht nur in den zahlreichen Architekturzeitschriften und Grundrißfibeln Grundrißvorschläge, d.h. gebaute oder nicht gebaute Beispiele privater Architekten, sondern es werden auch Ausstellungen und Wettbewerbe organisiert, bei denen Wohnungsgrundrisse zur Diskussion gestellt werden. Es gibt über die einschlägigen Richtlinien und die bestehenden Gewohnheiten hinaus jedoch keine Verbindlichkeiten für die Planung. Die propagierten Beispiele können als Vorbild dienen – oder auch nicht. Es handelt sich hier um einen freien Ideenmarkt, an dem sich jeder Architekt beteiligen kann. Ob seine Vorschläge veröffentlicht, gebaut oder als beispielhaft von anderen übernommen werden, hängt von vielen Faktoren ab, die er nur bedingt beeinflussen kann, vor allem aber sind Beziehungen nötig. Am Beispiel der Planung des Hansaviertels oder Charlottenburg-Nords haben wir diese ←S.404
Verflechtungen deutlich gemacht. ←S.360

Am Beispiel von Hans Scharoun, der nach der Planung für die Wohnzelle Friedrichshain, der Diskussion um Normierung und Typung und der Auflösung des IfB seit **1951** in Berlin (West), neben seiner Lehrtätigkeit an der TU, als freier Architekt arbeitet, versuchen wir nachzuzeichnen, was aus seinen Ideen, die er für Friedrichshain entwickelt hat, unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft in Berlin (West) und der Bundesrepublik wird.







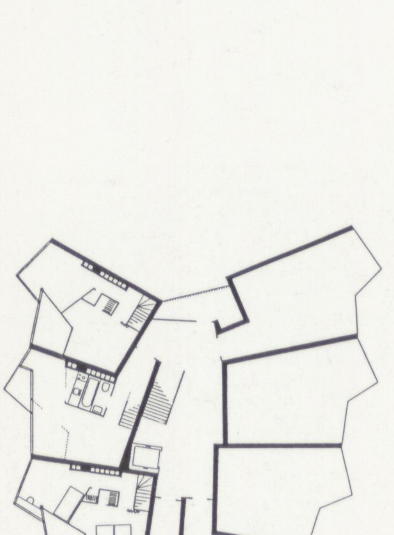
Hans Scharoun (1950/51): „Wohnblock Tor Siemensstadt". Wohnungsgrundriß M 1:300 (oben), Grundriß 1:500 (darunter) und Ansicht (unten)

Die Versuche, die Wohnzelle Friedrichshain in den Westen zu übertragen

Nach dem Verlust der finanziellen Grundlage im IfB für Scharoun und seine Arbeitsgruppe bleibt ihm seit Anfang **1951** nur noch seine Lehrtätigkeit an der TU und die Notwendigkeit, sich wieder um Aufträge als Architekt zu bemühen – sei es über Wettbewerbe oder die Wiederaufnahme früherer Beziehungen. ←B 49 Ein erster Versuch, über ERP-Mittel Gelder für eine Weiterführung der am IfB begonnenen Forschung an der TU zu erhalten, scheitert. Seine schon früher begonnenen Versuche, mit den Kollegen, mit →S.440 denen er bis in die 30er Jahre zusammengearbeitet hatte, ein an den „Ring" oder den „CIAM" anknüpfendes Beziehungsnetz aufzubauen, waren nicht zuletzt wegen der abgeschnittenen Lage Berlins von den Westzonen in den Anfängen steckengeblieben. Eine direkte Beziehung zu der in Berlin (West) installierten Stadtverwaltung hatte Scharoun auf Grund seines bisherigen →A 68 Arbeitsplatzes nicht. Das Auftragsverhältnis des IfB zur Bezirksverwaltung Spandau bildete allerdings eine Ausnahme. Daran anknüpfend entwirft Scharoun im Winter **1950/51** (ob als Angebotsplanung oder im Auftrag des Bezirksamts, konnten wir nicht ermitteln) den Bebauungsplan für den →S.408 „Wohnblock Tor Siemensstadt", dessen Baugelände unmittelbar vor seiner Haustür liegt. Die Geschichte dieser Planung haben wir bereits dargestellt und die dazugehörigen Lagepläne abgebildet.

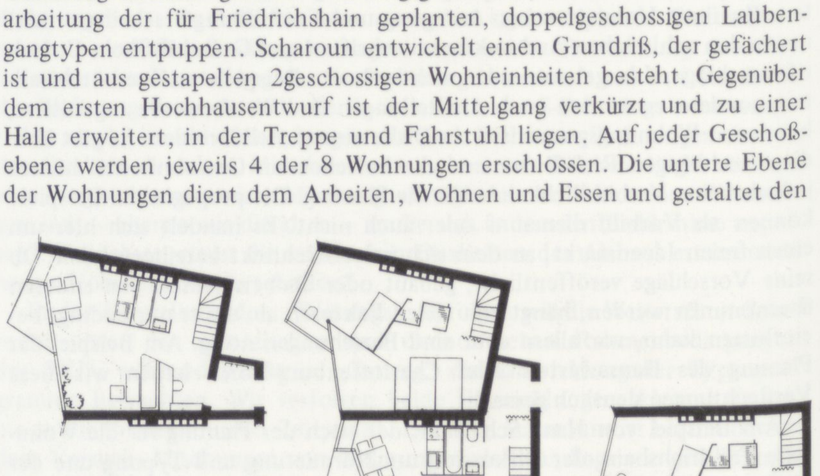
Im Nachlaß Scharouns finden sich Pläne, die belegen, daß es sich bei dieser Planung nicht nur um eine Stadtplanung handelt, sondern seine Überlegungen auch bereits die Grundrisse der zunächst eigenartig anmutenden Lagepläne der Gebäude betreffen. Es zeigt sich, daß Scharoun hier ←B 50 den für die Wohnzelle Friedrichshain geplanten „Sägetyp", der über Laubengänge erschlossen werden soll, weiterentwickelt hat. Die Funktion des Außengangs wird verdoppelt, indem er die an ihm liegenden Wohnungen nicht mehr nur einseitig, sondern jetzt beidseitig erschließt und er so zu einem Innengang wird. Ebenso wird die Höhe des Gebäudes von 5 auf 12 Geschosse erhöht. Die Wohnungen liegen in dem neuen Mittelgang-Hochhaus nach Süd-Osten bzw. Süd-Westen. Auf dem Dach sind, wie auch für das Mittelgang-Hochhaus mit versetzten Geschossen, das Scharoun für Friedrichshain geplant hatte, Atelierwohnungen und im Erdgeschoß Räume vorgesehen, die gewerblich als Läden oder Restaurants zu nutzen sind. Scharouns Entwurf erinnert in der Grundrißanlage nicht nur an die Friedrichshain-Planung, sondern auch an das Mittelganghaus, das Hugo Häring im Mai **1950** für eine Siedlung in Friedrichshafen entworfen hat. Der Erfahrungsaustausch, den beide Architekten pflegen, läßt eine gegen- ←B 51 seitige Einflußnahme vermuten.

Bei der durch die geänderte Verkehrsführung erforderlich gewordenen Überarbeitung des Bebauungsplans für das Tor Siemensstadt zeichnet Scharoun fünf der Anfang **1951** entworfenen deutlich unterschiedenen →S.408 Lagepläne für Punkthäuser ein. Auch für die ungewohnt aussehenden Gebäudegrundrisse gibt es Wohnungsgrundrisse, die sich als eine Überarbeitung der für Friedrichshain geplanten, doppelgeschossigen Lauben- →S.465 gangtypen entpuppen. Scharoun entwickelt einen Grundriß, der gefächert ist und aus gestapelten 2geschossigen Wohneinheiten besteht. Gegenüber dem ersten Hochhausentwurf ist der Mittelgang verkürzt und zu einer Halle erweitert, in der Treppe und Fahrstuhl liegen. Auf jeder Geschoßebene werden jeweils 4 der 8 Wohnungen erschlossen. Die untere Ebene der Wohnungen dient dem Arbeiten, Wohnen und Essen und gestaltet den



Hans Scharoun (1951): Grundriß „Hochhaus Siemensstadt" (M 1:500)

←B 52

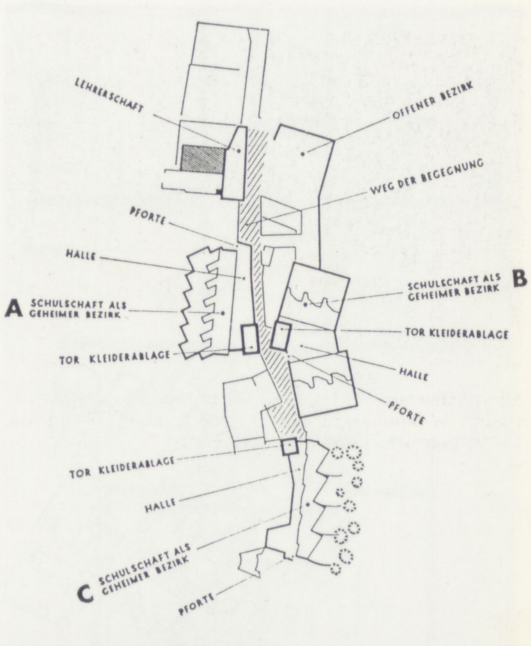


→B 53 Hans Scharoun (1951): Doppelgeschossige Wohnungen im „Hochhaus Siemensstadt" (M 1:300)

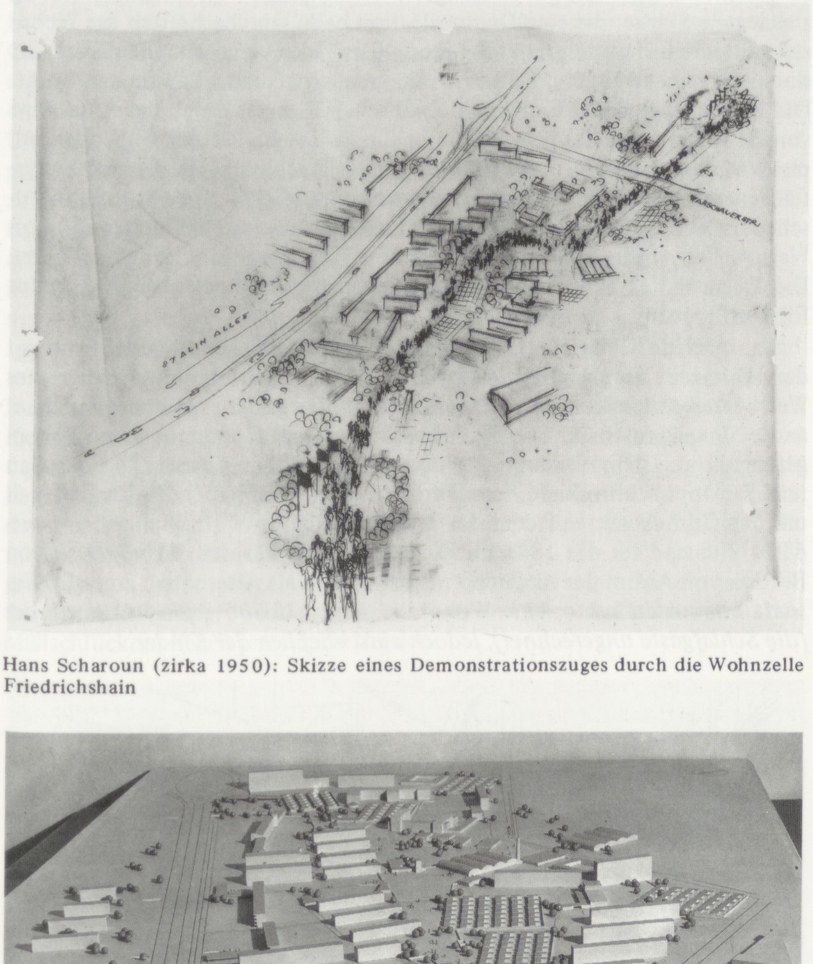
„Raum der Mitte". Auf dieser Ebene liegt auch der wie ein Würfel ausgebildete Installationsblock mit Bad/Toilette und Küchenzeile, dazu kommen Blumenfenster und Balkon. Die darüber liegende Ebene nimmt Schlafplätze, Einbauschränke und einen ruhigen Arbeitsplatz auf. Der Schlafplatz der Eltern ist mit dem darunter liegenden Raum durch eine offene Galerie verbunden. Auch wenn der Gebäudegrundriß auf den ersten Blick kompliziert erscheint, so besteht er doch nur aus einem einzigen deckungsgleichen Wohnungstyp.

Zu dem erhofften Bauauftrag kommt es aber nicht. **1951** ergibt sich für Scharoun durch die Einladung zu den *Darmstädter Gesprächen: Mensch und Raum*, die auf der Mathildenhöhe vom Werkbund veranstaltet werden, die Möglichkeit, mit dem Entwurf für eine Schule die Konzeption der Wohnzelle, wie er sie in Friedrichshain begonnen hatte, auf eine andere Weise fortzusetzen. Der Entwurf für eine Volksschule in Darmstadt, dem ausführliche theoretische Überlegungen vorausgehen, folgt nicht mehr der traditionellen Vorstellung eines Gebäudes. Die Räume und Raumbezirke bilden Gebäudeteile, die an einer inneren Straße liegen und sich nach dem Alter der Schüler differenzieren. Die Ähnlichkeit der Klassengrundrisse mit den Friedrichshainer Wohnungstypen, vor allem dem „Sägetyp", ist unübersehbar. Scharoun begreift bei seinem Entwurf die Schule als einen Weg, den der Schüler im Lauf der Jahre durchschreitet. Die Klassenverbände, die *Schulschaften*, liegen als *geheime Bezirke* aufgereiht an einer inneren Straße, dem *Weg der Begegnung*. Der Weg öffnet sich dabei zuweilen zu Plätzen und verengt sich an anderen Stellen zu Toren. Mit dem Darmstädter Schulentwurf überträgt Scharoun städtebauliche Überlegungen, die sich zum Teil aus seiner Beschäftigung mit dem chinesischen Städtebau erklären, auf die Architektur komplexer gesellschaftlicher Gebäude. Auch die ←S.468

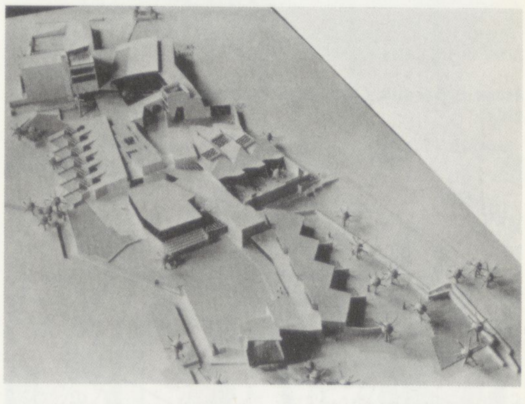
→B 54 Hans Scharoun (links) und Hugo Häring (rechts)



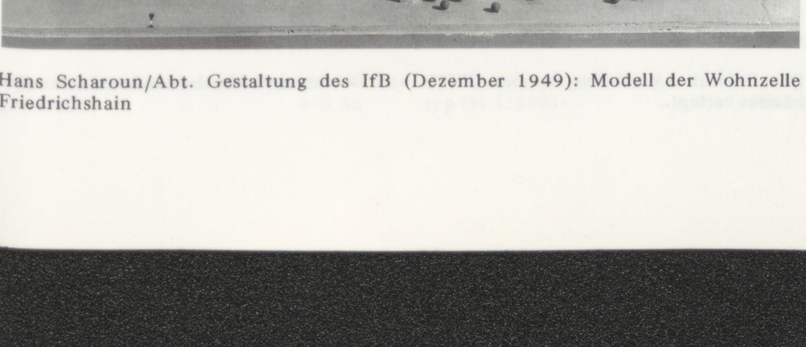
→B 55



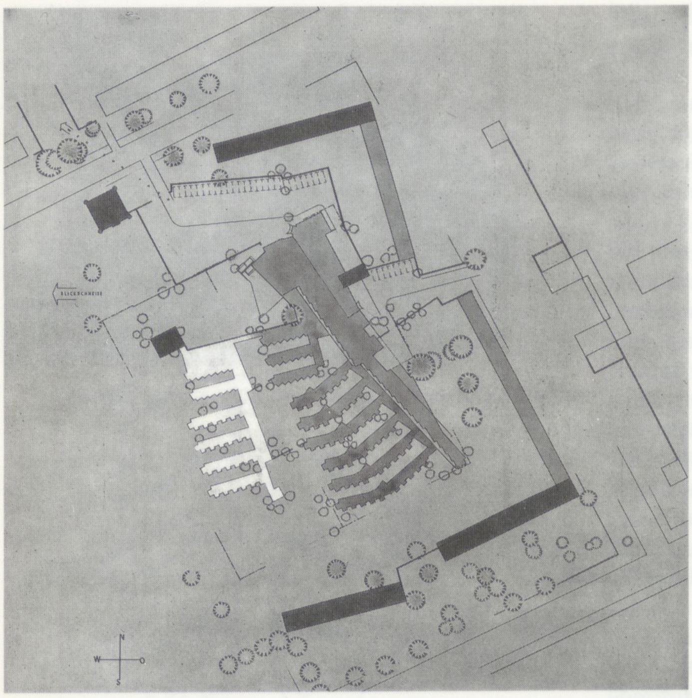
Hans Scharoun (zirka 1950): Skizze eines Demonstrationszuges durch die Wohnzelle Friedrichshain ←B 56



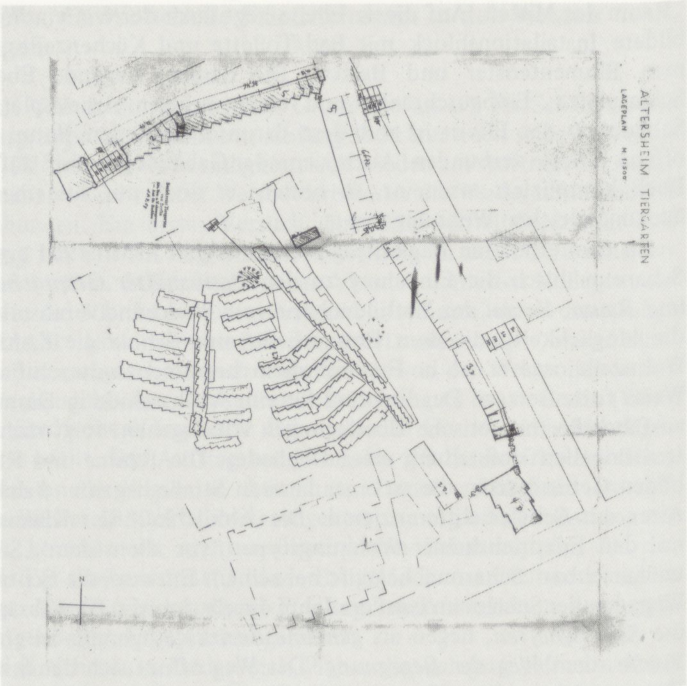
→B 57 Hans Scharoun (1951): Entwurf einer Volksschule für Darmstadt. Die unterschiedlichen Bereiche der Schule werden als geschlossene „Bezirke" wie eigenständige Baukörper entlang eines Weges angelegt. Der Vergleich mit dem Entwurf für die Wohnzelle Friedrichshain legt die Vermutung nahe, daß Scharoun hier beginnt, seine städtebaulichen Gestaltungsvorstellungen auf die Architektur komplexer Gebäude zu übertragen



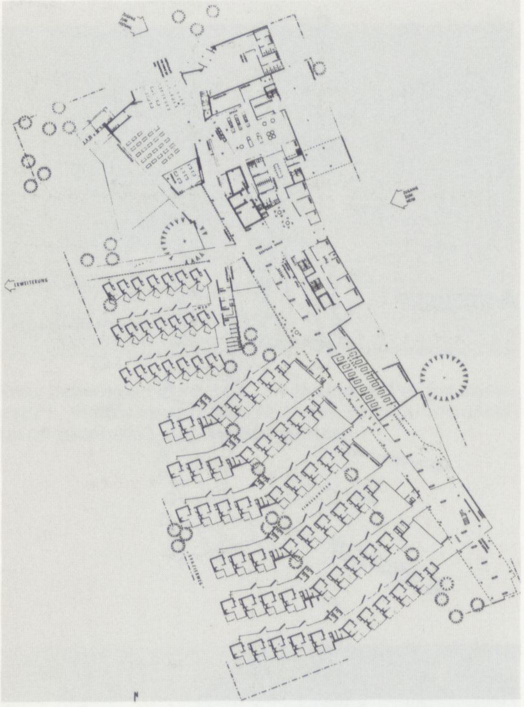
Hans Scharoun/Abt. Gestaltung des IfB (Dezember 1949): Modell der Wohnzelle Friedrichshain ←B 58



Hans Scharoun (1952): Wettbewerbsentwurf für das Altersheim Tiergarten (AT). Die Umbauung ist nur schematisch angegeben ←B 59



Hans Scharoun (1953): Erweiterung des Altersheims Tiergarten zu einer aus 8 Wohnungs- bzw. Haustypen bestehenden Wohnzelle (WT) ←B 60

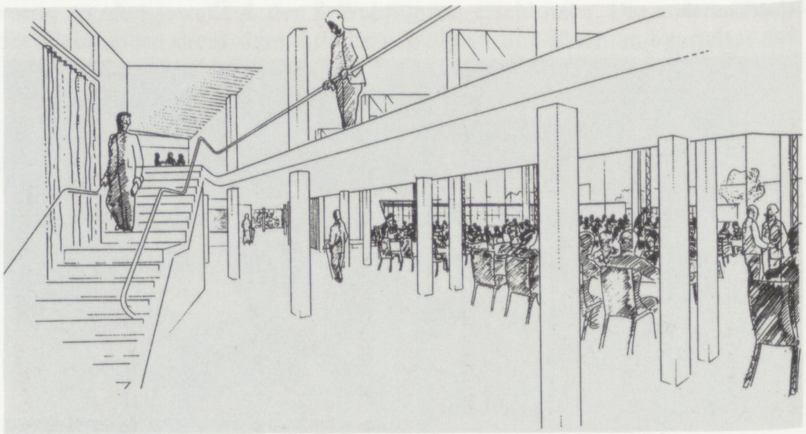


Hans Scharoun (1952): Altersheim Tiergarten (Grundriß) ←B 61

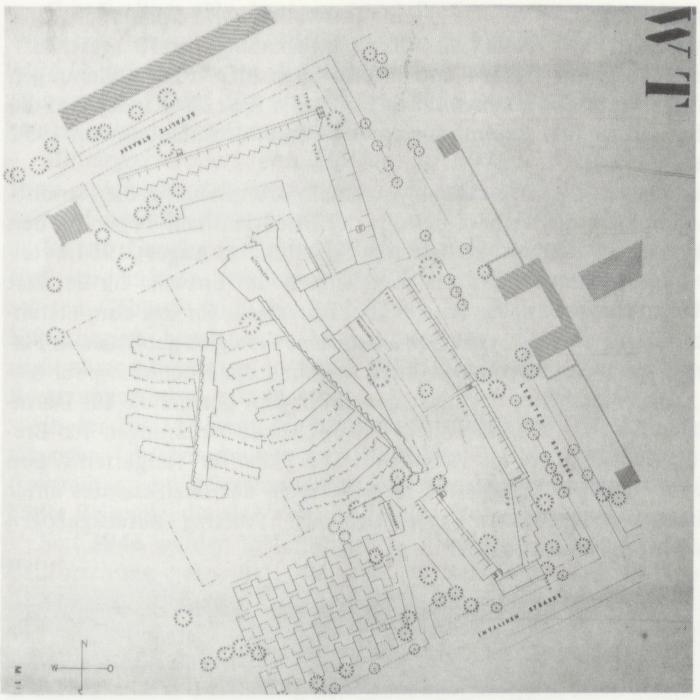
Nachdem Scharoun der Auftrag entzogen ist, wird das „Seniorenheim" von einem anderen Architekten entworfen und gebaut. Der Lageplan zeigt die heutige Situation ←B 62 →B 63

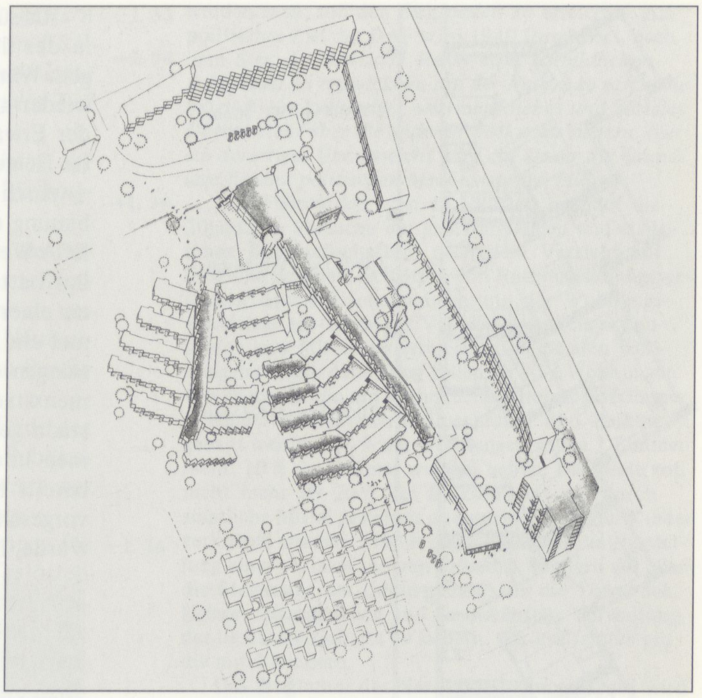
Wohnzelle Friedrichshain bietet sich dem Passanten als eine an einem Weg aufgereihte Folge verschiedenartiger Baukomplexe dar. Auf einer farbig angelegten Skizze, die eine Demonstration beim Durchschreiten der Wohnzelle Friedrichshain zeigt, hat Scharoun diese Idee veranschaulicht. Von ihr sind alle seine weiteren Entwürfe für gesellschaftliche Bauten bestimmt. Die Entwertung des öffentlichen städtischen Raumes durch das Auto wird von Scharoun aufgefangen, indem er ihn in das Innere der Gebäudekomplexe verlagert und dem Fußgänger wieder erschließt. Die Erschließungsflächen der Gebäude werden zu abwechslungsreichen, betont asymmetrischen Erlebnisräumen, die als nicht funktionsbestimmte Räume auf dem Weg zu den streng funktionsbestimmten Bereichen durchgangen werden. Die Darmstädter Schule wird dann allerdings doch nicht nach Scharouns Entwurf gebaut.

Die nächste Gelegenheit, ein bisher nur als Idee existierendes Element der Wohnzelle zu gestalten, ergibt sich **1952** mit der Ausschreibung eines Wettbewerbs des Bezirksamtes von Berlin-Tiergarten für ein Altersheim an der Invalidenstraße. Das Grundstück liegt gegenüber dem ersten Zellengefängnis auf dem Gelände der ehemaligen Ulanen-Kaserne, dessen Bau →I/396 und Konzept wir im Band 1 ausführlich beschrieben haben. Es handelt sich um das Grundstück, auf dem das Zellengefängnis ursprünglich gebaut werden sollte und für das **1843** im Zusammenhang mit dem *Königsbuch* von →I/231 Bettina von Arnim der Architekt Wilhelm Stier als Alternative eine *Armenstadt* entworfen hatte, eine Wohnzelle *für ca. 5.800 seßhafte Bewohner (die Schlafgäste ungerechnet), jedoch einschließlich der Kinder.*



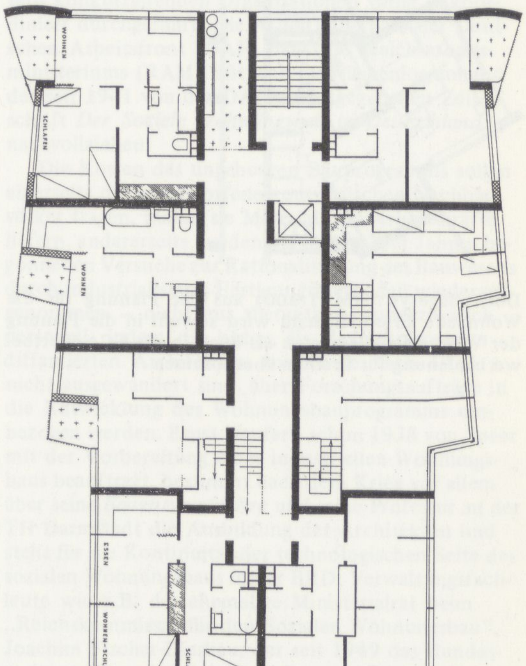
Das Café im Altersheim. Straßen, Plätze und Brücke sind hier in das Innere des Gebäudes verlegt



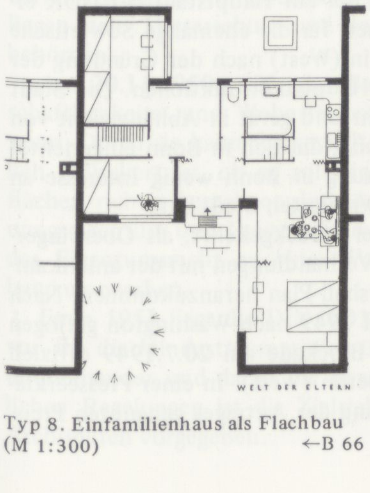


Hans Scharoun (18.4.1953): Überarbeiteter Entwurf WT Tiergarten. Lageplan mit den Typenbezeichnungen und Isometrie. Als Kontrapunkt zu dem Turm der früheren Kasernenanlage plant Scharoun auf der gegenüberliegenden Ecke des Geländes ein Hochhaus (Typ 4 D) ←B 64

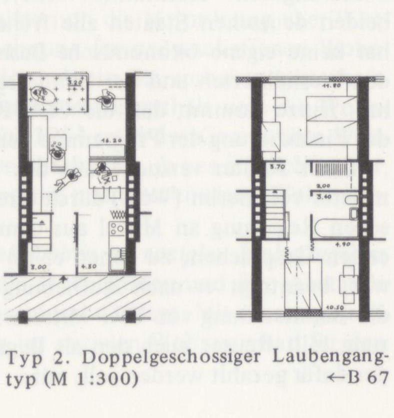
Scharoun beteiligt sich an dem Wettbewerb mit einem Entwurf, der die für die Darmstädter Schule entwickelte Raumfolge entlang einer inneren Straße auf das Altersheim überträgt. Um dem Altersheim den isolierenden Charakter einer Anstalt zu nehmen, umgibt Scharoun die 1- und 2geschossige Bebauung des Altersheims mit einer Wohnbebauung, die den Baublock einfaßt. Er gewinnt den ersten Preis und bekommt den Bauauftrag. Die Überarbeitung des Wettbewerbsentwurfs zieht sich bis **1953** hin. Die endgültige Fassung trägt durchaus verwandte Züge mit der Planung der Wohnzelle Friedrichshain. Während der Wettbewerbsentwurf die umliegende Bebauung des Altersheims nur schematisch zeigt, werden bei der weiteren Bearbeitung Wohnungstypen aus der Friedrichshain-Planung wieder aufgenommen und teilweise, wie etwa der „Sägetyp", unverändert übernommen, ←S.468 aber auch, wie der doppelgeschossige Laubengangtyp und der Silotyp 4, modifiziert. ←S.463 In der letzten Fassung werden die drei Laubenganghäuser an der Ecke Lehrter/Invalidenstraße zusammengeklappt und zu einem Hochhaus verdichtet, das in der Gesamtkomposition des Entwurfs einen Kontrapunkt zu dem als Rest erhalten gebliebenen, quadratischen Eckturm der alten Ulanen-Kaserne bildet. Auch die ausgestellten Ecken des Hochhauses antworten auf die historisch vorgegebene Form. In dem Grundriß, den Scharoun *Wohnvorgang* nennt, setzt er die Arbeit an den beiden Siemensstädter Hochhausentwürfen fort, in denen – um eine innere Halle ←S.490 gruppiert – 1geschossige Wohnungen an den Ecken mit 2geschossigen in der Mitte kombiniert werden. Treppenhaus und Wirtschaftsbalkon mit den Müllschluckern liegen jetzt nach Norden.



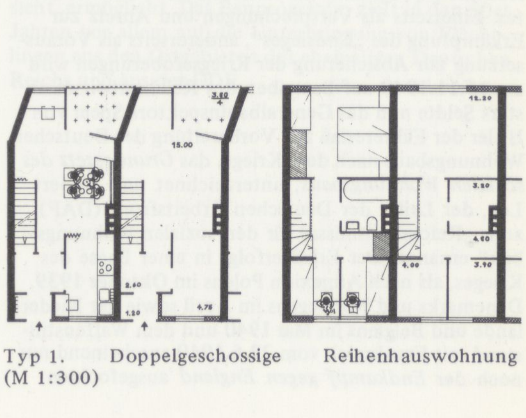
→B 65 Typ 4 D. Hochhaus „Wohnvorgang" mit z.T. doppelgeschossigen Wohnungen (M 1:300)



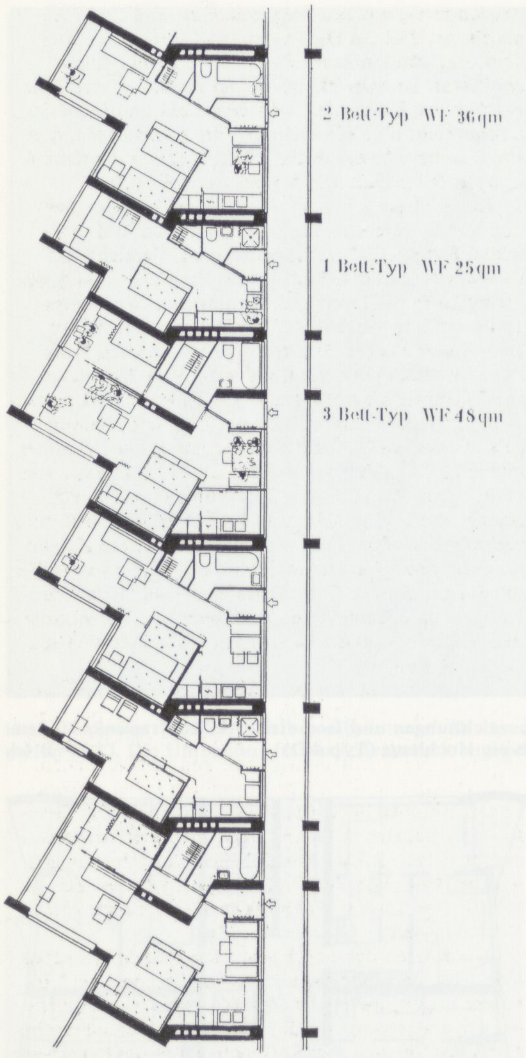
Typ 8. Einfamilienhaus als Flachbau (M 1:300) ←B 66



Typ 2. Doppelgeschossiger Laubengangtyp (M 1:300) ←B 67



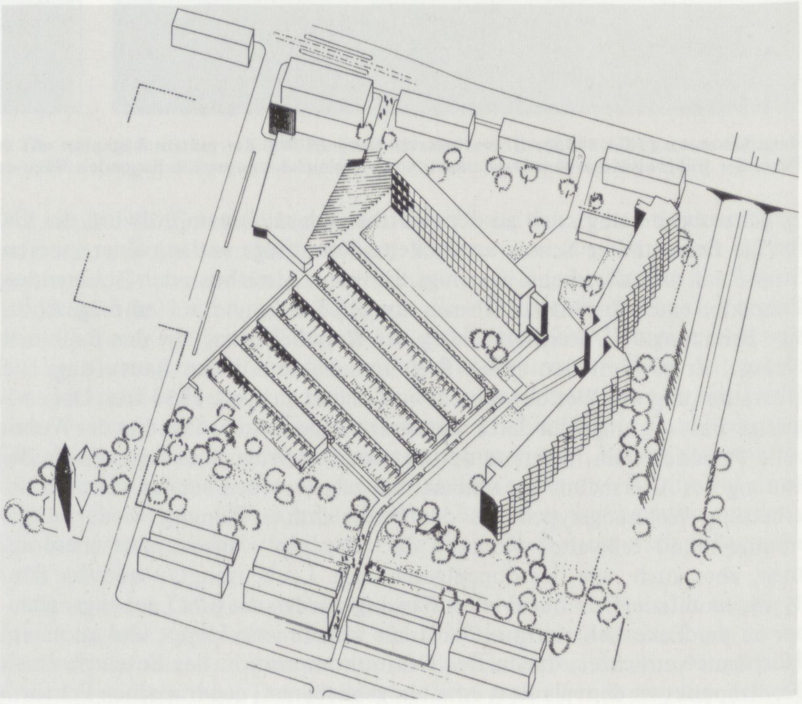
→B 68 Typ 1. Doppelgeschossige Reihenhauswohnung (M 1:300)



Der „Sägetyp" (M 1:300) aus der Planung für die Wohnzelle Friedrichshain wird sowohl in die Planung der Wohnzelle Tiergarten als auch in die ECA-Wettbewerbsplanung für Bremen übernommen ←B 69

Als südlichen Abschluß des Geländes zur Invalidenstraße plant Scharoun in der dritten Entwurfsfassung eine Teppichbebauung aus 30 1geschossigen Winkelhäusern mit Gärten und nimmt auch hier frühere Planungen wieder auf. Der neue Einfamilienhaustyp, der die *Welt der Kinder* und die der Erwachsenen trennt, stammt aus einer Wettbewerbsplanung von **1952** für Helgoland.

Auch die für den Wettbewerb eingereichten Grundrisse für die Randbebauung entstammen einer Überarbeitung der Friedrichshain-Typen für den ECA-Wettbewerb in Bremen, an dem sich Scharoun im **August 1951** beteiligt hatte, ohne jedoch einen Preis zu gewinnen. Im Entwurf für das fast zu einer Wohnzelle erweiterte Altersheim Tiergarten, für das zum erstenmal ein Bauauftrag vorliegt, faßt Scharoun seine erfolglos gebliebenen Planungen der letzten drei Jahre zusammen, nämlich die Hochhäuser für Siemensstadt, das Altersheim, das nach den Prinzipien der Schule für Darmstadt gestaltet ist, die überarbeiteten Friedrichshain-Wohnungen für Bremen und die Flachbauten für Helgoland. Die Pläne für Tiergarten waren bereits bis in Details ausgearbeitet, als von seiten des Bezirksamtes unter vorgeschobenen technischen Vorwänden der Auftrag zurückgezogen wurde. Die Planung bleibt Papier.



→B 70 Hans Scharoun (August 1951): Entwurf für eine ECA-Siedlung in Bremen (Wettbewerb). Die geplanten Wohnungstypen stammen unverändert oder modifiziert aus der Planung für Friedrichshain

Der soziale Wohnungsbau nach dem Krieg

Die Volkswohnung, deren Miete nicht mehr als 20 % des Einkommens beträgt, gehört neben dem Volkswagen, dem Volkskühlschrank und anderen für jedermann erschwinglichen Volksgütern zum sozialen Nachkriegsprogramm des nationalsozialistischen Staates. Einerseits als Versprechungen und Anreiz zur Erkämpfung des „Endsieges", andererseits als Voraussetzung zur Absicherung der Kriegseroberungen wird am **15.11.1940** auf Betreiben des Reichsarbeitsministers Seldte und des Generalbauinspektors Speer von Hitler der Führererlaß zur Vorbereitung des Deutschen Wohnungsbaus nach dem Kriege, das *Grundgesetz des sozialen Wohnungsbaus*, unterzeichnet und Robert Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), zum „Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau" ernannt. ←L 32 Der Erlaß erfolgt in einer Phase des Krieges, als nach Annexion Polens im **Oktober 1939**, Dänemarks und Norwegens im **April** sowie der Niederlande und Belgiens im **Mai 1940** und dem Waffenstillstand mit Frankreich vom **22.6.1940** anscheinend nur noch der *Endkampf gegen England* ausgefochten

Richtlinien, Leitbilder und Beziehungsnetze

Seit **1949** beteiligt sich Scharoun an Wettbewerben in der BRD und bemüht sich, aus der räumlichen und politischen Isolation von Berlin (West) heraus, Anschluß an den in der BRD beginnenden Wiederaufbau zu bekommen. Im Gegensatz zum Ostteil Berlins, der zur Hauptstadt der DDR erklärt wird und damit zentrale Funktionen für die ehemalige Sowjetische Besatzungszone übernimmt, verliert Berlin (West) nach der Gründung der beiden deutschen Staaten alle früheren Hauptstadtfunktionen. Die Stadt hat keine eigene ökonomische Basis mehr und gerät in Abhängigkeit von den Westalliierten und der Bundesregierung, die sich in Bonn eingerichtet hat. Hinzu kommt, daß die CDU-Regierung in Bonn wenig Interesse an der Finanzierung der Programme der SPD-regierten Stadt hat.

Ernst Reuter versucht, aus der Türkei zurückgekehrt, als Oberbürgermeister von Berlin (West) durch direkte Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung an Mittel aus dem Marshall-Plan heranzukommen. Nach ersten Gesprächen, zu denen er im **April 1949** nach Washington geflogen war, beantragt er nach Aufhebung der Blockade am **20.7.1949** offiziell die Bereitstellung von ERP-Mitteln für Berlin (West). In einer Presseerklärung teilt Reuter auch den als Begründung des Antrages genannten Preis, der dafür gezahlt werden soll, mit:

Der Berliner Oberbürgermeister, Professor Ernst Reuter, hat gestern mitgeteilt, daß er die US-Militärregierung um die Bereitstellung von ERP-Mitteln gebeten habe, damit die Stadt Berlin ihre akute Finanzkrise überwinden könne. Zur Begründung habe er angeführt, daß Berlin ein Teil des amerikanischen Ostwalles sei. ←L 33

Militärgouverneur John McCloy, so erklärte Reuter weiter, habe die Bitte wohlwollend aufgenommen und zugesichert, daß er sich mit Washington in Verbindung setzen werde.

Bis zur Genehmigung der Gelder dauert es Monate, und als über sie verfügt werden kann, werden sie zunächst für die Instandsetzung der teilzerstörten Gebäude und die Beendigung der Bauarbeiten an den noch vor Kriegsbeginn begonnenen Neubauten verwendet. Zu größeren Neubaumaßnahmen kommt es in Berlin (West), abgesehen von den Bauten für die Besatzungsmächte, erst ab **1954**.

In der BRD beginnt der Wiederaufbau sehr viel früher. Schon Ende der vierziger Jahre erscheinen in zahlreichen Fachzeitschriften und Publikationsreihen von Forschungseinrichtungen Mustergrundrisse und erste gebaute Beispiele, die als Vorbilder für den Wohnungsbau dienen sollen.

Seit **1946** werden in den westlichen Besatzungszonen Einrichtungen für Bauforschung gegründet, die sich als Nachfolger der **1945** aufgelösten Akademien verstehen. Hier finden sich, nach luftschutzbedingter Auslagerung aus Berlin und anschließender Flucht vor der Roten Armee, die alten Spezialisten wieder zusammen. Es sind im wesentlichen drei Neugründungen, die die Bauforschung übernehmen: das **1946** gegründete *Institut für Bauforschung* in Hannover (Rechtsnachfolger der Deutschen Akademie für Bauforschung), die ebenfalls **1946** in Kiel gegründete *Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen* und die *Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen* in Stuttgart, deren Gründung **1947** wir bereits früher erwähnt haben. ←L 36 ←S.439

Die Entwicklung von Leitbildern für den Wohnungsbau vollzieht sich über die Veröffentlichung von Mustergrundrißsammlungen und die Vorführung von Modellen bis zum Maßstab 1:1 auf Bauausstellungen, wie auf der schon behandelten Fertighausausstellung in Stuttgart-Zuffenhausen, der *Bauausstellung Nürnberg 1949* (**1.–18.9.1949**) und der *Constructa* in Hannover (**3.7.–12.8.1951**).

Forschungsinstitute und Bauausstellungen werden Kristallisationspunkte des Zusammenschlusses einzelner Architekten zu informellen Interessengruppen – Zusammenschlüsse, die enger und bindender sind als die in den traditionellen und parallel wiederentstehenden Standesorganisationen. Mit der Gründung der BRD und der Einrichtung der Regierung in Bonn formiert sich um das Bundesbauministerium eine Gruppe von Fachleuten, die ihre Arbeit, die sie **1945** in Berlin unterbrechen mußten, wiederaufnehmen. Auf sie kommt die Aufgabe zu, den für *die Zeit nach dem Krieg* vorbereiteten *sozialen Wohnungsbau* nun wirklich einzuleiten.

Bereits **1950** werden die ersten gesetzlichen Rahmenbedingungen für den sozialen Wohnungsbau geschaffen. Im **Mai 1950** wird das erste Wohnungsbaugesetz verabschiedet, das vorsieht, daß aus Bundesmitteln jährlich 500 Mill. DM für den Wohnungsbau bereitgestellt werden. Das Gesetz unterscheidet zwischen öffentlich gefördertem, steuerbegünstigtem und frei finanziertem Wohnungsbau. Der soziale Wohnungsbau ist für die *breiten Schichten der Bevölkerung* gedacht, die Wohnungen sind in ihrer Größe auf mindestens 32 qm und höchsten 65 qm begrenzt, die Mieten dürfen Richtsätze von höchstens 1,– DM/qm nicht überschreiten und unterliegen dem Mieterschutz und der Bewirtschaftung durch die Wohnungsbehörden.

Am **20.11.1950** erläßt das Bauministerium die Verordnung über Wirtschaftlichkeits- und Wohnflächenberechnung für neugeschaffenen Wohnraum. Durch sie kann festgestellt werden, ob ein Bauvorhaben wirtschaftlich kalkuliert ist, ob es zulässige Kostenansätze enthält und die Wohnflächen richtig berechnet sind. Am **15.3.1951** wird das Gesetz über Wohnungseigentum und Dauerwohnrecht verabschiedet, das es möglich macht, das Eigentumsrecht an einer Wohnung im mehrgeschossigen Wohnungsbau zu erwerben.

Ende **1951** liegt die DIN 18011 *Stellflächen im sozialen Wohnungsbau* vor, die die Mindestraumgrößen über die Möbelgrößen und ihre Abstände untereinander und damit die Bewegungsräume festlegt. Mit diesen gesetzlichen Regelungen ist die Zielrichtung im sozialen Wohnungsbau für den Architekten vorgegeben.

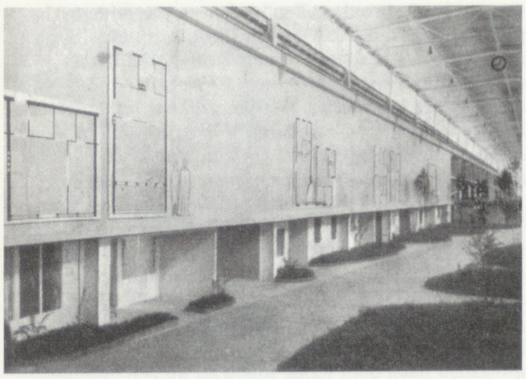
werden muß, um den *Siegfrieden* zu erreichen. Als politisches Ziel der DAF wird **1940** formuliert, nach dem Sieg *das deutsche Reich zum vorbildlichen Sozialstaat zu entwickeln, um der Nation so rasch wie möglich ein kulturelles, wirtschaftliches und soziales Übergewicht über die anderen Völker zu sichern. Nur ein derartiges Übergewicht wird auf Dauer die Grundlage für den politischen Machtanspruch bilden.* →L 34

→L 35 Der *Führererlaß* vom **15.11.1940** beendet die 20jährigen Versuche der gemeinnützigen und städtischen Baugesellschaften, nach dem Verzicht auf Gewinne und dem Scheitern von Rationalisierungsversuchen durch Flächenreduzierung der Wohnungsgrundrisse ein tragbares Verhältnis zwischen Baukosten und Mieten zu erreichen. Im sozialen Wohnungsbau nach dem Krieg sollen zu 80 % Wohnungen von 74 qm Größe mit Wohnküche, Elternschlafzimmer, 2 Kinderschlafzimmern, Duschraum und Balkon gebaut werden, 10 % der Wohnungen sollen 1 Zimmer mehr, 10 % ein Zimmer weniger haben. Die Miete von nicht mehr als 20 % des Einkommens soll durch staatliche Mittel gesichert und mit der Zahl der Kinder verknüpft werden. Ziel ist dabei nicht nur die Herstellung eines sozialen inneren Friedens, sondern vor allem die Steigerung der Geburtenrate, um die Toten des Krieges auszugleichen und die zukünftige Verwaltung der besetzten Gebiete zu sichern. Als *Vollfamilie* gilt die mit 4 Kindern.

Das Programm des Nachkriegswohnungsbaus wird seit **1940** bis in die Details der Organisation, der verbindlichen Grundrißtypen und der Technologie ausgearbeitet. Die Vorbereitung wird von verschiedenen, teils konkurrierenden Organisationen völlig unkoordiniert durchgeführt. Die Arbeit innerhalb der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bzw. des Reichsarbeitsministeriums (RAM) läßt sich fast lückenlos anhand der seit **1941** von der DAF herausgegebenen Zeitschrift *Der Soziale Wohnungsbau in Deutschland* nachvollziehen.

Die Kosten des ungeheuren Bauprogramms sollen einerseits die unterworfenen europäischen Nachbarvölker tragen, indem sie Material und Arbeitskräfte liefern, andererseits werden die in den 20er Jahren begonnenen Versuche zur Rationalisierung des Bauwesens durch industrialisierte Fertigungsmethoden wiederaufgenommen – nicht nur theoretisch, sondern auch personell, indem die bisher als *Baubolschewisten* diffamierten Architekten, soweit sie nach **1933** nicht ausgewandert sind, über Forschungsaufträge in die Entwicklung des Wohnungsbauprogramms einbezogen werden. Ernst Neufert, schon **1938** von Speer mit der Vorbereitung eines industriellen Wohnungsbaus beauftragt, bestimmt nach dem Krieg vor allem über seine *Bauentwurfslehre* und seine Professur an der TH Darmstadt die Ausbildung der Architekten und steht für die Kontinuität der technologischen Seite des sozialen Wohnungsbaus in der BRD; Verwaltungsfachleute wie z.B. der ehemalige Ministerialrat beim „Reichskommissar für den Sozialen Wohnungsbau“, Joachim Fischer-Dieskau, der seit **1949** das Bundeswohnungsbauministerium in Bonn aufbaut und bis **1957** mitleitet, für die organisatorische Kontinuität.

Durch amerikanische Mittel aus dem Marshallplan wird **1952** der Start des sozialen Wohnungsbaus in der BRD, der im Gegensatz zum nationalsozialistischen Programm jedoch von einer 4köpfigen „Normalfamilie“ ausgeht und Wohnungen von maximal 65 qm vorsieht, ermöglicht. Das Bauprogramm zielt in den 50er Jahren vor allem auf die Unterbringung von Flüchtlingen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und aus der DDR.



Die Ausstellung der „Neuen Wohnung" in der Halle 1 der „Constructa" (1951)

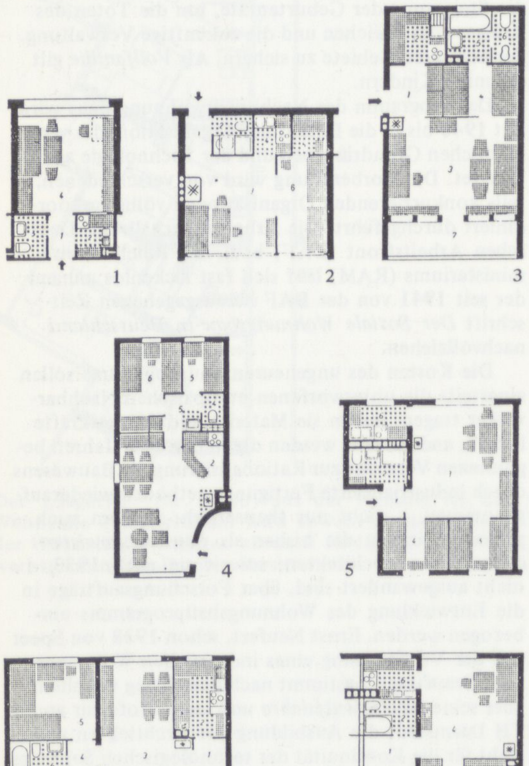
←B 71

Die vom **3.7.** bis **12.8.1951** in Hannover stattfindende Bauausstellung *Constructa* wird zur ersten umfassenden Demonstration des Weges, den der Wiederaufbau in der BRD und Berlin (West) nehmen soll. Auf der Ausstellung wird nicht nur der von den beiden Luckhardts gestaltete Pavillon mit dem Bericht über die Westberliner Bauleitplanung gezeigt, sondern auch in der *Abteilung C/Bauplanung* ein Abschnitt, der der *Neuen Wohnung* gewidmet ist und aus von BDA-Mitgliedern eingesandten Beispielen hervorgegangen ist. Edgar Wedepohl, Prof. an der HdK in Berlin (West), hat 22 Beispiele ausgewählt und zu begehbaren Modellen im Maßstab 1:1 umarbeiten lassen. Geschoßwohnungen und Einfamilienhäuser stehen sich aufgereiht in einer Halle gegenüber und charakterisieren die beiden Wege, die von staatlicher Seite verfolgt werden: Wohnungseigentum zu bilden und den Bau von Eigenheimen zu fördern.

Die Ausstellung der *Neuen Wohnung im Geschoßbau* gliedert sich mit 9 Musterwohnungen in 3 Gruppen. Die Gruppe A zeigt 3 Ein- und Zweibettwohnungen, die Gruppe B 4 Vierbettwohnungen und die Gruppe C 2 Sonderlösungen: eine mit Schrankflur und eine „wandelbare Wohnung". Die erste der beiden Sonderlösungen von Robert Tepez wird uns später noch genauer beschäftigen. →S.512

Die Vorbereitung der *Constructa*, die schon im **August 1949** begonnen hat und deren Ergebnis sich zum einen in der Ausstellung selbst, zum anderen in einem über 500 Seiten umfassenden Katalog manifestiert, in dessen Textbeiträgen sich ein erster Versuch findet, eine Standortbestimmung für die BRD in Fragen des Städtebaus, der Bauplanung, des Wohnungswesens, der Bautechnik und der Normung des Bauwesens vorzunehmen. Es wird eine Art *ABC des Bauens* als Orientierung für den Neuanfang versucht. →L 37 Der Verfasserkatalog dokumentiert den hohen Grad an Überlebensfähigkeit der Architekten und Ingenieure, die sich nach einem halben Jahrzehnt in Hannover wieder zusammengefunden haben. Der Initiator der Constructa ist der Stadtbaurat von Hannover, Rudolf Hillebrecht. Zusammen mit Werner Hebebrand, Professor an der TH Hannover und mit ihm über den Vorstand des *Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung* verbunden, lädt Hillebrecht am **3.7.1951**, →L 38 dem Tag der Ausstellungseröffnung, zu einem Treffen ein, das in gewisser Weise an Scharouns diesbezügliche frühere Versuche anknüpft. In Berlin hatte **1947** solch eine Zusammenkunft, veranlaßt durch den Besuch von Walter Gropius, stattgefunden, und **1948** hatte Scharoun einen Internationalen Architektenkongreß in Stuttgart organisiert, der im letzten Moment abgesagt werden mußte. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Treffen, das in Hannover stattfinden soll, und dem Stuttgarter Kongreß. In Stuttgart sollte ein Kontakt der Architekten, die im weitesten Sinn dem *Neuen Bauen* zuzurechnen sind, organisiert werden, um die durch das Dritte Reich unterbrochene Tradition der 20er Jahre wiederaufzunehmen und an den „Ring", die CIRPAG und CIAM anzuknüpfen und die deutschen Architekten aus allen vier Zonen aus ihrer nationalen Isolation zu befreien. Ihr Einverständnis hatte Scharoun etwas zu voreilig vorausgesetzt. Das Hannoveraner Treffen soll einen ganz anderen Kontakt schaffen. Die deutschen Architekten bleiben unter sich, selbstverständlich sind die in der DDR arbeitenden Kollegen ausgeschlossen. Es soll eine Annäherung derjenigen vorbereiten, die bis **1933** das *Neue Bauen* vertreten haben, danach emigrierten oder nicht unter ihrem eigenen Namen arbeiten konnten, und denen, die die Planungen des Dritten Reiches verantwortlich mitgetragen haben. Es hat den Charakter eines Versöhnungstreffens.

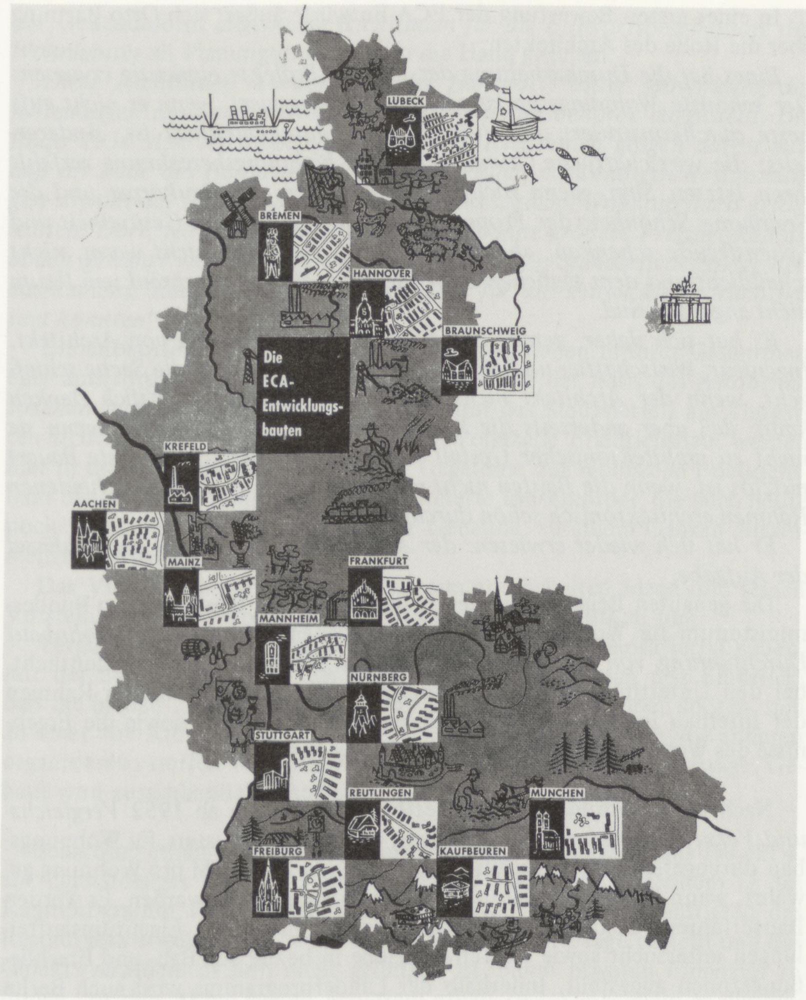
Scharoun ist nicht der einzige, der absagt. Nur etwa die Hälfte der Eingeladenen trifft sich am **21.7.1951** um 17 Uhr in den Räumen der Kestner-Gesellschaft in Hannover, wo zur selben Zeit eine Sonderausstellung mit Arbeiten von Mies van der Rohe und Gropius gezeigt wird. Über den Verlauf des Treffens sind wir bisher nur durch eine persönliche Aufzeichnung des Chronisten von Albert Speer, Rudolf Wolters, unterrichtet, die Werner →L 39 Durth in seiner ausgezeichneten Analyse deutscher Architektenbiographien wiedergibt.



Die 9 beispielhaften Geschoßwohnungsgrundrisse (M 1:300), die auf der „Constructa" gezeigt werden: Gruppe A (1–3) für 1–2 Personen, Gruppe B (4–7) für 4 Personen, Gruppe C Sonderlösungen mit Schrankflur (8) und die „wandelbare Wohnung" (9). Sie stammen von der Architekten-Arbeitsgemeinschaft Grindelberg (1), dem „Architekten S." (2), Wedepohl (3), Sprotte/Neve (4), Falke (5), Hebebrand (6/7), Tepez (8) und Hübner (9)

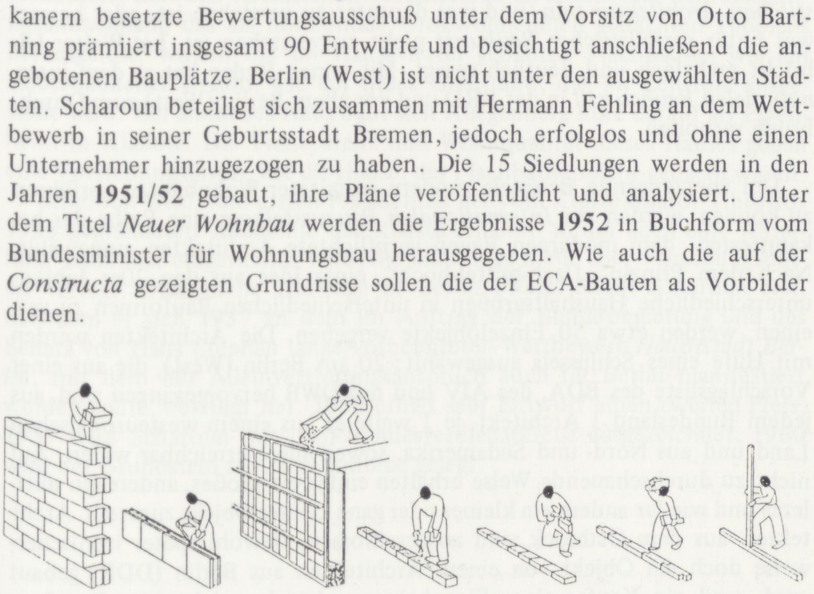
←B 72

Zeitgleich mit der *Constructa* beginnt auch ein anderes spektakuläres Unternehmen in der BRD: der Wettbewerb für die *ECA-Entwicklungsbauten*, ausgeschrieben vom Bundesministerium für Wohnungsbau und der Economic Cooperation Administration, die die Gelder aus dem Marshall-Plan verwaltet. 37,5 Mill. DM stehen zur Verfügung, um etwa 3000 Wohnungen zu finanzieren. 15 Städte werden ausgewählt, unter denen, die gut erschlossenes und industrienah gelegenes Bauland für jeweils 200–300



Die 15 gebauten ECA-Versuchssiedlungen in der BRD (1951/52) ←B 73

Wohnungen angeboten haben. Für jede dieser Städte wird ein besonderer Wettbewerb ausgeschrieben. Die Architekten sind aufgefordert, zusammen mit Unternehmern oder Bauträgern für einen Festbetrag von 2,7 Mill. DM ein mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung versehenes Angebot einzureichen. Für die Wohnungen liegen der Ausschreibung besondere Richtlinien zugrunde, die 50 qm pro Wohnung und ihre Belegungszahl vorschreiben und festlegen, daß alle Wohnungen in Privateigentum überführt werden sollen. 725 Entwürfe werden eingereicht. Der von Westdeutschen und Amerikanern besetzte Bewertungsausschuß unter dem Vorsitz von Otto Bartning prämiiert insgesamt 90 Entwürfe und besichtigt anschließend die angebotenen Bauplätze. Berlin (West) ist nicht unter den ausgewählten Städten. Scharoun beteiligt sich zusammen mit Hermann Fehling an dem Wettbewerb in seiner Geburtsstadt Bremen, jedoch erfolglos und ohne einen Unternehmer hinzugezogen zu haben. Die 15 Siedlungen werden in den Jahren **1951/52** gebaut, ihre Pläne veröffentlicht und analysiert. Unter dem Titel *Neuer Wohnbau* werden die Ergebnisse **1952** in Buchform vom Bundesminister für Wohnungsbau herausgegeben. Wie auch die auf der *Constructa* gezeigten Grundrisse sollen die der ECA-Bauten als Vorbilder dienen. ←L 41



Prozentualer Anteil der Bauarten sämtlicher ECA-Wettbewerbsentwürfe ←B 74

Edgar Wedepohl faßt das Ergebnis seiner Analyse der ECA-Versuchsbauten zusammen

→L 40 *Der Volkswohnungsbau sucht die gesunde Mitte zu halten zwischen unzulänglichem Massenquartier in Baracken und Wohnkasernen, dem wuchernden Riesenwuchs der familienzerstörenden Kollektivwohnung und dem übersteigerten Individualismus der Einsiedelei mit allem Komfort oder der Zwergform des Kleinfamilienhauses in Wohnlaubengröße.*

Im Raumprogramm für die verschiedenen Stufen der Ein- bis Sechsbettenwohnung sind wir längst an einer Mindestgrenze angekommen, die nicht unterschritten werden darf, soll nicht der Raummangel zu einer allgemeinen Neurasthenie und zum sozialen Unfrieden führen.

Als Durchschnittsgrößen gelten z.Z. etwa folgende Flächen:

	Wohnfläche je Whng.	Wohnfläche je Pers.	Beb. Fläche je Whng.	Beb. Fläche je Pers.
Einbettenwohnung	24 m^2	24 m^2	32 m^2	32 m^2
Zweibettenwohnung	36 ,,	18 ,,	48 ,,	24 ,,
Dreibettenwohnung	42 ,,	14 ,,	54 ,,	18 ,,
Vierbettenwohnung	48 ,,	12 ,,	64 ,,	16 ,,
Fünfbettenwohnung	55 ,,	11 ,,	72 ,,	14,5 ,,
Sechsbettenwohnung	60 ,,	10 ,,	75 ,,	12,5 ,,

Das heißt: die Unterbringung eines einzelnen Menschen wird in einer Einbettenwohnung mindestens doppelt so teuer wie in einer Vierbettenwohnung. Eine Halbfamilie von zwei Personen unterzubringen erfordert je Person den doppelten Aufwand wie bei einer Vollfamilie von sechs Personen.

Solange die Mietrichtsätze ohne Rücksicht auf die Baukosten und die Wohnungsgröße gelten, ist die bauliche Schlußfolgerung aus diesen Gegebenheiten die Koppelung kleiner mit größeren Wohnungen.

Es ist unwirtschaftlich, Kleinwohnungen für Einbis Dreipersonenhaushalte allein für sich herzustellen etwa in Form von spiegelbildlichen Mehrspännern oder Laubenganghäusern. Vielmehr ist anzuraten, solche kleineren Wohnungen jeweils mit größeren zu koppeln und zwar so, daß eine durchschnittliche bebaute Fläche von 16 m² je Person erreicht wird. Dies entspricht dem Werte einer Vierbettenwohnung, welche als wirtschaftliches Durchschnittsmaß angenommen werden kann.

Betrachtet man das Gesamtergebnis der ECA-Ausschreibung hinsichtlich der Grundrisse, so zeigt sich, daß die Frage nach der besten und wirtschaftlichsten Grundrißlösung nicht so einfach beantwortet werden kann, wie es auf den ersten Blick scheint. Die Wohnformen richten sich nach den Wohnbedürfnissen, und diese sind ständig der Veränderung unterworfen, weil sich unsere Lebensformen ändern. Es ist bereits eine Abkehr von der verkleinerten Nachbildung des großbürgerlichen Haushaltes festzustellen. Die gute Stube als verkleinerter Salon und das Eßzimmer als verkleinerter Speisesaal sind bereits verschwunden. Kennzeichnend ist eine Vereinfachung der Bedürfnisse, die selbstgewollte Befreiung vom Ballast überflüssigen Besitzes, vor allem aber von der Fron schmutziger Hausarbeit. Deshalb die erhöhte Wichtigkeit der technischen Anlagen in der Wohnung. In dieser Richtung liegen die Bestrebungen, auch für die Volkswohnung zur Sammelheizung zu kommen.

Ein zweites Kennzeichen ist die rationelle Zusammenfassung von Küchen und Bädern zu einer Installationseinheit mit dem Ziele wirtschaftlicher Anlage und arbeitssparenden Haushaltsbetriebes: Verkleinerung der Räume selbst, aber verfeinerte technische Ausrüstung. Im Zusammenhang damit steht die Einrichtung von arbeitserleichternden Sammelwaschküchen mit maschinellen Wasch- und Bügeleinrichtungen für eine so große Anzahl von Wohnungen, daß diese Anlagen wirtschaftlich ausgenützt werden können und kostenmäßig tragbar werden.

Erhöhte Bedeutung haben die Freilufträume, Balkone und vor allen Dingen gut besonnte Loggien, welche Luft- und Sonnenbäder ohne störende Einsicht von Nachbarn erlauben.

Über die Zukunft des Wohnungsbaus bemerkt er abschließend:

Die letzte Folge ist, daß wir von der üblichen zwangsläufigen Zimmereinteilung abkommen und nur den technischen Apparat der Wohnung für Kochen, Spülen, Waschen, Baden an einer Stelle zusammenfassen, sonst aber die Raumeinteilung selbst den Bedürfnissen des jeweiligen Benutzers überlassen. Für solche wandelbaren Wohnungen wurden Anregungen bereits auf der Constructa gezeigt. Sie erfordern einige konstruktive Maßnahmen, nämlich entweder den Skelettbau oder das Querwandsystem mit unbelasteten Außenwänden, so daß eine Auflösung der Außenwand in Fensterflächen möglich wird. Erforderlich werden ferner leicht montierbare, trocken zu versetzende Leichtwände zur Raumteilung. Diese setzen wieder normierte Geschoßhöhen voraus. Die Durchführung solcher Vorschläge würde bedeuten, daß man nicht mehr Wohnungen mit einer bestimmten Zimmerzahl, sondern nach Wohnfläche mietet.

Das eigentliche Problem für die Volkswohnung ist aber nicht die technische Verbesserung an sich, sondern die Frage der Wirtschaftlichkeit, d.h.: Wie können die technischen Fortschritte in Übereinstimmung mit dem Durchschnittseinkommen gebracht werden? Daß dieses möglich ist, beweist der Siegeszug des elektrischen Lichtes in den letzten 50 Jahren. Jede technische Erleichterung macht die Menschen auf der einen Seite freier und erleichtert ihnen das Dasein. Auf der anderen Seite macht sie uns abhängiger von anderen und bringt uns zum Bewußtsein, daß wir nur in einer sozialen Gemeinschaft leben können, in der jeder dem anderen hilft. Die wirtschaftliche Durchführung des technischen Fortschrittes ist also weniger eine Frage der Erfindungsgabe als eine Frage der wirtschaftlichen Moral und des sozialen Friedens.

FLACH – MITTEL – HOCH als Schlagwort meint eine Bauweise für den Wohnungsbau, die, vor **1933** durchdacht und in Ansätzen schon ausprobiert, erst nach **1949** für den Massenwohnungsbau zur Anwendung kommt. Das Schlagwort geht zurück auf den programmatischen Vortrag, den Walter Gropius unter der Überschrift *Flach-, Mittel- oder Hochbau?* auf dem 3. Kongreß für Neues Bauen des CIAM **(27.–29.11.1930)** gehalten hat und der u.a. in der Zeitschrift „Das Neue Frankfurt" abgedruckt wird, weil der Vortrag *den heutigen Stand der für alle Städte (. . .) so brennenden Frage nach der besten und rationellsten Wohnform (. . .) und das Weiterschreiten der städtebaulichen Ideen kennzeichnet,* wie es in einer Vorbemerkung der Redaktion heißt. Der Vortrag stammt aus einer Zeit, als die Weltwirtschaftskrise das Bauen bereits zum Erliegen gebracht hatte, die Gruppe May und viele andere schon in die Sowjetunion gegangen waren, um dort Arbeit zu finden.

Der 1. Weltkrieg bedeutet für die Bauweise eine tiefgreifende Veränderung, unter deren Folgen wir heute noch leiden und die uns in ihren Ausmaßen erst heute ganz bewußt wird, wo die Alternativen der 20er und 50er Jahre in Frage gestellt sind. Es endet der Umgang mit Naturstein und die plastische Gestaltung von Fassaden, die mit ihm möglich war; Balkendecken verschwinden und werden ersetzt durch Stahlstein- und Stahlbetondecken; die steilen Ziegeldächer und holzaufwendigen Mansarddächer verschwinden und werden durch Flachdächer ersetzt, und die zeit- und lohnintensive Mauertechnik mit Ziegeln geht zurück. Gebäude und Bauform erleiden auch durch die Maßnahmen der neuen Bauordnungen, die eine hintere Baufluchtlinie und funktionale Flächenbestimmungen einführen, eine grundsätzliche Änderung. Durch die Mobilisierung gemeinnütziger Bauträger für den Wohnungsbau, der während und unmittelbar nach dem Krieg gerade auf dem Sektor des Kleinwohnungsbaus stagniert hatte, wird die Trägerschaft für die notwen-

→L 42 In einer ersten Bewertung der ECA-Entwürfe äußert sich Otto Bartning über die Rolle des Architekten:

Eines hat die Durcharbeitung der tausend Projekte eindeutig erwiesen: Der schönste Wohnungstyp ist nicht ausführungswert, wenn er nicht aufs beste durchkonstruiert und aufs schärfste durchkalkuliert ist. Andererseits: die wirtschaftliche Grundstücks- und Wohnungsberechnung verfehlt ihren letzten Sinn, wenn nicht die Wohnungen, die Baukörper und die Freiräume Schönheit der Proportionen und des Lichtes, Gesundheit und Lebensfreude schenken, aber ebensowenig, wenn sie nicht warm, nicht schalldicht und dem täglichen Leben der Familie auf beschränktem Raum nicht angepaßt sind.

Es hat sich daher, gerade bei dieser Zusammenfassung von Architekt, Ingenieur, Wirtschaftler und Bauunternehmer gezeigt, daß die Sache schiefgeht, wenn der Architekt nicht konstruktiv und wirtschaftlich denken kann; daß aber anderseits die klügste Konstruktion tot bleibt, wenn sie nicht zu architektonischer Gestalt reift, und die wirtschaftlichste Bauart nutzlos ist, wenn die Bauten nicht menschlich, d.h. in ihrem bescheidenen Rahmen architektonisch schön durchgebildet sind. (. . .)

Er hat sich wieder erwiesen: der Architekt ist und bleibt der Schlüssel der Aufgabe.

Die gebauten Beispiele werden in einem zweiten Band des vom Bundes-
→L 43 ministerium für Wohnungsbau herausgegebenen Buches *Neuer Wohnbau/ Durchführung von Versuchssiedlungen* im **Sommer 1958** veröffentlicht, der den Untertitel *Von ECA bis Interbau* trägt und auch die im Rahmen der Interbau im Hansaviertel in Berlin gebauten Häuser sowie die Ergeb-
→S. 568 nisse des Wettbewerbs zur *Stadt von Morgen* enthält.

Nach dem Vorbild der ECA-Wettbewerbe werden ab **1952** *Vergleichs- und Versuchsbauten* auf Veranlassung des Bundesministers für Wohnungsbau durchgeführt, der Zuschüsse von 1000 bis 3000 DM pro Wohnung gewährt, wenn bestimmte Bauforschungsaufgaben erfüllt werden. Es werden Bauverfahren, Installationen, Umlegungsverfahren und Eigentumsaufteilungen untersucht sowie Kostenvergleiche in bezug auf Bau- und Erschließungszonen angestellt. Innerhalb der Länderprogramme wird auch Berlin bedacht. Die Ergebnisse der Untersuchungen, die vom Deutschen Bauzentrum in Köln herausgegeben werden, stellen wiederum nur Empfehlungen dar.

Die Lenkung des Wohnungsbaus in der BRD und Berlin (West) erfolgt seit Beginn der 50er Jahre einerseits über die bindenden Festlegungen der Bauordnungen, Finanzierungsbedingungen und DIN-Normen, andererseits über die Vorführung und Bewertung von Demonstrationsbauten. Auch die *Interbau* im Hansaviertel hat die Funktion, solche Demonstrationsbauten vorzuführen, mit ihr soll jedoch noch mehr erreicht werden. Die Gebäude sollen sich deutlich und für jeden erkennbar von den Bauten der Stalin-
←L 44 allee absetzen. Sie müssen das Gegenteil zum Neoklassizismus der *sozialistischen Architektur* sein, und was darunter zu verstehen ist, oder besser, was unter *sozialistischer Baukunst* nicht zu verstehen ist, hat Walter Ulbricht mehrfach und deutlich gesagt. Mit seinen Reden hat er dem *internationalen Bauhausstil* in der BRD und vor allem Berlin (West) zum Durchbruch verholfen.

Um überzeugende Beispiele modern gestalteter Wohnbauten vorführen zu können, werden zur *Internationalen Bauausstellung* eine Reihe der bekanntesten, dem modernen Bauen verpflichtete Architekten ausgewählt. Nach dem Prinzip „flach-mittel-hoch", einer Idee aus den 20er Jahren, unterschiedliche Haushaltsgrößen in unterschiedlichen Bauformen zu vereinen, werden etwa 50 Einzelobjekte vergeben. Die Architekten werden mit Hilfe eines Schlüssels ausgewählt: 20 aus Berlin (West), die aus einer Vorschlagsliste des BDA, des AIV und des DWB hervorgegangen sind, aus jedem Bundesland 1 Architekt, je 1 weiterer aus einem westeuropäischen Land und aus Nord- und Südamerika, soweit diese erreichbar waren. Auf nicht zu durchschauende Weise erhalten einige ein großes, andere ein mittleres und wieder andere ein kleines oder ganz kleines Objekt zugeteilt. Architekten aus dem Ostblock sind ausgeschlossen, obwohl später ironischerweise doch ein Objekt von einem Architekten aus Berlin (DDR) gebaut wird, weil ein Käufer eines Eigenheimgrundstückes sich unter Berufung auf sein Eigentumsrecht den Architekten nicht vorschreiben lassen wollte. Den für die Ausstellungsbauten ausgewählten Architekten werden außer

der Gebäudeform *allgemeine Richtlinien für die Entwurfsbearbeitung der Wohnhäuser* als Planungsgrundlage an die Hand gegeben.

Diese Richtlinien wurden von der Hansa-AG unter Mitwirkung der Abteilungen des SenBauWohn und der Baupolizeibehörde aufgestellt. Die Ende 1954 den Architekten übergebenen Richtlinien gingen davon aus, daß im Falle des Hansaviertels nur die wirklich notwendigen Bestimmungen sowohl der Bauordnung als auch die des sozialen Wohnungsbaus gelten sollten. Dort, wo es vertretbar schien, sollte eine größere Freizügigkeit als üblich gewährt werden, „damit nicht die üblichen Standardvorschläge heraus(kamen), sondern die Vorschläge auch für die Entwicklung fruchtbar sein könnten“.

Die entworfenen und gebauten Wohnungen stellen in ihrer Gesamtheit eine außerordentliche Vielfalt dar, allerdings auf der Basis des *gehobenen sozialen Wohnungsbaus*, der die Exklusivität des Stadtviertels am Tiergarten sichert. Viele Grundrißideen für die Wohnzelle Friedrichshain werden hier in die Wirklichkeit übersetzt. Im Gegensatz zur Wohnzelle Friedrichshain bleiben die Wohnhäuser jedoch isolierte Einzelkörper, die auch heute noch nicht, bei aller Ähnlichkeit der Gebäude, zu einem Ganzen zusammengewachsen sind.

Das Viertel hat mit den von Scharoun entwickelten Ideen und seinen Vorstellungen einer Wohnzelle oder Nachbarschaft nichts zu tun.

Vergleicht man die Liste der Architekten, die im Hansaviertel bauen, mit der der Organisatoren der Interbau, so gewinnt man den Eindruck, daß die beiden „Lager“, die sich **1951** in Hannover versöhnen sollten, sich zu einer Art Arbeitsteilung arrangiert haben. Die einen bauen, die anderen organisieren, treffen die Entscheidungen und vergeben die Aufträge. Gebaut wird ausschließlich „modern“.

Scharoun erhält von dem Auftragskuchen der *Interbau* das Objekt 4, ein 2geschossiges Café und Restaurant für 300 Gäste. Nachdem er das Raumprogramm von sich aus um Wohnungen für die Beschäftigten des Restaurants erweitert hat, wird die Finanzierung in Frage gestellt und das Objekt, nachdem es ihm nicht gelungen ist, einen privaten Finanzier zu finden, zu den Akten gelegt. Scharoun erhält später, nachdem er die Planung für das Hansaviertel durch den *Ringentwurf* soweit beeinflussen ←S.407 konnte, daß auch Flachbauten vorgesehen werden, einen anderen Auftrag. Er soll fünf Einfamilienhäuser entwerfen, die aber auch nicht gebaut werden, weil das Grundstück für das Gebäude der Akademie der Künste benötigt wird.

So ist Scharoun beim Bau des Hansaviertels nicht beteiligt. Allein die →L 45 Planung seines Assistenten Sergius Ruegenberg für einen mit drei Häusern angedeuteten Flachbauteppich geht noch entfernt auf die für die Wohnzelle Friedrichshain entwickelten Ideen zurück. Zwei der drei Häuser können gebaut werden, das dritte scheitert an der Weigerung des Parzellenverkäufers, sich den Architekten vorschreiben zu lassen. Aus dem Gesamtzusammenhang des als horizontale Großwohneinheit gedachten Teppichs herausgelöst, wirken die im Hansaviertel gebauten Flachbauten wie ein städtebaulicher Irrtum, wie ein Stück Stadtrand, das im Zentrum ausgestellt wird. Ein ähnliches Haus baut sich Ruegenberg kurz darauf als Eigenheim in Kladow. Die Transparenz und Wohnqualität dieses Hauses geben eine Vorstellung davon, wie die Häuser der Flachbauteppiche gedacht waren.

Scharoun wird zum ersten Präsidenten der vom Kultursenator Tiburtius **1955** gegründeten Akademie der Künste ernannt, in der auch eine Abteilung Baukunst eingerichtet wird, die allerdings nicht über Forschungsmittel verfügt. Öffentliche Aufträge in Berlin (West) erhält Scharoun erst, nachdem er sich **1957** an dem im Auftrag der Bundesregierung und des Senats von Hans Stephan lange vorbereiteten Wettbewerb *Hauptstadt Berlin*, ←S.47 mit dem der Alleinvertretungsanspruch auch für Berlin manifestiert werden sollte, beteiligt hat. **1958** erhält sein Entwurf einen zweiten Preis, **1959** wird Scharoun mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, **1960** wird der Grundstein zur Philharmonie gelegt. ←S.44

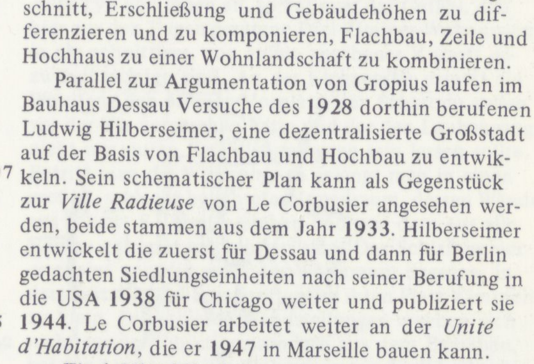
digen Einrichtungen gesplittet: die Gesellschaften werden ausschließlich zum Bau von Wohnungen verpflichtet, der Bau von Gemeinschaftseinrichtungen, Läden und Gewerbeflächen wird ihnen über die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeinnützigkeit untersagt. Aus dem Mietshaus wird das Wohnmietshaus. Die logische Folge für die Bauweise ist – wenn das Straßenland schon erschlossen ist und aus der Vorkriegszeit stammt – die Blockrandbebauung, bei der das Treppenhaus zur Straßenseite gelegt wird, um die endlosen Fassaden überhaupt gliedern zu können, oder der Zeilenbau, der, um Straßenland zu sparen und baurationell fertigen zu können, sich nach dem Sonnenstand richtet und zu genau gleichen Abständen übergeht. Da man aber große und kleine Wohnungen braucht, Wohnungen für Familien und Ledige, werden die Haushalte in besonderen Zeilen sortiert, und die rationellsten Erschließungsformen werden ihnen zugeordnet: für die Familien der Zweispänner und für die Ledigen und kinderlosen Haushalte das Laubenganghaus. Der öffentliche Raum als Straße und Platz verflüchtigt sich dabei und wird durch ein Siedlungskonzept ersetzt, bei dem verzweifelt versucht wird, die steigenden Baukosten – denn es wird zum großen Teil immer noch von privaten Baufirmen gebaut – durch Rationalisierung der Gebäudeanordnung wieder einzuholen. Die Kostenmiete läuft dem Wochenlohn, der dafür aufgebracht werden kann, davon. Die, für die gebaut werden soll, können die Miete nicht aufbringen, von der Arbeitslosigkeit ganz abgesehen. Das wird durch die staatliche Subventionierung der Baukosten oder der Miete nach dem 2. Weltkrieg erst wieder ermöglicht.

In den Siedlungen Westhausen in Frankfurt oder Thörten in Dessau haben wir Ansätze, Wohnungsschnitt, Erschließung und Gebäudehöhen zu differenzieren und zu komponieren, Flachbau, Zeile und Hochhaus zu einer Wohnlandschaft zu kombinieren.

Parallel zur Argumentation von Gropius laufen im Bauhaus Dessau Versuche des **1928** dorthin berufenen Ludwig Hilberseimer, eine dezentralisierte Großstadt auf der Basis von Flachbau und Hochbau zu entwikkeln. Sein schematischer Plan kann als Gegenstück zur *Ville Radieuse* von Le Corbusier angesehen werden, beide stammen aus dem Jahr **1933**. Hilberseimer entwickelt die zuerst für Dessau und dann für Berlin gedachten Siedlungseinheiten nach seiner Berufung in die USA **1938** für Chicago weiter und publiziert sie **1944**. Le Corbusier arbeitet weiter an der *Unité d'Habitation*, die er **1947** in Marseille bauen kann.

„Flach-Mittel-Hoch“ verwirklicht sich also erst nach dem Krieg in den zahllosen großen Siedlungen und Trabanten, für die das Hansa-Viertel nur der Pilot ist. Sind die Entwürfe für die Wohnzellen von Ebert noch in den Bauhöhen gestreut, neigt man später wieder dazu, in einer Art Übertragung des Musters der Tautschen Stadtkrone, in der Mitte hoch und zum Rande hin flach zu bauen. Da aber die Wohnungsgröße, jedenfalls in Berlin (West), die Berechnungsgröße für die Miete ist, sortiert sich die Gesellschaft nach Einkommen nicht nur über die Gegend, sondern auch noch über den Haustyp.

→S.464



→B 75 Haus Ruegenberg in Berlin-Kladow

Die gebauten Kompromisse

Bevor im **Herbst 1960** der Grundstein für die Philharmonie am Südrand des Tiergartens in Berlin (West) gelegt wird und damit zum Ausbau eines *Kulturforums* für die deutsche Hauptstadt nach dem *Tag X*, mit dessen Repräsentationsbauten Scharoun seit **1960** beschäftigt wird, hat Scharoun noch mit zwei Projekten versucht, die im IfB begonnene Arbeit zum Wohnungsbau weiterzuentwickeln und unter den Bedingungen des sozialen Wohnungsbaus auch tatsächlich zu bauen.

→S.494 Nachdem ihm **1953** der Bauauftrag für das erweiterte Altersheim Tiergarten vom Bezirksamt entzogen worden war, treten im Winter **1953/54** in Stuttgart, wo Scharoun Döcker besucht, Gesellschafter der *Universum Treubau Wohnungs-GmbH* mit dem Angebot an ihn heran, für sie zu bauen. Die Gesellschaft war **1952** in Stuttgart als freies Wohnungsbauunternehmen mit dem Ziel, Wohnungen für *höhere Ansprüche an die Wohnkultur* zu bauen, gegründet worden. Willi Oppenländer, einer der Gründer, äußert sich über die Ziele genauer: →L 46

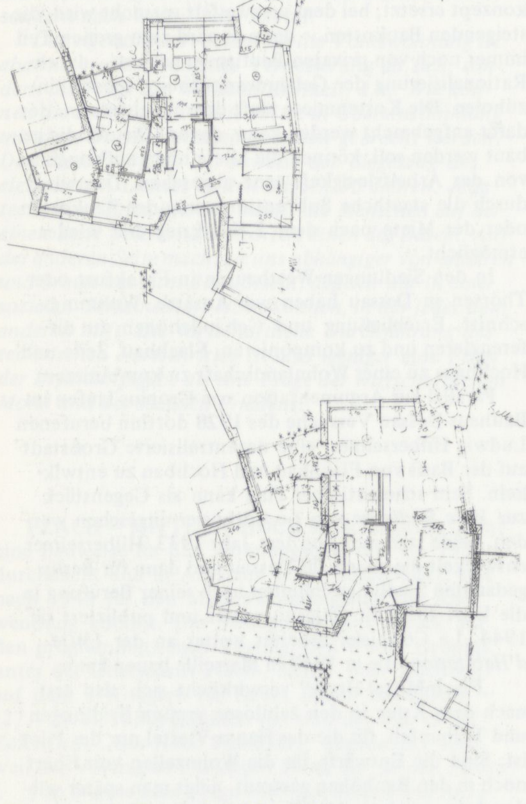
→L 47 *Die Gründung wurde durch unsere Absicht ausgelöst, zwischen die damals üblichen Wohnblocks das eine oder andere Hochhaus zu stellen. Unseren ersten Versuch starteten wir im Stuttgarter Westen. Zwischen zwei Straßenzügen hatten wir ein zusammenhängendes Gelände von 9 Ruinen entdeckt, das als geschlossene Fläche einen geradezu idealen Bauplatz für ein Hochhaus abgegeben hätte. In kurzer Zeit hatten wir 7 Plätze erworben, stießen dann aber auf eine ebenso starke Ablehnung der beiden letzten Grundstücksbesitzer. Es schien nicht aussichtslos, eine Baulandumlegung durchzusetzen. Aber unsere damalige Finanzkraft reichte nicht aus, die Belastung durch die erworbenen Plätze über ein vermutlich mehrjähriges Baulandumlegungsverfahren durchzuhalten.*

Schweren Herzens und mit damals schmerzlichen finanziellen Einbußen traten wir von dem Objekt zurück. (. . .)

Mit unseren Hochhausplänen wanderten wir nach diesem mißglückten Versuch im Stuttgarter Westen in den neuen Stadtteil Zuffenhausen-Rot. Hier waren bis Ende 1952 2827 Wohnungen, fast ausnahmslos im sozialen Wohnungsbau entstanden: Gewiß eine imposante Leistung. Aber noch fehlten die beherrschenden Türme. Der Vorrang mußte auch hier den Türmen der Kirchen verbleiben. Aber die Silhouette des Stadtbildes sollten noch drei Hochhauskörper abrunden, die gleichzeitig als Brücke vom alten Stadtteil Zuffenhausen zu dem neuen Wohngebiet gedacht waren.

Die *beherrschenden Türme* sollen von einem berühmten Architekten gebaut werden, und Scharoun gehört in Stuttgart durch seine Beteiligung →S.441 am Bau der Weißenhof-Siedlung zu den bekanntesten modernen Architekten. Er nimmt den Auftrag an, den er zusammen mit dem Stuttgarter Architekten Wilhelm Frank durchführen soll.

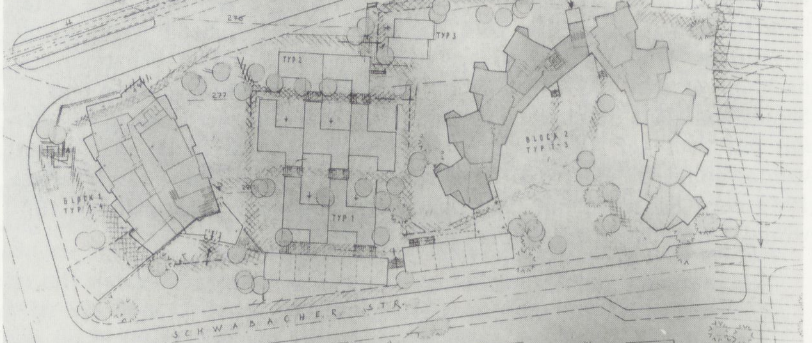
Sein Versuch, den Bauherrn dazu zu überreden, ein auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenes, überarbeitetes Projekt zu bauen, wie er es für Bremen oder Tiergarten geplant hatte, scheitert an dessen unbedingtem Hochhauswunsch. Es sollen zwei Blöcke gebaut werden. Die von Scharoun zu Anfang vorgeschlagenen zusätzlichen 12 Einfamilienhäuser entfallen.



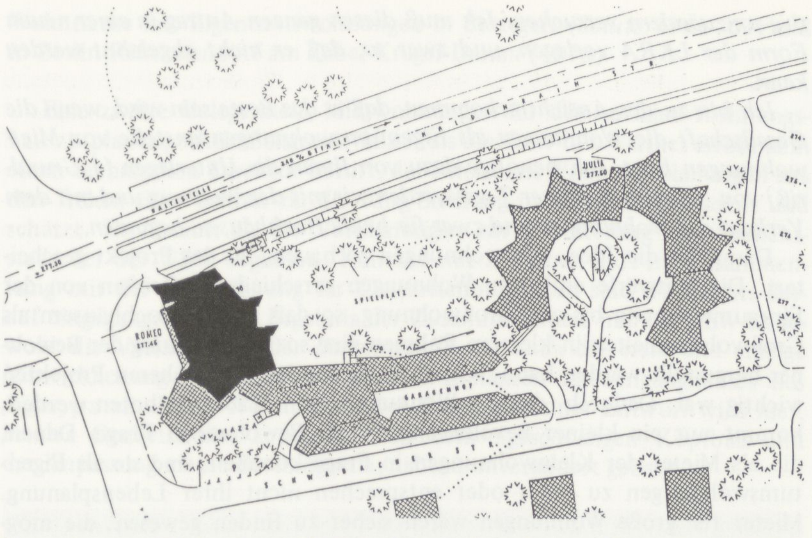
Vorentwürfe für „Julia“ (M 1:300) ←B 76

Scharouns Entwürfe für „Julia“

Beide von Scharoun skizzierten Grundrisse haben den gleichen Aufbau und unterscheiden sich lediglich in der Größe der Küchen und der Kinderbereiche. Sie werden erschlossen von einem kleinen Vorplatz aus, den der abgeknickte Außengang vor der Wohnungstür bildet. Der breitgelagerte geräumige Flur nimmt Einbauschränke und Garderobe auf und führt links in den Bereich der Kinder, rechts in den der Erwachsenen. Der Kinderbereich enthält Schlaf- und Arbeitsplätze, die – durch eine Faltwand getrennt – auch zu einem Raum zu vereinigen sind. Zusätzlich ist noch eine Loggia als Sitz- oder Spielbereich vorgesehen. Der Erwachsenenbereich besteht aus dem schon in den Laubengangwohnungen von Friedrichshain vorgesehenen Alkoven, einem großen Wohnraum, der die Funktionen des *Raums der Mitte* erfüllen kann, und einem keilförmigen, weit ausladenden Balkon. Zwischen beiden Bereichen liegen Toilette, Badezimmer, Küche und Eßplatz, die so angeordnet sind, daß die Küche vom Flur aus auch durch das Bad betreten werden kann. Die Wohnung ist auf die von ihr zu erfüllenden Funktionen hin durchdacht, die einzelnen Funktionsbereiche sind dort voneinander getrennt, wo ←S.465 ←S.463



→B 77 Hans Scharoun (1953/54): Vorentwurf für den Lageplan der durch Flachbauten ergänzten Hochhäuser in Stuttgart-Zuffenhausen



Hans Scharoun/Wilhelm Frank (1955): endgültiger Lageplan von „Romeo" und „Julia" ←B 79

Für den einen Block mit z.T. 2geschossigen Wohnungen plant Scharoun ein Innenganghaus und knüpft damit an seinen Entwurf für das Hochhaus in Tiergarten an, das aus den Siemensstädter Entwürfen hervorgegangen ←S.493 war. Der andere Block wird ein um einen Hof gebogenes Laubenganghaus, bei dem Scharoun sich das Problem stellt, die kommunikativen, aber normalerweise nur für die Erschließung von Kleinwohnungen wirtschaftlichen Außengänge auch als attraktive Erschließungsform für größere Wohnungen zu planen. Durch die Rundung kann er eine Verkürzung der Erschließungsseite und eine Streckung der Außenseite des Gebäudes erreichen, wodurch wiederum eine Verkürzung der Laubengänge erreicht wird und die in der Bauordnung geforderten Fluchtweglängen eingehalten werden können.

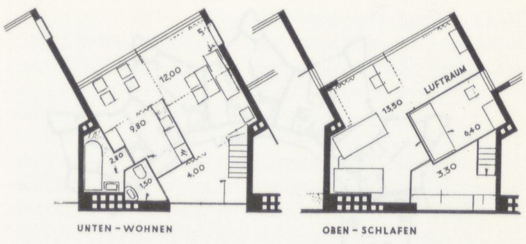
Das Innenganghaus, das 50 m hoch werden soll, versteht Scharoun als *männliche* Form und nennt es *Romeo*, das gerundete Laubenganghaus als *weibliche*, das daher den Namen *Julia* erhält.

Nachdem die Entwürfe die Baugenehmigung erhalten haben, werden sie beim Bauförderungsamt der Stadt Stuttgart eingereicht, um einen Kredit für die Finanzierung zu erhalten. Am **14.1.1955** informiert das Förderungsamt die Universum Treubau Wohnungs-GmbH von der Ablehnung ihres Antrags:

Die Württ. Landeskreditanstalt, der Ihr Hochhausprojekt zur Prüfung der Förderungswürdigkeit im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus übersandt worden ist, hat dem Bauförderungsamt mit Schreiben vom 22./31. Dezember 1954 mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage seien, die Bewilligung öffentlicher Wohnungsbauförderungsmittel für dieses Projekt zu vertreten. Im einzelnen wird ausgeführt, daß der Entwurf zu dem ringförmigen Hochhaus „für eine derzeitige Geschmacksrichtung interessant erscheinen mag", „aber den Wohnbedürfnissen der breiten Schichten des Volkes auf die Dauer gesehen" nicht mit Sicherheit gerecht zu werden imstande sein wird. Besonders hervorgehoben wird, daß die eigenwillige Grundrißlösung und -gestaltung die Einhaltung der verbindlich vorgeschriebenen Pflichtnormen unmöglich macht und einen um mindestens 20% höheren Baukostenaufwand erfordert. Die Landeskreditanstalt kann auch dann das Bauvorhaben nicht fördern, wenn die Gesellschafter und weitere Personen sich für die Darlehen persönlich gesamtschuldnerisch mitverbindlich machen, da sie auch in diesem Fall die Basis für ein derartig großes Bauvorhaben mit den nicht abschätzbaren Risiken für zu schwach hält. ←A 69

Am **15.1.1955** informiert Wilhelm Frank Scharoun von der Ablehnung und macht einen neuen Vorschlag:

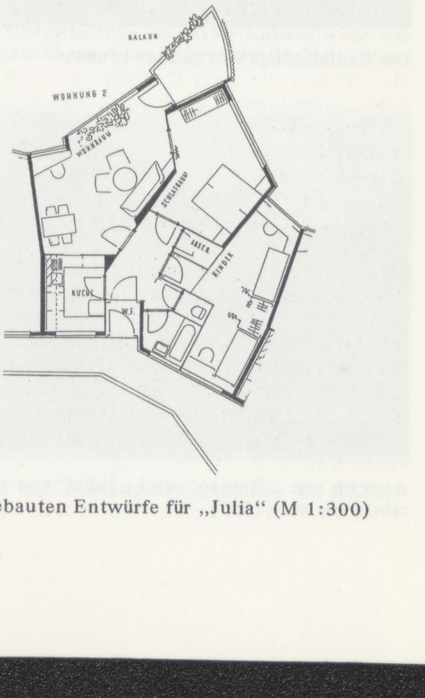
Inzwischen sind auch die Ergebnisse der Vorprüfung wegen der Finanzierung von der LAKRA bekanntgeworden. Ich möchte nicht auf die Einzelheiten des Schreibens, das die Landeskreditanstalt an das Bauförderungsamt gerichtet hat, eingehen, da dies zu weit führen würde, aber ich kann mit Sicherheit nur folgendes dazu sagen: Aus allen Fugen des Schreibens strahlt Unsicherheit, Unbeholfenheit, Befangenheit und Neid. Leider ist es aber so, daß ich auf eine wohlwollende Behandlung der Finanzierungsunterlagen durch diesen Herrn angewiesen bin, und deswegen muß ich die ablehnende Haltung des Präsidenten der Landeskreditanstalt in eine posi- ←A 70



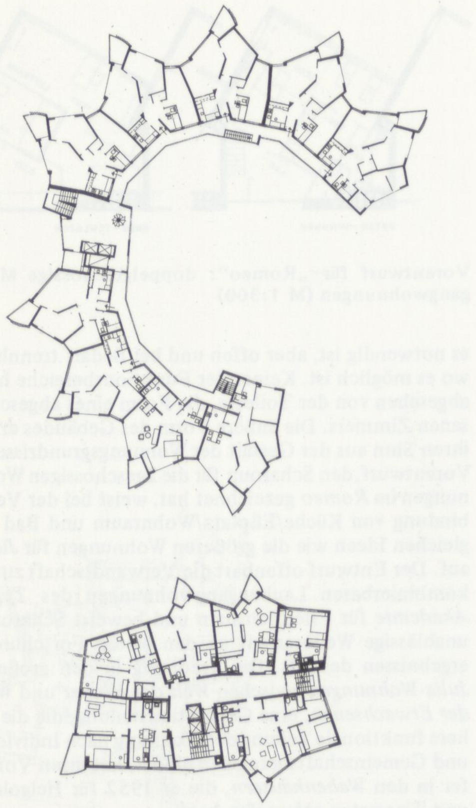
→B 78 Vorentwurf für „Romeo": doppelgeschossige Mittelgangwohnungen (M 1:300)

es notwendig ist, aber offen und bei Bedarf trennbar, wo es möglich ist. Keiner der Funktionsbereiche hat, abgesehen von der Toilette, die Form eines abgeschlossenen Zimmers. Die äußere Form des Gebäudes erhält ihren Sinn aus der Gestalt der Wohnungsgrundrisse. Ein Vorentwurf, den Scharoun für die 2geschossigen Wohnungen im *Romeo* gezeichnet hat, weist bei der Verbindung von Küche/Eßplatz/Wohnraum und Bad die gleichen Ideen wie die größeren Wohnungen für *Julia* auf. Der Entwurf offenbart die Verwandtschaft zu den kombinierbaren Laubengangwohnungen des *Typs Akademie* für Friedrichshain und beweist Scharouns →S.468 unablässige Weiterarbeit an den ersten Forschungsergebnissen des IfB. Die Trennung in den großen *Julia-Wohnungen* zwischen *Welt der Kinder* und *Welt der Erwachsenen*, eine Generationsteilung, die die frühere funktionale Teilung der Wohnung nach Individual- und Gemeinschaftsbereichen ablöst, hat ihren Vorläufer in den *Wabenhäusern*, die er **1952** für Helgoland und Tiergarten entworfen hatte. →S.493

Sieht man sich daraufhin den schließlich gebauten *Julia*-Typ von innen an, so hat man das Gefühl, daß hier aus den Fugen geratene Drei-Zimmer-Wohnungen in ein schnittiges, von außen gegebenes Korsett gezwängt worden sind. An der Eingangstür ersetzt ein Windfang den offenen Vorplatz, den Scharoun außen vor der Tür vorgesehen hatte und der den Laubengang nicht nur puren Erschließungsgang sein lassen sollte. Betritt man die Wohnung, so gelangt man in einen großen, schlecht belichteten Innenraum, dessen Wände aus 6 bzw. 8 Türen bestehen und von dem aus alle Räume getrennt erschlossen sind. Das Schlafzimmer erscheint unnötig groß, der Wohnraum dagegen, in dem Eßtisch und Sitzgarnitur um ihren Platz kämpfen, zu klein. Die schiefen Wandstellungen ergeben sich nicht aus der Funktion, sondern aus dem Bemühen, bei der Anpassung der Wohnungen an die Käuferwünsche das aufsehenerregende Äußere möglichst wenig zu verändern. Der Entwurfsprozeß, der bei Scharoun von innen nach außen, vom Grundriß zur Gebäudeform ging, kehrt sich bei der Überarbeitung um. Vergleicht man den gebauten *Romeo*-Typ mit den früheren Hochhausentwürfen Scharouns, so stellt man die gleiche innere Normalisierung fest. →S.493



→B 80 Einer der gebauten Entwürfe für „Julia" (M 1:300)



Hans Scharoun/Wilhelm Frank (1955): „Romeo und Julia" in Stuttgart-Zuffenhausen (M 1:1000)

→A 71 ←B 81

tive umzuändern versuchen. Ich muß diesen ganzen Antrag in einer neuen Form der LKRA vorlegen, und zwar so, daß er nicht abgelehnt werden kann.

Ich bin zu der Ansicht gekommen, daß es das Beste sein wird, wenn die Gesellschaft die Wohnungen als Eigentumswohnungen anstelle von Mietwohnungen baut. Ich benötige dazu von Ihnen die Unterlagen (1 Grundriß) von „Romeo". Dieser Tage werden wir mit der Werbung und mit dem Verkauf der Wohnungen, und zwar für beide Hochhäuser, beginnen.

Damit ist die Idee, Mietwohnungen zu bauen, für das Projekt gescheitert. Die Entwürfe enthalten Wohnungen verschiedener Größen von der Einraumwohnung bis zur Großwohnung, so daß in den Hochhäusern als Großwohneinheiten in kleinem Rahmen eine soziale Mischung der Bewohner hergestellt werden kann, wie sie Scharoun bei den früheren Projekten wichtig war. Dadurch, daß die Wohnungen zum Kauf angeboten werden, kommt nur ein kleiner Bevölkerungsteil als Bewohner in Frage. Denen, die als Mieter der Kleinwohnungen in Frage kommen, sind sie als Eigentumswohnungen zu teuer oder entsprechen nicht ihrer Lebensplanung. Mieter für große Wohnungen wären sicher zu finden gewesen, die möglichen Käufer werden allerdings den Bau eines Eigenheims nach eigenen Vorstellungen im Grünen einer Etagenwohnung vorziehen. Der anschließenden, marktgerechten Überarbeitung der Grundrisse fallen alle Extreme und alles Ungewohnte zum Opfer. Die äußere Form von *Romeo* und *Julia* bleibt davon unberührt. Im Innern setzt sich ein angepaßtes Mittelmaß durch. Am **15.2.1955** bittet Scharoun seinen Partner in Stuttgart um die Wahrung eines *Restes*:

Lieber Herr Frank, ich würde es sehr bedauern, wenn der Zweigeschoßtyp überhaupt nicht zur Ausführung käme, weil das Haus ideelich durch ihn fundiert wird. Wenn größere Typen überhaupt nicht gehen, scheint es doch nur eine Frage des Ungewohnten zu sein und vielleicht die Möglichkeit zu bestehen, daß nach Abgang größerer Wohnungen der Rest in 2geschossigen Wohnungen auch verkauft wird. Diesen „Rest" zu wahren ist mein Vorschlag. Scharoun legt eine Skizze bei, die zeigen soll, wie in *Romeo* doch noch einige der Zweigeschoßwohnungen und auf jedem Geschoß eine Großwohnung zu retten ist. Franks Antwort vom **23.2.1955** zeigt, daß das nicht möglich war:

→A 72

Sehr geehrter Herr Professor!

Anliegend übersende ich Ihnen jetzt die neuen Pläne für das Hochhaus „Romeo".

Wir waren gezwungen, die Pläne neu auszuarbeiten, da es sich herausgestellt hat, daß kein Mensch 2stöckige Wohnungen kaufen wollte. Ebenfalls konnten wir die kleinen Wohnungen nicht absetzen. Die Wohnungs-Grundrisse müssen sowieso an die persönlichen Wünsche der Käufer angepaßt werden.

In der Fassade wird sich dadurch nichts ändern, bzw. an der Ostseite verbleiben dann die ausspringenden Balkone, die nur in jedem zweiten Stock vorkommen, was man aus der Ansicht ersehen kann.

Was aus Scharouns Idee der harmonischen sozialen Mischung der Bewohner geworden ist, liest sich in der Festschrift zum 10jährigen Bestehen der Universum Treuhand Wohnungs-GmbH so:

Die Laubengänge von „Julia" (1989)

→L 48 ←B 82

Eine entscheidende Grundlage für die Durchführung der Projekte ergab sich durch das am 20.3.1951 in Kraft getretene Wohnungseigentumsgesetz. Die dadurch möglich gewordene Wohnungseigentümer-Gemeinschaft wurde zur Quelle des erforderlichen Eigenkapitals. Aber auch auf dem Gebiet des Wohnungseigentums betraten wir Neuland. Die Auflage, vor Baubeginn wenigstens 40 Wohnungen im Romeo zu verkaufen, konnten wir nur dadurch erfüllen, daß wir unsere Handwerker, unsere Familienmitglieder, unsere Architekten und unsere Mitarbeiter dazu überredeten, die eine oder andere Wohnung zu kaufen. Es war noch eine recht unfreiwillige Gemeinschaft. Aber mehr und mehr entstanden echte Gemeinschaften.

Welche „Reste" von Scharouns Grundrißideen übriggeblieben sind, zeigt ein Vergleich seiner Skizzen der Vier- und Fünfbettwohnungen für *Julia* mit den gebauten Grundrissen.

→S. 500

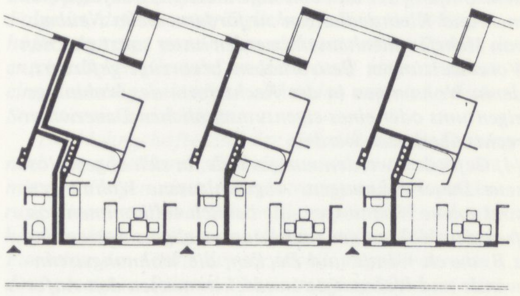
Äußerlich bemerkt man von der inneren Wesensveränderung des Hochhauspaares nichts. Sie wirken *scharounesk*. Die schnittigen Balkone, die abgewinkelten Außenwände und die Atelierwohnungen auf den Dächern, die nach Scharouns Worten *für richtige Maler ungeeignet (. . .), sondern mehr für Verrückte gedacht (sind), die sich eine ausgefallene Wohnungsform wünschen und leisten können*, werden zum Markenzeichen ähnlicher

Ansicht von „Romeo" und „Julia" von der Haldenrainstraße aus (1989)

→L 49 ←B 83

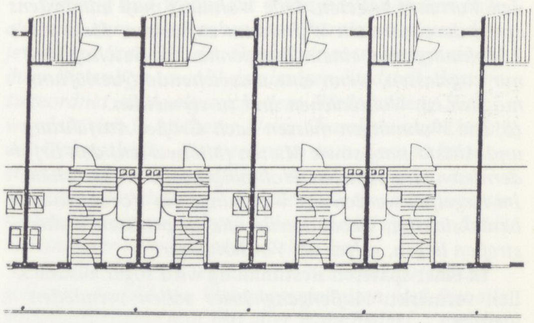
Wohntürme mit Eigentumswohnungen in Stuttgart (*Salute*/**1961–63**) und in Berlin-Reinickendorf am Zabel-Krüger-Damm (**1970**).

Eine zweite Gelegenheit, Mietwohnungen für den sozialen Wohnungsbau zu planen, erhält Scharoun **1955**, als die GSW mit Walther Großmann einen technischen Direktor beruft, der Scharouns Wohnungsplanungen aus den frühen 30er Jahren für die Ring-Siedlung in Siemensstadt kennt und schätzt. Er nimmt, als die Vorplanungen zur Erweiterung von Siemensstadt bei der GSW beginnen, Kontakt mit Scharoun auf. Im Zusammenhang mit der Stadtplanung für Charlottenburg-Nord sind wir bereits darauf eingegangen. Erstes Ergebnis der Zusammenarbeit mit der GSW ist sowohl die Verlängerung der *Bartningzeile* wie auch die erste und einzige Verwirklichung des für Friedrichshain geplanten Laubenganghauses des *Sägetyps* mit 2-Bett-Wohnungen. Der Friedrichshainer Entwurf wird hier, in der Goebelstraße, abgesehen von dem 3geschossigen Kopfbau und der Anpassung an die Bartningzeile, nahezu unverändert gebaut. ←S.411 ←S.413



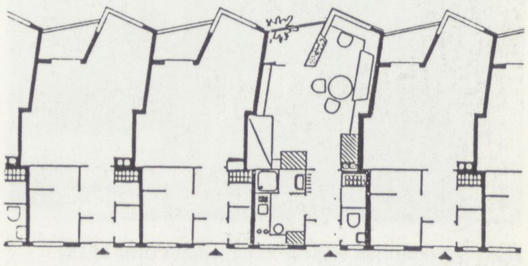
→B 84 Hans Scharoun (1955): Sägetyp für das Laubenganghaus in der Goebelstraße (M 1:300)

Hans Scharoun (1955): Umarbeitung des „Sägetyps“ als Verlängerung der „Bartningzeile“ in der alten Ringsiedlung in Siemensstadt. Es wird ausschließlich der 2-Bett-Typ gebaut, Bad und Toilette sind hier getrennt ←B 85



→B 86 Grundrißausschnitt aus dem GSW-Entwurf vom Januar 1955 für das Laubenganghochhaus am Goebelplatz (M 1:300)

Das heute als Altersheim dienende, 11geschossige Laubenganghaus mit Einraumwohnungen, auf das sich das Laubenganghaus am Ende der Bartningzeile städtebaulich bezieht, erscheint äußerlich mit seiner gezackten Fassade ebenfalls auf den *Sägetyp* zurückzugehen, was sich aber beim Blick auf den Grundriß schnell als Irrtum herausstellt. Das Hochhaus ist nur eine Überarbeitung des ursprünglichen GSW-Entwurfs, um die Scharoun gebeten wird. So *scharounesk* das Hochhaus von außen erscheint, so bleibt es im Innern mit der Trennung von Wohnraum, Flur und Küche doch stark der Wohnungsplanung der GSW verhaftet. ←S.468



→B 87 Scharouns Überarbeitung des GSW-Entwurfs für das Laubenganghochhaus. Grundrißausschnitt (M 1:300)

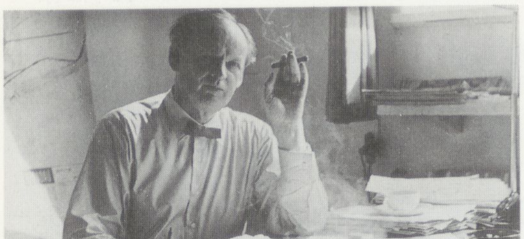
→B 88

Die einzige Realisierung des für die Wohnzelle Friedrichshain geplanten „Sägetyps“ in der Goebelstraße (Berlin-Siemensstadt) 1956 ←B 89

Die Ostseite des Laubenganghochhauses am Goebelplatz (1989)

Was darf gebaut werden?
Auszüge aus den Bestimmungen über die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Berlin (West)

Im Abschnitt A (Allgemeine Vorschriften) heißt es u.a.:
(2) Den besonderen Verhältnissen Berlins entsprechend, ist bei sonst gleichen Voraussetzungen grundsätzlich der Wiederherstellung, dem Wiederaufbau und dem Ausbau der Vorrang vor dem Neubau und der Erweiterung zu geben, soweit eine einwandfreie Gestaltung und Auflockerung im Rahmen der städtebaulichen Planung gewährleistet ist. ←L 50
(3) Mit dem Neubau von Wohnungen ist in angemessenem Umfang der Bau von Eigenheimen, Kaufeigenheimen und Kleinsiedlungen zu fördern. Beim Neubau von Mehrfamilienhäusern werden unter sonst gleichen Voraussetzungen Bauvorhaben bevorzugt gefördert, deren Wohnungen in der Rechtsform des Wohnungseigentums oder eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts überlassen werden. →L 51
(4) Gefördert werden nur gesunde, in sich abgeschlossene Dauerwohnungen. Abgeschlossene Wohnungen sind solche Wohnungen, die baulich vollkommen von fremden Wohnungen und Räumen abgeschlossen sind, z.B. durch Wände und Decken; die Wohnungstrennwände und Wohnungstrenndecken müssen den Anforderungen der Baupolizei entsprechen. Die Wohnungen müssen, mit Ausnahme der Einliegerwohnungen in Eigenheimen und Kleinsiedlungen, einen eigenen, abschließbaren Zugang und einen zur Wohnung gehörenden Vorraum besitzen. Jede Wohnung muß mindestens einen durchsonnten Wohnraum aufweisen. Mehr als 2 Wohnungen an einem Treppenhaus je Geschoß sind nur zugelassen, wenn eine ausreichende Querlüftung möglich ist. Wohnküchen sind zu vermeiden.
(5) Die Wohnungen müssen nach Größe, Ausführung und Ausstattung sowie Mieten (Mietwerten) den Erfordernissen des sozialen Wohnungsbaues entsprechen. Im Regelfall werden nur Wohnungen in Vorderhäusern berücksichtigt; Gebäudeteile, die an privaten Wohnstraßen liegen, gelten als Vorderhäuser.
In einer späteren Bestimmung wird sogar ausdrücklich vermerkt: *Außenganghäuser sollen vermieden werden.*



Hans Scharoun an seinem Arbeitsplatz (um 1955) ←B 90

Scharoun über den Zusammenhang zwischen den statistischen Untersuchungen des IfS und dem Entwurf für Charlottenburg-Nord

Diese Überlegungen führten zum Gedanken der W o h n g e h ö f t e, als einer überschaubaren Zelle großstädtischen Zusammenlebens. ←A 73
Die erforderlichen Ermittlungen wurden getätigt und die Ergebnisse – in Tabellen, Diagrammen und anderweitig – zusammengestellt. Sie betrafen neben der Besiedlungs- und Arbeitsstruktur, neben den kulturellen und Geschäftszentren, neben Wohnung, Erholung und Verkehrserschließung die Bevölkerungsentwicklung (Lebensbaum und Wohnverhältnisse) und die Aufschlüsselung der Wohnungsgrößen.
Ferner wurde die Struktur der Wohnbevölkerung nach Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftsabteilungen in den Berliner Bezirken untersucht, die Siemens-Pendler erfaßt und insbesondere die biologische Zusammensetzung der einzelnen Wirtschaftsabteilungen aufgezeigt.

Um die Einengung, die der soziale Wohnungsbau für den Architekten mit sich bringt, zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, wie sich gerade im Jahr **1954** die Rahmenbedingungen für das Entwerfen durch Novellierungen von Gesetzen, durch Ausführungsbestimmungen und Verordnungen formieren. Auch in Berlin (West) gilt als Basis das Wohnungsbaugesetz der BRD, das Bezuschussungen regelt und festlegt, wer in den Genuß der festgesetzten Miete kommt. Ebenso ist bereits **Ende 1951** die DIN 18011 mit den Mindeststellflächen für Möbel in den Wohnungen gültig. Ende **1953** wird die Gemeinnützigkeitsverordnung von Paragraphen, die dem 3. Reich entstammen, bereinigt. Am **8.2.1954** faßt der Senat die seit **1936** gültige Geschäftsordnung für die Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) neu. Die WBK hat unter der Dienstaufsicht des Senators für Bau- und Wohnungswesen die gemeinnützige Aufgabe, *die dem Land Berlin für die Erhaltung und Gewinnung von Wohnraum zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel diesem Zweck zuzuführen und zu verwalten; im wesentlichen durch die Gewährung, Sicherung und Verwaltung von Darlehen.* Am **15.3.1954** erfolgt die Anerkennung der staatlichen Organe des sozialen Wohnungsbaus, d.h. es wird die Liste der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften aufgestellt, die die Förderungsmittel umsetzen sollen. Wohnungsbaugesellschaften wie die GSW, Gehag, DeGeWo und die Neue Heimat werden Träger der großen Wohnungsbauvorhaben der Stadt. Am **25.1. 1955** endlich werden die *Bestimmungen über die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Berlin* im Amtsblatt des Senats veröffentlicht. Damit schließt sich das Dreieck zwischen Bauordnung, Stellflächenbestimmungen der DIN und Förderungsbedingungen.

Abgesehen von den speziellen Festlegungen zur Größe und Gestaltung der Wohnungen, wird durch die Art der Finanzierung das Haus als Ganzes eine bloße Ansammlung von – im besten Falle verschieden großen – Wohnungen. Der soziale Wohnungsbau versteht sich als billiger Wohnungsbau und nicht als einer, der bestimmt wird durch die vielfältigen und sich im Laufe der sozialen Entwicklung ändernden Lebensbedürfnisse. Die geförderten Wohnungen orientieren sich ausnahmslos am Leitbild der abgeschlossenen, für sich lebenden Kleinfamilie oder dem Ledigenhaushalt. Für andere Wohngemeinschaften gibt es weder Vertrags- noch Bauformen.

Alles, was außerhalb dieser Wohnungen liegt, ist auf das Allernotwendigste beschränkt. Erschließungsflächen dienen ausschließlich der billigsten Art, die einzelnen Wohnungen zu erreichen, darüber hinausgehende Flächen, die gemeinschaftlich genutzt werden könnten, werden nicht finanziert. Die Mischung verschiedenartiger Funktionen innerhalb eines Hauses wird reduziert auf das enge Spektrum der geförderten Wohnungen; gewerblich genutzte Räume oder solche des gesellschaftlichen Bedarfs werden im notwendigen Umfang in gesonderten Zusatzbauten als Folgeeinrichtungen und von anderen Bauträgern errichtet.

Die *Wohnberechtigungsscheine* bestimmen die Breite der sozialen Mischung und die Mietverträge, die Hausordnungen den Handlungs- und Veränderungsspielraum der Mieter.

Der Hauptteil der mit Darlehen finanzierten sozialen Wohnungen, die im Zeitraum von **1955** bis **1962** gebaut werden, füllt die durch die Bombardierung freigewordenen Grundstücke oder Teilblöcke innerhalb des S-Bahnrings und paßt sich ein in die erhaltenen Teile der alten Stadt mit ihren Versorgungs- und Mischungsstrukturen. Mit der Planung für Charlottenburg-Nord als großflächige Erweiterung von Siemensstadt beginnt die Phase des sozialen Wohnungsbaus, in der die Baugesellschaften damit beginnen, ganze Stadtgebiete unter sich aufzuteilen und diese mit Wohnhäusern nach bewährten Grundrißschemata zu füllen.

Scharoun versucht, ermutigt durch den GSW-Direktor Großmann, in Charlottenburg-Nord einen nicht nur ökonomisch verstandenen sozialen Wohnungsbau zu verwirklichen, wobei er in die Planung seine eigenen Wohnerfahrungen in der Ring-Siedlung ebenso einfließen läßt wie die Erfahrungen mit der Ablehnung seiner allzu ungewohnten Grundrisse in Stuttgart. Sie ist aber ebenfalls unter den gegebenen Voraussetzungen der Versuch, auch hier an die Planung für Friedrichshain anzuknüpfen. Mit der Planung des Wohngebiets Charlottenburg-Nord und dem, was von ihr übriggeblieben ist, haben wir uns bereits beschäftigt. Wir wollen hier nur auf die sogenannten „Wohngehöfte", ihre soziale Größenbestimmung und ihre innere Aufteilung in Wohnungen eingehen.

Die „Wohngehöfte" haben ihre lokalen Vorbilder im älteren Teil der

Siemensstadt südlich des Nonnendamms. Scharoun wohnt seit **1930** in Siemensstadt und ist wahrscheinlich durch die dortige Bebauungsstruktur angeregt worden.

In einer Reihe konkaver und konvexer Räume, gebildet durch lange, geknickte und unterschiedlich hohe Gebäudezeilen, die untereinander durch ein Wegesystem verbunden sind, werden Wohnungen, dem Berliner Haushaltsspiegel gemäß, untergebracht. Sie sind unterschiedlich groß, unterschiedlich geschnitten und erschlossen und ergeben insgesamt eine Mischung, die der in den Altbaugebieten gleichkommen soll. Als Gliederungseinheit schieben sich zwischen die einzelnen Wohnungen und die Nachbarschaft Etagengemeinschaften und *Wohngehöfte*, die in ihrer Größe etwa den einzelnen Ästen der Wohnzelle entsprechen, die Scharoun **1947/48** entworfen hat. ←S.452 Die Einschränkungen, die der Plan gegenüber dem ersten Entwurf bis zu seiner Ausführung hinnehmen muß, geht, abgesehen vom Verlust der gesellschaftlichen Bauten und Räume, bei den Wohnbauten auf Kosten der Vielfalt an Gebäude- und Erschließungsformen. Es entfallen alle 2geschossigen Wohnungstypen, es bleiben nur 2- bis 5-Spänner und Laubengänge. Einfamilienhäuser werden nur an 4 Stellen als *Ateliers* auf den Dächern gebaut. In einem dieser Ateliers hat Scharoun bis zu seinem Tod **1972** gewohnt und gearbeitet.

Es muß gefragt werden, wie die beabsichtigte *Mischung* und *Symbiose* hergeleitet und begründet wird.

Walther Großmann erklärt die Ausgangsüberlegungen, die zur Gruppierung der „Wohngehöfte" geführt haben:

Der Mensch in seinem großstädtischen Dasein soll den ihm angemessenen Ort des Wohnenes und des Arbeitens erhalten. Seinen biologischen, sozialen, beruflichen und kulturellen Bedürfnissen muß Rechnung getragen werden. Seine Einbindung in die Stadt, den Bezirk, den speziellen Ort soll die ihm gemäße Gestalt finden. ←L 52

Dazu muß die Grundlage seines Daseins erfaßt und die Qualität des Ortes, der Bezüge und Bestimmungen erkannt werden.

Für diese Untersuchungen muß die Statistik als Hilfsmittel herangezogen werden – sie gibt den quantitativen Aufschluß über die gesamten Faktoren. Ihre Zusammenschau gibt einerseits das Bild des augenblicklichen Zustandes, bezogen sowohl auf die Gesamtstadt als auch auf die unmittelbar an das Besiedlungsgebiet Charlottenburg-Nord angrenzenden Bezirke. Andererseits lassen sich die Tendenzen ablesen, die zu einer Idealannahme der Entwicklung der Bezüge und Faktoren und damit zu programmatischen Forderungen für Umfang und Zusammensetzung von größeren und kleineren Bevölkerungsgruppen führten.

Es lassen sich daraus bestimmte Einzelgruppen mit gleichen Kennzeichen feststellen, die für sich jeweils entsprechende Wohnungstypen entwikkeln lassen. Aus der Gesamtzahl und der Häufigkeit der einzelnen Typen sollen dann Grundeinheiten entwickelt werden, die einen lebensfähigen, aufeinander bezogenen Bevölkerungsquerschnitt aufweisen.

Die statistischen Untersuchungen, die Scharouns Assistenten am Institut für Städtebau durchgeführt haben, haben wir im Zusammenhang mit der städtebaulichen Darstellung von Charlottenburg-Nord bereits beschrieben. ←S.414

Scharouns ursprüngliche, auf der sozialstatistischen Untersuchung seiner Assistenten beruhende Planung der Wohngehöfte sah ein um eine Grünfläche gruppiertes Geviert von Gebäuden vor, deren Höhe zwischen 1 und 11 Geschossen schwankte. Eine schematische Skizze zeigt die Anlage des in der Mitte zusammengeschnürten Gehöfts mit der Geschoßstufung der Gebäude und der Anzahl der in den einzelnen Gebäudeteilen unterzubringenden Personen. Insgesamt sind 649 Bewohner zu zählen. Die Schemaskizze läßt erkennen, daß Scharoun an ein Typenprogramm von Wohnungen denkt, das dem seiner früheren städtebaulichen Planungen entspricht. Neben den 1geschossigen Einfamilienhäusern erkennt man 2geschossige Reihenhäuser, den *Sägetyp* und doppelgeschossige Laubengangwohnungen.

Zum Entwurf der Grundrisse ist Scharoun in dieser Planungsphase wegen des geschilderten „Zeitdrucks" nicht gekommen. Seine Grundrißarbeit beginnt erst nach der städtebaulichen Änderung.

Die Zerteilung des Gesamtgeländes in zwei Planungsbereiche, die Beschränkung auf reinen Wohnungsbau und die Forderungen des Tiefbauamts lassen nur eine verstümmelte Form der Wohngehöfte zu. Die „wissenschaftliche" Grundlage zur Bestimmung der Wohnungsmischung und der Größe der Gehöfte verliert damit ihren Sinn. Totzdem versucht Scharoun auch

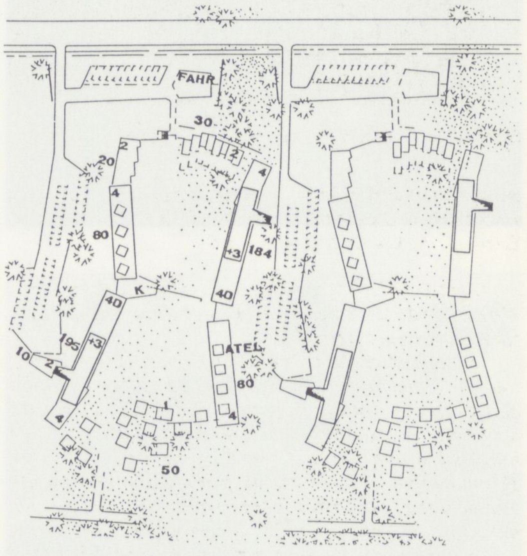
Daraus wurden Haushalts- und Wohnungstypen-Aufschlüsselungen ermittelt und Anhaltspunkte zu einer Grundrißgestaltung der verschiedenen Wohnungen, unter Berücksichtigung der Haushaltszusammensetzung, gewonnen.

Jene „Zeitnot" jedoch, die heute oft als Abstraktum von ganz anderen Ansprüchen in Dienst genommen wird, beeinträchtigte die Arbeit am Konzept, somit auch das Konzept selbst und schließlich die bauliche Realisation. Dies betrifft die Lösung dem Inhalt und der Gestaltung nach. Es betrifft die notwendige Differenzierung und Nuancierung der Grundrisse, die Zusammenordnung der Wohnungen im Sinne der „Mischung", die Nutzung der verschiedenartigen Bautypen vom Einfamilienhaus bis zum „Hotel". Die Folge ist, daß die ursprüngliche Einheit der Wohngehöfte gesprengt wurde, was nicht nur einen Verlust der anschaulichen Gestalt, sondern auch einen Verlust einer lebendig ineinander wirkenden und einheitlichen Struktur nach sich zieht.

Die Wohngehöfte sind der einheitlichen Bedeutung nach die unteilbaren Einheiten unteren Grades, was mit den Fragen einer Konzentration oder Auflockerung dieser städtebaulichen Elemente nichts zu tun hat. Ihr Maß wird gesetzt durch Größe, Wesen und Funktion der Stadt, der sie jeweils angehören – in dem gezeigten Beispiel Charlottenburg-Nord ist das Bewußtsein um großstädtisches Wohnen eine der Grundlagen der Gestaltung. Das Maß wird ferner gesetzt durch die biologische oder soziale Familie und durch die Berufsarten.

Umfang und Wesen der Wohngehöfte ändern sich also mit dem entsprechenden Charakteristikum der jeweiligen Stadt. In der Großstadt entsprechen sie in ihrer Wesenheit sowohl demjenigen Stadtteil, dem sie zugeordnet sind, als auch dem Stadtganzen. Hier wandeln sich in reicherer Weise Charakter und Umfang der Wohngehöfte. Sie werden so zum Konstruktionselement eines Stadtgefüges, sie ermöglichen den kritischen Vergleich der Städte untereinander, und sie verhindern ein zu weitgehendes Einerlei anderer Städte miteinander vom Grundsätzlichen her.

Für Berlin ergab sich schon bei einer auffallend geringen Anzahl von Wohnungseinheiten, daß fast alle Wohnbedürfnisse und fast aller Wohnbedarf – auf der Grundlage der vier untersuchten Stadtbezirke – in einer Wohngehöftseinheit erfaßt sind. Die Zahl wurde mit 310 Wohneinheiten je Wohngehöft festgelegt, unter Berücksichtigung einiger Entwicklungstendenzen. Wandlungen – wie sie in der Folge erscheinen – werden auch in der Struktur der Wohngehöfte sichtbar. Das Individuum bleibt dabei in einer lebendigen und wesenhaften Beziehung zum Stadtgefüge. So wird „Schein" ständig durch „Sein" überwunden.



→B 91 Hans Scharoun (1954): Die Wohngehöfte für Charlottenburg-Nord mit 310 Wohnungen im ersten Entwurf. Um eine Grünfläche sind verschieden hohe Gebäude gruppiert. Die Ziffern innerhalb der Grundrisse geben die Geschoßhöhe an (D = Doppelgeschoß), die außerhalb die Anzahl der Wohnungen

→A 74

→S.508

Teile eines Wohngehöfts in Charlottenburg-Nord (1989) ←B 92

bei seinem zweiten Entwurf, eine möglichst große Vielfalt von Wohnungen zu planen. Bevor er seine Entwürfe ausarbeitet, erhält er von der GSW eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen, denen diese genügen müssen.

Grösse der Wohnungen (Bestimmungen über die Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Berlin vom 19.Juni 1954/17.Dezember 1954)

(1) Die Wohnfläche der Wohnungen soll in der Regel mindestens 4o qm und höchstens 8o qm betragen. Sie kann bei Wohnungen für kinderlose ältere Ehepaare bis auf 32 qm und für Alleinstehende bis auf 26 qm unterschritten werden. Eine Überschreitung bis auf höchstens 12o qm kann zugelassen werden, wenn die entstehende Wohnung für die Unterbringung einer grösseren Familie (ab 5 Personen) geeignet ist oder die Voraussetzungen der Nr. 1 Abs. 6 Buchst.b vorliegen.

(2) Für Wohnungen in Eigenheimen und Kaufeigenheimen gelten die Wohnflächenbegrenzungen des Absatzes 1 sinngemäss mit der Maßgabe, dass die Wohnfläche der vom Eigentümer selbst zu nutzenden Wohnung mindestens 5o qm betragen muss und gegebenenfalls einschliesslich zweiter Wohnung der Einlieger-Wohnung 15o qm nicht überschreiten darf.

(3) Grundsätzlich sind nachstehende Wohnflächen anzustreben:

	mindestens	höchstens
für eine Person (Einbettwohnungen)	26 qm	32 qm
für 2 Personen (Zweibettwohnungen	32 qm	5o qm
für 3 Personen (Dreibettwohnungen)	45 qm	6o qm
für 4 Personen (Vierbettwohnungen)	55 qm	7o qm
Für 5 und mehr Personen (Fünf- und Mehrbett-Wohnungen)	ab 65 qm	

Für die Gestaltung der Räume ist DIN 18o11 (Stellflächen für Möbel und Öfen im sozialen Wohnungsbau) zugrunde zu legen. Die Grösse der Nebenräume und der Küchen soll bei

Zweibett- und kleineren Wohnungen	3o %
Dreibett- und grösseren Wohnungen	25 %

der Gesamtwohnfläche nicht übersteigen. Ein Zimmer muss jedoch grösser als 18 qm sein. Alle Wohnungen sollen nach Möglichkeit einen Balkon oder eine Loggia haben.

(4) Räume von mindestens 1o qm Wohnfläche gelten als Zimmer, Räume von mindestens 6 qm Wohnfläche als Kammern (halbe Zimmer). Die kleinste lichte Weite muss mindestens 2,1 m betragen.

(5) Die Wohnfläche ist nach den Vorschriften der §§ 25 bis 27 der Verordnung über Wirtschaftlichkeits- und Wohnflächenberechnung für neugeschaffenen Wohnraum (Berechnungsverordnung) vom 2o. November 195o (BGBI S. 753/GVBI S. 1169) zu berechnen.

(6) Für die lichte Höhe gelten die Bestimmungen des /§26 Nr. 4 der Bauordnung für die Stadt Berlin.

Die Größe der für die GSW entworfenen Wohnungen schwankt zwischen 1 und 4 Betten. Sie sind nach verschiedenen Himmelsrichtungen ausgerichtet und werden über Laubengänge oder unterschiedlich dimensionierte Treppenhäuser erschlossen. Scharoun versucht eine *Symbiose* von Haushalten, die sich auf das Innere der Wohnungen bezieht, indem einige Grundrisse für Wohngemeinschaften vorgesehen sind, und auf ihre Kombination, indem er an den *Treppenhausdielen* verschieden große Wohnungen nebeneinanderlegt, die die gegenseitige nachbarliche Hilfe bei der Betreuung von Kranken, Alten und Kindern erleichtern soll. Andere geplante Wohnungskombinationen, bei denen zwei selbständige Wohnungen durch Türen miteinander verbunden sind, werden nicht gebaut.

Die grafische Übersicht über die 36 unterschiedlichen Grundrisse mutet wie eine Baukasten an. Die große Anzahl der Grundrisse kann jedoch bei näherem Hinsehen nicht über ihre Ähnlichkeit hinwegtäuschen. Die Wohnungstypen werden nach 6 unterschiedlichen Haushaltstypen aufgeschlüsselt: Selbständige (A), Angestellte (B), Arbeiter (C), Berufslose (D), Wohngemeinschaften (E) und Personen über 65 Jahre (F). Daß Wohngemeinschaftswohnungen gleichwertige Individualbereiche erfordern oder Altenwohnungen im Erdgeschoß vorteilhaft sind, ist einleuchtend, schwieriger sind die Unterschiede zwischen den Anforderungen einer vierköpfigen Angestellten- und einer ebenso großen Arbeiterfamilie nachzuvollziehen.

Da die Wohnungen nicht nur der Bauordnung, die in Berlin (West) gilt, sondern auch den Förderungsrichtlinien des sozialen Wohnungsbaus unterliegen, sind die Wohnungen überwiegend rechtwinklig geschnitten, Einbauschränke nicht vorgesehen und die Stellflächen für die Standardmöblierung nachgewiesen. Trotzdem sind die Wohnungen gut organisiert. Schlafbereiche und Wohnbereiche sind getrennt. In den Räumen, in denen die Betten stehen, sind immer auch Arbeitsplätze am Fenster vorgesehen. Geht

man die Wohnungsliste horizontal durch, so findet man im wesentlichen gleiche, aber immer anders geschnittene und belichtete Wohnungen mit der gleichen Bettenzahl. Viele Wohnungen haben über die Küchen innere Rundgänge. Die Küchen können innen liegen, weil sie über die Eßplätze belichtet sind und sie so als Räume zum dauernden Aufenthalt gezählt werden können.

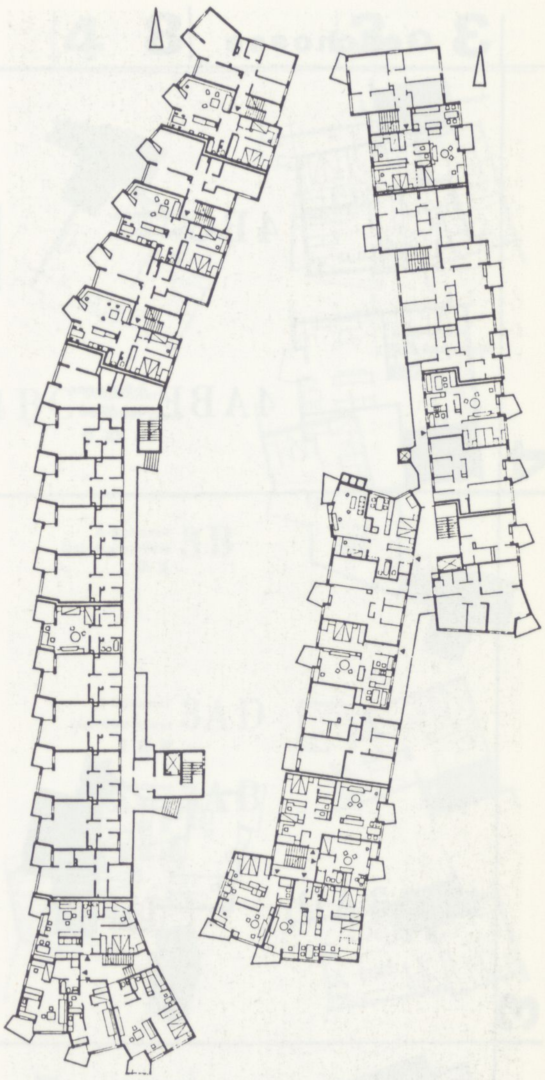
Da die Wohnungsbaugesellschaften wegen ihrer Gemeinnützigkeit die zusätzlichen Einrichtungen wie Arbeitsräume und kulturelle Institutionen nicht bauen dürfen und sie auch nur Schwierigkeiten in der Verwaltung hervorrufen, ist bei den Wohngehöften letztlich alles weggefallen, was man mit dem Wort „Gehöft" assoziiert, nämlich eine wirtschaftende Einheit.

Die Differenzierung der Geschosse wird in dem zweiten Entwurf auf 3 bis 8 gegenüber 1 bis 11 im ersten Entwurf eingeschränkt. Die ursprünglich durch die Gebäudeteile gefaßten grünen Höfe sind in der Ausführung nach Norden und Süden hin offen und zudem noch durch den Heilmannring zerschnitten. Die Gebäudeteile ähneln dadurch verbogenen Zeilenbauten. Wie Höfe wirken heute eher die durch die Waschhäuser nach Norden abgeschlossenen Parkflächen für die Autos.

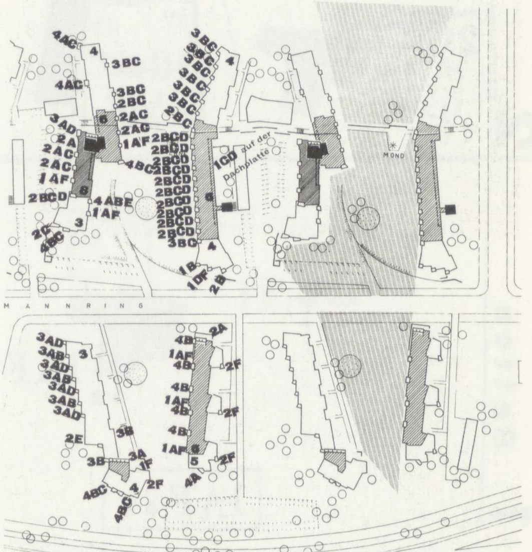
Die Vergabe der Wohnungen durch die GSW erfolgt wie bei „normalen" Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus. Es wird nicht nach Selbständigen, Angestellten, Arbeitern, Berufslosen, Wohngemeinschaften oder Alten unterschieden, wie es die maßgeschneiderten Grundrisse nahegelegt hätten, sondern nach Nationalität, Wohnberechtigungsschein und dem berühmten „guten Eindruck", den die Wohnungssuchenden machen sollen. Die feinen Differenzierungen bei der Grundrißarbeit verlieren so ihren Sinn.

Die soziale Mischung, die Scharoun durch seine Planung herstellen wollte, um den Ghettocharakter von Neubaugebieten des sozialen Wohnungsbaus zu vermeiden, ist eine wesentliche Qualität der Altbaugebiete, in denen unterschiedliche, aber nicht allzusehr differenzierte Mietflächen angeboten werden, die auf vielfältige Weise zu nutzen sind. Diese Mischung haben Scharouns Assistenten mit ihrer sozialstatistischen Untersuchung zu bestimmen versucht, um sie in den Neubaugebieten nachstellen zu können. Die Mischung, die von denen, die das „Neue Berlin" entwerfen, als „Chaos" bezeichnet wird, das sie ordnen wollen, ist aber nicht nur eine sozialer Schichten, geschweige denn eine von 6 verschiedenen Haushaltstypen, sondern vor allem eine funktionale Mischung. Das Beispiel von Meyer's-Hof im 2. Band der Geschichte des Berliner Mietshauses, wo genauso viele Menschen wohnten wie in einem von Scharoun geplanten „Gehöft", hat dies deutlich gemacht.

Scharouns Absicht bei der Planung von Charlottenburg-Nord war es, *Wohngehöfte mit großstädtischer Atmosphäre* zu schaffen – eine Atmosphäre, die der heutige Besucher des Wohngebiets vergeblich sucht. Ein atmosphärischer Unterschied zu den Zeilenbauten der benachbarten Ringsiedlung ist nur schwer auszumachen. Wenn es doch einen geben sollte, so erklärt er sich möglicherweise aus dem unterschiedlichen Durchschnittsalter der Bewohner. Die Atmosphäre beider Siedlungen erscheint ruhig, friedlich und etwas langweilig, mit Großstadt hat sie nicht viel zu tun, sondern eher mit Peripherie.

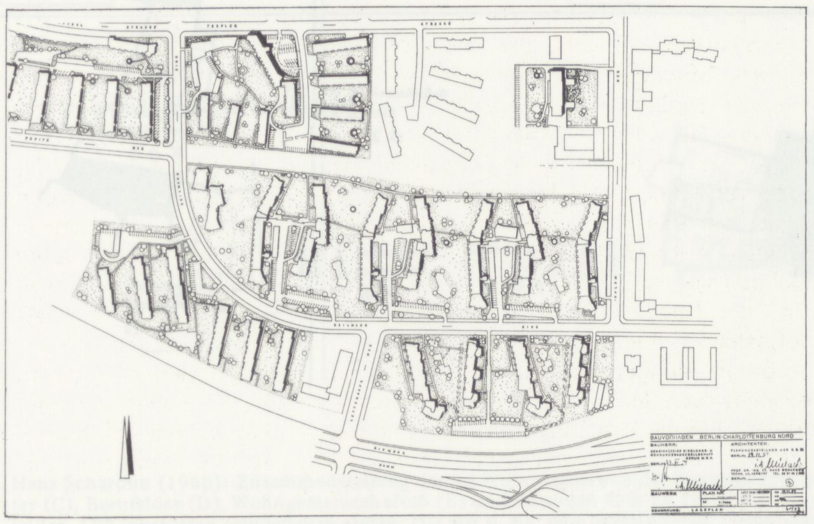


→B 93 Hans Scharoun: Grundrisse eines Wohngehöfts nördlich des Heilmannrings (M 1:1000)

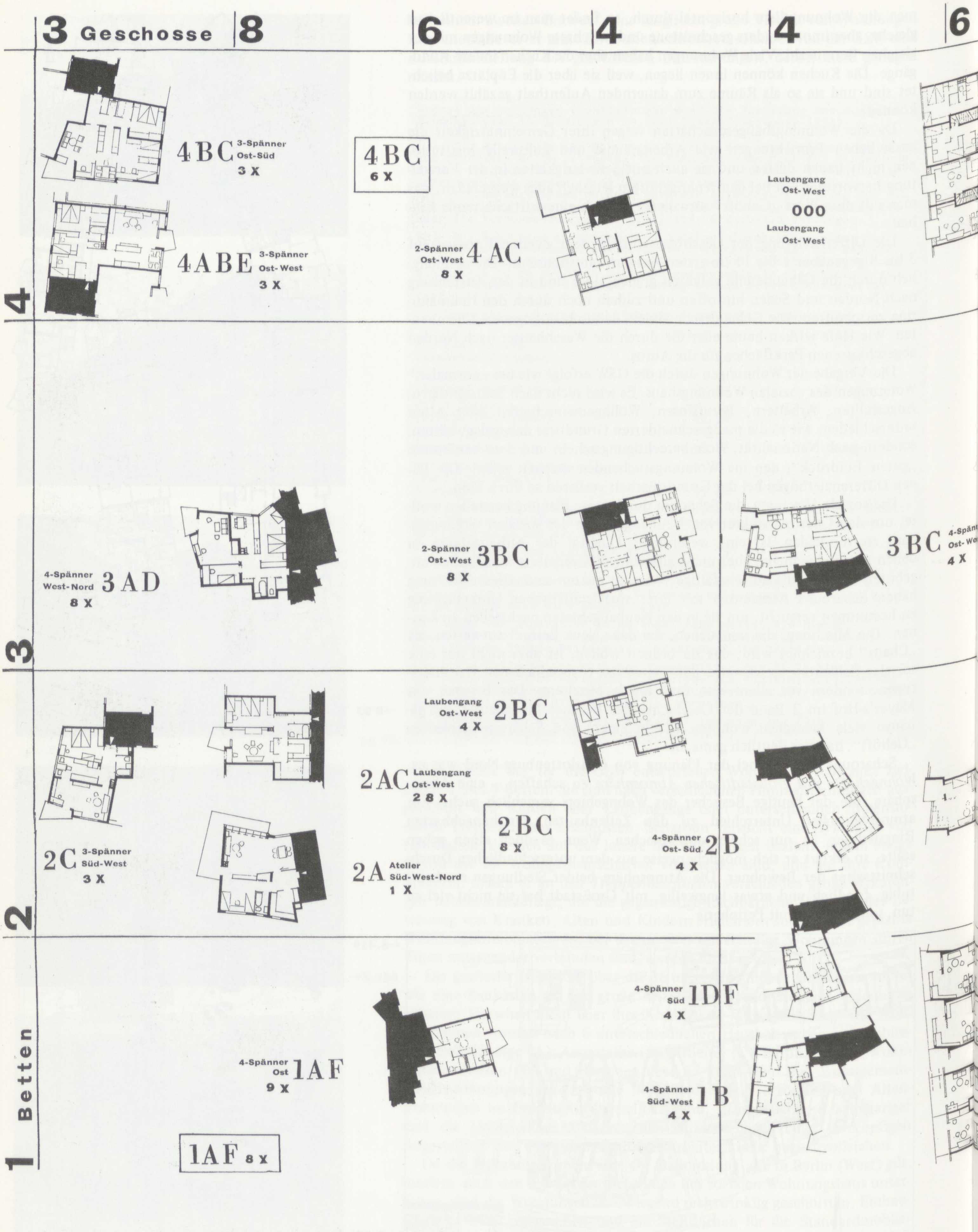


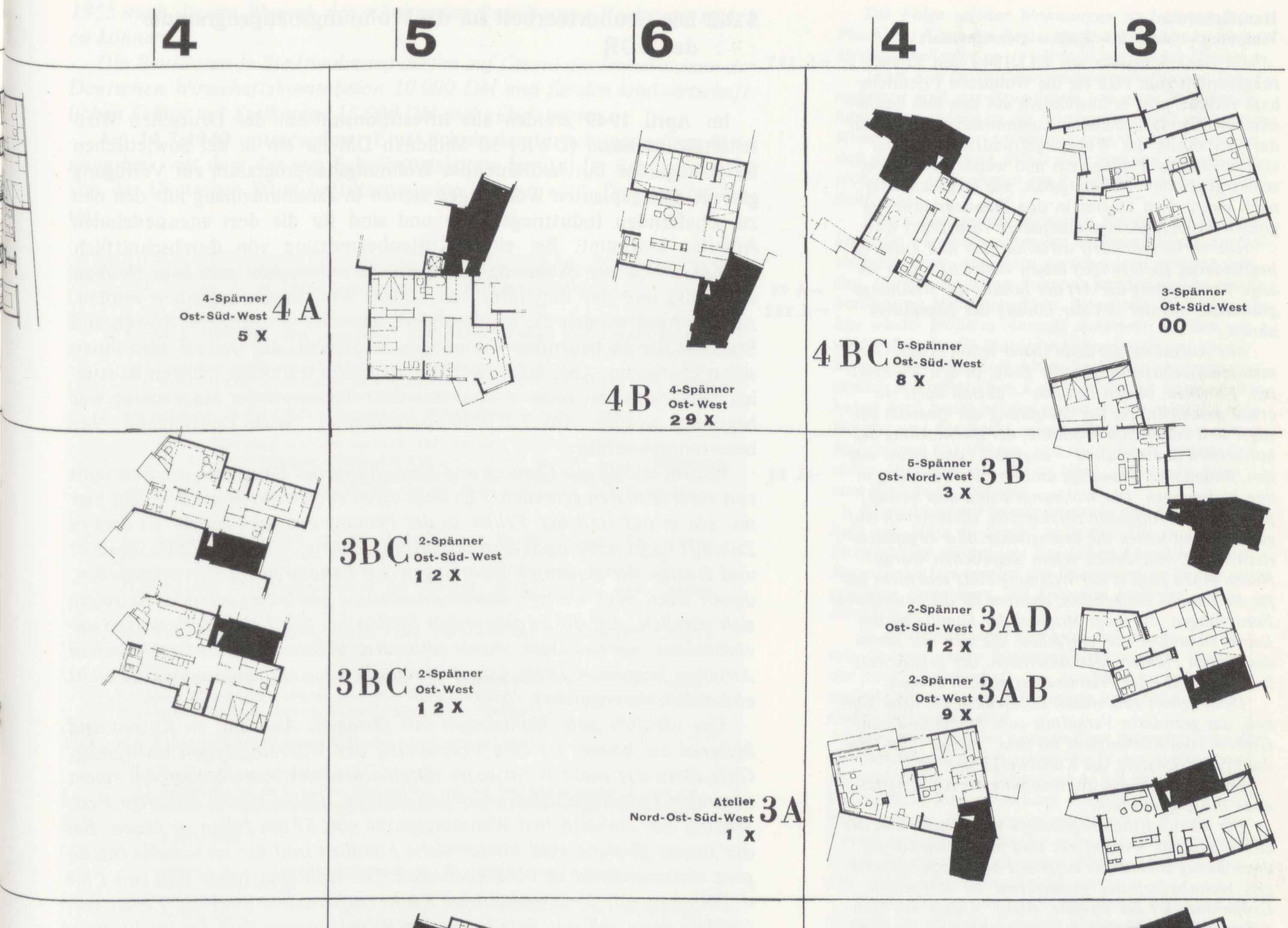
←S.419

→B 94 Zwei der die Grünflächen östlich und westlich begrenzenden und durch den Heilmannring zerschnittenen Wohngehöfte. Die Ziffern und Buchstaben beziehen ←B 95 sich auf die umseitig dargestellten Wohnungstypen



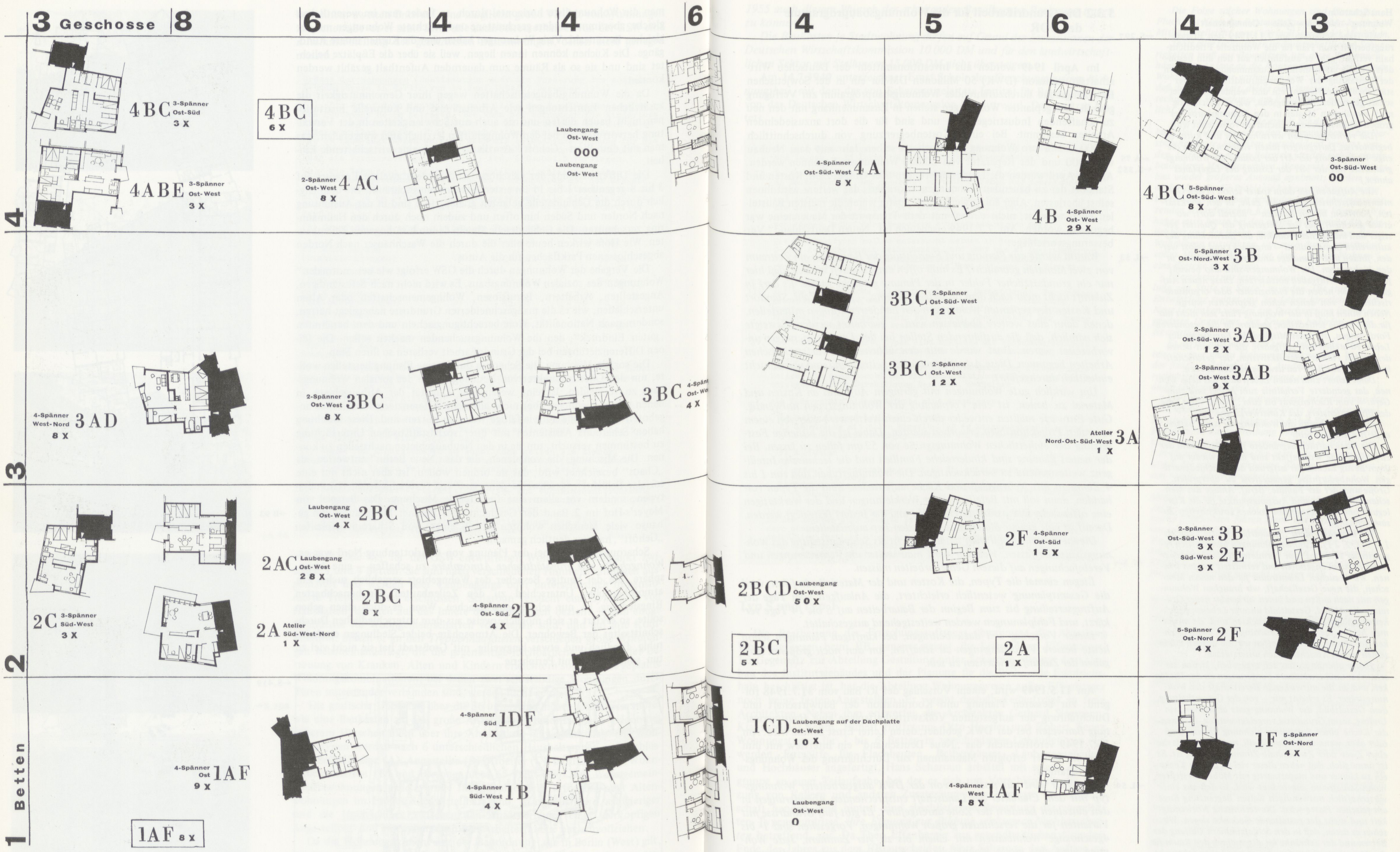
Lageplan des von der GSW bebauten Teils von Charlottenburg-Nord


3 Geschosse 8
6
4
4
6
4BC 3-Spänner Ost-Süd 3 X
4BC 6 X
Laubengang Ost-West
000
Laubengang Ost-West
4ABE 3-Spänner Ost-West 3 X
2-Spänner Ost-West 4 AC 8 X
4
4-Spänner West-Nord 3 AD 8 X
2-Spänner Ost-West 3BC 8 X
3BC 4-Spänner Ost-West 4 X
3
Laubengang Ost-West 2BC 4 X
2AC Laubengang Ost-West 28 X
2BC 8 X
2C 3-Spänner Süd-West 3 X
2A Atelier Süd-West-Nord 1 X
4-Spänner Ost-Süd 2B 4 X
2
4-Spänner Süd 1DF 4 X
4-Spänner Ost 1AF 9 X
4-Spänner Süd-West 1B 4 X
1AF 8 X
1 Betten



Hans Scharoun (1960): Zusammenstellung der 36 Wohnungstypen der Wohngehöfte in Charlottenburg-Nord für Selbständige (A), Angestellte (B), Arbeiter (C), Berufslose (D), Wohngemeinschaften (E) und Personen über 65 Jahre (F), die eine soziale Mischung und eine „großstädtische Atmosphäre“ wie in den Altbaugebieten ermöglichen sollen. Die mit 0, 00, 000 bezeichneten Typen wurden nicht ausgeführt, Kästchen um Typenbezeichnungen = Grundriß hier nicht dargestellt

←B 96



Hans Scharoun (1960): Zusammenstellung der 36 Wohnungstypen der Wohngehöfte in Charlottenburg-Nord für Selbständige (A), Angestellte (B), Arbeiter (C), Berufslose (D), Wohngemeinschaften (E) und Personen über 65 Jahre (F), die eine soziale Mischung und eine „großstädtische Atmosphäre" wie in den Altbaugebieten ermöglichen sollen. Die mit 0, 00, 000 bezeichneten Typen wurden nicht ausgeführt, Kästchen um Typenbezeichnungen = Grundriß hier nicht dargestellt
←B 96

Hans Scharoun:
Wohnung – Mensch – Zelle – Gemeinschaft

Als Hans Scharoun am **7.11.1949** den Erläuterungsbericht zum Plan für die Wohnzelle Friedrichshain verfaßt, geht er ausführlich auf den ihm besonders wichtig erscheinenden Zusammenhang zwischen der Gestaltung der Wohnungsgrundrisse und der städtebaulichen Planung ein und wendet sich dabei scharf gegen den Wohnungsbau, wie er gleichzeitig nach bewährtem Muster in den Planungsbüros der großen Wohnungsbaugesellschaften vorbereitet wird. ←S.297

(Die vorhergehenden wirtschaftlich und kulturell begründeten Darlegungen lassen vielleicht schon die enge Verknüpfung der Art der Lösung der Wohnungsgrundrisse mit der Art der Lösung des Lageplanes ahnen.) ←A 75 ←S.352

Alle Aufgaben, die dann später schon in den Gemeinschaftseinrichtungen der Zelle, in den Werkstätten, Fabriken, in den Schulen – überall dort, wo etwas geschieht, das der Steigerung der Qualität geistiger und materieller Produkte, der Entwicklung des kulturellen Standes dient – angepackt und gelöst werden, finden ihre Grundlage und ihre Vorbereitung in den Wohnungen. Die Wohnungen sind also bewußt für die neuen Aufgaben einzusetzen. Diese neuen Aufgaben treten neben die biologischer oder organisatorischer Art, von denen schon gesprochen wurde. Neben ihnen muß in der Wohnung Platz sein nicht nur für die Familie schlechthin, sondern für die besonderen Forderungen, die jedes Mitglied der Familie an das Leben zu stellen hat, Aufgaben, die sich mit denen des jungen Pioniers, des Aktivisten, der gesellschaftlichen Aufgabe der Frau usw. begrifflich decken.

Dann gehört zum neuen Leben auch das neue Wohnen, das geänderte Verhältnis zum Möbel und zum Gerät – vom Küchengerät bis zum „Luxus", der Vase, des Blumenfensters, des Kunstwerks usw. us.

Für alles dies muß die Wohnung der neue, befreiende Hintergrund sein.

Die wirtschaftlich begründete Wohnfläche und der zu verlangende Wohneffekt sind immer wieder auf ihren Bezug zueinander aufgrund der verschiedenartigen Wohnbedürfnisse genauestens zu überprüfen. Größe und Art der Familie, Beruf, Anlage des Menschen und anderes sind Ausgangspunkte für die Klarlegung und die Gestaltgabe solcher strukturellen Zusammenhänge.

Wir brauchen nicht „Grundriß-Schnitte", die als 1, 1 1/2, 2, 2 1/2-Zimmerwohnungen bürokratisch registrierbar sind und vom Vermieter in überkommener Weise bequem angeboten und vermittelt werden können. Wir brauchen Lebensraum für den neuen Menschen, die neue Gesellschaft; wir brauchen Wohnungen mit nach außen und innen wirkender neuer Ordnung, die Abbild, Gestaltbild unserer Lebensmöglichkeiten und unserer Lebensabsichten sind, sie mitformen helfen. Sie stellen Forderungen an das Mitdenken der Mieter, aber das hoffen wir, sie werden ihn in seinen reinen Absichten auch unterstützen.

Heute allerdings, das sei zugegeben, stellen sie scheinbar unüberwindbare Forderungen an das Mitdenken und an die mitwirkende Bereitschaft der Wohnungsträger. Es scheint mir – von der Gesamthaltung, dem Gestaltbild, der Wohnung ganz abgesehen, ein Unding, wenn Grundrisse vorgelegt werden, in denen die Küche einer Einzimmer-Wohnung ebenso groß oder aber, wenn es der Zufall will, noch größer als die einer Zwei- oder Zweieinhalb-Zimmerwohnung ist. Es ist unmöglich, daß neben dieser viel zu großen Küche ein zu kleiner und magazinartig mit Möbeln bestellter Wohn-Schlafraum angeordnet wird, so daß aus einer wirtschaftlich notwendigen weisen Begrenzung Enge am falschen Platze wird. Die technische Notwendigkeit und nicht der gestaltende Gedanke siegen. Wir sehen es daran, daß in den Schlafzimmern Umfang der Betten und der Schränke im allgemeinen den Raum für den Menschen erkämpfen, den er zum Leben gebraucht. Im Wohnraum, für den diese großen klaren Möbel nicht gegeben sind, wird der Rest des notwendig Erscheinenden irgendwie zusammengepfercht. Zwischen diesen Möbel-Garnituren kann sich gestaltendes Leben – im Kreise der Familie und im Kreise der selbstgewählten Freundschaft – nicht erfüllen.

5.3.2 Die Grundrißarbeit für die Wohnungsbauprogramme der DDR

Im **April 1949** werden aus Investitionsmitteln der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) 50 Millionen DM für ein in der Sowjetischen Besatzungszone durchzuführendes Wohnungsbauprogramm zur Verfügung gestellt. Die geplanten Wohnungen stehen in Zusammenhang mit den neu zu schaffenden Industriegebieten und sind für die dort anzusiedelnden Arbeiter bestimmt. Bei einer Kostenbegrenzung von durchschnittlich 10.000,– DM pro Wohnung soll noch im selben Jahr mit dem Neubau von 5000 und der Reparatur von 20.000 Wohnungen begonnen werden. Anfang April werden die Landesregierungen über Größe, Zahl, Kosten und Standort der zu bauenden Wohnungen informiert, das weitere wird ihnen selbst überlassen. Aber auch zwei Monate später waren die meisten Baustellen noch verwaist, nicht einmal mit dem Transport der Mauersteine war begonnen worden. Am **7.7.1949** erscheinen im „Neuen Deutschland" Verbesserungsvorschläge:

→L 53 *Warum wurde zur Planung und Einrichtung der Baustellen ein Zeitraum von zwei Monaten gebraucht? Es muß offen eingestanden werden, daß hier nur ein grundsätzlicher Fehler in der Planung gemacht wurde. Es darf in Zukunft nicht mehr nach dem bisherigen Schema, – Größe, Zahl, Standort und Kosten der geplanten Wohnungen den Landesregierungen mitzuteilen, denen dann alles weitere überlassen wird – gearbeitet werden. Es zeigte sich nämlich, daß die ausführenden Stellen bei den Landesregierungen unvorbereitet waren. Dort wurde mit den üblichen entwurfstechnischen Arbeiten begonnen. Diese Arbeit ist natürlich zeitraubend und wurde nicht einheitlich durchgeführt.*

Um wirklich gute Wohnungen mit geringem Aufwand an Kosten und Material zu bauen, ist eine Vorplanung der Wohnungstypen notwendig. Gute Entwürfe müßten entweder durch einen Wettbewerb oder von einem zentralen Projektionsbüro erworben werden. Dabei ist die bisherige Festsetzung der einheitlichen Wohnungsgröße von 52 qm fallen zu lassen. Bei der neuen Planung sind kinderreiche Familien und die technische Intelligenz weitestgehend zu berücksichtigen. Die Wohnungstypen sind von 1 bis 4 Zimmern mit Nebengelaß und Küche aufzuteilen. Sind die Typen vorhanden, dann soll mit Beteiligung der Werkleitungen und der Werktätigen eine öffentliche Diskussion durchgeführt und der Bedarf festgelegt werden. Darauf ist eine genaue Materialliste für jeden Typ aufzustellen.

Diesen Vorschlag soll man natürlich nicht als Schematisierung des Wohnungsbaues auffassen, vielmehr wird man weiter an Verbesserungen und Vereinfachungen auf diesem Gebiet arbeiten müssen.

Liegen einmal die Typen, die Kosten und der Materialbedarf fest, wird die Gesamtplanung wesentlich erleichtert, die Anlaufzeit vom Tage der Auftragserteilung bis zum Beginn der Bauarbeiten auf 8 bis 14 Tage verkürzt, und Fehlplanungen werden weitestgehend ausgeschaltet.

Dieser Vorschlag soll dazu beitragen, bei künftigen Planungen schon heute bessere Vorbedingungen zu schaffen, um den noch größeren Aufgaben der Zukunft gewachsen zu sein.

Am **11.5.1949** wird, einem Vorschlag der IG Bau vom **31.7.1948** folgend, zur besseren Planung und Koordination der Bauwirtschaft und Durchführung der aufgestellten Volkswirtschaftspläne eine *Hauptverwaltung Bauwesen* bei der DWK gebildet, deren Leiter Ernst Scholz wird. Am **16.7.1949** veröffentlicht das „Neue Deutschland" ein Interview mit ihm über die bisher erfolgten Maßnahmen zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms:

→L 54 *Zur Zeit wird nur noch ein von der DWK ausgearbeiteter Wohnungstyp mit dem Charakter der Landschaft entsprechenden Abänderungen in den einzelnen Ländern der Zone durchgeführt. Es gibt fünf Grundrisse mit Varianten für die verschieden großen Wohnungen. Vorgesehen sind 1- bis 4geschossige Wohnbauten mit einem bis zu vier Zimmern. Jede Wohnung wird eine große Wohnküche mit Kochnische sowie eine Innentoilette haben. Wenn im Augenblick Badeeinrichtungen noch nicht eingebaut werden könnten, meinte Herr Scholz, so würde jede Wohnung doch zumindest eine Duschanlage oder ein Waschbecken besitzen. (. . .) An den Einbau von Möbeln hätte in diesem Jahr aus finanziellen Gründen noch nicht gedacht werden können. Jedoch glaubt die DWK, bis zum Jahre*

1955 auch diesem Wunsch der arbeitenden Bevölkerung Rechnung tragen zu können.

Die Baukosten je Stadtwohnung dürfen auf Grund der Investitionen der Deutschen Wirtschaftskommission 10 000 DM und für den landwirtschaftlichen Sektor mit Stallungen 15 000 DM nicht übersteigen.

Am **14.7.1949** unterzeichnet Ernst Scholz den *Forschungsauftrag Wohnungsbau*, mit dem das von Scharoun geleitete Institut für Bauwesen (IfB) von der Deutschen Wirtschaftskommission betraut wird. Der Auftrag lautet:

I. Es sind Wohnungstypen zu entwickeln mit maximal 52 qm Nutzfläche und 10.000,-- DM Investitionskosten je Wohnungseinheit.

II. Es ist die beste Wohnform zu finden, die mit dem geringsten Aufwand an Baukosten bei den gegebenen wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten geschaffen werden kann. Das Verhältnis von Leistung und Aufwand muss dabei klar in Erscheinung treten.
Als dringlichste Aufgabe ist zunächst eine Untersuchung der Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung vorzunehmen, wobei auf die verschiedenen Bedürfnisse besonders eingegangen werden muss.

Die Wohnungstypen sollen untersucht werden in den Formen des 2- bis 4-geschossigen Reihenhauses, und zwar als a) Zweispännertyp, b) Dreispännertyp, c) Vierspännertyp, d) Laubenganghaus unter Berücksichtigung der Zeilenbebauung in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung.

III. Auf beste technische und wirtschaftliche Durchführung, Verwendung genormter Bauteile und Fertigkonstruktionen unter Vermeidung knapper und schwer zu beschaffender Baustoffe, auf zweckmässigste Planung der Wohnungselemente bei Küchen, Kochnischen, Bad, Brause, Abort, Heizung etc. ist besonders zu achten.

IV. Die Vorentwürfe dieser Typen sind zusammen mit Kostenüberschlägen und kurzen Erläuterungsberichten bis zum 1. September 1949 vorzulegen.
Der zweite Teil der Aufgabe muss die Durcharbeitung aller Einzelheiten, die sich sowohl auf die Konstruktionen als auch auf die betriebstechnische Durchführung beziehen, enthalten.

V. Als Endergebnis dieser Aufgabe sind vorzulegen:

1) Schematischer Lageplan 1 : 500
2) Grundrisse mit allen Einzelheiten in konstruktiver Hinsicht, Massen, Einrichtungsgegenständen und Möblierungsvorschlägen 1 : 50
3) Ansichten 1 : 100
4) Schnitte 1 : 50
5) genaue Kostenanschläge nach z. Zt. gültigen Richtlinien
6) Materialauszüge
7) Erläuterungsberichte mit evtl. erforderlichen statischen Berechnungen.

Die ausgearbeiteten Typen sind in einer Tabelle zusammenzufassen, in der Angaben über bebaute Fläche, Nutzfläche, Wohnfläche und andere charakteristische Merkmale aufzuzeigen sind. Termin für die endgültige Fertigstellung ist der 31. Dezember 1949. Über den Fortgang des zweiten Teiles der Aufgabe ist am 15. Oktober und 1. Dez. Zwischenbericht zu erstatten.

Typ S und Typ T

Die Bearbeitung des Forschungsauftrages übernimmt die Abteilung Wohnungswesen beim IfB, genauer gesagt, ihr Leiter Theo Effenberger. Im Gegensatz zur Abteilung Gestaltung unter Scharoun, die mit dem Umbau des Institutsgebäudes und der Planung für die Wohnzelle Friedrichshain beschäftigt ist, hat die Abteilung Wohnungswesen außer Effenberger noch keine festen Angestellten. Er vergibt deshalb Teilaufträge an freie Architekten. Neben ihm entwerfen die Architekten Gerhard Siegmann, Klaus Müller-Rehm, Hubert Hoffmann, Otto Haesler und Robert Tepez Wohnungstypen für 1 bis 6 Betten in verschiedenen Gebäudetypen. Es werden Entwürfe für Flachbauten, Reihenhäuser, Laubenganghäuser und Hochhäuser angefertigt. Hans Scharoun arbeitet mit seiner Arbeitsgruppe an einer Teilaufgabe, bei der es sich um Vorschläge für die Nutzung von Kellern und anderen Zusatzräumen im Interesse der Gemeinschaft handelt, und nimmt eine abschließende Bewertung der vorgelegten Typengrundrisse, *ihre Eignung zur Bildung wirksamer Nachbarschaften* betreffend, vor. Da Theo Effenberger aus gesundheitlichen Gründen Ende des Jahres aus dem IfB ausscheidet, führt Scharoun den Auftrag zu Ende. Zur Bewertung der 23 eingereichten Entwürfe stellt Scharouns Arbeitsgruppe 13 Kriterien auf, die die gemeinschaftsbildenden und individualitätsfördernden Qualitäten der Wohnungen erfragen sollen.

Nach diesen Kriterien erweisen sich 3 Entwürfe mit gleicher Punktzahl als die besten. Zwei stammen von Otto Haesler, der seit **August 1946** den

Die Folge solcher Wohnungen sind Platzangst, Flucht ins Kino, ins Restaurant und Verlust kostbarer Mithilfe vielleicht sonst wertvoll werdender Menschen.

Trotz aller technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten muß aus Bewußtsein um diese Zusammenhänge von Anfang an die Konzeption einer wirksamen Wohnungsstruktur vorhanden sein. Es geht nicht an, daß die Möglichkeit, dieses oder jenes zu tun, durch technische Maßnahmen am Rande eben noch ermöglicht wird.

Nun sollten gerade die ersten Schritte auf dem Gebiete des wiedererwachenden Wohnungsbaues zur Darstellung dieser Absichten entscheidend genutzt werden. Gerade die ersten Beispiele werden sich in einem besonderen Maße auswirken. Wenn erst der Wohnungsbau wieder größeres Ausmaß annimmt, werden wir weder Zeit für die Probleme haben, noch uns um die bereitwillige Mitarbeit der anderen sehr breit einzusetzenden schöpferischen Kräfte kümmern können. Wir haben auch heute bei den ersten Wohnungen die Möglichkeit und das Recht, ausgewählte Bewohner diesen Wohnungen zuzuführen, um auch durch verständnisvolles Mitgehen der Mieter dem „Neuen Wohnen" eine Bresche zu schlagen.

Es erscheint mir immer unsinnig, von der „Entwicklung von Stufe zu Stufe" zu reden. Die stufenweise Entwicklung zwingt uns das Leben hinreichend auf. Neue Gedanken werden zur Durchsetzung immer eines gewissen Ungestüms, der Eruption bedürfen – wie Revolution.

Es dürfte nun wohl klar sein, daß unsere Absichten, in einer neuen Wohnungsstruktur dem Wollen der neuen Gesellschaft den Ausdruck zu geben, nur realisierbar sind, wenn Wohnung und Zelle aufeinander abgestimmt sind.

Ich sprach von der notwendigen Intensivierung der Wohndichte bei gleichzeitiger Weite der Außenräume. Da ist es nicht ohne Belang, ob es bei Beachtung aller Faktoren im Zusammenhang möglich ist, einen wirkungsvolleren Wohnungsgrundriß mit 4 Betten bei 5 m Frontbreite zu schaffen statt mit 6 m Frontbreite, wobei der scheinbar sicherere Weg der Erfahrungen von vor 30 Jahren eingehalten wurde.

Es genügt aber auch nicht der Bezug Wohnung zu Mensch, sondern die Relation Wohnung – Mensch – Zelle – Gemeinschaft ist die Basis, die nur zu den neuen Ergebnissen führen kann. Das verbietet aber, nur von technischen oder vermietungstechnischen Voraussetzungen auszugehen. Das setzt ein Gestaltbild voraus, eine Idee, die als Vorbild und bewegende Kraft der Lösung dieses uns so wichtig erscheinenden Problems dienstbar gemacht werden muß.

←A 76

"B i n d u n g"

Frage 1: Hat jedes Familienmitglied im "Raum der Mitte" einen von den übrigen Lebensfunktionen (Essen und Arbeiten) einen ungestörten Sitzplatz?

Frage 2: Besteht die Möglichkeit, ungestört vom Ablauf der übrigen Wohnfunktionen, zu arbeiten oder zu basteln?

Frage 3: Besteht in der Wohnung eine optische Verbindung zwischen der Familie und dem Arbeitsplatz der Hausfrau?

Frage 4: Ist ein separater Eßplatz vorhanden, sodaß die Familie in ihrer übrigen Betätigung nicht gestört wird?

Frage 5: Ist im Bereich des Kindes Raum für gemeinsame Unterhaltung und Schularbeit?

Frage 6: Besteht die Möglichkeit, den "Raum der Mitte" durch Einbeziehung von Schlafplätzen zu erweitern?

Frage 7: Ist es möglich, ein Gespräch in größerer Gruppe zu führen, ohne durch andere Wohnfunktionen gestört zu werden?

"I s o l i e r u n g"

Frage 8: Haben einzelne Mitglieder der Familie die Möglichkeit, sich gegebenenfalls mit einer Schreib- oder Näharbeit in ihren Schlafraum zurückzuziehen?

Frage 9: Sind die Schlafplätze vom "Raum der Mitte" abtrennbar?

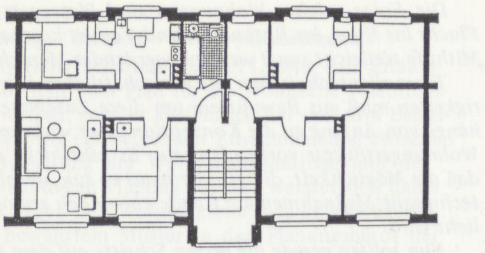
Frage 10: Ist es möglich, den Arbeitsplatz der Hausfrau fest abzutrennen?

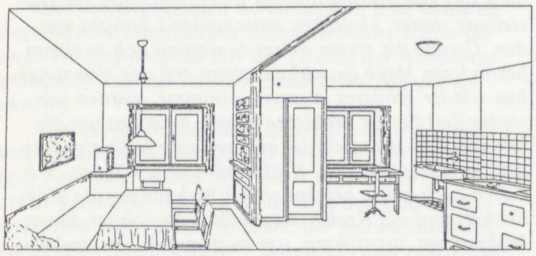
Frage11: Läßt sich der Arbeits- und Bastelplatz optisch vom "Raum der Mitte" trennen?

Frage 12: Läßt sich der Eßplatz vom "Raum der Mitte" optisch trennen?

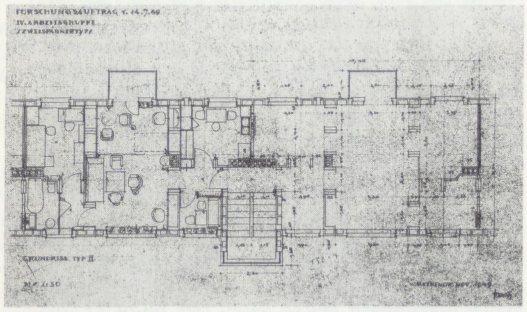
Frage 13: Ist der Zugangvon außerhalb zum "Raum der Mitte" möglich ohne Belästigung anderer Wohnfunktionen.

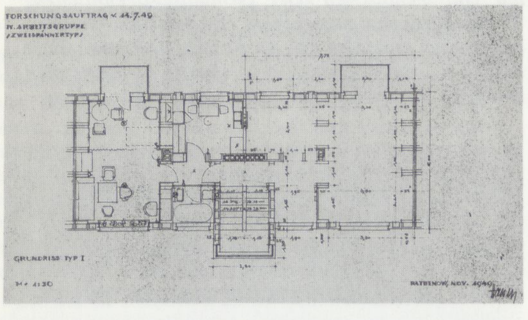
→A 77 Abt. Gestaltung/IfB (1949): Kriterien zur Bewertung der Typenentwürfe für das Wohnungsbauprogramm





Otto Haesler (1949): Zweispännertyp für das Wohnungsbauprogramm der Stadt Rathenow. Oben die 1950 gebauten, vorgefertigten Häuser, darunter der Grundriß (M 1:300) mit der neuartigen Verbindung von Kochküche und halbem Zimmer





Otto Haesler (1949): Entwurf der Wohnungstypen „Rathenow I/II" für das IfB

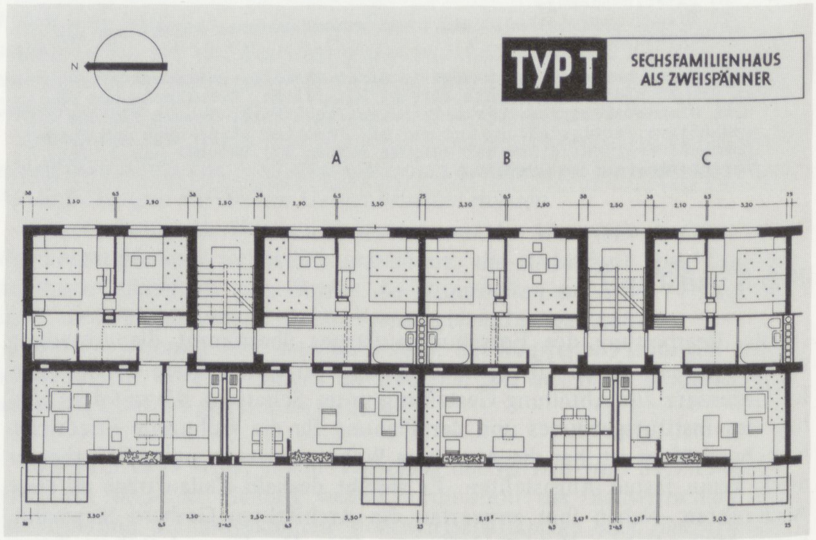
Otto Haesler, Architekt, geb. **13.6.1880** in München, gest. **2.4.1962** in Wilhelmshorst bei Potsdam. Besuch der Baugewerkschule in Augsburg und Würzburg, danach Maurerlehre in Frankfurt, Architekt im Büro Bernoully. **1906–33** selbständiger Architekt in Celle, baut Siedlungen im Zeilenbau. **1933–45** Gartengestalter in Eutin (Schleswig-Holstein). **1946** geht er nach Rathenow (damalige SBZ), wo er schon in den 20er Jahren eine Siedlung gebaut hat, und organisiert den Wiederaufbau der Stadt. Mitglied des Instituts für Bauwesen und der Bauakademie in Berlin (DDR), Umgestaltung des Zeughauses Unter den Linden zum Museum für Deutsche Geschichte. Erste Versuche mit industrialisiertem Wohnungsbau in Rathenow.

Wiederaufbau der zerstörten Altstadt von Rathenow leitet. Die Planungen waren **1949** bereits vollständig abgeschlossen, und die für das IfB angefertigten Wohnungstypen stammen aus diesem Programm oder sind eng an die für Rathenow geplanten Typen angelehnt.

Seine mit der höchsten Punktzahl bewerteten Entwürfe sind eine 3-Betten-Wohnung (*Typ Rathenow I*) und eine 2- bis 3-Betten-Wohnung (*Zweispännertyp II*). In der Bewertung der Arbeitsgruppe Scharouns heißt es →A 78 jedoch einschränkend: *Betrifft: Zweispännertyp II. Der Typ rangiert in der Bewertung mit an erster Stelle. Diese Tatsache ist jedoch nur relativ zu bewerten, da der Verfasser die für einen Dreibett-Typ zugelassene Quadratmeterzahl weit überschritten hat. Entsprechendes gilt für den Typ Rathenow I.* Bemerkenswert ist bei Haeslers Entwürfen, daß sie als Konstruktionen mit vorgefertigten Teilen geplant sind. Tatsächlich beginnt unter Leitung von Haesler **1950** der Wiederaufbau von Rathenow mit ähnlichen Typengrundrissen, die auf die geforderten 52 qm reduziert sind. Die ersten →L 55 97 Wohnungen entstehen mit Sondergenehmigung des Aufbauministeriums. Die Häuser werden aus montierbaren Wandplatten aus gepreßtem Ziegelsplitt gebaut. Die Kosten liegen unter 10.000 DM. Die Mieten betragen in ←B 97 Rathenow 32,– DM/Monat für die ersten 52-qm-Wohnungen.

Bei dem dritten, punktgleichen Entwurf des IfB-Auftrags handelt es sich um einen Vier-Bett-Typen von Robert Tepez (*Zweispänner Typ AK 33*). In →A 79 der Bewertung heißt es: *Besonders erfreulich zu vermerken ist die Tatsache, daß der Verfasser der Jugend in den gegebenen Grenzen Raum schafft, der ihnen eine gewisse Entfaltung des eigenen Lebens ermöglicht. Die Anordnung der Grundrisse kommt den Forderungen der Gesellschaft weitgehend entgegen.* Scharoun entwirft das Kellergeschoß für den Grundrißtypen von Tepez, der als Typenblatt gezeichnet und mit dem Anfangsbuchstaben des Entwerfers bezeichnet wird: *Typ T*. Er basiert auf tragenden Längswänden und zeichnet sich durch innenliegende Bäder, breite, mit Wandschränken ausgestattete Flure, die Möglichkeit der Unterbringung verschieden großer Wohnungen in einem Reihenhaus, vor allem aber durch die flexible Verbindung zwischen Küchen und Wohnräumen, die durch Balkone ergänzt worden sind, aus. Der Grundriß macht eine Reihe unterschiedlicher Küchengestaltungen möglich.

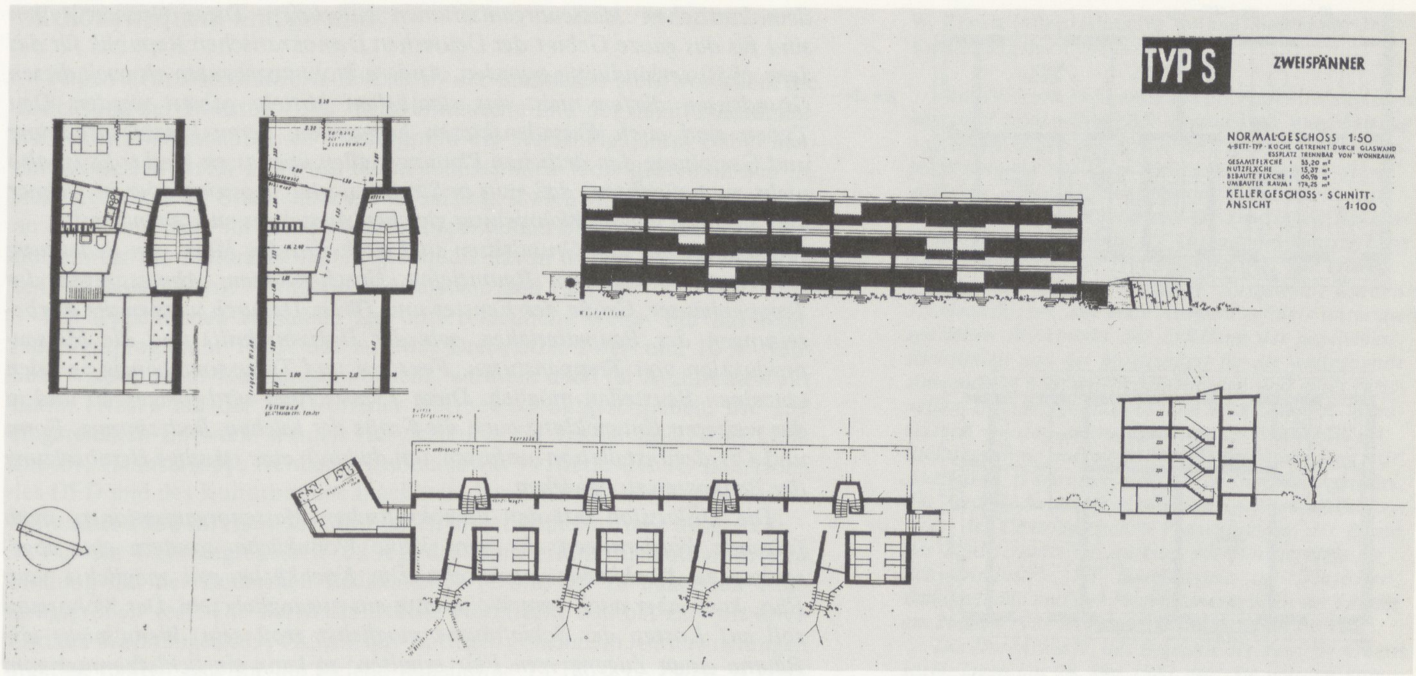
→S.496



←B 98

→B 99 Robert Tepez (1949): Typ T für das Wohnungsbauprogramm 1950 (Grundtyp und 3 Varianten)

Scharoun läßt nach dem Bewertungsverfahren auch einen seiner für die Wohnzelle Friedrichshain geplanten Wohnungstypen, den Vier-Bett-Typ →S.464 *Silo 4* nach denselben Kriterien überprüfen. Sein Entwurf erreicht die gleiche Punktzahl wie die zu großen Haesler-Typen und der *Typ T*. Auch *Silo 4* wird als Typenblatt ausgeführt und erhält die Bezeichnung *Typ S*. Er zeichnet sich durch innenliegende Treppenhäuser, Bäder und Küchen aus. Die innenliegenden Küchen sind über dem Eßplatz belichtet. Konstruktiv basiert der Entwurf auf tragenden Querwänden, was die Grundrißgestaltung nahezu unabhängig macht von sonstigen statisch notwendigen Wänden. Die Wände innerhalb der Wohnung sind ausschließlich leichte Trennwände, die, weil sie vom Rohbau unabhängig sind, ohne Schwierigkeiten



Hans Scharoun (1950): Typ S, eine Durcharbeitung des Silotyps aus der Friedrichshainplanung für das Wohnungsbauprogramm 1950 ←B 100

versetzt oder entfernt werden können. Ökonomisch besonders günstig ist die große Tiefe des Grundrisses.

Der Forschungsauftrag des IfB wird termingemäß abgeschlossen, die Bewertung stammt vom **1.1.1950**. Der Auftraggeber, die Deutsche Wirtschaftskommission, existiert nicht mehr. Die Verantwortung für das Bauwesen trägt seit Gründung der DDR am **7.10.1949** das Ministerium für Aufbau unter der Leitung von Lothar Bolz. Wir konnten nicht ermitteln, was aus den Ergebnissen des IfB-Forschungsauftrags geworden ist.

Hausbacken, aber realistisch

Kurz nach Gründung der DDR wird als Einrichtung des Aufbauministeriums das *Institut für Städtebau und Hochbau* gegründet. Ihm steht der ehemalige wissenschaftliche Sekretär des IfB, Kurt Liebknecht, vor. Eine Aufgabe des Instituts ist unter anderem die Entwicklung der in den folgenden Planjahren zu bauenden Wohnungstypen. Die Leitung der Abteilung Wohnungsbau übernimmt Hanns Hopp. Er hatte aus Halle im **September 1949** Kontakt mit Hans Scharoun wegen einer Mitarbeit im IfB aufgenommen und war von ihm am **15.9.1949** beauftragt worden, *Gesetze zu finden, die die erkennbare Monotonie im Wohnungsbau überwinden helfen.* ←A 80 Es drehte sich um einen Auftrag im Rahmen des Forschungsprogramms der Abteilung Gestaltung, dem Hopp aber kurz darauf den ihm von Liebknecht angebotenen Abteilungsleiterposten im neugegründeten Institut für Städtebau und Hochbau vorzieht. Im Gegensatz zum IfB, das in Zukunft vor allem Grundlagenforschung betreiben und beratend tätig sein soll, soll das Institut für Städtebau und Hochbau praxisbezogen arbeiten und die Durchführung der beschlossenen Bauprogramme sichern. Als Hanns Hopp im **April 1950** die fünf vom Aufbauministerium für verbindlich erklärten Wohnungstypen, die im Planjahr **1950** gebaut werden sollen, in der Presse vorstellt, zeigt sich, daß seine Institutsabteilung unabhängig vom IfB Typengrundrisse entworfen hat. Am **16.4.1950** erscheint Hopps Erklärung *Volkseigener Wohnungsbau im Jahre 1950* in der „Berliner Zeitung“:

Im Volkswirtschaftsplan ist für 1950 der Bau von 7000 neuen Wohnungen ohne Neubauerngehöfte vorgesehen. Die dafür vorhandenen Mittel zwingen dazu, die Baukosten je Wohnung auf 10 000 DM und ihre Gesamtgröße auf 52 qm zu begrenzen. ←L 56

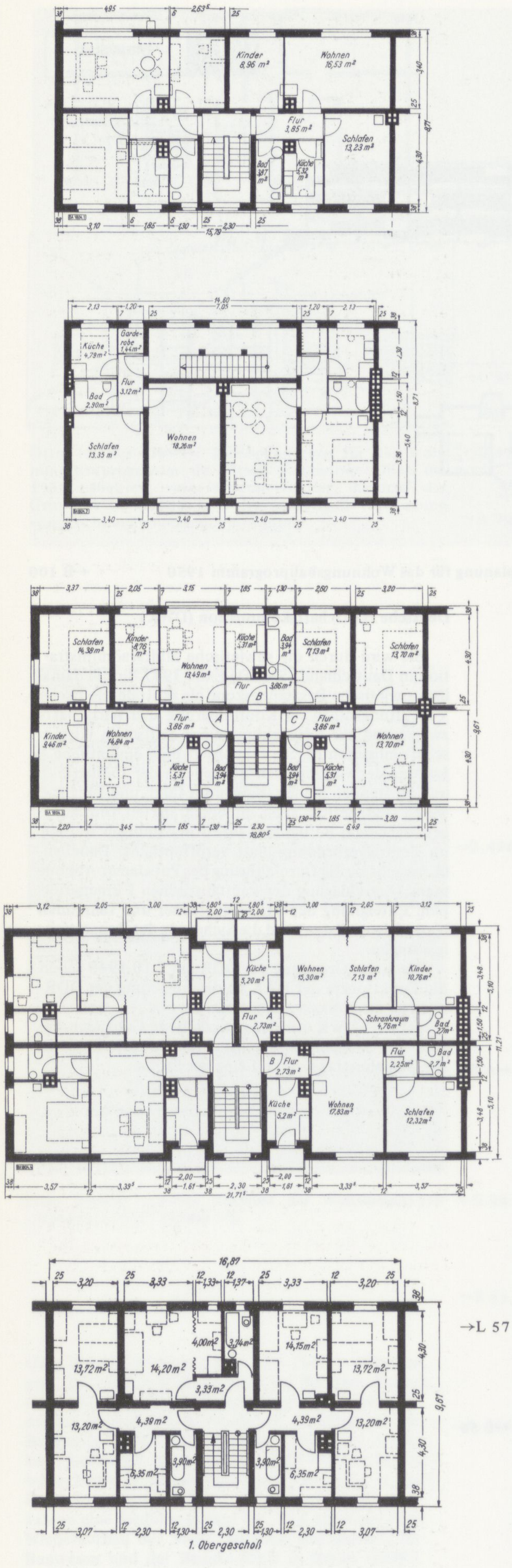
Es wäre unwirtschaftlich, an vielen Orten die gleichen Planungsarbeiten für den Wohnungsbau zu betreiben, und zugleich würden sich dadurch auch die Fehlerquellen vervielfachen. Deswegen hat das zentrale Institut für Städtebau und Hochbau beim Ministerium für Aufbau fünf Grundrißtypen im Einvernehmen mit den Landesprojektierungsbüros und den

Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)

Sie wird durch die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) Ende **1947** für die damalige sowjetische Besatzungszone als zentrales deutsches Verwaltungsorgan zur Koordinierung aller Wirtschaftszweige und zur Entwicklung einer deutschen Wirtschaft eingerichtet. Sie organisiert eine einheitliche Leitung der volkseigenen Betriebe in der Industrie und im Handel. Sie leitet auch das Geld- und Finanzwesen und besitzt auch im beschränkten Umfang gesetzgebende Befugnisse, ihre Anordnungen werden im Zentralverordnungsblatt veröffentlicht. Daneben überwacht sie die Durchführung des Potsdamer Abkommens (Zerschlagung der kapitalistischen Firmengruppen, Enteignung der Kriegsverbrecher und führenden Nationalsozialisten) und die Sicherung der Reparationsleistungen.

Nach der Gründung der DDR am **7.10.1949** gehen die Funktionäre der DWK an die Regierung der DDR bzw. an die Volkskammer über.

Sitz der DWK war der gut erhaltene Gebäudekomplex des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums in der Wilhelmstraße, Ecke Leipziger Straße.



→L 57

Die fünf verbindlichen Typengrundrisse für das Wohnungsbauprogramm 1950 der DDR (M 1:300) ←B 101

demokratischen Massenorganisationen entworfen. Diese Grundrißtypen sind für das ganze Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1950 verbindlich geworden. Andere Wohnungsbauten als nach diesen Grundrissen dürfen nicht aus staatlichen Mitteln gebaut werden. Den Typen sind auch Fassadenskizzen beigegeben, deren Einzelbearbeitung und Gestaltung den örtlichen Planungsstellen überlassen bleibt. Es ist also nicht zu befürchten, daß nun in Stralsund und Rostock oder in Weimar und Zwickau überall Wohnhäuser gleichen Aussehens entstehen werden.

Zugleich mit den Grundrissen sind auch einzelne Maße von Bedeutung festgelegt worden, wie Raumtiefen, Geschoßhöhen, Abmessungen der Treppenhäuser, Größe der Fenster und Türen. Dadurch werden die Vorbereitungen der Baumaterialien, wie der Holzeinschnitt und die Massenproduktion von Treppenstufen, Fenstern und Türen unabhängig von den einzelnen Baustellen möglich. Diese Typisiserung wird fortgesetzt und in der weiteren Entwicklung auch die Größe der Küchen, Badezimmer, Form und Ort der Installation umfassen, um dadurch eine ständige Herabsetzung der Baukosten zu bewirken.

Die Diskussion mit den demokratischen Massenorganisationen ergab folgende Forderungen: Es wird keine Wohnküche, sondern eine abgeschlossene Kochküche gewünscht. Die Kochküche soll möglichst vom Flur, kann aber auch vom Wohnraum aus zugänglich sein. Der Wohnraum soll auf Kosten der Schlafräume möglichst groß sein. Wenn nicht alle Räume einen Zugang vom Flur erhalten, so kann ein Schlafzimmer vom Wohnraum zu erreichen sein, niemals sollen aber zwei Schlafzimmer hintereinander liegen. Jede Wohnung erhält ein Bad oder wenigstens den ausreichenden Raum dazu, falls in diesem Jahr die gesamte Installation noch nicht möglich sein sollte. Darüber hinaus soll jede Wohnung möglichst einen kleinen Balkon an der Küche oder wenigstens eine Fenstertür im Wohnzimmer haben.

Die fünf entwickelten Typen unterscheiden sich vor allen Dingen durch die Zahl der an einem Treppenhaus gelegenen Wohnungen. Es sind 2, 3 und 4 Wohnungen an einem Treppenhaus geplant. Von der Anlage eines Laubenganghauses oder eines Innenganghauses wurde für dieses Jahr abgesehen, weil die geringen Baukosten und Materialmengen jedes Experiment, das nicht durchaus erprobt ist, verbieten. Die großen 3-Zimmer-Wohnungen von 52 qm Nutzfläche kosten etwas mehr als 10 000 DM; sie können daher nur zu einem Teil, etwa 15 % des Gesamtvolumens, erstellt werden und müssen durch kleinere Wohnungen mit einem Baupreis unter 10 000 DM ihren Ausgleich finden.

Da der größte Teil der Wohnungen an industriellen Schwerpunkten errichtet wird und für die werktätige Bevölkerung bestimmt ist, müssen diese Wohnungen den gegenwärtig vorhandenen Lebensbedürfnissen entsprechen und noch vorläufig in den Grenzen der gegenwärtig erreichbaren Lebens- und Wohnformen verbleiben. Es entspricht daher der realen Auffassung der Aufgabe, wenn die Typen dieses Jahres keine überraschenden Neuigkeiten aufweisen, sondern sich noch in gewohnten Formen halten.

Diese Typen sind nur für das Jahr 1950 bestimmt, und sie werden im Laufe dieses Jahres aus den praktischen Erfahrungen weiterentwickelt und für das neue Baujahr ergänzt oder durch neue ersetzt.

In der Fachzeitschrift „Planen und Bauen" stellt Hanns Hopp die nach demokratischer Umfrage und unter seiner Leitung entstandenen 5 Grundrisse vor. Nach der Erklärung, die im wesentlichen mit der in der „Berliner Zeitung" veröffentlichten übereinstimmt, schließt Hanns Hopp seinen für Fachkollegen bestimmten Beitrag, bevor er zur Vorstellung der Grundrisse kommt, nahezu mit einer Entschuldigung:

Manchen mögen diese Wohnungsgrundrisse allzuwenig fortschrittlich, allzu hausbacken erscheinen. Nach den eingangs dargestellten Ausführungen entsprechen sie der für dieses Jahr gegebenen Realität. Die Typen werden im Laufe dieses Jahres weiterentwickelt, und wenn es uns für das nächste Jahr die Finanz- und Materiallage gestattet, werden die Wohnungen nicht nur größer werden können, sondern auch in neuen Typen die Entwicklung und Förderung neuer Wohnformen, besonders für die schaffende Intelligenz, ermöglichen. Dabei wird auch besonders die Einzimmerwohnung für ledige berufstätige Männer und Frauen Berücksichtigung finden.

„Schön, bequem und gesund“

Neben dem Wiederaufbau Berlins an der Stalinallee steht vor allem die Errichtung der Rohstoff- und Schwerindustrie und der damit zusammenhängenden Wohnbauten im Vordergrund der ersten Planjahre. Dabei handelt es sich in erster Linie um die neuzubauenden Wohngebiete in den Industriegebieten in Brandenburg, Fürstenberg, Zwickau, dem Geiseltal und an anderen Orten, für die die ersten Typenreihen bestimmt sind. Die Planungen für die Stalinallee laufen gesondert davon in den Meisterwerkstätten der Bauakademie von Hopp, Henselmann und Paulick.

Die Typenreihen entstehen auf unterschiedliche Weise. Für das Wohnungsbauprogramm **1951**, das zu 30 % Drei-, 60 % Zwei- und 10 % Ein- bzw. Vier-Zimmer-Wohnungen vorsieht, wird ein auch für Architekten aus Berlin (West) und der BRD offener Wettbewerb ausgeschrieben. Die 139 eingereichten Entwürfe werden von der Jury, der Lothar Bolz, Kurt Liebknecht, Hanns Hopp, Hermann Tausch sowie Vertreter der IG Bau/Holz, des DFD und des Kulturbundes angehören, bewertet und die Ergebnisse im **November 1950** im Haus der Ministerien in der Wilhelmstraße ausgestellt. ←L 59

Für die Wohnungsbauserie 52 legt das Ministerium für Aufbau in Verbindung mit der Deutschen Bauakademie (DBA) die zu bauenden Wohnungsgrößen fest: Die durchschnittliche Nutzfläche soll bei Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen 39/49,5/62 qm betragen. Nachdem Untersuchungen ergeben haben, daß für die gleiche Bausumme 15 Ein-, 11 Zwei-, 8 Drei- oder 6,5 Vier-Zimmer-Wohnungen gebaut werden können, wird entschieden, vorwiegend Zwei-Zimmer-Wohnungen zu bauen. Ähnliche Berechnungen ergeben, daß 12 Wohnungen in 1geschossigen Gebäuden bis zu 47 % teurer sind als dieselben 12 Wohnungen in 5geschossigen Gebäuden. Für den zentralen Bezirk von Berlin werden 7- bis 8geschossige Gebäude vorgesehen.

Die Typenreihe 52 umfaßt 11 Grundrisse für Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen als Zwei-, Drei- und Vierspänner in Gebäuden verschiedener Lagen, die sich in ihrem Aufbau prinzipiell nicht von denen der Vorgängerreihen unterscheiden. Die Räume sind lediglich größer geworden, und es sind kleine Abstellräume dazugekommen.

←L 60 Seit Beginn des Jahres **1952** erscheint als Publikationsorgan der Deutschen Bauakademie die Zeitschrift *Deutsche Architektur*, in der die weitere Entwicklung der Wohnungsbautypen dokumentiert ist. Schon im zweiten Heft findet sich die von Hermann Henselmann zusammengefaßte Kritik an den bisher gebauten Typenwohnhäusern:

←L 61 *Um es vorwegzunehmen, möchte ich mein Urteil dahingehend zusammenfassen, daß in allen Fällen die Wohnbauten in ihrer künstlerischen und technisch-handwerklichen Qualität, trotz der bedeutenden materiellen Mittel, die dafür aufgewendet werden, den gewachsenen Ansprüchen der Bevölkerung nicht genügen. Es ist festzustellen, daß der Wohnungsbau hinter der Entwicklung des Lebensstandards auf anderen Gebieten zurückgeblieben ist. Ich spreche damit keine neue Auffassung aus. Die Bevölkerung und auch Fachkreise haben sich schon öfters in diesem Sinne geäußert. Das Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben mehrfach zu den kritischen Äußerungen über diesen schlechten Stand des Wohnungsbaues Stellung genommen. Die Kritik, die am Wohnungsbau geübt wurde, bezieht sich im wesentlichen darauf, daß die Bauten häßlich sind und auch in ihrem räumlichen Umfang nicht unseren Ansprüchen genügen.*

Zur Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes schlägt Henselmann vor, sich an den reichen künstlerischen Traditionen der jeweiligen Regionen zu orientieren, so wie es in Berlin an der Stalinallee versucht wird. Für die Grundrißentwicklung fordert er die Aufnahme von wissenschaftlich methodischer Forschung im Wohnungsbau und empfiehlt die Arbeit der Moskauer Akademie der Architektur als Vorbild.

Die Typenreihe 53 kommt daher im Gegensatz zu den früheren nicht durch Wettbewerbe und Bevölkerungsbefragung zustande, sondern durch Auftrag des Ministerrats an das Wohnungsbaukollektiv der DBA unter Leitung von Otto Englberger, das die Typenreihe 52 nach folgenden Gesichtspunkten verbessern soll:

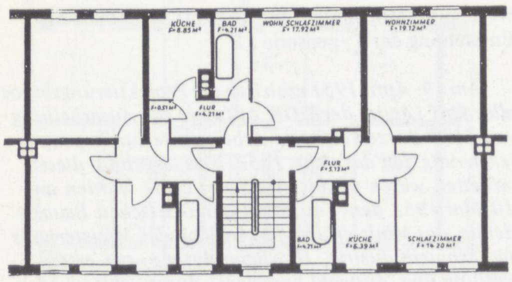
←L 62 *1. Die Küche sollte so vergrößert werden, daß sie von einer mehrköpfigen Familie als Eßraum benutzt werden kann. Ihre Grundfläche sollte deshalb auf 9 qm erweitert werden.*

W. Krause (Ministerium für Aufbau) beschreibt die Entstehung der Typenserie 52

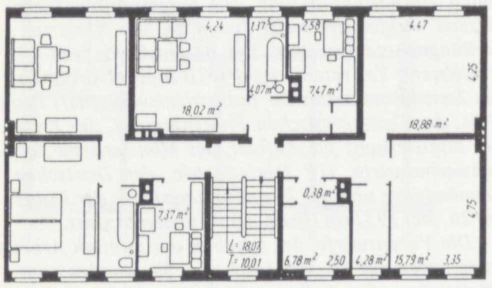
→L 58 *Am 19. April 1951 erhielten die Projektierungsbüros aller fünf Länder der DDR Aufträge zur Ausarbeitung von Ideenskizzen als erste Arbeitsstufe zur Typenprojektierung für das Jahr 1952. Das Ergebnis dieser Arbeiten waren 61 Ideenskizzen. Diese wurden am 10. Mai 1951 den Vertretern der Deutschen Bauakademie, des Ministeriums für Aufbau, des Ministeriums für Schwerindustrie, HV Bauindustrie, zur ersten Prüfung und Auswahl vorgelegt. Ausgewählt wurden 15 Ideenskizzen. Die erste Auswahl erfolgte unter dem speziellen Blickpunkt der Erfüllung der gegebenen Richtlinien und der Möglichkeit für die weitgehende Anwendung neuer Arbeitsmethoden und einer rationellen Grundrißgestaltung. Die ausgewählten Ideenskizzen wurden erstmalig einem großen Kreis zur Stellungnahme vorgelegt. Die Besprechung fand mit Aktivisten, Vertretern des FDGB-Bundesvorstandes, des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bau/Holz, des Demokratischen Frauenbundes, der Presse, des Ministeriums für Aufbau, des Ministeriums für Schwerindustrie, HV Bauindustrie, der Deutschen Bauakademie und der Projektierungsbüros der Länder am 26. Mai 1951 im Hause der Ministerien statt.*

Die Vorentwürfe, das Ergebnis der zweiten Arbeitsstufe, lagen am 28. Mai 1951 vor. Sie wurden vom Ministerium für Aufbau unter Hinzuziehung der Deutschen Bauakademie ausgewertet. Nun mußte unverzüglich die weitere Bearbeitung der Typenprojektierung erfolgen. Die bisherige Methode des Getrenntarbeitens in den verschiedenen Ländern war nicht mehr angebracht. Damit die ausgewählten Entwürfe nach einheitlichen Grundsätzen in der Konstruktion und im Detail ausgearbeitet werden konnten, mußte ein Kollektiv geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurden aus den Projektierungsbüros der Länder die Architekten, die an der bisherigen Entwicklung beteiligt waren, zu einem Kollektiv zusammengezogen. Hier erfolgte gemeinsam, unter Leitung der Deutschen Bauakademie, in Auswertung der gemachten Erfahrungen zu den Typen des Jahres 1951 und der Diskussionsbeiträge und Vorschläge der vorangegangenen Sitzungen, die weitere Bearbeitung der Vorentwürfe. Besprechungen im Zentralen Projektierungsbüro zwischen den dort tätigen Architekten und Aktivisten, Vertretern der Gewerkschaften und des Demokratischen Frauenbundes sowie der Bauindustrie sicherten eine enge Verbindung zwischen den Projektierenden und den Werktätigen. In der Presse wurden einige Entwürfe und grundsätzliche Fragen des Wohnungsbaues ebenfalls diskutiert. Am 13. Juli 1951 fand im Hause der Ministerien, Berlin, eine große Arbeitstagung statt, in der die in Entwicklung befindlichen Entwürfe einem noch größeren Kreis der Bevölkerung zur kritischen Betrachtung und Stellungnahme unterbreitet wurden und deren Bedeutung durch die Anwesenheit des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Aufbau, Dr. Lothar Bolz, unterstrichen wurde. Weiterhin fanden in allen fünf Ländern bei den von den Landesregierungen bestimmten Schwerpunkten Lichtbildvorträge und Diskussionen mit der Bevölkerung über den Wohnungsbau statt. Jedes Land erhielt graphische Darstellungen der Projekte zur Ausstellung.

Otto Englberger, Architekt, geb. **17.8.1905** in Erlangen, gest. **1977** in Weimar. Maurerlehre, Bauschule in Nürnberg und Folkwangschule in Essen. Ab **1920** bei der Gagfah (Wohnungsbauges.). **1937–44** Leiter der Berliner Entwurfsabteilung. **1945** Leiter der Bau- und Wohnungsabteilung seines Wohnortes Blankenfelde, ab **1951** in der Meisterwerkstatt Hopp der Deutschen Bauakademie, entwirft die ersten zentralen Typenserien für den Wohnungsbau in der DDR. **1951** Übernahme des Lehrstuhls für Wohn- u. Gesellschaftsbauten an der Hochschule für Architektur in Weimar. **1954** Rektor der Hochschule. **1965** Direktor des Instituts für Wohn- und Gesellschaftsbauten.

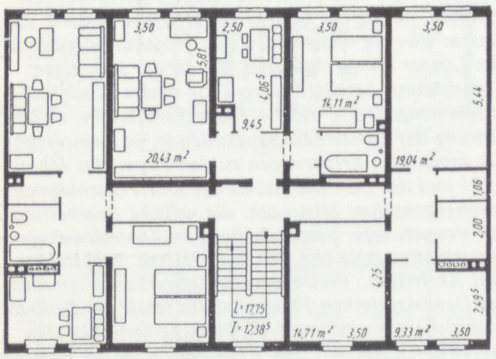


Typ 52/3 (M 1:300): Dreispänner ←B 102



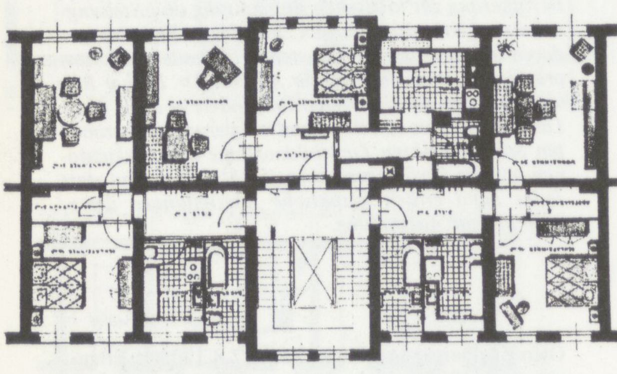
←B 103

Typ 53/3 (M 1:300): Überarbeitung des Typs 52/3 durch Mittelwandverlagerung und Verlängerung der Frontlänge um 82 cm, dadurch werden größere Zimmer, v.a. eine Küche mit Familieneßtisch möglich →L 63



→L 64

Typ 53/20a (M 1:300): Kombinierte Scheiben- und Mittelwandbauweise ←B 104



Kurt Leucht (1952): Wohnung im Block D der Stalinallee. Ein Vergleich mit den Typengrundrissen des Wohnungsbauprogramms zeigt die Üppigkeit der Wohnungen an der Stalinallee, die als Zukunftsvision gedacht sind und als Sonderbauprogramm gebaut werden ←B 105

2. Die Breite der Schlafzimmer sollte von 3,25 auf 3,35 m vergrößert werden.

3. Die Geschoßhöhe sollte von 2,50 auf 3,00 m lichte Höhe vergrößert werden.

Das Kollektiv stellte sich ferner die Aufgabe, die Gestaltung der Flure zu verbessern und besseren Abstellraum zu schaffen.

Englberger, der neben seiner Funktion in der DBA auch Direktor der Hochschule für Architektur in Weimar ist, führt die Neubearbeitung der Typen mit seinem Kollektiv als Hochschulforschung durch. Ausgehend von den Typen 52/1 und 52/3 werden systematische Versuchsreihen durchgeführt, um Möglichkeiten der Vergrößerung der Küchen, Schlafzimmer, Flure und Abstellräume zu erproben. Über innenliegende Bäder soll eine größere Haustiefe erreicht werden. Verschiedene Konstruktionsmöglichkeiten mit tragenden Längs- und Querwänden werden durchdacht. Außerdem denkt man über Alternativen zum traditionellen Mauerwerksbau nach. Skelettbau aus Fertigteilen und Tafelbauweise sollen gründlicher untersucht werden.

Die Typenreihe 53 stellt das Ergebnis dieser Untersuchung dar, die am **16.5.1952** auf einer Pressekonferenz des Aufbauministers in Weimar der Öffentlichkeit vorgestellt wird. 20 verschiedene Typen werden präsentiert, die im nächsten Jahr den Projektierungsbüros als Vorlage dienen, indem verschiedene Varianten von Küchen als Wohn-, Eß- oder Kleinstküchen gebaut und Erfahrungen gesammelt werden sollen. Die Frontlänge der Wohnungen wurde um etwa 1 m verlängert, ebenso die Haustiefe vergrößert. Ziel ist die *schöne, bequeme und gesunde Wohnung*. Abgesehen von der Größe der Räume und den Innenbädern bleibt der Grundrißaufbau, verglichen mit den Vorgängertypen, gleich: überwiegend traditionelle Zwei- und Dreispänner mit unverbundenen Einzelzimmern, die vom Flur her erschlossen sind. Die Grundrisse, nach denen im Rahmen des Nationalen Aufbauprogramms **1952** an der Stalinallee gebaut wird, sind dem Typenprogramm für **1953** zwar ähnlich, jedoch viel größer.

Für eine sozialistische Wohnkultur

Am **25.11.1952** findet nach einem Besuch deutscher Architekten in Moskau im Aufbauministerium ein Gespräch über die Wohnungsbautypen **1954** statt. Zur Diskussion stehen die 53er Typen. Otto Englberger berichtet von dem Echo, das die Delegation in Moskau gefunden hat:

Prof. Englberger begann sein Referat mit dem Hinweis auf die Kritik der sowjetischen Architekten bei Gelegenheit des Besuches der deutschen Architekturdelegation. Die sowjetischen Kollegen haben die deutschen Wohnungsbautypen in bezug auf ihre Sparsamkeit günstig beurteilt, jedoch die Lage der Räume zueinander als funktionalistisch bezeichnet. Sie bemängelten die Lage des Bades und der Toilette neben dem Wohnzimmer und die Nähe der Küche zur Wohnungstür. Der Redner charakterisierte die immer noch nicht überwundene Abhängigkeit unserer Architekten von den Vorstellungen des kapitalistischen Wohnungsbaus. (. . .) Nach der Aussprache über Einzelfragen, wie Treppen, Küchengröße, Ausstattung der Badezimmer, Lüftung usw., faßte Staatssekretär Mayer die Ergebnisse der Tagung zusammen. Er forderte Betriebsdiskussionen über den Wohnungsbau und praktische Beiträge zur Verbesserung der handwerklichen und technischen Qualität unserer Bauten. Diese sei nur durch die breite Massendiskussion der Werktätigen möglich. Auch müsse die Einhaltung der Bauverträge genau kontrolliert werden. Staatssekretär Mayer begrüßte eine Anregung zur stärkeren Einschaltung der Frau in die Projektierung. Alle müßten mithelfen, um die bisherigen Mängel des Wohnungsbaus zu beseitigen. Die Arbeit der Projektierung muß auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden, um zu einer reibungslosen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch am Bau zu kommen.

Neu ist in der bisherigen Diskussion um die Wohnungstypen die *Anregung zur stärkeren Einschaltung der Frau*, die Staatssekretär Mayer ausdrücklich begrüßt. Die Frauen hatten sich jedoch bereits selbst „eingeschaltet", und zwar in Person von Madeleine Grotewohl, die **1952**, im Märzheft der Zeitschrift „Planen und Bauen", einen Aufsatz *Über die Wohnung der werktätigen Frau* veröffentlicht hat. Sie geht darin von der in der Verfassung der DDR festgeschriebenen Gleichberechtigung von Mann und Frau aus. Entsprechend soll die Berufstätigkeit der Frau mit allen Mitteln

gefördert werden. Dies erfordere, daß ihr die Pflicht zur einseitigen Haushaltsführung abgenommen und diese weitestgehend erleichtert werden müsse. Die soziale Entwicklung führe, so heißt es, mit der ständigen Erweiterung und Steigerung der Frauenarbeit zum hausfrauenlosen Haushalt und ziehe eine Umgestaltung des Familienlebens und damit auch des Wohnens nach sich.

Darauf kann und muß bei der Gestaltung unbedingt Rücksicht genommen werden. Das Problem liegt dabei hauptsächlich bei der wirtschaftlichen Betriebsführung. Wenn hier keine wesentliche Veränderung herbeigeführt wird, wird die berufstätige Frau unweigerlich dazu verdammt sein, durch die althergebrachten und überholten Arbeitsformen den Feierabend von der übrigen Familie getrennt in der Küche zu verbringen. Dieser Zustand ist aber einfach untragbar, da er ←L 65 →B 106

1. *eine körperliche Überanstrengung bedeutet und*
2. *eine durch die dauernde Isolierung in der Küche gegebene seelische Belastung darstellt.*

Um diesen Zustand zu ändern, sehe ich hauptsächlich zwei Möglichkeiten, und zwar: →B 107

1. *die äußerste Rationalisierung und Mechanisierung der häuslichen Arbeiten und*
2. *das Beseitigen der Isolierung der Küchenarbeit durch Einbeziehen des Arbeitsbereiches in den übrigen Wohnbereich.*

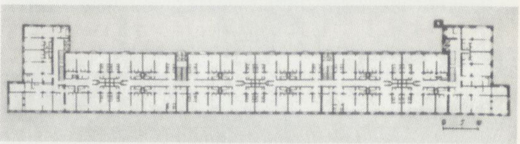
Madeleine Grotewohl entwickelt anschließend unter dem Aspekt der Rationalisierung der häuslichen Arbeit arbeitstechnisch günstige Grundrisse einer Arbeits- und einer Eßküche, um dann die Aufhebung der isolierten Küchenarbeit zu problematisieren. Als gelungenes Beispiel zur Lösung beider Probleme stellt sie einen Entwurf des sowjetischen Architekten Iwan Wladislawowitsch Sholtowski vor, der **1949** in einem 8geschossigen Wohnhaus in der Großen Kalugaer Str. 11 in Moskau gebaut worden ist. Die Zeichnung und die dazugehörige Erklärung hat Madeleine Grotewohl der Moskauer Zeitschrift „Architektur und Bauwesen" (Nr. 4/1950) entnommen und übersetzt.

N. Bylinkin, korrespondierendes Mitglied der Akademie für Architektur der UdSSR, sagt in einem Artikel zur Frage der Küchen dieses Grundrisses folgendes: „Man muß feststellen, daß für die Zweizimmerwohnung die Anordnung eines Küchenspeiseraumes außerordentlich zweckmäßig ist. Der Autor hat die reine Kücheneinrichtung in die Tiefe der Küche gelegt, so daß der ganze vordere Teil des Raumes beim Fenster frei ist für den Speiseplatz. Durch eine breite Öffnung ist der Küchenspeiseraum mit dem Hauptwohnraum verbunden. Die Teilung der Küche in zwei Funktionsgebiete ist architektonisch und technisch unterstrichen durch eine Glaswand mit einer Tür. Einige Genossen sind gegen diese Art der Grundrißgestaltung, da sie beanstanden, daß die Küche kein direktes Licht bekommt. Diese Behauptung ist nicht richtig. Die Glaszwischenwand verdunkelt den Raum nicht, während sie andererseits den Eßplatz der Familie räumlich von dem allgemeinen Küchenbetrieb trennt. Auf diese Art wird Nebenfläche zur vollwertigen Wohnfläche." ←L 66 →B 108

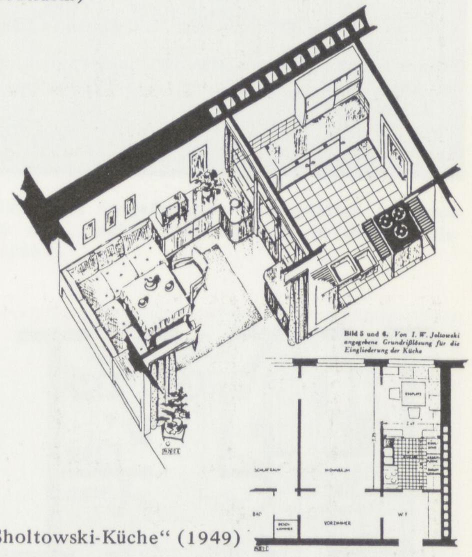
In den Hochhäusern am Strausberger Platz, die Hermann Henselmann nach der Diskussion mit den sowjetischen Architekten im **Dezember 1951** entworfen hat, sind bereits ähnliche Küchen gebaut worden. Inwieweit die Moskauer Kollegen auch den Grundriß beeinflußt haben, ist nicht bekannt. Der Stalinpreis, den Sholtowski **1950** für sein Wohnhaus an der Großen Kalugaer Straße erhalten hat, sorgt für die erforderliche Autorität, um eine solche Grundrißlösung in Berlin ernsthaft zu diskutieren und zu bauen.

Als Kurt Liebknecht im **Mai 1953** in der „Deutschen Architektur" einen Überblick über das Werk des 85jährigen Sholtowski gibt, stellt er dessen preisgekröntes Wohnhaus auch als beispielhaft in der äußeren Gestaltung vor. Für Richard Paulick, der **1953** die Leitung des neugegründeten *Forschungsinstituts für die Architektur des Wohnungsbaues der Deutschen Bauakademie* übernimmt, ist der Wohnungsgrundriß Sholtowskis mit seinen Raumverbindungen und diagonalen Blickachsen Ausgangspunkt für die Entwicklung der Typenreihen für die Jahre **1954** und **1955**. Ihm geht es bei der Entwicklung der Typenserien um die Entwicklung einer neuen Wohnqualität, die auch im Innern der Häuser die Ideen des Sozialismus erkennen läßt: ←L 67 →B 109

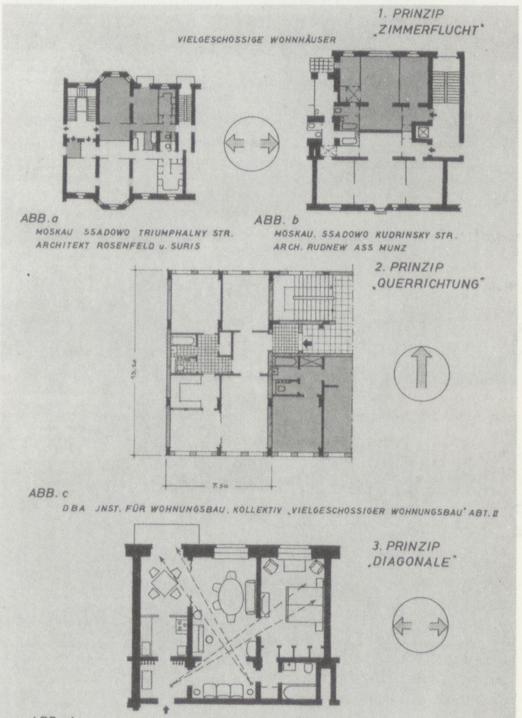
Im Gegensatz zum kapitalistischen Wohnungsbau, dessen Theorie in der Wohnmaschine und in der Wohnung für das Existenzminimum endete, ←L 68



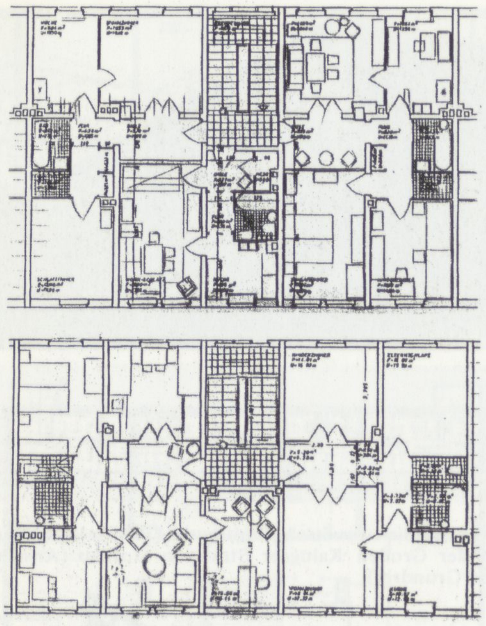
Iwan Wladislawowitsch Sholtowski (1949): Wohnhaus an der Großen Kalugaer Straße in Moskau (Ansicht und Grundriß)



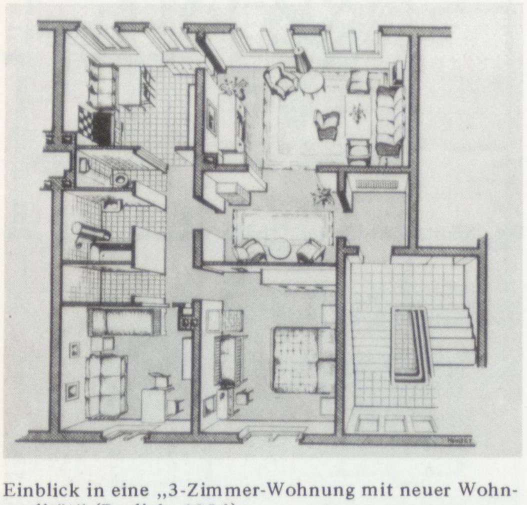
Die „Sholtowski-Küche" (1949)



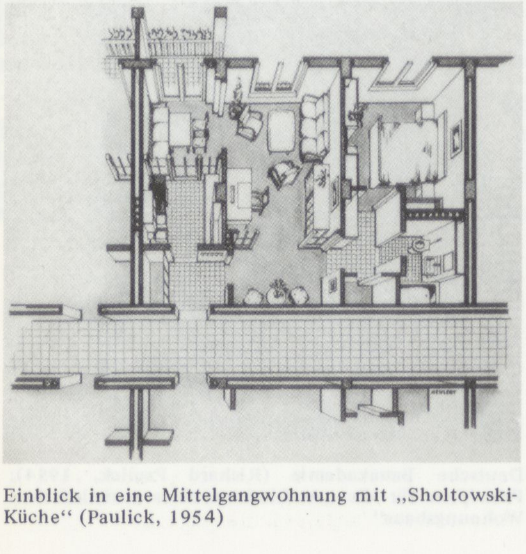
Deutsche Bauakademie (Richard Paulick, 1954): Prinzipien für die „Architektur eines sozialistischen Wohnungsbaus"



Grundrißvorschläge der DBA (Richard Paulick, 1954) ←B 110 für Drei- und Zweispänner der Typenserie 1955 (M 1:300)



Einblick in eine „3-Zimmer-Wohnung mit neuer Wohnqualität" (Paulick, 1954) ←B 111



Einblick in eine Mittelgangwohnung mit „Sholtowski-Küche" (Paulick, 1954) ←B 112

sehen wir im Bau von Wohnungen nicht nur auf die Befriedigung eines materiellen Massenbedarfs, sondern in erster Linie auf die Befriedigung kultureller Bedürfnisse durch die baukünstlerische Gestaltung der Ideen unserer Gesellschaft.

Es muß versucht werden, diese Tatsache in Zukunft auch in jeder einzelnen Wohnung spürbar zu machen. Die neue Wohnqualität, die wir anstreben, muß darin zum Ausdruck kommen, daß die Planung der Wohnung auch künstlerischen Gesetzen untergeordnet wird. Das gilt bereits für die Grundrißgestaltung, wobei die absolute Flächenvergrößerung der Wohnung durchaus nicht notwendig oder gar entscheidend zu sein braucht.

Als Beispiel einer sparsamen und dabei künstlerischen Grundrißlösung möge ein sowjetischer Wohnungsgrundriß in einem Mittelganghaus von Architekt I. W. Sholtowski dienen. Dort finden wir die Hauptwohnräume (. . .) in der Nähe des Wohnungseinganges um eine zentrale Diele angeordnet, während die untergeordneten Räume (. . .) abseits von einem Stichflur oder Nebenflur aus zugänglich sind.

Bei der Grundrißgestaltung unserer Wohnungen müssen wir bestrebt sein, jede Kleinlichkeit und Enge in der Grundrißgestaltung zu vermeiden. Auch eine kleine Wohnung soll großzügig und weiträumig wirken. So kann z.B. der Wohnraum mit der Diele und eventuell einem weiteren Zimmer durch breite Flügeltüren so verbunden werden, daß diese Räume zu bestimmten Gelegenheiten zu einer schönen, großzügigen Raumfolge vereint werden können. Die Großzügigkeit muß auch in den Vorräumen (Garderoben-Diele) seinen Ausdruck finden. Die Wohnung soll dem Besucher ein repräsentatives, einladendes Gesicht zeigen.

Der Weg von der Garderobe über die Diele in das Wohnzimmer (und von dort evtl. in ein weiteres Zimmer) soll sich dem Besucher als eine abwechslungsreiche Folge schön proportionierter Räume darstellen. Diese Grundsätze haben wir versucht, in den neuen Typen zu berücksichtigen.

Die neue Wohnqualität zeigt sich nicht nur in den Verbindungsmöglichkeiten der Räume untereinander, also in der zunehmenden Zahl der Türen, sondern auch in der seit Einführung des Badezimmers geforderten und aus ökonomischen Gründen immer wieder verschobenen Trennung von Bad und Toilette. Mit dem Ministerratsbeschluß vom **21.1.1954** *für eine neue* →L 69 *Wohnkultur unserer Werktätigen* werden auch an Innenarchitekten und Möbelindustrie entsprechende Anforderungen gestellt. Es wird jedoch weiterhin von einer Trennung zwischen Wohnungs- und Möbelbau ausgegangen und auf die Entwicklung von Einbaumöbeln, die die Baukosten der Wohnungen weiter erhöht hätten, verzichtet. Die **1954** vom Forschungsinstitut Richard Paulicks entworfenen Typen der Serie 55 zeigen die neue Wohnkultur als möblierte Perspektiven. Auch Sholtowskis Wohnungsgrundriß ist seiner Einbaumöbel entledigt und leicht reduziert in das Typenprogramm übernommen worden.

Die Entwicklung einer neuen Wohnqualität steht im Zusammenhang mit der **1953** begonnenen *Politik des Neuen Kurses*, die eine stärkere Orientierung der Investitionen an den Bedürfnissen der Bevölkerung fordert. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung war nicht erst am **17. Juni** deutlich geworden. Am **25.6.1953** beschließt der Ministerrat der DDR umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung. Es wird ein Sonderbauprogramm verabschiedet und durch Verlagerung der Investitionen vom Industriebau auf den Wohnungsbau ein neuer Schwerpunkt im Bauwesen gesetzt.

Die höhere Qualität der Wohnungen soll kostenmäßig durch Rationalisierung und möglichst schnell durch Industrialisierung des Wohnungsbaus erreicht werden.

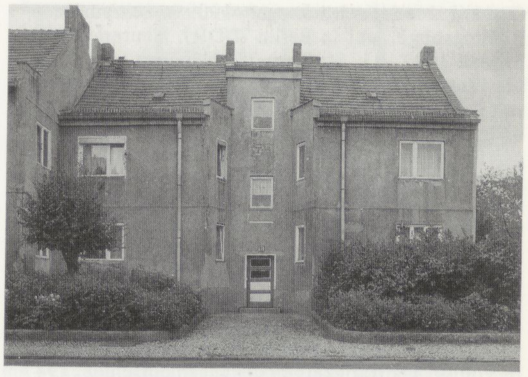
Besser, schneller, billiger: Block oder Platte

Am **3.9.1953** beginnen am Forschungsinstitut für Bautechnik der DBA unter Leitung von Karl Heinz Schultz die Arbeiten zur Erstellung von zwei Versuchsbauten mit großformatigen Bauelementen.

Es handelt sich um Wohnungsbauten (etwa 56 Wohnungen) in Berlin- →L 70 *Lichtenberg, Kubornstraße, und mit etwa 30 Wohnungen in Berlin-Johannisthal, Am Sterndamm. Beide Baustellen werden vom Institut für Bautechnik der Deutschen Bauakademie, die erstere auch vom bautechnischen Aktiv beim Oberbürgermeister von Berlin betreut. Im ersten Fall kommen neben größeren Hohlblocksteinen in verschiedenen Formaten und Wölb-*

decken nach dem System Ledderboge auch Hohlwandplatten von etwa 60 cm Breite und voller Geschoßhöhe aus Trümmersplittbeton zur Anwendung; in Johannisthal Großwandplatten in Geschoßhöhe und etwa 3,60 m Breite mit eingebautem Fenster bzw. Türöffnungen und äußerer Dämmschicht aus Lignolithplatten, auf die der Außenputz aufgetragen wird. Diese Großwandplatten sollen künftig schon innen und außen vorher verputzt zum Versatz kommen. Außerdem werden in Johannisthal u.a. großformatige Deckenplatten und einen ganzen Lauf umfassende Fertigbetontreppen mit Podest, ebenso wie die Großwandplatten aus Trümmersplittbeton, hergestellt und eingebaut. Desgleichen werden Schornsteinformsteine aus Kiesbeton, vorgefertigte Fenstersohlbänke usw. verwendet. Zum Versetzen dieser Bauteile, die maximal ein Gewicht von 3 t haben, ist ein Turmdrehkran vorhanden.

Die Entwürfe der Wohnungen stammen aus dem Forschungsinstitut von Paulick. Auch die beiden Typenserien für die Jahre **1954/55**, die dort entworfen werden, sind auf Montagebauweisen hin entwickelt, obgleich sie auch traditionell herzustellen sind. Der Plattenversuchsbau in Berlin-Johannisthal knüpft zwar direkt an die sowjetischen Versuche an, hat aber ein mit diesen gemeinsames Vorbild in unmittelbarer Nachbarschaft: In Berlin-Karlshorst war nämlich **1926** von der holländischen Firma „Occident" eine Wohnanlage mit 120 Wohnungen aus vorgefertigten Betonplatten gebaut worden.



→B 113 Die 1926 aus vorgefertigten Betonplatten gebauten Häuser der „Occident"-Gesellschaft in Berlin-Karlshorst (1989)

Bereits im **Mai 1952** war ein Versuchsbau in Stahlbeton-Skelettbauweise begonnen worden: Der seitliche Trakt des Blocks C-Nord an der Stalinallee bzw. Fruchtstraße wurde in dieser Bauweise ausgeführt, ohne daß die für Mauerwerksbau entworfenen Grundrisse geändert werden mußten. Äußerlich unterscheidet sich dieser Gebäudeteil von den übrigen, traditionell gemauerten nicht. Am Forschungsinstitut für Bautechnik ist auch die Skelettmontagebauweise weiterentwickelt worden, **1954** sollte mit dem Bau einer Nullserie begonnen werden. *Auf Grund verschiedener Umstände* konnte das Bauvorhaben jedoch nicht durchgeführt werden – ←L 71 vor allem, so ist zu vermuten, weil nicht genügend Stahl vorhanden war.

Die Entwicklung der Montagebauweise auf der Basis von genormten Schwer- und Leichtbetonteilen war schon im Gesetz über den ersten Fünfjahrplan vor allem mit dem Ziel, Holz zu sparen, gefordert worden. Daß erst so spät mit den Versuchsbauten begonnen wurde, ist ein eingestandenes Versäumnis der DBA bzw. des Aufbauministeriums. Lothar Bolz wird am **11.11.1953** als Aufbauminister durch den *Techniker des Volks* und Mitinitiator der Bewegung *Besser projektieren – billiger bauen*, Heinz Winkler, ersetzt. Im Bericht Kurt Liebknechts über den IV. Parteitag der SED, der vom **30.3.** bis zum **6.4.1954** stattfindet, wird die bisherige Arbeit der DBA kritisiert:

Ein wesentlicher Mangel der bisherigen Arbeit besteht darin, daß der ←L 72 *Typenprojektierung im Wohnungsbau wie auch bei gesellschaftlichen Bauten (Kulturhäuser, Schulen, Ambulatorien, Kindergärten, Kinderkrippen) noch nicht genügend Beachtung geschenkt wird. Ebenso sind in unserer Praxis die Typung und Normung von Bauelementen und Architekturdetails, verbindliche Projektierungsnormen für die notwendigen Raumflächen und die Kubatur von Bauten (Kennziffern) noch nicht durchgesetzt. Das bedeutet aber, daß ein wichtiger Faktor für die Wirtschaftlichkeit und die Qualität dieser Bauten nicht in vollem Maße zur Auswirkung kommt.*

Die auf dem IV. Parteitag mit Recht geforderte Senkung der Baukosten muß durch fortschrittliche Bauweisen, durch breite Einführung der Methoden unserer Neuerer sowie durch ständige Verstärkung der Industrialisierung und Mechanisierung des Bauprozesses erreicht werden. Die Losung zum ersten Mai dieses Jahr gab diesen Forderungen mit folgenden Worten Ausdruck: Bauarbeiter, Architekten und Ingenieure! Baut schneller, besser und billiger! Die Senkung der Baukosten bedeutet mehr Wohnungen für die Werktätigen!

Nach dem Parteitag wird versucht, durch bessere Projektierung und Organisation des Baustellenbetriebs Kosten zu senken. Die Bauarbeiter der Baustelle F-Nord an der Stalinallee propagieren unter der Losung *Nicht so fest wie möglich, sondern so fest wie nötig bauen* den von ihnen erfundenen *Sparverband für Mauerwerk aus Ziegelsteinen*, womit sie 140.000 Mauerziegel oder 51.000 Mark einsparen können. Dafür erhalten sie am **7.10.1954** den Nationalpreis. Trotzdem reichen alle Bemühungen zu Rationalisierungsmaßnahmen nicht aus. Mauerwerksbau bleibt zu langsam und zu teuer.

→B 114 Das aus vorgefertigten Betonplatten gebaute Versuchshaus der Deutschen Bauakademie nach Plänen von Richard Paulick (1953/54). Zustand 1989

Gerhard Kosel, Architekt, geb. **1909** in Schreiberhau/Riesengebirge, lebt in Berlin (DDR). Maurerlehre in Breslau **1927–31**, Studium TH München und Berlin bei Taut und Poelzig. Im Seminar Taut Untersuchung von Arbeiterwohnungen in Berlin. **1931** Eintritt in die KPD, **1932** mit Taut in die UdSSR, dort mit Planungen für die neue Stadt Nowokusnezk betraut, die von Ernst May geplant war. **1936** Planungsarbeit für neue Städte in Gorstrojprojekt in Moskau. Ausarbeitung von Standards, Typen, Maßordnungen für die Industrialisierung des Bauwesens, die **1939** als Typenkatalog herausgegeben werden. **1938** Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft. Ab **Juli 1941** Mitarbeit bei der Demontage und Auslagerung der Industriebetriebe nach Sibirien, Chefingenieur eines Bauunternehmens in Tomsk, Lehrtätigkeit an der Ingenieurschule. **1947** Rückkehr nach Moskau, Weiterentwicklung der Serienmethode in der Typenprojektierung, Idee eines „Wissensspeichers Bau" als moderne Bau-Enzyklopädie, Arbeiten zur Neubewertung der *Produktivkraft Wissenschaft*. **1954** Rückkehr in die DDR, Abteilungsleiter im Ministerium für Aufbau, **1955** Staatssekretär und Stellvertreter des Ministers mit dem Aufgabengebiet, die Industrialisierung des Bauens durchzusetzen. Ab **1956** Herausgabe der Deutschen Bau-Enzyklopädie. **1961–65** Präsident der Deutschen Bauakademie, **1965** Stellvertreter des Ministers für Bauwesen und Leiter der RGW-Kommission für Bauwesen. **1989** Veröffentlichung seiner Erinnerungen im Henschelverlag, Berlin (DDR).

Am **7.12.1954** findet in Moskau eine Unionskonferenz der Baufachleute der UdSSR statt, auf der Nikita Chruschtschow *über die Einführung industrieller Methoden im Bauwesen, die Verbesserung der Qualität und die Senkung der Selbstkosten der Bauarbeiten* spricht. Seine Rede, die kurz darauf in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Besser, billiger und schneller bauen* als Broschüre in der DDR erscheint, gibt den entscheidenden Anstoß für eine Wende im Bauwesen der DDR. Chruschtschows Rede enthält nicht nur Kritik an den überflüssigen Ornamenten einiger Moskauer Wohnpaläste, die auch in der DDR eine offene Kritik der Gestaltungsprinzipien, die im *Kampf gegen den Formalismus* aufgestellt worden waren, ermöglicht, sondern sie enthält vor allem eine klare Orientierung auf industrielle Bauausführungen.

→L 73

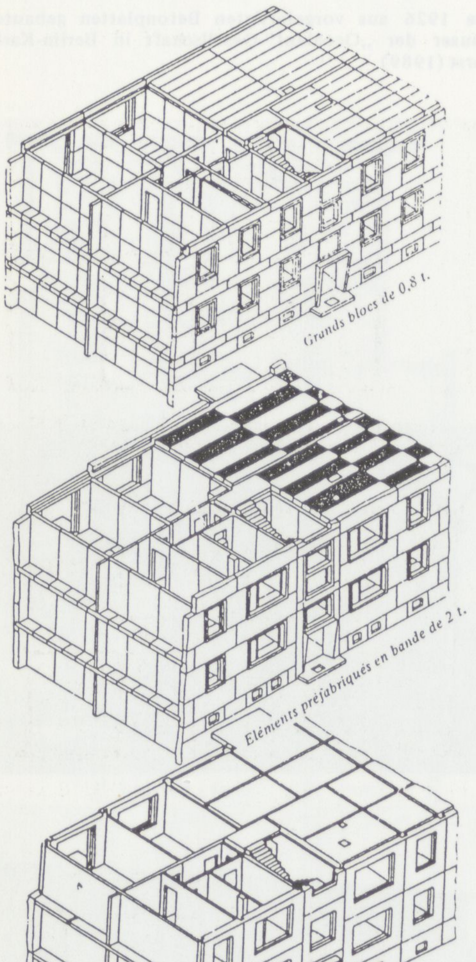
Die *Große Wende im Bauwesen* der DDR wird durch die X. Plenartagung der Deutschen Bauakademie am **28./29.1.1955** eingeleitet, auf der die Moskauer Unionskonferenz ausgewertet wird. Auf der 1. Baukonferenz der DDR, die vom **3.–6.4.1955** unter der Losung *Besser, schneller und billiger bauen!* in Berlin stattfindet, wird ein Beschlußentwurf über *Die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen* verabschiedet, der dann am **21.4.1955** vom Ministerrat beschlossen wird. Mit diesem Beschluß beginnt die Vorbereitung der Umstellung des gesamten Bauwesens der DDR auf eine industrielle Vorfertigung.

Der Versuchsbau in Berlin-Johannisthal für die Plattenbauweise ist zwar erfolgreich abgeschlossen worden, setzt aber, um wirtschaftlich zu sein, erhebliche technische Vorleistungen voraus. Bisher fehlen Fertigungsanlagen für die Wandplatten – in Johannisthal werden sie noch auf den Baustellen vor Ort gegossen –, ebenso fehlen die notwendigen Montagekräne. Um zu praktikablen Übergangslösungen zu kommen, hatte das Forschungsinstitut für Bautechnik bereits im **Januar 1955** einen Forschungsauftrag zur Erprobung der Großblockbauweise erhalten. In einem Dreistufenplan wird die Entwicklung zur Vollmontagebauweise festgelegt:

→L 74 *Für die 1. Etappe der Industrialisierung sind außer den speziellen Fragen der Fertigteilproduktion die Grundlagen erarbeitet für die Anwendung der Bauweisen mit leichter Mechanisierung. Im Sommer dieses Jahres werden die ersten Großversuche in bezug auf die Einführung des industriellen Bauens für die Ziegel- und Blockbauweisen unter Berücksichtigung des Takt- und Fließverfahrens durchgeführt werden.*

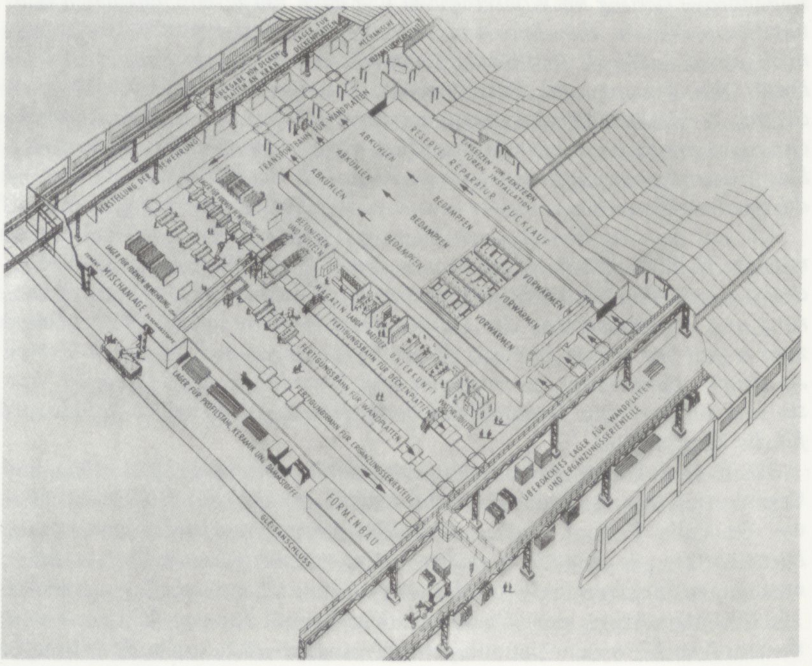
Für die 2. Etappe, die die verstärkte Entwicklung der Mechanisierung der Montage durch den gesteigerten Bau von schweren Turmdrehkränen vorsieht, sind die Vorarbeiten so weit durchgeführt, daß in nächster Zeit bereits die vorhandenen schweren Turmdrehkräne zweckentsprechend für den Wohnungsbau eingesetzt werden können.

Für die 3. Etappe der Industrialisierung, die die generelle Einführung von Vollmontagebauweisen vorsieht, sind die theoretischen, durch Ver-



Drei industrielle Konstruktionsverfahren: Großblockbauweise mit 0,8 t schweren Elementen (oben), Großblockbauweise mit 2 t schweren Elementen (Mitte) und Plattenbauweise mit 5 t schweren Elementen (unten). Entscheidend sind die zur Verfügung stehenden Transportmittel, Kräne und Vorfertigungsanlagen

→B 115



→B 116 Schaubild des Ablaufs der Fertigung großformatiger Platten aus Stahlbeton für den industriellen Wohnungsbau

suchsbauten erhärteten Unterlagen geschaffen, sowohl für die Skelettmontagebauweise als auch für die Wandplattenbauweise.

Im **August 1955** beginnen in der Leopoldstraße in Berlin-Lichtenberg die Bauarbeiten zu einem Versuchsbau in Großblockbauweise. Zur gleichen Zeit laufen an anderen Orten der DDR Versuche mit demselben Verfahren. Nach einem Erfahrungsaustausch werden am **25.10.1955** vom Ministerium für Aufbau Richtlinien für die Großblockbauweise herausgegeben. Dieses Bauverfahren wird allgemein empfohlen.

Am **11.8.1955** wird in Hoyerswerda der Grundstein zu einer Wohnstadt für die Arbeiter des Braunkohlenkombinats „Schwarze Pumpe" gelegt. Gleichzeitig wird im benachbarten Groß-Zeisig mit dem Bau des ersten vollmechanisierten Großplattenwerks begonnen, das bereits **1957** die Produktion mit einer anfänglichen Jahreskapazität von 700 Wohnungen aufnehmen kann. Die Projektierung der Wohnstadt Hoyerswerda wird Richard Paulick als Chefarchitekt übertragen.

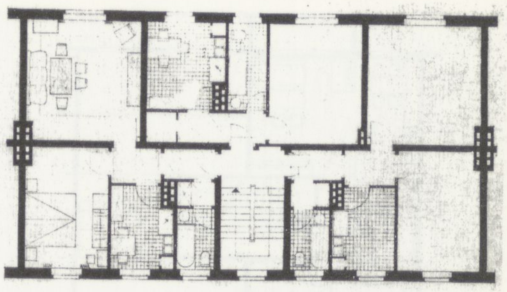
Speziell für Großblockbauweise entwickelte Wohnungstypen liegen **1955** noch nicht vor. Die Projektierungsbüros der einzelnen Städte arbeiten zunächst die für Mauerwerksbau entwickelten Typen auf die Bedingungen der Großblockbauweise um und greifen dabei zumeist auf die Typen der Serie 53 zurück. Erst das am **18.4.1956** beim Aufbauministerium gebildete *Institut für Typung* unter der Leitung des Bauingenieurs Franz Latus übernimmt die Aufgabe der neuen Typenprojektierung. Hauptarchitekt des neuen Instituts wird der Schweizer Hans Schmidt, der schon seit den 20er Jahren Erfahrungen mit Typengrundrissen und industriellen Fertigungsmethoden besitzt.

Das Institut für Typung entwickelt zunächst zusammen mit dem Entwurfsbüro Halle eine Nullserie für Ziegelblockbauweise, die **1956** in Form von fünf dreigeschossigen Wohnblöcken in Gera gebaut wird. Der Grundriß für die 2-Zimmer-Wohnungen basiert auf einem Querwandsystem und geht auf einen Wettbewerb zurück, den Henselmann als Chefarchitekt von Berlin **1954** ausgeschrieben hatte. Das Entwurfsbüro des Chefarchitekten hatte dazu auf Grundlage der Typen 53/3 und 53/4 die beiden Typen *Berlin I* und *Berlin II* entwickelt und einen Wettbewerb ausgeschrieben mit der Aufgabe, diese Typen zu verbessern. Den ersten Preis erhielt das „Kollektiv Kamps", das als Verbesserung des Typs *Berlin I* ein Querwandstatt des Längswandsystems und eine Raumeinheit von außenliegender Küche, innenliegendem Bad und einem Stichflur vorschlug.

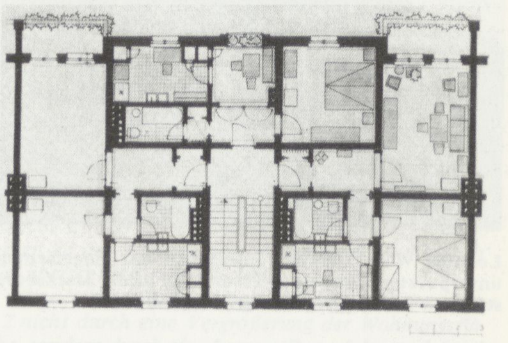
Im Anschluß an das Projekt Gera erhält das Institut für Typung den Auftrag zur Ausarbeitung von Typenserien für den industriellen Wohnungsbau des zweiten Fünfjahrplans. Ziel ist es, bis **1960** ein jährliches Bauvolumen von 100.000 Wohnungen zu erreichen, die Baukosten pro Wohneinheit im Durchschnitt auf 22.000,– DM zu senken, einen Wohnflächenstandard von 10 qm pro Kopf und eine Verschiebung des Verteilerschlüssels von der 2- zur 2 1/2-Zimmer-Wohnung als Normaltyp zu erreichen. Darüber hinaus sollen die Nutzungsmöglichkeiten der Wohnung und der innere Ausbau verbessert sowie zentrale Beheizung der Wohnungen zur Regel werden. Zu Beginn der Typenprojektierung ist eine Entscheidung über Quer- oder Längswandsystem noch nicht gefallen. Die Serien 57 und 58 enthalten noch Typen für beide Systeme (L 1, L 4, Q 3). Das Querwandsystem erweist sich als günstiger. Die **1959** in der Serie IW/60 entwickelte Typenreihe Q 6 wird zum meistgebauten Wohnungstyp der Großblockbauten und bis Mitte der 60er Jahre verwendet. Sie löst die Typenreihe ab, die direkt aus der Geraer Nullserie hervorgegangen war.

Während zu Anfang die aus Großblöcken gebauten Häuser noch verputzt wurden, setzen bereits die **1956** in Berlin-Karlshorst (Straße 84) von Leopold Wiel entworfenen Wohnblöcke neue ästhetische Maßstäbe. Die Fugen zwischen den Blöcken und der gewaschene Ziegelsplitt bleiben sichtbar, die Blöcke sind mit einem ziegelroten Schutzanstrich versehen. Diesen Häusern ist deutlich anzusehen, wie und aus welchem Material sie gebaut sind.

Am **1.11.1958** wird in Hoyerswerda das erste aus Großplatten hergestellte Wohnhaus fertiggestellt. Nach erfolgreicher Anwendung dieser Bauweise dort, in Lübbenau und Rostock wird am **6.10.1959**, dem Vorabend des 10. Jahrestages der Gründung der DDR, in Ostberlin der Grundstein für den weiteren Aufbau des Zentrums zwischen Strausberger und Alexanderplatz gelegt. In diesem Wohnkomplex sollen erstmalig neben 5geschossigen auch 8- und 10stöckige Wohnhäuser aus Großplatten gebaut wer-

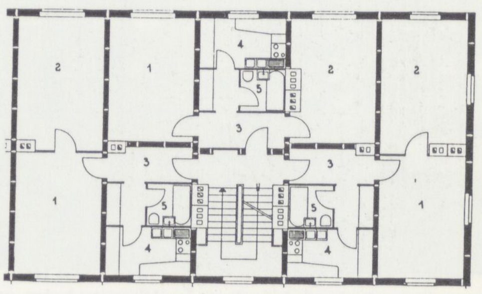


→B 117 Entwurfsbüro des „Chefarchitekten von Groß-Berlin" Hermann Henselmann (1954): Der aus dem Typenentwurf 53/3 entwickelte „Typ Berlin I" dient als Vorgabe eines Wettbewerbs zur Verbesserung der Typengrundrisse (M 1:300)



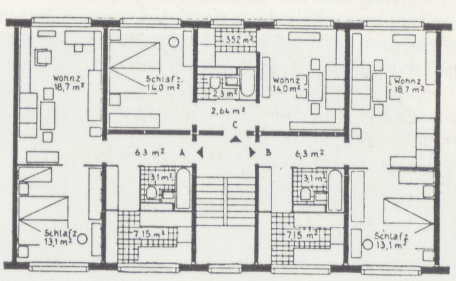
→B 118 Dreispänner des Kollektivs Kamps (1. Preis des Wettbewerbs) (M 1:300)

←L 75



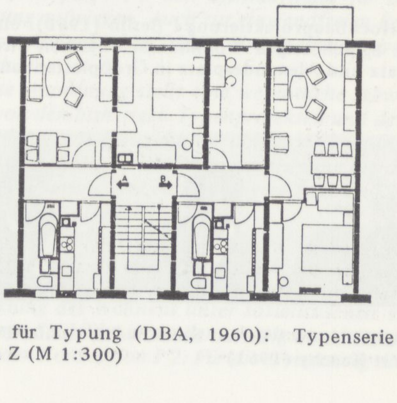
←L 76

→B 119 Der Dreispänner „Typ Gera" wird 1956 als Nullserie der Großbaublockweise gebaut (M 1:300)



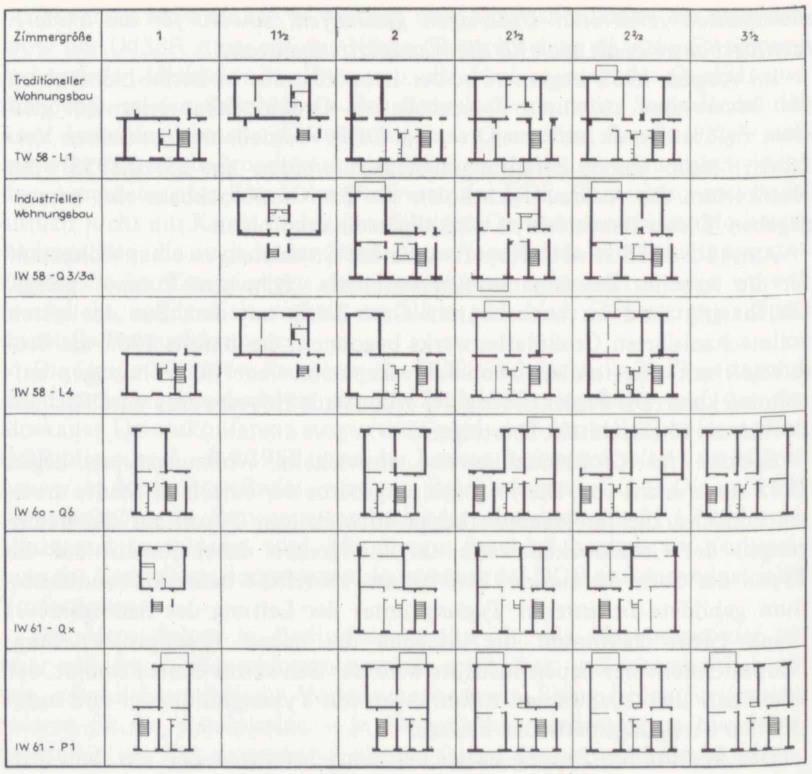
→B 120 Hans Schmidt (1956): Typenserie Q 3, Sektion 2 (M 1:300)

←L 77



→B 121 Institut für Typung (DBA, 1960): Typenserie Q 6, Sektion Z (M 1:300)

Leopold Wiel (1957): Versuchsbau mit eingefärbten, unverputzten Großblock-Elementen in der Marksburgstraße in Berlin-Lichtenberg (Zustand 1989) ←B 122



→B 123 Die 1962 gültigen Typenserien im traditionellen (TW) und industriellen Wohnungsbau (IW) der DDR

VEB Hochbauprojektierung I Berlin (1960): erster Versuchsbau in Großplattenbauweise an der Ostseestraße in Berlin, Prenzlauer Berg (Zustand 1989) ←B 124

VEB Hochbauprojektierung I Berlin (1960): eines der ersten 8geschossigen Wohnhäuser zwischen Strausberger Platz und Alexanderplatz in Großplattenbauweise ←B 125

Die Architekten Wilfried Stallknecht, Achim Felz und Herbert Kuschy (1961) ←B 126

den. Es wird noch im **Oktober 1959** in Berlin-Lichtenberg mit dem Bau →L 78 einer *Häuserfabrik* begonnen. Das neue Plattenwerk für Berlin entsteht in der Hauptstraße am Rummelsburger See in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kraftwerk Klingenberg, dem Zementwerk Rummelsburg und einem der ersten Betonwerke für Großblöcke. In dem neuen Betrieb, der sich schlicht *VEB Bau Berlin* nennt, sind Vorfertigung der Platten und Montage auf der Baustelle zusammengefaßt. Erste Erfahrungen mit der neuen Bauweise sammelt der Betrieb in einem kleineren, noch weitgehend provisorischen Plattenwerk an der Ostseestraße, wo als Nullserie und Generalprobe für die Bauten im Stadtzentrum die ersten 5geschossigen Wohnblocks in Großplattenbauweise gebaut werden. Sie entstehen im *Wohn-* →L 79 *komplex 13* zwischen Ostsee- und Erich-Weinert-Straße, östlich der Prenzlauer Allee. Unter den Wohnblocks befindet sich auch ein *Schnellbau*, der durch eine neuartige Organisation des Produktionsablaufs nach nur 40 Tagen schlüsselfertig übergeben wird. Am **15.2.1960** beginnt die Brigade Lifke vom VEB Bau Berlin auf der Baustelle zwischen Strausberger →S.403 und Alexanderplatz mit der Platten-Montage zu einem ersten 5geschossigen Wohnblock. Für die hier gebauten Wohnungen sind Sondertypen als 3- und 4-Spänner entworfen worden mit der Raumeinheit von innenliegendem Bad/Flur und Küche, ganz so wie im Typ Q 3.

1961 wird vom Ministerium für Bauwesen das erste Typenprojekt für →L 80 Plattenbauten für verbindlich erklärt. Es ist der Typ IW 61/P 1, der von der VEB Typenprojektierung Berlin nach negativer Beurteilung der in Lübbenau gebauten Grundrisse entworfen worden ist. Er ist praktisch identisch mit dem für die Großblockbauweise entwickelten Typ Q 6 und soll eine Übergangslösung darstellen, bis **1962** die technischen Voraussetzungen gegeben sein werden, um weitspannende Deckenelemente herstellen zu können. Als zweiter Typ für Plattenbauten wird **1960** noch von Leopold Wiel der Typ Qx für Dresden entworfen. Keiner der Typen für den industriellen Wohnungsbau verläßt bisher das traditionelle Grundrißschema. Eine wirkliche Neuentwicklung bringt erst der **1961** von Wilfried Stallknecht, Herbert Kuschy und Achim Felz, jungen Architekten des Instituts für Hochbau der Deutschen Bauakademie, für weitspannende Deckenplatten auf einem 6 x 6-Meter-Raster entworfene Experimentaltyp *P2*. Nach Abschluß der Projektierungsarbeiten wird im **Oktober 1961** in Lichtenberg mit dem Versuchsbau begonnen.

Der Baukasten zur Lösung der Wohnungsfrage – Vom P 2 zur WBS 70

→S. 513

←L 81

Am 21. Dezember 1961 verlegte der Bezirksvorstand des Bundes Deutscher Architekten Berlin seine erweiterte Bezirksvorstandssitzung auf die Baustelle des als Versuchs- und Experimentalbau errichteten Typs P 2 am Fennpfuhl in Berlin und beriet mit Ingenieuren, Architekten und Bauschaffenden die Probleme der künftigen Typenentwicklung im Wohnungsbau. Diese Beratung stand insbesondere unter dem Eindruck der erweiterten XXVIII. Plenartagung der Deutschen Bauakademie. Dabei wurden folgende Probleme behandelt:

Das Niveau des Wohnungsneubaus in der Deutschen Demokratischen Republik wird durch die Wohnungstypen bestimmt, die gegenwärtig zur Anwendung kommen (TW 58, L 1; IW 58, L 4; IW 61; P 1; Q 6; Q 3).

Alle diese Typen einschließlich der Neuentwicklung Qx (Dresden) beruhen auf traditionellen Zwei- und Dreispännertypen, die der künftigen Lebensweise nicht voll entsprechen.

Die Entwicklung des Typs Qx ist auf Grund einiger scheinbarer Vorzüge gegenüber den anderen zur serienmäßigen Produktion empfohlen worden. Fest steht aber, daß dieser Typ sehr flächenaufwendig ist und städtebauwirtschaftliche und städtebau-organisatorische Nachteile mit sich bringt.

Auf Grund seiner geringen Haustiefe und seiner großen Sektionslänge entspricht der Typ Qx nicht den Erfordernissen der städtebaulichen Wirtschaftlichkeit. Zudem widerspricht er den Festlegungen einheitlicher Maßsysteme in den sozialistischen Ländern und damit den Prinzipien der radikalen Standardisierung und des Baukastensystems.

Um so erfreulicher ist es, daß die Deutsche Bauakademie mit einer weiteren Neuentwicklung des Plattenbaus auf der Grundlage eines einheitlichen 6-m-Rasters eine Richtung einschlägt, die von der Standardisierung, vom Wohnungsgrundriß her gesehen sowie in bezug auf städtebauliche Wirtschaftlichkeit wesentliche Vorteile in sich birgt.

Der Typ P 2 ist ein 12 m tiefer und 12 m langer Haustyp mit Innentreppe und im Innern konzentrierten Küchen- und Sanitärzellen, wodurch eine weitgehende Nutzung der Außenfronten für reine Wohnzwecke ermöglicht wird. (Vom luftschutztechnischen Standpunkt aus betrachtet bietet die Innentreppe größere Standsicherheit und wirksameren Schutz als Außentreppen.)

Konstruktiv beruht der Versuchsbau auf dem Querwandprinzip mit 6 m Spannbetondecken und mittelschweren Außenwänden.

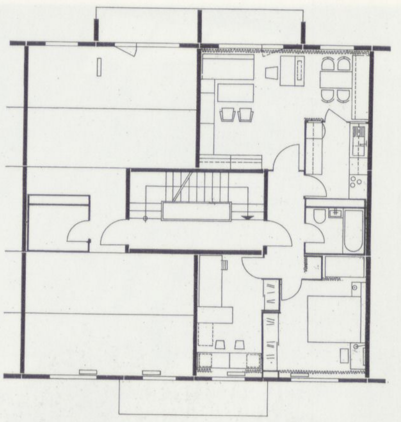
Die funktionellen Vorteile dieses Typs können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Größere Freizügigkeit in der Nutzung der Gesamtfläche der Wohnungseinheit
2. Differenziertere Gliederungs- und Möblierungsmöglichkeiten
3. Eindeutige Orientierung des Wohnraumes in die Breite, bei klarer Funktionstrennung Essen–Wohnen
4. Kurze Wege zwischen Küche und Eßplatz
5. Jede Wohnung ist mit einer Loggia versehen (vorgesetzte Elemente)
6. Ausreichendes Wohnungssortiment (Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen) in Anbetracht der Überlegung, den geringen Anteil an Einraumwohnungen künftig in Appartement-Typen unterzubringen

Städtebau-wirtschaftliche und städtebau-organisatorische Vorteile

Der Typ P 2 entspricht auf Grund seiner 12 m Haustiefe und 12 m Sektionslänge optimal den Erfordernissen städtebaulicher Wirtschaftlichkeit. Im Vergleich mit dem Typ Dresden (10 m Haustiefe, 15,60 m und 20,80 m Sektionslänge) ist mit dem Typ P 2 bei gleichem Wohnungsbauprogramm und unter gleichen Bedingungen eine Verkürzung der Gesamthauslänge von etwa 20 Prozent zu erreichen, was eine Senkung der Tiefbaukosten von etwa 18 bis 20 Prozent ausmacht.

Der Typ P 2 kann mit oder ohne Kellergeschoß gebaut werden. Die am Versuchsbau gezeigte Lösung mit einem Untergeschoß für Wirtschafts- und gesellschaftliche Zwecke und vier darüber liegenden Wohngeschossen hat große Vorteile. Einmal den Vorteil, Hauseingänge und Hausdurchgänge nach städtebaulichen Erfordernissen entsprechend anordnen zu können. Zum anderen wird es möglich, eine Reihe von Wirtschaftseinrichtungen und Versorgungseinrichtungen, die üblicherweise als „städtebauliche Kleinmöbel" die Wohngebiete verschandeln, unterzubringen. Zum anderen können Abstellräume, Bastelräume und gesellschaftlich zu nutzende Räume



→B 127

Wilfried Stallknecht/Achim Felz/Herbert Kuschy (1961): Muster- und Experimentalbau des Instituts für Hochbau der DBA „P 2" (M 1:300)

Die Architekten Stallknecht, Felz und Kuschy beschreiben „P 2"

→L 82

Die vorgeschlagene Grundkonzeption geht davon aus, daß die im Durchschnitt für eine Wohnung erforderliche Kubatur, wie sie in den bestätigten Typenprojekten für den Wohnungsbau festgelegt ist, auf keinen Fall überschritten werden darf.

Eine höhere Wohnqualität wird bei der Konzeption P 2 nicht durch eine Vergrößerung der Wohnungsfläche, sondern durch eine bessere Raumfolge und durch eine funktionsbedingte Differenzierung der Raumgrößen erreicht.

Bei der Verwendung von Spannbetondecken mit 6000 mm Spannweite sind innerhalb der Wohnung keine tragenden Wände mehr notwendig. Zur Raumtrennung innerhalb der Wohnung können leichte Zwischenwände oder Schranktrennwände beliebig angeordnet werden. Damit wird die Starrheit der Grundrißlösungen bei der Querwandbauweise mit kurzen Deckenspannweiten überwunden. Die Verringerung der Konstruktionsflächen und bietet die Möglichkeit, die Raumgrößen weitgehend der funktionellen Zweckbestimmung anzupassen und die vorhandene Fläche optimal zu nutzen.

Das Wohnzimmer jeder Wohnung hat eine Fläche von mindestens 21 m^2 und wird damit den höheren Anforderungen gerecht, die an den wichtigsten Raum der Wohnung gestellt werden.

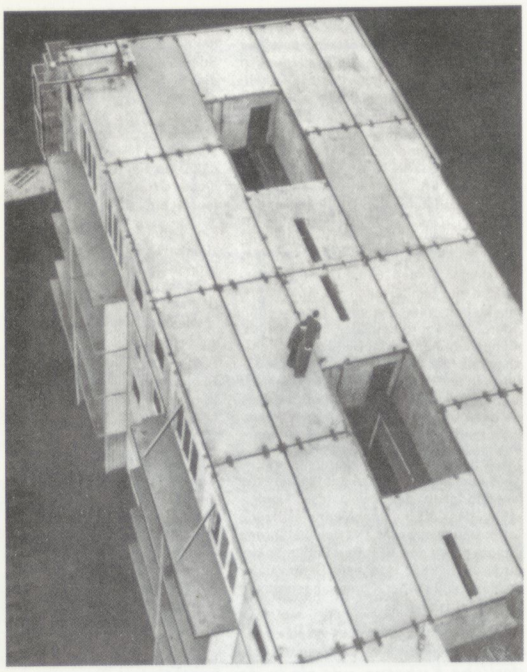
Das 6 m breite Wohnzimmer hat eine günstige Lage zur Außenwand und damit zu den Fenstern und reicht für zwei voneinander unabhängige Funktionsbereiche aus. Die klare Trennung von Essen und Wohnen bietet eine gute Voraussetzung für eine übersichtliche, zweckmäßige und variable Möblierung. Wohnbereich, Eßplatz und Küche sind zu einer untrennbaren Einheit geworden. Die Wegstrecke zwischen Küche und Eßplatz wird auf ein Minimum reduziert.

Die Küche liegt innen, sie hat eine ausreichende natürliche Belichtung.

Eine einwandfreie Innenentlüftung der Küche ist mit den zur Verfügung stehenden Mitteln möglich, und bei der Wahl eines geeigneten Prinzips der Entlüftung ist ein Versagen ausgeschlossen. Eine Kostenerhöhung tritt nicht ein, da die ökonomischen Vorteile der Gesamtkonzeption P 2 den Mehraufwand für die Entlüftung aufwiegen. Auch zur einwandfreien Entlüftung von Außenküchen ist ein Wrasenabzug unvermeidlich.

Diese Anordnung stellt eine wesentliche Abweichung von den bisherigen Typenprojekten und den in Deutschland seit Jahrzehnten üblichen Grundrißsystemen dar. Mit dieser Küchenanordnung werden eine Vergrößerung und eine günstigere Lage und Form des Wohnzimmers erzielt.

Die enge Verbindung der Funktionen „Kochen–Essen–Wohnen" in einer klar differenzierten räumlichen Einheit ist die wesentlichste Tendenz in der Entwicklung des Wohnens unter sozialistischen Verhältnissen. Sie bildet einen der wichtigsten Ausgangspunkte der Konzeption P 2. Für die Umsetzung dieses



Die Baustelle des Experimentalbaus „P 2" (1961) ←B 128

Teiles der Konzeption in die Praxis waren folgende Gesichtspunkte bestimmend:

Kurze und günstige Verbindungswege zwischen Wohnraum, Eßplatz und Küche

Hohe Funktionstüchtigkeit der Küche auf geringster Fläche

Günstige Bedingungen für die sanitär-technische und elektrotechnische Installation und Entlüftung durch Zusammenfassung aller notwendigen vertikalen Leitungen in einem Installationsschacht

Verringerung der Frontlänge/WE

Einhaltung des Großrasters 60 M = 6000 mm in der Gebäudelängsrichtung (Frontlänge/WE = Deckenspannweite = Großraster)

Große Variabilität der Küche und Anpassungsfähigkeit an künftige Wohnbedürfnisse (eine Verkleinerung der Küche führt zwangsläufig zu einer Vergrößerung des Wohnraumes)

Die Kinder- und Schlafzimmer entsprechen in ihrer Größe den gleichen Zimmern in den zur Zeit gültigen Typenreihen. Durch Anordnung von Einbauschränken wird eine wesentliche Qualitätsverbesserung erreicht. An Stelle von leichten Zwischenwänden sind Schranktrennwandeinbauten vorgesehen.

Die Geschoßtreppe ist eine innenliegende, dreiläufige Fertigteilkonstruktion mit einem Steigungsverhältnis von 180/270 mm. Der Grund für diese Treppenanordnung ist die Verringerung der Frontlänge/WE und die Ausnutzung der Außenwandlage ausschließlich für Wohnräume. Außerdem bietet sie noch folgende Vorteile:

Das quergelagerte innenliegende Treppenhaus sichert ohne zusätzliche Maßnahmen die Längsstabilität des Gebäudes.

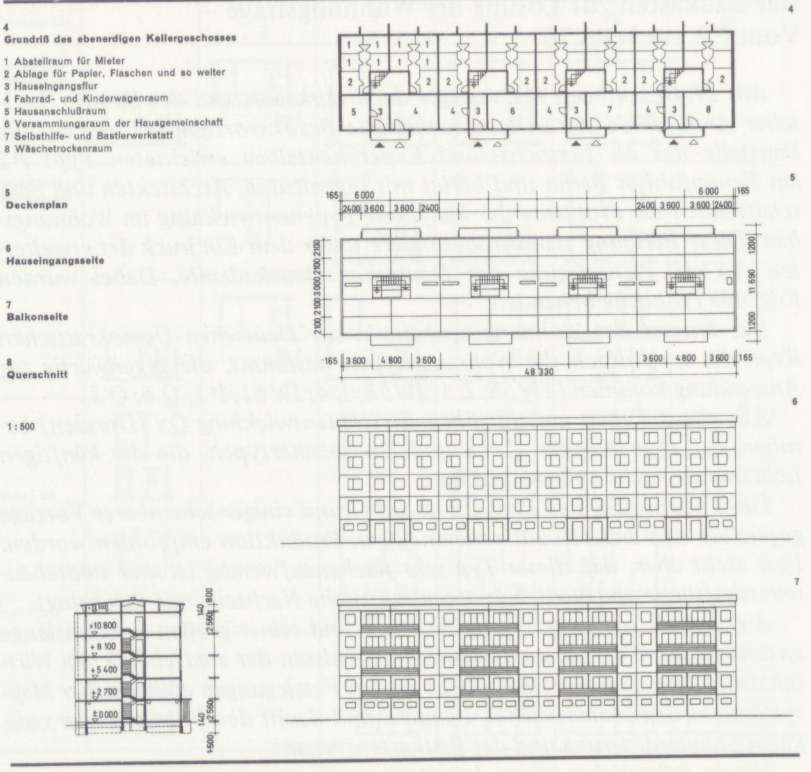
Der wesentliche ökonomische Vorteile bietende tiefe Baukörper nimmt in seiner Mitte Räume auf, die im Rahmen der Wohnfunktion von untergeordneter Bedeutung sind. Für die Funktion der Treppe als vertikaler Verkehrsweg zu den Wohngeschossen ist die Belichtung mittels Oberlichtfenster oder künstlichem Licht ausreichend.

Die mittige Erschließung der Wohnungen im Bereich des Innenbades und der Innenküche ist günstig.

Bei Verzicht auf das Kellergeschoß zugunsten eines Erdgeschosses ohne Wohnungen kann das Gebäude von beiden Längsseiten zugänglich gemacht werden.

Die Gliederung der Fassaden wird nicht mehr durch das Treppenhausfenster beeinträchtigt.

In der Grundkonzeption P 2 sind ausschließlich Zweispänner-Sektionen vorgesehen. Dadurch wird allen Wohnungen natürliche Querlüftung gesichert.



→B 129 Wilfried Stallknecht/Achim Felz/Herbert Kuschy (1961): Grundrisse, Schnitte und Ansichten des Muster- und Experimentalbaus des Instituts für Hochbau der DBA „P 2"

in das Untergeschoß gelegt werden. Die Anordnung von Untergeschossen wird überall dort zur Notwendigkeit, wo der Baugrund eine Unterkellerung nicht zuläßt. Das wird ganz besonders für Berlin zutreffen, wo zum großen Teil nur noch schlechter Baugrund zur Verfügung steht.

Der Typ P 2 fand allgemeine Zustimmung und soll nach Fertigstellung und Komplettierung mit Möbeln nochmals durch den erweiterten Vorstand des Bundes Deutscher Architekten gemeinsam mit maßgebenden Vertretern des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes beurteilt werden. Wie mitgeteilt wurde, ist für Ende Mai dieses Jahres in diesem Versuchshaus eine Ausstellung geplant.

Am **25.5.1962** eröffnet Gerhard Kosel als Präsident der Deutschen Bauakademie in dem gerade fertiggestellten Muster- und Experimentalbau P 2 an der Thaer, Ecke Buggenhagenstraße in Lichtenberg die Ausstellung *neues leben – neues wohnen*. Sie wird von der DBA zusammen mit dem Volkswirtschaftsrat veranstaltet und zeigt 15 Wohnungen, die von 11 Entwurfskollektiven auf unterschiedliche Weise eingerichtet worden sind.

So unscheinbar das Gebäude von außen aussieht, so interessant ist es von innen. Ihm ist das Heft 9/1962 der „Deutschen Architektur" gewidmet.

Der Grundriß weicht mit seiner innenliegenden Treppe und den innenliegenden Bädern und Küchen radikal von den in den letzten Jahren entworfenen Typengrundrissen ab. In der Rückschau auf die bisher ausgebreitete Geschichte der Typenwohnungen erscheint er wie eine Wiederaufnahme des **1949** von Scharoun entworfenen „Typ S", der identisch war mit dem für die Wohnzelle Friedrichshain entworfenen Typ „Silo 4". Verglichen mit dem „Typ S" sind Trennwände innerhalb der Wohnung beim „P 2" rechtwinklig gestellt, was auf Grund der größeren, jetzt 6 m betragenden Spannweite der Decken ohne weiteres möglich ist. Während der „Typ S" eine innenliegende Kochnische vorsah, nimmt „P 2" die Idee der *Sholtowski-Küche* als Durchgangsküche auf. →S. 517

Der Versuchsbau „P 2" und die in ihm vom **26.5.–8.7.1962** durchgeführte Ausstellung *neues leben – neues wohnen* wird von insgesamt 32.100 Besuchern besichtigt. Im Gästebuch finden sich Anmerkungen und Kritik, aber in erster Linie beweist es: *Die Bevölkerung sagt ja zu dem Experiment.* →L 83

Der Experimentaltyp „P 2" bereitet auf ein Baukastensystem vor, das nach Abschluß der Industrialisierung der Bauproduktion das Entwerfen

nach Typenserien ersetzen soll durch das Entwerfen mit einem Sortiment genormter und möglichst frei kombinierbarer Einzelelemente. Der voll industrialisierte Wohnungsbau wird dann eingebunden sein in eine komplexe Planung, d.h. in die Herstellung von Wohngruppen für 1000 bis 3000 Einwohner, Wohnkomplexe für 3000 bis 12.000 Einwohner und Wohnbezirke für 20.000–60.000 Einwohner, innerhalb derer alle Wohnungstypen für Haushalte von 1–7 Personen und alle Einrichtungen vom Einkaufszentrum über Ambulatorium, Restaurant, Altersheim, Turnhalle, Schulkomplex, Wohngruppentreff und Kinderhorte enthalten sind. Alle Bestandteile einer Wohngruppe entstehen dabei nach genau durchgeplanten Arbeitsabläufen in einem Zug.

Am **19.12.1962** beschließt das Präsidium des Ministerrats, daß bis zum **30.6.1964** neue Typenprojekte auf der Grundlage des Baukastensystems für den industriellen Wohnungsbau auszuarbeiten sind. Parallel dazu sollen Projektierungsunterlagen für die gesellschaftlichen Bauten, vor allem für die Wohnfolgeeinrichtungen in Abstimmung mit dem Elementesortiment des Wohnungsbaus entwickelt werden. Zu diesem Zweck wird ein Wettbewerb ausgeschrieben. Das Kollektiv P 2 (Felz/Stallknecht/Kuschy) beteiligt sich mit der Konzeption ihres Versuchsbaus, die sie hierbei von der 1-Raum- bis zur 4-Raum-Wohnung in allen möglichen Varianten für den mehrgeschossigen wie auch den vielgeschossigen Wohnungsbau mit Aufzügen entfalten. Sie erhalten den ersten Preis. **1965** wird daraufhin an der Storkower Straße ein zweiter Experimentalbau P 2.12 gebaut, der 2-, 3- und 4-Raum-Wohnungen enthält. Wieder werden die Wohnungen unterschiedlich eingerichtet, diesmal aber zu mindestens 70 % mit Möbeln, die im Handel erhältlich sind – daß diese Möbel trotzdem nur theoretisch zu bekommen sind, wird von den Besuchern der Ausstellung kritisch festgestellt. ←L 84 ←L 85

Am **17.3.1965** stellt die Arbeitsgemeinschaft des VEB Typenprojektierung und des VEB Berlin-Projekt vor Vertretern der Partei- und Massenorganisationen, der Bauindustrie, des Magistrats von Berlin und der Presse eine Studie mit der im Ministerratsbeschluß vom **19.12.1962** geforderten Konzeption für eine neue Wohnungsbauserie vor. Sie wird zunächst vom Magistrat als verbindliche Grundlage des Berliner Wohnungsbaus bis **1970** beschlossen. Die Konzeption geht von der vom Ministerrat geforderten Durchschnittsgröße von 50 qm pro Wohnung und einem Wohnungsschlüssel von 10 % 1-, 25 % 2-, 50 % 3- und 15 % 4-Raum-Wohnungen aus. Die Studie sieht 8 Entwurfskonzeptionen (A–H) vor. Die Konzeptionen A–D stammen vom Kollektiv P 2, die ihren Typ, variierend von der 1- bis zur 4-Raum-Wohnung als 5geschossige Sektionshäuser mit und ohne Keller und als 10geschossige Gebäude mit 2 Aufzugachsen planen. Die Möglichkeit, den Typ P 2 auch als Hochhaus zu bauen, erreichen sie dadurch, daß sie in jedem dritten Geschoß die Treppenkerne durch einen Gang verbinden, an den auch der Fahrstuhl angeschlossen ist. Fluchtmöglichkeiten und ökonomische Ausnutzung des Fahrstuhls sind somit gegeben.

→B 130 Stallknecht/Felz/Kuschy (1961): Versuchsbau „P 2" (Zustand 1989)

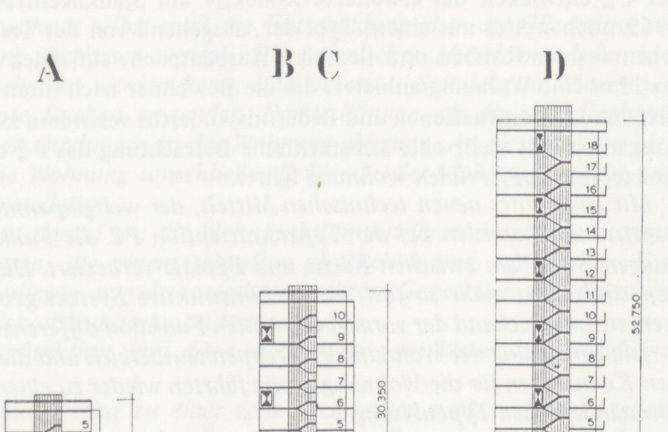
Alle Räume sind durch ausreichend große Fenster gut belichtet, das gilt besonders für das Wohnzimmer mit seiner geringen Raumtiefe und seinen zwei großen Fenstern.

Die Baukörper der Grundkonzeption P 2 sind beliebig orientierbar. Die Funktionseinheit „Kochen–Essen–Wohnen" bedingt, daß auf der Wohnzimmerseite weder das Schlafzimmer noch das Kinderzimmer angeordnet werden können. Diese Lösung wird oft als nachteilig bezeichnet. Dazu ist festzustellen:

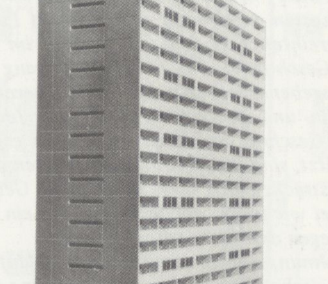
Erfahrungsgemäß werden innerhalb eines Wohnkomplexes bis zu 70 Prozent aller Wohnblocks in Ost-West-Richtung gebaut, so daß 70 Prozent aller Schlaf- und Kinderzimmer nach der zum Schlafen günstigsten Himmelsrichtung, nach Osten, orientiert sind. Die zum Schlafen ungeeignetste Himmelsrichtung, Westen, wird damit gänzlich gemieden.

Für die verbleibenden 30 Prozent Wohnungen mit Nord-Süd-Orientierung wird der Anteil der nach Norden gelegenen Schlaf- und Kinderzimmer lediglich um 15 Prozent auf 30 Prozent erhöht, da bei allen bisherigen Typen bei gleicher Orientierung bereits ein Raum jeder Wohnung nach Norden gelegen ist. Dieser geringfügige Nachteil wird durch die günstige Gestaltung des Funktionskomplexes „Kochen–Essen–Wohnen" und die Lage und Größe des Wohnzimmers mehr als reichlich aufgewogen.

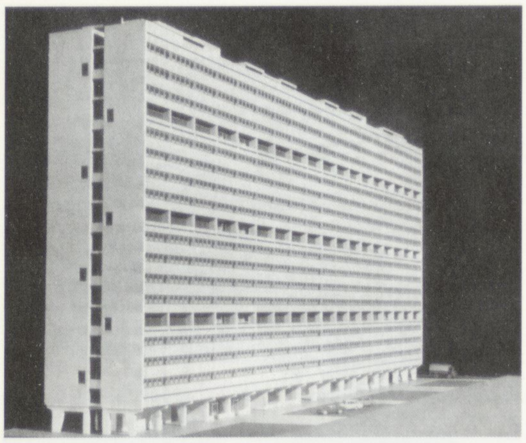
Die Grundkonzeption P 2 sieht an Stelle des üblichen Kellergeschosses ein Erdgeschoß vor, in dem neben den Abstellräumen der Mieter und dem Hausanschlußraum Gemeinschaftsräume vorhanden sind. In jedem Segment sind zwei Gemeinschaftsräume vorgesehen. Der kleinere Raum ist als Fahrrad- und Kinderwagenraum gedacht. Der zweite Raum mit einer Größe von 24 m^2 kann den vielfältigsten Zwecken dienen, zum Beispiel als Hausgemeinschaftsraum, Trockenraum, Waschpunkt, Annahmestelle der verschiedensten Dienstleistungsbetriebe, Mopedgarage.

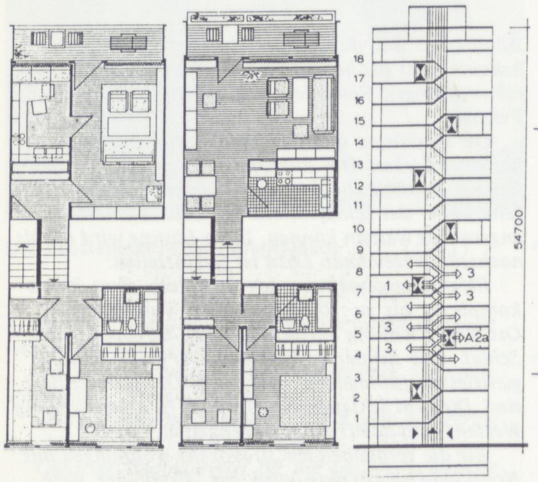


←B 132 Stallknecht/Felz/Kuschy (1965): Schnitte durch die Umarbeitungen des „P 2" als Konzeptionen A–D für „Sektionshäuser" im Berliner Wohnungsbauprogramm



→B 131 Stallknecht/Felz/Kuschy (1965): Konzeption 2, 18geschossiges Hochhaus mit überarbeiteten „P 2"-Grundrissen





Hans-Peter Schmiedel/Manfred Zumpe (VEB Typenprojektierung Berlin, 1965): Entwurfskonzeption E für das Berliner Wohnungsbauprogramm. Vielgeschossiges Innenganghaus mit halbgeschossig versetzten Wohnungen in Großplattenbauweise. Modell/Nordostansicht, Schnitt und Grundrisse der 3-Raum-Wohnungen (M 1:300) mit innenliegender und mit außenliegender Küche

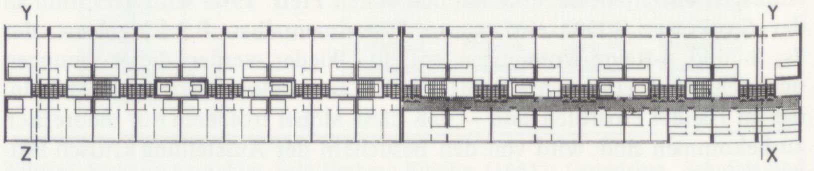
Hans-Peter Schmiedel und Manfred Zumpe
Entwurfskonzeption E
Innenganghaus mit halbgeschossig versetzten Wohnungen

Im Gegensatz zum Sektionshaus (Entwurfskonzeption D) basiert die Konzeption E – wie auch die Konzeptionen F, G und H – auf einem kommunizierenden Verkehrssystem. Trotz dieses Verkehrssystems ist der Grundriß frei orientierbar. Das ist möglich, weil die Erschließungsgänge nicht in jedem Geschoß (wie bei F, G und H), sondern im Wechsel mit Wohngeschossen angeordnet sind. Die auf Lücke aneinandergereihten Verkehrskerne werden im Abstand von 2 1/2 Geschossen vom Erschließungsgang tangiert. In der Gangebene befinden sich die kleineren Wohnungen (Ein- und Zweiraumwohnungen). Jeweils um ein halbes Geschoß nach oben und unten gegen den Gang versetzt, sind die Dreiraumwohnungen angeordnet. Sie erstrecken sich über die gesamte Gebäudetiefe, wobei wiederum der Schlafteil um ein halbes Geschoß gegen den Wohnteil versetzt ist.

Die wohnungserschließenden Treppenläufe befinden sich zwischen den Verkehrskernen. Eine Folge der halbgeschossigen Versetzung und des kommunizierenden Verkehrssystems ist eine notwendige Teilung von Küche und Bad. Dabei findet die gleiche Badzelle Verwendung wie in allen Entwurfsreihen. Die Küche wurde vereinheitlicht mit den Entwurfsreihen F bis H. Neuartig ist für unsere Wohnformen im Geschoßwohnungsbau die Versetzung der Wohn- und Schlaf-

Die Konzeptionen E–H stammen von den Architekten Hans-Peter Schmiedel und Manfred Zumpe vom VEB Typenprojektierung und sind für 16-, 18- und 24geschossige Gebäude mit Innengangerschließungen als Punkt- und Scheibenhochhäuser gedacht.

Diese beiden Architekten erarbeiten im folgenden Jahr ein zweibändiges Werk über Wohnhochhäuser, das **1967** im Verlag für Bauwesen erscheint. Mit zahlreichen Planungsbeispielen geben sie darin einen Überblick über die Geschichte der Punkt- und Scheibenhäuser bis zu den letzten Entwürfen, wobei sie die Arbeiten Le Corbusiers und des Bauhauses, die Kommunehäuser aus der UdSSR, die Kollektivhäuser aus der CSSR, die Arbeiten Mies van der Rohes und der Holländer van den Broek und Bakema und vieler anderer gleichwertig behandeln und dokumentieren. Ihre Arbeit zeigt, daß die Bauten der Interbau in Berlin (West) auch in der DDR beachtet worden sind. Die von Schmiedel und Zumpe entwickelte „Konzeption E" für 18geschossige Scheibenhochhäuser mit halbgeschossig versetzten Wohnungen knüpft mit ihren Maisonette-Wohnungen an das Corbusier-Haus „Typ Berlin" an, das seinerseits auf das **1949** gebaute Original in Marseille zurückgeht. Die Ähnlichkeit, die der Entwurf von Schmiedel und Zumpe mit dem Innengangtyp aufweist, den Scharoun **1949** für die Wohn-
→S.466 zelle Friedrichshain entworfen hat, könnte mit dem gemeinsamen Vorbild zusammenhängen.



→B 133 Hans-Peter Schmiedel/Manfred Zumpe (1965): Grundriß der Konzeption E

Die Hochhauskonzepte werden zunächst für die Planung der in den Stadtzentren gelegenen Wohnkomplexe benötigt, später werden sie auch in den weiter außerhalb gelegenen Wohngebieten angewandt. Im **Dezember**
←B 134 **1967** wird das erste der 5 Punkthochhäuser im vorher abgerissenen „Fischerkiez" im Zentrum Berlins fertiggestellt. Es hat 21 Geschosse. Der Typ P 2 mit all seinen Varianten wird der meistgebaute Wohnungstyp bis in die Mitte der 70er Jahre. Die meisten Plattenwerke werden auf ihn eingerichtet, und als Typ IW 66/P 2 bleibt er nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern wird in der gesamten DDR gebaut.

Man findet ihn in den zu Beginn der 70er Jahre geplanten Wohnkomplexen (wie z.B. der Frankfurter Allee-Süd), aber auch in Gebäuden, in denen man ihn von außen nicht sofort vermuten würde (wie in den Hochhäusern um den Funkturm am Rathausplatz oder in der geschwungenen Hochhauszeile am Leninplatz). Die großen Vorteile des P 2, abgesehen von der großen Gebäudetiefe, die er ermöglicht, sind seine Einfachheit und seine Variabilität, zwei wesentliche Vorteile, die er dem von der Grundrißorgani-
→S.513 sation fast gleich aufgebauten Typ S Scharouns voraus hat. Die Variabilität des P 2 entwickelt das erweiterte Kollektiv um Stallknecht/Felz/Kuschy
←L 86 **1969** noch weiter mit einem Typ, der, ausgehend von der Trennung zwischen festem Rohbau und flexiblen Ausbauteilen, auf einer Fläche von 6 x 12 m eine Wohnung anbietet, die die Bewohner nach ihren sich verändernden Lebenssituationen und Bedürfnissen leicht verändern können. Den Ausgangspunkt stellt eine selbstkritische Betrachtung des P 2 dar, die zur Konzeption der *flexiblen Wohnung* führt:
→L 87 *Mit Hilfe eines neuen technischen Mittels, der weitgespannten Deckenkonstruktion, wurden bei der Typenkonzeption P 2 die Funktionsbeziehungen, vor allem zwischen Küche und Eßplatz verbessert. Die Raumgrößen sind nicht mehr so fest an das konstruktive System gebunden und werden entsprechend der vorausbestimmten Funktion differenziert.*

Die Einengung der Wohnung im Treppenhausbereich und die vorgegebenen Kennziffern für die Wohnungsgröße führten wieder zu einer festen und unveränderlichen Typenlösung.

Der Typ wurde später durch zusätzliche Sektionen wie Giebel- und Ecklösungen ergänzt. Dadurch wurde eine abwechslungsreichere städtebauliche Planung ermöglicht und das industrielle Bauen aus der Ausschließlichkeit des schematischen Zeilenbaus befreit.

Alle Typen wurden für eine Normalfamilie konzipiert. In den Projekten wird dargestellt, wie die Wohnungen möbliert werden können. Diese Vorstellungen lassen sich jedoch nicht in jedem Fall realisieren.

So kommt es zur Diskrepanz zwischen dem eingeengten Wohnungssortiment und der Vielgestaltigkeit des Lebens. Es reicht nicht aus, wenn wir nur bestimmten Grundsätzen der Funktionsordnung und Raumdifferenzierung folgen. Dadurch wird einer der wichtigsten menschlichen Erlebnisbereiche, die Wohnung, nach einer Schablone gestaltet. Oft folgen die Architekten zu sehr eigenen Auffassungen vom Wohnen, die nicht absolut verallgemeinerungsfähig sind. Außerdem werden unsere Wohnungstypen zu sehr von konstruktiv-technologischen Bindungen beherrscht.

Es genügt nicht, Variabilität nur durch eine differenzierte Baukörpergestaltung erreichen zu wollen. Vor allem muß die Möglichkeit für eine variable Wohnungsgestaltung geschaffen werden.

Neue Bausysteme, die zur Zeit entwickelt werden, gewährleisten eine größere Variabilität. Mit einem Sortiment von standardisierten Schalungsteilen kann an jedem Ort eine größere Anzahl von Wohnungsvarianten hergestellt werden. Doch sind auch diese Möglichkeiten noch zu eng begrenzt. Die Bedürfnisse nach Wohnraum sind im allgemeinen gleich, aber die Wünsche im einzelnen sind sehr unterschiedlich. Für den Menschen, der eine neue Wohnung bezieht, ist es völlig uninteressant, wie die Nachbarwohnung zugeschnitten ist. Mit seiner eigenen Wohnung muß er fertig werden. Selbst wenn er die Gelegenheit gehabt hat, eine seinen gegenwärtigen Erfordernissen entsprechende Wohnung auszuwählen, werden sich seine Bedürfnisse und Ansichten mit der Zeit wandeln.

So muß dem Lebenszyklus einer Familie die Wohnung in gut abgrenzbaren Stadien gerecht werden:
- *Das junge Ehepaar,*
- *die Zeit der kleinen Kinder,*
- *die Zeit der Schulkinder,*
- *die Zeit, in der die Eltern wieder allein sind,*
- *die Zeit der alten Ehepaare.*

Jede dieser Etappen verlangt im Prinzip nach einem unterschiedlichen Wohnungstyp. Vervielfacht werden die Wohnwünsche durch die unterschiedlichen Familienstrukturen und Lebensgewohnheiten.

Weitere Ansprüche werden die Anforderungen an die Wohnung erhöhen, verändern und differenzieren:
- *die wachsenden Bildungsanforderungen,*
- *die Verlängerung der Freizeit,*
- *die zunehmende Differenzierung der geistig-kulturellen Interessen,*
- *die ständige Erhöhung des Lebensstandards und*
- *das Streben nach Selbstbetätigung in der Freizeit.*

Alle diese Anforderungen können mit drei Grundprinzipien mit je vier Wohnungsgrößen kaum erfüllt werden.

Den individuellen Zuschnitt kann die Wohnung gegenwärtig nur durch die Einrichtung erhalten. Aber die Möglichkeiten der Variabilität mit Hilfe der Möblierung bei einer unveränderbaren Raumteilung sind sehr begrenzt und reichen nicht aus.

Wie soll aber gebaut werden, wenn die Ansprüche nicht definiert werden können?

Dem Bewohner selbst muß die Entscheidung über die Gliederung seiner Wohnung überlassen werden. Die technischen Mittel, mit denen hier Abhilfe geschaffen werden kann, sind bekannt: Seit langem können wir weitgespannte Decken anwenden. Damit können wir die unabdingbaren konstruktiven Bindungen in der Wohnung abbauen. An Festpunkten bleiben nur: die Wohnung umschließende Wände, der Wohnungseingang und die Sanitärinstallation.

Es kommt darauf an, die Wohnfunktion mit ihren nutzbaren Ausstattungselementen, die einem schnellen physischen und moralischen Verschleiß unterliegen, von den massiven, mehrere Generationen überdauernden Gebäudekonstruktionen zu trennen.

Die Wohnfunktion wird dann nicht mehr vom Planenden vorgeformt sein.

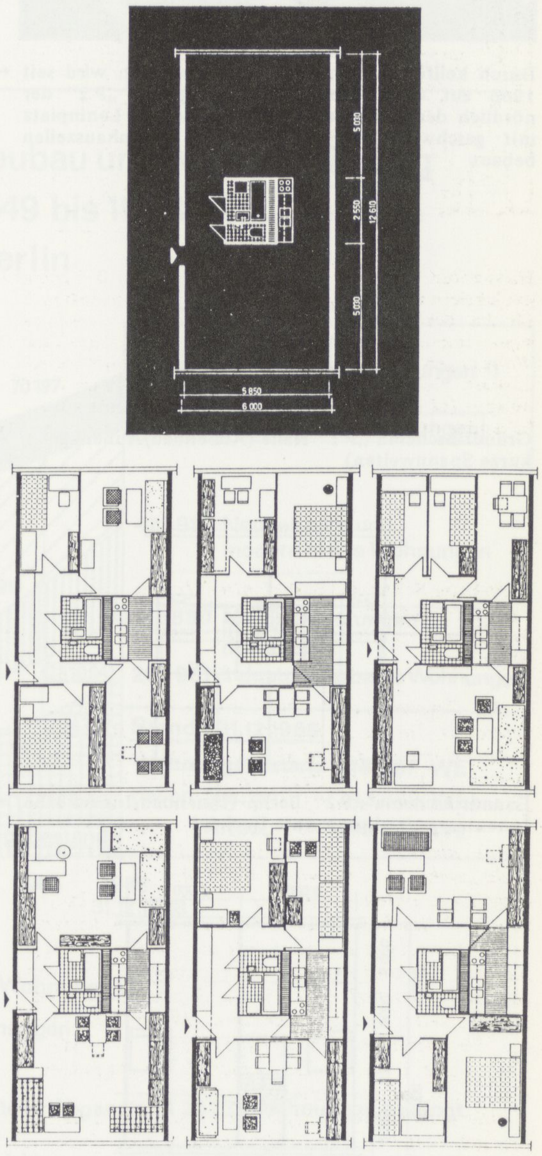
Die Wohnung wird zu einer vom Architekten vorbereiteten Möglichkeit für die Bewohner, sich selbst an der Gestaltung der Umwelt zu beteiligen.

Bei entsprechender Systematisierung der Flächen und sinnvoller Einordnung der Sanitärräume können auf gleicher Fläche zahlreiche Varianten gebildet werden.

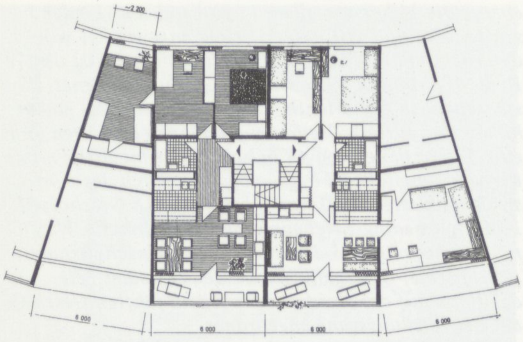
Weitere Möglichkeiten sind durch die unterschiedliche Anordnung der Sanitärräume gegeben.

ebene, die bisher vor allem in Holland und England seit langem und mit gutem Erfolg angewendet worden ist. Ähnlich wie die Entwicklungsreihe D ist die Reihe E mit ihren Varianten für Gebäude geeignet, die städtebaulich frei orientiert werden können, zu einem hohen Prozentsatz Dreiraumwohnungen enthalten und eine Mindestlänge von 48 m haben. Die mögliche montierbare Geschoßzahl liegt – bedingt durch das Konstruktionsraster 6000 mm – bei 16 bis 18 Geschossen. Funktionsbedingte Nebenräume (Abstellräume, Waschräume, Putzräume) oder sonstige Gemeinschaftsräume (Klubräume, Gästezimmer) werden auf einer Seite (in der Regel auf der Nordseite) in jedem fünften Geschoß am Erschließungsgang angeordnet.

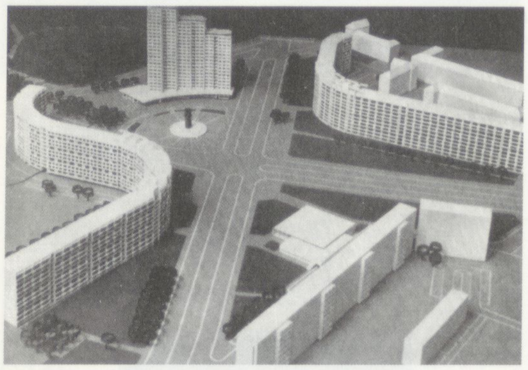
Die Variabilität der Wohnungsaufschlüsselung wird erreicht durch die verschiedenen Möglichkeiten der Ganganordnung in der Vertikalen.



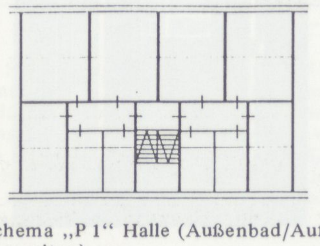
→B 135 Stallknecht/Felz/Kuschy u.a. (1969): Studie zur Flexibilität der weiterentwickelten „P 2"-Konzeption. Die Wohnungen werden zwischen zwei im Abstand von 6 m stehenden tragenden Querwänden durch eine vorgefertigte Naßzelle (Küche/Bad/Toilette) und leichte Trennwände hergestellt. Die Trennwände können nach Bedarf versetzt werden



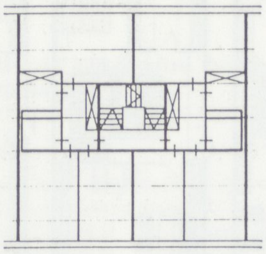
←B 136



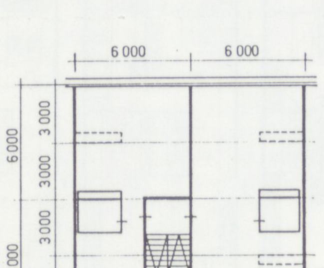
Durch keilförmige Sonderelemente ergänzt, wird seit 1968 auf Grundlage des Wohnungstyps „P 2" der nördlich des Strausberger Platzes gelegene Leninplatz mit geschwungenen 11geschossigen Wohnhauszeilen bebaut ←B 137



Grundrißschema „P 1" Halle (Außenbad/Außenküche/kurze Spannweiten) ←B 138



Grundrißschema „P 2" Berlin (Innenbad/Innenküche/Innentreppe/weitgespannte Decken) ←B 139



Grundrißschema der WBS 70 als Synthese von „P 2" und „P 2" (Außentreppe/Innenbad/6-m-Raster für Decken und Außenwände) ←B 140

Die räumliche Systematisierung ist eine Voraussetzung für die freie Auswahl und Anordnung der Ausstattung. Der scheinbare Widerspruch zwischen ökonomischer Massenfertigung und individueller Vielfalt wird aufgehoben.

Um die unterschiedlichsten Wohnwünsche erfüllen zu können, ist es notwendig, innerhalb gleicher Rohbaukonstruktionen verschiedene technische Varianten der Raumteilung gleichzeitig anzuwenden:

So können die einzelnen Wohnungsvarianten mit unveränderbaren Zwischenwänden der laufenden Produktion hergestellt und leichte, nachträglich versetzbare Zwischenwände eingebaut werden.

Schrankeinbauten und Schranktrennwände mit leichten Zwischenwänden können kombiniert und neue, variable und veränderbare Ausstattungssysteme eingeführt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die Variabilität der Wohnung ist ein Grundsatz, den wir bereits bei der Entwicklung der Konzeption P 2 beachtet haben.

Beim P 2 wurde die Küche nach innen gelegt, um Küche und Eßplatz möglichst eng zu verbinden. Die freigewordene Fensterwandfläche wurde nicht eingespart, sondern für die Verbesserung des Wohnraumes und die indirekte Belichtung der Küche über den vorgelagerten Eßplatz genutzt.

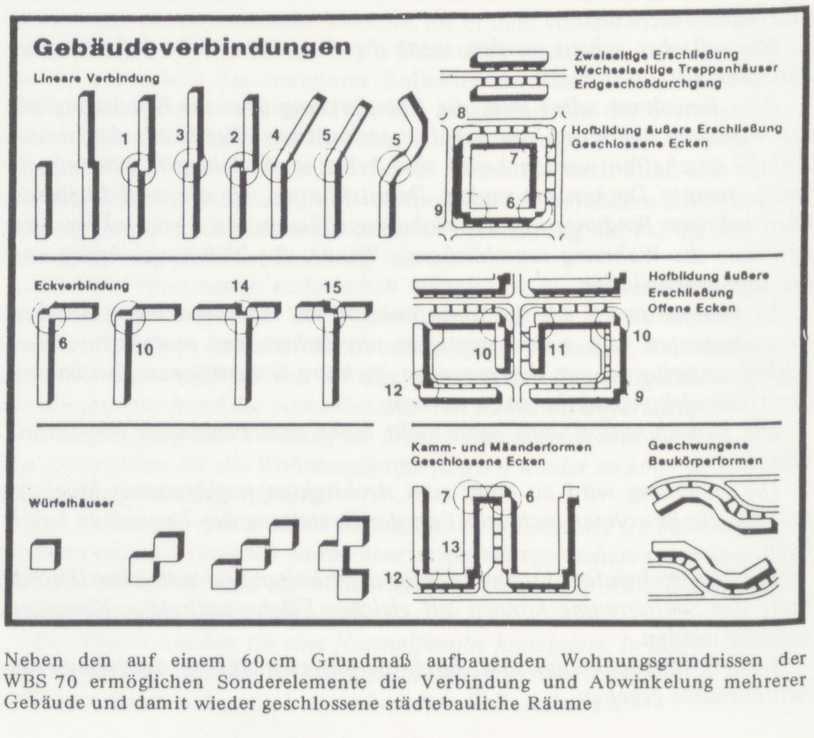
Dieses Prinzip wurde später, nachdem die technischen Voraussetzungen für die Innenküche gegeben waren, leider nicht mehr beachtet.

Es wurden Wohnungstypen mit Innenküche entwickelt, bei denen die freigewordene Außenwandfläche nicht der Verbreiterung des Wohnraumes dient, sondern eingespart wurde. Mit dieser auf Kosten der Wohnqualität erzielten Einsparung wird die ökonomische Überlegenheit dieser Typenkonzeption begründet.

Bei unserer Neuentwicklung werden jetzt, wie beim Typ P 2, einer Wohnung für vier Personen wieder sieben Funktionsbereiche zugrunde gelegt:
Wohnzimmer,
Eßplatz,
Schlafzimmer,
Kinderzimmer,
Küche,
Bad,
Flur.

Vier dieser Funktionsbereiche können direkt belichtet werden. Es bleibt freigestellt, ob der Eßplatz oder die Küche indirekt belichtet werden soll.

Es ist besser, den Eßplatz an der Außenwand anzuordnen und die Küche über den Eßplatz zu belichten, da die funktionellen Vorteile der variablen Nutzung des Eßplatzes überwiegen und die indirekte Belichtung der Küche möglich ist.

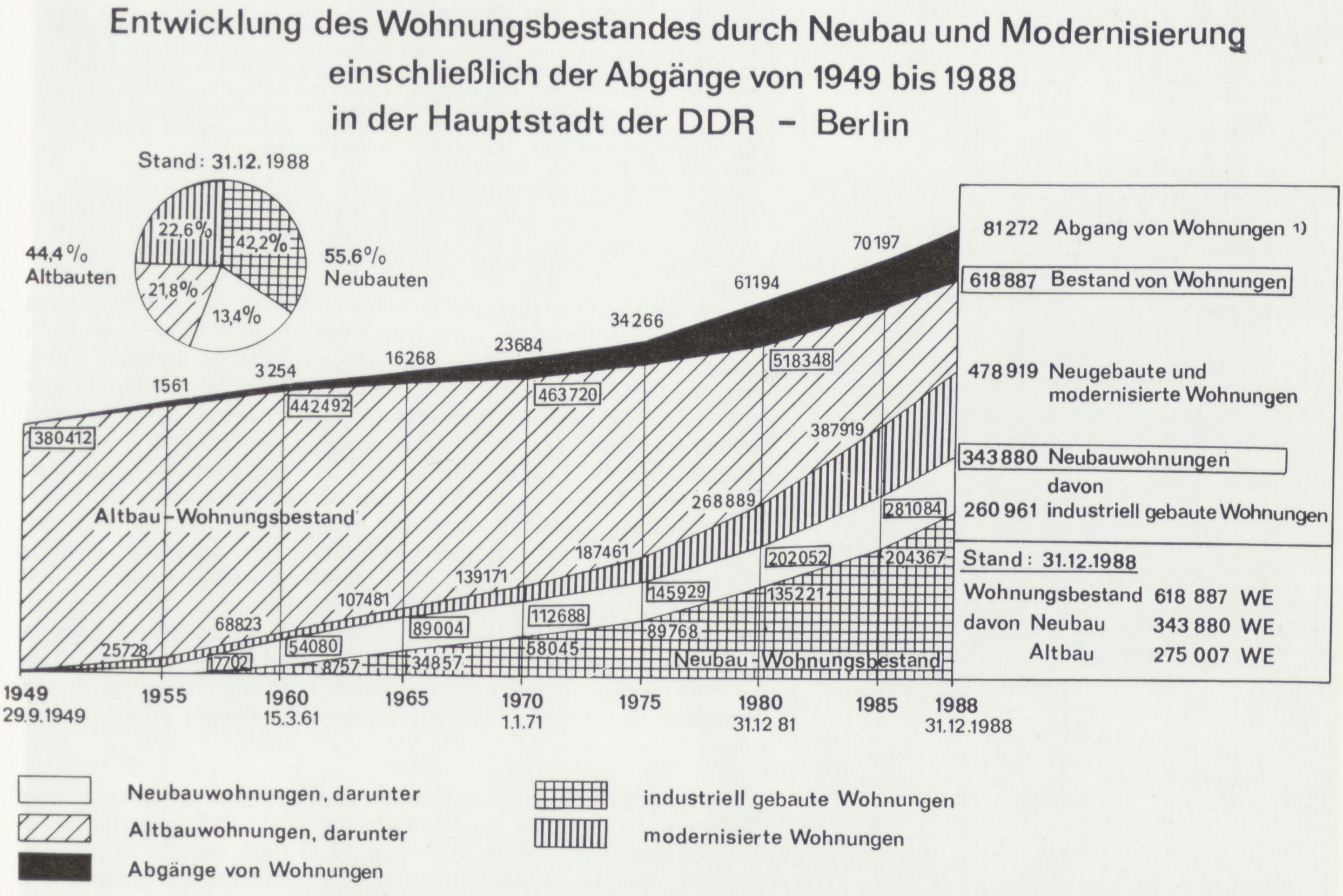


→B 141 Neben den auf einem 60 cm Grundmaß aufbauenden Wohnungsgrundrissen der WBS 70 ermöglichen Sonderelemente die Verbindung und Abwinkelung mehrerer Gebäude und damit wieder geschlossene städtebauliche Räume

Die Küche wird in die Variabilität einbezogen. Bei gleicher Lage kann die Küche größer oder kleiner sein, einseitig oder auch zweiseitig belichtet werden.

Es ist auch möglich, die Küche mit dem Eßplatz zu einem Hauswirtschaftszentrum zusammenzufassen.

Noch im selben Jahr, **1969**, werden Wilfried Stallknecht und Achim Felz mit der Ausarbeitung der *Studie Plattenbau 69* beauftragt. Sie wird Ausgangspunkt zur Entwicklung der *Wohnungsbauserie 70 (WBS 70)*, die eine Synthese zwischen dem P 2 und dem den mit außenliegenden Treppen, Küchen und Bädern traditionellen Wohnungstyp fortsetzenden P 1 darstellt. Die WBS 70 wird als Baukastensystem mit Elementen, die auf einem Grundmaß von 60 cm aufbauen, entwickelt, wobei es auf hohe Variabilität und Kombinierbarkeit der Teile ankommt. Mit Hilfe besonderer Gebäudeverbindungen können nach dem am Leninplatz erprobten Muster auch geschwungene und abgewinkelte Gebäudeformen beliebiger Länge hergestellt werden. Die WBS 70, die **1972** zum erstenmal in Brandenburg angewandt und dann schrittweise in der ganzen DDR eingeführt wird, ist die technische Voraussetzung zur Lösung der am **15.–19.6.1971** vom VIII. Parteitag der SED gefaßten Beschlüsse zur *Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus*. Als Aufgabe für das Bauwesen sieht der Fünfjahrplan zunächst bis **1975** den Bau von 500.000 Wohnungen, davon 20.000 in Berlin (DDR), vor. Darüber hinaus fordert der Parteitag, ein langfristiges Wohnungsbauprogramm zu entwickeln, das es erlaubt, bis **1990** die Wohnungsfrage als soziales Problem in der DDR zu lösen. ←L 88



Anmerkung: 1) Durch Wohnungszusammenlegungen bei der Modernisierung ist ein weiterer Abgang von 24 233 Wohnungen bedingt

Die grafische Darstellung des Wohnungsbestandes von Berlin (DDR) zeigt die Produktionsentwicklung von Neubauwohnungen nach traditionellen und industriellen Baumethoden und die Entwicklung des (vor 1949 gebauten) Altbaubestandes durch Modernisierung und Abriß ←A 81

Nr.	WP	Grundstück	abgerissene Gebäudeteile	Anzahl der abgerissen. Wohng.	insgesamt	Anzahl der neuen Wohng.	insgesamt
1	1953	Bastianstr. 15-16/ Böttgerstr. 9-13	1 Stfl.	2	2	103	103
2	1954	Groninger Str. 30/ Oudenarder Str. 21	1 Stfl.	8	10	25	128
3	1955	Ackerstr. 123-125 2. Bauabschnitt	3 Vdhs.	34	44	34	162
4		Bornemannstr. 2	3.+4.OG. d.r. Stfl.	1	45	14	176
5	1956	Triftstr. 69/70	1 Stfl.	2	47	29	205
6		Samoastr. 10/ Kiautschoustr. 7	1 Stfl.	5	52	24	229
7	1957	Hochstr. 12	2 Stfl. 1 Querg.	1	53	45	274
8		Wiesenstr. 40/42	1 Vdhs. (41)	10	63	25	299
9		Gottschedstr. 10	1 Stfl.	9	72	20	319
10		Gartenstr. 53	1 Vdhs.	15	87	15	334
11		Swinemünder Str. 102-104	3 Querg.	8	95	40	374
12	1958	Schulstr. 54	1 Vdhs. 2 Stfl. 1 Querg.	1	96	41	415
13		Schulstr. 58	1 Stfl. 1 Querg. teilw.	13	(4) 109	26	441
14		Reginhardstr. 14-24 Hansastr. 2-5 Residenzstr. 76	Teil v. Vdhs.R 14 +Res.76	6	115	90	531
15		Plantagenstr. 6	1 Stfl.	14	129	14	546
16		Hussitenstr. 6	1 Querg.	4	133	14	559
17	1959	Reinickendorfer Str. 78	1 Stfl.	1	134	18	577
18		Schwedenstr. 10	1 Vdhs. + Stfl.	6	140	21	598
19		Hermsdorfer Str. 4/ Hussitenstr. 45	teilw. 2 Vdhs. 1 Stfl.	4	144	18	616

Nr.	WP	Grundstück	abgerissene Gebäudeteile	Anzahl der abgerissen. Wohng.	insgesamt	Anzahl der neuen Wohng.	insgesamt
20	1959	Neue Hochstr. 36-39	2 Stfl. 2 Quergb.	17	161	224	840
21		Wollankstr. 64, 64a, Prinzenallee 44, 45, 46, 46a, Wriezener Str. 23, 25-27	1 Stfl. 1 Vdhs.	24	185	184	1024
22	1960	Lütticher Str. 44	1 Quergb.	5	190	14	1038
23		Reinickendorfer Str. 68,69	1 Stfl. 2 Quergb.	21	211	35	1073
24		Lortzingstr. 12, 13/ Swinemünder Str. 86/87	1 Stfl. 1 Quergb.	30	241	31	1104
25		Kongostr. hinter Müllerstr. 126, 126a,b Lüderitzstr. 31, 33, 34, 36 Togostr. 14	2 Landhäuser	5	246	80	1184
26	1961	Kösliner Str. 2-3	3 Quergb.	101	347	45	1229
27	1962	Wiesenstr. 47	2 Stfl. 2 Quergb.	10	357	13	1242
28		Schulstr. 113	1 Vdhs. 2 Stfl.	15	372	17	1257
29		Reinickendorfer Str.89/90	1 Vdhs. 3 Stfl.	38	410	26	1283
30	1961 Nachtrag	Triftstr. 63	1 Stfl.	1	411	17	1300
31	1963	Prinzenallee 42/43 Wriezener Str. 28/29	Vdhs. Quergb.	26	437	82	1382
32	1964	Schulstr. 73	1. Quer-Geb.	4	441	12	1394
33		Thurneysser Str. 6	re.Stfl.	10	451	10	1404
34		Hochstr. 31/32	Quergeb./Vdhs.	25	476	35	1439
35		Liebenwalder Str. 38	Quergeb.	11	487	12	1451
36		Prinzenallee 15/16	Vd./Qb.	18	505	25	1476
37		Londoner Str. Wohnlauben Block C,D,E,F,J, V,W,X	→	79	584	174 ~~236~~	1650 ~~1712~~
38		Londoner Straße (Besatzungsmacht)	Wohnlauben	13	597	60	1118 ~~1772~~

Liste der ersten Abrißmaßnahmen im Bezirk Wedding ←A 1

6 Der Ersatz für das ALTE BERLIN

Mit der im „Telegraf" angekündigten Sprengung der Quergebäude Kösliner Str. 2/3 im Wedding soll am **5.6.1961** das Signal für die lange angekündigte Beseitigung der gehaßten „Mietskasernen" des 19. Jahrhunderts

In Wedding knallt's

Drei Quergebäude in der Kösliner Straße werden gesprengt

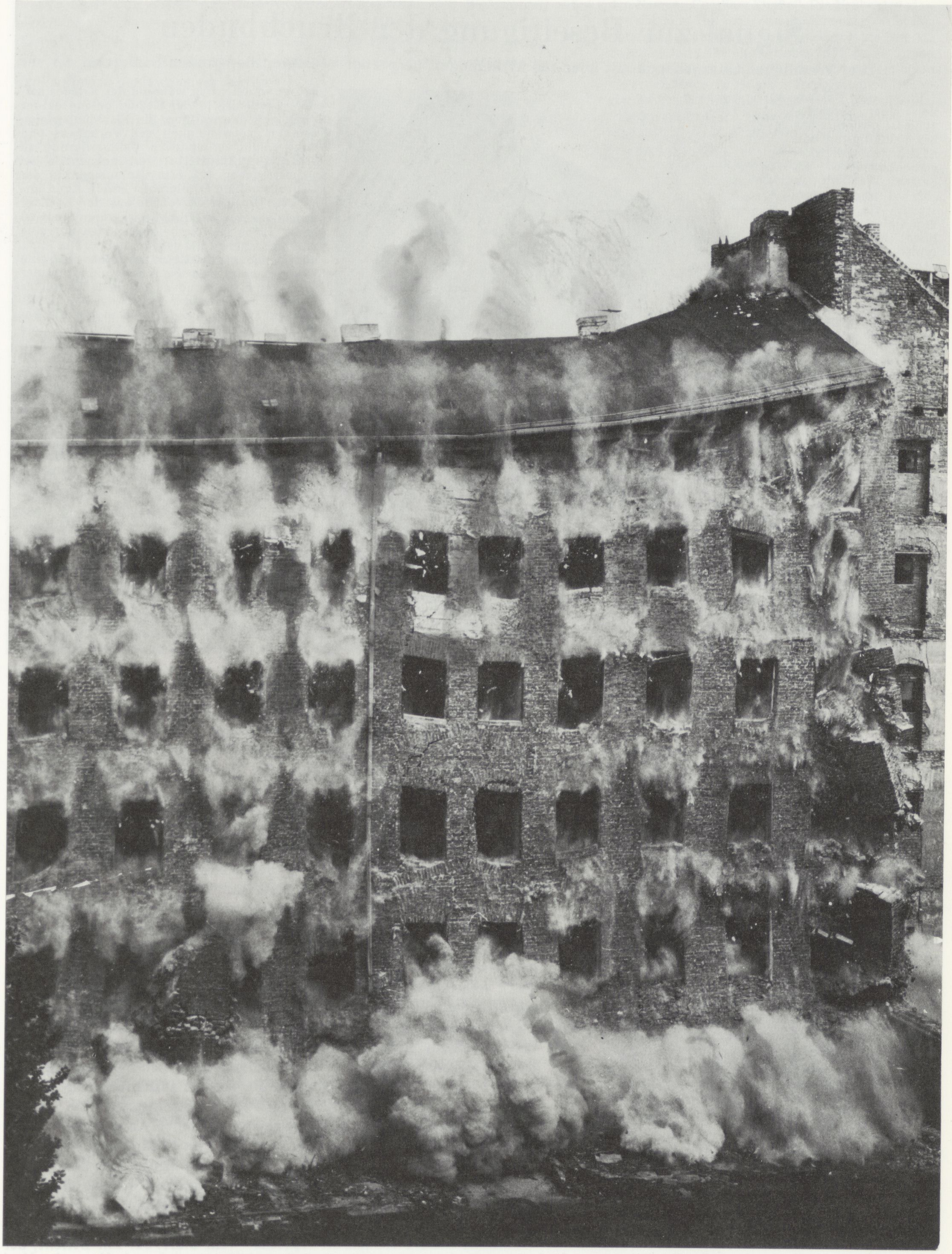
Im Zuge der Sanierung überalterter Wohnviertel des Wedding werden am Montag in der Kösliner Straße um 13.30 Uhr drei Quergebäude gesprengt werden. Es handelt sich um Bauten, die vor 1880 errichtet wurden. Die dazugehörenden Vorderhäuser wurden im Kriege zerstört. Die 101 Mieter dieser jetzt fallenden Gebäudeteile haben sämtlich eine bessere Wohnung erhalten.

Für das Wohnungsamt war dies keine leichte Aufgabe. Rund 600 Wohnungen wurden den Räumenden angeboten, bis alle Wünsche befriedigt waren. Die nun frei werdenden Grundstücke Kösliner Straße 2 und 3 sollen im Herbst mit modernen Wohnungen bebaut werden.

→L 1 Ankündigung der Sprengung in der Kösliner Str. 2/3 im „Telegraf" vom 3.6.1961

gegeben werden. Es ist dies zwar nicht der erste Abriß in Berlin (West) und im Wedding bereits der 26., zuvor jedoch handelte es sich überwiegend um im Zusammenhang mit der Neubebauung von zusammengelegten Trümmergrundstücken abgerissene Teilruinen, wobei die Anzahl der an ihrer Stelle gebauten Neubauwohnungen in allen Fällen die der ehemaligen Wohnungen überstieg. Den bis dahin umfangreichsten Abriß im Wedding hatte im Jahre **1955** die Beseitigung der 3 im Krieg unzerstört gebliebenen Vorderhäuser Ackerstr. 123–125 für den zweiten Bauabschnitt der Ernst-Reuter-Siedlung dargestellt. Auch ihr Abriß, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Meyer's-Hof, war bereits als Auftakt einer geplanten Sanierung des Wedding gedacht, die aber dann doch wegen fehlender Gelder und Ersatzwohnungen verschoben werden mußte. Für die 34 Altbauwohnungen sind an gleicher Stelle in einem 5geschossigen Laubenganghaus 34 Neubauwohnungen gebaut worden. In der Kösliner Straße werden am **5.6.1961** dagegen 101 bis zuletzt bewohnte Wohnungen gesprengt, die auf demselben Grundstück durch nur 45 neue Wohnungen ersetzt werden sollen.

Die Sprengung in der Kösliner Straße ist ein Vorgriff auf die kommende Sanierung, die erst nach der Verabschiedung der „Richtlinien für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen" vom **12.12.1961** und der Regierungserklärung vom **18.3.1963**, mit der die innerstädtischen Sanierungsgebiete festgelegt werden, anläuft. Kurz nach der Sprengung *ermuntert* Bausenator Rolf Schwedler die Bezirke, ihre Abrißwünsche zu formulieren. In der Nachricht des „Telegraf" vom **5.10.1961**, die diese „Ermunterung" veröffentlicht, ist aber auch schon eine Befürchtung enthalten, die auf der ersten Erfahrung mit dem Abriß in der Kösliner Straße beruht: *Man muß mit dem Widerstand vieler Bürger rechnen, die ihre Wohnung in dem abzureißenden Haus nicht aufgeben wollen, weil die neue und schönere Wohnung im Neubau mehr Miete kostet.* →L 2



Die Sprengung des ersten Quergebäudes des Hauses Kösliner Str. 3 am 5.6.1961 ←B 1

Signal zur Beseitigung der Bruchbuden

Drei Weddinger Quergebäude mit über 100 Wohnungen gesprengt — Beginn der großen Sanierung

Unter der Detonation einer Sprengladung ist gestern einer der baufälligsten und häßlichsten Mietskasernenkomplexe im Bezirk Wedding in sich zusammengestürzt. Wie angekündigt, fielen in der Kösliner Straße 2/3 drei typisch licht- und sonnenarme Quergebäude mit engen Hinterhöfen und über hundert sogenannten Bruchbuden-Wohnungen, in denen man weder Innentoiletten noch Bäder kannte. Mit dieser Sprengung wurde zugleich der Anfang der Sanierungsmaßnahmen in den West-Berliner „Slums" gemacht. Es ist das erste große, gelenkte Objekt der geplanten Bereinigung in einem überalterten Gebiet, in dem die Gebäude nicht im Zusammenhang mit dem Straßen- oder U-Bahn-Bau, sondern allein wegen der unzumutbaren Behausungen abgerissen werden.

Sie stammten aus den Jahren 1874/75. Die beiden Vorderhäuser waren schon während des Krieges zerstört worden. Mit viel Geduld gelang es der Weddinger Verwaltung, die 101 Mietparteien von der Notwendigkeit des Vorhabens und ihrer damit verbundenen Umquartierung zu überzeugen. Im Herbst vergangenen Jahres standen genau 101 Ersatzwohnungen in der Neubausiedlung Schillerhöhe bereit. Aber dort ist kein einziger Bewohner aus der Kösliner Straße eingezogen. Die Mieten waren ihnen zu hoch. „Liebe Gewohnheiten" mögen nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Nur einer der Räumungspflichtigen entschloß sich, eine kleine komfortable Neubauwohnung in der Ernst-Reuter-Siedlung zu nehmen. Er soll es übrigens nicht bereut haben.

Allen anderen 100 Mietern mußte die Behörde Altbauwohnungen nachweisen. Viele von ihnen zahlen zwar jetzt ein wenig mehr als vorher, aber der allgemeine Wohnstandard hat sich dadurch auch verbessert. Über 600 — in Einzelfällen bis zehn — Angebote waren nötig, um alle Bewerber ihren Wünschen und Möglichkeiten entsprechend unterzubringen. Die Umzugskosten, einschließlich der Erstattung besonderer Ausgaben, trug der Bezirk: es waren rund 10 000 DM. Auf den Grundstücken Kösliner Straße 2/3 wird die Kleinwohnungsbau GmbH./Düsseldorf nach Entwürfen des Berliner Architekten Fritz Maiss (BDA) nach Abschluß der Abräumungsarbeiten einen modernen Neubaublock mit 45 Zweizimmer-Wohnungen errichten. H. G.

SEKUNDEN SPÄTER, von einer ohrenbetäubenden Detonation erschüttert, versank dieser Mietskasernenkomplex in Wedding in einer riesigen Staubwolke; rechts der Sprengmeister beim Knopfdruck.

Der Bericht über die Sprengung im „Tagesspiegel" ←L 3

Kurze Vorgeschichte der Kösliner Straße ←A 2

Die Kösliner Straße ist kein Ergebnis des Bebauungsplans von **1862**, sie ist jünger. Am **18.4.1873** wird ←I/498 ihre Anlage von dem Liegnitzer Fabrikanten Max Beer als Verbindung zwischen der Weddingstraße und der Wiesenstraße beim Polizeipräsidenten beantragt. Beer hatte das westlich von der Reinickendorfer Straße und östlich von der Panke begrenzte Grundstück nördlich der Weddingstraße drei Tage zuvor von dem Gärtner Nicolas, der es seit **1845** zum Anbau von Gemüse genutzt hat, erworben. Ursprünglich gehörte das Gelände zum Vorwerk Wedding, dem „Weddinghof", der auf der Südseite der Weddingstraße lag und dem späteren Bezirk den Namen gegeben hat. **1821** ist das Gelände privatisiert worden. Max Beer erwirbt das Grundstück am **15.4.1873**, um auf ihm eine Hutfabrik direkt an der Panke, deren Wasser für die Filzherstellung benötigt wird, zu errichten und, von ihr durch die beantragte Privatstraße getrennt, Wohnhäuser für seine Arbeiter zu bauen, die in dem weit nördlich von Berlin gelegenen und noch weitgehend unbebauten Wedding keine Wohnungen finden würden. Wie bei der Planung von Meyer's-Hof, der ja auch ursprünglich als Fabrik mit Wohnungen geplant war, kommt der Börsenkrach im Sommer **1873** dazwischen. Die Pläne für die Fabrik waren im **Juni 1873** genehmigt worden, im **Oktober** erklärt Max Beer, daß er vorläufig auf die Anlage der Fabrik verzichten wolle. Die beantragte Straße wird trotzdem **1874** abgesteckt, gepflastert und mit Gaslaternen versehen. Das Terrain wird parzelliert und von verschiedenen kleinen Bauunternehmern mit 5-geschossigen Mietshäusern bebaut. Die östliche Straßenseite zur Panke bleibt vorerst bis auf die beiden Ecken unbebaut und für den eventuellen Fabrikbau reserviert. Am **15.7.1875** erhält die neue Straße 65a, für die Max Beer und sein Geschäftspartner, der Stadtverordnete Frengel den Namen „Frengel-Straße" beantragt hatten, nach der Entscheidung des Kaisers

Der Abriß vom **5.6.1961** wird in der Westberliner Presse einhellig gefeiert. Die Schlagzeilen am folgenden Tag lauten: *Wedding rückt den Mietskasernen zu Leibe* („Berliner Morgenpost"), *Signal zur Beseitigung der Bruchbuden* („Der Tagesspiegel") oder *Abschied ohne Tränen – Enge, düstere Hinterhöfe weichen hellen, neuzeitlichen Wohnblocks* („nacht-depesche"). In den Kommentaren tauchen wieder alle negativen Assoziationen auf, die mit dem Begriff der „Mietskaserne" verbunden sind.

Die Sprengung in der Kösliner Straße, die Auftakt zur Beseitigung der alten Stadt sein soll, geschieht zu dem Zeitpunkt, als die ersten neuen Siedlungen oder Wohnzellen am Stadtrand fertiggestellt sind und damit direkt oder indirekt als Ersatzwohnungen zur Verfügung stehen. Der Abriß in der Kösliner Straße wird von dem sozialdemokratisch geführten Stadtplanungsamt des Bezirks Wedding vorbereitet, um endlich die Pläne zum Bau eines neuen Wedding in die Tat umzusetzen, die dasselbe Amt schon **1927** vergeblich für den Block an der Ackerstraße, in dem Meyer's-Hof stand, aufgestellt hatte. Diese Pläne scheiterten endgültig **1930** nach dem →II/391 „Betcke-Urteil", das eine kommunale Stadtplanung innerhalb der bereits bebauten Stadt praktisch unmöglich machte. Wir sind auf diesen ersten, auf die Mietshausstadt des 19. Jahrhunderts bezogenen Sanierungsplan im ←II/125 2. Band der Geschichte des Berliner Mietshauses ausführlich eingegangen. Meyer's-Hof, zum vermeintlichen Symbol der Bodenspekulation im Kaiserreich stilisiert, ist als Ziel sozialdemokratischer Abrißwünsche nicht vergessen. Daß die Beseitigung des alten Berlin im Wedding beginnen würde, war nie in Frage gestellt worden, daß aber das Signal dann nicht in der Ackerstraße, sondern in der Kösliner Straße gegeben wird, hat historische Gründe, die mit den Sanierungsplänen nach **1930**, genauer nach **1933** zusammenhängen. *Mit der Sprengung fiel ein Stück Alt-Berlin, aber eins ohne Tradition*, meldet die „nacht-depesche" vom **6.6.1961**. Ein Bericht, der einen Monat später in der Zeitschrift „Berliner Bauwirtschaft" über die *Neubauten im Gebiet des alten Wedding* erscheint, belegt dagegen, daß der Ort der Sprengung sehr wohl eine Tradition hat, jedoch eine, die der Abriß in Vergessenheit geraten lassen soll:

Die Bewohner dieser um düstere Wohnhöfe gruppierten Wohnungen ←L 4 *waren fast ausnahmslos Arbeiter der im Norden Berlins beheimateten Industrien. Noch heute verbinden sich mit dieser Gegend Erinnerungen an eine Hochburg der Kommunisten, an Krawalle und an erbitterte Barrikadenkämpfe in den zwanziger Jahren.*

Der Gedanke, derartige städtebauliche Krebsgeschwüre operativ zu behandeln, ist nicht neu. Schon in den dreißiger Jahren befaßte sich in Berlin Dr.-Ing. Erich Frank mit derartigen Plänen. In seinem 1939 erschienenen Buch „Geordnete Wohnungswirtschaft, Neubau und Sanierung" legte er seine Gedanken dar und eröffncte neue diesbezügliche Perspektiven. So sah er u.a. vor, in den sogenanntcn Ballungsgebieten einen Teil der vorhandenen Quergebäude und Seitenflügel schrittweise und mit System abzubrechen, um dadurch vorerst eine gewisse Auflockerung zu erzielen. Er stützte sich bei seinen Vorschlägen auf umfangreiche Untersuchungen, die einen Querschnitt durch die Berliner Altwohnungsgebiete gaben. Unter den seinerzeit ausgewählten elf Untersuchungsgebieten, die für ihre nähere und weitere Umgebung kennzeichnend waren, befand sich auch ein Viertel des alten Weddings. In diesem Gebiet, das von der Reinickendorfer, Wiesen-, Pank- und Weddingstraße umschlossen wird, bildete die Kösliner Straße sozusagen das Herzstück. Das damalige rund 40 700 m² große Untersuchungsgebiet war in 56 einzelne Grundstücke aufgeteilt. Die bauliche Ausnutzung betrug 12,65 m³ umbauten Raum je Quadratmeter Bauland! Auch in diesem Falle wurden von Dr. Frank detaillierte Sanierungsmaßnahmen in Vorschlag gebracht, die aber durch den Ausbruch des zweiten Weltkrieges nicht weiter verfolgt werden konnten. Trotzdem blieb es dem Kriege vorbehalten, die seinerzeit vorgeschlagenen schrittweisen Maßnahmen schlagartig und rigoros durch Fliegerbomben einzuleiten.

Dem vor der „mechanischen Auflockerung" mit den vorbereitenden Untersuchungen betrauten Dr. Erich Frank verdanken wir eine Fotografie des Straßenraums der Kösliner Straße, vom Haus Weddingstraße Nr. 9 in Richtung Norden aufgenommen. →L 5 Die Fotografie, wahrscheinlich im **Juni 1937** entstanden, stellt eine der letzten Aufnahmen einer für die überwiegend von Arbeitern bewohnten Gebiete Berlins typischen Mietshausstraße vor den Zerstörungen des 2. Weltkrieges dar. Während der Bombardierungen wurde vor allem die östliche Seite der Kösliner Straße zerstärt, so daß sich hier bereits **1956**, nachdem es endlich gelungen war, die Trümmergrundstücke in einem Besitz zu vereinigen, die Möglichkeit bot, mit vier Zeilenbauten zu demonstrieren, wie die neue Stadt einmal aussehen soll. Der Bebauungsplan für die neue Bebauung stammt von Herbert Klatt, dem Architekten, der **1949/50** in der Heimstätte Berlin an dem Entwurf der Wohnzelle Friedrichshain gearbeitet hatte, die die Planung Scharouns er- ←S.305 setzen sollte. Von daher sind die Ähnlichkeiten der Zeilen in der Kösliner Straße mit den in Friedrichshain gebauten nicht zufällig.

→L 6 Die **1956** gebauten ersten vier Zeilen auf der Ostseite der Kösliner Straße werden nach der Sprengung am **5.6.1961** durch eine fünfte Zeile nach denselben Plänen des Architekten Fritz Maiss ergänzt. Bauherrin ist die „Kleinwohnungsbau gemeinnützige Baugesellschaft mbH".

Eine **1986** von etwa demselben Standpunkt in der Weddingstraße aufgenommene Fotografie der Kösliner Straße ermöglicht nach fast 50 Jahren den Vergleich der „neuen Stadt" mit dem „städtebaulichen Krebsgeschwür" aus dem Jahre **1937**, und eine dritte, **1989** entstandene Fotografie zeigt die jüngste Entwicklung der Straße mit dem **1987** gebauten, von dem Architekten Karl-Heinz Steinebach entworfenen „Neuen Weddinghof". →L 7 Die *dezente Postmoderne vis-à-vis von grauen Mietskasernen* ←L 8 nimmt die Blockrandbebauung der alten Mietshäuser wieder auf, riegelt die Weddingstraße nach Osten hin ab und verwandelt sie in einen *kleinen* ←L 9 *Hof, der etwas abseits vom Verkehr zum Verweilen einladen soll.*

Wir ergänzen die Fotografien durch die Erinnerungen von 2 Personen, die hier aufgewachsen sind. Egon Monk, **1927** in Berlin geboren, wohnte von **1933** bis **1939** mit seinen Eltern in der Weddingstraße. Ihre Wohnung lag im ersten Stockwerk, genau über dem Standpunkt des Fotografen. Zuvor hatte er in Meyer's-Hof gewohnt. Auf einem der Kinderfotos im 2. Band der Geschichte des Berliner Mietshauses ist er abgebildet und dort mit falschem Vornamen als *Jonny Monk* angegeben. Er lebt heute als Regisseur ←II/541 in Hamburg. Herbert Schwarz, **1946** in Birkenwerder geboren, wohnte von **1949** bis **1961** in der Weddingstraße 4 und von **1961** bis **1967** in einem der Neubauten in der Kösliner Straße 22. Er lebt heute als Sozialarbeiter in Berlin-Kreuzberg.

den Namen „Coesliner Straße". Die Neubauten ziehen sich zum Teil wegen des Kapitalmangels der Bauunternehmer über lange Zeit hin. Vier Jahre lang zwischen **Juli 1874** und **Oktober 1878** ist die Straße eine Baustelle, im **April 1875** ziehen trotzdem bereits die ersten Mieter in die schon fertiggestellten Häuser ein. Zwischen **1891** und **1895** werden, nachdem die Fabrikpläne endgültig aufgegeben worden sind, die Grundstücke Nr. 4–9 auf der Ostseite bebaut. Der Unterschied der frühen und der späteren Bebauung läßt sich später leicht an den größeren Höfen und den fehlenden Kellerwohnungen ablesen. **1897** wird das Pflaster der Straße, das sich inzwischen zum Teil stark gesenkt hat, durch die Asphaltschicht ersetzt, die die Straße zu einem ganz besonderen Spielplatz für Kinder macht. Gleichzeitig wird die bisher in offenen Gräben geführte Entwässerung der Straße unter die Erdoberfläche verlegt. Die Adressbücher zeigen, daß hier überwiegend Arbeiter wohnen. Auffällig ist ein großer Anteil von Frauen, die als Haushaltsvorstände aufgeführt sind. Es sind wahrscheinlich vor allem Heimarbeiterinnen, die als Näherinnen für die Textilindustrie arbeiten. Der Saalbau auf dem 2. Hof des Hauses Nr. 8, der „Coesliner Hof", ist während des ersten großen Streiks der Näherinnen **1896** eine der großen Versammlungsstätten. Auf Grund der nahegelegenen Fabriken wird die Gegend früh zu einem Konzentrationspunkt der Sozialdemokratie. In den zwanziger Jahren bilden Bewohner der Kösliner- und der Weddingstraße eine der aktivsten Straßenzellen der KPD. Ihr Vereinslokal ist das „Sängerheim" in der Weddingstraße 9, in dessen Vereinszimmer **1926** die erste proletarische Kunstausstellung mit Bildern von Heinrich Zille, Hans Baluschek und vor allem Otto Nagel, der nicht weit von hier entfernt wohnt, veranstaltet wird. Weltbekannt wird die Straße nach dem **1. Mai 1929**, nachdem die Bewohner trotz des Verbots der traditionellen Maidemonstration durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel versucht hatten, einen Demonstrationszug zu formieren. Aus umliegendem Baumaterial ist die Straße mit Barrikaden gegen die mit scharfen Waffen vorgehende Polizei abgeriegelt worden. Mehrere der 33 Toten des Blutmai werden in der Kösliner Straße von den wild um sich schießenden Polizeitruppen erschossen, zum Teil in ihren Wohnungen durch die geschlossenen Fenster. Die Kösliner Straße wird in der Folgezeit immer wieder Ziel von Demonstrationen, die die Erinnerung an das Geschehen wachhalten. Der Schriftsteller Klaus Neukrantz hält die Ereignisse in der Kösliner Straße in seinem **1931** in der Reihe „Der Rote 1-Mark-Roman" im Internationalen Arbeiter-Verlag veröffentlichten dokumentarischen Roman „Barrikaden am Wedding" fest. Der Roman wird kurz nach seinem Erscheinen verboten, Neukrantz wird dafür im **März 1933** verhaftet, im KZ mißhandelt, später in eine Nervenheilanstalt eingeliefert und stirbt dort, nicht genau ermittelbar, nach **1941**. Neben Neukrantz ist es vor allem der Schriftsteller Erich Weinert, der die Ereignisse des „Blutmai" in mehreren Gedichten festhält. Am bekanntesten wird das für die Agitprop-Truppe „Roter Wedding" geschriebene, gleichnamige und von Hanns Eisler vertonte Lied. Es wurde für eine Demonstration im Wedding komponiert und am **4.11.1929** uraufgeführt.

Nach **1933** wird die Kösliner Straße Ziel von Sanierungsüberlegungen, die unter dem Vorwand der Verbesserung der Wohnungen die hier wohnende Bevölkerung und die mit ihnen lebendige Erinnerung vertreiben wollen. Während der Bombardierungen des zweiten Weltkrieges gehen diese Wünsche nur zum Teil in Erfüllung. Vor allem die in den 90er Jahren auf der Ostseite der Straße gebauten Häuser werden durch die Bomben zerstört.

Die Kösliner Straße 1937, von der Weddingstraße aus fotografiert. Die Aufnahme entstand als Teil der vorbereitenden Sanierungsuntersuchung von Erich Frank. Möglicherweise ist er der Herr mit Hut, Staubmantel und der Papierrolle in der Hand, der die Kinder zu überreden versucht, sich da aufzustellen, wo im Mai 1929 die Barrikade gestanden hat ←B 2

Egon Monk, 23.7.1989: ←A 3

Da immer am 1. April umgezogen wurde, sind wir wahrscheinlich am 1.4. 1933 in das Haus gezogen, ein riesiges Eckhaus. Um die rechte Ecke war die Pankstraße. Das Haus, in dem wir wohnten, war die Pankstraße 85, hätte eigentlich Weddingstraße 1 sein müssen, war aber Pankstraße 85, ging auch in die Pankstraße über. Da wir vorher Pankstraße 77 gewohnt hatten, wußte ich von der Kösliner schon wesentlich früher als kleiner Junge, weil ich da schon gespielt habe, spazierengegangen bin. Das war kein langer Weg über die Panke weg und dann gleich rechts um die Ecke. Die Pankstraße war keine gehobene Wohngegend, aber da ging's bürgerlicher zu, da gab's weniger Kinder. Auf meinem Hof Nr. 77 gab's nicht so viele Cliquen, nicht so viel Leben wie in der Kösliner. Außerdem war es natürlich reizvoll, weil es meiner Mutter nicht recht war, die mochte nicht, daß ich mit den Kindern in der Kösliner spielte, auch nicht, als wir da schon wohnten. Die ganze Kösliner war für sie und nicht nur für sie eine Straße, wo der – sie nannte es „Vierter Stand" wohnte, die Leute, die da wohnten, erschienen ihr zweifelhaft.

1932 Pankstraße, 1933 Weddingstraße gegenüber der Kösliner. Man sah eigentlich aus unserer Wohnung, die im ersten Stock war, 1 1/2 Zimmer, so ein Wohnzimmer, kleines Nebengelaß und Küche mit Blick – genau die Kösliner runter. Auch im Vorderhaus waren kleine Wohnungen. Die Küche ging hinten raus auf den Hof, und Wohnzimmer und das kleine Nebenzimmer, das sogenannte halbe Zimmer, in dem mein Bruder schlief, die gingen beide auf die Straße.

Im Mai 1933 bin ich sechs geworden, wurde eingeschult und war dann mit den Kindern aus der Kösliner, die im gleichen Alter waren, in der gleichen Volksschulklasse. Das war die 118. Volksschule Pankstraße, Ecke Wiesenstraße, die graue Schule, von der kein Stein übriggeblieben ist.

Die gesamte Kösliner Straße war Spielplatz, und zwar für alles. Ich kann mich nicht erinnern, je auf einem Hof gespielt zu haben, da paßten die Portiers auf.

Alle Spiele, die man damals spielte, die heute vergessenen Kinderspiele, waren noch im vollen Schwange – Reifen nicht nur für Mädchen, auch Jungs spielten das, Triesel, das spielte man auf dem Trottoir, ich glaube, auf dem Asphalt. Der hintere Teil der Kösliner war asphaltiert. Sehr schön der weiche Asphalt im Hochsommer, da konnte man reinlangen, wenn man etwas Kraft aufwendete, etwas Asphalt rausholen und daraus Gegenstände formen. Verkehr war so gut wie keiner, viele Läden gab es nicht, weder der Lastwagen- noch der Privatwagenverkehr war nennenswert, man konnte sich auf der Straße verhalten, man ging nicht auf den Bürgersteigen wie heute, sondern auch mal mitten durch. Die Erwachsenen fühlten sich behindert, wenn wir auf der Straße Treibeball spielten, das war nun ein idealer Spielplatz dafür, denn er war kurz genug. Man konnte schön lang werfen, beispielsweise von einem Ende bis zurück. Das Spiel war zu Ende für den, der als erster die Querstraße hinten erreichte. Das Spiel fing meistens vorne vor unserem Haus an. Fußball wurde natürlich auch gespielt, wenn die Rotte groß genug war, auf zwei Tore, die markiert wurden durch Mützen und andere Kleidungsgegenstände, einen Pullover, den man sich auszog . . . auch in der Mitte der Straße. Und wenn es nicht genug Kinder gab, die zwei volle Mannschaften ergaben, dann spielte man auf ein Tor. Es wurde alles gespielt und streng den Jahreszeiten entsprechend. Es fing, glaube ich, mit Reifen an, ging dann über zu Triesel, und dann kamen die Sommerspiele, Hopsen – das spielten auch nicht nur Mädchen, das spielten auch die Jungs –, Kette, Himmel und Hölle usw. und alle modernen Spiele wie Rollerfahren. Roller war ein hochbeliebtes Spielzeug zu dieser Zeit, ich hatte die einfache Ausführung. Es gab sie für Kleinere noch primitiver und für etwas Betuchtere natürlich in Luxusausführung in Metall mit Vollrädern, und dann gab es diese phantastischen Tretroller. Auch Rollschuh, vorwiegend – ich kann mich nicht erinnern, jemals einen auf zwei Rollschuhen gesehen zu haben – wurde auf einem Rollschuh gelaufen, und zwar links der Rollschuh und rechts treten. Der wurde als eine Art verkürzter Roller benutzt.

Soziale Unterschiede unter den Kindern gab es keine, die wurden von den Eltern gemacht, aber nicht von den Kindern, natürlich. Die Rotte setzte sich zusammen wie die Meyer's-Hof-Clique, die Älteren gaben den Ton an, und nach den Stärkeren richteten sich die Kleineren. Es war ja auch in dieser Zeit 1936/37 und ein bißchen davor, 1935 herum, die Zeit der großen, heute würde man das nennen der Kinderbandenkriege, damals nannte man sie Straßencliquenkriege. Die Kösliner rottete sich dann zusammen, so sehr sie im Tagesbetrieb in einzelne Teile zerfiel. Es waren eben verschiedene Cliquen, die auch miteinander konkurrierten – die Straße war groß genug, um soviel herzugeben –, aber in diesem einen, im Kriegsfall rottete die Kinderbevölkerung der Kösliner Straße sich zusammen und rüstete dann zu größeren Feldzügen gegen die Kolberger, das war der Feind der Kösliner. Die Kolberger Straße liegt hinter der Volksschule in Richtung Humboldthain, war eine ähnlich strukturierte und ähnlich große Straße wie die Kösliner und

Die Kösliner Straße im April 1986, vom selben Standpunkt aus fotografiert wie 1937. Die Laternen und das Straßenpflaster sind die einzigen Gegenstände, die die Situation von 1937 wiedererkennen lassen. Der Bauzaun im Vordergrund sperrt die Baustelle für den „Weddinghof" ab ←B 3

war relativ entfernt. Warum gerade zwischen diesen beiden Straßen Kriegszustand herrschte, weiß ich nicht, das hat sich möglicherweise aus historischen Gründen ergeben.

An der Hausecke gegenüber fanden auch die anderen Arten von Spielen statt, merkwürdigerweise immer an dieser stumpfen Ecke, die Geldspiele, die man heute auch nicht mehr sieht, die damals unglaublich beliebt waren: entweder an die Wand oder auch umgekehrt von der Wand zum Rinnstein, das ging in beide Richtungen. Das Risiko war, daß die Münze runterfiel und man verlor. Geld spielte auch noch bei einer anderen Unternehmung eine Rolle, es muß so 36/37 gewesen sein –, wir gingen gerne wenigstens einmal im Monat „Löffelangeln", das gibt es, glaube ich, auch nicht mehr. Das war eigentlich unsere einzige Einnahmequelle, abgesehen von dem sehr knapp bemessenen Taschengeld. Taschengeld als Einrichtung gab es eigentlich gar nicht, das habe ich erst viel später kennengelernt. Meine Mutter gab mir manchmal einen Sechser für den süßen Mann oder einen Groschen. Sonst brachte mein Vater am Freitag oder am Montag zum Feierabend eine Tüte mit Kleinigkeiten mit, Schokolade oder so, das war's dann. Die einzige Einnahmequelle war Löffelangeln. Das machte man mit einer Latte oder mit einem Stock, den man sich im Humboldthain oder aus den Büschen an der Panke besorgt hatte. Man mußte von der Brücke runterklettern, über eine Böschung balancieren, von der man die Büsche erreichte, wo man Stöcker brechen konnte. Sie mußten schlank genug sein, nicht mehr als 1 cm dick, daß man durch die Roste kam. Vor den Läden und vor den Schaufenstern, aber vor den Ladentüren lagen ja damals überall diese eisernen Roste, da waren Zugänge von oben nach unten in die Keller möglich, entweder für Kohlen oder als Lichtquelle. Und da lag Geld entweder ziemlich niedrig, ein Meter tief oder manchmal auch anderthalb Meter tief, so daß man eine ziemlich lange Latte brauchte. Es war festgestampfter Boden und Fenster dahinter, und Hausfrauen, die einkaufen gingen und in ihren Portemonnaies rumfummelten vor Betreten und nach Verlassen des Geschäfts, verloren dann schon mal einen Sechser oder einen Pfennig oder einen Groschen, und wenn er da unten drin lag, war er weg, ehe sie überhaupt merkten, daß sie ihn verloren hatten. Das war der Gegenstand unseres Sinnens und Trachtens. Wir haben dann einen alten Löffel krummgebogen, mit Strippe angebunden an die Latte und das Ganze langsam abgesenkt und dann mit dem Löffel, wo ein Pfennig oder ein Sechser oder ein Groschen lag, ihn rausgeangelt. Und wenn man sich viele Stunden Zeit nahm, die ganze Straße abklapperte, kam man schon auf dreißig, vierzig Pfennige, und davon konnte man sich was kaufen.

An Erwachsene kann ich mich eigentlich überhaupt nicht erinnern, weil Kinder sich nur für Kinder interessieren, außer an die, mit denen ich direkt zu tun hatte, also ein paar Ladenbesitzer, mit denen ich umging. Zum Beispiel war da gegenüber der Kohlenfritze, von dem ich mehr oder weniger regelmäßig Kohlen holte. Denn man legte ja keine großen Vorräte an, erstens war das teuer, es wurde zwar immer geraten, man kaufe die Kohlen, wenn sie billig sind, und zwar im Sommer, aber das war nur zu Teilen verwirklichbar, denn man mußte dann ja auch die nötige Summe in bar haben, um bezahlen zu können, also wurde es in Raten bezahlt. Preßkohlen wurden schon eingelagert, ein paar Zentner, so daß man halbwegs über den Winter kam, aber die Feuerung für die Küche, den Küchenofen, Steinkohlen, die habe ich eimerweise geholt in diesem Kohlenkeller, wenn ich schon mit sechs, sieben, acht Jahren geschickt wurde.

Um die Ecke rechts in der Pankstraße war ein ähnlicher Keller, in dem es Kartoffeln gab, die fünfpfundweise gekauft wurden – „Fünf Pfund Industrie!", das war die damals beliebte Marke in dieser Gegend.

Und dann gab es an der linken Ecke unten einen Kolonialwarenladen drin, bei dem man Sachen kaufen konnte, die es überall gab. Erwachsenensachen kaufte meine Mutter ein. Aber wenn mal 5 Pfennige da waren, dann kauften wir Jungen da Süßigkeiten. Entweder Zitronenbruch oder Pfefferminzbruch oder Dauerlutscher. In der Kösliner hat man, glaube ich, nie eingekauft. Die meisten, die da wohnten, gingen in die Pankstraße Richtung Nettelbeckplatz. Da gab es eine Menge Läden, in denen man alles kriegen konnte. Da gab es ein kleines Kaufhaus, „WeGe" hieß das, was das bedeutet, weiß ich nicht mehr. In meiner Erinnerung hieß das eben „WeGe", ausgeschrieben. Irgendeinmal am Tage zog die Kinderblase durch das „WeGe", da konnte man nämlich durch, wenn man die Pankstraße reinging, kam man quer durch die Höfe in der Reinickendorfer raus.

Gegenüber von unserem Haus war an der Ecke eine Kneipe, die „Großdestille". In der spielte sich der Freitagabend ab. Der war bemerkenswert, da unsere Wohnung genau im ersten Stock gegenüber lag. Wenn ich nicht schlafen konnte – manchmal war es sehr laut –, habe ich dann nachts aus dem Fenster geguckt, im Sommer bei offenem Fenster, um zu sehen, was sich da abspielte, und da spielte sich allerhand ab. Am Lohnfreitag war da natürlich großer Betrieb, und es war sehr laut. Das war die gute Kneipe. Es gab aber auch die schlechte Kneipe, und

die war auf der anderen Seite der Pankstraße, da, wo die Weddingstraße in die Pankstraße mündet, genau gegenüber, die hieß „Alter Fritz". Warum die nun einen schlechten Ruf hatte, weiß ich nicht zu sagen, jedenfalls galt die als einigermaßen gefährlich, während die Großdestille eine ungefährliche war.

Links, sehr wichtig, in der Pankstraße Nr. 4, fünf Häuser weiter unweit der Panke war ein Schokoladenladen, der ist, glaube ich, noch im Foto erhalten, wo ich sinnend davorstehe, und auch wichtig, links in der Weddingstraße, die zur Reinickendorfer führt, auf der Straßenseite, auf der wir wohnten, also gegenüber der Kösliner, ein kleiner Zoo, stand auch Zoo dran. Ich weiß nicht mehr, wie die Leute hießen. Meine Eltern waren mit denen befreundet, weil beide, meine Mutter wie auch die Vogelfrau, die Neigung zum Varieté verband. Die gingen einmal im Monat, wenn es möglich war, in den Wintergarten, wenn das Programm gewechselt hatte, und guckten sich an, was da geboten wurde. Oder in die Plaza, Skala war ja was für reichere Leute und lag im falschen Stadtteil. Aber Plaza und Wintergarten waren Varietés, in die alle Berliner, glaube ich, gingen. Die hatten im Laden Piepmätze und Goldfische. Ich hatte Goldfische und ging da täglich hin, lebende Wasserflöhe holen in einem Glas, und kannte die beiden schon älteren Ladeninhaber ganz gut.

Für mich war da die Zeit ähnlich wie in Meyer's-Hof, sehr angenehm, ich bin da gerne gewesen. Erstens waren da in dieser Straße viele Kinder. Mit diesen Kindern spielend unterwegs zu sein war ein riesiges Vergnügen. Als wir dann größer geworden sind, haben wir dann angefangen, Ausflüge zu machen. Erstens natürlich zum Feind in die Kolberger Straße, wo auch ein Kintopp war – übrigens auch hier in der Kösliner. Da ganz hinten rechts war ein kleines Kino, in dem manchmal auch Theater gespielt wurde, in dem Action-Filme liefen.

Zweitens war der Humboldthain ein Anziehungspunkt und natürlich auch im Winter, sehr zum Kummer meiner Mutter, die mich gerne im Auge hatte, wenn sie aus dem Fenster guckte. In Meyer's-Hof guckte sie auf den Hof, entweder auf den einen oder auf den anderen, je nachdem, ob vorne oder hinten raus, und hier guckte sie vorne raus, weil auf unserem Hof nicht gespielt werden durfte. Wir spielten auf der Straße, aber da sie die ganze Kösliner heruntergucken konnte, fand sie mich immer. Außer wir waren eben weg zum Humboldthain, wo strikt vorgeschrieben war, im Winter z.B. spätestens bei Einbruch der Dunkelheit zurück zu sein, was nicht eingehalten werden konnte, weil die Clique natürlich nicht dran dachte, rechtzeitig zurückzukehren, und ich dann bei der Clique blieb, auch einen Krach riskierend deswegen. Das war eigentlich der einzige Grund für Krāche, die ich mit meiner Mutter hatte, daß ich nicht pünktlich sein konnte beim Nachhausekommen.

Zur politischen Vergangenheit der Straße: Es war nichts zu sehen. Die Straße war beflaggt wie alle Straßen zu den nationalen und nationalsozialistischen Feiertagen, und mir ist von der kommunistischen Vergangenheit der Kösliner nichts im Bewußtsein und in der Erinnerung, außer den natürlich vorhandenen Legendenbildungen und Erzählungen, die wir natürlich auch als Kinder hörten, sowohl wie auch von den älteren Kindern an jüngere, z.B. die Einschußlöcher an den Häusern, die vom 1. Mai 1929 stammten, das

war schon bekannt, es war aber auch bekannt, daß da Selbstbewaffnung stattgefunden hatte. Unter unserer Wohnung war direkt in dem Haus, in dem wir wohnten, Pfeiffers Messergeschäft, noch unerwähnt, ich weiß nicht, ob es solche Geschäfte noch heute gibt, wo Kleinwaffen, die, glaube ich, nicht waffenscheinpflichtig sind, zu kaufen waren. Also kein Geschäft, in dem man Jagdgewehre, Flinten oder so was kaufen konnte, Jäger gab es keine, die aus der Kösliner ihre Ausrüstung besorgt hätten. Aber sehr beliebt war ja damals das, was man so kriegen konnte. Tesching spielte eine riesige Rolle, ich weiß nicht, was das genau ist, aber wer einen Tesching hatte, galt als etwas, oder eben Luftgewehre oder Kleinkaliber und eben alle nur denkbaren Sorten von Messern, klappbare, springende, und natürlich Haushaltsmesser. Die lagen in dem Geschäft in der Auslage. Und, so berichtet eine Legende der Kösliner, vor dem 1. Mai und während der Auseinandersetzungen, die da stattfanden, ungefähr da von dem Laternenpfahl zu der gegenüberliegenden Ecke soll diese Barrikade verlaufen sein, die ja nie eine war, sondern nach allem, was ich hörte, und ich glaube nicht, daß ich davon ein Foto gesehen habe, eben nur so ein symbolischer Verschluß der Straße gewesen ist. Und da sollen sich eben die Einwohner der Kösliner Straße, die zur kommunistischen Partei gehörten, bewaffnet haben, was dagegen spricht, daß aus der Kösliner Straße bewaffneter Widerstand geleistet worden sein soll, denn ernsthafte Bewaffnung war aus den Schaufenstern dieses Geschäftes nicht zu beziehen. Anfang 1933, da wohnte ich noch in der Pankstraße 77, da wußte ich, was da vor sich ging, das war mir nicht völlig unbekannt geblieben, und ich erinnere ja auch noch, was um den 30. Januar herum Tagesgespräch war, daß in den Tagen danach und in den darauffolgenden Wochen die Hakenkreuzfahnen in großer und bemerkenswert großer Anzahl da erschienen sind. Das hat eine Rolle gespielt in vielen Erzählungen, die Verwunderung darüber, warum ausgerechnet in dieser Straße, daß die roten Fahnen mehr oder weniger schlagartig um die Märzwahl aus dieser Straße verschwanden. Aber von politischen Demonstrationen, Kundgebungen kleinerer Art, Verhaftungen, die bemerkt worden wären, über die erzählt worden wäre, ist mir absolut nichts erinnerlich.

April 1939 zogen wir in die Wöhlertstraße. Das ist dann das Haus, in dem „Der Augenblick des Friedens" spielt.

Herbert Schwarz, 11.9.1989: ←A 4

Ich bin 46 geboren in Birkenwerder. Dann sind wir 46 oder 47 in die Stadt gezogen, in den Wedding. Erste Station war Schulstraße. Mein Vater hat das nicht gemacht, weil er scharf auf das Stadtleben war, sondern aus der Situation des Krieges heraus gedacht: Wenn's ums Überleben geht, dann haben wir in der Stadt die besseren Chancen, hat er sich ausgerechnet. Was natürlich zu paradoxen Situationen geführt hat, denn als sie in der Stadt waren, mußte er immer wieder rausfahren – denn wo kommen die Lebensmittel her? Es war so sein Idee: Die Stadt rettet uns, da ist die Zukunft.

Es muß nach meinem ersten Lebensjahr gewesen sein, 48 oder 49, wo wir dann hier, Weddingstraße Nr. 4, gelandet sind. Es war 'ne Wohnung, da wohnten zwei Parteien drin. Mußt dir vorstellen, da kommste rein, hast 'nen Korridor, rechts 'ne Tür, geradeaus 'ne Tür, links 'ne Tür und noch 'ne kleine Tür, da war das Klo. Das heißt, da waren zwei bewohnbare Zimmer drin mit zwei eigenen Küchenteilen. Dazu alles sehr klein. Zwei Familien waren da drin.

Die Nachbarn waren schon da. Man hat ziemlich nebeneinanderher gelebt. Da war nicht viel Kontakt, selbst wenn du mit den Leuten in derselben Wohnung gelebt hast, aufs selbe Klo geschissen hast. Ich kann mich nicht entsinnen, daß wir jemals mit Familie Koch, so hießen sie, mal was zusammen gemacht hätten. Außer, daß ich mir mit dem Sohnemann irre Wasserschlachten auf dem Korridor geliefert habe und wir immer aufpassen mußten, daß wir alles wieder trocken kriegten, bis die Eltern kamen. Da war ganz wenig Kontakt im Haus. Ich weiß: Koch war Arbeiter, und olle Omi Kassmann, die war eben „Omi". Wo die herkam – keine Ahnung.

Als Kleiner war ich oft allein zu Haus. Mein Vater war organisieren irgendwie, und meine Mutter war bei der U-Bahn. Ich kann mich an die Mütze erinnern und an die Trillerpfeife, die an der Tür hing. Wenn sie die weggenommen hatte, war klar: Jetzt ist sie weg. Als ich ein bißchen größer war, habe ich mich ans Fenster gelehnt und rausgekiekt. Dann drohte mir eine Omi von der Straße aus. Es war alles so langweilig.

Ich hab mit meinen Eltern zusammen in einem Zimmer geschlafen, bis ich 6 Jahre alt war. Als die „Geschlechtsreife" kam und meine Eltern dachten, daß ich schon was mitkriegte, da bin ich dann in die Küche gegenüber gezogen auf so 'ne Ziehharmonika, so'n Ausziehding. Ich fand das gut. Ich habe zum Teil sogar auf dem Tisch geschlafen, solange ich da noch draufpaßte. Das war ganz schön abenteuerlich. Ich fand es auch gut, als ich da in der Küche auf meiner Pritsche liegen konnte. Aus der Kinderperspektive war es eben nicht was Schlimmes, sondern es war Abenteuer.

Ich war ein sogenanntes „Schlüsselkind". Das heißt, meine Eltern waren arbeiten, ich war zu Hause. Meine Grundschule war in der Pankstraße, kurz vor der Ecke Badstraße. Die Schule ging bis 12 oder bis 2, und meine Eltern kamen gegen viere, fünfe. Das heißt, die Zeit war ich alleine und sollte mich dann mit Schularbeiten beschäftigen, was ich nicht immer gemacht habe. Der Schlüssel hing mir um den Hals, an so einer geflochtenen Schnur. Es war so'n bißchen Essen vom Vortag über, oder meine Mutter hatte ein paar Stullen gemacht, daß ich was zu essen hatte.

Die Spielkameraden waren aus der Straße. Die Straße, das ist der Treffpunkt gewesen. Wenn du jemanden gesucht hast, dann hast du dich hier hingestellt, und irgendwann kam jemand; oder du hast gepfiffen: Komm mal runter! Oder hast geklingelt oder geklopft, je nachdem. Vom Spielen her gesehen, war das ganz hervorragend. Die Weddingstraße war wunderbar zum Fußballspielen und dann für Schlagball. So quer über die Straße malste 'n Feld mit Kreide auf. Autos waren ja herzlich wenig da. Das war relativ ungefährlich. Und dann auf dem Bordstein mit den kleinen Gußeisenautos immer lang. Und dann kam die Kösliner Straße, die sie irgendwann mal asphaltiert hatten, da konnte man wunderbar Rollschuh laufen, und Fahrrad war auch gut. Wir haben auf der Straße gespielt oder auf den Ruinengrundstücken, als sie noch da waren, als sie zugeschüttet waren, auch darauf, in den Höfen und auf den Fluren – überall. War wunderbar. Da hat der Krieg seine Vorteile gehabt, für die Kinder hauptsächlich. Es hört sich vielleicht komisch an, aber wenn du überlegst, wo heute Kinder spielen sollen. Mit der Clique haben wir Ballspiele oder Verstecken gespielt. Aber zum Beispiel die Exkursionen in den Humboldthain und da mal rumstöbern, das ging eher in kleineren Gruppen – ich kann mich nicht erinnern, daß das so der ganze Haufen war. Da trennten sich auch die Wege zwischen den Älteren und den Jüngeren. Die Jüngeren standen dann meist, wenn das große Spiel vorbei war, etwas alleine da, weil die Größe-

Die Kösliner Straße im April 1989 mit dem „Weddinghof“, der die frühere Eckbebauung wiederaufnimmt ←B 4

ren irgendwohin abzogen, wo die Kleinen nicht mit hin sollten.

Eingekauft haben wir zum Beispiel bei Gebrüder Manns da vorne an der Ecke, und hier in der Weddingstraße gab es den Gemüsehändler, wo jetzt der An- und Verkauf ist. Dann gab's da drüben den Bäcker in der Reinickendorfer, Café Caspar, und dann gehste noch ein paar Schritte weiter, und dann biste bei Gebrüder Manns. Das war alles. Oder man sockte in die Stadt. In der Kösliner waren gar keine Geschäfte, außer einem Kohlenladen. Dann kamen sie damals noch hier rum mit „Brennholz für Kartoffelschalen“, und Milch konnte man sich aus dem Kuhstall holen, irgendwo hier gab's noch einen. Ach so, in der nächsten Straße gab's noch 'n Milchladen.

In der Kösliner, da waren noch die ollen, die ganz runtergekommenen Häuser, und da wohnten eben auch die noch schlechter Gestellten. Da sahst du halt noch mehr abgewrackte Leute, Betrunkene, ärmlicher gekleidet als hier. Auch das war noch mal ein großer Unterschied, das Ende von der Kösliner und hier die Weddingstraße. Die „Kösse“ hatte einen schlechten Ruf, überhaupt die ganze Ecke. Es geisterten manchmal so 'ne Sprüche rum von „Roten“ usw., von Barrikaden, die hier mal gestanden haben sollen. Da, wo jetzt die neue Barrikade ist (deutet auf den „Weddinghof“), die hohe da, da soll es gewesen sein. Es war einerseits 'ne politische Anspielung, denke ich mir, auf Kommunisten, es war bezogen auf soziale Armut und auch ein bißchen auf Prostitution, daß in der Ecke auch ein paar „leichte Frauen“ zu kriegen sind – diese Mischung war es. Es lief immer irgendwo eine Frau rum, wo die Leute gesagt haben: Das ist so eine. Aber zu der Zeit, wo ich hier gelebt habe, war es nicht etabliert als weitverbreitetes Gewerbe. – Es war schmuddelig, es war dreckig, ein bißchen mehr als etwa in der Reinickendorfer, und es dauerte auch länger, bis sie vom Baulichen her angefangen haben, das neu zu gestalten. Da passierte einfach nichts. Die Häuser verfielen und Ende.

Die Querdinger kamen später. Die neuen Mieter da drin waren gemischt, eher so Leute mit Angestelltenniveau. Ich hatte zu den Menschen da drüben keinen Kontakt. Ich weiß nur, daß da schon eher mal Autos vorfuhren, daß die sich Autos leisten konnten.

Die Begrünung der Panke muß im Zusammenhang mit der Häuserbauerei passiert sein. Man konnte da mit kleinen Mädchen in die Büsche gehen, oder man konnte später, wenn man 'ne Freundin hatte und schon etwas seriöser war, einen Spaziergang machen, oder man hat sich auf 'ne Bank gesetzt, das war ja neu. Das war dann so'n Spaziergang Richtung Pankstraße, Gesundbrunnen und dann hinten anner Panke lang, wenn du abends noch mal 'ne halbe Stunde durftest.

Aus unserem Küchenfenster konntest du das dahinten sehen. Das war alles leer, Ruinengrundstück. Das war alles weggebombt. Da war nur Platz, und da wuchs Grünzeug, ein bißchen hügelig und sandig war es auch. Es war ein ideales Spielgelände für Kinder, so haben wir es damals gesehen. Im Laufe der Zeit veränderte sich das. Mit einmal kamen sie und schachteten die ganze Sache aus, und dann blieb es erst mal wieder eine Weile liegen, wie es so ist. Und irgendwann kamen sie dann und zogen das Haus hoch. Da habe ich denn praktisch da vom Küchenfenster aus das Haus wachsen sehen, wäre aber nie auf die Idee gekommen, daß wir da mal einziehen würden. Da wuchs ein Haus, und irgendwann hieß es – ich war ungefähr 15, in dem Dreh –, wir versuchen mal, da drüben 'ne Wohnung zu kriegen. „Sozialer Wohnungsbau“ oder wie das hieß. Das ging dann 'ne Weile hin und her, und eines Tages hieß es: Wir ziehen in die Kösliner Straße 22. Meine Eltern waren tierisch froh. In eine Drei-Zimmer-Wohnung!

Das war natürlich vergleichsweise das Paradies, also aus der Warte meiner Eltern erst mal. Mich haben sie damit gelockt, daß ich mein eigenes Zimmer haben werde, überhaupt, daß alles viel besser werden sollte. Doch in Wahrheit wurde alles viel schlechter, mal aus der Kinderperspektive gesehen. Aber räumlich gesehen, wurde alles besser: Wir hatten ein Wohnzimmer, sie hatten ein Schlafzimmer, und ich hatte ein eigenes Zimmer, und 'ne Küche und 'nen Badezimmer mit Badewanne und Zentralheizung und, und, und . . . Wir haben dann das bißchen, was wir hatten, da 'rüber getragen, und dann wurde noch gekauft, neu eingerichtet. Hat ja auch nicht ausgereicht, das bißchen, was da war. Die Möblierung meiner Eltern, unserer Dreiergemeinschaft, die kam in mein Zimmer, und das andere wurde alles neu. Also so gesehen, von der Wohnsituation her betrachtet, ein Quantensprung. Ein kleiner Schritt für die Menschheit, aber ein Riesenschritt für Familie Schwarz.

Mir hat das schon gefallen, da hatte ich mein eigenes Zimmer. Aber ich denke, die Zeit, die da anfing in der neuen Wohnung . . . Ich kann nicht sagen, daß es eine bessere Zeit war als hier unten in der Weddingstraße, also von der Familie her. Es ist einfach, daß meine Eltern mehr gestritten haben. Regelmäßig war am Wochenende Krach, und vor allem die Themen, an denen sich das aufhängte! Da war z.B. das Saubermachthema: Die ganze Wohnung mußte natürlich am Wochenende saubergemacht werden, und mein Vater war so übel drauf manchmal, daß er dann das Ding vom Militär noch drin hatte, daß er auf dem Schrank diesen machte (mit dem Finger langfuhr), so diesen: Was ist da? Meine Mutter hat auch gearbeitet, aber die mußte es machen. Das artete dann aus. Irgendwann mußte ich auch mit ran. Das war keine gute Zeit. Von

da an ging's bergab mit Familie Schwarz.

Das war ja schon ein Aufstieg, die Sache – kann man schon so sagen. Und derselbe Aufstieg fand ja noch mal bei mir statt: von der Grundschule zum Gymnasium. Meine Spielkameraden hier waren ja alle Jungs aus Arbeiterfamilien, ungebrochen. Bei meinem Vater war es ein bißchen anders. Der kam aus der Landwirtschaft, irgendwann ist er mal Gutsinspektor geworden. Er hatte Landwirtschaft gelernt und irgendwann ist er mal aufgestiegen, und dann ist er in den Krieg gezogen und hat gar nichts mehr gehabt. Er hatte immer Ambitionen, wollte studieren, was anderes werden. Er war hauptsächlich unglücklich, und ansonsten hat er immer gehofft, daß er mal wieder 'ne vernünftige Arbeit findet. Da gab's Notstandsprogramme nach dem Krieg, da haste für 'ne befristete Zeit Arbeit gehabt – heute nennt man das ABM –, ein Jahr, aber dann war es aus. Du hattest die Chance, daß du eventuell in den öffentlichen Dienst reinrutschst, wenn 'ne Stelle da ist. Da hat er diverse Sachen gemacht, beim Gartenbauamt oder beim Kanalbau. Er mußte nicht die Scheiße schippen, sondern das Schippen anleiten. So Sachen halt. Bis er dann irgendwann mal ins Bezirksamt Reinickendorf reinrutschte und da 'nen festen Job hatte. Das war aber erst, als wir in der Kösliner waren. Ansonsten nach dem Krieg immer Notstandsprogramme. Landwirtschaft war ja nicht hier. Und er hat auch 'ne Phase gehabt, da wollte er so was nicht annehmen, weil es unter seiner Würde war, daß die Arbeit nicht seinen Fähigkeiten entspricht. Eine Zeitlang hat Mutter mehr gearbeitet als er. Er hat sich ziemlich zerfressen und war auch gesundheitlich nicht mehr gut beieinander. – Und die Kumpis, mit denen ich gespielt habe, die waren irgendwie alles Leute . . . die waren eben von hier. Die Kinder gingen natürlich höchstens bis zum praktischen Zweig, das hieß 9. Klasse und anschließend in 'ne Lehre oder Fensterputzen. Viele haben die Lehre gar nicht zu Ende gemacht und sind Fensterputzer geworden, mehr so Anlernberufe oder so was. Ich aber wiederum: wissenschaftlicher Zweig, sprich Gymnasium. Mein Vater: Aus dir soll vor allem mal was Besseres werden. Dadurch kam die Härte rein. Das Dumme war nur, ich hatte keinen Ehrgeiz. Solange mir alles noch leichtfiel in der Schule, war alles wunderbar. Nur ab 'nem bestimmten Punkt ist es ja so, da mußt du dich noch extra mal hinsetzen und mußt lernen, weil es eben nicht mehr qua Auffassungsgabe reingeht. Geschichte oder Latein, wo du dich hinsetzen mußt, damit du das begreifst. Da habe ich keine Lust mehr gehabt. Die Folge davon war Krieg. Mein Vater hat mich dann quasi da durchgepeitscht. Das war der Horror. Das war die schlimmste Zeit, und die verbinde ich eben mit dieser Bühne.

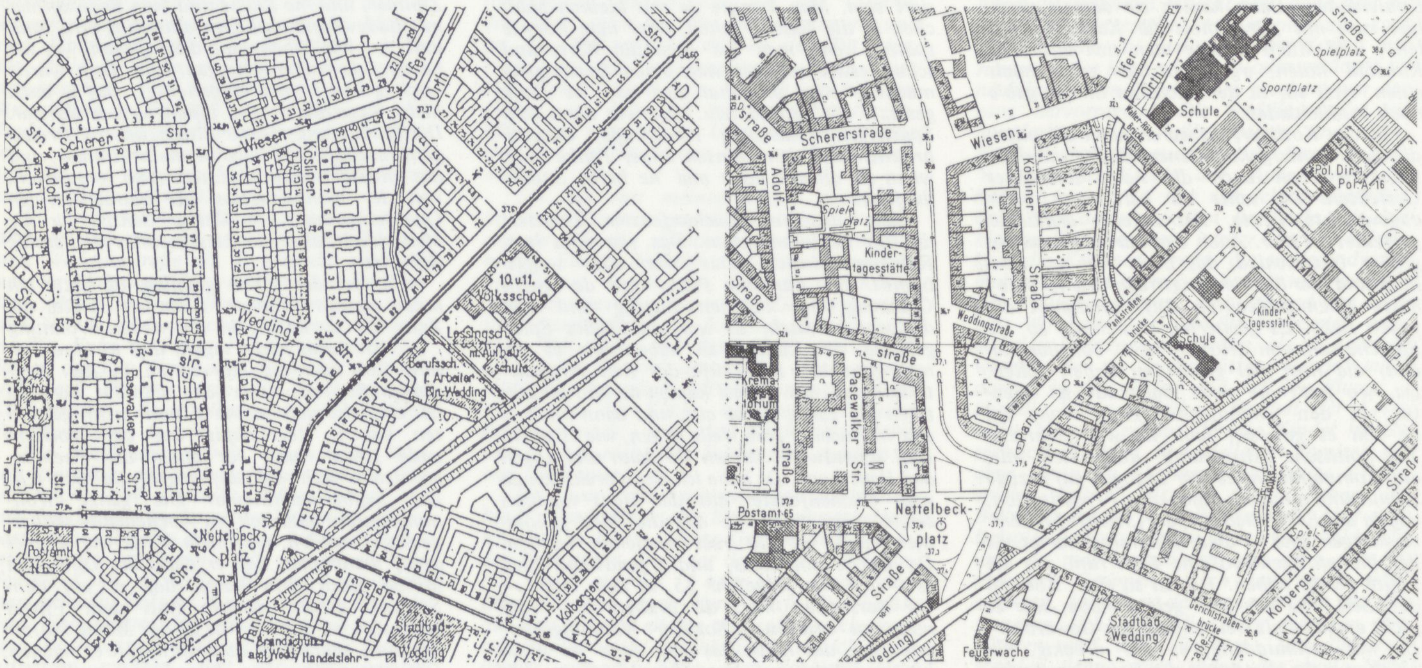
Kontakt mit den Nachbarn gab es überhaupt nicht. Jeder hat die Tür hinter sich zugemacht und immer alles schön voneinander abgeschottet. Erst nachdem sie älter geworden sind und so die Krankheiten anfingen, da ist es offensichtlich etwas anders geworden. Arbeiter und kleine Angestellte wohnten da, mehr kann ich nicht sagen. Das einzige, was sich in dem neuen Haus entwickelt hat, was sehr wichtig für mich war, das war meine erste Freundin. Ich habe gespielt mit den Jungs, da stöckelte irgendwann mal dieses Mädchen hier lang, und ich dachte: „Hoi-joi." Bis ich dann gemerkt habe, die wohnt ja nebenan im Nachbarhaus. Und daraus hat sich eigentlich meine erste richtige Liebesbeziehung mit allem Drum und Dran entwickelt. Vorher waren es mehr Schwärmereien und mal 'nen bißchen Küßchen und Streicheln und so. Aber das war denn auch mit Einschluß von Sexualität und Pipapo. Und das hatte nun wieder fatale Folgen. Für mich war es wunderbar, und das lief nun mit der Frau. Ich war 16, sie war 14, und wir waren dann ungefähr 12 Jahre zusammen. Das war nun wieder eine richtige Arbeiterfamilie, das heißt 'ne halbe, weil zu der Zeit, als wir da eingezogen sind, ist der Mann an Krebs gestorben. Kurz nachdem er gestorben war, habe ich Barbara kennengelernt. Da hat mein Vater gesagt: Das sind doch keine Leute für dich, als er mitgekriegt hat, daß ich immer mit der Barbara zugange war und darüber hinaus noch mit der Mutter, und zwar insofern, als daß ich gerne bei denen z.B. zum Kaffeetrinken war. Selbst die unsäglichen Feiern, die die veranstaltet haben, die du manchmal im Kopp nicht ausgehalten hast, wenn sie da ihre Weisheiten losgelassen haben, die mir völlig gegen den Strich gingen. Trotzdem fand ich es irgendwie gut, immer mal wieder bei ihren Feten dabeizusein, wo man um den Couchtisch saß und sich mehr oder weniger alles ziemlich sinnlos betranken, und Peter Alexander sang und Gerhard Wendland, „Tanze mit mir in den Morgen", und Roy Black, „Ganz in Weiß" . . . Also eine Musik, die furchtbar war, aber die Situation, die hat mich schon angezogen. Mein Vater hat das natürlich gemerkt, und der wollte das irgendwie verbieten, hat es mir auch verboten, aber er konnte mich nicht davon abhalten.

1967, da war ich 20, da bin ich eines Tages verschwunden, weil sich das so zugespitzt hatte zwischen meinem Vater und mir. Da gab's mal eine Szene, die war voller Gewalt – ich bin leicht zu beeindrucken mit Gewalt und hatte auch immer zurückgesteckt und habe auch Angst –, aber da war eine Situation, da hab ich keine Angst mehr gehabt. Da standen wir beide voreinander, und da war klar: Jetzt ist es aus, einfach aus. Mein Vater hat es auch gemerkt und nachgelassen. Ich bin dann am nächsten Tag abgehauen. Das war der endgültige Bruch zu meinem Vater. Meine Mutter hat dann immer versucht, ich habe ein paarmal versucht, so Versöhnungsversuche zu machen, aber das ging tierisch in die Hose. Es war nichts zu machen. Ich bin erst mal ein paar Häuser weiter gezogen, dann in die Dudenstraße zu einem Freund, dann hat sich herausgestellt, daß um die Ecke 'ne olle Dame 'nen Zimmer vermietet, und dann bin ich da in Untermiete gegangen. Ich war sehr glücklich: Die Freiheit überhaupt . . .

Mein Vater ist 1913 geboren, ist mit 65 in Rente – also 1978 sind sie hier weggezogen. Heraus aus der Stadt und natürlich 'nen Häuschen! Er hätte gerne das Landleben wieder gehabt. Es ist mehr das Land gewesen als das Einfamilienhaus.

Das Haus Weddingstraße Nr. 4 steht nicht mehr. Dieses Stück der Weddingstraße zwischen Kösliner und Reinickendorfer, ich kann mich nicht erinnern, daß das anders ausgesehen hätte. Da an der Ecke, bei olle Wohlfeil, die hatten früher über der Tür an der Ecke so'n Lautsprecher drin. Ich erinnere mich noch, daß ich dadrüber die Mitteilung des Mauerbaus mitgekriegt habe. Es war ein Sonntag, wir kamen aus der Badeanstalt, da munkelten die Leute: Da wird irgendwie 'ne Mauer gebaut. Wir haben gar nicht geschnallt, was das ist, es wurden laufend Nachrichten gesendet, wir standen immer davor und haben gelauscht.

Herbert Schwarz (rechts) und Klaus Kürvers in der Kösliner Straße ←B 5



Die Umgebung der Kösliner Straße vor dem Krieg (links) und 1988 (rechts) ←B 6

6.1 Die Sanierung als sozialpolitische „Gesundungsmaßnahme“

Mit dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom **1.6.1933** werden auch Mittel für die Altstadtsanierung bereitgestellt. Die Kommunen, die genehmigungsfähige Projekte einreichen, können diese beim Reichsarbeitsministerium (RAM) abrufen. In mehreren Besprechungen wird beim RAM versucht, näher einzukreisen, was unter Altstadtsanierung verstanden werden kann:

←A 5

Bei der Mehrzahl der in Frage kommenden Städte handelt es sich um Gebiete, die meist im Mittelalter entstanden seien. Ursprünglich seien die Baublöcke dieser Stadtviertel bei einwandfreier Randbebauung und ausreichenden Frei- oder Grünflächen im Kern der Blöcke in gesundheitlicher Hinsicht kaum zu beanstanden gewesen. Im Laufe der Jahrhunderte wurden die Freiflächen jedoch völlig zugebaut, so daß es den Wohnungen im Innern der Blöcke und größtenteils auch den Randbauten an genügend Licht und Luft mangle. Die inneren Kerne seien außerdem nicht selten Herde von Schmutz und Unrat und häufig schießlich der Unterschlupf für lichtscheue und verbrecherische Elemente. Zum Unterschied zu den aus dem Mittelalter stammenden Stadtteilen haben sich in einer Reihe von Städten sanierungsbedürftige Gebäudegruppen und Stadtteile herausgebildet, deren Ursprung auf die Gründerzeit zurückgehe. Durch die Errichtung mehrerer Hinterhäuser im Innern der Wohnblöcke und zahlreiche Einbauten zu Wohnzwecken in ehemalige Fabrikgebäude hätten sich in gesundheitlicher Hinsicht ähnliche Verhältnisse wie in den erstgenannten Städten herausgebildet.

Um die mit dem Gesetz in Aussicht gestellten 10 Millionen RM freizubekommen, entwickelt sich zwischen RAM und RFM (Reichsfinanzministerium) eine Korrespondenz, in der das RAM begründen muß, warum die aus den Ländern zusammengetragenen Anforderungen das Zehnfache an Mitteln erfordern und was eigentlich mit der Altstadtsanierung bezweckt wird: Am **20.1.1934** legt der Reichsarbeitsminister in seltener Klarheit die Gründe für die Sanierung dar:

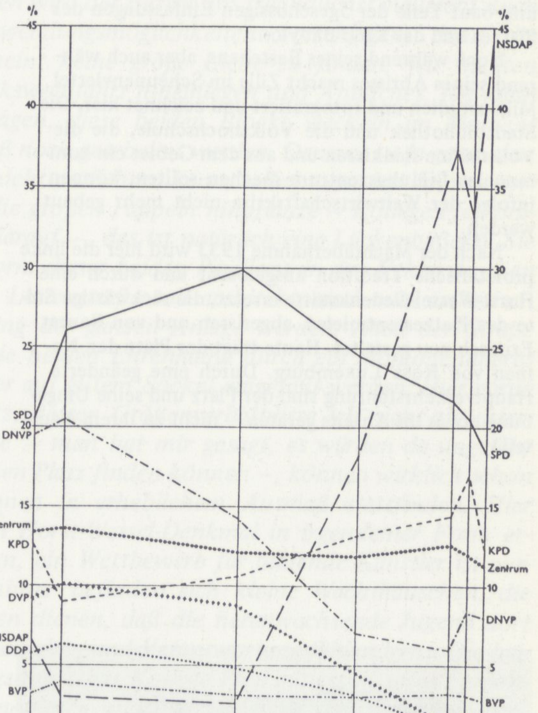
←A 6

In den dumpfen, stark übersetzten Räumen der Hinterhäuser und Mietskasernen, die häufig nur einen ganz engen, schmutzigen Winkel als Hof besitzen, haben die Menschen jeden Zusammenhang mit dem Boden und der Natur verloren. Gewöhnlich hat die Prostitution mit ihrem verbrecherischen Anhang hier ihren Sitz. Diese Stadtviertel bildeten meist die Brutstätte für den Kommunismus und den Unterschlupf für sittlich verwahrloste Elemente aller Art bis herunter zu den Berufsverbrechern. Die Anstrengungen der Reichsregierung, soweit nur irgend möglich, auch diese Menschen zu brauchbaren und zuverlässigen Volksgenossen und Staatsbürgern zu erziehen, die Maßnahmen auf bevölkerungspolitischem und die Bemühungen der Kirche auf religiösem Gebiet sind in diesen Bezirken von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn die Wohnverhältnisse hier nicht von Grund auf geändert werden. Vor allem gilt es, die Jugend von der ihr bei dem engen Zusammenhausen mit politisch unruhigen und sittlich verkommenen Elementen ständig drohenden Gefährdung an Leib und Seele zu befreien, und zwar mit Mitteln, die auf die Dauer wirksam sind. Selbst das beste Menschenmaterial würde in diesen Elendsvierteln in kurzer Zeit nicht nur körperlich Schaden leiden, sondern auch seelisch und sittlich zugrunde gehen. Unter diesen Gesichtspunkten gesehen, stellt sich die Frage der Altstadtsanierung nicht nur als ein wichtiges Problem der Wohnungspolitik, sondern als eine große staatspolitische Aufgabe dar, die nur im Rahmen eines großzügigen, auf lange Sicht bemessenen Bau- und Sanierungsprogramms befriedigend gelöst werden kann. Die Auswirkungen eines solchen Programms auf den Arbeitsmarkt müssen als besonders günstig angesprochen werden, da die Abbrucharbeiten größtenteils von Hand vorgenommen werden können und die Neubauten zu einer starken Belebung der sehr daniederliegenden Hochbautätigkeit und damit zugleich zu einem Aufschwung einer Reihe weiterer Gewerbe führen werden. Zu beachten ist dabei ferner, daß mit der Altstadtsanierung häufig wesentliche Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse verbunden sind; schließlich ist die Auflockerung oder Beseitigung zu eng bebauter Wohnviertel auch eine Forderung der Feuersicherheit, der im Hinblick auf den Luftschutz künftig eine erhöhte Bedeutung zukommt.

Die Folgen der letzten für alle Parteien zugänglichen Reichstagswahl vom 5.3.1933 für den Wedding

Am **30.1.1933** wird Adolf Hitler als Chef einer Präsidialregierung vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Hitler lehnt es ab, sich dem am **6.11.1932** gewählten Reichstag zu stellen, wie es die Verfassung vorsieht. Auf der ersten Kabinettssitzung wird mit Mehrheit beschlossen, am **5.3.1933** eine Neuwahl durchzuführen. Die Absicht ist klar: Die Regierung der „nationalen Konzentration“ unter Hitler soll durch sie bestätigt werden. Es ist die letzte Wahl, an der theoretisch noch alle Parteien teilnehmen können, wenngleich die Führungskader von KPD, SPD und der Gewerkschaften zum Teil schon verhaftet sind und die Presse durch Verbote eingeschränkt ist. Trotz der mit 88,8 % höchsten Wahlbeteiligung bei einer Reichstagswahl und 15 kandidierender Parteien und Verbände erreicht die NSDAP allein nicht die absolute Mehrheit, für die sie auf die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) angewiesen ist. Bei einem Studium der Kartierungen und der Wahlergebnisse erkennt man, daß die NSDAP in Groß-Berlin nur 34,6 % der Stimmen im Vergleich zu 43,9 % im gesamten Reich erhalten hat. Während bei der Reichstagswahl am **31.7.1932** die KPD noch in 9 Bezirken mehr als 30 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, trifft dies bei der Wahl am **5.3.1933** nurmehr auf 3 Bezirke zu, nämlich auf Neukölln, Friedrichshain und Wedding.

Im Wedding entscheiden sich bei dieser Wahl noch wesentlich mehr Wahlberechtigte für SPD und KPD: Die SPD bekommt 54.191 Stimmen, die KPD 92.903 und die NSDAP 61.558.



→B 7 Die Wahlentwicklung 1924–1933. Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Das Scheunenviertel

Der Abriß der Scheunen für die Berliner Hufen auf dem Barnim, deren Umwandlung in Bauland wir im 1. Band der Geschichte des Berliner Mietshauses beschrieben haben, ist das erste kommunale Sanierungsprojekt im großen Stil. ←I/472 Bereits **1871** hatte August Orth einen Durchbruch für die Kaiser-Wilhelm-Straße entworfen, der die Verbindung der Friedrichstadt mit den östlichen Ausfallstraßen durch die Altstadt von Berlin verbessern sollte. Mit der Aufgabe der Eigenversorgung mit Lebensmitteln waren die Scheunen durch die Anlage der Eisenbahn überflüssig geworden und dienten vielen, die in die Stadt zogen, als erstes, billiges Quartier. Das „Scheunenviertel" wurde zum armen jüdischen Viertel – vom Bürgertum als Verbrechersumpf beschrieben. ←L 10

1901 erhält die städtische Planung die Genehmigung des Königs. Die Grundstücke werden mit hohem finanziellen Aufwand zusammengekauft, die Häuser entmietet und abgerissen, die Straßen aufgehoben. **1908** sind in der skizzierten Form die neuen Straßen angelegt, und **1911** verkauft die Stadt Berlin das Terrain an eine private Baugesellschaft. Eine Bebauung erfolgt jedoch noch nicht, nur eine U-Bahn-Station wird eingerichtet und **1913–15** auf dem dreieckigen Platz die Volksbühne nach Plänen von Oskar Kaufmann gebaut. Die Gegend behält auch nach dem 1. Weltkrieg ihren proletarisch-revolutionären Charakter. **1926** zieht die KPD mit ihrer Zentrale hierher. Sie kauft ein **1912** am Bülowplatz gebautes Geschäftshaus, das den Namen „Karl-Liebknecht-Haus" erhält. Der Platz wird in der Folge bis **1933** Ziel großer Demonstrationen.

1927 gewinnt Hans Poelzig den vom Pächter des städtischen Geländes ausgeschriebenen Wettbewerb und baut Teile der 5geschossigen Einfassungen des Platzes und das Kino Babylon. →A 7

Noch während seines Bestehens, aber auch während seines Abrisses macht Zille im Scheunenviertel Milieustudien und fotografiert und zeichnet hier. Die Stadtbibliothek und die Volkshochschule, die die Volksbühne flankieren und aus dem Gebiet ein kommunales Bildungszentrum machen sollten, können infolge der Weltwirtschaftskrise nicht mehr gebaut werden.

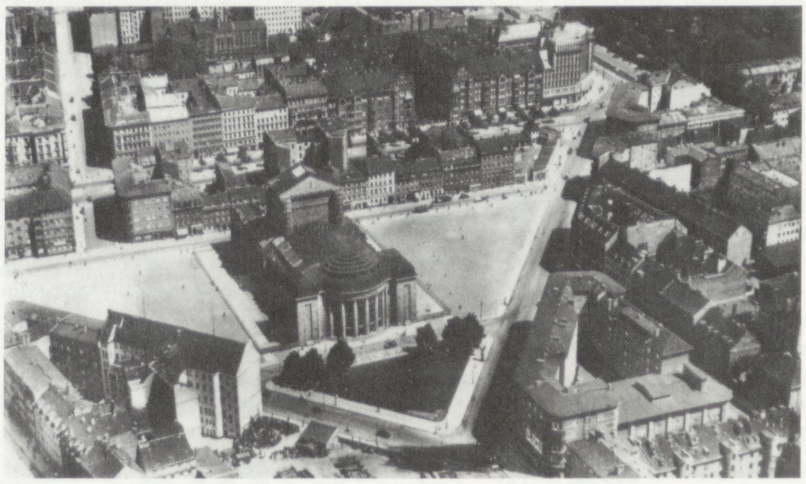
Nach der Machtübernahme **1933** wird hier die linke proletarische Tradition ausgelöscht und durch eine Horst-Wessel-Gedenkstätte ersetzt, die rückwärtige Seite des Platzes entmietet, abgerissen und von Baurat Ermisch neu gestaltet. Heute trägt der Platz den Namen von Rosa Luxemburg. Durch eine geänderte Hauptverkehrsführung sind der Platz und seine Umgebung etwas ins Abseits geraten – nicht zu ihrem Nachteil.

←S.365

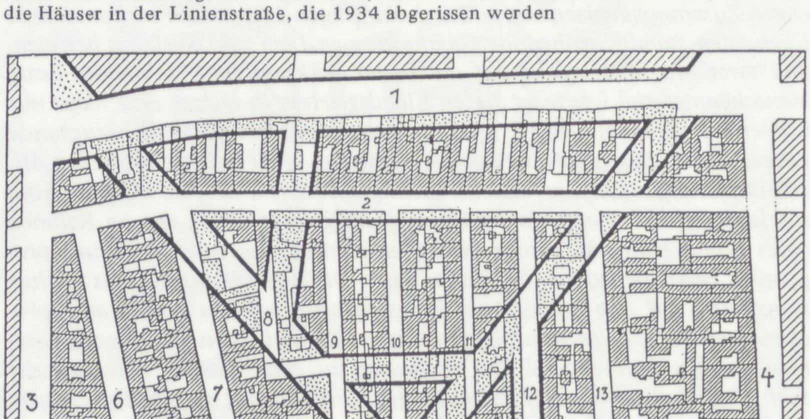
Das Karl-Liebknecht-Haus, Sitz des ZK der KPD, am Bülowplatz (heute Rosa-Luxemburg-Platz). Die Aufnahme stammt vom 22.1.1933, vor dem Haus erwartet ein Polizeiaufgebot die Ankunft eines SA-Aufmarsches ←B 9

6.1.1 Spezialsanierung Bülowplatz

Am **8.2.1934** findet im Berliner Rathaus eine Sitzung statt, zu der der als Nachfolger von Martin Wagner eingesetzte Kommissarische Stadtbaurat Kühn die Bezirksbürgermeister eingeladen hat. Es geht dabei um den unmittelbar bevorstehenden Beginn der ersten Sanierungsmaßnahme. Der Ort steht dabei nicht mehr zur Diskussion, da er bereits von „höchster Stelle" bestimmt worden ist. Es handelt sich nicht um Meyer's-Hof, den die SPD einige Jahre zuvor als Sanierungsmaßnahme abreißen wollte, und auch nicht um den Fischerkietz, die mittelalterliche Altstadt im Zentrum, gegen dessen Erhalt die im „City-Ausschuß" zusammengeschlossenen Berliner Geschäftsleute seit Jahren kämpfen, um das Stadtzentrum in eine Büro- und Einkaufsstadt verwandeln zu können, sondern um den Bülowplatz, der als Standort der Volksbühne und des „Liebknecht-Hauses", dem Zentralsitz der KPD, weltbekannt und dessen Name mit dem „roten Berlin" verknüpft ist. Der erste Schritt zur Vernichtung dieses Ortes war **1933** die Besetzung, Enteignung und Umbenennung des „Liebknecht-Hauses", das als „Horst-Wessel-Haus" zunächst eine Außenstelle des Polizeipräsidiums und dann Sitz von Katasterämtern war. Im Haupteingang richtete die SA eine „Ehrenhalle" ein. Der Bülowplatz, das Ergebnis der noch vor dem 1. Weltkrieg durchgeführten Sanierung des alten „Scheunenviertels", wurde ebenfalls nach dem zum Helden stilisierten Horst Wessel benannt. Seine Umgestaltung wird in der Sitzung am **8.2.1934** erörtert. Das stenografische Protokoll belegt, daß es bei der hier beabsichtigten Art von Sanierung um etwas ganz anderes geht als um die Verbesserung von Wohnungen, aber auch, welche rechtlichen Schwierigkeiten noch bestehen, an deren Beseitigung Reinhold Niemeyer als Leiter der Akademie für Städtebau, der ein Sanierungsgesetz entwerfen soll, aber bereits arbeitet. Wir dokumentieren das Protokoll dieser Sitzung unwesentlich gekürzt.



→B 8 Der Bülow- (nach 1933 Horst-Wessel-, heute Rosa-Luxemburg-)Platz um 1933. In der Mitte des Platzes liegt die Volksbühne, rechts von ihr das Liebknecht-Haus, hinter ihr die Häuser in der Linienstraße, die 1934 abgerissen werden



→B 10 Das 1902 genehmigte Magistratsprojekt zur Sanierung des Scheunenviertels

Stenographischer Bericht über die Sitzung am 8. Februar 1934. (Sanierung des Baublocks nördlich des Horst-Wessel-Platzes)

Vorsitzender Kommiss. Stadtbaurat für Hochbau Kühn: *Darf ich bitten, Platz zu nehmen.*

Ich begrüße die Erschienenen. Wir setzen uns zu einer Arbeit von ganz außerordentlicher Wichtigkeit zusammen. Daß wir die Notwendigkeit der uns bevorstehenden Sanierungen noch extra unterstreichen müssen, ist wohl nicht erforderlich. Der Kreis, der sich hier versammelt hat, ist sich ja voll bewußt, daß in dieser Frage vorgegangen werden muß, und wir müssen ungesäumt und rasch vorgehen.

Es haben Besprechungen mit Herrn Staatskommissar Dr. Lippert, mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Sahm und Herrn Bürgermeister Dr. Maretzky stattgefunden, die uns gewisse Richtlinien gegeben haben. Gedanken werden Sie alle sich über diese Frage natürlich auch schon gemacht haben, und Sie werden wahrscheinlich festgestellt haben, daß es Punkte geben wird, an denen man bei dem augenblicklichen Stande der Geschäftslage hängen bleiben wird. Das soll aber kein Hinderungsgrund sein, meine Herren, wir gehen vorwärts, und das stelle ich heute an den Anfang sämtlicher Ausführungen. Wir warten nicht auf gesetzgeberische Maßnahmen, sondern gehen eo ipso sofort vor, und daher haben wir diejenigen Herren der Bezirke eingeladen, die hier mit an einer Aktion beteiligt sind, über die wir heute im allgemeinen sprechen, um dann aber sofort in ein Beispiel zu steigen, ein Beispiel, das im Bezirk Mitte liegt.

Ich will ganz rasch nur noch einiges redaktionell sagen, und dann werde ich Sie bitten, an das Modell zu treten. Ich lasse nachher die Anwesenheitsliste herumgehen und bitte Sie, sich in diese Liste einzutragen.

Wie ich schon sagte, werden wir heute Feststellungen machen. Diese Feststellungen werden zu Enqueten führen. Wir machen ein Protokoll von möglichster Vollständigkeit. Ich bitte aber, besonders die Herren aus den Bezirken und den anderen Abteilungen ebenso wie meiner Abteilung, nicht darauf zu warten, bis das Protokoll herauskommt, sondern nach dem, was wir heute beschlossen haben, sofort in der Öffentlichkeit zu handeln. Da wird es sich also herausstellen, daß die Gesundheitspolizei und die Baupolizei sofort vorgehen müssen mit den Feststellungen in dem Block, den wir nachher uns vorbinden werden. Ich betone nochmals und bitte Sie, nicht auf schriftliche Anweisungen zu warten, sondern nach den Besprechungen, die wir nachher haben werden, sich selbst Richtlinien zu bilden oder weitere von uns heute in der Besprechung zu fordern. Es muß schleunigst gehandelt werden. Damit Sie auch beruhigt sind, teile ich Ihnen mit, daß Herr Dr. Werner Müller, der in dieser Aktion uns als Spezialist zugeteilt ist, bereits über einem Gesetzentwurf sitzt. Ich habe in einer Besprechung mit dem Kollegen Niemeyer aus Frankfurt die Frage soweit schon geklärt. Herr Kollege Niemeyer war sehr fleißig und hat viele Besuche im Reichsarbeitsministerium gemacht. Alle dort in Angriff genommenen Arbeiten und Vorbereitungen werden Ihnen auch allmählich zugehen.

Ich schlage vor, daß wir jetzt einmal an das Modell herantreten. Es wird Ihnen dann klar werden, wieso wir gerade zu dieser Lösung gekommen sind. Wollen die Herren freundlich sich auch einmal mit einem solchen Plan bewaffnen. Wir haben, hoffe ich, genügend Blätter, so daß jede Dienststelle einen solchen Plan gleich mitnehmen kann.

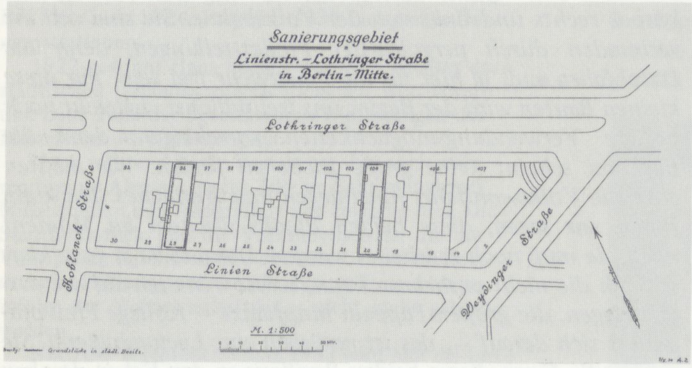
Ausgangspunkt war die Verlegung der Zentralmarkthalle, und wir sind mit dem Bezirksamt Mitte einig – ich will nicht vorgreifen, aber ich glaube, einig zu sein –, daß die Verlegung der Martkhalle von der Stelle, wo sie heute gelegen ist, überhaupt nicht umgangen werden kann. Wo sie hinkommt, ist im Moment gleichgültig. Ich brauche aber die Kaiser-Wilhelm-Straße frei, und bis jetzt haben wir auch durch den Bezirk Mitte, der noch nicht so ganz mit dem Herzen dabei ist, kein Mittel vorgeschlagen bekommen, wie wir die Kaiser-Wilhelm-Straße frei bekommen zum Durchgangsverkehr nach Nordost ohne Verlegung der Markthallen. Damals stand zur Debatte: Kann man nicht den Horst-Wessel-Platz um die Volksoper herum benutzen, um die Fahrzeuge, die da unten an der Münzstr. pp., an der eigentlichen Zentralmarkthalle, nicht Platz haben, dort aufzustellen? Das wurde dann in sämtlichen ehrlich nationalsozialistisch eingestellten Kreisen mit Entrüstung abgelehnt, weil dieser Platz zur Horst-Wessel-Ehrung bestimmt ist. Als ich dann den Auftrag bekam, die Horst-Wessel-Ehrung vorzubereiten, haben wir uns dieser Aufgabe natürlich auch nur unterziehen können in der Annahme, daß der Platz nun vollgültig für eine solche hervorragende Aufgabe freigehalten wird. Sie sehen das Ergebnis dieser Arbeiten. Der Platz ist durch den Elefanten des Volksbühnenhauses sehr stark zerrissen, und wir mußten aus dieser Not eine Tugend machen. Das Modell läßt erkennen, daß die eigentliche Horst-Wessel-Ehrung in dem südlichen Dreieckzipfel sich abspielen wird, daß dann eine scharfe bauliche Teilung des vorderen Teiles von den beiden hinteren Teilen vorgesehen ist. Die beiden hinteren Teile werden ehrenhainartig zugepflanzt, und die sehr häßliche Kulisse der Linienstraße mit ihrem Elendsblock wird verdeckt durch eine Linie von Wohnbauten, die sich im Zuge der südlichen Bauflucht der Linienstraße hinten an die Ehrenhaine anlehnen. Die bauliche Zusammenfassung wird gehalten durch ein paar kleine Baukörper rechts und links von der Volksbühne. Sie sind mit ihr verbunden durch pergolaartige Pfeilerstellungen; denn die Durchfahrt muß ja hier für die Feuerwehr frei sein. Für diese kleinen Bauten wird der Bezirk uns freundlichst vielleicht noch bessere Verwendungsmöglichkeiten vorschlagen, denn die Bücherei scheint keine große Liebe zu finden. Wir müßten eher die Volkswohlfahrt hineinlegen und Ähnliches. Ich kann Ihnen nur sagen, diese beiden Blocks wackeln im Moment noch, da muß noch gearbeitet werden. Denn es ist ja ganz klar, daß ich die nicht entbehren kann, selbst wenn ich da, wie vorgeschlagen, die großen Pappeln hinpflanze – Kollege Pfeil präpariert sich darauf –, das ist natürlich eine Lückenbüßerei. Sie sehen, die Form dieser beiden Pavillons an den Ecken da oben im Zuge der Linienstraße soll architektonisch und ästhetisch Zusammenhang der ganzen Anlage werden. Nach der Straße zu werden die beiden Ehrenhaine durch ein monumentaleres eisernes Gitter auf gutem Sockel eingefaßt werden. Hier vorne auf dem Platz, dessen Größenverhältnisse ich nicht zu unterschätzen bitte – man hat mir gesagt, es würden da ungefähr 4000 Menschen Platz finden können –, können wirklich schon Demonstrationen in erheblichem Ausmaß stattfinden. Hier vorn wird ein Horst-Wessel-Denkmal in irgendeiner Form errichtet werden, ein Wettbewerb für bildende Künstler ist vorbereitet. Dahinter befinden sich kleine Wachthäuschen, die dem Gedanken dienen, daß die heranwachsende Jugend dort Ehrenwache schieben und Verantwortung fühlen lernt. Die beiden Wohnungstrakte hat Kollege Pfeil gütigst in seine Schirmherrschaft genommen und hat mitgeteilt, daß durch Einspannen der Wohnungsfürsorgegesellschaft der Bau dieser beiden Trakte einschließlich der kleinen Pavillons so gut wie gesichert ist. Auch die Finanzierung ist so gut wie gesichert, es bleibt lediglich die Ehrung selbst, zu der die SA mit Sammlungen und Organisation herangezogen werden soll. Als dieses feststand, sagten wir uns: Es ist eigentlich unmöglich, jetzt noch unmittelbar in der Nähe der Horst-Wessel-Ehrung den jüdischen Wohnblock zu dulden, und daher sind wir zwangsläufig auf diesen Plan gekommen und wollen diesen Block aufs erste zur Sanierung heranziehen. Gewisse Fragen sind einfach und bestärken uns in dem Gedanken, diese Sanierung jetzt zuerst anzupacken, andere Punkte sind wieder erschwert. Darüber wollen wir gleich nachher nochmals sprechen. Ich möchte, ehe wir uns wieder auf unsere Plätze begeben, fragen: Ist in bezug

auf die Einteilung dieses Platzes noch irgendeine Unklarheit? Wir sind dann gern bereit, Auskunft zu erteilen.

Bürgermeister Dr. Lach (Bezirk Mitte): *(. . .) Wir sind begeistert davon, daß der Platz hergerichtet wird, und freuen uns auch, daß es bezüglich der Baulichkeiten zur Sanierung kommt. Nur eine Frage ist uns aufgetaucht: Wir haben ja nicht annehmen können, daß es da hinten mit der Sanierung so schnell gehen würde – denn in den letzten drei Tagen habe ich noch telephonisch darüber gesprochen –, daß die Sache sich so verdichten würde. Die Frage ist die: Ist es notwendig, an dieser Stelle mit der Sanierung anzufangen, oder soll nicht an einer anderen Stelle der City mit der Sanierung angefangen werden? Ihnen als früherem Mitglied des City-Ausschusses ist ja besonders bekannt, daß man eigentlich in der Mitte, im Fischerkietz, die Sanierung als besonders notwendig betrachtet hat. Wir haben auf einem Gange durch Berlin diese malerischen Winkel betrachtet, wo die Häuser zum Teil schief stehen, nur noch durch Balken gestützt werden und demnächst einzufallen drohen, was besonders für die Baupolizei schmerzlich ist.*

(Vorsitzender: Südöstlich der Feuerwache!)

Herr Dr. Költzow und ich haben gestern einen Spaziergang durch die Linienstraße und Lothringer Straße gemacht und waren baß erstaunt, wie verhältnismäßig gut dieser Block noch erhalten ist gegenüber den anderen sanierungsbedürftigen Blocks. (. . .)



Vorsitzender: *Darf ich folgendes dazu erklären: Der Gedankengang, vom Horst-Wessel-Platz auf den alten Wohnblock überzuspringen, ist schon von mir vorgetragen worden. Im übrigen ist es der Wunsch der hohen und höchsten Stellen – Herr Dr. Lippert steht sehr stark dahinter –, doch mit dieser Sache anzufangen, und da wir die Unterstützung des Reichsfinanzministers, auch des Reichsarbeitsministers dabei haben, möchte ich keinesfalls mehr in dieser Reihenfolge eine Wandlung eintreten lassen, ehrlich gestanden. Wir können uns einmal gleich darüber unterhalten. (. . .)*

Der zweite Punkt, der ebenfalls furchtbar einfach ist, ist der: Keiner von uns wird in Abrede stellen, daß dieser Block für Wohnungen wieder geeignet ist. Es kommt gar keine andere Bestimmung in Frage. Das erleichtert uns außerordentlich das Vorgehen. Weiter wird es uns dadurch erleichtert, daß nur Herren und Damen nichtarischen Geschlechts dort Besitzer sind und wohnen. Wir können also – wir kommen gleich auf den Punkt – scharf vorgehen. Man wünscht, daß scharf vorgegangen wird. Aber das erschwert dann auch wieder das Ergebnis des weiteren Vorgehens. Denn wenn ich auch die jüdischen Mieter jetzt mit einer gewissen Wupptizität herausbringen kann, die jüdischen Eigentümer der Grundstücke und der Häuser würden dann als erste die Wohltat dieser Sanierung und der verlorenen Zuschüsse genießen. (. . .) Diese Frage bedarf noch sehr der Bearbeitung. Ich glaube, mein verehrter Herr Bürgermeister, daß wir die anderen Blocks, wie z.B. das Fischerkietz, noch gar nicht übernehmen können, weil dieser Block ja für eine andere ganz große Aufgabe reserviert ist. Darüber darf öffentlich nicht gesprochen werden. Das ist aber ein Platz, der in seiner umfassenden Größe nur für eine ganz große Aufgabe zur Verfügung steht und bereit gehalten werden muß. Ich kann also nicht da schon wieder mit Wohnungen anfangen. In demselben Moment purzelt mir der Sanierungsplan sofort herunter, denn ich soll ja doch Wohnungsviertel sanieren.

Ich schlage vor, daß wir gleich in das Material dieses Blocks eintreten. Ich selbst muß nämlich – ich bitte um Verzeihung – um 12 Uhr fort in das Reichsinnenministerium. Herr Stadtrat Pfeil wird die Liebenswürdigkeit haben, mich zu vertreten, wenn ich nachher abdampfe. Ich hoffe aber, wir werden in der Hauptsache durchkommen. Ich schlage jetzt vor, daß wir zunächst einmal das statistische Material hören, das Herr Dr. Schorr über diesen Block zusammengetragen hat. (. . .)

Dr. Schorr: Die Sanierung des Wohnungsblocks am Horst-Wessel-Platz. *Der Wohnblock, der zur Sanierung vorgeschlagen wird, bildet den nördlichen Abschluß des Horst-Wessel-Platzes. Er wird im Westen begrenzt von der Mulackstraße, im Norden von der Lothringer Straße, im Osten von der Weydingerstraße. Auf dem Wohnblock stehen insgesamt 17 Wohngrundstücke mit eigenem Grundbuchblatt, von denen, wie aus der Zeichnung hervorgeht, 15 sanierungsreif sind. (. . .) Die übrigen beiden Abschluß-Grundstücke an der Weydinger- und Koblankstraße – es handelt sich um das Grundstück Linienstraße 17, Lothringer Straße 107 und Linienstraße 30, Lothringer Straße 92 – sind in den letzten Jahren neu bebaut worden und werden ausgenommen.*

Der Block, soweit er die umzulegenden Gebäude umfaßt, ist 148 m lang und 44 m breit. Die Bebauungsfläche ist 6512 qm groß. Bei einer 55%igen Ausnutzung könnten bis zu 3581 qm bebaut werden.

Bei der Sanierung des Wohnblocks in der Linienstraße handelt es sich in der Hauptsache um die Beseitigung des letzten Restes des ehemaligen Scheunenviertels. Mit ihr ist also in erster Linie die Beseitigung eines Elendsviertels verknüpft. Die Gründe sind mehr sozialer Natur. Dabei hat natürlich die Gesundheitspolizei und der Hygieniker ein gewichtiges Wort mitzureden.

Wie aus den Akten der Baupolizei hervorgeht, stammt der größte Teil der Häuser in der Linienstraße aus der zweiten Hälfte des 18. und aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Hinter- und Seitenhäuser sowie die Häuser in der Lothringer Straße sind jünger, aber mit einigen wenigen Ausnahmen doch schon 40 bis 50 Jahre alt. Sie sind sehr einfach gebaut und schon deshalb heute durch das Alter abgenutzt. Die starke Abnutzung ist durch die Hauseigentümer selbst verschuldet, da sie die nötigen Reparaturen unterlassen haben. Auffallend ist, daß die Fassade bei den meisten Häusern noch erträglich ist, aber schon die Hauseingänge bieten ein Bild großer Abnutzung. Dieser Eindruck wird noch in den einzelnen Wohnungen verstärkt. Ursprünglich umfaßte eine Wohnung im Vorderhaus 4 bis 5 Zimmer, heute sind 3 Zimmer durchweg die Höchstgrenze; 2 Zimmer je Wohnung bilden die Regel. In den Wohnungen sind die Fußböden verfault, fingerbreite Risse klaffen zwischen den einzelnen Fußdielen. Die Fensterrahmen, ebenso die Türen sind stark abgenutzt. In einzelnen Wohnungen hängen die Decken herunter. Durch kleine Hilfsmittel versuchen die Bewohner diese schwerwiegenden Schäden zu beheben, die an sich nur durch eine gründliche Überholung beseitigt werden könnten. Die starke Verwahrlosung zeigt sich auch in den Gängen und Treppen. So ist z.B. in der Linienstraße 23 die Abnutzung bis zur Höchstgrenze fortgeschritten. Die Treppenstufen sind ausgehöhlt, das Geländer ist wacklig, die Türschwellen soweit ausgetreten, daß nur noch Reste vorhanden sind. Die Fußböden sacken ab, die Fensterrahmen sind vollkommen verfault. Ein Hofbalkon mußte auf polizeiliche Verfügung wegen Gefährdung abgetragen werden. Dies sind nur wenige Beispiele großer Abnutzung, die den Gesamteindruck nur verstärken. Nach unserer Meinung ist jedoch nur

in Einzelfällen ein direktes Eingreifen der Polizei gerechtfertigt. Trotzdem ist der Block in seiner Gesamtheit abbruchreif. (...)

Dem Polizeipräsidium, der Gesundheitsbehörde und der Baupolizei wird je ein Exemplar über den baulichen Zustand nachgereicht werden. Die hier geschilderten Verhältnisse weichen höchstens in einigen besonders krassen Fällen von den Verhältnissen anderer Wohngegenden der weiteren Innenstadt ab; sie bieten aber schon wegen der Enge des Baublocks genügend Unterlagen für die Begründung des völligen Verschwindens desselben. Sinn der Darlegungen soll sein, der Polizeibehörde, der Bau- sowie der Gesundheitspolizei den Zustand, so wie wir ihn angetroffen haben, skizzenmäßig zu schildern, damit sie aufmerksam wird auf die dortigen Verhältnisse.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß in diesem letzten Rest des Scheunenviertels die Ärmsten der Armen wohnen, insbesondere – worauf später hingewiesen werden soll – viele Juden polnischer, österreichischer und sogar türkischer Nationalität. (...)

Nach den neuesten Feststellungen wohnen in den sanierungsreifen Gebäuden des Wohnblocks insgesamt 215 Mietparteien. Die Kopfstärke beträgt 598. Im Durchschnitt entfallen also auf eine Familie 2,8 Personen. Die Zahlen ergeben, daß der Wohnungsblock dicht besiedelt ist. Nicht berücksichtigt ist die Zahl der Untermieter, die mit Absicht nicht aufgenommen wurde, weil die Mieter hier stark wechseln. (...)

Die Berufsangaben sind der Personenstandsaufnahme 1932 beim Steueramt entnommen. Sie treffen daher nicht mehr in allen Fällen genau zu, bieten aber im großen und ganzen ein zuverlässiges Bild. Insgesamt üben 50 Haushaltungsvorstände ein selbständiges Gewerbe aus. 101 Haushaltungsvorstände sind Arbeitnehmer, 28 haben keinen Beruf, 19 sind Renten- und Wohlfahrts-Empfänger.

Unter den selbständigen Berufen überwiegt der Kaufmann und Händler. Der Handwerker ist ebenfalls vertreten. Unter den Arbeitnehmern ist gleichfalls ein großer Prozentsatz kaufmännischer Angestellter, doch überwiegen hier zahlenmäßig die Handwerker. Das reine Arbeiterelement tritt hingegen zurück. Erwerbslose Haushaltungsvorstände sind insgesamt 19 gezählt worden. Die berufliche Struktur ist für das gesamte Wohngebiet kennzeichnend. Es ist fast ein reines Wohnviertel, das mit kleinen Läden und Werkstätten durchsetzt ist. Es ist das Gebiet insbesondere des jüdischen Ghettos.

Aus den Akten der Feuersozietät, den Baupolizeiakten und den Listen des Katasteramtes, die 1914 für den Wehrbeitrag angefertigt wurden, geht hervor, wie das Viertel langsam aus einem Wohngebiet des bürgerlichen Mittelstandes zu einem Elendsviertel wurde, wie gleichzeitig das jüdische Element hervortrat. Schon 1914 wohnten verhältnismäßig viele Juden in dem Wohnblock. Der größte Teil zog aber erst in der Nachkriegszeit zu. Besonders zahlreich sind die polnischen Ostjuden vertreten, die zum größten Teil, weil sie arm sind, heute noch nicht nationalisiert sind. Unter den rund 215 gezählten Familien sind 71 jüdische Familien, die sich als solche bezeichnet haben. Das sind genau 30 %. Sicherlich werden sich unter denen, die als Konfession „Freidenker" angaben, noch eine große Zahl von Juden befinden, so daß die Zahl mit 40 % nicht zu gering eingesetzt ist. Unter den Juden besitzen wiederum fast 60 % die polnische, österreichische und türkische Staatsangehörigkeit. Des Interesses halber sei erwähnt – später wird noch ausführlich darauf hingewiesen werden –, daß das Eigentum in den Grundstücken der Linienstraße mit ganz wenigen Ausnahmen in der Nachkriegszeit in jüdische Hände übergegangen ist. Von den jüdischen Eigentümern wohnt aber bereits wieder ein Teil in besseren Vierteln, insbesondere in der Nähe des Kurfürstendammes, ein Zeichen dafür, daß die Wohnungen in der Linienstraße vielfach nur Durchgangsstation für die Juden sind, bezw. nur Mittel zum Zweck. Die Juden bestimmen auch, wie aus den Berufsangaben hervorgegangen ist, das Wirtschaftsleben der Gegend. Sie stellen alle Kaufleute des Wohngebiets, alle Händler und den größten Teil der Handwerker. Sie haben auch einen großen Teil der in der Linienstraße vorhandenen Läden inne. Diese Angaben sind für die Umsiedlungsvorschläge sehr wesentlich.

Die Listen, die Dr. Schorr angefertigt hat, enthalten, mit genauen Namens- und Adressenangaben versehen, die *Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung* (168 Erwachsene und 54 Kinder), die Eigentümer der 15 Grundstücke und die *Berufe der jüdischen Haushaltsvorstände* (71 Familien mit 222 *Köpfen*).

Tabelle 5

Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung.

		Erwachsene:	Kinder:
Linienstr. 29	Ther. Wachholz	1	
	Abrah. Gutschein	2	
	Jacob Gutschein	2	5
	Herm. Adler und Aron Sch aljowski	2	
	Alfred Gottliebsohn	2	
	David Schmelz	2	
	A. Smok	2 = 13	= 7
Linienstr. 28	Mendel Wang	1 = 1	
Linienstr. 26	Scheindl Reich	5	
	Jacob Dornbusch	1	
	Herm. Hirschfeld	3	
	Rahel Lander	1	
	Kallm. Rosenblüth	5	
	Mendel Cohn	1	
	Leo Last (nur Büroräume)	1 = 17	
Linienstr. 27	Simon Reiss (nur Geschäft)	1	
	Leo Last	1	
	Max Stang	2	
	W. Fischer	3	1
	Reg. Guttmann	1	
	I. Knepel	1	
	B. Last (Rohmaterialiengeb.)	1 = 10	= 1
Linienstr. 25	Neidel	3	1
	I. Aron	3	
	S. Reiss	2	2
	S. Zimmermann	4 = 12	= 3
Linienstr. 24	A. Stark	1	
	A. Brokmann	1	2
	Ch, Mingelgrün	3 = 5	1 = 3
Linienstr. 23	Hirsch	2	
	I. Petranker	5	
	I. Mandel	2	1
	M. Goldstein	2	3
	A. Baden	2 = 13	= 4

– 2 –

		Erwachsene:	Kinder:
Lothringer Str.99	Mendel Wang	2	3
	E. Gradus	2	
	I. Lindemann	2 = 6	1 = 4
Lothringer Str.100	E. Prinz	3	
	H. Bambus	1 = 4	4 = 4
Lothringer Str.101	Fischheimer	1	
	A. Zimmermann	2	1
	J. Graubart	2	7
	Fr. Schmulewitz	1	
	A. Schwarz	4	2
	I. Sommerfeld	2	
	L. Simonsohn	1 = 13	= 10
Linienstr. 18	N. Goldberger	3	
	I. Luster	5	
	I, Laucher	2	
	M. Rosiner	3 = 13	
Linienstr. 19	W, Wohlmuth	2	1
	M. Loew	4	
	E, Abraham	2	
	Chaim Aufseher	2	1
	Chaim Bande	3	
	M. Grün	2	1
	W, Schneid	2	
	I, Landau	5	
	H, Engelberg	3 = 25	= 3
Linienstr. 20	Grynbaum	5	
	E. Markiewicz	3	1
	P, Gross	3	2
	J, Neumann	2	
	L, Wronker	1	
	A, Brück	2	2
	Felber	3 = 19	2 = 7
Linienstr. 21	I.Hirschhaut	4	1
	A.Mittelmann	3	3
	A. Stark	4 = 11	= 4
Linienstr. 22	Fingerhut	2	4
	Freund	4 = 6	= 4
		168	54

Eine der Listen von Dr. Schorr

←A 8

Vorsitzender: *Sehr vielen Dank, Herr Dr. Schorr! Meine Herren! Wird dazu das Wort gewünscht? Ich glaube, Sie haben aus diesen Ausführungen gesehen, daß, wenn auch äußerlich der Block nicht einmal einen so schlechten Eindruck macht, er im Innern doch völlig reif zur Sanierung ist. Wenn Herr Dr. Schorr von Ghetto gesprochen hat, so stimmt das. Wenn Sie hineingehen in diese Wohnungen, so werden Sie sehen, daß es in der Tat allerhöchste Zeit ist, daß hier vorgegangen wird. Ich gebe zu, Herr Bürgermeister, daß andere Stellen Ihres Bezirks äußerlich vielleicht noch reifer wären, aber innerlich ist es notwendig, daß wir hier anfangen.*

Meine Herren! Wir wollen dann vielleicht zum zweiten Punkt übergehen. Das sind unsere Absichten; nun recht bald in diesem Block vorwärts zu kommen mit polizeilichen Verboten, durch Vorgehen der Gesundheitspolizei und der Baupolizei mit Sperrungen, um so allmählich den Block für eine Inangriffnahme des Sanierungsgedankens reif zu machen. Vielleicht ist Herr Dr. Werner Müller so liebenswürdig, über diesen Punkt zu sprechen.

Obermagistratsrat Dr. Werner Müller: *Meine Herren! Wir haben bisher einen Bericht gehört über unsere Absicht bezüglich einer Spezialsanierung, und wir haben dann einen Bericht gehört über die tatsächlichen Verhältnisse in diesem Spezialsanierungsblock Lothringer Straße–Linienstraße. Wenn wir nun daran gehen wollen, praktisch zu gesunden Verhältnissen in diesem Block zu kommen, dann wird man sich zunächst fragen: Welche rechtlichen Maßnahmen stehen uns denn überhaupt zur Verfügung? Wie sieht die Gesetzgebung aus? Wie können wir die Sache anfangen, wo können wir praktisch beginnen? Wir wissen, daß auf diesem Gebiete Schwierigkeiten bestehen. Aber weil wir diese Schwierigkeiten kennen, werden wir sie – das hoffen wir auch – zu überwinden verstehen, zumal wir bestrebt sind, neben dem wenigen, was wir bisher an rechtlichen Unterlagen haben, den zuständigen Reichsstellen einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, damit dann vielleicht im Laufe der Aktion auch mit Hilfe dieses Gesetzes schneller fortgefahren werden kann, zu sanieren, als wir das an Hand der recht spärlichen gesetzlichen Unterlagen vielleicht im Augenblick können.*

Wenn wir also irgendeinen rechtlichen Zwang auf diesen Block ausüben wollen, und zwar zunächst in der Richtung auf das Grundeigentum, von dem, wie wir ja gehört haben, soweit nicht städtischer Besitz in Frage kommt, fast 100 % sich in jüdischer Hand befinden, so wird man zunächst fragen, mit welchen Rechtsbehelfen uns insbesondere Baupolizei und Gesundheitspolizei an die Hand gehen können, um nun auch praktisch etwas zu unternehmen.

Wenn ich zunächst einmal an die Baupolizei denken darf – die Herren werden sich ja selbst zu diesem rein rechtlichen Problem zu äußern haben –, so könnte die Baupolizei auf der Grundlage landesgesetzlicher Bestimmungen sich mit diesem Block befassen, d.h. sie könnte einschreiten, wenn ihr bekannt ist, daß irgendeine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Block besteht, und sie könnte unter dieser Voraussetzung mit polizeilichen Verfügungen vorgehen. Unter diesem Gesichtswinkel kann das Vorgehen vielleicht schon zweifelhaft sein, wenn der Block vielleicht in seinem baulichen Zustande nicht schon so weit vorgediehen ist, daß er heute schon zu einem Abriß, und zwar auf dem Wege einer polizeilichen Verfügung, reif wäre. Es fehlt, kurz gesagt, u.U. die unmittelbare Gefahr, um nun auf der ganzen Phalanx von Gebäuden auf dem Wege der polizeilichen Verfügung in Richtung auf einen Abriß vorzugehen. Insbesondere ist das bauliche Problem schon zweifelhaft, wenn es sich nicht nur um ein einzelnes Haus handelt, das man baupolizeilich sperren möchte, sondern wie hier in unserem Falle um ein ganzes Häuserviertel, wo also mehrere Gebäude nebeneinander liegen, wo also vom baupolizeilichen Standpunkte aus für jedes Grundstück selbständig die Voraussetzungen für ein solches Gebot auf Abriß vorliegen müßten.

Andererseits haben wir in unserer Bauordnung eine Bestimmung, daß bereits bei bestehenden Gebäuden nach der Bauordnung nicht beachtete Bestimmungen dann zwangsweise durchgesetzt werden können, wenn insbesondere Gründe der öffentlichen Sicherheit dafür sprechen. Nun wird es ja bestimmt nicht – auch wenn wir an die Rechtsmittelinstanzen denken, mit denen wir uns evtl. in einem solchen Falle auseinandersetzen müßten – zweifelhaft sein, daß hier solche Gründe der öffentlichen Sicherheit vorliegen. Streitig kann es aber auch hier sein, ob man auf diese Weise mit einem Abriß vorgehen kann. Die Baupolizei könnte also nach unserer Meinung, soweit sie die gesetzliche Handhabe in der Hand hat, höchstens mit einer einzelnen baupolizeilichen Verfügung gegen jeden einzelnen Grundstückseigentümer vorgehen, und zwar nur in der Richtung der Abstellung baulicher Mängel, die einzeln vorher für jedes Haus festgestellt werden müßten. Ich komme auf das Problem, was die praktische Handhabe betrifft, noch zurück.

Meine Herren! Neben dieser Tätigkeit der Baupolizei ist es natürlich sehr wesentlich, sich der Unterstützung und Hilfe der Gesundheitspolizei zu versichern. Wir bedauern an sich, daß der Herr Polizeipräsident einen Vertreter zu unserer heutigen Sitzung – er war eingeladen – nicht delegiert hat. Aber wir wollen hoffen, daß wir bei den Herren unseres Hauptgesundheitsamtes im Augenblick schon die nötige Unterstützung finden, damit diese Herren mit der Gesundheitspolizei und mit dem Polizeipräsidium sich in Verbindung setzen können.

Wenn wir dann im übrigen noch einige andere Momente betrachten, müssen wir auch feststellen, daß leider die Gesetzgebung uns verläßt. Ich denke z.B. an folgendes: Wir haben im Augenblick keine Möglichkeit, z.B. dingliche Belastungen auf den Grundstücken, die ja rechtlich noch vorgenommen werden könnten, irgendwie zu verhindern. Wir haben keine Möglichkeit, laufende Miet-, Pacht- und sonstige Nutzungsverträge in diesem Block irgendwie zu beenden. Wir haben keine Verbotsmöglichkeit in der Richtung, daß neue Mietverträge abgeschlossen werden. Wir haben keine Möglichkeit, zu verbieten, daß in diesem Block laufende Verträge sich automatisch verlängern dürfen, und wir haben schließlich im Augenblick auch keine rechtliche Handhabe, noch irgendwelche wertsteigernden Instandsetzungen, ganz allgemein Investitionen, in diesem Block zu verbieten, die uns später, insbesondere wenn man an die Enteignung des Grund und Bodens denkt, ganz erheblich finanziell belasten können. Das wären aber auch im Augenblick keine Gesichtspunkte, die uns davon abhalten dürften, irgendetwas praktisch zu unternehmen.

Nun komme ich auf das dritte Problem, und zwar unterstelle ich dabei, daß wir auf irgendeine Art und Weise an den Block herankommen. Wie verschaffen wir uns den Grund und Boden, um dann später abreißen und neu aufbauen zu können? Ich darf auch da erst einmal die Rechtslage in Preußen etwas beleuchten. Wir kennen an sich schon im preußischen Recht die Möglichkeit, aus Gründen der Gesundung eines Häuserviertels mit Enteignungsmaßnahmen vorzugehen. Diese rechtliche Grundlage finden wir im Art. 2 des Wohnungsgesetzes von 1918, in dem bekanntlich steht, daß in solchen Fällen – dort war auch von einer Gesundung ganzer Häuserviertel die Rede – das Enteignungsrecht im Einzelfalle vom Minister für öffentliche Arbeiten und später vom Minister für Volkswohlfahrt verliehen werden könne. Man hatte damals beabsichtigt, ein möglichst schnelles Enteignungsverfahren in solchen Fällen zu bewerkstelligen. Man legte also die Befugnis, das Enteignungsrecht zu verleihen, in die Ministerialinstanz, um das Verfahren durch die unteren Instanzen abzuschneiden, und man schaffte im übrigen ein vereinfachtes Enteignungsverfahren,

indem man sich damals an die Bestimmungen über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren aus Anlaß der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Kriegsgefangenen auf Grund der Bestimmungen von 1914 und später an die Bestimmungen von 1922 über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hielt. Die Verleihung des Enteignungsrechts durch den Minister war aber beschränkt worden bis zum 31. Dezember 1926. Der Termin ist dann abgelaufen. Der Staatsrat hat dann später nach meiner Kenntnis einen Entwurf vorgelegt, wonach die Verleihung des Enteignungsrechts auf diesem Wege bis zum Ablauf des Jahres 1935 verlängert werden sollte. Aber bei diesem Entwurf ist es nach meiner Kenntnis geblieben. Wenn damit auch der Gesetzgeber wohl anerkannt hatte, daß die Herbeiführung einer Gesundung in einem Baublock als ein Unternehmen im Interesse des öffentlichen Wohles anzusprechen ist, und zwar im Sinne des § 1 des Enteignungsgesetzes von 1874, so kommen wir sehr bald in die Brüche, wenn wir praktisch feststellen: Was erlangen wir mit dieser Enteignungsmöglichkeit, vorausgesetzt, sie würde uns heute wirklich verliehen werden? Der größte Mangel besteht nach unserem preußischen Enteignungsrecht bekanntlich darin, daß wir verpflichtet sind, den vollen Wert des Grundstückes zu ersetzen, das heißt nicht etwa, daß der Grundstückseigentümer nur einen Anspruch darauf hätte, daß er den Verkaufswert seines Besitzes bekommt. Nein, meine Herren, er hat den Anspruch auf den vollen Wert, das heißt dieser volle Wert involviert einen subjektiven Wert am Grundstück, der soweit geht, daß auch entgangene Gewinnmöglichkeiten auf dem Brette der Entschädigung mit abzugelten sind. Man sieht sofort, daß dies nach unserem heutigen Rechtsempfinden eine Entschädigungspflicht bedeutet, die praktisch unserer Auffassung über die Ablösung von Grundeigentum nicht mehr entspricht und außerdem die Gemeinde, finanziell gesehen, wenn sie wirklich eine solche Sanierung auf dem Wege der Enteignung durchzuführen gewillt ist, ganz kolossal belasten müßte. Diese rechtliche Grundlage verspricht also wenig Aussicht auf Erfolg. Es kommt hinzu, daß das preußische Enteignungsrecht nur eine Entschädigung in barem Gelde kennt, daß es z.B. die Entschädigung in Land oder in der Überlassung von bebautem Besitz nicht kennt. Man hatte nach meiner Kenntnis damals (1918) beabsichtigt, in den Artikel 2 des Wohnungsgesetzes eine solche Bestimmung hineinzunehmen. Das ist leider unterblieben.

Der Vorsitzende: *Ich glaube, daß wir jetzt nun einmal die Herren der beiden polizeilichen Abteilungen bitten, und vielleicht die Herren vom Bezirk Mitte, sich zu den Ausführungen von Herrn Dr. Werner Müller zu äußern.*

Bürgermeister Lach: *Ich will folgendes bemerken: Wie gesagt, was die Frage der Reichszuschüsse und anderer Dinge anbetrifft, habe ich angeordnet, daß alles unterbleibt.*

(Vorsitzender: Sehr herzlichen Dank!)

Was die Rechtsausführungen von Herrn Dr. Werner Müller anbetrifft, so steht ja fest das bisher negative Bild, daß sowohl baupolizeilich als auch vom Standpunkte der Enteignung wir kaum etwas werden unternehmen können. Deshalb hoffen wir auch auf die neuen Gesetze. Wir werden also letzten Endes doch dahin abgedrängt werden, in vertragliche Beziehungen zu den einzelnen zu treten, wobei wieder die Frage auftaucht, ob wir mit dem Juden Last für sich verhandeln sollen oder mit den 13 Herren einzeln. (. . .)

Obermagistratsrat Dr. Heine: *Meine Herren, ich glaube, es würde lediglich aufhalten, wenn ich den Rechtsausführungen noch weiteres hinzufügen würde. Es ist dazu nicht allzu viel mehr zu sagen. Auf der anderen Seite sind die Pläne ja erst vorgelegt worden. Man kann deswegen in bezug auf die Möglichkeiten hinsichtlich der einzelnen Grundstücke auch noch nichts sagen. Es bleibt eben nur möglich, sich die einzelnen Grundstücke auf das Genaueste anzusehen und die schärfsten polizeilichen Forderungen zu stellen, die gestellt werden können.*

(Sehr gut!)

Im übrigen kann ich nur sagen, die Baupolizei wird tun, was möglich ist.

Vorsitzender: *Sehr verbindlichen Dank! Meine Herren, wird noch das Wort zu diesem Punkt gewünscht? ––– Herr Dr. Werner Müller.*

Obermagistratsrat Dr. Werner Müller: *Meine Herren, ein Wort noch. Wir sind ja darüber einig, daß die Baupolizei und auch die Gesundheitspolizei uns nach dieser Richtung hin unterstützen. Zu dem, was zuletzt Herr Dr. Heine angedeutet hat, haben wir aber noch einen Wunsch. Ich glaube, Herr Präsident, ich gehe mit Ihnen einig, daß, wenn diese Ermittlungen nun im Gebiet vorgenommen werden, natürlich nicht gesagt werden darf, weshalb sie vorgenommen werden und nach welcher Richtung sie gehen; sondern die Herren, die dort ihre Ermittlungen anstellen, die Mitglieder der zentralen Baupolizei, die Mitglieder der Gesundheitspolizei usw., sollen ruhig tätig sein, wie bisher auch schon die Herren unserer statistischen Abteilung beim Städtebauamt tätig gewesen sind. Sie sollen aber um Gottes Willen nicht irgendwelche Aufklärung über das geben, was sich dort ereignen wird. (. . .)*

Vorsitzender: *(. . .) Meine Herren, wenn zu diesem Punkte nicht mehr das Wort gewünscht wird, möchte ich weitergehen zu der Frage „Umsiedlung", wo uns Herr Stadtbaurat Pfeil vielleicht nachher auch einige Angaben machen kann. Wenn es Ihnen recht ist, wird Herr Dr. Schorr zunächst mal ein paar Ausführungen machen. Vielleicht wieder 10 Minuten. Wir müssen vorwärts. Bitte Herr Dr. Schorr.*

Dr. Schorr: *Ich habe den Versuch gemacht, festzustellen, wie die Bewohner, die in der Linienstraße wohnen, umgesiedelt werden können. Ich habe vorhin schon die Zahl von 200 Mietparteien genannt. Es sind genau 198. Ich habe mich deshalb schon an das Wohnungsamt von Berlin-Mitte gewendet mit der Frage, wie es um den Wohnungsmarkt in Berlin-Mitte steht. Es wurde mir die Antwort zuteil, daß über 220 Wohnungen augenblicklich angeboten werden, und zwar – das ist auch wesentlich – zu günstigen Preisen. Ich habe in jeder Wohnung genau feststellen lassen, wie hoch die Miete ist, die die Leute monatlich zahlen. Im Durchschnitt beträgt die Miete 20–60 RM. Der Mietsatz bewegt sich zwischen 40–50 RM in der Mitte. Die Wohnungen, die beim Wohnungsamt Berlin-Mitte angeboten werden – ich habe die Unterlagen allerdings nur flüchtig durchsehen können –, bewegen sich ebenfalls in diesen Sätzen. (. . .)*

Eine weitere Frage ist, wo man die Leute unterbringen soll. Soll man die jüdischen Leute aus dem Ghetto herausnehmen und sie in andern Bezirken unterbringen? Ich glaube, es wird nicht möglich sein. Das brachte mich dazu, das soziale Milieu dieser Bewohner genau zu untersuchen. Ich habe den Versuch bei ungefähr 40 Familien gemacht, die ich besucht habe. Bei ihnen habe ich die Feststellung gemacht, wo die Leute in den letzten 20 Jahren gewohnt haben, und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß sie alle diesem sozialen Milieu entstammen. Sie ziehen verhältnismäßig sehr oft um. Aber wenn sie umziehen, bewegen sie sich alle um den Punkt Linienstraße, Grenadierstraße, Mulackstraße, Weydingerstraße usw. Deshalb glaube ich, daß es sehr wenig ratsam ist, die Aussiedlung in die vorstädtischen Kleinsiedlungen oder sonst wo in andere Bezirksämter damit zu verbinden, denn das ist vollkommen unmöglich, obwohl Ausnahmen natürlich gemacht werden können.

Ich habe außerdem den Versuch gemacht, festzustellen, wie die Lagerung des Arbeitsortes für die Bewohner der Linienstraße ist. Und da habe ich ebenfalls gefunden, daß der Arbeitsort die Gegend Alexanderplatz ist. Wenige Fälle, ich glaube, es sind 20 oder 25, sind im Bezirksamt Kreuzberg und in Außenbezirken beschäftigt, so daß da evtl. eine Umsiedlung in die äußeren Bezirke ratsam wäre. Aber es sind wenige Fälle. (. . .)

Das ist ganz kurz ungefähr das in dieser Sache, was ich über die Wohnverhältnisse und Umsiedlung der Bewohner herausbekommen habe.

Kommissar. Stadtrat Pfeil: *Bei der jetzigen Lage des Wohnungsmarktes in Berlin sehe ich nicht allzu schwarz. Ich glaube nicht, daß da Schwierigkeiten in der Unterbringung der Familien entstehen könnten. Im Bezirksamt Mitte stehen ja etwas über 300 Wohnungen nach der letzten Wohnungszählung leer. Es wird ein kleiner Teil der Wohnungen für diese Leute nicht in Frage kommen, weil es große Wohnungen sind oder auch desolate Wohnungen von einem Zimmer. Aber nach dem, was uns vorhin geschildert worden ist, wie die Leute sich ihrem Bestande nach zusammensetzen, ist es doch auch nicht unbedingt notwendig, daß sie alle in Berlin-Mitte wohnen bleiben. Natürlich kommt es, wie ich schon betonte, unter keinen Umständen in Frage, daß wir diese Familien hier etwa in unsere vorstädtischen Kleinsiedlungen hineinbringen. (. . .)*

Kommissarischer Stadtmedizinalrat Dr. Klein: *Ich möchte fragen: Ist es denn gar nicht möglich, daß man die Ostjuden, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht haben, ohne weiteres sofort als lästige Ausländer ausweist?*

Dr. Schorr: *Ich darf hinzufügen, daß bei einigen schon die Entnationalisierung vorgenommen wird und daß wir gerade bei diesen Leuten besondere Schwierigkeiten haben. Aber was weiter geschieht, nachdem wir den Vertrag mit Polen geschlossen haben, kann nicht gesagt werden. Raus sind die Leute noch nicht, obwohl sie schon entnationalisiert sind. (. . .)*

Vorsitzender: *Sehr herzlichen Dank. Meine Herren, wird zu dem Punkte der Umsiedlung noch das Wort gewünscht?*

Bürgermeister Lach: *Vielleicht könnte uns der Herr Stadtmedizinalrat noch einzelne Fälle, die sich in gesundheitsmäßiger Beziehung ergeben, anführen. Es ist ja anzunehmen, daß dieser oder jener mal krank wird und Sie Anlaß nehmen, die Familien vom Gesundheitsstandpunkt umzuquartieren.*

(Zuruf: Tuberkulose. Ansteckende Krankheiten.)

Kommiss. Stadtmedizinalrat Dr. Klein: *Ich habe nicht recht verstanden, Herr Bürgermeister. Was meinen Sie?*

Bürgermeister Lach: *Z.B. wenn einer krank wird. Diphtherie, oder einer bekommt die Ruhr, der andere dies und das. Dann ist es immer wieder nötig, die Leute auszuquartieren.*

Kommiss. Stadtmedizinalrat Dr. Klein: *Ja, das können wir machen, das ist ein Leichtes.*

Dr. Schorr: *Ich kenne die einzelnen Fälle in diesem Wohnviertel. Die alten Leute müssen unbedingt untergebracht werden, die 20–30 Jahre nicht herausgekommen sind. Sie sind immer krank und müssen in irgendein Altersheim untergebracht werden. In verschiedenen Wohnungen können die Bewohner unmöglich bleiben.*

Kommiss. Stadtmedizinalrat Dr. Klein: *Altersheim. Das ist natürlich teuer.*

(Zuruf:) Das kann man unmöglich, weil dann die Insassen dieser Altersheime sich beschweren, mit diesen dreckigen, schmutzigen polnischen Juden zusammen zu sein.

Dr. Schorr: *In den Fällen, die ich kenne, handelt es sich nicht um Juden.*

(Zuruf: Es gibt auch ein jüdisches Altersheim in Wilmersdorf!)

(Dr. Klein: Die wollen sie auch nicht!)

Vorsitzender: *Meine Herren, wenn zu diesem Punkte nicht mehr das Wort gewünscht wird, wollen wir diesen Punkt verlassen und zu einem Thema übergehen, worüber man natürlich stundenlang reden könnte. Es handelt sich um die Ablösung der Hypotheken, das Herunterfallen der Schulden, Entschuldung usw. Es hat aber wohl keinen Sinn, sich heute damit lange aufzuhalten.*

Stadtgemeindeverwaltung der Stadt Berlin
Dienststelle SI-WO VI
Bearbeiterzeichen
Inhalt
Denkschrift
über die Sanierung
der
Linienstr.-Lothringer Str.
vom ___193___ bis ___193___
Band ___ Fortsetzung Band ___
Vorakten ___
Standort
Zimmer Nr. ___
Hierzu ___

Deckblatt der im Februar 1934 vom kommissarischen Stadtbaurat Benno Kühn zusammengestellten Denkschrift für die Ministerien

→A 9

←A 10

→S.541

Obermagistratsrat Dr. Werner Müller legt daraufhin dar, mit welchen Reallasten, Hypotheken, Renten- und Grundschulden die Grundstücke belastet sind und mit welchen Gläubigern man sich auseinanderzusetzen hat. Dabei stellt sich heraus, daß die Verschuldung vielfach den Wert der Grundstücke übersteigt. Es bleibt unklar, wie eine für die Stadt tragbare Abfindung im Zuge der Enteignung erfolgen soll. Auch hier wird die Lösung von einem neuen Gesetzentwurf erwartet.

Im Anschluß daran legt Magistratsoberbaurat Helmcke seine Überlegungen zur Finanzierung und Wirtschaftlichkeitsberechnung des Projekts dar — vage Berechnungen, auf die wir hier nicht näher eingehen. Sie laufen darauf hinaus, daß mit einem verlorenen Zuschuß von ca. 470.000 RM, einem Viertel der Baukosten, zu rechnen sei. Die Sitzung endet, ohne daß die aufgeworfenen Probleme gelöst oder Beschlüsse gefaßt worden wären, nach 1 Stunde und 35 Minuten mit dem Schlußwort von Werner Müller:

Herr Vizepräsident Kühn hat am Anfang der Sitzung schon gesagt, es sollen die zunächst mit diesem Problem beschäftigten Dienststellen nicht erst auf den Eingang des Protokolls nebst Anlagen warten. Wir haben die Absicht, sofort praktisch in dem betreffenden Gebiet tätig zu werden, natürlich nicht überstürzt. Aber was geschehen soll, muß sofort geschehen. Ich bitte die Herren von der Baupolizei, im Benehmen mit der Hauptgesundheitsverwaltung zu arbeiten, wobei wir es sehr dankbar begrüßen würden, wenn namentlich, Herr Dr. Klein, die Herren in Ihrer Gesundheitsverwaltung die Baupolizei in jeder Beziehung unterstützen würden. Aber es soll nicht das Protokoll abgewartet werden, sondern ich möchte schon jetzt bitten, uns mit möglichster Beschleunigung die einzelnen Aufstellungen in verschiedenster Hinsicht bezüglich der einzelnen Häuser an die Hand zu geben, so daß praktisch gesehen wir beispielsweise in der Lage wären, spätestens nach 10 oder 14 Tagen mit einem Paket von Einzelverfügungen polizeilicher Art gegen die Grundeigentümer vorzugehen.

Generell gilt die Anweisung des Vorsitzenden Kühn: *Man wünscht, daß scharf vorgegangen wird.*

Nach der Sitzung wird aus den vorgetragenen „Gutachten" über den baulichen Zustand, die Bevölkerung, die Belastung der Grundstücke, die Finanzierung und die Umsiedlung der Bewohner zur Weiterleitung an die Ministerien eine „Denkschrift" verfaßt, die als Anhang einen 16 Paragraphen umfassenden *Entwurf eines Gesetzes über die Herbeiführung städtebaulicher Gesundung in Gemeinden* erhält, den die Stadt auf Grundlage der Vorschläge von Reinhold Niemeyer ausgearbeitet hat. Die Gemeinden könnten nach diesem Gesetz *Gesundungspläne* für einzelne Häuser wie auch ganze Stadtteile aufstellen. Nach der Genehmigung des Gesundungsplans durch die Landespolizeibehörde würde der Gemeinde über die *Unbewohnbarkeitserklärung* eine Generalvollmacht zur Auflösung aller mit den betroffenen Häusern verbundenen Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge und ein uneingeschränktes Enteignungsrecht verliehen. Dem Eigentümer bliebe danach die Möglichkeit, die *Gesundung* auf eigene Kosten durchzuführen oder Haus und Grundstück gegen einen von der Stadt bzw. der *Enteignungsbehörde* festzusetzenden *Verkaufswert* abzutreten.

→A 12 ←A 11

Am **29.3.1934** wird die Planung für den Horst-Wessel-Platz in der Reichskanzlei vorgestellt:

Zu Beginn kritisiert der Führer eingehend das Modell des Horst-Wessel-Platzes, ist nicht einverstanden mit der Anordnung vor der Volksbühne, bemängelt, daß die Mittelachse des Theaterbaues und die dahinterliegende Freitreppe verbaut sind. Der dreieckige Vorplatz müßte frei bleiben, die Wachthäuschen könnten nach rechts und nach links etwas an die Seite gerückt werden. Auf seine Frage, wo das Liebknecht-Haus läge, entscheidet er, daß das Horst-Wessel-Denkmal in den östlichen Ehrenhain gelegt werden soll, während das Denkmal für die Polizeioffiziere in dem westlichen Ehrenhain untergebracht und das Denkmal für die Hitler-Jugend anderweitig aufgestellt werden könnte. ←L 11

In der so korrigierten Form wird der Entwurf von Obermagistratsbaurat Richard Ermisch ausgeführt. Harald Bodenschatz, der dieses Projekt als dritte Stufe der Sanierung des Scheunenviertels dokumentiert hat, führt zu den Bauabschnitten aus:

Die Sanierung erfolgt in zwei Bauabschnitten. Zunächst werden 1934 auf den öden Flächen der bereits vor dem Kriege abgebrochenen Gebäude ←L 12

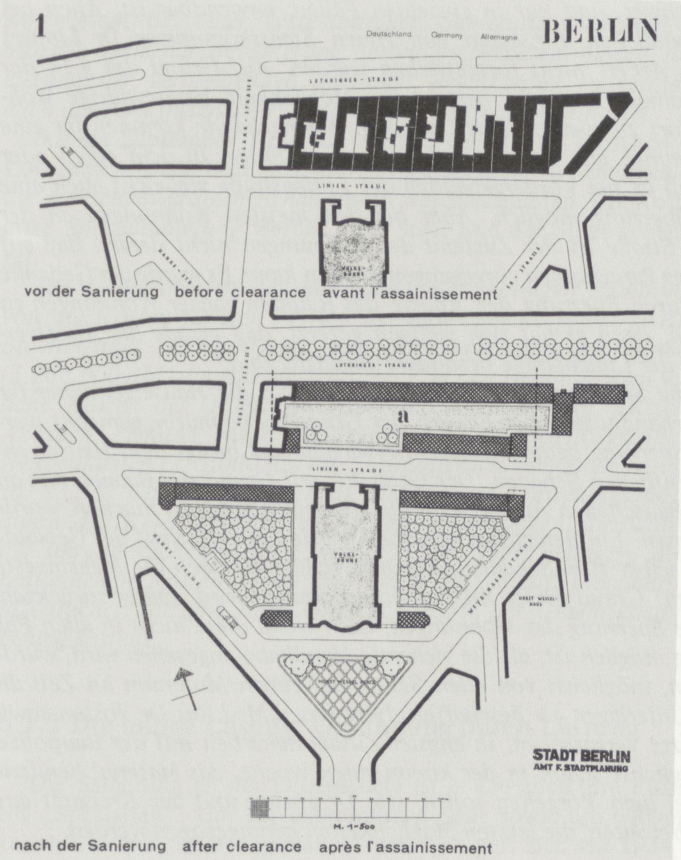
Denkschrift über die Sanierung der Linienstraße und der Lothringer Straße in Berlin-Mitte (Februar 1934): Die Gründe für die Wahl der Linienstraße

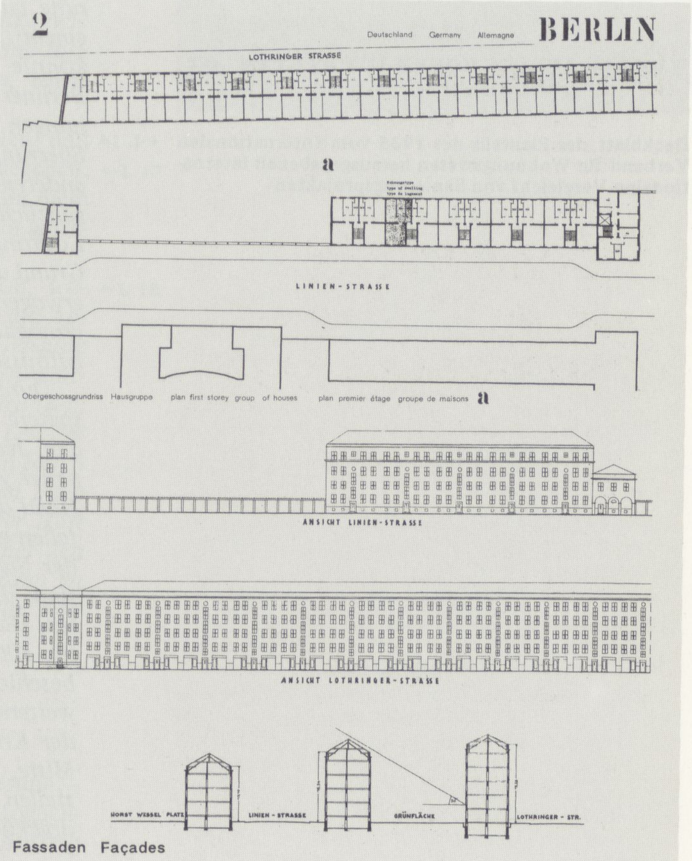
Die Linienstraße ist das erste Sanierungsvorhaben, das von der Stadt Berlin in Angriff genommen wird. Da dieser Baublock nicht mehr unmittelbar im inneren Stadtkern liegt, bei den Sanierungsplänen aber in der Hauptsache die eigentliche City berücksichtigt wird, – es sei nur an die Denkschrift von B. Schwan: Die Wohnverhältnisse der Berliner Altstadt, Berlin 1932 Verlag: „Die Wohnung" erinnert – bedarf die Durchführung dieser Gesundungsmaßnahme einer besonderen Begründung. Für die Bevorzugung der Linienstraße gegenüber den anderen Gesundungsprojekten sprachen in der Hauptsache zwei Gründe:

1. Mit dem Stück Linienstraße verknüpft sich der Begriff des Scheunenviertels, also der ehemals übelsten Wohngegend Berlins. Der größte Teil dieses Viertels mußte schon vor dem Krieg dem Bau der Volksbühne weichen. Das Stück der Linienstraße hinter dem Horst-Wessel-Platz ist ein letzter Rest dieser Elendsgegend. Mit der Niederlegung wird daher nur das Werk, das in der Vorkriegszeit begonnen wurde, beendet. Gleichzeitig wird eine weitere Bresche geschlagen in einem Wohngebiet, das in Berlin mit die schlimmsten sozialen Zustände aufzuweisen hat. Namen wie die Grenadier-, Mulack-, Dragoner-, Weydinger-, Hirtenstraße usf. besagen genug und legen die Dringlichkeit umfassender Gesundungsmaßnahmen auch in diesem Stadtgebiet, das der City unmittelbar benachbart ist, dar.

Das Sanierungsproblem wird in der Hauptsache von der sozialen Seite her angefaßt: sozial ungesunde Wohnviertel sollen beseitigt und an deren Stelle, soweit es auch weiterhin angängig ist, unter Auflockerung neue gesunde Wohnbauten geschaffen werden. Freilegungen zur Gewinnung von Flächen für Verkehrszwecke kommen in diesem Gebiet, das in überwiegendem Maße Wohngebiet ist und etwas abseits von Hauptverkehrsstraßen liegt, nicht in Frage.

2. Nicht minder bedeutsam ist die zweite Veranlassung. Älter als der Sanierungsplan ist die Absicht der Stadt, den Horst-Wessel-Platz völlig umzugestalten.

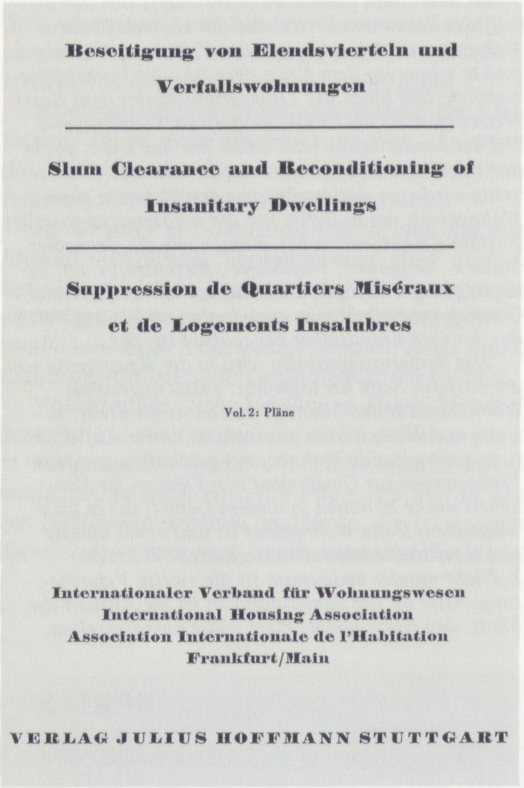




Die Sanierung an der Linienstraße mit der Neubebauung von Richard Ermisch als Musterbeispiel der „Beseitigung von Elendsvierteln" im internationalen Vergleich

←B 11

Die Gesundungsmaßnahme Linienstraße stellt in diesem Plan lediglich ein Teilprojekt dar. Zum Gedenken für Horst Wessel wird der Platz in einen Ehrenhain umgewandelt werden. Gleichzeitig sollen den durch die Kommunisten ermordeten Polizeioffizieren sowie der Hitlerjugend Gedenksteine gesetzt werden. Die Erneuerung des Wohnblocks hinter diesem Platz soll einen würdigen baulichen Abschluß schaffen. Es ist bei der Umgestaltung des Horst-Wessel-Platzes unerträglich, im Hintergrund einen Wohnblock zu wissen, der bei zwar erträglicher äußerer Fassade die schlimmsten sozialen Zustände, die in der Hauptsache von ostpolnischen Nichtariern hervorgerufen werden, aufweist.


Beseitigung von Elendsvierteln und Verfallswohnungen

Slum Clearance and Reconditioning of Insanitary Dwellings

Suppression de Quartiers Miséraux et de Logements Insalubres

Vol. 2: Pläne

Internationaler Verband für Wohnungswesen
International Housing Association
Association Internationale de l'Habitation
Frankfurt/Main

VERLAG JULIUS HOFFMANN STUTTGART

Deckblatt des Planteils des 1935 vom Internationalen Verband für Wohnungswesen herausgegebenen internationalen Vergleichs von Sanierungsprojekten

an der Linienstraße 72 neue Wohnungen (174 Wohnräume) durch die „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft m.b.H." errichtet, die auch die Kosten von 609.000 RM trägt. Subventionen des Reiches werden nicht gewährt. In einem zweiten Bauabschnitt werden 1935 15 Wohngebäude mit 215 Wohnungen (616 Wohnräume) und 21 Läden und sonstigen gewerblichen Räumen abgebrochen.

Das erste Sanierungsprojekt Berlins nach **1933** wird **1935** als Musterbeispiel für den Internationalen Vergleich der *Beseitigung von Elendsvierteln und Verfallswohnungen*, den der Internationale Verband für Wohnungswesen herausgibt, beschrieben. Im Text zu dem Projekt finden sich einige Angaben, die eine Ahnung davon geben, wie die Stadt in den Besitz der Grundstücke gekommen ist:

→L 13

Von den 15 Grundstücken gehörten 2 der Stadt, 8 wurden freihändig angekauft; bei 5 Grundstücken war die Zwangsenteignung angestrebt, davon wurde bei 2 Grundstücken zwischenzeitlich eine gütliche Einigung erzielt, so daß nur noch bei 3 Grundstücken die Zwangsenteignung endgültig durchgeführt werden mußte. Voraussichtlich wäre ein freihändiger Erwerb in allen Fällen möglich gewesen, wenn nicht eine Einigung an den übertriebenen Kaufpreisforderungen dieser 3 Grundstückseigentümer gescheitert wäre. Die Enteignungsverfahren sind dank einer sehr verständnisvollen Unterstützung des Berliner Enteignungskommissars mit allergrößter Beschleunigung durchgeführt worden. Die Feststellung des Planes (erster Verfahrensabschnitt in der Enteignung) und die Einweisung der Stadt in den Besitz der Grundstücke (zweiter Verfahrensabschnitt) haben in allen Enteignungsfällen bereits im ersten Termin vor dem Enteignungskommissar beschleunigt abgeschlossen werden können. Auch die Festsetzung der Enteignungsentschädigung ist vom Enteignungskommissar beschleunigt bearbeitet worden. Die Gutachten der Sachverständigen lagen größtenteils bereits nach 2 Wochen vor.

Ein Protokoll vom **2.3.1934** verdeutlicht, wie die Verhandlungen mit den Hausbesitzern vorbereitet worden sind. Mitglieder des Bezirksamts Mitte und des Polizeipräsidiums hatten sich mit dem Kommissarischen Stadtbaurat Kühn in kleinem Kreise getroffen:

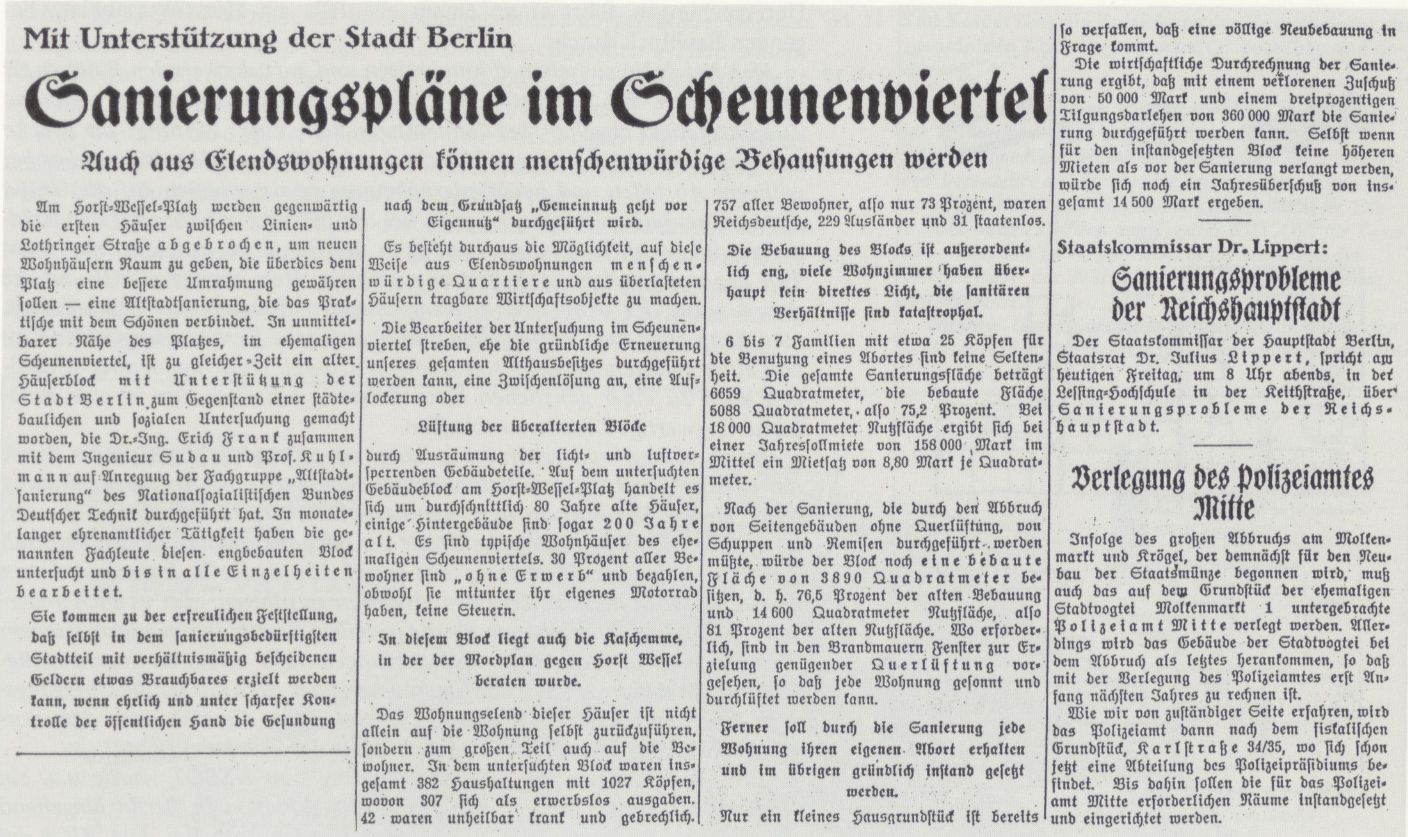
→A 13

Die Baupolizei Mitte hat in der Zwischen-Zeit die Unterlagen über die baulichen Schäden in den einzelnen Gebäuden beschafft. An Hand der Ergebnisse zeigt sich, daß das Wohnungsgesetz für die Zwecke der Sanierung nur schwer, und nur in einzelnen Fällen, anwendbar ist. Auch bei einem persönlichen Einsetzen von Herrn Staatskommissar Dr. Lippert könnte die Arbeit nicht fortgetrieben werden. Auf Grund des § 14 der Berliner Wohnungsordnung besteht die Möglichkeit, gesetzwidrige Wohnungen sofort zu sperren. Aber in jedem Wohngebäude kommen für eine Sperrung immer nur einzelne Wohnungen in Frage. In dem einen oder anderen Fall ist bei Vordergebäuden der Linienstraße vielleicht auch eine gänzliche Sperrung möglich. Aber bei den meisten Wohnungen an der Lothringer Straße ist der Zustand der Wohnungen nicht derart, daß auf Grund dieses Paragraphen vorgegangen werden kann. Es wurde der Gedanke erwogen, durch Sperrung der Aborte das Räumen ganzer Wohnungen zu ermöglichen, denn es hat sich vielfach gezeigt, daß gerade die Abortverhältnisse in der Linienstraße besonders ungünstig sind.

←L 14

Durch die Sperrung soll erreicht werden, daß die Hauseigentümer für spätere Verhandlungen bei Erwerb der Grundstücke mürbe gemacht werden. Jede Sperrung bedingt einen Mietsausfall und bringt dem Hauseigentümer wesentlichen Schaden. Der Gedanke, auf Grund des Baugesetzes an Hand der Bauschäden Auflagen an die Hauseigentümer zu machen, wurde fallen gelassen. Ein derartiges Vorgehen würde bei evtl. Kauf der Gebäude der Stadt selbst zum Schaden gereichen, müßte sie doch die Mehrinvestition, die auf Grund dieser Auflage vorgenommen wird, später zurückzahlen. Da die Sperrung der Wohnungen, auch wenn diese nicht in allen Fällen 100%ig möglich ist, als die sicherste Handhabe angesehen wird, wurde beschlossen, möglichst von allen Seiten bei einem Minimum an Zeit die weiteren Unterlagen zu beschaffen. Herr Reg.u.Med.Rat Dr. Josten sowie der Kreisarzt versprachen, in engster Zusammenarbeit mit der Baupolizei Mitte, möglichst schon in der kommenden Woche, das Material bereitzustellen. Bei dem Vorgehen sollen, wie Dr. Josten und der Kreisarzt ausdrücklich betonten, die letzten Möglichkeiten herangezogen werden.

Wir konnten aus dem uns vorliegenden Material nicht genau klären, wie die Ersatzraumfrage für die vertriebenen Mieter gelöst wurde. Geht man



Mit Unterstützung der Stadt Berlin

Sanierungspläne im Scheunenviertel

Auch aus Elendswohnungen können menschenwürdige Behausungen werden

Am Horst-Wessel-Platz werden gegenwärtig die ersten Häuser zwischen Linien- und Lothringer Straße abgebrochen, um neuen Wohnhäusern Raum zu geben, die überdies dem Platz eine bessere Umrahmung gewähren sollen — eine Altstadtsanierung, die das Praktische mit dem Schönen verbindet. In unmittelbarer Nähe des Platzes, im ehemaligen Scheunenviertel, ist zu gleicher Zeit ein alter Häuserblock mit Unterstützung der Stadt Berlin zum Gegenstand einer städtebaulichen und sozialen Untersuchung gemacht worden, die Dr.-Ing. Erich Frank zusammen mit dem Ingenieur Gudau und Prof. Kuhlmann auf Anregung der Fachgruppe „Altstadtsanierung" des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik durchgeführt hat. In monatelanger ehrenamtlicher Tätigkeit haben die genannten Fachleute diesen engbebauten Block untersucht und bis in alle Einzelheiten bearbeitet.

Sie kommen zu der erfreulichen Feststellung, daß selbst in dem sanierungsbedürftigsten Stadtteil mit verhältnismäßig bescheidenen Geldern etwas Brauchbares erzielt werden kann, wenn ehrlich und unter scharfer Kontrolle der öffentlichen Hand die Gesundung nach dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" durchgeführt wird.

Es besteht durchaus die Möglichkeit, auf diese Weise aus Elendswohnungen menschenwürdige Quartiere und aus überlasteten Häusern tragbare Wirtschaftsobjekte zu machen.

Die Bearbeiter der Untersuchung im Scheunenviertel streben, ehe die gründliche Erneuerung unseres gesamten Althausbesitzes durchgeführt werden kann, eine Zwischenlösung an, eine Auflockerung oder

Lüftung der überalterten Blöcke

durch Ausräumung der licht- und luftversperrenden Gebäudeteile. Auf dem untersuchten Gebäudeblock am Horst-Wessel-Platz handelt es sich um durchschnittlich 80 Jahre alte Häuser, einige Hintergebäude sind sogar 200 Jahre alt. Es sind typische Wohnhäuser des ehemaligen Scheunenviertels. 30 Prozent aller Bewohner sind „ohne Erwerb" und bezahlen, obwohl sie mitunter ihr eigenes Motorrad haben, keine Steuern.

In diesem Block liegt auch die Kaschemme, in der der Mordplan gegen Horst Wessel beraten wurde.

Das Wohnungselend dieser Häuser ist nicht allein auf die Wohnung selbst zurückzuführen, sondern zum großen Teil auch auf die Bewohner. In dem untersuchten Block waren insgesamt 382 Haushaltungen mit 1027 Köpfen, wovon 307 sich als erwerbslos ausgaben. 42 waren unheilbar krank und gebrechlich. 757 aller Bewohner, also nur 73 Prozent, waren Reichsdeutsche, 229 Ausländer und 31 staatenlos.

Die Bebauung des Blocks ist außerordentlich eng, viele Wohnzimmer haben überhaupt kein direktes Licht, die sanitären Verhältnisse sind katastrophal.

6 bis 7 Familien mit etwa 25 Köpfen für die Benutzung eines Abortes sind keine Seltenheit. Die gesamte Sanierungsfläche beträgt 6659 Quadratmeter, die bebaute Fläche 5088 Quadratmeter, also 75,2 Prozent. Bei 18 000 Quadratmeter Nutzfläche ergibt sich bei einer Jahressollmiete von 158 000 Mark im Mittel ein Mietsatz von 8,80 Mark je Quadratmeter.

Nach der Sanierung, die durch den Abbruch von Seitengebäuden ohne Querlüftung, von Schuppen und Remisen durchgeführt werden müßte, würde der Block noch eine bebaute Fläche von 3890 Quadratmeter besitzen, d. h. 76,5 Prozent der alten Bebauung und 14 600 Quadratmeter Nutzfläche, also 81 Prozent der alten Nutzfläche. Wo erforderlich, sind in den Brandmauern Fenster zur Erzielung genügender Querlüftung vorgesehen, so daß jede Wohnung gesonnt und durchlüftet werden kann.

Ferner soll durch die Sanierung jede Wohnung ihren eigenen Abort erhalten und im übrigen gründlich instand gesetzt werden.

Nur ein kleines Hausgrundstück ist bereits so verfallen, daß eine völlige Neubebauung in Frage kommt.

Die wirtschaftliche Durchrechnung der Sanierung ergibt, daß mit einem verlorenen Zuschuß von 50 000 Mark und einem dreiprozentigen Tilgungsdarlehen von 360 000 Mark die Sanierung durchgeführt werden kann. Selbst wenn für den instandgesetzten Block keine höheren Mieten als vor der Sanierung verlangt werden, würde sich noch ein Jahresüberschuß von insgesamt 14 500 Mark ergeben.

Staatskommissar Dr. Lippert:

Sanierungsprobleme der Reichshauptstadt

Der Staatskommissar der Hauptstadt Berlin, Staatsrat Dr. Julius Lippert, spricht am heutigen Freitag, um 8 Uhr abends, in der Lessing-Hochschule in der Keithstraße, über Sanierungsprobleme der Reichshauptstadt.

Verlegung des Polizeiamtes Mitte

Infolge des großen Abbruchs am Molkenmarkt und Krögel, der demnächst für den Neubau der Staatsmünze begonnen wird, muß auch das auf dem Grundstück der ehemaligen Stadtvogtei Molkenmarkt 1 untergebrachte Polizeiamt Mitte verlegt werden. Allerdings wird das Gebäude der Stadtvogtei bei dem Abbruch als letztes herankommen, so daß mit der Verlegung des Polizeiamtes erst Anfang nächsten Jahres zu rechnen ist.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird das Polizeiamt dann nach dem fiskalischen Grundstück, Karlstraße 34/35, wo sich schon jetzt eine Abteilung des Polizeipräsidiums befindet. Bis dahin sollen die für das Polizeiamt Mitte erforderlichen Räume instandgesetzt und eingerichtet werden.

Der Bericht des „Völkischen Beobachters" vom 28.9.1934 ←L 15

von der offiziellen Darstellung des Sanierungsprojektes gegenüber der internationalen Öffentlichkeit aus, so scheint es, daß man auf das noch zur Verfügung stehende Angebot an leerstehenden Wohnungen zurückgreifen konnte, daß aber auch an andere Maßnahmen gedacht wird:

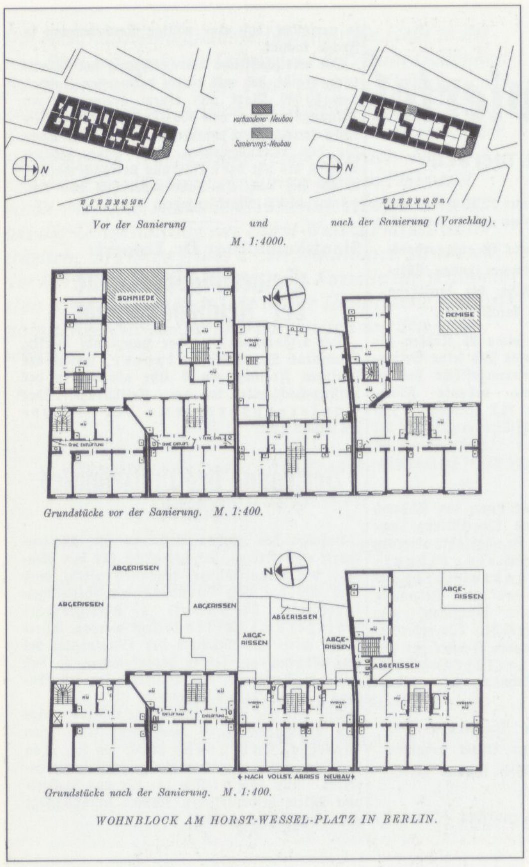
Soweit in letzter Zeit Umsiedlungen wegen des Abbruchs von Gebäuden erforderlich wurden, hat man den Bewohnern andere Wohnungen angewiesen. Bei einer systematischen Sanierung wird man kranke wie asoziale Teile der Bevölkerung besonders betreuen müssen, um eine Infizierung der verbleibenden gesunden Bevölkerung zu vermeiden, sowie auch das Rückfluten unerwünschter Elemente zu verhindern. ←L 16

Als im **September 1934** die Abrisse der Häuser zwischen Linien- und Lothringer Straße beginnen, werden sie als *Elendswohnungen* ausgegeben, die *menschenwürdigen Behausungen* weichen müßten. Die Kosten für diese erste *Spezialsanierung* werden vom Staat und der Stadt gemeinsam getragen: ←L 17

Die Gesamtkosten der Baumaßnahmen betragen 2.066.000 RM, wovon die Kosten für den Erwerb der Grundstücke (634.570 RM), die Abbruchkosten (155.000 RM) und die Baukosten der neuen Gebäude (1.266.000 RM) die wichtigsten sind. Von den Gesamtkosten werden sämtliche Kosten der Ordnungsmaßnahmen (Grunderwerb, Entschädigungen, Abbruch, Planung; rund 800.000 RM) und ein nicht begründeter Teil der Neubaukosten (155.000 RM) als „unrentierlich" angesehen und vom Reich zu 83,8% bezuschußt. Dies ist die höchste Förderungsquote bei allen durch das Reich geförderten Altstadterneuerungen überhaupt. Der Rest der unrentierlichen Kosten wird von der Stadt getragen. Auch bei den rentierlichen Kosten bringt das Reich 22,5% auf, insgesamt werden an öffentlichen Mitteln 1.205.000 RM (58,3% der Gesamtkosten) zur Verfügung gestellt. ←L 18

6.1.2 Die billige Lösung: Gesundung durch Lüftung

Die Sanierung an der Linienstraße ist – wie auch ihre Finanzierung – ein „Spezialfall". Um die ökonomische Seite sowie um billigere Möglichkeiten weiterer Sanierungsmaßnahmen kümmert sich seit **1934** im Auftrag der Fachgruppe „Altstadtsanierung" des „Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik" (NSBDT) der Ingenieur Erich Frank. Seine ersten



←B 12 Der von Erich Frank untersuchte Block zwischen Dragoner- und Grenadierstraße am Horst-Wessel-Platz. Hier werden die Möglichkeiten einer Sanierung durch „Lüftung" oder Entkernung erforscht

Untersuchungen führt er an einem ebenfalls am Horst-Wessel-Platz liegenden Baublock durch:

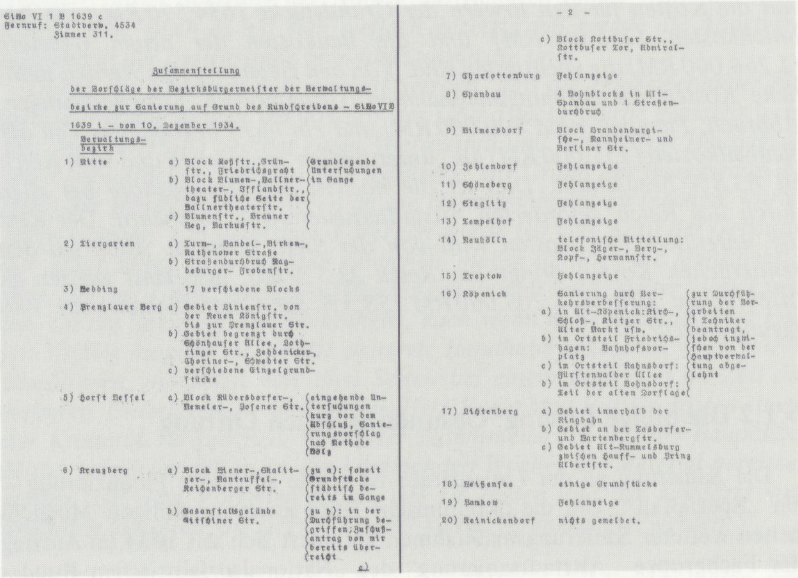
→L 19 *Man hat dabei zwischen abbruchreifen und aufzulockernden Blöcken zu unterscheiden. Bei den ersteren wird es meist ohne erhebliche verlorene Zuschüsse nicht abgehen, bei den letzteren kann eine „Lüftung" der Blöcke mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchgeführt werden. Während es bei völligem Abreißen und bei Wiederbebauung gewissermaßen auf die Größe des Geldbeutels ankommt, ist man bei der Lüftung in bezug auf den Geldaufwand beweglicher, indem man es in der Hand hat, zunächst nur einen Teil der notwendigen Arbeiten auszuführen. Man kann sich z.B. auf die Ausräumung der licht- und luftversperrenden Gebäudeteile beschränken, man kann aber auch weitergehen und hygienische Verbesserungen wie Einbau einer genügenden Zahl von Aborten u. dergl. vornehmen, oder schließlich auch zu einer gänzlichen Instandsetzung schreiten, um so eine annähernd neuwertige Lösung zu schaffen.*

Welchen Weg man gehen muß, hängt vom Einzelobjekt ab. Jeder Block hat entsprechend seiner Entstehungsgeschichte und der Art der Benutzung seine eigene Struktur in bevölkerungspolitischer, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Auch die Größe der Gemeinde spielt für den Maßstab der notwendigen Auflockerung eine entscheidende Rolle. Immer wird man davon ausgehen müssen, das Privateigentum zu pflegen, aber es auch anderseits anzuhalten, die Gebäude für die jeweilige Benutzung in angemessenem Zustand zu erhalten und die Aufwendungen dafür selbst zu tragen. Lediglich für den Abbruch kann der Eigentümer, aber auch nur für die Übergangszeit, eine angemessene Entschädigung verlangen, die sich nach dem normalen Nutzungswert (Miete) und dem Alter des Gebäudes richtet.

Von der Fachgruppe „Altstadtsanierung" im NSBDT wurde u.a. ein Häuserblock in der Gegend des Horst-Wessel-Platzes in Berlin eingehend untersucht, der hier näher beschrieben werden soll. Bei dem Alter der Gebäude von durchschnittlich 80 Jahren – einige Hintergebäude sind sogar 200 Jahre alt – hat man bei der ersten flüchtigen Besichtigung den Eindruck, daß hier nur ein Abreißen in Frage kommen kann. Der Block wurde lediglich als Studienobjekt angesehen, wofür durch die Stadtverwaltung eine Reihe von Unterlagen kostenlos beschafft wurden. Es handelt sich hier um einen ausgesprochenen Grenzfall, der aber vor allem in sozialer und hygienischer Hinsicht besonders bemerkenswert ist.

Erich Frank entwickelt hier das Verfahren der Entkernung als erster Stufe eines geplanten Totalabrisses und ein Finanzierungssystem, das den Einsatz verlorener Zuschüsse vermindern und die Hausbesitzer selbst zur Sanierung heranziehen will.

→L 20 *An diesem Beispiele sollte gezeigt werden, unter welchen Umständen Sanierungen in schwierigen Fällen möglich sind, ohne daß Staat und Gemeinden mit größeren verlorenen Geldmitteln helfend beispringen. Der Hausbesitz soll seine Schulden allein tragen, aber der Staat muß ihm die Möglichkeit dazu geben, damit er in der Hoffnung auf eine Rettung seines Besitzes auch den Mut zur tätigen Mitarbeit wiederfindet und so über einen gesunden Hausbesitz die endgültige Sanierung durchgeführt werden kann.*



StWo VI 1 B 1639 c
Fernruf: Stadtverw. 4534
Zimmer 311.

Zusammenstellung

der Vorschläge der Bezirksbürgermeister der Verwaltungsbezirke zur Sanierung auf Grund des Rundschreibens – StWo VI B 1639 i – vom 10. Dezember 1934.

Verwaltungsbezirk		
1) Mitte	a) Block Roßstr., Grünstr., Friedrichsgracht b) Block Blumen-, Wallnertheater-, Ifflandstr., dazu südliche Seite der Wallnertheaterstr. c) Blumenstr., Brauner Weg, Markusstr.	Grundlegende Untersuchungen im Gange
2) Tiergarten	a) Turm-, Wandel-, Birken-, Rathenower Straße b) Straßendurchbruch Magdeburger- Frobenstr.	
3) Wedding	17 verschiedene Blocks	
4) Prenzlauer Berg	a) Gebiet Linienstr. von der Neuen Königstr. bis zur Prenzlauer Str. b) Gebiet begrenzt durch Schönhauser Allee, Lothringer Str., Zehdenicker-, Choriner-, Schwedter Str. c) verschiedene Einzelgrundstücke	
5) Horst Wessel	a) Block Rüdersdorfer-, Memeler-, Posener Str.	eingehende Untersuchungen kurz vor dem Abschluß, Sanierungsvorschlag nach Methode Bölz
6) Kreuzberg	a) Block Wiener-, Skalitzer-, Manteuffel-, Reichenberger Str. b) Gasanstaltsgelände Gitschiner Str.	zu a): soweit Grundstücke städtisch bereits im Gange zu b): in der Durchführung begriffen; Zuschußantrag von mir bereits überreicht

c)

– 2 –

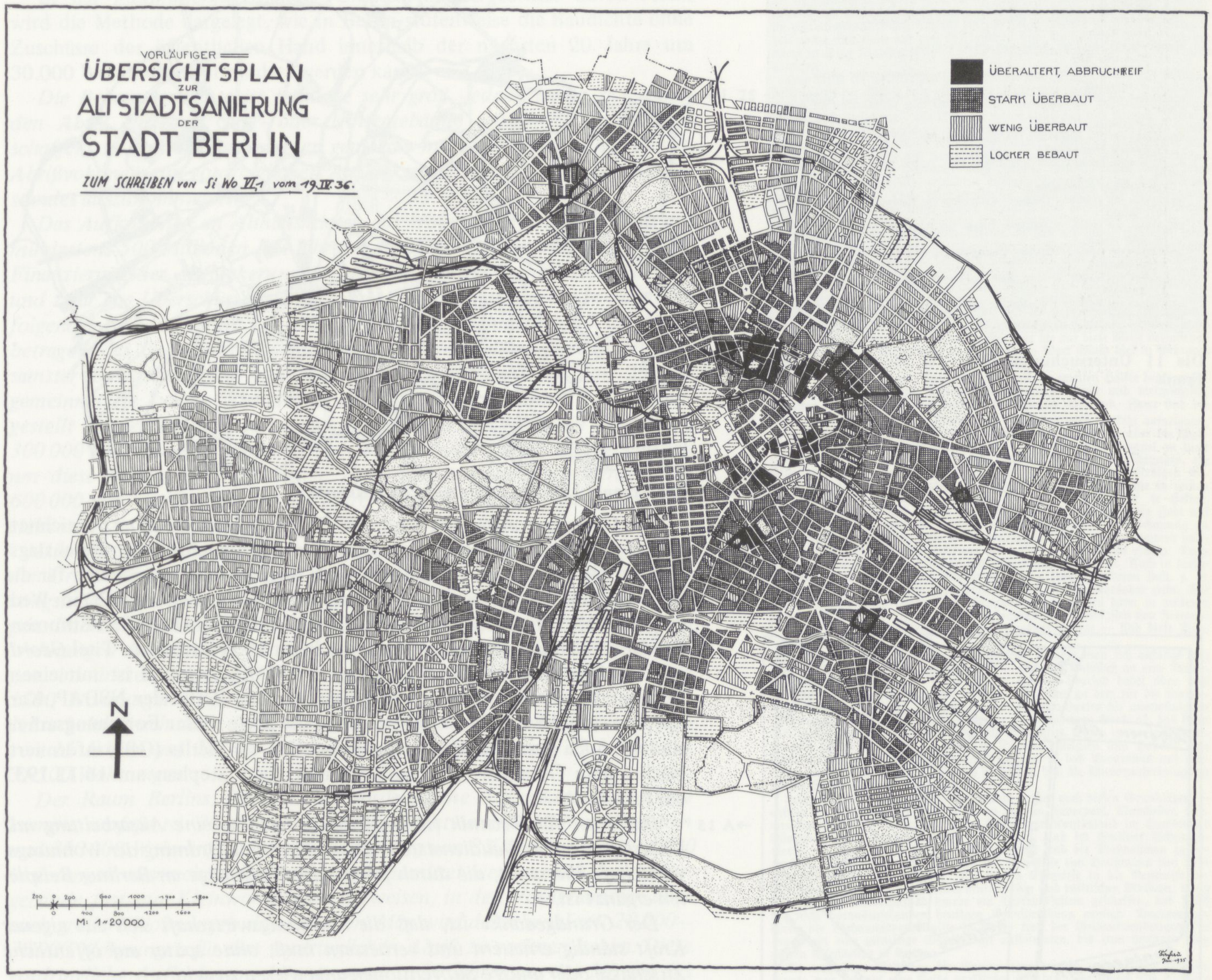
	c) Block Kottbuser Str., Kottbuser Tor, Admiralstr.	
7) Charlottenburg	Fehlanzeige	
8) Spandau	4 Wohnblocks in Alt-Spandau und 1 Straßendurchbruch	
9) Wilmersdorf	Block Brandenburgische-, Mannheimer- und Berliner Str.	
10) Zehlendorf	Fehlanzeige	
11) Schöneberg	Fehlanzeige	
12) Steglitz	Fehlanzeige	
13) Tempelhof	Fehlanzeige	
14) Neukölln	telefonische Mitteilung: Block Jäger-, Berg-, Kopf-, Hermannstr.	
15) Treptow	Fehlanzeige	
16) Köpenick	Sanierung durch Verkehrsverbesserung: a) in Alt-Köpenick: Kirch-, Schloß-, Kietzer Str., Alter Markt usw. b) im Ortsteil Friedrichshagen: Bahnhofsvorplatz c) im Ortsteil Rahnsdorf: Fürstenwalder Allee d) im Ortsteil Bohnsdorf: Teil der alten Dorflage	zur Durchführung der Vorarbeiten 1 Techniker beantragt, jedoch inzwischen von der Hauptverwaltung abgelehnt
17) Lichtenberg	a) Gebiet innerhalb der Ringbahn b) Gebiet an der Tasdorfer- und Wartenbergstr. c) Gebiet Alt-Rummelsburg zwischen Hauff- und Prinz Albertstr.	
18) Weißensee	einige Grundstücke	
19) Pankow	Fehlanzeige	
20) Reinickendorf	nichts gemeldet.	

→A 14 Die Liste mit den Sanierungswünschen der Bezirksbürgermeister

Am **10.12.1934** werden die Bezirksbürgermeister aufgefordert, Gebiete anzugeben, in denen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Nach Eingang der Vorschläge werden sie in einer Liste zusammengestellt und am **2.8.1935** dem Staatskommissar Lippert überreicht. →L 22

Auf Wunsch von Lippert werden aus den Vorschlägen von Oberbürgermeister Sahm 6 Teilgebiete ausgewählt und in einem am **19.4.1936** gezeichneten Übersichtsplan zur Altstadtsanierung eingetragen.

Die Gebiete 1 und 2 (nördlich des Alexanderplatzes und an der Memeler-Straße) sind bereits *vollständig bearbeitet*, die Gebiete 3 und 4 (Wiener Straße und Oranienstraße in Kreuzberg) *befinden sich in Bearbeitung*, und die Gebiete 5 und 6 (westlich des Horst-Wessel-Platzes und Kösliner Straße im Wedding) *sind vor allem soziologisch und politisch besonders wichtig.* ←L 21



Vorläufiger Übersichtsplan zur Altstadtsanierung der Stadt Berlin (19.4.1936). Die 6 ausgewählten Gebiete sind mit einem Rotstift umrahmt ←B 13

Im **Herbst 1936** beginnt Erich Frank mit einer Untersuchung zum Verfahren der Sanierung. Er wählt dafür 11 Untersuchungsgebiete aus, innerhalb derer er das Verfahren der Entkernung an unterschiedlichen Bausubstanzen und Überbauungen theoretisch erproben will.

Bei dem Umfang einer Großstadt wie Berlin konnte nicht daran gedacht werden, sämtliche Grundstücke auch nur oberflächlich zu erfassen. Wir trafen daher eine Auswahl von 11 Untersuchungsgebieten mit zusammen 637 Grundstücken. Die Gebiete hinter dem Alexanderplatz und am Schlesischen Bahnhof, die nach gleichen Methoden bereits früher untersucht wurden, sind in den Bereich dieser Arbeit nicht mit aufgenommen worden. Die ausgewählten Gebiete sind aber kennzeichnend für ihre nähere und weitere Umgebung. Es wurden nicht nur reine Wohnviertel älteren und jüngeren Baualters herausgestellt, sondern auch solche mit rein gewerblichem Charakter und solche mit gemischter Nutzung. Neubaugebiete – Entstehungs- ←L 22

Karl Kaspar über die Entstehung der Untersuchung zur „geordneten Wohnungswirtschaft, Neuaufbau und Sanierung“

Die katastrophalen Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens und Städtebaues in Berlin veranlaßten den Kampfbund der Deutschen Architekten und Ingenieure schon vor der Machtübernahme sich mit dieser Frage sehr eingehend zu beschäftigen. Diese Vorarbeiten wurden dann später vom Amt für Technik – Gau Berlin –, gleichzeitig im Auftrage der Reichsleitung der NSDAP., Hauptamt für Technik, weitergeführt.

Größere Untersuchungen an zusammenhängenden Gebieten ließen den Schluß zu, daß zwischen den wohnungstechnischen, den baulichen, den politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehr starke Wechselbeziehungen vorliegen und daß alle zu einer Ordnung geführt werden können, wenn nach den nationalsozialistischen Grundsätzen eine neue Wirtschaftsführung Platz greift.

Um dem Zusammenhang dieser Fragen näherzukommen, wurde eine großzügige Untersuchung eingeleitet. Sie sollte einen Querschnitt durch die Berliner Altwohnungsgebiete geben, um hieraus ein Aufbauprogramm zu entwickeln.

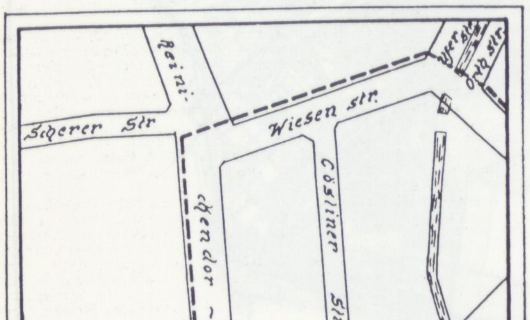
Mit der Durchführung dieser Arbeiten wurde Pg. Dr.-Ing. Frank beauftragt und zu seiner Unterstützung eine Anzahl geeigneter Fachkräfte aus dem Amt für Technik und dem NS.-Bund Deutscher Technik zur dauernden ehrenamtlichen Mitarbeit verpflichtet.

Die Reichsgeschäftsstelle des NS.-Rechtswahrerbundes benannte einen Vertreter, der uns zur Bearbeitung der rechtlichen Fragen zur Seite stand.

Sämtliche Arbeiten zu der vorliegenden Untersuchung wurden von den Mitarbeitern in ihrer Freizeit durchgeführt, sie erstreckten sich daher über einen Zeitraum von zwei Jahren. Insgesamt wurden über 10 000 Arbeitsstunden aufgewendet. Die Arbeiten sind nun zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Sobald die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sind, kann sofort mit der praktischen Durchführung begonnen werden.

I. *Alter Wedding*
umschlossen von Reinickendorfer-, Wiesen-, Pank- und Weddingstraße.
II. *Neuer Wedding*
umschlossen von See-, Togo-, Kameruner- und Müllerstraße.
III. *Prenzlauer Berg*
umschlossen von Prenzlauer Allee, Marienburger-, Wins- und Immanuelkirchstraße.
IV. *Naunynstraße*
umschlossen von Mariannenplatz, Waldemar-, Manteuffel-, Naunyn- und Mariannenstraße.
V. *Exportviertel*
umschlossen von Alte Jakobstraße, Oranien-, Alexandrinen- und Ritterstraße.
VI. *Südliche Friedrichstadt*
umschlossen von Friedrichstraße, Belle-Alliance-Platz, Linden-, Markgrafen- und Besselstraße.
VII. *Nördliche Friedrichstadt*
umschlossen von Friedrich-, Leipziger-, Markgrafen- und Mohrenstraße.
VIII. *Moabit*
umschlossen von Birken-, Rathenower-, Dreyse- und Bandelstraße.
IX. *Alter Westen*
umschlossen von Bülow-, Potsdamer-, Winterfeldt- und Frobenstraße.
X. *Charlottenburg*
umschlossen von Schiller-, Schlüter-, Kant- und Leibnizstraße.
XI. *Friedenau*
umschlossen von Friedrich-Wilhelm-Platz, Schmargendorfer-, Rhein-, Rönnebergstraße und Kaiserallee.

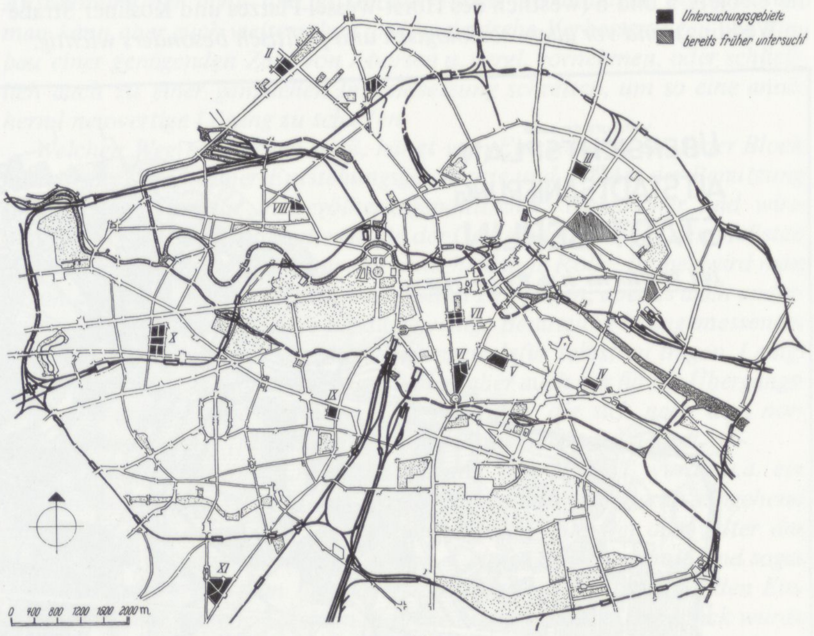
Die 11 Untersuchungsgebiete der Studie von Erich Frank ←L 23



Das polizeiliche Sperrgebiet um die Kösliner Straße nach dem 1. Mai 1929 entspricht dem Untersuchungsgebiet I (Alter Wedding) ←B 15

zeit nach 1918 – wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Auf diese Weise glauben wir in bezug auf die Altbaugebiete einen wirtschaftlichen Querschnitt durch den Berliner Haus- und Grundbesitz legen zu können, ähnlich dem Vorgang der Bohrproben über die Zuverlässigkeit eines Baugrundes.

Zu seinen Untersuchungsgebieten gehört auch das von Oberbürgermeister Sahm aus politischen Gründen ausgewählte Gebiet um die Kösliner Straße im Wedding, eine Straße, die durch den sogenannten „Blutmai 1929" bekannt geworden ist. In der Wedding-Broschüre von **1935** gilt →L 24 die Kösliner Straße als *Inbegriff des knallroten Wedding*.



→B 14 Erich Frank: Lage der 11 Untersuchungsgebiete

Das Untersuchungsgebiet wird von Frank als *alter Wedding* bezeichnet. Es hat von allen von ihm untersuchten Gebieten auch bei den Reichstagswahlen von **1932** und **1933** die weitaus höchsten Stimmenzahlen für die KPD gebracht. Noch bei der Wahl am **5.3.1933** bekamen die KPD im Wedding 92.903 Stimmen, die SPD 54.191 und die NSDAP 61.558 Stimmen. Die Untersuchung von Erich Frank erscheint **1939** unter dem Titel *Geordnete Wohnungswirtschaft, Neuaufbau und Sanierung* und ist mit einem Vorwort des Leiters des Amtes für Technik Gau Berlin der NSDAP, Karl Kaspar, vom **16.2.1939** versehen. Über die Ziele dieser Forschungsarbeit sind wir auch durch die Generalbauinspektion von Berlin (GBI) informiert. Nach einem Gespräch mit Frank schreibt Hans Stephan am **16.12.1937** ein Protokoll:

→A 15 *Das Amt für Technik (Reichsleitung) hat uns eine Ausarbeitung mit Unterlagen seiner Gaudienststelle Berlin über eine Ordnung der Wohnungswirtschaft übersandt, die durch praktische Vorschläge an Berliner Beispielen ergänzt ist.*

Der Grundgedanke ist, daß die Wohnungswirtschaft sich aus eigener Kraft ständig erneuern und verbessern muß, ohne später auf öffentliche Zuschüsse oder andere Subventionen angewiesen zu sein.

Es soll diese erreicht werden durch einen allgemeinen Zwang zur Rücklage von Erneuerungskapital und zwar

a) zunächst zur Schuldentilgung

b) sodann später zur Neuansammlung von Erneuerungsfonds, aus denen Wohnungsbauten und -verbesserungen, wie Altstadt-Sanierungen, gedeckt werden.

Es sollen 7 bis 8% der Miete hierfür in Anspruch genommen werden.

In einer Rücksprache mit dem Berliner Bearbeiter Dr. Frank gab dieser folgende Zahlen als Beweis dafür, daß dies dem Hausbesitz ohne weiteres zugemutet werden kann:

Anzahl der Altwohnungen in Berlin	*rd. 1 Million*
davon rd.	*800.000 Kleinwohnungen.*

Mietaufkommen der Altwohnungen in Berlin:

800.000 x i.M.	*400*	*=*	*320 Mio. RM*
+ 200.000 x i.M.	*1000*	*=*	*200 Mio. RM*
zusammen rd.			*520 Mio. RM Mietaufkommen im Jahr.*

Bei Angabe von rd. 4facher Verschuldung beträgt die gegenwärtige Schuldenlast 2 bis 2 1/2 Milliarden RM.

Die Zinsermäßigung von durchschnittlich 2 %, die in den letzten Jahren eingetreten ist, bedeutet eine Unkostenverminderung von 40 bis 50 Mio. RM = 8 bis 10 % der Miete.

Dazu die 25 % Hauszinssteuerermäßigung = ebenfalls 7 bis 8 % der Miete, ergibt eine Gesamtentlastung von 15 bis 18 % der Miete.

Die für die Schuldentilgung und Rücklage des Erneuerungsfonds nötigen 8 % sind nach Ansicht des Bearbeiters hieraus ohne weiteres zu tragen. Wirksam würde der Rücklagefonds für eine durchgreifend ständige Selbsterneuerung in etwa 15 Jahren werden können.

In der *Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse* durch Frank wird die Methode dargelegt, wie in Berlin stufenweise die Baudichte ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand innerhalb der nächsten 20 Jahre um 30.000 Wohnungen vermindert werden kann:

Die Bebauungsdichte ist teilweise sehr groß, jedoch lassen sich durch ←L 25 *den Abriß einzelner Quer- oder Hintergebäude erträgliche Verhältnisse schaffen, so daß am Bauvolumen gemessen mit einem durchschnittlichen Abrißvolumen zur vordringlichen Auflockerung von 8 % des heutigen Bestandes auszukommen ist.*

Das Aufkommen an Althausmieten aus Wohnungen wird für Berlin mit mindestens 500 Millionen RM jährlich angegeben. Für die Möglichkeit der Finanzierung der Auflockerung aus den Mitteln des Berliner Hausbesitzes, und zwar aus Überschüssen der Rücklagenbewirtschaftung ergibt sich dann folgendes Bild für Berlin: Die Rücklage soll durchschnittlich 4 % der Miete betragen, das sind jährlich 20 Millionen RM. Nehmen wir an, daß bei sparsamster Bewirtschaftung von den Darlehnszinsen in Höhe von 2 % für gemeinnützige Zwecke, hier also für die Auflockerung, davon 1 1/2 % bereitgestellt werden können, so ist dies nach dem ersten Jahre ein Betrag von 300 000 RM. In den nachfolgenden Jahren wird dieser Betrag jährlich um diese Summe größer werden, nach dem zweiten Jahre werden also 600 000 RM, nach dem dritten Jahre 900 000 RM usw. zur Verfügung stehen.

Die Kosten für den Abriß einer Wohnung mögen für Entschädigung an den Grundstückseigentümer, für Abrißkosten und die notwendigen Ergänzungsarbeiten an den Abrißstellen im Durchschnitt etwa 2000 RM betragen. Dann können aus den Berliner Zinsüberschüssen im ersten Jahre 150 Wohnungen durch Abriß beseitigt werden, im zweiten Jahre 300 Wohnungen, im dritten Jahre 450 Wohnungen usw., so daß im zehnten Jahre 1500 Wohnungen abgerissen werden können. Innerhalb der ersten zehn Jahre beläuft sich dann das Abrißvolumen auf 8250 Wohnungen, innerhalb von 15 Jahren auf 18 000 Wohnungen und innerhalb von 20 Jahren auf 31 500 Wohnungen.

Der Raum Berlins, für den eine vordringliche Auflockerung in Frage kommt, umfaßt rd. 30 qkm Stadtgebiete mit etwa einer Million Menschen und 300 000 Wohnungen. Eine Auflockerung von 8 % würde danach 24 000 Wohnungen ausmachen. Es muß jedoch beachtet werden, daß die Hintergebäude fast nur Kleinwohnungen aufweisen, in den Vorderhäusern aber auch größere Wohnungen sich befinden. Man wird daher wohl mit 28 000–30 000 Wohnungen für den vordringlichen Abriß zu rechnen haben. Diese vordringliche Auflockerung könnte somit in 20 Jahren aus den Mitteln des Berliner Hausbesitzes ohne Zuschuß der öffentlichen Hand durchgeführt werden. – Für den Fall, daß dieses Maß an Auflockerung oder auch das Tempo der Durchführung allein aus den Mitteln des Hausbesitzes von den Behörden noch nicht für ausreichend angesehen werden sollte, steht es im Belieben der Gemeinden, von sich aus zusätzlich noch Mittel zur Verfügung zu stellen. In dem Maße, wie diese zusätzlichen Mittel fließen, könnte die Auflockerung beschleunigt werden.

In der gleichen Zeit können aus dem jährlichen Aufkommen an Rücklagen in Höhe von 20 Millionen RM jährlich 13 000 Wohnungen restfinanziert werden, wenn jede Wohnung im Mittel 1500 RM Darlehen erhält, das ergibt in 20 Jahren 266 000 Wohnungen. Der Fehlbedarf Berlins wäre dann restlos gedeckt, so daß in der Zwischenzeit auch das Verbot der schlechten Keller- und Dachwohnungen rücksichtslos durchgeführt werden kann, ebenso die Vergrößerung der Altwohnungen durch Zusammenlegung von Kochstuben mit Kleinstwohnungen, sofern dafür keine größeren finanziellen Aufwendungen erforderlich sind.

Altstadtsanierung (Sanierung ungesunder Stadtteile).

I. Aufgabe: Sanierung der Altstadt und neuerer Viertel. Geschichtliches. — II. Durchführung: Sanierungsmaßstab. Stufen der Sanierung (Auskernung, Straßenverbreiterung, Abbruch ganzer Viertel). Wiederunterbringung der Bewohner. — III. Wirtschaftliche Grundlagen: Kosten, Einnahmen. — IV. Rechtliche Grundlagen: Geltendes Recht. Neuordnung der Hausverwaltung und Wohnungswirtschaft. Gesetzesvorschlag. — V. Besonderes: Ausland.

I. Aufgabe.

In der baulichen Anlage und besonders im Wohnungswesen der Städte treten so viele Mißstände in Erscheinung, daß sich deren Beseitigung zu einer technischen, sozialen und finanziellen Sonderaufgabe ausgebildet hat. Daß der Stadtkörper krank ist und saniert, d. h. gesund gemacht werden muß, wurde bereits im 17., namentlich aber im 18. Jahrhundert erkannt (★ Städtebau). Im Gegensatz zu den meisten anderen Verbrauchsgütern haben die Gebäude eine sehr lange Lebensdauer; die jährliche Neuerzeugung beträgt nur einen kleinen Bruchteil — im Durchschnitt etwa 2 v. H. — des Altbestandes. Die Verbindung des Bauwerks mit dem unvergänglichen Boden, der durch bevorzugte Lage eine Wertsteigerung erfährt, die Verflechtung der Herstellung von Wohn- und Geschäftsgebäuden in die Kapitalwirtschaft und die Handhabung der Bau- und Wohnungsgesetze haben eine naturgemäße und gesunde Verjüngung verhindert. Häuser, die offensichtlich baufällig und gebrauchsunfähig sind, also alle Kennzeichen eines Wracks haben, werfen immer noch einen Ertrag ab, den der Eigentümer verzehren kann, da ein Zwang zur ordnungsmäßigen Kapitaltilgung und Bildung von Erneuerungsrücklagen nicht besteht. Diese Stockung im gesamtwirtschaftlichen Verlauf hat zur Folge, daß als Erbe der Vergangenheit ganze Stadtteile auf uns überkommen sind, die in ihrer Anlage und vor allem in ihren Wohnverhältnissen den neuzeitlichen Leistungsansprüchen nicht genügen.

Dies trifft im wesentlichen auf die alten Viertel zu, die bis auf die Entstehungszeit der Städte, also oft bis ins Mittelalter zurückgehen. Ursprünglich waren sie weiträumig und hatten selbst innerhalb der Befestigungsanlagen Gärten und Weinberge. Die Straßen waren zwar eng und krumm, genügten aber dem damaligen geringen und langsamen Verkehr. Erst die starke Bevölkerungszunahme, namentlich im 19. Jahrhundert, führte zu einer immer dichteren Bebauung, auch des freien Blockinneren, in dem außer Wohnflügeln noch Werkstätten und Schuppen Platz fanden. Bauordnungen, denen jedes soziale Verständnis fehlte, erlaubten äußerste Ausnutzung der Bodenflächen und Aufstockungen. Trotz Straßenpflaster, Kanalisation und Wasserleitung wurden die Wohnverhältnisse immer schlechter, und der Zuzug minderbemittelter Bevölkerungsschichten vertrieb die Alteingesessenen; mit ihnen wurden die zugehörigen Geschäftsbetriebe verlegt, so daß der ganze Stadtteil wirtschaftlich immer mehr sank. Manchmal wurden allerdings die Hauptverkehrsstraßen zu Geschäftsvierteln, der City, umgestaltet, aber unmittelbar dahinter breiteten sich die Elendsgebiete weiter aus. Das Alter der Häuser erlaubte bei notdürftiger Instandhaltung billige Mieten, was die leistungsschwachen, oft kinderreichen Familien heranzog. In den gleichen Häusern suchten aber auch asoziale Elemente, die Prostitution und die Verbrecherwelt Unterschlupf, so daß sich schließlich sozial und politisch unerträgliche Zustände bildeten, durch die vor allem die Jugend gefährdet wurde. Für die auf diese Weise verfallenen und verwahrlosten Wohnungen ist das englische Wort Slum viel in Gebrauch gekommen.

Aber auch die in neuerer Zeit, vor allem seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auf Grund schlechter Bauordnungen dicht und vielgeschossig bebauten Stadtteile sind nach heutiger Anschauung ungesund. Zwar sind die Straßen hier meist breit und können auch den gesteigerten Verkehr aufnehmen; auch ist der bautechnische Zustand der Gebäude meist noch gut, aber die Wohnungen in den Hinterhäusern an engen Höfen leiden unter Mangel an Licht und Durchlüftung; schlechte Grundrisse, fehlende sanitäre Einrichtungen, die Lage im Keller oder Dachgeschoß machen sie zu menschenunwürdigen Behausungen, zumal sie großenteils überbelegt sind. Die Wohndichte in reinen Berliner Mietkasernenvierteln beträgt 600 bis 900 Bewohner je Hektar. Rechnet man Parks und andere Freiflächen nicht mit, so steigt die Zahl auf 1200 und darüber, während bei vier- bis fünfgeschossiger Randbebauung an angemessen großen Höfen etwa 500 Bewohner auf einen Hektar kommen würden; bei einer gesunden Auflockerung wäre aber nur die Hälfte richtig. Dazu kommt die unhygienische Mischung mit gewerblichen Betrieben. Auch in diesen Gebieten findet vielfach eine Abwanderung der Wohlhabenderen statt, z. B. wenn sich durch eine ruhige Wohnstraße plötzlich eine Verkehrsader zieht. Die an mehrere Familien abgegebenen Großwohnungen führen dann zu weiteren sozialen Mißständen. Durch schlechte Wohnsitten und Unterlassen von Instandsetzungen — was besonders in der Nachkriegszeit eintrat — sind diese Wohnungen ebenfalls verwahrlost.

Im Kampf gegen die Wohnungsmißstände glaubte man sich anfangs mit dem Abbruch ungesunder Altstadtviertel — etwa im Anschluß an eine Naturkatastrophe oder Seuche — begnügen zu können, übersah dabei aber, daß mengenmäßig kein entsprechender Ersatz — vor allem zu dem für die Vertriebenen tragbaren Preise — vorhanden war; auch wanderten die unerwünschten Bevölkerungskreise in das Wohngebiet der nächstniedrigen Stufe ab, das dann bald in gleicher Weise der Verwahrlosung anheimfiel. Schon im vorigen Jahrhundert bildete sich daher, zunächst in England, Belgien und Holland eine Sanierungspraxis aus, die auch den Ersatzbau in das Programm mit aufnahm und z. B. in England gesetzlich vorschrieb, daß die Wiederunterbringung im gleichen Bezirk erfolgen mußte.

Umfangreiche Sanierungen — noch nicht immer nach diesen Grundsätzen — entstanden in der Vorkriegszeit z. B. in London, Liverpool, Manchester, Birmingham, Brüssel, Amsterdam, Rom, Neapel; in Deutschland im Hamburger Gängeviertel, in Frankfurt a. M., Stuttgart, und im Berliner Scheunenviertel. — Unter einem anderen Gesichtspunkt sind die Maßnahmen zu betrachten, die in Paris von Napoleon III. mit Hilfe von Haußmann von 1854 bis 1871 durchgeführt wurden. Die starken Eingriffe in die Baumasse der Weltstadt entsprangen vornehmlich militärischen und politischen Motiven; durch Abbruch und Wiederaufbau wurde ein Verkehrssystem geschaffen, das selbst der nicht vorauszusehenden heutigen Beanspruchung genügt. Dagegen gehören die Wohnungsverhältnisse in Paris trotz der Geldaufwendungen, die der Stadt eine gewaltige Schuldenlast aufbürdeten, bis zum heutigen Tag zu den schlechtesten in Europa.

Als nach dem Weltkrieg die Sanierungen wieder aufgegriffen wurden, konnte man sich auf eine Reihe praktischer Erfahrungen stützen. Die Aufgabe ist aber noch größer geworden, da nach neuzeitlichen Anschauungen nicht nur in den großen Städten, sondern auch in den kleinen, in den Industriegemeinden und sogar Dörfern das Wohnungs- und Verkehrswesen einer weitgehenden Umgestaltung bedarf, wenn die staatspolitischen Ziele der Hebung der Volksgesundheit, der Steigerung der Geburtenzahl, der wirtschaftlichen Entfaltung durch ein gutes Verkehrswesen und der Landesverteidigung — insbesondere auf dem Gebiete des Luftschutzes — erreicht werden sollen. Somit wird Städtebau zu einem großen Teile Städteumbau. In jedem Fall muß eine bauliche Auflockerung und Verminderung der Wohndichte erreicht werden; glücklicherweise entsprechen hierin die Anforderungen der Volksgesundheit den sich meist mächtiger bemerkbar machenden des Verkehrs und des Luftschutzes, so daß sie sich gegenseitig stützen und ergänzen können.

→L 26 Der erste Teil des von Johannes Göderitz bearbeiteten Stichworts „Altstadtsanierung“ in dem 1938 herausgegebenen Wörterbuch der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft

Andor Gábor
Tote, die leben

Berlin, den 26. August 1929

Der letzte Augustsonntag, der 25 August, ist zu einem denkwürdigen Festtag des Berliner Proletariats geworden. Man weiß gar nicht, wie es geschah: die bescheidene Sport- und Kulturveranstaltung, die den Anlaß zum Massenaufmarsch gab, entfaltete sich zu einer prachtvollen Demonstration, deren Wucht und Begeisterungsgrad alles Bisherige übertroffen hat. Dieses rote Volksfest war ein einziges, mächtiges Aufjauchzen, gegen den blauen Herbsthimmel geschleudert, das den Rufenden selbst zum Bewußtsein der in ihm schlummernden eigenen Kraft brachte und seinen Feinden ins Ohr gellte: „Wir sind da und lassen uns nicht unterkriegen! Wir sind da und schützen die Sowjetunion!“

Ich will nur ein unvergeßliches Erlebnis dieses plötzlich entstandenen Festtages festhalten, ein flüchtiges Detail, das aber mehr als alles andere die gegenwärtige geistige Verfassung der Berliner revolutionären Arbeiterschaft beleuchtet.

Mehrere Bezirke Berlins versammelten sich zum Abmarsch in die Rehberge – wo die eigentliche Demonstration anberaumt war – auf dem Brunnenplatz am Wedding. Weder beabsichtigt noch erwartet wurde ein derartiges Heranfluten der Massen, wie es innerhalb einer Stunde zwischen ein und zwei Uhr mittags zustande kam. Durch die schier unendlichen Züge, die alle durch einen Eingang in die Parkanlagen der Rehberge gelangen mußten, entstanden in allen dorthinführenden Straßen Stockungen; die Aufmarschierenden stauten sich und blieben stundenlang unterwegs stehen. In allen Straßen des Wedding, die knallrot beflaggt waren, kampierten die Demonstranten, wie das in Moskau am Tage der Revolutionsfeier oder am 1. Mai zu geschehen pflegt.

Unser Zug, in dem ich mit meiner Zelle marschierte, blieb in der Kösliner Straße stecken. In der Kösliner Straße, der roten Wunde des roten Wedding, wo sich das Erhabenste und Furchtbarste des 1. Mai abgespielt hatte. Seither ist die Kösliner Straße etwas Besonderes für das Berliner Proletariat geworden: sein Schmerzenskind, sein Lieblingskind. Wir alle betrachten die alten, morschen, verwanzten Häuser der Kösliner Straße, die aber die ehrenvollen Narben des Bürgerkrieges, die unzähligen Kugeleinschläge auf der Stirne tragen, mit tiefer Andacht und Ehrfurcht.

Die Kösliner Straße selbst gibt sich ganz anders als alle anderen Arbeiterstraßen Berlins. Sie steckt, obgleich sie im ganzen vielleicht nicht einmal zwei Dutzend Häuser zählt, Hunderte von roten Fahnen aus: kleine, fetzenhafte und zerfetzte, armselige, echt proletarische Fahnen – die schönsten also, die man sich denken kann. Und sie ist über und über mit Plakaten des 1. Mai, des 1. und des 11. August beklebt, so daß man stellenweise überhaupt keine Mauerfläche sieht.

In der Kösliner Straße also sind wir steckengeblieben, begrüßt und angefeuert von den Menschen dieser Straße, die winkend und rufend, wie Weintrauben aus den Fenstern heraushingen. Unsere Musikkapellen, die schrillen Pfeifen, die singenden Schalmeien und die klappernden Trommeln gaben ihr Bestes. Der in der Straße kampierende Zug ließ in einem unglaublichen Unisono von vielen Tausenden von Stimmen die schönsten revolutionären Märsche ertönen. Es entstand unwillkürlich eine fieberhafte Stimmung, und jeder von uns hatte das Gefühl, daß jetzt, gerade jetzt und hier, etwas Außerordentliches geschehen mußte.

Und es geschah auch.

Nach dem aufpeitschenden Rhythmus des Jugendmarsches trat plötzlich eine gespannte Stille ein, dann intonierten einige unsichere Kinderstimmen (es waren die Jungspartakisten mit den roten Halstüchern) die Worte: „Unsterbliche Opfer, ihr sanket dahin ...“

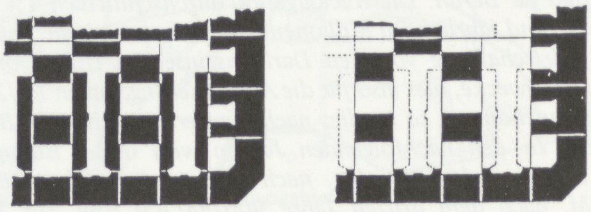
Leise und unbeholfen begannen sie, die danebenstehende Musikkapelle fing aber das Lied auf und setzte es fort: „Wir stehen und weinen, voll Schmerz Herz und Sinn ...“

In der folgenden Minute sagen schon alle in der Straße: „Ihr kämpftet und starbet für kommendes Recht ...“

←L 27
Daß die *vordringliche Auflockerung* von 8 % jedoch nur die erste Phase darstellt, wird aus den grundsätzlichen methodischen Überlegungen deutlich:

→L 28
Um die wirtschaftlichen Belange tunlichst zu wahren, und nicht in utopische Planungen zu verfallen, wurde nur die vordringliche Auflockerung dargestellt. Mit dieser Art der Auflockerung soll keineswegs gesagt werden, daß hiermit wirklich befriedigende Zustände erzielt werden. Dieses wird sich mit dem heutigen Gebäudestand im allgemeinen überhaupt nicht erreicehn lassen, da die Bauwerke in der Art ihrer Anlage zum großen Teil bereits heute überaltert sind und sie deshalb in absehbarer Zeit dem Abbruch verfallen müssen. Der Abbruch eines kleinen Bruchteils der heutigen Baumassen, und zwar beginnend an den schlimmsten Stellen, würde aber bereits Zustände schaffen, die im Vergleich zu den heutigen als eine wesentliche Verbesserung in bezug auf die Licht- und Luftverhältnisse angesehen werden müssen. Für die Altbaugebiete muß dieses Maß an Auflockerung zunächst genügen.

Über die Art der vordringlichen Auflockerung seien folgende grundsätzliche Bemerkungen gemacht. Der gesamte heutige Gebäudestand ist Volksvermögen, welches mehr oder weniger wertvoll ist. Um recht schnell zur Endlösung, d.h. zum vollständigen Wiederaufbau zu kommen, erscheint es richtig, zunächst nur die vordringliche Auflockerung und mit dem Rest der Gebäude die wirtschaftliche Sanierung durchzuführen. Wenn man aber außerdem mit dem geringsten Abrißvolumen auskommen will, so darf man nicht vom Einzelgrundstück, sondern muß vom ganzen Block ausgehen. Über die Zweckmäßigkeit dieser Ansicht gibt die Schemaskizze

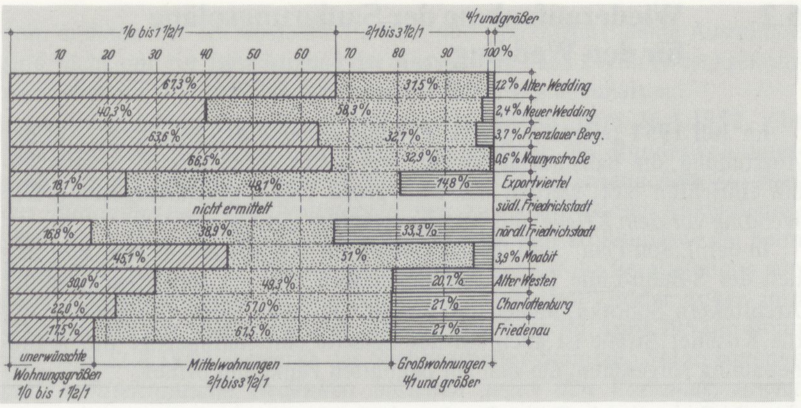


Vor der Auflockerung. Nach der Auflockerung.

Aufschluß. Hier wird gezeigt, daß bei einer Auflockerung nicht jedes Grundstück in gleicher Weise herangezogen wird, sondern daß einzelne stark bebaute sogar unangetastet bleiben. Durch starke Ausräumung der Nachbargrundstücke wird aber eine tragbare Belüftung und Belichtung der verbleibenden Gebäude erreicht und dabei ein Mindestmaß an Abrißvolumen. An Brandgiebeln ist weitgehend Fensterrecht einzuräumen. Solche Methodik ist jedoch nur möglich, wenn der Eigentümer des Abrißgebäudes angemessen entschädigt wird. Es kann somit jedem Eigentümer in wirtschaftlicher Hinsicht einerlei sein, ob und wieviel von seinem Gebäudebestand abgerissen wird.

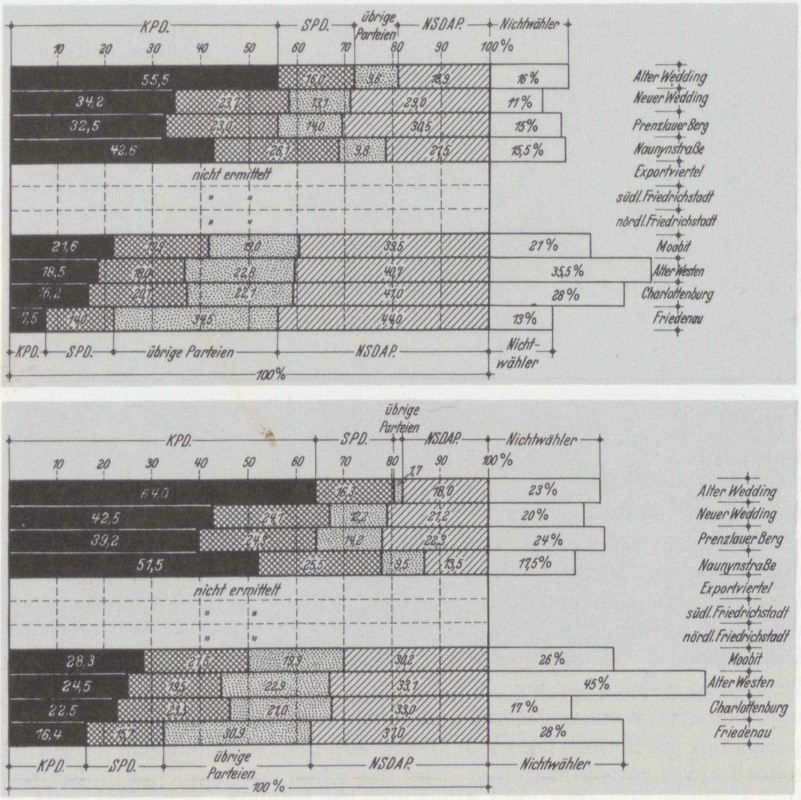
Bei der Sanierung eines Blockes wird es ferner für falsch gehalten, in einem überalterten Block, sofern hier nicht besondere kulturelle Gesichtspunkte mitsprechen, größere Aufwendungen für Um- oder gar Neubauten zu machen. Es ist vielmehr erstrebenswert, die endgültige Sanierung in einer Neubebauung – eventuell erst nach mehreren Jahrzehnten – ausklingen zu lassen. Hierbei würden nämlich Gebäude, die bei der ersten vordringlichen Auflockerung neu errichtet worden wären, in den meisten Fällen nur Hemmnisse bilden, und schließlich können wir heute noch nicht übersehen, wie die Anschauungen und Notwendigkeiten für das Wohnungswesen in mehreren Jahrzehnten sein werden. Bei der vordringlichen Auflockerung wird man sich nach architektonischen Gesichtspunkten nicht immer richten können, sondern die Abtrennung an den Stellen durchführen, wo sie mit den geringsten Mitteln möglich ist, also an den tragenden festen Trennmauern. Die Kosten für die Ergänzungsarbeiten (Zumauern von Türöffnungen, Mauerverstärkungen, Neuverputz der Abrißflächen u. dgl.) werden dann auf ein Minimum beschränkt. In den vorliegenden Arbeiten ist diese Art der sparsamen Auflockerung zugrunde gelegt.

Die *schlimmsten Stellen*, mit denen begonnen werden soll, werden mit den 11 Untersuchungsgebieten eingekreist und die Wahlergebnisse mit der durchschnittlichen Wohnungsgröße analog zu der Arbeit des Geografen
→II/513
Friedrich Leyden in Beziehung gesetzt. Als „allerschlimmste Stellen“ erweisen sich bei dieser Untersuchung die Kösliner Straße (*Alter Wedding*) und die Naunynstraße in Kreuzberg. Erich Frank erklärt das so:



Erich Frank: Prozentuale Verteilung der Wohnungsgrößen in den 11 Untersuchungsgebieten ←B 16

Die politische Einstellung der Bewohner ist mit den Wohnungsbedingungen auf das engste verknüpft. Es ist bekannt, daß die drei größten Städte des Altreiches, Berlin, Hamburg und Leipzig, Hochburgen des Marxismus waren. Und sollte die Tatsache, daß in verschiedenen Untersuchungsgebieten sich der Prozentsatz der kommunistischen Stimmen (Reichstagswahl 5.11.1932) mit dem der unerwünschten Wohnungsgrößen deckt, lediglich ein Zufall sein? Je schlechter die Wohnverhältnisse, um so öder und langweiliger die Umwelt, desto besser der Nährboden für die staat- und volkzerstörenden Irrlehren. Andererseits steht die Zahl der Naziwähler weder mit der Zahl der Kleinstwohnungen noch der Großwohnungen in irgendeinem Zusammenhange. Hier handelt es sich um jenen Teil des Volkes, der sich allen Umweltverhältnissen zum Trotz die nüchterne, anständige und artgebundene Grundhaltung erhalten hat, ohne die ein Volk auf die Dauer nicht bestehen kann. ←L 29



Erich Frank: Stimmenverhältnis bei den Reichstagswahlen vom 6.11.1932 (oben) und vom 5.3.1933 (unten) ←B 17

Wenn wir heute einen Gang durch die Elendsquartiere machen, so sehen wir dort mitunter erschütternde Bilder. Wie oft ist nicht das Bild des Führers der einzige Schmuck der Wand, oder es nimmt unter den Familienbildern den Ehrenplatz ein. Diese Menschen warten zum allergrößten Teil auf ihre wohnungspolitische Befreiung, an die sie mit fester Überzeugung glauben, trotzdem heute noch andere, dringendere staatspolitische Aufgaben gelöst werden müssen.

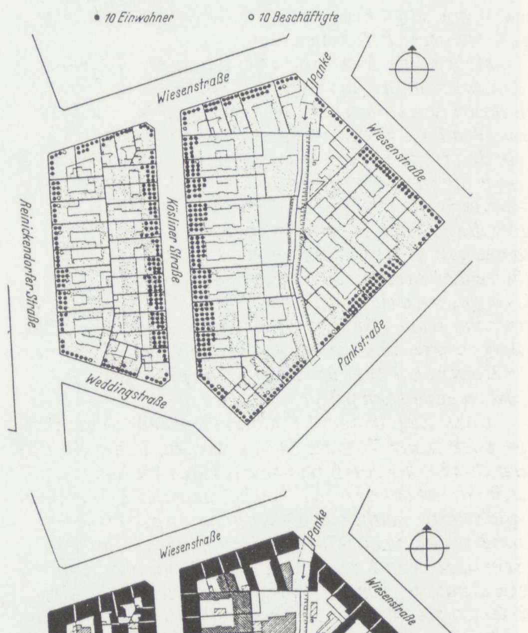
Wir alle zogen die Mützen, und die vorher noch so fröhlichen Gesichter der Demonstranten wurden ernst und feierlich. Im Nu war eine tief andächtige Totenmesse für jene entstanden, die am 1. Mai in dieser Straße ihr Leben ließen.

Dies waren einige aus der Situation spontan entstandene Minuten, dem Andenken der Toten geweiht . . . Dann aber erklang laut:

„Einst aber, wenn Freiheit den Menschen entstand
Und all euer Sehnen Erfüllung fand . . .
Dann werden wir künden, wie ihr einst gelebt,
Zum Höchsten der Menschheit empor nur gestrebt!"

In diesem Augenblick setzt sich der Zug wieder in Bewegung; die Schritte sind langsam, dem Trauermarsch angepaßt. In die Herzen der Anwesenden wurde ein ewiges Andenken eingebrannt.

Untersuchungsgebiet I. Alter Wedding.



→B 18 Erich Frank: Untersuchungsgebiet I (Alter Wedding). Oben die Bevölkerungsdichte, darunter der Hausbestand von 1937, unten die „vordringliche Auflockerung"

6.2 Wiederaufnahme der Sanierungspläne für den Wedding

Im **Juli 1951** feiert der Bezirk Wedding seinen 700. Geburtstag. Auf der Ausstellung, die Baustadtrat Nicklitz von seiner Verwaltung zu diesem Anlaß einrichten läßt, werden u.a. zwei große Tafeln gegenübergestellt: *Der Wedding vor dem Kriege* und *Wie der Wedding werden soll*.

In dem „Soll-Plan" sind für das Gebiet um den Nettelbeckplatz und südlich der S-Bahn-Linie Planungen eingetragen, die u.a. auf Vorschläge der
→A 16 Architekten Sobotka, Müller und Krüger vom **März 1950** zurückgehen. Für die Kösliner Straße ist auch auf der Ostseite eine kammartige Blockrandbebauung vorgesehen, die sich zur begrünten Panke hin öffnet.

Der Plan „Wie der Wedding werden soll" des Stadtplanungsamts, ausgestellt im Juli 1951 in der Ausstellung „700 Jahre Wedding"

Trotz der Pläne kann mit der beabsichtigten aufgelockerten Bebauung, die eine Neuordnung der Grundstücksverhältnisse voraussetzt, nicht begonnen werden, da zwar die gesetzliche Grundlage die Baulandumlegung möglich macht, aber zuerst die Grundstücksbesitzer zusammengebracht werden müssen, was sich in Berlin (West) als besonders schwierig erweist, und auch die staatlichen Mittel für den Wohnungsbau noch fehlen, denn das erste Wohnungsbaugesetz, das den Einsatz staatlicher Mittel für den „sozialen Wohnungsbau" regelt, wird erst Ende **1951** in Berlin (West) übernommen. Ab **1.4.1952** gelten die Pflichtnormen für den sozialen Wohnungsbau. Erst mit den in Aussicht gestellten Marshall-Plan-Mitteln kann an Neubauten gedacht werden.

Da es dem Senat und der Bezirksverwaltung darum geht, dem Aufbauprogramm in Berlin (DDR) in bezug auf den Wohnungsbau möglichst schnell etwas entgegenzusetzen, wird das schon vor dem Krieg im Bezirksamt ausgearbeitete Sanierungsprogramm für die Ackerstraße wieder aufgegriffen, für dessen Verwirklichung sich durch die Bombardierung neue Möglichkeiten eröffnen.

6.2.1 Demonstration an der Ackerstraße

→S.357 Zur Eröffnung der Ausstellung „Hauptstadt Berlin im Aufbau" sind aus der „provisorischen Hauptstadt Bonn" zwei Bundestagsausschüsse angereist, zum einen der 18. Ausschuß für Wiederaufbau und Wohnungsbau,

zum anderen der 36. Ausschuß für Bau- und Bodenrecht. Beide Ausschüsse sind nicht nur zur Besichtigung der Ausstellung nach Berlin (West) gekommen, sondern auch, um hier gemeinsame Sitzungen abzuhalten.

Auf der ersten Pressekonferenz am Sonnabend, dem **26.4.1952**, gibt →A 17
Staatssekretär Hermann Wandersleb die Absicht des Bundeswohnungsministeriums bekannt, *im Bezirk Wedding (. . .) mit erheblichem Zuschuß* ←L 30
aus Bundesmitteln 400 Wohnungen neu zu bauen. Dieser Ankündigung geht ein Antrag des Berliner Senators für Bau- und Wohnungswesen beim Bundesministerium für Wohnungsbau voraus, der auf die Bereitstellung von Forschungsmitteln für das Bauvorhaben „Thomashof" in der Acker- und Gartenstraße im Wedding abzielt. Der Antrag liegt im **April 1952** in Bonn vor. Am **22.4.1952** vermerkt der Sachbearbeiter Steinbiß: *Städtebauliche* ←A 18
und architektonische Bedenken bestehen gegen den Vorschlag, soweit ohne Ortsbesichtigung zu sehen ist, nicht. Diese Besichtigung findet im Rahmen des Besuchs der Bundestagsausschüsse in Berlin statt. Ernst Reuter begrüßt die Mitglieder der beiden Bundestagsausschüsse im Rathaus Wedding. Gemeinsam mit dem Weddinger Baustadtrat Walter Nicklitz findet eine Stadtrundfahrt durch den Wedding statt.

Das für den „Thomashof" vorgesehene Grundstück liegt direkt an der Sektorengrenze neben dem von „Meyer's-Hof" in der Ackerstraße. Es handelt sich dabei um das Grundstück der ehemaligen Eisengießerei Keyling und Thomas, deren Bausubstanz völlig zerstört ist. Die Geschichte der versuchten Neuplanung für dieses Gelände ist bereits im 2. Band der ←II/388
Geschichte des Berliner Mietshauses dargestellt. Schon **1927** waren im Bezirksamt Wedding Pläne für die Beseitigung von Meyer's-Hof und die Sanierung des gesamten Blocks ausgearbeitet worden, ausgelöst durch die Absicht der Eisengießerei, ihr Grundstück zu verkaufen.

Der mit Stadtbaurat Martin Wagner abgestimmte Bebauungsplan vom **9.12.1927** wurde nach dem „Betcke-Urteil" vom **28.10.1930** zurückge- ←II/397
nommen und blieb seitdem in der Schublade liegen.

1933 gingen die Grundstücke in den Besitz der „Thomashof-Grundstücks-AG in Berlin" über, die in den Jahren bis zur Bombardierung in den Fabrikhallen einen Zirkus, die Tischlerei der Staatstheater und russische Kriegsgefangene unterbrachte.

Das Trümmergrundstück der ehemaligen Eisengießerei Keyling & Thomas, von der ←B 20
Gartenstraße aus nach Osten fotografiert (1952). Im Hintergrund ist Meyer's-Hof mit dem unzerstörten Vorderhaus und dem ersten Quergebäude zu erkennen

Die „vergessene" Planung aus dem Jahre **1927** wird im Weddinger Amt für Stadtplanung **Anfang 1952** wieder hervorgeholt, weil das fast völlig zerstörte, große Fabrikgrundstück die Möglichkeit bietet, ohne komplizierte Verhandlungen mit Einzeleigentümern einen Neubaukomplex vom Umfang einer Wohnzelle zu planen. Die Planung übernimmt derselbe Architekt, der für die Heimstätte die Wohnzelle an der Stalinallee geplant hat – Herbert Klatt, der seit **1950** das Stadtplanungsamt im Wedding leitet.

Das Bezirksamt des „Roten Wedding", der in unmittelbarer Nachbarschaft zu den dichtbewohnten Arbeiterbezirken Prenzlauer Berg und dem nördlichen Teil des Bezirks Mitte liegt, stand in bezug auf die Arbeits-

Walter Nicklitz erinnert sich an die Entstehung der „Ernst-Reuter-Siedlung"
(Telefongespräch vom 31.3.1987)

Wir müssen ja davon ausgehen, daß sich diese vielen kleinen Grundstücke, die dem Auge nicht sichtbar Flickenteppiche darstellten, sich niemals im Besitz eines (einzigen) Grundstücksbesitzers befanden. Es waren häufig ausländische Grundstücksbesitzer dort in dem südlichen Teil des Weddings, die verteilt waren über den halben Erdball. Um die unter einen Hut zu bringen, mußten sie erst mal einen bauwilligen Bauherrn überreden oder finden – und die machten ja um den Wedding alle einen großen Bogen. Wenn schon die Gemeinnützigen, dann die Privaten erst recht.

Die „Ernst-Reuter-Siedlung" – die Bezeichnung ist etwas hochgestochen, in Wirklichkeit ist es ja eine Baulückenschließung – war die einzige etwas größer zusammenliegende Fläche, wo die Eigentumsverhältnisse völlig klar waren. Die Eisengießerei war in den zwanziger Jahren pleite gegangen, und die drei Gläubigerbanken hatten seitdem einen Verwalter eingesetzt, und die versuchten das (Grundstück) loszuwerden. Und nun kam dann die große Enttäuschung. Bei dem zweiten Besuch des Bundestags – Wildermuth, mit dem ich persönlich sehr gute Beziehungen hatte, konnte nicht mehr mitkommen, er war schon tot – versuchten wir dann im Zuge der Exkursion durch den Wedding praktisch Reklame zu machen. Man sollte das bauen. Und da kam für mich die zweite große Überraschung: Nachdem ich von allen Vertretern der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, ob's die „Eintracht war, ob es „1892" war, „GSW", versetzt worden bin, sagten auch alle Mitglieder der Ausschüsse: „Nein, hier in dieser Gegend nicht". So hat die Gegend auf die Menschen gewirkt.

Die haben also nein gesagt. Da kam es, daß ich zu Schwedler sagte: „Dann müssen wir das alleine machen." Und dann hat der Vorgänger von Klatt, dieser unseriöse Mann, der hat das dann diesem Verwalter der drei Banken gestochen, und dann gingen die Preise in die Höhe. Da habe ich gesagt: „So, und nun verbreiten wir die Mär: Die haben ganz recht gehabt, die Bundestagsausschüsse. Da sollte man keine Wohnungen bauen." Als die dann unsicher wurden, da hat der Müller-Reppen zugeschlagen und hat das (Grundstück) gekauft. Müller-Reppen war, wenn ich es recht in Erinnerung habe, der Sohn eines Direktors einer Baufirma; den Tip hat er nicht von mir bekommen, sondern von einem prominenten Mann aus der Zentrale, der hat das also als Abschreibungsobjekt betrachtet. Aber bitte, im Gegensatz zu den anderen hatte er den Mut, dort zu investieren. Und da lassen Sie mich eines nachträglich bekennen: die starke Gfz (Geschoßflächenzahl), das ist der Auftrag von Müller-Reppen an den Hinssen gewesen. Der wollte so viel Wohnungen wie möglich daraufsetzen. Der Bebauungsplan hatte am Anfang einen großen Schwachpunkt: Diese Scheibe mit 7 Etagen und völlig unzureichendem Abstand zu dem Nachbargrundstück. Ich hatte jahrelang die Angst, wenn der Nachbar, dieser Schweinemäster, das erkannt hätte, dann hätte er uns in arge Verlegenheit bringen können. Denn mit dem Abstand hat das gar nicht geklappt. Aber wir haben uns darauf eingelassen. Müller-Reppen versprach, er kauft das Grundstück, und wie er die Wohnungen fertig hatte, hatte er kein Interesse mehr dafür, angeblich hat dann auch der Schweinemäster nicht gewollt. Erst später, im Zuge der großen Sanierung ist dieses Grundstück dann Gott sei Dank auch mit einbezogen worden, so daß sich die Gfz dann auch wieder den allgemeinen Regeln anschloß.

Das Grundstück ist nicht nach politischen Gründen ausgewählt worden. Wir haben immer gesucht nach größeren zusammenhängenden Grundstücken. Einzelgrundstücke mit tiefem Grenzverlauf hatten wir genug. Wir wollten immer, schon aus Gründen der Rationalität, eine größere Fläche haben, nicht nur ein Haus bauen. Das war eine der wenigen Flächen in dieser Ecke dort unten.

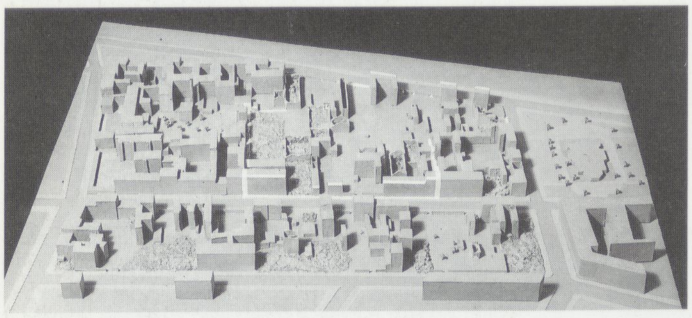
Aber ich habe den Bundestagsabgeordneten gegenüber immer auf die Stalinallee hingewiesen. Aber nur von mir aus. Bitte, da passiert was! Unsere Sorge war,

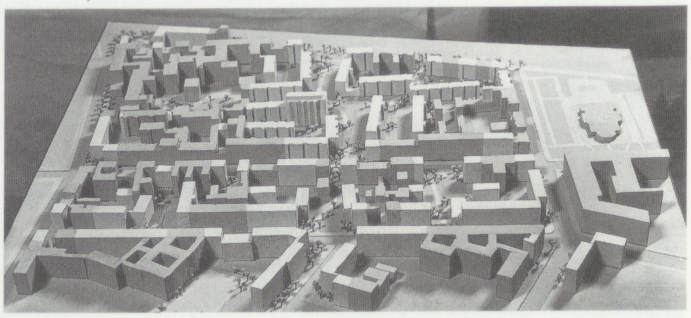
daß die Leute, nicht weil sie Kommunisten werden konnten oder wollten, (sondern) daß die aus Enttäuschung über die unmögliche Behandlung dieser Verwalter – die Grundstücksbesitzer haben dort ja gar nicht gewohnt, die haben die (Häuser) ja verrotten lassen . . . Selbst wenn die Schmutzzeitungen voll waren, dann haben die gesagt: „Wenn Sie's stört, dann lassen Sie's doch machen." Da war mit Wohnungsaufsicht und -pflege gar nichts mehr zu machen. . . .

Ich hatte große Bedenken (bei der Umbenennung in „Ernst-Reuter-Siedlung"), weil es ein privater Bauträger war, und es wäre ja auch bald schiefgegangen. Müller-Reppen hat als Steuerpflichtiger Deutschland verlassen, und ich hatte Angst, wenn sich da ein Mann unmöglich benimmt, daß das auf das Konto von Ernst Reuter geht, und der kann gar nichts dafür. Deswegen war ich dagegen. Heinz Höfer, der spätere Bürgermeister in Steglitz, war zu dieser Zeit arbeitslos und hatte bei Müller-Reppen angefangen und war furchtbar aktiv. Der hatte sich in den Kopf gesetzt, wegen des Besuches und des Briefes von Ernst Reuter, diesen Häuserkomplex „Ernst Reuter" zu nennen. Nun, meine Befürchtungen sind nicht mehr begründet. Das ist verkauft worden an eine Münchner Bank. Das ist also doch ganz gut ausgegangen. Auch den Gedanken „Theodor-Heuss-Weg", den hat auch Heinz Höfer gehabt. Der war sehr aktiv, Geltungsbedürfnis spielte auch eine Rolle. Der ist zum Papa Heuss gefahren, und der soll dann zu ihm gesagt haben: „Na, wo der Name Ernst Reuters ist, da befinde ich mich ja in bester Gesellschaft."

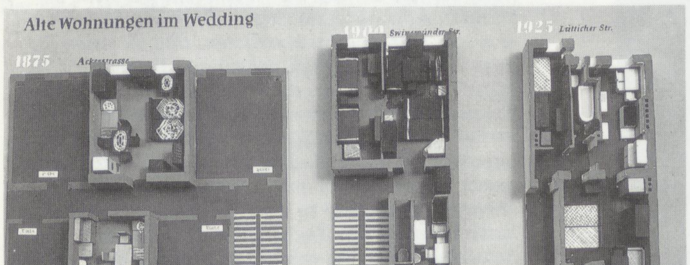
losigkeit und die Wohnungsnot unter einem besonderen Erfolgsdruck. Die
→L 31 Ideen des Nationalen Aufbauprogramms waren hier aufgenommen worden und hatten schon Anfang **1952** zur Gründung eines eigenen Aufbaukomitees aus Jugendorganisationen aller Schattierungen geführt, die einen eigenen Aufbauplan für den Wedding zur Diskussion stellten. Da auch Kommunisten in dem Aufbaukomitee mitarbeiteten, wurde der Vorschlag vom Bezirksamt nicht zur Kenntnis genommen.

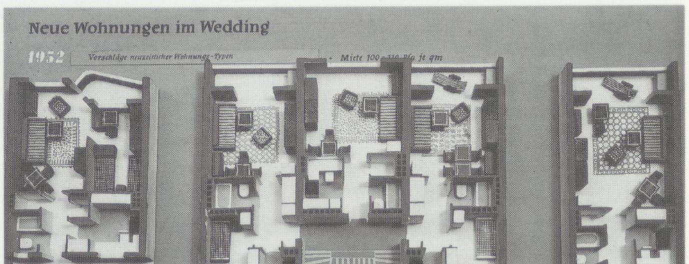
Den 40 Mitgliedern der beiden Bundestagsausschüsse werden während ihrer Besichtigungsfahrt durch den Wedding nicht nur das Grundstück des geplanten „Thomashofs" gezeigt, sondern auch die in Modelle übertragenen Vorstellungen des Stadtplanungsamts. Die Modelle geben nicht nur den geplanten, sondern auch den aktuellen Zustand wieder. So können die neugeplanten Wohnungen mit den alten Wohnungen im Wedding verglichen werden. Dabei ist zu erkennen, wie die erhaltenen Gebäude der beidseits der Ackerstraße liegenden Baublöcke mit der geplanten Neubebauung verbunden werden sollen. Mit der Entstehung dieser beiden Blöcke, in denen auch das ehemals größte Berliner Mietshaus „Meyer's-Hof" stand, haben wir uns ausführlich im 2. Band der Geschichte des Berliner Mietshauses beschäftigt. Der geplante „Thomashof" befindet sich zum größten Teil im Innern des Blocks, der durch ein internes Wegekreuz erschlossen ist. An der Kreuzung dieser Wege soll ein Hochhaus, oder besser: ein höheres Haus, gebaut werden. Die Planung hat große Ähnlichkeit mit der von **1927**, hat aber auch bezüglich der Blockerschließung Vorbilder in der Berliner Baugeschichte, etwa in „Riehmer's Hofgarten" oder dem nicht weit entfernten „Versöhnungshof" in der Hussitenstraße.





Stadtplanungsamt Wedding (1952): Zustand und Planung für die Ackerstraße zwischen Bernauer Straße und Gartenplatz. Die vorhandene Altbausubstanz bleibt auch weiterhin überwiegend erhalten. Die großen Blöcke werden durch Fußgängerwegenetze zerteilt ←B 21





Stadtplanungsamt Wedding (1952): Die alten und die neuen Wohnungen. Ganz links ein Ausschnitt aus dem Grundriß der Quergebäude von Meyer's Hof ←B 22

Die in der Presse am **27.4.1952** erschienene Ankündigung, daß im Wedding mit erheblichen Bundesmitteln 400 Wohnungen gebaut würden, kam jedoch zu früh. Der Initiator des Projekts, Walter Nicklitz, erinnert sich an
→A 19 die für ihn enttäuschend verlaufene Besichtigung: *Nachdem ich von allen Vertretern der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, ob's die „Eintracht", ob es „1892" war oder die GSW (versetzt worden bin), werden alle Mitglieder (der Ausschüsse) sagen: Nein, in dieser Gegend nicht.* Auf der den Berlin-Besuch abschließenden Pressekonferenz bleiben die Äußerungen der Bundestagsausschüsse entsprechend schwammig. Sie erklären sich nur bereit, sich im Bundestag dafür einzusetzen, daß aus Bundesmitteln die

notwendigen Gelder für den im Vergleich hinterherhinkenden Wohnungsbau in Berlin (West) aufgebracht werden.

Die Aufbaupropaganda im Sowjetsektor sollte Westdeutschland veran- ←L 32 *lassen, den Wohnungsbau in Westberlin mehr als bisher zu fördern*, betont der nordrhein-westfälische Wiederaufbauminister Schmidt auf der abschließenden Pressekonferenz am **28.4.1952**, und der Vorsitzende beider Bundestagsausschüsse, der spätere Wohnungsbauminister Paul Lücke, setzt erklärend hinzu: *Wer die Frage des Wohnungsbaues in Deutschland nicht* ←L 33 *löst, wird mit Sowjetrußland nicht fertig.*

Walter Nicklitz reagiert auf die Ablehnung der Ausschüsse mit den Worten: *Da kam es, daß ich zu Schwedler sagte: Dann müssen wir das alleine* ←A 20 *machen.* Der Senatsbaudirektor für Bau- und Wohnungswesen, Rolf Schwedler, stellt daraufhin beim Ministerium für Wohnungsbau einen Antrag auf die Bezuschussung des Projekts aus Forschungsmitteln für Versuchs- und Vergleichsbauten. Die Absicht des Senats bzw. des Bezirksamts wird durch eine Indiskretion den Besitzern des Grundstücks der ehemaligen Eisengießerei verraten. Dies hat zur Folge, daß der Preis enorm steigt.

Aus einem von Schwedler ein Jahr später, am **8.6.1953**, zum wiederholten Male gestellten Antrag gehen die Gründe für die Verzögerung des Bauvorhabens und das weiterhin bestehende Interesse des Senats hervor:

Wie Sie wissen, konnte das Vorhaben im Vorjahr nicht zur Durchfüh- ←A 21 *rung kommen, weil die Grundstückseigentümer zu hohe Verkaufspreise angesetzt hatten. Inzwischen hat die Martkhallen- und Wohnbauten-Aktiengesellschaft dieses Grundstück nach langwierigen Verhandlungen übernommen und meiner Verwaltung ein Neubauprojekt nach den Plänen des Architekten, Baurat Felix Hinssen, vorgelegt. Der Bebauungsplan und das Vorprojekt zum Antrag auf Bewilligung eines Landesdarlehns im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms sind von meinen Fachverwaltungen geprüft und positiv entschieden worden.*

Es handelt sich um die Errichtung von 402 Wohnungen, die sich wie folgt gliedern:

15 1-Zimmerwohnungen	*je Whg.*	*37,0*	*m^2 Wohnfl.*
367 2-Zimmerwohnungen	*" "*	*57,0*	*" "*
10 2 1/2 Zimmerwohnungen	*" "*	*63,0*	*" "*
10 2 2/2 Zimmerwohnung.	*" "*	*72,0*	*" " .*

Die Gesamtbaukosten sind mit 6,65 Mio DM, einschließlich 600.000.– DM Baunebenkosten, angegeben. Insgesamt werden 22.655 qm Wohnfläche erstellt.

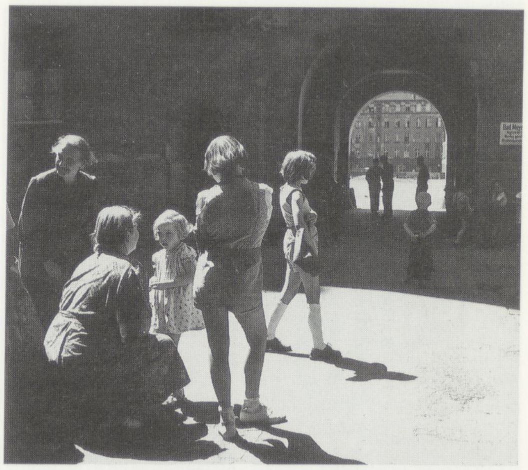
Das Grundstück liegt unmittelbar an der Sektorengrenze in einem Gebiet, das heute noch – trotz der großen Zerstörungen – zu den dicht besiedeltsten Teilen Berlins gehört.

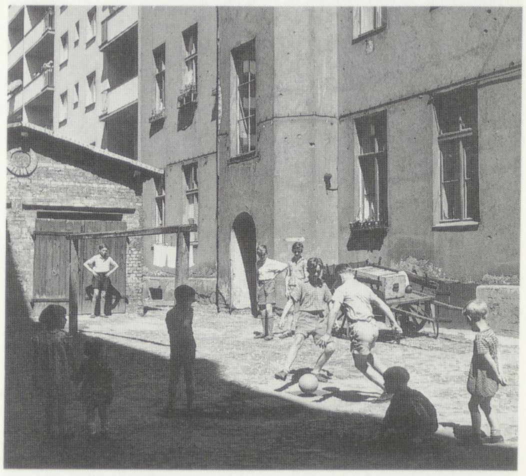
Auf dem direkt angrenzenden Grundstück, dem sogenannten „Meierhof“, wohnten z.B. in einem Vorderhaus und 5 Quergebäuden über 2.000 Menschen. Die Bebauung des Grundstücks „Thomashof“ war die gleiche. Durch die Kampfhandlungen sind die Gebäude auf dem Grundstück „Thomashof“ bis auf einen Fabrikflügel total zerstört.

Es gibt für Berlin kein geeigneteres Objekt, bei dem auch den Bewohnern des Ostsektors gezeigt werden kann, wie sich der heutige Städtebauer die Bebauung eines Geländes in der Innenstadt vorstellt. Dazu ist eine vollkommen neue Erschließung des Grundstücks notwendig. Dabei: Beseitigung noch bestehender alter Fundamente, Umlegung bezw. Neuverlegung der Versorgungs- und Entsorgungsleitungen, Bau von Erschließungswegen (Wohnwegen). Außerdem ist es die Absicht des Bauherren, Einbauküchen vorzusehen.

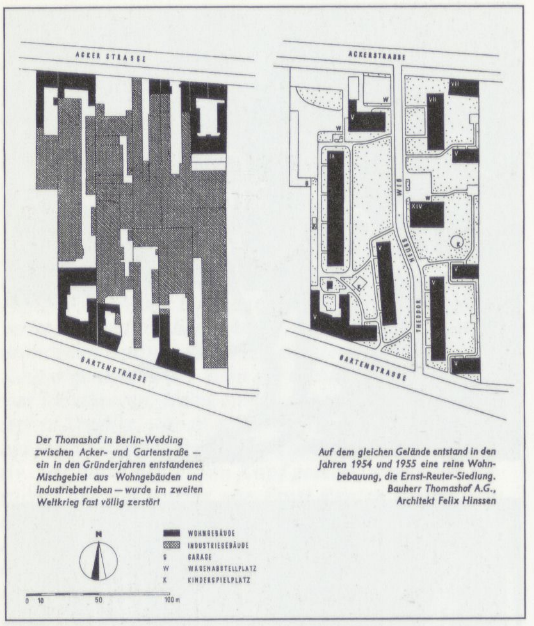
Die Behauptung, die frühere Bebauung des Thomashofs sei die gleiche gewesen wie die von Meyer's-Hof, kann mit der völligen Ortsunkenntnis des Antragstellers, aber auch mit seiner Absicht, Geld aus dem Topf für „Versuchs- und Vergleichsbauten“ zu erhalten, zusammenhängen. Beantragt werden 400.000,– DM für Einbauküchen und 800.000,– DM für den „Aufbau Thomashof“ insgesamt. Der Antrag wird nur bezüglich der Einbauküchen bewilligt, denn mehr Geld steht für das Haushaltsjahr **1953** nicht mehr zur Verfügung. Die im **April 1952** versprochenen Mittel waren im Haushaltsjahr **1952** bereits anderweitig vergeben worden. Anlaß für den ←A 22 erneuten Antrag war ein von dem Architekten Felix Hinssen für die „Markthallen- und Wohnbauten AG“ eingereichter Entwurf für den Thomashof. Am **5.5.1953** verfaßt Herbert Klatt im Stadtplanungsamt Wedding seine Stellungnahme zu dem vorliegenden Bauantrag: →B 23

Die ehemaligen Industriehallen und Gebäude sind mehr oder minder ←A 23





Meyer's-Hof am 9.7.1956



Der Thomashof in Berlin-Wedding zwischen Acker- und Gartenstraße — ein in den Gründerjahren entstandenes Mischgebiet aus Wohngebäuden und Industriebetrieben — wurde im zweiten Weltkrieg fast völlig zerstört

Auf dem gleichen Gelände entstand in den Jahren 1954 und 1955 eine reine Wohnbebauung, die Ernst-Reuter-Siedlung. Bauherr Thomashof A.G., Architekt Felix Hinssen

schwer beschädigt, bzw. abgeräumt. Die noch vorhandenen Gebäudereste werden vor Baubeginn beseitigt. Das auf dem Grundstück noch gut erhaltene 5geschossige Fabrikgebäude mit schwerer Dielenkonstruktion wurde in die Planung miteinbezogen. Die vorhandene Randbebauung Ackerstr. 123–125 wird durch eine zu einem späteren Zeitpunkt erfolgende Sanierung der modernen Bebauung angepaßt.

Das Projekt zeigt eine lockere, weiträumige und gestaffelte Gliederung, welche durch ein 13geschossiges Punkthaus, eine 10geschossige Zeile, zwei 7geschossige Baukörper und weitere 5geschossige Wohnhäuser gebildet wird.

Das Gelände wird durch eine geschwungene Wohnstraße, welche die Ackerstr. und die Gartenstr. verbindet, erschlossen, von welcher Wohnwege zu den Bauten führen.

Die erdgeschossigen Wohnungen erhalten größtenteils Mietergärten, der Rest der Freiflächen wird von Parkanlagen eingenommen. Zwei Kinderspielplätze sind vorgesehen. Wageneinstellplätze können durch teilweise Veränderung der Gartenstr. erzielt werden.

Der städtebauliche Entwurf wurde vom Stapla beeinflußt. Er entspricht der bezirklichen Auffassung. Die Stellung der Baukörper bedarf kleiner Korrekturen durch Ausschwenken aus der Parallelstellung. Dem Punkthaus
←B 24 *als dominierendes Bauwerk wurde die 10geschossige Scheibe gegenübergestellt, welche Gegengewicht und Raumabschluß bildet. Die verschiedenen durch die Stellung der Baukörper entstehenden platzartigen Räume sind unsymmetrisch und absichtlich unrepräsentativ.*

Die Grundrisse finden im ganzen unsere Zustimmung. Die Fassaden werden nur als Schema gewertet.

Eine Überprüfung der Typen hinsichtlich der Einhaltung des Wohnungsbaugesetzes und der Din-Normen wurde noch nicht durchgeführt.

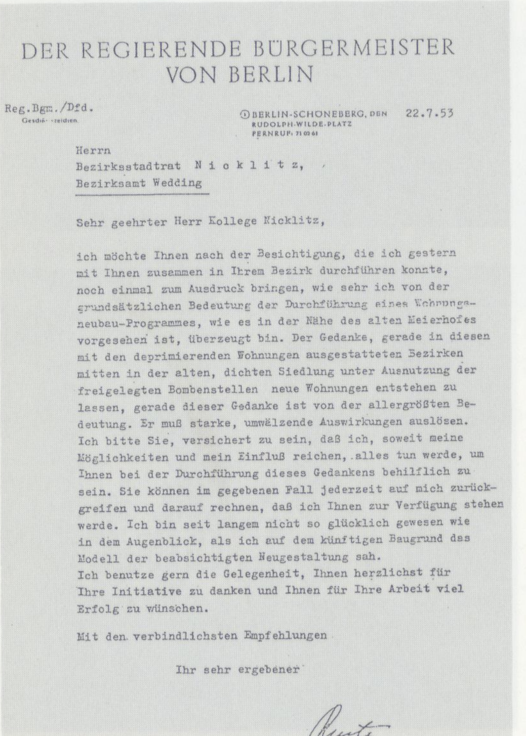
Das Fabrikgebäude wird durch Umbau in ein Wohngebäude verwandelt und durch Fortführung des Seitenflügels bis zur Ackerstr. an die Randbebauung angehängt. Für diesen Teil wird eine eingehende Überarbeitung empfohlen. Die mehr als 5geschossigen Gebäude erhalten Fahrstühle.

Der 7geschossige Zeilenkopf, welcher an Meyershof anschließt, hat dieselbe Traufhöhe wie das Nachbarhaus.

Die Bebauung des Geländes der Thomashof AG. mit Wohnhäusern wird deshalb besonders begrüßt, weil hier eine städtebaulich abzulehnende Mischung von Industriebetrieben und Wohnstätten beseitigt wird.

Zu begrüßen ist ferner, daß dieses große Bauvorhaben von gutem Niveau privatwirtschaftlich getragen wird, und dies um so mehr, als die weiträumige Bebauung ein richtungweisendes Beispiel für den Umbau und die Entkernung der anschließenden übervölkerten und abgewohnten Altbaugebiete
←A 24 *darstellt.*

Auf die hohe politische Bedeutung der Ausführung von Wohnbauten in größerem Zusammenhang in der Nähe der Sektorengrenze wird hingewiesen.


DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER
VON BERLIN

Reg.Bgm./Dfd.
Geschäftszeichen

(1) BERLIN-SCHÖNEBERG, DEN 22.7.53
RUDOLPH-WILDE-PLATZ
FERNRUF: 71 02 61

Herrn
Bezirksstadtrat N i c k l i t z,
Bezirksamt Wedding

Sehr geehrter Herr Kollege Nicklitz,

ich möchte Ihnen nach der Besichtigung, die ich gestern mit Ihnen zusammen in Ihrem Bezirk durchführen konnte, noch einmal zum Ausdruck bringen, wie sehr ich von der grundsätzlichen Bedeutung der Durchführung eines Wohnungsneubau-Programmes, wie es in der Nähe des alten Meierhofes vorgesehen ist, überzeugt bin. Der Gedanke, gerade in diesen mit den deprimierenden Wohnungen ausgestatteten Bezirken mitten in der alten, dichten Siedlung unter Ausnutzung der freigelegten Bombenstellen neue Wohnungen entstehen zu lassen, gerade dieser Gedanke ist von der allergrößten Bedeutung. Er muß starke, umwälzende Auswirkungen auslösen. Ich bitte Sie, versichert zu sein, daß ich, soweit meine Möglichkeiten und mein Einfluß reichen, alles tun werde, um Ihnen bei der Durchführung dieses Gedankens behilflich zu sein. Sie können im gegebenen Fall jederzeit auf mich zurückgreifen und darauf rechnen, daß ich Ihnen zur Verfügung stehen werde. Ich bin seit langem nicht so glücklich gewesen wie in dem Augenblick, als ich auf dem künftigen Baugrund das Modell der beabsichtigten Neugestaltung sah.
Ich benutze gern die Gelegenheit, Ihnen herzlichst für Ihre Initiative zu danken und Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg zu wünschen.

Mit den verbindlichsten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Reuter
(Reuter)

Finanziert wird das Projekt über ein Landesdarlehen in Höhe von 5,7 Mio DM im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Die Mittel dazu kommen zum überwiegenden Teil aus Bonn und aus den USA in Form von GARIOA-Mitteln. Über diese Gelder ist seit **Juni 1952** im Bundestag und im MSA-Ausschuß, der die Gelder aus dem Marshallplan vergibt, verhandelt worden. Sie werden dem Westberliner Haushalt mit dem Ziel zur Verfügung gestellt, sowohl Wohnungen für Flüchtlinge aus der DDR zu bauen als auch für Facharbeiter, die in Berlin (West) arbeiten, aber in Berlin (DDR) wohnen und die nach einer befürchteten Schließung der Sektorengrenze die Westberliner Industrie produktionsunfähig machen würden. Diese Zweckbestimmung der Mittel spiegelt sich in der späteren Belegung der „Ernst-Reuter-Siedlung".

→A 25 Der Antrag auf die nicht bewilligte Zusatzförderung durch Forschungsmittel wird am **8.1.1954** zugunsten der Förderung des Wiederaufbaus des Hansaviertels im Rahmen einer für **1956** geplanten Internationalen Bauausstellung zurückgezogen, ein Plan, der bereits im **Januar 1953** vom Westberliner Senat in Bonn eingereicht worden war.

Wir vermuten, daß der Grundstein für den „Thomashof" im **Sommer 1953** gelegt worden ist, denn Ernst Reuter sieht sich auf der Baustelle das Modell an und schreibt am **22.7.1953** diesbezüglich an Nicklitz. Ernst Reu-
→L 34 ter stirbt zwei Monate später, am **29.9.1953**. Baubeginn ist der **10.10.1953**.

Am **20.11.1953** berichtet die „Nord-Berliner Lokal-Zeitung" über die Fortschritte des Baus, die Besitzverhältnisse, über die tatsächliche Höhe des Hochhauses und seine erhoffte Wirkung:

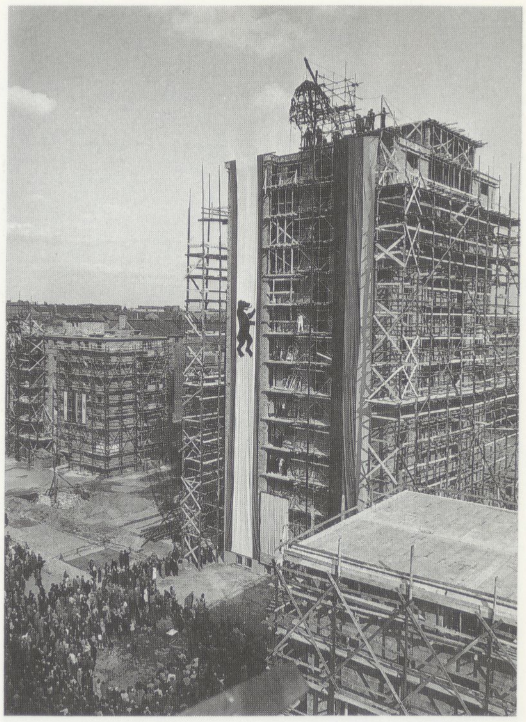
Neue Wohnsiedlung auf alten Hinterhöfen

Hochhäuser auf dem Thomas-Hof

In seinem Kampf gegen die Wohnungsnot ist es dem Bezirksamt Wedding nach langen Verhandlungen endlich und zum erstenmal gelungen, im ältesten und dichtest besiedelten Teil des Weddings, unmittelbar an der Sektorengrenze, mit dem Bau einer lichtdurchfluteten Wohnsiedlung zwischen Grünanlagen zu beginnen.

Auf dem Gelände des Thomas-Hofes an der Ackerstraße, einer Fläche von ehemals sechs industriell genutzten Grundstücken mit vielen Hinterhöfen, wird jetzt schon tüchtig gebaut. Nach den Plänen des Architekten, Diplom-Ingenieurs Felix Hinssen, entstehen hier ein 15geschossiges Punkthochhaus, ein neungeschossiges Wohnhochhaus und sieben- und fünfgeschossige Wohnblocks. Im ersten Bauabschnitt sollen 402 Neubauwohnungen geschaffen werden. Die Häuser werden alle 1-, 2-, $2^{1}/_{2}$- und $2^{2}/_{2}$-Zimmer-Wohnungen haben. Der gesamte Komplex erhält eine moderne, zentrale Heizanlage, und sämtliche Wohnungen bekommen Bad und Warmwasser. Ferner sind eine zentrale Waschanstalt, Kindergärten und Garagen, Fahrstühle und Müllschlucker vorgesehen.

Bezirksstadtrat Nicklitz sagte uns, der Bau dieser Siedlung sei nur möglich, weil es dem Direktor der Berliner Markthallen- und Wohnungsbaugesellschaft, Müller-Reppen, gelungen ist, nach schwierigen Verhandlungen das Aktienkapital der ehemaligen Thomas-Hof A.G. und damit die sechs dieser Gesellschaft gehörenden Handtuchgrundstücke zwischen Gartenplatz, Gartenstraße und Ackerstraße zu erwerben. Die Planungsabteilung des Bezirks Wedding verspricht sich von der Fertigstellung der Wohnsiedlung Thomas-Hof, die unmittelbar neben dem berühmten Meiershof mit ehemals sieben Hinterhöfen entsteht, eine Anregung für die Weddinger Grundbesitzer, sich zu Aufbaugemeinschaften zusammenzuschließen. Auch für die Ostberliner und die Besucher aus der Zone, die auf dem Stettiner Bahnhof ankommen, werde das weithin sichtbare Wohnhochhaus ein Beweis dafür sein, daß auch auf ältestem Berliner Boden mit neuem Bauen begonnen wurde. ←L 35



→B 25 Das Richtfest des Hochhauses im „Thomashof" am 24.4.1954

→B 26

Die Einweihung der „Ernst-Reuter-Siedlung" durch Theodor Heuss am 18.7.1954

Es fällt auf, daß sich die Geschoßzahl des Punkthochhauses gegenüber der Baubeschreibung vom **Mai 1953** von 13 auf 15 Geschosse erhöht hat. Das mag damit zusammenhängen, daß das ursprünglich als Gegenstück zum 9geschossigen Hochhaus an der Weberwiese gedachte Punkthochhaus mit den Hochhäusern am Strausberger Platz inzwischen eine 13geschossige Konkurrenz bekommen hat. Möglicherweise liegt hier der Grund, weshalb der nach Aussage von Walter Nicklitz an äußerster Ausnutzung seines Grundstücks interessierte private Bauherr die Ausnahmegenehmigung des Senats erhalten hat.

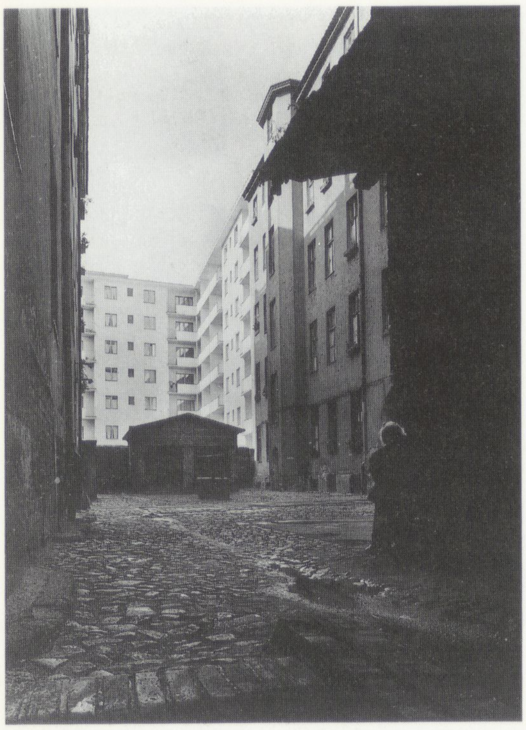
Am **22.3.1954** beschließt der Senat von Berlin (West) neben der Umbenennung einer Schule, eines Platzes, eines Kraftwerks und eines Hauses auch die Umbenennung der Wohnanlage „Thomashof" in „Ernst-Reuter-Siedlung", obwohl sie gerade erst im Rohbau fertig ist. Mit diesem Namen wird die Wohnanlage, die in den vorhandenen Altbau eingepaßt ist, zur „Siedlung" erklärt und damit bewußt an die Tradition der 20er-Jahre-Großsiedlungen am Stadtrand angeknüpft. Der „Thomashof" wird durch diese Umbenennung zur Legende, und in den Köpfen eiliger Journalisten vereinigt er sich mit Meyer's-Hof. Das hört sich in einer offiziellen Senatspublikation so an: *Im Bezirk Wedding wurde der „Thomashof" total zerstört. Dort wohnten einmal in einem Vorderhaus und fünf Quergebäuden rund 2000 Menschen.* ←L 36

Das Richtfest für die Gesamtanlage findet am **24.4.1954** statt. Am **18.7. 1954** wird die „Ernst-Reuter-Siedlung" eingeweiht. Eine Büste von Ernst Reuter wird aufgestellt, und Theodor Heuss hält die Ansprache.

Der Weg, der durch die Siedlung führt, wird nach Theodor Heuss benannt. Walther Schreiber, der Nachfolger von Ernst Reuter, sagt, welche Hoffnungen er damit verbindet:

Ich hoffe, meine lieben Weddinger, Sie werden, wenn Sie sich in Freundschaft und Kameradschaft auf dem „Theodor-Heuss-Weg" begegnen, immer daran denken, daß unser Bundespräsident uns den Weg zu einer neuen und schöneren Volksgemeinschaft führt, als wir sie jemals gehabt haben, ein Weg zu Vaterland und Freiheit. ←L 37

Die Ernst-Reuter-Siedlung soll modellhaft zeigen, wie der Wedding nach einer Sanierung aussehen könnte. Mit dem Laubenganghaus an der Ackerstraße, dem inneren Grünraum, den Mietergärten und der aufgelockerten Bebauung nimmt sie, übertragen durch den Bebauungsplan von Herbert Klatt, Elemente aus der Planung für die Wohnzelle Friedrichshain auf. Das ←S.337 Hochhaus wetteifert nicht nur mit dem niedrigeren „kommunistischen" Vorbild an der Weberwiese, sondern ist auch, indem die Ernst-Reuter-Siedlung in dem im anderen Teil der Stadt zur gleichen Zeit so verteufelten „Eierkistenstil" gebaut wird, das architektonische Gegenstück zum „Zuk- ←S.343 kerbäckerstil" der Stalinallee. Beide wiederum, Ernst-Reuter-Siedlung und Stalinallee, haben einen gemeinsamen „Gegner", den sie überwinden wollen: die „Berliner Mietskaserne", verkörpert durch „Meyer's-Hof". Was für



Direkt benachbart: Meyer's-Hof und die Ernst-Reuter-Siedlung ←B 28

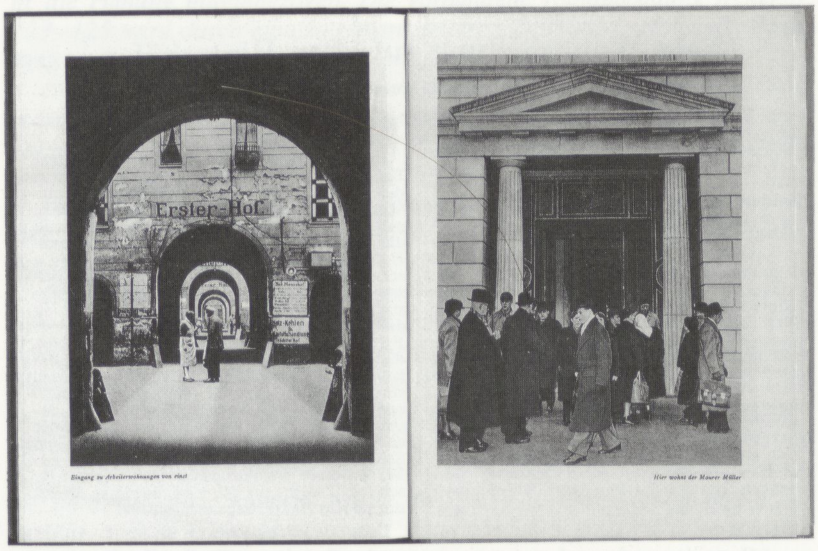
Ernst-Reuter-Siedlung und Meyer's-Hof

In den 50er und 60er Jahren gehört der Besuch der beiden direkt benachbarten Gebäudekomplexe in der Ackerstraße zum festen Bestandteil jeder Stadtrundfahrt durch den Wedding. Als Gegensatzpaar sollen sie den Unterschied des Neuen und des Alten Berlin symbolisieren. Im Material einer vom Bezirksamt Wedding für Bezirksverordnete und Deputierte organisierten Rundfahrt vom **4.4.1959** findet sich beispielhaft die aus Klischeevorstellungen zusammengestellte Erklärung des Stadtführers:

Meyershof. Direkt neben der Reuter-Siedlung liegt der unrühmlich bekannte Meyershof, Sinnbild der alten Mietskaserne, die maßlosem Streben nach Ausnützung und Rendite ihre Entstehung verdankt. 1874 erbaut, nach dem gewonnenen Kriege. In 6 fünfgeschossigen engstehenden Quergebäuden mit schluchtartigen Höfen und einem Fabrikgebäude hausten hier 1 000 Menschen in 227 Wohnungen. Kaum Licht, kaum Luft, kaum Sonne drangen in die Wohnungen. Kein Baum, kein Strauch, die das trübe Bild erhellen, kein Platz, wo Kinder spielen konnten. Mangelhafte hygienische Einrichtungen vervollständigten ein schreckliches Beispiel, welches in die Städtebau-Literatur eingegangen ist.

Die Ernst-Reuter-Siedlung in der Ackerstraße wurde 1953–55 auf einem Gelände errichtet, das vor dem Krieg ein Industriegrundstück im eng bebauten Wohngebiet war. Das „Milljöh" von Heinrich Zille war hier zu Hause, dessen Zeichnungen nicht zuletzt die Wohnungspolitik jener Zeit anklagen. Jetzt befinden sich hier 430 Wohnungen in einer modernen Anlage umgeben von Grün und Mietergärten. Ackerstraße 123–25, ein Teilstück der Siedlung, ist eines der ersten Sanierungsprojekte im Wedding, – Abriß der alten Bruchbuden und Ersetzung durch einen Neubau, da Reparatur und Modernisierung für die private Wohnungsgesellschaft unwirtschaftlich gewesen wäre.

die Ernst-Reuter-Siedlung durch die direkte Nachbarschaft zu fotografieren oder bei Besichtigungsfahrten zu zeigen ist, muß für die Stalinallee durch die Gegenüberstellung von Fotografien veranschaulicht werden.



→B 27 Die Eingänge von Meyer's-Hof und von einem der Wohnpaläste an der Stalinallee als Gegensatzpaar in dem 1952 erschienenen Bildband „Berlin – heute und morgen"

6.2.2 Die Kösliner Straße im Sanierungsplan für den Wedding

Gleichzeitig mit den SPD-Politikern im Stadtplanungsamt Wedding, aber zunächst unabhängig von ihnen, nimmt im **April 1952** auch Oberbaurat a.D. Erich Frank, der in den 30er Jahren die Untersuchungen zur Sanierung durchgeführt hatte, seine Pläne zur Umgestaltung der Kösliner Straße
→S.550 wieder auf. Die von ihm vorgeschlagene *Lüftung* der Blöcke ist durch die Bombardierung erfolgt, so daß sich hier günstige Bedingungen für eine aufgelockerte neue Bebauung bieten. So sind die Häuser auf den nebeneinander liegenden Grundstücken 20–33 und vor allem die der großen, zur Panke hin liegenden Grundstücke 4–10 total zerstört. Da auch die Vorderhäuser von Nr. 2 und 3 zerstört sind, bieten sich gerade diese Grundstücke auf der
←A 26 Ostseite für eine zusammenhängende Neubebauung an. Am **6.6.1953** faßt Erich Frank seine bisherigen Versuche zur Vorbereitung einer Neubebauung in einem „neutralisierten Lebenslauf des Bebauungsplans Kösliner Straße" zusammen:

→A 27 *Den ersten Vorstoß zur Wiederbebauung des obigen ausgebombten Geländes unternahm ich durch ein Schreiben vom 24.4.52 mit Bebauungsskizzen. Ich habe dann von mir aus ohne irgendwelchen Auftrag eine Reihe von Bebauungsmöglichkeiten zeichnerisch durchgearbeitet und die*
←S.559 *Grundstückseigentümer des Blockes zu einer Besprechung am 4.7.52 geladen. Die Versammelten haben mir danach die Zustimmung erteilt, mit dem Bezirk über die Wiederbebauung zu verhandeln.*

Mitte Juli hatte ich die erste Besprechung mit Herrn Bezirksstadtrat Nicklitz, der sofort auf meine Pläne einging und mir jederzeit jede nur mögliche Unterstützung gab. Sein Wunsch, noch 1952 mit dem Wiederaufbau praktisch anzufangen, mußte an der Unzahl von Schwierigkeiten scheitern, die fast ausschließlich in den Verhältnissen der Grundstücke lagen. Auch der Schnitt der Grundstücke ist dergestalt, daß nur durch eine Zusammenfassung zum mindesten mehrerer Grundstücke eine Bebauung möglich ist, daß den heutigen Gesichtspunkten in städtebaulicher und wohnungspolitischer Hinsicht Genüge getan werden kann.

Die Verhältnisse der in Frage kommenden Grundstücke der Kösliner Str. für den ersten Bauabschnitt sind folgende:

Haus 1:

Eigentümer wohnt im Ausland.

Dieser ist seit Anfang dieses Monats für längere Zeit in Berlin, um sich um seine Grundstücke, die ihm im Restitutionsverfahren wieder zugesprochen wurden, selber annehmen zu können. Seine Anteilnahme am Wiederaufbau ist wahrscheinlich, eine schriftliche Zusage liegt noch nicht vor.

Haus 2:
Eigentümer wohnhaft in Berlin – ist mit dem Wiederaufbau einverstanden und mit Haus 1 eine Aufbaugemeinschaft für eine Häuserzeile mit 40 Wohnungen bilden. →A 17
Haus 3:
Eigentümer wohnhaft in Berlin – will nicht bauen –. Bei noch nicht 1000,– DM rechnerischem Jahresüberschuß ist ihm das Risiko bei einer neuen Schuldenlast von rund 800 000,– DM (persönliche Schuld) zu groß. Grundstückseigentümer ist bereit, zum Steuereinheitswert zu verkaufen.
Haus 4:
Eigentümer: Ausländische Bank (einziges Grundstück ohne Althypotheken). Grdeig. will nicht bauen, aber zum Steuereinheitswert verkaufen.
Haus 5:
Gemeinschaftliches Eigentum. Miteigentümer durch Restitutionsanspruch, will nicht bauen, ist aber bereit, gegen Zahlung von 6 500,– DM den Anteil abzutreten, jedoch nicht den Anspruch aus dem Lastenausgleich.
Haus 6:
Erbengemeinschaft von 4 Miteigentümern, davon sind 3 aufbauwillig, einer will abgefunden werden gegen Zahlung von 2 750,– DM. →S.558
Haus 7:
Ausländische Erbengemeinschaft, hat kein Interesse am Wiederaufbau. Eigentümer von Haus 8 möchte dieses Grundstück gern übernehmen, um es zusammen mit Haus 8 zu bebauen und selbst zu verwalten. Leider ist er wie alle anderen mittellos.
Haus 8:
Eigentümer ist aufbauwillig, aber mittellos.

Schwierig ist die Beschaffung von 6 500,– DM zur Ablösung des Miteigentümers von Haus 5. Die Mittelbeschaffung wäre nicht schwer, wenn die Stadt den ca. 10 m Geländestreifen an der Panke zur Anlegung eines Uferweges jetzt erwirbt. Die Durchführung des Uferweges ist aber z.Z. nicht möglich, weil die beiden Endgrundstücke im Verlauf der Panke innerhalb des Baublockes vor kurzem von der IRSO beschlagnahmt sind, die Erledigung des kommenden Restitutionsverfahrens kann unter Umständen noch Jahre dauern.

Im ersten Bauabschnitt sind 4 Häuserzeilen mit 150 Wohnungen vorgesehen. Für 1 Häuserzeile hat eine Siedlungsgesellschaft Interesse. Sie muß aber die Grundstücke Haus 3 und 4 erwerben, was bei der Forderung des Steuereinheitswertes wirtschaftlich ein sehr schwieriges Unterfangen darstellt.

In städtebaulicher Hinsicht sind alle Voraussetzungen durch Verhandlungen mit dem Bezirk und dem Hauptplanungsamt geklärt. Da die Entscheidungen über die verschiedenen Ablösungen an Miteigentümer in Kürze geklärt sein werden, soll der Kreditantrag noch in diesem Monat gestellt werden, um keine Zeit zu verlieren. Mit der Kreditbewilligung ist im Laufe des Herbstes zu rechnen unter der Voraussetzung, daß die letzten Verhandlungen über die Ablösungen und die Beschaffung der Geldmittel dafür nicht wieder auf neue Schwierigkeiten stoßen. Ebenso muß der Erwerb der Grundstücke Haus 3 und 4 zu tragbaren Bedingungen möglich sein.

Wenn die obigen Annahmen sich verwirklichen lassen, kann mit Ende dieses Jahres, spätestens Anfang nächsten Jahres mit dem Beginn des praktischen Wiederaufbaues gerechnet werden.

gez. Dr. E. Frank

Die Erwartungen von Erich Frank, daß **1954** mit der Bebauung begonnen werden kann, erweisen sich als Illusion. Zwischen dem **26.4.** und **24.5. 1954** gelingt es dem Architekten Sobotka, der bereits **1950** einen Bebauungsplan für das Gebiet um den Nettelbeckplatz als Vorschlag ausgearbeitet hatte, ←S.556 die Grundstücke Kösliner Straße 4, 5 und 9 zu kaufen und damit die Planung von Erich Frank zu vereiteln. Am **1.6.1954** wird im Weddinger Amt für Stadtplanung ein Bebauungsplan für die Kösliner Straße gezeichnet, in den nicht nur die Erfahrungen des Planungsamtsleiters Herbert Klatt mit dem Entwurf für die Wohnzelle Friedrichshain eingehen, sondern auch, wie ebenfalls schon beim endgültigen Bebauungsplan für die Ernst-Reuter-Siedlung, die im **Dezember 1952** vom Bonner Innenministerium und dem Wohnungsbauministerium erlassenen *Richtlinien für den städtebaulichen Luftschutz*, ←S.577 die nicht als Empfehlungen, sondern als Planungs-

Walter Nicklitz (im Gespräch vom 31.3.1987):
Zur Neubebauung der Kösliner Straße

Sehen Sie, unsere einzigen Baulandreserven waren besetzt von den Kleingärtnern und an der Spitze des Zentralverbandes der Kleingärtner war Naunyn. Da kamen wir damals noch nicht ran. Die Kösliner Straße war abgebombt. Der Frank hat mich besucht, aber ich hatte nicht den Eindruck, daß er selber (bauen wollte). Er war, glaub ich, der Leiter des Planungsamtes Zehlendorf (?). Das war einfach berufliches Interesse mich kennenzulernen und mir zu sagen: „Hör'n Sie zu, diese Ideen hatten wir schon vor 1945." Das ist mir auch bestätigt worden von einem alten Beamten namens Schlurow, das war der Chef des Hauptgrundstücksamtes und der wußte auch davon, daß in der Nazizeit . . . Das hatte aber damals dann wirklich politische Gründe. Denn selbst Lücke hat in der Kösliner Straße gesagt, wenn er hier hätte wohnen müssen, wär er wahrscheinlich auch Kommunist geworden.

(Die Kösliner Straße war ebenfalls, neben Meyer's-Hof und dem Grundstück für den Thomashof, Programmteil der Weddingbesichtigung durch die Bundestagsausschüsse im April 1952)

Sobotka und Müller hatten die Grundstücke zwischendurch auch schon mal erworben. Da war einer bei, der da nicht reinpaßte; mich hat's gewundert, daß die auf den reingefallen sind, so hab ich das dunkel in Erinnerung. Dann hat der sehr qualifizierte Architekt und technische Direktor von „1892" unserer Bitte entsprechend ein Projekt gemacht. Dann kam die Überraschung, daß dieser miese Aufsichtsrat bis auf das eine Mitglied, das aus dem Rathaus Wedding kam, der Finanzstadtrat, daß die das abgelehnt hatten: „In der Kösliner Straße und im Wedding nicht, dann lieber in den Außenbezirken." Das hab ich dann in der Konferenz aus Loyalitätsgründen ohne Namensnennung (zur Sprache gebracht). Und Dr. Bodin hat das so gewurmt, der (. . .) holte dann die Düsseldorfer Kleinwohnungsbau GmbH. Der wollte das also nicht auf sich sitzen lassen und die haben das Ding dann über die Bühne gebracht.

Auf meinen unzähligen Rundfahrten, oder wenn ich mit meiner Bilderkiste von Kneipe zu Kneipe gezogen bin, um für Verständnis (zu werben) oder um die Stimmung zu erfahren, habe ich immer sinngemäß ausgeführt: „Die Güter dieser Erde etwas gleichmäßiger, vielleicht gerechter zu verteilen, ist unmöglich. Aber die Wärme der Sonnenstrahlen sollte keine Mangelware sein für sozial minderbemittelte Schichten."

anweisungen in Form eines *vorläufigen Merkblattes* den Stadtplanungsämtern vorliegen. Diese Richtlinien verordnen die aufgelockerte Stadt.

Nachdem Sobotka am **9.10.1954** auch noch das Grundstück Nr. 7 erworben hat, verkauft er ab dem **3.11.1954** seine vier Grundstücke weiter an die „Kleinwohnungsbau gemeinnützige Baugesellschaft mbh", die ihren Sitz noch in Düsseldorf hat. Ihr gelingt es, bis zum **24.2.1955** alle Grundstücke von Nr. 4 bis 10 in der Kösliner Straße zu kaufen, und sie beauftragt daraufhin den Architekten Fritz Maiss mit der Planung der 5geschossigen Neubauten. Der Bebauungsplan des Bezirksplanungsamtes wird dabei als Grundlage übernommen.

→L 38

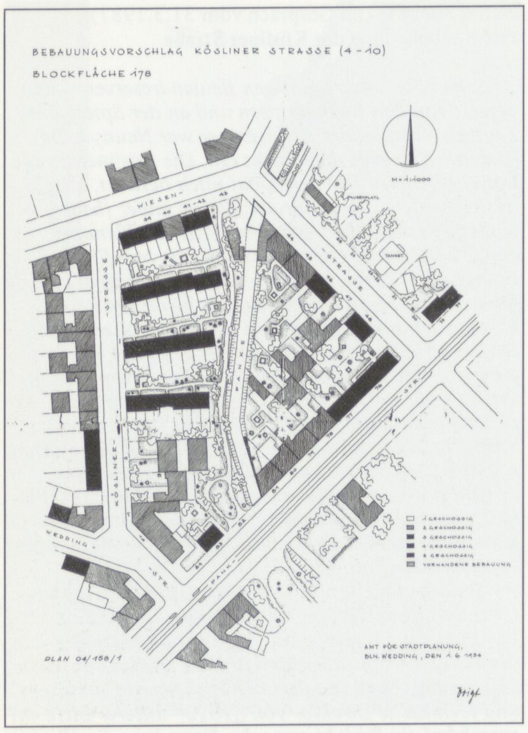
Die Bebauung erfolgt in drei Bauabschnitten. Zunächst werden die mittleren drei Zeilen und der an der Kösliner Straße gelegene Teil der nördlichen Zeile erstellt (Bezug der 155 Wohnungen: August 1956), dann wird die nördliche Zeile verlängert (Bezug der 25 Wohnungen: Januar 1958), schließlich folgt die südliche Zeile (Bezug der 45 Wohnungen: Oktober 1962).

Als der Bundestagsausschuß für Wiederaufbau im **Oktober 1955** zum zweiten Mal nach Berlin (West) kommt, ist vom Stadtplanungsamt des Bezirks Wedding für die obligatorische Stadtrundfahrt durch den Bezirk eine 36 Seite starke Broschüre zusammengestellt worden. Das „Blaue Heft" mit dem Titel „Unterlagen für die Vorbereitung eines Sanierungsgesetzes" soll anhand von Statistiken, Fotos und Plänen die Wohnverhältnisse im Wedding veranschaulichen. Auf der letzten Seite der Broschüre ist ein Schreiben der Rektorin der 5. Weddinger Grundschule an das Schulamt des Bezirks vom **9.7.1954** wiedergegeben, das auf einen alarmierenden Tatbestand aufmerksam macht:

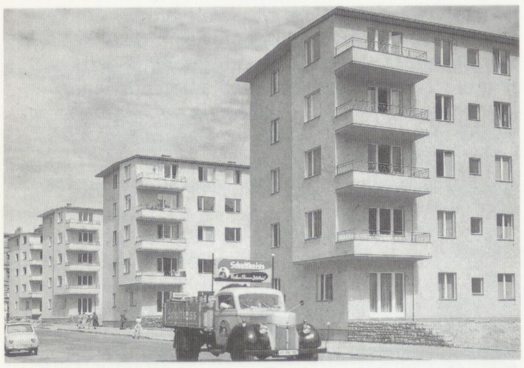
→L 39

Bei den Umschulungen der letzten Zeit macht sich eine auffallende Abwanderung in die westlichen Vororte, die nach unseren Ermittlungen recht preiswerte Wohnungen anbieten, bemerkbar. Es sind größtenteils Schüler, die nach ihrem Leistungsstand und sonstigem Verhalten recht ungern von uns abgegeben werden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, weil sich nach meinem Empfinden hier eine Umschichtung der Weddinger Bevölkerung anzubahnen scheint, der man vielleicht mit entsprechenden Maßnahmen entgegentreten könnte.

Sieht man sich die Fotografien der Weddinger Häuser in der Broschüre genauer an, so stößt man bei dem unter „Hussitenstr. 8" angegebenen Beispiel auf eine Fotografie, die aus der Untersuchung von Erich Frank stammt und **1937** aufgenommen worden ist. Das Foto zeigt nicht das Haus Hussitenstr. 8, sondern das in der Kösliner Str. 3, dessen Vorderhaus im Krieg zerstört worden ist. Es handelt sich offensichtlich um eine Verwechslung der Aufnahmen. Da es Originalabzüge von Negativen sind, die in die Broschüre, von der nur wenige Exemplare zusammengestellt worden sind, eingeklebt sind, scheint es, daß das Originalmaterial der Sanierungsuntersuchungen aus den 30er Jahren nicht verschollen ist, sondern dem Planungsamt zur Verfügung steht.

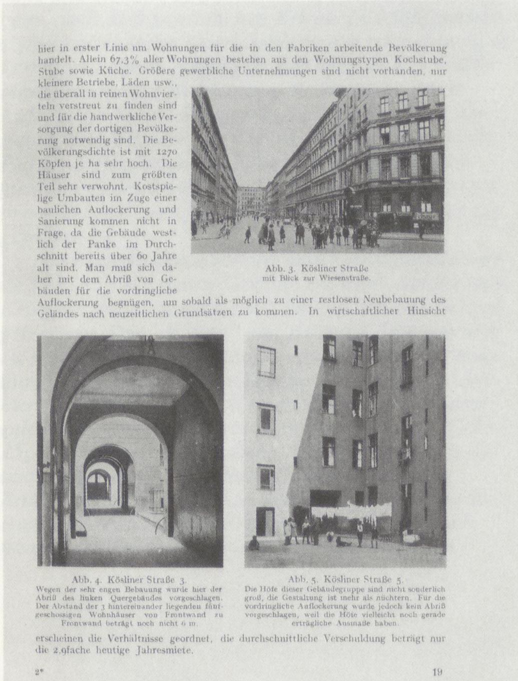


Der Bebauungsplan des Stadtplanungsamts Wedding ←B 29



Die Neubauten in der Kösliner Straße 1956 ←B 30

←S.555



hier in erster Linie um Wohnungen für die in den Fabriken arbeitende Bevölkerung handelt. Allein 67,3% aller Wohnungen bestehen aus den Wohnungstypen Kochstube, Stube sowie Küche. Größere gewerbliche Unternehmungen sind nicht vorhanden, nur kleinere Betriebe, Läden usw., die überall in reinen Wohnvierteln verstreut zu finden sind und für die handwerkliche Versorgung der dortigen Bevölkerung notwendig sind. Die Bevölkerungsdichte ist mit 1270 Köpfen je ha sehr hoch. Die Häuser sind zum größten Teil sehr verwohnt. Kostspielige Umbauten im Zuge einer baulichen Auflockerung und Sanierung kommen nicht in Frage, da die Gebäude westlich der Panke im Durchschnitt bereits über 60 Jahre alt sind. Man muß sich daher mit dem Abriß von Gebäuden für die vordringliche Auflockerung begnügen, um sobald als möglich zu einer restlosen Neubebauung des Geländes nach neuzeitlichen Grundsätzen zu kommen. In wirtschaftlicher Hinsicht

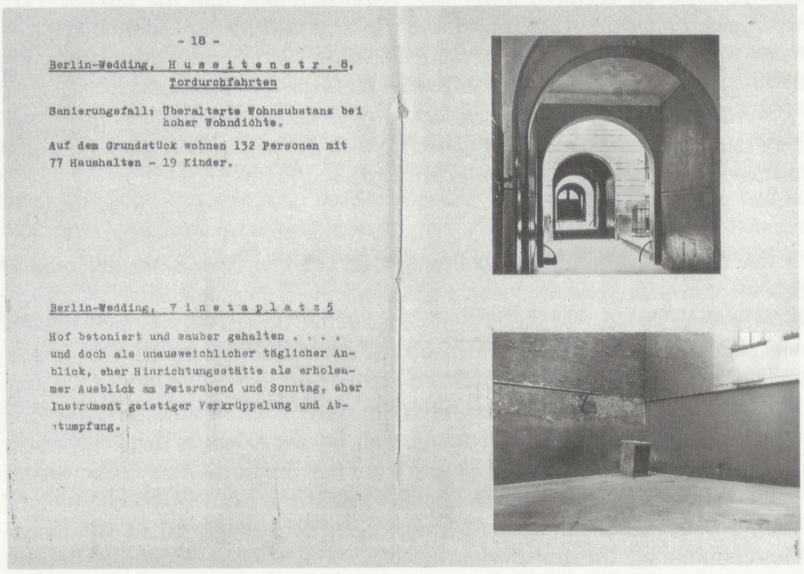
Abb. 3. Kösliner Straße
mit Blick zur Wiesenstraße.

Abb. 4. Kösliner Straße 3.
Wegen der sehr engen Bebauung wurde hier der Abriß des linken Quergebäudes vorgeschlagen. Der Abstand der 3 hintereinander liegenden fünfgeschossigen Wohnhäuser von Frontwand zu Frontwand beträgt noch nicht 6 m.

Abb. 5. Kösliner Straße 5.
Die Höfe dieser Gebäudegruppe sind nicht sonderlich groß, die Gestaltung ist mehr als nüchtern. Für die vordringliche Auflockerung wurde jedoch kein Abriß vorgeschlagen, weil die Höfe vielleicht noch gerade erträgliche Ausmaße haben.

erscheinen die Verhältnisse geordnet, die durchschnittliche Verschuldung beträgt nur die 2,9fache heutige Jahresmiete.

2* 19



\- 18 -

Berlin-Wedding, H u s s i t e n s t r . 8,
Tordurchfahrten

Sanierungsfall: Überalterte Wohnsubstanz bei hoher Wohndichte.

Auf dem Grundstück wohnen 132 Personen mit 77 Haushalten - 19 Kinder.

Berlin-Wedding, V i n e t a p l a t z 5

Hof betoniert und sauber gehalten . . . . und doch als unausweichlicher täglicher Anblick, eher Hinrichtungsstätte als erholsamer Ausblick am Feierabend und Sonntag, eher Instrument geistiger Verkrüppelung und Abstumpfung.

→B 31

Erich Frank: Geordnete Wohnungswirtschaft (1939), S. 19 ←B 32

„Unterlagen für die Vorbereitung eines Sanierungsgesetzes" (Oktober 1955) mit dem Foto der Kösliner Str. 3 aus dem Jahre 1937

Seit Anfang **1956** wird im Stadtplanungsamt des Bezirks an einer Untersuchung zur Aufstellung eines Sanierungsprogramms für den Wedding gearbeitet, für die seit dem **1.2.1956** die Soziologin Ilse Balg vom Bezirk beschäftigt wird. Sie untersucht die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Bezirks im Hinblick auf die Sanierung.

Am **11.** und **12.10.1956** tagen die beiden Bundestagsausschüsse für Wiederaufbau und Wohnungswesen sowie für Bau- und Bodenrecht unter dem Vorsitz des CDU/CSU-Abgeordneten Paul Lücke in Berlin (West). Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen die Ausschreibungen für den Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin" und den Architektenwettbewerb „Wiederaufbau Reichstagsgebäude", die Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung **1957** u.a. Themen. Am zweiten Tag geht es vor der Stadtrundfahrt und der anschließenden Beratung eines Entwurfes für ein Bundesbaugesetz um die Erörterung eines Antrages des SPD-Abgeordneten Putzig auf *Bereitstellung von 100 Mio DM zur Beseitigung der* ←A 28
Elendsquartiere. Das Protokoll vom **12.10.1956** vermerkt dazu:

Abg. Putzig vertritt die Ansicht, daß die Elendsquartiere in 3 bis 4 Jahren beseitigt werden müßten, und empfiehlt Bereitstellung von 100 Mio DM Sondermittel innerhalb von 3 oder 4 Jahren. ←A 29

Die evtl. zu erwartenden Schwierigkeiten von seiten des Bundesrates und des Bundestages müßten zu überwinden sein.

Abg. Jacobi empfiehlt, der Berliner Senat für Bau- und Wohnungswesen solle eine Anregung mit sorgfältig erarbeiteten Unterlagen usw. für die Bereitstellung von 100 Mio DM im Sonderprogramm nach Bonn geben, die dann von ihm und seinen Freunden unterstützt würde.

Auch der Vorsitzende sagt die Unterstützung seiner politischen Freunde zu und meint, daß die Slum-Bereinigung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues durchgeführt werden müßte. Die Frage der Mittelbereitstellung müsse jedoch auch im Wirtschaftskabinett behandelt werden. Im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffung in Berlin würde sicherlich das Kabinett diesen Vorschlag wohlwollend prüfen. Eine Meinungsverschiedenheit gebe es in diesem Punkte wohl nicht, aber der Berliner Senat müsse die entsprechende Anregung geben, die dann in Bonn mit allen in Frage kommenden Stellen besprochen werden müßte.

Abg. Hauffe möchte eindeutig die Frage entschieden sehen, ob tatsächlich 100 Mio DM als Sondermittel bereitgestellt werden sollten. Es wird vorgeschlagen, im Laufe von 4 Jahren 100 Mio DM im Rahmen eines Sonderprogrammes vornehmlich für die Beseitigung von Elendsquartieren an der Sektorengrenze zu beantragen.

Nachdem Senator Schwedler erklärt hat, daß mit der Übermittlung eines konkreten Programms mit allen Unterlagen in etwa 4 bis 6 Wochen gerechnet werden könne, gibt der Vorsitzende bekannt, daß nach Eingang dieses Materials der Ausschuß eingehend den Antrag von Abg. Putzig beraten werde.

Zeitgemäße Neubauten

SPD fordert Sanierungsprogramm

Mit einem dringenden Berliner Problem wird sich am Freitag der Bau- und Wohnungsausschuß des Bundestages in der TU beschäftigen. Es handelt sich um die Beseitigung der alten, dichtgedrängten und ungesunden Wohnzentren im Stadtinnern und den Neubau nach zeitgemäßen Anschauungen. Dem Ausschuß liegt bereits seit langer Zeit ein SPD-Antrag vor, für dieses Sanierungsprogramm 100 Millionen DM aus Bundesmitteln bereitzustellen. Gestern besichtigte Oppositionsführer Ollenhauer auf einer Rundfahrt mit Bezirksbürgermeister Mattis alte und neugeschaffene Wohngegenden am Wedding. Nach amtlichen Unterlagen werden allein für diesen Bezirk etwa 43 Millionen DM zur Sanierung benötigt. Weitere Beträge sollen vor allem den anderen an der Sektorengrenze liegenden Bezirken zugute kommen.

→L 40 „Die Welt" vom Donnerstag, 11.10.1956

Unter der Überschrift *Mietskasernen sollen verschwinden* berichtet der „Tagesspiegel" am nächsten Tag:

Für einen Abbruch der überalterten Berliner Mietskasernen und eine Umquartierung ihrer Bewohner hat sich gestern der Bau- und Wohnungsausschuß des Bundestages in Berlin ausgesprochen. Er forderte den Senat auf, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. In einem interfraktionellen Antrag soll dann erreicht werden, daß Berlin für diesen Zweck Sondermittel des Bundes in Höhe von etwa 100 Millionen DM erhält, die nicht mit den Bundeszuschüssen für den sozialen Wohnungsbau und der allgemeinen Finanzhilfe des Bundes für Berlin verrechnet werden sollen. ←L 41

Die Aufforderung wird vom Bezirksamt Wedding angenommen. Zwischen dem **31.10.** und **10.11.1956** zeichnet Herbert Klatt die Pläne für 11 ausgesuchte Sanierungsblöcke, die bis auf einen (Kösliner Straße) in unmittelbarer Nähe der Sektorengrenze liegen. Am **7.12.1956** übersendet Walter Nicklitz das Sanierungsprogramm mit einem Begleitschreiben dem Senator für Bau- und Wohnungswesen, Rolf Schwedler:

Aus der bei mehrfachen Besichtigungen überalterter verslumter Wohngebiete und einzelner Verfallswohnungen im Bezirk Wedding und in anderen Altstadtbezirken gewonnenen Erkenntnis der Gefahren für den sozialen Frieden dieser „Keimzellen der Zersetzung", insbesondere im Blickwinkel des aggressiven Bolschewismus in Berlin haben die Bundestagsaus- ←A 30

Walter Nicklitz (Dezember 1956):
Grundsätze der Sanierung

Ziel der Sanierung ist nicht ein ästhetischer Städtebau, sondern Bewältigung einer humanitären Aufgabe.

Der humanitäre wie der sozialpolitische Hintergrund erfordern unabdingbar, aus den gefährlichen Versäumnissen der Vergangenheit die Lehre zu ziehen und den Bewohnern von Elendsvierteln gesunde Wohnmöglichkeiten zu verschaffen – und zwar aus Sondermitteln außerhalb des sozialen Wohnungsbauprogramms; erst damit wird die Gemeinde in die Lage versetzt, gesundheitsschädigende Wohnungen räumen zu lassen.

Es wird nicht als Aufgabe der Gemeinde angesehen, daß sie die Sanierung selbst durchführt. Die Durchführung der Sanierung ist vielmehr Sanierungsbetreuern der privaten und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft anheimzugeben. Die öffentliche Hand wird jedoch den Sanierungsbetreuern die Übernahme der unrentierlichen Kosten aus öffentlichen Mitteln zu garantieren haben.

Die Sanierungsbetreuer werden gehalten sein, vorsorgliche Grundstückspolitik zu treiben. Als Grundlage zum ersten Anlaufen der Sanierung wird die öffentliche Hand nicht umhin können, überdies Finanzierungsmittel als Vorlage von produktiven Kosten für den Ankauf von Grundstücken wie für den Ersatzbau frei zu machen.

Die Rückflüsse dürften Gewähr bieten für eine kontinuierliche revolvierende Sanierung.

Eine jede Sanierungsaufgabe wird nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn eine elastische Methodik die aus der jeweiligen subjektiven und objektiven Situation sich ergebenden Möglichkeit verwertet.

Gemäß dem sozialpolitischen Charakter der Sanierungsmaßnahmen sind im Bezirk Wedding von Berlin geschlossene Sanierungsgebiete ausgewählt worden, und zwar grenznah in der unmittelbaren Optik des sowjetisch besetzten Sektors von Berlin. Eine Ausnahme bildet nur ein seit Jahrzehnten als besonderer sozialpolitischer Unruheherd bekannter Block. (. . .)

Neben der praktischen Verbesserung der Wohnverhältnisse soll diese erste Nachkriegs-Sanierung einen Erfahrungsbeitrag für die Vorbereitung eines Sanierungsgesetzes liefern.

schüsse für Wiederaufbau und Wohnungswesen und für Bau- und Bodenrecht den Senat von Berlin ersucht, ein Sanierungsprogramm im Rahmen von 100 Millionen Mark vorzulegen. ←A 30

Zu meinen am 18.8.56 dem Herrn Senator für Bau- und Wohnungswesen unterbreiteten Sanierungsvorschlägen für den Bezirk Wedding überreiche ich hiermit spezifiziertes Unterlagenmaterial.

Im einzelnen bedarf es noch der allmählichen verfeinerten Durcharbeitung.

Der Bezirk Wedding verzichtet auf eine Modernisierung der verbleibenden Wohnsubstanz in diesen geschlossenen Sanierungsgebieten, weil hier die Modernisierungswürdigkeit ihre Grenze hat und aus Wirtschaftlichkeitsgründen in weiteren Sanierungsstufen nur Abbruch und Neubau in Frage kommt, wie aus der Zielplanung hervorgeht.

Wo hingegen auf Einzelgrundstücken, über den ganzen Bezirk verteilt, an sich gute Bausubstanz Ausstattungsmängel aufweist, kommt eine Modernisierung aus Sub-Mitteln in Frage.

Da ich Gelegenheit hatte, seit 1952 sowohl mit dem verstorbenen Bundeswohnungsminister Wildermuth wie mit Herrn Bundeswohnungsminister Preussker und mit einzelnen Mitgliedern der obengenannten Ausschüsse ständigen Kontakt zu pflegen mit dem Ziel, vordringliche Sanierungsmaßnahmen im Bezirk Wedding von Berlin kurzfristig in Angriff zu nehmen, bin ich heute in der Lage, nicht nur einzelne Standardfälle, sondern eine grundlegende Gesamtplanung vorzulegen.

Nachdem meine Sanierungsvorschläge vom 18.8.56 aus technischen Gründen Ihres Hauses nicht weitergeleitet worden sind, bitte ich, mich über die nunmehrige Entwicklung des Antrages laufend zu unterrichten, insbesondere mich wissen zu lassen, wenn Sie eine andere Auffassung über unsere Vorschläge haben sollten.

Das vom Stadtplanungsamt ausgearbeitete Sanierungsprogramm bezieht

→B 33 Die Bereiche der „geschlossenen Gebietssanierung“ im Sanierungsprogramm des Bezirks Wedding von 1956

sich auf 11 geschlossene Gebiete, deren Auswahl wie folgt begründet wird:

Gemäß dem sozialpolitischen Charakter der Sanierungsmaßnahmen sind im Bezirk Wedding von Berlin geschlossene Sanierungsgebiete ausgewählt worden und zwar grenznah in der unmittelbaren Optik des sowjetisch besetzten Sektors von Berlin. Eine Ausnahme bildet nur ein seit Jahrzehnten als besonderer sozialpolitischer Unruheherd bekannter Block (s. Dtsch. Verein für Wohnungsreform: ,,Die Wohnverhältnisse von Berlin" und Erich Frank: ,,Geordnete Wohnungswirtschaft"). ←A 31 ←S. 551

Für die Kösliner Straße, im Sanierungsprogramm als „S-Block 11 u. 11a" bezeichnet, *um unwillkommenen Spekulationen vorzubeugen*, wird neben dem Bestandsplan ein Plan, der die 1. und 2. Sanierungsstufe zeigt, sowie ein *Zielplan* der Sanierung beigegeben. Wie von Erich Frank vorgeschlagen, soll die Sanierung stufenweise erfolgen. Den Plänen ist eine kurze Erläuterung beigefügt: ←A 32

Die Straße, zwar nicht unmittelbar an der Sektorengrenze gelegen, gehörte schon in der Weimarer Zeit zu den sozialpolitischen Unruheherden und ist daher Gegenstand von Sanierungsbemühungen der Behörden seit Jahrzehnten. (...) ←A 33

Die Wohnsubstanz des Blockes 11 und 11a ist sehr schlecht; es wäre unzweckmäßig, etwa in einer 1. Sanierungsstufe vorerst nur die Seiten- und Quergebäude, nicht aber gleichzeitig die Vorderhäuser abzureißen, weil die dadurch entstehenden Komplettierungskosten für die Vorderhäuser nicht zu vertreten sind; einzig die Vorderhäuser ohne Seitengebäude können der 2. Sanierungsstufe vorbehalten werden.

Für Block 11 ist tunlichst der westdeutsche Betreuer, der in dem gegenüberliegenden Block für den sozialen Wohnungsbau vorbildliche Wohnungen mit Mietergärten entwickelt, zu interessieren.

Der Aufbau in 2 Stufen bringt in 1. Stufe 47 und in 2. Stufe 129 Wohnungen.

Durch Abriß entfallen

in 1. Stufe 307 Wohnungen
und in 2. Stufe 57 Wohnungen.

Das Sanierungsprogramm, das *als erste Nachkriegs-Sanierung einen Erfahrungsbeitrag für die Vorbereitung eines Sanierungsgesetzes liefern* soll, sieht in den vorgesehenen Blöcken den Abriß von insgesamt 1.680 Wohnungen vor. Darüber hinaus sind über den ganzen Bezirk verteilte *Einzelsanierungsmaßnahmen zur Gesundung der Wohnverhältnisse* geplant. Es handelt sich dabei um die Räumung von Kellerwohnungen, Wohnungszusammenlegungen, die Aufhebung von störenden Betrieben und den Ankauf von Grundstücken oder Grundstücksteilen, z.B. zur Fortführung der Sanierung des Panke-Ufers als Arbeits- und Erholungsweg. Eine genaue Kostenberechnung ist ebenfalls beigegeben, die sich unter der Voraussetzung, daß die Grundstücke alle zum erwarteten Preis erworben werden können, auf einen Finanzierungsbedarf von 53.760.130,– DM beläuft, wovon 13.132.975,– DM als unrentierliche Kosten aus staatlichen Sondermitteln außerhalb des sozialen Wohnungsbaus aufgebracht werden müßten. ←A 34

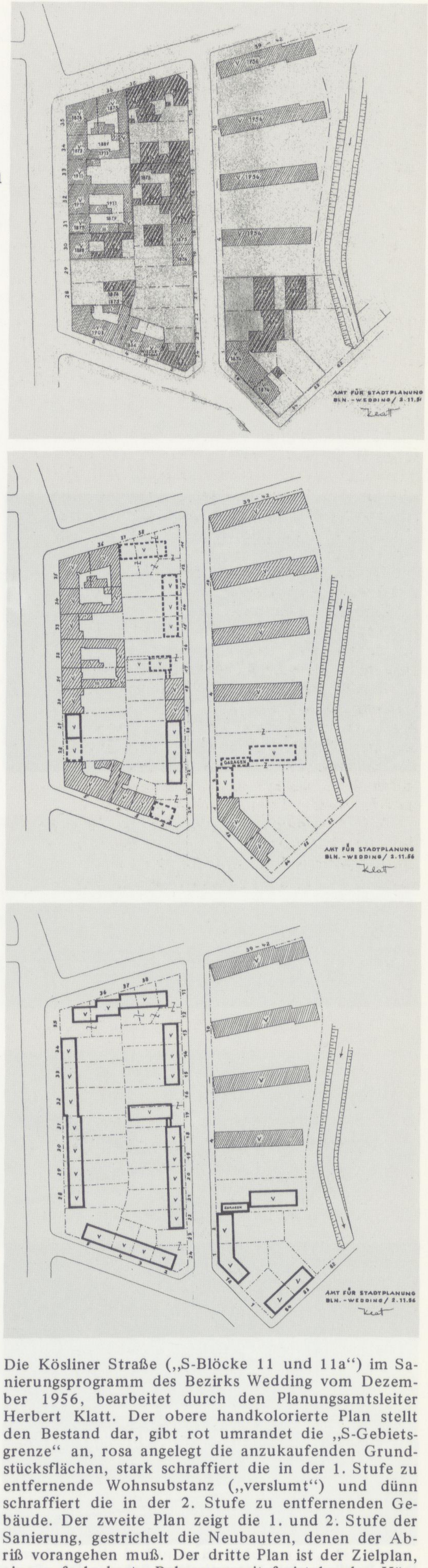
Es wird nicht als Aufgabe der Gemeinde angesehen, daß sie die Sanierung selbst durchführt. Die Durchführung der Sanierung ist vielmehr Sanierungsbetreuern der privaten und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft anheimzugeben. Die öffentliche Hand wird jedoch den Sanierungsbetreuern die Übernahme der unrentierlichen Kosten aus öffentlichen Mitteln zu garantieren haben. ←A 35

Die Sanierungsbetreuer werden gehalten sein, vorsorgliche Grundstückspolitik zu treiben. Als Grundlage zum ersten Anlaufen der Sanierung wird die öffentliche Hand nicht umhin können, überdies Finanzierungsmittel als Vorlage von produktiven Kosten für den Ankauf von Grundstücken wie für den Ersatzbau frei zu machen.

Die Rückflüsse dürften Gewähr bieten für eine kontinuierliche revolvierende Sanierung.

Schwedler übernimmt das Weddinger Sanierungsprogramm in das „Sanierungsprogramm Berlin" und informiert seinen Kollegen Nicklitz am **11.1.1957**:

Ich habe die Kostenberechnung und die Einzelunterlagen in die Gesamtaufstellung übernommen; Ihre darüber hinausgehenden Ausarbeitungen habe ich beigefügt und in meinem Schreiben an die Bundestags-Ausschüsse darauf besonders hingewiesen. Ich hoffe, daß der Bezirk Wedding, der in sehr starkem Maße zur Veranlassung des Sanierungsprogramms beigetra- ←A 36



→B 34 Die Kösliner Straße („S-Blöcke 11 und 11a") im Sanierungsprogramm des Bezirks Wedding vom Dezember 1956, bearbeitet durch den Planungsamtsleiter Herbert Klatt. Der obere handkolorierte Plan stellt den Bestand dar, gibt rot umrandet die „S-Gebietsgrenze" an, rosa angelegt die anzukaufenden Grundstücksflächen, stark schraffiert die in der 1. Stufe zu entfernende Wohnsubstanz („verslumt") und dünn schraffiert die in der 2. Stufe zu entfernenden Gebäude. Der zweite Plan zeigt die 1. und 2. Stufe der Sanierung, gestrichelt die Neubauten, denen der Abriß vorangehen muß. Der dritte Plan ist der Zielplan, eine aufgelockerte Bebauung mit freistehenden Häuserzeilen und mehrfach geöffneten Blockinnenflächen. Die alte Bebauung ist restlos beseitigt

gen hat, mit seinen schlechten Wohnverhältnissen den betreffenden Ausschüssen besonders im Gedächtnis geblieben ist.

Beim Senator für Bau- und Wohnungswesen ist man zur selben Zeit voll und ganz mit der Vorbereitung der „Interbau" beschäftigt, die im **Sommer 1957** eröffnet werden soll. Vor allem muß noch das Material für die geplante Sonderschau „Die Stadt von morgen" zusammengestellt werden. Am **4.2.1957** legt Herbert Klatt folgenden Aktenvermerk an:

→A 37 *Während der Besprechungen über den Baunutzungsplan am 1.2.1957 bei II (Stapla) wurde ich zu Herrn SenbDir. Stephan gerufen, um Auskunft* →S.558 *zu geben, ob sich im Besitz d. Amtes f. Stadtplanung Wedding Modelle befinden, welche Sanierungsvorschläge darstellen. Es wurden von mir die Modelle der Umgebung der Ackerstr. 1938, 1945, 1958 und 1975 genannt, welche für Ausstellungszwecke geeignet sind, jedoch darauf hingewiesen, daß die Absichten des Bezirks in dieser Richtung selbst tätig zu werden, z.Z. noch nicht zu erkennen sind. Andererseits wurde nicht verschwiegen, daß ein in Aussichtstellen von Sanierungen den Druck auf die Wohnungsämter erheblich beeinflussen kann. An einer solchen Entwicklung kann uns jedoch nur dann gelegen sein, wenn damit die Bereitstellung einer entsprechenden Anzahl von neuen Wohnungen einhergeht.*

Es wurde von H. Stephan der Wunsch geäußert, die Modelle einmal ansehen zu können, um sie für die Eignung für die Ausstellung „Die Stadt von morgen" zu prüfen.

Die im Wedding am weitesten vorangetriebenen Sanierungsprojekte werden so seit **1957** der Öffentlichkeit als Musterbeispiele der Sanierungspläne vorgestellt. **1958** zeigt, vermittelt durch Ilse Balg und Erich Kühn, ein Modell die umgestaltete Kösliner Straße auf der Weltausstellung in Brüssel. Der Wedding präsentiert sich auf der Ausstellung „Die Stadt von →S.47 morgen" als Sanierungsgebiet, und Hans Stephan entwirft, auf ihn bezogen, seine Vision der Neuen Stadt.

6.3 „Die Stadt von morgen" im Wedding

→S.360 Am **6.7.1957** eröffnet Bundespräsident Theodor Heuss die Interbau, die im Hansaviertel stattfindet, auf der Gartenterrasse des Schlosses Bellevue, das bereits zu seinem künftigen Amtssitz bestimmt worden ist. Im Berlin-Pavillon am Eingang der Ausstellung sind die Unterlagen für den im **März 1957** von der Bundesregierung ausgeschriebenen Wettbewerb „Hauptstadt Berlin", der die Existenz der DDR übergeht, ausgestellt. Innerhalb des umzäunten Ausstellungsgeländes wird neben den zum Teil fertigen, zum Teil aber auch noch gar nicht begonnenen Bauobjekten in der Ausstellungshalle H-1 nordwestlich der Siegessäule die *thematische Schau „Die Stadt von* →S.375 *morgen"* gezeigt, die von Erich Kühn und Karl Otto, dem ehemaligen Luft- →S.122 schutzexperten des RLM, vorbereitet worden ist. Das wichtigste Ausstellungsobjekt sind 10 als Modelle dargestellte Entwürfe von Stadteinheiten für 10.000 Einwohner, die „die Stadt von morgen" demonstrieren sollen. Sie sind das Ergebnis eines Ideenwettbewerbs unter ausgesuchten Stadtplanern, denen die Wahl des Geländes, das jedoch wirklich existieren mußte, freigestellt worden war. Von den 10 eingereichten Arbeiten beschäftigen sich 3 mit außerhalb der Stadt gelegenem Gelände (Trabanten), 5 mit Stadtrandgebieten (Stadterweiterung) und 2 mit Innenstadtgebieten (Stadtumbau). Vier der Arbeiten befassen sich mit Gebieten in Berlin:

1. Peter Friedrich, Josef Lembrock, Elly Lehning und Petra Hagmann entwerfen eine Stadterweiterung auf dem Gelände des heutigen Märkischen Viertels in Reinickendorf;
2. Wils Ebert reicht als Beispiel einer Stadterweiterung seinen Beitrag für den Wettbewerb „Fennpfuhl" in Berlin-Lichtenberg ein;
3. Hubert Hoffmann und Walter Rossow stellen den Umbau des Stadtteils Moabit vor, und
4. Senatsbaudirektor Hans Stephan und der leitende Baudirektor Friedrich Fürlinger planen zusammen mit den Architekten Harendza und Wolter den Umbau des südlich der Ringbahn gelegenen Teils des Wedding, des späteren Sanierungsgebietes Gesundbrunnen.

Der Pavillon der thematischen Schau „Die Stadt von morgen" auf der Interbau im Hansaviertel 1957 während des Aufbaus ←B 35

Die beiden letztgenannten Arbeiten beschäftigen sich mit dem Thema der Sanierung und gehen beide vom Totalabriß der noch bestehenden Bausubstanz aus. Die Arbeit der beiden Senatsdirektoren Stephan und Fürlinger steht im Gegensatz zu den bisherigen Plänen des Bezirks Wedding, die einen allmählichen Umbau der Stadt unter Beibehaltung des Straßennetzes vorsehen. Stephan und Fürlinger gehen dagegen radikal vor und verwandeln das historische Gebiet des Wedding in eine in 4 Nachbarschaften gegliederte und weitgehend aufgelockerte Stadtlandschaft, in der nur noch die Sebastiankirche auf dem ehemaligen Galgenplatz von der historischen ←I/48
Bebauung übrigbleibt. Die soeben fertiggestellte Ernst-Reuter-Siedlung läßt erkennen, wo ungefähr die Ackerstraße liegt. Auch der AEG-Komplex ist

Hans Stephan/Friedrich Fürlinger (1957): Plan des Neuen Wedding, nördlich der Bernauer Straße, als Beispiel der „Stadt von morgen" ←B 36

verschwunden. Wir übergehen dabei, daß ein ganzer Geländestreifen auf dem Gebiet des Ostteils der Stadt liegt, auf dem nur noch das Postgebäude an der Invalidenstraße eingetragen ist. Die Begründung für den Totalabriß lautet wie folgt:

Die bauliche Substanz stammt aus den achtziger Jahren. Die Baugrundstücke sind erheblich überbaut, und das gesamte Gebiet ist stark übervölkert und mit gewerblichen Betrieben durchsetzt. Die Einwohnerdichte betrug vor der Zerstörung 1500 Menschen je Hektar Nettobauland. Die sanitären Einrichtungen sind unzulänglich. Badezimmer sind in der Regel nicht vorhanden. Die Abortanlagen werden zum überwiegenden Teil gemeinschaftlich benutzt und befinden sich auf Treppenfluren, in Einzelfällen sogar auf den Höfen. ←L 42

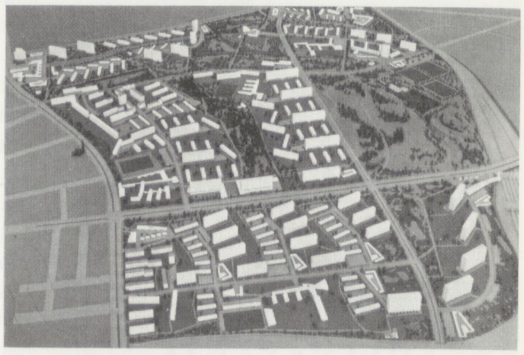
Den neuen Wedding stellen sich Stephan und Fürlinger dagegen so vor:

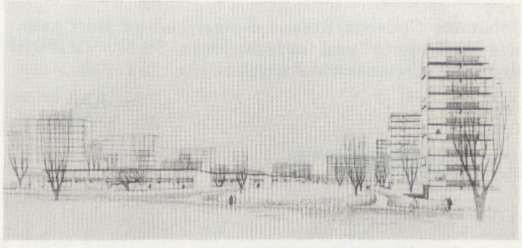
Die Planung sieht 4 Nachbarschaften mit den dazugehörigen Einrichtungen vor. Jede Nachbarschaft enthält ihre eigene Grundschule und die erforderlichen kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie ein Kaufzentrum. Die bauliche Gliederung ist so gewählt, daß keine einseitige Bevölkerungsgruppierung zu erwarten ist. ←L 43

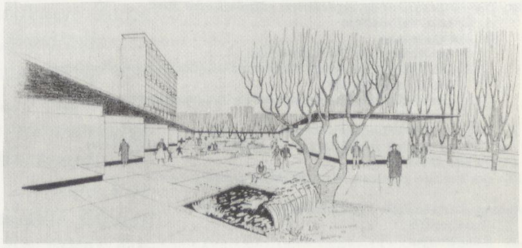
Die einzelnen Nachbarschaften und Wohngruppen sind durch Grüngürtel voneinander getrennt. Angestrebt ist eine klare Trennung des Fußgängerverkehrs vom Fahrverkehr (ungestörte Schulwege und Fußwege zu den Kaufzentren). Die Haupterschließungsstraßen sind anbaufrei. Eine Mischung der Gebäudetypen (zweigeschossige Reihenhäuser als Einfamilienhäuser, viergeschossige, zehn- und fünfzehngeschossige Wohnhäuser) sind als lebendige Gruppierung vorgesehen.

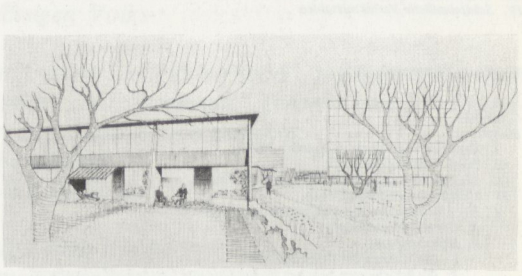
Die Bevölkerung wird sich zum überwiegenden Teil aus Arbeitern, zu einem geringeren Prozentsatz aus Angestellten zusammensetzen. Die selbständig tätigen Personen bleiben in der Minderheit.

Die Arbeiter werden in der Mehrzahl in den Gewerbebetrieben im Wed-









→B 37 Hans Stephan/Friedrich Fürlinger (1957): Modell und Perspektiven des als „Stadt von morgen" vorgestellten Wedding, gegliedert in Nachbarschaften für ca. 35.000 Einwohner, die in Einfamilienhäusern (7,4 %), Mehrfamilienhäusern (30,9 %) und Hochhäusern (61,7 %) untergebracht werden wollen. Als Wohndichte werden 355 Einwohner/Hektar angestrebt

ding bzw. in der Industrie des Nord-West-Raumes von Berlin tätig sein. Die Angestellten, die zu einem Teil in den gleichen Unternehmungen beschäftigt sein werden, werden später auch zu den Arbeitsplätzen der City tendieren.

Das Planungsgebiet ist nach allen Richtungen durch die Träger des Massenverkehrs, die U- und S-Bahnen, gut verbunden. Es ist an die tragenden Linien des Straßenverkehrs gut angeschlossen. Ansprüchen, die über den täglichen Bedarf hinausgehen, Ansprüchen, die also nicht in den Kaufzentren der Nachbarschaften selbst befriedigt werden können, dient ein größerer Geschäftskern nördlich des Bahnhofs Gesundbrunnen.

Die Ausstellung wäre heute vergessen und ohne weitere Wirkung, wenn die Ergebnisse nicht zusammen mit dem theoretischen Erkenntnisstand in mehreren Büchern veröffentlicht worden wären, die das Jahr **1957** in Berlin (West) zu einem für die Planungstheorie bis in die 80er Jahre hinein ausschlaggebenden werden lassen.

Johannes Göderitz/Roland Rainer/Hubert Hoffmann: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Titelblatt der 1957 erschienenen Ausgabe ←B 38

Zunächst erscheint im **Juni 1957** das aufwendige und weitgefächerte →L 44 Handbuch „Medizin und Städtebau" in zwei Bänden, das von einem Mediziner und einem Planer herausgegeben wird, und etwas später, aber im →L 45 selben Jahr, dann das „Handbuch moderner Architektur". **1959** kommt →L 46 nachträglich der Katalog zu der Ausstellung „Die Stadt von morgen" unter gleichnamigem Titel heraus, in dem u.a. die 10 eingereichten Entwürfe dokumentiert sind. Die größte Wirkung hat jedoch das schmalste dieser Werke: die von Johannes Göderitz, Roland Rainer und Hubert Hoffmann →L 47 verfaßte und schon lange angekündigte Planungstheorie „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt". Sie erscheint im **Sommer 1957**. Die konkreten Planungsbeispiele sind überwiegend identisch mit den in der Ausstellung „Die Stadt von morgen" gezeigten Entwürfen.

Gerade dieses Buch, herausgegeben von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, wird zur Planungstheorie des Städtebaus, wie er nach seiner rechtlichen Fundierung durch das Bundesbaugesetz durchgeführt wird. Sie wirkt auch durch Übersetzungen weit über den →S. 118 deutschsprachigen Raum hinaus und hat eine vielleicht nur noch Neuferts „Bauentwurfslehre" vergleichbare Resonanz. Die Theorie der *organisch gegliederten und aufgelockerten Stadt* geht von der räumlichen Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeit, Erholung und Verkehr aus. Das Wohnbauland der Stadt wird in *Nachbarschaften* mit 1000 Wohnungen (4000 E), *Stadtzellen*, bestehend aus 4 Nachbarschaften mit 4000 Wohnungen (16.000 E), und *Stadtbezirke*, bestehend aus 3 Stadtzellen mit 12.000 ←L 48 Wohnungen (48.000 E) gegliedert. Als neue Form der Bebauung wird der teppichartige „verdichtete Flachbau" vorgeschlagen, wie wir ihn seit **1946** aus den Planungen kennen.

Das Buch war bereits seit **1949**, seit der ersten Veröffentlichung des Archivs für Städtebau und Landesplanung, der von Johannes Göderitz herausgegebenen und von Gerhard Jobst verfaßten „Leitsätze für städtebauliche Gestaltung", angekündigt. Es erschien jedoch nicht, statt dessen findet sich im Vorwort der von Göderitz und Heinz Killus **1955** herausgegebenen Broschüre „Besiedlungsdichte, Bauweisen und Erschließungs-→L 49 kosten im Wohnungsbau" folgender aufschlußreicher Hinweis: *1944 er-*→S. 112 *schien im Auftrage der Akademie die Arbeit „Die zweckmäßigste Hausform für Erweiterung, Neugründung und Wiederaufbau von Städten" von Dr. Roland Rainer. Eine auf den bisherigen Ergebnissen und Erkenntnissen aufbauende Arbeit „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt" war schon während des Krieges abgeschlossen, kann aber erst nach zeitgemäßer Überarbeitung veröffentlicht werden.*

Worin die *zeitgemäße Überarbeitung* bestanden hat, konnte bisher, da die *schon während des Krieges abgeschlossene Arbeit* nicht aufzufinden war und bis heute als verschollen gilt, nicht geklärt werden. Eines der weni-→S. 120 gen Exemplare, die noch im **Januar 1945** als nicht im Buchhandel erhältliches Manuskript gedruckt worden sind und das sich im Nachlaß von Scharoun befindet, erlaubt es uns, den Kern der Arbeit, die Aussagen zur gegliederten und aufgelockerten Stadt beider Fassungen, zu vergleichen. Wir haben beide Texte so ineinandergearbeitet, daß in der Mitte die identischen Textstellen stehen, in der linken Spalte die Streichungen aus →L 51 der Fassung vom **Januar 1945** und in der rechten Spalte die Korrekturen →L 52 und Einfügungen der Fassung von **1957**.

Die gegliederte und aufgelockerte Stadt
Inhalt (der Fassung von 1945) ←L 48

Seite
Vorwort 3
Einleitung 5
I. Ursachen und Folgen ungesunder Ballung 6
II. Die Gesundung der Stadt 10
III. Die organisch gegliederte, aufgelockerte Stadt 14
IV. Der Flächenbedarf der gegliederten, aufgelockerten Stadt 21
A. Gemeinschaftsanlagen 21
B. Wohnbebauung 24
1. Die Wirkung der Geschoßhäufung 24
2. Die Beziehung zwischen Wohndichte und Geschoßzahl, Hausform und Bebauungsweise 25
3. Der Einfluß der Wohnungsdichte auf Bebauung und Ausdehnung der Stadt 32
a) Auswirkung der Dichte auf die Bebauung 32
b) Einfluß der Dichte auf die Ausdehnung des Stadtgebietes 43
V. Weitere Auswirkungen 55
VI. Der Weg zum gesunden, leistungsfähigen Stadtorganismus 63

Anhang: Städtebauliche Begriffsbestimmungen („Wohnen") 65
I. Grundbegriffe 65
II. Erläuterungen 65
III. Größenordnungen und Mittelwerte 67
IV. Städtebauliche Verhältniszahlen 68

Inhalt (der Fassung von 1957) ←L 50

Seite
Geleitwort 5
Einleitung 9
I. Ursachen und Folgen ungesunder Ballung 10
II. Die Gesundung der Stadt 18
III. Die organisch gegliederte, aufgelockerte Stadt 23
IV. Hausformen und Freiflächen 29
V. Der Flächenbedarf der gegliederten, aufgelockerten Stadt 35
A. Gemeinschaftsanlagen 36
B. Wohnbebauung 36
1. Die Wirkung der Geschoßhäufung 36
2. Die Beziehungen zwischen Wohndichte und Geschoßzahl, Hausform und Bebauungsweise 44
3. Der Einfluß der Wohnungsdichte auf Bebauung und Ausdehnung der Stadt 52
a) Auswirkungen der Dichte auf die Bebauung 52
b) Einfluß der Dichte auf die Ausdehnung des Stadtgebietes 63
VI. Weitere Auswirkungen 84
VII. Der Weg zum gesunden, leistungsfähigen Stadtorganismus 90
Anhang: Städtebauliche Begriffsbestimmungen („Wohnen") 93
Literaturhinweise 100
Bildnachweis 101

1945 — III. Die organisch gegliederte, aufgelockerte Stadt — 1957

Organisationsgrundsätze

Große Massen von Menschen

werden organisiert, | kann man organisieren,

indem man sie in kleinere, übersehbare, einander über- und untergeordnete Einheiten, Gruppen usw. aufgliedert. Entscheidend für den Erfolg ist dabei die Übersichtlichkeit der Gliederung nach menschlichem Maßstab. Der Zuordnung gleicher Teile zueinander ist aus psychologischen Gründen eine verhältnismäßig enge Grenze gesetzt, weshalb Gruppen gleichwertiger Einheiten stets wieder unter sich zu einer höheren Einheit zusammengeschlossen werden müssen.

So beruht z.B. die militärische Gliederung auf Dreier- und Vierereinheiten: 3 Züge = 1 Kompanie, 3–4 Kompanien = 1 Bataillon, 3 Bataillone = 1 Regiment usw. Die politische Gliederung dagegen beruht auf größeren Gruppen: rd. 50 Familien = 1 Block, 5 Blöcke = 1 Zelle, 4–6 Zellen = 1 Ortsgruppe usw. | Die schulische und Verwaltungsgliederung verwendet solche Einheiten, die stets überschaubar bleiben.

Wie die Masse der Menschen durch Gruppierung und Gliederung organisiert und übersichtlich gemacht wird, so kann auch der Stadtraum, die Masse der städtischen Baugebiete als das bauliche und räumliche Gefäß des menschlichen Lebens, nur durch Gliederung in überschaubare Einheiten geordnet, d.h. „organisiert" werden.

Gliederung der Baugebiete

Das bedeutet grundsätzlich die Aufgliederung der großen Masse großstädtischer Baugebiete, wie überhaupt jedes größeren, nicht einfach übersehbaren Stadtgebildes in mehrere in sich abgeschlossene

Stadtteile, Stadtzellen usw., | Stadtbezirke, Stadtzellen, Nachbarschaften usw.,

die deutlich voneinander abzutrennen sind, bis zu einem gewissen Grade zu einem Eigenleben fähig sein und sich trotzdem in ihrer Gesamtheit zu einem größeren Ganzen fügen müssen.

Größenordnung der Glieder

Die Größe der einzelnen städtebaulichen Einheit wird sich dabei nach den verschiedenen Bedürfnissen des städtischen Zusammenlebens zu richten haben, muß also möglichst mit den

politischen, |

verwaltungsmäßigen, schulischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationsformen übereinstimmen. Je nach den besonderen örtlichen und zeitlichen Verhältnissen wird bald der eine, bald der andere Gesichtspunkt mehr im Vordergrund stehen, so daß die

richtigste | richtige

Größe einer

Stadtzelle oder eines Stadtteils | Nachbarschaft, einer Stadtzelle oder eines Stadtbezirkes

sich von Fall zu Fall ändern kann. Immerhin tauchen bestimmte charakteristische Größenordnungen auf verschiedenen Gebieten gleichzeitig auf und geben damit gewisse Anhaltspunkte auch für eine geeignete städtebauliche Gliederung. Wenn man versuchen will eine Stadt sinnvoll aufzugliedern, so daß immer mehrere kleinere Einheiten zu einer größeren zusammengeschlossen werden, wird die Bestimmung einer kleinsten, zu ausgesprochenem Eigenleben fähigen Einheit eine wichtige Voraussetzung bilden. So entspricht eine städtebauliche Einheit von rund 1000 bis 1500 Wohnungen = 4000 bis 6000 Einwohnern etwa dem Einzugsbereich einer 16klassigen Volksschule

Stadtkleinzelle

und gleichzeitig einer politischen Ortsgruppe. | Aus dem englischen „neighbourhood" abgeleitet, hat man eine solche Einheit „Nachbarschaft" genannt und zur Grundlage städtebaulicher Organisation gemacht.

Als selbständige Einheit würde sie eine kleinere Landschaft bilden; sie wird auch als Teil einer größeren Einheit nicht nur einer Schule, eines Kindergartens,

HJ.-Heims und eines kleineren Saalbaus | Jugendheims und einer Kirche

als kulturellem Mittelpunkt bedürfen, sondern auch das Kleingewerbe und die Läden des täglichen Bedarfs vereinigen, also eine kleinste Zelle mit ausgeprägtem eigenem wirtschaftlichen

kulturellen und politischen | und kulturellen

Leben darstellen.

Eine solche Einheit soll in der Folge als „Stadtkleinzelle" bezeichnet werden. |

1945 | 1957

Stadtgroßzelle

Zur Aufnahme eigener Verwaltungsdienststellen reicht die
Stadtkleinzelle | *Nachbarschaft*
aber nicht aus. Auch bei einer dezentralisierten, bewußt volksnahen Verwaltung entsteht ein Verwaltungsbezirk mit eigenen Dienststellen erst aus dem Zusammenschluß von etwa 9 000 bis 12 000 Wohnungen mit etwa 40 000 bis 50 000 Einwohnern. Diese größere Einheit, der in letzter Zeit besonders von Verwaltungsfachleuten Bedeutung beigemessen wird, soll als wichtige Größe in der folgenden Untersuchung als
„Stadtgroßzelle“ | *„Stadtbezirk“*
städtebaulich verkörpert werden.
Außerdem wird sich eine Untergliederung als zweckmäßig erweisen, etwa derart, daß zwischen der
Stadtkleinzelle und der Stadtgroßzelle | *Nachbarschaft und dem Stadtbezirk*

Stadtmittelzelle

eine mittlere Einheit von rund 4000 Wohnungen = 16 000 Einwohnern eingeschaltet wird, die der Einzugbereich der Haupt- oder Oberschule ist und
„Stadtmittelzelle“ | *„Stadtzelle“*
heißen soll; als selbständige Einheit würde sie etwa eine Kreisstadt bilden. Diese Art der Gliederung kann nach oben und unten fortgesetzt werden, indem einerseits die
Stadtkleinzelle | *Nachbarschaft*
in 4 Einheiten zu je 250 Wohnungen mit einigen eigenen Läden unterteilt, andererseits mehrere
Stadtgroßzellen zu einem Stadtbezirk | *Stadtbezirke zu einem Stadtteil*
zusammengeschlossen werden. So entsteht eine übersichtliche Gliederung in Dreier- und Vierereinheiten:
4 Stadtkleinzellen bilden eine Stadtmittelzelle, 3 Stadtmittelzellen eine Stadtgroßzelle, 4 Stadtgroßzellen einen Stadtbezirk usw. | *4 Nachbarschaften bilden eine Stadtzelle, 3 Stadtzellen einen Stadtbezirk, 4 Stadtbezirke einen Stadtteil usw.*

Gestaltung der gegliederten Stadt

Im folgenden soll untersucht werden, wie sich der städtische Lebensraum im Rahmen einer solchen Gliederung am zweckmäßigsten gestalten läßt, so daß sowohl das Stadtgebilde als Ganzes als auch jeder Einzelteil seine Aufgaben mit dem geringsten Aufwand in der besten und gesündesten Weise erfüllen kann.

Bild 8. Auflockerung von Detroit nach Saarinen

Dabei soll zunächst von den Erfahrungen des Krieges im weitesten Sinne ausgegangen werden, nicht nur in gebührender Rücksicht auf die in die Zukunft reichenden Kriegsfolgen, sondern vor allem, weil sich unter den außergewöhnlichen Beanspruchungen im Kriege alle jene Schwächen der wirtschaftlichen Organisation gezeigt haben, die auch in normalen Zeiten die Leistungsfähigkeit einschränken; besonders aber deshalb, weil gerade die Erfahrungen des Luftkrieges die Richtigkeit der seit langem vergeblich erhobenen Forderungen der erfahrenen Städtebauer bestätigt und die Notwendigkeit ihrer Durchführung auch weiteren Kreisen zum Bewußtsein gebracht haben.

Einfluß des Luftkrieges

Dabei soll in der vorliegenden städtebaulichen Untersuchung von den rein baulichen Luftschutzmaßnahmen, dem Bau von Schutzräumen usw. abgesehen werden. Diese erfüllen ihren Zweck immer nur sehr bedingt. Ihr Wert hängt von der Art und Wirksamkeit der Angriffsmittel ab, die viel schneller verändert und in ihrer Wirkung gesteigert werden können als bauliche Maßnahmen. Mit Rücksicht auf die ungeheure Anspannung der Bauleistung beim Wiederaufbau nach einem mit schwersten Zerstörungen verbundenen Kriege kann es daher fraglich sein, ob es überhaupt Sinn hat, Angriffen in künftigen Kriegen durch den Bau von Luftschutzräumen u. dgl. vorbeugen zu wollen, die schon beim Beginn eines solchen Krieges durch die Weiterentwicklung der Angriffswaffen überholt sein können. Es dürfte vielmehr zweckmäßiger sein, nur ausreichende Bauflächen für spätere Schutzräume freizuhalten. Während der Bau von Schutzräumen also nur bedingte Sicherheit, aber schwerste, für lange Zeit ganz unfruchtbare Belastungen

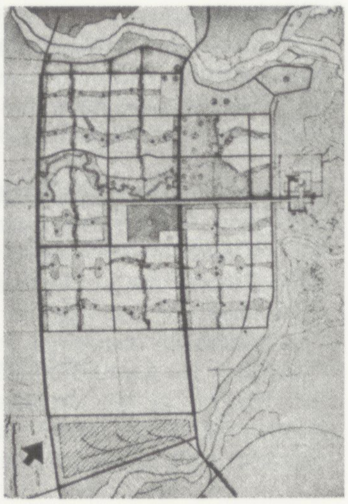


Bild 9. Der Gedanke zellenhafter Gliederung ist auch bei Le Corbusiers Plan für Chandigarh festzustellen

1945 — 1957

mit sich bringt, kommen die städtebaulichen Luftschutzmaßnahmen nicht nur den Bedürfnissen des Krieges, sondern ebenso auch dem Leben im Frieden zugute. Die durch den Luftkrieg ausgelösten städtebaulichen Maßnahmen entsprechen bisher in allen Punkten den Forderungen nach einer gesunden und organischen Stadtgestaltung und führen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Stadtanlage.

Städtebauliche Luftschutzrichtlinien

In seinen „Richtlinien für den baulichen Luftschutz im Städtebau" vom 5.9.1942 weist der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Luftfahrtminister und dem Reichswohnungskommissar darauf hin, daß die Städte und Siedlungen „in ihrem Gesamtaufbau weiträumig zu gestalten" sind: „Dies wird häufig auch durch Aussiedlung zu geschehen haben. Hierbei ist die Bildung in sich geschlossener Ortsteile anzustreben. Die einzelnen Ortsteile sind untereinander und von der alten Stadt durch Grünstreifen (öffentliche Freiflächen, Sportanlagen, Kleingärten, Platzanlagen und dgl.) zu trennen oder so weit abzurücken, daß eine land- oder forstwirtschaftliche Nutzung der dazwischen verbleibenden Flächen möglich ist. Die Grünstreifen sind mit der umgebenden Landschaft in Verbindung zu bringen . . . Die Forderung nach Weiträumigkeit darf nicht zu einer Auflösung des städtebaulichen Gefüges führen. Wirtschaftliche Erwägungen erfordern die Zusammenfassung der zur Bebauung bestimmten Flächen zu größeren Einheiten; die Größe dieser Flächen wird wesentlich mitbestimmt von den Anforderungen, die an den Verwaltungsapparat, an das Verkehrs- und Versorgungsnetz usw. zu stellen sind."

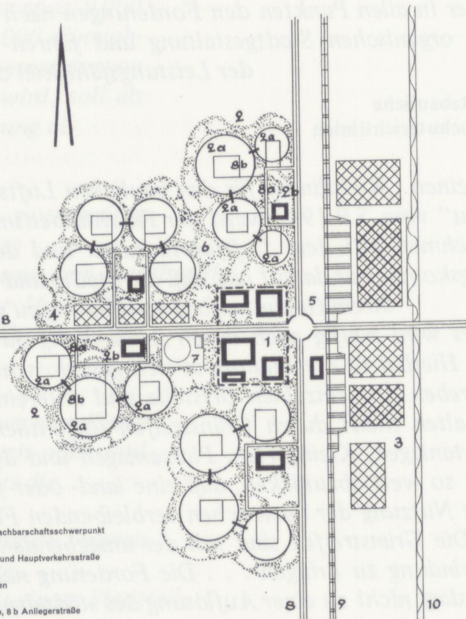
Trennung der Zellen
Stadtlandschaft

Auch der Luftschutz erfordert also die | Die
Aufgliederung der Städte und eine klare räumliche Trennung der einzelnen Glieder durch Grünstreifen
Dadurch | ist aus verschiedenen Gründen vorteilhaft. Auf diese Weise
ist es nicht nur möglich, den Bedarf an Sport- und Spielplätzen u. dgl. in nächster Nähe der Wohnungen zu befriedigen, sondern auch jede Stadtzelle mit einer Zone intensiver Landwirtschaft, mit Erwerbsgärtnereien oder besser noch mit Nutzgärten der Bewohner zu umgeben. Wird so nicht nur das bebaute, sondern auch das unbebaute Gebiet wieder als wertvoller Teil des städtischen Lebensraums gewertet, so ergeben sich aus der Eigenart der Landschaft für eine biologisch verantwortungsbewußte Stadtplanung wichtige Hinweise. Die charakteristischen Landschaftszüge, Höhen und Niederungen, Täler und Flußläufe, werden als natürliche Nichtbaugebiete den Verlauf der trennenden Grünzüge mitbestimmen. Dann geht die Landschaft nicht mehr im Häusermeer unter, sondern zieht sich in ihren bezeichnenden Linien durch das Stadtgebiet hindurch. Die Wasserläufe können, statt kostspielig eingerohrt zu werden, in vielen Fällen das Oberflächenwasser auch der bebauten Gebiete aufnehmen, so daß der Wasserhaushalt der Natur und damit das natürliche Klima als wichtige Grundlage des pflanzlichen, tierischen und menschlichen Lebens auch in der Stadt ungestört erhalten bleibt. Aus der sterilen Wüste oder Steppe der Stadt wird dann eine lebensvolle „Stadtlandschaft".

Die aus
Luftschutzgründen | vielen bekannten Gründen
erwünschte Trennung der Industrie- und Bahnanlagen,
| Hauptverkehrsstraßen usw.
von den Wohnbaugebieten
stimmt mit den alten Forderungen überein, | entsteht aus den alten Forderungen,
die Belästigung der
Wohngebiete | dort wohnenden Menschen
durch Lärm, Rauch und Abgase zu vermeiden. Die Trennung der Verkehrsanlagen von den Wohnbaugebieten findet aller-

dings durch wirtschaftliche Bedürfnisse ihre Grenzen; das gilt besonders vom Personenbahnhof, der möglichst nahe am Stadtkern liegen soll

Bild 10. Schemaskizze der gegliederten und aufgelockerten Stadt.



1. City, Verwaltung, Geschäfte
2. Nachbarschaft, 2a Wohnbereich, 2 b Nachbarschaftsschwerpunkt
3. Industrie und Gewerbe
4. Kleingewerbe zwischen Nachbarschaft und Hauptverkehrsstraße
5. Hauptverkehrsknoten
6. Erholungsflächen und Grünverbindungen
7. Sportgebiet
8. Hauptverkehrsstraße, 8 a Sammelstraße, 8 b Anliegerstraße
9. Eisenbahn
10. Schiffahrtskanal

Städtewirtschaftliche Selbständigkeit der Zellen

Wenn die einzelnen Glieder einer Stadt als weitgehend selbständige, in sich abgeschlossene Zellen in die Landschaft eingebettet werden, folgt daraus, daß sie auch in bezug auf Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallverwertung usw. als selbständige Einheiten behandelt werden können. Jedenfalls sollte sorgfältig geprüft werden, ob die Zentralbetriebe wirklich immer die günstigsten sind. Müll und andere Abfälle werden dann nicht über riesige Strecken geleitet und endlich in Mammutanlagen vernichtet, sondern an Ort und Stelle der Stadtwirtschaft dienstbar gemacht, z.B. durch Verarbeitung in kleinen, sparsam arbeitenden Erdwerken, durch Gewinnung von Methangas u. dgl. Dadurch wird die Stadtwirtschaft einfacher, sparsamer und unempfindlicher gegen Störungen und Angriffe.

Gestaltung

Vor allem wird die Selbständigkeit der einzelnen Stadtglieder in den Bauten für das gemeinschaftliche öffentliche Leben ihren äußeren Ausdruck finden. Als Mittelpunkt überschaubarer Stadtgebiete werden sie selbst bei bescheidener Gestaltung zu der ihnen gebührenden Wirkung kommen, besonders dann, wenn ihnen die kennzeichnenden landschaftlichen Punkte vorbehalten bleiben. Mit Recht kann auch hier auf die alten kleinen und mittelgroßen Städte hingewiesen werden, in denen die öffentlichen Bauten die niedrige Wohnbebauung überragen und wirkliche Dominanten sind. Historische Anknüpfungen und Vergleiche sind sehr wohl am Platze, wenn es sich um die gleichen Maßstabsverhältnisse handelt

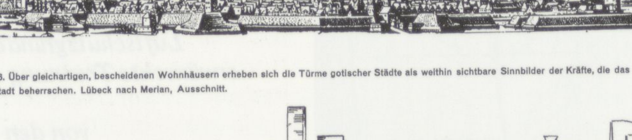


Bild 46. Über gleichartigen, bescheidenen Wohnhäusern erheben sich die Türme gotischer Städte als weithin sichtbare Sinnbilder der Kräfte, die das Leben der Stadt beherrschen. Lübeck nach Merian, Ausschnitt.

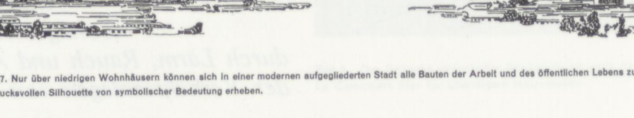


Bild 47. Nur über niedrigen Wohnhäusern können sich in einer modernen aufgegliederten Stadt alle Bauten der Arbeit und des öffentlichen Lebens zu einer ausdrucksvollen Silhouette von symbolischer Bedeutung erheben.

1945 | 1957

Verkehr

So wichtig die Trennung der einzelnen Stadtzellen und die Förderung ihres Eigenlebens ist, so notwendig ist andererseits ihre Verbindung zu einem übergeordneten Ganzen. Der moderne Schnellverkehr macht die enge Verbindung auch innerhalb eines

weiträumigen,

gegliederten und aufgelockerten Stadtgebietes möglich. Die

Verkehrsmaschinen | Kraftfahrzeuge

können sogar erst in weiten Räumen ihre Vorzüge voll entfalten. Straßenbahn, Schnellbahn und Kraftwagen verlieren durch Haltestellen und Kreuzungen viel mehr an Zeit und Kraft als durch weite Entfernungen. Ihre Leistungsfähigkeit fällt mit steigender Zahl der Haltestellen und Straßenkreuzungen und hängt von ihnen viel stärker ab als von der Länge der freien Strecke. Schnellverkehr bedarf überdies eines eigenen, von anderen Verkehrsteilnehmern und von der Bebauung möglichst getrennten Bewegungsraumes. Verkehrsbänder für Schnellverkehrsmittel werden daher oft vorteilhaft an den Grünstreifen liegen, die die Stadtzellen voneinander trennen, und sollen nur an bestimmten Punkten mit deren örtlichem Verkehrsnetz verknotet sein.

Verringerung des Verkehrsbedürfnisses

Bietet so die gegliederte Stadt weit günstigere Voraussetzungen für hohe Verkehrsleistungen bei geringem Zeit- und Energieaufwand als die konzentrisch aufgebaute, geballte Stadt

(Bild 4)

mit ihrem allzu engmaschigen Verkehrsnetz, ihrem gemischten Verkehr in einem gemeinsamen schlauchartigen Straßenraum, so wird andererseits – und das ist besonders wichtig – das Verkehrsbedürfnis in einer organisch gegliederten Stadt verhältnismäßig gering sein. Durch Verminderung der Verkehrsbedürfnisse aber werden alle Verkehrsschwierigkeiten an der Wurzel gefaßt.

Wohnungen und Gemeinschaftsanlagen aller Art sind einander in der organisch gegliederten Stadt von vornherein so zugeordnet, daß möglichst viele Wege zu Fuß zurückgelegt werden können. Das kann auch für die Wege im Berufsverkehr gelten, wenn es gelingt, jeder Stadtzelle oder jeder Gruppe solcher Zellen auch eigene Arbeitsstätten zuzuordnen, was bei den zahlreichen nicht störenden Industrie- und Gewerbebetrieben, Büros u. dgl. durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Trotzdem muß im Interesse möglichst vielfältiger wirtschaftlicher und kultureller Verflechtung und weitgehender Auslese stets auch die Möglichkeit geschaffen oder offen gehalten werden, alle Wohn- und Arbeitsstätten und sonstige wichtige Punkte der Stadt miteinander zu verbinden. Ein gegenseitig sich ergänzender Verkehr von entfernteren Wohn-, Arbeits- und Kulturstätten ist günstiger als der heutige Stoßverkehr zur Stadtmitte mit seinem unvermeidlichen Nebeneinander von Leerlauf und Überfüllung. Der Verkehr der aufgelockerten, gegliederten Stadt pendelt mehr gleichwertig nach verschiedenen Richtungen zwischen den gleichwertigen Stadtzellen, kann also in jeder Richtung annähernd gleich stark sein. Die aufgegliederte Stadt ist daher weder „verkehrsfeindlich“ noch „verkehrsbesessen“. Sie wertet den Verkehr als dienendes Hilfsmittel zur Ergänzung ihrer gesunden räumlichen Ordnung, zur Erweiterung ihres Lebens- und Wirtschaftsbereiches. Die verschiedenen Verkehrsarten erhalten hier eigene voneinander getrennte Bewegungsräume. In dem weitmaschigen Netz anbaufreier Verkehrsbänder fließt auch stärkster Kraftverkehr jeder Art unbehindert, ohne seine Unruhe in die Wohngebiete zu tragen, wo ein engmaschiges Netz leichter Geh- und Radwege ruhigem Wohnverkehr mit seinem menschlichen Maßstab und Tempo dient.

Auflockerung der Wohnbebauung

Die Gliederung der Stadt in klar voneinander getrennte Wohn- und Industriegebiete, Verkehrsbänder usw. gewährleistet jedoch allein keine ausreichende Sicherheit

| vor den Gefahren der Großstadt,

ebensowenig wie sie alle Anforderungen an ein gesundes Stadt-

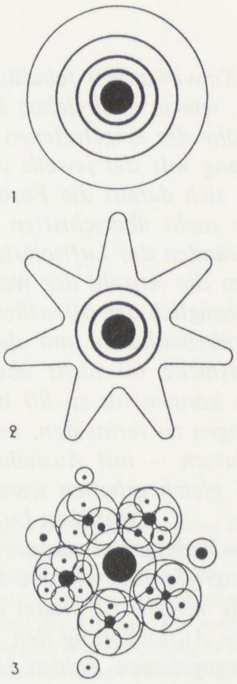


Bild 4. Stadtschemata: Aufgelockerte Bebauung verlangt eine zweckmäßige Gliederung des Stadtkörpers. An die Stelle des uferlosen Häusermeeres mit einer dichtbebauten Mitte (1) und des sternförmigen Wachstums entlang den Ausfallstraßen (2) tritt ein organisches Gefüge mehr oder weniger selbständiger Stadtzellen mit eigenen örtlichen Mittelpunkten (3).
1 und 3 nach G. Bardet: »Techniques et architecture«.

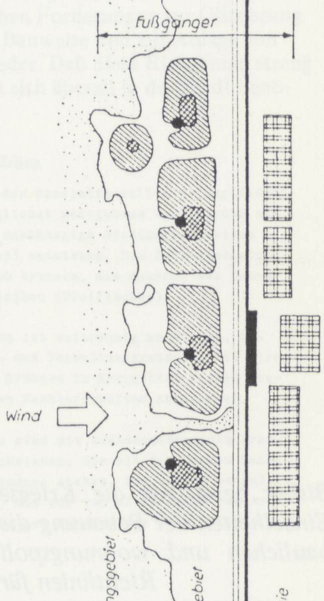


Bild 11. Die band- oder linienförmige Anordnung von Stadtzellen bietet besondere verkehrstechnische Vorteile durch Vermeidung jeder zentralen Verkehrsballung und durch möglichst kurze Wege zwischen Wohn-, Arbeits- und Erholungsstätten.

leben erfüllt. Darüber hinaus ist auch die Auflockerung des bebauten Gebietes nötig:

„Die Einwirkungen feindlicher Luftangriffe auf Wohngebiete lassen, wie in zahlreichen Fällen erwiesen ist, erkennen, daß die Höhe der eingetretenen Schäden in unmittelbarem Zusammenhang mit der jeweils vorhandenen Wohndichte steht. Es ergibt sich daraus die Forderung, daß eine bestimmte Wohndichte nicht überschritten werden darf. Im allgemeinen soll aus Gründen des Luftschutzes in neuen Wohn- und Siedlungsflächen die Anzahl der Wohnungen je Hektar Netto-Bauland, also abzüglich der öffentlichen Verkehrs- und Freiflächen, wie der unbebaubaren und der nicht Wohnzwecken dienenden Grundstücke 60 nicht übersteigen. Bei städtischen Verhältnissen können bis zu 80 Wohnungen zugelassen werden. Um Ballungen zu vermeiden, soll die Wohndichte in verschiedenen Bauklassen – mit Ausnahme der offenen Bauweise – annähernd gleich gehalten werden.“ (Richtlinien d. RAM. f. den baulichen Luftschutz im Städtebau v. 5.9.1942.)

Da ein Wohngebiet grundsätzlich um so unempfindlicher gegen Luftangriffe sein wird, je lockerer und gleichmäßiger die Bebauung verteilt ist, bildet eine möglichst weitgehende, gleichmäßige Auflockerung den einfachsten und sichersten Schutz; die angegebenen Zahlen sind also obere Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, aber tunlichst unterschritten werden sollten. Von maßgeblicher Stelle wird erklärt, daß 40 Wohnungen je Hektar Nettowohnbaugebiet das Normalmaß wären.

Der Begriff „Auflockerung“ ist allerdings nicht eindeutig genug, und es sind diesbezüglich gerade in letzter Zeit schwerwiegende Mißverständnisse entstanden: Z.B. wird die Auffassung vertreten, als ob Wohnhochhäuser, zwischen denen etwas größere Zwischenräume freigehalten werden als zwischen viel niedrigeren gewöhnlichen Häusern, zur „Auflockerung“ beitragen. In Wirklichkeit ist die Zahl der Wohnungen und Bewohner auf der Flächeneinheit – die Besiedlungsdichte – durch solche Bauten fast immer, und meistens sogar sehr erheblich erhöht worden. Die Beanspruchung der freien Flächen durch den Verkehr, Erholungsbedürfnisse usw. wird dementsprechend erhöht; die „Auflockerung“ ist also nur eine bauliche, nicht aber eine städtebauliche und meist auch keine hygienische. Man sollte, solange die Besiedlungsdichten locker angeordneter Hochhäuser über dem erwünschten Maße bleiben, von unechter Auflockerung – von echter Auflockerung nur dann sprechen, wenn die Besiedlungsdichten so niedrig bleiben, daß die gerechten Bedürfnisse der Bewohner nach Besonnung, nach Erholungsraum beim Hause, ferner die Verkehrsbedürfnisse usw. voll erfüllt werden können (Bild 12).

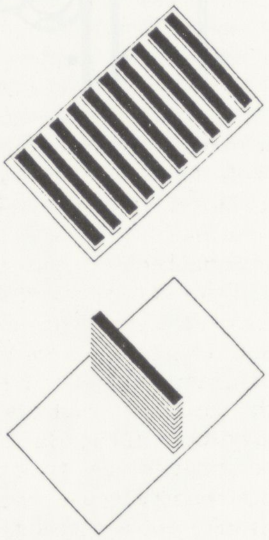


Bild 12. Bauhöhe und Flächenbedarf. Je höher man baut, desto weniger Fläche wird überbaut; jedoch dürfen aus dieser Tatsache keine falschen Schlüsse gezogen werden (vgl. Bild 33).

Gleiches Recht aller Bewohner auf Freiraum

Wenn die Zahl der Wohnungen auf der Flächeneinheit unabhängig von Bebauungsweise und Geschoßzahl immer annähernd gleich bleiben soll, müssen die Gebäude um so größere Abstände voneinander halten, je höher sie sind. Die Bebauung muß also um so lockerer sein, je höher sie ist, und darf um so dichter sein, je niedriger sie ist. Auch durch Geschoßhäufung wird demnach kein Gewinn im Sinne höherer Ausnutzung erzielt. In einer solchen Forderung grundsätzlich gleicher Wohnungsdichte kommt im Grunde nichts anderes zum Ausdruck als der an sich selbstverständliche Anspruch aller Bewohner auf ein gleiches Maß an Freiraum, wie ihn weitschauende Städtebauer und Wohnungspolitiker schon seit den Anfängen der ungesunden Ballung immer wieder verteidigt haben. Trotzdem bedeutet diese Forderung eine vollkommene Umkehrung der heute üblichen Bauordnungen, nach denen merkwürdigerweise mit steigender Geschoßzahl auch die Baudichte wächst und umgekehrt (Bild 6).

Eine solche annähernd gleichmäßige Ausnutzung wird sich auch günstig auf die Bodenpreise auswirken.

Das geeignete Maß und die beste Art der Auflockerung wird nur unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Gesichtspunkte vom umfassenden städtebaulichen Standpunkt gefunden werden können.

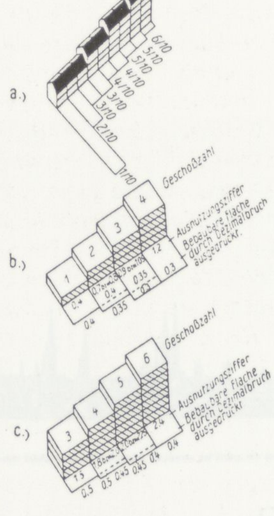


Bild 6. Alte und neue Bauordnung.

a) Berlin 1926 (je größer das Haus, desto kleiner das Grundstück).

b c) Reformvorschlag der Städtebauakademie 1951 (je größer das Haus, desto größer das Grundstück):

b) Wohngebiet

c) Kerngebiet

Bisher bestätigen die Kriegserfahrungen auch bezüglich der Einzelheiten der Bebauung die Richtigkeit der neueren städtebaulichen und wohnungspolitischen Bestrebungen. In den Richtlinien für den städtebaulichen Luftschutz

Schon seit etwa 30 Jahren

wird z.B. der geschlossene Baublock abgelehnt und die Öffnung der schmalen Blockseiten empfohlen. Dieser Übergang vom geschlossenen Block zur Reihe oder Zeile beschränkter Länge wird

schon seit Jahrzehnten

angestrebt, um eine gleichmäßige Besonnung der Wohnungen und eine klare Grundrißbildung zu erreichen. In ähnlicher Weise kommen die neuesten Untersuchungen über die Besonnung zu dem Ergebnis, daß eine ausreichend intensive Sonnenbestrahlung aller Wohnungen nur dann gesichert ist, wenn der Abstand der Gebäude je nach der Lage zur Himmelsrichtung nicht geringer ist als das 1 1/2- bis 2 1/2fache ihrer Höhe.

Wählt man als Abstandsregel das 2 1/2fache der Gebäudehöhe – wie es in dieser Arbeit geschieht –, so kommt man zu dem-

1945 — 1957

selben Gebäudeabstand, der auch aus Luftschutzgründen eingehalten werden soll.

Soziale und biologische Bedeutung der Wohnung

Diese Hinweise auf eine obere Wohnungsdichte, auf Gebäudeabstände und Besonnung, auf die Frage Block oder Zeile sagen aber über die Eigenschaften der Wohnbebauung noch zu wenig aus. Hier handelt es sich um die Gestaltung des Lebensraumes der Familie als der grundlegenden Zelle im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge der Städte, damit auch um eine biologische Frage ersten Ranges. Die allgemeine bevölkerungspolitische Lage und die Folgen des Krieges machen sie zu einer brennenden Lebensfrage, die nicht ernst und gründlich genug erörtert und nicht frühzeitig genug beantwortet werden kann.

Worin besteht nun die *zeitgemäße Überarbeitung* des Textes? Abgesehen von der reichhaltigeren Illustrierung der Fassung von **1957** fallen zunächst nur einige sprachliche Überarbeitungen und neue Sprachregelungen auf: So wird aus der *Stadtkleinzelle* die *Nachbarschaft*, aus der *Stadtgroßzelle* der *Stadtbezirk*, aus der *Stadtmittelzelle* die *Stadtzelle*. →L 53

Wesentlich sind aber die Stellen des Textes, in denen die Begründungszusammenhänge der Theorie aus dem ursprünglichen Text herausgestrichen oder verschleiert werden, ohne daß die sich aus ihnen ergebenden Schlüsse verändert worden wären. Das betrifft bei der Stadtplanung die Herleitung der Auflockerung aus den Anforderungen des Luftschutzes und den Zusammenhang der Gliederung der Stadt mit den militärischen Gliederungsprinzipien und denen der Parteiorganisation. ←S.121

Nach dieser vergleichenden Lektüre erscheinen die Leitworte für das Programm der Interbau und damit der gesamten 50er Jahre *leicht – heiter – wohnlich – festlich – farbig – strahlend – geborgen*, wie sie Erich Kühn formuliert, durchaus doppelbödig. ←S.375 Es scheint, daß die luftige, freie, grüne Stadt von morgen durchaus Ähnlichkeiten aufweist mit der „luftsicheren", überschaubaren und auf Fruchtbarkeit berechneten Planung von gestern. ←S.108 Daß das Problem des Luftschutzes **1957** wieder aktuell ist und auch in der Arbeit der Deutschen Bauakademie ernst genommen wird, macht der Hinweis auf das am **9.10.1957** in Bonn verabschiedete Luftschutzgesetz deutlich. ←S.398 →S.564 Ihm ging das Merkblatt für Luftschutz im Städtebau in der Fassung vom **Dezember 1952** voraus, in dem sich die Planungsgrundsätze mühelos wiederfinden lassen. →L 54

Es wäre jedoch einseitig, die „gegliederte und aufgelockerte Stadt" nur als Ideengerüst von Luftschützern, Volkshygienikern und Parteiorganisatoren zu sehen. Ihre theoretische Beschreibung liest sich gleichzeitig wie die des Kollektivplans von **1946**, und nicht von ungefähr fand sich eines der wenigen erhaltenen Exemplare der Fassung vom **Januar 1945** bei Scharoun, der auch das Vorwort für die **1949** beabsichtigte Veröffentlichung schrieb: ←A 38

Es gehört zu den Widersprüchen des Nationalsozialismus, zwischen Werbung und Wirklichkeit, daß dem Volk einerseits die Bindung an die Scholle, daß „Blut und Boden" propagiert wurde, andererseits in der Praxis aber die Mietskaserne gebaut wurde. Der ehemalige Leiter des Wiederaufbaustabes deutscher Städte Speer und der ehemalige Reichswohnungskommissar Ley waren sich darüber einig, daß das vier- bis sechsgeschossige Mehrfamilienhaus die künftige Wohnform für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte sein müsse. – Speer aus ästhetisch-repräsentativen Gründen, um Fassaden für seine Achsen und Prachtstraßen zu erhalten, Ley sah darin eine Möglichkeit, die Massen noch mehr als bislang militärisch zu erfassen – in Block und Zelle zu überwachen und zu „kasernieren". Beide stimmten darin überein, daß das Mehrfamilienhaus die günstigste Wohnform sei, weil sie dem Bodenbesitzer bei der höchstmöglichen Ausnützung des Bodens einen höheren Gewinn zukommen lassen konnte als bei einer etwas lockeren Bebauung mit Einfamilienhäusern.

Gegen diese Tendenzen hat die Deutsche Akademie für Städtebau auch in den 12 Jahren der nationalsozialistischen Unterdrückung öffentlicher Meinung und wissenschaftlicher Forschung mit vielem Geschick gekämpft – ein zäher verbissener Kampf, in dem der Geschäftsführer der Akademie, der vor 1933 amtierende Stadtbaurat Göderitz, einen besonderen Anteil hat. Auch die vorliegende Arbeit hat er durch Rat und Tat gefördert. So sind vor dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches" bereits eine Reihe

Luftschutz im Städtebau

Im **Dezember 1952** gibt der Bundesminister für Wohnungsbau im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern das *vorläufige Merkblatt Luftschutz im Städtebau* heraus, das den Stadtplanungsämtern übergeben wird mit der Auflage: *Die nach diesem Merkblatt sich ergebenden Forderungen sind in die grundlegenden städtebaulichen Pläne (Flächennutzungspläne, Wirtschaftspläne, Zeitpläne) einzuarbeiten.* Die Prinzipien der gegliederten und aufgelockerten Stadt werden so allgemeine Grundlage der Stadtplanung in der BRD und Berlin (West). Sie sollen *soweit wie möglich schon jetzt bei jeder sich bietenden Gelegenheit in die Tat umgesetzt werden, bei der Planung und Erschließung neuer Baugebiete sind sie uneingeschränkt anzuwenden.* Die Bauordnungen und Bebauungspläne sollen den Erfordernissen des Luftschutzes angepaßt werden und für die Umgestaltung bestehender Baugebiete durch Verweigerung von Baugenehmigungen und öffentlichen Förderungsmitteln *jede Möglichkeit genutzt werden.* Wir geben einige der wesentlichen Forderungen zur Gliederung der Bauflächen, zur Bauweise und zur Anlage von Verkehrsanlagen wieder. Daß diese Richtlinien streng befolgt wurden, läßt sich überall in der Stadt beobachten.

1. Gliederung von Bauflächen

1.1 Die Bauflächen der Gemeinden sollen so gegliedert werden, daß möglichst weitgehend voneinander und vom Kerngebiet unabhängige Siedlungseinheiten (Nachbarschaften) entstehen. Die Einheiten sind durch Flächen zu trennen, die dauernd der Bebauung entzogen bleiben (Freiflächen).

1.2 Der Gesamtaufbau ist weiträumig anzulegen. Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, die nicht aus zwingenden Gründen im Kerngebiet liegen müssen, sind in den Nachbarschaften anzuordnen.

1.3 Alle Baugebiete sind mit zusammenhängenden Freiflächen zu durchziehen, die mit der freien Landschaft in Verbindung stehen. Sie sollen so weit verästelt sein, daß sie von allen Wohn- und Arbeitsstätten aus auf kurzem Wege zu erreichen sind.

3. Bauweisen

3.1 Baublöcke sollen nie allseitig geschlossen umbaut werden. Vielmehr ist an mindestens zwei Stellen des Baublocks die Bebauung zu unterbrechen. Der Abstand der Gebäude an diesen Stellen ist so zu bemessen, daß außerhalb ihres Trümmerbereichs eine Fläche in befahrbarer Breite verbleibt. Dabei ist der Trümmerbereich mit der Hälfte der Traufhöhe anzunehmen (s. dazu auch "Bautechnischer Luftschutz – vorläufiges Merkblatt" Bild 2).

Zwischen Vordergebäuden, die einen Abstand im Sinne des vorstehenden Absatzes einhalten, soll keine Bebauung entstehen, die als Feuerbrücke dienen oder den Zugang zum Blockinnern versperren könnte.

Auch wo die geschlossene Bauweise bereits vorhanden ist, sind Unterbrechungen anzustreben. Zum mindesten sind Durchfahrten nach zwei Seiten zu schaffen.

Der rückwärtige und straßenseitige Abstand von Hausreihen soll mindestens das Zweifache der mittleren Gebäudehöhe betragen.

Hausreihen sollen in vier- und mehrgeschossiger Bauweise nicht länger als 60 m, in ein- bis dreigeschossiger Bauweise nicht länger als 75 m sein.

3.2 Die Innenflächen von Baublöcken sind zweckmäßig von jeder Bebauung freizuhalten. Wo sie nicht zu vermeiden ist, soll sie über ein Geschoß nicht hinausgehen und immer von der Randbebauung – Vordergebäuden und etwa vorhandenen unmittelbar angebauten Nebengebäuden – einen Abstand nach Ziffer 3.1 halten. Sie ist ferner so anzuordnen, daß größere zusammenhängende Freiflächen erhalten bleiben, die untereinander und mit den umgebenden Straßen in befahrbare Verbindung gebracht werden können.

3.3 Soweit Einfriedigungen von Vorgärten vorgenommen werden, sind sie so auszuführen, daß der Vorgarten mit geringem Aufwand in den Verkehrsraum einbezogen werden kann.

Einfriedigungen im Inneren von Baublöcken müssen leicht zu entfernen sein, um die Gebäude an jeder Stelle ungehindert erreichen zu können.

3.4 Selbständige bauliche Anlagen, die stärkeren Verkehr verursachen oder zu Ansammlungen von Menschen führen, etwa Kinos, Versammlungsräume, Schulen, sind im Innern von Baublöcken unzulässig.

3.5 Der Ausbreitung von Bränden kann man auch dadurch entgegenwirken, daß man beim Neubau oder Wiederaufbau die Gebäude geschlossener oder halboffener Bauweise durch Hauszeilen aus nicht brennbaren Baustoffen unterteilt. Dadurch werden Brandabschnitte geschaffen und die Wirkung der Freiflächen nach Ziffer 1.3 verstärkt.

In den Gebäuden dieser Hauszeilen sind Dachstuhl und Decken aus nicht brennbaren Baustoffen und die Treppen feuerbeständig herzustellen. Auch sind beim Ausbau so weit wie möglich nicht brennbare Baustoffe zu verwenden. Andere weitergehende Bestimmungen über den Grad der Widerstandsfähigkeit von Decken gegen Feuer und Wärme, etwa in der Verordnung zur Hebung der baulichen Feuersicherheit, bleiben davon unberührt.

5. Verkehrsanlagen

5.1 Fernverkehrsstraßen sind vom Anbau freizuhalten oder so zu bemessen, daß sie auch beim Einsturz der anliegenden Gebäude befahrbar bleiben.

Hauptverkehrsstraßen sollen nicht sternförmig zusammengeführt, sondern als Maschen eines Netzes angelegt werden, um ausweichen zu können, wenn Verbindungen ausfallen.

5.2 Abstell-, Verschiebe- und Güterbahnhöfe sind möglichst außerhalb von Bauflächen anzulegen.

5.3 Omnibus- und Straßenbahnhallen, Reparaturwerkstätten, größere Tanklager und ähnliche Anlagen sind auf verschiedene Stadtgebiete zu verteilen. Mehrere kleinere Anlagen sind einer größeren Sammelanlage luftschutztechnisch vorzuziehen.

von Forschungsarbeiten geleistet, die in ihrem Wert für den gegenwärtigen Wiederaufbau nichts an Bedeutung eingebüßt haben. Die Arbeit „Die zweckmäßigste Hausform für Erweiterung, Neugründung und Wiederaufbau von Städten" erbrachte als Ergebnis, daß in dem ein- bis zweigeschossigen Einfamilien-Reihenhaus diese günstigste Hausform gefunden ist. In der Forschungsarbeit „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt" werden die städtebaulichen Auswirkungen dieser günstigsten Hausform untersucht und den übrigen Hausformen gegenübergestellt. Die vorliegende Arbeit ist so deutlich eine mit wissenschaftlichen Mitteln geführte Kampfschrift, daß sie fast ohne Änderungen in den Druck gegeben werden konnte.

Der Wert dieser Arbeit liegt in der Tatsache, daß sie in überzeugender Weise den Beweis erbringt, daß gesunde und leistungsfähige Stadtorganismen in aufgelockerter Bauweise geschaffen werden können, bei einem Flächenbedarf, der nicht höher ist als der unserer bestehenden unwirtschaftlichen und unhygienischen Städte.

Gleichzeitig werden die Beziehungen zwischen bebauten Flächen und Freiflächen bei aufgelockerter Bauweise dargestellt und die Elemente der Stadt und ihre Mindest-Flächenbeanspruchung in knapper übersichtlicher Form gegeben.

Mit der Gliederung der Stadt in Zellen verschiedener Größenordnung wird weiterhin ein Beitrag zur Frage der günstigsten Stadtform geleistet. Für den praktischen Gebrauch des Städtebauers sind Richtwerte gegeben, um den Flächenbedarf einer Stadt von einer bestimmten Größe sofort überschlagen zu können – ebenso die Flächenanteile der Wohnbebauung, der öffentlichen und gewerblichen Einrichtungen, der Verkehrs- und Grünflächen. Diese Angaben haben nicht den Sinn, Rezepte zu geben, nach denen jeder Architekt möglichst schnell Städtebau treiben kann. Sie erfordern vielmehr gründliches Eingehen auf die Fragen des Wohnungs- und Städtebaues und werden erst in der Hand des erfahrenen Städtebauers zu einem wertvollen Instrument.

Die Baustoffknappheit und die Transportschwierigkeiten geben noch einen letzten Aufschub vor dem Beginn des großen Wiederaufbaus der Städte. Diese Pause soll benutzt werden, um die Planung der kriegszerstörten Städte so sorgfältig wie möglich vorzubereiten. Zur Klärung grundsätzlicher Fragen bei diesen vorbereitenden Arbeiten trägt die Forschungsarbeit „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt" bei. Alle Fachkreise und Dienststellen werden um eine Förderung durch Stellungnahme und offene Kritik gebeten.

Aus der Bemerkung über Göderitz geht hervor, daß dieser *die Arbeit in Rat und Tat gefördert* habe, womit die Unterstützung der Verfasser Hubert Hoffmann und Roland Rainer gemeint ist. Rainers Beitrag basiert auf seiner **1944** erschienenen Arbeit über „Die zweckmäßigste Hausform für Erweiterung, Neugründung und Wiederaufbau von Städten", die sich vor allem in dem Abschnitt über Hausformen und Freiflächen niedergeschlagen haben dürfte, während wohl die städtebauliche Gliederung eher Hubert Hoffmanns Anteil an der Arbeit war. Dieser hatte sich **1946** an dem Wettbewerb im Zusammenhang mit der Ausstellung „Berlin plant" mit einem Konzept für die „Stadtzelle und ihre Gliederung" beteiligt. Er hatte es aus Dessau eingereicht, wohin er übergesiedelt war, um dort ein neues Bauhaus zu gründen.

→S.112
→S.118
→S.358

Die gegliederte und aufgelockerte Stadt von Göderitz, Rainer und Hoffmann erscheint zeitgleich mit der Interbau im Sommer **1957**. Im **November 1957** schließt Göderitz eine Forschungsarbeit ab, die er im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnungsbau unter dem Titel *Sanierung erneuerungsbedürftiger Baugebiete* seit **1955** durchgeführt hat. Göderitz äußert sich im Vorwort über die Entstehung der Arbeit:

→S.553

Der Auftrag geht auf einen Vorschlag von Stadtbaurat Prof. Dr. Hillebrecht zurück, den dieser im Jahre 1954 dem Bundesministerium für Wohnungsbau gestellt und in dem er angeregt hatte, in Hannover diesbezügliche Untersuchungen als Forschungsarbeit in Angriff zu nehmen. Auch Berlin hatte sich mit einem gleichen Antrag an das Bundesministerium gewandt.

→L 55

Der unterzeichnete Auftragnehmer war sich von vornherein darüber klar, daß diese Ausarbeitungen nur in einer Arbeitsgemeinschaft durchgeführt werden konnten. Als Hauptsachbearbeiterin war Frau Dipl.-Kaufmann Lona Ottersky, Berlin-Lankwitz, tätig. Im Hochschulbüro des Unter-

zeichneten hatten die Leitung Dipl.-Ing. F. Jelpke, dann Dipl.-Ing G. Krieg. Für die Testblöcke im Bezirk Wedding von Berlin lieferte Architekt BDA G. Hell ein Gutachten im Auftrage des Senats. Sachbearbeiterin für die Untersuchungen in Hannover war Dipl.-Ing. Helga Hartwieg. Einige Studierende der Architektur-Abteilung der Technischen Hochschule hatten Gelegenheit zur Mitarbeit. →S.359

Selbstverständlich war das Büro auf eine verständnisvolle Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen in den beiden Städten angewiesen. Mit Dank seien die leitenden Persönlichkeiten genannt:

In Berlin Bausenator Schwedler, Senatsbaudirektor Stephan, Regierungsdirektor Fürlinger und Baurat Biek, die Stadträte für Bau- und Wohnungswesen Nicklitz (Bezirk Wedding) und Schultze (Bezirk Kreuzberg) und die Leiter ihrer Planungsämter Klatt und Siepelt, die außer der Bereitstellung der Unterlagen auch die Bestandsaufnahmen und Kartierung unterstützt und die Neuplanung vorgenommen haben.

In der Forschungsarbeit von Göderitz, die der Vorbereitung eines Bundesbaugesetzes dient, sind als Planungsbeispiele für Berlin (West) zwei Blöcke im Wedding am Vinetaplatz und vier zusammenhängende Blöcke am Mariannenplatz in Kreuzberg dargestellt. Einer der 4 Blöcke am Mariannenplatz (oder besser: an der in den 20er Jahren als „rot“ bezeichneten Naunynstraße) war bereits ein Untersuchungsgebiet von Erich Frank. Die beiden Blöcke im Wedding sind dem von Herbert Klatt **1956** bearbeiteten Sanierungsprogramm entnommen. ←S.555 ←S.566

→B 39 Johannes Göderitz/Lona Ottersky (1957): Die beiden in Berlin (West) untersuchten Sanierungsgebiete am Mariannenplatz (Kreuzberg) und am Vinetaplatz (Wedding)

6.3.1 Die Vorbereitung der Flächensanierung

Ende 1957 scheint es, als könne mit der Sanierung begonnen werden, sobald die im **Oktober 1956** in Aussicht gestellten 100 Millionen DM aus Bonn zur Verfügung stehen. Am **11.10.1957** wendet sich der Weddinger Stadtbaurat Nicklitz wegen der bevorstehenden Regierungserklärung an seinen Parteigenossen Willy Brandt: ←S.565

Berlin-Wedding, den 11. Oktober 1957
intern: 931-260

Lieber W i l l y !

In Anlehnung an Deine am 16. März 1957 auf der Weddinger Kreisdelegiertenkonferenz gemachten Ausführungen anbei ein bescheidener Beitrag für Deine Regierungserklärung zu dem uns beiden am Herzen liegenden Problem:

"Wir müssen endlich auch damit beginnen, einzelne, völlig überalterte Häuser, z.B. 5-geschossige Miethäuser mit Hoftoiletten, abzureißen und für ihre Mieter auch die entsprechenden Ersatzwohnungen zu schaffen.

Nicht nur dem Auto haben wir unseren Respekt zu erweisen, sondern auch dem Menschen.

Die Voraussetzung für die Beseitigung ganzer Elendsviertel ist jedoch ein vom Bundestag zu schaffendes Sanierungsgesetz."

←A 39

Die Sanierung wird von der Westberliner SPD zu einem Wahlkampfthema gemacht. Das Geld aus Bonn bleibt jedoch aus.

Nach der Bundestagswahl im **September 1957** wird der bisherige Wohnungsbauminister Preusker (FDP) von Paul Lücke (CDU) abgelöst. Im Programm der CDU sind Wohnungsbau, Familienpolitik und Eigentumsbildung eng miteinander verknüpft. Ende **Oktober 1957** erläutert Lücke in einem Rundfunkinterview seine Position:

Meine Vorstellung vom Amt jetzt und auch in der Vergangenheit ist die, daß wir in der Nähe des Bolschewismus jener Welt drüben dafür Sorgen sollten, daß unsere Menschen, vor allem die arbeitenden mit Einzeleigentum versehen werden. Haus und Boden sind ursprüngliche Eigentumsform, und ←A 40

ich hatte mir gedacht, und es hat sich auch bewährt, daß man über den Wohnungsbau mit Hilfe staatlicher Förderung Gelder, vor allem kinderreiche und einkommensschwache Familien, mit Eigentum an Haus und Boden oder im Wohnungseigentum, d.h. mehrgeschossigen Häusern versehen könne.

Die Wohnungsbaupolitik der CDU, die im wesentlichen auf Konzepte →I/413 von Victor Aimé Huber aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgeht und die auf Bildung und Schutz des Eigentums basiert, kann die bisher geforderte Politik des staatlich gelenkten Totalabrisses der *Mietzuchthäuser*, wie Preusker sie genannt hat, nicht ohne weiteres übernehmen. Die CDU versteht sich auch als Vertreter der privaten Hauseigentümer, die in Berlin den Abbau des Mieterschutzes und der Mietpreisbindung fordern, um den Hausbesitz wieder rentabel zu machen. Lücke, der seit **1952** als Vorsitzender der Bundestagsausschüsse die radikalen Sanierungspläne für den Wedding unterstützt hat, ist sich dieses Widerspruchs bewußt:

→A 41 *Ich denke an das Beispiel Berlin, das mir häufig begegnet ist; also Berliner Wedding, jene Mißgeburt der Gründerzeit, als man heranging unter Mißachtung der Menschenwürde Mietkasernen zu erstellen, in denen unsere Menschen zugrundegingen. Mit der Sanierung dieser überalterten Wohngebiete stellt sich eine neue schwierige Aufgabe, die mein Vorgänger auch so gesehen hat, und ich meine, daß neben den neuen Aufgaben die Modernisierung des Altwohnungsbestandes eine wichtige Aufgabe sei. Ich habe deshalb meine Arbeit unter die Überschrift und unter den Leitgedanken gestellt „Eigentum schaffen und Eigentum erhalten".*

Neben der mangelnden Bereitschaft des CDU-Ministers, der Berliner SPD-Regierung die Mittel zur Durchführung ihres von den Haus- und Grundbesitzerverbänden abgelehnten Abrißprogramms zur Verfügung zu stellen, fehlt auch, seitdem im **Oktober 1956** ein fünf Jahre lang vorbereiteter Bundesbaugesetz-Entwurf vom Bundesrat abgelehnt worden ist, die gesetzliche Grundlage für die Sanierung. Die Erarbeitung einer neuen Gesetzesvorlage wird sich noch bis **1960** hinziehen.

Außer der nicht vorhandenen finanziellen und gesetzlichen Grundlage ist es vor allem die Ersatzraumfrage für die Abrißmieter, deren Lösung eine Sanierung durch Abriß und Neubau nahezu unmöglich macht – selbst wenn sich ein Bauträger mit Grundstück und Kapital fände. Die Schwierigkeiten in der Kösliner Straße verdeutlichen dies.

Paul Lücke, Maschinenbauingenieur, geb. **13.11.1914** in Schönborn/Rhld., gest. **10.8.1976** in Erlangen. Schlosserlehre, höhere technische Lehranstalt, ab **1939** Militärdienst als Feuerwerker (in Berlin?), **1944** verwundet. **1945** Mitglied der CDU und Arbeit in der kommunalen Verwaltung des Kreises Oderberg, ab **1947** Amtsdirektor in Engelskirchen bei Köln, ab **1949** Mitglied des Bundestages. **1950–57** Vorsitzender des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen, ab **1957** Bundesminister für Wohnungsbau, ab **1961** Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, ab **1965** Bundesminister des Innern, **1968** wegen der Wahlrechtsfrage zurückgetreten. Betätigung in der katholischen Laienbewegung seit seiner Jugend.

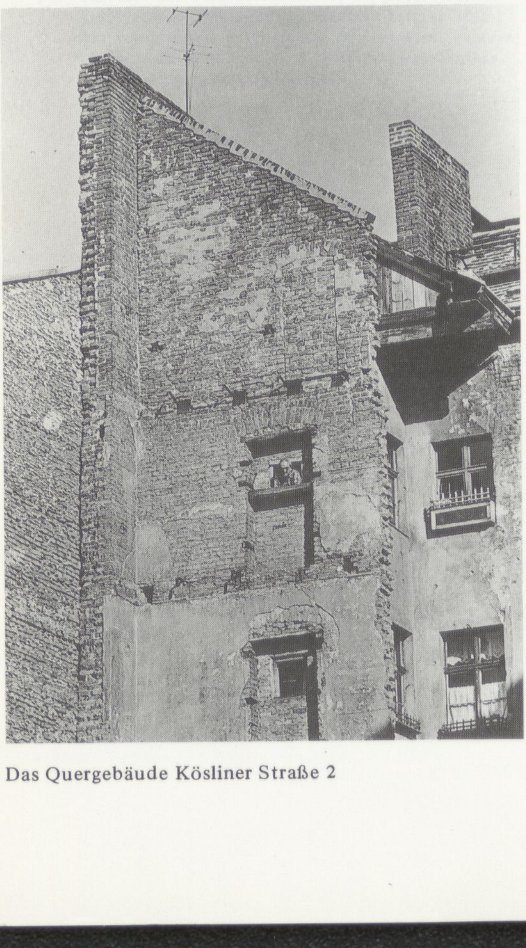
Am **10.10.1958** wendet sich die Kleinwohnungsbau gemeinnützige →S.564 Baugesellschaft mbH, die **1956** die ersten Zeilenbauten in der Kösliner Straße errichtet hat, an das Bezirksamt Wedding. Sie verhandelt mit den Eigentümern der Grundstücke Kösliner Straße 2 und 3 und will die Häuser ←S.531 abreißen. Voraussetzung dafür ist, daß das Weddinger Wohnungsamt den 101 Mietparteien, die in den drei abzureißenden Quergebäuden wohnen, eine Ersatzwohnung stellt. Eine Abrißgenehmigung ist vom Nachweis der Umsetzung abhängig. Aus der Stellungnahme des Wohnungsamtes vom **31.10.1958** geht hervor, warum der beabsichtigte Abriß erst drei Jahre später durchgeführt werden kann:

→A 42 *Nach den beiliegenden Unterlagen befinden sich im Hause Kösliner Str. 2 32 Wohnungen, und zwar*
30 Kochstuben und
2 Zweizimmerwohnungen,
die von zusammen 58 Personen bewohnt werden.

Das Haus Kösliner Str. 3 hat zusammen 69 Wohnungen, und zwar
26 Kochstuben,
32 Einzimmerwohnungen,
11 Zweizimmerwohnungen,
die von insgesamt 124 Personen genutzt werden.

In beiden Häusern befinden sich mithin 101 Wohnungen,
die von 182 Personen
bewohnt werden.

Eine nach § 22 WBewG erforderliche Abrißgenehmigung wäre wegen der schlechten Substanz der Gebäude und der wünschenswerten Sanierungsmaßnahmen vertretbar, wenn die Unterbringung der Betroffenen sichergestellt werden könnte. Gelänge es, für dieses Sanierungsobjekt vorher eine entsprechende Anzahl nicht gebundener Wohnungen zu stellen, so sollte eine Räumung an dem Einkommen der Mieter nicht scheitern, da hier die Möglichkeit der Auswechselung mit Altbauwohnungen bestünde ←B 40 *(606 notierte Umsetzmieter).*



Das Quergebäude Kösliner Straße 2

Räumungsmieter haben erfahrungsgemäß viele Wünsche, so daß nach Kündigung bei Berufung auf den Kündigungsschutz Klagen oft unvermeidbar sind.

Um 101 Mietparteien nur unter Inanspruchnahme der anfallenden freien Altbauwohnungen zu versorgen, würde das Wohnungsamt im Hinblick auf die vielen Dringlichkeitsfälle, die unerledigten 80 baupol. Sperren und die laufend notwendigen pol. Beschlagnahmen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, Jahre gebrauchen. Zur Vermeidung von Berufungsfällen wäre hierbei zu beachten, daß wir in gleich gelagerten Fällen die Abrißgenehmigung versagt haben, oder aber unsere Zusage mit der Auflage verbanden, daß erst die Unterbringung der Mieter gesichert, d.h. das jeweilige Objekt geräumt sein muß. Im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten leisten wir zunächst bei den Objekten Hilfe, bei denen erkennbar eine Räumung aus baupolizeilichen Gründen in Kürze unvermeidbar wird.

Im vorliegenden Falle würde der Wohnraumverlust zum Neuerstellungseffekt ungleich größer sein. Auch glaube ich nicht, daß allein die Räumung bzw. der Kauf von Kösliner Str. 2 u. 3 ausreicht, um eine Grundlage für ein lohnendes, zumindest aber wünschenswertes Bauvorhaben zu bekommen.

Nachdem am **23.6.1960** nach 10jähriger Vorbereitung das Bundesbaugesetz endlich verabschiedet und damit auch die gesetzliche Grundlage für die Sanierung geschaffen ist, beginnt beim Senat in Berlin (West) eine Diskussion über Formen und Träger der Sanierung. Einen Einblick in die sich dabei ergebenden Probleme bekommt man aus dem Protokoll einer Bezirksstadträte-Sitzung vom **7.12.1960**:

Zu Punkt 4 der TO (Sanierungsrichtlinien) verweist Herr Fürlinger auf den den BStRäten vorliegenden Entwurf der Sanierungs-Richtlinien, die jedoch keine Auskunft darüber geben, in welcher Weise die Sanierung erfolgen soll, sondern lediglich das Verfahren bei der Sanierung regeln. Der Entwurf soll sowohl von den BStRäten als auch mit den Trägern der staatlichen Wohnungspolitik und den Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften im einzelnen erörtert werden. ←A 43

Senator Schwedler betont, daß die Richtlinien das Arbeitsergebnis der beteiligten Abteilungen im Hause unter Federführung von II sind. In einer Kommission sollen jetzt die Gesamtfragen weiter besprochen werden. Darüber hinaus wird erwogen, ob Grundsätze über die städtebauliche Sanierung in kurz gefaßter Form und gesondert Arbeitsrichtlinien, die je nach Notwendigkeit abgeändert werden können, ausgearbeitet und durch den Senat beschlossen werden sollten.

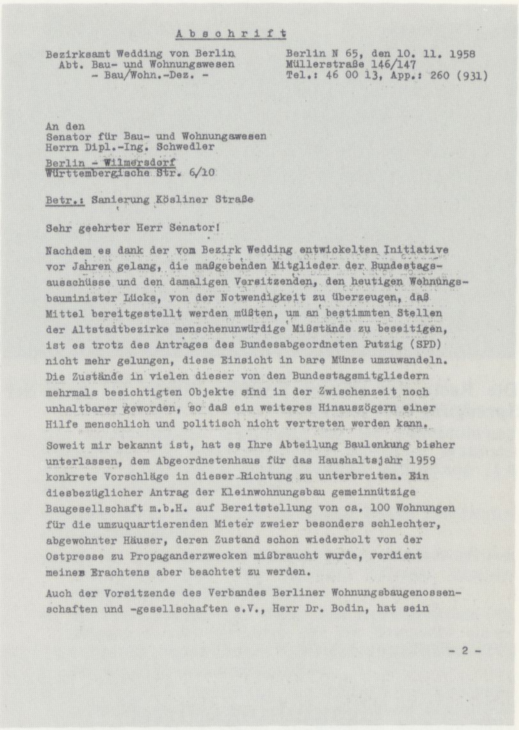
An der Diskussion beteiligen sich die BStRäte Bühl, Dr. Grunner, Grabowski, Nicklitz und die Herren Düttmann und Förster.

Die von BStR Bühl angeschnittene Frage, ob eine rechtliche Handhabe für die Durchführung der Sanierung vorhanden ist, wird von Herrn Förster auf Grund des gegenwärtigen Rechtszustandes verneint. Nach seiner Meinung, die auch die überwiegende Meinung der Länderbauressorts und der Kommunen ist, sind zusätzliche Maßnahmen für eine konsequente und zügige Durchführung der Sanierung unbedingt erforderlich. Sie müßten vom Bund getroffen werden. Die Länder sind durch das Bundesbaugesetz gehindert, zusätzliche und ggf. abweichende baurechtliche Vorschriften für die Sanierung zu erlassen.

In dem von den BStRäten Dr. Grunner und Grabowski gemachten Vorschlag der Pauschalierung der Entschädigung für Umzugskosten – Erfahrungssatz von 500 DM – sieht Herr Förster insofern eine Gefahr, als dieser Betrag nicht immer die Auslagen decken und andererseits über den tatsächlichen Unkosten liegen könnte. Wer geringere Unkosten habe, werde eine höhere Pauschalierung nehmen; wer dagegen höhere Unkosten habe, werde sich im allgemeinen mit einer geringeren Pauschale nicht zufrieden geben. Das bedeute für Berlin eine nicht vertretbare finanzielle Belastung. Eine ungefähre Größenordnung für die Höhe der Entschädigung muß daher auf alle Fälle erarbeitet werden; strittige Spitzenbeträge kann man im Einzelfall pauschalieren.

BStR Nicklitz weist darauf hin, daß in seinem Bezirk bei echten Sanierungsfällen keinerlei Entschädigungen gefordert werden, da die Betroffenen den Umzug in eine gesunde Wohnung als begrüßenswerte Verbesserung ansehen.

Herr Düttmann bezieht sich auf das Gutachten von Prof. Göderitz, Braunschweig, in dem dieser nachweist, daß die Bewohnbarmachung alter



A b s c h r i f t

Bezirksamt Wedding von Berlin
Abt. Bau- und Wohnungswesen
- Bau/Wohn.-Dez. -

Berlin N 65, den 10. 11. 1958
Müllerstraße 146/147
Tel.: 46 00 13, App.: 260 (931)

An den
Senator für Bau- und Wohnungswesen
Herrn Dipl.-Ing. Schwedler
Berlin - Wilmersdorf
Württembergische Str. 6/10

Betr.: Sanierung Kösliner Straße

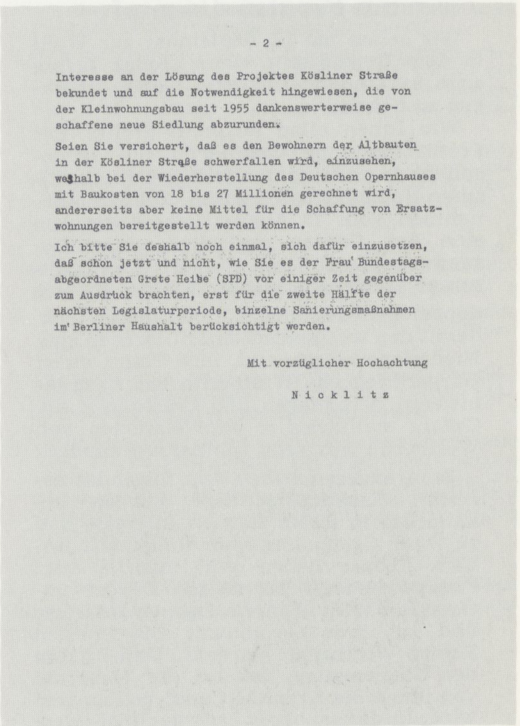
Sehr geehrter Herr Senator!

Nachdem es dank der vom Bezirk Wedding entwickelten Initiative vor Jahren gelang, die maßgebenden Mitglieder der Bundestagsausschüsse und den damaligen Vorsitzenden, den heutigen Wohnungsbauminister Lücke, von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß Mittel bereitgestellt werden müßten, um an bestimmten Stellen der Altstadtbezirke menschenunwürdige Mißstände zu beseitigen, ist es trotz des Antrages des Bundesabgeordneten Putzig (SPD) nicht mehr gelungen, diese Einsicht in bare Münze umzuwandeln. Die Zustände in vielen dieser von den Bundestagsmitgliedern mehrmals besichtigten Objekte sind in der Zwischenzeit noch unhaltbarer geworden, so daß ein weiteres Hinauszögern einer Hilfe menschlich und politisch nicht vertreten werden kann.

Soweit mir bekannt ist, hat es Ihre Abteilung Baulenkung bisher unterlassen, dem Abgeordnetenhaus für das Haushaltsjahr 1959 konkrete Vorschläge in dieser Richtung zu unterbreiten. Ein diesbezüglicher Antrag der Kleinwohnungsbau gemeinnützige Baugesellschaft m.b.H. auf Bereitstellung von ca. 100 Wohnungen für die umzuquartierenden Mieter zweier besonders schlechter, abgewohnter Häuser, deren Zustand schon wiederholt von der Ostpresse zu Propaganderzwecken mißbraucht wurde, verdient meines Erachtens aber beachtet zu werden.

Auch der Vorsitzende des Verbandes Berliner Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften e.V., Herr Dr. Bodin, hat sein

- 2 -



- 2 -

Interesse an der Lösung des Projektes Kösliner Straße bekundet und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die von der Kleinwohnungsbau seit 1955 dankenswerterweise geschaffene neue Siedlung abzurunden.

Seien Sie versichert, daß es den Bewohnern der Altbauten in der Kösliner Straße schwerfallen wird, einzusehen, weshalb bei der Wiederherstellung des Deutschen Opernhauses mit Baukosten von 18 bis 27 Millionen gerechnet wird, andererseits aber keine Mittel für die Schaffung von Ersatzwohnungen bereitgestellt werden können.

Ich bitte Sie deshalb noch einmal, sich dafür einzusetzen, daß schon jetzt und nicht, wie Sie es der Frau Bundestagsabgeordneten Grete Heibe (SPD) vor einiger Zeit gegenüber zum Ausdruck brachten, erst für die zweite Hälfte der nächsten Legislaturperiode, einzelne Sanierungsmaßnahmen im Berliner Haushalt berücksichtigt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

N i c k l i t z

→A 44 Walter Nicklitz: Brief an Bausenator Rolf Schwedler vom 10.11.1958 zur beabsichtigten Sanierung der Kösliner Straße

Die Reste der Häuser Kösliner Straße 2/3 nach der Sprengung vom 5.6.1961 ←B 41

Wohnungen billiger sei als ihr Abriß und der dafür erforderliche Neubau von Wohnungen. Herr Düttmann vertritt daher die Meinung, daß die Planungsämter der Bezirke intensiv an die Untersuchung gehen sollen, was stadtoptisch und historisch erhaltenswert ist, um damit auch den Charakter Berlins zu wahren.

Herr Fürlinger meint, daß die Auffassung von Prof. Göderitz für Berlin nicht ohne weiteres zutrifft. Die vor der Jahrhundertwende in Berlin erbauten etwa 150.000 Wohnungen mit geringer Restnutzungsdauer und niedrigem Verkehrswert lohnen den Aufwand für ihre Modernisierung nicht. Ihr Abriß und Ersatz durch Neubauten ist nach seiner Auffassung im Endeffekt wirtschaftlicher. Selbstverständlich sollte nur dort an den Abriß gegangen werden, wo er vertretbar ist.

Senator Schwedler hält ebenfalls die Modernisierung der Altbauten allein aus den Erfahrungen mit den Wohnungsteilungen in technischer und finanzieller Beziehung für fragwürdig. Herr Schneevoigt soll versuchen, in der Kommission, in die die BStRäte Bab, Doeschner, Grabowski, Nicklitz und Zerndt entsandt werden, und die gegebenenfalls durch einen Vertreter der Gesundheitsverwaltung erweitert werden soll, möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen. Es soll auch darüber gesprochen werden, zu welchem Zeitpunkt Sanierungsträger zu dieser Arbeit hinzugezogen werden. Für die ersten Sanierungsmaßnahmen sollen dann nur die leistungsfähigen staatlichen bzw. städtischen Wohnungsunternehmen herangezogen werden. An die BStRäte der Innenbezirke richtet Senator Schwedler die Bitte, die in Frage kommenden Projekte weiter vorzubereiten. Vorschläge und Anregungen zu diesem Thema sollen an Herrn Schneevoigt gegeben werden. Spätestens in der Februar-Sitzung kommt dieses Thema erneut auf die Tagesordnung.

Während der Diskussion um die Sanierungsrichtlinien gelingt es im Sommer **1961** dem Bezirksamt Wedding, auch den letzten der 101 Mietparteien in der Kösliner Str. 2/3 eine Ersatzwohnung zu vermitteln, so daß am **5.6. 1961** mit der Sprengung der Quergebäude begonnen werden kann – das Signal für den Beginn der lange angekündigten und immer wieder verschobenen Sanierung. Zwei Monate später, am **13.8.1961**, wird nach einer wohl weitgehend von Walter Ulbricht stammenden Idee der *Frontstadtsumpf Westberlin*, der nach Churchills Plänen ein *Stachel* im Fleisch der DDR sein →L 56 sollte, mit einem *Gesundungsgürtel (Cordon sanitaire)* umgeben. Berlin (West) gerät durch diese Baumaßnahme in den Brennpunkt des weltweiten Interesses und bewirkt auch eine veränderte finanzpolitische Einstellung Bonns gegenüber der Stadt, zumal die Investitionsbereitschaft der privaten Haus- und Grundbesitzer schlagartig nachgelassen hat.

Der *Gesundungsgürtel* verändert aber auch die städtebauliche Situation der grenznahen Gebiete, die jetzt endgültig zu Randgebieten werden. Eine Wirkung von Neubauten auf den anderen Teil der Stadt kann seitdem nur →S.354 noch durch die Gebäudehöhe erzielt werden. So wird das Thema der Wohnhochhäuser wieder aktuell.

Gesundungsgürtel um Frontstadtsumpf

Wir gehen am 17. September zur Wahl in dem Bewußtsein, einen großen Erfolg auch auf innenpolitischem Gebiet errungen zu haben.

Wie Ihnen allen bekannt, drohte der Frontstadtsumpf Westberlin die Atmosphäre in unserer Deutschen Demokratischen Republik zu vergiften. Mit den Maßnahmen vom 13. August haben wir nun **eine Art „Cordon sanitaire", einen Gesundungsgürtel,** um diesen Frontstadtsumpf Westberlin gelegt. Das hat für uns doppelte Bedeutung. Einmal haben wir damit den westdeutschen Militaristen eine Niederlage beigebracht, ihre Pläne, einen Bürgerkrieg von Westberlin aus zu organisieren, zerschlagen und gleichzeitig die Gefahr militärischer Provokationen von Westberlin aus sehr fühlbar vermindert.

Zum anderen haben wir folgendes erreicht: Rauschgiftsüchtige werden bekanntlich in ihrem eigenen Interesse und zu ihrer Gesundung vom Rauschgift isoliert. Ebenso haben wir manche vom Frontstadtsumpf benebelten Bürger unserer Republik in ihrem eigenen Interesse und zu ihrer Gesundung von diesem Sumpf Westberlin getrennt. Und ich bin der Überzeugung, daß bei der Mehrzahl von ihnen die Krankheit noch heilbar sein wird. In der sauberen Luft der DDR werden sie zur Vernunft kommen und einsehen, daß sie auf gefährlichem Wege waren, daß sie mit anständiger und ehrlicher Arbeit am besten fahren.

Wir haben also mit dem Gesundungsgürtel um Westberlin unsere Atmosphäre geschützt und gereinigt. Und darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, daß wir von Westberlin aus nicht mehr bestohlen und beraubt werden können, daß die Westberliner Sumpfblüten nicht mehr auf unsere Kosten leben können. Es ist schließlich nur gerecht und billig, daß Westberlin selber bezahlt, was es braucht. Die Werktätigen der DDR und ihrer Hauptstadt lassen sich jedenfalls nicht mehr in ihre Taschen greifen und von den Frontstadtstrategen nach Strich und Faden bestehlen.

Ausschnitt aus der Fernsehansprache Walter Ulbrichts „über den Sinn der Wahlen in der DDR", abgedruckt im Neuen Deutschland vom 16.9.1961 ←L 58

An keiner anderen Stelle in Berlin (West) wird der Bau des *Gesundungsgürtels* städtebaulich so spürbar wie an der Grenze zwischen dem Wedding und dem Bezirk Mitte, wo entlang der Bernauer Straße die Mietshäuser selbst zur Grenze werden. Der südliche Teil des Wedding ist stadtgeschichtlich ein Erweiterungsgebiet der Oranienburger und Rosenthaler Vorstadt. Wir haben uns in den beiden vorangegangenen Bänden ausführlich mit diesem Gebiet beschäftigt. Im Norden, Osten und Westen ist dieses Stadtgebiet von Eisenbahnlinien umgeben, funktionell ist es nach Süden hin an den Bezirk Mitte angebunden. Durch den Bau des *Gesundungsgürtels* werden insgesamt 11 Straßenverbindungen nach Berlin (DDR) abgeriegelt, so daß das Gebiet nur noch über 5 Brücken und eine Unterführung mit dem übrigen Wedding verbunden ist. Vor allem die Brunnenstraße verliert ihre Funktion als zentrale Einkaufsstraße. Durch die städtebauliche Isolierung des *tiefen Wedding* wird er zum Experimentierfeld für die Sanierung. Auch das Problem des „Roten Wedding" erledigt sich spätestens seit dem **13.8. 1961**, denn nirgends sind die familiären Verhältnisse so betroffen wie in der Gegend um die Bernauer Straße. Mitgliedern der SED ist es kaum noch möglich, hier politisch zu arbeiten.

→L 57 Am **12.12.1961** beschließt der Senat von Berlin (West) die *Richtlinien für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen*, die am **28.2.1962** im Dienstblatt des Senats bekanntgegeben werden. Für die Stadtplanungsämter des Senats und der Bezirke geht es jetzt darum, ein Sanierungsprogramm für

Berlin (West) aufzustellen: Baugesellschaften müssen gefunden werden, die die Durchführung übernehmen, in den Verwaltungen müssen Sanierungsstellen eingerichtet und vor allem muß bestimmt werden, wo und was saniert werden soll.

Am **14.2.1962** wird in einer Sitzung der Baustadträte beim Senator für Bau- und Wohnungswesen (Sen. Bau/Wohn) über die Einleitung des Sanierungsprogramms verhandelt und insbesondere festgelegt, wie die *Wohnwürdigkeit* von Altbauwohnungen zu bestimmen ist:

←A 45

Das Bundesbaugesetz erwähnt Sanierungsgebiete in den §§ 5 Abs. 4, 26 und 59 Abs. 5. Der Bundesminister für Wohnungsbau hat den Ländern Richtlinien für die Volkszählung 1961 anhand gegeben, nach denen Gebiete nach planerischen Gesichtspunkten abgegrenzt werden sollten, in denen die Wohnwürdigkeit unter einem gewissen Zensus liegt. Herr Fürlinger weist ausdrücklich darauf hin, daß es sich hierbei nicht um Richtlinien des Bundeswohnungsministeriums für Sanierungsobjekte handelt, es sollte vielmehr die Wohnwürdigkeit nach objektiven Gesichtspunkten festgestellt werden als Anhaltspunkte, nach denen die Länder einschließlich Berlin für die statistischen Landesämter Bereiche, die diese Merkmale aufweisen, heraussuchen.

Nach den hier erfolgten Feststellungen würden mehr als die Hälfte der Berliner Altwohnungen unter diese Merkmale fallen. Es hat sich als notwendig ergeben, diese Objekte in vier Stufen einzuteilen. In der Stufe 1 sind Wohnungsbauten erfaßt, die im allgemeinen vor 1870 gebaut worden sind. Die Stufe 2 erfaßt Bauten zwischen 1870 und 1885, die Stufe 3 die Bauten von 1885 bis 1900 und die Stufe 4 von 1900 bis in die zwanziger Jahre. Die Stufen 3 und 4 können vorerst für Sanierungszwecke außer Betracht gelassen werden. Dagegen sind die Stufen 1 und 2 unbedingt für ein Stadterneuerungsprogramm in Betracht zu ziehen, da sie einmal ein Baualter von fast 100 Jahren haben und zum anderen aufgrund der 1883 erlassenen Polizeiverordnung, die Höfe von 5,20 x 5,20 m vorschrieb, die heutigen Forderungen über Belichtung, Belüftung und Besonnung in keiner Weise erfüllen. In Wedding und Kreuzberg fallen in erheblichem Umfang Häuser unter die Stufen 1 und 2. Die Zahl der Wohnungen, die für ein Sanierungsprogramm als erste Ausweisung im Flächennutzungsplan in Betracht gezogen werden sollten, beträgt rd. 48.000. Es sollte das Ziel sein, pro Jahr mindestens 2–3.000 Wohnungen zu erneuern.

Herr Fürlinger bittet, daß die in den Richtlinien vorgeschriebenen Sanierungsverwaltungsstellen in den Bezirken gegründet werden, damit Stadtplanung die ausgewiesenen Gebiete einer eingehenden Betrachtung unterziehen kann. Auch wenn die gesetzlichen Handhaben sich als unzureichend erweisen sollten, sollten die Vorarbeiten bereits in Angriff genommen werden, und zwar nicht nur unter planerischen, sondern auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Herr Fürlinger gibt die Zahlen der Wohnungen an, die nach einem ersten Überschlag in den einzelnen Bezirken unter Abbruch bzw. unter Verbesserungsfähigkeit fallen.

Verhandlungen mit Vertretern des privaten Haus- und Grundbesitz haben, wie Senator Schwedler berichtet, ergeben, daß der Hausbesitz daran interessiert ist, zu wissen, in welchen Gebieten in absehbarer Zeit (10–15 Jahre) Sanierungsmaßnahmen mit Sicherheit nicht durchgeführt werden, damit dort Umbau- und Modernisierungspläne im Interesse der Erhaltung der Vermögenssubstanz, aber auch der Wettbewerbsfähigkeit bei angemessenen Amortisationsquoten durchgeführt werden können. Diese Negativ-Aussage hat die Ausweisung von Sanierungsgebieten zur Voraussetzung in einem Umfang, wie er etwa einem Sanierungsprogramm der nächsten 10–15 Jahre entsprechen würde.

Senator Schwedler bezeichnet es daher als unbedingt erforderlich, daß unverzüglich ein solches Programm von etwa 50.000 Wohnungen in Zusammenarbeit mit den Bezirken festgelegt wird. Hierzu sind Rechtsverordnungen notwendig, um diese Gebiete als Sanierungsgebiete auszuweisen und das Vorkaufsrecht in diesen Gebieten für Berlin zu sichern. Dem Hausbesitz muß klar gesagt werden, an welche Gebiete im Laufe dieses Jahrzehnts herangegangen wird. Hierzu gehört auch das von BzStR. Schäfer erwähnte Gebiet in Wilhelmsruh. Die Gesobau bemüht sich bereits um dieses Gebiet außerhalb des Sanierungsprogramms. Anhand des Beispiels von Chicago stellt Senator Schwedler fest, daß in Berlin in den nächsten 10 Jahren kaum mehr als jährlich 2–3.000 Wohnungen im Rahmen der Stadterneuerung gebaut werden können.

Richtlinien für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

Gliederung

I. Begriffsbestimmungen und Anwendungsbereich
II. Planung der Sanierungsmaßnahmen
III. Grunderwerb
IV. Ersatzwohnungsbau
V. Freimachung der Grundstücke
VI. Zuständigkeit für Entschädigungsregelungen
VII. Grundsätze für die Bemessung von Räumungsentschädigungen
VIII. Bereitstellung der Mittel
IX. Schlußbestimmung

Auf Grund des § 6 Abs. 1 AZG wird bestimmt:

I. Begriffsbestimmungen und Anwendungsbereich

1. Die städtebauliche Sanierung ist die Durchführung besonderer, der Stadterneuerung dienender Maßnahmen zur Beseitigung städtebaulicher Mißstände (§ 5 Abs. 4 des Bundesbaugesetzes).
2. Städtebauliche Mißstände im Sinne dieser Richtlinien sind insbesondere:
   a) die zu hohe bauliche Nutzung mit minderwertigen Wohnungen und ohne begrünte Flächen, Kinderspielplätze und Stellplätze;
   b) die Vermischung von Wohn- und Arbeitsstätten mit Störungen oder Gefahren für die Bewohner einerseits und mangelnden Entwicklungsmöglichkeiten für das Gewerbe andererseits;
   c) die planlose Besiedlung mangelhaft erschlossenen Geländes mit Bauten, die überwiegend den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach ihrer Beschaffenheit offensichtlich nicht genügen oder gewerblich genutzt werden.
3. Sanierungsmittel sind zur Deckung von Kosten bestimmt, die aufgewendet werden müssen, um bei Zugrundelegung der üblichen Finanzierung von Bauvorhaben im sozialen Wohnungsbau tragbare Mieten erzielen zu können.
   Zu solchen Kosten können insbesondere Entschädigungen für abzubrechende Bausubstanz, Umzugs- und Verlagerungskosten, Mietausfälle und sonstige wirtschaftliche Nachteile gehören (Nummer 10 Buchst. c und e, 27, 29 und 30).
4. Sanierungsverwaltungsstelle ist die Stelle der Abteilung Bau- und Wohnungswesen des Bezirksamtes, die die Sanierungsdurchführung federführend bearbeitet.
5. Der Sanierungsträger ist derjenige, der das Sanierungsvorhaben verantwortlich durchführt. (Vgl. Nummer 12).
6. Diese Richtlinien gelten nur für der Sanierung dienende Wohnungsbaumaßnahmen unter völliger oder teilweiser Beseitigung vorhandener Bausubstanz.
7. Diese Richtlinien gelten nicht für Sanierungsmaßnahmen, die als Vorleistungen des Eigentümers Voraussetzung für die Kreditgewährung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau sind und ohne Inanspruchnahme besonderer Sanierungshilfen durchgeführt werden können.

→L 59 Teil I der am 12.12.1961 vom Senat von Berlin (West) verabschiedeten „Richtlinien für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen"

BzStR. Nicklitz ist grundsätzlich gegen Verbesserungsarbeiten an schlechten alten Wohnungen, da die dadurch entstehende hohe Miete in keinem Verhältnis zu dem Zustand des gesamten Hauses und zu den Neubauwohnungen mit Zentralheizung mit gleich hoher Miete steht. Hausbesitzern sollte daher nicht zu solchen Änderungen geraten werden.

Senator Schwedler hält es für notwendig, sich bei dem Sanierungsprogramm für die nächsten Jahre ausschließlich auf die abbruchreifen Wohngebäude zu konzentrieren, dabei aber auch geeignet erscheinende Verbesserungsobjekte kleinerer Art durchzuführen, um Erfahrungen zu sammeln.

Herr Düttmann betont, daß das Baujahr für den Abriß eines Hauses nicht allein maßgeblich sein darf, vielmehr muß erst geplant und dann abgerissen werden. Es gibt stadthistorische Situationen, die erhalten bleiben müssen, um nicht eine Stadt ohne Geschichte zu werden. Daher sollte Block für Block nach den vorhandenen Möglichkeiten durchgeplant werden, bevor lediglich aufgrund des Baujahrs Abrisse angeordnet werden.

Zur Rentabilität verweist Herr Schneevoigt darauf, daß diese davon abhängig ist, wieweit die Mieten der Neubauten heruntermanipuliert werden, da individuelle Mietbeihilfen die objektgebundene finanzielle Förderung ablösen sollen.

BzStR. Grabowski weist darauf hin, daß in Schöneberg kein Ersatzgelände zur Verfügung steht und der Bezirk betreffs Aufnahme der Umsetzmieter an andere Bezirke herantreten muß.

Herr Dr. Radziejewski unterstreicht die Notwendigkeit des überbezirklichen Ausgleichs, wobei die Schwierigkeiten jedoch in der Abneigung der Bevölkerung gegen Umsiedlung in einen anderen Wohnbezirk liegen.

Von den Planungsämtern der Bezirke sollen möglichst bald die in Frage kommenden Sanierungsgebiete bestimmt werden. Zwei dieser Gebiete stehen schon fest: Für die in den 30er Jahren gebaute Arbeitslosensiedlung in Wilhelmsruh ist beim Senator für Finanzen ein Antrag gestellt worden, das Vorkaufsrecht des Senats durch Rechtsverordnung festzulegen. Es handelt sich um das Gebiet, für das die Architekten Peter Friedrich, Josef
→S. 568 Lembrock und Elly Lehning im Rahmen der Ausstellung *Die Stadt von morgen* **1957** einen Plan für eine Stadteinheit für 10.000 Personen vorgestellt hatten. Auch das zweite Gebiet war **1957** auf der Ausstellung bereits als Beispielplanung präsentiert worden: der südliche Wedding zwischen den Eisenbahnanlagen nördlich der Bernauer Straße, für den Stephan und Fürlinger den Totalabriß geplant hatten. Am **28.3.1962** wird das Bezirksamt Wedding von der von Fürlinger geleiteten Abteilung II des Stadtplanungs-
→A 46 amtes beim Sen. Bau/Wohn darüber informiert, *daß in einer Verhandlung unter Vorsitz von Herrn Sendir. Schneevoigt unter Teilnahme aller Abteilungen des Hauses der Beschluß gefaßt wurde, für das obengenannte Gebiet* (zwischen Bhf. Gesundbrunnen und Bernauer Straße) *einen Wettbewerb auszuschreiben. Die Federführung liegt bei II Stapla. Stapla Wdg. wird demnächst schriftlich gebeten, hierfür erforderliche Angaben zu machen.*

Am **7.5.1962** findet im Bezirksamt Wedding eine Aussprache über den beabsichtigten Wettbewerb statt. Fürlinger erklärt die Absicht des Senats:
→A 47 *Einleitend erläutert Herr Fürlinger die Vorbereitungen zur Ausweisung von Sanierungsgebieten in den Bezirken Tiergarten, Kreuzberg, Schöneberg, Neukölln, Charlottenburg und Wedding, insbesondere das Wettbewerbsvorhaben im Bereich südlich des Bahnhofs Gesundbrunnen zwischen Garten-/Bernauer Straße, Güterbahnhof Bernauer Straße.*

Es sei beabsichtigt, nicht nur die Blöcke direkt an der Bernauer Straße zu sanieren, sondern es soll mit dem Wettbewerb eine echte Neugestaltung des gesamten Gebietes eingeleitet werden.

Als Ergebnis der Besprechung sollen Fixpunkte und Bindungen für die Wettbewerbsausschreibung festgelegt werden. Nach vorläufigen Berechnungen geht man von 10.600 abzureißenden und 4.400 *verbesserungsfähigen* Wohnungen aus. Genauere Feststellungen zu treffen scheint jedoch unmöglich, so daß die Besprechung nicht das erhoffte Ergebnis erzielt:
→A 48 *Die Aussprache und eine abschließende Ortsbesichtigung zeigen, daß es äußerst schwierig ist zu entscheiden, wo ein Totalabriß zweckmäßig ist und in welchen Blöcken Entkernungs- und Modernisierungsmaßnahmen möglich sind. Die hierzu eigentlich erforderlichen Bestandsuntersuchungen würden viel zu lange dauern. Für die Wettbewerbsausschreibung muß nach Sichtung der Blöcke ohne Bindung durch Fixpunkte durch eine zu bildende Kommission (BauWohn und Bezirk) Art und Ausmaß der Sanierungsmaßnahmen (Totalerneuerung usw.) im Einzelfall vorgeschlagen werden.*

Der Wettbewerb wird nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern Fürlinger bemüht sich, gezielt Professoren der Städtebaulehrstühle der Universitäten in der BRD und Berlin (West) zu gewinnen, einen Vorschlag für die städtebauliche Erneuerung des Wettbewerbsgebietes zu entwickeln. Am **5.12.1962** findet in der Akademie der Künste ein erstes vorbereitendes Gespräch mit 10 Professoren und ihren Assistenten statt, an dem vom Bezirksamt Wedding auch Nicklitz und Klatt teilnehmen. Fürlinger legt dabei die Absicht des Senats in bezug auf die anstehende Sanierung dar:

Nach den von Bonn gegebenen Richtlinien für die Aussonderung „Erneuerungsbedürftiger Wohngebiete" stelle u.a. die Bebauungsdichte von 2,0 (GFZ) und mehr ein Sanierungskriterium dar. Alle vor dem 1. Weltkrieg gebauten Wohnungen in den Innenbezirken lägen in ihrer Nutzung höher, als sie heute zulässig sei, d.h., alle Gebiete innerhalb der Ringbahn müßten erneuert werden. Da das in absehbarer Zeit völlig ausgeschlossen erscheine, habe Berlin einen Sanierungsstufenplan unter besonderer Berücksichtigung des Baualters und der sanitären Verhältnisse aufgestellt. Es sei beabsichtigt, zunächst 56.000 Wohnungen, von denen 20.000 vor 1870 gebaut seien und zwar jährlich rd. 3.500 Wohnungen zu sanieren. ←A 49

In Berlin sind

20000 Wohnungen 100 Jahre alt

Riesenarbeit für die Spitzhacke: In Berlin sollen alle Bruchbuden verschwinden und durch moderne Neubauten ersetzt werden! Es wird höchste Zeit, daß die zuständigen Stellen des Bausenators aktiv werden; denn in unserer Stadt leben noch immer etwa 200 000 Menschen in 56 000 abrißreifen Wohnungen! In diesen Häusern herrschen oft unglaubliche Zustände: In mehreren Fällen benutzen 17 Mietparteien eine Toilette gemeinsam! Mehr als 20 000 Wohnungen stammen noch aus der Zeit vor 1870 und sind nach heutiger Auffassung völlig veraltet! Beim Bausenator ist man jetzt dabei, eine seit längerer Zeit geplante „Sanierungsaktion" anzukurbeln. Mit mehr Tempo will man nun an das Riesenprojekt herangehen!

Die Sanierungsaktion, die für einen Zeitraum von zehn Jahren geplant ist und eine halbe Milliarde DM kosten wird, läuft bei den Behörden unter dem Arbeitstitel „1. Programm". Sie ist nur der erste Schritt einer langfristigen Planung; denn gegenwärtig entsprechen 430 000 Wohnungen (das ist die Hälfte aller Wohnungen in Westberlin!) nicht mehr den heutigen Ansprüchen! Die meisten dieser Häuser wurden zwischen 1885 und 1900 errichtet, als die Hausbesitzer mit behördlicher Genehmigung auf wenig Platz möglichst viele Menschen unterbringen durften.

Natürlich sollen nicht alle 430 000 Wohnungen abgerissen werden! Bei den über hundertjährigen Gebäuden jedoch ist der Abriß durchweg billiger als eine umfassende Renovierung

Fünf solche Projekte sind jetzt angelaufen:

- **Am Wedding: das Wohngebiet zwischen Bahnhof Gesundbrunnen, Gartenstraße und Ackerstraße.**
- **In Kreuzberg: das Gelände am Kottbusser Tor zwischen Sektorengrenze, Landwehrkanal, Prinzenstraße und Görlitzer Bahnhof.**
- **In Schöneberg: zwischen Bülowstraße, Potsdamer Straße, Kurfürstenstraße und dem Bahnhof Großgörschenstraße.**
- **In Charlottenburg: das Dreieck zwischen Ernst-Reuter-Platz, Rathaus und Oper. Außerdem ein Gelände südlich des Charlottenburger Schlosses.**
- **In Tiergarten: das Gebiet am Krankenhaus Moabit zwischen Turmstraße und Perleberger Straße.**

Die Verwaltung hat mehrere Baugesellschaften als „Sanierungsträger" beauftragt, in bestimmten Teilen dieser Gebiete — also ohne gegenseitige Konkurrenz — die alten Häuser aufzukaufen. In diesen Wochen laufen die Verhandlungen zwischen den Gesellschaften und den bisherigen Eigentümern auf vollen Touren! Nach Auskunft eines Senatssprechers hat es dabei keinen Preiswucher gegeben, weil die meisten Bruchbudenbesitzer gern verkaufen oder ein Ersatzobjekt übernehmen. Nach dem Kauf eines solchen alten Hauses muß die Baugesellschaft den Mietern neue wunschgemäße Wohnungen besorgen. Erst dann erteilen Wohnungsamt und Bauaufsicht die Genehmigung zum Abriß.

Ein hochmodernes Wohnviertel soll auf dem Weddinger Sanierungsgebiet nördlich der Bernauer Straße enstehen: Der Bausenator hat von den Städtebaulehrstühlen der westdeutschen Hochschulen Gutachten für die neue Bebauung dieses Geländes angefordert. Die Professoren sollen dabei eng mit den Studenten zusammen arbeiten; denn bewußt will man gerade die jungen Leute vom Fach zum Zuge kommen lassen. —üs—

Ankündigung der „Sanierungsaktion" in der „nacht-depesche" vom 18.6.1963 ←L 60

Am **17.2.1963** werden in Berlin (West) die vierten Wahlen zum Abgeordnetenhaus durchgeführt, die die SPD mit 61,9 % gewinnt. In der Regierungserklärung am **18.3.1963** gibt der Regierende Bürgermeister Willy Brandt das Sanierungsprogramm des Senats bekannt.

Die Ergebnisse der Abgeordnetenwahl in Berlin (West) vom 17.2.1963:

SPD	61,9 %
CDU	28,8 %
FDP	7,9 %
SED-W	1,9 %

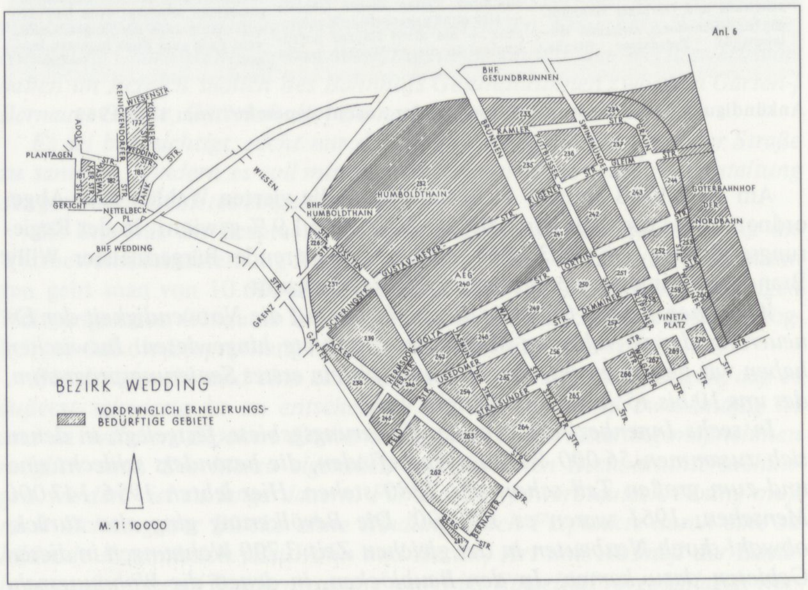
Wir haben bereits früher in diesem Hause auf die Notwendigkeit der Erneuerung der überalterten Mietskasernengebiete hingewiesen. Inzwischen haben wir begonnen mit den Arbeiten für ein erstes Sanierungsprogramm, das uns 10 bis 15 Jahre beschäftigen wird. ←L 61

In sechs Innenbezirken wurden Sanierungsgebiete festgelegt, in denen sich zusammen 56 000 Wohnungen befinden, die besonders schlecht sind und zum großen Teil schon seit 1880 stehen. Hier lebten 1956 147 000 Menschen; 1961 waren es 138 000. Die Bevölkerung ging also zurück, obwohl durch Neubauten in der gleichen Zeit 3 700 Wohnungen in diesen Gebieten dazu kamen. In den Baublöcken, in denen die Wohnungszahl gleich blieb, ging die Bevölkerung sogar um 11 Prozent zurück.

Seit zwei Monaten arbeiten 12 Professoren mit ihren Assistenten und Studenten verschiedener deutscher Hochschulen an den Plänen für ein großes Sanierungsgebiet im Wedding. Die Aufgabe der Stadterneuerung ist hier an einem Berliner Beispiel gestellt worden. Aber die Professoren, Assistenten und Studenten werden bei ihrer Arbeit auch mit der harten politischen Wirklichkeit in der deutschen Hauptstadt vertraut; denn das Sanierungsgebiet liegt unmittelbar an der Mauer.

Die Sanierung wird in der Regel in drei Stufen vor sich gehen: Ersatzwohnungsbau, Abriß der überalterten Häuser, Neubau nach modernen städtebaulichen Vorstellungen. Für das hier genannte erste Programm von 56 000 Wohnungen werden die Zuschüsse der öffentlichen Hand nach einer ersten Schätzung etwa eine halbe Milliarde DM betragen. Trotz dieser enormen Kosten werden wir mit der Arbeit beginnen. Wir wissen auch, daß es nur der Anfang für die städtebauliche Erneuerung der überalterten Wohngebiete sein kann. Es ist zu hoffen, daß für die Sicherung der rechtlichen Grundlagen in absehbarer Zeit im Deutschen Bundestag ein Sanierungsgesetz beschlossen wird, über das man seit langem spricht. Auch für die Finanzierung ist die Hilfe des Bundes notwendig. Weder Berlin noch andere deutsche Großstädte können diese Kosten allein tragen.

→B 42 Lage der 1963 bestimmten Sanierungsgebiete innerhalb des S-Bahnrings. Dazu kommt noch das weiter nördlich gelegene Sanierungsgebiet Wittenau-Nord (Märkisches Viertel), das die Bezirksverordnetenversammlung von Reinickendorf schon am 6.3.1957 als Sanierungsgebiet bestimmt hat



→B 43 Das 1963 festgelegte Sanierungsgebiet Wedding mit der Numerierung der Blöcke

Am **2.10.1963** werden vom Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses zur Einleitung des Sanierungsprogramms die ersten 12 Millionen DM bewilligt. Bausenator Schwedler schätzt die erforderlichen Zuschüsse zum Abriß der 56.000 Altbauwohnungen ohne die Neubaukosten auf 500 Millionen DM, hält die bewilligte erste Rate nur für einen *schüchternen Anfang* ←L 62
und rechnet in Zukunft mit jährlich benötigten 50 Millionen DM.

Anfang November liegen die Gutachten der folgenden 10 Städtebaulehrstühle vor:

1. TH München – Lehrstuhl Prof. Albers
2. TH Karlsruhe – Lehrstuhl Prof. Bayer
3. HfBK Berlin (West) – Lehrstuhl Prof. Ebert
4. TU Berlin (West) – Lehrstuhl Prof. Eggeling
5. TH Stuttgart – Lehrstuhl Prof. Gutbier
6. TH Darmstadt – Lehrstuhl Prof. Guther
7. TH Braunschweig – Lehrstuhl Prof. Jensen
8. TH Aachen – Lehrstuhl Prof. Kühn
9. TH Karlsruhe – Lehrstuhl Prof. Selg
10. TH Hannover – Lehrstuhl Prof. Wortmann

Auf einem zweitägigen Colloquium am **28.** und **29.2.1964** haben die Gruppen Gelegenheit, ihre Arbeiten zu erläutern. Alle zehn gehen vom Totalabriß gemäß den politischen Vorgaben aus.

Fritz Eggeling (TU Berlin) erhält für seinen Vorschlag den ersten Preis und im **September 1964** den Auftrag zur Weiterbearbeitung. Für diesen Zweck wird am Lehrstuhl für Städtebau der TU mit Forschungsmitteln des Senats die „Arbeitsgruppe für Stadtplanung (AGS)" eingerichtet, die nach dem Tod von Eggeling am **2.3.1966** von seinen Assistenten Hans Hansen und Heinrich Suhr weitergeführt wird.

Fritz Eggeling, Architekt und Städtebauer, geb. **19.6.1913** in Braunschweig, gest. **2.3.1966** in Hannover. Maurerlehre, Studium an der TH Braunschweig, ab **1936** im Hochbauamt Stettin unter Reichow, ab **1940** Baubeamter der Luftwaffe, nach **1945** in Hamburg bei Reichow und Gutschow. **1949–1956** im Stadtplanungsamt Hannover unter Hillebrecht. **1957–1960** Planung und Bau der Sennestadt als Sozius von Reichow. Gewinnt **1958** zusammen mit Pempelfort und Spengelin den Wettbewerb „Hauptstadt Berlin", **1961** den für die neue Stadt Wulfen. **1960** Berufung zum Ordinarius für Städtebau und Siedlungswesen an die TU Berlin.

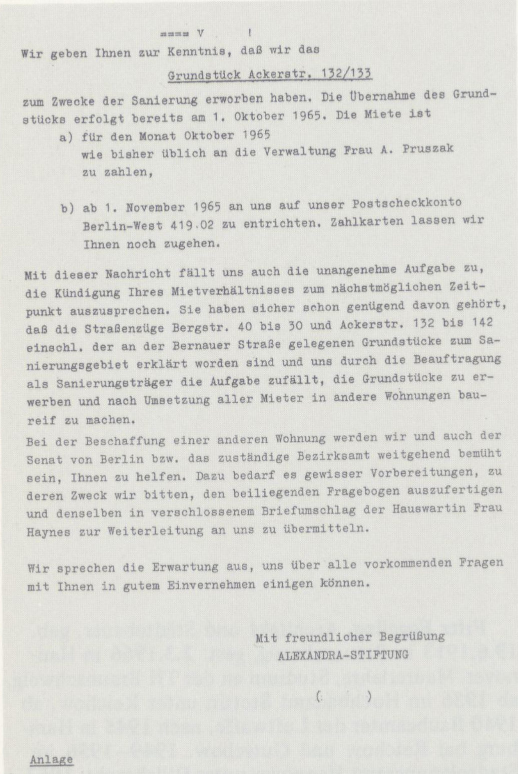
←II/565

Das Sanierungsgebiet Gesundbrunnen, Zustand 1965. Die vorhandene Bebauung ist unterschieden nach Industriebauten (grau) und Wohnhäusern (schwarz) ←B 44

Das Sanierungsgebiet Wedding wird jetzt unter 5 Bauträgern aufgeteilt: der Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus (DEGEWO), dem Vaterländischen Bauverein eGmbH, der Alexandra-Stiftung e.V., der Berliner Baugenossenschaft eGmbH und der **1965** gegründeten Gewerbesiedlungsgesellschaft mbH (GSG). Sie erwerben in den ihnen zugeteilten Gebieten die Grundstücke, um die vorhandenen Altbauten abzureißen und Baugelände für eine Wiederbebauung zusammenzulegen – ein Prozeß, der sich über Jahre hinzieht.

6.3.2 Der Abriß von Meyer's-Hof

Während der größte Teil der Grundstücke im Sanierungsgebiet Wedding von der DEGEWO gekauft wird, erhält den Block 262 südlich der Ernst-Reuter-Siedlung eine der kleineren gemeinnützigen Baugesellschaf-



Wir geben Ihnen zur Kenntnis, daß wir das

Grundstück Ackerstr. 132/133

zum Zwecke der Sanierung erworben haben. Die Übernahme des Grundstücks erfolgt bereits am 1. Oktober 1965. Die Miete ist

a) für den Monat Oktober 1965 wie bisher üblich an die Verwaltung Frau A. Pruszak zu zahlen,

b) ab 1. November 1965 an uns auf unser Postscheckkonto Berlin-West 419 02 zu entrichten. Zahlkarten lassen wir Ihnen noch zugehen.

Mit dieser Nachricht fällt uns auch die unangenehme Aufgabe zu, die Kündigung Ihres Mietverhältnisses zum nächstmöglichen Zeitpunkt auszusprechen. Sie haben sicher schon genügend davon gehört, daß die Straßenzüge Bergstr. 40 bis 30 und Ackerstr. 132 bis 142 einschl. der an der Bernauer Straße gelegenen Grundstücke zum Sanierungsgebiet erklärt worden sind und uns durch die Beauftragung als Sanierungsträger die Aufgabe zufällt, die Grundstücke zu erwerben und nach Umsetzung aller Mieter in andere Wohnungen baureif zu machen.

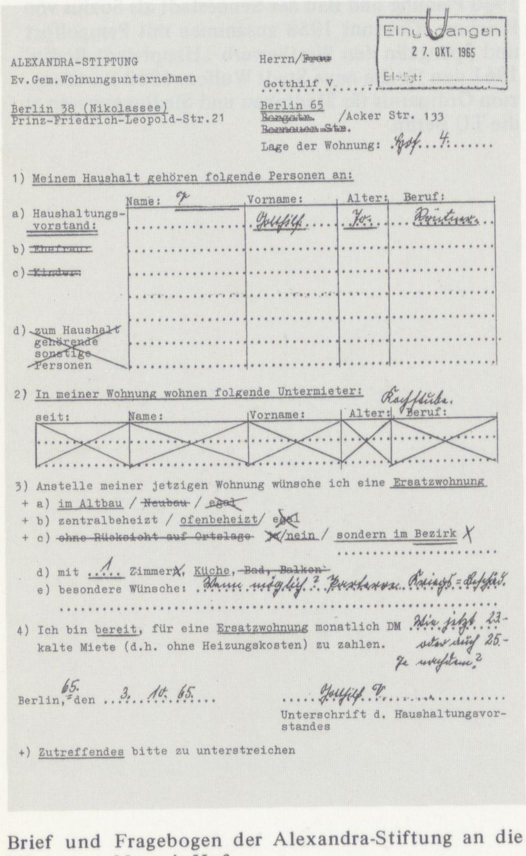
Bei der Beschaffung einer anderen Wohnung werden wir und auch der Senat von Berlin bzw. das zuständige Bezirksamt weitgehend bemüht sein, Ihnen zu helfen. Dazu bedarf es gewisser Vorbereitungen, zu deren Zweck wir bitten, den beiliegenden Fragebogen auszufertigen und denselben in verschlossenem Briefumschlag der Hauswartin Frau Haynes zur Weiterleitung an uns zu übermitteln.

Wir sprechen die Erwartung aus, uns über alle vorkommenden Fragen mit Ihnen in gutem Einvernehmen einigen können.

Mit freundlicher Begrüßung
ALEXANDRA-STIFTUNG

( )

Anlage



ALEXANDRA-STIFTUNG
Ev.Gem.Wohnungsunternehmen

Berlin 38 (Nikolassee)
Prinz-Friedrich-Leopold-Str.21

Eingegangen 27. OKT. 1965
Erledigt:

Herrn/~~Frau~~
Gotthilf V.
Berlin 65
~~Bergstr.~~ /Acker Str. 133
~~Bernauer Str.~~
Lage der Wohnung: Hof 4.

1) Meinem Haushalt gehören folgende Personen an:

	Name:	Vorname:	Alter:	Beruf:
a) Haushaltungsvorstand:	V.	Gotthilf	70	Rentner
b) ~~Ehefrau:~~				
c) ~~Kinder:~~				
d) ~~zum Haushalt gehörende sonstige Personen~~				

2) In meiner Wohnung wohnen folgende Untermieter:

seit:	Name:	Vorname:	Alter:	Beruf:

3) Anstelle meiner jetzigen Wohnung wünsche ich eine Ersatzwohnung
+ a) im Altbau / ~~Neubau~~ / ~~egal~~
+ b) zentralbeheizt / ofenbeheizt/ ~~egal~~
+ c) ~~ohne Rücksicht auf Ortslage~~ ~~ja~~/nein / sondern im Bezirk X

d) mit 1 Zimmer, Küche, ~~Bad, Balkon~~
e) besondere Wünsche:

4) Ich bin bereit, für eine Ersatzwohnung monatlich DM ... kalte Miete (d.h. ohne Heizungskosten) zu zahlen.

Berlin, 65, den 3. 10. 65.

Gotthilf V.
Unterschrift d. Haushaltungsvorstandes

+) Zutreffendes bitte zu unterstreichen

Brief und Fragebogen der Alexandra-Stiftung an die Mieter von Meyer's-Hof

ten, die Alexandra-Stiftung, deren Entstehung wir im 1. Band der Geschichte des Berliner Mietshauses dargestellt haben. Der Block, in dem nicht nur Meyer's-Hof, sondern auch die ersten, **1850** vom „Verein für die Armen" für Arbeiter gebauten Wohnhäuser stehen, ist in seiner Baugeschichte im 2. Band beschrieben. Die Alexandra-Stiftung kauft Meyer's-Hof von dem Sohn des Vorbesitzers, der das Grundstück wenige Monate vorher von seinem Vater erworben hat. Die Auflassung erfolgt am **21.7. 1965**.

Nach dem Kauf läßt die Alexandra-Stiftung zunächst sowohl Vorderhaus wie Quergebäude von Meyer's-Hof aufmessen und eine Liste über die Größe der Wohnungen und Personenzahl der Haushalte anfertigen. Insgesamt sind es 82 Wohnungen unterschiedlicher Größe.

→A 50 Die Bewohnerakte der Alexandra-Stiftung enthält **1965** Angaben über 67 Haushaltungen in Meyer's-Hof, die aus 129 Personen (darunter 38 Rentner und 26 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren) bestehen und bei denen es sich überwiegend um 1- und 2-Personen-Haushalte handelt.

Am **29.9.1965** stellt die Alexandra-Stiftung den Mietern von Meyer's-Hof ein hektographiertes Schreiben zu, in dem diese darüber informiert werden, daß sie die Miete in Zukunft an die Alexandra-Stiftung zu zahlen haben. Gleichzeitig wird die Kündigung des Mietsverhältnisses zum nächstmöglichen Termin ausgesprochen. Da die Alexandra-Stiftung als Sanierungsträger verpflichtet ist, für die Mieter Ersatzwohnungen zu vermitteln, wird ein Fragebogen beigelegt, in dem sich nach den Wünschen für eine Ersatzwohnung erkundigt wird.

60 Fragebögen werden ausgefüllt zurückgeschickt. Aus den Antworten der Mieter geht folgendes hervor:

80 %	wollen	im Wedding wohnen bleiben
57 %		eine Neubauwohnung
20 %		eine Altbauwohnung
23 %	ist die	Frage Neu- oder Altbau egal
33 %		eine Zentralheizung
42 %		eine Ofenheizung
24 %	ist die	Heizungsfrage egal
44 %		eine Küche-Stube-Wohnung oder eine Kochstube
19 %		eine 2-Zimmer-Wohnung
14 %		eine 1 1/2-Zimmer-Wohnung
14 %		eine 2 1/2 Zimmer-Wohnung
9 %		eine 3-Zimmer-Wohnung
34 %		ein Bad
13 %		einen Balkon

Die Mietvorstellungen liegen zwischen 45 DM und 100 DM, für eine 2 1/2- bis 3-Zimmer-Neubauwohnung mit Bad und Balkon sind 5 Mieter bereit, 120 DM zu zahlen, einer sogar 140 DM.

Einige Mieter legen dem Fragebogen kurze Schreiben bei, in denen sie ihre Wünsche genauer formulieren. Aus ihnen ist ersichtlich, daß die betreffenden Personen schon sehr lange im Wedding wohnen und dort auch bleiben wollen. Die meisten wünschen als Ersatzwohnung eine gleich große und vor allem ebenso billige Wohnung wie die, in der sie wohnen. So schreibt z.B. der 70jährige Rentner Gotthilf V.:

→A 51 *Berlin 65, 3.10.65*

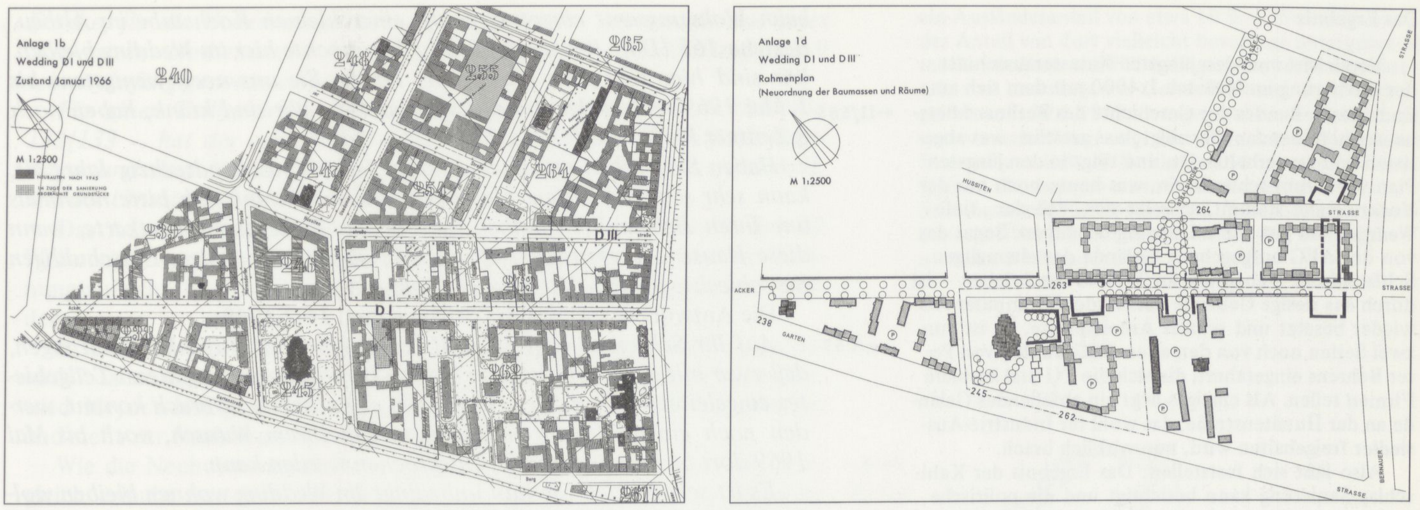
Ich wohne hier seit Weihnachten 1943 und war (5 Jahre) in der Rüstung (A.E.G.). Habe viele Freundschaften und möchte gar zu gerne hier in der Nähe bleiben. Vor allen Dingen möchte ich, daß rechtzeitig Bescheid kommt, damit ich meine Sachen in der neuen Wohnung abstellen kann.
←A 52 *Weitere Wünsche habe ich nicht. Nur keine Überstürzung, denn ich bin 70 Jahre und kann keinen Rummel vertragen. Also sehr leicht zu erfüllen. Recht schöne Grüße!*

Zuviel wünschen hat keinen Zweck, denn alles kann doch nicht erfüllt werden?

Die Rentnerin Amanda K. schreibt am **4.10.1965** an die Alexandra-Stiftung:

→A 53 *Sehr geehrte Herren*

Ich bin seit 1958 acht Jahre beim Wohnungsamt Seestraße 64 mit Kochstube im Altbau hier auf dem Wedding. Wenn irgend geht, möchte ich hier im Wedding 1 Stube mit Kochgelegenheit, separater Eingang im Hause einigermaßen stabil ist. Ich wohne in Meyershof genau 33 Jahre seit Mai 1932.



Die Rahmenplanung für den südwestlichen Teil des Sanierungsgebietes Wedding an der Ackerstraße (1966) ←B 45

Bitte herzlich um Zuweisung einer Kochstube im Wedding, 20 bis 25 Mk Miete und etwas darüber.
Ich bin Rentnerin, mit Hochachtung voll! Besten Dank im Voraus.

1965 beginnen an der Nordspitze der Ackerstraße die Sprengungen und Abrisse. Die DEGEWO beseitigt die Altbebauung und ersetzt sie durch eine aufgelockerte Bebauung, zu der im 3. Sanierungsbericht vom **März 1966** ein Rahmenplan veröffentlicht wird.

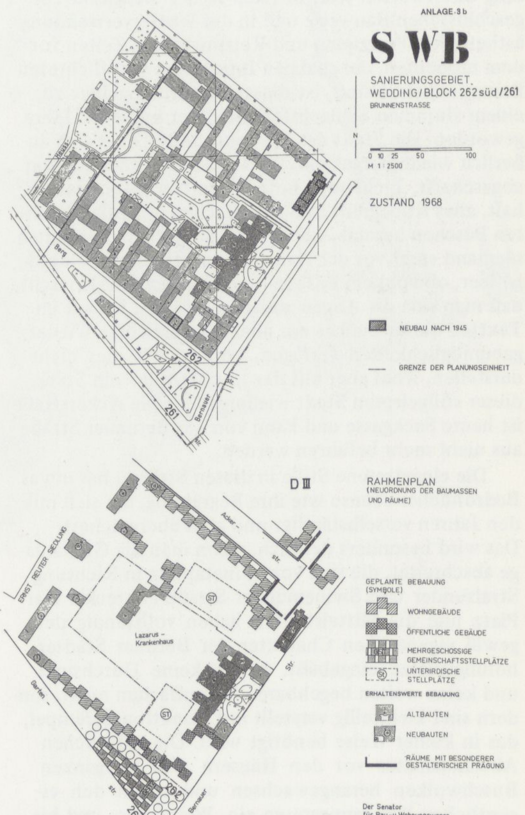
Für den südlichen Teil des Blocks 262 liegt zu diesem Zeitpunkt noch keine Konzeption vor. Die Gegend verwandelt sich in dieser Zeit in eine Trümmerlandschaft. Wer es sich leisten kann, zieht von selbst aus. An den noch vorhandenen Altbauten werden seit Beginn der Diskussion um die Sanierung kaum noch größere Reparaturen vorgenommen. Der Briefwechsel der Rentnerin Amanda K., die sich schon **1965** um die Vermittlung einer Kochstube als Ersatzwohnung bemüht hat, mit der Alexandra-Stiftung zeugt von der unsicheren oder auch verzweifelten Lage der Mieter:

Berlin, d. 27. Mai 1968 ←A 54
Sehr geehrter Herr Baumeister.
Habe eine große Bitte, wohne in Meyer's Hof schon 36 Jahre, wir wissen alle, daß die Häuser Ackerstraße 132, 133 abgerissen werden. Wenn es soweit ist, möchte ich Sie bitten, weisen Sie mir eine kleine Kochstube nach im Altbau, wenn der einigermaßen in Ordnung ist, damit ich nicht gleich ziehen darf. Ich muß meinen Neffen mitnehmen in meine Wohnung. Der hat keine Bleibe, weiß nicht, wo (er) hinsoll, hat Jahre lang den Krieg mitgemacht, war vier Jahre in Gefangenschaft. Es gibt keine Schlafstelle, keine Möbelierten Zimmer, der Mann krank vom Kriege. Wir zahlen pünktlich Miete. Bin ja bei Ihnen eingetragen, nehme auch kleine Wohnung, eine kleine Stube. Wann wird Meyer's Hof abgerissen. Schreiben Sie bitte 1 Postkarte. Hochachtend . . . Amanda K.

Am **29.5.1968** antwortet ihr die Alexandra-Stiftung:
Sehr geehrte Frau K.! ←A 55
Leider gibt uns Ihr Brief vom 27. d. Mts. einige Rätsel auf, da einiges wirklich nicht zu entziffern ist.
Ihnen geht es darum, eine kleine und billige Wohnung zu bekommen. Das ist natürlich nur in Altbauten möglich und nicht ohne weiteres nachzuweisen. Sie müßten deshalb am zweckmäßigsten zum Wohnungsamt Wedding gehen, wo Ihnen weitere Auskünfte gegeben werden. Selbstverständlich ist das Wohnungsamt bemüht, Ihnen eine Ihrem Einkommen angepaßte Wohnung nachzuweisen.

Frau K. wird empfohlen, sich an das Wohnungsamt zu wenden, obwohl sie dort schon seit **1958** gemeldet ist und feststeht, daß Kochstuben, die nicht mehr Miete kosten, als sie aufbringen kann, nicht zur Verfügung stehen.

Frau K. schreibt am **10.2.1969**: →B 46
Sehr geehrter Herr Baumeister. ←A 56
Ich wohne in der Ackerstraße 133, Hof links II Mitte. Bin 11 Jahre



Rahmenplan für die Sanierungsblöcke 262/süd und 261 vom Januar 1969

Das Ergebnis

Vergleicht man den jüngsten Katasterausschnitt der Kartierung im Maßstab 1:4000 mit dem sich am Ende des 2. Bandes der Geschichte des Berliner Mietshauses befindenden, der zeigt, was zerstört, was abgerissen und was erhalten ist, und trägt in den jüngsten Plan wiederum schwarz ein, was heute noch aus der Vorkriegszeit stammt, so zeigt sich, daß der „tiefe Wedding" so gut wie vollständig bebaut ist. Sogar das von der AEG aufgegebene Gelände des ehemaligen Schlachthofs – ebenfalls im 2. Band beschrieben – ist durch das riesige Gebäude der Nixdorf-Computer AG wieder besetzt und schafft Arbeitsplätze. Es ist von zwei Seiten noch von den alten AEG-Bauten von Peter Behrens eingerahmt, die sich die TU und kleinere Firmen teilen. Als einziges liegt ein abfallendes Gelände an der Hussitenstraße, das wohl für Industrie-Aussiedler freigehalten wird, nun wirklich brach.

Also läßt sich feststellen: Das Ergebnis der Kahlschlag-Sanierung kann besichtigt und die politische Landschaft, die sich herausgebildet hat, anhand der Stimmbezirke des Wahlkreises 5 (Wedding/Gesundbrunnen) beleuchtet werden.

Bis auf den Straßengrundriß mit den hier enorm breiten Straßen und Bürgersteigen hat sich im Gegensatz zu allen Plänen einer „Stadt von morgen" alles geändert, weil unterirdische Investitionen sich durchsetzen. So gut wie verschwunden ist die kleinteilige Parzellenstruktur, weil der Mietshausbesitz von den dort in der Sanierung tätig gewordenen Wohnungsbaugesellschaften aufgekauft und zu großen Grundstücksarealen zusammengefaßt worden ist. Und ebenfalls geändert hat sich die Bauweise – nicht nur technisch durch den Einsatz von Stahlbeton, sondern durch den Versuch, die frühere Hausindividualität mit ästhetischen Mitteln (wie Vor- und Rücksprung von Gebäudeteilen, Verspringen der Gebäudehöhe, Dynamisierung der Außenwand mit Hilfe von Balkonen, Loggien und Erkern und Einsatz verschiedenfarbiger und unterschiedlich strukturierter Materialien und Farben) wieder einzuholen. Da zum einen nicht das ganze Gebiet gleichzeitig bebaut worden ist, zum anderen auch nicht in einer ästhetisch verantwortlichen Hand gelegen hat, sondern der jeweiligen stilistischen Entwicklung unterworfen war, die sich in der Rückkehr zur geschlossenen Bauweise und in der Wiederverwendung ästhetischer Prinzipien und Reizmittel aus Zeiten vor dem modernen, der sozialen Innovation verpflichteten Bauen entlehnt sind, ist dieses Sanierungsgebiet zu einem stummen Schlachtfeld der 70er und 80er Jahre geworden. Die Stadt des 19. Jahrhunderts hat sich äußerlich wiederhergestellt, die Mietskasernen sind zwar abgeschafft, Licht und Luft kommt in jeden Haushalt, alles ist begrünt und alle Flächen mit pflegeleichten Büschen besetzt – aber niemand ist mehr zu sehen, niemand steht vor der Haustür, der öffentliche Raum ist leer, obwohl ein Farben- und Formenlärm herrscht, daß man sich die Augen zuhalten möchte. Da wir im Textteil dieses Buches nur über schwarzweiße Wiedergabemöglichkeiten verfügen, können wir dies nicht darstellen, wohl aber mit der „Ackerrolle" ein Stück dieser stillgelegten Stadt wiedergeben. Die Ackerstraße ist heute Sackgasse und kann von der Bernauer Straße aus nicht mehr befahren werden.

Die eingetretene Stille in diesen Straßen hat etwas Bedrohliches ebenso wie ihre Begrünung, die sich mit den Jahren verselbständigt und alles überwuchert. Das wird besonders deutlich, wenn man die Grünanlage abschreitet, die sich vom Vinetaplatz in Richtung Stralsunder und Swinemünder Straße erstreckt: Der Platz und die Mittelstreifen haben vollständig den gewiß eigenartigen Charakter der Berliner Stadterholungsplätze eingebüßt, haben keine Durchsicht und keine weiten begehbaren Rasenflächen mehr, sondern sind kleinteilig verstellt mit Funktionsgerümpel, das in keiner Weise benötigt wird. Die natürlichen Abstandshalter vor den Häusern sind zu ganzen Buschwolken herangewachsen und engen den eigentlichen Bewegungsraum ein. Wie anders und bis heute gebrauchsfähig ist dies in den Siedlungen der 20er Jahre in Frankfurt gelöst!

Bei Durchsicht der statistischen Daten ergibt sich

beim Wohnungsamt eingetragen mit einer kleinen Kochstube im Altbau. Beziehe 165 (DM) Rente monatlich. Ich möchte hier im Wedding bleiben. Wir sind hier sehr viele alte Leute. Lassen Sie uns noch wenigstens bis
←II/565 *1. Mai 1969 hier in der Ackerstraße wohnen. Wir sind krank, haben noch 8 Zentner Preßkohlen.*

Haben Sie Mitleid mit alten Leuten. Ich bin neunundsechzig Jahre alt, kann sehr schlecht laufen, bin gallen- und leberkrank. Ich bitte nochmals um Ihren Beistand. Schreiben Sie mir auf beiliegender Postkarte, wann diese Häuser Ackerstraße 132 und 133 abgerissen werden. Entschuldigen Sie schlechte Schrift. Mit Hochachtung A.K.

Die Antwort der Alexandra-Stiftung vom **14.2.1969**:

→A 57 *Auf Ihr Schreiben vom 10. d. M. können wir im Augenblick nur sagen, daß zwar mit dem Abbruch von Meyers-Hof die Sanierung dieses Teilgebietes eingeleitet wird, aber ehe es zu dem eigentlichen Abbruch kommt, werden noch einige Monate vergehen, so daß Ihrem Wunsch, noch bis Mai 1969 dort bleiben zu können, entsprochen werden kann.*

Es ist schade, daß Sie nun unbedingt am Wedding wohnen bleiben wollen, weil sich in anderen Wohnbezirken bessere Möglichkeiten einer anderweitigen Unterbringung finden lassen. Sie sollten dabei bedenken, daß am Wedding vielfach Neubauten entstehen werden, die mit verhältnismäßig hohen Mieten belastet sind und Ihren rechnerischen Überlegungen nicht entsprechen werden.

Im 6. Sanierungsbericht des Senats vom **Januar 1969** erscheint dann der Rahmenplan für den südlichen Teil des Blocks 262:

Der Rahmenplan für die Blöcke 262 Süd und 261 basiert auf einem Bebauungsvorschlag des Architekten Harald Franke, den dieser im Auftrage der Alexandra-Stiftung erarbeitet hat. (...)

→L 63 *Der Rahmenplan sieht im Prinzip eine Randbebauung entlang der Acker- und Bergstraße vor. Entsprechend dem städtebaulichen Leitbild der AGS unter Leitung Prof. Eggelings wird damit in der Ackerstraße das Erscheinungsbild der alten berliner Straße wieder aufgenommen. An ihrem südlichen Ende öffnet sie sich zu einem Zentrum kirchlicher Einrichtungen, das bereits mit dem Bau des neuen Gemeindehauses (Architekt Harald*

„Ackerstraßen-Milieu" wird nun endgültig verschwinden

Berlins typischstes Beispiel ehemaliger Mietskasernen ist der Meyers-Hof mit seinen sieben Hinterhöfen in der Ackerstraße 132. Er soll in den Wintermonaten 1971/72 abgetragen werden. An dieser Stelle, wie übrigens entlang der gesamten Ackerstraße, wird eine siebengeschossige gestaffelte Wohnzeile mit zurückgesetzten fünfgeschossigen Wohngebäuden die zum Teil noch vorhandene Altbausubstanz ersetzen. Einzelne Abschnitte dieses Sanierungsvorhabens wurden bereits fertiggestellt.

Meyers-Hof ist seit mehr als fünfzig Jahren ein Schandfleck und zugleich ein Beispiel aus der Berliner Bauepoche der Gründerjahre. Deshalb ist die typische Berliner Mietskaserne heute noch Anziehungspunkt vieler Berlin-Besucher, obwohl von den ehemaligen sieben Hinterhöfen nur zwei den Krieg überstanden haben. Die damalige Bodenspekulation hat sich gelohnt. Fast auf den Tag genau bis zum Abriß, das Baujahr wird mit 1872 angegeben, hat Meyers-Hof ein Jahrhundert klingenden Mietszins eingebracht, und ebensolange hat sich hier das Milieu erhalten, das nun durch die Sanierungsmaßnahmen ein Ende finden wird.

Die Umsetzaktion der bis vor kurzem hier noch ansässigen 100 Mietsparteien ist im vollen Gange. Rund die Hälfte konnte in Neubauwohnungen innerhalb des Weddinger Sanierungsgebietes oder in Altbauwohnungen an anderer Stelle Unterkunft finden. Wie vom „Evangelischen Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen Alexandra-Stiftung" als Grundstückseigentümerin zu erfahren war, will man auch weiterhin bei der Umsetzaktion bemüht sein, die Wünsche der noch verbliebenen Mieter hinsichtlich des Wohnortes und der Höhe der Miete so weit wie möglich zu berücksichtigen. Im Frühjahr 1972 soll mit dem Neubau begonnen werden.

Die in diesem Sanierungsgebiet vorgesehenen Neubaumaßnahmen sind ein Teil des in der Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters vom 18. März 1963 verkündeten 10- bis 15jährigen Stadterneuerungsprogramms, das die Beseitigung der städtebaulichen Mißstände Berlins mit insgesamt 56 000 Wonnungen vorsieht.

Im Weddinger Sanierungsgebiet und speziell in der Ackerstraße soll entsprechend der neuen Konzeption unter Auflockerung der Wohngebäude auf eine vertretbare Geschoßflächenzahl und unter Berücksichtigung der Freiräume und Kinderspielplätze eine Neugestaltung erfolgen, die im Endziel eine fünf- bis siebengeschossige Wohnbebauung sowie die Errichtung einer Kindertagesstätte, eines Jugend- und Altenheims im Anschluß an ein schon bestehendes Gemeindehaus vorsieht. Als Sanierungsträger ist hierfür die „Alexandra-Stiftung" eingesetzt worden. Ihr gehören ein Teil der in Frage kommenden Grundstücke.

Die hier in den nächsten Jahren entstehenden Wohnbauten werden dann zusammen mit der gleich nach dem Kriege errichteten Ernst-Reuter-Siedlung eine geschlossene Komposition bilden, die durch die Mischung von verschiedenen Funktionen bemerkenswert sein wird. Einen Bebauungsvorschlag hierzu hat vor etwa eineinhalb Jahren der Berliner Architekt Harald Franke vorgelegt, wozu jetzt das Bebauungsplanverfahren eingeleitet worden ist und im Bezirk sowie beim Bausenator Zustimmung gefunden hat.

H. G.

→L 64 „Spandauer Volksblatt" vom 17.6.1970

Franke) für die Versöhnungskirche an der Bernauer/Ackerstraße und eines Schwesternwohnheimes im Anschluß an das Gebäude Theodor-Heuß-Weg 9 seinen Anfang genommen hat.

Für einen Teilbereich – den Komplex Meyers Hof in der Ackerstraße 132/133 – hat der Architekt Franke im Benehmen mit dem Sanierungsträger und dem Verein für die Armen ein konkretes Projekt entwickelt. Mit der Umsetzung der Mieter wurde begonnen.

Das Adreßbuch für **1970** verzeichnet noch 42 Mietparteien in den 82 Wohnungen von Meyer's-Hof. Zum Teil sind die Wohnungen von der Wohnungsaufsicht bereits für unbewohnbar erklärt und zwangsgeräumt worden.

Erst am **17.10.1972**, 9 Jahre nach der Erklärung zum Sanierungsgebiet und 7 Jahre nach dem ersten Brief, der den Mietern den Abriß ankündigt, wird Meyer's-Hof gesprengt. Das Grundstück ist am **4.4.1973** abgeräumt und steht zur Neubebauung zur Verfügung.

Wie die Neubebauung aussieht, zeigt unsere „Ackerrolle“, die den Ver- ←B 47
gleich erlaubt zwischen dem Zustand des Abschnittes von der Bernauer ←II/214
Straße bis zum Gartenplatz im Jahr **1965/66**, also zu Beginn der Sanierungsmaßnahmen, und dem von **1986**.

ein Ausländeranteil von etwa 19 % in diesem Gebiet, der Anteil von dort vielleicht bevorzugt untergebrachten Aussiedlern und Flüchtlingen war nicht zu ermitteln und unterliegt der Geheimhaltung. Das Wahlergebnis vom **29.1.1989**, bezogen auf die Bezirksverordnetenversammlung, zeigt einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil für SPD (bis über 50 %) und REP (bis über 16 %), dagegen einen unterdurchschnittlichen Stimmenanteil für CDU und AL. In den noch vorhandenen Altbaugebieten tauschen sich die Wahlergebnisse der REP und AL aus.

Das Sanierungsgebiet Gesundbrunnen, Zustand 1988. Schwarz hervorgehoben sind die Reste der Altbausubstanz ←B 48

6.4 Der Beginn des Widerstandes gegen die Kahlschlagsanierung

Bis Ende **1962** war öffentlich über Sanierung diskutiert worden, auch über das Sanierungsprogramm, nicht jedoch öffentlich bekannt gegeben, welche Gebiete betroffen sein sollten, wer mit Abriß zu rechnen hatte. Die Geheimhaltung hatte den Sinn, die private Spekulation mit Grundstücken zu verhindern. Auf der anderen Seite drängt der Haus- und Grundbesitzerverein dem Senat gegenüber darauf, informiert zu werden, weil der kleine Hausbesitz wissen will, wo es sich lohnt, weiter zu investieren. Am **5.12.1962** findet in der Akademie der Künste das erste Gespräch mit den Professoren der Städtebaulehrstühle aus Berlin (West) und aus der BRD statt, die zu dem Wettbewerb für das „Sanierungsgebiet Gesundbrunnen" eingeladen sind. Damit wird das erste Sanierungsgebiet öffentlich bekannt. Am **11.1.1963** gibt Bausenator Schwedler auf einer Pressekonferenz einen Ausblick auf die kommende Bautätigkeit und kündigt das Anlaufen des Sanierungsprogramms für die Altbauviertel an. „Die Welt" berichtet am nächsten Tag:

→L 65 *Die Sanierung des Weddinger Wohnungsbaugebietes im Bereich der Bernauer Straße bis zum Humboldthain bezeichnete Bausenator Schwedler gestern als eins der größten bauwirtschaftlichen und wohnungsbaupolitischen Probleme der kommenden Legislaturperiode in Berlin. Insgesamt 16 000 zum Teil völlig veraltete Wohnungen gibt es in diesem Gebiet. Etwa 11 500 davon sind zum Abbruch bestimmt. Weitere 4500 sollen verbessert und modernisiert werden. Nach den Plänen bei der Bauverwaltung kann man in etwa vier Jahren darangehen, jährlich 4000 Wohnungen zu „sanieren".*

Der betroffene „Haus- und Grundbesitzerverein im Norden von Berlin e.V." beauftragt einen Rechtsanwalt mit einer Stellungnahme gegen die beabsichtigte Abriß-Sanierung, mit der der Widerstand beginnt. Die Stellungnahme, die am **27.5.1963** beim Senator für Bau- und Wohnungswesen eingeht, kennen wir nicht, wohl aber die Antwort von Friedrich Fürlinger vom **26.7.1963**, aus der wir zitieren.

→A 58 *Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!*
Die Stellungnahme des von Ihnen vertretenen Haus- und Grundbesitzervereins im Norden von Berlin zum Sanierungsprogramm des Senats von Berlin geht von der Annahme aus, daß dieses Programm die Enteignung und den Abriß „wertvoller, größtenteils gepflegter Häuser" im Gebiet zwischen Bernauer Straße und S-Bahn Nordring, Bezirk Wedding vorsehe und vertritt vor allem die Auffassung, daß durch Modernisierungsmaßnahmen die mangelnde sanitäre Ausstattung der Wohnungen behoben und damit den Forderungen auf eine Sanierung und Stadterneuerung dieses Gebietes besser und zugleich ausreichend entsprochen werden kann.
Hierzu stelle ich fest:
1. Die mangelnde sanitäre Ausstattung der Wohnungen ist nur e i n e r der zahlreichen in diesem Gebiet vorhandenen städtebaulichen Mißstände. Vor allem die ungewöhnlich hohe Überbauung der Grundstücke mit schlecht belichteten, unzureichend belüfteten und nur wenig besonnten Hinterhäusern und Seitenflügeln sowie das Fehlen von privaten Grünflächen, Kinderspiel- und Wagenabstellplätzen, sind Mißstände, die die gesamte, zwischen 1850 und 1900 hier gebaute Substanz kennzeichnen. Sie erfordern eine umfassende städtebauliche Erneuerung dieses Gebietes, dessen Altbausubstanz größtenteils nicht als besonders wertvoll und gepflegt anzusehen ist. Wie dringlich tiefgreifende Sanierungsmaßnahmen hier sind, lehrt eindringlich die Bevölkerungsbilanz: Die Wohnbevölkerung der Blöcke mit praktisch gleichgebliebener Wohnungszahl ist in den nur 5 Jahren zwischen 1956 und 1961 durchschnittlich um 11 %, in einigen Fällen sogar bis 17 % zurückgegangen. Diese Tendenz setzt sich verstärkt fort. Immer weniger Mitbürger sind offensichtlich bereit, noch länger diese städtebaulichen Mißstände hinzunehmen. Besonders jüngere, aktive Menschen wandern ab bzw. lehnen es ab, unter diesen Bedingungen hier eine Wohnung zu mieten. Die Überalterung und der Anteil der sozial Schwachen wachsen ständig. Eine zugleich negative soziale Auslese bei dieser Entwicklung ist nicht zu übersehen. Die Gefahr einer Slumbildung zeichnet sich ab. Je mehr durch die anhaltende Neubautätigkeit das Wohnungsdefizit sich mindert, um so stärker

Sanierung Wedding

Als Fachmann ist mir der Sinn und der Wert einer Stadtsanierung wohl bekannt. Die Planung (wie Hansa-Viertel) und das Vorgehen bei der sogenannten Sanierung Wedding erscheint mir aber höchst bedenklich.

Die bebauten Grundstücke zwischen Bernauer Straße, Stettiner Bahnhof, S-Bahn Nordring und Nord-Güterbahnhof sind zum Verschwinden verurteilt, weil die darin liegenden Häuser vor der Jahrhundertwende errichtet wurden und daher den neuzeitlichen Erfordernissen eines städtischen Wohnens (Wohnung mit Bad, Kinderspielplätze, Autoabstellplätze, große Grünflächen) nicht mehr entsprechen.

So wurde mein Haus (und das meiner Nachbarn) im Jahre 1898 erbaut, und zwar mit ein Drittel Hof- und Grünfläche, wie dies die damalige Vorschrift verlangte. Die Bombenschäden wurden mit eigenen Mitteln wieder beseitigt. Im Vorderhaus hat nur jede vierte Wohnung ein eigenes Bad. Im Hinterhaus sind keine Bäder vorhanden. Auch hat dort jede zweite Wohnung eine Flurtoilette. Die Wohnungen sind jedoch in einem einwandfreien Zustand, und die Mieter fühlen sich darin wohl. Der Mietsatz beträgt heute für die Badwohnungen nur rd. 1,- DM pro Quadratmeter.

Ich habe nicht die Befürchtung des Herrn Senator für Bau- und Wohnungswesen, daß sich bei diesen Gegebenheiten in meinem Haus eine „Slumbildung" ergibt, die „die öffentliche Hand zum Eingreifen zwingt". Allerdings scheint es, daß Berlin für diese Art Sanierung genug Geld – unser Steuergeld nämlich – zur Verfügung hat! Und die totale Sanierung durch Abriß und großzügigen Wiederaufbau (es wird ja gar nicht in Erwägung gezogen, die bestehenden Wohnungen zu modernisieren) hat dann das Ergebnis, daß diejenigen Bürger, die nicht vom Wirtschaftswunderspeck leben können, ein Mehrfaches des Mietpreises von 1,- DM pro Quadratmeter im modernen Stahlbeton zu zahlen haben.

Die Hauseigentümer sollen mit den heute in Berlin üblichen Schleuderpreisen abgefunden werden. Der Senator bot mir zum Beispiel für mein Haus etwas mehr als den Einheitswert, oder anders ausgedrückt, etwas mehr als man heute in Berlin für einen Bauplatz gleicher Größe mit allen Anschlußkosten und Nebenkosten bezahlen muß.

Dipl.-Ing. Fritz Reimer, Würzburg

Leserbrief eines Hausbesitzers im Wedding in der „Morgenpost" vom 19.11.1963 ←L 66

1985

0 118 117 116A 116

Gartenplatz

Feld-

Straße

9

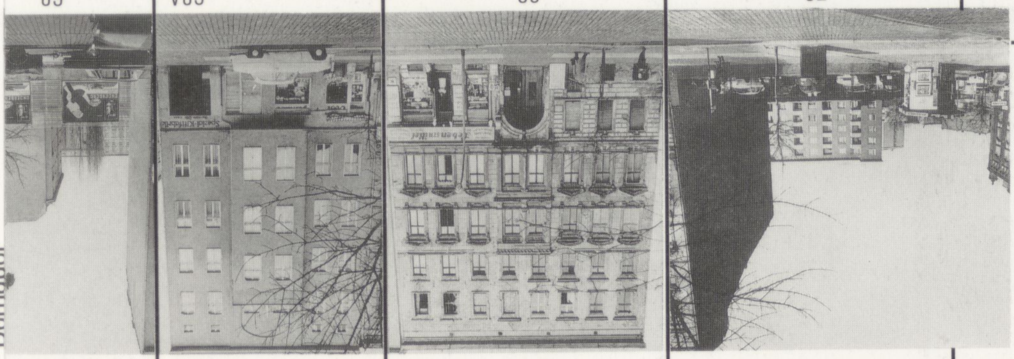
119 118 117

1965

Acker-

1965

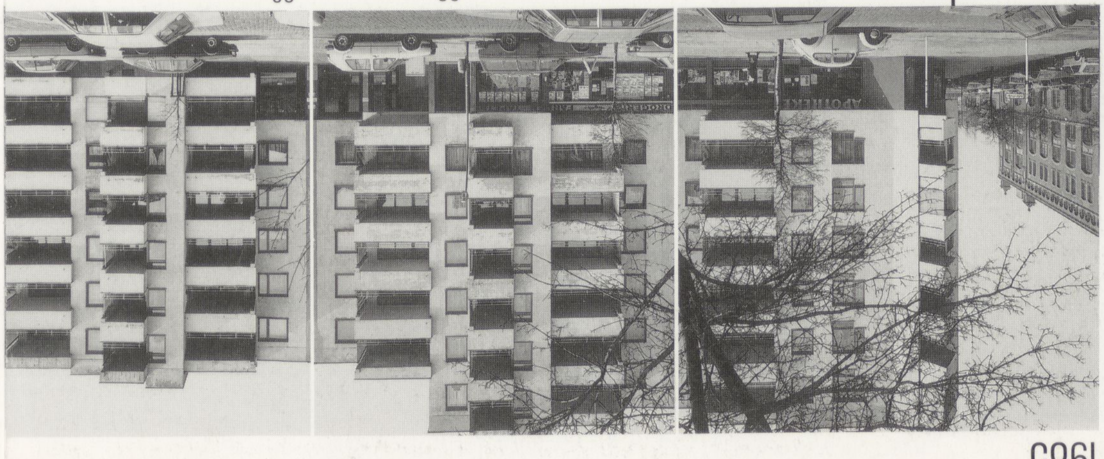
70 69 68A 68



Bernauer

straße

68 69



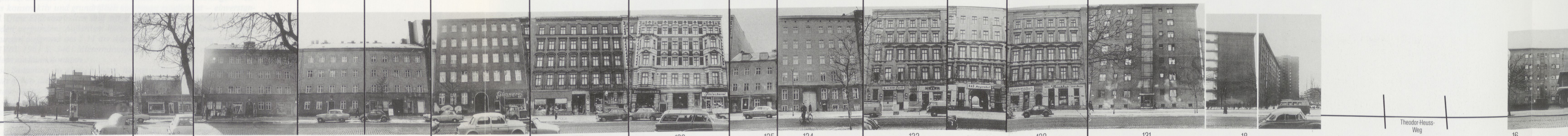
10

1985

Das Berliner Mietshaus 1945–1989
Geist/Kürvers, Foto: Dieter Rausch/AGS

1985

111 137 136 135 134 133 132 131 18 16



1965

142 141 140 139 138 137 136 135 134 133 Meyer's-Hof 132 131 18 Theodor-Heuss-Weg 16

Verein für die Armen 1850–53 (unter Denkmalschutz)

Ernst-Reuter-Siedlung

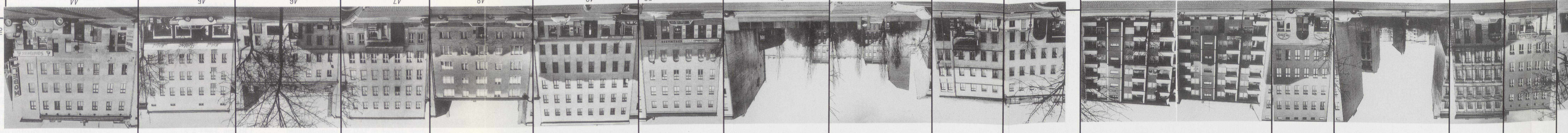
Acker- Straße

Bernauer Straße

1965

110

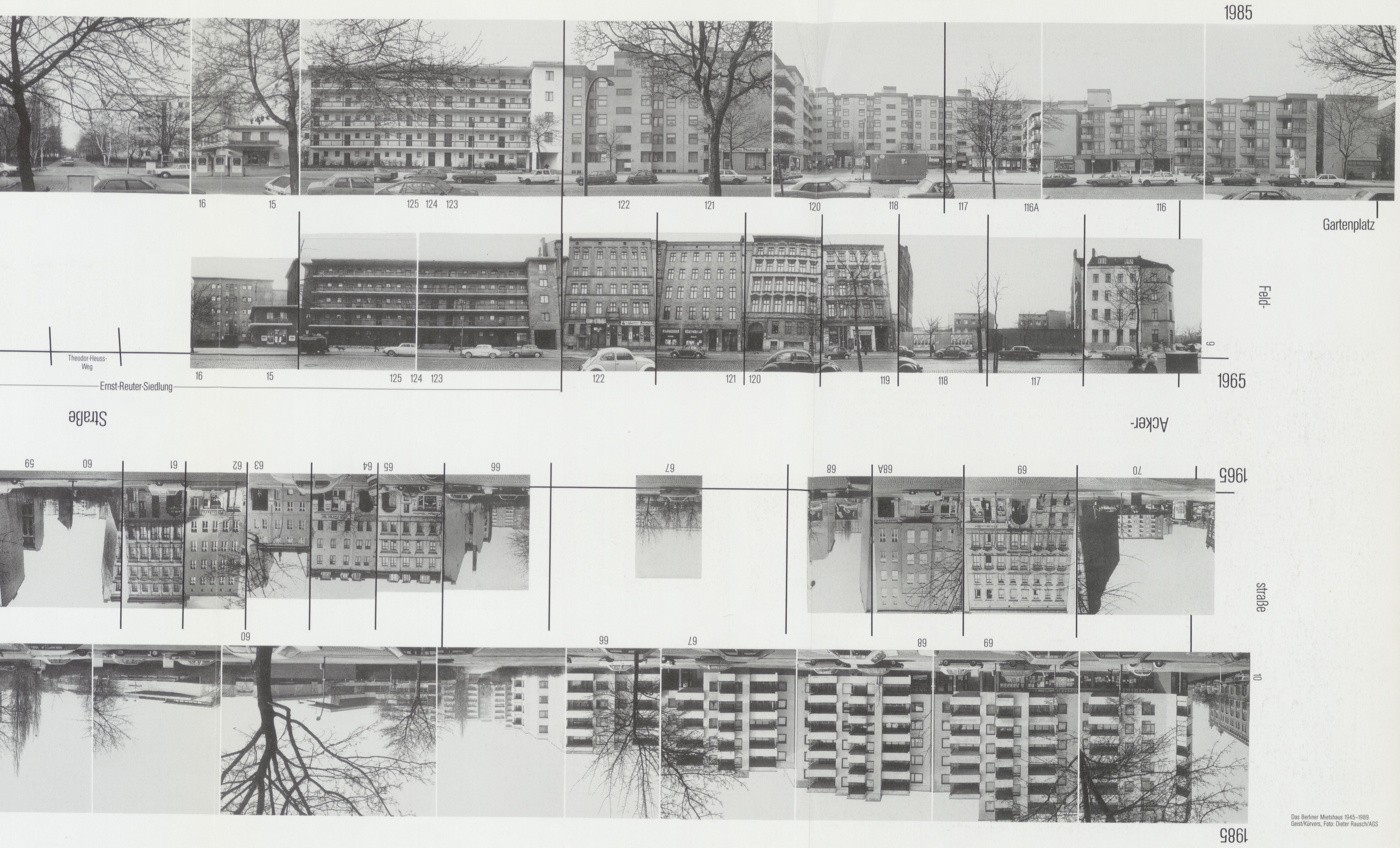
44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 58 59 60 61 62 63



45 48 49 50 Wilhelm-Zermin-Weg 52 53 55 56 58 60

109

1985

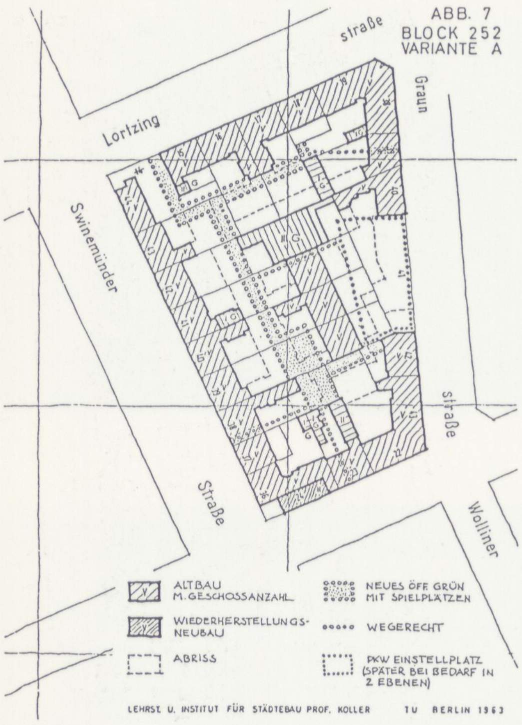


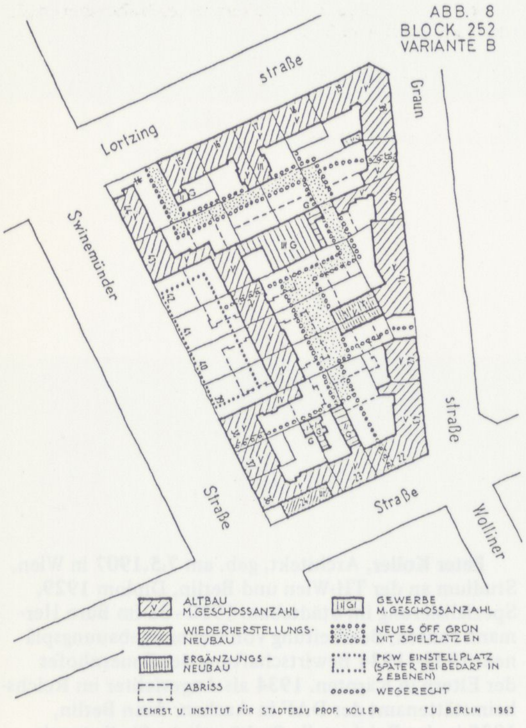
Das Berliner Mietshaus 1945–1989
Geist/Kürvers, Foto: Dieter Rausch/AGS

werden die Altbauwohnungen dieses sanierungsreifen Gebietes in eine Konkurrenz mit den Wohnungen neuerer, wiederaufgebauter oder neubebauter Gebiete treten. Wie diese Konkurrenz ausgehen wird, darüber kann es angesichts dessen, was sich bereits heute in diesem für eine Sanierung – Stadterneuerung vorgesehenen Gebiet vollzieht, kaum einen Zweifel geben. Schon heute stellt der Verband der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine in seinem Verbandsblatt fest, daß für gewisse Altbauwohnungen mit mangelnder sanitärer Ausstattung keine Mieter mehr zu finden sind (Grundeigentum Nr. 10, 1963, Seite 251). Dieser aufgrund der städtebaulichen Mißstände sich vollziehenden bzw. abzeichnenden Entwicklung, der zunehmenden Gefahr einer Slumbildung, kann die öffentliche Hand nicht untätig gegenüberstehen. Modernisierungsmaßnahmen allein können diese Entwicklung und Gefahr jedoch nicht verhindern bzw. bannen, da sie doch nur teilweise die Mißstände beseitigen. Außerdem ist es sehr fraglich, ob alle Mieter mit den von Ihnen vorgeschlagenen Sanierungsmethoden durch nachträgliches Einbauen von Toiletten und Bädern in die Wohnungen – soweit dies konstruktiv und grundrißlich überhaupt möglich ist – einverstanden sind. Diese Einbauarbeiten sind mit erheblichen Belästigungen der dort Wohnenden verbunden. Außerdem hätte die Installierung dieser sanitären Einrichtungen aufgrund des § 11 der Altraummietenverordnung vom 21.3. 1961 (GVBl. 1961 S. 346) Mieterhöhungen zur Folge, die ein verstärktes Abwandern auslösen könnten.
Wenn die Sanierung so einfach wäre, hätten wahrscheinlich schon viele Hausbesitzer von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Da dies nicht der Fall ist und wahrscheinlich auch nicht sein wird, sind umfassendere Maßnahmen notwendig, d.h., eine städtebauliche Erneuerung ist erforderlich.
2. Ich habe deshalb 11 Städtebauprofessoren westdeutscher und Westberliner Hochschulen und Universitäten beauftragt, auf der Grundlage der Ergebnisse einer umfassenden Strukturuntersuchung Entwürfe für die städtebauliche Erneuerung des Gebietes zwischen Bernauer Straße, der Stettiner Bahn, dem S-Bahn-Nordring und dem Nord-Güterbahnhof zu erarbeiten. Ferner werden die sozio-ökonomischen Voraussetzungen und Folgen sowie der städtebauliche Effekt verschiedener Methoden der Sanierung und Stadterneuerung wissenschaftlich untersucht. Die Gesamtkonzeption der Erneuerung dieses Gebietes sowie die zur Anwendung kommenden Sanierungsmethoden (Totalabriß und Neubebauung, Entkernung und Modernisierung der Restsubstanz, Entkernung ohne Modernisierung der Restsubstanz als Zwischenphase auf dem Wege zu einer völligen Neubebauung) werden sehr wesentlich von den Ergebnissen dieser Arbeiten abhängen. Frühestens Anfang 1964 werden hierüber nähere Angaben möglich sein. Die Erneuerung dieses Gebietes auf der Grundlage einer so erarbeiteten Gesamtkonzeption kann nur in einem längeren Zeitraum und abschnittsweise erfolgen.

Der 11. Städtebau-Professor, von dem Fürlinger schreibt, ist Peter Koller, seit **1960** Ordinarius für Städtebau an der TU-Berlin, dessen Vorschlag *die Möglichkeiten der Erneuerung des Weddinger Gebietes nach sozialen* ←A 59 *und ökonomischen Richtungen hin zu untersuchen* auf der Sitzung vom **5.12.1962** in der Akademie der Künste angenommen worden ist. Den Auftrag für ein entsprechendes Gutachten erhält Koller am **16.4.1963**, am **28./29.2.1964** wird es zusammen mit den Entwürfen der Städtebaulehrstühle im Philips-Pavillon auf dem Messegelände vorgestellt. Während die 10 Entwürfe ausnahmslos vom Totalabriß und einer anschließenden völligen Neuordnung des Sanierungsgebietes ausgehen, stellt Koller dieses Vorgehen grundsätzlich in Frage. In der Einleitung zu seinem Gutachten schreibt er:
Das Sanierungsgebiet beherbergt zur Zeit rund 40.000 Einwohner in ←L 67 *vorwiegend 5-geschossiger Miethausbebauung. Die Aufgabe, einen so großen, dicht bebauten Stadtteil völlig zu erneuern, ist in Deutschland noch erstmalig und hat noch keine Vorbilder. Daher fehlt auch jede Erfahrung, nicht nur über die Vorbereitung und Durchführung, sondern auch über Voraussetzungen und Folgewirkungen. Gerade letztere sind aber weitreichend und umfassend, da die Sanierung in fast alle Lebensbereiche der Bewohner dieses Stadtteiles eingreifen und ihre Wirkungen nicht nur auf diesen Stadtteil, sondern in Zukunft auch auf andere Stadtteile haben wird. Man kann daher eine solche Aufgabe trotz ihrer ansehnlichen Größe nicht isoliert betrachten, sondern als den ersten Schritt in der gesamten Erneuerung des Stadtganzen. Da diese ein viele Jahre oder Jahrzehnte währender fortlaufender Prozeß sein wird, ist der erste Schritt für den Fort-*

Peter Koller, Architekt, geb. am **7.5.1907** in Wien, Studium an der TH-Wien und Berlin, Diplom **1929**, Spezialisierung im Städtebau. **1930–31** im Büro Hermann Jansen, Bearbeitung von Generalbebauungsplänen. **1932–1934** Bewirtschaftung des Bauernhofes der Eltern in Kärnten. **1934** als Angestellter im Reichsheimstättenamt der DAF in Aachen, dann Berlin, **1935** in der Reichsstelle für bäuerliche Siedlungsplanung. **1936** im Dienst der bayerischen Bauverwaltung, Aufbau der Bezirksstelle der Landesplanungs-Gemeinschaft Bayern. Ab **1938** selbständig, um die Planung der Stadt des KdF-Wagens zu übernehmen, dem heutigen Wolfsburg. **1942** freiwilliger Militärdienst, **1943** in russ. Kriegsgefangenschaft, **1945** wegen Arbeitsunfähigkeit entlassen. Zuerst Angestellter in Wolfsburg im Büro Taeschner, ab **1948** wieder selbständig, **1955** zum Stadtbaurat von Wolfsburg gewählt, **1960** Ordinarius für Städtebau an der TU-Berlin als Nachfolger von Scharoun.





Peter Koller (1963): Vorschlag einer behutsamen Sanierung des Blocks 252 in zwei Varianten

←S.586 *gang wahrscheinlich sehr wichtig. Ist er glücklich gewählt, kann er das Ganze im positiven Sinne beeinflussen, gelingt er nicht, kann er den weiteren Fortgang erheblich hemmen. Ohne Zweifel wird die Lösung – wie immer sie ausfällt – einen nachhaltigen Einfluß auf das soziale Ganze, auf den Sozialkörper der Stadt ausüben. Dieser kann sowohl zum Positiven beeinflußt als auch erheblich gestört werden (ganz abgesehen von dem „Gesicht" der Stadt, daß durch großflächige Erneuerungsmaßnahmen verändert wird). Wir haben also nicht eine technisch wünschenswerte Lösung ins Auge zu fassen, sondern die gesamten sozial-ökonomischen Voraussetzungen und Auswirkungen der verschiedenen technisch möglichen Lösungen zu prüfen. Die dafür notwendigen Aspekte sind in der deutschen Literatur und bei der Vorbereitung der in Deutschland bekannt gewordenen Projekte großflächiger Erneuerungen noch nicht behandelt. Sie werden aber im Ausland, vor allem in den USA, sehr lebhaft diskutiert; man kann dieser Diskussion schon eine Reihe wesentlicher Anregungen entnehmen. Die USA haben schon gleich nach dem Kriege mit Sanierungen und Stadterneuerungen in verschiedenen Formen in großem Umfange begonnen. Zur Zeit liegen schon so viele Erfahrungen mit den Ergebnissen fertiger Sanierungen vor, daß sehr eingehende wissenschaftliche Untersuchungen über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der eingeschlagenen Wege und den Erfolg oder Mißerfolg der Maßnahmen entstanden sind. Vielfach werden dabei die zuerst gewählten Lösungen wegen ihrer Folgewirkung sehr stark kritisiert.*

←B 49 *Daher erscheint besondere Vorsicht geboten, und man muß sich fragen, von welchen gedanklichen, theoretischen Grundlagen man bei der Beurteilung bzw. Ausarbeitung von Einzeltatsachen bzw. Vorschlägen ausgehen soll. Eine gedankliche Systematik, eine Theorie, wenn man sie mit diesem anspruchsvollen Namen benennen will, ist nicht nur notwendig, um dem Gutachter ein Gerippe zu geben, in das er Tatsachen einordnen und im Rahmen dessen er Vorschläge entwickeln kann; sondern auch unentbehrlich für den Leser, weil er wissen soll und muß, unter welchen allgemeinen Voraussetzungen und Gedankengängen der Gutachter die Tatsachen beurteilt und seine Vorschläge gemacht hat. Eine solche Theorie der Erneuerung und Sanierung gibt es in Deutschland bisher nicht.*

Koller untersucht die sozialen Verhältnisse in dem Gebiet und kommt zu dem Schluß, daß weder eine Slumbildung festzustellen ist, noch die Verhältnisse wesentlich von denen anderer *dicht bebauter gemischter Wohngebiete innerhalb des Großstadtgürtels* abweichen. Er untersucht drei Möglichkeiten, die sich als Sanierung anbieten und kommt zu dem Schluß:

→L 68 *Fall a) Neubau nach Vollabriß wäre die ungünstigste Lösung.*

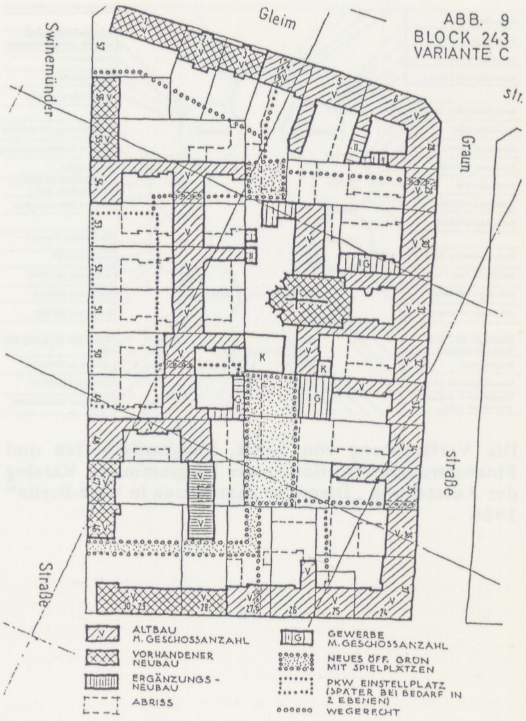
Fall b) „Entkernung" ohne Modernisierung wäre abzulehnen, weil der Abriß der überständigen Baumasse hauptsächlich die Erneuerung der verbleibenden Bausubstanz in allen Stufen ermöglichen und anregen soll. Als Übergang zu a) wäre er kaum praktizierbar, weil seine Wirkung die Lösung a) nicht fördert, sondern eher hemmt.

Fall c) „Entkernung" und Modernisierung der „Restsubstanz" bleibt daher als einzige empfehlenswerte Lösung übrig.

Ziel seiner Überlegungen ist es, eine Zerstörung des sozialen Zusammenhangs zu vermeiden, den durch Abriß betroffenen Mietern im Gebiet Ersatzwohnungen zu verschaffen und den Charakter des Mischgebietes beizubehalten, indem das Kleingewerbe billige Mietflächen behält, soweit sie ←B 50 nicht besondere Störungen verursachen. An zwei Baublöcken (252 und 243) demonstriert er die erarbeiteten Prinzipien für die Sanierung bzw. Modernisierung:

→L 69 *Man kann davon ausgehen, daß die Bausubstanz in fast allen Fällen eine gründliche Instandsetzung nötig hat, da sie zwangsläufig durch Jahrzehnte vernachlässigt worden ist. Bis auf wenige Einzelfälle, wo ein Ersatzbau nach Abriß wirtschaftlich zweckmäßig erscheint, läßt die Bausubstanz Erneuerungen (...) zu, also Instandhaltung mit Teilmodernisierung, Modernisierung (meist mit Einbauten nötig) bis Umbau mit Teilabriß. Dieser Modernisierungsaufwand würde aber auf die Dauer sicher nicht am Markt honoriert, wenn nicht durch Abriß der überständigen Bausubstanz nicht nur der heutigen Vorstellung vom Wohnen, sondern eben den berechtigten Ansprüchen an Licht, Sonne und Luft Genüge getan würde.*

1.) Wir müssen daher die Frage der „Sanierung" zuerst betrachten. Um den nötigen Abrißumfang in der Größenordnung zu bestimmen, wurde dies am Beispiel der Blocks 252 (in 2 Varianten: A und B) und 243 (Variante C) zu



Peter Koller (1963): Vorschlag einer behutsamen Sanierung des Blocks 243

ermitteln versucht, ohne damit einen „städtebaulichen Entwurf" aufstellen zu wollen. Als Anhalt wurde die Abstandsregel (Abstand = 2 x Höhe) gewählt. Bei 5 Geschossen ergäbe dies 30 m Abstand (Breitseite gegen Breitseite. Altbauten werden wie Neubauten behandelt). Stehenbleibende Seitenflügel sollten, da sie einhüftig gebaut sind, keine reine Nordlage haben. Die geschlossene Umbauung des Blocks sollte wegen der Ruhe im Blockinneren möglichst erhalten bleiben. Die Abbildungen 7, 8 und 9 zeigen mögliche Lösungen. Sie ergaben, daß als Minimum rund 30 % der vorhandenen Altbau-Geschoßfläche entfernt werden müßte, um hygienisch einwandfreie Bebauungsverhältnisse herzustellen. Dies wäre im wesentlichen auch die Aufgabe der „Sanierung"; was aus anderen Gründen zu sanieren wäre, schlägt nicht zu Buch. Die Störungen durch Immissionen dürften, vor allem nach der oben erwähnten Entfernung überständiger Baumasse unter der Grenze des Zumutbaren bleiben. In den folgenden Erörterungen wird also mit einem Abriß von 30 % der Geschoßfläche zum Zwecke der Sanierung gerechnet.

2.) Die Modernisierung der verbleibenden Altbauten braucht durchaus nicht ein einheitliches Niveau zu haben, da eine sehr unterschiedliche Nachfrage zu erwarten ist. Zum Teil kann eine volle Instandsetzung, zum Teil mit Modernisierung kombiniert, schon auf lange Sicht genügen. Die Modernisierung mit Ein- und Umbau wird auch jeweils soweit durchzuführen sein, wie die Nachfrage während der Abschreibungsdauer zu erwarten ist. Vom technischen Standpunkt wird man nie entscheiden können, ob sich eine Modernisierung noch lohne. Dies kann nur nach wirtschaftlichen Überlegungen entschieden werden.

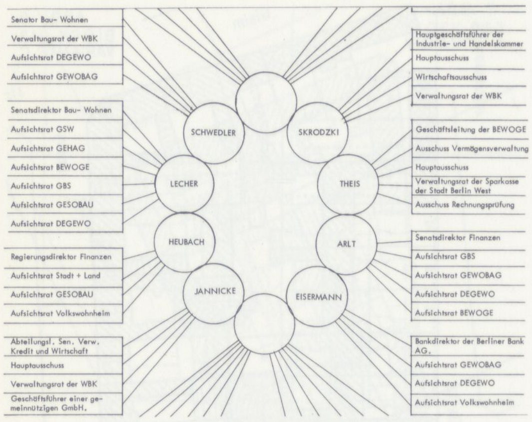
Als Größenordnung der Modernisierungskosten wurden vorläufig 15 – 50 % der Neubaukosten (ohne Boden) angenommen und den weiteren Berechnungen zugrunde gelegt. →B 51

Aus den Erkenntnissen entwickelt Koller ein Verfahren, wie man blockweise unter Einbeziehung von Hausbesitzern und Mietern die Sanierung und Modernisierung durchführen könnte:

Um nun die erarbeiteten Zahlen und Erfahrungen an die Eigentümer heranzubringen, wird man sie zwar erst einzeln, aber baldmöglichst blockweise ansprechen müssen und ihnen dabei verschiedene Vorschläge für ihren Block unterbreiten. Unter diesen wird erst dann eine Wahl möglich, wenn die einzelnen Eigentümer sich an Hand der Zahlen und angesichts der Probeobjekte genau über Folgen, Chancen, Vor- und Nachteile im klaren sind und sich vorläufig oder schon endgültig entschließen können, welchen Weg sie gehen wollen; ob sie sich dabei selber organisieren wollen, oder ob sie sich durch einen Makler oder durch ein freies oder gemeinnütziges Wohnungsunternehmen betreuen lassen wollen oder ob sie bereit wären, unter den gegebenen Umständen an einen solchen Träger oder an sonstige Interessenten zu verkaufen. Entscheidend wird bei diesen Verhandlungen sein, daß sie nicht zu dem Ziele geführt oder vom eingeschalteten Träger zu dem Ziele mißbraucht werden, letzten Endes ein Maximum an Objekten kaufen zu können und dann selber Erneuerungen durchzuführen. Das Ziel müßte sein, ein Maximum an heutigen Eignern zu sinnvollen, finanziell tragbaren und wirkungsvollen eigenen Erneuerungsmaßnahmen zu bringen. Nur dieser Weg ist als die Initialzündung für den gesamten Erneuerungsprozeß denkbar. ←L 70

Die Ergebnisse (...) werden auch der Einwohnerschaft, die im wesentlichen Mieterschaft ist, zur Kenntnis gebracht werden müssen. Dazu müßte eine Stelle geschaffen werden, die Public Relation betreibt und imstande ist, abweichend von dem, was bei uns sonst landesüblich ist, wirklich als Makler zwischen den Bevölkerungswünschen und der Behörde aufzutreten. Hierbei sollte man nicht Mitarbeiter einsetzen, die an bestimmten Lösungen Interesse haben, oder haben können, sondern Leute (mit „Schnauze und Herz", wie man in Berlin sagt), die an einer für alle tragbaren Lösung und deren reibungsloser Abwicklung interessiert sind. Sie sollten wohnungswirtschaftlich geschult sein, möglichst die nötigen soziologischen eigenen Erfahrungen mitbringen und ihre Tätigkeit als eine Aufgabe der Öffentlichkeit auffassen.

Das vorgeschlagene Vorgehen widerspricht den Interessen der großen Wohnungsbaugesellschaften, die vom Senat für die Sanierungsdurchführung vorgesehen sind. Sie brauchen großes zusammenhängendes Bauland für Neubau, weil sie sich sonst nach dem Gemeinnützigkeitsgesetz auflösen müßten.



Die Verflechtung von Senat, Baugesellschaften und Finanzierungsinstitutionen als Diagramm im Katalog der Ausstellung „Diagnose zum Bauen in West-Berlin" 1968 ←B 52

Am **9.6.1964** wird der *Erste Bericht über die Stadterneuerung in Berlin* vom Senator für Bau- und Wohnungswesen Schwedler, der über seine politische Funktion hinaus auch auf Grund seiner Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Wohnungsbaukreditgesellschaft (WBK) und in den Aufsichtsräten der DEGEWO und GEWOBAG ein besonderes Interesse an der Durchführung der Sanierung hat, abgeschlossen und im Abgeordnetenhaus eingebracht. Über das *wirtschaftlich-theoretische Gutachten* von Koller ist lediglich vermerkt, daß es *noch einer eingehenden Prüfung bedarf.* →L 71

In dem Bericht werden die als Sanierungsträger bestellten Wohnungsbaugesellschaften aufgeführt, die die Grundstücke in den für sie reservierten Sanierungsgebieten zusammenkaufen sollen, ohne die Konkurrenz anderer Gesellschaften bei der Preisgestaltung fürchten zu müssen. Als Methode wird in der Regel Totalabriß und nachfolgende Neubebauung *als beste Möglichkeit, einen höchstmöglichen Effekt zu erzielen,* empfohlen. In besonderen Fällen soll jedoch über Teilabriß und Modernisierung entschieden werden, wobei Erfahrungssätze von bis zu 70 % der Neubaukosten je Wohnung angenommen werden. Der Schock in der Öffentlichkeit geht jedoch von dem Umfang des beabsichtigten Sanierungsprogramms aus, der weit über die bisher angegebenen 56 000 Wohnungen hinausgeht. →L 72

→L 73 *Eine im Jahre 1961 durchgeführte blockweise Untersuchung zur Feststellung der ungefähren Anzahl sanierungsbedürftiger Wohnungen, die nach den „Richtlinien für die Aussonderung erneuerungsbedürftiger Wohngebiete bei den wohnungsstatistischen Feststellungen im Rahmen der Volkszählung 1961" (veröffentlicht im Bundesbaublatt 1961 S. 309 bis 311) vorgenommen wurde, ergab, daß rd. 470 000 vor dem 1. Weltkrieg gebaute Wohnungen in erneuerungsbedürftigen Gebieten liegen. Bei Abzug von rd. 40 000 nicht sanierungsbedürftiger Wohnungen dieser Gebiete verbleiben 430 000, die entweder verbesserungsfähig oder abbruchreif sind. Da normalerweise auf Grund der unter I b aufgeführten Entwicklung die ältesten Bauten am ehesten saniert werden müssen, wurde eine Stufenplanung nach dem Baualter vorgenommen. Nach ihr fallen zur städtebaulichen Erneuerung (Sanierung)*
in die I. Dringlichkeitsstufe rd. 20 000 bis 1870 gebaute Wohnungen,
in die II. Dringlichkeitsstufe rd. 80 000 zwischen 1871 und 1885 gebaute Wohnungen,
in die III. Dringlichkeitsstufe rd. 130 000 zwischen 1886 und 1920 gebaute Wohnungen,
in die IV. Dringlichkeitsstufe rd. 170 000 zwischen 1901 und 1920 gebaute Wohnungen.
Weitere rd. 30 000 Wohnungen, die aus diesen Zeiten stammen, werden unabhängig von den Dringlichkeitsstufen I–IV für sonstige Stadterneuerungsmaßnahmen – Verkehrsflächen, Grünanlagen und öffentliche Einrichtungen – benötigt.

In den 6 Innenbezirken Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln (Ortsteil) liegen dabei von den 230 000 vor 1900 gebauten Wohnungen der ersten drei Dringlichkeitsstufen allein 208 000 sanierungsbedürftige Wohnungen.

430 000 Altbauwohnungen – also fast soviel Wohnungen wie in ganz Berlin im 2. Weltkrieg zerstört worden sind und knapp die Hälfte des Wohnungsbestandes in Berlin (West) – werden nach dem alleinigen Kriterium des Baualters als *verbesserungsfähig oder abbruchreif* bezeichnet. Substanzuntersuchungen liegen nicht vor. 56 000 vor 1885 gebaute Wohnungen sollen im Rahmen des ersten Sanierungsprogramms abgerissen werden, betroffen sind dadurch etwa 140 000 Bewohner. Es sind dabei nicht nur Wohnungsmieter, die „umgesetzt" werden sollen, sondern betroffen sind vor allem die nicht ohne weiteres umsetzbaren Betriebe und kleinen Gewerbetreibende, deren Existenz nicht nur an der billigen Flächenmiete, sondern auch am gewachsenen Standortgefüge hängt. Das betrifft vor allem das Mischgebiet Kreuzberg.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK), in der Handwerk und Gewerbe organisiert sind, vertritt die so Betroffenen, die zunehmend beunruhigt sind von den Sanierungszielen und beginnt eine öffentliche Kritik:

In einem Bericht über den ersten Sanierungsbericht im Tagesspiegel heißt es zu den Argumenten der IHK:

→L 74 *Sanierung muß sein, darüber gibt es bei allen Beteiligten und Betroffenen keine Debatte mehr. Aber – so fragt zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer – muß es denn jetzt schon sein, wo Wohnraum in Berlin*

heißbegehrte Mangelware ist, wo, abgesehen von dem großen Heer der Wohnungsuchenden, Tausende von Studenten kein Dach über dem Kopf haben und die Gefahr besteht, daß in Zukunft weitere Tausende, die in Berlin studieren wollen, aus Wohnraummangel abgewiesen werden müssen? Können und wollen wir uns das leisten? Steht das in Einklang mit den Aufgaben des „Kulturzentrums" Berlin? Sind da „Bruchbuden" nicht immer noch besser als gar kein Wohnraum? Wenn man noch ein paar Jahre lang fleißig Wohnungen baute statt welche abzureißen und dann erst behutsam mit dem Abriß begänne, hätte die ganze Sanierung einen solideren Start – meint die Industrie- und Handeltskammer.

Sie tritt im Interesse ihrer Mitglieder für eine behutsame, unschematische, individuelle Sanierungsmethode ein, die nichts übereilt.

Die „BZ" macht sich zum Sprachrohr der beunruhigten Rentner, Handwerker und Gewerbetreibenden, die durch die Sanierung um ihre Existenz fürchten. Der Regierende Bürgermeister selber versucht am **13.12.1964**, durch die Bekanntgabe einer „Förderungsgesellschaft", die gegründet werden und entstehende Probleme lösen soll, alle zu beruhigen und prägt den Begriff der *behutsamen Stadterneuerung*.

Willy Brandt beruhigt

140 000 Berliner: Stadterneuerung wird behutsam erfolgen

Beratungsstellen in allen Gebieten

Interessenschutz für Handwerk und Gewerbe

140 000 Berliner „zittern". Seit der Senat sein erstes großes Sanierungsprogramm für Berlins Stadterneuerung bekanntgegeben hat. 56 000 Wohnungen, die vor 1885 gebaut wurden, sind davon betroffen. Viele Berliner müssen „umgesetzt" werden. Das schafft eine Fülle von Problemen. Für Ärzte, die in den vorgesehenen sechs innerstädtischen Gebieten langjährige Praxen innehaben. Für Handwerker und kleine Geschäftsleute. Für Einwohner, die nicht aus ihrer engeren Heimat herausgerissen werden wollen. Und für Rentner, die Furcht vor höheren Mieten haben. Gerade zur rechten Zeit goß Berlins Regierender, Willy Brandt, Öl auf die Wogen der entstandenen Unruhe. Indem er gestern die Gründung einer „Förderungsgesellschaft" bekanntgab.

Tendenz der gestrigen Ausführungen Brandts: Nichts soll über's Knie gebrochen werden. Menschliche und räumliche Bindungen sollen nicht angetastet werden. Gewerbe- und Handwerksbetriebe sollen auch in den neuen Wohngebieten ihren Platz finden. Voraussetzung: Sie dürfen das Wohnen nicht stören. Lediglich das Wohnen beeinträchtigende Betriebe sollen herausgelöst werden.

Im übrigen: Vermeidung von Härten, wo es nur geht. Zu diesem Zweck werden in den Erneuerungsgebieten Beratungsstellen eingerichtet. Jeder Betroffene kann dort seine Sorgen vortragen.

Die Förderungsgesellschaft soll sich insbesondere der Wirtschaft annehmen. Da nach geltendem Recht bei fristgemäßer Kündigung kein Anspruch auf Entschädigung besteht, sollen andere Wege gesucht werden. Wenn möglich, mit Hilfe von öffentlichen Bürgschaften, Zinszuschüssen und Billigkeitsentschädigungen. Bei ständigem Kontakt mit den zuständigen Interessenverbänden.

Ohnehin hat sich in den letzten Wochen ergeben: Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Unsere Städtebauer wollen den goldenen Mittelweg beschreiten.

Das heißt: Keineswegs soll in den für die Sanierung bestimmten Stadtgebieten ein völliger „Kahlschlag" erfolgen. Im Gegenteil: Schutzwürdige Häuser sollen erhalten bleiben.

Das geht zu machen. Das Experiment in der Charlottenburger Christstraße beweist es: Liebevolle Renovierung der Fassaden bei gleichzeitig vorgesehenem Einbau der sanitären Erfordernisse. Natürlich wird es nicht überall beim bloßen Renovieren bleiben können.

Ein kleiner Schuß Sentimentalität spielt bei dieser Absicht eine Rolle: Berlin soll Berlin bleiben. Und die heranwachsende Generation soll ein Gespür für das Entstehen unserer Stadt behalten. Das soll besonders beim ersten Abschnitt der Sanierung beherzigt werden. Er umfaßt das Gebiet zwischen Bernauer Straße und der „Millionenbrücke" am Gesundbrunnen.

Dieses großartige Programm der Erneuerung unserer Stadt erfordert Verständnis von beiden Seiten. Der Senat hat sich durch Willy Brandt gestern ausdrücklich zur Behutsamkeit bekannt. Er ist dafür zu loben. Trotzdem die Mahnung: Aus der Theorie muß auch Praxis werden! W. S.

Die „BZ" vom 14.12.1964

←L 75

Die „behutsame Stadterneuerung" bleibt ein Versprechen und muß konfrontiert werden mit dem **1964** einsetzenden Abriß, der für **1964** schon 3220 Wohnungen beträgt und **1965** auf 8585 anwächst.

1965 formiert sich ein breiter Widerstand gegen die Kahlschlagsanierung der SPD, die in Berlin mit absoluter Mehrheit regiert.

→A 60

Der Widerstand entzündet sich aber auch an dem Vergleich zwischen den städtebaulichen Qualitäten des Altbaus und denen der großen im Aufbau befindlichen Trabantensiedlungen in Spandau, Britz und Reinickendorf, die für die Sanierungsgebiete die Ersatzwohnungen bereit halten.

Werner March, Architekt, geb. **17.1.1894** in Berlin, gest. **11.1.1976** in Berlin (West), Sohn des Architekten Otto March (**1845–1913**). **1912–14** und **1919–21** Studium an der TH-Charlottenburg und Dresden und an der Akademie der Künste bei Bestelmeyer. Ab **1922** eigenes Büro. 1. wichtiger Bau das Deutsche Sportforum in Berlin **1926–28**, danach **1934–36** das Reichssportfeld für die Olympiade **1936** in Berlin. **1940–45** Stabsoffizier bei der Wehrmacht. Nach **1945** in Westfalen tätig, z.B. Restaurierung des Doms in Minden. **1953–59** Ordinarius für Städtebau und Siedlungswesen an der TU-Berlin, Eggeling wird sein Nachfolger.

Ilse Balg, Soziologin, geb. **1907** in Berlin, lebt in Berlin (West). **1927–33** Studium Universität Berlin, danach Hochschule für Politik. **1939** holt sie Isenberg in die Reichsstelle für Raumforschung, wo sie mit ihm zusammen sog. Kreismappen für alle preußischen Stadt- und Landkreise entwickelt als Vernetzung aller Daten aus den Volkszählungen. Dort lernt sie auch **1943** Martin Mächler kennen. Nach **1945** Datenbeschaffung für die Landesregierung in Potsdam, Zusammenarbeit mit Mächler. Nach der Teilung der Berliner Verwaltung entwickelt sie einen Nachrichtendienst „City-Korrespondenz" und versorgt vor allem westdeutsche Dienststellen mit Einschätzungen zur Lage in Berlin. **1949–52** für die Abt. Landesplanung des Senats in Berlin (West) Forschungsauftrag über die umliegenden Kreise von Berlin. **1955–58** Vorbereitung der Ausstellung „Die Stadt von morgen" auf der Interbau zus. mit Karl Otto. **1956–58** Untersuchung der sozialen Verhältnisse im Wedding für Nicklitz. **1958–62** Grundstücksuntersuchungen im Auftrag des Senators für Wirtschaft für Gewerbeansiedlung. **1962–64** zusammen mit March Untersuchung der Gewerbestrukturen im Sanierungsgebiet Kreuzberg. Nach **1968** Lehraufträge an TU und HdK und ab **1972** Honorarprofessorin für Stadtforschung an der TU. In den 80er Jahren Mitarbeit an der Preußenausstellung und an der Metropolausstellung **1981** an der TU.

Ilse Balg erinnert sich . . .

Noch hatte der in den Westteil der Stadt bei der Blockade übergesiedelte Magistrat, später Senat für Bau- und Wohnungswesen, aus der Vergangenheit übernommen eine Abteilung Stadtplanung (Landesplanung) unter Pries, die mir einen Forschungsauftrag erteilte: „Struktur und Entwicklungsmöglichkeiten

sowie künftigen Umfang der Randgemeinden um Berlin", der aber in einem „Ein-Mann-Betrieb" und ohne dauernde Kontaktnahme vor Ort quasi nur theoretisch aus der Literatur und persönlichen Ortskenntnis entwickelt werden konnte.

Hier am Kaiserdamm, wo die Abteilung zunächst hinzog, lernte ich natürlich Nicklitz, den Chef, näher kennen, arbeitete dann, als er an die „Basis", in den Wedding als Stadtrat ging, an den vordringlichen „Aufräumungsarbeiten" des schwer zerstörten Bezirks mit, und als er eines Tages von einer Schulleiterin einen sorgenvollen Brief erhielt: „Es wandern immer mehr unserer besten Schüler ab, weil die Eltern in bessere als den verarmten Arbeiterbezirk Wedding ziehen, wir dünnen geistig aus in unserer Schule", da machte ich Nicklitz den Vorschlag, einmal die ganze Bevölkerungs- und Sozialstruktur statistisch und aus Erfahrung zu einem Gesamtbild mit seinen Folgerungen und Zukunftsmöglichkeiten durchzuarbeiten, eine vierjährige Strukturanalyse, die Nicklitz nützlich werden konnte in seinen späteren Sanierungsvorschlägen gegenüber Bonn als Geldgeber wie gegenüber den sehr anders gelagerten Planungstendenzen des Straßenbauers Schwedler und seinen amerikanisch orientierten Hochhausprojekten der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, die zur Kahlschlagsanierung führten.

Nicklitz Bemühungen konzentrierten sich auf eine individuelle Behandlung sowohl der Sanierungsprojekte, d.h. der Bauten wie der betroffenen Menschen, und zwar der Mieter wie der Eigentümer; er nahm damit Göderitz' und Otterskys Gedanken aus der Weimarer Zeit wieder auf als Stadtbaurat von Magdeburg unter Oberbürgermeister Ernst Reuter und fand in diesem Sinne jetzt auch Unterstützung hier in Berlin bei Reuter.

Bei den CDU-Vertretern der Bonner Bundestagsausschüsse suchte er hingegen unermüdlich aufzuräumen mit dem jahrhundertealten Vorwurf: Sozialpolitik gleich Sozialisierung, dem Schreckgespenst a l l e r bürgerlichen Parteien. Die Weddinger Untersuchungen bestätigten meine alte Behauptung, die Weddinger Bevölkerungs- und Sozialstruktur seit Beginn der Industrialisierung im vorigen Jahrhundert habe einen völlig anderen Charakter als die Kreuzberger: Die Weddinger Bevölkerung „erwuchs" aus dem Preußischen Eisenhammer an der Panke, in dem ein Borsig lernte und sich zum Maschinenbauer entwickelte und damit hier den Grundstock schuf der Weddinger industriellen Großbetriebe, die schließlich wegen Raummangel auswanderten an die Havel nach Spandau. Die Weddinger Bevölkerung wurde zur lohnabhängigen Arbeiterschaft, in jeder wirtschaftlichen Krise gefährdet und von Arbeitslosigkeit bedroht. Die Kreuzberger Bevölkerung ist demgegenüber kleinbetrieblich-handwerklich, selbständig – die „Tüftler", die ständig experimentieren und gerade auch in wirtschaftlichen Notzeiten wie nach dem 1. und 2. Weltkriege sich mit kleinen Neuerungen und Erfindungen über Wasser halten und auf den Markt bringen. Damit haben sie das Kreuzberger Ritterstraßen-Exportviertel zu d e r Goldenen Meile gemacht, die über Deutschland hinaus ihren Ruf hatte und eine wirtschaftliche Stabilität und Gesundheit, die auch heute Zukunft hat, was Schwedler nie begriffen hat. Der wollte diesem Kleinzeug den Garaus machen, indem er die Betriebe per Sanierung an den Stadtrand vertrieb, weil er statt ihrer am Moritzplatz amerikanische Großbetriebe heranholen wollte und mitten durch den Kreuzberg-Bezirk sein riesiges, amerikanisch infiziertes Schnell-Hochstraßensystem ziehen wollte.

Aus solchen Beobachtungen und Befürchtungen entstand sogleich in den ersten Tagen des Jahres 1962 mein Kreuzberger Forschungsvorhaben als Antwort auf Schwedlers „Richtlinien für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen", für das ich Werner March interessieren konnte zu einer sehr fruchtbaren jahrelangen Zusammenarbeit. Er war schon 1958 in Verfolg der Interbau 1957 auf meine fulminante Kritik am Hansaviertel, die Wasser auf seine Mühlen war, aufmerksam geworden. „Ihr habt zerstört, was einmalig war, und wiederaufgebaut, was überall stehen könnte".

Aus der detaillierten Kenntnis und familiären Verbundenheit mit Werden und Wachsen des Ritter-

Sanierung stößt auf Widerstand

Pläne des Senats werden für schädlich gehalten

Die Sanierungspläne des Senats stoßen neuerdings auf zunehmenden Widerstand. Soziologen, Wirtschaftler, Baumeister, der Grundbesitz und betroffene Bevölkerungsgruppen halten die radikale Sanierungsidee für schädlich. Es wird bezweifelt, daß die Wohnungsnot zu beseitigen sei, indem man ganze Altbauviertel niederreißt und durch neue Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus ersetzt.

Die „Antisanierungswelle" hat ihren Ursprung in den umstrittenen Erfahrungen mit den neuerbauten Wohnvierteln. Die oft beklagte „Sterilität" jener nüchternen reinen Wohnbauzeilen und ihre baulichen Mängel forderten die Fachleute zu einem Vergleich mit den noch bestehenden Altbauten heraus. Kurz zusammengefaßt lautet das Urteil der Kritiker: Die Neubauten bieten eigentlich nur den Vorteil einer komfortablen Bestückung mit sanitären Einrichtungen. In der Größe der Wohnungen, ihrer praktischen Verwendbarkeit und in der Atmosphäre des nachbarschaftlichen Zusammenlebens haben sie im Vergleich zum Altbau nichts voraus.

Die Sanierungsgegner bestreiten daher jede Notwendigkeit für den radikalen Abriß ganzer Straßenzüge. Denn verbessert werde höchstens das Stadtbild und sonst nur die Machtposition der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. Die Wohnverhältnisse selbst würden dagegen nur eine verhältnismäßig geringe Förderung erfahren. So sei die Sanierungsidee im ursprünglichen Sinn allzusehr nach ästhetischen Gesichtspunkten orientiert. Man könne sie als Produkt politischen Ehrgeizes bezeichnen, der darauf gerichtet sei, optisch auffallende Werke zu schaffen.

Die bessere Methode wird in der systematischen Modernisierung der alten Straßenzüge erblickt. Man hat bereits festgestellt, daß zahlreiche Altbauten in ihrer Bausubstanz den Neubauten gleichwertig sind. Einzelne Prognosen gehen sogar dahin, daß viele alte Miethäuser die nächsten zehn oder 20 Jahre besser überstehen würden als manche Neubauten.

Die öffentliche Hand könnte überdies bei der Modernisierung der Altbauviertel mit weitaus weniger Geld große Wirkungen erzielen als bei radikalem Abriß. So wird vorgeschlagen, die enge Bebauung dadurch zu beheben, daß Gartenhäuser oder Seitenflügel beseitigt werden. Die Vorderhäuser mit ihren großräumigen Wohnungen könnten durch verbesserten Zuschnitt der Wohnungen und Modernisierung der sanitären Einrichtungen sehr reizvoll umgestaltet werden. Elendswohnungen in Halbkellern oder in ehemaligen nicht mehr geeigneten Läden sollten als Wohnungen gesperrt werden. Sie ließen sich als Lagerraum für nichtstörende Unternehmen, oder für den vorübergehenden Aufenthalt von Menschen (Vereinszimmer, Jugendklubs) herrichten.

Die Erhaltung alter Häuserzeilen würde außerdem die Existenzbedrohung des mittelständischen Einzelhandels beseitigen. Ihre Läden könnten erhalten bleiben, die sonst ersatzlos der Spitzhacke zum Opfer fallen würden.

Die „Antisanierungswelle" hat auch schon auf die Amtsstuben der Bezirksämter und des Bausenators übergegriffen. Prüfungen und Untersuchungen der in naher Zukunft zum Abriß bestimmten Häuser wurden bereits eingeleitet.

fa

→L 76 „Die Welt" vom 6.3.1965

Daß „Die Welt" am **6.3.1965** einen solchen Bericht über die *Antisanierungswelle* bringt, zeigt, wer in der ersten Phase des Widerstandes gegen die Kahlschlagsanierung politisch noch dahintersteckt.

Der letzte Anstoß zur Verbreiterung des Widerstandes – wenn auch noch nicht von Seiten der Wohnungsmieter – geht aus von einem Gutachten, das Werner March und Ilse Balg seit **1962** bearbeitet haben. Es unter-
→L 77 sucht die *Umsetzung von Gewerbebetrieben im Sanierungsgebiet Kreuzberg* und wird als freie Forschungsarbeit im Rahmen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung durchgeführt. Als im **Januar 1965** der dritte und letzte Zwischenbericht der erst zwei Jahre später publizierten Arbeit der Öffentlichkeit vorgestellt wird, berichtet der Tagesspiegel über diese in der Folgezeit vielzitierte Arbeit:

→L 78 *Stadtsanierung – das muß nicht in jedem Fall „Kahlschlag", also Räumung, Totalabriß und Neubau bedeuten. Der namhafte Berliner Architekt Professor Werner March, von dem unter anderem das Olympiastadion stammt, bemüht sich seit 1962 gemeinsam mit einer Gruppe von Fachmitarbeitern, eigene Konzeptionen zu entwickeln. Gestern legte er der Öffentlichkeit den dritten Zwischenbericht seiner Forschungsaufgabe über die Umsetzung von Gewerbebetrieben im Sanierungsgebiet Kreuzberg vor. Im Mai soll eine Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse als Denkschrift erscheinen.*

Prof. March bezeichnete seinen Modellfall als ein typisches Beispiel für Lösungen, einen historisch gewachsenen Strukturbereich unter Schonung brauchbarer Altsubstanz zu erneuern. Es handelt sich um die drei westlichen Baublöcke des Sanierungsvorhabens zwischen Gitschiner-, Prinzen-, Ritterstraße und am Segitzdamm; als Mischung von Wohnbauten und Gewerbebetrieben, sagt er, seien hier die ausgeprägten Merkmale des ehemaligen Berliner Exportviertels lebendig geblieben.

Prof. March empfiehlt, trotz der notwendigen „Auskernung" und Modernisierung die Mischstruktur zwischen Arbeits- und Wohnstätten nicht aufzuheben, sondern nur neu zu ordnen, die noch bewohnenswerte Randbebauung durch zusammenhängende Gartenflächen von einzelnen Gewer-

bebereichen mit ausreichenden Höfen und eigenen Einfahrten getrennt, wieder herzustellen. Solche Zusammenfassung ganzer Straßenfronten alter oder neuer Wohnbebauung einerseits und zusammenhängender Gewerbekomplexe im Innern andererseits würde nach Meinung Prof. Marchs auch die Erhaltung des Eigentums ermöglichen.

Der Senator für Wirtschaft hat – wie es heißt – „im Benehmen mit dem Bausenator" Prof. March als Vorsitzenden der Landesgruppe der Akademie für Städtebau eine finanzielle Beihilfe für eine derartige Forschungsaufgabe in neun Baublöcken Kreuzbergs gewährt. „Ich persönlich werde dafür nicht honoriert", sagt er nicht ohne Stolz; „aber ich kann mir das als emeritierter Professor über 70 leisten und dadurch vor allem meine Unabhängigkeit wahren". Als Hauptsachbearbeiterin beschäftigt er seinerseits Ilse Balg, die als Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin aus ihrer subtilen Kenntnis des ehemaligen Exportviertels die Untersuchung angeregt hatte.

Indem das Gutachten von March und Balg sich für den weitgehenden Erhalt des unmittelbaren Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe in einer für Berlin traditionellen Mischform des Hintereinander einsetzt, wird die Theorie der „Charta von Athen" und nach ihr der „gegliederten und aufgelockerten Stadt" in Frage gestellt.

Erst über die Hinwendung der Studentenbewegung nach **1968** von allgemeinen politischen Themen zu den realen Verhältnissen in der Stadt – denn die Kahlschlagsanierung wird unbeirrt durchgezogen – geraten auch die Wohnungsmieter und ihre Vertreibung aus den innerstädtischen Gebieten in den Brennpunkt des Interesses. Unter anderem im Bündnis mit der Kirche, die in ihren Gemeinden Versammlungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt, formiert sich langsam ein von Studenten und sozial schwachen Randgruppen getragener Widerstand gegen die Kahlschlagsanierung, zumal die Studenten selber auf billigen Wohnraum auf Zeit angewiesen sind und so zu Betroffenen werden.

straßenviertels m u ß t e ich einfach den B e w e i s erbringen für die Lebensfähigkeit dieser wirtschaftlichen Verflechtungsketten – heute sagt man Vernetzung – der 500 Betriebe, die ich untersuchte. 1876 hatte mein Großvater hier in der Ritterstraße 12, dem heutigen Aqua-Butzke-Grundstück, inmitten all der Obstgärten, von denen meine Mutter immer als Kindheitserinnerung sprach, als junger Zuwanderer aus Bad Freienwalde sich niedergelassen und nach wenigen Jahren als Fabrikant, später Ingenieur ein florierendes Unternehmen für Sanitäranlagen und Zentralheizungen entwickelt. Zuerst war es ein kleiner Handwerksbetrieb, dann wurde mein Großvater, wie das vor 1918 üblich war, Hoflieferant, weil er im Schloß die Wasserleitung gelegt hatte und die Badeeinrichtung, denn Wilhelm 1 hat sich doch noch aus dem Hotel du Rome, wenn er baden wollte einmal im Monat, eine Badewanne kommen lassen. Wir haben aus dieser Kenntnis heraus in Kreuzberg 200 Betriebe untersucht auf ihre Überlebensfähigkeit hin und auf die Frage hin nach der Entfernung vom Arbeitsort zum Wohnort. So stark sich auch der Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, Skrotzky, im Abgeordnetenhaus für die Schwedler sehr zuwiderlaufenden Darlegungen, Befürchtungen u n d Gegenforderungen des freien Forschungsvorhabens March-Balg, das das Land Berlin, n i c h t Sen-Bau-Wohnen bezuschusste, einsetzte: Erst mit den verhängnisvollen Folgen der städtebaulichen u n d wirtschaftlichen Zerstörung dieses Gebietes durch Kahlschlag konnte der scheinbare Sieger in diesem jahrelangen Kampf, nicht Wettstreit, Schwedler, überwunden werden. „Tot d u r c h Sanierung" wurde zum Menetekel für Kreuzbergs Exportviertel. Die Katharsis, das muß einmal ganz klar ausgesprochen werden, begann mit u n d durch die 68er Studentenbewegung.

Schlußbetrachtung

Wir brechen nach der Beschreibung, wie sich der Widerstand gegen die Kahlschlagsanierung entwickelt hat, ab. Wir machen halt vor dem, was sich bisher aus den unterschiedlichen Formen des Protestes entwickelt hat – nicht nur, weil wir keinen Platz mehr haben, sondern weil die eigene Erfahrung durch Beteiligung einsetzt und wir mitten drin sind in diesem noch kaum historisch zu nennenden Prozeß, der durch die am **1.1.1988** erfolgte Aufhebung der Mietpreisbindung und durch den enormen Zuzug aus allen Himmelsrichtungen nach Berlin (West) **1989** unter Umständen eine ganz neue Wendung nimmt. Wir machen auch deshalb hier halt, weil über die 70er und 80er Jahre in beiden Berlin so viel veröffentlichtes Material vorliegt, soviel gearbeitet worden ist – man denke für Berlin (West) nur an die Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der IBA, an die Hefte, die die S.T.E.R.N.-GmbH herausgegeben hat oder an die Arbeit von Harald Bodenschatz über die Geschichte der Sanierung in Berlin – so daß wir nur wiederholen müßten, ohne primäre Quellen auswerten zu können. Deswegen gehen wir in dieser Schlußbetrachtung einen etwas anderen Weg, um uns einen Eindruck von dem zu verschaffen, was in Bezug auf die Wohnungssituation bis heute stattgefunden hat und sich in Zahlen ausdrücken läßt.

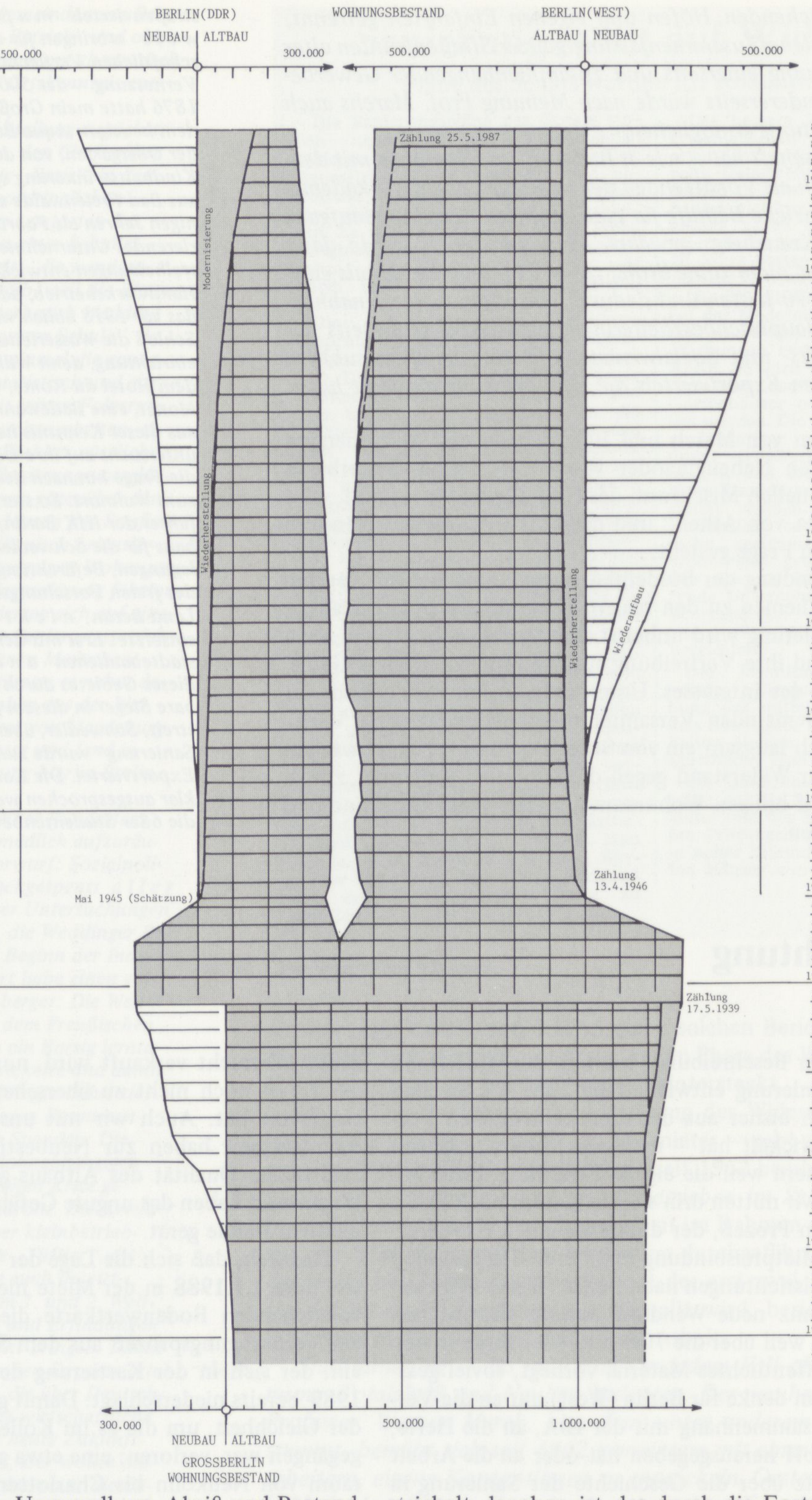
Die Volkszählung von **1987** in Berlin (West), von der erste Ergebnisse vorliegen, hat offengelegt, daß in der Stadt mehr als 60 000 Wohnungen fehlen, mit denen man bisher auf Grund der Fortschreibungen gerechnet hatte und so behaupten konnte, daß es in Berlin (West) keine Wohnungsprobleme gäbe, jedenfalls keine quantitativen. Mit den erhärteten Zahlen von **1987** und den Wahlergebnissen vom **29.1.1989** entsteht eine Unsicherheit, verändern sich die Verhältnisse zusehends und bricht etwas an, wofür die Aufhebung der Mietpreisbindung, die als neues soziales Mietrecht verkauft wird, nur das erste deutliche Zeichen ist. Es ist noch nicht zu übersehen, wofür man sich eigentlich eingesetzt hat. Auch wir mit unserer bald zwölfjährigen Forschungsarbeit haben zur Neubestimmung des Wertes und der städtischen Qualität des Altbaus gegenüber dem Neubau beigetragen und haben das ungute Gefühl, daß dieser Wert jetzt in die falschen Hände gerät.

Dadurch, daß sich die Lage der Wohnung innerhalb der Stadt seit dem **1.1.1988** in der Miete niederschlägt, sich zu der nachvollziehenden Bodenwertkarte die Mietwertkarte gesellt, setzt ein Verdrängungsprozeß aus dem Stadtinnern an den Stadtrand ein, der sich in der Kartierung des Wahlergebnisses vom **29.1. 1989** bereits niederschlägt. Damit geht ein wesentliches Moment der Gleichheit, um die es im Kollektivplan von **1946** eigentlich gegangen war, verloren: eine etwa gleiche Grundmiete für Wohnraum von Neukölln bis Charlottenburg, also in allen Gebieten mit noch städtischer Qualität. Neben der fehlenden Polizeistunde, der religiösen Liberalität und dem wachsamen Auge der Alliierten eine der Besonderheiten von Berlin (West) unter den nichtsozialistischen Großstädten.

Um einer zusammenfassenden Betrachtung eine Basis zu geben, haben wir an einer vertikalen Zeitachse die jährliche Wohnungsproduktion, den jährlichen Wohnungsverlust durch Umbau, Umnutzung oder Abriß und den Bestand an Wohnungen aufgetragen, soweit uns die Zahlen zur Verfügung standen. Wir beginnen mit dem Zusammenschluß zu Großberlin im Jahre **1920.** Ab **1945** haben wir die Zahlen für die Ost- und Westsektoren bzw. für Berlin (DDR) und Berlin (West) getrennt voneinander dargestellt, so daß gleichzeitig der Gesamtverlauf erahnt und mit der Vorkriegszeit verglichen, aber auch der unterschied-

	WOHNUNGSBESTAND BERLIN DDR	WOHNUNGSBESTAND BERLIN WEST	WOHNUNGEN NEUBAUBESTAND BERLIN DDR	WOHNUNGEN NEUBAUBESTAND BERLIN WEST
88	618.887	1.153.197	344.760	551.893
87	603.658	1.148.948	324.679	547.305
86	588.471	1.144.558	305.800	542.341
1985	570.753	1.139.665	281.864	537.051
84	551.241	1.132.975	257.787	529.935
83	540.271	1.122.353	243.584	518.592
82	530.348	1.116.619	229.947	510.942
81	518.348	1.110.378	216.286	502.575
1980	505.000	1.106.624	202.832	495.887
79	501.625	1.102.744	190.439	489.537
78	498.158	1.099.199	177.763	484.271
77	495.151	1.097.588	166.771	477.004
76	492.298	1.082.653	156.341	458.319
1975	489.659	1.074.943	146.709	445.447
74	482.808	1.065.176	138.044	430.954
73	477.052	1.050.419	130.563	411.278
72	472.124	1.038.046	124.235	394.089
71	467.896	1.024.600	118.808	376.161
1970	463.720	1.005.733	113.468	354.638
69	461.342	988.778	108.125	335.129
68	459.899	970.505	104.914	314.550
67	457.606	952.399	99.800	292.334
66	455.292	936.117	94.601	275.186
1965	453.148	920.630	89.784	258.338
64	451.238	911.842	85.493	239.611
63	448.329	895.711	78.961	222.481
62	445.315	878.274	72.254	205.351
61	442.492	858.609	65.914	186.356
1960	431.318	849.918	54.860	164.817
59	420.578	826.927	43.588	142.256
58	411.576	803.855	34.197	119.984
57	404.623	782.831	26.937	99.533
56	400.278	757.279	22.432	79.883
1955	396.553	715.261	18.482	60.615
54	393.263	694.499	14.984	42.587
53	389.973	675.862	11.525	26.120
52	386.434	652.623	7.890	14.141
51	384.323	650.767	5.708	9.089
1950	381.964	644.891	3.234	6.334
49	380.412	659.244	1.625	4.118
48	379.387	655.726	780	2.045
47		651.222	324	
46	377.308	642.454	60	
1945		622.238		
44	1.222.085			
43	1.353.753			
42	1.562.641			
41	1.560.578			
1940	1.557.770			
39	1.551.356		244.894	
38			229.941	
37			211.195	
36			195.537	
1935	1.406.072		187.456	
34			178.347	
33			170.359	
32			161.002	
31			129.976	
1930			86.122	
29	1.240.600		62.043	
28			42.586	
27	1.210.602		23.015	
26			8.439	
1925	1.171.491		0	
24				
23				
22				
21				
1920				
19				
18				

WOHNUNGEN NEUBAUBESTAND GROSSBERLIN 1925–1939



	WOHNUNGSZUGANG/NEUBAU BERLIN DDR	WOHNUNGSZUGANG/NEUBAU BERLIN WEST NEU + WA*		WOHNUNGSABGANG BERLIN DDR Abriß	WOHNUNGSABGANG BERLIN DDR gesamt	WOHNUNGSABGANG BERLIN WEST gesamt
88	20.081	4.588		580	4.852	956
87	18.879	4.964		290	3.692	1.024
86	23.936	5.290		195	6.218	726
1985	24.077	7.116		661	4.565	675
84	14.203	11.343		606	3.233	1.207
83	13.637	7.650		708	3.714	2.006
82	13.661	8.367		147	1.661	2.022
81	13.454	6.688		88	106	3.280
1980	12.393	6.350		3.860	9.018	2.904
79	12.676	5.266		3.571	9.209	2.662
78	10.992	7.267		3.793	7.985	6.156
77	10.430	18.685		3.333	7.577	4.294
76	9.632	12.872		2.513	6.993	5.358
1975	8.665	14.493		26	1.894	4.806
74	7.481	19.676		446	1.645	4.856
73	6.328	17.189		834	1.400	5.046
72	5.427	17.928		581	1.199	4.792
71	5.340	21.523		468	1.164	2.805
1970	5.343	19.509			2.965	2.834
69	3.211	20.579			1.768	2.687
68	5.114	22.216			2.821	2.500
67	5.199	17.801			2.885	2.133
66	4.817	17.270			2.673	2.365
1965	4.291	16.848			2.381	8.585
64	6.532	18.727			3.623	3.220
63	6.707	17.130			3.693	340
62	6.340	11.213	7.782		3.517	441
61	11.054	11.538	10.001		?	299
1960	11.272	11.196	11.365		532	733
59	9.391	10.717	11.555		389	375
58	7.260	11.435	9.016		307	521
57	4.505	12.280	7.370		160	475
56	3.950	10.756	8.512		225	398
1955	3.498	11.028	7.936		208	398
54	3.459	8.316	8.151		169	359
53	3.635	2.665	9.314		96	-
52	2.182	530	4.522		71	-
51	2.474	519	2.236		115	-
1950	1.609	791	1.425		57	-
49	845	143	-			
48	456	28	-			
47	264	-	-			
46	60	-	-			
1945	0					
44	86					
43	916					
42	2.035					
41	3.093					
1940	7.079					
39	14.258					
38	14.953					
37	18.746					
36	15.658					
1935	8.081					
34	9.109					
33	7.988					
32	9.357					
31	31.026					
1930	43.854					
29	24.079					
28	19.457					
27	19.571					
26	14.576					
1925	8.439					
24	2.736					
23	3.241					
22	2.634					
21	2.297					
1920	1.530					
19	1.530					
18	5					

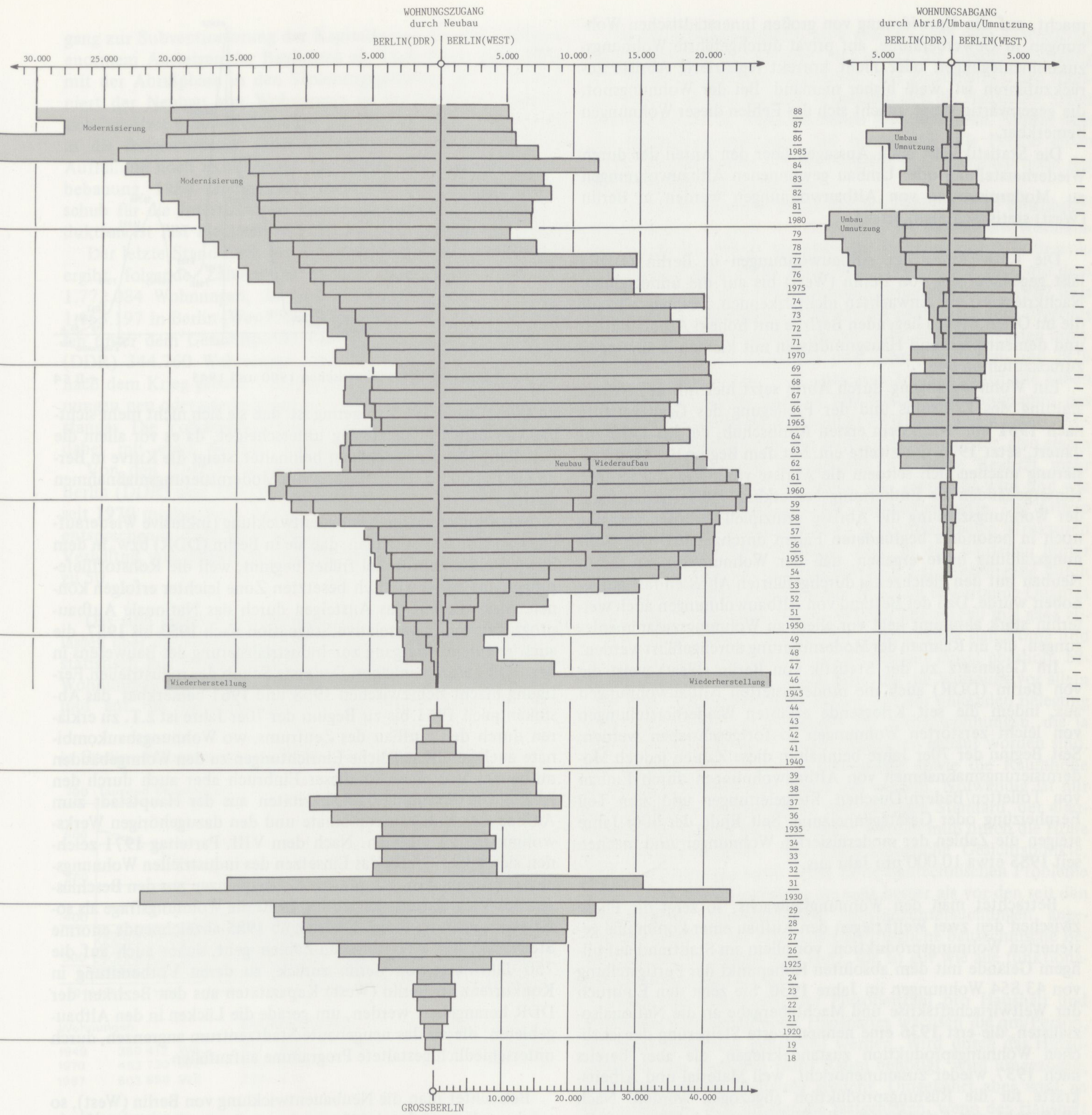
*Wiederaufbau

liche Verlauf von Produktion, Umwandlung, Abriß und Bestand in beiden Berlin verfolgt werden kann.

Die Statistik teilt sich bei gleicher vertikaler Zeitachse in drei parallele Bilder: links ist die Entwicklung des Wohnungsbestands zwischen **1925** und **1988** eingetragen. Die mittlere Grafik zeigt den jährlichen Wohnungszuwachs und die rechte Grafik die jährlichen Wohnungsabgänge für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg.

Die Grafiken zeigen die Wohnungsentwicklung von Großberlin bis **1945** insgesamt, nach **1945** getrennt für den sowjetischen Sektor, aus dem ab **1949** Berlin (DDR) wird und für die 3 Westsektoren, die Berlin (West) darstellen.

Die Grafik des Wohnungsbestandes zeigt für den Zeitraum bis **1939** nach links ausgeworfen den Zuwachs durch Neubau, rechts den Altbau-Bestand, der sich ebenfalls ab **1934** durch Wohnungsteilungen im großen Umfang sichtbar vergrößert. Gestrichelt daneben ist das durch die Fortschreibung des Reinzuwachses nicht erfaßte Anwachsen des Wohnungsbestandes, das erst mit der Wohnungszählung vom **16.5.1939** bekannt wird. Die Zählung weist etwa 66 000 Wohnungen mehr nach als nach der Fortschreibung des Reinzuwachses hätten vorhanden sein müssen. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß die Anzahl der Wohnungsteilungen auf Grund der Wohnungsnot offensichtlich zu einer weit höheren Wohnungszahl durch Teilung geführt hat als man bisher wußte, trotz des Umfanges der Abrisse für die Nord-Süd-Achse! Für die Zeit zwischen **1939** und **1945** faßt die Grafik Alt- und Neubauwohnungen zusammen, zeigt den bis **1942** relativ gleichbleibenden Wohnungsbestand und die anschließenden Zerstörungen durch die Bombardierung, die wir schon aufgetragen haben nach der späteren Teilung der Stadt in den sowjetischen Sektor und die drei Westsektoren. Für den Be-



Grafische Darstellung der Wohnungsentwicklung Berlins ←B 53

reich des ersten weist die Wohnungszählung vom **13.4.1946** einen Wohnungsbestand von noch 64 % aus, während für die Westsektoren noch 66 % des Bestandes von **1939** bewohnbar sind.

Die Grafik baut sich für den Zeitraum **1945–1988** nach zwei Stämmen getrennt auf. Links der Strang für Berlin (DDR) und rechts der für Berlin (West). Jeweils zu den Außenseiten wird die Neubauentwicklung aufgetragen und nach den Innenseiten die Entwicklung des Altbaubestandes an Wohnungen. Betrachtet man die Altbau-Entwicklung, so erkennt man für Berlin (West) bis **1960** ein Anwachsen der Wohnungszahl in zwei Schüben und nach **1960** einen stetigen Rückgang. Das Anwachsen ist für die Zeit bis **1950** wahrscheinlich dadurch zu erklären, daß in den Westsektoren ein größerer Teil von teilzerstörten und leichtbeschädigten Wohnungen vorhanden ist, die durch Wiederherstellung mit geringem Aufwand wieder bewohnbar gemacht werden können. Ein anderer Teil des Zuwachses geht wahrscheinlich auf die Nutzung von Wohnungsprovisorien in Kellern und Dachstuben zurück oder, was wahrscheinlich für den zweiten Schub noch mehr gilt, auf die Wohnungsteilung der großen bürgerlichen Mietswohnungen zurück. Der Rückgang von **1949** auf **1950** dürfte vor allem auf die baupolizeiliche Sperrung von noch bewohnten Teilruinen zurückzuführen sein. Nach **1960** macht sich die Sanierung mit den Abrißschüben vor allem **1964/65** und von **1972–78** bemerkbar. Der Abriß geht zwar in den 80er Jahren auf Grund der Proteste und Hausbesetzungen erheblich zurück, jedoch die Wohnungszählung vom **25.5.1987** brachte als überraschendes Ergebnis das Fehlen von 60.678 Wohnungen gegenüber der auf der Wohnungsfortschreibung beruhenden Annahme zutage. Ob das Fehlen einer so großen Zahl, die immerhin die Neubauproduktion der letzten Jahre seit **1980** aus-

macht, auf die Umwidmung von großen innerstädtischen Wohnungen in Gewerberäume, auf privat durchgeführte Wohnungszusammenlegungen oder nicht korrekt registrierte Abrisse zurückzuführen ist, weiß bisher niemand. Bei der Wohnungsnot, die gegenwärtig steigt, macht sich das Fehlen dieser Wohnungen bemerkbar.

Die Statistik läßt auch Aussagen über den Anteil der durch Wiederherstellung oder Umbau gewonnenen Altbauwohnungen zu. Modernisierung von Altbauwohnungen werden in Berlin (West) statistisch nicht erfaßt.

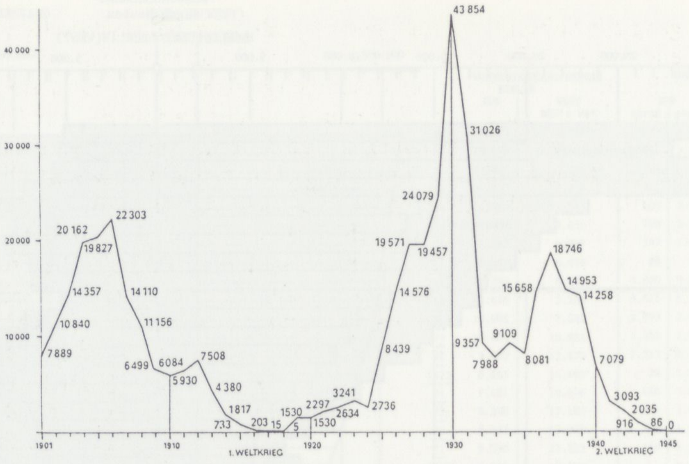
Die Entwicklung der Altbauwohnungen in Berlin (DDR) läßt gegenüber der von Berlin (West) bis auf die unmittelbare Nachkriegszeit ein Anwachsen nicht erkennen. Das mag z.T. auf die im Osten Berlins liegenden Bezirke mit hohem Arbeiteranteil und dementsprechend Hausgrundrissen mit kleinen Wohnungen zurückzuführen sein.

Ein Wohnungsabgang durch Abriß setzt hier mit der Neugestaltung des Zentrums und der Freilegung des Grenzverlaufs nach **1961** ein. Nach dem ersten Abrißschub, der bis **1970** andauert, setzt **1976** der zweite ein. Mit dem Beginn der Modernisierung machen sich seitdem die Abrisse von Seitenflügeln und Hintergebäuden als Entkernung bemerkbar. **1981** werden nach der Wohnungszählung die Abrisse prinzipiell verboten und nur noch in besonders begründeten Fällen durchgeführt. Die Wohnungszählung hatte ergeben, daß der Wohnungsgewinn durch Neubau mit den gleichzeitig durchgeführten Abrissen fast aufgehoben wurde. Daß der Bestand von Altbauwohnungen auch weiterhin stark abnimmt liegt vor allem an Wohnungszusammenlegungen, die im Rahmen der Modernisierung durchgeführt werden.

Im Gegensatz zu der Statistik von Berlin (West) weist die von Berlin (DDR) auch die modernisierten Altbauwohnungen aus, indem die seit Kriegsende erfaßten Wiederherstellungen von leicht zerstörten Wohnungen so fortgeschrieben werden. Seit Beginn der 70er Jahre beinhalten diese Zahlen jedoch Modernisierungsmaßnahmen von Altbauwohnungen durch Einbau von Toiletten/Bädern/Duschen, Steigeleitungen und zum Teil Fernheizung oder Gasetagenheizung. Seit Ende der 60er Jahre steigen die Zahlen der modernisierten Wohnungen und machen seit **1985** etwa 10 000 pro Jahr aus.

Betrachtet man den Wohnungszuwachs, so zeigt die Phase zwischen den zwei Weltkriegen den Aufbau einer kommunal gesteuerten Wohnungsproduktion, vor allem am Stadtrand auf billigem Gelände mit dem absoluten Höhepunkt der Fertigstellung von 43.854 Wohnungen im Jahre **1930**. Sie zeigt den Einbruch der Weltwirtschaftskrise und Machtübergabe an die Nationalsozialisten, die erst **1936** eine nennenswerte Steigerung der jährlichen Wohnungsproduktion zustandekriegen, die aber bereits nach **1937** wieder zusammenbricht, weil Material und Arbeitskräfte für die Rüstungsproduktion abgezogen werden. Nach **1939** geht mit Kriegsbeginn die Wohnungsproduktion auf die Herstellung von Baracken und Behelfsheime für Arbeiter der Rüstungsindustrie und später für Bombengeschädigte über.

Die nach **1945** getrennt verlaufende Produktion von neu gebauten Wohnungen läßt sich an der Grafik des Wohnungszugangs deutlich ablesen. Links von der Trennungslinie liegt die jährliche Produktion an Wohnungen in Berlin (DDR) und rechts die von Berlin (West). Eine Schwierigkeit in der Vergleichbarkeit liegt in der unterschiedlichen statistischen Erfassung des Wohnungszugangs. In Berlin (West) wird bis **1962** zwischen Neubau und Wiederaufbau unterschieden, seit **1963** sind beide Maßnahmen zusammengefaßt und nicht mehr unterscheidbar. Für Berlin (DDR) scheinen beide Maßnahmen von Anfang an zusammengefaßt zu sein. Außer diesen Zahlen wird noch der Wohnungszugang durch Wiederherstellung von leichtbeschädigten Altbauwohnungen erfaßt, sie ist für beide Städte in der Grafik als Linie oberhalb der Jahreskolumnen aufgebracht. Während sie für Berlin (West) nach **1963** so gering ist, daß sie sich nicht mehr sichtbar von dem Neubauzugang unterscheidet, da es vor allem die Behebung von Kriegsschäden beinhaltet, steigt die Kurve in Berlin (DDR) durch die Erfassung von Modernisierungsmaßnahmen stark an.



Der Neubauzugang in Berlin zwischen 1900 und 1945 ←B 54

Betrachtet man die Neubauentwicklung (inklusive Wiederaufbau), so läßt sich erkennen, daß sie in Berlin (DDR) bzw. in dem Sowjetischen Sektor viel früher beginnt, weil die Rohstofflieferungen aus der sowjetisch besetzten Zone leichter erfolgen können. Man erkennt das Ansteigen durch das Nationale Aufbauprogramm und eine relative Stagnation nach **1953** bis **1957**, die auch mit dem Übergang zur Industrialisierung des Bauwesens in der DDR zusammenhängt. Der erste Schub der industriellen Fertigung macht sich zwischen **1958** und **1961** bemerkbar, das Absinken nach **1961** bis zu Beginn der 70er Jahre ist z.T. zu erklären durch den Aufbau des Zentrums, wo Wohnungsbaukombinate auch gesellschaftliche Einrichtungen zu den Wohngebäuden mitbauen. Vor allem ist dieser Einbruch aber auch durch den Abzug von Wohnungsbaukapazitäten aus der Hauptstadt zum Aufbau der Industriekombinate und den dazugehörigen Werkswohnungen zu erklären. Nach dem VIII. Parteitag **1971** zeichnen sich in der Grafik das Einsetzen des industriellen Wohnungsbaus mit dem WBS 70 und die Konsequenzen aus den Beschlüssen des VIII. Parteitages ab, bis **1990** die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen. Die sich ab **1985** abzeichnende enorme Steigerung der Wohnungsbau-Zahlen geht sicher auch auf die 750 Jahr-Feier von Berlin zurück, zu deren Vorbereitung in Konkurrenz zu Berlin (West) Kapazitäten aus den Bezirken der DDR herangeholt werden, um gerade die Lücken in den Altbaugebieten, die an das neugebaute Stadtzentrum angrenzen, durch unterschiedlich gestaltete Programme aufzufüllen.

Betrachtet man die Neubauentwicklung von Berlin (West), so macht sich zunächst insgesamt das ungleiche Flächenverhältnis beider Städte bemerkbar, denn Berlin (West) ist erheblich größer und hat auch mehr Einwohner. Eine Neubauentwicklung macht sich hier erst nach Einsetzen des Marshall-Plans ab **1953** bemerkbar, wobei der Wiederaufbau einen fast gleichrangig neben dem Neubau stehenden Anteil hat. Auch hier macht sich wieder die bessere Bausubstanz in Bezug auf den Altbau in Berlin (West) bemerkbar. Während sich beim Neubau nach der Interbau **1957** ein Stagnieren abzeichnet, wächst der Wiederaufbau noch bis **1960** an, um dann zurückzugehen. Nach **1960** zeichnet sich mit dem Beginn des langjährigen Aufbaus der großen Trabantensiedlungen wie Falkenhagener Feld, Gropiusstadt und Märkisches Viertel, die auch die Abrißmieter aufnehmen sollen, ein Einbruch im jährlichen Zuwachs ab, der dann mit der Fertigstellung zwischen **1968** und **1972** aufgehoben wird. Im Fallen der Neubaurate ab **1972** spiegelt sich der Rückzug des Staates aus dem Sozialen Wohnungsbau und der Über-

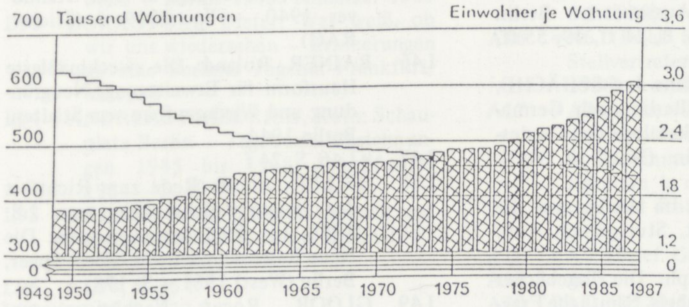
gang zur Subventionierung der Kapitalkosten bei gleichzeitigem enormem Ansteigen der Baukosten ab. Diese Phase geht einher mit der Abrißphase in den Sanierungsgebieten. Ab **1978** stagniert der Neubau von Wohnungen in der Peripherie, pendelt sich bei etwa 6.000 Wohnungen pro Jahr ein und verlagert sich in die freigewordenen innerstädtischen Gebiete bzw. auf die Auffüllung noch existierender Baulücken mit einer Blockrandbebauung. **1984** zeichnet sich auch der erste Fertigstellungsschub für die Internationale Bauausstellung (IBA) ab. Die Produktion ist fast identisch mit der zur Zeit der Interbau **1957**.

Der letzte Stand nach der Wohnungsfortschreibung für **1988** ergibt folgende Zahlen: In beiden Berlin sind vorhanden 1.772.084 Wohnungen, davon 618.887 in Berlin (DDR) und 1.153.197 in Berlin (West). Betrachtet man diese absoluten Zahlen unter dem Gesichtspunkt Altbau-Neubau, so sind in Berlin (DDR) 344.760 Wohnungen, also 56 % des Gesamtbestandes nach dem Krieg gebaut, während in Berlin (West) 551.893 Wohnungen neu oder wiederaufgebaut sind, also 48 % des Gesamtbestandes. Die Volkszählung vom **25.5.1987** hat gezeigt, daß man dabei mit etwa 60.000 Wohnungen weniger rechnen muß.

Von den 274.127 vor dem Krieg gebauten Wohnungen in Berlin (DDR) sind 158.048 nach dem Krieg instandgesetzt oder seit **1970** modernisiert worden. Für Berlin (West) läßt sich eine entsprechende Zahl nicht angeben. In beiden Berlin steht das Verhältnis von Altbau- zu Neubauwohnungen zur Zeit etwa 50 zu 50.

Das sind quantitative Aussagen, die noch keinen Schluß zulassen über die Deckung des tatsächlichen Bedarfs. Dafür sind es statistisch nur Anhaltspunkte, indem man die Entwicklung der Wohnungsgrößen bzw. qm-Zahlen der Wohnflächen heranzieht und auf die Bevölkerungszahl bzw. die Haushalte bezieht.

in Berlin-Hauptstadt der DDR

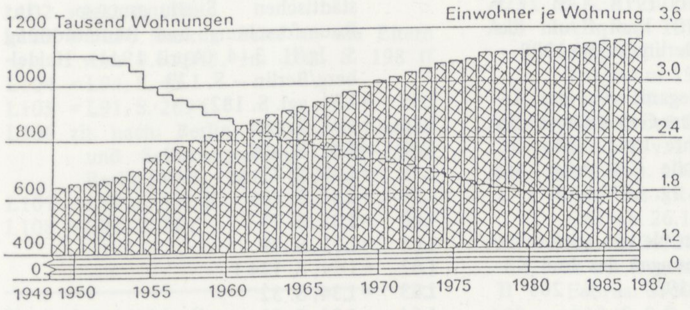


Wohnungen		Einwohner je WE	
1949	380 412 WE	3,17	EW
1970	463 720 WE	2,34	EW
1987	603 658 WE	2,08	EW

Wohnungen

Einwohner/Wohnung

in Westberlin



Wohnungen		Einwohner je WE	
1949	644 891 WE	3,28	EW
1970	1 005 733 WE	2,16	EW
1987	1 148 965 WE	1,73	EW

Wohnungen

Einwohner/Wohnung

←B 55

Die Entwicklung der Wohnungen und Einwohner je Wohnung seit 1949

Ist die Bevölkerungszahl grob gesehen nach dem 2. Weltkrieg relativ konstant, so verändert sich jedoch die Zusammensetzung der Haushalte geradezu dramatisch. Die Personenzahl pro Haushalt nimmt ab und dadurch vermehren sich die Haushalte, steigt also der Bedarf an abgeschlossenen Wohnungen an. Nimmt man das gesellschaftspolitische Ziel hinzu, daß jede Person einen Raum für sich haben soll, so vermehrt sich zusätzlich noch der Bedarf an Wohnraum/Person.

Lag die Belegung in Berlin (DDR) **1949** bei 3,17 Bewohner/Wohneinheit, so liegt sie **1987** bei 2,08 Bewohnern/Wohneinheit. In Berlin (West) lag **1949** die Belegung mit 3,28 Bewohnern/Wohneinheit höher als in Berlin (DDR), was auch mit dem größeren Anteil an Großwohnungen zusammenhängt, **1987** liegt sie mit 1,73 Bewohnern/Wohneinheit weit unter dem Ergebnis für Berlin (DDR) und sucht damit unter den Großstädten ihresgleichen. 51 % der Haushalte sind dabei 1-Personen- und 28 % 2-Personen-Haushalte. 79 %, also über 3/4 aller Haushalte haben somit keine familiale Struktur. Das Wohnungsbauprogramm, das z.B. die Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) in Berlin (West) fördert, folgt aber nach wie vor einem Familienmuster, also einem gesellschaftspolitischen Wunschbild, das keine Realität mehr hat. Es läßt sich leicht vorstellen, was gebraucht wird und wie das räumlich und organisatorisch auszusehen hätte. Der Altbau ist bisher für das Zusammenleben in nichtfamilialen Strukturen bestens geeignet und besonders auch in den Bauteilen hinter dem Vorderhaus, die mit zunehmender Lärmbelästigung durch den privaten Verkehr eine immer höher zu bewertende Qualität bekommen – von dem bisher üblichen Mietniveau mal ganz abgesehen. Die ruhige Lage hat die ausreichende Belichtung und Besonnung als Kriterium in der Wichtigkeit längst überholt, besonders bei den kleinen Haushalten, die die Wohnung vor allem nach dem Sonnenuntergang nutzen. Mit der sinkenden Belegung steigt auch der Flächenstandard der Altbauwohnungen, die ja für die Benutzung von Familienhaushalten gebaut worden sind. Die übliche Zimmer- und Küchengröße sowie die Raumhöhe übersteigt den Neubaustandard bei weitem. Notwendig ist nur die technische Anpassung an den heutigen Standard, der allerdings heute wieder problematisiert werden muß durch die Höhe des Energieverbrauchs und stadtökologische Gesichtspunkte. Dieser Anpassungsprozeß stellt keine bautechnischen Probleme mehr. Auch die Bausubstanz ist weit besser als vor den seit den 70er Jahren durchgeführten Substanzuntersuchungen angenommen, und sie hat eine unwiederbringliche bautechnische Beschaffenheit aus Ziegel und Holz, die so gut wie alle funktionalen Veränderungen erträgt.

Durch das Schwinden der Personenzahl pro Haushalt und durch den Lebenslauf eines Haushaltes wachsen die qm/Person, die nicht unbedingt gebraucht werden. Wird durch das Hinzukommen von Personen mehr Raum benötigt, wird umgezogen, wird eine größere Wohnung gesucht. Umgekehrt aber wird an der erreichten Wohnungsgröße festgehalten, wenn der Haushalt kleiner wird, die Miete aber dennoch aufgebracht werden kann. Es entsteht infolgedessen in beiden Berlin ein besetzter Wohnraumleerstand, der nicht ohne weiteres zur Verfügung steht und zu Verhältnissen führt, die im Weltmaßstab an Luxus grenzen.

Die Folge ist, daß trotz einer enormen Wohnungsproduktion nach dem Kriege und einer für Großstädte fast atypischen Stabilität der Bevölkerungszahl die Wohnungsnot nur theoretisch zu beseitigen ist. Sie herrscht in beiden Städten in unterschiedlichen Formen, obwohl sie von dem existierenden Wohnraum her gesehen nicht sein müßte. Bei den geringsten Schwankungen, wie zur Zeit in Berlin (West) durch den starken Zuzug, macht sie sich sofort bemerkbar. Die Wohnungsfrage zu lösen, ohne die Verteilungsfrage mit zu regeln, bleibt eine Utopie. Die Diskussion über die Lösung der Wohnungsfrage hat wieder begonnen. Damit sind wir an den Ausgangspunkt unseres 1. Bandes der Geschichte des Berliner Mietshauses zurückgekehrt.

Quellen

Archivalien

Abkürzungen

AdK/SB	Akademie der Künste, Berlin (West), Sammlung Baukunst
BAK	Bundesarchiv Koblenz
FSP	Forschungsschwerpunkt 2 (Geschichte und Theorie von Bau-, Raum- und Alltagskultur) am Fachbereich 2 der Hochschule der Künste Berlin (West)
LAB	Landesarchiv Berlin (West)

Pläne

Schutzumschlag und Innendeckel vorn

Peter Friedrich: Strukturplan für Berlin/Raum Ring (1945/46), später „Kollektivplan" genannt. (FSP)

Innendeckel hinten

Der Generalbebauungsplan für die Reichshauptstadt nach der Planung des Generalbauinspektors Albert Speer, 1:50 000, Stand 1942, aufgezogen auf Karton und mit einer Folie überdeckt. (LAB)

Kapitel 1 Bilder

B1 Die 58 historischen Fotografien wurden in anderem Zusammenhang bereits gedruckt und mit ihren Quellen nachgewiesen in: GEIST, Johann Friedrich / KÜRVERS, Klaus: Das Berliner Mietshaus 1862–1945. München 1984 – S. 342 f, 346 f, 358 f, 366 f, 374 f

B2 FSP, Vergleichsfotografien (Fotograf: Dieter Rausch)

B3 = B1/FSP

B4 = B2

B5 FSP

B6 FSP

B7 = B1/= B2/FSP/Völkischer Beobachter vom 15.6.1938

B8 = B2

Kapitel 2 Literatur

L1 SCHWAB, Alexander: Ein Städtebau-Film. In: Die Form Jg. 1930/Heft 7, Berlin – S. 195

L2 WOLTERS, Rudolf: Albert Speer. Oldenburg 1943 – S. 70

L3 HITLER, Adolf: Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt vom 30.1.1937. In: Reichsgesetzblatt Teil I, 1937, Nr. 1 – S. 103

L4 LEHWESS, Walter / WINTER, Fritz: Die Möglichkeiten städtebaulicher Maßnahmen zum Schutze von Wohnsiedlungen gegen Angriffe aus der Luft. Berlin 1935 – S. 15

L5 = L4, S. 17

L6 SPEER, Albert: Erinnerungen. Frankfurt (M.)/Berlin/Wien 1969 – S. 147

L7 Berliner Beobachter (Tägliches Beiblatt zum „Völkischen Beobachter") vom 6.2.1938

L8 HESSEL, Franz: Letzte Heimkehr nach Paris. Franz Hessel und die Seinen im Exil. Hrsg. Manfred Flügge. Berlin (West) 1989 – S. 24 f

L9 GSW Berlin mbH: Geschäftsbericht zu dem Eröffnungsstatus vom 27.11.1948. Berlin (West) 1949 – S. 2 f

L10 Bibliografisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte München u.v.d. Research Foundation for Jewish Immigration unter Ltg. v. Werner Röder und Herbert A. Strauss. München / New York / London / Paris 1980 – S. XIX ff

L11 Reichsgesetzblatt Nr. 21 vom 8.2.1939

L12 ALY, Götz / ROTH, Karl Heinz: Die restlose Erfassung – Volkszählen, Identifizieren, Aussondern. Berlin (West) 1984 – S. 8, 24 ff, 49, 55 ff, 62, 67 f

L13 REICHHARDT, Hans J. / SCHÄCHE, Wolfgang: Von Berlin nach Germania. Ausstellungskataloge des Landesarchivs 2. Berlin (West) 3. Aufl. 1985 – S. 69

L14 GIRBIG, Werner: Im Anflug auf die Reichshauptstadt. Stuttgart 2. Aufl. 1971 – S. 19 ff

L15 GOEBBELS, Joseph: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. Elke Fröhlich i.A. des Instituts für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Bundesarchiv. München 1987, Bd. 4/Teil I – S. 269 ff

L16 DEMPS, Laurenz: Die Luftangriffe auf Berlin, ein dokumentarischer Bericht. In: Jahrbuch des Märkischen Museums IV, Berlin (DDR) 1978 – S. 27 f

L17 GROEHLER, Olaf: Kampf um die Luftherrschaft. Berlin (DDR) 1988 – S. 189

L18 HENSCHEL, Hildegard: Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941–1943. In: Zeitschrift für die Geschichte der Juden. Tel Aviv Jg. 1972/Heft 1–2 – S. 33 ff

L19 KÖNIG, Joel: Den Netzen entronnen – Die Aufzeichnungen des Joel König. Göttingen 1967 – S. 265 ff

L20 = L18, S. 37

L21 = L13, S. 70 ff

L22 = L18, S. 38 f

L23 = L16, S. 40 f

L24 = L16, S. 41 f

L25 = L17, S. 199

L26 = L17, S. 201 f

L27 STUDNITZ, Hans Georg von: Als Berlin brannte. Berlin (West) 1985 – S. 163 ff

L28 = L15, S. 44

L29 DURTH, Werner: Deutsche Architekten / biografische Verflechtungen 1900–1970. Braunschweig 1986 – S. 204

L30 = L6, S. 328

L31 DURTH, Werner / GUTSCHOW, Niels: Träume in Trümmern – Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Bd. I/Konzepte, Braunschweig 1988 – S. 55 ff

L32 MAHLAU, Alfred: Über die verschollenen Zeichnungen „Berlin 1944" – Privatdruck 1946 – o.S.

L33 = L31, S. 63 f

L34 GROEHLER, Olaf: Berlin im Bombenvisier. Miniaturen zur Geschichte, Kultur und Denkmalpflege Berlins Nr. 7, Berlin (DDR) 1982 – Dok. 6/S. 62

L35 = L17, S. 203 f

L36 = L34, S. 72

L37 = L34, S. 75

L38 = L34, S. 63

L39 = L17, S. 204

L40 = L34, S. 75

L41 = L31, S. 62

L42 TRIEBEL, Wolfgang: Geschichte der Bauforschung. Hannover 1983

L43 PRAGER, Stephan: Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Rückblick und Ausblick 1922–1955. Tübingen 1955 – S. 13

L44 Raumforschung und Raumordnung. Monatsschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Heidelberg/Berlin Jg. 1940 – S. 132

L45 Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. 2. Aufl. Hannover 1940 – Sp. 2719 f (Stichw. RAG)

L46 RAINER, Roland: Die zweckmäßigste Hausform für Erweiterung, Neugründung und Wiederaufbau von Städten. Berlin 1944

L47 = L46, S. 24 f

L48 HITLER, Adolf: Rede zum Richtfest der Neuen Reichskanzlei vom 2.8.1938. In: Schönberger, Angela: Die Neue Reichskanzlei von Albert Speer, Berlin (West) 1981 – S. 178

L49 GLOOR, Roger: Nachkriegswagen. Bern/Stuttgart 1985 (5. Aufl.) – S. 363 f

L50 = L46, S. 25

L51 = L46, S. 15

L52 = L46, S. 25

L53 = L31, S. 225

L54 CULEMANN, Carl: Die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse. In: Raumforschung und Raumordnung 5. Jg/H. 3–4 (April 1941). Heidelberg/Berlin – S. 123

L55 = L31, vgl. S. 182

L56 = L31, S. 182

L57 = L31, S. 109

L58 = L31, S. 77

L59 = L31, S. 109

L60 = L31, S. 77 f

L61 = L31, S. 79

L62 = L54, S. 124 f

L63 = L34, S. 32

L64 = L34, S. 33

L65 = L34, S. 63

L66 = L34, S. 64

L67 = L34, S. 64

L68 = L34, S. 65 f

L69 = L34, S. 70 f

L70 = L34, S. 71

L71 = L34, S. 77
L72 = L34, S. 84
L73 = L34, S. 84
L74 = L34, vgl. S. 39
L75 vgl.: Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition. Dokumentation. Berlin (DDR) 1968 – S. 46
L76 MENZEL, Matthias: Die Stadt ohne Tod. Berliner Tagebuch 1943/45. Berlin 1946 – S. 119 ff
L77 = L34, S. 49 f
L78 = L76, S. 122 f
L79 SHUKOW, G(eorgi) K(onstantinowitsch): Erinnerungen und Gedanken. Berlin (DDR) 1976, Bd. 2 – S. 315 ff
L80 = L75, S. 53 ff
L81 Grundsätzlicher Befehl für die Vorbereitungen zur Verteidigung der Reichshauptstadt vom 9.3.1945. Zit. nach: Zeitschrift für Militärgeschichte, Jg. 1965, Berlin (DDR) – S. 174 ff
L82 BERNADOTTE, Folke: Das Ende. Meine Verhandlungen in Deutschland im Frühjahr 1945 und ihre politischen Folgen. Zürich 1945 – S. 78 ff
L83 = L81, S. 182
L84 = L81, S. 183
L85 = L81, S. 191
L86 = L81, S. 177
L87 = L79, S. 323 f
L88 = L79, S. 343/357
L89 BOLDT, Gerhard: Die letzten Tage der Reichskanzlei. Hamburg/Stuttgart 1947
L90 = L76
L91 A Woman in Berlin. New York 1954. Zit. nach der deutschen Übersetzung Genf 1959
L92 BOVERI, Margret: Tage des Überlebens – Berlin 1945. München 1985
L93 BORKOWSKI, Dieter: Wer weiß, ob wir uns wiedersehen – Erinnerungen an eine Berliner Jugend. Frankfurt/M. 1980
L94 ANDREAS-FRIEDRICH, Ruth: Schauplatz Berlin – Tagebuchaufzeichnungen 1945 bis 1948. Frankfurt/M 1984 – S. 30 ff
L95 ORLOPP, Josef: Zusammenbruch und Aufbau Berlins 1945/46. Berlin 1947 – S. 12 ff
L96 = L94, S. 36 f
L97 = L76, S. 222 f
L98 = WOLF, Konrad: Brief an die Eltern vom 29.5.1945. In: WOLF, Markus: Die Troika. Berlin (DDR) 1989 – S. 197 f
L99 = L95, S. 23 f
L100 = L76, S. 223 f
L101 Berliner Zeitung. 1.6.1945
L102 = L92, S. 178
L103 WOLF, Markus: Brief an die Eltern vom 4.6.1945. In: L98, S. 198 ff
L104 = L94, S. 45
L105 = L91, S. 269 f
L106 zit. nach: Berlin, Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1946, Berlin (West) 1961 – S. 76
L107 = L79, S. 392 ff
L108 = L94, S. 74 f

Kapitel 2 Archivalien

A1 LAB, Rep. 107, Acc. 2133, Nr. 53a (Rudolf Wolters: Chronik des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt Albert Speer 1941 – S. 70)
A2 BAK, R120/3987 (Brief Stephan an Speer 16.9.1941) – o.Bl.
A3 = A2 (Hans Stephan: Entwurf zu einem Manuskript für einen Film von der „Neugestaltung der Reichshauptstadt", erste Fassung 9.9.1941) – o.Bl.
A4 = A1, S. 93
A5 BAK, R120/3989 (Hans Stephan: Der Wohnungsbau im Generalbebauungsplan für die Reichshauptstadt. Lichtbildervortrag, gehalten im engeren Arbeitsstab für den Wiederaufbau zerstörter Städte in Wriezen am 15.10. 1944) – fol. 23 ff
A6 LAB, Rep. 107, Acc. 311.2 (Brief Lippert an Speer 23.3.1937) – o.Bl.
A7 = A6 (Brief Speer an Lippert 26.7. 1937) – o.Bl.
A8 = A6 (Niederschrift über eine Besprechung des Generalbauinspektors, des Staatsrats Schmeer und des Bürgermeisters Steeg am 5.10.1937 über den künftigen Wohnungsbau in Berlin) – o.Bl.
A9 LAB, Rep 107, Acc. 314.1 (Brief Speer an Petrick 26.11.1937) – o.Bl.
A10 = A6 (Niederschrift über eine Besprechung beim Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt am 3.12.1937) – o.Bl.
A11 = A9 (GBI, Protokoll der Besprechung Petrick / Speer / Stephan betr. Wohnungsbau 13.12.1937) – o.Bl.
A12 = A11
A13 LAB, Rep. 107, Acc. 313.2 (Brief des Verkehrsministers betr. Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin v. 31.12.1937) – o.Bl.
A14 = A6 (Niederschrift über eine Besprechung im Reichsverkehrsministerium am 17.1.1938) – o.Bl.
A15 = A9 (GBI, Protokoll der Besprechung betr. Wohnungsbauprogramm 1938 v. 8.3.1938) – o.Bl.
A16 = A6 (Brief Speer an den Stab des Stellvertreters des Führers v. 13.4. 1938) – o.Bl.
A17 = A9 (Neikes: Besprechung über die Bezugstermine für die Ersatzwohnungen in Zusammenhang mit den Schwierigkeiten in der Belieferung mit Steinen und Holz v. 25.5.1938, S. 2) – o. Bl.
A18 = A9 (Brief GSW an GBI 27.5.1938)
A19 = A18
A20 BAK, R120/1942 (Niederschrift über eine Besprechung beim GBI für die Reichshauptstadt am 14.9.1938, Bl. 3) – o.Bl.
A21 = A20
A22 BAK, R2/19434 (Brief Speer an Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk 25.11.1938) – o.Bl.
A23 BAK, R120/281 – Bl. 1
A24 LAB, Rep. 107, Acc. 311.1 (Durchführungsstelle des GBI: Wohnungsbau-Programm 1938 vom 17.11.1938, S. 1) – o.Bl.
A25 = A23 (Brief Durchführungsstelle GBI an Speer v. 17.11.1938) – o.Bl.
A26 LAB, Rep. 107, Acc. 310.1 (Brief Göring an Reichswirtschaftsminister, GBI u.a. 26.11.1938) – o.Bl.
A27 BAK, R120/2798 (Verwaltungsberichte der Durchführungsstelle für Monat Februar 1939, S. 9) – o.Bl.
A28 = A27 (S. 9 f) – o.Bl.
A29 = A27 (dass. für den Monat März 1939, S. 19) – o.Bl.
A30 = A27 (Durchführungsstelle/Hauptabt. I: Tätigkeitsbericht für die Monate Juli, August, September 1939, S. 14 f) – o.Bl.
A31 BAK, R120/1976 (Karteikarte des Referats II/4 der GBI 1939) – o.Bl.
A32 = A31 (Merkblatt für den Abrißmieter 1939) – o.Bl.
A33 = A31 (Karteikarte der Abt. II/4 der GBI 1939) – o.Bl.
A34 = A31 (Merkblatt für den Hauseigentümer 1939) – o.Bl.
A35 = A31 (Abteilung II/4 (Batzer): Entwurf: Wohnungsbeschaffung für Abrißmieter 14.6.1939, S. 1 f) – o.Bl.
A36 LAB, Rep. 107, Acc. 259,5 (Durchführungsstelle II/1, Unterlagen für den Führerbericht: Schwierigkeiten bei der Räumung und Freimachung der Bereiche, 19.7.1939, S. 1 ff) – o.Bl.
A37 LAB, Rep. 107, Acc. 278,1 (Niederschrift über die am 4.9.1939 stattgefundene Besprechung, S. 1 f) – o.Bl.
A38 FSP, Toncassette 26.3.1989
A39 BAK, R120/163 (Bericht über den Einsatz der Hausfeuerwehr beim Fliegerangriff in der Nacht vom 10. zum 11.9.1940) – Bl. 15 ff
A40 = A39 (Bericht über einen ausgebrochenen Brand im Hause des GBI . . .) – Bl. 8 ff
A41 = A39 (Bericht über den Fliegeralarm . . .) – Bl. 14
A42 BAK, R120/1975 (Protokoll über die Besprechung der Räumung der im Bereich gelegenen Abrißwohnungen am 28.1.1941) – Bl. 145 ff
A43 = A31 (Informationsschreiben des GBI betr. Räumung von Bereichsgrundstücken) – o.Bl.
A44 FSP, Toncassette 12.7.1988
A45 = A1 (17.4.1941, S. 23) – Bl. 962
A46 = A1 (26.4.1941, S. 28) – Bl. 967
A47 = A1 (3.8.1941, S. 60) – Bl. 999
A48 = A1 (25.8.1941, S. 66 f) – Bl. 1005 f
A49 = A1 (o.D., S. 85) – Bl. 1024
A50 = A1 (30.12.1941, S. 98) – Bl. 1037
A51 = A1 (25.11.1941, S. 89) – Bl. 1028
A52 = A1 (29.11.1941, S. 90 f) – Bl. 1029 f
A53 = A1 (4.12.1941, S. 94 f) – Bl. 1033 f
A54 = A1 (o.D., S. 87) – Bl. 1026
A55 = A31 (Wohnungsnachweis für Mieter aus Räumungsbereichen) – o.Bl.
A56 = A31 (Antwortkarte an den GBI) – o.Bl.
A57 = A31 (Schreiben v. 12.11.1942) – o.Bl.
A58 = A1 (19.12.1941, S. 95 ff) – Bl. 1034 ff
A59 BAK, R3/1736 (Chronik der Dienststellen des Reichsministers Albert Speer 1942, zusammengetragen von Rudolf Wolters, S. 8 f) – Bl. 11 f
A60 = A1 (März 1941, S. 15) – Bl. 994
A61 FSP, Flugblatt der RAF 1942
A62 BAK, R3/1737 (wie A59, 1943/I, S. 48) – Bl. 49
A63 FSP, Flugblatt „Berliner! Berlinerinnen!", August 1943
A64 BAK, R3/1738 (wie A59 – 1943/II, S. 190 ff) – Bl. 73 ff
A65 = A64 (30.11.1943, S. 196 f) – Bl. 79 f
A66 BAK, R3/1548 (Rede Speer 30.11. 1943, S. 3 ff) – Bl. 107 ff
A67 = A66 – Bl. 121 f
A68 BAK, R3/1739 (wie A59 – 1944/I, S. 11 f) – Bl. 12 f
A69 = A68 (28.1.1944, S. 16 f) – Bl. 17 f
A70 = A69 – Bl. 18
A71 BAK, R120/3988 (Hans Stephan: Sonderprobleme des Wohnungsbaues bei der Wiederaufbauplanung. Referat, gehalten am 19.8.1944 vor dem Arbeitsstab Wiederaufbau) – Bl. 74 f
A72 Archiv Werner Durth (Der Reichsmini-

ster für Rüstung und Kriegsproduktion / Arbeitsstab Wiederaufbauplanung zerstörter Städte: Richtlinien I vom 15.7.1944 betrifft Statistik und Darstellung der Schäden in den zerstörten Städten, S. 4/5)

A73 AdK/Sammlung Baukunst, Nachlaß Hans Scharoun Mag 2/11 (Abschrift des Protokolls vom 31.3.1944: Besprechung der Märkischen Landesgruppe der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung am 17.3.1944)

A74 = A73

A75 BAK, R120/1376 (Die Deutsche Akademie für Bauforschung als Forschungsstelle des Reiches und der Partei 1920 bis 1942, S. 3 ff) – o.Bl.

A76 = A73 (Protokoll vom 27.4.1944, S. 1 ff) – o. Bl.

A77 = A73 (Nicolaus: Stellungnahme zu Dr. R. Rainer 4.8.1944, S. 2) – o.Bl.

A78 = A73 (Nicolaus: Bericht vom 11.7. 1944 betr. Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, S. 2 f) – o.Bl.

A79 = A76, S. 5

A80 = A79

A81 BAK, NS6/284 (Brief Rudolf Hillebrecht an Reichshauptstellenleiter Gölz vom 11.5.1944) – Bl. 2

A82 FSP, Toncassette 14.11.1987

A83 = A81 (Aktenvermerk für Pg. Walkenhorst 7.7.1944) – Bl. 3

A84 = A81 (Vermerk für Pg. Friedrichs 19.7.1944) – Bl. 5

A85 = A81 (Vermerk betr. Ortsgruppe als Siedlungszelle 30.8.1944) – Bl. 8

A86 = A73 (Einladung der Märkischen Landesgruppe zur Arbeitsgruppensitzung am 14.12.1944, S. 1) – o.Bl.

A87 = A73 (Werner: Vermerk über die Arbeitssitzung der Deutschen Akademie für Städtebau am 14.12.1944, S. 1 ff) – o.Bl.

A88 = A73 (Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Berlin 1945 – S. 14)

A89 = A73 (Karl Otto: Stellungnahme zur Forderung nach der besten und zweckmäßigsten Hausform bei Neugründung und Wiederaufbau von Städten 10.10.1944)

A90 LAB, Zeitgesch. Sammlung 2251 (Rundschreiben an die Straßenobleute vom 31.5.1945)

Kapitel 2 Bilder und Pläne

B1 Archiv Wolfgang Schäche

B2 = L2, S. 70

B3 = B1

B4 LAB

B5 WOLTERS, Rudolf: Stadtmitte Berlin. Tübingen 1978 – S. 206

B6 Die Kunst im Deutschen Reich / Die Baukunst, 3. Jg./Fol. 11/November 1939, München 1939 – S. 467

B7 = B6, S. 466

B8 = B6, S. 469

B9 LAB Stadtplan von Berlin 1'4000, Zustand Nov. 1936, Bl. IVef–o)

B10 Bildarchiv der Landesbildstelle Berlin (West)

B11 = B6, S. 298

B12 Bildarchiv Willy Pragher

B13 Berliner Wirtschaftsberichte, hrsg. v. Statistischen Amt der Reichshauptstadt, 14. Jg. / Nr. 10, 2. Maiheft 1937 – S. 86

B14 = B13, S. 83

B15 = B13, S. 87

B16 LARSSON, Olof: Die Neugestaltung der Reichshauptstadt. Albert Speers Generalbebauungsplan für Berlin. Stuttgart 1978 – S. 143

B17 = B16

B18 = B5, S. 207

B19 Die Bauzeitung Jg. 36/H. 1/1.1.1939. Stuttgart – S. 6

B20 Berlin und seine Bauten, Teil X, Bd. B. Berlin (West) 1984 – S. 281

B21 = L12, S. 49

B22 = L12, S. 48

B23 = A39

B24 FSP (Fotograf: Dieter Rausch)

B25 FSP

B26 RYAN, Cornelius: Der letzte Kampf. München/Zürich 1966 – nach S. 224

B27 MAHLAU, Alfred: Zeichnungen/Aquarelle. Hamburg 1968 – o.S.

B28 FSP

B29 FSP

B30 FSP

B31 = L32, o.S.

B32 = B31

B33 Air Photo Library/Departement of Geography, University of Keele. Lib-Nr. TW 2983/Sortie-Nr. J/858 (11.4.44), Bild-Nr.: 3040 / 3042 / 3061/ 3067 / 3070 / 3071 / 3073

B34 OSWALD, Werner: Kraftfahrzeuge und Panzer der Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr. Stuttgart 1982 (11. Aufl.) – S. 167

B35 = L46, S. 36

B36 = A81, Bl. 12/13

B37 = L81, S. 180

B38 FSP (Foto: Dieter Rausch; das Modell steht im Museum für die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst)

B39 SCHEEL, Klaus: Hauptstoßrichtung Berlin (illustrierte historische hefte 30). Berlin/DDR 1983 – S. 40

B40 GROEHLER, Olaf: Das Ende der Reichskanzlei (illustrierte historische hefte 1). Berlin/DDR 1978 (2. Aufl.) – S. 19

B41 Archiv des Museums für die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst

B42 = B40, S. 35

B43 = B41

B44 = B41

B45 Die Befreiung Berlins 1945. Eine Dokumentation, hrsg. von Klaus Scheel. Berlin/DDR (2. Aufl.) 1985 (im Nachsatz)

B46 ZENTNER, Kurt: Illustrierte Geschichte des zweiten Weltkriegs. München 1963 – S. 578

B47 KEIDERLING, Gerhard: Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin. Von der EAC 1944/45 bis zum Ende der Viermächteverwaltung 1948. In: Jahrbuch für Geschichte Bd. 35. Berlin/DDR 1987 – S. 615

B48 An illustrated Introduction to the City of Berlin, publ. by US Headquarters Berlin District. Berlin 1946 – p. 36/37/38

Kapitel 3 Literatur

L1 Katalog zur Ausstellung „Berlin plant". Berlin 1946 – S. 1 f

L2 Wettbewerb im Rahmen der Ausstellung „Berlin plant". (Hrsg. Abt. Bau- und Wohnungswesen des Magistrats der Stadt Berlin) Berlin 1946 – S. 3

L3 = L1, S. 21

L4 (BOVERI, Margret): „Berlin plant", Werkbund- und Bauhaustradition auf Ruinenfeldern. In: Wirtschaftszeitung. Stuttgart 6.12.1946 – S. 5 f

L5 STEINMANN, Martin (Hrsg.): CIAM Dokumente 1928–1939. Schriftenreihe des Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur an der Eidgenössischen TH Zürich, Band 2. Basel/Stuttgart 1979 – S. 130

L6 Annales Techniques Nr. 44–46. Athen 1933 – S. 1036 ff

L7 FRIEDRICH, Peter: Drei Phasen der Gestaltbildung – erschaut/abgeleitet/konkretisiert. Hrsg. E.J. Lehning. Berlin (West) 1989 – S. 24/37/142/148/152 ff

L8 FRIEDRICH, Peter: Das neue Berlin und sein Verkehr. In: Demokratischer Aufbau. Berlin 5/1946 – S. 134 ff

L9 FRIEDRICH, Peter: Lagebeziehungen und Verkehrsnetzgestaltung des neuen Berlin. In: Der Bauhelfer. Berlin 11/1946 – S. 11 ff

L10 Die Bauausstellung des Magistrats, Stellungnahme der SPD. In: Der Sozialdemokrat. Berlin 26.9.1946 – S. 3

L11 Berliner Bau- und Wohnungsunwesen. In: Telegraf. Berlin 27.9.1946 – S. 3

L12 Berlin, Quellen und Dokumente 1945–1951. Berlin (West) 1964 – Dok. 644/S. 1139 f

L13 BONATZ, Karl: Meine Stellungnahme zu den Planungsarbeiten für Groß-Berlin, die ich bei meinem Amtsantritt vorfand. In: Neue Bauwelt. Berlin 11/1947 – S. 163 ff

L14 BONATZ, Karl: Um die Neuplanung von Berlin. In: Der Bauhelfer. Berlin 7/1947 – S. 1 ff

L15 MOEST, Walter: Gedanken zur Planung der Verkehrsstraßen. In: Neue Bauwelt 24/1946 – S. 6 f

L16 = L15, S. 7

L17 BONATZ, Karl: Richtlinien zur Neuplanung Berlins. In: Der Bauhelfer. Berlin 9/1947 – S. 2

L18 BONATZ, Karl: Der neue Plan von Berlin. In: Neue Bauwelt. 48/1947 – S. 756

L19 BONATZ, Karl: Der Plan Berlin 1948. In: Die Neue Stadt. Frankfurt/M 3/1949 – S. 98 ff

L20 MOEST, Walter: Erläuterung zum Plan Berlin 1948. In: Bau-Leistungsschau 1948 (Ausstellungskatalog). Berlin 1948 – S. 10 f

L21 BONATZ, Karl: Zum Geleit. In: Bau-Leistungsschau 1948 (Ausstellungskatalog). Berlin 1948 – S. 2

L22 = L19, S. 102 f

L23 = L19, S. 100

L24 = L19, S. 109

L25 = L19, S. 109

L26 = L12, Dok. 981/S. 1713

L27 Demokratischer Aufbau. Berlin (DDR) 10/1949 – S. 265

L28 Nachtexpress 14.7.1949

L29 Berliner werden ein neues Berlin bauen. In: Berliner Zeitung 15.7.1949

L30 EBERT, Wils: Gedanken zur Raumplanung von Berlin. In: Neue Bauwelt 10/1948 – S. 147 ff
L31 = L19
L32 REICHLE, Adolf: Der Riß durch Groß-Berlin. In: Neue Bauwelt 42/1949 – S. 653
L33 STARCK, Heinrich: Berlin plant und baut. In: Bauplanung und Bautechnik. Berlin (DDR) 11/1949 – S. 345
L34 = L33, S. 354 f

Kapitel 3 Archivalien

A1 AdK/SB, Nachlaß Scharoun, Mappe A/6
A2 FSP
A3 AdK/SB, Nachlaß Scharoun, Mappe A/2 (Vermerk vom 11.6.1946)
A4 AdK/SB, Nachlaß Scharoun, Mappe G/4 (Scharoun: Bericht für die Tägliche Rundschau. 30.4.1946)
A5 AdK/SB, Nachlaß Scharoun, Mappe D/13 (Scharoun: Brief an R. Döcker, 12.1.1946)
A6 FSP (Manuskript Karl Böttcher)
A7 FSP (Hubert Hoffmann: Brief an J. Geist, 6.6.1988)
A8 FSP (Toncassette. Gespräch mit H. Hoffmann 14.11.1987)
A9 FSP (Manuskript Peter Friedrich)
A10 AdK/SB, Nachlaß Scharoun, Mag I/2 (Protokoll der 10. Sitzung des Bauwirtschaftsausschusses. Vortrag Scheidling 16.4.1946)
A11 = A10 (Protokoll der 9. Sitzung des BWA. Vortrag Scharoun 4.4.1946)
A12 = A10
A13 = A10 (Protokoll der 11. Sitzung des BWA. Vortrag Randzio 16.5.1946)
A14 = A3 (Organisationsschema des Magistrats)
A15 FSP
A16 AdK/SB, Nachlaß Scharoun, Mappe A/5
A17 = A1
A18 = A4 (H. Henselmann: Brief vom 21.10.1946)
A19 FSP (Neuplanung der Stadt Berlin. Zusammenfassung und Darstellung der Grundzüge, aufgestellt vom Planungskollektiv im Hauptamt für Stadtplanung des Magistrats von Groß-Berlin. 28.5.1949)
A20 AdK/SB, Nachlaß Scharoun, Wv. 170

Kapitel 3 Bilder und Pläne

B1 FSP
B2 Berlin und seine Bauten, Bd. 2. Berlin 1896 – S. 8
B3 Landesbildstelle Berlin (West)
B4 = B1
B5 PESCHKEN, Goerd/KLÜNNER, Hans-Werner: Das Berliner Schloß. Frankf. (M)/Wien/Berlin (West) 1982 – S. 182
B6 Neue Berliner Illustrierte 15/1946
B7 = B5, o.S.
B8 = B1
B9 = B1
B10 = B1
B11 Bauhausarchiv Berlin (West), Nachlaß Wils Ebert
B12 = B11
B13–B29 = B1
B30 AdK/SB, Nachlaß Scharoun
B31 = B1
B32 = B1
B33 = B30
B34 = B1
B35 = B30
B36 = B1
B37 = B1
B38 = B1
B40 = B11
B41 = B1
B42 = B30
B43 Neue Bauwelt 13/1946 – S. 4
B44 Illustrierte Rundschau. Sept. 1946/Heft 7 – S. 16
B45 = B30
B46 Weiterbauen, Jg. 1/H. 1/Sept. 1934 (Beiblatt der Schweizer Bauzeitung), Zürich – S. 1
B47 FRIEDRICH, Peter: Aufgabenstellung der heutigen Stadtplanung und ihre Voraussetzungen. In: Bauplanung und Bautechnik 1/1947 – S. 5
B48 = B1
B49 = B1
B50 = B1
B51 = L9, S. 14
B52 = L8, S. 135
B53 = L9, S. 9
B54 = L8, S. 137
B55 = L9, S. 12
B56 = B1
B57 = B30 (Mag I/2)
B58 MOEST, Walter: Der Zehlendorfer Plan. Berlin 1947 – S. 47
B59 Behördenführer durch Berlin. Sonderdruck aus dem BAB-Branchen Adreßbuch für Berlin. Berlin 1946 – o.S.
B60 = L15, S. 7
B61 = L15, S. 7
B62 = L17, S. 3
B63 = B1
B64 = B30
B65 = B1
B66 Pressestelle der AMK Berlin Ausstellungs-Messe-Kongreß GmbH
B67 = B1
B68 Berlin 1948/Jahresbericht des Magistrats. Berlin (West) 1950 – Bild-dok. 22
B69 = B66
B70 = L27, S. 265
B71 = B1
B72 Berliner Zeitung 27.7.1949
B73 = B1

Kapitel 4 Literatur

L1 MÄCHLER, Martin: Der Wiederaufbau Berlins/Eine Vision vor 20 Jahren. In: Telegraf 26.9.1946 – S. 3
L2 MÄCHLER, Martin: Denkschrift betreffend eine Ergänzung des Gesetzentwurfes zur Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin. In: Der Städtebau Jg. XVII, Berlin 1920 – H. 1/2; auch in: Martin Mächler – Weltstadt Berlin, Schriften und Materialien dargest. u. herausgeg. von Ilse Balg. Berlin (West) 1986 – S. 43 f
L3 HILBERSEIMER, Ludwig: Entfaltung einer Planungsidee. Frankfurt (M)/Berlin (West) 1963 – S. 48 f
L4 Berlin/Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1946 (Chronik), hrsg. i.A. des Senats von Berlin. Berlin (West) 1961 – S. 322 f (14.1.1946)
L5 STARCK, Heinrich: Friedrichshain – Dresden/Ein Wettbewerb des Wiederaufbaus. In: Demokratischer Aufbau 1/1946 – S. 4 ff
L6 = L4 – S. 372 (28.2.1946)
L7 FRIEDRICH, Peter: Zum Berliner Innenraum und seinem Verkehrsplan. In: Bauplanung und Bautechnik 6/1947 – S. 176
L8 GÖDERITZ, Johannes: Gliederung und Auflockerung im Wiederaufbauplan. In: Wiederaufbau-Mitteilungen Nr. 2. Hrsg. Deutscher Städtetag in der britischen Zone. Essen 12.6.1946 – S. 2 f
L9 SCHAROUN, Hans: Zur Ausstellung „Berlin plant“ (aus der Ansprache des Stadtrats Prof. Scharoun zur Eröffnung). In: Neue Bauwelt (2.9.46) 10/1946 – S. 5
L10 = L9 – S. 3
L11 BONATZ, Karl: Meine Stellungnahme zu den Planungsarbeiten für Groß-Berlin, die ich bei meinem Amtsantritt vorfand. In: Neue Bauwelt 11/1947 – S. 164
L12 WEINBERGER, Herbert: Zum Neuaufbau der Großstädte/Gesundheits- und Erziehungswesen – Krankenhäuser und Schulen. In: Demokratischer Aufbau 4/1947 – S. 106
L13 WEILBIER, Rudolf: Es kam und sprach: Walther Gropius. In: Neue Bauwelt 35/1947. – S. 549 f
L14 EBERT, Wils: Gedanken zur Raumplanung von Berlin. In: Neue Bauwelt 10/1948 – S. 151 f
L15 JANKOWSKI, Stanislaw/CIBOROWSKI, Adolf: Warschau 1945, heute und morgen. Warszawa 1980 – S. 32 f
L16 = L15 – S. 38
L17 STARCK, Heinrich: Berlin plant und baut. In: Bauplanung und Bautechnik 11/1949 – S. 353 ff
L18 S(TARCK), H(einrich): Berlins Neuaufbau beginnt. In: Demokratischer Aufbau 1/1950 – S. 17 f
L19 (BE.): In der Planungsschau wird diskutiert/Auf der Weberwiese steht das Modell – Das Alte muß dem Neuen weichen. In: Berliner Zeitung 8.1.1950 – Berlin (DDR)
L20 SCHULZ, Joachim/GRÄBNER, Werner: Berlin, Architektur von Pankow bis Köpenick. Berlin (DDR) 1987 – S. 105
L21 (B.C.): Häusermauern wachsen auf der Weberwiese/Alle Wohnblocks werden termingerecht dieses Jahr fertig –

Bald das erste Richtfest. In: Berliner Zeitung 4.6.1950
L22 (Anonym): Als die Richtkrone hochgezogen wurde / Oberbürgermeister Ebert: Jeder Stein ein Beitrag zum Frieden. In: Neues Deutschland 20.7.1950
L23 Neues Deutschland 19.8.1950
L24 LIEBKNECHT, Kurt: „Jetzt schließe ich Freundschaft mit den Architekten". In: Deutsche Architektur 4/1953 – S. 156
L25 ULBRICHT, Walter: Die Großbauten im Fünfjahrplan (Rede auf dem III. Parteitag der SED). In: Neues Deutschland 23.7.1950
L26 BROCKSCHMIDT, Karl: Der Aufbauplan für die deutsche Hauptstadt. In: Demokratischer Aufbau 10/1950 – S. 263 f
L27 BOLZ, Lothar: Vom Deutschen Bauen. Reden und Aufsätze. Berlin (DDR) 1951 – S. 8
L28 = L24
L29 MUNTER, Arnold: Leitsätze für die Planung Groß-Berlins. In: Bauplanung und Bautechnik 3/1950 – S. 96
L30 Anzeige in: Planen und Bauen 7/1950 – S. 237
L31 Der Reisebericht von Collein, Liebknecht und Pisternik ist veröffentlicht in: Planen und Bauen 8/1950 – S. 248 ff
L32 BOLZ, Lothar: Grundsätze des Städtebaus. In: Demokratischer Aufbau 9/1950 – S. 236
L33 Le IVe Congrès International d'Architecture Moderne, „La ville fonctionnelle". In: Annales Techniques 15.10. – 15.11.1933. Nr. 44 – 46. Athènes 1933 – p. 1127 ff
L34 Die funktionelle Stadt. In: weiterbauen 1/2 (Beilage zur Schweizerischen Bauzeitung) Zürich 1934
L35 LE CORBUSIER: La charte d'Athènes, avec un Discours Liminaire des Jean Giraudoux (Coll. Urbanisme des CIAM). Paris 1943
L36 Stadt und Stadtgebiet, Die urbanistischen Thesen der C.I.A.M. In: Umschau 3/1947 – S. 320 ff
L37 Thesen zum Städtebau, Auszüge aus der Charta von Athen. In: BAU 1/1948. Saarbrücken – S. 21 ff
L38 Die Charta von Athen. In: Neue Bauwelt 37/1949 (12.9.49.) – S. 537 ff
L39 HOFFMANN, Hubert: Zur Charta von Athen/Auseinandersetzung mit einer „Auseinandersetzung". In: Neue Bauwelt 43/1949 (24.10.49.) – S. 677 f
L40 LE CORBUSIER: An die Studenten/Die „Charte d'Athènes". Hamburg 1962
L41 HILPERT, Thilo (Hrsg.): Le Corbusiers „Charta von Athen", Texte und Dokumente / Kritische Neuausgabe. Braunschweig / Wiesbaden 1984
L42 = L27 – S. 32 ff
L43 LIEBKNECHT, Kurt: Die Neuplanung Berlins. In: Planen und Bauen 12/1950 – S. 381 ff
L44 Neues Deutschland 26.8.1950
L45 RODEMANN, Karl (Hrsg.): Das Berliner Schloß und sein Untergang. Berlin/West 1951; RÄTHER, Helmut: Vom Hohenzollernschloß zum Roten Platz. Berlin/West 1952; PESCHKEN, Goerd/KLÜNNER, Hans-Werner: Das Berliner Schloß. Frankf./M-Wien-Berlin/W 1982
L46 = L4 – (29.5.1946) S. 448
L47 STARCK, Heinrich: Diskussion im Arbeitskreis für die Geschichte Berlins am 15.11.1949. Zit. in: RÄTHER, Helmut: Vom Hohenzollernschloß zum Roten Platz. Berlin (West) 1952 – S. 23
L48 = L25
L49 Berliner Zeitung 7.9.1950
L50 EBERT, Friedrich: Das neue Berlin – Symbol des nationalen Lebenswillens (Rede vor der Volkskammer am 6.9.1950). In: Neues Deutschland 7.9.1950
L51 Resolution des Kulturbundes vom 5.9.1950, zit. in: RODEMANN, Karl (Hrsg.): Das Berliner Schloß und sein Untergang. Berlin (West) 1951 – S. 17
L52 Berliner Zeitung 27.2.1951
L53 PESCHKEN, Goerd/KLÜNNER, Hans-Werner: Das Berliner Schloß. Frankf./M-Wien-Berlin/W 1982 – S. 130
L54 ULBRICHT, Walter: Das nationale Aufbauwerk und die Aufgaben der deutschen Architektur (Rede beim Festakt anläßlich der Gründung der Deutschen Bauakademie am 8.12.1951). In: Planen und Bauen 1/1952 – S. 2
L55 LIEBKNECHT, Kurt: Mein bewegtes Leben. Berlin (DDR) 1986 – S. 142
L56 Das Aufbaugesetz. In: Bauzeitung 11/1950. Berlin (DDR) – S. 220
L57 = L56
L58 Beschlüsse und Dokumente des III. Parteitages der SED. Berlin (DDR) 1950 – S. 55 f
L59 = L26 – S. 264
L60 = L25
L61 LIEBKNECHT, Kurt: Im Kampf um eine neue deutsche Architektur. In: Neues Deutschland 13.2.1951
L62 = L61
L63 = L55 – S. 126 f
L64 = L61
L65 RENN, Ludwig: Im Kampf um eine neue deutsche Architektur/Ludwig Renn antwortet Dr. Kurt Liebknecht. In: Neues Deutschland 14.3.1951
L66 = L65
L67 Stellungnahme des „Neuen Deutschland". In: Neues Deutschland 14.3.1951
L68 LAUTER, Hans: Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur für eine fortschrittliche deutsche Kunst. In: Neues Deutschland 23.3.1951
L69 Das neue Gesicht der Stalinallee. Hrsg. Amt für Information des Magistrats von Groß-Berlin. Berlin (DDR) (1951) – S. 2 ff
L70 HERRNSTADT, Rudolf: Über den Baustil, den politischen Stil und den Genossen Henselmann. In: Neues Deutschland 29.7.1951
L71 BRECHT, Bertolt: Notiz über eine neue Architektur. In: Gesammelte Werke Bd. 19. Schriften zur Literatur und Kunst 2. Frankfurt/M 1967 – S. 516 ff
L72 COLLEIN, Edmund: Wo stehen wir in unserer Architektur-Diskussion? In: Neues Deutschland 4.12.1951
L73 GÖPFERT, Rolf: Die Neubauten an der Weberwiese. In: Planen und Bauen 21/1951 – S. 485
L74 OTTEN, Christa: Ein ehrenwertes Haus. In: Neue Berliner Illustrierte 4/1977. Berlin (DDR) – S. 24
L75 = L72
L76 = L69 – S. 8
L77 HOPP, Hanns: Werkstattbericht zum Projekt Stalinallee. In: Deutsche Architektur 2/1952 – S. 66 ff
L78 TSCHERNYSCHEW, Sergej, zitiert nach: LIEBKNECHT, Kurt: Deutsche Architektur. In: Deutsche Architektur 1/1952 – S. 16
L79 HENSELMANN, Hermann: Aus der Werkstatt des Architekten. In: Deutsche Architektur 4/1952 – S. 156 ff
L80 = L55 – S. 144 ff
L81 COLLEIN, Edmund: Das Nationale Aufbauprogramm – Sache aller Deutschen! In: Deutsche Architektur 1/1952 – S. 18
L82 = L81 – S. 14 ff
L83 RIECKE, Herbert: Mietskasernen im Kapitalismus – Wohnpaläste im Sozialismus/Die Entwicklung der Städte im modernen Kapitalismus und die Grundsätze des sozialistischen Städtebaus. Lichtbildervortrag vom 15.1.1954. Berlin/DDR 1954
L84 Stalinallee – Übergabe und Bekanntgabe der Pläne. In: Deutsche Architektur 1/1952 – S. 42
L85 Zentralkomitee der SED: Vorschlag für den Aufbau Berlins. In: Neues Deutschland 25.11.1951
L86 BEUCHLER, Klaus: Reporter zwischen Spree und Panke. Berlin (DDR) 1953 – S. 61 ff
L87 = L55 – S. 147 f
L88 Das zweite Jahr des Nationalen Aufbauprogramms. In: Deutsche Architektur 4/1952 – S. 187 f
L89 MENZEL, Karl: Über die wissenschaftlichen Grundlagen für den Neuaufbau Berlins. In: Deutsche Architektur 4/1954 – S. 150 f
L90 Berliner Stimme 19.1.1952
L91 Chronik Bauwesen, Deutsche Demokratische Republik 1945–1971. (Bearb.: Autorenkollektiv Walter Pisternik/Heinz Raeschler/Gustav Rebetzky, hrsg. v. Ministerium für Bauwesen/Bauakademie der DDR.) Berlin (DDR) 1974 – (3.2.1952)
L92 Telegraf 19.1.1952; Berliner Zeitung 4.3.1952
L93 = L4 – (28.8.1949)
L94 Der Abend – 17.1.1952
L95 Berliner Zeitung – 2.3.1952
L96 Neue Bauwelt 1/1952 – S. 13
L97 Ausstellung Hauptstadt Berlin im Aufbau/Katalog. Berlin (West) 1952 – o.S.
L98 Der Kurier 26.4.1952
L99 HOFFMANN, Hubert: Die Stadtzelle und ihre Gliederung. In: Neue Bauwelt 45/1947 – S. 711
L100 = L99
L101 Neue Bauwelt 37/1948 – S. 579 ff
L102 Der Neue Berliner Plan „Rund um den Zoo". In: Bauwelt 22/1952 – S. 349 f
L103 GROHMANN, Will: „Hauptstadt Berlin im Aufbau"/Eine grundsätzliche Betrachtung zur Ausstellung am Funkturm. In: Die Neue Zeitung 30.4.1952. München – S. 4
L104 CRAMER/GUTSCHOW: Bauausstellungen/Eine Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984
L105 WEWEL, Wulf/TOMISCH, Jürgen: Die städtebauliche Entwicklung des Hansaviertels in Berlin. Diplomarbeit am FB 08 der TU Berlin (West), vorgel. am 5.10.1976 bei Prof. D. Kennedy. Berlin (West) 1976 – S. 49
L106 Kritische Materialien zur Interbau. In: Bauwelt 37/1957 – S. 971

L107 Internationale Bauausstellung Berlin 1954. In: Bauwelt 3/1953 – S. 57
L108 CULLEN, Michael S.: Der Reichstag. Die Geschichte eines Monumentes. Berlin (West) 1983 – S. 309
L109 = L108 – S. 403
L110 = L108 – S. 396
L111 Berlin. Chronik der Jahre 1951–1954 (Bearb.: Hans J. Reichardt/Joachim Drogmann/Hanns U. Treutler). Berlin/West 1968 – (28./29.3.1951)
L112 = L108 – S. 404
L113 Bauwelt 9/1953 – S. 177
L114 Bauwelt 12/1953 – S. 234
L115 Bauwelt 25/1953 – S. 499
L116 Bauwelt 30/1953 – S. 596
L117 Lenins illegales Berliner Obdach. In: Berliner Zeitung 21.1.1950
L118 MAHLER, Karl: Internationale Bauausstellung 1956/Wiederaufbau eines inneren Stadtviertels. In: Bauwelt 35/1953 – S. 681 ff
L119 SUTER, Gody: Ein Exposé für Berlin. In: Die Neue Zeitung 15.11.1953. München
L120 Zur Bebauung innerstädtischer Trümmerflächen/Der Wettbewerb um das Berliner Hansa-Viertel. In: Bauwelt 3/1954 – S. 45
L121 = L105 – S. 56
L122 JOBST, Gerhard: Ordnung im Städtebau. In: Bauwelt 3/1953 – S. 48
L123 = L105 – S. 79 ff
L124 Bartning „Generalbaumeister" für Berlin/Grundsteinlegung zum ersten Gebäude des Hansaviertels. In: Tagesspiegel 6.8.1955
L125 Bauwelt 44/1956 – S. 1050
L126 K(ÜHNE), G(ünter): „Ganz Berlin eine Bau-Ausstellung"/Auch Ostberlin wird dazugehören. In: Bauwelt 44/1956 – S. 1038
L127 JUNGHANNS, Kurt/BOESLER, Felix/GÜNTHER, Ruth: Der Wohnkomplex als Planungselement im Städtebau. Hrsg.: Deutsche Bauakademie. Berlin (DDR) 1954 – S. 11
L128 HENSELMANN, Hermann: Zum Wettbewerb in Berlin-Lichtenberg. In: Bauwelt 51/1956 – S. 1216
L129 = L127 – S. 30/33
L130 ULBRICHT, Walter: Die neuen Aufgaben im nationalen Aufbau/Rede auf der Baukonferenz der DDR am 3.4.1955. In: Neues Deutschland 6.4.1955
L131 = L130
L132 Die Architekturdiskussion kommt in Fluß / Architektenkongreß kritisiert Fassadenarchitektur. In: Berliner Zeitung 12.6.1955
L133 Berlin. Chronik der Jahre 1955–1956, Bearb.: Hans J. Reichardt/Joachim Drogmann/Hanns U. Treutler. Berlin (West) 1971 – (10./12.6.1955)
L134 TOPFSTEDT, Thomas: Städtebau in der DDR 1955–1971. Leipzig 1988–S. 155. (Darin zit. Kurt Liebknecht in: Neues Deutschland 18.12.1955)
L135 HENSELMANN, Hermann: Gedanken zu einem Entwurf. In: Neues Deutschland 25.3.1956
L136 HENSELMANN, Hermann: Einige Bemerkungen zur Diskussion der Bevölkerung über den Wohnkomplex Friedrichshain. In: Deutsche Architektur 7/1956 – S. 316 ff
L137 = L135
L138 LIEBKNECHT, Kurt: Einige kritische Bemerkungen zum Entwurf eines Wohnkomplexes. In: Deutsche Architektur 8/1956 – S. 354 f
L139 = L111 – (3./4.2.1954) S. 921
L140 Architekten für gemeinsamen Aufbau Berlins/Plenartagung der Deutschen Bauakademie / Zusammenarbeit der deutschen Architekten vorgeschlagen. In: Berliner Zeitung 6.5.1954
L141 HENSELMANN, Hermann: Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte. Berlin (DDR) 1978 – S. 91 f
L142 Großes Wohnungsbauprogramm in Lichtenberg/Architekten aus ganz Deutschland fertigen Entwürfe an. In: Neues Deutschland 12.9.1956
L143 Deutsche Architektur 1/1957 – S. 49
L144 = L141 – S. 91 f
L145 Städtebaulicher Ideenwettbewerb „Wohn- und Erholungsgebiet für die Umgebung Fennpfuhl". In: Sonderbeilage 5/57 der Deutschen Architektur
L146 SCHMIDT, Hans: Architektonische Eindrücke einer Reise in die DDR. In: Deutsche Architektur 8/1955 – S. 362
L147 SCHMIDT, Hans: Vor der Schwelle des sozialistischen Städtebaus. In: Deutsche Architektur 9/1957 – S. 482
L148 LIEBKNECHT, Kurt: Die Diskussion geht weiter (Schlußansprache auf der öffentlichen Plenartagung der DBA am 25.9.1957). In: Deutsche Architektur 11/1957 – S. 604
L149 = L148 – S. 603
L150 KOSEL, Gerhard: Aufbau des Zentrums der Hauptstadt des demokratischen Deutschlands Berlin. In: Deutsche Architektur 4/1958 – S. 177
L151 FLIERL, Bruno: Vom Münzturm zum Fernsehturm. Höhendominanten in der Stadtplanung von Berlin. In: Studien zur Berliner Kunstgeschichte, hrsg. von Karl-Heinz Klingenburg. Leipzig 1986 – S. 11–51
L152 HENSELMANN, Hermann: Vom Strausberger Platz zum Alexanderplatz. In: Deutsche Architektur 8/1958 – S. 421 ff
L153 SCHMIDT, Hans: Der sozialistische Wohnkomplex als Architektur. In: Deutsche Architektur 6/1958 – S. 324–329
L154 Der sozialistische Wohnkomplex, hrsg. von der Deutschen Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung (Sonderdruck der Deutschen Bau-Enzyklopädie). Berlin (DDR) 1959 – Bl. 1
L155 = L154
L156 = L127
L157 = L154 – Bl. 1
L158 = L154 – Bl. 2
L159 = L153 – S. 324 ff
L160 = L154 – Bl. 4
L161 = L154 – Bl. 4
L162 = L154 – Bl. 3
L163 = L154 – Bl. 5
L164 = L154 – Bl. 2
L165 = L154 – Bl. 2
L166 = L154 – Bl. 2
L167 DUTSCHKE, Werner: Zwischen Strausberger Platz und Alexanderplatz. In: Deutsche Architektur 10/1959 – S. 539 f
L168 LEUCHT, Kurt: Prinzipien der städtebaulichen Planung von Wohngebieten. In: Deutsche Architektur 3/1962 – S. 154
L169 GRAFFUNDER, Heinz: Der Wohnkomplex Landsberger Chaussee/Weißenseer Weg in Berlin-Lichtenberg. In: Deutsche Architektur 6/1973 – S. 333 ff
L170 = L167 – S. 540
L171 Bauwelt 5/1958 – S. 111
L172 RUEGENBERG, Sergius / MÖLLENDORF, Wolf von: Idee zur Bauausstellung 1956: Nachbarschaftszentrum. In: Bauwelt 16/1954 (19.4.1954) – S. 313
L173 Das Verfahren beim Aufbau des Hansaviertels. In: Bauwelt 37/1957 – S. 1003
L174 T(HIELE), K(laus) J(akob): 60 Jahre Berlin-Siemensstadt. In: Bauwelt 15, 16/1962 – S. 414
L175 = L174 – S. 414

Kapitel 4 Archivalien

A1 Akademie der Künste (Berlin/West)/Sammlung Baukunst, Nachlaß Hans Scharoun (Mag 2/2). Heinrich Starck: Bericht über Dresden vom 23.7.1946
A2 = A1 (Mag 1/17). Heinrich Starck: Vor einem Jahr (Mai 1946) – Bl. 25
A3 = A2 – Bl. 1f, 6, 25–30, 33–35
A4 = A2 – Bl. 7 f
A5 = A1 (Mappe A/3). (Planungskollektiv): Entwurf Rekonstruktion Stadt Berlin vom 17.6.1945/Gliederung der Aufgabe – Bl. 3 f
A6 = A5 – Bl. 6
A7 = A5 – Bl. 3
A8 = A1 (Mappe A/3). (Planungskollektiv): Entwurf Rekonstruktion Stadt Berlin vom 18.6.1945/Aufgaben und Erläuterungen der Arbeiten – Bl. 1 f
A9 = A1 (Mag 1/11). Alexander Hunecke: Betr. Gesundheitswesen (Programmentwurf für das Hauptamt für Stadtplanung), 16.8.1945 – Bl. 1
A10 = A1 (Mappe D). HaPla II (Ebert): Betr. Städtebauliche Grundlagen für die Konstruktion Berlins 14.2./21.2.1946 – Bl. 3
A11 = A1 (Mag 2/6). Magistrat von Groß-Berlin, Abt. Bau- und Wohnungswesen/Hauptamt für Stadtplanung: Richtlinien für die Planung von Nachbarschaften (ohne Datum) – Bl. 1
A12 = A1 (Exkursionen 1). Hans Scharoun: Warschau (o.D.) – Bl. 2
A13 = A1 (Exkursionen 1). Hans Scharoun: Ein erster Eindruck von Aufgaben und Gestaltung Warschaus (Sept. 1948) – Bl. 5 f
A14 = A1 (verschnürte Mappe ohne Signatur). Hauptamt für Stadtplanung: Maßnahme: Raumordnungsplan/Arbeitsprogramm (o.D.) – Bl. 1/2
A15 = A14
A16 = A14 – Anlage 2/Planfolge B: Zelle, Bl. 1 f
A17 = A1 (Wv 170). Brief des HStaPla (Ebert) an das Institut für Bauwesen (Scharoun) vom 4.7.1949
A18 = A1 (Wv 170). Hans Scharoun (undatiertes/unbetiteltes Manuskript)
A19 = A1 (Wv 170). Hans Scharoun: Zur Wohnzelle Friedrichshain (7.11.1949) – Bl. 1–4
A20 = A1 (Wv 179). Brockschmidt: Vertraulicher Vermerk betr. Wohnzelle Frankfurter Allee (Stalin-Allee) vom 28.10.1949
A21 = A1 (Mappe C/11). Scharoun: Brief an Grotewohl 31.8.1950
A22 = A1 (Mappe C/11). Scharoun (nicht dat. Notizen)
A23 LAB Zeitgeschichtliche Sammlung

8500/8. Protokoll der Magistratssitzung vom 23.7.1945
A24 = A1 (Mappe C/11). Hans Scharoun: Über die Erhaltung der Architektur Schlüters im Kern des Berliner Schlosses (4.9.1950) – Bl. 5
A25 = A24 – Bl. 5 f
A26 LAB Zeitgeschichtliche Sammlung 8500/17. Protokoll der Magistratssitzung vom 1.10.1945
A27 = A1 (Mag 1/2). Protokoll über die 9. Sitzung des Bauwirtschaftsausschusses am 4.4.1946 – Bl. 12
A28 = A1 (Mappe C/11). O. Grotewohl: Brief an H. Scharoun vom 5.9.1950
A29 = A1 (Mag 2/3). H. Scharoun: Ausstellung des Hauptamtes für Planung im Mai 1946 – Bl. 2
A30 = A1 (Mappe C/11). H. Scharoun: Brief an O. Grotewohl vom 6.9.1950
A31 FSP. Wils Ebert: Betr. Veröffentlichung des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen: Rodemann, „Das Berliner Schloß und sein Untergang"/ Anschuldigung Prof. Ebert (Stellungnahme) – Bl. 3
A32 = A31 – Bl. 3
A33 = A31 – Bl. 4
A34 SFB III (Rundfunkreportage). Rainer Milzkott: Zum Behagen der Bewohner, zum Wohlgefallen der Passanten/ Wohnen an der Stalinallee 1952 bis heute (Sendung vom 10.6.1980)
A35 = A34
A36 FSP Tonbandprotokoll, Gespräch mit J.P. vom 3.6.1989
A37 BAK B134/2278 (Wettbewerb Hauptstadt Berlin)
A38 = A37. K. Lindhorst: Brief an K. Adenauer vom 29.12.1951
A39 = A37. K. Lindhorst: Brief an das Bundeskanzleramt Bonn vom 17.1.1952
A40 = A1 (Versch. 6 Der Ring)
A41 = A40. Der Ring: Brief an Senator Dr. Mahler vom 5.2.1953
A42 FSP Tonbandprotokoll, Gespräch mit Klaus Jakob Thiele vom 19.1.1989
A43 = A1 (Wv 200). Der Senator für Bau- und Wohnungswesen: Bedingungen des allgemeinen Ideenwettbewerbes für den Wiederaufbau des Hansa-Viertels in Berlin (12.6.1953) – Bl. 7
A44 = A1 (TU 1). Protokoll des Colloquiums im Institut für Städtebau der TU Berlin (West) vom 26.11.1953
A45 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 59–60. Kreuer/Jobst/Schließer: Erläuterungen zum Wettbewerbsbericht für die Bebauung des Hansaviertels (o. Datum)
A46 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 9. (Schweer): Verwendbarkeit des preisgekrönten Entwurfs Jobst/Kreuer für die Internationale Bauausstellung 1956 im Hansaviertel (11.2.1954)
A47 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 42. Albert Wischek: Gedanken zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1956 (Febr. 1954)
L48 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 42. Lemmer: Aktenvermerk vom 24.2.1954
L49 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 40. Lemmer: Aktenvermerk betr. Technische Kommission für den Wiederaufbau des Hansa-Viertels vom 25.2.1954
A50 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 59–60. Gerhard Jobst: Erläuterungsbericht zum Bebauungsentwurf für den südlich der Stadtbahn liegenden Teil des Hansaviertels
A51 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 55. Wischek: Brief an Mahler vom 8.7.1954
A52 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 40. Stephan: Vermerk betr. Aufbau „Hansaviertel" und Internationale Bauausstellung in Berlin 1956, Besprechung bei Herrn Senator Dr. Mahler am 21. Juli, 15 Uhr (22.7.1954)
A53 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 37. Stephan: Vermerk betr. Sitzung des Ausschusses zur Auswahl der Architekten für das Hansa-Viertel am 27.8. 1954 (28.8.1954)
A54 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 42. Kühn: Programmvorschlag für die Bauausstellung Berlin 1956 (24.8.1954)
A55 = A1 (Pf 200). Mahler (Sen BauWo): Brief an Scharoun vom 13.9.1954
A56 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 40. Stephan: Protokoll der dritten Sitzung des Auswahlausschusses der Architekten am 24.11.1954 (26.11.1954)
A57 = A53
A58 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 44. Stepphan: Vermerk zur Besprechung mit den Architekten am 11.12.1954
A59 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 44. Stephan: Brief an Bartning vom 15.12. 1954
A60 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 44. Bartning: Brief an Stephan vom 27.12. 1954
A61 = A1 (Pf 200). Stephan: Vermerk betr. Hansaviertel / Besprechung des Lageplans vom 20.12.1954
A62 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 44. Stephan: Betr. Wiederaufbau Hansa-Viertel (4.1.1955)
A63 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 44. Bartning: Brief an Stephan vom 28.12. 1954
A64 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 44. Jobst/ Kreuer: Brief an Stephan vom 5.1.1955
A65 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 44. Bartning: Brief an Schweer vom 10.1. 1955
A66 = A65
A67 LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 44. Protokoll der Sitzung des Leitenden Ausschusses vom 11./12.2.1955
A68 = A67
A69 = A1 (Wv 196). Scharoun (Institut für Städtebau/TUB). Vermerk betr. Charlottenburg-Nord / Strukturuntersuchungen Bebauungsplan (19.12. 1955)
A70 = A1 (Wv 200). Scharoun: Notiz betr. Hansa-Viertel als Produkt der Bürokratie und Demokratie (12.2. 1955)
A71 = A70
A72 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an Bartning vom 17.12.1954
A73 = A42
A74 = A44
A75 = A1 (Korrespondenzen. Scharoun: Brief an Karl Bonatz vom 4.7.1949, zit. im Brief an Hinnerk Scheper vom 14.3.1950
A76 = A1 (Korrespondenzen). Bonatz: Brief an Scharoun vom 18.7.1949, zit. im Brief Scharouns an Scheper vom 14.3.1950
A77 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an Scheper vom 14.3.1950
A78 = A1 (Korrespondenzen). BA Spandau/ Abt. Bauwesen, Amt f. Stadtplanung (Reichle): Brief an Horst Engel vom 5.11.1951
A79 = A78
A80 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an die GSW (Rudolph) vom 5.12.1951, betr. Abrundung des Baukomplexes Berlin-Siemensstadt
A81 = A80
A82 = A1 (Wv 178). Heinrich Mendelssohn: Brief an das Bezirksamt Spandau/ Amt für Stadtplanung vom 3.12.1951
A83 = A1 (Wv 178). Heinrich Mendelssohn: Brief an Scharoun vom 12.3.1952
A84 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Notiz betr. Besprechung am 8.7. 1955, vorm. 11 Uhr im Rathaus Charlottenburg zwischen den Herren Stadtrat Friedrich und Prof. Scharoun (8.7.1955)
A85 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an Bartning vom 19.8.1955
A86 = A85
A87 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an GSW-Direktor Toepert vom 18.8.1955
A88 = A1 (Wv 196). Gerd Biermann: Brief an Scharoun vom 25.8.1955
A89 = A1 (Wv 196). Biermann: Brief an Scharoun vom 7.9.1955
A90 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an Bartning vom 24.9.1955
A91 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an Bartning vom 4.10.1955
A92 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an Gropius vom 4.10.1955
A93 = A1 (Wv 196). GSW (Großmann): Brief an Scharoun vom 28.11.1955
A94 = A1 (Wv 196). Untersuchung Charlottenburg-Nord (Erklärungstexte und Fotografien der 8 Tafeln)
A95 = A93
A96 = A1 (Wv 196). Scharoun (?): Aus den ergänzenden Erläuterungen zum Bebauungsplan-Vorschlag für Siemensstadt der Planungsgemeinschaft GSW/ Prof. Scharoun (6.12.1955)
A97 = A1 (Wv 196). Aktennotiz über die Besprechung zwischen den Herren Moest (HaSta), Dill (HaSta) und Schinz (Büro Prof. Scharoun) vom 10.12.1955
A98 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an Bartning vom 12.1.1956
A99 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Vermerk vom 18.1.1956
A100 = A1 (Korrespondenzen). Scharoun: Brief an Bartning vom 17.2.1956
A101 FSP (Briefmanuskript von Mitgliedern des ehemaligen Planungskollektivs an Walter Ulbricht, etwa Anfang Dezember 1950)

Kapitel 4 Bilder und Pläne

B1 = L2 – S. 44
B2 Archiv Ilse Balg
B3 = L3 – S. 52
B4 = B3
B5 = A1 (Mappe F)
B6 TAUT, Max: Berlin im Aufbau/Betrachtungen und Bilder des Architekten Max Taut. Berlin 1946
B7 = A1 (Mappe G). Ausblick/Aufbaunachrichten der „Berliner Ausstellungen". Berlin 1946
B8 Bildreportage „Wie werden wir wohnen?" In: Neue Berliner Illustrierte 2.9.1946 – S. 2/3
B9 GROEHLER, Olaf: Das Ende der Reichskanzlei. Illustrierte Historische Hefte 1, hrsg. v. Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin (DDR) 1978 – S. 32
B10 = A1 (Wv 170)
B11 = L7
B12 = L12 – S. 105
B13 = L12 – S. 104

B14 = L12 – S. 106
B15 NERDINGER, Winfried: Walter Gropius. Berlin (West) 1985 – S. 289
B16 = A1 (Mappe F)
B17 BIERUT, Bolesław: Der Sechsjahrplan des Wiederaufbaus von Warschau. (Warszawa 1949) – S. 200
B18 FSP
B19 Bauhaus Archiv Berlin (West), Nachlaß Wils Ebert
B20 = B19
B21 Demokratischer Aufbau 10/1949 – S. 266 f
B22 = A1 (Wv 170)
B23 = A1 (Wv 170)
B24 = A1 (Wv 170)
B25 = A1 (Wv 170)
B26 = A1 (Wv 170)
B27 = A1 (Wv 170)
B28 = A1 (Wv 170)
B29 Sammlung Sergius Ruegenberg
B30 = A1 (Wv 170)
B31 = L18 – S. 18 f
B32 = A1 (Wv 170)
B33 = L19
B34 Berliner Zeitung 8.1.1950
B35 = L18
B36 Berlin. Bildwerk, zusammengest. vom Amt für Information des Magistrats von Groß-Berlin zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für den Frieden. Berlin (DDR) 1951 – o.S.
B37 HANEY, Wolfgang: Berlin gestern-heute-morgen. Berlin (DDR) 1950 – S. 158
B38 = B36
B39 Neue Berliner Illustrierte 30/1951 – S. 6 f
B40 Berliner Zeitung 24.8.1950
B41 Bauzeitung 11/1950 – S. 219
B42 Berliner Zeitung 27.8.1950
B43 Soviet Union Heft 3 (Mai 1950). Moskau 1950 – S. 2/3
B44 Air Photo Library/Department of Geography/University of Keele ST5 5BG
B45 Neue Berliner Illustrierte 16/1946 – S. 2
B46 = B43 – S. 3
B47 = B45 – S. 2/3
B48 = A1 (Mappe C/11)
B49 = A1 (Mappe C/11)
B50 = L53 – o.S.
B51 = B18
B52 = B36
B53 = L61
B54 = L61
B55 LORCK, Carl von: Karl Friedrich Schinkel. Berlin 1939 – S. 73
B56 Demokratischer Aufbau 9/1951 – S. 152
B57 Planen und Bauen 21/1951 (Nov. 1951) – S. 336
B58 FSP, Fotograf Dieter Rausch
B59 COLLEIN, Edmund: Beiträge zu Städtebau und Architektur. Berlin (DDR) 1986 – Bild 16
B60 = L69 – S. 4
B61 = L69 – S. 11
B62 = L69 – S. 9
B63 Demokratischer Aufbau 3/1952 – S. 76
B64 Neue Berliner Illustrierte 39/1951 (4.9.1951) – S. 7
B65 = L77 – S. 67
B66 Demokratischer Aufbau 1/1952 – S. 9
B67 Demokratischer Aufbau 1/1952 – S. 7
B68 Neues Deutschland 23.12.1951
B69 = L79 – S. 157
B70 = B69
B71 = B69
B72 Berliner Zeitung 20.1.1952
B73 Die Stalinallee, die erste sozialistische Straße der Hauptstadt Deutschlands Berlin, hrsg. von der Deutschen Bauakademie und dem Nationalen Komitee für den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt. Berlin (DDR) 1952 – S. 41
B74 Zentralbild / Archiv / DDR 17 346/10
B75 Berlin. 800 Jahre Geschichte in Wort und Bild (von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Roland Bauer und Erik Hühns). Berlin (DDR) 1980 – S. 337
B76 = B73 – S. 19
B77 = B73 – S. 22
B78 = B37 – S. 161
B79 Landesbildstelle Berlin (West) II/3854
B80 = B79 – II/3843
B81 = B58
B82 PUHLMANN, Gerhard: Die Stalinallee/ Nationales Aufbauprogramm 1952. Berlin (DDR) 1953 – o.S.
B83 Demokratischer Aufbau 10/1952 – S. 294 f
B84 = B18
B85 = B82
B86 = B82
B87 = L81 – S. 15
B88 = L89 – S. 151
B89 Deutsche Architektur 5/1954 – S. 209
B90 = B89 – S. 210
B91 = L89 – S. 153
B92 Constructa Bauausstellung 1951, Hannover 3.7.–12.8.1951. Amtlicher Katalog. Hannover 1951 – S. 319
B93 AdK/Sammlung Baukunst, Nachlaß Wassili Luckhardt
B94 = B93
B95 = L97
B96 Neue Bauwelt 34/1949 – S. 528
B97 = L99
B98 Hubert Hoffmann. Ausstellungskatalog Forum Stadtpark Graz (8.1.–3.2. 1965) – S. 13
B99 = L102 – S. 350
B100 = L102 – S. 350
B101 Berlin, Die unzerstörbare Stadt. Hrsg.: Institut für Raumforschung Bonn. Köln/Berlin 1953 – Abb. 11
B102 = L102 – S. 349
B103 = B18
B104 = B18
B105 AdK/Sammlung Baukunst, Interbau
B106 = B105
B107 = B105
B108 = B105
B109 = B105
B110 = B105
B111 = A1 (Wv 200)
B112 = LAB Rep. 9/Acc. 2427/Nr. 42
B113 = B112
B114 = B112
B115 = B105
B116 = B112
B117 = B105
B118 = B105
B119 Plan von Berlin 1:4000, Blatt 4234 (1985)/4241 (1987)
B120 = B58
B121 = L127, Titelblatt
B122 = B79 (31241)
B123 Deutsche Architektur 12/1957 – S. 670
B124 Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Die nationalen Aufgaben der deutschen Architektur. Berlin (DDR) 1954 – S. 15
B125 = B123 – S. 672
B126 = A1 (fremde Manuskripte)
B127 = B79 (33797)
B128 = L138
B129 = L135
B130 = L145
B131 GABOR, Preisich: Ernst May. Budapest 1983 – Abb. 45
B132 Neue Berliner Illustrierte 15/1957 – S. 5
B133 = L151 – S. 48 f
B134 = L150 – S. 178
B135 = L151 – S. 49 f
B136 = L150 – S. 179
B137 = L153 – S. 326
B138 = L152 – S. 421
B139 = L154 – Titelblatt
B140 = L141 – Abb. 43
B141 = L154 – Bl. 6
B142 = L167 – S. 539
B143 = B79 (71517)
B144 = L167 – S. 537
B145 = L20 – S. 19
B146 = B58
B147 = B105
B148 = B58
B149 = B29
B150 = A1 (Wv 200/1). Aufn.: Walter Köster
B151 AdK/Sammlung Baukunst. Reg. Nr. S6/111. Aufn.: Arthur Köster
B152 = A1 (Wv 178)
B153 = B152
B154 = A1 (Wv 179)
B155 = B152
B156 = B152
B157 = B58
B158 = B119, Blatt 4247 (1983) / 4248 (1973)
B159 = B58
B160 = A1 (Wv 196)
B161 = B160
B162 = B58
B163 = B160
B164 = B58
B165 = B160
B166 = B160
B167 = B160
B168 = B160
B169 = B160
B170 = B160
B171 = B119, Blatt 4247 (1983)

Kapitel 5 Literatur

L1 Tägliche Rundschau 11.9.1945
L2 Berliner Statistik Jg. 1949, Heft 1. Berlin 1949 – S. 11 ff
L3 Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt 1 (2.8.1945) – S. 14/16
L4 HENSELMANN, Hermann: Gespräch mit Anna Teut. In: Bauwelt 48 (Stadtbauwelt 84) 1984 – S. 2075 f
L5 Hans Scharoun. Bauten, Entwürfe, Texte, hrsg. v. Peter Pfankuch. Schriftenreihe der Akademie der Künste, Bd. 10. Berlin (West) 1974 – S. 151
L6 FRIEDRICH, Peter/SEITZ, Luise: Wie soll der Städter künftig wohnen? In: Demokratischer Aufbau 2/1946 – S. 36 ff
L7 = L6, S. 38
L8 = L5, S. 111 ff
L9 LIEBKNECHT, Kurt: Mein bewegtes Leben. Berlin (DDR) 1986 – S. 95 ff
L10 HENSELMANN, Hermann: Drei Reisen nach Berlin. Berlin (DDR) 1981 – S. 316 ff
L11 = L9, S. 105 f
L12 = L5, S. 180 f
L13 = L5, S. 181 f
L14 = L10, S. 315 ff
L15 = L5, S. 182 f
L16 = L9, S. 111
L17 HERZENSTEIN, Ludmilla: Bevölkerungsentwicklung als Grundlage der städtebaulichen Planung. In: Neue Bauwelt 19/1948 – S. 291
L18 = L17, S. 291 ff
L19 SCHAROUN, Hans: Der Raum der Mitte. In: Sonntag 2.1.1949
L20 = L5, S. 85 ff
L21 Berliner Zeitung 21.12.1949
L22 Berliner Zeitung 4.2.1950
L23 Neue Bauwelt 22/1946 – S. 2
L24 Neue Bauwelt 23/1946 – S. 6
L25 FROMMHOLD, H.: 40 Jahre Baunormung 1917–1957/10 Jahre Fachnormenausschuß Bauwesen im Deutschen Normenausschuß 1947–1957. Bamberg 1957 – S. 14
L26 = L24, S. 7
L27 = L24, S. 11
L28 = L24, S. 11
L29 GERLACH, Hans: Möbelstellflächen und Mindestraumgrößen. In: Neue Bauwelt 33/1949 – S. 511 ff
L30 HÄRING, Hugo: Bemerkungen zum Normungsbegehren. In: Der Bauhelfer 12/1948 – S. 311 ff (Auszug)
L31 LIEBKNECHT, Kurt: Einige kritische Bemerkungen zur Lage im Bauwesen. In: Planen und Bauen 9/1950 – S. 281
L32 Das Grundgesetz des sozialen Wohnungsbaues/Der Erlaß des Führers. In: Deutsche Bauzeitung 27.11.1940, 74. Jg, Heft 48
L33 Berliner Zeitung 23.7.1949
L34 Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945: Aufsätze und Rechtsgrundlagen zur Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung aus der Zeitschrift „Der soziale Wohnungsbau in Deutschland“. Tilman Harlander/Gerhard Fehl (Hrsg.). Hamburg 1986 – S. 90
L35 = L32
L36 TRIEBEL, Wolfgang: Geschichte der Bauforschung. Die Forschung für das Bau- und Wohnungswesen in Deutschland. Hannover 1983 – S. 152 ff
L37 Amtlicher Katalog der Constructa Bauausstellung 1951 Hannover. Hannover 1951 – S. 14 ff. Vgl. dazu: DURTH, Werner/GUTSCHOW, Niels: Träume in Trümmern. Braunschweig 1988 – Register
L38 DURTH, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970. Braunschweig 1986 – S. 322 ff
L39 = L38, S. 322–325
L40 WEDEPOHL, Edgar: Grundriß: In: Neuer Wohnbau Band I/Bauplanung. Neue Wege des Wohnungsbaues als Ergebnis der ECA-Ausschreibung. Hermann Wandersleb (Hrsg.). Ravensburg 1952 – S. 72
L41 Neuer Wohnbau Band I/Bauplanung. Hermann Wandersleb (Hrsg.). Ravensburg 1952 – S. 72
L42 BARTNING, Otto: Die Auswahl ausführungswürdiger Entwürfe der ECA-Entwicklungsbauten. In: Neue Bauwelt 44/1951 – S. 712
L43 Neuer Wohnbau Bd. II/Durchführung von Versuchssiedlungen. Hermann Wandersleb (Hrsg.). Ravensburg 1958
L44 Das Neue Frankfurt 2/1931, zit. nach: Neues Bauen/Neues Gestalten. Das Neue Frankfurt, die neue stadt. Eine Zeitschrift zwischen 1926 und 1933. Heinz Hirdina (Hrsg.) Dresden 1984 – S. 95
L45 HILBERSEIMER, Ludwig: The New City. Principles of planning. Chicago 1944
L46 OPPENLÄNDER, Willi: Bauen in die Zukunft. Stuttgart 1962 – S. 13
L47 = L47, S. 14 ff
L48 = L46, S. 20
L49 = L5, S. 313
L50 Bestimmungen über die Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Berlin vom 19.6.1954 / 17.12.1954. In: Dienstblatt des Senats von Berlin VI/1955 – S. 13 f
L51 Berlin. Chronik der Jahre 1951–1954. Bearb. Reichhardt/Drogmann/Treutler. Berlin (West) 1968 – S. 928 (8.2.54)
L52 zit. nach: SCHAROUN, Hans: Charlottenburg Nord. 60 Jahre Entwicklung der „Siemensstadt“/Von der Randbebauung zum Wohngehöft. In: Neue Heimat 2/1962 – S. 20 f
L53 Größere Aufmerksamkeit für den Wohnungsbau. In: Neues Deutschland 7.7.1949
L54 Wohnungsbauprogramm wird durchgeführt. Interview (...) mit dem Leiter der HV Bauwesen Ernst Scholz. In: Neues Deutschland 16.7.1949
L55 HAESLER, Otto: Mein Lebenswerk als Architekt. Berlin (DDR) 1957 – S. 83 ff
L56 HOPP, Hanns: Volkseigener Wohnungsbau im Jahre 1950. In: Berliner Zeitung 16.4.1950
L57 HOPP, Hanns: Typengrundrisse für den Wohnungsbau 1950. In: Planen und Bauen 4/1950 – S. 131
L58 KRAUSE, W.: Projektierungsrichtlinien für den Wohnungsbau 1952. In: Demokratischer Aufbau 9/1951 – S. 253 f
L59 Wohnungstypen für das kommende Bauprogramm. In: Berliner Zeitung 12.11.1950
L60 = L58
L61 HENSELMANN, Hermann: Einige kritische Bemerkungen zum Wohnungsbau. In: Deutsche Architektur 2/1952 – S. 106
L62 ENGLBERGER, (Otto): Die Entwicklung der Wohnungstypen des Jahres 1953. In: Deutsche Architektur 3/1952 – S. 114
L63 Die Wohnung muß schön, bequem und gesund sein. Wohnungstypen 1953 erfüllen viele Wünsche: größere Küchen, größere Schlafzimmer und größere Geschoßhöhen. In: National-Zeitung 22.5.1952
L64 Diskussion über Wohnungsbautypen 1954. In: Deutsche Architektur 1/1953 – S. 43
L65 GROTEWOHL, Madeleine: Über die Wohnung der werktätigen Frau. In: Planen und Bauen 5/1952 – S. 99
L66 = L65, S. 101
L67 LIEBKNECHT, Kurt: Iwan Wladislawowitsch Sholtowski. In: Deutsche Architektur 3/1953 – S. 123 f
L68 PAULICK, Richard: Typus und Norm in der Wohnhausarchitektur. In: Deutsche Architektur 5/1953 – S. 218 f
L69 Für eine neue Wohnkultur unserer Werktätigen. Aus dem Ministerratsbeschluß über die neuen Aufgaben der Innenarchitektur und der Möbelindustrie vom 21.1.1954. In: Deutsche Architektur 2/1954 – S. 94 f
L70 LINNEKE, Richard: Bericht über eine Plattenbauweise. In: Bauplanung und Bautechnik 2/1954 – S. 69 f
L71 SCHÜTTAUF, Rudolf: Über die Arbeit des Forschungsinstituts für Bautechnik der Deutschen Bauakademie. In: Mitteilungsblätter der Deutschen Bauakademie 2/1955 – S. 6
L72 LIEBKNECHT, Kurt: Der IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Aufgaben der deutschen Architektur. In: Deutsche Architektur 3/1954 – o.S.
L73 CHRUSCHTSCHOW, Nikita S.: Besser, billiger und schneller bauen. Rede auf der Unionskonferenz der Baufachleute der UdSSR in Moskau am 7.12. 1954. Berlin (DDR) 1955
L74 = L71, S. 8
L75 Über einen Wettbewerb zur Verbesserung der Typengrundrisse für Wohnungen. In: Deutsche Architektur 4/1955 – S. 152 ff
L76 GISSKE, E./KAISER, J.: Die Typenserie Q3 des industriellen Wohnungsbaus. In: Deutsche Architektur 4/1957 – S. 4
L77 WIEL, Leopold: Wohnbauten aus vorgefertigten Teilen für Berlin-Karlshorst. In: Deutsche Architektur 1/1957 – S. 6 f
L78 KEGEL, Gerhard H.: „Häuserfabrik“ für das Berliner Stadtzentrum. In: Deutsche Architektur 6–7/1961 – S. 387 ff
L79 BÄRHOLD, Heinz: Die ersten Wohnhäuser in Großplattenbauweise in Berlin. In: Deutsche Architektur 3/1960 – S. 137 ff
L80 BANDMANN, Horst: Elemente der Typenreihe IW 61/Pl. In: Deutsche Architektur 9/1961 – S. 520 f
L81 H.M. (aus dem BDA): Beratung über einen Wohnungstyp. In: Deutsche Architektur 2/1962 – S. 125
L82 STALLKNECHT, Wilfried/KUSCHY, Herbert/FELZ, Achim: Funktionelle und bautechnische Probleme des Versuchsbaues. In: Deutsche Architektur 9/1962 – S. 501 ff
L83 Meinungen, Kritik und Hinweise zum

Versuchsbau P2. In: Deutsche Architektur 9/1962 – S. 543 f
L84 WIMMER, Martin/KIESER, Eberhard: Wettbewerb Typenprojekte für den Wohnungsbau. Bericht und Gedanken zum Wettbewerb. In: Deutsche Architektur 10/1963 – S. 590 ff
L85 KRENZ, Gerhard: Experiment P 2.12. Gedanken zu einer Ausstellung im Experimentalbau P 2.12. In: Deutsche Architektur 9/1965 – S. 520 ff
L86 SCHMIEDEL, Hans-Peter / ZUMPE, Manfred: Entwurfskonzeption E. In: Deutsche Architektur 10/1965 – S. 594
L87 STALLKNECHT, Wilfried: Flexible Wohnungen. In: Deutsche Architektur 8/1969 – S. 489 ff
L88 JUNKER, Wolfgang: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990. Aus dem Referat von W.J., Mitglied des ZK und Minister für Bauwesen, auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED. In: Deutsche Architektur 12/1973 (s.a.: Neues Deuschland 4.10.1973)

Kapitel 5 Archivalien

A1 AdK/SB, Nachlaß Hans Scharoun (Mappe G/5). Ziffernmäßige Zusammenstellung des Gebäudezustandes nach Beendigung der Kampfhandlungen . . . Jan. 1946
A2 = A1 (Mappe D). Graphische Darstellung des Gebäudezustandes
A3 = A1 (Mappe A/5). Scharoun: Angaben für das Interalliierte Rote Kreuz 22.1.46
A4 = A1 (Mag 1/3). Scharoun: Tätigkeitsbericht (Mai–Dezember 1945) vom 23.12.1945; s.a.: L5, S. 151 ff
A5 FSP. Karl Böttcher: Bericht über die Arbeit des Hauptamtes für Aufbaudurchführung 29.12.1945
A6 FSP. Karl Böttcher: Manuskript für „Zeitecho" 13.11.1945
A7 = A1 (Internationales Komitee für Bau- und Wohnungswesen/IKBW). Rapport du Capitaine Polin (Architecte) sur la réunion des Architectes du 3 Octobre 1945 au Magistrat du Grand Berlin/deutsche Zusammenfassung
A8 = A4
A9 = A7, deutsche Übersetzung vom 12.10. 1945
A10 = A1 (IKBW). Sitzungsprotokolle des IKBW vom 12.10.1945 bis 5.8.1946.
A11 = A10; Pläne in Mappe C/11
A12 FSP. Karl Böttcher (1962): Das Bauen und das Kunst(harz)stoff-Montagehaus von 1946 (Manuskript)
A13 FSP. Karl Böttcher (1988) Manuskript
A14 = A10, Protokoll 13.6.1946
A15 = A1 (Versch. 5). Scharoun: Brief an Mrs. Hartshone vom 30.7.1947
A16 = A1 (Versch. 5). Hugo Häring: Brief an Scharoun vom 29.9.1948, betr. zusammenschluß der architekten des neuen bauens
A17 = A1 (Mappe G/4). Scharoun: Brief an Gutkind vom 7.8.1947
A18 dazu: A1 (TU II/1) und Auskunft des TU-Archivs
A19 = A1 (Mag 2/3). Wettbewerb im Rahmen der Ausstellung „Berlin plant" 20.8.1946
A20 = A19
A21 = A19
A22 = A1 (Mappe A/4). Schlußbericht über die Arbeit des Preisgerichts für den Wettbewerb „Berlin plant" vom 20.10.1947
A23 = A1 (Preisgericht 1). Arbeit Nr. 152 (Heinz Kampfert): Berlin plant
A24 = A1 (Preisgericht 1). Arbeit Nr. 212 (Alix Rohde-Liebenau): Neuordnung des Tagesablaufs und der Inneneinrichtung
A25 = A1 (Mappe A/4). Wettbewerb „Berlin plant". Beurteilung der Wettbewerbsarbeiten der durch das Preisgericht festgestellten Preisträger aus der Hauptgruppe 1 „Planung", aufgestellt vom Ausschuß für Planung (Scharoun / Ebert / Friedrich / Lingner) 10.10.1947
A26 = A24
A27 = A1 (Vorträge I/5). Scharoun: Lebensprobleme der Großstadt. Referat, gehalten am 17.2.1947 vor dem Komitee für Stadtplanung und Architektur des Omgus Standing Commitee of Community Relations in der amerikanischen Universität Berlin-Zehlendorf
A28 = A1 (Vorträge I/21). Scharoun: nicht datiertes Manuskript (ca. 1947)
A29 = A1 (Vorlesungen II/17). Scharoun: nicht datiertes Vorlesungsmanuskript
A30 = A1 (Vorlesungen I/17). Scharoun: Vorlesungsmanuskript 25.4.1948/TU
A31 = A1 (Wv 170)
A32 = A30
A33 = A1 (Wv 170). Scharoun: Fragment eines undatierten Manuskripts
A34 = A27
A35 = A27
A36 = A1 (IfB I/1). J. Naas: Skizze für die Errichtung eines Instituts für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften
A37 = A1 (IfB I/1). Scharoun: Brief an J. Naas vom 8.1.1947
A38 = A1 (IfB I/1). Henselmann: undatierter Brief (Anfang 1947)
A39 = A36
A40 = A1 (IfB I/6). Scharoun: Brief an Schnittke vom 16.4.1948
A41 = A1 (IfB I/6). Protokoll der Abteilungsleitersitzung des IfB am 23.2. 1949
A42 = A1 (Mag 2/6). HA StaPla: Richtlinien für die Planung von Nachbarschaften. o.D.
A43 = A42
A44 = A1 (Wv 170). Aktenvermerk für das Entwurfsbüro vom 29.8.1949
A45 = A1 (Wv 170). Liste der 8 Typen für Friedrichshain
A46 = A1 (RF IV). Wahrscheinl. Chen Kuen Lee (Jan. 1950): Beschreibung des „Säge-Typs". Handschriftliches Manuskript o. Datum
A47 = A1 (Wv 170). Vertraulicher Vermerk betr. Wohnzelle Frankfurter Allee (Stalin Allee) vom 28.10.1949
A48 BAK, NL 151/Nr. 47. Bericht über die Sitzung des Präsidiums des DNA am 2.12.1948
A49 = A48
A50 = A48
A51 = A1 (IfB I/17). Scharoun: Brief an Frank vom 13.12.1948
A52 = A1 (IfB I/8). Dannien: Einladung vom 15.12.1948
A53 = A1 (IfB I/17). Henselmann: Brief an Dannien vom 6.1.1949
A54 = A48. Aktennotiz über die Besprechung am 25.1.1949 beim DNA in Berlin
A55 = A48. Referat von Frau Dr. M.E. Lüders in der Sitzung des DNA am 25.1.1949
A56 BAK, NL 151/Nr. 48. Denkschrift über den Ausbau der Reichsforschungsgesellschaft zu einem Reichsinstitut für Bauforschung und ihre Mitarbeit an der Dauer-Bauausstellung Groß-Berlin 1930–1940
A57 FSP. Karl Böttcher: Betr.: Normung. Anlage zu einem Brief an den Fachnormenausschuß „Bauwesen" im DNA vom 28.6.1949
A58 BAK, NL 151/Nr. 47. Entwurf zur DIN 18011 (Juli 1950)
A59 = A58
A60 = A1 (IfB I/17). Hans Scharoun: Normung und Typisierung im Bauwesen, besonders im sozialen Wohnungsbau (16.5.1950)
A61 = A1 (IfB I/17). Karl Böttcher: Zur Normungsfrage (24.5.1950)
A62 = A1 (IfB I/17). Otto Block: Zum Thema Normung und Typisierung (31.5. 1950)
A63 = A1 (IfB I/17). Hermann Tausch: Zum Problem der Normung und Typisierung (1.6.1950)
A64 = A1 (IfB I/17). Hermann Henselmann: Bemerkungen zum Thema Normung und Typisierung im Bauwesen, soweit es von Professor Scharoun abgehandelt wurde (6.7.1950)
A65 = A1 (IfB III/8). Scharoun: Brief an Otto Grotewohl vom 29.12.1950
A66 = A1 (IfB III/8). Scharoun: Brief an Kurt Liebknecht vom 20.12.1950
A67 = A1 (IfB III/8). Scharoun: Brief an Josef Naas vom 29.12.1950
A68 = A1 (IfB I/14). Arbeitsplan der Abt. Gestaltung vom 28.4.1950
A69 = A1 (Wv 187). Bauförderungsamt: Brief an die Universum Treubau Wohnungs-GmbH vom 14.1.1955
A70 = A1 (Wv 187). Wilhelm Frank: Brief an Scharoun vom 15.1.1955
A71 = A1 (Wv 187). Scharoun: Brief an W. Frank vom 15.2.1955
A72 = A1 (Wv 187). W. Frank: Brief an Scharoun vom 23.2.1955
A73 = A1 (Veröff. 25). Scharoun: Berlin Siemensstadt 1960. Ein neuer Wohnbezirk gegliedert in „Wohngehöfte". Manuskript 23.1.1962. s.a.: L52, S. 25/32
A74 = A1 (Wv 196)
A75 = A1 (Wv 170). Scharoun: Zur Wohnzelle Friedrichshain, 7.11.1949
A76 = A1 (IfB I/8). Forschungsauftrag Wohnungsbau vom 14.7.1949
A77 = A1 (IfB II/13). Untersuchung von Wohntypen auf ihre Eignung zur Bildung wirksamer Nachbarschaften/ Zusammenfassung der Fragen. 1.1. 1950
A78 = A77
A79 = A77
A80 = A1 (IfB I/14). Aktenvermerk betr. Forschungsauftrag Prof. Hopp 19.9. 1949
A81 Arbeitsmaterial der Forschungsgruppe Zeitgeschichte Bauwesen der Hauptstadt der DDR – Berlin. Ltg. Dr. Günter Peters

Kapitel 5 Bilder und Pläne

B1 Heute. Eine neue illustrierte Zeitschrift 7/1946 – S. 9
B2 = B1, S. 12
B3 Archiv Ilse Balg
B4 FSP
B5 = A1 (Mappe 1/5)

B6 = A1 (Mappe C/10)
B7 Der Bauhelfer 6/1946, S. 7 ff
B8 FSP
B9 Das Fertighaus. Exportmusterschau und Versuchssiedlung 1947 Stuttgart-Zuffenhausen (Katalog). Stuttgart 1947 – S. 24 f
B10 = B9, Titelblatt
B11 = B9, S. 22 f und FSP (Fotos)
B12 = L5, S. 66 ff
B13 = L6, S. 36
B14 = L6, S. 37
B15 FSP
B16 Rassegna 27 (Ludwig Hilberseimer 1885/1967). Bologna o.J. – p. 50
B17 = A1 (Vorlesungen II/7; Wv 170)
B18 = A1 (Vorlesungen II/7)
B19 = L5, S. 115
B20 = A1 (Wv 170)
B21 = A1 (Vorlesungen II/7)
B22 = A1 (Wv 170)
B23 = L45, S. 106
B24 = A1 (Wv 170)
B25 = A1 (verschnürte Mappe ohne Sign.). Siedlungszelle
B26 = A1 (Wv 170)
B27 FSP (Foto Geist)
B28 = A1 (Versch. 5/1)
B29 FSP
B30–B47 = A1 (Wv 170, IfB II/11, IfB II/12)
B48 FSP, Aufn. vom 28.9.1950
B49 = A1 (Wv 179)
B50 = A1 (Wv 178)
B51 = A1 (Wv 178)
B52 = A1 (Wv 179)
B53 = A1 (Wv 170)
B54 = A1 (Fotoalbum o. Sign.)
B55 = L5, S. 193
B56 = A1 (Wv 170)
B57 Zodiac 10. Milano 1962 – p. 77
B58 Archiv Sergius Ruegenberg
B59 = A1 (Wv 182)
B60 = A1 (Wv 182)
B61 = A1 (Wv 182)
B62 Plan von Berlin 1:4000
B63 = A1 (Wv 182)
B64 = A1 (Wv 182)
B65 = A1 (Wv 178)
B66 = A1 (Wv 178)
B67 = A1 (Wv 178)
B68 = A1 (Wv 178)
B69 = A1 (Wv 170)
B70 = A1 (o. Sign.)
B71 Neue Bauwelt 37/1951 – S. 605
B72 = L37, S. 134 ff
B73 = L41, Vorblatt
B74 = L73, S. 73
B75 FSP (Fotograf: Dieter Rausch)
B76 = A1 (Wv 187)
B77 = A1 (Wv 187)
B78 = A1 (Wv 187)
B79 = A1 (Wv 187)
B80 = A1 (Wv 187)
B81 aujourd'hui / allemagne 57 / 58. Paris 1967 – p. 40
B82 = B27
B83 = B27
B84 Berlin und seine Bauten. Teil IV/Wohnungsbau, Bd. B. Berlin (West)
B85 = A1 (Wv 195)
B86 = A1 (Wv 196)
B87 = A1 (Wv 196)
B88 = B75
B89 = A1 (Wv 195). (Bild – Waldthausen)
B90 = A1 (Fotoalbum o. Sign.)
B91 Bauwelt 15–16/1962 – S. 407
B92 = B75
B93 = B81, p. 44
B94 = B91, S. 408
B95 = B57, p. 63
B96 = B91, S. 410 f
B97 = L55, S. 90/92
B98 = A1 (IfB II/12)
B99 = A1 (IfB II/12)
B100 = A1 (Wv 170)
B101 = L57, S. 129 ff
B102 = L58, S. 251
B103 Bauplanung und Bautechnik 12/1952 – S. 416
B104 = B103, S. 417
B105 Die Stalinallee, die erste sozialistische Straße der Hauptstadt Deutschlands Berlin. Berlin (DDR) 1952 – S. 44
B106 = L67, S. 124
B107 = L67, S. 124
B108 = L65, S. 100
B109 Mitteilungsblätter der Deutschen Bauakademie 2/1954 – S. 5
B110 = L68, S. 219
B111 = B108, S. 7
B112 = B108, S. 6
B113 = B75
B114 = B75
B115 BÄCHTOLD, Peter: R.D.A. Industrialisation ouverte et WBS 70. Ministere de l'urbanisme et du logement (Hrsg.) Paris 1983 – p. 37
B116 = L71, S. 8
B117 = L75, S. 152
B118 = L75, S. 153
B119 = Deutsche Architektur 7/1956 – S. 303
B120 = Deutsche Architektur 9/1956 – S. 413
B121 = Deutsche Architektur 8/1959 – S. 418
B122 = Deutsche Architektur 6/1962 – S. 325
B123 = B75
B124 = B75
B125 = B75
B126 = L84, S. 593
B127 = L82, Titelblatt
B128 = L82, S. 507
B129 = L82, S. 504
B130 = B75
B131 = L84, S. 591
B132 = L84, S. 589
B133 = L84, S. 595
B134 = L84, S. 594 f
B135 = L87, S. 489 ff
B136 Deutsche Architektur 3/1969 – S. 142
B137 = B136, S. 137
B138 Deutsche Architektur 1/1974 – S. 4
B139 = B138
B140 = B138
B141 = B138, S. 8

Kapitel 6 Literatur

L1 Telegraf 3.6.1961 (In Wedding knallt's)
L2 Telegraf 5.10.1961 (Altstadtsanierung wird vorbereitet: Keine Mietskasernen mehr)
L3 Der Tagesspiegel 6.6.1961 (Signal zur Beseitigung der Bruchbuden)
L4 Berliner Bauwirtschaft 14/1961 – S. 328 (Neubauten im Gebiet des alten Wedding)
L5 dazu: KURZ, Thomas: „Blutmai". Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Bonn/Berlin (West) 1988
L6 NEUKRANTZ, Klaus: Barrikaden am Wedding. Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929. Berlin (West) 1971 (reprint)
L7 dazu: KUHN, Axel: „Der Rote Wedding". Geschichte eines antifaschistischen Kampfliedes. In: Der Wedding – hart an der Grenze. Weiterleben in Berlin nach dem Krieg. Hrsg. Berliner Geschichtswerkstatt e.V. Berlin (West) 1987 – S. 37 ff
L8 25 Jahre Stadterneuerung für Menschen im Wedding. Hrsg: Bezirksamt Wedding von Berlin, Abt. Bau- und Wohnungswesen, verantw. Jürgen Lütke. Berlin (West) 1988 – S. 135
L9 = L8, S. 134
L10 dazu: GEISEL, Eike: Im Scheunenviertel. Bilder, Texte und Dokumente. Berlin (West) 1981
L11 DÜLFFER, Jost/THIES, Jochen/HENKE, Josef: Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Köln 1978 – S. 97
L12 BODENSCHATZ, Harald: Platz frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietskaserne der Welt" seit 1871. Berlin (West) 1987 – S. 51
L13 Internationaler Verband für Wohnungswesen (Hrsg.): Beseitigung von Elendsvierteln und Verfallswohnungen. Stuttgart 1935 – Vol. 1/S. 18 f
L14 = L13, Vol. 2/Titelblatt
L15 Völkischer Beobachter 28.9.1934
L16 = L13, S. 23
L17 = L15
L18 = L12, S. 51
L19 FRANK, Erich: Wege zur Altstadtsanierung. In: Centralblatt der Bauverwaltung 39/1934 – S. 575
L20 = L19, S. 576
L21 = L12, S. 118
L22 FRANK, Erich: Geordnete Wohnungswirtschaft. Neuaufbau und Sanierung. Berlin 1939 – S. 15 f
L23 = L22, S. 16
L24 Der Wedding. Zur 75-Jahresfeier der Eingliederung in Berlin hrsg. von der Bezirks-Verwaltung. Berlin 1935 – S. 86
L25 = L22, S. 30 f
L26 GÖDERITZ, Johannes: Altstadtsanierung (Sanierung ungesunder Stadtteile). In: Wörterbuch der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft. Stuttgart/Berlin 1938 – S. 15 f
L27 GABOR, Andor: Der rote Tag rückt näher. Reportagen und Skizzen 1928–1932. Berlin (DDR) 1959 – S. 68 ff
L28 = L22, S. 16 f
L29 = L22, S. 32 ff
L30 Neue Zeitung 27.4.1952 (Ein Blick in das Berlin der Zukunft)

L31 Neues Deutschland 30.1.1952
L32 Telegraf 29.4.1952
L33 Der Abend 29.4.1952 (Bundeshilfe für den Wedding)
L34 Berliner Wirtschaftsblatt 21.5.1954
L35 Nord-Berliner Lokalzeitung 20.11. 1953 (Neue Siedlungen auf alten Hinterhöfen)
L36 Berlin im Aufbau. Zusammengest. u. erl. v. Fritz Riedel (u.a.) Berlin (West) 1954 – S. 26
L37 zit. nach BOHLEBER, Wolfgang: „Kein Bauwerk haben wir bisher errichtet, das an Bedeutung dem heutigen gleicht". Die Ernst-Reuter-Siedlung in der Ackerstraße. In: Der Wedding – hart an der Grenze. Weiterleben in Berlin nach dem Krieg. Hrsg.: Berliner Geschichtswerkstatt e.V. Berlin (West) 1987 – S. 218
L38 = L12, S. 163
L39 LEBRECHT, F. (Rektorin der 5. Grundschule Wedding Lütticher Str. 48): Brief vom 9.7.1954 an das Schulamt Wedding (Auszug). In: Unterlagen für die Vorbereitung eines Sanierungsgesetzes. Beispiele aus dem Bezirk Berlin-Wedding. Oktober 1955 – S. 36
L40 Die Welt 11.10.1956 (Zeigemäße Neubauten/SPD fordert Sanierungsprogramm)
L41 Der Tagesspiegel 13.10.1956 (Mietskasernen sollen verschwinden)
L42 OTTO, Karl (Hrsg.): die stadt von morgen. gegenwartsprobleme für alle. Berlin (West) 1959 – 152 f
L43 = L42, S. 153
L44 VOGLER, Paul / KÜHN, Erich (Hrsg.): medizin und städtebau. Ein Handbuch für gesundheitlichen Städtebau, Bd. 1/2. München/Berlin/Wien 1957
L46 = L42
L47 GÖDERITZ, Johannes / RAINER, Roland / HOFFMANN, Hubert: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen 1957
L48 Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, Arbeitskreis im NSBDT (Hrsg.): Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Berlin (Januar) 1945 (als Manuskript gedruckt, nicht im Buchhandel erhältlich)
L49 GÖDERITZ, Johannes / KILLUS, Heinz: Besiedlungsdichte, Bauweisen und Erschließungskosten im Wohnungsbau. Bearb. i.A. des Instituts für Bauforschung e.V., Hannover. Wiesbaden/Berlin (West) 1954 – S. 5
L50 = L47
L51 = L48, S. 14–18
L52 = L47, S. 23–29
L53 Luftschutz im Städtebau. Vorläufiges Merkblatt, hrsg. vom Bundesminister für Wohnungsbau im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern. Fassung Dezember 1952
L54 = L53, S. 2 f/4 ff/9
L55 GÖDERITZ, Johannes: Sanierung erneuerungsbedürftiger Baugebiete. Untersuchungen von Wohnbaugebieten in Berlin und Hannover. Forschungsarbeit i.A. des Bundesministeriums für Wohnungsbau. Stuttgart 1960 – Vorwort vom Nov. 1957
L56 ULBRICHT, Walter: Fernsehansprache über den Sinn der Wahlen in der DDR. In: Neues Deutschland 16.9. 1961
L57 Richtlinien für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, beschlossen am 12.12.1961 (Senatsbeschluß Nr. 3166/61). In: Amtsblatt der Senatsverwaltung für Inneres Nr. 11, VI/ 1962, S. 9–11
L58 = L56 (Ausschnitt: Gesundungsgürtel und Frontstadtsumpf)
L59 = L57, S. 9 f
L60 nacht-depesche 18.6.1963 (In Berlin sind 20.000 Wohnungen 100 Jahre alt)
L61 BRANDT, Willy: Regierungserklärung in der 4. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18.3.1963, stenographischer Bericht
L62 Telegraf 3.10.1963 (Altstadtsanierung umfaßt 56.000 Wohnungen. Kostspielig, aber notwendig!)
L63 Stadterneuerung in Berlin, sechster Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin. In: Sonderdruck der Mitteilungen Nr. 41/131 des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, V. Wahlperiode (21.11.1969) – S. 15
L64 Spandauer Volksblatt 17.6.1970 („Ackerstraßen-Milieu" wird nun endgültig verschwinden)
L65 Die Welt 12.1.1963 (Wohnungssanierung als Hauptaufgabe)
L66 REIMER, Fritz: Sanierung Wedding. Leserbrief an die Berliner Morgenpost abgedruckt am 19.11.1963
L67 KOLLER, Peter (u. Mitarb. Daub, Kuhn, Krause, Lehmann, Winkler): Städtebauliche Erneuerung des Sanierungsgebietes im Bezirk Wedding, Berlin. Gutachten, erstattet i. Auftrage des Senators für Bau- und Wohnungswesen Berlin. Berlin (West) 1963 – S. 2 f
L68 = L67, S. 23
L69 = L67, S. 11 ff
L70 = L67, S. 27 f
L71 Stadterneuerung in Berlin, erster Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin. In: Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin, IV. Wahlperiode, Nr. 556 (12.6.1964) – S. 8
L72 = L71, S. 8
L73 = L71, S. 2
L74 DOPP, Werner: 140.000 Berliner werden „umgesetzt". Soziale und menschliche Probleme hinter den Kulissen der Stadtsanierung. In: Der Tagesspiegel Nr. 5835/1964 – S. 13
L75 BZ 14.12.1964 (Willy Brandt beruhigt 140.000 Berliner: Stadtsanierung wird behutsam erfolgen)
L76 Die Welt 6.3.1965 (Sanierung stößt auf Widerstand. Pläne des Senats werden für schädlich gehalten)
L77 MARCH, Werner / BALG, Ilse: Umsetzung von Gewerbebetrieben im Sanierungsgebiet Kreuzberg von Berlin. Eine wirtschaftliche und soziologische Untersuchung mit Beihilfe des Senators für Wirtschaft und im Benehmen mit dem Senator für Bau- und Wohnungswesen von Berlin. Berlin (West) 1965
L78 Der Tagesspiegel 15.1.1965 (Gegen städtebaulichen Kahlschlag. Professor March arbeitet an Plänen für Kreuzberger Sanierungsgebiet)

Kapitel 6 Archivalien

A1 Archiv des Stadtplanungsamts des Bezirks Wedding. Angaben für das Statistische Landesamt über die im Bezirk abgerissenen Wohnungen
A2 Bezirksamt Wedding. Grundstücks- und Straßenakten der Ämter für Bauaufsicht und Tiefbau für die Wedding- und Kösliner Straße
A3 FSP, Tonbandprotokoll des Gesprächs mit Egon Monk vom 23.7.1989
A4 FSP, Tonbandprotokoll des Gesprächs mit Herbert Schwarz vom 11.9.1989
A5 LAB, Pr.Br.Rep. 57, Nr. 413, Bl. 32 (Aufzeichnung über die Besprechung vom 15./16.11.1933 im RAM mit dem Ausschuß der Reichswohnungskonferenz über Altstadtsanierung)
A6 BAK, R2/19382 (Reichsarbeitsminister: Brief an den Reichsminister der Finanzen betr. Altstadtsanierung vom 20.1.1934)
A7 = A5 (Stenographischer Bericht über die Sitzung am 8.2.1934 betr. Sanierung des Baublocks nördlich des Horst-Wessel-Platzes, Bl. 3 ff)
A8 BAK, R2/19390 (Stadtgem. der Stadt Berlin/Dienststelle Si-Wo VI: Denkschrift über die Sanierung Linienstr.-Lothringer Str., Tab. 5/Plan)
A9 = A7, Bl. 24
A10 = A8
A11 = A8, S. 22 ff
A12 = A8, S. 1f
A13 = A5 (Protokoll über die Sitzung vom 2.3.1934, Bl. 36 f)
A14 LAB, Pr.Br.Rep. 1190, Bl. 49 (Zusammenstellung der Vorschläge der Bezirksbürgermeister der Verw.-bezirke zur Sanierung . . .)
A15 LAB, Rep. 107, Acc. 312 (Hans Stephan: Prot. vom 16.12.1937 betr. Geordnete Wohnungswirtschaft)
A16 LAB, Rep. 9, Acc. 3851, Nr. 232 (Sobotka/Müller/Krüger: Vorschlag für die Neuplanung des Raumes Weddingplatz/Nettelbeckplatz, Bez. Wedding 1950)
A17 FSP, Tonbandprotokoll des Telefongesprächs mit Walter Nicklitz am 31.3. 1987
A18 BAK, B134/Nr. 1253 (Aktenverm. vom 22.4.1952/betr. Vergleichsbauten in West Berlin-Wedding)
A19 = A17
A20 = A17
A21 = A18 (Rolf Schwedler, 8.6.1953: Antrag beim Bundesministerium für Wohnungsbau auf Bereitstellung von Forschungsmitteln für das Bauvorhaben Berlin-Wedding „Thomashof")
A22 = A18 (Min. Dir. Döscher, 2.7.1953: Brief an Schwedler)
A23 Stadtplanungsamt Wedding, Sanierungsakte Block 262 alt/637 (Klatt 5.5. 1953: Bebauung Thomashof)
A24 FSP (Kopie des Originals)
A25 = A18
A26 Archiv Ilse Balg (Material zur Rundfahrt am 4.4.1959)
A27 FSP (Erich Frank, 6.6.1953: Neutralisierter Lebenslauf des Bebauungsplans Kösliner Straße)
A28 Parlamentsarchiv des Bundestags Bonn, Protokoll Nr. 87 des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen vom 11.10.1956, S. 6

A29 = A28 (Protokoll 88 vom 12.10.1956, S. 2 f)
A30 FSP, Ordner Grundsätze der Sanierung (Walter Nicklitz 6.12.1956: Anschreiben an Schwedler zum Sanierungsprogramm des Verwaltungsbezirks Wedding von Berlin)
A31 Archiv Ilse Balg (Sanierungsprogramm des Bezirks Wedding von Berlin)
A32 = A31, S. 1
A33 = A31 (Erl. Block 11/11a)
A34 = A31, S. 2
A35 = A31, S. 1
A36 = A30 (Rolf Schwedler, 11.1.1957: Brief an W. Nicklitz)
A37 = A30 (Herbert Klatt, 4.2.1957: Vermerk betr. Interbau 1957)
A38 AdK/SB, Nachlaß Hans Scharoun o. Sign. (Hans Scharoun, 1949: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Vorwort – Manuskript –)
A39 FSP, Ordner Sanierung Wedding (Walter Nicklitz, 11.10.1957: Brief an Willy Brandt – Kopie –)
A40 = A39 (Paul Lücke im Gespräch mit einem Reporter des RIAS in der Sendung „Die Zeit im Funk" Ende Oktober 1957, Abschrift)
A41 = A40
A42 = A39 (Brief des Wohnungsamts Wedding (Kopczyk) vom 31.10.1959 an Bezirksstadtrat Schmidt)
A43 = A30 (Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die Bezirksstadträtesitzung am 7.12.1960, betr. Sanierungsrichtlinien)
A44 = A39 (W. Nicklitz 10.11.1958: Brief an Schwedler betr. Sanierung Kösliner Straße)
A45 = A30 (Niederschrift über die Bezirksstadträtesitzung am 14.2.1962 beim Senator für Bau- und Wohnungswesen, TOP 1: Einleitung des Sanierungsprogramms für Berlin)
A46 = A30 (H. Klatt, 28.3.1962: Vermerk, betr. Sanierung Gebiet zwischen Bhf. Gesundbrunnen und Bernauer Straße)
A47 = A39 (Protokoll der Besprechung vom 3.5.1962 bei Herrn Stadtrat Nicklitz betr. Sanierung Wedding, Wettbewerbsgebiet)
A48 = A47
A49 = A39 (Sen Bau/Wohn IIA2: Niederschrift über die Sitzung „Städtebauliche Erneuerung eines Gebietes im Bezirk Wedding von Berlin" in der Akademie der Künste am 5.12.1962)
A50 Archiv der Alexandra-Stiftung. Akte Ackerstr. 132/133 (Meyer's-Hof)
A51 = A50 (Gotthilf V.: Brief an die Alexandra-Stiftung vom 3.10.1965)
A52 = A50 (Brief und Fragebogen der A.-St. an die Mieter von Meyer's-Hof vom 29.9.1965)
A53 = A50 (Amanda K.: Brief an die A.-St. vom 4.10.1965)
A54 = A50 (Amanda K.: Brief an die A.-St. vom 27.5.1968)
A55 = A50 (A.-St.: Brief an Amanda K. vom 29.5.1968)
A56 = A50 (Amanda K.: Karte an die A.-St. vom 10.2.1969)
A57 = A50 (A.-St.: Brief an Amanda K. vom 14.2.1969)
A58 = A39 (F. Fürlinger, 26.7.1963: Brief an Rechtsanwalt A. Schlembach)
A59 = A49
A60 FSP, Manuskript Ilse Balg Okt. 1989

Kapitel 6 Bilder und Pläne

B1 Ullstein Bildarchiv
B2 FSP
B3 FSP, Aufn. Dieter Rausch
B4 = B3
B5 FSP; Aufn. J. Geist
B6 Karte von Berlin 1:4000, 1936/1988
B7 MILATZ, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung H. 66. Bonn 1968 – S. 134
B8 Bildarchiv der Landesbildstelle Berlin (West) (Nr. II/8 092)
B9 = B8
B10 SCHILLING, Otto: Innere Stadterweiterung. Berlin 1921 – S. 241. s.a.: L12, S. 33
B11 = L14, S. 10/11
B12 = L19, S. 574
B13 = A14, o.Bl.
B14 = L22, S. 15
B15 = L5, S. 66
B16 = L22, S. 31
B17 = L22, S. 32/33
B18 = L22, S. 46/47
B19 = B8, Aufn. 25.7.1951 (Nr. 13 550)
B20 Archiv Kessler (Nr. 1195/3)
B21 = B8 (Nr. 19 496/17 931)
B22 = B8 (Nr. 19 492/19 493)
B23 = B8 (Nr. 49506/49510/49605/49606)
B24 = L12, S. 160
B25 = B8 (Nr. 34516)
B26 = B8 (Nr. 32515)
B27 Berlin heute und morgen. Ein Bildband über Deutschlands Hauptstadt. Berlin (DDR) 1952
B28 Städtebauarchiv des Senators für Bau- und Wohnungswesen (Nr. C 2697, Aufn. Kessler)
B29 Archiv der Kleinwohnungsbau Gemeinnützige Baugesellschaft m.b.H.
B30 = B29
B31 (NICKLITZ, Walter): Unterlagen für die Vorbereitung eines Sanierungsgesetzes. Beispiele aus dem Bezirk Berlin-Wedding. Okt. 1955 – S. 18
B32 = L22, S. 19
B33 FSP
B34 = A31, S-Blöcke 11/11a
B35 = B8 (Nr. 54926)
B36 = L42, S. 152
B37 = L42, S. 153/154
B38 = L47, Titelblatt
B39 = L55, S. 12; s.a. L12, S. 156
B40 Bildarchiv Sen Bau/Wohn. Wedding/70
B41 FSP
B42 Stadtbauwelt 18 (Bauwelt 25/26) 1968 – S. 1338
B43 = L71, Anl. 6
B44 = B42, S. 1358
B45 Stadterneuerung in Berlin. dritter Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin (August 1965 – März 1966). Sonderdruck der Mitteilungen Nr. 44 des Präs. d. Abgeordnetenhauses v. Berlin – Anl. 1b/1d
B46 = L63, Anl. 3b/3c
B47 FSP, Ackerrolle (Fassadenabwicklung beider Seiten der Ackerstraße zwischen Bernauer Str. und Feldstr. Die Fotoserie von 1965 wurde von der AGS im Rahmen der sanierungsvorbereitenden Untersuchung angefertigt und wird im Archiv des Stadtplanungsamts Wedding aufbewahrt, die Vergleichsserie von 1985 wurde von Dieter Rausch aufgenommen, der auch die Montage vorgenommen hat)
B48 FSP/Karte von Berlin 1:4000 (1988)
B49 = L67, Abb. 7
B50 = L67, Abb. 8
B51 = L67, Abb. 9
B52 Diagnose zum Bauen in West-Berlin. Ausstellung in der TU 1968, Katalog
B53 FSP, Grafik Wohnungsbestand / Wohnungszugang / Wohnungsabgang. Die verwendeten Zahlen stammen aus der Literatur: Statistische Jahrbücher und Berichte des Stat. Landesamtes für Berlin (West); Berlin und seine Bauten IV/A, S. 36; Berlin in Zahlen (hrsg. v. Stat. Amt der Stadt Berlin 1945 ff); Sen. Bau/Wohn: Zahlen zum Bau- und Wohnungswesen in Berlin (West) 1950–1972 / Ein Zahlenvermerk des Statistischen Landesamtes Berlin. Berlin (West) 1973; Sen. f. Stadtentwicklung und Umweltschutz: Planungsdaten für Berlin (West) 1960–1980. Berlin (West) 1982; aus direkten Angaben des Statistischen Landesamtes (Wohnungsabgang 1960–1988); aus dem Arbeitsmaterial der Forschungsgruppe Zeitgeschichte/Bauwesen der Hauptstadt der DDR Berlin u. Ltg. von G. Peters. Der Altbaubestand ist errechnet aus der Differenz zwischen Gesamt- und Neubaubestand
B54 Deutsche Architektur 7/1987 (Berlin/DDR) – S. 48
B55 Arbeitsmaterial der Forschungsgruppe Zeitgeschichte Bauwesen der Hauptstadt der DDR Berlin, Ltg. Dr. Günter Peters

Register

Namen

AEG 62, 428, 569, 590
AG für Aufbau des Hansaviertels 375 f
Akademie für Bauforschung, Deutsche 109, 474, 495
Akademie für Bauwesen 109
Akademie der Architektur, Moskau 310, 312, 318, 340, 456
Akademie der Künste 499, 585
Akademie der Wissenschaften 455 f
Akademie für Wohnungswesen e.V., Deutsche 109 f, 218, 451, 471
Akademie für Städtebau (Reichs-) und Landesplanung, Deutsche 58, 108 ff, 120, 430, 540, 570, 577
Alder, Waldemar, Architekt 311
Alexandra Stiftung 588 ff
Alliierte Kommandantur 324, 433, 435
Alliierter Kontrollrat 178, 470, 472
Andreas-Friedrich, Ruth, Journalistin 172, 177
Arbeitsgemeinschaft für zeigemäßes Bauen 495
Arbeitsstab für den Wiederaufbau zerstörter Städte 108, 118, 122, 393, 442

Balg, Ilse, Soziologin 565, 568, 597 ff
Bartning, Otto, Architekt 374 ff, 404 ff, 416 ff, 441, 497
Bartschat, Johannes, Architekt 191, 213
Batzer, Paul, Statistiker 68, 70 f
Bauakademie, Deutsche (DDR) 311, 318, 328 ff, 334, 337 f, 384, 388, 392, 394 f, 398, 401, 455 ff, 487 f, 501, 511, 515, 517, 520, 522 ff, 577
Bauhaus Dessau 499
Bauhaus Weimar 458
Baumgarten, Paul, Architekt 362
Behne, Adolf, Kritiker 223
Berliner Baugenossenschaft 587
Bernadotte, Folke, Diplomat 127 f
Bernoulli, Hans, Architekt 395
Bersarin, Nikolai, Militär (UDSSR) Stadtkommandant 130, 132, 144, 172 f, 175
Bickenbach, Helmuth, Statiker 374, 376
Biermann, Gerd, Architekt 411, 413
Blanck, Eugen, Architekt 119, 223
Block, Otto, Architekt 481, 483, 486
Böttcher, Karl, Architekt 185, 217 f, 223, 245, 273, 421, 423 f, 427 ff, 455, 457 f, 472, 478, 481, 483
Böttcher, Kurt, Architekt 372, 374
Bolz, Lothar, Außenminister (DDR) 310, 312, 318, 320, 326, 361, 513, 515, 519
Bonatz, Karl, Architekt 50, 91, 183, 222, 247 f, 249 ff, 254 f, 257 ff, 263, 282, 286 f, 312, 318, 359, 408, 444
Bonatz, Paul, Architekt 91, 247
Boveri, Margret, Journalistin 219 ff
Brandt, Willy, Politiker 579, 585, 597
Bräuer, Hellmuth, Architekt 384, 394
Brecht, Bertolt, Schriftsteller 334
Breker, Arno, Bildhauer 85
Brockschmidt, Karl, Direktor 301, 303, 306, 309
Broek, van den & Bakema, Architekten 377, 404, 526
Brugmann, Walter, Architekt 50, 91, 110
Bundesministerium für Wohnungsbau 496, 498, 557, 577 f
Bundestagsausschuß für Wiederaufbau und Wohnungsbau 556, 564 ff, 598
Bundestagsausschuß für Bau- und Bodenrecht 556, 566
Burgdörfer, Friedrich, Statistiker 71, 117 f

Christliche Demokratische Union Deutschlands (CDU) 174, 246, 253, 355, 494, 579 f, 585, 590
Chruschtschow, Nikita, Politiker 520
Churchill, Winston, Politiker 124, 126, 582
Congrès International d'Architecture Moderne (CIAM) 312, 341, 394, 440, 490, 496
City Ausschuß 540, 542
Clahes, Jurist 50, 79 f
Clay, Lucius, Militär (USA) 177
Collein, Edmund, Architekt 191, 214, 254, 258 f, 275, 311, 329, 336 f, 343 f, 384, 392 f, 396, 398, 400 ff, 487
Culemann, Carl, Architekt 115, 121 f

Dahlem, Franz, Politiker 454
Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus (DEGEWO) 375, 504, 587 f, 596
Demokratischer Block 258, 262 f, 304, 309
Demps, Laurenz, Historiker 78 f
Deutsch-Bau, Wohnungsbaugesellschaft 376
Deutsche Arbeitsfront (DAF) 60, 495
Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) 457, 472, 478, 510 f, 513
Deutscher Normenausschuß (DNA) 469 ff, 476, 478, 481
Deutscher Städtetag 286, 392
Döcker, Richard, Architekt 222 f, 362, 405, 440 f, 500
Dübbers, Kurt, Architekt 374, 376, 378, 472
Dülfer, Martin, Architekt 337
Düttmann, Werner, Architekt 377, 581 f, 584
Duntz, Hans, Architekt 455, 457, 486
Durth, Werner, Architekturhistoriker 98, 117, 496
Dutschke, Werner, Architekt 400 ff
Dzyck, Direktor der GSW 232, 238

Ebert, Friedrich, Oberbürgermeister 222, 258 f, 262 f, 303 ff, 318, 337, 392
Ebert, Wils, Architekt 218, 223, 232, 238, 245 f, 254, 257 ff, 288, 296, 305, 311 f, 325, 362, 367, 384, 393, 405, 423 f, 444, 455, 457 ff, 472, 568, 586
Effenberger, Theo, Architekt 455, 457, 472, 478, 486, 511
Eggeling, Fritz, Architekt/Stadtplaner 587 f, 590
Eiermann, Egon, Architekt 219, 377
Eisenhower, Dwight D., Militär (USA) 124, 127, 129, 143, 176 f
Elsässer, Martin, Architekt 98
Engel, Horst, Architekt 409 f
Englberger, Otto, Architekt 389, 394, 400, 515 f
Ermisch, Richard, Architekt 61, 191, 254, 257, 355, 539, 547

Fayolle, Architekt, Militär (F) 423 f, 432, 434 f
Feder, Gottfried, Ideologe Stadtplaner (NS) 442
Fehling, Hermann, Architekt 522, 524 ff, 529
Fischer-Dieskau, Joachim, Staatssekretär 119, 495
Flierl, Bruno, Architekt 397
Forbat, Fred, Architekt 405, 408
Forschungsgemeinschaft Bauen u. Wohnen, Stuttgart 439, 495
Forschungsstelle des Reichswohnungskommissars 471
Fanck, Arnold, Filmregisseur 49
Fränk, Gerhard, Jurist 50, 85, 91, 96, 98
Frank, Erich, Architekt 549 ff, 562 ff, 567, 579
Frank, Wilhelm, Architekt 500 ff
Franke, Harald, Architekt 591
Freese, Hans, Architekt 362
Friedrich, Peter, Architekt 189, 207, 218, 223 ff, 232, 237 f, 242, 245, 249, 259, 263, 267, 269 f, 282, 305, 311, 325, 424, 431, 444, 448, 455, 457, 568, 584
Fürlinger, Friedrich, Architekt 355, 359, 370, 412, 568 f, 579, 581 ff, 592

GAGFAH, 472, 474, 515
GEHAG 303, 504
Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (GBI) 47 ff, 60, 62, 65, 67 f, 70 ff, 77, 79 ff, 85 f, 89, 91, 109, 270 f, 362, 552
Gerber, Anton, Architekt 354
Gerlach, Hans, Architekt 472, 474 f, 479
Geschke, Ottomar, Politiker 172, 174
Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau (GSW) 60 ff, 408 ff, 416 ff, 503 ff, 557 f, 596
Gestapo 68, 83 ff, 123 f
Gewerbesiedlungsges.mbH (GSG) 587
Gemeinnützige Wohnungsbau AG (GEWOBAG) 411, 414, 416, 418 f, 581, 596
Girnus, Wilhelm, Politiker 329, 330
Goebbels, Joseph, Politiker 44, 69, 74, 93, 127, 136, 160, 485
Göderitz, Johannes, Stadtplaner 108 ff, 114, 117 ff, 286, 357 f, 570, 577 ff, 581 f, 598
Goergen, Willi, Stadtplaner 192, 231 f, 238, 242
Göring, Hermann, Politiker 49, 68, 76
Gottwald, Günter, Architekt 362, 374, 376
Graffunder, Heinz, Architekt 342
Grohmann, Will, Kunstkritiker 360, 362
Gropius, Walter, Architekt 118, 218 f, 223, 254, 288, 330, 337, 361, 378, 393, 405, 408, 413, 431, 438, 455, 496, 499
Grossmann, Walther, Direktor GSW 411 ff, 504 f
Grotewohl, Otto, Politiker 309, 318, 320, 322 ff, 487, 501
Grotewohl, Madeleine 516 f
Gutkind, Erwin, Architekt 442
Gutschow, Konstanty, Architekt 96, 98, 107, 114 ff, 361, 393, 442, 587
Gutschow, Niels 360

Häring, Hugo, Architekt 58, 189, 207, 218, 223, 286, 362, 405, 408, 440 f, 448, 455 ff, 466, 479, 490 f
Haesler, Otto, Architekt 441, 511 f
Hämer, Harth-Waltherr, Architekt 361
Hammerbacher, Herta, Gartenarchitektin 141, 368
Hansa AG 382, 499
Hartmann, Egon, Architekt 337 f, 347
Hassenpflug, Gustav, Architekt 118, 223, 374 ff, 472
Haus- und Grundbesitzerverein 592 f
Havemann, Wilhelm 238, 242
Hebebrand, Werner, Architekt 318, 362, 384, 392 f, 496
Hegemann, Werner, Journalist 111, 394
Heimstätte Berlin, Wohnungsbaugesellschaft 301, 303 ff, 467 ff, 533
Henry, Robert, Militär (USA) 423, 427, 430, 432 ff, 437 ff
Henselmann, Hermann, Architekt 246, 327 f, 330 ff, 335 f, 338, 340, 343, 347, 354, 384 ff, 395 ff, 437, 443, 454 ff, 469, 471 f, 481, 485 ff, 515, 517, 521
Herrnstadt, Rudolf, Journalist 332, 334 f
Herzenstein, Ludmilla, Architektin 218 f, 259, 300, 305, 459
Hessel, Franz, Schriftsteller 64
Hetlage, Karl Maria, Jurist 50, 79 f, 98
Hetzelt, Friedrich, Architekt 50, 117 f
Heuer, Friedrich, Architekt 115 f
Heumann, Benny, Architekt 361
Heuss, Theodor, Politiker 356, 363, 561, 568
Hilberseimer, Ludwig, Architekt und Stadtplaner 189, 207, 218, 223 f, 227, 273 ff, 288, 405, 448, 450 ff, 455, 499

Hillebrecht, Rudolf, Architekt und Stadtplaner 98, 115, 361, 384, 392 f, 496, 578, 587
Himmler, Heinrich, Reichsführer SS 127 ff, 173
Hinssen, Felix, Architekt 557, 559, 561
Hirche, Kurt, Architekt 259, 472
Hitler, Adolf, Politiker 44, 48, 59, 61 f, 68 f, 74, 85, 91, 96, 113, 115, 123, 134, 139, 147, 169, 289, 449, 485, 494, 539
Hochschule für Architektur, Weimar 331, 337, 340, 443, 455, 516
Hochschule der Künste Berlin (West) (HDK) 325, 597
Hochschule Burg Giebichenstein, Halle/S. 340
Hoffmann, Hubert, Architekt und Stadtplaner 117 f, 120, 223 f, 312, 355, 357 f, 360, 362, 272, 377, 511, 568, 570, 578
Hopp, Hanns, Architekt 328, 330, 337 f, 340, 344, 347, 350, 384, 387 f, 396 f, 400, 458, 487, 513 ff
Hoss, Walther, Architekt 440
Huber, Victor Aimé, Nationalökonom 113, 115, 580
Huchel, Peter, Schriftsteller 448
Hummel, Alfred, Architekt 232, 238, 242, 470
Hunnecke, Alexander, Architekt 384

IG Farben Industrie 62, 427, 431 f
Industrie- und Handelskammer (IHK) 596 ff
Interbau GmbH 374, 499
Internationales Komitee für Bau- und Wohnungswesen (IKBW) 217, 244, 246, 422 ff, 427, 429 ff, 433 f, 437 ff, 442, 456
Internationaler Verband für Wohnungsbau 548
Institut für Baukunst und Bauwissenschaften 454, 456
Institut für Bauwesen (IfB) 218 f, 249, 266, 296, 300, 303 f, 318, 322, 328, 331, 406 f, 437, 442 ff, 454 ff, 466, 469 ff, 478, 481, 484 ff, 490, 495, 500 f, 511 ff
Institut für Städtebau u. Hochbau 310, 318, 328, 469, 487
Institut für Städtebau, TU (IfS) 366, 410, 442, 505
Institut für Typung 394, 521

Jacob, Felix, Grafiker 210, 218
Jansen, Hermann, Stadtplaner 55, 362, 593
Jendretzky, Hans, Gewerkschafter 174, 309, 335, 437
Jensen, Herbert, Stadtplaner 393, 587
Jirak, Walter, Stadtrat 172, 174
Jobst, Gerhard, Architekt 55, 362, 368 ff, 376, 380, 406, 570
Junghanns, Kurt, Architekt 384, 400

Kaiser, Jakob, Politiker 356, 361 f
Kaiser, Josef, Architekt 342, 397
Kammer der Technik 265, 455
Karweik, Architekt 232, 245 ff
Klatt, Herbert, Architekt 232, 242, 305, 361, 533, 557, 559, 561, 563, 565, 568, 579, 585
Klawonn, Helmut, Kaufmann 374 ff
Kleihus, Joseph Paul, Architekt 361
Klein, Alexander, Architekt 377, 481 f, 486
Kleinwohnungsbau Gemeinnützige Baugesellschaft mbH 533, 564, 580 f
König, Joel 84
Kohtz, Otto, Architekt 58
Kollektiv für sozialistisches Bauen 224
Koller, Peter, Architekt/Stadtplaner 593 f
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 174, 184, 244, 246 f, 520, 539 f, 552
Konew, I.S., Militär (UDSSR) 133
Korn, Arthur, Architekt 224, 227, 361
Kosel, Gerhard, Architekt 361, 396, 398, 520, 524
Kotikow, Alexander, Militär (UDSSR) 309
Krause, Alfred, Architekt 455, 472
Krebs, Hans, Militär (D) 134, 138 f, 147
Kreis, Wilhelm, Architekt 43, 85
Kreuer, Willy, Architekt 368 ff, 377, 380
Kühn, Benno, Stadtbaurat 540 f, 546, 548
Kühn, Erich, Architekt 361, 355, 374 ff, 568, 577, 587
Kühne, Günter, Architekt 312, 384
Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 326, 454 f, 515
Kuschy, Herbert, Architekt 522, 524 ff

Lauterbach, Heinrich, Architekt 218, 362, 441
Le Corbusier, Charles, Architekt 312, 330 f, 466, 482, 499, 526
Lee, Chen Kuen, Architekt 450, 466
Lehning, Elly, Architektin 568, 584
Leistikow, Hans, Grafiker 180 ff, 193, 218
Lembrock, Josef, Architekt 568, 584
Lemmer, Ludwig, Architekt 355, 359 f, 370, 372 ff, 393, 406
Lenin, Iwan Illitsch, Politiker 365, 540
Leowald, Georg, Architekt 472
Leucht, Kurt, Architekt 311, 328, 337 f, 347 f, 351, 384, 386, 394
Leunawerke 430
Ley, Robert, Politiker 113, 173, 494, 577
Leyden, Friedrich, Geograph 555
Liberal Demokratische Partei (LDP) 246, 253
Liebknecht, Kurt, Architekt 308 ff, 318, 320, 327 ff, 334, 341, 347, 384, 390, 398, 454 ff, 487, 515, 517, 519
Liebknecht, Wilhelm, Politiker 365
Lingner, Reinhold, Gartenarchitekt 192, 212, 245, 254, 257, 259, 288, 444, 455, 457, 472, 474
Lindhorst, Konrad, Unternehmer 361 f
Lippert, Julius, Staatskommissar 58 f, 541 f, 548 f, 551
Lods, Marcel, Architekt 312
Luckardt, Hans u. Wassily 223, 360, 362, 377 f, 405 f, 455, 496
Ludwig, Eduard, Architekt 362, 472
Lücke, Paul, Politiker 559, 565, 579 f
Lüders, Marie-Elisabeth, Politikerin 471 f, 474

Mächler, Martin, Privatgelehrter 110, 187, 196, 223, 272 ff, 423 ff, 430 f, 435, 442 f, 445, 457, 497
Mahle, Hans, Redakteur 171, 174
Mahler, Karl, Politiker 355 f, 360, 362, 364, 366, 370, 373 f, 376
Mahlau, Alfred, Grafiker 98, 102
Maiss, Fritz, Architekt 533, 564
Manleitner, Manfred, Statiker 413 f
March, Werner, Architekt 368, 597 ff
Maron, Karl, Politiker 171 f, 174, 182 ff, 223, 232 324
Mattern, Hermann, Gartenarchitekt 451
May, Ernst, Architekt u. Stadtplaner 182, 318, 331, 361 f, 384, 393 ff, 405, 438, 520
Mendelssohn, Heinrich, Banquier 331, 405, 409 f
Mengeringhausen, Max, Ingenieur 439
Menzel, Matthias 124 f, 173 f
Meyer, Konrad, Landwirt 112
Mies van der Rohe, Ludwig, Architekt 189, 350, 361, 376 f, 405 f, 430, 448, 455, 496, 526
Ministerium für Aufbau 308 ff, 318, 328 f, 396, 469, 487, 513, 515
Ministerium für Bauwesen 398, 522
Ministerrat der DDR 309, 318, 321, 390 f, 520, 525
Moest, Walter, Architekt 192, 231, 238, 250 ff, 254, 257, 355, 368, 370, 412, 414
Möhring, Bruno, Architekt 58, 111
Monk, Egon, Regisseur 533 ff
Montgomery, Bernard, Militär (GB) 176 f
Mucke, Hans, Architekt 191, 214, 254, 275, 311, 455
Müller, Werner, Obermagistratsrat 541, 544 ff, 556
Müller-Rehm, Klaus, Architekt 376, 453, 511
Munter, Arnold, Stadtbaurat 258 f, 311

Nachtlicht, Leo, Architekt 340
Nagel, Otto, Maler, 454, 533
Nationalkomitee „Freies Deutschland" 454 f
Nationalsozialistischer Bund Deutscher Technik (NSBDT) 91, 549 f
Nervi, Luigi, Ingenieur 377
Neufert, Ernst, Architekt 67, 76, 98, 110, 118, 440, 469 ff, 495, 570
Neukrantz, Klaus, Schriftsteller 533
Neupert, Karl, Architekt 98, 119
Newmann, Militär (GB) 423 f, 428, 431
Nicklitz, Walter, Politiker 257 ff, 355, 556 ff, 565, 567, 579, 581 f, 584 f, 597 ff
Niemeyer, Reinhold, Stadtplaner 108, 111 f, 118 ff, 455, 578, 540 f, 547
Nikolsky, Militär (UDSSR) 423 f, 455
Nikulina, Anna, Militär (UDSSR) 131 f
NSDAP 65, 79, 115, 118 f, 362, 539, 552
Noth, Herbert, Architekt 374 f
Nutall, Militär (GB) 422 ff, 427 ff, 433, 435

Oberkommando des Heeres (OKH) 58, 72, 92, 133 ff, 137
Occident Gesellschaft 438, 519
Oelsner, Gustav, Politiker 478
OMGUS 438 f, 449
Orlopp, Josef, Politiker 171 f, 174, 232
Organisation Todt (OT) 91, 96
Ottersky, Lona, Volkswirtin 579, 598
Otto, Karl, Architekt 60, 109 f, 122, 361, 374 ff, 454, 568, 597

Paul, Bruno, Architekt 406
Paulick, Richard, Architekt 328, 330 ff, 334, 337 f, 342, 347, 395 f, 400, 458, 487, 515, 517 ff, 521
Petrick, Gerhard, Architekt 50, 60 ff
Pfeil, Architekt u. Stadtrat 64, 80, 541, 546
Pieck, Arthur, Stadtrat 171 f, 174, 324
Pieck, Wilhelm, Politiker 329, 454 f
Pisternik, Walter, Gewerkschafter 232, 242, 254, 311, 328
Planungskollektiv 209, 218, 224, 227, 266, 268, 271, 274, 282, 284, 286 ff, 305, 308 f, 312, 318, 324 f, 358, 393, 406, 431, 443, 448, 452, 466
Pniower, Georg, Gartenarchitekt 363
Poelzig, Hans, Architekt 218, 224, 318, 337, 405, 455, 466, 520, 539
Polin, Militär (F) 423 ff, 431 f
Porsche, Ferdinand, Ingenieur 113
Prager, Stephan, Stadtplaner 111
Preussker, Victor-Emanuel, Politiker 566, 579 f
Pries, Karl, Stadtplaner 114

Rading, Adolf, Architekt 219
Rainer, Roland, Architekt 112 ff, 116 ff, 357 f, 570, 578
Randzio, Ernst, Ingenieur 191, 212, 231, 238, 241 ff
Redslob, Edwin, Reichskunstwart 223, 368
Reich, Lilly, Architektin 189, 207, 223
Reichow, Hans-Bernhard, Architekt 384, 587
Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) 111 f, 115

Reichsarbeitsministerium (RAM) 67, 109 f, 119, 539, 541 f, 576
Reichsbahn, Deutsche 61 f, 64
Reichsfinanzministerium (RFM) 539, 542
Reichsforschungsgesellschaft für wirtschaftliches Bauen (RFG) 472 ff, 486
Reichsluftfahrtministerium (RLM) 67, 109
Reichsstelle für Raumordnung 109
Reichswohnungskommissar (RWK) 109
Reidemeister, Andreas, Architekt 348
Renn, Ludwig, Journalist 329
Reuter, Ernst, Politiker 222, 249 f, 258, 326, 354, 494 f, 557 f, 560 f, 598
Riecke, Herbert, Architekt 344
Rimple, Herbert, Architekt 393, 442
Ring, Architektenvereinigung 286, 362, 378, 404 f, 407, 411, 440 f, 490, 496, 503 f
Rohde-Liebenau, Alix, 444, 474
Roosevelt, Franklin, Politiker 124, 126
Rossow, Walter, Gartenarchitekt 357 ff, 362 f, 374 ff, 378, 382, 568
Royal Air Force (RAF) 74, 78, 82, 85, 91, 96, 99, 102 f, 107, 124 f, 321
Ruegenberg, Sergius, Architekt 190, 368, 381, 406 f, 458, 499
Runge, Ernst, Architekt 245 ff, 254

Sagebiel, Ernst, Architekt 67
Scharoun, Hans, Architekt 43, 174, 180 ff, 185, 190, 212, 217 f, 221 f, 225, 230 ff, 238, 244 ff, 250, 263, 266, 270 f, 273 ff, 276, 278, 281 f, 286, 289, 296 f, 300 ff, 305, 309, 312, 322 ff, 361, 366 ff, 374 ff, 382, 384, 404 ff, 409, 416 f, 419, 421, 423 ff, 432 ff, 437, 440 ff, 448 ff, 463, 466 ff, 472, 478, 481, 483, 485 ff, 496 ff, 499, 501 ff, 507, 510 ff, 526, 533, 570, 577
Scheidling, Oberbaurat 230 ff, 238 ff
Schelkes, Willi, Architekt 50, 91, 117
Scheper, Hinnerk, Denkmalpfleger 355, 408, 455, 457 f
Schinkel, Karl-Friedrich, Architekt 323, 327, 330 f, 335 f, 342, 347, 387
Schinz, Alfred, Architekt 411, 413 f
Schlüter, Andreas, Architekt 324, 326, 347, 387
Schmiedel, Hanspeter, Architekt 526
Schmidt, Hans, Architekt 394, 398 f, 521
Schmidt, Joost, Grafiker 218
Schmitthenner, Paul, Architekt 362
Schmitz, Bruno, Architekt 58
Schneider, Karl, Architekt 406
Schnittke, Architekt, Militär (UDSSR) 423 f, 430, 432 f, 456
Scholz, Ernst, Politiker 510 f
Schoszberger, Hans, Architekt 374, 376, 378, 382
Schreiber, Walter, Politiker 561
Schumacher, Fritz, Architekt und Stadtbaudirektor 111
Schuster, Franz, Architekt 189, 207, 448
Schutzstaffel (SS) 68, 72, 80, 84 f, 123 f
Schwab, Alexander, Kritiker 47, 273
Schwarz, Herbert, Sozialarbeiter 533, 536 ff
Schwan, Bruno 110
Schwedler, Rolf, Politiker 5, 247, 355, 372, 383, 411, 416, 419, 530, 557, 559, 567, 579, 581 ff, 586, 592, 598 f
Schweer, Dietrich, Senatsrat 364, 370, 372, 374, 377 f, 380, 382
Schwenk, Paul, Oberbürgermeister 174 f, 231 f, 238, 242, 324
Schwippert, Hans, Architekt 377 f, 406
Seewald, Hermann, Grafiker 218
Seitz, Luise, Architektin 218 f, 308, 424, 448
Seldte, Franz, Politiker 110, 494
Selmanagic, Selman, Architekt 218 f, 238, 359, 384, 393, 424, 431
Shukow, Georgi, Militär (UDSSR) 126, 129 f, 176
Siegmann, Gerhard, Architekt 362, 376 ff, 511
Siemenswerke 428
Sholtowski, Iwan, Architekt 517 f, 524
Sobotka und Müller, Architekten 377 f, 556, 563 f
Souradny, Karl, Architekt 337 f, 347
Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 246, 513
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 174, 244, 246 f, 253, 354 f, 494, 539, 552, 562, 565 f, 579 f, 585, 590
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 244 ff, 252 ff, 306 ff, 322, 325, 329, 331 f, 345 f, 388, 396, 457, 515, 582, 585
Speer, Albert, Architekt, Rüstungsminister 43, 47 ff, 52, 54, 58 f, 64, 67, 74, 76, 81, 85, 89, 91, 94 ff, 109 f, 118 f, 361, 442, 494 ff, 577
Ständige Vertretung der BRD 458
Stalin, I.W., Politiker 124, 126, 177, 310 f, 467, 486
Stallknecht, Willfried, Architekt 522, 524 ff, 529
Stam, Mart, Architekt 219, 223
Starck, Heinrich, Politiker 223, 232, 238, 242, 245, 258 f, 263, 265, 278, 280 f, 283 f, 291, 296, 324 f
Steinbiß, Max, Architekt 375, 557
Stephan, Hans, Architekt 47, 50 f, 60 f, 82, 91, 96, 98, 107, 117, 362 f, 370, 372, 374 ff, 378 f, 412, 499, 552, 568 f, 579, 584
Stier, Wilhem, Architekt 492
Stiftung zur Förderung von Bauforschungen 473
Stoph, Willy, Politiker 335, 454 ff
Strauss, Gerhard, Kunsthistoriker 322, 347
Striemer, Alfred, Landesplaner 442
Suter, Gody, Journalist 366 f
Syrkus, Helena, Architektin 290

Tamms, Friedrich, Architekt 74, 94 f, 111
Tausch, Hermann, Architekt 481, 484, 486, 515
Taut, Bruno, Architekt 218, 499, 520
Taut, Max, Architekt 199, 220, 223, 275, 362, 377, 405 f, 441, 454 f, 457
Tepez, Robert, Architekt 496, 511 f
Tessenow, Heinrich, Architekt 218 f, 223, 441
Thiele, Klaus-Jacob, Architekt, Redakteur 363, 381, 406, 413 f
Triebel, Wolfgang, Ingenieur 110, 473 f
Tschernyschew, Sergei, Architekt 340 f

Ulbricht, Walter, Politiker 171, 308 ff, 325, 327, 335, 341, 385, 387, 400, 454 f, 498, 582
Unglaube, Felix, Architekt 230 f, 257 f, 355
Universum Treubau Wohnungsbau GmbH 500 ff
Unwin, Raymond, Stadtplaner 393

Vaterländischer Bauverein eGmbH 587
VEB Bau Berlin 522
VEB Bauprojektierung Groß-Berlin 303, 401
VEB Typenprojektierung Berlin 522
Verband Berliner Wohnungsunternehmen 408
Verein für die Armen 588
Volkskammer der DDR 318, 322, 324, 326 ff
von Möllendorff, Wolf, Architekt 384, 406 f

Wachsmann, Konrad, Architekt 218
Wagenfeld, Wilhelm, Industriedesigner 455, 457 f, 472
Wagner, Martin, Stadtbaurat 173, 254, 288, 405, 430, 455, 540, 557
Wandel, Paul, Politiker 454
Wandersleb, Hermann, Politiker 356, 362, 557
Wangenheim, Gustav von 454 f
Weber, Werner, Architekt 376, 419
Wedepohl, Edgar, Architekt 372 f, 496 f
Wedler, Bernhard, Ingenieur 232, 238, 242, 470 ff
Weidling, Helmuth, Militär 130, 147
Weinberger, Herbert, Architekt 218 f, 232, 238, 254, 259, 287, 456 f
Weinert, Erich, Dichter 454, 533
Werner, Arthur, Oberbürgermeister 174, 182, 223, 231 f, 246, 324
Wiel, Leopold, Architekt 521
Wildermuth, Eberhard, Politiker 557
Wischek, Albert, Direktor 355, 360 f, 370 f, 374
Wittgenstein, Werner, Bürgermeister 230 ff, 238
Winzer, Otto, Politiker 171 f, 174, 324
Wlassow, Alexander, Architekt 340 f, 387
Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) 65, 504, 596
Wohnungsfürsorge-Gesellschaft Berlin mbH 64 f, 541
Wolf, Konrad, Regisseur 174
Wolf, Markus, Politiker 175
Wolters, Rudolf, Architekt 49 f, 82, 84, 91, 94 ff, 98, 117, 119, 442, 496
Wortmann, Wilhelm, Stadtplaner 587

Zumpe, Manfred, Architekt 526

Orte

Ackerstr. 28, 530, 532, 556 ff, 568 f, 588, 590
Admiralspalast 258
Akademie der Künste 56, 59, 382
Alexanderplatz 94 f, 308, 320, 342, 344, 347, 350 f, 387, 397 ff, 521, 522, 545, 551
Altes Museum 327, 353
Altes Stadthaus 468
Altonaerstr. 89
Alvenslebenstr. 25, 36
Andreasplatz 16
Andreasstr. 15 f, 390
Anhalter Bahn 48, 348, 357
Arbeiterstadt Große Halle 73
v. Arnimsches Palais 56
Athen 182, 223, 357
August-Bebel-Platz 325

Bad Dürrenberg 398 f, 486
Badstr. 536
Bäkegrund 289
Bahnhof Grunewald 86
Barbarossastr. 22 f
Barnimstr. 12, 157
Bartningzeile 503
Baruth 280
Bauhaus Dessau 218 f, 223, 273, 311, 357, 378
Bayerischer Platz 109
Bayerisches Viertel 168, 275
Bergstr. 590
Berliner Str. 24, 65, 138
Bernauer Str. 582, 584, 591 ff
Berolina Haus 337, 347
Bersarinplatz 386 f
Bersarinstr. 344
Bitterfeld 427, 430 ff
Boddinplatz 18
Bornholmer Str. 29
Borsigstr. 28
Brandenburg 515, 529
Brandenburger Tor 48, 50, 95, 160, 169, 308, 319, 396
Bremen 494, 497, 500
Breslau 360, 393, 466, 478
Buch 94
Budapester Str. 96
Bülowplatz 539 f
Bunker am Zoo 107
Brunnenstr. 30, 582
Burgstr. 82 f

Carmen-Sylva-Str. 29
Charlottenbrunner Str. 81
Charlottenburg 9, 60, 96, 133 ff, 152, 175, 190, 207, 209, 410 f, 448, 470, 584
Charlottenburg-Nord 53 ff, 60 f, 65, 361, 410 ff, 488 f, 504 ff
Charlottenburger Chaussee 95, 196
Charlottenburger Schloß 96
Chicago 332, 499
City 235 f, 240, 255, 268, 300, 427, 434, 542, 570
Coventry 91
Cunostr. 81
Cuvrystr. 19

Dahlem 133, 159
Darmstadt 416, 491, 494
Derfflingerstr. 25
Dessau 308, 337, 358, 438, 451, 499
Dessau-Thörten 473, 499
Deutsche Staatsoper 348
Dom 47, 321, 326, 395
Drakestr. 169
Dresden 183, 275, 278 ff, 308, 330, 394, 456, 522
Düppel 154
Düsseldorf 470

Elbestr. 18
Eisenhüttenstadt 384
Erich-Steinfurth-Str. 15
Erich-Weinert-Str. 29
Ernst-Reuter-Siedlung 530, 557, 560 ff, 569, 587

Falckensteinstr. 19
Feilnerhaus 331, 335 f
Fennpfuhl 385, 393 ff, 523, 568
Fernheizwerk Küstrinerplatz 348
Fernsehturm 397, 403
Fischerkietz 526, 540, 542
Flakbunker Friedrichshain 149 f, 348
Flakbunker Humboldthain 150
Flakturm am Zoo 94, 102, 104, 150 f
Flughafen Tempelhof 67, 74, 175 f
Frankfurt/Main 182, 222, 330, 393, 431, 438
Frankfurter Allee (s.a. Stalinallee) 204, 262, 269, 275, 279 f, 283, 296, 303 f, 311, 362, 458 f, 468, 526
Franz-Mehring-Platz 15
Fredersdorfer Str. 12
Friedenau 133, 159
Friedrichsfelde 171, 176
Friedrichshain 12 ff, 74, 138, 140, 183, 191, 214, 258 f, 262, 275, 278, 281, 283, 289 ff, 311, 350, 362, 385, 389, 407, 459, 462, 491, 500 ff, 539
Friedrichstr. 174, 183, 222, 320, 394
Fritschestr. 47
Fürstenberg 515

Gabriel-Max-Str. 14, 34
Galgenplatz 569
Garde-Artillerie-Kaserne 457
Gartenplatz 591
Gartenstr. 28, 557, 584
Gatow 55
Gärtnerstr. 14
Gedächtniskirche 96
Gensdarmenmarkt 191, 386
Genthinerstr. 25
Gesundbrunnen 537, 568, 570, 584, 592
Gleditschstr. 22, 33
Gleisdreieck 107
Goebelplatz 411 ff, 416 ff
Goebelstr. 410, 503
Goebenstr. 22, 40
Görlitzerstr. 20 f
Goltzstr. 22
Gräber d.gr. Sozialisten 192
Graunstr. 27, 594
Greifswalder Str. 31, 35, 65 f, 149
Grenadierstr. 545, 547
Grimmstr. 135
Große Halle 48 f
Großer Stern 95
Großer Wannsee 154
Grünau 290
Grünberger Str. 14
Güntzelstr. 24
Grunewaldstr. 22
Gubener Str. 386

Händelallee 95
Hafenplatz 169
Hamburg 94 f, 98, 114, 354, 392 ff, 416, 473, 555
Hannover 356 f, 392 f, 473 f, 495
Hannoversche Str. 296, 457, 481
Hansaviertel 84, 362 ff, 372 ff, 404, 407, 418, 470, 489, 498 f, 560, 568, 698
Haselhorst 414, 473
Hasenheide 133 ff
Hauptstr. 169
Haus am Waldsee 182, 231, 247
Haus des Fremdenverkehrs 43 f, 105
Heerstr. 152
Heilmannring 507
Heimstr. 19
Heinersdorf 327
Heinrich-Heine-Viertel 393
Helmstedter Str. 24
Hermannstr. 61
Hermann-Göring-Str. 56, 74 f, 151
Hertzbergplatz 17
Hildebrandstr. 26, 37
Hiroshima 125, 178, 246
Höchstestr. 153, 157
Hohenzollerndamm 82
Horst Wessel Platz 541 f, 547, 549 ff
Hotel am Zoo 362
Hoyerswerda 337, 388, 395, 521
Humboldthain 74, 534, 536
Humboldt-Universität 395
Hussitenstr. 558, 564, 590

Insterburger Str. 12, 23
Invalidenstr. 492 ff, 569

Jannowitzbrücke 402
Jarrestr. 473
Jebensstr. 455, 457
Jenaer Str. 24
Joachimstaler Str. 82
Johannisthal 518 ff
Jungfernheide 54, 416
Jungfernheideweg 409

Kaiser-Friedrich-Str. 18
Kaiser-Wilhelm-Str. 539, 541
Kaiserdamm 147, 154, 598
Kantstr. 154
Karl-Marx-Allee 341, 403
Karlshorst 130, 176, 435, 438, 519, 521 f
Kastanienallee 30, 32, 43
Kraftwerk Klingenberg 430
Kaufhaus des Westens 358
Kirchbachstr. 22, 40
Kleistpark 168
Kleiststr. 107
Klopstockstr. 22, 365
Knesebeckstr. 8/9, 109, 119
Knorrpromenade 13
Koblankstr. 542
Köln 85, 118, 498
Königsberger Str. 12, 296, 304
Königsstr. 319
Köslinerstr. 530, 532 ff, 551 f, 555 f, 562 ff, 567 f, 580 ff
Kolbergerstr. 539
Koppenstr. 275
Kottbusser Tor 66, 135
Krefeld-Uerdingen 470
Kreuzberg 9, 19 ff, 39, 134 ff, 175, 192, 275, 533, 545, 551, 555, 579, 583, 597 ff
Kronprinzenpalais 56
Krossener Str. 14
Küstriner Platz 15
Kulturforum 43, 327, 500
Kurfürstendamm 96, 99 ff

Landsberger Chaussee 395
Landshuter Str. 23
Landwehrkanal 96
Lange Str. 16
La Sarraz 222 f, 482
Lausitzer Str. 20, 39
Leipziger Platz 342
Leninallee 384
Leningrad 319, 390, 455
Leninplatz 526 ff
Leopoldstr. 521
Levetzowstr. 83 ff
Lichtenberg 34, 384 f, 393 395, 401, 518, 521 ff, 568
Lichterfelde 134, 137, 168, 354
Liebknecht-Haus 539, 540, 547
Lietzenseebrücke 154
Lindenhof 289
Linienstr. 541 f, 544 ff
London 74 f, 79, 94, 122, 196, 224, 227, 289, 311, 395, 424 ff, 432 ff
Lortzingstr. 27, 594
Lothringer Str. 542, 544, 546 ff
Lübbenau 521 f
Lübbener Str. 20
Lübeck 85, 91, 95, 128
Ludwigstr. 395
Luisen-Ufer 21
Lustgarten 47, 308 f, 319 ff

Madaistr. 15
Magdeburg 120, 308, 357, 474
Märkisches Viertel 456, 568
Mariannenplatz 579
Magnitogorsk 187, 196, 318
Mariannenstr. 20
Marienkirche 324
Marseille 466, 499, 526
Marsiliusstr. 275
Martin-Luther-Str. 364
Marx-Engels-Forum 397
Marx-Engels-Platz 323, 327, 340 ff, 351, 354, 356, 391, 399
Matthäuskirche 43
Memelerstr. 551
Messehallen am Funkturm 222, 254
Meyer's-Hof 507, 532 ff, 536, 540, 557 ff, 587 ff
Minden 470, 472
Minsk 84, 175
Mitte 28, 30, 128, 135 ff, 169, 393, 541 f, 545 ff, 557
Moabit 568
Moosdorfstr. 17
Moskau 222, 265, 310 ff, 316 ff, 328, 334, 340, 344, 387 f, 391, 423 ff, 435, 454, 457 f, 486 f, 515 ff, 520
Motzstr. 82, 99, 102, 104
München 64, 68, 115, 395, 431
Mulackstr. 542, 545, 547
Museum für Meereskunde 102
Museum für die bedingungslose Kapitulation, Karlshorst 130 f
Museum für deutsche Geschichte 327, 512
Museumsinsel 325

Nagasaki 125, 246

Naugarder Str. 31
Naunynstr. 555, 579
Nettelbeck Platz 535, 556, 563
Neue Krugallee 65
Neuer Weddinghof 533
Neues Palais 455
Neues Stadthaus 222, 253, 258, 423
Neue Wache 342
Neukölln 9, 17 f, 61, 201, 289, 539, 584
Nollendorfplatz 99, 105
Nonnendamm 505
Nonnendammallee 408 f
Nord-Süd-Achse 43, 48, 50, 61 ff, 73, 97 f, 102, 105

Oberschöneweide 393
Oderberger Str. 30, 32, 43
Opernplatz 47
Oranienburg 292
Oranienburger Str. 86
Oranienburger Tor 457
Oranienstr. 551
Ostbahnhof 388
Ostseestr. 522
Ost-West-Achse 48, 50, 97, 138, 143, 165

Palast der Republik 327, 397
Panke 532, 536 f, 556, 563
Pankow 280
Pankstr. 533 ff
Pappelallee 159
Paris 331, 357, 390, 395, 423 f, 429, 432, 435, 442
Pariser Platz 56 f, 74 ff, 95, 105, 117, 169
Parkstr. 136
Parochialstr. 173, 223
Philharmonie 43, 62, 169, 499 f
Pichelsdorf 154
Pichelsdorfer Brücke 152
Plötzensee 414
Podbielsky-Allee 160
Pohlstr. 25
Polen 73, 94
Potsdam 135, 246, 422, 451, 454 f
Potsdam-Eiche 133, 137 f
Potsdamer Bahnhof 97
Potsdamer Brücke 41, 96
Potsdamer Platz 118, 151
Potsdamer Str. 25 f, 36, 41, 64
Prenzlauer Berg 29 ff, 35, 159, 192, 557
Prinzenallee 171
Prinz-Eugen-Str. 171
Proskauer Str. 350, 387
Putbusser Str. 27
Ramlerstr. 27, 38
Rathaus, Berlier 172, 353, 395, 540
Rathausplatz 526
Rathausturm 102, 272
Rathenow 512
Reichenberger Str. 20, 39
Reichsarchiv, Potsdam 455
Reichskanzlei 49, 56 ff, 85, 92, 96, 102, 105, 113, 131 ff, 169, 253, 324, 430, 432, 547
Reichssportfeld 466
Reichstag 160, 321, 361 f
Reinickendorf 178, 422, 503, 568
Reinickendorfer Str. 532, 536 ff
Riehmer's Hofgarten 558
Rieselfelder 48, 55
Rigaer Str. 13
Ritterstr. 21, 192, 236, 598 f
Rodenbergstr. 29
Rosenthalter Platz 95
Rostock 85, 330, 514, 521
Roter Platz, Moskau 321 f
Rotterdam 124, 331
Rüdersdorf 281, 354
Rügener Str. 30
Rummelsburg 522
Runder Platz 57, 62, 67, 102, 105

Schadowstr. 56
Scheunenviertel 539 f, 542 f, 549
Schiffahrtskanal 54
Schillerpromenade 17
Schlesischer Bahnhof 97, 292, 551
Schleswiger Ufer 89, 470
Schloß 47, 95, 102, 108, 143, 309, 321 ff, 395, 435
Schloß Babelsberg 455
Schloß Bellevue 568
Schloß, Eosanderportal 326 f
Schloßfreiheit 321
Schloß Friedrichsfelde 343
Schloßplatz 312, 324, 327
Schloß Schlüterhof 322 ff
Schloß, Weißer Saal 181, 183, 185 f, 277, 324, 429, 432 f, 444
Schöneberg 9, 22 ff, 33, 36, 40, 60, 167 f, 199, 205, 584
Schöneberger Südgelände 61 ff, 72
Schönfließer Str. 29
Schönhauser Allee 159
Schönweide 176
Schulstr. 536
Schwanenwerder 154
Sebastiankirche 569
Seglitzdamm 21
Sellerstr. 47
Senefelderplatz 159
Siegessäule 107
Siemensdamm 408 ff
Siemensstadt 222 f, 234, 286, 289, 364, 368, 405 ff, 430, 490, 494, 503 ff
Soldatenhalle 43
Sonnenallee 18
Sowjetische Besatzungszone (SBZ) 120, 125, 454 f, 486
Spandau 289 f, 408 ff, 416, 450 f, 473, 490
Speyerer Str. 23
Sporthalle, Deutsche 388 f
Spree 405
Staatsbibliothek 43, 56
Staatsratsgebäude 327
Stadthaus, Berliner 172, 183, 253, 395
Stalinallee 303 ff, 311, 319 f, 328, 331 f, 337 ff, 350, 353 f, 361, 354, 384 ff, 395 f, 399 ff, 468, 498, 515 f, 519, 557, 561 f
Stalingrad 187, 196, 312
Steglitz 175, 177 f, 289, 357
Steglitzer Str. 25
Steinplatz 96
Stettiner Bahnhof 97
Storkower Str. 525
Stralsunder Str. 590
Strausberger Platz 278, 332, 337 ff, 354, 387, 389 ff, 396 ff, 517, 521, 528, 561
Stülerstr. 26
Stuttgart 330 f, 360, 432 ff, 438 ff, 458, 466, 495 f, 500 ff
Stuttgart-Weissenhof 367, 473, 500
Stuttgart-Zuffenhausen 439, 440, 500, 502
Südbahnhof 61
Südstadt 55 f
Swinemünder Str. 590, 594
Tegeler Fließ 191, 278
Tegeler Schießplatz 192, 216
Tegeler Weg 416
Teltow-Kanal 143, 163
Tempelhof 55, 62, 65
Tempelhofer Feld 321
Thälmannplatz 320
Theresienstadt 82, 84
Thomas-Dehler-Str. 26
Thomashof 557 f, 561
Tieckstr. 28
Tiergarten 25 f, 37, 41, 74, 84, 87, 95 ff, 102, 107, 165, 169, 191, 292, 362 f, 366, 369 f, 410, 492, 494, 499 f, 584
Tiergartenstr. 96
Titania Palast 288
Traveplatz 13, 290, 293
Treptow 17

UDSSR/Sowjetunion 182, 184, 223, 252, 311 f, 318, 330, 337, 393 ff, 423, 425, 434, 520
Uhlandstr. 82, 470
Unter den Eichen 169
Unter den Linden 47, 51, 95, 136, 183, 205, 320, 324 f, 342 f, 353, 391, 395, 458, 512
Unterirdisches Berlin 191, 212, 243
USA 425, 428, 434

Versöhnungshof 558
Victoriastr. 26, 41, 64, 95
Viktoria-Luise-Platz 99, 101 ff
Vinetaplatz 579, 590
Voßstr. 56, 59, 102, 133
Volksbühne 539, 547
Waldeyerstr. 13
Warschau 289, 294, 334
Warschauer Ghetto 289
Warschauer Str. 296, 304, 332, 346, 386
Wartburgstr. 23
Wassertorplatz 21
Weberwiese 304, 331 f, 335 ff, 354, 468, 561
Wedding 27 f, 30, 38, 153, 157, 178, 289, 422, 530, 532 f, 536, 539, 551, 555 ff, 579, 590, 592 ff
Weddingstr. 532 ff, 536, 538
Weichselstr. 18
Weidenweg 12
Weimar 246, 378, 394, 456, 514
Weissensee 65, 218, 290
Weydingerstr. 542, 545
Wiener Str. 551
Wiesenstr. 533 f
Wilhelmsruh 584
Wilhelmstr. 92, 95 f, 151
Wilmersdorf 9, 24,159
Wintergarten 536
Wittenbergplatz 358
Witzleben 430
Wöhlertstr. 536
Wrangelstr. 19
Wohnkomplex Fennpfuhl 401
Wohnkomplex Friedrichshain 388 f, 392
Wohnungsamt Berlin-Mitte 545
Wohnzelle Friedrichshain 218, 266, 269, 291, 295, 297 ff, 328, 331, 336, 368, 387, 404, 406 f, 416, 459, 463, 466 ff, 478, 487, 489 ff, 499, 510 f, 526, 533, 561, 563
Wriezen 107, 111, 117 ff, 122
Wundtstr. 133 ff, 159
Zabel-Krüger-Damm 503
Zehlendorf 133 f, 138, 140, 182, 230 f, 246, 257, 289 f
Zentralmarkthalle 541
Zentrum 124, 133, 319 ff, 327, 391, 394 ff, 427, 521, 526
Zeughaus 102, 182, 323, 327, 353, 395, 429, 512
Zionskirchstr. 30
Zoo 275, 357 ff
Zossen 58, 92, 133 f
Zwickau 514 f

Sachen

Abriß- 530, 532, 544, 550, 553, 567, 569, 582, 584, 587 f, 593 ff, 599 ff
– genehmigung 580
– häuser 80
– mieter 68 ff, 81, 580
Arbeitsclubs 453
Atombombe 246, 424
Aufbau-
– förderungsgemeinschaft 376
– gebiet 331
– gesetz 311, 318, 321, 326, 328, 387
– karte 350
– plan (Zentrum) 320, 358
– schicht 350
Auflockerung 59, 110, 119, 553 ff, 575 f
Ausstellung – 429, 430, 433, 435
– Arbeitsschau 1947 22, 253 f
– Bauleistungsschau 1948 222, 254 ff, 263, 356
– „Berlin baut auf" 1946 420
– „Berlin plant, erster Bericht" 1946. 180 ff, 354, 275, 284 ff, 325, 358, 421, 438, 443, 448 f., 450, 459, 578
– Constructa 1951 355, 357, 361, 370, 372, 393, 495 ff
– Deutsche Bauausstellung Berlin 1931 182, 360 f, 366, 370, 471, 473
– Deutsche Bauausstellung Nürnberg 1949 263, 495
– Diagnosen zum Bauen in Westberlin 1968 361
– Die funktionelle Stadt 223 f
– „Export schafft Brot" 439
– Fertighaus 495
– Hauptstadt Berlin im Aufbau 355 ff, 360, 556
– Internationale Bauausstellung Berlin (Interbau) 1957 356, 360 ff, 372, 382, 385, 394, 404, 407, 410, 498 f, 526, 560, 565, 568, 577 ff, 598, 602
– Interbau, Schau Stadt von morgen 1957 568, 570, 584
– „Neues Leben – Neues Wohnen" 524
– Proletarische Bauausstellung 1931, Berlin 361
– Weltausstellung, Brüssel, 1958 568

Bandstadt 210, 389, 414
Baracke 423, 438, 497
Bau –
– und Bodengesetz 360
– Flach- 303, 310, 380, 406, 448, 499, 511
– verdichteter Flach- 406, 440, 570
– Experimental- 518, 523 f
– kastensystem 524 f
Bauweise –
– Großblock- 388, 520
– Großplatten- 520 ff, 526
– industrielle 387 f, 390, 398, 400, 489, 520
– Skelettmontage- 521
– Stahlbetonskelett- 519
– Zeilen- 386, 393, 577
– Ziegelblock- 521
Behelfsheime 118
Betcke-Urteil 532, 557
Boden –
– frage 372, 565
– ordnung 426
– preise 204, 427
Bombardierung 74, 94, 533, 556 f, 562
Bundesbaugesetz 565, 570, 581

Chaos 44, 115, 171
Charta v. Athen 223, 257, 312, 599
CIAM –
– Kongress 1933 182, 218 f, 223
– Kongresse 222
Cityband 359

Die Neue Stadt 370, 423 f
DIN-Norm 470, 489, 495, 498, 504
Dreimächtekonferenz 422

ECA – Wettbewerbe 494, 496 ff
Elendsviertel 547 f, 555, 565
Englische Gartenstadt 289, 424
Enteignung 544, 547
Entkernung 550 f, 593 ff
Enttrümmerung 347, 421 f

Fassade 387, 502 f
Flach–Mittel–Hoch 498 f
Formalismus 328 ff, 389, 520
Funktionalismus 329, 331, 333

Gärtnersiedlung 428 f
„gegliederte und aufgelockerte Stadt" 118 ff, 223, 257, 357 f, 570 ff, 577 f, 599
Gemeinnützigkeitsverordnung 504
Gemeinschaftseinrichtung 294, 389, 451 f, 575
Generalaufbauplan 259, 262 f, 265, 271
Generalbaumeister 383, 411
Generalbebauungsplan 52, 180, 222, 293, 304, 310, 356, 456
Gesetz über Wohnungseigentum 495
Gesundungsgürtel 582
Gestaltbild 300 f, 303
Grundrißlabor 473
16 Grundsätze des Städtebaus 309, 311 ff, 328, 351, 384, 396
Grundsätze für die Neugestaltung Berlins 311
Grundstücksbesitzer 294, 426, 546

Handwerkerhof 302, 390
Haus–
– besetzungen 601
– der Demokratie 304 f
– der Forschung 453
– Einfamilien- 462 ff, 496, 499
– Einfamilien-Teppich 305, 328, 382, 416, 448, 464, 494, 499
– Hoch- 301, 303, 310, 317, 332, 342, 354, 370, 380, 387, 395, 397, 411, 416, 419, 448, 466, 490, 494, 499 ff, 511, 517, 525 f, 558, 561
– Kommune- 344, 526
– Kunststoff- 428f, 437, 439
– Laubengang- 310 ff, 328, 341 f, 345, 348, 399 f, 407, 413, 448, 462 ff, 490, 493, 499 ff, 511, 530, 561
– Mittelgang- 301, 466, 518, 526
– Modell- 433, 435
– Punkthoch- 389, 399 f, 4 407 ff, 561
– Standard- 425 ff
– transportables – 432
– Typ 296, 310, 426, 429 f, 459, 467, 492, 499, 523
– Versuchs- 428, 430, 432
– vorfabriziertes – 462
– zinssteuerhypothek 65
Haushalte 207, 459 ff, 473, 497, 588, 603
Haushaltstyp 414, 416, 506
Hof 416, 450, 464, 532, 534, 536, 539, 561, 583, 590

Juden-
– deportation 86
– häuser 81
– kartei 67 f
– wohnungen 67 ff, 80 ff, 89

Kollektivplan 225 ff, 230, 235, 247, 250 f, 257, 262, 268, 270 f, 284, 289, 308, 310, 358, 577
Konstruktivismus 328, 389
Konzentrationslager 68, 75, 85
Krimkonferenz 126, 177
Küche –
– Arbeits- 517
– Eß- 477, 517
– Koch- 477, 514
– Sholtowski- 501
– Wasch- 301, 304
– Wohn- 477, 514
Kulturerbe, klassisches 331

Lebensstandard, mittlerer 423
Ledigenheim 461
Lehrbauhof 280
Lokomotive 348
Luftangriff 185, 272, 576
Luftschutz – 53, 58, 60, 110 f, 122, 398, 400, 539, 577
– bunker 91 f
– keller 76, 92 f, 96, 122, 572
– Richtlinien für städtebaulichen – 564, 577

1. Mai 1929 533, 536, 554
1. Mai-Feier 1946 323
MARS-Plan, London 187, 196, 224, 227
Marshall-Plan 494 ff, 556, 560, 602
Maßordnung im Hochbau 470, 478
Miet(s)-
– berechtigungsschein 89
– kaserne 273, 332, 334, 343 f, 371, 532, 539, 562, 565, 577, 580, 585
– preisbindung 580, 599
Mietergärten 559, 561
Modernisierung 529, 566, 582, 593 ff, 601
Möbelstellfläche 471, 475, 478, 480 f, 495

Nachbarschaft 255, 262, 288, 407, 451, 459, 569 ff, 577
Nationales Aufbauprogramm 345, 349 ff, 354, 391 f, 516, 602
Normalfamilie 460, 495, 526
Normung 236, 424 f, 440, 456, 469 f, 473, 478 ff, 483 f, 486, 488 f, 519, 556
Notstandsprogramm 558

Oktametersystem 118, 469, 471, 482
Ortsgruppe als Siedlungszelle 115 ff

Phalanstères 344
Plan 1948 256 f, 262, 271
Potsdamer Konferenz 422

Raum der Mitte 449 ff, 463 f, 491, 500
Räumungsaktion 81
Rayon 387
Reichsstädtebaugesetz 58
Reprivatisierung 370

Sanierung(s)- 58 f, 110, 112, 530, 541 f, 544, 546, 551, 557, 562, 565, 567 ff, 578, 580, 582, 586, 592 ff
– Altstadt – 97, 539, 549, 550 f, 553
– Richtlinien für städtebauliche – 530, 573, 581 ff.
– plan 549
– programm 567, 585, 592
Schadensplan 107, 204 f, 209, 274, 423, 434
„Schaufenster der Freiheit" 354 f
„Schneller, besser, billiger" 519 ff
Sektorengrenze 177 f, 559, 565, 567, 582
Sozialismus 333, 344, 487
Sozialistische Architektur 394, 498
Sozialistischer Städtebau 387, 395
Sozialistische Wohnkultur 516
Sprengung 530, 532, 582, 588
Stadt-
– erneuerung, behutsame 597
– erneuerungsprogramm 583, 586
– krone 49, 499
– landschaft 286, 309, 569, 573
– zelle 119, 358, 571 f, 575, 577 f
Standard 425, 456
Standgericht 129
Straßenobleute 174 f
Struktur-
– plan 324, 338
– plan, BerlinRaum Ring 188, 203, 210
– untersuchung 414

Trabantenstadt 47, 113, 597, 602
Triumphbogen 48
Trümmer-
– bahn 304
– verwertung 428, 431, 472
– verwertungsanlage 363, 470
Typen-
– entwicklung 523
– grundriß 478, 495, 513 f, 524
– projektierung 388, 515
– serie 488, 518, 522, 525
Typisierung 236, 424, 456, 458, 483 f, 514
Typung 389, 470, 481, 488 f, 519

Umgestaltungspläne für Berlin 270 f
Unbewohnbarkeitserklärung 547
Unité d'Habitation 466, 499

Versuchssiedlung 439 473
Verteidigungsplan 128
Verteidigungsring 128, 130
Ville Radieuse 499
Volkshäuser 453, 599
Volkswagen (VW) 113
Vollfamilie 495

Währungsreform 249 f
Wahlen 183, 247, 258, 291, 355, 539, 552, 555, 585, 590
Wettbewerb –
– „Berlin plant" 443
– Fennpfuhl 395, 568
– Gesamtdeutscher 392
– Grundplan Groß Berlin 111
– Hansaviertel 364, 370, 406
– „Hauptstadt Berlin" 361 f, 365, 385, 394, 396, 499, 565, 568
– „Rund um den Zoo" 363
– Wiederaufbau des Reichstags 565
Wiederaufbau 111, 421 f, 454 f, 470, 600 ff.
Wiederaufbau Stadtzentrum 191, 602
Wohn-
– berechtigungsschein 504
– bezirk 316, 385, 401
– block 386 f, 522, 542
– dichte 291, 302, 316, 344, 393
– gebiet 394
– gehöft 416, 419, 488, 504 f, 507
– gemeinschaft 504
– gruppe 113, 394, 401
– hof 386, 533
– komplex 316, 384 ff, 390 ff, 522, 526
– kultur 518
– palast 334, 344, 386, 520
– zelle 190, 197 ff, 201, 214, 216, 255, 262, 284 f, 287, 291 f, 300 ff, 344, 406, 408, 419 f, 426, 443, 448, 451 f, 462, 466, 492, 499, 532, 557
Wohnung – 448 f
– Elends- 549
– Ersatz- 67 f, 71 f, 86, 548, 586, 589
– Katastrophen- 81
– Neue – 420, 433, 488, 496
– Volks- 494, 498
– wandelbare – 462, 526
Wohnungs-
– abgang 600 ff
– bedarf 460
– bestand in Berlin 60, 529, 600
– eigentum 496, 580
– eigentumsgesetz 502
– frage 424, 523, 529, 603
– not 64 f, 600
– typ 118, 444, 462 f, 467 ff, 498, 505, 512 f, 516, 521, 525, 527
– zählung 600 f
– zugang 600 ff
Wohnungsbau-
– gesetz 354, 495, 504, 556
– industrieller 388, 393, 512
– programm 67 f, 559
– Sozialer – 354, 375, 480 f, 489, 494 f, 499 f, 504, 507, 556, 560, 602
– Sozialer –, Bestimmungen in Berlin(West) 504, 506
– Führererlaß von 1940 54, 495
– serie P 1 528 f
– serie P 2 523, 525 ff
– serie 70 (WBS 70) 488, 523, 528 f, 602

Zehlendorfer Plan 185, 192, 239, 241, 247, 249, 250 f, 271
Zentralwäscherei 451, 453
Zellenbildung 110
Ziegelsplitt 470

118,–

97

UdK Berlin
210686/B170

Architektur bei Prestel

(Eine Auswahl)

Johann Friedrich Geist – Klaus Kürvers

Das Berliner Mietshaus

Band I: 1740-1862

Eine dokumentarische Geschichte der »von Wülcknitzschen Familienhäuser« vor dem Hamburger Tor, der Proletarisierung des Berliner Nordens und der Stadt im Übergang von der Residenz zur Metropole. 544 Seiten mit über 400 einfarbigen Abbildungen.
Paperback. ISBN 3-7913-0524-7. Gebunden. ISBN 3-7913-0581-6.

Band II: 1862-1945

Eine dokumentarische Geschichte von »Meyer's Hof« in der Ackerstraße 132-133, der Entstehung der Berliner Mietshausquartiere und der Reichshauptstadt zwischen Gründung und Untergang.
584 Seiten mit 755 einfarbigen Abbildungen.
Paperback. ISBN 3-7913-0696-0. Leinen. ISBN 3-7913-0690-1.

Johann Friedrich Geist

Passagen

Ein Bautyp des 19. Jahrhunderts

560 Seiten mit 265 Abbildungen und einem Katalog von 298 Passagen mit 200 Lage- und Bauplänen.
Paperback. ISBN 3-7913-0487-9.

Posener

n auf dem Wege zu einer neuen Architektur

eitalter Wilhelms II., 1890-1918

en mit 760 Abbildungen und über 200 Biographien.
ISBN 3-7913-0419-4.

go-Architektur 1872-1922

ntstehung der kosmopolitischen Architektur des 20. Jahrhunderts
gegeben von John Zukowsky.
en mit 585 Abbildungen, davon 57 in Farbe.
. ISBN 3-7913-0820-3.

New York Architektur 1970-1990

Herausgegeben von Heinrich Klotz unter Mitarbeit von Luminita Sabau.
336 Seiten mit 708 Abbildungen, davon 271 in Farbe.
Leinen. ISBN 3-7913-0923-4.

Die Architekturzeichnung

Vom barocken Idealplan zur Axonometrie

Herausgegeben von Winfried Nerdinger.

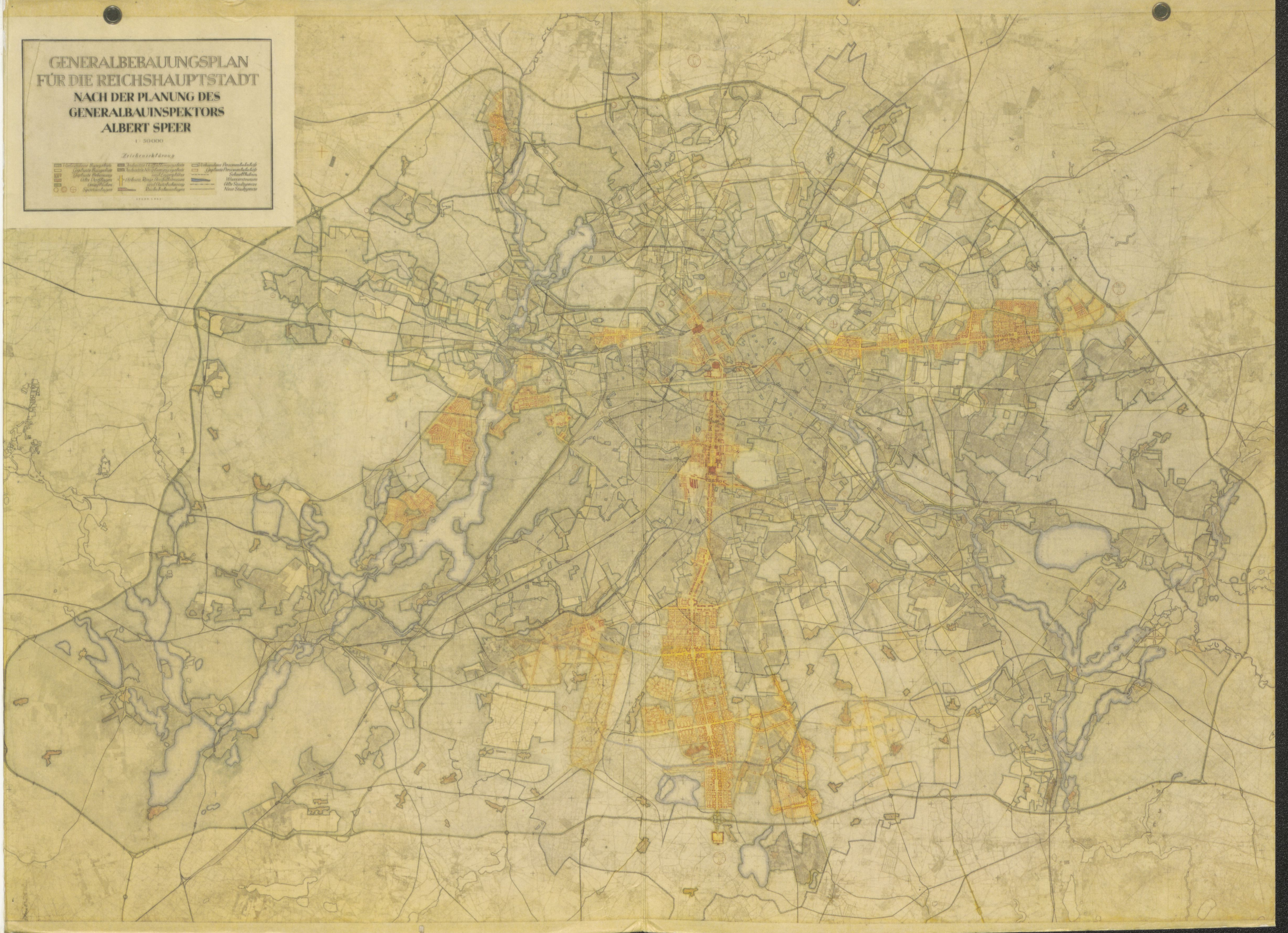
212 Seiten mit 95 Farbtafeln, 45 zweifarbigen Tafeln und 19 einfarbigen Abbildungen.
Bütten. ISBN 3-7913-0721-5.

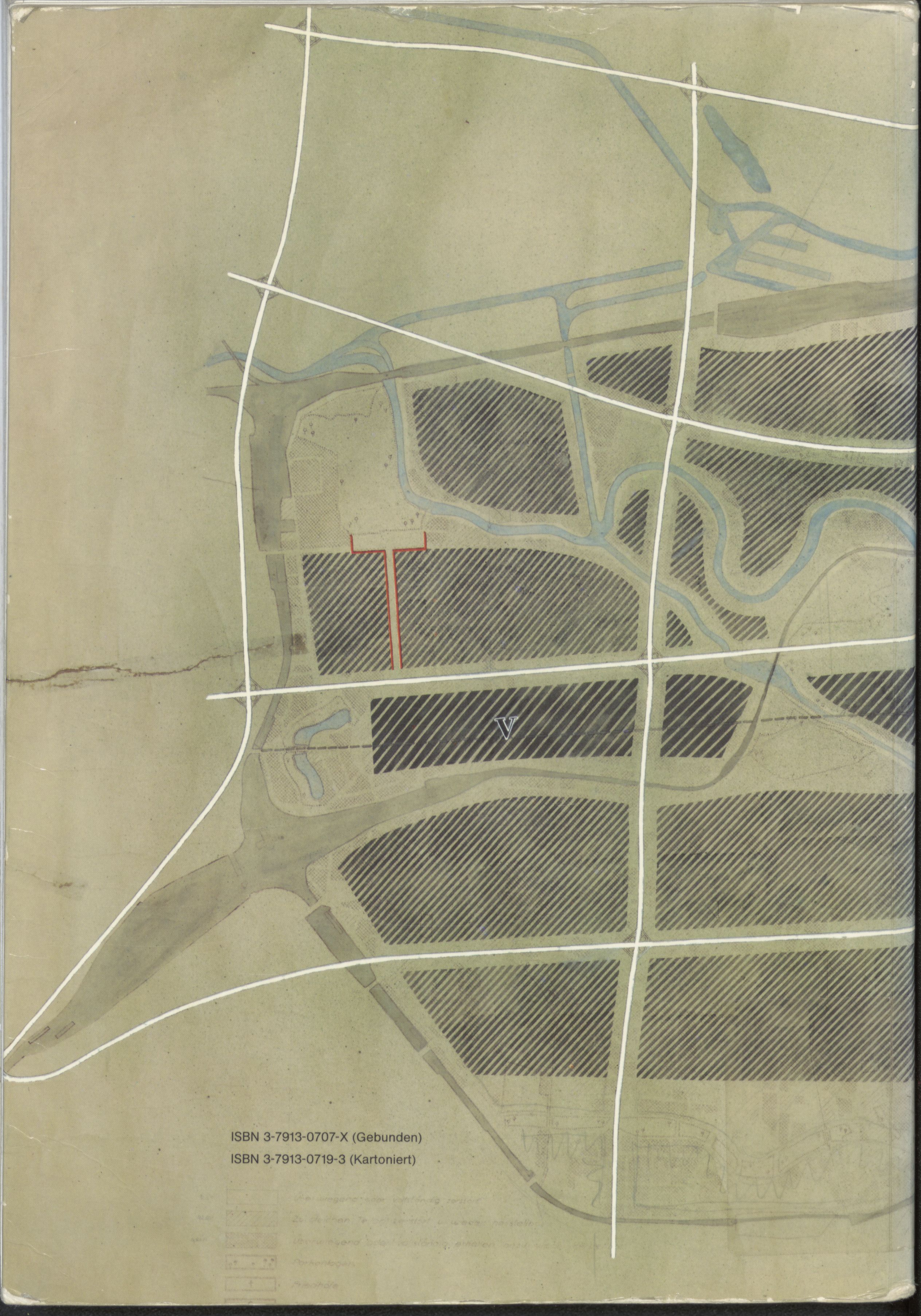
Nikolaus Pevsner – Hugh Honour – John Fleming

Lexikon der Weltarchitektur

760 Seiten mit über 3088 Abbildungen und 2760 Stichworten, davon 846 Architektenbiographien und 51 Länderkapitel.
Leinen. ISBN 3-7913-0652-9.

Prestel-Verlag


GENERALBEBAUUNGSPLAN
FÜR DIE REICHSHAUPTSTADT
NACH DER PLANUNG DES
GENERALBAUINSPEKTORS
ALBERT SPEER
1 : 50000
Zeichenerklärung
Vorhandene Baugebiete
Geplante Baugebiete
Geplante Bebauung
Alte Dorflagen
Grünflächen
Sportanlagen
Industrie Neuplanungsgebiete und Lagerplätze
Achsen Ringe Ausfallstrassen und Autobahnring
Reichsbahnanlagen
Vorhandene Personenbahnhöfe
Geplante Personenbahnhöfe
Schnellbahnen
Wasserstrassen
Alte Stadtgrenze
Neue Stadtgrenze



ISBN 3-7913-0707-X (Gebunden)
ISBN 3-7913-0719-3 (Kartoniert)